

Ha-1202(2-5) VII B. 982 (2-5)



Monatsschrift

für



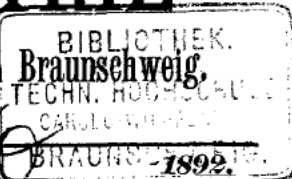
HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer

No. 1.

Braunschweig, Januar-Nummer.



Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 9—112/92.

In Folge der Beseitigung der Tarifverträge Rumäniens mit dem Auslande wird die Beibringung von Ursprungszeugnissen Seitens der rumänischen Zollbehörden nicht mehr gefordert. Die Ausstellung derselben ist demnach fortan entbehrlich.

Braunschweig, 13. Januar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1—68/92.

Zuverlässige Mittheilungen über die Behandlung, welche Waaren mit gewissen Abzeichen und Verzierungen von Seiten der türkischen Zollbehörde erfahren haben, desgleichen über Weiterungen Seitens holländischer Zollbehörden bz. der Werthdeklaration deutscher Waaren, sowie über die Zollbehandlung einzelner Produkte bei der Einfuhr nach Frankreich können von Interessenten an unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Braunschweig, den 8. Januar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. IV. 1—821/93.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass an unserer Geschäftsstelle Exemplare der in No. 8 dieser Zeitschrift besprochenen

„Arbeitsordnung“

zu ermäßigtem Preise abgegeben werden.

Braunschweig, 30. Dezember 1891.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. I. 1—63/92.

An unserer Geschäftsstelle wird über weitere Schwindelfirmen in den Niederlanden (Amsterdam, Haag, Rotterdam) Auskunft gegeben.

Braunschweig, den 8. Januar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

VIII. Plenarversammlung
der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig

Montag, den 11. Januar 1892,
Vormittags 10 Uhr.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme des Herrn Fabrikbesitzer Ehrhardt-Wolfenbüttel, welcher entschuldigt ist, und der Syndikus.

Der Vorsitzende, Kommerzienrath Haake, eröffnet die Sitzung und heisst zunächst Herrn Kaufmann Louis Gerloff willkommen, welcher an Stelle des ausgeschiedenen Herrn August Sievers zum Mitgliede der Kammer bis zum 1. April 1893 gewählt worden ist. Herr Gerloff dankt und erklärt, dass ihm der Eintritt in die Kammer eine Freude und Ehre sei, welcher er durch eine möglichst rege Theilnahme an der Thätigkeit der Behörde entsprechen werde.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Der Syndikus berichtet über die Geschäftsführung seit dem 26. Oktober 1891, dem Termin der letzten Plenarversammlung. Aus dem Berichte ist folgendes hervorzuheben: Das Tagebuch weist 1370 Nummern auf, (vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember 1891 überhaupt 8222 Nummern) und zwar 652 Eingänge und 718 Ausgänge. Dies ergibt einen Umschlag von 546 Ein- und Ausgängen pro Monat oder 18 pro Tag. Von den Eingängen wurden erledigt: Durch Berathung in den Ausschüssen 13, durch den Vorsitzenden und das Bureau 600; 18 blieben noch unerledigt. Es fanden Sitzungen statt: 3 des geschäftsführenden Ausschusses, 1 des Verkehrsausschusses, 1 der Mitglieder aus der Stadt Braunschweig. Während der Berichtszeit sind 27 Ursprungszeugnisse ausgestellt worden und zwar 14 für den Export nach Italien, 2 nach Rumänien, 8 nach Griechenland, 2 nach Frankreich, 1 nach Belgien. Hiervon betrafen: 20 die chemische Industrie, 2 die Fabrikation von Gummiwaaren, 3 die

Herstellung von Apparaten und Instrumenten, 2 die Eisen- und Metall-Industrie.

Auf die Eingabe der Kammer betr. die Eisenbahnlinie Gifhorn-Celzen ist unterm 4. Januar d. J. ein günstiger Bescheid erfolgt, aus welchem hervorgeht, dass die Herzogliche Staatsregierung höchst dankenswerther Weise entschlossen ist, ihren Einfluss in derselben Richtung geltend zu machen, in welcher sich die sehnlichen Wünsche der hiesigen Handelswelt bewegen. Weniger erfreulich sind die Bescheide der Königlich Preussischen Eisenbahndirektionen, welche durchgehend sich gegen die diesseits bezüglich des Sommerfahrplanes 1892 gestellten Anträge ablehnend verhalten.

In der Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrates Hannover vom 28. Oktober 1891 ist die Kammer durch Herrn General-Direktor Lundberg-Delligsen vertreten gewesen. Gegenstände von besonderem Interesse für den diesseitigen Bezirk sind daselbst nicht zur Verhandlung gekommen.

Wie schon verschiedene ähnliche Korporationen ist auch die Kammer zu der Ueberzeugung gelangt, dass die Frage der kaufmännischen Fortbildung einer lebhafteren Theilnahme aus den Kreisen des Grosshandels und einer immer sorgfältigeren Pflege bedarf. Sie hat deshalb als einen ersten Schritt auf diesem Gebiete den Versuch unternommen, akademische Vorlesungen für Angehörige und Beamte des Handelsstandes ins Leben zu rufen. Derselbe darf heute als geglückt bezeichnet werden. Die Vorlesungen sind am 1. Januar 1892 begonnen worden. Für Handels- und Wechselrecht haben sich 24 Hörer, für Finanz- und Bankwissenschaft 26 Hörer, für Handelsgeographie und Statistik des Weltmarktes 13 Hörer eingeschrieben. Auf vertrauliche Umfrage hat sich eine Anzahl von Inhabern grösserer Geschäfte in höchst dankenswerther Weise bereit erklärt, ihren Angestellten die Morgenstunden von 8–9 Uhr zum Besuche der Vorlesungen frei zu geben. Die Vorlesungen sind regelmässig besucht und erfreuen sich guten Interesses. Der bezügliche Beschluss der Kammer ist mittelst schriftlicher Umfrage und zwar einstimmig gefasst worden.

Zwecks Veranstaltung der Aufnahme über die Lebenshaltung der Arbeiter wurden 500 Fragebogen über allgemeine und Lohn-Verhältnisse ausgegeben, 80 Fragebogen, welche speziell die Wohnungsverhältnisse betrafen. Für die ersteren ist eine ausführliche Beantwortung in 210 Fällen erfolgt, von den letzteren sind 35 ausgefüllt worden. Die Bearbeitung der Resultate ist fürs Erste noch ausgesetzt, weil die Kammer sich der Hoffnung hingibt, dass noch weitere Antworten eingehen werden. Es erscheint dies im Interesse der Vollständigkeit der Arbeit dringend geboten; gilt es doch gerade die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung für unseren Bezirk festzustellen resp. die Gegnerschaft, welcher sich dieselbe in den Kreisen unserer Industrie zu erfreuen hat, zu konstatieren. Die allgemeinen Aeusserungen der Unzufriedenheit mit diesen Gesetzen haben für die Oeffentlichkeit nur einen geringen Werth; ganz anders aber stellt sich die Sachlage dar, wenn Seitens der Industriellen und Arbeiter selbst thatsächliches Material zur Begründung ihrer Klagen zusammengetragen wird.

Der Bericht wird genehmigt.

Der geschäftsführende Ausschuss wird mit der Begutachtung des Jahresberichtes beauftragt. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn August Sievers wird Herr Louis Gerloff zum Mitgliede des geschäftsführenden Ausschusses gewählt.

2. Siebzehnter Deutscher Handelstag.

Für den 15. und 16. Januar 1892 ist die 17. Plenarversammlung des Deutschen Handelstages nach Berlin einberufen worden. Zwecks Instruktion der diesseitigen Abgeordneten wird die Tagesordnung des Handelstages

zur Berathung gestellt. Es gelangen demnach zur Verhandlung:

a. die Verwendung der Ueberschüsse aus den preussischen Staatseisenbahnen. Referent: Der Syndikus.

Das Staatseisenbahnsystem der deutschen Staaten, insbesondere auch das Preussens, wurde bei der Bevölkerung wie bei den Regierungen und Landesvertretungen von dem Gedanken getragen, dass die Entwicklung und die Transportleistungen der Eisenbahnen eines der wesentlichen Hilfsmittel zur Hebung der wirthschaftlichen und politischen Kräfte eines Landes sind und deshalb im öffentlichen Interesse nicht der auf Gewinn rechnenden Privatunternehmung überlassen werden dürfen.

Mit dieser Auffassung steht es im Widerspruch, wenn in Preussen die jeweiligen Ueberschüsse der Staatseisenbahnverwaltung, welche sich nach stattgehabter Verzinsung als Staatseisenbahnkapital ergeben, zum grossen Theile für dauernd allgemeine Staatshaushaltszwecke verwendet werden.

Ein solches Verfahren führt — abgesehen davon, dass es die Staatshaushaltsetats bei der schwankenden Höhe der Eisenbahn-Betriebsüberschüsse in bedenkliche Gefahren bringen kann — mit Nothwendigkeit zu der Gewöhnung, die Staatseisenbahnen als eine ergiebige Finanzquelle für die Befriedigung laufender Staatsbedürfnisse zu behandeln; es hemmt die Entwicklung der technischen Verbesserungen und Vervollständigungen bei den Anlagen und dem Material, sowie die Fortschritte in den Leistungen des Eisenbahnbetriebes, namentlich in dem Tarifwesen.

Hierzu tritt das gleichmässige im staatsfinanziellen wie wirthschaftlichen Interesse gelegene Bedürfniss, das Staatseisenbahnkapital thatsächlich und möglichst bald zu amortisiren, ein Bedürfniss, welches angesichts der in anderen europäischen Ländern mit Bezug auf Privatbahnen und deren unentgeltlichen Anfall an den Staat bestehenden Rechtsverhältnisse noch besondere Bedeutung erlangt.

Aus diesen Erwägungen gelangt der folgende Antrag des Referenten zur einstimmigen Annahme:

„Im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft und im Hinblick auf die entsprechenden Verhältnisse der ausserdeutschen Staatsbahnen, erscheint es dringend geboten, die Ueberschüsse aus der Verwaltung der preussischen Staatsbahnen nicht der allgemeinen Staatskasse zu überweisen, wie dies bislang theilweise geschehen ist, sondern dieselbe zur Verbesserung und Erleichterung des Verkehrs, insbesondere aber den Zwecken der Tilgung der preussischen Eisenbahnschuld dienstbar zu machen.“

Anmerkung: Der Betrag der Eisenbahnkapitalschuld belief sich Ende März

1882 auf 1 498 858 100 Mk.	1886 auf 4 481 527 964 Mk.
1883 auf 2 613 664 452 Mk.	1887 auf 4 165 744 614 Mk.
1884 auf 3 107 785 185 Mk.	1888 auf 4 452 787 946 Mk.
1885 auf 3 774 371 277 Mk.	

Es sind veranschlagt worden:

Die Einnahmen:	Die Ausgaben:	Die Ueberschüsse:
1888/89 720 Mill. Mk.	475,9 Mill. Mk.	244,1 Mill. Mk.
1889/90 775 Mill. Mk.	496,5 Mill. Mk.	278,5 Mill. Mk.

b. Veranstaltung einer Ausstellung in Berlin. Referent: Herr Jüdel.

Die Handelskammer hat sich mit der Frage der Veranstaltung einer Ausstellung in Berlin, insbesondere mit der Entscheidung darüber, ob diese Ausstellung eine deutsche, nationale, oder aber eine internationale werden solle, bereits im Vorjahre eingehend beschäftigt. Sie hat seinerzeit (im Mai 1891), eine Umfrage der Handelskammer zu Osnabrück dahin beantwortet, dass sie sich dem Plane einer nationalen Ausstellung gegenüber im grossen und ganzen ablehnend verhalte, vielmehr für Veranstaltung einer Weltausstellung eintreten

würde. Angesichts der raschen und grossartigen Entwicklung der deutschen Rhederei sei es wesentlich, dass unsere Industrie und Handelswelt sich über die Leistungen des Auslandes wenigstens mittelbar mit möglichster Vollständigkeit unterrichtet. Dieser Zweck, soweit er überhaupt durch Ausstellungen zu fördern sei, dürfte nur durch eine Weltausstellung erreicht werden können.

Im Hinblick auf diese frühere Stellungnahme der Kammer beantragt Referent, sich — in Uebereinstimmung mit dem Ausschusse des deutschen Handelstages — für Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin zu erklären.

c. Ermässigung der Fernsprechgebühren.
Referent: Herr Selwig.

Die Frage der Ermässigung der Fernsprechgebühren ist unter einem zwiefachen Gesichtspunkte zu betrachten: während einerseits die möglichste Ausdehnung der Fernsprechnetze im Interesse der allgemeinen Verkehrsentwicklung liegt und demnach eine Herabsetzung der Gebühren durchaus erwünscht wäre, ist andererseits zu bedenken, dass die wachsende Betheiligung den Gebrauchswerth der Einrichtung für den Einzelnen verringert, weil schon bei dem jetzigen Umfange des Verkehrs die Funktion ausserordentlich mangelhaft erscheint. Es wäre allerdings eine Demokratisierung resp. Verbilligung des Fernsprechens erwünscht, indessen unter der ausdrücklichen Vorbedingung einer Verbesserung des Betriebes, der Anlagen und der Apparate, sowie vor allen Dingen unter der Voraussetzung der Einführung von Erleichterung und Vereinfachung der Anschlussbedingungen bei Errichtung neuer Verbindungen.

Die Kammer beschliesst demgemäss, beim deutschen Handelstage für jede mögliche Verbesserung der Anlagen, Beschaffung von Erleichterungen und Herabsetzung der Gebühren einzutreten.

d. Einführung einer Einheitszeit in Deutschland. Referent: Herr Direktor Benndorf.

Referent legt die Vortheile dar, welche sich aus der Einführung der empfohlenen Massregel ergeben würden. Gegenüber den Unzuträglichkeiten, welche bei der wachsenden Raschheit des Verkehrs, insbesondere aber bei Bestehen eines Zeitunterschiedes für den äusseren und inneren Dienst der Eisenbahnen aus der Zeitdifferenz hervorgehen würden, sei die Schwierigkeit der Einführung einer Einheitszeit auch für das bürgerliche Leben nur gering anzuschlagen. Gegen Einführung einer Zonenzeit seien dieselben Einwürfe zu machen, als gegen diejenige einer nationalen Zeit. Im Hinblick auf den Vorgang anderer Kulturstaaten empfiehlt Referent sich den bezüglichen Bestrebungen rückhaltlos anzuschliessen.

Die Kammer beschliesst gemäss dem Antrage des Referenten.

e. Gesetzentwürfe betr. das Telegraphenwesen des deutschen Reiches und betr. die Errichtung elektrischer Anlagen. Referent: Der Syndikus.

Es wird beschlossen, sich im Plenum des deutschen Handelstages im Sinne der diesseitigen Petition an den Reichstag vom 1. Dezember v. J. auszusprechen. (Abgedruckt in der Dezember-Nummer de 1891 dieser Zeitschrift).

f. Entwurf eines Gesetzes betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. Referent: Der Syndikus.

Referent charakterisirt kurz das Wesen und die Wirkung der bisher rechtlich bestehenden Gesellschaftsformen und die Nothwendigkeit der Schaffung einer neuen. Er bemängelt den allzuwenig individualistischen Inhalt des Gesellschaftsvertrages bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wie sie der Entwurf bietet, legt dar, dass neben dieser neuen Form dennoch eine

empfindliche Lücke bleiben werde. Trotzdem entspreche dieselbe in gewissen Fällen einem langgehegten Bedürfnisse und der Entwurf sei deshalb als ein bemerkenswerther Fortschritt zu bezeichnen. Einige verbesserungsbedürftige Einzelheiten vermochten ferner nichts zu ändern.

Es wird auf Antrag des Referenten beschlossen, dem Entwurfe im Allgemeinen zuzustimmen, insbesondere aber zu empfehlen, dass unter Abänderung des § 59 al. 3 an Stelle der „Versicherung“ der Geschäftsführer, der „Nachweis“ darüber erfordert werde, dass diejenigen Gläubiger, welche sich bei der Gesellschaft gemeldet und der Herabsetzung des Stammkapitals nicht zugestimmt hätten, befriedigt oder sichergestellt sind.

Gegen den Antrag des Referenten wurde weiterhin beschlossen: zu empfehlen, dass § 5 des Entwurfes dahin abgeändert werde, dass der Mindestbetrag einer Einlage von 500 Mk. auf 200 Mk. herabzusetzen sei.

g. Gründungsvorschlag einer Schutzgesellschaft für die Inhaber fremdländischer Werthpapiere. Referent: Herr Direktor Benndorf.

Die ungeheure Menge fremder Werthe, vielfach sogar überseeischer Emissionen, welche in den letzten Jahren auf den heimischen Geldmarkt gelangt sind und Aufnahme gefunden haben, bringen eine Gefahr für die nationale Wirthschaft herauf. Der einzelne kleine Kapitalist, dessen Papiere nothleidend werden, weiss sich häufig nicht recht zu helfen und er erleidet durch falsche Manipulationen meist grössere Einbussen, als unbedingt nothwendig gewesen wäre; auch ist er nur sehr selten im Stande, durch irgend welche eigene Einflussnahme die seinen Werthen drohende Gefahr abzuwenden. Dagegen lässt sich voraussetzen, dass eine grosse Gemeinschaft geldkräftiger Kapitalisten und Bankinstitute diesen Einfluss besitzt und insbesondere über diejenigen Gelegenheiten zu nützlichen Informationen verfügt, welche dem Einzelnen fehlen müssen. Das Beispiel Englands zeigt, dass eine derartige Vereinigung ausserordentlich wohlthätig wirken kann. Es hat sich nun eine Anzahl Banken entschlossen, eine derartige Schutzgesellschaft für fremdländische Werthpapiere zu errichten. Das Unternehmen soll ohne jeden Gewinn arbeiten, vielmehr lediglich dem gemeinen Nutzen dienen. Ein Auskunftsbureau wird sich mit Rath und That den Kapitalisten zur Verfügung stellen; nothleidende Papiere werden auf Wunsch in Verwaltung genommen und wenn irgend möglich sanirt.

Die Kammer beschliesst gemäss dem Antrage des Referenten, sich dem Unternehmen gegenüber zustimmend zu verhalten und dasselbe nach Kräften zu fördern

h. Beschickung des 17. deutschen Handelstages.

Zu Vertretern der Kammer auf dem am 15. und 16. Januar 1892 zu Berlin stattfindenden 17. deutschen Handelstage werden die Herren Kommerzienrath Haake, Generaldirektor Lundberg-Delligsen und Dr. Vosberg-Rekow abgeordnet.

3. Die Handelsverträge.

Referent: Herr Natalis.

Entsprechend den an anderer Stelle mehrfach ausgesprochenen wirthschaftlichen Anschauungen der Kammer wird auf Antrag des Referenten beschlossen, beim Plenum des deutschen Handelstages die nachstehende Resolution einzubringen:

„Der deutsche Handelstag wolle sich dahin aussprechen, dass die bisher abgeschlossenen Handelsverträge Seitens des Handelsstandes mit Anerkennung begrüsst werden, dass dieselben jedoch betrachtet werden müssten als die ersten Schritte auf der Bahn weiterer Vertragsverhandlungen mit den wichtigsten Handels- und Industriestaaten der Welt.“

4. Petitionen und Anträge betr. das Fernsprechwesen.

a. Petition von Interessenten aus der Stadt Schöningen betr. Herstellung einer Fernsprechverbindung. Referent: Herr Schaffer-Schöningen.

Bereits im Jahre 1888 haben sich Interessenten aus der industriellen Stadt Schöningen um das Zustandekommen einer Stadtfernsprechverbindung dortselbst, sowie einer Fernsprechverbindung mit Hannover, Braunschweig und Magdeburg durch Vermittelung von Helmstedt bemüht. Der bald darauf ausgeführte Neubau des Postgebäudes in Schöningen hat die Verwirklichung des Planes für längere Zeit hinausgeschoben. Nach Beseitigung dieses Hindernisses aber sind die Interessenten bei der Kaiserl. Ober-Postdirektion Braunschweig um Herstellung des Anschlusses eingekommen. Die von dieser Behörde namhaft gemachten Vorbedingungen für die Stadtfersprecheinrichtung sind durch Verpflichtung von 22 Firmen zur Betheiligung alsbald erfüllt worden. Dagegen konnte die Festlegung der gewünschten Garantie von 5000 Mk. für die Linie Schöningen—Helmstedt aus dem Grunde nicht erreicht werden, weil die Stadt Schöningen an einer Verbindung mit Helmstedt allein kein Interesse zeigte, der Anschluss für den Fernverkehr ab Helmstedt aber verweigert wurde. Das Reichspostamt gab dem Antrage der Kaiserl. Ober-Postdirektion auf Errichtung der Stadtfersprecheinrichtung für Schöningen nach, lehnte jedoch den Anschluss an den Fernverkehr mit dem Hinweis auf entgegenstehende betriebstechnische Schwierigkeiten ab. Der bezügliche Briefwechsel hat sich bis zum Ende des vorigen Jahres hingezogen. Um diese Zeit sind die Schöninger Interessenten bei dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamtes nochmals um Gewährung dieses Anschlusses vorstellig geworden; sie haben unter anderem ausgeführt, wie ja die von dem Anschlusse Schöningens befürchtete Belastung des Verkehrs Braunschweig—Helmstedt—Magdeburg gar nicht verhindert werden könne, wenn die Schöninger Theilnehmer sich in Helmstedt eine Sprechstelle mieteten und daselbst einen Vermittler anstellten. Die Entscheidung des Reichspostamtes steht noch aus. Indessen versprechen sich die Interessenten von einem Eingreifen der Handelskammer in diese Angelegenheit weiteren Erfolg.

Die Kammer beschliesst die Wünsche der Schöninger Interessenten auch ihrerseits bei der Kaiserl. Ober-Postdirektion und dem Staatssekretär des Reichspostamtes zu unterstützen.

b. Verzichtleistung der Reichspostverwaltung auf Garantien einer Mindesteinnahme aus Fernsprechanlagen. Referent: Herr Friedrich Selwig.

Die Handelskammer zu Hannover hat sich unterm 18. Nov. v. J. mit einer Petition an den Reichstag gewandt, in welcher sie bittet, die Reichspostverwaltung dahin zu beeinflussen, dass sie von der Gepflogenheit Abstand nehme, die Anlage wichtiger Fernsprechverbindungen von Hinterlegung einer Einnahme-Garantie abhängig zu machen. Sie weist dabei auf ihre mehrjährigen vergeblichen Bestrebungen hin, einen Fernsprechanschluss an die Netze von Hildesheim, Hamburg und Bremen zu erlangen.

Die Kammer beschliesst auf Antrag des Referenten, der Petition der Handelskammer zu Hannover beizutreten.

c. Mittheilungen über etwaige Mängel der Fernsprecheinrichtung in Wolfenbüttel. sollen an der Hand des einzufordernden Materials geprüft und event. der zuständigen Postbehörde vorgetragen werden.

d. Denkschrift der Handelskammer Karlsruhe betr. das ges. Fernsprechwesen. Referent: Herr Friedrich Selwig.

Die Handelskammer zu Karlsruhe bespricht in einer längeren Denkschrift die mannigfachen Mängel, welche bei der bisherigen Ausgestaltung des Fernsprechwesens zu Tage getreten sind und schlägt ihrerseits eine von der bisherigen Organisation abweichende, sowie eine durchgehend neue Tarifierung vor.

Auf Antrag des Referenten beschliesst die Kammer, über diese Denkschrift zur Tagesordnung überzugehen.

5. Herbeiführung einer Staatsaufsicht über das Versicherungswesen.

Referent: Herr Hermann Schmidt.

Die Handelskammer zu Osnabrück bittet in einer ausführlich begründeten Eingabe den Reichskanzler, eine Centralstelle für die staatliche Aufsicht über das Versicherungswesen ins Leben zu rufen, welche ihr gegenwärtig nicht scharf genug erscheint, und den baldigen Erlass eines Reichsversicherungsgesetzes in Aussicht zu nehmen. Referent kann die Ansicht der Handelskammer zu Osnabrück bezüglich der inländischen d. h. deutschen Versicherungsgesellschaften nicht theilen, dagegen erscheint es ihm geboten, die ausländischen Gesellschaften einer strengeren Kontrolle und erschwerenden Bedingungen für den Betrieb zu unterwerfen.

Die Kammer beschliesst nach eingehender Debatte, der Eingabe der Handelskammer Osnabrück keine weitere Folge zu geben, dagegen der Frage einer strengeren Ueberwachung des Geschäftsbetriebes der ausländischen Versicherungsgesellschaften näher zu treten.

6. Annahme von Staatspapieren bei Steuer- und Zoll-Krediten zum Nennwerthe.

Referent: Herr Natalis.

Die Kammer beschliesst über eine Eingabe der Handelskammer zu Minden, welche die Annahme 3%iger preussischer Konsols und Reichsanleihe bei Hinterlegung von Sicherheiten für Zollgefälle und bei Steuerkrediten zum Nennwerthe befürwortet, zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber eine weitere Fernsprechangelegenheit wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Schluss der Sitzung um 2 Uhr.

Aug. Haake. Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämmtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Von Dr. jur. Hatschek-Magdeburg.

Dem Reichstage wird demnächst ein kürzlich vom Bundesrathe durchberathener und auch bereits veröffentlichter Gesetzentwurf zur Berathung vorliegen, betreffend die Einrichtung von „Gesellschaften mit beschränkter Haftung.“ Der Gesetzentwurf bezweckt nichts geringeres, als die Zahl der bestehenden Handelsgesellschaftsformen um eine neue bedeutsame Form zu vermehren, welche die Mitte zwischen offener Handelsgesellschaft und Aktiengesellschaft halten, die Vorzüge beider, unter möglichster Vermeidung ihrer Schattenseiten, vereinigen soll. Nach dem Gesetzentwurfe sollen Gesellschaften mit beschränkter Haftung unter folgenden Bedingungen errichtet werden können: „Die Firma der Gesellschaft muss von dem Gegenstand des Unternehmens entlehnt sein und den Zusatz „Gesellschaft

mit beschränkter Haftung“ enthalten, unter Vermeidung irgend eines Namens von Gesellschaftern oder anderen Personen. Das Stammkapital und die einzelnen auf dasselbe zu leistenden Einlagen müssen in dem — schriftlich abzuschliessenden und bei Gericht zur Eintragung in das Handelsregister einzureichenden — Gesellschaftsvertrage genannt sein; ersteres muss mindestens 20000 Mark, letztere müssen mindestens 500 Mark betragen. Die Gesellschaft muss einen oder mehrere — gleichfalls bei Gericht einzutragende — Geschäftsführer haben, welche sie gerichtlich und aussergerichtlich vertreten, ohne dass hierdurch das Bestimmungsrecht der Gesellschafter in einzelnen genau bestimmten wichtigen Fragen beseitigt wird; letzteres erstreckt sich, soweit es nicht in dem Gesellschaftsvertrage besonders geregelt ist, auf die Bilanzfeststellung, Reingewinnvertheilung, Theilung und Einziehung von Geschäftsanteilen, Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, Entlastung derselben, Massregeln zur Prüfung und Ueberwachung der Geschäftsführung, Bestellung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten, Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Gesellschafter, Rückzahlung von Nachschüssen. Ueber die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft bestimmt der Gesetzentwurf ferner: Die Gesellschaft besteht von der Eintragung im Handelsregister an; sie hat selbstständig Rechte und Pflichten. Die einzelnen Gesellschafter, deren festbestimmte Anteile vererblich und veräusserlich, mit Zustimmung der Gesellschaft sogar auch zum Theile veräusserlich sind, haften nach aussen nicht, sondern den Gläubigern der Gesellschaft haftet nur das — aus der gerichtlichen Veröffentlichung bekannte — Gesellschaftsvermögen. Im Gesellschaftsvertrage kann eine Nachschussverpflichtung des Gesellschafters und die Höhe dieser Nachschüsse bestimmt werden; dieser Nachschussverpflichtung kann sich jedoch jeder Gesellschafter dadurch entziehen, dass er seinen Antheil der Gesellschaft zur Verfügung stellt. Jede Aenderung in den Personen der Geschäftsführer muss dem Handelsgerichte zur Eintragung eingereicht werden, wie auch alljährlich eine Liste der Gesellschafter mit Anführung von deren Stammeinlagen einzureichen ist. Ein Aufsichtsrath kann, aber muss nicht bestellt werden; ist er bestellt, so finden die Vorschriften des Aktiengesetzes auf ihn Anwendung. Eine Abänderung des Gesellschaftsvertrages kann nur mit Zustimmung einer $\frac{3}{4}$ -Majorität der Gesellschafter erfolgen; sofern die Abänderung eine Vermehrung der Lasten (also auch der Einlagen) mit sich bringt, nur mit Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Abänderung muss stets zur Eintragung in das Handelsregister eingereicht werden. Eine Herabsetzung des Stammkapitals kann überdies nur nach vorhergehender wiederholter Aufforderung der Gläubiger und Befriedigung oder Sicherstellung derselben vorgenommen werden. — Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt, soweit sie nicht überhaupt nur auf eine bestimmte Zeit begründet war, nach Beschluss einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Gesellschafter oder durch die Eröffnung des Konkurses. Endlich werden noch strenge Strafbestimmungen für den Fall der Nichtbefolgung der gesetzlichen Vorschriften für Geschäftsführer wie Gesellschafter festgesetzt.

Dies sind, kurz skizziert, die grundsätzlichen Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes. Wenn wir nun zu einer Kritik derselben übergehen, so ist zunächst die Frage zu prüfen: Entspricht die in dem Entwurfe geschaffene neue Gesellschaftsform dem Bedürfnisse des Verkehrs? Wenn dies nicht oder nicht ganz der Fall wäre, welches müsste die neue Gesellschaftsform sein? Wir vermögen die erste Frage nicht ohne Einschränkung zu bejahen. Es trifft allerdings zu, was in der Begründung des Entwurfes gesagt wird: dass für gewisse Unternehmungen weder die — un-

mittelbare Theilnahme sämtlicher Gesellschafter unter unbegrenzter Haftung derselben erfordernde — offene Handelsgesellschaft, noch die — auf einen weiten stets veränderlichen Mitgliederkreis berechnete — Aktiengesellschaft sich eignet. Es ist auch richtig, dass in den dort erwähnten Fällen des Ueberganges gewerblicher Unternehmungen auf mehrere zur Fortführung ungeeignete Erben, oder in dem Falle der nothgedrungenen Uebernahme einer überschuldeten Unternehmung durch die Gläubiger, eine haftungsbegrenzte, nicht der Schwerfälligkeit der Aktiengesellschaft unterliegende Gesellschaftsform am Platze wäre. Allein es entspricht nicht den hervortretenden Bedürfnissen des geschäftlichen Lebens, diese Gesellschaft nur auf kollektiver Grundlage aufzubauen und sie damit der Aktiengesellschaft viel ähnlicher zu machen als der offenen Handelsgesellschaft. Der Entwurf hat eine „nicht geringe“, oder richtiger gesagt, grosse Zahl von Gesellschaftsmitgliedern im Auge, die selbst zumeist eben so fern vom Geschäftsbetriebe bleiben, wie bei der Aktiengesellschaft; darum unterscheidet er Geschäftsführer (die übrigens nicht einmal Gesellschaftsmitglieder zu sein brauchen!) und Gesellschafter. Darum fixirt er den Minimalantheil des Einzelnen auf 500 Mk., gegenüber einem Minimalstammkapital von 20000 Mk., so dass durchschnittlich etwa mit 40 Gesellschaftern gerechnet wird. Der Entwurf will — oder erreicht wenigstens nichts anderes als eine vereinfachte, der Schwerfälligkeit, aber vielleicht auch die Sicherheit einigermaßen entkleidete Art Aktiengesellschaft. In der That ist nicht einzusehen, warum die neuen Gesellschaften sich nicht ganz ähnlich wie Aktiengesellschaften gestalten wollten: eine Maximalzahl der Gesellschafter ist nicht vorgeschrieben, ebensowenig ein solcher Minimalantheilsbetrag, welcher den normalen Betrag einer Aktie wesentlich überschreiten würde; die Anteile sind frei veräusserlich, so dass auch in dieser Hinsicht nur der Unterschied gegenüber der Aktiengesellschaft obwaltet, dass die Veräusserung nicht in der einfachen Form des Verkaufes eines Werthpapiers, sondern in etwas komplizirter Weise, durch gerichtliche (notarielle) Uebertragung stattfindet. Endlich ist im grossen Ganzen die Beziehung der Gesellschafter zur Gesellschaft eine kaum weniger lockere, die Verfügungsgewalt der Geschäftsführer kaum wesentlich andere als die des Vorstandes der Aktiengesellschaft. Schliesslich bildet höchstens noch die Möglichkeit, im Gesellschaftsvertrage eine Zuschusspflicht und ein „Abandonniren“ der Geschäftsanteile zu fixiren, ein wesentliches Unterscheidungsmoment in grundsätzlicher Hinsicht; allein dies kann, muss aber nicht im Gesellschaftsvertrage festgesetzt werden. So wird die neue Gesellschaft, wie schon oben angedeutet, eine vereinfachte Art Aktiengesellschaft, oder auf alle Erwerbsgebiete ausgedehnte „Genossenschaft — mit beschränkter Haftung.“

Das aber ist es nicht, was der Geschäftsverkehr heute in erster Linie erfordert, wenn auch zuzugestehen ist, dass für einzelne Fälle eine derartige „vereinfachte Aktiengesellschaft“ oder auf alle Erwerbsgebiete ausgedehnte „Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ recht geeignet sein mag. Der moderne Geschäftsverkehr verlangt vielmehr hauptsächlich eine neue Gesellschaftsform auf Grundlage einer Individualgesellschaft, einer Gesellschaft mit nicht vielen, aber persönlich mitwirkenden Gesellschaftern; daneben mag auch eine neue vereinfachte Kollektivgesellschaftsform für gewisse Zwecke ganz nützlich sein; allein eine solche kann erst in zweiter Linie für erforderlich erklärt werden. Es ist ganz klar, dass der Vorzug der offenen Handelsgesellschaft zunächst in der persönlichen unmittelbaren Mitarbeit sämtlicher Gesellschafter — wir sehen von Ausnahmefällen ab — liegt und dass diesem grossen Vorzuge, welcher Dritten eine gewisse Garantie für die gedeihliche Wirksam-

keit der Gesellschaft bietet, die offene Handelsgesellschaft ihre bisherige grosse Verbreitung zu verdanken hat. Allein es ist ebenso klar, dass sich kaum leicht ein Kaufmann an mehreren offenen Handelsgesellschaften betheiligt, da die Haftung der Gesellschafter bei diesen eine unbeschränkte ist. Dies würde sich jedoch ganz anders gestalten, wenn es möglich wäre, sich mit einer gewissen Begrenzung der Haftung an einer solchen Aktien-Individualgesellschaft zu betheiligen. Es würden zweifelsohne gerade die hervorragenden und unternehmungslustigen Kaufleute, wie sie heute sich bei Aktiengesellschaften betheiligen, an mehreren Gesellschaften mit begrenzter Haftung theilnehmen — soweit möglich, auch thätig sein. Damit aber wäre dem Unternehmungsgeiste ein weiter Spielraum eröffnet, während der Rahmen für zweckmässige Bethätigung einer Kollektiv-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein recht enger ist.

Von diesen Gesichtspunkten aus wird man daher sagen müssen: Der vorliegende Gesetzentwurf trägt den Bedürfnissen des Geschäftsverkehrs nicht ganz Rechnung. Er sieht vielmehr, wie in der Begründung des Entwurfes ausgeführt wird, von der Errichtung der neuen Gesellschaftsform auf individueller Grundlage ab, anstatt gerade diese in erster Linie zu berücksichtigen. Damit aber beantwortet sich auch die oben aufgeworfene zweite Frage. Die Konstitution der neuen Gesellschaftsform müsste eine derartige sein, dass in dem Rahmen der „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ auch eine aus weniger Gesellschaftern bestehende, der offenen Handelsgesellschaft ähnliche Individual-Gesellschaft Platz fände. Wenn schon den Fällen Rechnung getragen wurde, in welchen eine einfachere Kollektivgesellschaftsform wünschenswerth erscheint, ohne den Apparat einer Aktiengesellschaft, so hätten auch die viel zahlreicheren Fälle berücksichtigt werden müssen, in denen ein Bedürfniss für Individual-Gesellschaften ohne unbeschränkte Haftung der Einzelnen vorliegt. Das ist der Grundfehler des Entwurfes.

Wir können es unterlassen, im Einzelnen die Punkte aufzuführen, in denen der Entwurf von dem zweiten Gesichtspunkte aus noch abgeändert werden müsste; dieselben ergeben sich von selbst, wenn man an die Ausdehnung des Rahmens der neuen Gesellschaftsform und die Anwendung derselben auch für die Individualgesellschaft denkt. Bedeutende Erhöhung der Stammeinlage des Einzelnen, damit ihn ein grösseres vermögensrechtliches Interesse an die Gesellschaft binde, Erschwerung einer Uebertragung des Antheiles, event. Abhängigmachen einer solchen von der Genehmigung der anderen Gesellschaften oder von einer Kündigung auf lange Frist, stärkere Einzahlung der Geschäftsanteile, vor allem aber bedeutende Erweiterung der Verfügungsrechte der Gesellschafter, die zumeist selbst Geschäftsführer würden, (ohne darum die Geschäftsführung durch einzelne Gesellschafter auszuschliessen), möglichste Vermeidung von Majorisirungen innerhalb der Gesellschaft — das wären so etwa die Grundzüge der Abänderungen. Mit der Vornahme derselben würde die Gesellschaftsform in beiden Fällen, für die Kollektiv-Vereinigung und für die Individual-Gesellschaft brauchbar sein.

Endlich möchten wir noch kurz einer Neuerung gedenken, welche der Gesetzentwurf bringt: die Möglichkeit, andere Leistungen, als Kapitaleinlagen, zum Gegenstande der Mitgliederverpflichtung zu machen, — nach der derzeitigen Rechtssprechung — bei Aktiengesellschaften ausgeschlossen ist. In der Begründung des Entwurfes wird auf die Nützlichkeit dieser Bestimmung in gewissen Fällen, wie bei der Errichtung von Zuckerfabriken mit Verpflichtung von Theilnehmern zum Anbau von Rüben, hingewiesen: durch die neue Gesellschaftsform würde es möglich sein, diese Verpflichtung mit der Mitgliedschaft in

engste Verbindung zu bringen. Wir vermögen zur Stunde über diese Spezialfrage kein abschliessendes Urtheil zu fällen; vielleicht ist hier in der That die neue Gesellschaftsform zur festen Regelung der Verpflichtung ganz zweckmässig. Allein wir möchten doch auch auf die grossen Schwierigkeiten und Bedenken dieser Möglichkeit andere Leistungen an Stelle von Kapitaleinlagen anzunehmen, hingewiesen haben: wie sollen dabei Verpflichtungen nach ihrem materiellen Werthe veranschlagt werden? Wie sollen überhaupt andere als Kapitaleinlagen sicher und verlässlich geschützt werden, wenn jene Vorsichtsmassregeln, welche durch das neue Aktiengesetz für die Aktiengesellschaft festgesetzt werden, hier ganz bei Seite bleiben können? Man muss wohl befürchten, dass die Sicherheit, welche die Gesellschaft nach aussen bietet, in solchen Fällen wesentlich verringert werden wird. Man wird hier unter Umständen viel mehr Gefahr laufen, als bei Aktiengründungen, bei denen unter Umständen trotz der strengen Kautelen genug Ueberschätzungen eingebrachter Grundstücke oder Mobilien unterlaufen.

Mag aber immerhin das oder jenes an dem Entwurf noch zu bessern sein, im grossen Ganzen ist er — vorausgesetzt dass die Ausdehnung des Rahmens der neuen Gesellschaftsform auf die Fälle indionaler Vereinigungen stattfindet — ganz zweckmässig und brauchbar. Er dürfte voraussichtlich, wenn er zum Gesetze wird, schon dadurch, dass er dem Unternehmungsglücke eine neue Form von Vereinigung zu geschäftlichen Zwecken bietet, und dabei eine unter Umständen recht zweckmässige Form, den Geschäftsverkehr nicht unbedeutend beleben und damit der inneren wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Reiches einen Vorsprung vor anderen Staaten sichern. Mit umso grösserem Interesse darf man den parlamentarischen Verhandlungen über diese Frage entgegensehen.

Weltausstellung zu Berlin.

Der Gedanke einer grossen Gewerbeausstellung in Berlin beschäftigt seit Jahr und Tag Deutschlands wirtschaftliche Kreise. Die Erinnerung daran, dass beinahe fünfzig Jahre verflossen sind, seit die erste deutsche Gewerbeausstellung im Berliner Zeughause stattfand, das Bewusstsein, dass Deutschland durch seine Stellung im Weltverkehr berufen sei, dem Vorbilde anderer grosser Kulturländer folgend, eine umfassende Schaustellung der Ergebnisse der Gütererzeugung zu veranstalten, die Erfahrung, dass eine solche Schaustellung die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes fördert, in welchem sie ihren Sitz hat, ideale und praktische Momente haben zusammengewirkt, um jenen Gedanken fast gleichzeitig in verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes hervortreten zu lassen.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbfleisses, in dessen Schoosse der Gedanke ebenfalls angeregt und mit lebhafter Sympathie aufgenommen war, hat zunächst eine, für die Ausgestaltung desselben entscheidende Vorfrage ins Klare zu stellen gesucht, die Frage nämlich: ob eine deutsche oder eine internationale Ausstellung ins Auge zu fassen sei, denn beide Formen hatten innerhalb und ausserhalb des Vereins ihre überzeugten Verfechter. Die Berathung dieser Frage in einer Sitzung des Vereins am 6. April v. J., zu welcher auch zahlreiche auswärtige Mitglieder theils persönlich erschienen waren, theils schriftlich sich geäussert hatten, ergab eine Mehrheit für die internationale Ausstellung. Der Verein hat es seitdem für seine Aufgabe angesehen, zur Herbeiführung einer solchen Ausstellung die einleitenden Schritte zu thun, und den unterzeichneten Sonderausschuss mit deren Vorbereitung beauftragt.

Die Ausführung des Unternehmens ist nicht denkbar ohne die thatkräftige Initiative der Reichsregie-

rung, ohne die wohlwollende Förderung durch die einzelnen deutschen Regierungen, ohne die, dem besonderen Interesse der Stadt Berlin entsprechende Unterstützung durch die Stadtgemeinde und ohne die Mitwirkung finanzieller Kräfte bei der Beschaffung der Geldmittel. Die Stellung aller dieser unentbehrlichen Faktoren hängt naturgemäss ab von der Aufnahme, welche das Unternehmen in den wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands findet. Wir treten daher zunächst an die Vertreter der deutschen Gewerbe, der deutschen Landwirthschaft und des deutschen Handels mit der Frage heran, ob in ihrem Bezirk auf eine lebendige Betheiligung zu rechnen sein wird.

Wir wissen sehr wohl, dass einzelne Geschäftszweige jeder allgemeinen Ausstellung gleichgültig oder sogar ablehnend gegenüberstehen, weil sie von derselben einen Nutzen für sich nicht erwarten, aber wir sind der Ueberzeugung, dass Deutschland zur Hebung seiner Ausfuhr einer Ausstellung bedarf, dass gerade die gegenwärtige Lage des Weltverkehrs dringend dazu auffordert, kein zur Hebung der Ausfuhr geeignetes Mittel unbenutzt zu lassen, und dass die Solidarität der wirtschaftlichen Interessen schliesslich auch die gleichgültigen oder abgeneigten Elemente für das Unternehmen gewinnen wird.

Wir wissen ferner, dass die zahlreichen kleineren Ausstellungen, deren Beschickung durch lokale Rücksichten geboten war, in manchen Kreisen eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit hervorgerufen haben, wir glauben aber, dass die Aussicht auf eine Weltausstellung in Deutschland diese kleineren Ausstellungen für längere Zeit zurückdrängen und damit der Ausstellungsmüdigkeit den Boden entziehen werde.

Wir wissen endlich aus der eigenen Erfahrung des Vereins, dass einer rein deutschen Ausstellung vielfach vor einer internationalen der Vorzug gegeben wird, aber wir sind der Meinung, dass der deutschen Ausfuhr, deren Förderung wir vor allen Dingen im Auge haben, durch diese Beschränkung des Zwecks nicht gedient sein würde, denn sie verlangt den Besuch des Auslandes, auf welchen nur in dem Masse zu rechnen ist, in welchem Erzeugnisse des Auslandes Vertretung finden, und sie verträgt es nicht, dass die Ausschliessung des Auslandes als Zeichen der Inferiorität unseres Gewerbefleisses gedeutet werde. Seitdem die Verträge vom 6. und 10. Dezember v. J. der deutschen Handelspolitik einen internationalen Charakter aufgedrückt haben, würde uns eine rein deutsche Ausstellung beinahe als ein Anachronismus erscheinen.

Mit Rücksicht auf die im Jahre 1893 bevorstehende Weltausstellung in Chicago haben wir für die deutsche Weltausstellung das Jahr 1896 oder 1897 ins Auge gefasst. Es erscheint von grosser Bedeutung, dass die fremden Regierungen frühzeitig von dem Plane verständigt werden, damit ebenso wenig Anderer Pläne durchkreuzt, als unser eigenes Unternehmen beeinträchtigt werde.

Indem wir uns hiernach an alle Vertretungen der beteiligten wirtschaftlichen Kreise unseres Vaterlandes, und zwar auch an diejenigen wenden, welche uns bereits früher mit einer zusagenden Antwort beehrt haben, bitten wir, uns bis zum 1. März d. J. mit einer gefälligen Aeusserung versehen zu wollen. Nach deren Einigung werden wir sofort dem Herrn Reichskanzler von dem Ergebniss Kenntniss geben und, wenn dasselbe, wie wir hoffen, dem Unternehmen günstig ausfällt, den Antrag stellen, dass die Reichsregierung an die Spitze des Unternehmens treten, die Anordnung und Ausführung in ihre Hand nehmen und einen Ausschuss von Vertretern aller wirtschaftlichen Kreise berufen möge, in dessen Hände wir alsdann unseren Auftrag niederlegen würden.

Berlin, 15. Januar 1892.

Der Sonder-Ausschuss des Vereins zur
Beförderung des Gewerbefleisses für die
Berliner Weltausstellung.

Dr. Delbrück.

Die Aufhebung der Eisenbahnzüge No. 58, 214 und 215.

Der berechtigte Unwille, welcher sich nicht nur der Geschäftswelt, sondern auch weiter Kreise des Publikums gegenüber der bekannten Verfügung des hiesigen Eisenbahn-Betriebsamtes bemächtigt hat, ist in der Tagespresse bereits genügend gewürdigt worden. Auch haben die in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse ausreichende Beachtung gefunden. Es erübrigt sich, den Wortlaut der Petitionen bekannt zu geben, welche die Handelskammer laut Beschluss vom 22. d. M. an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten, sowie an das Preussische Haus der Abgeordneten gerichtet hat. Dieselben haben den folgenden Wortlaut:

An Se. Exzellenz den Königlich
Preussischen Minister der öffentlichen
Arbeiten Herrn Staatsminister Thielen, Berlin
Ew. Exzellenz!

Unterm 18. Januar d. J. hat das Königliche Eisenbahn-Betriebsamt Braunschweig ohne jegliche Rückfrage bei den hiesigen Verkehrsbehörden und ohne Angabe von Gründen durch Inserat in den Tagesblättern bekannt gegeben, dass vom 1. Februar d. J. ab die Personenzüge No. 58, 214 und 215 nicht mehr befördert würden.

Der Personenzug No. 58, welcher mit Anschluss von Braunschweig über Goslar die Strecke Seesen-Kreiensen durchläuft, gewährleistete für Amt und Stadt Seesen und die daselbst ansässige Industrie den bequemsten und raschesten Anschluss nach Hamburg (ab Seesen 11²⁶ Nachts, 2⁴⁵ an Hannover, an Hamburg 6,20 Morgens). Er war ausserdem geeignet, den Personenzugsverkehr zwischen Braunschweig und Frankfurt a. M. um nicht weniger als 2 Stunden und 20 Minuten abzukürzen. (9,00 ab Braunschweig, anstatt, wie nach Aufhebung des Zuges 58, bereits 7⁴⁰ ab Braunschweig). Wenn die Abschaffung dieses Zuges aus fiskalischen Rücksichten geboten erschien, können wir dieselbe im Interesse der Bevölkerung in Amt und Stadt Seesen, welche zu unserem Bezirke gehören, nur auf das Lebhafteste beklagen.

Die Aufhebung der Züge 214 und 215 jedoch läuft den Verkehrsinteressen unserer Hauptstadt und unseres Herzogthums in einem Grade zuwider, dass wir uns unverzüglich entschlossen haben, an Ew. Exzellenz selbst die ehrerbietige und dringende Bitte um Aufhebung der bezüglichen Verfügung des Eisenbahn-Betriebs-Amtes Braunschweig zu richten. Die Aufregung, welche sich infolge besagter Verfügung der hiesigen Geschäftswelt bemächtigt hat, ist so gross, dass sie auf lange Zeit hin ein freundliches Entgegenkommen unseres Publikums gegen die lokale Verkehrsbehörde in Frage stellt, wenn nicht durch Abänderung oder Gegenbestimmung alsbald Beruhigung erfolgen kann.

Der Zug No. 214, welcher Braunschweig bisher um 12⁴⁷ verlässt, und bereits um 9²⁵ in Frankfurt a. M. eintrifft, stellte bisher die kürzeste Verbindung zwischen beiden Orten dar und ist von der hiesigen Geschäftswelt in erster Linie benutzt worden. Die Aufhebung desselben auf der Strecke Braunschweig-Börssum und der Hinweis auf den Zug 11¹⁰ ab Braunschweig, mittelst dessen alsdann der Anschluss in Börssum erreicht werden müsste, qualifiziert sich als Zumuthung einer Wartezeit von nicht weniger als einer Stunde und 34 Min. für den Schnellzug nach Frankfurt a. M. und dreier Stunden und 44 Min. für den Schnellzug nach Berlin auf der Station Börssum. Es dürfte wohl in der Geschichte des Eisenbahnwesens bisher als Unikum dastehen, dass diejenigen Reisenden, welche aus einer Residenzstadt von über 100000 Einwohnern an die Linien des grossen Verkehrs Anschluss suchen, eine kleine Stunde vor den Thoren dieser Stadt beinahe 4 Stunden auf einem

den kleinen Bahnhöfe festgehalten werden, weil ein Anschlusszug dem fiskalischen Interesse nicht ganz entsprechen dürfte. Wenn wirklich, wie das hiesige Eisenbahnbetriebsamt ausführt, dieser Zug auf der Strecke Braunschweig-Börssum nur sehr schwach besetzt sein sollte, so müsste hier doch ein anderes Auskunftsmittel zu finden sein, als dass die Bewohner der Grossstadt Braunschweig schliesslich ihre Anschlüsse mit Wagen und raschen Pferden vernunftgemäss herzustellen gezwungen würden. Wir haben uns vergebens gefragt, warum das Königliche Betriebsamt, wenn schon einer der, wie wir dankbar anerkennen, zahlreichen Züge zwischen Braunschweig und Börssum aufgehoben werden musste, warum diese Aufhebung nicht den Zug 218, 1110 ab Braunschweig getroffen hat. Denn die Anführung, dass einige etwaigen Theaterbesucher aus Wolfenbüttel bereits früher nach Hause zu fahren wünschten, kann doch wohl nicht ernstlich in die Wagschale gefallen sein. Der Zug 1110 ab Braunschweig ist lediglich Lokalzug und vermittelt keinerlei Anschlüsse.

Es kommt aber hinzu, dass durch Fortfall des Zuges 1247 ab Braunschweig die ganze letzte Postbestellung nach dem Südwesten für unsere Stadt in Fortfall kommen müsste. Der um 1110 abgehende Zug erfordert Leerung der Briefkästen spätestens um 9 Uhr, eine Stunde, welche für eine Grossstadt als allzufrüh bezeichnet werden muss.

Ganz ähnlich würde die Aufhebung des Zuges 215 Börssum-Braunschweig wirken. Reisende, welche aus dem Westen nach unserer Stadt kämen, würden 23 Kilometer vor den Thoren derselben in Börssum einen Aufenthalt von annähernd 2 Stunden erfahren müssen. Nach Aussage der Postbehörde würde sich aber zudem die erste hiesige Ortsbriefbestellung um ca. 1½ Stunden verspäten. Die Post nämlich, welche sonst 423 in Braunschweig eintrifft, würde den 532 hieselbst ankommenden Zug zu benutzen haben; es wäre aber nicht möglich, die zu diesem letztgenannten Zeitpunkte eingehenden Briefschaften bis zur Zeit des ersten Austragens herzurichten. Da bei der grossen räumlichen Ausdehnung unserer Stadt der erste Postgang sehr lange währt, würden die hiesigen Adressaten erst gegen Mittag im Besitz der Postsendungen gelangen, welche schon in der Nacht vorher hieselbst eingetroffen sind.

Es ist zuzugeben, dass für einen kleineren Ort dergleichen Verschiebungen nur wenig zu bedeuten hätten; dass indessen die Verkehrsverhältnisse einer Grossstadt sorgfältiger Rücksichtnahme bedürfen, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wenn das Königliche Eisenbahn-Betriebs-Amt bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion oder bei der unterzeichneten Handelskammer Erkundigungen eingebracht hätten, so wäre wahrscheinlich der Erlass der beregten Verfügung und damit eine weitgehende Beunruhigung des hiesigen Publikums unterblieben.

Nun ist uns unter der Hand mitgeteilt worden, dass die Königliche Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg bereits eine Modifikation der besagten Verfügung dahin angeordnet hätte, dass der Zug 218 künftighin um 40 Minuten später von Braunschweig, der Zug 221 um 10 Minuten später von Börssum abzulassen sei: im Hinblick auf die oben dargelegten Verhältnisse müssen wir auch diese Festsetzung als den hiesigen Interessen zuwiderlaufend bezeichnen. Insbesondere blieben die bezüglich der Postbestellung ab Zug 221 vorgebrachten Bedenken ungeschwächt fortbestehen.

Aus allen diesen Erwägungen beehren wir uns an Ew. Exzellenz die ehrerbietige Bitte zu richten

Ew. Exzellenz wollen die Verfügung des Königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes hochgeneigtest aufheben und die verkehrstechnisch ohnehin sehr stiefmütterlich gestellte Stadt Braunschweig im Besitze ihrer bisherigen Ver-

bindungen belassen; falls indessen das fiskalische Interesse den Fortfall zweier Züge im diesseitigen Bezirke durchaus erforderte, die Aufhebung der Züge 218 und 221 in hochgeneigte Erwägung ziehen.

Ehrerbietigst

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

An das
Hohe Haus der Abgeordneten
Berlin.

Wenn schon die ehrerbietigst unterfertigte Handelskammer nicht dem preussischen Staatsverbande angehört, so erlaubt sich dieselbe dennoch an das Hohe Haus mit einer ergebenen und dringenden Bitte heranzutreten. Denn der Gegenstand dieser Bitte ist von grundsätzlicher und auch für die Königlich Preussischen Staaten in seinen Folgen weittragender Bedeutung; zudem untersteht die Behandlung desselben auch für unser Braunschweigesches Land lediglich dem Preussischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten.

Durch Verfügung vom 18. Januar d. J. hat das Königlich Preussische Eisenbahn-Betriebs-Amt hieselbst ohne vorheriges Benehmen mit den übrigen Verkehrsbehörden und ohne jede Angabe von Gründen bekannt gegeben, dass vom 1. Februar d. J. ab die Züge No. 58, 214 und 215 innerhalb des Herzogthums nicht mehr befördert würden.

Der Zug No. 58 (Seesen-Kreiensen) berührt nur lokale Interessen und mag deshalb ausser Betracht bleiben. Die Züge 214 (Braunschweig-Börssum) und 215 (Börssum-Braunschweig) dagegen sind die direkten Anschlusszüge an den Grossverkehr nach und von Frankfurt a. M. und Berlin. Ihre Aufhebung bedeutet die verkehrstechnische Isolirung der über 100 000 Einwohner zählenden Grossstadt Braunschweig resp. die Einführung einer Wartezeit für Passagiere ab Braunschweig von 2 bis 4 Std. auf dem nur 23 Kilometer entfernten liegenden Bahnhofe Börssum! Sie bedeutet aber ausserdem nicht nur einen vorzeitigen Postschluss um 9 Uhr Abends für die Briefbestellung nach dem Süden und Südwesten, sondern sogar eine Verspätung der ganzen ersten (Morgen-) Postbestellung um nicht weniger als 2—3 Stunden!

Das Königliche Eisenbahnbetriebsamt hat, wie erwähnt, weder die unterfertigte Handelskammer noch die Kaiserliche Oberpostdirektion vorher von seiner bezüglichen Absicht verständigt, sondern die Massregel kurzer Hand 12 Tage vor ihrer Einführung bekannt gemacht. Es muss als ein glücklicher Zufall bezeichnet werden, dass das betreffende Inserat in den Zeitungen nicht übersehen worden ist.

Die Verfügung selbst richtet sich schablonenmässig auf Aufhebung derjenigen beiden Züge, welche die schwächste Frequenz aufzuweisen haben, unbekümmert um die Bedeutung der Anschlüsse an den Fern- und Schnellzugsverkehr. Eine grosse Anzahl von (12) Lokalzügen bleibt daneben bestehen, offenbar, weil dieselben eine etwas stärkere Besetzung zeigen. Auf den Postverkehr ist nicht die geringste Rücksicht genommen; die Gepflogenheiten der hiesigen, doch sicher bedeutenden, Geschäftswelt sind einfach ignoriert. Vergebens fragt man sich angesichts einer solchen Massregel, welchen Interessen des Verkehrs die Verkehrsverwaltung hier hat dienen wollen.

Die Kaiserliche Oberpostdirektion ist sofort beschwerdeführend bei der vorgesetzten Eisenbahnbehörde vorstellig geworden. Aber auch sie hat bisher nichts erreicht, als eine ganz ungenügende Verschiebung zweier Lokalzüge: Die Anschlusslücke klappt wie zuvor und die erste Postbestellung bleibt unausführbar.

Trotzdessen sind wir überzeugt, dass die Verfügung des Eisenbahn-Betriebsamtes Bestand nicht haben wird,

Die Verkehrsinteressen einer Industriestadt von über 100000 Einwohnern wiegen in einem zivilisirten Staate schwerer, als einige hundert oder selbst tausend Mark im Säckel des Fiskus. Wir glauben nicht daran, dass man uns zwingen wird, zu Pferd und Wagen unsere Verkehrsanschlüsse aufzusuchen, nachdem wir dieserhalb bei dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten vorstellig geworden sind.

Wenn wir uns aber trotzdem mit unserer ehrerbietigen Bitte an das Hohe Haus wenden, so geschieht dies lediglich um des Hinweises auf die einschneidende Bedeutung willen, welche derartige Massregeln des Verkehrsfiskus haben.

Die Eisenbahnverwaltung sieht vor sich und befürchtet weiteren Rückgang ihrer Einnahmen. Sie giebt deshalb die Weisung aus: sparen. Soll das aber heissen sparen unter allen Umständen, sparen auf Kosten der vitalsten Interessen, sparen, so dass Rückbildung des Verkehrs eintritt, dann werden selbst die begeistertsten Anhänger der Verstaatlichung der Eisenbahnen sich bald in deren schärfste Gegner umwandeln müssen. Wir leben in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges. Will man Handel und Verkehr etwa dadurch wieder emporbringen, dass man ihm Weg und Steg verlegt? Niemals hat das wirtschaftliche Leben rascheren Aufschwung genommen, als zu einer Zeit der Verkehrsverbesserungen. Je weniger Kraft und Geld auf die rohe Fortbewegung von Personen und Gütern verwendet werden muss, desto mehr wird davon für die produktive Arbeit und für den geistigen Fortschritt übrig bleiben. Jede Beschleunigung des Verkehrs erspart Zeit, und die ist Geld für diejenigen, welche Handel und Wandel kennen. Man soll angefangen haben, an den Arbeitern und Beamten zu sparen, gerade mit Eintritt der rauheren Jahreszeit. Die öffentliche Meinung hat dieses Vorgehen wenig schmeichelhaft gekennzeichnet. Was lässt sich für die Verkehrswelt noch alles erwarten und befürchten, wenn die Sparer sich von so schematischen Erwägungen leiten lassen, wie in unserem Falle. Wenn einer Grossstadt ohne Weiteres ihre Hauptverkehrsstränge erschwert, wenn ihr Anschluss auf Stunden hinaus verlangsamt, wenn ihre postalischen Beziehungen ohne Weiteres auf das Niveau eines Landstädtchens herabgedrückt werden können, was haben, fragen wir, dann wohl Mittel- und Klein-Städte zu erhoffen, falls der Fiskus in ihrem Bezirke einen ähnlichen Fiskalismus an den Tag legt. Sollen Anschlüsse zerstört und verlangsamt werden, sollen Zugverbindungen aufgehoben und Personal entlassen werden, so wird sich allerdings das Ausgabebudget des Ministers verringern, ob aber die Einnahmen sich entsprechend vergrössern werden, wollen wir der eigenen Beurtheilung des Fiskus überlassen.

Es ist höchst bedauerlich, aber leider wahr, dass die öffentliche Meinung dem Verkehrsfiskus nur noch ein nicht genügendes Interesse für die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung zuspricht. Es würde zu weit führen, hier auf die Gründe dieser Erscheinung hinzuweisen. Dass aber aus diesem verderblichen Widerstreite der Fiskus schwerlich als Sieger hervorgehen wird, ist gewiss.

Wir halten die Volksvertretung in erster Linie für berufen, durch ihren schwerwiegenden Einfluss den rückwärtsgekehrten fiskalischen Grundsätzen der Verkehrsverwaltung entgegenzutreten. Wir wenden uns deshalb auch in unserem Falle, welchem wir eine typische Bedeutung beilegen, an das Hohe Haus mit der ehrfurchtsvollen Bitte

das Hohe Haus wolle bei sich darbietender Gelegenheit immer von neuem dem Gedanken Ausdruck verleihen, dass die Verkehrsverwaltungen in allererster Linie zur Wahrnehmung der Interessen des Verkehrs berufen sind, dass demnach

entgegenstehende Massregeln, welche das fiskalische Interesse zu erfordern scheint, nur nach sorgfältiger Prüfung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse Platz greifen dürfen.

Ehrerbietigst

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Während des Druckes vorstehender Ausführungen ist nunmehr die Aufhebung der angegriffenen Verfügung des Betriebsamtes erfolgt. Wir begrüssen dies mit um so grösserer Freude, als die Entscheidung schnell und unerwartet für diejenigen gekommen ist, welche gegenüber unserer Eisenbahnverwaltung sich allzu pessimistisch verhalten. Wir sind überzeugt, dass auch das hiesige Königl. Eisenbahnbetriebsamt in günstigem Sinne berichtet hat und für uns bei der vorgesetzten Behörde eingetreten ist, nachdem es von der Stimmung der Bevölkerung verständig worden ist.

Der Entwurf eines Checkgesetzes.

§ 1. Der Check muss enthalten: 1) die in den Text aufzunehmende Bezeichnung als Check; 2) die an eine Person oder Firma (den Bezogenen) gerichtete Aufforderung des Ausstellers aus seinem Guthaben eine bestimmte Geldsumme zu zahlen; 3) die Bezeichnung des Zahlungsempfängers; als solcher kann entweder eine bestimmte Person oder Firma oder der Inhaber des Checks bezeichnet werden; sind dem Namen oder der Firma des Zahlungsempfängers die Worte „oder Ueberbringer“ oder ein gleichbedeutender Zusatz beigefügt, so gilt der Check als auf den Inhaber gestellt; 4) die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma; 5) die Angabe des Ortes, des Monats-tages und des Jahres der Ausstellung.

§ 2. Der bei dem Namen oder der Firma des Bezogenen angegebene Ort gilt als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen. Ist ein solcher Ort nicht angegeben, so vertritt dessen Stelle der Ausstellungsort. Die Angabe eines anderen Zahlungsortes macht den Check als solchen ungültig.

§ 3. Ist die zu zahlende Geldsumme (§ 1 Nr. 2) in Buchstaben und in Ziffern ausgedrückt, so gilt bei Abweichungen die in Buchstaben ausgedrückte Summe. Ist die Summe mehrmals mit Buchstaben oder mehrmals mit Ziffern geschrieben, so gilt bei Abweichungen die geringere Summe.

§ 4. Der Aussteller kann sich selbst als Zahlungsempfänger bezeichnen.

§ 5. Der Check ist bei Sicht zahlbar. Die Angabe einer anderen Zahlungszeit macht den Check als solchen ungültig.

§ 6. Der auf eine bestimmte Person oder Firma gestellte Check ist durch Indossament übertragbar, falls nicht der Aussteller die Uebertragung durch die Worte „nicht an Ordre“ oder durch einen gleichbedeutenden Zusatz untersagt hat. Auch der auf den Inhaber gestellte Check kann indossirt werden. Jeder Inhaber ist legitimirt, das erste Indossament auf den Check zu setzen. Im übrigen finden in Betreff des Indossaments, der Legitimation des Inhabers eines indossirten Checks und deren Prüfung, sowie in Betreff der Verpflichtung des Besitzers zur Herausgabe die Vorschriften, welche die Artikel 11 bis 13, 36 und 74 der Wechselordnung bezüglich des Wechsels enthalten, mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass ein auf eine Abschrift des Checks gesetztes Indossament keine checkrechtliche Wirksamkeit hat. Ein Indossament des Bezogenen sowie ein Indossament an den Bezogenen ist ungültig.

§ 7. Der Check darf nicht acceptirt werden. Ein auf den Check gesetzter Annahmevermerk gilt als nicht geschrieben.

§ 8. Der am Ausstellungsorte zahlbare Check (Platzcheck) ist spätestens binnen drei, der an einem anderen Orte des Reichsgebiets zahlbare Check spätestens binnen fünf Tagen dem Bezogenen am Zahlungsorte zur Zahlung zu präsentiren. Liegt der Ausstellungsort oder der Zahlungsort ausserhalb des Reichsgebiets, so ist der Check spätestens am dritten Tage nach Ablauf desjenigen Zeitraums, welcher erforderlich ist, um ihn vom Ausstellungsorte mit den gewöhnlichen Transportmitteln nach dem Zahlungsorte zu senden, am letzteren Orte zur Zahlung zu präsentiren. Der Ausstellungstag und im Falle des Absatzes 2 der Ankunftsstag, sowie Sonntage und allgemeine Feiertage werden nicht mitgerechnet. In welchen Fällen Checks, die an einem Nachbarorte des Zahlungsortes zahlbar sind, den Platzchecks gleich zu achten sind, bestimmt der Bundesrath nach Massgabe der örtlichen Verhältnisse.

§ 9. Die Einlieferung eines Checks in eine Abrechnungsstelle, bei welcher der Bezogene vertreten ist, gilt als Präsentation zur Zahlung. Der Bundesrath bestimmt, welche Stellen als Abrechnungsstellen im Sinne dieses Gesetzes zu gelten haben.

§ 10. Der Bezogene haftet dem Inhaber des Checks für die Zahlung des Checkbetrages, soweit er zur Zeit der Präsentation des Checks dem Aussteller gegenüber zur Einlösung desselben verpflichtet ist. Er hat nur gegen Aushändigung des Checks Zahlung zu leisten. Der Tod des Ausstellers oder der Eintritt der Geschäftsunfähigkeit desselben, sowie der Ablauf der Präsentationsfrist (§ 8) ist auf das Recht und die Pflicht des Bezogenen zur Zahlung ohne Einfluss. Ein Widerruf des Checks seitens des Ausstellers hat keine rechtliche Wirksamkeit.

§ 11. Der Inhaber eines Checks kann durch den quer über die Vorderseite geschriebenen oder gedruckten Zusatz: „Nur zur Verrechnung“ verbieten, dass der Check baar bezahlt werde. Derselbe darf in diesem Falle nur zur Verrechnung mit dem Bezogenen oder einem Girokunden desselben oder einem Mitgliede der an dem Zahlungsorte bestehenden Abrechnungsstelle (§ 9) benutzt werden. Die hiernach stattfindende Verrechnung gilt als Zahlung im Sinne dieses Gesetzes. Das Verbot kann nicht zurückgenommen werden. Die Uebertretung desselben macht den Bezogenen für den dadurch entstehenden Schaden verantwortlich.

§ 12. Auf die Verpflichtung des Bezogenen zur Verrechnung finden die Bestimmungen des § 10 entsprechende Anwendung. Der Bezogene, welcher im Falle des § 11 den Check zur Verrechnung in Empfang nimmt, haftet dem Präsentanten für die dessen Bestimmung entsprechende alsbaldige Gutschrift des Checkbetrages und im Falle der Unterlassung für allen daraus entstandenen Schaden.

§ 13. Der Aussteller und die Indossanten haften dem Inhaber für die Einlösung des Checks. Hat jedoch ein Indossant dem Indossament die Bemerkung „ohne Gewährleistung“, „ohne Obligo“, oder einen gleichbedeutenden Vorbehalt hinzugefügt, so ist er von der Verbindlichkeit aus seinem Indossament befreit.

§ 14. Zur Ausübung des Regressrechts (§ 13) muss die rechtzeitige Präsentation und die Nichteinlösung des Checks nachgewiesen werden. Der Nachweis kann insbesondere geführt werden: 1) durch einen unter entsprechender Anwendung der Artikel 87, 88 No. 1 bis 4, 6, Artikel 89 bis 91 der Wechselordnung aufgenommenen Protest, 2) durch eine von dem Bezogenen auf den Check gesetzte, unterschriebene und das Datum der Präsentation enthaltende Erklärung.

3) durch eine Bescheinigung einer Abrechnungsstelle (§ 9) über die vor Ablauf der Präsentationsfrist geschehene Einlieferung und die Nichteinlösung des Checks.

§ 15. Wegen der Benachrichtigung der Vormänner und des Einlösungsrechts derselben, sowie wegen des Umfangs der Regressforderung und der Befugniss zur Ausstreichung von Indossamenten finden die Artikel 45 bis 48, 50 bis 52 und 55 der Wechselordnung entsprechende Anwendung.

§ 16. Der Inhaber des Checks kann sich wegen seiner ganzen Regressforderung an alle Verpflichteten oder auch nur an einige oder einen derselben halten, ohne dadurch seinen Anspruch gegen die nicht in Anspruch genommenen Verpflichteten zu verlieren. Es steht in seiner Wahl, welchen Verpflichteten er zuerst in Anspruch nehmen will. Der Schuldner kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche ihm aus dem Check selbst oder unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen.

§ 17. Der Regresspflichtige ist nur gegen Auslieferung des Checks, der zum Nachweise der rechtzeitigen Präsentation und der Nichteinlösung dienenden Urkunden, sofern solche beigebracht sind, und einer quittirten Retourenrechnung Zahlung zu leisten verbunden.

§ 18. Die Regressansprüche gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner verjähren, wenn der Check in Europa zahlbar ist, in drei Monaten, andernfalls in sechs Monaten. Die Verjährung beginnt gegen den Inhaber des Checks mit dem Ablauf der Präsentationsfrist (§ 8), gegen jeden Indossanten, wenn er vor Erhebung der Klage gegen ihn gezahlt hat, vom Tage der Zahlung, in allen übrigen Fällen vom Tage der Erhebung der Klage. Auf die Unterbrechung der Verjährung finden Artikel 80 der Wechselordnung, § 13 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zur Civilprozessordnung vom 30. Januar 1877 und § 3 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zur Konkursordnung entsprechende Anwendung.

§ 19. Ist die Regressverbindlichkeit des Ausstellers durch Unterlassung rechtzeitiger Präsentation oder durch Verjährung erloschen, so bleibt derselbe dem Inhaber des Checks so weit verpflichtet, als er sich mit dessen Schaden bereichern würde. Der Aussteller gilt bis zum Beweise des Gegentheils als in Höhe des Checkbetrages bereichert. Der Aussteller kann aus dem Anspruche, welcher dem Inhaber des Checks nach § 10 gegen den Bezogenen zusteht, einen Einwand nicht herleiten.

§ 20. Hat der Aussteller einen Check begeben, obwohl er wusste oder ohne grobes Verschulden wissen musste, dass ihm zur Zeit der Begebung ein Guthaben, welches zur Einlösung dieses Checks und der von ihm auf denselben Bezogenen etwa begebenen anderweiten Checks ausreicht, bei dem Bezogenen nicht zustand, so haftet er in jedem Falle dem Inhaber des Checks für allen daraus entstandenen Schaden. Als Guthaben ist der Geldbetrag anzusehen, bis zu welchem der Bezogene nach der zwischen ihm und dem Aussteller getroffenen Vereinbarung von dem letzteren ausgestellte Checks einzulösen verpflichtet ist.

§ 21. In den Fällen der §§ 10, 11 Absatz 2, 12, 19 und 20 verjährt der Anspruch in einem Jahre seit Ausstellung des Checks.

§ 22. Aus einem Check, auf welchem die Unterschrift des Ausstellers oder eines Indossanten gefälscht ist, bleiben diejenigen, deren Unterschriften echt sind, verpflichtet.

§ 23. Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgestellten Checks, sowie jeder im Auslande auf einen Check gesetzten Erklärung werden nach den

Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die Ausstellung beziehungsweise die Erklärung erfolgt ist. Entspricht jedoch der im Auslande ausgestellte Check oder die im Auslande auf einen Check gesetzte Erklärung den Anforderungen des inländischen Gesetzes, so kann daraus, dass nach ausländischem Gesetz ein Mangel vorliegt, kein Einwand gegen die Gültigkeit des von einem Inländer ausgestellten, im Inlande zahlbaren Checks oder gegen die Rechtsverbindlichkeit der später im Inlande auf den Check gesetzten Erklärungen entnommen werden.

§ 24. Für das Aufgebotsverfahren zum Zweck der Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Checks gelten die §§ 837 ff. der Civilprozessordnung. Nach Einleitung des Aufgebotsverfahrens kann der Eigentümer des Checks, falls der letztere rechtzeitig zur Zahlung präsentirt, von dem Bezogenen aber nicht eingelöst worden war, nach Massgabe der §§ 13 ff. von dem Aussteller Zahlung fordern, wenn er bis zur Kraftloserklärung des Checks Sicherheit bestellt. Ohne eine solche Sicherheitsbestellung ist er nur berechtigt, die Hinterlegung des Checkbetrages zu verlangen.

§ 25. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes geltend gemacht wird, gehören, sofern in erster Instanz die Landgerichte zuständig sind, vor die Kammern für Handelssachen (§§ 100 bis 118 des Gerichtsverfassungsgesetzes). Die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz wird im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz dem Reichsgericht zugewiesen. Auf die Geltendmachung von Regressansprüchen aus einem Check finden die den Wechselprozess betreffenden Vorschriften der §§ 565 bis 567 der Civilprozessordnung entsprechende Anwendung. Die Rechtsstreitigkeiten, in welchen ein solcher Anspruch geltend gemacht wird, gelten als Feriensachen.

§ 26. Als Checks im Sinne des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer vom 10. Juni. 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 193 ff.) sind fortan diejenigen Urkunden anzusehen, welche den Anforderungen des gegenwärtigen Gesetzes (§§ 1, 2, 5 und 23) entsprechen.

§ 27. Mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark wird, sofern nicht nach anderweiten Bestimmungen eine härtere Strafe verwirkt ist, bestraft: 1. wer einen Check begiebt, obwohl er weiss oder ohne grobes Verschulden wissen muss, dass ihm zur Zeit der Begebung ein Guthaben, welches zur Einlösung dieses Checks und der von ihm auf denselben Bezogenen etwa begebenen anderweiten Checks ausreicht, bei dem Bezogenen nicht zusteht; 2. wer einen Check begiebt, bei dessen Ausstellung er vorsätzlich den Tag der Ausstellung nicht oder unrichtig bezeichnet hat.

§ 28. Dieses Gesetz tritt am 1892 in Kraft. Die Bestimmungen desselben finden auf früher ausgestellte Checks keine Anwendung.

Kleine Mittheilungen.

Eisenbahn Gifhorn-Uelzen. Die Handelskammer hatte unterm 2. Dezember v. J. an das Herzogliche Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in welcher die langgehegten Wünsche der hiesigen Handelswelt bez. des Baues der Linie Gifhorn-Uelzen nochmals zusammengefasst und geneigter Befürwortung empfohlen waren. Bereits unterm 4. Januar d. J. hat das Staatsministerium auf diese Eingabe Bescheid erteilt. Aus demselben geht hervor, dass die Sache allerdings augenblicklich noch nicht spruchreif ist, weil die Kgl. Preuss. Eisenbahn-Verwaltung noch nichts unternommen hat, was auf eine unmittelbar bevorstehende Inangriffnahme

einer der in Rede stehenden Strecken schliessen liesse. Indessen nimmt erfreulicher Weise die hiesige Regierung denselben Standpunkt ein, wie die Mehrzahl der Interessenten; es ist deshalb auf einflussreiche Hilfe und Fürsprache beim Preussischen Fiskus an dieser Stelle zu hoffen. Wie wir hören, sind die Eingaben der Gemeinden aus dem nordöstlichen Theile des Herzogthums, welche, unter offener Verkenennung des Gesamtinteresses des Landes, sich für den Bahnbau Uelzen-Oebisfelde ins Zeug legen, abschlägig beschieden worden.

Vereinigung Bremer Spediteure für die Weltausstellung zu Chicago 1893. Der Handelskammer ist die nachfolgende Zuschrift zugegangen, welche wir hierunter durch Abdruck zur Kenntniss der Interessenten bringen; eine Verantwortlichkeit für den Inhalt derselben müssen wir indessen ausdrücklich ablehnen.

„Die unterzeichneten, in Bremen und in Hamburg etablirten Spediteure, welche speciell durch langjährigen, geschäftlichen Verkehr mit den Vereinigten Staaten in der Lage sind, die Spedition der für die Weltausstellung in Chicago zum Versand kommenden Güter in zuverlässiger und sachkundiger Weise zu besorgen und zu genanntem Zwecke eine Vereinigung gebildet haben, gestatten sich, der wohlwollenden Handelskammer in Braunschweig die Bitte auszusprechen, diese Angelegenheit in geeigneter Weise unterstützen zu wollen.

Unsere Vereinigung ist in der Lage, durch eigene Charterung von Frachtdampfern und sonstigen Dampfer-Räumen den Ausstellern stets die billigsten Verschiffungs-Gelegenheiten unter Berechnung der niedrigst möglichen Spesen in hinreichender Masse zur Verfügung zu stellen und hatten wir für prompte Erfüllung der von uns eingegangenen Verpflichtungen solidarisch.

Wir gestatten uns ferner ganz ergebenst zu bemerken, dass wir sowohl in den amerikanischen Eingangshäfen, als auch in Chicago für Speditionszwecke unsere eigenen Vertreter haben, welche für sachgemässe und vortheilhafte Hin- und Rückbeförderung der Güter Sorge tragen werden.

Zur Förderung der Angelegenheit möchten wir nun die höfliche Bitte an das wohlwoll. Sekretariat richten, uns die Namen der sich meldenden Aussteller gütigst von Zeit zu Zeit mittheilen zu wollen, damit wir die betreffenden Firmen über die sie interessirenden Einzelheiten unterrichten können.

Nach persönlichen Mittheilungen des Reichskommissars, Herrn Geh. Regierungsrath Wermuth, werden weitere Bekanntmachungen in dieser Lage erfolgen und werden wir alsdann auch Ihnen Näheres unterbreiten.

Mit der Bitte, Ihre gefl. Mittheilungen an eine der unterzeichneten Firmen gelangen zu lassen, verharret

Mit aller Hochachtung

Die Vereinigung Bremer Spediteure
für die Weltausstellung in Chicago 1893.
(Folgen Unterschriften.)

Auszug aus den neuesten Bestimmungen betreffend die freie Einfuhr von Gütern für die Weltausstellung in Chicago 1893. Es ist die Absicht der Zollbehörde, alle für die Ausstellung bestimmten Güter in der schnellsten und sichersten Weise zur Einfuhr zuzulassen, ohne Zoll oder Zollspesen zu erheben. Zu diesem Zwecke ist es unumgänglich nothwendig, dass alle für die Ausstellung bestimmten Colli mit Beklebezetteln versehen werden, welche die Fahne des Ursprungslandes darstellen, ungefähr 8 x 12 Zoll gross sind, und in deutlichem, schwarzem Drucke die Worte „Exposition at Chicago“ enthalten. Alle Colli müssen in der folgen-

den Weise gezeichnet sein: 1) Collector of Customs, Chicago. 2) Exhibits for Columbian Exposition. 3) Mit dem Namen des Adressaten oder Spediteurs, welcher die Güter im Anknftshafen der Vereinigten Staaten in Empfang nehmen soll. 4) Mit Zeichen und Nummern des Absenders oder Ausstellers. 5) Mit Namen und Adresse des Absenders oder Ausstellers. (Die Beklebezettel und sonstigen Begleitpapiere werden s. Z. von dem Herrn Reichskommissar ausgegeben werden.) Die Aussteller sind verpflichtet, eine Faktura in Duplo auszufertigen, welche ihre Namen und Adressen, Zeichen und Nummern der Colli, eine genaue Beschreibung der Güter und die genaue Werthangabe einer jeden einzelnen Sendung, aufweist. Diese Faktura muss mit der Unterschrift des Ausstellers versehen sein. Eine Beglaubigung seitens des Konsulates der Vereinigten Staaten ist nicht erforderlich. Von dieser in Duplo ausgefertigten Faktura ist ein Exemplar an den Collector of Customs in Chicago zu senden, das andere Exemplar an den Empfänger der Güter im amerikanischen Anknftshafen. Der Sicherheit wegen ist es rathsam, die Güter an einen Spediteur zu adressiren, welcher die Zollabfertigung im Anknftshafen, sowie die Beförderung nach Chicago mittelst einer, der hierzu autorisirten Eisenbahnlinien besorgen kann. Von denjenigen Eisenbahnlinien bezw. Transportgesellschaften, welche berechtigt sind, Ausstellungsgüter unter Zollverschluss nach Chicago zu befördern, dürften hauptsächlich die folgenden in Frage kommen: In New York, N. Y.—New York, West Shore and Buffalo Railway Company; Merchants' Despatch Transportation Company; New York, Lake Erie and Western Railroad Company; American Express Company Wells, Fargo & Co. In Baltimore, Md.—Baltimore and Ohio Railroad Company. In Philadelphia, Pa.—Pennsylvania Railroad Company; Merchants' Despatch Transportation Company; Baltimore and Ohio Railroad Company. In Boston, Mass.—American Express Company; New York and New England Railroad Company; Merchants' Despatch Transportation Company. Als Spediteure in New York und Chicago sind in erster Linie die Herren R. F. Downing & Co. zu nennen, in Baltimore Frank H. Shallus, in Philadelphia J. W. Hampton jr. & Co. und O. G. Hempstead & Co. und in Boston Stone & Downer. Alle Ausstellungsgüter werden in genauer Reihenfolge ausgeladen und sofort der Aufsicht eines Ausstellungsbeamten überwiesen. Alsdann findet die Zollrevision statt und der revidirende Beamte vergleicht den Inhalt der Colli mit den entsprechenden Fakturen. Der Appraiser stellt den Werth der Waaren wie bei gewöhnlichen Importationen fest. Nach Feststellung des Werthes wird der entfallende Zoll ausgerechnet und für späteren Gebrauch gebucht. Nach dem Zolltarife der Vereinigten Staaten ist die Verpackung aller Einfuhrgüter ebenfalls zollpflichtig; es müssen daher alle Verpackungen und Hüllen, welche Ausstellungsgüter enthielten, sorgfältig aufbewahrt werden, um bei der eventuellen Ausfuhr wieder benutzt zu werden. Auf solche Verpackungen oder Hüllen, welche bei der Ausfuhr nicht wieder benutzt werden, wird, wenn dieselben zollpflichtig sind, der entfallende Eingangszoll erhoben. Alle Güter, welche zur Gratisvertheilung bestimmt sind, ferner alle Waaren, welche zur Proviantirung von Restaurationen etc. eingeführt werden, sind zollpflichtig, und zwar muss der Zoll auf dieselben wie bei gewöhnlichen Sendungen vor Ablieferung der Waaren bezahlt werden. Die Zolldokumente für solche Sendungen müssen wie für gewöhnliche Importationen aufgemacht sein. Sobald die Ausstellungsgüter eintreffen, unterliegen dieselben der Aufsicht der Zollbehörde, und dürfen nicht ohne Erlaubniss von Seiten des betreffenden Zollbeamten von ihren angewiesenen Plätzen entfernt werden. Unter keinen Umständen ist es gestattet, Ausstellungs-

güter der Aufsicht des Zollbeamten zu entziehen, ohne den nothwendigen Zollformalitäten entsprochen zu haben. Der Verkauf von Ausstellungsgütern während der Ausstellung ist gestattet, jedoch dürfen dieselben nicht vor Schluss der Ausstellung an den Käufer abgeliefert werden. In diesem Falle muss die entsprechende „Entry“ eingereicht und der Zoll bezahlt werden. Es ist auch zulässig, Ausstellungsgüter nach Schluss der Ausstellung unter Zollverschluss nach allen Plätzen der Vereinigten Staaten zu befördern, welche eine Zollbehörde haben, in welchem Falle der Zoll am Bestimmungsort gezahlt wird. Jeder Aussteller, welcher Ausstellungsgüter verkauft hat, kann dem Käufer eine schriftliche Vollmacht zur weiteren Besorgung der Zollformalitäten ertheilen: er muss jedoch den Collector of Customs hiervon schriftlich verständigen. Mit dieser Vollmacht übergelien auf den Käufer alle Rechte und Verpflichtungen des Ausstellers. Wenn Ausstellungsgüter zufällig beschädigt oder vernichtet werden, wird kein Zoll auf dieselben erhoben. Verkaufte Ausstellungsgüter, deren Werth in Folge natürlicher Ursachen oder unvorsichtiger Behandlung vermindert wurde, sind zollpflichtig zu dem bei der Einfuhr deklairten Werthe. Der Zoll muss in allen Fällen auf wenigstens ein ganzes Collo gezahlt werden. Nach Schluss der Ausstellung werden alle zur Ausfuhr bestimmten Ausstellungsgüter unter Zollverschluss nach dem Ausfuhrhafen befördert werden. Die Vorschriften für die Art und Weise der Rückbeförderung werden späterhin veröffentlicht werden. Wenn ein Aussteller mehr Güter einführen will, als derselbe auszustellen beabsichtigt, muss er den Ueberschuss entweder unter Zollverschluss in einem hierzu autorisirten Lagerhaus einlagern, oder den entfallenden Zoll erlegen. Die vorhergehenden Bestimmungen gelten sonst auch für diesen Fall. Ausstellungsgüter, über welche von ihrem Aussteller nach Schluss der Ausstellung nicht verfügt wird, werden von der Zollbehörde unter Zollverschluss eingelagert, und falls nicht innerhalb zwölf Monaten reklamirt, für Rechnung des Eigenthümers verkauft. Alle die vorhergehenden Vorschriften und Bestimmungen sind zum Schutze und im Interesse der Aussteller getroffen und beabsichtigen, Verzögerungen in der Zollbehandlung und Verkehrsstörungen so weit wie möglich vorzubeugen. Alle Personen, welche versuchen sollten, diese Bestimmungen zu umgehen, um Zahlung von Zoll zu vermeiden, oder die Vereinigten Staaten in sonstiger Weise zu schädigen, verfallen den gesetzlichen Strafen: die Waaren werden konfisziert.

Hebung der deutschen Ausfuhr nach Salvador.

Die Reichsregierung ist fortgesetzt bestrebt, den deutschen Ausfuhrhandel zu heben und ihm weitere Gebiete zu erschliessen. Wichtig erscheinen in dieser Beziehung beispielsweise die Handelsverhältnisse von Central-Amerika. Was speciell den Freistaat Salvador angeht, so ist es beklagenswerth, dass unter den vielen Reisenden, welche aus Deutschland kommen, das Drogen-Geschäft bisher völlig unvertreten geblieben ist, während sowohl die amerikanischen, wie auch französischen und englischen Drogenhäuser diese Länder regelmässig bereisen lassen.

Der Erfolg ist, dass von deutschen Drogen nur ganz unbedeutende Mengen (etwa 30% der Gesamt-Einfuhr) eingeführt werden.

Der Wunsch der Deutschen Eisen- und Maschinen-Industrie, die Ausfuhr nach diesen Ländern zu heben, lässt sich nur erreichen, wenn deutsche Ingenieure veranlasst würden, ihren Aufenthalt in Central-Amerika zu nehmen. In diesem Freistaate leben bisher fast ausschliesslich amerikanische Ingenieure, welche selbstverständlich bei Ausfuhrung von irgend welchen Contracten (Eisenbahn-Bauten, Aufsetzung von Kaffee-Reinigungs-Maschinen, Anlagen von elektrischem Lichte) thunlichst das Material aus ihrer Heimath beziehen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Annoncen-Annahme:
Invalidendank (I. Mohr)
Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: D. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1—644/92.

Wir sind in der Lage über Zahlungseinstellungen in Moskau Interessenten zuverlässige und vertrauliche Mittheilung zu machen.

Braunschweig, den 29. Februar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 592/92.

Interessenten der Leder- insbesondere der Hand-
schuh-Industrie, welche für die Ausfuhr nach Italien
arbeiten, bitten wir zwecks wichtiger Informationen
an unserer Geschäftsstelle vorzusprechen.

Braunschweig, 13. Februar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. II. 7. — 601/92.

Durch Schreiben vom 15. d. Mts. hat das Königl.
Eisenbahn-Betriebsamt uns mitgetheilt, dass es
in Würdigung der von den beteiligten Kreisen er-
hobenen Bedenken bis auf Weiteres von der Einfüh-
rung einer **amtlichen Bestätigung der Stückgüter**
Abstand nehmen wolle.

Angesichts der beschränkten Räumlichkeiten der
hiesigen Abfertigungs- resp. Lagerstellen jedoch er-
scheint es unbedingt nothwendig, dass die **Abfuhr der
Stückgüter Zug um Zug, jedenfalls aber stets
innerhalb der lagerzinsfreien Zeit** erfolge. Wir
ersuchen diejenigen Gewerbetreibenden, welche die Ab-
fuhr mit eigenem Gespanne bewirken, dringend, den
bezüglichen Wünschen des Königl. Eisenbahn-
Betriebsamtes nachzukommen. Es würde andernfalls
und angesichts des Umstandes, dass der bevorstehende
Umbau des Bahnhofes den Bau grösserer Empfangs-
schuppen für jetzt ausschliesst, die Einführung der
zwangsweisen amtlichen Güterbestätigung nicht zu
umgehen sein.

Braunschweig, 17. Februar 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe
gestattet.)

Ein deutsches Check-Gesetz.

Wir haben in der vorigen Nummer dieser Zeit-
schrift den „Entwurf eines Checkgesetzes“ im Wort-
laute mitgetheilt, wie derselbe Ende Januar d. J.
dem Bundesrathe zugegangen ist. Die gesetzliche
Regelung des Checkwesens ist für die deutsche Han-
delswelt seit Jahrzehnten ein frommer Wunsch gewesen;
im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gegenstandes
müssen wir das endliche Erscheinen eines solchen Ent-
wurfes mit grosser Freude begrüßen. Für uns selbst
aber bedeutet die Einführung des Checkrechtes in
Deutschland eine besondere Genugthuung. Hat doch
unsere Amtsvorgängerin, die Handelskammer zu Braun-
schweig, schon vor langer Zeit wiederholt auf die
Dringlichkeit einer solchen Massregel hingewiesen,
haben wir doch schon im Jahre 1879 einen diesseits
ausgearbeiteten Entwurf der Oeffentlichkeit vorgelegt
und hat doch schon im November desselben Jahres auf
unsere Anregung hierorts eine Konferenz deutscher
Handelskammern stattgefunden, welche diese Materie
berathen hat. Wir haben damals mit unseren Vor-
schlägen verhältnissmässig wenig Gegenliebe gefunden.
Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages
verhielt sich ablehnend, grosse Handelsplätze, wie
Hamburg, Danzig u. a. meinten, es sei mit den be-
stehenden Gesetzen auszukommen. Handelsvertretungen,
welche uns Anfangs Zustimmung und Unterstützung
zugesagt hatten, ist ihre Zusage hinterher wieder leid
geworden. Doch beweist der Umstand, dass jenerzeit
über ein halbes Hundert deutscher Handelskammern
mit uns das bestehende Bedürfniss anerkannten, wie
richtig unsere Behauptung war: es handle sich um
eine Sache, an deren möglichst baldiger Durchführung
die deutsche Handelswelt ein lebhaftes Interesse habe.
Die Einwände, welche man uns damals entgegenhielt,
haben sich sämtlich als nicht stichhaltig erwiesen.
Man verwarf unsere Vorschläge, weil eine Monopol-
isierung des Checkverkehrs durch die Reichsbank zu
erwarten und zu wünschen sei. Es hat sich heraus-
gestellt, dass die Reichsbank ein solches Monopol niemals
beansprucht hat, dass sie vielmehr zu dem Privat-Check-
verkehr eine ähnliche Stellung einzunehmen in der
Lage ist, wie die Bank von England sie zum Londoner
Clearing-House einnimmt. Ist doch der heute den ver-
bündeten Regierungen vorgelegte Entwurf direkt auf
die Initiative des Reichsbankdirektoriums zurückzuführen,
dessen jetziger Präsident schon vor langen Jahren als
Syndikus der Bank seine gleichstrebenden Wünsche in
einer besonderen Broschüre „Ueber Giro-Verkehr und

den Gebrauch der Checks als Zahlungsmittel“ ausgesprochen hat. Auch die Befürchtung, dass man mit Anregung dieser Angelegenheit muthwillig dem Steuerfiskus ein bisher verschontes Objekt entgegenbringe, hat sich als unbegründet herausgestellt; der neue Entwurf lässt den Check stempelfrei, sogar entgegen den Festsetzungen mehrerer ausländischer Checkgesetze (s. u.). Dass sich an grossen Plätzen, wo der Giro- und Checkverkehr mit den einfacheren Verhältnissen und dem geweckteren Verständnisse des Grosshändlers sich leicht gestaltete, das Bedürfniss nach einer gesetzlichen Regelung nicht so fühlbar gemacht hat, wie in dem mehr privaten Kleinverkehre der abgelegenen Orte, ist wohl zu begreifen. Dass aber wesentliche Fragen der Klärung bedurften, erhellt daraus, dass z. B. die Ansichten über Regresspflicht und Stempelfreiheit des Checks bisher durchaus nicht übereinstimmten, dass die verschiedenen Landesgesetze divergirenden Auslegungen Raum gestatten und dass endlich sogar ein die Stempelfreiheit des indossirten Checks ausdrücklich feststellendes Erkenntniss des Oberhandelsgerichtes nicht im Stande gewesen ist, die aus der Besorgniss vor Stempelstrafe hervorgehende Abneigung des Privat-Publikums zu überwinden.

Ueber den Begriff des Checks herrscht keine Uebereinstimmung. Die Definitionen der ausserdeutschen Landesgesetze weichen von einander ab, und es ist bezeichnend, dass der vorliegende deutsche Entwurf überhaupt keine Begriffsbestimmung enthält. Jedenfalls gilt der Check überall als eine besondere Art der schriftlichen Anweisung. Er enthält in der Regel einen Zahlungsauftrag an einen Bankier, bei welchem der Aussteller Geld deponirt hat. Er ist zumeist eine „formularmässige Bankdepotsichtanweisung.“ Nur die Gesetzgebung Perus fordert wirklich, dass der Check sowohl auf eine Bank, als auf ein Gelddepot gezogen werden muss. Uebrigens aber zerfallen die Checkgesetze in zwei Klassen. Die erste Klasse sieht von dem Erforderniss des Depots ab und fordert die Bankierseigenschaft des Bezogenen. Hierher gehört England, Niederkanada und Japan; früher auch Portugal. Die zweite Gruppe fordert die umgekehrte Eigenschaft. In dem Vordergrund steht die vorausgehende Deckung (provision préalable). Vertreter dieser Gruppe sind Frankreich, Belgien, die Schweiz, Rumänien und Spanien. Italien und Portugal halten die Mitte: sie verlangen, dass der Bezogene ein Kaufmann ist. Holland fordert einen Kassirer, Malta einen Bankier oder Kassirer als Bezogenen. Die Sichtstellung ist Erforderniss in England, Belgien, der Schweiz und Peru. Nicht-Sichtchecks erkennen an Italien, Portugal und Rumänien; event. auch die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Fasst man alle diejenigen Momente zusammen, welche in den verschiedenen Gesetzen hervortreten, so ergibt sich als Definition: Der Check ist die schriftliche, auf Grund einer Ermächtigung des Bezogenen ausgestellte Anweisung.

Ogleich Niemand zur Annahme eines Checks rechtlich verpflichtet ist, fungirt doch thatsächlich der Check im ausgedehntesten Masse. Er gewährt den Vortheil geldloser Zahlung, er erspart die Mühe der eigenen Kassenhaltung, vermeidet die Gefahren des Diebstahls, des Verlierens, des Verzählens. Er dient der Allgemeinheit durch die Verbindung mit dem Bankdepositengeschäft einerseits, der Skontration in den Clearinghäusern andererseits. Die unproduktive Aufsammlung von Werthmitteln wird durch ihn verhindert, Handel und Industrie führt er neue Kapitalien zu; er regt zur Sparsamkeit an, verringert den Preis des Metallgeldes, beschränkt die übermässige Ausgabe von Papiergeld und mässigt hierdurch die Gefahr einer Geldkrisis. Kurz und gut, es lässt sich zu seinem Lobe Vieles sagen. Freilich, auch sein Missbrauch bringt Gefahren mit sich. Dahin gehört die Gestattung der Ziehung

auf reinen Kredit, die Gewohnheit der Banken, einen Theil der baaren Deckung wieder auszuleihen u. dgl. Dazu kommt, dass Fälschung und Betrug ihm vielfach nachgestiegen sind. So konnte es kommen, dass das Handelsgesetzbuch des Staates Guatemala vom Jahre 1877 in höchst verfehlter Weise dem Check, dort Quédane geheissen, die Gültigkeit überhaupt abgesprochen hat.

Check und gezogener Wechsel sind nahe verwandt. Beide enthalten einen Zahlungsauftrag. Aber nur nach englisch-amerikanischem Rechte ist der Check eine Art des Wechsels. Nach den Rechten des Kontinents ist er es nicht. Der Check kann überall Inhaberpapier sein, der Wechsel wenigstens auf dem Kontinent nicht. Uebrigens ist dem Check vielfach die wechselberechtigte Wirkung beigelegt. Nirgends aber garantirt der Aussteller das Accept des Checks, während der Trassant Zahlung und Accept des Wechsels gewährleistet. Auch ist der Check wirtschaftlich betrachtet im Wesentlichen Zahlungsmittel, der Wechsel wesentlich Kredit- und Zirkulationsmittel. Der Check ist meist Sichtpapier, der Wechsel nur ausnahmsweise; daher strebt der Check nach Präsentation, der Wechsel nach Umlauf. Der Wechsel verlegt gewissermassen nur die Zahlungsstelle in den Geschäftsraum des Bezogenen, der Wechsel bezweckt meist die Aufhebung sowohl einer räumlichen, als einer zeitlichen Differenz.

Aber auch der Banknote steht der Check nahe. Kann doch beispielsweise durch das amerikanische „certifying“ ein Check in eine Banknote verwandelt werden. Trotz dessen liegt der charakteristische Unterschied zu Tage. Die Banknote ist ein von der Bank ausgestelltes abstraktes, unbedingtes Zahlungsverprechen, während der Aussteller eines Checks nur das bedingte Versprechen abgibt, im Falle der Nicht-honorirung des Bezogenen, den Check selbst einzulösen. Ein weiteres Zahlungsverprechen enthält der Check nicht. Die Banknote lautet ausnahmslos auf den Inhaber, der Check auch auf Namen oder Ordre u. dgl. m.

Zur Giroanweisung verhält sich der Check wie ein Auftrag zur Umschreibung zu einem Auftrage zur Baarzahlung. Nach dem Vorbilde des mandat rouge der Bank von Frankreich heisst die Giroanweisung im Reichsbankverkehr allerdings rother Check. Aehnlich wird sie im Wiener Giro- und Kassenvereine „Uebertragscheck“ genannt. Diese Bezeichnungen sind indessen wenig glücklich: sie entsprechen dem Begriffe des Checks keineswegs. Der rothe Check ist juristisch gar kein Check. NB. wird das Wort Giroanweisung auch für Bankdepositenscheine und für acceptirte Checks gebraucht.

Die Geschichte des Checks ist sehr interessant, weil sie tiefe Einblicke in das wirtschaftliche Leben gewährt. Es wäre jedoch zu lang, bei ihr zu verweilen. Bemerkt sei nur bezüglich Deutschlands, dass es hier schon im 17. Jahrhundert keinesfalls an An- und Ueberweisungen zum Zwecke der Zahlung gefehlt hat, namentlich in den Messplätzen und in Hamburg, wo es, wie in Amsterdam, gemeinschaftliche Kassirer gab. Die Gesetzgebung stand diesen An- und Ueberweisungen nicht wohlwollend gegenüber, weil man in ihnen eine gefährliche Konkurrenz der Girobanken erblickte. Im 18. Jahrhundert begegnet man in einzelnen Orten eine an den Check erinnernde kaufmännische Anweisung; einzelne Wechselordnungen z. B. in Braunschweig, Frankfurt, Churpfalz verpflichten den Wechselinhaber sogar zur Annahme von Verweisungen auf Dritte, bei denen das Geld „per cassa zu zahlen parat liegt“. In diesem Jahrhundert war es in Hamburg kaufmännische Sitte, keine Kasse zu halten und alle diejenigen Zahlungen auf einen Geldwechsler anzuweisen, die nicht durch Ab- und Zuschreibungen bei der Bank geschehen konnten. Nach Koch bestehen ähnliche Gebräuche mit Hilfe der sog. Geldmakler noch in Bremen u. a. a. O. Dagegen stand in anderen

deutschen Staaten der Ausbildung der Kassenanweisung das für Privatbanken bestehende Verbot der Annahme verzinsbarer Depositen und insbesondere die Stempelsteuer entgegen. Der Verkehr freilich umging das Stempelgesetz durch allerlei Quittungen, Accreditive, Stellzettel und Dispositionsscheine.

Gegen die Mitte dieses Jahrhunderts wandten einzelne Bankinstitute sich der Pflege des Depositenverkehrs und des Checkwesens zu; so der Berliner Kassenverein, die Frankfurter Bank, die Danziger Privatbank und die städtische Bank in Breslau. Aber erst in den letzten 15 Jahren hat das Checkwesen auch Seitens der Privatbankiers, Sparkassen und Vorschussvereine Pflege gefunden und grössere Ausdehnung angenommen. Obenan steht die Reichsbank, deren Giro- und Checkverkehr sich wahrhaft grossartig entfaltet hat. Im Jahre 1888 z. B. sind auf Giro-Konto verausgabt durch Baarzahlungen, welche wesentlich durch (weisse) Checks erfolgen 10 444 829 300,41 Mark. Auch die deutschen Eisenbahn-, Post- und Steuer-Verwaltungen machen sich seit einigen Jahren den Check für ihr Zahlungs- und Abrechnungswesen in immer steigendem Umfange dienstbar.

Wie gesagt, das deutsche Reichsrecht besitzt keine Spezialnormen über die Wirkungen des Checks; es sagt nicht nur nichts über die Pflichten des Bezogenen und die Dishonorierungsgründe, insbesondere über den Einfluss von Tod, Konkurs und Widerruf des Ausstellers; es entbehrt vielmehr auch der so dringend nöthigen Regelung der Präsentationszeit, des Regresses und der Verjährung.

Die einzige Erwähnung des Checks in der deutschen Reichsgesetzgebung findet sich im Wechselstempelsteuergesetz vom 10. Juni 1869 § 24 al. 2. Die dort enthaltene Definition des steuerfreien Checks normirt begrifflich den Check als Bank-Check und Sicht-Check, nicht aber nothwendig als Depot-Check. Der steuerfreie Check kann Rektapapier, aber auch Inhaberpapier sein; er kann endlich auch, wie das Reichs-Oberhandelsgericht (Entsch. 24. X. 75.) anerkannt hat, an Ordre gestellt werden.

Allerdings finden sich im HGB. Art. 301—305 vereinzelte Bestimmungen über zwei besondere Arten der Anweisung, zu denen unter Umständen der Check gehören kann; nämlich 1) Normen über die von einem Kaufmann ausgestellte Ordreanweisung; — aber hier ist nichts über Regress- und Präsentationsfrist gesagt und die Ordreanweisung des Nichtkaufmanns oder des Inhabers fällt ganz aus. 2) Normen für die auf einen Kaufmann ausgestellte Anweisung, hier aber ist lediglich von der Wirkung des Accepts die Rede; — während nach dem Reichsstempelgesetz ja das Accept gerade dem Check fehlen soll! — von der Zulässigkeit des Indossaments aber keine Spur. Auf Quittungsschecks sind Art. 301—305 überhaupt nicht anwendbar. So ist denn lt. Art. 1 des H.-G.-B. hier fast immer auf die Handelsusance und das Partikularrecht zurückzugreifen. Die Gerichtspraxis der ersteren, des Handelsgewohnheitsrechts, hier zu besprechen, würde zu weit führen. Erwähnt sei, dass z. B. das O.-L.-G. Köln (21. Febr. 83) konstatiert hat, dass in Deutschland für die Präsentation kfm. Anweisungen „eine kurze Frist zur Einlösung“ im Handelsverkehr gebräuchlich sei, welche jedenfalls die Zeit von 8 Tagen nicht übersteigen dürfe. Ein Spezialgesetz besitzt von den Einzelstaaten Elsass-Lothringen in dem französischen Gesetze von 1865. Eine besondere „Verordnung“ besitzt das Fürstenthum Lippe (v. 1. Dez. 1882). Bald nach Abfassung der deutschen Wechselordnung, in den Jahren 1849—1852 haben sechs deutsche Staaten, nämlich Bayern, Kgr. Sachsen, Weimar, beide Reuss und Frankfurt a. M., 1864 zudem auch Altenburg ein besonderes Rechtsinstitut der kaufmännischen Anweisung geschaffen und zwar unter wesentlicher Gleichstellung mit den Wechseln. Diese Gesetzgebung ist auch nach Einführung

des H.-G.-B. in Kraft geblieben. Es kann allerdings der Check unter sie fallen; er wird es aber sehr selten; denn alle, mit Ausnahme des Frankfurter Gesetzes, fordern die Selbstzeichnung der Urkunde als „Anweisung“, Bayern überdies noch die Ordreklause. Im übrigen Deutschland muss auf das bürgerliche Recht der gewöhnlichen Anweisung zurückgegriffen werden; dasselbe ist besonders geregelt im preuss. Landrecht (I. 16. E. 251—299), im badischen Landrecht (auf der Grundlage des code civile 2010. a-1) und im sächsischen bürgerlichen Gesetzbuche § 1328—1338. In den Landschaften des gemeinen Rechtes ist das Recht der Anweisung aufs höchste umstritten. Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches endlich enthält ebenfalls keine Spezialnormen für den Check; seine Bestimmungen über die Anweisung § 605—613 lassen z. B. Regress- und Präsentationspflicht ganz unberührt oder regeln sie, wie z. B. die Widerruflichkeit, für den Check unzumuthig. — Schon im Jahre 1882 haben sich für die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Checkwesens ausgesprochen das Plenum des deutschen Handelstages, die Bankkommissarien, sowie die Bezirksausschüsse bei den Reichsbankhauptstellen. Der 17. deutsche Juristentag sprach sich 1884 im nämlichen Sinne aus, jedoch nur mit einer Stimme Majorität.

Es ist in den letzten Jahren mehrfach der Wunsch laut geworden, ein internationales Wechselrecht und damit auch ein Weltcheckrecht zu schaffen. Anlässlich der Antwerpener Ausstellung berief denn auch 1885 die belgische Regierung einen *congres international de droit commercial*, an welchem sich 16 europäische und 4 aussereuropäische Staaten betheiligten. Das deutsche Reich war leider nicht vertreten. Indessen hat sowohl dieser, als ein im Oktober 1888 nach Brüssel einberufener Kongress sich in erster Linie mit dem Wechselrecht beschäftigt und die Frage des Checkwesens nur flüchtig und mit geringem Erfolge behandelt.

Gehen wir nach dieser Umschau auf den vorgelegten Entwurf eines deutschen Checkgesetzes näher ein. Derselbe bemüht sich, das Rechtsverhältniss zwischen Aussteller, Inhaber und Bezogenem nach allen Richtungen hin zu regeln. Er lehnt sich dabei in den Grundzügen an ausländische Vorbilder an; daneben aber sind die an mehr als 200 deutschen Bankstellen gemachten werthvollen Erfahrungen offenbar sorgfältig benutzt worden. Dem Grundgedanken ist zuzustimmen, indessen sind in Geschäftskreisen bereits mehrfache Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes laut geworden.

Schon oben ist erwähnt worden, dass der Entwurf auffälligerweise eine Begriffsbestimmung des Checks nicht enthält. Anstatt dessen zählt er nur die Erfordernisse des Checks auf. Gleich hier entsteht die offene Frage: wer soll der Bezogene des Checks sein? In England, wo jeder Privatmann gewohnt ist, seine Kassengeschäfte durch einen Bankier besorgen zu lassen, darf der Check nur auf einen solchen gezogen werden. In Frankreich vertritt häufig der Notar oder ein besonderer Beauftragter die Stelle des Bankiers; die Person des Bezogenen ist deshalb im französischen Rechte freigegeben worden; entsprechend ist Belgien und die Schweiz verfahren. Nicht die Person des Beauftragten gewährt beim Check die Sicherheit, sondern die des Auftraggebers. Unsere Frage ist irrelevant, so lange der Check von dem ersten Inhaber zur Zahlung präsentiert wird. Wird aber eine Umlaufsfähigkeit vorgesehen, so liegt es im Interesse aller derer, deren Hände der Check durchläuft, wenn schon aus der Firma des Bezogenen auf deren Umlaufsfähigkeit geschlossen werden kann, so dass das Recht des Ausstellers zur Inumlafsetzung von vornherein glaubhaft erscheint. Selbstverständlich wird dieser Fall eher eintreten, wenn der Check auf einen Bankier, als wenn er auf einen Privatmann bezogen ist. Allerdings ist

man bei uns in Deutschland gerade in der entgegengesetzten Richtung bemüht gewesen: man hat es als Aufgabe der stempelfreien Checks bezeichnet im Interesse der Vermeidung allzulanger Zahlungsfrist. mittelst derselben fällige Waarschulden einzuziehen. Allein die Umlaufsfähigkeit der Checks kann dadurch nur ausserordentlich gefährdet werden. Schon jetzt ist die Zahl der sog. Ohnekosten-Wechsel ohne Accept und Zahlung übergross. Zudem wahr das Gesetz bei Nichtzahlung dem Checkinhaber den Regress gegen seine Vormänner und den Aussteller, knüpft denselben aber folgerichtig an Einhaltung der Präsentationspflicht. Wenn nun der chikanöse Aussteller die Annahme bei verspäteter Vorzeigung verweigert und den Inhaber auf den Prozessweg gegen den Bezogenen verweist? Sollte aus solchen Vorkommnissen nicht sehr rasch eine gründliche Abneigung gegen die ganze Einrichtung erwachsen? Der Check soll seiner Natur nach zur Abhebung eines Baarguthabens oder eröffneten Baarkredits dienen: auf diese Funktion sollte auch das Gesetz ihn beschränken.

Wie lange soll der Check umlaufen dürfen? Der Entwurf sieht als Frist für den Platz-Check drei Tage vor, für den Distanz-Check fünf Tage. Frankreich setzt statt dessen fünf resp. acht Tage an; England dagegen a reasonable time, d. h. 24 Stunden. Gewiss soll die Umlaufszeit nur eine ganz kurze sein. Wenn aber, wie der Entwurf bestimmt, auf jeden Beliebigen Checks ausgestellt werden können, dürfte die Frist von 5 Tagen sich häufig als zu kurz erweisen. Man denke einen Check ab Emden nach Gleiwitz in Oberschlesien, der in Sonnenberg in Thüringen an Zahlungsstatt gegeben wird! Anders, wenn der Check auf einen grossen Bankplatz lautet. Warum übrigens der Entwurf ein Indossament an den Bezogenen für ungültig erklärt, ist mir nicht verständlich. Auffällig scheint auch, dass der Abrechnungsverkehr mit der Reichsbank im Gesetze auftritt, eine Einrichtung, deren Bestand doch lediglich auf private Abmachungen gegründet ist.

Des Weiteren ist zu bemerken, dass die Bestimmung des Entwurfes, nach welcher ein Widerruf des Ausstellers der rechtlichen Wirksamkeit entbehrt, zu eng gefasst erscheint. Geht ein Check verloren, so müsste, falls nicht der Widerruf nach Ablauf der Präsentationsfrist gestattet wäre, ja ein weitläufiges Modifikationsverfahren eintreten, welches entgegen dem jetzigen Zustande, entschieden als nachtheilig betrachtet werden muss. Gerade die Gestattung des Widerrufs nach Ablauf der Frist würde im Wesentlichen dazu beitragen, die Ausartung der Checks für Kreditzwecke zu verhindern.

Bedenklich erscheinen endlich die in dem Entwurfe vorgesehenen Geldstrafen. Wird der Check a) wider besseres Wissen oder durch grobes Verschulden von dem Aussteller gegeben, während für ihn ein Guthaben bei dem Bezogenen nicht vorhanden war — sollte in solchem Falle nicht regelmässig der Thatbestand des Betruges oder des versuchten Betruges vorliegen, der an und für sich strafbar ist? Und das grobe Verschulden? Was ist „grobes“, was ist „leichtes“ Verschulden? Das Strafgesetzbuch kennt nur die „Fahrlässigkeit“. Bisher haben die gewöhnlichen Strafbestimmungen völlig genügt, um den Checkverkehr zu schützen. Strafe wird ferner vorgesehen, wenn b) ein Check mit „vorsätzlich unrichtigem Ausstellungstag“ (soll heissen „vorsätzlich mit unrichtigem Ausstellungstag“) begeben wird. Damit hat man offenbar wiederum der Ausnützung zu Kreditzwecken vorbeugen wollen. Indessen ist bis dato ein solcher Missbrauch niemals hervorgetreten. Dagegen würde ein ziemlich ausgebreiteter Checkverkehr, welcher heute zu Recht besteht, dadurch unterbunden werden. Es hat nämlich selbst die Reichsbank gelegentlich der Einzahlungen auf die Staatsanleihe wiederholt vordatierte Checks angenommen. Auch wird auf diese Weise häufig im Ver-

kehr der Börse sogen. „tägliches Geld“ zurückgezahlt: der Darlehnsnehmer stellt einen Check mit dem Datum des Rückzahlungstages gleich beim Empfange des Darlehns aus.

Abgesehen von diesen, nicht gerade unbedeutenden Einwürfen, darf der Entwurf des Gesetzes als durchaus gelungen betrachtet werden. Man wird sich nach seinem Zustandekommen eine Ausdehnung des Checkverkehrs auf immer weitere Kreise und somit eine erfreuliche Konzentration des Geldverkehrs an den grossen Bankplätzen versprechen dürfen.

Arbeiterstatistik.

Vor wenigen Tagen hat die Reichsregierung das Versprechen abgegeben, durch Einsetzung einer besonderen Reichskommission für Arbeiterstatistik einer Forderung nachzugeben, welche mit erstaunlicher Einstimmigkeit nicht nur von allen Parteien, sondern auch von allen Berufsständen und Interessenvertretungen erhoben worden ist. Nichts zeugt wohl nachdrücklicher für die Wichtigkeit des Gegenstandes. Die wirtschaftliche Welt ist in zwei Parteien geschieden; Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen einander gegenüber und behaupten, in ihren ursprünglichsten Interessen durch die Gegner benachtheiligt zu sein. Gründe und Beweise werden von beiden Seiten ins Feld geführt, dieselben Verhältnisse aus den verschiedenen Gesichtspunkten auf das verschiedenste beurtheilt, die gleichen Thatsachen angeführt, um für die eine Seite dies, für die andere das direkte Gegentheil zu beweisen.

Diese Streitigkeiten drehen sich in gleicher Weise um die Lohnverhältnisse, wie um die Preisverhältnisse, um die Arbeitsbedingungen, wie um die Arbeitsleistung, um die Produktionsmengen wie um die soziale oder geschäftliche Lage des Arbeiters oder des Fabrikherrn. Das Anwachsen der sogen. industriellen „Reservearmee“ wird behauptet und bestritten; für Kontraktbrüche macht man sich gegenseitig verantwortlich; Wachsen und Sinken der Löhne resp. des Antheils der Arbeiter am Gewinn wird als selbstverständlich hingestellt.

All' das wäre nicht möglich, wenn wir das blossen, was alle Parteien gleichmässig wünschen, eine ausgiebige Arbeiterstatistik. Verspricht sich doch jeder Theil den exakten Beweis seiner Behauptungen aus endlicher Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse. Wem dieser Beweis gelingen wird, bleibe dahingestellt. Meiner Anschauung nach müsste vor allem die Industrie mit ihrem weitreichenden Einflusse auf Ausführung der betr. Arbeiten dringen. Denn wenn sie mittelst derselben auch nur nachweisen kann, dass ihre eigene Lage nicht so glänzend, die Lage der Arbeiter nicht so übel ist, als es, sicher mit unendlicher Uebertreibung, seitens der Sozialdemokratie behauptet wird, so hat sie für sich — nicht zuletzt durch Gewinnung von Sympathien bei der herrschenden öffentlichen Meinung — und für das allgemeine Wohl Bedeutendes geleistet.

Unzweifelhaft aber ist, dass eine Regierung, welche mit pomphaften Worten auch auf sozialpolitischem Gebiete den Anbruch einer neuen Aera angekündigt hat, unverzüglich hätte an die Klarstellung der einschlägigen Verhältnisse gehen müssen. Denn das hiess ja erst die nothwendige Grundlage für etwa geplante Unternehmungen schaffen. Es ist auffällig, oder vielmehr auch nicht auffällig, dass der erste Schritt auf diesem Gebiete erst gethan wird, nachdem wiederholt ein allseitiger Druck Seitens des Reichstages und der Presse ausgeübt worden ist. Denn geschehen ist in der That vorher so gut wie gar nichts. Freilich, es besteht seit dem Jahre 1861 in Preussen die sogen. statistische Zentralkommission. Dieselbe ist auch durch Erlass des Ministers vom 21. Februar 1870 (angemessen den neuerwachsenen Aufgaben) reorganisirt worden:

aber in dem Jahrzehnt von 1860—1869 hat sie „eine besondere Thätigkeit nicht entfaltet“ und in den Jahren 1871—1884 hat sie nach Angabe des Direktors des preuss. statistischen Bureaus an — 21 Tagen sich „gutachtlich“ vernehmen lassen. Hier fehlte also in der preussischen Verwaltung entweder Urtheil oder guter Wille.

Auf den guten Willen der Reichsregierung wird man sich aber auch bei der nau angekündigten Einrichtung offenbar zu verlassen haben. Das zeigt der ganze Plan, welcher für Gestaltung derselben soeben veröffentlicht worden ist. Es muss zunächst auffallen, dass sich die Regierung unter allen Umständen die Majorität in der Kommission sichert: fünf Mitglieder wählt der Bundesrath, eines ernennt der Reichskanzler, ausserdem delegirt derselbe einen Beamten des statistischen Reichsamtes; diesen sieben Herren stehen 6 gegenüber, welche der Reichstag wählt. Es steht zu erwarten, dass auch diese 6 sehr selten einig zusammenstehen werden. Mithin soll die ganze Institution offenbar nur ein Werkzeug sein, dessen sich die Regierung nach ihren Wünschen bedienen kann. Man fragt billig, warum denn dann Mitglieder des Reichstages hinzugezogen sind. Da diese nicht immer versammelt sein können, wird der ganze Apparat dadurch nur schwerfällig gestaltet. Zudem scheint es, als sollte die Kommission nur dann in Thätigkeit treten, wenn die Regierung sie besonders veranlasst. Auch die Richtung dieser Thätigkeit scheint vorgeschrieben zu werden; die ganze Kommission überhaupt weniger für eigene Initiativarbeit und für Lösung der offenbar vorliegenden gewaltigen Aufgabe, als zur gelegentlichen Abgabe von „Gutachten“ oder zur Beschaffung von „schätzbarem Material“ berufen zu sein. Da waren doch selbst die Befugnisse der Preussischen Zentralkommission ausgedehnter, wenigstens — auf dem Papiere.

Man fragt sich vergeblich, warum hier nicht ~~als~~ Muster die bestehenden Organisation des Auslandes benutzt worden ist, warum beispielsweise nicht das Vorbild der belgischen Kommission berücksichtigt ist, welche höchst schätzbare Arbeiten auf diesem Gebiete aufzuweisen hat. Steht doch auch unsere Arbeiterschutzgesetzgebung noch weit hinter der anderer Kulturstaaten zurück! Aber die Aufgaben der neuen deutschen Kommission sind schon so gefasst, dass wenig von ihr zu erwarten ist. Bezüglich der Lohnstatistik hat der Reichskanzler von vornherein grosse Enthaltbarkeit bekundet. Nun soll die Arbeit gar beschränkt sein auf die gewerblichen Arbeiter, welche Titel VII. der Reichsgewerbeordnung in sich beschliesst. Es fallen also von vornherein die landwirthschaftlichen Arbeiter aus; das ganze heute so viel umstrittene Gebiet des Verhältnisses der Industrie zur Landwirthschaft in dieser Sache bleibt hübsch im Dunkeln. Und das zu einer Zeit, wo man gegenüber den Ansammlungen Arbeitsloser in den Grossstädten mit Recht auf den Arbeitermangel des platten Landes hingewiesen hat!

Was wird also aus der ganzen „Arbeiterstatistik“ werden? Vermuthlich gar nichts. An ein Hand in Hand Gehen von Aufnahmen über die Produktionsmengen, über die Weltmarkts- und Inlandspreise der industriellen Erzeugnisse, über die Preise der Arbeiterkonsumartikel, also besonders der Zerealien, über die Löhne und über die Lebenshaltung scheint man nicht zu denken. Und doch kann allein die gleichzeitige Erhebung dieser Zahlen und ihr Vergleich ein wirklich branchbares Resultat ergeben! Weiss man das nicht — oder will man es immer noch nicht wissen? Das Herausgreifen und Vorführen einiger Einzelbilder, einiger halb diktirter, halb in den Arbeiter hineininterpretirter Budgetaufstellungen seines Haushaltes mögen recht „interessant“ sein; auch geben sie vielleicht diesem oder jenem Politiker eine kleine Waffe

in die Hand, wenn er ein einzelnes Argument in die Debatte schleudern will; aber die grosse Aufgabe, nach deren Lösung alle Welt nun schon seit Jahren verlangt, lassen sie ungelöst.

Wir verhehlen uns die ausserordentlichen Schwierigkeiten durchaus nicht, welche die Aufstellung einer solch umfassenden Statistik mit sich bringt. Aber wir erwarten ja auch nicht gleich eine glänzende Lösung. Möge man doch endlich anfangen, Versuche zu machen, auf Grund deren man vielleicht sehr bald die Wege entdecken wird, welche man zu gehen hat. Keine private Veranstaltung ist gerade auf diesem Felde so günstig gestellt als eine staatliche; die Leistungen der letzteren sollten hier anregend und vorbildlich sein.

Aber der Staat will heute offenbar von dieser Arbeit noch nichts wissen; er ist im Begriff, diese Frage schlummerbedürftig in die Arme einer Begränzungskommission zu legen. So bleibt eben nichts übrig, als dass von privater oder halbprivater Seite hie und da eine Vorarbeit, ein Versuch zur Lösung auf beschränktem Gebiete gemacht wird. Auch solche Versuche können fruchtbar sein, wenn es gelingt, das Wohlwollen aller Betheiligten für dieselben zu gewinnen.

Die Aufnahme über die Lebenshaltung der Arbeiter, welche die Handelskammer im Vorjahre zu unternehmen beschlossen hat, ist ein solcher Versuch. Unser Bezirk fällt mit dem Staatsgebiet zusammen; das giebt einen Abschluss, wenn auch die Braunschweigische Landesgrenze für die Industrie nur einen zufälligen Abschnitt bedeutet. Dazu erfreuen wir uns einer Landesregierung, welche unseren Bestrebungen verständnisvoll und wohlwollend gegenübersteht, von welcher wir also alle diejenigen Förderungen erhoffen dürfen, welche für Materialbeschaffung nach gewissen Richtungen werthvoll sind. Also liegen die Vorbedingungen für eine solche Arbeit hier günstig.

Nun haben wir Fragebogen versandt. Aber wir haben nur von der einen Hälfte der Befragten ein — zum Theil höchst erfreuliches und vollständiges — Material erhalten: die andere Hälfte steht aus und schweigt. Natürlich kann das Ergebniss nur werthvoll sein, wenn es alle in Betracht kommenden Faktoren zusammenfasst. Darum haben wir denn den eingegangenen Stoff zunächst zurückgelegt und die Bearbeitung so lange ausgesetzt, bis es uns gelungen sein wird, die Bedenken derer zu beseitigen, welche bisher ihre Unterstützung abgelehnt haben. Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, dass unsere schliessliche Veröffentlichung ein gewisses Interesse haben würde. Es sind uns Angaben zugegangen, so z. B. Arbeiterküchenzettel eines grossen industriellen Betriebes, welche geradezu Aufsehen erregen würden. Auch meinen wir, müsste es doch von Belang sein, wenn man auf Grund der Aufnahmen erklären könnte: „so und so stellt sich die Wirkung der sogen. sozialpolitischen Gesetzgebung in unserem Lande dar“ und ähnliches. Denn allgemeine Behauptungen über diesen Gegenstand hört man zu Dutzenden, aber dass sie mit irgend einer thatsächlichen Angabe belegt würden und dadurch Autorität erhielten, daran fehlt es eben.

So richten wir wiederholt an die Interessenten unseres Bezirkes die dringende Bitte, im Allgemeinen und nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse die ihnen derzeit in dieser Angelegenheit übersandten Fragebogen, soweit dies bisher noch nicht geschehen ist, auszufüllen und an die Geschäftsstelle der Handelskammer einzusenden.

Das Wahlrecht zu den Handelskammern.¹⁾

Von ×

Wenn man auch gemeinhin eine grössere Betheiligung an den Wahlen für eine Korporation oder für ein Kollegium als ein Zeichen frischer Lebensthätigkeit und eines wachsenden öffentlichen Interesses anzunehmen berechtigt ist, so würde man sich doch in einem Irrthume befinden, wollte man das neuerdings bei den Wahlen zu den Handelskammern hervortretende lebhaftere Interesse breiterer Schichten in diesem Sinne nehmen. Es ist gewiss auffallend, dass in den letzten Jahren die Wahlen zu den Handelskammern, die bis dahin ohne Erregung und ohne Agitation verliefen, ein Gepräge angenommen haben, das ihnen fast ein allgemeines öffentliches Interesse aufdrückt. Und doch liegt die Erklärung für diese Erscheinung sehr zu Tage: bestimmte Interessenskreise machen den Versuch, das als gutachtlich beratend gedachte Institut der Handelskammer für ihre besonderen Bestrebungen dadurch in Abhängigkeit von sich zu bringen, dass sie möglichst viele Mitglieder aus ihrer Mitte in das Kollegium hinein wählen. Um deutlicher zu sein, ein durch die Konkurrenz der Konsumvereine, des Hausirhandels, der Detailreisenden, der Kaufvereine stark gedrückter Theil des Kleinhandels, namentlich in den östlichen Provinzen, sucht sich in seiner schwierigen Lage dadurch eines als Rathgeber anerkannten Institutes zu versichern, dass er mehr und mehr in die Handelskammern eine Majorität seiner eigenen Mitglieder hineinzufröhren trachtet. Seinem Verlangen wird erst dann Genüge geschehen sein, wenn er diese Majorität erreicht, wenn er die Handelskammern zu einseitigen Wortführern seiner Sache gemacht haben wird.

Dieser Vorgang hat an sich gewiss nichts Befremdendes. Dass eine Interessengruppe nach Macht und Uebergewicht strebt, ist etwas allen Interessenbestrebungen Eigenthümliches. Und doch trägt der vorliegende Fall seinen besonderen Charakter, so dass wir etwas näher auf die besonderen Verhältnisse eingehen müssen. Die Bestrebungen des Kleinhandels, sich seiner stärkeren Konkurrenz zu erwehren, sind zunächst, von seinem Standpunkte betrachtet, voll berechtigt. Man mag über Konsumvereine, Hausirhandel etc. denken, wie man will, dass der Kleinhandel unter dem Mitbewerb derselben schwer leidet, muss unumwunden zugegeben werden. Es entsteht nur die Frage, ob der Kleinhandel dadurch, dass er sich der Handelskammern bemächtigt, damit für sich ein wirksames Hilfsmittel für seine Bestrebungen gewinnen wird. Hier liegt nun thatsächlich der grosse Irrthum der ganzen Bewegung. Diejenigen, welche zur Agitation nach einer einseitigen Richtung treiben, kennen weder die Bestimmungen noch die Grundlagen, auf denen die Handelskammern aufgebaut sind. Das Institut der Handelskammern ist seiner ganzen Geschichte und seinem Wesen nach nichts anderes als ein beratendes Kollegium, welches in erster Linie berufen ist, den Staatsbehörden durch Erstattung von Gutachten und Berichten in der Förderung von Handel und Gewerbe zu dienen. Diese gutachtliche Thätigkeit der Handelskammer hat im einzelnen Falle gerade den Werth und denjenigen Einfluss, der dem Kollegium nach seiner ganzen Zusammensetzung innewohnt.

Gesetzt also den Fall, dass eine Handelskammer an Stelle der mannigfaltigen Industrien und Handelszweige eines Bezirkes in sich nur die überwiegenden Interessen einer einzelnen Gruppe konzentriren würde, so würden dementsprechend auch die von einer so einseitig zusammengesetzten Korporation erstatteten Auskünfte für die Staatsregierung nur einen untergeordneten und jedenfalls kaum einen anderen Werth haben,

als die Ansichten der in der Majorität befindlichen Interessengruppe überhaupt. Das Gewicht einer solchen Handelskammer würde ein geringes, ihr Einfluss ein unbedeutender sein, ja man würde mit einigem Rechte auf die Aeusserungen solcher Handelskammern überhaupt mehr oder weniger verzichten, da dieselbe ihrer Bestimmung, einen Ausgleich der verschiedenen Interessen darzustellen, nicht mehr entsprechen würde. Es bleibt unter allen Verhältnissen wahr, dass eine Handelskammer der Staatsregierung immer nur das sein wird, was sie in sich selbst darstellt. Man übersieht in weiteren Kreisen zu leicht, dass die Handelskammern keine beschliessenden, sondern nur begutachtende Organe sind und dass der Nachdruck der zu erstattenden Gutachten eben nur in dem Umfange liegt, in dem die wichtigsten Industrie- und Handelszweige eines Bezirkes in derselben vertreten sind. Ein weiterer Irrthum ist es, wenn von Solchen, welche den Handelskammern eine einseitige Richtung aufzudrücken bestrebt sind, der Zweck der Letzteren darin erblickt wird, nur den Handel zu vertreten. Sie lassen sich dabei von dem aus einer früheren Zeit übernommenen Namen verleiten und vergessen, dass im Gegentheil die Staatsregierung unter den heutigen Verhältnissen ihr besonderes Interesse den Verhältnissen der verschiedenen Industrien und ihrer Arbeiter zuzuwenden genöthigt ist. Aus diesem Grunde wäre es zutreffender gewesen, man hätte bei der Neugestaltung der Preussischen Handelskammern im Jahre 1870 ihnen die Bezeichnung Gewerbekammern bzw. Handels- und Gewerbekammern gegeben. Dass die Handelskammern in erster Linie dazu berufen sind, den Grosshandel und das Grossgewerbe zu vertreten, ist bei Berathung des Gesetzes vom 24. Februar 1870 genügend hervorgehoben worden, und aus derselben Anschauung heraus ist ihnen in § 3 das Recht beigelegt worden, durch einen Wahlcensus die niederen Klassen des Handels und Gewerbes vom Wahlrecht auszuschliessen.

Die Handelskammern haben von diesem Rechte nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht (so hat z. B. die Handelskammer für den Reg.-Bez. Oppeln den Kleinhandel und das Kleingewerbe unter 30 Mk., die Handelskammer Frankfurt a. M. die betr. Klassen unter 72 Mk. ausgeschlossen), wenn auch die Aufgaben der Handelskammer sich zumeist auf dem Gebiete des Zollwesens, der Handelsverträge, des Verkehrsrechts, der Gewerbe- und Handelsgesetzgebung, also auf den grossen Gebieten bewegt, auf welchen die Staatsverwaltung des Beirathes sachkundiger Organe nicht entbehren kann, und wenn auch z. B. gerade auf dem Gebiete des Kleinhandels die Regierung stets in der Lage ist, sich durch ihre eigenen Organe ausreichend zu unterrichten, da die bezügl. Fragen dieser einfacheren Betriebsformen auf direktem Wege ebenso leicht zu ermitteln und zu beurtheilen sind, so haben die Handelskammern doch stets selbst Werth darauf gelegt, die geringeren Gewerbebetriebe nicht um deswillen aus ihrer Wirksamkeit auszuschliessen, weil sie eben von geringerer Bedeutung sind. Man hat vielmehr daran festgehalten, dass in den Handelskammern auch die von dem Grossgewerbe nicht zu trennenden Kleingewerbe in ihren Interessen berücksichtigt werden müssen, wenn die Handelskammer ein vollständiges Bild des Erwerbslebens ihres Bezirkes darstellen soll. Eines ist aber von dem Gesetzgeber übersehen worden, und darin liegt die Ursache der jetzt in mehreren Handelskammerbezirken auftretenden, ihre gedeihliche Wirksamkeit störenden Sonderbestrebungen. Das Gesetz hat keine Handhabe gegeben, um Sonderinteressen einzelner Erwerbsgruppen auf das gebührende Mass einzuschränken. Jeder, der heute Inhaber einer Firma ist, ist z. B. in Preussen zur Handelskammer wahlberechtigt. Der Gesetzgeber vertraute, dass dieses Wahlrecht niemals zu einseitigen Zwecken ausgenutzt werden würde, und das ist, wie wir heute sehen, ein Irrthum gewesen.

¹⁾ Zeitschrift für Handel und Gewerbe. Februar 1892. S. 42. ff.

Die zahlenmässig überwiegenden Kleingeschäfte haben sich hier und da die ihnen günstige Kombination zu Nutze gemacht und haben ohne auf die nothwendige Mannigfaltigkeit in der Zusammensetzung der Handelskammer Rücksicht zu nehmen, nur danach gestrebt, sich selbst möglichst stark vertreten zu sehen. Man darf indess hierbei nicht ungerecht urtheilen. Gerade die tüchtigeren Elemente des Kleinhandels haben sich von jeher von solchen kurzsichtigen Tendenzen ferngehalten und der (berauschende) Ehrgeiz, Mitglied einer Handelskammer zu sein, ist mehr von aussen und oft durch Männer in den Stand des Kleinhandels hineingetragen, die dem Handelsstande selbst fern stehen und ihre eigenen Zwecke verfolgen, für die es ihnen hier und da gelingt, willfähige Mittelspersonen zu finden.

Wie nun auch die Verhältnisse liegen mögen, eine Aenderung ist erforderlich, wenn das Institut der Handelskammer nicht in seiner Bedeutung und seinem Einflusse herabgedrückt werden soll. Es ist unumgänglich, dass die Gesetzgebung, nachdem dem von ihr dargebrachten Vertrauen auf die Unparteilichkeit in der Zusammensetzung der Handelskammern nicht überall entsprochen worden ist, Schritte thut, welche ein für alle Mal alle Sonderbestrebungen von den zu verantwortungsvollen Rathgebern eingesetzten Kollegien ferne halten.

In dieser Beziehung verdient ein Vorschlag Beachtung, den vor einiger Zeit der damalige Vorsitzende der Gewerbekammer für den Reg.-Bez. Oppeln, Geh.-Komm.-Rath Doms in einer Schrift: „Vorschläge zur Umgestaltung der Gewerbekammern“ gemacht hat.

Doms will vor allen Dingen das Grundprinzip, die Mannigfaltigkeit und Gerechtigkeit der Interessenvertretung den Handelskammern gewahrt wissen. Er schlägt zu diesem Zwecke vor, an die Stelle des jetzigen unterschiedslosen Wahlverfahrens ein solches nach bestimmten Wahlkörpern zu setzen. Er will zunächst, wie dies bei der Oberschlesischen Handelskammer bereits der Fall ist, alle Gewerbetreibenden, welche nicht mindestens 30 Mk. Gewerbesteuer zahlen, ausgeschlossen wissen, die übrigen aber in 5 Wahlkörper vertheilen und zwar in die des Bergbaues, der Grossfabrikation, des Grosshandels, der Fabrikation geringeren Umfanges und des Kleinhandels. Jeder Wahlkörper soll nach Massgabe der von ihm aufgetragenen Gesamtsteuerleistung eine entsprechende Anzahl Mitglieder zur Handelskammer wählen, beispielsweise so, dass auf 6000 Mk. Gewerbesteuer für jeden Wahlkörper je 1 Mitglied entfällt. Wir halten diesen Vorschlag für sehr beachtenswerth, um so mehr als er sich auch den Bestimmungen der Gewerbesteuer-Novelle bequem einfügen würde. Würde man die vierte Klasse der Letzteren von der Zugehörigkeit zur Handelskammerwahl ganz ausschliessen, so würden 3 Klassen verbleiben, von denen jede einzelne ev. noch eine entsprechende Zweitheilung in dem Doms'schen Sinne erfahren könnte, wenn man es nicht vorzieht, sich mit dieser Dreitheilung überhaupt als ausreichend zu begnügen. Wir glauben annehmen zu dürfen, dass man auch Seitens der Staatsregierung die für die gedeihliche Wirksamkeit der Handelskammer so wichtige Frage eines gerechten Wahlmodus — denn auch der Kleinhandel hat sein volles Recht in den Handelskammern entsprechend seiner Bedeutung für die Allgemeinheit vertreten zu sein — geprüft und die Nothwendigkeit einer Umformung anerkannt haben wird. Ob man im Uebrigen den Handelskammern die Ausübung des Wahlrechtes nach Wahlkörperschaften zur Pflicht machen oder ob man ihnen nur für solche Fälle, wo das bestehende Wahlrecht von Interessengruppen unter dem Bruche des ihnen geschenkten Vertrauens einseitig ausgenützt wird, das Recht, Wahlkörper für ihren besonderen Bezirk zu bilden, einräumen will, das ist eine Frage, die für die Sache wenig von Belang

ist und deren Entscheidung den gesetzgebenden Faktoren voll überlassen bleiben kann.

Der siebzehnte Deutsche Handelstag.

Der 17. Deutsche Handelstag ist am 15. und 16. Januar d. J. in Berlin abgehalten worden. Seit Einberufung der letzten Plenarversammlung war das wichtigste Ereigniss eingetreten, welches die Handelspolitik des letzten Jahrzehnts aufzuweisen hat: der Abschluss von Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz. Trotzdem war Seitens mehrerer deutscher Handelskammern dem bleibenden Ausschusse des Handelstages anheimgegeben worden, ob nicht die Ansetzung einer Vollversammlung für jetzt zunächst gegenstandslos sei. Freilich war an den Handelsverträgen nichts mehr zu ändern und zu bessern: aber angesichts der Thatsache, dass eine starke wirthschaftspolitische Partei dem Abschlusse derselben feindlich entgegenstand, musste es durchaus am Platze erscheinen, die Gesamtvertretung des deutschen Handelsstandes in der Reichshauptstadt zu einer Kundgebung für die Handelspolitik der Regierung zu vereinigen. Dementsprechend hat sich auch seinerzeit die diesseitige Kammer dem Ausschusse gegenüber ausgesprochen und ihre Vertreter sind mit dem Auftrage nach Berlin gegangen, solcher Anschauung in einer besonderen Resolution Ausdruck zu geben.

Allein schon die Eröffnungsrede des Präsidenten überhob sie dieser Mühe: derselbe erklärte ausdrücklich im Namen der Versammlung, dass unsere Handelswelt in allen ihren Theilen und Branchen von freudiger Hoffnung auf die Zukunft erfüllt sei, für deren lichtere Gestaltung der Abschluss der bisherigen Verträge gewissermassen eine Bürgschaft biete und für deren weitere gedeihliche Entwicklung das Zustandekommen neuer Verträge erwartet werde.

Aus den Verhandlungen selbst sind übrigens zwei Momente herauszuheben, welche recht eigentlich bezeichnend für die Stimmung des deutschen Handelsstandes sind und welche so manche Aeusserung des Missmuthes erklärlich erscheinen lassen, der man in den letzten Jahren begegnet ist. Der Fiskalismus der Verkehrsverwaltungen ist vielleicht der wichtigste Beschwerdepunkt, welchen diejenigen immer wieder in den Vordergrund zu rücken bereit sind, welche an der wirthschaftlichen Entwicklung und deren Vorwärtsgang mitarbeiten. Hierüber herrschte nur eine Meinung, ob es sich nun um Telephonegebühren, Zinsgarantien, Anschlüsse oder um das Telegraphengesetz und den Eisenbahnverkehr handelte. Kaum dass die Einbringung des Gesetzentwurfes betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht die pessimistische Anschauungsweise mildern konnte, der man sich nun einmal, und das mit einem gewissen Rechte, der wirthschaftlichen Handhabung des staatlichen Regiments gegenüber hingibt. Es ist leider richtig: der starre Bureaucratismus in der preussischen Behördenorganisation zeitigt üble Früchte. Wenn auch äusserlich kein Streit zu Tage tritt, so ist doch das gute Einvernehmen zwischen den Verkehrsverwaltungen und dem Publikum dahin. Wenn man an die Popularität denkt, welcher sich der Postfiskus noch vor wenigen Jahren zu erfreuen hatte, — wo ist sie geblieben? Sie ist verloren gegangen in den nörgelnden Verhandlungen um Telephonanschlüsse, insbesondere um Zinsgarantien für Fernsprecheinrichtungen, welche öfters im Verhältniss zu den wirklichen Kosten der Sache in geradezu abenteuerlicher Höhe gefordert worden sind. Warum? Man wollte den Staatssäckel schonen und die Ueberschüsse wahren. Man vergass über dem erfreulichen Nebenresultat den Hauptberuf und beklagte sich schliesslich noch bitter über die Undankbarkeit des jüngeren Publikums. In den 60er Jahren hat man

bereitwillig dem Verkehre Erleichterungen geschaffen; nun er sich unter deren Einflusse gewaltig entwickelt hat, steht man still und übersieht, dass der Verkehrsfiskus entweder rasch mit fortschreiten oder aber im schlimmen Kampfe die Entwicklung schädigen muss, ohne dass er deshalb dem eigenen schliesslichen Unterliegen irgend erfolgreich begegnen könnte. Wer hat sich früher mit derlei Fragen beschäftigt? Kaum kleine Gruppen von Interessenten, die es zunächst anging. Heute ist das Interesse an der Wirtschaft und deren Leitung ein allgemeines und die öffentliche Meinung wird nicht zur Ruhe kommen, bis sie durchgesetzt hat, was hier fehlt. An vielen Stellen des staatlichen Organismus liegen die Gründe für den bestehenden Zwiespalt ja auf der Hand: die Vorbildung der höheren Beamten der Eisenbahnen kann gar nicht zu befriedigenden Resultaten in der Praxis führen. Es ist ja da nicht mehr lediglich zu verwalten, sondern es ist selbstständig zu disponiren, zu gestalten und zwar zu gestalten nicht auf Grund eines überlegenen Judizes, sondern auf Grund eigener praktischer und technischer Kenntniss und Erfahrung; diese aber hernach erst innerhalb des Betriebes zu sammeln, das hat sich als ein gefährliches Experiment herausgestellt. So ist es gekommen, dass ein guter Theil der Obliegenheiten der Oberbeamten heute von den höheren Subalternen versehen wird und dass die Verwaltung vielfach unsicher hin und her tastet und eben aus diesem Bewusstsein heraus jeder Neuerung abhold erscheint.

Freilich der Krebschaden, der Urgrund aller der Mängel, welche heute im Publikum aufgezählt und besprochen werden, ist weniger bei den Verkehrsverwaltungen selbst, als bei der Centrale zu suchen. So lange die Herren Fachminister eines Staates die Plasmacherei für ihre oberste Aufgabe halten und dementsprechend nach unten verfügen, so lange kann auch ein gut unterrichteter und weiterblickender Bezirksamt keine rechte Thätigkeit entfalten. Ganz ungerechter Weise richtet sich dann die Meinung des Publikums gegen die Amtstellen des Bezirks, von welchem naturgemäss die abwehrenden und abweisenden Verfügungen ausgehen müssen. Das ist dann nicht gerade geeignet, die Arbeitslust der verschiedenen Stellen zu heben und sie bei anderer Gelegenheit zu liebenswürdigem Eingehen auf die Wünsche des Publikums zu ermuntern.

Die Kreise des Grosshandels haben das längst durchschaut und nicht gesäumt, den Finger mit deutlichem Hinweise in die Wunde zu legen. Die auch pekuniäre Selbstständigkeit der Verkehrsverwaltungen wird gefordert. Auf dem Handelstag fanden die Anträge des Abgeordneten Dr. Hammacher bezüglich der Verwendung der Eberschüsse aus der Verwaltung der Staatsbahnen ein lebhaftes Echo, den vollsten Beifall. Man verwende die Ertragnisse der Verkehrsinstitute zunächst für diese selbst, soweit das irgend im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung liegt; was darüber hinaus verbleibt aber diene zur Tilgung der Staatsschuld, welche in Deutschland ja speziell eine Eisenbahnschuld ist. Die Bedeutung zumal dieser letzteren Frage ist in der Tagespresse vor und nach dem Handelstage ausführlich besprochen worden, so dass man wohl darüber hinweggehen darf.

Mit diesen Gegenständen war eigentlich erschöpft, was die deutsche Grosskaufmannschaft „auf dem Herzen hatte.“ Die Frage der Einheitszeit, die Schutzgesellschaft für fremdländische Werthpapiere, die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, wurden freundlich aufgenommen. Für letztgenannte wurde nur eine allgemeine Billigung des Grundgedankens ausgesprochen; die Besprechung von Einzelheiten in diesem Stadium der Sache wurde abgelehnt. Bezüglich der Veranstaltung einer Gewerbeausstellung in Berlin, haben sich die massgebenden Personen und Faktoren mehr und mehr für den Gedanken einer Weltausstellung erklärt. Wir freuen uns dieses Umschwunges, da auch die diesseitige Kammer

in demselben Sinne sich ausgesprochen hat, dahin nämlich, dass sie von einer deutsch-nationalen Ausstellung wenig erwarte, dagegen einen erfreulichen Fortschritt für unsern Handel und Gewerbe eifrig erhoffe, wenn wir unsere eigenen Leistungen nach dem Spiegelbilde werden beurtheilen lernen, welches die beste Kraft und die höchste Leistung der zivilisirten Welt in einer Gesamtausstellung uns vor die Augen hält.

Eine Normal-Arbeitsordnung für Zucker-Raffinerien.

Kürzlich hat der Verein Deutscher Zuckerraffinerien einen Entwurf einer Normal-Arbeitsordnung versendet, der als Vorlage zur Abfassung von Arbeitsordnungen für die einzelnen Zuckerraffinerien dienen soll. Leider ist der Entwurf derart ausgefallen, dass man ihn als Vorlage kaum empfehlen kann. Einmal ist er unnütz breit (er umfasst 10 enggedruckte Octavseiten) und enthält, was eigentlich gar nicht in eine Arbeitsordnung gehört. Ferner ist aber auch die Haltung, der ganze Ton derselben, ein solcher, wie er weder dem Geiste des Gesetzes entspricht, noch auch ruhige, friedliche Arbeitsverhältnisse fördern kann. Wir wollen uns jedoch nicht mit diesen allgemeinen Bemerkungen begnügen, sondern den Inhalt des Entwurfes einer genaueren Prüfung unterziehen. Vorausgeschickt sei noch, dass eigentlich zwei Entwürfe vorliegen, einer, in welchem Kündigung und Entlassungsfälle genau geregelt sind, einer, welcher auf dem Standpunkte jederzeitiger freier Auflösung des Arbeitsverhältnisses steht. Wir haben uns nur mit ersterem zu beschäftigen, da der zweite bis auf die Weglassung der Bestimmungen betreffs Endigung des Arbeitsverhältnisses mit dem ersten ganz übereinstimmt.

Der Entwurf enthält zunächst einige allgemeine Bestimmungen über die Aufnahme in die Fabrik, die darum ganz überflüssig sind, weil die Arbeitsordnung doch erst das Vertragsverhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nach erfolgter Aufnahme zu regeln hat. Ob übrigens es zweckmässig oder durchführbar ist, von den Arbeitern unbedingt „Legitimationspapiere“ (— welche? —) zu verlangen, ob es zulässig ist, den Arbeiter zu verpflichten, seine Quittungskarte für die Alters- und Invalidenversicherung sich abnehmen zu lassen, bezweifeln wir. Ebenso unnütz als die einleitenden Bestimmungen erscheinen eine Reihe „allgemeiner Vorschriften für das Verhalten der Arbeiter in der Fabrik“ (§§ 15, 17, 19). Dass jeder Arbeiter sich bei einer ihm übertragenen Arbeit Kenntniss über die Art derselben zu verschaffen hat, dass die Werkstätten, Arbeitsplätze und Aborte rein zu halten sind, dass zur Verrichtung der Nothdurft nur die Aborte benutzt werden dürfen, u. dergl., ist wohl so selbstverständlich, dass es keiner Festlegung in der — doch möglichst kurz zu haltenden Arbeitsordnung bedarf. Wenn trotzdem alle diese Dinge in der Arbeitsordnung stehen, so hat dies wohl seinen Erklärungsgrund nur darin, dass in solchen Fällen die Ordnungstrafe ermöglicht werden soll, die nach dem Entwurfe (§ 25) soweit als nur nach dem Gesetze thunlich ausgedehnt wird. Nun ist es jedem einigermaßen erfahrenen und einsichtsvollen Industriellen klar, dass nichts verkehrter ist, als das ewige Strafen und dass ordentliche Arbeiter nicht gestraft werden sollen, unordentliche durch die Geldstrafen nicht gebessert werden, so dass viel richtiger die Ordnungsstrafen auf ein Minimum reduziert und nur für die dringlichsten Fälle festgesetzt werden sollten. Somit fehlt der Entwurf gegen diesen elementaren Grundsatz. In Bezug auf Höhe der Strafe fehlt aber jede Abgrenzung; das gesetzliche — unseres Erachtens schon viel zu hohe — Maximalgesetz der Strafe würde somit in jedem noch

so leichten Falle in Anwendung gebracht werden können, was doch gleichfalls kaum gebilligt werden kann.

Man würde indess fehl gehen, wenn man hierin etwa ein Uebersehen suchen würde; es scheint vielmehr die grundsätzliche Tendenz des Entwurfes zu sein, so weit möglich und nur irgend zulässig die Festsetzung von Massregelungen der Arbeiter zu empfehlen. Dies geht am klarsten aus der Unzahl der Entlassungsfälle ohne Kündigung hervor, während die Fälle, in denen der Arbeiter ohne Kündigung sofort austreten darf, vergeblich in dem Entwurfe gesucht werden. Ausser den hinreichend ausführlichen gesetzlichen Fällen führt der Entwurf unter allen Buchstaben des Alphabets mehr als 40 verschiedenartige Entlassungsfälle an, so dass man — bei Betrachtung des betreffenden Paragraphen (4) es wirklich eher mit einem Strafgesetzbuche oder einer Gefängniss-Hausordnung zu thun zu haben glaubt, als mit einer Arbeitsordnung, die das Vertragsverhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeiter regeln soll. Dass das Verhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ein vertragsmässiges zwischen zwei Parteien ist, kann heute kein unbefangener und einsichtsvoller Mensch mehr bezweifeln; darum ist auch der Ausdruck „Dienstverhältniss“, der auf nach der Gesindeordnung zu beurtheilende Verhältnisse passt, unzutreffend. Doch dies nur nebenher. Wir wollen vielmehr die Entlassungsfälle uns näher betrachten, schon darum weil sie den am meisten zu tadelnden Punkt des unglücklichen Entwurfes darstellen.

Da soll nun u. A. sofort entlassen werden können: „wer die Ruhe stört“, „wer sich Mitarbeitern gegenüber ungebührlich benimmt“, „wer sich bei Streitigkeiten betheiligt“, „wer sich gegen den Kasernenarzt oder dessen Angehörige ungeziemend benimmt“, „wer Fabrikationsprodukte oder Betriebsmaterial verunreinigt“, „wer überhaupt öffentliches Aergerniss erregt“, „wer gegen seine Mitarbeiter ein unverzügliches Benehmen zeigt“, „wer aus den Fenstern Schmutz wirft“, „wer bei bemerkten Unregelmässigkeiten seiner Anzeigepflicht gefissentlich nicht nachkommt“. — Diese Blüthenlese genügt wohl, um die eigenthümliche Haltung des Entwurfes zu charakterisiren. Nicht nur, dass ganz geringfügige Verstösse gleich zu Entlassungsfällen gestempelt werden, nein, viele Fälle sind so allgemein formulirt, dass eigentlich nach Belieben fast ein Jeder entlassen werden kann. Man weiss sehr wohl aus einem anderen Gebiete, was Alles unter „Störung der Ruhe“, „öffentliches Aergerniss“ subsumirt werden kann. Aber nicht genug damit, es wird sogar — und das halten wir kaum für recht möglich — die Denunziationspflicht festgesetzt, wodurch übrigens beständiger Unfriede und Hass neu gesäet würde.

Die bisherigen kurzen Erörterungen genügen wohl, um nachzuweisen, wie unzweckmässig und verfehlt die neue Normal-Arbeitsordnung für Zuckerraffinerien ist. Allein sie ist nicht nur unzweckmässig, sondern dürfte auch die Industriellen leicht in Konflikte mit den Organen bringen, denen die Arbeitsordnung vorzulegen sein wird; denn diese Behörden dürften wohl an solchen Arbeitsordnungen die auf das Rigoroseste die Strafen und Entlassungsfälle festsetzen, aber von Rechten, Ansprüchen, Schutz der Arbeiter kaum ein Wörtlein sagen, gerechterweise Anstand nehmen. Aber selbst wenn dies auch nicht geschähe, die traurige Folge solcher Zuckerruthen-Ordnungen, wenn sie in die Praxis übergehen, sind immer — verbitterte, traurige Arbeitsverhältnisse, und das scheint uns das Aergste dabei zu sein.

Wir sprechen dies frei und offen aus, wiewohl man ja riskiren muss, von einzelnen exaltirten und einseitigen Arbeitgebern gleich für einen Sozialisten oder gar Anarchisten gehalten zu werden; allein die Erfahrung hat bisher in tausend Fällen gelehrt, dass nicht mit Schroffheit, sondern mit mildem, versöhnlichem Auftreten der soziale Frieden zu erhalten ist. Mit derlei

Arbeitsordnungen, wie die besprochene, bietet man nur der Sozialdemokratie ein höchst willkommenes Agitationsmittel, vernichtet oder unterdrückt aber ihre Bestrebungen nicht im Mindesten. Der wahre Freund der Industrie — und als solcher haben wir uns hier das Wort zu nehmen erlaubt — ist der, welcher Milde und zu Entgegenkommen empfiehlt, nicht der, welcher in überflüssigem Dienstfeier oder in blindem Arbeiterhass zu Härte, Schroffheit und mehr oder minder gehässig aussehenden Massnahmen rathen würde.

Dr. Hans Hatschek.

Kleine Mittheilungen.

Sommerfahrplan. Seitens der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg ist der Handelskammer unterm 29. v. Mts. der folgende Bescheid zugegangen: In Verfolg der gefälligen Zuschrift vom 6. November v. Js. — A. II. 5. — 7053/91 — theilen wir der Handelskammer hierdurch ergebenst mit, dass die Durchführung des Zuges 354, ab Helmstedt 11.00 Vorm. bis Borsum für den Sommerfahrplan in Aussicht genommen worden ist.

Den übrigen Anträgen kann zu unserem Bedauern nicht entsprochen werden.

Die Fahrzeit der Züge 145 und 146 ist so knapp bemessen, dass Aufenthalte in Königsutter nicht gewährt werden können.

Nach früheren Erfahrungen liegt dazu auch kein Bedürfniss vor, da die Züge während der Zeit, als sie in Königsutter hielten, dort nur sehr wenig benutzt worden sind. Uebrigens hält auch Zug 145 in Wefensleben nicht.

Für die Herstellung von Anschlüssen von Schöningen und Wolfenbüttel an Zug 145 kann ein Bedürfniss ebenfalls nicht anerkannt werden, ebensowenig für die Wiederumleitung der Züge 35 und 36 über Schöningen.

Die Weiterführung des jetzt in Helmstedt endenden Zuges No. 42 bis Braunschweig und die nothwendige Einlegung eines neuen Zuges in der Gegenrichtung würden so bedeutende Kosten verursachen, dass von dieser Massnahme bei der für ausreichend zu erachtenden erst in neuester Zeit durch die Schnellzüge No. 31 und 32 noch vermehrten Anzahl von Verbindungen abgesehen werden muss.

Die Herstellung eines Anschlusses nach Schöningen an den um 8⁰² Abends von Braunschweig abgehenden Zug 155 würde ohne Mehrkosten nur durch Schädigung anderer Verkehrsinteressen möglich sein, wozu bei der vorhandenen gleichzeitigen Verbindung zwischen Braunschweig und Schöningen über Wolfenbüttel—Schöppstedt—Jerxheim kein Anlass gefunden werden kann.

Für die tägliche Beförderung der Sonntagszüge S 1 und S 2 Braunschweig—Harzburg, liegt unseres Erachtens weder ein Bedürfniss vor, noch kann auf eine auch nur annähernd die Kosten deckende Benutzung dieser Züge gerechnet werden.

Ausfuhr-Musterlager zu Köln a. Rh. (für Rheinland, Westfalen und benachbarte Bezirke). Wie wir aus schriftlichen und mündlichen Aeusserungen von Fabrikanten des Stoffgewerbes ersehen, tragen manche derselben noch immer Bedenken, den Musterlagern ihre Waarenproben zur Auslegung anzuvertrauen, weil sie die Besorgniss hegen, dass ihnen aus einer für Jedermann zugänglichen Auslegung dieser Muster durch Nachahmung derselben seitens des Wettbewerbs Nachtheile entstehen könnten. Dem gegenüber ist schon bei der Errichtung des Unternehmens und seither wiederholt darauf hingewiesen worden, dass hinsichtlich derjenigen Muster, welche die Aussteller geheim gehalten zu sehen wünschen, eine öffentliche Auslegung überhaupt nicht stattfindet, sondern dass dieselben nur solchen Besuchern des Lagers gezeigt werden, welche

sich als ernstliche ausländische Kauflehaber ausweisen. Diese Muster und Proben befinden sich in Holzschränken ohne Glasfenster, und zwar gleich den übrigen ausgestellten Gegenständen unter Verschluss, für den der Geschäftsführer persönlich zu sorgen hat. Falls der Aussteller es vorschreibt, werden die Muster sogar nur den von ihm zu bezeichnenden Besuchern gezeigt. Die Möglichkeit der Benutzung der Muster zu unbefugter Nachahmung wird also durch die bestehende Einrichtung und durch die zu gebenden bestimmten Weisungen gänzlich ausgeschlossen.

Der Geschäftsbetrieb des Ausfuhr-Musterlagers hat sich in jüngster Zeit recht erfreulich entwickelt; der Geschäftsführer war in der Lage, seit dem 1. Oktober, dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres, den Abschluss einer grösseren Anzahl von Geschäften, zum Theil bedeutendem Umfanges, zu vermitteln, darunter solche über: Spiegel, Metallknöpfe, Steinmuskknöpfe, Holzwohle, Holzkrane, Wollplüsch, Litzen, Drahtstifte, Reissstärke, Milano-Stahl, Vaseline, Spitzen, Cognac, Blechdosen, Schiffsbleche, Messingringe, Parfumerien, Baumwollstoffe, Wolljacken, Packmadeln, künstliche Blumen, Leder, Zinkblech, Pinsel, Reissbrettstifte, Löffel und Gabeln, Teppichnägeln, Maismehl, Polsternägeln, Glasflacons, Patentstöpsel, Etiketten, Lampendochte, Beinknöpfe, Wollfanelle, Messingbleche, Gold- und Silber-Bahn, baumwollene Bänder, Relief-Tapeten, Cravatten, Fez, Spielzeuge, Herrenhüte, Chemikalien, Schlösser etc. etc.

Der Vorsitzende des Musterlagers ist Herr Hr. Horten (i. F. Gebr. Braubach), Mitglied der Handelskammer zu Köln, Schriftführer Herr Paul Steller, Redakteur der Kölnischen Zeitung.

Weltausstellung. Seitens des Central-Bureaus für die Aussteller Deutschlands, Berlin O., Raupachstrasse 11, geht uns das nachstehende Zirkular zu, welches wir zu Nutz und Frommen der Aussteller zum Abdruck bringen.

Der Congress von Nord-Amerika hat die Veranstaltung einer Welt-Ausstellung — World's Columbian Exposition — für die Zeit vom 1. Mai bis Ende Oktober 1893 der Stadt Chicago, Ill. zugesprochen. Die Weltausstellungs-Baulichkeiten werden im Jackson Park konzentriert sein. Es soll sich hier nicht um die Bedeutung einer Ausstellung von Erzeugnissen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, des Gewerbe- und Fabrikationswesens, der Land- und Forstwirtschaft, des Maschinenbaues u. dergl. m. handeln, wohl aber auf den Umstand verwiesen werden, dass diese Exposition für den europäischen Künstler, Industriellen, Gewerbetreibenden u. s. w. Vortheile der mannigfachsten Art bietet und von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit und Bedeutung sein wird. Chicago bildet den Hauptknotenpunkt des grossartigen Eisenbahnnetzes der Vereinigten Staaten. Von hier aus verzweigt sich der ganze riesige Handel nach allen Punkten der ausgedehnten Republik bis in die Herzen entfernt gelegener fremder Länder. Die 27 in die Stadt einmündenden Hauptbahnen, welche schon jetzt täglich ca. 175 000 Personen in zusammen 902 Zügen befördern, werden der grossen Mehrheit der inländischen Bevölkerung den Besuch der Ausstellung leicht ermöglichen, welche dadurch die beste Gelegenheit hat, die verschiedenartigen fremdländischen Erzeugnisse eingehend kennen, schätzen und würdigen zu lernen. Die dortländischen Herren Künstler und Fabrikanten, Gewerbe- und Handeltreibenden, Landwirthe etc., die bekanntlich in ihrem Fache Hervorragendes, ja Vollendetes zu leisten vermögen, werden nicht unterlassen können, die hiesige Ausstellung mit ihren Erzeugnissen zu beschicken, nicht allein um allenfalls schon bestehende geschäftliche Beziehungen zu erhalten und zu befestigen, sondern, und hauptsächlichst, um neue und vortheilhafte Absatzgebiete

zu erlangen. Nicht jeder der Herren Exponenten wird jedoch die ganze Ausstellungszeit über sich hier aufhalten können und wollen. Es ist daher eine, die Landessprache und die merkantilen Verhältnisse gründlich kennende, in jeder Richtung vertrauenswürdige Repräsentanz unerlässlich. Zu temporären, als in der Folge auch zu permanenten Vertretungszwecken, hat sich mit behördlicher Genehmigung „The World's Exposition Exhibitors' Representing Company“, (Aussteller-Vertretungs-Gesellschaft), gebildet. Die Aufgabe derselben im Allgemeinen ist aus dem Titel zu entnehmen; im Speziellen zerfällt sie in nachfolgende Hauptpunkte: 1. Wahrung der Interessen und Beschaffung des gesetzlichen Schutzes der ausstellenden Firmen; Besorgung der Applikationen behufs Zuweisung des Ausstellungsraumes, resp. Erwirkung desselben bei dem staatlichen Kommissär. 2. Informations-ertheilung wegen Verpackung der Ausstellungs-Gegenstände, Adressirung und Spedition der Colli unter gleichzeitiger Zusendung der erforderlichen Druckformulare. 3. Beschaffung von Wand- und Schaukästen, Schränken, Verglasungen, Dekorirungen, Firmamentafeln, Geschäftskarten u. s. w., der Gegenbewegungskräfte mit Rädern und Riemen zur Uebertragung der Kraft vom Hauptgetriebe. 4. Empfangnahme der Waaren-colli von der Eisenbahn, Uebernahme an die zollamtliche Weltausstellungsbehörde wegen Vormerkung der Artikel, so auch wegen Zollbestimmung für den eventuellen Verkaufsfall, Weitertransport, eventuell Einlagerung der Waaren-colli im Lagerhause der Compagnie bis zur Aufstellung im Ausstellungs-Palaste.¹⁾ 5. Unparteiische Eintheilung des behördlich zugewiesenen Ausstellungsraumes entweder für den einzelnen Aussteller oder für eine ganze Gruppe; Auspacken, Sortiren, Aufstellen und Dekoriren der verschiedenartigen Artikel, Erzeugnisse und Produkte, Ausschmückung der Ausstellungs-Abtheilung. 6. Beaufsichtigung und Versorgung der ausgestellten Gegenstände hinsichtlich der Sicherheit durch Beigebung des erforderlichen Aufsichts-Personales, vortheilhafter Abschluss von Versicherungen gegen Feuer und Unfall u. s. w. 7. Kalkulationen der Waaren nach hiesiger Landeswährung unter Zugrundelegung der betreffenden Zollbestimmungen für den eventuellen Verkaufsfall. 8. Erwirkung der Genehmigung des Verkaufsrechtes der ausgestellten Gegenstände; Erwirkung des Privilegiums bei der Ausstellungsbehörde zum Verkaufe von am Ausstellungsplatze erzeugten Artikeln. 9. Abschluss des behördlich vorgeschriebenen Vertrages mit der Ausstellungs-Kommission in jedem einzelnen Falle des Verkaufes eines ausgestellten, wie immer Namen habenden Gegenstandes.²⁾ 10. Verfassung von Gesuchen um Erwirkung von besonderen Privilegien oder Konzessionen für den Aussteller. 11. Stellung von Kautionen (Bonds) in jeder von der Ausstellungsbehörde bei Ertheilung von Privilegien, Konzessionen geforderten Höhe.³⁾ 12. Einleitung von vortheilhaften Han-

¹⁾ N.B. Für Gegenstände, die vom Aussteller an die Ausstellungs-Kommission geschickt werden, und für die kein Vertreter hier bezeichnet ist, übernimmt — laut Punkt 19 des behördlichen Regulativs für auswärtige Aussteller — die Ausstellungs-Direktion keine Verantwortung und werden derlei Gegenstände auf Gefahr und Kosten des Absenders in irgend einem Raum aufbewahrt.

²⁾ Jeder Vertrag, welcher die Vergebung des Verkaufsrechtes an den Aussteller bestimmt, muss in jedem einzelnen Falle mit dem betreffenden Aussteller, oder dessen legalem Vertreter, durch die Ausstellungs-Behörde (Abtheilung für Mittel und Wege) rechtskräftig gestaltet werden.

³⁾ Die Ausstellungs-Behörde beansprucht Bürgschaften (Bonds) deshalb, damit der Aussteller die ihm kontraktlich zugesicherten Privilegien und Konzessionen in der vorgeschriebenen Weise auch einhält.

delverbindungen, Rücktransport der allenfalls nicht verkauften, oder überhaupt nicht zum Zwecke des Verkaufes ausgestellt gewesenen Gegenstände, eventuell auch Einlagerung der Waaren im eigenen Waaren- und Lagerhause, Verkauf der Glaskästen und des sonstigen entbehrlichen Materials. Besonders zu erwähnen ist der äusserst vortheilhafte Umstand, dass der Ausstellungsraum frei, d. h. ohne Plazzins von der Behörde zugewiesen wird. Ebenfalls ohne Entschädigung wird Dampf- und Wasserkraft (limitirt) abgegeben. Alle Waaren werden zollfrei eingeführt. Die fallweise, gegenseitig speziell zu vereinbarenden Kosten für die Repräsentanz Ihrer Firma hier, werden von der gefertigten Kompagnie möglichst mässig berechnet, um die Theilnehmung an der Ausstellung auch den kleineren Produzenten zu ermöglichen. Auch wird Sorge getragen, Firmen gleicher oder verwandter Artikel zu einer Gruppe zu vereinigen. Die Errichtung eines permanenten Musterlagers auswärtiger Erzeugnisse auf allen Gebieten der Kunst und Industrie durch die gefertigte Gesellschaft ist in Aussicht genommen und wird dieser Idee bei Schluss der Ausstellung praktischer Ausdruck verliehen werden. Anknüpfend an das Vorstehende wird noch beigefügt, dass handelspolitische und national-ökonomische Ursachen, unter Anderem auch die Verschiedenartigkeit der Landeswährungen, es mit sich bringen, dass eine bedeutende Menge von Erzeugnissen vom Auslande bezogen wird, und ergiebt sich aus dem Werthe der im Jahre 1890 importirten Objekte im Betrage von 823 390 201 Dollars, wohl zur Genüge die Bedeutung und die Wichtigkeit des Handels mit Amerika. Um jedoch auch die, sämtliche Fabrikanten und Exporteure der auswärtigen Staaten gleichmässig treffenden Eingangszollbestimmungen durch die sogenannte McKinley Bill zu berühren, sei erwähnt, dass der neue Zollaufschlag nur einige Artikel in erhöhterem Masse trifft; bei vielen Gegenständen ist der Zoll wesentlich vermindert, und bei manchen Produkten gänzlich freigegeben worden. Bei dieser Gelegenheit wird der Berichte des Handels - Amtes der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas erwähnt. Dieselben weisen eine allmonatliche Steigerung der Einfuhrzölle nach. So wurden im Monat März 1891 zollpflichtige Waaren im Werthe von 46 993 976 Dollars, gegen 42 081 673 Dollars im gleichen Monate des Vorjahres eingeführt. Das ergiebt eine Steigerung von nahezu 5 Millionen Dollars. Zollfreie Gegenstände sind, ebenfalls im Monat März d. J., um ca. $5\frac{1}{2}$ Millionen Dollars mehr importirt worden (30 622 175 Doll.), als im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres (25 088 834 Doll.). Diese Ziffern beweisen zur Genüge, dass der neue Zolltarif den ausländischen Handel mit Amerika keineswegs ungünstig beeinflusst. Zum Schlusse sei noch der Bonität der Gesellschaft gedacht. Dies ist keineswegs ein nebensächlicher Umstand. In der Bonität liegt die Sicherheit für die Reellität des Unternehmens. Die theilnehmenden Personen geniessen des besten finanziellen Rufes und stehen in hohem geschäftlichen Ansehen, wodurch jede Sicherheit für den Aussteller geboten ist. Wenn Sie die vorbezogenen Ausführungen genau prüfen und erwägen, müssen Sie die besonderen Vortheile der Ausstellungs - Besichtigung zugeben und zu der Ueberzeugung gelangen, dass die Vertretung Ihrer geschäftlichen Interessen unerlässlich ist und nur durch „The World's Exposition Exhibitors' Representing Company“ zu Folge ihres Ansehens und kommerziellen Einflusses, ihrer unabhängigen Stellung, ihres effektiven finanziellen Werthes, ihrer zahlreichen merkantilen Verbindungen und der billigen Vertretungskosten, in der lohnendsten Weise besorgt werden kann.

Wir ersuchen daher diese Offerte der Beantwortung unterziehen zu wollen und bemerken, dass Ihre der Sache zustimmende Antwort, eine Sie noch keineswegs verpflichtende, sondern nur eine prinzipielle ist, worauf

erst die weiters erforderlichen Abmachungen einzuleiten sind.

Indem wir Ihren werthen Nachrichten in Kürze, hauptsächlich des zu beschaffenden Ausstellungsraumes wegen, entgegen sehen, zeichnet

hochachtend

The World's Exposition Exhibitors'
Representing Company Ltd.

Gustav Lukas,

Secretär und Manager.

Elektrische Ausstellung in Moskau 1892. In diesem Jahre veranstaltet die Moskauer Abtheilung des Kaiserlich russischen technischen Vereins eine elektrische Ausstellung in Moskau mit folgendem Programm: Gruppe I. Elektrische Beleuchtung. — Kraftübertragung. Gruppe II. Telegraphie und Telephonie. Gruppe III. Elektro-Technologie (Elektro-Metallurgie, Elektrolyse, Galvanoplastik etc.). Anwendung der Elektrizität im Eisenbahn- und Militärwesen, in der Marine, der Medizin, der Hauswirtschaft etc. Gruppe IV. Elektrische Batterien. — Accumulatoren. — Statische Maschinen. — Thermoelektrische Batterien. — Magneto- und Dynamoelektrische Maschinen. — Transformatoren. — Elektrische Motoren. Gruppe V. Betriebskraft. — Verschiedene Kessel — Motoren, anwendbar in der Elektro-Technik. Gruppe VI. Mess- und Präcisionsinstrumente, wissenschaftliche Apparate. Gruppe VII. Neuheiten auf irgend welchem Gebiete der Technik. Gruppe VIII. Literatur, Pläne, Zeichnungen, Diagramme etc., welche auf Elektrizität Bezug haben.

1. Neue Erfindungen, welche ausgestellt werden, verlieren dadurch nicht das Recht auf Patentirung in Russland. 2. Alle für die Ausstellung bestimmten ausländischen Produkte sind zollfrei, wenn sie innerhalb eines Monats nach Schluss der Ausstellung zurückexpedirt werden oder falls sie der Moskauer Abtheilung des Kaiserlich russischen technischen Vereins zum Geschenk gemacht werden. Beim Verkauf der Exponate auf der Ausstellung müssen dieselben verzollt werden. 3. Die Geschenke, welche die Exponenten der Moskauer Abtheilung des Kaiserlich russischen technischen Vereins anbieten, werden dem Museum und dem technischen Laboratorium des Vereins einverleibt. 4. Das von der Moskauer Abtheilung des Kaiserlich russischen technischen Vereins eingesetzte Preisgericht erkennt den bestbefundenen Exponaten Preise zu, die aus goldenen, silbernen oder bronzenen Medaillen und Anerkennungen bestehen. 5. Die Moskauer Abtheilung des Kaiserlich russischen technischen Vereins ist bevollmächtigt, der russischen Regierung diejenigen Personen zu bezeichnen, welche sich um die Organisation der Ausstellung und um die Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrotechnik verdient gemacht haben. 6. Die offizielle Eröffnung der Ausstellung findet am 14. April 1892 statt und der Schluss am 14. Oktober 1892 (wenn keine Verlängerung der Ausstellung bewilligt wird.). 7. Anmeldungen und Exponate werden vom 1. November 1891 entgegengenommen. 8. Die elektrische Ausstellung ist in den Räumen der Permanenten Universellen Ausstellung installiert.

Deutscher Handel in China. Gelegentlich der aufständigen Bewegung in China ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, in welchem Masse der deutsche Handel und die deutsche Schifffahrt von den nachtheiligen Wirkungen des Aufstandes berührt worden seien. Einige vom amtlichen „H. A.“ soeben mitgetheilten Berichte über den Antheil der deutschen Kauffahrteiflagge und den Waarenverkehr in den dem fremden Handel geöffneten Häfen giebt in dieser

Richtung orientirende Aufschlüsse, aus denen zu entnehmen, dass die kommerziellen Beziehungen zwischen Deutschland und China in der That in neuester Zeit etwas zurückgegangen sind, und dass nicht mehr die lebhaft Frequenz besteht, wie sie in früheren Jahren vorhanden war. Zwar hat sich der Schiffs- und Handelsverkehr China's mit dem Auslande in den letzten Jahren ziemlich auf derselben Höhe gehalten. Dieser Stillstand bedeutet indess insofern einen Rückgang, als die bisherige Entwicklung in Betreff des Tonnengehaltes eine stetig steigende gewesen ist, und jedes Jahr mit einer ungleich grösseren Vermehrung gegen das Vorjahr abgeschlossen hatte, als im Jahr 1890 zu verzeichnen ist. Für die deutsche Flagge ist das Jahr 1890 kein günstiges gewesen. Ihr Antheil am Gesamtverkehr sank von 6,7 auf 5,4 % und geht damit bis zum Jahre 1884 zurück, in welchem er 5 % betrug. Der Ausfall vertheilt sich ziemlich gleichmässig auf den Extern- und Küstenverkehr. Für den ersteren sind die Zahlen: 800 Fahrten oder 533,143 Registertonnen gegen 1070 bzw. 674,783 im Vorjahre, für den letzteren 1340 bzw. 810,821 gegen 1586 bzw. 907,865. In den einzelnen Häfen ist fast überall eine Verminderung des deutschen Schiffsverkehrs zu konstatiren. Nur drei Plätze bilden eine Ausnahme, und zwar Niutschwang mit 176 Fahrten und 110,284 Registertonnen gegen 120 bzw. 77,336 im Vorjahre, Tientsin, wo fast die doppelten Ziffern des Vorjahres erreicht wurden (64 bzw. 33,662 gegen 36 bzw. 17,324), und Pakhoi, wo die Fahrten von 130 auf 132, der Tonnengehalt von 54,420 auf 65,848 stiegen. Alle übrigen Häfen zeigen eine mehr oder minder starke Abnahme des Verkehrs unter deutscher Flagge, von welcher Dampf- und Segelschiffe ziemlich gleichmässig betroffen werden. Am bedeutendsten ist der Rückgang in Shanghai, Amoy und Swatau, relativ noch stärker in Futschau und Tamsui. Der an fast allen Plätzen beobachtete Rückgang lässt sich nur aus den allgemeinen ungünstigen Geschäfts- und Frachtverhältnissen erklären, welche einen Theil der deutschen Schiffe veranlassen, China zu verlassen und anderwärts Beschäftigung zu suchen. Ebenso wie die Schifffahrt war auch das Gesamtergebniss des deutschen Antheils am Handel im Allgemeinen kein günstiges. In Hankau, Kiukiang, Wuhu, Tamsui, Amoy, Swatau, Niutschwang und Shanghai war der deutsche Antheil gegen das Vorjahr geringer. Erheblich höher gestaltete er sich in Tientsin, wo er sich fast verdoppelte, ohne jedoch die Höhe von 1888 zu erreichen; ferner in Takau und in geringem Masse auch in Kanton, sowie in den Häfen von Tschifu, Kiungtschau und Pakhoi. Im Jahre 1888 betrug der deutsche Antheil 6,03 %, 1889 5,32 % und im Jahre 1890 4,81 %. Diesen Rückgang theilt Deutschland mit den meisten anderen Vertragsstaaten, während nur Grossbritannien und Japan sich einer Zunahme zu erfreuen hatten. Die Zahl der deutschen Geschäftshäuser ist von 72 auf 80, die der in China lebenden Deutschen von 596 auf 648 gestiegen.

Strohgeflechte und Pongee-Fabrikate aus China. Das deutsche Vice-Konsulat zu Tschifu hat unterm 4. September v. J. an den Reichskanzler einen Bericht über chinesische Strohgeflechte und Pongee-Fabrikate gleichzeitig mit einer Mustersammlung derartiger Waaren eingesandt. Diese Sammlung ist auf Wunsch den deutschen Exportmusterlagern zugänglich gemacht und zunächst dem Handelsmuseum zu Frankfurt a. M. zur Ausstellung überwiesen worden.

Bezüglich dieser Mustersammlung bemerkt der Bericht des Kaiserlichen Konsuls:

Die auf den Pongee-Proben (8 Sätze) angegebenen Preise beziehen sich auf das Stück; sie stellen die Einkaufspreise in Tschifu, dar, welche gewiss, doch nicht allzu bedeutenden Schwankungen von etwa 5 bis 25 Kandarin (1 Tael = 100 Kandarin) unterworfen sind. Die Abschnitte repräsentiren die ganze Breite der Stücke; die Länge der letzteren beträgt bei den gewöhnlicheren Sorten 18 bis 19 englische Ellen (yards, ein yard = 0,90 Meter), bei den besseren 19 bis 20 yards.

Von den Strohgeflechten hat das Konsulat die Hauptsorten in mehrfachen Mustern (9 Sätze) beschaffen können, die weniger gangbaren und die Phantasiegeflechte nur in je einem Muster. letztere werden fast nur nach vorangegangenen Bestellungen und von Europa, bzw. Amerika nach angegebenen Mustern angefertigt und könnten demnach auch leicht für den besonderen deutschen Geschmack gearbeitet werden. Die Preise verstehen sich auch hier als diejenigen des Einkaufs in Tschifu.

Der Tael-Kurs, im Verhältniss zur Mark ist, wie den Handelskreisen in Deutschland bekannt sein wird, sehr veränderlich; er bewegte sich in den letzten Monaten zwischen 4,40 Mk. und 4,60 Mk. für 1 Tael, er hielt sich aber meistens auf 4,50 Mk. bis 4,55 Mk. Hieraus ergibt sich ein für Einkäufer nicht gefahrloses Risiko, im Grunde jedoch kein grösseres als bei der Ausfuhr anderer chinesischer Artikel. Ich habe ferner zu bemerken, dass London der grosse Stapelplatz für Strohgeflechte ist, von welchem aus sich auch die deutschen Strohhutfabrikanen zu versorgen pflegen und der ihnen grössere Auswahl sowie vielleicht mehr Bequemlichkeiten bietet, als ein direkter Bezug, jedoch wohl kaum auch zugleich den Vortheil besserer Preise. Von Seiten sächsischer Strohhut-Fabrikanten ist indessen früher schon versucht worden, unmittelbare Verbindungen mit den hiesigen Herstellungsplätzen anzubahnen.

Es ist eine deutsche Firma, Auz & Co., hier ansässig, welche in grossem Umfange als Agentur zum Einkauf von Pongees und Strohgeflechten hauptsächlich für amerikanische Handlungshäuser thätig ist.

Zur Gewerbeordnung. Dem Bundesrathe ist ein Entwurf von Bestimmungen zugegangen, welcher die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Rohzuckerfabriken und Zuckerraffinerien betrifft. Diese Bestimmungen gelten bis zum 1. April 1902 bzw. bis zum 1. April 1898. Erhebungen über die Bedürfnissfrage haben ergeben, dass während der letzten Kampagne im deutschen Reich in Rohzuckerfabriken 74167 Arbeiter beschäftigt waren, von denen 9794 oder 13% dem weiblichen Geschlecht angehörten. Nur ein verhältnissmässig geringer Theil, der in der Rohzuckerfabrikation beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter ist in der Nähe der Fabriken ortsangesessen. Die grosse Mehrzahl sind sogenannte Sachseingänger, die theils schon im Frühjahr zur Uebernahme landwirtschaftlicher Arbeiten aus anderen Gegenden zuziehen und nach Beendigung der Feldarbeit Beschäftigung in den Zuckerfabriken suchen, theils erst im Spätherbst bei Beginn der Zucker-Kampagne sich einstellen. Hierbei kommen für das östliche Deutschland Arbeiter, namentlich aus Polen, Posen, Ostpreussen und Schlesien, für Mitteldeutschland ausserdem auch der Harz, das Eichsfeld und Thüringen in Betracht. Die Gesamtzahl der in deutschen Zucker-Raffinerien, abgesehen von den Melasse-Entzuckerungsanstalten, thätigen Arbeiter beträgt 11724, davon 21 Prozent weiblichen Geschlechts.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 M.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5. — Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 3.

Braunschweig, März-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken. Vom 17. März 1892.

Auf Grund des § 139a des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) hat der Bundesrath nachstehende

Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken erlassen:

I. Auf Steinkohlenbergwerken, deren Betrieb auf eine doppelte tägliche Arbeitsschicht eingerichtet ist, treten die Beschränkungen des § 136 Absatz 1 und 2 der Gewerbeordnung für diejenigen jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts über vierzehn Jahre, welche über Tage mit den unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zusammenhängenden Arbeiten beschäftigt sind, mit folgenden Massgaben ausser Anwendung:

1. Die erste Schicht darf nicht vor fünf Uhr Morgens beginnen, die zweite Schicht nicht nach zehn Uhr Abends schliessen, keine der beiden Schichten länger als acht Stunden dauern.

Am Tage vor Sonn- und Festtagen darf die erste Schicht um vier Uhr Morgens beginnen, am nächsten Werktag die zweite Schicht um zwölf Uhr Abends schliessen.

2. Zwischen zwei Arbeitsschichten muss den jugendlichen Arbeitern eine Ruhezeit von mindestens zwölf Stunden gewährt werden.

3. Zwischen den Arbeitsstunden müssen den jugendlichen Arbeitern an jedem Arbeitstage eine oder mehrere Pausen in der Gesamtdauer von mindestens einer Stunde gewährt werden; während der Pausen darf ihnen eine Beschäftigung in dem Betriebe nicht gestattet werden.

II. Auf Steinkohlenbergwerken dürfen jugendliche Arbeiter männlichen Geschlechts über vierzehn Jahre in sechsständigen Schichten unter Wegfall der im § 136 Absatz 1 Satz 3 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Pause mit ihren Kräften angemessenen Arbeiten über Tage beschäftigt werden, sofern die Art des Betriebes an sich Unterbrechungen der Beschäftigung mit sich bringt.

Wegen der zwischen zwei Arbeitsschichten zu gewährenden Ruhezeit gilt die Bestimmung unter Nr. I Ziffer 2.

III. In der bei I und II bezeichneten Art dürfen jugendliche Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn durch das Zeugnis eines von der höheren Verwaltungsbehörde zur Ausstellung solcher Zeugnisse ermächtigten

Arztes nachgewiesen ist, dass die körperliche Entwicklung des Arbeiters die für denselben in Aussicht genommene und genau anzugebende Beschäftigung auf dem Werke ohne Gefahr für seine Gesundheit zulässt. Das ärztliche Zeugnis ist vor Beginn der Beschäftigung dem Arbeitgeber auszuhändigen, welcher es zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem jugendlichen Arbeiter beziehungsweise dessen gesetzlichem Vertreter wieder auszuhändigen hat.

IV. Auf Arbeitsstellen, wo jugendliche Arbeiter nach Massgabe der Vorschriften unter I, II und III beschäftigt werden, muss neben der nach § 138 Absatz 2 der Gewerbeordnung auszuhängenden Tafel eine zweite Tafel ausgehängt werden, welche in deutlicher Schrift die Bestimmungen unter I, II und III wiedergibt.

V. Die vorstehenden Bestimmungen haben für zehn Jahre Gültigkeit.

Dieselben treten vom 1. April 1892 ab an die Stelle der durch die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 10. Juli 1881 und vom 12. März 1883 verkündeten Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken.

Berlin, den 17. März 1892.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

von Boetticher.

Bekanntmachung,

betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Cichorienfabriken. Vom 17. März 1892.

Auf Grund des § 139a des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) hat der Bundesrath nachstehende

Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Cichorienfabriken

erlassen:

I. In Cichorienfabriken darf Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Räumen, in welchen Darren im Betriebe sind, während der Dauer des Betriebes eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

II. In Cichorienfabriken mit Darrenbetrieb muss in Räumen, in welchen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, neben der nach § 138 Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) auszuhängenden Tafel eine zweite Tafel ausgehängt

werden, welche in deutlicher Schrift die Bestimmung unter I wiedergiebt.

III. Die vorstehenden Bestimmungen haben für zehn Jahre Gültigkeit.

Sie treten mit dem 1. April 1892 in Kraft.

Berlin, den 17. März 1892.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

von Boetticher.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 7—827/92.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass bei unserer Geschäftsstelle fortlaufend die neu erscheinenden Gütertarife eingehen und daselbst während der Dienststunden einzusehen sind.

Insbesondere weisen wir hin auf neuerdings erschienene Tarif-Nachträge für den Rumänisch-Norddeutschen Verkehr, die Beförderung von Mais betreffend, sowie auf den Ausnahme-Tarif für den Norddeutsch-Bayerischen Verkehr betr. die Beförderung von Getreide, Kleie und Mühlenfabrikaten hin.

Braunschweig, 24. März 1892.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 730/92.

Die Interessenten der Chokoladen- und Zuckerwaaren-Industrie des Herzogthums, welche für den Export arbeiten oder überhaupt mit Plätzen des Auslandes in Verbindung stehen, machen wir darauf aufmerksam, dass auf Ansuchen an unserer Geschäftsstelle ein reichhaltiges Material über die Geschäftsverhältnisse ihrer Branche eingesehen werden kann.

Die bezüglichen authentischen Nachrichten stehen indessen nur bis zum 10. April d. J. zur Verfügung.

Braunschweig, 14. März 1892.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 752/92.

Bezüglich Zolldeklarirung für die Ausfuhr nach Russland sind an unserer Geschäftsstelle zuverlässige vertrauliche Nachrichten eingegangen.

Braunschweig, 16. März 1892.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1—822/92.

Wir bringen nachstehend die Uebersetzung einer belgischen Ministerialverordnung vom 31. Januar d. J. betr. die Gewerbesteuer der ausländischen Handlungsreisenden zur Kenntniss:

Brüssel, den 31. Januar 1892.

§ 1. Nach dem Wortlaute der am 6. Dezember 1891 mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Handelsverträge (R. 2215 und 2216) können Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende dieser Staaten sowie ihre Handlungsreisenden in Belgien Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, suchen und Waareneinkäufe für Rechnung eines deutschen oder österreichisch-ungarischen Hauses machen, ohne deswegen eine Gewerbesteuer zu zahlen, so lange solche Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende oder Handlungsreisende, welche in Belgien angesessen sind und in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn für Rechnung eines belgischen Hauses reisen, daselbst von der Zahlung einer Gewerbe- oder Einkommensteuer befreit sind.

§ 2. Der Nachweis, dass man das Recht zur Ausübung der vorerwähnten Berufsgeschäfte erworben hat, wird durch Vorlegung einer Legitimationskarte geführt, welche den den Verträgen beigegebenen Mustern entspricht.

Diese Karte ist nur für das Jahr gültig, in welchem sie ausgestellt worden ist.

§ 3. In Belgien wird die Legitimationskarte (No. 268 oder 269) von dem Einnnehmer der direkten Steuern derjenigen Gemeinde ausgestellt, in welcher der Reisende zur Gewerbesteuer veranlagt ist. Der Einnnehmer hat in die Karte das Signalement des Inhabers einzutragen, welcher die Karte mit seiner Namensunterschrift zu versehen hat.

Der Reisende ist gehalten, den Nachweis zu führen, dass die von ihm vertretenen Handelshäuser ordnungsmässig der Gewerbesteuer unterworfen sind oder zu dem Zweck eine Deklaration gemacht haben.

§ 4. Die Einnnehmer haben für ihr Bureau eine Liste über die von ihnen verabfolgten Legitimationskarten zu führen. Diese mit der Hand anzulegende Liste ist so lange zu benutzen, bis sie vollgeschrieben ist und bleibt alsdann im Archiv aufbewahrt; die Reihe der Ordnungs-Nummern beginnt mit jedem Jahr von Neuem.

Die Liste enthält folgende Spalten:

1. Ordnungs-Nummer.
2. Datum der Ausstellung der Karten.
3. Land, für welches die Karten ausgestellt sind.
4. Name, Vornamen und Wohnort der Reisenden.
5. Name, Vornamen, Stand und Wohnort der Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden, welche die Inhaber der Karten vertreten.
6. Gemeinden oder Gemeindebezirke, in welchen diese Handelshäuser der Gewerbesteuer unterworfen sind.
7. Bemerkungen.

§ 5. Die Befreiung von der Gewerbesteuer, welche den deutschen und österreichisch-ungarischen Handlungsreisenden gewährt wird, kann auf die Reisenden der anderen Länder nur durch ein ausdrückliches Abkommen ausgedehnt werden. Demzufolge bleiben solche Personen, welche in Belgien für Rechnung eines Handelshauses dieser Länder reisen, auch ferner der durch verschiedene internationale Verträge einschliesslich der Zuschläge auf 20 Francs festgesetzten Steuer unterworfen. Jedoch werden, auf Grund des Artikels 5 des mit der Schweiz am 3. Juli 1889 geschlossenen

Vertrages (R. 2139), Handlungsreisende, welche in Belgien für Rechnung eines in der Schweiz ansässigen Hauses reisen und diese feste Steuer nicht wählen, den einheimischen Handlungsreisenden gleichgestellt.

§ 6. Gemäss Artikel 12 erstreckt sich der Handelsvertrag mit Deutschland auf das Grossherzogthum Luxemburg.

§ 7. Da die Verträge vom 6. Dezember 1891 erst mit dem 1. Februar 1892 in Kraft treten, so verbleibt die Gewerbesteuer, welche vor diesem letzteren Datum von Handlungsreisenden gezahlt worden ist, auf die die Verträge Anwendung finden, dem Staatsschatz.

Der Finanzminister

gez. A. Beernaert.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Deutsche Ingenieur-Ausstellung auf der Weltausstellung in Chicago 1893.

Einer Anregung aus Ingenieurkreisen Folge gebend, hatte der Herr Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago am 24. Februar d. J. eine Versammlung von Bau- und Maschineningenieuren und Architekten aus allen Theilen Deutschlands zusammenberufen, um darüber zu berathen, ob eine Ausstellung des deutschen Ingenieurwesens und der Architektur in Chicago zweckmässig und durchführbar sei. Die Versammlung hat diese Frage einstimmig bejaht, es jedoch für erforderlich erachtet, die Architektur-Ausstellung getrennt von der Ingenieur-Ausstellung zu halten.

Die Gesichtspunkte, unter welchen die Leistungen der deutschen Ingenieurkunst in Chicago kollektiv zur Darstellung gelangen sollen, fassen wir kurz, wie folgt, zusammen:

Die Ingenieur-Ausstellung soll allerdings und naturgemäss auch den Zweck verfolgen, den Ausstellern und dem deutschen Reich Ehre und Anerkennung zu verschaffen; aber sie soll doch in erster Linie der deutschen Industrie Aufträge zuführen.

In England, Frankreich, Belgien, Nordamerika werden den einheimischen Fabriken und Unternehmern viele Aufträge zur Lieferung von Eisenkonstruktionen, Kesseln, Maschinen, Fahrzeugen, Schiffen — überhaupt Fabrikaten aller Art — dadurch zu Theil, dass Civilingenieure und Konstrukteure grosse Bauwerke für das Ausland entwerfen und in vielen Fällen deren obere Bauleitung ausüben. Es liegt in der Natur der Sache, dass die zur Herstellung dieser Bauwerke erforderlichen Fabrikate — soweit sie nicht in dem Lande, für welches sie bestimmt sind, selbst gut und preiswürdig hergestellt werden können — in dem Heimathlande des leitenden Ingenieurs zur Submission ausgeschrieben und geliefert werden, schon weil der konstruierende Ingenieur gewöhnt ist, seinem Entwurf die heimischen Fabrikate zu Grunde zu legen.

Wir haben in Deutschland eine grosse Zahl von Ingenieurbauten und Maschinenanlagen, welche nicht nur denen anderer Länder nicht nachstehen, sondern in einzelnen Fällen sie übertreffen. Hieraus ergibt sich, wenn es sonst noch des Beweises bedürfte, dass Deutschland auch viele Ingenieure hat, welche den

Weltwettbewerb zu bestehen im Stande sind. Woher kommt es, dass trotzdem Deutschland in Bezug auf die oben entwickelte Ingenieur-Thätigkeit für das Ausland so sehr bei Seite steht? Einmal, weil das ferne Ausland die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ingenieurwesens und des Schiffbaues zu wenig kennt, und dann aber auch, weil in unserem Heimathlande die individuelle Leistung des Ingenieurs gegen diejenige seines Auftraggebers — im Gegensatz zu den oben genannten Ländern — mehr, als für die Industrie gut ist, zurückzutreten pflegt. In der grossen Mehrzahl aller Fälle, auf welche es hier vorwiegend ankommt, ist der Auftraggeber aber der Staat oder eine grosse Gemeinde oder eine Gesellschaft, während der Ausländer gewöhnt ist, für die Beschaffung technischer Werke und Anlagen in persönliche Beziehungen zu dem konstruierenden Ingenieur zu treten. Hierfür fehlt ihm aber in Deutschland in der Regel die Grundbedingung: er kennt keine Namen, weil er sie selten oder niemals nennen hört. In den anderen Industriestaaten ist das Gegentheil der Fall.

Die Weltausstellung in Chicago ist besonders geeignet, die Beseitigung der geschilderten Mängel anzubahnen, wenn sie mit der Darstellung hervorragender guter Ingenieurwerke und in einer für den Zweck geeigneten Weise beschickt wird. Sie ist jedoch nicht als eine Gelegenheit zum Wettbewerb um den nordamerikanischen Markt anzusehen, weil dieses Land ja selbst eine hochentwickelte Technik hat, sondern es handelt sich um Zentral- und Südamerika, Australien, Südafrika und insbesondere Ostasien, für dessen Geschäftsverbindungen sie geradezu entscheidend sein kann. Die wirtschaftliche Bedeutung der Ingenieur-Ausstellung diesen Ländern gegenüber kann für Deutschland gar nicht hoch genug gewürdigt werden.

Aus diesem Grunde ist auch die gegenwärtige nordamerikanische Zollgesetzgebung nicht von Belang. Es werden Tausende von Interessenten — Beauftragte der Staatsregierungen, der Städte, Korporationen und Private — aus den genannten Ländern nach Chicago kommen mit dem ausgesprochenen Zweck, sich über die Einrichtungen öffentlichen und privaten Interesses Belehrung zu holen und Anknüpfungspunkte für ihre Beschaffung zu suchen, wie dies in hervorragender Weise auch auf der letzten Pariser Ausstellung in der Ingenieur-Abtheilung der Fall war.

Deutschland darf bei diesem Wettbewerb auf dem Gebiete des Ingenieurwesens im Interesse seiner gesamten heimischen Industrie nicht fehlen. Hierbei muss noch besonders darauf hingewiesen werden, dass die Ingenieur-Thätigkeit für öffentliche Bauwerke in einem neuen, fremden Lande zahlreiche geschäftliche Beziehungen mit dem Heimathlande des bauleitenden Ingenieurs auch auf solchen Gebieten zur Folge zu haben pflegt, welche mit der Thätigkeit des Ingenieurs in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Es ist das die natürliche Folge des Umstandes, dass diese Thätigkeit vielfach die Anstellung und Mitwirkung von deutschen Hilfskräften in den fremden Ländern veranlasst, welche geschäftliche Verbindungen aller Art mit dem Heimathlande aufrecht halten und erweitern. England hat das in früheren Jahren, als es noch fast ausschliesslich die Wasser- und Gaswerke in Deutschland baute, und Deutschland, als ihm Russland noch für seine Ingenieur-Thätigkeit offen stand, in ganz hervorragendem Masse erfahren.

Die Ingenieur-Ausstellung kann naturgemäss nur Zeichnungen, Beschreibungen, statistische Angaben, Druckwerke und Modelle bieten: Fabrikate gehören in die anderen Abtheilungen der deutschen Ausstellung. Sie soll alle Gebiete des Bau- und Maschinen-Ingenieurwesens umfassen, insbesondere: Transportmittel, Eisenbahn- und Strassenbau, Kanäle, Fluss- und See-Wasserbauten, Brücken, Eisenkonstruktionen aller Art, Bergbau, Hüttenwesen, Anlagen für Wasserversorgung, Kanali-

sation. Entwässerung. Gas- und Kraftversorgung. elektrische Beleuchtung. Zentralheizung und Lüftung. Bauten der Industrie jeder Art. Speicher-, Werft- und Hafenanlagen. Schlacht- und Viehhöfe. Markthallen. Krankenhäuser. Schiffbau u. a. m.

In erster Linie muss der Besitzer der auszustellenden Pläne oder Modelle als Aussteller gelten. Es ist jedoch, um den oben ausgesprochenen Zweck der Ausstellung voll zu erreichen, erforderlich, dass auch der geistige Urheber des Werkes, der Konstrukteur und Bauleiter und, so weit zugänglich, seine Mitarbeiter und Unternehmer mit genauer Angabe ihrer Adressen in hervorragender Weise an dem auszustellenden Objekt und im Katalog namhaft gemacht werden.

Eine solche Ausstellung des Ingenieurwesens, mit ihrem verhältnissmässig trockenen Material kann nur dann hervorragend wirken, wenn alles, was ausgestellt wird, ausgesucht gut und insbesondere schön und würdig hergerichtet ist: alle Zeichnungen und Modelle müssen für das Auge wohlgefallig, die zugehörigen Beschreibungen und Angaben in angemessener Form ausgeführt sein. Die wichtigsten Mittheilungen über Zweck und Umfang der Anlagen müssen auf den Zeichnungen selbst zusammengestellt sein.

Der beabsichtigte Erfolg kann nur erreicht werden, wenn die Ausstellung nicht nur ein möglichst vollständiges Bild des deutschen Ingenieurwesens giebt, sondern wenn vor allem von vornherein dafür gesorgt wird, dass das Auszustellende den vorgenannten Ansprüchen genügt, und dass nicht zu viel gleiche oder gleichartige Gegenstände den Gesamteindruck ungünstig beeinflussen. Hieraus erwächst für den Ausschuss die Pflicht und das Recht, eine Auswahl unter den Anmeldungen zu treffen, d. h. Ungeeignetes zurückzuweisen. Es werden deshalb nicht nur umfassende Erörterungen über die Art des Ausstellungsgegenstandes vom Ausschuss mit dem Aussteller gepflogen werden müssen, sondern es sind auch sachverständige Kommissionen zu ernennen, welche an verschiedenen Sammelstellen Deutschlands die anzuliefernden Gegenstände auf ihre Ausstellungswürdigkeit im Sinne dieser Denkschrift prüfen. Diese Prüfungs-Kommissionen, deren Wahl rechtzeitig unter der zu erwartenden Mithilfe technischer Vereine in die Wege geleitet werden soll, müssen das Recht haben, für die Ausstellung nicht geeignete Objekte abzulehnen.

Alle Anmeldungen zur Deutschen Ingenieur-Ausstellung sind an den Ausschuss zu senden. Natürlich muss die endgültige Annahme der Anmeldungen in letzter Linie dem Reichskommissar überlassen bleiben, weil dieser allein den für Deutschland und für jede Abtheilung zur Verfügung stehenden Raum den Ausstellern zuzutheilen hat. Dieser Raum ist keineswegs sehr gross, und schon allein hierdurch ergiebt sich die Nothwendigkeit, bei der Ingenieur-Abtheilung mehr durch die ausgezeichnete Leistung des Einzelnen und den Gesamteindruck als durch die Masse des Gebotenen zu wirken.

Der Ausschuss erachtet es für richtig, die deutsche Ingenieur-Ausstellung nicht einer in der Chicagoer Ausstellung beabsichtigten internationalen Ausstellung des Ingenieurwesens anzugliedern, sondern sie als einen hervorragenden Theil der deutschen Ausstellung auszubilden.

Die Anmeldungen zur deutschen Ingenieur-Ausstellung müssen bis zum 1. Mai d. J. an den Ausschuss gelangen, die Gegenstände selbst zur Besichtigung durch die Prüfungskommission bis zum 31. Dezember d. J. an eine der noch namhaft zu machenden Sammelstellen abgeliefert sein.

Der Ausschuss wird für einen richtigen und gut ausgestatteten Katalog Sorge tragen, welcher nicht nur die Namen der Aussteller und Konstrukteure, sondern — wie oben bereits angedeutet — auch möglichst die Namen und Adressen der bei der Aus-

führung des dargestellten Werkes hervorragend theilhaft gewesen Lieferanten und Unternehmer enthalten soll.

Um das Zustandekommen einer den Zwecken voll entsprechenden Ausstellung zu ermöglichen, erachtet es der Ausschuss für erforderlich, schon jetzt den Ausstellern die Zusicherung zu machen, dass ihnen keine anderen Kosten auferlegt werden sollen, als die der Herstellung, der versandfähigen Verpackung und des Transports bis zur Sammelstelle in Deutschland. Es ist dies um so mehr erforderlich, als viele der Aussteller, an welche der Ausschuss sich wendet (Staats- und Kommunalverwaltungen, Beamte u. s. w.), nicht unmittelbar als Lieferanten für etwa nach Deutschland gelangende Aufträge betrachtet werden können, sondern mit der Beschickung der Ingenieur-Ausstellung nur die Förderung der deutschen Industrie ohne eigenen Nutzen bezwecken. — Der Ausschuss wird sich deshalb sofort an die deutschen Staatsverwaltungen, an Handels-korporationen und leistungsfähige bei der Ingenieur-Ausstellung besonders interessirte Industrie-Firmen wenden, um diejenigen Mittel zu erhalten, welche für den Hin- und Rücktransport der Gegenstände, deren Versicherung, das Aus-, Einpacken und Aufstellen, die Herstellung und würdige Ausstattung des Ausstellungs-raumes, die Bewachung und sachverständige Erklärung der ausgestellten Pläne und Modelle, sowie für eine geeignete Vertretung während der Ausstellungszeit u. s. w. erforderlich sind. Es wird das sicherlich um so eher gelingen, als hierzu die Bewilligung eines namhaften Beitrages aus den für die Chicagoer Ausstellung bereit stehenden Reichsmitteln in sichere Aussicht zu nehmen ist.

Die Geschäftsstelle des Ausschusses befindet sich in Berlin W., Potsdamerstrasse 131.

Bericht des Kaiserl. Gouverneurs für Ostafrika über die daselbst verkäuflichen Waarengattungen.

Daressalam, den 20. Dezember 1891.

Euer Excellenz habe ich die Ehre, anbei eine von der hiesigen Zolldirektion zusammengestellte Liste (Anlage 1) derjenigen Waaren, welche aus Bombay beziehungsweise Indien in das deutsch-ostafrikanische Schutzgebiet eingeführt werden, zu geneigter Kenntnissnahme ganz gehorsamst einzureichen; ich füge ein zweites (Anlage 2), mir von kaufmännischer Seite zur Verfügung gestelltes Verzeichniss solcher Waaren bei, die bisher schon aus Deutschland bezogen werden oder doch mit Aussicht auf Absatz innerhalb des Schutzgebietes oder aber auch in Zanzibar bezogen werden könnten. Für den deutschen Handelsstand dürften diese Verzeichnisse vielleicht von Werth sein. Was die Verpackung deutscher Waaren anbelangt, so werde ich gleichfalls von kaufmännischer Seite darauf aufmerksam gemacht, dass die Fracht sich oft vielfach dadurch unnötig vertheuert, dass der Raum der einzelnen Kisten nicht genügend ausgenutzt und anstatt mit Waaren unnützer Weise mit Stroh, Papier und dergleichen ausgefüllt wird.

(gez.) Soden.

Anlage 1.

Liste derjenigen Waaren, welche aus Bombay, beziehungsweise Indien in das deutsch-ostafrikanische Gebiet eingeführt werden:

1) Rohe unbearbeitete Baumwolle (meist nur Abfälle) wenig Watte: 2) rohe baumwollene Gewebe, Bombay greys (gamti) und Tücher grey indian scarves (shuka membayi): 3) buntgewebte Baumwolltücher ohne Seide aus Kutch: 4) buntgewebte Baumwolltücher mit Seide und goldenen und silbernen Fäden durchzogen von Surat; 5) europäische baumwollene Gewebe, blau gefärbt in Bombay, Kaniki und ukeya

membayi; 6) buntbedruckte baumwollene Stoffe (Pasia und kissuto) aus Ahmedabad in Indien; 7) Musselin in verschiedenen Farben mit Gold- und Silberfäden durchwebt; selten, nur für Araber und Indier eingeführt; desgleichen Bänder. 7b) Säcke aus Flachs (gunia) für Reis, Gummi, Kokostäue und Matten; 8) Seide, Halbseide, aus Indien und China, theils auch in Europa gewebt, aber über Bombay hier eingeführt; 9) wollene Teppiche (persischen Ursprungs); 10) Strohh- und Bastmatten (chinesischen Ursprungs), Strohschuhe; 11) Leder und Lederschuhe; 12) Gold- und Silber-Schmucksachen für Inder und Araber (auch chinesischen und japanischen Ursprungs); 13) Daubooten aus Teakholz, gearbeitet in Kutch; 14) eiserne Daunägel, arabische und indische Kochtöpfe, Anker, theils Handwerkszeuge der indischen Handwerker (meist jedoch europäische Waare), das Eisen dazu meist europäischen Ursprungs; 15) kupferne und messingene Teller, Töpfe, Glocken, Schalen; 16) Zinn und Zinkgeschirre (kommt zum Teil aus Europa über Bombay); 17) Salz, Alaun (Kutch, Bombay, und über Bombay aus China); 18) Räucherharze (Benzoin, Katechu, Oboni, letzterer meist arabischen Ursprungs); 19) Feuerwerkskörper aus China (über Bombay); 20) Chinesisches Glas (über Bombay); 21) Porzellan-Ware, chinesischen Ursprungs (aber sehr selten und theuer; das Meiste kommt über Bombay aus Europa als Imitation); 22) Perlen aus Porzellan und Glas, weisse und rothe aus Japan und China über Bombay; 23) irdene Geschirre aus Kutch; 24) Rhinoceroshorn, Schilde, theils mit Silberarbeit versehen, nur Kuriosität; 25) Teakholzer aller Art aus Birma und Siam über Bombay. Desgleichen Möbel, Fenster Thürten; 26) Sandel- und sonstige wohlriechende Hölzer (liva udi) und Waaren daraus (letztere meist in China gemacht und über Bombay nach hier eingeführt); 27) Korbflechter-Waaren (in China und Japan gemacht); 28) Zwiebeln, Kartoffeln in Körben und Säcken, Pistazien, Rosinen, Granaten, Mandeln (persischen Ursprungs über Bombay); 29) Geschälter Reis aus Kalkutta direkt und über Bombay, Mawele (Art Kafferkorn), Dengo, Bohnen, schwarzer Chiroko, Weizen und Weizenmehl in Säcken, Kokosnuss- und Sesam-Oel; 30) Gewürze: wieschwarzer Pfeffer, Turmeak, (Gelbwurze), Kurry, Kümmel, Koriander, Fenchel, Zimmt; Thee, Tabak (sehr wenig), Opium, Mohn, Indigo.

Waaren europäischen und amerikanischen Ursprungs über Bombay nach hier eingeführt:

1) Baumwollene Garne; 2) gebleichte baumwollene Gewebe (bafta); 3) rohe baumwollene Gewebe (oleyiti, satini, shuka oleyiti) englischen Ursprungs, grey shirtings und grey European scarves); 4) buntgewebte baumwollene Tücher und Decken; 5) baumwollene Trikotagen, Strümpfe etc.; 6) Hüte, Regenschirme (theils auch chinesischen Ursprungs, besonders die gewöhnlichen Negerregenschirme); 7) baumwollene Teppiche, Decken, Bänder, Dochte; 8) Musseline, Moskitonetze und dergleichen Stoffe, nur über Bombay; 9) Leinen, Zeuge, Segeltuch; 10) wollene Stoffe, Tücher, Garn, italienische und französische Nachahmung der Kaschmirstoffe; 11) europäische Teppiche; 12) Schildpattwaaren (auch aus China und Japan), Muscheln, Perlmutter etc.; 13) sogenannte butcher-knives, Federmesser, Rasirmesser, Scheeren; 14) Seife (deutsche, amerikanische, französische, englische); 15) Lichte; 16) Glas und Glaswaaren, Porzellan- und Fayence-Waaren, Cylinder, Fensterglas, irdene Geschirre; 17) Farbstoffe, Terpenöl und dergleichen; 18) Zucker aus Mauritius, wenig aus Europa; 19) Tabak; 20) Butter und Käse. Anmerkung: Obige Gegenstände kommen auch unmittelbar aus Europa.

Anlage 2.

Verzeichniss verschiedener Waaren, eingeführt von Deutschland und in Zanzibar und Tanga gut verkäuflich.

Baumwoll-Waaren etc., Kretone, 75 cm breit (dem Americano ähnlich), in verschiedenen Qualitäten, sehr

beliebte Waare; Baumwoll-Flanelle, bunt gestreift 75 cm breit, wird von den Jungens gerne zum Anfertigen von Westen gekauft. Microtonne, Madapolam, 75 cm breit, gute Elsässer Zeuge (grösstentheils nur an Europäer und reiche Araber verkauft). Möbel-Stoffe, 78 cm, 120 cm, 140 cm breit, in verschiedenen Qualitäten an Europäer und Indier gut verkäuflich (Neger kauften wenig davon). Schürzen (Binden), bunt gewebt und bedruckt 52 x 72 inches in verschiedenen Farben und Mustern (sehr beliebt bei den Suaheli-Frauen etc.). Decken, wollene, grösstentheils an Europäer verkauft (ein viel gewünschter Artikel), Trikot-Waaren, als: Strümpfe, Unterleibchen, Beinkleider in allen Qualitäten und Preislagen, gewünscht von Europäern und Indiern (weniger von den Suahelis und Arabern). Hemden, gute rothwollene (Verkaufspreis 3 Rupies Stück) auf Expedition für Algier - Mission geliefert. Kurz-Waaren, z. B. Schlösser, Nägel, Messer, Scheeren, Schrauben, Charnire, Handwerkszeuge aller Art, Knöpfe, Schuhbänder (in Massen) etc. Alle diese Sachen in solider, dauerhafter Waare finden gute Abnehmer. Seifen und Parfümerien in guten Qualitäten eingeführt, grösstentheils nur an Europäer gut verkäuflich (an Eingeborene sehr wenig verkauft). Konserven aller Art in bester Qualität fanden von Europäern gute Abnahme. Cigarren, Cigaretten etc., in verschiedenen Preislagen eingeführt, finden gleichfalls gute Abnahme (Cigaretten aber keine deutschen, sondern echt ägyptische). Schreibmaterialien: verschiedene gute Sorten Kanzleipapiere, Aktendeckel, Couverts, Briefmappen (Falzmappen), Stahlfedern, Tinten, Gummi etc. etc. haben stets Abnahme gefunden, namentlich von Europäern. Lampen - Glaswaaren wurden wenig begehrt, doch ist es für Zanzibar ein guter Handelsartikel. Biscuits, englische und deutsche Waare finden reichlich Absatz. Farben, Firnisse. Diese Artikel werden viel eingeführt. Oele, Terpentine, zum grössten Theil englische Marke, können aus Deutschland sehr preiswerth bezogen werden.

Ursprungszeugnisse.

Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 30. Januar 1892 beschlossen, die nachstehenden Vorschriften:

- I. Bestimmungen, betreffend Ursprungszeugnisse für die aus meistbegünstigten Ländern eingehenden Waaren, und
- II. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes vom 30. Januar 1892, betreffend die Anwendung der vertragsmässigen Zollsätze auf Getreide, Holz und Wein, zu genehmigen.

Bestimmungen

betreffend Ursprungszeugnisse für die aus meistbegünstigten Ländern eingehenden Waaren.

1) Die in der Anlage A zu dem Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891,

in dem Tarif A zu dem Handels-, Zoll- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom gleichen Tage:

in dem Tarif B zu dem Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Belgien vom gleichen Tage:

und in der Anlage A zu dem Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz vom 10. Dezember 1891

enthaltenen Zollbefreiungen und Zollermässigungen finden auch denjenigen Staaten gegenüber Anwendung,

welche einen vertragsmässigen Anspruch auf diese Begünstigungen haben.*)

2) Derjenige, welcher

- Weizen (Nr. 9 a des Zolltarifs),
- Roggen (Nr. 9 b α des Zolltarifs),
- Hafer (Nr. 9 b β des Zolltarifs),
- Hülsenfrüchte (Nr. 9 b γ des Zolltarifs),
- Gerste (Nr. 9 c des Zolltarifs),
- Mais Nr. 9 e des Zolltarifs)

aus einem der in Ziffer 1 bezeichneten Länder zu dem ermässigten Zollsatz einführen will, hat sich zu diesem Zweck ein Ursprungsattest von dem für den betreffenden ausländischen Bezirk angestellten Deutschen Konsul zu beschaffen. Bei Anträgen auf Ertheilung eines solchen ist zu deklariren:

- a. ob die Waare unverpackt oder verpackt eingeführt werden soll, in letzterem Falle unter Angabe der Zahl der Kolli, deren Verpackungsart und Signatur,
- b. mit welchem Transportmittel und, falls der Transport land- oder flusswärts erfolgt, über welches Grenzübergangsort die Einföhrung geschehen soll.

3) Zur Föhrung des Nachweises, dass eine der unter Ziffer 2 aufgeföhrten Waaren in einem der betreffenden Länder produziert ist, sind dem Konsul die von demselben für erforderlich erachteten Beweisstücke vorzulegen.

4) Falls der Konsul den Nachweis für erbracht hält, stellt derselbe hierüber ein entsprechendes Attest aus und vermerkt auf demselben, sofern der Transport land- oder flusswrts erfolgt, die Frist, innerhalb welcher die Sendung dem Grenzübergangsort zur Eingangsabfertigung gestellt sein muss, sowie die Bestimmung, dass weder eine Umpackung, welche Zweifel an der Identität veranlasst, noch eine Lagerung der Waare während des Transports statthaft ist.

Wenn der Transport seewärts erfolgt und das Schiff den Hafen eines nicht meistbegünstigten Landes anläuft, behält das konsularische Attest seine Gültigkeit nur unter der Voraussetzung, dass die Identität der Waare anderweitig nachgewiesen wird.

5) Die Ursprungszeugnisse sind bei der Einf hr den die Ladung betreffenden Papieren beizufügen und verbleiben als Belege bei derjenigen Amtsstelle, welche die Schlussabfertigung vornimmt.

Bei der überseeischen Einf hr über einen der Deutschen Zollausschlüsse tritt an die Stelle des Grenzübergangsorts die von der Landesregierung bestimmte Behörde des betreffenden Zollausschlussgebiets. Bei der Versendung aus dem letzteren in das Zollgebiet hat die bezeichnete Behörde dem Transport eine Bescheinigung dahin beizufügen, dass die Waare in Gemässheit des nach den bestehenden Bestimmungen ausgestellten konsularischen Ursprungsattestes aus dem zu bezeichnenden Vertragsstaate oder meistbegünstigten Lande herstammt, und dass dieselbe während ihres Verweilens im Zollausschlussgebiet nachgewiesenermassen eine Vertauschung nicht erfahren hat. Diese Bescheinigung ist dem Grenzübergangsort zu übergeben.

Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden auf die Deutschen Freibezirke entsprechende Anwendung.

6) Für Waaren der in Ziffer 2 genannten Art, welche seewärts verladen worden, bevor der betreffende

*) Hierzu gehören gegenwärtig folgende Staaten: Argentinische Konföderation, Belgien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Guatemala, Hawaische Inseln, Honduras, Italien, Korea, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Paraguay, Persien, Salvador, Schweden und Norwegen, Schweiz, Serbien, Südafrikanische Republik, Türkei (auch Aegypten, Bulgarien und Ostrumelien), Vereinigte Staaten von Amerika, Zanzibar.

Konsul zur Ausstellung eines Ursprungszeugnisses ermächtigt war, kann bei unmittelbarer Einf hr aus dem Ursprungslande die Abstammung aus einem Vertragsstaate oder meistbegünstigten Lande durch Vorlegung von Schiffspapieren, Fakturen, kaufmännischen Korrespondenzen oder in anderer geeigneter Weise der Zollbehörde beziehungsweise der in Ziffer 5 bezeichneten Behörde des Zollausschlussgebiets nachgewiesen werden.

7) In Bezug auf die nachbezeichneten Gegenstände, nämlich:

Bettfedern, gereinigt und zugerichtet (Nr. 11 f des Zolltarifs);

Bau- und Nutzholz in der Richtung der Längsachse beschlagen oder auf anderem Wege als durch Bewalddrechung vorgearbeitet oder zerkleinert; Fassdauben, welche nicht unter Nummer 13 c 1 fallen; ungeschälte Korbeiden und Reifenstbe; Naben; Felgen und Speichen (Nr. 13 c 2 des Zolltarifs);

Bau- und Nutzholz in der Richtung der Längsachse gesägt; nicht gehobelte Bretter; gesgte Kanthölzer und andere Säge- und Schnittwaaren (Nr. 13 c 3 des Zolltarifs);

Wein und Most in Fässern (Nr. 25 e 1 des Zolltarifs);

Butter (Nr. 25 f des Zolltarifs);

Fleisch, ausgeschlachtetes, frisches und zubereitetes (Nr. 25 g 1 des Zolltarifs);

Wild aller Art, nicht lebend (Nr. 25 g 3 des Zolltarifs);

getrocknete Mandeln (Nr. 25 h des Zolltarifs);

Eier von Gef gel (Nr. 37 b des Zolltarifs);

Ochsen (Nr. 39 c des Zolltarifs);

Jungvieh im Alter bis zu 2 1/2 Jahren (Nr. 39 d des Zolltarifs);

Schweine (Nr. 39 f des Zolltarifs),

ist der Ursprung der eingehenden Waaren aus den Ländern, auf welche nach Ziffer 1 die Zollbefreiungen und Zollermässigungen Anwendung finden, durch behördliche, eventuell in beglaubigter Übersetzung beizubringende Atteste des Heimathlandes oder in anderer Weise (Vorlegung von Schiffspapieren, Fakturen, Original-Frachtbriefen, kaufmännischen Korrespondenzen etc.) glaubhaft nachzuweisen.

Der Erbringung dieses Nachweises bedarf es nicht, wenn die in Frage kommenden Waaren als Passagiergut von Reisenden eingehen.

8) In Fällen, wo über den Ursprung der vorstehend unter Ziffer 2 und 7 bezeichneten Waaren aus einem Lande, auf welches nach Ziffer 1 die Zollbefreiungen und Zollermässigungen Anwendung finden, Zweifel nicht bestehen, kann mit Genehmigung des Amtsvorstandes von der Beibringung eines besonderen Nachweises über den Ursprung der Waare Abstand genommen werden.

9) Wenn andere, in den genannten Handels- etc. Verträgen zollbeg nstigte Gegenstände, für welche es nach dem Vorstehenden keines besonderen Nachweises ihres Ursprungs aus meistbegünstigten Ländern bedarf, eingeführt werden und bei dem Eingangsamt begründete Bedenken gegen den Ursprung derselben aus einem Vertrags- oder meistbegünstigten Staate bestehen, so kann die Anwendung der begünstigten Zollsätze von der Erbringung eines glaubhaften Nachweises dieser Abstammung in einer der unter Ziffer 7 Absatz 1 bezeichneten Weise abhängig gemacht werden.

10) Die Waareneinf hr aus den Deutschen Zollausschl ssen wird gleich jener aus meistbegünstigten Staaten behandelt.

11) Der Reichskanzler wird ermächtigt, das Nähere über den Inhalt der Ursprungszeugnisse zu bestimmen und vorzuschreiben, in welchen Fällen nach Massgabe der bestehenden Verträge von der Forderung von Ursprungsnachweisen Abstand zu nehmen ist.

12) Für den kleinen Grenzverkehr können von den obersten Landes-Finanzbehörden Erleichterungen hinsichtlich der Beibringung von Ursprungszeugnissen gewährt werden.

Frachtermässigung für Güter für die Weltausstellung in Chicago 1893.

Wir übernehmen die Beförderung von Ausstellungsgütern mittels Postdampfer von Bremen nach Newyork und Baltimore, soweit wir Raum für diese Güter zur Verfügung stellen können, auf Grund des nachstehenden Frachttarifs:

Klasse I a.

Strl. 2 $\frac{1}{2}$ abzüglich einer Ermässigung von 15%.

Hohlglas, Korbwaaren, Spielwaaren, Steingut, Thonwaaren.

Klasse I b.

Strl. 3 abzüglich einer Ermässigung von 15%.

Accordeons, Albums, Blechgeschirre (emailirte), Blutlaugensalz, Borax, Cartonagen, Cichorien, Glaswaaren (ord. böhm.), Hanftaschen, Harmonikas, Holzmasse, Hopfen, Infusorienerde, Kali, Leim, Möbel (Wiener geb.), Natron, Papier (Druck- und Pack-), Pappwaaren, Rohwolle, Strohwaaren, Wollstaub, Zinkgusswaaren.

Klasse II.

Strl. 3 $\frac{1}{2}$ abzüglich einer Ermässigung von 15%.

Berliner Wolle, Bettfedern, Bimsteine, Bleistifte, Bleizucker, Kamillen, Kolonialwaaren, Konserven, Eier, Eisenwaaren, Farben, Felle (trockene), Fettwaaren, Früchte, Fruchtsaft, Glaswaaren, Gummi, Holzwaaren, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Klippfische, Kräuter, Leder, Liquiden, Musikwaaren (Streichinstrumente und Trommeln), Parafin, Porzellan, Porzellannägel, Saat und Sämereien, Sauerkohl, Stärke, Syrup, Tabak, Thierhaare, Traubenzucker, Vegetabilien, Wachs, Wurzeln, Zucker (raff.).

Klasse III.

Strl. 5 abzüglich einer Ermässigung von 10%.

Bernstein, Blutalbumin. Blumenkeime, Blumenzwiebeln, Bücher (gedruckte, geheftete Drucksachen und Brochuren), Cigarren und Cigaretten, Korsets, Kristallwaaren, Drogen, Eigelb, Federn (fancy feathers), Galanteriewaaren, Garne, Gummiwaaren, Heringe, Jute- waaren, Knöpfe, Kurzwaaren (Hardware), Lederwaaren, Lithographirsteine, Majolika, Maschinen, Meerscham (roh), Mobilien, Musikwaaren (Blechinstrumente u. A.), Oeldruckbilder, Papier (Schreib-, Seiden-, Bunt-), Papier- waaren, Parfümerien, Pflanzen (lebende), Pflanzen und Blumen (getrock. u. künstliche), Pianos, Schinken (ger.), Schleifsteine, Schweißhaare, Stahlwaaren, Strumpf- waaren (Hosiery), Umziehgut.

Klasse IV.

Strl. 5 $\frac{1}{2}$ abzüglich einer Ermässigung von 10%.

Baumwollwaaren, Besatzartikel, Fancy goods, Halb- seidenwaaren, Leinenwaaren, Posamentirwaaren, baumw. u. woll. Spitzen, seid. Strumpfwaaaren, Teppiche, Waffen, Wollenwaaren, wollene Mäntel.

Klasse V.

Strl. 7 $\frac{1}{2}$ abzüglich einer Ermässigung von 10%.

Arsenik (nach Uebereinkunft), Apothekerwaaren, Chemikalien, Champagner, Elfenbein, Gardinen, Handschuhe (lederne u. seidene), Indigo, Instrumente (chirurg.- astronom. etc.), Kaufmannsgut, Manufakturwaaren, Menschenhaare, Pelzwerk, Sammetwaaren, Seiden- waaren, seidene Spitzen, Tuche, Zeitschriften.

Klasse VI.

Strl. 10 abzüglich einer Ermässigung von 10%.

Berliner Konfektionsgut, Gemälde- und Kunstsachen, Modewaaren und Putzwaaren.

Die Frachtsätze verstehen sich für den Kubikmeter oder 1000 Kilo, nach unserer Wahl.

Für den Rücktransport von Ausstellungsgütern von Newyork und Baltimore nach Bremen wird, soweit wir die Güter hinaus befördert haben, die Fracht mit 15 Mk. für 40 Kubikfuss englisch oder 1000 Kilo, nach unserer Wahl, berechnet werden.

Für Kolli, deren Gewicht oder Mass 1500 Kilo oder 2 Kubikmeter übersteigt, treten sowohl für die Hinbeförderung wie auch für die Rückbeförderung nachstehende Frachtzuschläge ein:

10%	für Kolli bis einschliesslich 2000 Kilo oder 3 Kbm.
15%	" " " " 2500 " " 4 "
20%	" " " " 3000 " " 5 "

Kollis über 1500 Kilo sind von den Verladern frei an Bord zu liefern und von den Empfängern an Bord zu empfangen.

Die Fracht für Kolli, deren Gewicht oder Mass 3000 Kilo oder 5 Kubikmeter übersteigt, bleibt in allen Fällen einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

Norddeutscher Lloyd
Transatlantische Fahrt
Marquardt
Procurant.

Das Weinverkehrsgesetz

lautet nach den Bundesrathsbeschlüssen folgendermassen:

Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken.

§ 1. Die nachbenannten Stoffe, nämlich: lösliche Aluminiumsalze (Alaun und dergl.), Baryumverbindungen, Borsäure, Glycerin, Kermesbeeren, Magnesiumverbindungen, Salicylsäure, unreiner (freien Amylalkohol enthaltender) Spirit, unreiner (nicht technisch reiner) Stärkezucker, Strontiumverbindungen, Theerfarbstoffe oder Gemische, welche einen dieser Stoffe enthalten, dürfen Wein, weinhaltigen oder weinähnlichen Getränken, welche bestimmt sind, Anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, bei oder nach der Herstellung nicht zugesetzt werden.

§ 2. Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke, welchen, den Vorschriften des § 1 zuwider, einer der dort bezeichneten Stoffe zugesetzt ist, dürfen weder feilgehalten, noch verkauft werden. Dasselbe gilt für Rothwein, dessen Gehalt an Schwefelsäure in einem Liter Flüssigkeit mehr beträgt, als sich in 2 Gramm neutralen schwefelsauren Kaliums vorfindet. Diese Bestimmung findet jedoch auf solche Rothweine nicht Anwendung, welche als Dessertweine (Süd-, Süssweine) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen.

§ 3. Als Verfälschung oder Nachahmung des Weines im Sinne des § 10 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 ist nicht anzusehen:

1) die anerkannte Kellerbehandlung einschliesslich der Haltbarmachung des Weines, auch wenn dabei Alkohol oder geringe Mengen von mechanisch wirkenden Klärungsmitteln (Eiweiss, Gelatine, Hausenblase u. dergl.), von Kochsalz, Tannin, Kohlensäure, schweflicher Säure oder daraus entstandener Schwefelsäure in den Wein gelangen; jedoch darf die Menge des zugesetzten Alkohols bei Weinen, welche als deutsche in den Verkehr kommen, nicht mehr als ein Raumtheil auf 100 Raumtheile Wein betragen;

2) die Vermischung (Verschnitt) von Wein mit Wein;

3) die Entsäuerung mittelst reinen gefällten kohlen-sauren Kalks;

4) der Zusatz von technisch reinem Rohr-, Rüben- oder Invertzucker, auch in wässriger Lösung; jedoch darf durch den Zusatz wässriger Zuckerlösung der Gehalt des Weines an Extraktstoffen und Mineralbestandtheilen nicht unter die bei ungezuckertem Wein des Weinbaugebiets, dem der Wein nach seiner Benennung entsprechen soll, in der Regel beobachteten Grenzen herabgesetzt werden.

§ 4. Als Verfälschung des Weines im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 ist insbesondere anzusehen die Herstellung von Wein unter Verwendung

1) eines Aufgusses von Zuckerwasser auf ganz oder theilweise ausgepresste Trauben;

2) eines Aufgusses von Zuckerwasser auf Weinhefe;

3) von Rosinen, Korinthen, Saccharin oder anderen als den im § 3 Nr. 4 bezeichneten Süsstoffen, jedoch unbeschadet der Bestimmung im Absatz 3 dieses Paragraphen;

4) von Säuren oder säurehaltigen Körpern oder von Bouquetstoffen;

5) von Gummi oder anderen Körpern, durch welche der Extraktgehalt erhöht wird, jedoch unbeschadet der Bestimmungen im § 3 Nr. 1 und 4.

Die unter Anwendung eines der vorbezeichneten Verfahren hergestellten Getränke dürfen nur unter einer ihre Beschaffenheit erkennbar machenden oder einer anderweiten, sie von Wein unterscheidenden Bezeichnung (Tresterwein, Hefenwein, Rosinenwein, Kunstwein oder dergl.) feilgehalten oder verkauft werden. Der blosse Zusatz von Rosinen zu Most oder Wein gilt nicht als Verfälschung bei Herstellung von solchen Weinen, welche als Dessertweine (Süd-, Süss-weine) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen.

§ 5. Die Vorschriften in den §§ 3 und 4 finden auf Schaumwein nicht Anwendung.

§ 6. Die Verwendung von Saccharin und ähnlichen Süsstoffen bei der Herstellung von Schaumwein oder Obstwein, einschliesslich Beerenobstwein, ist als Verfälschung im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 anzusehen.

§ 7. Mit Gefängniss bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1) wer den Vorschriften der §§ 1 oder 2 vorsätzlich zuwiderhandelt;

2) wer wissentlich Wein, welcher einen Zusatz der im § 3 Nr. 4 bezeichneten Art erhalten hat, unter Bezeichnungen theilt, oder verkauft, welche die Annahme hervorzurufen geeignet sind, dass ein derartiger Zusatz nicht gemacht ist.

§ 8. Ist die im § 7 Nr. 1 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft ein.

§ 9. In den Fällen des § 7 Nr. 1 und § 8 kann auf Einziehung der Getränke erkannt werden, welche diesen Vorschriften zuwider hergestellt, verkauft oder feilgehalten sind, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbstständig erkannt werden.

§ 10. Die Vorschriften des Gesetzes vom 14. Mai 1879 bleiben unberührt, soweit die §§ 3 bis 6 des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehende Bestimmungen enthalten. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§ 11. Der Bundesrath ist ermächtigt, die Grenzen festzustellen, welche

a. für die bei der Kellerbehandlung in den Wein gelangenden Mengen der im § 3 Nr. 1 bezeichneten Stoffe, soweit das Gesetz selbst die Menge nicht festsetzt, sowie

b. für die Herabsetzung des Gehalts an Extraktstoffen und Mineralbestandtheilen im Falle des § 3 Nr. 4

massgebend sein sollen.

§ 12. Der Bundesrath ist ermächtigt, Grundsätze aufzustellen, nach welchen die zur Ausführung dieses Gesetzes, sowie des Gesetzes vom 14. Mai 1879 in Bezug auf Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen sind.

§ 13. Die Bestimmungen des § 2 treten erst am 1. October 1892 in Kraft.

Vorschriften über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren bei der Einfuhr nach Grossbritannien.

Durch Section 1 des Britishen Gesetzes vom Jahre 1738 — 12 George II. chap. 26 — ist vorgeschrieben, dass in England kein Gold- oder Silbergeräth irgend welcher Art verfertigt, feil gehalten, verkauft oder ausgeführt werden darf, dessen Feinheit geringer ist

bei Gold: als 22 Karat feinen Goldes in jedem Pfund Troy,

bei Silber: als 11 Unzen 2 Pennyweight feinen Silbers in jedem Pfund Troy ($\frac{925}{1000}$).

Nach Section 5 desselben Gesetzes sind alle solche Gold- und Silberwaaren, ehe sie verkauft oder sonst weiterbegeben werden können, mit der Marke des Verfertigers und mit der Marke einer der mit dem Prüfungsgeschäft betrauten Gesellschaften zu versehen.

Solche Gesellschaften sind zur Zeit im Vereinigten Königreiche:

1) The wardens and Commonalty of the Mystery of Goldsmiths of the City of London (kurz Goldsmiths Company).

2) The Guardians of the Standard of Wrought Plate, Birmingham.

3) The Company of Goldsmiths of the City of Chester.

4) The Guardians of the Standard of Wrought Plate, Sheffield (nur für Silbergeschirr zuständig).

5) The incorporation of Goldsmiths of the City of Edinburgh.

6) The Goldsmiths Company of the City of Glasgow.

7) The Fraternity or Company of Goldsmiths of the City of Dublin.

Durch Section 59 des Gesetzes vom 9. Juli 1842 — 5 und 6 Victoria chap. 47 — ist dann bestimmt, dass nur solche (nicht eingestampfte) Gold- und Silberwaaren vom Auslande in das Vereinigte Königreich eingeführt werden dürfen, welche den für England (i. e. S.) bestehenden Feingehaltsvorschriften (Standards) entsprechen; und dass solche eingeführte Waaren nicht eher im Inlande verkauft, vertauscht oder feilgeboten werden dürfen, ehe sie nicht ebenso wie die inländischen Waaren geprüft, gestempelt und markirt (assayed, stamped and marked) sind. Zu diesem Zwecke wird es in der folgenden Section 60 für Jedermann als gesetzlich zulässig (lawful) erklärt, auch ausländisches Gold- und Silbergeschirr irgend einem Prüfungsamt (Assay Office) im Vereinigten Königreich zu übersenden, und es wird ferner angeordnet, dass, falls solche Uebersendung erfolgt, die Prüfungsämter solch ausländisches Geräth in derselben Weise wie inländisches behandeln sollen. Hierzu hat dann Section 2 des Ge-

setzes vom 24. Juli 1876 — 39 und 40 Victoria chap. 35 — bestimmt, dass dem eingeführten ausländischen Geräth von den Prüfungsämtern neben den sonstigen Marken noch der Buchstabe F (Foreign) in einem ovalen Schilde aufgedrückt werden soll, um es hierdurch von inländischem zu unterscheiden. Durch Victoria 17 und 18 chap. 96 und eine Geheimrathsverordnung vom 11. Dezember 1854 endlich ist die Anfertigung und Einfuhr von Goldwaaren von 18, 15, 12 und 9 Karat gestattet worden. Für solche Goldwaaren werden zur Bezeichnung des Feingehalts besondere Zeichen angewendet.

Um die Durchführung der Bestimmungen, betreffend die Markirung fremdländischer Waaren zu sichern, hat der Revenue Act von 1883 — 46 und 47 Victoria chap. 55 — in Section 10 folgende Bestimmungen getroffen:

1) Alles eingeführte Gold- und Silbergeräth ist zur Lagerung in ein Waarenhaus zu schaffen und soll unter amtlichen Verschluss genommen und nicht zum freien Verkehr zugelassen werden, bevor es geprüft, gestempelt und markirt ist.

2) Zum Zwecke der Prüfung kann solches Geräth auf Anzeige an den zuständigen Zollbeamten hin und unter solchen Regulativen, wie sie von Zeit zu Zeit von den Zollkommissionen vorgeschrieben werden mögen, aus dem Waarenhause in Begleitung eines Zollbeamten von dem Importeur¹⁾ auf seine Gefahr den Beamten desjenigen Prüfungsamtes übergeben werden, welches dem Einfuhrhafen zunächst gelegen ist.

3) Nach vorheriger Bezahlung der Kosten durch den Importeur soll das Prüfungsamt das betreffende Geräth prüfen und von dem Ergebniss den Zollbeamten und den Importeur in Kenntniss setzen.

4) Wird das Geräth als von dem gehörigen Feingehalt (of standard quality) befunden, so wird es im Zollamt für den freien Verkehr ausklarirt und das Prüfungsamt hat auf Vorzeigung einer Zollbescheinigung, dass alle bezüglichen Kosten (früher auch der Zoll selbst) bezahlt sind, die Stempelung und Markirung vorzunehmen und das Geräth dem Importeur auszuhändigen.

5) Wird das Geräth als nicht genügend fein befunden, so soll es (ohne zuvor zerschnitten, zerbrochen oder vernichtet zu werden) nach Massgabe der jeweilig bestehenden Regulative von dem Importeur auf seine Gefahr aus dem Probiramt unter Aufsicht eines Zollbeamten nach dem Lagerhause zurückgebracht werden.

6) Solch zurückgebrachtes Gold- und Silbergeräth kann alsdann innerhalb eines Monats von dem Importeur wieder ausgeführt werden.

7) Nach Ablauf eines Monats von der Zurückbringung in das Lagerhaus oder auf Wunsch des Importeurs schon früher¹⁾ ist nicht wieder ausgeführtes Geräth durch die Zollbehörden zu zerschneiden, zu zerbrechen und zu vernichten und nach Zahlung aller Kosten dem Importeur auszuliefern.

8) Mit Zustimmung des Zollkommissioners kann die thatsächliche Unterbringung des Geräths im Lagerhause nachgelassen und dieselbe nur fingirt werden.

9) Der Importeur erhält von dem Ergebniss der Prüfung des Probiramts mittelst Formularschreibens Nachricht unter der von ihm dem Probiramt bei Uebergabe des Geräths an dieses angegebenen Adresse.

10) Wenn das Geräth dem Probiramt von dem Importeur innerhalb eines Monats nach der Einfuhr übergeben wird, so sind Gebühren für Lagerung im zollamtlichen Waarenhause nicht zu zahlen.

Ausnahmen.

A. Im Allgemeinen.

Schon in dem Gesetze 12 George II. chap. 26 waren in den Sectionen 2 und 6 eigentliche Juwelierwaaren, d. h. Gold- und Silberwaaren, in welche edle und andere Steine eingesetzt sind, und dergleichen von den Bestimmungen des gedachten Gesetzes ausgenommen. Diese zunächst für Britisches Fabrikat gültige Vorschrift ist durch Section 59 des Gesetzes 5 und 6 Victoria chap. 47 auch auf ausländische Waaren ausgedehnt worden, und Nr. 11 der Section 10 des Gesetzes 46 und 47 Victoria chap. 55 bestimmt noch ausdrücklich, dass die gedachte Section auf Artikel, welche im Vereinigten Königreiche der Prüfung nicht unterliegen, keine Anwendung findet. Section 4 des Gesetzes 47 und 48 Victoria chap. 62 hat den solcher Weise ausgenommenen ausländischen Waaren noch solche Gold- und Silberwaaren hinzugefügt, welche nach der Ansicht der Zollkommissionen richtig als mit der Hand ziselirt, eingelegt, bronzirt oder als Filigranwerk nach orientalischen Mustern bezeichnet werden können.

Das „Imperial Tariff“ betitelte nichtamtliche Buch, welches eine Zusammenstellung der Britischen Zoll- und Steuer-Vorschriften enthält, giebt für 1891 auf Seite 422 folgende beiden Listen von Gold- und Silberwaaren, welche der Feingehaltsprobe und der Stempelung bei der Einfuhr nach England nicht unterliegen:

Gold-Juwelier-Arbeiten, nämlich: irgend welches Gold, in welches edele und andere Steine eingesetzt sind (mit Ausnahme von Trauer- (mourning) Ringen, verbundene Nacht-Ohringe von Gold, goldene Schlossfedern, Ringe (mit Ausnahme von Trauringen; Kasten (worin der Stein sitzt — collets) für Ringe und andere Schmucksachen; Ketten; Halsband-Perlen; Berloques; hohle oder erhabene Knöpfe; Hemdenknöpfe; Fingerhüte; Korallen-Sockel oder Schnäbel (? — bills); Zwingen; Pfeifen-Anzünder; Namen für Flaschen; sehr kleine Bücherschlösser; verbundene Binden oder Strumpfband-Schnallen; sehr kleine Muskatnuss-Reißen; Einfassungen, oder Schnupftabakdosen mit Deckeln oder Böden von Muscheln oder Steinen; Schiebe-Bleistifte; Zahnstocher-Hülsen; Kasten für kleine Haarzangen; Kasten für Bleistifte; Nadelkästchen; Filigranarbeiten; Spitzen (tippings) oder Anhängsel (swags) an Stein- oder Elfenbein-Kasten; Verzierungen, Schrauben oder Stöpsel zu Stein- oder Glasflaschen oder Phiolen; schwache Ornamente an Bernstein- oder anderen Eiern oder Urnen; bearbeitete Siegel mit Steinen darin; Uhrgehäuse und Waaren, welche ohne Schaden nicht gestempelt werden können und solch andere Gegenstände, welche wegen ihrer Kleinheit oder Dünne nicht gestempelt werden können und die einzeln nicht 10 Metercentner wiegen.

In der Liste sind ferner noch als markirfrei Goldwaaren von 15, 12 und 9 Karat aufgeführt. Diese Angabe ist indess nach Auskunft des Sekretärs der Goldsmith Company unrichtig.

Silber: Ketten; Halsband-Perlen; Berloques; Filigranarbeit; Hemden-Schnallen oder Broschen, gestempelte Medaillen oder Mundstücke zu Porzellan-; Stein- oder irdenen Theetöpfen jeglichen Gewichts; Uhrgehäuse; tippings; Anhängsel und dergl. unter 10 Pennyweight Einzelgewicht mit Ausnahme von Halsen, Kragen und Spitzen für castors (?). Essig- und Oelflaschen oder Gläser, die zu einem Service (stand) oder Gestell gehören; Knöpfe, die an irgend ein Kleidungsstück gesetzt werden sollen; gediegene silberne Knöpfe und gediegene Hemdenknöpfe, falls sie nicht eine Ringfutterkante (bezelled edge) angelöthet haben; bearbeitete Siegel (Petschäfte), blanke Petschäfte; Flaschen-Etiketts; Schuh-schnallen; Flickenkasten; Salzlöffel, Schaufeln und Kellen; Thee-Löffel und -Siebe; Theekästchen-Kellen;

¹⁾ In der Praxis wohl meistens von seinem Agenten, in England ev. von der Speditions-Firma.

²⁾ Derselbe hat nämlich Lagerspesen zu zahlen.

Schnallen, ausschliesslich Hemdenschnallen und Broschen, und Stücke zur Garnierung von Schränken, Messerkasten, Theekasten, Zäunen oder Servirbrettern und Rahmen.

B. Muster und Proben.

Besondere Bestimmungen sind nach Aufhebung des Gold- und Silberzolles durch zollamtliche Verordnung (General Order) No. 58 von 1890 für die Einfuhr von Mustern und Proben von Gold- und Silberwaaren eingeführt worden. Derartige Muster können, auch wenn sie eigentlich der Feingehaltsprobe zu unterwerfen sein würden, ohne solche Probe zum vorübergehenden Gebrauch im Inlande verstattet werden, falls der Importeur einen entsprechenden schriftlichen Antrag stellt und eine Geldsumme, etwa in Höhe des früheren Zolles, hinterlegt. Der Importeur erhält von dem Zollaufseher (Collector) des Einfuhrhafens eine Bescheinigung, welche die für die Zwecke der nachträglichen Identifizierung nöthigen Angaben (einschliesslich Gewichtsangaben) enthält, und von welcher eine Abschrift in dem Einfuhrhafen zurückbehalten wird. Der hinterlegte Betrag wird dem Importeur nach Wiederausfuhr der Waaren von irgend einem Hafen oder nach erfolgter Feingehaltsprobe wieder ausgezahlt; zuvor sind Bescheinigungen über Ausfuhr bezw. Probe dem Aufseher des Einfuhrhafens vorzulegen.

Wenn die Muster und Proben, welche auf Grund einer solchen besonderen Erlaubniss eingeführt worden sind, nicht innerhalb eines Jahres entweder wieder ausgeführt oder der Feingehaltsprobe unterworfen worden sind, so verfällt der hinterlegte Geldbetrag. (Imperial Tariff 1891 S. 419 bis 420.)

C. Für den Privatgebrauch bestimmte Gold- und Silberwaaren.

Von der Feingehaltsprobe und Stempelung sind ferner nach No. 12 Section 10 des Gesetzes — Victoria 46 und 47, chap. 55 — auch alle Gold- und Silberwaaren befreit, welche ausschliesslich zum Privatgebrauch und nicht für Handelszwecke eingeführt werden, falls dies den Zollkommissionären durch eidesstattliche Erklärung zu ihrer Zufriedenheit nachgewiesen wird. Erfolgt die Einfuhr in dem Reisegepäck, so können auch die Zollbeamten direkt entsprechende Erklärungen der Reisenden entgegennehmen, und für diese Fälle haben die Kommissionären (Centralbehörde) auf vorherige Prüfung der Deklarationen verzichtet. (Imperial Tariff 1891 S. 423 und 424.)

Gesetzentwurf über die Bahnen unterster Ordnung.

Dem Herrenhause ist der Entwurf eines Gesetzes über die Bahnen unterster Ordnung zugegangen, dessen wichtigste Bestimmungen lauten:

§ 1.

Eisenbahnen, welche dem öffentlichen Verkehr dienen, jedoch weder auf Grund des Artikels 41 Absatz 1 der Verfassung des deutschen Reichs angelegt und betrieben werden, noch auch dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (Gesetz-Samml. S. 505) unterworfen oder zu unterwerfen sind, bedürfen zur baulichen Herstellung und zum Betriebe polizeilicher Genehmigung. Bahnen, welche 1) hauptsächlich den örtlichen Verkehr innerhalb einer Gemeinde oder zwischen benachbarten Gemeinden vermitteln oder 2) nicht mit Lokomotiven betrieben werden, sind dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 nur dann zu unterwerfen, wenn nach Entscheidung des Staatsministeriums ihnen eine solche Bedeutung für den öffentlichen Verkehr beizumessen ist, dass sie als Theil des allgemeinen Eisenbahnnetzes

zu behandeln sind. Zweifel darüber, ob für eine Bahn die Voraussetzungen zu 1 und 2 vorliegen, entscheidet auf Anrufen Betheiligter das Staatsministerium.

§ 2.

Zur Ertheilung der Genehmigung ist zuständig:

1) sofern der Betrieb mit Maschinenkraft beabsichtigt wird: der Regierungspräsident, für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident, in Verbindung mit der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichneten Eisenbahnbehörde;

2) soweit nicht Betrieb mit Maschinenkraft beabsichtigt ist, und zwar

a. sofern Kunststrassen benutzt oder von der Bahn mehrere Kreise oder nicht preussische Landestheile berührt werden sollen: der Regierungspräsident, für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident,

b. sofern mehrere Polizeibezirke desselben Landkreises berührt werden: der Landrath,

c. sofern das Unternehmen innerhalb eines Polizeibezirks verbleibt: die Ortspolizeibehörde.

Wenn die zum Betriebe mit Maschinenkraft eingerichtete Bahn die Bezirke mehrerer Landespolizeibehörden berührt, oder in dem Falle der Nr. 2a die betreffenden Kreise nicht in demselben Regierungsbezirke liegen, bezeichnet der Oberpräsident — falls jedoch die Landespolizeibezirke bezw. Kreise verschiedenen Provinzen angehören oder Berlin dabei betheiligt ist — der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die zuständige Behörde.

§ 3.

Die polizeiliche Prüfung erstreckt sich auf: 1) die betriebssichere Beschaffenheit der Bahn und der Betriebsmittel, 2) den Schutz gegen schädliche Einwirkungen der Anlage und des Betriebes, 3) die technische Befähigung und die Zuverlässigkeit der Bediensteten, 4) die Wahrung der Interessen des öffentlichen Verkehrs.

§ 5.

Sofern ein öffentlicher Weg benutzt werden soll, ist die Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen beizubringen. Der Unterhaltungspflichtige ist berechtigt, für die Hergabe des Weges ein angemessenes Entgelt zu beanspruchen, ingleichen sich den Heimfall der Bahn nach Ablauf einer bestimmten Frist gegen angemessene Schadloshaltung des Unternehmers vorzubehalten.

§ 6.

Die Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen kann ergänzt werden: soweit es sich um Landgemeinden und Gutsbezirke, sowie um Private handelt, durch Beschluss des Kreisausschusses —, soweit eine Stadtgemeinde oder ein Kreis betheiligt ist, oder es sich um einen von Privaten zu unterhaltenden, mehrere Kreise berührenden Weg handelt, durch Beschluss des Bezirksausschusses —, soweit eine Provinz oder ein den Provinzen gleichstehender Kommunalverband betheiligt ist, durch Beschluss des Provinzialrathes. Gegen den Beschluss des letzteren ergeht die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten. Durch den Ergänzungsbeschluss wird unter Ausschluss des Rechtsweges zugleich über die Angemessenheit etwa nach § 5 an den Unternehmer gestellter Ansprüche entschieden. Bei dem Antrage auf Ergänzung der Zustimmung ist der Nachweis der erfolgten Sicherstellung der Unterhaltung und Wiederherstellung des Weges beizubringen.

§ 7.

Vor Ertheilung der Genehmigung ist die zuständige Wegpolizeibehörde und, wenn die Eisenbahnanlage sich dem Bereiche einer Festung nähert, die zuständige Festungsbehörde zu hören. In diesem Falle darf die Zustimmung nur im Einverständniss mit der Festungs-

behörde erteilt werden. Wenn die Bahn sich dem Bereiche einer Reichstelegraphenanlage nähert, so ist die zuständige Telegraphenbehörde vor der Genehmigung zu hören. Die zur Sicherung des Telegraphenbetriebes erforderlichen Auflagen werden von der nach § 2 zuständigen Behörde im Einverständniss mit der Telegraphenverwaltung festgesetzt. Soll das Gleis einer dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterworfenen Eisenbahn gekreuzt werden, so darf auch in den Fällen, in denen die Eisenbahnbehörde im Uebrigen nicht mitwirkt (§ 2), die Genehmigung nur im Einverständniss mit der letzteren erteilt werden.

§ 8.

Ausser den durch die polizeilichen Rücksichten gebotenen Verpflichtungen sind in der Genehmigung zugleich diejenigen zu bestimmen, welchen der Unternehmer im Interesse der Landesverteidigung und der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung zu genügen hat.

§ 11.

Die Genehmigung ist auf Zeit und zwar längstens auf fünfzig Jahre zu erteilen. Sie erfolgt unter dem Vorbehalte der Rechte Dritter, der Ergänzung und Abänderung durch Feststellung des Bauplanes (§§ 13 und 14) sowie des Widerrufs für den Fall wesentlicher Aenderungen des Unternehmens, der Anlage oder des Betriebes. Aus den im § 3 Nr. 1 und 2 erwähnten Rücksichten können von der nach § 2 zuständigen Behörde auch nachträglich bezüglich des Baues und Betriebes Bedingungen auferlegt werden. Fahrplan und Beförderungsweise unterliegen in Zeiträumen, welche bei der Genehmigung festzusetzen sind, erneuter Prüfung durch dieselbe Behörde.

§ 14.

Dem Unternehmer ist bei der Planfeststellung die Herstellung derjenigen Anlagen aufzuerlegen, welche die den Bauplan festsetzende Behörde zur Sicherung der benachbarten Grundstücke gegen Gefahren und Nachteile oder im öffentlichen Interesse für erforderlich erachtet, desgleichen die Unterhaltung dieser Anlagen, soweit dieselbe über den Umfang der bestehenden Verpflichtungen zur Unterhaltung vorhandener demselben Zwecke dienenden Anlagen hinausgeht.

§ 16.

Die Betriebsmaschinen sind vor ihrer Einstellung in den Betrieb und nach Vornahme erheblicher Aenderungen, ausserdem aber zeitweilig der Prüfung durch die zur eisenbahntechnischen Aufsicht über die Bahn zuständige Behörde zu unterwerfen.

§ 20.

Die Genehmigung kann, abgesehen von dem Falle des Widerrufs, zurückgenommen werden, wenn der Bau oder Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder wiederholt gegen die Bedingungen der Genehmigung oder die dem Unternehmer nach diesem Gesetze obliegenden Verpflichtungen verstossen wird.

§ 21.

Ueber die Zurücknahme entscheidet auf Klage der zur Ertheilung der Genehmigung zuständigen Behörde das Ober-Verwaltungsgericht.

§ 24.

Jede Bahnunternehmung der im § 1 bezeichneten Art ist verpflichtet, sich den Anschluss anderer Bahnen dieser Art gefallen zu lassen, sofern die Behörde, welche die Genehmigung für die Bahn, an welche der Anschluss erfolgen soll, erteilt hat, mit Rücksicht auf ihre Konstruktion und ihren Betrieb den Anschluss für zulässig erachtet. Dieselbe Behörde entscheidet auch darüber, wo und in welcher Weise der Anschluss erfolgen soll, regelt in Ermangelung einer gütlichen Ver-

einbarung die Verhältnisse beider Unternehmer zu einander und setzt die dem erstgedachten Bahnunternehmer für die Benutzung oder Veränderung seiner Anlagen zu leistende Vergütung vorbehaltlich des Rechtswegs fest.

§ 25.

Die Unternehmer von Bahnen der im § 1 bezeichneten Art können die Gestattung des Anschlusses ihrer Bahnen an Eisenbahnen im Sinne des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 verlangen, sofern der Minister der öffentlichen Arbeiten mit Rücksicht auf die Konstruktion und den Betrieb der letzteren den Anschluss für zulässig erachtet. Darüber, wo und in welcher Weise der Anschluss herzustellen ist, und über die Verhältnisse beider Unternehmer zu einander, insbesondere über die dem Eisenbahnunternehmer für die Benutzung oder Veränderung seiner Anlagen zu leistende Vergütung entscheidet, in letzterer Beziehung unter Vorbehalt des Rechtswegs, der Minister der öffentlichen Arbeiten.

§ 26.

Wenn eine Bahn unterster Ordnung nach Entscheidung des Staatsministeriums eine solche Bedeutung für den öffentlichen Verkehr gewinnt, dass sie als Theil des allgemeinen Eisenbahnnetzes zu behandeln ist, kann der Staat den eigenthümlichen Erwerb derselben gegen Entschädigung des vollen Werthes beanspruchen.

§ 32.

Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt, vorbehaltlich des beiden Theilen zustehenden, innerhalb sechs Monaten nach Zustellung des Festsetzungsbeschlusses zu beschreitenden Rechtsweges, durch den Bezirksausschuss unter sinngemässer Anwendung der §§ 24 bis 29 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874. Der Bezirksausschuss ist auch für das Vollziehungsverfahren zuständig.

§ 35.

Zur Anlegung von Bahnen in den Strassen Berlins und Potsdams bedarf es königlicher Genehmigung.

§ 36.

Die Bahnen sind verpflichtet, hinsichtlich der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern, insoweit dieselben das 40. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, die für den Staats-eisenbahndienst in dieser Beziehung und insbesondere bezüglich der Ermittlung der Militäranwärter bestehenden und noch zu erlassenden Vorschriften zur Anwendung zu bringen.

§ 37.

Die Eisenbahnunternehmungen der im § 1 bezeichneten Art werden der Gewerbesteuer auf Grund des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 unterworfen. Auf sie finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben, soweit angängig und mit der Massgabe Anwendung, dass solche Eisenbahnunternehmungen für Privateisenbahnunternehmungen im Sinne des § 4 a. a. O. nicht zu erachten sind.

§ 38.

Die Eisenbahnen der im § 1 bezeichneten Art unterliegen nachfolgenden Verpflichtungen gegenüber der Postverwaltung: 1. Die Unternehmer haben auf Verlangen der Postverwaltung mit jeder für den regelmässigen Beförderungsdienst bestimmten Fahrt einen Postunterbeamten mit einem Briefsack und, soweit der Platz reicht, auch andere zur Mitfahrt erscheinende Unterbeamte im Dienst gegen Zahlung der Abonnementsgebühr oder, falls solche nicht besteht, der Hälfte des tarifmässigen Personengeldes zu befördern. 2. Die

Unternehmer solcher Bahnen, welche sich nicht ausschliesslich mit der Personenbeförderung befassen, sind ausserdem verpflichtet, auf Verlangen der Postverwaltung mit jeder für den regelmässigen Beförderungsdienst bestimmten Fahrt: a) Postsendungen jeder Art durch Vermittelung des Zugpersonals zu befördern, und zwar Briefbeutel, Brief- und Zeitungspackete gegen eine Vergütung von fünfzig Pfennig für jede Fahrt, die anderen Sendungen gegen Zahlung des Stückguttarifsatzes der betreffenden Bahn oder, sofern dieser Betrag höher ist, gegen eine Vergütung von zwei Pfennig für je 50 Kilogramm und das Kilometer der Beförderungsstrecke nach dem monatlichen Gesamtgewichte der von Station zu Station beförderten Poststücke: b) in Zügen, mit welchen in der Regel mehr als ein Wagen befördert wird, eine Abtheilung eines Wagens für die Postsendungen, das Begleitpersonal und die erforderlichen Postdienstgeräte, gegen Zahlung der in den Artikeln 3 und 6 des Reichsgesetzes vom 20. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzblatt S. 318) und den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen festgesetzten Vergütung, sowie gegen Entrichtung des halben Stückguttarifsatzes der betreffenden Bahn einzuräumen. 3. Die Postverwaltung ist berechtigt, auf ihre Kosten an den Bahnwagen einen Briefkasten anbringen und dessen Auswechselung oder Leerung an bestimmten Haltestellen bewirken zu lassen. 4. Die Unternehmer sind verpflichtet, auf Verlangen zu gestatten, dass für Rechnung der Postverwaltung Anschlussgleise zwischen ihrem Schienennetz und den Postanstalten oder Bahnhöfen des Orts hergestellt und dass in der Zeit, während welcher der Bahnbetrieb ruht, die Gleise der Bahn von der Postverwaltung gegen eine angemessene Vergütung zur Postbeförderung benutzt werden. Erfolgt eine Einigung nicht, so wird die Vergütung durch Beschluss des Bezirksausschusses festgesetzt.

§ 30.

Eisenbahnen, welche dem öffentlichen Verkehr nicht dienen, aber mit Bahnen, welche den Bestimmungen der Verfassung des deutschen Reiches oder des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterliegen, oder nach § 1 dieses Gesetzes genehmigt sind, derart in unmittelbarer Gleisverbindung stehen, dass ein Uebergang der Betriebsmittel stattfinden kann, bedürfen, wenn sie für den Betrieb mit Maschinen eingerichtet werden sollen, zur baulichen Herstellung und zum Betriebe polizeilicher Genehmigung.

§ 50.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1893 in Kraft.

Kleine Mittheilungen.

Checkgesetz. Begutachtung durch die sächsischen Handelskammern. Nachdem durch Verordnung des Königlich sächsischen Ministeriums des Innern vom 30. Jan./3. Febr. den Handelskammern die Begutachtung des Entwurfes eines Checkgesetzes für das Deutsche Reich anheingestellt worden ist, hat das Präsidium diesen Entwurf den Kommissionen für Bank- und Geldwesen, sowie für Handels- und Wechselrecht und für das Dresdener Börsen- und Maklerwesen zur Berathung überwiesen, als deren Ergebniss dem Plenum die nachstehenden Beschlüsse zur Kenntniss gebracht und zur Bestätigung empfohlen werden. In Anbetracht der grossen Bedeutung, die die Einführung des Giroverkehrs in Verbindung mit Abrechnungsstellen für den gesammten Geschäfts-, insbesondere aber den Geldverkehr durch Verminderung des Bedarfes an Baargeld und sonstigen Zahlungsmitteln hat, in Anbetracht ferner, dass die Verallgemeinerung des Gebrauchs von Checks als das wirksamste Mittel zur

Hebung des Giroverkehrs sich erwiesen hat und erweist, zu dieser Verallgemeinerung aber eine gesetzliche Regelung des Checkverkehrs nach den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen wesentlich beizutragen geeignet ist, erklären die vereinigten Kommissionen die Veröffentlichung des vorliegenden Entwurfes seitens des Bundesrathes als eine nicht bloss erwünschte, sondern auch nothwendige gesetzgeberische Massregel und befürworten das Zustandekommen eines Checkgesetzes für das Deutsche Reich auf das Dringlichste. Die Kommissionen können ferner nach eingehender Prüfung dem Entwurfe im Allgemeinen zustimmen und halten ihn im Ganzen für geeignet, als Grundlage für das zu erlassende Gesetz zu dienen. Hinsichtlich einzelner Bestimmungen erscheinen jedoch Abänderungen erwünscht beziehentlich nothwendig. Es sind dies in Kürze die folgenden: 1) In § 1 erheben sich gegen die den Begriff des „Bezogenen“ feststellenden Worte: „an eine Person oder Firma“ wegen ihrer Allgemeinheit Bedenken; es ist wünschenswerth, dass die Bezugsfähigkeit beziehentlich der Kreis der Bezugsfähigen präziser festgestellt werde. 2) Die in § 8 vorgeschlagene Präsentationsfrist von 3 Tagen für Platzchecks und von 5 Tagen für auswärtige Checks erscheint als zu kurz bemessen und daher eher geeignet, die Ausbreitung des Checkverkehrs zu hemmen, als ihn zu befördern; es ist daher eine Verlängerung dieser Frist, wie dies in den Checkgesetzen fast aller anderen Länder der Fall ist, zu empfehlen. 3) Im vorletzten Satze des § 8 ist die Bezeichnung „allgemeine Feiertage“ zu unbestimmt und das Wort „allgemeine“ durch ein anderes, verschiedene Auslegungen verhinderndes zu ersetzen. 4) Ziffer 2 des § 14 giebt im Anschlusse an die zu § 1 hinsichtlich des Begriffes des „Bezogenen“ gemachte Bemerkung zu Bedenken Anlass; es wird daher zur Erwägung gestellt, ob diese Ziffer nicht besser zu streichen sei. 5) Schliesslich erscheint in § 27 die Maximalhöhe der androhten Geldstrafe (1000 Mk.) als nicht genügend.

In der Sitzung der Handelskammer Dresden vom 25. Februar ist dieser Kommissionsbericht unter Zufügung der Worte: „ebenso erscheint die Verweisung auf den Lauf der gewöhnlichen Transportmittel als Massstab für die Präsentationsfrist des Checks als bedenklich“ in Ziffer 2 hinter den Worten „zu befördern“ einstimmig angenommen worden.

Angabe des Ursprungslandes auf Einfuhrwaaren. Vereinigte Staaten von Amerika. Behufs strikterer Durchführung der Bestimmung des Tarifgesetzes, welcher zufolge importirte Waaren einen deutlich lesbaren Stempel oder Vermerk mit dem Namen des Ursprungslandes tragen müssen, sind seitens des Finanzministeriums folgende Vorschriften erlassen worden: Vom 1. März d. J. ab müssen die Zollbeamten genau darauf achten, dass ausser den üblichen Handels-Schutzmarken (trade marks), sofern dieselben nicht den Namen des Ursprungslandes enthalten, ein besonderer Stempel mit der Bezeichnung des letzteren auf den betreffenden Waaren angebracht sein muss. In Fällen, in welchen ein solcher Stempel oder Vermerk in Form einer Anzeige gehalten ist, welche nur das Land oder die Stadt namhaft macht, wo die betreffenden Fabrikanten ihr Hauptgeschäft haben, müssen vor dem Namen des Ursprungslandes die Worte „hergestellt in“ oder „fabrizirt in“ eingefügt werden, gleichviel ob die Absicht vorliegt, den Glauben zu erwecken, dass die betreffende Waare in den Vereinigten Staaten hergestellt ist, oder nicht. Ferner haben die Zollbeamten darauf zu sehen, dass die Stempel, Vermerke etc. nicht von den Waaren entfernt werden können.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflütern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 5.

Braunschweig, Mai-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 4. — 1168/92.

Wir haben in unserer Plenarversammlung vom 2. Mai d. J. beschlossen, als Beitrag zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Rechnungsjahr 1892/93 8 % der jährlichen Gewerbesteuer-summe von den Wahlberechtigten zur Erhebung zu bringen. (§ 21 des Gesetzes vom 19. März 1890).

Der Haushaltsplan der Handelskammer wird für 1892/93 in Einnahme und Ausgabe festgesetzt, wie folgt:

Einnahme.

8 % der Gewerbesteuer-summe	12 480.— Mk.
Restbestand aus dem Vorjahre	5 000.— „
Summa der Einnahme	17 480.— Mk.

Ausgabe.

Gehälter	7 100.— Mk.
Jahresbericht	2 000.— „
Reisekosten	1 000.— „
Beiträge	1 200.— „
Miethe	650.— „
Bureau, Drucksachen, Insertionen, Telephon, Portis	1 800.— „
Monatsschrift für Handel und In- dustrie	400.— „
Bücher und Zeitschriften	750.— „
Rücklage	2 580.— „
Summa der Ausgabe	17 480.— Mk.

Braunschweig, 6. Mai 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 7. — 1468/92.

Bei Sendungen von Fellen und anderen thierischen Rohstoffen nach Oesterreich-Ungarn sind Gesundheitsatteste, wie sie bei Viehtransporten von einem staatlich angestellten oder von der Staatsbehörde hierzu besonders ermächtigten Thierarzt auszustellen sind, nicht erforderlich. Dagegen ist nach den Bestimmungen des Viehseuchen-Uebereinkommens zwischen Deutsch-

land und Oesterreich-Ungarn vom 9. Dezember 1891 jeder derartigen Sendung ein Ursprungszeugniss beizufügen, welches durch die Herzöglichen Kreis-direktionen ausgestellt wird.

Braunschweig, 27. Mai 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 7. — 1456/92.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass bei unserer Geschäftsstelle fortlaufend die neu erscheinenden Gütertarife eingehen und daselbst während der Dienststunden eingesehen werden können.

Insbesondere sind eingegangen: Ausnahmetarif für den Transport von Getreide etc. im Norddeutsch-Galizisch-Südwestrussischen Grenz-Verkehr und Nachtrag II zum Ausnahme-Tarif für die Beförderung von Mais im Rumänisch-Norddeutschen Verkehr.

Braunschweig, 25. Mai 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 7. — 1458/92.

Die für die Einfuhr von Gold- und Silberwaaren nach Grossbritannien und Irland massgebenden Zollvorschriften und anderweitige Bestimmungen für die Waareneinfuhr in Grossbritannien können an unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Braunschweig, 27. Mai 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Personen- und Güterbahnhof in Braunschweig.

Es wird nicht allen Verkehrsbehörden mit gleichem Masse gemessen. Das vielköpfige Ungeheuer Publikum urtheilt selten nach Gründen, noch seltener nach reiflicher Ueberlegung, sondern fast immer nach allgemeinen Empfindungen und Instinkten. So sind denn zum Beispiel die Postleute beliebt; nicht einmal das höchst fiskalische, beinahe verkehrsfeindliche Auftreten der Zentralstelle in Sachen der Telephonanlagen mit ihren Zinsgarantien hat hieran etwas ändern können. Sollen doch auch wir erst eine jährliche Einnahme von 13 000 Mk. garantiren, ehe unsere Fernsprechverbindung mit Hamburg auch nur beantragt werden kann. 13 000 Mk., das ist eine hübsche Summe: sie entspricht bei 3 % Verzinsung einem Kapitale von etwa 430 000 Mk. Der Weg von Braunschweig nach Hamburg über Gifhorn und Uelzen beträgt aber unter Einbeziehung zahlreicher Krümmungen und Schwierigkeiten des Geländes höchstens 200 Kilometer. Somit ergibt sich als Kosten der Anlage die Kleinigkeit von 2150 Mk. für das Kilometer. Wenn man nun bedenkt, dass in Wirklichkeit eine einfache Fernsprechanlage einschl. Unterhaltungskosten um den Preis von 500 Mk. per Kilometer herzustellen sein dürfte, so beläuft sich offenbar der Anspruch des Fiskus auf eine Verzinsung von mindestens 4×3 d. i. 12 %! Und wenn wir ihm die nicht gutsagen wollen, so bleibt die Sache ohne Fortgang und der Verkehr tröstet sich mit dem Bewusstsein, dass das Telephonmonopol des Staates eine schöne Sache sei. O über die leidigen Finanzen! Der Beliebtheit der Post aber thut dergleichen keinen Abbruch.

Um so weniger beliebt ist dagegen die Eisenbahn. An ihren Einrichtungen allerorten herumzunörgeln, das gehört beinahe zum guten Ton. Auch werden die armen Betriebsämter ohne Weiteres für das verantwortlich gemacht, was die bösen Direktionen verschulden und so fort. Es würde schwierig sein, den Grund für diese Sym- und Antipathie des Publikums ausfindig zu machen. Es scheint, als wirke für die Post immer noch die Einführung des billigen 10 Pfg.-Tarifes und der 50 Pfg.-Pakete nach; auch kennt man die Auslandsposten wenig oder gar nicht und hört nirgends, dass diese etwa besser wären. Dagegen liest man alle Tage in den Zeitungen von den Segnungen des Zonentarifes. Dabei denkt sich natürlich jeder gute Bürger im Stillen, er würde so zu liegen kommen, dass er seine liebe Tante oder den nützlichen Geschäftsfreund regelmässig zu dem halben Fahrpreise wird aufsuchen können; dass für seine Zwecke und Ziele event. auch eine unangenehme Erhöhung der Kosten eintreten könnte, davon ist ja bei einer als so vorzüglich gepriesenen Einrichtung gar keine Rede. In England gehen die Bahnen schneller, das Gepäck ist

nicht erst umständlich aufzugeben, — warum führt der böse Minister diese schönen Dinge nicht alle bei uns ein? Von den herrlichen Goliathschienen schon ganz zu schweigen. Dass die englische Art der Gepäckbeförderung z. B. ihre grossen Schattenseiten hat und für die guten deutschen Spiessbürger häufig sehr unangenehm sein würde, davon sagen die Zeitungen nichts: also kann's auch nicht wahr sein. Die Post benutzt man freilich nur auf Augenblicke, seitdem der Lenau'sche Postillon in die Romantik gewandert ist; dagegen sitzt man viele Stunden auf der Eisenbahn; ist die Fahrt recht langweilig, — um so mehr Zeit lebibt, die Einrichtung recht gründlich zu studiren und zu kritisiren. Und da sich jede Kritik zu guterletzt gegen Personen richtet, so sind eben die Herren Eisenbahner mit der Zeit unbeliebt geworden. Daran wird sich noch eine ganze Weile nichts ändern lassen, wie viele Betrachtungen man auch darüber anstellt. Mit dem neuen Blitzzuge nach Berlin z. B. fahren aber meist nur die wohlhabenden Leute und die sind ja gerade die „Zufriedenen“, so dass der Fiskus auch durch diese prächtige Einrichtung einen verhältnissmässig kleinen Freundeskreis gewinnen wird.

Es ist nun natürlich und gar nicht anders zu erwarten, dass der Eisenbahnfiskus angesichts so vieler laut und oft ungebärdig vorgetragener Wünsche des Publikums, welche theils nach der augenblicklichen Sachlage überhaupt unerfüllbar, theils ihrer Durchführung nach nicht einmal opportun sind, etwas hartböhrig geworden ist und sich grollend auf sein besseres Bewusstsein zurückzieht. Wer viel geärgert wird, verlernt es eben schliesslich, liebenswürdig zu sein. Und da kommt es denn vor, dass ein geneigtes Ohr auch für Dinge nicht immer zu finden ist, welche wirklich des Anhörens werth sind und zu den ernstesten Erwägungen veranlassen sollten. „Lebensfragen“ nennt sie die Presse häufig und etwas übertrieben. Auch wir Braunschweiger haben deren aufzuweisen.

Dass unsere Stadt eisenbahnverkehrstechnisch — ein Wort, so unschön, wie die Einfahrt zu unserem Hauptbahnhofe — so zu sagen ins todte Wasser gekommen ist, dürfte eine ausgemachte Thatsache sein; das hat auch erst kürzlich einer der höchsten Hüter des Eisenbahnwesens im Privatgespräche zugegeben. Dass wir Braunschweiger daran selbst die Hauptschuld tragen, steht ebenfalls fest. Aber Schuld hin und Schuld her, wir müssen mit aller Kraft rudern, dass wir wieder in ein besseres Fahrwasser gelangen. Unsere Residenz zählt über 100 000 Einwohner, Handel und Industrie pulsiren stark in ihren Adern und verlangen gebieterisch, dass ihnen grössere Ventile geöffnet werden, wenn sie sich weiter erfreulich entwickeln sollen. Ein einzelner Mensch mag beschämt die Arme sinken lassen, wenn man ihm vorhält und nachweist, dass er durch eigene Schuld in eine schiefe Lage gekommen ist, obgleich solcherlei Gebahren auch für ihn falsch wäre; ein ganzer starker wirthschaftlicher Organismus aber wird vermöge der ihm innewohnenden starken Seele sich ausgestalten, bis er das Manko gedeckt hat. So brauchen wir uns nicht zu sorgen: es

sei denn, dass unsere Hauptstadt zu einem Landstädtchen herabsänke, — andernfalls wird sie sich Verkehrswege zu schaffen wissen.

Seit geraumer Zeit sind unsere Bahnverhältnisse besprochen, mit denen der grossen Nachbarstädte verglichen und nicht gerade vortheilhaft beleuchtet worden. Vortheilhaft würde die Beleuchtung nur, wenn man zum Vergleiche die Bahnhöfe zum Beispiel französischer Städte heranzöge, welche oft nicht stattlicher sind, als gewisse kleine Nebengebäude auf deutschen Stationen derselben Bedeutung. Auch dürfte ein Bahnhof, wie ihn Magdeburg hat, nicht gerade zu dem Vollendetsten gezählt werden, was auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Sieht man dagegen in älteren Jahrgängen des rothen Bäderer nach, so findet man daselbst unseren Hauptbahnhof als eine der Sehenswürdigkeiten der Residenz, als eine der schönsten Renaissancebauten Mitteldeutschlands aufgeführt. Es muss indessen zugegeben werden, dass diese Sehenswürdigkeit glücklicherweise durch andere seit geraumer Zeit überholt worden ist. Anstatt dessen haben sich schwerwiegende Mängel eingestellt.

Die Einrichtung des Bahnhofes ist offenbar so gedacht, dass der Hauptverkehr von der Westseite, vom Wilhelmthor zuströmen soll. Aber die Stadt hat sich ganz anders entwickelt; das Publikum nimmt naturgemäss seinen Zugang von der Ostseite. Diese verschiedene Auffassung ist der Ausgangspunkt einer Menge von Unzuträglichkeiten. Das Hauptvestibül, welches gegen die Stadt zuliegt und naturgemäss den Verkehr aufnehmen, die Billets ausgeben und die Reisenden abfertigen sollte, liegt in friedlicher Stille da als ein harmloser Erfrischungsraum, der nichts weiss vom Drängen der geschäftigen Menge und dessen Rampe niemals einen Pferdekopf gesehen hat. Das macht, die ganze Bahnstation gleicht nicht einer mächtigen Verkehrspforte, welche die Reiselustigen aus der Stadt aufnimmt und die Reisemüden wieder von sich giebt, sondern sie gleicht einer Art Festung, welche möglichst gut umwallt und gesichert ist, um jeden Ansturm von Aussen fern zu halten. Wie ein kleines Fort liegt der Bahnhof auf der leidigen Halbinsel, welche die Oker da bildet, nicht einladend, sondern abwehrend. Wir können demjenigen, der diese Anlage zuerst geschaffen, kein Kompliment machen; es sei denn, er habe seinen praktischen Verstand von dem bürokratischen Gedanken überwuchern lassen, dass die Eisenbahn Selbstzweck sei, das Publikum als nothwendiges Uebel daselbst zwar geduldet, im übrigen aber doch nach Möglichkeit ferngehalten.

Es scheint, als ob von dieser verkehrten Grundanlage noch gewisse Nachwehen geblieben sind, bis auf den heutigen Tag. So sind z. B. Perronbillets oder — Verzeihung! — Bahnsteigkarten etwas sehr Schönes. Sie werfen dem Fiskus eine kleine Einnahme ab, sie verringern das Gedränge beim Einsteigen im Interesse des Publikums, sie erleichtern dem Zugpersonal und den Gepäckträgern die Uebersicht und die Abfertigung. Wenn auch dieser und jener darüber murren mag, die pietätvolle Sitte, seine lieben An-

gehörigen bis in den Abtheil zu bringen und noch vom Trittbrett aus den letzten zärtlichen Abschiedsgruss einzuheimsen, sollte im Verkehr einer Grossstadt recht bald ihren Platz verlieren; wer sie dennoch üben will, mag dafür zahlen. Aber deshalb darf man doch Bahnsteigkarten nur an den Stellen einführen, wo sie wirklich nur die Abfahrtsstätte des Zuges dem grossen Publikum entrücken. Nun giebt es aber auf Bahnhöfen noch eine Menge anderer Dinge, an welchen das Publikum ein Interesse hat und die mit der augenblicklichen Abfahrt nichts zu thun haben. Das sind Fahrpläne, Karten, Orientirungstafeln u. dgl. Es ist unpraktisch im höchsten Grade, auch diese mit abzusperren. Auf unserem Bahnhofe finden sich diese nützlichen Gegenstände zumeist auf dem Bahnsteig. Damit ist gesagt, dass die Absperrung mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen gegeben hat. Erst schaffe man ausserhalb Platz für alle Fahrpläne, Tafeln u. s. w., und dann sperre man ab. Jeder grössere Bahnhof zeigt im Vestibül grosse augenfällige Tafeln, welche die hauptsächlichsten Ankunfts- und Abfahrtszeiten übersichtlich zusammenstellen: bei uns fehlt eine solche Einrichtung; die beiden Tafeln am Perron-Ende können sie keinesfalls ersetzen. Auch sind noch nicht einmal alle Grundlagen für eine übersichtliche Zurechtweisung der Reisenden gegeben; denn die beiden Aussenbahnsteige entbehren bisher der unterscheidenden Bezeichnung.

Das Publikum kommt fast ausnahmslos von der Ostseite: aber die Fahrkartenausgabe befindet sich auf der Westseite. Man sollte doch meinen, es läge im Interesse einer geordneten Verwaltung, das fortwährende Entlanglaufen vieler Menschen auf dem Bahnsteige zu vermeiden. Und wie leicht wäre das! Es ist ja der Platz für einen Schalter vorhanden. Dieser dient aber nicht für die Kartenlösung, sondern für die Expedition von Handgepäck. Dagegen ist die Expedition für das übrige Gepäck auf das entgegengesetzte Ende des Gebäudes gelegt: ordentlich, als wenn man sich Mühe gegeben hätte, das Zusammengehörige zu trennen. Zum wenigsten wäre zu fordern, dass an den Absperrungstagen, welche zugleich die Tage des Grossverkehrs sind, eine zweite Ausgabestelle für Bahnsteigkarten geschaffen würde, und zwar vorn am Vestibül gegen die Ostseite zu. Wenn auch die Verwaltung kein Interesse an solcher geringen Einnahme hat, vielmehr das Interesse der Freihaltung der Bahnsteige von Neugierigen, so ist, wie schon oben nachgewiesen, eine solche Massregel grundfalsch, so lange nicht ausserhalb der Bahnsteige alles zu finden ist, an welchem das Publikum ein Interesse hat. Eine Privatgesellschaft würde in richtiger Erkenntniss des geschäftlichen Vortheils, eine Einrichtung, wie die jetzt bestehende, niemals geschaffen haben. Denn dieselbe hält keine Probe aus. Gesetzt, man wolle einen Verwandten begleiten, ihm vielleicht beim Führen und Verpacken kleiner Kinder behilflich, ja nothwendig sein. Man kommt von der Ostseite auf den Bahnhof. Der Abreisende, welcher vom östlichen Bahnsteige abzufahren hat, besitzt bereits eine Fahrkarte. Es ist abgesperrt.

Also lässt man ihn mit seinen Kindern stehen, expedirt ihn vielleicht richtiger mit seinen Kleinen in die dicht an diesem Bahnsteige belegene Wirthschaft. Die Abfahrt steht bevor, Eile ist nöthig. Man findet nun mit einiger Mühe glücklich den Durchgang zum Billetschalter, ohne in falsche Thüren zu laufen und ohne einen Unterbeamten durch eiliges Fragen im Dienste zu stören. Man löst ein Billet. Da man doch ein Fremder sein darf, auch keine Verpflichtung hat, vorher den Bau- und Einrichtungsplan des schönen Gebäudes genau zu studiren, betritt man mit dem Bahnsteigbillet eilig den Perron; das Billet giebt man ab und läuft schleunigst nach der Wirthschaft zur Abholung der Kinder. Ja Kuchen! Man kann nicht einmal bis an die Thür derselben gelangen; denn geht man hinein und stürmt dann mit seiner Begleitung rasch nach dem vorliegenden Perron, so wird einem plötzlich furchtbar klar, dass man die schöne Rundreise nach dem Perronbillet noch einmal unternehmen muss, um dann endlich auf einem Wege, der annähernd die doppelte Länge des Gebäudes hat, weit draussen auf dem östlichen Bahnsteige den Zug vor seiner Nase abfahren zu sehen. Fürwahr, eine Einrichtung! Warum fragt man, werden nicht die Bahnsteigkarten, die ja der Eintretende abgeben muss, auf Vorrath verkauft ohne Tagesstempel und an allen Ecken, auch in der Wirthschaft, wie bei der Stadtbahn in Berlin? Ja, warum? Artige Kinder folgen hübsch und fragen nicht warum.

Item, angesichts dieses Bouquets wenig anmuthender Verkehrsblüthen bleibt für uns Braunschweiger nur zweierlei zu wünschen. Entweder: der ganze Bahnhof werde umgebaut und, wenn thunlich, verlegt, mindestens weiter von dem trotzen Wallgraben der Oker zurück. Oder aber: die Oker werde in mindestens doppelter Strassenbreite in der Mitte der Vorderfront des Gebäudes überbrückt, die Anfahrt geschehe am Fusse der Freitreppe, das Vestibül werde aus seiner Ruhe emporgeschreckt und anstatt mit Lorbeerbüschen mit Billetschaltern, Orientirungstafeln und Auskunftsräumen ausgeschmückt. Die Forderung einer Verlegung der Billetschalter aber ins Vordervestibül ist die bescheidenste und elementarste und muss auch aufrecht erhalten werden, selbst wenn die Ueberbrückung der Oker und die Anfahrtsrampe an der Nordfront im Hinblick auf den nächsten Umbau des Ganzen unterbleiben müsste. Wohl bemerkt, es ist unrichtig, wenn man meint, der Bahnhof müsste umgebaut werden, weil er für den Verkehr unserer guten Stadt Braunschweig nicht ausreichend wäre; er muss vielmehr umgebaut, zum mindesten in seiner inneren Einrichtung geändert werden, weil er auch für den kleinsten Verkehr bedenkliche, zum Theil geradezu merkwürdige Mängel zeigt.

Suchen wir uns nun klar zu machen, wie sich ein etwaiger Umbau zu gestalten hätte. Offenbar müsste er den Grundfehler der alten Anlage vermeiden; nicht wie eine Festung die Stadt bedrohen, sondern ihr weit die Arme öffnen. Damit ist die Nothwendigkeit gegeben, dass seine Hauptfront — aber die wirklich geschäftliche, betriebstechnische, nicht, wie jetzt, nur

die architektonische — gegen Norden, also gegen die Stadt zu, läge; des weiteren, dass er von der Oker zurückgerückt werde, so dass der Verkehr zu Fuss und Wagen sich auf einem freien Platze zwischen Front und Oker ausdehnen kann. Danach würde die eine Ecke, die östliche, der Vorderseite etwa da anschliessen müssen, wo jetzt das Direktionsgebäude aufhört; die westliche Ecke dagegen sich ohngefähr an die nach dem Wilhelmtor zu führende Brücke lehnen, so dass über dieselbe eine bequeme, unmittelbare Vorfahrt, zumal für die Postwagen gegeben wäre. Würde dieser letztgenannte Flügel zuerst gebaut, so könnte indessen der Betrieb ungestört im alten Gebäude bleiben und mit dem Abbruch desselben erst begonnen werden, wenn im neuen die Interimsräume hergestellt wären. Nach Vollendung des Ganzen würde der Bahnhof zwar immer noch kein idealer sein, sondern ein Sackbahnhof nach wie vor, also unvortheilhaft für den Aussenbetrieb, dennoch aber für das Publikum und die Verwaltung mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet.

Allein ein solcher Um- oder Neubau wird nothwendigerweise noch eine andere tief einschneidende Veränderung nach sich ziehen, nämlich die Verlegung des Güterbahnhofes; ja man kann sogar erwarten, dass diese Verlegung auch ohne den Umbau wird über kurz oder lang eintreten müssen. Soll nämlich anders der neue Bahnhof bequem, leicht übersichtlich und möglichst betriebssicher hergestellt werden, so werden die für die verschiedenen Strecken einlaufenden Gleise einzeln, durch Bahnsteige von einander getrennt, ohngefähr in der ganzen Breite des Gebäudes in dessen hintere Empfangshalle zu münden haben. Es würden dann aber alle in der westlichen Hälfte eingehenden Schienenstränge auf ihrem Wege durch die vorliegenden Güterschuppen behindert sein. Mithin müssen diese gleichzeitig fallen, also der Güterbahnhof verlegt werden. Schon jetzt bedeutet die Lage des Güterbahnhofes eine betriebstechnische Gefahr. Es müssen nämlich sämtliche hieselbst eingehenden Züge vor Eintritt in den Bahnhof einen Engpass durchlaufen, dessen Breite sich für eine ganze Strecke auf nur zwei Gleise beschränkt. Schon die Ueberführung sämtlicher Perzonenzüge über diese Stelle, welche nach Lage des Terrains nicht zu verbreitern ist, — denn sie liegt zwischen der Bahnhofstrasse einerseits und den Teichen an der Oker andererseits — erscheint nicht glücklich. Die Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Betriebes aber bei Zusammenfassung des ganzen Güterverkehrs einschliesslich des Rangirens an dieser Stelle erscheint so gross, dass sich die Verwaltung wahrscheinlich auch unter Beibehaltung des jetzigen Personenbahnhofes zu einer Aenderung des Güterbahnhofes wird entschliessen müssen.

Dass eine Verlegung desselben die Interessen der hiesigen Handels- und Industrie-Kreise tief berühren wird, liegt auf der Hand. Viele unserer Etablissements sind geradezu auf die jetzige Lage des Güterbahnhofes und die Möglichkeit seiner Ab- und Anfuhr zugeschnitten. Gerade die Nähe desselben hat ein Zusammendrängen industrieller Anlagen an der Bahn-

hofstrasse und deren nächster Nähe veranlasst. Kurze und bequeme Anschlussgleise sind vorhanden. Und wo sollte der neue Güterbahnhof Platz finden? In der Nähe des Hauptfabrikviertels vor dem Wilhelmtore dürfte sich nirgends ein geeignetes Terrain ausfindig machen lassen. Dagegen besitzt der Eisenbahn-Fiskus bereits draussen an der Ackerstrasse um den sogenannten Ostbahnhof ausgedehnte Gleisflächen welche bereits vielfach zum Rangiren benutzt werden. Naturgemäss wird man bestrebt sein, den gesamten Güterverkehr dort hinauszulegen. Diese Lage erscheint in mehrfacher Hinsicht nicht glücklich. Die Etablissements liegen mit Ausnahme der Signalbauanstalt und der Streitberg-Brauerei am entgegengesetzten Ende der Stadt vor dem Wilhelmi- resp. vor dem Petritore. Zwischen dem Ostbahnhofe und der Geschäftsstadt dehnt sich gerade das beste Villenviertel aus, welches durch die Durchfuhr zahlloser Fracht- und Lastwagen nicht gerade gewinnen dürfte. Die Abfuhr müsste selbstverständlich nicht wie jetzt von der Seite der Ackerstrasse nach der Helmstedterstrasse erfolgen, — allein der Bahnübergang an der letztgenannten Strasse würde das verbieten —, sondern etwa durch die Rieder- oder Elmstrasse und die Wolfenbüttlerstrasse, welche letztere vermöge ihrer imposanten Breite ja noch zu allererst geeignet erscheint, einen neuen bedeutenden Verkehrszuwachs aufzunehmen. Eine weitere Voraussetzung der Verlegung nach dem Ostbahnhofe aber würde offenbar die Herstellung einer Verbindungsbahn sein, zu welcher ja die Verbindungen in der Ringbahnstrecke der Landeseisenbahn für die industriellen Bezirke der Stadt in ausreichendem Masse gegeben sind. Ob damit allen berechtigten Wünschen der Theiligten Genüge geleistet wäre, vermögen wir heute noch nicht zu übersehen. Wir würden uns freuen, wenn wir durch die vorstehenden Bemerkungen Veranlassung zur Aeussderung anderweitiger vielleicht besserer Vorschläge gegeben hätten. S.

Fremdländische Lebensversicherung.

Zur Naturgeschichte der Tontine.

Viele böse Leute wollen es nicht Wort haben, dass Braunschweig seit geraumer Zeit eine Grossstadt ist. Sie sind hartnäckig und zählen eine Menge Mängel her, aus denen der Kleinstadtcharakter deutlich hervorkuckt. Wir werden uns hüten, solche Spötter durch Aufzählung ihrer Beschwerden zu erfreuen und damit ihrer üblen Anschauung noch Verbreitung zu geben. Im Gegentheil, wir meinen, allein eine Thatsache müsse die Grossstadt unauslöschbar bezeichnen: die Thatsache nämlich, dass in unserer guten Stadt nicht weniger als 140—150 Agenten auswärtiger Versicherungsgesellschaften ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben. Wer da weiss, wie schwierig dieses Geschäft ist und wie viele Leute für die Versicherung als harmnäckige Nieten angesehen werden müssen, der wird schon an und für sich darüber staunen, dass auf ca. 700 Einwohner bei uns immer ein besonderer Versicherungsagent kommt. Wäre die Bevölkerung nicht herangereift und grossstädtisch gesinnt, niemals könnte diese Beschäftigung ihr Brot finden. Sind doch hierselbst nur 45—50 Gastwirthe angesessen, einschliesslich aller vornehmen Hôtels: für diese kommen schon ca. 2000 Personen auf den Mann. Es ist allerdings hierbei zu bedenken,

dass die Wirthe nur auf die erwachsenen Männer rechnen dürfen und die vielen Kinder und Frauen für sie so gut wie nichts verzehren. Da aber mehr als ein Drittel aller Leute Kinder und Frauen sind, so stehen die Wirthe schlechter (mit ca. 4—500 pr. Mann), als die Versicherungsagenten: denn die können auch Kinder und Frauen in ihren Schutz nehmen und thun das sogar mit Vorliebe. Dies Resultat ist aber äusserst ehrenvoll für unsere Bevölkerung; verleiten uns doch die Wirthe zu leichtlebigen Verzehr, die Agenten dagegen nehmen uns mit sehr ernster Miene Prämien ab, deren Segen erst in ferner Zukunft liegt. Hier sparen, dort verjubeln. Der Braunschweiger zieht also das Sparen vor. Es liessen sich noch ganz eigene Streiflichter auf die Lebensweisheit unser Bürger werfen, wenn man Betrachtungen darüber anstellte, dass es angesichts der 150 Versicherungsagenten hierorts nur 120 Bäcker, nur 149 Fleischer und 68 Aerzte und gar nur 28 Rechtsanwälte giebt. Wir wollen uns heute aber nicht mit statistischen Kunststückchen die Zeit vertreiben, sondern, dem ernstesten Zuge der Braunschweiger nachgebend, einmal einer gewissen Sorte der Sparpfennige nachzusteigen suchen, von denen wir eben sagten, dass ihr Effekt zunächst im Weiten sei.

Im Berichte der Handelskammer auf das Jahr 1890 steht zu lesen, dass die „Equitable“, Lebensversicherungs-Gesellschaft der Vereinigten Staaten in New-York, eben während dieses Berichtsjahres im Herzogthum Braunschweig Versicherungen in Höhe von 390 000 Mk. abgeschlossen und hierfür eine Prämieinnahme von 16 764,31 Mk. aus dem Lande gezogen habe. Die Gesamtprämieinnahme von dem vollen Versicherungsbestande belief sich auf 45 665,77 Mk. Es wäre interessant zu erfahren, wie viel von dieser Summe auf die Stadt, wie viel auf das platte Land entfällt. Vermuthen lässt sich, dass der Löwenantheil „draussen“ gewonnen ist.

Ueber eine Million Versicherungssumme ist zwar nicht viel; für unsere engen Verhältnisse aber doch eine ganze Menge. Unbegreiflich viel aber erscheint es, wenn man bedenkt, dass es sich hier um eine auswärtige nicht nur, ausländische nicht nur, sondern sogar um eine überseeische Gesellschaft handelt. Wenn wir noch Küstenbewohner wären, deren Hauptaugenmerk allezeit auf die grossen Wasser gerichtet ist, aus denen und über die her ihnen Verdienst und Lebensunterhalt kommt. Aber hier mitten im Binnenlande! Es kann uns doch, unter uns gesagt, im Allgemeinen niemand den Vorwurf machen, dass wir das Naheliegende gern übersehen und unsere Blicke auf Grosses und Weites richten. Wie kommen denn unsere Mitbürger dazu, ihre Sparpfennige übers Meer zu senden? Es liegt auf der Hand, dass sie dies nur thun, weil sie sich ganz besonders Gewinn davon versprechen, grösseren Gewinn, als es hier zu Lande möglich scheint. Und in der That versprechen sie sich diesen Gewinn, d. h. er wird ihnen versprochen auf Grund des ganz neuen, von dem europäischen abweichenden System der Versicherung, welches die amerikanische Gesellschaft zu Grunde legt, vom sogenannten Tontinensystem. Wir wollen dieses System einmal untersuchen und versuchen, seine Eigenthümlichkeiten dem allgemeinen Bewusstsein näher zu bringen. Vorher aber sei die kurze Bemerkung gestattet, dass wir es für unser Leben gerne sähen, wenn die amerikanische Gesellschaft sich einer etwas genaueren Verdeutschung ihrer Firma bedienen wollte und sich etwa nenne: „Lebens-Versicherungs-Gesellschaft aus den Vereinigten Staaten“ oder „in den Vereinigten Staaten“ anstatt der Vereinigten Staaten. Warum wir das wünschen? Je nun, Sie müssen schon etwas Rücksicht auf unsere ländliche Bevölkerung nehmen, welche gegen die Amerikaner noch etwas zurück ist; es könnte nämlich sein, irgend ein Bauerlein liest aus Ihrem Titel heraus, Sie wären eine staatliche Anstalt, welche in

der „Residenz“ der Vereinigten etc. zu New-York vom dortigen Könige oder, was weiss ich, eingerichtet und fundirt sei. Aber nichts für ungut, wenn Ihnen der andere Titel lieber ist, — es war nur wegen des möglichen Irrthums.

Was nun das Tontinensystem angeht, so ist das ja gar nicht einmal neu in Deutschland. Es hat, wie sich ältere Leute erinnern werden, auch bei uns Tontinen gegeben, und es giebt deren noch in Oesterreich. Sie existiren nicht mehr, weil man sie als eine Art Hasardspiel, meist von Schwindlern gehandhabt und mit Schwindeleien verbunden, verbot. Neu ist nur an dem amerikanischen System, dass es mit der Lebensversicherung verbunden ist. War es also schon früher als gemeingefährlich erkannt, um wie viel strenger muss es verworfen werden, wenn es mit einer Einrichtung verknüpft auftritt, welche mit unserem ganzen wirtschaftlichen und Volksleben so verwachsen ist, wie die Lebensversicherung. Was ist denn eine Tontine? Der Ausdruck selbst stammt von dem Italiener Lorenzo Tonti, welcher um 1620 die ursprüngliche Form derselben erfand, nämlich eine Gesellschaft zu gegenseitiger Beerbung. Im Grunde genommen ist jede Rentenanstalt auf ähnlichen Gedanken aufgebaut; die französischen Ueberlebungsgenossenschaften gehören gleichfalls hierher. Mit der Lebensversicherung aber hat die Tontine nichts zu thun; sie beruht keineswegs auf denselben wissenschaftlichen Grundlagen wie diese. Die Tontine nach dem amerikanischen Muster ist gewissermassen ein Topf, in welchen die Betheiligten Geld werfen, dasselbe 10, 15, 20 Jahre daselbst belassen, es nach Ablauf solcher Zeit wieder herausholen und an diejenigen vertheilen, welche unterdessen nicht verstorben und gestorben sind. Natürlich sterben in so langer Zwischenzeit eine Reihe Betheiligter und den Ueberlebenden fällt ihr Antheil als Gewinn anheim. Die Verquickung mit der Lebensversicherung wird nun so gehandhabt, dass die sogenannten Gewinnantheile der Versicherten, die Dividenden nicht ausgezahlt, sondern in die Tontine geworfen werden und hier ganz getrennt von der Lebensversicherung so behandelt werden, wie oben beschrieben. Also ist die Tontine eine der Police angehängte Lockspeise, etwa in demselben Sinne, wie ein Kolporteur mit schlechten Romanen dem Abonnenten ein Freiloos mit in den Kauf giebt, welches hinterher zur Theilnahme an der Verloosung irgend einer Prämie, etwa eines schönen Oeldruckbildes berechtigt. Freilich hat man versucht, den Tontinen einen gewissen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, Sterblichkeitstafel u. dgl. für dieselbe ausgearbeitet; davon später. Auffällig aber bleibt die Erscheinung, dass trotz aller gerühmten Vorzüge, es z. B. im Staate Massachusetts (einem der Vereinigten Staaten, deren Gesellschaft die Equitable nach ihrem Titel ist) geradezu gesetzlich verboten ist. In den Vereinigten Staaten besteht für jeden einzelnen Staat eine besondere Versicherungsgesetzgebung; in den meisten, wenigstens in den Weststaaten, auch eine besondere Behörde für die Beaufsichtigung des Versicherungswesens. Und da sagt denn Mr. John R. Tarbox, der Chef dieser Behörde für Massachusetts in seinem Jahresberichte für 1883 über die Tontine das Folgende:

„Eingeständenermassen ist die Tontinen-Kombination eine Abweichung von der Originalidee, welche der Lebensversicherung zu Grunde liegt. Letztere beruht auf der Wohltat, welche der Familie des mit Tode abgegangenen Versicherten zu Gute kommt, während die Tontine Gewinne und Benefizien der Ueberlebenden in Aussicht stellt und zwar auf Kosten der naturgemäss zu Begünstigenden. Augenfällig ist die Tontine nichts anderes als eine listige Spekulation. Eine Klasse von Versicherten tritt als Spielverein zusammen, als Gewinner gelten die Prämien solcher Personen, welche aus irgend einem Grunde ihre Police

verfallen liessen, wie auch die angesammelten Dividenden aller jener, welche vor dem Schlusstermin mit Tod abgegangen sind. Wenn die Tontinenperiode zu Ende ist, werden die derart erzielten Gewinne unter diejenigen Mitglieder vertheilt, die zur Zeit noch am Leben sind und ihre Polizen in Kraft erhalten haben. Ein derartiges Vorgehen fordert jedoch die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers, wie des Moralisten heraus. In dieser meiner Anschauungsweise werde ich auch durch spätere Reflexionen und Beobachtungen noch bestärkt. Ich erachte die Tontine für nichts anderes als ein Hasardspiel, und der Charakter des Gewinnes, welcher aus der Plünderung Unglücklicher und aus der Beraubung von Wittwen und Waisen resultirt, macht denselben um so verwerflicher. Abgesehen von dieser moralischen Qualität ist aber auch die Tontine ein fremder und verderblicher Zweig, der auf das reine Lebensversicherungswesen gepfropft wurde. Die Präsidenten bedeutender Lebensversicherungsanstalten, welche dergleichen Polizen ausstellen, erklärten vor einem Komitee der Legislatur des Staates New-York, dass die Tontine in der Regel nicht als eine Lebensversicherung, sondern als eine Geldanlage vom Versicherungskandidaten abgeschlossen wird. Das ist unzweifelhaft wahr. Die Veranlassung zu einer derartigen Geldanlage ist jedoch die Spekulation auf einen Gewinn, der sich aus den verfallenden Prämien unglücklicher Tontinenmitglieder ergeben soll. Das finanzielle Resultat aus dem Tontinengeschäft mag für die Anstalt wohl zufriedenstellend sein, und eine oder zwei amerikanische Gesellschaften haben in der That erfolgreich damit operirt. Die Spielsucht ist nahezu universell, und wird diese Leidenschaft geschickt ausgebeutet, so ist es leicht möglich, dass den Faiseuren ein erheblicher Nutzen daraus resultirt. Die Tontine verdankt ihre Verbreitung nicht ihrem moralischen Werthe, sondern lediglich dem Mangel entsprechender Gesetzesregelung.“ Ähnlich haben sich andere staatliche Autoritäten ausgesprochen.

Es kam eine Zeit, in welcher den Tontinengesellschaften selbst in Amerika, ihrer Heimath, der Boden unter den Füssen heiss geworden ist. Die soliden Lebensversicherungs-Gesellschaften brachten es im Jahre 1885 zu Wege, dass in New-York selbst, am Sitze der Zentralen, ein besonderes parlamentarisches Komitee zur Untersuchung ihrer Geschäftsgebahrungen eingesetzt wurde. Dieses Komitee hat über das Tontinensystem als solches absprechend geurtheilt. Schlimmer aber war sein Bericht über die innere Einrichtung der Equitable selbst. Es ergab sich danach, dass die Versicherten resp. Tontinentheilhaber vollständig von der Gnade und Barmherzigkeit der Gesellschaft abhängen; dass insbesondere aus den Büchern gar nicht klar hervorging, wann die Tontinengeschäfte begonnen waren, dass die Verrechnung der jährlichen Tontinenklasse nicht abgesondert erfolge, wie dies versprochen sei, dass überhaupt die Methode der Buchführung es absolut für jeden, ausser den eingeweihten Beamten, unmöglich mache, die Rechte der Tontinenbesitzer ausfindig zu machen und zu trennen u. s. f. Die Equitable war damals in grosser Gefahr, überhaupt vom Staate aufgelöst zu werden. Es gelang indessen ihrem Einflusse, die Massnahmen, welche gegen sie geplant waren, darauf zu beschränken, dass ihr verboten wurde, hinfort Tontinenpolizen ohne Rückkaufswert auszugeben. Freilich war damit eine schöne Einnahmequelle verstopft.

Als die amerikanischen Tontinengesellschaften — ausser der Equitable gebührt der New-York Life Insurance Company das Verdienst der Einführung solcher Herrlichkeiten in Deutschland — zuerst auf dem Kontinent auftraten, trugen ihre pomphaften Ankündigungen den Stempel der Unwahrheit so deutlich auf der Stirn, dass man staunen muss, wie unvorsichtig das Publikum demgegenüber gewesen ist. Versprochen doch die Reklameprospekte beispielsweise Folgendes:

Nach Ablauf einer 20jährigen Tontinenperiode soll die Police prämienvoll sein; ausserdem aber soll eine Summe zurückgezahlt werden, welche höher sein wird als die Summe aller gezahlten Prämien! Die Unerfüllbarkeit lag auf der Hand. Dennoch wurde eine Art mathematischer, ziffermässiger Berechnung aufgemacht, angeblich von den „eminentesten Mathematikern geprüft und richtig befunden“. Die „altmodischen Versicherungsgesellschaften“ sollten sich nur zurückziehen. Wörtlich heisst es mit beispielloser Dreistigkeit z. B. in einem Prospekt der Equitable: „Es ist berechnet, dass eine Versicherung von 20000 Mk. unter Zugrundelegung des Tontinenplanes bei der Equitable voraussichtlich denselben Erfolg liefern kann, als eine Versicherung von 40—50000 Mk. bei anderen Gesellschaften.“ Später freilich, als Gerücht auf Gerücht über die bedenklichen Vorgänge in Amerika herüberdrang, wurden die Versprechungen vorsichtiger. Es wurde aber deshalb nicht weniger unverschämte vorgezeigt und versprochen, was nach dem Urtheile inländischer Mathematiker auch nicht zur Hälfte zu halten war, sondern es wurden anstatt dessen möglichst wenig bemerkbare Klauseln eingeschoben, welche die eingegangene Verpflichtung mehr oder weniger illusorisch zu machen geeignet waren. So heisst es z. B. in einem Prospekt der Equitable, welche uns, als in Braunschweig verbreitet, in erster Linie interessirt, nachdem vorher die Vorzüge der Tontinen in den Himmel erhoben und mit enormen Ziffern belegt sind: „Selbstverständlich kann die Gesellschaft keine Garantie übernehmen, dass die Resultate in zukünftigen Jahren gleich günstig sein werden, doch kann auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Gesellschaft wohl angenommen werden, dass die bisher erzielten Resultate mit dem Vorbehalte etwaiger Fluktuationen in Folge möglicher Ereignisse(?), als Beispiele der zu erwartenden Ergebnisse der Tontinenpolicen betrachtet werden können.“

Nicht wenig ergötztlich war es auch, als die beiden oben genannten Gesellschaften mit einander in Streit geriethen und sich gegenseitig öffentlich Schwindel, Nasführung des Publikums und Fälschung der Rechnungen vorwarfen. Ein kleiner Blick in die innere Finanzverwaltung der Equitable aber sei noch gestattet. Das Hauptbureau der Gesellschaft in New-York kostet für Oberbeamte folgende Kleinigkeiten: Präsident 57000 Dollars, Vizepräsident 22000 Dollars, Aktuar (Mathematiker) 20000 Dollars, Sekretair 16500 Dollars, zweiter Sekretair 7500 Dollars, Subsekretair 5000 Dollars, Buchhaltungschef 5000 Dollars, Kassierer 5000 Dollars, Architekt 10000 Dollars, Chef der Agentur 7500 Dollars, Vertreter für Kanada 5000 Dollars, Chef-Inspektor 4500 Dollars, Chef der juristischen Abtheilung 12000 Dollars, Chefarzt 12000 Dollars, Agentenkassierer 9000 Dollars, in Summa 203000 Dollars = 817075 Mark. Als aber der Präsident der New-York die Gesellschaft offenkundig um mehrere Millionen Dollars geschädigt hatte, ward er abgesetzt und mit der Hälfte seines 75000 Dollars betragenden Gehaltes pensionirt! Im Jahre 1891 erreichten die Unkosten der Equitable eine Höhe von 8166389 Dollars, d. i. 20,9% der Gesamteinnahme, während sich der gleiche Betrag bei den deutschen Gesellschaften im Jahre 1890 auf 9,3% belief. Beide amerikanischen Gesellschaften aber erstrecken ihre Thätigkeit über den ganzen Erdkreis.

Die meisten Länder, so auch Preussen resp. Deutschland, haben die Hinterlegung einer gewissen Sicherheit im Inlande von den amerikanischen Gesellschaften gefordert. Es hiess nun in der letzten Zeit vielfach, die Equitable hätte ihre bez. Hamburger Depots zurückgezogen. Wenn dies auch nicht richtig sein mag, so hat doch jüngst ein Erlass des preussischen Ministers des Innern an sämtliche Regierungspräsidenten auf das Gebahren dieser Gesellschaft, insbesondere auf ihre

Versuche, die oben erwähnten Rückzugsklauseln einzuschleichen, ausdrücklich hingewiesen. Man kann für eine solche, im Interesse des deutschen Publikums unternommene Massregel nur dankbar sein. Ist es doch bezeichnend, dass die Equitable nur ein Land auf der ganzen Welt hinfort meidet: das ist die Schweiz, dasjenige Land, welches allein eine schärfere Aufsicht über das Versicherungswesen übt; unter den Augen des Gesetzes gedeihen eben derlei Blüthen nicht. Wenn man aber hört, dass die gesammte Prämieinnahme des Jahres 1890 für Preussen sich auf 1868471 Mk. beläuft, so muss dem gegenüber die Summe von rund 50000 Mk., welche die Equitable aus dem kleinen Braunschweig zieht, ausserordentlich hoch erscheinen. Möge deshalb auch unsere Regierung dieser Angelegenheit ein dankenswerthes Interesse zuwenden

Grossmagazine und Kleinhandel.

Unter den verschiedenen einschneidenden volkswirtschaftlichen Fragen wird in neuerer Zeit besonders der industriellen Entwicklung nach allen Seiten hin, hauptsächlich betreffs der Arbeiterverhältnisse und aller damit zusammenhängenden Einzelfragen viel Erörterung gewidmet; Theoretiker wie volkswirtschaftliche Praktiker, Verwaltungsämter wie Handelskammern und Industrievereine befassen sich mit der Industrie in ihrer wirtschaftlichen, wie sozialen Gestaltung und eine schier erdrückende Fülle von Literatur hat sich bereits angesammelt. In weit geringerem Masse hat sich Theorie und Praxis der Untersuchung der modernen Handelsentwicklung und des Kampfes zwischen Gross- und Kleinbetrieb auf diesem Gebiete gewidmet. Umsomehr ist daher eine wissenschaftliche Untersuchung zu begrüssen, welche eines der wichtigsten Kapitel dieses Gebietes, die Entwicklung der Grossmagazine*), ihre Bedeutung in der Handelsentwicklung, die Bekämpfung derselben, endlich ihre sozial-politische Würdigung, somit ihre wirtschaftliche Bedeutung in vortheilhafter wie nachtheiliger Hinsicht objektiv vom rein wissenschaftlichen Standpunkte behandelt.

In dieser Studie werden zunächst eine Anzahl Daten über die Ausbreitung des Grossmagazinwesens, besonders in England und Frankreich, mitgetheilt; in letzterem seien vor Allem zu erwähnen die riesenhaften Pariser Magazine: der „Bon-Marché“ mit einem Aktienkapital von 20 Mill., Reserven von 21,8 Mill. und einem Geschäftsumsatz von 124—134 Mill. Francs in den letzten Jahren, und einer Gesamtzahl von fast 9000 Angestellten; der „Louvre“, seit 1890 gleichfalls Aktiengesellschaft, mit annähernd gleichem Kapitale, der „Printemps“ mit 60 Mill. Francs Jahresumsatz; ferner in Lyon und in anderen grossen Städten, wo derlei riesige Etablissements theils schon vorhanden, theils im Entstehen seien. In England stünden obenan riesige Konsumvereine, die aber richtiger auch als Aktiengesellschaften zum Handelsbetriebe anzusehen seien, die Grand Magazines von Paris zwar nicht an Umfang, aber an Vielseitigkeit der gebotenen Artikel übertrafen. Der Geschäftsumsatz der „Civil Service Supply Association“ beträgt beispielsweise 1,77 Mill. Pfd. Sterl., der der „Army and Navy Cooperative Society“ mit einem Aktienkapital von nur 60000 Pfd. Sterl. 2,65 Mill. Pfd. Sterl. Die Zuschläge auf den Selbstkaufspreis schwanken zwischen 11—18%. Auch in Nordamerika gäbe es Riesenmagazine mit einer Gesamtzahl von 1500—3000 Angestellten und Geschäftsumsätzen von 30 Mill. Dollars und mehr, zu meist im Privatbesitze befindlich. Die anderen Staaten

*) Mataja, Grossmagazine und Kleinhandel.

stehen hinsichtlich der Entwicklung des Grossmagazinwesens zurück, wiewohl sie auch vereinzelte Beispiele besitzen.

Die Stellung, welche die Grossmagazine in der Handelsentwicklung einnehmen, wird folgendermassen gekennzeichnet: wie sich da einerseits der Umfang der kaufmännischen Thätigkeit erweitere, so mache sich auch eine Tendenz zur Vereinfachung der dem Verkehre dienenden Vorkehrungen, zur Abstossung von Mittelpersonen, geltend: der Detailhändler wie der Produzent suchen den Grosshändler zu umgehen, der dadurch in manchen Gebieten dem Agenten oder Kommissionär weichen müsse, das Publikum möchte möglichst den Kleinhändler umgehen u. s. w. Verkehrsgewandtheit und Reklame tragen dazu bei, den Konsumenten diese Wege zu erleichtern. So wirken die Grossmagazine wie die Konsumvereine darauf hin, das Gebiet des Kleinhandels einzuengen: sie kaufen aus erster Quelle, nehmen geringen Aufschlag, bieten dabei reichliche Auswahl (darum hauptsächlich Bekleidungs-, Galanterie-, Luxuswaare in Grossmagazinen). Vor Allem aber erscheinen diese Formen des Detailhandels gegenüber dem Kleingeschäft als die modernen, vorgeschrittenen in der althergebrachten Form des Kleinhandels, in Kramläden liegt eine immense Kraftvergeudung; dass nicht die 521 000 Handelsbetriebe zur Bewältigung des deutschen Waarenhandels nötig seien, das sei ein sich unwillkürlich aufdrängender Gedanke — und in dieser Zahl werden noch die zahllosen Läden der kleinen Gewerbetreibenden nicht mit berücksichtigt! Die Zersplitterung des Detailhandels in so viele kleine Betriebe erklärt sich nur durch den Bequemlichkeitstrieb des Publikums, dann durch die soziale Gliederung, die Läden verschiedenen Ranges verlangt; die Konkurrenz der Kleinhändler gereiche dem Publikum, wegen des viel geringeren Anpassens an die Engrospreise, viel weniger zum Vortheile, als die Konkurrenz der einzelnen Grossmagazine, die nicht mehr mit der Bequemlichkeit des Konsumenten, dem Umstande, dass derselbe nahe wohnt und vorübergeht, sondern mit einem von fern heranzuziehenden Publikum, einer ganz anderen Verbreitung von Lob oder Tadel ihrer Artikel zu rechnen haben. Beim Einkaufe kommt dem Magazine gleichfalls sein Kapitalbesitz, seine Baarzahlung, die routinirten Einkäufe, vereinfachter Transport, niedere Generalunkosten, Baarzahlung der Konsumenten, kurz eine grosse Reihe wirtschaftlicher Vortheile zu Gute. Ferner wird das Grossmagazin nicht viel durch die Laune des Publikums beherrscht, sondern wirkt selbst tonangebend, ist somit durchaus nicht mehr willenlos der Konjunktur überliefert, sondern selbst ein Faktor derselben.

(Gleichwohl dürfe man nicht unbedingt schliessen, dass das Grossmagazin immer wohlfeiler sei, denn es habe andererseits Kosten für Kontrolpersonal, Reklame, die der Kleinhandel ganz oder zum grossen Theile entbehren könne. Mehr als die — doch zu bestreitende, wenigstens nicht allgemein hinzustellende — grössere Wohlfeilheit entscheide die grössere Solidität der Magazine, welche ihre Preise öffentlich bekannt geben, auf den Waaren markiren, überhaupt nicht unter Kontrolle der Oeffentlichkeit stehen, dann die reichere Auswahl, raschere Bedienung, Pünktlichkeit des Grossbetriebes, die Möglichkeit, viele Artikel in einem Lokale zusammen zu finden u. dgl.)

Das Grossmagazinsystem, so wird weiter ausgeführt, sei auch eine Konsequenz und Ergänzung der bisherigen industriellen Entwicklung. Dem Industriellen, welcher den Kaufmann zu beseitigen sucht, tritt das Grossmagazin erfolgreich gegenüber und bringt es dahin, dass nicht mehr der Industrielle einer Reihe von Händlern bedarf, sondern das Magazin eine Reihe von Industriellen beschäftigt.

Das Grossmagazinsystem hat jedoch lebhaftes Gegnerschaft gefunden; in Frankreich wie Deutschland und

anderwärts sind Verbände zur Bekämpfung desselben erstanden, in ersterem Lande hat man das Mittel zur Abhülfe in einer Art progressiven Besteuerung der Magazine zu finden geglaubt; in anderen Staaten hat die Gesetzgebung nicht eingegriffen; man darf jedoch einer Fortdauer des erbitterten Kampfes entgegensehen.

Die Schrift gelangt endlich auf Grund der vorausgeschickten Erörterungen zu der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung und zur Würdigung der Sache vom sozialpolitischen Standpunkte: Insofern das Magazinsystem die überlegene Betriebsform sei, müsste man vom Standpunkte des allgemeinen Interesses — trotz der kollidirenden Sonderinteressen — demselben freien Lauf lassen; die künstliche Behinderung würde sich durch die dann um so stärkere Entwicklung rächen; übrigens habe nebst der bedeutenden Uebergangszeit für die noch weiterhin wegfallenden kleinen Unternehmungen das System auch seine Schranken in der Grösse der Orte, da es in mittleren und kleinen Städten nicht aufkommen könne in den Grenzen des Versands, in dem fortdauernden Wunsche Mancher nach mehr individueller Leistung. Vom sozialen Gesichtspunkte habe das System tiefe Schattenseiten in der Vermehrung der unselbstständigen Existenzen, der — behaupteten — grösseren Ausbeutung der Arbeitskraft, Ueberanstrengung des Personals, dagegen Lichtseiten in der besseren materiellen Stellung, der Möglichkeit eines Aufrückens der Angestellten, der in Folge der grossartigen Organisation ermöglichten grösseren Fürsorge für dieselben.

Die interessante Schrift bricht hier sozusagen ab, ohne verschiedene Fragen, insbesondere die der eventuellen gesetzlichen Regelung des Konsumvereinswesens, oder sonstige einschlägige Fragen zu erörtern. Immerhin hat sie — mag man sich auch den Auffassungen des Verfassers in dem einen oder anderen Punkte nicht anschliessen — das Verdienst, in diese heute für viele Handelskreise sehr bedeutsame Frage mehr Licht gebracht zu haben. Wer ein wahrer Freund des Kleinhandels ist, darf sich nicht mit blossen Schlagworten gegen Magazine und Grossbetrieb begnügen, sondern muss dafür arbeiten, dass der Kleinhandel dort erhalten und gefördert werde, wo er seine volle wirtschaftliche Berechtigung hat.

Dr. Hatschek.

Handels- und Konkursrecht.

Die Handelskammer hat sich in ihrer letzten Plenarversammlung mit einer Reihe von Abänderungsvorschlägen bezüglich des Handels- und Konkursrechtes beschäftigt und in Verfolg ihrer diesbezüglichen Verhandlungen eine Reihe von Anträgen auf Abänderung resp. Fortentwicklung des jetzt bestehenden Rechtszustandes an den Reichstag gerichtet. Dieselben verfolgen der Hauptsache nach den Zweck, der sich immer dreister breit machenden Unsolidität in Handel und Verkehr durch Verschärfung der öffentlichen Ordnungsvorschriften Boden abzugraben. Neuerdings nun haben auch die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen gerichtet und ihre übereinstimmenden Anschauungen in einer ausführlichen Petition zum Ausdruck gegeben, deren Inhalt wir nachstehend um so lieber rekapituliren, als die Begründung der einzelnen Anträge sehr eingehend, die ganze Angelegenheit aber überhaupt von der grössten Wichtigkeit für die fernere Gestaltung unseres Erwerbslebens ist. Viele der Klagen, welche heute aus den Kreisen zumal der Gewerbetreibenden laut werden, dürfte durch Reformen auf dem Gebiete des Handelsrechts und verwandter Rechtsgebiete Grund und Ursache zu entziehen sein. Die betreffende Petition hat folgenden Wortlaut:

Der Verband der Vereine Kreditreform hat dem hohen Reichstage eine Petition unterbreitet, in welcher er eine Reihe von Reformen auf dem Gebiete des Handels-, Gewerbe- und Konkursrechtes in Vorschlag bringt; diese Vorschläge betreffen insbesondere die Firmirung von Ehefrauen, die Bezeichnung der Gewerbsunternehmungen von nicht im Handelsregister eingetragenen Geschäftsleuten, ferner die Registrirung der Personen, welche den Offenbarungseid geleistet haben, endlich eine Veröffentlichung auch jener Fälle, in denen nur aus Mangel zureichender Masse eine Konkursöffnung nicht erfolgt. Der Verband der Kreditreform-Vereine hat diese Petition auch uns mit der Bitte um Befürwortung derselben vorgelegt, und auch aus den Kreisen des von uns vertretenen Magdeburger Handels ist eine dringliche Eingabe an uns gelangt, welche die Befürwortung der erwähnten Anträge bei dem hohen Reichstage erbittet. Wir haben darum Anlass genommen, die in den erwähnten Petitionen angeregten Reformvorschläge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, und gestatten uns die Ergebnisse derselben nachfolgend dem hohen Reichstage zu unterbreiten:

Was zunächst den Vorschlag der Petition der Kreditreform-Vereine betrifft, wonach Art. 20 H.-G.-B. den Zusatz erhalten soll: „Sind Ehefrauen alleinige Inhaberinnen des Geschäftes, so muss dies aus der Firma hervorgehen, sei es durch Ausschreiben mindestens eines Vornamens, sei es durch einen die Inhaberin kennzeichnenden Zusatz“ — so können auch wir eine Ergänzung der bestehenden Bestimmungen, soweit es sich um die Firmenzeichnung von Frauen als alleinigen Geschäftsinhabern handelt, nur lebhaft empfehlen, wenn wir uns auch dem Vorschlage der Petition seinem vollen Inhalte nach nicht anschliessen vermögen. Die grossen Uebelstände, welche sehr häufig darin sich zeigen, dass seitens des falliten Ehemannes auf die Frau das Geschäft übertragen wird, dass dabei dritte Personen vielfach irreführt und geschädigt werden, der Missstand, welcher an und für sich darin zu erblicken ist, dass eine — zumeist völlig geschäftsunkundige — Frau ihren Namen für die Firma hergiebt und damit den wahren Geschäftsinhaber deckt, endlich der durchaus gerechtfertigte Wunsch, dass aus einer neuen Firma schon äusserlich möglichst klar hervorgehe, wer der haftbar zu machende Firmeninhaber sei, begründen vollauf den Antrag, dass, wenn Frauen alleinige Inhaberinnen eines Geschäftes seien, dies aus der Firma hervorgehen habe. Wir gehen hierbei in einer Hinsicht noch weiter als die Petition der Kreditreform-Vereine, indem wir diesen Zwang zur Firmirung mit einem Frauennamen oder einem entsprechenden kennzeichnenden Beisatze auf alle weiblichen Personen, nicht bloss auf die Ehefrauen, ausgedehnt wissen möchten. Andererseits würden wir eine ungerechtfertigte Härte darin erblicken, wenn auch in dem Falle des Erwerbes eines Handelsgeschäftes durch Erbgang seitens einer Frau die alte Firma geändert und an deren Stelle eine neue, die Inhaberin kennzeichnende Firma gesetzt werden müsste. Es widerspräche dies auch der Tendenz des Handelsgesetzbuches, welches bei „durch Vertrag oder Erbgang erworbenen Handelsgeschäften“ nicht, sowie bei den neuen Firmen an dem Prinzipie der Wahrheit der Firma festhält (vgl. Art. 22). Den Fall des Erwerbes durch Vertrag gleichfalls auszunehmen, ist nicht wohl möglich, da gerade auf diesem Wege das Geschäft vom Manne auf die Frau, vom Bruder auf die Schwester, kurz von dem in zweifelhaften Verhältnissen befindlichen Kaufmanne auf eine nahestehende weibliche Person übertragen werden kann. Es würde sich daher empfehlen, den Zwang der Firmirung als Frau, d. h. mit einem Frauennamen oder entsprechenden Firmenzusätze auf alle

„Frauen“, d. i. im Sinne des Handelsgesetzbuches weibliche Personen (ob verheiratet, unverheiratet oder verwittwet oder geschieden), auszudehnen, gleichzeitig aber den Fall der Erwerbung des Geschäftes durch Erbgang auszuschliessen. Ein Zusatzartikel zu Art. 16 H.-G.-B. müsste daher etwa lauten: „Wenn Frauen ohne einen Gesellschafter (oder nur mit einem stillen Gesellschafter) ein Handelsgeschäft betreiben, so dürfen sie — den Fall der Erwerbung des Geschäftes durch Erbgang ausgenommen (vgl. Art. 22) — nur ihren Familiennamen mit mindestens einem Vornamen oder mit einem, das Geschlecht der Inhaberin kennzeichnenden Zusätze als Firma führen.“ In Art. 22 H.-G.-B. wäre zum Zwecke der Einschränkung der Zulässigkeit der Fortführung alter Firmen durch Frauen ausser dem Falle des Erbanges beizusetzen: „Diese Bestimmung findet im Falle des Ueberganges eines Handelsgeschäftes auf eine Frau als alleinige Inhaberin keine Anwendung (vgl. Art. 16, alin. 3).“

Derartige Zusatzbestimmungen betreffs der Firmirung von Frauen ständen aber auch nicht in wesentlichem Gegensatze zu dem allgemeinen Prinzipie des Handelsgesetzes betreffs der Handelsfrau (Art. 6). Dieses Prinzip, welches der Handelsfrau volle rechtliche Gleichstellung mit dem Kaufmanne gewährt, wird durch die vorgeschlagene Aenderung nicht berührt; denn letztere betrifft lediglich die formale Seite. Aus der rechtlichen Gleichstellung wird man niemals ein Recht der Handelsfrau herleiten können, dritte Personen, insbesondere die Gläubiger, über den wahren Geschäftsinhaber zu täuschen, und darum kann der Zwang, dass — vom Falle des Erbanges abgesehen — das Geschlecht der Frau in der Firma zum Ausdruck komme, als keine die Prinzipien des Handelsgesetzes verletzende Neuerung angesehen werden. Dass Zuwiderhandlungen gegen die festzusetzende besondere Bestimmung für Firmirung der Frauen mit den in Art. 26 geregelten Ordnungsstrafen zu ahnden wären, bedarf keiner näheren Begründung.

Wie der erste Vorschlag der Petition des Kreditorenverbandes, so verdient auch der zweite Antrag warme Befürwortung. Derselbe geht dahin, die nicht im Handelsregister eingetragenen Gewerbetreibenden (worunter wohl auch die Handelsleute ohne eingetragene Firma zu verstehen sind) zu verpflichten, an ihrem Geschäftslokale oder ihrer Betriebswerkstätte mindestens ihren vollen Ruf- und Familiennamen anzubringen, und Zuwiderhandlungen mit Ordnungsstrafen zu bedrohen. Wir vermögen uns diesem Antrage, der gleichfalls Hintenanhaltung von Täuschungen dritter Personen bezweckt und damit die Solidität des Geschäftsverkehrs wesentlich fördert, nur anzuschliessen. Wir möchten den Vorschlag nur dahin ausgedehnt wissen, dass auch die Verpflichtung des nicht eingetragenen Geschäftsmannes, nur mit seinem vollen Ruf- und Familiennamen seine Geschäfte zu betreiben und seine Unterschrift abzugeben, statuiert würde. Eine derartige gesetzliche Vorschrift stünde auch zu dem Prinzipie der gewerblichen Freiheit in keiner Weise in Widerspruch, da sie nichts Anderes verlangt, als dass — wie dies auch sonst im bürgerlichen Leben durchaus üblich — nur unter dem wahren und vollen Namen Geschäfte betrieben werden, soweit der betreffende Gewerbetreibende nicht durch Eintragung in das Handelsregister sich eine Firma, d. i. einen Namen, unter dem er seine Geschäfte betreibt, erworben hat. Auch der Wunsch, dass der volle Name des Gewerbetreibenden an seiner Betriebsstätte ersichtlich gemacht werde, ist vom Standpunkte des soliden Geschäftsverkehrs durchaus begründet.

Wir würden daher den von uns erweiterten Vorschlag etwa dahin formulieren: In einer Novelle zur Gewerbeordnung wäre festzusetzen:

„Ein Gewerbetreibender, der keine im Handelsregister eingetragene Firma besitzt, darf seine Geschäfte nur unter seinem vollen Namen (Ruf- und Familiennamen) betreiben und nur in dieser Weise seine Unterschrift abgeben; er ist auch verpflichtet, an seinem Geschäftlokal oder seiner Betriebswerkstätte mindestens seinen vollen Ruf- und Familiennamen anzubringen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu oder Haft bis zu bestraft.“

Eine weitere Anregung der erwähnten Petition der Kreditreform-Vereine betrifft die Veröffentlichung derjenigen Personen, welche den Offenbarungseid geleistet haben. Auch dieser Wunsch wird in den Kreisen unserer Handelsfirmen lebhaft befürwortet. Wir selbst sind schon in früheren Jahren dafür eingetreten, dass Offenbarungseide in öffentlicher Verhandlung abgenommen werden sollten, und dass amtliche, Jedermann zur Einsicht offen liegende Listen über die Personen, welche diesen Eid abgelegt, geführt werden möchten. Wir nehmen gerne diese Bestrebungen, welche leider bisher erfolglos geblieben sind, wieder auf und würden uns der Petition der Kreditreform-Vereine, soweit sie die Führung von Listen der Manifestanten, die freie Einsicht dieser Listen verlangte, anschliessen, jedoch von dem Verlangen der Abschriftenvertheilung an gewisse Stellen im Hinblick auf die — vielfach unnütze und zu weit gehende — Schreibung, die dadurch den Gerichtsschreibereien erwachsen, absehen. Unser Vorschlag würde somit dahin gehen:

In einer Novelle zur Gerichtsordnung müsste festgesetzt werden:

„In jeder Gerichtsschreiberei bei den Amtsgerichten wird ein Verzeichniss aller Personen geführt, welche den Offenbarungseid vor diesem Gerichte abgelegt haben. In diesem Verzeichnisse ist nebst dem Namen des betr. Manifestanten der Tag der Eidesleistung, die Streitsache und die Schuldsumme, wegen welcher der Eid geleistet wurde, einzutragen. Dieses Verzeichniss liegt für Jedermann in den üblichen Amtsstunden zur Einsicht aus.“

Ein weiterer Wunsch der erwähnten Petition betrifft die Konkursordnung: Es wird als ein Mangel erklärt, dass eine Veröffentlichung nicht eintritt, wenn mangels zureichender Masse von einem Konkursverfahren abgesehen wird, und wird auch in solchem Falle Veröffentlichung begehrt. Dem Verlangen der Petition könnte nur das eine Bedenken entgegeng gehalten werden, woraus denn die Kosten der Veröffentlichung zu bestreiten sein sollen; allein auch dieses Bedenken erledigt sich dadurch, dass diese Kosten nicht sehr bedeutende sein dürften, und somit, falls sie wirklich nicht aus dem Vorhandenen gedeckt werden könnten, die Staatskasse ohne schwere Belastung hier eintreten könnte.

Ferner sind, wie schon Eingangs erwähnt, uns zu der besprochenen Petition der Kreditreformvereine dringliche Eingaben aus den Kreisen unseres Handels zugegangen, welche andere Punkte der Konkursordnung betreffen. Wir gestatten uns diese Anregungen unter lebhafter Befürwortung dem hohen Reichstage in Folgendem zu unterbreiten:

Gegen die bei Konkursen immer mehr überhand nehmenden Scheinmanöver und betrügerischen Manipulationen, so wird ausgeführt, könne nur eine thunlichst strenge richterliche Untersuchung (in jedem einzelnen Falle) Abhilfe schaffen.

Die in §§ 23 bis 34, 209 bis 214 der Konkursordnung gegebenen Anfechtungs- und Strafbestimmungen gewähren dem grössten Theil der Konkursgläubiger ohne von Amtswegen eintretende Mithilfe des Gerichtes keinen ausreichenden Schutz, zumal die ausserhalb wohnenden Gläubiger meistens nicht in der Lage sind, den Fall zu prüfen und die er-

forderlichen Nachweise zu führen. Es ist uns mitgetheilt worden, dass die Staatsanwaltschaft des hiesigen Königlichen Landgerichtes in jedem Falle einer Konkursöffnung die richterliche Vernehmung des Konkursverwalters als Zeugen darüber veranlasst, ob irgend welche Thatfachen vorliegen, welche den Gemeinschuldner verdächtigen und möglicherweise die Annahme strafbarer Handlungen rechtfertigen. Gerade eine derartige richterliche Vernehmung desjenigen, der verhältnissmässig am besten mit dem Stande der Sache vertraut ist, bietet eine gute Handhabe zur Aufdeckung von Strafthaten und „Unregelmässigkeiten“.

Wir legen ausserordentlich viel Werth darauf, dass ein solches Verfahren, bezw. eine derartige Verfügung nicht eine örtliche bleibt, sondern eine für das ganze Reich gültige wird.

Ferner weisen die Eingaben der Handelskreise, sich diesbezüglich einer Petition des Deutschen Kreditorenverbandes anschliessend, auf den Missstand der besonderen, viel zu weitgehenden Bevorzugung von Forderungen aus einem Miethsvertrage hin, durch welche Bevorzugung die anderen Gläubiger oft schwer geschädigt würden. In dieser Hinsicht wird ausgeführt:

Nach der vom Reichsgericht in feststehender Rechtssprechung gegebenen Auslegung des § 395 Theil I. 21. Tit. d. Allg. Landrechtes, in Verbindung mit § 41 No. 2 und 4 der deutschen Konkursordnung, steht dem Vermiether im Konkursfalle, auch wenn der Konkursverwalter den Miethsvertrag aufgekündigt hat, das Recht zu, nicht nur wegen des rückständigen und des laufenden Zinses abgesonderte Befriedigung aus dem Eingebachten des Miethers zu verlangen, sondern der Vermiether kann auch wegen der während der ganzen Dauer des ursprünglich geschlossenen Vertrages fällig werdenden Miethsforderung das gleiche Recht beanspruchen.

Dem Konkursverwalter steht nun zwar das Recht der Weitervermietung zu, da aber vor Ablauf des Miethsvertrages sich in zahlreichen Fällen nicht absehen lässt, zu welchem Preise und auf wie lange die anderweite Vermietung gelingt, und ob die Person des eventuellen zweiten Miethers zahlungsfähig bleibt, so ist in den meisten Fällen die Hinterlegung des Miethsbetrages für die gesammte Dauer des Miethsvertrages und damit die endlose Hinausschiebung des Konkurses nothwendig.

Berücksichtigt man die kolossale Steigerung der Miethsverhältnisse, namentlich der Läden, für welche selbst von Geschäften mittleren Umfanges, besonders in Grossstädten, oft 10 000 Mk. und darüber gezahlt werden, und berücksichtigt man ferner, dass Miethsverträge häufig auf die Dauer von 8 bis 10 Jahren geschlossen werden, so sind dies Verhältnisse, die bei eintretendem Konkurs als schädigende Missstände zu Tage treten. Ja noch schlimmer ist es, dass seitens der Gerichte wegen der bestehenden grossen Miethsverbindlichkeiten die Eröffnung des Konkurses in sehr zahlreichen Fällen abgelehnt wird, weil die gesammte Masse durch das Absonderungsrecht des Vermiethers in Anspruch genommen wird. Diese Rechtslage verführt die Schuldner geradezu, möglichst Miethsverträge auf lange Dauer abzuschliessen, da sie dadurch ihre Gläubiger oft in die Zwangslage versetzen, selbst einen ungünstigen Vergleich anzunehmen, um nicht Alles zu verlieren.

Wir vermögen uns der Zweckmässigkeit und Billigkeit des Antrages, welcher darauf abzielt, eine Abänderung der Gesetzgebung in der Weise herbeizuführen, dass nur wegen des aus dem letzten Jahre vor Eröffnung des Konkurses herrührenden und wegen des laufenden Miethszinses das Absonderungsrecht des Vermiethers an den eingebrachten Vermögensstücken des Miethers anerkannt wird — nicht zu

verschiessen. Selbst wenn man nicht so weit gehen wollte, würde man doch mindestens, auch wenn den Interessen des Vermiethers voll Rechnung getragen wird, eine Einschränkung der bisherigen Rechte des Vermiethers empfehlen können, dahingehend, dass dem Vermiether im Konkurse seines Miethers für die Miethsforderungen nur noch längstens auf ein Jahr nach Eröffnung des Konkurses das Recht auf abgesonderte Befriedigung aus den eingebrachten Vermögensstücken des Miethers gewährt wird.

Wir stellen die gehorsame Bitte:

Der hohe Reichstag wolle die vorstehenden Reformvorschläge auf dem Gebiete des Handels-, Gewerbe- und Konkursrechtes in geneigte Erwägung ziehen.

Kleine Mittheilungen.

Weltausstellung in Chicago. Von dem Herrn Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago geht der Presse folgender Gesamtüberblick über den Stand der Beschickungsfrage und die Ergebnisse der Rundreise des Reichskommissars zu:

„Die Frage der Betheiligung Deutschlands an der Weltausstellung in Chicago wird seitens der Industriellen neuerdings unter gegen früher völlig veränderten Gesichtspunkten beurtheilt. Nahmen noch vor Kurzem die Vertreter selbst vieler für den Handel mit Amerika in erster Linie in Betracht kommenden Industriezweige eine ablehnende Haltung ein, so gelangt jetzt nahezu die Ueberzeugung zum Durchbruch, dass ein Fernbleiben von dem Wettbewerbe in Chicago für die Gesamtheit der deutschen Industrie grosse Nachteile im Gefolge haben würde. Ueberdies wird richtig erkannt, dass es eine Ehrenpflicht der deutschen Industrie sei, für eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung auf der Ausstellung Sorge zu tragen.

Beide Gesichtspunkte sind es, welche bei den in jüngster Zeit abgehaltenen Versammlungen aus den Kreisen der Ausstellungsinteressenten selbst als für die Frage der Betheiligung Deutschlands massgebend bezeichnet wurden; und das Schwergewicht der zu Gunsten der Beschickung sprechenden Gründe ist denn auch für die in diesen Versammlungen gefassten Beschlüsse ausschlaggebend gewesen. So wurde in einer unter dem Vorsitz des Konsuls Offermann-Leipzig in Chemnitz stattgehabten Versammlung ehrenamtlicher Organe der sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft die Bildung einer Kollektiv-Ausstellung der Textil-Industrie einstimmig beschlossen. Dieser Beschluss fand in einer gleichfalls von Herrn Offermann geleiteten Versammlung in Zwickau, an welcher auch der Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago theilnahm, und zu welcher vornehmlich die westlichen wichtigeren Industrieorte Sachsens, wie Plauen, Annaberg, Crimmitschau, Werdau, Mylau, Falkenstein, Eibenstock, Glauchau u. a. Vertreter entsendet hatten, die einstimmige Billigung der versammelten über hundert sächsischen Industriellen.

Auch in sämtlichen süddeutschen Staaten ist Dank der eifrigen Thätigkeit, welche die von den Regierungen dieser Staaten bestellten Organe Hand in Hand mit dem Reichskommissar entwickeln, eine höchst befriedigende Theilnahme für die Ausstellung hervorgerufen. So haben in Nürnberg bei Gelegenheit einer in Anwesenheit des Geheimen Regierungsraths Wermuth auf Veranlassung des Direktors des bayrischen Gewerbemuseums, v. Kramer, stattgehabten Versammlung bayrischer Industrieller eine beträchtliche Anzahl hervorragender Firmen der namentlich in Nürnberg und Fürth vertretenen Spielwaren, leonischen Drahtwaren-, Bleistift-, Spiegel- und Metallwaren-Industrie ihre Betheiligung an der Ausstellung zugesagt. Gleich erfreuliche Resultate ergaben sich in Stuttgart, wo-

selbst in einer von sämtlichen württembergischen Handelskammern unter Leitung der Zentralstelle für Handel und Gewerbe veranstalteten Sitzung über die in jenen Kreisen hervorgetretene Absicht der Betheiligung sich zu äussern Gelegenheit hatten. Es ergab sich eine sehr grosse Geneigtheit zur Beschickung der Ausstellung namentlich in Stuttgart selbst, wo bekanntlich wichtige Zweige unserer Industrie, wie die Möbel-, Piano- etc. Metallwaarenbranche ihren Sitz haben, daneben auch aus den Kreisen der Schwarzwälder und der Edelmetallindustrie. Für eine kollektive Betheiligung der Letzteren treten, abgesehen von den in Hanau hierüber bereits gepflogenen Verhandlungen, namentlich auch eine Anzahl von Interessenten in Pforzheim und in mittelrheinischen Städten ein. Der an der Ausfuhr nach Amerika in hohem Grade betheiligte Industrieplatz Mannheim kennzeichnet sein Interesse durch die von Vertretern der Chemischen, Maschinen-, Zellstoff-, Zement- etc. Industrie abgegebenen Beitrittserklärungen.

Eine sehr rege und überaus erfreuliche Betheiligung hat sich auch in Frankfurt a. M. gezeigt, woselbst eine bedeutende Anzahl von Vertretern fast sämtlicher Industriezweige, insbesondere der Parfümerie, Elektrotechnik, Maschinen-, Spielkarten-, Asbest- und Maschinen-Fabrikation, der Optik und Mechanik, der Weinproduktion etc. ihre Theilnahme zugesagt. Für das Grossherzogthum Hessen wurde in einer in Darmstadt abgehaltenen Versammlung hauptsächlich über die Betheiligung der Leder-, Möbel-, Leinen-, chemischen u. s. w. Industrie verhandelt.

An der würdigen Vertretung des deutschen Kunstgewerbes als solchen sind, soweit Süddeutschland in Betracht kommt, insbesondere München, Stuttgart und Karlsruhe interessirt. Im Einklang mit den bereits früher gefassten Beschlüssen des Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine sind die leitenden Persönlichkeiten dieser Plätze bemüht, eine zusammenfassende Darstellung der Leistungen des deutschen kunstgewerblichen Sinnes den Besuchern der Ausstellung vor Augen zu führen.

Arbeiterwanderungen innerhalb Deutschlands.

Die seit Jahren zunehmende Arbeiterwanderung nach dem Westen scheint neuerdings eine rückläufige Bewegung hervorzurufen. Wie berichtet wird, sind vor dem Osterfeste mehrfach Arbeiterfamilien aus den Provinzen Brandenburg und dem westlichen Schlesien auf den Gütern um Wreschen (Provinz Posen) eingetroffen, um entweder für den Sommer Arbeit zu nehmen, oder sich auch dauernd als Instleute niederzulassen. Der Zuzug neuer Arbeiter soll auch nach anderen Gegenden der Provinz Posen so stark gewesen sein, dass die durch die Auswanderung leer gewordenen Stellen fast ganz besetzt worden sind. Hiernach zu urtheilen, scheint der dauernde starke Zuzug von Arbeitern aus den polnischen Landestheilen in den Westprovinzen einen Ueberfluss an Arbeitskräften herbeigeführt zu haben. Dafür spricht auch der weitere Umstand, dass in diesem Frühjahr sogenannte Sachsengänger mehrfach zurückgekehrt sind, weil sie im Westen kein Engagement gefunden haben.

Deutschland. (Ein- und Ausfuhr pro 1. Vierteljahr.) Das kaiserl. Statistische Amt veröffentlicht in dem neuesten Heft der „Monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel“ zum ersten Male einen vierteljährlichen Nachweis über den Werth der Ein- und Ausfuhr im deutschen Zollgebiet. Derselbe betrifft das 1. Vierteljahr dieses Jahres, leider ohne einen Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Aber auch ohne einen solchen Vergleich zeigt sich, dass die Handelsbilanz im 1. Quartal d. J. überaus ungünstig war. Die Einfuhr stellte einen Werth von 1128 277 000 Mk. dar, die Ausfuhr einen solchen

von 826 682 000 Mk. Es sind also für über 300 Mill. Mark Waaren mehr eingeführt als ausgeführt. Auf das ganze Jahr berechnet würde dies einen Mehrwerth der Einfuhr von 1200 Mill. Mark ergeben. Wie hoch die Werthziffern für Ein- und Ausfuhr im vorigen Jahre waren, ist noch nicht bekannt. 1890 betrug im Spezialhandel der Ueberschuss der Einfuhr 863 Mill. Mark, 1889: 833 Mill. Mark, 1888: nur 83 Mill. Mk. und 1887 und 1886 hatte sogar der Werth der Ausfuhr den der Einfuhr um 2 bzw. 106 Mill. Mark übertroffen. Man sieht also, dass die Handelsbilanz sich in den letzten fünf Jahren von 1891 von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Den Hauptantheil an der Einfuhr hatten im ersten Quartal d. J. folgende Waarengruppen: Getreide mit rund 210 Mill. Mark, Material-, Spezerei- und Konditorwaaren mit 153, Wolle und Wollenwaaren mit 119, Erde, Erze, edle Metalle etc. mit 78, Baumwolle und Baumwollenwaaren mit 71, Drogerie-, Apotheker und Farbwaaaren mit 69 und Vieh mit 64 Mill. Mark. An der Ausfuhr waren vor Allem theilhaftig: Wolle und Wollenwaaren mit 85, Material-, Spezerei- und Konditorwaaren mit 69, Drogerie-, Apotheker- und Farbwaaaren mit 66, Eisen und Eisenwaaren mit 65, Baumwolle und Baumwollenwaaren mit 61, Seide und Seidenwaaren mit 47 und Brennmaterialien (ausschliesslich Holz) mit 42 Mill. Mark. Der in den ersten drei Monaten d. J. eingeführte Weizen hatte einen Werth von 68 Mill. Mark; Roggen wurde für 31, Mais für 30 und Gerste für 23 Mill. Mark eingeführt.

Schutz der Urheberrechte. Das Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte lautet:

Artikel 1.

Die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika sollen im deutschen Reich den Schutz des Urheberrechts bezüglich der Werke der Literatur und Kunst, sowie den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung auf derselben Grundlage geniessen, wie solcher den Reichsangehörigen gesetzlich zusteht.

Artikel 2.

Dagegen übernimmt die Regierung der Vereinigten Staaten die Verpflichtung, dass der Präsident der Vereinigten Staaten in Gemässheit der Sektion 13 der Kongressakte vom 3. März 1891 die hierin vorgesehene Proklamation behufs Ausdehnung der Bestimmungen dieses Gesetzes auf deutsche Reichsangehörige erlassen wird, sobald der Staatssekretär amtlich davon in Kenntniss gesetzt worden ist, dass deutscherseits das gegenwärtige Abkommen die erforderliche gesetzgeberische Genehmigung erhalten hat.

Artikel 3.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen sobald als möglich in Washington ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Ablaufe von drei Wochen von dem Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden ab in Kraft und findet nur auf die zur Zeit seines Inkrafttretens noch nicht veröffentlichten Werke Anwendung. Dasselbe bleibt in Wirksamkeit bis zum Ablaufe von drei Monaten nach erfolgter Kündigung seitens eines der vertragschliessenden Theile.

Das vorstehende Uebereinkommen ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 15. April 1892 in Washington stattgefunden.

Vorzugszölle. Das Aeltesten-Kollegium der hiesigen Kaufmannschaft hatte unter dem 16. Febr. beim Reichskanzler beantragt, dass den Zollstellen die Verpflichtung auferlegt werde, bei Sendungen von Waaren, welche auf Grund der neuen Handelsverträge Anspruch auf Vorzugszölle erheben, in dem Falle, dass die Sendungen aus einem nicht mit einem deutschen Konsul besetzten Orte kommen, besonders zu prüfen, ob nicht die Schiffsapostrophe und das Logbuch des Kapitäns genügen, um die Ueberzeugung von dem meistbegünstigten Ursprung der Sendung zu erlangen. Die Ziffer 8 der bezüglichen Bestimmungen des Bundesraths überlässt es dem Ermessen des Zollamts-Vorstandes, ob er diese Beweismittel gelten lassen will. Nach dem unter dem 18. v. Mts. ertheilten Bescheide des Reichskanzlers wird indessen in der Praxis diese Ermächtigung so gehandhabt, dass die Amtsstellen verpflichtet sind, jeweils zu prüfen, ob nicht unter den obwaltenden Umständen von der Beibringung von Ursprungsattesten Abstand genommen werden kann. Und zwar ist der Amtsvorstand auf die genannten Beweismittel nicht beschränkt, sondern hat in der Wahl solcher den freiesten Spielraum.

Waarenlager in Konstantinopel. Durch kaiserlichen Erlass vom 18./30. Dezember 1890 ist ein Reglement für ein in Konstantinopel zu gründendes Handelsmuseum genehmigt worden. Letzteres ist unter das Patronat des kaiserlichen Ministeriums für Handel und öffentliche Arbeiten gestellt worden und bezweckt die Verbreitung der Boden- und Industrieerzeugnisse einheimischer Erzeugung und der Waaren und Erzeugnisse des Auslandes, welche dem Volke und dem heimischen Gewerbe von Nutzen sind. Mit dem Handelsmuseum ist eine besondere Auskunftsstelle für Handel und Gewerbe verbunden worden. Indessen verlautet, dass besagtes Unternehmen bisher keinerlei Fortschritte gemacht hat und kaum zu irgend einer gedeihlichen Entwicklung gelangen wird.

Dagegen hat neuerdings der Zivilingenieur Felix Morel im Auftrage des Exportverbandes deutscher Maschinenfabriken und Hüttenwerke zu Berlin unter Unterstützung des deutschen Generalkonsuls in Konstantinopel eine permanente Muster-Ausstellung von Fabrikaten der deutschen Industrie errichtet. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem dirigirenden Verwaltungsrath der Compagnie des Eaux de Constantinople, preussischen Staatsangehörigen Berthold Ternau, in Verbindung gesetzt, welcher bereits früher dortselbst eine Ausstellung deutscher Industrie-Erzeugnisse geplant hatte.

Von dem Ausstellungsunternehmen ist nunmehr in Galata, in der Nähe der Hauptstrasse und in günstiger Geschäftslage, ein geeignetes Lokal gemiethet worden, welches sich in dem zur Zeit noch von der Verwaltung der türkischen Tabaksregie benutzten Gebäude befindet. Dieses Lokal besteht aus einem mit einem Glasdache gedeckten grossen Hofe und zehn um denselben herum gelegenen Magazinen. Die erforderlichen Beamten sind bereits angenommen, und wird beabsichtigt, die Ausstellung im Juni d. J., sobald die Regieverwaltung in das für sie neu erbaute Gebäude übersiedelt sein wird, zu eröffnen. Soweit bis jetzt zu beurtheilen, steht das Unternehmen unter thatkräftiger platz- und geschäftskundiger Leitung. Freilich darf man allzu grosse Erwartungen an das Unternehmen nicht knüpfen, da die Kaufkraft des Landes gering und die Konkurrenz anderer Länder eine grosse ist. Jedenfalls aber ist man berechtigt, ganz andere Erwartungen an dies Unternehmen zu knüpfen, als an das oben erwähnte türkische Handelsmuseum.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 6.

Braunschweig, Juni-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. B. 7. — 1600/92.

Diejenigen Firmen in der Stadt Braunschweig, welche sich für berechtigt halten, von Zahlung des Messzollses befreit zu bleiben, ersuchen wir, ihren Namen bis zum 10. Juli d. J. in eine bei unserer Geschäftsstelle, Breitestrasse 9, ausliegende Liste in den Büreaustunden von 8 bis 2 Uhr einzuzichnen.

Braunschweig, 15. Juni 1892.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Gewerbeinspektion in Braunschweig.

Wir stehen mitten in der Durchführung der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891. Ein Theil der Bestimmungen des Gesetzes ist bereits in Kraft getreten. Das sind die §§ über Arbeitsbücher und Zeugnisse, über Lohnzahlungen, Anzeigen und Aufsicht über die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, sowie über die Arbeitsordnungen. Unterm 26. Februar ist die preussische Ausführungsverordnung erschienen, bald darauf in drei Absätzen auch die bez. Anweisungen der braunschweigischen Regierung.

Von allen diesen Bestimmungen fällt zumeist ins Gewicht die Vorschrift über den Erlass von Arbeitsordnungen. Es ist interessant, zu untersuchen, welche Schicksale bisher, also wenige Wochen nach dem Inkrafttreten, diese Massregel gehabt hat. Dabei wird sich zugleich herausstellen, welche eine schwierige Aufgabe hier den Behörden zugewiesen ist und wieviel Takt und guter Wille zu ihrer Lösung erforderlich sein dürfte. Es kam zu Streitigkeiten mit den Arbeitern, soweit uns bis heute bekannt geworden: 1) in Hanau, in der Schmucksachenbranche, wegen zu kurz bemessener Arbeitspausen und wegen einer Klausel, welche dem Arbeitgeber das Recht sichern sollte, die Arbeit und den Verdienst gekündigter Arbeiter beliebig zu kürzen; 2) in Schloss-Chemnitz, wegen Festsetzung der Arbeitszeit einer Brauerei von — 4 Uhr

Morgens bis 7 Uhr Abends! — 3) in Berlin bei der Stockfabrikation, wegen Ausdehnung des Arbeitstages von 9 auf 10 Stunden, in einer Gewerfabrik wegen langer Lohnfristen; 4) in der Porzellanfabrik Alt-wasser mit den weiblichen Arbeitern, welche übrigens sämtlich entlassen wurden; 5) in Grossenhain, wegen Vorbehalt der Entlassung aller Arbeiter, wenn etwa ein Theil streiken sollte; 6) in Döhlen, wegen Auflegung der Denunziationspflicht; 7) in Aachen und Eupen, wo die Weber wegen der neuen Arbeitsordnung auszustehen beginnen. In allen andern ausser diesem letzten Falle haben sich die Arbeiter einfach beschwerdeführend an die zuständigen Behörden gewandt und unverzüglich ihr Recht erhalten. In ungezählten anderen Fällen war indessen das Recht nicht auf Seiten der Arbeiter und sie haben sich trotzdem an die Behörde gewendet. Wie gesagt, es wird viel Geduld, Takt und vorurtheilsfreien Sinnes derjenigen Organe bedürfen, welchen die Ueberwachung des Arbeiterschutzgesetzes, anvertraut ist. Machen es doch wahrhaftig zumal die Unternehmer den Behörden nicht leicht; es fehlt auch in diesen Kreisen vielfach das rechte Verständniss. Oder was soll man dazu sagen, wenn eine öffentliche Korporation, wie die Handelskammer zu Lüdenscheid, über die gesetzlich vorgeschriebene frühere Entlassung der Arbeiterinnen am Sonnabend Abend (5½ Uhr) verhandelt und diese Bestimmung „übel empfindet“? Von den Arbeitern abgewiesen, von den Unternehmern gehasst, liegen die Bestimmungen dieses Gesetzes in den Händen der Beamten, deren undankbare Aufgabe es sein soll, die widerstreitenden Theile zu vereinen.

Und doch soll und wird aus diesem Gesetze und anderen, die ihm hoffentlich folgen werden, reicher Segen entspringen. Es liegt ein frommer, echt christlicher, nicht aber ein frömmelnder Zug in der ganzen Richtung all dieser Vorschriften. Sie sind eine Mahnung zum Frieden, zur Eintracht, zur gegenseitigen Achtung und Duldung; sie wollen zwischen Zürnenden und Hassenden goldene Brücken bauen. Gerade diese Arbeiterschutzgesetze entspringen unmittelbar der frommen Friedensbotschaft des milden, tief christlich gesinnten Greises, der unser Vaterland aufgerichtet hat. Daraus ergibt sich aber zugleich für diejenigen, welche ihre Ausführung zu bewirken und zu überwachen haben, die ernste Verpflichtung, mit aller möglichen Vorsicht zu Werke zu gehen. Denn gerade aus Fehlgriff an dieser Stelle kann wiederum grosses Unheil entspringen. Die Versuchung liegt nahe, die ganze Sache mit einer gewissen Lässigkeit zu behandeln, welche sich damit begnügt, die Formalitäten zu erfüllen, weil nun einmal das Gesetz es so will. Denn die Durchführung ist nicht nur an und für sich schwierig, sondern es fehlt augenblicklich auch vielfach noch an den geeigneten Personen, welche mit dieser Durchführung betraut werden könnten.

Es mögen hier gleich einige Grundsätze allgemeiner Natur festgestellt werden. Wenn irgend etwas auf das sorgfältigste zu vermeiden ist, so ist es die unmittelbare Mitwirkung der unteren Polizeiorgane. Diese sind naturgemäss bei der Arbeiterwelt nicht beliebt; sie werden vielfach als die Schergen des Unternehmertums betrachtet und verschrien. Sie haben aber auch ihrerseits weder den Takt, noch die Kenntniss, um in dem Sinne einzugreifen und zu arbeiten, welcher dem Gesetzgeber vorschwebt. Ein verfehltes Eingreifen von dieser Seite kann mehr und unwiederbringlich schaden, als die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung sonst nutzen kann. Muss die Hilfe der Exekutiv-Polizei in Anspruch genommen werden, so sei dies auf die äussersten Nothfälle beschränkt. Die Polizeigewalt liege, wie das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht, in erster Linie in den Händen der Gewerbeaufsichtsbeamten. Es muss als ein schwerer Fehler der preussischen Instruktion bezeichnet werden, dass diese besonders voraussetzt, der betr. Beamte werde von der Polizeigewalt, welche ihm das Gesetz gegeben hat, niemals Gebrauch machen, sondern sich immer hübsch einen Schutzmann zu Hilfe holen. Man kann wohl sagen, dass damit die Hälfte der guten Absicht des Gesetzgebers illusorisch gemacht wird: das Vertrauen zu dem betr. Beamten wird geschwunden sein, wenn er einmal an der Seite des Polizisten erschienen ist; er selbst aber wird um so öfter diese Hilfe in Anspruch nehmen müssen, als derjenige wenig Respekt finden muss, welcher offenkundig zur Ahndung nicht befugt ist. Es ist selbstverständlich, dass der Gewerbeinspektor, wenn möglich, überhaupt niemals seine polizeilichen Befugnisse ausüben soll. Ist er ja gedacht als ein Mann des Friedens, als ein amtlich berufener Vermittler; nicht als ein Kontrolleur, der jede Unregelmässigkeit bestrafen oder anzeigen muss, nicht als ein Spion, womöglich beiden Theilen gleich unwillkommen, sondern als ein Schiedsmann, der Streit schlichtet und dem Gesetze, wo gegen dasselbe gefehlt wird, durch Zuspruch und Belehrung, durch Hinweis auf seine Zweckmässigkeit und seinen Segen Achtung verschaffen soll. Ein solcher Mann wird natürlich kein Schutzmann in Zivil sein dürfen, und ein Schutzmann in Uniform wird niemals ein solcher Mann sein können. Also nochmals, möglichste Fernhaltung der unteren Polizeiorgane!

Sodann ein Zweites: wenn irgend anständig, keine Verquickung mit der Dampfkessel-Revision. Es müsste denn der sozialpolitische Gesichtspunkt von vornherein ausser Acht gelassen werden. Warum das? Nun, wenn der Gewerbeinspektor in seinem eigentlichen Amte etwas versähe, die Folgen würden kaum evident und sofort zu Tage treten: seine Tüchtigkeit würde sich hier erst allmählich herausstellen. Versieht aber der Kessel-Revisor etwas, mit elementarer Gewalt werden die verheerenden Folgen sogleich in die Welt platzen. Damit ist es gegeben, dass der Beamte unter allen Umständen ein tüchtiger Kesselrevisor sein und bleiben muss: das andere läuft dann nebenher. Die sozialpolitische Seite wird zum Nebenamt: der Dampfkessel stellt sich der Ausführung der kaiserlichen Botschaft mitten in den Weg. Das Arbeiterschutzgesetz ist gegeben im Interesse der Arbeiter; die Kessel-Revision erfolgt von jeher zunächst im Interesse der Arbeitgeber: wird sie doch in den weitaus meisten Fällen von Vereinen der Arbeitgeber geübt und muss doch der Fabrikherr für die staatliche Revision jedesmal eine Gebühr zahlen. Hier liegt der zweite grosse Fehler der preussischen Ausführungsbestimmungen, welche in der That beide Funktionen vorläufig vereinigen wollen, wie es heisst, nach dem bewährten sächsischen und württembergischen Muster. Von dieser Bewährung ist aber leider keine Rede, und in Württemberg ist man soeben drauf und dran, die betreffende Verbindung wieder aufzuheben. Sie wird auch in

Preussen nicht lange bestehen; dafür bürgt eine sozialpolitisch gesinnte Persönlichkeit, wie die des Herrn von Berlepsch. Auch ist dort eine Aenderung für die Zukunft ausdrücklich in Aussicht genommen. Zudem steht zu erwarten, dass von den neu zu ernennenden Beamten höchstens die Hälfte mit der Kesselrevision betraut werden, die übrigen, zumal die Regierungsgewerberäthe ihrer eigentlichen Aufgabe erhalten bleiben.

Wie schon erwähnt, liegt für die Regierungen eine der Hauptschwierigkeiten in der Auswahl der Beamten. Sind doch nach dem preussischen Reorganisationsplane allein 163 neue Gewerbeinspektoren in Aussicht genommen und schon im verflossenen Etatsjahre ist durch die Ernennung von 17 Regierungsgewerberäthen ein grosser Theil des vorhandenen Materials aufgebraucht. Verfolgt man diese Ernennungen genauer, so zeigt sich hier bereits, was mit der weiteren Ausgestaltung dieser Materie offenbar zum grossen Segen des preussischen Beamtenthums kommen muss: ein weiterer Bruch mit den alten bürokratischen Grundsätzen. Die neuen Gewerbe-Regierungsräthe sind sehr verschiedener Provenienz; man wählte sie, so gut man es nach persönlichen, individuellen Qualitäten im Stande war: bewährte Gewerbeinspektoren, Baumeister, Assessoren aus den Zentralämtern, welche sich durch statistische Bethätigung hervorgethan, Dozenten von den technischen Hochschulen, Handelskammersekretäre, Statistiker, zum Theil aus den statistischen Aemtern der grösseren Kommunen; auch ein statistisch vorgebildeter Arzt ist darunter. Es geht schon aus dieser Zusammenstellung hervor, dass man bei Ernennung der Oberbeamten als Regierungsmitglied die Frage der Kesselrevision in zweite Linie geschoben hat. Sicher ist, dass sich angesichts der Nachfrage nach geeigneten sozialpolitisch und statistisch vorgebildeten Persönlichkeiten sehr bald eine besondere Karriere nach dieser Richtung hin entwickeln wird; ähnlich in Frankreich und Oesterreich.

Die Einzelheiten der für Preussen in Aussicht genommenen Reorganisation sind durch die Presse genugsam bekannt geworden. Zu bemerken ist, dass nach ihrer Durchführung — gleichzeitig erfolgt eine Verdoppelung der betr. Beamtenzahl in Bayern, in Baden ist die Umformung bereits unter Leitung des Oberregierungsrathes Dr. Würrishöfer durchgeführt — Deutschland, was die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten angeht, die übrigen Länder vortheilhaft übertreffen wird. Denn es hat beispielsweise Frankreich nur 90, England 66, Oesterreich 24 und die Schweiz nur 5 derartige Beamte; allerdings haben dieselben in all diesen Ländern grössere Kompetenzen, als sie bisher bei uns besessen haben.

Fassen wir nun die Ausgestaltung näher ins Auge, welche die Gewerbeinspektion in unserem Herzogthum erhalten dürfte. Es ist selbstverständlich, dass eine Anlehnung an das preussische Muster, welches neben den beiden obgenannten Fehlern grosse Vorzüge besitzt, nicht ausbleiben kann. Das Herzogthum ist rings von preussischen Landestheilen umgeben, unsere Industriellen gehören mit ihren einzelnen Etablissements oft beiden Staaten an; eine gleiche Behandlung erscheint also nach Lage der Sache geboten. Die preussische Regierung geht offenbar mit grosser Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit an die Lösung der gestellten Aufgabe: so kann man ihr diesseits, wie in manchen andern Dingen, erwünschte Nachfolge leisten. Auch bei uns wird die Inspektion demnach in zwei Instanzen gehandhabt werden. Da wir ein selbständiger Staat sind, liegt uns die gesetzliche Verpflichtung ob, alljährlich einen sozialpolitischen Bericht über die Ergebnisse unserer Gewerbeaufsicht und die bei Ausübung derselben gemachten Beobachtungen und Erfahrungen dem Bundesrathe und dem Reichstage vorzulegen. Es ist bekannt, welch ein grosser Werth neuerdings auf derartige Publikationen nicht allein in der wissenschaftlichen Welt, sondern auch in den offiziellen Kreisen

beigelegt wird. Der Bericht der badischen Fabrikinspektion de 1891 hat wiederum grosses Aufsehen erregt; sein Verfasser Wörrishöfer ist als Oberregierungs-rath an die Spitze der badischen Inspektion berufen worden und hat überdies von der Universität Heidelberg den Dokortitel hon. c. erhalten. Desgleichen werden die Berichte der bayrischen Gewerbebeamten in der Presse soeben lebhaft besprochen. Aus diesem Material schöpfen die Zentralbehörden die Motive zu ihren Massnahmen und Gesetzesvorlagen; hier liegt einer der Hauptförderungspunkte für das soziale Friedenswerk. So wird sich jeder einzelne Staat bemühen müssen, das ihm unterstehende Gebiet mit guter Sachkenntniss und eingehendem Verständnisse zu beobachten und zu bearbeiten. Es wird mit zur Lösung dieser Aufgabe offenbar eine besondere Kraft angeworben werden müssen, welche zugleich mit Bearbeitung der übrigen sozialpolitischen Anforderungen, welche Seitens der verschiedenen Reichskommissionen in der nächsten Zeit zu erwarten sind, zu betrauen wäre. Diese Stelle würde sich ganz von selbst als diejenige herausbilden, welche die Exekutivbehörden, die Polizeibehörde z. B. in fraglichen Angelegenheiten, Streitigkeiten u. dergl. gutachtlich hören wird. Sie fehlt augenblicklich noch im Herzogthum; wenigstens sind nur Ansätze dazu vorhanden; ihre Einsetzung wird aber kaum zu umgehen sein. Es stellt eben nicht allein hier die neue Entwicklung, die neue Gesetzgebung neue umfangreiche Aufgaben. Gerade an deren Lösung hervorragend mitzuarbeiten, ist eine Ehre für jede einzelne Regierung; in einem so wohlgeleiteten und wohl-situirten Lande, wie es das unsere ist, darf das nicht fehlen. Legt uns doch schon die grossstädtische Entwicklung der Hauptstadt die Verpflichtung auf, klein-staatlichen Quintismus nicht aufkommen zu lassen.

Besagte Instanz würde ihrem Wesen nach den preussischen Zentralstellen bei den Bezirksregierungen entsprechen. Der betreffende Beamte würde zunächst eine direkte Gewerbeaufsicht praktisch nicht zu üben haben. An ihn würden die Berichte der eigentlichen Gewerbeinspektoren abzugeben sein. Seine Thätigkeit würde sich der Hauptsache nach auf die Verarbeitung des eingehenden Materials und die Bearbeitung des laufenden, auf diesem Gebiete sich offenbar ergebenden sozialpolitischen Dezernates erstrecken. Die Funktion eines Gewerbeaufsichtsbeamten würde er nur in soweit zu üben haben, als es sich etwa um Stichproben und Nachprüfung der bez. Berichte handeln sollte resp. soweit statistische Erhebungen nöthig würden, welche durch die ausübenden Inspektoren allein nicht ausgeführt werden könnten. Ein ständiger amtlicher Verkehr mit den Inspektoren wäre natürliche Voraussetzung.

Untersuchen wir nur, welchen Umfang im übrigen die diesseitige Gewerbeaufsicht nach Zahl der Beamten haben müsste. Der Vergleich mit den bereits reorganisirten preussischen Gebietstheilen liegt nahe. Es zählen nämlich: die Provinz Westfalen mit 2 428 000 Einwohnern (1890) abgesehen von den Gewerberäthen der Bezirksregierungen 9 ordentliche Inspektoren und 8 Assistenten, in Summa 17 Beamte; die Rheinprovinz mit 4 710 000 Einwohnern in gleicher Weise 14 ordentliche Inspektoren mit 10 Assistenten, in Summa 24 Beamte; die Provinz Hessen-Nassau mit 1 664 000 Einwohnern 4 ordentliche Inspektoren mit 1 Assistenten, in Summa 5 Beamten. Demnach kommt ein Aufsichts-beamter (abgesehen von den Regierungsräthen) in Westfalen auf je 142 353 Einwohner, im Rheinland auf 196 250 Einwohner, in Hessen-Nassau auf je 332 800 Einwohner. Freilich sind diese Vergleichszahlen nur cum grano salis zu betrachten; denn es kommt weniger auf die Bevölkerungsziffer, als auf die Zahl der Fabriken und Lohnarbeiter an; indessen geben sie doch immer einen Anhalt. Die industrielle Entwicklung unseres Herzogthums dürfte diejenige der Provinz Hessen-Nassau in Anbetracht des ca. 5fachen

Flächeninhaltes derselben, nicht unbedeutend über-treffen. Ergab doch die Berufszählung schon im Jahre 1882 nach der verdienstvollen Statistik des braunschweigischen statistischen Bureaus nicht weniger als 59 353 erwerbsthätige resp. selbständige Personen, welche im Herzogthum in der Industrie beschäftigt waren. Dass sich deren Zahl seitdem ausserordentlich vermehrt haben wird, liegt auf der Hand. Wollte man also nach Analogie vorgehen, so würde sich für unsere pr. pr. halbe Million Einwohner, abgesehen von der Zentralstelle, die Anstellung von mindestens zwei ausführenden Aufsichtsbeamten als nothwendig herausstellen. Es wäre wohl angemessen, den zweiten Beamten bis auf weiteres als Assistenten amiren zu lassen; praktisch gesprochen würde demnach der Gewerberath einen Assistenten erhalten müssen.

Bekanntlich erstreckt der sächsische Dampfkesselverein seine Thätigkeit auch auf Braunschweig; es werden an die direkten staatlichen Revisoren nur verhältnissmässig geringe Anforderungen gestellt. Deshalb dürfte es sich empfehlen, für die Kessel-Revision das bisherige System der ausdrücklichen Beauftragung Sachverständiger beizubehalten. Dann könnte eine Verquickung beider Thätigkeiten zum Nachtheile der eigentlichen Gewerbeaufsicht mit Glück vermieden werden.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.*)

Mit dem 1. Juli d. J. sollen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen in Kraft treten. Danach dürfen an Sonntagen und Festtagen Handlungsgehilfen sowohl in Geschäften mit offenem Laden, als auch in geschlossenen Kaufmanns- oder Fabrikkontoren nicht über 5 Stunden hinaus beschäftigt werden. Diese 5 Stunden müssen jedoch so gelegt werden, dass die Zeit für den Hauptgottesdienst frei bleibt, d. h. also für Braunschweig die Zeit zwischen $\frac{1}{2}$ 10 und 11 Uhr. Die Stunden, innerhalb deren eine Beschäftigung stattfinden darf, werden von der Gemeinde bezw. Polizeibehörde ausdrücklich festgesetzt. Es kann jedoch die Gemeinde durch besonderes Ortsstatut die Zeit der erlaubten Beschäftigung für alle oder für einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf eine noch kürzere Zeit beschränken. Ausnahmen d. h. die Gestattung einer längeren Arbeitszeit, sind nur für solche Geschäfte zulässig, deren vollständige oder theilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Hierher gehören etwa die Bäcker-, Fleischer-, Zigarren- und Blumengeschäfte.

Um gleich mit dem letzteren zu beginnen, so steht zu hoffen, dass derlei Ausnahmen gar nicht oder doch nur in möglichst beschränktem Masse zugelassen werden mögen. Sind doch beispielsweise in den Viktualien- und Blumenläden vielfach Mädchen beschäftigt, deren tägliche Arbeitszeit ohne Unterschied für Sonn- und Wochentage in Grossstädten häufig von 6—10 Uhr, also 16 Stunden dauert; das Gehalt schwankt gewöhnlich zwischen 15 und 25 Mark bei freier Station. Für die Viktualienläden ist zudem bei Schaffung von Ausnahmen allerlei Ungerechtigkeit zu befürchten. Gerade die ärmere Bevölkerung kauft ihre nothwendigen Lebensbedürfnisse vielfach in den kleinen sog. Budiken und Kellern; sollten diese, welche meist gute Kunden z. B. der Bäcker sind, zum Vortheile der letzteren benachtheiligt werden? Erlaubt man ihnen aber Offenhalten des Ladens, so ist die Grenze nach oben hin schwer zu

*) Anmerk. Diese Ausführung ist uns eingesendet, ehe die betr. Ausführungsbestimmungen des Herzogl. Staats-Ministeriums erschienen waren. Wir bringen dieselbe, als von allgemeinem Interesse, dennoch zum Abdruck. Die Red.

ziehen: bis zum grossen vornehmen Delikatessengeschäft hinauf ist eine ununterbrochene Reihe, in welcher sich der Vorgänger vom Nachfolger kaum bemerkenswerth unterscheidet; alle aber verkaufen sie u. a. auch nothwendige Lebensmittel, wie Brot u. dergl. Dass aber das Publikum, welches sein Bedürfniss an Blumen auch am Sonntag Nachmittag zu befriedigen wünscht und an den fliegenden Verkäufern nicht Genüge hat, sich event. auch bis zum Wohnsitze eines Gärtners bemühen kann, liegt auf der Hand; es handelt sich hier offenbar um ein Luxusbedürfniss. Dasselbe ist bei den Zigarrenhändlern der Fall. Das Publikum muss sich eben gewöhnen, zur rechten Zeit zu kaufen; der Raucher wird den Einkauf nicht wieder vergessen, wenn er erst einmal einen Nachmittag hat trocken sitzen müssen.

Nicht als ob wir den Geschäftsinhabern etwas Böses wünschten und sie in ihrer Freiheit beschränken wollten: im Gegentheil! Wir wollen sie befreien; wir wollen sie hinter dem finsternen Ladentische hervorholen in die frische Luft, zum fröhlichen Festspaziergange. Denn es bannst sie ja keineswegs der eigene Wunsch in das Haus: die Konkurrenz ist es, die sie zwingt, daheim zu bleiben. Wenn alle schliessen müssen, wird das sicherlich jedem recht sein; denn das Publikum wird deshalb doch kein Brod und keine Zigarre weniger kaufen; es wird nur zu anderer Zeit kommen, wo der Handlungsgehilfe oder Inhaber sonst vielleicht müssig wartete. Aber darum auch keine Ausnahme. Ist doch jede einzelne geeignet, das Rechtsgefühl zu verletzen. Die einzelnen Branchen sind nirgends mehr so streng von einander geschieden, dass man sie billig durch Statut abgrenzen könnte. Hier in Braunschweig ist das nicht einmal bei den Fleischern der Fall; denn die Fleischer verkaufen auch Wurst, und Würste wiederum sind ein Artikel, welchen auch die Delikatessen- und die Kolonialwaarenhändler abzusetzen wünschen.

Soviel über das mittlere und Kleingewerbe. Hinzufügen wäre noch, dass auch das Argument für längeres Offenhalten der Läden nicht stichhaltig ist: es kämen die Bauern erst nach der Kirche herein und machten ihre Einkäufe. Man lasse die Bauern verschlossene Thüren finden; sie werden sich alsbald so einrichten, dass sie vor der Kirche, in der Morgenfrühe ihre Einkäufe besorgen; dass sie deshalb gar nichts kaufen sollten, ist nicht zu befürchten. Dagegen liegt es eigentlich im sozialpolitischen Interesse, die Landleute nicht unnütz für lange Zeit, etwa bis in den Nachmittag hinein in der Stadt festzuhalten, wo sie ihr Geld in den Wirthshäusern und bei grossstädtischen Vergnügungen und Einflüssen häufig genug unnütz daran geben.

Anders als beim Kleingewerbe liegt die Sache beim Grossgewerbe, bei den Bureaus und Kontoren. Hier ist es nicht die Macht der Konkurrenz unmittelbar, welche zur Sonntagsarbeit nöthigt, sondern es ist die innere Natur, der Gang des Geschäftes, welcher oft eine Unterbrechung nicht erleiden darf. Auch liegt die Sache in den besseren Geschäften nicht so schlimm, dass das Gesetz eine gründliche Umwälzung bedeutete. Die meisten Prinzipale lassen nur einen Theil des Personals am Sonntage antreten und wechseln damit, so dass jeder Handlungsgehilfe alle 14 Tage seinen völlig freien Sonntag hat. Freilich giebt es leider immer noch Geschäfte, welche die Arbeitskräfte bis zur Grenze der Möglichkeit ausnutzen, immer noch kurzsichtige Chefs, welche glauben, die Sache ginge nicht, wenn nicht auch am Sonntag das Personal vollständig antrete. Das ist offenbar in den meisten Fällen arge Kurzsichtigkeit. Denn die Frische, welche der Handlungsgehilfe sich auf einem tagelangen Sommerausfluge nach der Arbeit der Woche holt, kommt in erster Linie wieder der Arbeit der nächsten Woche zu Gute. Hier aber kann weniger ein Gesetz und statutarische Bestimmung wirken, als die Aufklärung der

humaneren Kollegen, die Hervorhebung des Ehrenpunktes, welcher in einer guten, freundlichen und nachsichtigen Behandlung der Angestellten zu finden ist. Die öffentliche Meinung, welche von den besseren Elementen der Grosskaufmannschaft getragen wird, muss die minderwerthigen Mitglieder des Standes emporziehen. Was hilft es dem Handlungsgehilfen, wenn der Chef sich grollend dem Gesetze und der Polizeiverordnung fügt, wenn er dagegen erfreut ist, sobald der Angestellte dennoch kommt und wo möglich heimlich arbeitet? Denn immer und überall wird ja nicht kontrollirt werden können. Der Handlungsgehilfe steht und fällt mit dem Wohlwollen des Chefs. Möge dieses Wohlwollen ihm folgen, wenn er dann und wann einmal, womöglich in fester Reihenfolge mit den Kollegen, nicht auf besondere Urlaubsertheilung, für einen ganzen Sonntag ins Freie zieht!

Was aber endlich die Unterbringung der 5 Stunden Sonntagsarbeit betrifft, welche das Gesetz zulässt, so lässt sich wohl hoffen, dass das Grossgewerbe in allen seinen Kontoren darauf verzichten wird, das Personal, welches des Morgens um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr zur Kirchzeit entlassen werden muss, nach 11 Uhr noch einmal auf den Reitschemel zurückkehrt. Freilich können Ausnahmen vorkommen; wenn viel dringende Arbeit vorliegt, muss sie auch erledigt werden; dafür wird hoffentlich schon das Interesse der Angestellten selbst an ihrem Geschäft, an ihrem Berufe stets willig zu finden sein. Im grossen und ganzen sind auch die Zustände in dieser Beziehung nicht schlecht. Eine in Berlin in 1000 Geschäften veranstaltete Enquete hat z. B. ergeben, dass an 70% der Handlungsgehilfen des Sonntags jetzt schon höchstens 4 Stunden beschäftigt werden. Eines nur muss vermieden werden: das unnöthige Dasein-Müssen, oft ohne dass dringende Arbeit vorliegt. Und wichtiger als eine Kürzung der Arbeitszeit auf 2 oder 3 Stunden wird es für den Angestellten immer bleiben, dass er dann und wann einen ganz freien Sonntag zur Verfügung hat. Hier aber lässt sich von dem guten Beispiel unserer angesehensten Kaufhäuser das Beste erwarten.

Zum Checkgesetz.

Angesichts der regen Antheilnahme, mit welcher die hiesige Geschäftswelt von jeher das Zustandekommen eines Reichs-Checkgesetzes verfolgt hat, erscheint es interessant, die Stellungnahme kennen zu lernen, welche die Handelskammer zu Hamburg in einem im Staatsauftrage an den Senat erstatteten Gutachten über den nunmehr fertig vorliegenden Entwurf beliebt hat.

Die Kammer geht davon aus, dass sie früher, besonders entgegen den bekannten Vorschlägen der Handelskammer Braunschweig, die Bedürfnissfrage für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes verneint hat. Jetzt nun hat sie ihre Ansicht im Hinblick auf die gewaltige Ausdehnung, welche der Giro- und Checkverkehr genommen hat, geändert und hält in der That die gesetzliche Regelung dieser Materie für wünschenswerth. Sie führt in diesem Sinne des Näheren aus:

„Eine andere Frage ist es jedoch, ob eine solche Regelung im Rahmen eines Gesetzes, wie des vorgelegten, wünschenswerth sei, oder ob nicht vielmehr die Lösung der Aufgabe in einer weit einfacheren, den praktischen Verkehrsinteressen mehr entsprechenden Form möglich wäre? Eine solche glücklichere Lösung dürfte es sein, wenn statt des Erlasses eines so umfangreichen Spezialgesetzes, wie es der Entwurf zeigt, dessen einzelne Bestimmungen (wie weiter unten dargelegt werden wird) den bereits bestehenden Checkverkehr in mancher Beziehung erschweren und einengen würden, ein Gesetz erlassen würde, welches den Check unter die Bestimmungen der bewährten

„Allgemeinen Deutschen Wechselordnung“ stellte, wobei allerdings auf die bisherige Stempelfreiheit des Checks verzichtet werden müsste. Ein Fixstempel (d. h. ein Stempel auf jeden Check ohne Rücksicht auf seinen Betrag) von 10 Pfg. würde den Checkverkehr nicht erheblich belasten und seine weitere Entwicklung nicht hemmen, so wenig wie der Checkverkehr in England unter dem 1 d-Stempel gelitten hat; vielmehr hat er gerade dort die bekannte grosse Ausdehnung gewonnen, weil er im Uebrigen nicht durch erschwerende Gesetzesmassregeln eingeschränkt ist. Auf diesem Wege ist in England das Ziel, das ja auch im vorliegenden Gesetzentwurf als erstrebenswerth bezeichnet ist, dem Check als Zahlungsmittel die grösstmögliche Verbreitung zu verschaffen, um durch ihn den schwerfälligen und unrationellen Ausgleich durch baares Geld thunlichst zu ersetzen. In der That erreicht. Durch gesetzliche Einreihung des Checks in die „Allgemeine Deutsche Wechselordnung“ würde dieses Ziel auch in Deutschland am einfachsten zu erreichen sein, und der Steuerfiskus würde in dem Fixstempel von 10 Pfg. bei der schon jetzt beträchtlichen, aber zukünftig voraussichtlich noch erheblich zunehmenden Ausdehnung des Checkverkehrs einen mehr als reichlichen Ersatz für den etwaigen Ausfall an Stempelsteuereinnahmen für Sichtwechsel finden. Mit einer solchen Lösung würde auch dem Verkehr in ausländischen (d. h. vom Ausland auf das Inland, und umgekehrt, ausgestellten) Checks die erforderliche Berücksichtigung zu Theil werden, die ihm bei dem vorliegenden Gesetzentwurf, der hauptsächlich die Verhältnisse des Inlands-Checks berücksichtigt, nicht in ausreichendem Masse geworden ist.“

Sie bemerkt sodann im Einzelnen:

„Der vorliegende Gesetzentwurf geht von dem an sich durchaus richtigen und berechtigten Grundsatz aus, dass der Check als Zahlungsmittel dienen und hierin auch seine Begrenzung finden solle; ein „Missbrauch für Kreditzwecke“ soll durch die Bestimmungen ausgeschlossen sein. Von diesem Gesichtspunkte sind die grundlegenden Bestimmungen zu beurtheilen, dass der Check auf das „Guthaben“ des Ausstellers bei dem Bezogenen ausgestellt (§ 1 Nummer 2) und „bei Sicht“ zahlbar sein müsse (§ 5); dass er nicht akzeptirt werden (§ 7) und nur kurze Präsentationsfristen haben dürfe (§ 8). Dass er dabei auch als, allerdings zeitlich begrenztes, Umlaufmittel dienen könne, geht aus den Bestimmungen über das Indossament u. w. d. a. hervor.

Die wesentlichsten Aenderungen, welche eine gesetzliche Regelung des Checkverkehrs nach dem vorliegenden Gesetzentwurf gegenüber dem jetzigen Zustande herbeiführen würde, lassen sich in Kürze dahin zusammenfassen:

1. Der Bezogene haftet dem Check-Inhaber für die Einlösung des Checks, sofern und solange er hierzu dem Aussteller gegenüber verpflichtet ist. Diese Haftung erstreckt sich auch über den Ablauf der nur für die Regressansprüche gegen den Aussteller und die Indossanten erheblichen Präsentationsfrist hinaus bis auf ein Jahr nach Ausstellung des Checks. Der Check-Inhaber hat ein direktes Klagerecht gegen den Bezogenen.

2. Der Check kann seitens des Ausstellers nicht widerrufen werden.

3. Das Regressrecht wird nach Analogie des Wechselrechts geregelt.

Zu den einzelnen Paragraphen hat die Handelskammer folgendes zu bemerken:

Zu § 1. Eine Legaldefinition des Checks ist nicht gegeben, vielmehr wird nur vorgeschrieben, was der Check enthalten soll. Nach Analogie der Wechselordnung, die auch keine Definition des Wechsels enthält, dürfte es sich empfehlen, den Eingangsworten des § 1 und der No. 1 die aus der Anlage ersichtliche Fassung zu geben.

Nummer 1 schreibt vor, dass in den Text die Bezeichnung „Check“ aufzunehmen ist. In der Berathung mit den Interessenten wurde zwar die Nothwendigkeit einer solchen Vorschrift in Frage gestellt, doch glaubt die Handelskammer einen Einwand dagegen um so weniger erheben zu sollen, als der Vorschrift beim Inlands-Checkverkehr leicht wird nachgelebt werden können. Anders dagegen liegt die Frage beim ausländischen Checkverkehr. Ausländische (namentlich englische und französische) Bankhäuser pflegen häufig ihren deutschen Geschäftsfreunden bestimmte Checkformulare zur Verwendung zu überlassen. (Auch die Reichsbank hat im § 6 ihrer Giro-Bestimmungen die Vorschrift, dass sie nur Checks honorirt, für welche sie das Formular geliefert hat.) In den Checkformularen der ausländischen Firmen fehlt aber häufig die Bezeichnung „Check“, ebenso wie die Aufforderung, „aus dem Guthaben des Ausstellers zu zahlen“. Es kann nicht angenommen werden, dass hierin nach Erlass eines deutschen Checkgesetzes eine Aenderung eintreten wird. Aus naheliegenden Gründen legen die Firmen grossen Werth darauf, dass für die auf sie ausgestellten Checks einheitliche Formulare zur Anwendung kommen, sie werden schwerlich für den Checkverkehr mit Deutschland hierin eine Ausnahme machen wollen. Da nun nach den Bestimmungen im § 1 Nummer 1 und 2 die gedachten Worte zu den Essentialen eines Checks gehören, so würde ihr Fehlen bei einer eventuell nothwendig werdenden Regressnahme für den inländischen Check-Inhaber von den bedenklichsten Folgen sein. Soll nun dieser Checkverkehr nicht ernstlich geschädigt werden, so wird auf Abhülfe Bedacht genommen werden müssen. Eine solche glaubten die Interessenten darin zu erblicken, dass es im Gesetz für zulässig erklärt würde, in solchen Fällen die im Texte fehlenden Worte durch einen entsprechenden Stempelaufdruck zu ersetzen, etwa des Inhalts: „Check aus meinem/unserem Guthaben“. Es erscheint um so unbedenklicher, die Erfüllung der Formalvorschrift für die im Auslande zahlbaren Checks in dieser Weise zuzulassen, als nach § 23 des Entwurfs bei den vom Auslande auf das Inland ausgestellten Checks die wesentlichen Erfordernisse derselben nach der ausländischen Gesetzgebung beurtheilt werden sollen, und mithin das Fehlen jener Worte im Texte der in Deutschland zahlbaren Checks keinen Mangel darstellen würde.

Die Handelskammer hat dem Wunsche der Interessenten durch Formulirung einer Bestimmung Rechnung getragen, deren Aufnahme sie als neuen § 2 beantragt.

Nummer 2 beschränkt den Kreis der Bezogenen nicht auf „Bankhäuser oder Geldinstitute“ (wie dies in der im § 24 des Wechselstempelsteuergesetzes gegebenen Definition des Checks geschieht), sondern bestimmt, dass der Check auf „eine Person oder Firma“ ausgestellt werden kann. Da der Entwurf keine Bestimmungen darüber enthält, wer zur Ausstellung von Checks berechtigt sein soll, so ist damit die Checkfreiheit dahin deklariert, dass Jedermann befugt sein soll, Checks auszustellen und auf sich ausstellen zu lassen. Es wurden zwar in der Interessentenberathung Bedenken geäussert, dass der Kreis der mittelst Checks zu Beziehenden zu weit gezogen sein dürfte, die Handelskammer glaubt aber — im Hinblick auf die Schwierigkeiten und unvermeidlichen Zweifel, welche bei dem Versuche einer Begrenzung und Kennzeichnung der Begriffe „Bankhaus“ oder „Geldinstitut“ entstehen müssten — diese Bedenken ihrerseits nicht theilen zu sollen; sie hält den Grundsatz für richtig, dass Jeder checkfähig sein soll, d. h. sowohl Checks soll ausstellen, als auch sich mittelst Checks soll beziehen lassen dürfen, der sich durch Verträge verpflichten kann. (Vergl. Art. 1 der Wechselordnung.) In Wirklichkeit werden wohl auch in Zukunft Checks hauptsächlich immer auf Bankhäuser oder Geschäftsfirmen ausgestellt werden,

welche die Geldgeschäfte der Aussteller besorgen oder in Folge sonstiger geschäftlicher Beziehungen Guthaben für sie in Händen haben.

Nach Nummer 3 sind sowohl auf Namen lautende, indossable (Ordre-) Checks, als auch Checks auf den „Inhaber“ oder „Ueberbringer“ zulässig. In der Anlage ist für diese Bestimmung eine sich an die Wechselordnung (Art. 4 und 6) anschliessende knappere Fassung in Antrag gebracht, bei welcher auch die Bestimmung im § 4 des Entwurfs gleich mit berücksichtigt worden ist.

Nummer 5. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, die dem Datum des Checks hinsichtlich der Präsentationsfrist, des Regressrechts, der Verjährung etc. beizulegen ist, wurde in der Interessenten-Berathung angeregt, dass der Monatstag nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben geschrieben werden müsse, wie dies in Frankreich vorgeschrieben sei. Zur Beobachtung dieser Bestimmung könnte durch Aufdruck auf den Formularen aufgefördert werden. Die Handelskammer hat einen bezüglichen Zusatz beantragt.

Zu § 6. Im ersten Satze des zweiten Absatzes des Entwurfs kommen die Worte vor: „... mit der Massgabe . . . , dass ein auf eine Abschrift des Checks gesetztes Indossament keine checkrechtliche Wirksamkeit hat“, welche die Handelskammer zu streichen beantragt. In der Begründung ist zu diesen Worten bemerkt: „Zur Ausstellung von Duplikaten und Kopien, auf welchen Originalindossamente gesetzt werden können, liegt beim Check kein Bedürfniss vor“. Die Handelskammer vermag dies nicht zuzugeben. Beim überseeischen Checkverkehr liegt ein solches Bedürfniss allerdings vor. In diesem Verkehre kommen Duplikate und Triplikate vor, welche ausgestellt werden, um bei der Uebersendung auf grossen Entfernungen, z. B. im Verkehre zwischen Amerika und Europa, die einzelnen Exemplare mit verschiedenen Dampfschiffsgelegenheiten an den Bestimmungsort gelangen zu lassen und dadurch die Gefahr des Verlorengehens möglichst zu verringern. Diese Möglichkeit sollte dem Verkehre nicht genommen werden. Selbstverständlich müssten dieselben Bestimmungen, welche in der Wechselordnung für den Fall der Ausstellung mehrerer Exemplare eines Wechsels (Prima, Sekunda, Tertia etc.) vorgesehen sind, auch beim Checkverkehr entsprechende Anwendung finden. Die Handelskammer hat in dem von ihr neu beantragten § 7 — im Anschluss an die analogen Bestimmungen im Art. 67 der Wechselordnung — eine Fassung in Vorschlag gebracht, welche ihres Erachtens dem praktischen Bedürfniss entsprechen würde.

Was den letzten Satz des § 6 des Entwurfs betrifft, welcher lautet: „Ein Indossament des Bezogenen, sowie ein Indossament an den Bezogenen ist ungültig“, so beantragt die Handelskammer dessen Streichung aus folgenden Gründen. In Betreff des Indossaments sollen nach den vorhergehenden Bestimmungen dieses Paragraphen die Vorschriften in den betreffenden Artikeln der Wechselordnung Anwendung finden; da nun die letztere ein „Indossament des Bezogenen“ überhaupt nicht kennt, so erscheint es unnützig, im Checkgesetz auszusprechen, dass ein solches, im Geschäftsleben — soweit bekannt — überall nicht gebräuchliches, Indossament nicht gültig sein soll. Dagegen sollte ein „Indossament an den Bezogenen“ nicht ausgeschlossen werden, wie dies auch beim Wechsel nicht geschehen ist (Art. 10 der Wechselordnung). Die im Entwurf enthaltene Ungültigkeitserklärung eines solchen Indossaments würde die jetzt übliche einfachste Form der Uebersendung eines Checks an den Bezogenen zum Inkasso oder zur Gutschrift ausschliessen. In der Interessenten-Berathung wurde zwar dagegen bemerkt, dass ein solches Indossament durch einen Quittungsvermerk auf dem Check ersetzt werden könnte; doch ist dies keineswegs der Fall. Dem Inhaber des Checks sollte nicht zugemuthet werden, den Check vor wirklichem Eingang oder Gutschrift des Betrages zu quit-

tiren. Das Indossament an den Bezogenen soll eine Quittung auch gar nicht ersetzen, sondern nur einen Inkasso- oder Gutschrift-Auftrag an den Bezogenen darstellen. Zu diesem Zwecke wird es genügen, dass die Bestimmung wegen der Ungültigkeit eines solchen Indossaments im Gesetzentwurf gestrichen werde, woraus die Zulässigkeit desselben sich von selbst ergeben würde.

Zu § 7 der Abänderungsanträge. Die Begründung ist oben zu § 6 (erster Absatz) bereits gegeben.

Zu § 8. Im Gesetzentwurf ist für die innerhalb des Reichsgebiets ausgestellten und zahlbaren Checks eine einheitliche Präsentationsfrist von fünf Tagen nach der Ausstellung des Checks (den Tag der Ausstellung und etwaige dazwischenliegende Sonn- und Feiertage nicht mitgerechnet) festgesetzt. In der Interessenten-Berathung wurde die Frage aufgeworfen, ob es überall nothwendig sei, eine Präsentationsfrist vorzuschreiben, und ob es nicht richtiger wäre, dem Aussteller zu überlassen, im Check die Präsentationsfrist selbst zu bestimmen. Da aber dies mit der Grundtendenz des Gesetzentwurfs kaum vereinbar sein dürfte, andererseits aber eine nicht zu lange Präsentationsfrist auch im Interesse der regresspflichtigen Aussteller und Indossanten liegt, so glaubte die Handelskammer grundsätzliche Bedenken gegen eine gesetzliche Fristbemessung nicht erheben zu sollen. Nur hält sie die Frist von fünf Tagen zu kurz und befürwortet dieselbe auf eine Woche oder sieben Tage festzusetzen. Der Platzcheck wird in der Regel in einer kürzeren Frist zur Zahlung präsentirt werden; man sollte aber die, auch mit der Tendenz des Gesetzentwurfs nicht im Widerspruch stehende, Möglichkeit, dass auch ein Platzcheck zur Zahlung nach ausserhalb verwendet werde, nicht durch eine gar zu kurze Bemessung der Frist ausschliessen. Für solche sowohl, als auch für Checks von einem nach einem anderen Orte des Reichsgebiets wird eine Präsentationsfrist von höchstens sieben Tagen, den Tag der Ausschreibung nicht mitgerechnet, ausreichend, aber meist auch erforderlich sein. Da eine eventuelle Protestaufnahme gleichfalls innerhalb dieser Frist zu erfolgen hätte, also die bei Wechseln vorgesehenen zwei Respittage (Art. 41 der Wechselordnung) bei Checks nicht zur Anrechnung kommen sollen, so erscheint es umso mehr berechtigt, die Präsentationsfrist nicht gar zu knapp zu bemessen.

Für Checks, welche ausserhalb des Reichsgebiets auf Deutschland ausgestellt werden, sollte die gleiche Präsentationsfrist von sieben Tagen gelten, jedoch nach Ablauf des Tages gerechnet, an welchem der Check nachweislich in den Besitz des ersten inländischen Remittenten gelangt ist. Dieser Nachweis würde am einfachsten durch einen, das Eingangsdatum enthaltenden Stempelaufdruck auf dem Check seitens des Remittenten, sonst durch andere zulässige Beweismittel zu führen sein. Die im Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung, dass die Frist vom Ablauf desjenigen Zeitraums zu rechnen sei, „welcher erforderlich ist, um ihn (den Check) vom Ausstellungsorte mit den gewöhnlichen Transportmitteln nach dem Zahlungsorte zu senden“, ist gar zu unbestimmt gehalten und würde aller Wahrscheinlichkeit nach zu den grössten Meinungsverschiedenheiten und Unzuträglichkeiten Anlass geben.

Was endlich die im Auslande zahlbaren Checks betrifft, so ist zwar zuzugeben, dass die Frage der Einhaltung der Präsentationsfrist bei einem Regresse gegen Indossanten in Deutschland von Bedeutung werden kann, indessen erscheint es doch rathsam, die Bestimmung darüber, wie Checks auf das Ausland im Auslande zu behandeln sind, der ausländischen Gesetzgebung zu überlassen, wie dies die Wechselordnung bezüglich des Wechsels gethan hat. Nach dem Gesetzentwurf soll die Präsentationsfrist für im Auslande zahlbare Checks die gleiche sein, wie für die im Reichsgebiete zahlbaren Checks, „sofern das ausländische Recht keine

Präsentationsfrist vorschreibt“. Es würde dem kaufmännischen Interesse vollkommen entsprechen, wenn das Gesetz sich bezüglich der Präsentationsfrist auf die im Auslande zahlbaren Checks beschränkte, in Betreff der im Auslande zahlbaren Checks aber die Fristbemessung der allein kompetenten ausländischen Gesetzgebung und in deren Ermangelung dem dort bestehenden Handelsgebrauch überliesse.

Die Handelskammer hat im § 9 ihrer Abänderungsvorschläge eine den obigen Ausführungen entsprechende Fassung für die Bestimmungen des § 8 des Entwurfs beantragt.

Zu § 9. Die in diesem Paragraphen — sowie auch im § 11 und § 14 Nummer 3 — enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Abrechnungsstellen scheinen sich hauptsächlich auf die in Berlin bestehenden Verhältnisse zu beziehen; für Hamburg, und wohl auch für das übrige Deutschland, würden dieselben nicht zur Anwendung kommen. Zu der hier bei der Reichsbankhauptstelle bestehenden Abrechnungsstelle gehören die fünf grössten Banken des Platzes; aber auch für diese besteht kein Bedürfniss für die Bestimmung, dass die Einlieferung des Checks bei der Abrechnungsstelle als Präsentation zur Zahlung gelten solle, vielmehr wird Werth darauf zu legen sein, dass die Präsentation zur Zahlung bei der bezogenen Bank selbst erfolge. Auch für Berliner Verhältnisse scheinen die Bestimmungen in Interessentenkreisen, soweit bekannt geworden, nicht für erforderlich erachtet zu werden. Die Handelskammer beantragt daher Streichung des § 9 und der bezüglichlichen Bestimmungen im § 11 und § 14 Nummer 3; in ihren Abänderungsanträgen hat sie diese Bestimmungen an den betreffenden Stellen weglassen.

Zu § 10. Der erste Satz lautet: „Der Bezogene haftet dem Inhaber des Checks für die Zahlung des Checkbetrages, soweit er zur Zeit der Präsentation des Checks dem Aussteller gegenüber zur Einlösung desselben verpflichtet ist.“ Diese Bestimmung wird durch den § 20 erst in's rechte Licht gerückt, und muss daher auf den letzteren schon hier verwiesen werden. Der Aussteller eines Checks disponirt über sein Guthaben beim Bezogenen. „Als Guthaben ist der Geldbetrag anzusehen, bis zu welchem der Bezogene nach der zwischen ihm und dem Aussteller getroffenen Vereinbarung von dem letzteren ausgestellte Checks einzulösen verpflichtet ist.“ Danach wird einem zwischen zwei Personen oder Firmen bestehenden Checkverkehr in der Regel eine betreffende Vereinbarung, ein „Checkvertrag“ vorhergegangen sein. Dies wird um so notwendiger sein, als das „Guthaben“ nach der Begründung (S. 22 zu § 20) auf einem ungedeckten Kredit des Ausstellers bei dem Bezogenen beruhen kann und Ersterer sich daher die vertragmässige Sicherheit wird verschaffen wollen, dass der Bezogene den Checkkredit nicht jederzeit kündigen oder zurückziehen dürfe. Innerhalb der Grenzen dieses Vertrages liegt also auch die Verpflichtung des Bezogenen zur Einlösung der Checks des Ausstellers. Der Check-Inhaber wird daher gegen den Bezogenen keine grösseren Rechte geltend machen können, als solche dem Aussteller selbst zustehen. Hat z. B. der Bezogene die Anwendung bestimmter Formulare für den Checkverkehr mit dem Aussteller vereinbart oder sich dies ein für alle Mal ausbedungen (wie es die Reichsbank in ihren Girobedingungen gethan hat), so wird solche Bestimmung auch gegenüber jedem Check-Inhaber massgebend sein müssen. Ist ferner der zur Zahlung präsentirte Check beschädigt oder entspricht derselbe sonst nicht den von dem Bezogenen dem Aussteller bekannt gegebenen bezw. mit ihm vereinbarten Ordnungsvorschriften, so wird der Bezogene auch in diesen Fällen nicht ohne Weiteres zur Einlösung des Checks verpflichtet sein. Es erscheint daher erforderlich, klarzustellen, dass die Verpflichtung des Bezogenen zur Zahlung des Check-

betrages (auch abgesehen von dem für den Aussteller beim Bezogenen vorhandenen Guthaben) dem Check-Inhaber gegenüber eben nur soweit geht, als der Aussteller selbst solche Verpflichtung des Bezogenen für sich geltend machen kann. Wenngleich die Fassung des Gesetzentwurfs im ersten Satze des § 10 diese Interpretation nicht ausschliesst, vielmehr zulässt, so erscheint es doch angezeigt, klar auszusprechen, dass der Inhaber des Checks die Rechte des Ausstellers — und nur diese — gegen den Bezogenen auf Einlösung bezw. wegen Nichteinlösung des Checks geltend machen kann. In diesem Sinne hat die Handelskammer den § 12 ihrer Abänderungsanträge formulirt.

Im letzten Absatze des § 10 des Entwurfs ist bestimmt, dass ein Widerruf des Checks seitens des Ausstellers keine rechtliche Wirksamkeit hat. Wenngleich in der Interessenten-Berathung sehr beachtenswerthe Gründe für die Widerruflichkeit des Checks nach Ablauf der Präsentationsfrist geltend gemacht worden sind (darunter namentlich auch die Erwägung, dass mit der so bedingten Widerruflichkeit nur der Absicht des Gesetzes entsprochen werden würde, den Check nicht als Umlaufpapier mit langer Umlaufdauer dienen zu lassen, indem andernfalls der Bezogene ein ganzes Jahr hindurch dem Inhaber des Checks für die Zahlung des Checkbetrages, Deckung vorausgesetzt, haftet (§ 21), und daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dass ein Check so lange in Zirkulation bliebe), so hat sich die Handelskammer doch für den im Gesetzentwurf ausgesprochenen Ausschluss eines jeden Widerrufs entschieden. Damit wird der nothwendigen Integrität des Checks Rechnung getragen. Für verloren gegangene Checks ist im § 24 das gesetzliche Aufgebotsverfahren vorgesehen, und wenn dieses auch zeitraubender und kostspieliger ist, als ein einfacher Widerruf seitens des Ausstellers, so kann doch nach Ansicht der Handelskammer im Hinblick auf solche immerhin nur seltenen Ausnahmefälle nicht befürwortet werden, dass der Widerruf allgemein zugelassen werde. Es wäre dann zu befürchten, dass — namentlich bei der erwarteten weiteren Verbreitung des Checkverkehrs im grossen Publikum — die Gewohnheit Platz griffe, einen jeden nicht rechtzeitig zur Zahlung präsentirten Check zu widerrufen. Die Haftung des Bezogenen für die Einlösung des Checks auch nach Ablauf der Präsentationsfrist würde dadurch illusorisch werden, weil ersterer sich leicht mit dem Widerruf des Ausstellers decken könnte, und der Check-Inhaber würde in solchen Fällen auf die Beschreitung des umständlichen Klageweges angewiesen sein. — Uebrigens sind im § 18 Fristen von drei bezw. sechs Monaten vorgesehen, nach welchen die Regressansprüche gegen Aussteller und Indossanten ohnehin verjähren, mithin liegt für die Zulassung eines Widerrufs keine zwingende Nothwendigkeit vor.

Zu § 12. Für die Fassung des § 12 der Abänderungsanträge ist die Begründung oben zu § 10 (erster Absatz) gegeben.

Zu § 14. Die als eine Erleichterung des Verkehrs anzuerkennende Zulassung des Nachweises der rechtzeitigen Präsentation und der Nichteinlösung eines Checks „durch eine von dem Bezogenen auf den Check gesetzte, unterschriebene und das Datum der Präsentation enthaltende Erklärung“ involvirt — wie in der Interessenten-Berathung hervorgehoben wurde — die Gefahr, dass es in Fällen des Regresses gegen die nicht am Orte, wo der Check zu bezahlen gewesen wäre, domicilirenden Indossanten, diesen nicht immer möglich sein würde, die Echtheit der „Erklärung“ bezw. der Unterschrift des „Erklärenden“ (des Bezogenen) zu prüfen; es könne leicht missbräuchlich von unberufener Seite eine derartige Erklärung auf den Check gesetzt werden, woraus grosse Unzuträglichkeiten erwachsen könnten. Zudem müsste auch in diesem Falle vorgeschrieben werden, dass das Datum

der Präsentation, auf welches sehr viel ankomme, mit Buchstaben zu schreiben sei, um sonst mögliche Irrthümer und Fälschungen zu verhüten.

Dem letzteren Wunsche hat die Handelskammer durch die beantragte Hinzufügung der Worte „mit Buchstaben geschriebene“ vor „Datum“ entsprochen; dagegen hat sie sich nicht entschliessen können, die neben der Protestaufnahme zugelassene einfachere Form des Nachweises durch die Erklärung des Bezogenen auf dem Check zu beanstanden. Aus der Fassung des Entwurfs: „Der Nachweis kann insbesondere geführt werden . . .“ ist ersichtlich, dass auch andere Beweismittel zulässig sein sollen. Ob es demgegenüber nicht angezeigt wäre, den Protest oder die schriftliche Erklärung des Bezogenen auf dem Check obligatorisch zu machen, da es sich um einen Urkundenprotest handelt, wird zur Erwägung gestellt.

Die Nummer 3 — die Abrechnungsstelle betreffend — beantragt die Handelskammer aus den zu § 9 geltend gemachten Gründen zu streichen.

Im § 15 scheint das Wort „Einlösungsrechts“ irrtümlich für „Regressrechts“ zu stehen und ist entsprechende Abänderung beantragt.

Zu § 19. Der Aussteller eines Checks bleibt auch nach Ablauf der Präsentations- und Verjährungsfrist regresspflichtig, soweit er sich mit dem Schaden des Check-Inhabers bereichern würde. Den Beweis, dass er sich aus der Nichteinlösung des Checks nicht bereichert habe, hat der Aussteller zu erbringen. Mit dieser Form der Bereicherungsklage wird man sich einverstanden erklären können. Wenn der Aussteller nachweist, dass er bei einem nicht rechtzeitig präsentirten Check seit Ablauf der Präsentationsfrist sein Guthaben bei dem Bezogenen ganz oder theilweise verloren hat, so wird er aus dem Check dem Inhaber nur für den durch solchen Verlust nicht absorbirten Betrag zu haften brauchen. Die Einhaltung der Präsentationsfrist wird daher für den Check-Inhaber immer von der allergrössten Bedeutung sein.

Zu § 20. Die Bestimmungen dieses Paragraphen stehen in direkter Beziehung einmal zu dem § 1 Nummer 2 (Aufforderung zur Zahlung „aus dem Guthaben“ des Ausstellers bei dem Bezogenen) und dann zu den Strafbestimmungen des § 28. Es wird hier der Zeitpunkt präzisirt, zu welchem das Guthaben des Ausstellers bei dem Bezogenen vorhanden sein müsse und als solcher „die Zeit der Begebung“ des Checks bestimmt. Im zweiten Absatze wird eine allgemeine Definition des Begriffs „Guthaben“ gegeben, die ihre Interpretation in der Begründung findet, in welcher gesagt ist: „Es ist danach nicht nothwendig, dass ein bestimmter Geldbetrag von dem Aussteller bei dem Bezogenen niedergelegt worden ist. Das Guthaben bei letzterem kann eben sowohl durch Einzahlungen Dritter, durch diskontirte Wechsel, Lombardirung von Werthpapieren etc. entstanden sein. Auch ein Darlehn des Bezogenen an den Aussteller, dessen Valuta mittelst Checks ratenweise abgehoben wird, oder die Gewährung eines ungedeckten Kredits kann zu Grunde liegen. Für die Sicherheit des Checknehmers kommt es allein darauf an, dass der Bezogene den Check sogleich einzulösen vertragsmässig verpflichtet ist.“

In der Interessenten-Berathung wurde es, namentlich im Hinblick auf diese Definition des Begriffs „Guthaben“, nicht für richtig gehalten, dass ein solches Guthaben schon zur Zeit der Begebung des Checks vorhanden sein müsse; worauf es doch nur ankomme, sei, dass das Guthaben zur Zeit der Präsentation des Checks bei dem Bezogenen vorhanden sein müsse. Die Begründung gebe selbst eine ganze Reihe von Beispielen dafür an, wie verschieden die geschäftlichen Transaktionen sein könnten, aus welchen „Guthaben“ im Sinne des Gesetzes entstehen können. Solche Transaktionen gingen aber häufig Hand in Hand mit der

Begebung dagegen valedirender Checks; es würde eine wesentliche Erschwerung des Verkehrs sein, wenn man — nach dem Wortlaute des Entwurfs — die Ausstellung eines Checks, für welchen das Guthaben bei dem Bezogenen gleichzeitig mit der Begebung bzw. Präsentirung des Checks entstehe (z. B. durch gleichzeitige Uebersendung oder Ueberreichung von Waarendokumenten — Konnossementen, Policen etc. — wogegen der Check ausgestellt ist, oder durch Uebersendung des Gegenwerthes an den auswärts wohnenden Bezogenen an demselben Tage, an welchem der Check begeben wird) als einen Verstoß gegen das Gesetz ansehen wollte. Eine solche Bestimmung würde in kaufmännischen Kreisen nicht verstanden und jedenfalls als ungerecht und dem kaufmännischen Gefühl widerstrebend empfunden werden.

Es scheint, dass ähnliche Rücksichten für die Hinzufügung des Schlusssatzes des § 28, der in der ursprünglichen, an den Bundesrath gelangten Fassung fehlte, massgebend gewesen sind; danach soll derjenige, der einen Check begiebt, obwohl er weiss oder ohne grobes Verschulden wissen muss, dass ihm zur Zeit der Begebung ein Guthaben in der erforderlichen Höhe bei dem Bezogenen nicht zusteht, nicht strafbar sein, wenn er innerhalb der Präsentationsfrist die erforderliche Deckung beschafft. Es ist damit das Nichtstrafbare der Begebung von Checks, für welche zur Zeit der Begebung die erforderliche Deckung bei dem Bezogenen noch nicht vorhanden ist, im Prinzip anerkannt. Dass der Aussteller solcher Checks dem Inhaber für den ihm aus verspäteter Einlösung des Checks etwa entstehenden Schaden zivilrechtlich verhaftet ist, geht aus der Bestimmung im § 20 hervor; strafrechtlich soll er aber nicht belangt werden, sofern er die erforderliche Deckung „innerhalb der Präsentationsfrist“ beschafft. Wird aber der betreffende Check erst nach Ablauf der Präsentationsfrist zur Zahlung vorgelegt und zeigt sich alsdann, dass Deckung nicht vorhanden ist, so wird der Aussteller strafrechtlich auch nur dann belangt werden können, wenn nachgewiesen wird, dass er bereits zur Zeit der Begebung des Checks kein Guthaben beim Bezogenen gehabt hat. Zivilrechtlich würde der Aussteller dem Inhaber des Checks nach §§ 13 bis 15 haftbar sein, soweit nicht die Bestimmungen des § 19 zur Anwendung kämen.

Vergegenwärtige man sich die Wirkungen der Bestimmungen in §§ 20 und 28 an einem Beispiele. A begiebt an B einen Check auf C, obgleich er weiss, dass er zur Zeit ein entsprechendes Guthaben bei C nicht hat, wohl aber dafür gesorgt hat, dass zur Zeit der Präsentation des Checks bei C Deckung vorhanden sein wird. Nach drei Tagen präsentirt B den Check bei C und da inzwischen die Deckung beschafft worden ist, so löst C den Check ein und die Sache ist in Ordnung. A ist nach dem Schlusssatze im § 28 nicht straffällig und B hat gegen ihn auch keine Schadensersatzforderung geltend zu machen, da der Check rechtzeitig eingelöst wurde. — Tritt aber der andere Fall ein, dass bei der Präsentation des Checks nach drei Tagen die erforderliche Deckung bei C noch nicht vorhanden ist, so würde A — nach dem Schlusssatze des § 28 — doch noch nicht strafbar sein, wenn er noch „innerhalb der Präsentationsfrist“, d. h. in diesem Falle in den noch verbleibenden zwei Tagen, für Deckung sorgte; wohl würde er aber — nach § 20 — dem Inhaber B für den ihm aus der Nichteinlösung etwa erwachsenen Schaden zivilrechtlich zu haften haben.

Wie würde sich die Angelegenheit nun in Wirklichkeit abwickeln? Der Checkinhaber B wird, wenn er bei Präsentation des Checks am dritten Tage nach der Ausstellung von dem Bezogenen C keine Zahlung erhält, wohl nicht erst noch zwei Tage (d. h. bis zum Ablauf der Präsentationsfrist) warten, sondern seine Ansprüche sofort (nach § 13) gegen den Aussteller oder die Indossanten geltend machen, den Aussteller

aber auch noch ausserdem für den ihm (den Inhaber) etwa entstandenen Schaden nach § 20 in Anspruch nehmen. Zu dem letzteren Zwecke würde es vollständig genügen und empfiehlt es sich zur Beseitigung des unhaltbaren Standpunktes, die Zeit der „Begebung“ des Checks für massgebend zu erklären, dem ersten Absatz des § 20 folgende Fassung zu geben: „Der Aussteller eines bei rechtzeitiger Präsentation von dem Bezogenen wegen Mangels eines zur Einlösung ausreichenden Guthabens des Ausstellers nicht eingelösten Checks haftet dem Inhaber für den daraus entstehenden Schaden.“ Bei nicht rechtzeitiger Präsentation soll danach der Inhaber keinen Schadensersatzanspruch geltend machen können, sondern seine Regressansprüche in dem nach §§ 13 bis 15 zulässigen Umfange erheben können, wobei er, (auf Grund des in Bezug genommenen Art. 50 der Wechselordnung) Zinsenvergütung, Ersatz der Protestkosten und anderer Auslagen, sowie eine Provision von $\frac{1}{3}$ Prozent beanspruchen kann. Ein weitergehender Schadensersatzanspruch sollte aber dem Inhaber bei Versäumniss der Präsentationsfrist nicht zugebilligt werden. In diesem Sinne hat die Handelskammer den § 20 ihrer Abänderungsanträge formuliert.

Im § 23 hat die Handelskammer beantragt, die Worte: „von einem Inländer ausgestellten“ zu streichen, da es für den in Betracht kommenden Fall völlig gleichgültig ist, ob der Check im Auslande von einem Inländer oder einem Ausländer ausgestellt ist.

Zu § 28. Die Handelskammer beantragt die Streichung dieses Paragraphen. In den obigen Ausführungen zu § 20 hat die Handelskammer dargelegt, dass und aus welchen Gründen für das Vorhandensein des Guthabens des Ausstellers bei dem Bezogenen nicht die Zeit der Ausstellung bzw. Begebung, sondern die Zeit der Präsentation des Checks zur Zahlung massgebend ist. Nach dem Schlusssatze des § 28 soll ja auch der Aussteller eines Checks, für welchen eine ausreichende Deckung bei dem Bezogenen zur Zeit nicht vorhanden ist, nicht strafbar sein, „wenn innerhalb der Präsentationsfrist das Guthaben in der erforderlichen Höhe beschafft ist.“ Es ist oben an einem Beispiele gezeigt worden, wie in der Praxis in solchem Falle verfahren werden würde. Wird der betreffende Check noch innerhalb der Präsentationsfrist (sei es von dem Bezogenen, dem inzwischen Deckung geworden, sei es vom Aussteller oder einem der Indossanten im Wege des Regresses) eingelöst, so wird in der Regel von der Anwendung des Strafparagraphen (§ 28 Nummer 1) keine Rede sein. Handelt es sich um ein betrügerisches Verfahren des Ausstellers (wie ein solches namentlich im § 20 Nummer 2 als möglich angenommen ist) so wird der Betreffende auf Grund des Strafgesetzes belangt werden können. Eine Nothwendigkeit, besondere Strafbestimmungen im Checkgesetz zu erlassen, kann mit den in Deutschland bei diesem Verkehr bisher gemachten Erfahrungen nicht begründet werden. Die in Betreff der Regresspflicht der Aussteller und Indossanten aufgenommenen Bestimmungen (§§ 13—16) enthalten Alles, was zur Sicherstellung des Checknehmers gesetzlich bestimmt werden kann; darüber hinaus sollten nicht noch besondere Strafbestimmungen Aufnahme im Gesetze finden.

Nach Nummer 2 sollen dieselben Strafen auch gegen denjenigen verhängt werden können, der einen Check begiebt, bei dessen Ausstellung er vorsätzlich den Tag der Ausstellung nicht oder unrichtig bezeichnet hat. Es ist schon in der öffentlichen Diskussion über die Bundesrathsvorlage darauf hingewiesen worden, dass jetzt in einzelnen — allerdings nicht häufig vorkommenden — Fällen eine Vordatirung von Checks durchaus gutgläubig vorgenommen werde; so habe z. B. die Reichsbank selbst gelegentlich der Einzahlungen auf Anleihen wiederholt Checks angenommen, die vordatirt waren. Es liegt kein ersichtlicher Grund

vor, die Verwendung von Checks in solchen Ausnahmefällen zu verbieten, indem man sie für strafbar erklärt. Liegt es aber in der Absicht, irrtümlich vorkommende unrichtige Datirung von Checks unter Strafe zu stellen, so könnten höchstens Ordnungsstrafen in Frage kommen, nicht aber Strafen, wie die im § 28 vorgesehenen.

In Sachen der Getreidebörse zu Berlin.

Die Handelskammer hatte unterm 2. Mai d. J. beschlossen, sich einer Beschwerde der Breslauer Getreideinteressenten an das Aeltesten-Kollegium der Kaufmannschaft zu Berlin über mangelhafte „Lieferbarkeitserklärungen“ der Sachverständigen an der Berliner Börse anzuschliessen und um schleunige Abstellung der bez. Missstände zu bitten, nachdem eingehende Erhebungen ergeben hatten, dass im diesseitigen Bezirke für die gleichen Ausstellungen Grund vorhanden sei (S. Nr. 4 dieses Blattes Seite 40). Unterm 25. Mai d. J. nun haben uns die Beschwerdeführer die in dieser Angelegenheit bisher ergangenen Bescheide und Entgegnungen mit der Bitte um Veröffentlichung zugestellt. Wir entsprechen diesem Ersuchen gern und im Hinblick auf die Bedeutung derselben für die Interessenten. Die erwähnte Beschwerde hatte den folgenden Wortlaut:

Unterzeichnete wenden sich mit nachfolgender Beschwerde an das löbliche Kollegium der Kaufmanns-Aeltesten in Berlin:

Die Qualität des seit dem 1. April d. J. an der Berliner Börse zur Ankündigung gekommenen und für kontraktlich erklärten Weizens ist eine derartig minderwerthige und zu Mahlzwecken durchschnittlich so wenig geeignete, dass sie den Bedingungen, welche im Schlusschein an der Berliner Börse niedergelegt sind, d. h. gut, gesund, trocken, frei von Darrgeruch (Rauh- [rivet-] Weizen ausgeschlossen) und durchschnittlich mindestens 725 Gramm pro Liter wiegend, hinsichtlich der ersten Punkte, nach Urtheil der hiesigen gerichtlich vereidigten Sachverständigen-Kommission für Getreide keineswegs entspricht. Da eine Remedur als unumgänglich nothwendig erscheinen muss, so erlauben sich zur Begründung derselben Unterzeichnete das Folgende anzuführen:

Der Endzweck eines jeden Weizens ist die Vermahlung, und demgemäss kann der Werth eines Weizens nur nach seiner Mehlergiebigkeit beurtheilt werden. Entspricht ein Weizen nicht den Anforderungen, die ein Müller an ein Mahlgut zu stellen berechtigt ist, so erfüllt er eben nicht die Bedingung gut, gesund, trocken, denn seine Qualität wäre unmöglich als „gut“ zu bezeichnen. Hierbei mag gleich zur Erwähnung kommen, dass die Ansprüche, welche die Sachverständigen an die Kontraktlichkeit eines Weizens stellen in verschiedenen Jahrgängen, je nach dem Ausfall der Ernte, wohl verschieden hohe sein können, dass sie aber niemals unter ein Niveau heruntersinken können noch dürfen, bei welchem die Anforderung an die Mahlfähigkeit des Weizens eingeschränkt würde.

Abgesehen nun davon, dass es für den Ruf der Berliner Börse durchaus nicht förderlich sein kann, wenn seitens der Ankündiger Versuche gemacht werden, Weizen-Qualitäten zur Ablieferung zu bringen, welche geradezu als „skandalös“ bezeichnet werden können — (am 1. April a. c. sind zum Beispiel 16700 tons zur Ankündigung gebracht worden, von welchen nur ca. 1000 tons kontraktlich erklärt wurden) — da sie neben ihrer ungemein grossen Unreinheit Beisatz von Roggen, Gerste, Hafer, Wicke, Rade, Brand und Auswuchs in ungeziemender Menge aufwiesen, und vor allen Dingen „ungesund“ waren, so hat der als „kontraktlich“ erklärte Weizen zu grösseren Theil noch derartig grosse Mängel aufzuweisen, dass man — die Integrität und die Gewissenhaftigkeit der Sachverständigen-Kommission in Berlin ausser jedem Zweifel lassend — nur an-

nehmen kann, die Sachverständigen-Kommission in Berlin sei aus Elementen zusammengesetzt, welche, trotz besten Willens, nicht das richtige Verständniss besitzen zur Beurtheilung der Frage: Ist der Weizen zur Genüge als mahlfähiger zu betrachten?

Der als kontraktlich erklärte Weizen ist zum Theil ein Gemisch von verschiedenen Sorten indischen, syrischen Weizens und geringen amerikanischen Gewächses. Durch Beisatz von Trespel, Wicke, durch seinen ausserordentlich geringen Klebergehalt; ferner durch eine grosse Anzahl hohler ausgefressener, also ungesunder Körner, sowie schliesslich durch Sprödigkeit, welche für die Müllerei den Weizen fast unverwendbar macht, ist der als kontraktlich erklärte Weizen nur als ein durchaus minderwerthiger zu bezeichnen, und ist z. B. wesentlich geringer als der Rivet oder Rauhweizen, welcher als „nicht lieferbar“ von der Lieferung seit der letzten Abänderung des Berliner Kündigungsscheines ausgeschlossen ist. Dadurch aber, dass damals dieser Rivetweizen von der Lieferung ausgeschlossen wurde, nachdem er Jahrzehnte durch als lieferbar gegolten hatte, hat der Herr Minister unzweifelhaft das Bestreben zu erkennen gegeben, eine Aufbesserung in der Qualität des lieferungsfähigen Weizens herbeizuführen — nicht aber das gerade Gegentheil.

Der Empfänger nun eines derartig minderwerthigen und als kontraktlich erklärten Weizens wird auf das Allerempfindlichste geschädigt, und wird das unschuldige Opfer der illegitimen Spekulation an der Berliner Börse, welche besonders in diesem Jahre, begünstigt durch vorherrschende Umstände, ungesunde Triebe zeitigte. Dieses aber vollzieht sich wie folgt: Der Müller oder Händler, welcher in diesem Jahre infolge der eigenen Missernte sich genöthigt sah, seinen Weizen von auswärtig zu beziehen, richtete im gegebenen Augenblick naturgemäss seinen Blick nach der Berliner Börse, welche ihm durch seinen umfangreichen Terminhandel Gelegenheit bot, Deckung, wenn er solche für seine Verkäufe oder sonstige Unternehmungen benötigte, in geeigneter Weise zu finden. Der Müller verkaufte sein Mehl im Voraus auf spätere Termine, und um nicht zu spekuliren und um jedes Risiko vermeintlich zu beseitigen, deckte er sich das entsprechende Quantum Getreide zur rechtzeitigen Abnahme ein. Ebenso vollzog der Händler seine Operationen entsprechend. Nun kommt zum Termine ein Weizen zur Ankündigung und wird als kontraktlich erklärt, der für die Mahlzwecke des Müllers völlig ungeeignet ist, und wenn der Müller nun doch mahlfähige Qualitäten selbstredend haben muss, so sieht er sich in die Zwangslage versetzt, diesen minderwerthigen Weizen umzutauschen und ein Aufgeld von 18 bis 25 Mark pro Ton zu bezahlen — denn so viel höher steht der Weizen ungefähr ein, welcher bei bescheidenen Ansprüchen als mahlfähig bezeichnet werden könnte. Es hat also der Empfänger einen ungeheuren Schaden erlitten und thatsächlich nicht dasjenige empfangen, worauf er rechnen konnte und musste, sondern er muss ein enormes Aufgeld geben, um in Besitz der Waare zu kommen, welche er ohne dieses beanspruchen konnte und welche in guter, kontraktlicher Qualität in jedem Quantum bezogen worden ist und noch heute bezogen werden kann.

Diese Missverhältnisse sind augenscheinlich entstanden aus den Auswüchsen der Spekulation, welche dieses Jahr mit seinen ungeheuren Preisschwankungen hervorgerufen hat. Die Spekulation am Berliner Platze sah eine Verleitung darin, sich die minderwerthigen Waaren in grossen Mengen aus Amerika, Syrien und Indien etc. anzuschaffen, weil sie stets um vieles billiger einstanden. Auf diese Anschaffungen hin wurden nun — ohne jedes Rendiment auf die besseren Qualitäten — noch viel grössere Quantitäten am Terminmarkte verkauft, und ging die Rechnung dahin, dass sich durch die enormen Quantitäten der herangeschafften effektiven

Waare der Preis drücken und sich alsbald Gelegenheit bieten würde, das grössere weggegebene Quantum am Terminmarkte mit Nutzen wieder einzudecken. Alles verlief programmässig bis auf die Ablieferung der Waare, welche am Termin seitens der ernstesten Empfänger erwartet wurde. Allzu minderwerthige Waare wurde natürlich vielfach als unkontraktlich erklärt.

Am Bedauerlichsten aber ist bei alledem, dass den Sachverständigen jene Beurtheilung der Qualität verloren gegangen zu sein scheint, welche ihre Basis nur haben kann in dem Anspruch an die Mahlfähigkeit des Weizens. Wird diese Basis aber nicht angenommen, so wird dem Müller oder Händler, der die Berliner Termine resp. den Weizen für einen bestimmten Termin zur Abnahme kauft, jegliche Grundlage für seine vorsichtigen Operationen entzogen, und die Börse erfüllt dann nach keiner Richtung hin den Zweck, den sie erfüllen soll, nämlich den Ausgleich zu schaffen, wie solcher in so mannigfachen kaufmännischen Unternehmungen als unbedingt nothwendig erachtet werden muss.

Fehlt aber andererseits in der That einem Sachverständigen die Beurtheilung der Qualität, wie sie angesichts der Industrie und deren Zwecken als nothwendig sich herausstellt, so erachten Unterzeichnete jedes einzelne Mitglied der Sachverständigen-Kommission, unbeschadet seines besten Willens, für persönlich haftbar und die durch sein Urtheil entstandenen Schäden als mit seiner Person zu decken.

Dieser Standpunkt würde auch ganz besonders bei den Vorstellungen geltend gemacht werden, welche beim Herrn Minister in dieser Angelegenheit vorzubringen in der Absicht liegt, falls es nicht gelingen sollte, die Dinge derart zu gestalten, dass eine durchgreifende Besserung Platz greift.

Auch müsste eine Kommission eingesetzt werden, welche alljährlich des Genaueren zur richtigen Zeit zu bestimmen hätte, welche Qualitäten, je nachdem sie in den verschiedenen Ernten verschiedener Länder zum Vorschein kommen, als „lieferbare“ zu betrachten wären. Der Beweis, dass den Sachverständigen die richtige Beurtheilung über die Kontraktlichkeit einer Waare verloren gegangen zu sein scheint, kann insofern geführt werden, als an die Zeit erinnert wird, in welcher Weizen von Schlesien nach Berlin zum Export gelangte. Dazumal wurden nachgewiesenermassen die feinsten schlesischen Qualitäten zur Ablieferung nach Berlin gesandt und dennoch wurden davon mehrfache Posten aus ganz nichtigen Gründen in Berlin refusirt und als nicht kontraktlich hingestellt. Es müssen also damals die Ansprüche der Herren Empfänger in Berlin an die Kontraktlichkeit einer Waare ganz ungemein hohe gewesen oder jetzt sehr zurückgegangen sein, was letzteres vollkommen den seitens des Herrn Ministers gezeigten Kundgebungen diametral entgegensteht.

Diese vielfachen Begründungen dürften wohl als Basis dienen zu dem berechtigten Verlangen, dass seitens der Berliner Börse Wege angebahnt werden, welche zum Ende dieser Missstände führen, und richten wir Unterzeichnete daher die dringende Bitte an die Herren Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, welche uns als die objektivsten Beurtheiler unserer berechtigten Klagen erscheinen, ohne Säumen eine eingreifende Aenderung anzubahnen und zu vollenden, damit das Vertrauen zur Berliner Börse wiederkehren möge, welches durch solche Vorgänge stark erschüttert werden muss.

Unterzeichnete erklären sich bereit, einige Herren zu delegiren, welche, wenn erwünscht, mit den massgebenden Persönlichkeiten Unterhandlungen mündlich pflegen könnten und die auf gütlichem Wege die nothwendigen Abänderungen herbeizuführen im Stande wären. Wir sehen einer baldigen Antwort entgegen zu Händen des Handelsrichters Herrn D. M u g d a n, in Firma S. Mugdan, welcher als Vorsitzender die am 19. April a. cr. in dem Sitzungssaal der Handelskammer

stattgefundene Interessenten - Versammlung geleitet hat.

Darauf ist Seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin folgender Bescheid eingegangen:

Die von Ihnen und einer grossen Zahl anderer Breslauer Interessenten des Getreidehandels erhobene Beschwerde darüber, dass die hiesigen Sachverständigen minderwerthigen Weizen im Termingeschäft für lieferbar erklärt hätten, ist Ausgangs April in unsere Hände gelangt. Gleichzeitig ging uns eine gegentheilige Beschwerde der hiesigen Firma Cohn & Rosenberg (Humboldt-mühle) zu, welche ausführt, die Sachverständigen seien in Beurtheilung von angekündigtem Weizen übermässig streng und einzelne von ihnen schienen nur Saatweizen oder auserlesene Waare für lieferbar zu halten. Abschrift dieser Beschwerde fügen wir bei.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, von beiden Beschwerden den angegriffenen Sachverständigen Kenntniss zu geben, darauf aber, wie wir auch nichts anderes vorausgesetzt hatten, die Antwort erhalten, dass nach Massgabe der Schlusscheinbedingungen jeder Einzelfall durch das Verdikt der drei oder fünf zur Begutachtung berufenen Sachverständigen endgiltig erledigt sei und das Plenum der Sachverständigen deshalb nicht in eine Nachprüfung des im Einzelfalle von den drei oder fünf berufenen Sachverständigen gefällten Wahrspruches eintreten könne.

Sie gehen jedenfalls von derselben Voraussetzung aus, da Ihr Antrag nur darauf gerichtet ist, wir möchten Wege anbahnen, welche zum Ende der gerügten Missstände führen und wir möchten ohne Säumen eine eingreifende Aenderung anbahnen und vollenden.

Sie wollen es uns nicht verargen, wenn wir glauben, dass mit solchen allgemeinen Wendungen nichts anzufangen ist, und wenn wir deshalb darauf verzichten, den von Ihnen angedeuteten Weg mündlicher Unterhandlungen zu beschreiten. Wir haben vor wenigen Jahren ausgiebige Verhandlungen über das Institut der Sachverständigen mit dem Handelsministerium gepflogen, welche zu der Vereinbarung führten, dass unser Kollegium an Stelle der früheren Interessentenversammlungen die Sachverständigen für Getreide wählen und dass es von der Wahl solcher Sachverständigen Abstand nehmen würde, welche gewerbmässig Termingeschäfte in Getreide machen.

Wir haben dieser Vereinbarung auf das Genaueste nachgelebt und dem Oberpräsidenten nur solche Sachverständige zur Bestätigung in Vorschlag gebracht, deren Uninteressirtheit am Terminhandel und deren Sachkunde ausser Zweifel steht. Da Sie nun selbst erklären, dass Sie die Integrität und die Gewissenhaftigkeit der Sachverständigen nicht antasten wollen, so bleibt nur der Vorwurf übrig, dass es den Sachverständigen an der nöthigen Sachkunde fehle und dieser Vorwurf richtet sich direkt gegen uns, als dasjenige Kollegium, welches die Sachverständigen gewählt hat.

Sie werden es nicht verwunderlich finden, wenn wir Ihnen die Befugniss zur Erhebung eines solchen Vorwurfes bestreiten und wenn wir die Drohung mit einer Beschwerde bei dem Handelsminister, zu welcher Sie sich in der Beschwerdeschrift herbeilassen, für wenig angemessen erklären, da wir einer solchen Beschwerde mit Ruhe entgegensehen können.

Aus Ihrer eigenen Anführung, dass am 1. April cr. an der Berliner Börse 16 000 Tonnen Weizen zur Ankündigung gebracht und davon nur ca. 1000 Tonnen für kontraktlich erklärt worden sind, hätten Sie billigerweise die Folgerung ziehen sollen, dass die Sachverständigen es an Strenge bei Abgabe ihres Wahrspruches durchaus nicht fehlen lassen. Statt dessen machen Sie den Sachverständigen implicite einen Vorwurf daraus, dass im vorigen Erntejahre die zur Versorgung des

Landes nöthige Brotrucht aus Ländern herangezogen werden musste, welche bisher für den Bezug von Weizen noch gar nicht in Betracht gekommen waren, und dass diese Bezugsländer eine Waare lieferten, welche den Ansprüchen des europäischen Marktes zwar in Bezug auf das Naturgewicht und auf die Eigenschaften „gesund, trocken, frei von Darrgeruch“, aber nicht überall in Bezug auf die Eigenschaft „gut“ entsprach, so dass die Sachverständigen sich genöthigt sahen, am 1. April nicht weniger als 15/16 des angekündigten Weizens von der Lieferbarkeit auszuschliessen.

Wenn Sie nun verlangen, die Sachverständigen hätten auch das letzte Sechszehntel für unlieferbar erklären sollen, so gelangen Sie dazu durch die Annahme, dass die Güte einer Weizenpost sich nach den Anforderungen bestimme, welche man in der Mülerei an ein Mahlgut zu stellen berechtigt sei. Sie bemessen aber diese Ansprüche ganz allgemein nach dem Massstabe, welchen die Mühlen Ihrer Gegend anlegen und lassen dabei gänzlich ausser Acht, dass die Mühlen anderer Gegenden geeignete Einrichtungen haben, als es bei den Mühlen Ihrer Provinz der Fall zu sein scheint und dass Sie deshalb das Kriterium der Mahlfähigkeit mit einem anderen Massstabe messen, als Ihre Beschwerde dies thut.

Bei dieser relativen Natur des Begriffes der Mahlfähigkeit ist es nicht thöricht gewesen, ihn unter die Merkmale der Lieferbarkeit von Terminwaare aufzunehmen. Das mussten auch die schlesischen Müller und Händler wissen, ebenso wie sie wissen mussten, dass bei den abnormen Verhältnissen des Jahres 1891/92 in dem Welthandelsplatze Berlin Weizen zur Lieferung gelangen würde, dessen Erprobung auf seine Mülerei-ergebnisse noch nicht erfolgt war.

Wir müssen es deshalb ablehnen, auf Grund der beiden Eingangs bezeichneten nach diametral entgegengesetzten Zielen gerichteten Beschwerden eine Aenderung der Sachverständigen-Einrichtung ins Auge zu fassen, und wir müssen die Verdächtigung, dass die hiesigen Sachverständigen, wenn Breslauer Firmen Lieferer seien, streng, wenn Breslauer Firmen dagegen Empfänger seien, lax in der Prüfung verfahren, entschieden zurückweisen. Gerade die einander schnurstracks entgegenlaufenden Beschwerden beweisen uns, dass unsere Getreidesachverständigen die ausnehmend schwierige Aufgabe, welche ihnen aus den abnormen Verhältnissen des Jahres 1891/92 erwuchs, vorzüglich erfüllt haben.

Die Breslauer Interessenten veröffentlichen nun eine Anzahl Zustimmungserklärungen, welche ihnen insbesondere von den Handelskammern Leipzig, Bielefeld, Oppeln u. a. zugegangen sind, haben übrigens ihrerseits den Aeltesten zu Berlin folgendes erwidert:

Den Herren Aeltesten der Kaufmannschaft sprechen wir für den uns auf unsere Vorstellung vom 19. April cr. am 19. d. Mts. zugegangenen Bescheid vom 12. Mai cr. unseren ergebensten Dank aus.

Zu unserem lebhaftesten Bedauern haben wir diesem Bescheid entnommen, dass die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft zum Einschreiten im Sinne unserer Vorstellungen eine Veranlassung nicht haben finden können.

Selbstredend müssen wir uns demgemäss weiterer Anträge an die Herren Aeltesten in dieser Sache enthalten; wir möchten jedoch um die Erlaubniss bitten, auf die Argumente des Näheren eingehen zu dürfen, welche anscheinend Ihre ablehnende Haltung veranlasst haben, damit der Schein vermieden werde, als erachteten wir unsere abweichenden Ansichten durch jenen Bescheid für widerlegt. —

Sie bezeichnen unser ergebenes Ersuchen um schleunige Beseitigung des von uns gerügten Missstandes im Weizen-Terminhandel als eine allgemeine Redewendung, mit welcher nichts anzufangen sei, und Sie begründen Ihren ablehnenden Bescheid im Wesentlichen damit,

dass Sie uns unberechtigte, einseitige Beurtheilung der Verhältnisse zum Vorwurf machen, und die Ansicht vertreten, dass die dortigen Sachverständigen, deren Urtheile wir angefochten, ihre Aufgabe vorzüglich erfüllt hätten.

Vorerst müssen wir den uns gemachten Vorwurf der Einseitigkeit in der Beurtheilung der Ansprüche, welche man billigerweise an die Qualität des lieferbaren Weizens stellen darf, als unzutreffend und nach Inhalt unserer ersten Eingabe keineswegs begründet, zurückweisen.

Wir sind weit entfernt davon, behaupten zu wollen, dass derjenige, welcher Terminweizen in Berlin kauft, eine Qualität erhalten müsse, welche individuell einer bestimmten Mühleinrichtung angepasst ist, wir meinen vielmehr, dass der für Hochmüllerei geeignete Weizen, vorausgesetzt, dass derselbe die Eigenschaften „gut, gesund, trocken“ etc. besitzt, ebenso Anspruch auf Lieferbarkeit hat, wie der für Flachmüllerei geeignete „gute Weizen.“

Unsere Mühlenindustrie ist mit den Fortschritten der Technik in der Müllerei sehr vertraut und mit den neuesten Einrichtungen wohl versehen. Uns will nach wie vor als das Wesentlichste erscheinen, dass der Weizen den Bedingungen des Schlusscheines entsprechend, mit Rücksicht auf seinen Verwendungszweck „gut, gesund, trocken — frei von Darrgeruch etc.“ sei, und wir meinen, dass das Recht auf solche Qualität dem Käufer durch Niemanden — weder durch eine Körperschaft noch durch einen Sachverständigen verschränkt werden dürfe.

Was hat nun die Berliner Börse dem Empfänger von Weizen als „guten, gesunden Weizen“ aufgebürdet?

Thatsächlich ein Gemisch von syrischem, indischem und geringerem amerikanischen Weizen, welcher erhebliche Beimischung von Spelz, Gerste, Wicke, Rade, Blauspitz, Erdstücken aufweist, — ein Weizen also, dessen Mehl, abgesehen von seinen äusserlichen Mängeln, insofern nicht als backfähig bezeichnet werden kann, als das daraus hergestellte Gebäck brüchig, klumpig, von schlechtem Geschmack, kaum geniessbar ist und obendrein noch dem Müller die Gefahr bringt, mit dem Nahrungsmittelgesetz in Konflikt zu gerathen.

Und auf unsere diesbezüglichen Vorstellungen wird uns gesagt:

„Nach Massgabe des Schlusscheines ist jeder Einzelfall durch das Verdikt der zur Begutachtung berufenen Sachverständigen für endgültig erledigt zu erachten.“

Das heisst mit anderen Worten ungefähr:

„Ihr habt Euch der höheren Weisheit und besseren Einsicht der Sachverständigen zu fügen — derjenigen Sachverständigen, welche ihre ausnehmend schwierige Aufgabe vorzüglich erfüllt haben.“

Wir bitten um Verzeihung, wenn wir dieser Ansicht nicht beipflichten können.

Wir glauben nämlich, dass auch Sachverständige — wie andere Menschen — nicht unfehlbar sind, dass auch Berliner Sachverständige irren können, und dass ungeachtet jener Vertragsbestimmung der Sachverständigen nach dem Gesetz, sogar persönlich haftbar ist für alle Schäden, welche er — sei es durch Irrthum oder durch ungenügende Sachkenntniss Jemandem zufügt.

Seit dem Tage, an welchem wir unsere ergebene Vorstellung an die Herren Aeltesten nach Berlin gerichtet haben, sind uns aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Zustimmungs-Erklärungen zu unserer Stellungnahme zugegangen — Kundgebungen, aus denen ersichtlich, dass auch in anderen Bezirken mit dem Berliner Terminweizen dieselben Erfahrungen gemacht wurden, wie bei uns in Breslau.

Wir nennen u. A. die Handelskammern Leipzig, Bielefeld, Oppeln. Die zwei grössten Mühlen Danzig's, deren unaufgefordert abgegebene Aeusserungen wir in

Abschrift mit dem Bemerkten beifügen, dass es uns vermuthlich ein Leichtes sein würde, eine grosse Anzahl weiterer gleicher Erklärungen zu beschaffen, wenn wir uns darum bemühen wollten.

Es ist uns ferner nicht unbekannt geblieben, dass nunmehr auch die angesehensten Berliner Getreidefirmen gegen die z. Zt. zur Lieferung gelangenden Weizenqualitäten Verwahrung eingelegt haben, und wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, dass all die vorgetragenen Umstände unsere ausgesprochenen Ansichten ebensowenig zu erschüttern geeignet erscheinen, wie die in den letzten Tagen durch die Berliner Zeitungen bekannt gegebene Affaire bezüglich der Begutachtung einer Partie von 550 To. Roggen.

Wenn wir auch geneigt wären, den Sachverständigen zu gute zu halten, dass Berlin in Weizen bis vor Kurzem ein grösseres Lieferungs Geschäft nicht gehabt, und grössere Quantitäten ausländischen Weizens in den verschiedensten Sorten früher nicht auf den Berliner Markt gekommen sind, so meinen wir doch, dass Sachverständige, welche berufen sind, derartige Qualitäten auf ihren Werth zu beurtheilen, — wenn ihnen die erforderliche Erfahrung in diesen fremden Sorten nicht eigen ist — besser gethan hätten, die Begutachtung abzulehnen.

Der Berliner amtliche Kursbericht vom 20. Mai cr. z. B. notirt Terminweizen 184 Mk., Lokoweizen dagegen 184—215 Mk. pro To. Folgt hieraus (auch für den mit diesen Verhältnissen nicht Vertrauten) nicht zur Evidenz, dass der Lieferungsweizen, welcher die niedrigste Preisstufe einnimmt, auch die geringste Qualität repräsentirt?

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Mittheilungen.

Schaumwein. Die vom „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ zum Schutze des deutschen Schaumweins beim Minister für Handel und Gewerbe gestellten Anträge lauten: 1. Die im deutschen Zollverein hergestellten und zum Verkauf gelangenden Schaumweine dürfen in Zukunft nicht in den Handel kommen unter Bezeichnungen, welche die Annahme erregen, dass die Weine im Auslande (Frankreich) hergestellt sind. 2. Die Anwendung nicht bestehender bzw. im Zollverein nicht domizilirter Firmen sowie die Angabe eines unrichtigen Herkunftslandes oder -ortes werden nach Massgabe des § 14 des den Markenschutz betreffenden Gesetzes vom 30. November 1874 bestraft.

Patent-Muster- und Markenschutz. Betreffend das Deutsch-Oesterreichische und Deutsch-Italienische Uebereinkommen über den gegenseitigen Patent-Muster- und Markenschutz hat das Reichspatent-Amt unter dem 8. März eine Bekanntmachung erlassen.

Danach sind bei der auf Grund einer früheren Anmeldung in Oesterreich-Ungarn oder Italien bei uns erfolgenden Anmeldung

1. eine beglaubigte Abschrift der früheren Anmeldung und ihrer Beilagen mit einer Bescheinigung über den Zeitpunkt der Anmeldung;
2. eine Bescheinigung über die auf Grund der früheren Anmeldung erfolgten Patentertheilung eventuell unter Beifügung einer beglaubigten deutschen Uebersetzung vorzulegen und zwar müssen diese Urkunden von den für Entgegennahme von Patentanmeldungen zuständigen österreichisch-ungarischen bzw. italienischen Behörden auszufertigt sein.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflatern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 8.

Braunschweig, August-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. A. II. 7. — 3146/92.

Frachtvergünstigungen für die in der Zeit vom 2./14. August bis Ende Oktober d. Js. in Philippopol stattfindende landwirthschaftliche und industrielle Ausstellung im Deutschen Levante-Verkehr über Hamburg seewärts (nach Stationen der orientalischen und bulgarischen Bahnen).

Zur Erleichterung einer wirksamen Betheiligung deutscher Interessenten an der obenbezeichneten Ausstellung werden für die im Deutschen Levante-Verkehr über Hamburg seewärts auf Grund des Tarifs vom 1. Januar 1892 nach Philippopol beförderten Ausstellungs-Gegenstände seitens der dem Verbande angehörigen Deutschen Eisenbahnverwaltungen und der Deutschen Levante-Linien in Hamburg sowohl für die Hinbeförderung zur Ausstellung als auch für die Rückbeförderung der unverkauft gebliebenen Gegenstände eine 50 %ige, seitens der Orientalischen Bahnen für die Hinbeförderung eine 50 %ige, für die Rückbeförderung eine 75 %ige Frachtermässigung gewährt, während die Beförderung auf den Bulgarischen Staatsbahnen in beiden Richtungen vollständig frachtfrei erfolgt.

Zur Ermöglichung der direkten Rückbeförderung der unverkauft gebliebenen Ausstellungs-Gegenstände findet der obenbezeichnete Tarif, welcher sonst nur in der Richtung von Deutschland gilt, auch für den Versand von Philippopol nach Deutschland sinngemässe Anwendung.

Bei Aufgabe der Sendungen finden zunächst die Frachtsätze des vorbezeichneten Verkehrs Anwendung. Die zur Erstattung gelangenden Frachtunterschiede werden im Reklamationswege gezahlt.

Im Uebrigen können die Bedingungen für die Gewährung der Frachtvergünstigungen bei den Verbandsstationen eingesehen werden. Ueber die Höhe der Frachtermässigungen im einzelnen Falle ertheilt das Tarifbureau der Verbands-Verwaltungen Königlicher Eisenbahn-Direktionen zu Altona nähere Auskunft.

Braunschweig, 20. Juli 1892.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 4. — 3153/92.

Nachdem wir laut Beschluss der Plenar-Versammlung vom 2. Mai d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltungsjahr 1892/93 mit 8 % der Gewerbesteuer festgesetzt und bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Ges. v. 26. März 1890) nach dem 1. October 1892 keine Berücksichtigung mehr finden werden.

Braunschweig, 30. August 1892.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämmtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Ein Durchgangs-Personenbahnhof in Braunschweig.

In unserer Juni-Nummer haben wir alles niedergelegt, was wir bezüglich der Zustände auf unserem Personenbahnhofs auf dem Herzen hatten. Wir wünschten, es wäre an massgebender Stelle gelesen und wenigstens soweit erhört worden, als das uns und allen guten Bürgern von Braunschweig unumgänglich nothwendig erscheint. Kleine Unzuträglichkeiten nimmt man freilich eine ganze Weile ruhig hin; mit der Zeit aber können gerade sie unerträglich werden. Ob es mit der Geduld des hiesigen Publikums jetzt schon so schlecht bestellt ist, wissen wir nicht. Wir hoffen aber, dass die Bahnhofsfraße hinfür nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung schwinden wird, bis sie endlich irgend einer gedeihlichen Lösung zugeht.

So haben wir denn am Ende unseres Artikels aufgefordert, uns Gegenvorschläge gegen den unseren, der sich auf einen Bahnhofs-Neubau bezog, und, wenn möglich, bessere Vorschläge zu machen. Heute sind wir bereits in der erfreulichen Lage, über ein solches Gegenprojekt zu berichten. Ob es ein besseres ist,

überlassen wir dem Urtheile unserer Leser; wir selbst wollen in aller Bescheidenheit gestehen, dass wir es entschieden dafür halten.

Denn der Grundfehler unseres Vorschlags lag darin, dass wir eben nur einen Sack- oder Kopfbahnhof skizziren konnten; dazu einen Kopfbahnhof an einer Stelle, welche für den Betrieb immer allerhand Schwierigkeiten bedingen würde. Endlich einen Bahnhof, welcher den Abbruch des dem Fabrikviertel angeschmiegteten Güterbahnhofes und die Kaltstellung aller der grossen Schuppen und Reparaturwerkstätten nach sich gezogen hätte. Kann man dem ein Projekt gegenüberstellen, welches die alte Lage des Güterbahnhofes festhält, die anschliessenden Gebäulichkeiten, deren Neubau ausserhalb Millionen kosten würde, weiter benutzt, die betriebstechnischen Schwierigkeiten beseitigt und die für den Grossverkehr massgebliche Form des Durchgangsbahnhofes hat — sollte das nicht willkommen sein?

Es sind während der letzten Jahre schon mehrfach Vorschläge zum Umbau unseres Bahnhofes gemacht worden. Auch Durchgangs-Projekte befanden sich darunter. Aber dieselben litten alle mehr oder weniger an sehr bedenklichen Fehlern. Entweder wollten sie den Bahnhof weit hinaus legen und uns unendliche Unbequemlichkeiten aufbürden, oder sie schnitten unsere schöne Stadt direkt entzwei — dazu ist sie aber noch zu klein und fühlt sich zu einheitlich, — oder sie verdarben uns die schönsten Parks der Stadt und forderten Aufwendungen für den Grunderwerb, für Wegebauten u. dergl., welche unerschwinglich erschienen. An derartigen Fehlern krankte unseres Wissens auch der mit gutem Ueberblick und gediegener Sachkenntniss vorgetragene Plan, welchen das Braunschweigische Tageblatt im März 1890 veröffentlichte und welcher von einem höheren Eisenbahnbeamten herstammen soll. Nach ihm sollte die ganze Bahn Hochbahn werden, sie sollte zwar den Bahnhof nicht aus der Stadt, dafür aber in den schönen Eisenbahnpark rücken, sie sollte zahlreiche Häuser und Fabriken von hinnen fegen, den Hollandtschen Garten im Herzen durchschneiden, unsere schöne und gemüthlichste Promenadenecke am Monumentsplatze aus ihrer vornehmen Beschaulichkeit reissen, den schönen Rimpauschen, sowie den Viewegschen Garten verunzieren und jedenfalls einen Kostenaufwand verursachen, welcher die Ausführung illusorisch machen dürfte.

Das Projekt, welches wir im Folgenden veröffentlichen, ist älter als das eben erwähnte. Es stammt aus dem Frühjahr 1889, ist aber bisher unbesprochen geblieben. Sein Autor ist der strebsame Architekt A. u. g. K l a p p r o t h von hier, welcher bereits eine Reihe Bauten im Herzogthum und den benachbarten Bezirken ausgeführt hat. Wir bedauern, dass wir uns zwecks Veranschaulichung mit einer sehr mangelhaften Skizze begnügen müssen.

Wir ertheilen nun zunächst Herrn Klapproth das Wort, welcher seine Arbeit durch die folgende Beschreibung zu erläutern sucht:

Das Empfangsgebäude nebst den zugehörigen Bahnsteighallen wird in den Grundzügen nach dem

Muster des Hannoverschen oder des Bremer Bahnhofes zu erbauen sein.

Die Mittelaxe des Friedrich-Wilhelmsplatzes läuft genau auf das Hauptportal des Empfangsgebäudes zu. Der Platz zwischen letzterem und dem Okerarme würde den Bahnhofsvorplatz bilden. Die Oker ist bereits an dieser Stelle dreimal überbrückt, wodurch die Verbindung mit dem Friedrich-Wilhelmsplatze und der Wilhelmthorpromenade, ganz wie sie bisher war, bleiben, oder durch eine weitere Zufahrtsbrücke vermehrt werden kann; auch würde der jetzige malerische Anblick nichts verlieren.

Im Empfangsgebäude wird der Fussboden der Räume für den Fahrkarten-, Gepäck-, Wirthschafts- u. s. w. Verkehr etwa in der Höhe des Friedrich-Wilhelmsplatzes liegen. Von diesen Räumen gelangt man mittels Tunnel und Treppen zu den Bahnsteigen, welche durch eine aus Eisen konstruirte Halle überdacht sind. Dicht an beiden Enden des Empfangsgebäudes befinden sich Strassen-Unterführungen, um das alte hinterliegende Bahnhofsterrain erreichen zu können.

In der Richtung von Braunschweig nach Hannover (Hildesheim) führt die Linie aus dem Bahnhof auf die Prinzenweg-Brücke zu, erreicht diese nicht ganz, sondern, nachdem die Oker und die Wilhelmthorpromenade auf Ueberführungen passirt, schwenkt sie etwas nach links ab, überbrückt dann wieder die Wilhelmthorpromenade und die Oker und geht dann über das Hinterland der an der Sophienstrasse belegenen Grundstücke. Hierauf wird die Juliusstrasse in der Nähe des reformirten Friedhofes überschritten, indem die Bahn über dieselbe hinweggeht, um dann auf freiem hochgelegenen Felde links von dem Fricke'schen und dem Runge'schen, rechts von dem Brachvogel'schen Grundstücke und dem Westbahnhofe in der Richtung nach Broitzem weiterzugehen. Die Landes-Eisenbahn, sowie die im Ortsbauplan projektirten Strassen werden mittels Ueberführungen bequem überschritten, und ev. könnte der Westbahnhof durch eine Kurve Anschluss an die Staatsbahn erhalten.

In der Richtung von Braunschweig nach Magdeburg (ev. auch nach Gifhorn und Oebisfelde) verlässt die Linie den Bahnhof im Gefälle in östlicher Richtung, überschreitet die Oker (indem sie an der zum städt. Wasserwerk gehörigen Maschinenmeister-Wohnung vorüberfährt), um über die Insel hinter dem Hollandt'schen Garten nunmehr in südöstlicher Richtung die Schneckenstertswiese zu erreichen. Hier geht die Bahn links an den Badeanstalten, rechts hinter den an der Wolfenbüttelerstrasse belegenen Gärten auf Wiesenterrain vorüber, alsdann weiter in östlicher Richtung unter der schon hoch gelegenen Wolfenbüttler- und der Salzdahlumerstrasse, ohne dass nennenswerthe Rampen für diese beiden Strassen nöthig wären, durch. Hier befindet sich die Bahn bereits wieder auf Terrain, welches Eigenthum des Eisenbahnfiskus ist, und ist dieselbe somit auf dem Ostbahnhofe angekommen, nicht ohne auch der Luther-

strasse gute Ueberführung zu gewähren. Auf dem Ostbahnhofe gehen alsdann die vom neuen Hauptbahnhofe kommenden Personengleise — ungefähr 500 m vor der Helmstedterstrasse — unter dem Gütergleise von Magdeburg durch, um sich mit den beiden Gütergleisen kurz vor der Helmstedterstrasse, nachdem für die Personenzüge die Steigung und für die Güterzüge das Gefälle von ca. 1 : 150 überwunden ist, wieder mit einander zu vereinigen. Die Gleise würden an dieser Stelle etwa 2,70 m unter dem jetzigen Niveau der Helmstedterstrasse liegen, während die Strasse an dieser Stelle etwa 2,70 m höher zu bringen ist. Die ganze Bahnlinie zum neuen Hauptbahnhofe ist um 1400 m kürzer als die bisherige.

In der Richtung von Braunschweig nach Wolfenbüttel (Oschersleben, Harzburg und Kreensen) läuft die Linie zunächst vom Bahnhofe aus bis zur Badetwete parallel neben der Magdeburger Bahn her, geht dann auf Wiesenterrain in südlicher und später in südwestlicher Richtung über die Oker bei Eisenbüttel, dann weiter unter der — für den durchgehenden Wagenverkehr auf den alten Magdeburger Eisenbahndamm zu verlegenden — Eisenbüttlerstrasse durch und erreicht in südlicher Richtung die bestehende Eisenbahnbrücke für durchfahrende Güterzüge, indem sie unter derselben hindurchführt; hiermit ist die alte Wolfenbüttler Linie erreicht. Die neue Linie ist nur 500 m länger als die alte.

Die Güterzüge von Hannover würden etwa in Broitzem die Personengleise verlassen, um auf den bestehenden Gleisen den Ostbahnhof sowohl, wie den alten Hauptbahnhof zu erreichen. Die Güterzüge von Magdeburg verlassen die Personengleise, ohne diese in entgegengesetzter Richtung in gleichem Niveau zu kreuzen, dicht hinter der Helmstedterstrasse. Diejenigen von Wolfenbüttel in derselben Weise vor der alten Eisenbahnüberführung, links von den Teichen bei Richmond.

Der Anschluss an den alten Hauptbahnhof vom neuen Haupt-Personenbahnhof wird erreicht, indem von der neuen Wolfenbüttler Linie ein Anschlussgleis, welches neben derselben vom neuen Bahnhof kommt, an der Stelle abzweigt, wo die Oker unterhalb Eisenbüttel überschritten wird.

Von Hannover und von Wolfenbüttel — von Magdeburg mit Hilfe dieser — ist der alte Hauptbahnhof durch bestehende Gleise zu erreichen. An keiner Stelle wird die Sicherheit für die Personenzüge durch Strassen- oder Bahnkreuzungen beeinträchtigt. Der alte Hauptbahnhof kann in vollem Umfange dem Güterverkehr erhalten bleiben, und somit auch die Anschlüsse an die anliegenden Fabrik-Etablissements. Die Lokomotivschuppen sowohl, wie die Reparaturwerkstätten können voll und ganz weiter verwandt werden.

Grunderwerb. — Von (ev.) Broitzem bis zur Juliusstrasse führt die Bahn über Wiesen- und Ackerland. Von hier aus geht sie über wenig bebautes Terrain über Oker und Prinzenwinkel zum Bahnhof, dann auf kurze Strecke durch den Eisenbahnpark, jedoch

in einem von der Promenade weit zurückliegenden Theile desselben. Die Trennung des Parks in zwei Theile wird durch Wegeunterführungen gehoben. Nachdem nun die Insel hinter Hollandt's Garten passiert ist, geht die Bahn einerseits bis in die Nähe der Elmstrasse, andererseits bis zur Oker-Ueberbrückung bei Eisenbüttel lediglich auf Wiesenterrain; von der Wolfenbüttlerstrasse bis zur Salzdahlumerstr., zwischen Elm- und Riedestrasse, geht dieselbe tiefliegend über weniger stark bebaute Privatgrundstücke. Von der Salzdahlumerstrasse ab hat alsdann die Bahn dem Eisenbahnfiskus bereits gehöriges Terrain erreicht. Dasselbe gilt von der Wolfenbüttler Linie, nachdem die jetzige Eisenbüttlerstrasse passiert ist. Der zwischen Helmstedter- und Wolfenbüttlerstrasse gewonnene Erdboden ist zur Aufschüttung von Dämmen ein sehr willkommenes Material.

Als Provisorium für den Personen- etc. Verkehr könnte wohl das Güterbahnhofs-Gebäude dienen, indem dasselbe leichter Weise — auf kurze Zeit — zum Empfangsgebäude umzuwandeln wäre. Die Gleisanlagen sind hierzu inner- und ausserhalb des Gebäudes vorhanden, und können die vorhandenen Aussenbahnsteige, welche ev. noch zu vermehren sind, benutzt werden. Zum Güterbahnhofsgebäude dagegen liesse sich vielleicht ein leichter Holzbau errichten; auch könnte der Ostbahnhof aushelfen.

Es sei uns gestattet, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. In die Augen springt, dass das Klapprothische Projekt mehrere grosse Vorzüge in sich vereinigt. Es bietet einen Durchgangsbahnhof nach den Anforderungen der neuesten Technik. Es lässt das Hauptgebäude an der alten gewohnten Stelle; nur der Zugang wird bequemer. Es schont mit verhältnissmässig grosser Pietät die jetzt bereits vorhandenen Anlagen, die Parks, die Strassen, die Gebäulichkeiten; es macht in Folge dessen auch verhältnissmässig geringe Kosten. Es bringt die betriebstechnisch so ausserordentlich wesentliche und erwünschte Trennung des Personen- und Güterverkehrs, indem es zugleich die Weiterbenutzung der betr. alten Anlagen gestattet. Die Stadt wird nicht zerlegt; alles Terrain, welches sich bereits im öffentlichen Besitze, zumal des Eisenbahnfiskus, befindet, wird ausgenutzt. Die Aenderung kann sich gewissermassen unvermerkt vollziehen, ohne dass dabei in irgend welche Interessen schonungslos eingegriffen wird. Wie wenige Privatgrundstücke und -Häuser werden durchschnitten! Die Durchschneidung des projektirten Bürgerparks könnte unangenehm auffallen. Je nun, hier steht Projekt gegen Projekt. Auch wird das Parkterrain nicht halbirt, sondern der Hauptverkehr bleibt unbelästigt. Mit dem Autor des seinerzeit im Tageblatt veröffentlichten Vorschlags weisen wir auch hier darauf hin, dass es sich durchaus nicht um langsam daher kommenden, lärmenden, rangirenden und rauchqualmenden Güterverkehr handelt, sondern lediglich um die rasche leichte Vorbeifahrt einer beschränkten Anzahl von Personenzügen. Auf die technische Seite der Sache einzugehen, ist hier nicht unsere Aufgabe,

steht auch nicht in unseren Kräften. Der Plan ist von Sachverständigen geprüft und seine Kalkulationen als richtig anerkannt worden. Die entstehenden Kurven, welche dem Laien Bedenken erregen könnten (keine über 400'), entsprechen dem Stande der Technik. Die Ausführung des Ganzen kann unserer Ansicht nach um 25% wohlfeiler werden, als es der Ausbau des jetzigen Bahnhofes zur Kopfstation unter gleichzeitiger Kassirung und Verlegung des Güterverkehrs nach dem Ostbahnhofe werden würde. Wahrscheinlich hat das Projekt indessen auch seine Schattenseiten; wir überlassen es der öffentlichen Kritik, dieselben zu finden und ins rechte Licht zu stellen. Wir erklären uns im eigenen und im Interesse des Autors bereit, jederzeit gegen-theiligen Meinungen in unsern Spalten das Wort zu ertheilen.

Entstehung und Entwicklung von Chikago.

Im Verlage von Walther & Apolant zu Berlin ist mit Zustimmung des Reichskommissars eine Schrift erschienen, welche den Titel trägt: „Chikago und die Columbische Weltausstellung 1893.“ Diese Schrift ist bestimmt und geeignet wie keine andere, dem deutschen Aussteller oder künftigen Besucher der Ausstellung ein richtiges Bild von der Bedeutung und den Eigen-thümlichkeiten dieses grossen Unternehmens zu verschaffen. Sie führt zunächst in die örtlichen Verhältnisse selbst ein, giebt einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftliche Bedeutung, über die geschichtliche Entwicklung und die politische Stellung Chikagos, schildert im Uebrigen aber in sehr übersichtlicher Art die künftige Eintheilung der Ausstellung und orientirt über die zuständigen Instanzen. Wir empfehlen die Anschaffung des Buches dringend allen Denjenigen nicht nur, welche sich mit dem Gedanken tragen, die Ausstellung jenseits des Ozeans zu besuchen, sondern auch denen, deren Interesse sie an die nächste grosse Weltausstellung, hoffentlich in Berlin denken lässt.

Von besonderem Interesse für den Laien ist es offenbar, über Chikago selbst, diese wunderbarste aller modernen Städte, etwas zu hören. Wie kommt gerade das junge Chikago dazu, die Weltausstellung zu Ehren der Feier der Entdeckung Amerikas in seinen Mauern zu sehen? Das Buch giebt hierauf eine eingehende und befriedigende Antwort. Man wird inne, dass Chikago gerade die eigentichste (s. v. v.), amerikanischste Stadt ist, welche es giebt. Wir geben im Folgenden auszuweise wieder, was in dem dankenswerthen Werkchen über die Entstehung und Entwicklung Chikagos gesagt ist.

Um den Glanz und die Grösse des gegenwärtigen Chikago richtig zu würdigen, ist es wohl angebracht, einen Blick auf seine Vergangenheit zu werfen.

Noch vor 100 Jahren war der Grund und Boden, welchen die heutige Stadt bedeckt, eine pfadlose Wildniss — ein nahezu undurchdringlicher Morast, ein Sumpfland, von wildem Riedgras überzogen, hier und dort Baumgruppen, von Eichen und Ahorn gebildet — aus der Einöde hervorragend.

Schon seit 1673 hatten einzelne Reisende und Missionare aus dem Süden und von Canada aus, angelockt durch die Schilderungen, welche ihnen Indianer von dem „Grossen Wasser“ im Norden, dem See Illinois (so wurde der Michigan-See damals noch genannt), diese Gegenden durchstreift und den Hafen von Chikago entdeckt (oder Checagow, wie es die Eingeborenen aussprechen) und waren bis zu dem Punkte vorge-dungen, auf welchem später seitens des Gouvernements der U. S. A. das Fort Dearborn errichtet wurde.

Die Indianer hatten ursprünglich den Namen, welchen jetzt die Stadt trägt, dem Flusse beigelegt — für sie war es Eschikagow oder Chekagow. Es wird erzählt, dass der Häuptling eines Stammes von Illinois den Namen Chekagow führte und im Jahre 1725 nach Frankreich geschickt wurde, um dort der Indischen Kompagnie vorgestellt zu werden — indess steht es fest, dass der Fluss schon früher diesen Namen trug.

Französische Missionare waren es, welche fast 100 Jahre ihre Niederlassung unter den Indianern behaupteten, bis auch Handelsagenten an verschiedenen Punkten des Michigan-Sees Niederlassungen begründeten — ob-schon Niemandem der Gedanke kam, gerade an diesem Punkte eine Stadt zu errichten.

Die Handelsfaktoreien nahmen an Zahl und Bedeutung zu, bis zu dem Zeitpunkt, dass in Folge des englisch-französischen Kolonialkrieges im Jahre 1804 Frankreich seines Kolonialbesitzes an den grossen Seen und östlich des Mississippi verlustig ging und dadurch auch die französischen Niederlassungen am Michigan-See unter die englische Oberhoheit kamen. Die Niederlassungen am Chikago-Fluss waren aber vom Kriegsschauplatz zu abgelegen und blieben ohne Nachricht über das Geschehene und von all den grossen Umwälzungen, darunter der Abfall der Kolonien von England, welche gerade in jener Zeit auf dem Festlande von Amerika vor sich gingen, hatte man in den französischen Niederlassungen am Chikago-Fluss keine Ahnung. Die junge Regierung der Vereinigten Staaten hielt es für geboten, an den südlichen Ufern des Michigan-Sees, gewissermassen als äussersten Vorposten der Zivilisation und um ihre staatliche Stärke und Selbstständigkeit zu zeigen, ein Fort zu errichten. Die blosse Thatsache, dass die Regierung der V. St. von den Indianern den einen Streifen Landes von etwa 6 Meilen käuflich erworben hatte, scheint für die Errichtung des Forts an jener Stelle ausschlaggebend gewesen zu sein. Das Unternehmen selbst galt als ein sehr kühnes, weil der Posten weit von aller Kultur entfernt und die Sicherheit der Bewohner ausschliesslich von den wohlwollenden Gesinnungen der umwohnenden Indianer bedingt war. Am 4. Juli 1803 langte ein Schooner mit der ersten Besatzung des Forts an und nachdem jener Fleck Erde 130 Jahre lang unter französischer Oberhoheit gestanden, wurde nun das Sternenbanner aufgezogen. Die Streitkräfte d. U. S. A. waren indess ersichtlich nicht stark genug, um in jenen Gegenden die Ordnung gegen die Feindseligkeiten der früheren französischen Ansiedler sowie gegen die Intriguen der englischen Regierung in Canada aufrecht zu erhalten. Ueberall mussten in Folge des Krieges zwischen England und Amerika im Jahre 1812 die Amerikaner zurückweichen und so kam es auch zu dem Ereigniss, dessen detaillirte Schilderung zu weit führen würde, nämlich zur Räumung von Fort Dearborn (so war es genannt worden) und zur Nieder-metzelung von nahezu der ganzen ausrückenden Besatzung. Das zerstörte Fort wurde erst im Jahre 1814 neu erbaut, genau an der früheren Stelle. Die Niederlassung begann sich zum zweiten Male zu bevölkern. Verbindungen mit den Niederlassungen und Städten im südlichen Illinois wurden hergestellt, die Welle der Einwanderer wandte sich dem Westen zu, die weiten Strecken Landes wurden nach und nach besiedelt. Illinois wurde im Jahre 1818 in die Union aufgenommen und Chikago erhielt das Ansehen eines blühenden Dorfes. Von jenem Zeitpunkte an hat die Stadt, wenn auch durch einige schlimme Katastrophen unterbrochen, sich immer mehr entwickelt und gehoben.

Im Jahre 1833 wurde zuerst die Verwaltung als eines Fleckens (town) eingerichtet: damals zählte Chikago 550 Einwohner und 175 Häuser. In diesem Jahre überredete das Gouvernment die Indianer, ihre Prairie und Jagdgründe zu verlassen und sich weiter im Westen anzusiedeln, sodass im September 1833 sich mehrere

Tausend Rothhäute in Chikago versammelten und durch Vertrag 20 Millionen Acres ihres Landes und um den Michigan-See für eine Summe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark abtraten.

Dieser Verkauf legte den Grund zu Chikagos Blüthe, denn die Prairie-Gründe, welche hierdurch der Besiedelung durch die Weissen eröffnet waren, bilden heute einen grossen Theil der grossen Ackerbau treibenden Staaten von Indiana, Illinois und Michigan.

Im Jahre 1837 erhielt Chikago den Charakter einer Stadt, es bedeckte etwa $2\frac{1}{2}$ englische Quadrat-Meilen und hatte 4170 Einwohner. Das seitdem verflossene halbe Jahrhundert hat Chikago in einem Massstabe wachsen sehen, wie dies selbst in der Entwicklungsgeschichte der westlichen Union-Staaten etwas nie Dagewesenes ist. — Zahlen mögen dies am schlagendsten darthun. Die Bevölkerung war im Jahre

1850	29 963
1860	109 206
1870	306 605
1880	491 516
1890	1 098 576

Fortgesetzte Einverleibung der benachbarten Territorien, welche von dem grossen Mittelpunkte der City aus bevölkert waren, hat dazu geführt, diese Zahlen immer noch zu vermehren, so dass die Stadt jetzt mit Einschluss von ein paar kleinen Seen von etwa 5 Meilen eine Oberfläche von 182 Quadratmeilen bedeckt. Die letzte Erweiterung fand in 1889 statt, Chikago nahm verschiedene Flecken mit 220 000 Einwohnern in sich auf und ist jetzt nach New-York die grösste Stadt der Union geworden.

Seitdem haben noch weitere Einverleibungen stattgefunden, sodass mit Hinzurechnung der Einwanderung im Herbste 1891 die Gesamt-Einwohnerzahl auf 1 250 000 geschätzt werden konnte. Wöchentlich nimmt die Zahl der Bewohner ungefähr um 1000 Seelen zu, wie dies nur noch in London der Fall ist.

Wie bei dem grössten Theile der jüngeren Städte Amerikas ist die Mehrzahl der Bewohner nicht in Chikago geboren. Kaum ein Viertel — 292 463 — sind nach dem letzten Zensus in Amerika gebürtig, ein grosser Theil davon hat noch europäische Eltern.

Deutschland stellt $\frac{1}{3}$. . .	384 958
Irland $\frac{1}{5}$	215 534
Skandinavier	100 363
Böhmen (Czechen)	54 209
Polen	52 756
Engländer	33 785
Schotten	11 927
Wallesen	2 966
Franzosen	12 963
Russen	9 997
Italiener	9 921
Canadier	6 989

Ausserdem sind noch eine Anzahl Chinesen, Mohamedaner und andere Nationalitäten vertreten, sodass so ziemlich alle zivilisirten Nationen ihren Beitrag zu dem Völkergemisch, welches Chikago bewohnt, gegeben haben.

Niemals zuvor hat sich die wunderbare Lebensfähigkeit Chikagos so glänzend gezeigt, als durch den raschen Wiederaufbau der Stadt nach dem grossen Feuer von 1871. Am 8. Oktober 1871 war das Feuer zum Ausbruch gekommen und hatte drei volle Tage mit solcher Heftigkeit gewüthet, dass der grösste Theil des geschäftlichen Theiles der Stadt in Asche lag. Ueber $3\frac{3}{4}$ Quadratmeilen bildete die Fläche der Brandstätte, 17 450 Gebäude waren vernichtet, 98 500 Personen obdachlos geworden, etwa 200 Menschen umgekommen und ungerechnet die Entwerthung, welche

Grund und Boden erfahren, wurde der Gesamtschaden auf 190 Millionen Dollars geschätzt, von denen nur 44 Millionen durch Versicherung gedeckt waren. Schon ein Jahr nach dem Feuer waren einzelne der besten Geschäftsviertel in der inneren Stadt wieder aufgebaut und 5 Jahre darauf stand die Stadt schöner und blühender da, als je zuvor — nach 10 Jahren aber waren fast alle Spuren der durch die Feuersbrunst herbeigeführten Verwüstung getilgt.

In der That datirt von dem Zeitpunkte des grossen Feuers erst der gewaltige Aufschwung Chikagos und es bleibt eine bewundernswürthe Thatsache, dass man nach der grossen Katastrophe den Muth fand, die zerstörte Stadt in weit grossartigerer und soliderer Weise wieder aufzubauen — gleichsam die beispiellose Entwicklungsfähigkeit derselben und ihres Handels vorausnehmend.

Gewerbliche Fortbildungsschulen für Kaufleute.

Die zahlreichen Jahresberichte deutscher kaufmännischer Vereine, welche in den letzten Wochen erschienen sind, enthalten wieder viele Belege für die mangelhafte fachliche Ausbildung der jungen Kaufleute in Deutschland. Dieselbe wird namentlich vom Hamburger Verein, sowie von verschiedenen rheinischen Korporationen bitter getadelt und u. a. auch der übermässigen Ausnutzung der jungen Leute in den Verkaufsgeschäften zugeschrieben, welche den Lehrlingen und Gehilfen Zeit und Lust zur fachlichen und allgemeinen Fortbildung völlig benehmen. Aus dieser Sachlage hat kürzlich der „Verband kaufmännischer Vereine Badens und der Pfalz“ die richtige Konsequenz gezogen, indem er auf seinem am 15. Mai zu Pforzheim abgehaltenen Verbandstage eine Eingabe an die badische Regierung mit folgenden Forderungen beschloss: 1. Es möge auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung für eine gleichmässige und entgegenkommende Anerkennung der von kaufmännischen Vereinen oft mit grossen Opfern bereits errichteten Kurse und Handelsschulen als Anstalten gesorgt werden, die der gewerblichen Fortbildungsschule gleichberechtigt sind und deren Besuch allenthalben von der Pflicht zur Theilnahme am gewerblichen Fortbildungsunterricht befreit. Es empfiehlt sich vielleicht in dieser Richtung der Erlass einer einheitlichen Instruktion an die unteren Verwaltungsbehörden seitens des hohen Ministeriums. 2. Es möge in den Etat des Ministeriums für Justiz, Kultus und Unterricht ein Betrag für Staatsbeihilfe an die bereits bestehenden Fortbildungsschulen der Kaufmännischen Vereine eingestellt werden, welcher den für die gewerblichen Fortbildungsschulen aufgewendeten Mitteln, der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechend mindestens gleichkommt, und es möchten bei der Vertheilung dieser Beihilfe die Kurse und Schulen der Kaufmännischen Vereine ausgiebig bedacht werden. Hierbei mag der Hinweis darauf gestattet sein, dass in Württemberg der Staat die Kosten sämtlicher kaufmännischen Fortbildungsschulen trägt, dass Preussen doch wenigstens ca. 13 000 Mk. Beihilfe an kaufmännische Fortbildungsschulen gewährt, dass der Bundesrath der Schweiz im letzten Jahre einen Betrag von 60 000 Fre. zur Vertheilung für Unterrichtszwecke an kaufmännische Vereine gebracht hat und dass Direktor H. Schmitt in seiner neuen Schrift „Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen Deutschlands“ (Berlin 1892 S. 27) sagen kann: „Somit ist also in Bayern und Baden die finanzielle Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens seitens des Staates am geringsten, in Württemberg und Sachsen dagegen am stärksten.“ 3. Es möge dort, wo städtische oder staatliche Fortbildungsschulen bestehen oder noch er-



richtet werden. den Gemeinden nahegelegt werden, dass sie mindestens ein Vorstandsmitglied des am Platze bestehenden kaufmännischen Vereins in das Kuratorium der Schule als Mitarbeiter heranziehen. Dies geschieht theilweise (Lahr) theilweise aber (wie in Freiburg und Pforzheim) nicht. Die Vorstandsmitglieder kaufmännischer Vereine dürften durch ihre Einblicke in die Unterrichtskurse, das Stellenvermittlungs- und Unterstützungswesen ihrer Vereine von den Bildungsbedürfnissen der jungen Kaufleute besser unterrichtet sein, als ausserhalb des Vereines stehende Kaufleute. 4. Es möchte von der Grossherzoglichen Regierung bei den Stadtverwaltungen dahin gewirkt werden, dass letztere auf Grund des § 120 des R. G. O. ortsstatutarische Vorschriften erlasse, nach welchen junge Kaufleute noch drei Jahre nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters (statt zwei Jahre nach § 1 des badischen Gesetzes vom 18. Februar 1874) verpflichtet sind, eine kaufmännische Fortbildungsschule zu besuchen. Hierzu ist zu bemerken, dass der jetzige zweijährige Fortbildungsschulzwang den jungen Kaufmann in den meisten Fällen bereits vor Beendigung der praktischen Lehre, die bereits drei Jahre dauert, also in einem Alter von 16 Jahren entlässt, in welchem seine Ausbildung kaum schon genügend abgeschlossen sein kann, da sich die Anforderungen an den heutigen Kaufmann von Jahr zu Jahr steigern, wobei der ausgedehnte Schulzwang auch in sittlicher Beziehung eine gute Wirkung auf die jungen Leute äussern würde.“

Der anwesende Vertreter der badischen Regierung versprach die eingehende Berücksichtigung obiger Wünsche. Dass die süddeutschen kaufmännischen Vereine diese Frage gründlicher in Angriff nehmen, erklärt sich daraus, dass sich dort der Fortbildungsschulzwang bereits seit einer Reihe von Jahren bewährte und der Standpunkt der blossen Selbsthilfe überhaupt schon seit längerer Zeit verlassen ist. Auf dem letzteren steht dagegen noch ausschliesslich eine Reihe norddeutscher Vereine in Hamburg, Lübeck und Bremen und der neue Jahresbericht des Hamburger Vereins erklärt sich deshalb gegen den Fortbildungsschulzwang. Eine Art vermittelnden Standpunktes nimmt der „Verband kaufmännischer Vereine Rheinland-Westfalens“ ein, welcher zu gleicher Zeit wie der süddeutsche, in Bochum tagte und auf welchem zwar drei Vereine für den Zwang plädirten, der in Preussen noch nicht existirt, schliesslich aber folgende Resolution angenommen wurde: „Obligatorische kaufmännische Fortbildungsschulen müssen sich naturgemäss auf jugendliche Schüler und die niedrigsten Unterrichtsfächer (Deutsch, Rechnen und einfache Buchführung) beschränken. Die kaufmännischen Vereine können diese Schulen nicht direkt unterstützen; sie einzuführen ist Sache der Gemeinden, da sie den Handwerker-Fortbildungsschulen gleichzustellen sind. Die Aufgabe der kaufmännischen Vereine ist es, in bisheriger Weise mit ganzer Kraft auf die Einrichtung von höheren Schulen hinzuwirken, oder, wo dieselben nicht gegründet werden können, für besondere Klassen mit höheren Unterrichtszielen für fortgeschrittene Schüler zu sorgen. Das höhere kaufmännische Schulwesen wird von der Einführung obligatorischer Schulen Nutzen ziehen, wenn damit die Unterrichtszeit auf die Tageszeit verlegt wird.“ Uebrigens beginnen auch schon die Vertretungen kaufmännischer Prinzipale für den Fortbildungsschulzwang einzutreten. Die Handelskammer in Halberstadt beschäftigte sich kürzlich in einem amtlichen Bericht mit den üblen Bildungsverhältnissen der jungen Kaufleute und kam dabei zu folgendem Schlusse: „Was demgegenüber heute, wo die Technik des Handels eine ganz andere geworden, gefördert werden muss, sind: obligatorisch einzuführende kaufmännische Fortbildungsschulen. Anstalten, in denen der bereits in einem kaufmännischen Geschäft thätige junge Mann neben seiner praktischen Arbeit Gelegenheit zu einer theoretischen

Ausbildung und Weiterbildung findet — es ist mit anderen Worten als ein dringendes Bedürfniss zu bezeichnen, dass das, was der Handwerkslehrling und Gehilfe in den Gewerbeschulen und in den gewerblichen Fachklassen findet, was der praktische Landwirth in Winterschulen und von Wanderlehrern hört, auch für den Handelslehrling und Handelsgehilfen angestrebt werde: seine Einführung in die Grundbegriffe der Handelswissenschaften, die Erweckung und Erweiterung seiner Anschauungen mit der Erklärung der wichtigsten Erscheinungen seines Berufsgebiets, ein Unterricht in praktischen Disziplinen, Buchführung, Sprachlehren u. s. w. kurz eine Hebung des Bildungs- und Kenntnissniveaus vermittelt eines methodischen kaufmännischen Schulunterrichts, durch welchen das Interesse und die Liebe für den Beruf gehoben und mit den gegebenen Anregungen vor Allem auch das Bedürfniss nach eigener selbstständiger Weiterbildung geweckt werden könnte.

Deutscher Vortrags-Verband und Deutscher Verband kaufmännischer Vereine.

In Köln a. Rh. versammelten sich in den Tagen vom 11. bis 14. Juni d. J. 49 Vertreter von 29 dem Vortrags-Verbande und dem Kaufmännischen Verbande angehörenden Vereinen. Wir geben aus den Referaten über die Verhandlungen diejenigen Ausführungen wieder, welche uns auch für unseren Bezirk von Interesse erscheinen.

Nachdem einige innere Angelegenheiten besprochen waren, trat man in die Tagesordnung ein und es berichtete Herr Verbandsvorsteher Lotz zunächst über die auf dem vorigen Verbandstage beschlossenen Resolutionen.

Die erste betraf die von dem „Deutschen Verbande Kaufmännischer Vereine“ dem Reichskanzler Ende 1890 unterbreitete, im Hamburger Vereinsblatte Nr. 2 ausführlich abgedruckte Eingabe. In derselben war bekanntlich der Wunsch ausgesprochen worden, es möchten Erhebungen darüber angestellt werden, ob die von verschiedenen Seiten behaupteten, aber nicht bewiesenen misslichen Verhältnisse der wirthschaftlichen Lage der Handlungsgehilfen wirklich vorhanden seien. Ferner wurde in der Eingabe darum gebeten, man möge bei diesen Erhebungen das anderweitig bewährte mündliche Verfahren in Anwendung bringen. In der in Braunschweig auf dem vorigjährigen Verbandstage gefassten Resolution war der Reichsregierung für die inzwischen bekannt gewordene Geneigtheit, Erhebungen anstellen zu lassen, der Dank ausgesprochen, aber nochmals der Wunsch des mündlichen Verfahrens hervorgehoben.

Herr Lotz betonte, dass die Reichsregierung jetzt den Wünschen durch die Einberufung der Kommission für Arbeitsstatistik entsprochen habe, da bei derselben das mündliche Verfahren in Anwendung gebracht, auch die Erhebungen sich auf die wichtigsten Theile der Eingabe erstrecken würden. Der Vorstand schlage deshalb der Versammlung vor, dem Herrn Staatssekretär Minister Dr. v. Bötticher den Dank des Verbandes für das demselben bewiesene Wohlwollen durch eine Depesche zu übermitteln. Diesem erklärte sich die Versammlung mit Freuden zustimmig.

Herr Geh. Regierungsrath Dr. Wilhelmi erwähnte noch, dass die Kommission schon innerhalb der nächsten 14 Tage zusammentreten würde.

Bezüglich der vorjährigen Resolution zur Krankenkassen-Novelle hob der Vorsitzende hervor, dass das neue Krankenkassengesetz im Handelsstande keineswegs Zufriedenheit erlangt habe. Die freien kaufmännischen Hilfskassen seien durch das Gesetz in keiner Weise gefördert worden, es sei vielmehr frag-

lich, ob dieselben überhaupt den neuen Bestimmungen sich anpassen könnten oder etwa sich auflösen gezwungen seien. Man müsse erst einige Jahre Erfahrungen abwarten, ehe man hierüber ein bestimmtes Urtheil fällen könne.

Herr Gayler-Esslingen meint, die kaufmännischen Hilfskassen müssten sich untereinander verbinden. Die grösste Schwierigkeit machten den Kassen gerade die auswärtigen Mitglieder. Daher sollten die kaufmännischen Krankenkassen gegenseitig ihre Kassen-Aerzte und Apotheker sich mittheilen.

Hierauf bemerkt der Vorsitzende, Herr Lotz, dass in der Novelle zum Krankenkassengesetz mithin ein Ansporn zur Einigung für die kaufmännischen Vereine liege. Mit vereinten Kräften würde man viel weiter kommen, als wenn jede Kasse allein für sich arbeite.

Den ferner Punkt der Verhandlungen bildete die Handelsschulfrage, die das Interesse der Versammlung in weitem Masse erweckte.

Herrn Oberlehrer Rohlf-Köln, der Leiter der Fortbildungsschule des „Kaufmännischen Vereins“, war das Referat über diese Frage übertragen worden. Er erledigte sich dieser ihm gestellten Aufgabe in bester Weise, indem er in klarer, von wirklichem Sachverständniss zeugender Rede darlegte, dass ein Zwang für den Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschulen einen grossen Nachtheil für die Ausbildung der jungen Kaufleute in sich schliesse. Nicht allein die sehr verschiedene Veranlagung und Vorbildung der zahlreichen Schüler, sondern auch der Mangel geeigneter Lehrkräfte und passender Lokale, ständen der Einführung des Zwanges entgegen. Bezüglich der Schulkale werde dieses namentlich in grossen Städten, z. B. in Köln selbst, der Fall sein, wenn der Unterricht auf die Tagesstunden verlegt werde, weil die sonst etwa zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten der städtischen Schulen am Tage nicht zu erhalten seien. Beim Zwang werde man, unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Schüler, worunter oft recht widerborstige sich befänden, auch keine kaufmännischen Fortbildungsschulen, sondern nur allgemeine Fortbildungsschulen errichten können. Diese ins Leben zu rufen sei aber nicht Aufgabe der kaufmännischen Vereine. Redner meint schliesslich, anstatt auf die jungen Kaufleute, sei es vielleicht besser, dass durch ein Gesetz ein Zwang auf die Prinzipale ausgeübt würde, ihre jungen Leute in die Handelsschule zu schicken.

Hierzu bemerkt Herr Bürgermeister Pelman, dass dieses nach der Novelle zur Gewerbe-Ordnung schon jetzt angängig sei.

Verschiedene Redner nehmen zu dieser Frage das Wort, die Mehrzahl spricht sich jedoch gegen den Schulzwang aus.

Herr Pfitzner-Apolda berichtet, dass sich dort die Einrichtung bewährt habe, dass die Handelslehrlinge, sofern sie nicht fähig wären, in die vom Kaufmännischen Vereine eingerichtete, vom Staate und von der Stadt unterstützte Handelsschule Aufnahme zu finden, bis zum 16. Lebensjahre die allgemeine Fortbildungsschule zu besuchen gezwungen sind.

Herr Münster-Osnabrück ist ebenfalls nur für Elementar-Zwangsschulen, hält aber für deren Einführung das Ortsstatut für empfehlenswerth.

Herr Scheuerle-Ulm betont unter Berufung auf seine 15jährige Thätigkeit als Lehrer an der Fortbildungsschule des „Kaufmännischen Vereins“, dass mit Zwangsregeln nichts zu erreichen sei. Die Vereine müssten auf die Prinzipale wirken, dass sie den Lehrlingen von 6—8 Uhr Abends freie Zeit zum Besuch der Handelsschule gewährten. Bei Zwang sei eine Disziplin nicht aufrecht zu halten. Durch Freiwilligkeit habe man in Ulm aber erreicht, dass die Zahl der Schüler an der Handelskammer von 15 auf 120 gestiegen sei.

Herr Dr. Quark-Frankfurt a. M. bemerkte alsdann die Verhältnisse lägen nicht überall so ungünstig, wie sie Herr Rohlf-Köln geschildert habe. In den meisten grösseren Städten ständen genügende Schulkale zur Verfügung. Er lege nicht allein auf die kaufmännische, sondern auch auf die moralische Fortbildung Gewicht. Man müsse die vielbeklagte Gleichgiltigkeit gegen die Handelsbewegung und die Unbildung im Kaufmannsstande bekämpfen.

Herr Dr. Quark hob auch hervor, dass die in Braunschweig gefasste Resolution sich nur um den Zwang für Elementarschulen drehe. Das war sicherlich allen Anwesenden etwas völlig Neues!

Herr De Bruyn-Düsseldorf ist gegen Zwang und stimmt den Ausführungen des Herrn Rohlf-Köln zu. Er befürchtet bei der Einführung des gewünschten Zwanges das Eingehen vieler guter kaufmännischer Fortbildungsschulen.

Herr Schuldirektor Harry Schmidt — der Verfasser des in No. 75 des „Hamburger Vereinsblattes“ sehr warm empfohlenen Werkes über die Kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland — befürwortet in längerer, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede die Trennung der Allgemeinen Fortbildungsschule von der Kaufmännischen Fachschule. Wenn der Besuch der Allgemeinen Fortbildungsschule, die ein nothwendiger Ausbau der Volksschule sei, für die nicht mit den nöthigen Kenntnissen ausgerüsteten Lehrlinge bis zum 16. Lebensjahre erst obligatorisch wäre, so würden die jungen Kaufleute von selbst den freiwilligen kaufmännischen Fachschulen sich zuwenden.

Herr Bosch-Köln meint, dass durch die Aussprache eine Klärung der Frage insoweit erzielt sei, dass die allgemeinen Fortbildungsschulen von den kaufmännischen Fachschulen zu trennen seien.

Herr Professor van der Borcht bestätigt dieses mit dem Hinzufügen, dass ein Zwang nur für die untersten Stufen der Handelslehrlinge eintreten könne und hebt hervor, dass auch für Deutschland die Einführung höherer Handelsschulen erwünscht sei.

Herr Unkart-Hamburg erklärt sich gegen den allgemeinen Zwang, erwähnt jedoch, dass es stets im Auge behalten werden müsse, die Prinzipale aufzufordern, den jungen Leuten die nöthige freie Zeit zum Besuch der Unterrichtsstunden zu gewähren, sowie die Eltern und Vormünder zu ersuchen, vor Unterbringung ihres Sohnes oder Mündels die nöthige freie Zeit für dessen weitere Ausbildung mit dem Prinzipal zu vereinbaren. Beim Hamburger Verein sei dieses seit langen Jahren Gebrauch. Dort, wo noch keine kaufmännischen Fortbildungsschulen beständen, müssten die Vereine für deren Errichtung eintreten.

Herr Dr. Quark spricht sich nochmals für Zwangsschulen für Kaufleute aus, so lange noch nicht überall der allgemeine Fortbildungsschulzwang eingeführt sei.

Der Vorsitzende, Herr Lotz, hebt hervor, dass nach den bisherigen Verhandlungen die Angelegenheit noch nicht so völlig klargestellt sei, als dass es angebracht erscheinen dürfte, schon jetzt eine Resolution zu fassen. Im nächsten Jahre müsse die Frage weiter behandelt werden und könne alsdann vielleicht auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen eine geeignete Beschlussfassung erzielt werden.

Hiermit erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Der nächste Punkt, über welchen die Verhandlung aufgenommen wurde, betraf die Sonntagsruhe.

Herr Lotz berichtet, dass die im vorigen Jahre beschlossene Resolution, die allen deutschen Regierungen zugestellt worden ist, nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe, da von den Bestimmungen, die Sonntagsarbeit durch Ortsstatut auf weniger als die gesetzlichen fünf Stunden zu beschränken, nur in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht worden sei. Es müsse deshalb die Aufgabe der Kaufmännischen Vereine bleiben, auch nach dem 1. Juli d. J. dahin zu wirken, dass durch

Ortsstatut eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe herbeigeführt werde. Der Vorstand schlage der Versammlung deshalb vor, eine diesbezügliche Resolution zu fassen.

Herr Treiber-Stuttgart erwähnt, dass in Stuttgart für Fabrik- und Engros-Geschäfte der freie Sonntag erzielt worden sei. Ein Hauptwerth müsse darauf gelegt werden, dass der freie Sonntag auch richtige Benutzung fände. Hierzu müsse den jungen Leuten durch die Vereine Gelegenheit geboten werden.

Herr Helms-Hamburg betont, dass man den Magistraten und Behörden nicht zu grosse Vorwürfe machen dürfe. Man müsse doch immer im Auge behalten, dass die Behörden nicht allein auf die Handlungsgehilfen, sondern auch auf die Geschäftsinhaber, namentlich aber auf die Besitzer kleinerer Ladengeschäfte, die sich recht oft weit schlechter ständen als die Handlungsgehilfen, Rücksicht zu nehmen hätten. Der Hamburger Senat habe die wohlwollendsten Absichten den Handlungsgehilfen gegenüber, dennoch hätte er aus Rücksicht auf die kleineren Handeltreibenden zunächst von einer Beschränkung der fünfständigen Sonntagsarbeit abgesehen. Auch in anderen Orten sei die gleiche Rücksicht zu nehmen gewesen. Die Kaufmännischen Vereine könnten daher sich leicht selbst sehr schädigen, wenn sie jetzt in eine starke Agitation zur weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe eintreten würden. Redner sei zwar, wie er ausdrücklich betone, persönlich ein Anhänger der völligen Sonntagsruhe, doch stünde er auf dem Standpunkte, dass man dieses Ziel erst allmählich erreichen könne. Die Vereine sollten erst die Wirkungen der am 1. Juli in Kraft tretenden Sonntagsruhe abwarten, bevor sie weitere Schritte in dieser Richtung unternehmen.

Herr Münster-Osnabrück ist der Ansicht, die Agitation müsse sich dahin erstrecken, dass das Gesetz insofern geändert wird, dass während des Gottesdienstes die Läden geöffnet bleiben könnten, um eine Zerreissung der Arbeitszeit zu vermeiden. Eine Verlegung des Gottesdienstes sei nicht zu erzielen.

Mit grosser Majorität wird alsdann die folgende, vom Vorstände vorgeschlagene Resolution angenommen.

„Die Jahresversammlung spricht der Reichsregierung ihren Dank dafür aus, dass sie die neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe bereits für den 1. Juli dieses Jahres in Kraft gesetzt hat. Sie bedauert, dass durch die Verwaltungen der Gemeinden und Kommunalverbände bisher kein grösserer Gebrauch von der weitergehenden statutarischen Beschränkung der kaufmännischen Sonntagsarbeit gemacht worden ist und fordert die Verbandsvereine auf, je nach Lage ihrer örtlichen Verhältnisse mit Entschiedenheit für die statutarische Regelung weiter zu wirken.“

Zu dem Punkte Minimal-Kündigung ergreift Herr Unkart-Hamburg das Wort zur Begründung der folgenden, vom Vorstände vorgeschlagenen Resolution. Deren Inhalt schliesst sich dem von der Verwaltung des Hamburger „Vereins für Handlungs-Kommis von 1858“ in ihrer ausführlich begründeten Eingabe an den deutschen Reichstag — abgedruckt in No. 59 des „Hamburger Vereinsblattes“ — ausgesprochenen Wunsche an.

Nachdem Herr Schäfer-Frankfurt die Resolution ebenfalls befürwortet hat, wird dieselbe mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Die Jahresversammlung des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine erklärt eine Minimal-Kündigungsfrist für Handlungsgehilfen als ein dringendes Bedürfniss, dessen Befriedigung nicht bis zur allgemeinen Revision des deutschen Handelsgesetzbuches verschoben, sondern sobald als möglich vorgenommen werden sollte. Die Jahresversammlung spricht sich für Annahme folgender Bestimmungen in das Handelsgesetzbuch aus:

1. Die Kündigungsfristen müssen in jedem Falle für beide Theile gleich sein.
2. Die Vereinbarung einer kürzeren Kündigungsfrist als einer gegenseitig monatlichen, d. h. einer Kündigung am letzten Tage eines Monats auf den ersten Tag des zweitfolgenden Monats, ist nicht zulässig.
3. Für Probe-Engagements und Aushilfe-Stellen, die nicht über drei Monate dauern, können kürzere Kündigungsfristen vereinbart werden.

Bezüglich der Zeugniss-Zwangfrage theilt Herr Lotz mit, dass dieselbe, worauf auch Herr Backasch-Zwickau aufmerksam macht, zu der kaufmännischen Fortbildungsschulfrage gehöre und deshalb mit dieser später zu erledigen wäre.

Nunmehr gelangt ein Antrag von Brückmann-Braunschweig zur Verhandlung. Herr Brückmann ist leider am Kommen verhindert worden und lässt seinen schriftlich eingebrachten Antrag nebst Begründung durch Herrn Cramer-Braunschweig vortragen. Die Begründung und der Antrag gipfelt darin, dass die Einrichtungen der „Abtheilung für nothleidende Handlungsgehilfen“ des Hamburger 1858er Vereins sich auch in Braunschweig völlig bewährt haben und dass Herr Brückmann dieselben deshalb auf den Verband ausgedehnt zu sehen wünscht. Herr Witzigmann stellt auch die Hamburger Einrichtungen als mustergiltig hin, die der „Kaufmännische Verein zu Mannheim“ schon seit Jahren eingeführt habe.

Herr Unkart legt auf die Ausführungen eines Redners den Unterschied dar zwischen der „Abtheilung für nothleidende Handlungsgehilfen“ — die fast nur für Vagabonden eintreten muss — und der beim 1858er Vereine bestehenden Unterstützungs-Kommission, die für in eine missliche Lage gerathene Mitglieder, namentlich bei Stellenlosigkeit, in diskreter Weise durch baare Geldunterstützung eintritt.

Auch von Herrn Mayerhofer-München wird hervorgehoben, dass es sich bei der von Braunschweig vorgeschlagenen Unterstützung, deren Einrichtung der kaufmännische Verein in München ebenfalls eingeführt hat, immer nur um sog. „Stromer“ handle.

Herr Bosch-Köln regt die Versicherung gegen Stellenlosigkeit an, was mit vielem Beifall aufgenommen wird. Der Vorstand wird ersucht, dem nächsten Verbandstage Vorschläge zu unterbreiten. Der Antrag Brückmann soll alsdann ebenfalls weiter beraten werden.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Handelskammer zu Würzburg hat im Beisein eines Vertreters der Staatsregierung eine Sitzung abgehalten, in welcher die nachfolgenden Erwägungen und Beschlüsse betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu Tage getreten sind.

In der Stadt Würzburg kommen drei Strömungen in Betracht, die sich in drei an den Magistrat gerichteten Denkschriften geltend machen, es ist dies die Denkschrift des kaufmännischen Vereins, unterzeichnet von über 400 Namen, die für volle Sonntagsruhe eintreten und etwa zur Hälfte dem Stand der Prinzipale und zur anderen Hälfte dem der Handlungsgehilfen angehören. Es ist dies ferner die Denkschrift des Würzburger Handelsvereins, welche sich auf eine umfassende, objektiv angelegte und klare Enquête begründet und für eine Sonntagsnachmittagsruhe von 1 Uhr ab eintritt. Es ist dies schliesslich eine Vorstellung des Vereins zum Schutze des Detailhandels in Würzburg, deren Inhalt sich im Wesentlichen mit der Ausführung des Handelsvereins deckt, und nur bezüglich einer Ausdehnung der Verkaufszeit bis 2 Uhr abweicht.

Alle diese drei Korporationen sprechen sich für eine einheitliche Regelung der Verkaufszeit für sämtliche offene Ladengeschäfte ohne Ausnahme aus.

Hierzu kommen noch die seitens des Stadtmagistrats gepflogenen Erhebungen über die Interessen der Metzger, Konditoren, Bäcker und Friseure.

Nachdem der Referent die verschiedenen Interessen und Bestrebungen inhaltlich dargelegt, geht er dann zu einer Kritik derselben über, die er schliesslich in nachfolgenden motivirten Anträgen zusammenfasst.

I.

Die zulässige Geschäftszeit beziehungsweise die Beschäftigung des Personals an Sonn- und Feiertagen ist zu regeln nach zwei Klassen und zwar:

- a. für Bank-, Fabrik-, Engros- und überhaupt alle Komptoir-Geschäfte,
- b. für offene Verkaufsstellen aller Art einschliesslich der Bäcker, Konditoren und Metzger.

Eine Ausnahme zu Gunsten einzelner Geschäftsbranchen innerhalb dieser Klassen ist ausgeschlossen.

II.

In Berücksichtigung der derzeit durch ortspolizeiliche Vorschrift vom 4. Oktober 1862 für die Zeit des Hauptgottesdienstes festgesetzten Stunden von 9—11 Uhr dürfen mit Ausnahme der hohen Festtage

- a. die Bank-, Fabrik-, Engros- und Komptoir-Geschäfte von 11—1 Uhr Vormittags,
- b. die offenen Verkaufsstellen Vormittags von 7—9 Uhr und 11—1 Uhr Mittags geöffnet halten.

III.

Für den anzustrebenden Fall, dass die Verlegung der dormal geltenden öffentlichen Kirchenzeit von 9—11 Uhr auf 8—10 Uhr durchführbar ist, beantragen wir, die sub II genannten Geschäftsstunden statt 7—9 auf 6—8 und statt 11—1 auf 10—1 Uhr festzusetzen.

IV.

An den Messsonntagen, sowie an dem Rosenkranzsonntage ist die Verkaufszeit bis 5 Uhr Nachmittags und an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, sowie am Feste Maria Empfängniss bis 7 Uhr — in dem sub III angeregten Falle in Berücksichtigung des § 105 b Abs. 2 Satz 3 bis 6 Uhr — Abends zulässig.

V.

Der Hausirhandel ist an Sonn- und Feiertagen unter keinen Umständen zulässig.

Begründung.

Bei Aufstellung der vorliegenden Anträge berücksichtigen wir die seitens des hiesigen Handelsvereins und des Vereins zum Schutze des Detailhandels lautgewordenen Wünsche und suchen denselben möglichst Rechnung zu tragen.

Dagegen vermögen wir dem Antrage der Vereinigung hiesiger kaufmännischer Gesellschaften auf vollständigen Geschäftsschluss nicht zuzustimmen.

Während einestheils in den Engros-, Fabrik- und besonders Bankgeschäften auch an Sonntagen die Erledigung wichtiger und pressanter Geschäfte ohne Nachtheil nicht verschoben werden kann, wäre andererseits ein vollständiger Schluss der offenen Ladengeschäfte gleichbedeutend mit der Verdrängung der Landbevölkerung an Sonntagen aus hiesiger Stadt und ebenso nachtheilig für Wirthe etc., als Verkäufer.

Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, der Bedarf würde dafür an den Wochentagen gedeckt und der Sonntagsausfall ersetzt; das mag vielleicht für die Stadtbevölkerung zutreffen. Der kleine Bauer, der ländliche Dienstbote und der auf dem Lande wohnende Beamte findet, wie in der Eingabe des Vereins zum Schutze des Detailhandels vom 14. Januar cr. richtig

bemerkt ist, an den Wochentagen gewöhnlich nicht ausreichende Zeit, zu Einkäufen hierher zu kommen, und würde dann der Ausfall den naheliegenden kleinen Städten und dem gemeinschädlichen Hausirhandel zu Gute kommen.

Eine Ueberlastung des Geschäftspersonals kann aber in den beantragten kurzen Beschäftigungszeiten gewiss nicht erblickt werden. — Wir bemerken zu unseren Anträgen insbesondere:

ad I. Die Zweckmässigkeit der Sonderung nach Komptoir- etc. und offenen Verkaufsgeschäften wird einer besonderen Begründung nicht bedürfen.

Das in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Handelsvereine und dem Vereine zum Schutze des Detailhandels gestellte Verlangen, dass eine Ausnahme für einzelne Arten des Detailhandels zu vermeiden sei, erscheint durch den Umstand geboten, dass eine Kontrolle über die von einzelnen Händlern geführten Artikel gänzlich unmöglich ist. — Selbst dem Gedanken, dass beispielsweise in den Morgenstunden nur jenen Geschäften, welche Genussmittel führen, der Verkauf gestattet werden soll, können wir nicht näher treten, da jetzt schon manche Kurzwaarengeschäfte, z. B. Thee, Chokolade, Cigarren etc. führen, Andere, um das Offenhalten zu erzwingen, sich derartige Artikel beilegen würden, kurz gesagt, weil eine Grenze nicht zu ziehen ist.

Wir können aber auch für die Verkaufsläden der Metzger, Bäcker und Konditoren eine verlängerte Verkaufszeit nicht zugestehen, um nicht eine Inkonssequenz gegenüber den Delikatessen-, Produkten- und anderen Händlern zu begehen; vielmehr erachten wir, dass dem Publikum hinreichend Zeit zu Deckung des Bedarfs durch obenbezeichnete Stunden gegeben sei.

ad II. Die hier begutachteten Geschäftsstunden begründen sich durch die seitens des königl. Staatsministeriums d. J. getroffene Bestimmung, dass die dormal geltenden Vorschriften bezüglich der Zeit des Hauptgottesdienstes zu berücksichtigen seien, unter Vorbehalt unseres weiteren zu III gestellten Antrages und ausgehend von dem Prinzipie, dass Nachmittags von 1 Uhr ab allgemeine Sonntagsfeier einzutreten habe.

Der Handelsverein hat sich der Mühe unterzogen, eine Enquête zu veranstalten, die zwar eine Menge Sonderwünsche zu Tage förderte, im Allgemeinen und der Hauptsache nach aber jene Grundsätze zum Ausdruck brachte, welche unser Gutachten leiten.

Nur bezüglich der Komptoir- etc. Geschäfte müssen wir in Rücksicht auf die Kirchenzeit die Geschäftsdauer von 10—1 Uhr auf 11—1 Uhr reduzieren.

Auch der Verein zum Schutze des Detailhandels erklärte sein Einverständnis zu den Vorschlägen des Handelsvereins mit der einzigen Ausnahme, dass er die Mittagsstunden bis 2 Uhr ausgedehnt wünscht. Wir können hierin einen Vortheil für die Verkäufer nicht erkennen, da, wie der Handelsverein hervorhebt, wegen der inmitten fallenden Mittagessenszeit die Prinzipale immer nur einen Theil ihres Personals zur Befriedigung ihrer Kunden zur Verfügung haben werden; letztere aber sich daran gewöhnen werden, ihre Einkäufe in den übrigen Stunden zu besorgen.

Wie der Verein zum Schutze des Detailhandels selbst sagt, ist die Mehrheit der Spezereiwarenhändler mit dem Ladenschlusse um 1 Uhr einverstanden und will nur dem Wunsche anderer Branchen Rechnung getragen haben. — Die Enquête des Handelsvereins weist aber aus, dass z. B. in der Konfektions- und Modewaaren-Branche der Wunsch für längeres Offenhalten der Läden hauptsächlich von jenen israelitischen Firmen ausgesprochen wird, welche Samstags geschlossen halten und an diesem Tage ihre Feiertagsruhe geniessen, welcher Umstand doch wohl nicht nachtheilig auf die Sonntagsfeier der übrigen Bethheiligten wirken darf. — Aber auch Geschäfte mit bedeutender Landkundschaft

haben sich theils für gänzlichen Ladenschluss, theils für Schluss um 1 Uhr ausgesprochen, so dass letztere Stunde wohl als Durchschnittsmass der Wünsche und dem Bedürfnisse genügend betrachtet werden darf.

ad III. Um jedoch allen Theilen möglichst gerecht zu werden, glauben wir dem verehrlichen Stadtmagistrate einen Antrag zur Würdigung unterbreiten zu sollen, welcher wohl nur einer Anregung bedurft hätte, um schon früher seitens der einschlägigen Vereine und der Mehrzahl der Interessenten akzeptirt zu werden. Dieser Antrag geht dahin, der verehrliche Stadtmagistrat wolle unter Aufhebung der ortspolizeilichen Vorschrift vom 4. Oktober 1862 die öffentliche Gottesdienstzeit auf 8—10 Uhr normiren und dementsprechend die Geschäftsstunden für

a. Bank-, Fabrik-, Engros- und alle Komptoirgeschäfte auf 10—1 Uhr,

b. für offene Verkaufsstellen auf 6—8 und 10 bis 1 Uhr

festsetzen. — Durch diese Verlegung würde den Bäckern und Metzgern besonders im Sommer ein früherer Beginn ihrer Thätigkeit ermöglicht und den Engros- und Detailgeschäften würde die von Vielen gewünschte dreistündige Arbeitszulässigkeit um die Mittagstunden zugestanden, dabei aber auch die volle Freiheit des Geschäftspersonals von 1 Uhr an gegeben. Seitens der kirchlichen Behörden befürchten wir eine Einsprache nicht, da ja die katholischen Hauptgottesdienste, welche in Würzburg als einer katholischen Stadt zunächst in Betracht kommen, um 9 Uhr beginnen und auch in der protestantischen Kirche regelmässig um 8 Uhr ein grösserer Gottesdienst stattfindet, also hinreichend Zeit und Gelegenheit gegeben ist, die religiösen Bedürfnisse zu befriedigen. Bemerken wollen wir hierbei, dass auch in Augsburg laut Beschluss des dortigen Stadtmagistrats vom 21. ds. Mts. die Verkaufsläden von 10—1 Uhr geöffnet sein dürfen und gleiches in München angestrebt wird.

Sollte eine derartige Regelung sich nicht sofort erzielen lassen, so bitten wir doch, diesen Vorschlag behufs späterer Durchführung im Auge zu behalten.

ad IV. Das längere Feilhalten an den Messsonntagen, an dem von der Landbevölkerung aussergewöhnlich stark frequentirten und in die Herbst-Einkaufszeit fallenden Rosenkranzsonntag, sowie an den in den letzten drei Wochen vor Weihnachten fallenden Sonnen- und Feiertagen erachten wir durch das Bedürfniss für begründet, während wir der theils verlangten Ausdehnung auf einen vierten Sonntag vor Weihnachten nicht zustimmen.

ad V. Das Verbot des Hausirhandels jeder Art und ohne Ausnahme an Sonnen- und Feiertagen erscheint als gerechtfertigt.

Hinsichtlich der Arbeitszeit der Metzger, Bäcker, Konditoren, Friseure, Bader und Photographen in Werkstätten, Ateliers etc. unterlassen wir derzeit die Abgabe eines Gutachtens, da in dieser Richtung eine Allerhöchste Verordnung noch nicht erschienen ist.

* * *

Soweit sich bis jetzt übersehen lässt, haben bloss zwei grössere Städte, Stuttgart und Fürth, von der Bestimmung des § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung, dass durch Ortsstatut für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes die Beschäftigung der Angestellten ganz untersagt werden kann, Gebrauch gemacht. In Stuttgart und in Fürth bestimmt das Ortsstatut, dass in Engrosgeschäften, Fabrikkomptoirn und anderen Betrieben, mit denen kein Laden verbunden ist, die Beschäftigung von kaufmännischen Angestellten am Sonntag vollständig verboten ist. In beiden Städten war jedem Prinzipal Gelegenheit geboten worden, sich

auszusprechen, wie er sich zur Frage der Sonntagsruhe stelle. Das Ergebniss der Umfrage war, dass für vollständige Sonntagsruhe im Grosshandel ein so grosser Theil der Prinzipale eingetreten ist, dass die Gemeindevertretung sich unbedenklich entschliessen konnte, wenigstens für den Grosshandel die vollständige Sonntagsruhe einzuführen. Das Gleiche wäre vielleicht auch in anderen Städten erreicht worden, wenn man sich die Mühe genommen hätte, die Zahl der Geschäfte festzustellen, in denen seither am Sonntag gearbeitet wurde und die auch künftig am Sonntag arbeiten lassen wollen. Sicher hätte man in manchen Orten eine solche Umfrage wie in Stuttgart und Fürth zu dem Ergebniss geführt, dass von den Prinzipalen selbst die überwiegende Mehrheit für vollständige Sonntagsruhe, wenigstens im Grosshandel, eingetreten wäre. Aber die Anhänger der Sonntagsruhe unter den Prinzipalen haben in vielen Orten keine Gelegenheit erhalten, zum Wort zu kommen, und sie haben auch, wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, diese Gelegenheit nicht gesucht, denn von ihrem Standpunkt als Prinzipale hatten sie kein unmittelbares Interesse daran, aus ihrer passiv wohlwollenden Stellung zur aktiven Thätigkeit für die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe herauszutreten. Umso mehr aber haben sich die Gegner der Sonntagsruhe, die ihre Angestellten seither am Sonntag ausgenutzt haben und auch künftig am Sonntag ausnutzen wollen, gerührt. Mit ihrem Jammern über die grossen Nachtheile, welche die Einführung der Sonntagsruhe bringen werde, haben sie in manchen Städten, wo sie nur eine kleine Minderheit bilden, es erreicht, bei Publikum und bei den Gemeindevertretungen den Eindruck hervorzurufen, in ihren Kundgebungen trete die Ansicht der sämmtlichen Kaufleute oder ihrer überwiegenden Mehrheit zu Tage. Und die Folge war, dass fast überall den deutschen Handlungsgehilfen die Aussicht auf Sonntagsruhe, die eine Zeit lang so verlockend vor ihnen stand, wieder auf lange verschwunden ist.

* * *

Die Sonntagsruhe für das Berliner Bäckergewerbe wird nach neueren Mittheilungen nicht am 1. Juli, sondern erst am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Die Arbeit darf aber auch dann schon um Mitternacht wieder beginnen. Der Verkauf von Backwaaren an Sonntagnachmittagen, um dessen Bewilligung die Berliner Bäckermeister in einer Eingabe das Polizeipräsidium ersuchten, wurde nicht genehmigt.

Frühere Nachrichten über die Einschränkung der Sonntagsarbeit im Gebiete der preussischen Staatsbahnen werden durch folgende neuere Mittheilungen ergänzt. Wie aus Bromberg gemeldet wird, ist dort eine Konferenz von Eisenbahn-Betriebsleitern und Kommissaren der Regierung zusammengetreten, um über die Sonntagsruhe im Güterverkehr zu berathen. Beabsichtigt wird, die Sonntagsruhe von Sonnabend Mitternacht bis Montag 6 Uhr früh festzusetzen, die Güterzüge sollen in den Stationen bleiben, wo sie um Mitternacht ankommen, das Zugpersonal soll thunlichst mit Personenzügen heimgesandt werden und Montag Morgens zurückkehren, was den am Rhein bereits getroffenen Anordnungen entsprechen würde. Ferner dürfen Sonntags nach einer Verfügung der Königlichen Eisenbahn-Direktion Erfurt Ladungsgüter nur dann abgefahren werden, wenn eine schriftliche Bescheinigung der Ortspolizei-Behörde vorliegt, in welcher ausdrücklich gesagt ist, dass eine unbedingte Nothwendigkeit vorliegt.

Kleine Mittheilungen.

Gehaltsverhältnisse der Handlungsgehilfen.

In der „Kaufmännischen Presse“ (Frankfurt a. M.) veröffentlicht Dr. Dietrich-Plauen eine Statistik der

Saläre, welche in Plauen an Handlungsgehilfen mit unter 2000 Mk. Gehalt gezahlt werden. Als Material wurden die Angaben der Prinzipale zur Invaliditäts- und Altersversicherung benutzt, die von der Ortskrankenkasse eingefordert waren. Zu bedauern ist, dass nicht die wirklich gezahlten, sondern nur die Durchschnittsgehälter angegeben sind. Danach bezogen

in folgender Geschäftsgruppe	Handlungsgehilfen im Alter von								überhaupt	
	16—20 J.		21—25 J.		26—30 J.		über 30 J.			
	Zahl	Durchschnittsgehalt	Zahl	Durchschnittsgehalt	Zahl	Durchschnittsgehalt	Zahl	Durchschnittsgehalt	Zahl	Durchschnittsgehalt
Kolonialwaaren — Landesprodukte — Eisen- — Kurz-Materialwaaren — Drogen — Cigarren- und Tabakhandlungen en détail	12	970	17	964	5	1340	—	—	34	1021
Manufakturwaaren- und Garderobegeschäfte	1	560	6	1250	—	—	2	1078	9	1135
Kolonialwaaren-, Drogen- und Kohlenhandlungen en gros	3	700	7	1020	6	1400	4	1455	20	1172
Gerbereien und Lederhandlungen — Brauereien, Bier- und Weinhandlungen und Seifengeschäfte	2	800	—	—	2	990	6	1458	10	1233
Stickerei- und Konfektionsgeschäfte, sowie Agentur in Stickereien und Spitzen	54	951	70	1301	37	1502	16	1809	177	1282
Webereien mit Einschluss der Gardinengeschäfte en gros, Agenturen in Garnen und Webwaaren, sowie Bleichereien	25	994	33	1336	16	1530	13	1555	87	1306
Maschinenbauer, Nähmaschinenhandlungen, Buchhandlungen, Geschäftsbücherfabriken, Optiker- und Mechanikergeschäfte	3	933	4	1425	5	1460	1	1900	13	1362
Bankgeschäfte	1	900	6	1458	—	—	2	1350	9	1372
Reisende in Stickereigeschäften und Webereien	—	—	5	1490	2	1650	4	1800	11	1632
überhaupt	101	949	148	1271	73	1476	48	1619	370	1268

Die freie Station ist in diese Gehälter mit 600 Mk. jährlich, also ziemlich hoch, eingerechnet. Im Allgemeinen steigen nach dieser Ermittlung die Gehälter mit den Altersklassen, jedoch nicht über 1900 Mk., auch für über 30jährige Gehilfen nicht, von denen Dr. Dietrich annimmt, dass sie meist verheirathet seien. Sind das schon sehr magere Einkommensverhältnisse, so noch vielmehr diejenigen der 16—20 jährigen Kommis, die nicht über 1000 Mk. beziehen und von denen einer in der Manufakturbranche sogar mit 560 Mk. angestellt war. Ein Gehalt von unter 1000 Mk. kommt übrigens auch in der vierten Geschäftsgruppe bei zwei 26- bis 30 jährigen Gehilfen vor. Auch auf Grund dieser Ziffern wird man sagen dürfen, dass sich die Einkommensverhältnisse der Handlungsgehilfen nicht viel von denjenigen der gewerblichen Arbeiter unterscheiden, zumal, da der Kommis auf Kleidung und Repräsentation sehr viel verwenden muss.

Amtliche Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

Während der ersten Monate dieses Jahres hat das „Sozialpolitische Zentralblatt“ mehrfach Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit veröffentlicht, welche zu jener Zeit in Folge der allgemeinen Krisis u. a. von den Gemeindeverwaltungen von Elberfeld, Barmen, Köln, Erfurt und Magdeburg gemacht wurden. Bezüglich letzterer Stadt werden diese Veröffentlichungen jetzt sehr instruktiv ergänzt durch eine Stelle des soeben veröffentlichten Jahresberichts für 1891 des preussischen Fabriksektors für Magdeburg, Dr. Sprenger. Derselbe schreibt: „Ueber den Umfang der vorgekommenen Entlassungen und Arbeitseinschränkungen in Magdeburg liess der Herr Regierungspräsident auf meine Bitte Erhebungen anstellen. Diese erstreckten sich auf 49 Fabriken mit 8663 erwachsenen männlichen, 8 weiblichen und 439 jugendlichen, zusammen 9130 Arbeitern. Die Erhebungen ergaben Folgendes: In 21 von den 49 Fabriken mit zusammen 6864 Arbeitern

betrug die Zahl der Entlassenen 891, d. h. 13 % der in den betreffenden Fabriken beschäftigten Arbeiter oder 9,8 % der Arbeiter aller Fabriken, auf welche die Erhebungen ausgedehnt waren. In 3 Fabriken wurden 1080 Arbeiter in abgekürzten Schichten beschäftigt und zwar in Schichten von 5,7 und 8 Stunden Dauer. Es wurden hauptsächlich unverheirathete Arbeiter entlassen, welche sich ausserhalb nach anderweiter Arbeit umsehen konnten. Die Verkürzung der Schichten wurde vorgenommen, um weiteren Entlassungen vorzubeugen. Es war dies eine Massregel, welche nach den mir aus den Kreisen der Arbeiter zugegangenen Nachrichten von dem grössten Theile der Arbeiterschaft selbst sehr gebilligt wurde, da die meisten Arbeiter aus Kameradschaftlichkeit gern auf einen Theil des bisherigen Verdienstes verzichten wollten, wenn Anderen dadurch eine fortdauernde Einnahme gesichert werde. Die Entlassungen betrafen im Wesentlichen Fabriken, welche sich mit der Herstellung von Dampfmaschinen und Lokomobilen beschäftigen, sowie Fabriken zur Herstellung von Armaturen. In die oben angeführten Zahlen sind aber auch eine Anzahl mittlerer und kleiner Fabriken mit eingerechnet, welche Neueinrichtungen und Reparaturen für Zuckerfabriken machen und alljährlich zum Herbst, nach Beginn der Zuckerkampagne, Arbeiter in grösserer Zahl entlassen. Kurz vor Weihnachten belebte sich das Geschäft wieder etwas, so dass in Folge eingelaufener Aufträge die Arbeit in einigen Fabriken wieder zunahm.“ Es wäre dringend nöthig, dass solche Erhebungen unter Zuziehung der Arbeiter allgemein und periodisch wiederholt würden.

Weltausstellung in Chicago. Uns ist folgendes Schreiben zum Abdruck zugegangen.

Auf Wunsch des Reichskommissars für die Columbianische Weltausstellung Chicago 1893, Herrn Geheimen Regierungsrath Wermuth, bringe ich Ihnen hierdurch

zur Kenntniss, dass ich auf Grund meines Vertrages mit dem Herrn Reichskommissar verpflichtet bin, die Beförderung sämmtlicher für die Chikago-Ausstellung bestimmten Ausstellungsgegenstände deutscher Aussteller ab Hamburg nach Chikago-Zollamt-Ausstellungsplatz zu folgenden Bedingungen auszuführen.

Die Beförderung erfolgt mit erstklassigen, regelmässigen Dampfschiffen der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, der Dampfschiffs-Rhederei Hansa oder der Union von Hamburg bis Baltimore beziehungsweise Boston zur Frachtrate von:

Doll. 1.50 per Kubikmeter oder 1000 Kilos in Schiffswahl für alle Gegenstände bis zum Gewicht von 2000 Kilos oder bis zur Grösse von 2 Kubikmeter per Kollo:

Doll. 2.— per Kubikmeter für Oelgemälde in Kisten;

Mk. 11.25 per Kubikmeter oder 1000 Kilos in Schiffswahl für Kolli bis 5000 Kilos Gewicht oder 5 Kubikmeter Grösse;

Mk. 18.— per Kubikmeter oder 1000 Kilos über 5000 Kilos bis 15 000 Kilos,

$\frac{1}{4}$ % vom Werth für Kunstgegenstände und Werthsachen.

Für Gegenstände im Gewicht über 15 000 Kilos oder von solchen Dimensionen, dass dieselben nicht bequem durch die Luken gehen, sowie für Beförderung von lebenden Thieren bleibt die Festsetzung der Frachtrate besonderer Vereinbarung unterworfen.

Die Transportkosten von den Staatsbahnhöfen Bremen und Hamburg bis zum Ladequai der Dampfschiffe werden, sofern der Transport per Hafenbahn erfolgt, von den Dampfschiffahrts-Gesellschaften getragen, dagegen berechne ich für Erledigung der Expedition in Hamburg eine Gebühr von:

25 Pf. per 100 Kilos inklusive der Gebühr für bahnamtliches Ladelohn.

Sonstige Kosten, wie Quagebühr oder Krahangelder, kommen nicht in Ansatz.

Für die auf dem Wasserwege in Hamburg eintreffenden Sendungen kommen die Lieferungs-Bedingungen der jeweiligen Flussschiffahrts-Gesellschaften zur Anwendung. Meine Speditionsgebühr beträgt für solche Sendungen:

20 Pf. per 100 Kilos.

Für die Besorgung der hamburgischen statistischen Deklaration, Konnossement, sowie für Porto rechne ich:

Mk. 1.— per Sendung.

Die Bahnfrachten von den amerikanischen Anknüpfungen bis Chikago verzeichne ich auf den folgenden Blättern und vermerke auch die Klassifikation, wie solche auf den amerikanischen Bahnen gehandhabt wird.

Für die Ueberladung vom Schiff auf die Eisenbahn am nordamerikanischen Anknüpfhafen wird keine Gebühr erhoben, dagegen wird für die Erledigung der zollamtlichen Abfertigung am nordamerikanischen Anknüpfhafen eine Gebühr von:

Doll. 1.40 per Sendung, die auf einem Zertifikat aufgeführt ist, berechnet.

Die Minimalfracht von Hamburg bis Chikago beträgt:

Doll. 2.—.

Sämmtliche Frachten und Spesen sind in Hamburg im Voraus zu bezahlen.

Für die in Chikago unverkauft gebliebenen Gegenstände erfolgt die Beförderung von Chikago bis zum amerikanischen Verschiffungshafen — auf derselben

Route, über welche die Hinbeförderung stattgefunden hat — frei, doch wird für die Ueberführung per Bahn vom Ausstellungsplatz bis Chikago-Abgangsbahnhof eine Gebühr von 8 Cents per 100 lbs. amerikanisch erhoben, und ferner wird für die Ueberladekosten am Verschiffungshafen eine Gebühr von 5 Cents per 100 lbs. amerikanisch — Minimal Doll. 1.— — erhoben.

Für die Seefracht auf dem Rückwege, und zwar auf derselben Route, über welche die Hinbeförderung stattgefunden hat, berechne ich:

Mk. 15.— per 40 Kubikfuss englisch oder 1000 Kilos in Schiffswahl für alle Güter bis zum Gewicht von 2000 Kilos oder 2 Kubikmeter Grösse.

Für Gegenstände im Gewicht über 2000 Kilos oder von über 2 Kubikmeter Grösse kommt die gleiche Frachtrate, wie bei der Hinbeförderung zur Anwendung plus 50% Zuschlag.

Soweit Frachtermässigungen für die Rückbeförderung sich erzielen lassen, kommen solche den Ausstellern zu Gute.

Die Hamburger Spesen kommen bei der Rückbeförderung in gleicher Weise wie bei der Hinbeförderung in Ansatz.

Auf Wunsch der Aussteller decke ich die Versicherung sowohl gegen Seegefahr während des Transports, als auch gegen Feuersgefahr während der Dauer der Ausstellung, bei ersten Gesellschaften zu besten Bedingungen. Frühzeitige Anmeldung ist erwünscht, um billigstmögliche Prämien sichern zu können. Zu ferneren wünschenswerthen Auskünften stehe ich jederzeit gern bereit.

Die folgenden Frachtsätze bestehen gegenwärtig von den Hafenplätzen bis Chikago:

ab:	1. Kl.,	2. Kl.,	3. Kl.,	4. Kl.,	5. Kl.,	6. Kl.
New-York:	75	65	50	35	30	25
Baltimore:	67	57	47	32	27	22
Boston:	75	65	50	35	30	25

in Cents per 100 lbs. amerikanisch,
2240 lbs. amerikanisch gleich 1015 Kilos.

Ausser obigen Frachtsätzen kommt für die Beförderung vom Bahnhof Chikago bis Chikago-Zollamt-Ausstellungsplatz eine Gebühr von:

8 Cents per 100 lbs. amerikanisch zur Erhebung.

Vorstehende Klassen finden Anwendung für Sendungen, welche nicht in Wagenladungen zum Versand gelangen; — für Wagenladungen — je nach Art der Gegenstände 20 bis 24 000 lbs. amerik. — kommen theilweise geringere Klassen in Ansatz.

Wenn Gegenstände wegen ihrer Länge auf einem Wagen nicht untergebracht werden können, muss die Fracht für zwei oder mehr Wagen, welche für den Transport erforderlich sind, bezahlt werden, doch wird nur für den ersten Wagen die volle Fracht und für die weiteren Wagen nur 50% der Minimalfracht erhoben, ausgenommen, dass die Fracht für das Gewicht höher auskommt, in welchem Falle die Fracht nach dem Gewicht berechnet wird.

Die obigen Klassen schliessen für die Bahn die Haftpflicht für Leccage, Bruch, Nässe, Rost und Ramponirung aus, für diejenigen Artikel, bei denen eine solche Gefahr besteht, doch übernimmt die Bahn diese Haftpflicht gegen Bezahlung einer höheren Fracht, worüber ich gern weitere Auskunft ertheile.

Hamburg, Juni 1892.

Julius Rudert.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 9.

Braunschweig, September-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. A. II. 2. — 3792/92.

Es ist die deutsche Reichsregierung auf diplomatischem Wege davon verständigt worden, dass in Deutschland vielfach zur Ausfuhr nach England bestimmter weisser Kleesamen durch einen Schwefelungsprozess verfälscht wird. Wir machen darauf aufmerksam, dass der Verkauf des in solcher Weise behandelten Kleesamens in England strafbar ist.

Braunschweig, 9. August 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. II. 7. — 5572/92.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in der August-Nummer A. Z. A. II. 7. — 3146/92 geben wir bekannt, dass die Rückbeförderung derjenigen Gegenstände, welche auf der in diesem Jahre in Philippopel stattfindenden landwirthschaftlichen und industriellen Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, spätestens 3 Monate nach Schluss der Ausstellung erfolgen muss.

Braunschweig, 17. August 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 3. — 5622/92.

Die nachstehend aufgeführten Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Serbien, nämlich:

1. der Handelsvertrag vom 6. Januar 1883,
2. der Konsularvertrag vom gleichen Tage,
3. das Abkommen, betreffend den gegenseitigen Markenschutz vom 30. Juni 1886,
4. die Uebereinkunft betreffend den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle vom 3. Juli 1886

sind Seitens der Königlich Serbischen Regierung am 16. Mai d. J. gekündigt worden. Die beiden erstgedachten Verträge treten demgemäss am 25. Juni 1893, die beiden letztgedachten am 16. Mai 1893 ausser Kraft.

Die beiderseitigen Regierungen sind behufs Abschlusses neuer bezüglichlicher Verträge in Verhandlungen eingetreten.

Braunschweig, 24. August 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. II. 2. — 5630/92.

Die Deutsche Exportbank (Dr. R. Jannasch) in Berlin beabsichtigt die Herausgabe eines grösseren Werkes, welches den Interessen des deutschen Aus- und Einfuhrhandels dienen soll. Sie hat für diesen Zweck auch uns um Ueberlassung von Material gebeten.

Angesichts der Wichtigkeit des Unternehmens bitten wir alle Export- und Kommissionshäuser der Stadt Braunschweig und des Herzogthums, uns gefälligst unverzüglich ihre volle Adresse, den Wohnsitz etwaiger Filialen, sowie die von ihnen exportirten oder importirten Artikel aufzugeben.

Braunschweig, 7. September 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. C. 4. — 5674/92.

Der Rath der Stadt Leipzig giebt unterm 12. d. M. bekannt, dass die diesjährige Leipziger Michaelismesse ganz ausfällt.

Braunschweig, 15. September 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 5671/92.

An unserer Geschäftsstelle ist während der nächsten Tage werthvolles Material über die Verhältnisse des Weltmarktes in der Chokoladen- und Zuckerwaaren-Branche einzusehen.

Braunschweig, 15. September 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe
gestattet.)

Deutschland und Spanien.

Es scheint, dass wir an der pyrenäischen Halbinsel in allen ihren Theilen Aergerniss und Anstoss nehmen sollen. Der Portugisische Krach hat auch bei uns einen nur zu schmerzlichen Nachhall gefunden; und nun liegt die Schweregeburt des neuen deutsch-spanischen Handelsvertrages vor uns und will nicht in Richtigkeit kommen. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien sind weit mannigfacher und entwickelter, als der Laie gemeinhin annehmen mag. Ist doch sogar unser stillstes, leider immer noch etwas weltentrücktes Gebiet, das der Landwirthschaft, daran theilhaftig: es läuft Gefahr, eines seiner bedeutendsten Nebengewerbe, die Spritfabrikation, arg benachtheiligt zu sehen. Dazu kommt aber, dass Spanien eine grosse Zahl von Kolonien besitzt, welche dem deutschen Aussenhandel willkommene Absatzstätten geboten haben. So ist z. B. unsere hiesige Industrie bei der Ausfuhr nach den zentralamerikanischen Inseln engagiert. Auch sie verliert das unter bedeutenden Opfern eroberte Feld, wenn der Handelsvertrag mit Spanien uns nicht die Meistbegünstigung mindestens für die Kolonien sichert, dergestalt, dass unser Wettbewerb insbesondere gegen die Aspirationen des Panamerikanismus geschützt wird. Die Reichsregierung hat diese Gefahren richtig erkannt und an der Frage des Spritzolles und der Meistbegünstigung zumal gegenüber den Vereinigten Staaten drohen die Verhandlungen zu scheitern.

Nachdem nach langen Verhandlungen am 12. Juli 1883 zwischen Spanien und Deutschland ein Handelsvertrag abgeschlossen war, hatten sich die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen, Dank der in demselben vorgesehenen mässigen Tarife, günstig gestaltet. Seit dem Jahre 1886 hat jedoch in Spanien eine schutzzölnnerische Bewegung immer weitere Kreise ergriffen. Dieselbe ist dann so mächtig geworden, dass Spanien die Handelsverträge dem Deutschen Reiche, Italien, Oesterreich-Ungarn, Schweden und Norwegen, der Schweiz, Russland, Dänemark, Griechenland und Belgien zum 1. Februar 1892, Grossbritannien und den Niederlanden zum 30. Juni 1892 kündigte, nachdem Frankreich vorher Spanien den Handelsvertrag gekündigt hatte. Bereits am 1. Februar ist unser Handelsvertrag mit Spanien abgelaufen, da aber auf Grund des am 1. Januar 1892 in Spanien erschienenen, neuen ultrschutzzölnnerischen Tarifs eine Verständigung zwischen beiden Staaten nicht möglich war, so ist, um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen, und da die Verträge mit Grossbritannien und den Niederlanden so wie so bis zum 30. Juni 1892 laufen, auch der Vertrag mit Deutschland bis zu diesem Tage verlängert worden.

Die Unterhandlungen zwischen beiden Staaten werden auf diplomatischen Wegen jetzt eifrig geführt. Obgleich jedoch der Termin des Ablaufs des Vertragsverhältnisses so nahe bevorsteht, hat es doch nicht den Anschein, als ob eine endgiltige Verständigung bis dahin stattfinden werde. Der Grund dieser sonderbaren handelspolitischen Erscheinung ist ein vollkommener Frontwechsel der spanischen Handelspolitik. Der neue spanische Minimal- und Maximal-Tarif bewegt sich vollständig auf ultrschutzzölnnerischem Boden. Nach dem neuen Tarif haben Rohstoffe Tarifierhöhungen bis zum Achtfachen des seitherigen Satzes erfahren; und nur ganz wenige Artikel wie z. B. Guano, sind mit kleineren Ermässigungen bedacht. Auf Fabrikate sind die vorher schon hohen Sätze noch bedeutend hinaufgeschraubt. Welche wunderbaren Blüten die

Politik des nationalen Schutzes im neuen spanischen Zolltarif getrieben hat, mögen folgende Beispiele zeigen. Für dichte, rohe Baumwollengewebe, die auch in Catalonien hergestellt werden, ist der Zoll von 154—174 auf 385—435 im Minimal- und 460—520 Francs im Maximal-Tarif erhöht worden. Von wollenen Waaren, die Spanien zum grössten Theil einführen muss, kosteten Tuche und ähnliche Gewebe seither für 100 kg 430 Francs, dagegen künftig 1057 im Minimal- und 1290 Francs im Maximal-Tarif.

Dass bei derartigen Tarifen die Neigung Deutschlands sowie auch der anderen Staaten keine grosse ist, Handelsverträge abzuschliessen, liegt auf der Hand. Spanien steht daher jetzt handelspolitisch so einsam wie sein Nachbar Frankreich da, mit dem es bereits im offenen Tarifbruche liegt, denn beide Staaten wenden gegenseitig ihre Maximalsätze an. Da ein derartiger Zollkrieg zwischen uns und Spanien ebenfalls im Bereiche der nahen Möglichkeit liegt, wenn die Verhandlungen nicht bald von Erfolg gekrönt sind, so dürfte es wohl zeitgemäss sein, unsere Handelsbeziehungen mit Spanien in den letzten Jahren auf Grund der Handelsstatistik kurz zu entwickeln.

Dass der spanisch-deutsche Handel sich unter dem Einfluss des günstigen Vertrages vom 12. Juli 1883 sehr bedeutend hob, unterliegt keinem Zweifel. Eine zahlenmässige Ermittlung über den spanisch-deutschen Handelsverkehr ist jedoch mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da einerseits in den deutschen offiziellen, statistischen Zusammenstellungen Spanien oft mit Portugal vereint erscheint, und andererseits die Handelsstatistik Spaniens wenig vertrauenswürdig ist. Auch werden viele Waaren über ausländische, namentlich belgische und holländische Häfen verschifft, durch fremde Zwischenhändler vertrieben und demgemäss anderweitig registriert. So ist z. B. anzunehmen, dass die sämtlichen Kupfer- und Eisen-Erze, im Werthe von 11 Millionen Pesetas, welche Spanien 1890 nach Holland verschifft hat, zumeist für Deutschland bestimmt waren, andererseits erscheint bei der Einfuhr aus Deutschland der bedeutende Export des Hamburger Freihafengebietes nicht in der deutschen Statistik. Man kann daher mit Fug und Recht annehmen, dass die Zahlen grösser sind, als die in der Statistik erscheinenden.

Nebenstehende statistische Zusammenstellung zeigt uns, dass Deutschlands Handel mit Spanien nach dem Zustandekommen der Handelsverträge einen bedeutenden Aufschwung nahm, der aber bereits im Jahre 1887 einen Rückschlag erfuhr, welcher genau Schritt hält mit der Bewegung unseres wichtigsten Ausfuhrartikels nach Spanien, nämlich mit der des Sprits. Der Spirit ist der Brennpunkt der schwebenden Fragen in der spanischen Handelspolitik. Wir wollen deshalb diesem Punkte einen Augenblick näher treten. Diese Frage steht auch im engsten Zusammenhange mit der französischen Weineinfuhrfrage.

Vor Erscheinen der Rebblaus in Frankreich besass dieses Land einen Ueberschuss eigener Weine; seit Mitte der 70er Jahre war es aber auf den Weinimport angewiesen. Die aus Spanien eingeführten Mengen sind nach der französischen Statistik folgende:

1000 Hektoliter (124 = 124 000) 1000 Hektoliter	
1875 . . . 124	1889 . . . 6 878
1880 . . . 5 037	1890 . . . 7 656
1885 . . . 5 610	1891 . . . 9 394

Die Ausfuhr spanischen Landweins werthete in der spanischen Statistik im Jahre 1891 allein 294 161 100 Pesetas.

Nach dem spanisch-französischen Handelsvertrage vom Jahre 1832 hatte der spanische Wein bis zu 15,9 Grad Alkoholgehalt nur 2 Franken Zoll per Hektoliter zu bezahlen. Nun unterliegt aber Alkohol in Frankreich einem Zoll von 156¼ Franken per Hektoliter, so dass es nicht nur ein lukratives Geschäft für die französischen Händler war, spanischen Wein zu

Es betrug Spaniens **Import** (in Pesetas à Mk. 0,81 ohne Rücksicht auf Kursschwankungen)

aus:	1871 bis 75. 1000 Pesetas.	1876 bis 80. 1000 Pesetas.	Differenz. mehr + weniger - %	1881 bis 85. 1000 Pesetas.	Differenz. mehr + weniger - %	1888. 1000 Pesetas.	1889. 1000 Pesetas.	Differenz. mehr + weniger - %	1890. 1000 Pesetas.
Frankreich	639 000	919 000	+ 43,8	1 053 000	+ 14,6	212 000	264 000	+ 34,5	292 292
Deutschland	17 000	105 000	+ 517,6	404 000	+ 284,8	58 000	54 000	- 6,9	44 475
Italien	44 000	64 000	+ 25,4	84 000	+ 31,2	17 000	20 000	+ 17,7	16 382
Grossbritannien	946 000	730 000	+ 22,8	775 000	+ 62,0	122 000	161 000	+ 31,9	194 578

Spaniens **Export** betrug dagegen

nach:

Frankreich	468 000	696 000	+ 48,7	1 439 000	+ 106,7	352 000	386 000	+ 9,6	425 604
Deutschland	39 000	34 000	- 12,8	45 000	+ 32,3	12 000	15 000	+ 25,0	11 829
Italien	18 000	23 000	+ 27,8	27 000	+ 17,4	9 000	10 000	+ 11,1	8 082
Grossbritannien	947 000	948 000	+ 0,1	969 000	+ 2,2	179 000	207 000	+ 15,6	218 371

importieren, der 10 bis 13 Prozent natürlichen Alkohol und 5 bis 2 Prozent zugesetzten Alkohol enthielt, sondern es entstand auch ein sehr bedeutender Import von in Spanien hergestellten künstlichen Weinen nach Frankreich. Ein Hektoliter dieser Fälschungen enthielt ausser Wasser und Farbstoffen ca. 15 Liter Sprit, welche als Wein anstatt 15 mal $1,56\frac{1}{4}$ = 23,43 Franken, nur 2 Franken Abgabe bezahlten.

Wie bedeutend diese Zollhinterziehungen gewesen sind, geht aus Spaniens Spriteinfuhr hervor. Dieselbe betrug

1881	553 153 Hektoliter.	1887	842 919 Hektoliter.
1882	576 793 "	1888	506 745 "
1883	638 260 "	1889	365 267 "
1884	656 646 "	1890	602 083 "
1885	948 139 "	1891	462 036 "
1886	1 088 565 "		

Als man in Frankreich diese Zollhinterziehung entdeckte, erhob sich gewaltiger Lärm und man setzte ausser den Massregeln, die man selbst ergriff, bei der spanischen Regierung durch, dass diese durch Gesetz vom 26. Juni 1888 eine Konsumsteuer von 72 Pesetas per Hektoliter auf importierten sowohl als inländischen Sprit legte. Mit diesen Massnahmen geht die Bewegung in der deutschen Spriteinfuhr Hand in Hand. Die spanische Einfuhr an deutschem Sprit betrug 1881 98 709 Doppelcentner. Dieselbe stieg dann fortwährend bis 1886 auf 512 542 D.-Ctr., fiel dann aber 1887 auf 244 230 D.-Ctr. und im Jahre 1888, in Folge der in diesem Jahre in Kraft getretenen Konsumsteuer, sogar auf 142 769 D.-Ctr. 1889 wurden schliesslich nur noch 128 763 D.-Ctr. deutscher Sprit in Spanien eingeführt. Die Konsumsteuer des Jahres 1888 hatte jedoch eine grosse Unzufriedenheit der spanischen Interessenten hervorgerufen und nach vielen Widerwärtigkeiten setzte die Regierung alsdann im folgenden Jahre die Konsumsteuer auf 25 Pesetas per Hektoliter herab, wodurch der Gesamtzoll sich im Minimaltarif auf 46,10 Pesetas stellte. Nur diesem Umstande war es zu danken, dass unsere Spritausfuhr nach Spanien sich im Jahre 1890 wieder auf 199 149 D.-Ctr. hob. Leider hat dieser Aufschwung keine lange Dauer gehabt, denn nach den neuesten statistischen Ausweisen hat im Jahre 1891 eine deutsche Spiritusausfuhr nach Spanien nur in der Höhe von 87 647 D.-Ctr. stattgefunden. Dies sind also 111 502 D.-Ctr. weniger als im Vorjahre, was in diesem Artikel allein für Deutschland einen Ausfall von ungefähr 4 Millionen Mark darstellen dürfte.)

In Frankreich hat man den spanischen Missbrauch des Handelsvertrages dem deutschen Sprit in die Schuhe geschoben. Spanien muss sich aber unbedingt den französischen Weinmarkt zu erhalten suchen, und um

sich den Franzosen entgegenkommend zu zeigen, ist der Zoll für Alkohol auf 160 Pesetas pro Hektoliter, gegen 46,10 Pesetas vorher normirt. Er ist also jetzt höher wie der französische, der $156\frac{1}{4}$ Franken betrug.

Dass diese enorme Zollerhöhung unseren Spritexport nach Spanien geradezu unterbinden muss, ist klar, und es ist bei Abschluss eines Handelsvertrages auf bedeutende Herabsetzung dieses Zolles zu dringen. Wenn auch durch die neue französische Alkoholschraube Spaniens Spriteinfuhr ganz bedeutend abnehmen muss, da es nun nicht mehr nach Frankreich denselben absetzen kann, so ist doch der Bedarf Spaniens selbst ein ziemlich bedeutender und diesen spanischen Markt müssen wir uns bei Abschluss eines neuen Handelsvertrages zu erhalten suchen, falls wir nicht unserer Spritfabrikation schwere Nachteile bereiten wollen.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu den deutsch-spanischen Handelsbeziehungen zurück, so glauben wir dieselben am besten klar zu legen, wenn wir den Handel Bremens und Hamburgs mit Spanien zur Darstellung bringen. Denn aus den Handelstendenzen dieser beiden gewaltigen Seeplätze wird man am besten auf die unseres gesammten deutschen Handels mit Spanien schliessen können.

Treten wir nun zunächst dem Handel Bremens mit Spanien näher. Bremens Ein- und Ausfuhr aus bzw. nach Spanien (und Gibraltar) werthete:

	Einfuhr Mk.	Ausfuhr Mk.
1886	752 418	1 532 868
1887	813 135	1 897 585
1888	695 662	1 721 723
1889	890 464	1 476 015
1890	990 617	669 129
1891	1 309 381	657 466

Von der 1891er Einfuhr spanischer Produkte in Bremen entfielen für 798 208 Mk. auf Verzehrgenstände, 98 358 Mk. auf Rohstoffe, für 9663 Mk. auf Halbfabrikate, für 75 199 Mk. auf Manufakturwaren und 86 445 Mk. auf andere Industrieerzeugnisse.

Von der 1891er Ausfuhr Bremens nach Spanien und Gibraltar entfielen 391 923 Mk. auf Verzehrgenstände, 17 904 Mk. auf Rohstoffe, 6229 Mk. auf Halbfabrikate, 122 188 Mk. auf Manufakturwaren und 119 222 Mk. auf andere Industrieerzeugnisse. Der Vergleich der obigen Ausfuhrziffern lässt genugsam den starken Rückgang vom Handel Bremens mit Spanien erkennen.

Rohstoffe und Halbfabrikate spielen also bei unserer Ausfuhr nach Spanien eine sehr geringe Rolle, wie das bei unserer hoch entwickelten Industrie eigentlich selbstverständlich ist.

Ungleich bedeutender ist der Handel Hamburgs mit Spanien, wie schon aus der Zahl der im Jahre 1890 eingelaufenen spanischen Schiffe erhellt. Es

*) Jahresbericht der Handelskammer in Frankfurt a. M. für das Jahr 1891.

liefen ein aus spanischen Häfen am Atlantischen Meere 44 mit 34 202 Register-Tons und zwar waren alle Schiffe Dampfer, und aus den Häfen des Mittelmeeres, einschliesslich Gibraltars, 49 Schiffe mit 35 697 Reg.-To., worunter sich auch keia Segelschiff befand. Dass der Verkehr zwischen Hamburg und Spanien immer ein sehr reger gewesen ist, erhellt aus einer Zusammenstellung der seit 1815 in Hamburg eingelaufenen Seeschiffe. 1815 liefen 33 spanische Schiffe ein; im jährlichen Durchschnitt von 1816 bis 20: 33; 1831 bis 35: 40; 1836 bis 40: 33; 1841 bis 45: 43; 1846 bis 50: 38; 1851 bis 60: 50; 1861 bis 70: 43; 1871 bis 80: 45; 1881 bis 85: 71; 1886: 94; 1887: 96; 1888: 95; 1889: 99; 1890: 92 Schiffe.

Hamburgs Einfuhr aus Spanien einschliesslich Gibraltars betrug

1885 656 153 D.-Ctr. im Werthe von	12 253 710 Mk.
1886 728 846 " " " "	12 260 090 "
1887 623 071 " " " "	11 916 890 "
1888 704 795 " " " "	12 912 600 "
1889 819 175 " " " "	15 761 290 "
1890 895 537 " " " "	14 232 380 "

Der vorstehend für das Jahr 1890 angeführte Werth setzt sich aus folgenden Hauptgruppen von Waaren zusammen. Verzehrungsgegenstände 8 632 380 Mk., Rohstoffe und Halbfabrikate 4 811 860 Mk., Manufakturwaaren 98 080 Mk., Kunst- und Industrieerzeugnisse 690 060 Mk. Um die wichtigsten aus Spanien in Hamburg eingeführten Handelsartikel zu kennzeichnen, mögen folgende Ziffern dienen.

Die Einfuhr Hamburgs aus Spanien bestand vorzugsweise aus:

Apfelsinen und Orangen	200 086 Kisten	2 304 470 Mk.
Citronen	9 671 "	192 020 "
Feigen	4 927 D.-Ctr.	147 340 "
Rosinen	29 230 "	1 421 520 "
Mandeln	1 263 "	223 240 "
Frische Weintrauben	1 440 "	101 730 "
Wein	41 145 hl	3 818 280 "
Schwefelkies	507 273 D.-Ctr.	1 688 680 "
Roheisen	100 721 "	702 810 "
Schaf- und Ziegenfelle	1 973 "	375 750 "
Sohl- und anderes Leder	581 "	190 610 "
Thran	8 647 Tonnen	317 720 "
Olivöl	12 531 D.-Ctr.	1 017 480 "
Korke	76 612 Mille	351 660 "
Papier	703 D.-Ctr.	157 790 "

Besonders bemerkenswerth sind bei der Einfuhr die Angaben über Apfelsinen und Orangen, Rosinen, Wein, Schwefelkies, Roheisen und Olivöl.

Während die Gesamteinfuhr im Jahre 1890 14 228 870 Mk. werthete, belief sich der Werth der Weineinfuhr allein auf 3 818 280 Mk.

Die Weineinfuhr macht also allein mehr als den vierten Theil der Gesamteinfuhr Hamburgs aus Spanien aus.

Für die Ausfuhr Hamburgs nach Spanien liegen folgende Daten vor. Dieselbe betrug:

1885 777 052 D.-Ctr. im Werthe von	Mk.
1886 836 292 " " " "	"
1887 662 979 " " " "	"
1888 480 043 " " " "	"
1889 460 344 " " " "	26 005 470 "
1890 489 397 " " " "	28 570 270 "

Es trat daher im Jahre 1887 ein andauernder Rückschlag ein. Erst das Jahr 1890 zeigt eine aufsteigende Tendenz. In demselben vertheilte sich die Ausfuhr auf folgende Gruppen. Verzehrungsgegenstände 9 199 480 Mk., Rohstoffe und Halbfabrikate 6 676 740 Mk., Manufakturwaaren 1 573 970 Mk., Kunst- und Industrieerzeugnisse 11 120 080 Mk. Ziehen wir nun aus dem Waarenverzeichnis die hauptsächlichsten Posten heraus, so ergibt sich für die Hamburger Ausfuhr:

Korn-, Kart.-Spiritus und Sprit.	Hektoliter Doppel-Ctr.	Mark
Stärke	7 616	308 370
Kartoffelmehl	55 061	1 126 220
Butter	1 804	441 580
Anilinfarben	231	162 500
raffinirter Kampher	272	103 980
Anisöl	110	128 940
Chilisalpeter	14 232	238 000
Kalisalpeter	7 483	319 020
Eisen in Stangen und Platten	10 415	172 120
Kalbfelle	1 422	353 220
Abraumsalze	15 778	167 830
Paraffin, Vaseline	2 324	183 020
Erdwachs	2 152	213 150
Palmöl	22 020	1 241 430
Wollen- und Halbwoollengarn	200	100 710
Jute und Manillabangarn	12 675	707 030
Leinengarn	1 419	372 940
Wollen- und Halbwoollenwaaren	594	502 450
Baumwoollenwaaren	401	217 810
Posamentierwaaren	171	115 540
Strumpfwaaren	461	315 470
Mobilien	1 794	236 880
andere Holzwaaren	3 856	407 110
Schläuche aus Gummi	283	101 560
Hartgummiwaaren	165	153 200
andere Gummiwaaren	220	103 270
Papier	19 061	1 001 120
Hohlglaswaaren	3 844	194 550
grobe Eisenwaaren	5 648	113 740
eiserne Nägel	6 293	410 860
andere feine Eisenwaaren	9 519	1 302 030
Waare aus edlen Metallen	10	155 580
Telegraphenkabel	2 017	252 930
Zinnwaaren	582	127 090
Kupfer- und Messingwaaren	1 252	342 440
andere Metallwaaren	1 126	277 850
Nähmaschinen	1 166	143 940
andere Maschinen	11 016	1 250 960
Fortepianos	560	150 340
anatom. und andere Instrumente	393	206 320
Kanonrohre	2 521	1 501 500
Dynamit und andere Sprengstoffe	1 135	257 500
Messingpatronen und Zündhütchen	493	116 580
Knöpfe	313	156 190
andere Kurzwaaren	795	197 360

Aus diesen Angaben geht schon genügend die grosse Bedeutung des Hamburger Handels mit Spanien hervor. Spanien ist ein Absatzgebiet für fast alle deutschen Handelsartikel, namentlich für Fabrikate aller Art, während andererseits aus Spanien mehr Rohstoffe, besonders Erze,*) eingeführt werden.

Hamburgs Ausfuhr nach Spanien werthete im Jahre 1890, wie wir oben sehen, 27 820 280 Mk., davon betrug allein die Ausfuhr an Sprit 6 031 250 Mk. In ein noch helleres Licht tritt diese Ziffer, wenn wir in Betracht ziehen, dass im Jahre 1890 von Hamburg im Ganzen für 10 815 060 Mk. Spiritus seewärts ausgeführt wurde, wovon also mehr als die Hälfte allein auf Spanien entfallen. Werfen wir bei der Wichtigkeit der Spiritusfrage noch einen Blick auf die Hamburger Ausfuhr in diesem Artikel im letzten Jahrzehnt, so ergibt sich:

	Totalausfuhr	davon gingen nach Spanien:
1880	571 269 D.-Ctr.	311 651 D.-Ctr.
1881	597 777 "	350 668 "
1882	651 333 "	385 372 "

*) Bekanntlich besitzen mehrere grosse deutsche Werke ausgedehnte Erzgruben in Nordspanien, deren Erzeugnisse vorzugsweise nach Rotterdam verschifft werden, um von da auf dem Rhein nach ihren Bestimmungsorten in Rheinland oder Westfalen zu gelangen. Die in Hamburg aus Spanien eingeführten Erzeugnisse treten den in Westdeutschland eingeführten gegenüber sehr zurück.

	Totalausfuhr	davon gingen nach Spanien :
1883	584 196 D.-Ctr.	379 478 D.-Ctr.
1884	540 969 "	322 814 "
1885	598 707 "	425 211 "
1886	718 737 "	464 672 "
1887	563 713 "	354 012 "
1888	312 079 "	148 983 "
1889	300 123 "	125 332 "
1890	326 710 "	173 718 "

Diese Ziffern enthalten nun auch Spiritmengen, welche nicht in Deutschland erzeugt worden sind, so u. A. auch russischen Spiritus, welcher (theilweise) im Freihafengebiet Hamburgs einen Veredlungsprozess durchgemacht hat. Fernerhin repräsentirt der über Hamburg ausgeführte deutsche Spirit einen grossen Theilbetrag der gesammten Spritausfuhr Hamburgs nach Spanien, und der starke Rückgang derselben lässt die Schädigung genügend erkennen, welche unsere Landwirthschaft durch die spanische Handelspolitik und deren neue Tarife erleidet. Die gedrückte Lage der deutschen Landwirthschaft erheischt gebieterisch, dass wir an unseren Forderungen gegenüber Spanien festhalten, und so wenig Konzessionen wie möglich machen, wenn nicht zu Gunsten der deutschen Spriteinfuhr in Spanien dieses sich nachgiebiger zeigt, als bisher.

Es entsteht nun die Frage, welche spanischen Einfuhrartikel können wir bei Anwendung von Retorsionsmassregeln scharf und hart durch hohe Zölle treffen. Die Antwort ist durch die Art der Bezüge aus Spanien nahe gelegt. Oel, Thran, Korke, Mandeln, Rosinen, Apfelsinen, Weintrauben können wir auch andersher beziehen, wenn unsere Ausfuhr nach Spanien unterbunden wird und die Rückfrachtgelegenheiten von dort seltener werden. Dagegen glauben wir nicht, dass wir die spanischen Erze zu entbehren vermögen und daher auch nicht höher besteuern können. Dies wäre auch schon deshalb nicht empfehlenswerth, weil die Fundstätten dieser Erze im Besitz und Eigenthum deutschen Kapitals und schwer zu ersetzen sind. Dagegen liesse sich eine hohe Verzollung spanischer Weine leicht durchführen. Wenn auch der nach Deutschland eingeführte Wein einen minimalen Bestandtheil der spanischen Produktion darstellt, so würde doch, wenn wir den spanischen Wein so hoch belasteten, dass er nicht mehr bei uns eingeführt werden könnte, dies auf dem spanischen Markte sehr drückend zu fühlen sein, um so mehr, da Frankreich in neuerer Zeit anfängt, weniger flott als Käufer aufzutreten. Wir können den spanischen Wein um so eher entbehren, als nach dem neuesten Handelsvertrage mit Italien die Weineinfuhr aus diesem uns eng verbündeten Lande erheblich erleichtert worden ist und auch in dem mehr und mehr bei uns Eingang findenden portugiesischen Wein ein Ersatz geboten werden könnte.

Offenbar ist und wird Spanien durch das Interesse, welches es daran hat, seinem Weinexport nach Frankreich die Thüren möglichst weit offen zu halten, daran gehindert, unseren Forderungen entgegenzukommen. Frankreich wird seinen hohen Eingangszoll auf Wein sicher nicht verringern, weil es andernfalls deutschen und spanischen Spirit zum Schaden seiner Spritindustrie Eingang schaffen würde. Also nicht in Spanien, sondern in Frankreich liegt die *pièce de résistance*. Würde Spanien den Zoll auf deutschen Spirit herabsetzen, so würde Frankreich die Antwort durch eine Zollerhöhung der spanischen Weine ertheilen. Es müsste aber in Spanien selbst ausser einem starken Spritzoll auch noch eine hohe Steuer auf den in der Weinindustrie zur Verwendung gelangenden einheimischen Spirit gelegt werden, wie Frankreich dies bereits früher verlangt hat.

Eine günstige Lösung der Gegensätze im deutschen Interesse würde die Frage nur dann finden können, wenn Spanien durch eine Exportbonifikation seinem

nach Frankreich ausgeführten Weine die Forcierung der französischen Zölle ermöglichte. Eventuell könnte auch Deutschland den Export seines Sprits nach Spanien durch solche und ähnliche Mittel sichern. Ob dies aus steuerpolitischen Gründen zulässig ist, wagen wir zu bezweifeln, möglicherweise müssen aber dieselben der Wucht der politischen Gründe sowie dem Interesse der deutschen Landwirthschaft weichen. Werden solche und ähnliche Massregeln nicht getroffen, so — fürchten wir — gehört der Export deutschen Sprits nach Spanien der Vergangenheit an.

Die andere Seite der Frage, die Gefahr des Pan-amerikanismus, behandelt die „Magdeburgische Zeitung“:

Die Benachtheiligung, von welcher die deutsche Ausfuhr nach Cuba und Portorico durch die neueste Zollpolitik Spaniens und die panamerikanischen Bestrebungen bedroht ist, lässt sich nach den nunmehr im vollständigen Text vorliegenden neuen Zolltarifen für die beiden Inseln genauer beurtheilen als bisher. Die neuen, am 1. d. M. in Kraft gesetzten Tarife umfassen, ebenso wie der Zolltarif des spanischen Mutterlandes, einen Minimal- und Maximaltarif; nach dem jüngsten provisorischen Abkommen mit Spanien haben die deutschen Erzeugnisse, ebenso wie die Erzeugnisse der meisten anderen europäischen Staaten, Anspruch auf die Sätze des Minimaltarifes. Weitaus bevorzugt vor allen diesen Staaten werden aber in Zukunft sein einmal das spanische Mutterland, welches, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, seine Erzeugnisse auf beiden Inseln zollfrei einführen kann und die Vereinigten Staaten, welche auf Grund ihres Sonderabkommens für die meisten Waaren entweder Zollfreiheit oder doch erhebliche Abschläge von den Sätzen des Minimaltarifs geniessen werden.

Gerade die Vereinigten Staaten sind aber mit dem 1. Juli d. J. in den vollen Genuss der ihnen durch jenen Sondervertrag gewährten Begünstigung gelangt. Vom 1. September v. J. bis 30. Juni d. J. haben sie nur Anspruch auf eine kleine Zahl vorübergehender Begünstigungen gehabt. Nunmehr ist aber das Abkommen, mit welchem Spanien dem Panamerikanismus ein so weitgehendes Zugeständniss gemacht hat, in vollem Umfange in Kraft getreten. Danach wird zunächst eine beträchtliche Anzahl amerikanischer Rohstoffe und Fabrikate zollfrei eingehen, während die gleichen europäischen Erzeugnisse zollpflichtig sind; Deutschland ist dabei vornehmlich mit groben Eisenwaaren und Maschinen betheilt. Sodann ist für eine Reihe anderer amerikanischer Erzeugnisse eine Ermässigung um 25% von denjenigen Zollsätzen zugestanden worden, welche von den aus anderen Ländern eingehenden gleichen Waaren erhoben werden; hierbei kommt die deutsche Ausfuhr von Baumwoll-, Leder- und Papierwaaren in Betracht. Endlich haben die Vereinigten Staaten für einige weitere Artikel eine Ermässigung um 50% erhalten, wobei für Deutschland namentlich feinere Eisen- und Metallwaaren von Interesse sind.

Ueber die Wirkung, welche die für zehn Monate den Vereinigten Staaten provisorisch eingeräumten Begünstigungen bereits gehabt haben, kann naturgemäss kein abschliessendes Urtheil vorliegen. Der deutsche Konsul in Cienfuegos (Cuba) berichtete z. B. schon am Ende des Jahres 1891, dass sich in Folge des Sonderabkommens die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten sehr vermehrt habe. In weit stärkerem Masse wird dies voraussichtlich jetzt eintreten. Denn nicht allein kommen nunmehr alle Begünstigungen den amerikanischen Erzeugnissen zu gute, sondern die Bedeutung dieser Begünstigungen ist noch dadurch erhöht worden, dass die neuen Tarife fast durchweg eine erhebliche Steigerung der bisher erhobenen Zölle enthalten. Für die deutsche Ausfuhr, wie allerdings auch für die Ausfuhr aller anderen europäischen Länder, wird auf diese Weise eine überaus ungünstige Lage gegenüber

der amerikanischen Konkurrenz geschaffen. Der Werth der deutschen Ausfuhr nach Cuba und Portorico ist von der deutschen Handelsstatistik für das Jahr 1890 auf 5.9 Mill. Mark berechnet, indessen ist dieser Betrag wohl erheblich zu niedrig, da noch immer manche Exportwaaren auf indirectem Wege befördert und in der Statistik dem ausländischen Vermittlungshafen zugeschrieben werden. Im Einzelnen sind in dieser Statistik aufgeführt Eisenwaaren mit 800000 Mark, Baumwollwaaren und Maschinen mit je 600000 Mark, Papierwaaren und musikalische Instrumente mit je 300000 Mk.

Neben der unmittelbaren Schädigung der deutschen Ausfuhr durch die neuen Differentialzölle wird aber auch die prinzipielle Seite der Frage zu erörtern sein. In dem am 1. Februar d. J. abgelaufenen Handelsvertrage hatte Spanien dem deutschen Reiche die Meistbegünstigung nicht nur im Mutterlande, sondern auch in Cuba und Portorico in vollem Umfange eingeräumt; die Meistbegünstigung sollte sich auch auf alle Vortheile erstrecken, welche anderen Staaten künftig bewilligt werden würden. In demselben Umfange hatte sich Deutschland zur Meistbegünstigung gegenüber den Erzeugnissen Spaniens, Cubas und Portoricos verpflichtet. Dieses Gegenseitigkeitsverhältniss ist von Spanien umgestossen worden; die deutschen Erzeugnisse sind jetzt gegenüber den amerikanischen Erzeugnissen bei der Einfuhr auf beiden Inseln stark im Nachtheil, während die Erzeugnisse dieser Inseln, wenigstens bis zum 30. November d. J. in Deutschland volle Meistbegünstigung geniessen. Eine sonderliche praktische Bedeutung hat allerdings das letztere Recht zur Zeit nicht, denn die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel dieser Inseln nach Deutschland — Cigarren, Tabak, überseeische Rohhölzer, Honig — werden von dem deutschen Konventionaltarif nicht berührt. Aber im Zusammenhang mit den Erfolgen, welche die panamerikanischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten auch bereits in anderen Theilen Amerikas erlangt haben, ist die Entscheidung der Frage, welchen Zöllen die deutschen Erzeugnisse künftig auf den spanischen Antillen unterliegen sollen, von hervorragender Wichtigkeit; sie bildet für den Abschluss eines neuen definitiven Handelsvertrages mit Spanien, wie es scheint, eine besondere Schwierigkeit und wird auch im deutschen Reichstage nicht kurzer Hand abgethan werden.

Die Weltausstellung in Berlin.

Die Frage der Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin hat bis in die letzte Zeit die Kreise der Industrie, des Handels, der Presse und der Regierungen lebhaft beschäftigt. Die Umfrage, welche die diesseitige Kammer bei den hervorragenderen Industriellen des Herzogthums gehalten, hat ein eigenthümliches Ergebniss gehabt. Es wurden zunächst 255 Fragebogen verschickt, davon sind nicht weniger als 122 umgehend beantwortet worden; also lässt sich eine rege Theilnahme der beteiligten Kreise nicht in Abrede stellen. Von diesen 122 haben sich 115 für Veranstaltung einer Weltausstellung ausgesprochen; 73 erklärten sich von vornherein zur Beschickung bereit; 13 behielten sich eine Entschliessung hierüber vor. Nur 7 stellen sich als Gegner des Unternehmens dar. Der Rest, 29 an der Zahl, beabsichtigt keine eigene Betheiligung, spricht aber seine volle Sympathie aus. Nach alledem musste man auf eine ausserordentlich günstige Stimmung schliessen. Die präsumptiven Aussteller rekrutirten sich auf die verschiedensten Industriezweige: Eisenindustrie, musikalische Instrumente, Nähmaschinen, Oefen, Rohzucker, Raffinaden, Konserven, Fleischwaaren, Schokoladen, Molkeerprodukte, Chinin, Seifen und Parfümerien, chemische Fabrikate, Zemente, Tapeten, Mörtel, Buchdruckerei u. s. w.

Indessen war bei der Mehrzahl der Anschreiben die Angabe der Beweggründe für eine Betheiligung an der Ausstellung unterblieben. Angesichts der Thatsache, dass andernorts die Industrie sich direkt ablehnend verhalten, dass eine lebhaft Agitation auch nationale Gesichtspunkte mit den doch in erster Linie in Betracht stehenden praktischen verquicht hatte, stand zu befürchten, dass der Schluss auf ein weitergehendes geschäftliches Interesse Seitens unserer Industriellen ein voreiliger gewesen wäre. Es ward deshalb an die 115 Freunde der Ausstellung ein zweites Umschreiben gerichtet und um Angabe der Beweggründe gebeten. Es ergab sich nun, dass 16 Firmen eine Beschickung lediglich aus patriotischem Interesse für angezeigt hielten, ohne sich irgend welchen geschäftlichen Nutzen davon zu versprechen. 20 Firmen dagegen erwarteten einen weitgehenden geschäftlichen Vortheil von der Ausstellung. Der Rest wog nationale Beweggründe gegen den erhofften Geschäftsnutzen ab.

Immerhin lässt sich also ein ziemlich weitgehendes Interesse unserer industriellen Kreise nicht in Abrede stellen. Es erscheint dies um so natürlicher, als, wie schon des öfteren an dieser Stelle hervorgehoben, unsere Industrie, von mittlerem Umfange, der Reklame abhold, nicht an den grossen Verkehrswegen postirt, gerade unter einer gewissen Unbekanntheit zu leiden hat. Eine grosse Ausstellung, sei es nun eine Weltausstellung oder eine nationale, würde schon allein nach dieser Richtung von Nutzen sein. Freilich können auch wir den Gedanken nicht unterdrücken, dass vielen von den Freunden der Ausstellung der erwartete Geschäftsvortheil im Lichte patriotischer Aufwallung rosigler erschienen ist, als es ohne dies der Fall wäre. Trotz dessen müssen wir bedauern, dass die ganze Frage nummehr im verneinenden Sinne endgültig scheint entschieden zu sein.

Die erste nationale Ausstellung Bulgariens in Philippopol 1892.

Von Hermann Hillger.

Die unermüdliche Kulturarbeit der letzten Jahrzehnte hat durch Handels- und Schifffahrtsverträge, Münz-, Post- und Telegraphenverträge die Staatsgrenzen in wirtschaftlichem Sinne durchbrochen und dadurch eine Organisation in höherem internationalen Sinne geschaffen, so dass die Schranken der partikularen Wirtschaftskreise von der Wucht des Einigungstriebes niedergelegt sind und durch die nunmehrige Gemeinsamkeit der Wirtschaftsbedingungen aller Kulturländer die Weltwirtschaft angebahnt ist. Dass letztere die weitestmögliche wirtschaftliche Gestaltung, durch welche der Ausgleich zwischen Bedürfnissen und Gütern auf breiter Grundlage gesichert wird, den Welthandel zur wesentlichen Voraussetzung hat, braucht kaum gesagt zu werden. Wohl aber, dass der Welthandel eines der vorzüglichsten Werkzeuge des gesammten geistigen und materiellen Kulturlebens geworden ist und die Theilnahme eines Volkes am internationalen „Kampfe ums Dasein“ ermöglicht, aus welchem gesunde und kräftige Individualitäten unter den Völkern hervorgehen, — mit Nothwendigkeit hervorgehen müssen.

Je intensiver ein Volk am Welthandel theilnimmt, um so reicher fliesst nicht nur die Quelle der materiellen Volkswohlfahrt, um so fester begründet sich auch die politische Rangstellung eines Volkes.

Zur Betheiligung am Welthandel sind natürlich mancherlei Faktoren nöthig. Nicht nur die Produkte allein, sondern auch gute Verkehrswege, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Sicherheit nach jeder Richtung dienen dazu, die Ein- und Ausfuhr immer lebhafter zu gestalten.

Als ein mächtiges Förderungsmittel des Welt Handels und als ein Prüfstein der Leistungsfähigkeit eines Volkes haben sich nun seit mehr als vierzig Jahren die Ausstellungen für alle Gebiete der Produktion erwiesen. Ein Beweis hierfür ist es, dass das stolze England, welches damals den Welthandel beherrschte, durch den Prinz-Gemahl Albert die Parole zu den Weltausstellungen ausgab.

Und nun ist es wieder ein erlauchter Spross aus dem hochedlen Hause Koburg, welcher der verwunderten Welt ein glänzendes Beispiel seiner Staatskunst ablegt und der unter ungleich schwierigeren Verhältnissen es unternimmt, die Friedensliebe und den Wohlstand seines Landes durch die Veranstaltung einer Ausstellung zu dokumentiren, und hierdurch mit einem Male alle jene Gerüchte glänzend widerlegt, durch welche ein überlegener Feind und missgünstige Nachbarn sein Volk zu diskreditiren suchten.

Bulgarien, zuerst türkische Provinz, tritt 1878 zum ersten Male politisch auf die Weltbühne und hält durch Jahre lange innere Wirren und Kämpfe mit den Nachbarstaaten die Welt in Aufregung. Man war gewöhnt, in dieser aufstrebenden Nation das Pulverfass Europas zu erblicken, so dass bis 1886 Bulgarien uns wohl mit Achtung vor seinen kriegerischen Leistungen erfüllte und dann bis in die jüngste Zeit durch die traurigen Vorgänge in Sofia und Konstantinopel ein lebhaftes Mitgefühl in uns hervorrief, dass aber dennoch seine volkswirtschaftlichen Leistungen und seine Produktionsfähigkeit nirgendwo der Beachtung für würdig gehalten wurden. Das muss umso mehr verwundern, als der Export Bulgariens in landwirthschaftlichen Produkten ein keineswegs ungünstiger ist, denn er betrug schon 1890 an Getreide 60 Millionen, an Vieh $5\frac{1}{2}$ Millionen, Webereiarbeiten $3\frac{1}{2}$, Parfümerien $2\frac{1}{2}$, Häuten und Lederwaaren 2 Millionen.

Der Regierung des Fürsten Ferdinand war es vorbehalten, der Welt zu zeigen, welches ungeheuren Aufschwunges und welcher immensen Entwicklung die bulgarische Nation auf sämtlichen Gebieten des modernen Lebens fähig ist.

In erster Linie ist dieses Resultat natürlich auf die hohen Fähigkeiten des Fürsten zurückzuführen. Er verstand es wie keiner, stets zur richtigen Zeit den richtigen Mann an den richtigen Platz zu stellen und dadurch ein einmütiges Zusammen- und Ineinanderarbeiten der einzelnen Staatsorgane zu schaffen, durch welches die bulgarische Nation sich die Achtung und Sympathie der gesamten gebildeten Welt erzwingen hat. Es ist geradezu staunenswerth, was durch die jetzige Regierung in den letzten 5—6 Jahren auf volkswirtschaftlichem Boden geschaffen wurde. Eine Eisenbahn verbindet die bedeutendsten Städte des Landes mit dem Meere, Landstrassen und Kanäle wurden angelegt und befinden sich in einem Zustand, welcher sie den besten europäischen würdig an die Seite stellt.

Ausserordentlich bildungsfähig, geht der junge Bulgare schon zeitig ins Ausland und liegt seinen Studien dort mit einem solchen Eifer ob, dass er bald nach seiner Rückkehr in der Lage ist, die modernen Neuerungen seinem Vaterlande dienstbar zu machen, und es ist eine Freude zu sehen, mit welchem Eifer so jugendfrische Kräfte die ihnen übertragenen, oft wichtigen und einflussreichen Staatsämter ausfüllen. Vollständig überrascht durch die Jugendlichkeit der Staatsbeamten und Offiziere, fühlt man sehr bald mit Bewunderung, welchen vortheilhaften Gegensatz dieses frisch pulsirende Leben gegen die durch meist ältere und theilweise zu alte Herren des Staatsdienstes herbeigeführte Stagnation westeuropäischer Verhältnisse darbietet.

Was jedoch am meisten für die bulgarische Nation und ihren Regenten einnimmt, ist die ausserordentliche Besonnenheit und die auf genaue Kenntniss des bul-

garischen Volkscharakters berechnete Vorsicht bei Einführung von Reformen. Das zeigt sich am deutlichsten bei der ersten nationalen Ausstellung in Philippopol, welche als ein Markstein in der Geschichte der Entwicklung Bulgariens betrachtet zu werden verdient. Ein Nationalfest ersten Ranges war es, an dem wir bei der Eröffnungsfeierlichkeit der Ausstellung theilnehmen konnten. Hier dokumentirte sich klar und deutlich, welche Vaterlandsliebe die Bulgaren besitzen, mit welcher Verehrung sie an ihrem Landesfürsten hängen und mit welcher Aufopferung sie bestrebt waren, die Ausstellung so glänzend als möglich zu gestalten. Es zeugt auch hier wieder von grosser staatsmännischer Klugheit, dass man die Ausstellung nicht in Sofia, welchem ja so wie so durch das ständige, fürstliche Hoflager alle Vortheile des modernen europäischen Lebens zu Gute kommen, sondern in Philippopol, der zweiten Hauptstadt des Reiches, veranstaltete, um hierdurch Philippopels Bedeutung als Stadt zu heben. Zugleich wurde dadurch, dass man der Ausstellung einen nationalen Charakter gab, der bulgarischen Nation Gelegenheit geboten, in Philippopol sich mit europäischen Einrichtungen näher vertraut zu machen.

In kluger Voraussicht hat deshalb die Regierung nicht der Ausstellung allein, sondern der gesamten Stadt ihre Fürsorge angedeihen lassen. Sämtliche Strassen wurden einer gründlichen Verbesserung unterzogen. Die grösste Reinlichkeit wurde nach jeder Richtung hin durchgeführt. Für die gute Unterkunft der Fremden war durch die Errichtung der mit staatlicher Beihilfe erbauten Hotels Sorge getragen. Und auf diese letzteren möchten wir um so grösseres Gewicht legen, als man sich gemeinhin bei dem Gedanken an ein Nachtquartier im Orient eines geheimen Schauders nicht erwehren kann. Um so dankbarer ist dieses Eingreifen der Regierung zu begrüssen, welche diese Hotels nicht nur erbauen liess, sondern auch durch ihre Organe mit unnachlässiger Strenge darauf hält, dass in jedem Hotel die allerpeinlichste Sauberkeit herrscht. Europäischer Komfort zeigt sich allerwärts. Die Betten sind von einer Sauberkeit, die manchem unserer Hotels zum Muster dienen könnte. Gleichzeitig sind für alle Hotels genaue Preise vorgeschrieben, und zwar in sechs Klassen von 1 bis 6 fl. pro Bett und Nacht. Ebenso findet man durchweg drei bis vier Sprachen sprechende Bedienstete, wie ja überhaupt die Bulgaren ein ausserordentliches Sprachtalent besitzen, denn fast jeder Gebildete spricht drei Sprachen gut, deutsch insonderheit meist vortrefflich. Speisen und Getränke sind gut und wohlfeil, namentlich ist bulgarischer Wein und bulgarisches Bier vorzüglich bei sehr mässigen Preisen. Der Verkehr in Philippopol wird mittelst ein- und zweispänniger Wagen (Landauer) hergestellt, welche in jeder Richtung mit den Wiener Fiakern konkurriren können, nur dass sie freilich um die Hälfte billiger fahren. Die Reinlichkeit in der ganzen Stadt geht so weit, dass während der Dauer der Ausstellung die Strassen täglich zwei Mal mittelst der vorhandenen Wasserleitung besprengt werden, während die Beleuchtung, in der Ausstellung durch elektrisches Licht, sonst durch Oellampen besorgt wird. Von besonderer Wichtigkeit ist der Sicherheitsdienst im ganzen Lande und besonders in den Hauptstädten nach europäischem Muster organisirt.

Die jetzige erste nationale Ausstellung Bulgariens, welche übrigens auch eine internationale Abtheilung für landwirthschaftliche Maschinen aufweist, wurde am 27. August durch Se. königl. Hoheit den Fürsten Ferdinand im Gegenwart sämtlicher Minister, der diplomatischen Vertreter Oesterreichs, Englands und der Türkei, des gesamten höheren Offizierkorps, der Geistlichkeit, der Presse und vieler Aussteller feierlich eröffnet. Uns Allen, die wir daran theilnahmen, wird die herzliche Begeisterung des bulgarischen Volkes

für seinen Fürsten, welche gerade bei diesem Anlasse so lebhaft zu Tage trat, unvergesslich bleiben. Nach dem Gottesdienste, der ungefähr eine Stunde dauerte, hielt der Finanzminister Natchovits, dessen Initiative die Ausstellung ihr Entstehen verdankt, eine kurze Ansprache an den Fürsten, die letzterer mit folgenden Worten erwiderte:

„Herr Minister! Seit der Wiederbelebung des bulgarischen Volkes haben wir heute das erste Mal das Glück, einem solchen Feste beizuwohnen. Wir sind hier versammelt, nicht um einen wichtigen Tag aus unserer Vergangenheit oder einen Sieg auf dem Schlachtfelde zu feiern, sondern wir sind hier zusammengekommen aus allen Theilen Bulgariens, um den grossen Tag der bulgarischen Arbeit zu feiern und den Erfolgen des bulgarischen Fleisses und der bulgarischen Vernunft die gebührende Ehre zu erweisen. Meine Herren! Im Schweisse des Angesichtes müssen wir unser Brot verdienen. Das ist das unabänderliche Gesetz des Allmächtigen, und unsere erste Ausstellung zeigt, dass auch unser Volk auf diesem schweren Wege vorwärts geht und dass es anstrebt, in der Geschichte der Zivilisation und des Fortschritts einen Ehrenplatz einzunehmen. Die Bereitwilligkeit, mit welcher unser Volk an der Ausstellung theilgenommen hat, zeigt uns zur Genüge, dass es diese geräus-hlose Bethätigung hochschätzt, und dass es sehr gerne denselben Eifer und dieselbe Ausdauer in dem Dienste der Zivilisation und des Fortschritts entwickelt, wie in der Vertheidigung seiner politischen Individualität. Es ist nicht zu bezweifeln, dass diese fruchtbringende Arbeit und diese von Gott gesegnete Mühe auch die Basis unseres politischen Lebens sind, und darin sehen wir die Ursachen, die Bulgarien in der zivilisirten Welt Anerkennung verschaffen. Ich bin stolz, dass mir der Allmächtige erlaubt hat, diese erste bulgarische Ausstellung zu eröffnen.“

Diese Rede, in reinstem Bulgarisch gesprochen, wurde mit lauten Hochrufen aufgenommen. Hierauf unternahm der Fürst einen zwei Stunden währenden Rundgang durch die Ausstellung. Danach fand ein Déjeuner statt, an dem ungefähr 400 Personen Theil nahmen. Bei dem Dessert erhob sich der Prinz Ferdinand und sprach folgenden Toast: „Meine Herren! Es sind erst sechs Monate her, seit der Platz, wo wir uns jetzt befinden, noch leer und unbearbeitet war. Der Fleiss und das Wasser des Rhodope-Gebirges haben ihn mit magischer Kraft in einen schönen Garten verwandelt. Ich bin sehr glücklich darüber, dass die Vorsehung mir die Möglichkeit gegeben hat, dieser seltenen Feier vorzustehen. Ehre dem bescheidenen bulgarischen Bürger, welcher mit seinem Fleiss und mit seiner Vernunft und Ausdauer unser Herz erfreut und es mit dem, was er uns hier zeigt, erhebt. Dem bulgarischen Bürger und dem fleissigen und eifrigen Aussteller sage ich hier meinen herzlichen Dank. Nicht weniger Dank verdient auch unsere Regierung mit ihren Organen und Beamten und in erster Reihe unser intelligenter Minister der Finanzen, Herr Natchovits, dessen begeisterte Initiative wir heute unseren Sieg verdanken. Ferner danke ich allen Jenen, welche mit unermüdetem Fleiss und Eifer dazu beigetragen haben, dass die Ausstellung zu Stande gekommen ist. Ohne das soldatische Prinzip der Erfüllung der Pflicht durch Jedermann wäre es nicht möglich, dass wir heute dieses Fest mit ganzer Seele und mit vollem Herzen feiern. Ich danke auch allen ausländischen Ausstellern, welche mit Erlaubniss ihrer respektiven Regierungen an diesem unserem Vorhaben Theil genommen und die Ausstellung bereichert und verschönert haben. Sie haben dadurch unseren Ausstellern die Möglichkeit gegeben, die fremden Produkte zu sehen, sie mit den eigenen zu vergleichen und daraus zu lernen. Es lebe Bulgarien! Es lebe das fleissige und friedliche Bulgarien! Es leben die Herren Aussteller! Es leben

Alle, die bei unserer ersten Ausstellung mitgeholfen haben!“

Diese Ansprache des Fürsten wurde ebenfalls von der Versammlung mit begeisterten Akklamationen aufgenommen, und sogleich erhob sich der Ministerpräsident Stambulow, um mit wenigen Worten die Gesundheit des Fürsten auszubringen. Tiefe Bewegung malte sich dabei auf seinem Gesicht, und er konnte manchmal einer verrätherischen Thräne nicht wehren! Uns Allen aber war die Ueberzeugung gekommen, dass das Band, das Fürst und Volk umschlingt, ein unlöslich festes geworden ist.

Die Ausstellung selbst verdankt ihr Entstehen einer Anregung des Fürsten und dem Plane des Finanzministers Natchovits, welcher das gesammte Programm entworfen und dessen Durchführung bis zum letzten Augenblick persönlich überwacht hat. Im Grossen und Ganzen sollte zunächst dem bulgarischen Volke Gelegenheit geboten werden, alle seine Produkte landwirthschaftlicher oder gewerblicher Art hier zu zeigen. Daneben sollte noch eine rein internationale landwirthschaftliche Maschinen-Ausstellung stattfinden. Die ganze Ausstellung darf natürlich nicht mit unseren west-europäischen Augen betrachtet werden, die durch das bei unseren Ausstellungen Gebotene verwöhnt sind. Man muss sich klar machen, dass hier eine Nation auftritt, der bis vor noch zwölf Jahren die nationale Selbstständigkeit fehlte, welche in den ersten dieser zwölf Jahre noch durch innere und äussere Wirren in der wirthschaftlichen Entwicklung zurückgehalten wurde, und welche eigentlich nur das ausstellen konnte, was sie in einer fünfjährigen Kulturarbeit leisten gelernt hatte. Von diesem streng objektiven Standpunkt aus betrachtet, ist die Ausstellung ein so bedeutsamer Erfolg und auch für Jeden, der Bulgarien genau kennt, so überraschend, dass man diesem Volke mit vollster Sicherheit ein günstiges Prognostikon stellen kann. Das scheint um so wichtiger, als in einem wirthschaftlich starken Bulgarien eine grosse Friedensgarantie für Europa liegt. Denn durch die weiterschreitende Entwicklung, die steigende Wohlhabenheit, den wachsenden Besitz des Einzelnen muss sich eine grössere Stabilität aller Verhältnisse von selbst ergeben.

Die Ausstellung gliedert sich in Hauptgebäude, welche die Industrie-, land- und forstwirthschaftlichen Produkte und Maschinen enthält, und in eine Reihe von Pavillons, welche von einzelnen grossen Städten ausgestellt worden sind. Zwei sehr bedeutende Ausstellungshallen sind ausserdem von Oesterreich und Ungarn aufgebaut, und endlich sind kleine Gebäude errichtet, welche temporäre Vieh- und Produktenausstellungen aufnehmen sollen. Im Hauptausstellungsgebäude befindet sich in der Mitte der Ehrensaal von sehr hübscher dekorativer Wirkung. Ringsum schliessen sich die Objekte der bulgarischen Gewerbe an, welche zum grössten Theil auf dem Wege der Hausindustrie hergestellt werden. Denn man weiss, wie sehr ein gesunder, weil auf gemeinsamer Arbeit gebauter Familiensinn den Bulgaren auszeichnet, und freudig nimmt man wahr, mit welcher beharrlicher Emsigkeit die Frauen und Mädchen des Landes neben häuslichen Arbeiten sich der Anfertigung von Stickereien, Häkeleien und aller der Erzeugnisse weiblicher Handarbeit widmen, deren Sorgfalt und Schönheit das Auge des Beschauers hier entzückt. Unter diesen Artikeln bemerkten wir besonders prächtige Seidenarbeiten, Stickereien aller Art, als: Decken, Vorhänge, Kleider und Schürzen, darunter auch sehr hübsche Perlenstickereien und Schmuckarbeiten. Besonders zeichnen sich die edlen getriebenen und Filigransachen aus.

Eine hervorragende Fabrikation, bereits in grossem Style betrieben, ist die Herstellung von Seifen. Ferner sahen wir farbenprächtige Teppiche, die mit grosser Kunstfertigkeit theilweise geknüpft, theilweise gewebt werden. Eine Firma in Sofia hat verschiedene Zimmer-

dekorationen ausgestellt. Sie sind nach europäischem Muster gearbeitet, während sonst die ausgestellten Möbelarbeiten weit mehr den praktischen Anforderungen als dem Schönheitssinne genügen. Ueberhaupt zeichnet das gesammte Gewerbe eine ausserordentliche Solidität aus, und theilweise lässt es schon künstlerische Anwendungen verspüren. So sind z. B. in Maroquin- und Lederwaaren viele sehr hübsche Muster vertreten, insbesondere in Schuhen und Pantöffelchen nach türkischer Art.

Sehr interessant ist die Ausstellung von Stahlwaaren, welche in den mannigfaltigsten Formen dem Charakter und der Gewohnheit des Landes entsprechen. Die Bekleidungsindustrie ist ebenfalls in einzelnen ansprechenden Mustern vertreten. Einen grossen Handelsartikel bildet als Naturprodukt die Schafwolle; doch auch im Lande selbst wird sie mannigfach und zweckmässig verarbeitet. Die grösste Firma hierin ist J. Kalpa-Zanoff in Gabrovo, welche sehr hübsche Tuche fabrizirt und im eigenen Pavillon zur Ausstellung brachte. Einen Zukunftsartikel werden vielleicht auch Darmsaiten bilden, deren erste Proben vorlagen.

In Folge der Entwicklung einer grossen Militärmacht ist die Herstellung von Waffen und Uniformen in Aufnahme gekommen. Vier bis fünf Firmen haben sehr hübsche Artikel dieser Art ausgestellt. In der Industriehalle bemerkten wir ferner noch eine Ausstellung von Rosenöl, Zuckerwaaren aller Art, meistens für den direkten Verkauf in kleinen Werkstätten hergestellt.

Einen ziemlich hervorragenden Platz nimmt die Herstellung von literarischen Erzeugnissen, die Druckindustrie, ein. Mit wachsendem Erstaunen musterten wir die ausgelegten Bücher durch. Ueberhaupt ist das Schulwesen, dem diese Industrie ihre Entstehung verdankt, ein vorzügliches, und man trägt sich jetzt mit dem grossen Gedanken, ein einheitliches, neues Volksschulgesetz in Bulgarien einzuführen.

Am Schluss der Industriehalle stellen sich die ersten Erzeugnisse der bildenden nationalen Kunst dar.

Rechts vom Haupteingang vor dem Industriegebäude befinden sich die forstwirtschaftlichen Pavillons. In den architektonisch anmuthigen Bauten bietet sich dem Auge eine reiche Mannigfaltigkeit dar. Das geschmackvolle innere Arrangement zeigt zur Genüge, welche grosse Bedeutung die Regierung diesem Zweige beimisst. Daneben befindet sich ein Pavillon mit verschiedenen Volkstrachten Bulgariens in künstlerischer Anordnung, und man bemerkt mit Freude, dass die meisten derselben sich noch heute lebendig erhalten haben.

Die Hauptgegenstände für die Ausfuhr sind naturgemäss die landwirtschaftlichen Produkte; sie zeigen zur Genüge, welchen unerschöpflichen Reichtum dieses Land in sich birgt. Besonders wird Weizen und Mais in grossen Mengen geerntet, doch sind in den letzten Jahren auch fast sämtliche anderen Getreidearten mit grossem Erfolg angebaut worden. In letzter Zeit ist daneben die Kultur von Tabak in Aufnahme gekommen; indessen wird meistens der fein geschnittene türkische Tabak gebaut, und in Folge davon eine ziemlich bedeutende Fabrikation von Cigaretten betrieben. Als die am markantesten zu Tage tretende Erscheinung möchten wir die starke Weinproduktion bezeichnen. Sie ist so bedeutend, dass allein um Stani Makat jährlich 5 Millionen Liter produziert werden, und während bis vor drei Jahren der fast alleinige Abnehmer Frankreich war, wird jetzt fast der gesammte bulgarische Wein im Lande selbst behandelt und dann nach den nächstgelegenen Staaten exportirt. Sehr erfreulich war es, zu hören, dass die Reblaus ihren verderblichen Einfluss noch nicht über Bulgarien ausgedehnt hat.

Die einzelnen Pavillons von Stani Makat, einer Stadt von 15000 Einwohnern, in sehr hübscher Lage, zeigen zunächst die Weinproduktion und dann eine

ziemlich bedeutende Seidenkultur, deren Produkte meistens in Rohwaare ausgeführt, theilweise aber schon im Lande verarbeitet werden. In letzter Zeit hat man Versuche mit der Bearbeitung von Gerbrinde und Weinstein gemacht, die nicht ungünstig ausgefallen sind. Zugleich betrachteten wir die römischen Funde von Stani Makat mit grossem Interesse.

Die Stadt Rustschuk, Hafenstadt an der Donau, hat in einem zierlichen Pavillon die Artikel ihrer bedeutenden Maroquin-, Woll- und Mousseline-Fabrikation ausgestellt. Auch ein sehr hübscher Buchverlag, Stickereien, Wirkereien, Thonpfeifen geben Zeugnis von ihrem Gewerbeeiss. Daneben zeigen Tabak und Hülsenfrüchte, Wolle und Felle die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produkte. Die Wahl von Rustschuk als Ort der nächsten bulgarischen Ausstellung wird hierdurch ebenso wie durch die überaus günstige Lage als erste Handels- und Hafenstadt des Landes zur Genüge gerechtfertigt.

Obenan in der Ausstellung steht natürlich Sofia mit seiner bedeutenden Seiden-, Tuch- und Tabakfabrikation. Produkte derselben Industrie finden sich auch in dem Pavillon von Varna (Hafenstadt am schwarzen Meere mit 30000 Einwohnern) vertreten, zugleich mit Bronzewaaren und Perlenstickereien. Der Pavillon von Tatar-Bazardzik hat besonders schöne Stickereien in Gold und Seide, viele bunte Stroharbeiten sowie eine nicht unbedeutende Rosenöl-Fabrikation. Bemerkenswerth ist in diesem Pavillon die Ausstellung des ersten dort hergestellten Zweirades, sowie die von Spinnrocken, welche übrigens vollständig den unserigen gleichen. Eine sehr hübsche Ausstellung hat die Tuchfabrik Georgieff veranstaltet; ebenso ist im Pavillon von Slivniza die Tuchfabrikation gut vertreten. Dann sind Wollenstoffe und Garne von Kalofer im Gebirge Stara Planina in Ostrumelien und das berühmte Rosenöl von Kazanlyk zu nennen. Unter den Lebensmitteln nimmt auch Honig und Käse im Exportgeschäft eine hervorragende Stellung ein.

Die bulgarische Abtheilung für Maschinen weist in allen ihren Theilen eine regsame Thätigkeit auf. Versuche zur Herstellung brauchbarer Apparate und Maschinen sind zwar in sämtlichen Abtheilungen bereits gemacht worden, doch ist der Erfolg noch ein getheilter. Selbstverständlich ist die ganze Bauart der landwirtschaftlichen Geräte, dem Boden entsprechend, eigenartig und ausschliesslich für den Gebrauch im eigenen Lande bestimmt, während die vorzüglich gearbeiteten Pferdegeschirre, Stuhlwagen, Landauer und Böttcherwaaren auch schon theilweise in die osteuropäischen Länder exportirt werden.

Die Pavillons der ungarischen Regierung und des österreichischen Exportvereines enthalten die gewohnten guten Arbeiten beider Nationen. Das ist wohl der beste Beweis für die grosse Bedeutung, welche man in diesen beiden Ländern Bulgarien beimisst. Doch kann man gleichzeitig das herzliche Bedauern darüber nicht unterdrücken, dass man es in Deutschland abermals nicht verstanden hat, zu rechter Zeit einen Entschluss für die Bethheiligung Deutschlands an der Ausstellung zu fassen. Die grosse Sympathie, deren sich Deutschland in Bulgarien erfreut, hätte sicherlich dadurch neue Anlässe gewonnen, sich zu betheiligen. Die schwache Bethheiligung von Krupp und Gruson und einigen kleineren Maschinenfabriken in Chemnitz bietet den Besuchern nur ein dem Ansehen der deutschen Industrie nicht eben nützlich Bild.

Der Gesamteindruck der Ausstellung ist durchweg ein vorzüglicher zu nennen. Die Gebäude sind nach geschmackvollen Zeichnungen elegant ausgeführt und fallen durch mehr oder minder originelle Dekorationen auf. Ein glänzendes Werk der Gartenbaukunst bietet der Park. Er stand am Tage der Eröffnung in vollster Blüthe. In seinen hübschen Gartenanlagen plätscherten die Fontainen. Auf kleinen Seen machten

Miniaturdampfbote ihre ergötzlichen Rundfahrten, vor- bei an kleinen schattigen Grotten und reizenden Bos- ketts. Rutschbahn und andere Abwechslungen lassen die Heiterkeit des Lebens zu ihrem Rechte kommen. Jeden Nachmittag konzertirt eine der bulgarischen Militärkapellen. und ihre Leistungen können sich dreist denen anderer Länder an die Seite stellen.

Dadurch, dass man der ganzen Ausstellung von vornherein den Charakter eines Nationalfestes gab, ist es auch gelungen, eine grosse Besucherzahl herbeizuziehen. und die in kürzeren Zeitpunkten stattfindenden temporären Ausstellungen für Vieh, Feldfrüchte, Gartenbau etc. werden stets von Neuem dazu beitragen, das Interesse an ihr wach zu halten. Jedenfalls ist es bezeichnend, dass schon in den ersten Tagen der Eröffnung eine grosse Menge von Einkäufen gemacht wurde, und dass hierdurch das Bedürfniss für eine Ausstellung in bemerkenswerther Weise festgestellt worden ist.

Aus Deutschen Konsulatsberichten.

I. Mexico.

Bei manchem Untüchtigen, Oberflächlichen und hin und wieder Gewissenlosen, was der amerikanischen Fabrikation noch anklebt, zeigt sich doch stets der praktische Sinn der Amerikaner, der ihnen bedeutende Vortheile über den europäischen Export einräumt.

Da arbeitet nicht jeder Fabrikant für sich, sondern in der Regel herrscht ein und derselbe Standard, ein und dieselbe Bezeichnung, ein und dieselbe Grösse für einen Artikel, was Bestellungen vereinfacht und Kata- loge anschaulicher macht. Ueberhaupt sind diese amerikanischen Kataloge Prachtstücke: sie werden mit der grössten Liberalität gratis vertheilt, und da sie in der Regel nicht einem Fabrikanten, sondern allen der Branche dienen, macht sich diese höchst wichtige Reklame wohl auch bei Normal-Umsätzen bezahlt. Haben die Fabrikanten, wie es nicht selten der Fall ist, gleichen Preisstandard, so geben sie separate Dis- kontlisten aus; für den Export ist das System, wie häufige kostenfreie Bemusterung und sonstiges Ein- gehen auf die Wünsche hiesiger Häuser, denen sie auch Extrakataloge in spanisch und mit ihrer Firma senden, von grosser Bedeutung. Bei deutschen Fabri- kanten hapert es damit noch sehr, und glauben sie nicht selten, welchen Gefallen sie den hiesigen Häusern thun, wenn sie einmal eine grössere Anzahl Zeich- nungen, Kronleuchter, in ganz gewöhnlicher Ausfüh- rung, oder sonstige Kataloge mit Abbildungen beilegen sollen. Auch die Verpackung ist bei den Amerikanern sehr gut und die Ausführung der Ordres geschieht recht sorgfältig.

Man beklagt sich in Mexico über die deutschen Fabrikanten in deutschen Mercure- Artikeln, die häufig bei Ausführung von Nachbestellungen weniger sorg- fältig zu Werke gehen sollen (während die französi- schen um so exakter sind), auch immer noch nicht gut genug verpacken.

Aluminium-Waare kommt — statt rein — bereits gemischt und die Sachen biegen sich! Wenn ein Ar- tikel geht, sollte man gut weiterliefern, aber nicht die Waare verschlechtern. Auch sonst wird ab und zu bei deutschen Fabrikanten und Kommissionären die nöthige Sorgfalt bei Ausführung von Ordres vermisst. So sind in Mexico Gewichte, trotz exakter Aufgabe 7½ gramm p. mex. Pfd. zu leicht angekommen und völlig unverkäuflich, da die Behörde deren Gebrauch verbietet.

Ebenso sind Kronleuchter mit unvollkommenem Behang geliefert worden.

II. Costa Rica.

Deutschlands Antheil an der Einfuhr nach Costa Rica zeigt im Jahre 1891 wieder eine Zunahme von

441 918 Pesos, doch ist auch der von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten in gleicher Weise ge- wachsen, und kann die Gefahr, welche dem deutschen Export durch die Anstrengungen dieser beiden Kultur- länder, im Wettkampfe des Exports nach hier zu unter- liegen, den deutschen Fabrikanten nicht ernsthaft genug ans Herz gelegt werden. Besonders eine gleichmässig gute, solide Waare nachzuliefern, nachdem die erste Sendung Nachbestellungen veranlasst hat, ist für diesen Markt von grosser Wichtigkeit.

Es hat sich leider bei Artikeln deutscher Herkunft im Berichtsjahre gezeigt, dass sehr gut eingeführte Waaren (Bier und Messer — sogenannte Collins-Hauer) ihren guten Ruf hier theilweise eingebüsst haben da- durch, dass die Nachlieferungen schlecht ausfielen.

Zur Erhaltung bezw. Erhöhung der deutschen Aus- fuhr auch nach dem Freistaate Costa Rica wird die zweckmässige Beschickung der im Jahre 1893 in Chikago stattfindenden Weltaus- stellung von höchster Wichtigkeit sein. Wenn der Ertrag der hiesigen Ernte nur einigermaßen gut ausfällt, regt sich stets bei dem Costaricenser eine starke Reiselust, und ist es für die kleine Zahl von Einwohnern dieses Freistaates erstaunlich, welche Menge in- und ausländischer Kaufleute jährlich ihre überseeische Reise unternehmen. Es steht fast ausser Zweifel, dass die Weltausstellung in Chikago auch von hier aus stark besucht werden wird, sowohl von Kauf- leuten als auch von landwirtschaftlichen Unternehmern, und wird es in Bezug auf letztere die besondere Auf- gabe der deutschen Industrie sein, diesen Leuten ihre Leistungsfähigkeit im Felde der Maschinerie für Kaffee-Reinigung, Zuckerbereitung und Holzschnelderei vorzuführen.

Dem hiesigen Kaufmanne wird es sich empfehlen, auf der Ausstellung in Chikago zu zeigen, was die deutsche Industrie vor allem in praktischer Auf- machung und geschmackvoller Ausstattung leisten kann.

Eröffnungsfeier der Chikagoer Weltausstellung.

Zu dem am 21. Oktober geplanten Jubelfest über die 400jährige Entdeckung Amerikas, welches zugleich als vorläufige Eröffnungsfeier für die Weltausstellung dient, wird unter Anderem ein grossartiges, drei Nächte dauerndes pyrotechnisches Schauspiel stattfinden. Schon seit Monaten arbeitet der damit beauftragte Feuer- werkkünstler Pain mit einer Anzahl Hilfsarbeitern, um die Feuerwerkskörper fertig zu stellen. Feuer- gemälde sollen zur Ausführung kommen, wie sie in ähnlicher Farbenkraft noch nicht gesehen worden sind. Die Anzahl und die Verschiedenheit der Feuerkörper ist so vielfach, dass 70 Fachmänner beim Abbrennen am Platz sein müssen, mehr als je irgendwo zusammen waren. Da solcher in Amerika nicht viele sind, wer- den welche aus Deutschland und Frankreich berufen werden müssen. Eine auszugswise Aufzählung der geplanten Feuerscenen genügt, um eine Vorstellung von der Pracht der Vorgänge zu ermöglichen:

Von der ersten Nacht sei besonders Folgen- des hervorgehoben: Ein gross geschweiffter Feuerbogen, auf welchem in Sprühflammen die Worte: „Chikago bewillkommet die Nationen der Erde“ in englischer Sprache zu lesen sind. Ein Feuergemälde, darstellend die Abreise Columbus' von Spanien. Man sieht die Anker lichten, die Segel sich blähen, hört den Ab- schießschuss; zum Schluss sieht man die Schiffe aus dem Hafen ins freie Meer fahren, umgeben von einer Flottille von Booten, welche ein Stück das Geleite geben. Der Umfang des Gesamtbildes 150 × 50 Fuss. Ein Umwandlungsbild, welches anhebt mit der Dar- stellung des Entdeckerschiffes „St. Maria“ und sich in

ein Porträt Columbus' umwandelt. Grösse 40 × 40 Fuss. Historisches Bild, darstellend die Landung Columbus' in prächtigen Farbeneffekten. Grösse 400 × 75. Ein Feuerbild des Völkerkongresses. 300 × 100 Fuss.

Aus der zweiten Nacht heben wir hervor: Eine prismatische Fontaine, die 75 Fuss hoch steigt und zehn Mal ihre Gestalt ändert. Beschreibende Scene der Uebergabe von Lord Cornwallis bei Yorktown. Umfang 150 × 50 Fuss. Die Schlacht beim Iriese in dem Augenblicke, wo das Convoyschiff die Flagge streicht. 150 × 50 Fuss. Aufsteigen von 43 sechspfündigen Raketen, von denen jede 43 schwebende Sterne in rothen, weissen und blauen Farben, darstellend die Unionsstaaten, entsendet. Dieser Effekt ist eine neue Erfindung. Dann das grösste Feuerrad, das je hergestellt wurde. Es ändert sechs Mal die Form und trägt in der Mitte den Adler und das Schild der Vereinigten Staaten. An seinen Speichen sind 43 kleinere Räder mit den Insignien der Einzelstaaten angebracht, die sich ebenfalls drehen. Das Ganze hat einen Umfang von 150 Fuss. Feuerbild des Kapitols zu Washington. Zum Schluss Auffassung von 5000 Raketen.

Von der dritten Nacht: Ein Wasserbild auf dem grossen Kanal. Pains submarine Granaten werfen Wassersäulen von 200 Fuss Höhe, die von Leuchtbomben erhellt werden. Ein schönes Sammelbild von Wappen der auf der Ausstellung vertretenen Nationen, gruppiert um den Adler und das Wappenbild Amerikas. 200 × 50 Fuss. Symbolische Darstellung von Frieden und Wohlfahrt, umgeben von den Figuren der Kunst, Wissenschaft und Literatur. Zu beiden Seiten Perspektiven der Brooklynbrücke, des Eiffelturmes, der Firth of Forth-Brücke; dann Ernte-Maschinen, die das Motto tragen: „Der Friede hat seine Siege, die nicht weniger berühmt sind, als der Krieg.“ Der Karneval von Venedig auf dem grossen Kanal; Züge von Gondeln und Kähnen, die erleuchtet sind, erfüllt von singenden Gondolieren. Dabei Feuerwerke aller möglichen Art auf dem Kanal, den improvisierten Lagunen und in der Luft. Dies grossartige Bild dauert zehn Minuten.

* * *

Getrennt von der Ausstellung des deutschen Reiches im Hauptfeld der Chikagoer Weltausstellung im Jackson-Park wird eine deutsch-ethnographische Sonderausstellung an der sogenannten Midway Plaisance veranstaltet. In dieser Midway Plaisance werden ferner Schaustellungen und Bazare aller Art und Nationen, wie türkische Bazare, chinesische Theehäuser etc., Platz finden. Auf Anregung des deutschen Ethnologen Dr. Ulrich Jahn in Charlottenburg hat sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht gebildet, an deren Spitze der Direktor der deutsch-amerikanischen Treuhandgesellschaft Bernh. Dernburg sowie der bekannte Deutsch-amerikaner C. B. Schmidt aus Omaha stehen. Auf dem 175 000 Quadratfuss grossen Terrain werden von der Firma Philipp Holzmann in Frankfurt a. M. die zur Ausstellung gehörigen Bauten nach den Plänen des Herrn Architekten Hoffacker in Berlin ausgeführt. In der Mitte des Raumes erhebt sich eine nach der Art der alten Kaiserpfälzen erbaute Burg, in der eine der werthvollsten deutschen Waffen- und Rüstzeugsammlungen Aufstellung finden wird. In der grossen Haupthalle der Burg soll eine Apotheose des neuen deutschen Reiches in den um die Statue der Germania gereihten Standbildern von Arminius, Karl dem Grossen, Otto dem Grossen, Barbarossa, Maximilian dem letzten Ritter und Kaiser Wilhelm I. symbolisirt sein. In der Burgkapelle werden prähistorische Sammlungen Platz finden, ferner einige von dem Konservator des kgl. Museums für Völkerkunde ausgeführte Modelle von Pfahlbauten und vorgeschichtlichen Gräbern, sowie Imitationen prähistorischer Schmucksachen in Edelmetall

und in Bronze. Den übrigen Raum der Ausstellung nehmen die den verschiedenen deutschen Baustilen nachgebildeten Dorfhäuser ein. Im Vordergrund ein hessisches Rathhaus, in dessen Innern artgerecht ausgestattete Bauernstuben sowie eine Schenke aus alter Zeit eingerichtet sind. Schmucksachen, Stickereien, Schnitz- und Klöppelarbeiten werden ebenfalls darin untergebracht werden. Des ferneren sehen wir ein Schwarzwald-, ein bayerisches Hochland-, ein Spree-wald- und ein westfälisches Bauernhaus. Dieser Ausstellung gegenüber sind grosse Wirthschaftshallen in barockverschnörkeltem Holzstil angelegt, in denen ca. 8000 Personen sich restauriren und sich an der Musik von zwei erlesenen deutschen Kapellen ergötzen können. Hinter der Burg sollen Erzeugnisse deutschen Gewerbefleisses in besonderen Hallen ausgestellt und verkauft werden dürfen.

Man ist bereits mit dem Aufbau dieser Sonderausstellung beschäftigt, die ein verdienstvolles Abbild deutscher Kulturverhältnisse geben wird.

Kleine Mittheilungen.

Wohnungszustände in Frankfurt a. M. Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat jetzt zum ersten Mal eine erschöpfende statistische Beschreibung der Stadt veranlasst. Dieselbe ist in ihrem ersten Theile, bearbeitet von Dr. Bleicher, Vorsteher des Statistischen Bureaus, erschienen und behandelt u. A. auch die Bauthätigkeit in den Jahren 1890/91. Bei Gegenüberstellung der beiden Perioden 1880/85 und 1885/90 ergibt sich, dass die Häuser mit 4 Obergeschossen — höhere sind nach der Bauordnung nicht zulässig —, welche 1880/85 wenig mehr als ein Viertel aller neuentstandenen Wohnhäuser umfassten, 1885/90 nahezu die Hälfte ausmachten und dass andererseits die Zahl der kleineren Wohnungen bis zu 3 Zimmern in der früheren Periode mässig über ein Drittel, in der späteren noch mehr wie die Hälfte des gesammten Angebots an neuen Wohnungen betragen hat. In dem sich anschliessenden Jahrgange 1890/91 traten die geschilderten Verhältnisse ebenso prägnant zu Tage. Man sieht also, dass sich auch hier die Wohnungsverhältnisse immer mehr verschlechtert haben schon mit Bezug auf die Qualität der angebotenen Wohnungen. Ueber die Bewegung der Miethpreise der neuen Wohnungen innerhalb des verflossenen Jahrzehntes konnten Untersuchungen nicht mehr angestellt werden, dagegen hat man Zahlenmaterial gesammelt, welches sich auf das Jahr 1889/90 bezieht. Hiernach stellen sich die Durchschnittspreise für eine Wohnung:

	2	von 3	4
	heizbaren Zimmern	M.	M.
im Stadttheil	M.	M.	M.
Südwesten	368	535	752
Westend	398	590	820
Nordwesten	509	543	801
Nordend	374	504	659
Nordosten	360	488	718
Ostend	335	517	766
Aeusseres Sachsenhausen	265	489	828
im Durchschnitt für die ganze Stadt	364	526	754.

Die Wohnungen mit nur 2 Zimmern sind hiernach in Sachsenhausen am billigsten, im Nordwesten auffallend theuer; bei den dreizimmerigen sind die Preisschwankungen, abgesehen vom Westend, keine grossen. Die vierzimmerigen Wohnungen scheinen im Nordend, entsprechend der grösseren Zahl leerstehender Wohnungen, am billigsten zu sein. Leerstehende Wohnungen wurden am 1. December 1890 1260 gezählt und zwar mit 1 Zimmer 89, mit 2 Zimmern 198, mit 3 Zimmern 335, mit 4 Zimmern 251, mit 5 Zimmern 174, mit 6 und mehr Zimmern 213. Von diesen entfallen auf: die Altstadt 104, die westliche Neustadt 69, die nörd-

liche Neustadt 50, die östliche Neustadt 89, Südwesten 120, das Westend 64, Nordwesten 148, das Nordend 221, Nordosten 117, das Ostend 76, Alt-Bornheim 48, inneres Sachsenhausen 29 und äusseres Sachsenhausen 89 Wohnungen.

Missstände in Fabrikwohnungen. Welche Missstände vielfach auch in sog. „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer, namentlich in von ihnen errichteten Arbeiterwohnungen existiren, davon giebt neben dem Berichtsband der preussischen Gewerberäthe für 1891 der Bericht des Fabrikinspektors im Herzogthum Sachsen-Altenburg für 1891 einen drastischen Beleg. Dieser Aufsichtsbeamte schreibt: „Leider muss ich zum Schluss auch von einem Falle berichten, wo eine von einer grösseren Fabrik getroffene Einrichtung, ihren unverheiratheten Arbeitern Unterkunft zu gewähren, in Folge der mangelnden Aufsicht kaum noch als eine Wohlthat bezeichnet werden konnte. Die Fabrik, in der viele auswärtige Arbeiter, vor allem Polen beschäftigt werden, hat ein Schlafhaus eingerichtet, in dem ungefähr 200 Leute beiderlei Geschlechts unentgeltlich einquartirt sind. Bei einer Revision stellten sich dort ganz unhaltbare Zustände heraus. Die einzelnen Stuben waren überfüllt (in einem Zimmer von 50 cbm Rauminhalt wohnten z. B. 10 Mädchen); die Trennung der beiden Geschlechter war nicht ausreichend streng durchgeführt; in der Abtheilung der Männer besonders starrte alles vor Schmutz; die Bettwäsche, die nur alle 8 Wochen gewechselt wurde, war von der traurigsten Beschaffenheit, die Aborte gleichfalls in einer kläglichen Verfassung u. s. w. Dazu lag die Aufsicht in der Hand eines Hausmeisters, der nur durch die wütesten Schimpfworte seinem Regiment Nachdruck verschaffen zu können meinte. Es wurde die sofortige Beseitigung all der angeführten Uebelstände gefordert, von der Fabrik auch sofort in Angriff genommen und es konnte dann binnen Kurzem bei den von dem Bezirksarzte, sowie von dem Unterzeichneten vorgenommenen Revisionen ein befriedigender Zustand des Schlafhauses festgestellt werden.“

Zur Statistik der deutschen Invaliditäts- und Altersversicherung. Wie der „Reichsanzeiger“ vom 20. Juli mittheilt, betrug nachden im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten und der vom Bundesrath zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, am 30. Juni 1892 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 205 076. Von diesen wurden 158 246 Rentenansprüche anerkannt und 37 072 zurückgewiesen, 5617 blieben unerledigt, während die übrigen 4141 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 23 339, Ostpreussen 19 524, Brandenburg 15 664, Rheinprovinz 13 759, Hannover 11 964, Sachsen-Anhalt 11 321, Posen 10 474, Schleswig-Holstein 7895, Westfalen 7709, Westpreussen 7557, Pommern 6959, Hessen-Nassau 4423, Berlin 2157. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 20 733 Altersrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 8509, Württemberg 4638, Baden 3829, Gr. Hessen 3687, beide Mecklenburg 4191, Thüringische Staaten 4276, Oldenburg 727, Braunschweig 1457, Hansestädte 1322, Elsass-Lothringen 6236 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 2726.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrenten betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 19 859. Von diesen wurden 5591 Rentenansprüche anerkannt

und 7861 zurückgewiesen, 5516 blieben unerledigt, während die übrigen 891 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Invalidenrentenansprüchen entfallen auf Schlesien 2937, Ostpreussen 1875, Rheinprovinz 1415, Westpreussen 1047, Hannover 1024, Brandenburg 872, Sachsen-Anhalt 753, Posen 734, Pommern 685, Westfalen 536, Hessen-Nassau 433, Berlin 298, Schleswig-Holstein 285. Auf die 8 Versicherungs-Anstalten des Königreichs Bayern kommen 2670 Invalidenrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 594, Württemberg 567, Baden 562, Gr. Hessen 227, beide Mecklenburg 207, Thüringische Staaten 304, Oldenburg 41, Braunschweig 105, Hansestädte 83, Elsass-Lothringen 432 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen zusammen 1173.

Unter den in den Genuss der Invalidenrente tretenden Personen befanden sich 256, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Bücherbesprechungen.

Neefe, Dr. M. Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. II. Jahrgang. 26 Bogen gr. 8°. Preis 12 Mk. Verlag von Wilh. Gottl. Korn in Breslau.

Die Statistik hat neuerdings eine Anzahl nicht unbedeutender Gegner gefunden. Ihre Uebertreibungen und Auswüchse haben das herausgefordert. Es ist aber klar, dass die sogen. statistische Krankheit eine bleibende Eigenschaft unserer und wahrscheinlich auch künftiger kulturgeschichtlicher Perioden wird bleiben müssen. Es giebt kaum irgend einen Arbeiter und Helfer im staatlichen und sozialen Organismus, der sich ihr nicht hingeben müsste. Sie ist eben nichts anderes als die Kunst der Uebersicht; Uebersicht und Ueberlegenheit aber bedeuten fast dasselbe. Man kann sagen, dass die staatliche Statistik noch lange nicht genug benutzt wird. Es ist gemeinhin für den Laien zu schwer, sich in ihrem Labyrinth zurechtzufinden. Eine Statistik kleinerer Einzelbezirke ist für weitere Kreise und leichter verwertbar. Sie hat bisher gefehlt oder war sehr lückenhaft. Das vorliegende Werk füllt eine solche Lücke aus. Deshalb haben wir schon das Erscheinen des I. Jahrganges mit Genugthuung begrüsst. Wir halten es geradezu für eine erfreuliche Thatsache, dass die Aufnahme des Buches eine günstige gewesen ist und wir nunmehr den II. Band vor uns sehen können. Bilden sich doch die Grossstädte immer mehr zu einer Art Spezialgebiet für Erforschung sozialer Fragen heraus, treten doch gerade an sie in immer grösserer Anzahl neuer bisher ungekannter Anforderungen heran, so die Wohnungsfrage, die Bewässerungsfrage, die Trinkwasserfrage, Verkehrsfragen, Armen-, Steuer-, Versicherungs-, Unterrichts-Fragen. Es ist schwer, auf allen diesen Gebieten selbstständig und ohne Kenntniss dessen vorzugehen, was an anderer Stelle in dieser oder jener Hinsicht bereits geleistet ist. Der Vergleich mit Nachbarorten oder ähnlich gelegenen liegt nahe, für ihn bietet das vorliegende Werk zum ersten Male einen sicheren Anhalt. Allein dieser Umstand sichert dem Buche eine gewisse Bedeutung. Auf der Bibliothek einer Kommune wird man es füglich nicht missen können. Aber auch alle diejenigen Faktoren, welchen überhaupt die Pflege städtischer Gemeinwesen auch nur mittelbar obliegt, werden das Jahrbuch häufig zu Rathe ziehen müssen. Seine Bedeutung für die wissenschaftliche Statistik, insbesondere für die Sozialwissenschaften ist schon beim Erscheinen des I. Jahrganges in der Presse allgemein gewürdigt worden.

Dr. H-g.

Nietmann, W., Atlas der Eisenbahnen des deutschen Reiches. Basel 1892. Selbstverlag.

Zimmermann, Dr. Alfred, Geschichte der preussisch-deutschen Handelspolitik. Oldenburg und Leipzig, Schulze'sche Hofbuchhandlung 1892.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

X. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 17. Oktober 1892,
Vormittags 11 Uhr.

Anwesend sind sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Corves-Blankenburg, Liebold-Holzwinden und Wiske-Barum, welche entschuldigt sind, und der Syndikus.

Der Vorsitzende Kommerzienrath Haake eröffnet die Sitzung und begrüsst die Erschienenen. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Der Syndikus berichtet über die Geschäftsführung seit dem 2. Mai 1892, dem Termine der letzten Plenarversammlung. Aus dem Berichte ist Folgendes hervorzuheben:

In der Zeit vom 2. Mai bis 17. Oktober 1892 weist das Tagebuch unter Ausschluss der periodischen Drucksachen 6407 Nummern auf (seit 1. Januar 1892, 7522 Nummern), und zwar 1043 Eingänge und 5364 Ausgänge. Dies ergiebt einen Umschlag von 1183 Ein- und Ausgängen pro Monat oder 39 pro Tag. Von den Eingängen wurden erledigt durch Berathung in den Ausschüssen: a) im Geschäftsausschusse 22, b) im Ausschusse für Verkehrswesen 3, c) im Ausschusse für Gewerwesen 3, d) durch den Vorsitzenden und das Bureau resp. durch Eintrag zu den Acten oder zur Bibliothek 1002, e) unerledigt blieben 15. Es fanden Sitzungen statt: 5 des Geschäftsausschusses, 1 des Ausschusses für Verkehrswesen, 1 des Ausschusses für Gewerwesen, 2 der Mitglieder aus der Stadt Braunschweig, 1 des Ausschusses für Schulangelegenheiten. Ursprungszeugnisse wurden während der Berichtszeit ausgestellt 68 und zwar 33 für Italien, 23 für Griechenland, 12 für Spanien. Hiervon betreffen 46 die chemische Industrie, 1 die Fabrikation von Gummiwaaren, 20 die Eisen- und Metallindustrie, 1 die Pianofortefabrikation. Die Mehrzahl der Beschlüsse der letzten Plenarversammlung ist ausgeführt worden. Nicht erledigt ist der Beschluss betreffend die Führung einer Manifestantenliste, sowie der Wechsellproteste bei den Amtsgerichten. Auf die bei der Handelskammer Brüssel bezüglich letztgenannter Einrichtung und deren Bewährung in der Praxis erfolgte Anfrage, ist eine Rückäusserung bisher nicht erfolgt. Die Eintragung einiger 90 Firmen in das Handelsregister ist nach Rücksprache mit dem Registerrichter beantragt worden; Bescheid ist ebenfalls noch nicht eingegangen. Der V. internationale Binnenschiffahrts-Kongress zu Paris ist Seitens des Syndikus besucht worden. Derselbe hat die Ehre

gehabt, zum Sekretair des Kongresses gewählt zu werden. Der Bericht erfolgt weiter unten. Behufs der Erhaltung des Realgymnasiums ist der bezügliche Ausschuss unter freundlicher Theilnahme des Herrn Direktors Professor Dr. Dahl zusammengetreten; es ergab sich jedoch zunächst keine Veranlassung zu besonderen Schritten, da der Bestand der Anstalt augenblicklich nicht gefährdet erscheint. Der Antrag auf Heranziehung der Konsumvereine zur Gemeindesteuer ist noch unerledigt.

In der Erwägung, dass eine glückliche Entwicklung des Herzogthums und seiner Hauptstadt nur in schnelligster Herstellung des leider allzulange versäumten Anschlusses an das wirtschaftliche grosse Ganze gewährleistet werden können, hat die Geschäftsführung ihr Hauptaugenmerk auf Pflege der Verkehrsfragen gerichtet. So sind alle Fragen der Eisenbahnanschlüsse, der Frachtermässigungen, der Personentarifherabsetzungen, überhaupt des Eisenbahnwesens, des Weiteren des Postwesens, der Telefonanschlüsse mit Sorgfalt bearbeitet worden. Vor allem ist die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Preuss. Ministerium auch auf persönlichem Wege angestrebt. In Sachen des Rhein-Weser-Elbe-Kanals ist die Ernennung preussischer Kommissare zur Verhandlung über eine günstige Kanaltrasse erreicht worden. In Berlin sind bezüglich derselben wenigstens beruhigende Zusicherungen gegeben worden. Auch ist von dort aus die Inaussichtnahme eines Stichkanals nach Braunschweig resp. die Vorprüfung desselben angeordnet. Der Regierungsrath Messerschmidt, welcher mit Ausführung der Vorarbeiten Seitens des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten betraut ist, hat einer Interessentenversammlung hieselbst angewohnt, die lokalen Verhältnisse studirt und sich nicht ungünstig bezüglich eventueller Kanalisierung der Oker ausgesprochen. In den letzten Tagen sind die Preussischen Kommissare hier gewesen; über das Resultat der Verhandlungen ist leider nichts bekannt gegeben. Die von mehreren Seiten erforderte Nachweisung über den Massenverkehr nach und ab den Braunschweigischen Stationen ist von der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg in Folge persönlicher Rücksprache erlangt worden. Die Nachweisungen für die Stationen, welche zu Hannover und Kassel gehören, stehen noch aus. Einer auf der Kanaltagung der deutschen Kanal-Vereine zu Hannover-Minden gegebenen Anregung zufolge, sind im Juli d. J. in Kassel über 100 Vertreter von Handelskammern, Kanalvereinen, Städten und Interessenverbänden zusammengetreten und haben sich als freie „Ver-einigung zur Förderung der gesammten Weserschiffahrt“ konstituiert. Dieselbe hat einen aus 9 Personen bestehenden ständigen Ausschuss niedergesetzt, welchem u. a. auch das Mitglied der Kammer, Herr Liebold und der Syndikus angehören. In den Anfang der Berichtszeit fällt auch die Wahl des Syndikus zum Mitgliede des Ausschusses des deutschen Zentral-Vereins für Fluss- und Kanalschiffahrt. Die wichtigeren Sitzungen des-

selben, sowie die des Ausschusses des Niedersächsischen Kanalvereins sind wahrgenommen worden. Die inzwischen allgemein bekannt gewordene Angelegenheit der vorzeitigen Schliessung der Weserschleusse hat auch im Berliner Zentral-Ausschuss Tadel gefunden. Eine Eingabe, um Ermässigung der Harzsummerkarten ab Braunschweig und Wolfenbüttel, welche auf Beschluss des Ausschusses für Verkehrswesen an die Königliche Eisenbahn-Direktion Magdeburg gerichtet worden ist, hat abschlägigen Bescheid erfahren. Eingaben der Handelskammern zu Hamburg, Altona und Kiel, welche eine öffentliche Beruhigung des Handelsstandes bezüglich der Cholera-Gefahr erstrebten, sind im Hinblick auf die hohe Verantwortlichkeit abgelehnt und denselben nur soweit Folge gegeben worden, als an das Herzogliche Staats-Ministerium die Bitte gerichtet worden ist, hinsichtlich der Absperrungsmassregeln den preussischen analoge Vorschriften zu erlassen. Das Ministerium hat diesem Ersuchen durch Anweisung der Landespolizeibehörden stattgegeben. — Reklamationen gegen die Veranlagung zur Handelskammer-Steuer sind vom Geschäftsausschuss erledigt.

Während der Berichtszeit ist endlich der Jahresbericht ausgegeben und versandt worden. Derselbe ist noch umfangreicher und damit auch kostspieliger geworden, als es der vorjährige war. Auch haben einzelne Mängel desselben zu öffentlicher Ausstellung Veranlassung gegeben. Es ist dringend erwünscht, dass der Bericht künftig mit Jahreschluss erscheine, eine weit kürzere Fassung erhalte und von einer besonderen Sachverständigen-Kommission geprüft werde.

Es entspinnt sich im Anschlusse an den Geschäftsbericht eine lebhafte Debatte. Als Ergebniss derselben ergeben sich die folgenden Beschlüsse:

- a) Der Jahresbericht soll künftig eine weit knappere Fassung erhalten, als bisher.
- b) Zur Begutachtung desselben wird ein Ausschuss niedergesetzt, bestehend aus den Herren Bankdirektor B e n n d o r f, Kommerzienrath J ü d e l, Dr. H. S c h m i d t; dieser Ausschuss hat das Recht der Zuwahl von Sachverständigen.
- c) (Antrag R e h n - Holzminden.) Dem Herzoglichen Staatsministerium unter Vorlegung des diesseits eingegangenen Beschwerde-Materials, nochmals die Angelegenheit der kurzfristigen Schliessung der Weserschleusse bei Hameln mit der Bitte zu unterbreiten, für die Zukunft derartigen Vorkommnissen nach Möglichkeit vorzubeugen.

2. Anträge auf Abänderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe.

Referent: Herr Kommerzienrath J ü d e l.

Seitens einer Reihe von Händlern mit Materialwaaren zu Vorsfelde ist der Kammer die folgende Petition zugegangen.

„Nachdem die durch Einführung des Gesetzes über die Sonntagsruhe den hiesigen Gewerbetreibenden drohende Gefahr grosser, nicht wieder einzuholender Verluste deutlich zu erkennen ist, richten wir an den Vorstand der Handelskammer die ergebene Bitte, unsere Interessen nach Möglichkeit zu wahren.“

Wir bitten, zu diesem Behufe bei Herzoglichem Staats-Ministerium gefälligst dahin vorstellig werden zu wollen, dass nur durch Verlegung von drei, wenigstens aber zwei Geschäftsstunden auf die Nachmittagszeit von drei Uhr ab die Verluste theilweise abgewendet werden können.

Da die Bestimmung des Gesetzes den höheren Verwaltungsbehörden der einzelnen Bundesstaaten die Befugnis zugestht, den örtlichen Verhältnissen entsprechend den Wünschen der betreffenden Interessenten durch besonderes Statut die gesetzlich zulässigen Geschäftsstunden zu theilen, so ist unserer Meinung nach das Herzogliche Staats-Ministerium in der Lage,

nach sachgemässer Prüfung der hiesigen Verhältnisse unseren berechtigten Wünschen Rechnung tragen zu können. Von dem Kundenkreise, auf welchen die hiesigen Geschäfte angewiesen sind, ist es zunächst den Einwohnern der benachbarten Kirchdörfer, falls diese nicht den Besuch des Gottesdienstes versäumen wollen, nicht möglich, den hiesigen Ort zu der freigegebenen Zeit zu erreichen; dann aber können die vielen in dienstlichen oder sonstigen abhängigen Verhältnissen stehenden Personen nicht mehr wie früher ihre Lebensbedürfnisse aus den hiesigen realen Geschäften entnehmen, da am Sonntag Vormittag Lohnempfang, Wartung des Viehbestandes der Brodherrschaft, sowie Erledigung eigener häuslicher Arbeiten die Anwesenheit dieser Leute an ihrem Wohnorte erfordert und werden dieselben hierdurch nothwendiger Weise den Hausirgeschäften zur Ausbeute überliefert.

Wir geben der Hoffnung Raum, dass der Vorstand der Handelskammer in Würdigung der bestehenden Nothlage unsere dringende Bitte bei Herzogl. Staats-Ministerium befürwortet und dasselbe zu einer günstigen Entscheidung veranlasst. (Folgen Unterschriften).“

Gleichzeitig ist der Verband deutscher Handlungsgenhüfen zu Leipzig in seinem in der Presse besprochenen bekannten Umschreiben im entgegengesetzten Sinne vorstellig geworden.

Unter dem Vorsitze des Referenten ist die Angelegenheit im Ausschusse für Gewerbewesen gründlich erörtert worden. Referent beantragt Namens dieses Ausschusses der Petition aus Vorsfelde nicht statt zu geben, da ein Vorgehen nach dieser Richtung hin gegenüber der kurzen Frist, innerhalb deren das Gesetz in Wirksamkeit sei, als verfrüht erscheinen müsse. Man sei auch im preussischen Ministerium entschlossen, vor Ablauf eines Jahres die bezüglichlichen Bestimmungen nicht abzuändern. Zudem seien Klagen bisher nur an vereinzelt Stellen aufgetreten; an anderen wiederum seien Abänderungen gewünscht worden, welche den Umfang der hier geforderten keineswegs erreichten. Darum möge man sich zunächst zuwartend verhalten.

In der folgenden Diskussion wird der Anschauung Ausdruck verliehen, dass die Geschäftslage der betroffenen Kaufleute ein Zuwarten nicht verträge; binnen Jahresfrist könnten viele derselben der beregten Schädigungen erlegen sein; denn die letzteren träten deutlich und rasch hervor. Es seien zwar die Verhältnisse der Hauptstadt zunächst ausser Acht zu lassen, in den Landstädten aber müsse eine Abänderung durchaus nach der Richtung angestrebt werden, dass zwar eine Stunde der Arbeitszeit vor Beginn des Gottesdienstes festzuhalten, übrigens aber die Zeit von 12 bis 4 Uhr freizugeben sei.

Die Kammer beschliesst demgemäss bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium vorstellig zu werden unter gleichzeitigem Hinweise auf ihr dermaliges Gutachten vom 10. März vorigen Jahres, sowie auf die Nothwendigkeit der Durchführung der seinerzeit diesseits empfohlenen Massregeln gegen das Detailreisen und den Hausirbetrieb.

3. Einführung obligatorischer Fortbildungsanstalten für kaufmännische Lehrlinge.

Referent: Herr Kommerzienrath J ü d e l.

Der kaufmännische Verein „Union“ hierselbst hat bei der Kammer den ausführlich begründeten Antrag auf Befürwortung der Errichtung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen eingebracht. Referent legt zunächst die gesetzlichen Vorschriften klar, welche die Errichtung solcher Schulen der ortsstatutarischen Regelung anheim geben. Er führt sodann die zahlreichen Gründe an, welche allerorten gegen die Installierung eines Zwanges geltend gemacht werden; andererseits beleuchtet er die traurigen Zustände, welche auf diesem Gebiete hierselbst und zumal in den kleineren Städten sich vorfinden. Leider besteht immer

noch in weiten Kreisen der Bevölkerung die Ansicht, dass diejenigen jungen Leute, welche anderwärts nicht voran kämen, zum Kaufmannsstande gerade gut genug seien. So treibe dem Handelsstande eine Menge schlechter Elemente zu, welche durch ihre mangelhafte Vorbildung von vornherein für denselben als ungeeignet bezeichnet werden müssten. Dazu käme, dass gerade an die Angehörigen dieses Standes täglich wachsende Anforderungen heranträten, so dass das heute zur Verfügung stehende Material unzureichend erscheine. Also sei auf diesem Gebiete vieles wieder gut zu machen. Ein Appell an das freiwillige Bildungsstreben der Angestellten sei an vielen Stellen ungehört verhallt; leider aber sei auch ein energisches Eingreifen Seitens der Prinzipale nicht zu erwarten. Ehe man indessen daran denken könne, auf diesem Gebiete im diesseitigen Bezirke eine so tiefgreifende Reform, wie die Einführung von Zwangsschulen anzustreben, sei es einmal nöthig, sich eine genaue Kenntniss der Sachlage zu verschaffen; dann aber erscheine es billig, gleichzeitig die entsprechende Einrichtung auf dem Gebiete des Gewerbewesens anzuregen, da hier das Material womöglich noch schlechter sei.

Referent beantragt im Namen des Ausschusses für Gewerbewesen: den Antrag des kaufmännischen Vereins „Union“ vorläufig zurückzustellen, dagegen möglichst bald Erhebungen über die Zahl und den Bildungsgang der kaufmännischen Lehrlinge des Bezirkes anzustellen, zugleich aber Schritte zu thun, um die Einführung analoger Einrichtungen für das Gewerbe herbeizuführen.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

4. Ausnahmetarif für frische Erbsen und Bohnen.

Referent: Der Syndikus.

In der Sitzung des Bezirkseisenbahnrates zu Magdeburg vom 30. August d. J. ist Seitens des Vertreters des landwirthschaftlichen Zentralvereins der Antrag eingebracht worden, die Beförderung frischer Gemüse und leichtverderblicher Produkte der Landwirtschaft auf weissen Frachtbrief per Eilfracht zu gestatten. Dieser Antrag ist nach eingehender Diskussion mit der Begründung abgelehnt worden, dass bei Annahme desselben der Eisenbahnverwaltung ein allzugrosser Einnahmeausfall erwachsen würde. Da indessen diese Angelegenheit auch für die Konservenindustrie des Bezirkes von hoher Bedeutung ist, sah sich das Präsidium der Kammer auf Anregung des Ausschusses für Verkehrswesen veranlasst, die Fabrikanten dieser Branche zu einer besonderen Besprechung einzuladen. Dieselbe fand am 28. September d. J. im Sitzungssaale der Handelskammer statt; vertreten waren die bedeutendsten Firmen der Branche aus der Stadt und dem Herzogthum. Aus den Verhandlungen ergab sich, dass allerdings in den langen Lieferfristen für frische Gemüse bei gewöhnlicher Frachtsendung eine Gefahr für die fernere Entwicklung der Konservenindustrie gefunden werden muss. Jeder Fabrikant hat neben dem Hauptartikel, dem Spargel, auch die übrigen Konserven-Gemüse, insbesondere Erbsen und Bohnen herzustellen. Nun steigt der Spargelanbau in der nächsten Umgebung der Fabriken, zumal der Stadt Braunschweig stetig und rasch; er ist der einträglichste. Im gleichen Grade aber nimmt der Anbau der übrigen Gemüse ab. Naturgemäss steigen die Preise für diese Produkte. Da nun der Vortheil, mit welchem die Gemüse gehandelt werden, kein grosser ist, andererseits der hohe Eilfrachtpreis den Bezug von ausserhalb nicht gestattet, während die Lieferzeit der gewöhnlichen Frachtsendung die frischen Gemüse in vielen Fällen bis zur Ablieferung verderben lässt, sind die Fabriken auf den Bezug aus nächster Nähe geradezu angewiesen: dies bedeutet aber bei weiterem Steigen der hiesigen konkurrenzlosen Preise eine ernste Krise für eine nicht unbedeutende Zahl der Betriebe. Es

ist charakteristisch für die Zwangslage, in welcher sich die Konserven-Industrie bereits befindet, dass beispielsweise in vielen Fällen Erbsen per Axe aus der Umgegend von Celle bezogen worden sind. Bisher mussten Angebote zur Lieferung frischer Gemüse aus anderen Gegenden stets unberücksichtigt bleiben, weil das Geschäft sich entweder durch die Länge der Lieferzeit oder aber durch die Höhe des Eilfrachtsatzes verbot. Obgleich beispielsweise in der Gegend von Quedlinburg gute Ansätze zum Gemüsebau sich vorfinden, ist eine Verbindung mit den Anbauern jenes Distrikts bisher nicht möglich gewesen. Dagegen ist es unstreitig, dass die Konserven-Industrie eine grosse Zukunft hat und ihre Erhaltung in Deutschland von höchster Wichtigkeit ist. Dies beweist, wenn nichts anderes, die ausserordentliche Raschheit der Entwicklung dieser Industrie, welche heute im diesseitigen Bezirke bereits ca. 40 Fabriken zählt. Besonders hervorzuheben ist sodann, dass die Landwirtschaft nicht etwa ein gegenheiliges Interesse, sondern vielmehr durchaus dasselbe hat: nämlich das eines möglichst günstigen Standes der Konservenfabriken, auf deren Versorgung heute bereits die ganze nähere und weitere Umgebung der Hauptstadt sich eingerichtet hat. Wenn irgend etwas, so ist gerade die Konserven-Industrie geeignet, die Rentabilität der ländlichen Grundstücke ausserordentlich zu erhöhen.

Der im Bezirkseisenbahnrathe abgelehnte Antrag war augenscheinlich zu allgemein gefasst; wenigstens ging derselbe über die Interessen der Konserven-Industrie weit hinaus. Man war der Ansicht, dass angesichts der augenblicklichen Finanzlage des Eisenbahnfiskus alle Anträge auf Forderung des Nothwendigsten beschränkt werden müssten. Demgemäss empfahl die Versammlung der Kammer, bei den Eisenbahndirektionen dahin vorstellig zu werden, „dass für die Beförderung von frischen Erbsen und Bohnen nach Braunschweig, dem Centrum der Konserven-Industrie, für die Zeit vom 15. Juni bis zum 15. September ein billiger Ausnahmetarif zur Einführung komme.“

Referent beantragt, diesem Vorschlage zuzustimmen. Der Antrag wird angenommen.

5. Tariffragen.

Referent: Herr Friedrich Selwig.

Ueber Verhandlungen, welche bezüglich einer Reihe von Tariffragen mit den preussischen Eisenbahnbehörden schweben, wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

6. Jahresrechnung.

Referent: Herr Hermann Schmidt.

Der Schatzmeister der Kammer, Herr Dr. Hermann Schmidt, legt die Rechnung über die Zeit vom 19. September 1890 bis zum 31. März 1891, sowie über das Haushaltsjahr 1891/92 vor, welche letztere mit einem Einnahmeüberschuss abschliesst.

Mit Prüfung der Rechnung werden die Herren Otto Lüttge und Justus Leo beauftragt.

7. Bericht über den V. internationalen Binnenschiffahrts-Kongress zu Paris.

Referent: Der Syndikus.

Referent legt einen schriftlichen Bericht über den Kongress vor, welchen er im Auftrage der Kammer besucht hat, und fügt eine Reihe allgemeiner Gesichtspunkte in mündlicher Ausführung bei. Aus denselben ist besonders diejenige hervorzuheben, dass allen deutschen Theilnehmern am Kongresse klar geworden ist, wie Frankreich seine wirthschaftliche Ueberlegenheit in erster Linie seinem ausgedehnten Wasserstrassennetze zu danken habe; wie dieses Land aber gleichzeitig eine Fülle klassischer Beispiele dafür biete, dass eine Wasserstrasse bezüglich ihrer Rentabilität nicht auf den Verkehr angewiesen sei, welcher bei ihrem Ausbau vorhanden ist, sondern dass sie selbst einen gewaltigen Umschwung der wirthschaftlichen

Verhältnisse hervorrufe, Industrien schaffe und den Verkehr vervielfältige.

8. Fernsprechverbindung Hamburg-Braunschweig.

Referent: Der Vorsitzende.

Laut Beschluss der Plenarversammlung vom 2. Mai d. J. hat die Kammer bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion hieselbst die Befürwortung der Errichtung einer Fernsprechverbindung unserer Hauptstadt mit Hamburg beantragt. Motivirt war die bez. Eingabe mit dem Hinweis auf die seit Alters her bestehenden überaus regen Handelsbeziehungen zu der Hafenstadt, über welche u. a. der gesamte Exporthandel des Herzogthums seinen Weg nimmt. Zur Unterstützung war eine Liste von 80—90 Grossfirmen beigelegt, welche ihr dringendes Interesse an dem Zustandekommen besagter Verbindung schriftlich bekundet und von denen 23 allein 3782 Gespräche im Jahre in Aussicht gestellt haben. Trotz dessen ist der Antrag von der Postbehörde mit dem Bemerken abgelehnt worden, dass in eine weitere Behandlung dieser Angelegenheit überhaupt erst eingetreten werden könne, wenn die hiesige Kaufmannschaft sich zur Uebernahme einer jährlichen Zinsgarantie in Höhe von 13 000 Mk. verpflichten wolle.

Die Kammer hat wiederholt Gelegenheit genommen, sich grundsätzlich gegen das System der Forderung derartiger Zinsgarantien zu äussern.

Sie beschliesst über die Erhebung einer solchen Forderung auch im vorliegenden Falle, welche einer Ablehnung ihres Antrages gleichkomme, ihr lebhaftes Bedauern auszusprechen.

9. Wasserrechtsausschuss für die westdeutsche Industrie.

Referent: Der Syndikus.

Im Hinblick auf die Thatsache, dass sich gegenwärtig in Deutschland immer weitere Kreise der Bewegung anschliessen, welche den Ausbau eines grossen einheitlichen Wasserstrassennetzes zum Ziele hat, erscheinen auch die Fragen des Wasserrechtes von gesteigerter Bedeutung. Insbesondere wird von Seiten der meisten Sachverständigen die Schaffung der Reichshoheit in den einschlägigen Fragen dringend gewünscht. Die Interessenten der Landwirtschaft haben die Wichtigkeit dieser Frage ebenfalls erkannt, die deutsche Landwirtschaft hat einen besonderen Ausschuss zur Bearbeitung derselben niedergesetzt, und dieser Ausschuss ist bereits mit bestimmten Vorschlägen für eine gesetzliche Regelung der Materie an die Öffentlichkeit getreten. Eine nähere Prüfung derselben hat jedoch gezeigt, dass in dem vorgelegten Entwurfe lediglich die Interessen der Landwirtschaft wahrgenommen sind und zwar auf Kosten der Interessenten der Industrie. Es erschien demnach angezeigt, auf Seiten der letzteren eine Gegenagitatio ins Leben zu rufen. Dieselbe hat zur Begründung eines „Wasserrechtsausschusses für die Westdeutsche Industrie“ mit dem Sitze in Arnshagen geführt.

Für den diesseitigen Bezirk sind die Fragen des Wasserrechtes von jeher wichtig gewesen; derselbe umfasst eine grosse Reihe kleiner und mittelgrosser Wasserläufe, an deren Ufern Landwirtschaft und Industrie nebeneinander sich entwickelt haben. Referent beantragt, sich der bez. Bestrebungen der westdeutschen Industriellen anzuschliessen und sich durch einen besonderen Vertreter an den Arbeiten des Ausschusses zu betheiligen.

Die Kammer beschliesst auch demgemäss und überträgt das betreffende Mandat dem Herrn Generaldirektor Landberg-Carlshütte.

10. Neuwahlen zur Handelskammer.

Referent: Der Vorsitzende.

Am Ende des Etatsjahres, also am 31. März 1893 erlischt das Mandat der Kammernmitglieder Haake, Benndorf, Lüttge, Gerloff, Störig,

Wiske-Barmen, Ehrhardt-Wolfenbüttel, Schmidt-Helmstedt, Willeke-Königsutter, Ballin-Gandersheim, Rehn-Holzminde und Corves-Blankenburg.

Referent beantragt als Zeit für die Neuwahlen die erste Hälfte des Februar 1893 festzusetzen, übrigens aber für sämtliche Wahlen schon jetzt die auf Grund des § 11 des Gesetzes v. 26. März 1890 zu ernennenden Wahlvorsteher zu bestimmen.

Die Kammer beschliesst demgemäss und ernennt zu Wahlvorstehern

für den Kreis Braunschweig Herrn Dr. jur. H. Schmidt,
 „ „ „ Holzminde: Herrn Liebold,
 „ „ „ Helmstedt: Herrn Dorguth,
 „ „ „ Wolfenbüttel: Herrn Haefner,
 „ „ „ Blankenburg: Herrn Direktor Schrupp,
 „ „ „ Gandersheim: Herrn Gen.-Dir. Landberg.

Für den Fall der Behinderung eines der Kommissare wird der Vorsitzende zur Nominirung eines Stellvertreters ermächtigt.

11. Beiträge für Handelsschulen.

Referent: Herr Kommerzienrath Jüdel.

Gemäss dem Antrage des Referenten und in Verfolg der bezüglichen begründeten Gesuche werden bewilligt:

- a) der Handelsschule zu Holzminde ein einmaliger Zuschuss von 50 Mk.,
- b) der Handelsschule zu Braunschweig für das Rechnungsjahr 1892/93 350 Mk.,
- c) der Handelsschule zu Königsutter ein einmaliger Beitrag von 25 Mk.

12. Unterstützung der Hinterbliebenen an der Cholera verstorbener deutscher Binnenschiffer.

Referent: Der Syndikus.

Der Ausschuss des deutschen Zentral-Vereins zur Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt hat darauf hingewiesen, wie zwar mittelst der aus allen Kreisen Deutschlands nach Hamburg gesandten Mittel die Hinterbliebenen der an der Cholera verstorbenen Hamburger Schiffer unterstützt worden seien, wie dagegen diejenigen Schiffer-Familien, deren Ernährer während ihres zufälligen Aufenthaltes im Choleragebiete dahingerafft worden, bisher leer hätten ausgehen müssen. Der Ausschuss hat demzufolge beschlossen, zu besagtem Zwecke eine besondere Sammlung unter den Mitgliedern des Zentralvereins, zu denen auch die diesseitige Kammer gehört, zu veranstalten.

Referent beantragt die Summe von 50 Mk. zu bewilligen.

Die Kammer erhebt den Antrag zum Beschluss.

Ausserhalb der Tagesordnung werden die folgenden Beschlüsse gefasst:

I. Einen Antrag der Firma Singelmann zu Schöppenstedt betr. den Deutsch-Spanischen Handelsvertrag abzulehnen;

II. Wegen Aufhebung der im Hinblick auf das Vorhandensein einer Cholerafahre noch immer fortbestehenden Beschränkungen des internationalen Handelsverkehrs, insbesondere wegen Aufhebung des österreich-ungarischen Einfuhrverbotes für Fleischwaaren und Würste bei der Herzoglichen Landesregierung, sowie bei der Reichsregierung vorstellig zu werden (siehe weiter unten).

III. Den Beitritt der Kammer zu der zu begründenden „Deutschen Schutzgesellschaft für Inhaber fremdländischer Werthpapiere“ in Aussicht zu stellen und hierfür gegebenen Falles einen Beitrag von 100 Mk. für 5 Jahre zu bewilligen.

Für die Richtigkeit:

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 5. — 7587/92.

An unserer Geschäftsstelle liegen Anmeldebogen und Prospekte der Internationalen Ausstellung von Samen-Reinigungs-, Sortier- und Trockemaschinen, Apparaten und Geräthen aus, welche zu Anfang des Jahres 1893 zu St. Petersburg stattfindet.

Braunschweig, 23. September 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 7493/92.

An unserer Geschäftsstelle wird vertrauliche Auskunft über den deutschen Ausfuhrhandel nach China, über Hongkong erteilt.

Braunschweig, 6. Oktober 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. B. 5. — 7497/92.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass in letzter Zeit Reichsbanknebenstellen in Gütersloh, Bonn, Ravensburg und Schwüb.-Gmünd errichtet worden sind und dass die Reichsbanknebenstelle zu Osterode in Ostpr. am 6. Oktober d. J. mit Kasseneinrichtung versehen worden ist und deshalb von jenem Tage ab Wechsel auf Osterode in Ostpr. von der hiesigen Reichsbankstelle angekauft werden.

Braunschweig, 8. Oktober 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. 1. — 7593/92.

Die englische Firma Ellis, Minnitt & Co. hat dem Kaiserlich deutschen Konsul zu Bombay den Wunsch zu erkennen gegeben, die Adressen erster durch Bedeutung und Leistungsfähigkeit ausgezeichnete deutscher Fabrikanten kennen zu lernen, mit welchen sie wegen Einführung der folgenden Artikel in Verbindung treten könne:

1. Maschinen für Spinnerei und Weberei,
2. Maschinen, Werkzeuge und Material zur Anlage und zum Betrieb von Schmalspurbahnen, sowie sonstige in das Ingenieurfach einschlägige Artikel,
3. Metallplatten aller Art (aus Eisen, Kupfer, Nickel und ähnlichen Legierungen, besonders Messing-(brass)platten zu Patronenhülsen,
4. Eiserne Röhren,
5. Draht- und Eisennägel, sowie Hufnägel,
6. Schrauben, Schraubenbolzen und Nieten (kupferne und eiserne),
7. Eisenwaaren und Werkzeuge aller Art: Messer, Scheeren, Schlösser, Waagschaalen, galvanisirte Eimer, Feilen, Sägen, Hämmer etc.,
8. Farben für Schiffs- und Eisenbahnanstrich (Bleiweiss, Mennig u. s. w.),
9. Treibriemen,

10. Garne und Gewebe, soweit dieselben mit englischen Erzeugnissen konkurriren können,
11. Farben zum Färben,
12. Druck- und Packpapier,
13. Cement.

Den Banken in Bombay, bei welchen der Kaiserl. Konsul über die Firma Ellis, Minnitt & Co. Auskunft zu erhalten versucht hat, und welche sich allerdings nicht selten über am dortigen Platze befindliche Firmen wenig unterrichtet zeigen, ist Näheres über Ellis, Minnitt & Co. nicht bekannt. Herr Minnitt erklärt dies dadurch, dass er mit der Finanzierung der von ihm hier aufgenommenen Bestellungen nichts zu thun habe, weil bei Ausführung derselben von Europa direkt auf die Indentors gezozen würde.

Die nachstehend verzeichneten Firmen, welche Ellis, Minnitt & Co. ihre Vertretung übertragen haben, würden eventuell in der Lage sein, genügende Auskunft über die Firma zu erteilen: James Watt & Co. Late Boulton & Watt, London and Birmingham. Pumping Machinery. Mill Engines, Boilers, Mint Machinery. — Thos. Firth & Sons, L^d. Sheffield. Tool Steel and Forgings. For all Purposes. — Cotton, Woollen, Silk And Other Textile Machinery. — Stanley Bros. Nuneaton Patent Coal Heading Machines. — Mills Patent Carding Engine. — The „Titan“ Sprinkler. — The West Kent Portland Cement Co., L^d. — Penney & Co., L^d. Lincoln. Petroleum, Engines and Rice Machinery. Rice and Tea Machinery. — Andrews & Prece, L^d. Bradford. Electrical Engineers. — Ia. Simpson & Sons, Darlaston. Bolts, Nuts and Coach Screws. — J. & T. Seddon, Hull. Oils, Paints and Varnishes. — Geo. Banham & Co., L^d. Camel Hair Belting and Hose Piping. — Dawson & Co., Lincoln. Leather Belting. — Godwin & Hewitt, Hereford. Encaustic Tiles of all Descriptions.

Wir ersuchen, diejenigen Industriellen unseres Bezirkes, welche eine Aufgabe ihrer Adresse an die genannte Firma in Bombay wünschen, dies möglichst umgehend unserer Geschäftsstelle anzuzeigen.

Braunschweig, 24. Oktober 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Das englische Markenschutzgesetz.

In letzter Zeit haben sich die Fälle, in denen deutsche Firmen behufs Freigabe ihrer auf Grund des britischen Waarenzeichengesetzes von den englischen Zollbehörden beschlagnahmten Waarensendungen amtliche Vermittelung in Anspruch nehmen, erheblich vermehrt, so dass es den Anschein gewinnt, als ob die Bestimmungen der Merchandise Marks Act 1887 in den beteiligten deutschen Kreisen in Vergessenheit gerathen wären. Der Herr Reichskanzler hat daher Veranlassung genommen, das Kaiserliche General-Konsulat in London zur Aufstellung einer Notiz aufzufordern, welche die hauptsächlich in Betracht kommenden Vorschriften des fraglichen englischen Gesetzes unter Berücksichtigung der denselben in der Praxis der Zollbehörden gegebenen Auslegung in verständlicher Weise zusammenfasst. Wir bringen diese Notiz hierunter zum Abdruck.

Notiz betreffend die Beschlagnahme von Auslande eingeführten Waaren Seitens der britischen Zollbehörden auf

Grund des englischen Waarenzeichengesetzes von 1887.

Nach dem britischen Waarenzeichengesetz von 1887 sind von der Einfuhr nach Grossbritannien ausgeschlossen und, wenn gleichwohl eingeführt, der zollamtlichen Beschlagnahme und nachfolgenden Konfiskation ausgesetzt:

A) Alle Waaren, welche bei Verkauf innerhalb Grossbritanniens auf Grund der Bestimmungen des englischen Waarenzeichengesetzes der Konfiskation unterliegen würden:

Dazu gehören

1. Waaren mit gefälschten, verfälschten oder ohne Ermächtigung des Markeneigentümers angebrachten Handelsmarken.

2. Waaren mit falscher Handelsbezeichnung.

B) Alle Waaren ausländischer Fabrikation, welche den Namen oder die Handelsmarke eines Fabrikanten, Kaufmanns oder Händlers in Grossbritannien tragen bezw. zu tragen den Anschein erwecken.

Die unter die Kategorie

A 1) fallenden Thatbestände bedürfen keiner näheren Erklärung; anders der bei

A 2) in Frage kommende Thatbestand der „falschen Handelsbezeichnung“ (false trade description).

Als solche hat nach dem Gesetz zu gelten jede Bezeichnung einer Waare, welche in einem wesentlichen Punkte unrichtig ist. Welche Punkte als „wesentlich“ im Sinne dieser Begriffsbestimmung zu betrachten sind, bleibt der Auslegung überlassen. Für den deutschen Importeur ist es vor Allem wichtig zu wissen, dass zu den „wesentlichen“ Punkten in erster Linie das Herkunftsland gehört, und dass daher eine Waare deutschen Ursprungs wegen falscher Handelsbezeichnung der Beschlagnahme verfällt, wenn sich auf oder an derselben eine Bezeichnung befindet, welche die Waare als das Produkt eines anderen Landes als Deutschlands erscheinen lässt. Dass gerade Grossbritannien als solches anderes Ursprungsland erscheint, ist dabei nicht Bedingung, wenn auch die britischen Zollbehörden falschen Handelsbezeichnungen dieser Art naturgemäss eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die falsche Handelsbezeichnung kann „direkt“ oder „indirekt“ sein, ohne dass hierdurch die Frage der Beschlagnahme berührt würde. Eine die Herkunft der Waare betreffende falsche Handelsbezeichnung liegt daher nicht nur dann vor, wenn auf der Waare bezw. deren Umhüllung geradezu ein anderes als das wirkliche Herkunftsland oder ein in einem anderen als dem wirklichen Herkunftslande gelegener Ort verzeichnet ist, es gilt vielmehr als falsche Handelsbezeichnung jede Bezeichnung, welche in irgend einer Weise geeignet scheint, den Käufer der Waare zu dem Glauben zu veranlassen, dass die letztere in einem anderen als dem wirklichen Herkunftslande erzeugt sei. In dieser Beziehung ist es namentlich von Wichtigkeit, dass schon der blosse Gebrauch einer anderen Sprache als derjenigen des Ursprungslandes in der Bezeichnung einer Waare von der britischen Zollverwaltung im Allgemeinen als geeignet erachtet wird, bei dem kaufenden Publikum den Eindruck zu erwecken, als ob die Waare innerhalb des Gebiets jener anderen Sprache hergestellt sei. Englische, französische, spanische und dergleichen Aufschriften auf Waaren deutschen Ursprungs gelten daher als falsche Handelsbezeichnungen und ziehen die Beschlagnahme der Waaren nach sich.

Die Ungesetzmässigkeit einer solchen Waarenbezeichnung wird indes aufgehoben durch Hinzufügung eines Vermerks über das wirkliche Ursprungsland. Ein deutscher Fabrikant, der sich veranlasst sieht, auf Waaren, welche für die Ausfuhr nach England bestimmt sind, eine solche „falsche Handelsbezeichnung“ anbringen zu lassen, kann der Beschlagnahme dieser Waaren Seitens der englischen Zollbehörden dadurch

vorbeugen, dass er der fraglichen Bezeichnung die Worte „made“ oder „manufactured in Germany“ hinzufügen lässt. Die Hinzufügung eines solchen Vermerks ist daher in allen irgendwie zweifelhaften Fällen dringend zu empfehlen. Hierbei ist jedoch wohl zu beachten, dass der gedachte Ursprungsvermerk in unmittelbarer Nähe der anstössigen Bezeichnung, und ferner, dass er in ebenso augenfälliger und in gleich unzerstörbarer Weise wie die Bezeichnung selbst, angebracht sein muss.

Es genügt mithin nicht, falls die falsche Handelsbezeichnung den Waaren selbst aufgedruckt, eingebrannt oder eingewirkt ist, dass die letzteren mit Etiquettes beklebt oder in Kartons verpackt werden, welche den Vermerk „made in Germany“ tragen; vielmehr muss dieser Vermerk gleichfalls den Waaren selbst und zwar unmittelbar neben, über oder unter der Bezeichnung in gleich lesbaren Schriftzeichen aufgedruckt, eingebrannt oder eingewirkt sein.

Findet sich dagegen die falsche Handelsbezeichnung nur auf den Etiquettes oder Kartons der Waarensendung, so braucht der Ursprungsvermerk auch nur auf diesen angebracht zu werden. Ist überhaupt keine falsche Handelsbezeichnung zur Anwendung gekommen, so bedarf es nach Lage der zur Zeit massgebenden englischen Vorschriften auch nicht der Anbringung des Ursprungsvermerks.

Von den Rechtsfolgen der falschen Handelsbezeichnung ausdrücklich ausgenommen sind Bezeichnungen, welche schon bei Inkrafttreten des Waarenzeichengesetzes für bestimmte Arten von Waaren oder bestimmte Fabrikationsweisen allgemein üblich waren. Solche Bezeichnungen ziehen daher, auch wenn sie an und für sich unter den Begriff der falschen Handelsbezeichnung fallen würden, die Beschlagnahme der Waaren nicht nach sich und es bedarf nicht der Hinzufügung eines Ursprungsvermerks, um die Beschlagnahme abzuwenden.

Diese Ausnahme findet jedoch keine Anwendung auf Bezeichnungen der gedachten Art, welche den Namen eines Orts oder eines Landes einschliessen und dadurch geeignet scheinen, über das wirkliche Ursprungsland der Waaren zu täuschen. In diesem Falle ist vielmehr, wie bei jeder anderen falschen Handelsbezeichnung, die Hinzufügung des Ursprungsvermerks erforderlich, wenn die Beschlagnahme abgewendet werden soll.

Wenn Waaren, die als Produkt eines bestimmten Landes bezeichnet sind, aus einem anderen Lande nach England eingeführt werden, so gilt das letztere Land als wirkliches Ursprungsland der Waaren, sofern nicht der Beweis erbracht wird, dass die Waaren thatsächlich in dem Lande, auf welches die Bezeichnung hindeutet, verfertigt worden sind.

Der oben unter B aufgeführte Fall einer Bezeichnung von Waaren mit dem Namen oder der Handelsmarke eines Fabrikanten, Kaufmanns oder Händlers in Grossbritannien bedarf an sich keiner näheren Erklärung. Hervorzuheben ist nur, dass das gegen so bezeichnete Waaren gerichtete Einfuhrverbot wesentlich darauf berechnet ist, britische Firmen daran zu verhindern, dass sie im Auslande angefertigte Waaren als britisches Produkt auf den Markt bringen. Es heisst daher den Zweck der bezüglichen Gesetzesbestimmung verkennen, wenn deutsche Fabrikanten die Bezeichnung ihrer Waaren mit der Firma des englischen Bestellers durch den Hinweis darauf rechtfertigen zu können glauben, dass die fragliche Bezeichnung ihnen Seitens des Bestellers ausdrücklich vorgeschrieben worden sei.

Die einzige Möglichkeit, Waaren, welche mit dem Namen oder der Handelsmarke einer englischen Firma bezeichnet sind, vor der Beschlagnahme durch die britischen Zollbehörden zu schützen, besteht — ebenso wie im Falle der falschen Handelsbezeichnung — in der Hinzufügung des Ursprungsvermerks, bei dessen

Anbringung die oben näher erörterten Modalitäten zu berücksichtigen sind.

Eine für die Waarenkategorien A und B gleichmässig gültige Bestimmung ist die, dass die gesetzwidrige Bezeichnung auch nur eines Stückes einer Waarensendung die Beschlagnahme der ganzen Sendung nach sich zieht.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass Waaren, welche Grossbritannien nur auf dem Transit nach ihrem Bestimmungslande berühren, den nach Grossbritannien eingeführten Waaren hinsichtlich der Behandlung nach den Vorschriften des Waarenzeichengesetzes völlig gleichstehen. Der Umstand, dass Waaren nach einem anderen Lande bestimmt waren und nur in Folge eines Zufalls oder Versehens über britische Häfen expedirt wurden, vermag nicht eine Aufhebung der auf Grund des Waarenzeichengesetzes erfolgten Beschlagnahme derselben zu bewirken.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen.

§ 1. Wer in seinem Geschäftsbetriebe zur Unterscheidung seiner Waaren von den Waaren Anderer eines Waarenzeichens sich bedienen will, kann dieses Zeichen zur Eintragung in die Zeichenrolle anmelden.

§ 2. Die Zeichenrolle wird bei dem Patentamt geführt. Die Anmeldung eines Waarenzeichens hat schriftlich bei dem Patentamt zu erfolgen. Jeder Anmeldung muss die Bezeichnung des Geschäftsbetriebes, in welchem das Zeichen verwendet werden soll, ein Verzeichniss der Waarengattungen, für welche es bestimmt ist, sowie eine deutliche Darstellung des Zeichens beigelegt sein.

Das Patentamt erlässt Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung.

Für jedes Zeichen ist bei der Anmeldung eine Gebühr von 30 Mk., bei jeder Erneuerung der Anmeldung eine Gebühr von 10 Mk. zu entrichten. Führt die erste Anmeldung nicht zur Eintragung, so werden von der Gebühr 20 Mk. erstattet.

§ 3. Die Zeichenrolle soll enthalten:

1. den Zeitpunkt des Eingangs der Anmeldung;
2. die Bezeichnung des Geschäftsbetriebes, in welchem das Zeichen verwendet werden soll, ein Verzeichniss der Waarengattungen, für welche es bestimmt ist, sowie eine Darstellung des Zeichens;
3. Namen und Wohnort des Zeicheninhabers und seines etwaigen Vertreters, sowie Änderungen in der Person und im Namen und Wohnort des Inhabers und des Vertreters;
4. den Zeitpunkt einer Erneuerung der Anmeldung;
5. den Zeitpunkt der Löschung des Zeichens.

Die Einsicht der Zeichenrolle steht jedermann frei. Jede Eintragung und jede Löschung wird durch das amtliche Blatt des Patentamts bekannt gemacht. Das Patentamt veröffentlicht in regelmässiger Wiederholung Übersichten über die in der Zwischenzeit eingetragenen und gelöschten Zeichen.

§ 4. Die Eintragung in die Rolle ist zu versagen für Waarenzeichen:

1. welche ausschliesslich in Zahlen, Buchstaben oder solchen Wörtern bestehen, die Angaben über Art, Zeit und Ort der Herstellung, über die Beschaffenheit, über die Bestimmung, über Preis-, Mengen- oder Gewichtsverhältnisse der Waare enthalten;
2. welche in- oder ausländische Staatswappen oder Wappen eines inländischen Ortes, eines inländischen Gemeinde- oder weiteren öffentlichen Verbandes enthalten;
3. welche Aergerniss erregende Darstellungen oder solche Angaben enthalten, die offenkundig den

thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und die Gefahr einer Täuschung begründen;

4. welche im wesentlichen aus solchen Angaben, Darstellungen oder Wörtern bestehen, die zur Bezeichnung der Waarengattung, für welche das Zeichen bestimmt ist, oder gleichartiger Waarengattungen innerhalb bestimmter Verkehrskreise allgemein gebräuchlich sind.

Zeichen, welche gelöscht sind, dürfen für die Waarengattungen, für welche sie eingetragen waren, oder für gleichartige Waarengattungen zu Gunsten eines Anderen, als des letzten Inhabers erst nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Tage der Löschung von neuem eingetragen werden.

§ 5. Wenn ein zur Anmeldung gebrachtes Waarenzeichen mit einem anderen, für dieselbe oder für eine gleichartige Waarengattung auf Grund des Gesetzes über Markenschutz vom 30. November 1874 (Reichsgesetzbl. S. 143) oder auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes früher angemeldeten Zeichen übereinstimmt, oder wenn es mit diesem Zeichen solche Aehnlichkeit besitzt, dass die Gefahr einer Verwechslung im Verkehr vorliegen würde, so giebt das Patentamt dem Anmelder hiervon Nachricht. Erklärt dieser sich innerhalb eines Monats nicht, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen. Beharrt er bei seinem Antrage, so ist, sofern nicht andere Gründe entgegenstehen, die Eintragung zu bewirken. In diesem Falle giebt das Patentamt dem Inhaber des früher angemeldeten Zeichens Nachricht.

Aus dem Unterbleiben der im ersten Absatz vorgesehenen Benachrichtigungen erwachsen Ersatzansprüche nicht.

§ 6. Das durch die Anmeldung oder Eintragung eines Waarenzeichens begründete Recht geht auf die Erben über und kann durch Vertrag oder durch Verfügung von Todeswegen auf Andere übertragen werden. Das Recht kann jedoch nur mit dem Geschäftsbetriebe, zu welchem das Waarenzeichen gehört, auf einen Anderen übergehen. Der Uebergang wird auf Antrag des Rechtsnachfolgers in der Zeichenrolle vermerkt, sofern die Einwilligung des Berechtigten in beweisender Form beigebracht wird. Ist der Berechtigte verstorben, so ist der Nachweis der Rechtsnachfolge zu führen.

Solange der Uebergang in der Zeichenrolle nicht vermerkt ist, kann der Rechtsnachfolger sein Recht aus der Eintragung des Waarenzeichens nicht geltend machen.

Verfügungen und Beschlüsse des Patentamts, welche einer Zustellung an den Inhaber des Zeichens bedürfen, sind stets an den eingetragenen Inhaber zu richten. Ergiebt sich, dass derselbe verstorben ist, so kann das Patentamt nach seinem Ermessen die Zustellung als bewirkt ansehen, oder zum Zweck der Zustellung an die Erben deren Ermittlung veranlassen.

§ 7. Auf Antrag des Inhabers wird das Zeichen jederzeit in der Rolle gelöscht.

Von Amtswegen erfolgt die Löschung:

1. wenn seit der Anmeldung des Zeichens oder seit ihrer Erneuerung zehn Jahre verflossen sind;
2. wenn die Eintragung des Zeichens hätte versagt werden müssen.

Soll die Löschung ohne Antrag des Inhabers erfolgen, so giebt das Patentamt diesem zuvor Nachricht. Widerspricht er innerhalb eines Monats nach der Zustellung nicht, so erfolgt die Löschung. Widerspricht er, so fasst das Patentamt Beschluss. Soll infolge Ablaufs der zehnjährigen Frist die Löschung erfolgen, so ist von derselben abzusehen, wenn der Inhaber des Zeichens bis zum Ablauf eines Monats nach der Zustellung unter Zahlung einer Gebühr von 10 Mk. neben der Erneuerungsgebühr die Erneuerung der Anmeldung nachholt; die Erneuerung gilt dann als am dem Tage des Ablaufs der früheren Frist geschehen.

§ 8. Ein Dritter kann die Löschung eines Waarenzeichens beantragen:

1. wenn das Zeichen für ihn auf Grund einer früheren Anmeldung für dieselbe oder für eine gleichartige Waarengattung eingetragen steht;
2. wenn der Geschäftsbetrieb, zu welchem das Waarenzeichen gehört, von dem eingetragenen Inhaber nicht mehr fortgesetzt wird;
3. wenn Umstände vorliegen, aus denen sich ergibt, dass der Inhalt des Waarenzeichens den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht und die Gefahr einer Täuschung begründet.

Der Antrag auf Löschung ist im Wege der Klage geltend zu machen und gegen den eingetragenen Inhaber oder, wenn dieser gestorben, gegen dessen Erben zu richten.

Hat vor oder nach Erhebung der Klage ein Uebergang des Waarenzeichens auf einen Anderen stattgefunden, so ist die Entscheidung in Ansehung der Sache auch gegen den Rechtsnachfolger wirksam und vollstreckbar. Auf die Befugnisse des Rechtsnachfolgers, in den Rechtsstreit einzutreten, finden die Bestimmungen der §§ 63 bis 66 und 73 der Zivil-Prozess-Ordnung entsprechende Anwendung.

In den Fällen der Ziffer 2 kann der Antrag auf Löschung zunächst bei dem Patentamt angebracht werden. Das Patentamt giebt dem Inhaber des Waarenzeichens davon Nachricht. Widerspricht derselbe innerhalb eines Monats nach der Zustellung nicht, so erfolgt die Löschung. Widerspricht er, so wird dem Antragsteller anheimgegeben, den Anspruch auf Löschung im Wege der Klage zu verfolgen.

§ 9. Anmeldungen von Waarenzeichen, Anträge auf Uebertragung und Widersprüche gegen die Löschung derselben werden in dem für Patentanmeldungen massgebenden Verfahren durch Vorbescheid und Beschluss erledigt. Gegen den Beschluss, durch welchen ein Antrag zurückgewiesen wird, kann der Antragsteller, und gegen den Beschluss, durch welchen Widerspruch ungeachtet die Löschung angeordnet wird, der Inhaber des Zeichens innerhalb eines Monats nach der Zustellung bei dem Patentamt Beschwerde einlegen.

Zustellungen, welche die Eintragung, die Uebertragung oder die Löschung eines Waarenzeichens betreffen, erfolgen mittels eingeschriebenen Briefes. Kann eine Zustellung im Inlande nicht erfolgen, so wird sie durch Aufgabe zur Post nach Massgabe der §§ 161, 175 der Zivil-Prozess-Ordnung bewirkt.

§ 10. Das Patentamt ist verpflichtet, auf Ersuchen der Gerichte über Fragen, welche Waarenzeichen betreffen, Gutachten abzugeben, sofern in dem gerichtlichen Verfahren von einander abweichende Gutachten mehrerer Sachverständigen vorliegen.

§ 11. Die Eintragung eines Waarenzeichens hat die Wirkung, dass dem Eingetragenen ausschliesslich das Recht zusteht, Waaren oder deren Verpackung oder Umhüllung mit dem angemeldeten Waarenzeichen zu versehen, die so bezeichneten Waaren in Verkehr zu setzen, sowie auf Geschäftsbriefen, Empfehlungen, Ankündigungen, Rechnungen oder dergleichen das Zeichen anzubringen.

§ 12. Durch die Eintragung eines Waarenzeichens wird niemand gehindert, seinen Namen, seine Firma, seine Wohnung, sowie Angaben über Art, Zeit und Ort der Herstellung, über die Beschaffenheit, über die Bestimmung, über Preis-, Mengen- oder Gewichtsverhältnisse von Waaren, sei es auch in abgekürzter Gestalt, auf Waaren, auf deren Verpackung oder Umhüllung anzubringen und im Geschäftsverkehr zu gebrauchen.

§ 13. Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit Waaren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Ankündigungen, Rechnungen oder dergleichen mit dem Namen oder der Firma eines Anderen oder mit einem nach Mass-

gabe dieses Gesetzes geschützten Waarenzeichen widerrechtlich versieht oder dergleichen widerrechtlich gekennzeichnete Waaren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.

Hat er die Handlung wissentlich begangen, so wird er ausserdem mit Geldstrafe von Einhundertfünfzig bis Fünftausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

§ 14. Wer zum Zweck der Täuschung in Handel und Verkehr Waaren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Ankündigungen, Rechnungen oder dergl. mit einer Aufmachung, Ausstattung oder Verzierung, welche in den beteiligten Verkehrskreisen als Kennzeichen gleichartiger Waaren eines Andern gilt, ohne dessen Genehmigung versieht, oder wer in der gleichen Absicht derartig gekennzeichnete Waaren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet und wird mit Geldstrafe von Einhundert bis Dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

§ 15. Wer Waaren oder deren Verpackung oder Umhüllung oder Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Ankündigungen, Rechnungen oder dergl. mit einem Staatswappen oder mit dem Namen oder Wappen eines Ortes, eines Gemeinde- oder weiteren öffentlichen Verbandes in der Absicht versieht, durch eine unrichtige Bezeichnung der Herkunft über die Beschaffenheit der Waaren einen Irrthum zu erregen, oder wer in der gleichen Absicht derartig bezeichnete Waaren in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Geldstrafe von Einhundertfünfzig bis Fünftausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Diese Bestimmung findet zu Gunsten des Auslandes nur dann Anwendung, wenn dort nach einer im Reichsgesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung gegen die missbräuchliche Benutzung deutscher Ursprungszeichnungen Schutz gewährt wird.

§ 16. Statt jeder aus diesem Gesetze entspringenden Entschädigung kann auf Verlangen des Beschädigten neben der Strafe auf eine an ihn zu erlegenden Busse bis zum Betrage von Zehntausend Mark erkannt werden. Für diese Busse haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner.

Eine erkannte Busse schliesst die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 17. Erfolgt eine Verurtheilung auf Grund der §§ 13 bis 16, so ist bezüglich der im Besitz des Verurtheilten befindlichen Gegenstände auf Beseitigung der widerrechtlichen Kennzeichnung, oder, wenn die Beseitigung in anderer Weise nicht möglich ist, auf Vernichtung der damit versehenen Gegenstände zu erkennen.

Erfolgt die Verurtheilung im Strafverfahren, so ist in den Fällen der §§ 13 und 14 dem Verletzten die Befugnis zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist in dem Urtheil zu bestimmen.

§ 18. Der nach Inhalt dieses Gesetzes gewährte Schutz wird durch Abänderungen nicht ausgeschlossen, mit denen fremde Namen, Firmen, Zeichen, Wappen und sonstige Kennzeichnungen von Waaren wiedergegeben werden, sofern ungeachtet dieser Abänderungen die Gefahr einer Verwechselung im Verkehr vorliegt.

§ 19. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 20. Soweit deutsche Waaren im Auslande bei der Ein- oder Durchfuhr der Verpflichtung unterliegen, eine Bezeichnung zu tragen, welche ihre deutsche Herkunft erkennen lässt, kann durch Beschluss des Bundesraths den fremden Waaren bei ihrem Eingang nach Deutschland zur Ein- oder Durchfuhr eine entsprechende Auflage gemacht und für den Fall der Zuwiderhandlung die Einziehung der Waaren angeordnet werden. Die Beschlagnahme kann den Zoll- und Steuerbehörden übertragen werden. Die Festsetzung der Einziehung erfolgt durch Strafbescheid der Verwaltungsbehörde (§ 459 der St.-P.-O.).

§ 21. Wer im Inlande eine Niederlassung nicht besitzt, hat auf den Schutz seines Namens oder seiner Firma, seiner Waarenzeichen oder der sonstigen Kennzeichnung seiner Waaren nach Massgabe dieses Gesetzes nur Anspruch, wenn in dem Staate, in welchem seine Niederlassung sich befindet, nach einer im Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung deutsche Waarenbezeichnungen einen Schutz geniessen.

Der Anspruch auf Schutz eines Waarenzeichens und das durch die Eintragung begründete Recht können nur durch einen im Inlande bestellten Vertreter geltend gemacht werden. Der letztere ist zur Vertretung in dem nach Massgabe dieses Gesetzes stattfindenden Verfahren, sowie in den das Zeichen betreffenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und zur Stellung von Strafträgen befugt. Der Ort, wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat und in Ermangelung eines solchen der Ort, wo das Patentamt seinen Sitz hat, gilt im Sinne des § 24 der Zivilprozessordnung als der Ort, wo sich der Vermögensgegenstand befindet.

Wer ein ausländisches Waarenzeichen zur Anmeldung bringt, hat damit den Nachweis zu verbinden, dass in dem Staat, in welchem seine Niederlassung sich befindet, die Voraussetzungen erfüllt sind, unter welchen der Anmeldende dort einen Schutz für sein Zeichen beanspruchen kann.

§ 22. Auf die in Gemässheit des Gesetzes über Markenschutz vom 30. November 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 143) in die Zeichenregister eingetragenen Waarenzeichen finden bis zum 1. Januar 1897 die Bestimmungen jenes Gesetzes noch ferner Anwendung. Die Zeichen können bis zum 1. Januar 1897 jeder Zeit zur Eintragung in die Zeichenrolle nach Massgabe des gegenwärtigen Gesetzes angemeldet werden, und unterliegen alsdann dessen Bestimmungen. Die Eintragung darf nicht versagt werden hinsichtlich derjenigen Zeichen, welche auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 30. November 1874 in die bisherigen Zeichenregister eingetragen worden sind. Die Eintragung geschieht unentgeltlich, und unter dem Zeitpunkt der ersten Anmeldung. Ueber den Inhalt der ersten Eintragung ist ein Zeugniß der bisherigen Registerbehörde beizubringen.

Mit der Eintragung in die Zeichenrolle, oder sofern eine solche nicht erfolgt ist, mit dem 1. Januar 1897, erlischt der nach Massgabe des Gesetzes vom 30. Nov. 1874 den Waarenzeichen gewährte Schutz. Bis dahin kann nach Massgabe des § 8 Ziffer 1 des gegenwärtigen Gesetzes der Antrag auf Löschung eines in die Zeichenrolle eingetragenen Waarenzeichens auch auf die unter der Herrschaft des Gesetzes vom 30. November 1874 erfolgte frühere Anmeldung des Zeichens begründet werden.

§ 23. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen über die Einrichtung und den Geschäftsgang des Patentamts werden vom Reichskanzler getroffen.

§ 24. Dieses Gesetz tritt mit dem in Kraft.

Von dem gleichen Zeitpunkte ab werden Anmeldungen von Waarenzeichen auf Grund des Gesetzes über Markenschutz vom 30. November 1874 nicht mehr angenommen.

Aus der beigegebenen Denkschrift ist hervorzuheben:

Das Gesetz vom 30. November 1874, welches in der Anwendung auf figürliche Waarenzeichen einerseits und auf Namen und Firmen andererseits den Markenschutz geregelt hat, ist bei seinem Erlass mit Befriedigung aufgenommen worden und hat ohne Zweifel den Verkehrs- und Handelsbeziehungen nützliche Dienste geleistet. Die grosse Zahl der eingetragenen Waarenzeichen giebt Zeugniß davon, dass die Gewerbetreibenden in der Nachsichtung des gesetzlichen Zeichenschutzes ein wirksames Mittel erkennen, um Eingriffe in ihre Interessensphäre zurückzuweisen, und dass das Publikum den unter Markenschutz stehenden Waarenbezeichnungen besonderes Vertrauen entgegenbringt. Nichtsdestoweniger sind während der langjährigen Geltung des Gesetzes Mängel hervorgetreten, welche namentlich im letzten Jahrzehnt zu zahlreichen Beschwerden und Abänderungsvorschlägen Anlass gegeben haben. Während bei Beginn dieser Bewegung die Ansichten und Wünsche weit auseinandergingen, ist in jüngster Zeit, wie auch bei einer mit Vertretern verschiedener Interessengruppen im Reichsamt des Innern abgehaltenen Besprechung bemerkbar war, in den Auffassungen eine Klärung eingetreten, welche der Revision des Gesetzes bestimmte Ziele anweist.

In erster Linie wird eine Zentralisirung des Zeichenwesens befürwortet. Zur Zeit der Vorbereitung des Gesetzes vom 30. November 1874 fehlte es an einer Behörde, welcher die einheitliche Führung des Zeichenregisters hätte übertragen werden können; schon deshalb lag es am nächsten, um nicht völlig neue, zu der Wichtigkeit der Sache ausser Verhältniss stehende Einrichtungen zu schaffen, auf die Handelsregister zurückzugreifen. Es leuchtet ein, dass bei der Handhabung des Gesetzes durch zahlreiche Lokalbehörden eine einheitliche und gleichmässige Praxis, wie solche namentlich für die Zwecke des internationalen Geschäftsverkehrs notwendig erscheint, nur schwer sich herausbilden konnte. Eine Schwäche dieser Organisation liegt überdies in der Schwierigkeit, den beteiligten Kreisen eine zuverlässige Uebersicht über die jeweilig zu Recht bestehenden Zeichen zu gewähren. Die Bekanntmachung aller Eintragungen und Löschungen in dem Reichs-Anzeiger reicht dazu nicht aus, und auch die seit einigen Jahren mit amtlicher Unterstützung von buchhändlerischer Seite veranstalteten periodischen Zusammenstellungen haben, so verdienstlich sie sind, den Bedürfnissen der gewerblichen Kreise, wie deren geringe Theilnahme an dem Unternehmen darthut, nicht Genüge geleistet.

In den gewerblichen Kreisen besteht daher auch über die Nothwendigkeit einer Zentralisirung des Zeichenwesens nahezu Einstimmigkeit, und man wird dem daraus sich ergebenden Drängen um so eher Folge leisten können, als jetzt das Patentamt in der durch das Gesetz vom 7. April 1891 ihm gegebenen Organisation die geeignete Grundlage für entsprechende Einrichtungen bietet.

Sodann ist das auf dem System der reinen Anmeldung beruhende Verfahren Gegenstand vielseitiger Beschwerden geworden. Um zu verhindern, dass Waarenzeichen, welche im allgemeinen Gebrauch stehen, oder welche mit den Zeichen anderer Gewerbetreibenden kollidiren, zur Eintragung gelangen und hierdurch mit einem Schein der Rechtswirksamkeit umkleidet werden, dessen Beseitigung im Prozessverfahren oft schwierig, zeitraubend und kostspielig ist, wird eine amtliche Prüfung aller Zeichenanmeldungen gefordert. Nach den vorliegenden Erfahrungen lässt sich die Berechtigung dieses Verlangens nicht völlig von der Hand weisen. Eine Vorprüfung nebst Aufgebot in der Weise, wie solche für das Patentertheilungsverfahren vorgesehen ist, erscheint freilich für die Zeichenanmeldungen nicht verwerthbar; sie würde die Aufgabe der Behörde sehr

schwierig gestalten, das Eintragungsverfahren, entgegen dem Interesse der Betheiligten, in die Länge ziehen und überdies dem inneren Unterschied zwischen der ein neues Gut schaffenden Erfindung und der nur die Kennzeichnung der vorhandenen Güter vermittelnden Marke nicht gerecht werden. Es wird indessen auch im Wege eines vereinfachten Prüfungsverfahrens gegen die Eintragung unzulässiger, die Rechte der Allgemeinheit oder bestimmter Individuen schädigender Zeichen eine dem praktischen Bedürfniss genügende Gewähr sich schaffen lassen.

Endlich ist vielfach für den Rechtsschutz gegen die Nachahmung von Waarenzeichen eine zuverlässigere und ausgiebigere Gestaltung gefordert worden. Die in dieser Beziehung erhobenen Beschwerden gründen sich hauptsächlich auf die Wahrnehmung, dass unter der Herrschaft der bestehenden Bestimmungen der unbefugte Benutzer eines fremden Zeichens vermittelst geringfügiger, im flüchtigen Verkehr schwer erkennbarer Abweichungen bei der Wiedergabe des Zeichens sich der Verantwortung zu entziehen vermöge. Obgleich dieser Vorwurf angesichts der Auslegung, welche die einschlägigen Vorschriften durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts gefunden haben, zweifellos zu weit geht, so lässt sich doch das Bedürfniss nicht leugnen, durch einen anderweitigen Ausbau des Gesetzes Missverständnissen und Fehlgriffen, wie solche in früheren Jahren mehrfach beobachtet sind, für die Zukunft den Boden zu entziehen und das Gefühl für die Achtung fremder Markenrechte und für die Verwerflichkeit verschleierte Umgehungen des Gesetzes zu schärfen.

Vor allem in den hier angedeuteten Beziehungen beabsichtigt der vorliegende Entwurf die Mängel des bisherigen Rechtszustandes zu beseitigen. Der Entwurf will ausserdem — wie schon der Titel erkennen lässt, über den Rahmen des Gesetzes vom 30. Nov. 1874 hinausgreifend, — einzelnen auf dem Gebiete der Waarenbezeichnung liegenden, durch den Schutz der eigentlichen Waarenzeichen und der Namen und Firmen jedoch nicht getroffenen Missbräuchen entgegenzutreten, deren der unlautere Wettbewerb sich zu bedienen pflegt, um seinen Erzeugnissen ein ihrem Werth nicht entsprechendes Ansehen im Verkehr zu verschaffen. Unter diesem Gesichtspunkte soll zunächst die unredliche Nachahmung der als Merkmal der Waaren eines bestimmten Geschäfts im Verkehr anerkannten Art der Verpackung, Verzierung oder Aufmachung unter zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit gestellt werden. Sodann soll in gleicher Weise dem Bestreben entgegengetreten werden, durch eine unrichtige Angabe des Herkunftsortes der Waaren zum Nachtheil des soliden Verkehrs das Publikum über die Beschaffenheit der Waaren zu täuschen. Hier bietet unsere Gesetzgebung eine Lücke. Andere europäische Kulturstaaten sind uns mit Verbotsbestimmungen dieser Art vorangegangen und Deutschland wird, wie viele gewerbliche Kreise selbst anerkennen, nicht zurückbleiben dürfen, wenn nicht in dem steigenden Wettbewerb der Nationen das Ansehen unserer Industrie und der Absatz ihrer Erzeugnisse Einbusse erleiden soll. Auch einzelne der in neuerer Zeit abgeschlossenen internationalen Verträge über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz machen hier eine Ergänzung unserer Gesetzgebung uns zur Pflicht.

Zu den wichtigeren Einzelheiten des Entwurfs sei Folgendes bemerkt:

Zu § 1. Das geltende Gesetz beschränkt die Befugnis zur Anmeldung von Zeichen auf die im Handelsregister eingetragenen Firmen. Die beabsichtigte Trennung der Zeichenrolle von den Handels- und Firmenregistern bringt den praktischen Gesichtspunkt in Wegfall, welcher zu dieser Beschränkung mit den Anlass gegeben hat. Ein durchschlagender Grund, die vom Firmenzwang ausgenommenen Personen vom Markenrechte auszuschliessen, lässt sich nicht geltend machen. Minder-

kaufleute, Handwerker, Producenten auf dem Gebiete des Land- und Gartenbaues, des Bergbaues u. dergl. können, auch ohne eine Firma zu führen, ein erhebliches Interesse daran haben, in dem ausschliesslichen Gebrauch derjenigen Bezeichnungen geschützt zu sein, mit welchen sie neben oder an Stelle des Namens ihre Waaren oder Erzeugnisse besonders kenntlich zu machen suchen. Der Entwurf will daher jedem, der rechtsfähig ist, und zwar auch juristischen Personen einschliesslich der Handelsgesellschaften den Schutz des Gesetzes gewähren. Einzelne Personen können, wie unter ihren bürgerlichen Namen, so auch unter dem Namen ihrer Firma Zeichen anmelden. Das Zeichen bildet aber nie einen selbstständigen Vermögensgegenstand; das Recht seiner ausschliesslichen Benutzung steht einer Person nur in ihrer Eigenschaft als Inhaber und Vertreter eines Geschäfts zu, dessen Waaren damit versehen werden sollen.

Zu § 2. Die Höhe der bisherigen Anmeldegebühr ist von verschiedenen Seiten beanstandet. Dass ein Gebührensatz von 50 Mk. dem minderbemittelten Gewerbetreibenden die Nachscheidung des Zeichenschutzes erschwert, lässt sich nicht wohl in Abrede stellen. Auch ist der Satz für diejenigen Zeichen in der That hochgegriffen, welche für ein, dem Wechsel des Geschmacks oder des Bedürfnisses unterliegendes Erzeugniss bestimmt sind und oft nur für eine kurze Zeit im Handelsverkehr ihre Bedeutung behaupten. Erscheint hiernach die Ermässigung des geltenden Gebührensatzes an sich angezeigt, so wird immerhin nicht unter einen Betrag herabgegangen werden dürfen, dessen Höhe gegen die Belastung des Verkehrs mit Zeichen zweifelhaften Werthes noch eine ausreichende Gewähr darbietet. Nach diesen Gesichtspunkten will der Entwurf die Gebühr auf 30 Mk. normiren, gleichzeitig aber nach dem Vorbilde anderer Gesetzgebungen durch Festsetzung einer mässigen Erneuerungsgebühr den Verzicht auf Zeichen befördern, an deren Erhaltung sich kein erhebliches wirtschaftliches Interesse knüpft.

Zu §§ 4 und 5. Nach dem geltenden Gesetz sind Zahlen, Buchstaben und Wörter von der Eintragung ausgeschlossen, weil sie Zeichen darstellen, welche ihrer Entstehung und Bedeutung nach dem allgemeinen Gebrauch angehören und demselben zu Gunsten einzelner Gewerbetreibender nicht entzogen werden sollten. Nach der inzwischen, namentlich im internationalen Verkehr eingetretenen Entwicklung erleidet diese Auffassung jetzt hinsichtlich der Wörter eine gewisse Einschränkung. Im Verkehr werden mehr und mehr einzelne Wörter als Waarenzeichen verwendet, die entweder frei erfunden sind (sogenannte Phantasiewörter im engeren Sinne), oder die, wenn auch dem allgemeinen Sprachsatze zugehörig, doch zu der Waare und ihren Eigenschaften ausser begrifflicher Beziehung stehen. Es ist unbedenklich und nach dem Vorgange auswärtiger Gesetzgebungen unvermeidlich, derartige Bezeichnungen zum Markenschutz zuzulassen. Zu diesem Zweck will der Entwurf das Verbot von Zeichen, die ausschliesslich in Wörtern bestehen, nur hinsichtlich derjenigen Wörter aufrecht erhalten, welche eine Waare nach Art, Zeit und Ort ihrer Herstellung, nach ihrer Beschaffenheit, nach ihrer Bestimmung, oder nach Preis, Menge oder Gewicht bezeichnen.

Eine wichtige Neuerung des Entwurfs ist die Vorprüfung der angemeldeten Zeichen auf ihre Uebereinstimmung mit Freizeichen oder mit früher angemeldeten Individualzeichen. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 30. November 1874 sind Freizeichen in grösserer Zahl zur Eintragung gebracht worden. Mochten auch die Anmelder hierbei zunächst den Zweck verfolgen, sich selbst den weiteren Gebrauch des Zeichens zu sichern, so haben sie auf Grund der Eintragung doch vielfach ein Ausschliessungsrecht geltend gemacht und hierdurch andere Personen in der vollberechtigten Be-

nutzung althergebrachter und allgemein üblicher Zeichen gestört. Der im § 11 des bisherigen Gesetzes vorgesehene Weg, derartige Eintragungen zur Löschung zu bringen, ist wegen der hiermit verbundenen Weiterungen den Beteiligten nicht überall gangbar erschienen, so dass noch gegenwärtig zahlreiche Zeichen, welche unzweifelhaft als Freizeichen zu gelten haben, eingetragen stehen und die gewerblichen Kreise in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigen. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes soll für die Zukunft den Freizeichen die Eintragung in die Rolle von vornherein versagt werden. Es wird dem Patentamt keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, bei Prüfung der Anmeldung Freizeichen als solche zu erkennen. Die aus seiner anderweitigen Wirksamkeit sich ergebende nahe Fühlung mit den Verhältnissen des gewerblichen Verkehrs befähigt das Patentamt zu den in Frage kommenden Entscheidungen mehr, als andere Behörden; sollten ihm die zur Entscheidung erforderlichen tatsächlichen Unterlagen nicht immer zu Gebote stehen, so werden dieselben durch Anhörung von Zeugen und Sachverständigen, oder durch Nachfrage bei Behörden, Handelskammern, Berufsgenossenschaften, Fachvereinen sich unschwer beschaffen lassen.

Insofern bei der dem Patentamt obliegenden weiteren Vorprüfung sich ergibt, dass ein angemeldetes Zeichen in ein durch frühere Eintragung begründetes Einzelrecht eingreift, ist im § 5 nicht eine Zurückweisung der späteren Anmeldung, sondern nur eine Mittheilung an den Anmeldenden über die Rechtslage und, falls diese Mittheilung nicht zur Zurücknahme der Anmeldung führt, eine Benachrichtigung des berechtigten Zeicheninhabers in Aussicht genommen. Die hierin liegende Abweichung von demjenigen Verfahren, welches bei der Anmeldung von Freizeichen Platz greifen soll, rechtfertigt sich durch die Erwägung, dass im letzteren Fall der Anmeldung ein öffentliches Interesse entgegensteht, während die Kollision verschiedener Individualrechte im Einklang mit den allgemeinen prozessualischen Grundsätzen der Entscheidung der ordentlichen Gerichte vorbehalten bleiben muss. Dem Patentamt soll die Aufgabe zufallen, durch eine Aufklärung der Beteiligten Streitigkeiten möglichst vorzubeugen. Der Anmeldende wird voraussichtlich auf die Mittheilung von berufener Stelle, dass seine Anmeldung in die Rechte eines Anderen eingreift, der Regel nach sich veranlasst finden, die Anmeldung zurückzuziehen. Glaubt er jedoch, bei seiner Anmeldung beharren zu sollen, so wird der Inhaber des älteren Zeichens durch die ihm zugehende Benachrichtigung in den Stand gesetzt, die Verfolgung seiner Rechte ohne Verzug zu übernehmen. Den Gerichten wird durch die vorläufige Benachrichtigung, welche das Patentamt erlassen hat, eine nützliche Unterlage für ihre Entscheidung gegeben; auch wird die Gleichmässigkeit der Rechtsprechung damit gefördert. Das Patentamt aber bleibt der Beurtheilung zahlreicher, wohl nicht selten mit anderen Fragen des privaten Rechts verflochtenen Streitigkeiten entzogen, für deren Erledigung weder seine Organisation, noch der Umfang seines Personals, noch auch die Vorbildung seiner Mitglieder immer ausreichen würde.

Der Schlussatz des § 4 gewährt für die Dauer von zwei Jahren dem Inhaber eines gelöschten Zeichens das ausschliessliche Recht auf die erneute Eintragung desselben. Die Wahrnehmung, dass in einzelnen Fällen Zeichen, deren rechtzeitige Erneuerung versäumt wurde, in unlauterer Absicht von einem Dritten zur Anmeldung gebracht wurden, giebt den Anlass zu der Bestimmung.

Zu §§ 9 und 10. Die auf die Waarenzeichen bezüglichen Angelegenheiten, soweit sie in den Geschäftsbereich des Patentamts fallen, werden in dem für Patentanmeldungen vorgeschriebenen Verfahren ihre sachgemässe Erledigung finden können. Mit der Ein-

legung der Beschwerde ist der Instanzenzug erschöpft; eines weiteren Rechtsmittels bedarf es um so weniger, als die Zentralisirung des Markenwesens eine einheitliche und gleichmässige Praxis gewährleistet. Das Zustellungswesen ist in möglichst einfachen Formen zu handhaben. Im Uebrigen werden die Einzelheiten hinsichtlich der Einrichtung und des Geschäftsganges des Patentamts der Regelung im Wege der Ausführungsbestimmungen vorbehalten bleiben dürfen (§ 23).

Die dem Patentamt auferlegte Pflicht zur Erstattung von Gutachten sichert — unbeschadet der freien richterlichen Beweiswürdigung — den in der Behörde gesammelten Erfahrungen den gebührenden Einfluss auf die Rechtsprechung. Die Stellung der technischen Instanz bringt es mit sich, dass ihre Mitwirkung seitens der Gerichte nur in der Form der Abgabe eines sogenannten Obergutachtens in Anspruch genommen werden darf. Eine entsprechende Beschränkung findet sich im § 18 des Patentgesetzes vom 7. April 1891.

Zu §§ 11 und 12. Die Rechtswirksamkeit eines Zeichens soll — abweichend von dem bisherigen Gesetz — erst durch die Eintragung begründet werden. Es empfiehlt sich dies, um in den rechtsbegründenden Thatsachen mit dem unter dem 1. Juni 1891 erlassenen Gesetz über den Schutz der Gebrauchsmuster, dessen Durchführung ebenfalls dem Patentamt obliegt, Uebereinstimmung herzustellen. Die Anmeldung eines Zeichens wird danach in Zukunft nur für die Priorität von rechtlicher Bedeutung sein.

Der Inhalt des Markenrechts hat im Entwurfe eine Erweiterung erfahren. Neben der Waare und deren Verpackung sind Umhüllungen genannt, um zweifelsfrei klar zu stellen, dass auch Behälter, Flaschen, Büchsen, welche in eine nur vorübergehende Verbindung mit der Waare — etwa beim Feilbieten derselben — gebracht werden, unbefugt mit dem Zeichen nicht versehen werden dürfen. Es liegen leider Wahrnehmungen vor, welche dazu nöthigen, auch nach dieser Richtung hin dem unlauteren Wettbewerb vorzubeugen. Dieselben Wahrnehmungen geben den Anlass, über den Rahmen eines streng markennässigen Gebrauchsrechts hinaus dem berechtigten Zeicheninhaber die ausschliessliche Befugnis einzuräumen, das Zeichen im Geschäftsverkehr als Verzierung, insbesondere als Vignette für Briefe, Ankündigungen, Rechnungen, Firmen- und Ladenschilder zu verwenden.

Die Grenze, welche das Markenrecht in der natürlichen Befugnis jedes Produzenten und Handeltreibenden findet, seine Erzeugnisse und Waaren mit dem eigenen Namen, der eigenen Firma etc. zu versehen, ist aus dem geltenden Gesetz ohne wesentliche Verschiebung übernommen. Nur wegen der grundsätzlichen Zulassung von Wortzeichen Vorsorge zu treffen, dass der allgemeine Gebrauch der üblichen Herkunfts-, Qualitäts-, Preis-, Mengen-, Gewichtsangaben unter allen Umständen durch die aus einem eingetragenen Zeichen etwa hergeleiteten Ansprüche keine Störungen erleiden kann. Der Entwurf verbietet, derartige Bezeichnungen als ausschliesslichen Inhalt eines Zeichens einzutragen: er gestattet aber ihre Verwendung in Verbindung mit anderen Wörtern und Figuren zu Zeichenzwecken, wie dies unvermeidlich ist, wenn man nicht alles dasjenige, was gemeinlich unter Etikett verstanden wird, vom Markenschutz ausschliessen will. Es ist vielleicht nicht nothwendig, aber es erscheint jedenfalls nützlich, die Befugnisse des Publikums derartigen Zeichen gegenüber ausdrücklich zu wahren. Wer die fraglichen Bezeichnungen in das von ihm gewählte Waarenzeichen aufnimmt, muss darauf gefasst sein, dass die Bezeichnungen auch von Anderen gebraucht, ja auch in andere Waarenzeichen aufgenommen werden, sofern nur der letzteren ganze Gestaltung eine Verwechselung mit dem Waarenzeichen des ersteren ausschliesst.

Zu § 13. Die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen wegen Markenverletzung scheitert leicht an der Schwierigkeit, den Nachweis der Wissentlichkeit der Verletzung zu erbringen. Um in dieser Beziehung die Rechtsstellung des Markeninhabers zu verstärken, soll nach dem Vorbilde der für Patente und Gebrauchsmuster geltenden Vorschriften hinsichtlich der zivilrechtlichen Haftung die grobe Fahrlässigkeit der Wissentlichkeit gleichgestellt werden.

Im Falle einer Strafverfolgung will der Entwurf die Zurücknahme des Strafantrages zulassen. Dem liegt die Anschauung zu Grunde, dass dem öffentlichen Interesse, welches an dem Schutze der Marken besteht, in einem solchen Falle dadurch ausreichend Rechnung getragen ist, dass der Angeschuldigte sein Unrecht einräumt und auf eine weitere Verwerthung der fremden Marke verzichtet. Dies werden regelmässig die Voraussetzungen sein, unter welchen die Zurücknahme des Strafantrages erfolgt. Wo die Zurücknahme aus anderen Beweggründen erfolgt, darf ohne weiteres angenommen werden, dass der Marke kein Werth beizumessen, welcher weiterreichende Interessen berührt.

Zu § 20. In Grossbritannien und in wichtigen Theilen seines aussereuropäischen Herrschaftsgebietes hat die Gesetzgebung die Einrichtung getroffen, dass fremde Waaren, deren Bezeichnung auf einen inländischen Ursprung der Waaren selbst schliessen lassen könnte, bei der Einfuhr der Einziehung unterliegen, sofern sie nicht zugleich mit der Angabe des wirklichen Herkunftslandes versehen sind. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass auch andere Staaten zu dieser, die fremde Konkurrenz naturgemäss erschwerenden Einrichtung greifen. Bei dem grossen Umfang des deutschen Ausfuhrhandels sind solche Einrichtungen für uns nicht ohne Bedeutung. Man kann die Frage aufwerfen, ob dieselben noch den Voraussetzungen entsprechen, unter welchen Markenschutzabkommen behufs Gewähr einer gleichen Behandlung der in- und ausländischen Markenrechte abgeschlossen zu werden pflegen. Denn unzweifelhaft gewähren sie den inländischen Gewerbetreibenden und ihren Waarenbezeichnungen einen stärkeren Schutz gegen eine Verletzung durch die Manipulationen der Importeure, als den zu gleichem Schutz mit den Inländern berechtigten ausländischen Gewerbetreibenden, deren Waaren in dem betreffenden Lande verkehren, deren Interessen aber nicht in gleicher Weise bei der Einfuhr geschützt sind. Die Frage ist in diesem Augenblick ohne praktischen Belang, da der deutsche Handel unter den zur Zeit bestehenden Einrichtungen im grossen und ganzen trotz mancher Belästigungen mehr gewonnen als verloren hat; und zwar deshalb, weil dadurch vielfach unser Ausfuhrhandel zu seinem eigenen Vortheil gezwungen worden ist, in seinen Beziehungen zu den die Waaren aufnehmenden Gebieten von der Vermittelung durch ausländische Handelsplätze sich frei zu machen. Es ist aber immerhin möglich, dass solche Einrichtungen in der Art ihrer Durchführung eine für die deutschen Handelsinteressen empfindliche Seite erhalten. Wenn sie z. B. unbedingt jede Durchfuhr treffen und zu einer allgemeinen Revision der zur Durchfuhr bestimmten, einen Aufenthalt und eine Durchsuchung nicht wohl gestattenden Warensendungen führen würden, wenn sie auch solche Bezeichnungen treffen würden, welche nicht nur der Sprache des betreffenden Landes angehören, sondern auch in anderen Ländern dem Sprachschätze eigen geworden sind, wenn dadurch Handelsbeziehungen, welche durch die eigene Vermittelung der Handelsplätze des fremden Staats im Verlauf vieler Jahre gross gezogen sind, plötzlich und zum empfindlichen Nachtheil inländischer Fabrikationsorte unterbunden werden könnten, oder wenn die unterlassene Beobachtung der ausländischen Vorschriften auch in Fällen geringer Fahrlässigkeit zu der Einziehung werthvoller Waarenvorräthe führen und damit eine, zu der

Art des Vergehens ausser Verhältniss stehende Ahndung mit sich bringen würde, so müsste darin eine Verletzung wichtiger Handelsinteressen erblickt werden, gegen welche kein Land unempfindlich bleiben kann. Die Vorsicht gebietet, dass die Gesetzgebung die Mittel gewähre, um derartigen, immerhin möglichen, billige Rücksichten den internationalen Handelsbeziehungen ausser Betracht lassenden Versuchen, welche in Wirklichkeit gegen die Macht, nicht gegen die Unredlichkeit fremder Konkurrenz sich richten würden, entgegenzutreten zu können. Es ist dies nicht wohl anders zu erreichen, als dadurch, dass dem Bundesrath die Vollmachten gegeben werden, um zu Gegenmassregeln zu schreiten, falls eine Verständigung sich als aussichtslos erweisen sollte.

Bücherbesprechungen.

Meyer, Dr. Moritz. Der internationale Geldmarkt (1889—1891). Eine wirthschafts- und finanzstatistische Studie, Preis Mk. 3,—. Minden i. W., J. C. C. Bruns' Verlag.

Das hochinteressante Werk zerfällt in 6 Hauptabtheilungen und zwar: Die aufsteigende Wirthschaftskonjunktur des Jahres 1889. — Die Vorböten der Krisis. — Geldmarkt und Börsen im Jahre 1890. — Das Wirthschaftsjahr 1891. — Die Zinsfussbewegung und die Ergebnisse der Banken. — Der internationale Geldmarkt im engeren Sinne, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Börse. Dasselbe giebt uns einen Ueberblick über die Bewegungen der Geldmärkte hauptsächlich im Jahre 1891 und zwar in steter Verbindung mit Handel, Industrie, Preis- und Lohnbewegung, sowie mit den Vorgängen in dem Staatshaushalt der hauptsächlich in Betracht kommenden Nationen. Nur aus dieser Wechselwirkung zwischen Kapital und Börse einerseits, andererseits zwischen Weltwirtschaft und Staatsfinanzen, kann die Gestaltung der Geldmärkte begriffen und richtig gewürdigt werden. Neben diesem zunächst rein theoretischen Interesse kam es dem Verfasser zugleich aber auch darauf an, dem Bankierstande, den Kapitalisten und jedem Gebildeten, den diese Dinge interessiren, eine Art von Nachschlage-Büchlein zu übergeben, wenn es gilt, sich rasch über die Ziffern des Welthandels, der industriellen Produktion und Preisbildung, über die Ergebnisse der grossen Banken, Privatbahnen, Montanengesellschaften, die Bewegungen der Börsen, der Zinssätze und Kurse etc. etc. zu unterrichten. Man findet zu diesem Zwecke ein reiches statistisches Material zusammengetragen, dessen Quellen nicht Jedermann zu Gebote stehen. Das Werk ist sehr zu empfehlen.

Weiss, Johannes Lic. Frauenberuf. Ein Beitrag zur Frauenfrage. Leipzig 1892. Fr. Wilh. Grunow.

Arndt, Theodor Dr. Die Religion der Sozialdemokratie. Leipzig 1892. Fr. Wilh. Grunow.

Führer durch Hanau Kunstgewerbe. Lesch-
leder & Stroh, Hanau.

Puls, Otto, Frankfurter Börsenbuch. IV. Auflage. Frankfurt 1892. Selbstverlag. I. Theil. Börsen-Usancen. II. Theil. Die Börsensteuer. III. Auflage. Frankfurt 1892. Kommissionsverlag von Jäger.

Beide Bändchen, in dem bekannten handlichen Format und gefälliger Ausstattung, haben längst ihren Weg auf das Pult aller Börsenbesucher gefunden und erfreuen sich zumal in Frankfurter Börsenkreisen einer so weitgehenden Beliebtheit, dass eine erneute Empfehlung derselben überflüssig erscheint.

Gleim, W. Das Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892. Berlin 1892. Franz Vahlen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflütern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 11.

Braunschweig, November-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 11. — 7649/92.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass wir in unserer Plenar-Versammlung vom 17. Oktober d. J. zu Wahlvorstehern für die im nächsten Etatsjahre nothwendigen Neuwahlen zur Handelskammer ernannt haben 1. für den Kreis Braunschweig Herrn Dr. H. Schmidt, 2. für den Kreis Blankenburg Herrn Direktor Schruff, 3. für den Kreis Gandersheim Herrn Generaldirektor Lundberg, 4. für den Kreis Helmstedt Herrn Otto Dorguth, 5. für den Kreis Holzminden Herrn B. Liebold, 6. für den Kreis Wolfenbüttel Herrn F. Haffner.

Braunschweig, 29. Oktober 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. B. 1. — 7652/92.

Wir sind in den Besitz eines reichen Materials über zweifelhafte ausländische Firmen gelangt. Wir machen die Interessenten in der Stadt und im Lande, insbesondere die Exporteure, mit dem Bemerken hierauf aufmerksam, dass an unserer Geschäftsstelle auf Anfragen bereitwillig bezügliche vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 31. Oktober 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Zur Beleuchtung des Wassergesetz-Entwurfes der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Von Fr. von Schenk.

Die deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat sich seit mehreren Jahren mit der Frage einer Neuordnung des bestehenden Wasserrechtes beschäftigt und das Ergebniss der hierüber gepflogenen Verhandlungen liegt jetzt in der Gestalt eines vollständigen Gesetz-

entwurfes vor uns. In wie weit etwa die Grundsätze dieses Entwurfes bei der zur Zeit im landwirtschaftlichen Ministerium Preussens stattfindenden Bearbeitung eines Wassergesetzes Berücksichtigung finden werden, entzieht sich gegenwärtig noch unserer Kenntniss. Indessen hat die blosse Möglichkeit, dass der amtliche Gesetzentwurf sich in wesentlichen Punkten an die Privatarbeit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft anlehnen könne, bei denjenigen Industriellen, welche von der letzteren Kenntniss genommen, beträchtliche Aufregung hervorgerufen, als deren Folge die von einer zahlreich besuchten Versammlung in Hagen am 7. April d. J. beschlossene Einsetzung eines Ausschusses zum Zwecke der weiteren Verfolgung der Angelegenheit, sowie eine Resolution zu betrachten ist, derzufolge der Herr Minister für Handel und Gewerbe ersucht werden soll, zu veranlassen:

„dass der dem Vernehmen nach in der Ausarbeitung begriffene Gesetzentwurf eines preussischen Wasserrechtes, bevor er an den Landtag gelangt, veröffentlicht und den Interessenten, also auch den Industriellen, zur Begutachtung unterbreitet werde“.

Bei dieser Lage der Dinge ist es, wie zahlreiche dem Unterzeichneten zugegangene Zuschriften aus allen Kreisen der Industrie beweisen, wohl angezeigt, den fraglichen Entwurf der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft einmal kurz zu beleuchten und soll das in Nachstehendem unter Beiseitlassung aller nebensächlichen Bedenken geschehen.

Acht Einwände sind es, welche wir vom Standpunkte der Industrie aus gegen das Elaborat zu machen haben.

Zunächst hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft eine reichsgesetzliche Regelung der Materie, d. h. Aufnahme des Wasserrechtes in das bürgerliche Gesetzbuch, vorgesehen. Das ist nun, wie wir Grund haben anzunehmen, gänzlich ausgeschlossen und wir können uns nur voll und ganz den Motiven anschliessen, welche die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch für die Ausschlussung des Wasserrechtes geltend macht, nämlich: „dass dasselbe nur nach dem Bedürfnisse und den geschichtlich gegebenen Verhältnissen grösserer oder kleinerer Bezirke geregelt werden kann“. Dieser Grund spricht aber auch gegen eine landesgesetzliche Regelung, wie sie dem Anschein nach jetzt für Preussen beabsichtigt ist. Wir halten es für unthunlich, ein Wasserrecht zu schaffen, welches gleichmässig den Landwirtschaft betreibenden Osten wie den gewerkreichen Westen befriedigt, da die Verhältnisse des Lenne-, Emscher- und Wuppergebietes gar keine Ähnlichkeit mit denen der Weichsel, des Pregel oder der Netze haben.

Zweitens spricht der Entwurf der Landwirtschafts-Gesellschaft durchaus nicht klar aus, was in Zukunft denn eigentlich Rechtens sein soll. Er macht so ziem-

lich Alles von dem weissen Ermessen der zu schaffenden Wasserämter abhängig. Eine Folge der Buntscheckigkeit und Lückenhaftigkeit der heutigen Wassergesetzgebung ist ja die unsichere Rechtsgrundlage vieler bestehenden Wassernutzungen, **deren überwiegende Mehrzahl des besonderen Rechtstitels entbehrt** und einfach auf dem Rechte der Verjährung basirt. Mit diesem Verjährungsrechte hat es aber (s. Baumert, Die Unzulänglichkeit der bestehenden Wassergesetze, S. 35) bei den Wassernutzungen eine besondere Bewandniss. Nach dem Entwurfe zu dem Gesetze von 1843 über die Benutzung der Privatflüsse sollte hierbei jede Verjährung ausgeschlossen sein, und der vorstehende Minister bezeichnete das Verlangen der Triebwerksbesitzer, durch Verjährung in der Benutzung des Wassers geschützt zu werden, als „missbräuchliche Anmassung“. Die Frage ist schliesslich unentschieden gelassen; die bekannteren Bearbeiter der preussischen Wassergesetzgebung stimmen aber darin mit dem Obertribunal überein, dass nur eine sogenannte erschwerte, thatsächlich fast niemals nachweisbare Verjährung (durch Untersagung) in diesen Fällen eintrete. Baumert sagt deshalb (S. 38): „Dem preussischen Staate und seiner Gesetzgebung ist mit Recht vorzuwerfen, **dass sie wichtige Vermögensrechte nicht einmal durch Verjährung schützen**; dass sie ihre Aufgabe, das Eigenthum der Bürger gegen Eingriffe zu schützen, so sehr verkennen u. s. w.“

Der Entwurf will nun allerdings einen gewissen Schutz bestehender Nutzungen dadurch schaffen, dass alle Rechte am Wasser auf Antrag der Interessenten in ein zu schaffendes Wasserbuch eingetragen werden können (§ 4), wodurch sie gegen alle Eingriffe Dritter geschützt werden (§ 6). Dieser Eintragung muss aber eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung etwaiger Widersprüche vorausgehen. Da nun eine sehr grosse Anzahl von älteren Stauwerken keine Konzession besitzen, auch die Ableitungen von Fabrik-Abwässern in die Flüsse wohl nur selten auf besonderen Rechtstiteln beruhen, so würde die obige Bestimmung für die betreffenden Besitzer **die grössten Weiterungen und ungezählte Prozesse zur Folge haben**, deren Ausgang angesichts der oben berührten zweifelhaften Rechtslage bezüglich der Verjährung ein sehr unsicherer sein dürfte. Die Landwirthschaft will hiervon weit weniger berührt, da das Gesetz über die Privatflüsse von 1843 den Uferbesitzern ohne Weiteres das Recht zur Benutzung des vorüberfließenden Wassers (zu Bewässerungs-Anlagen u. s. w.) verleiht (§ 1), sodass nicht einmal die zu solchen Zwecken angelegten Stauwerke einer Konzession bedürfen.

Die Bestimmungen des Entwurfes über die Sicherung der Nutzungsrechte sind also durchaus unzulänglich, ja für die Industrie geradezu bedenklich.

Des Weiteren haben wir an demselben auszusetzen **die überaus bürokratische Verfassung, welche er, bei fast unbeschränkter Machtvollkommenheit, für die zu schaffenden Wasserbehörden** in Aussicht genommen hat. Die Wasserämter sollen aus Technikern, Juristen, Verwaltungsbeamten und Vertretern der Interessenten bestehen (§ 13); letztere haben zwar „auch“ Sitz und Stimme, sind aber als reine Dekoration gedacht, denn „auf Majoritätsbeschlüsse wird es nicht ankommen“ (S. 46) und „voraussichtlich wird die Theilnahme der gewählten Vertreter nur in wesentlich geringerem Umfange möglich sein, als es der Entwurf in § 16 will (S. 47). Auch soll die Feststellung der Wahlordnung und die Abmessung der Wichtigkeit der einzelnen Interessen (Landwirthschaft, Fischerei, Industrie u. s. w.) zum Zwecke der Zuteilung einer Anzahl von Vertretern an jede Gruppe dem Wasseramte überlassen bleiben (§ 13); die Motive sagen (S. 46), dass die Zumessung der Stimmenzahl eine willkürliche sein werde, und so ist dann der Schluss wohl nicht sehr gewagt, dass für ausgiebige Vertretung der gefügigeren

Interessenten-Gruppen gesorgt werden würde. — Das Wasseramt kann zwangsweise Unterhaltungs-Verbände bilden und ihnen Statuten aufzuktroiren; es setzt die den Interessenten obliegenden Verpflichtungen fest und vertheilt dieselben auf die einzelnen Beteiligten (§ 14 f), entscheidet alle Streitigkeiten der Uferbesitzer, Nutzungsberechtigten u. s. w. unter einander, und alle diese und manche andere finanziell und rechtlich höchst einschneidenden Anordnungen trifft die kollegialische Behörde mit den Laien-Mitgliedern nicht einmal direkt, sondern einfach durch die ihr untergebenen, die einzelnen Flussgebiete verwaltenden Kommissarien, während sie selbst nur in zweiter Instanz entscheidet. Sie trifft die ihr nothwendig erscheinenden Anordnungen behufs möglichst zweckmässiger Einrichtung aller Anlagen am Wasser (§ 31), kann auch die Ausbesserung schadhafter Anlagen erzwingen oder auf Kosten des Besitzers ausführen lassen, sodass keine Wasservergeudung stattfindet! Sollte das nicht die väterliche Aufsicht des Staates etwas weit treiben heissen? Könnte man nicht füglich mit gleicher Berechtigung dem Kessel-Revisor die Befugniss geben, verbesserte Feuerungs-Anlagen zu erzwingen, um Kohlen-Verschwendung zu verhüten? — Weiter kann das Wasseramt (§ 33 a) Vorkehrungen zur Beaufsichtigung der Anlagen am Wasser, namentlich der Stauwerke, treffen und die dadurch entstehenden Kosten von den Nutzungsberechtigten einziehen, gleichgültig ob sich dieselben Uebergrieffe zu Schulden kommen lassen oder nicht! Es hat zu entscheiden, ob die Unterhaltungspflichtigen ihren Verpflichtungen durch eigene Arbeitsleistungen, also billig, nachkommen dürfen (§ 39), oder ob Zwangs-Unterhaltungs-Verbände gebildet werden sollen; **es setzt ohne Weiteres den Verbandsvorstand ab**, wenn der Verband seinen Pflichten (nach der Auffassung der Behörde) nicht nachkommt, und setzt einen zu besoldenden Techniker an dessen Stelle. Das Stimmrecht innerhalb des Verbandes regelt einfach das Wasseramt, denn, so sagen die Motive (S. 55), „es wird häufig nicht auf das Vorhandensein einer der Bildung des Verbandes geneigten Majorität zu rechnen sein“. Diesem Uebelstande würde allerdings durch einseitige Regelung des Stimmrechts seitens der Behörde leicht abzuhelfen sein!

Die dem Wasseramt zugedachten Befugnisse sind derartige, das Verfügungsrecht desselben über den Geldbeutel der Interessenten ein so unbeschränktes, **dass wohl in Preussen keine zweite Behörde mit solcher Machtvollkommenheit bestehen möchte**. Es hätte füglich der Entwurf sich weit kürzer und seine Gedanken in die beiden Paragraphen fassen können: 1. Das Wasseramt und seine Kommissare bestimmen Alles nach sachverständigem Ermessen. 2. Die Interessenten zahlen ohne Widerrede.

Ein vierter Einwand, den wir zu erheben haben, richtet sich gegen die bei Weitem zu gross gedachten Bezirke der einzelnen Wasserämter (§ 1 u. 13). Jedes grössere Stromgebiet, also Rhein, Weser, Elbe u. s. w. mit allen Zuflüssen des Hauptstromes ist mit nur einem Wasseramt bedacht. Die an sich schon gering anzuschlagende Bedeutung der Laien-Mitglieder des Amtes vermindert sich hierdurch ganz erheblich, da bei so weiten Gebieten von Lokalkenntniss derselben, worauf es doch in Wasserfragen meist so wesentlich ankommt und welche man gerade bei dem Laienelemente sucht, gar keine Rede sein kann. Da ist nun zwar in den Motiven (S. 46) einmal von Ausschüssen die Rede, die anscheinend dem Kommissar zur Seite stehen sollen; allein abgesehen davon, dass ihnen nur eine beratende Stimme zugedacht wird, ist auch im Gesetze selbst von ihnen keine Spur zu finden.

Ein schwerwiegender Vorwurf, den wir den Verfassern des Entwurfes zu machen haben, ist der, dass sie **Landwirthschaft und Fischerei bezüglich der Rechte am Wasser grundsätzlich vor der Industrie bevorzugt** haben. Ganz unumwunden finden wir dieses

Prinzip ausgesprochen in den Motiven (S. 51), wo von der Berichtigung zur Verwerthung unbenutzter Nutzungen die Rede ist und die Bewässerungen an erster, die Fischzucht an zweiter und die Industrie erst an dritter Stelle kommt. Die Fischzucht oder der Fischereisport also, deren Brutto-Ertrag für Preussen auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark geschätzt wird (s. Konferenz der Wassertriebw- und Fischerei-Interessenten, Berlin 1890, S. 9), soll den Vorrang haben vor der Industrie, deren Interessen am Wasser sich auf Hunderte von Millionen belaufen mögen! Eine schwere Benachtheiligung der Industrie enthält dann der § 38 e, welcher die Stauwerkbesitzer verpflichtet, zur Erleichterung der Räumungs- und sonstigen Unterhaltungs-Arbeiten im Flussbett den Stau ab lange offen zu halten (d. h. Aufsatzbretter zu entfernen, Freischleusen zu öffnen, vielleicht sogar Grundablässe anzulegen), als zur Ausführung jener Arbeiten erforderlich ist; ein Anspruch auf Entschädigung wird ihm nicht gewährt. Und während hier leichten Herzens etwas bestimmt wird, wodurch ein Stauwerkbesitzer u. U. ruinirt werden kann, schreibt derselbe § 38 in Absatz d vor, bei den Reinigungsarbeiten die thunlichste Rücksicht auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse und die Fischzucht walten zu lassen. Ein fernerer § 47 giebt den Fischereiberechtigten die Erlaubniss, an fremden Stau- und Triebwerken Rechen, Aalröhren, Fischleitern und andere Vorrichtungen zum Schutze der Fische u. s. w. anzubringen. Allerdings gegen Ersetzung des verursachten Schadens, dessen Höhe das Wasseramt bestimmt. Wehrlos ist der Besitzer in die Hand dieser Behörde gegeben. Diese soll bestimmen, welche Vorrichtungen zulässig sind; hat sie dann einmal eine bestimmte Vorrichtung für unschädlich erklärt, dann mag der Triebwerkbesitzer lange auf Entschädigung warten und sei er noch so sehr in seinem Betriebe gehemmt und geschädigt, denn „die Höhe der Entschädigung bestimmt das Wasseramt“, welches in der Regel nicht sehr geneigt sein wird, seinen Irrthum anzuerkennen. Nun kann zwar der Besitzer verlangen, dass sein ganzes Werk enteignet werde, wenn die gedachten Vorrichtungen die Rentabilität desselben wesentlich beeinträchtigen oder den Betrieb wesentlich erschweren; allein abgesehen davon, dass mit solcher Enteignung selten Jemandem gedient ist, schwebt dieses Recht auch insofern in der Luft, als wiederum das Wasseramt allein es ist, welches entscheidet, ob wirklich die Verhältnisse das Enteignungs-Verlangen rechtfertigen. — Nach § 32 kann zur Beseitigung eines schädlichen Rückstaus die Verlegung von Stau- und Triebwerken gegen Entschädigung erzwungen werden. Ein öffentliches Interesse braucht nicht vorzuliegen; **jeder Grundbesitzer z. B., der eine Be- oder Entwässerungs-Anlage beabsichtigt, kann den unbequemen unterhalb liegenden Müller oder Fabrikanten auf diese Weise abschleбен.** § 59 gestattet sogar bei überwiegendem Vortheil für Landwirthschaft u. s. w. die Enteignung und Beseitigung von Stau- und Triebwerken. Allerdings ist diese Vorschrift schon in dem preussischen Gesetze über die Vorfluth von 1811 (§ 11) enthalten; allein was damals statthaft erscheinen mochte, kann bei den heutigen gänzlich veränderten Verhältnissen unmöglich in ein neues Gesetz aufgenommen werden. Lag damals die Industrie noch in den Windeln, **so darf sie heute den Anspruch erheben, als völlig gleichberechtigter Faktor neben der Landwirthschaft anerkannt zu werden.** Sollen wirklich Enteignungsrechte zu Gunsten Privater im Gesetze festgestellt werden, so müssen solche auch umgekehrt der Industrie gegen die Landwirthschaft eingeräumt werden; so muss der Stauwerkbesitzer beispielsweise auch das Recht erhalten, die Wiesen des oberhalb liegenden Grundbesitzers, die ihn an der vollen Ausnutzung seiner Wasserkraft hindern, im Expropriationswege zu erwerben; so muss das Bergwerk oder die Fabrik die unter ihren Abwässern leidenden oder zur Anlage von Klärteichen für dieselben nothwendigen

Grundstücke zu enteignen in Stand gesetzt werden. — Wir sind aber nicht für solche gewaltsame Eingriffe in das Eigenthumsrecht; sie treffen in der Regel den kleinen Mann und verschärfen die sozialen Gegensätze.

Werden, wie wir sehen, Landwirthschaft und Fischzucht in jeder Weise bei der Zumessung der Rechte bevorzugt, so lässt man bei der Vertheilung der Lasten der Industrie willig den Vortritt. Nach heutigem Rechte beschränkt sich die Unterhaltung der Privatflüsse auf eine Verpflichtung der Uferbesitzer zur Räumung des Flussbettes insoweit, als es zur Beschaffung der Vorfluth nothwendig ist (Gesetz von 1843, § 7). Der Entwurf sieht eine ganz bedeutende Erweiterung der Unterhaltungspflicht vor und will diese nicht wie bisher den Uferbesitzern, sondern allen im Ueberschwemmungsgebiet belegenen Grundstücken, **Wasserbenutzern** u. s. w. auferlegen. Die Vertheilung der Lasten durch das Wasseramt erfolgt nach Verhältniss der jedem Betheiligten zufließenden Vortheile (von der betreffenden Wasserstrecke) bezw. verhüteten Nachtheile. Dass zu den Wasserbenutzern in erster Reihe die Industrie (Triebwerke, Abwässer, Bleichereien, Wasserentnahme zu Fabrikationszwecken) gehört, ist klar; dass überall dort, wo eine halbwegs entwickelte Industrie an einem Wasserlauf besteht, die Interessen derselben die aller anderen Betheiligten übertreffen, unterliegt wohl keinem Zweifel. **Die Industrie also, die heute als solche überhaupt an der Unterhaltungspflicht nicht theilnimmt, würde zumal in den gewerbreichen Gegenden des Westens in Zukunft die Hauptlast — und eine schwere Last, wie wir sehen werden — zu tragen haben.** Dass dieses auch die Meinung der Verfasser des Entwurfes war, schliessen wir aus den Motiven (S. 54), wo der Stauwerksbesitzer als eines der meistbetheiligten Mitglieder ohne Weiteres vorausgesetzt wird. Dagegen giebt eine Bestimmung in § 38 a dem Wasseramt die Möglichkeit, den bisher allein räumungspflichtigen Uferbesitzer vollständig von allen Lasten zu befreien, wenn derselbe nämlich von der Unterhaltung des Wasserlaufs keinen Vortheil hat. Solches würde etwa der Fall sein bei hochliegenden, festen Ufern, für die weder eine Gefahr durch Anbruch noch durch Ueberschwemmung zu befürchten ist.

Auch hier also wieder das Bestreben, das bestehende Recht zu Ungunsten der Industrie zu ändern.

Die Unterhaltungslast, wie sie der Entwurf vorsieht, ist überhaupt für alle Betheiligten zu schwer. Dieselbe soll in der Hauptsache bestehen in der Verpflichtung:

1. zur Erhaltung eines Normalprofils für jeden Wasserlauf, also zur Beseitigung jeder Sandbank, jedes Kolkes, jeder Verengung, jedes Uferanbruchs u. s. w., und
2. zur Erhaltung des Ufers, sodass Ueberströmungen vorgebeugt wird.

Aus diesem letzteren Ausdruck kann ohne Weiteres eine Eindeichungspflicht hergeleitet werden. Die Erhaltung des Normalprofils aber kann zu einer unerträglichen Belastung führen und muss es bei reissenden Geyrwässern. Jede Hochfluth schafft z. B. alljährlich in der Ruhr neue Sandbänke, neue Uferabbrüche, ein Uebelstand, der sich nur durch Regulirung des Flusses wesentlich einschränken, wenn auch nicht beseitigen lässt. Die Kosten der Regulirung den Interessenten aufzubürden, ist unmöglich. Wollte man aber jahraus jahrein die Sandbänke beseitigen u. s. w., so würden die Kosten offenbar in gar keinem Verhältnisse zu dem dadurch zu erreichenden Vortheile für die Unterhaltungspflichtigen stehen. Von den Uferbesitzern sagen die Motive (S. 53) selbst, dass sie häufig gar kein Interesse an diesen Arbeiten hätten. Warum sollen sie dann zu den Kosten beitragen? Haben etwa die Fabriken und Bergwerke, welche Abwässer in den Fluss leiten, die Flösswiesenbesitzer, die Bleichereien, Färbereien und

andere Betriebe ein besonderes Interesse an der Erhaltung des Normalprofils? Doch wohl nur ausnahmsweise! Also ist die ganze Idee der Vertheilung der Unterhaltungslast eine falsche.

Endlich beanstanden wir auch, dass das weite Gebiet des Wasserrechts mit seinen finanziell so tief einschneidenden Fragen den ordentlichen Gerichten entzogen werden soll. Die Verquickung von Rechtsprechung und Verwaltung in den Wasserämtern betrachten wir als einen entschiedenen Rückschritt.

Wenn wir so den Gesetzentwurf der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft in einer Reihe wesentlicher Punkte ablehnen müssen, so wollen wir doch die Nothwendigkeit einer Neuordnung des Wasserrechts darum keineswegs verneinen. Nur müssen wir als Kardinalforderung aufstellen, dass das bestehende Recht nicht zu Ungunsten der Industrie revidirt werde, sondern dass im Gegentheil **die Industrie bei Weitem grössere Berücksichtigung, als die bisherige Gesetzgebung ihr gewährte, finde.** Wir wollen keinen Gegenentwurf formuliren: doch möge es uns zum Schluss erlaubt sein, in wenigen Worten das anzudeuten, worauf es u. E. für die Industrie in erster Reihe ankommen würde:

1. Keine landesgesetzliche, sondern provinzialgesetzliche Regelung des Wasserrechtes.
2. Sicherung des Besitz- bzw. Nutzungsrechtes der bestehenden Anlagen. Die Form der Eintragung in ein Wasserbuch mag sich empfehlen, wenn bestimmt ausgesprochen wird, dass die nach § 5 des Entwurfs Widersprechenden den Beweis für die Nichtberechtigung der beanspruchten Nutzung zu führen haben und dass einfache Verjährung jedenfalls den Nutzniesser oder Besitzer schützt.
3. In den etwa zu bildenden Wasserämtern muss das Laienelement in ähnlicher Weise wie in den Kreisausschüssen ausschlaggebend sein.
4. Die Bezirke der Wasserämter dürfen nicht zu gross sein.
5. Keine Klasse der Interessenten darf grundsätzlich bevorzugt werden. Die volle Gleichberechtigung der Industrie muss entschieden zum Ausdruck kommen.
6. Die Unterhaltungslast darf nicht auf Kreise abgewälzt werden, welche zwar vom fliessenden Wasser selbst, nicht aber von der Unterhaltung des Bettes und der Ufer desselben Vortheil haben.
7. Soll eine erweiterte Unterhaltungspflicht eintreten, so ist solche nicht den genügend belasteten derzeitigen Verpflichteten aufzubürden, sondern von den Gemeinden (ev. den Kreisen oder Provinzen) zu tragen.
8. Die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte darf nicht beseitigt werden.

Vor allem aber müssen wir die Forderung erheben, dass die Verhandlungen in vollster Oeffentlichkeit geführt und den berufenen Vertretern der verschiedenen Interessenten-Kategorien ausreichende Zeit und Gelegenheit gegeben werde, sich über den demnächst zu erwartenden Gesetzentwurf der Staatsregierung zu äussern.

Christoph Columbus!

Am 12. Oktober 1492, an welchem Tage Columbus den Boden der neuen Welt betrat, schlug die Sterbestunde des Mittelalters. Wenn auch nicht sofort, so sank doch allmählich, Stück für Stück, in immer rascherem Tempo, die mittelalterliche Weltanschauung in das Grab. Der Scholastizismus, der mit seinem abgeschmackten manierirten Formalismus die Geister gefangen und eine freie, gesunde geistige Entwicklung

gehemmt hatte, gab das Grabgeleit, um nach kurzer Zeit selbst zu seinen Schöpfern und Vätern versammelt zu werden. Eine neue Zeit brach an, eine Zeit der geistigen und sittlichen Wiedergeburt der europäischen Völker, welche in der grossen That Luthers und des deutschen Volkes, in der Reformation, ihren edelsten Ausdruck gefunden hat. Das Studium der Antike, des klassischen Geistes leitete die Herrschaft des Humanismus und dadurch die freie Forschung, unabhängig von den Satzungen der Kirche, ein. Zweifellos hat die Entdeckung von Amerika an all diesen Vorgängen einen wesentlichen, einen herrschenden Antheil. Durch sie wurden die kosmographischen Vorstellungen in einer Masse wie nie zuvor erweitert und dadurch nicht nur eine freie und fortgeschrittene naturwissenschaftliche Auffassung vorbereitet, sondern zugleich eine Freiheit und Kühnheit der geistigen Spekulation erzeugt, welche trotz vielfachen Uebereifers — der nothwendige Gegensatz zu der früheren Gebundenheit der Geister — ebenso eine Periode der Entdeckungen und Erfindungen wie des Fortschrittes in dem politischen Leben und Bewusstsein der unter tyrannischem Joch erstarrten europäischen Völker ermöglichte.

Aber nicht nur auf dem Gebiete des geistigen und seelischen Lebens der Völker werden die Tage der Entdeckung von San Salvador unvergesslich bleiben. Auch im materiellen Leben der Nationen leiteten sie einen Umschwung ein, wie er durchgreifender und entscheidender nicht gedacht werden kann und wie er in der Geschichte der Menschheit mit gleicher Wirkung wohl schwerlich jemals wieder sich bemerkbar machen wird. Die Entdeckung der neuen Welt verlegte den Schwerpunkt der ganzen Welt auch im wirtschaftlichen Leben der Menschheit!

Die Geschichte der am Ende des 15. Jahrhunderts bekannten Welt spielte sich im Wesentlichen auf dem Mittelmeere und in den Küstenländern desselben ab. Auf diesem Meere herrschten die Genuesen und Venetianer. Durch die Kreuzzüge war auf Jahrhunderte hinaus das kulturpolitische Zentrum Europas und Nordafrikas nach dem östlichen Theile des Mittelmeerbeckens verlegt und dadurch die Bedeutung der dort angrenzenden Länder und Völker in den Vordergrund gedrängt worden. Nicht zum geringsten Theil ist es diesem Umstande zuzuschreiben, dass Spanien in seiner inneren Entwicklung durch äussere Vorgänge unberührt blieb und in Folge dessen seine einheitliche nationale Entwicklung einleiten und abschliessen konnte. In dem Augenblicke, in welchem Granada — und damit die orientalische-afrikanische Tradition der Araber — dem mächtig andringenden nationalen Geiste des christlichen Spaniens zum Opfer fiel, wurden zahlreiche Kräfte frei, welche anderweitige Gebiete für ihre Thatkraft suchten; es ist somit nichts weniger als ein Spiel des Zufalls, sondern es ist vielmehr die Logik der That-sachen, dass Amerika kurz nach dem Falle der letzten maurischen Hochburg entdeckt wurde. Die Reichthümer Asiens, insbesondere Indiens, gelangten vom Osten des Mittelmeeres durch die Araber nach Europa, und der Orient war der Mittelpunkt, das Bindeglied dieses Handels, ein Umstand, welcher die gewaltige Macht des Araberthums zu jener Zeit hinreichend erklärt. Diese bevorzugte Stellung dem Orient und den östlichen Mittelmeervölkern durch die westliche Fahrt zu entreissen, war der ebenso begreifliche wie berechtigte Wunsch der westlichen europäischen Völker, also insbesondere der Spanier und Portugiesen. Was weder die Tapferkeit noch die unendlichen Opfer hunderttausender von Kreuzfahrern vollbracht hatte, das gewährte die That des Columbus. Am 12. Oktober, als Columbus mit den Seinen auf dem Strande von Guanahani der Vorsehung durch inbrünstiges Gebet seinen Dank sowie die Bitte um weiteres Gelingen seines Werkes darbrachte, da war es mit der Herrschaft des Orients und der dortigen Kulturvölker vorbei. Alle

späteren Versuche, diese dominirende Stellung wieder zu gewinnen, sind vergebliche gewesen. Die Schlacht von Lepanto hat dieses Ergebniss in acht Jahrzehnte später mit ehernen Lettern in den Annalen der Geschichte registrirt und besiegelt. Der Drang nach dem Westen siegte, der Atlantik und die an seinem Strande wohnenden Völker wurden auf Jahrhunderte hinaus die Träger der weltbewegenden Ideen. Wohl selten ist einem Gebet wie dem des Columbus eine gleiche Erhöhung zu Theil geworden.

Durch die westliche Fahrt sollten die Reichthümer von Indien, China, Zipangu (Japan), sollten Gold, Silber, Perlen und die kostbaren Stapelartikel dieser Länder: Seide, Gewürze, Hölzer, Elfenbein u. s. f. erworben werden. Columbus segelte aus, sie von Ostasien zu holen und bis zu seinem Tode ist er der Ansicht gewesen, dass er den Ostrand Asiens bezw. die östlich davon gelegenen Inselgruppen erreicht habe. Noch 1494 hat er die Küste von Cuba für die eines Kontinents gehalten und unter Androhung harter Strafe und unter Abnahme feierlicher Eide seinen Begleitern verboten, je etwas anderes zu „glauben“. Als er 1498 die Nebenmündungen des Orinoco entdeckte, bestärkte ihn das Vorhandensein eines grossen wasserreichen Stromes in dem Glauben an die Existenz eines grossen Kontinents, welcher — nach seiner Ansicht — nur Asien sein konnte. Er war überzeugt, dass er sich in der Nähe des Reiches vom Gross-Chan befunde, das ja durch Marco Polo schon im 13. Jahrhundert (vergl. Export 1890 Nr. 12) in Europa bekannt geworden war. Als Columbus nach der Landenge von Panama gelangte und erfuhr, dass jenseits derselben ein freier Ozean vorhanden sei, war er der festen Ueberzeugung, dass er an der Halbinsel Malacca angelangt sei, dass er beauftragt ihrer Unseglung südwärts fahren müsse, um schliesslich über Indien und das Südende Afrika's nach Spanien zu gelangen. Seine kühne Phantasie verleitete ihn häufig zu voreiligen Schlüssen. Ist dies begründeter Weise vielfach hervorgehoben worden, so darf doch nicht vergessen werden, dass dieselbe Phantasie ihm auch wieder zu einem grossen und freudigen Schwunge der Seele verhalf, ihn mit einer Zähigkeit, Begeisterung und einem Zutrauen zu sich selbst erfüllte, deren er zum Gelingen seiner ebenso langwierigen wie schwierigen, mit tausend Hindernissen verknüpften Aufgaben bedurfte. Seine Irthümer waren zahlreiche, aber es waren die seiner Zeit, welcher die Grundlagen und Mittel zur exacten Beobachtung fehlten, einer Zeit, die erfüllt war vom mystischen Dunkel eines verworrenen religiösen Empfindens, welches Viele selbst bis zum Wahn führte. Was Wunder, dass er sich als Gesandten Gottes betrachtete, dem es beschieden war, selbst das Unmögliche zu vollbringen. Seine erhitzte und überreizte Phantasie liess ihn auch die Amazonenvölker der Alten finden, er wählte mit eigenen Augen Sirenen zu erkennen. Auch das Ophir Salomo des Weisen vermeinte er entdeckt zu haben. Trotz alledem bleibt er der erste der grossen Entdecker, welcher allen Späteren den Weg gezeigt hat, bleibt er einer der grössten Wohltäter der Menschheit. Dass er die eminente Tragweite seines Erfolges nicht erkannt hat, kann kein Vorwurf für ihn sein, denn diese zu erkennen ist den wenigsten thaten- und gedankenreichen Menschen oder vielmehr Niemandem vergönnt. Sind doch die grössten Entdecker, Erfinder — überhaupt die grössten der Menschen — neben ihren Werken und deren Folgen klein gewesen. Erst späteren Zeiten und Menschen blieb es vorbehalten, das von Columbus Gefundene auszubauen und einer Entwicklung zuzuführen, deren ganze Bedeutung und Wichtigkeit erst nach Jahrhunderten, mit Hilfe des Dampfes und der Elektrizität, ausgenutzt werden konnte. Erst durch die Indienstellung dieser gewaltigen Kräfte war der Mensch in den Stand gesetzt, die räumlichen Schwierigkeiten, welche die Erschliessung des neuen Konti-

nents erschwerten, zu überwinden. Der Atlantik, die Steppenländer, das westliche Hochgebirge mit all' ihren Schrecken, mit all' ihrer Wildheit und Starrheit sind vor kaum wenigen Jahren überwunden worden. Erst dem 19. Jahrhundert war es vergönnt, im Kampfe mit der Natur Thaten zu verrichten, welche sich getrost denen der grossen Entdecker des 15. und 16. Jahrhunderts an die Seite stellen können. Ungleich werthvoller als die mit Gold und Silber gefüllten Gallionen, welche von dem durch Columbus aufgefundenen Eldorado nach Europa schwammen, sind die Erzeugnisse, welche jetzt der jüngste Kontinent nach Europa sendet, dessen Korn- und Vorrathskammer zu werden, Amerika immer mehr Aussicht hat.

Arm und verlassen ist Columbus, der Entdecker einer neuen Welt, der Finder unendlichen Reichthums, gestorben — ein ebenso trauriges wie bereitetes Zeugnis von der Ungerechtigkeit menschlicher Geschicke und Geschichte. Wie gross und weittragend aber die Leistungen des Mannes trotz aller seiner Mängel und Fehler gewesen sind, wie fest dessen ungeachtet seine Gestalt und That in der Flucht der Erscheinungen steht, das beweist der Umstand, dass nach einem für den einzelnen Menschen schier unendlichen Zeitraum von 400 Jahren zwei Welten sich rüsten, das Andenken an Columbus und damit zugleich ein Ereignis zu feiern, welches, so lange es eine Geschichte der Menschheit giebt, nie aufhören wird eine ihrer vornehmsten Erscheinungen und Leistungen zu sein.

Export.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Mit Ausnahme der „Moskowskija Wjedomosti“ und des „Graschdanin“ hat wohl die gesammte russische seriöse Presse sich einmüthig für die Anbahnung besserer handelspolitischer Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen: ja, noch mehr: einige massgebende Blätter mit der „Nowoje Wremja“ an der Spitze glauben zu ihrer Freude konstatiren zu können, dass auch mit Italien und Dänemark russischerseits Zoll- und Vertragsverhandlungen angeknüpft worden seien. Es hat demnach den Anschein, als ob die russische Regierung gewillt sei, mit ihrer bisherigen Absperrungspolitik zu brechen und sich zu demjenigen gemässigten Schutzzoll zu bekennen, den beispielsweise auch die deutsche Reichsregierung zur Anwendung bringt, und der wohl, wo es nöthig erscheint, die nationale Arbeit und Produktion zu schützen vermag, ohne jedoch dabei die internationalen Handelsbeziehungen, auf die die Welt doch einmal angewiesen ist, ganz lahm zu legen. — Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man ferner annimmt, dass der russische Finanzminister in seiner allerdings schutzzöllnerischen Handelspolitik recht gemässigte Prinzipien zur Geltung bringen dürfte: war Wjatschnegradski ein geschickter Finanzier — und das leugnen ja auch seine Feinde nicht —, so darf Witte, der ehemalige langjährige Leiter der grossen Südwestbahnen, als ein gediegener Handelskenner gelten, und als solcher wird er wohl wissen, dass die an sich vielleicht einschmeichelnde Theorie der Okklusivzölle praktisch nicht im Geringsten stichhaltig ist.

In Deutschland wird der angeregte deutsch-russische Handelsvertrag bekanntlich verschiedenfach beurtheilt; jedoch ist auch bei uns der überwiegend grösste Theil der Presse für den Abschluss eines derartigen Vertrages, und diejenigen Blätter, die sich dagegen ausgesprochen, haben in merkantiler Beziehung keinen einzigen Punkt zur Erhärtung ihres ablehnenden Verhaltens vorbringen können. Unseres Erachtens hat man in der Presse bis jetzt es überhaupt unterlassen, die kommerzielle Seite des bevorstehenden Ver-

trages zu beleuchten; man hat vielmehr lediglich die politischen Folgen eines derartigen Abkommens ventiliert, deren Wichtigkeit wir selbstverständlich anerkennen, deren Souveränität aber bei Zollverhandlungen wir entschieden bestreiten müssen. Wenn der internationale Handel sich auch nach der internationalen Politik zu richten hat, so lehrt uns die Erfahrung andererseits, dass ein intimer Handelsverkehr früher oder später auch zu intimeren politischen Beziehungen führt, und da für die internationale Politik schliesslich doch nur eine *suprema lex* gilt, der Völkerfriede, so dächten wir, dass man nichts unterlassen sollte, was die einmal nun vorhandene Kluft zwischen Deutschland und Russland überbrücken könnte. Heisst nun diese Brücke gar „regerer Handelsverkehr“, dann um so besser: nichts stillt die kriegsgerische Blutdurst so gut, wie ein gefülltes Portemonnaie. — Nur soweit hat für uns der etwaige deutsch-russische Handelsvertrag eine politische Bedeutung: im Uebrigen betrachten wir ihn mit den Augen eines nüchternen Geschäftsmannes, und müssen dann allerdings gestehen, dass der beiderseitige Nutzen eines derartigen Uebereinkommens für uns ausser Frage steht. Nur der Pseudo-Patriotismus kann hier die kleinlichen Bedenken äussern, ob wir uns dabei auch ja nichts vergebem, ob unser Prestige darunter auch ja nicht leiden werde, von alledem kann gar keine Rede sein; Thatsache ist es, dass Russland zuerst einen Vertrag angeregt hat und dass unsere Regierung daraufhin sogleich nach den Kompensationen gefragt hat, es war somit ein ganz korrektes Verfahren, und wenn Russland uns genügende Aequivalente liefert, sehen wir gar nicht ein, warum wir eine kommerzielle Annäherung vereiteln sollten, die zweifellos auch uns Nutzen bringen dürfte.

Wir wollen vorweg bemerken, dass Russland selbst bei seinen gegenwärtig ganz exorbitanten Zöllen noch immerhin eine recht bedeutende Einfuhr aus Deutschland zu verzeichnen hat: sie betrug im Jahre 1890 rund 206½ Millionen Mark und machte über 6 pCt. der Gesamttausfuhr Deutschlands aus. Diese Zahl beweist deutlich genug, dass Russland auf deutsche Erzeugnisse ohne Weiteres direkt angewiesen ist; ein Land, welches, um die ausländische Konkurrenz lahmzulegen, an Eingangszoll für Eisen 100—345 pCt., für Maschinen 50 pCt. des Werthes etc. fordert und dabei dennoch für 206½ Millionen Mark importirt, kann eben ohne ausländische Provenienzen nicht auskommen. Nun könnte man ja einwenden, dass unsere obigen Ziffern in gewisser Beziehung gegen unsere Annahme sprechen; dass ein Land, welches solche exorbitante Zölle entrichtet und trotzdem für 206½ Millionen exportirt, dadurch beweise, dass es exportbedürftig und vom Exporte dahin abhängig sei. Dieser Schluss ist jedoch nicht stichhaltig: erstens ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden, was die Annahme rechtfertigen könnte, dass der deutsche Produzent seine Waare unter dem Herstellungspreis nach Russland liefere (wie es z. B. bei Kohlenlieferungen nach dem Auslande häufig der Fall ist), und da es kaum anzunehmen ist, dass er für Russland Waare fabrizirt, die an Güte um 100—345 pCt. schlechter ist als diejenige, die derselbe Fabrikant seiner einheimischen Kundschaft liefert, so bleibt nur die Wahrscheinlichkeit übrig, dass diese 100—345 pCt., die Russland durch Zollbelastung einnimmt, von den russischen Konsumenten getragen werden, der ohne ausländische Erzeugnisse nicht auskommen kann. Thatsächlich hatten wir selbst Gelegenheit, die Preise für deutsche Maschinen in Russland — z. B. für landwirtschaftliche Maschinen an der Wolga — kennen zu lernen, und waren geradezu entsetzt über die Preisdifferenz zwischen denselben Maschinen in Russland und am deutschen Herstellungsorte selbst, schon ganz abgesehen davon, dass auch die russischen Eisenbahnen sich umsonst bemühen, ihren Bedarf an Schienen und anderem Eisenbahnmateriale im eigenen Lande zu decken.

Noch ein zweiter schwerwiegender Umstand kommt in Betracht: der Eisenverbrauch wächst wie überall so auch in Russland in ganz bedeutendem Masse, ohne dass die dortige Eisenproduktion damit gleichen Schritt halten könnte. Nach Schätzungsangaben, die jüngst Dr. Rentzsch gebracht hat, wurden in Russland an Stahl und Eisen produziert im Jahre 1875 ca. 805 000 t und im Jahre 1891 ca. 1 535 000 t, während in Deutschland im selben Zeitraum die Produktion an Roh- und Gusseisen allein von 4 492 495 t auf 9 311 733 t gestiegen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Mehrverbrauch an Eisen in Russland ein von Jahr zu Jahr relativ weit stärkerer ist, als in Deutschland, da Russland hierin gewissermassen „nachzuholen“ hat; der Eisenverbrauch pro Jahr und Kopf der Bevölkerung stellt sich in Russland auf 9—10, in Deutschland dagegen auf ca. 66—81 Kilogramm. Der Aufschwung der russischen Eisenindustrie erweist sich also als durchaus ungenügend, schon ganz abgesehen davon, dass „Eisen“ noch immer keine „Maschine“ ist, und dass daher selbst bei genügender Eisenerzeugung Russland noch auf lange Zeit hinaus ausländische Maschinen nicht wird entbehren können, da ihm einheimische genügend vorgebildete technische Beamte und Arbeiter nur in ganz minimalem Masse zur Verfügung stehen.

Soweit über unseren Export nach Russland. Was unsere Einfuhr aus Russland anbelangt, so bezifferte sie sich ebenfalls im Jahre 1890 auf rund 542 Mill. Mark (= 12,7 pCt. der Gesamteinfuhr Deutschlands) und bestand hauptsächlich aus Getreide, Holz, Hanf und anderen Roh- und Halbrohprodukten. Eine ausschlaggebende Rolle spielt hierbei das Getreide, wobei jedoch die einzelnen Jahresziffern je nach den Getreideergebnissen von einander bedeutend abweichen. Einen schätzungsweisen Voranschlag pro 1892 gab jüngst das in derlei Statistiken anerkannt massgebende ungarische Ackerbauministerium: es berechnete den russischen exportfähigen Ueberschuss an Weizen auf 25 und denjenigen an Roggen auf 20 Millionen Hektoliter, schon an sich ein Werthobjekt von mehreren hundert Millionen Mark. Kommt noch hinzu der Werth des zu exportirenden Holzes, Hanfes etc., so ergibt sich dann, dass unsere Einfuhr aus Russland dem Werthe nach approximativ 2—3 mal höher ist, als unsere Ausfuhr dahin, dass somit unsere Handelsbilanz im Verkehr mit Russland gewissermassen eine negative ist. Obwohl wir durchaus nicht zu derjenigen nationalökonomischen Schule gehören, die in einer passiven Handelsbilanz ein Unglück für das betreffende Land sieht, können wir doch nicht umhin, einzuge stehen, dass die zwei Ziffern — 206½ Mill. Mark Ausfuhr und 542 Mill. Mark Einfuhr — uns in ihrem gegenseitigen Verhältnisse nicht normal erscheinen, dass dazwischen eine „Spannung“ liegt, die sich durch eine leicht mögliche deutsche Mehrausfuhr nach Russland wohl lösen könnte. Wir können daher Denjenigen nicht Unrecht geben, die, wie Dr. Rentzsch, in der Differenziffer von 335½ Mill. Mark, um soviel differirte 1890 die deutsche Einfuhr über die deutsche Ausfuhr in Bezug auf Russland, denjenigen Betrag sehen wollen, den uns Russland durch Zollerleichterungen neu zu bieten hätte; mit anderen Worten: die russischen Zoll- und Verkehrserleichterungen müssten es möglich machen, dass unsere Industrie jährlich um 300—350 Mill. Mark mehr nach Russland exportirt, als es bis jetzt der Fall gewesen.

In den deutsch-russischen Vertragsunterhandlungen ist gegenwärtig ein Stillstand eingetreten, der jedoch nur von kurzer Dauer sein dürfte, und nach den uns von beiden unterhandelnden Seiten zu Theil gewordenen zuverlässigen Informationen besteht sowohl an der Spree als an der Newa der lebhafteste Wunsch, den Vertrag möglichst bald zu einem *fait accompli* zu machen. Das wäre freudig zu begrüssen, um so mehr

als gar kein Zweifel besteht, dass die beiderseitigen Kompensationsobjekte reichlich erwogen und „Zug um Zug“ verabfolgt werden dürften. Nur lasse man die hier recht überflüssige hohe Politik aus dem Spiele, die nicht nur, wie bekannt, „den Charakter verdirbt“, sondern auch den kühlen, freien Blick des Geschäftsmannes trübt, der im vorliegenden Falle schliesslich doch mit eben solchem Rechte ein Wörtchen mitzusprechen hat, wie der theoretische Volkswirth, Diplomat oder gar Generalstabsoffizier.

Deutsche und ausländische Waaren in Deutschland.

Ein Mahnruf an die deutsche Industrie und die deutsche Presse, speziell die Fachpresse, von D. Dominicus jun. in Fürberg bei Remscheid-Vieringhausen.

Alljährlich geht eine grosse Anzahl Aufsätze durch die Presse, besonders durch die deutsche Fachpresse, welche sämmtlich darauf hinauslaufen, Reklame für ausländische Erzeugnisse zu machen und den gutmüthigen deutschen Michel zu deren Kauf und Bevorzugung zu verleiten. Unschwer ist zu erkennen, dass diese Artikel zum Theil von den Importeuren ausländischer Waaren ausgehen und in diesem Falle insofern gewiss nicht ohne innere Berechtigung sind, als es sich dabei um solche fremden Naturprodukte und Fabrikate handelt, die wir weder unterbreiten können, noch selbst besitzen. Allein in der Mehrzahl der Fälle ist ein nothwendiges Bedürfniss, aus dem Auslande beziehen zu müssen, nicht vorhanden, sondern nur die leidige Fremdsucht und die Unterschätzung der heimathlichen Produkte — die gewisse Leute in grosser Verblendung, aus Freude an persönlicher, kleinlicher Rache und Verkleinerungssucht des vaterländischen Wesens, aus Unkenntniss darüber, dass sie den Ast absägen, auf dem sie selbst sitzen und sich selbst und ihren Mitbürgern das Brot nehmen, noch grosszuziehen versuchen — sind die wahren Ursachen einer Handlungsweise, die, wenn von deutschen Staatsbürgern ausgehend oder zu der ihrigen gemacht, durch nichts zu entschuldigen ist.

Die „Köln. Ztg.“ hat neulich durch einen Bericht aus der französischen Kammer, betreffend den Kauf fremder Geschütze seitens der französischen Regierung, der von den französischen Blättern ausnahmslos todgeschwiegen wurde, gezeigt, dass in Frankreich eine so unpatriotische Handlungsweise, wie sie in der öffentlichen Verkleinerung der nationalen Produkte liegt, nicht bloss undenkbar, sondern selbst dann unmöglich ist, wenn sie als Selbstkritik des eigenen geringeren Könnens von wohlthätigem Einfluss sein würde.

In der Werkzeugbranche wurde z. B. die ausländische Konkurrenz seit Jahren aufmerksam beobachtet und ziemlich genau kennen gelernt. Es wurde dabei versucht, das hier und da allerdings nicht unbegründete, in den meisten Fällen aber lächerliche Vorurtheil für ausländische und gegen deutsche Werkzeuge, das der nationalen Industrie jährlich grosse Summen entzieht und in vielen Fällen obendrein auch noch unsinnig hohe Preise für die ausländischen, besonders englischen und amerikanischen Werkzeuge zahlen lässt, in gewissenhafter, vorurtheilsloser Weise auf seinen wahren Werth zurückzuführen und von allen Seiten zu beleuchten.

Wir wollen das auch heute wieder thun. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ rufen wir den Lesern eines Aufsatzes „Worauf beruht die Ueberlegenheit amerikanischer Werkzeuge“ zu, den wir leider in den letzten Monaten in mindestens 20 deutschen Fachzeitschriften abgedruckt fanden.

Wenn z. B. die amerikanischen Holzbearbeitungswerkzeuge wirklich so Vorzügliches in der Hand der „intelligenten“ amerikanischen Arbeiter und vereint

mit den „ausgezeichneten“ amerikanischen Maschinen leisten, wie kommt es denn, dass die von den grössten und leistungsfähigsten amerikanischen Werken nach Deutschland gelieferten hochwerthigen Hölzer, als Nussbaumhölzer u. s. w., nach den übereinstimmenden Erfahrungen der Fachmänner oft so rauh und also unrationell geschnitten sind, wie es hier zu Lande nicht einmal bei minderwerthigen geschieht? und dass nach einem kürzlichen Berichte der Wiener „Kontinentalen Holzzeitung“ die wiederholten Bemühungen, amerikanische Eichenfasshölzer in die Schweiz einzuführen, daran gescheitert sind, und sogar ein sehr klägliches Resultat gehabt haben, weil diese Waaren in guter Qualität nicht entfernt an die ungarischen Provenienzen heranreichen, sondern „schlecht gearbeitet sind, der serbischen Bauernwaare (!) ungefähr gleichstehend“!

Wir lasen kürzlich den Bericht eines amerikanischen Ingenieurs über die auf einer Studienreise durch Deutschland gemachten Wahrnehmungen. Derselbe war erstaunt, wie ein Land in so ungünstiger geographischer Lage, mit so verhältnissmässig wenig natürlichen Hilfsmitteln, wie Deutschland, auf einer so hohen Stufe der Entwicklung stehen könne, wie es thatsächlich der Fall sei. Der Bericht wird natürlich die Runde durch die deutsche Presse machen, und Jeder wird ihn mit Befriedigung lesen, allein wie wenige Redaktionen werden wohl nun ihre Pflicht so ernst nehmen, um hinzuzufügen, dass die Yankees ihre grosse Dankeschuld für das, was deutsche Arbeit seit Jahrhunderten drüben geleistet hat und noch fortwährend leistet, nie werden abtragen können, und wie viele Blätter werden endlich mal im Anschluss daran beginnen, mit dem alten deutschen (in den meisten Fällen unbewussten) Servilismus für alles, was ausländisch ist, aufzuräumen, und für die Folge nicht bloss unwissentlich oder vielmehr gedankenlos alles nachdrucken, was dem Ansehen der arbeitsamen und schaffenskräftigen deutschen Industrie schadet, sondern damit beginnen, für dieselbe mannhaft einzutreten. Wann endlich auch werden die deutschen Industriellen und Handeltreibenden mehr als bisher selbst dazu beitragen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus ihren Erfahrungen heraus und unbeschadet einer strengen Selbstkritik und Vervollkommenung ihrer Leistungen, die Öffentlichkeit durch die Presse darüber aufzuklären, was die deutsche Industrie in vielen, heute selbst im Inlande wegen ihrer vermeintlichen Schwäche noch scheel angesehenen Zweigen leistet und wann werden sie in zielbewusster Arbeit in Einwirkung auf die öffentliche Meinung dahin kommen, dass so empfindliche, unerhörte Schädigungen der nationalen Arbeit und des Volkswohlstandes, wie sie öfter in Bochum in Szene gesetzt und die zum grossen Schaden der gesamten deutschen Industrie und des Deutschthums ihr Echo leider bis in die fernste Handelsstadt des Erdballs gefunden haben, unmöglich sind, und ihren Urheber in Deutschland für immer unmöglich machen? Wann wird die deutsche Presse in ihrer Gesamtheit soviel nationales Bewusstsein erlangen, um die Arbeit der heimischen Industrie zu unterstützen, anstatt sie, wie bisher, in vielen Fällen durch fortwährende grundlose Glorifikation des Auslandes gedankenlos zu bekämpfen? Hoffentlich bald, sehr bald!

Das „Iron Age“, das bedeutendste Organ der amerikanischen Eisen- und Metallindustrie, brachte neulich eine Verherrlichung der „Egan Company“ in Cincinnati, einer sehr bedeutenden Holzbearbeitungsmaschinenfabrik mit einigen 1000 Arbeitern, die auch auf der letzten grossen Pariser Weltausstellung eine goldene Medaille erhalten hat. Es war unter denjenigen Punkten, die besonders zu der grossen Leistungsfähigkeit der Fabrik beitragen, u. a. ausdrücklich hervorgehoben, dass sie mit vielen „Germans“, d. i. deutschen Arbeitern, arbeitet!

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, gewiss eine eben so kompetente als unpartei-

ische Behörde, deren Vertreter auch alljährlich nach Remscheid, dem Hauptsitz der deutschen Werkzeugindustrie, kommen, berichtete jüngst öffentlich in ausführlicher Weise über den Bestand und die Entwicklung der Kleinen- und Stahlwaaren-Industrie in Sheffield in England. Es heisst in diesem interessanten und lehrreichen Berichte wörtlich:

„Die Benutzung von Spezialmaschinen dürfte in Sheffield ebenso wie in Oesterreich zu wünschen übrig lassen und halten in dieser Beziehung beide Industriebezirke den Vergleich mit Remscheid, Solingen und Lüdenscheld nicht aus. Ueberhaupt stehen letztgenannte drei Industriebezirke im Zeichen des Fortschrittes und ist auch bei ihnen eine gewisse Findigkeit und ein gewaltiger Trieb, die Erfindungen und Erfahrungen anderer Industriebezirke sich zu Nutze machen, unschwer zu erkennen.“

Ein solches Urtheil ist gewiss erfreulich, und muss jeden Betheiligten mit Stolz und mit Freude an energischem Verfolgen der betretenen Bahnen erfüllen. Allein wenn man in den Kreisen der Betheiligten nicht bloss an der Vervollkommenung seiner Produkte arbeiten wollte, für die man dann infolge der grossen, scharfen Konkurrenz nur sehr gedrückte Preise erzielt, während ausländische Erzeugnisse, die um nichts besser sind, in vielen Fällen höher bezahlt und trotz des höheren Preises noch vom Käufer vorgezogen werden, sondern wenn man auch durch unermüdliche Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse vor der Oeffentlichkeit die letztere allmählich dazu bringen wollte, der deutschen Industrie und ihren Produkten da mehr Gerechtigkeit und Anerkennung zu zollen, wo sie es verdient, so würde man erst den vollen Lohn für eine strebsame Thätigkeit geniessen, einen Lohn, der zu neuer Stärkung der industriellen Leistungsfähigkeit das seine beitrugen würde. Die Gewissheit, nicht bloss materiell, sondern auch ideell die verdiente Anerkennung zu finden, giebt neue Anspornung, während die ungerechte Verkenntung niederdrückt.

Landwirthschaft, Industrie und der Verein „Arbeiterheim“.

Von
Oberinspektor **Lieber**-Bielefeld.

Unter diesem Motto wurde bei der Generalversammlung des deutschen Vereins „Arbeiterheim“, im ev. Vereinshause zu Bielefeld, vom Präses und Schöpfer dieses Vereins, P. Dr. v. Bodelschwingh, nachdem Herr Otto Dellius-Bielefeld auf Wunsch den Vorsitz übernommen, angesichts der letztjährigen Erfahrungen ungefähr Folgendes erörtert.

„Bisher haben wir die Wohnungsfrage in Stadt und Land ins rechte Licht zu stellen gesucht, heute müssen wir der lauten Klagen und zunehmenden Verbitterung des ländlichen Grundbesitzers gegen die Industrie gedenken, der vorgeworfen wird, dass sie dem Lande die nöthigen Arbeitskräfte entziehe, die dann, bei Geschäftsstockungen geistig und körperlich verkommen, dem Gemeinwohl nicht mehr nützen können.

Diese Vorwürfe sind nicht unberechtigt und es liegt mir daher zum ersten am Herzen, der Landwirthschaft durch unsere Bestrebungen nach Kräften zu helfen und mit der Industrie auszusöhnen: zum zweiten möchte ich in der Versammlung wiederum die Frage anregen: Wie bekommen wir für unsere grossen und ersten Aufgaben billiges Geld?

„Unser Verein stellt sich zwei Aufgaben: Den geistig und leiblich durch die theils trostlosen Wohnungszustände, namentlich an seinem Familienleben schwer geschädigten kleinen Mann, wieder durch eine gesunde möglichst eigene Heimstätte mit Garten, sittlich und leiblich zu gesunden und so dem Vaterlande zu erhalten. Alsdann das Verhältniss zwischen Arbeitnehmer

und Arbeitgeber, das bisher noch immer durch eine klaffende Kluft gekennzeichnet ist, zu bessern, d. h. zufriedene, hoffnungsreiche Arbeiter in Stadt und Land zu schaffen. Dabei will der Verein, wie es ja auf der Hand liegt, absolut nicht die ländliche Bevölkerung nach der Stadt ziehen — im Gegentheil die städtische aufs Land versetzen, um sie auf eigener Scholle von den zerstörenden Einflüssen der Städte gesunden zu lassen. Wir erblicken dabei im uneingeschränkten Freizügigkeitsgesetze einen schweren Krebschaden und haben es ständig abgelehnt, einen nach der Stadt strebenden Landarbeiter die Hand zur Ansiedlung zu bieten und nur den schwer unter den Wohnungsverhältnissen leidenden Fabrikarbeiter, Handwerker und kleinen Beamten angesiedelt. Mir ist es tief schmerzlich, dass trotzdem unsere Thätigkeit als eine die Landwirthschaft schädigende theils betrachtet wurde. — Nicht schädigen, nein, nützen wollen wir der Landwirthschaft, indem wir ihren Grund und Boden durch Ansiedlungen im Werthe steigern. Dass hierzu der ländliche Besitzer, der oft, unter den erschwerten Verhältnissen, kaum mehr mit Erfolg sein ganzes Besitzthum bestellen kann, gern ein Stückchen Landes zur Ansiedlung auch des Fabrikarbeiters verkaufen kann, habe ich oft und so herzlich als möglich betont. Zumal der kleine Mann in seinen Feierstunden und durch angemessene Verwerthung der Kräfte der Seinen, das Dreifache herauswirtschaften kann, als es der tüchtigste Grossgrundbesitzer im Stände ist. In der Nähe von Bielefeld z. B. werden 120 □ Ruthen („ein Scheffel-Saat“) mit 42 Mk. verpachtet und für 1200 Mk. verkauft. Das sind Preise, die der Grossgrundbesitzer nicht mehr herauswirtschaften kann. Schwer zu rügen ist der schreckliche Unfug, den Spekulant dadurch treiben, dass sie ringartig sämmtlichen Grund und Boden um eine Stadt aufkaufen und — die schwindelnden Preise bestimmend — den kleinen Mann zwingen, in thurm hohen Häusern mit seiner Familie, seinen Kindern zu verkommen, doppelt, da die Freizügigkeit immer neue Schaaren leichtsinniger junger Leute zuführt. Eine heilige Pflicht des Menschenfreundes ist es daher, dem Arbeiter zu einem billigen und gesunden Heime zu verhelfen, geht dieser doch gern $\frac{1}{2}$ —1 Stunde weit täglich, wenn er dies erlangen kann. Es liegt mir dabei, wie schon angedeutet, ebenso nahe, unserm Vaterland einen kräftigen, soliden Bauernstand als sichere Stütze zu erhalten, wie ich es in meinem Schriftchen „Das Heimstättengesetz in Verbindung mit dem Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz“, zu haben in der Schriftenniederlage der Anstalt Bethel bei Bielefeld, besonders betonte, und kann nur bedauern, wenn der Grundbesitzer sein ganzes väterliches Erbe bei der Stadt als Baugrund veräussert, um als Rentner zu leben; wohl aber sollten Besitzer von 200—300 Morgen in der Monarchie durch Veräusserung von 20—40 Morgen zu Ansiedlungszwecken, zum eigenen Vortheil, überall helfen, einen gesunden und fröhlichen Arbeiter auch sich wieder zu verschaffen. Fern sei es mir, in dem leider immer loser werdenden Verhältniss zwischen Kolon (Grundbesitzer) und Heuerling (Instmann, Drescher) irgend welchem Theil die Schuld allein beizumessen. Die alles umgestaltende rastlose Industrie ist eben eine Weltmacht geworden und wenn der Ackerbauer ihr, die ihm die Arbeiter raubt und die Löhne vertheuert, grollt, soll anders nicht vergessen werden, dass sie auch den Grund und Boden mehrwerthig macht und ländliche Produkte oft um das Doppelte steigert und daher von industriearmen ländlichen Gegenden (z. B. Hessen) herbeigesehnt wird. Der Heuerling wird auch keineswegs schlechter gestellt als früher, während die Sorgen für den Grundbesitzer mannigfach stiegen. Hier muss aber eben für beide Theile durch das Heimstättengesetz und die Gelder der Invaliden-etc. Versicherung Abhülfe geschaffen werden. Der Freiheitsdrang des Arbeiters ist ein immer ge-

waltigerer und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo das patriarchalische Verhältniss zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auch auf dem Lande nicht mehr zu halten ist (Ausnahmen wird es auch hier geben). Ich kann mich indess tröstlich an den eigenen Erfahrungen auf dem väterlichen Gute, wie dem kürzlich gehörten Ausspruch eines Grundbesitzers des Ostens freudig aufrichten: „Meine besten Arbeiter sind die, die ein kleines Besitzthum haben, von dem sie doch selbstständig nicht leben können.“ Rechnen wir daher bei Zeiten mit diesen Verhältnissen, dem durch die Industrie geweckten Freiheitsdrang des Arbeiters, sowohl des Fabrik- wie des Landarbeiters. Ich lebe dabei der Ueberzeugung, dass sich schon heute der ländliche Arbeiter, selbst bei einem minderfreundlichen Arbeitgeber so gut steht wie der, allen Industrieschwankungen, den von leichtsinnigen Burschen angezettelten Striks und der endlosen Tyrannei der Sozialdemokratie ausgesetzte Fabrikarbeiter. Auch wird der freie ländliche Arbeiter, dessen heisser Wunsch nach einem kleinen Eigenthum erfüllt wird, darum nicht gleich Industriearbeiter werden, sondern im grossen und ganzen treu zu seinem Herren stehen wie bisher, weil er kein hoffnungsloser Mensch mehr ist. Kommen doch oft bestbeleumdete Fabrikarbeiter zu mir mit der Bitte, sie anzusiedeln, weil sie die Fabrikarbeit nicht mehr aushalten können. Ich stehe persönlich zur Landwirtschaft und hoffe auch für dieselbe Klärung und Besserung der Lage und möchte dieselbe Wohlthat, die unsere Bestrebungen für die industriellen auch für die ländlichen Arbeitgeber anbahnen. Nie habe ich bei Einführung des Heimstättengesetzes, dem ländlichen Besitzer (wie es anderseits geschehen) gegenüber, für ein Zwangsenteignungsgesetz gesprochen und bin auch heute für eine freie Entäusserung des zur Ansiedlung benötigten Landes, zumal das ganze Unternehmen ja nur im Interesse des Grundbesitzers ist — Landwirtschaft und Industrie können ohne einander nun einmal nicht bestehen, mügen sie sich daher auch auf dem Gebiete der Arbeiterfrage treu die Hände zur segensreichen allmählichen Lösung derselben reichen. Möchten grössere oder kleinere Gutsbesitzer durch Ansiedlung ihrer Arbeiter dabei grossherzig vorangehen, wie es in der Industrie bereits durch Männer wie Krupp, Basse, Selve, Peters, Starke u. a. geschehen. Im treuen mitfühlenden Verständniss für den heissesten Wunsch ihrer Arbeiter: ohne Almosen nehmen zu dürfen eine eigene Heimstätte für den Lebensabend — für die Familie zu erringen.

Platz zum Ansiedeln ist genug im Vaterlande und somit überall die Möglichkeit geboten, seinen Wohlstand zu heben, Zufriedenheit zu fördern und die Gefahr des Umsturzes zu mindern. Wo das bisherige abhängige Verhältniss zwischen Arbeitgeber und -Nehmer noch ein gutes ist, lasse man es ruhig fortbestehen, schreite aber im andern Falle frisch und grossherzig, ehe es zu spät ist, zur That, d. h. zur Ansiedlung freier Arbeiter. Die Kontrakte, die man dabei abzuschliessen hat, dürften ähnlich lauten wie diejenigen unseres nunmehr jahrelang erprobten Unternehmens, nach denselben muss der Ansiedler zur segensreichen Klärung des gegenseitigen Verhältnisses etc. zuerst als Miether einige Jahre, dann erst als „Erwerber“ auftreten, bis er bei pünktlicher Pflichterfüllung in 10—12 Jahren die Auflösung beantragen kann. Das Vorkaufsrecht auf unbestimmte Zeit, vom Verkäufer auf Grundlage des ursprünglichen Werthes vorbehalten, schliesst das Eindringen der Landwirtschaft schädlicher Elemente aus. — Selbstredend soll damit der Begünstigung einer freien Bau- thätigkeit des Arbeiters seitens des Arbeitgebers (z. B. Saarbrückener Revier) ebenfalls nur anerkennend gedacht werden, es müssen indess auch hier (vielleicht kontraktlich bei Gewährung von Bauprämien) Vorkehrungen getroffen werden, den Arbeiter (als Bau-

herrn) vor den Bedrückungen des Bauunternehmers, den Miether aber anderseits vor Bedrückung des Bauherren zu schützen, den Bau von zu grossen (4—6 Familien-) Häusern zu verhüten etc.; das wird aber in diesem Verhältniss nicht leicht. Ich muss da noch einmal darauf kommen, dass es die höchste Zeit ist, auf gesetzlichem Wege das sinnlose Anwachsen der Städte und die Entvölkerung des Landes zu verhüten, dass der Staat sich auf seine Vater- und Mutterpflichten besinnt, die Mündigkeitsgrenze vielleicht erhöht und die Freizügigkeit beschränkt, die oft erbarmungslos ganze Familien ins Elend treibt, dass wieder alle überschüssigen Gelder, insonderheit die der Alters- etc. Versorgungs-Anstalten für das Zurückfluthen von den Städten, die Ansiedlung des kleinen Mannes, durch Druck von oben, nöthigen Falls durch einen Gesetzesparagraphen hergegeben werden. — Eine geniale Idee hat Herr Paul Lechler-Stuttgart: Der Staat soll in jedem Kreise die Bildung eines Wohlfahrtsvereins, in Form einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft, unter Beihülfe von Mitgliedern der Handelskammer und Grossindustrieller, anregen. Diese Vereine fassen in erster Reihe die Begründung von Heimstätten ins Auge. Der Staat hat das Kapital und 4 1/2 % Zins zu garantiren unter der Bedingung, dass das Unternehmen seine spezielle Zustimmung findet. In einem Zentralbureau liefern alle Fäden der Kreisvereine zusammen, werden die Pläne etc. geprüft und dadurch eine reiche Erfahrung dem Ganzen wieder zu Gute kommen. Bei richtiger Leitung der Kreisvereine können absolut keine Schwierigkeiten für den Staat entstehen, und wenn ja, so wären 2 Millionen, dafür im Etat vorgesehen, hinreichend genügend. Die vom Staate garantierte Aktie würde Mündergeldsicherheit bieten und bald 5 pCt. über pari stehen, diese 5 pCt. könnten dem Reservefond gutgeschrieben werden. Unser deutsches Geld würde aber dadurch im Inlande bleiben und nicht mehr im Auslande verloren gehen und dem Ausland wider unser Fleisch und Blut helfen. — Ich begrüsse diese Lechler'sche Idee mit herzlichster Freude, denn es ist wirklich hohe Zeit, dass man ganzen Ernst macht, ehe es zu spät wird, Ernst macht gleichzeitig der Landwirtschaft wie Industrie zu diesem Behufe die Mittel zuzuwenden, um dem Arbeiter auf gesicherter Scholle wieder zu einem Familienleben zu verhelfen. — Gott helfe dazu!“

In der Diskussion bemerkt Winter-Camen, dass in seinem Bezirk bereits mit Erfolg Versuche mit Ansiedlung ländlicher Arbeiter gemacht sein, doch sei das Interesse noch nicht allgemein genug. — Fabrikant Gunst-Bielefeld verspricht sich, trotzdem die Beschwerden der Grundbesitzer nicht ganz unberechtigt seien, dennoch durch die Ansiedlung des kleinen Mannes auch grosse Nutzen für die Landwirtschaft. — Freiherr v. Magnus-Berlin (Deutsche Volksbaugesellschaft) hat sich bisher vergeblich an die Alters- etc. Versicherungs-Anstalt Berlin gewendet und zweifelt, dass die Gelder bis zum vollen Herstellungswerth gegeben werden, und hält hypothekarische Eintragung für das Beste. — Windmüller-Lengerich will die Thätigkeit des Vereins zu einer Zentralgenossenschaft (ähnlich wie Raiffeisen) erweitert haben. — Amtmann Freiherr v. d. Goltz-Gadderbaum hält Raiffeisen-Kassen nur für das Land geeignet, dem der Vorredner beipflichtet, da er das Raiffeisen'sche System nur typisch gemeint habe. — P. v. Bodelschwingh will den Verein nur in bescheidener, aber rastloser Thätigkeit, Erfahrungen sammelnd und überall anregend wirkend und mit Rath und That zur Hand zu sein. ohne so bedeutende materielle Verpflichtungen auf sich zu nehmen. — Redakteur Schrempf-Stuttgart betont das erfolgreiche Agitiren der Sozialdemokratie auf dem Lande, dem gegenüber die Innere Mission, ohne kräftige Unterstützung der Landwirtschaft wie Industrie, zu schwach sei, und verliert darauf (wie oben angeführt) den Lechler'schen Ent-

wurf zur Begründung einer Zentralstelle. — Amtmann v. d. Golz betont, die Westfälische Alters- etc. Versicherungs-Anstalt wäre um so eher verpflichtet, Gelder für die Industrie herzugeben, da nur $\frac{1}{2}\%$ ihrer Versicherten, gegen 3% in der Landwirthschaft die Renten bezügen. — Direktor Sartorius-Bielefeld wendet sich gegen die Angriffe einzelner Landwirthe gegen die Ausbreitung der Industrie, da es auf dem Lande viel leichter sei, den Lohnarbeitern passende Wohnung zu geben etc. Die Klage über Arbeitermangel sei da jedenfalls am geringsten, wo die Verhältnisse freie Arbeiter auf dem Lande geschaffen. — Redakteur Schrempf will die Fabriken möglichst in ländliche Ortschaften verlegt wissen, dabei könne die Fabrikarbeit erlernt werden ohne Entfremdung von der Landarbeit, es könne gespart und der Freizügigkeit entgegen gearbeitet werden.

Hierauf wurde folgende vom Vorsitzenden vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

1. Die Generalversammlung richtet an die Reichsregierung das dringende Gesuch, die Alters- etc. Anstalten anzuweisen, ihre angesammelten Kapitalien, innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Grenzen, unter möglichst günstigen Bedingungen und zu möglichst geringem Zinsfuss, zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen auszuleihen, wenn die nöthige Sicherheit geboten wird.

2. Es ist dringend erwünscht, dass nicht allein die durch das Alters- etc. Versicherungs-Gesetz angesammelten Kapitalien, sondern auch das Privatkapital in viel grösserem Massstabe, als bisher, dem Wohl der arbeitenden Klassen zugewendet werde. Zur Durchführung dieser Fürsorge ist es nöthig, dass die Kräfte der Regierung und des Volkes zu gemeinsamer Arbeit in richtiger Vertheilung wirksam werden. Ein über ganz Deutschland vertheiltes Netz von Wohlfahrtsvereinen (Wohlfahrtsaktiengesellschaften) könnte unter Oberleitung einer Zentralstelle unter staatlicher Aufsicht die persönliche Arbeit freiwillig und unentgeltlich besorgen. Das nöthige Kapital wäre aus öffentlichen und Privatmitteln leicht zu beschaffen, sofern der Staat, unter ausdrücklichem Vorbehalt seiner Genehmigung, für alle auszuführenden Prospekte für Kapital und Zinsen die Garantie übernehme!

Anweisung zur Sicherung des Urheberrechtes in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Die von dem Bibliothekar des Kongresses der Vereinigten Staaten herausgegebene Anweisung zur Sicherung des Urheberrechtes in den Vereinigten Staaten lautet:

1. Ein Abdruck des Titels des Buches, der Landkarte, der Seekarte, des dramatischen und musikalischen Werkes, des Stiches, Holzschnittes, der Abbildung, Photographie, des Farbendrucks, oder eine Beschreibung des Gemäldes, der Zeichnung, Statue, Bildhauerarbeit oder ein Modell oder Entwurf zu einem Werke der schönen Künste, für welche der Schutz des Urheberrechtes gewünscht wird, ist bei dem Bibliothekar des Kongresses zu hinterlegen oder innerhalb der Vereinigten Staaten, portofrei, unter der Adresse: „An den Bibliothekar des Kongresses, Washington, D. C.“ der Post zur Beförderung zu übergeben. Dies muss an oder vor dem Tage der Veröffentlichung des zu schützenden Gegenstandes im In- oder Auslande geschehen.

Bei Veröffentlichungen, welche Titelblätter haben, darf der geforderte gedruckte Titel ein Exemplar des Titelblattes sein. In anderen Fällen muss der Titel für die Eintragung des Urheberrechtes mit dem Namen des Schutzsuchenden eigens gedruckt werden. Die

Art des Druckes ist unwesentlich, Drucke der Typenschriftmaschine werden zugelassen. Jedoch ist ein besonderer Titel für die Eintragung erforderlich und jeder Titel muss auf Papier von der Grösse einer Handelsnote gedruckt sein. Der Titel einer Zeitschrift muss das Datum und die Nummer enthalten; und jede Nummer einer Zeitschrift erfordert eine besondere Eintragung des Urheberrechtes.

2. Die gesetzliche Gebühr für die Eintragung jedes Urheberrechtsanspruches beträgt 50 Cents; für eine Abschrift dieser Eintragungen (oder für ein unter amtlichem Siegel ausgefertigtes Zeugnis zur Beurkundung des Urheberrechtes) wird eine Zusatzgebühr von 50 Cents erhoben. Für den Fall, dass ein Zeugnis verlangt wird, ist also insgesamt ein Dollar zu entrichten. Die Absendung des Zeugnisses erfolgt alsbald nach Eintragung des Urheberrechtes in die Register. Bei Veröffentlichungen, welche nicht von Bürgern oder Bewohnern der Vereinigten Staaten herühren, beträgt die Gebühr für die Eintragung eines Titels einen Dollar; für eine Abschrift der Eintragung wird eine Zusatzgebühr von 50 Cents erhoben. Zeugnisse, welche mehr als eine Eintragung beurkunden, werden nicht ausgestellt.

3. Nicht später als am Tage der Veröffentlichung jedes Buches oder sonstigen Gegenstandes im Inlande oder Auslande sind zwei vollständige Exemplare der besten Ausgabe zur vollständigen Sicherung des Urheberrechtes zu hinterlegen oder der Post innerhalb der Vereinigten Staaten unter der Adresse: „An den Bibliothekar des Kongresses, Washington D. C.“ zur Beförderung zu übergeben. Die Fracht oder das Porto muss voraus bezahlt werden oder die Veröffentlichungen sind im Packete einzuschlagen, die mit gedruckten und vom Bibliothekar gelieferten Frei-Etiketts (penalty labels) zu versehen sind, in welchem Falle sie, ohne Beschränkung auf das vom Postdepartement vorgeschriebene Gewicht frei durch die Post (nicht durch die Expressgesellschaften) befördert werden. Handelt es sich um Bücher, Photographien, Farbendrucke oder Lithographien, so müssen die beiden hinterlegten Exemplare mit innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten gesetzten Typen oder verfertigten Platten gedruckt oder mittelst Negative oder Zeichnungen auf Stein oder Uebertragungen von solchen, die innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten verfertigt sind, hergestellt sein. Ohne Hinterlegung der oben geforderten Exemplare ist das Urheberrecht nichtig und eine Strafe von 25 Dollars verwirkt. Eine anderweite Hinterlegung von Exemplaren ist nicht vorgeschrieben.

Das Gesetz fordert, dass ein Exemplar jeder neuen Auflage, in welcher wesentliche Aenderungen vorgenommen sind, bei dem Bibliothekar des Kongresses zu hinterlegen ist. (Schluss folgt.)

Kleine Mittheilungen.

Neusprachlicher Verein. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Von der Erkenntniss ausgehend, dass die meisten jungen Kaufleute, welche das Zeugnis für den einjährig-freiwilligen Militärdienst auf einer Realschule erworben haben, ihre Kenntnisse in den neueren Sprachen vernachlässigen und bald ganz verlieren, gründete der Oberrealschul-Direktor Dr. Krumme im Jahre 1886 den „Neusprachlichen Verein Braunschweig“, der den ganz bestimmten Zweck haben sollte, diese jungen Leute in den neueren Sprachen fortzubilden.

Die Zahl der Mitglieder war zunächst nur klein (12), hat sich im Laufe der Zeit aber stetig vergrössert und beträgt jetzt ca. 40.

Die Leiter des Unterrichts (Realschullehrer Böse und Oberlehrer von Aschen) sowohl, wie der Vorstand des Vereins, sind immer bestrebt gewesen, den Zweck

des Vereins nach allen Richtungen hin zu erfüllen und die Mitglieder in den neueren Sprachen möglichst weit zu bringen, behufs dessen namentlich Konversation, Lesen, Besprechen, Lernen und Aufführen englischer und französischer Theaterstücke gepflegt wurde. Dabei haben wir die englische Sprache, ihrer grossen Wichtigkeit für den Kaufmann wegen, ganz besonders berücksichtigt; aber auch Französisch, Spanisch (von den Anfangsgründen) und vor allem Handels-Korrespondenz wurde in den Bereich unserer Thätigkeit gezogen.

Obwohl unser Motto „Lernen und Streben“ ist, so wird neben diesem Hauptzweck, allerdings nur in beschränktem Masse, die Geselligkeit gepflegt, um den Mitgliedern einen Halt aneinander zu geben und den guten Geist im Vereine zu fördern! Doch betonen wir besonders dabei, dass dies nur ein nicht zu unterschätzender Nebenzweck ist, der nur gelegentlich und ausserhalb der Unterrichtsstunden verfolgt wird.

Unsere Vereinsabende finden Dienstag und Freitag (Parallel-Kurse für Englisch und Französisch), sowie Donnerstag (Spanisch) im Restaurant Ulrici statt und dauern von 9 Uhr Abends bis 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Leider sind unsere Bemühungen, den Unterricht früher zu legen, daran gescheitert, dass die meisten Mitglieder geschäftlich zu lange behindert waren.

Dass unsere Arbeit keine vergebliche ist, beweist die Thatsache, dass ausscheidende Mitglieder unter zum Theil sehr günstigen Bedingungen Stellen, wovon die meisten über See, erlangt haben.

Es ist eine unerfreuliche Erscheinung, dass trotz der grossen Zahl junger Leute mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, die sich dem Kaufmannsstande widmet, so wenige unsere Bestrebungen durch Beitritt unterstützen. Die Kosten können sie nicht abhalten; denn der Beitrag beträgt nur M. 6 pro Quartal (excl. Spanisch).

Versorgung der Dienstboten durch die deutsche Invaliditäts- und Altersversicherung. Eine amtliche Aufstellung darüber, inwieweit die Dienstboten aus der Invaliditäts- und Altersversicherung Nutzen ziehen, ist zum ersten Male für Elsass-Lothringen versucht worden. Danach befanden sich unter den 1511 weiblichen Personen, welchen in Elsass-Lothringen bis jetzt von der Landesversicherungs-Anstalt Altersrenten (auf eine Gesamtzahl von 5119) bewilligt sind, 447 Dienstboten, ausserdem 786 Tagnerinnen; von den 234 bewilligten Invalidenrenten entfallen 34 auf weibliche Dienstboten, 9 auf Tagnerinnen. Man sieht hieraus, dass in Elsass-Lothringen die weiblichen Dienstboten in ansehnlicher Zahl Rentenberechtigung erworben haben.

Invaliditäts- und Altersversicherung in Elsass-Lothringen. Bei der Landes-Versicherungs-Anstalt Elsass-Lothringen sind bis zum 1. Oktober d. J. im Ganzen 6486 Anträge auf Gewährung von Altersrenten eingegangen. Von diesen sind 5119 Anträge bewilligt und 1143 abgewiesen worden; 154 Anträge wurden durch Zurückziehung seitens der Antragsteller oder auf andere Weise erledigt; 71 Anträge sind zur Zeit noch in der Bearbeitung begriffen. Von diesen Anträgen entfallen 369 auf solche Personen, welche erst im Jahre 1892 ihr siebzigstes Lebensjahr vollendet haben. Davon sind 296 bewilligt und 28 abgewiesen worden, 3 wurden in anderer Weise erledigt und 42 sind noch in Bearbeitung.

Ferner sind bis zum 1. Oktober d. J. 624 Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten eingegangen, von welchen 234 bewilligt und 291 abgewiesen worden sind, während 20 sich in anderer Weise erledigt haben und 79 noch unerledigt sind. Da nach § 156 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 während der Uebergangszeit sich die Wartezeit nur für solche Personen vermindert, für welche während der Dauer eines Beitragsjahres auf Grund der Versicherungspflicht die gesetzlichen Beiträge entrichtet worden sind, so konnten nur solche Personen eine Invalidenrente beanspruchen, welche erst nach

Ablauf eines Beitragsjahres von 47 Beitragswochen seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, d. h. nach dem 16. November 1891, dauernd erwerbsunfähig geworden waren.

Bau von Arbeiterwohnungen aus Mitteln der Invaliditäts- und Altersversorgung in Hessen.

Auch der Ausschuss der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt für das Grossherzogthum Hessen hat kürzlich beschlossen, dass zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen ein Theil des Anstaltsvermögens und zwar höchstens ein Viertel desselben zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen verwendet und zu diesem Zwecke gegen hinreichende Sicherheit Darlehen an Gemeinden, Arbeitgeber, milde Stiftungen, sowie an gemeinnützige Baugesellschaften und Bauge nossenschaften etc. dargeliehen werden dürfen. Liegenschaften dürfen u. A. bis zu 66 $\frac{2}{3}$ pCt. ihres Schätzungswerthes be liehen werden. Das Ministerium des Innern und der Justiz hat diese Beschlüsse gutgeheissen, vorbehalten ist nur, dass die ministerielle Genehmigung einzuholen ist, wenn ein geringerer als der landesübliche Zinsfuss gewährt oder das Darlehen gegen andere als mündelsichere Sicherheit gegeben werden soll.

Kellerwohnungen in Hamburg. Nach der offiziellen Hamburger Statistik, die allerdings nicht weiter als bis 1885! reicht, ist in den Jahren 1880—1885 die Zahl der Kellerbewohner um 91 pCt. gestiegen. Einzelne Vororte weisen eine ganz enorme Steigerung auf.

So hatten Kellerbewohner	1880	1885
Eimsbüttel	971	1851
Billw. Ausschlag	963	1370
Rotherbaum	671	1282
Hohenfelde	748	1107
Barmbek	634	935
Borgfelde	429	860
Eilbeck	364	643
Uhlenhorst	348	602.

Die Gesamtzahl der Kellerbewohner betrug in der Stadt, Vorstadt und den Vororten 31,436; in der Stadt und Vorstadt wohnten 7,11 pCt., in den Vororten 6,55 pCt. aller Bewohner in Kellern. Unter diesen Umständen musste die Cholera in Hamburg so ausarten, wie es der Fall gewesen ist und die armen Bewohner der Kellergeschosse dürften die Hauptopfer der Seuche geliefert haben.

Ausdehnung der gewerblichen Sonntagsarbeit in Berlin. Mit Hinblick auf die für den 1. Oktober ausgebliebene Regelung der gewerblichen Sonntagsruhe dürfte das Ergebniss einer Umfrage über die Ausdehnung der Sonntagsarbeit interessiren, welche die Berliner Gewerbe-Deputation anlässlich ihrer Lohnermittelungen im September 1891 veranstaltete. Von den 385 Betrieben, von denen die Fragebogen beantwortet vorliegen, haben 161 das Vorkommen von Sonntagsarbeit (89 von Nachtarbeit) deklariert. Regelmässig ist Sonntagsarbeit bei den Uhrmachern, den Bäckern, den Konditoren in Konditoreien, den Schlächtern, in vielen Brauereien, bei den Schneidern (Ortskrankenkasse), den Schuhmachern (Ortskrankenkasse), den Friseuren und Barbieren, in vielen Zeitungsdruckereien, bei den Photographen, bei der überwiegenden Mehrzahl der Hausdiener, bei einem grossen Theil der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker angehörigen Personen, beim Personal der Omnibus-, Packetfahrt-, Pferdebahn- und Dampfstrassenbahn-, oder richtiger gesagt der öffentlichen Fuhrwerksbetriebe, im Gast- und Hotelgewerbe, bei den Köchen und den Musikanten, bei einem Theil der Nadler und Siebmacher (Ortskrankenkasse), in einer Porzellan- und Chamottefabrik, einer Dampfmahlmühle, einer Meierei, einer Essigfabrik, einem Damenmäntel-Konfektionsgeschäft, für vier Männer in der Königlichen Porzellan-Manufaktur, die Männer in einer chemischen Fabrik, einen Theil der Arbeiter der städtischen und englischen Gasanstalten, Männer an einigen Apparaten in einer Stearinlicht-

fabrik, das Maschinenpersonal in den städtischen Wasserwerken, männliche Arbeiter in einer Putzfeder- und Federfabrik, fast regelmässig für die im Nadler- und Siebmachergewerbe beschäftigten Arbeiterinnen, häufig bei Klempnern, Stuhlarbeitern, Tischlern und Piano-ortearbeitern, weniger häufig oder selten je nach dem Bedarf in allen übrigen Gewerben. Namentlich zu Reparaturen an Betriebsmaschinen wird meist der Sonntag benutzt. Sprechen diese Feststellungen nicht für die Dringlichkeit der gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes?

Lohnstatistik des Handelskammerbezirkes Minden. Der sich durch reichhaltige statistische Nachweisungen auszeichnende Jahresbericht der Handelskammer zu Minden für das Jahr 1891 enthält eine Uebersicht über die durchschnittliche Höhe der Arbeitslöhne im Jahre 1891. Obgleich über die Art der Gewinnung der Zahlen nichts mitgeteilt wird, glauben wir doch bei dem Mangel lohnstatistischer Daten aus Deutschland diese Angaben auszugsweise wiedergeben zu sollen. Bemerken wollen wir nur, dass die Abrundung der Zahlen allein schon darauf schliessen lässt, dass es sich lediglich um Schätzungen handelt. Der Handelskammer gehören die Kreise Minden, Lübbecke und Herford an. Die Tagelöhne der erwachsenen industriellen Arbeiter schwankten zwischen 1 und 2,74 Mk., sie blieben in drei Aemtern unter 1,50 Mk. (1 Mk., 1,20 Mk., 1,30 Mk.), erreichten in neun Aemtern beziehungsweise Städten 1,50 Mk. und überstiegen in fünf Aemtern beziehungsweise Städten diesen Satz (1,75 Mk., 1,80 Mk., 2 Mk., 2,25 Mk.). Die Tagelöhne der erwachsenen industriellen Arbeiterinnen schwankten zwischen 75 Pfg. und 1,25 Mk., er blieb in zwei Aemtern unter 1 Mk. (75 Pfg., 90 Pfg.), erreichte in je sieben Aemtern beziehungsweise Städten 1 Mk. und 1,20 Mk. und stieg nur in einem Amte und in einer Stadt auf 1,25 Mk. Die Tagelöhne der jugendlichen industriellen Arbeiter schwankten zwischen 50 Pfg. und 1,50 Mk., sie betrugen 50 Pfg. in einer Stadt und einem Amte, 75 bezw. 80 Pfg. in einer Stadt und fünf Aemtern, 1 Mk. in einer Stadt und drei Aemtern, und in je einem Amte 1,20 Mk., 1,25 Mk. und 1,50 Mk. Die Tagelöhne der jugendlichen industriellen Arbeiterinnen schwankten zwischen 40 Pfg. und 1 Mk. Sie betrugen 40 Pfg. nur in der Stadt Minden, 50 Pfg. in drei Aemtern, 60 Pfg. in einer Stadt und drei Aemtern, 70 Pfg. in einem Amte, 75 Pfg. in einer Stadt und zwei Aemtern und 1 Mk. in drei Aemtern.

Auch für die landwirthschaftlichen Arbeiter finden sich einige Angaben. Die Löhne der erwachsenen landwirthschaftlichen Arbeiter schwankten nach den Angaben der Handelskammer zwischen 1,20 Mk. und 2 Mk., sie betrugen 1,20 Mk. in drei Aemtern, 1,25 Mk. in dem Amte, 1,30 Mk. beziehungsweise 1,33 Mk. in einer Stadt und sechs Aemtern, 1,40 Mk. in einem, 1,50 Mk. in zwei Aemtern, 1,75 Mk. in einer Stadt, 1,80 Mk. in zwei und 2 Mk. in einem Amte. Die Glaubwürdigkeit dieser Zahlen wird durch den Umstand kaum erhöht, dass in einem Amte Hüllhorst, in dem der durchschnittliche Tagelohn landwirthschaftlicher Arbeiter 2 Mk. beträgt, der Tagelohn der erwachsenen industriellen Arbeiter mit 1,50 Mk. verzeichnet ist. Die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiterinnen schwankte zwischen 80 Pfg. und 1,20 Mk. Es betrug 80 Pfg. in einem Amte, 90 in vier Aemtern, 1 Mk. in einer Stadt und acht Aemtern, 1,20 Mk. in zwei Aemtern und 1,25 Mk. in einem Amte. Jugendliche landwirthschaftliche Arbeiter wurden mit Tagelöhnen von 50 Pfg. bis 1,33 Mk. entlohnt. Der Lohnsatz von 50 Pfg. wurde in einem Amte, der von 75 Pfg. in einer Stadt und drei Aemtern, der von 80 Pfg. in drei Aemtern, der von 1 Mk. in sechs Aemtern, die von 1,20 Mk. und 1,33 Mk. in je einem Amte bezahlt. Jugendliche Arbeiterinnen der Landwirthschaft wurden mit 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Tag belohnt. 50 Pfg. wurden in einer Stadt und

zwei Aemtern, 60 Pfg. in vier Aemtern, 66 $\frac{1}{3}$ Pfg. in einer Stadt, 70 und 75 Pfg. in je einem Amte, 1 Mk. in vier Aemtern bezahlt.

Thätigkeit des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis im ersten Quartale 1892. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind im Arbeitsnachweis für männliche Personen von rund 9000 sich meldenden arbeitslosen Personen rund 6000 Personen, 66 $\frac{2}{3}$ pCt., in Arbeit gebracht worden. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine nicht unerhebliche Zunahme. Im Arbeitsnachweis für weibliche Personen sind von 1417 Mädchen und Frauen 735 (knapp 52 pCt.) in Arbeit gebracht. Leider fehlen nähere Angaben über die Dauer der verschafften Arbeit, über die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsvermittlung etc., so dass aus den hier angegebenen Zahlen kein definitives Urtheil über die Leistungsfähigkeit des Zentralvereins für Arbeitsnachweis gewonnen werden kann. — Der Vorstand beschloss für den kommenden Winter die Wiedereröffnung der Wärmehallen. Neben der Zentralwärmehalle am Alexanderplatz, die durch Beseitigung der Abtheilung für weibliche Personen erweitert wird, soll noch eine zweite Halle in verkehrsreicher Gegend errichtet werden. Die städtischen Behörden sollen um Subventionierung des Unternehmens ersucht werden.

Kostspieligkeit der deutschen Unfallberufsgenossenschaften. Für die Kostspieligkeit der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung der deutschen Unfallversicherung spricht ein Antrag, den die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt an den Bundesrath gerichtet hat und der dahin geht, zu beschliessen, dass die staatlichen Tiefbaubetriebe des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt vom 1. Januar 1893 an aus der Tiefbau-Berufsgenossenschaft auszuschneiden und vom gleichen Zeitpunkt an die Unfallversicherung bezüglich dieser Betriebe durch den Staat Schwarzburg-Rudolstadt zu erfolgen habe. Als Grund für diesen Antrag wird angegeben, dass die an die Genossenschaft zu leistenden Beiträge gegenüber den von denselben zu gewährenden Renten eine unverhältnissmässige Höhe erreichen und überdies damit für die Behörden geschäftliche Weiterungen verbunden sind, deren Beseitigung aus dienstlichen Gründen geboten erscheint. Der Vorstand der Genossenschaft hat den Antrag abgelehnt, die fürstliche Regierung wendet sich daher an den Bundesrath mit Hinweis auf die Annahme eines gleichen Antrages des Grossherzogthums Hessen, der auf gleichen Erwägungen beruhte.

Analphabeten in Preussen. Nach einer Uebersicht über die Zahl der bei dem Landheere und bei der Marine in dem Ersatzjahre 1891/92 eingestellten preussischen Mannschaften mit Bezug auf ihre Schulbildung waren, wie wir dem Reichsanzeiger vom 29. September entnehmen, in der gesammten preussischen Monarchie von 111 516 eingestellten Mannschaften 784 oder 0,70 pCt. ohne Schulbildung (gegen 3,98 pCt. im Jahre 1872/73). Bei dem Landheere wurden eingestellt 107 413, davon ohne Schulbildung 742 = 0,69 pCt., bei der Marine 4103, davon ohne Schulbildung 42 = 1,02 pCt.

Den stärksten Prozentsatz der Analphabeten lieferten bei dem Landheere Westpreussen mit 2,78 pCt., Posen mit 2,36 pCt., dann folgen Ostpreussen mit 1,43 pCt., Schlesien mit 0,89 pCt., Pommern mit 0,35 pCt., Hessen-Nassau mit 0,22 pCt., Brandenburg mit 0,16 pCt., Hannover mit 0,15 pCt., Sachsen mit 0,06 pCt., Schleswig-Holstein mit 0,05 pCt., Westfalen und Rheinprovinz mit 0,03 pCt.

Bei der Marine hatte den stärksten Prozentsatz an Analphabeten Ostpreussen mit 4,07 pCt., Posen mit 2,75 pCt., Westpreussen mit 2,38 pCt., Brandenburg mit 0,68 pCt., Westfalen mit 0,66 pCt., Schleswig-Holstein mit 0,58 pCt., Hannover mit 0,19 pCt., die übrigen Provinzen lieferten keine Analphabeten zur Marine.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL U. INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 12.

Braunschweig, Dezember-Nummer.

1892.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

A. Z. A. I. I. — 9253/92.

Bei unserer Geschäftsstelle sind wiederum Angaben über Schwindelfirmen, zumal in den Niederlanden, eingegangen, über welche Interessenten auf Ansuchen bezügliche vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 20. Dezember 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Bekanntmachung.

A. Z. II. 7. — 7971/92.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass die von den italienischen Eisenbahnverwaltungen für Rohzucker aus dem Auslande bis zum 15. Oktober d. J. gewährten Frachtvergünstigungen auf ein weiteres Jahr und zwar bis zum 15. Oktober 1893 bewilligt worden sind.

Braunschweig, 6. December 1892.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Vertagung der industriellen Sonntagsruhe im deutschen Reiche.

Von Dr. jur. Max Quark.

Wenn diese Zeilen erscheinen, wird der 1. Oktober ins Land gegangen sein, aber die Sonntagsruhe für die industriellen Arbeiter des deutschen Reiches wird noch genau so auf dem Papiere stehen, wie am 1. Juni 1891, da die revidirte Gewerbeordnung amtlich publizirt wurde. Bekanntlich sind die Bestimmungen der letzteren, welche die Sonntagsruhe betreffen, allerdings erst noch besonders durch kaiserliche Verordnung in Kraft zu setzen. Aber da während der langwierigen Verhandlungen über die Revision des deutschen Arbeiterschutzes in den Jahren 1890 und 1891 von amtlicher Stelle so viel über das Bestreben der nunmehr massgebenden Kreise gesprochen wurde, dem Arbeiter die ihm allzulange vorenthaltenen Wohlthaten eines „wirksamen“ gesetz-

lichen Schutzes endlich zu gewähren, so war es wohl nicht unbescheiden von den Arbeitern, zu hoffen, dass dieser Schutz ungefähr 1½ Jahre nach Publikation der betreffenden Bestimmungen, also eben am 1. Oktober 1892, in seiner Hauptsache, eben der industriellen Sonntagsruhe, in Kraft gesetzt werde. Es ist anders gekommen! Halbamtlich wurde schon im Laufe der ersten Monate dieses Jahres darüber geklagt, welche grosse technische Schwierigkeiten die Ausführungsbestimmungen zur industriellen Sonntagsruhe machten. Und neustens kam dann die bestimmte Verlautbarung: an ein Inkrafttreten der industriellen Sonntagsruhe für 1. Oktober 1892 oder 1. Januar 1893 sei gar nicht zu denken; zu den technischen Schwierigkeiten hätten sich die Erfahrungen gesellt, die man anlässlich des Inkrafttretens der kaufmännischen Sonntagsruhe seit 1. Juli d. J. gesammelt. Dieselben seien nicht so günstiger Natur, dass man an eine „Ueberstürzung“ bezüglich der industriellen Sonntagsruhe denken könne. Es werde noch geraume Zeit vergehen, ehe die restirenden Bestimmungen der revidirten Gewerbeordnung ausgeführt werden könnten. Dieser Verlauf der Dinge, die Begründung der Verzögerung mit „technischen“ Schwierigkeiten und die Berufung auf Unzuträglichkeiten bei der kaufmännischen Sonntagsruhe fordern eine Kritik geradezu heraus. Man kann sich bei derselben genau an die beiden halbamtlich angegebenen „Gründe“ halten.

Zunächst die „ungünstigen Erfahrungen“ mit der kaufmännischen Sonntagsruhe! Der Zusammenhang zweier so vielfach verschiedener Dinge ist schwer zu verstehen. Bei der kaufmännischen Sonntagsruhe handelte es sich um die Reform krasser, tief eingefressener Uebelstände, um den Kampf gegen eine Kräfteausnutzung, die bisher fast noch von keiner anderen Seite beschränkt worden war. Denn die Gewerkschaften der kaufmännischen Hilfsarbeiter waren viel zu schwach und ihre Presse viel zu unentwickelt, um gegen die übermässige Sonntagsarbeit reagieren zu können. Deshalb hatte sich die kaufmännische Sonntagsarbeit in ausgedehntester Masse beinahe als etwas völlig Legitimes einnisten können. Kein Wunder, dass die neuen Sonntagsruhevorschriften, die doch so lax wie nur möglich waren, für den Anfang auf Widerstand gewisser Kreise stiessen, die sich bei der alten Ordnung der Dinge sehr wohl befunden hatten. Ueber den Charakter und den weit überschätzten Umfang jener Kreise wird sogleich noch zu sprechen sein. Es kam hinzu, dass die kaufmännische Sonntagsruhe bis in den letzten Hökerladen eingeführt werden musste, wenn sie praktisch wirksam sein sollte. Es kam ferner hinzu, dass man durch die Erlaubniss, die im Maximum gestatteten fünf Stunden Sonntagsarbeit an jedem Orte nach den besonderen Bedürfnissen der Geschäftsinhaber, womöglich nach einzelnen Branchen verschieden festsetzen zu dürfen, den alten Appetit nach möglichster Ausnutzung des Sonntags ordentlich weckte, woran auch eine etwas

strengere Ausführungsverordnung nichts ändern konnte. Wenn nun in der verhältnissmässig kurzen Zeit seit 1. Juli d. J. alle diese Umstände durcheinander gewirkt haben und der Wirrwarr ausserdem für eine gewissenlose Parteiagitation ausgebeutet und übertrieben wurde — darf man deshalb bereits von „ungünstigen Erfahrungen“ sprechen, die auf die Verwirklichung der industriellen Sonntagsruhe zurückwirken könnten? Für den ruhigen Beobachter kann davon wohl keine Rede sein. Es handelt sich um zwei ganz verschiedene, wirtschaftlich und gesetzgeberisch ganz abweichend vorbereitete Gebiete. Bei der Industrie haben die Arbeiterorganisationen bereits für die Sonntagsruhe vorgearbeitet, und in Wirklichkeit ist sie schon vielfach ohne Gesetz eingeführt, sodass es sich nur darum handelt, eine vorhandene Gewohnheit rechtlich festzulegen. Auch dreht es sich nur um die Sonntagsruhe für die Arbeiter; Komplikationen, wie sie bei der Regelung für das Handelsgewerbe durch die notwendige Einbeziehung aller Geschäfte, auch derjenigen ohne Hilfspersonal, ergeben mussten, fallen hier weg. Die Technik der Produktion ist eine völlig andere, als diejenige des Handels. Kurz, praktisch brauchbare Vergleichspunkte bieten sich herzlich wenig. Und dann noch Eines! Trotz allen Wirrwars, den die verfehlte Fassung der Bestimmungen über die kaufmännische Sonntagsruhe angerichtet hat, bricht doch die Genugthuung über den kleinen Fortschritt, den man erreicht hat, selbst in denjenigen Kreisen immer mehr durch, welche von einer gewissenlosen Agitation als die ärgsten Gegner der Sonntagsruhe ausgegeben werden. Weil in dieser Beziehung die Tagespresse wenig zur Aufklärung beigetragen hat, sei es gestattet, hier kurz zu belegen, dass in der Fachpresse der Kolonialwarenhändler Stimmen für die Sonntagsruhe, womöglich für die vollständige, ebenso häufig laut geworden sind, als gegen dieselbe. Man darf die in Leipzig erscheinende „Kolonialwaren-Zeitung“ als das publizistische Zentralorgan dieser Kreise betrachten. Nur drei Aeusserungen kleiner Ladeninhaber aus kleinen Orten, die jenes Blatt veröffentlichte, sollen hier festgehalten werden. Unter dem 16. August schreibt ein Kaufmann aus dem Regierungsbezirk Kassel:

„Nun lese ich zu meiner Freude den Artikel in No. 63, aus Kollegenkreisen, über den § 41a, und sehe, wie wenigstens ein Kollege den Muth hat, zu erklären, der sittliche Zweck genügt allein, die Sonntagsruhe zu rechtfertigen! Was mögen die Juden denken, wenn die all das Geschreibsel gegen die christliche Sonntagsruhe lesen? sie, die ihren Sabbath und die Festtage aufs strengste feiern, ohne Rücksicht auf materiellen Verlust, und am Schlusse des Jahres ebensoweit, ja meistens noch viel weiter sind als wir Christen. Nach den vielen Jahrzehnten, wo der Handel des Sonntags unumschränkt betrieben wurde, ist eine völlige Sonntagsruhe vor der Hand nicht möglich, aber einer theilweisen sollte man doch nichts in den Weg legen.“

Unterm 2. September fügt ein Ladeninhaber aus Lübben (Nieder-Lausitz) hierzu folgende Sätze:

„Dass durch die Sonntagsruhe tausende von Existenzen zu Grunde gehen sollen, ist nicht zu fürchten, oder es könnte nur solche treffen, die ihr Gewerbe nur auf den Sonntag berechnet haben, und diese sind findig genug, wenigstens die meisten davon, um auf anderen Erwerb zu sinnen und auch zu finden. Von unserer Stadt kann ich Ihnen, im Sinne fast aller Handelstreibenden, mittheilen, dass sich der Sonntagsgeschäftsverkehr schon jetzt vollständig geregelt hat. Die Einnahmen an den Sonntagen sind ja geringer als früher, doch ist die Kasse am Sonnabend um so viel strammer!“

Und aus Guben theilt ein Kleinhändler mit:

„Zunächst kann man annehmen, dass ⁸/₁₀ aller Kaufleute und Gewerbetreibenden die Segnungen der Sonntagsruhe dankbar anerkennen und dass Jeder, im Hinblick darauf, gern ein Opfer zu bringen, bereit ist. . . Gerade die Presse, die für die Klagen des Mittelstandes, für mindestens eben so wichtige Sachen im Handel und Gewerbe, nie ein Plätzchen übrig hat, gerade die scheint es darauf abgesehen zu haben, die verschwindend geringe Agitation gegen die Sonntagsruhe zu unterstützen, und den kaum zu Ehren gebrachten christlichen Sonntag wieder zu dem, was früher war, zu bringen: zum ersten Arbeitstag der Woche.“

Eine Erläuterung dieser Aeusserungen ist nicht nothwendig. Unverständlich bleibt es aber jedenfalls, wie man an massgebenden Stellen bei dieser Sachlage nicht nur bereits an eine Abschwächung der Ausführungsverordnungen über die kaufmännische Sonntagsruhe denken, sondern auch noch die „üblen Erfahrungen“ auf dieser Seite gegen die industrielle Sonntagsruhe ins Feld führen kann.

Und nun die „technischen“ Schwierigkeiten! Sollten dieselben theilweise dadurch hervorgerufen sein, dass bereits das revidirte Gesetz in § 105 c ff. für allzuvielen Fälle Ausnahmen von der industriellen Sonntagsruhe vorgesehen hat und dass es nun schwer fällt, bei der Fülle von Ausnahmegelüsten, die man hierdurch bei den Industriellen erweckte, berechnigte Anforderungen von unberechtigten zu unterscheiden, so würde die Schuld für diese Schwierigkeiten doch lediglich auf die Gesetzgebung zurückfallen und es wäre ein seltsames Verhältniss, wenn die Arbeiter unter einem Fehler leiden sollten, dessen Verhütung ihren Vertretern im Reichstage unmöglich gemacht worden ist. Die Industriellen freilich haben sich bei Eingaben, welche schon im Voraus für Ausnahmen plädirten, nicht die geringste Beschränkung auferlegt. So erfuhr man in den ersten Monaten dieses Jahres von einer „umfassenden Denkschrift“ des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller von Eingaben des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie und ähnlicher Unternehmervereinigungen, die sämmtlich für möglichst viele Ausnahmen von der Sonntagsruhe plädirten. Verlangten doch dabei die chemischen Industriellen neben dem Erlass der von ihnen gewünschten und speziell aufgeführten Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsarbeit in chemischen Fabriken „eine allgemeine Anordnung dahin, dass bei der Einführung eines neuen chemischen Verfahrens (!) auf Antrag des Fabrikanten die Sonntagsarbeit vorläufig bis zur Entscheidung des Bundesraths gestattet werde, sofern die untere Verwaltungsbehörde ihre Genehmigung dazu ertheilt hat.“ Ein solches Verlangen steht wohl im Kapitel der Sonntagsruhebestrebungen ziemlich einzig da. Die Lederindustriellen behaupteten, dass bei ihnen „eine grosse Zahl“ von Arbeiten vorkomme, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten. Dazu passt es vortrefflich, dass die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zu derselben Zeit auf eine Anfrage des Polizeipräsidenten, die sich offenbar ebenfalls nur an die Unternehmer richtete, eine „besondere Regelung“ der Sonntagsruhe, d. h. möglichst umfangreiche Ausnahmen als nöthig erklärten für das Baugewerbe, die Wasserwerke, die Fabrikation von Mineralwasser, die Chokoladenfabrikation und verwandte Industrien, die chemischen Industrien und andere (im Monat Mai), die Fabrikation von Thonwaren, die Gerberei, die Wäschefabrikation (in je 8 Wochen vor den grossen Festen), die Gärtnerei, die Maschinenfabrikation (bei den Arbeiten zur Instandhaltung der eigenen und fremden Betriebe). Diese zufällig bekannt gewordenen Gutachten sind ausführ-

lieher mitgetheilt worden, weil sie die übertriebenen Ansprüche der Unternehmer am besten kennzeichnen. Niemand wird leugnen wollen, dass es gewisse Umstände giebt, unter denen Notharbeiten am Sonntag gestattet sein müssen; obige Eingaben wollen aber theilweise die Ausnahme zur Regel machen. Wenn die Regierung auf solche Ansinnen auch nur prüfend einzugehen für nöthig befunden hat, und zwar ohne auch nur einen einzigen Arbeiter der betreffenden Berufe zur Gegenäusserung heranzuziehen, so mag sie wohl auf scheinbar unüberwindliche „technische“ Schwierigkeiten gestossen sein. Nur kommt dabei wohl mehr die „Technik“ der massgebenden Sozialpolitik, als die Technik der Industrie in Frage. Dabei sind bekanntlich ungeheuer eingehende Erhebungen bezüglich der Durchführbarkeit der Sonntagsruhe in der Industrie bereits in den Jahren 1885/86 durch den Reichskanzler für das ganze Deutsche Reich veranstaltet worden. In den dicken Bänden, welche die Ergebnisse dieser Erhebungen enthalten und die als Drucksache No. 140 des deutschen Reichstages (7. Legislaturperiode, I. Session 1887) erschienen, füllen die Mittheilungen aus der Industrie ca. 1000 Seiten; es scheint aber, dass selbst diese Fülle von Material zur Beseitigung der „technischen“ Schwierigkeiten wenig beitragen kann. Vielleicht ist man auf unlösbare Widersprüche gestossen, die sich z. B. zwischen der ausnahmefreundlichen Eingabe der Lederindustriellen und der Aeusserung eines Lederfabrikanten in der Enquête von 1885/86 ergeben, weil der Letztere schlankweg erklärte: „Jeder Gerber kann mit Leichtigkeit seine Einrichtungen so treffen, dass diese Sonntagsarbeit völlig wegfällt; wo dieselbe besteht, beruht es auf mangelnder Ueberlegung oder Bequemlichkeit“. Wenn also sicher schon die Lederfabrikation für eine so behutsame Sozialpolitik, wie sie jetzt in Deutschland wieder massgebend ist, grosse Schwierigkeiten bietet, so ist es nicht zu verwundern, wenn Arbeiterblätter beim Ausbleiben jeder energischen Aktion von einer „ledernen Sozialreform“ sprechen. Schliesslich müssen die ausführenden amtlichen Stellen wohl ohne jede Fühlung mit Erfahrungen und bewährten Einrichtungen in anderen Ländern sein. Zwar schrieb Geh. Rath Dr. Königs in seinem trefflichen Buch über die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes (Berlin, 1891) bezw. die in der Eidgenossenschaft bestehenden Vorschriften: „Im Uebrigen haben sich die Vorschriften über das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit als zweckmässig erwiesen und werden auch durchweg beachtet“. Aber an eine praktische Verwerthung dieser zutreffenden Beobachtung für Zwecke der Einführung der industriellen Sonntagsruhe in Deutschland scheint man nicht zu denken.

So gehen Wochen und Monate während der Beratungen der Regierung mit den Industriellen über die Ausführung einer so elementaren Reform, wie derjenigen der industriellen Sonntagsruhe, ins Land. Der Eindruck, den diese befremdliche Erscheinung bei allen ernstern Sozialpolitikern macht, darf wohl offen und ehrlich dahin zusammengefasst werden: weder die „ungünstigen Erfahrungen“ mit der kaufmännischen Sonntagsruhe, noch die „technischen Schwierigkeiten“ hindern die Ausführung, sondern lediglich, um es gelinde auszudrücken, Fehler in unserer sozialpolitischen Verwaltung.

Frankfurt a. M.

Die Schaffung eines amtlichen Organs der Deutschen Handels- und Gewerbekammern.

In der richtigen Erkennung und verständnisvollen Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Landes liegt eine wesentliche Gewähr für die Förderung der allgemeinen Volkswohlfahrt und für die Möglichkeit einer erfolgreichen Erfüllung der dem Staate ob-

liegenden Kuituraufgaben. Zur Leistung jener Vorbedingungen sind vornehmlich die vom Staate errichteten Handels- und Gewerbekammern berufen, denen sich freiwillig eine Reihe von Körperschaften zur Seite gestellt haben, um theils der Ausfüllung empfundener Lücken gerecht zu werden, theils den Bestrebungen gesonderter Interessentenkreise Geltung zu verschaffen.

Wenn danach die hervorragende Wichtigkeit der Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen ausser Zweifel steht, so wird es doch nicht verkannt werden, dass die Verfassung der Deutschen Handelskammern und ähnlicher Körperschaften sowohl in Bezug auf ihre Einrichtung und Mittel, als auch hinsichtlich ihrer Beziehungen unter einander und zu den Reichs- und Landesbehörden sehr Vieles zu wünschen übrig lässt.

Die Mitglieder dieser Körperschaften sind in der Mehrzahl durch ihre eigenen Geschäfte und durch Ehrenämter mannigfachster Art so in Anspruch genommen, dass es ihnen an der Zeit fehlt, sich über Vorgänge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, über neue Gesetzesvorlagen und die dabei zu berücksichtigenden Gesichtspunkte eingehend zu unterrichten. Den kleineren Sitzen des Gewerbfleisses mangelt es ausserdem häufig an den erforderlichen wissenschaftlichen Hilfsmitteln für ein solches Studium. — Diese Aufgabe kann daher meistens nur von den geschäftsführenden Sekretären der betreffenden Körperschaften verfolgt werden. Aber auch diesen Beamten, welchen in erster Linie sowohl die Begründung der ex officio zu vertretenden, als die Prüfung der von anderer Seite erhobenen Anträge und der behördlicherseits in Aussicht genommenen oder schon erlassenen Gesetze und Verordnungen zufällt, erwächst bei der Ausführung dieser Amtsobliegenheiten fast immer eine sehr dornenvolle Arbeit, welche bei der angestrengtesten und zeitraubendsten Thätigkeit gleichwohl nicht selten nur unvollkommene und wenig zweckentsprechende Ergebnisse zu fördern vermag.

Bei dieser Sachlage würde den Zielen der behördlichen Interessenvertretung ein wesentlicher Dienst geleistet werden durch die Schaffung einer Zeitschrift, welche als Organ sämtlicher deutschen Handelskammern und Handels- und Gewerbekammern, sowie der Aeltesten der Kaufmannschaften u. s. w., das für die genannten Körperschaften und ihre Mitglieder Wissenswerthe in zweckmässigster Weise und möglichstster Kürze zusammenfasste und, nach bestimmten Grundsätzen bearbeitet, allen Beteiligten in regelmässigen Zwischenräumen zugänglich machte.

Versuche, das bezeichnete Bedürfniss zu befriedigen, sind anderweitig bereits gemacht worden. Insbesondere ist hier der seit fünf Jahren erscheinenden „Zeitschrift für Handel und Gewerbe“ (Herausgeber Dr. Richard Stegemann) zu gedenken, welche für viele deutsche Interessenvertretungen sehr werthvoll geworden ist. Ferner sind hier, abgesehen von den zunächst für den Wählerkreis berechneten Mittheilungen verschiedener Körperschaften, einige Zeitschriften zu nennen, die sich ebenfalls zunächst an ein räumlich abgegrenztes Gebiet wenden, wie das „Bayrische Handelsblatt“, die „Braunschweiger Monatsschrift für Handel und Industrie“ u. a. Während aber die eben genannten Zeitschriften den wissenschaftlichen Ausführungen mehr oder weniger breiten Raum gönnen, soll das hier geplante Organ lediglich praktische Zwecke verfolgen.

Sein Inhalt soll in der Hauptsache folgendes umfassen:

1. Die das volkswirtschaftliche Gebiet berührenden Entwürfe neuer Gesetze, unter Hinzufügung eines Auszuges der dem Entwurf beigegebenen Begründung;
2. die seitens der Reichsämter oder seitens der Landesregierungen den Handels- und Gewerbekammern und ähnlichen Körperschaften zugehenden Erlasse, soweit sie. nöthigenfalls ohne

- Quellenangabe, einer beschränkten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen;
3. Auszüge aus den Sitzungsberichten der genannten Körperschaften, soweit sie von allgemeinem Interesse sind;
 4. knappe Berichte über die allgemein interessanten Vorgänge innerhalb der sonstigen wirtschaftlichen Interessenvertretungen in Deutschland wie im Auslande;
 5. Personalmeldungen;
 6. ein Verzeichniss der neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Literatur, nach Befinden mit kurzer Inhaltsangabe.

Die Entwürfe von Gesetzen nebst ihrer Begründung würden auch als besondere Beilagen der Zeitschrift angefügt werden können. Das Gleiche würde zu geschehen haben mit solchen Denkschriften und Eingaben, welche, seitens einer einzelnen Körperschaft erlassen, den sämtlichen Körperschaften Deutschlands zur Kenntnissnahme und Unterstützung übermittelt werden sollen. Erforderlichen Falls würde für diese Sonderbeilage eine mässige Vergütung an den Verlag der Zeitschrift zu leisten sein.

Wissenschaftliche Aufsätze und wirtschaftspolitische Abhandlungen würden, wie schon angedeutet, von der Aufnahme in die Zeitschrift ausgeschlossen bleiben, da das Blatt nur dem Zwecke zu dienen hat, die mit der Vertretung wirtschaftlicher Interessen in Deutschland betrauten Personen über das praktisch Nächstliegende und das rein Thatsächliche stets auf dem Laufenden zu erhalten, ein Ziel, welches durch Verquickung mit anderen Zwecken nur beeinträchtigt würde.

Diese Zeitschrift, welche eine stets zuverlässige Uebersicht alles desjenigen böte, was in der richtigen Erfassung einer Vertretung volkswirtschaftlicher Interessen zu wissen nöthig ist und bislang mit unsäglichem Mühe aus einem Wust von Spreu gleichsam in einzelnen Körnern herausgesucht werden musste, würde dann von allen Handelskammern, Handels- und Gewerbekammern u. s. w. im Allgemeinen für ihre sämtlichen Mitglieder beschafft werden müssen. So könnte bei dem gleichsam unschätzbaren Werthe, den ein solches Organ für die Belebung der Thätigkeit in den der Wahrung wirtschaftlicher Interessen gewidmeten Körperschaften und für die erleichterte Erledigung der ihnen gestellten Aufgaben haben dürfte, die Aufbringung der Kosten des Unternehmens kaum auf Schwierigkeiten stossen, zumal die theiligen Leistungen der beteiligten Körperschaften sogar mancherlei unmittelbare Ersparnisse einschliessen würden. Manche Körperschaften würden der Vervielfältigung eines grossen Theils ihrer Verhandlungs-Niederschriften durch den Druck entoben sein; ebenso würde die Vervielfältigung und Versendung von Denkschriften und Eingaben sich billiger stellen, endlich aber auch manche Literaturbeschaffung durch den Inhalt der Zeitschrift entbehrlich werden. Besonders wird sich dieser letztere Vortheil in Bezug auf das Material neuer Gesetzentwürfe geltend machen, wobei die Einzelgesetzgebung der Partikularstaaten des Reiches kaum Schwierigkeiten bieten dürfte, da, wo die Gesetzgebung der einzelnen Länder nicht wenigstens vergleichsweise ein allgemeines Interesse bieten sollte, die betreffenden Stücke seitens der Versandstelle eben nur den beteiligten Landesgebieten zugefertigt würden.

Auch den Reichs- und Staatsbehörden dürfte ein solches Organ, welches fortlaufend ein getreues Spiegelbild der im Dienste der wirtschaftlichen Interessen des Landes thätigen Kräfte darböte, nur willkommen sein können und voraussichtlich für die wichtigeren Stellen der Verwaltung genügenden Werth besitzen, um auch aus diesen Kreisen dem Unternehmen eine ansehnliche Zahl von Abonnenten zuzuführen.

Die der Zeitschrift im Format des Blattes lose angefügten Denkschriften einzelner Körperschaften würden in den Archiven der bezüglichen Akten einverleibt werden können.

Der Abdruck von Erlassen der Reichs- und Landesbehörden hätte den praktischen Nutzen, dass in den Versammlungen der Kammern u. s. w. die Verlesung bezw. die auszügliche Mittheilung zahlreicher Einläufe, welche jetzt an den Geschäftsstellen nur in einem Exemplar eingehen, entbehrlich würde.

Wo, wie es leider an manchen Orten der Fall ist, die Mittel der Kammern so beschränkt sind, dass sie einen Bezug der Zeitschrift für alle Mitglieder nicht gestatten, würde man sich mit einigen in Umlauf zu setzenden Exemplaren behelfen müssen. Andererseits würde denjenigen Körperschaften, welche für ihre Mitglieder eine grössere Anzahl von Exemplaren beziehen, für die Abnahme derselben recht wohl ein Vorzugspreis gestellt werden können; zudem würde die Ersparniss an Portoauslagen nicht unerheblich ins Gewicht fallen, da die Vertheilung des Blattes durch die Geschäftsstellen der Kammern u. s. w. bewirkt werden könnte.

Endlich würden für die Zeitschrift auch die Einnahmen nicht ausser Acht zu lassen sein, welche sich aus den einem offiziellen Organe der Deutschen Handelskammern voraussichtlich gern anvertrauten Anzeigen ergeben würden.

Sehr wesentlich ist es aber auch, dass für die richtige Gestaltung, Handhabung und Verwaltung der Zeitschrift nicht nur geeignete, sondern, rücksichtlich der in dem entwickelten Programm gestellten Aufgaben, die denkbar besten Kräfte vorhanden sind. Denn voraussichtlich werden die Sekretäre der deutschen Handelskammern, bei dem tief empfundenen, mit dem Blatte zu beseitigenden Mangel, und angesichts der ihnen zu erleichternden Arbeitslast, fast alle bereit sein, der Verwirklichung eines derartigen Unternehmens ihre Mitwirkung zu leihen.

Es wird demnach zwar die Redaktion in eine Hand zu legen, dagegen die Bearbeitung der verschiedenen Gebiete dem aufgestellten Programme entsprechend zu theilen sein. So wären beispielsweise die volkswirtschaftlich interessanten Gesetzentwürfe in jedem einzelnen Falle demjenigen Mitarbeiter anzuvertrauen, welcher nach seiner Stellung und Erfahrung für den betreffenden Gegenstand das praktisch zuverlässigste Urtheil besitzt und dementsprechend am meisten befähigt wäre, aus den oft weitläufigen Begründungen derartiger neuen Vorlagen den Kern in einem bündigen Auszuge zusammenzufassen.

Nach Befinden würde auch die Bearbeitung des Stoffes, z. B. der Sitzungsberichte, sowie der Gesetze der Einzelstaaten, damit sie überall mit der erforderlichen Kenntniss der eigenartigen Verhältnisse und Interessen geschieht, nach Landesgebieten vertheilt werden können.

Da die Verhandlungen der einzelnen Körperschaften, sowie die Vorgänge auf gesetzgeberischem Gebiete sich zeitlich nicht regelmässig vollziehen, so würde die Zeitschrift zunächst in zwangloser Folge erscheinen und während des Winterhalbjahres etwa wöchentlich, während des Sommerhalbjahres dagegen etwa alle vierzehn Tage herauszugeben sein.

Der Kostenaufwand für die Herausgabe einer nach den angedeuteten Grundzügen zu gestaltenden Zeitschrift lässt sich im Voraus nicht mit Bestimmtheit schätzen, zumal derselbe von der Höhe der Auflage abhängen wird. Dürften wir annehmen, dass ausser den Verwaltungsbehörden sämtliche oben bezeichnete Körperschaften die Zeitschrift allen ihren Mitgliedern zugänglich machen werden, so würde der Preis sehr niedrig gestellt werden können. Einstweilen nehmen wir an, dass der Bezugspreis für das Exemplar auf zehn Mark jährlich zu bemessen sein wird und bei

Entnahme von mehr als zehn Exemplaren unter der gleichen Adresse für die überschüssenden Exemplare auf etwa die Hälfte wird ermässigt werden können.

Die sich darnach ergebenden Aufwendungen dürften bei den beteiligten Körperschaften wohl keinem Bedenken begegnen, da in der That der greifbare Werth des zu erlangenden Materials die in Betracht kommende mässige Ausgabe reichlich ausgleichen wird.

Die unterzeichneten Sekretäre Deutscher Aeltestenkollegien, Handelskammern und Handels- und Gewerbekammern haben im Auftrage einer zu diesem Zwecke berufenen Versammlung ihrer Kollegen es übernommen, den dargelegten Plan zu verwirklichen, wenn, wie sie hoffen, das von ihnen gehegte Vertrauen auf die dem Unternehmen seitens der beteiligten Kreise und der Reichs- und Landesbehörden zu widmende Unterstützung kein vergebliches ist.

Wenn die dieserhalb anzustellende Umfrage befriedigende Ergebnisse liefert, soll unverzüglich ein Redaktionsausschuss gebildet und dafür Sorge getragen werden, dass das Blatt unter dem Titel:

Mittheilungen für Handel und Gewerbe

Organ der Deutschen Handels- und Gewerbekammern am 1. April 1893 ins Leben tritt.

Wir erstreben mit dem Unternehmen nur die Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens des Vaterlandes und glauben daher einer bereitwilligen Aufnahme und thatkräftigen Unterstützung unseres Planes gewiss sein zu dürfen.

Berlin, den 8. Dezember 1892.

Annecke-Berlin,

Generalsekretär des Deutschen Handelstages;

Bernhardi-Dortmund, Bödicker-Hanau,
Sekretär der Handelskammer; Sekretär der Handelskammer;

Dr. Gensel-Leipzig,
Sekretär der Handelskammer;

Dr. Gütschow-Hamburg, Dr. Kahn-München,
Sekretär der Handelskammer; Sekretär der Handelskammer;
Dr. Landgraf-Mannheim, Dr. Planer, Karlsruhe,
Syndikus der Handelskammer; Sekretär der Handelskammer;
Puls-Frankfurt a. M., Scherenberg-Elberfeld,
Syndikus der Handelskammer; Sekretär der Handelskammer;
Dr. Stegemann-Oppeln, Stumpf-Osnabrück,
Sekretär der Handelskammer; Sekretär der Handelskammer;

Dr. Vosberg-Rekow-Braunschweig,
Syndikus der Handelskammer;

Professor Dr. van der Borcht-Aachen
(früher Sekretär der Handelskammer in Köln).

Die erbetenen Erklärungen wolle man bis zum 15. Januar nächsten Jahres an Herrn Konsul Annecke, Generalsekretär des Deutschen Handelstages, Berlin C., Neue Börse, richten.

Die Kulturentwicklung von Nordamerika*)

im Hinblick auf die nächstjährige Weltausstellung in Chicago.

Im Laufe des nächsten Jahres werden nicht nur die Augen des indriegewaltigen Europa, sondern wird auch durch die Aufmerksamkeit der alten Kulturländer Asiens ebenso wie die Neugierde von Central- und Süd-Amerika auf den kulturellen Wettstreit gerichtet sein, welcher sich in Chicago abspielen wird. Wiewohl die neue Welt die Völker der Erde bereits einmal in Philadelphia zum friedlichen gewerblichen Kampfe eingeladen hatte, so sind gleichwohl die Gemüther auf's Höchste gespannt zu erfahren, welche Leistungen die Vereinigten Staaten aufzuweisen und

*) Die folgenden Darlegungen sind im Wesentlichen eine Wiedergabe der in der Sitzung des Centralvereins für Handelsgeographie etc. am 4. November d. J. stattgehabten Verhandlungen. Die Red.

welchen Fortschritt sie seit der Ausstellung von Philadelphia gezeigt haben. Kein Wunder, dass dem so ist, denn einmal berechtigt die Mac Kinley-Bill zu der Erwartung, dass hinter ihren hohen Schutzzöllen allenthalben neue Industriezweige emporgekeimt sind, und ferner weist Nordamerika eine enorme Vermehrung an kultivierten Ländereien wie an Unternehmersinn, Menschen- und Kapitalkraft sowie an billigen und vortrefflichen Rohstoffen auf, sodass die Aufmerksamkeit nicht nur aller wirtschaftlichen Interessenten, sondern aller denkenden Menschen überhaupt, mit berechtigter Spannung auf die Leistungen der Nordamerikaner gerichtet ist, welche diese in Chicago der Welt darbieten werden. Ein Jeder fühlt mehr oder weniger klar heraus, dass möglicherweise das 1893er Chicago die Welt vor einen Wendepunkt in der Entwicklung der Menschheit führt, der nicht nur seinen Widerhall auf industriellen und handelspolitischen Gebieten, sondern in der gesamten Kulturentwicklung der Völker findet, so gut wie dies s. Z. durch die Entdeckung der Seewege nach Ost- und Westindien oder durch die Erfindung der Eisenbahnen und des Telegraphen geschehen ist. Stehen doch gerade die Geschichte der Entdeckungen und die Fortschritte auf dem Gebiete des Verkehrswesens auf's engste mit der Entwicklung Nordamerikas in Zusammenhang.

Hat noch vor Kurzem die gesamte Kulturwelt den Entdecker von Amerika gefeiert, so soll dieser jüngste Erdtheil im nächsten Jahre Zeugniß davon ablegen, wie der europäische Geist es verstanden hat, ihn zu befruchten und zu welchen Gebilden er die rohe, spröde Materie des jungen Kontinents im Laufe einer vierhundertjährigen schweren Arbeit zu gestalten vermochte. Denn darüber kann doch kaum ein Zweifel herrschen, dass es der verjüngte europäische Kulturgeist gewesen ist, welcher der Kultur von Amerika die wesentliche Form gegeben und den dieselbe beherrschenden Lebensgeist einghaucht hat. Und da wird sich neben vielem Guten auch viel Schlechtes, aus dieser Saat Hervorgegangenes, zeigen, was den europäischen Kultivatoren wenig Ehre bringt. Da wird sich ferner zeigen, in wie weit die romanischen Völker neben den germanischen es besser oder schlechter verstanden haben, die europäische Kulturmission in der westlichen Hemisphäre zum Ausdruck zu bringen und ob das Wort wahr bleibt, dass die Romanen zwar die neue Welt entdeckt, die Germanen sie aber der höheren Kultur gewonnen haben — eine Frage, deren Beantwortung von den weittragendsten Folgen sein wird. Auch wird es dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, in wie weit namentlich den Nordamerikanern es gelungen ist, ihre, besonders auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Produktion zu Tage tretende geistige Entwicklung von den europäischen Einflüssen und Vorbildern zu trennen, sie mehr oder weniger unabhängig zu gestalten und zu einer Selbständigkeit empor zu heben, welche in zahlreichen Fällen durch die Gunst grossartig entfalteter lokaler Verhältnisse eines mit Naturkräften vielfältig begabten und mit jungfräulichem Boden reich ausgestatteten Landes eine mächtige Unterstützung erhalten hat. Ein Gemeinwesen, welches niemals unter einer Land wie Volk aussaugenden vieltausendjährigen Tyrannei asiatischer Despoten gelitten, welches mit ebenso kühner wie eiserner Energie und Selbstverleugnung binnen weniger Jahren den seinen Leib und Geist verderbenden Pfahl der Sklaverei aus der klaffenden Wunde herausgerissen hat, an der hunderte alter Kulturstaaen zu Grunde gegangen sind! ein Staatswesen, dessen Bürger niemals den finsternen fanatischen Geist und die politische und soziale Exklusivität des Mittelalters kennen gelernt haben, die von Anbeginn ihres staatlichen und bürgerlichen Empfindens — trotz all ihrer zeitweiligen albernen und launischen reaktionären Anwandlungen — auf dem grossen geistigen Emanzipationswerke und der Tradition der germanischen Re-

formation gefusst haben; ein Land, dessen Grenzen vom Nordpol bis nahe an die Tropen reicht und alle Klimate innerhalb seiner Grenzen zeigt; ein Erdtheil, welcher bis in sein Herz durch die mächtigsten Ströme und Seengebiete vom freien Ozean her zugänglich ist, und welches ebenso ausgedehnte Tief- wie Hochebenen und Hochgebirge zeigt, — ein solches Land und ein in einem derartigen Lande vertheiltes Volk muss nothwendiger Weise sich eine eigenartige Kultur und Kulturentwicklung schaffen. Und wenn diese vielleicht auch auf vielen Gebieten der menschlichen Thätigkeit noch in ihren Anfängen steht, so hat sie doch alle Anwartschaft darauf, über kurz oder lang selbständig Grosses zu ersinnen und auch zu erschaffen. Chicago wird der Welt zeigen, was in Amerika geschehen, wie es geschehen und welche Mittel dazu verhalfen. Und das kennen zu lernen, reizt nicht nur die Neugierde in gleich hohem Masse wie die Besorgniss von Alt-Europa, sondern auch ebenso den Wunsch, sich ein Bild darüber zu machen, wie fernerhin — auf das sichtbar Vorhandene gestützt — die Weiterentwicklung, namentlich der wirtschaftlichen Verhältnisse von Nordamerika, sich gestalten werde. — —

Ohne das Bedeutende in Abrede stellen zu wollen, was Nordamerika speziell auf industriellem Gebiete in virtueller Technik geleistet hat, — und wir werden noch Gelegenheit haben darauf hinzuweisen — darf doch berechtigter Weise hervorgehoben werden, dass es auf den Konkurrenzgebieten des Weltmarktes hauptsächlich durch die hervorragende Wichtigkeit seiner Rohstoffproduktion und durch Erzeugnisse der sog. landwirtschaftlichen Gewerbe exzellirt. Durch die massenhafte Verarbeitung seiner Rohstoffe hat es im Welthandel eine vielfach massgebende Stellung erobert. Unter den Produkten der nordamerikanischen Naturalproduktion haben Obst, Mais, Weizen und sonstige Cerealien einen dominirenden Einfluss auf den europäischen Märkten erlangt. Trotz des weitverbreitenden Waldfrevels liefern die nordamerikanischen Wälder höchst werthvolle Hölzer für den Schiffs- und Wagenbau wie für die Werkzeugfabrikation auch heute noch in grosser Menge, wiewohl der herrschende Raubbau ein nahes und absehbares Ende dieser vortrefflichen Rohmaterialien gewahren lässt. Aus der nordamerikanischen Baumwolle ist für Millionen europäischer Arbeiter der Textilindustrie der Lebensfaden gesponnen worden, und als zu Anfang der 60er Jahre dieses wichtige Rohmaterial nicht zur Verschiffung gelangen konnte, da entstand eine der entsetzlichsten Produktionskrisen, welche unter dem Namen *cotton famine* noch im traurigsten Andenken steht. Das geschah nach einer Zeit, in welcher cotton king war, nach einer Zeit, in welcher die Baumwolle des Südens nicht nur alle wirtschaftlichen, sondern auch alle politischen Interessen des jetzt so gewerbereichen und politisch übermächtigen Nordens überwucherte. Hat die nordamerikanische Wolle auch nie eine ähnliche Bedeutung wie die Baumwolle gehabt, so genügte ihre Menge doch lange Zeit für den einheimischen Bedarf, den sie jetzt bei Weitem nicht mehr deckt. An vorzüglichen Erden aller Art für die keramischen und andere Industriezweige ist das Land reich, an Erzen geradezu unerschöpflich. Finden sich u. A. am lake superior Kupfererze in nirgends gekannter Menge und Güte — es sind Blöcke reinen Kupfers von ca. 50 000 kg. Schwere gefunden worden — so finden sich in Pennsylvanien vorzügliche Eisenerze neben unerschöpflichen Kohlen- und Anthracitlagern, die neuerer Zeit in der Stahl- und Eisenindustrie sogar durch mächtige, der Erde entströmende Gasquellen ersetzt werden. Der Reichtum des Westens an Gold, der rocky mountains an Silber, ist weltbekannt. Das nordamerikanische Petroleum beherrscht den Erdkreis und hat — dank einer meisterhaften Organisation der nordamerikanischen Produzenten, Produktion und des Handels — für diesen Zweig der nordamerikanischen Naturalproduktion ein

über die ganze Welt sich erstreckendes Monopol geschaffen, das einen Strom Silbers aus dem alten nach dem jüngsten Kontinent führt. Und alle diese werthvollen, für die europäische Industrie und den europäischen Konsum kaum mehr entbehrlichen Erzeugnisse gelangen auf den bequemsten, den billigsten Transport ermöglichenden Wasserstrassen zur Verschiffung. Die zahllosen Heerden der westlichen Staaten liefern Rind- und Schweinefleisch in lebendem wie konservirtem Zustande in Millionen und Millionen von Kilogrammen nach Europa, und nicht nur Hunderttausende sondern Millionen von Menschen würden ohne diese Waaren, namentlich in den diesseitigen Industriebezirken, Mangel und Noth leiden. Es ist noch im frischen Gedächtniss, wie das nordamerikanische Schweinefleisch handelspolitische Siege für die Union erfochten hat. Die Produkte der nordamerikanischen Molkerei-Genossenschaften sind nicht nur für die Verproviantirung von Schiffen, sondern auch für den binnenländischen Konsum in Europa ein hochwichtiger und geschätzter Artikel geworden, dessen Export viele Millionen Dollars werthet. Zweifellos, der europäische Nahrungsmittelmarkt wird durch die nordamerikanischen Provenienzen immer mehr beherrscht, zum Grauen und Entsetzen unserer Landwirthe, welche mit jenen massenhaften und billigen Produkten kaum noch zu konkurriren vermögen. Die unendlichen Mengen nordamerikanischer Fisch-, Hummer-, Austernkonserven vervollständigen das nordamerikanische Menu, welches den namentlich auf billige Preise angewiesenen Europäern — und das ist die grosse Menge derselben — vorgelegt wird. Will man die amerikanische Speise- und Genusskarte vervollständigen, so führe man auch noch Süd- und Zentralamerika in's Feld und erinnere an den Kaffee von Brasilien und Guatemala, an den Kakao von Kolumbien, an den Tabak von Habana und S. Felix u. s. w. Für den Reichthum Amerika's an Nahrungsmitteln ist es charakteristisch genug, dass auch die Kartoffel — das vorzugsweise Nahrungsmittel von Millionen von Europäern — aus Amerika stammt. Selbst wenn man anerkennt, dass viele, ja vielleicht die meisten dieser Nahrungsmittel nicht den Wohl- und Feingeschmack der Erzeugnisse sorgsamer und besser arbeitender Kulturländer der alten Welt erreichen, so muss man doch zugeben, dass die Produkte der letzteren theurer sind, sich also weniger zu einem gleichen Massenkonsum eignen, und dass in nicht ferner Zeit verfeinerte Kulturmethoden auch die Qualität der nordamerikanischen Provenienzen verbessern werden. An erfolgreichen Versuchen fehlt es bereits jetzt nicht und ebenso nicht an der Einsicht, dass der in Nordamerika vielfach eingetretene Raubbau durch rationellere Kulturmethoden ersetzt werden müsse. Der beste Beweis für den Grad dieser Einsicht ist die Thatsache, dass im Jahre 1890 der Export von Dungstoffen der Stassfurter Industrie nach Amerika nahe an 100 Millionen Mark werthete.

Von jeher ist der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der gewesen, dass die jüngeren Länder die Speisekammern und Rohstofflieferanten der älteren Kulturländer waren und die letzteren mit den verfeinerten und feinsten Erzeugnissen ihrer höheren Technik, ihres besseren Geschmackes und ihrer vorgeschritteneren Erfahrung jene Nähr- und Rohstoffe bezahlten. Weit entfernt davon, den Reichthum Amerika's zu neiden, sollen und müssen wir es vielmehr begrüssen, dass der junge Kontinent durch seine reiche und vielseitige Naturalproduktion die Mittel gewinnt, um die europäischen Exporte zu zahlen. Vielleicht können die Zeitverhältnisse es bedenklich erscheinen lassen, die Ernährung der alten Welt allzu abhängig von der neuen Welt zu gestalten, und berechtigter Weise sieht sich die Letztere noch nach anderen Nähr- und Bezugsquellen um, sucht sich solche in Afrika, Asien und Australien zu schaffen! Nichtsdestowenig bleibt trotzdem die Bedeutung der ameri-

kanischen Produktions- und Nährgebiete bestehen, und wir haben alle Ursache, sie in ihrer derzeitigen vollen Bedeutung und Wichtigkeit zu würdigen, anderenfalls wir selbst die Geschädigten sein würden.

Dass die Naturalproduktion in den Vereinigten Staaten überwiegt, dass sie und die sie verarbeitende, auf eine Massenproduktion bedachte Industrie den Schwerpunkt in der gesamten Volkswirtschaft des Landes bilden, das darf als zweifellos gelten. Bilden doch diese Produkte fortgesetzt 73 bis 75 Proz. der Gesamtausfuhr der Union. Neben der Produktion der Rohstoffe bilden die Erzeugnisse der Konservenfabrikation, Müllerei, Bierbrauerei, Gerberei u. s. w. hervorragend wichtige Bestandtheile der nordamerikanischen Gesamtproduktion ebenso wie des Exporthandels.

Indessen man täusche und beruhige sich damit nicht! Der frische nordamerikanische Unternehmer- und Erfindergeist hat sich damit auch nicht befriedigt und wird auch fernerhin nicht unbefriedigt sein. Es genügt ihm nicht, das Eisen nur zu Schienen zu verwalzen, zu Stangen zu schmieden und zu Stahl zu verarbeiten — er hat es auch verstanden, daraus Maschinen zu konstruieren, welche das Staunen der ganzen Welt hervorgerufen haben. Wie wir das Dampfschiff einem Fulton verdanken, so die Nähmaschine einem anderen Amerikaner: Singer. Und welche Maschine hätte sich wohl in grösserem Umfange — im strengsten Sinne des Wortes — das Hausrecht erworben, als die letztere. — Nordamerika hat vor den 60er Jahren nur über eine kleine Armee verfügt, als es aber grosse Armeen aus der Erde stampfte, hat der amerikanische Erfindergeist die Revolverdrehbänke erfunden, welche allein die Herstellung von Millionen neuer Gewehre binnen weniger Monate ermöglichten. Keine europäische Waffenfabrik vermag jetzt diese Maschinen zu entbehren. Die Geburtsstätte des heute allerdings sehr verbesserten Revolvers stand ebenfalls in Nordamerika, in der Fabrik von Colt in Newhaven. Das seit Dezennien in Waffen starrende Europa musste erfahren, dass Nordamerika durch die Monitors ihm den Rang auf der See abließ. Aber wie in den Werken des Krieges, so hat sich der amerikanische Erfindergeist auch in äusserst erfolgreicher Weise in den Werken des Friedens bethätigt. Von der im Urwalde zur Verwendung gelangenden Axt bis zu den feinsten Instrumenten des Zahnarztes wie der Uhrenindustrie, sind die nordamerikanischen Werkzeuge als von hervorragender Güte, praktischer Verwendbarkeit, Eleganz des Aussehens, für die ganze Welt lange Zeit geradezu mustergiltig gewesen! Man erinnere sich nur, welcher Gefahr die alte schweizerische und deutsche Uhrenindustrie ausgesetzt gewesen ist, als die Nordamerikaner ihre zahlreichen Normaluhren in allen Grössen geschaffen haben, für welche die vorzüglich passenden Reservetheile in allen Theilen der Erde gegen billige Entschädigung gekauft und mit leichter Mühe eingesetzt werden konnten. Das Glasgebläse, zuerst 1873 auf der Wiener Weltausstellung vorgeführt, ist die Erfindung eines Nordamerikaners. Wer erinnerte sich nicht der epochemachenden Erfindung des für die industrielle Entwicklung so unentbehrlich gewordenen Hartgummi von Goodyear. Die Namen von Hotschkiss, Remington und Anderer mehr, glänzen noch heute als erste Sterne am industriellen Firmamente.

Diese und ähnliche Leistungen tüchtigster und bester Art mahnen auch das fortgeschrittene industriell und technisch hochgestellte Europa zur Einkehr und Vorsicht gegenüber der amerikanischen Mitbewerbung. Zweifellos lebt in den Nordamerikanern ein ganz gewaltiger industrieller Geist. Wenn dieser auch gebührend gewürdigt wird, so darf doch immerhin berechtigterweise geltend gemacht werden, dass im Vergleich zu der technischen Phantasie des Amerikaners seine künstlerische Phantasie nicht entsprechend entwickelt

ist. Die Amerikaner sind zu klug, um dies nicht zu fühlen, denn um sich dessen zu vergewissern, haben sie nur nöthig, die Eintönigkeit und Einförmigkeit ihrer Durchschnitts-Wohnungen und Durchschnitts-Häuser einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Auch hier herrschen die Erzeugnisse der Massenproduktion vor, deren praktische Aufgaben und Zwecke nicht verkannt werden sollen, die jedoch jedes individuellen Charakters baar sind. Wie tief aber die Nordamerikaner dies empfinden, das bezeugt die grosse Zahl der von ihnen in neuerer Zeit geschaffenen Kunst- und Kunstgewerbeschulen, deren Leistungen allerdings noch viel zu wünschen übrig lassen, die aber zweifellos noch eine sehr wichtige Mission im Laufe der nächsten Jahrzehnte in der industriellen Entwicklung des Landes spielen werden. Ob sie im Stande sein werden, den Einfluss auf die amerikanische Bevölkerung auszuüben und diese mit einer künstlerischen Auffassung und Anschauung zu durchsetzen, wie eine solche die Bevölkerung der europäischen Kulturländer auszeichnet, darf vorläufig noch bezweifelt werden. Ein solcher Erfolg setzt eine lange historische Entwicklung, Vielgestaltung und Gemüthstiefe des Volkslebens voraus, über welche der Amerikaner nicht verfügt und auch, in absehbarer Zeit, nicht verfügen wird. Indessen schliesst dies nicht die Erziehung und Ausbildung einzelner grosser Künstler, namentlich aus den Kreisen der Einwanderer und deren Kinder, aus. Denn „damit Einzelne malen können, müssen Hunderttausende karren“ und da in Nordamerika mehr Millionäre als in Europa existiren, welche Hunderttausende karren lassen, um aus den Ueberschüssen gemeiner Arbeit die Arbeit künstlerischer Genies mit hohen Summen zu belohnen, so ist der Kunst wie dem Künstler ein Gebiet erfolgreicher Thätigkeit mindestens erschlossen. Sei dem nun aber, wie ihm wolle, jedenfalls hat diese individuelle Kraft künstlerischen Empfindens und Könnens, nichts zu thun mit der künstlerischen technischen Fertigkeit, welche in der Union vielfach verbreitet ist. Die Photographie, der Oel-, Bunt- und Steindruck mögen neuerer Zeit noch so viele Fortschritte gemacht haben — ein Maler ersten Ranges ist in Amerika trotz alledem ebenso wenig seither entstanden, wie ein grosser Komponist, obwohl einem Solchen die besten Flügel von Steinway oder die schönsten amerikanischen Orgeln zur Verfügung gestanden hätten. —

Nordamerika mag noch so viele vortreffliche Rohstoffe produziren, in den cotton mills von Falls River noch so grosse Massen grober und mittlerer Garnnummern erzeugen, in Pennsylvania die Schienengürtel walzen, welche den ganzen Kontinent bis zum Pazifik fünfmal beschweren, es mag in noch so fündiger, intelligenter Weise seine Werkzeugmaschinen verbessern und seine Kraftmaschinen vergrössern — das was seiner Produktion fehlt, ist das Gepräge einer feineren und tieferen individualistischen Auffassung und Empfindung. Es fehlt die Seele, es fehlt der Zusammenhang der Industrie mit der Kunst, die Ergänzung der hypermaterialistischen Richtung des amerikanischen Volkslebens durch ein tieferes Gefühls- und Gemüthsleben des Volkes. Es geht durch die ganze Massenproduktion der nordamerikanischen Industrie ein demokratischer Grundzug. Auf dieser Bahn ist Nordamerika immerhin zu einer grossartigen Industrie gelangt und wird diese quantitativ zweifellos noch gewaltig ausdehnen — der Zunahme der Bevölkerung des Landes entsprechend. Ja, diese Industrie kann in absehbarer Zeit auch noch der europäischen Mitbewerbung gefährlich werden und ist es — allerdings unter der Gunst vorteilhafter Handelsverträge — u. A. in Brasilien bereits geworden! Es ist auch nicht zu leugnen, dass diese demokratische Tendenz der nordamerikanischen Industrie den Interessen und Forderungen der heutigen Zeit und den Ansprüchen der heutigen Bevölkerung in ausserordentlicher Weise Rechnung trägt. Hat doch zweifellos die Art der Volksvermehrung in allen unseren modernen Kulturstaaten

einen mehr demokratischen, ja proletarischen Charakter. Diese Art von Volksvermehrung schafft gleichmässige Bedürfnisse also Nachfrage nach billigeren Massenartikeln; wie die Gleichförmigkeit der Individuen zunimmt, so auch die Gleichförmigkeit ihrer Lebensweise, ihrer Bedürfnisse. Das muss auch der Tendenz der amerikanischen Industrie zu Gute kommen. Die Zahl Derer, welche dem individuellen Geschmack Befriedigung zu schaffen vermag, wird — leider zum Schaden der gewerblichen Weiterentwicklung — relativ, eine immer geringere. Um so mehr sind alle Bestrebungen zu begrüssen, welche die Kunst in das Gewerbe und selbst in die Massenindustrie hineinbringen wollen, um auch in den minder wohlhabenden Kreisen den individuellen Neigungen und Bedürfnissen zu Hilfe zu kommen. Trotz aller Anstrengungen in dieser Richtung hat die englische Industrie es nicht verhindern können, in ihren wichtigsten und grössten Branchen einer immer mehr demokratischen Richtung zu huldigen. Die deutsche Industrie ist — Dank der grösseren Vielseitigkeit des deutschen Volkscharakters und Volkslebens — erfolgreicher gewesen, hat aber gleichwohl doch noch nicht die aristokratische Stellung und Tendenz der französischen Industrie erreichen können. Paris ist heute noch der Zentralsitz und die Hochburg der aristokratischen Richtung des Gewerbslebens der Welt, von welchem zahllose belebende Anregungen ausgehen, die der gewerblichen und kunstgewerblichen Technik Frankreichs den Kampf auf allen Märkten der Welt erleichtern. Folgen wir Deutschen dieser Richtung, so wird uns die nordamerikanische Industrie schwerlich überholen. Aber dieses Gebiet ist ein sehr beschränktes und in der eigentlichen Gross- und Massenindustrie wird uns in den Vereinigten Staaten immer mehr ein gefährlicher Gegner erstehen, wie er uns nur von jeher in England erstanden war und ist.

Wenn aber Nordamerika über so ausserordentlich günstige Produktionsverhältnisse für seine Grossindustrie verfügt, wie kommt es dann, dass — so lautet die berechnete Frage — diese Industrie durch Zölle bis zu 100 Proz. ad valorem geschützt werden muss, dass sie trotz derselben mit England und Deutschland auf dem Weltmarkte in zahlreichen Branchen nicht konkurrieren kann, und dass viele unserer Industrieprodukte die Wälle der Mac Kinley-Bill in den Vereinigten Staaten selbst zu übersteigen vermögen? Das ist eine Frage, die eine sorgfältige Behandlung und klare Antwort erfordert.

Die letztere ist naheliegend und einfach. Noch liegt der far west offen und frei, noch harren, selbst im Osten wie in den nordamerikanischen Zentralstaaten, weite Flächen Landes der Kultur und namentlich der intensiveren Kultur. Der Boden ist, relativ, noch billig. Auch da, wo der Landbau nicht mehr recht lohnt, steigt und hebt sich die Bodenrente in Folge der starken Volksvermehrung und Einwanderung. Die Gewinnung der reichen Boden- und Mineralschätze, — man denke nur u. A. an die Baumwollenkultur, sowie an das Petroleum — die landwirtschaftlichen Gewerbe u. s. w. gewähren höheren Nutzen, ebenfalls unterstützt von der Einwanderung, als die Ansehung zahlreicher bereits vorhandener oder etwa neu einzuführender Industriezweige. Dazu kommt der Trieb der Selbständigkeit, welcher die wirtschaftlich noch unabhängigeren und selbständigeren Personen veranlasst, zu kleinen Unternehmern zu werden. So lange die Bildung eines kleinen wirtschaftlichen Unternehmerstandes durch diese Verhältnisse begünstigt wird, wird dieser Theil der Bevölkerung stets geneigt sein, dem industriellen Zwange und dem industriellen Proletariat aus dem Wege zu gehen und darnach trachten, seine geringen Mittel mit der persönlichen Arbeitskraft zu associiren, erfahrungsgemäss das beste Mittel, die zur Verfügung stehende Kapitalkraft in kurzer Zeit zu reproduziren. Dieses Streben wird begünstigt durch die Masse billiger Lebens-

mittel und gleichzeitig hoher Löhne für persönliche Dienste. In demselben Augenblick, in welchem jene Tendenz und jene Bedingungen, die zur Begründung zahlreicher kleiner Unternehmensexistenzen führen, aufhören, muss eine Stockung in dem jetzt freien Abflusse der persönlichen Arbeitskräfte eintreten, die Arbeitslöhne werden sinken, die Zahl der proletarischen Existenzen wird sich vermehren. Damit sinkt auch der Standard of life, die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Industrie. So lange aber die bisherigen Entwicklungsverhältnisse der Vereinigten Staaten von Nordamerika fortdauern, findet die inländische Industrie reichlichen Absatz im Inlande und sie wird bestrebt sein und bleiben, die Vortheile des unmittelbar vor ihrer Thür gelegenen Marktes auszubeuten. Ebenso wird neben ihr auch noch die ausländische, durch Eingangszölle beschwerte Industrie für ihre Produkte Absatz finden. Aendern sich diese Absatzverhältnisse, wird wegen Mangels von Absatz im Inlande die nordamerikanische Industrie gezwungen, die ausländischen Märkte aufzusuchen, so wird sie — grossgezogen und bereichert durch den ihr so intensiv gewährten Schutz und gestützt auf die, durch den grossen Konsum im Inlande ermöglichten geringen Generalunkosten — vielfach sehr konkurrenzfähig auftreten können, namentlich in den Artikeln, für welche sie die Rohstoffe im Inlande selbst billig erwerben kann. Alsdann wird auch die Periode der billigen Löhne, welche eine proletarische Volksvermehrung gewährt, angebrochen sein. Dann arbeitet Nordamerika unter ähnlichen Verhältnissen, wie die alten europäischen Industriestaaten es thun und hat noch (vielleicht) den Vortheil ausgedehnter, nahe gelegener Rohstoffbezugsquellen.

Wann dieser Zustand der Dinge eintreten wird, ist schwer zu sagen, jedenfalls wird er in absehbarer Zeit eintreten müssen, gleichviel ob in 30, 40 oder 50 Jahren oder um ein Dezzennium früher oder später. Werden aber die amerikanischen Produktionsverhältnisse denen von Europa ähnlicher, so wird diejenige Konkurrenz den Sieg auf dem Weltmarkte davon tragen, welche über die technisch bestgeschulten Kräfte, die niedrigeren Arbeitslöhne und die billigsten und besten Rohstoffe verfügt. Dass dies Nordamerika durchaus sein müsse, ist noch keineswegs als sicher anzusehen. Mindestens wird es in England einen sehr energischen Nebenbuhler auch in dieser Richtung finden. Dieses verfügt in Ostindien über ebenso reiche ergiebige Baumwollenkulturen, Weizenfelder und, in Australien und dem Kap, über billigere Wolle als selbst Nordamerika; aus seinen afrikanischen wie australischen Kolonien, sowie aus Canada und Südamerika kann England ebenso billige und gute Nahrungsmittel auf billigem Wasserwege beziehen, wie die nordamerikanischen Industriebezirke des Ostens aus dem Westen der Union. England verfügt noch auf lange Zeit über reiche Kohlen- und Eisenschätze sowohl in Europa wie in seinen Kolonien; Australien und Afrika sichern ihm alle für seine sonstigen Industrien erforderlichen Erze, insbesondere gewährt ihm Queensland reiche Kupfererze. Der riesige Absatz nach seinen Kolonien garantirt ihm die Vortheile der grossindustriellen Massenproduktion, die daran sich knüpfenden Vortheile geringer Generalunkosten, welche den englischen Produkten auch die Okkupation nicht englischer Märkte in hohem Grade erleichtert. Alle diese Umstände zusammengenommen, erklären und berechtigen hinreichend Englands Bestreben, sich an allen noch freien Küsten neue Stützpunkte für seinen Export, wie für den Bezug neuer Rohstoffe zu beschaffen und zu sichern. Die Nutzenanwendung hiervon für Deutschland und dessen Fürsorge bezüglich seiner künftigen Handels- und Industrieentwicklung liegt nahe genug, und gedenken wir darauf an anderer Stelle eingehender zurückzukommen.

In weniger günstiger Lage wie Nordamerika und England befindet sich Russland. Seine z. Z. vom freien

Meer noch entfernte Lage erschwert seine Beweglichkeit nach Aussen; seine Ausdehnung von West nach Ost gestattet nicht diejenige Mannichfaltigkeit der Naturalprodukte wie die Ausdehnung Nordamerika's von Nord nach Süd, oder wie die der englischen Kolonien in den verschiedensten Breitengraden sie gewähren. Gleichwohl verfügt Russland auf seinem ausgedehnten Gebiet über äusserst reichhaltige und vielfältige Produktions- und Absatzgebiete.

Dass Frankreich sich ähnliche Vortheile zu sichern gedenkt, bezeugt seine afrikanische Politik, die vollständig die einer Grossmacht würdige ist. Ob indessen das künftige französische Reich in Afrika bei seiner einförmigen geologischen wie klimatischen Beschaffenheit eine gleiche hervorragende Bedeutung als Produktionsgebiet für Rohstoffe wie als Absatzgebiet für Industrieerzeugnisse zu erringen vermag, wie die englischen, nordamerikanischen und russischen Länderkomplexe, muss bezweifelt werden. —

Kehren wir nach dieser Abschweifung wieder zu unserem Thema zurück, so gelangen wir zu dem Schlusse, dass Nordamerika, selbst bei fortgesetzter Schutzzollpolitik, innerhalb der nächsten Dezzennien die meisten bisher von ihm bezogenen europäischen Waaren nicht wird entbehren können, weil es — der angegebenen Gründe halber — ihm besser lohnt, seine Kapitalien und seinen Unternehmungsgeist auf die Gewinnung und Ausbeute der reichen Rohstoffe des Inlandes sowie auf die Massenverarbeitung derselben zu konzentriren. Mit diesen Produkten wird es auch gegen Europa erfolgreich kämpfen können. Auf den Gebieten einer virtuellen Technik wird es vorläufig nur ausnahmsweise den Kampf erfolgreich aufzunehmen vermögen.

Im Grossen und Ganzen sind die Nordamerikaner hiervon überzeugt, und wenn wir in Chikago auch die einheimische Industrie durch bedeutende Leistungen vertreten finden dürften, welchenamentlich die Tüchtigkeit einer einfach aber grossartig organisirten, durch ihre Massenproduktion exzellirenden Grossindustrie darthun werden, so wird doch der Schwerpunkt der einheimischen Ausstellung in der Vorführung vorzüglicher und mannigfaltiger Massen von Rohstoffen und deren Verarbeitungsprodukten bestehen, wie solche namentlich die sog. landwirthschaftlichen Gewerbe liefern. Die dabei zur Anwendung gelangenden Maschinen und Verfahren werden einen äusserst beachtenswerthen, interessanten und lehrreichen Theil der Ausstellung bilden. Dagegen dürften höhere technische virtuelle Leistungen und noch mehr solche künstlerischer und kunstgewerblicher Natur in der nordamerikanischen Abtheilung in den Hintergrund treten. Zahlreiche bedeutende Erfindungen werden ebenfalls in der nordamerikanischen Abtheilung den Europäer überraschen.

Der Währungswechsel in Oesterreich-Ungarn.

Von Paul Bammel.

Mit Rücksicht auf die noch nicht zu Ende geführten, aber mit der Oesterreichisch-Ungarischen Werthregulierung eng verknüpften, ausserordentlich schwierigen finanziellen Operationen müssen wir uns darauf beschränken, ein Bild der eintretenden Währungs-Aenderung, sowie von deren Ursachen und Wirkungen zu entrollen.

Bevor wir uns nun mit der neuen Währung vertraut machen, ist es zur Erlangung voller Klarheit über das Wesen der Aenderung erforderlich, einen Augenblick bei der gegenwärtig noch geltenden österreichischen Währung zu verweilen.

Die Silberwährung, für welche die beiden kaiserlichen Patente vom 19. September 1857 und 27. April 1858 massgebend waren, hatte als Geldmassstab den Oesterreichischen Währungs-Gulden, der den 45. Theil eines Pfundes Silber repräsentirte. Diesen Gulden erhielt man Anfangs von der National- jetzt Oesterreichisch-Ungarischen Bank gegen die von ihr ausgegebenen Banknoten, und zwar in der Menge, auf welche die Noten lauteten. Durch Kriegszeiten, die die Staatsfinanzen in Unordnung brachten, wurde indessen dies geordnete Verhältniss bald gestört. Das auf den Banknoten enthaltene Versprechen, Jedermann auf Verlangen das eigentliche Geld, d. h. die Silbermünzen auszuliefern, konnte nicht gehalten werden. — Auch die im Jahre 1866 geschaffenen österreichischen Staatsnoten zu 1, 5 und 50 fl., für welche von vornherein die Einlösungs-Möglichkeit nicht vorhanden war, verbesserten den ungeordneten Zustand des Geldwesens keineswegs.

Der Uebergang vieler Staaten zur Goldwährung, sowie die immer umfangreichere Produktion des Silbers reduzirten den Werth des letzteren und brachten dadurch die Werthbeständigkeit, die ja doch die Grundbedingung eines geregelten Geldsystems ist, ins Schwanken. Der 45. Theil eines Pfundes Silber hatte nicht mehr den Werth eines Gulden. Um nun zu verhindern, dass die Spekulation durch Ankauf billigeren Silbers vom Auslande zu Prägungszwecken, sich diesen Umstand zu Nutze machte, erschien im Jahre 1879 ein Erlass, der bestimmte, dass das Ausprägen des Silbers auf Bestellung aufgehört habe.

Aber nun, da nur noch der Staat das Recht hatte, den Goldumlauf durch Prägung von Silber zu erhöhen, machte sich eine eigenthümliche Erscheinung geltend. Während nämlich bisher die Papiergulden im Auslande nicht beliebt waren, wurden sie nun wieder gern genommen. Sie repräsentirten jetzt wieder eine gewisse fixe Rechnungsgrösse, ihre Transportkosten waren im Verhältniss zu den der Silbergulden gering und schliesslich waren sie auch nicht den Werthschwankungen, wie solche bei dem Silbergulden vorkamen, unterworfen.

Alle diese Umstände, die auf die wirthschaftliche Entwicklung Oesterreich-Ungarns den denkbar schlechtesten Einfluss übten, führten zu der Erkenntniss, dass die Regelung des Geldwesens ein Gebot der Nothwendigkeit geworden sei und gerade der jetzige Augenblick, wo Oesterreich-Ungarn nach langjährigen Kämpfen mit dem Handel und der Industrie des Auslandes eine aktive Handelsbilanz erreichte, d. h. wo es mehr ausfuhrte, als es vom Auslande benötigte und wo ferner die grössten europäischen Banken bedeutende Goldbestände besaßen, konnte für die Währungs-Aenderung als passend erachtet werden.

Nach längeren Berathungen erhielten denn auch am 2. August dieses Jahres die allerhöchste Genehmigung sechs Gesetze, welche die Regierung in den Stand setzten, mit der Münz- und Währungs-Umgestaltung zu beginnen, und zwar sollte dieselbe nach der Reichsverfassung in beiden Reichshälften nach gleichen Grundsätzen erfolgen.

Es wird nach Absicht des Gesetzgebers die bisherige Währung allmählich in Goldwährung übergehen.

Das erste dieser Gesetze spricht von der Grundlage des neuen Münzsystems, welches eine Goldmünze im Werthe von 20 Kronen oder 10 Gulden bilden soll, bestimmt ferner die Münzeinheit, — das Ein-Kronenstück, — und behandelt sodann ausführlich die Prägung der Münzen, deren Eintheilung, Gewicht und Feingehalt. — Der Staat soll die Prägung übernehmen und ist ermächtigt, 183 $\frac{1}{2}$ M. Goldmünzen, ferner grosse Summen Silber- und Nickelmünzen und auch Bronzemünzen in Umlauf zu setzen. Er soll aus einem Kilo feinen Goldes, dessen Werth nach dem Durchschnittskurse der fremden Wechsel von 1879—1891 mit fl. 1640 — angenommen worden ist, 164 20-Kronenstücke oder 328 10-Kronenstücke, d. h. 3280 Kronen prägen. Diese Goldmünzen

werden bei einem Feingehalte von $\frac{9}{10}$ mit einer kleinen Fehlergrenze $6\frac{775}{1000}$ resp. $3\frac{888}{1000}$ Gramm wiegen. Aber auch Privaten ist es gestattet, sich gegen Einlieferung von Barrengold bei einer kleinen, vom Finanzministerium näher festzusetzenden Vergütung (dieselbe ist auf 6 Kronen normirt), welche indessen nicht mehr als $3\frac{9}{100}$ betragen darf, 20-Kronen-Stücke prägen zu lassen; jedoch nur diese Münze, denn das Recht, auch andere Münzen zu prägen, besitzt ausschliesslich der Staat. — Was nun die Ausstattung der neuen Goldmünze anbelangt, so kommt dieselbe der des bisherigen Goldguldens fast gleich. Sie trägt auf der Aversseite das Brustbild des Kaisers und auf der Reversseite den kaiserlichen Adler mit der Werthbezeichnung 20 beziehungsweise 10 Corona; ihr Rand ist glatt und zeigt in vertiefter Schrift die Worte „Viribus unitis“ (Mit vereinten Kräften). Als Passirgewicht erhalten diese Goldstücke $6\frac{74}{100}$ Gramm resp. $3\frac{37}{100}$ Gramm und es sollen als Abweichung von der gesetzlichen Norm im Rohzustande nicht mehr als $2\frac{9}{100}$ und vom Feingehalte nur $1\frac{9}{100}$ gestattet sein.

Die Pflicht, die neue Münze in unbeschränkter Menge in Zahlung zu nehmen, verbunden mit dem Rechte, sich für Gold 20-Kronenstücke darstellen zu lassen, kennzeichnet das Wesen der Goldwährung. Es bildet die Goldmünze das Kurant und die übrigen noch zur Prägung kommenden Geldsorten die Scheidemünzen. Letztere werden mit Ausnahme des Ein-Kronenstückes an öffentlichen Kassen bis zur Höhe von 10 Kr. und im Privatverkehr bis zur Höhe einer Krone als Zahlungsmittel dienen. Das Ein-Kronenstück nimmt der Staat und die öffentlichen Kassen in unbeschränkter Menge; Private sollen indessen nur zur Annahme von 50 Kr. verpflichtet sein.

Im zweiten Gesetze finden wir den Münz- und Währungs-Vertrag mit der Reichshälfte Ungarn und die Bestimmung über Vertheilung der Münzen, welche danach im Verhältnisse von 70 zu 30 erfolgen soll. Die nun folgenden Gesetze bringen Verfügungen über

1. die Regulirung der auf Goldgulden lautenden Zahlungs-Verbindlichkeiten, die danach nach Wahl des Schuldners auch in Landes-Goldmünzen der Kronen-Währung geleistet werden können;

2. den Zusatz eines Artikels zu den Statuten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, welcher besagt, dass die Bank verpflichtet sein soll, Barrengold und Goldmünzen zum Nennwerthe zu kaufen und dagegen den im Gesetze vorgesehenen Betrag zu zahlen;

3. die Ermächtigung des Finanzministers, zur Goldbeschaffung ein Anlehen in Höhe von $183\frac{1}{2}$ Millionen österreichischer Goldgulden aufzunehmen und endlich

4. die Ermächtigung der Regierung zur Konvertirung verschiedener Staatspapiere.

Dies ist in grossen Zügen der Inhalt der Währungsgesetze. Zur Gewinnung grösserer Klarheit werde ich die neuen Münzen noch einmal näher bezeichnen und dabei gleichzeitig das Werthverhältniss derselben zu den Münzen anderer Länder feststellen. Es werden ausgegeben

- | | |
|---------------------------------|----------------------------------|
| 1. Hauptmünzen | { 20-Kronen- od. 10-Guldenstücke |
| | { 10- „ „ 5- „ „ |
| | in Gold; |
| 2. Nebenmünzen, nämlich | |
| 1-Kronen- oder 50-Kreuzerstücke | in Silber, |
| 20} -Heller- „ 10} | „ „ Nickel, |
| 10} „ „ 5} | „ „ „ |
| 2} | 1} |
| 1} „ „ 1/2} | „ „ Bronze, |

und dagegen die Staats- und Banknoten, 20-, 10-, 4-, 1-, $\frac{1}{2}$ -Kreuzerstücke später eingezogen.

Aus einem Kilo feinen Goldes werden 3280 Kr. hergestellt, und es ergibt sich daher das Verhältniss des Kronengeldes zum ausländischen Gelde wie folgt:

100 Kr. sind gleich 85 Mk. 6 Pf., oder

105 frs.

4 Lstr. 3 sh. $3\frac{3}{10}$ d.

und umgekehrt:

Man erhält für

100 Mk. 117 Kr. 56 Heller,

100 Frs. 95 „ 23 „

10 Lstr. 240 „ 9 „

Die Dukaten, welche einem Goldwerth von 11 Kr. 29 Heller entsprechen, sowie die Maria-Theresia-Thaler, die einen Werth von 3 Kr. 40 Heller repräsentiren, werden nach wie vor als Handelsmünzen geprägt werden.

Die grossen Umwälzungen, die die Aenderung des Geldwesens immer im Gefolge hat, sind auch bei Regelung der Oesterreichischen Valuta schon durch die Gesetze zur Genüge gekennzeichnet. Ein kurzer Ueberblick über die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Gesetze erscheint indessen erforderlich. Da ist denn zuerst der kleine Rentner, auf den die Umänderung einen nicht unbedeutenden Einfluss übt. Er muss nun, da der eintretende Zinsfuss seine Lebensbedürfnisse nicht mehr zu befriedigen vermag, sich wieder Unternehmungen zuwenden und widmet dadurch indirekt dem Staat wieder seine Kraft. Hier nach folgt der Importeur, und nicht zu vergessen sind auch die Ausländer, die durch die Werthveränderung, d. h. dadurch, dass ein bestimmter Werth für Gold festgesetzt worden ist, einen kleinen Nutzen oder Schaden haben, natürlich nur vorübergehend.

Eine Folge von der Umgestaltung wird sich aber auch bei der Bank geltend machen; denn diese wird nach Aufnahme der Baarzahlungen ähnlich wie die Banken der Goldwährungsländer eingerichtet werden müssen.

Diese Wirkungen werden sich jedoch hauptsächlich erst nach Erledigung der eingangs bereits erwähnten finanziellen Operationen beurtheilen lassen, d. h. sie werden mehr oder weniger erst nach Aufnahme der Baarzahlungen eintreten. Ein bestimmter Zeitpunkt für dieselbe ist in den Gesetzen nicht vorgesehen und wird sie auch erst dann erfolgen können, wenn die Finanzminister die Konvertirung der Staatspapiere vorgenommen und durch Unterbringung des Staats-Anlehens das erforderliche Gold beschafft haben werden.

Anweisung zur Sicherung des Urheberrechtes in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

(Schluss.)

4. Niemand hat gültigen Anspruch auf den Schutz des Urheberrechtes, wenn er nicht den Besitz desselben dadurch zur Kenntniss bringt, dass er bei Büchern in jedem ausgegebenen Exemplar oder der darauf folgenden Seite, oder bei Land- und Seekarten, musikalischen Kompositionen, Abbildungen, Holzschnitten, Stichen, Photographien, Gemälden, Zeichnungen, Farbendruckten, Skulpturen oder Modellen oder Entwürfen, welche als Werk der schönen Künste ausgeführt werden sollen, auf irgend einem Theile derselben oder auf der Substanz, auf welcher diese Gegenstände aufgestellt sind, folgende Worte: „Eingetragen gemäss der Kongressakte im Jahre von im Bureau des Bibliothekars des Kongresses zu Washington“ oder nach dem Belieben der Person, welche das Urheberrecht erworben, die Worte: „Urheberrecht 18 . . . von“ anbringt.

Das Gesetz verhängt eine Geldstrafe von 100 Dollars über Jeden, der, ohne das Urheberrecht erworben zu haben, den Vermerk „Eingetragen gemäss der Kongressakte“ oder „Urheberrecht“ oder Worte von gleicher Bedeutung in oder auf einem Buche oder anderen Gegenstände anbringt.

5. Das Gesetz über das Urheberrecht sichert den Verfassern oder ihren Rechtsnachfolgern das ausschliessliche Recht der Uebersetzung oder Dramatisierung ihrer eigenen Werke.

Da der Ausdruck „Alle Rechte vorbehalten“ sich ausschliesslich auf das Recht der Dramatisierung oder Uebersetzung bezieht, so hat er für Veröffentlichungen, welche nicht Originalwerke sind, keine Bedeutung und wird daher in derartigen Fällen nicht in das Register eingetragen werden.

6. Das Urheberrecht läuft 28 Jahre. Innerhalb sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes können der Verfasser oder Zeichner oder dessen Wittve oder Kinder sich eine Erneuerung des Urheberrechtes für einen fernerer Zeitraum von 14 Jahren sichern. Gesuche um Erneuerung müssen, wenn sie Seitens des Verfassers eingereicht werden, von einer klaren Darlegung des Eigenthumsrechtes oder, wenn sie von seinen Erben eingereicht werden, von dem Nachweis der Verwandtschaft begleitet sein und Zeit und Ort der Eintragung des ursprünglichen Urheberrechtes bestimmt angeben. Die Erneuerung ist innerhalb zweier Monate, vom Datum des Erneuerungs-Zertifikats ab gerechnet, in einer Zeitung vier Wochen lang zu veröffentlichen.

7. Die Zeit, innerhalb welcher ein unter den Schutz des Urheberrechtes gestelltes Werk die Presse verlassen muss, ist durch kein Gesetz und keine Verordnung begrenzt; jedoch haben sich die Gerichtshöfe dahin ausgesprochen, dass dies innerhalb angemessener (reasonable) Zeit zu geschehen habe.

Man kann sich das Urheberrecht sowohl für ein projektirtes als auch für ein vollendetes Werk sichern. Aber das Gesetz sieht keine Anmeldung (caveat) und keine Einspruchserhebung, sondern nur die wirkliche Eintragung des Titels vor.

8. Urheberrechte können durch schriftliche Urkunde rechtsgültig übertragen werden; eine solche Uebertragung muss binnen 60 Tagen, von ihrem Datum an gerechnet, im Bureau des Bibliothekars des Kongresses registriert werden. Für diese Registrierung und Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung wird eine Gebühr von einem Dollar erhoben, desgleichen für Ausfertigung einer beglaubigten Abschrift des eingetragenen Cessionsvermerks.

9. Eine Abschrift der Eintragung eines Urheberrechtes (oder ein Duplikat des darüber ausgestellten Zeugnisses) unter amtlichen Siegel wird für je 50 Cents geliefert.

10. Bei Werken, welche aus mehr als einem Bande bestehen oder bei Zeitschriften, welche in Nummern erscheinen, oder bei Stichen, Photographien oder anderen Gegenständen, welche mit Abänderungen veröffentlicht werden, ist das Urheberrecht für jeden Band oder Theil des Werkes oder für jede Nummer der Zeitschrift oder für jede Abänderung eines anderen Gegenstandes in Bezug auf Stil, Titel oder Aufschrift besonders eingetragen. Aber ein Werk, welches in einer Zeitschrift unter demselben allgemeinen Titel fortlaufend veröffentlicht wird, erfordert nur einmalige Eintragung des Urheberrechtes.

Zur völligen Sicherung des Urheberrechtes an einem solchen Werke sollten sowohl je zwei Exemplare jedes in der Zeitschrift veröffentlichten Abschnittes als auch des vollständigen Werkes, wenn es separat erschienen ist, hinterlegt werden.

11. Um das Urheberrecht an einem Gemälde, einer Statue, einem Modell oder Entwurf, welche als Werk

der schönen Künste ausgeführt werden sollen, zu sichern, ist dem Gesuche um Gewährung des Urheberrechtes eine bestimmt gehaltene Beschreibung und eine Photographie des betreffenden Gegenstandes in Kabinetformat beizufügen. Das so beschaffene Gesuch ist dem Bibliothekar des Kongresses nicht später als am Tage der Veröffentlichung des Werkes oder Entwurfs durch die Post zu übersenden.

Zu den schönen Künsten zählen im Sinne des Urheberrechtes nur die Malerei und die Bildhauerkunst; Gegenstände der bloss ornamentalen und dekorativen Kunst unterliegen, als unter den Musterschutz fallend, der Zuständigkeit des Patentamtes.

12. Das Urheberrecht kann nicht gewährt werden für Handelsmarken, für Namen von Gesellschaften oder für Waarenartikel für eine Idee oder einen Plan, auch nicht für Abdrücke oder Etiketts, welche auf Gegenständen der Fabrikation benutzt werden sollen. Wünscht man solche Namen oder Etiketts geschützt zu haben, so ist eine Eingabe an das Patentamt zu richten, woselbst Waaren-Etiketts gegen eine Gebühr von sechs Dollars und Handelsmarken gegen eine Gebühr von 25 Dollars registriert werden.

13. Die Bestimmungen der am 1. Juli 1891 in Kraft getretenen Kongressakte vom 3. März 1891 über die Eintragung des Urheberrechtes ausländischer Autoren in den Vereinigten Staaten sind dieselben, wie die vorstehend mitgetheilten.

Ein Anspruch der Bürger oder Unterthanen einer fremden Nation auf den Schutz des Urheberrechtes findet nicht statt, wofern nicht die betreffende Nation den Bürgern der Vereinigten Staaten die Wohlthat des Schutzes des Urheberrechtes auf derselben Grundlage wie ihren eigenen Unterthanen gewährt; oder wofern nicht die betreffende Nation einer internationalen Vereinigung für den gegenseitigen Schutz des Urheberrechtes angehört, welcher die Vereinigten Staaten beitreten können.

Der Bibliothekar des Kongresses kann das Urheberrecht für Ausländer nur nach einer Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten eintragen, welche das Vorhandensein einer der vorerwähnten Bedingungen feststellt.

Das Recht der Amerikaner, sich das Urheberrecht im Auslande zu sichern, ist durch das neue Gesetz nicht abgeändert, da wegen einer neuen Gesetzgebung auf diesem Gebiete in auswärtigen Staaten Berathungen gepflogen werden und auch wegen internationaler Vereinbarungen bezüglich des Urheberrechtes zwischen den Regierungen dieser Staaten und der Regierung der Vereinigten Staaten Verhandlungen schweben.

14. In Gesuchen um Verleihung des Schutzes des Urheberrechtes ist der vollständige Name und Wohnort des Gesuchstellers genau anzugeben, ferner, ob das Recht als Verfasser, als Erfinder oder Zeichner oder als Eigenthümer beansprucht wird. Kein affidavit, auch keine Zeugenunterschrift ist für ein solches Gesuch erforderlich.

Kleine Mittheilungen.

Verbesserung im gewerblichen Fortbildungsschulwesen. Sehr zu begrüßen ist eine Bewegung in den gewerblichen Schulen für Handwerkslehrlinge und jugendliche Arbeiter, die sich in verschiedenen deutschen Staaten neuerdings geltend macht. Dieselbe zielt auf die Verlegung der Schulzeit von den späten Abendstunden, an welchen die jungen Leute gewöhnlich ganz abgespannt waren, auf frühere Tagesstunden, selbst wenn dieselben in die Arbeitszeit fallen. Indirekt wird dadurch wahrscheinlich eine Verkürzung

der Arbeitszeit für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter erzielt. So ist der Unterricht neuerdings verlegt worden: in der städtischen Gewerbeschule zu Göttingen von 8—9½ (:) Uhr auf 6¼—7¾ Uhr, in den gewerblichen Fortbildungsschulen zu Königstein von 8—10 (:) Uhr auf 5—7 bzw. 6—8 Uhr, zu Eltville auf 5—6 Uhr, zu Giessen von 7—9 auf 2—4 bzw. 5—7 Uhr, zu Mainz auf 5—7 Uhr, zu Darmstadt wenigstens für gewisse Gewerbe von 7—9 Uhr, auf den Nachmittag bzw. frühen Abend. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese gesunde Bewegung ihren weiteren Fortgang nähme und zu einer allgemeinen Verlegung der Unterrichtszeit deutscher Fortbildungsschulen in die Tageszeit führte.

Enquête über die Stellenlosigkeit der Handlungsgehilfen. Den Mittheilungen des „Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine“ ist zu entnehmen, dass dieser Verband eine Enquête über die Gründe und die näheren Umstände der Stellenlosigkeit seiner Gehilfenmitglieder (keine Zählung der Stellenlosen) vornimmt. Es heisst da: „Am 12. Juni 1892 wurde (in Köln beim Verbandstag) bei Besprechung des Braunschweiger Antrags unter Zustimmung der Versammlung von Herrn Bosch-Köln hervorgehoben, dass Versicherung gegen Stellenlosigkeit sehr wünschenswerth sei. Der Verbands-Vorstand hat, ausgehend von der Ueberzeugung, dass Versicherung gegen Stellenlosigkeit gewiss den Vorzug vor Unterstützung bei Stellenlosigkeit verdiene, schon weil letztere immer einen demüthigenden Beigeschmack habe, diese Angelegenheit längst in den Bereich seiner Erwägungen gezogen. Beweis dafür ist einestheils, dass der Verbands-Vorsteher schon im März 1890 seinen Sohn, Dr. Walther Lotz, Professor der Staatswissenschaft in München, veranlasste, diese Einrichtung bei der Clerks-Association in Liverpool, dem einzigen Verein, der eine solche Kasse seit Jahren besitzt, an Ort und Stelle gründlich zu untersuchen (Ergebnisse dieser Untersuchung hat Dr. Lotz mitgetheilt in der Kaufmännischen Presse No. 25, 26 und 105), andernteils, dass der Hamburger Verein für Handlungs-Kommis von 1858 schon im Herbst 1890 einer Anzahl grösserer Bundesvereine praktische Vorschläge in dieser Angelegenheit mittelst Rundschreibens unterbreitet hat. Dieselben fanden aber nur in Frankfurt, Mannheim und Berlin Zustimmung, die übrigen befragten Vereine verhielten sich entweder ablehnend oder theilnahmslos. Der Hamburger Bruderverein hat in Folge dessen von weiterer Verfolgung der Angelegenheit damals Abstand nehmen müssen, um so mehr, als sich nicht verkennen lässt, dass dieses Problem, so reizvoll es sich auf den ersten Blick ansieht, bei seiner Lösung manche grosse Schwierigkeiten darbietet. Es muss hier gedacht werden an häufiges Ortswechseln der Gehilfen und damit an die erschwerte notwendige Kontrolle, an den Umstand, dass die Versicherung meist nur von minder gut gestellten Gehilfen benutzt werden dürfte, an Handelskrisen, bei welchen die meisten Anforderungen an die Kasse gestellt werden dürften, während zu solchen Zeiten die Stellenvermittlung gerade am wenigsten entlastend wirken kann etc. Die freudige Zustimmung, welche Herr Bosch bei seinem Vorbringen in Köln fand, lässt vermuthen, dass mittlerweile mehr allgemeines Interesse für das Problem erwacht ist, als früher, und es bietet sich nun vortreffliche Gelegenheit für die Verbandsvereine, dieses in Köln kundgegebene Interesse durch gemeinsame Arbeit zu bethätigen. Bevor man nämlich solch schwierige Aufgabe, deren glückliche Lösung ja gewiss höchst wünschenswerth wäre, weiter bearbeiten kann, ist durchaus nothwendig, dass man vorher zuverlässige statistische Erhebungen über den durchschnittlichen Umfang der Stellenlosigkeit und deren Ursachen anstellt. . . . Der Verbands-Vorstand hat deshalb beschlossen, Fragebogen an die Vereine hinauszugeben. Derselbe ist bis zum 15. Dezember

d. J., beantwortet portofrei an den Verbands-Vorsteher zurückzuliefern. Dann soll dessen Bearbeitung alsbald erfolgen, damit dem Vorstand bei seiner Sitzung am 25. März 1893 in Eisenach hinlänglich gesichtetes Material zur Beschlussfassung für eine Vorlage an den nächsten (Görlitzer) Verbandstag unterbreitet werden kann.“

Wohnhausstatistik des Deutschen Reiches.

Unter den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 wird im soeben erschienenen zweiten „Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reiches“ eine Tabelle über die Häuser und Haushaltungen am 1. Dezember 1890 publiziert. Demnach wurden mit Einschluss von Helgoland gezählt 5 790 689 bewohnte und 122 109 unbewohnte Häuser, ferner 41 442 hauptsächlich oder gewöhnlich zu Wohnzwecken nicht dienende Gebäude, 3825 Hütten, Bretterbuden, Zelte etc. 12 606 bewegliche Baulichkeiten (Wagen, Schiffe, Flösse etc.) im Ganzen 5 970 671 zur Wohnung dienende oder bestimmte Gebäude. Auf ein Quadrat-kilometer kamen 11,05 zur Wohnung dienende oder bestimmte und 10,82 bewohnte Gebäude. Auf ein bewohntes Gebäude kamen 1,82 Haushaltungen und 8,45 Personen. Die meisten Personen kamen auf 1 bewohntes Gebäude in Berlin (52,64), hierauf folgen in Preussen die Regierungsbezirke Danzig (11,10) und Bromberg (11,08), ferner Königsberg (10,75), Arnberg (10,68), Potsdam (10,52), Breslau (10,51), Stettin (10,49) und Posen (10,18). Im Königreich Sachsen kommen 10,80 Personen auf ein bewohntes Gebäude und zwar in den Kreishauptmannschaften Dresden 11,36, Leipzig 11,25 und Zwickau 11,85. In Mecklenburg-Strelitz kommen 10,08 und in Hamburg 17,17 Personen auf eine bewohnte Baulichkeit. Die niedrigsten Zahlen finden sich auf je eine Baulichkeit in Preussen, in Helgoland (4,00), Sigmaringen (5,11) und in den Regierungsbezirken Aurich (6,15), Coblenz (6,20), Stade (6,26), Trier (6,67), Aachen (6,86) und Münster (6,96); dann in Bayern 6,87 und zwar in Schwaben (6,01), Unterfranken (6,18), Niederbayern (6,42) und in der Pfalz (6,45); in Württemberg (7,01) und zwar im Donaukreis (6,25), Jagstkreis (6,45) und Schwarzwaldkreis (6,52); in Baden (7,52) und zwar im Bezirke Konstanz (6,55) und im Bezirke Freiburg (6,92); in Hessen (7,06) und am niedrigsten in Oberhessen (5,92), dann in Sachsen-Weimar (6,50), Oldenburg (6,38), Sachsen-Coburg-Gotha (6,88), Schwarzburg-Sondershausen (6,31), Schwarzburg-Rudolstadt (6,85), Waldeck (6,55) und in Elsass-Lothringen (6,23).

Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe im Grossherzogthum Hessen. Auch für das Grossherzogthum Hessen ist nunmehr ein Erlass des Ministeriums des Innern und der Justiz an die Kreisämter ergangen, der die vom 1. Juli an nach § 105b der R.-G.-O. in Kraft tretende Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe betrifft. Die amtliche „Darmstädter Zeitung“ veröffentlicht denselben unterm 20. Juni d. Js. Danach sollen die Kreisämter für ihren ganzen Bezirk Anfang und Schluss der sonntäglichen Arbeitszeit möglichst auf 6 Uhr früh und 1 Uhr Nachmittags, nur ausnahmsweise auf 7 Uhr früh und 2 Uhr Nachmittags festsetzen. Sie sollen ferner darauf hinwirken, dass nur Ladengeschäfte von den vollen fünf Stunden Gebrauch machen, alle übrigen Handelsgewerbe sollen sich mit 2 bis 3 Stunden Arbeitszeit begnügen. In letzterem Punkte geht die Anweisung über die preussische hinaus, was im Interesse der Sonntagsruhe zu begrüssen ist. Die Ausnahmen von der Sonntagsruhe sind ganz ebenso umgrenzt, wie in der preussischen Verordnung.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 1.

Braunschweig, Januar-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachungen.

Handelskammerwahlen betreffend.

Am 1. April 1893 scheiden die Handelskammer-Mitglieder, Herr Kommerzienrath und Stadtrath Aug. Haake, Herr Bankdirektor Benndorf, Herr Otto Lüttge, Herr Louis Gerloff, Herr Albert Störig aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Donnerstag, den 23. Februar 1893,

Vormittags 10—2 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer hieselbst, Breitestrasse 9I, festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird an der Amtsstelle der Handelskammer, Breitestrasse 9, pt., vom 4.—14. Januar d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Braunschweig, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Braunschweig.

H. Schmidt.

Handelskammerwahlen betreffend.

Am 1. April 1893 scheiden die Handelskammer-Mitglieder, Herr Fabrikant Max Ehrhardt zu Wolfenbüttel und Herr Direktor Wiske zu Barum aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Donnerstag, den 16. Februar 1893,

Vormittags 11—1 Uhr,

im Sitzungssaale des Rathhauses zu Wolfenbüttel

festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Bureau des Stadtmagistrats hieselbst vom 4.—14. Januar d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Wolfenbüttel, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Wolfenbüttel.

F. Haffner.

Handelskammerwahlen betreffend.

Am 1. April 1893 scheiden die Handelskammer-Mitglieder, Herr Brennereibesitzer A. Schmidt zu Helmstedt und Herr Stadtrath J. H. Willecke zu Königslutter aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Donnerstag, den 16. Februar 1893,

Vormittags 11—1 Uhr,

im Sitzungssaale des Rathhauses zu Helmstedt

festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Bureau des Stadtmagistrats zu Helmstedt vom 4.—14. Januar d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Helmstedt, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Helmstedt.

Otto Dorguth.

Handelskammerwahlen betreffend.

Am 1. April 1893 scheidet das Handelskammer-Mitglied, Herr Heinrich Rehn zu Holzminden aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Sonntag, den 25. Februar 1893,

Vormittags 11—1 Uhr,

im Saale des Hotel Neumann zu Holzminden

festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Amtlokal des Stadtmagistrats hieselbst vom 4.—14. Januar d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Holzminden, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Holzminden.

B. Liebold.

Handelskammerwahlen betreffend.

Am 1. April 1893 scheidet das Handelskammer-Mitglied, Herr August Corves zu Blankenburg aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Dienstag, den 28. Februar d. J.,

Vormittags 11—12 Uhr,

im Sitzungssaale des Rathhauses zu Blankenburg

festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Sekretariat des Stadtmagistrats hieselbst vom 4.—14. Januar d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Blankenburg, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Blankenburg.
A. Schraff.

Handelskammerwahlen betreffend.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 24. Dezember 1892 bringe ich hiermit zur Kenntniss der Wähler für die Handelskammer, dass die Wählerlisten vom 4. Januar d. J. ab nicht auf dem Amtszimmer der Herzoglichen Kreisdirection, sondern im Bureau des Stadtmagistrats zu Gandersheim ausliegen werden.

Die Wahl findet am **18. Februar d. J., Vormittags 11—1 Uhr**, im Sitzungssaale des Rathhauses zu Gandersheim statt.

Delligsen, den 2. Januar 1893.

Der Wahlkommissar für den Kreis Gandersheim.
Lundberg,
Generaldirektor der Karlsruhte.

Bekanntmachung.

A. Z. D. 7. — 383/93.

Es sind uns in letzter Zeit verschiedene Gütertarife und Tarif-Nachträge, u. a. der deutsche Verbands-gütertarif, der belgisch-deutsche Verbands-gütertarif, der deutsch-schweizerische Verbands-gütertarif und der mitteldeutsche Verbands-gütertarif zugegangen, welche an unserer Amtsstelle während der Dienststunden eingesehen werden können.

Braunschweig, 15. Januar 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Eisenbahn-Oberbau-Frage in ihrer volkwirtschaftlichen Bedeutung.

Vom Generaldirektor A. Haarmann-Osnabrück.

I.

Seit geraumer Zeit sind die wirthschaftlichen Verhältnisse des Vaterlandes in einem bedenklichen Niedergange begriffen. Wie die Eisenbahnen ausweislich der Rechnung des Staatshaushaltes eine bedeutende Verminderung ihrer Einnahmen erlitten haben, so tritt auch auf fast allen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit, und zwar kaum gemildert durch den günstigen Ausfall der letzten Ernte, mehr und mehr ein Zustand in die Erscheinung, der leider vielfach schon jetzt als „Nothlage“ bezeichnet werden muss.

Ein höchst beachtenswerthes Symptom liefert dafür u. A. die amtliche Konkurs-Statistik für die ersten sechs Monate v. J., nach welcher in diesem Halbjahr 1503 Konkurse mehr eröffnet wurden, als im Durchschnitt der ersten sechs Monate der Jahre 1880 bis 1889. In dem gedachten Zeitraume belief sich die Zahl der gesammten Konkurse im Jahresdurchschnitt auf 2674, während sie im Jahre 1891 bereits auf 3723 gestiegen war und im vorigen Jahre die hohe Ziffer 4174 erreichte.

Zu denjenigen Zweigen der nationalen Arbeit, bei denen sich diese traurige Wendung der Verhältnisse am fühlbarsten geltend macht, gehört in erster Linie die heimische Eisen- und Stahl-Industrie. Man mag in der Tagespresse oder in den Geschäftsberichten unserer grossen Unternehmungen blättern: fast überall begegnet man Klagen über ungenügende Beschäftigung, über die Nothwendigkeit von Lohnherabsetzungen, über Einschränkungen des Betriebes und über die Unabweislichkeit von Arbeiterentlassungen, wobei hinsichtlich der letzteren die erfreuliche Wahrnehmung hervortritt, dass die Werksverwaltungen mit verschwindenden Ausnahmen überall darauf Bedacht nehmen, selbst mit wesentlichen Opfern den Arbeitern ihrer Betriebe, soweit möglich, die Gelegenheit zum Verdienst zu erhalten. Wodess schlechterdings nicht zu erreichen ist, werden, wenn irgend thunlich, Meliorationsarbeiten angeordnet, die zwar erst im Laufe der Jahre den betreffenden Unternehmungen sich nützlich erweisen können, aber durch die ausserordentlichen Umstände eine gewisse Rechtfertigung finden.

Leider wird dieses Auskunftsmittel nur für eine beschränkte Zeit mildernd wirken, und seine Anwendung ist in der Regel auch nur bei grossen Aktiengesellschaften und den wenigen Privatbetrieben möglich, denen entsprechende Kapitalmittel zur Verfügung stehen, so dass der zunehmenden Erwerbslosigkeit immerhin nur theilweise wird gesteuert werden können. Unwillkürlich muss sich angesichts dieser Gestaltung der Dinge der Blick auf denjenigen Faktor richten, welcher als der grösste Arbeitgeber im Lande anzusehen ist, und das sind, wenigstens für die grossen Werke der heimischen Eisen- und Stahl-Industrie, unsere Staatseisenbahnen.

Es wird denn auch nicht zu verkennen sein, dass die Stockungen vieler industrieller Betriebe grossentheils auf denjenigen Ausfall zurückzuführen sind, welcher in den Beschaffungen des Materialbedarfs der Eisenbahnen hervortritt. Daher liegt es nahe, eine Prüfung darüber anzustellen, in welchem Umfange eine derartige Zurückhaltung vorliegt, welche Wirkung sie übt, auf welche Ursachen sie sich gründet, wie weit sie gerechtfertigt erscheint, und wie der volkwirtschaftlichen Gefahr, die sie einschliesst, in einer allen Betheiligten gerecht werdenden Weise abgeholfen werden könnte.

Vielleicht wäre es wünschenswerth, diesen Gegenstand von berufenerer Seite behandelt zu sehen, und ich muss gestehen, dass ich mich, den an mich ergangenen Anregungen Folge gebend, nur zögernd zur Uebernahme eines bezüglichen Referates entschlossen habe. Allein es ist mir in etwa ergangen, wie Scheffel mit seinem „Ekkehard“, als ihm Gestalten im Traume erschienen, welche ihm zuriefen: „Verdicte uns!“ — allerdings mit dem Unterschiede, dass an Stelle jener zum Theil lieblichen Bilder mir, nicht im Traume, sondern in Wirklichkeit, nur die Gestalt des erwerbslosen Arbeiters entgegentrat, welche mir gewissermassen zurief: „Meine gesunden kräftigen Hände haben nichts zu schaffen! Hast Du nun genug gethan, um sagen zu können, die Mittel und Wege, mir wieder Arbeit und Brot zu vermitteln, sind erschöpft, oder giebt es noch Schritte, welche diesem Ziele zu dienen vermögen?“ — Und da musste ich gestehen, dass die Nothwendigkeit, auf den Ernst der Verhältnisse und ihren Zusammenhang mit dem Eisenbahnwesen hinzuweisen, mir als eine Aufgabe erschien, der ich mich nicht entziehen zu dürfen glaubte.

Ich bin mir bewusst, dass an der Politik, welche sich darauf richtet, unserem darniederliegenden Gewerbe zu helfen und der arbeitenden Bevölkerung Beschäftigung und Verdienst zu erhalten, nicht nur die Industrie, nicht nur die Eisenbahnverwaltung, sondern auch unser gesamtes Staatswesen im Grunde genommen ein ebenso lebhaftes Interesse nehmen wie ich.

Ich will meine Aufgabe so eng fassen wie eben möglich, und ich werde mich daher auf die Erörterung der Eisenbahnoberbaufrage in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung beschränken.

Ich habe mir nun eine Uebersicht zusammengestellt, aus welcher hervorgeht, welche Mengen von Gleismaterial Seitens der Preussischen Staatsbahnverwaltung im letzten Jahrzehnt beschafft wurden. Die offizielle Statistik für das Betriebsjahr 1891/92 ist noch nicht erschienen. Es war mir deshalb unmöglich gewesen, die auf dieses Jahr bezüglichen Zahlen den übrigen hinzuzufügen. Eine nennenswerthe Erhöhung der für das Jahr 1890/91 mitgetheilten Ziffern ist indessen sicherlich in dem folgenden Jahre nicht eingetreten, und es steht weiter unzweifelhaft fest, dass für das laufende Betriebsjahr ein beträchtlicher Rückgang der Bestellungen an Schienen, Eisenschwellen und sonstigem Material für Oberbauzwecke zu verzeichnen ist.

Man könnte einwenden, dass, wenn im Laufe eines Dezenniums ein stets wachsender Verbrauch von Eisen und Stahl stattgefunden hat, auch eine vorübergehende Einschränkung des Bedarfs auf die Werke der beteiligten Industrie noch keinen schädigenden Einfluss üben könne, es sei denn, dass man sich über jene allmähliche Steigerung des Verbrauchs hinaus einer masslosen Vergrößerung der Produktion befassen habe. Ein solcher Einwand erscheint zwar einigermaßen einleuchtend, ist aber gleichwohl nicht geeignet, als Tadel lediglich für die Eisen- und Stahl-Industrie verworfen zu werden. Um das zu begründen, bin ich gezwungen, in aller Kürze etwas weiter auszuholen, und möchte Ihnen zunächst in Erinnerung rufen, dass es Verhältnisse giebt, welche stärker sind als die Menschen und welche so zu sagen mit höherer Gewalt auch auf die Entwicklung einer Industrie zwingenden Einfluss üben.

Dabei will ich von vornherein betonen, dass es mir nur um die Sache zu thun ist und dass mir Nichts ferner liegt, als nach irgend einer Richtung hin einen Vorwurf zu erheben.

Vor zwei Jahrzehnten, d. h. vor Ausbruch des grossen Krieges mit Frankreich, bewegte sich unsere Eisen- und Stahl-Industrie noch in verhältnissmässig bescheidenen Grenzen, als plötzlich nach dem Friedensschlusse sowohl Seitens der Staatsbahnen als auch der Privatbahnen Deutschlands eine solche Summe von Anforderungen an den gesammten deutschen Gewerbeffluss herantrat, dass selbst mit Anspannung aller Kräfte den Zumuthungen nicht Genüge geschehen konnte. Verwaltungs- und Bergbehörden feuerten damals, nach einer Periode übergrosser Inanspruchnahme aller Eisenbahn- und Kriegsmaterials, die einheimischen Werke zur Potenzirung ihrer Leistungen an; die gewonnenen Milliarden boten ja die Mittel, in der Erneuerung des verbrauchten und in der Beschaffung neuen Materials so recht aus dem Volke zu wirtschaften. Die Folge war natürlich, dass Anstrengungen über Anstrengungen gemacht wurden, um durch Erweiterung der bestehenden und Errichtung neuer vervollkommener Anlagen die Produktion der inländischen Werke zu verdoppeln und zu verdreifachen, ohne damit verhüten zu können, dass dennoch beträchtliche Lieferungen nach dem Auslande vergeben werden mussten.

Es ist nicht zu verwundern, dass mit dieser fieberhaften Erregung unserer wirtschaftlichen Thätigkeit eine Ueberproduktion und dann eine weitgehende Ermattung unserer industriellen Unternehmungen eintrat. Aber mit demselben Rechte, wie man vom nüchternen

Standpunkte aus die damals stürmisch betriebene Erweiterung der heimischen Produktionsstätten als einen volkswirtschaftlichen Fehler bezeichnen könnte, würde man den Keim des Uebels an denjenigen Stellen suchen müssen, von wo aus seiner Zeit unvermittelt Bedarfsansprüche auf den Markt traten, welche der Leistungsfähigkeit der Industrie gegenüber ganz ungeheuerlich wirken mussten. Die Vertheilung dieser Anforderungen auf eine längere Periode hätte offenbar weniger Nachteile im Gefolge gehabt als ihre rücksichtslose Geltendmachung, die jeden Begriff von Mass und Ziel über den Haufen warf und als misstönende Nachklänge Gründungsschwindel und Ueberproduktion gebären musste.

Anfangs der achtziger Jahre waren die der Gesundheit unseres Gewerbes in jener gährenden Zeit versetzten Schläge allerdings wieder ziemlich überwunden; inzwischen war aber ein anderer Faktor in Wirksamkeit getreten, welcher mit ebenso zwingender Gewalt wie der Bedarf nach dem Kriege eine Ausdehnung der Produktionsfähigkeit innerhalb der deutschen Eisen- und Stahl-Industrie herbeiführte. Das von Thomas Gilchrist erfundene Verfahren, auch das aus den bisher weniger beachteten phosphorreichen Erzen erblasene Roheisen zur Flusseisenfabrikation zu verwenden, musste nach dem Vorgange Englands auch innerhalb Deutschlands eine grossartige Umwälzung zur Folge haben. Der Schooss unserer heimathlichen Erde ist besonders reich an für Thomaseisen geeigneten Erzen; es entstanden daher sehr bald zahlreiche Neuanlagen, so dass fast mit einem Schlage die deutschen Stahlwerke eine quantitativ wesentlich erhöhte Leistungsfähigkeit aufzuweisen hatten. Man mag es ein Verhängniss nennen, welches gerade an diesem Gewerbszweige haftet; allein es ist einmal so, dass alle technischen Fortschritte, welche gerade auf dem Gebiete der Eisen- und Stahl-Industrie sich in einem unaufhaltsamen Strome ergiessen, von jedem einzelnen Werke auf das Sorgfältigste beachtet werden müssen. Daneben zwingt schon die Konkurrenz dazu, mit der stetigen Verbesserung der Fabrikationsanlagen nicht zurück zu bleiben, damit die zur Fruchtbarmachung eines meistens nach Millionen zählenden Kapitals berufenen Unternehmungen im industriellen Wettbewerb nicht überrumpelt werden. Eine derartige Entwicklung vollzieht sich mit unverkennbarer Naturnothwendigkeit und wenn sie auch manchmal die richtige Grenze überschreiten mag, so verliert sie doch auch sehr viel ihres bedenklichen Charakters, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Fortschreiten der Kultur, gepaart mit dem Wachsen der Bevölkerung, fortdauernd neue Bedürfnisse erzeugt und namentlich auf dem Felde des Verkehrs wesens immer grössere Mengen von Kraft und Material beansprucht. Bei diesem Stande der Dinge muss es aber vorübergehend zu den schwerwiegendsten Folgen führen, wenn gerade seitens der Eisenbahnen plötzliche Erhöhungen oder Einschränkungen im Ersatz und in der Erneuerung ihrer Anlagen und ihrer Betriebsmittel eintreten, welche das Mass einer gewöhnlichen Durchschnittsschwankung überschreiten. So mag beispielsweise die Periode der Verstaatlichung von Eisenbahnen in Preussen und vielleicht auch die Erbauung strategischer Bahnen es mit sich gebracht haben, dass Ende der achtziger Jahre ausssergewöhnliche Beschaffungen gemacht worden sind. In den zehn Jahren vom 1. April 1878 bis 1. April 1888 hatte die durchschnittliche Jahresbeschaffung der Preussischen Staatsbahnen sich erstreckt auf rund 150 Lokomotiven, 280 Personenwagen und 2100 Gepäck- und Güterwagen in einem Gesamtwerthe von etwa 11 300 000 Mark, während im Jahre 1888 89 über alle Erwartung der Industrie hinaus, zur möglichst sofortigen Lieferung von rund 780 Lokomotiven, 1600 Personenwagen und 15 800 Gepäck- und Güterwagen in einem Gesamtwerthe von etwa 85 Millionen Mark — also hinsichtlich der Werthsumme mehr als das $7\frac{1}{2}$ fache des vorhergegangenen zehnjährigen Durchschnittes — beschafft wurden. Es kann nicht überraschen, dass so

anormale Ansprüche an die Leistungen der Industrie ebenso anormale Wirkungen hatten. Um die angebotenen Aufträge für das Inland zu retten, wurden die bestehenden Anlagen vergrößert und neue Anlagen geschaffen. Lokomotiv- und Wagen-Fabriken vermehrten die Zahl ihrer Arbeiter auf das Doppelte des Jahre lang geltend gewesenen Durchschnitts. Maschinen- und Werkzeugfabriken wurden in angespannte Thätigkeit versetzt, neben Tagschichten wurden Nachtschichten eingelegt, und da der Aufschwung dieser Gewerbszweige strahlenförmig belebend wirkte, so zeigte sich sehr bald, dass die Arbeitslöhne überall stiegen, und dass namentlich der Verbrauch von Brenn- und Schmelzmaterial eine bedeutende Zunahme erfuhr, welche derzeit, mit anderen Anlässen zusammentreffend, auf die sozialpolitischen Ereignisse im Kohlenbergbau nicht ohne Einfluss blieb.

An und für sich kann eine Steigerung des Material-Bedarfs für die Industrie natürlich nur erwünscht sein. Als weniger erfreulich stellt sich die Sache jedoch dar, wenn es sich bei unerwarteten grösseren Anforderungen im Wesentlichen um die unaufschieblich gewordene Befriedigung von Bedürfnissen handelt, welche bereits in der vorangegangenen Zeit vorlagen und aus Sparsamkeits- oder aus irgend welchen anderen Rücksichten zurückgehalten worden waren.

Die Gefahren, welche regellose Erzeugung wie übertriebene Einschränkung der Produktion und die davon unzertrennlichen Schwankungen in den Bedingungen der materiellen Existenz weiterer Kreise stets im Gefolge haben, werden angesichts der heutigen Zustände im Deutschen Reich sicherlich nicht mehr verkannt werden können. Gewiss wird es nie möglich sein, bei grossen Fortschritten in der Technik und bei sonstigen tiefgreifenden Aenderungen des Bestehenden das Gleichgewicht der industriellen Arbeit in den verschiedenen Zweigen, sowie im Verhältnisse zu den anderen Faktoren der wirtschaftlichen Thätigkeit ungestört zu erhalten. Man wird jedoch nach den gemachten Erfahrungen zu der Einsicht kommen müssen, dass es, nach den Worten eines namhaften Volkswirthes, zu den ernstesten Aufgaben einer erleuchteten Regierung gehört, schon vorausschauend auf die Zügelung eines ungebundenen Fortschrittes in der Produktion wie auf die Hintanhaltung einer zu weit gehenden Einschränkung im Verbrauch mit den ihr zu Gebote stehenden Kräften hinzuwirken.

Durch eine entschiedene zielbewusste Leitung der Bewegungen des Wirtschaftslebens sind extreme Entwicklungen sehr wohl wirksam einzudämmen. Namentlich hat die Regierung eines grossen Landes es bis zu einem gewissen Grade stets in der Hand, durch Ausdehnung oder Einschränkung der vom Staate direkt ausgehenden Arbeit und durch Regelung des Geldumlaufs die Harmonie der wirtschaftlichen Kräfte vor grösseren Störungen zu bewahren.

Zustände, bei denen eine solche Einwirkung am Platze wäre, sind eben jetzt eingetreten und bedrohen in ihrer Fortentwicklung die Wohlfahrt einer zahlreichen gewerbthätigen Bevölkerung nicht minder wie die Steuerkraft weiter Kreise und das Gedeihen des Vaterlandes. In denjenigen Zweigen der heimischen Eisen- und Stahl-Industrie, zu deren Aufgaben im Wesentlichen die Beschaffung des Eisenbahnbedarfs gehört, wurden mittelbar und unmittelbar, wie sich aus der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 ergibt, schon vor zehn Jahren 586800 Menschen beschäftigt.

Eine Scheidung der Hütten- und Walzwerks-Industrie von einigen Berufszweigen, welche innig damit zusammenhängen, ist nicht recht thunlich. Die hieraus entstehende Ungenauigkeit verschlägt aber nichts, weil ohne die Lieferungen unserer Hütten- und Walzwerke für die Eisenbahnverwaltungen — wie auch aus den vorher angeführten Ziffern erhellen dürfte — gegenüber der Konkurrenz des Auslandes die Herstellung der

übrigen Fabrikate der Eisen- und Stahl-Industrie in manchen Fällen, schon der ungünstigeren Vertheilung der Generalkosten wegen, nicht mehr lohnen würde. Man darf z. B. behaupten, dass auch unsere Hochofen-Industrie in der Erzeugung des Giesserei- und Puddel-Eisens nicht lebensfähig bleiben würde, wenn nicht der das Schwergewicht bildende Eisen-Bedarf unserer Stahlhütten diesem Produktionszweige seine breiteste Stütze gäbe. Ebenso liegt es bezüglich der Maschinenfabrikation, welcher der Bergbau und unser Hüttenwesen wohl unzweifelhaft den verhältnissmässig grössten Theil ihrer Ausschlag gebenden Beschäftigung zuführen, ganz davon abgesehen, dass für alle sonst verwandten Gebiete der Gewerthätigkeit das Grossgewerbe der Eisen- und Stahl-Hütten gewissermassen den Angelpunkt der Entwicklung und des technischen Fortschrittes bildet.

Bereits diese wenigen Zahlen, welche mit Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Zusammenhang der Dinge auch durch die im Schiffbau thätigen Kräfte füglich noch eine Vergrösserung erfahren könnten, weisen der Eisen- und Stahl-Industrie innerhalb der industriellen Gewerthätigkeit des Landes eine hervorragende Stellung an. Nur zwei andere Zweige scheinen ihr an Umfang überlegen zu sein, nämlich das Stoffgewerbe mit 932 200 Köpfen und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 860 100 Köpfen. Dabei ist indessen zu beachten, dass in dem ersteren Gewerbszweige 350 400 weibliche, sowie eine nicht unerhebliche Zahl jugendlicher Arbeiter unter sechzehn Jahren thätig sind, während die Berufsstatistik in der Eisen- und Stahl-Industrie nur 14 600 weibliche Arbeiter verzeichnet. Die in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie zusammengefassten Berufsgruppen, in denen ebenfalls 74 800 weibliche Arbeiter Beschäftigung finden, können hier eigentlich nicht in Vergleich gezogen werden, weil sie unter dem von der Statistik beliebten Sammelnamen Gewerthätigkeiten vereinigen, die mit Rücksicht auf die verarbeiteten Stoffe vielfach in gar keinen Beziehungen zu einander stehen.

Hiernach beschäftigt keine andere Industrie eine gleich grosse Anzahl von Männern, wie die Eisen- und Stahl-Industrie.

Nun ist aber wohl zu erwägen, dass mit der Zahl der 572 231 ernährten Männer nicht die Zahl derjenigen Köpfe erschöpft ist, deren Ernährung von dem dauernden Arbeitserwerbe in diesem Industriezweige abhängt. Vielmehr wird man diese Zahl mit fünf zu multiplizieren haben und erhält alsdann mit 2 861 155 Köpfen diejenige Bevölkerungsziffer, welche durch die Betriebe der Eisen- und Stahl-Industrie und der damit verwandten Gewerbszweige ihr Dasein fristet. Zahlen lassen ja an sich kalt; der Volkswirth aber und der Staatsmann werden sich den Werth der hier gegebenen Ziffern doch etwas eingehender zu vergegenwärtigen haben.

Zunächst dürfte die Summe der in den gedachten Berufszweigen gezahlten Arbeitslöhne in Betracht kommen. Zur Berechnung derselben stütze ich mich auf die rechnerischen Ausweise der Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1890 nach den amtlichen Mittheilungen des Reichsversicherungsamtes. Danach waren in der Knappschaftsberufsgenossenschaft auf 398 380 Köpfe 358 968 540 Mark, in den gesammten Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, einschliesslich der Kleisenzeug- und Maschinenbau-Berufsgenossenschaft, für 582 823 Köpfe 506 667 123 Mark Löhne, bezw. zusammen für 981 203 Köpfe 865 635 663 Mark anrechnungsfähiger Löhne zu berücksichtigen.

Aus den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes vom 1. Januar 1892 ergibt sich für die Knappschaftsberufsgenossenschaft und für die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft folgende allgemeine Uebersicht über die Zahl der versicherten Personen und über die für die Beitragsberechnung in Anrechnung zu bringenden Lohnbeträge und Gehälter dieser Personen.

Berufsgenossenschaften	Personen	Lohnbeträge
Knappschaftsberufsgenossenschaft	398 380	358 968 540,18
Südd. Eisen- u. Stahl-B.-G.	103 972	83 691 380,00
Südwestdeutsch. Eisen-B.-G.	31 979	27 197 597,00
Rhein.-Westfälisch. Hütten- u. Walzwerks-B.-G. . .	87 537	91 860 799,83
Rhein.-Westf. Maschinenbau- und Kleisenindustrie-B.-G.	86 361	79 659 232,00
Sächsisch-Thüring. Eisen- u. Stahl-B.-G.	71 551	60 158 984,99
Nordöstl. Eisen- und Stahl-B.-G.	56 363	51 765 320,00
Schles. Eisen- u. Stahl-B.-G.	69 113	45 353 768,06
Nordwestl. Eisen- u. Stahl-B.-G.	75 947	66 980 041,00
Sämmtl. Eisen-u.Stahl-B.-G.	582 823	506 667 122,88
Gesamtsumme	981 203	865 635 663,06

Da man annehmen darf, dass zwischen den Gesamtlöhnen des Bergbaus und der Eisen- und Stahl-Industrie erhebliche Verschiedenheiten nicht obwalten, so ergibt sich nach den obigen Zahlen pro Kopf eines Arbeiters ein jährliches Durchschnitts-Einkommen von 882,22 Mk., oder für die nach der Berufsstatistik vorhin von mir, übrigens in fast vollkommener Uebereinstimmung mit jener von der Versicherungsstatistik gegebenen Zahl, berechneten 586 800 Arbeiter, welche mittelbar oder unmittelbar den beteiligten Zweigen der Montanindustrie zuzurechnen sind, eine jährliche Arbeitsverdienstsumme von 517 686 696, d. h. von über eine halbe Milliarde Mark.

Auch diese Zahlen sind insofern nicht genau, als die anrechnungsfähigen Löhne der Unfallversicherung bekanntlich mit geringen Ausnahmen nur diejenigen Arbeitseinkommen umfassen, welche nicht über den jährlichen Betrag von zweitausend Mark hinausgehen, so dass hier noch erhebliche Summen für eine Menge von Spezialarbeiten sowie die Gehälter der Meister, Ingenieure, kaufmännischen Beamten u. s. w., deren Existenz nicht minder von dem ungestörten Betriebe der Industrie abhängig ist, nicht herangezogen werden. Von einer Schätzung dieser Beträge habe ich indessen abgesehen, weil die mitgetheilten Zahlen meines Erachtens genügen, um die Bedeutung der Sache zu veranschaulichen, während die noch fehlenden Summen als Sicherheits-Koeffizient gegen möglicherweise hie und da zu weit gehende Annahmen bezüglich der zu Grunde gelegten Arbeiterziffer gelten mögen.

Mit dieser erwerbenden Wirkung ist natürlich die national-ökonomische Bedeutung der Eisen- und Stahl-Industrie keineswegs erschöpft. Die angeführten Summen des Arbeitsverdienstes sind das belebende Blut, welches den Adern unserer gesamten Volkswirtschaft zufließt und durch die Stärkung der Kaufkraft eines ansehnlichen Bruchtheiles der deutschen Bevölkerung auch anderen Erwerbsgruppen lohnende Beschäftigung bringt, um von dieser aus seinen befruchtenden Kreislauf fortzusetzen.

Daneben sind diejenigen Werthe nicht zu unterschätzen, welche durch die Verhüttung von Erzen und Kohlen aus dem Boden des Vaterlandes dem deutschen Volksvermögen zuwachsen, aber ungehoben bleiben müssten, wenn nicht die Möglichkeit eines lohnenden Betriebes unserer Eisen- und Stahl-Industrie der Gewinn dieser Rohprodukte den erforderlichen Voranschub leistete.

Es liegt hier die Frage nahe, warum nicht etwa deutsches Roheisen, deutsche Kohlen und deutsche Erze nach dem Auslande verfrachtet werden könnten, wenn

die Unterbringung dieses Materials im eigenen Land auf Schwierigkeiten stiesse, und es ist in der That nicht ohne Belang, diese Frage zu stellen und zu beantworten. Darin liegt nämlich das Eigenthümliche unserer deutschen Verhältnisse auf diesem Gebiete, dass, wenn der Menschheit an den Pforten des Paradieses bereits im Allgemeinen die Pflicht auferlegt wurde, „im Schweisse ihres Angesichts ihr Brot zu verdienen“, diese Aufgabe der deutschen Eisen- und Stahl-Industrie — im Vergleich zu den auf dem Weltmarkte mit uns konkurrierenden Ländern — in besonders harter Weise gestellt zu sein scheint. Weder in England, noch in Belgien, noch neuerdings in Amerika sind die Produktions-Bedingungen des genannten Gewerbszweiges so schwierig als bei uns. Man ziehe einmal den allgemeinen Durchschnitt, so wird man finden, dass fast nirgends die Eisenerze ärmer sind, nirgends Kohle und Eisen so ungünstig auseinander liegen, nirgends mit so weiten und theueren Transporten und mit so drückenden sozialpolitischen Lasten zu rechnen ist als bei uns. Nirgends anderwärts spürt man so empfindlich die Einwirkung der im Uebrigen von der Nation ihrer Unabweislichkeit wegen ja gern getragenen Militärlasten; nirgends endlich sind die Bedingungen des Absatzes namentlich nach dem Auslande für die Eisen-Industrie im Allgemeinen aussichtsloser als bei uns. Es liegt das daran, dass Belgien und England, von der Natur mit vorzüglichen Häfen und mit einer glücklichen Konsular- und Kolonialpolitik gesegnet, mit grossem Kapital ausgerüstet, dabei den Vorsprung ihrer billigen Selbstkosten ausnützend, lange vor uns über einen grossen Theil des überseeischen und sonstigen ausländischen Marktes gewissermassen verfügen durften. Nun rückt neuerdings auch noch Amerika mit seinen gewaltigen Produktionsanlagen in die Arena, während andere Länder, wie Russland, Italien, selbst China u. s. w., sich durch zum Theil künstliche Züchtung eigener Industrien hinsichtlich ihres Eisen- und Stahlbedarfs von den bisherigen Produktionsländern unabhängig zu machen versuchen.

Freilich sind die letztgenannten Länder einstweilen nicht in der Lage, mit den bisher vorwiegend Eisen und Stahl erzeugenden Ländern auf freiem ungeschützten Markte den Wettbewerb mit irgend einer Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Es mag überhaupt fraglich sein, ob die auf Kosten des inländischen Verbrauches dortselbst gewaltsam hervorgerufene Industrie sich in absehbarer Zeit zu gesunder Lebenskraft durchringen wird. Vom volkswirtschaftlichen und staatsmännischen Standpunkte aus wäre es jedoch entschieden verkehrt, im Hinblick auf das Deutsche Gewerbe nicht mit diesen hier nur kurz angedeuteten Faktoren zu rechnen. Ich habe es darum nicht zu billigen vermocht, dass in den letzten Jahren englischen und belgischen Werken von Deutschen Eisenbahnen wiederholt Lieferungen übertragen worden sind, weil sich dadurch die Beschaffung des Bedarfs um wenige Mark pro Tonne billiger stellte. Wohl ist es richtig, dass bei Bezügen aus dem Auslande auch der Reichskasse ein Zoll von 25 Mark pro Tonne zufließt. Auf der anderen Seite darf aber nicht übersehen werden, dass dem Deutschen Arbeiter für dasselbe Quantum ein Verdienst von 45 Mark entgeht, dass heimische Bodenschätze unverwerthet bleiben und dass den Eisenbahnen selbst Frachtausfälle entstehen. Es ist ferner wohl zu bedenken, dass bei der Deckung unseres Bedarfs im Auslande das in der deutschen Industrie arbeitende Kapital, welches sich allein für die Aktiengesellschaften der Montan-Industrie im Jahre 1879 auf 369 754 763 Mark berechnete, und heute weit mehr als eine halbe Milliarde Mark betragen dürfte, keine Zinsen trägt, und dass somit dem gesammten Wirtschaftskörper unseres Volkes ein grosser Theil derjenigen Säfte verkümmert wird, welche der Förderung seiner Lebenskraft unentbehrlich sind.

Solange nicht jeder mit allem überall frei handeln kann, wie ich die Behauptung, dass in demjenigen Falle, in welchem der Staat Arbeit zu vergeben hat, ihm jedem Mitbewerber des Auslandes gegenüber die Verpflichtung obliegt, die Produktionsschwierigkeiten des heimischen Gewerbes zu Gunsten des letzteren in Anrechnung zu bringen. In jedem solchen Falle wäre zu bedenken, wie weit unsere Militärlasten, unsere Versicherungs- und Arbeiter-Schutzgesetzgebung und die Eisenbahntarife der heimischen Arbeit eine erfolgreiche Entfaltung ihrer vollwerthigen Tüchtigkeit selbst in den wenigen Fällen unmöglich machen, in denen die Gunst des Zufalls vielleicht die lokalen Bedingungen der Erzeugung hüben und drüben gleichstellen möchte. Dabei ist der volkswirtschaftlich keineswegs gleichgültige Umstand noch gar nicht einmal hervorgehoben, dass durch jede Entziehung eines Arbeitsobjectes zu Gunsten des Auslandes der heimischen Gewerbtätigkeit die zur Deckung des noch verbleibenden inländischen Bedarfs herzustellenden Fabrikate um einen entsprechenden Bruchtheil der allgemeinen Kosten vertheuert werden. Und das ist um so erheblicher, als gerade bei dem Mitbewerbe des Auslandes selbstverständlich am wenigsten Anreiz vorhanden ist, diesen Nachtheil auch nur annähernd durch die Gestaltung der Verkaufspreise auf dem eigenen Markte auszugleichen. Zwar hat sich in manchen Fällen auch unsere Eisen- und Stahl-Industrie veranlasst gesehen, Lieferungen für ausländische Bahnen unter Selbstkostenpreis zu übernehmen, und es ist ihr dieserhalb mancher harte Vorwurf nicht erspart geblieben, weil man bei uns in vielen Kreisen noch nicht volkswirtschaftlich zu denken gelernt hat.

Durch welche Ursachen die Industrie gezwungen worden ist, ihre Produktionsanlagen in einem ganz bedeutenden Umfange zu erweitern, habe ich bereits ausgeführt. Nun ist bei manchen Werken das Arbeitsbedürfniss ein so grosses geworden, dass sie im gegebenen Falle sich bei einzelnen ihnen von auswärts gebotenen Aufträgen fragen müssen, woran für alle Beteiligten weniger verloren werde: daran, dass man eine Lieferung unter den Selbstkosten übernimmt, oder daran, dass man längere Zeit mit erhöhten Generalkosten arbeitet und Arbeiterentlassungen vornimmt. Da stellt sich denn sehr häufig bei dem vernünftigen Arbeitgeber das Rechenexempel thatsächlich so, dass die Uebernahme einer solchen einzelnen Noth-Lieferung selbst zu verlustbringenden Konkurrenzpreisen ihn und vor Allem seine Arbeiter vor grösserem Schaden behütet, als wenn eine vorübergehende Betriebseinstellung mit all den kostspieligen Störungen, welche eine derartige Stockung mit sich führt, eintreten müsste. Nur eine sehr einseitige und oberflächliche Auffassung könnte dazu gelangen, aus einer solchen Ueberlegung zu folgern, dass angesichts dieser Thatsache die deutschen Werke zunächst den gesammten inländischen Bedarf ohne Verdienst oder zu verlustbringenden Preisen zu liefern übernehmen sollten.

Es würde mich zu weit führen und hier auch wohl weniger am Platze sein, mich in eingehendere zollpolitische Erörterungen zu verlieren. Ich räume gern ein, dass die Zollpolitik zu denjenigen Gegenständen gehört, über welche das letzte Wort noch lange nicht gesprochen sein wird. Das möchte ich aber bei diesem Anlasse wenigstens betonen, dass die Ansicht, England, welches für die Konkurrenz in Oberbaumaterial hauptsächlich in Betracht kommt, treibe Freihandel, zwar formell und dem Scheine nach, aber nicht in Wirklichkeit zutreffend ist. Dass die der Hohen der Grossbritannien Krone unterworfenen Kolonien zum grossen Theile sehr erhebliche Zölle erheben, mag hierbei nicht weiter beachtet werden. Für viel wichtiger halte ich die praktische Seite der englischen Handelspolitik, welche z. B. seit der letzten gesetzlichen Regelung des Markenschutzes in den berühmten Vorschriften über das Herkommen der Waare, speziell auf dem Gebiete der Eisen-Industrie aber durch die Anwendung

des einfachen Hausmittels sich kund giebt, dass fast bei allen Lieferungen — auch für Schienen nach Australien — die Vorschrift besteht, das Material müsse aus englischem Eisen hergestellt sein. Den österreichisch-ungarischen Bahnen ist bekanntlich schon in der Konzessionsurkunde die Verpflichtung auferlegt, ihren Materialbedarf, soweit thunlich, bei den heimischen Werken zu decken. — In anderen Ländern, welche im Punkte der Zollsätze mit uns vielleicht auf annähernd gleicher Stufe stehen, hat sich im Falle der Noth ebenfalls die Anwendung ähnlicher Massnahmen eingebürgert, indem entsprechend billigere Preise der ausländischen Industrie einfach mit dem Bemerkten abgewiesen werden, dass man dieselben nicht zu berücksichtigen vermöge. Auch weiss man durch Bestimmungen über zu leistende Bürgschaften und ähnliche Dinge dem ausländischen Mitbewerber die Lieferung oft derartig zu erschweren, dass er dem heimischen Industriellen meistens ohne Kampf das Feld zu räumen sich entschliessen muss. Die Einsicht der bezüglichen Bedingnisse giebt darüber in vieler Beziehung lehrreiche Aufschlüsse.

Die österreichischen Staatsbahnen haben unlängst dadurch der Eisen- und Stahl-Industrie ihres Landes einen grossen Dienst erwiesen, dass sie den vereinigten heimischen Werken den voraussichtlichen Staatsbedarf auf eine Reihe von Jahren zur Lieferung übertrugen und damit den ausländischen Mitbewerb selbstverständlich vom österreichischen Markte ausschlossen.

Für ein ähnliches Vorgehen ist die deutsche Eisen- und Stahl-Industrie dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu Dank verpflichtet, nämlich für die vor wenigen Wochen mit den der deutschen Schienengemeinschaft angehörigen Werken getroffene Vereinbarung, welche auch unserer Industrie, zu freilich äusserst gedrückten Preisen, die Lieferung des Staatsbahnbedarfs bis zum 1. April 1894 sichert.

Leider sind aber die bei diesem Anlasse abgeschlossenen Mengen bei Weitem nicht ausreichend, um dem Arbeitsbedürfniss der heimischen Werke gerecht zu werden, und die weitere Einschränkung der Betriebe sowie Entlassungen von Arbeitern, demgemäss ein dauerlicher Rückgang des im Eisen- und Stahl-Gewerbe wurzelnden Theiles unseres Volksvermögens, stehen in unvermeidlicher und naher Aussicht, wenn sich nicht jetzt noch Wege finden lassen, auf denen es möglich wird, der drohenden Noth rechtzeitig abzuhelfen. Dabei möchte ich indessen schon hier zu bedenken geben, dass der neuerdings eingeschlagene Weg, auf welchem man der Eisenindustrie dadurch Hülfe zu bringen vermeint, indem man ihr zumuthet, die konstruktiv und qualitativ werthvolleren Eisenschwellen zum Preise der Holzschwellen — und zwar sogar ohne Berücksichtigung des Altmaterialwerthes — zu liefern, nicht der rechte ist.

(Fortsetzung folgt.)

Die Ausstellung in Berlin.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Ulm äussert sich zur Frage der Berliner Ausstellung wie folgt: In dem Zirkular des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in Berlin vom 2. Dezember ist, nachdem die Reichsregierung auf die Veranstaltung einer Weltausstellung verzichtet hat, rückhaltlos ausgesprochen, dass derselbe unter allen Umständen die Veranstaltung einer grossen Gewerbeausstellung in Berlin in möglichst kurzer Frist anstrebe, sei es ohne regierungsseitige Unterstützung eine Berliner Lokalausstellung oder eine deutsche Ausstellung unter Mitwirkung der Reichsregierung.

Es ist angedeutet, dass auch die lokale Berliner Ausstellung sich kaum mehr als dem Namen nach von einer deutschen Ausstellung unterscheiden würde, weil alle in Berlin irgendwie vertretenen deutschen Industriellen sich anschliessen könnten.

Der neuerlichen Anregung einer deutschen Ausstellung stehen wir durchaus sympathisch gegenüber, wir müssen uns aber gegen eine in der angedeuteten Weise zu einem deutschen Unternehmen zu erweiternde Berliner Lokalausstellung ganz entschieden erklären.

Wir haben uns schon früher für eine deutsche Ausstellung in Berlin ausgesprochen, aber nur unter der Voraussetzung, dass hierbei die gesammte in Betracht kommende deutsche Industrie, sowie die Reichsregierung und die Einzelregierungen kräftig zusammenwirken, um Deutschland einen ehrenvollen Erfolg zu sichern. Die geplante lokale Berliner Ausstellung ohne gemeinsames Vorgehen aller berufenen Kräfte würde jedoch für Deutschland und die deutsche Industrie nachtheilig werden, sie würde als eine im Vergleich zu den Ausstellungen anderer Länder unbedeutende Lokal-Ausstellung unserem Ansehen in der Welt eher schaden als nützen, denn man würde sie im Auslande doch als deutsche Ausstellung ansehen, wenn sie in unserer Reichshauptstadt abgehalten würde.

Die berechtigten Bedenken gegen die Ausstellungen, wie sie sich seit Jahrzehnten gestaltet haben, dürfen nicht dahin führen, dass die Ausstellungsfrage nach einseitigen Interessen der Gross- und Massenindustrie als erledigt gelten und die grosse Bedeutung richtig geleiteter Ausstellungen für Industrie und Kunst darüber vergessen werden könnte.

Schon die Thatsache, dass der Gedanke einer grossen Ausstellung immer wieder auftaucht, zeigt, dass in weiten Kreisen das Gefühl vorhanden ist, Deutschland müsse einmal die Leistungen seiner Industrie und Kunst der Welt in einem grossen Bilde zeigen. Aus diesem Gedanken heraus stimmen wir dem Vorschlage einer in Berlin abzuhaltenden, wohl vorbereiteten, grossen deutschen Ausstellung, welche Deutschlands beste Leistungen nach strenger, sorgfältiger Auswahl in würdiger Form zur Anschauung bringen müsste, entschieden bei.

Den gerechtfertigten Bedenken gegen eine Weltausstellung in neuerem Stile wollen wir volle Rechnung tragen.

Wir wollen eine Industrie- und Kunstausstellung, bei welcher Industrie und Kunst die Hauptrolle spielen, alle jene Zuthaten, welche den neueren Ausstellungen theilweise das Ansehen grösster Jahrmärkte mit allerlei zweifelhaftem Beiwerk gegeben haben, sollten die leider nicht ganz zu entbehrende Nebensache bilden und jedenfalls nicht in unwürdige Reizmittel für das Publikum ausarten. Den Klagen gegenüber, dass die Ausstellungen bei übergrossen Kosten keinen Nutzen für den einzelnen Aussteller bieten, der im richtigen Verhältniss zu dem Aufwande stünde, ist entgegen zu halten:

Unsere deutsche Ausstellung soll einer schönen, künstlerisch vollendeten, vornehmen Ausstattung nicht entbehren, aber es soll der Grundsatz festgehalten werden, dass nicht die Dekoration, sondern die ausgestellten Gegenstände in die erste Linie gehören und übermässiger Luxus vermieden, edle Einfachheit angestrebt werde.

Wenn die Grossindustrie vielfach kein erhebliches Interesse an den Ausstellungen hat, so ist dagegen die Zahl derjenigen Gewerbetreibenden allezeit gross, welche immer wieder das Auge des Publikums suchen müssen.

Die ablehnende Haltung eines Theils der deutschen Industrie kann keineswegs als ein Beweis gegen die Nothwendigkeit einer Ausstellung gelten, weil nach dem heutigen Stand des Ausstellungswesens nur ein Theil der Industrie ein unmittelbares Interesse dafür haben kann.

Das Letztere ist nicht der Fall bei einem grossen Theil der Gross- und Massenindustrie, welche sowohl wegen der Art ihrer Erzeugnisse als ihrer Verkaufsorganisation keine Ausstellungen braucht, deshalb keine nutzlosen Opfer bringen will und daher solchen Veranstaltungen entgegentritt. Auf diesen Theil der

Industrie sollte im Allgemeinen verzichtet werden, aber man sollte auch davon absehen, die Bedürfnissfrage durch die Interessen dieser Gruppe beeinflussen zu lassen.

Für viele andere Industriegruppen, welche allerdings nicht wie jene durch den Umfang ihrer Betriebe, umso mehr aber durch ihre Zahl und Vielseitigkeit und zum Theil durch ihre Beziehungen mit aller Herren Länder ins Gewicht fallen, ist die zeitweilige Veranstaltung von Ausstellungen ein dringendes Bedürfniss.

Es sind hauptsächlich diejenigen Gruppen, welche vorwiegend nach Form, Farbe oder Konstruktion immer wieder Neues bieten und gerade in Deutschland eine grosse, eigenartige und zum Theil dem Ausland überlegene Entwicklung haben.

Es sind vornehmlich die Kunstindustrie mit allen ihren vielseitigen Zweigen, die Bekleidungs- und Luxusindustrie, ein grosser Theil der chemischen und Maschinen-Industrie und zahlreiche Nebengruppen, welche hierher gehören; sie sind in Deutschland so reich und mannigfach entwickelt, dass sie eine grossartige und ehrenvolle Ausstellung verbürgen, sie können auch die thätkräftige Unterstützung der Regierungen beanspruchen, indem sie Hunderttausende von Menschen beschäftigen.

Diese Gruppen haben immer wieder die Augen der Käufer zu suchen, und können der Schaustellungen und der daraus hervorgehenden Anregung nicht entbehren; sie sind die Hauptabnehmer der Gross- und Massenindustrie und deshalb hängt auch von ihrem Gedeihen dasjenige der anderen Industrien und der Gesammtheit ab und es müsste eine dauernde Schädigung daraus erwachsen, wenn sich Deutschland unfähig erweisen würde, an dem industriellen Wettkampf des Ausstellungswesens theilzunehmen. Ein Zurückgehen von diesem zeitgemässen Förderungsmittel würde zu einem anhaltenden Rückgang unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere unserer Ausfuhr und zur Vermehrung der Krisen und der Arbeitslosigkeit führen. Durch die Theilnahme Deutschlands an auswärtigen Ausstellungen, welche nur für engbegrenzte Gruppen Vortheile, für andere aber geradezu Gefahren bieten, kann dieses Bedürfniss nicht befriedigt werden.

Die Berechtigung des Ausstellungsgedankens ergibt sich, wie gesagt, auch daraus, dass das Projekt einer Ausstellung in der deutschen Reichshauptstadt trotz aller Schwierigkeiten nicht zum Schweigen zu bringen ist und immer wieder auftaucht.

Dieses unermüdliche Bestreben verdient die lebhafteste Unterstützung der Regierungen und der theilhaftigen Industriegruppen in dem Sinne, dass, wenn nicht eine Welt- oder Dreibunds-Ausstellung, so doch eine grosse deutsche Ausstellung angestrebt, damit aber eine Berliner Lokalausstellung vermieden werden möchte, welche letztere aus den oben angedeuteten Gründen, als den deutschen Gesamtinteressen nachtheilig erscheinen müsste.

Der Zeitpunkt im Jahre 1896 oder spätestens 1897 würde geeignet erscheinen und die Ausstellung dürfte dann durch die Pariser Ausstellung im Jahre 1900 keineswegs beeinträchtigt werden.

Personen-Bahnhof Braunschweig.

Die Königliche Eisenbahndirektion zu Magdeburg hat in liebenswürdigem Entgegenkommen gegen unsere Bestrebungen zur Abstellung der einzelnen Uebelstände auf dem hiesigen Personenbahnhofe den nachfolgenden Bescheid ertheilt:

„Auf die gefällige Zuschrift vom 6. Oktober v. J. — A. II. 5. — 7422 92 — erwidern wir der Handelskammer nach stattgehabter eingehender Prüfung ergebenst, dass die beantragte Verlegung der Fahrkartenausgabe und Gepäckabfertigung in den Mittelbau des dortigen Empfangsgebäudes sich nicht

ohne einen durchgreifenden Umbau der in Betracht kommenden Gebäudetheile ermöglichen lässt, da es unter anderem im Mittelbau nothwendig werden würde, die beiden nach den Wohnungen im Obergeschoss führenden Treppen zu verlegen und die Wohnungen entsprechend umzuändern, während der westliche Flügelbau zum Theil unterkellert werden müsste, um die dorthin zu verlegenden Wirthschaftsräume des Bahnhofswirths unterbringen zu können.

Die hierfür aufzuwendenden Kosten würden den Kosten für einen gänzlichen Neubau sehr nahe kommen und ganz ausser Verhältniss zu den erreichten Vortheilen stehen. Auch ist das Gebäude, — wie die Untersuchung ergeben hat — einen so durchgreifenden und kostspieligen Umbau gar nicht mehr werth.

Es ist daher noch geprüft worden, ob den Hauptübelständen nicht durch Anordnung der Fahrkartenausgabe und Gepäckabfertigung im nördlichen Theile der Bahnhofshalle abgeholfen werden könne; indessen hat auch diese Prüfung zu einem befriedigenden Ergebnisse nicht geführt und nur bestätigt, dass sich die Abstellung der Uebelstände lediglich durch einen völligen Umbau des Personenbahnhofes in Verbindung mit einem Neubau des Empfangsgebäudes erreichen lässt. Wenn wir hiernach zu unserem Bedauern auch nicht in der Lage sind, schon jetzt eine Verbesserung in obengedachter Beziehung vornehmen zu können, so dürfen wir doch der Hoffnung Ausdruck geben, dass es in nicht zu ferner Zeit gelingen wird, den geplanten Bahnhofsumbau zur Ausführung zu bringen.

Dem Antrage auf Anbringung übersichtlicher Orientirungstafeln über Zeit und Ort des Abgangs der Züge ist inzwischen entsprochen worden und dadurch den Reisenden das Zurechtfinden wesentlich erleichtert; auch wird Bedacht darauf genommen, noch weitere Verbesserungen einzuführen, sofern sich ein Bedürfniss dafür herausstellen sollte.

Ferner ist, soweit es die Einrichtungen des Bahnhofes nach Lage des Fahrplanes gestatten, angeordnet, dass sämtliche Züge für dieselbe Richtung an ein und demselben Bahnsteige abfahren.

Die Fahrpläne sind innerhalb der Absperrung auf zwei Bahnsteigen ausgehängt und befinden sich ausserhalb der Absperrung in dem Durchgange neben dem Damenzimmer in der Verlängerung des Querbahnsteiges. Da dieser Durchgang von allen Seiten bequem zu erreichen ist, und einen hellen gegen Zug ziemlich geschützten Raum bildet, erschien derselbe für die Anbringung von Fahrplänen besonders geeignet.

Die Anbringung weiterer Fahrpläne ausserhalb der Bahnsteige soll noch in Erwägung genommen werden.

Das Publikum wird unterdessen die verfügten wesentlichen Verbesserungen bereits mit Genugthuung wahrgenommen haben. Es ist sehr schade, dass die Verlegung der Billetschalter nicht thunlich erscheint. Den hier angeführten Gründen jedoch glaubten auch wir uns nicht verschliessen zu dürfen.

Die Verlegung der Nachtschnellzüge.

In der bekannten Angelegenheit der beabsichtigten Verlegung der Nachtschnellzüge No. 35 und 36 hat die Handelskammer die nachstehende Eingabe an den Preuss. Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet:

Braunschweig, den 5. Februar 1893.

Ew. Exzellenz!

Die Königliche Eisenbahn-Direktion Magdeburg hat uns unterm 14. Januar d. J. mitgetheilt, dass eine Verlegung der Nachtschnellzüge No. 35 und 36 auf die Strecke Goslar-Halberstadt beabsichtigt sei, dass indessen Ew. Exzellenz verfügt habe, vor Einführung solcher

Massregel die beteiligten Städte und Körperschaften zu mündlicher gutachtlicher Aeusserung zu veranlassen.

In der zu besagtem Zwecke einberufenen Konferenz haben wir uns dahin ausgesprochen, dass wir in qu. Verlegung der Schnellzuglinie eine Benachtheiligung unserer Verkehrsinteressen erblicken und deshalb die dringende Bitte aussprechen müssten, von derselben geneigtest Abstand zu nehmen. Im gleichen Sinne hat sich der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt geäussert; er machte seine Zustimmung davon abhängig, dass eine Erhöhung des Fahrpreises unterbleiben und der Anschluss keinesfalls später aufgehoben würde; insofern eine Beeinträchtigung des Verkehrs zwischen Braunschweig und Magdeburg von der Durchführung des in Rede stehenden Projektes zu befürchten, hat auch der Vertreter des Magistrats und die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg Stellung gegen dasselbe genommen; der Kaiserliche Oberpostdirektor hierselbst hat seine Zustimmung von der Bedingung abhängig gemacht, dass die Abfahrts- resp. Ankunftszeit der betreffenden Züge im Wesentlichen unberührt bleibe, eine Bedingung, die nach Lage der Sache als un erfüllbar zu bezeichnen ist.

Wenngleich dem Votum aller dieser Interessenvertretungen schon an und für sich ein gewisses Gewicht nicht abzusprechen sein dürfte, halten wir uns dennoch, zumal im Hinblick auf die von anderer Stelle für die besagte Zugverlegung aufgewendeten Einflüsse für verpflichtet, die Gründe, welche uns zu unserer ablehnenden Haltung veranlasst haben Ew. Exzellenz Güte nachstehend und unmittelbar vorzutragen.

Die Benachtheiligungen, welche dem Verkehr der Stadt Braunschweig aus der Verlegung ihres Anschlusses an die Nachtschnellzüge von Börssum nach Vienenburg bez. Langelsheim erwachsen, sind die folgenden:

1. Verlängerung der Fahrzeit um vierzig bis fünfzig Minuten.

Der hieraus erwachsenden Unbequemlichkeit kann selbstverständlich allein keine Bedeutung beigemessen werden; wohl dagegen der nachtheiligen Wirkung, welche dieselbe auf die schon an und für sich schwache Frequenz der Anschlusszüge üben dürfte.

2. Wesentliche Erhöhung der Fahrkartenpreise angesichts des sowohl nach Osten, als nach Westen und Süden verlängerten Weges.

Auch hier wird die Rücksicht auf die Frequenz entscheidend werden müssen. Selbst für den Fall, dass an dieser Stelle der Grundsatz des Kilometertarifs zu unseren Gunsten verlassen würde, liegt es doch nahe, dass bei irgend welcher Organisationsänderung die etwa bewilligte Ermässigung wieder aufgehoben würde.

3. In der weiteren Entfernung unserer Hauptstadt von den Hauptwegen des Verkehrs und in der hierin enthaltenen Unsicherheit der Aufrechterhaltung der Anschlusszüge.

Die Frequenz der Anschlusszüge ist an sich gering; diese Rücksicht hat die Kgl. Eisenbahn-Direktion Magdeburg schon einmal veranlasst, an Aufhebung derselben zu gehen, selbst als die Entfernung und der Kostenaufwand noch geringer war, wie dies bei Herstellung der Anschlüsse in Vienenburg bezw. Langelsheim der Fall sein würde. Dass die Benutzung derselben schwach ist, liegt offenbar nicht am Mangel an Verkehr überhaupt, sondern vielmehr an der ungünstigen Lage dieser Züge. Auch dürfte eine zahlenmässige Aufrechnung der verkauften Fahrkarten keinen Massstab für die Wichtigkeit einer Verbindung abgeben, welche den Weg von einer Gross- und Industriestadt von über 100000 Einwohnern nach dem Westen, Osten und Süden des Reiches darstellt. Es dürfte vielmehr in vielen Fällen die Fahrt eines einzigen Industriellen für die Entwicklung des Geschäfts und der Wirthschaft schwerer in die Wagschale fallen, als eine grössere Ausdehnung des rein örtlichen Verkehrs, der nur kleinen Interessen dient. Wenn aber allerdings bei weiterer Hinausschiebung des Anschlusses, Verlängerung der

Fahrzeit, Erhöhung des Fahrpreises die Benutzung der betr. Züge ganz ausfeile, so wäre es für uns schwierig, für ihre Aufrechterhaltung einzutreten, wenn wir gleich dieselbe im Interesse der Entwicklung unserer Stadt unter allen Umständen wünschen müssten.

Es ist eingewendet worden, dass in der That ein reger Verkehr beispielsweise zwischen Braunschweig und Magdeburg nicht vorhanden sei; ein vor einigen Jahren des Vormittags eingelegter Zug habe fast gar keine Benutzung gefunden. Wir erlauben uns dem ausser den schon oben angeführten Gründen entgegenzuhalten, dass sich unsere heute ca. 110 000 Einwohner zählende Stadt gerade in allerletzter Zeit sehr intensiv entwickelt hat. Ein Symptom hierfür möge in dem Umstande gefunden werden, dass es nöthig geworden ist, dem Hildesheimer Blitzzuge auf der Station Braunschweig einen Wagen anzuhängen. In der That ist während der letzten Jahre hierorts u. a. eine grössere Anzahl Konservenfabriken entstanden, die Entwicklung dieses ganzen Industriezweiges, welcher heute mit 37 bis 40 Etablissements in der Umgebung Braunschweigs vertreten ist, gehört erst der jüngsten Vergangenheit an.

Unsere Hauptstadt bildet von Alters her den Zentralpunkt für die Industrie des Landes. Dies ist nach Eintritt der neuesten Entwicklung nicht anders geworden. Daher kommt es aber, dass eben diese Industrie an der Zentralstelle des Reiches nicht so bekannt ist, wie sie es verdient. Dass wir nächst Magdeburg der erste Zuckerplatz Deutschlands sind, dass unsere grossen Maschinen-, Pianoforte-, Fleischkonserven-Fabriken nach den verschiedensten Gegenden der Welt ausführen, so z. B. unsere Dampfkessel- und Gasometerfabrik Vertretungen in Berlin und Konstantinopel hat, dass Weltfirmen wie Hugo Luther, Vogtländer & Sohn, hervorragende alte Buchhändlerfirmen u. a. hier ihren Sitz haben, dass in den Bergen unseres Landes eine nicht unbedeutende Eisenindustrie ihre Stätte gefunden hat — führt doch eine unserer Hütten die Kuppel des neuen Reichstagsgebäudes aus —, all das wird ausserhalb noch zu wenig gewürdigt. Wenn so das wirtschaftliche Leben des Landes nach der Hauptstadt gravitirt, so dürfte dieser Umstand der letzteren ein erhöhtes Gewicht verleihen. Partikularistische Strebungen finden sich bei uns nur sehr vereinzelt, weil für sie hierorts der Boden fehlt. Häufig aber ziehen sie ihre Nahrung aus der ungünstigen Gestaltung unserer Verkehrsverhältnisse, für welche sie den preussischen Eisenbahn-Fiskus verantwortlich machen. Im hiesigen Publikum hat die sicher gänzlich verkehrte Meinung Raum, als ob wir insbesondere in Eisenbahnfragen preussischen Flätzen nachgestellt würden. In Folge dessen zeigt sich eine ausserordentliche Empfindlichkeit gegenüber allen Massregeln, welche wie eine Benachtheiligung unserer Verkehrsinteressen auch nur aussehen. So haben sich an die vorliegende Angelegenheit bereits lebhafteste Erörterungen in der Lokalpresse und darüber hinaus geknüpft. Ob wir es nun schon als unsere Aufgabe betrachten, derartigen irrigen Anschauungen auf das entschiedenste entgegenzutreten, und ob wir auch durchaus entschlossen sind, der Königl. Eisenbahnverwaltung angesichts des weitgehenden Missbrauches, der in dieser Beziehung getrieben wird, mit allen unnützen oder eigennützigen Eingaben fern zu bleiben und nur dann zu beantragen und zu bitten, wenn wirklich allgemeine Interessen in Frage kommen, so können wir doch im vorliegenden Falle nicht umhin, darauf hinzuweisen, wie in der weiteren Fernabschiebung der grossen Schnellzuglinie, welche in Anbetracht der Bedeutung der Stadt hätte über Braunschweig führen müssen, und in der Unsicherheit der Aufrechterhaltung unserer Anschlüsse eine wesentliche Herabminderung unserer verkehrstechnischen Bedeutung zu finden ist.

Unsere Eisenbahnverbindungen sind, verglichen mit denen der Stadt Halberstadt, verhältnissmässig recht wenig günstige. Die Verlängerung unserer Anschlus-

züge ist für den Fiskus nicht kostenlos. Es scheint zu bezweifeln, dass der in Halberstadt etwa aufzunehmende Verkehr ausgleichend wirken wird. Andernfalls hätten die Anschlusszüge Halberstadt-Oschersleben ein günstigeres Resultat ergeben müssen.

Wir empfehlen diese unsere Ausführungen Ew. Exzellenz hochgeneigtem Wohlwollen.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Zur Gewerbeordnung.

Der Zentrumsantrag auf Abänderung der Gewerbeordnung, welche Konsumvereine, Genossenschaften und Hausirer betrifft, lautet im wesentlichen also:

Art. 1. Der § 33 der Gewerbeordnung erhält als fünften Absatz folgenden Zusatz: Die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirthschaft sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus finden auf Konsumvereine und andere, die Förderung des Erwerbes oder der Wirthschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckende Gesellschaften (Genossenschaften) auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Art. 2. In Abänderung der geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen treten an die Stelle der §§ 42, 44, 55, 55 a, 56, 56 a, 56 b, 56 c, 57 a, 57 b, 59, 60, 60 c und 61 der Gewerbeordnung die nachfolgenden Bestimmungen. In Wegfall kommen die §§ 33 b, 42 a, 42 b der Gewerbeordnung. § 42. Wer zum selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes befugt ist, darf dasselbe unbeschadet der Bestimmungen des dritten Titels innerhalb und ausserhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung ausüben. Eine gewerbliche Niederlassung gilt nicht als vorhanden, wenn der Gewerbetreibende im Inlande ein zu dauerndem Gebrauche eingerichtetes, beständig oder doch in regelmässiger Wiederkehr von ihm benutztes Lokal für den Betrieb seines Gewerbes nicht besitzt. § 44. Wer ein stehendes Gewerbe betreibt, ist befugt, innerhalb und ausserhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in seinem Dienste stehende Reisende für die Zwecke seines Gewerbebetriebes Waaren aufzukaufen und Bestellungen auf Waaren zu suchen. Die aufgekauften Waaren dürfen nur behufs deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte mitgeführt werden; von den Waaren, auf welche Bestellungen gesucht werden, dürfen nur Proben und Muster mitgeführt werden, soweit nicht der Bundesrath für bestimmte Waaren, welche im Verhältniss zu ihrem Umfang einen hohen Werth haben und übungsgemäss an die Wiederverkäufer im Stück abgesetzt werden, zum Zwecke des Absatzes an Personen, welche damit Handel treiben, Ausnahmen zulässt. Das Aufkaufen von Waaren, bei Personen, welche weder die Waaren anfertigen noch mit denselben Handel treiben, sowie das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren bei Personen, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden, ist nach den Vorschriften des dritten Titels zu beurtheilen. § 33. Werausserhalb des Gemeindebezirks seines Wohnortes oder der durch besondere Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde dem Gemeindebezirk des Wohnortes gleichgestellten nächsten Umgebung desselben ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung in eigener Person 1. Waaren feilbieten; 2. Waarenbestellungen aufsuchen oder Waaren bei anderen Personen als bei Kaufleuten oder an anderen Orten als in offenen Verkaufsstellen zum Wiederverkauf ankaufen; 3. gewerbliche Leistungen anbieten; 4. Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, ohne dass ein höheres Interesse der Kunst oder der Wissenschaft dabei obwaltet, darbieten will, bedarf eines Wandergewerbescheines. § 55 a. An Sonntagen und Festtagen (§ 10)

Abs. 2) ist der Gewerbebetrieb im Umherziehen, soweit er unter § 55 Abs. 1, Ziffer 1 bis 3 fällt, sowie in den entsprechenden Fällen des § 55 Abs. 3 verboten. Ausgeschlossen vom Feilbieten im Umherziehen sind z. B. Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniss zu geben geeignet sind, oder welche mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen, oder in Lieferungen vertrieben werden. Wer Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke im Umherziehen feilbieten will, hat ein Verzeichniss derselben der zuständigen Verwaltungsbehörde seines Wohnortes zur Genehmigung vorzulegen. § 56a. Ausgeschlossen vom Gewerbebetrieb im Umherziehen sind ferner: 1. die Ausübung der Heilkunde, insoweit der Ausübende für dieselbe nicht approbirt ist; 2. das Aufsuchen sowie die Vermittlung von Darlehensgeschäften und von Rückkaufgeschäften ohne vorgängige Bestellung; ferner das Aufsuchen von Bestellungen, auf Staats- und sonstige Werthpapiere, Lotterieloose und Bezugs- und Antheilsscheine auf Werthpapiere und Lotterieloose; 3. das Aufsuchen von Bestellungen auf Brauntwein und Spiritus bei Personen, in deren Gewerbebetriebe dieselben keine Verwendung finden; 4. das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren und das Feilbieten von Waaren, wenn die Waaren gegen ratenweise Bezahlung verkauft oder unter Ausbedingung der Eigenthumsübertragung leih- oder miethweise überlassen werden (Abzahlungsgeschäfte). § 56aa. Vom Feilbieten im Umherziehen sind in der Regel auszuschliessen (§ 60 Abs. 2.): 1. Kolonial- und Materialwaaren; 2. Manufakturwaaren; 3. Waaren, welche handwerksmässig hergestellt werden, ausgenommen die vom Verkäufer selbst angefertigten Waaren. § 56b. Den Angehörigen derjenigen Gemeinden, deren Bewohner zur Gewinnung ihres Lebensunterhaltes auf einen Gewerbebetrieb im Umherziehen angewiesen sind, muss der hergebrachte Gewerbebetrieb im bisherigen Umfang gestattet werden, auch wenn es sich hierbei um den Ankauf oder das Feilbieten von einzelnen der in § 56 Abs. 2 und § 56aa ausgeschlossenen Waaren handelt. § 56c. Das Feilbieten von Waaren im Umherziehen in der Art, dass dieselben versteigert oder im Wege des Glückspiels oder der Ausspielung (Lotterie) abgesetzt werden, ist nicht gestattet. § 60. Der Wandergewerbeschein berechtigt den Inhaber, in dem Bezirk derjenigen Behörde, welche den Schein ertheilt hat, das bezeichnete Gewerbe nach Entrichtung der darauf haftenden Landessteuern zu betreiben. Zu dem Gewerbebetrieb in einem anderen Bezirk ist die Ausdehnung des Wandergewerbescheins durch die zuständige Behörde dieses Bezirks erforderlich. Die Ertheilung oder Ausdehnung des Wandergewerbescheins wird versagt, wenn ein Bedürfniss zur Ausübung des betreffenden Gewerbes in dem Bezirk der Behörde nicht besteht, oder sobald für die den Verhältnissen des Bezirks entsprechende Anzahl von Personen Wandergewerbescheine bereits ertheilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt sind. Art. 3. In den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung werden hinter § 146a folgende Strafbestimmungen eingefügt: § 146b. Wer gewerbmässig bei der Veräusserung von Waaren gegen ratenweise Bezahlung den Leichtsinne oder die Unerfahrenheit des Erwerbers dadurch ausbeutet, dass er diesen zu Anschaffungen beredet, welche den wirtschaftlichen Verhältnissen desselben offenbar nicht entsprechen, oder dass er sich oder einem dritten Gegenleistungen versprechen oder gewähren lässt, welche zu dem Werth der veräusserten Waare in auffälligem Missverhältniss stehen, wird mit Gefängniss bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mk. bestraft. § 146c. Wer bei seinem Gewerbebetrieb öffentlich, um den Absatz von Waaren oder gewerblichen Leistungen zu fördern, wider besseres Wissen unwahre Thatsachen vorspiegelt oder wissentlich wahre Thatsachen entstellt, insbesondere wer zu diesem Zweck über den Ursprung

und Erwerb seiner oder eines anderen Gewerbetreibenden Waaren, über besondere Eigenschaften oder Auszeichnungen dieser Waaren, über die Menge der Waarenvorräthe, den Anlass zum Verkauf oder die Preisbemessung auf Täuschung berechnete falsche Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mk. und im Unvermögensfalle mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft.

Zur Konkursordnung.

Der dem Reichstag von den Abgeordneten Rintelen, Gröber, Spahn, Dr. Bachem und Hitze zugegangene Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Konkursordnung vom 10. Februar 1877 lautet in der Hauptsache also:

Artikel 1. § 41 Ziffer 4 der Konkursordnung erhält folgende Fassung: Den Faustpfandgläubigern stehen gleich: 4. Vermieter wegen des laufenden und des für das letzte Jahr vor der Eröffnung des Verfahrens rückständigen Zinses sowie wegen anderer bei der Eröffnung des Verfahrens fälliger Forderungen aus dem Miethsverhältnisse, in Ansehung der eingebrachten Sachen, sofern die Sachen sich noch auf dem Grundstücke befinden. Artikel 2. Die §§ 70, 77, 79, 80, 84, 86, 94, 96, 97, 99, 104, 114, 119, 162, 190, 198, 199 der Konkursordnung werden folgendermassen abgeändert: § 70. Der Konkursverwalter wird von dem Gericht ernannt. Ein Verwandter oder Verschwiegerter des Gemeinschuldners bis zum vierten Grad einschliesslich darf nicht zum Verwalter ernannt werden. Zum Verwalter soll nur ernannt werden, wer am Orte des Gerichts oder an dem Orte, an welchem das Hauptgeschäft des Gemeinschuldners sich befindet, oder in deren Nähe seinen Wohnsitz hat oder daselbst bis zur Beendigung des Konkurses seinen Aufenthalt nimmt. Das Gericht kann dem Verwalter die Leistung einer Sicherheit auferlegen. § 77. Der Verwalter hat Anspruch auf Erstattung angemessener baarer Auslagen und auf Vergütung für seine Geschäftsführung. Die Festsetzung der Auslagen und der Vergütung erfolgt durch das Konkursgericht nach näherer Bestimmung eines für den Umfang des Reichs zu erlassenen Gebührengesetzes. § 79. Vor der ersten Gläubigerversammlung kann das Gericht aus der Zahl der Gläubiger oder der Vertreter von Gläubigern einen Gläubigerausschuss bestellen. Die Gläubigerversammlung hat einen Gläubigerausschuss zu bestellen. Die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind von der Gläubigerversammlung zu wählen. Zu Mitgliedern können Gläubiger oder andere Personen gewählt werden. § 80. Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben den Verwalter bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen und zu überwachen. Dieselben können sich von dem Gange der Geschäfte unterrichten, die Bücher und Schriften des Verwalters einsehen und den Bestand seiner Kasse untersuchen. Der Gläubigerausschuss ist verpflichtet, sich von dem Verwalter über die Lage der Sache, die Abschätzung der Waarenbestände und die Geschäftsführung Bericht erstatten und die Untersuchung der Kasse des Verwalters wenigstens einmal in jedem Monat durch ein Mitglied vornehmen zu lassen. § 84. Die durch das Gericht erfolgte Bestellung zum Mitgliede des Gläubigerausschusses kann von dem Gerichte, die durch die Gläubigerversammlung erfolgte Bestellung zum Mitgliede des Gläubigerausschusses durch Beschluss der Gläubigerversammlung widerrufen werden. Nach Abhaltung des allgemeinen Prüfungstermins kann die Gläubigerversammlung beschliessen, den Gläubigerausschuss ganz ausser Wirksamkeit zu setzen. § 86. Die Gläubigerversammlung findet unter der Leitung des Gerichts statt. Zur Gültigkeit des Beschlusses, den Gläubigerausschuss ausser Wirksamkeit zu setzen, ist erforderlich, dass 1. die Mehrzahl der im Termine anwesenden stimmberechtigten

Gläubiger ausdrücklich zustimmt und 2. die Gesamtsumme der Forderungen der zustimmenden Gläubiger wenigstens drei Viertel der Gesamtsumme aller zum Stimmen berechtigten Forderungen beträgt. § 34. Die Eröffnung des Konkursverfahrens setzt die Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung des Gemeinschuldners voraus. Zahlungsunfähigkeit ist insbesondere anzunehmen, wenn Zahlungseinstellung erfolgt ist. § 96. Beantragt der Gemeinschuldner die Eröffnung des Verfahrens, so hat er ein Verzeichniß der Gläubiger und Schuldner, sowie eine Uebersicht der Vermögensmasse bei Stellung des Antrages einzureichen oder, wenn dies nicht thunlich ist, ohne Verzug nachzuliefern. Handelsbücher sind dem Gerichte mit dem Antrag vorzulegen. § 97. Der Antrag eines Gläubigers auf Eröffnung des Verfahrens ist zuzulassen, wenn die Forderung des Gläubigers und die Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung des Gemeinschuldners glaubhaft gemacht werden. Wird der Antrag zugelassen, so hat das Gericht den Schuldner zu hören und, sofern dieser nicht seine Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung einräumt, die erforderlichen Ermittlungen anzuordnen. Handelsbücher sind in gerichtliche Verwahrung zu nehmen. Die Anhörung des Schuldners kann unterbleiben, wenn sie eine öffentliche Zustellung oder eine Zustellung im Auslande erfordert; in diesem Falle ist, soweit thunlich, ein Vertreter oder Angehöriger des Schuldners zu hören. § 99. Die Abweisung des Eröffnungsantrages kann erfolgen, wenn nach dem Ermessen des Gerichts eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist. Die Abweisung unterbleibt, wenn die Kosten des Verfahrens durch einen Vorschuss gedeckt werden. § 162. Ein Zwangsverfahren ist unzulässig 1. so lange der Gemeinschuldner flüchtig ist oder die Ableistung des Offenbarungseides verweigert; 2. so lange eine wegen Verfehlung gegen die Strafbestimmungen der Konkursordnung gegen den Gemeinschuldner eröffnete gerichtliche Untersuchung oder ein wieder aufgenommenes Verfahren anhängig ist; 3. wenn der Gemeinschuldner wegen betrüghchen Bankrotts rechtskräftig verurtheilt worden ist; 4. wenn der Vergleich den Gläubigern nicht mindestens für ein Viertel ihrer Forderungen Befriedigung gewährt. Ferner ist der Zwangsvergleich unzulässig 5. wenn der Gemeinschuldner schon früher einmal im Konkurs sich befunden hat, und 6. wenn die Firma des Gemeinschuldners nicht wenigstens durch zwei Jahre, von der Konkursöffnung zurückgerechnet, im Handelsregister eingetragen ist, sofern der Gemeinschuldner in diesen beiden Fällen nicht darzuthun vermag, dass er lediglich durch unverschuldetes Unglück in diese Lage gerathen ist. § 190. Das Gericht kann das Konkursverfahren einstellen, sobald sich ergibt, dass eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse oder Vorschussleistung nicht vorhanden ist. § 198. Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien findet über das Gesellschaftsvermögen ein selbständiges Konkursverfahren statt. Die Vorschrift des § 193 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung. § 199. Zu dem Antrag auf Eröffnung des Verfahrens im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung ist ausser den Konkursgläubigern jeder persönlich haftende Gesellschafter und jeder Liquidator berechtigt. Zu dem Antrag verpflichtet sind die persönlich haftenden Gesellschafter und die Liquidatoren im Falle der Ueberschuldung, sobald aus der Jahresbilanz oder der im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz sich ergibt, dass die Ueberschuldung das Vermögen um ein Viertel übersteigt. Wird der Antrag nicht von allen persönlich haftenden Gesellschaftern oder allen Liquidatoren gestellt, so ist derselbe zuzulassen, wenn die Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung der Gesellschaft glaubhaft gemacht wird. Das Gericht hat die übrigen persönlich haftenden Gesell-

schafter oder Liquidatoren nach Massgabe des § 97 Absatz 2, 3 zu hören. Artikel 3. Hinter § 201 der Konkursordnung werden folgende Bestimmungen eingeschaltet: § 201a. Die Vorschrift des § 199 Absatz 2 findet auch auf den Einzelkaufmann im Falle seiner Ueberschuldung Anwendung. § 201b. Kaufleute, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, sind bis zur Erlangung der Wiederbefähigung von dem Genuss folgender Rechte ausgeschlossen; 1. von dem Recht, Handelsgeschäfte unter einer nicht lediglich in der Zeichnung ihres vollen Namens (Ruf- und Familiennamens) bestehenden Firma zu betreiben; 2. von der Wählbarkeit zu kaufmännischen Ehrenämtern, insbesondere zum Mitglied einer Handelskammer oder zum Handelsrichter sowie von der Theilnahme an kaufmännischen Körperschaften; 3. von dem Recht, auf der Börse zu erscheinen und das Amt eines Handelsmaklers zu bekleiden; Kaufleuten, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, nachdem sie schon früher einmal in Konkurs verfallen waren, ist ausserdem bis zur Erlangung der Wiederbefähigung die Befugniß, ein kaufmännisches Geschäft selbständig zu betreiben oder durch andere für ihren Vortheil betreiben zu lassen, durch Entscheidung des Konkursgerichts abzuerkennen, wenn sie nicht darzuthun vermögen, dass sie lediglich durch unverschuldetes Unglück wieder in diese Lage gerathen sind. § 201c. Die Wiederbefähigung ist zu ertheilen, wenn der Gemeinschuldner nachweist, dass sämtliche Forderungen der Konkursgläubiger an Hauptsumme, Zinsen und Kosten durch Zahlung, Erlass oder in anderer Weise vollständig getilgt sind, die Gläubiger mögen ihre Forderungen im Konkurs angemeldet haben oder nicht. Zur Ertheilung der Wiederbefähigung ist das Konkursgericht zuständig. § 201d. Der Gemeinschuldner hat mit dem Gesuch um Ertheilung der Wiederbefähigung die Quittungen der Gläubiger und die sonstigen Beweismittel dem Gerichte einzureichen und, soweit er die Befriedigung einzelner seiner Gläubiger nicht nachzuweisen vermag, den Besitz der zur Befriedigung dieser Gläubiger hinreichenden Mittel darzuthun. Das Gesuch ist den Gläubigern, deren Aufenthalt bekannt ist, mitzuthellen und ausserdem öffentlich bekannt zu machen, dass jeder Gläubiger das Gesuch auf der Gerichtsschreiberei einsehen und, falls er für sein Gut haben noch nicht vollständig befriedigt ist, binnen zwei Monaten Einspruch gegen die Ertheilung der Wiederbefähigung erheben kann. Nach Ablauf der Frist hat das Gericht die erforderlichen Erhebungen durch Vernehmung des Gemeinschuldners und der Einspruch erhebenden Gläubiger vorzunehmen und über das Gesuch durch Beschluss zu entscheiden. Gegen den Beschluss ist die sofortige Beschwerde unter entsprechender Anwendung des § 174 zulässig. Wird dem Gesuch stattgegeben, so ist der Beschluss öffentlich bekannt zu machen. Artikel 4. Der § 210 der Konkursordnung erhält folgende Fassung: § 210. Schuldner, welche ihre Zahlungen eingestellt haben oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, werden wegen einfachen Bankrotts mit Gefängniß bestraft, wenn sie 1. ihre Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung auch nur zum Theil durch übermässigen Aufwand, ausschweifenden Lebenswandel, Vernachlässigung ihres Erwerbsbetriebs, Verschleuderung von Vermögensstücken, leichtsinniges Kreditgeben, insbesondere Bürgschaftsübernahme oder Gefälligkeitsgiro, durch Spiel oder Differenzhandel mit Waaren oder Börsenpapieren, Wechselreiterei oder durch sonstige, ihrem regelmässigen Geschäftsbetrieb fremde oder zu ihrem Vermögen in einem auffälligen Missverhältnisse stehende Geschäfte herbeigeführt haben; 2. zu einer Zeit, in welcher ihnen ihre Ueberschuldung bekannt war oder bekannt sein musste, durch leichtsinnige Eingebung von Schulden die Lage der Gläubiger verschlimmert haben; 3. Handelsbücher zu führen unterlassen haben, deren Führung

ihnen gesetzlich oblag, oder dieselben verheimlicht, verheimlicht oder so unordentlich geführt haben, dass sie keine Uebersicht ihres Vermögenszustandes gewähren, oder 4. es gegen die Bestimmung des Handelsgesetzbuches unterlassen haben, die Bilanz ihres Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen. Artikel 5. Hinter § 210 der Konkursordnung werden folgende Bestimmungen eingefügt: § 210a. Wer im Inlande wegen Bankrotts bestraft worden ist, wird, wenn er einen betrüghchen Bankrott begeht, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren und, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängniss nicht unter einem Jahr, wenn er einen einfachen Bankrott begeht, mit Gefängniss nicht unter drei Monaten bestraft. § 210b. Wenn entgegen den Vorschriften in § 199 Absatz 2 und § 201 a der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens unterlassen ist, so wird jeder zum Antrag Verpflichtete mit Gefängniss bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mk. bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist ausschliesslich auf Geldstrafe zu erkennen. Bestrafung tritt nicht ein gegen denjenigen, welcher nachweist, dass der Eröffnungsantrag ohne sein Verschulden unterblieben ist.

Kleine Mittheilungen.

Ausdehnung der gewerblichen Sonntagsarbeit in Berlin. Mit Hinblick auf die für den 1. Oktober ausgebliebene Regelung der gewerblichen Sonntagsruhe dürfte das Ergebniss einer Umfrage über die Ausdehnung der Sonntagsarbeit interessieren, welche die Berliner Gewerbedeputation anlässlich ihrer Lohnermittelungen im September 1891 veranstaltete. Von den 385 Betrieben, von denen die Fragebogen beantwortet vorliegen, haben 161 das Vorkommen von Sonntagsarbeit (89 von Nachtarbeit) deklariert. Regelmässig ist Sonntagsarbeit bei den Uhrmachern, den Bäckern, den Konditoren in Konditoreien, den Schlächtern, in vielen Brauereien, bei den Schneidern (Ortskrankenkasse), den Schuhmachern (Ortskrankenkasse), den Frisuren und Barbieren, in vielen Zeitungsdruckereien, bei den Photographen, bei der überwiegenden Mehrzahl der Hausdiener, bei einem grossen Theil der der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker angehörigen Personen, beim Personal der Omnibus-, Packetfahrt-, Pferdebahn- und Dampfstrassenbahn-, oder richtiger gesagt der öffentlichen Fuhrwerksbetriebe, im Gastwirths- und Hotelgewerbe, bei den Köchen und den Musikanten, bei einem Theil der Nadler und Siebmacher (Ortskrankenkasse), in einer Porzellan- und Chamottefabrik, einer Dampfmahlmühle, einer Meierei, einer Essigfabrik, einem Damenmäntel-Konfektionsgeschäft, für vier Männer in der Königl. Porzellan-Manufaktur, die Männer in einer chemischen Fabrik, einen Theil der Arbeiter der städtischen und englischen Gasanstalten, Männer an einigen Apparaten in einer Stearinlichtfabrik, das Maschinenpersonal in den städtischen Wasserwerken, männliche Arbeiter in einer Putzfeder- und Federfabrik, fast regelmässig für die im Nadler- und Siebmachergewerbe beschäftigten Arbeiterinnen, häufig bei Klempnern, Stuhlarbeitern, Tischlern und Pianofortearbeitern, weniger häufig oder selten je nach dem Bedarf in allen übrigen Gewerben. Namentlich zu Reparaturen an Betriebsmaschinen wird meist der Sonntag benutzt. Sprechen diese Feststellungen nicht für die Dringlichkeit der gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes?

Zur Regelung des Auswanderungswesens in Deutschland. Eine Eingabe der Handelskammer zu Köln an den Bundesrath betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen wendet sich gegen zwei engverknüpfte Punkte des Entwurfs, gegen die Verpflichtung der Auswanderer, nur über deutsche Häfen die Auswanderung zu bewirken, und die Beschränkung der Thätigkeit der Agenten auf deutsche,

in deutschen Seeplätzen ansässige Linien. Die Eingabe entwickelt den folgenden Gedankengang: „Wenn die Vorschrift, dass die Auswanderer nur über deutsche Häfen fortgehen müssen, der Absicht entspringt, die Auswandernden gegen Ausbeutung und schlechte Beförderung zu schützen, so wird diese Absicht geradezu vereitelt. Es wird schlechterdings unmöglich sein, zu verhindern, dass die Auswanderer, die nicht über deutsche Seehäfen gehen wollen, diese Absicht ausführen, denn die Umgehung der Vorschrift ist sehr leicht. Wird sie aber umgangen, so fehlt es der Reichsregierung an jeder Handhabe, den Schutz, den sie den Auswanderern zgedacht, zu verwirklichen. Würde sie dagegen die auswärtigen Linien zur Konzession in Deutschland zulassen und gleichzeitig vorschreiben, dass die Auswanderung nur durch deutsche bzw. in Deutschland konzessionirte Linien stattfinden darf, so kann sie den auswärtigen Linien diejenigen Bedingungen stellen, die zum Schutze der Auswanderer nöthig sind. Zudem schliesst die Beschränkung auf die deutschen Häfen eine ungerechte Benachtheiligung eines beträchtlichen Theiles der Auswanderer in sich, da für diesen die nicht deutschen Häfen günstiger liegen und deshalb geringere Beförderungskosten bis zum Einschiffungshafen bedingen, als die deutschen Häfen. Insbesondere würde ein grosser Theil der aus Westdeutschland kommenden Auswanderer grössere Kosten aufzuwenden haben, wenn sie über Bremen und Hamburg anstatt über Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam gehen müssten. Im Jahre 1891 benutzten von den 12 366 Auswanderern aus der Rheinprovinz, der bayrischen Pfalz, aus Baden und Elsass-Lothringen über 68 pCt. die belgischen und holländischen Häfen. Im Ganzen gingen 1891 von den deutschen Auswanderern 22 247 über diese Häfen, so dass auf die oben genannten vier Gebiete bereits 38 pCt. entfallen, während sie zur Gesamtzahl der deutschen Auswanderer überhaupt noch nicht 11 pCt. stellten. Das Verbot der Beförderung von deutschen Auswanderern über nicht deutsche Häfen gefährdet endlich die Interessen der Auswanderer auch insofern, als durch dasselbe die Möglichkeit freier Konkurrenz zwischen den deutschen und den ausländischen Gesellschaften in den Fahrpreisen erheblich eingeschränkt und den deutschen Häfen eine Monopolstellung eingeräumt wird, welche sie in den Stand setzt, eine einseitige Erhöhung der Fahrpreise eintreten zu lassen. Diesen Bedenken würde man nur dadurch begegnen können, dass sich die Reichsregierung ein Mitbestimmungsrecht bei der Feststellung der Fahrpreise vorbehält. Bei all dem kann die in Rede stehende Massregel auch den deutschen Rhedereien Nachtheile zufügen. Die deutschen Schiffe befördern bekanntlich einen sehr grossen Theil der nichtdeutschen Auswanderer. Gingen doch 1891 über deutsche Häfen nur 93 145 deutsche, dagegen 196 080 nichtdeutsche Auswanderer fort. Unter den letzteren befanden sich 109 515 Russen, 4809 Schweden und Norweger, 4921 Dänen. Würden diese drei Staaten sich auf den gleichen Standpunkt stellen, wie der Entwurf und die Auswanderung über deutsche Häfen verbieten, so gingen den deutschen Schiffen schon 119 245 Auswanderer verloren. Hierfür würden sie bestenfalls nach dem Entwurf die 22 247 deutschen Auswanderer eintauschen, die bisher belgische und holländische Häfen benutzten, falls das Verbot, nichtdeutsche Häfen zu benutzen, nicht umgangen würde. Dass das Ausland die Gelegenheit, Repressalien zu ergreifen, nicht benutzen sollte, ist kaum anzunehmen. Äendert man den Entwurf dementsprechend um, so fällt auch jeder Grund fort, die Thätigkeit der Agenten auf deutsche Linien zu beschränken. Die Vertretung der in Deutschland konzessionirten ausländischen Linien müsste ihnen also gestattet werden.“ Man kann dieser Vorstellung im Interesse der ärmeren Auswanderer nur in allen Punkten zustimmen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 10. — 833/93.

XI. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Sonnabend, den 4. März 1893,

Vormittags pünktlich 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestrasse 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Eingabe der Mühlen-Interessenten des Herzogthums betr. Aufhebung der Staffeltarife für Getreide.
3. Eingabe des Vereins deutscher Spediteure betr. Einführung kombinirter Land- und Seetarife.
4. Mitwirkung von Vertretern des Handels und der Industrie beim Abschluss von Zollverträgen.
5. Ausdehnung der Portotaxe für Drucksachen auf Geschäftspapiere.
6. Eingabe des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands betr. die Konzessionirung gewerblicher Anlagen.
7. Eingabe der Handelskammer Pforzheim betr. die Arbeitszeit der Arbeiterinnen von über sechzehn Jahren in der Edelmetall-Industrie.
8. Veranstaltung einer deutschen Ausstellung in Berlin.
9. Entwurf eines Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.
10. Entwurf eines Reichs-Checkgesetzes.

Braunschweig, 20. Februar 1893.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. A. II. 2. — 782/93.

Bekanntmachung.

Es sind in letzter Zeit Ladungen mit Thierhäuten, Fellen und thierischen Resten (Knochen, Hörnern etc.) in Häfen der Türkei angelangt, deren Ursprungszeugnisse den Anforderungen der dortigen Behörden nicht entsprachen. Die Atteste bestanden aus einem lediglich von dem Absender der Ladung oder von einer andern nicht autorisirten Person ausgestellten Ursprungszeugnisse, auf welchem nur die Unterschrift dieser Personen von der heimischen Behörde bezw. dem türkischen Konsul des Abgangshafens beglaubigt war. Die türkischen Behörden erkennen jedoch derartige Ursprungszeugnisse nicht an, sondern verlangen ein von der

Ortsgesundheitsbehörde ausgestelltes Zeugnis. Wir bringen dies mit dem Bemerken zur Kenntniss, dass die für die Einfuhr unbearbeiteter Häute und sonstiger Thierabfälle in die Türkei erforderlichen amtlichen Ursprungszeugnisse unmittelbar im Versandhafen ausgestellt sein müssen, widrigenfalls dieselben als ungültig betrachtet und die betreffenden Waaren in türkische Häfen nicht zugelassen werden.

Braunschweig, 16. Februar 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Zur Plenarversammlung vom 4. März 1893.

Staffeltarife. Die Interessenten des Müllerei-Gewerbes haben unterm 4. Januar d. J. die nachstehende Eingabe an die Kammer gerichtet:

Den Unterzeichneten ist es bekannt geworden, dass die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig auf Grund von Erhebungen, welche gegen Ende des Jahres 1891 stattgefunden haben, für Beibehaltung der von den Königl. preuss. Staatsbahnen eingeführten Staffeltarife für Getreide und Mühlenfabrikate eingetreten ist.

Zur Zeit der erwähnten Erhebungen bestanden anormale Verhältnisse, hervorgerufen durch die kleine vorjährige Ernte, welche eine gewisse Berechtigung der Staffeltarife insofern voraussetzten, als zur Beschaffung von möglichst billigem Brod in dichter bevölkerten Konsumgebieten eine in den Staffeltarif zum Ausdrucke kommende Staatshilfe wünschenswerth und nothwendig erscheinen konnte. Dieser Grund ist aber bei der grossen diesjährigen Inlandsernte und der dadurch hervorgerufenen sehr billigen Getreidepreise hinfällig. Auch waren damals nach erst kurzer Dauer der Staffeltarife die Folgen noch nicht so fühlbar, weil vor der Ernte — also vor Einführung der Staffeltarife — Seitens hiesiger Mühlen grössere Mehlverkäufe auf Herbstlieferung abgeschlossen waren, die erfüllt werden mussten, unabhängig von den veränderten Tarifen. Aber alsbald trat die unausbleibliche Wirkung der Staffeltarife — eine Verschiebung der Absatzgebiete bezw. der Bezugsgegenden — für die hiesigen Mühlen sehr empfindlich in die Erscheinung.

Wenn für unsere Mehl ausführende Mühlenindustrie das natürliche und seit vielen Jahren gepflegte Absatzgebiet im südwestlichen und südlichen Deutschland lag, so mussten wir nach der Wirkung des Staffeltarifs

beobachten, wie diesseitig das Rendement nach jenen Absatzgebieten mehr und mehr schwand und schliesslich vollständig aufhörte. Die exportirenden Mühlen wurden dadurch gezwungen, ihre Mehle auf den örtlich begrenzten Markt zu werfen und damit den Kampf um die Existenz mit den kleineren, früher mehr dem lokalen Verkehr dienenden Mühlen, wie unter sich selbst aufzunehmen. Aus diesem Grunde richtete der Vorstand des Hannover-Braunschweigischen Zweig-Verbandes Deutscher Müller im Dezember 1892 eine Eingabe nach Berlin an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten, welchen Ausführungen sich die Unterzeichneten voll und ganz anschliessen.

Die Mühlenindustrie in unserm Herzogthume ist eine hoch entwickelte und bedeutende, ihr Niedergang würde in wirthschaftlicher Beziehung bedeutungsvolle Folgen haben.

Die Unterzeichneten richten daher an die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig das ganz ergebene Ersuchen,

dahin wirken zu wollen, dass die Staffeltarife baldigst aufgehoben werden.

Sollte die Handelskammer unserm Ersuchen ohne Weiteres nicht Folge geben können, so bitten ergebend, ehestens neue Erhebungen anstellen zu wollen, die unserer Ueberzeugung gemäss die Nothwendigkeit unseres Antrages darthun werden.

In Eingaben ähnlichen Inhaltes haben sich bereits gegen Ende des Vorjahres an den Preussischen Eisenbahnminister gewendet die Handelskammern zu Dortmund, Göttingen, Hildesheim, sowie der Hann.-Braunschweig. Zweig-Verband Deutscher Müller.

Der Vorstand der Kammer hat die Angelegenheit zunächst einem sachverständigen Mitgliede zur Begutachtung überwiesen. Das Votum desselben ist ablehnend ausgefallen. Es hat deshalb unterm 17. Januar der Geschäftsausschuss die Angelegenheit nach kurzer Verhandlung an das Plenum gewiesen. Unterdessen ist eine Anfrage an die Getreidehändler ergangen, weil zu vermuthen stand, dass diese für die gegentheiligen Interessen eintreten würden. Die Vermuthung ist durch die eingegangenen Gutachten bestätigt worden. Es dürfte demnach zu entscheiden sein, auf welcher Seite das grössere Interesse bzw. der grössere Schaden gefunden wird.

Es ist zu bemerken, dass die Königl. Eisenbahn-Direktion Magdeburg bereits unterm 15. Dezember 1891 um Auskunft über die Wirkung der Staffeltarife ersucht hat. Die Kammer hat in Verfolg dessen eine Umfrage an die Mühlenbesitzer und Getreidehändler des Herzogthums gerichtet. Die eingegangenen Antworten lauten fast durchgängig dahin, dass eine Wirkung der Staffeltarife nicht wahrzunehmen sei; an einigen Stellen jedoch wird eine günstige Verschiebung der Sachlage konstatiert. Unter diesen Umständen hat die Kammer damals von einem Antrage auf Aufhebung der Tarife Abstand genommen.

Kombinierte Land- und Seetarife. Gelegentlich der Schaffung einer regelmässigen Dampfschiffsverbindung mit der Levante sind seitens der preussischen Staatsbahnverwaltungen von vielen Stationen aus kombinierte Tarifsätze eingeführt worden, welche die Fracht bis zum Hafen (Hamburg) und die Schiffsfracht zusammenfassten. Neuerdings scheint übrigens zur Belebung der Ausfuhr die Einführung neuer derartiger Tarife in Aussicht genommen.

Es ist klar, dass durch derlei Massregeln der Spediteur an der Umschlagsstelle an Bedeutung verliert resp. überflüssig wird. Darum wendet sich der Verein deutscher Spediteure in einer ausführlichen Denkschrift an die deutschen Handelskammern mit der Bitte, der Ausdehnung dieser Tarifart, insbesondere der Einführung des sog. Levantetarifes, hindernd in den Weg zu treten. Der Verein versucht hierbei den Nachweis zu führen,

dass das Interesse des gesammten deutschen Handels und Gewerbes mit dem seinigen zusammenfalle. Dieser Nachweis kann indessen nicht erbracht werden.

Hinzuziehung Sachverständiger beim Abschluss von Handelsverträgen. Das Ergebniss der letztabgeschlossenen Handelsverträge hat allen Kreisen des interessirten Erwerbslebens den dringenden Wunsch nahegelegt, dass beim Abschlusse von Zollverträgen künftig sachverständiger verfahren werde, als dies offenbar diesmal geschehen ist. Die stolze Gemüthung, welche augenscheinlich gewisse Regierungskreise über den Abschluss der Verträge, insbesondere mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz, erfüllt hat, hat in der Industrie keinen Nachhall gefunden. Der Vorschlag der Handelskammer Pforzheim, für derlei Fälle einen ständigen Zollbeirath einzusetzen, hat deshalb viel Anklang gefunden. Auch die preussische Regierung hat denselben einer Erörterung für werth gehalten. Der Ausschuss des deutschen Handelstages hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt und erbittet um gutachtliche Aeusserung seiner Mitglieder.

Die Hauptschwierigkeit liegt hier auf der rein formalen Seite, welche die materielle wesentlich beeinflusst: nämlich in der Stellung dieses Zollbeirathes zur Regierung. Soll derselbe vor Beginn oder während oder aber nach Führung der offiziellen Handelsvertragsverhandlungen gehört werden? Soll die Regierung zu seiner Befragung verpflichtet sein? Dann dürfte ein grosser Theil der Verantwortlichkeit ihr abgenommen werden. Soll eine solche Verpflichtung nicht konstruiert werden, wird der Beirath nicht bedeutungslos werden? Der Vorschlag, nur eine sog. freie Kommission einzusetzen, welche die jeweiligen Sachverständigen zu präsentiren hätte, hat wenig Beifall bei der Regierung gefunden. Dieselbe sagt mit einigem Rechte, dass sie zur Auffindung von Sachverständigen für den einzelnen Fall selbst befähigt sei.

Geschäftspapiere postalisch als Drucksachen. Auf Antrag der Handelskammer Mainz hat der Deutsche Handelstag verschiedentlich darüber verhandelt, ob nicht die Ausdehnung der Drucksachen-Portotaxe auf Geschäftspapiere überhaupt, wie Zirkulare etc. zu erstreben sei. Im Auslande besteht diese Einrichtung, wenn auch nicht überall.

Es handelt sich nun darum, aus der kaufmännischen Praxis spezielles Material darüber beizubringen, wie wichtig und wesentlich die Einführung der besagten Massregel erscheinen müsse. Es ist erwünscht, dass die Herren Mitglieder der Kammer sich für die Sitzung mit derlei Material versehen.

Konzessionirung gewerblicher Anlagen. Der Verein für die chemische Industrie Deutschlands beklagt den langsamen Gang des Verfahrens bei Konzessionirung gewerblicher Anlagen, häufig erfolge dieselbe so spät, dass unterdessen an anderen Orten, zumal in der chemischen Industrie, das betr. Verfahren etc. bereits ausgenutzt sei. Es werden bezügl. Abänderungsvorschläge gemacht.

Arbeitszeit in der Edelmetall-Industrie. Die Handelskammer Pforzheim hat seinerzeit an die Regierung einen Antrag bezügl. der Beschäftigungszeit in der Edelmetall-Industrie gerichtet, welchen die Regierungen von Württemberg und Baden aufgenommen und dem Bundesrath zugestellt haben. Derselbe stützt sich auf § 139a al. 4 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und verlangt, dass bez. der Beschäftigung der Arbeiterinnen über sechzehn Jahre bei aussergewöhnlicher Häufung (wann also? Red.) der Arbeit in den Fabriken der Branche Ausdehnung der Arbeitszeit erlaubt werden soll in der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober bis 9 Uhr, in der Zeit vom 16. Oktober bis 14. März bis 10 Uhr Abends, ausserdem an den Vorabenden aller Sonn- und Festtage bis 7 Uhr Abends. (! Red.) Die Arbeitszeit soll dreizehn, an Sonnabenden etc. zehn Stunden nicht überschreiten, Ueberarbeit nicht an mehr als achtzig Tagen im Jahre stattfinden dürfen (!).

Die Begründung dieses Antrages darf als ausserordentlich dürftig bezeichnet werden. Eine Fabrik in unserem Bezirke hat sich gutachtlich dahin geäußert, dass sie obengenannte Wünsche als „im Allgemeinen den Verhältnissen entsprechend“, anerkenne.

Deutsche Ausstellung in Berlin. Wir verweisen bezügl. dieser Angelegenheit auf die ausführlichen Darlegungen in den Nummern 6 de 1891, 1 de 1892, 4 de 1892, 9 de 1892, insbesondere aber in Nr. 1 de 1893 dieser Zeitschrift.

Reichs-Checkgesetz. Die Handelskammer zu Hildesheim hat unterm 15. Dezember v. J. die folgende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet:

Eurer Exzellenz beehrt sich die gehorsamst unterzeichnete Handelskammer nachstehend ihren Standpunkt gegenüber dem dem Bundesrath vorliegenden Entwurfe eines Reichs-Checkgesetzes ehrerbietigst zu unterbreiten.

Zunächst dürfen wir uns, in Uebereinstimmung mit fast allen handelspolitischen Körperschaften für das Bedürfniss einer Kodifikation des Checkgesetzes aussprechen, da die Gesetzgebung auf diesem Gebiete, namentlich was die Einlösefristen und das Regressrecht anlangt, zurückgeblieben ist und die dürftigen Bestimmungen, welche in dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich Aufnahme gefunden haben, dem heutigen Checkverkehr nicht mehr genügen.

Im Einzelnen halten wir sodann folgende Abänderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge der Erwägung werth:

Um ausländischen Checks im Reichsgebiete Geltung zu verschaffen, empfiehlt sich die Aufnahme einer Vorschrift, nach welcher die Bezeichnung als Check und die Aufforderung des Ausstellers, aus seinem Guthaben zu zahlen, durch einen entsprechenden Stempelauddruck auf die Vorderseite des Checks ersetzt wird.

Zu Ziffer 2. Die Handelskammer erklärt sich, was die Person des Bezogenen anlangt, gegen die Checkfreiheit und befürwortet die Beschränkung der Checkfähigkeit des Bezogenen auf Banken, Bankiers und solche Institute, welche gewerbmässig den Geldverkehr vermitteln, wie Vorschuss-Vereine und dergleichen. Die allgemeine Checkfreiheit steht mit dem Charakter des Checks als Zahlungsmittel im Widerspruch und gefährdet die Sicherheit des Geldverkehrs mittelst Checks, namentlich mit Rücksicht auf die kurzen Einlösefristen.

Zu Ziffer 3. Es empfiehlt sich eine Anlehnung an die Ausdrucksweise des Art. 4 W. O. und die Verschmelzung des § 4 des Entwurfes, der dann in Wegfall zu kommen hätte, in diese Ziffer.

Zu Ziffer 5. Die Ersetzung der Zahlenschrift des Ausstellungs-Datums durch Buchstabenschrift ist unpraktisch, weil umständlich. Auch im Wechselverkehr hat das Fehlen einer analogen Bestimmung zu Unzuverlässigkeiten nicht geführt.

Es empfiehlt sich ein Zusatzparagraph nach Analogie des Art. 10 W. O., um jeden Zweifel über die Ungültigkeit einer Schrift, welche nicht den Erfordernissen des § 1 des Entwurfes entspricht, zu haben.

Zu § 5. Die Handelskammer befürwortet die Streichung des zweiten Absatzes. Es genügt, dass die Angabe einer Zahlungszeit auf dem Check als nicht geschrieben gilt.

Zu § 6. Der Schlusspassus des dritten Absatzes „mit der Massgabe, dass ein auf die Abschrift des Checks gesetztes Indossement keine checkrechtliche Wirkung hat“, erscheint im Interesse der Sicherheit des Checkverkehrs auf weite Entfernungen nöthig.

Der vierte Absatz dieses Paragraphen ist dahin einzuschränken, dass nur das Indossement des Bezogenen ungültig sei.

Hingegen bedarf es der Zulässigkeit und Gültigkeit eines Indossaments an den Bezogenen, da ein solches einen im Checkverkehr besonders praktischen Fall zum Inkasso oder zur Gutschrift darstellt.

Zu § 7. Die Handelskammer befürwortet die Verlängerung der Präsentationsfrist für inländische Checks gleichmässig auf sieben Tage.

Für Checks, deren Ausstellungsort im Auslande liegt, ist dieselbe Präsentationsfrist zu empfehlen, wie für inländische Checks, mit der Massgabe, dass die Frist mit dem Zeitpunkt beginnt, an welchem der Check ausweislich in die Hand des ersten inländischen Inhabers gelangt ist.

Für im Auslande zahlbare Checks sollte in erster Linie nach bekannten Grundsätzen des internationalen Privatrechts das ausländische Gesetz und das inländische nur subsidiär für die Präsentationsfristen zur Anwendung gelangen.

Zu § 9. Die Beibehaltung dieses Paragraphen, dessen Streichung von mancher Seite vorgeschlagen ist, befürwortet die Handelskammer dringend, da die Bestimmung desselben den Checkverkehr der Abrechnungsstellen, in welchen derselbe seine Hauptbedeutung entwickelt, zu befördern geeignet ist.

Zu § 10. Es empfiehlt sich, eine genauere Präzisierung der Haftbarkeit des Bezogenen dem Inhaber des Checks gegenüber dahin, dass die Haftbarkeit sich bemisst nach dem Inhalte des zwischen dem Aussteller und dem Bezogenen geschlossenen Checkvertrages.

Die Unwiderruflichkeit des Checks ist unter allen Umständen festzuhalten; die Rücksicht auf die Kostspieligkeit einer verhältnissmässig wohl seltenen Amortisation eines verlorenen Checks muss zurückstehen vor derjenigen auf die Gefährdung des ganzen Checkverkehrs bei Widerruflichkeit des Checks.

Zu § 11. Die Handelskammer empfiehlt die Fassung des Entwurfes, betreffend die Bestimmungen über die Sperrung des Checks.

Zu § 20. Nach Ansicht der Handelskammer hat die Haftbarkeit des Ausstellers für das Vorhandensein der Deckung bei Begebung des Checks gemäss dem strengen Schuldcharakter des Checks ohne Rücksicht auf *dolus* oder *culpa* des Ausstellers Platz zu greifen.

Zu § 28. Die Handelskammer befürwortet die Beibehaltung des Paragraphen, da ausdrückliche Strafbestimmungen die Sicherheit des Checkverkehrs erhöhen.

Wir verweisen für Beurtheilung dieser Angelegenheit auf unsere Ausführungen in den Nummern 1 de 1892, 2 de 1892, 3 de 1892, 6 de 1892 dieser Zeitschrift.

Die Eisenbahn-Oberbau-Frage in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Vom Generaldirektor A. Haarmann-Osnabrück.

II.

Ich weiss es sehr wohl, dass die Schuld an dieser Sachlage im Allgemeinen nicht den Menschen, sondern dem Zwange der einmal entstandenen Verhältnisse beizumessen ist. Wegen der seit länger als Jahresfrist erheblich verschlechterten Finanzlage ist es den sämtlichen Zweigen unseres Staatshaushalts zur Pflicht gemacht worden, ein Sparsamkeitssystem zu üben, welches auch auf dem für unsere Volkswirtschaft so ausserordentlich wichtigen Gebiete des Eisenbahnwesens zum Ausdruck gelangen musste. Bei der bedenkliehen Tragweite, welche diesen Ausflüssen staatlicher Sparsamkeit einzuräumen ist, wird aber wohl die Frage am Platze sein, ob das verfolgte System in diesem Umfange auch für unsere Eisenbahnverwaltung wirklich richtig erscheint, und ob wir hier mit den Einschränkungs-massnahmen nicht auf Wege abschwenken, welche statt zur allmählichen Gesundung zur nothwendigen Schwächung unserer volkswirtschaftlichen Kraft führen müssen.

Wir stossen da leider auf das Vorhandensein eines Gegensatzes zwischen der staatlichen Eisenbahnverwaltung und der Verwaltung des Staatsschatzes, eines Gegensatzes, dessen Ursprung mit der Verstaatlichung

preussischer Bahnen zusammenfällt und dessen Entstehen man in jenem Augenblicke in den meisten Kreisen nicht erwartet hatte. Dass unsere Staatsbahnen zur Deckung der Bedürfnisse des Staates ihren Tribut zahlen, ist nicht mehr als billig, und das ist auch anlässlich der Verstaatlichung ohne Rückhalt als selbstverständlich anerkannt worden. Im Uebrigen sollte ausgesprochenermassen die letztere vorwiegend anderen Zwecken dienen. Es galt zunächst, der Vergeudung von Kapital auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens Einhalt zu thun und den Ausbau des Bahnnetzes nach rationellen Grundsätzen auch für solche Landesteile sicher zu stellen, deren Verhältnisse dem spekulationssüchtigen Kapital für entsprechende Unternehmungen keine unmittelbaren Reize boten. Ausserdem aber sollte das Ziel verfolgt werden, das auch in den Händen der Privatgesellschaften mehr oder weniger monopolisirte wichtigste Verkehrsmittel unserer Zeit zu einem Hebel im Interesse der Förderung der heimischen Gewerthätigkeit auszugestalten. Es ist anzuerkennen, dass die in erster Linie angeführten Zwecke in etwa zu ihrem Rechte gekommen sind. Dass solches auch in Bezug auf die letzterwähnte volkswirtschaftliche Aufgabe der Eisenbahnen der Fall sei, wird man dagegen schon deshalb nicht mit einem unumwundenen „ja“ beantworten können, weil unser Tarifwesen den Anforderungen und den Verhältnissen der Zeit offenbar nicht mehr entspricht, und weil andererseits überhaupt die Ausbildung unseres Eisenbahnwesens von Einflüssen abhängig geworden ist, welche sich mit der Förderung der vaterländischen Gewerthätigkeit denn doch nicht vollständig decken. Mit einem Wort, unsere Staatsbahnen sind heute vorwiegend eine Finanzquelle geworden, mit der unsere Staatsregierung wohl oder übel rechnen muss, und deren unwilligeres Fliessen sie bei den im letzten Jahre erheblich verminderten Einkünften um so peinlicher empfindet, als die Bedürfnisse des Staates bei der Natur ihres Charakters nicht eingedämmt werden können. Es liegt also, wie man zu sagen pflegt, hier der Knüttel beim Hunde, und es muss durchaus zugegeben werden, dass sowohl mit Rücksicht auf die Gestaltung der preussischen Finanzen als auch mit Rücksicht auf den unverkennbaren Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande den Grundsätzen eines vernünftigen Haushaltes heute mehr denn je sorgliche Beachtung gebührt.

Es wird aber zu prüfen sein, ob der gewiss zu billige Grundsatz der Sparsamkeit, volkswirtschaftlich betrachtet, auch im vorliegenden Falle zu denjenigen eines vernünftigen Haushaltes gehört, und welche anderen Grundsätze dem der Sparsamkeit gleichgestellt, mindestens aber damit in Einklang gebracht werden sollten.

Die Einnahmen unserer Bahnen haben zwar eine Verminderung erfahren, dennoch dürfte der Betrieb immer noch sich als ein rentabler darstellen, wenn auch die Staatskasse eine Einbusse erlitten hat, weil die Summen, welche an sie abgeführt werden, verringert worden sind.

Selbst dort aber, wo man bisher mit unseren Eisenbahnen vorzugsweise nur insofern gerechnet hat, als man in ihnen den Erzeuger willkommener Ueberschüsse erblickte, wird man begreifen, dass diesem Zweige unserer Staatswirtschaft doch auch die Bedeutung eines grossen selbstständigen industriellen Unternehmens nicht abzusprechen ist, da anders sowohl die technische als auch die kaufmännische Ausgestaltung unseres Eisenbahnwesens notwendig zurückgehen müssten. Nun erscheint es aber höchst bedenklich, dass das „industrielle Unternehmen“ in seiner wirtschaftlichen Behandlung der „Finanzquelle“ sozusagen vollständig untergeordnet ist. Jedes grosse Werk weiss zur Genüge, dass in dem Betriebe eines Geschäftes mit wechselnden Konjunkturen zu rechnen ist, und diejenigen Unternehmer, bzw. diejenigen Aktiengesellschaften würden sehr unvernünftig wirtschaften, wenn sie der

steten Möglichkeit solcher Schwankungen nicht durch die Anlage angemessener Reserve- und Erneuerungsfonds Rechnung tragen wollten, wie solches unsere Aktiengesetzgebung überdies hinsichtlich der Rücklagen den grösseren Geschäftsunternehmungen ja sogar zur Pflicht macht. Daraus kann aber nichts anderes folgen, als dass vom industriellen Standpunkte aus auch unsere Eisenbahnen gleichen Grundsätzen in noch höherem Masse zu huldigen hätten, und zwar umsomehr, als bei dem in Betracht kommenden grossen Anlagekapital von 9760 Millionen, also nicht viel weniger als 10 Milliarden Mark, selbst vorübergehende Schwankungen des Verkehrs die finanziellen Ergebnisse des Betriebes sehr wesentlich verändern können. Andererseits erheischen die sich stetig steigenden Ansprüche an die technische Ausgestaltung unserer Verkehrsmittel unter Umständen Kosten von solcher Höhe, dass ihre Bestreitung in den wenigsten Fällen auf die jeweilige Leistung der Steuerzahler abzuwälzen sein wird. Es kommt noch dazu, dass in einem staatlich betriebenen industriellen Wirtschaftszweige, welcher der Förderung der heimischen Gewerthätigkeit und der Kräftigung des Fiskus zu dienen berufen ist, die technischen Anlagen und Betriebsmittel sich eigentlich noch mehr als anderswo stets auf der höchst möglichen Stufe der Vollkommenheit befinden sollten. Dieses Streben nach Vollkommenheit ist in unserer Zeit überhaupt nicht mehr aufzuhalten, sobald auf irgend einem Gebiete die Leistungsfähigkeit durch technische Fortschritte beeinflusst werden kann. Es ist aber ganz etwas anderes, den sich in der Verfolgung solcher Ziele ergebenden Bedürfnissen durch die laufenden Einnahmen oder gar durch Anleihen abzuhefen, anstatt auf Rücklagen greifen zu können, welche dem Unternehmen eine selbstständige Wahrung seiner Interessen ohne Rücksicht auf fremde Zwecke gestatten.

Man wird mir sagen, dass derartige Grundsätze in der Staatsverwaltung allgemein nicht üblich seien, und das ist in der That richtig. Allein es müsste eben nach meiner Ueberzeugung im volkswirtschaftlichen Interesse mit den auf diesem Gebiete bislang massgebend gewesenen Anschauungen gebrochen werden. Der Herr Finanzminister, dessen grundsätzlicher Zustimmung ich in dieser Beurtheilung glaube gewiss sein zu dürfen, hat noch vor wenigen Wochen bei der Einbringung der Steuerreform-Vorlagen den sehr zutreffenden Ausspruch gethan, dass „grosse Reformen nur dann berechtigt seien, wenn weit verbreitete Uebelstände im staatlichen, sozialen und politischen Leben vorhanden sind.“ Nun wohl: Meine Ueberzeugung geht dahin, dass sowohl in der volkswirtschaftlichen als auch in der industriellen Auffassung unseres Eisenbahnwesens und nicht minder in der technischen Entwicklung Uebelstände obwalten, und dass ein Verlassen der bisher befolgten Regeln meiner Ansicht nach durchaus geboten wäre.

Der volkswirtschaftliche Zweck unserer Staatsbahnen legt ihnen bestimmte Verpflichtungen auf, welche schon von vornherein verbieten, dass die Verwaltung ausschliesslich nach fiskalischen Grundsätzen durchgeführt werde. Zunächst ist ein stetiger sorgsamer Ausbau unseres Bahnnetzes unerlässlich. Ueber die Erfüllung dieser Pflicht wacht ja auch mit löblichem Eifer der Landtag der Monarchie, welcher sich eben nur zu sehr mit lokalen Anliegen zu beschäftigen hat und deshalb den grossen für die nationale Wirtschaft bedeutsameren Fragen des Eisenbahnwesens viel zu wenig Sorge zuwendet. Als eine zweite Verpflichtung möchte ich die Ergänzung und Verbesserung der bestehenden Anlagen und die möglichst umfassende Vervollkommenung unserer Gleise-Ausrüstung bezeichnen. Auf vielen Linien fehlen noch die zweiten Gleise, deren Herstellung auf die Dauer unabweislich sein wird, schon jetzt aber die Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit unserer Bahnen wesentlich erhöhen

würde. Auf den grossen Durchgangslinien und auf den Schnellzugstrecken empfiehlt sich die durchgreifende Verstärkung des Oberbaues. Endlich kann auch die Verpflichtung nicht bezweifelt werden, dass die Verwaltung eines so wichtigen Zweiges unseres Staatswesens über die Möglichkeit nachzudenken hat, welche Mittel ihr zu Gebote stehen, der drohenden schweren Schädigung unserer gewerblichen Kraft und einer damit zusammenhängenden bedenklichen Beeinflussung der sozialpolitischen Lage vorzubeugen. Mit der Verstaatlichung der Bahnen hat die Verwaltung dafür, wie mir scheint, eine gewisse Verantwortung übernommen.

Welche Bedeutung innerhalb unserer gesamten Volkswirtschaft unserem Eisen- und Stahlgewerbe zuerkannt werden muss, habe ich bereits im Eingange meiner Ausführungen dargelegt. Und welches furchtbare Elend einem grossen Theile der arbeitenden Bevölkerung beschieden sein würde, wenn die sich wesentlich der Beschaffung des Eisenbahnmaterials widmende Industrie, wenn auch nur vorübergehend, zum Erliegen käme, lässt sich nach den Lohnsummen ermassen, deren Zahl ich an anderer Stelle vorzuführen mir gestattete. Aber auch für den Eisenbahnfiskus selbst ist ein Arbeitsausfall in der Industrie von sehr bedeutendem unmittelbarem Belange.

Auf 1000 kg Eisenmaterial für Eisenbahn-Oberbauzwecke (Schienen, Schwellen, Laschen u. s. w.) sind zu rechnen:

1. Erze und Zuschläge (Beschickung) des Hochofens für 1200 kg Roheisen . .	3800 kg
2. Kohle zur Herstellung des Koks für die Hochofen	1700 „
3. Roheisen in den Kupolöfen der Stahlhütte unter Berücksichtigung des 20% betragenden Abbrandes und Abfalles in der Stahlhütte und im Walzwerk	1200 „
4. Koks für diese Kupolöfen	130 „
5. Gaskohlen für die Schweissöfen der Walzwerke	150 „
6. das Fertigfabrikat selbst mit	1000 „
7. Kohlen für Dampfkessel des Walzwerkes, der Stahlhütte und des Hochofens	800 „
8. Schlacke der Hochofen und der Stahlhütte 2500 kg; von diesen bleiben 60% auf Halden; also 40%	1000 „
9. Material für feuerfeste Steine	150 „
10. Sonstige Materialien für den Betrieb, Öle etc.	70 „
macht rund 10 000 kg.	

Diese Berechnung gründet sich auf Durchschnittsverhältnisse und ich habe mich dabei von jeder Uebertreibung fern gehalten. Es wird also für jede Tonne verbrauchsfähigen Eisenbahnmaterials die Frachtereinnahme einer zehnfachen Gewichtsmenge in Gegenrechnung zu stellen sein. Ein Theil dieses Quantum ist dabei vielfach auf weiten Strecken zu fahren, und dies trifft insbesondere für das Fertigfabrikat zu. Man wird nicht fehlgreifen, wenn man im Durchschnitt für die Tonne der eben nachgewiesenen, bei der Fabrikation von Oberbaumaterial in Frage kommenden Rohmaterialien, Halbfabrikate und Fertigprodukte einen Frachtbetrag von 3 Mk. rechnet, so dass also für jede Tonne zur Verwendung gelangenden Eisenmaterials eine Frachtsumme von 30 Mk. in Anschlag zu bringen sein würde.

Bei dem Ernst der Lage wird man sich aber nicht einmal dabei beruhigen dürfen, dass alle diese Ausfälle — an Arbeit für die Industrie, an Existenzmitteln für den Arbeiter und an Frachten für die Eisenbahnen — immerhin nur Bruchtheile des Ganzen träfen und keine

weiteren üblen Folgen nach sich zögen. Es ist vielmehr entschieden zu befürchten, dass die Stockungen, welche zeit- und stellenweise schon heute zu beklagen sind, in ihrer Wellenbewegung sich auf sehr weite Kreise erstrecken werden.

Auch hier wird daher der Fiskus wohl zu bedenken haben, dass es sich um die Schwächung und den theilweisen Eingang einer Industrie handelt, welche nach einer überschläglichen Schätzung unseren Staatsbahnen jährlich eine Frachtereinnahme von etwa 130 Millionen Mark zuführt. Dieser Ueberschlag gründet sich freilich nicht auf offizielles Material, und die wirklich richtige Zahl werden nur die Verwaltungen selbst zu ermitteln in der Lage sein. Ich halte indessen meine Annahme für wenigstens annähernd richtig und möchte mich dabei auf die folgenden Verhältnisse stützen. Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein, welcher ausser dem Bergbau auf Erze und Kohlen auch Hochofen, sowie Stahl- und Walzwerke betreibt, beschäftigt insgesamt etwa 4500 Arbeiter und zahlt jährlich an Eisenbahnfrachten im Durchschnitt rund 1 000 000 Mk. Rechnet man nun, dass nach der Berufs-Statistik in den zusammengefassten Betrieben der zugehörigen Montanindustrie rund 587 000 Arbeiter beschäftigt sind, so ergibt die Division dieser Zahl mit 4500 rund 130, wonach sich im Verhältniss 130 000 000 Mk. für Frachten ergeben.

Völlig ausser Acht ist dabei geblieben, dass bei den hier in Ansatz gebrachten Frachten nur diejenigen Aufwendungen herangezogen sind, welche der genannte Verein bzw. die Industrie auf sich zu nehmen haben, während diejenigen Frachten, welche die Abnehmer für Roheisen und Fertigfabrikate selbst tragen müssen, noch hinzukommen.

Was liegt also näher, als mit allen Kräften dahin zu streben, dass volkswirtschaftliche Kalamitäten der vorhin angedeuteten Art nach Möglichkeit vermieden werden?!

Hier ist unsere Staatsbahnverwaltung der einzige Faktor, welcher mit Erfolg eingzugreifen vermag, und dessen Eingreifen sich auch in jeder Beziehung rechtfertigen würde.

Die Konjunkturverhältnisse für die billige Ausführung zeitgemässer Vervollkommnungen und Ergänzungen können günstiger als im Augenblick nicht gedacht werden. Die Eisenbahn-Oberbau-Frage, welche hierfür das nächstliegende Operationsgebiet bilden muss, ist meines Erachtens auch genügend geklärt, um ein entschiedenes Vorgehen zu ermöglichen.

Und da ist der Punkt, wo auch die in dem Verein für Eisenbahnkunde die überwiegende Mehrzahl bildenden Vertreter der Technik thatkräftiger, als wie solches bisher geschehen, mitzuwirken berufen sind. Es liegt in den hergebrachten Regeln unserer staatlichen Verwaltung, dass, wenn in einem Ressort die Massnahmen zur Schaffung besserer Verhältnisse durchgeführt werden sollen, welche besonderer Mittel bedürfen, immer zunächst die Frage der „Angemessenheit“ auftaucht und derjenigen Stelle unterbreitet wird, welche den Knopf auf den Beutel zu halten berufen ist. Das ist weise und in der Regel gewiss ebenso nothwendig wie zulässig. Bedenklich wird die Sache nur, wenn es sich um das wirtschaftliche Unternehmen unserer Eisenbahnen handelt, wo die einseitige Anwendung dieser Regel dauernd auch dem fiskalischen Interesse unzweifelhaft nur zum Schaden gereichen kann.

Was würde aber darunter zu verstehen sein?

Ein umsichtiger Kaufmann und Industrieller pflegt in Zeiten niedergehender Konjunktur, unter Verwerthung der in seinen Betrieben vorübergehend brach liegenden Kräfte und nicht minder unter Ausnutzung der billigen Preise für Rohstoffe, Maschinen u. s. w. sich mit besonderem Nachdruck der Ausgestaltung und Vervollkommnung seiner Anlagen zu widmen. Er sucht seine Maschinen mit der besten Steuerung zu versehen,

die vorzüglichsten Kondensationsanlagen herzustellen, die leistungsfähigsten Dampfkessel zu erhalten u. s. w. — selbst dann, wenn er für die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel zeitweise Opfer bringen muss. Er weiss eben, dass auf den Regen Sonnenschein folgt, und dass bei der Wiederkehr eines geschäftlichen Aufschwunges grade diese in trüben Zeiten gemachten Aufwendungen sich doppelt und dreifach lohnen werden.

Dass der gegenwärtige Zustand unseres Eisenbahnwesens einer weiteren Ausbildung zur Vollkommenheit nicht mehr fähig wäre, wird gewiss Niemand behaupten wollen. Wenn irgendwo, so gilt auf diesem Gebiete das Wort, dass Nichtvorwärtsschreiten einem Rückschritt gleichbedeutend ist, und jede in dieser Beziehung bethätigte Engherzigkeit muss sich zum Nachtheil des Ganzen mehr oder minder schwer rächen. Wie wir das im Jahre 1888 gesehen haben, als die Betriebsmittel der Staatsbahnen der Befriedigung des Verkehrs nicht mehr gewachsen waren und zu unverhältnissmässig gestiegenen Preisen ergänzt werden mussten, so würden wir das wiedererleben, wenn jetzt nur einseitig die Massnahmen der Sparsamkeit als Richtschnur dienen sollten.

Es will mir scheinen, als ob der Technik bei dieser Frage nicht immer die richtige Stellung eingeräumt würde. Eigentlich liegt es doch so, dass das Stück auf der Bühne von den Technikern gespielt wird, während das Publikum im Parquet und die theilnehmenden Kreise unserer Staatsverwaltung und des Fiskus in den Logen sitzen. Ob insbesondere die Insassen der letzteren den Gang der Handlung nicht etwas zu sehr nach ihren Empfindungen zu beeinflussen suchen, — obgleich in allen unseren Königlichen Theatern Störungen des Stückes bei offener Szene verboten sind, — möchte ich dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls muss die Ausführung in solchem Falle immer eine gewisse Beeinträchtigung erfahren, weil der Künstler auf der Bühne bei der nicht selten wechselnden Stimmung der Logenbesucher durch die von diesen ausgehenden Beifalls- oder Missfallensäusserungen im freien Auftreten behindert und unbewusst zu einer gewissen Zurückhaltung veranlasst wird.

Wenn ich die Frage der Ausgestaltung unseres Eisenbahnwesens behandle, so geht, das wissen Sie, mein „ceterum censeo“ stets dahin: in erster Linie muss der Eisenbahnweg vervollkommenet werden, um den gesteigerten Ansprüchen auf Belastung und Fahrgeschwindigkeit der Bahnen in ökonomischer Weise gerecht werden zu können.

Ich erkenne rückhaltlos an, dass diese Aufgabe seitens unserer deutschen Eisenbahnen, und nicht zum mindesten seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung, von jeher recht wohl gewürdigt worden ist, wenngleich viele Fachleute, Volkswirthe und Industrielle, m. E. nicht mit Unrecht, sich mit der Richtung und mit der Art und Weise, wie die Erfüllung dieser Aufgabe verfolgt wurde, keineswegs im völligen Einverständniss befinden.

Es gab eine Zeit, in welcher die leitenden Betriebstechniker mancher grösseren deutschen Eisenbahnverwaltung den Muth hatten, neue Oberbaukonstruktionen in ausgiebigem Masse zu erproben, ohne dass über die Bewährung der Systeme irgend welche Erfahrungen von Erheblichkeit vorgelegen hätten. Die Mitwirkung von uns Hüttenleuten wurde damals eher gesucht als gemieden, obwohl der Stand der Fabrikation im Allgemeinen und der Walztechnik im Besonderen zu jener Zeit noch wenig entwickelt war. Heute kommt es vor, dass unsere Thätigkeit auf diesem Gebiete als eine unberufene Mitarbeit angesehen wird, so dass es nicht immer ein sonderliches Vergnügen bereitet, an der Fortentwicklung des Oberbaues sich zu betheiligen. Mir hat es zwar in den letzten Jahren an liebenswürdigen Zeichen einer verständnissvollen Theilnahme an meinen Arbeiten aus den Kreisen der technischen Eisenbahnwelt nicht gefehlt. Wenn es sich aber darum handelte,

diese Gesinnung praktisch zu bethätigen, verwandelte sich diese Theilnahme doch zuweilen in eine ebenso liebenswürdige Zukeknöpffheit.

Das kann dem erspriesslichen Austrage der Oberbaufrage nicht förderlich sein; vielmehr ist dazu eine sich gegenseitig durchdringende zielbewusste Initiative der Eisenbahn- und Hüttentechniker unerlässlich. — Es wäre auch kaum nützlich, Alles von einer Zentralstelle aus zu bestimmen, und wenn die Herbeiführung eines alle Verkehrslinien Deutschlands umfassenden Reichsbahnnetzes der auf solche Weise zu gewinnenden Einheitlichkeit wegen auch sein Gutes haben möchte, so würde doch damit der technischen Ausgestaltung unseres Eisenbahnwesens nicht unter allen Umständen Vorschub geleistet. Vielmehr dürfte auch hier, wie in Kunst und Wissenschaft, die individuelle selbständige Entwicklung der Technik in den einzelnen zum Reiche gehörenden Staatswesen sich von ebenso anregender als förderlicher Wirkung erweisen. Wir sehen es ja schon jetzt auf vielen Gebieten, wo, offenbar mit Rücksicht auf die bei den Zentralstellen beruhende Entscheidung, in der praktischen Erprobung von Neuerungen im Ganzen grosse Zurückhaltung herrscht. Allerdings ist man auch in den massgebenden Kreisen der einzelnen Verwaltungen sehr verschiedentlich gestimmt und veranlagt. Während man an der einen Stelle wie ein muthiger Pionier bereit sein würde, einleuchtenden Vorschlägen und Erfindungen durch umfassende Versuche die Wege zu ebnen, hält man anderwärts allem von aussen Herantretenden gegenüber unentwegt an der eigenen Meinung fest; wiederum anderwärts wehen nur die Fahnen der Bedächtigkeit und Vorsicht, und an noch anderen Stellen glaubt man das richtige Prinzip darin erkennen zu sollen, die Erprobung neuer Konstruktionen und Einrichtungen durch Andere besorgen zu lassen und abzuwarten, was dabei herauskommt. (Schluss folgt.)

Arbeiterheim.

Unter dem Titel „Wie kommt der kleine Mann zum eigenen Heim?“ hat der Oberinspektor Lieber-Bielefeld ein Schriftchen herausgegeben, welches eine kurze gemeinverständliche Anleitung für alle Diejenigen enthält, die an der Lösung der Arbeiterwohnungsfrage praktisch mitzuarbeiten entschlossen sind. Da wir die letztere auch für unseren Bezirk als ausserordentlich wichtig, an einzelnen Stellen sogar als akut anerkennen müssen, sind wir fortgesetzt bestrebt, unseren Lesern die auf diesem Gebiete etwa erreichten Fortschritte vor Augen zu führen. Wir geben nachstehend die wichtigsten Ausführungen des betr. Schriftchens wieder.

I.

Wie fängt man's an?

Nicht selten hat der christliche Arbeiterverein den Boden gebildet, auf dem segensreich das Unternehmen einer Baugenossenschaft (oder wie man es sonst nennen will) gediehen ist. Gedeihen kann indess das Beginnen, wo nur ein Einziger ist, von dem das Wort der obigen Zeilen Geltung hat, dass er das Herz auf dem rechten Fleck und ein warmes Mitgefühl mit seinen Mitmenschen hat, er bringe dann frisch im Kreise des kleinen Mannes die Sache zur Sprache. Und da das gleich näher zu besprechende am besten für dergleichen geeignete Gesetz als Mindestzahl der Mitglieder nur sieben beansprucht, so kann auch im kleinsten Umfange schon begonnen werden. Man orientire sich da nun zuerst möglichst über die Art und Weise des Vorgehens, wozu systematisch dieses Schriftchen die weiteren Anhaltspunkte giebt; mache sich, an der Hand der Vortheile, die gerade dieses Gesetz dem wirtschaftlich Schwächsten bietet, die geringen Leistungen desselben klar. Man bespreche die Wünsche und Ansprüche hinsichtlich der Art der Baulichkeiten, stelle Berechnung an über die

Rentabilität etwa zur Verfügung stehender Bauplätze in bebautem Zustande, mit Zuhilfenahme eines ungefähren Kostenanschlages. Bespreche die mögliche Grösse des beizugebenden Gartens, die sich ausschliesslich (siehe Abschnitt IV) nach den direkten Kosten desselben richten muss, erwäge Statuten, die Beleihungsfrage etc. etc.; dann beraume man eine zweite Versammlung in einiger Zeit an, in der man nun einen bestimmten Entwurf: Statut, Kontrakt etc., behufs Konstituierung vorlegt. In der Zwischenzeit bespreche man die Angelegenheit (namentlich der kleine Mann) im häuslichen Kreise, vielleicht auch in der Lokalliteratur und fordere zur Mitgliedschaft auf. Sobald man sich konstituiert hat, wählt man Vorstand und Aufsichtsrath und überträgt dem ersteren sogleich die weitere Entwicklung der Sache, gerichtliche Anmeldung resp. Eintragung in das Genossenschaftsregister des zuständigen Gerichts.

II.

Gesetz vom 1. Mai 1889.

„Eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht.“

Die geeignetste gesetzliche Form, auch im Vergleich mit dem Gesetze vom 20. April 1892: „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“, in der sich ein Spar-, Bau- etc. Verein konstituiert, wird vorläufig, wie gesagt, wohl immer die der Ueberschrift sein. Ich gebe daraus nachstehend folgende besonders zu beachtende und auch theils ins Statut aufzunehmende Punkte, die, in freier Wieder- gabe, auch gleich in etwas die Bewegungsart des Genossenschafters im Rahmen dieses segensreichen Gesetzes klarstellen. Mir diente hierbei die Ausgabe der Rossberg'schen Buchhandlung zu Leipzig, herausgegeben, nebst umfangreichem Kommentar, von Stephan Hoffmann, Landgerichtsdirektor zu Dresden. Preis 2 Mark.

§ 4. Die Zahl der Genossen muss mindestens sieben betragen.

§ 6. Die Firma des Unternehmers muss dem Gegenstande desselben entlehnt sein und den Charakter desselben, z. B.: „Spar- und Bau-Verein“ angeben, sich von allen übrigen im Orte schon bestehenden Genossenschaften etc. deutlich unterscheiden, auch ausdrücklich die gewählte Form (also z. B.: „Eingetragene G. m. b. H.“) im Titel führen. Weiter muss die Form der Berufung der Generalversammlung, sowie die Beurkundung ihrer Beschlüsse und der Vorsitz in den Versammlungen, die Form, in der die Bekanntmachungen zu geschehen haben, sowie die Zeitungen, in denen diese erfolgen, angegeben werden und im Statut enthalten sein.

§ 7. Die Höhe des Geschäftsanteils, d. h. die Höhe des Betrages, bis zu welchem sich jeder Genossenschafter beteiligen kann, ist anzugeben, desgl. die Einzahlung, zu der jeder derselben verpflichtet ist und die nach Zeit und Höhe, im Gesamtbetrage von mindestens $\frac{1}{10}$ des Geschäftsanteiles normirt werden muss; desgl. die Grundzüge für Aufstellung und Prüfung der Bilanz — Bildung eines Reservefonds, welcher zur Deckung aus der Bilanz sich ergebender Verluste dient, sowie die Art dieser Bildung, bezügl. welcher Theil des Reingewinnes dafür ausgeworfen werden muss.

§ 8. Ist die Dauer des Rechnungsjahres, falls nicht Kalenderjahr, anzugeben; das Rechnungsjahr kann auch nur auf einige Monate, nie länger als auf zwölf Monate, begrenzt werden. — Weiter müssen die Gegenstände angegeben werden, über die die Generalversammlung nicht durch einfache Stimmenmehrheit, sondern durch eine zu bestimmende Stimmenmehrheit Beschluss fasst.

§ 9. Bestimmt, dass Vorstand und Aufsichtsrath aus dem Kreise der Genossen zu wählen sind.

§§ 10 und 11. Bei Konstituierung ist in duplo das von sämtlichen Genossen zu unterzeichnende Statut, eine Liste der Genossen und Abschrift der Urkunden über die Bestellung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes bei dem zuständigen das Handelsregister führenden

Gericht einzureichen. — Der Vorstand hat vor Gericht seine Unterschrift zu zeichnen, oder in beglaubigter Form einzureichen. — Die Abschrift des Statuts wird in beglaubigter Form etc. vom Gericht zurückgereicht, die übrigen Schriftstücke werden behalten.

§ 14. Nach der Konstituierung beigetretene Genossenschafter müssen eine unbedingte Beitrittserklärung unterzeichnen, welche vom Vorstand ungesäumt, behufs Eintragung dem Gerichte einzusenden ist.

§ 16. Abänderung des Statuts etc. kann nur durch die Generalversammlung beschlossen werden, desgl. Abänderung des Unternehmens, wie Erhöhung des Geschäftsanteiles und zwar nur mit einer Stimmenmehrheit von $\frac{3}{4}$ der erschienenen Genossenschafter.

§ 17. Die Genossenschaft hat (im Wortlaut des Gesetzes in Umschreibung ausgedrückt) die Rechte einer juristischen Person.

§ 19. Gewinn und Verlust wird im ersten Jahre, nach Massgabe des Geschäftsanteiles, in jedem folgenden nach Höhe des Geschäftsguthabens vertheilt. Gewinn wird so lange gutgeschrieben, bis der Geschäftsanteil voll eingezahlt ist.

§ 23. Wer in die Genossenschaft eintritt, haftet auch für die vor seinem Eintritt eingegangenen Verbindlichkeiten derselben.

§ 24. Die Genossenschaft wird gerichtlich und aussergerichtlich durch den Vorstand vertreten, derselbe besteht aus zwei oder mehr durch die Generalversammlung (wenn nicht anders statutarisch bestimmt) zu wählende Mitglieder. Er kann besoldet oder unbesoldet sein.

§ 28. Jede Personalveränderung in der Zusammensetzung des Vorstandes ist dem Gerichte anzuzeigen (siehe § 10).

§ 30. Der Vorstand hat ein Verzeichniss der Genossen zu führen und mit der (gerichtlichen) Liste in Uebereinstimmung zu erhalten.

§ 31. Der Vorstand muss binnen sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres die Bilanz, die Zahl der aus- und zugegetretenen Genossen etc. veröffentlichen und die Bekanntmachung dem Genossenschaftsregister einreichen.

§ 32. Die Mitglieder des Vorstandes haben die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzuwenden und haften eventuell der Genossenschaft persönlich und solidarisch für durch ihre Schuld entstandene Schäden. Ansprüche hierauf verjähren in fünf Jahren.

§ 34. Der Aufsichtsrath besteht mindestens aus drei von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Zahl ist statutarisch zu bestimmen. Die Mitglieder dürfen keine Vergütung (Tantieme) beziehen und nicht zugleich Vorstand oder sonst Beamte der Genossenschaft sein. Der Aufsichtsrath (§ 36) beruft, falls es nothwendig, die Generalversammlung und fungirt mit weitgehendster Vollmacht als Kontrolapparat.

§ 40. Betrieb wie Vertretung der Genossenschaft kann auch sonstigen Bevollmächtigten oder Beamten derselben zugewiesen werden, nach Massgabe ihrer Vollmacht.

§ 41. Jeder Genosse hat nur eine Stimme, Bevollmächtigte sind hierbei unzulässig, letztere Bestimmung hat indess, falls das Statut Frauen zulässt, keine Gültigkeit.

§ 42. Regelrecht wird die Generalversammlung, nach mindestens einwöchentlich Bekannmachungsfrist und unter Angabe der zur Verhandlung stehenden Gegenstände, vom Vorstand einberufen, und muss einberufen werden, wenn der zehnte (oder im Statut zu bestimmende geringere) Theil sämtlicher Genossenschafter dies beantragt.

§ 45. Die Generalversammlungsbeschlüsse sind in ein Protokollbuch einzutragen, dessen Einsicht der Staatsbehörde wie den Genossenschaftern freisteht.

§ 46. Die Bilanz etc. muss mindestens eine Woche vor der Generalversammlung zur Einsicht jedes Genossen ausliegen.

§ 51. Die Genossenschaftsverwaltung etc. ist mindestens in jedem zweiten Jahre von einem der Genossenschaft nicht angehörigen Revisor zu revidiren. Sobald sich die Genossenschaft indessen einem der Behörde genehmen Revisionsverbände anschliesst, der durch statistische Bestimmungen nachweist, dass er der Revisionspflicht genügen kann, kann die Revision durch Verbandsrevisoren geschehen (siehe §§ 52—56).

§ 63. Austreten kann ein Genossenschafter nur zum Schlusse eines Geschäftsjahres nach dreimonatlicher Kündigung, wenn nicht statutarisch länger (bis zwei Jahr zulässige) Frist bestimmt ist.

§ 66. Seitens der Genossenschaft kann ein Mitglied aus statutarisch zu bestimmenden Gründen ebenfalls ausgeschlossen werden. Der Beschluss muss demselben sofort mittelst eingeschriebenen Brief mitgetheilt werden, auch mindestens sechs Wochen vor Schluss des Geschäftsjahres dem Gerichte angezeigt werden.

§ 71. An Reservefond wie sonstigen Vermögen hat der Ausgeschiedene keine Ansprüche.

§ 74. Uebertragung des (auf den Namen lautenden) Geschäftsanteiles eines Genossen an einen andern, der Genosse sein oder werden muss, ist gestattet, kann indess auch statutarisch verhindert werden.

§ 75. Beim Tode eines Genossen muss dessen Verpflichtungen bis zum Schlusse des Geschäftsjahres durch die Erben nachgekommen werden, von diesem Termine gilt der Genosse als ausgeschieden. Der Tod ist sofort dem Gerichte (§ 10) zur Liste der Genossen anzuzeigen.

§ 76. Zur Auflösung der Genossenschaft ist eine Stimmenmehrheit von $\frac{3}{4}$ der erschienenen Genossen in der Generalversammlung notwendig.

§ 81. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand, wenn nicht dieselbe durch Statut oder Beschluss der Generalversammlung andern Personen übertragen wird.

§ 125. Bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht darf die Haftsumme nicht niedriger als der Geschäftsanteil sein.

§ 134. Konkursverfahren tritt, ausser bei Zahlungsunfähigkeit, ein, sobald die Ueberschuldung ein Viertel der Haftsumme aller Genossen übersteigt.

§ 135. Die einzelnen Genossenschafter können, bei eingetragenen Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, über ihre Haftsumme hinaus zu Nachschüssen etc. nicht herangezogen werden.

Dies sind in gedrängter Kürze die charakterisirenden Bestimmungen dieses Gesetzes, denen ich noch hinzufügen will, dass nach dem Gesetze vom 2. Mai 1867 die gemeinnützigen Baugesellschaften Stempel- und Sportel-Freiheit haben.

III.

Woher kommt das Geld?

Man vergesse doch ja nie, Spar- und Bau-Vereine als ein unzertrennliches, sich ergänzendes Etwas zu betrachten, und wenigstens nie einen Bau- ohne einen Spar-Verein zu begründen, weil ihm sonst sein bester sittlich und materieller Bundesgenosse verlustig ginge. Grade aber hier gestattet das genannte Gesetz die segensreichste Entwicklung, indem es sowohl Bemittelten wie Unbemittelten vollständig gleichberechtigt als Genossenschafter einzutreten gestattet. Der Bemittelte, der ausser Verzinsung seines Kapitals keinen direkten Nutzen (durch Erwerbung eines Hauses etc.) haben will, kann durch Uebernahme eines Anteils, den er gleich voll einzahlt, dem unbemittelten Mitmenschen ungemein und doch opferlos hilfreich werden, dieser aber (der kleine Mann) tritt doch in dieselben Rechte seines bemittelten Mitgenossen, sobald er nur eine kleine (in Höhe von einigen Mark beliebig zu bestimmende) Anzahlung auf seinen (ebenfalls beliebig, gewöhnlich auf 2—300 Mark zu fingirenden) Anteil gemacht hat, die nach Pfennigen zu beziffernden (wöchentlichen) Ab-

zahlungen bis zur Erfüllung seines Antheiles macht und natürlich von vornherein volle Garantie für den ganzen Antheil („Haftsumme“) übernimmt. Nebenbei wirkt solche Genossenschaft, wie es vielfach der Fall ist, segensreich so recht eigentlich als Sparkasse, indem sie es dem kleinen Mann ermöglicht, jeden augenblicklich zu entbehrenden Groschen, auch über die vorgeschriebene Abzahlung hinaus, jederzeit verzinslich anzulegen und, ist die Nothwendigkeit für ihn da (z. B. bei Miethszahlungen, Krankheits- und Sterbefällen etc.), auch sofort wieder ein disponibles Kapital zu haben. — Es erhellt aus diesen wenigen Worten zur Genüge die Nothwendigkeit des Hand-in-Hand-gehens von Spar- und Bau-Verein: Schafft das eine Kapital und Kredit, so schafft das andere eine gesunde und absolut sichere Veranlagung und Verzinsung. Recht herzlich zu wünschen wäre es ja nun freilich, dass recht viel Bemittelte als Genossenschafter beiträten und durch Volleinzahlung ihres Antheils nicht bloss Kredit, sondern auch disponibles Kapital gäben, da sonst der Spar- und Bau-Verein eine Zeitlang nur als Spar-Verein würde existiren müssen, der — bietet sich nicht eine andere Veranlagung, z. B. auf Bauterrain, das vorläufig zu gärtnerisch-landwirtschaftlicher Ausnutzung verpachtet werden kann — sein Geld vorläufig in Staatspapieren etc. anlegt. Dies dürfte indess in den allerersten Fällen nöthig werden, denn hat ein Verein z. B. anfangs 30 Genossen, so hat er doch sofort (angenommen eine Haftsumme von 200 Mk.) 6000 Mk. Kredit, wenn er auch nur (bei einer auf 2 Mk. normirten Anzahlung) 60 Mk. disponibles Kapital hat. Da indess wohl ausnahmslos auch Genossen beitreten werden, die gleich (ihre Ersparnisse) mehr auf ihren Antheil anzahlen können und Bemittelte, namentlich Fabrikbesitzer, kurz: Arbeitgeber sich finden werden, die einen oder mehrere Antheile gleich voll einzahlen, so gestaltet sich überall in der Regel das Unternehmen dergestalt, dass auch sofort das eigentliche Ziel ins Auge gefasst, d. h. Terrain gekauft und gebaut werden kann. Es erübrigt eigentlich der Erwägung, dass der bemittelte Arbeitgeber (Fabrikherr) dadurch, ausserabsolut sicherer Kapitalanlage, nur in seinem Interesse sich einen stabilen und zufriedenen Arbeiterstamm schafft. — Sowohl der Verkäufer des Bauterrains, als der Baumaterialien-Lieferant, Maurer- und Zimmermeister, kurz: Bauunternehmer können dem Beginnen auch ungemein förderlich sein, wenn sie ihre Forderungen ganz oder zum Theil als Antheile eintragen lassen und Genossenschafter werden. Z. B.: Bauunternehmer A hat eine Forderung von 1400 Mk., er lässt sich 300 Mk. in Baar geben, das übrige Geld wird auf fünf Antheilscheine als voll eingezahlt (= 1000 Mk.), auf einen als mit 100 Mk. (in Summa 1100, bezügl. 1400 Mk.) angezahlt verrechnet und A erhält am Schlusse des Rechnungsjahres seine Zinsen, bezügl. den seinen Antheilen gesetzlich zustehenden und aus der Bilanz sich ergebenden Theil des Reingewinns. Ein weiter günstiger Umstand, der später auch soviel wie baar Geld, weil Kredit, bedeutet, ist der, dass, sobald ein Terrain bebaut ist, es auch bedeutend im Werthe steigt. Viel, sehr viel vermögen, neben andern, die Stadtverwaltungen, durch Schaffung von minder harten Bestimmungen (Ausnahmebestimmungen) in der Bauordnung, dem Unternehmen entgegen zu kommen. Was endlich das immerhin nothwendige Beleihungs-Kapital anlangt, möchte ich immer und immer wieder — abgesehen von den Geldern von Kommunal-Provinzial-Sparkassen etc., die vielfach billig und zu koulanten Bedingungen dazu hergegeben wurden — darauf aufmerksam machen, dass man es trotz alledem und alledem nie unversucht lasse, sich bei der zuständigen Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Gelder zu verschaffen; zumal ja ausdrücklich im diesbezüglichen Gesetze steht, dass angesammelte Gelder bis zu ein Viertel ihrer Höhe zu mässigem Zinsfuss auch zur Erbauung von Arbeiterhäusern hergegeben werden können. Bei den betreffenden Anstalten haben sich aber zum Theil

ganz bedeutende Summen angesammelt, die ja auch hie und da hergegeben worden sind, unter dem segensreichen Vorgang der Anstalt Hannover (für 1892 380,000 Mk.), um so dem „Klebegesetz“ die unverdient verlorene Sympathie nach und nach wieder erwerben zu helfen. Die Herren Minister des Handels und der Finanz, wie auch der Chef des Reichsversicherungsamtes stehen einer derartigen Beleihung durchaus mit grosser Freundlichkeit gegenüber, wenn es auch in erster Reihe vom Befinden des Vorstandes der betreffenden Anstalten abhängt und dieser bisher leider an manchen Orten wenig Entgegenkommen zeigte.

IV.

Allgemeines.

Es seien nun noch einige Winke für das Gedeihen des Ganzen in abgerissener Form gegeben, weil sie sich unter die vorstehenden Abschnitte nicht gut bringen liessen.

(Bauplatz.) Man suche sich bei Zeiten ein ausreichendes Bauterrain zu sichern, wenigstens sich das Vorkaufsrecht unter bestimmten, annehmbaren Bedingungen zu sichern, da, je grösser die Bauthätigkeit eines Vereins ist, um so höhere Forderungen auch für Grund und Boden gemacht werden.

(Haus.) Um die möglichenfallsige Rentabilität eines Hauses zu berechnen, addiere man zu den Kosten des Grund und Bodens die Herstellungskosten des ganzen Hauses etc. Anschlag, Wasserleitung, Strassenanlage etc., kurz alles was zur fix und fertigen Herstellung gehört. Dies so gewonnene Kapital verrechne man mit ca. 6% (darunter gedacht ca. 4 als Zins, 2 als Tilgungsgeld) und kommt die so gewonnene Summe der jährlichen ortsüblichen Miethe, für eine annähernd ähnliche Wohnung gleich, oder übersteigt diese nur unbedeutend, so kann man sicher sein, dass das Unternehmen lebensfähig ist. Natürlich sind bei Ziehung des Durchschnittspreises nur Miethen ziviler Natur in's Auge zu fassen. Im schlimmsten Falle würde man ja auch, um auf eine niedere Leistung zu kommen, etwas vom Tilgungsfond streichen können. Ich möchte indess rathen, wo es irgend angänglich, wenigstens 2% für denselben anzusetzen, da sonst die Hoffnung des kleinen Mannes, in den veritablen Besitz seines Häuschens zu kommen, auf eine mit der Kürze eines Menschenlebens in keinem Verhältnis stehenden Weise hinausgeschoben wird.

(Garten.) So sehr ich allenthalben absolut für die Beigabe wenigstens eines bescheidenen Gärtchens eintreten werde, um so dem kleinen Mann sein „Heim auf eigener Scholle“ erst lieb und wohl zu machen, so sehr ich im Garten die bekannte „Sparkasse“ des kleinen Mannes in dadurch ermöglichter Viehhaltung (Schwein, Ziege), lucrativer Verwerthung der Kräfte von Weib und Kindern, betonen und dabei ganz besonders hervorheben möchte, dass ja gerade hierdurch das Weib seiner segensreichen, in letzter Beziehung staaterhaltenden Bestimmung als Mutter und Hausfrau, im Gegensatz zur Fabrikarbeiterin, wiedergegeben wird, so muss ich leider doch die rentabile Beigabe eines grösseren Gartens von ganz bestimmtem annähernd überall auf gleicher Norm beruhendem Preisverhältniss abhängig machen, dass sich ungefähr in Maximalhöhe auf 3000 Mk. pro preussische Morgen (ca. 25 Ar) bewegt. Einen kleinen Garten, ein kleines Stückchen der Gotteserde, gebe man principiell und geht's irgend so auch, wie gesagt, ein grösseres Stück von $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ Morgen. Dem selbst bei günstigen Verhältnissen gemachten Einwand: der kleine Mann wolle keinen grösseren Garten und ihm fehle auch das Verständniss zur Bewirthschaftung desselben, zu begegnen ist eigentlich überflüssig; er ist ad I schon dadurch entkräftet, dass ebenso gut der kleine Mann, für sich und seine Familie, auch keine sittliche und materielle Besserung seiner Lage wolle, denn das bedeutet die Bewirthschaftung eines unter angegebenen Bedingungen

beigegebenen Gartens, unter den Händen des kleinen Mannes absolut; ad II hat die Erfahrung (auch mich) hinreichlich gelehrt, dass diese Kenntniss „der Urbeschäftigung fast aller Völker“ vom kleinen Manne auf seiner eigenen, oder doch zu erwerbenden Scholle spielend vom Nachbar, oder wo sich nur irgend Gelegenheit bietet, wobei der eigene Instinkt nicht in letzter Reihe mitspricht, erlernt wird. — Der Tausend auch! Wenn ich Jemandem ein Pferd schenke, oder unter günstigen Bedingungen überlasse, so wird er auch reiten lernen und zwar bedeutend eher, als wenn er das Thier für einen Andern reiten soll, weil Lust und Liebe zur Sache mitsprechen.

(Vorkaufsrecht.) So manche dergestaltige Unternehmen sind grade an dem segensreichen Umstande, dass das behaute Terrain im Preise gewaltig steigt und dadurch ein verführerisches Spekulationsobjekt wird, zu Grunde gegangen — in die Hände von Elementen, die alles andere, nur nicht das Wohl des kleinen Mannes im Auge haben, gerathen. Ehe daher vielleicht auf gesetzlichem Wege dieser Uebelstand gehoben wird, schiebe man ihm, durch Vorbehaltung des Vorkaufsrechtes auf unbestimmte Zeit Seitens der Genossenschaft, einen ja auch genügenden Riegel vor. Es werden damit gleich zwei Bedenken erledigt: Dieses Vorkaufsrecht nämlich ermöglicht erstens dem Arbeiter, bez. Erwerber, die grösstmögliche Bewegungsfreiheit bei Industrieschwankungen, was, als massgebend gefährdet, von Gegnern des Unternehmens ja so oft gerügt wird. Der Erwerber oder Besitzer stellt eben, sobald ihn ja einmal Industrieschwankungen etc. zum Weiterziehen nöthigen, sein Besitzthum der Genossenschaft, nach kontraktlich vorsehender Kündigung, wieder zum Rückkauf zur Verfügung, der am besten nach bekanntem Rezept folgendermassen gehandhabt wird: Zuvörderst ergiebt sich der Verkaufspreis aus der ursprünglich beim Kauf zu Grunde gelegten Bau- etc. Rechnung, sowohl Verkäufer wie Käufer, hier die Genossenschaft, wählen alsdann je einen vereideten Taxator, der sowohl Verbesserungen wie Abnutzungen abzuschätzen haben, die so gewonnene Durchschnittstaxe bestimmt endgültig den Verkaufspreis. Der Hauptwerth der Vorbehaltung des Vorkaufsrechtes auf unbestimmte Zeit liegt indess, wie oben schon gesagt, in dem Ausschluss des ganze Unternehmen, Mühe und Fleiss gefährdender Elemente. Der kleine Mann gewönne auch in der That durch solchen (Spekulations)-Verkauf absolut nicht mehr, als wenn er sein Besitzthum für sich und seine Nachkommen erhält, denn den durch die Verhältnisse gesteigerten Werth repräsentirt es doch auch so und dieser kann, gegebenen Falls, ja auch durch eine höhere Hypothek ausgenutzt werden.

(Branntweinausschank — sittlichen Einfluss.) Man möge ein dergestaltiges Unternehmen auf eine (gewiss im Grunde anzurathende) so inkonfessionelle Stufe stellen als man wolle, keiner wird hoffentlich den traurigen Muth haben, ihm die (jedem Beginnen auf Erden eigenthümlich sein sollende) sittliche und sittliche Grundlage entziehen zu wollen; dann müssen aber ebenfalls statutarisch, kontraktlich Vorkehrungen getroffen werden, um den wie die Geyer auf ihre Beute lauernden Elementen von vornherein ein nicht misszuverstehendes Veto entgegen zu rufen. Wie dann der ganze wahrhaft belebende und lebenskräftige Geist einer Volksgenossenschaft im erhebenden und stärkenden Gefühle der Solidarität auch immer ein hohes sittliches Ehrgefühl haben muss und aus diesem Grunde der Entwicklung ganz bestimmte Merkmale setzen wird. Hierher aber wird in erster Reihe immer das Verbot von Branntweinausschank gehören, ja wenn möglich von öffentlichen Lokalen überhaupt, denn es giebt deren auswärts grade genug. Will man von Genossenschaftswegen, vielleicht in Verbindung mit einer Hauskontrolle, während der Erwerbszeit,

einen sittlichenden Einfluss ausüben, so thue man es, wenn man glaubt, die absolut nöthigen äusserst taktvollen Elemente dazu zu haben, direkt dazu rathen möchte ich nicht, weil die geringste Taktlosigkeit statt Segen Unsegen stiften kann und den kleinen Mann dann in seinem Selbstbewusstsein und häuslichen Freiheit beengt. Das persönliche Einholen von Monatszins und Tilgungsgeld bietet sonst geeigneten Personen (und nicht zuletzt weiblichen Geschlechts) die beste Gelegenheit zu dergestaltigem Einfluss.

(Stimmberechtigung der Antheilscheine. — Misstrauen.) Es wird bei den der Konstituierung vorhergehenden Besprechungen die besondere Erwägung gut und auch ins Statut aufzunehmen sein, dass (nach § 41 des angezogenen Gesetzes) jeder Genossenschafter unter allen Umständen nur eine Stimme hat, damit die naheliegende Befürchtung, der Minderbemittelte könnte auch hier durch das Kapital des Bemittelten beeinflusst werden, von vornherein beseitigt wird. Wie ichs denn überhaupt nicht genug empfehlen kann, grade um das, ja mitunter auch begründete Misstrauen des kleinen Mannes gegen die Uneigennützigkeit ähnlicher Unternehmen gar nicht aufkommen zu lassen; nach Kräften und Möglichkeit das Prinzip: „das Volk durchs Volk“ That werden zu lassen; d. h. den kleinen Mann auch zu allen Funktionen, es sei in der Verwaltung, Aufsicht oder sonstwo, einer hauptsächlich sein Wohl im Auge habenden Genossenschaft, heranzuziehen. Sein nur zu häufig durch Unkenntniss der Sachlage entstandenes Misstrauen wird dadurch von selbst schwinden, sein Selbstbewusstsein sich aber stärken; kurz: er wird sittlich kapitalisiren, zufriedener und wahrhaft freier, d. h. glücklicher werden.

(Vertheilung der Häuser durchs Loos.) Da nicht anzunehmen ist, dass überall gleich so viel Häuschen erbaut werden können als genossenschaftliche Bewerber da sind, und es andernteils auch wieder recht angesagt erscheint, namentlich um das spätere Wohlbehagen des kleinen Mannes in seinen vier Pfählen zu stärken, das Häuschen möglichst den Wünschen des Erwerbers gemäss zu erbauen; so wird man anfangs unter denjenigen Genossen vielleicht, die die höchste Anzahlung auf ihre Antheile gemacht haben, um die zu erbauenden Häuser losen lassen, um dann ihre Wünsche mit dem Bautechniker durchzusprechen, eventuell zu verwirklichen.

(Art des Baues.) Eines schickt sich nicht für Alle! Dieses Götthewort sei vorausgeschickt, wenn ich in etwas vor blindem Abklatsch von anderswo als vorzüglich bewährten Institutionen, es sei in der Gestalt von Häusern (sogenannten „Normalhäusern“) wie auch Normal-Statut-Abfassungen warnen möchte. Es handelt sich gerade beim Bau von (Arbeiter-)Häusern so sehr um die Individualisirung des Wohlbefindens, dass man gewiss ein gut Stück sittlicher Bedeutung des Unternehmens verliere, wenn man dies völlig ausser Acht liesse. P. v. Bodelschwing hat darnit mit Recht in den weit über sechzig freundlichen Doppelhäuschen seines Bielefelder „Arbeiterheims“ kein Haus wie das andere, d. h. jedes den Wünschen des Erwerbers entsprechend erbaut. Man missverstehe mich indess nicht und baue in Gottes Namen nach bewährten Plänen, sobald diese den lokalen Verhältnissen und den Wünschen des kleinen Mannes entsprechen. Ich füge aus diesem Grunde denn auch einige Pläne unserer diesjährigen Neubauten, die mit grosser Sachkenntniss und zur vollen Zufriedenheit der Leute von unserm Baumeister ausgeführt wurden, bei und wir senden gern zur Ansicht auch Pläne anderer schon existirender Genossenschaften des Vaterlandes. Auch ein Statut will ich folgen lassen, das man, je nach den lokalen Bedürfnissen, in dem unter II (gesetzliche Form) angedeuteten Spielraum, umändern möge. Nie versäume man die Häuser,

wenn irgend angänglich, ganz zu unterkellern. Bei dem gewöhnlich theuren Bauterrain werden so auf eine billige Weise Wirthschaftsräume (ausser Keller, Waschküche etc.) gewonnen und das Haus wird trockener. Auch möchte ich rathen, nur massiv zu bauen, diese Bauart ist und bleibt auf die Dauer (auch schon der niederen Feuerversicherungsprämie wegen) die billigste — das Einfamilienhaus wird und soll ja das Ideal aller dergleichen Bestrebungen sein, indess ist ein solches eben schwer zu erreichen, da namentlich immer nur zu sehr mit dem Preise des Bauterrains zu rechnen sein wird, man baue da bedenkenlos Doppelhäuschen, oder wie im Bielefelder „Arbeiterheim“ Häuschen mit einem Kniestock (Trempe), in dem unten der Erwerber und oben dessen, vom Erwerber abhängiger Miether wohnt, oder später der Vater als Altsitzer, unten dessen Sohn. Dieses Verhältniss hat sich durchaus gut bewährt und bisher nie zu Zwistigkeiten Veranlassung gegeben; jedenfalls vermeide man es auf alle Fälle, wenn nur irgend durchführbar, in ein gesondertes Haus mehr als zwei Familien zu bringen und meide Kasernenbauten. Wenn es auch oft schon angezeigt erscheint, den Arbeiter abwehrend zu beeinflussen in seinen oft an unpraktischen Luxus grenzenden Wohnungsansprüchen. — Ich denke hier z. B. an das auch beim kleinen Mann schon häufig zu findende unglückselige Institut der „guten Stube“ — so wolle man doch ja nicht versäumen, dem Häuschen innen wie aussen ein den Kostenpunkt ja nicht beeinflussendes freundliches, anheimelndes Ansehen zu geben. Auch das Auge des gewöhnlichsten Mannes ist ein Faktor, mit dem, so weit es zulässig, gerechnet werden soll, ein Faktor, der auch seine sittliche Tragweite und Berechtigung hat. — Schliesslich möchte ich noch dem recht herzlichen Wunsche Ausdruck geben, dass sich doch überall, wo Arbeiterhäuser gebaut worden, sich Genossenschaften zu diesem Behufe gegründet haben, warmherzige Menschenfreunde finden möchten, die es nicht verschmähen, sich mitten unter die Arbeiter zu setzen, Mensch unter Menschen, ihre Hütte auch an der Seite des kleinen, schwer um die Existenz ringenden Mannes aufzuschlagen und so der leider immer noch fürchterlichen Wahrheit, dass der Arbeiter als ein gesondertes Etwas von der Gesellschaft betrachtet wird, der bitterste Stachel abgebrochen werde, der der Sozialdemokratie nur zu häufig eine willkommene Waffe abgiebt. — Was kann für Segen gestiftet werden, wie kann Bitterkeit und Hass in Frieden und Freundlichkeit durch Durchsetzung mit solchen warmherzigen Elementen und die dadurch von selbst bedingten häuslichen Beziehungen, verwandelt werden!! — Nun, ich sitze seit Jahr und Tag „mitten unter Arbeitern“ des hiesigen „Arbeiterheims“, bewohne sogar ein veritables Arbeiterhäuschen, das nur zur Unterbringung meiner Sachen durch einen bescheidenen Anbau vergrössert wurde, und — fühle mich wohl, so wohl wie noch nie in meinem Leben unter den einfachen bescheidenen Menschen mit ihren menschlichen Schwächen und Bedürfnissen, Treue und Ehrehaftigkeit, und fühle täglich mehr den Segen, den dieses Verhältniss, bei meiner gewiss selbst schwachen Kraft, unwillkürlich in den Häusern, in den Familien stiftet; freilich muss dem Mann, der sich so unter die Arbeiter setzt, auch stets und im selben Streben das Weib, die Hausfrau treu zur Seite stehen, sonst geht der wichtigste Faktor verloren: — durch die Familie zum Herzen, zu Sitte und Frieden!!

(Reservefond. — Im bescheidenen Masse beginnen.) Obgleich der Reservefond eine schon im Gesetze vom 1. Mai 1889 bestimmte Einrichtung ist und auch seine Subsidiung darin vorgesehen ist, möchte ich doch noch rathen, auch ausser diesem Rahmen ihn im Anfange der Thätigkeit möglichst zu unterstützen um, falls ja einmal Schwierigkeiten durch Missgriffe etc. eintreten sollten, ein möglichst ausreichendes Kapital zur Deckung zur Verfügung zu

haben. Um aber wieder möglichst wenig der Gefahr ausgesetzt zu sein, „Lehrgeld“ zahlen zu müssen, fange man im bescheidenen Masse im ersten Jahre an, man wird dann leicht aus eigener Anschauung die örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse kennen und wägen lernen und die so gewonnene Erfahrung in den folgenden Jahren, bei gesteigerter Thätigkeit segensreich verwerten können. Aus eben diesem Grunde möchte ich auch rathen, nicht neben der Bauthätigkeit auch gleich mit Einrichtung von Konsum etc. zu beginnen, weil man dann eben ein zu weites Feld hat, auf dem überall erst Erfahrung gesammelt werden soll; das schliesst indess absolut nicht aus, dass später dergleichen energisch in Angriff genommen werden kann.

(Auflassungszeitraum.) Viele Bauvereine, bez. Genossenschaften ertheilen dem Erwerber die gerichtliche Auflassung (Besitzertheilung), sobald derselbe die Hälfte, andere sobald er ein Drittel des Kaufpreises abgezahlt hat; ich stimme für das letztere: Man soll dem kleinen Mann, sobald es irgend anlässlich, einen positiven Beweis geben, dass seine Hoffnung ihrer Erfüllung entgegen geht, sein Sparen und Arbeiten greifbare Erfolge hat. Bei einer zehnprozentigen Anzahlung und einem zweiprozentigen Tilgungsgelde (welche beide Leistungen bis zur Tilgung Zins vom Zins tragen) kann der kleine Mann schon (bei ein Drittel beanspruchter Abzahlung) mit elf Jahren die Auflassung beantragen.

(Revision.) Wie aus § 51 mehrerwähnten Gesetzes ersichtlich, muss die Genossenschaft spätestens im Verlauf von zwei Jahren von einem sachverständigen Revisor in ihrer Verwaltung geprüft werden. Ich rathe dies früher und zwar alle Jahre geschehen zu lassen und empfehle folgenden Gebrauch einer sehr blühenden Genossenschaft: dieselbe überlässt dem Revisor vollständig, wann er kommen will, bedingt sich indess, dass das Revisionsprotokoll regelrecht am Schlusse des Rechnungsjahres der Generalversammlung vorgelegt werden kann.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Die Bestimmung des Artikels 5 des deutsch-österreichisch-ungarischen Viehseuchen-Uebereinkommens über die den vertragschliessenden Theilen zur Verhütung der Einschleppung der Lungenseuche zustehenden Sperrbefugnisse ist nach Ziffer 4 des Schlussprotokolls an die Voraussetzung geknüpft, dass in beiden Ländergebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Vorschriften über die Bekämpfung dieser Seuche in den wesentlichen Punkten mit unserer Gesetzgebung in Uebereinstimmung gebracht werden.

Bezüglich Oesterreichs ist dieser Voraussetzung bereits Genüge geschehen, da ein entsprechendes unter dem 17. August v. J. erlassenes Gesetz, betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, am 1. Oktober v. J. in Kraft getreten ist (Reichsgesetzblatt für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder 1892 S. 675). Was dagegen Ungarn anlangt, so liegt bis jetzt nur die Nachricht vor, dass dem ungarischen Reichstage ein bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden wird. Ob und wann dieser Entwurf Gesetzeskraft erlangen wird, ist noch nicht zu übersehen. Jedenfalls kann zur Zeit die Voraussetzung, unter der die mildere Bestimmung des Artikels 5 des Uebereinkommens in Kraft treten soll, als erfüllt nicht anerkannt werden, und es muss daher die gesammte Rinder-Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn bis auf Weiteres nach der Bestimmung in Ziffer 4 Absatz 2 des Schlussprotokolls behandelt werden.

Es ist daher an die hohen Regierungen von Preussen, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg und Baden, sowie an den Kaiserlichen Herrn Statthalter in Elsass-Lothringen das Ersuchen gerichtet, die Einfuhr aus

den in dem anliegenden Verzeichniss aufgeführten verseuchten Gebieten zu untersagen und bezüglich der Einfuhr aus den übrigen Gebieten dahin Verfügung zu treffen, dass die Thiere von der Grenze nur in öffentliche, veterinärpolizeilich überwachte Schlachthäuser zur alsbaldigen Abschachtung übergeführt werden dürfen.

Ein gleiches Ersuchen ist an die diesseitige Regierung ergangen.

Nachstehend bringen wir das Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist.

A. Oesterreich.

Böhmen.

- I. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Asch, Eger, Plan, Graslitz, Tepl, Kralowitz, Horowitz, Rakonitz, Podersam, Kaaden, Joachimsthal, Falkenau, Karlsbad und Buditz.
- II. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Kano-lau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saag und Laun.
- III. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Tet-schen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablenz, Samil, Turnau, Giein, Pödebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisches-Leipa und München-grätz, ferner die Stadt Reichenberg.
- IV. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Star-kenbach, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Neustadt, Senftenberg, Reichenau, Königgrätz, Königinhof und Neu-Bydtschow.
- VI. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Tabor, Pílagramm, Neuhaus, Wittingau, Kaplitz, Krumau, Prachatitz, Budweis und Moldauthein.
- VII. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Schüttenhofen, Klattau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Mios, Pilsen, Blatna, Mühlhausen, Pisek, Strakonitz und Prestitz.
- VIII. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Příbram, Smichow, Karolinenthal, Böhmisches-Brod, Kolin, Kutteneberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner Stadt Prag.

Mähren.

- I. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Datschitz, Iglau, Neustadt, Boskowitz, Gross Meseritsch, Trebitsch, Brünn, Kranau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau, Znaim.
- II. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holleschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prostnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

Oberösterreich.

Die Bezirkshauptmannschaften: Rohrbach, Freistadt, Perg, Linz, Schärding, Wels, Steyr, Kirchdorf, Gmunden, Vöcklabruck, Braunau und Ried, ferner die Städte Linz und Steyr.

Schlesien.

Die Bezirkshauptmannschaften: Freienwaldau, Freudenthal, Jägerndorf, Troppau, Freistadt, Bielitz und Terschken, ferner die Städte Troppau, Bielitz und Friedek.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, ferner die Stadt Schemnitz.

Das Königliche Kommerz-Kollegium in Altona.

Unter diesem Titel ist soeben eine sehr bemerkenswerthe Publikation aus der Feder des durch verschiedene wirthschaftsgeschichtliche Veröffentlichungen bekannten Sekretärs des Altonaer Kommerz-Kollegiums *) erschienen, welche aus doppeltem Grunde auch für weitere Kreise von Interesse ist. Einmal weil es sich um eine historische Darstellung der Entstehung und Fortentwicklung dieser ältesten noch in ihrer ursprünglichen Form fortbestehenden Handels-Interessenvertretung Deutschlands handelt, ferner weil diese Geschichte des Altonaer Kommerz-Kollegiums ein klassisches Bild davon bietet, wie sich im Laufe der Zeiten die Wirksamkeit derartiger Körperschaften mehr und mehr entfaltet hat. Nach Ehrenberg's Darstellung verdankte das Kommerz-Kollegium seine Entstehung einerseits der merkantilistischen Politik der dänischen Könige, welche derartige beratende Körperschaften für ihre Massnahmen zur Handelsförderung brauchten, andererseits dem Bestreben des Handelsstandes, eine Vertretung seiner Interessen gegenüber Regierung und Stadtrath zu erhalten. Wenn auch schon 1664, zu einer Zeit, wo Altona's Einwohnerschaft fast nur aus Handwerkern bestand und nur wenige Kaufleute zählte, die Anregung zur Errichtung eines Kollegii von Handels- und Handwerktreibenden gegeben wurde, so kam doch nach wiederholter Aeusserung dieses Wunsches erst im Jahre 1738, nachdem 1735 in Kopenhagen ein General-Landes-Oekonomie- und Kommerz-Kollegium für die ganze Monarchie errichtet worden war, durch den Willen des Königs (Christian VI.) in Altona ein solches Kollegium zu Stande, in welchem der Altonaer Präsident kraft seines Amtes den Vorsitz führte, wie auch seither das Kollegium immer unter Vorsitz des Altonaer Oberpräsidenten, seit 1869 unter dem des Oberbürgermeisters der Stadt seine Funktionen wahrnahm. Mitglieder waren die ansehnlichsten Kaufleute der Stadt, erst 5, dann 7, 10, zuweilen auch nur 3, erst seit den letzten Jahrzehnten 11—12. Die Mitgliedschaft zunächst durch Ernennung seitens des Königs auf Vorschlag erworben, wurde später durch Wahl seitens des Kollegiums erlangt unter Bestätigung durch den König, in neuester Zeit durch den preussischen Handelsminister.

Die Thätigkeit des Kollegiums — anfangs in bescheidenen Grenzen gehalten — wurde später eine immer regere: in den ersten Jahrzehnten führte es ein Scheindasein, erstattete ab und zu einen Bericht, insbesondere betreffend „gravamina contra Hamburg“, befasste sich mit einem ziemlich abenteuerlichen Projekte einer Handelsverbindung Altona's mit Canton, welches Projekt an dem Widerspruche der Seemächte scheiterte, machte Vorschläge, um dem Rückgange des Altonaer Speditionsgeschäftes abzuheffen u. dgl. Erst seit 1761 erwachte es zu wirklichem Leben, befasste sich mit der dringlich wünschenswerthen Verbesserung des Postwesens, regte die Anlage eines Hafens an, betheiligte sich an der Förderung der 1767 gegründeten Altonaer Heringskompagnie, sowie der Grönlandsfahrten, brachte Missstände im Zollwesen zur Sprache, errichtete eine Species-, Giro- und Leibbank, stellte eine Maklerordnung fest (1776). Im nächsten Jahre wurde zum ersten Male eine umfassende Eingabe auf die allgemeine Hebung des Handels in Altona bezüglich an das Landes-Oekonomie- und Kommerz-Kollegium gerichtet, deren Hauptwünsche: Verlegung des Viehmarktes nach Altona, Freiebung des Handels nach den dänischen Kolonien in Westindien und Erhebung Altonas zum Stapelorte der norwegischen Produkte (die nach den Elbgegenden gingen) waren: das Kollegium errang

auch hierin, wie in einer Reihe minder wichtiger Punkte Erfolge und die dänische Handelspolitik befolgte die gewiesenen Wege.

Die spätere Epoche bis in die dreissiger Jahre unseres Jahrhunderts ist ziemlich bedeutungslos gewesen. Abgesehen von Beschwerden über Seeräuberei und dergleichen befürwortete das Kollegium die Errichtung einer Assecuranz-Gesellschaft in Altona, sprach sich gegen schädliche Bestimmungen der Hamburger Zollordnung von 1835 aus und befürwortete den Abschluss eines Handelsvertrages zwischen Dänemark und Spanien auf dem Fusse der Reciprocität, vorzüglich für den Verkehr nach den westindischen Kolonien; auch gab zu jener Zeit das Kommerz-Kollegium Aeusserungen über die Qualifikation von Personen ab, welche zu dänischen Konsuln in den Kolonien ernannt werden sollten. Mit dem Jahre 1840 begann dann die Wirksamkeit in Eisenbahnangelegenheiten, später betreffs der Telegraphen- und Dampferlinien; auch fing es in jener Zeit an, zahlreiche Gutachten in handelspolitischen und Schiffsfahrtsangelegenheiten zu erstatten, so betreffs der Schiffsabgaben, der Konzessionirung von Dampfschiffs-Unternehmungen, behufs des Stader Zolles, der Erschwerungen des Altonaer Transitverkehrs in Hamburg u. A. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurde die Thätigkeit des Kollegiums eine weit geringere; erst von 1854 ab wurde eine regere Wirksamkeit entfaltet: Berichte in Sachen eines Regulativs für die Auswanderung, dann um Aufhebung des Einfuhrzolles auf Salpeter, Aeusserung betreffs eines Handelsvertrages mit der Türkei wurden erstattet, verschiedene städtische Werke gefördert; seit 1856 bis in die sechziger Jahre beschäftigten das Kollegium die Fragen des Sundzolles, des Stader Zolles und des Hamburger Transitzolles. Auch für Betheiligung an der Ausarbeitung eines deutschen Seerechtes und für Einführung des neuen Handelsgesetzbuches das das Kollegium zu Beginn der sechziger Jahre Schritte.

In der späteren Zeit, insbesondere seit der Einverleibung Schleswig-Holsteins in den preussischen Staatsverband hat das Altonaer Kommerz-Kollegium sich mit fast allen grösseren Fragen, welche die preussischen Handelskammern beschäftigten, ferner mit einer Reihe lokaler Fragen beschäftigt; die eingehende Darstellung der Denkschrift weist dies bis ins Einzelne nach. Auch die Frage einer Reorganisation hat die Altonaer Handelskörperschaft wiederholt in Erwägung gezogen; man trug jedoch gegen Umwandlung in eine Handelskammer lebhaftes Bedenken und auch die Vorschläge zu einer umfassenden Reorganisation auf der bestehenden Basis drangen nur insoweit durch, als die Zahl der Mitglieder vermehrt, das Prinzip der Kooptation von Interessenten in die einzelnen zur Vorberathung gebildeten Ausschüsse angenommen und ständige Sektionen für gewisse Angelegenheiten bestellt wurden.

Wir haben die Mittheilungen der besprochenen Denkschrift in ausführlicherer Weise wiedergegeben, weil dieselben nicht bloss die — an sich interessante — Entwicklung der Thätigkeit einer einzelnen bedeutenden Handelskörperschaft darstellen, sondern gleichzeitig ein Spiegelbild der bedeutenden Entwicklung und Wirksamkeit fast aller grossen zur Vertretung der Interessen des Handels berufenen Körperschaften bieten. Wie in Altona, so hat sich an allen grossen Handelsplätzen Deutschlands die Wirksamkeit und damit die Bedeutung der Handels-Interessenvertretung in den letzten Jahren nicht bloss wesentlich gesteigert, sondern verdreifacht und verzehnfacht. Erst unsere moderne Zeit war berufen zu erkennen, wie wichtig es sei, in besonderen Interessenvertretungen die Stimme der massgebendsten Handels- und Industriekreise zu hören. Es ist im Interesse einer gesunden Entwicklung der wirtschaftlichen Gesetzgebung nur zu wünschen, dass diese Auffassung einen festen Boden gewährte.

Dr. Hatschek.

*) Dr. Richard Ehrenberg. Das Königliche Kommerz-Kollegium in Altona. 1893.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflütern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 3.

Braunschweig, März-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

XI. Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig,

Sonnabend, den 4. März 1893,

Vormittags 11 Uhr.

Anwesend sind sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Strümpel-Schöppenstedt und Wiske-Barum, welche entschuldigt sind und der Syndikus. Unentschuldigt fehlt Herr Liebold-Holzminen.

Der Vorsitzende Kommerzienrath Haake eröffnet die Sitzung und begrüsst die Erschienenen. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Der Syndikus berichtet über die Geschäftsführung seit dem 17. Oktober 1892, dem Termine der letzten Plenarversammlung. Aus dem Bericht ist Folgendes hervorzuheben:

In der Zeit vom 18. Oktober 1892 bis 4. März 1893 weist das Tagebuch unter Ausschluss der periodischen Drucksachen 3580 Nummern auf (seit dem 1. Januar 1892 bis Ende 1892 10105 Nummern; im Jahre 1893 1002 Nummern), und zwar 1798 Eingänge und 1782 Ausgänge. Dies ergibt einen Umschlag von 796 Ein- und Ausgängen pro Monat oder 27 pro Tag. Von den Eingängen wurden erledigt durch Berathung in den Ausschüssen und zwar 22 im Geschäftsausschuss, 4 im Ausschuss für Gewerbewesen, 1743 durch den Vorsitzenden und das Bureau resp. durch Eintrag zu den Akten oder zur Bibliothek, 29 blieben unerledigt. Es fanden Sitzungen statt: 3 des Geschäftsausschusses, 1 des Ausschusses für Gewerbewesen, 2 des Ausschusses für den Jahresbericht. Ursprungszeugnisse wurden während der Berichtszeit ausgestellt 62 und zwar: für Italien 30, für Griechenland 19, für Spanien 10, für Oesterreich-Ungarn 1, für Niederlande 1, für Frankreich 1. Hiervon betreffen: 34 die chemische Industrie, 18 die Eisen- und Metall-Industrie, 1 die Fabrikation von Gummiwaaren, 1 Musikalien, 2 die Konserven-Industrie, 1 die Fabrikation von Wurst- und Fleischwaaren, 5 die Herstellung von Apparaten und Instrumenten.

Die Beschlüsse der letzten Plenarversammlung sind sämtlich ausgeführt, soweit dies thunlich war. Auf die Eingabe betr. Abänderungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in den Landstädten ist bisher ein Bescheid nicht ergangen. Auch ist diesseits nicht bekannt geworden, dass diesbezügliche Massregeln getroffen seien. Die Aufnahmen bezüglich des Lehrlingswesens ist soweit gefördert worden, dass von den 1675 ausgegebenen Fragebogen bisher 963 eingeholt worden

sind. Die in der Stadt Braunschweig ausgegebenen Bogen sind bis auf 226 eingegangen: aus dem Lande dagegen fehlen noch nicht weniger als 486 Bogen. Wir haben deshalb die bezügliche Statistik bisher nicht abgeschlossen.

Unser Antrag auf Einführung einer Frachtermässigung für Erbsen und Bohnen nach Braunschweig während der drei Ernte-Monate ist abgelehnt, als Begründung sind nicht Gründe, sondern „Grundsätze“ angegeben. Auf die unsererseits gegebene Anregung bezüglich Ermässigung der Zucker-, Getreide- und Futtermittel-Frachten Braunschweig-Hamburg und die über diesen Gegenstand, wie über Frachtermässigungen überhaupt an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und die Königlichen Eisenbahn-Direktionen Magdeburg und Hannover gerichtete ausführliche Denkschrift, ist ebenfalls eine Gegenäusserung nicht erfolgt. Die Jahresrechnung ist geprüft und richtig befunden worden. Der Bericht der Revisoren wird heute erstattet worden. Eine ausführliche Denkschrift des Syndikus über die Wasserstrassen Frankreichs im Vergleich zu den deutschen Wasserstrassen befindet sich im Druck und wird demnächst zur Versendung gelangen. Die internationalen Beschränkungen des Handelsverkehrs bezw. des österreich-ungarischen Einfuhrverbots auf Fleischwaaren und Würste für Provenienzen aus dem Herzogthum sind auf unsere Vorstellung hin bereits unterm 17. November v. J. aufgehoben; wir sind diesmal sogar telegraphisch von dem Herrn Reichskanzler beschieden worden. Der Jahresbericht pro 1892 liegt in seinem ersten Theile bis auf einige Einzelberichte gedruckt vor. Er wird im Laufe dieses Monats zur Versendung gelangen. Der zweite Theil soll im Mai d. J. folgen. Die Firma E. F. Witting hat am 19. Januar d. J. das Fest ihres hundertjährigen Bestehens gefeiert. Der Vorstand der Kammer hat sich durch Ueberreichung einer künstlerisch ausgestatteten Adresse an der Feier betheiligt. Bezüglich der beabsichtigten Einführung der mitteleuropäischen Zeit im äusseren und inneren Eisenbahndienst hat sich der Vorstand der Kammer auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahn-Direktion Hannover dahin ausgesprochen, dass er eine Stellungnahme in dieser Frage solange ablehnen müsse, bis die Einführung dieser Zeit auch im bürgerlichen Leben durch Reichsgesetz beschlossen sei. Der Gesetzentwurf betr. die Abzahlungsgeschäfte hat den geschäftsführenden Ausschuss eingehend beschäftigt. Ein Antrag auf Abänderung einiger Bestimmungen zwecks Wahrung der Interessen der Nähmaschinen- und Werkzeugindustrie hat indessen im Reichstage keine Berücksichtigung gefunden. Ein Bescheid der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg bezüglich des hiesigen Personenbahnhofs, welcher wenigstens in einzelnen Theilen günstig lautet, ist in Nummer 1 der Monatsschrift pro 1893 veröffentlicht worden. Bezüglich eventueller Begründung eines Braunschwei-

gischen Vereins für Dampfkesselrevision geht eine vorbereitende Anfrage an die Interessenten in diesen Tagen aus. Die gesetzmässigen Ersatzwahlen zur Handelskammer haben im Monat Februar stattgefunden. Eine Wiederwahl abgelehnt hat Herr Kommerzienrath Haake; an seiner Stelle ist Herr Ingenieur Lemmer, Mitinhaber der Firma G. Luther hier, zum Mitgliede der Handelskammer gewählt worden. Die übrigen Herren sind wiedergewählt worden; jedoch hat Herr Direktor Beundorf die Annahme der Wahl abgelehnt. Ausserdem hat Herr Fr. Selwig für den 1. April d. J. seinen Austritt erklärt. Im Kreise Wolfenbüttel haben die Herren Fabrikbesitzer Ehrhardt-Wolfenbüttel und Direktor Wiske in Barum eine Wiederwahl abgelehnt; an ihre Stelle sind gewählt worden die Herren Fabrikbesitzer Barnwitz-Wolfenbüttel und Direktor Dr. Pfeiffer-Wendessen. Der kaufmännische Verein Union hat am 19. Februar d. J. ein Lehrlingsheim errichtet. Nach genauer Kenntnissnahme von den Aufgaben und Zielen dieses Unternehmens hat der Vorstand der Kammer kein Bedenken getragen, dasselbe öffentlich zu empfehlen. Auch ist die Kammer bei der Eröffnung vertreten gewesen. In Nummer 1 der Monatsschrift pro 1893 ist die Eingabe abgedruckt, welche wir in Sachen der Verlegung der Nachtschnellzüge Nummer 35 und 36 an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet haben. Obgleich unser Vorgehen Seitens des Herzoglichen Staats-Ministeriums lebhaft und dankenswerthe Unterstützung gefunden hat und trotz wiederholter persönlicher Intervention in Berlin, haben wir unsere Wünsche in dieser Angelegenheit nicht durchsetzen können. Während indessen der Unwille über diese Ablehnung eben noch im Publikum laut wird, ist mit der Erhöhung des Fahrpreises im Blitzzuge eine neue Verkehrsbeeinträchtigung geschaffen. Angesichts aller dieser Massregeln, angesichts überhaupt der grundsätzlichen Stellungnahme des Verkehrsfiskus wird der Antrag gestellt: Die Kammer wolle eine Protesterklärung gegen die in der Verwaltung der staatlichen (preussischen) Verkehrsinstitute immer schärfer zu Tage tretenden fiskalischen Grundsätze erlassen, welche den gelegentlich der Verstaatlichung der Eisenbahnen als massgebend bezeichneten Gesichtspunkten ebenso strikt zuwiderlaufen, als den Interessen der Industrie und des Handels, übrigens aber solche Erklärung zur Kenntniss der übrigen deutschen Handels- und Industrie-Korporationen bringen und deren Annahme einer demnächst einzuberufenden Plenar-Versammlung des deutschen Handelstages zu empfehlen.

Direktor Schruff-Blankenburg bemerkt zu der Angelegenheit der Verlegung der Schnellzüge Nummer 35 und 36 ausdrücklich, dass er entgegenlautenden Gerüchten gegenüber betonen müsse, wie der Magistrat der Stadt Blankenburg im allgemeinen Landesinteresse eine von der diesseitigen abweichende Stellungnahme vermieden habe. Der Antrag betr. den Fiskalismus im Verkehrswesen wird dem Verkehrsausschuss zur Vorbearbeitung überwiesen.

2. Antrag der Interessenten der Mühlenindustrie des Herzogthums auf Unterstützung ihrer Bestrebungen betr. Aufhebung der Staffeltarife für Getreide- und Mühlenfabrikate.

Referent: Der Vorsitzende.

Ueber die Begründung des Antrages, sowie Vorbereitung der Berathung Seitens der Kammer ist in Nummer 2 1893 des amtlichen Organes ausführlich berichtet.

Die Kammer beschloss nach eingehender Erörterung, den Antrag mittelst Eingabe an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu unterstützen. Es wurde in der Debatte besonders hervorgehoben, dass sich die Staffeltarife als Ausnahme-Massregel zur Zeit einer Missernte rechtfertigen liessen; dass aber nach

Abstellung einer solchen Kalamität ihre innere Berechtigung hinfällig werde.

Gleichzeitig wurde beschlossen, die Einführung einer allgemeinen Ermässigung der Frachten für Getreide und Mühlenfabrikate zu empfehlen.

3. Antrag des Vereins Deutscher Spediteure auf Aufhebung der bestehenden und künftige Vermeidung der Einführung neuer sogen. kombinirter Land- und Seetarife.

Referent: Herr Friedrich Selwig.

Der Antrag wird abgelehnt. Die Kammer erblickt vielmehr im Gegentheil in der Einführung kombinirter Tarife, wie sie bisher insbesondere für den Levante-Verkehr bestehen, einen wirtschaftlichen Fortschritt. Siehe auch Nummer 2 1893, Seite 14.

4. Schaffung eines ständigen Zollbeirathes.

Referent: Herr Natalis.

Siehe auch Nummer 2 1893, Seite 14. — Die Kammer beschliesst nach eingehender Darlegung und auf Antrag des Referenten, angesichts des ungünstigen Abschlusses der letzten Handelsverträge dem bezw. Antrage der Handelskammer zu Pforzheim insofern ihre Zustimmung entgegenzubringen, als sie empfiehlt, einen Zollbeirath aus Vertretern der Regierung einerseits und Abgeordnete der deutschen Handelskammer andererseits zusammenzusetzen. Dieser Beirath solle einen ständigen Ausschuss niedersetzen, welcher mit den Organen der Reichsregierung und den Auftraggebern aus der Industrie fortlaufende Fühlung zu unterhalten habe.

5. Geschäftspapiere postalisch als Drucksache.

Referent: Der Syndikus.

Die Kammer beschliesst, unter Hinweis auf ähnliche im Auslande bestehende Einrichtungen, die Ausdehnung der Portotaxe für Drucksachen auf Geschäftspapiere beim Präsidium des deutschen Handelstages neuerdings in Anregung zu bringen.

6. Verfahren bei Konzessionirung gewerblicher Anlagen.

Referent: Herr Direktor Schruff-Blankenburg.

Die in industriellen Kreisen und namentlich in der chemischen Industrie fortdauernd erhobenen Klagen über die Mängel des bestehenden Verfahrens bei der Konzessionirung gewerblicher Anlagen haben den Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands veranlasst, die Frage der Konzessionirung gewerblicher Anlagen von Neuem einer eingehenden Berathung zu unterziehen.

Die mittelst Fragebogen vorgenommenen Erhebungen unter den Vertretern der chemischen Industrie Deutschlands, sowie die weiteren Verhandlungen haben ergeben, dass zwar von manchen Seiten die Vorschriften des Gesetzes als verbesserungsbedürftig bezeichnet werden, dass aber in erster Linie eine Aenderung in der Handhabung der bestehenden Ausführungsbestimmungen dringend gewünscht wird.

Die nach dieser Richtung hin ausgesprochenen Wünsche beziehen sich hauptsächlich auf die Beschleunigung des Verfahrens. Für die Stellung und Entwicklung der deutschen chemischen Industrie hat die Erreichung dieses Zieles die grösste Bedeutung, denn nur durch eine rasche gewerbliche Ausnutzung der gemachten Erfindungen und vorgenommenen Verbesserungen wird es der chemischen Industrie in Zukunft möglich sein, ihre bisherige Stellung auf dem Weltmarkte zu behaupten. Wohl wird mit Fleiss und Eifer in unseren Laboratorien und Werkstätten gearbeitet; die Ergebnisse dieser Arbeiten werden aber rasch in Form von Patentschriften weithin verbreitet, und wenn der Erfinder nicht bald dem Handel die Resultate seiner Forschungen zuführt, wird er in vielen Fällen durch

den ihn überholenden, namentlich ausländischen Verbesserer um die Früchte seiner Thätigkeit kommen.

Neben Erwägungen dieser Art ist es aber auch die Verschiedenartigkeit der Handhabung der bestehenden Vorschriften in den verschiedenen Landestheilen, welche eine Aenderung des bestehenden Zustandes wünschenswerth erscheinen lässt. Die Gerechtigkeit erfordert, dass in dem scharfen Konkurrenzkampfe, in welchem die Betriebe aller Staaten zu einander stehen, Licht und Schatten überall gleich vertheilt sind.

Referent beantragt: Durch Eingabe an den Reichskanzler die Abänderung resp. die Beschleunigung des Verfahrens bei Konzessionirung aller, nicht nur der für die chemische Industrie zu bewirkenden, gewerblichen Anlagen, insbesondere aber die Einführung eines gleichmässigen Verfahrens bei allen Bundesstaaten zu empfehlen.

7. Abänderung der Gewerbeordnung.

Referent: Herr Leo.

Auf Antrag des Referenten beschliesst die Kammer, den Antrag der Handelskammer Pforzheim auf Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen von über 16 Jahren in der Edelmetallindustrie auf Grund von § 139a 4 der Gewerbe-Ordnung abzulehnen, weil der Nachweis für die Nothwendigkeit der Schaffung einer solchen Ausnahmebestimmung nicht erbracht sei.

8. Deutsche Ausstellung in Berlin.

Referent: Herr Generaldirektor Lundberg-Delligsen.

Die Handelskammer Ulm hat in einer ausführlichen Denkschrift, abgedruckt in Nummer 1 1893 dieser Zeitschrift, auf die Nachteile hingewiesen, welche einem Theile der deutschen Industrie durch Veranstaltung einer sogen. Berliner Gewerbe-Ausstellung erwachsen würde. Referent beantragt, an Stelle einer Berliner Gewerbe-Ausstellung die Veranstaltung einer deutschen, nationalen Ausstellung zu befürworten.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

9. Gesetz betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Referent: Der Syndikus.

Es wird beschlossen, den Reichstag zu ersuchen, den bezüglichen Gesetzentwurf dahin abzuändern, dass aus demselben alle diejenigen Bestimmungen entfernt werden, welche Eingriffe in das Privatrecht oder in die Freiheit des Verkehrs in weiterem Umfange gestatten, als dies nach der Natur des Gegenstandes unbedingt geboten erscheint.

10. Reichscheckgesetz.

Referent: Herr Direktor Beundorf.

Reichsgesetzliche Regelung des Checkwesens ist eine unabweisbare Nothwendigkeit.

Unsere Vorgängerin, die Handelskammer zu Braunschweig, hat sich auf meine Anregung bereits im Jahre 1879 dafür ausgesprochen, schon damals vielseitige Zustimmung gefunden und einen von ihr verfassten Gesetz-Entwurf in einer Delegirten-Konferenz, an welcher sich eine Anzahl anderer Handelskammern beteiligten, durchberathen und feststellen lassen. Jener Entwurf ist in den meisten wesentlichen Punkten, zum grossen Theile fast wörtlich, bei der jetzigen Regierungsvorlage benutzt worden.

Die Anregung hatte s. Z. keine unmittelbare Folge, theils weil ihr aus einflussreichen Kreisen ein hinsichtlich der Beweggründe durchsichtiger Widerstand entgegen gestellt wurde, theils weil Manche der Ansicht waren, eine gesetzliche Regelung sei in zweckmässiger Weise erst dann möglich, wenn sich aus der Praxis die in Betracht kommenden Rechtsanschauungen heraus entwickelt haben würden.

In der seitdem verflossenen Zeit hat sich der Checkverkehr in Deutschland, auch ausserhalb der Reichsbank, zu einem bedeutenden Umfange ausge-

bildet und reichlich Gelegenheit gegeben, manche Gefahren zu erkennen, welche durch den Mangel gewisser gesetzlicher Bestimmungen entstehen können. Verschiedene für den Checkverkehr unentbehrliche gesetzliche Vorschriften sind nach übereinstimmender Ansicht Rechtsverständiger aus dem bestehenden allgemeinen Rechte und aus anderen Einzelgesetzen nicht ohne Weiteres auf dieses Gebiet anzuwenden. So wird es z. B. für einen grossen Irrthum erklärt, wenn im Publikum die Ansicht besteht, der Regress regele sich ohne Weiteres nach den entsprechenden Bestimmungen der Wechselordnung.

Der vorliegende Entwurf ist sonach mit Freuden zu begrüssen.

Was seine einzelnen Bestimmungen betrifft, so beantrage ich folgende Aeusserungen der Handelskammer:

§ 1 Ziffer 2. Die passive Checkfähigkeit ist bisher zwar nicht gesetzlich, aber durch die an Stempel-freiheit geknüpfte Bedingung doch im Wesentlichen thatsächlich auf Banken und Bankhäuser beschränkt. Die Aufhebung dieser Beschränkung empfiehlt sich nicht, weil sie dem Charakter des Checks widerspricht und letzteren mit der ganz anderen Zwecken dienenden kaufmännischen Anweisung vermischt.

Der Check soll Zahlungen vermitteln aus dem zu diesem Zwecke bei einer Bankfirma angesammelten Guthaben, die Anweisung dient dagegen zur Einziehung von Waarenforderungen und dergleichen. Ersterer hat eine grössere innere Verwandtschaft mit der Banknote, letztere eine solche mit dem Wechsel.

Es empfiehlt sich die Aufnahme der vorerwähnten Bestimmung aus dem Wechselstempelgesetze, dass Checks auf Anstalten und Firmen, welche den Geldverkehr gewerbmässig vermitteln, vom Wechselstempel befreit bleiben.

Zu § 5 ist der zweite Absatz zu streichen und statt dessen zu sagen:

(Der Check ist bei Sicht zahlbar) auch wenn er eine andere oder keine geschriebene Verfallbestimmung enthält.

Zu § 6 sollte am Schlusse gesagt werden:

Ein Indossament des Bezogenen ist ungiltig, ein solches an den Bezogenen gilt als Quittung.

Der in die Hand des Bezogenen gelangte Check hat seinen Umlauf beendet und darf nicht aufs Neue in Umlauf gesetzt werden. In die Hand des Bezogenen gelangt er aber sehr häufig nicht durch Baar-Einlösung, sondern durch Einseidung zur Gutschrift; da der Inhaber nicht vorher wissen kann, ob der Bezogene honoriren wird, so nimmt er mit Recht Anstand, formell zu quittiren. Es ist nicht einzusehen, weshalb die vorerwähnte Aussichtsform unzulässig sein soll.

Es wird aber zweckmässig sein, die Bestimmung IV 5 des Braunschweiger Entwurfs hinzuzufügen, damit der „Umlauf“ auch in dem in Rede stehenden Falle binnen kürzester Frist beendet wird. (Wird durch § 12 nicht erschöpft.)

Zu § 8 sollte die Vorzeigungsfrist allgemein auf sieben Tage erstreckt und bezüglich der im Auslande ausgestellten Checks bestimmt werden, dass bei diesen die Frist von dem Tage an läuft, an welchem er in die Hand des ersten Inländers gelangt ist.

§ 10. Der Schlusssatz sollte heissen:

Ein Widerruf des Checks Seitens des Ausstellers hat vor Ablauf der Präsentationsfrist keine rechtliche Wirkung.

Nach Ablauf derselben muss dem Aussteller ohne Weiteres das mit klaren Worten ausgesprochene Recht zustehen, über sein Guthaben beim Bezogenen anderweit zu verfügen. Der Inhaber wird durch § 19 in seinen Rechten genügend geschützt.

§ 20 letzter Absatz. Die Definition des Begriffs „Guthaben“ ist mit Genugthuung zu begrüssen gegenüber der früher fast allgemein vertretenen engen Auf-

fassung „wirkliches Baarguthaben“ (vergl. die ausführliche Debatte in der Braunschweiger Konferenz).

§ 27. Die Strafbestimmungen finden vielseitig unterschiedenen Widerspruch, auch in dem Gutachten des Vereins Deutscher Banken: ich stehe aber noch unverändert auf dem Standpunkte, welcher in Absatz VI des Braunschweiger Entwurfs Ausdruck gefunden hat, mit der Einschränkung, dass böswillige Absicht oder grobes Verschulden jedenfalls Voraussetzung der Bestrafung sein muss.

Sämmtliche Anträge des Referenten gelangen zur Annahme.

11. Rechnungslegung.

Referent: Herr Leo.

Die Kammer beschliesst, den Bericht der Revisoren über die Jahresrechnung für die Zeit vom 31. September 1890 bis 1. April 1891 und vom 31. März 1891 bis ebendahin 1892 zu genehmigen und dem Schatzmeister Decharge zu erteilen.

12. Handelsvertrag mit Russland.

Die Kammer beschliesst ihren Vorsitzenden zu ermächtigen, gegebenen Falles ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer Politik der Handelsverträge auszusprechen.

13. Zugverbindung.

Auf Anregung des Herrn Direktors Schruff-Blankenburg wird beschlossen, wegen täglicher Einstellung der Sommer-Sonntags-Extrazüge S. 1 und S. 2 zwischen Börssum-Vienenburg während der Sommermonate nochmals bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg vorstellig zu werden.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:	Der Syndikus:
Aug. Haake.	Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 10. — 2432/93.

Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig,

Montag, den 17. April 1893,

Mittags 12 Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitstrasse 91.

Tagesordnung.

1. Einführung der neugewählten Mitglieder.
2. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters.
3. Zusammensetzung der Ausschüsse.
4. Ernennung eines Wahl-Vorstehers für die nächste Ersatzwahl.
5. Rechnungslegung und Haushaltsplan für 1893/94.
6. Eingabe des Verbandes südwestdeutscher Brauntwein-Interessenten betr. Roh-Spiritus-Monopol.
7. Abänderung der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands.

Braunschweig, 10. April 1893.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Alb. Natalis.

Dr. Vosberg-Rekow.

Zur Plenarversammlung vom 17. April 1893.

Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands.

Die Handelskammer zu Halberstadt hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten die nachstehende Eingabe gerichtet:

Ew. Exzellenz beehren wir uns, die nachstehenden uns aus Interessentenkreisen entgegengebrachten Beschwerdepunkte, welche den seit Beginn dieses Jahres eingeführten Eisenbahn-Gütertarif Theil I, Allgemeine Bestimmungen betreffen, mit der Bitte gehorsamst zu unterbreiten, dieselben einer Prüfung unterziehen und hiernach geneigtest Anordnungen zur Abhilfe der gerügten Mängel veranlassen zu wollen.

Nach § 64, Theil I, Seite 26 des neuen Eisenbahn-Gütertarifs — herausgegeben zu Berlin 1892 (Verlag Büxenstein) — kann eine Abänderung in der Verfügung des Absenders, dass ein Gut auf der Versandstation zurückgegeben, unterwegs angehalten oder an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger am Bestimmungsorte oder auf einer Zwischenstation abgeliefert werde, nur durch Vermittelung der Versandstation ihre Gültigkeit erhalten. Diese Vorschrift wird noch verschärft durch ein Formular „Nachträgliche Anweisung“ — Formular K. E. D. M. No. 5492. Wir erblicken in diesen Bestimmungen eine nicht unerhebliche und doch entbehrliche Erschwerung des Verkehrs. Bei Erlass der ebenerwähnten Bestimmung mögen wohl vorzugsweise solche Fälle ins Auge gefasst worden sein, in denen der Versender, entgegen seiner ursprünglichen Absicht nach dem bereits erfolgten Versand nachträglich ein Interesse daran gewinnt, dass dem Adressaten das Gut doch nicht ausgeliefert werde, wie dies beispielsweise eintreten würde, wenn Zahlungsschwierigkeiten oder ähnliche Weiterungen Seitens des Empfängers zu befürchten sind. Solche Fälle treten indessen im Verkehrsleben nicht häufig genug auf, dass auf Grund dessen eine den normalen Verlauf der Güterexpeditionen beschwerende Massregel am Platze wäre. Viel häufiger sind die anderen Fälle, dass der Versender bereits vor Abgang des Gutes die feste Absicht hatte, während des Transportes nach dem Bestimmungsort seine Disposition derart zu treffen, dass entweder

1. das Gut an einen anderen Empfänger am Bestimmungsorte, als den im Frachtbrief bezeichneten, auszuliefern ist, oder dass

2. sogleich, ohne dass erst die Vermittelung eines Empfängers benutzt wird, das Gut durch die Eisenbahn weiter zu befördern ist.

Diese beiden Fälle stellen den häufigsten Vorgang deshalb dar, weil dem Verkäufer in vielen Fällen daran liegen muss, seinem Abnehmer die Adresse seines Lieferanten und umgekehrt seinem Lieferanten den Namen seines Abnehmers aus geschäftlichen Gründen vorzuenthalten.

Wählt der Verkäufer den oben unter 1 beschriebenen Weg, so beauftragt er hierbei seinen Lieferanten, die Sendung an dessen Adresse zu dirigiren, wobei zweckmässig als Bestimmungsort nicht der Wohnort des Lieferanten, sondern der des Abnehmers auf dem Frachtbriefe zu bezeichnen ist.

Im anderen Falle ad 2 ist der Verkäufer noch auf einen höheren Grad von Vorsicht angewiesen. Er wählt eine Station, welche auf der Route zwischen dem ersten Versandort und dem Wohnort seines Abnehmers liegt, als Zwischen-Empfangsstation und lässt das Gut nun von hier aus ohne Vermittelung, aber mittelst eines neuen Frachtbriefes durch die Eisenbahn weiter befördern. In diesem Falle bleibt dem ersten Versender der Bestimmungsort und dem Abnehmer der erste Versandort ebenfalls unbekannt. Das Gut wird bis zu der gewählten Zwischenstation frankirt, und von dort bis zum wirklichen Bestimmungsorte geht dasselbe unfrankirt weiter, so dass also auf der Zwischenstation keinerlei Zahlungs-Manipulationen erforderlich werden.

In unserem Verwaltungsbezirke wählen vorzugsweise die Getreide- und Kohlenhändler aus gewichtigen Ge-

schaftsinteressen die beschriebenen beiden Arten der Versendung und verfahren hierbei derart, dass sie von dem Wohnort des Lieferanten, der oft sehr entfernt von der eigenen Handlungsniederlassung ist, das Gut versenden lassen. Sie benutzen hierbei sogen. Aviskarten. Bis vor Kurzem hatte die Königliche Güterabfertigungsstelle zu Halberstadt die Unterschrift des Versenders auf diesen Karten anstandslos beglaubigt. Seit Einführung der neuen Verkehrs-Ordnung wird dies aber seitens der Güterabfertigungsstellen meistens abgelehnt.

Da nun ein Schriftwechsel mit der Versandstation, wie ihn die jetzige Bestimmung erforderlich macht, in den meisten Fällen schon aus dem Grunde unthunlich erscheint, weil die Zeit, welche zwischen der Absendung vom Versandtorte bis zur Ankunft am Bestimmungs-orte gegeben ist, meistens eine nur äusserst kurze ist, ausserdem aber mit dem Umstande gerechnet werden muss, dass die Geschäfte ohnehin vielfach nur mit einem so knappen Nutzen abgeschlossen werden, dass sich daraus nicht noch Mehrkosten für eine Speditionsvermittlung rechtfertigen können, so möchte uns eine Abänderung der Verkehrsordnung bezw. der Erlass einer Ergänzungsbestimmung zu § 64 als eine billige, im Interesse des Geschäfts- und Güterverkehrs liegende Forderung erscheinen. Unseres Wissens haben sich bei dem früheren Brauche erhebliche Unzuträglichkeiten nie herausgestellt. Die Bestimmungen, welche nach § 59 der früheren Verkehrsordnung vom 1. April 1890 ab in Geltung waren, unterscheiden sich dem Wortlaute nach nicht wesentlich von den Vorschriften des § 64 der neuen Verkehrsordnung und es scheint uns möglich, dass das veränderte Verhalten der Güterabfertigungsstellen vielleicht schon mit einem Erlass Ew. Exzellenz beziehungsweise mit einer Anordnung der Eisenbahndirektionen den praktischen Bedürfnissen des Handels besser angepasst werden könnte.

Eine fernere Bitte, welche uns aus Anlass der veränderten Bestimmungen des bisherigen Eisenbahnbetriebsreglements entgegengebracht wird, geht dahin, dass es gestattet werden möge, dass die Duplikat-Frachtbriefe aus einem leichteren Papier hergestellt werden dürfen, als dieses für die anderen Frachtbriefe richtig erscheinen mag, welche das Gut auf dem Transporte begleiten. Nach bestehender Vorschrift sollen alle Frachtbriefe aus demselben Papier gefertigt sein und zwar zu einem Gewicht von 39 kg per 4000 Stück, mithin das Stück zu ca. 10 g. Da nun die Maximalgrenze eines einfachen Briefes, welcher gegen das Porto von 10 Pfennigen befördert wird, auf 15 gr. festgesetzt ist, so sind Briefsendungen, die einen Duplikat-Frachtbrief als Einlage mit sich führen, meistens dem doppelten Porto ausgesetzt. Es entstehen hierdurch namentlich den Geschäften mittleren Umfanges nicht unerhebliche Mehrkosten.

Eine geneigte Berücksichtigung des beregten Wunsches könnte von Ew. Exzellenz vielleicht um so leichter in Erwägung genommen werden, als erhebliche Schwierigkeiten wohl kaum vorhanden, zumal die wiederholten Eingaben an Se. Exzellenz den Herrn Staatssekretair des Reichspostamts auf Erhöhung des Gewichts für einfache Briefe immer mit der Begründung zurückgewiesen worden sind, dass eine solche Aenderung des Portotarifs aus postalischen Gründen unausführbar erscheine.

Zu unserer Freude hören wir aus den Kreisen der Patronenfabrikanten, dass die ungünstigen Vorschriften des Artikel XXXVII der Anlage B zur Verkehrsordnung inzwischen schon eine Abänderung erfahren haben. Wir hoffen, dass Ew. Exzellenz im Interesse jener Gewerbetreibenden, für die wir vorstehende Bitten aussprechen, auch in den von uns beregten beiden Punkten abändernde Bestimmungen geneigtest veranlassen mögen.

A. Z. A. I. 1. — 1121/93.

Bekanntmachung.

Bei unserer Amtsstelle sind wiederum Angaben über Schwindelfirmen, zumal in den Niederlanden, eingegangen, über welche Interessenten auf Ansuchen bezügliche vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 14. März 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 9. — 1122/93.

Bekanntmachung.

Der schweizerische Bundesrath hat beschlossen, dass alle Waaren, welche je nach ihrer Herkunft verschiedenen Zollsätzen unterliegen, vom 1. März 1893 ab mit Ursprungszeugnissen versehen sein müssen, sofern die Verzollung nach dem Vertragstarif in Anspruch genommen wird.

Innerhalb des deutschen Reiches können diese Ursprungszeugnisse von Ortsbehörden, Handelskammern, Polizeibehörden, Zollämtern oder schweizerischen Konsulaten ausgestellt werden.

Ein Formular der Ursprungszeugnisse sowie das Verzeichniss derjenigen Artikel, für welche bei der Einfuhr nach der Schweiz Ursprungszeugnisse verlangt werden, sind in No. 49 bezw. 51 des deutschen Reichsanzeigers vom 25. bezw. 28. Februar d. J. veröffentlicht.

Wir bringen dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, dass das Formular sowie das Verzeichniss an der Amtsstelle der Handelskammer, Breitestr. 9. während der Dienststunden zur Einsicht der Betheiligten offen liegen.

Braunschweig, 14. März 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 11. — 2250/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass bei den diesjährigen Ersatzwahlen zur Handelskammer zu Mitgliedern der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig für die Zeit vom 1. April 1893 bis eben dahin 1899 gewählt sind:

1. für den Kreis Braunschweig:

Die Herren Kaufmann *Otto Lüttge*.

" *Albert Störig*.

" *Louis Gerloff*.

Ingenieur *Albert Lemmer*.

Bankier *Max Gutkind*.

sämmtlich in Braunschweig.

2. für den Kreis Wolfenbüttel:

Die Herren Direktor *Dr. E. Pfeiffer* in Wendessen.

Fabrikant *O. Barnewitz* in Wolfenbüttel.

3. für den Kreis Helmstedt:

Die Herren Brennereibesitzer *Albrecht Schmidt*

in Helmstedt,

Stadtrath *J. H. Willecke* in Königslutter.

4. für den Kreis Holzminden:

Herr Kaufmann *Heinrich Rehn* in Holzminden.

5. für den Kreis Gandersheim:

Herr Stadtrath *J. Ballin* in Gandersheim.

6. für den Kreis Blankenburg:

Herr Kaufmann *August Corves* in Blankenburg.

Braunschweig, 27. März 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. B. I. — 2139/33.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniss, dass der Entwurf des amtlichen Waarenverzeichnisses hieselbst eingegangen ist und während der Dienststunden an unserer Amtsstelle öffentlich ausliegt.

Wir fordern alle Gewerbetreibenden auf, bezüglich ihrer Branchen Einsicht in den Entwurf zu nehmen und sich gegebenen Falles gutachtlich über denselben zu äussern.

Braunschweig, 25. März 1893.

Die Handelskammer.

Aug. Haake.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Vorschläge zur Förderung des deutschen Handels mit Ost-Indien.

Ein deutsches Musterlager in Kalkutta.

(Eigenbericht aus Kalkutta von J. M. Korb & Co.)

Die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse in Indien hat sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise vergrössert, aber immerhin ist die Zunahme unbedeutend im Vergleich mit der stetig sich steigenden Gesamteinfuhr dieses Landes, welches, zwar langsam in der Kultur fortschreitend, dennoch mit seinen 300 Millionen Einwohnern Jahr für Jahr einen zunehmenden Bedarf für europäische Produkte zeigt und mit der stetigen Ausdehnung seiner Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswege nach seinen Grenzen und über dieselben hinaus seinen Handel mit den Nachbarstaaten in Asien erweitert und für europäische Erzeugnisse fortgesetzt neue Märkte erschliesst.

In neuerer Zeit ist durch ungünstige Kursverhältnisse (in Folge des niedrigen Silberpreises) das indische Geschäft erschwert worden, und es erscheint uns in Anbetracht des geschmälerten Verdienstes jetzt mehr als je geboten zu sein, energische Versuche zur Errichtung von direkten Absatzverbindungen für deutsche Waaren in Indien zu machen, um dadurch den dem englischen Zwischenhändler zufließenden Nutzen zu umgehen und neue Absatzmärkte zu gewinnen.

Dieser Zweck ist nur durch praktischen Antheil am Geschäfte, durch sorgfältiges Studium der Erfordernisse des Marktes und durch zähe Ausdauer zu erreichen.

Einige deutsche Firmen haben energische und kostspielige Versuche gemacht, das nur theilweise eröffnete Terrain auszubeuten, und in einzelnen Fällen ist es ihnen gelungen, nicht allein erfolgreich mit englischen Waaren zu konkurriren, sondern auch den Zwischenhändler zu vermeiden und direkte Verbindungen anzuknüpfen. — Im Allgemeinen sind jedoch diese Bestrebungen zu vereinzelt geblieben, um erfolgreich sein zu können, und viele derselben sind in Folge von Unkenntniss der Lokalverhältnisse ungünstig ausgefallen. — Manche Häuser haben versucht, durch Aussendung von Spezialreisenden hier Geschäfte anzubahnen, aber abgesehen von den damit verknüpften grossen Kosten haben sich die auf diese Weise gewonnenen Verbindungen nur selten dauernd bewährt, weil eben diesen Reisenden die Vorkenntniss hiesiger Verhältnisse und des Charakters der Eingeborenen abging.

Es hat sich deshalb häufig das Bedürfniss fühlbar gemacht, für dauernde Verbindung auf gesunder Basis hier am Platze einen Vertreter zu finden, der durch

längeren Aufenthalt und Geschäftserfahrung im Lande die Lokalverhältnisse beurtheilen und die Einführung neuer Waaren unternehmen kann, ohne dass dem Auswanderer dabei grosse Kosten erwachsen.

Für grössere und schon bekannte Artikel fällt es dem Fabrikanten in der Regel nicht schwer, mit einem angesehenen Kommissionshause hier Fühlung zu gewinnen und annehmbare Bedingungen speziell zu stipuliren. Dagegen ist es schwer, für weniger lohnende oder neue Artikel und für solche, in denen regelmässiger Bedarf nicht vorliegt, gut situierte Firmen zu interessiren, die sich der Mühe unterziehen, diese Artikel einzuführen und ihnen einen grösseren Absatz zu verschaffen.

Die zahlreichen Anfragen bei den kaiserlichen Konsulaten und die massenhaft herausgesandten Berichte, Preislisten u. s. w. bestätigen das Bedürfniss des deutschen Handels für Spezialvertretung am Platze, denn es ist nur in wenigen Fällen möglich, auf andere Weise Geschäfte hier anzubahnen.

Die Musterlager an verschiedenen grösseren deutschen Handelsplätzen haben für Indien und den Osten Asiens nur eine sehr untergeordnete Bedeutung, weil die Eingeborenen dieser Länder durch religiöse und sonstige Rücksichten davon abgehalten werden, Europa zu bereisen. Es ist jedoch schon häufig der Wunsch laut geworden, hier am Platze ein ansehnliches Musterlager deutscher Industrieartikel in Verbindung mit einer Ausstellung von Probesendungen zu errichten, und die Verwirklichung dieses Wunsches würde, wenn auch nicht alle, so doch viele Schwierigkeiten beseitigen, die der Ausdehnung des deutsch-indischen Handels jetzt entgentreten.

Bisher hat Niemand in ein solches Unternehmen wegen des damit verbundenen Risikos eintreten wollen, weil seine Einrichtung und Unterhaltung grosse pekuniäre Opfer erheischen würde. Es erfordert nicht allein lichtvolle Räume im Geschäftstheile der Stadt, sondern auch ein grösseres Personal und sonstige Betriebskosten für eine längere Zeit, bevor auf eine regelmässige Einnahme zu rechnen ist.

Wir haben uns seit Jahren mit der Lösung der Frage beschäftigt, wie die Kosten der Einrichtung eines solchen Unternehmens, sowie der Unterhaltung desselben für die ersten drei Jahre gedeckt werden können, um seine planmässige Ausführung zu ermöglichen.

Da der Zweck eines solchen Instituts die Förderung der deutschen Industrie ist, welche daraus direkten und dauernden Nutzen ziehen soll, so ist es auch ihre Aufgabe, dazu beizusteuern, um es lebensfähig zu machen und zu unterhalten, bis es nach einer genügenden Versuchsperiode selbständig weitergeführt werden kann. Dies kann durch einen, für die ersten drei Jahre gewährten jährlichen Beitrag, dessen Höhe selbstredend von der Zahl der Mitglieder, des in Anspruch genommenen Raumes u. s. w. abhängig ist, ermöglicht werden. Für die ersten drei Jahre haben wir den Beitrag auf 50 Reichsmark für jeden Aussteller festgesetzt.

Die Verbindlichkeit der Aussteller auf die Dauer von drei Jahren wird dadurch bedingt, dass Miethsverträge für geeignete Geschäftslokalitäten hier stets für längere Perioden — selten unter drei Jahren — abgeschlossen werden. Ebenso weiss jeder Geschäftsmann aus eigener Erfahrung, dass ein geeignetes Personal erst durch längeres Zusammenarbeiten dem Unternehmen nützen kann und für kürzere Perioden erfahrene Kräfte hier nicht leicht zu gewinnen sind.

Der Jahresbeitrag soll die Aussteller zur freien Ausstellung von Mustern, Modellen, Katalogen u. s. w. von geringem Umfange berechtigen. Bei grösseren Ausstellungsobjekten müsste der Raum im Verhältniss zur Miete des Ausstellungsgebäudes etwas höher berechnet werden. Der Zuschuss wird dieselbs von dem Umfang der Gesamtbetheiligung abhängen und bedarf besonderer Vereinbarung.

Vorausgesetzt, dass das Musterlager zu diesen Bedingungen hinreichende Unterstützung findet, sind wir bereit, die Organisation und Leitung am hiesigen Platze zu übernehmen.

Es erübrigt noch, den Wirkungskreis des angestrebten Musterlagers in allgemeinen Umrissen etwas näher anzudeuten. — In erster Linie soll es den direkten Verkehr deutscher Industrieller mit Indien heben und fördern. Es soll den hiesigen eingeborenen Handelsleuten eine Gelegenheit bieten, Qualität und Preise deutscher Artikel mit denen anderer Länder zu vergleichen und zu Probeaufträgen Anlass zu geben. — Es soll besonders bei Einführung neuer Artikel deren planmässige Verbreitung bezweckt werden, sei es durch Berichte (in englischer oder in indischen Sprachen), durch Proben, oder durch Einladung zur Besichtigung des Musterlagers.

Die Aussteller sollen von hier aus durch Spezialberichte über die Marktlage unterrichtet und auf alle Vorkommnisse von Interesse aufmerksam gemacht werden. Ueber kaufmännische Verhältnisse, Kauf- und Kontraktionsbedingungen sollen die nöthigen Auskünfte und Erläuterungen gegeben und, soweit thunlich, wird auch das Inkasso für Rechnung Dritter besorgt werden.

An Mitglieder des Maschinenfaches und alle, welche sich für grössere Lokalanlagen interessieren, soll bei Ausschreibung von staatlichen und anderen Unternehmungen, Bauten, Fabriks-, Elektrizitäts- und sonstigen Anlagen möglichst prompt und eingehend über die Bedingungen berichtet werden, um den deutschen Mitbewerb zu ermöglichen, und es wird bei günstiger Entwicklung die Zuziehung eines lokalkundigen Technikers in Aussicht genommen.

Auch soll angestrebt werden, indische Fürsten und Notablen durch Schaustücke, Modelle und auf sonstige Art mit den Leistungen des deutschen Kunstgewerbes näher bekannt zu machen, um für Luxusgegenstände aller Art Aufträge zu erhalten.

Schliesslich bemerken wir noch, dass die Aufnahme von Bestellungen und alle geschäftlichen Besorgungen unsererseits in unserer Eigenschaft als Agenten vermittelt wird, ohne dass wir uns für eigene Rechnung dabei betheiligen. Es wird dies ausdrücklich erwähnt und hervorgehoben, dass alle eingehenden Ordres ausschliesslich an diejenigen Adressen befördert werden sollen, deren Muster dazu speziell Veranlassung gegeben haben.

Wir hoffen, dass sich auf der vorgezeichneten Basis eine genügende Anzahl deutscher Industrieller bereit finden wird, sich zu betheiligen, um ein Institut ins Leben zu rufen, welches dem deutschen Handel zum Nutzen und dem deutschen Namen zur Ehre gereichen wird.

Hochachtungsvoll

Kalkutta, 9. Februar 1893. J. M. Korb & Co.
30 Dalhousie Square, South.

Nachschrift der Redaktion. Indem wir nicht nur den deutschen Industriellen, sondern ganz besonders den deutschen Handels- und Gewerbekammern sowie den Verwaltungen der bestehenden Musterlager die vorstehenden Mittheilungen dringend zur Beachtung empfehlen, sichern wir unsererseits dem Unternehmen der Herren J. M. Korb & Co. unsere volle Sympathie zu und werden unser Möglichstes thun, um dem durchaus gesunden und praktischen Gedanken der gedachten Herren Erfolg zu verschaffen. Wir glauben dazu umsomehr Veranlassung zu haben, als die uns über die Firma in Kalkutta erteilten Auskünfte dem geplanten Unternehmen günstig sind.

Wiewohl der deutsch-ostindische Handel neuerer Zeit durch eine direkte deutsche Dampferlinie kräftig gefördert worden ist, so ist er gleichwohl noch einer sehr bedeutenden Entwicklung fähig. In dem in Kalkutta geplanten Musterlager erblicken wir ein

weiteres Mittel, das Interesse des ostindischen Marktes für die deutschen Industrieerzeugnisse anzuregen und zu beleben. Wir begrüssen dieses Unternehmen um so freudiger, als die schwedische Industrie durch äusserst gewandte Vertreter in den letzten Jahren in Ostindien grosse Verkäufe realisiert hat. Wir fürchten, dass, wenn die Deutschen nicht in energischerer Weise als bisher die Okkupation des ostindischen Marktes betreiben, nicht allein die schwedische, sondern auch die belgische Konkurrenz gerade für diejenigen Artikel den Markt gewinnen wird, in welchen wir besonders leistungsfähig sind. (Export.)

Die Eisenbahn-Oberbau-Frage in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Vom Generaldirektor A. Haarmann-Osnabrück.

(Schluss.)

Aus dieser Sachlage ergeben sich zwei wesentliche Uebelstände: Der eine ist die *vis inertiae*, der *Bacillus* der Interesselosigkeit, welcher in den obwaltenden Verhältnissen einen vorzüglichen Nährboden findet, und der andere ist das Missverständniss, welches in der Beurtheilung der Dinge entstehen muss, indem man z. B. aus dem Umstande, dass innerhalb des Bezirkes der preussischen Staatsbahnverwaltung, trotz mehrjähriger Bewährung im Betriebe, ein bestimmter Oberbau, beispielsweise die Schwellenschiene, nur in ganz geringem Umfange zur Verwendung gelangte, unwillkürlich den Rückschluss macht, dieses System müsse doch noch einen bedenklichen Haken haben.

Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter, wenn auch nicht übersehen werden kann, dass der zeitweise eingeschlagene entgegengesetzte Weg ebenfalls als Abweg zu betrachten wäre. Als im Anfange der achtziger Jahre mein Langschwellen-Oberbau fast unerwartet schnell zur Einführung gelangte, regte sich schon damals bei mir die Sorge, ob dieses rasche Vorgehen nicht Rückschläge zur Folge haben werde. Als Geschäftsmann konnte mir die Aufnahme, welche das System fand, natürlich nur willkommen sein. Die befürchteten Rückschläge sind denn auch inzwischen eingetreten. Freilich hatte man damals für die Oberbaufrage noch keineswegs das Verständniss, welches heute auf Grund eindringlicher Studien, unausgesetzter Beobachtung und reicher Erfahrungen Platz gegriffen hat. Seitdem haben sich auch die Beanspruchungen des Eisenbahngeleises nicht unerheblich gesteigert, und man hat gelernt, diesem Moment eine weit grössere Berücksichtigung einzuräumen, als wie solches früher der Fall war. Schon bei der Berliner Stadtbahn würde es sich empfohlen haben, der Besonderheit und Eigenart der vorliegenden Betriebsverhältnisse im Unter- wie im Oberbau mehr Rechnung zu tragen, und man hätte das umsomehr gekonnt bei einer Anlage, deren Gesamtkosten auf ein Meter der Streckenlänge 7000 Mark ausmachten. Einstweilen dürfte es zweifelhaft sein, ob nicht selbst dort der Langschwellen-Oberbau — von dem viel zu schwachen Profile abgesehen — in Bezug auf die Unterhaltung bessere Ergebnisse aufweist, als der jetzige Holzquerschwellen-Oberbau, über dessen Verhalten man sich im Wartesaale des Friedrichsstrassen-Bahnhofes bei dem dröhnenden Gepolter der über das Gewölbe hinfahrenden Züge seinen besonderen Betrachtungen hingiebt.

Doch nicht an einer Stelle, sondern überall muss sich dem beobachtenden Techniker der Gedanke aufdrängen, dass Geleise und Wagen einer entschiedenen Vervollkommenung bedürftig sind. Ich habe das Vergnügen, von meinem Hause aus Tag und Nacht das Gerassel der Züge zu geniessen: und wer auf der die Welt der Kultur erschliessenden Schienenstrasse dahinfährt, kann sich bei dem ewigen Geklapper der Fahrt leicht die Vorstellung machen, es würden dem ehernen

Dampfross fortwährend die Sporen gegeben, damit es mit rasendem Tritt das Erdreich mürbe stampfe.

Die Ueberzeugung, dass der Stoss aus dem Geleise heraus muss, findet eben täglich auf's Neue und immer lauter ihre Bestätigung. Man würde den Bruch manchen Radreifens und auch mancher Achse leichter begreifen, wenn man bei der Berechnung der Qualitätsansprüche die Wirkungen der Stösse besser berücksichtigen könnte. Wir dürfen uns dieser Thatsache nicht verschliessen, wenn wir nicht in's Hintertreffen gerathen wollen. Es möge hier nur ein Vergleich aus dem Kriegswesen herangezogen werden, dessen Handhabung überhaupt auf manchen Gebieten sehr nachahmenswerthe Vorbilder liefert. Wer würde es heute noch zu verantworten wagen, unsere Infanterie mit dem alten rauchenden Pulver auszurüsten?! Was in diesem Falle das rauchlose Pulver ist, das ist gewissermassen auf der Eisenbahn der stosslose Oberbau, ohne welchen dauernd der Kampf mit den die Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit der Geleise bedrohenden Ansprüchen nicht wird bestanden werden können. Wenn wir einen bewährten, stosslosen Oberbau noch nicht hätten, so wäre es das Erste und Dringendste, was wir erstreben müssten: einen solchen zu schaffen.

Nun ist aber der Schwellenschienen-Oberbau bereits vor zehn Jahren auf der Eisenbahn Georgmarienhütte-Hasbergen verlegt worden und es lagen über die Bewährung dieses Systems schon dreijährige Erfahrungen vor, als ich im Jahre 1885 an dieser Stelle für das stosslose Geleise die erste Lanze brach.

Zu solchem Vorgehen lieferte mir besonders das Osnabrücker Geleisemuseum ein in jeder Beziehung stichhaltiges Rüstzeug; zum Besuch dieser Sammlung kann daher nicht oft und nachdrücklich genug eingeladen werden. Man hat vereinzelt wohl gesagt, jenes Museum sei eine Spielerei und ohne sonderlichen praktischen Werth, doch dürfte eine solche Anschauung einem sachlichen Verständniss gegenüber sich schwerlich aufrecht erhalten lassen. Wenn man Uebel heilen will, muss man sie zuvor erkennen, und das Osnabrücker Museum darf für sich in Anspruch nehmen, dass es durch redende Thatsachen die Betriebsvorgänge bei den mannigfaltigsten Gestalten des Eisenbahnweges unverkennbar in einer Weise klarlegt, die vermöge handgreiflicher Vergleiche auch praktisch nutzbare Schlüsse ermöglicht. Man wird den Werth der Sammlungen um so mehr verstehen lernen, je öfter man sich dem Studium derselben widmet, ähnlich wie bei einer neuen Oper, deren musikalische Sprache einem um so verständlicher zum Bewusstsein kommt, je häufiger man sie hört. Wer die Oberbauverhältnisse Russlands, Englands, Belgiens und Amerikas nicht nur gesehen, sondern eingehend beobachtet hat, weiss, dass hier keine Ueberschätzung vorliegt, und dass jeder Eisenbahnfachmann, welcher im Auslande mit Erfolg praktische Studien betreiben will, zuvor sich in dem Osnabrücker Museum den Schlüssel der Erkenntniss holen sollte, welchen die einseitige Erläuterung im Betriebe nicht zu liefern vermag. Die Eindrücke unseres Museums haben mich seiner Zeit denn auch ganz besonders veranlasst, unter die Schriftsteller zu gehen und geschichtliche Untersuchungen anzustellen, deren Objektivität zu meiner Freude allseitiger Anerkennung begegnet. Ich erinnere mich gern daran, dass auch meine Bestrebungen zur Ausgestaltung des Eisenbahn-Oberbaues sowohl Seitens der Eisenbahnbehörden, als auch Seitens mancher hochverehrten Mitglieder dieses Vereins wohlwollende und fördernde Unterstützung gefunden haben. Nicht selten sind sogar die von mir hergestellten Konstruktionen mit überschweblichem Lob bedacht worden. Andererseits habe ich freilich auch erleben müssen, dass man meinen Vorschlägen mit der schärfsten Voreingenommenheit begegnete.

Es ist ja richtig, dass bei meinen Empfehlungen das Interesse des mir anvertrauten industriellen Unternehmens nicht bei Seite gesetzt werden konnte; aber dieses Interesse und die vertretenen Bestrebungen haben

doch stets das grosse Allgemeine, nämlich die Erzielung praktischer Fortschritte in unserem Eisenbahnwesen, zum Ausgangspunkt genommen. Man erhebt sehr leicht den Vorwurf, Dieser oder Jener verfolge Sonderinteressen, es sei ihm daher nicht zu trauen. Der Vordersatz ist in vielen Fällen richtig, um so unrichtiger aber oft der Nachsatz. Es ist z. B. wahr, dass wir in Osnabrück bei der Ausgestaltung des Eisenbahn-Oberbaues Sonderinteressen verfolgen, deren Endziel darin gipfelt, dass es uns gelingen möchte, einen Oberbau zu erfinden und herzustellen, welcher möglichst als das Beste anerkannt werden müsste, und Sie werden mir zugeben, dass solche Sonderbestrebungen sich mit den Interessen unseres Staatseisenbahnwesens nicht nur vereinigen lassen, sondern dass ihnen im Grunde genommen ein moralischer Anspruch auf belebende Förderung kaum bestritten werden kann. Dabei sind wir von jeher peinlich darauf bedacht gewesen, unsere Sache nicht durch Redensarten zu vertreten, sondern durch praktische Leistungen; und als entgegenkommender Geschäftsmann habe ich mich bemüht, möglichst Jedem ehrlich die Hand zu bieten, gleichviel, ob seine Neigungen ihn in die Länge oder in die Quere trieben.

Dass mich diese Bemühungen in erster Linie zu der Vertretung derjenigen Konstruktionen führen müssen, in welchen sich meine Bestrebungen auf diesem Gebiete gewissermassen verkörpern, ist offenbar. Ein gegen-theiliges Verfahren würde geradezu unnatürlich sein, da die Erfahrungen, welche mit meinen eigenen Geleise-Anordnungen gemacht und mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, für die Beurtheilung der Sache auch die unanfechtbarsten Unterlagen bieten. Daran kann auch die Thatsache nichts ändern, dass die umfassendere Einführung der von mir nach bester Ueberzeugung empfohlenen Oberbau-Systeme nicht nur dem Staate, bezw. dem Eisenbahnfiskus, sondern auch den Werken unseres Eisen- und Stahlgewerbes und dabei dem von mir geleiteten Werke von Nutzen sein würde.

Auch mein heutiges Erscheinen auf diesem Platze ist, wie ich Eingangs erwähnte, nicht ausschliesslich meinem Drange, der Wissenschaft zu dienen, zuzuschreiben. Ich leugne es nicht, dass mich die Noth unserer Industrie hierher treibt, obwohl ich es nicht wagen würde, diesem Antriebe zu folgen, wenn ich glauben könnte, mich dadurch mit den Rücksichten, welche für eine vernünftige Staatswirtschaft massgebend sein müssen, in Widerspruch zu setzen.

Nun werden vielleicht Verschiedene von Ihnen sagen: Das ist Alles schön und gut; wenn wir auch zugeben, dass die hier verfolgten Interessen Niemanden schädigen und sogar ihre Berechtigung haben, so machen uns die bösen Erfahrungen, welche die Erprobung von Neuerungen auf dem Gebiete des Oberbaues uns eintrugen, doch zur Pflicht, diesen Zumuthungen gegenüber eine vorsichtige Zurückhaltung zu bewahren.

Das kann man gelten lassen, darf dann aber wohl gleichzeitig die Ansicht vertreten, dass auf Grund der mit der Schwellenschiene und mit anderen Systemen, beispielsweise mit dem Hakenplatten-Oberbau gemachten langjährigen guten Erfahrungen eine solche Zurückhaltung nicht mehr begründet erscheint, und dass, wenn man die mit jenen Systemen erzielten Betriebsergebnisse noch nicht für ausreichend hält, es dringend notwendig wäre, einer zuverlässigen weiteren Erprobung derselben näher zu treten. So wurde schon seit Jahren und neuerdings nach dem Mönchensteiner Brückeneinsturz mit besonderem Nachdruck dahin gestrebt, eine Verlegung des Schwellenschienen-Oberbaues wegen seiner Stosslosigkeit und Steifigkeit auf Brücken und Viadukten herbeizuführen, und es ist Dank dem Entgegenkommen der betreffenden Behörde auch gelungen, für einen Strassenübergang der Berlin-Potsdamer Bahn hier in der Stadt die versuchsweise Verwendung des Systems zu erlangen. Wie nicht anders zu erwarten war, ist denn auch dieser Versuch, soweit es sich um die Her-

beiführung stossfreien Fahrens handelte, vollkommen gelungen. Ganz besonders würde sich diese Konstruktion zur Einführung auf der Stadtbahn, sowie auf den Linien Berlin-Potsdam, Berlin-Elberfeld (um die Wirkung des Befahrens mit den grossen Truckwagen zu beobachten) Wanne-Oberhausen und auf den Strecken der östlichen Direktionsbezirke, überhaupt unter verschiedenartigen Beanspruchungs-Verhältnissen, empfehlen. Grade bei den Truckwagen, die ich von jeher befürwortet habe, würde sich der schätzenswerthe Einfluss einer guten Fahrstrasse in dem unerschütterlichen Gestänge der Schwellenschienen sehr angenehm und nützlich geltend machen. Einen unanfechtbaren Beweis hierfür bieten schon heute die auf den Hauptbahnstrecken der preussischen Direktionsbezirke Hannover und Berlin, sowie in den Geleisen der Württembergischen Staatsbahnen zum Theil seit mehr als sieben Jahren liegenden rund 29 km Schwellenschienen-Oberbau. In Nebenbahnen und Strassenbahnen sowie in Hafenbahngleisen sind die Schwellenschienen zum Theil über zehn Jahre in einem Umfange von zusammen rund 61 km im Betriebe, und es sind dabei während dieser Zeit keinerlei Unterhaltungskosten entstanden. Im Jahre 1929, bei der hundertjährigen Jubelfeier des Tages von Rainhill, wird man kaum mehr verstehen, wie man sich so lange ohne den stossfreien Oberbau auf Hauptbahnen hat behelfen mögen.

Man wendet wohl ein, ein solcher Oberbau sei zu theuer; es ist das bekanntlich das nämliche Lied, welches man bezüglich der besseren eisernen Querschwellen-Systeme anstimmt, indem man darauf hinweist, dass nur selten das für die Bewährung solchen Oberbaues geeignete Bettungsmaterial zur Verfügung stehe. Ja, für zweckmässiges Bettungsmaterial wird man bei der Eisenbahn freilich ebensowohl Sorge tragen müssen, wie bei vielen anderen Verkehrswegen, welche längst nicht in gleichem Masse unter den Begriff einer „Kunststrasse“ fallen. Zu solchem Material wird man auch umsonst nicht kommen, aber ich habe das Gefühl, dass hier eben die industrielle bzw. kaufmännische Würdigung der Zahlen nicht ganz zu ihrem Rechte kommt, da man sonst eher einsehen würde, dass das scheinbar Billigste in Wirklichkeit das Theuerste ist. Im grossen Durchschnitt gerechnet, stellt sich der Bauwerth eines Kilometers unserer preussischen Staatsbahnen auf rund 250000 Mk. Man wird danach dem Kostenbetrage der Bettung, gegenüber den Kosten der ganzen Bahn, eine irgend erhebliche Rolle nicht einräumen können.

Der Werth eines Oberbaues berechnet sich in Wirklichkeit übrigens keineswegs lediglich nach den Beschaffungskosten, sondern tritt erst klar in die Erscheinung, wenn man diesen Kosten auch den Aufwand für Unterhaltung und Erneuerung u. s. w. hinzugefügt und alles, gehörig kapitalisirt, mit einander in Vergleich bringt. Man wird dem entgegenhalten, dass für eine solche Rechnungs-Aufstellung nur wenig vertrauenswürdige Zahlen zu Gebote stehen. Ich will das auch nicht bestreiten, nachdem ich selbst die Beobachtung gemacht habe, dass der Entstehung sogenannter Unterhaltungskosten zuweilen rein zufällige Ursachen, althergebrachte und kaum mehr begründete Ueblichkeiten, individuelle Auffassungen und ähnliche Veranlassungen zu Grunde liegen. Immerhin hat das vorliegende Material genügt, um die angefügte Uebersicht über die Betriebswerthe verschiedener Oberbau-Systeme aufzustellen.

Die Richtigkeit der gezogenen Schlüsse wird man vielleicht anzweifeln, aber nicht widerlegen können, wenn man sich der Mühe unterzieht, eine Nachrechnung anzustellen; und wer den Zahlen und Schlüssen kritisch auf den Grund gehen will, dem bleibt eben nichts anderes übrig, als sich auf eine erneute und zwar systematische Erprobung der verschiedenen Oberbau-Arten einzulassen.

Es ist zu bedauern, dass in unsere Eisenbahn-Verwaltung nicht ein Institut eingefügt ist, wie es unsere

Heeresverwaltung in der Artillerie-Prüfungs-Kommission besitzt, von welcher stetig die neuen Konstruktionen auf dem Gebiete unseres Artillerie-Wesens einer systematischen genauen Untersuchung unterzogen werden. Unsere Eisenbahnen sind zwar in gewisser Beziehung auch ein Kriegsmittel, sie sollen aber doch hauptsächlich Träger des volkswirtschaftlichen Verkehrs sein. Dieser friedliche Zweck ist es gewisslich werth, dass man auch ihm einen Theil der unserem Kriegswesen in so reicher Fülle zugemessenen Beachtung zuwendet.

Es entspräche daher durchaus der Sachlage, dass man auch in diesem Falle der Industrie mehr Unterstützung böte und ihr z. B. für die Erprobung neuer Konstruktionen ähnliche Erleichterungen entgegen brächte, wie man sie der Ausbildung unserer Vertheidigungswaffen nicht zu versagen pflegt.

Meine Absicht richtet sich aber heute nur auf die volkswirtschaftliche Seite der Sache. Ich habe daher das technische Gebiet nur insoweit betreten, als ich mich durch den engen Zusammenhang der Materie in einzelnen Punkten dazu gezwungen sah. Das eine oder andere wird sich, soweit angebracht, vielleicht in der Diskussion noch nachtragen lassen.

Die angestellten vergleichenden Rechnungen liefern den Beweis dafür, dass die Summe — $3\frac{1}{2}\%$ Zinseszins gerechnet —, welche erforderlich wäre, um aus ihr die durch das Verhalten des Oberbaues veranlassten Aufwendungen an Unterhaltungs- und Erneuerungskosten, sowie an Ausgaben für Verschleiss an rollendem Material u. s. w. dauernd bestreiten zu können, bei einer Eisenbahnlänge von 1000 km im Falle der Verlegung von Schwellenschienen-Oberbau oder von Eisen-Querschwellen-Oberbau mit Verblattschienen und Hakenplatten um 22 Millionen bzw. 18 Millionen Mark kleiner ist, als wenn an Stelle dieser Systeme Holzquerschwellen-Oberbau mit 41 kg p. m schweren Schienen gewählt würde. Gegenüber dem jetzt auf den preussischen Staatsbahnen vorherrschenden Holzquerschwellen-Oberbau mit 33,4 kg p. m schweren Schienen stellen sich die entsprechenden Beträge sogar auf 31 Millionen bzw. 27 Millionen Mark. Für die rund 46000 km preussischer Staatsbahnen würde sich die entsprechende Ersparniss auf jährlich 35 bzw. 50 Millionen Mark belaufen.

Angesichts solcher Zahlen, welche einen deutlichen Fingerzeig geben, wo die richtige Sparsamkeit zu suchen ist, komme man nicht immer mit den schlechten Zeiten. Gilt doch zudem noch das gute alte Wort: „Gott verlässt den ehrlichen Deutschen nicht!“ Inzwischen heisst es den Kopf oben und den richtigen Kurs halten! In dieser Lage hat unsere Staatsregierung gegenüber der leidenden Volkswirtschaft des Landes gewissermassen die Aufgabe des Hausarztes zu erfüllen, und zwar diesmal eine derjenigen Aufgaben, welche zu den dankbarsten unserer Heilkunst gehören, da im gegebenen Falle die Wiederherstellung der Gesundheit nur von einer ausreichenden, und vorübergehend von einer besonders kräftigen Ernährung abhängt.

In einer ähnlichen Krise hat ein französischer Minister den Muth gehabt, neben dem Bau ausgedehnter Kanäle und neben der Ausführung anderer Unternehmungen die Herstellung von 16000 km Eisenbahnen in's Auge zu fassen und dafür von den Kammern einen Kredit von mehr als drei Milliarden zu fordern. Warum sollte man nicht bei uns zu ähnlichen Mitteln greifen können, wo der Erfolg des Vorgehens nach dem technischen Stande der Dinge doch zu den besten Aussichten berechtigt?!

Über die Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Geleise ist längst nicht mehr zu streiten, und geeignete Schienenprofile, sowie erprobte Systeme eisernen Oberbaues stehen dafür zur Verfügung. Die Erweiterung unseres Bahnnetzes kann der Volkswirtschaft wie der Landesvertheidigung nur zum Segen gereichen, und rücksichtlich der letzteren würde beispielsweise an

unserer ganzen Ostgrenze die Verwendung eisernen Oberbaues nebenbei noch den besonderen Nutzen haben, dass nicht, wie beim Holzschwellen-Oberbau, ohne Weiteres eine Veränderung der Geleisespur vorgenommen werden könnte. Zugleich würde damit die beste Antwort auf die Prohibitiv-Zölle Russlands ertheilt, anstatt, wie jetzt, dieses uns fast völlig verschlossene Land noch durch Entnahme von Starkhölzern zu begünstigen. Für diejenigen Schwellenhölzer, welche der deutsche Wald liefert, findet sich auf unsern Bahnen ohnedem stets günstige Verwendung.

Ich möchte meine Ausführungen mit den Worten eines Mannes schliessen, dessen Autorität als praktischer Volkswirth auch bei Ihnen volle Anerkennung finden wird, nämlich mit einigen Sätzen des Berichtes der Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft über das Jahr 1879, in welchen Herr Geheimrath Mevissen sich, in unübertrefflicher Anwendbarkeit auch auf die jetzt herrschende Lage, dahin ausspricht:

„Wenn je, so ist es in einer Periode, wie der gegenwärtigen, für den Staat geboten, grossartige öffentliche Bauten in Angriff zu nehmen und auszuführen. Alle günstigen Bedingungen dafür sind gegeben: Billige Arbeitslöhne, billige Materialien, ein in harter Schule erwachter Geist durchgreifender Oekonomie in der Ausführung, volle Musse zur Erwägung des für die Gegenwart Gebotenen, Kredit zu den billigsten Bedingungen. Im Deutschen Reich ist noch Stoff zu grossartigen Arbeiten in Fülle. Zahlreiche müssige Hände, welche heute direkt oder indirekt auf Kosten des Reiches und seiner Bewohner ernährt werden, ohne etwas Nützliches zu produziren, warten nur des Rufes des Meisters, welcher die Zeichen der Zeit versteht und den Muth hat, eine neue Periode frischen Schaffens zu inauguriren. Die Thätigkeit des Staates und die Privatthätigkeit gleichzeitig lahm zu legen, dies ist unseres Erachtens die allerungeeignetste Weise, der grossen Krise der Gegenwart wirksam zu begegnen.“

Stand der Vorarbeiten für den Mittelland-Kanal.

Aus dem Vortrage des Regierungs- und Bauraths Messerschmidt-Hannover, gehalten in der Ausschusssitzung des Zentral-Vereins zu Berlin am 24. November 1892.

Die Vorarbeiten sind im August v. Js. in Angriff genommen, und es befindet sich das Projekt heute noch im Stadium der Vorbereitung, so dass ich nicht in der Lage bin, der geehrten Versammlung einen fertigen Entwurf vorzulegen, sondern nur denselben in allgemeinen Umrissen schildern und nur meine persönlichen Auffassungen von der Durchführung des Projektes vortragen kann. Die Ihnen zu erörternden Pläne haben noch nicht die Revision der Königlichen Kanal-Kommission bestanden und sind daher auch noch nicht dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zur Genehmigung unterbreitet worden.

Die Vorarbeiten für die Herstellung der Verbindung des Dortmund-Emshäfen-Kanals mit dem Rhein werden unter Leitung der Königlichen Kanal-Kommission von einer besonderen Abtheilung derselben bearbeitet. Ich beschränke mich daher darauf, hier nur das Projekt für den fälschlich sogenannten Mittellandkanal, d. i. die Kanalstrecke von dem Dortmund-Emshäfen-Kanal bis zur Elbe, einer Erörterung zu unterziehen, und unterlasse nicht, nochmals hervorzuheben, dass die Kanallinie, welche ich in Nachfolgendem beschreiben werde, nur ganz generell ermittelt ist und dass überhaupt das zur Zeit in der Aufstellung begriffene Projekt nicht soweit durchgearbeitet wird, dass es der späteren Bauausführung direkt zu Grunde gelegt werden kann; vielmehr werden vor Einleitung des Baues noch speziellere Pläne zu bearbeiten sein.

Beschreibung des Verlaufs der Kanallinie. Als massgebende Direktive für die zu tracirende Kanallinie ist in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Kanal-Ausschusses vorgeschrieben, dass der sogenannte Mittellandkanal etwa bei Bevergern aus dem Dortmund-Emshäfen-Kanal abzweigen und sich von dort gegen Osten wendend, etwa über Minden, Hannover, Neuhausleben bis zur Elbe hin erstrecken solle, der Art, dass die Einmündung des Kanals etwa in der Gegend von Wolmirstedt stattfindet.

Diese Hauptrichtung verfolgt auch die bereits im Jahre 1866 bearbeitete Kanallinie.

Die Verlegung der Abzweigung des Mittellandkanals aus dem Dortmund-Emshäfen-Kanal in die Nähe der Ortschaft Bevergern ist in Folgendem begründet.

Es war die Frage zu entscheiden: Ist es möglich und empfehlenswerth, den Kanal durch den Teutoburger Wald, welcher das Westfälische Becken von dem Wesergebiet trennt, hindurchzuführen, oder sprechen gewichtige Gründe dafür, das Gebirge mit dem Kanal zu umgehen?

Den kürzesten Weg, um aus dem Kohlenrevier unweit Dortmund nach der Weser zu gelangen, stellt folgende bereits gegen Ende der fünfziger Jahre näher untersuchte Kanaltrasse dar.

Dieselbe beginnt bei Dortmund, erstreckt sich von hier am Nordhange des Haarstrang-Gebirges etwa bis nach Lippstadt und wendet sich dann in nördlicher Richtung auf Bielefeld zu, woselbst mittelst eines etwa 4000 m langen Tunnels der Teutoburger Wald durchschnitten werden sollte, um darnach in das Thal der Aa und Werre zu gelangen, um der letzteren folgend die Weser unweit der Porta Westfalica zu erreichen.

Die Linie würde etwa 60 bis 65 km kürzer sein als der Weg, welcher den Teutoburger Wald bezw. dessen Ausläufer umgeht und am Nordhange des Wiehengebirges nach der Porta führt.

Dieser Vorzug wird jedoch dadurch aufgehoben, dass in der Erstreckung der kürzesten Linie von Dortmund bis zur Weser etwa 33 Schleusen auf eine Länge von etwa 150 km nöthig werden, während, wie wir später sehen werden, bei Wahl der Umgehungslinie die Anlage von nur 5 Schleusen erforderlich wird.

Es kommt hinzu, dass der Ausbau des Tunnels in der direkten Linie wesentliche Schwierigkeiten bietet und insbesondere die Möglichkeit der Speisung des gedachten Kanals durchaus zweifelhaft erscheint.

Vergleichende Untersuchungen haben ergeben, dass die Linie, welche das Gebirge umgeht, besondere Vortheile in Beziehung auf ein zweckmässiges Zweigkanalsystem, Wohlfeilheit der Anlage und erhöhte Leistungsfähigkeit für den grossen, zum Osten gehenden Verkehr bietet.

Diese Umstände, ferner das Riskante der Tunnellinie, die Vorzüge der langen Horizontalen in Bezug auf den Betrieb des Kanals, die verminderten Kosten der Unterhaltung der Schleusen und schliesslich die überschlägliche Kostenberechnung, welche ergeben hat, dass die weitere, das Gebirge umgehende Linie, etwa die gleichen Kosten wie die gedachte kürzere Linie verursachen werde, haben schon im Jahre 1866 dahin geführt, von einer Durchdringung des Teutoburger Waldes Abstand zu nehmen. Es ist dann bei Einleitung der hier zu schildernden Vorarbeiten nochmals der Versuch gemacht, den Kanal etwa unweit Tecklenburg durch das Gebirge hindurchzuführen, um auf diese Weise auf kürzerem Wege in das Gebiet des Kreises Osnabrück zu gelangen, aber auch dieser Versuch scheitert an der Unmöglichkeit der Speisung der hier auszubildenden Scheitelhaltung und an den bedeutenden Kosten, welche die Durchführung dieses Projektes erfordert haben würde.

Auf Grund dieser Vorerhebungen ist man zu der Ueberzeugung gelangt, dass es zweckmässig ist, das Gebirge zu umgehen und die Abzweigung des Mittel-

landkanals aus dem Dortmund-Emshäfen-Kanal in die Nähe der nordwestlichen Ausläufer des Teutoburger Waldes zu verlegen. Darnach ist der Ort Bevergern als Ausgangspunkt des Mittellandkanals festgesetzt.

* * *

Es wird sich empfehlen, dem Ausgangspunkte des Kanals hier sogleich den Endpunkt des Kanals gegenüber zu stellen.

Der letztere ist so gewählt, dass es den, durch den Plauer-Kanal von Osten herkommenden Schiffen möglich wird, auf kürzestem Wege die Mündung des Mittellandkanals zu erreichen.

Dieses wird dadurch herbeigeführt, dass die fragliche Mündung unmittelbar gegenüber der Mündung des Plauer-Kanals angeordnet ist, und zwar in der Nähe der Ortschaft Heinrichsberg.

Das Ideal der Kanallinie war nun darin zu suchen, die beiden gegebenen Endpunkte möglichst durch eine gerade Linie zu verbinden. Leider gestatten die Höhenverhältnisse des in dieser Linie getroffenen Geländes nicht, die letztere durchweg einzuhalten, wie ich dies aus dem vorgelegten Uebersichtsplan zu entnehmen bitte.

Als Anhalt für die weitere Bearbeitung des Entwurfes war, wie bereits eingangs hervorgehoben, vorgeschrieben, dass der Kanal unweit der Städte Minden und Hannover vorüberführen solle. Hiervon liegt die Stadt Minden fast unmittelbar in der Richtung der gedachten ideellen Kanallinie, die Stadt Hannover dagegen etwas nördlich von derselben, repräsentirt aber den grössten Ort, welcher zwischen den beiden Endpunkten des Kanals angetroffen wird. Es erscheint daher gewiss gerechtfertigt, dass zu Gunsten dieses Ortes von der gedachten Geraden abgewichen wird.

* * *

War hiernach die Richtung der Kanallinie in grossen Zügen festgelegt, so handelte es sich nunmehr darum, die Höhenlage der einzelnen Haltungen des Kanals zu bestimmen.

Hierbei habe ich mir die Bedingung gestellt, die Höhenlage des Kanals so anzuordnen, dass es möglich wird, die Hochwasser der vom Kanal zu kreuzenden Hauptflüsse frei unter dem Kanal hindurchzuführen.

Die bedeutendsten der hier in Frage kommenden Flüsse sind die Haase, Weser, Leine, Fuhse, Oker und Aller.

Von diesen Flüssen ist das Bett der Weser so tief eingeschnitten, dass die gestellte Aufgabe hier keine Schwierigkeiten bietet.

Nach dieser ist die Leine der grösste hier zu berührende Fluss.

Um das Hochwasser der letzteren frei unter dem Kanal hindurchleiten zu können, musste die Haltung des Kanals an der Kreuzungsstelle in Höhe von NN + 58,0 angeordnet werden. Nähere Untersuchungen der Hochwasserverhältnisse der vorbenannten Flüsse haben ergeben, dass die Höhe ausreicht, um den gestellten Bedingungen auch bei der Ueberschreitung der übrigen Flüsse zu genügen, mit Ausnahme der grössten Aller-Hochwasser, welche erforderlichen Falles durch den Kanal hindurchgeführt werden müssen.

Es ist daher die vorbezeichnete Höhe von NN + 58,0 als massgebend für die Scheitelhaltung angenommen und nun danach getrachtet worden, diese Scheitelhaltung unter Festhaltung der gegebenen Hauptrichtung des Kanals möglichst weit auszudehnen.

Die inzwischen ausgeführten örtlichen Untersuchungen haben nun zu dem Ergebniss geführt, dass es möglich ist, diese Scheitelhaltung von dem Orte Halen unweit Osnabrück bis zu dem Orte Bergfriede unweit Oebisfelde auf eine Länge von etwa 245 km durchzuführen.

Es ist dies eine Haltungsänge, welche, soweit mir bekannt, kein Kanal aufzuweisen hat. — Welche aussergewöhnlichen Vortheile eine solch lange Haltung

dem Schiffahrtsbetriebe darbieten würde, bedarf keiner weiteren Erörterung; wohl aber dürfte es von Interesse sein, darauf hinzuweisen, dass die Durchführung der langen Scheitelhaltung eine wesentliche Vereinfachung der Speisung des Kanals gestattet.

Bevor ich nun auf diesen Punkt näher eingehe, erübrigt es, den weiteren Verlauf der Kanallinie zu schildern.

Wie dies bei einem so umfangreichen Projekte sich nicht anders erwarten lässt, sind für viele Strecken mehrere Linien bearbeitet, namentlich bietet die Wahl der Linie in der Nähe der Stadt Hannover bedeutende Schwierigkeiten. Da dieses jedoch Fragen von lokaler Bedeutung sind, welche ferner stehende Kreise nicht interessiren dürften, so unterlasse ich es hier, auf die verschiedenen Konkurrenzprojekte näher einzugehen und beschränke mich darauf, hier eine Linie zu erörtern, welche den allgemeinen Lauf des Kanals kennzeichnet.

Der Mittelland-Kanal zweigt aus einer Haltung des Dortmund-Emshäfenkanals ab, deren Pfeil in Höhe von Ordinate NN + 49,90 angeordnet ist.

Zur Erreichung der Scheitelhaltung des Mittelland-Kanals, deren Höhe auf NN + 58,0 angenommen ist, ist daher ein Gefälle von 58,0 — 49,9 = 8,1 m zu überwinden.

Zu diesem Zwecke sind in dem Aufstieg zwei Schleusen vorgesehen, wovon die eine ein Gefälle von 3,20 m und die andere ein solches von 5 m überwinden soll.

Unter Einlegung dieser Haltungen führt der Kanal von Bevergern ausgehend um die sogenannten Dieck-Berge herum in das Thal der Recker-Aa, durchschneidet dann die Wasserscheide zwischen der Ems und Haase, und erreicht hier unweit der Ortschaft Halen die Scheitelhaltung.

Der Verlauf der Scheitelhaltung ist, in grossen Zügen geschildert, folgender:

Beginnend bei Halen kreuzt die Linie das Haase-thal und wendet sich dann nach Norden, um den Nord-Abhang des sich zwischen der Haase und Weser hinziehenden Wiehen-Gebirges zu erreichen.

War das bislang berührte Kanalgelände mit geringen Ausnahmen minderwerthig, so gelangen wir nunmehr in eine ausserordentlich fruchtbare Gegend.

Am Nordhange des Gebirges zieht sich die Kanal-trace unmittelbar am Fusse des Gebirges hin bis an die Weser.

Wir berühren hier eine Gegend, welcher Eisenbahn-verkehr vollständig fehlt, wo der Kanal daher erst die Möglichkeit schaffen wird, die Produkte des Landes, welche neben reichen Erträgen der Landwirtschaft, insbesondere die unschätzbaren Reichtümer an Stein und Erz des Wiehen-Gebirges umfassen, in gewinnbringender Weise abzusetzen bzw. auszubeuten.

An der Weser angelangt, tritt die Schwierigkeit entgegen, das von beiden Seiten durch Felsen eingefasste Thal durch eine etwa 400 m lange Kanalbrücke in einer Höhe des Kanalspiegels von 18 m über der Weser zu überschreiten.

Ist dieses herrliche Thal verlassen, so wendet sich der Kanal in nordwestlicher Richtung nach Bückeburg der Ebene zu, durchzieht hier der Länge nach das Fürstenthum Bückeburg, durchquert unweit des Bades Nenndorf einen Theil der Provinz Hessen und tritt dann in der Nähe der Ortschaft Bantorf in das Gebiet der Provinz Hannover.

Hier verfolgt die Kanaltrace anfangs fast genau die Richtung von Westen nach Osten und wendet sich dann nach Norden, um den Anschluss an die beiden Städte Hannover und Linden zu gewinnen.

Unweit Hannover kreuzt der Kanal die Leine, überschreitet die Bahn Hannover-Cassel, überschreitet die Hannover-Lehrte-Bahn und wendet sich dann direkt wieder nach Osten, um die bedeutende Cement-Industrie in Misburg an den Kanal anzuschliessen.

Von hier an tritt die Linie bald nach Ueberschreitung der Lehrte-Hamburg-Bahn ein in das Gebiet der Lüneburger Haide, woselbst mit geringen Unterbrechungen bis etwa in die Nähe der Ortschaft Isenbüttel auf eine Länge von etwa 60 km umfangreiche Forstreviere durchschnitten werden. Innerhalb dieser Strecke sind die Flüsse Fuhse, Erse und Oker zu überschreiten.

Besonders die Durchdämmung des ausgedehnten Okerthales wird hier erhebliche Schwierigkeiten verursachen.

Unweit Isenbüttel kreuzt die Linie die Eisenbahn Lehrte-Stendal und zieht sich nun parallel der letzteren, vorzugsweise sich in Wiesen bewegend, hin bis an die Aller, woselbst das Gebiet des Drömlings erreicht wird.

Es ist dies ein etwa 6 Quadrat-Meilen umfassendes, tief gelegenes Becken, welches rings von Anhöhen umgeben ist, und daher dem Zufluss von erheblichen Wassermengen ausgesetzt ist.

Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist daran gearbeitet worden, die hier belegenen Ländereien durch den Bau eines ausgedehnten Grabeernetzes und die Regulirung des dieses Thal entwässernden Ohre-Flusses entsprechend trocken zu legen, leider ist dieses jedoch bis heute noch nicht vollkommen gelungen.

Die Bewohner dieser Gegend hoffen, dass durch den Bau des Mittellandkanals vermehrte Vorfluth für ihre Ländereien geschaffen werden wird. Hoffentlich wird es gelingen, durch Verbesserung der Vorfluth das Wasser im Frühjahr zeitiger als bisher abzuführen, um dadurch den Landwirth in die Lage zu versetzen, rechtzeitig seinen Acker zu bebauen, als dies bislang möglich war. Ich glaube zu wissen, dass dies auch das Hauptziel der Wünsche ist.

Zahlenmässig Ihnen den Vortheil dieser Meliorationen nachzuweisen, davon bitte ich mich zu enthalten.

Um die Möglichkeit der Senkung des Wasserspiegels herbeizuführen, wird es notwendig, hier die Scheitelhaltung des Kanals zu verlassen und eine tiefere Lage des Kanal-Wasserspiegels vorzuschlagen.

Wir erreichen daher hier unweit des Ortes Bergfriede den Endpunkt der Scheitelhaltung und beginnen nun den Abstieg aus derselben zur Elbe.

Mit der ersten Schleuse hier sind wir auch alsbald in dem Thal der Ohre angelangt.

Mir erscheint es nicht zweckmässig, diesen Fluss zu kanalisieren, und zwar halte ich die Verfolgung dieses Planes insofern bedenklich, als es im Interesse der Schifffahrt liegt, den Durchfluss von Wasser, welcher zur Abführung der dem Flusse zufließenden Wassermengen in dem kanalisirten Flusse eintreten würde, zu vermeiden, weil die den Schiffen entgegenfließenden Wassermengen die Fortbewegung der Schiffe erschwert, ferner erfordert die Rücksicht auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Flussbettes für die Kanalzwecke die Anordnung von mehr Schleusen, als solche bei der Herstellung eines Seitenkanals erforderlich werden.

Ich beabsichtige daher den Bau des letzteren höheren Orts in Vorschlag zu bringen.

Diesem Gedanken folgend, wird es sich empfehlen, den Kanal am rechten Ohre-Ufer fortzuführen. Wir berühren hierbei die Orte Calvörde und Neuhaldensleben, und erreichen dann die Ortschaft Wolmirstedt. Innerhalb der zuletzt beschriebenen Strecken lassen die Gelände-Verhältnisse die Einlage von einer zweiten Schleuse zweckmässig erscheinen.

Unweit Wolmirstedt fällt das Gelände erheblich ab, so dass es möglich wird, hier das Gefälle zu konzentriren und ein Hebewerk oder eine grössere Sparschleuse mit etwa 10 m Gefälle einzulegen. Nach dem Passiren der letzteren treten wir in die Elbe-Niederung und suchen nun auf kürzestem Wege den eingangs meines Vortrages näher geschilderten Ausgangspunkt des Mittellandkanals unweit Heinrichsberg zu erreichen. Hier

wird nochmals die Anlage einer Schleuse erforderlich, durch welche der Uebergang vom Kanal zur Elbe und umgekehrt bei den verschiedenen Wasserständen der Elbe vermittelt werden muss.

Die gesammte Länge des hier beschriebenen Kanals umfasst rund 331 km.

Vieh-einfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungen-seuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 24. Februar 1893 bekannt gegeben worden, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen.

- I. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Asch, Eger, Plan, Graslitz, Teple, Kralowitz, Horowitz, Rakonitz, Podersam, Kaaden, Joachimsthal, Falkenau, Karlsbad und Luditz.
- II. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Tepitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saag und Laun.
- III. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Tettschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablonz, Semil, Turnau, Jicin, Pödebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisches-Leipa und Münchengrätz, ferner die Stadt Reichenberg.
- IV. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Starckenbach, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Neustadt, Senftenberg, Reichenau, Königsgrätz, Königinnhof und Neu-Blydschow.
- V. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Pardubitz, Hohenmauth, Landskron, Leitaneisch, Policka, Chrudim, Choleber, Deutsch-Brod, Ledetsch und Cazlau.
- VI. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Tabor, Pilgram, Neuhaus, Wittingau, Kaplitz, Krumau, Prachatitz, Budweis und Moldauthein.
- VII. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Schüttenhofen, Klatlau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Mies, Pilsen, Blatna, Mühlhausen, Pisek, Strakonitz und Prestitz.
- VIII. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Pribam, Smichow, Karolinenthal, Böhmisches-Brod, Kolin, Kutenberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Mähren.

- I. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Datschitz, Iglau, Neustadt, Boskowitz, Gross-Meseritsch, Trebitsch, Brünn, Kromau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau und Znaim.
- II. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holleschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

Oberösterreich.

Die Bezirkshauptmannschaften: Rohrbach, Freistadt, Perg, Linz, Schärding, Wels, Steyr, Kirchdorf, Gmunden, Vöcklabruck, Braunau und Ried, ferner die Städte Linz und Steyr.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, ferner die Stadt Schemnitz.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 4.

Braunschweig, April-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 10. — 2978/93.

XIII. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 15. Mai 1893,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestr. 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Eingabe des Handelsvereins Hameln betr. Einführung von Platzbillets à 2 Mk. für jede Fahrt mit dem Schnellzuge Berlin-Hildesheim-Hameln-Köln.
3. Antrag des Kaufmännischen Vereins „Union“ betr. Unwesen in Handel und Gewerbe.
4. Antrag desselben betr. Lehrlingsheim.
5. Antrag des Verbandes Deutscher Chocoladen-Fabrikanten betr. Gesetzentwurf zum Schutze der Waarenbezeichnungen.
6. Weltausstellung in Antwerpen.
7. Gründung eines Dampfkessel-Vereins.
8. Eingabe der Handelskammer Würzburg betr. Position Wein im Zolltarif zum amtlichen Waaren-Verzeichniss.
9. Ernennung eines Börsen-Kommissars.
10. Genehmigung des Haushaltsplans der Getreidebörse pro 1893.
11. Die Mitwirkung von Sachverständigen beim Abschlusse von Handelsverträgen.

Vertrauliche Sitzung.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. A. I. 5. — 2096/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass die internationale Ausstellung von Samen-, Reinigungs-, Sortir- und Trockenmaschinen, Apparaten und Geräthen in St. Petersburg erst im nächsten Jahre eröffnet werden soll.

Braunschweig, 24. April 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 7. — 2829/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass vom 1. Mai d. J. ab bis auf Weiteres unsere Dienststunden in die Zeit von 7 bis 1 Uhr Vormittags verlegt werden.

Die Sprechstunde des Syndikus wird von 11 bis 1 Uhr abgehalten; während dieser Zeit findet auch die Beglaubigung von Ursprungszeugnissen statt.

Für Ausstellung eines Ursprungszeugnisses wird von dem obenbezeichneten Zeitpunkte ab eine Schreibgebühr von 50 Pfg. zur Erhebung gelangen.

Braunschweig, 25. April 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

XII. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 17. April 1893,

Vormittags 12 Uhr.

Anwesend die Herren: Natalis, Jüdel, Lemmer, Leo, Lüttge, Dr. Schmidt, Störig, Barnewitz-Wolfenbüttel, Haffner-Wolfenbüttel, Dr. Pfeiffer-Wendessen, Strümpell-Schöppenstedt, Dorguth-Helmstedt, Schaeffer-Schöningen, Schmidt-Helmstedt, Willecke-Königslutter, Ballin-Gandersheim, Lundberg-Carlshütte, Rehn-Holzminen, Corves-Blankenburg, Schruff-Blankenburg.

Entschuldigt fehlen die Herren: Gerloff, Gutkind.

Unentschuldigt fehlt: Herr Liebold-Holzminen.

Der Alterspräsident, Herr Fabrikbesitzer Albert Natalis eröffnet die Sitzung und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung seinem und der Kammer lebhaften Bedauern über den Austritt des langjährigen, verdienten Vorsitzenden, des Herrn Stadt- und Kommerzienrathes Aug. Haake, des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Bankdirektors Alexander Benndorf, sowie des Mitgliedes Herrn Friedrich Selwig, zugleich aber auch dem Danke der Kammer für die erspriessliche Thätigkeit der genannten Herren öffentlichen Ausdruck.

1. Einführung der neugewählten Mitglieder.

Referent: Herr Natalis.

Der Alterspräsident begrüsst Namens der Kammer die neueingetretenen Mitglieder und heisst sie zu erspriesslicher Thätigkeit willkommen. Es werden damit in ihr Amt eingeführt die Herren: Ingenieur Albert Lemmer (Mitinhaber der Firma G. Luther hierselbst), Bankier Max Gutkind, welcher nicht anwesend ist,

Dr. Pfeiffer-Wendessen, und Fabrikbesitzer Barnewitz-Wolfenbüttel.

2. Neuwahl des Vorstandes.

Referent: Herr Natalis.

Da der bisherige Vorsitzende, Herr Stadt- und Kommerzienrath Aug. Haake eine Wiederwahl abgelehnt, der stellvertretende Vorsitzende, Herr Bankdirektor Alex. Benndorf die auf ihn gefallene Wiederwahl nicht angenommen und der bisherige Schatzmeister, Herr Dr. jur. Hermann Schmidt sein Amt als Schatzmeister niedergelegt hat, muss zur Neubildung des Vorstandes geschritten werden. Gemäss der Bestimmungen des Gesetzes vom 19. März 1890 wird geheime Wahl durch Stimmzettel vorgenommen. Die drei Wahlen werden in einem Wahlgange bewirkt.

Von den 20 erschienenen Mitgliedern werden 20 Stimmzettel abgegeben. Es werden gewählt:

Zum Vorsitzenden: Kommerzienrath Max Jüdel mit 20 Stimmen.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden: Dr. jur. Herm. Schmidt mit 19 Stimmen.

Zum Schatzmeister: Kaufmann Justus Leo mit 19 Stimmen.

Bei der Wahl des Schatzmeisters erhält 1 Stimme Herr Alb. Störig.

Die Wahl ist erfolgt für die Amtsdauer vom 1. April 1893 bis eben dahin 1896.

Die Gewählten nehmen die Wahl dankend an.

3. Neuwahl bezw. Zusammensetzung der Ausschüsse.

Referent: Herr Natalis.

Es werden auf Vorschlag des Geschäfts-Ausschusses die folgenden Ausschüsse gebildet:

Zusammensetzung der Ausschüsse.

Es gehören zum:

I. Geschäfts-Ausschuss.

1. Jüdel, Kommerzienrath, Vorsitzender der Handelskammer.
2. Schmidt, Dr. jur., Kaufmann, stellvertretender Vorsitzender.
3. Leo, Kaufmann, Schatzmeister.
4. Lemmer, Ingenieur.
5. Gerloff, Kaufmann.
6. Natalis, Fabrikbesitzer.

II. Ausschuss für Verkehrswesen.

1. Gerloff, Kaufmann, Vorsitzender.
2. Gutkind, Bankier.
3. Lemmer, Ingenieur.
4. Liebold, Fabrikbesitzer — Holzminnen.
5. Lundberg, Generaldirektor — Delligsen.
6. Schaeffer, Fabrikbesitzer — Schöningen.
7. Schmidt, Dr. jur., Kaufmann.

III. Ausschuss für Gewerbeswesen.

1. Abtheilung für Industrie.

1. Lemmer, Ingenieur, Vorsitzender.
 2. Barnewitz, Fabrikbesitzer — Wolfenbüttel.
 3. Liebold, Fabrikbesitzer — Holzminnen.
 4. Lüttge, Kaufmann.
 5. Lundberg, Generaldirektor — Delligsen.
 6. Schaeffer, Fabrikbesitzer — Schöningen.
 7. Schruff, Direktor — Blankenburg.
2. Abtheilung für Handel und Kleingewerbe.
1. Leo, Kaufmann, Vorsitzender.
 2. Corves, Kaufmann — Blankenburg.
 3. Dorguth, Kaufmann — Helmstedt.
 4. Haffner, Kaufmann — Wolfenbüttel.
 5. Rehn, Kaufmann — Holzminnen.
 6. Schmidt, Dr. jur., Kaufmann — Braunschweig.
 7. Willecke, Stadtrath, Kaufmann — Königsutter.

IV. Ausschuss für Zoll- und Steuerwesen.

1. Natalis, Fabrikbesitzer, Vorsitzender.
2. Ballin, Stadtrath, Bankier — Gandersheim.
3. Dorguth, Kaufmann — Helmstedt.
4. Schmidt, Dr. jur., Kaufmann — Braunschweig.

5. Schmidt, Brennereibesitzer — Helmstedt.

6. Schruff, Direktor — Blankenburg.

7. Störig, Kaufmann — Braunschweig.

V. Ausschuss für Gesetzgebung und Verwaltung.

1. Schmidt, Dr. jur., Kaufmann, Vorsitzender.

2. Gutkind, Bankier.

3. Lemmer, Ingenieur.

4. Pfeiffer, Dr., Direktor — Wendessen.

5. Willecke, Stadtrath — Königsutter.

Der neugewählte Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, übernimmt nunmehr den Vorsitz, dankt dem Alterspräsidenten für die bisherige Leitung der Geschäfte und führt in einer Ansprache etwa folgendes aus: Sein Streben werde dahin gehen, den Interessen des Handels und der Industrie dasjenige Gewicht bei Entscheidungen über wirtschaftliche oder öffentliche Massregeln erringen zu helfen, welche ihnen zukäme, und welche sie heute noch nicht überall erlangt hätten. Die ganze Entwicklung der Zeit dränge dahin, die wirtschaftliche Arbeit, welche im Handels- und Gewerbestande vertreten sei, in den Vordergrund zu rücken. Darum sei es eine der vornehmsten Aufgaben der Handelskammern, das Ansehen des ihrer Fürsorge anvertrauten Standes vor allem dadurch zu heben, dass sie in eifriger und unablässiger Fürsorge für die kaufmännische Vorbildung die persönlichen Eigenschaften der Mitglieder desselben zu heben suchten. Die Pflege des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens biete die beste Gewähr für eine gute Lösung der auf diesem Gebiete erwachsenen Schwierigkeiten. Sodann aber seien in einer Zeit der Parteilungen und Sonderinteressen gerade Organe wie die Handelskammern dazu berufen, den Sinn für das Allgemeinwohl zu kräftigen und zu fördern. Handel und Industrie stehen mitten auf dem wirtschaftlichen und sozialen Kampfplatze, auf der einen Seite drängten die Ansprüche des sog. fundirten Kapitals des Grossgrundbesitzes gegen sie an, auf der anderen unerfüllbare Ansprüche der Vermögenslosen. So sei es an ihnen, in weiser Mässigung ausgleichend zu wirken, feststehend freilich auf dem eigenen Standpunkte, aber gleichzeitig durchdrungen von der Ueberzeugung, dass nur in einer Wechselwirkung aller wirtschaftlichen Faktoren das Wohl der Allgemeinheit zu finden sei und dass als die erste Aufgabe die Erhaltung bezw. die Schaffung des inneren Friedens betrachtet werden müsse. Er, der Vorsitzende, wisse sich im Einverständniss mit allen seinen Kollegen, wenn er sich von einer Wirksamkeit der Kammer nach dieser Richtung hin gute Frucht und segensreiche Erfolge verspreche.

Es wird sodann in der Tagesordnung fortgefahren.

4. Ernennung eines Wahlkommissars.

Referent: Der Vorsitzende.

Zum Wahlkommissar für die durch Ausscheiden des Mitgliedes Herrn Friedrich Selwig nothwendig gewordene Ersatzwahl wird Herr Leo ernannt. (§ 11 des Gesetzes vom 19. März 1890.)

5. Ernennung eines Mitgliedes des Bezirks-eisenbahnrates.

Referent: Der Vorsitzende.

An Stelle des Herrn Fr. Selwig wird Herr Generaldirektor Lundberg-Delligsen zum Mitgliede des Bezirks-Eisenbahnrates Hannover, Herr Ingenieur Albert Lemmer zum stellvertretenden Mitgliede ernannt.

6. Haushaltsplan für 1893/94.

Referent: Herr H. Schmidt.

Der seitherige Schatzmeister, Herr Dr. jur. H. Schmidt, giebt eingehend Uebersicht über die Ausgaben des Vorjahres und schlägt vor, für die kommende Haushaltsperiode 12¹/₂ % der Gewerbesteuer zu erheben. Es sei die Ansammlung einer grösseren Rücklage durchaus nothwendig; die Steuern gingen vor Herbst

nicht ein und der Schatzmeister sei bei der heutigen Sachlage genöthigt, der Kammer fortlaufend nicht unbedeutende Vorschüsse zu machen. Der Etat wird in der nachstehenden Fassung und Höhe angenommen.

Einnahme	M.	ℳ	Ausgabe	M.	ℳ
12 $\frac{1}{2}$ pCt. Gewerbesteuerzuschlag (150 000 Mk.)	18 750	—	Jahresbericht	1800	—
			Reisekosten .	1200	—
			Beiträge . .	1800	—
			Miethe . . .	800	—
			Bureau . . .	2000	—
			Monatsschrift	400	—
			Bücher . . .	750	—
			Gehälter . .	7150	—
			Rücklage . .	2850	—
Summa	18 750	—	Summa	18 750	—

Zu Rechnungsprüfern für die Rechnung des Vorjahres werden die Herren Lüttge und Leo gewählt.

7. Rohspiritus-Monopol.

Referent: Herr Natalis.

Der Verband südwestdeutscher Branntwein-Interessenten bittet um Unterstützung einer Resolution gegen Einführung eines Rohspiritus-Monopols.

Die Kammer beschliesst in Erwägung, dass die Einführung eines solchen Monopols augenblicklich gar nicht vorgeschlagen, zudem eine Anregung in gleicher Richtung von Interessenten des diesseitigen Bezirkes nicht ergangen sei, die Eingabe zu den Akten zu nehmen.

8. Abänderung der Verkehrsordnung.

Referent: Der Syndikus.

Die Kammer beschliesst, die bereits in der März-Nummer dieser Zeitschrift in extenso abgedruckte Eingabe der Handelskammer zu Halberstadt betr. Abänderung der neuen Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands zu unterstützen.

9. Organisationsänderung der preussischen Eisenbahnverwaltung.

Referent: Der Vorsitzende.

Die Kammer beschliesst, in Verfolg der bisherigen Bearbeitung dieser Angelegenheit ihren Vorsitzenden zu ermächtigen, alle Schritte zu thun, welche geeignet erscheinen, eine bei dieser Gelegenheit etwa zu fürchtende Beeinträchtigung der diesseitigen Verkehrsinteressen abzuwenden.

Schluss der öffentlichen Sitzung 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Danach geheime Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Jüdel. Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Zur Ausstellungsfrage.

Von Richard Lüders, Zivil-Ingenieur.

Wenn die deutsche Reichsregierung für ihre ablehnende Entschliessung in der Weltausstellungsfrage eine Anerkennung der Mehrheit des Volkes verdient, so giebt doch die Begründung derselben, „dass vor Allem die Grossindustrie sich keinen Erfolg verspreche, für die erfolgreiche Durchführung des Unternehmens aber das einmüthige Zusammenwirken aller Kreise erforderlich und dieses nicht vorhanden sei“, zu schweren Bedenken Veranlassung, sofern die Reichsregierung auch für die Zukunft sich von denselben Gründen in der Ausstellungsfrage leiten lassen sollte. Unbedingt richtig ist, dass nach dem Styl der letzten Pariser Ausstellung solche im Allgemeinen nicht mehr dem Zweck entsprechen, dem sie allein dienen sollen, sondern dass das Ausstellungs-

wesen ausgeartet ist zu einer krankhaften Ueberbietung in der Hervorbringung von Monstre-Objekten und Darstellungen, die nicht das sind, was sie eigentlich sein sollen, sondern nur die Schaulust befriedigen und die grossen Massen zum Besuch anreizen sollen; der instructive Zweck der Ausstellungen ist schon längst in den Hintergrund gedrängt. Ersichtlich fährt Chicago auf der beschrittenen Bahn fort, und die nächste Weltausstellung wird, wenn sie bei den grossen Massen nicht abfallen soll, Chicago in diesen entarteten unsoliden Leistungen noch überbieten müssen. Es ist anzuerkennen, dass die deutsche Regierung nicht geneigt war, in dieses gewagte Spiel einzutreten, und dass es den Franzosen überlassen bleibt, das Wagniss zu versuchen. Nach solchen krankhaften Ausartungen muss einmal ein moralischer, vielleicht auch ganz besonders schwerer materieller Ausstellungs-Krach kommen, und wir können uns beglückwünschen, dass wir dabei die Zuschauer spielen werden. Dass mit den Anregungsmitteln, welche eine Ausstellung hauptsächlich bieten sollte, nichts mehr zu erzielen ist, scheint am deutlichsten aus den Schriften der eragirtesten Vertheidiger der Berliner Weltausstellung hervorzugehen. Eine hervorragende Persönlichkeit schlägt in einer Broschüre vor, der nächsten Berliner Weltausstellung einen besonderen Reiz dadurch zu verleihen, dass zur Ausstellung alle hervorragenden deutschen musikalischen Kräfte einberufen, zu Monstre-Leistungen auf dem Gebiete der Gesangs- und Instrumental-Konzerte vereinigt und quasi Bayreuther Festspiele, aber nach den verschiedensten Richtungen des musikalischen Gebietes hin arrangirt werden sollten. Ein anderer Schriftsteller glaubt der Ausstellung den nöthigen Glanz nur dadurch sichern zu können, dass die Aussteller ganz von Abgaben an die Ausstellungs-Verwaltung entlastet werden, damit sie ihre Kräfte ganz ihrer Produktion widmen können. Deshalb soll der Staat die ganzen allgemeinen Unkosten übernehmen, den Ausstellern sollen Miethe und Frachtkosten erlassen und Einzelne sogar noch besonders subventionirt werden. Wenn die deutsche Regierung in ihrer Entschliessung zweifelhaft war, ob die Ausstellung mit Erfolg durchzuführen sei oder nicht, so mussten diese gewichtigen Auslassungen von diesen Freunden der Welt-Ausstellung sie in der Anschauung bestärken, dass auf einer gesunden Grundlage nichts mehr zu erzielen ist und sie zur Ablehnung führen. Denn wenn eine Ausstellung sich nicht in dem Rahmen des natürlichen Zweckes entfalten oder sich innerhalb der interessirten Kreise nicht selbst unterhalten kann, sondern durch ihr Bestehen alle Staatsbürger, selbst die Interesslosesten, bezw. deren Säkel in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, so liegt darin der Beweis, dass die jetzige Gestaltung keine gesunde und lebensfähige mehr ist.

Die Begründung der deutschen Regierung aber, dass die Grossindustrie kein Interesse an der Ausstellung nehme, ist andererseits sehr bedenklich, da von dieser Seite ein Interesse nie zu Tage treten wird und, wenn es nach dem Willen der Grossindustrie allein geht, der übrigen Industrie jede Möglichkeit zu Ausstellungs-Unternehmen für alle Zukunft abgeschnitten wird. Die Grossindustrie wird sich stets ablehnend verhalten, trotzdem sie auf den Ausstellungen der letzten Jahrzehnte immer oder meist vertreten war und trotzdem ihre Vertreter, wenn sie ehrlich wären, eingestehen müssten, dass sie durch die Ausstellungen ihre Stellung errungen, Ruf und Namen erworben und ihre Leistungen und Geschäftsverbindungen mit ihrer Bethheiligung an früheren Ausstellungen in direktem Zusammenhange stehen. Die Grossindustrie verhält sich ablehnend, weil sie das, was sie erreichen konnte und wollte, erreichte, aber damit rechnen muss, dass auf einer neuen Ausstellung eine strebsame Firma zweiten Ranges hervorragend ausstellen und ihr den bisher alleinigen Ruf beeinträchtigen kann. Unter diesen Verhältnissen stellt sie nur vom Drang der Verhältnisse gezwungen aus.

Der Nutzen der Ausstellungen kommt in der That meist den Firmen zweiten und geringeren Ranges zu Gute: diese machen Fortschritte, während die Grossindustrie nur ausstellt, um ihren Platz zu behaupten. Die Grossindustrie bringt die Opfer für eine Ausstellung wie gesagt stets nur aus Zwang, sie ist sich wohl bewusst, dass die Konsumenten ihre Namen und ihre Leistungen obnehin kennen und sie keine Reklame mehr braucht. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauung liegt darin, dass die Grossindustrie in der letzten Zeit sich bei allen Ausstellungs-Vorfragen ablehnend verhalten, nach dem definitiven Festsetzen der Ausstellung sich aber meist betheiligt hat und ihr Zögern dann stets damit begründete, dass sie „lediglich patriotischen Rücksichten Rechnung trage“. Firmen ersten Ranges, welche das Emporkeimen von Konkurrenzfirmen nicht zu fürchten haben, bringen allerdings thatsächlich ein patriotisches Opfer, denn Gewinn kann ihnen aus einer Ausstellung nicht mehr erwachsen.

Fehlten jedoch Vertreter einzelner Branchen der Grossindustrie, so kamen oft Firmen zweiten Ranges nach der Ausstellung zu gleichem Ansehen, wie die bisherigen Vertreter der Grossindustrie.

Wird also die Entscheidung darüber, ob für die Ausstellung ein Bedürfniss vorliegt oder nicht, von Anfragen bei der Grossindustrie abhängig gemacht, so wendet man sich an die falsche Adresse, und die Antwort kann nicht dem allgemeinen Bedürfniss entsprechen. Nimmt man das Votum der Grossindustrie als Richtschnur, so schützt man sie unnöthig, schädigt die aufstrebenden Kräfte der Industrie und hindert damit die allgemeine Entwicklung lediglich zum Vortheil einer bereits durch die Verhältnisse bevorzugten Klasse.

Von den Gegnern der Berliner Weltausstellung wird hervorgehoben,

dass durch eine Weltausstellung mit ihren kolossalen Anforderungen und Leistungen dem flachen Lande die Arbeitskräfte vertheuert und entzogen, unsere Landwirthschaft benachtheiligt und dass auch der Sozialdemokratie neuer Nährboden geschaffen wird, da letztere unter der Firma „Internationale Ausstellung“ Zusammenflüsse veranstalten und dadurch unerwünschten Samen im Lande austreuen wird, der, früher oder später, aber sicher unerwünschte Früchte zeitigen muss. Auch muss in Folge des Zusammenströmens ganz aussergewöhnlich grosser Massen von Interessenten aller Länder eine Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse (Lebensmittel, Wohnungen, Verkehrswesen u. s. w.) in der Ausstellungsstadt eintreten, welcher Zustand der Entwerthung des Geldes auch nach Beendigung der Ausstellung fortbestehen wird, sich sogar allmählich auf die anderen Grossstädte im Lande übertragen und in Folge dessen für die grosse Masse der Militärs, Beamten und aller „nicht“ mehr erwerbenden Theile des Volkes, also aller derjenigen, welche von der Industrie, Gewerbe und Handel nicht leben, belastend auftreten.

Alle diese Behauptungen müssen als richtig zugegeben und es müsste als weise Vorsicht der deutschen Regierung angesehen werden, wenn sie aus dem angeführten Grunde ihre Hilfe zur Benachtheiligung der an und für sich durch die heutigen Zeitverhältnisse schon sehr in Mitleidenschaft gezogenen, nicht schaffenden Stände verweigert hat.

Weiter wird von den Gegnern behauptet, dass Ausstellungen überhaupt keinen Zweck mehr haben, weil es bei den billigen und bequemen Verkehrsmitteln leicht möglich sei, sich direkt an den Sitz der verschiedenen Industriezweige zu begeben und dort eingehendere Studien zu machen, als dies in einer Ausstellung möglich sei.

Auch wird der Einwand gemacht, unsere technischen Fachschriften befänden sich in solcher Organisation,

dass es jedem Wissbegierigen möglich sei, sich täglich über den Fortschritt des Gewerbes und der Industrie zu informieren. Thatsächlich ist auch unsere Fachliteratur so umfangreich, dass in ihr Bildungsmaterial für jeden Stand, für jeden Grad der Bildung zu finden ist, und die Konkurrenz ist so gross, dass man keine Neuigkeit, keinen Fortschritt lange mehr als Geheimniss betrachten kann, er wird von einem suchenden Redakteur entdeckt und der Allgemeinheit zur Kenntniss überantwortet. Ganz hervorragend wirkt als Fortbildungs- und Orientierungsmittel die Literatur des Reichspatentamts, so dass sich jeder strebsame Fachmann auf der Höhe der Situation erhalten kann. Wenn von Fall zu Fall das Bedürfniss eines ganz gründlichen Studiums eintritt, nun — dann sind eben unsere Verkehrsmittel so bequem und billig, dass man sich leicht an Ort und Stelle informieren und dies meist mit weniger Kosten und Zeitverlust erreichen kann, als durch den Besuch einer Ausstellung. Auf einer Weltausstellung werde auch soviel Grossartiges geboten, dass von einem Studium der Einzelheiten überhaupt nicht die Rede sein könne, sondern es sich nur um die Befriedigung der allgemeinen Schaulust und um den Genuss der fremdländischen Belustigungen handele.

Des weiteren wird noch von den Gegnern des Ausstellungsprojektes die allgemeine Ausstellungs-Müdigkeit hervorgehoben. Es ist in der That zu verwundern, dass in unserer Zeit, wo von Tag zu Tag Fortschritte gemeldet werden, wo eine Erfindung der anderen folgt und das Bessere des Guten Tod ist, wo alle Verhältnisse mit jedem Dezzennium mehr oder weniger grössere Veränderungen angenommen haben, man noch an keine zeitgemässe Reform des Ausstellungswesens gedacht und nur Entartungen hat aufkommen lassen, sonst aber beharrlich die Grundzüge der ersten Londoner Ausstellung festgehalten hat, und dies berechtigt zu dem Vorwurf.

Um den ersichtlich zu Tage tretenden Mängeln im Ausstellungswesen und namentlich den bedenklichen Wirkungen, welche durch die Massenerscheinungen jeglicher Art, die den Weltausstellungen eigen sind, zu begegnen, dürften die folgenden Auseinandersetzungen nicht ohne Werth sein, da alle vorher aufgeführten Bedenken gegen die Welt-Ausstellungen bei der hier empfohlenen Reform in Wegfall kommen, der informierende Zweck des Ausstellungswesens aber wieder erreicht wird.

Ausstellungen haben zunächst nur dann vollen Werth, wenn sie in dasjenige Land verlegt werden, wo die neuen Verbindungen angeknüpft werden, d. h. der Absatz erfolgen soll. Denn nur dahin wird das Gros der Konsumenten und Handelstreibenden zu ziehen sein, wo es denselben möglich wird, ohne grosse Geldausgaben die Ausstellung zu besuchen und „sich in ihrer Muttersprache bewegen und informieren zu können.“ Ferner werden die gebotenen Leistungen nur dann zur allgemeinen Geltung kommen, wenn zu dem eingehenden Studium der ausgestellten Gegenstände ein mässiger Zeitraum genügt, den sich jeder Geschäftsmann ohne Bedenken gewähren kann und keine Ablenkung durch Monstre-Veranstaltungen vorhanden ist.

Man gehe aus diesem Grunde zu den räumlich beschränkteren nationalen Ausstellungen zurück, jedoch mit der folgenden Modifikation: Die Regierungen der Länder, welche in handelspolitischem Einvernehmen stehen und Austausch ihrer Produkte anstreben, mögen sich zu dem Zwecke dahin einigen, nationale Ausstellungen in ihren Ländern abwechselnd derart stattfinden zu lassen, dass die eine Nation ihre nationale Ausstellung in den anderen Ländern arrangirt, sodass nach einem bestimmten Zeitraum jede Nation in den andern Ländern eine Ausstellung gehabt hat. Die Aussteller würden trotz kurzer Intervalle nicht überlastet werden, es würden z. B. die meisten deutschen Aussteller, welche für Oesterreich ausstellen, wegen der Verschiedenheit der Bedürfnisse der Nationen und

der Absatzfähigkeit nicht auch gleichzeitig für Italien ausstellen, es würde also unter den Ausstellern selbst nach den Branchen ein Wechsel in der Beteiligung eintreten. Man denke sich nun z. B. inmitten Deutschlands eine nationale italienische Ausstellung, durch welche jedem Deutschen möglich wird, Charakter, Arbeit und Leben der Italiener in bequemer und instruktiver Weise kennen zu lernen. Eine solche nationale fremdländische Ausstellung muss bei allen Deutschen ein reges Interesse erregen, und jeder, der es irgend ermöglichen kann, wird seine Mittel zusammennehmen und sich die seltene Gelegenheit zum Studium der fremdländischen Ausstellung nicht entgehen lassen; aber auch der wohlhabende Italiener wird nicht säumen, seine nationale Ausstellung in Deutschland zu sehen — an Besuch und Erfolg kann es nicht fehlen.

Nach Ablauf eines solchen Ausstellungs-Cyklus werden sich die Nationen gründlich kennen, jeder wird wissen, welche ausländischen Produkte er für seine Zwecke dienstbar machen kann, wo dieses und jenes ausländische Produkt am besten und billigsten zu haben ist. Produktion und Konsum werden sich zwischen den Staaten nach den natürlichen Anlagen entwickeln, so wie es der Freihändler als Ziel instellt. Mit der Empfehlung dieser Art Erwerbs-Erweiterung sei aber nicht auch rücksichtsloses Fallenlassen der Zollschranken empfohlen. Diese nationalen Ausstellungen in mässigem Umfange müssen zum gründlichen Studium anregen, werden aber, da nationale Eifersucht nicht vorhanden, in nationalem Rahmen bleibend, keine Veranlassung zu Ueberbietungen, zu krankhaften Monstre-Veranstaltungen geben, den Beschauer an das Instruktive fesseln, aber auch nie eine so gewaltige Ausdehnung erlangen, dass durch ihre Entstehungsarbeiten dem platten Lande Arbeitskräfte entzogen oder die Lebensbedürfnisse derart vertheuert werden, dass andere, ausserhalb der Industrie stehende Stände dauernd darunter leiden. Der Einwand, dass sich heutigen Tages Jeder über die Industrie, welche ihn interessirt, leicht zu informieren vermag und daher Ausstellungen zwecklos sind, ist nur zutreffend in Bezug auf die Industrie im eigenen Lande, nicht aber für das Ausland. Nur wenige sind in der glücklichen Lage, auf längere Zeit die ausländischen Industrie-Gegenden bereisen und eingehende Studien machen zu können. Auch liegt es bezüglich der Fachliteratur anders. Zwar steht sie uns in der reichhaltigsten Form ebenso vorzüglich zur Verfügung; aber nicht jeder, der in der fremden Sprache korrespondirt und schreibt, ist in Folge der speziell technischen Ausdrücke im Stande, technische Abhandlungen in ihren Pointen zu verstehen und sich nutzbar zu machen. Von unseren Ingenieuren verstehen die meisten die Weltsprachen, in ihren technischen Feinheiten beherrschen sie aber nur wenige, für unser ganzes Gros der Gewerbetreibenden und Künstler ist die ausländische Literatur nicht von der Bedeutung, dass sich dieselben auf der Höhe der Zeit halten können, sie alle sind auf das Beschauen angewiesen.

Werden unsere deutschen Industrie-Erzeugnisse mitten im Auslande plazirt, so werden sich die Bewohner des betreffenden Landes die billige und bequeme Gelegenheit nicht entgehen lassen, gründliche Studien über die Industrie ihrer Nachbarn zu machen, um gute und billige Bezugsquellen leicht festzustellen. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Industrie des eigenen Landes und ihre Leistungen im Auslande gründlich bekannt zu machen, nur auf diese Weise lässt sich das Absatzgebiet schnell und erheblich vergrössern. Natürlich wird ein Staat dieses Bekanntwerden der ausländischen Industrie im eigenen Lande nur dann unterstützen und gestatten, wenn ihm die Gegenleistung dadurch geboten wird, dass er seine eigene Industrie in der nächsten Zeit im fremden Lande vorführen kann, dass es möglich wird, für die entstehende Ausfuhr eine befriedigende Einfuhr zu erzielen. Um gleiches Recht für alle Theile zu schaffen, wäre der Abschluss von Staatsverträgen

nöthig und in denselben festzusetzen, in welchen Jahren und welcher Reihenfolge die Ausstellungen stattfinden, welche Zugeständnisse bezüglich Platz, Bauten, Verkehrsmittel gegenseitig gemacht, welche Organisationen zwischen den leitenden ausländischen Staatsbeamten der verschiedenen Organe und den inländischen freiwilligen Hilfsarbeitern geschaffen werden müssen. Diese Ausstellungen wären auch geeignet, einem politisch nationalen Zweck zu dienen, denn was wäre etwa mehr dazu angethan, die Bundesgenossenschaft und Freundschaft der Regierungen auf die Völker zu übertragen, als die gegenseitige gastliche Aufnahme, das Zusammenarbeiten vieler freiwilliger Mitarbeiter im Dienste der anderen Nation, statt des Zusammenfließens und Begegnens nicht internationaler Unmassen mit ihren dunklen zweifelhaften agitatorischen Existenzen, sondern befreundeter nationaler Gäste in übersehbarer kontrollirbarer Menge? Bekanntlich bilden innige Handelsbeziehungen zwischen den Nationen ein festeres Bindemittel als alle politischen Verträge, resp. bewirken, dass letztere Bedürfniss bleiben. Allerdings wäre die glückliche Leitung solcher nationalen Veranstaltungen eine diplomatische Aufgabe und müsste gewandten staatsmännischen Händen überlassen werden, nicht aber Leitern, welche Umsicht und Energie durch Rücksichtslosigkeit und übertriebene Natürlichkeit ersetzen. Die freiwillige Mitarbeit für eine befreundete Nation würde ein Dienst für die Interessen des eigenen Vaterlandes werden, und es werden sich im grossen Reiche genügend sachverständige Leute dafür finden.

Es ist bekannt, dass die deutsche Regierung für die Vertretung in Chicago drei Millionen Mark verlangt und alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um eine möglichst günstige Vertretung der deutschen Industrie in Amerika herbeizuführen. Wenn auf der anderen Seite die Reichsregierung sich gegen eine Weltausstellung in Berlin erklärt hat, so liegt zwischen diesen beiden Entschliessungen, kalte Ablehnung und rege Unterstützung, scheinbar ein grosser Widerspruch. Vielleicht hat die deutsche Regierung schon erkannt, — obgleich mir aus den Zeitungen nicht bekannt geworden, dass sie ihre Forderung in dem Sinne begründet hat, — dass zur Erweiterung der Absatzgebiete und um Industrie und Handel zu stützen, die Leistungen „dort“ gezeigt werden müssen, wo die neuen Verbindungen gesucht werden und es weniger Zweck hat, im eigenen Lande für Ausstellungen erhebliche Opfer zu bringen. Hier besteht das Gros der Besucher meist aus Besuchern, denen unsere Industrie bekannt ist, die sich lieber zur Zeit, wenn die Nothwendigkeit vorliegt, damit bekannt machen und nur lieber die Gelegenheit der guten Unterhaltung benutzen. Für diese sind selbst die geringsten Opfer der Staatskasse zu viel. In Chicago ist unsere Industrie den meisten Besuchern fremd, und die neuen Hilfsquellen werden mit grösstem Interesse studirt, weil die Gelegenheit, dies nachzuholen, nicht so leicht doch wieder geboten wird. Die deutsche Regierung hat also bei ihren sich widersprechenden Handlungen eine für unsere Industrie und Handel glückliche Entscheidung getroffen: möge sie auf dem betretenen Wege nicht stehen bleiben. Sicher aber haben nationale Ausstellungen in befreundeten Nachbarstaaten noch mehr Erfolg für Handel und Industrie als Welt-Ausstellungen, bei welchen die Leistungen ganzer Branchen, selbst hervorragender Natur, nicht zur Geltung kommen. Man kann darauf hinweisen, dass Whitley das hier empfohlene System bereits versucht habe, der Erfolg jedoch ein beschränkter gewesen sei. Demgegenüber ist hervorzuheben, dass Whitley seine Ausstellungen lediglich für private, nicht für nationale Zwecke unternommen hat und, da die Unterstützung der Regierung fehlte, die Betheiligung in Folge dessen eine sehr einseitige gewesen ist und seinen Ausstellungen im Auslande Ansehen, Unterstützung und Bedeutung gefehlt hat.

Mit unermüdlichem Eifer ist man in der obersten Leitung des Reiches bemüht, die Mittel und Wege zu

finden, um die Wehrkraft des Reiches zu Wasser und zu Lande zu erhöhen, damit, wie man zu sagen pflegt, unter diesem Schutze Handel und Wandel gedeihen können. Mit unglaublicher Findigkeit sucht man jetzt nach Gesetzen, wie die Einnahmen des Reiches einträglicher gemacht werden können. Mit eifrigem Bestreben hat man Handelsverträge abgeschlossen, welche den Verkehr zwischen den befreundeten Staaten erleichtern und fördern sollen. Die Regierung möchte aber auch erwägen, dass zur Aufbringung der Steuern behufs Erhaltung der Wehrkraft eine lebenskräftige Industrie, Handel und Gewerbe gehören: schon wird im nächsten Jahre in Folge der allgemein gedrückten Geschäftslage das Erträgniss der Einkommen-Steuern relativ niedriger werden. Die Handelsverträge allein genügen nicht, um den Verkehr lebhaft und erfolgreich zu gestalten, dazu sind geeignete und kräftige Schritte nöthig, die Nationen müssen sich näher rücken und sich mit ihren Eigenheiten genauer kennen lernen; dies kann geschehen, ohne dabei der Fahne der Internationalen zu dienen. Möge die Regierung mit derselben Sorgfalt und Findigkeit, mit welcher sie auf den angeordneten Gebieten, der Militär- und der Steuer-Organisation, sorgt, denkt und nicht eher ruht, als bis sie mit Erfolg gearbeitet, auch die Mittel zur Belebung von Industrie, Handel und Gewerbe rastlos suchen und schaffen. Sobald es der Reichsregierung gelungen ist, ein geeignetes Projekt zu finden, möge sie sich nicht darauf beschränken, die gutrenommirte und wohlgenährte Grossindustrie zu befragen. Diese Stimmen dürfen hier nicht ausschlaggebend sein. Die Grossindustriellen brauchen, es sei dies nochmals wiederholt, keine Ausstellungen mehr, um sich Namen zu machen; sie wissen wohl, dass, wer in Deutschland Bedarf in ihrer Branche zu decken hat und nach Bezugsquellen fragt, ihren Namen zuerst genannt bekommt. Unter diesen Umständen vermeidet die Grossindustrie mit Recht die Kosten und die lästigen Vorbereitungen für eine Ausstellung. Zur Belebung und Weiterentwicklung der Industrie und zum Gedeihen strebsamer Kräfte sind indess Ausstellungen notwendig. Während durch die tägliche Konkurrenz vornehmlich die Fähigkeit, preiswerthe Arbeit schnell zu liefern, geschult wird, regt das Beschieken einer Ausstellung zu qualitativ höheren und konstruktiv verbesserten Leistungen an, und so bildet die Vorbereitung für eine Ausstellung ein Schulungs- und Kräftigungsmittel für die heranwachsenden und mittelstarken Kräfte. Die Anforderungen an neue erhöhte Leistungen rütteln Industrie und Gewerbe auf. Hätten die Deutschen vor der Ausstellung in Philadelphia schon eine grössere Anzahl deutscher Ausstellungen erlebt, so wäre Professor Reuleaux nicht zu seinem seiner Zeit berechtigten Ausspruch gekommen. Jede Ausstellung wird für Industrie und Gewerbe das, was wir im Leben mit den Worten bezeichnen: „Der Hecht im Karpfenteiche“. Gesunder Anregungen im Betriebe dürfen wir nicht entbehren, wenn die einheimische Industrie stetig vorwärts kommen, der französischen, englischen und amerikanischen Konkurrenz ebenbürtig bleiben oder sie besiegen soll. Es müssen neue Firmen der Technik zu Ruf, Ehren und Erfolg kommen, wenn die Grossindustriellen nicht im Vollgefühl ihres Einflusses und des sicheren Erfolges bequem werden sollen, und dies werden sie, da sie bei Vergebung grosser Arbeiten den Schutz der Regierung dem Auslande gegenüber zur Seite haben.

Der Reichsregierung muss am Gedeihen der Gesamtheit liegen, sie muss sie fördern, aufstrebende neue Kräfte müssen sich durcharbeiten können, es muss Gelegenheit geboten werden, dass das Gute durch das Bessere im allgemeinen Interesse besiegt werde.

Deshalb dürfen in Ausstellungsfragen die Stimmen, wie die Grossindustrie es verlangt, nicht abgewogen, sondern müssen abgemessen werden. Wenn sogar die deutsche Reichsregierung konstatirt hat, dass das all-

gemeine Interesse für Ausstellungen fehlt, so muss sie trotzdem anregend vorgehen, denn nur zu oft sehen wir im Leben, wie sich nicht nur der Einzelne, sondern ganze Branchen und Stände dem bequemen „laissez aller“ zu ihrem unausbleiblichen Nachtheil hingeben. Dies muss die Reichsregierung verhüten, sie spreche, nachdem sie ihre Projekte festgestellt, die Worte aus: „Sie werde“, so wird das Interesse und die Betheiligung von Gross und Klein da sein und Industrie und Gewerbe werden sich rüsten, werden mit neueren, besseren und billigeren Erzeugnissen hervortreten, überall werden wir dann die Segnungen unserer Kraftprobe empfinden, wenn wir die Welt-Ausstellungen mit ihren Schattenseiten vermeiden. (Schluss folgt.)

Der Zucker im Welthandel.

Von Erich Odenbach.

Es existirt wohl kaum eine Industrie von solcher räumlichen Ausdehnung, als die Zuckerindustrie der Gegenwart, welche eine Welt-Industrie und durch einen tiefgreifenden Einfluss auf Landwirthschaft, Gewerbeleiss und Handel von allergrösster Bedeutung für die Erzeugungsländer ist. Die ungeheure Produktionskraft der tropischen Sonne wird gewissermassen ersetzt durch die Intelligenz und den rastlosen Fleiss des Europäers, der in der Bodenkultur und namentlich in der technischen Verarbeitung unendlich Besseres leistet als sein unter der heissen Sonne erschlaffender Nebenbuhler.

Die Rübenzuckerindustrie Europas hat sich seit wenigen Jahrzehnten so gehoben, dass deren Erzeugnisse bereits selbst auf den Märkten Amerikas, Australiens und sogar Indiens den Rohrzucker bedrängen; und wenn es auch nicht gelingt, den Rübenzucker zum alleinigen Beherrscher des Marktes zu machen, was nach Lage der Dinge nicht anzunehmen ist, so wäre es doch im Interesse der Bodenkultur Europas zu wünschen, dass derselbe den Rohrzucker vom europäischen und wenn möglich auch von einem grossen Theil des immer aufnahmefähigeren nordamerikanischen Marktes verdränge.

Für die unter dem Druck ausländischer Konkurrenz schwer leidende mitteleuropäische Landwirthschaft ist die Rübenkultur noch am ehesten im Stande, den weiteren Rückgang der Grundrente aufzuhalten, nämlich durch bessere Kultur und bessere Erträge die durch sinkende Getreide- und Viehpreise entstehenden Verluste auszugleichen. Es wäre darum sehr wünschenswerth, dass die Zuckerfabrikation gerade in den deutschen Gauen eine möglichste Ausbreitung erführe, da gerade hier die Fluren besonders zuckerhaltige Rüben erzeugen, während in den südlicheren Ländern, bereits in Württemberg und Bayern man mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, auch das Klima dem Zuckerbau nicht gerade günstig ist. In Dänemark und Süd-Schweden wird ja mit Erfolg auch Rübenzucker erzeugt, wohingegen England wahrscheinlich nie dahin kommt; es hat es verschiedentlich, aber mit schlechtem Erfolge versucht. Nicht ganz so wie mit England, steht es mit Nordamerika, das uns schon auf so vielen Gebieten landwirthschaftlicher Produktion überflügelt hat.

Der Zuckerhandel Deutschlands, das jetzt das wichtigste Produktionsgebiet für den Welthandel ist, war noch vor nicht zu langer Zeit auf fremde Einfuhr angewiesen, um seinen Bedarf decken zu können. So wurden in den vierziger Jahren 546 166 Mtrztr. mehr eingeführt als ausgeführt, was die eigene Produktion um das vier- bis fünffache überstieg. Die Einfuhr verringert sich aber immer mehr und mehr, sodass im Jahre 1875/76 die Ausfuhr schon um 375 270 Mtrztr. höher als die Einfuhr war. Und so hat denn schliesslich der Export einen so gewaltigen Umfang angenommen, dass Deutschland jetzt weit über die Hälfte des eigenen

Erzeugnisses — 1889/90 ca. 7 402 000 Mtrztr. — ans Ausland abzugeben gezwungen ist und so zu dem Lande wird, welches den meisten Zucker auf den Weltmarkt liefert, während der vom Auslande zugeführte fremde Zucker in Deutschland zu verschwindend kleinen Mengen herabsinkt.

Das Vorurtheil gegen den Rübenzucker, welches in vielen aussereuropäischen Staaten noch heute annahm, dass der seines honigartigen Geschmacks wegen auch in rohem Zustande zu konsumirende Rohrzucker niemals durch den Rübenzucker verdrängt werden könnte, ist heut zu Tage bis auf vereinzelte Ausnahmen geschwunden. Die Sachverständigen, die s. Z. von der deutschen Zucker-Enquete-Kommission vernommen wurden, äusserten sich dahin, dass die Rübenzucker- raffinaden denen aus Rohrzucker qualitativ nicht nachstehen, also ein Grund zur Einfuhr ausländischen Zuckers aus mangelnder Güte des eigenen Erzeugnisses nicht gerechtfertigt wäre. Dass dieses Vorurtheil in Deutschland nicht mehr besteht und auch Deutschland nicht mehr auf das Ausland angewiesen ist, haben die letzten Jahre gezeigt.

Bis zum Jahre 1884/85 ist hier bei der Ausfuhr die eigenthümliche Thatsache festgestellt, dass der Zucker in rohem, nicht raffiniertem Zustande in steigendem Masse abgegeben wurde; hierin ist erst in allerneuester Zeit durch zweckmässige Steuergesetzgebung eine erfreuliche Aenderung eingetreten, da die Ausfuhr von Raffinade allem Anscheine nach zunimmt, während Rohzucker- ausfuhr dementsprechend zurückgeht. Die Gründe dafür sind mannigfacher Art. Zuerst war es bei dem schnellen Aufschwung der Rohzuckerproduktion den Raffinerien nicht möglich, wie bisher die gesammte Masse des erzeugten Rohzuckers zu verarbeiten; dann ist auch eine gründliche Kenntniss der verschiedenen Konsumsorten, die nach den Lebensgewohnheiten der Verbrauchsländer allein verkäuflich sind, unbedingt nothwendig, ebenso muss die Art der Verpackung, die Grösse der Broden, die Farbe und Körnung des Zuckers u. s. w. genau den bisherigen Handelsgewohnheiten angepasst werden, da sonst ein Verdrängen der früheren Versorger des Marktes unmöglich ist. Endlich waren es aus den Steuerverhältnissen kommende Gründe, die den Raffinerien erschwerten, namentlich auf dem englischen Markt in Konkurrenz zu treten. In den Rohzuckerfabriken wurde die Steuer nach der Menge des verarbeiteten Rohmaterials erhoben und erhielten dieselben einen Steuerkredit von 6 Monaten Seitens des Fiskus gewährt. Dessen ungeachtet wurde der Rohzucker in der Fabrik naturgemäss so verkauft, als ob die Steuer bereits entrichtet wäre. Ging der verkaufte Rohzucker ins Ausland, so erhielt der Verkäufer in der Form von Exportbonifikationen die dem Rohzuckerfabrikanten gezahlten Beträge wieder zurück, wenn auch in Kredit- anerkenntnissen, welche gleichfalls erst nach 6 Monaten fällig waren. Kaufte dagegen eine inländische Raffinerie den deutschen Rohzucker, so musste auch sie selbstverständlich die volle Steuer dem Fabrikanten zahlen, konnte aber diesen ausgelegten Steuerbetrag nicht sofort wiedererhalten, sondern musste übergrosse Summen als Betriebskapital Monate lang festlegen, ehe sie in den Preisen der Konsumwaare oder Exportbonifikation eine Rückvergütung erhielt. Es entstanden ihm also grosse Zinsverluste, etwa Mk. 1,16 p. ‰ kg, die in England und Frankreich ausgeschlossen waren, da hier die Fabriken mit steuerfreiem Material arbeiteten und noch arbeiten. Doch nach der neuen Gesetzgebung ist den Raffinerien, sowie den Rohzuckerfabriken steuerfreie Lagerung ihrer Rohzucker gestattet, wodurch den Raffinerien der Wettbewerb auf dem ausländischen Markt wesentlich erleichtert und eine Ueberschwemmung des Marktes verhindert wird. Es hat dies denn auch schon gute Früchte getragen, da das Betriebsjahr 1890/91 mit 2 $\frac{1}{4}$ Millionen Mtrztr. Raffinade Ausfuhr fast das dreifache des Exports von 1885/86 erreicht hat.

Trotzdem nun Deutschland das grösste Quantum Zucker auf den Weltmarkt liefert, hat es sich trotz seiner Machtmittel in eine Abhängigkeit vom Auslande drängen lassen, und erst in neuester Zeit sind die Preisnotirungen des Magdeburger Marktes für die Gestaltung des Weltmarktpreises vielfach bestimmend gewesen. Während in den Monaten Oktober/Dezember, ebenso in den ersten Monaten jeden Jahres meistentheils die Preise niedrig sind, hat man in den Sommermonaten höhere Preise. Dieses wird seinen Grund darin haben, dass während und nach der Kampagne ein starkes und oft drängendes Angebot sowohl von deutscher als auch von österreichischer und belgischer Seite vorliegt, mit dem Herannahen des neuen Betriebsjahres dieses aber sehr nachlässt. Eine zweckmässige Vertheilung des Angebots wird also von grossem Nutzen sein.

Als Hauptabnehmer für deutschen Rohzucker und Raffinade tritt Grossbritannien auf, dem zeitweise mehr als $\frac{3}{4}$ der gesammten Rohzucker- ausfuhr und über die Hälfte der ausgeführten Raffinade zufliesst. Dann kommt Holland als wichtiger Abnehmer für Rohzucker, während die Schweiz, Belgien und die skandinavischen Reiche hauptsächlich Raffinade aufnehmen. Schweden nimmt jetzt auch wachsende Mengen von Rohzucker auf, während die Raffinade- Einfuhr zurückgeht. Die nach Russland deklarirten raffinierten Zucker werden meist in Finnland verbraucht. Die Schweiz und Belgien sind als Abnehmer jetzt nur noch wenig bedeutend. Ausser den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nach welchen ein stetig wachsender Abfluss in Rohzucker zu verzeichnen ist, tritt auch Italien in nicht geringem Masse als Abnehmer deutschen Zuckers auf. Auch andere Länder, z. B. Rumänien, Spanien, Britisch-Indien, Australien und Süd-Amerika, Argentinien und Brasilien, ja selbst Ost-Indien, das eigentliche Heimathland des Zuckerrohrs, haben mehr oder weniger Einfuhr deutschen Zuckers.

Der Zuckerverbrauch im deutschen Vaterlande ist enorm gestiegen, von 2,4 kg auf das Vierfache, nämlich auf 9,5 kg per Kopf, und ersieht man hieraus, dass dieses wichtige Genussmittel sich immer mehr seiner wohlverdienten Bestimmung genähert hat.

Frankreich ist das Land gewesen, das von allen Rübenzucker produzierenden Ländern zuerst den ausländischen Markt mit grösseren Quantitäten Zucker beschockte. Da aber der Ausfuhr eine doppelt so grosse Einfuhr gegenübersteht, so ist wohl anzunehmen, dass die damals schon beliebten Pariser Broden wohl grösstentheils aus fremdem Zucker hergestellt waren. Die Einfuhr von Raffinade durch die französischen Kolonien ist fast dieselbe geblieben, während die Einfuhr von Rohzucker aus dem Auslande sehr erheblich schwankt. Während Anfangs etwa 60 000 T. fremden Zuckers zur Deckung des Konsums nöthig waren, ist der Bedarf i. J. 1885 sogar auf 168 000 T. gestiegen, und ist erst in allerletzter Zeit die stark wachsende eigene Produktion des Landes dazu gelangt, den Bedarf zu decken und noch Rübenzucker über die Grenzen zu bringen. Der grosse Einfluss, den die wenigen französischen Raffinerien noch bis letzthin sich zu erhalten gewusst haben, ist hauptsächlich den riesigen Geldmitteln zuzuschreiben, über welche die zehn Raffinerien, die Frankreich besitzt, verfügen, hauptsächlich den vier Pariser Raffinerien, deren jede ihr Betriebskapital nach hunderten von Millionen zählt. Das Rohmaterial, das in den französischen Raffinerien verarbeitet wird, ist hauptsächlich Kolonialzucker, während Rübenzucker seit 1885 nach Einführung der sogen. Surtaxe überhaupt nicht mehr in Frankreich eingeführt wird. Die Raffinade- Einfuhr ist durch Steuerverhältnisse in sehr engen Grenzen gehalten. Die französische Ausfuhr wendet sich heute noch hauptsächlich nach England, ferner nach Süd-Amerika und den Mittelmeer-Ländern, wo sich Frankreich aber durch österreichische Konkurrenz schon

stark hat verdrängen lassen. Der Verbrauch des eigenen Landes ist nicht unerheblich gestiegen und berechnet man per Kopf 12 kg. Das Gesetz von 1884 gestattet ein Zuckern des Weinmostes und ermässigte die Verbrauchsabgabe, um den Weinbau zu unterstützen, per 1/10 kg auf 20 Franks, was auch eine Vermehrung des Konsums zur Folge hatte. Es wäre zu wünschen, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, da alsdann billigere Landweine hergestellt werden könnten und eine neue Absatzquelle für unseren Zuckerüberfluss sich aufthun würde.

Oesterreich-Ungarn giebt seit langer Zeit schon recht erhebliche Mengen Zucker an den ausländischen Markt ab, während sehr wenig fremder Zucker aufgenommen wird. Erst seit 1880 sind die deutschen Exportziffern den österreichischen vorausgeeilt. Während Rohzucker seinen Weg durch Deutschland über Hamburg nach England nimmt und dort in den Einfuhrlisten als deutscher Zucker erscheint, wird Raffinade, hauptsächlich Oesterreichs beliebter Pilé-Zucker, grösstentheils über Triest nach den orientalischen Plätzen versandt, wo derselbe noch immer mit französischen, neuerdings auch deutschen Fabrikaten in Konkurrenz steht. Der Verbrauch des eigenen Landes ist ca. 2 850 000 Mtrztr., was pro Kopf etwa 6,81 kg ergibt.

Russland hat — mit Ausnahme von Finnland — als Einfuhrland keine Bedeutung mehr, da sich jetzt seine Industrie so weit entwickelt hat, dass es den Konsum des Landes durch eigenen Rübenzucker zu decken vermag. Die Einfuhr, welche schon ziemlich bedeutend geworden war, hat der hohen Eingangszölle wegen gänzlich aufgehört, dagegen hat der Export, welcher anfangs durch Prämien unterstützt war, in den letzten Jahren ganz stattliche Zahlen erreicht, doch wird dieser gewinnbringend fast ausschliesslich über die asiatischen Grenzen nach Armenien und Persien gehen. Der Konsum des europäischen Russlands beträgt etwa 4 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Im Grossfürstenthum Finnland, das sein selbstständiges Zollgebiet besitzt, findet Rohzucker nur sehr wenig Aufnahme, dagegen wird Raffinade in immer grösseren Mengen eingeführt, und ist auch der Konsum des Landes ein steigender; der Verbrauch ist etwa 5 kg per Kopf. Deutschland ist an der Einfuhr am stärksten mit betheiligt.

Zu einem bedeutenden Export ist Belgien gezwungen, da die Produktion den Inlandsbedarf, welchen man auf ca. 6 kg pro Kopf annimmt, stark übersteigt. Die Rohzucker gehen meist nach England, wo sie den deutschen Erstprodukten empfindliche Konkurrenz machen; Raffinade findet zumeist in den nordischen Reichen Absatz.

Holland war früher der Stapelplatz der reichen Zuckersendungen seiner ostindischen und sonstigen Kolonien und nur mit geringen Mengen am Rübenzuckerhandel betheiligt, doch heute beziehen die holländischen Raffinerien ihr Rohmaterial aus der Industrie des eigenen Landes und verbrauchen sehr bedeutende Mengen deutschen und belgischen Rohzuckers. Der Konsum im Lande wird mit 10 kg pro Kopf nicht zu hoch gegriffen sein.

Dänemark ist trotz schnell wachsender Zuckerezeugung doch noch auf starke Zufuhr angewiesen, die bisher hauptsächlich aus Rohzucker bestand. Der Verbrauch des Landes soll ein geringerer geworden sein, doch ist er mit 12,15 kg pro Kopf immerhin noch ein beträchtlicher.

Norwegen und Schweden sind auf starke Einfuhr fremden Zuckers angewiesen. Norwegen deckt seinen ziemlich grossen Verbrauch, etwa 6,25 kg pro Kopf ganz durch fremde Einfuhr, und auch Schweden muss seinen Konsum, der pro Kopf 9,13 kg beträgt, bei der Geringfügigkeit der eigenen Zuckerfabrikation meist durch fremde Einfuhr decken. Hauptsächlich aus Deutschland und England erfolgt der Import, in geringen Mengen auch aus Holland, Belgien und Frankreich.

In Italien haben sich die Raffinerien in letzter Zeit so entwickelt, dass die frühere starke Raffinade-Einfuhr fast aufgehört hat, Rohzucker aber immer noch zur weiteren Verarbeitung in steigendem Masse ins Land kommt. Der Verbrauch des Landes ist immerhin ein geringer, nämlich etwa 3 kg pro Kopf, was wohl dem grösseren Zuckergehalt aller Südfrüchte zuzuschreiben ist.

Spanien bekommt, da die wenig ausgedehnten Länder des Mutterlandes den Bedarf nicht annähernd zu decken vermögen, den Zucker fast ausschliesslich aus seinen eigenen Kolonien Cuba, Portorico und den Philippinen, welche zu den wichtigsten Zuckerländern der Welt zählen. Die Zollbegünstigungen des eigenen Kolonialzuckers bewirken, dass das Ausland nur schwach an der spanischen Einfuhr betheiligt ist.

Portugal ist bis jetzt noch ganz auf Zufuhr von aussen angewiesen, und besteht diese zum grössten Theil in Pilé's, Farinen und Krystallzucker. Der Konsum ist hier etwa 5,25 kg pro Kopf, in Spanien nur ca. 4,5 kg.

In der Schweiz ist der Verbrauch ein aussergewöhnlich stark steigender, insgesamt ca. 1 Million Ztr., also pro Kopf ca. 16,2 kg, was wohl hauptsächlich dem starken Fremdenverkehr zuzuschreiben ist. Seine Deckung wird fast ausschliesslich durch Deutschland, Oesterreich und Frankreich erfolgen.

Nach Griechenland, das einen Verbrauch von etwa 3,64 kg pro Kopf hat, liefert jetzt die weitaus grösste Menge Oesterreich, während Frankreichs Absatz dort erheblich nachgelassen hat.

In den anderen europäischen Staaten, ausgenommen England, lassen sich fast keine bestimmten Angaben, in Folge dessen auch keine bestimmten Schlüsse über den Zuckerhandel aufstellen; man schätzt den Verbrauch in folgenden Ländern pro Kopf wie folgt: Griechenland 3,64 kg, Türkei 3,5 kg, Rumänien 2,2 kg, Serbien 2,5 kg und Bulgarien 2,4 kg.

Gehen wir in unserer Betrachtung nunmehr zu England über, so finden wir, dass es den grössten Zucker-Verzehr der Erde hat, und dass es die gewaltigen Ueberschüsse der europäischen Produktion willig aufgenommen hat und auch bis vor Kurzem der Hauptstapelplatz für westindischen, ostindischen, brasilianischen und peruianischen Rohzucker gewesen ist. Die Steigerung des Verbrauchs ist dem Wegfall der Steuer zuzuschreiben, denn je mehr die Steuerbelastung des Zuckers schwindet, und je billiger andererseits der Zucker nach Entwicklung der europäischen Industrie dem englischen Volke angeboten wird, je grösser wird der Bedarf, der nach Wegfall der Steuer geradezu erstaunliche Dimensionen annimmt, und in den letzten vier Jahren etwa 33,11 kg pro Kopf beträgt. Dieses ist dem starken Theekonsum der reichen englischen Bevölkerung, der Gewohnheit, viel Früchte in Form von Konserven und Marmeladen zu verzehren, als Folge zuzuschreiben. In einem Durchschnitts-Haushalt von 5 Personen kommt täglich 1 Pfund Zucker zum Verbrauch, und zwar unter Einrechnung der armen Bevölkerung. Die Billigkeit des Zuckers, der in den geringeren Nachprodukten, westindische etc. zeitweise niedriger bezahlt wurde, als eine gleiche Gewichtsmenge Getreide, hat veranlasst, dass grosse Mengen dieser unreinen Zucker als Viehfutter verbraucht werden. Selbst in den grossen Porterbrauereien und Destilliranstalten werden die minderwerthigen Nachprodukte in steigender Menge verarbeitet, im Jahre 1888 waren es 1 614 659 Ztr. Trotz alledem ist die Geldausgabe des Volkes für seinen Zuckerbedarf geringer geworden, und es ist heute ein geringerer Bruchtheil des Volkseinkommens nöthig, um den fünffachen Konsum zu bestreiten, als früher zur Deckung des geringen Verbrauchs erforderlich war. Es muss in Folge dessen das britische Reich der wichtigste Zuckermarkt der Welt sein, zumal es keine eigene Produktion von Zuckerstoff hat.

Anfangs kam auf den englischen Markt fast ausschliesslich Rohrzucker, der in den dortigen Raffinerien verarbeitet und dann theilweise wieder dem Auslande zugeführt wurde. Etwa $19\frac{1}{2}$ Millionen Ztr. Rohrzucker bleiben im Inlande und 1,3 Millionen britischer Raffinade werden exportirt. Von 1884 an ändert sich die Gestaltung der Marktverhältnisse. Rohrzucker wird immer weniger eingeführt, und zwar nur noch $4\frac{1}{2}$ Millionen Ztr., während der Import fremder Raffinaden stetig steigt und den inländischen Raffinerien den Absatz, welcher nach und nach fast auf die Hälfte zusammengeschrumpft ist, streitig macht. Während 1880/81 noch neununddreissig Raffinerien bestanden, giebt es jetzt deren nur noch sechszwanzig, doch ist ihre Leistungsfähigkeit sehr gross. Im Jahre 1888 betrug ihre Produktion 739 000 Tons. Der Rohrzucker hat auf dem englischen Markt seine Bedeutung dem Rübenzucker abtreten müssen, und es ist wohl möglich und auch wünschenswerth, dass der Rohrzucker gänzlich verdrängt wird, sowohl hier als in den übrigen Ländern Europa's, sodass schliesslich der europäische Bedarf auch von europäischer Produktion versorgt wird. Im Jahre 1890 betrug in England die Gesamteinfuhr von Rohrzucker 15 717 486 engl. Ztr., hiervon entfällt auf Deutschland der Löwenantheil, nämlich 6 888 111 Ztr. Rohrzucker und 5 002 895 Ztr. Raffinade. Hierin sind freilich die Ziffern der österreichischen Piles etc. enthalten, doch steht dem gegenüber, dass Deutschland erhebliche Mengen transito über Holland nach England versendet. Aus deutschen Häfen kommt schliesslich im Jahre 1890 fast die Hälfte der ganzen englischen Zuckereinfuhr.

Gehen wir nun zu den aussereuropäischen Märkten über, so wird es uns wohl genügen, wenn wir eingehender nur von dem Lande sprechen, das berufen ist, in wenigen Jahrzehnten nicht nur der grösste Zuckermarkt der Zukunft zu sein, sondern auch auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens das entscheidende Wort zu sprechen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verbrauchen in Folge schnellen Anwachsens der Volkszahl, die im letzten Jahrzehnt um durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen zugenommen hat, immer erheblichere Quanten Zucker, und dieses Land ist jetzt schon mit der grösste Zuckermarkt der Welt. Es ist fast nur Einfuhrland für Rohrzucker, der in den riesigen Raffinerien verarbeitet wird, und da der inländische Konsum durch diese leicht gedeckt werden kann, so geben die Raffinerien zeitweise grosse Mengen von Raffinade an das Ausland ab, speziell nach England. Die eigene Produktion des Landes ist gerade nicht bedeutend, sie deckt etwa $11,2\%$ des Konsums, der im Lande etwa jährlich $1\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen beträgt, was pro Kopf 23,3 kg ausmacht. Uebrigens hat sich in den letzten zwanzig Jahren der Verbrauch verdoppelt, und der verallgemeinerte Konsum wird mit dafür sorgen, dass Amerika in steigendem Masse Bedeutung für den Zuckerhandel erlangen wird, zumal die Vereinigten Staaten bisher und wohl noch für lange Zeit gezwungen sind, den weitaus überwiegenden Theil ihres Bedarfs von auswärts zu entnehmen. Der europäische Rübenzucker hat dort noch keinen recht dauernden Absatz gefunden, doch wird die letzte Zunahme der Einfuhren den Anfang ständiger Handelsbeziehungen bilden, trotzdem ja vorwiegend Kolonialzucker verbraucht wird. Die Einfuhr 1889 betrug an der Ostküste 1 029 537 Tons, an der Westküste 141 582 Tons. Die Küsten des Stillen Ozeans, die naturgemäss auf ganz andere Bezugsquellen angewiesen sind, haben sich in hervorragendem Masse die Sandwichinseln zum Absatzgebiet verschafft, unterstützt durch Zollbegünstigungen. Das schnelle Anwachsen des Wohlstandes in den kalifornischen Gebieten, sowie in den Oststaaten bedingt jedenfalls eine schnelle Zunahme des Verbrauchs, und man kann annehmen, dass der Westen Nord-Amerikas in stärkerem Masse die

Ueberschüsse der ostasiatischen Produktionsgebiete aufnehmen wird. Der Druck, den diese Zuckermassen zeitweilig auf den europäischen Markt ausübten, würde dadurch noch mehr beseitigt werden.

Nehmen wir aus vorstehenden Besprechungen den Kern, so finden wir, dass die westindischen Zuckerländer sich immer mehr dem europäischen Markte ab- und dem nordamerikanischen zuwenden, dass die französischen Kolonien sich fast auf das Mutterland konzentriren, dass der Rübenzucker den Rohrzucker aus Europa immer mehr verdrängt, ja selbst in aussereuropäischen Staaten letzterem die Herrschaft streitig macht und schliesslich, dass die Zuckerproduktionsgebiete des indischen Ozeans (gleichfalls) mehr im Orient als im Occident an Absatz gewinnen.

Von Interesse wird es schliesslich noch sein, die Anfangsgeschichte des Zuckers zu kennen.

Der Gebrauch, gewisse Nahrungsmittel zu versüssen, ist weit älter als die Kenntniss des Zuckers. Die alten Völker verwendeten den Honig zur Würzung ihrer Speisen. Später lernte man einen Honig kennen, welcher aus einer Art Rohr ausschwitzte. Dioskorides, welcher im ersten Jahrhundert n. Chr. lebte, sagt, dass eine Honigsorte sich in dem Rohre einer Pflanze fände, welche in Indien und im Glücklichen Arabien vorkäme und Saccharon genannt werde. In einer späteren Schrift findet sich dieselbe Angabe mit der Hinzufügung, dass der Zucker nur in der Arzneikunde angewendet werde. Der Zucker hat nämlich mit vielen Genussmitteln des täglichen Lebens das gemein, dass er erst durch die Materia medica sich Bahn als Genussmittel gebrochen hat. Es ist wahrscheinlich, dass erst durch die Kreuzzüge der Gebrauch des Zuckers in Mitteleuropa bekannt wurde. Die Kultur des Zuckerrohrs kam von Asien nach Cypern, wo dasselbe schon um 1150 gebaut wurde. Im Jahre 1506 ward es nach Westindien verpflanzt. Aus der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts datirt die Kunst, den Zucker aus dem Saft des Rohres einzusieden. Die Kunst, ihn zu raffiniren, ist jedoch viel später von einem Venetianer gefunden worden.

Im Jahre 1597 existirte bereits eine Zuckersiederei in Dresden. Noch bis zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts war der Zucker so theuer in Deutschland, dass nur Wohlhabende davon Gebrauch machten. Nachdem der Rohrzucker lange vom Auslande bezogen und im nördlichen Europa nur raffinirt worden war, kam zu dem aus Rohr erhaltenen Zucker der aus der Rübe gewonnene, ferner in geringen Mengen der aus dem Ahornsafte und gewissen Palmenarten dargestellte.

Trotz des jetzt schon mehr verallgemeinerten Konsums des Zuckers ist es wohl zu hoffen und wünschenswerth, dass derselbe immer mehr in allen Schichten des Volkes steigt, da der Zucker nicht nur als Würzung der Speisen dienlich, sondern auch sehr nährkräftig ist.

Stand der Vorarbeiten für den Mittelland-Kanal.

(Schluss.)

Neben der Projektbearbeitung des Hauptkanals ist Seitens der Kanal-Interessenten die Bearbeitung eines Entwurfes für den Anschluss der nachbenannten Städte durch einen besonderen Stichkanal an den Hauptkanal in Anregung gebracht und zwar *Osnabrück, Minden, Stadthagen, Hildesheim, Peine, Braunschweig und Magdeburg*.

Ich muss es mir versagen, hier auf die Lage dieser Stichkanäle näher einzugehen, da bei den meisten derselben die Vorarbeiten noch nicht soweit vorgeschritten sind, dass ich auch nur nach meiner persönlichen Auffassung hier Mittheilung über den Verlauf derselben zu machen in der Lage wäre.

Die Gesamtlänge der ungefähren Richtung der geplanten Stichkanäle dürfte etwa 95 bis 100 km umfassen.

* * *

Abstieg zur Weser. Als von besonderer Wichtigkeit ist hier eine Einrichtung hervorzuheben, welche bezweckt, die Schifffahrts-Verbindung zwischen dem Mittellandkanal und der Weser herzustellen.

Wie bereits erwähnt, ist gedacht, dass der Kanal unweit der Porta Westfalica das Weserthal kreuzen wird. Hier ist daher der Punkt, wo die vorgedachte Anlage zu treffen ist.

Es ist nun an dieser Stelle ein kurzer Zweigkanal vorgesehen, welcher aus dem Hauptkanal ablenkt und sich bis nahe hinan an die Weser erstreckt. Innerhalb dieses Kanals wird die Erbauung eines Hebewerkes vorzusehen sein, durch welches die Schiffe vom Hauptkanal zur Weser hinabgesenkt oder umgekehrt von der Weser zum Mittellandkanal hinaufgehoben werden können.

Da nun die Wassertiefe in der Weser im Allgemeinen nur 1,0 m beträgt, der Mittellandkanal aber eine Wassertiefe von 2,5 m erhalten dürfte, so können die auf dem Hauptkanal ankommenden Schiffe, sofern dieselben, der Tiefe des Mittellandkanals entsprechend, voll beladen sind, nicht mit der vollen Ladung auf der Weser weiterfahren. Es wird daher die Gelegenheit zu schaffen sein, die beregten Schiffe zu leichtern. In Rücksicht hierauf würde ich empfehlen, im unmittelbaren Anschluss an den Weser-Abstieg einen kurzen Stichkanal nach Minden anzulegen, woselbst ein mit den nöthigen Umladevorrichtungen versehener Hafen anzulegen ist, in welchem der Umschlag der Ladungen sich vollziehen kann. Damit nun aber die tiefgehenden Schiffe des Kanals an der Stelle des Abstiegs zur Weser die nöthige Wassertiefe vorfinden, habe ich als zweckmässig befunden, in unmittelbarer Nähe des Weser-Abstiegs ein Wehr, welches, wie wir später sehen werden, auch für weitere Zwecke dienlich zu machen ist, zu projektiren, durch welches das Weser-Wasser entsprechend angestaut wird.

Unter dieser Annahme wird es nöthig, das Wehr durch eine Schleuse zu umgehen. Die letztere dürfte eventuell am Ausgang des Stichkanals nach Minden anzulegen sein, um die zur Fortbewegung der vollbeladenen Kanalschiffe nöthige Wassertiefe bis zum Hafen in Minden zu schaffen.

Die Schiffe, welche mit geringerem Tiefgang an der Weser ankommen, können nach dem Passiren des Hebewerks auf kürzestem Wege noch oberhalb in Richtung auf Hameln und Cassel weiterfahren.

* * *

Kanalprofil. Es wäre vielleicht von Interesse, im Anschluss an die allgemeine Beschreibung der Linie hier etwas mehr auf die Wahl der Querschnittsdimensionen des Kanals und der für die Schleusen zu wählenden Abmessungen einzugehen. Ich unterlasse dies, da erst in der verfloßenen Landtagsperiode dem Hause der Abgeordneten eine Denkschrift über die hier in Frage kommenden Verhältnisse zugegangen ist und ich den Inhalt derselben als bekannt voraussetzen darf.

Als selbstverständlich nehme ich dabei an, dass für den Bau des Mittellandkanals als Fortsetzung des Dortmund-Emshäfen-Kanals die gleichen hier in Frage kommenden Abmessungen gewählt werden wie bei dem letzteren.

Darnach dürfte der Kanal erhalten eine Sohlenbreite von 18,0 m, 30,0 m Spiegelbreite und 2,5 m Wassertiefe und die Schleusen eine Länge von 67 m und 8,6 m nutzbare Breite.

Ich gehe hiernach dazu über, noch einige Mittheilungen über die von mir gedachte Speisung des Kanals zu machen. Dabei unterlasse ich nicht, auch

hier besonders hervorzuheben, dass diese Frage durchaus nicht spruchreif ist und noch einer gründlichen Prüfung bedürfen wird.

Wenn ich im Laufe meines Vortrages darauf hingewiesen habe, dass der Kanal eine Reihe grösserer Flüsse kreuzt, so wird der Gedanke nahe liegen, dass es ein Leichtes wäre, den Kanal aus den Zuflüssen der gekreuzten Flüsse zu speisen.

Dies ist aber ohne die Anlage von weit ausgedehnten Zuleitungsgräben oder künstlichen Pumpwerken mit Ausnahme bei der Aller nicht möglich, da der Kanal in Rücksicht auf die Abführung der Hochwasser hoch über die Flüsse hinweggeht.

Es müssten also, um das Wasser aus den Flüssen direkt in den Kanal einleiten zu können, besondere Kanäle vom Hauptkanal seitlich an den gekreuzten Flüssen bis zu den Punkten aufwärts geführt werden, wo der Niedrig-Wasserspiegel der Flüsse diejenige Höhenlage aufweist, dass es möglich wird, mit einem gewissen Gefälle das Wasser aus dem Fluss zu leiten. Diese Speisungskanäle werden stellenweise eine mehrere Meilen umfassende Länge erhalten müssen.

Nun führen aber die Fuhse, Erse, Oker und Aller bei niedrigstem Wasser eine so geringe Wassermenge ab, dass die letztere von sämmtlichen vier vorerwähnten Flüssen zusammen genommen nicht ausreichen wird, um das für den Betrieb des Kanals nöthige Wasser zu liefern.

Auch wird das Wasser dieser Flüsse bei Niedrig- und Mittelwasserständen so dringend für andere wirtschaftliche Zwecke benutzt, dass es meines Erachtens ausgeschlossen erscheint, bei diesen Wasserständen den benannten Flüssen Wasser zu entziehen. Nur bei Wasserständen, die über Mittelwasser hinausgehen, wird es zulässig sein, einen Theil der Gewässer für Kanalzwecke zu verwenden.

Es wird daher nichts weiter übrig bleiben, als das Wasser für den Kanal bei Niedrigwasser-Zeiten aus der Weser und der Leine zu entnehmen, abgesehen von sonstigen kleineren Bächen, welche nur unbedeutende Wassermengen liefern werden.

Die Niedrigwassermengen der Weser betragen etwa 38 cbm, die der Leine etwa 10 cbm. Das Wasser der Leine wird vielfach für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke benutzt, man wird daher die Wasserentziehung auch aus diesem Flusse auf das nothwendigste Mass einschränken müssen.

Es verbleibt somit als der Hauptsammler, aus welchem man Wasser ohne Nachtheil für die Schifffahrt und die Anlieger entnehmen kann, nur die Weser.

Daher erscheint es mir zweckmässig, an diese die bedeutendste Speise-Anlage für den Kanal zu verlegen.

* * *

Ich erwähnte, dass es zweckmässig sein würde, um die für die Fortbewegung der grossen Kanalschiffe nöthige Tiefe auch am Fusse des Hebewerkes zu schaffen, ein Wehr dortselbst anzulegen. Dieses Wehr dürfte nun in erster Linie auch für die Wasserhebungsanlage in der Weser nutzbar zu machen sein.

Die örtlichen Verhältnisse werden es gestatten, das niedrigste Wasser der Weser um etwa 2 m aufzustauen. Dadurch wird zwischen dem gestauten Oberwasser am Wehr und dem Unterwasser daselbst ein Gefälle des Wassers geschaffen, welches als Betriebskraft nützlich Verwendung finden kann. Es ist daher gedacht, neben dem Wehr eine Turbinenanlage zu schaffen, welche durch die abfliessenden Wasser der Weser getrieben wird.

Diese Turbinen sollen wieder die Kraft liefern, mit welcher das Wasser durch eine besondere Pumpenanlage in den Kanal gepumpt wird.

Bei Niedrig-Wasserständen der Weser wird die verfügbare Wasserkraft ausreichen, um etwa 4 cbm Wasser pro Sekunde aus der Weser in den Kanal zu pumpen.

Entzieht man daneben erforderlichen Falles noch der Leine etwa 1 cbm Wasser, so dürfte damit die Versorgung der Scheitelhaltung des Kanals mit Betriebs- und Speisewasser auch bei niedrigsten Wasserständen gesichert sein.

Bei steigendem Wasser der Weser nimmt das Gefälle des Wassers an dem gedachten Wehr ab und die Betriebskraft vermindert sich, da man nicht wohl die Durchflussquerschnitte der Turbine in gleichem Masse wie das Wasser steigt, vergrössern kann.

Mit abnehmender Betriebskraft vermindert sich aber auch die Menge des Wassers, welche in den Kanal gehoben werden kann. Daher wird es nothwendig, in diesem Falle andere Hilfsquellen heranzuziehen.

Nun dürfte augenscheinlich sein, dass zu der Zeit, wo die Weser besonders hohe Wasserstände aufweist, auch die übrigen vom Kanal berührten Flüsse aussergewöhnlich grosse Wassermengen abführen werden.

Es wird daher nichts entgegenstehen, in den gedachten Zeiten auch Wasser beispielsweise aus der Oker und Aller zu entnehmen.

Um dieses zu ermöglichen, sind, wie ich dies bereits bemerkte, besondere Zubringer-Kanäle auszubauen.

Nun liegen die Verhältnisse so günstig, dass diese Zubringer als schiffbare Kanäle ausgebildet werden können, deren Anlage als wichtige Nebenkanäle ohnedies erwünscht ist.

Es werden daher Kosten für die Anlage besonderer Zubringer nur in geringem Umfange erwachsen.

Schliesslich ist noch hervorzuheben, dass neben den seitlichen Zubringern stellenweise noch eine nicht unerhebliche Speisung aus Grundwasser bei dem Kanal zu erwarten steht.

Die geschilderte lange Scheitelhaltung macht es möglich, sämtliche vorerwähnten Hauptzuflüsse in einer Haltung zu vereinigen und dadurch je nach Bedürfniss die Wasserzuführung auf weite Strecken hin regeln zu können.

* * *

Man wird aus dem Vorgetragenen entnehmen können, dass die Gefahr eines Mangels an Betriebs-Wasser bei dem Mittellandkanal nicht vorliegt und dass voraussichtlich die den Betrieb auf den grössten französischen Kanälen so sehr vertheuernden kostspieligen, besonderen Anlagen zur Speisung des Kanals hier bei dem 331 km langen Kanal nur verhältnissmässig geringe Aufwendungen werden erforderlich machen.

* * *

Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, Ihnen irgend welche sicheren Angaben über die Kosten zu machen, welche der Bau des Mittellandkanals verursachen wird, da das Projekt noch in der Ausführung begriffen ist.

Dennoch möchte ich nicht unterlassen, die Frage der Rentabilität des Kanals hier zu berühren, da ich glaube, dass schon die dargelegte Lage einen gewissen Anhalt zur Beantwortung dieser Frage darbietet.

Ich unterlasse es hier, auf die schon so häufig erörterte Vergleichung der Tarife für Eisenbahnen und Schiffstrassen einzugehen, greife vielmehr zurück auf das Ergebniss des Schiffahrtbetriebes einer der bestehenden Verbindungsstrassen zwischen der Oder und der Elbe.

Dieselbe beginnt mit dem Finow-Kanal an der Oder bei Hohensaathen und verfolgt den ersteren bis zum Orte Liebenwalde.

Von hier gelangt man zunächst dem Malzer- und dann dem Oranien-Kanal folgend zur Havel bei Finow.

Von dort ist die Havel zu verfolgen, bis man über Spandau durch die Havel-Seen nach Sacrow kommt.

Von hier aus ist der Sacrow-Paretzer Kanal zu passiren. Von Paretz verfolgt man wiederum die Havel bis durch den Plauer See nach Brandenburg und

tritt unweit Plaue ein in den Plauer und Ihle-Kanal, durch welchen bei Niegripp die Elbe erreicht wird.

Die vorgeschilderte Wasserstrasse umfasst eine Länge von 230 km und enthält innerhalb dieser Strecke 25 Schleusen.

Will man zur Unterelbe, so kann man von Brandenburg ab die Havel über Rathenow bis nach Havelberg hinunterfahren.

In diesem Fall sind 4 Schleusen weniger zu passiren als in der zuerst vorggeführten Wasserstrasse zwischen der Oder und der Elbe bei Niegripp.

Nach Massgabe des Seitens des Königlichen Wasserbau-Inspektors Sympher bei Gelegenheit des Internationalen Binnenschiffahrt-Kongresses erstatteten Nachweis über die Abgaben auf deutschen Wasserstrassen haben in den 10 Jahren von 1881 bis 1890 die jährlichen Ausgaben für die Unterhaltung und Verwaltung der Wasserstrasse, sowie für die Erhebung der Abgaben für die vorbezeichneten Kanalstrecken, einschliesslich der Strecke der Havel von dem Finow-Kanal bis zur Mecklenburgischen Grenze, betragen:

395 000 Mk.

für eine Wasserstrassenlänge von 454 km mit 34 Schleusen.

Die Schiffahrts-Einnahmen haben dagegen betragen 536 000 Mk.,

sodass bei diesen Kanälen sich ein Ueberschuss der Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben von

536 000 — 395 000 Mk. = 141 000 Mk.

oder pro km Wasserstrasse von

$\frac{141\,000}{434} = 322,6 \text{ Mk. ergibt.}$

Vergleicht man nun die Lage der vorgeschilderten Wasserstrasse von der Oder zur Elbe zwischen Hohensaathen und Niegripp mit der gedachten Lage des Mittelland-Kanals, so ist auf folgendes aufmerksam zu machen:

1. In der Verbindungsstrasse der Elbe und Oder unter Benutzung des Finow-Kanals und des Ihle-Plaue-Kanals sind bei einer Länge von 230 km 25 Schleusen vorhanden, während in der gedachten Schiffahrtsstrasse von dem Kohlenrevier bei Dortmund bis zur Elbe bei Heinrichsberg auf eine Länge von rd. 435 km nur 7 Schleusen und 2 Hebewerke zu passiren sind.

2. Die Wasserstrasse Hohensaathen-Spandau kann nur mit Schiffen von einer durchschnittlichen Tragkraft von 175 Tonnen und in der Strecke von Spandau bis Niegripp mit Schiffen von 350 Tonnen Tragfähigkeit befahren werden, während der geplante Mittelland-Kanal in seiner ganzen Erstreckung die Durchfahrt von Schiffen mit 600 Tonnen Tragfähigkeit gestatten wird.

3. In Rücksicht auf die erhebliche Anzahl Schleusen in dem grössten Theil der Schiffahrtsstrasse Oder-Elbe, welche namentlich in dem Finow-Kanal in sehr kurzen Abständen aufeinanderfolgen, kann zur Beförderung der Schiffe nur Pferde- und Menschenkraft benutzt werden, während auf dem Mittelland-Kanal die wenigen Schleusen der Dampfschleppschiffahrt keine Hindernisse bieten, vielmehr eine Ausnutzung der Dampfschiffahrt auf dem Kanal ermöglicht, wie bisher auf keinem anderen Kanal.

4. Das geplante grosse Profil des Mittelland-Kanals gestattet die ungestörte Kreuzung von zwei grossen Schiffen auf dem Kanal, ohne eine wesentliche Verzögerung der Fahrgeschwindigkeit eintreten zu lassen, während die kleineren Profile der Eingangs geschilderten Wasserstrassen eine Verminderung der Fahrgeschwindigkeit bei der Kreuzung zweier Schiffe bedingen.

5. Der Finow-Kanal vermittelt den Verkehr nur aus dem Norden und Osten nach der Elbe, daneben besteht zur Ueberführung der Produkte aus Schlesien nach

der Elbe noch der Oder-Spree-Kanal, während der Mittelland-Kanal den Verkehr von dem gesammten Westen und Süden des deutschen Vaterlandes nach dem Osten und umgekehrt vermitteln soll.

Betrachtet man die vorgeschilderten Verhältnisse, so dürfte es ausser Zweifel gezogen werden, dass wenn schon die Betriebsergebnisse der Hohensaathen-Niegripper-Wasserstrasse aus den Schiffsabgaben einen Ueberschuss über die zur Unterhaltung und Verwaltung dieser Wasserstrasse staatlicherseits aufgewendeten jährlichen ordentlichen Ausgaben liefern, die Schiffsahrt auf dem Mittelland-Kanal die Unterhaltungs- und Verwaltungskosten desselben wird decken können, ja für mich ist es zweifellos, dass die Schiffsabgaben so hoch normirt werden können, dass ohne Schädigung der Schiffsahrt und Verminderung der Konkurrenzfähigkeit derselben gegenüber der Eisenbahn die Kosten der Anlage des Mittelland-Kanals in angemessener Weise verzinst und amortisirt werden.

Kleine Mittheilungen.

Die Beförderung von Bijouteriewaaren auf den deutschen Eisenbahnen war bekanntlich seit dem Inkrafttreten des neuen Eisenbahn-Güter-Tarifes am 1. Januar d. J. so gut wie ausgeschlossen, da die Edelmetallwaaren nur als Eilgut zugelassen wurden, und zwar unter solchen Bedingungen (Wagenladungsfracht, Mitgabe eines Begleiters u. s. w.), dass in Wirklichkeit deren Versendung unmöglich war. Die Pforzheimer Handelskammer sah sich deshalb veranlasst, in ganz energischer Weise bei den zuständigen Behörden dieserhalb vorstellig zu werden, und hat es jetzt auch, unter Unterstützung der bei dieser Frage interessirten Körperschaften, glücklich durchgesetzt, dass der Verband der deutschen Eisenbahnverwaltungen in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung, zu welcher als Sachverständige die Herren H. Gesell und C. W. Meier aus Pforzheim hinzugezogen waren, eine Aenderung der deutschen Verkehrs-Ordnung im Sinne der Pforzheimer Kammer beschlossen hat. Auf Grund der neuen Bestimmungen ist nunmehr in dem bezüglichen Eisenbahn-Verkehr folgendes zu beachten:

1. Beförderung von Edelmetallwaaren als Fracht- und Eilgut.

Sollen Waaren aus Gold, Silber und Platina, auch in Verbindung mit Edelsteinen und echten Perlen, neu oder gebraucht, auf den deutschen Eisenbahnen als Fracht- oder Eilgut versandt werden, so müssen dieselben als solche im Frachtbrieftausdrücke bezeichnet werden. Die Angabe eines Werthes, welchen die Eisenbahnverwaltung im Verlustfalle als Entschädigung zu zahlen hat, ist im Betrage bis zu 500 Mk. zulässig und hat in der Spalte „Inhalt“ zu geschehen. Güter mit einem höheren effektiven Werthe als 500 Mark werden zur Beförderung zugelassen, dürfen aber nicht höher deklariert werden, denn Güter, welche mit einer höheren Werthangabe als von 500 Mark aufgegeben werden, können nur als Eilgüter und unter so erschwerenden Bedingungen (Wagenladungsfracht, Mitgabe eines Begleiters u. s. w.) befördert werden, dass ihre Versendung praktisch undurchführbar ist. Eine Versicherungsgebühr für den angegebenen Werth wird nicht erhoben.

Vorstehende Bestimmungen sind am 15. April d. J. in Kraft getreten.

2. Beförderung von Edelmetallwaaren als Gepäck.

Werden Edelmetallwaaren als Gepäck befördert, so muss der Aufgeber der fest zu verschliessenden Gepäckstücke den Inhalt und den Werth (im zulässigen Höchstbetrage von 500 Mark) dem Annahmebeamten, behufs Vermerkung im Gepäckscheine, mündlich angeben. Die Angabe eines höheren Werthes als 500 Mark ist un-

zulässig, wenngleich die Beförderung der Güter von einem höheren effektiven Werthe gestattet ist. Eine Versicherungsgebühr wird nicht erhoben.

Das Inkraftsetzen dieser Bestimmungen bleibt den einzelnen Eisenbahnen überlassen, ist jedoch in aller nächster Zeit in ganz Deutschland zu erwarten.

Nach einer Mittheilung des Herrn Reichskanzlers ist das ungarische Gesetz über die Tilgung der ansteckenden Lungenseuche der Rinder (kundgemacht als Gesetz-Artikel II in der Landesgesetzesammlung am 1. März d. J.) in sämtlichen Ländern der ungarischen Krone am 1. März d. J. in Kraft getreten und damit die Voraussetzung der Ziffer 4 des Schlussprotokolls zu dem Viehseuchenübereinkommen vom 6. Dezember 1891 (R.-G.-Blatt 1892 S. 90) eingetreten.

Mit Rücksicht jedoch auf die in den ersten Wochen des laufenden Jahres in zahlreichen Fällen erfolgte Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus Oesterreich-Ungarn nach Deutschland bleiben gleichwohl die Vorschriften einstweilen in Geltung, welche in No. 2 de 1893 dieser Zeitschrift enthalten sind.

Nachstehend bringen wir das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund des Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, zur Kenntniss:

A. Oesterreich.

Böhmen.

- I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Asch, Eger, Plan, Graslitz, Tepl, Kralowitz, Horowitz, Rakonitz, Podersam, Kaaden, Joachimsthal, Falkenau, Karlsbad und Luditz.
- II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Laun.
- IV. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Starckenbach, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Neustadt, Senftenberg, Reichenau, Königgrätz, Königinhof und Neu-Bydtschow.
- VI. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Tabor, Pilgram, Neuhaus, Wittingau, Kaplitz, Krumau, Prachatitz, Budweis und Moldauthein.
- VII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Schüttenhofen, Klattau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Mies, Pilsen, Blatna, Mühlhausen, Pisek, Strakonitz und Prestitz.
- VIII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Pribam, Smichow, Karolinenthal, Böhmisches Brod, Kolin, Kutteneberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Mähren.

- I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Datschitz, Iglau, Neustadt, Boskowitz, Gross-Meseritsch, Trebitsch, Brünn, Kromau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau und Znaim.
- II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holleschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.
- III. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Olmütz, Sternberg, Littau, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Hohenstadt, Schönberg, Wallachisch-Meseritsch, Weisskirchen, Neutitschein und Misteck, ferner die Stadt Olmütz.

Oberösterreich.

Die Bezirkshauptmannschaften: Rohrbach, Freistadt, Perg, Linz, Schärding, Wels, Steyr, Kirchdorf, Gmunden, Vöcklabruck, Braunau und Ried, ferner die Städte Linz und Steyr.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, ferner die Stadt Schemnitz.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 5.

Braunschweig, Mai-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. C. 5. — 3210/93.

Bekanntmachung.

Von dem K. u. K. Oesterreich-Ungarischen General-Konsulat in Berlin sind wir ersucht, die Interessenten unseres Bezirkes darauf aufmerksam zu machen, dass am 28. und 29. August d. J. der XXI. Internationale Getreide- und Saatenmarkt in Wien abgehalten werden wird.

Braunschweig, 18. Mai 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. A. I. 1. — 3211/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass an unserer Amtsstelle über Schwindelfirmen in den Niederlanden Auskunft ertheilt werden kann.

Braunschweig, 18. Mai 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

XIII. Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum

Braunschweig,

15. Mai 1893, Vormittags 11 Uhr.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Vorsitzender; Dr. jur. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender; Albert Natalis, Fabrikant; Louis Gerloff, Kaufmann; Albert Lemmer, Ingenieur; Justus Leo, Kaufmann; Otto Lüttge, Kaufmann; Albert Störig, Kaufmann; M. Gutkind, Bankier; sämtlich aus Braunschweig; Ballin-Gandersheim, Stadtrath; Barnewitz-Wolfenbüttel, Fabrikant; Corres-Blankenburg, Kaufmann; Dorguth-Helmstedt, Kaufmann; Haffner-Wolfenbüttel, Kaufmann; Lundberg-Delligsen, Generaldirektor; Schäffer-

Schöningen, Fabrikant; Schmidt-Helmstedt, Fabrikant; Willeke-Königsutter, Stadtrath; Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus; Dr. Müller, Assistent. Entschuldigt fehlen die Herren: Schruff-Blankenburg, Direktor; Liebold-Holzminden, Fabrikant; Rehn-Holzminden, Kaufmann; Dr. Pfeiffer-Wendessen, Direktor; Strümpell-Schöppenstedt, Kaufmann.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst zunächst das neugewählte Mitglied Herrn Bankier Gutkind, welcher am Erscheinen in der Sitzung vom 17. April verhindert war. Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Aus dem Geschäftsbericht des Syndikus ist Folgendes hervorzuheben: Während der Berichtszeit, also seit dem 4. März d. J., weist das Tagebuch 2024 Nummern auf, nämlich 800 Eingänge und 1224 Ausgänge. Dies ergiebt einen Umschlag von 809 Aus- und Eingängen pro Monat oder 27 pro Tag.

Von den Eingängen wurden erledigt: 5 in der Plenarversammlung vom 17. April, 7 im Geschäftsausschuss, 3 im Ausschuss für Verkehrswesen, 3 im Ausschuss für Gewerbewesen II. (f. Handel und Kleingewerbe), 762 durch den Vorsitzenden und das Bureau; die übrigen blieben unerledigt. Es fanden Sitzungen statt: 3 des Geschäftsausschusses, je 1 der Ausschüsse für Verkehrswesen und Gewerbewesen und der Mitglieder aus der Stadt Braunschweig. Ursprungszeugnisse wurden ausgestellt 141, und zwar 13 für Italien, 4 für Griechenland, 2 für Spanien, 121 für die Schweiz, 1 für Belgien. Hiervon betreffen 21 die chemische Industrie, 18 die Eisen- und Metall-Industrie, 5 die Fabrikation von Gummiwaaren, 74 die Herstellung von Wurst- und Fleischwaaren, 2 die Herstellung von Apparaten und Instrumenten, 1 Musikalien und Bücher, 10 die Tapetenfabrikation, 3 die Fabrikation von Buchskins und Tüchern, 1 Drogenwaaren, 1 Porzellan und Glas, 3 Braunschweiger Mumme, 1 die Pianofortefabrikation, 1 die Konserven-Industrie.

Die neugewählten Ausschüsse haben sich konstituiert und bereits Sitzungen abgehalten. Der Jahresbericht Theil I. ist im Rohdruck fertig gestellt und ist sämtlichen Mitgliedern der Kammer zwecks Erhebung etwaiger Ausstellungen übermittelt: der Druck wird zum gleichen Behufe auf etwa 8 Tage zurückgestellt. Die Beschlüsse der letzten Plenarversammlung sind mit einer Ausnahme erledigt. Der Vorsitzende hat keine Veranlassung gefunden, von der ihm ertheilten Ermächtigung zur öffentlichen Kennzeichnung der handelspolitischen Stellung der Kammer Gebrauch zu machen, da insbesondere die Handelsvertragsverhandlungen mit Russland, soweit sie bekannt geworden, nicht weiter gediehen sind. Auf die Eingabe der Handelskammer Halberstadt (siehe März-Nummer der Monats-

schrift für Handel und Industrie) betreffend Abänderung der Verkehrsordnung, welche die diesseitige Kammer unterstützt hatte, ist ein Bescheid des Preussischen Ministers der Oeffentlichen Arbeiten dahin ergangen, dass die gewünschte Möglichkeit einer Umkartirung schon unterwegs befindlicher Frachtsendungen Seitens der Empfangsstation durch die neuen Bestimmungen nicht beseitigt worden sei; man möge sich im Weigerungsfalle über die einzelnen Stationen beschweren. Der Antrag auf Einführung dünnerer Frachtbrief-Duplikate sei in Erwägung gezogen. — Seit dem 1. Mai d. J. ist Herr Dr. phil. Anton Müller, Kgl. preuss. Gymnasiallehrer, auf sein Ansuchen zur Einarbeitung in die Geschäftsführung der Handelskammer zugelassen und als Assistent des Syndikus bestellt worden.

Der Geschäftsbericht wird genehmigt.

2. Platzkarten für die Blitzzüge.

Referent: Herr Gerloff.

Der Handelsverein in Hameln hat an die Kammer unterm 19. April d. J. eine ausführliche Eingabe gerichtet, in welcher er auf die Ungleichmässigkeiten hinweist, welche aus Erhebung des gleichen Zuschlages von 2 Mark für Benutzung der Blitzzüge über Hildesheim für alle Theilstrecken sich ergeben hätten. Es komme für den Ort Hameln der Umstand erschwerend hinzu, dass auf der Strecke Paderborn-Hildesheim überhaupt andere Schnellzüge nicht verkehrten und man daselbst z. B. auch für den Anschluss nach Leipzig auf Benutzung der Blitzzüge angewiesen sei. Der Handelsverein bittet eine auf Abstellung des Platzzuschlages gerichtete Eingabe an den Preussischen Minister der Oeffentlichen Arbeiten zu unterstützen.

Referent beantragt, nach Vorberathung der Angelegenheit im Ausschusse für Verkehrswesen, das Ansinnen des Handelsvereins zu Hameln abzulehnen. Es erscheine durchaus gerechtfertigt, dass der Fiskus diese Blitzzüge, welche für den grossen Durchgangsverkehr bestimmt seien, dem Lokalverkehr durch Ansetzung eines verhältnissmässig hohen Zuschlages zu entziehen suche. Auch sei weiterhin der erhöhte Fahrpreis der grösseren Bequemlichkeit der Einrichtung dieser Züge angemessen.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

8. Unwesen in Handel und Gewerbe.

Referent: Herr Leo.

Das sogenannte Unwesen in Handel und Gewerbe hat in letzter Zeit derart zugenommen, dass sich an anderen Orten nicht nur besondere Vereine zu seiner Bekämpfung gebildet haben, sondern insbesondere auch den Handelskörperschaften die Verpflichtung zu energischem Vorgehen gegen dasselbe erwächst. Die diesseitige Kammer hat sich schon seit längerer Zeit eingehend mit den einschlägigen Fragen beschäftigt. Sie hat seinerzeit wiederholt Untersuchungen über den Stand des Hausirgewerbes und das Detailreisen angestellt und die Ergebnisse derselben dem Herzoglichen Staats-Ministerium mit verschiedenen Anträgen unterbreitet. Leider ist denselben bisher nicht stattgegeben worden obgleich sie in der Hauptsache lediglich um eine schärfere Handhabung der Verwaltungspraxis bemüht wären. Sodann hat die Kammer sich bemüht, den Erlass von Bestimmungen über die Firmirung der nicht in das Handelsregister eingetragenen Handelsleute durchzusetzen. Neuerdings hat sie ihr Augenmerk auf die bei den Ausverkäufen immer schärfer zu Tage tretenden Uebelstände gerichtet und ein vom Syndikus zur Regelung dieser Materie ausgearbeitetes Statut dem Ausschusse für Handel und Kleingewerbe zur Berathung überwiesen.

Der kaufmännische Verein „Union“ hat durch einen ausdrücklichen Hinweis auf die an einem Orte bezüglich der Firmirung erlassenen örtlichen Verfügungen

wiederum auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes hingewiesen. Wenn nun auch die Rechtskraft des erwähnten Erlasses durchaus zweifelhaft und deshalb die Herbeiführung eines ähnlichen hierorts nicht ratsam erscheint, so empfiehlt sich doch ein erneutes Eingehen auf derartige Anträge durchaus.

Die Kammer beschliesst deshalb auf Antrag des Referenten:

Den Gewerbeausschuss Abth. II. für Handel und Kleingewerbe mit eingehender Beobachtung aller oben erwähnten Uebelstände und Berathung über deren möglichste Abstellung zu beauftragen;

den Vorstand der Kammer zu ermächtigen, alle Schritte zu thun, welche zu energischer Bekämpfung der bei der Firmirung der Geschäfte zu Tage tretenden Unregelmässigkeiten und Ungesetzmässigkeiten geeignet erscheinen.

4. Lehrlingsheim.

Referent Herr Leo.

Der kaufmännische Verein „Union“ hierselbst hat mit Beginn des Winters 1892 ein Lehrlingsheim errichtet. Die Kammer hatte sich ursprünglich der Idee einer Beschäftigung der Lehrlinge an den freien Sonntagen abgeneigt gezeigt, insofern nach dieser Richtung hin ein Zwang ausgeübt werden sollte. Nachdem jedoch die „Union“ den Grundsatz der Freiwilligkeit der Theilnahme und der Zwanglosigkeit der Zusammenkünfte angenommen hatte, trug die Kammer kein Bedenken, das Unternehmen durch direkte Empfehlung bei den Prinzipalen nach Möglichkeit zu fördern. Das Lehrlingsheim hat sich nun vortrefflich entwickelt und besteht zur Freude aller Theilnehmenden. Dem Verein „Union“ sind jedoch, zumal durch die erste Einrichtung, sehr bedeutende Kosten erwachsen.

Die Kammer beschliesst auf Antrag des Referenten, zur Deckung der Kosten des Lehrlingsheims einen einmaligen Beitrag von 300 Mk. zu bewilligen, übrigens dabei dem Vorstande der Union zur Erwägung anheimzugeben, ob nicht künftighin die entstehenden Kosten durch Umlage auf die theilnehmenden Firmen aufzubringen seien.

5. Schutz der Waarenzeichen.

Referent: Herr Ingenieur Lemmer.

Die Firma C. Wittekop & Co. hat der Kammer eine Eingabe des Verbandes deutscher Schokoladen-Fabrikanten, betreffend den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Waarenbezeichnungen, an den Reichstag mit der Bitte um Unterstützung derselben übermittelt. Die Kammer hat bereits unterm 1. Dezember 1892 eine ausführliche Denkschrift über diesen Gegenstand dem Herrn Reichskanzler unterbreitet. Nach den daselbst ausgesprochenen Grundsätzen und aus allgemeinen Erwägungen hält Referent es für angemessen, nur einen Theil der von den Schokoladen-Fabrikanten eingebrachten Anträge zu unterstützen, die übrigen dagegen abzulehnen.

Die Kammer beschliesst demgemäss zu beantragen, dass der Entwurf dahin abgeändert werde, dass „derjenige, welcher Waaren oder deren Verpackung oder Umbüllung oder Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Ankündigungen, Rechnungen oder dergleichen mit einer Bezeichnung versieht, die geeignet ist, den Irrthum zu erregen, dass die Waare nach Massgabe dieses Gesetzes geschützt sei, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft werde“.

Dagegen wird der Antrag, dass die Anbringung von fingirten Ausstellungsmedaillen oder Hofprädicaten strafbar gemacht werden solle, mit der Begründung abgelehnt, dass ein derartiges Gebahren nach Lage der Sache entweder überhaupt nicht getroffen werden könne, oder aber den bereits bestehenden Strafbestimmungen unterliegen werde.

Desgleichen werden die übrigen Anträge des Verbandes als zu weitgehend abgelehnt.

6. Weltausstellung in Antwerpen 1894.

Referent: Herr Generaldirektor Lundberg.

Der Vorstand der Ortsgruppe des allgemeinen deutschen Verbandes zu Antwerpen hat an verschiedene Grossfirmen des Bezirkes ein Umschreiben gerichtet, in welchem er auf die Wichtigkeit der Beschickung der im Jahre 1894 zu Antwerpen zu veranstaltenden Weltausstellung, zumal im Hinblick auf die bedeutende Ausfuhr Deutschlands nach Belgien und die starke Konkurrenz Frankreichs, aufmerksam macht und für rege Beschickung der Ausstellung einzutreten bittet. Die bezügl. Anträge sind von den Empfängern der Kammer übergeben worden.

In der Debatte gewinnt die Meinung Oberhand, dass man nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch speziell im diesseitigen Bezirke ausstellungsmüde sei. Die Bethheiligung an der Ausstellung in Chicago sei zum grössten Theile der eifrigen Thätigkeit des Reichskommissars zuzuschreiben.

Die Kammer beschliesst, der Ortsgruppe des deutschen Verbandes in diesem Sinne zu erwidern, indessen eine event. Befragung der Industriellen und Aufnahme einer direkt fördernden Thätigkeit in Aussicht zu stellen, falls die Ortsgruppe das ausdrücklich wünschen sollte.

7. Begründung eines Braunschweigischen Vereins für Dampfkessel-Revisionen.

Referent: Der Vorsitzende.

In der bekannten Angelegenheit der Begründung eines Braunschweigischen Vereins für Dampfkessel-Revisionen liegen nunmehr die Ergebnisse der bei den Betheiligten veranstalteten Umfrage vor. Von den 276 Firmen, welche geantwortet haben (von 529 ist die Antwort noch rückständig), haben 205 Firmen mit 396 Dampfkesseln ihre Bereitwilligkeit zur Bethheiligung an einem Braunschweigischen Vereine erklärt. Nur 62 Firmen haben sich ablehnend ausgesprochen.

Die Kammer beschliesst nunmehr, die Dampfkesselbesitzer zu einer Versammlung zwecks Begründung des qu. Vereins einzuladen, nach Konstituierung des Vereins aber ihre Thätigkeit in dieser Angelegenheit für beendet zu erklären.

8. Amtliches Waarenverzeichniss zum Zoll-Tarif. Position „Wein“.

Referent: Herr Natalis.

Bereits im Vorjahre hat die Firma C. R. Singelmann in Schöppenstedt eine Eingabe an die Kammer gerichtet, in welcher sie der Befürchtung Ausdruck gab, dass die Reichsregierung unter die Bestimmungen zur Ausführung des Weingesetzes auch diejenige aufnehmen könnte, dass all die ausländischen Weine, welche mehr als 17 Volumenprocente Alkohol enthalten, als Brantwein bezw. Liköre verzollt werden müssten, also von dem Zollsatz für Naturweine ausgeschlossen würden. Letzterer beläuft sich auf 10 bezw. 20 bezw. 24 Mk., während ersterer 180 Mk. pro 100 Kilo beträgt. Durch eine solche Abgrenzung würde eine Anzahl Weinsorten getroffen, welche entschieden als Naturweine zu bezeichnen seien, so z. B. Sherry mit 18 und 19, Muscateller mit 18 und 19, Madeira mit 18 und 19, verschiedene Dessertweine mit 17 bis 20 Volumenprozent Alkohol. Das würde einfach einem Prohibitivzoll für feine Südweine gleichkommen, da unter diesen nur wenige unter 17 Volumenprozent Alkohol enthielten. Die qu. Bestimmung erscheine gegen Spanien gerichtet; sie sei aber geeignet, das Geschäft in Südweinen schwer zu schädigen. Als Grenze dürften 20 Volumenprozent Alkohol angemessen sein.

Die Kammer legte die Angelegenheit ihrerzeit als verfrüht zurück, weil auf blosse Vermuthungen hin

ein Vorgehen nicht gerechtfertigt erscheine. Als indessen in diesem Jahre der Entwurf eines amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarife veröffentlicht und der Kammer Seitens des Staats-Ministeriums zur Begutachtung zugestellt worden war, ergab sich, dass in der That die Anmerkung 1 zu Position „Wein“ die gefürchtete Bestimmung enthielt. Die Kammer übersandte die Angelegenheit Interessenten der Branche, insbesondere auch der Firma C. R. Singelmann zur Begutachtung. Nachdem unterdessen auch die Handelskammer Würzburg und die Seeeinfuhrplätze Hamburg und Bremen in gleicher Richtung vorgegangen sind, hat der Ausschuss für Zollwesen beschlossen, der Kammer ein Vorgehen im Sinne der Singelmann'schen Anträge zu empfehlen.

Die Kammer beschliesst, die Angelegenheit in ausführlicher Darlegung dem Staats-Ministerium zur Befürwortung beim Bundesrathe zu unterbreiten.

9. Börsenkommissar.

Referent: Der Vorsitzende.

Durch § 1 des durch Reskript des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 21. Februar 1893 genehmigten Statuts der „Getreidebörse zu Braunschweig“ ist der Kammer die Aufsichtsführung über die Börse übertragen; durch § 6 al. 3 a. a. O. sind Einzelbestimmungen bezüglich derselben erlassen.

Die Kammer beschliesst, eines ihrer Mitglieder in Ausübung der ihr zustehenden Rechte mit dem Amte eines Börsenkommissars zu betrauen. Es wird hierzu Herr Louis Gerloff berufen.

10. Haushaltsplan der Getreidebörse.

Referent: Der Vorsitzende.

Der § 6 al. 3 des Statuts der Getreidebörse legt der Kammer die Verpflichtung auf, den Haushaltsplan der Börse für das laufende Kalenderjahr zu genehmigen. Der Etat ist nach der Genehmigung an der Börse zu veröffentlichen.

Für das Jahr 1893 stellt sich derselbe wie folgt:

Einnahme.	Ausgabe.
Mitgliederkarten-Konto, 100 Karten à 6 Mk. . 600 Mk.	Miethe 500 Mk.
Jahres-Karten-Konto, 30 Karten à 4 Mk. . 120 „	Telephon . . . 150 „
Tageskarten-Konto, 400 Karten à 25 Pf. . . 100 „	Portier 145 „
Börsenbericht . 100 -	Heizung 50 „
	Drucksachen und div. Unkosten 75 „
Summa 920 Mk.	Summa 920 Mk.

Die Kammer beschliesst, den Haushaltsplan in der vorgelegten Fassung zu genehmigen.

12. Sachverständiger Beirath beim Abschlusse von Handelsverträgen.

Referent: Der Syndikus.

In den massgebenden Kreisen von Handel und Industrie ist ganz allgemein die Ansicht verbreitet, dass bisher bei dem Abschluss von Handelsverträgen die Föhrung zwischen der Reichsregierung und den hierbei in erster Linie betheiligten Gewerbetreibenden nicht eng genug gewesen ist; ebenso allgemein wird an diese Erkenntniss der Wunsch geknüpft, dass Mittel und Wege gefunden werden mögen, um in Zukunft bei ähnlichen Gelegenheiten die Ansichten und Wünsche von Handel und Industrie in der Art zur Kenntniss der Reichsregierung zu bringen, dass dieselben beim Abschluss von Handelsverträgen die gebührende Berücksichtigung finden können.

Um dem hier geschilderten Bedürfnisse entgegen zu kommen, hat der Ausschuss des Deutschen Handelstages in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Bureau des Handelstages thunlichst zu einer Zentralstelle auszugestalten, bei welcher die Mitglieder fortlaufend alle Beschwerden und Wünsche hinsichtlich der deutschen und fremden Zolltarife unter eingehender Begründung einreichen können. Der Ausschuss hofft auf diese Weise in ruhigen Zeiten und ohne Ueberstürzung ein reiches Material gewinnen zu können, welches jeder Zeit greifbar ist und im geeigneten Augenblick den Reichsvertretern bei Unterhandlungen mit andern Mächten zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Ausführung des Planes ist in der Weise gedacht, dass die Mitglieder des Handelstages zunächst für diejenigen einzelnen Industriezweige, welche innerhalb ihres Bezirkes produktiv oder distributiv in hervorragendem Umfange thätig sind, Sachverständige bezeichnen, welche gewillt sind, sich der zu beanspruchenden fortlaufenden Thätigkeit zu unterziehen. Diesen Sachverständigen wären zuvörderst diejenigen Positionen des Zolltarifs, welche in ihren Wirkungskreis fallen, zur Aufstellung eines besonderen Fragebogens zu überweisen, welche sodann Seitens des Handelstages an diejenigen Mitglieder desselben versandt werden würden, in deren Bezirk die Erzeugung oder der Handel sich in erheblicher Weise mit dem betreffenden Artikel befasst. Die ausgefüllten Fragebogen würden demnächst an die Sachverständigen zurückgehen, welche ihrerseits das Material zu verarbeiten und das Ergebniss an das Bureau des Deutschen Handelstages zur Sichtung nach den Nummern des Zolltarifs und zur Aufbewahrung einzusenden hätten.

Da, wie erwähnt, dem Bureau auch Seitens der Mitglieder fortlaufend alle Beschwerden und Wünsche hinsichtlich der deutschen oder der fremden Zolltarife zugehen und vor ihrer Einverleibung in das Zollarchiv an die Sachverständigen der betreffenden Tarifposition zum Bericht abgegeben werden würden, so würde das Bureau in fortwährender laufender Berührung mit den Mitgliedern des Handelstages bleiben, das Archiv würde bei jeder Tarifnummer alle im Laufe der Jahre aufgetauchten Beschwerden und Wünsche enthalten und aus demselben könnte im gegebenen Augenblick rasch und zuverlässig die nothwendige Information an die massgebende Behörde gegeben werden.

Das auf diesem Wege gewonnene und beständig auf dem Laufenden zu erhaltende Material soll jedoch nur die Unterlage bilden für die vor Abschluss eines Handelsvertrages zu veranstaltenden Besprechungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Sachverständigen für Handel und Industrie. Auf diese mündlichen Erörterungen der einschlägigen Fragen legt der Ausschuss des Handelstages ein entscheidendes Gewicht und deshalb ist bei der Bezeichnung der Sachverständigen nicht nur darauf zu sehen, dass die betreffenden Herren bereit sind, an einer solchen Besprechung theilzunehmen, sondern es sind auch bei eintretender Aenderung der jeweiligen Lage eines Industriezweiges innerhalb des Bezirkes sofort neue Sachverständige zu ernennen, um dadurch die Sicherheit zu erhalten, stets die unbedingt sachverständigsten Personen der Reichsregierung präsentiren zu können.

Es wird zwar beabsichtigt, auch andere Körperschaften, insbesondere die wirthschaftlichen Vereine und die Berufsgenossenschaften zur Theilnahme an dieser gemeinsamen Arbeit aufzufordern. Der Deutsche Handelstag würde aber immerhin die Grundlage der neuen Organisation bilden. Derselbe will sich, bevor er in dieser Angelegenheit weitere Schritte thut, der arbeitsfreudigen Mitwirkung seiner Mitglieder versichern.

Er hat deshalb an die Kammer die Bitte gerichtet:

1. thunlichst bald mitzuthellen, ob sie bereit sei, ihre Mitwirkung zur Durchführung des bezeichneten Planes zu gewähren,

2. im Bejahungsfalle diejenigen Industriezweige zu benennen, welche innerhalb ihres Bezirkes für diesen Zweck in Betracht kommen, und
3. diejenigen Sachverständigen zu bezeichnen, welche für die einzelnen Industriezweige in der angegebenen Weise thätig zu sein geneigt sind.

Die Kammer beschliesst, sich zur Mitwirkung an der in Aussicht genommenen Arbeit bereit zu erklären und dem Präsidium des Deutschen Handelstages die folgenden Industrie- und Sachverständigen namhaft zu machen:

- für die Zucker-Industrie: Herrn Louis Gerloff von der Firma Vibran & Gerloff hierselbst,
- für die Metall-Industrie: Herrn Ingenieur Albert Lemmer, Inhaber der Firma G. Luther hierselbst, Herrn Fabrikbesitzer Albert Natalis von der Firma Grimme, Natalis & Co. hierselbst,
- für die Konserven-Industrie: Herrn Fabrikbesitzer Barnewitz in Wolfenbüttel,
- für die Wurstfabrikation: Herrn Fabrikbesitzer Himmel von der Firma Denecke & Himmel hierselbst,
- für die Keramische Industrie: Herrn Fabrikbesitzer B. Liebold von der Firma B. Liebold & Co., Holzminden,
- für die Mühlen-Industrie: Herrn Stadtrath Willeke in Königslutter,
- für die Textil-Industrie: Herrn Kaufmann Dr. jur. Herm. Schmidt von der Firma Pfeiffer & Schmidt hierselbst.

Ausserhalb der Tagesordnung wurden noch folgende Beschlüsse gefasst:

13. Eine Eingabe des Verbandes der deutschen Hutfabrikanten auf Abänderung der bestehenden Zollsätze für Hüte — nach Anhörung der hiesigen Interessenten — abzulehnen bezw. zu den Akten zu nehmen.
14. Der Handelsschule zu Braunschweig und Holzminden den bisher bewilligten Zuschuss auch für das Etatsjahr 1893/94 zu bewilligen. Den Zuschuss der Handelsschule zu Königslutter für 1893/94 von 25 auf 30 Mk. zu erhöhen.
15. Den von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg vorgelegten Entwurf der neuen Vorschriften für Zuckerprobezieher dem Geschäftsausschusse zur Behandlung zu überweisen.
16. An Stelle des aus der Handelskammer geschiedenen Bankdirektors Benndorf, Herrn Kaufmann Herm. Schmidt zum Vorsitzenden des Ausschusses zur Verwaltung der Stiftungen zu ernennen.
17. Bei dem Wasserrechtsausschusse für die Westdeutsche Industrie zu Arnberg, welchem die Kammer als Mitglied angehört und in dem sie durch Herrn Generaldirektor Lundberg vertreten ist, über den Stand der Ausarbeitung eines den Interessen der Industrie gerecht werdenden Wasserrechtscodexes anzufragen.

Hierauf geheime Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Aus dem Jahresbericht für 1892.

Der Bericht über die Ergebnisse des Wirthschaftsjahres 1892 muss seinen Ausgangspunkt von einer auffälligen Erscheinung nehmen. Die Ernte ist sowohl in ganz Deutschland, als auch in unserem engeren Bezirke reichlich ausgefallen. Dennoch fehlt selbst in der zweiten Hälfte des Jahres der erfreuliche Aufschwung, welchen die Geschäftslage in Folge dessen hätte erfahren sollen.

Wenn auch hie und da ein Theil des Getreides nicht trocken eingebracht worden ist, so haben es doch im Durchschnitt alle Getreidearten über eine Mittelernte gebracht. Besonders hoch war der Ertrag der Gerste, welche freilich innerhalb des Herzogthums nur in beschränktem Umfange angebaut wird. Die Körnermenge, welche der Roggen ergeben hat, war grösser als in Jahrzehnten vorher. Allerdings sind die Hoffnungen der Landwirthe durch das Sinken der Getreidepreise gedrückt worden, aber die Menge ersetzte an vielen Stellen, was die Ernte durch Preisstand verlor. Dazu kam, dass auch die Ergebnisse des Hackfruchtbaues ausserordentlich reich gewesen sind.

Unser Bezirk ist nur durch die Thätigkeit einzelner Industrie- und Handelszweige mit dem Weltmarkte unmittelbar verbunden; dagegen ist er mit seinem landwirthschaftlichen Hinterlande aufs innigste verknüpft; um so grösser und ursprünglicher müsste der Einfluss sein, welchen der Ernteaussatz auf seine wirthschaftliche Gesamtlage ausübt. Es ist ja richtig, ein grosser Theil unseres natürlichen Absatzgebietes ist uns dank ungünstiger und mangelhafter Eisenbahnverbindungen entrückt; aber dieser Umstand allein, so beklagenswerth er erscheinen mag, kann die Ungunst der heutigen Lage nicht erklären. Ist doch nicht einmal das Weihnachtsgeschäft so günstig abgewickelt worden, wie man dies nach den gemachten Erfahrungen hätte erwarten dürfen. Besondere Welthandelskrisen, Geldkrisen, Industriekrisen, welche ihren umgestaltenden Einfluss bis in unser Land hätten ausdehnen können, sind nicht zu verzeichnen. Die deutsche Wirthschaft selbst hat im Vorjahre offenbar kein Element hervorgebracht, aus dessen Einflüssen sich erklären liesse, was wir heute in vielen der wichtigsten Zweige des Erwerbslebens vor uns sehen: Unlust zur Unternehmung, Rückgang der Umsätze, Verkleinerung des Vorthells.

An die seit mehreren Jahrzehnten chronisch gewordene Kriegsfurcht hat man sich nachgerade gewöhnt; mit ihr rechnet die Geschäftswelt längst, und ihr direkter Einfluss ist verhältnissmässig klein geworden. Auch ist unser Nachbarland Oesterreich-Ungarn, welches ganz unter derselben Kampfbereitschaft zu leiden hat, in der Lage gewesen, nach einem einzigen Ernteerfolge an eine tiefgreifende Besserung seiner Valutaverhältnisse zu gehen: Offenbar doch ein Zeichen beginnender wirthschaftlicher Wohlfahrt. So bleiben uns für die beklagenswerthe Erscheinung unseres Stillstandes oder gar Rückganges nur Gründe, welche in unserer eigenen deutschen Vergangenheit einerseits, in den Fehlern unserer Wirthschaftspolitik andererseits zu finden sind. Wir zählen hierher vor Allem die Unsicherheit unserer inneren politischen Verhältnisse, die Unbeständigkeit der Leitung unserer wirthschaftlichen Angelegenheiten, den Mangel an bestimmten, festen Grundsätzen, auf deren Befolgung hin man sich einrichten könnte. Der Kaufmann und der Industrielle muss angesichts des Wettbewerbes auf dem Weltmarkte wägen und wägen. Mit Erfolg kann er dies jedoch nur, wenn die Basis,

auf der er daheim steht, ohne Wanken und Schwanken ist. Es fehlt heute in der deutschen Geschäftswelt der Glaube an das Vorhandensein einer solchen Grundlage. Und damit kam die Unlust, und es verlor sich der Wagemuth zur Unternehmung.

Wir sind entfernt, behaupten zu wollen, dass das, was sich auf der Bühne unseres öffentlichen Lebens abspielt, jeden Grosshändler und Gewerbetreibenden direkt wirthschaftlich berührt. Der Rückschlag folgt zunächst auf die Kreise des Grosskapitals; vorsichtig halten sich diese zurück; ihr befruchtender Einfluss fehlt, und allmählich nehmen fast alle Erwerbsklassen eine ähnliche Haltung an.

Es ist hier nicht der Ort, auf die einzelnen, einander häufig genug widersprechenden Massregeln hinzuweisen, welche als die Quelle der zu Tage tretenden Unsicherheit bezeichnet werden dürfen. Für die Anschauung der industriellen und der Handelskreise ist unsere Reichsregierung nicht eine wirthschaftliche Regierung im Sinne der Regierungen, z. B. Frankreichs und Englands. Das Studium der englischen Wirthschaftsgeschichte zeigt mit voller Klarheit, wie die englische Weltherrschaft in Handel und Industrie in erster Linie einer weisen und bewussten Wirthschaftspolitik zu danken ist, deren Anfänge weit hinter die Zeit Elisabeths zurückreichen. Der deutsche Kaufmann ist durchaus nicht weniger klug, umsichtig und energisch als der englische. Aber in England hat seit Jahrhunderten die Wohlfahrt der Wirthschaft im Mittelpunkt des Staatsinteresses gestanden. Bei uns dagegen stehen politische Gesichtspunkte überall noch in erster Linie. Man ist erst von dem Augenblick an überhaupt auf die Wirthschaft und ihre Erfolge aufmerksam geworden, als man daran ging, sie als unversiegleiche Steuerquelle zu erkennen und zu benutzen. Dem Ausländer erscheint sie noch heute nicht als Selbst- und Hauptzweck der deutschen Staatsverwaltung, sondern als Mittel zum Zwecke. Dass eine solche Lage der Dinge in der politischen Entwicklungsgeschichte unseres Volkes vielleicht nothwendig begründet ist, sei zugegeben. Dagegen weisen die zu Tage tretenden Uebelstände darauf hin, dass es an der Zeit ist, sich anderen Anschauungen zuzuwenden. Wer über die Ergebnisse der deutschen Volkswirthschaft während der letzten Jahre nachsinnt und, wie dies ja die Aufgabe der Handelskammerberichte ist, das Facit derselben ziehen will, dem drängen sich derlei Erwägungen geradezu auf.

Es ist von vornherein zugegeben, dass die wirthschaftliche Lage des Berichtsjahres unter der Ungunst der jüngsten Vergangenheit zu leiden hatte. Was sie zunächst und zumeist gedrückt hat, das war die Schuldenlast, die, und zwar in erster Linie, vom Vorjahre übernommen worden ist. Gleichzeitig tritt der immer wachsende Mangel an Arbeitsgelegenheit hervor. Hier hat der Staat seine volle Schuldigkeit nicht gethan. Wir sind weit entfernt zu wünschen, dass die Regierungen die Klagen der sozialdemokratischen Agitatoren mit Aufmachung etwa grosser öffentlicher Arbeiten beantworten sollten. Die Arbeitslosigkeit ist meist nur eine zeitlich beschränkte, vorübergehende und ist gewöhnlich an ganz anderen Stellen zu finden, als an denen demagogische Agitation sie zu sehen beliebt. Seitdem aber der Staat einer der grössten, ja der grösste Arbeitgeber geworden ist, seitdem er für seine Institute die Arbeitskraft der Industrie in umfassendem Masse in Anspruch zu nehmen genöthigt ist, liegt ihm die Verpflichtung ob, als ein weiser Regulator die Produktion in gleichmässige und ruhige Bahnen zu leiten. Leider aber ist die staatliche Thätigkeit auf diesem Gebiete ganz andere Wege gegangen. Zu einer Zeit, in welcher Industrie und Handel schon an und für sich in Blüthe standen, in welcher eine rasch aufsteigende Bewegung der Wirthschaft nicht zu verkennen war, hat der Fiskus durch umfangreiche, plötzliche, ja öfters massenhafte Bestellungen eine

Steigerung der Produktion hervorgerufen, welche einen heftigen Rückschlag in demselben Augenblick erfahren musste, in dem das Ausbleiben weiterer Bestellungen das an und für sich eintretende Sinken der Konjunktur unheilvoll beschleunigt hat. Und umgekehrt, lag Handel und Verkehr darnieder, kämpfte die Industrie schwer um ihren Weiterbestand für bessere Tage, da kam ihr nur selten ermunternde Hilfe aus dem fest zusammengezogenen Staatssäckel; im Gegentheil, auch während solcher Perioden ward das schwankende Versuchsfeld der Sozialpolitik weiter angebaud und, zwecks Bewältigung der neuen wortreichen Gesetze, den Kreisen des wirtschaftlichen Erwerbes neben materieller Zuhilfe die Anwendung bedeutender geistiger Kräfte zur Pflicht gemacht. Kurzum, anstatt von einer mässigen und ausgleichenden Einwirkung von oben her, hat die deutsche Wirtschaft im Nachtheile gegen ihre Nachbarn, unter einer stossweisen und ungleichmässig eingreifenden Behandlung zu leiden gehabt.

Stossweise und ohne feste Führung war auch unsere Kolonialpolitik, wenn man anders das, was nach dieser Richtung bisher gethan worden ist, mit diesem Namen belegen darf. Nachdem nicht unbedeutende Kapitalien in Deutsch-Afrika festgelegt sind, hat man sich doch nicht entschliessen können, die nothwendigen Konsequenzen zu ziehen, die erworbenen Landschaften zu schützen und für den einwandernden Handel des Mutterlandes die öffentlichen Vorbedingungen zu schaffen. So haben wir heute noch keine „Kolonien“ im Sinne der übrigen europäischen Staaten, und von einer Ausfuhr nach ihnen kann vorläufig keine Rede sein.

Jedermann weiss, wie Handel und Industrie auf der einen, eine gute Verkehrspolitik auf der anderen Seite sich ergänzen, fördern und befruchten. Wird ein Theil der beiden nothwendig, so giebt es keinen Berufeneren, als den anderen, ihn wieder emporzurichten. Nun geht es der Geschäftswelt heute anerkannt schlecht; verkleinerte Einnahmen der Eisenbahnen etc. sind nur ein Symptom dafür. Anstatt aber nun mit allen Kräften an Erleichterungen des Verkehrs zu gehen, nicht müde zu werden, durch immer neue Vervollkommnungen und Verbesserungen desselben die wirtschaftliche Thätigkeit anzuspornen, durch Frachtermässigungen die Fabrikation und den Transit aus seinen Schmollwinkeln gewissermassen hervorzulocken, — was geschieht? Gerade das Gegentheil: der Verkehr wird in seinen Mitteln beschränkt, vertheuert, zurückgedrängt. Und die Parole der Sparsamkeit, welche der Verkehrsfiskus ausgegeben hat, wird von einem wirtschaftlich nicht geschulten Personal unter allen Umständen festgehalten; jeder sucht es seinem Nachbar in einer gewissen Plusmacherei vorzuthun, und das Publikum wird durch ganze Reihen zwar unbedeutender, aber kleinlicher und deshalb um so übler empfundener Massregeln unlustig gemacht und abgestossen. Man kann sagen, dass in Folge dessen der Eisenbahnfiskus in Deutschland bereits viel ungünstiger Seitens der Geschäftswelt beurtheilt wird, als er es nach Lage der Dinge verdient.

Seitdem der Staat den grössten Theil der öffentlichen Verkehrsmittel in seine eigene Verwaltung genommen hat und damit mitten in die Arena des wirtschaftlichen Wettkampfes eingetreten ist, hätte auch eben diese Verwaltung entsprechend abgeändert werden müssen. Zwischen einer bürokratischen Verwaltung und einem volkswirtschaftlichen verwickelten Betriebe kann ein organischer Zusammenhang niemals gefunden werden. Hat doch unsere treffliche Postverwaltung für nöthig befunden, ihren Beamten von Grund auf eine sachliche Vorbildung zu geben; — und gerade der mindestens ebenso wichtige Eisenbahnbetrieb sollte mit einer rein formalen, ganz vorwiegend juristischen Vorbildung seiner Oberbeamten auskommen können? Dass deshalb auf gewissen sehr wesentlichen Gebieten hauptsächlich die Hauptarbeit entgegen der Absicht der Leitung von den Betriebsbeamten geleistet werden muss,

ist öffentliches Geheimniss. Möchten auch die Bezirks- und Landeseisenbahnräthe aus eigener Initiative auf die hieraus erwachsenden Uebelstände hinzuweisen nicht müde werden!

Es giebt vielleicht kein deutlicheres Anzeichen für die wachsende Missstimmung, welche die wichtigsten Erwerbsklassen gegen die Staatsbahnverwaltung erfüllt, als die immer steigende Antheilnahme, die man allen Bestrebungen zur Schaffung anders gearteter Verkehrswege, insonderheit der Binnenschiffahrtsstrassen, entgegenbringt. Die Bewegung zur Hebung der Fluss- und Kanal-Schiffahrt ist heute vielleicht die wirtschaftlich kräftigste in ganz Deutschland. Der Besuch des V. Internationalen Binnenschiffahrts-Kongresses, an welchem unsere Nation ganz unverhältnissmässig stark betheilt war, legt Zeugnis hierfür ab.

Die ungünstige Geschäftslage des Vorjahres hat ihren Ausdruck aber noch in anderen unerfreulichen Erscheinungen gefunden, welche besonders in unserem engeren Bezirke hervorgetreten sind. Wenn die solide Geschäftswelt zu leiden hat und sich angesichts der unsicheren Lage vorsichtig und rückhaltend zeigt, pflegen die unsoliden Gebahrungen um so rascher hervor zu schiessen. So haben wir denn im Berichtsjahre eine vermehrte Anzahl zum Theil schwindelhafter sogen. „Konkursmassen“-Ausverkäufe in unserer Landeshauptstadt kommen und gehen sehen, und so hat sich auch hier der Handel mit sogen. Ramschwaaren, auf Abzahlung und dergl. und eine unliebsame Schleuderkonkurrenz zum Schaden der alten soliden Platzgeschäfte breit machen dürfen. Wir beklagen lebhaft, dass unsere Gesetzgebung nach der Richtung des unlauteren Wettbewerbes (*Concurrence deloyale*) noch nicht ähnlich ausgebildet ist als die französische, und dass insbesondere auch die Rechtsprechung des Reichsgerichtes auf diesem Felde nur zu formalistisch und nicht rechtsbildend ausgefallen ist, während demgegenüber die Judikatur anderer Länder die Lücken ihrer Gesetzesbestimmungen zu überbauen verstanden hat. Unser Strafrecht reicht an dieser Stelle nicht aus, und die Spezialgesetzgebung lässt selbst in ihren neuesten Anläufen hier noch zu wünschen übrig. Wir verfehlen nicht, an dieser Stelle die Hoffnung auszusprechen, dass unsere Landesregierung nach dem Muster des Vorganges in Oesterreich-Ungarn durch ein besonderes Landesgesetz wenigstens eine straffere Beaufsichtigung des sogenannten Ausverkaufswesens gewährleisten möge.

Wenn wir oben von dem leider immer rascher eintretenden Wechsel des Mangels und der Ueberfülle von Arbeitsgelegenheit gesprochen und es abgelehnt haben, ein augenblickliches staatliches Eingreifen als Korrektur in Vorschlag zu bringen, so sei dem hinzugefügt, dass eine Abhilfe vor Allem an den Stellen am Platze zu sein scheint, an denen die unerfreuliche Erscheinung am schroffsten zu Tage tritt. Während die grossen Plätze und ihre Armeninstitute von Arbeitslosen belagert sind, herrscht auf dem flachen Lande Mangel an den nöthigsten Arbeitskräften. Es scheint durchführbar, dass hier die zunächstbetheiligten Kreise wirksamen Austausch schaffen. Wenn sich, wie auch anderweit vorgeschlagen ist, die ländlichen Gemeinde- und Gutsvorstände rechtzeitig, d. h. vor Beginn der Bestellzeit an die Magistrate resp. Armenverwaltungen der grösseren Städte wenden und hier ihren Bedarf anmelden wollten, so wären letztere in der Lage, durch Nachweis solcher Arbeitsgelegenheiten ihren Schutzbefohlenen zu Hilfe zu kommen resp. die Arbeitswilligen abzuschicken. Es ist unzweifelhaft besser, wenn die öffentlichen Mittel als Reiseunterstützung zur Aufsuchung sich bietender Arbeitsgelegenheit aufgewendet werden, als wenn sie zum Unterhalt unruhiger, vielleicht arbeitsunwilliger Elemente in den Mauern der Städte hergegeben werden müssen.

Bezüglich der allgemeinen Handelspolitik kann auch für unseren Amtsbezirk lediglich die Geschäftslage im Reiche in Betracht kommen. Mit dem 1. Februar 1892 sind die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz und Belgien in Kraft getreten. Eine Wirkung derselben hat sich bis zum Jahresschlusse nicht erweisen lassen; es sei denn die passive Wirkung, dass wir durch dieselben vor weiteren Zollerhöhungen geschützt worden sind. Von Inauguration einer neuen Ära durch diese Verträge, von einem bezüglichen Vergleich des Jahres 1892 mit den Jahren 1860 und 1865 kann füglich keine Rede sein. Der handelspolitische Frieden beschränkt sich eben auf die genannten Vertragsstaaten, von denen sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Grund ihrer Meistbegünstigung des Vortheils der Anwendung des französischen Minimaltarifes erfreuen. Russland steht abgeschlossener als je zur Seite, und zwischen Frankreich einerseits und Italien, Spanien und der Schweiz andererseits ist offene Handelsfehde entbrannt, welche sich in Kürze auch auf Belgien ausdehnen wird. Erst unterm 24. November des Berichtsjahres ist durch Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes vom 30. Januar 1892 der Bundesrath ermächtigt worden, das bisherige Provisorium in unseren Handelsbeziehungen zu Rumänien und Spanien eventuell bis zum 1. April 1893 auszu-dehnen.

Zur Ausstellungsfrage.

Von Richard Lüders, Zivil-Ingenieur.

(Schluss.)

So weit meine allgemeine Auffassung über Ausstellungen, wie ich sie im August 1892 nach der ablehnenden Entscheidung der Reichsregierung niederschrieb.

Die freundliche Beachtung, die dieselbe an hoher Stelle gefunden und die Absicht, sie fachmännischen Kreisen zur geeigneten Zeit zur Diskussion zu überweisen, veranlasst mich, diese allgemeinen Anschauungen durch einige Zeilen über die Art und Weise zweckmässiger Ausführung derselben zu ergänzen.

Das Abkommen mit einer uns handelspolitisch freundlich gesinnten Nation über Hergabe des Terrains, Herrichtung der Bauten, Unterhaltung etc. für eine nationale Ausstellung, wird in dem Falle, dass nur eine fremde Nation in Betracht kommt, nicht zu einer erheblichen Belastung des Reichsetats führen, wohl aber dann, wenn die Gegenseitigkeits-Verträge auf viele oder alle unsere Nachbar- und befreundeten Staaten ausgedehnt würden, also auf Oesterreich-Ungarn, Italien, Schweiz, Belgien, Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden. Vielleicht auch, wenn das System mit Erfolg gekrönt ist, werden noch andere Staaten, mit denen wir jetzt nicht im grossen geschäftlichen Verkehr stehen, im eigenen Interesse in diesem Cyklus nicht fehlen wollen. Selbstverständlich ist, dass das Verfahren zunächst nur unter je zwei oder drei Staaten eingeleitet wird, ein erfolgreicher Verlauf wird die weiteren Kombinationen von selbst bringen. In den ersten Jahren wäre das Verfahren unter staatlicher Hilfe zwischen je zwei oder drei Staaten einzuleiten. Sind die ersten Veranstaltungen erfolgreich, so wird das Bestreben nach Ausdehnung des Verfahrens auch bei anderen Staaten rege werden, und ich bin überzeugt, dass sich alsdann für die Veranstaltungen Komitees aus den angesehensten Industriellen der beteiligten Staaten bilden und dadurch die Regierungen bis zu einem gewissen Grade wieder in dieser Angelegenheit entlasten werden. Immerhin ist von vornherein soviel zu erkennen, dass behufs Durchführung eines solchen Cyklus Deutschland alle zwei Jahre eine Ausstellung irgend einer Nation zu beherbergen haben würde und in der Zwischenzeit selbst Ausstellungs-Gast einer anderen Nation sein müsste.

Es wäre nun mit Rücksicht darauf, dass bezügliche Abmachungen nur vom Reich ausgehen können und die Reichsfinanzen beteiligt sein müssen, eine ungerechte Bevorzugung, wenn alle diese Ausstellungen nur in Berlin stattfinden und dieser Stadt allein der Verbrauch der erheblichen Bausummen, sowie die oft wiederkehrenden Vortheile des grossen Fremdenverkehrs zu Gute kommen sollten. Vielmehr empfiehlt es sich, selbstverständlich unter Zustimmung der beteiligten Nation, mit Rücksicht auf die geographische Lage und industriellen Verhältnisse, den Ausstellungsort von Fall zu Fall zu verlegen. So wäre es vielleicht angezeigt, die italienische nationale Ausstellung nach München, die schweizerische nach Stuttgart oder Karlsruhe, die österreichische nach Sachsen oder Schlesien zu legen, während eine russische in Berlin, eine englische in Hamburg, eine französische in Frankfurt a. M. u. s. w. angebracht erscheinen würde. Alle in Frage kommenden Residenzen oder Grossstädte sind gross genug, um für eine ausländische National-Ausstellung Platz, Arbeitskräfte und Unterkommen für die fremden Besucher stellen zu können.

Wenn bezüglich des Ausstellungsortes die Rücksicht auf die geographische Lage und industriellen Verhältnisse empfohlen wird, so geschieht dies, weil die Verbindung von Fach-Ausstellungen mit den fremdländischen National-Ausstellungen nicht auszuschliessen ist. Obwohl ich Gegner der lärmenden und blendenden Welt-Ausstellungen bin, so glaube ich Fach-Ausstellungen heimischer Produkte als Informationsmittel immerhin empfehlen zu können. Mit welcher geringen Mitteln wird oft die instruktive Vorführung ganzer Arbeitsgänge und Fabrikationsverfahren der in der Gegend heimischen Industrie in erschöpfender Weise möglich sein!

Eine Vertheilung in dem gedachten Sinne dürfte den Berliner Weltausstellungs-Spekulanten, welche stets besonders geeignete Ländereien an der Hand haben, nicht besonders angenehm sein, sie ist aber mit Rücksicht darauf, dass die Reichsmittel aller Deutschen mit-helfen, gerecht, und wird dadurch das Verfahren die Unterstützung der Bewohner aller deutschen Staaten finden.

Solche Vertheilung dürfte auch noch einen segensreichen nationalpolitischen Hintergrund haben. Bis jetzt gehen die meisten nationalen Veranstaltungen darauf hinaus, die Bürger der deutschen Staaten zum Besuche nach Berlin zu ziehen. Viele, sehr viele haben alte Abneigungen nicht überwinden können, sie bleiben fern und werden es in diesem Sammelpunkte bleiben. Ein Rendez-vous der Deutschen in München u. s. w. stört keinen, denn weder der Norddeutsche noch andere Deutsche haben einen Widerwillen gegen irgend eine deutsche Stadt, und da der Norddeutsche die Einladung nach anderen Residenzen der deutschen Staaten sicher ausnützt, so wird der Verkehr in anderen Städten als Berlin zur Hebung manch' alten Vorurtheiles Veranlassung geben, das deutsche Volk wird sich inniger berühren, es wird homogener gemacht werden, und die politisch bestehende staatliche Vereinigung wird sich noch in manches Herz und Gemüth einbürgern, wo bisher selbst alle grossen politischen Thatssachen vergeblich waren. Das Gefühl der innigen Zusammengehörigkeit brauchen wir, wenn wir bedenken, dass wir vielleicht in schweren Kämpfen noch behaupten müssen, was wir 1870/71 erst errungen haben.

Wenn als richtig erkannt wird, dass Welt-Ausstellungen in ihrer ganzen Bedeutung dem Zweck nach und finanziell nicht mehr zeitgemäss sind, so dürfen wir uns nicht damit begnügen, sie nur für das deutsche Reich auszuschliessen, sondern wir haben auch ein Interesse daran, dass sie anderwärts ebenfalls nicht mehr stattfinden. Wenn nun auch die Welt-Ausstellungen ihre instruktive Sache verloren haben und ihr Werth in keinem Verhältniss mehr zum Aufwande steht, so verfehlen sie doch die Wirkung nicht, dass

die grosse, vergnügungslustige Massen von Ausländern anziehen, und es bildet sich solcher Besuch nur zu leicht zu einem ständigen Touristenzug aus, welcher dem betreffenden Lande einen schätzbaren Geldzufluss zum Schaden der anderen Länder bringt.

Ein direktes Mittel, um auf ein Land, z. B. Frankreich, behufs Unterlassung der Welt-Ausstellungen zu wirken, dürfte kaum gefunden werden, dagegen werden alle Welt-Ausstellungs-Projekte sehr bald wegen mangelnder Betheiligung unmöglich werden, wenn zwischen möglichst vielen Staaten Gegenseitigkeits-Verträge in Bezug auf nationale Ausstellungen in dem vorgeschlagenen Sinne auf Jahre hinaus abgeschlossen werden. Denn keine Nation wird sich an einer Welt-Ausstellung mehr betheiligen, wenn sie weiss, dass in den und den Jahren ihre Industrie und Gewerbe sich in bestimmten Ländern zu einer nationalen Ausstellung zu rüsten hat und auch erwägt, dass sie in Zwischenjahren diese und jene Nation in ihrem eigenen Lande aufzunehmen hat.

Das von mir empfohlene System der nationalen Ausstellungen im Auslande zunächst auf Grund von Staatsverträgen kann nur insoweit rationell sein, als es sich um die Nachbarstaaten oder unfern gelegene Länder handelt, denn sonst würden die ganzen Arrangements zu umständlich und theuer werden.

Wir können uns aber nicht damit begnügen, die geeigneten Produkte in unseren Nachbarstaaten abzusetzen, sondern wir müssen vornehmlich darnach trachten, uns auch Absatz in den ferner gelegenen Ländern und anderen Erdtheilen, besonders in denen, welche noch in der Entwicklung begriffen sind, zu verschaffen. Dazu dient das System der „Schwimmenden Ausstellung oder Musterlager“, durch welches auf einem speziell für diesen Zweck gebauten, zu einem Ausstellungspalast eingerichteten Schiffe, alle für Exportzwecke geeigneten nationalen Erzeugnisse in geschmackvoller Anordnung ausgestellt, und die je nach dem Erdtheil resp. Zonen, welche das Schiff besucht, gewechselt werden können. Das Schiff läuft alle grossen Häfen und Handelsplätze der Erde an, indem schon vorher durch Publikationen der staatlichen Vertreter, Konsulate etc., die handeltreibenden und produzierenden Kreise auf das Eintreffen der Ausstellung aufmerksam gemacht worden sind. Auf dem Schiffe werden während des Anlaufens alle erdenklichen Arrangements von nationalen Eigenthümlichkeiten und Unterhaltungen getroffen, um zahlreiche Besucher und damit auch Zuschauer heranzuziehen. Durch die erhobenen Eintrittsgelder etc. müssen erhebliche Einnahmen erzielt werden, welche einen bedeutenden Theil der Unkosten decken.

Zu dem die Ausstellung begleitenden Personal müssen tüchtige, gewandte, kaufmännisch gebildete Agenten gewählt werden, welche befähigt sind, die nationalen Produkte richtig zu empfehlen, Verträge abzuschliessen und unseren Absatz auf alle Weise zu erweitern. Die Aufgabe der technisch gebildeten Ausstellungsbeamten würde es auch sein, die Anforderungen der Käufer in den verschiedenen Ländern kennen zu lernen, und durch eine deutsche Ausstellungs-Korrespondenz könnten unsere Produzenten darauf aufmerksam gemacht werden, was in den verschiedenen Branchen und Handelsplätzen gefordert wird, damit auf einer nächsten derartigen Reise die entsprechenden Produkte mitgeführt und ausgestellt würden, um weiteres Terrain zum Absatzgebiet zu erobern.

Seit mehreren Jahren hat ein deutsches Komitee, welchem Verfasser dieses auch angehört und an dessen Spitze Herr B. W. Vogts, Vorsitzender des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in Berlin und welches speciell unter Leitung des Herrn Dr. Grütter steht, mit rastlosem, uneigennützigem Eifer an diesem Projekt gearbeitet. Das Anlage- und Betriebskapital für dieses Unternehmen soll nach den besten Erhebungen

etwa 5 000 000 Mk. betragen. Das Schiff, im Werthe von wenigen Millionen Mk., welches mit der grössten Eleganz und nach den besten Erfahrungen in Betreff der Sicherheit gebaut werden soll, soll eine Länge von 179 m, eine Breite von 22 m und eine Höhe von 14 m haben, somit das grösste Schiff sein, welches je die Reise um die Welt gemacht hat und Raum für etwa 1500—2000 Aussteller bieten. Es sollte in 80—100 Häfen anlegen und seinen jedesmaligen Aufenthalt je nach der Bedeutung des Hafens, auf 3—14 Tage ausdehnen, so dass seine Rundreise in zwei Jahren beendet wäre. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten während einer Weltreise sind auf Grund der besten fachmännischen Erfahrung auf ca. 3 000 000 Mk. festgesetzt worden; die Berechnung der Einnahmen aus den verschiedenen Quellen ergab, bei durchaus nicht optimistischer Behandlung, dass das Unternehmen finanziell bestehen konnte und der wirtschaftliche Erfolg, der dadurch erreicht worden wäre, würde das grosse Verdienst des Unternehmens gewesen sein.

Trotz der Richtigkeit der Anschauungen, auf denen das Projekt aufgebaut, trotz des rastlosen Strebens der Betheiligten, wird das Unternehmen aber kaum zur Ausführung gelangen; hauptsächlich wohl deshalb, weil man in Geschäftskreisen der Meinung ist, dass solches Unternehmen, welches in nicht heimathlicher Gegend bestehen muss, ohne die Betheiligung und den besonderen Schutz der Regierung nicht wird gedeihen können.

Die ausserordentlich praktischen, geschäftsgewandten Amerikaner haben bald die Richtigkeit und den Werth des deutschen Projektes erkannt und es hat sich dort eine Aktien-Gesellschaft von Bostoner Kapitalisten gebildet, welche vier amerikanische Schiffe gechartert hat, um auf denselben Musterlager nordamerikanischer Waaren auszustellen und zunächst amerikanische Häfen des Südens zu besuchen, dort Verträge abzuschliessen und dadurch, dass sie dem deutschen gleichartigen Unternehmen zuvorkommen, deutschen Waaren den Absatz zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Auch der Oesterreich-Ungarische Lloyd hat ein ähnliches Projekt aufgenommen, bei dem ungarischen Handelsministerium um Unterstützung gebeten, und es ist ganz zweifellos, dass diese Nation den Deutschen leider damit den Rang ablaufen wird.

So war denn der deutsche Erfindungsgeist und das rege Streben praktisch und national gesinnter Männer, den deutschen Gewerbeeifer und die deutsche Industrie in ferne Lande zu tragen, vergeblich, und wir müssen zusehen, was selbst ausländische Zeitungen zugestehen, dass deutsche Projekte dazu benutzt werden, den deutschen Markt zu beeinträchtigen. Es giebt kein entschieden wirkenderes Mittel, die Produkte in überseeische Länder zu tragen, als das der „Schwimmenden Ausstellung“, wo durch Vorführung der Objekte dieselben den Konsumenten zur direkten Anschauung und Prüfung vorgelegt und die Waaren nach ihrem Werth an Ort und Stelle den Käufern mit warmen Worten angepriesen werden können. Das Projekt ist durchführbar, sofern die Reichs-Regierung nur das Schiff, den Ausstellungspalast, beschafft, die Unterhaltungs- und Betriebskosten, vielleicht auch die Verzinsung des Schiffes würden durch die Erträge der Ausstellung gedeckt. Was sind die wenigen Millionen, die solche Anlage einmal erfordert, gegenüber den vielen Millionen, die auf anderen Gebieten alljährlich unverzinslich angelegt werden.

Nachdem das Projekt der deutschen Welt-Ausstellung gefallen ist, dachte man in Berlin daran, eine deutsch-nationale Ausstellung ins Leben zu rufen. Soweit dieses Projekt lediglich den Zweck erfüllt, den Ausstellungen bewirken sollen, dürften die vielen Einwände, die gegen die Welt-Ausstellungen hier angeführt, insbesondere aber die Ansicht über die Werthlosigkeit der Ausstellungen im Inlande zutreffend sein.

Wenn es sich jedoch darum handelt, in einem Jubiläums-Jahre Feste zur Erinnerung an die Errichtung des Deutschen Reiches zu begehen, so mag auch eine deutsch-nationale Ausstellung dabei veranstaltet werden, da eine deutsche Ausstellung der Vereinigungsplatz der deutschen Gewerbe-, Industrie- und Handelstreibenden werden wird; doch dann sollte auch das Jubiläums-Projekt auf jeglichen Stand erweitert werden, so dass in dem Jubiläumsjahre sich neben der deutschen Ausstellung in Berlin alles findet, was deutsch denkt und fühlt. Alles soll dann in unserer Residenz zusammengerufen werden, was die deutsche nationale Fahne hoch hält. Alle Kongresse, welche alljährlich über Deutschland zerstreut stattfinden, wie der Juristentag, die Versammlung deutscher Ingenieure, die der Mediziner, die der Naturforscher u. s. w. verlege man in Jubiläums-jahren nach Berlin, in jeder Woche nehme Berlin eine andere Kategorie Deutscher auf, alle, alle Deutschen sollen sich zu nationalen Kundgebungen in diesem Jahre zusammenfinden. Unter einer solchen General-Idee kann auch einer deutsch-nationalen Ausstellung das Wort geredet werden.

Endlich soll des Projektes der Berliner Lokal-Gewerbeausstellung, ähnlich der vom Jahre 1879, gedacht werden. Was die Bedeutung der Ausstellung in ihrer Wirkung für die gesammte deutsche Bevölkerung betrifft, so kann ihr kein anderer Werth beigelegt werden, als der, welcher in der Denkschrift bereits Ausdruck gefunden hat. Den Berliner Gewerbe- und Handelstreibenden wird sie unbedingt Arbeit und Gewinn bringen und finanziell gut abschliessen, denn sie wird von den vielen Fremden, die Berlin alle Jahre aufsuchen, in erster Linie besucht werden, und alle Besucher werden ja immer das meiste Geld da deponiren, wo die grössten und angenehmsten Veranstaltungen für die betreffende Saison vorgesehen sind. Dank verdienen die Männer von ihren Mitbürgern, die mit regem Lokal-Patriotismus bereit sind, im Interesse ihrer Stadt und Bürger sich den unsäglichen undankbaren Mühen, welche mit der Errichtung einer Ausstellung verbunden sind, zu unterziehen.

Das Projekt der Welt-Ausstellung ist von der Reichs-Regierung abgelehnt, die schwimmende Ausstellung, welche deutschen Gewerbeleiss und Handel in überseeische Länder tragen sollte, ist mangels sichtbarer Unterstützung Seitens der Regierung aussichtslos geworden; ob die beschränkte Zahl deutscher Aussteller im Chaos von Chikago zur Geltung kommen und die Wenigen, welche die Bethheiligung theuer bewirken, Erfolg haben werden, ist fraglich.

Das „ganze“ deutsche Gewerbe, Industrie und Handel hofft und sucht nach einem allgemeinen Belebungsmittel, welches der Gesammtheit zu Gute kommt. Möge unsere Reichs-Regierung in der Gewährung von Mitteln in dieser Richtung nicht ängstlich sein und gesunde und praktische Projekte mit allen Kräften fördern.

Wissen wir doch Alle, die wir im geschäftlichen Leben stehen, ohne Anlage-Kapital und Risiko kein Erfolg und kein Gewinn, und was die Regierung für Gewerbe, Handel und Industrie anlegt, ist gut angelegt, denn es muss Gewerbe, Industrie und Handel Gewinn bringen und die Bürger steuerfähig machen.

Neben der Landwirthschaft ist Gewerbe, Industrie und Handel die Quelle, aus der der Fiskus seine Steuern vornehmlich schöpft. Je stiefmütterlicher sich die Reichs-Regierung in der Veranstaltung von Belebungsmitteln der Industrie und des Gewerbes zeigt, je gleichgültiger werden ihre Projekte auf anderen Gebieten aufgenommen werden. Wie wäre es sonst möglich, dass dem so natürlichen und segensbringenden Bestreben der Reichs-Regierung, die erwerbsthätigen älteren Familienväter vom Militärdienst zu befreien, die nicht mehr Widerstandsfähigen von den Unbilden

des Krieges in Feindesland fern zu halten, von fast allen Kreisen, ja selbst von monarchisch und stets regierungsfreundlich gesinnten Männern, die sonst immer auf Seite der Reichs-Regierung zu finden waren, jetzt leider nur Gleichgültigkeit und Mangel an Unterstützung entgegengebracht wird. Die Sorge um die stetig fallenden Einnahmen, sowie die Ueberzeugung, dass durch die Entwürfe der Reichs-Regierung unausbleiblich stetig wachsende Steuerlasten bedingt werden, erzeugt bei allen denjenigen, welchen keine privaten, persönlichen Vortheile durch die Neuerungen in Aussicht stehen, Zurückhaltung.

Wir wissen Alle, Fürsorge und Wohlwollen erzeugt Vertrauen, Mangel an Theilnahme Gleichgültigkeit. Eine Lauheit findet man aber jetzt für die Projekte der Reichs-Regierung oft selbst unter den zweifellos monarchisch Gesinnten des gesammten Mittelstandes, wie noch nie zuvor, und lässt sich dies nur damit erklären, dass allgemein die Ansicht vorhanden ist, die Reichs-Regierung habe für diesen Stand nicht das Interesse, welches er, mit Rücksicht auf seine bisherigen Leistungen für den Staat, zu fordern berechtigt ist. Warum nun verhält sich die Reichs-Regierung auf einem Gebiet, das zur Hebung des Mittelstandes beitragen soll, indifferent? Sicher trägt nur der Widerwille zu den Ausstellungen, der übrigens nicht erst in neuester Zeit entstanden, sondern schon übernommen ist, und der seine Ursache in der Entartung der Welt-Ausstellungen mit ihren Schattenseiten mit haben mag, eine Schuld, und es ist deshalb eine Reform des Ausstellungswesens geboten. Die Bedeutung der Angelegenheit ist jeden Versuch werth, da der Erfolg einen hohen Gewinn birgt; zunächst das Vertrauen und die Zufriedenheit des Mittelstandes, einer der besten Stützen des Staates, und die sichere Aussicht, die Steuerkraft des Landes für andere Zwecke zu erhöhen.

Möge die Verbreitung vorstehender Gedanken Veranlassung werden, dass Männer der Industrie und des Handels zur Schöpfung vielleicht besserer oder anderer Projekte angespornt werden, mögen diese Zeilen aber auch die Hohen und Höchsten, die Einflussreichen und Mächtigsten des deutschen Landes bestimmen, etwa auftauchende nutzbringende Projekte zu stützen und zu fördern, damit Handel und Gewerbe wieder mehr aufleben, unsere Handels-Objekte den Nachbarländern immer mehr zum Bedürfniss werden und dieselben in überseeischen, der Kultur geöffneten Ländern sich einführen und behaupten können, damit Gewerbe, Industrie und Handel zum allgemeinen Nutzen, insbesondere zur Hebung des grossen sozialen Elends — darunter sei aber nicht die Befriedigung der begehrliehen Sozialdemokratie verstanden, die in dem Masse, wie ihr entgegengekommen wird, auch ihre Ansprüche vermehrt —, welches in allen grossen Städten und Industrieländern vorhanden und während der Cholera-Epidemie an einzelnen Stellen offen zu Tage getreten ist, sich entwickeln und dauernd bestehen bleiben mögen und der gute Bürger dem Staate mit „freudigem“ Herzen das geben kann, was zum Heil und zur Ehre des Vaterlandes erforderlich!

Die Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessen-Vertretungen.

Die Frage einer grundlegenden Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessenvertretungen ist in der letzten Zeit sogar in der politischen Diskussion wiederholt aufgetaucht und scheint ihrer praktischen Verwirklichung neuerdings ein Stück näher zu kommen. Wir halten es deshalb für erwünscht, möglichst vollständig alles Material zusammen zu stellen, welches über diesen Gegenstand nicht sowohl in der Tages-

presse, als besonders in Fachkreisen zu Tage gefördert worden ist.

Die Unzulänglichkeit der preussischen Gewerbekammern hat sich sehr rasch herausgestellt; sie sind an vielen Stellen schneller wieder verschwunden, als sie entstanden waren. Dass auch die Einrichtung unserer Handelskammer zumal im Hinblick auf die Thätigkeit ihrer österreichischen Kolleginnen, nicht voll befriedigt, ist eine bekannte Thatsache. Die Forderung der Errichtung von Handwerkerkammern dagegen tritt immer mehr in den Vordergrund, und selbst dem alten Postulat auf Einsetzung von Arbeiterkammern setzt sich augenblicklich schon ein schwächerer Widerstand entgegen, als zuvor. Seitdem in unseren Parlamenten gleichzeitig mit dem Ton der Debatte sich auch der Inhalt verschlechtert hat, seitdem es die Interessentenkreise gerade nach müde geworden sind, von den Programmen aller Parteien als Spezial-Pflegekinder bezeichnet zu werden, wenn gleich ihren direkten Gegnern dieselbe Versicherung gewährt wird, seitdem überhaupt die eigentliche Politik auf den alten, längst mehr oder weniger verwirklichten Gedanken der Mitte dieses Jahrhunderts stehen geblieben ist, seitdem wendet sich das Interesse der praktischen Leute immer entschiedener der Frage zu, wie denn den wirklich lebendigen Interessen der Gegenwart die ihnen im öffentlichen Leben zukommende Stellung zugewiesen und eine körperschaftliche Vertretung geschaffen werden könne.

Wir geben im Nachstehenden eine Reihe von Ausführungen wieder, welche die Um- und Weiterbildung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen behandeln, behalten uns aber vor, eine Kritik derselben folgen zu lassen und unsere eigenen Vorschläge für diesen Gegenstand zu entwickeln.

Der Handelskammer zu Osnabrück zunächst gebührt das Verdienst, diese Angelegenheit fortgesetzt gründlich berathen und in der öffentlichen Diskussion erhalten zu haben. Dieselbe schrieb in ihrem Jahresberichte für 1890:

„Als das wesentlichste Ziel einer Vervollkommenung der wirtschaftlichen Interessen-Vertretung betrachten wir nach wie vor die Vereinigung der Vertretung aller Erwerbsgruppen des Landes (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Kleingewerbe und Schifffahrt) in möglichst gleichmässig begrenzte, an Stelle der jetzigen Handels- bzw. Handels- und Gewerbekammern zu bildende Körperschaften, deren Mitglieder auf die verschiedenen Gruppen nach Massgabe der Bedeutung jeder einzeln für den bezüglichen engeren Bezirk zu vertheilen wären.

An diesem Reformgedanken müssen wir nach bester Ueberzeugung festhalten, so sehr auch namentlich in jüngster Zeit demselben entgegen gearbeitet wurde.

Allerdings kann den Bestrebungen, welche anlässlich der im November 1891 stattgefundenen Sitzung des Landes-Oekonomie-Kollegiums in Betreff der Bildung von Landwirtschaftskammern und der ungefähr um dieselbe Zeit gepflogenen Verhandlungen des deutschen Handwerkertages in Betreff der Bildung von Handwerkerkammern hervortraten, ein etwas sehr einseitiger Charakter nicht abgesprochen werden. Der Herr Staatssekretär Dr. von Böttcher hat nach seinen Aeusserungen in der Reichstagsitzung vom 25. November 1891 angenommen, dass die zu bildenden Handwerkerkammern neben den Handelskammern dem Kleingewerbe die ihm fehlende Vertretung der legitimen Interessen schaffen werde, und auch der Herr Handelsminister hat in der Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 26. Februar 1892 der gleichen Anschauung Ausdruck gegeben. Der Landwirtschaft wie dem Handwerk ist es aber um diese neuorganisirte Vertretung ausserhalb des bereits bestehenden landwirtschaftlichen Vereinswesens und neben den von der Regierung nach Möglichkeit unterstützten Innungen gar nicht zu thun; man wünscht

vielmehr nur deshalb die Errichtung von den Handelskammern ähnlichen Körperschaften, weil das Besteuerungsrecht, welches die letzteren gegenüber den Genossen des von ihnen vertretenen Standes ausüben, das Hauptziel des Sehns bildet.

In einsichtigen landwirthschaftlichen Kreisen hatte man bereits eingesehen, dass trotz der Vorzüge, welche die Bildung von Landwirtschaftskammern im Sinne einer legalen Vertretung der Landwirtschaft etwa mit sich bringen könnte, die Bildung dieser Körperschaften nichts als ein Danaergeschenk sein würde, welches das blühende landwirthschaftliche Vereinsleben untergraben und an Stelle desselben nur das Misstrauen und die Abneigung der bauerlichen Bevölkerung einer steuerausschreibenden, als Behörde angesehenen Kammer gegenüber zur Folge haben würde.

Für das Kleingewerbe steht es mit dem Verhältniss der angestrebten Handwerkerkammern gegenüber den bestehenden Innungen kaum anders. Zu Gunsten solcher neuen Organe wird nämlich geltend gemacht, dass die Innungen in ihrer jetzigen Gestalt nicht geeignet seien, das Lehrlingswesen auf technischem und sittlichem Gebiete in hinreichender Weise zu überwachen; ausserdem wird nebenher auch hier von vorhandenem Bedürfniss einer besseren Vertretung der Interessen des Kleingewerbes gesprochen. Wohl verstanden sind das die Auffassungen der dem Handwerk wohlwollend gesinnten Kreise der Regierung und unserer gesetzgebenden Körperschaften, während im Kleingewerbe selbst man sich mit dem Innungswesen durchaus befriedigt erklären würde, wenn demselben durch die Verleihung des Besteuerungsrechtes grössere finanzielle Mittel zu Gebote gestellt würden. Diese Mittel würden aber auch ohne eine solche Befugniss vorhanden sein, wenn die Innungen, wie solches lange genug erbeten worden ist — wenn auch nur in Bezug auf das Halten von Lehrlingen und auf die Errichtung von Unterstützungskassen — obligatorisch gemacht würden. Diesem Verlangen ist jedoch seither von massgebender Stelle niemals Folge gegeben, weil man eine solche Forderung nicht als zeitgemäss erkennen zu können glaubt, und es erscheint jedenfalls eigenthümlich, dass man nun in den Handwerkerkammern doch eine Zwangsorganisation zu schaffen geneigt sein sollte, welche für das Lehrlingswesen mit demjenigen Disziplinarrecht auszurüsten wäre, das man den Innungen versagen musste. Wir vermögen es nicht zu beurtheilen, ob wirklich in vernünftig geleiteten Gemeinden bezüglich des gewerblichen Lehrlingswesens so schreiende Uebelstände vorhanden sind, dass es zur Beseitigung derselben der Schaffung von Handwerkerkammern bedürfte: nur drängt sich uns die Frage auf, inwiefern für die Dringlichkeit einer selbstständigen Interessenvertretung gerade dieser Punkt geltend gemacht werden soll, welcher bei den Handels- und Gewerbekammern doch nur da eine Rolle spielt, wo auf Grund zufälliger Anregung aus freien Stücken der fachlichen Fortbildung kaufmännischer Lehrlinge eine besondere Fürsorge zugewendet wird. In weiten Kreisen scheint man übrigens von dem, was das Handwerk neben der Innung durch die Bildung von Handwerkerkammern — von der Geldmittelfrage abgesehen — gewinnen soll, überhaupt keine ganz bestimmten Vorstellungen zu haben; wenigstens ist bei allen offiziellen Aussprachen über diesen Gegenstand eine klare Darlegung der den Handwerkerkammern zu übertragenden besonderen Aufgaben bisher nicht erfolgt.

Dass sowohl Landwirtschaft als Handwerk und Industrie vollen berechtigten Anspruch auf die Beachtung ihrer wirtschaftlichen Anliegen haben, ist gerade von uns in zahlreichen Berichten und besonderen Aktenstücken so oft und so nachdrücklich betont worden, dass ein Zweifel darüber, dass wir den Interessen jener beiden Erwerbsgruppen eine derjenigen der anderen gleichwerthige Bedeutung zuerkennen, gar nicht möglich ist. Ebenso oft haben wir es aber mit triftigen

Gründen ausgeführt, dass eine wirtschaftliche Interessenvertretung nur unter Zusammenfassung der sämtlichen grossen Erwerbsgruppen des Landes für jede einzelne derselben sich nutzbringend gestalten könne. Handwerk und Landwirthschaft geniessen nun den besonderen Vorzug, in den Innungen und in den landwirtschaftlichen Vereinen Gebilde zu besitzen, welche sich hinsichtlich ihrer Wirksamkeit Seitens der Staatsbehörden hervorragender Beachtung erfreuen. Der Werth der Innungen besteht unseres Erachtens vorwiegend darin, dass sie eine lebenskräftige und praktische Art öffentlicher Meinung der in ihr vereinigten Genossen verkörpern und damit zunächst für die Hebung der sittlichen und technischen Tüchtigkeit ihrer Mitglieder einen unersetzlichen Stützpunkt bilden, während das in erster Linie auf die sachliche Hebung des Gewerbes gerichtete landwirthschaftliche Vereinswesen sowohl für die Entwicklung der Bodenkultur als auch für die zweckentsprechende Förderung des landwirthschaftlichen Betriebes dem Lande die grössten Dienste zu leisten berufen ist. Diese Ziele sollte man nicht mit den Aufgaben einer wirtschaftlichen Interessenvertretung verwechseln, da sie miteinander ebenso wenig Gemeinsames haben, wie die inneren Angelegenheiten der Familie eines Mannes mit der Stellung, welche er im öffentlichen Leben einnimmt.

Es ist gewiss richtig, dass auch die besten freien Vereinigungen nur dann Erfreuliches zu leisten vermögen, wenn sie für ihre Zwecke über ausreichende Mittel verfügen können, d. h. wenn ihre Bestrebungen durch eine materiell genügende Anzahl von Beitragenden unterstützt werden. Für die Erreichung eines solchen Zustandes muss eben durch stete Werbearbeit, fleissige Aufklärung der Betheiligten über den Nutzen der verfolgten Bestrebungen und durch offenkundige Bethätigung tüchtiger Leistungen gewirkt werden. Das geschieht aber nicht, wenn eines nebensächlichen Zweckes wegen — als welcher in diesem Falle die Erlangung von Geldmitteln angesehen werden muss — auf eine offizielle Scheidung der zu harmonischem Zusammenwirken berufenen Vertretungen der grossen Erwerbsgruppen des Landes hingearbeitet wird, in einer Zeit, in welcher man wahrlich sorgsam bedacht sein sollte, ein möglichst enges Zusammenschliessen aller staatsverhaltenden Elemente zu fördern.

Wir halten dafür, dass jede Zersplitterung nothwendig dem innersten Zwecke solcher Vertretungskörper: für Gesetzgebung und Verwaltung zuverlässige Berater in Betreff der wirtschaftlichen Gesamtbedürfnisse des Bezirks zu sein, geradezu entgegenwirken muss, da durch derartige Absonderungen Gegensätze und Kampfstellungen hervorgerufen werden, welche bei dem in Wirklichkeit vorliegenden Ineinandergreifen aller Zweige der heimischen Volkswirtschaft naturgemäss ausgeschlossen sind. Ueberdies ist schon jetzt die Grenze, an welcher sich Kleingewerbe, Handel, Landwirthschaft und Industrie trennen sollen, häufig sehr schwer zu finden. Man braucht in dieser Beziehung nur einen Blick auf die lehrreichen Erörterungen zu werfen, welche der badische Gesetzentwurf über die Errichtung von Gewerbekammern in den betheiligten Kreisen zur Folge hatte, wie andererseits von dem allgemeinen Ineinanderfliessen der Dinge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft ganz abgesehen, die in unserem eigenen Bezirke gemachten Erfahrungen bezüglich der Beitragspflicht der eingetragenen (meistens landwirthschaftlichen) Genossenschaften recht deutlich zeigen, dass trotz aller gewalthätigen Verfremdung eine klare Trennung der einzelnen Erwerbsgruppen weder zu erwirken noch aufrecht zu erhalten wäre. Wie sich im Uebrigen die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen zwischen Industrie und Landwirthschaft noch in neuester Zeit praktisch bethätigt hat, wird allen denen einleuchtend sein, welche die sich an

die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn seiner Zeit knüpfenden Erwägungen mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt haben.

Es ist ein Zug unserer Zeit, dass die Genossen bestimmter Interessenkreise sich mehr und mehr verbinden, um durch Zusammenfassung der vorhandenen Einzelkräfte eine erfolgreiche Stärkung der Gesamtheit in der Wahrung gemeinsamer Anliegen und in der Förderung der Bedingungen ihres Gedeihens zu erringen; daher die ins Ungemessene wachsende Vereinsbildung unserer Tage. Was aber für die private Vereinsthätigkeit als erklärlich und berechtigt angesehen werden darf, ist damit durchaus nicht massgebend für eine amtliche, öffentliche, dem Gemeinwohl der gesamten Gewerthätigkeit gewidmete Interessen-Vertretung. Vielmehr erachten wir es für einen verhängnissvollen Fehler, die Einseitigkeit der für die Verwaltung und für die Gesetzgebung zu beschaffenden Gutachten durch die Bestellung besonderer Kammern für Landwirthschaft und Handwerk unmittelbar herauszufordern, da es den jeweilig mit der Entscheidung einer Frage betrauten Stellen vermöge ihrer eigenen Wissenschaft gar nicht möglich ist, über die sich gegenüberstehenden Ansichten ohne weitläufige Auseinandersetzung der Meinungsverschiedenheiten unter den Betheiligten selbst ein zutreffendes Urtheil zu fällen. Ein Urtheil kann eben nach uraltem Rechtsbegriff nur durch kontradiktorische Erörterung des fraglichen Gegenstandes gewonnen werden. Die Behörden würden aber ausserdem gegenüber der bei Schaffung von Landwirthschafts- und Handwerkerkammern entstehenden Unzahl von Vertretungskörpern auch nicht in der Lage sein, die eingehenden Berichte, Vorstellungen und Anträge sachdienlich zu bewältigen. Der einzige Erfolg, welchen man von der Verwirklichung der bezüglichen Bestrebungen zu erwarten haben würde, besteht daher — immer unter Ausschluss der Geldmittelfrage — unseres Erachtens nur darin, ein unklares Sehen zu stillen und die Betheiligten damit über die innere Bedeutungslosigkeit der ihnen zu gewährenden Einrichtungen hinweg zu täuschen.

Unfasslich bleibt es, wie man noch immer den Muth findet, das Bestehen der Handelskammern als den Grund hinzustellen, aus welchem auch Handwerk und Landwirthschaft in ähnlicher Weise zu organisiren seien. Wenn jemals die Zusammensetzung einer Körperschaft dafür als Beispiel dienen könnte, wie wirtschaftliche Interessen der allerverschiedensten Art sich hinsichtlich desjenigen Bezirks, in welchem sie sich nebeneinander zu bewegen haben, in einem und demselben — nach manchen Richtungen sogar höchst unvollkommenen — Organe eine der Wohlfahrt des ganzen Landes nützliche Förderung zu finden vermögen, so ist es allerdings diejenige der Handelskammern. Anstatt aus dieser Thatsache aber den unverständlichen Schluss zu ziehen, dass die bestehenden Mängel unserer Interessen-Vertretung durch die Bestellung eigener Organe für Landwirthschaft und Kleingewerbe noch vermehrt werden müssten, sollte es vernünftigerweise näher liegen, die Vorzüge der Handelskammern dadurch weiter auszubilden, dass man, unter Berücksichtigung der Bedeutung jeder einzelnen Erwerbsgruppe für den gegebenen Fall in der Mitgliederzahl, diesen Körperschaften als „Gewerbekammern“ die Vertretung aller gewerblichen Interessen ihres Bezirks, somit auch derjenigen des Handwerks und der Landwirthschaft übertrüge.

Die nunmehr seit zwei Jahren stattfindende Theilnahme von Delegirten der beiden letztgenannten Berufsstände an den Verhandlungen unserer Kammer hat unsere Ueberzeugung, dass der Zweifel an einem erspriesslichen Zusammenwirken aller Glieder des Nährstandes auf dem Gebiete der Interessen-Vertretung nur auf ebenso überreife als unbegründete Vorurtheile zurückzuführen ist, aufs Neue und im vollsten Masse bestätigt. Wir haben die Genugthuung, hier feststellen

zu dürfen, dass diese Empfindung nicht auf einer Voreingenommenheit für die von uns verteidigte Sache beruht, sondern dass dieselbe auch von den als Gäste an unseren Versammlungen sich betheiligenden Vertretern der Landwirthschaft und des Kleingewerbes wiederholt und offen bekundet worden ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unter-sagen ist, ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 24. April 1893 bekannt gegeben worden, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen.

- I. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Asch, Eger, Plan, Grasblitz, Tepl, Kralowitz, Horowitz, Rakonitz, Podersam, Kaaden, Joachimsthal, Falkenau, Karlsbad und Luditz.
- II. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Laun.
- III. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Tetschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablonz, Semil, Turnau, Jicin, Podebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisches-Leipa und Münchengrätz, ferner die Stadt Reichenberg.
- VIII. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Pribam, Smichow, Karolinenthal, Böhmisches-Brod, Kolin, Kuttendorf, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Mähren.

- I. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Datschitz, Iglau, Neustadt, Boskowitz, Gross-Meseritsch, Trebisch, Brünn, Kromau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau und Znaim.
- II. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holleschau, Prerau, Krensis, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Krensis.
- III. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Olmütz, Sternberg, Littau, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Hohenstadt, Schönberg, Wallachisch-Meseritsch, Weisskirchen, Neutitschein und Misteck, ferner die Stadt Olmütz.

Schlesien.

Die Bezirkshauptmannschaften: Freiwaldau, Freudenthal, Jägerndorf, Troppau, Freistadt, Bielitz und Teschen, ferner die Städte Troppau, Bielitz und Friedek.

Niederösterreich.

- I. Sperrgebiet:* Die Bezirkshauptmannschaften: Waidhofen a. d. Thaya, Zwettl, Horn, Krems, Ober-Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach und Gross-Engersdorf, ferner der Gerichtsbezirk Kirchberg am Wagram der Bezirkshauptmannschaft Tulln.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, ferner die Stadt Schemnitz.

Kleine Mittheilungen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Fast alle Berufszweige leiden an Ueberfüllung, in Folge dessen das Angebot von Arbeitskräften die Nach-

frage bedeutend übersteigt. Unter die wenigen Stellen, wo gerade das Umgekehrte der Fall ist und seit längerer Zeit ein erheblicher Mangel an geeignetem Personal vorhanden ist, dürfte die des landwirthschaftlichen Rechnungsführers und Amts-Sekretärs zu zählen sein. Derartige Personen sind stets gesucht und finden schnell Placement, da der Oekonom nur ungern sich mit Bureau-Arbeiten befasst, in Folge des neuen Einkommensteuergesetzes jedoch verpflichtet ist, genau Buch zu führen. Wir können deshalb jungen Leuten mit guter Schulbildung und schöner Handschrift, die wenig vermögend sind, nur rathen, diese Carrière einzuschlagen. Nach einer Vorbereitung von ca. zehn Wochen ist ein einigermaßen befähigter junger Mann im Stande, sofort eine Anstellung zu erhalten, die ihn in die Lage setzt, bei bescheidenen Ansprüchen nicht den geringsten Zuschuss mehr zu bedürfen. Vorkenntnisse sind durchaus nicht erforderlich.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Beamten-Vereins, Stettin, Bugenhagenstr. 14II, ist gern geneigt, dem sich hierfür interessierenden Theile des Publikums jede gewünschte Auskunft zu geben.

Koalition von Kleinbetrieben. In Pirmasens in der bayerischen Rheinpfalz, dem bekannten Schuh-industriestädtchen, hat sich ein wirthschaftlicher Akt vollzogen, der einer besonderen Beachtung werth ist, und der sicher auch in der Theorie und Praxis oft zitiert werden wird. Die Fabrikanten, d. h. die Inhaber der 61 Schuhfabriken haben sich dahin verständigt, ihre sämtlichen Geschäfte zu vereinigen und in eine grosse Aktienschuhfabrik zu verwandeln. Das Aktien-Kapital (175 000 Aktien à 1000 Mk.) beträgt 17½ Millionen und wird von den bisherigen Einzelfabrikbesitzern übernommen. Die bisherigen Geschäftsinhaber übernehmen die Geschäftsleitung und wählen aus ihrer Mitte Direktoren und Aufsichtsräthe. Die seither beschäftigten 8723 Arbeiter werden weiter beschäftigt. Frei werden hingegen ein grosser Theil der kaufmännischen Hilfsarbeiter und ganz besonders der Theil, welcher den Verkauf besorgte: die Reisenden. Es waren in den 61 Fabriken 321 Reisende angestellt; aber man beabsichtigt künftig nur 12 und eine Anzahl Agenten an grossen Handelsplätzen zu beschäftigen. Die Minder-ausgabe für den Vertrieb der Fabrikate wird allein durch Einziehen der vielen Gehälter und Spesen für Reisende auf eine Million geschätzt. Die Leistungsfähigkeit soll insbesondere dadurch erhöht werden, dass künftig jede Fabrik eine Specialität liefert; eine nur dieses, die andere nur jenes Leder und andere nur den oder jenen Stoff verarbeitet, dass in einzelnen Fabriken nur Herrenschuhe, in anderen nur Frauen-schuhe, in anderen nur Kinderschuhe etc. etc. hergestellt werden. Nach und nach hofft man auch räumlich die Fabriken zusammenzulegen und dadurch zwiefache Ersparnisse zu ermöglichen; ganz besonders aber durch Einziehung der vielen Aufseher- und Meisterstellen. Die Zahl der Einziehungen schätzt man auf über 250.

Dieser letztere Umstand wird daher, auch wenn die Verminderung der Arbeiterzahl oder eine Verschlechterung der Löhne beim Aufheben der örtlichen Konkurrenz (wie sie von Arbeitern befürchtet wird) nicht eintreten sollte, schon ein erhebliches Interesse für die Arbeiter haben, denen bisher ein Vorrücken in Meister- und Aufseherstellen in Aussicht stand. Dass die vereinigten Fabriken durch Ersparnisse und Verbesserungen verschiedener Art einen höheren Reingewinn erzielen als die 61 Einzelfabriken bisher zusammen, ist keine Frage und es wird sich nun zeigen müssen, ob die Besitzer nur für sich Gewinn suchen und den Mehrgewinn allein einstreichen, oder ob sie durch Lohnerhöhungen auch ihren Arbeitern einen Antheil daran gewähren. Jedenfalls handelt es sich um einen Vorgang, über den detaillirtere Aufklärung dringend erwünscht ist.

Druck von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hufiltern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 6.

Braunschweig, Juni-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. I. 3. — 4375/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass die Kündigung des Konsular-Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Serbien vom 6. Januar 1883 Serbischer Seits zurück genommen worden ist und hier-nach Seitens der beiderseitigen Regierungen als nicht geschehen betrachtet wird.

Braunschweig, 20. Juni 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. B. 5. — 4383/93.

Bekanntmachung.

Die Reichsbankstelle hierselbst theilt uns mit:

„Da nach Berliner Börsen-Usance Englische Wechsel nur mit einer Laufzeit von mindestens $2\frac{1}{2}$ Monat als langfristiges Papier lieferbar sind, werden wir für die Folge beim Ankauf von Wechseln auf England, welche eine Laufzeit von mehr als vierzehn Tagen und weniger als $2\frac{1}{2}$ Monat haben, die an den Verkäufer zu vergütenden Zinsen zu dem Zinsfusse berechnen, welcher sich ergibt, wenn der Pfennigbetrag der Differenz zwischen dem langen und dem kurzen Kurse mit 0,2 multipliziert wird.“

Braunschweig, 21. Juni 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. B. 7. — 4399/93.

Bekanntmachung.

Diejenigen Firmen in der Stadt Braunschweig, welche sich für berechtigt halten, von Zahlung des Messzolls befreit zu bleiben, ersuchen wir, ihren Namen bis zum 15. Juli d. J. in eine bei unserer Geschäftsstelle, Breitestrasse 9, ausliegende Liste während der Büreastunden von 7—1 Uhr einzuzichnen.

Braunschweig, 26. Juni 1893.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Für die Goldwährung.

Denkschrift der Handelskammer zu Köln a. Rh.

Die unermüdlichen Angriffe, denen unsere Währung seit ihrem Bestehen von bimetalistischer Seite ausgesetzt gewesen ist, sind neuerdings mit besonderer Schärfe wiederholt worden. Diese Thatsache giebt der unterzeichneten Handelskammer, als der berufenen Vertreterin der Handels- und Gewerbetreibenden eines wirtschaftlich hochentwickelten Bezirkes, Veranlassung, jene auf die Beseitigung einer der werthvollsten Er-rungenschaften der Reichsgesetzgebung gerichteten Be-strebungen als ungerechtfertigt und das wirtschaftliche Leben stark beunruhigend mit Entschiedenheit zurück-zuweisen.

Die durch Reichsgesetz vom 9. Juli 1873 einge-führte Goldwährung hat die auf sie gesetzten Hoff-nungen in vollem Masse erfüllt. Die schon damals in industrieller und kommerzieller Beziehung hoch-stehende deutsche Volkswirtschaft bedurfte als Wäh-rungsgeld eines Metalles, welches die hauptsächlichsten Erfordernisse eines bequemen Umlaufmittels, nämlich die hohe Kostbarkeit im Vergleich zum Volumen und eines zuverlässigen Werthmassstabes, nämlich eine hohe Werthbeständigkeit in sich vereinigte. Das Gold er-füllt diese Bedingungen in vollauf befriedigendem Masse.

Bezüglich der Werthbeständigkeit ist diese An-schauung freilich vielfach als unzutreffend bekämpft worden; insbesondere hat man das im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte erfolgte Sinken der Waarenpreise auf eine durch die gesteigerte Nachfrage nach Gold angeblich hervorgerufene Goldknappheit zurückzuführen gesucht, ohne indessen irgend einen stichhaltigen Be-weis für diese Behauptung beibringen zu können. Da-gegen fehlt es nicht an auf ganz anderem Gebiete liegenden Thatsachen, welche jenen unzweifelhaften Rückgang der Waarenpreise hinlänglich erklären. Wäh-rend des in Frage stehenden Zeitraumes haben sich in den Produktions- und Absatzbedingungen der wichtigsten Waaren gewaltige Veränderungen vollzogen. Die in-dustrielle Produktion hat sich in allen Kulturländern technisch und wirtschaftlich in früher nie geahnter Weise entwickelt. Dabei ist durch die scharfe, alle Produktionsvorteile ausnutzende Konkurrenz der Ge-win im einzelnen stark herabgedrückt worden, sodass die Geschäftswelt dahin streben musste, den Gesamt-verdienst durch gesteigerten Umsatz auf der Höhe zu erhalten. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion machte sich der wachsende Wettbewerb der mit verhältnissmässig geringen Kosten produzierenden

Getreideausfuhrländer geltend. Insbesondere wurden in den Vereinigten Staaten weite, bisher unbebaute Gegenden des Westens der Kultur erschlossen. Der Umfang des kultivirten Bodens stieg daselbst von 188 921 099 Acres im Jahre 1870 auf 284 771 042 Acres im Jahre 1880, und ist seitdem noch erheblich erweitert worden. In Folge der Entwicklung des Eisenbahnbaues und des Schifffahrtswesens haben sich die Frachten in allen Weltgegenden ausserordentlich verbilligt. Immer neue Produktionsgebiete konnten auf dem Weltmarkt konkurrirend auftreten.

Der Hinweis auf diese bekannten Thatsachen genügt, um darzuthun, dass es an einleuchtenden Gründen für die erfolgte Erniedrigung der Waarenpreise nicht fehlt, und dass man keine Ursache hat, dieselben auf Seiten des Goldes zu suchen. Uebrigens ist es nicht das Gold allein, welches in seinem Werthe stabil geblieben ist. Auch der Preis der Arbeit, die Löhne, haben im Laufe der beiden Jahrzehnte keine wesentlichen Veränderungen erlitten, neuerdings sogar vielfach eine Steigerung erfahren. Dass aber das Gold trotz der gewaltigen Verkehrsentwicklung seine Werthbeständigkeit nicht eingebüsst hat, erklärt sich einmal daraus, dass mit dem gesteigerten Verkehr auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zuzunehmen pflegt, in Folge dessen die vorhandene Menge desselben einem vermehrten Zahlungsbedürfniss ohne Schwierigkeit zu genügen vermag, und weiter aus dem Umstande, dass die Ersatzmittel des Geldes, insbesondere der Wechsel-, Giro- und Abrechnungsverkehr, in dem fraglichen Zeitraum eine immer grössere Ausbildung erfahren haben. Man darf sagen, dass das Gold gegenwärtig überwiegend als Werthmass dient, während die effektive Benutzung desselben als Zirkulationsmittel relativ zurückgegangen ist. Zur Beleuchtung dieser Thatsachen mögen einige Angaben über den Abrechnungsverkehr, welcher in England und den Vereinigten Staaten schon früher, in den übrigen Ländern dagegen erst in den siebziger bezw. achtziger Jahren ausgebildet worden ist, eine Stelle finden. Es betragen in Millionen Mark die Umsätze der Clearing-Houses zu

im Jahre	New-York	London	Paris	Wien
1879	104 392,1	98 582,8	2 578,4	481,0
1880	154 156,6	116 909,6	3 268,0	462,6
1881	201 354,6	128 267,2	3 636,0	464,8
1882	193 008,7	125 525,2	3 327,2	426,2
1883	167 054,8	119 637,5	3 374,4	496,6
1884	141 345,4	116 998,4	1 714,4	500,4
1885	104 690,6	111 197,5	3 139,2	393,2
1886	138 372,8	119 082,6	3 512,8	405,4
1887	144 583,5	122 617,6	3 721,6	412,2
1888	127 962,1	139 546,2	4 334,4	406,2

im Jahre	Mailand	Berlin	Hamburg
1879	—	—	—
1880	—	—	—
1881	—	—	—
1882	—	—	—
1883	349,8	—	—
1884	1 025,9	2 873,0	5 240,4
1885	1 605,4	3 060,4	5 248,2
1886	1 995,0	3 233,2	5 608,9
1887	2 882,6	3 350,9	5 861,3
1888	3 210,4	3 378,0	6 538,4

Ein Gesamtbetrag von fast 300 Milliarden Mark ist im letzten Beobachtungsjahre an den genannten Plätzen ohne Dazwischentreten des baaren Geldes zur Abrechnung gelangt.

Ein fernerer Beweis gegen die behauptete Goldknappheit dürfte darin zu erblicken sein, dass der Goldvorrath der Banken neuerdings erheblich gestiegen ist. Nach zuverlässiger Schätzung betragen nämlich die sichtbaren Vorräthe an Gold in den europäischen und amerikanischen Banken, sowie im Staatsschatz der Vereinigten Staaten Ende 1891 insgesamt 6272 Millionen Mark gegen 4534 Ende 1886.

Endlich muss darauf hingewiesen werden, dass, besonders in Folge der gesetzlichen Bestimmungen über die Notendeckung, allen Erfahrungen gemäss Knappheit an baaren Zahlungsmitteln eine Erschwerung des Kredits mit sich führt, welche in der Erhöhung des Diskontosatzes zum Ausdruck kommt. Thatsächlich sind nun aber die Banken in den letzten beiden Jahrzehnten stets in der Lage gewesen, dem Verkehr die erforderlichen Baarmittel mit Leichtigkeit zur Verfügung zu stellen. Geringere Schwierigkeiten, wie sie der Weltverkehr hin und wieder mit sich bringt, wurden Dank der Expansionsfähigkeit des Notenumlaufes und der Anwendung sonstiger Ersatzmittel des Geldes bequem überwunden. Eine starke Anspannung des Diskontes, welche bei Goldmangel, wenigstens vorübergehend, sich hätte geltend machen müssen, ist an den massgebenden Plätzen keineswegs zu beobachten. Es war nämlich der durchschnittliche Diskontosatz der

in dem Zeitraum	Bank von England	Bank von Frankreich	Deutschen Reichsbank (bezw. der Preuss. Bank bis 1875)
1861—65	4,90	4,83	4,47
1866—70	3,62	3,07	4,67
1871—75	3,75	4,86	4,50
1876—80	2,78	2,65	4,17
1881—85	3,43	3,34	4,23
1886	3,08	3,00	3,29
1887	3,35	3,00	3,42
1888	3,30	3,10	3,80
1889	3,87	3,10	3,66
1890	4,58	3,00	4,54
1891	3,33	3,00	3,75
1892	2,50	2,66	3,25

Diese Zusammenstellung bietet keinerlei Anhalt für die Behauptung einer in den letzten beiden Jahrzehnten vorhanden gewesen Goldknappheit, vielmehr ergibt sich, dass der Diskont im Laufe der Jahre eher eine weichende Tendenz verfolgt. Der Diskont der Bank von England ist seit dem Jahre 1873 über den Satz von 6 Prozent nicht hinausgegangen, während er zur Zeit wirklicher Diskontokrisen, wie 1866 und 1873, vorübergehend auf 10 bezw. 8 $\frac{1}{2}$ Prozent anstieg. Aussergewöhnliche Verhältnisse herrschten in dem Jahre 1890, wo die Finanznoth Argentiniens und die damit zusammenhängende Erschütterung des Londoner Hauses Baring einen starken Geldbedarf hervorrief, welcher seine Rückwirkung auch auf Deutschland ausübte. Uebrigens waren die hohen Sätze stets nur von sehr kurzer Dauer; auch sind die Diskonteschwankungen im Laufe der Jahre immer seltener und weniger heftig aufgetreten.

Auf Grund vorstehender Erwägungen sprechen wir unsere Ueberzeugung dahin aus, dass das Gold sich seinen Aufgaben als Währungsgeld durchaus gewachsen gezeigt hat und die Klagen über die Schäden, welche mit der Einführung der Goldwährung unserer Volkswirtschaft zugefügt worden sein sollen, völlig ungegründet erscheinen.

Abgesehen von der vermeintlichen Vertheuerung des Goldes ist nun mehrfach, namentlich von agrarischer Seite, die Auffassung vertreten, dass in Folge der Silberentwerthung der Getreidezoll-Schutz gegenüber den massgebenden Exportländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, Russland und Ost-Indien, wenigstens theilweise illusorisch geworden sei, dass die deutsche Landwirtschaft dieser Konkurrenz zu erliegen drohe und eine Rettung nur von der Wiederaufnahme des Silbers als Währungsmetall zu erhoffen sei. Bezüglich der beiden erstgenannten Länder ist dem entgegenzuhalten, dass in den Vereinigten Staaten Goldwährung, in Russland aber Papierwährung herrscht, die niedrigen Silberpreise also die behauptete Wirkung nicht gehabt haben können. Was Ost-Indien anbetrifft, welches bekanntlich zu den Silberwährungsländern gehört, so ist allerdings zuzugeben, dass der rapide Fall des Silber-

preises auf der einen Seite die Konkurrenz der indischen Bodenprodukte verschärft hat — daneben ist übrigens auch die Verbesserung der Verkehrsmittel dieses Landes von sehr wesentlichem Einfluss — und auf der anderen Seite den Absatz der Waaren nach dort bis zu einem gewissen Grade erschwert hat. Indessen sind diese Wirkungen speziell für Deutschland nicht von grosser Tragweite. Der ostindische Weizen hat überhaupt bisher einen entscheidenden Einfluss auf den Weltmarktpreis nicht auszuüben vermocht, weil die Transportkosten für die amerikanischen Ausfuhrhäfen günstiger sind. Die ostindische Weizenausfuhr unterliegt überdies in Folge der stark wechselnden Ernteerträge jahraus jahrein sehr erheblichen Schwankungen, welche es als zweifelhaft erscheinen lassen, ob Ost-Indien die Stellung eines ständigen Bezugslandes für Weizen in Zukunft einzunehmen vermag. Die Weizenausfuhr Ost-Indiens, welche sich zur Hälfte nach England und nur zu einem sehr geringen Theile nach Deutschland richtet, betrug in englischen Zentnern (zu 50,8 kg) im Durchschnitt der Jahrfünftes bezw. in den Erntejahren:

1876—81	4 521 624	engl. Zentner
1881—86	18 371 138	" "
1886—87	22 263 320	" "
1887—88	13 538 169	" "
1888—89	17 610 081	" "
1889—90	13 805 220	" "
1890—91	14 300 000	" "

In der starken Zunahme der Ausfuhr zu Beginn der achtziger Jahre ist also inzwischen wieder ein Rückschlag eingetreten.

Empfindlicher als Deutschland wird England durch den Rückgang des Silberpreises in seinen ausgedehnten Handelsbeziehungen zu China und Ost-Indien betroffen. Insbesondere haben englische Industrielle lebhaft Klage geführt über die durch den gesunkenen Silberpreis hervorgerufene Schädigung des englischen Baumwollgewerbes. Wir wollen die Berechtigung dieser Klagen keineswegs völlig in Abrede stellen; indessen erscheinen sie im Lichte der Statistik doch stark übertrieben. Dass sich die englische Baumwollindustrie gerade in letzter Zeit ausserordentlich entwickelt hat, lehrt ein Blick auf folgende Ein- bzw. Ausfuhrmengen, welche als Massstab für die Beurtheilung der Fortschritte in der englischen Baumwollindustrie dienen können. Die Ein- bzw. Ausfuhr von Grossbritannien und Irland an roher Baumwolle in Millionen englischen Pfund, sowie die Ausfuhr von dort an Baumwollstoffen in Millionen Yards betrug:

Durchschnitt der Jahrfünftes bzw. einzelne Jahre	Rohe Baumwolle			Baumwoll- stoffe Ausfuhr
	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuss	
1861—65	864,73	260,39	604,34	1 944,42
1866—70	1 306,02	314,96	991,06	2 904,09
1871—75	1 554,76	275,38	1 279,38	3 521,65
1876—80	1 456,31	186,55	1 269,76	3 869,24
1881—85	1 674,50	235,59	1 438,91	4 491,47
1886	1 715,04	197,86	1 517,19	4 850,21
1887	1 791,44	292,62	1 498,82	4 904,01
1888	1 731,76	274,84	1 456,92	5 038,31
1889	1 921,81	277,60	1 644,21	5 001,59

Ferner ist noch darauf hinzuweisen, dass die Aufnahmefähigkeit Ost-Indiens in Bezug auf Baumwollwaaren neuerdings keineswegs geringer geworden ist. Die Einfuhr von Baumwollwaaren nach Indien betrug nämlich im Jahresdurchschnitt nachstehender Perioden:

1859—63	104,8	Millionen Rupien
1864—68	143,6	" "
1869—73	177,7	" "
1874—78	190,7	" "
1879—83	223,9	" "
1884—88	261,2	" "
1888—89	315,0	" "

Uebrigens hat sich, zuverlässigen Nachrichten zu Folge, die Kaufkraft des Silbers in Indien trotz des gesunkenen Preises desselben keineswegs erheblich vermindert; insbesondere sind die Löhne gegen früher annähernd stabil geblieben. Es erklärt sich diese Erscheinung hauptsächlich aus dem Umstande, dass das Silber in Indien in starkem Masse zur Schatzbildung verwendet wird, was einer Vermehrung des umlaufenden Silbers entgegenwirkt.

Wenn nun auch die Entwerthung des Silbers die vielfach behaupteten grossen Uebelstände nicht im Gefolge gehabt hat, so verdienen doch die Erscheinungen auf dem Silbermarkte die aufmerksamste Beachtung auch der Goldwährungsländer, namentlich im Hinblick auf die Zukunft. Auf dem Londoner Markte war der Preis für die Unze Standardsilber im Durchschnitt der Zeiträume

1851—60:	61,25 Pence	1885:	48,62 Pence
1861—70:	60,94 "	1886:	45,66 "
1871—75:	59,02 "	1887:	44,58 "
1876—80:	52,45 "	1888:	42,87 "
1881:	51,72 "	1889:	42,69 "
1882:	51,81 "	1890:	47,96 "
1883:	51,08 "	1891:	44,75 "
1884:	50,68 "	1892:	39,50 "

Im Dezember 1892 war der Preis auf 38,06 d gesunken und ist seitdem immer unter 39 d geblieben. Während noch zu Anfang der siebziger Jahre das Verhältniss von 1 Pfund Silber zu 1 Pfund Gold wie 1:15½ war, wie es ohne erhebliche Schwankungen seit Anfang dieses Jahrhunderts bestanden hatte, ist dasselbe neuerdings auf 1:25 verschoben. In der That ein früher unerhörter Preisrückgang. Dass die Ursachen dieser Werthveränderung nicht auf Seiten des Goldes zu suchen sind, haben wir früher bereits betont. Sie können also nur auf Seiten des Silbers liegen.

Hier erhebt sich nun die Frage, ob und in welchem Masse die veränderten Bedarfs- oder die veränderten Produktionsverhältnisse des Silbers, oder beide zugleich die Werthverminderung desselben herbeigeführt haben. Es kann wohl nicht gelehnet werden, dass die verminderte Nachfrage, wie sie u. a. durch den Anfang der siebziger Jahre erfolgten Uebergang Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika und der skandinavischen Staaten zur Goldwährung und die um dieselbe Zeit (1874) erfolgte Sistirung der Silberprägung in den Ländern des lateinischen Münzbundes, sowie überhaupt die den Bedürfnissen des grossen Verkehrs entsprechende zunehmende Ersetzung des Silbers durch das Gold den Rückgang des Silberpreises mitverursacht haben. Daneben — und zwar hauptsächlich bezüglich der jüngsten Preisentwicklung — hat dann die enorm gesteigerte Silberproduktion einen sehr wesentlichen Einfluss ausgeübt. Wie die letztere sich gestaltet hat, ist aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich, welche zugleich die Entwicklung der Goldproduktion veranschaulicht. Es betrug die jährliche Gold- bzw. Silberproduktion der Welt im Durchschnitt der Jahre bezw. in den einzelnen Jahren:

Jahre	Goldproduktion	Silberproduktion
1851—55	199 300 kg	886 100 kg
1856—60	201 700 "	905 000 "
1861—65	185 000 "	1 101 100 "
1866—70	195 100 "	1 339 100 "
1871—75	173 900 "	1 969 400 "
1876—80	172 400 "	2 450 300 "
1881—85	154 900 "	2 808 400 "
1886	160 800 "	3 021 200 "
1887	158 200 "	3 324 600 "
1888	164 100 "	3 673 300 "
1889	185 800 "	3 901 800 "
1890	181 300 "	4 180 500 "
1891	189 900 "	4 467 600 "
1892	197 000 "	4 700 000 "

Während also die Goldproduktion im Laufe der letzten dreissig Jahre annähernd auf gleicher Höhe sich erhalten hat, ist die Silberproduktion gleichzeitig um mehr als das Vierfache gestiegen. Die neuerdings wieder in beachtenswerther Weise erfolgte Hebung der Goldproduktion ist auf die Entdeckung neuer Lager in Transvaal und Queensland zurückzuführen. In Transvaal stieg die Produktion von unter 2000 kg i. J. 1888 auf 33 000 kg i. J. 1892.

Unter einseitiger Betonung der oben als zutreffend anerkannten Thatsache, dass die im Laufe der letzten zwanzig Jahre erfolgte Demonetisirung des Silbers den Preisrückgang desselben mitverursacht hat, ist nun in weiten Kreisen die Hoffnung erweckt worden, durch einen internationalen Münzvertrag auf der Grundlage des Bimetallismus den Silberpreis wieder auf die frühere Höhe zu bringen, und damit die unliebsamen Schwankungen in dem Werthverhältniss von Gold und Silber sowie in dem Wechselkurse zwischen den Gold- und Silberwährungsländern zu beseitigen. Ein Haupthinderniss für die Verwirklichung dieses Planes ist in der Weigerung Englands zu suchen, einem solchen Münzbunde beizutreten. Allerdings würde ja vielleicht auch ohne Englands Beitritt der Silberpreis durch den Münzbund um ein gewisses emporgetrieben werden können. Indessen ist es sehr wahrscheinlich, dass dennoch bald ein Goldagio entstehen würde, und zwar um so mehr, je stärker sich das gesetzliche Werthverhältniss bei Annahme der Doppelwährung von dem wirklichen entfernt. Auch dürfte England in der Lage sein, das Gold des Münzbundes mehr und mehr an sich zu ziehen und dadurch die Währungsverhältnisse des bimetallistischen Gebietes zu stören. Würde allerdings auch England sich dem Bunde anschliessen, so müsste damit die Möglichkeit der praktischen Durchführung der Doppelwährung erheblich steigen. Aber auch in diesem Falle könnten die Aussichten selbst für die nächste Zukunft keineswegs als gesicherte bezeichnet werden. Alle zuverlässigen Berichte aus den Silberproduktionsländern, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika, stimmen darin überein, dass die Produktion dieses Metalles in Folge theils der Entdeckung neuer Lager, theils der verbesserten Produktionsmethoden für absehbare Zukunft unbegrenzt sei und dass — wegen der äusserst geringen Erzeugungskosten vieler Gegenden — auch bei noch weiterem Sinken des Silberpreises der Vermehrung der Produktion kein Einhalt gethan werde. Eine künstliche Erhöhung des Silberpreises, wie sie ein bimetallistischer Währungsbund hervorrufen würde, müsste also aller Wahrscheinlichkeit nach dahin führen, diese Produktion noch mehr anzufachen. Ist dies aber der Fall, so würde, auch trotz des ausgedehntesten bimetallistischen Münzgebietes, eine Rückwirkung dieser Produktionsvermehrung auf den Silberpreis und damit eine Störung des internationalen Doppelwährungssystems nicht zu vermeiden sein. Endlich ist darauf hinzuweisen, dass auch trotz der gesetzlichen Doppelwährung das Publikum nicht verhindert werden kann, auf Zahlung in Gold lautende Privatverträge abzuschliessen. Die wachsende Vorliebe für das Gold legt diese Gefahr sehr nahe. Die Folge davon würde sein, dass sich das Silber in den Banken und den öffentlichen Kassen sammelte und dadurch das Geldwesen des Staates, insbesondere auch die Notenzirkulation auf eine unsichere Grundlage gestellt würde.

Eine kaum absehbare Schädigung des gesamten Erwerbslebens würde die Doppelwährung dann herbeiführen, wenn, was keineswegs ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich ist, die Kaufkraft der gesetzlichen Zahlungsmittel erhebliche Einbüsse erlitt. Durch die dann erfolgende Preissteigerung der Waaren würde nicht nur die gewerbliche Produktion in ungesunder Weise angespornt, sondern auch alle diejenigen Erwerbsklassen, welche auf feste Einkommensbezüge an-

gewiesen sind, aufs ärgste benachtheiligt werden; ebenso diejenigen Schuldner, deren Verbindlichkeiten nach kurzer Kündigungsfrist von den Gläubigern eingefordert werden können. Eine Erschütterung des gesamten Hypotheken- und Darlehen-Marktes würde unvermeidlich sein. Ein Rückgang des Kurses unserer sämtlichen öffentlichen unkündbaren Schuldverschreibungen und das Steigen des Zinsfusses für alle öffentlichen und privaten Anleihen wäre vor auszusehen. Gerade die schwächeren wirthschaftlichen Existenzen: die gesamte Arbeiterwelt, alle Beamten, die kleinen Rentner u. s. w. würden durch diese Entwicklung am schwersten betroffen. Die Löhne steigen bei innerer Geldentwerthung am langsamsten, wie sich in den Papierwährungsländern zeigt. Natürlich würde das Gold allein der allgemeinen Preissteigerung nicht entzogen werden können. Es liesse sich nöthigenfalls ausschliesslich in der Industrie verwenden, die jetzt ohnehin schon drei Fünftel der Jahresproduktion in Anspruch nimmt. Das Ende wäre also die reine Silberwährung mit einem gegen alle Waaren relativ wenig werthvollen Metall.

Sofern von agrarischer Seite dahin gestrebt wird, durch Einführung der Doppelwährung eine verminderte Kaufkraft des Geldes und damit eine Steigerung der Produktpreise und eine Erleichterung von den langfristigen Schulden zu erzielen, ist diese Agitation daher als ein Angriff auf unsere gesamten Wohlstandsverhältnisse mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

So ist denn die Annahme der internationalen Doppelwährung als ein Sprung ins Dunkle zu bezeichnen, dessen günstige Folgen im höchsten Masse unsicher sein würden. Die Lage der Verhältnisse ist keineswegs darnach angethan, das Deutsche Reich zum Aufgeben seiner Goldwährung aufzufordern. Es hat nicht die Sorgen eines grossen Silberproduktionslandes wie die Vereinigten Staaten, keine solch übermässigen Silbervorräthe wie die Staaten des lateinischen Münzbundes und keine Verpflichtungen gegenüber grossen Kolonialländern mit Silberwährung, wie dies bei England der Fall ist. Zudem ist auch für die Zukunft eine Goldknappheit in den Goldwährungsländern nicht zu befürchten, da die neuen Aussichten der Goldproduktion keineswegs ungünstige sind, und hinreichende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass die in den letzten Jahrzehnten sehr stabil gebliebene Goldproduktion in absehbarer Zeit nicht nachlassen wird.

Fassen wir zum Schluss unserer Ausführungen die Hauptmomente derselben kurz zusammen, so ergibt sich folgendes:

Die Preiserniedrigung der Waaren, namentlich der landwirthschaftlichen Produkte, ist nicht durch angebliche Goldknappheit entstanden, vielmehr hat sich das Gold seinen Aufgaben als Währungsmetall durchaus gewachsen gezeigt.

Die vielfach behaupteten schädlichen Folgen des Sinkens des Silberpreises sind theils als solche überhaupt nicht vorhanden, theils werden sie stark übertrieben.

Die Demonetisirung des Silbers hat nur bis zu einem gewissen Grade den Preisrückgang desselben verursacht.

Ein Doppelwährungsbund ohne England würde in seinen Geldverhältnissen stets durch die wirthschaftliche Weltmacht Englands gestört werden.

Aber selbst ein allgemeiner Bimetallismus wäre nicht im Stande, dauernd das alte Werthverhältniss aufrecht zu erhalten, wenn die Silberproduktion auch nur auf der gegenwärtigen, sonst nie dagewesenen Höhe bliebe. Während alles dafür spricht, dass sie noch weiter zunimmt. Vielmehr würde einfache Silberwährung entstehen mit Gold-Agio und schliesslich völliger Verdrängung des Goldes aus dem Verkehr.

Die lohnarbeitenden Klassen werden mehr durch die allgemeine Preissteigerung leiden, als durch die immer sehr langsam eintretende Lohn-erhöhung gewinnen.

Ein Nutzen steht nur für diejenigen in Aussicht, welche auf lange Fristen unkündbar verschuldet sind.

Indem wir an Euer Exzellenz die ergebenste Bitte richten, der vorstehenden Darlegung Beachtung schenken zu wollen, sprechen wir zugleich die zuversichtliche Hoffnung aus, dass die Reichsregierung auch bei Entscheidung dieser, das gesammte Wirtschaftsleben aufs tiefste berührenden Frage die Interessen Aller gleichmässig wahren und das Verlangen des Handels- und Gewerbestandes, unsere Goldwährung erhalten zu sehen, seiner Bedeutung entsprechend würdigen wird.

Die Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessen-Vertretungen.

(Fortsetzung und Schluss.)

Ueber das Verhältniss der Landwirtschaft zu unserer Frage, welches für unseren Bezirk sehr wichtig erscheint und welches wir besonders behandeln werden, schreibt F. Stegmann im Jahrgang 1891 der „Zeitschrift für Handel und Gewerbe“, was folgt:

„Es ist mir erfreulich gewesen“, schrieb der damalige Preussische Handelsminister Fürst Bismarck unter dem 18. Dezember 1882 an die Handelskammer zu Osnabrück, „in Ihrem in dem Bericht vom 10. d. M. enthaltenen Vorschlägen zur Neubildung von Handels- und Gewerbekammern für die gemeinsamen Angelegenheiten des Handels, der Industrie, der Kleingewerbe und der Landwirtschaft in den einzelnen Bezirken des Landes meiner eigenen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einheitlichen Organisation der wirthschaftlichen Interessen-Vertretung für sämtliche Zweige der gewerblichen Thätigkeit Ausdruck gegeben zu sehen. Es liegt in meiner Absicht, nach dieser Richtung hin die Erweiterung der vorhandenen, lediglich eine Vertretung einzelner Erwerbsgruppen darstellenden Institutionen auf dem Wege der Gesetzgebung herbeizuführen, und habe ich die hierzu erforderlichen Vorarbeiten bereits eingeleitet. Bis es gelingt, die Angelegenheit auf diesem Wege zum Abschluss zu bringen, werde ich darauf Bedacht nehmen, soweit es nach den Gesetzen thunlich ist, auf dem Verwaltungswege in den Regierungsbezirken Einrichtungen ins Leben zu rufen, welche eine Vereinigung von Vertretern aller Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit zur Wahrnehmung der Ihnen gemeinsamen Interessen ermöglichen.“ Die auf Grund dieser Entschliessung von dem früheren Reichskanzler ins Leben gerufenen Gewerbekammern waren von Anfang an fehlerhaft organisirt und haben sich daher nicht lange am Leben erhalten. Heute sind sie bereits fast sämtlich wieder aufgelöst, ohne dass inzwischen die in Aussicht gestellte gesetzliche Reorganisation der Interessen-Vertretung vorgenommen wäre. Es verlautet auch noch nichts darüber, ob eine solche für die nächste Zeit in Aussicht genommen wäre. In diesem Zustande der Ungewissheit ist es jedenfalls von Interesse, die Vorschläge zu prüfen, die von sachverständiger Seite in der letzten Zeit für eine solche Umgestaltung gemacht sind.

1. Prof. Dr. Richard v. Kaufmann-Berlin. (Die Vertretung der wirthschaftlichen Interessen in den Staaten Europas, die Reorganisation der Handels- und Gewerbekammern und die Bildung eines volkswirtschaftlichen Zentral-Organes in Deutschland. Berlin 1879.)

Der Verfasser will eine Regelung der Interessen-Vertretung für das ganze Reich und zwar durch Volkswirtschaftskammern, denen die Vertretung von Handel,

Industrie, Landwirtschaft und Kleingewerbe obliegen soll. Diese „konsultativen Behörden“ sollen neben ihrer berichtlichen Thätigkeit insbesondere noch die Aufgabe haben:

- a) Gesetzentwürfe, wichtigere Verordnungen und Einrichtungen, welche in den Bereich ihrer Interessen fallen, zu begutachten
- b) Aufsicht über die Handhabung des Firmenregisters zu führen,
- c) bei der Einrichtung und Verwaltung öffentlicher Handelsinstitute mitzuwirken,
- d) Makler, Handelsrichter, Schiedsgerichtsbeisitzer, Sachverständige, Liquidatoren, Konkursverwalter vorzuschlagen,
- e) Rechtsgutachten zu erstatten,
- f) die Mitglieder des Volkswirtschaftsrathes zu wählen.

Für die Organisation dieser Volkswirtschaftskammern macht Verfasser zwei von einander unabhängige Vorschläge.

Der I. „Formationsvorschlag“ lässt die Kammern aus 24 Mitgliedern bestehen, von denen 18 dem Handel und Gewerbe, 3 der Landwirtschaft, 3 dem Handwerk angehören; die ersteren werden von den gewerblichen Firmeninhabern gewählt, die zweiten von den landwirthschaftlichen Vereinen, die letztgenannten von den am Sitze der Kammer bestehenden Handwerker-Innungen delegirt. Neben diesen ordentlichen Mitgliedern können den Verhandlungen der Handelskammer mit beratender Stimme beiwohnen die Regierungs-Kommissare und die Landtags- und Reichstags-Abgeordneten. Handel und Industrie sollen im Verhältniss ihrer Bedeutung sich in die 18 Mitglieder theilen. Die Mitgliedschaft währt 6 Jahre, der Vorsitz 2 Jahre. Lücken, welche innerhalb der Amtszeit entstehen, können durch Kooptation für die Restdauer der Funktionszeit ausgefüllt werden. Der Sekretär muss fachwissenschaftlich gebildet sein. Seine Ernennung erfolgt aus 3 der Regierung vorgeschlagenen und durch eine Prüfungsordnung qualifizirten Bewerbern durch die Regierung. Die Kosten werden durch Zuschlag von 10⁰/₀ auf die Steuern der Beitragspflichtigen gedeckt. Ein besonderer Pensionsfonds für die Beamten ist vorzusehen. Aussergewöhnliche grössere Ausgaben bedürfen der Genehmigung der Regierung und sind durch Extrazuschläge zu erheben. Reisekosten werden nur bei besonderen Aufträgen bewilligt. Wegen auffallender Vernachlässigung der Pflichten kann ein Mitglied seines Amtes enthoben werden. Die Kammer hat das Recht einer juristischen Person. Im Uebrigen lässt der Verfasser die Bestimmungen des jetzigen Preussischen Gesetzes im Grossen und Ganzen bestehen, wie er auch die Ungleichheit in dem Umfange der Handelskammer nicht aufgehoben wissen will.

Der II. „Formationsvorschlag“ weicht vom ersten nur in den Punkten ab, dass er hier auch die Vertreter der Landwirtschaft und des Handwerks nicht von den Vorständen der Vereine bzw. Innungen, sondern von sämtlichen Landwirthen delegiren bzw. Handwerkern wählen lässt, dass er nach dem Verhältniss der Steuerquanten die Verhältnisszahl der Mitglieder der drei Gruppen festsetzt und innerhalb derselben gleichfalls wieder drei besondere Wahlkörper nach der Steuerleistung vorschlägt. Die Wahl soll unter besonderen Voraussetzungen eine schriftliche sein und eventuell auch nach dem Prinzip der Kumulation stattfinden.

2. Handelskammer Osnabrück. Jahresbericht 1880 ff.

Die Handelskammer in Osnabrück stellt das Prinzip der Interessengemeinschaft der Vereinigung sämtlicher Gewerbsgruppen des Landes in den Vordergrund und befürwortet demgemäss die Errichtung möglichst gleichmässiger und hinreichend grosser Handelskammern

für das ganze Reich, in denen sowohl Industrie und Handel wie das Klein Gewerbe und die Landwirthschaft vertreten sein sollen. Die gerechte Vertheilung der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Mitglieder soll unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und des Verhältnisses der aus dem Gewerbebetriebe jeder Art resultirenden Steuerkraft erfolgen. Diesen neu zu bildenden Korporationen soll eine grössere Kompetenz beigelegt werden, als bisher den Handelskammern zugewiesen ist, so sollen sie namentlich bei gesetzlichen oder administrativen Massnahmen von volkswirtschaftlicher Bedeutung der Regel nach vorher gehört werden müssen. Die Kammern sollen zunächst von ihren bezüglich Landesregierungen ressortiren. Neben ihnen und zu ihrer Ergänzung sollen die freien Vereine bestehen bleiben. Zusammengefasst soll die Thätigkeit der Gewerbekammern durch einen Volkswirtschaftsrath werden.

3. Beschlüsse der Eisenacher Kommission des Zentralverbandes deutscher Industrieller. (August 1882.)

Die Kommission beantragt eine Regelung der Interessen-Vertretung für das ganze Reich, jedoch mit Ausschluss der Landwirthschaft; nur die landwirthschaftlichen Nebenbetriebe sollen einbezogen sein. Die Erwerbsgruppen Handel, Fabrikation und Handwerk werden zu Handels- und Gewerbekammern zusammengefasst, welche als Landesanstalten von ihren Landesregierungen ressortiren, aber auch der Reichsregierung zur Beantwortung von Fragen und Erstattung von Gutachten verpflichtet sind; von dem direkten Verkehr zwischen den Kammern und der Reichsregierung ist den Landesregierungen Kenntniss zu geben. Unter besonderen Vorbedingungen sollen die einzelnen Gruppen sich innerhalb der Handels- und Gewerbekammer auch selbständig organisiren können.

Die drei Gruppen der Handels- und Gewerbekammern bilden zusammen ein Ganzes, unterhalten ein gemeinsames Bureau und stellen einen fachwissenschaftlich gebildeten und von der Regierung zu bestätigenden Sekretär an, der pensionsberechtigt ist. Der Distrikt der Handelskammer umfasst in der Regel den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde, und der Präsident dieser letzteren und sein Kommissar kann jederzeit an den Sitzungen beratend theilnehmen, wogegen er die Verpflichtung hat, auch seinerseits zur Berathung über wichtige, den ganzen Handels- und Gewerbekammer-Distrikt betreffende wirtschaftliche Massnahmen zu den Sitzungen seines Kollegiums Delegirte der Handels- und Gewerbekammern zuzuziehen. Die Mitgliederzahl soll 21—42 betragen. Die Vertheilung auf die einzelnen Erwerbsgruppen erfolgt, unter Zuziehung von Notabeln der drei Gruppen, nach Massgabe der Bedeutung und der Steuerquanta, durch die Regierung.

Wahlberechtigt sind:

- a) für die Fabrikation: alle selbständigen Fabrikanten, Unternehmer u. s. w.,
- b) für den Handel: alle ins Firmenregister eingetragenen Kaufleute.
- c) für das Handwerk: alle selbständigen Handwerker und verwandte Gewerbetreibende,

sofern dieselben mindestens 10 Mk. Staatssteuer zahlen, seit 5 Jahren im Kammerbezirk wohnhaft und 25 Jahre alt sind. Wählbar sind auch frühere Gewerbetreibende, doch darf die Zahl derselben $\frac{1}{5}$ der Mitgliederzahl nicht überschreiten. Die Amtsdauer währt 6 Jahre. Da, wo besondere Wahlbezirke gebildet werden, findet die Wahl durch Wahlmänner statt.

Die Kosten werden auf sämtliche Wahlberechtigte als Zuschlag zur Gewerbesteuer erhoben.

Die Aufgaben der Handels- und Gewerbekammer sind die bei v. Kaufmann genannten. Besonders hervorgehoben ist noch, dass sie über Gesetzentwürfe zu hören sind, bevor dieselben an die gesetzgebenden

Körperschaften gelangen, desgleichen über alle Handelsverträge und wichtigere Verordnungen, Einrichtungen und ähnliches.

Sie haben ausserdem das Recht, überall da, wo für den höheren Verwaltungsbezirk oder für die Provinz kommunale Selbstverwaltungskörperschaften bestehen, Delegirte für die Provinzial-Vertretung und auch für den administrativen Ausschuss zu ernennen.

Die Kommission beantragt schliesslich, dass die freien wirtschaftlichen Vereinigungen, sofern dieselben gewissen Normativbedingungen entsprechen, in einschlägigen Fragen ebenso wie die Handels- und Gewerbekammern zu hören und zu den staatlichen wirtschaftlichen Organen (z. B. Bezirkseisenbahnrat) hinzuzuziehen sind.

4. Geh. Kommerzienrath Doms, Präsident der Handelskammer für den Reg.-Bez. Oppeln und ehemaliger Präsident der früheren Gewerbekammer für den Reg.-Bez. Oppeln. (Vorschläge zur Umgestaltung der Gewerbekammern. Ratibor 1889. Selbstverlag.)

Der Verfasser hält zunächst eine Zusammenfassung der Interessen-Vertretung für unerlässlich und befürwortet gleichmässige und grosse Gewerbekammerbezirke, die sich im Allgemeinen mit den Regierungsbezirken decken und als Wahlkreise die landrätlichen Kreise erhalten sollen. Jede Gewerbekammer soll in

- a) eine Handelskammer,
- b) eine landwirtschaftliche Kammer,
- c) eine Handwerkerkammer

zerfallen.

Die Wahlen werden in jeder Abtheilung gesondert vorgenommen und zwar in der Weise, dass zur Handwerkerkammer alle Innungsmeister, zur landwirtschaftlichen Kammer alle landwirtschaftlichen Betriebe, welche mindestens 30 Mk. Grundsteuern zahlen, und zur Gewerbekammer alle gewerblichen Betriebe, welche mindestens 30 Mk. Gewerbesteuer leisten, wahlberechtigt und beitragspflichtig sind. Um einer Majorisirung der grösseren durch die kleineren Betriebe vorzubeugen, soll in der landwirtschaftlichen Kammer das Verhältniss der Mitgliederzahl zwischen den bäuerlichen und den Rittergütern von vornherein nach Massgabe der von beiden Kategorien aufgebrachten Steuerquanten festgestellt werden, und ebenso sollen innerhalb der Handelskammer für die fünf Gruppen:

- a) des Bergbaues,
- b) der Grossindustrie (Gewerbesteuer A I),
- c) der mittleren Industrie (Gewerbesteuer A II),

besondere Wahlkörper gebildet werden, so dass im Verhältniss der verschiedenen Bedeutung dieser Wahlkörper und nach Massgabe ihrer Steuerquanten die Handelskammern eine den wirklichen Verhältnissen entsprechende gerechte Zusammensetzung erhalten soll. Die Mitgliederzahl wird für die ganze Monarchie einheitlich geregelt, etwa in der Weise, dass auf 30000 (bzw. für die landwirtschaftliche Kammer auf 6000) Mk. ein Mitglied zu berechnen wäre. Der Regierung soll das Recht zustehen, für jede Abtheilung bis zu 5 Mitgliedern nach ihrem Ermessen frei hinzuberufen zu können.

Jede Abtheilung arbeitet für sich selbständig mit der Beschränkung, dass alle Vorlagen und Eingaben an den Vorsitzenden der Gewerbekammer gelangen, und dass dieser in Gemeinschaft mit dem Abtheilungs-Vorsitzenden zu bestimmen hat, ob eine Vorlage nur von einer der Abtheilungen oder von zwei gemeinschaftlich oder von dem Plenum der Gewerbekammer zu beraten wäre. Die Gewerbekammer bildet auch insofern eine geschlossene Behörde, als sie ein gemeinsames Bureau unterhält und die Verwaltungskosten aufbringt, letzteres in der Weise, dass die Handelskammer $\frac{1}{10}$ der Gewerbesteuer, die landwirtschaftliche Kammer

1/10 der Grundsteuer und die Handwerkerkammer 0,30 Mk. pro Kopf der Wähler aufzubringen hätte. Unter den besonderen Vorschlägen sei noch erwähnt, dass der Verfasser sich gegen Diäten und dafür ausspricht, dass den Repräsentanten bei Bergwerken und den Mandatarien auswärts wohnender Grossgrundbesitzer das aktive und passive Wahlrecht zuzusprechen sei.

5. Generalsekretär F. Stumpf. Die Nützlichkeit einer Umgestaltung der wirtschaftlichen Interessen-Vertretung. Denkschrift nach den Beschlüssen und im Auftrage der Gewerbekammer für den Reg.-Bez. Osnabrück ausgearbeitet. Osnabrück 1890. Kommissionsverlag Buchhorst.

Der Verfasser, Sekretär der Handelskammer Osnabrück und ehemaliger Sekretär der inzwischen aufgelösten Gewerbekammer für den Reg.-Bez. Osnabrück, spricht in seinem und seiner früheren Auftraggeberin Namen folgende Grundsätze aus: „Die Interessen-Vereinigung von Vertretern aller Zweige der wirtschaftlichen Thätigkeit des Landes ist erprobt und zweckmässig. Die Wahl der Mitglieder muss aber im Gegensatz zu dem bei den jetzt aufgelösten Gewerbekammern befolgten Verfahren durch die Betheiligten selbst erfolgen, ihre Aufgaben sind weiter als bei diesen zu fassen, insbesondere müssen sie über alle die wirtschaftlichen Interessen berührenden Gesetze und Verordnungen, ehe dieselben erlassen werden, gehört werden. Die Mittel sind von den Wahlberechtigten, worunter alle selbständigen gewerblichen Unternehmer zu verstehen sind, allein aufzubringen. Als Spitze dieser Interessen-Organisation ist ein theils durch Ernennung zu bildender Volkswirtschaftsrath zu schaffen, in dem auch die freien Vereine unter gewissen Vorbedingungen ihren Platz zu finden haben. Die einheitliche Durchführung einer entsprechenden Organisation für das ganze deutsche Reich ist anzustreben.“

6. Privatdozent Dr. Grätzer - Marburg. Die Organisation der Berufsinteressen. Die deutschen Handels- und Gewerbekammern. Die Landwirtschafts- und Arbeiterkammer. Der Volkswirtschaftsrath. Ihre Geschichte und Reform. Berlin 1890.

Der Verfasser hält eine Vereinigung aller Berufs-zweige in der unteren Instanz zur Zeit noch nicht für angebracht und schlägt deshalb eine Trennung

- a) in Handels-,
- b) Industrie-,
- c) Handwerks-,
- d) Landwirtschafts-Kammern

vor, denen es freistehen soll, durch Ausschüsse mit einander in Verbindung zu treten. Wünschenswerth, wenn auch nicht erforderlich sei es, dass sich die Bezirke dieser Gruppen deckten. Den interessirten Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden steht das Recht zu, Kommissare zu den Berathungen zu entsenden. Besonderen Werth legt der Verfasser darauf, dass die Kammern als Selbstverwaltungskörper ihrer Berufs-genossen ausgestaltet werden. Als Funktionen, die sie übernehmen könnten, nennt er: enge Verbindung mit den durch die sozialen Gesetze geschaffenen Institutionen, Oberaufsicht über die Anstalten, Schulen u. s. w. ihres Erwerbszweiges, Zusammenwirkung mit den Gewerbeinspektoren und ähnlichen Beamten, Mitwirkung bei den Gewerbeschiedsgerichten, Oberaufsicht über die freien Vereine u. s. w. Zusammengefasst werden die verschiedenen Kammern durch den Volkswirtschaftsrath, der ausschliesslich aus ihren Delegirten (nicht aus Beamten) besteht. Die einzelnen Kammermitglieder sind im Dreiklassenwahlrecht und in direkter Wahl zu wählen. Die Amtsdauer soll nur 3 Jahre währen. Die Kosten übernimmt der Staat, welcher auch den Mitgliedern Diäten und Reisekosten vergütet. Im Uebrigen lehnt sich der Verfasser mit seinen Vor-

schlägen an das bestehende Gesetz und an die Vorschläge der Kommission des Zentralverbandes an.

* * *

Besondere Schwierigkeit bereitet bei der Frage einer gemeinsamen Regelung der Interessen-Vertretung in Preussen offenbar die Landwirtschaft. Fast zu derselben Zeit, in der man im Preussischen Handelsministerium den Entwurf für die Gründung von Handwerkerkammern in Angriff nahm, erging, angeregt durch einen Aufsatz des Geh. Ob.-Reg.-Rath Thiel im diesjährigen landwirtschaftlichen Kalender von Seiten der landwirtschaftlichen Zentralvereine eine Umfrage an die Mitglieder, ob und wie weit es sich empfehle, für die Gründung von Landwirtschaftskammern einzutreten. Die Frage ist von der Mehrheit ablehnend beantwortet worden. Man ist in den Kreisen der Landwirtschaft offenbar mit der gegenwärtigen Berufsorganisation zufrieden und verlangt nach nichts Besserem.

Man könnte hiernach diese ganze Frage als erledigt betrachten, wenn man nicht aus ihrer Vorgeschichte entnehmen müsste, dass sie immer wieder aus der Rivalität der Interessen auftauchen und nach unserer Ansicht auch nicht so bald ihren Abschluss finden wird. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen-Vertretungen ist er nicht anders wie im Wettstreite der Interessen überhaupt. Es liegt einmal in der Natur der Verhältnisse, dass sich die grossen Erwerbsgruppen des Handels, der Fabrikation, des Handwerks und der Landwirtschaft vielfach gegensätzlich berühren. Da bei dem Ausgleiche der Sonderinteressen diejenigen obsiegen müssen, welche ihre Interessen am Nachdrücklichsten zu vertreten vermögen, wird das Bestreben der einzelnen Erwerbsgruppen möglichst einflussreiche und leistungsfähige Vertretungen für sich zu erhalten, nicht eher zurücktreten, als bis sie in demselben einander gleichgestellt sein werden.

Geh.-Rath Thiel geht in der Begründung seines Vorschlages, Landwirtschaftskammern zu errichten, von der pekuniären Seite der Frage aus. Er erklärt die bisherigen Zuwendungen des Ministeriums der Landwirtschaft an die bestehenden landwirtschaftlichen Vereine als nicht genügend, um die Landwirtschaft zu fördern, wie es die Neuzeit erfordere. Grössere Mittel vom Landtage zu fordern sei aussichtslos, und deshalb sei es geboten, dem Beispiele der Handelskammer folgend, die Sache umzudrehen und zu sagen: So und so viel müssen wir für das nächste Jahr haben, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese Summen seien dann durch Zuschläge zur Grundsteuer aufzubringen, die landwirtschaftlichen Vereine selbst aber in landwirtschaftliche Kammern umzuwandeln und ihnen das Recht beizulegen, die nöthigen Mittel bis zu 10 % des Betrages der Grundsteuer zu erheben. Auf diese Weise werde denn auch der kleine Landwirth für die Gesamtinteressen herangezogen und für die Förderung des gemeinsamen Nahrungszweiges nutzbar gemacht, und das würde jedenfalls seinem Selbstgeföhle zu Statte kommen.

Diese Ausführungen Thiels sind von der Landwirtschaft nicht sympathisch aufgenommen. Als hauptsächlichster Gegengrund wurde geltend gemacht, dass die Landwirtschaft zur Zeit nicht in der Lage sei, grössere Geldmittel beizubringen. Dass der Vorschlag in dem beregten Sinn an sich sehr wirksam sein würde, ist natürlich nicht bestritten worden. Im Gegentheil berechnete gelegentlich der Sitzung des Zentralverbandes für Rheinpreussen der Landrath des Kreises Altenkirchen den Zuwachs seiner alsdann disponiblen Mittel von 500 Mk. auf 7800 Mk., ohne dass der Einzelne dadurch besonders belastet würde.

Wir können das aus der pekuniären Ueberbürdung der Landwirtschaft gegen die Errichtung von Land-

wirtschaftskammern geltend gemachte Bedenken nicht anerkennen, glauben vielmehr, dass der Thiel'sche Vorschlag, der übrigens als solcher nicht neu, sondern in den letzten Jahrzehnten schon oft gemacht worden ist, hier und da missverstanden ist. Damit, dass für die Zwecke einer Landwirtschaftskammer grössere Geldmittel von der Landwirtschaft aufgebracht werden sollen, ist noch keineswegs gesagt, dass der auf den Einzelnen entfallende Betrag sich höher als der jetzige Vereinsbeitrag stellen würde. Schon durch die Heranziehung aller Landwirthe würden so reiche Geldmittel zusammen kommen, dass von einer Beitragserhöhung auf absehbare Zeit gewiss Abstand genommen werden könnte. Dass aber diejenigen, welche sich seither von den landwirtschaftlichen Vereinen fern gehalten haben, mehr als bisher für die Gesamt-Interessen nutzbar gemacht werden, ist nicht mehr als billig, da sie ja auch den Vortheil von ihrer Interessen-Vertretung ziehen. Im Uebrigen würden es die Landwirtschaftskammern ganz in ihrer Hand haben, ob sie den Prozentsatz ihrer Umlage höher oder niedriger bemessen wollen. Nimmt man als Bezirk einer Landwirtschaftskammer den Reg.-Bezirk, als Gesamt-Grundsteuer-summe für diesen beispielsweise den Betrag von 500000 Mk. als Massstab für die Verwaltungs-Ausgaben aber den Etat einer ebenso grossen Handelskammer an, so würde ein Grundsteuereinschlag von 3 bis 4% für die Bedürfnisse einer Landwirtschaftskammer mehr wie ausreichend sein, und dass dieser Zuschlag den Grundbesitz zu stark belaste, darf man wohl nicht annehmen. In Wirklichkeit hegt wohl die Landwirtschaft eine andere Befürchtung, nämlich die, ihre bisherigen Staatssubventionen zu verlieren. Würde eine solche Eventualität zu besorgen sein, so würde die Landwirtschaft mit gutem Grunde nicht gerade geneigt sein, eine Aenderung des jetzigen Zustandes herbeizuwünschen. Eine jährliche Staatsbeihilfe, die sich in Schlesien allein auf mehr als 140000 Mk. beläuft und die der Landwirtschaft die Mittel giebt, in so vielfacher Beziehung den Fortschritt zu fördern, würde die Landwirtschaft nur schwer entbehren. Abgesehen hiervon können wir aber die Errichtung von Landwirtschaftskammern oder richtiger gesagt, einer den Handelskammern analogen Interessen-Vertretung, nur für zweckmässig erachten.

Die berufsgenossenschaftliche Vereinigung der Landwirthe zu Kreis- und Zentralvereinen, wie wir sie jetzt haben, hat unbestritten dem Stande und den Standesgenossen viele Vortheile gebracht. Keine Erwerbs-Vereinigung in Deutschland kann sich in Gemeinnützigkeit mit den landwirtschaftlichen Zentralvereinen messen, aber die Landwirtschaft möge sich darüber nicht täuschen, hierin besteht auch das Hauptverdienst und die Hauptbedeutung der landwirtschaftlichen Vereine. Hebung der Thierzucht, Förderung von Kulturen, Veranstaltung von Ausstellungen, Errichtung von Versuchsstationen und sachlichen Unterrichtsanstalten, sowie Pflege der Geselligkeit, das sind die thatsächlichen, wir wiederholen an sich sehr verdienstvollen Leistungen der landwirtschaftlichen Vereine. Soweit sie darüber hinaus den Anspruch erheben, eigentliche Interessen-Vertretungen zu sein, befinden sie sich in einem thatsächlichen Irrthume. Sie sind nichts weiter als wohl organisirte und staatlich unterstützte „Fachvereine“, und das macht im öffentlichen Interessenkampf ihre Schwäche aus. Der Landwirtschaft fehlt, was Industrie und Handel trotz seiner freien Vereinigungen und kaufmännischen Korporationen in den Handelskammern erreicht haben und was das Handwerk trotz seiner Innungen als nothwendig zur Zeit mit Erfolg anstrebt, eine auf dem Wahlrecht aller Berufsgenossen beruhende und mit staatlicher Autorität ausgerüstete machtvollere Vertretung seiner Interessen. Es genügt hierzu nicht das jedem Verein zustehende Recht, Anträge zu stellen und Wünsche zu äussern,

es reicht auch nicht die hingebende Thätigkeit tüchtiger Vorsitzender und Generalsekretäre aus; wer den Unterschied recht erkennen will, der verlasse den Verlauf von Interessenfragen, in denen Industrie und Landwirtschaft sich gegensätzlich gegenüberstehen. Die Landwirtschaft wird in ihrer gegenwärtigen Organisation ihre Interessen, trotz des Beistandes und der Sympathien, die sie Seitens der Staatsverwaltung vielfach findet, niemals das Gewicht ihrer Wünsche so nachdrücklich und entscheidend in die Wagschale der öffentlichen Interessen werfen können, wie diejenigen Erwerbskreise, deren Interessen durch verantwortungsvolle und auf der breitesten Schicht der Wähler aufgebaute Körperschaften von Staatswegen gewährleistet sind. Das Unzureichende in der jetzigen Organisation der Landwirtschaft tritt jetzt wieder deutlich zu Tage, wo es sich um die Aufhebung der Getreidezölle handelt. Von einer selbständigen Stellungnahme der Landwirtschaft in dem grossen Kampfe für und wider ist doch eigentlich nicht zu reden. Selbst in solchen Bezirken, wo der Streit der Schutzzöllner und Freihändler ein erbitterter war, war es den Handelskammern überlassen, die in Frage kommenden Interessen der Landwirtschaft und den Standpunkt derselben zu vertreten. Selbstverständlich befürworten wir nicht, dass der Landwirtschaft wider ihren eigenen Willen eine Interessen-Vertretung aufoktroirt wird, die ihr selbst nicht sympathisch ist. Wir glauben aber mit Rücksicht darauf, dass auf den anderen Gebieten des Erwerbslebens die Interessenten um leistungsfähigere Vertretungskörper bemüht sind, dass auch die Landwirtschaft nicht umhin kann, ihre Interessen in einer legalisirten Form im Staate zusammenzuschliessen. Dass diese Form nicht einfach ein Abdruck der den Handelskammern gegebenen Organisation sein kann, erklärt sich für uns aus der Verschiedenheit der beiderseitigen Verhältnisse von selbst. Jedenfalls darf aber die Landwirtschaft nicht fehlen, wenn die Vertretung der Interessen im Staate eine vollständige und gleichartige sein soll. In Frankreich, welches bereits Landwirtschaftskammern besitzt, ist die Errichtung besonderer, staatlich anerkannter Vertretungskörper lange vergeblich reklamirt worden. Gegenwärtig bestehen solche indessen auf Grund eines Dekretes vom 25. März 1852. Schon vor Erlass desselben war in einem Gesetze vom 20. März 1851 die Organisation dieser Kammer vorgesehen und geregelt worden, die Ausführung desselben stiess indessen auf solche Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Mitgliederwahl, sowie auf die Selbständigkeit der freien landwirtschaftlichen Vereine (*sociétés d'agriculture et comices agricoles*), dass es durch das erwähnte Dekret schleunigst abgeändert werden musste.

Es giebt eine Landwirtschaftskammer in jedem Arrondissement und besteht dieselbe aus so viel Mitgliedern, als das Arrondissement Kantone hat, jedoch darf die Zahl nicht unter 6 sein. Die Mitglieder werden vom Präsidenten aus dem Kreise der notablen Landwirthe und Grundbesitzer des Kantons ernannt und versammeln sich jährlich einmal regelmässig unter dem Vorsitze des Präfekten oder Unter-Präfekten. Einen Vizepräsidenten wählen die Mitglieder aus ihrer Mitte, während der Sekretär wiederum vom Präfekten oder Unter-Präfekten ernannt wird. Die Sitzungen dauern längstens zwei bis drei Tage und haben die Generalinspektoren des Ackerbaues dazu jederzeit Zutritt, sowie Seitens des Präfekten auch andere Regierungsbeamte zugezogen werden können, sofern er solches für nützlich erachtet. Das Gebiet der Beratungen der Landwirtschaftskammern umfasst die ganze Materie der auf die Landwirtschaft bezüglichen Gesetzgebung; ferner berathen dieselben über die Seitens der Departements und der Gemeinde ergehenden Besteuerungsanträge, soweit sie die Taxen der indirekten Steuern und des Oktroi betreffen, die Konzessionsanträge betr. die Ausführung von Fabriken, Mühlen,

Bewässerungsanlagen etc., die Märkte, die Errichtung landwirthschaftlicher Schulen und Musterwirthschaften etc. Die Befragung der Kammern über die erwähnten Fragen ist übrigens nicht obligatorisch. Das von ihnen aufgestellte Budget unterliegt der Genehmigung des Präfecten, welcher dasselbe alsdann dem Generalrathe des Departements zur Anweisung der erforderlichen Mittel übergibt.

Eine besondere Bestimmung des Dekretes verleiht den Kammern den Charakter einer Institution zum allgemeinen Nutzen und bewilligt ihnen als solchen das Recht einer juristischen Person.

Wie sich der Zusammenhang später zwischen den einzelnen Interessenten-Vertretungen am zweckmässigsten gestalten lässt, das ist eine Frage, die der Zukunft angehört. Als Beispiel für einen von Grund aus neuen Aufbau der Interessenten-Vertretung möge schliesslich noch nachstehender Entwurf aufgeführt werden, welcher kürzlich aus dem Kreise der Betheiligten heraus aufgestellt worden ist und der uns der Beachtung wohl werth erscheint.

Vorschläge für die Ausgestaltung der Interessenten-Vertretung in Preussen.

A.

1. Für den Umfang der Preussischen Monarchie werden Bezirkskammern errichtet:

- I. für Grossindustrie und Grosshandel,
- II. für Handwerk und Kleinindustrie,
- III. für Kleinhandel, Gast- und Schankwirthschaft,
- IV. für Landwirthschaft.

Für jeden Regierungsbezirk wird je eine der vorstehend aufgeführten Kammern gebildet.

2. Nach Anhörung der Betheiligten können innerhalb der Bezirkskammern auf Anordnung des Handelsministers (bezw. bei der landwirthschaftlichen Kammer auf Anordnung des Ministers für Landwirthschaft) besondere Abtheilungen gebildet werden, und zwar zunächst für folgende Erwerbsgruppen:

Für Kammer I. a) Fabrikation, b) Bergbau und Hüttenbetrieb, c) Gewerbe, Handel, Versicherung und Verkehr, d) Schifffahrt.

Für Kammer II. a) Handwerk, b) Kleinindustrie, c) Hausindustrie.

Für Kammer III. a) Kleinhandel, b) Gast- und Schankwirthschaft.

Für Kammer IV. a) Grossgrundbesitz, b) bäuerlicher Besitz und Gärtnerei, c) Forstwirthschaft und Fischerei.

3. Wo für eine Kammer besondere Abtheilungen gebildet sind, ist die Mitgliederzahl auf diese letzteren in dem Verhältniss der von ihnen aufgebrachten Steuersummen zu vertheilen. Die Mitglieder der Abtheilungen werden von ihren Erwerbsgenossen selbständig gewählt.

4. Die bestehenden Handelskammern bleiben, soweit die Betheiligten deren Aufhebung nicht selbst beantragen, bestehen, werden aber umgestaltet. Ihr Verhältniss zu der neu zu bildenden Bezirkskammer I. für Grossindustrie und Grosshandel wird nach dem Muster der Bayerischen Bezirksgremien durch besondere Bestimmungen geregelt.

B.

Die vier Kammern jedes Regierungsbezirkes formiren aus ihrer Mitte einen Gewerbeausschuss mit der Massgabe, dass jede von ihnen im Verhältniss zu der von ihnen aufgebrachten Steuerquote, so viele Mitglieder delegirt, dass die Gesamtzahl der Gewerbeausschuss-Mitglieder vierundzwanzig beträgt. Die Wahl der Delegirten und ihrer Stellvertreter erfolgt auf drei

Jahre und ist von den Kammern und, wo dieselben in Abtheilungen zerfallen, in Berücksichtigung dieser zu vollziehen. Dem Gewerbe-Ausschuss gehören kraft ihres Amtes die Vorsitzenden und — mit beratender Stimme — die leitenden Beamten der vier Kammern an. Dem Präsidenten der Bezirksregierung steht ausserdem das Recht zu, nach freiem Ermessen aus dem Interessentenkreise jeder Kammer noch weitere zwei Personen zu Mitgliedern des Gewerbe-Ausschusses zu ernennen. Die Mitglieder erhalten die Fahrkosten ersetzt und handeln im Auftrage ihrer Kammer. Diese und die für die Geschäftsführung entstehenden Kosten trägt die Provinz. Der Gewerbe-Ausschuss wird alljährlich einmal und ausserdem bei dringlichen Anlässen von dem Präsidenten der Bezirksregierung einberufen. Dieser letztere oder der von ihm ernannte Kommissar leitet die Verhandlungen, die im Allgemeinen öffentliche sind. Die Tagesordnung ist den Kammern so rechtzeitig zugänglich zu machen, dass dieselbe noch vorher im Plenum bezw. in der Abtheilung durchberathen werden kann.

C.

Alljährlich findet in Berlin ein Gewerbetag statt, zu dem jede Kammer ein Mitglied entsendet; sofern die Kammer in Abtheilungen eingetheilt ist, ist das zu entsendende Mitglied aus derjenigen Abtheilung zu wählen, welche entweder an den zu verhandelnden Gegenständen interessirt ist, oder nach ihrer Steuerleistung das Staatsinteresse zuvörderst in Anspruch nimmt. Die Mitglieder geniessen, wie die Abgeordneten des Reichstages, freie Fahrt. Der Gewerbetag, dem Abtheilungssitzungen der Gewerbsgenossen vorausgehen, wird von den Ministern für Handel und Gewerbe und für Landwirthschaft, Domänen und Forsten einberufen und von dem ersteren oder seinem Stellvertreter eröffnet. Die Verhandlungen werden von einem aus der Mitte der Versammlung gewählten Präsidium geleitet. Die Ressortminister und deren Vertreter sind berechtigt, an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Dem Gewerbetage sind alle wichtigeren Gesetzentwürfe zur Begutachtung zu unterbreiten, bevor dieselben an den Landtag zur Beschlussfassung gehen. Bei wichtigen einschlägigen Verordnungen und vor Abschluss von Handelsverträgen ist der Regel nach sein Gutachten einzuholen.

D.

Die Geschäfte des Gewerbetages werden von einem Gewerbebeamten geführt, das sich aus vier von den grossen Erwerbsgruppen auf drei Jahre gewählten Vertretern unter dem Vorsitze eines auf Vorschlag der Minister für Handel und Gewerbe, sowie für Landwirthschaft vom König ernannten Beamten zusammensetzt. Die Wahl der ersteren erfolgt durch die zugehörigen Delegirten des Gewerbetages aus ihrer Mitte. Das Gewerbeamt bildet eine selbständige, der Aufsicht des Ministers für Handel und Gewerbe unterstellte Behörde und bildet als solche die den Bezirkskammern vorgesetzte und zwischen ihnen und den Zentralbehörden vermittelnde Instanz.

Bekämpfung des Unwesens in Handel und Gewerbe.

Die Uebelstände, welche zumal für den reellen Geschäftsbetrieb neben weitgehender Schädigung des kaufenden Publikums, durch das sogen. Ausverkaufswesen und dessen neuerdings geradezu überraschende Fortentwicklung nach der unsoliden Seite hin entstanden sind, sind allbekannt. Die Klagen der Interessenten, d. h. der zunächst betroffenen soliden Geschäftsleute sind leider sowohl Seitens der Regierungen, als Seitens der

Interessenvertretungen wenig berücksichtigt worden. Die diesseitige Kammer hat durch Einsetzung eines besonderen Ausschusses für Bekämpfung des Unwesens in Handel und Gewerbe das Bestehen der beklagten Auswüchse indirekt anerkannt und ist fortgesetzt bemüht, denselben auf allen möglichen Wegen entgegenzutreten. Interessant ist es nun, dass auch schon eine grossstaatliche Regierung zu gleichen Anschauungen gelangt und denselben Ausdruck verliehen hat. Die Oesterreichische Regierung nämlich hat in der XI. Legislaturperiode den Häusern des Reichsrathes einen besonderen „Gesetzesentwurf, betr. die Regelung der Ausverkäufe“ vorgelegt, welchen wir unverkürzt zum Abdruck bringen wollen, wenn wir auch zugeben müssen, dass uns einzelne Bestimmungen desselben über das Mass des Gebotenen hinauszugehen scheinen.

§ 1. Die Veranstaltung von angekündigten öffentlichen Ausverkäufen zum Zwecke einer beschleunigten Veräusserung von Waaren oder anderen zu einem Gewerbsbetriebe gehörigen beweglichen Sachen im Kleinverschleisse ist nur mit Bewilligung der Gewerbebehörde gestattet.

§ 2. Der Bewerber um eine solche Bewilligung hat an die Gewerbebehörde des Ortes, in welchem der Ausverkauf stattfinden soll, ein schriftliches Einschreiten zu richten, in welchem folgende Angaben enthalten sein müssen:

1. Die Bezeichnung der zu veräussernden Waaren nach Menge und Beschaffenheit;
2. die genaue Angabe des Standortes des Ausverkaufes;
3. die Dauer der Zeit, während welcher der Ausverkauf stattfinden soll;
4. die Personen, in deren Eigenthum sich die zu veräussernden Waaren oder anderen beweglichen Sachen befinden; ferner die Personen, durch welche der Ausverkauf bewerkstelligt werden soll (z. B. der Gewerbsinhaber, dessen Bedienstete, einen Geschäftsführer u. dgl.);
5. die Gründe, derentwegen der Ausverkauf stattfinden soll, wie: Ableben des Geschäftsinhabers, Aufhören des Gewerbsbetriebes, Uebergang des Geschäftes an einen neuen Besitzer, Uebersiedlung des Geschäftes u. dgl.

§ 3. Die Gewerbebehörde hat vor Fällung ihrer Entscheidung die Handels- und Gewerbekammer einzunehmen, welche, falls es sich um Waaren solcher Gewerbekategorien handelt, deren Erzeuger einer Genossenschaft angehören, diese zu hören hat.

Das Gutachten hat sich auch auf die Richtigkeit der vom Bewerber nach § 2 Punkt 5, zu machenden Angabe zu erstrecken.

Für die Erstattung dieses Gutachtens hat die Gewerbebehörde eine angemessene, nicht über vierzehn Tage festzusetzende Frist einzuräumen und nach Einlangen des Gutachtens oder dem fruchtlosen Ablaufe der Frist im Einvernehmen mit der Steuerbemessungsbehörde erster Instanz mit thunlichster Beschleunigung zu entscheiden.

§ 4. Die Gewerbebehörde erster Instanz kann die Bewilligung zum Ausverkauf längstens auf die Dauer von drei Monaten ertheilen; für eine längere Dauer, und zwar längstens bis zu einem Jahre, kann die Bewilligung bei besonders berücksichtigungswürdigen Umständen nur von der politischen Landesbehörde ertheilt oder verlängert werden.

Die Ertheilung der Bewilligung bleibt dem freien Ermessen der Behörde nach Würdigung der obwaltenden Verhältnisse vorbehalten.

Mit Ausnahme des Falles wegen Todes des Geschäftsinhabers kann die Bewilligung zum Ausverkauf nur dann ertheilt werden, wenn das Geschäft bereits seit zwei Jahren besteht. Der Ausverkauf darf sich

stets lediglich auf die ursprünglich angemeldeten Waaren (§ 2 Punkt 1) erstrecken.

§ 5. Bezüglich des angesuchten Standortes des Verkaufes (§ 2 Punkt 2) erfolgt die Bewilligung der Gewerbebehörde nach Einvernehmung der Ortspolizeibehörde.

§ 6. Die Bewilligung eines jeden Ausverkaufes ist an die vorhergehende Entrichtung einer Gebühr geknüpft, welche bemessen wird:

1. Für Wien, sammt Polizeirayon mit 10 fl. bis 100 fl.;
2. für andere Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern mit 5 fl. bis 50 fl.;
3. für alle übrigen Orte mit 2 fl. bis 30 fl.

Diese Gebühr ist fallweise mit Bedachtnahme auf den Umfang des Ausverkaufes von der Gewerbebehörde festzusetzen und fliesst, wenn der Bewerber einer Genossenschaft angehört, in die Kasse derselben und sonst in den Armenfond des Standortes des Ausverkaufes.

§ 7. Vor erhaltener Bewilligung und vor der Entrichtung der im § 6 festgesetzten Gebühr darf ein Ausverkauf weder angekündigt noch begonnen werden, derselbe darf auch über die bewilligte Dauer hinaus nicht fortgesetzt werden.

§ 8. Auf Verkäufe, welche in Folge richterlicher oder sonst behördlicher Anordnung oder von Seiten der Konkursmassen-Verwaltung erfolgen, finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

§ 9. Uebertretungen dieses Gesetzes werden nach Massgabe der Bestimmungen der Gewerbeordnung geahndet.

Die Geldstrafe fliesst in den Armenfond des Standortes des Ausverkaufes.

§ 10. Das vorstehende Gesetz tritt vierzehn Tage nach seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

§ 11. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Handelsminister und Mein Minister des Innern im Einvernehmen mit den betheiligten Ministern betraut.

Kleine Mittheilungen.

Verrath des Fabrikgeheimnisses und unlauterer Wettbewerb. Die „Zeitschrift für gewerblichen Rechtsschutz“ schreibt in den Nummern 9 und 10 Folgendes:

Uns geht von der Firma Klug & Wolff (Dehmitz-Wurzen) folgendes Schreiben zu, welches wir mit dem Bemerkten veröffentlichen, dass wir es der Firma Klug & Wolff überlassen müssen, für die Richtigkeit der in demselben enthaltenen thatsächlichen Mittheilungen einzutreten.

Am 2. Dezember 1892 stand im Wurzenener Tageblatt folgende Annonce: „Wasserglas. Eine Persönlichkeit für lohnende und andauernde Stellung gesucht, die mit der Fabrikation vertraut ist. Gef. Offerten unter „Wasserglas“ befördert die Expedition dieses Blattes.“

Da eine zweite Wasserglasfabrik sich in jener Gegend nicht befindet, sollte offenbar versucht werden, eine Persönlichkeit aus unserer Fabrik zu gewinnen. Bald darauf wurde uns bekannt, dass ein früher bei uns beschäftigt gewesener Maurer mit den Inserenten, als welche sich die Herren van Baerie & Wöllner in Worms a. Rh. zu erkennen gegeben hatten, in einem lebhaften Briefwechsel stand. Erwählter Maurer zeigte die Briefe seinen Bekannten und auch Angestellten unserer Fabrik, sodass uns über den Inhalt berichtet wurde. Von besonderem Interesse wurde für uns das

Schreiben vom 14. Dezember, da selbst die einfach gebildeten Leute, welche den Brief lasen, über den Inhalt eine nicht gerade sehr schmeichelhafte Kritik übten. Der Empfänger des Briefes liess uns das Schreiben, welches folgende bemerkenswerthe Stellen enthält:

„Das Leben ist hier nicht allein billiger als in dortiger Gegend, sondern auch angenehmer, Wein sehr billig, Bier gut etc. Wir schmelzen selbst und zwar gerade so wie bei den Herren Klug & Wolff geschmolzen wird.

Bevor Sie hierher reisen, wird es gut sein, wenn Sie sich nochmals mit Ihren Bekannten besprechen über alles, was K. & W. fabrizirt haben, da vielleicht etwas dabei sein könnte, das für uns hier Interesse hat und dann auch hier gemacht werden könnte. Notiren Sie sich auch genau, wie viel Sand etc. etc. Sie in den Ofen gegeben haben, damit Sie es hier gerade so machen können. (Also es ist doch nicht gerade so geschmolzen worden!) Schreiben Sie uns dann nochmals, wann Sie hierher kommen.

Achtungsvoll gez. van Baerle & Wöllner.“

Ein zweites Schreiben vom 20. Dezember 1892 enthält folgende bemerkenswerthe Stellen:

„Sie schreiben uns, sie (K. & W.) hätten jetzt 10 000 Ztr. Glas zu schmelzen. Wissen Sie wohin, nach welcher Stadt, nach welchem Lande dieses Quantum verkauft ist? Es würde uns dies interessiren.“

Ferner heisst es am Schlusse:

„Wohin wird das dorten fabrizirte Wasserglas hauptsächlich verschickt? Verkaufen sie (K. & W.) viel Kaltwasserglas?“ (Das sollte Alles bei Bekannten in Erfahrung gebracht werden.) Das Höchste leisten die Herren van Baerle & Wöllner in ihrem Schreiben vom 31. Dezember 1892: „Es mögen sich diese Herren (K. & W.) nur hüten, nicht Bemerkungen über uns fallen zu lassen, die sie mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt bringen.“

Anmerkung: Wir übergeben diese Mittheilung der Oeffentlichkeit, indem wir uns jeden Kommentars enthalten. Die Redaktion.

Zur Statistik des Arbeitsnachweises in Stuttgart. Das „Bureau für Arbeitsnachweis“ in Stuttgart besteht schon seit 28 Jahren, es betreibt die Arbeitsvermittlung nicht nur innerhalb Stuttgarts, sondern auch nach auswärts. Seit seiner im Jahre 1865 erfolgten Gründung hat das Bureau bis Ende des Jahres 1892 zusammen 479 450 gebuchte Vermittelungen aufzuweisen und in dieser Zeit 14 107 Arbeiter in auswärtige Stellungen gewiesen. Der Bericht des letzten Geschäftsjahres hebt ganz besonders den Nutzen dieser Arbeitsvermittlung nach auswärts, die in 679 Fällen stattgefunden hat, für das Jahr 1892 hervor, insofern die Ausdehnung, welche der Geschäftskreis des Bureaus im In- und Auslande gefunden hat, den Arbeitsuchenden bei der grösseren Schwierigkeit ihrer Unterbringung am Platze besonders zu statten kam. Gesuche von Arbeitgebern gingen im Jahre 1892 insgesamt 6539 ein, von Arbeitnehmern 8443, am Schlusse des Jahres 1892 waren noch zur Erledigung vorgemerkt 66 Gesuche von Arbeitgebern. Aus der in dem Bericht dargelegten Vertheilung der Gesuche auf die einzelnen Gewerbe geht hervor, dass sich der Arbeitsnachweis nicht, wie z. B. beim Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin, in der Hauptsache auf ungelernete Arbeiter beschränkt; es ist vielmehr der überwiegende Theil der Arbeitsvermittlungen für gelernte Arbeiter erfolgt. Der Arbeitsnachweis für Arbeiterinnen scheint in dem Stuttgarter Bureau nicht gehandhabt zu werden. Das Bureau hat für Rechnung verschiedener Vereine und Gewerbe im Ganzen an 1211 Durchreisende Reiseunterstützungen mit zusammen 1854,68 Mk. vertheilt und wendet endlich auch der Vermittelung von Lehrstellen eine besondere Sorgfalt zu.

Der durchschnittliche Jahresarbeits-Verdienst erwachsener land- und forstwirthschaftlicher Arbeiter in Deutschland.

Bekanntlich haben nach § 6 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 die höheren Verwaltungsbehörden nach Anhörung der Gemeindebehörden den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirthschaftlicher Arbeiter festzustellen, welcher der Berechnung der Unfallrente zu Grunde zu legen ist. Offenbar bieten Feststellungen dieser Art gerade für die landwirthschaftlichen Arbeiter mit ihren oft schwer abzuschätzenden Nebeneinkünften an Naturalien und Nutzungen aller Art der persönlichen Auffassung einen ziemlich weiten Spielraum, woraus sich einzelne besonders auffällige Ziffern unter den später anzugebenden ohne Weiteres erklären dürften. Immerhin aber ist die kürzlich darüber gelieferte Zusammenstellung für das Deutsche Reich von Interesse. Nach dieser Quelle finden sich, wie die Statistische Korrespondenz ausführt, im östlichen Deutschland (rechts von der Elbe ohne Schleswig-Holstein) 67 preussische Landkreise, in welchen sich der amtlich ermittelte Jahresarbeits-Verdienst in den Grenzen von 200 und 300 Mk. bewegt; davon entfallen auf Schlesien 44, auf Ostpreussen 13, auf Westpreussen 10 Kreise. Im westlichen Deutschland erreichen die niedrigste Einkommensgrenze von 300 Mk. nur das Herzogthum Koburg, sowie die Kreise Adenau (am Hunsrück), Eickartsberga und Nordhausen. Den höchsten Jahresarbeitsverdienst finden wir im Osten, von den um Berlin liegenden Ortschaften abgesehen, im Kreise Neustadt in Westpreussen mit 550 Mk.; diesen erreichen fast die Grossherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz mit 540 Mk.; ihm nähern sich Westhavelland mit 500, sowie zwei weitere Kreise des Danziger Bezirks (Putzig und Preuss. Stargard) mit 465 Mk., während sonst in der Mehrzahl der östlichen Landkreise der jährliche Verdienst zwischen 300 und 360 Mk. schwankt. Die pommerschen und brandenburgischen Kreise zwischen Elbe und Oder weisen meist günstigere Zahlen auf. Als sehr günstig muss der Verdienst für die landwirthschaftlichen Arbeiter in Schleswig-Holstein bezeichnet werden, wo er für den Kreis Eiderstedt auf 630, für Husum auf 625, für Norderdithmarschen, Kiel und grosse Theile der Kreise Rendsburg, Süderdithmarschen, Steinburg, Stomarn auf 550 bis 650 Mk. festgestellt ist. Die unterste Einkommensgrenze zeigt in Schleswig-Holstein ein Theil des Kreises Plön mit 440 Mk. Im westlichen Deutschland bewegt sich der Verdienst innerhalb der Grenzen von 370 und 450 Mk.; unter dem Satze von 370 Mk. bleiben grosse Theile der Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, einige Kreise am Spessart, Rhöngebirge und Thüringerwalde, sowie neun Landkreise der Regierungsbezirke Aurich und Minden. In der Nähe grosser Industrie- und Handelsbezirke erreicht der Verdienst die Höhe von 660 Mk., so z. B. in den Kreisen Altena, Remscheid und Hattingen; für die Landkreise Bochum, Gelsenkirchen, Hagen und Schwelm ist er auf 630 Mk. festgestellt, für diesen benachbarten Kreise der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg auf 540 bis 600 Mk. Im Königreich Sachsen gestaltet sich — abgesehen von der Oberlausitz — der Arbeitsverdienst ziemlich gleichartig: er schwankt innerhalb der Landkreise zwischen 450 und 540 Mk. in der sächsischen Oberlausitz zwischen 420 und 450 Mk. Verhältnissmässig günstige landwirthschaftliche Löhne werden in Elsass-Lothringen, in den Regierungsbezirken Trier und Wiesbaden, in der Provinz Sachsen (links der Elbe), im Herzogthum Braunschweig, sowie im nördlichen Theil des Grossherzogthums Oldenburg gewährt.

Bau-Ordnungen für städtische Innen- und Aussenbezirke. Ueber das vorstehende Thema haben auf der achtzehnten Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, die am 25. bis

28. Mai d. J. in Würzburg stattfand, Oberbürgermeister Adickes-Frankfurt a. M. und Oberbaurath Professor Baumeister-Karlsruhe referirt. Sie hatten dafür eine Reihe von Leitsätzen aufgestellt, die jedoch nicht zur Abstimmung bestimmt waren. Nachstehend seien die wesentlichsten angeführt: 1. Die rasche Bevölkerungszunahme der meisten, namentlich der grösseren deutschen Städte und die ausserordentliche Bedeutung guter Wohnverhältnisse für die gesamte soziale Entwicklung lassen eine zweckentsprechende bauliche Anlage der neuen Stadttheile als eine Angelegenheit von grösster Wichtigkeit erscheinen. 2. Die für die meist enggebauten älteren Stadttheile erlassenen oder zu erlassenden baupolizeilichen Bestimmungen können naturgemäss wegen der notwendigen Rücksichtnahme auf die einmal vorhandenen hohen Grundwerthe den Anforderungen der Gesundheitspflege und Sozialpolitik nur in sehr beschränkter und bedingter Weise gerecht werden und sind daher an sich nicht geeignet, auf die neuen Stadttheile Anwendung zu finden, in denen es sich zum grössten Theile noch um reines Ackerland oder unfertiges Bauland, im Uebrigen aber um dünner bebaute Grundstücke handelt. 3. Die in fast allen Städten herrschende gleiche Behandlung der Altstadt und der neuen Stadttheile hat zugleich mit einer weit über das sozialpolitisch zulässige Mass hinausgehenden Zusammendrängung der Bevölkerung die äusserste Ausnutzung des Baulandes und — da die Bodenpreise wesentlich durch das polizeilich zugelassene Mass der baulichen Ausnutzung mitbestimmt werden — eine durchaus ungesunde Steigerung der Bodenpreise zur Folge gehabt, welche alle Versuche einer im allgemeinen Interesse dringend zu fordernden, weitläufigeren Gestaltung der neuen Bauquartiere auf das Aeusserste erschwert. Ausserdem wird durch die einfache Uebertragung der altstädtischen Bestimmungen eine den verschiedenen Anbaubedürfnissen (grössere und kleinere Wohnungen, Fabriken und kleinere gewerbliche Anlagen) entsprechende Eintheilung und Ausgestaltung der neuen Stadttheile gehindert. 4. Die an manchen Orten sich findenden Sonderbestimmungen über a) sehr dicht bebaute ältere Grundstücke, b) Grundstücke, welche nicht an regulirten und kanalisirten Strassen liegen, c) bisher schon bebaute Plätze im Vergleich zu leeren, d) Fabrikbezirke, e) Bezirke mit offener Bauweise genügen nicht, um der Bevölkerung der neuen Stadttheile, namentlich den Unbemittelten, gute Wohnverhältnisse zu sichern; vielmehr bedarf es umfassender, zu einem einheitlichen Ganzen verbundener Sonderbestimmungen für die neuen Stadttheile, um durch dieselben im Anschluss an die Bebauungspläne und die von der Stadterweiterung nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu lösenden Aufgaben allen Bevölkerungsklassen ein weiträumiges und gesundes Wohnen zu sichern, und den verschiedenen Anbaubedürfnissen — soweit die Verhältnisse dies gestatten — in fest abgegrenzten Bezirken (Wohn-, Fabrik-, gemischten Vierteln) Rechnung zu tragen. 5. Insbesondere bedarf es energischer Vorschriften zur dauernden Verhinderung der übermässigen Ausnutzung der Baugrundstücke, sowohl durch angemessene Beschränkung der Gebäudehöhen als durch Festhaltung genügender freier Hofräume und unter Umständen auch freier Räume zwischen Gebäuden (Bauwisch), und zwar sollte der Flächenraum der unbebaut zu lassenden Grundstücktheile auch von der Zahl und Beschaffenheit der auf dem Grundstück anzulegenden Wohnungen abhängig gemacht werden, wobei unter Umständen Vorgärten und auch Theile breiterer Strassen mit zur Anrechnung gebracht werden könnten. 6. Die durch die Verhältnisse gebotenen Unterschiede in Bezug auf den Grund der zulässigen Baudichtigkeit lassen sich in der Regel nur mittelst fester Grenzen zwischen bestimmten Zonen oder Bezirken sichern, wobei nach Umständen Uebergangsbestimmungen für gewisse schon in die Be-

bauung hineingezogene Grundstücke vorzusehen sind. 7. Unter neuen Stadttheilen im Sinne dieser Leitsätze ist nicht nur das augenblicklich zur städtischen Gemarkung gehörige Gebäude zu verstehen; vielmehr müsste alsbald das gesamte, in absehbarer Zeit in städtische Verhältnisse und zwar insoweit eine entsprechende Erweiterung der städtischen Gemarkung unthunlich ist, vermittelst Zusammenwirkens aller zuständigen Behörden, den vorerwähnten baupolizeilichen Beschränkungen unterworfen werden. 8. Die hier geforderten Sonderbestimmungen für die neuen Stadttheile sind nach Massgabe des Landesrechtes durch Gesetz, Verordnung oder Ortsstatut herbeizuführen. Landesgesetzliche Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung (§ 23, 3) würden zwar in einigen Beziehungen den Erlass von Vorschriften über Fabrikviertel erleichtern, sind aber keine Vorbedingung für Einführung dieser Sonderbestimmung durch Polizei-Verordnung.

Vieh-einfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unter-sagen ist, ist ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheits-amte zu Berlin am 23. Mai 1893.

A. Oesterreich.

Böhmen.

- II. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Komo-tau, Bräx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Leit.
- III. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Tetschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichen-berg, Friedland, Gablonz, Semil, Turnau, Jicin, Pödebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisch-Leipa und Münchengrätz, ferner die Stadt Reichenberg.
- IV. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Starckenbach, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Neu-stadt, Senftenberg, Reichenau, Königgrätz, Königin-hof und Neu-Bydchow.
- VII. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Schüttenhofen, Klattau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Mies, Pilsen, Blatna, Mühlhausen, Pisek, Strakonitz und Prestitz.
- VIII. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Příbam, Smichow, Karolinenthal, Böhmisch-Brod, Kolín, Kuttenberg, Beneschau und Königl-iche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Mähren.

- I. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Dat-schitz, Iglau, Neustadt, Boskowitz, Gross-Meseritsch, Trebisch, Brünn, Kromau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau und Znaim.
- II. *Sperrgebiet*: Die Bezirkshauptmannschaften: Goding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holle-schau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

Oberösterreich.

Die Bezirkshauptmannschaften: Rohrbach, Frei-stadt, Perg, Linz, Schärding, Wels, Steyr, Kirch-dorf, Gmunden, Vöcklabruck, Braunau und Ried, ferner die Städte Linz und Steyr.

B. Ungarn.

Die Komitate: Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trent-schin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Press-burg, ferner die Stadt Schemnitz.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 7.

Braunschweig, Juli-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. L. I. — 5872/93.

Bekanntmachung.

Bei unserer Geschäftsstelle sind wiederum Angaben über Schwindelfirmen und zwar in Italien, eingegangen, über welche Interessenten auf Ansuchen bezüglich vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 15. Juli 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Verkehrsverhältnisse eines künftigen Zweigkanals des Rhein-Weser-Elbe-Kanals.

Eine Darstellung der augenblicklichen Verkehrsverhältnisse des Bezirkes, welcher für die Nutzbarmachung eines künftigen Zweigkanals des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in Frage kommt, bzw. eine rechnerische Behandlung derjenigen Verkehrs- resp. Gütermengen, welche gegenwärtig bewegt werden, kann unserer unmassgeblichen Meinung nach nicht allein geeignet erscheinen, für die etwaige Rentabilität oder Zweckmässigkeit des genannten Unternehmens irgend welche Unterlagen zu bilden. Es ist eine bekannte Thatsache, dass jede Verbesserung der Verkehrswege ebendenselben neue, bisher unbekannte Aufgaben erstehen lässt, und dass die Schaffung neuer Verkehrsmittel, insonderheit neuer Wasserstrassen nach dieser Richtung geradezu umwälzend zu wirken in der Lage ist. Eine Durchmusterung der Boden-Bonität Frankreichs, welches mit Recht für eines der reichsten Länder Europas gilt, ergiebt das heute nicht mehr überraschende Resultat, dass die Qualität der natürlichen Grundlagen dieses Landes hinter derjenigen vieler deutscher Gebiete zurückbleibt und derselben im grossen Ganzen gleichkommt. Frankreich verdankt seinen natürlichen Wohlstand im Wesentlichen der Ausbildung seines Verkehrsnetzes und nicht zum wenigsten seinen Wasserstrassen.

Es besitzt heute ca. 12 000 Kilometer Binnenschiffahrtswege gegen ca. 10 000 in Deutschland; während aber die französischen Wasserstrassen fast alle künstlich geschaffen sind, erfreut sich unser Vaterland einer grösseren Zahl schiffbarer Ströme und Flüsse. Die Schiffbarmachung dieser letzteren ist meist neueren Datums, darum hat die Anpassung der deutschen Binnenschiffahrtswege an die bestehende industrielle und landwirthschaftliche Entwicklung nicht im entferntesten in dem Grade bewirkt werden können, als dies bei unseren westlichen Nachbarn der Fall gewesen ist. Als klassische Beispiele dafür aber, wie durch die Schaffung von Wasserstrassen die wirthschaftlichen Faktoren potenzirt werden, dürfte es genügen, den Rhein-Marne-Kanal anzuführen, welcher die unbedeutende Landstadt Nancy bzw. deren Umgebung zu einem Industrieplatz ersten Ranges umgewandelt hat, ferner die Mainkanalisation, welche den Verkehr auf dem Flusse gleichzeitig mit dem der beiden Ufer-Eisenbahnen vervielfacht und endlich den Rheinstrom, welcher seit Jahrzehnten seine Uferbahnen zu Handelswegen von der grössten Bedeutung gemacht hat. Die Schaffung von Verkehrswegen ist eines der wirksamsten Mittel der wirthschaftlichen Evolution und schafft Verkehrsmengen in noch weit höherem Grade, als dies natürliche Vorbedingungen zu leisten im Stande sind.

Die bestehenden Eisenbahnen bewältigen für jetzt und die nächste Zukunft den Verkehr vollständig; ja sie sind offenbar bei wesentlicher Vermehrung des rollenden Materials auch im Stande, weit grössere Transportmengen aufzunehmen. Selbstverständlich erscheint angesichts der gegenwärtigen Finanzlage die möglichste Ausnutzung der bestehenden Anlagen geboten. Für die Bewältigung des heutigen Verkehrs ausserdem noch einen Kanal bauen, hiesse lediglich die Ausnutzung der Eisenbahn unverständlich verringern und die Einnahmen aus den Verkehrsinstituten schädigen, es sei denn, dass eben durch Schaffung des Kanals die zu bewegende Verkehrsmenge ungemein vergrössert wird. Die Anregung aber, die event. Ertragsfähigkeit eines Kanals auf der Grundlage des bestehenden Verkehrs zu schätzen, geht offenbar stillschweigend von dem längst widerlegten, leider aber noch immer tief eingewurzelten Gedanken aus, dass Eisenbahn und Wasserstrassen einander Konkurrenz machen müssten.

Dem gegenüber sei wiederholt hervorgehoben, dass Eisenbahn und Wasserweg sich nicht nur zu ergänzen bestimmt sind, sondern dass sie sich sogar gegenseitig in hohem Grade befruchten, so zwar, dass man sich für die Steigerung der Einnahmen aus den Staatseisenbahnen nichts Erwünschteres und nichts Förderlicheres denken kann, als den Ausbau der Schiffahrtskanäle.

Ist somit die Aufrechnung der augenblicklichen Verkehrsmengen unserer Ansicht nach nur von bedingtem Werthe und allein nicht geeignet, einen wesentlichen Anhalt für die in Rede stehende Frage zu geben, weil sich eben unter veränderten wirtschaftlichen Vorbedingungen veränderte Ergebnisse und Gestaltungen der Wirtschaft einstellen müssen, welche die vorher bestehenden bis in ihre ursprünglichsten Unterlagen zu verändern und zu verschieben geeignet sind, so bleibt zu untersuchen, ob die allgemeinen Vorbedingungen, welche der Bezirk darstellt, einer vorsichtigen und sparsamen Verkehrspolitik einen Anreiz zu bedeutenden pekuniären Aufwendungen zu geben im Stande sind.

Es muss bemerkt werden, dass selbst die völlige Sterilität des zu untersuchenden Gebietes nach dieser Richtung hin abschreckend nicht wirken dürfte. Das Geheimniss der verhältnissmässigen Unergründlichkeit des französischen Reichthums besteht darin, dass die von der Natur gut ausgestatteten Gebiete in hohe Kultur genommen, die zahlreichen stiefmütterlich erschaffenen dagegen durch die Anlage vieler künstlicher Bewässerungs- und Kanalanlagen zu Stätten umgeschaffen worden sind, auf denen eine Industrie sich ausgebreitet hat, welche auf den bisher gar nicht nutzbaren Flächen einen wohlfeilen Grund und Boden und geeignete Kommunikation mit ihren Absatzgebieten finden konnte. Wäre also das Land Braunschweig, die Umgebung unserer Hauptstadt und das ganze grosse Hinterland desselben unfruchtbar von Haus aus, so bestünde in hohem Grade für uns die Pflicht, auf den Aufschluss dieser Gegend mittelst einer an den Weltverkehr angeschlossenen Wasserstrasse hinarbeiten. Wir würden in diesem Falle freilich zunächst nur für die Zukunft unseres Landes arbeiten, aber seine günstige Finanzlage liesse sogar eine Thätigkeit im Interesse ferner Nachkommen unter höherem Gesichtspunkte als richtig erscheinen. Wie viel dringender diese Pflicht angesichts der Einwohnerzahl der Hauptstadt, einer entwickelten Industrie, eines natürlich reich begabten Hinterlandes ruft, liegt auf der Hand.

Fasst man indessen den preussischen Fiskus als den Erbauer des Kanals und event. auch des Stichkanals ins Auge und zieht dessen ungünstige Finanzlage in Berechnung, so wird man freilich zugeben müssen, dass hier für den Augenblick eine Thätigkeit ausgeschlossen erscheint, welche zum guten Theil im Interesse der Zukunft arbeitet. Man wird erlangen müssen, dass schon in der Gegenwart die aufgewandten Mittel die üblichen Zinsen zu tragen im Stande sind.

Aber auch bei dieser Auffassung kann die Kalkulation sich lediglich auf die allgemeinen Vorbedingungen gründen. Wir wollen dieselbe kurz zu erörtern suchen.

Eine Stadt, deren Einwohnerzahl sich trotz notorisch

ungünstiger Verkehrsanschlüsse binnen wenigen Jahren in raschem Wachsthum auf 109 600 Seelen gehoben hat, verzehrt bedeutende Gütermassen, und zwar nicht nur solche, welche ihr aus ihrer nächsten Umgebung zugebracht werden. Charakterisirt sich diese Stadt aber gleichzeitig allein schon durch die daselbst lagernden Mengen von Gütern als ein grösserer Handelsplatz, so ist klar, dass auch ihr Versand ein bedeutender sein muss. Es lagerten beispielsweise am Ende des Monats Mai laut des allmonatlich an die Militärverwaltung abgegebenen Nachweises nur an Getreide und Zerealien in unserer Hauptstadt 10 670 Tons oder 213 400 Zentner. Es kommt aber, wie wiederholt gesagt, nicht sowohl auf den augenblicklichen Verkehr, sondern vor allen Dingen auf die voraussichtliche Entwicklungsfähigkeit desselben an. Hier ist denn nicht nur das Steigen der Einwohnerzahl, welches beweist, dass Braunschweig über den Rahmen der Plätze mittleren Ranges auch schon ohne Verbesserung seiner Verkehrseinrichtungen hinauswächst, sondern hier ist vor Allem die Industrie in Rechnung zu ziehen und auf ihre Evolutionsfähigkeit hin zu prüfen. Wir weisen hier zuerst auf die Konservenindustrie hin, welche während der letzten zehn Jahre sich geradezu erstaunlich entwickelt hat: sie zählt trotz ihrer Jugend bereits nicht weniger als dreiundvierzig Fabriken, welche ihrer Mehrzahl nach in der nächsten Umgebung der Hauptstadt liegen. Dass diese Industrie schon nach der Natur ihres Gegenstandes zu hoher Blüthe bestimmt ist und jedenfalls eine Weltindustrie werden wird, liegt auf der Hand. Der Grund und Boden unseres Landes ist wie für dieselbe geschaffen, und schon jetzt, in ihren ersten Anfängen, hat sie im nächsten Landrayon nicht weniger als 7000 Morgen unter Spargel-Kultur gezwungen.

Dass unser Hinterland nächst dem Magdeburger Platze das wichtigste Zuckerrübengebiet Deutschlands einschliesst, ist allbekannt: es bedarf kaum der Anführung, dass zweiundvierzig Rohzuckerfabriken und eine Anzahl Raffinerien mit gutem Fortgange bestehen und dass allein die ersteren einschliesslich der Melasseherstellung eine Produktion von über zwei und einer halben Million Zentner aufzuweisen haben. Ein Vergleich der Zahlen des Zuckerkonsums auf den Kopf der Bevölkerung bei den verschiedenen Kulturvölkern beweist, dass der Verzehr in Deutschland noch um beinahe 100% pro Kopf steigen kann, dass demnach auch die Industrie des Rübenzuckers unter günstigen Produktionsbedingungen — und zu diesen gehören in erster Linie die Verkehrsgelegenheiten — in unserem Bezirke einen Aufschwung in der Richtung erfahren wird, dass zwar die Rohzuckerfabrikation sich zunächst nicht weiter ausdehnen, wohl aber die Raffinationsindustrie über die Opfer, welche ihr die ungünstigen Zuckersteuerverhältnisse auferlegen, leichter hinwegkommen wird. Wird doch zudem der Weltmarkt des Zuckers von Magdeburg aus beherrscht, eine Erscheinung, zu deren Insultreten die reiche Produktion des diesseitigen Bezirkes wesentlich beigetragen hat.

Dass Braunschweig eine bedeutende Industrie der Fleischkonserven besitzt, dürfte bekannt sein, weniger

aber, dass von hier aus in dieser Branche grosse Transporte nach fast allen Theilen Amerikas ausgeführt werden und einzelne Firmen beispielsweise in New-York ihre besonderen Generalvertretungen haben.

Die Metallindustrie des Bezirkes ist weithin bekannt. Sie befasst sich in bedeutendem Umfange mit der Herstellung von Spezialitäten, welche ihr einen guten Ruf erworben haben. Die Kuppel des neuen Reichstagsgebäudes entstammt ihr, und die Arbeiten zur Sprengung des eisernen Thores in der Donau liegen in der Hand einer hiesigen Grossfirma. Die Maschinenindustrie, die Dampfkessel- und Gasometerfabrikation, der Eisenbahnsignalbau ist rühmlich vertreten. Von hier aus werden beispielsweise Maschinen für die Rohzuckererzeugung auf Cuba, Hayti etc. geliefert. Die Fabrikation der Blechdosen wird sich unter dem Einflusse der Konservenindustrie rasch ausdehnen. Zahlreiche Fabriken der keramischen Industrie suchen und finden nach ausserhalb Absatz. Höchst wahrscheinlich wird die Heranführung eines Kanals einer sehr beträchtlichen Ausfuhr von Ziegelsteinen die Wege ebnen; die zahlreichen Etablissements dieser Branche entsprechen in ihren Leistungen allen Anforderungen der neueren Technik und sind leicht im Stande, ihre Produktion um mehr als fünfzehn Millionen Ziegel zu erhöhen. Es kommt hinzu, dass die in allen Thälern und Seitenthälern des Harzes und seiner Vorberge überall eingelagerten Hütten, Fabriken etc. sich eines gewaltigen Aufschwunges werden zu erfreuen haben, sobald ihnen mittelst des Kanals ein Hauptbelegungsmittel gebracht werden wird: die Möglichkeit geminderter Frachtkosten. Auch hier ist die Entwicklungsfähigkeit in hohem Grade gegeben. Arbeiten doch viele dieser Werke mit Rohstoffen, welche sich selbst an Ort und Stelle aufs Wohlfeilste gewinnen lassen können.

Der Umfang der Industrie überhaupt, wie sie schon heute besteht, wird unter anderen ersichtlich aus dem Umstande, dass die Zahl der Dampfkessel in dem in Betracht zu ziehenden Gebiete ca. 2500 beträgt. Auch der Grosshandel in Kolonialwaaren, als Petroleum, Häringen etc., der durch günstigere Frachtverhältnisse anderer Städte hier nicht mehr auf der früheren Höhe steht, würde einen neuen Aufschwung nehmen.

Es kommt aber hinzu, dass auch für die Landwirthschaft die Vorbedingungen für eine immer intensivere Entwicklung ausserordentlich glückliche sind. Unser Gebiet umfasst mit die reichsten Gegenden des Vaterlandes. Die Landwirthschaft ist dank der fortgesetzten Berührung mit der Industrie, welche den Rübenbau hervorgern und erhalten hat, keineswegs, wie vielleicht in östlich abgelageneren Gebieten, zurückgeblieben, sondern sie erhält sich fortgesetzt auf hohem Kulturstande. Durch Schaffung des Kanals würde dieselbe eine neue Steigerung erfahren; die Menge der schon jetzt in sehr bedeutendem Umfange bezogenen künstlichen Düngemittel würde sich voraussichtlich vervielfachen.

Es sei nochmals erwähnt, dass eine Anzahl neuer Spezial-Industrien während der letzten Jahre in unserem

Bezirke Fuss gefasst hat, deren weitere Ausgestaltung bei Verbesserung der Verkehrsgelegenheit zu erwarten steht, so die Vanillin-Erzeugung, die Fabrikation von Erdfarben, Zündhölzern, Weissfarben, Lithopone u. a. Es dürfte überhaupt aber auch keiner der bekannteren Industriezweige nicht vertreten sein.

Nachdem wir im Vorstehenden auf die breite wirthschaftliche Grundlage und die reiche Entwicklungsfähigkeit einer grossen Reihe einzelner Wirtschaftszweige hingewiesen haben, für welche die Heranführung eines Kanals den Eintritt eines neuen grossen Aufschwunges bedeuten dürfte, bleibt uns noch übrig, die eigenthümliche wirthschafts-geographische Lage zu beleuchten, welche ein Stichkanal des Rhein-Weser-Elbe-Kanals nach der Stadt Braunschweig zeigt. Für das Rheinland hat der Rheinstrom mit seinen zahlreichen Nebenflüssen einen industriellen Ausbau hervorggerufen, wie er in Deutschland seinesgleichen sucht. Westfalen verfügt über die Ems und einen Theil des Wesergebietes; der Rhein-Weser-Elbe-Kanal und der Dortmund-Ems-Häfen-Kanal werden die Aufschliessung vollenden. Die Provinzen Hannover und Hessen finden an dem Weserstrom, dessen Kanalisierung im Prinzip festzustehen scheint, bezw. im Main ihre wirthschaftlichen Ventile. Sachsen hat die Elbe und Saale. Aber weder die Weser ostwärts, noch die Saale westwärts liegt nahe genug oder entsendet schiffbare Nebenflüsse in das grosse Gebiet, welches sich in der Mitte zwischen diesen beiden Strömen dehnt, in das Gebiet des Harzes mit seinen reichen Schätzen an Erzen, Hölzern und Steinen, vor Allem Steinen, d. h. demjenigen Material, welches das vorgelagerte grosse Flachland entbehren muss; in dem Stichkanal nach Braunschweig erblicken wir den Schlüssel zur Aufschliessung des Harzgebietes.

Schliesslich sei noch hervorgehoben, dass der Zug des Hauptkanals zwischen Hannover und Magdeburg, also auf einer Strecke von fast 200 Kilometer keinen einzigen Platz von nennenswerther Bedeutung berührt. Es dürfte demnach der Zuzug von einem Gebiete, wie es das der Stadt Braunschweig und des hintergelagerten Harzes ist, für den Verkehr und die Rentabilität dieser Kanalstrecke von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit sein.

Der Vollständigkeit halber fügen wir hier eine kurze zahlenmässige Darstellung der Verkehrsmengen an, welche heute in unserem Bezirke bewegt werden.

Das Gebiet, welches für den in Rede stehenden Stichkanal in Frage kommen dürfte, wird begrenzt durch folgende Linien bezw. Ortschaften. im Norden Wipshausen-Lehre-Glentorf, im Osten Glentorf-Schünungen-Halberstadt, im Süden durch den Harz, im Westen Gandersheim-Bockenem-Wipshausen. (Der östliche und nördliche Theil unseres Kreises Helmstedt inkl. der Stadt Helmstedt wird nach dem Bau der Bahn Helmstedt-Oebisfelde nach dem Nordost- bezw. nach dem Hauptkanal gravitiren, fällt also für unsere Berechnung aus; desgleichen unser gesamtes Wesergebiet mit seinen Industrieorten.)

Der Versand und Empfang von den in diesem Bezirke liegenden Eisenbahnstationen betrug nach den

uns gütig überlassenen amtlichen Statistiken im Etatsjahre 1891/92 und zwar:

Versand = 2013804 Tons

Empfang = 2517611 „

Zusammen = 4531415 Tons.

Bei Anstellung der Erwägung nun, welche und wie viele von diesen Gütern für die Beförderung auf dem Kanale in Frage kommen, sind Empfang und Versand zunächst getrennt zu behandeln. Denn es werden von den hier eingehenden Gütern in erster Linie Kohlen als Massen- bzw. Kanal Güter in Betracht zu ziehen sein, wenigstens angenommen werden darf, dass auch nicht unbeträchtliche Mengen von Erzen, Metallen und dergl. zu Schiffe eingeführt werden dürften. In der Gesamtsumme des Empfanges mit

2517611 Tons sind an

Kohlen 968172 „ enthalten.

Es verbleiben also 1549439 Tons, welche wir, um jede Ueberschätzung zu vermeiden, durchgängig als höher bewerthete Güter bezeichnen wollen.

Bei Anwendung grösster Vorsicht und peinlicher Gewissenhaftigkeit wird man dem Kanal

von Massengütern 40%

von höher bewertheten Gütern 20%

zuweisen dürfen.

Demnach ergibt sich für den Empfang

an Kohlen 387268 Tons

an höher bewertheten Gütern 193634 „

insgesamt also 580902 Tons

welche auf dem Kanale ankommen dürften. Hinzuzufügen wäre eventl. der aus obenangeführter Schätzung sich ergebende Mehrbetrag, welchen wir jedoch nicht mit aufrechnen, lediglich weil uns bestimmte Zahlenangaben darüber nicht zu Gebote stehen.

Anders stellt sich die Rechnung für den Versand. Nach der Natur unseres Hinterlandes treten die Massengüter hier in erste Reihe. Von den 2013804 Tons Versandgütern sind nicht weniger als 1417515 Tons Massengüter. Als solche werden betrachtet die folgenden Kategorien:

Kohlen, Zement, Blei, Chemikalien, Düngemittel, Eisen, Schienen, Mehl- und Mühlenfabrikate, Oelkuchen, Thonröhren, Zuckerrüben, Schnitzel, Erde, Getroide, Hölzer, Kalk, Steine, Asphalt, Rohzucker und Raffinade.

Es bleiben demnach an höher bewertheten Gütern für den Versand nur

596289 Tons.

Von den Massengütern entfallen für den Kanal wiederum unter sorglicher Beobachtung der bestehenden thatsächlichen Unterlagen und Anrechnung des Binnenverkehrs 25%, d. i. = 354378 Tons, von den übrigen Gütern 20%, d. i. = 119257 Tons, insgesamt 473635 Tons aus dem Versand. Der Gesamtgüterverkehr, welcher nach der heutigen Lage dem Kanal zufallen könnte, beläuft sich demnach auf die stattliche Summe von 1054537 Tons. Wir halten angesichts dieser Gütermenge und angesichts der zu erwartenden Steigerung des Verkehrs diejenigen Abmessungen für den

Stichkanal erforderlich, welche den Verkehr von Schiffen mit ca. 300 Tons durchschnittlicher Tragfähigkeit gestatten.

Bei Annahme der Verladung in Schiffe von 300 Tons Laderaum ergibt sich ein Jahresverkehr von insgesamt

1936 ankommenden	} Schiffen
1579 abgehenden	

insgesamt von 3515 Schiffen.

Ein Vergleich dieser Zahlen weist darauf hin, dass für ankommende Schiffe nicht nur stets Rückfracht vorhanden sein, sondern dass es sogar nöthig sein wird, zur Bewältigung des Versandes eigene Schiffe zu chartern.

Nehmen wir an, dass die Schifffahrt während acht Monaten oder zweihundertfünfzig Tagen offen ist, so ergibt sich, dass hierselbst täglich ca. acht Schiffe ankommen und sechs bis sieben Schiffe abfahren, überhaupt also täglich vierzehn Schiffe ankommen und abfahren würden.

Einen Kostenanschlag des Kanals zu versuchen bzw. im Anschlusse daran eine Rentabilitätsberechnung für denselben anzustellen, müssen wir im Hinblick auf die oben gegebenen Erwägungen ablehnen. Wir wollen nur beiläufig darauf hinweisen, dass die Handelskammer zu Hildesheim unter Zugrundelegung von insgesamt nur 368000 Tons Güterverkehrs, welche ihrem Bezirke entspricht, eine hohe Verzinsung für einen nach Lage der Terrainverhältnisse gegen den unsrigen fast doppelt so langen Stichkanal herausgerechnet hat.

Zur Frage der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Interessen-Vertretung.

Vom General-Sekretär F. Stumpf - Osnabrück.

Die Frage der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Interessenvertretung bildet seit den letzten Jahren den Gegenstand einer immer lebhafteren Erörterung nicht nur seitens der Reichs- und Staatsregierung sowie seitens der parlamentarischen Parteien, sondern auch innerhalb der beteiligten Interessengruppen der Landwirtschaft und des Kleingewerbes. Der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, welcher insbesondere nach den letzten unbefriedigenden Ernten bei der Landwirtschaft und in einem gewissen Zusammenhange damit auch im deutschen Kleingewerbe — geradeso wie in Handel und Industrie — empfunden wurde, legte es sowohl den Betheiligten als auch den dem landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Mittelstande wohlwollenden Kreisen der Regierung und der Volksvertretung nahe, darüber nachzudenken, durch welche Mittel dem stockenden Gedeihen und dem drohenden Rückgange dieser wichtigen Gewerbszweige abgeholfen bzw. vorgebeugt werden könne. Nichts ist erklärlicher als dass man dabei auf den spekulativen Einfall kam, vor Allem Landwirtschafts- und Handwerkerkammern zu schaffen. Man hat wahrgenommen, dass die deutschen Handelskammern trotz ihrer beschränkten Zuständigkeit, ihrer vielfach geringen Mittel und ihrer nach mehr als einer Richtung unzulänglichen Organisation in den letzten Jahrzehnten zunehmende Erfolge aufzuweisen haben. Man folgert daraus ganz natürlich, dass auch der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe mit der Errichtung ähnlicher Vertretungskörper ein wesentlicher Dienst zu leisten sei. Bei der Regierung und im Parlament möchte man den Willen bethätigen,

der Landwirthschaft und dem Handwerk eine hülfreiche Hand zu leihen, und so redet man vielfach den Landwirthschaftskammern und Handwerkerkammern das Wort, ohne sich ansehnend der eigentlichen Tragweite eines solchen Vorgehens bewusst zu sein.

Wir würden, wie solches nach den bisher von uns vertretenen Anschauungen nicht anders zu erwarten, die Verwirklichung dieser Ideen auf das Lebhafteste bedauern. Nach unserer Ueberzeugung ist es einer der wesentlichsten Mängel unserer Handelskammern, dass sie, zwar mit der Wahrnehmung der „Gesammtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks“ betraut, in Wirklichkeit nur eine Vertretung des Handels und der Industrie darstellen sollen. Und selbst dieser Charakter wird vielerwärts noch wiederum dadurch beeinträchtigt, dass nach § 3 des Gesetzes vom 24. Februar 1870 die zu den niedrigeren Steuerstufen veranlagten Gewerbetreibenden von der Wahlberechtigung zur Handelskammer ausgeschlossen sind. Ist es unseres Erachtens schon misslich, dass die dadurch entstehende Ungleichartigkeit der Handelskammern unter sich ganz falsche Urtheile hervorrufen muss, so können solche Körperschaften auch unmöglich mit voller Sachlichkeit ihrer Aufgaben walten. Es ist eben undenkbar, dass die Berechtigung jedes einzelnen Interesses eine sachgemässe Würdigung erfahren kann, wenn die dafür zu berücksichtigenden Verhältnisse nicht eine auf das Gutachten der in erster Linie damit vertrauten Gewerbetreibenden gestützte Beurtheilung finden. Im Uebrigen muss es auch als eine dem Geiste der Zeit entschieden widersprechende Auffassung erscheinen, dass zwischen den grösseren und den kleineren Handelsgeschäften Interessenunterschiede bestehen sollten, welche eine gesonderte Vertretung der nur nach dem grösseren oder kleineren Umfange von einander zu scheidenden Unternehmungen zu rechtfertigen vermöchten. — Der kleinere und der grössere Handel sind „im Wesen“ jedenfalls nicht von einander verschieden, und alle das Handelsgewerbe berührenden Massnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung machen wohlweislich ihre Gültigkeit nicht von der Grösse eines Geschäfts abhängig, zumal dem einzelnen kaufmännischen Betriebe für seine Entwicklung Schranken irgend welcher Art nicht gezogen werden können.

Wir haben uns deshalb auch dagegen ausgesprochen, dass etwa anlässlich der Einführung der neuen Gewerbesteuer eine Bestimmung getroffen werde, wonach die zur Gewerbesteuer nicht herangezogenen kleineren kaufmännischen Betriebe von der Wahlberechtigung wie von der Beitragspflicht zur Handelskammer ausgeschlossen würden. Es ist ganz richtig, dass das neue preussische Gesetz eine Gewerbesteuer vom Handel als solche nicht mehr kennt, und dass die Besteuerung des Gewerbes fortan nur einen einheitlichen allgemeinen Charakter hat. Die Anregung, deshalb fortan nur diejenigen Geschäftsbetriebe als der Handelskammer angehörig zu betrachten, welche überhaupt nach dem neuen Gesetze Gewerbesteuer bezahlen, würde wiederum zu allerlei verwirrenden Folgen führen. Die Gewerbesteuer erstreckt sich selbstverständlich auch auf Geschäfte, welche keine eingetragene Firma besitzen und zur Anmeldung einer solchen auch nicht verpflichtet werden können. Würde man diese in den Interessenkreis der Handelskammern hineinrechnen, so wäre damit die bisher geltende Regel, nach welcher die Handelskammer nur eingetragene Handelsfirmen vertreten soll, durchbrochen. Das Nämliche würde aber der Fall sein durch den Ausschluss derjenigen im Firmenregister eingetragenen Geschäftsbetriebe, deren Umfang einstweilen oder vorübergehend die für die Besteuerung vorgesehene niedrigste Stufe zufällig nicht erreicht, obschon der ganzen inneren und äusseren Natur nach eine Sonderung dieser von den besteuerten Betrieben des nämlichen Geschäftszweiges ebenso unzweckmässig als unverständlich erscheinen muss. Es ist ge-

wiss richtig, dass kleinere Kaufleute häufig nur widerwillig die Beiträge zu den Handelskammern zahlen. Wir vermögen daraus aber keinen Grund herzuleiten, solchen Kaufleuten das Wahlrecht und die Beitragspflicht zu entziehen, denn der Widerwille gegen finanzielle Leistungen beweist niemals, dass die Einrichtung, für welche diese Leistungen aufgewendet werden sollen, den Pflichtigen nicht selbst gegen ihren Willen wesentliche Vortheile vermittelt. Gerade die Osnabrücker Handelskammer darf für sich in Anspruch nehmen, dass sie seit langen Jahren ganz besonders den Interessen des Kleinhandels eine hervorragende und nicht erfolglose Beachtung geschenkt hat. Man weiss ihr auch in den betreffenden Kreisen Dank dafür, und doch fehlt es in der kleineren wie in der grösseren Kaufmannschaft nicht an solchen Gewerbetreibenden, welche das Institut der Handelskammern überhaupt für überflüssig erachten und die Pflicht, zu den Kosten beizutragen, sehr unangenehm empfinden.

Es ist der Gedanke verlaublich worden, die Vertretung der kleineren Handelstreibenden mit derjenigen des Handwerks zu vereinigen. Man wird indessen zugeben müssen, dass die Ansicht, eine solche Vereinigung entspreche der Eigenart der Verhältnisse, von eben so grosser, wenn nicht von grösserer Willkür zeugt als diejenige Auffassung, nach welcher sich eine Interessentrennung der grösseren und kleineren Handelsunternehmungen empfehlen soll. Von anderer Seite ist man denn auch neuerdings zu der Lösung gekommen, sowohl für den kleineren Handel als auch für das Handwerk allein besondere Kammern in Vorschlag zu bringen, da nur so die in den betreffenden Kreisen über die jeweilig zu beurtheilende Angelegenheit herrschende Meinung unverfälscht zum Ausdruck gelangen könne. Was man sich unter dem Nutzen einer solchen Meinungsäusserung vorstellt, ist freilich schwer zu ergründen. Es macht sich anscheinend auch hier der alte Grundzug des Deutschen Volkscharakters geltend, welcher in der Bekundung des gesammten öffentlichen Lebens hervortritt. In der Politik will jeder seine eigene Fraktion haben, wie im Vereinsleben fast jede Spielart von Bestrebungen das Bedürfniss fühlt, sich zu einer besonderen Organisation zu entwickeln. So sehr indessen das Individualisiren auf einzelnen Gebieten sich geeignet erweisen mag, hervorragende Leistungen zu begünstigen, so wird doch zugegeben werden müssen, dass unser Gemeinwesen an jener Zersplitterung der zur Förderung des öffentlichen Wohles berufenen Kräfte ganz entschieden krankt, und dass dieses getrennte Handeln das gerade Gegentheil dessen bewirkt, was im Grunde genommen allseitig gewollt wird. Nehmen wir an, dass Kleingewerbekammern und Handwerkerkammern wie die Handelskammern vorwiegend berufen sein sollen, die Behörden in der Förderung der Interessen der zu ihnen gehörenden Gewerbegruppen durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, so ist es überdies ganz unaussprechlich, dass sie sich angesichts der fortschreitenden Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete sehr häufig Aufgaben gegenüber finden werden, deren Lösung ohne unmittelbares Zusammenwirken mit den Vertretern anderer Erwerbsgruppen weder nützlich noch möglich sein wird.

Wir haben schon früher in eingehendster Weise ausgeführt — und sind in dieser Beziehung niemals widerlegt worden, — dass die allermeisten Fragen, welche eine wirtschaftliche Interessenvertretung beschäftigen können, weder den Grosshandel und die Grossindustrie, noch den Kleinhandel und das Handwerk allein angehen, sondern nur durch alle Erwerbsgruppen gemeinsam, und zwar mit vollem Inbegriff der Landwirthschaft, zum erspriesslichen Austrage gebracht werden können. An dieser wohlbegründeten Ansicht haben auch die Reichstagsverhandlungen vom 6. Dezember 1892 nicht das Geringste ändern können. Dass

die Reichsregierung seit Jahren, und zwar zum Theil von schwerlich dazu berufener Seite, gedrängt wird, durch eine sogenannte Organisation des Kleingewerbes Mittel zu schaffen, welche den „goldenen Boden“ des Handwerks wieder herzustellen sich geeignet erweisen möchten, kann nicht Wunder nehmen. Das Kleingewerbe seufzt in der That seit längerer Zeit über die vielfach zunehmende Verschlechterung seiner Existenzbedingungen, welche theils durch die überwältigenden Einflüsse des Grossbetriebs mit seinen Fortschritten der Technik, theils durch manche stark in Blüthe gekommenen Auswüchse der Gewerbefreiheit verursacht worden ist. Die erwähnte Organisation durch die gesetzliche Einführung des Befähigungsnachweises und durch Zwangsinnungen herbeizuführen, dazu hat sich der Bundesrath, trotz der befürwortenden Beschlüsse des Reichstages, bisher nicht entschliessen können. Und so sucht man den in manchen Punkten recht unklaren Bestrebungen dadurch Beruhigung zu schaffen, dass man Handwerkerkammern in Aussicht stellt, welche neben einer gutachtlichen Thätigkeit die Beaufsichtigung des Lehrlingswesens und der bezüglich des Arbeiterschutzes gegebenen Bestimmungen der Gewerbeordnung übernehmen sollen, während ihnen unbenommen bleiben würde, im Interesse des Kleingewerbes alles Dasjenige zu rathen und zu thaten, was man überhaupt Niemandem verbieten kann.

Daneben wird alsdann eine gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens ins Auge gefasst, weil ohne die letztere von einer Aufsichtsinstanz für die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge natürlich nicht die Rede sein könnte. Das gewerbliche Lehrlingswesen verdient sicherlich seitens aller Betheiligten und Berufenen die sorgsamste Beachtung, da es die erste Grundlage für die Leistungsfähigkeit und sittliche Tüchtigkeit weiter Volkskreise bildet. Es erscheint uns aber unthunlich, die Regelung eines so wichtigen Gegenstandes, welcher, weit über das Handwerk hinausgreifend, auch die gesamte Klein- und Gross-Industrie berührt, lediglich nach dem Massstabe kleingewerblicher Verhältnisse durchführen zu wollen, zumal gerade bei der technischen Ausbildung des Lehrlings Industrie und Handwerk sich im Wesen der Sache grossentheils decken, während auf gewerbepolitischen Gebiete zwischen diesen beiden Erwerbsgruppen mannigfache Abweichungen bestehen. So wenig es nun einen Sinn haben würde, die Lehrlingsverhältnisse des Grossgewerbes mit denjenigen des Kleingewerbes nach gleichen Grundsätzen der Aufsicht von Handwerkerkammern zu unterstellen, so wenig ist es andererseits zu begreifen, wie man einen Segen darin erblicken will, die Ausbildung des Handwerkerlehrlings derjenigen Instanz zu entziehen, welche naturgemäss dafür als die geeignetste angesehen werden sollte. Diese Instanz ist und bleibt aber unzweifelhaft die Innung, welcher man den Kern ihrer Bedeutung nehmen würde, wenn man die Aufgabe der Förderung des Lehrlingswesens neben ihr in andere Hände legen wollte. Das wird in denjenigen Handwerkerkreisen, welche das Innungswesen bisher mit Verständniss und Aufopferung gepflegt und mancherwärts zu hoher Blüthe entwickelt haben, auch vollkommen eingesehen, so viel auch versichert werden mag, dass sich ein Weg finden werde, auf welchem auch in der Handwerkerkammer den Innungen der ihnen gebührende Einfluss zu sichern sei. Die Handwerkerkammer in der Gestalt, wie sie nach dem in der Reichstagssitzung vom 6. Dezember 1892 entwickelten Plane gedacht ist, macht die Innungen so inhaltslos, dass ihnen damit das Lebenslicht so ziemlich ausgeblasen wird. Das würde nun ja nichts verschlagen, wenn durch die Errichtung von Handwerkerkammern dem bisher in den Innungen organisirten Handwerk eine einflussreichere Stellung in der Volkswirtschaft und eine nachdrücklichere Förderung seiner Interessen vermittelt werden könnte. Das muss aber mit Fug und Recht bezweifelt werden, da es

schon in der ganzen Art des Kleingewerbes liegt, dass für jedes einzelne Gewerbe die Innung viel eindringlicher auf die Hebung fachlicher Tüchtigkeit und auf die Klarstellung der vorliegenden Bedürfnisse einwirken kann als ein Organ, welches als Vertretungskörper des Handwerks selbst im besten Falle niemals die sämtlichen innerhalb eines örtlichen Bezirks betriebenen Einzelzweige des Kleingewerbes wird zusammenfassen können. Es ist darnach klar, dass die Errichtung von Handwerkerkammern das Innungswesen schwer schädigen, wenn nicht überhaupt in Frage stellen würde, während durch eine solche Organisation des Handwerks nichts anderes erreicht wäre, als unter anderem Namen dasjenige in mangelhafterer Form ins Leben zu rufen, was man als „Zwangsinnung“ verwerfen zu müssen glaubte.

Wenn wir schon andeuteten, dass hinsichtlich des Lehrlingswesens Handwerk und Industrie vielfache Berührungspunkte haben, so ist das Gleiche in Bezug auf die Ausübung des Gewerbebetriebes der Fall bei Handwerk und Kleinhandel. Bei der bestehenden Gewerbefreiheit ist das öffentliche Feilbieten von Waaren nur in wenigen für die Sache belanglosen Fällen an besondere Bedingungen gebunden. Auch der Handwerker betreibt daher sehr häufig ein kaufmännisches Geschäft, und es liegt ganz in seiner Hand, dasselbe auf den Vertrieb selbstgefertigter Erzeugnisse zu beschränken oder auch auf diesen verwandte, von der Grossindustrie und vom Zwischenhandel bezogene Artikel auszudehnen. Man darf daher sagen, dass die Begriffe des Kaufmanns und des Handwerkers vielfach in einander zerfliessen. Deshalb werden auch, von den inneren Angelegenheiten jedes Faches abgesehen, die Interessen von Handel und Kleingewerbe in ihrer Vertretung gegenüber der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Landes und den Einrichtungen unseres Verkehrswesens und der Verwaltung recht wohl vereinigt werden können. Dass jede Berufsgruppe an allen Fragen das gleiche Interesse nehmen sollte, wäre undenkbar, und auch in den Handelskammern ergeben Tausende von Beispielen, dass die vielbeliebte Annahme, als seien in diesen Körperschaften nur eng verwandte Interessen vereinigt, eine höchst fehlsame ist. Zum Ueberfluss mag auch hier nochmals wieder darauf hingewiesen werden, dass es den Drogenhändler völlig kalt lässt, was die Gewerbeordnung über die Handhabung der Betriebe der Textil-Industrie enthält, dass der Spinnereibesitzer sich wenig darum kümmern wird, welche Einwirkungen der Kaffee-Terminhandel auf das Kolonialwaarengeschäft ausübt, und dass der Zigarrenfabrikant aus praktischer Sachkenntniss schwerlich zu beurtheilen beanspruchen wird, welche Fracht- und Zolltarife für den Erzbergbau und die Eisenindustrie als angemessen zu erachten sind. Ganz ähnlich liegt es aber mit den einzelnen Zweigen des Handels und der Industrie unter sich und in Rücksicht auf Handwerk und Landwirtschaft.

Es wäre demgemäss eine von völliger Unkenntniss der Dinge zeugende Behauptung, dass in einer Körperschaft, in welcher das Handwerk mit Handel und Industrie vereinigt, aber gegen diese beiden Gruppen nicht mit einer gleichen Stimmenzahl ausgerüstet wäre, bei der Berathung kleingewerblicher Interessen stets eine Uebereinstimmung des Kleingewerbes zu befürchten sei. Die in Sachsen, Bayern, Baden, sowie in anderen Ländern gemachten Erfahrungen strafen überdies solche Behauptungen Lügen, wie beispielsweise noch aus den neuesten Verhandlungen und Nachrichten von Handelskammern der genannten Staaten hervorgeht. Anstatt durch die Bildung von Handwerkerkammern daher einem sich des rechten Weges offenbar nicht bewussten dunklen Drange zu folgen, und die in dem Innungswesen dem Handwerk bereits zu Theil gewordene segensreiche Organisation vielleicht zu vernichten, schaffe man vielmehr dem Kleingewerbe eine angemessene Vertretung in entsprechend erweiterten

Handelskammern. Bezüglich der Einzelheiten gestatten wir uns auf diejenigen Vorschläge zu verweisen, welche wir seit mehr als fünfzehn Jahren zu vertreten uns veranlasst gesehen haben, ohne dass die im Laufe dieser Zeit vielseitig aufgetauchten, dieses Gebiet betreffenden Ideen uns in der Stellung zur Aus- und Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessenvertretung hätten schwancken machen können.

Die von uns befürworteten Organe, welche alle Erwerbsgruppen des Landes, unter Berücksichtigung der Bedeutung jeder einzelnen für den bezüglichen engeren Bezirk, in möglichst gleichmässig begrenzten, an Stelle der jetzigen Handels- bzw. Handels- und Gewerbekammern zu bildenden Vertretungskörpern vereinigen sollen, würden so wie das Handwerk natürlich auch die Landwirthschaft mit umfassen.

Während man, schon wegen der in Süddeutschland damit in den Handels- und Gewerbekammern gemachten Erfahrungen, die Möglichkeit eines Zusammentragens von Vertretern des Handels und der Grossindustrie mit denen des Kleingewerbes nicht als unausführbar hinzustellen wagt, hat man den Vorschlag einer Einbeziehung der Landwirthschaft in erweiterte Gewerbekammern mehrseitig als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnen zu sollen geglaubt. Freilich hat man für diese Auffassung keine andere Begründung als die haltlose Erklärung, dass die Interessen von Handel und Industrie denen der Landwirthschaft in wichtigen Dingen feindlich gegenüberstünden. Wer eine solche Phrase vertreten will, mag es verantworten. Wir beruhigen uns bei der Thatsache, dass der Grundsatz einer innigen Interessen-Solidarität zwischen Landwirthschaft und Industrie in erster Linie sowie einer unteilbaren Interessengemeinschaft zwischen allen heimischen Erwerbsgruppen in der Öffentlichkeit wie in kleineren Kreisen noch niemals mit solcher Rückhaltlosigkeit anerkannt worden ist, als wie etwa seit einem Jahre, und namentlich in der Zeit der jüngsten politischen Erschütterungen.

Man verfolgt daher auch in der Richtung einen gefährlichen Weg, dass man durch die Errichtung besonderer Landwirthschaftskammern einen neuen Keil zwischen diese und die übrigen Erwerbsgruppen zu treiben sucht. Man würde damit allerdings Gegensätze künstlich erzeugen, aber Massnahmen, welche unter Würdigung aller Interessen der wirthschaftlichen Wohlfahrt des ganzen Landes dienlich sein würden, schwerlich fördern können. Zwar hat der Bund der Landwirthe die unklare Forderung der Landwirthschaftskammern in sein Programm aufgenommen. Wir müssten uns aber sehr wundern, wenn die einsichtigen, grossen, landwirthschaftlichen Vereine, welche bisher diesem Projekt wenig Gegenliebe gezollt haben, sich wirklich dazu bekehren liessen, einer Organisation zuzustimmen, die im besten Falle dem blühenden landwirthschaftlichen Vereinsleben einen mächtigen Stoss versetzen müsste. Was die Regierung treibt, die Idee der Landwirthschaftskammern mit so auffallendem Eifer zu pflegen, ist uns bis jetzt — auch aus den Verhandlungen des Königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums — nicht klar geworden. Bezeichnend ist es jedenfalls, dass der Beschluss der letzterwähnten Behörde, die „fakultative“ Errichtung von Landwirthschaftskammern zu befürworten, nur dadurch eine sehr geringe Mehrheit fand, dass mit einigen gewählten Mitgliedern die sämmtlichen von dem Herrn Landwirthschaftsminister in das Kollegium berufenen Herren (darunter Geheime Räte, Professoren u. s. w.) dafür, die Mehrzahl der von den grossen landwirthschaftlichen Vereinen des Landes entsandten Vertreter aber dagegen stimmten. Hier wie bei den Handwerkerkammern ist es vor Allem der Reiz des Besteuerungsrechts, welcher die betheiligten Kreise vereinzelt veranlasst, über die unvermeidlichen Schädigungen, denen durch die er-

strebten neuen Gebilde Innungen und Vereine ausgesetzt werden, hinweg zu sehen.

Was aber weder an der einen noch an der andern Stelle bedacht wird, das ist die Gefahr, welche darin liegt — wenn es wirklich zu einem solchen Tohuwabohu käme — die in Zukunft alsdann bestehenden vier- oder fünferlei verschiedenen offiziellen Interessenvertretungen je nach Bedarf gegen einander ausspielen zu können. Man kann auch unmöglich bedacht haben, welche Summe unnützer Arbeit geleistet werden müsste, wenn diese Projekte Verwirklichung finden. Bei der modernen Gestaltung des wirthschaftlichen und politischen Lebens hat schon jetzt jeder alle Hände voll, um neben den dringendsten eigenen Angelegenheiten auch dem Gemeinwohl eine geringe Mitarbeit zu widmen. Nun stelle man sich vor, dass eine grosse Reihe, wenn nicht die meisten der den wirthschaftlichen Vertretungskörpern zu unterbreitenden Angelegenheiten von den Sachverständigen einer einzelnen Erwerbsgruppe, und wenn dieselben in ihrem Fache noch so hervorragend sind, meistens doch nur einseitig und niemals erschöpfend beurtheilt werden können. Man vergegenwärtige sich, dass da, wo abweichende Ansichten bestehen, weil in bestimmten Punkten die Interessen verschiedener Erwerbsgruppen vielleicht zusammenlaufen, die erforderliche Aufklärung nur durch Rede und Gegenrede herbeigeführt werden kann, und man frage sich, wie nun am grünen Tische zwischen den sich gegenseitig schlagenden Gutachten sachverständiger Vertretungen diejenige Richtschnur gefunden werden soll, nach welcher dem Staatswohl unzweifelhafte Gerechtigkeit widerfährt! Man wird zugeben, dass man auf solche Weise Umdinge erzeugt, welche zu bewältigen die Behörden der Staats- und Reichsregierung weder genügende Kräfte noch ausreichende Fähigkeiten besitzen werden.

Die ehrliche Probe, welche wir seit drei Jahren bezüglich des Zusammenwirkens von Vertretern der Landwirthschaft, des Kleingewerbes, des Handels und der Industrie bei der Berathung der wirthschaftlichen Interessen des Bezirks gemacht haben, berechtigt uns trotz der bisherigen unvollkommenen Organisation der Sache wiederholt zu der Aussprache, dass auch auf dem Felde der Interessenvertretung in der Vereinigung der Gruppen die Gewähr der Entwicklung einer für alle Theile fruchtbringenden Thätigkeit liegt. Die Trennung der verschiedenen Erwerbsgruppen in einzelnen offiziellen Organen würde daher nur zu einer gewalthätigen Zersplitterung der zu harmonischem Zusammenwirken berufenen Kräfte führen und diejenigen Elemente einander entfremden, welche gerade in der Gegenwart, ihres staaterhaltenden Charakters wegen, so eng wie irgend thunlich sich zusammenschliessen sollten.

Wir können daher nur auf das Lebhafteste wünschen, dass man an massgebender Stelle die Absicht der Bildung von Handwerker- und Landwirthschaftskammern fallen lassen und sich mit Wärme derjenigen Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessenvertretung zuwenden möge, welche wir immer aufs Neue aus tiefster Ueberzeugung zu empfehlen nicht müde werden, und welche s. Zt. (im Jahre 1882) auch durch den damaligen Herrn Handelsminister, Seine Durchlaucht den Fürsten von Bismarck, als diejenige Organisation anerkannt worden ist, welche der gedeihlichen Förderung der wirthschaftlichen Interessen am zuverlässigsten entsprechen würde.

Die Erfolge, welche wir jetzt bereits während dreier Jahre durch die Zuziehung von Vertretern der Landwirthschaft und des Kleingewerbes zu unsern Vollversammlungen in Bezug auf die vorstehend dargelegten Anschauungen zu verzeichnen haben, können die Ueberzeugung von der Richtigkeit einer Umgestaltung der wirthschaftlichen Interessenvertretung im Sinne unserer Vorschläge nur bestätigen. Manche Fragen haben durch die Theilnahme von wohlunterrichteten Mit-

gliedern der beiden von den Handelskammern bisher nicht umfassten Berufsstände an der Erörterung eine sehr werthvolle Aufklärung gefunden, und in manchen Fällen sind über Dinge von grundsätzlicher Bedeutung Verständigungen erzielt, an deren Stelle ohne den durch unsere Einrichtung veranlassten offenen Meinungsaustausch unzweifelhaft einseitige Vorurtheile fortbestanden haben würden. Vor Allem hat das Zusammenwirken der Vertreter unserer gesammten grossen Erwerbsgruppen auch in diesem mangelhaften Rahmen auf das Deutlichste erwiesen, dass wohl Interessenverschiedenheiten, dagegen wirkliche Interessengegensätze zwischen den einzelnen Gruppen und Zweigen unserer nationalen Wirtschaft nicht bestehen.

Selbstverständlich kann der von uns herbeigeführte Behelf die Vorzüge einer gesetzlichen Organisation, welche dem Kleingewerbe und der Landwirtschaft überall in den Kammern eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den örtlichen Bezirk angemessene Vertretung — nicht mit beratender, sondern mit völlig gleichberechtigter, beschliessender Stimme — geben würde, nicht ersetzen. Um so mehr haben wir das freundliche Einvernehmen zu schätzen, welches sich zwischen uns und unsern Gästen herausgestaltet hat, und welches für dieersprießlichkeit unserer gemeinsamen Verhandlungen zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Zur Zeit sind zur Theilnahme an unseren Sitzungen abgeordnet seitens des landwirtschaftlichen Hauptvereins für das Fürstenthum Osnabrück die Herren: Landrath Kammerherr O. von Pestel zu Haus Bruche bei Melle und Hofbesitzer Dr. Fisse-Niewedde zu Kalkriese; seitens des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für das Herzogthum Arenberg-Meppen und die Grafschaften Bentheim und Lingen Herr Generalsekretär Ponsmann in Osnabrück und Herr Ackerbauschuldirektor a. D. Kranz in Meppen; seitens des landwirtschaftlichen Kreisvereins für den Kreis Tecklenburg Herr Hofbesitzer Worpenberg genannt Krewinghaus zu Schollbruch, und seitens des Innungsausschusses zu Osnabrück der Vorsitzende desselben, Herr Karl Lammers, sowie die Herren Innungsmeister Schrader und Gildemeister Stänner.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Wie der 1. Februar 1892 in der handelspolitischen Entwicklung Europas einen Wendepunkt gebildet hat, so wird für die handelspolitische Geschichte Deutschlands der 1. August 1893 ein Tag von besonders einschneidender Bedeutung sein. Mit dem 1. August 1893 wird Russland seinen Maximaltarif Deutschland gegenüber zur Anwendung bringen, und in Erwiderung hierauf wird Deutschland für die aus Russland kommenden Waaren — ob auf alle oder blos einzelne, ist uns zur Zeit nicht bekannt — einen Zuschlag von 50 Prozent zu den Sätzen des Deutschen Zolltarifs erheben. Damit tritt Deutschland in einen Zollkrieg, unseres Wissens den ersten, den es führt, ein, und wir wünschen nur, dass es aus diesem Kampfe, in welchem keiner Partei Verluste erspart bleiben, als Sieger hervorgehe.

Die Einführung des russischen Maximaltarifs gegenüber Deutschland hat zunächst seinen Grund darin, dass Deutschland Russland die ermässigten Getreidezölle nicht ohne weiteres bewilligte. Dieses Verhalten Deutschlands wird man vollkommen berechtigt erachten müssen: denn es lag durchaus kein Grund vor, Russland dasjenige ohne jedes Aequivalent zu bieten, was anderen Staaten gegen entsprechende Konzessionen oder in begründeter Erwartung derselben anlässlich der Anknüpfung von Handelsvertragsverhandlungen gewährt wurde. Dass die deutsche Regierung bereit gewesen wäre, auch Russland diese Ermässigungen einzuräumen,

wenn Russland vollwerthige Gegenleistungen geboten hätte, geht zur Genüge daraus hervor, dass sie in freundschaftlicher Weise das Anerbieten Russlands zur Anknüpfung von Handelsvertragsverhandlungen aufnahm. Im Verfolg dieser Verhandlungen wurden auch Vertreter der Handelskammern zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Da indessen diese Verhandlungen strenge geheim geführt wurden, so ist über deren Inhalt Näheres nicht bekannt geworden. Bis jetzt dürfte ihr Ergebniss ein negatives sein, da sonst die plötzliche Erklärung der russischen Regierung, gegen Deutschland nunmehr den Maximaltarif anwenden zu wollen, nicht verständlich wäre. Dass schliesslich doch noch eine Verständigung zwischen den beiden Reichen erzielt werde, ist damit nicht ausgeschlossen.

Was den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Russland betrifft, so haben wir Russland gegenüber eine sogen. passive Handelsbilanz, d. h. Russland führt weit mehr Waaren nach Deutschland ein, als Deutschland nach Russland. So betrug*) in den vier Jahren 1888, 1889, 1891 und 1892 die

Einfuhr von Russland nach Deutschland:

1888	Tonnen	3 022 312	(Werth 456 499 000 Mk.),
1889	"	4 337 621	(" 551 797 000 "),
1891	"	3 839 168	
1892	"	2 997 091	

Ausfuhr von Deutschland nach Russland:

1888	Tonnen	483 747	(Werth 199 633 000 Mk.),
1889	"	575 677	(" 196 899 000 "),
1891	"	485 837	
1892	"	510 595.	

Der Werth der deutschen Ausfuhr nach Russland belief sich 1890 auf 262 Millionen Mk. = 7,9 Prozent der gesammten deutschen Ausfuhr; Russland kam als Ausfuhrland an fünfter Stelle (nach Grossbritannien, den Vereinigten Staaten, Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden) in Betracht. Als Einfuhrland nahm es in diesem Jahre mit 580,31 Millionen Mk. = 13,2 Prozent der gesammten deutschen Einfuhr die dritte Stelle (nach England und Oesterreich-Ungarn) ein.

Die Hauptartikel des russischen Imports nach Deutschland sind vor allem Holz und Getreide, sodann Leinen, Leinöl, Flachs, Hanf, Leder, Holzirinde, Knochen, Lumpen, Wolle, Eisen- und Manganerze, Petroleum etc., während Deutschland hauptsächlich Farben, Chemikalien, Maschinen, Kohlen, Koaks, Kalk, Zement, Galanteriewaaren, Wolle, Seide und Sammetwaaren nach Russland ausführt.

Der neue russische Maximaltarif besteht nun in einer theils fünfzehn-, theils zwanzig-, theils dreissigprozentigen Erhöhung des Zolltarifs vom 11. Juni 1891. Letzterer kommt nur jenen Staaten gegenüber zur Anwendung, welche Russland die Meistbegünstigung gewähren. Die Provenienzen jener Länder, welche Russland die Meistbegünstigung versagen, unterliegen dem Maximaltarif. Unter den Artikeln, welche von dem Maximalzoll betroffen werden, wollen wir an dieser Stelle nur einzelne herausgreifen.

Die Meistbegünstigten zahlen als Zoll bei Medikamenten per Pud 16 Rubel, Deutschland 26,00 Rubel; bei Chemikalien per Pud 1,80, Deutschland 3,20; bei Eisen- und Stahlfabrikaten über 5 Pud 1,55, Deutschland 2,21; bei Drahtfabrikaten 3,52 resp. 2,43, Deutschland 5,86 resp. 3,60; bei Maschinen per Pud 1,53 gegen 2,21; bei landwirtschaftlichen Maschinen per Pud 0,52, Deutschland 0,91; bei Instrumenten 6,80 gegen 10,40; bei Pianinos 64 gegen 104; bei anderen musikalischen Instrumenten 16 gegen 26, Papier 9,54 gegen 13,78. Kammgarn-Gewebe zahlen 1,20 gegen 1,80, halbseidene gestrickte Fabrikate 2,70 gegen 3,60; Ga-

*) Diese Zahlen werden hier abweichend von anderen Berechnungen angegeben. Der Unterschied liegt in der amtlichen Statistik beider Länder. Anmerkung der Redaktion.

lanterie- und Toilettesachen, bessere 1.80 gegen 2.60, ordinäre 0.40 gegen 0.65 per Pfund; Flaschenweine 0.30 gegen 0.60; Schaumweine 1.19 gegen 1.86.

Besonders gross wird die Zolldifferenz zu Ungunsten Deutschlands bei jenen Artikeln, für welche einzelnen Ländern (beispielsweise Frankreich) besondere Ermässigungen des (Minimal-) Tarifs vertragsmässig eingeräumt sind.

Ueber die oben kurz erwähnten Motive, welche Russland bewogen haben, zu dem neuen Tarifsystern überzugehen, äussert sich der „Westnik Finansow“ eingehender folgendermassen:

„Die Russische Regierung hielt seit langer Zeit an dem System eines autonomen Tarifs für den Europäischen Handel mit gleichen Tarifsätzen für gleichartige Einfuhrwaaren fest, ohne Berücksichtigung des Landes, aus welchem die Waaren stammten. Dieses System wahrte einerseits dem Staate volle Freiheit in der Bestimmung und Abänderung der Tarifsätze, gemäss den Bedürfnissen der Industrie, des Handels und des Fiskus, andererseits sicherte es jederzeit allen befreundeten Mächten ohne Ausnahme die gleichen Bedingungen der Ausfuhr, ohne auch nur eine derselben in eine weniger günstige Lage als die anderen zu stellen. Diesem traditionellen Grundsatz seiner internationalen Zollpolitik folgend, traf Russland selbständig protektionistische Massregeln, sah ruhig dem Erstarken des von nationalen Interessen geleiteten Protektionismus in Westeuropa zu und hielt sich fern von allen Bestrebungen, den Handel eines Staates zu Gunsten anderer mittelst besonderer Handelskonventionen einzuschränken. Indem Russland die Herkünfte aller Länder in gleicher Weise behandelte, hielt es sich jedoch berechtigt zu beanspruchen, dass auch die russische Einfuhr auf Grund der Gegenseitigkeit der Handelsinteressen nicht in eine minder begünstigte Lage als die Einfuhr derselben Waaren aus anderen Ländern gestellt werde. Bis vor kurzem hatte dieser Grundsatz auch seine Geltung, da die meisten fremden Staaten es für angemessen hielten, der russischen Einfuhr als Entgelt für den ihrer Einfuhr in Russland gewährten gleichen Zolltarif das Recht der Meistbegünstigung zuzugestehen. Die äusserst wenigen, auf Verträgen beruhenden Begünstigungen Russlands Seitens einiger Staaten sind von Russland wenig ausgenutzt worden, da sie die wirtschaftlichen Interessen Russlands nicht berührten und nur solche Artikel betrafen, welche für die russische Ausfuhr keine Bedeutung haben. Jedoch seit 1892 hat die Zollpolitik des Westens eine neue Richtung eingeschlagen, die wesentlich durch die Ausdehnung des Systems gegenseitiger Tarifbegünstigungen gekennzeichnet ist; diese Begünstigungen erstrecken sich auf eine gegen früher bedeutend grössere Zahl von Handelsartikeln und betreffen unter anderem auch landwirtschaftliche Produkte, die den wichtigsten Gegenstand der russischen Ausfuhr bilden. Die in einigen Staaten eingeführten Konventionaltarife mit ermässigten Tarifsätzen sind auf Russland nicht ausgedehnt worden, in Folge dessen die russische Ausfuhr zum ersten Male thatsächlich, und zwar hinsichtlich sehr vieler Handelsartikel, unter den Einfluss ungleicher Konkurrenzbedingungen hinsichtlich derselben Waaren anderer Länder gestellt worden ist. Dieses gereicht der für unsere Ausfuhr arbeitenden Industrie zu wesentlichem Schaden und bildet ausserdem eine Abweichung von dem Grundsatz gegenseitigen Nutzens in internationalen Handelsbeziehungen; denn Russland gewährte nach wie vor den Ländern, die seine Ausfuhr in gegenüber anderen Ländern ungleiche Ausfuhrbedingungen gestellt hatten, dieselben Bedingungen wie den Russland Meistbegünstigung gewährenden Ländern. Unter solchen Verhältnissen konnte der eine Zolltarif nicht ferner in Kraft bleiben,

und die russische Regierung war durch die Lage der Dinge gezwungen, den Grundsatz der ungleichen Besteuerung der Einfuhr verschiedener Länder, entsprechend dem Verhalten dieser Länder zur russischen Einfuhr, in seine Tarifgesetzgebung aufzunehmen. Diese Massregel verfolgt keinen anderen Zweck als den Schutz der wirtschaftlichen Interessen des Reiches. Da die russische Regierung den Grundsatz des autonomen Tarifs hochhielt, so suchte sie sich fast anderthalb Jahre lang mit den der russischen Ausfuhr ungünstigen Zollverhältnissen anderer Länder auszusöhnen und zögerte, eine Massnahme zu ergreifen, die nur ein Mittel zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes des internationalen Waarenaustausches ist. Sie entschloss sich zu diesem Schritt erst dann, als sie sich endgültig überzeugt hatte, dass die neue Richtung der westeuropäischen Zollpolitik, welche auf gegenseitiger Begünstigung hinsichtlich einzelner Tarifsätze beruht, eine grosse Menge von Waaren betroffen hat, die unter anderem auch die wichtigsten Ausfuhrartikel Russlands einschliessen“. Also musste zur Einführung eines doppelten Tarifs geschritten werden, „der 1. die Grundlage für in Zukunft mögliche und erwünschte Handelskonventionen bildet und 2. eine gerechte Bevorzugung zu Gunsten der Staaten, die schon jetzt uns die meisten Begünstigungen gewähren, enthält.“

Dieser Motivierung wird vor allem entgegengehalten sein, dass Deutschland seine Zölle Russland gegenüber nicht erhöht hat, sondern ihm nur die anderen Staaten gewährten Zollbegünstigungen insoweit versagt, als nicht auch Russland — gleich den anderen Staaten — entsprechende Gegenleistungen macht. Gewiss wird daher nichts zu erinnern sein, wenn Russland die dritten Staaten eingeräumten Zollermässigungen Deutschland vorenthält, so lange kein bezüglicher Vertrag zwischen den beiden Reichen besteht. Russland hat aber nicht etwa in dieser Weise verfahren, es hat vielmehr einen erhöhten Kampfsoll geschaffen, mit dem es Deutschland zu grösserer Willfährigkeit veranlassen will. Dies Ziel dürfte es kaum erreichen. Die meisten russischen Zölle des Minimaltarifs sind so hoch bemessen, dass sie den ehemals ziemlich umfangreichen Export Deutschlands zum grossen Theil lahm gelegt haben; nur eine wesentliche Reduzierung dieser Zölle erscheint für Deutschland annehmbar. Wenn aber Russland etwa der Ansicht ist, dass Deutschland auf die russische Getreideeinfuhr angewiesen sei, so würde es durch die Ereignisse des vergangenen Jahres sich leicht eines Besseren belehren können.

So betrug in Prozenten unserer Gesamteinfuhr diejenige Russlands

	im Jahre	
von	1889	1892
Roggen	87	23
Weizen	58	18
Hafer	92	4
Gerste	48	30

So lange Russland für dieses Manco der Ausfuhr durch den Absatz im Innern Entschädigung fand, mochte es die Erschwerung seines Exports weniger gefühlt haben. Anders, wenn es auf die Ausfuhr angewiesen ist, wie es nunmehr der Fall zu sein scheint. Im Grossen und Ganzen dürfte deshalb anzunehmen sein, dass Russland unter dem Zollkriege, der ja für beide Staaten vom Uebel ist, schwerer leidet als Deutschland. Um so sicherer darf erwartet werden, dass die Reichsregierung, wenn anders Russland die Vertragsverhandlungen fortzusetzen bereit ist, entschieden und zielbewusst jene Konzessionen von Russland verlangt und nur solche Ermässigungen der Zölle als ein entsprechendes Aequivalent für ein Entgegenkommen deutscherseits annimmt, welche eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Russland verbürgen.

Bayerische Handelszeitung.

Nach dem amtlichen statistischen Ausweise betrug der Gesamtbedarf Deutschlands an fremdländischem Getreide im Jahre 1892 für die vier wichtigsten Getreidearten:

	in Tonnen:			
	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
Insgesamt	1296213	548599	87836	583296
davon aus				
Russland	257339	123387	7964	177075
Vereinigte Staaten	630213	136129	—	10293
Rumänien	91785	26817	—	77303
Argentinien	66169	—	—	—
Bulgarien	53472	27428	—	15448
Britisch Ostindien	50908	—	—	—
Oesterreich-Ungarn	45673	34357	60748	263557
Belgien u. Holland	33637	18741	395	5419
Serbien	13539	9352	—	—
Türkei	20278	86113	—	2899
Frankreich	—	46008	—	21675

Anm. der Redaktion.

Zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

Von Ludwig Fuld.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die hinter uns liegende Wahlbewegung einen vollgiltigen Beweis dafür erbracht hat, dass das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in breiten Schichten der ländlichen Bevölkerung als ein Gegenstand des Anstosses und Missvergnügens betrachtet wird; vor allem in den ländlichen Bezirken Bayerns hat die Anwendung des Gesetzes Unzufriedenheit in Hülle und Fülle erzeugt. Unmittelbar nach den Wahlen trug das Zentrum dieser Volksstimmung Rechnung, indem es alsbald einen Antrag einbrachte, welcher die Regierung aufforderte, einen Entwurf zur Revision des Gesetzes mit thunlicher Beschleunigung vorzulegen. Der Antrag ist allerdings nicht mehr zur Verhandlung gelangt, seine Wiederbringung im Herbst oder im Winter wird indessen ausser Frage stehen. Auch in anderen Parteien beachtet man die Bedeutung dieser Volksstimmung wohl und hält eine Durchsicht des Gesetzes in manchen Punkten für geboten. Für die von jeder parteipolitischen Brille freie Betrachtung fragt es sich angesichts dieser Thatsachen, ob die Missstimmung der Bevölkerung gerechtfertigt ist und das Reich die Verpflichtung hat, durch geeignete Reformen zur Beseitigung der Verstimmlung beizutragen. In einer Hinsicht bejahen wir diese Frage, in anderer verneinen wir sie hingegen in bestimmtester Weise. Wir sprechen der Missstimmung insoweit jede Berechtigung ab, als sie sich gegen die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in den Kreis der Versicherungspflichtigen richtet und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie bei den niederbayerischen Hofbauern oder bei den ost-elbischen Latifundienbesitzern vorhanden ist. Die Erstreckung der Versicherung auf die ländlichen Arbeiter war und ist ein Bedürfniss, sie war das mindeste, was der Staat zur Hebung dieser beklagenswerthen Arbeiterkategorie thun konnte. Will man heute noch das Bedürfniss mit dem Hinweis auf die patriarchalischen Verhältnisse bestreiten, heute, nachdem die wahrlich nicht einseitig zu Gunsten der Arbeiter gehaltenen Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik aller Welt gezeigt haben, welchen praktischen Werth der Patriarchalismus noch besitzt, will man sich heute noch auf die Leistungen und Fürsorge der freiwilligen Liebesthätigkeit berufen, nachdem in den Erhebungen des genannten Vereins hierüber doch auch das Nothwendige mitgetheilt worden ist? Wahrlich, keine Bestrebung kann minder berechtigt sein als die, die sich auf die Beseitigung der für die ländlichen Arbeiter bestehenden Invaliditäts- und Altersfürsorge

richtet, und die schärfste Zurückweisung jedes dahin abzielenden Versuchs ist gerade scharf genug. Uebrigens wird kein Politiker, der auf das Prädikat „weitsichtig“ irgendwie Anspruch machen kann, daran denken, den Arbeitern heute Rechte zu entziehen, die ihnen seit längerer Zeit bereits zustehen, und auf Grund deren sie Vortheile erlangt haben; wir halten dies einfach für unmöglich.

Als berechtigt müssen wir dagegen die Missstimmung bezeichnen, die sich gegen das Verfahren richtet; Komplizirtheit und bürokratische Schablone herrschen hier vor, die Vielschreiberei hat vielleicht selten solche Triumphe erlebt wie bei der Anwendung dieses Gesetzes. Verfehlt ist zunächst die Belästigung der Bevölkerung mit der Markenverwendung. Leute, die es wissen können, haben mit Recht hervorgehoben, dass da, wo die Markenverwendung den Krankenkassen und anderen Organen übertragen ist, die Missstimmung nur in verschwindendem Masse vorhanden ist. Eine Aenderung der in dieser Beziehung geltenden Vorschriften würde eine stark sprudelnde Quelle der Unzufriedenheit verstopfen; der Bauer ärgert sich viel weniger über die finanzielle Belastung, die ihm das Gesetz auferlegt, als über die Arbeit und die Scherereien, die für ihn aus seiner Durchführung erwachsen; wenn ihm die Markenverwendung und der Kartenumtausch abgenommen wird, wenn er weiter nichts zu thun hat, als dem Boten der Kasse, der Steuerhebungsstelle u. s. w. periodisch die auf ihn entfallende und die von ihm vorzulegende Hälfte zu zahlen, wird er sich eher mit dem Gesetze aussöhnen als jetzt. Weiter ist das schiedsgerichtliche Verfahren abzuändern, das zur Zeit überaus lange zu dauern pflegt; der Rechtsgang ist viel zu schleppend und langweilig, Monate vergehen, bis der Antragsteller die Entscheidung des Schiedsgerichts in Händen hat. In dritter Linie erscheint es nothwendig, dass die Träger der Versicherung anders organisirt werden. Das Nebeneinanderbestehen der zahlreichen territorialen Versicherungsanstalten ist auch wieder ein Beweis dafür, dass der Deutsche für schwerfällige und recht komplizirte Rechtsorganisationen eine Schwäche hat. Nicht umsonst hat Goethe gesagt: die Menschen ärgert es, dass das Schöne so einfach ist. An Stelle einer sich auf Alld Deutschland erstreckenden Versicherungsanstalt sind wir so glücklich, deren einunddreissig zu besitzen; ein gewaltiges Heer von Ober- und Unterbeamten schaltet und waltet in ihnen, schreibt und klebt, klebt und schreibt. Der Verfasser ist der Meinung, dass die rationelle Entwicklung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung mit Nothwendigkeit dahin führen muss, alle Zweige einem und demselben Träger zu überweisen, er erkennt aber nicht, dass es noch geraume Zeit währen wird, bis die allmächtige Bürokratie sich mit diesem Gedanken befreundet haben wird. Jede Reform, wenn sie anders diesen Namen mit Recht führen will, muss einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Gedankens bedeuten. An die Ersetzung der territorialen Versicherungsanstalten durch eine Reichsanstalt zu denken, scheint uns unrichtig zu sein. Auf die materiellen Bestimmungen der Gesetze, die der Revision bedürfen, soll heute nicht eingegangen werden; die Nothwendigkeit ihrer Verbesserung ist jedenfalls nicht entfernt so dringlich wie die der bezeichneten Punkte. Wird in diesen den berechtigten Beschwerden Rechnung getragen, so wird es sicherlich gelingen, das Urtheil weiter Kreise der Bevölkerung über das Gesetz gerechter zu machen. Berücksichtigung der begründeten Ausstellungen gegen einzelne Bestimmungen, aber rücksichtsloser Widerstand gegen jeden Versuch, den Kreis der Versicherungspflichtigen zu verengen und insoweit das Gesetz zu verstümmeln — das muss die Haltung der Regierung in dieser Frage sein.

Kleine Mittheilungen.

Arbeiterstatistik für Frankfurt a. M. Von S. C. Die Handelskammer von Frankfurt a. M. hat im Vorjahre den Versuch gemacht, eine Statistik der Fabrikarbeitsverhältnisse ihres Bezirks aufzunehmen, und veröffentlicht die Ergebnisse dieses Versuchs in ihrem vor kurzem erschienenen Jahresbericht für 1892. Ueber das Verfahren wird nichts näheres mitgeteilt; es heisst nur, dass schriftliche Fragebogen an die Unternehmer versandt wurden, und dass fünfundfünfzig genügend ausgefüllte Fragebogen zurückkamen, die über die Verhältnisse von fast sechstausend Arbeitern Auskunft geben. Davon sind 76 Prozent männlichen und 24 Prozent weiblichen Geschlechts. Das Verhältniss der ausgebildeten Arbeiter zu den Lehrlingen ist gleich 100 zu 7,6, das der Arbeiterinnen zu den Lehrlinginnen gleich 100 zu 14. Die Frauenarbeit ist also auch hier in gewaltigem Vordringen begriffen. Im Allgemeinen überwiegt der Wochenlohn. Stücklohn erhalten 30 Prozent der männlichen und 37 Prozent der weiblichen Arbeiter. Bei jugendlichen Arbeitern, deren Zahl leider fehlt, ist der Stücklohn verschwindende Ausnahme und der Wochenlohn Regel. Die Höhe der Arbeitslöhne differirt im Maximum und Minimum sehr beträchtlich. Die Veredlungsindustrien bezahlen ihre Arbeiter besser als einfachere Industrien. Die höchsten Löhne werden nach dem vorliegenden Materiale in der optischen, elektrotechnischen und chemischen Industrie gezahlt, sodann folgen die Leder-, Metall- und Papierindustrie, das Stein- und Baugeschäft, die Fass- und Wagenfabrikation, die Seifen- und Parfümerie-Fabriken etc. Den durchschnittlich geringsten Wochenlohn zahlen einige grössere Betriebe in den armen Taunusgegenden, zumal solche, in denen eine grössere Anzahl von weiblichen Personen beschäftigt werden; es wird hierbei darauf hingewiesen, dass den betreffenden Geschäften „durch die Entfernung von den Hauptverkehrsstrassen und die Umständlichkeit des Transportes bedeutend höhere Unkosten entstehen“. Man sieht also auch hier, welche „Wohlthat“ den armen Gebirgsbewohnern mit dem künstlichen Import von Hausindustrien erwiesen wird. Genauere Lohnangaben mit Ziffern vermisst man übrigens gänzlich.

Die Arbeitszeit in den meisten Betrieben des Bezirkes ist eine zehn- bis zwölfstündige mit zusammen 2 Stunden Pause für Frühstück, Mittagessen und Nachmittagskaffee. Einige Fabriken beschäftigen ihre Arbeiter nur neun Stunden täglich. Die achtstündige Arbeitszeit ist bisher nur in einer chemischen Fabrik angenommen worden. „Um durch das Bestreben der Arbeiter, eine Erhöhung der täglichen Arbeitslöhne und eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit durchzusetzen, nicht geschädigt zu werden“, haben einige grössere Betriebe, zumal des Maschinenbaues, statt des festen Wochenlohnes und der Akkordarbeit den Stundenlohn eingeführt. Wo letzterer besteht, ist die Arbeitszeit meist eine kürzere als in Betrieben der gleichen Art, der Wochenlohn meist etwas höher. Ueberstunden über die gewöhnliche Arbeitszeit werden bei Stundenlohn nicht zu einem höheren Satze berechnet, während dafür bei festem Wochenlohn hier und da ein Zuschlag von 30 Prozent gezahlt wird. Bezüglich des Stücklohns gilt für den Bezirk, in dem die meisten Fabriken bestimmte Spezialitäten herstellen, dass in den fabrikmässigen Betrieben die bei weitem grösste Mehrzahl der gelernten Facharbeiter im Akkordlohn arbeiten und Tagelohnarbeit nur da stattfindet, wo es sich um solche Arbeitsleistungen handelt, deren Umfang und Zeitdauer sich von vornherein nicht genau beurtheilen lässt, oder die einem steten Wechsel unterworfen sind, wie dies z. B. bei den Hilfsarbeitern der Fall ist. Auch die meisten Fabriklehrlinge werden, wenigstens während des ersten Drittels oder der ersten Hälfte ihrer Lehrzeit, im Taglohn bezahlt. In den Industrien, in denen

Arbeiten ausser dem Hause vergeben werden, z. B. in der Portefeuille-, Korb-, Perlen-, Strohhut-, Konfektions- etc. Fabrikation, gehen diese Arbeiten stets im Stücklohn. Die Thatsache, dass die Facharbeiter über eine gewisse Arbeitsgeschicklichkeit und Arbeitsintelligenz verfügen müssen, während die Hilfsarbeiter durchweg ungeschulte Leute sind, erheischt naturgemäss auch eine bessere Bezahlung der Facharbeiter, wie dies in dem höheren Akkordverdienste gegenüber dem Tagelohnverdienste seinen Ausdruck findet. Von einer Seite wird gewünscht, dass der Staat seine Lieferungen, statt sie gleich nach dem 1. April zu vergeben, erst mit Beginn des Winters in Auftrag geben möchte. Es wird darauf hingewiesen, dass im Sommer die grösseren Betriebe meist überlastet seien mit Aufträgen, während im Winter nur wenig zu thun sei, und daher vielfach billiger und besser gearbeitet werde als im Sommer. „Daneben“ komme noch in Betracht, dass eine möglichst gleichmässige Arbeitsgelegenheit das ganze Jahr hindurch für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter weit vorteilhafter sei als ein hoher Verdienst im Sommer und Ruhen der Arbeit im Winter. — Soweit die Mittheilungen der Frankfurter Handelskammer über ihre arbeitsstatistischen Erhebungen. Man hat den Eindruck, dass sie präziser sein und sich weniger in allgemeinen Redewendungen bewegen könnten.

Rentenansprüche auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in der ersten Hälfte des Jahres 1893. Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, die auf den von den Vorständen der Versicherungsanstalten und der zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am 1. Juli 1893 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 245 013. Von diesen wurden 193 114 Rentenansprüche anerkannt und 42 984 zurückgewiesen. 3810 blieben unerledigt, während die übrigen 5105 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 28 331, Ostpreussen 22 414, Brandenburg 18 814, Rheinprovinz 16 178, Hannover 14 208, Sachsen-Anhalt 13 984, Posen 12 777, Schleswig-Holstein 9 356, Westpreussen 9 266, Westfalen 9 255, Pommern 8 251, Hessen-Nassau 5 352, Berlin 2 703. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 24 631 Altersrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 10 254, Württemberg 5 468, Baden 4 635, Grossherzogthum Hessen 4 026, beide Mecklenburg 5 034, die Thüringischen Staaten 5 103, Oldenburg 892, Braunschweig 1 718, Hansestädte 1 718, Elsass-Lothringen 7 200 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 3 445.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 59 247. Von diesen wurden 34 746 Rentenansprüche anerkannt und 15 938 zurückgewiesen, 5 722 blieben unerledigt, während die übrigen 2 841 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 8 284, Rheinprovinz 4 660, Ostpreussen 4 468, Brandenburg 3 107, Hannover 3 072, Sachsen-Anhalt 2 672, Westpreussen 2 483, Westfalen 2 121, Posen 2 096, Pommern 2 065, Hessen-Nassau 1 272, Schleswig-Holstein 891, Berlin 863. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 7 308 Invalidenrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 2 138, Württemberg 1 591, Baden 1 636, Grossherzogthum Hessen 686, beide Mecklenburg 657, die Thüringischen Staaten 1 006, Oldenburg 158, Braunschweig 373, Hansestädte 297, Elsass-Lothringen 1 154 und auf die 9 Kassenein-

richtungen insgesamt 4139. Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befinden sich 1025, die bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Handels-Akademie Leipzig. In Leipzig werden seit einem Jahre von Dr. jur. Ludwig Huberti in Verbindung mit Dr. Weiss, Assessor am Gewerbe-Gericht, Oberpostdirektionssekretär Pfitzner, Chemiker Dr. Röhrig, Ingenieur Donath, Syndikus Pilz, Verlagsbuchhändler F. W. von Biedermann, Dr. Wagnon, Lauterbach, Monasterios, Scholze, Auberté, Lehrer Woonig, Voerckel & Eissner, Paul & Mensdorf in vierteljährigen Kursen „handelswissenschaftliche Vorträge“ abgehalten, in der Art von theoretischen und praktischen Vorlesungskursen für Gebildete aus allen Ständen, die sich den höheren kaufmännischen Berufen zuwenden. In einer Stadt wie Leipzig, wo Politik, Wissenschaft, Handel und Wandel den weitaus ersten und grössten Platz einnehmen im öffentlichen Leben, und gerade in unserer Zeit, wo die wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen mit jedem Tage mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken, ist diese Einführung in die Handelswissenschaften der Gegenwart, wie sie von der Handels-Akademie geboten wird, dem Bedürfnisse der nach einer höheren Fachbildung strebenden kaufmännischen Kreise in dankenswerther Weise entgegengekommen. Die Kurse sind für alle die berechnet, die ihre an den privaten Handelsschulen oder öffentlichen Handelslehranstalten oder anderen Fachschulen erworbenen Kenntnisse erweitern wollen. Die Kurse umfassen sowohl allgemeine Fächer, wie deutsche Gesetzeskunde, allgemeine Volkswirtschaftslehre, Gewerberecht, Handelsrecht, kaufmännische Prozesskunde, als auch die spezielle kaufmännische und gewerbliche Geschäftskunde, wie Buchführung für alle kaufmännischen und gewerblichen Geschäfte und Handels- und Gewerbe-Korrespondenz. Für Buchhändler dient der Kursus über „Gesetz und Recht im deutschen Buchhandel.“ Für Speditoren und ähnliche Berufe der Kurs über „Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Eisenbahnwesen.“ Für Kaufleute, die in technischen Berufszweigen tätig sind, sind besondere Kurse eingerichtet über „die Chemie des täglichen wirtschaftlichen Lebens“ und über „die Elektrizität, ihre Erzeugung und Anwendung in Industrie und Gewerbe“. In den französischen, englischen, italienischen, spanischen, russischen Sprachkursen wird besonders Rücksicht genommen auf Handelskorrespondenz und kaufmännische Konversation.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, wurde am 22. Juni 1893 vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen.

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Laun.

III. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Tetschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablonz, Semil, Turnau, Jicin, Podebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisch-Leipa und Münchengrätz, ferner die Stadt Reichenberg.

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Pardubitz, Hohenmauth, Landskron, Leitomischl, Polika, Chrudim, Chotebor, Deutsch-Brod, Ledetsch, und Cazlau;

VI. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Tabor, Pilgram, Neuhaus, Wittingau, Kaplitz, Krumau, Prachatz, Budweis und Moldauthein;

VIII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Priham, Smichow, Karolinenthal, Böhmisch-Brod, Kolin, Kutteneberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Niederösterreich.

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Waidhofen a. d. Thaya, Zwettl, Horn, Krems, Ober-Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach und Gross-Engersdorf, ferner der Gerichtsbezirk Kirchberg am Wagram der Bezirkshauptmannschaft Tulln.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trencschin, Sohl, Neutra, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, ferner die Stadt Schemnitz.

Bücherbesprechungen.

Ude, Dr. jur. E. Das Recht im Handel, im Gewerbe und Verkehr. Ein Handbuch für Kaufleute und Gewerbetreibende. Fragebuch zum Recht im Handel, im Gewerbe und Verkehr für den Gebrauch in Handelslehranstalten, Gewerbe- und Fortbildungsschulen, sowie zum Selbstunterricht. Verlag von Joh. Heinr. Meyer in Braunschweig.

Das mit liebevoller Vertiefung in den Gegenstand, mit umsichtiger Begrenzung des überreichen Materials und klarer Einordnung desselben geschriebene Werk erreicht in vollkommener Weise den ausgesprochenen Zweck, in allgemein verständlicher Form die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen des kaufmännischen und gewerblichen Rechtsverkehrs weiteren Kreisen, besonders denen des Handelsstandes, zum Verständniss zu bringen und als Lehrbuch in Handels- und Gewerbeschulen zu dienen. Der Verfasser ist selbst mehrere Jahre als Lehrer der Handelswissenschaften an der Drogisten-Akademie in Braunschweig tätig gewesen und hat zum erkennbaren Vortheile seines Handbuches Methode und Begrenzung desselben praktisch erprobt. Geleitet von der Rücksicht auf die dem Kaufmann nützige allgemeine rechtliche Bildung, erweitert der Verfasser den Kreis seiner Betrachtungen über den eigentlichen Kern seines Werkes, das im Handelsgesetzbuch und der deutschen Wechselordnung niedergelegte Recht hinaus, indem er nach einleitender Erläuterung aller gemeinen Lehren, wie der über Rechtsgeschäfte und Vorträge, über Eigenthum, Pfandrecht, Grundbuch u. s. w., auch das Reichskonkursrecht, die Gerichtsverfassung, das Reichsprozessrecht, das Reichsstrafrecht, das Gerichtskosten-gesetz und die Sozial-Gesetzgebung des Reiches in ausgiebiger Weise behandelt. Musterformulare in dankenswerther Reichhaltigkeit befördern das Verständniss allenthalben. Das Fragebuch bietet dem Lernenden ein praktisches Repetitorium. Wir empfehlen das verdienstvolle Buch angelegentlichst und wünschen ihm in den Kreisen aller Gebildeten die verdiente Anerkennung.

Gleim, W. Das Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892. Nachtrag zur ersten Ausgabe. Berlin 1893. Franz Kahlen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflütern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loebe, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 8.

Braunschweig, August-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 4. — 6725/93.

Bekanntmachung.

Nachdem wir laut Beschluss der Plenar-Versammlung vom 2. Mai d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1893/94 mit $12\frac{1}{2}\%$ der Gewerbesteuer festgesetzt und bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Gesetzes vom 26. März 1890) nach dem 1. Oktober d. J. keine Berücksichtigung mehr finden werden.

Braunschweig, 23. August 1893.

Die Handelskammer.

H. Schmidt.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Lehrlingswesen.

Die Klagen über mangelhafte Vor- und Fortbildung der kaufmännischen Lehrlinge haben uns veranlasst, innerhalb unseres Bezirkes eine Aufnahme zu veranstalten, welche sich auf Zahl, Vorbildung, Lehrzeit und Fortbildung, sowie auf die Vertheilung der Lehrlinge auf geschlossene Kontore und Ladengeschäfte erstreckt hat. Wir haben zu dem Ergebnisse dieser Aufnahme während des Berichtsjahres noch nicht Stellung nehmen können; deshalb beschränken wir uns hier darauf, die thatsächlichen Ergebnisse zahlenmässig mitzuthellen.

I. Es sind 1673 Fragebogen verschickt worden und zwar
854 in der Stadt Braunschweig,
821 im Herzogthum,
davon sind nach Ausfüllung wieder eingeliefert worden
1080 Fragebogen und zwar
745 aus der Stadt Braunschweig,
335 aus dem Herzogthume.

II. Von 1080 Firmen beschäftigen 675 Firmen keine Lehrlinge, 405 Firmen beschäftigen Lehrlinge und zwar 743 Lehrlinge bei einer Gesamtzahl von 1825 Angestellten überhaupt.

Es beschäftigt demnach jede Firma durchschnittlich 1,8 Lehrlinge bei 4,5 Angestellten, oder auf je 2,4 Angestellte entfällt 1 Lehrling. Dieses Verhältniss ist in der Hauptstadt und in den übrigen Städten und Ortschaften des Landes das gleiche.

III. Von 743 Lehrlingen haben 202 oder $27\frac{0}{100}$ das Zeugniss zum einjährigfreiwilligen Dienst und zwar in der Stadt

Braunschweig 172 von 534 Lehrlingen, das ist ca. $32\frac{0}{100}$, im Lande 30 von 209 Lehrlingen, das ist ca. $14\frac{0}{100}$. Die darunter befindlichen 8 Abiturienten befinden sich sämtlich in Braunschweig. Von den 24 Primanern lernen 21 in Braunschweig, 3 im Lande.

IV. Ohne Freiwilligen-Zeugniss sind demnach 541 Lehrlinge, das ist $73\frac{0}{100}$, und zwar entfallen auf die Stadt Braunschweig 362, auf das Land 179 Lehrlinge. Hiervon haben besucht

	aus der Stadt Braun- schweig	aus dem Herzogthum	Zusammen	Prozent
die Sekunda oder Tertia eines Gymnasiums, Realgymnasiums, Ober-Real-schule, höhere Privat-schule etc.	63	5	68	$12\frac{1}{2}$
die erste Klasse einer mittleren Bürgerschule. . .	116	32	148	ca. 27
Nur niedere Klassen von höheren Schulen oder die Volksschule	183	138	321	ca. 60

V. Von den 743 Lehrlingen sind beschäftigt: 334 in geschlossenen Kontoren, davon 263 in Braunschweig, 71 im Lande,

409 in offenen Geschäften, davon 271 in Braunschweig, 138 im Lande.

VI. Nur 50 Firmen beschäftigen ausschliesslich Lehrlinge mit Freiwilligen-Zeugniss; und zwar in Kontoren 33, davon 25 in Braunschweig, 8 im Lande, in Läden 17, davon 9 in Braunschweig, 8 im Lande.

Dagegen giebt es 314 (!) Firmen, welche ausschliesslich Lehrlinge ohne Freiwilligen-Zeugniss beschäftigen. Hiervon entfallen 195 (!) auf Braunschweig, 119 auf das Land.

Nicht weniger als 114 (!) Engrosfirmen, d. h. Firmen, welche Kontore unterhalten, beschäftigen nur Lehrlinge ohne Freiwilligen-Zeugniss und zwar 77 aus der Stadt Braunschweig und 37 auf dem Lande.

VII. Die Lehrzeit beträgt bei 412 von 743 Lehrlingen, d. i. bei ca. $55\frac{0}{100}$ drei Jahre; 293 von 743 Lehrlingen, d. i. $39-40\frac{0}{100}$ müssen drei bis vier Jahre lernen. Nur $5\frac{0}{100}$ haben eine kürzere Lehrzeit, die zwischen zwei bis drei Jahren schwankt.

In den Geschäften, welche nur Lehrlinge mit Freiwilligen-Zeugniss beschäftigen, beträgt die Lehrzeit fast durchgängig drei Jahre.

In den Geschäften, welche nur Lehrlinge ohne Freiwilligen-Zeugniss beschäftigen, lernen in der Stadt
 50 % 44–45 % ca. 5 %
 drei Jahre, drei bis vier Jahre, kürzere Zeit,
 im Lande

26 % 72 % ca. 2 %
 drei Jahre, drei bis vier Jahre, kürzere Zeit.

Bei allen Geschäften beträgt die Lehrzeit in der Hauptstadt durchschnittlich drei Jahre, im Herzogthum drei bis vier Jahre.

VIII. Einen Fortbildungsunterricht genießen von den 202 Lehrlingen mit dem Freiwilligen-Zeugniss 25 oder ca. $12\frac{1}{2}\%$; hiervon 12 im Privatunterricht, 13 an der Hochschule und den akademischen Vorlesungen der Handelskammer.

Von den 541 Lehrlingen ohne Freiwilligen-Zeugniss geniessen Fortbildungsunterricht nur 222 oder $41\frac{1}{2}\%$ (!).

In der Stadt Braunschweig geniessen von 180 dieser Kategorie 17 Privatunterricht, die übrigen besuchen der Mehrzahl nach die Handelsschule, einzelne die Gewerbeschule; im Herzogthum haben von 42 etwa 7 Privatstunden; der Rest besucht Handelsschulen. Es bleiben mithin nicht weniger als 319 (!) Lehrlinge, d. i. 59% , welche das Freiwilligen-Zeugniss nicht erlangt haben, ohne jeden Fortbildungsunterricht.

Vereidigte Waaren-Sachverständigen-Kommission zu Halberstadt.

Einer Einrichtung für den örtlichen Handelsverkehr, die der Nachahmung in hohem Masse würdig ist, erfreut sich Halberstadt. Dort wurde, um den häufigen Prozessen wegen nicht probe- und auftragsgemässen Ordre-Ausführungen vorzubeugen, von der Handelskammer im Jahre 1892 eine Vergleichskommission ins Leben gerufen. Sie zerfällt, den Branchen des Halberstädter Geschäfts entsprechend, in mehrere Abtheilungen und besteht aus gerichtlich vereidigten Kaufleuten als Sachverständigen. Wenn eine Firma sich durch schlechte Lieferung u. s. w. benachtheiligt glaubt, wendet sie sich an den Vorsitzenden der Vergleichs-Kommission, auf dessen Veranlassung sofort die entsprechende Abtheilung zur Prüfung des Streites und zur Begutachtung zusammentritt. Der Prüfung werden ausser einem schriftlichen Thatbestande die Proben der beanstandeten Waaren zu Grunde gelegt. Ueber die Verhandlungen, die, wenn nicht an Ort und Stelle des Klägers im Lagerraum u. s. w., im Konferenzzimmer der Handelskammer stattfinden, wird ein Protokoll aufgenommen und hierauf ein schriftliches Gutachten abgegeben. Gegenpartei und Klagender unterwerfen sich diesem um so eher, als die vereidigten Mitglieder der Vergleichs-Kommission zugleich auch die gerichtlichen Sachverständigen sind, sodass die verschiedene Firma, wenn sie den Rechtsstreit durch das ordentliche Gericht doch noch ausgetragen wissen wollte, immer mit dem Umstände zu rechnen hätte, dass sie hier dieselben Sachverständigen vorfindet. Die Thätigkeit der Vergleichs-Kommission steht unter Aufsicht der Handelskammer, die auch die Kaufleute zu den Wahlen beruft. Protokoll und Gutachten werden eingetragen, die beurtheilten Proben versiegelt aufbewahrt. Die ganze Einrichtung arbeitet schnell Zug um Zug und bewährt sich dadurch für das Geschäftsleben. Sie erspart Weiterungen und Prozesse und glättet die Geschäftsabwicklung. Das Statut hat folgenden Wortlaut:

Abchnitt I.

Die Interessenten des Halberstädter Waarenhandels bilden eine Vereinigung zur Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission für die folgenden Branchen:

1. Getreide, Hülsenfrüchte etc.,
2. Mühlenfabrikate,
3. Kolonialwaaren, Oele etc.,

4. Delikatessen, Obst, Gemüse, Südfrüchte, Fische, Fleischwaaren etc.,
5. Kohlen, Cokes, Briquettes und andere Brennmaterialien,
6. Manufaktur-, Konfektionsartikel etc.,
7. Weisswaaren, Trikotagen, Posamenten.

Die Kommission hat die Aufgabe, auf Verlangen ohne Verzug ein sach- und fachgemässes Urtheil über Differenzen im Waarengeschäft abzugeben, zum Zweck thunlichster Vermeidung von Prozessen.

§ 1. Die Handelskammer beruft und leitet in jedem dritten Jahre eine Versammlung Halberstädter Kaufleute, in welcher die Wahlen für die Waaren-Sachverständigen-Kommission vorzunehmen sind. Stimm-berechtigt sind solche Kaufleute, deren Geschäfte zu einer der oben genannten Waarenbranchen gehören und die in das hiesige Handelsregister eingetragen sind. Die Handelskammer lässt nach Vorschlägen, die sie selbst der Versammlung entgegenbringt und die ihr aus der Mitte der Versammlung gemacht werden, zu der Kommission wählen. Die Wahlen erfolgen mit absoluter Majorität. Das Mandat eines jeden Mitglieds hat für drei Jahre Gültigkeit. Wiederwahl ist in jedem Falle statthaft. Wählbar sind nur solche selbstständige Kaufleute oder Firmenvertreter, die handelsgerichtlich eingetragen und im vollen Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Das Amt eines jeden Mitgliedes der Sachverständigen-Kommission wird ehrenamtlich wahrgenommen.

Die Liste der gewählten Herren ist der Handelskammer zur Bestätigung einzureichen, deren etwaiger Einspruch innerhalb vier Wochen bei einer neu einzuberufenden Versammlung vorzubringen ist. Nach erfolgter Bestätigung ist von der Handelskammer die gerichtliche Vereidigung der gewählten Sachverständigen zu beantragen. Ein Verzeichniss der vereidigten Sachverständigen ist dem Land- und Amtsgericht und der Staatsanwaltschaft mitzutheilen. Die Bekanntmachungen erfolgen in den „Amtlichen Mittheilungen“ der Handelskammer und in der „Halberstädter Zeitung“. Die Aufnahme in erstere erfolgt gratis.

§ 2. Anträge auf Aenderungen oder Ergänzungen vor- und nachstehender Bestimmungen sind bei der Handelskammer anzubringen, die sich hierüber mit der Kommission zu benehmen hat.

Abchnitt II.

Organisation.

§ 3. Die Kommission führt den Namen „Waaren-Sachverständigen-Kommission zu Halberstadt“.

§ 4. Dieselbe hat nur Handelsprodukte der von ihr vertretenen Branchen zu beurtheilen.

§ 5. In der Kommission müssen die oben benannten sieben Kategorien von Waarenbranchen durch je drei Sachverständige vertreten werden, doch kann die Gesamtzahl der Mitglieder dadurch beschränkt werden, dass für mehrere Branchen ein und derselbe Sachverständige nominirt wird.

§ 6. Die Kommission tritt mit dem Tage der erstmaligen Vereidigung ihrer Mitglieder in Funktion.

§ 7. Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden und dessen Vertreter selbst. Der Vorstand vertritt die Kommission nach aussen.

§ 8. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes der Kommission findet die Besetzung der Vakanz durch die Handelskammer und Kommission gemeinsam statt. Die Gültigkeit dieser vorläufigen Wahl dauert bis zur nächsten Versammlung der Interessenten. Die Vereidigung des neu eingetretenen Mitgliedes ist sofort zu beantragen.

§ 9. Die Kommission entscheidet selbstständig über ihre inneren Angelegenheiten und fasst die Beschlüsse mit absoluter Majorität. Die Beschlussfähigkeit setzt die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder voraus.

Abschnitt III. Funktion der Kommission.

§ 10. Anträge auf Erstattung von Gutachten an streitende Parteien sind schriftlich an den Vorstand der Kommission zu richten, welcher zwei Sachverständige des in Betracht kommenden Waarenzweiges sofort zu berufen hat.

§ 11. Falls eine Einigung der Sachverständigen unter sich nicht erzielt werden kann, ist ohne Verzug die Hinzuziehung eines dritten Sachverständigen als Obmann erforderlich, dessen Urtheil endgültig entscheidet. Dieser Obmann kann auch der Vorsitzende selbst sein.

§ 12. Zur Deckung der kleinen Bureaukosten ist von der anrufenden Partei eine Gebühr von 50 Pfennigen zu erlegen, wogegen die Kommission verpflichtet ist, der anrufenden Partei das Gutachten schriftlich zu ertheilen. Abschriften des Gutachtens werden mit 50 Pfennigen pro Exemplar berechnet. Baarauslagen sind von der anrufenden Partei zu ersetzen.

§ 13. Eine Abschrift des Gutachtens verbleibt in aktenmässiger Verwahrung bei dem Vorsitzenden der Kommission.

§ 14. Unter ganz besonderen Umständen ist die Kommission berechtigt, die Abgabe eines Gutachtens abzulehnen.

Das vorstehende Statut ist in der Versammlung Halberstädter Kaufleute unter Vorsitz eines Kommissars der Handelskammer am 25. September 1892 entworfen und beschlossen worden. Die Vereidigung der in dieser Versammlung zu Sachverständigen berufenen 21 Mitglieder der Kommission hat beim hiesigen Amtsgericht am 17. November d. Js. stattgefunden. Die tatsächliche Konstituierung der Kommission erfolgte am 29. November 1892.

II. Zusammenkunft der Sekretäre der deutschen Handelskammern in Kiel am 5., 6. und 7. Juli 1893.

Zu der am 6. Juli stattfindenden Hauptversammlung haben sich im grossen Saale der Seebadeanstalt die untenstehend, in alphabetischer Reihenfolge ihrer Kammern verzeichneten Sekretäre*) eingefunden. Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Stegemann, eröffnet die Versammlung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr und ertheilt zunächst Herrn Geh. Kommerzienrath Sartori, Vorsitzendem der Handelskammer Kiel, das Wort. Herr Geh. Kommerzienrath Sartori begrüsst die Versammlung im Namen der Handelskammer Kiel und spricht seine Freude darüber aus, dass Kiel zum Versammlungsort für eine Zeit gewählt sei, in der sich die Natur daselbst in der schönsten Weise offenbare. Kiel sei eine alte und auch eine neue Stadt; mit der alten könne man nicht mehr rechnen, wenn man sich auch gern der Zeit erinnere, in der Kiel im Jahre 1242 zu-

erst mit Privilegien ausgestattet, und der späteren, in der es dem Hansabunde beigetreten sei. Das alte Kiel sei aber immer eine kleine Stadt geblieben, während das neue Kiel, dessen Zeitrechnung von 1866, wo es dem grossen deutschen Vaterlande angeschlossen wurde, beginne, seitdem von 18 auf 80 Tausend Einwohner ohne Vororte gewachsen sei; die Hauptsache aber bilde der Umstand, dass mit der Vergrösserung der Stadt auch Handel und Wandel sich stark vermehrt haben. Eine weitere Ausdehnung des Handels werde in naher Zukunft für Kiel und durch dieses für ganz Deutschland von der Vollendung des Nord-Ostsee-Kanals erwartet. Bei dieser Entwicklung habe die Handelskammer Kiel einzusehen Gelegenheit gehabt, wie werthvoll es sei, wenn sie nicht nur durch ihre Mitglieder, sondern auch durch auserwählte geistige Kräfte gut berathen werde, die berufen seien, nicht nur im besonderen für die Kammer und die Interessen ihres Ortes, sondern auch für die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen von ganz Deutschland zu wirken. Wenn es ihm nun Freude gewähre, feststellen zu können, dass mit der Einigung Deutschlands so grosse wirtschaftliche Fortschritte gemacht worden seien, so müsse er doch andererseits betonen, dass wir noch alle Kräfte anzustrengen haben werden, um uns weiter zu entwickeln. Wenn diese Kräfte den Handelskammern auch von den versammelten Herren geliehen würden, so sei das hoch erfreulich und anzunehmen, dass durch ihren heutigen Gedankenaustausch manche Schwierigkeiten gehoben werden. Er habe daher die Ehre, die Versammlung in Kiel willkommen zu heissen und theue dies in der Überzeugung, dass sie Gutes schaffen und mit echter Freudigkeit arbeiten werde. Dann werde ihr auch die Genugthuung, dass ihre Arbeit anerkannt und von praktischen Folgen begleitet sein werde. — Zum Dank für diese mit grossem Beifall aufgenommene Begrüssung erheben sich die Anwesenden, worauf sich Herr Geh. Kommerzienrath Sartori von der Versammlung verabschiedet.

Hierauf erhält Herr Ackermann das Wort für die Rechnungslegung, nach der sich der Bestand aus dem Vorjahre auf 214 Mk. 70 Pfg. stellt, der sich aus einer Einnahme von 63 Beiträgen von 5 Mk. und einer Ausgabe von 100 Mk. 30 Pfg. ergibt. Ferner sind für die gegenwärtige Versammlung 48 Beiträge zu 20 Mk. und einer zu 2 Mk. eingegangen, sodass sich die Gesamteinnahme auf 1176 Mk. 70 Pfg. stellt, wovon 105 Mk. 74 Pfg. von Herrn D. Stegemann, der die Kasse geführt habe, ausgegeben seien, so dass für die Veranstaltungen der diesjährigen Versammlung 1070 Mk. 96 Pfg. zur Verfügung bleiben. — Zu Revisoren für die Rechnungslegung werden die Herren Kaesbach und Bergrath Gothein durch Zuruf gewählt. Dieselben prüfen im Laufe der Versammlung die Rechnung und bitten, da sie diese durchaus richtig befunden, um Entlastung des Kassirers, welche von der Versammlung einstimmig ertheilt wird.

Bei der sodann vorgenommenen Bureauwahl werden durch Zuruf Herr Dr. Gensel zum ersten, Herr Konsul Annecke zum zweiten Vorsitzenden und die Herren Schulze und Dr. Dietrich zu Schriftführern gewählt, worauf zur Wahl eines Ausschusses für das nächste Jahr übergegangen wird, zu der von dem bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses bemerkt wird, dass sich die Wahl eines vierten Ausschussmitgliedes als Kassirer zur Entlastung des Vorsitzenden empfehle. Durch Zuruf werden die bisherigen Mitglieder des Ausschusses, nämlich Herr Dr. Stegemann als erster Vorsitzender, Herr Dr. Gensel als zweiter Vorsitzender und Herr Konsul Annecke wiedergewählt und Herr Ackermann als Kassirer neu zum Ausschussmitglied ernannt. Bezüglich des auf Grund des aufzunehmenden Stenogramms auszufertigenden Protokolls wird beschlossen, die sich an die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung anschliessende Erörterung in sachlicher Zusammenstellung

*) 1. Dr. van der Borgh, Aachen. — 2. Dr. Lehmann, Aachen. 3. Dr. Ehrenberg, Altona. — 4. Dr. Hampke, Altona. — 5. Ackermann, Barmen. — 6. Annecke, Berlin. — 7. Dr. E. Roghé, Berlin. 8. Rógóczy, Bonn. — 9. Dr. Vosberg-Rekow, Braunschweig. — 10. Gothein, Breslau. — 11. Dr. Voelcker, Cassel. — 12. Dr. Herrl, Chemnitz. — 13. Dr. Zeys, Crefeld. — 14. E. Bernhardt, Dortmund. — 15. P. Schulze, Dresden. — 16. Dr. Stein, Duisburg. — 17. Dr. v. Ascheraden, Düsseldorf. — 18. E. Scherenberg, Elberfeld. — 19. K. Strackerjan, Flensburg. — 20. Carl Kaesbach, M.-Gladbach. — 21. Dr. Henning, Greiz. — 22. M. Gerstein, Hagen i. W. — 23. Boedicker, Hanau a. M. — 24. Denicke, Harburg. — 25. Luder, Hildesheim. — 26. Dr. Boysen, Kiel. — 27. Hansen, Kiel. — 28. Dr. Wirminghaus, Köln. — 29. Dr. Gensel, Leipzig. — 30. Dr. Thilo, Lennep. — 31. H. Küstner, Liegnitz. — 32. Dr. Paul Denicke, Ludwigshafen a. Rh. — 33. Dr. Franck, Lübeck. — 34. Dr. Hatschek, Magdeburg. — 35. Dr. Sintenis, Memel. — 36. Dr. Bohr, Minden i. W. — 37. Dr. Biermer, Münster i. W. — 38. Wunder, Nürnberg. — 39. Dr. Stegemann, Oppeln. — 40. Stumpf, Osnabrück. — 41. Dr. Dietrich, Plauen. — 42. F. M. Kirbach, Plauen. — 43. Dr. Emminghaus, Posen. — 44. Kaminski, Solingen. — 45. Wack, Schopfheim. — 46. Dr. Huber, Stuttgart. — 47. Dr. O. Müller, Verden. — 48. Dr. Reinhold Merbot, Wiesbaden. — 49. J. Rolfuss, Zittau.

zu veröffentlichen. Zum nächsten Versammlungsort, und zwar im Jahre 1895, wird mit grosser Mehrheit Nürnberg gewählt, dessen Vertreter versichern zu können glaubt, dass seine Kammer über diese Wahl erfreut sein werde. Die nähere Bestimmung über den Zeitpunkt der Versammlung wird dem Ausschuss überlassen, wobei indess von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wird, dass der Monat Juli sich wegen des Abschlusses des Jahresberichts und der Verpflichtung verschiedener Herren zu Vorlesungen nicht gut eigne, dass aber andererseits auch die Herbstmonate wegen der in diesen stattfindenden Versammlungen von wirthschaftlichen Vereinen Schwierigkeiten böten.

Herr Dr. Gensel übernimmt den Vorsitz. Derselbe spricht zunächst dem bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Stegemann, für die viele und oft recht unerquickliche Arbeit um das Zustandekommen der Versammlung im Namen der Anwesenden seinen Dank aus (Beifall), ebenso dankt er dem Sekretär der Handelskammer Kiel, Herrn Dr. Boysen, für seine Bemühungen. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten, wobei von dem Herrn Vorsitzenden nochmals der vertrauliche Charakter der Versammlung, die sich lediglich mit Fachfragen und inneren Angelegenheiten zu befassen habe, betont und im übrigen beschlossen wird, nach Schluss der Sitzung einen einheitlichen kurzen Bericht für die Zeitungen festzustellen.

1. Grundzüge

für eine übereinstimmende Wirthschafts- und Arbeiterstatistik der Handelskammern.

Berichterstatter: Dr. Hatschek und Dr. Ehrenberg. Herr Dr. Hatschek erinnert daran, dass auf der ersten Zusammenkunft der Sekretäre in Dresden eine Kommission zur Erörterung von Grundzügen für eine übereinstimmende Wirthschafts- und Arbeiterstatistik niedergesetzt und er selbst mit der Zusammenberufung derselben beauftragt worden sei. Die Kommission habe nun ihre Aufgabe etwas weiter, als ursprünglich geplant gewesen sei, gefasst und sich nicht nur auf Vorschläge über die Veröffentlichung von bereits vorhandenem statistischen Material beschränkt, sondern auch solche über neue Erhebungen niedergelegt. Die von der Kommission gefassten Beschlüsse zerfielen in solche über Arbeiter- und Wirthschaftsstatistik, zu welchen letzteren er sich noch für später einige Erläuterungen vorbehalte. Im übrigen sei an Stelle des aus dem Dienst der Handelskammern ausgeschiedenen Herrn Schecker-Zittau der leider nicht anwesende Herr Dr. Wermert in die Kommission eingetreten, auch hätten sich die Herren Lueder und Meissner an den Arbeiten derselben betheiligt.

Herr Dr. Ehrenberg. Die der Versammlung von der Kommission gedruckt vorgelegten Resolutionen seien derartig gefasst, dass eine eingehende Begründung wohl nicht erforderlich erscheine. Was insbesondere die Arbeiterstatistik anlange, so sei es unnötig, den allgemein anerkannten Zweck derselben nochmals auseinanderzusetzen, zumal derselbe in Nr. A, 1 der Resolutionen berührt sei. Hervorzuheben sei dagegen der doppelte, nämlich theoretische und praktische Gesichtspunkt, unter welchem die Arbeiterstatistik betrachtet werden könne. Die Theorie stelle sehr weitgehende Anforderungen an die Arbeiterstatistik, während sich die Praxis auf das unbedingt Nothwendige zu beschränken habe, welcher letztere Standpunkt auch durch die vorgeschlagenen Resolutionen innegehalten werde. Bei dem praktischen Standpunkt müsse man aber wieder denjenigen der Sozialpolitiker von demjenigen der Handelskammern unterscheiden, erstere stellten oft weiter gehende Anforderungen, als sie in der Praxis der Handelskammern berücksichtigt werden könnten. Auch diese weiter gehenden Anforderungen der praktischen Sozialpolitiker sollten durch die Resolutionen

nicht vertreten, sondern es sollte nur das vom Standpunkt der Handelskammer aus unbedingt Nothwendige gekennzeichnet werden. Die staatlichen Organe hätten sich bereits vielfach mit Arbeiterstatistik befasst, auch sei vom Bundesrath bekanntlich eine Kommission für Arbeiterstatistik niedergesetzt, und insbesondere hätten sich staatliche und städtische statistische Aemter mit Arbeiterstatistik beschäftigt. Wie weitgehend aber die Anforderungen der Theoretiker seien, zeige sich deutlich in dem von Böhmert auf dem letzten internationalen statistischen Kongress erstatteten Referat, und selbst die beschränkte Annahme der auf diesem Kongress vorgeschlagenen Resolutionen stelle viel zu weit gehende Anforderungen an die Statistik und besonders an die Unternehmer. Es werde dagegen Aufgabe der gegenwärtigen Versammlung sein, den Standpunkt zu vertreten, dass zwar eine gute Statistik ein praktisches Interesse biete, dass es aber nicht Aufgabe der Statistik sei, alle Verhältnisse blosszulegen. Wenn die Theorie die Verhältnisse der Arbeiter bis ins Einzelne erforschen wolle, so sei es dagegen Aufgabe der Reichsstatistik und Aufgabe der Handelskammern, in erster Linie festzustellen, was die Industrie thatsächlich an Löhnen zahlt. Die Industrie arbeite ja unter geographisch ganz verschiedenen Bedingungen, doch sei es nicht angängig, die persönlichen Verhältnisse, insbesondere die Ausgaben der Arbeiter zu erforschen, das könne nur durch undankbare Individualerhebungen geschehen; die Hauptsache bleibe die Statistik der Arbeitslöhne, die durch Massenerhebung gewonnen werden könne. Es seien in dieser Beziehung bereits vielfache Versuche auf falscher Grundlage gemacht, und mit Recht müsse die Statistik gegen sogenannte Durchschnittslöhne Einspruch erheben, da eine exakte Lohnstatistik nur auf Grundlage der Kenntniss von den wirklich gezahlten Löhnen möglich sei. In dieser Weise wollten auch, wie auf dem letzten Berufsgenossenschaftstage dargelegt sei, die Berufsgenossenschaften vorgehen, doch sei es eine Frage zweiten Ranges, ob das Material durch Vermittlung dieser, oder direkt von den Unternehmern beschafft werde; die Berufsgenossenschaften seien übrigens als solche auch nicht zur Hergabe des Materials befugt. Zunächst komme es jedenfalls erst darauf an, die Anforderungen, welche die Handelskammern an eine Arbeiterstatistik zu stellen hätten, scharf zu umgrenzen. Um den Unterschied zwischen Theorie und Praxis hervorzuheben, sei ein Vergleich der von Böhmert dem internationalen statistischen Institut vorgelegten mit der von der Altonaer Handelskammer zu einem praktisch durchgeführten Versuch entworfenen Zählkarte sehr lehrreich. Bei der letzteren sei der Betrieb selbst nicht genannt, derselbe sei nur der Erhebungsstelle durch Ziffern bekannt, ferner beschränke sich die Karte auf ganz wenige Fragen nach dem Gewerbe, Alter, Geschlecht und der Zahl der Arbeiter. Diese Erhebung habe zu greifbaren Ergebnissen geführt, insbesondere für die Zwecke der Unternehmer, die ein grosses Interesse daran hätten, dass die thatsächlichen Löhne jährlich in authentischer Form und möglichst vollständig für das ganze Gewerbe festgestellt werden. Hierdurch werde eine feste Grundlage bei Lohnstreitigkeiten gewonnen, da bekanntlich eine grosse Menge von Streitigkeiten aus Unkenntniss über die thatsächlichen Verhältnisse entsänden; die Gewinnung einer festen Grundlage liege auch im Interesse der Arbeiter. Für weitergehende theoretische Anforderungen dürften die Handelskammern zunächst wenig Interesse haben. Frage man nun, in welcher Weise die Kammern die Statistik pflegen sollten, so sei es wohl ausgeschlossen, dass sie die Bearbeitung derselben für die Dauer selbst übernehmen: dazu fehlten ihnen die Arbeitskräfte und auch die Zwangsgewalt für Beschaffung der Unterlagen, auch liege das nicht in dem Kreise der Aufgaben der Handelskammern; die dauernde Fortführung der Statistik sei vielmehr Aufgabe der statistischen Aemter,

die ja auch von den städtischen statistischen Aemtern auf der letzten Zusammenkunft ihrer Vertreter in Lübeck anerkannt worden sei. Es werde sich fragen, ob die Reichsstatistik hier zuvorkomme, dieselbe habe ja bereits durch die Kommission für Arbeiterstatistik eine Erhebung über die Arbeitszeit in verschiedenen Gewerben veranstaltet, auch sei in den letzten Tagen von der genannten Kommission eine Erhebung über Arbeitslöhne erörtert worden. Endlich sei noch auf den in A, 4 der Resolutionen enthaltenen Wunsch hinzuweisen, dass von den Arbeitgebern anstatt der Zählbogen für jeden Arbeiter eine Zählkarte angelegt werde, die sich ohne weiteres für die Aufbereitung von Lohnstatistiken verwenden lasse, während aus den Zählbogen erst wieder Auszüge gemacht werden müssten. Den Unternehmern werde hierdurch die Mitarbeit an der Gewinnung von Lohnstatistiken bedeutend erleichtert, auch gewönnen sowohl Unternehmer wie Arbeiter dadurch einen Ueberblick über die thatsächlich ausgezahlten Löhne. Bei einer derartigen Zählkarte sei es indess von Bedeutung, dass die Arbeitszeit nach Stunden angegeben werde, da in verschiedenen Gegenden Deutschlands der Arbeitstag eine verschiedene Dauer habe, auch müssten die Ueberstunden und die durch Krankheit versäumte Zeit aus der Karte ersichtlich sein. Im übrigen sei aber nochmals zu betonen, dass die Handelskammern die Aufbereitung von Lohnstatistiken nicht dauernd übernehmen sollten, sondern dass es sich bei ihnen lediglich um Versuche handle, die sehr wohl geeignet seien, über den praktischen Werth von Lohnstatistiken aufzuklären. Auch entspringe aus versuchsweisem Vorgehen der Vortheil, dass etwaige Fehler nicht gleich im Grossen gemacht würden.

In der sich anschliessenden Erörterung wird von einer Seite der praktische Werth von Arbeitslohnstatistiken zur Verhütung oder Beilegung von Streiks mit dem Hinweis darauf angezweifelt, dass der Ausbruch von Streiks von ganz anderen Gesichtspunkten, hauptsächlich von einer aufstrebenden wirtschaftlichen Konjunktur, abhängen. Wenn aber insbesondere von Handelskammern bearbeitete Lohnstatistiken bei Verhandlungen streikender Parteien zu Grunde gelegt werden sollten, so werde ihnen der Vorwurf der Einseitigkeit wohl nicht erspart bleiben. Hiergegen wird indess hervorgehoben, dass es sich ja nicht um die dauernde Aufstellung, sondern nur um Versuche von Lohnstatistiken durch die Handelskammern handle, deren objektiver Charakter bei Zugrundelegung zuverlässiger Lohnnachweisungen nicht bestritten werden könne. Dass im übrigen durch Lohnstatistiken die Streiks nicht aus der Welt zu schaffen seien, erscheine selbstverständlich, es müsse aber jeder, der praktisch bei Streikfällen thätig gewesen sei, die Nothwendigkeit eines festen Massstabes zur Beurtheilung der in dem Streik aufgestellten Forderungen zugeben, auch sei es praktisch und sozialpolitisch werthvoll, wenn durch gut ausgearbeitete Lohnstatistiken bei Streiks eine falsche Stellungnahme des Publikums und der Staatsbehörden verhütet werde. Von verschiedenen Seiten wird ferner auf die Schwierigkeit der Ausführung von Lohnstatistiken durch die Handelskammern hingewiesen und bemerkt, dass viele Kammern schon wegen des Kostenpunktes und des Mangels an genügenden wissenschaftlich gebildeten Arbeitskräften eine Lohnstatistik, wie sie von der Altonaer Kammer in so beachtenswerther Weise aufgestellt sei, nicht durchführen könnten. Abgesehen von dem Kostenpunkt und selbst unter der Annahme, dass sich die Mitglieder der Kammern von der Wichtigkeit der Lohnstatistik überzeugen liessen, sei es auf jeden Fall schwierig, nach den in der Altonaer Statistik niedergelegten Gesichtspunkten die Statistik durchzuführen. Derartige Massenerhebungen seien nur da durchführbar, wo grosse Industriezweige sich räumlich mit dem Bezirk der

Kammer decken, wogegen doch daran erinnert werden müsse, dass viele Handelskammern, zumal in Preussen, räumlich leider so eng begrenzt seien, dass durch eine Lohnstatistik kein einheitliches Bild über die Lohnhöhe in den einzelnen Gewerben gewonnen werde. Viel näher liege daher der Gedanke, derartige Erhebungen für ganze Gewerbe den verschiedenen wirtschaftlichen Verbänden zuzuweisen, die ja, wie verschiedene von ihnen bereits aufgemachte Statistiken bewiesen, hieran das grösste Interesse nähmen und auch in den meisten Fällen über hinreichende Mittel und geschulte Arbeitskräfte verfügten. Aufgabe der Handelskammern könne es dagegen wohl sein, die wirtschaftlichen Vereine zu derartigen Lohnstatistiken anzuregen. Die Schwierigkeit der Massenerhebung von Lohnstatistiken nach dem Vorgange der Altonaer Kammer wird auch von anderen Seiten anerkannt, wobei indess von einem Mitgliede der Versammlung auf die Möglichkeit hingewiesen wird, gelegentlich der Einforderung von Jahresberichten für die Berichterstatte Zählkarten zu einer Lohnstatistik beizufügen, was in einzelnen Fällen bereits zu ganz hübschen Ergebnissen geführt habe. Gegenüber derartigen Erhebungen von Urmaterial wird aber verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass das für die Zwecke der Berufsgenossenschaften gesammelte Material sich ganz gut zu Lohnstatistiken eigne, wenn auch zugegeben werden müsse, dass sich kleine Unterschiede von der Darstellung der wirklich gezahlten Löhne daraus ergeben könnten, dass die Berufsgenossenschaften meist nur die anrechnungsfähigen Löhne in der Weise zusammenstellten, dass die Löhne der jugendlichen Arbeiter bis auf den ortsüblichen Tagesarbeitsverdienst erhöht, dagegen diejenigen Löhne, welche über 4 Mk. täglich hinausgingen, um ein Drittel gekürzt werden. Dazu komme aber noch, dass den Berufsgenossenschaften das Urmaterial, nämlich die Lohnlisten der Unternehmer, gar nicht zur Verfügung gestellt werden, so dass zunächst auf die einheitliche Sammlung dieses Materials bei den Berufsgenossenschaften hingewirkt werden müsste. Gegenüber der Verarbeitung dieses Materials, das sich also ebenfalls als eine Massenverarbeitung, wenn auch ohne Erhebung und Belastung der Fabrikanten darstellen würde, wird indess von einer Seite darauf aufmerksam gemacht, dass auch der Weg der Lohndarstellung in einzelnen, für die betreffenden Gewerbe als normal anzusehenden Betrieben wohl gangbar sei. Allerdings werde es hierbei darauf ankommen, nicht vereinzelt vertretene Gewerbe eines Kammerbezirks herauszugreifen, da in diesem Falle eine dem Gewerbsunternehmer schädliche Blosslegung seiner Lohnverhältnisse stattfinden könne, sondern typische Betriebe der in dem Kammerbezirk hervorragend vertretenen Gewerbebezüge der Lohnstatistik zu Grunde zu legen. Hierfür liessen sich die bei den Unternehmern vorhandenen Lohnlisten der Berufsgenossenschaften, noch besser natürlich von den Unternehmern anzulegende Lohnkarten für jeden Arbeiter, sehr gut verwenden, und man gelange auch auf diesem Wege zu Durchschnittsergebnissen, wie sie die Massenerhebung erzielen wolle. Allseitig einverstanden ist man ferner darüber, dass ein Eindringen in die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter, in ihr Haushaltsbudget u. s. w., auf jeden Fall über den Kreis der für die Handelskammern in Betracht kommenden Arbeiterstatistik hinausgehen würde. Andererseits wird hervorgehoben, dass zur Vergleichbarkeit die Lohnstatistik wenigstens ein kurzer statistischer Ueberblick über die allgemeinen Lebensverhältnisse der Orte, in denen die Lohnstatistik erhoben werde, nothwendig sei. Man wolle aber auf keinen Fall weitgehende Forderungen in Bezug auf die Arbeiterstatistik aufstellen, sondern sehe als den wesentlichsten Punkt an, dass gegenüber weitgehenden Anforderungen sozialpolitischer Theoretiker zunächst die absolute Höhe der in den einzelnen Industrien gezahlten Arbeitslöhne festgestellt

werde. Es wird von der Versammlung anerkannt, dass schon hiermit eine gewisse Belastung der Gewerbeunternehmer verbunden sein würde, die aber dadurch auf das geringste Mass eingeschränkt werden könne, dass die Unternehmer anstatt der Lohnlisten Lohnkarten für ihren Betrieb einführen, die sie dann lediglich zur Verfügung zu stellen brauchten. Man glaubt deshalb nicht, dass die übrigen Aufgaben der Handelskammern, deren Erfüllung ja vielfach durch die mit der sozialpolitischen Gesetzgebung verbundene Belastung der Unternehmer mit allen möglichen Schreibereien erschwert sei, durch die Inangriffnahme von Lohnstatistiken vernachlässigt werden, die Lohnstatistiken sollten vielmehr nur eine Erweiterung des Aufgabenkreises der Handelskammern sein, die ihnen durch die sozialen Verhältnisse aufgedrängt werde. Ganz besonders wird aber allseitig betont, dass die Handelskammern diese Lohnstatistiken nicht dauernd übernehmen sollen, sondern dass es sich hierbei nur um versuchsweises Vorgehen handle und es im übrigen Aufgabe der Kammer sei, die berufenen amtlichen statistischen Organe, sowie die wirtschaftlichen Verbände zur Aufnahme und dauernden Durchführung von praktisch brauchbaren, nicht durch Erfüllung von theoretischen Ansprüchen belasteten Lohnstatistiken zu veranlassen.

Sodann berichtet Herr Dr. Hatschek über die unter B und C aufgeführten Kommissionsanträge. Auch in diesen Resolutionen habe die Kommission keine theoretischen Anforderungen vertreten, sondern sich auf den praktischen Standpunkt gestellt und diesen noch dahin eingeschränkt, dass nur von denjenigen Körperschaften, deren Verhältnisse es gestatten, Versuche unternommen werden möchten, eine Industriestatistik aufzumachen. Auf die vorgeschlagenen Einzelheiten der Ausführung sei kein besonderer Werth zu legen, der Schwerpunkt liege vielmehr darin, dass die Versammlung ihrer Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Produktionsstatistik in den Resolutionen Ausdruck verleihe. Der in B, 1 der Resolutionen festgestellte Mangel einer solchen Statistik lasse sich wohl auf keinen Fall bestreiten, während seiner Ueberzeugung nach sich auch die in B, 2 behauptete Nothwendigkeit derselben nicht in Frage stellen lasse. Zur Beurtheilung vieler volkswirtschaftlicher Fragen sei ein Zurückgehen auf die Produktionsverhältnisse unbedingt erforderlich, und wenn sich über dieselben feste ziffermässige Nachweise gewinnen liessen, so sei das nur willkommen zu heissen. Dass Statistiken über die industrielle Produktion wohl durchführbar seien, bewiesen die in einzelnen deutschen Industriebezirken, in denen spezielle Industrien vorherrschten, bereits durchgeführten Versuche. — Noch besser aber lasse sich die Möglichkeit derartiger Statistiken nach den in Oesterreich gemachten Erfahrungen beurtheilen. Oesterreich habe seinen Handelskammern in dem Gesetz von 1868 die Verpflichtung zur Erhebung von Industriestatistiken auferlegt, wobei es von dem Gedanken ausgegangen sei, dass die Kammern als Organe des Handels- und Gewerbestandes sich am ehesten zur Erhebung derselben eignen. In der That hätten die österreichischen Kammern in der Aufbereitung von Industriestatistiken, zunächst in der regelmässigen Veröffentlichung von Gewerbebezügen. Anerkennenswerthes geleistet, wie insbesondere das grosse, der Versammlung vorliegende Werk der Wiener Kammer über die Produktionsverhältnisse ihres Bezirks beweise, wenn auch zugegeben sei, dass die geistige Durcharbeitung und Zusammenziehung der von verschiedenen österreichischen Kammern erhobenen und veröffentlichten Statistiken zu wünschen übrig lasse. Das sei indess kein grundsätzliches Bedenken, auch hätten andere österreichische Kammern sich mehr auf die Veröffentlichung der Schlussergebnisse der Statistik beschränkt. In dieser Richtung sei man auch 1890 auf einer Konferenz österreichischer Sekretäre noch weiter gegangen und habe die Aufgaben, welche an derartige

Produktionsstatistiken zu stellen seien, eingeschränkt. Es sei ja nun allerdings richtig, dass die deutschen Handelskammern mit Ausnahme der württembergischen nach ihrem gegenwärtigen gesetzlichen Wirkungskreis nicht wie die österreichischen Kammern die Mittheilung von statistischem Material erzwingen könnten, doch könne auch für sie der für die Uebertragung der Statistik an die österreichischen Kammern aufgestellte Grundgedanke massgebend sein, dass ihnen als Organen des Handels- und Gewerbestandes am ehesten das Vertrauen der Industriellen entgegengebracht werde. Die Kammern seien am besten in der Lage, das Verständniss für die Nützlichkeit der Statistik zu heben, was um so leichter sein müsse, als den Unternehmern mit der Beantwortung eines einzigen Fragebogens keine zu grosse Arbeit zugemuthet werde. Wo aber trotzdem eine Beantwortung nicht zu erzielen sei, könnten die Kammern leicht Vertrauenspersonen um Auskunft fragen. Es sei aber nochmals zu betonen, dass sich die Resolutionen auf das Mindestmass beschränkten, da sie nur die Forderung enthielten, dass die Herstellung einer solchen Statistik in Erwägung gezogen werde und dass diejenigen Kammern, deren Verhältnisse es gestatteten, Versuche anstellten. Durch diese Fassung werde die Gefahr ausgeschlossen, dass nun alle Kammern sich mehr oder weniger für verpflichtet erachteten, Produktionsstatistik zu treiben. Vielleicht liesse sich später eine einheitliche Produktionsstatistik aufbauen.

In der Erörterung über die Resolution B und C herrscht über die Nothwendigkeit einer Produktionsstatistik allgemeines Einverständniss. Es wird in dieser Beziehung ausgeführt, dass es, insbesondere den von der Landwirtschaft an die Gesetzgebung gestellten Ansprüchen gegenüber, wichtig sei, die Menge und den Werth der industriellen Produktion sowie das Verhältniss des im Inlande bleibenden Theiles derselben zum Export kennen zu lernen. Von grosser Bedeutung sei aber auch die Gewinnung einer guten Wirtschaftsgeographie, da bei den gegenwärtigen Verhältnissen auch an den Zentralstellen des Reichs oft ganz irrtümliche Ansichten über die industrielle Bedeutung verschiedener Gegenden vorherrschten. Eine Wirtschaftsgeographie lasse sich allerdings nur durch einheitliches Vorgehen bei der Erhebung gewinnen, welches insofern Schwierigkeiten biete, als in Preussen grosse Gebiets-theile mit wichtigen Industrien gar nicht in Handelskammern vertreten seien. Hiergegen wird indess bemerkt, dass doch in Preussen die grossen, hauptsächlich in Betracht kommenden Industriezweige zu Handelskammerbezirken gehörten, dass man aber für eine solche Aufgabe mit den in den Resolutionen niedergelegten bescheidenen Gesichtspunkten nicht auskomme. Wenn Uebereinstimmung darüber herrsche, dass die Produktionsstatistik eine regelmässige, übrigens an sich selbstverständliche Aufgabe der Kammern bilde, so könne sie doch nicht in jedem Jahresbericht in vollem Umfange für den Kammerbezirk zur Geltung kommen. Wolle man daher etwas Einheitliches in wirtschaftsgeographischer Hinsicht schaffen, so müsse eine Vertheilung in der Darstellung des gesamten Industriegebietes auf etwa fünf Jahre stattfinden, und es müssten jedes Jahr die Produktionsverhältnisse eines gemeinschaftlich bestimmten Industriezweiges zur Erhebung gelangen, wobei natürlich alle zur Verfügung stehenden Hilfsmittel zu benutzen seien. Die Erhebungen der einzelnen Kammern könnten dann von einem Ausschuss oder durch das Bureau des Handelstags jährlich zusammengestellt werden. Mehrfach wird ferner darauf hingewiesen, dass, abgesehen von Oesterreich und der Schweiz, auch in verschiedenen deutschen Industriegebieten bereits gute Produktionsstatistiken aufgemacht seien, welche die Möglichkeit der Durchführung von Statistiken Seitens der Handelskammern bewiesen. Beispielsweise erhebe die Crefelder Kammer alljährlich die Produktionsverhältnisse der in ihrem Bezirk hervor-

ragend vertretenen Sammet- und Seidenindustrie, die keine grossen Schwierigkeiten verursache, andererseits aber schon von praktischen Folgen für diese Industrie begleitet gewesen sei; auch Münster i. W. veranstaltete Erhebungen über einzelne Zweige der Textilindustrie, ferner habe die Lennep-Kammer eine eingehende Wirtschaftsstatistik über die Produktionsverhältnisse ihres Bezirks veranstaltet, und es liessen sich auch weiter noch die Beispiele mehren. Sehr verdient hätten sich um die Produktionsstatistik auch einzelne wirtschaftliche Vereine gemacht, wie beispielsweise die Bremer Baumwollbörse alljährlich eine Erhebung über die Spindelzahl der Baumwollspinnereien herausgebe. Allerdings wird von einer Seite bemerkt, dass derartige Statistiken vielfach eingehende Fachkenntnisse voraussetzen, über welche die Beamten der Kammern nicht immer verfügen, auch erregten gerade Produktionsstatistiken, wenn sie zu sehr in die Einzelheiten eingingen, leicht Bedenken bei den Unternehmern des Kammerbezirks, und es sammelte sich dann auf dem Sekretariat der Kammer eine Last von Verantwortlichkeit. Andererseits sei der Begriff der Produktionsstatistik ein sehr dehnbarer, und wenn es auch an sich harmlos erscheine, dass in den Resolutionen eine solche als wünschenswerth bezeichnet werde, so sei es doch nicht ausgeschlossen, dass an die Kammern in dieser Beziehung dann zu grosse Ansprüche gestellt werden. Von einer Seite wird ferner darauf hingewiesen, dass es nur für die Kammern zur Erforschung der Produktionsverhältnisse ihres Bezirks in gewisser Richtung nicht notwendig sei, die Unternehmer durch neue Erhebungen zu bemühen, sondern dass sich auch beispielsweise durch Ausnützung und detaillirte Aufbereitung der alljährlich vom Staat erhobenen Fabrikarbeiterzählung werthvolle Einblicke in die Produktionsverhältnisse des Bezirks gewinnen liessen. Im übrigen wird nochmals betont, dass die in der Resolution niedergelegten Anforderungen an die Produktionsstatistik ausserordentlich massvolle seien, und festgestellt, dass gegen die Annahme derselben grundsätzliche Bedenken nicht geltend gemacht worden seien.

Hierauf wird zur Abstimmung über die Kommissionsanträge geschritten, und zwar über Antrag A in der nachstehenden, aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagenen und von der Kommission aufgenommenen Fassung:

Die Versammlung wolle erklären: Die Aufstellung einer Arbeiter- bzw. Arbeitslohnstatistik ist nothwendig. Indessen sind manche neuerdings auf diesem Gebiete hervorgetretene Bestrebungen zu weitgehend und geeignet, die öffentliche Meinung und die staatlichen Organe auf dem Gebiete der Sozialpolitik zum Vorgehen in falscher Richtung zu veranlassen. Es ist deshalb erwünscht, dass die Handelskammern im Zusammenhange mit den wirtschaftlichen Vereinen, Gewerbeinspektionen und städtischen statistischen Aemtern auf eine einfachere Gestaltung auch der amtlichen Statistik hinarbeiten. Zur Erreichung dieses Zweckes erscheint die Veranstaltung einzelner Mustererhebungen empfehlenswerth. Der Inhalt der Resolution der Kommission enthält hierfür werthvolle Fingerzeige. Die Kommission wird beauftragt, diejenigen Punkte festzustellen, über welche eine solche Statistik nicht hinausgehen soll.

Dieser Antrag wird gegen acht, die Anträge der Kommission unter B und C werden gegen vier Stimmen angenommen. In die nach dem Antrag C zu ernennende

Kommission, welche mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über möglichste Einheitlichkeit für alle statistischen Erhebungen der Handels- und Gewerbekammern betraut wird, werden die bisherigen Mitglieder der statistischen Kommission, nämlich die Herren Dr. Hatschek, Dr. Ehrenberg, Dr. Vosberg-Rekow, Dr. Wermert, Dr. Siewert und Kirbach mit dem Rechte, sich durch Zuwahl zu verstärken, wiedergewählt, wobei Herr Dr. Ehrenberg mittheilt, dass er für das nächste halbe Jahr durch eine Reise ins Ausland verhindert sein werde, den Kommissionssitzungen beizuwohnen.

2. Vorschläge für eine einheitliche Form und ein einheitliches Schema der Jahresberichte.

An Stelle des abwesenden Herrn Dr. Soetbeer berichtet Herr Konsul Annecke über die Vorschläge für eine einheitliche Form und ein einheitliches Schema der Jahresberichte, indem er daran erinnert, dass die Nothwendigkeit einer einheitlichen Anordnung bereits auf der Dresdener Konferenz anerkannt worden sei. Die Gründe hierfür lägen hauptsächlich darin, dass man bei der Durchsicht der Jahresberichte der einzelnen Kammern zwar einen Ueberblick über die wirtschaftliche Produktion des Bezirks, aber nicht über einen ganzen Industriezweig erhalte. Wolle man sich diesen Ueberblick verschaffen, so müsse man alle Jahresberichte derjenigen Kammern durchnehmen, in deren Bezirk der betreffende Industriezweig vertreten sei. Beispielsweise ergebe eine Einsicht in die Jahresberichte von Siegen, Dortmund und Essen auch kein Gesamtbild über die Lage der Eisenindustrie, sondern dazu sei auch noch die Kenntniss der oberschlesischen und anderer Berichte erforderlich. Ebenso erhalte man aus den sächsischen Jahresberichten zwar ein Bild über die in Sachsen vertretenen Zweige der Textilindustrie, aber nicht über die gesammte Textilindustrie. Um diesen Ueberblick nun zu erleichtern, sei der Kommission eine einheitliche Anordnung des Stoffes wünschenswerth erschienen. Es werde ja nun öfters eingewendet, dass die Jahresberichte doch nicht gelesen würden und die für diese aufgewendete Mühe in keinem Verhältniss zu ihrem Nutzen stünde, doch müsse er dieser Auffassung nach seinen Erfahrungen widersprechen, da die Berichte zwar keine amüsante Lektüre bildeten, wohl aber für diejenigen geschrieben seien, welche sich unterrichten wollten. Wie wichtig dies sei, bewiesen vielfache an ihn gerichtete Bitten von Parlamentariern und praktischen Volkswirthen, ihnen ein einheitliches Bild über verschiedene Industriezweige nach den Jahresberichten der Handelskammern zu entwerfen. Zu den einzelnen Theilen der vorgeschlagenen Anordnung bemerke er, dass sich Abweichungen von dem ziemlich allgemein angenommenen Engel'schen Entwurf nicht nöthig gemacht haben, sondern nur einige durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Ergänzungen hinzugefügt worden seien. Mit Rücksicht hierauf sei in den I. Theil — Gutachten, Ansichten und Wünsche — eine Rubrik über kaufmännisches und gewerbliches Unterrichtswesen eingefügt, da dieses von bedeutendem Einfluss auf die Thätigkeit der Handelskammern geworden sei. Ebenso beanspruche das Patent-, Marken- und Musterrecht wegen der Bedeutung des gewerblichen und rechtlichen Schutzes des geistigen Eigenthums eine besondere Behandlung. Im übrigen glaube die Kommission, dass das Nothwendige unter die anderen Rubriken untergebracht werden könne. Bei der Anordnung des II. Theils, des Berichts über Lage und Gang von Gewerbe und Handel, sei die Kommission von zwei Grundsätzen ausgegangen. Einmal sollten die Rohstoffe in der Darstellung nicht von den Fabrikaten getrennt werden, weil nur durch ihre Zusammenfassung ein übersichtliches Bild geboten werde. In dem bisherigen Schema sei die landwirtschaftliche Produktion von den Konsumtibilien durch Einschlebung von anderen

Produktionszweigen, wie Steinen und Erden, getrennt worden, so dass Weizen und Roggen von Mehl, Rüben von Zucker gesondert behandelt worden seien. Das wolle die vorgeschlagene Anordnung zusammenfassen, wenn sich auch dadurch hie und da eine Abweichung von der systematischen Anordnung ergebe, wie beispielsweise Wolle nicht bei den thierischen Erzeugnissen, sondern wegen ihrer Bedeutung als Rohstoff der Textilindustrie bei dieser behandelt werden müsse, zumal die von auswärts eingeführte Wolle eine viel grössere Bedeutung habe, als die im Inlande erzeugte. Der andere Grundsatz gehe dahin, die Erzeugung und den Handel in den einzelnen Industriezweigen zusammenzufassen. Wenn dennoch hie und da in den Ausführungen des Schemas, insbesondere im Abschnitt IX über die Textilindustrie vom Handel besonders die Rede sei, so sei hierfür die Erwägung massgebend gewesen, dass dem Handel in Rohstoffen der Textilindustrie eine selbstständige Bedeutung zukomme. Im übrigen sei der Entwurf an die amtliche Statistik und an den Soetbeerschen Entwurf angelehnt und zeige, abgesehen von formellen Aenderungen, wie der Bezeichnung Textilindustrie für Gespinnste und Gewebe, von letzterem nur insofern eine Aenderung, als die Montanindustrie sowie der Maschinenbau und die Metallfabrikation anstatt in drei in zwei Gruppen zusammengefasst seien. Unter Theil III seien nach Soetbeers Aufstellung die statistischen Zusammenstellungen untergebracht, denen noch die Lohn- und Produktionsstatistik hinzugefügt seien. Ein weiteres Eingehen auf die Unterabtheilungen der grösseren Gruppen erscheine wohl bei der allgemeinen Verständlichkeit derselben nicht erforderlich. Was die Reihenfolge der Gruppen anlange, so werde die vorgeschlagene bereits in den meisten Jahresberichten beobachtet, doch lege die Kommission auf die Beibehaltung der Reihenfolge kein besonderes Gewicht, da der Zweck der Anordnung nicht dadurch gestört werde, dass beispielsweise in Bezirken mit starker Eisenindustrie diese vorangestellt werde. In dieser Beziehung solle dem einzelnen Sekretär freie Hand gelassen werden. Die Kommission stelle auch keinen bestimmten Antrag, sondern wolle nur empfehlen, dass die Jahresberichte im Anschluss an das von ihr aufgestellte Schema ausgearbeitet werden. Es sei ja nicht das Recht des Sekretärs der Kammer, den Stoff in den Jahresberichten zu ordnen, sondern das sei Sache der Kammer; wenn aber der Sekretär sachliche Gründe für eine bestimmte Anordnung anführe, so werde er auch die Zustimmung seiner Kammer finden.

Nachdem der Herr Vorsitzende der Kommission für ihre sorgfältige Arbeit und ihre Selbstbescheidung gedankt und die letztere auch für die Erörterung empfohlen hat, wird zunächst von einer Seite dem allgemein getheilten Wunsche Ausdruck gegeben, dass derartige grössere Zusammenstellungen den Theilnehmern der Versammlung vorher bekannt gegeben werden möchten. Der Theil II der Anordnung wird sodann als der wichtigste anerkannt und findet allseitige Zustimmung, zumal den einzelnen Kammern hier ein Spielraum in der Behandlung der einzelnen Gruppen gelassen ist. Bemerkt wird indess, dass es sich nicht etwa um reine Kenntnissnahme handle, sondern dass die Kommission die Stellung eines bestimmten Antrags nur unter der Voraussetzung unterlassen habe, dass sich die Sekretäre bei Annahme der Anordnung an dieselbe möglichst gebunden erachteten. Gegen den I. und III. Theil der Anordnung werden dagegen erhebliche Bedenken geltend gemacht. Die Verschiedenheit der Angelegenheiten, mit denen sich die Kammern beschäftigten, seien so gross und wichen auch jährlich so stark von einander ab, dass es vorzuziehen sei, wenn hier die Kammern vollständig freie Hand behielten. Auf die von einer Seite gegebene Anregung, in diesem I. Theil die allgemeinen von den örtlichen Angelegenheiten gesondert und neue Anregungen möglichst selbst-

ständig in Denkschriften zu behandeln, wird nicht weiter eingegangen. Die Anordnung in Theil I sei auch ziemlich gleichgiltig, und dasselbe treffe für Theil III zu. Gestreift wird in der Erörterung auch die Frage nach einem einheitlichen Format, doch von einer weiteren Behandlung dieser Frage als einer nicht hierher gehörigen abgesehen. Es wird schliesslich folgender Antrag gegen sechs Stimmen angenommen:

Die Vereinigung der deutschen Handelskammersekretäre empfiehlt den Kammern, ihren Jahresbericht, Theil II, nach Möglichkeit nach dem vom Ausschusse bearbeiteten Schema einzurichten.

3. Die Schaffung eines den Verkehr der Handelskammern mit den Behörden und untereinander vermittelnden Organs.

Herr Stumpf erinnert als erster Berichterstatter daran, dass die Schaffung eines gemeinsamen Organes bereits auf der Dresdener Konferenz erörtert worden sei und dass diese Erörterung zur Wahl eines Ausschusses von drei Herren geführt habe, denen später noch ein vierter beigetreten sei. Die von diesen Herren ausgearbeitete Denkschrift sei dann im Mai 1892 durch Vermittelung des geschäftsführenden Ausschusses den einzelnen Sekretären mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt worden. Dann sei die Angelegenheit auf der Osnabrücker Konferenz der rheinisch-westfälischen Sekretäre — zu der übrigens auch andere Sekretäre, im ganzen hundertundvierzig, eingeladen gewesen seien, sodass den Osnabrücker Beschlüssen wohl ein gewisses Gewicht innewohne — durchberathen und die Niederschrift der dortigen Verhandlungen an die Sekretäre versandt worden. Der auf dieser Konferenz ernannte weitere Ausschuss, bestehend aus fünf Herren, sei dann im September 1892 in Berlin zusammengetreten, habe sich mit dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Handelsministerium in Verbindung gesetzt und von beiden Behörden unter beifälliger Aufnahme des dem Unternehmen zu Grunde liegenden Gedankens Unterstützung in der Ausführung zugesichert erhalten. Auf die sodann an die Handelskammern erlassene Aufforderung zum Abonnement seien zahlreiche Antworten eingegangen, wodurch der geringe Erfolg des ersten Anlaufs, der zum Theil auf nicht erschöpfende Behandlung einzelner Seiten der Angelegenheit in der Denkschrift zurückgeführt werden dürfe, einen Ausgleich gefunden habe. Ein weiteres Rundschreiben habe wiederum Erfolg gehabt, so dass sich zur Zeit bereits viele Kammern und wirthschaftliche Vereine zur Unterstützung des Organes bereit erklärt hätten und auch landwirthschaftliche Vereine an dem Vortheil der Zugängigmachung des in dem Organ enthaltenen rein thatsächlichen Materials theilnehmen wollten. Weitere Erfolge ständen noch in Aussicht. Auch könnten, wie es von einer Seite schon mit Erfolg geschehen sei, durch die Sekretäre Privatpersonen, welche sich für volkwirthschaftliche Fragen interessirten, zum Abonnement eingeladen werden. Dass die Redaktion aus der Herausgabe des Organs Gewinn ziehen wolle, sei ein bedauerliches Missverständniss. Zwei Punkte bedürften indess noch einer näheren Erläuterung. Die Befürchtung verschiedener Kammern, die für ihre Bezirksangehörigen bereits eine Zeitschrift herausgeben, dass ihnen durch das beabsichtigte Unternehmen Konkurrenz gemacht werde, erscheine nicht gerechtfertigt, da das Organ durchaus intern für die Kammern und ihre Mitglieder sein solle, während es sich bei den von einzelnen Kammern herausgegebenen Zeitschriften um Auszüge handle, die auch sonst in Tageszeitungen erschienen. Wenn ferner dem Unternehmen entgegengehalten werde, dass die Kammermitglieder keine Zeit hätten, das Organ zu lesen, so beweiße diese Auf-

fassung, dass man die Begründung des Organs nicht richtig erfasst habe. Denn gerade wegen der starken geschäftlichen Inanspruchnahme der Kammermitglieder wolle man das Organ schaffen, da dieses alles für die Kammermitglieder Wissenswerthe zusammenfasse, während eine Orientirung aus den verschiedensten Schriften schwieriger sei. Hierdurch werde auch das Zusammenwirken zwischen Sekretär und Kammermitgliedern erleichtert, da ersterer doch in der Regel die Aufgabe habe, das Material vorzubereiten. Im übrigen werde ja eine weitergehende Orientirung der Kammermitglieder durch das Organ nicht gehindert. Gegen die Auffassung der Handelskammer Münster, dass sich das Organ auf die Mittheilung von Gesetzentwürfen und deren Motiven zu beschränken habe, dagegen Mittheilungen über Verhandlungen der Kammern und sonstige wirtschaftliche Vorgänge nicht aufnehmen dürfe, sei einzuhalten, dass das in der Denkschrift niedergelegte Programm des Organs doch wohl nicht zu weit gehe. Das Organ solle hiernach 1. neue Gesetzentwürfe mit Motiven, 2. die Seitens der Behörden den Kammern zugehenden Erlasse, 3. Auszüge von allgemeinem Interesse aus den Kammerberichten, 4. interessante volkswirtschaftliche Vorgänge, 5. Personalnachrichten, 6. Literatur bringen. Diese Umgrenzung des Programms gehe doch auf der einen Seite nicht zu weit und sei auf der anderen erschöpfend. Auch über allgemein interessante volkswirtschaftliche Vorgänge, sowohl im Inlande als auch im Auslande, müsse das Organ unterrichten, da für die Stellungnahme der Kammern derartige Vorgänge oft entscheidend seien. Er bitte nochmals, zu der ganzen Angelegenheit möglichst entschieden und sympathisch Stellung zu nehmen. Die Grundlagen des Unternehmens seien gegeben, es handle sich nur noch um die Ausführung. Durch dieses Organ würden die Leistungen der Handelskammern entschieden vertieft werden.

Herr Konsul Annecke theilt als zweiter Bericht-erstatte mit, dass bisher 87 Handelskammern auf 792 Exemplare und 17 Vereine auf 29 Exemplare abonniert haben, sodass die Gesamtzahl der Abonnenten bis jetzt 821 betrage, und zwar würden 511 Exemplare zu 10 Mk. und 310 zu 5 Mk. abgegeben, woraus sich ein Abonnementsgeld von 6660 Mk. ergebe. Zwei grosse Berliner Verlagsbuchhandlungen hätten sich erboten, das Blatt auf ihre Kosten herauszugeben, auch seien sie nach anfänglichem Widerstreben darauf eingegangen, einen Redakteur, wobei von der Kommission an eine jüngere Kraft gedacht sei, mit einem Gehalt von 2400 bis 3000 Mk. anzustellen. Die Bedenken, dass nicht genügend Geldmittel vorhanden seien, könnten demnach als beseitigt gelten. Wie wichtig es im übrigen sei, die Kammern durch das Organ gegenseitig mit ihren Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen bekannt zu machen, ergebe sich beispielsweise aus den vielen Anfragen, die zur Zeit der Erörterung des Waarenterminhandels an das Bureau des Handelstags über die Stellung verschiedener Kammern hierzu gerichtet worden seien. Das Organ könne aber nur bei freudiger Mitarbeit der Sekretäre bestehen, um welche er deshalb bitte.

In der sich anschliessenden Erörterung wird der Grundgedanke des Organs im allgemeinen günstig aufgenommen und der Ansicht Ausdruck gegeben, dass die Veröffentlichung von Gesetzentwürfen mit Motiven keine zu grossen Kosten verursache, wenn mit der Reichsregierung und der Druckerei des Reichsanzeigers ein entsprechendes Abkommen getroffen werde. Der Schwerpunkt liege aber in der Veröffentlichung der Berichte über die Thätigkeit der Kammern, wodurch einerseits ein nachhaltiger Druck auf die öffentliche Meinung erreicht und zweitens den kleineren Kammern, die sich Material schwer beschaffen könnten, Anhaltspunkte geboten würden. Andererseits wird aber auch vor zu optimistischer Auffassung gewarnt und bemerkt,

dass nur wenige Kammern ihre Eingaben als Beilagen des Organs den übrigen Kammern zugänglich machen würden. Dem wird jedoch entgegen gehalten, dass dies ein sehr gangbarer Weg sein würde, die Unterstützung anderer Kammern für eigene Eingaben nachzusuchen, da die Beilagen des Organs doch genau so wie besonders zugeschnittene Eingaben von den Kammern registriert werden könnten. Ausserdem würden die Eingaben fremder Kammern hierdurch allen Kammermitgliedern zugänglich gemacht, während sie sonst im Bureau verblieben. Bedenken werden ferner von einer Seite gegen die Aufnahme von Thatsachen des wirtschaftlichen Lebens geäussert, da dieser Begriff zu dehnbar sei und derartige Mittheilungen, soweit sie politischen Zeitungen entnommen werden, leicht eine politische Färbung erhalten könnten, wodurch das gezielte Zusammenarbeiten erschwert werde. Hierauf wird entgegnet, dass es sich lediglich um objektive Darstellung volkswirtschaftlicher Vorgänge handeln könne, welche politischen Tageszeitungen nicht zu entnehmen seien. Dass Aufsätze rein theoretischen Inhalts ausgeschlossen sein müssten, ergebe sich schon aus den Erfahrungen, die hiermit von dem früher vom Handelstag herausgegebenen Handelsblatt sowie von der Stegemann'schen Zeitschrift für Handel und Gewerbe gemacht seien, auch sei die wissenschaftliche Fachliteratur so gewachsen, dass zu rein theoretischen Erörterungen in dem Organ kein Bedürfniss vorliege. Von verschiedenen Seiten wird ferner betont, dass die Mitarbeit der Sekretäre von sehr wesentlicher Bedeutung sei. Diese Mitarbeit liesse sich am leichtesten dadurch gewinnen, dass den einzelnen Sekretären, welche sich zu derselben bereit erklärten, eine nicht zu grosse Arbeitslast aufgebürdet werde, sondern dass eine möglichst weitgehende Arbeitstheilung stattfinde; einzelne Gebiete könnten nur dann erschöpfend behandelt werden, wenn dieselben ausschliesslich einem Bearbeiter zugewiesen würden. Die Mitarbeit sei aber, wie von einer Seite bemerkt wird, nach drei Richtungen hin besonders erwünscht. Einmal sollten Auszüge aus den Kammerverhandlungen, möglichst in druckfertiger Form, geliefert werden, für die ein kleines Honorar, welches mehr als Kontrolle über die Regelmässigkeit der Mittheilungen diene, gegeben werden müsste. Zweitens komme es darauf an, die wirtschaftliche Seite der Begründung von Gesetzentwürfen möglichst klar darzustellen, ferner sei besonderer Werth auf eine derartige Besprechung neuer literarischer Erscheinungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu legen, aus der zu ersehen sei, was man in dem Buche findet. Ausserdem müssten bestimmte volkswirtschaftliche Gebiete nicht nur des Inlandes, sondern auch des Auslandes einzelnen Mitarbeitern zur Beobachtung überwiesen werden. Im übrigen sei es notwendig, dass der einzelne Mitarbeiter eine gewisse Verpflichtung dem Unternehmen gegenüber übernehme, die jedoch nicht zu hart sein dürfe; das Nähere sei aber dem zu wählenden Ausschuss zu überlassen. Dass ein derartiger Pressausschuss nöthig sei, wird von verschiedenen Seiten hervorgehoben, wogegen der Gedanke, dem Handelstag oder dessen Generalsekretär allein die Leitung zu übertragen, keinen Anklang findet. Hierbei wird indess erwähnt, dass die Sympathien des Handelstags für das Unternehmen ja bereits durch die Mitarbeit des Generalsekretärs desselben gesichert seien. Schliesslich wird noch bemerkt, dass der für das Blatt anzustellende Redakteur bereits eine gewisse praktische Schulung in volkswirtschaftlichen Angelegenheiten durchgemacht haben müsse, und sodann folgender Antrag einstimmig angenommen:

1. Die Schaffung eines gemeinsamen Organs der Handels- und Gewerbekammern bzw. der wirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands im Sinne der Denkschrift des Ausschusses vom

8. Dezember 1892 entspricht einem dringend empfundenen Bedürfniss.
2. Die für die Gestaltung und Handhabung eines solchen Organs in jener Denkschrift vorgeschlagenen Grundzüge entsprechen dem Zwecke der für das Unternehmen vorliegenden Aufgaben.
 3. Es ist richtig, die Verwirklichung des Planes als eine gemeinschaftliche Sache der deutschen Handelskammer-Sekretäre bezw. der Sekretäre der wirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands zu betrachten.
 4. Die praktische Ausführung ist einem engeren Ausschuss zu überlassen.

In den unter 4 genannten Ausschuss werden sodann gewählt die Herren Annecke, Bernhardt, Gensel, Gütshaw, Scherenberg, Stegemann, Stumpf, Vosberg-Rekow, van der Borcht und Völcker.

Den Punkt 4a der Tagesordnung: Der Hausalt und die Stellung der preussischen Handelskammern nach dem neuen Gewerbesteuer-gesetz, beschliesst man als letzten zu behandeln.

Zu Punkt 4b der Tagesordnung: Normativ-Bestimmungen für den Kanzleidienst der Handelskammern, theilt Herr Dr. Gensel mit, dass auf der Dresdener Konferenz ein Ausschuss von 5 Mitgliedern niedergesetzt sei, welcher eine Mustereinrichtung — dieser Ausdruck treffe besser als Normativbestimmungen — für den Kanzleidienst der Kammern entwerfen sollte. Unter Kanzleidienst sei sowohl die Thätigkeit des Sekretärs, z. B. in Bezug auf die Art und Weise der Abfassung von Jahresberichten, als auch der eigentliche Büreaudienst und die Bibliothek zu verstehen. Die Kommission habe sich aber überzeugt, dass die Aufstellung einer Mustereinrichtung, selbst mit Unterscheidung von grösseren, mittleren und kleineren Kammern, nicht möglich sei. Etwas Praktisches lasse sich nur durch Darlegung gewisser bestehender Einrichtungen erreichen, da sich hieraus die Sekretäre ein Urtheil darüber bilden könnten, ob sich die betreffenden Einrichtungen zur Einführung bei ihrer Kammer eignen. Dieser Arbeit habe sich in sehr dankenswerther Weise Herr Dr. Soetbeer unterzogen und bereits werthvolles Material zusammengetragen, das er noch zu ergänzen und durch Drucklegung den einzelnen Sekretären zugänglich zu machen beabsichtige. Etwas Näheres lasse sich darüber zur Zeit noch nicht mittheilen, er bitte jedoch, Herrn Dr. Soetbeer noch weiter durch Zusendung von Material zu unterstützen.

Im Anschluss hieran macht Herr Dr. Gensel zu der nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Frage der Erhebung einer Gebühr für Ausstellung von Ursprungszeugnissen darauf aufmerksam, dass Herr Dr. Planer eine Zusammenstellung über die Erhebung dieser Gebühr den Handelskammern zugesendet habe. Die Gebühr stufe sich, soweit sie überhaupt erhoben werde, hiernach ab von 15 Pfg. bis 3 Mk., vielleicht empfehle es sich, nach einem kürzlich von der Leipziger Kammer gefassten Beschluss eine nach dem Werthe der zu beglaubigenden Sendungen abgestufte Gebühr — für gewöhnlich 10 bis 20 Pfg., in besonderen Fällen 0,50 bis 1 Mk. — zu erheben. — Eine Debatte wird über diesen Gegenstand nicht beliebt, auch kein Beschluss gefasst.

5. Die Ausbildung der Handelskammersekretäre, insbesondere kommissarische Beschäftigung derselben bei den staatlichen Verwaltungsstellen.

Der Berichterstatter, Herr Dr. Merbot, bemerkt einleitend, dass er das Thema zunächst enger dahin gefasst habe, wie weit es wünschenswerth und an-

gänglich sei, dass die preussischen Handelskammersekretäre beim Handelsministerium eine Zeit lang beschäftigt würden, er bitte daher, seinen Vortrag mehr als Einleitung zur Diskussion, denn als eine erschöpfende Behandlung dieses ihm vom geschäftsführenden Ausschuss übertragenen weiteren Themas zu betrachten. — In manchen Fällen würden die Handelskammersekretäre die Empfindung haben, dass ihnen entweder theoretische Kenntnisse oder praktische Erfahrungen zur vollen Beherrschung eines Gegenstandes mangeln, in anderen Fällen fühlten sich dieselben dagegen in Folge besonderer Kenntniss ganz heimisch. Wenn man sich demgegenüber auch sagen müsse, dass sich auch in anderen Berufen anfängliche Mängel im Laufe der Amtsthätigkeit ausgleichen, so sei es doch Thatsache, dass die Ausbildung der jetzt amtierenden Sekretäre deutscher Handelskammern keinen einheitlichen Charakter trage. Nach einer von ihm veranstalteten Erhebung hätten von 80 Handelskammersekretären 59, und zwar von 54 preussischen 35, von 26 anderen deutschen 24, akademische, darunter 3 polytechnische Vorbildung. Man könne daher die Frage aufwerfen, ob die Vorbildung nothwendig eine gleichartige sein müsse, oder ob es weniger auf Einhaltung eines bestimmten Bildungsganges, sondern auf Aneignung verschiedener Kenntnisse, die in verschiedenen Berufen geschehen könne, ankomme. Für einzelne Kammern mit besonderen Industrie- und Handelszweigen, wie Effektenbörse, seien zwar spezielle Vorkenntnisse erwünscht, doch seien auch an Kammern mit den gleichen Sonderaufgaben Sekretäre mit verschiedener Bildung erfolgreich thätig. Die Aufgaben der Sekretäre, die sich früher vielfach auf mechanische Bureauarbeiten beschränkten, erstreckten sich auf die Vorbereitung und die Berathung, sowie Mitwirkung bei Beschlüssen der Kammern über alle möglichen Verhandlungsgegenstände. Die Aufgaben der Handelskammern seien Vertretung der Interessen von Handel- und Gewerbetreibenden durch Unterbreitung von Wünschen, Anträgen, Vorschlägen, Mittheilungen und Gutachten wirtschaftlicher Natur bei den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden. Sie müssten deshalb erstens eine nachforschende und untersuchende Thätigkeit entfalten und zweitens eine berichterstattende und aufklärende, die eine stete Beobachtung der Gesetzgebung bedinge. Den Behörden gegenüber müssten die Kammern auch ihre Beschlüsse vertreten können. Abweichend von der landwirtschaftlichen Interessenvertretung gehöre es aber nicht zu den Aufgaben der Kammern, auf die Technik von Handel und Gewerbe einzuwirken. Dieser breite Rahmen, in welchem sich die Arbeit der Kammern bewege, bedinge eine fast täglich wechselnde Thätigkeit des Sekretärs, so dass sich die Arbeit desselben mit der auch bei sehr hohen Verwaltungsbehörden stets fast gleichmässig wiederkehrenden Bureauarbeit nicht vergleichen lasse. Auch der Inhalt der Jahresberichte sei bei allerdings gleichbleibender Form stets wechselnd. Zur Erfüllung der Aufgaben der Kammern sei zunächst eine tüchtige volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Vorbildung der Sekretäre erforderlich, die in Oesterreich und Bayern sogar gesetzlich vorgeschrieben sei. Diese theoretische Vorbildung werde wohl am besten durch volks- und staatswissenschaftliches Universitätsstudium gewonnen, aber doch nicht ausschliesslich durch dieses, denn sonst müssten ja die nur mit juristischer Vorbildung ausgerüsteten Sekretäre in zweite Reihe treten. Viele Sekretäre hätten sich übrigens ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse durch Privatstudien erworben, ein Universitätsstudium sei aber auf alle Fälle vorzuziehen, wenn auch anderseits die praktisch-volkswirtschaftliche Thätigkeit manches Universitätssemesters aufwiege. Das Universitätsstudium gewähre ja überhaupt an sich noch keine tüchtige volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Thätigkeit, dazu bedürfe es noch

praktischer Thätigkeit im wirthschaftlichen Leben. Welches sei nun die praktische Vorbereitung? Nach der Statistik seien von 80 Sekretären (darunter 54 preussischen) 16 bei Gerichten (darunter 8 preussische und von diesen 6 mit akademischer Bildung), 23 bei Verwaltungsbehörden (darunter 16 preussische), 20 in kaufmännischen Geschäften, als Ingenieure u. s. w. (darunter 14 preussische), 8 bei statistischen Aemtern (darunter 5 preussische), 6 (preussische) als Journalisten, 4 als Lehrer (darunter 3 preussische) und 3 nur bei Handelskammern vorher thätig gewesen. Von den 23 aus Verwaltungsbeamten und den 20 aus dem Kaufmannsstande hervorgegangenen Sekretären versähen je 7, und zwar nur preussische, Sekretäre ihr Amt im Nebenamt, von den 16 nur juristisch ausgebildeten 8, darunter 5 preussische, während die 8 auf statistischen Büreaus und die 3 auf Handelskammern vorgebildeten ihr Amt als Hauptamt bekleideten. Wenn hiernach auch kein praktischer Beruf vorzugsweise Sekretäre vorbilde, so behaupteten doch Verwaltung, Kaufmannsstand und Gerichtsdienst einen gewissen Vorrang, und diese drei, hauptsächlich die beiden ersten, seien zur Vorbereitung wohl geeignet. Durch die Thätigkeit bei Staats- und Gemeindebehörden werde die praktische Handhabung der Gesetze, durch diejenige als Kaufmann das Verständniss für die Interessen des Handelsstandes vermittelt. Ein Vorbereitungsdienst in der Post- und Steuerverwaltung eigne sich wegen der zu geringen allgemeinen Bedeutung dieser Verwaltungszweige, die jedenfalls in keinem Verhältniss zu der schwer zu erlernenden Technik derselben stehe, weniger, dagegen vermittele viele allgemeine praktische Erfahrungen eine Thätigkeit bei Gemeindebehörden, deren Beamte die Fähigkeit besitzen müssten, rasch und ohne Verzug alle möglichen Gesetze und Verordnungen, auch diejenigen der neueren Sozialgesetzgebung, anzuwenden. Ausserdem sei eine Einführung in den höheren staatlichen Verwaltungsdienst erwünscht, wobei insbesondere an die Kenntniss des Organismus der höchsten Zentralbehörden, der Ministerien, zu denken sei. Bei Kenntniss der Behandlung von Handelskammereingaben an diesen Stellen könnte sowohl den Kammiern als auch den Zentralbehörden manche Arbeit erspart und durch Anknüpfung persönlicher Verbindungen manche Angelegenheit glatter abgewickelt werden. Dadurch könnte sich auch das Handelsministerium aus einer reinen Aufsichtsbehörde mehr als bisher zu einem Mittelpunkt aller den Handel und das Gewerbe bewegenden Fragen gestalten. Diese Kenntniss der Maschinerie der Ministerien fehle den Sekretären, da von 80 nur 3 bei Zentralbehörden thätig gewesen seien. Die Möglichkeit und Geneigtheit einer kommissarischen Beschäftigung von Sekretären an Zentralstellen sei in Preussen nach den an massgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen zwar insofern vorhanden, als wenigstens keine Befürchtung obwalte, dass die Sekretäre etwa einen Missbrauch mit den durch solche Arbeit an Zentralverwaltungsstellen errungenen Kenntnissen treiben würden. Dagegen seien prinzipielle Bedenken gegen die Beschäftigung von Nichtstaatsbeamten bei Verwaltungsämtern erhoben worden, da die Sekretäre bei einer derartigen Beschäftigung doch Dinge von einiger Wichtigkeit kennen lernen wollten, die in Preussen mit strengem Amtsgeheimniss umgeben zu werden pflegten. Diese in Preussen augenblicklich massgebenden Bedenken würden auch wohl bei den Reichsämtern vorwalten. Gegen dieselben lasse sich allerdings einwenden, dass sich die Behörde dem Verrath von Amtsgeheimnissen auch bei Annahme von neuen Beamten aussetze, während sie bei kommissarischer Beschäftigung von Handelskammersekretären von vorn herein wisse, dass dieselben zu einer bestimmten Zeit von ihrer Freiheit Gebrauch machen werden. Es komme also nur auf die Form an, so dass die Sekretäre vielleicht als Hilfsarbeiter mit vorübergehender Beamteneigenschaft, gegen

welche die Kammern selbst wohl nichts einzuwenden haben würden, beschäftigt werden könnten. Es sei aber fraglich, ob eine kommissarische Beschäftigung bei Zentralstellen wirklich von so grosser Bedeutung sei. — Ausser theoretischem Wissen und praktischer Erfahrung bedürfe der Handelskammersekretär aber auch des richtigen Blicks für Menschen und Dinge, für Wahrhaftigkeit und verhüllten Eigennutz, für Bedeutendes und Nichtiges, sowie der Stetigkeit des Charakters. — Der Berichterstatter fasst sodann seine Erörterungen in nachstehende Sätze zusammen:

1. Ein bestimmter Gang der Ausbildung von Handelskammersekretären lässt sich zur Zeit nicht vorschreiben.
2. Es ist sehr nützlich, wenn die Handelskammersekretäre sich tüchtige Kenntniss in Volkswirthschaftslehre und Staatswissenschaften nicht nur durch Studium, sondern auch durch praktische Thätigkeit erworben haben.
3. Es ist insbesondere Anwärtern auf Sekretärstellen zu empfehlen, dass sie einen Vorbereitungsdienst bei Gemeinde- oder Staatsbehörden und bei Handelskammern durchmachen.
4. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn auch den schon amtirenden Sekretären Gelegenheit geboten würde, dass sie bei Zentralbehörden des Reichs oder deutscher Bundesstaaten kürzere oder längere Zeit, insbesondere bei besonderen Gelegenheiten (wie beim Abschluss von Handelsverträgen u. s. w.) kommissarisch thätig sein könnten.

In der sich anschliessenden Erörterung werden die Punkte 1 und 2 von verschiedenen Seiten als selbstverständlich bezeichnet, so dass eine besondere Stellungnahme zu denselben gegenstandslos sei. Auch gegen die unter Punkt 3 empfohlene Vorbereitung bei Gemeinde- und Staatsbehörden werden verschiedene Bedenken erhoben. Man vermag sich einerseits nicht recht vorzustellen, in welcher Stellung eine derartige Thätigkeit gedacht ist, andererseits wird bezweifelt, dass durch eine Beschäftigung bei Behörden ein besonderes Verständniss für wirthschaftliche Vorgänge erweckt werden könne. Einverständniss herrscht dagegen über die Nützlichkeit einer vorbereitenden Beschäftigung in Handelsgeschäften, industriellen Etablissements sowie in Rhedereien. Die unter Punkt 4 als wünschenswerth bezeichnete Beschäftigung bei Zentralstellen findet im Allgemeinen eine sehr abfällige Beurtheilung. Es wird betont, dass den mittelbaren Staatsbeamten, als welche die Sekretäre in Preussen angesehen werden, niemals die Möglichkeit gegeben werde, sich an Zentralstellen richtig auszubilden, und ausserdem würde sich eine derartige Beschäftigung doch in der Hauptsache auf mechanische Bureauarbeiten beschränken, wogegen eine solche bei Bezirksstellen mehr Abwechslung biete. Es wird zwar als nicht unwichtig bezeichnet, wenn ein näherer persönlicher Verkehr mit den Behörden angebahnt würde, die Schwierigkeit eines solchen liege aber in der jetzigen bürokratischen Einrichtung der Behörden. zu der theilweise noch ein gewisses Vorurtheil gegen die Thätigkeit der Handelskammern hinzutrete. Es müsste deshalb von den Handelskammern dahingestrebte werden, dass nur solche Dezerenten bei den Handelsministerien angestellt würden, die den Aufgaben der Handelskammern Verständniss entgegenbrächten. Viel wichtiger als die Kenntnissnahme der Sekretäre von den Einrichtungen der Zentralstellen sei aber die allerdings nicht mit dem vorliegenden Gegenstande direkt in Verbindung stehende Fühlung der Zentralämter mit den Handelskammern. In dieser Be-

ziehung könnten sich die höheren deutschen Beamten ein Vorbild an den österreichischen nehmen, die sich nicht wie die deutschen damit begnügten, mit einem Bezirksbeamten persönlichen Verkehr zu pflegen, sondern regelmässig über wichtige Fragen mit den Handelskammern Konferenzen hielten. Werthvoll sei es schon, wenn die Behörden, wie es ja in Bayern auch geschehe, zu den Handelskammer-Sitzungen Kommissare entsendeten. Im übrigen sei den höheren Beamten statt einer formell juristischen eine tiefere volkswirtschaftliche Bildung zu wünschen, die vielleicht für den Nachwuchs, auch für denjenigen des Konsulatsdienstes, durch Beschäftigung bei den Handelskammern erreicht werden könnte. Es käme also viel weniger darauf an, dass die Handelskammer-Sekretäre die Arbeit an den Zentralstellen kennen lernten, sondern vielmehr darauf, dass die Arbeit der letztern durch Fühlung mit den Handelskammern eine erspriesslichere werde. — Von einer Beschlussfassung zu den vom Berichterstatter aufgestellten Leitsätzen wird abgesehen.

6. Die Lebens- und Pensionsversicherung der im Dienst der wirtschaftlichen Korporationen stehenden Beamten.

Der Berichterstatter Herr Dr. Franck verweist in der Hauptsache auf den gedruckten vorliegenden Bericht über eine Umfrage bei den Sekretären in Betreff ihrer Pensionsverhältnisse, der auf Grund der Beantwortung von 62 der ausgesandten 137 Fragebogen zusammengestellt sei, sodass sich im Allgemeinen ein zutreffendes Bild über die Pensionsverhältnisse ergebe. Es habe sich hiernach herausgestellt, dass die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen der Sekretäre fehle, weshalb der Ausschuss den einzelnen Sekretären ein entsprechendes Vorgehen bei ihrer Kammer anheimgeben müsse. Durch die Erklärung solle daher nur der Anstoss gegeben werden, die Angelegenheit in Fluss zu bringen. Sehr wünschenswerth sei die Gründung von Hilfskassen für die Hinterbliebenen der Kammerbeamten.

In der Erörterung wird von einer Seite hervorgehoben, dass zur Erlangung der staatlichen Pensionsberechtigung in Preussen keine Aussicht vorhanden sei, eine Versicherung durch die Handelskammern selbst, die an sich die beste Lösung der Frage bleibe, erscheine aber wenigstens in Preussen bei der geringen Leistungsfähigkeit vieler Kammern nicht möglich. Erwäge man weiter die Frage, ob die Sekretäre unter sich eine Pensionskasse gründen könnten, so sei zu beachten, dass Diejenigen, deren Pensionsverhältnisse bereits in irgend einer Form von ihrer Kammer geregelt seien, einer derartigen, auf Gegenseitigkeit zu gründenden Kasse nicht beitreten würden, sodass die Kasse nicht leistungsfähig werde. Es liege daher der Gedanke nahe, sich an bereits bestehende Kassen anzulehnen. Es sei auf den Deutschen Privatbeamtenverein hinzuweisen, der verschiedene gut fundirte Kassen, wie Wittwen-, Pensions-, Begräbniss- und Krankenkasse, habe, und dessen Einrichtungen auch von Berufsgenossenschaften für die Versicherung ihrer Beamten benutzt würden. Neuerdings hätten sich auch zwei Vereine, der Verein Leipziger Presse und der Verein von Direktoren und Lehrern landwirtschaftlicher Schulen, dem Privatbeamtenverein in der Form angeschlossen, dass sie eigene Pensionsverbände innerhalb des Privatbeamtenvereins bildeten. Auch von den Apothekern werde der Anschluss in dieser Form beabsichtigt. Dadurch verringerten sich die Verwaltungskosten und vertheile sich das Risiko der Versicherung. Der Einkauf in die Pensionskasse geschehe nach Antheilen zu 20 Mk., die sich bei Eintritt nach dem fünfunddreissigsten Lebensjahre um jährlich 2% erhöhten, die Renteneinheit werde nach vierjährigen Perioden festgesetzt und betrage gegenwärtig 8 Mk., sodass sich beispielsweise die Pension bei zwanzig-

jähriger Mitgliedschaft auf fünf Antheilen auf $20 \times 8 \times 5 = 800$ Mk. stelle. In derselben Form geschehe der Einkauf in die Wittwenkasse. Versicherungstechnisch dürften die Kassen als sicher gelten, auch würden die Renteneinheiten eine steigende Richtung beibehalten. Die Betheiligung setze indess die Mitgliedschaft bei dem Privatbeamtenverein voraus, wofür 3 Mk. Eintrittsgeld und 6 Mk. jährlicher Beitrag zu zahlen seien. Der gesammte Vermögensbestand des Vereins betrage gegenwärtig 913 500 Mk. Der Verein und jede einzelne Kasse desselben habe die Rechte einer juristischen Person. Vielleicht könnte doch von der für diese Frage bestehenden Kommission der Versuch gemacht werden, mit dem Privatbeamtenverein, zunächst ohne Verbindlichkeit, nach der Richtung zu unterhandeln, ob nicht ein selbstständiger Versicherungsverband der Sekretäre, wozu die Mitgliederzahl von fünfzig genügen würde, sich an den Verein angliedern lasse. Die ganze Bewegung, welche in diesem Verein zum Ausdruck komme, sei ein Stück Sozialpolitik auf eigenen Füßen. Die Kammern könnten ja die Zahlung eines Theiles oder der ganzen Antheile übernehmen. — Diese Darlegungen finden ziemlich allgemeine Billigung, wenn auch von verschiedenen Seiten hervorgehoben wird, dass die Versicherung durch die Kammern selbst die beste Lösung der Frage sein würde. Im Uebrigen wird zwar bemerkt, dass es für den einzelnen Sekretär peinlich sein könne, mit derartigen Anforderungen an die Kammern heranzutreten, dass die ganze Frage, wenigstens in Preussen, auch von der Leistungsfähigkeit der Kammern abhängt, und erwogen, ob nicht durch Vermittelung des Handelstags den Kammern die Sicherstellung ihrer Sekretäre nahe gelegt werden könne. Man ist aber der Ueberzeugung, dass die Forderung dieser Sicherstellung selbst nicht nur im Interesse der Hebung des Standes der Sekretäre erwünscht, sondern auch in demjenigen der Kammer geboten sei, da die Schaffensfreudigkeit ihrer Beamten hierdurch gehoben werde. Es gelangt schliesslich folgender Antrag gegen zwei Stimmen zur Annahme:

Die Vereinigung der Handels- und Gewerkekammersekretäre hat mit lebhafter Zustimmung und Anerkennung die Fürsorge begrüsst, welche einzelne Kammern ihren Angestellten durch die Beilegung der Pensionsberechtigung haben zu Theil werden lassen, und beauftragt die Kommission mit weiterer Berathung der Angelegenheit zur Erzielung positiver praktischer Vorschläge, indem sie anheim giebt, etwa mit dem Deutschen Privatbeamtenverein oder ähnlichen Instituten in Verhandlung zu treten.

Zu der genannten Kommission gehören die Herren Simon, Dr. Franck, Schulz, Dr. Emminghaus und Bergrath Gothein.

Punkt 4a wird von der Tagesordnung abgesetzt. Ausserhalb der Tagesordnung regt Herr Dr. Gensel noch an, dass die von einzelnen Handelskammern nachträglich zu dem Reichsseuchengesetz geltend gemachten Bedenken den anderen Kammern mitgetheilt werden.

Herr Dr. Gensel wirft sodann als Vorsitzender einen Rückblick auf die Verhandlungen und betont das allgemein empfundene Bedürfniss zur weiteren Fortsetzung der Zusammenkünfte. Es seien heute wichtige Fragen behandelt worden, durch deren Lösung der Dienst der Sekretäre im Interesse der Wirksamkeit der Handelskammern erleichtert werde.

Nachdem hierauf das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Rechtsanwalt Kirbach, dem Herrn Vorsitzenden den Dank für die Leitung ausgesprochen hat, werden die Verhandlungen um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.



Monatsschrift

für



HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 9.

Braunschweig, September-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. I. 3. — 8138/93.

Bekanntmachung.

An unserer Amtsstelle wird vertrauliche Auskunft über die Erhöhung der Zölle für die Einfuhr in Finnland ertheilt.

Braunschweig, 23. September 1893.

Die Handelskammer.

H. Schmidt.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. A. I. 3. — 8193/92.

Bekanntmachung.

Deutsch-Spanischer Handelsvertrag.

Diejenigen Industriellen und Händler unseres Bezirkes, welche an der Ausfuhr nach Spanien bethelligt sind, können an unserer Geschäftsstelle authentische Mittheilung bezüglich in Aussicht stehender Zollermässigungen erhalten.

Braunschweig, 30. September 1893.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

H. Schmidt.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 7. — 8281/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass vom 15. Oktober d. J. ab bis auf Weiteres unsere Dienststunden in die Zeit von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags verlegt werden.

Die Sprechstunde des Syndikus wird wie bisher von 11—1 Uhr abgehalten; während dieser Zeit findet auch die Beglaubigung von Ursprungszeugnissen statt.

Braunschweig, 6. Oktober 1893.

Die Handelskammer.

H. Schmidt.

Dr. Vosberg-Rekow.

A. Z. D. 20. — 8147/93.

Akademische Vorlesungen

der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

im Sitzungssaale der Handelskammer,
Breitestrasse 91.

Wintersemester 1893/94. — Beginn am 15. Oktober 1893.

Handels- und Wechselrecht mit Erläuterung an praktischen Rechtsfällen. Mittwoch, Morgens von 8—9 Uhr. Beginn am 18. Oktober.

Allgemeine Nationalökonomie. Dienstag, Abends von 8—9 Uhr. Beginn am 17. Oktober.

Finanz- und Bankwissenschaft. Donnerstag, Morgens von 8—9 Uhr. Beginn am 19. Oktober.

Geschichte der französischen Revolution mit Beziehung auf die heutige soziale Entwicklung. Donnerstag, Abends von 8—9 Uhr. Beginn am 19. Oktober.

Handels- und Wirthschaftsgeographie mit besonderer Berücksichtigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Mittwoch, Abends von 8—9 Uhr. Beginn am 18. Oktober.

Sozialpolitische Gesetzgebung, insbesondere Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung. Dienstag, Morgens von 8—9 Uhr. Beginn am 17. Oktober.

Ferner für die Hörer einer der vorstehend bezeichneten Vorlesungen:

Staatswissenschaftliche Uebungen, alle 14 Tage Abends, nach Uebereinkunft. Privatissime und gratis.

Die Theilnahme ist Jedermann gestattet. Das Honorar beträgt für jede Vorlesung pro Halbjahr 10 Mark. Anmeldungen werden in der Zeit von 7—1 Uhr an der Geschäftsstelle der Handelskammer, Breitestrasse 9 pt. entgegen genommen.

Braunschweig, im September 1893.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

H. Schmidt.

Dr. Vosberg-Rekow.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die französische Einfuhr in Belgien und die Deutsche Industrie.

Der am 1. Februar 1892 in Kraft getretene französische Zolltarif oder *Tarif Meline* hatte tiefgreifende Umwälzungen innerhalb des belgischen Handels und Gewerbes zur Folge.

Dieser Zolltarif belastet eine ganze Anzahl Artikel, welche bisher freien Eingang in Frankreich hatten, mit sehr hohen Zöllen im allgemeinen und erhöht die schon bestehenden Zölle ganz beträchtlich. Das Verzeichniss der Erzeugnisse belgischen Gewerbes, welche besonders von diesem Tarif getroffen werden, giebt darüber klaren Aufschluss.

Die neue französische Zollverordnung hat weiten gewerblichen Kreisen in Belgien ungemeinen Schaden gebracht. Man kann, ohne zu übertreiben und ohne widerlegt zu werden, behaupten, dass der veränderte

Standpunkt Frankreichs die belgischen Produzenten im allgemeinen sehr benachtheiligt und eine berechnete und grosse Unzufriedenheit im Geschäftsleben hervorgerufen hat.

Eine Lage ist dadurch geschaffen, wie sie seit 1830 gleich günstig für die deutsche Einfuhr in Belgien nicht bestanden hat!

Es bietet sich daher für unsere Landsleute, für den deutschen Handel und das deutsche Gewerbe eine äusserst günstige, ja unverhoffte Gelegenheit, Frankreich einen grossen Theil seines Verkehrs mit Belgien zu entziehen.

Als seit langer Zeit in Belgien ansässige Deutsche gestatten wir uns darauf hinzuweisen, dass der belgische Markt unserer deutschen Industrie nun mehr denn je offen ist und der Zeitpunkt ausserordentlich geeignet erscheint, auch da festen Fuss zu fassen, wo Frankreich bis jetzt bevorzugt wurde.

Wir haben bereits bemerkt, dass der *Tarif Meline* sehr viele und einschneidende Interessen in Belgien geschädigt hat, wodurch in industriellen Kreisen ein recht lebhafter Unwille gegen Frankreich entstanden ist. Aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet sind Gründe vorhanden, die weiterer Verstimmung Nahrung geben, sondern auch in mehreren anderen Punkten. Es steht uns jedoch nicht an, dies hier näher zu beleuchten. Wir begnügen uns damit, den Stand der Dinge nur zu erwähnen, um uns ausschliesslich der wirtschaftlichen Frage zuzuwenden.

Die Leistungsfähigkeit unserer deutschen Industrie wird heute nicht mehr bestritten:

„L'exposition de Chicago décèle une supériorité *incontestable* dans son ensemble des produits de l'industrie allemande“, sagte bei seiner Rückkehr von Chicago ein belgischer Grossindustrieller, welcher als erste Autorität gilt.

Die volle Konkurrenzfähigkeit unserer deutschen Industrie steht also ausser Frage.

Was die Billigkeit anbelangt, so glauben wir bestimmt, dass Deutschland in weitaus den meisten Fällen ebenfalls in der Lage ist, Frankreich in Belgien die Spitze zu bieten, ja wir sind der Ansicht, dass es bei der jetzigen Sachlage gar keines besonderen Opfers bedarf, um die Franzosen auf diesem friedlichen Gebiet zu schlagen. Bei billigeren Preisen ist sogar mit Sicherheit anzunehmen, dass Deutschland einen beträchtlichen Theil der französischen Einfuhr an sich ziehen wird.

Frankreich führt jährlich in Belgien, den Transit abgerechnet, für 326 775 000 Franken ein. Mit diesem sind es 600 000 000 Franken.

Die französische Einfuhr vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Sie belief sich auf:

282 806 000	Franken in 1887
289 010 000	" " 1888
322 747 000	" " 1889
316 389 000	" " 1890
326 775 000	" " 1891

Dagegen ist die deutsche Einfuhr eher zurückgegangen. Wir entnehmen der vom belgischen Finanzministerium herausgegebenen Statistik folgende Zahlen:

148 832 000	Franken in 1887 (Zollverein)
168 944 000	" " 1888
161 457 000	" " 1889
169 595 000	" " 1890
164 164 000	" " 1891

Die deutsche Statistik stellt das gleiche Verhältniss fest, wenn auch die Zahlen verschieden sind, sie lauten:

151 527 000	Mark in 1887
172 226 000	" " 1888
137 211 000	" " 1889
150 808 000	" " 1890
153 315 000	" " 1891

Während Frankreich also eine steigende Einfuhr zu verzeichnen hat und 44 000 000 Franken in fünf Jahren gewinnt, hat die deutsche Einfuhr in derselben Zeit nach der belgischen Statistik nur um 16 000 000 Franken und nach der deutschen Statistik sogar nur um 2 000 000 Mark zugenommen.

Die Schwäche der deutschen Einfuhr erklärt sich aus zwei Gründen:

1. Die alte früher zum Theil berechnete Vereinigten Kaufers gegen deutsche Fabrikate und dementsprechend der alte Hang zum Französischen.

2. Die ungenügende Fühlung mit Deutschland und in Folge dessen vielfache Unkenntniss der deutschen Leistungsfähigkeit.

Die ganze Hinfälligkeit des ersten Punktes haben neuerdings die grossartigen Erfolge in Chicago aufs glänzendste bewiesen.

Was den zweiten Punkt anbelangt, so bietet sich unseren Landsleuten eine ausgezeichnete Gelegenheit, ihre Leistungsfähigkeit nicht nur den Gewerbe und Handel treibenden Kreisen Belgiens vor Augen zu führen, sondern auch das ganze belgische Publikum für ihre Erzeugnisse zu gewinnen, was von nicht zu unterschätzendem Werth ist. Wir meinen die Gelegenheit der **Antwerpener Weltausstellung von 1894**.

Ganz besonders empfiehlt es sich für die deutsche Industrie, diese Ausstellung mit feineren Artikeln zu beschenken. Die sog. Massenexportartikel, die meist geringere Qualitäten vorstellen, finden in Belgien selbst weniger Absatz und sind auch genügend bekannt. Es handelt sich in erster Linie darum, die französischen Produkte bester Qualität, wofür Paris seither ausschlaggebend war, durch ein reelles deutsches Fabrikat bester Qualität zu ersetzen.

Namentlich sollte das deutsche Kunstgewerbe, welches so grosse Fortschritte gemacht hat, möglichst vielseitig vertreten sein.

Gewiss sind die Geschäftsreisenden von ausserordentlichem Werth, und Deutschland macht bekanntlich ausgedehnten Gebrauch davon.

Das Reisen allein genügt aber nicht.

Das grosse belgische Publikum, soweit solches bisher fast ausschliesslich französische Erzeugnisse gekauft hat, muss vor allem für unsern deutschen Geschmack mehr und mehr gewonnen werden.

Kann sich die deutsche Industrie entschliessen, die Antwerpener Ausstellung auch nur annähernd so reich zu beschenken wie diejenige von Chicago, so ist nach unserer Ansicht nicht nur ein augenblicklicher äusserer Erfolg, sondern auch direkt ein praktischer Erfolg in Belgien zweifellos.

Die Wahl Antwerpens ist eine durchaus glückliche zu nennen. Antwerpen ist die erste Handelsstadt Belgiens, seine Lage ist eine sehr günstige, der Besuch der Stadt an sich sehr lohnend und interessant. Die Ausstellung in Antwerpen ist ganz geeignet, dem belgischen Volk die Macht der deutschen Industrie in wenigen Monaten vorzuführen, dahingegen es mittelst Annoncen und sonstiger Reklamen Jahre bedarf, auch nur einige tausend Konsumenten mit den deutschen Fabrikaten vertraut zu machen.

Uebrigens würde die deutsche Arbeit zu Antwerpen nicht nur den Belgiern, sondern auch ganz Europa und dank den ausgezeichneten Handelsverbindungen, welche der Antwerpener Hafen bei seiner zentralen Lage mit allen Ländern unterhält, auch überseeischen Interessenten vorgeführt werden. Damit würde das in Chicago begonnene Werk mit geringerer Mühe und weniger Kosten vollendet.

Die Ausstellungskosten in Antwerpen sind verhältnissmässig recht gering, geringer als im Jahre 1885.)*

Gleichzeitig wird Deutschland von der in Belgien herrschenden und berechtigten Unzufriedenheit, welche der französische Zolltarif hervorgerufen hat, Nutzen ziehen. In der That, eine günstigere Gelegenheit dürfte sich für unsere deutsche Industrie so bald nicht mehr bieten, die französische Einfuhr zu übertrumpfen; denn, vergessen wir es nicht, der Unwille gegen Frankreich wird nicht von Dauer sein; in zwei bis drei Jahren höchstens werden die Belgier diese Unbilden wieder vergessen haben, und es dürfte alsdann wiederum für uns Deutsche

*) Die Platzmiete ist niedriger als damals, auch gestattet das allgemeine Ausstellungs-Programm, den fremden Kommissionen, welche grössere Räume übernehmen, Ermässigungen zu gewähren, was jedenfalls bei Deutschland zutreffen wird

Andererseits übernimmt die Ausstellungs-Gesellschaft die Kosten der allgemeinen Dekoration, sowie gewisse Hantrungskosten der Güter (siehe réglement général, article 17).

Die belgischen und deutschen Eisenbahnen werden dieselben Vergünstigungen wie für die Ausstellung in Chicago gewähren. Die Ausstellungs-Gegenstände werden also freie Rückfahrt haben. Die Hinfahrt wird allerdings zum vollen Tarif zu vergüten sein.

Was die Ausstellungs-Gegenstände von Chicago betrifft, so können dieselben direkt nach Schluss jener Ausstellung nach Antwerpen dirigirt werden. Die Antwerpener Ausstellungsverwaltung wird diese Güter einlagern bis zum Augenblick ihrer

zu spät sein, die französische Konkurrenz aus ihrer Vorzugsstellung zu vertreiben.

Wir können deshalb unsere Landsleute nicht genug auf diesen wichtigen Punkt aufmerksam machen. Wir glauben, ihnen den Weg gezeigt zu haben, auf dem sie ihre Ausfuhr auf Kosten Frankreichs bedeutend vermehren können.

Wir bringen deshalb auch den Text des deutsch-belgischen Handelsvertrags vom 6. Dezember 1891, sowie den belgischen Zolltarif für die deutsche Einfuhr. Dieser Zolltarif, welcher bis zum 31. Dezember 1903 in Kraft bleibt, setzt zu Gunsten deutscher Erzeugnisse das Meistbegünstigungsrecht fest.

Entpackung, und zwar ohne dass die Aussteller dafür Wachlohn oder Lagermiete zu bezahlen haben. Die Ausstellungs-Gesellschaft übernimmt jedoch keinerlei Verantwortung diesbezüglich. Die Transport-, Versicherungs- und Empfangskosten, sowie die Hantrungskosten solcher Güter, welche nicht im Artikel 17 der allgemeinen Verordnung vorgesehen sind, bleiben ausschliesslich zu Lasten der Aussteller.

Die Transport-Gesellschaften haben die Frachten für Ausstellungs-güter von Chicago nach Antwerpen ganz bedeutend ermässigt und auch den Ausstellern und deren Beamten Vergünstigungen gewährt.

Die Ausstellung wird als thatsächliches Entrepot betrachtet werden, und genügt es, sich den gewöhnlichen belgischen Formalitäten zu unterwerfen.

Alle Massregeln sind getroffen, um die zu patentirenden Erfindungen in Belgien zu schützen.

Liste derjenigen belgischen Produkte, welche speziell vom neuen französischen Zolltarif getroffen werden:

No. des neuen Tarifs		Neuer Zoll per 100 Kilo	Alter Zoll per 100 Kilo
		Franken	Franken
ex 34	Eier	6.—	—
45	Frische Fische: Süsswasser	10.— u. 5.—	—
	Seewasser	20.—	5.—
ex 68	Weizenmehl, Dinkelmehl, Mang-Kornmehl	8.—, 10.—, 12.—	8.—
74	Malz	4.—	1.90
ex 75	Brod	5.—	1.20
76	Grütze, Gries, Graupen	12.—	8.—
83	Kartoffeln	0.40	—
ex 84	Weintrauben und getriebenes Obst per Kilo	1.50	—
ex 84	Tafel-Aepfel und -Birnen	2.—	—
ex 84	Anderes frisches Tafelobst	3.—	—
98	Chocolade: mehr als 55% Cacao enthaltend	150.—	98.40
	55% oder weniger Cacao enthaltend	100.—	98.40
ex 110	Leinöl, Baumwollsaatöl, Sesamöl, Erdnussöl	6.—	1.—
ex 110	Rüböl, Senföl, Mohnöl, Rapsöl	12.—	1.—
ex 110	Anderer reine Oele	12.—	1.—
115	Harzöl	12.—	2.—
ex 142 bis	Gekämmter Hanf	10.—	—
160	Hopfen	30.—	12.50
162	Rüben	0.40	—
ex 163	Grüne Zichorien-Wurzel	0.75	0.25
ex 163	Trockene ungereinigte Zichorien-Wurzel	3.—	1.—
164	Viehfutter	0.50*)	—
165	Kleie aller Art	0.60	—
		1.—	—
168	Holzstoffmasse { trocken	0.50	—
	{ feucht	2.—	—
	{ chemisch zubereitet	—	—
ex 170	Pflanzen und Sträucher aus Gewächshäusern und Baumschulen, Azaleen, Kamelien, Farren etc. etc.	3.—	—
ex 175	Marmor (für Statuen, oder anderer), gesägter von der Dicke von weniger als 4 Zentimeter	3.50	{ Statuen — anderer 1.50
	Verarbeiteter polirter Marmor	15.—	—
	Moderne Marmor-Statuen und -Kamine	15.—	1.50
	Marmor-Uhren, -Schalen, -Tintenfüsser und -Tassen	15.—	4.—

*) Durch das Gesetz vom 29. Juni 1893 ist der Zoll bis zum 1. Januar 1894, ebenso der Differenzialtarif auf Viehfutter aufgehoben.

No. des neuen Tarifs		Neuer Zoll per 100 Kilo	Alter Zoll per 100 Kilo
		Franken	Franken
	Marmor-Gesimse	8.—	1.50 u. 4.—
	„ gedrechselt, nicht über 75 Kilogramm wiegend	15.—	4.—
	„ diverse	6.—	1.50
ex 177	Bausteine, verarbeitet, behauen oder gesägt, mit ebener Oberfläche und von der Dicke von 4 à 16 Zentimeter exklusive	0.40	—
	von weniger als 4 Zentimeter	0.80	—
ex 177	Zu Kaminen verarbeitete Steine	10.—	3.—
ex 177	Viereckige Fliese auf einer Seite gesägt	1.50	—
ex 180	Schiefer, Rinnen und Tafeln	3.—	behauen — gesägt — polirt 3.—
ex 183	Unbearbeitete Pflastersteine	0.10	—
ex 184 bis	Wasserkalk	0.20	—
185	Zement, langsam bindend	0.50	—
185	„ schnell	0.25	—
186	„ -Fliese, einfarbig	1.—	—
ex 239	Eisenoxyd	2.—	—
	Mennige	2.—	—
ex 262	Bleiweiss	2.—	—
ex 295	Künstliches Ultramarin	25.—	15.—
ex 298	Terpentinfirniss	30.—	20.—
ex 298	Oelfirniss	45.—	30.—
309	Oelfarben	6.—	4.—
317	Geröstete oder gemahlene Zichorie	8.—	4.—
318	Stärke	14.—	4.—
319	Kartoffel-, Mais- und anderes Mehl	12.—	4.—
ex 332	Feuerfeste Topfwaaren, Schmelztiegel etc.	1.50	—
333	Drainir-Röhren	0.40	—
ex 336	<i>Andere Topfwaaren von gemeiner Erde.</i>		
	Unlackirt und unverziert	0.40	—
	Einfarbig mit Verzierung oder Reliefs	1.50	—
ex 337	Lackirt oder emailirt ohne Verzierung	1.50	—
	<i>Steingeschirr.</i>		
338	Utensilien und Apparate zur Fabrikation chemischer Produkte: Nicht emailirt	2.—	—
	Emailirt	4.—	—
339	Röhren aller Art: Nicht emailirt	2.—	1.—
	Emailirt	4.—	1.—
343	Fayence	4.—	—
ex 348	Spiegelglas von 1 Quadratmeter oder mehr: Roh	2.—	1.—
	Polirt oder verzinnt	3.50	3.—
ex 350	<i>Hohl- und Kristall-Glas.</i>		
	Weisses, ungemustert, gepresst	4.—	3.50
	Mattes und gravirtes	16.—	10.—
	Vergoldet oder farbig	28.—	25.—
ex 351	Fensterglas: Gewöhnliches, dessen Oberfläche nicht $\frac{1}{2}$ Quadratmeter übersteigt	5.—	3.50
	„ „ „ $\frac{1}{2}$ Quadratmeter übersteigt	10.—	3.50
	Farbiges oder leicht gefärbtes, sowie wellenförmiges	20.—	15.—
359	Flaschen, gefüllt oder leer	3.50	3.—
362	Andere Glassachen	30.—	18.50
	Leinen-, Hanf- und Ramehgarn, unvermischt, nicht appretirt, einfach auf das Kilo gemessen:		
	<i>Ungebleicht einfach</i> in Strähnen von 2000 oder weniger Meter bis über 60 000 Meter	16 à 100 surtaxe	13 à 75 u. 100
	In Knäulen oder auf Karton oder anders		
	<i>Gebleicht oder gefärbt einfach:</i> In Strähnen von 2000 Meter oder weniger bis 16 000	20.80 bis 130 surtaxe	16.25 à 125
	In Knäulen oder auf Karton		
363 bis	<i>Roh gewirnt</i> in Strähnen: Von 2000 Meter oder weniger bis über 60 000	20.80 bis 130 surtaxe	16.25 à 125
	In Knäulen oder auf Karton, oder anders		

No. des neuen Tarifs		Neuer Zoll per 100 Kilo	Alter Zoll per 100 Kilo
		Franken	Franken
	<i>Gebleicht oder gefärbt und gezwirnt.</i>		
	In Strähnen von 2000 Meter oder weniger bis 60000	27.05 bis 170	20.31 bis 156.25
	In Knäulen oder auf Karton	surtaxe	
364	<i>Leinen-, Hanf- und Rameh-Garn melirt, dem Gewicht nach Leinen, Hanf und Rameh vorherrschend</i>	do.	
ex 367	Appretirtes Garn, Bindfaden, Seilwerk von Hanf, Leinen, Jute, Abaca oder anderen Vegetabilien, unvermischt oder melirt:		
	<i>Bindfaden oder Garn appretirt einfach oder gezwirnt mit ein- facher Drehung.</i>		
	Roh in Strähnen von 200 Meter oder weniger bis 4000 Meter per Kilo gemessen	25 bis 45	
	Roh in Knäulen	surtaxe	
	Gebleicht oder gefärbt in Knäulen	do.	
	Gebleicht oder gefärbt in Strähnen	do.	
ex 367	<i>Tauwerk oder zweifach gezwirntes Garn, glatt oder roh, getheert oder nicht getheert, im Durchmesser von 10 Millimeter oder weniger:</i>		
	Roh	do.	
	Gebleicht oder gefärbt	do.	
	Mehr als 10 Millimeter:		
	Roh	20.—	
	Gebleicht oder gefärbt	26.—	
368	Baumwollgarn, rein, einfach, roh, per $\frac{1}{2}$ Kilo 15500 Meter . . . oder weniger bis über 170500 Meter.	15 à 310	
ex 369	Baumwollgarn, rein, gezwirnt in Docken, roh, gebleicht, gefärbt, geflammt und gewichst	surtaxe	
	Garn aus reiner Wolle, einfach, gebleicht oder nicht:		
	Kammgarn, nicht über 40500 Meter per Kilo	28.—	20 à 28
	Streichgarn von 10000 Meter oder weniger bis mehr als 30500 Meter per Kilo	15 bis 45	12 bis 36
	<i>Gefärbt oder bedruckt:</i>		
	Kammgarn, nicht über 40500 Meter per Kilo	53.—	45.— u. 53.—
ex 373	<i>Gezwirnt für Weberei, gebleicht oder nicht:</i>		
	Kammgarn von 40500 Meter oder weniger per Kilo gemessen . .	34.—	24.— u. 33.60
ex 373 bis	Streichgarn von 10000 Meter oder weniger bis über 30500 Meter	18.— bis 54.—	14.40 bis 43.20
	Kammgarn aus reiner Wolle, gefärbt oder bedruckt, einfach oder ge- zwirnt, für Weberei von 40500 Meter oder weniger per Kilo gemessen	59.—	49.— u. 58.60
ex 374	<i>Kammgarn aus reiner Wolle, einfach oder gezwirnt für Tapisserie.</i>		
	Gebleicht oder nicht von 40500 Meter oder weniger	42.—	30.— u. 42.—
	Gefärbt oder bedruckt von 40500 Meter oder weniger	67.—	55.— u. 67.—
382 à 393 bis 404 à 437	Gewebe von Leinen, Hanf oder reiner Rameh, einfach oder ver- arbeitet	divers	
	Baumwoll-Gewebe	do.	
454	Gewebe von gemischter Wolle	do.	
ex 461	Papier mit Ausschluss von Phantasiepapier	10 u. 12	8.—
ex 461	Phantasiepapier	30 u. 60	15.—
469	Stahlstiche, Kupferstiche, Lithographien, Chromographien, Etiquetten und Zeichnungen aller Art einschliesslich Kalender, kauf- männische Annoncen und Ausstattung von Photographie- Albums	20 bis 225	—
462	Rohrer Karton in Blättern von wenigstens 350 Gramm per Quadrat- meter	10.—	8.—
510 à 579	Maschinen und mechanische Gegenstände aus Metall	divers	

Wortlaut des deutsch-belgischen Handelsvertrags

vom 6. Dezember 1891.

Seine Majestät der König von Belgien einerseits, und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Deutschland durch den Abschluss eines neuen Handels- und Zollvertrags zu fördern, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnet und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Belgien:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Julius Baron Greindl.

und

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Die Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile, welche in dem Gebiete des anderen Theiles dauernd oder vorübergehend sich aufhalten, sollen daselbst in Bezug auf den Betrieb des Handels und der Gewerbe die nämlichen Rechte geniessen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Angehörigen des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten Landes.

Art. 2. Die belgischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche in Deutschland, und die deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche in Belgien eingeführt werden, sollen daselbst, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten Landes. Insbesondere wird jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermässigung in dem Tarife der Eingangsabgaben, welche einer der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht zugestehen möchte, gleichzeitig und bedingungslos den Boden- und Gewerbeerzeugnissen des anderen zu Theil werden.

Art. 3. Von den in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnissen sollen bei ihrer Einfuhr in Belgien, und von den in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten belgischen Boden- und Gewerbeerzeugnissen sollen bei ihrer Einfuhr in Deutschland keine anderen oder höheren als die in diesen Anlagen bestimmten Eingangszölle erhoben werden.

Wenn einer der vertragschliessenden Theile auf einen in der Anlage A, beziehungsweise B, zu gegenwärtigem Vertrage angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder einen Zuschlag zu der inneren Steuer legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe bei der Einfuhr belegt werden.

Art. 4. Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Gemeinden oder Korporationen auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen, oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästiger Weise treffen als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Art. 5. Bei der Ausfuhr nach Belgien dürfen in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland dürfen in Belgien Ausgangsabgaben von keinen anderen Waaren und mit keinem höheren oder anderen Betrage erhoben werden als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht in Beziehung auf die Ausfuhr zugestandene Begünstigung wird gleichzeitig und bedingungslos dem anderen zu Theil werden.

Art. 6. Die Waarendurchfuhr von und nach Belgien soll in Deutschland und die Waarendurchfuhr von und nach Deutschland soll in Belgien von jeder Durchgangsabgabe frei sein, unbeschadet der besonderen Anordnungen in Beziehung auf Schiesspulver und Kriegswaffen.

Art. 7. Keiner der vertragschliessenden Theile wird ein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot gegen den anderen in Kraft setzen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle oder doch auf alle diejenigen Nationen Anwendung fände, bei welchen die gleichen Voraussetzungen zutreffen. Die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen kann jedoch unter ausserordentlichen Umständen ohne Rücksicht auf die vorstehende Bestimmung verboten werden.

Art. 8. Die Bestimmungen der Artikel 2, 5 und 7 finden auf die von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht im grenznachbarlichen Verkehr eingeräumten Begünstigungen keine Anwendung.

Art. 9. Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waareneinkäufe zu machen oder Bestellungen auch unter Mitführung von Mustern zu suchen. Solange solche Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende oder Handlungsreisende, welche in Belgien angesessen sind und in Deutschland für Rechnung eines belgischen Hauses reisen, von der Zahlung einer Gewerbe- oder Einkommensteuer befreit sind, soll auf Grund der Gegenseitigkeit dasselbe stattfinden bei Kaufleuten, Fabrikanten oder anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden, welche in Deutschland ansässig sind und in Belgien für Rechnung eines deutschen Hauses reisen, wobei übrigens das Meistbegünstigungsrecht beiderseits aufrecht erhalten bleibt.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen.

Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarte soll nach dem in der Anlage C enthaltenen Muster erfolgen.

Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind.

Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Art. 10. Auf Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile gemacht werden. Namentlich sollen die aus dem Gebiete des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporte weder in Bezug auf die Abfertigung noch rücksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden als die aus dem Gebiet des betreffenden Theiles abgehenden oder darin verbleibenden Transporte.

Art. 11. Die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen, welche die Gebiete der vertragschliessenden Theile verbinden, richtet sich nach den Bestimmungen der Anlage D.

Art. 12. Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auch auf die mit einem der vertragschliessenden gegenwärtig oder künftig zollgeinteten Länder oder Gebiete.

Art. 13. Der gegenwärtige Handels- und Zollvertrag soll am 1. Februar 1892 in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Kraft bleiben.

Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses Termins seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, soll derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab in Geltung

bleiben, an welchem der eine oder andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Mit dem Beginn der Wirksamkeit des gegenwärtigen Vertrages tritt der zuletzt durch das Uebereinkommen vom 30. Mai 1881 verlängerte Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Belgien vom 22. Mai 1865 ausser Kraft. Gleichzeitig verlieren ihre Gültigkeit die Vereinbarungen vom 2. Januar 1855 wegen der Besteuerung der Handlungsreisenden und vom 10. September 1868, betreffend die Behandlung der von Handlungsreisenden eingeführten Muster, sowie ferner alle diejenigen in Verträgen oder Uebereinkommen zwischen einzelnen deutschen Staaten und Belgien enthaltenen Bestimmungen, welche Sachen betreffen, die durch den gegenwärtigen Vertrag geregelt sind.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und es sollen die Ratifikationsurkunden sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 6. Dezember 1891.

(L. S.) Greindl.

(L. S.) Freiherr von Marschall.

Beglaubigt durch den Staatssekretär des belgischen auswärtigen Amtes

Bon Lambertmont.

Zölle bei der Einfuhr in Belgien.

Nummer des zur Zeit des Vertragsabschlusses gültigen belgischen Zolltarifs	Benennung der Gegenstände	Eingangszoll	
		Massstab	Betrag — Franken
aus 1	Stärke		Frei
aus 2	Lebende Thiere: Rindvieh: Bullen und junge Stiere	Kilogramm Lebendgewicht	0.04
	Alte und junge Ochsen; Kälber, männlichen und weiblichen Geschlechts, welche keine abgenutzten Milchzähne haben	do.	0.05
	Kühe und Färsen	do.	0.03
	Schafvieh: Schafböcke, Mutterschafe und Hammel	Stück	2.—
	Lämmer	do.	1.—
	Schweine		Frei
aus 4	Bier in Fässern	Hektoliter	5.—
aus 5	Eichen- und Nussbaumholz	Kubikmeter	1.—
	Vergoldete, versilberte oder bronzierte Holzleisten	Werth	5 pCt.
	Holzwaaren, andere, mit Ausnahme der gewöhnlichen Besen und der Fässer	do.	10 pCt.
aus 9	Kautschuckfäden und Kautschuckplatten, nicht beschnitten und ohne Zuthat von anderem Material		Frei
aus 14	Bindfaden von 2 bis 8 Millimeter Durchmesser		do.
aus 15	Fleisch, frisch geschlachtet: In ganzen und halben Thieren	Kilogramm	0.15
	Wild	do.	0.15
	Anderes Fleisch	do.	0.30
	Geschälter Reis		Frei
aus 17	Leim; Mineralwasser aller Art; Chinin und Chininsalze		do.
aus 19	Dünger		do.
aus 22	Seidengarn		do.
aus 23	Pflaumen, getrocknete, in Fässern von mindestens 180 Kilogramm oder in Säcken von mindestens 80 Kilogramm Bruttogewicht ohne innere Packung	100 Kilogr.	15.—
aus 24	Herrenkleidungsstücke aus reiner Wolle oder gemischt mit anderen Spinnmaterialien, Wolle dem Gewichte nach vorherrschend; leinene Kragen und Manchetten; Herrenhüte jeder Art	Werth	10 pCt.

Nummer des zur Zeit des Vertragsabschlusses gültigen belgischen Zolltarifs	Benennung der Gegenstände	Eingangszoll	
		Massstab	Betrag — Franken
aus 25	Rüböl, Rapsöl, Palmkernöl		Frei
aus 26	Wissenschaftliche Instrumente und Apparate		do.
aus 29	Werkzeuge:		
	Aus Gusseisen	100 Kilogr.	2.—
	Aus Schmiedeeisen oder Stahl	do.	4.—
	Die nachverzeichneten Maschinen und mechanischen Gegenstände:		
	Appretur-, Bleicherei-, Färberei- und Druckereimaschinen: Maschinen für die Herstellung von Wollengeweben; Maschinen für die Choccolade- und Zuckerwaren-Fabrikation; Maschinen für Zichorien-Fabrikation; Gasmotoren; Geschwindigkeitsmesser (Tachymeter); Zentrifugen und Filterpressen für chemische Fabriken; Maschinen und Apparate für Zuckerfabriken und Zuckerraffinerien; desgleichen für Brennerien und Spritraffinerien sowie für Brauereien; Mälzereimaschinen; Bierschankapparate; Mineralwasser-Apparate; Maschinen und Apparate zur Flüssigmachung von Kohlensäure; Teigwerkmaschinen; Dampfpumpen; landwirthschaftliche Maschinen; Ziegeleimaschinen; Müllerei-Maschinen; Maschinen für Pulver-Fabrikation; Dampfkessel; Werkzeug-Maschinen; Maschinen für Kohlen-Wäsche-reien und -Siebereien; Maschinen für Erzzubereitung und Erzzerkleinerung; Lokomobilen:		
	Aus Gusseisen	do.	2.—
	Aus Schmiedeeisen oder Stahl	do.	4.—
	Aus Kupfer oder jedem anderen Material	do.	12.—
	Kratzen und Kratzenbeschläge	do.	12.—
aus 30	Thierische Robstoffe, nicht besonders tarifirt, mit Ausnahme von rohem Wachs und Fett		Frei
aus 31	Tuffstein oder Trass und andere Steine dieser Art, auch gemahlen oder gestampft		do.
aus 33	Die nachstehend genannten Kurz- und Quincailleriewaaren:		
	Ziehharmonikas (Spielzeug); Haften und Oesen jeder Art (Spangen, Haken); Nadeln; Streich-Zündhölzchen, chemische und andere; Waaren aus Bernstein; Tischgeräth aus Neusilber, Christofle oder Alfenide; Fischbein in zugerichteten Stäben; Bruchbänder; Kügelchen (Murmeln) aus Achat, Marmor, Stein, gebranntem Thon; Henkel-taschen aus Stroh und anderen vegetabilischen Materialien, aus Tuch, Wachseleinwand u. s. w.; Vorhängeschlösser aus Kupfer und aus Eisen, bei denen man das vorherrschende Material nicht unterscheiden kann; Rahmen aus Pappe, Steinpappe oder Papiermaché und Passe-Partouts; Notizbücher, geheftet oder kartonnirt, mit Deckeln von Pappe, Papier oder Leinwand; Gehäuse zu Pendeluhren; Reifen und Reifenspiele für Kinder; Stiefelzieher; Holzstifte für Schuhmacher; Feuersteine; Scheeren mit Doppelblatt, andere als für Handwerker; Schnüre und Bändchen für Taschenuhren, andere als aus Gold oder Silber; Schieberinge für Börsen, Servietten (Serviettenhalter) u. s. w., andere als aus Gold oder Silber; Farben, gewöhnliche, in Täfelchen oder Büchsen; Küchen-, Taschen- und Tischmesser, von Eisen oder Stahl; Kreide zum Zeichnen; Löffel, andere als aus Gold oder Silber; Fingerhüte, andere als aus Gold oder Silber; Nadelbüchsen, andere als aus Gold oder Silber; Stecknadeln, andere als aus Gold oder Silber; Gabeln, andere als aus Gold oder Silber; Lichtschirme aus Papier: Domino-, Schach-, Lotto-, Gänse- und ähnliche Spiele; Kaleidoskope; Messerklingen jeder Art; Zauberlaternen (Laterna magica); Masken (Larven); Formerarbeiten aus Steinpappe; Verzierungen aus Steinpappe und Verzierungen aus gepresstem, vergoldetem u. s. w. Papier für Papp-waaren; Schlittschuhe; Steine, Schiefersteine, abgeschliffene, zum Schreiben: Brieftaschen und Briefmappen, andere als von Leder; Ballschläger (Rackets) und Ballnetze; Glasperlen (siehe Glaskörner); Sohlen, andere als aus Holz, Kautschuck, Leder; verarbeiteter Stuck und Stuckkügelchen; Tabaksdosen, andere als aus Gold, Silber, Platin oder silbervergoldet; auf Glas gemalte Bilder, sogenannte Nürn-berger; Bleistiftspitzer und Federschneider; Trommeln und Tam-bourins für Kinder; Pfropfenzieher; Schiefergriffel: hölzerne Röhren zu Pfeifenrohren; Pfeifenrohre, andere als aus Kautschuck; Nachtl-ichte, andere als die sogenannten englischen (Kerzen); gesponnenes Glas, Glasaugen aus Glasschmelz, Spielzeug und Knöpfe aus Glas; Zwingen: Federbälle (Kinderspielzeug); Glaskörner, durchbohrte, für Rosenkränze oder Geschmeide	Werth	10 pCt.
aus 34	Kupfer und Nickel, bearbeitet, mit Ausnahme von Kunstgegenständen aus Bronze	do.	10 pCt.

Nummer des zur Zeit des Vertragsabschlusses gültigen belgischen Zolltarifs	Benennung der Gegenstände	Eingangszoll	
		Massstab	Betrag — Franken
	Schmiedeeisen, gehämmert, gestreckt, oder gewalzt mit Ausnahme von Eisenbahnschienen	100 Kilogr.	1.—
	Schmiedeeisenwaren, mit Ausnahme der Nägel	do.	4.—
	Stahl in Stangen, Blech oder Draht, mit Ausnahme von Eisenbahnschienen	do.	1.—
	Stahlwaren, mit Ausnahme der Nägel	do.	4.—
	Zinn, Blei und Zink, nicht verarbeitet		Frei
	Gold, Silber und Platina:		
	Bijouterien, einschliesslich der vorgearbeiteten Ketten jeder Länge, welche zur Herstellung von Bijouterien, sowie von Gold- und Silberarbeiten dienen		Frei
aus 35	Gold- und Silber-Schmiedearbeiten	Werth	5 pCt.
	Möbel aus Eichen-, Buchen- und Nussbaumholz, nicht furnirt, sowie alle Möbel aus weichem Holz ohne Zuthat von exotischen Hölzern	do.	10 pCt.
aus 38	Gemälde aller Art, mit der Hand gemalt, ohne Rahmen, und photographische Abzüge, ohne Rahmen		Frei
aus 39	Papier: Tapeten, mit Ausnahme der vergoldeten, versilberten, bronzierten gepressten und sammetartigen	100 Kilogr.	8.—
	Anderes, mit Ausnahme von Pappe	do.	4.—
aus 40	Pelzwerk, zugerichtetes	do.	30.—
	Handschuhe	Werth	10.—
	Schuhmacherwaren	do.	10 pCt.
aus 42	Retorten zur Gasbereitung und Tiegel aller Art		Frei
	Gemeines Töpfergeschirr, nicht namentlich genannt	100 Kilogr.	1.25
		oder nach Wahl des Importeurs:	
		Werth	10 pCt.
		do.	10 pCt.
aus 44	Fayence und Porzellan		
	Die nachstehend genannten chemischen Produkte:		
	Schwefelsaures und schwefligsaures Salz; Soda, kalzinirte; Pottasche aller Art; Soda, rohe, auch kristallisirte; Wasserglas; Alizarin; Anilinöl und Anilinsalze; Bleizucker und Bleiessig; Chlorkalium (salzsaures Kali); Chlormagnesium (salzsaure Magnesia); Mennige (rothes Bleioxyd); Natron, schwefelsaures (Glaubersalz), kristallisirt und kalzinirt, auch saures, schwefelsaures; Schwefelsäure; Zinksulfidweiss (Lithopon); Alaun; Oxalsäure und oxalsaures Kali		Frei
aus 45	Dachpappe und Asphaltfilz; Darmsaiten für Musikinstrumente; ringförmige Filzdrucktücher; Uhrfournituren; Regen- und Sonnenschirm-Fournituren; Haartilz zu industriellen Zwecken	do.	5 pCt.
	Tressen, mit Ausnahme solcher aus Stroh und Fournituren aller Art aus Rohr, Stroh, Esparto, Rinde, Palmfasern oder Haaren für die Fabrikation von Hüten		Frei
aus 46	Oeldruckbilder		do.
aus 48	Ceresin		do.
aus 50	Harte Seife, mit Ausnahme der weissen und der parfümirten, sowie der mit Alkohol hergestellten Seife	100 Kilogr.	6.—
53	Farbstoffe und Farben		Frei
aus 56	Oelsämereien und andere Sämereien; Hopfen; Holzstoff; Oelkuchen		do.
aus 57	Ordinäre Glaswaren	100 Kilogr.	1.—
		oder nach Wahl des Importeurs:	
		Werth	10 pCt.
	Anderere Glaswaren mit Ausnahme des Spiegel- und Fensterglases, der Glasplatten, der Glasziegel und des Dachglases	do.	10 pCt.
aus 58	Essig und flüssige Essigsäure von einem Gehalt an reiner Essigsäure von nicht mehr als 8 Prozent	Hektoliter	15.—
<p>Anmerkung. Den Importeuren von Essig und flüssiger Essigsäure mit einem Gehalt an reiner Essigsäure von mehr als 8 Prozent ist gestattet, auf der öffentlichen Niederlage durch Zusatz von Wasser den Gehalt an reiner Essigsäure auf 8 Prozent oder weniger zurückzuführen und für die so erhaltene Mischung nach ihrer Menge nur den ihrem niedrigeren Gehalt an Essigsäure entsprechenden Zoll zu entrichten.</p>			

Versteigerung von Silbererzen.

Das Königlich Griechische Finanz-Ministerium in Athen bringt durch die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft zur Kenntniss der deutschen Interessentenkreise, dass Seitens der Königlich Griechischen Regierung beabsichtigt wird, einen Theil der Silbererze von Milos im Wege der Versteigerung an den Meistbietenden zu verkaufen.

Die im Aegäischen Meere liegende Insel Milos ist die westlichste der Cykladen und liegt mit ihren Nebeninseln Erimomilos, Kimolos und Polivos — an welche sich dann die anderen Cykladen Syphnos, Antiparos etc. östlich anschliessen — nach Angabe der englischen Aufnahme vom Jahre 1852, unter 36° 45' nördlicher Breite und 24° 26' östlicher Länge von Greenwich. Der Flächeninhalt von Milos beträgt 152 $\frac{1}{2}$ von Erimomilos, 7 $\frac{1}{2}$ von Kimolos 40 $\frac{1}{2}$ und von Polivos 18 $\frac{1}{2}$ km², die Vegetation ist eine spärliche, und da der Niederschlag als Regen im Jahre nur ein geringer, Quellen und Bäche sich nur während der kurz dauernden Regenzeit vorfinden, so findet sich auf Milos für berg- und hüttenmännische Zwecke keine konstante Wasserkraft.

Milos besitzt eine grosse, von NW nach SO sich erstreckende Meeresbucht, welche bei einer Tiefe bis zu 50 m einen geräumigen, vorzüglich geschützten Hafen bietet.

Bei dem geologischen Aufbau der genannten Inselgruppe sind als die ältesten Glieder Gneiss und Glimmerschiefer theilhaftig. Denselben aufgelagert sind Massen stark quarziger Gesteine von wechselnder Mächtigkeit. Als diesen aufgelagerte, somit jüngere Gebilde, nehmen die Eruptivgesteine einen hervorragenden Platz ein, worunter sich Trachyte und Tuffe tertiären Alters und verschiedener Zusammensetzung finden.

An verwerthbaren Mineralien und Gesteinen findet sich an der Ostküste bei Phyringos Schwefel, der ausgebeutet wird, und in Reuma poröser Quarzit, welcher in Staatsregie gewonnen, zu sehr gesuchten, vorzüglich Mühlensteinen verkauft und durch Private verarbeitet wird.

Im westlichen Theile der Insel bei Kap Vani wird der werthvolle Manganeisenstein durch die Gesellschaft Rubia und Syphnos, in bedeutenden Quantitäten bergmännisch gewonnen und in ganzen Schiffsladungen in das Ausland verkauft. Hiervon südlich, bei Triades kommt in nur geringen und untergeordneten Lagen Bleiglanz mit nur 2 bis 3 Prozent Silberhalt vor. Von Triades östlich und von der Südküste der Bucht oder des Hafens, in ungefähr 1 $\frac{1}{2}$ km Entfernung, findet sich strahliger, reiner Gyps, der staatlich ausgebeutet wird. In der Nähe der östlichen Hafenhälfte finden sich ferner Salzquellen, aus welchen in den Sommermonaten durch natürliche Verdunstung Salz gewonnen wird. Unter dem Mineralvorkommen auf Milos verdient der in gewaltigen Massen vorkommende Baryt, dann der Lyparit, der gelbe und der dunkelgraue Thon die meiste Beachtung, indem die in den letzten Jahren sowohl im Innern als auch an den Küsten der genannten Insel auf Staatskosten durchgeführten zahlreichen Schürfungen, sowie die in mehreren in- und ausländischen Laboratorien durchgeführten zahlreichen Analysen erwiesen haben, dass selbe mehr oder weniger Silber enthalten.

Das Vorkommen dieser Silbererze oder vielmehr Imprägnationen ist bis nun an folgenden Orten dieser Inselgruppe konstatiert:

Im Innern der Insel Milos kommt silberhaltiger Baryt, Lyparit und Thon in grösseren oder geringeren Mengen in Kastanas, Pikrudu, Mirovilia, Agios Stephanos und Nikolaos — dann an den Küsten, oder in nur geringer Entfernung von denselben, in Klima, Kap Vani, Triades, Tasiphno und in Pilonisi vor.

Des weiteren ist das Vorkommen von silberhaltigem Baryt an der Südküste der Nachbarinsel Kimolos bei

Nichia und Pilos, endlich an der Nordwestküste der Insel Polivos oberhalb Panagias bis zum Berge Psilovuno konstatiert, deren Masse und Silberhalt jedoch noch nicht bekannt ist, indem hier bis nun keine nennenswerthen Schurfarbeiten durchgeführt worden sind.

Zur Orientirung für die auf Milos zu inaugurirenden Bergbauthätigkeit muss hier bemerkt werden, dass der zur berg- und hüttenmännischen Verwerthung bestimmte Baryt, Lyparit und Thon mehr, weniger wechselnden, partiellweise selbst nur sehr geringen Silberhalt und Werth hat und insbesondere der opalisirte, Chaledon oder Sand enthaltende Baryt, wie auch der verkieselte Lyparit in der Regel nur Spuren dieses edlen Metalles enthält; in Folge dessen bei der künftigen Verwerthung der milosischen Silbererze auf die Ausscheidung dieses, mit dem Hältigeren vermengt vorkommenden, nicht verwerthbaren Materials, grosse Sorgfalt verwendet werden muss.

Um den zu beginnenden und möglichst vorthellhaft zu betreibenden Bergbau an den entsprechenden Orten anlegen zu können, wird der durch in- und ausländische Analysen ermittelte Silberhalt der fraglichen Erze, die durch direkte Versuche ermittelte vorthellhafteste Verarbeitung derselben, endlich das voraussichtlich sich ergebende Resultat wie folgt ausgewiesen.

Indem der Baryt, Lyparit und Thon im Allgemeinen nur geringen Silberhalt hat, an Gold nur Spuren enthält und Blei nur höchst untergeordnet in Triades und Pilonisi, weit unter 5 Prozent vorkommt, ist für die Darstellung des Silbers das Extraktions- (Auslauge-) Verfahren um so mehr zu empfehlen, als bei diesem Verfahren, wie die in Kapnik (Ungarn) mit von Triades, Mirovilia und Pilonisi entnommenen 25 Tonnen Baryt, Lyparit und Thon durchgeführten Versuche, nach dem Berichte des Herrn Bergdirektors Bittsinszky erwiesen haben, dass per Tonne Erz die Extraktionskosten sammt Regie sich auf 8 bis 10 Gulden, das ist 22 bis 28 Drachmen stellen, wobei sich ein, in den Rückständen befindlicher Metallverlust von nur 5 bis 10 Prozent ergeben soll; bei welchen Kosten sich bei einem Silberhalt von 280 gr und einem Einlösungswert eines Kilogramm Silbers von 180 Drachmen und nach Abzug eines zehnprozentigen Metallverlustes, per Tonne Erz ein Ueberschuss von 17 bis 23 Drachmen ergeben würde; wogegen bei dem Schmelzverfahren, wie sich dasselbe laut dem Einlösungstarif von Laurion, nach dem Exposé des Herrn Direktors A. Cordella zeigt, sich nur ein Ueberschuss von 13 Drachmen ergibt, indem der durchschnittliche Metallverlust an 40 Prozent beträgt.

Obwohl die Erze auf Milos in der Regel arm an Silber sind, kann deren Konzentration auf nassem Wege um so weniger in Berücksichtigung gezogen werden, als es an der hierzu nöthigen Wasserkraft mangelt und bei der Konzentration solch armer Erze sich ein Verlust von mindestens 60 Prozent einstellen würde.

Indem die Gesteungskosten einer Tonne Erz höchstens 31 $\frac{1}{2}$ Drachmen betragen dürften, wird sich nach dem Kapniker Extraktions-Verfahren, bei einem Silberhalt von 280 gr. und bei dem Preise eines kg Silbers von 180 Drachmen, für die Grube ein Gewinn von 13 $\frac{1}{2}$ bis 19 $\frac{1}{2}$ Drachmen — nach dem Laurion'schen Verfahren hingegen nur von 9 $\frac{1}{2}$ Drachmen ergeben; voraus folgt, dass mittelst Extraktion noch 180 gr haltige Silbererze sich noch mit Gewinn verarbeiten lassen werden.

Die in Adamas, Nagyág und Zalutna (Ungarn) gemachten Analysen haben nur für Triades, Agios Nikolaos, Tasiphno und in Mirovilia einen Silberhalt der Erze von 166 bis 288 gr per Tonne ergeben: da diese Resultate jedoch nur einen Durchschnittsgehalt bedeuten, in welchem auch der Halt geringwerthiger Massen inbegriffen ist, und da die im Laboratorium der Uni-

versität zu Athen, sowie die im Generalproberamt in Wien durchgeführten zahlreichen Analysen unter anderen auch wesentlich höhere Silberhalte des Barytes, Lyparites und Thones ergeben haben — kann hieraus gefolgert werden, dass an den genannten Orten, sowie in den tieferen Lagen des Barytes in Pilonisi, wesentlich haltigere Partien an Silbererz vorhanden sind, und es wird sich somit bei der Gewinnung der fraglichen Erze voraussichtlich ein höherer Silberhalt ergeben, wenn die geringhaltigen Partien, welche schon während der Gewinnungsarbeiten durch pünktlich durchgeführte Analysen zu ermitteln sein werden — noch in der Grube sorgfältig ausgeschieden und zurückgelassen werden.

Die oben angegebenen Kosten der Gewinnung betreffend, muss bemerkt werden, dass dieselben sich auf die Produktion des ziemlich festen Barytes beziehen und dass diese Kosten bei der Gewinnung des weniger festen Lyparites und Thones sich per Tonne wahrscheinlich um eine Drachme ermässigen werden.

Indem wie oben schon bemerkt wurde, die Erze auf Milos im Allgemeinen nur geringen Silberhalt haben — damit die Regiekosten die Produktion nicht zu empfindlich belasten und das aufgewendete Kapital in einem nicht zu grossen Zeitintervalle amortisirt werden könne, muss das Bestreben auf Massenproduktion gerichtet werden, und soll vor Allem unter jenen weiter unten namhaft gemachten Orten die Gewinnung der Silbererze dort begonnen werden, wo wie in Triades die Verhältnisse am günstigsten, Massen von Erz vorhanden sind, und die Gewinnung derselben mittelst Tagebau vorgenommen werden kann; in welchem Falle die oben angegebenen Produktionskosten sich voraussichtlich um 30, selbst 40 Prozent ermässigen werden.

Schon am Orte der Produktion muss auf das Scheiden der Erze um so mehr die grösste Sorgfalt verwendet werden, indem die Extraktion der haltigeren Erze voraussichtlich mit mässigeren als die angegebenen Kosten und selbst mit geringerem Metallverlust wird vorgenommen werden können, und da der Baryt in der Regel an Schwefelkies sehr arm ist, soll bei der zum Zwecke der Extraktion vorzunehmenden chlorirenden Röstung, Lyparit oder Thon, welcher Schwefelkies partienweise enthält, von angenäher gleichem Silberhalte, dem zu verröstenden Baryt beigegeben werden, wodurch an dem theuren Brennmaterial wahrscheinlich erspart werden wird.

Das zur Röstung benötigte Salz kann auf Milos selbst — indem sich dort Salzquellen finden — in voraussichtlich genügender Menge und mit sehr mässigen Kosten produziert werden.

Kreditverhältnisse in Rumänien.

Um ruhig nach Rumänien zu arbeiten, sind vor allem zwei Bedingungen erforderlich: ein zweifellos gewissenhafter Vertreter und eine sorgfältige Auswahl der Kunden.

Die Zahl der gewissenhaften Agenten ist nicht gross; diese repräsentiren meist Häuser ersten Ranges verschiedenartiger Branchen und sind nicht sofort bereit, neue Vertretungen zu übernehmen, wenn damit nicht besondere Vortheile verknüpft sind. Man wird dies leicht begreifen, wenn die Thatsache konstatirt wird, dass manche dieser Agenten 60, 80, ja mehr als 100 Firmen vertreten.

Nun ist aber Rumänien ein gesuchtes Absatzgebiet, und so viele auswärtige Häuser sich auch in Folge schlimmer Erfahrungen zurückziehen, es kommen immer wieder andere nach, theils freiwillig, theils angelockt von jener Sorte Agenten, die beutegierig auf Raub ausgehen.

Diese Spezies rekrutirt sich hauptsächlich aus arbeitscheuen jungen Leuten und aus solchen Individuen, die einen ehrlichen, bürgerlichen Erwerb perhorresziren. Sie schiessen wie die Pilze aus dem Boden, und keine Woche vergeht, ohne dass einige neue „Repräsentanten“ das Ausland mit Offerten überschwemmen und ihre „guten Dienste“ anbieten.

Was solchen Individuen, die den Handel schädigen und das Land in Verruf bringen, das Handwerk erleichtert, ist der Umstand, dass sie durchweg gute Referenzen aufzuweisen haben. Diese erhält man aber hier zu Lande ohne grosse Schwierigkeiten. Wer hat nicht einen Verwandten oder guten Freund, dessen Bekannte mit dem Chef irgend eines grösseren Instituts in Verbindung stehen? Auf solchen Umwegen erhält man leicht gute Empfehlungen, die dort, wo man mit den hiesigen Verhältnissen nicht genügend vertraut ist, ernst genommen werden, und an diesem Köder fängt sich gewöhnlich der arglose Fabrikant.

Ist es einem solchen Agenten gelungen, eine Anzahl von Firmen zu acquiriren, so manövriert er in folgender Weise: Zuerst arbeitet er vorsichtig und solid, bis es ihm gelungen ist, das Vertrauen seiner Häuser zu gewinnen; ist er so weit, dann tritt, natürlich unerwarteter Weise, der Fall ein, dass ein Kunde die bestellte Waare zur Disposition stellt. Der Agent giebt darüber seiner Entrüstung Ausdruck und räth, da Recht Recht bleiben muss, zu gerichtlichen Schritten. Geht das Haus darauf ein, so steckt der treue Vertreter von den Prozesskosten einen Theil in seine Tasche, und wird er mit dem Verkaufe der Waare betraut, so kommt er noch weniger zu kurz. In dem einen oder dem anderen Falle hat er ein gutes Geschäft gemacht.

Kommt ein Falliment vor, dann blüht erst recht der Weizen des Schwindelagenten. Es ist hier üblich, dass fast jeder in Konkurs gerathene Kaufmann sich durch den einen oder den anderen „Arrangeur“ ausgleichen lässt. Es sind dies Leute, die — um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen — mit allen Salben geschmiert sind, alle Schliche und Hinterthüren kennen und deren Talent sie selbst befähigt, Geschäftsbücher in einer für den Falliten geeigneten Weise „einzurichten“. Diesem Arrangeur fällt die Aufgabe zu, die Vertretung so vieler Forderungen zu erlangen, bis er die gesetzlich vorgeschriebene Majorität in Händen hat und erwirbt dieselben unschwer durch Superquoten. Ist dies geschehen, so wird der gerichtliche Ausgleich gewöhnlich zu 20 Prozent durchgeführt, und die Minorität hat das Nachsehen. In die erwähnte Majorität drängt sich nun der betreffende Agent ein, lässt sich die Superquote baar auszahlen und übersendet seinem Hause, welches von diesen Vorgängen keine Ahnung hat, die auf den Betrag des offiziellen Ausgleiches lautenden Accepte. Auf den Entgang der Provision kann er unter diesen Umständen leichten Herzens verzichten.

Zwischen den hervorragenden und den Schwindelagenten giebt es allerdings noch mancherlei Abstufungen, wie sich ja auch unter den neu auftauchenden Vertretern mancher findet, der den geraden Weg geht und daher eine Zukunft hat. Aber die jungen Anfänger werden theils aus Mangel an Platzkenntniss, theils wegen ungenügender Erfahrung nur zu leicht das Opfer unreeller Handelsleute, mit denen sie in Berührung kommen, sodass unter allen Umständen eine genaue Kontrolle der Kunden erforderlich ist.

Zur Ehre der hiesigen besseren und gewissenhaften Agenten sei es gesagt, dass dieselben, trotzdem sie aus vieljähriger Praxis die Kundschaft kennen, es doch nicht verschmähen, namentlich in Anbetracht der bei den Detaillisten oft rasch wechselnden Verhältnisse, fort und fort Informationen einzuholen. Die kleineren

Vertreter, welche um jeden Preis Geschäfte machen wollen, um existiren zu können, wollen natürlich von Auskünften nichts wissen. und der Schwindelagent benöthigt dieselben an und für sich nicht, weil er die faulen Kunden, die zu seinen Lieblingen zählen, ohnedies genau kennt.

Was nun wieder die nach Rumänien arbeitenden Häuser betrifft, so glauben manche derselben schon alles gethan zu haben, wenn sie überhaupt eine Auskunft einholen, gleichviel durch wen. Viele wenden sich, um Kosten zu ersparen, an die Banken, durch welche sie ihr Inkasso besorgen lassen. Die Chefs derselben, denen die Absicht, Jemanden irre zu führen, vollkommen ferne liegt, können sich in den meisten Fällen nicht persönlich mit der Ertheilung von Auskünften befassen, weshalb sie diese Arbeit einem Beamten überlassen; dieser betraut nun seinerseits gewöhnlich den Hausmakler mit den Recherchen, und auf diese Weise unterläuft mancher verhängnisvolle Irrthum.

Es kann nicht genug betont werden, wie nothwendig es ist, sich nur an anerkannt solide Informationsbureaux zu wenden. Dass unter den zahlreichen, im Auslande bestehenden Auskunftsbureaux nicht alle auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, kann am besten aus den hiesigen Informatoren derselben ersehen werden. Da bei den Bureaux zweifelhafter Güte der möglichst geringe Selbstkostenpreis die Hauptrolle spielt, so wenden sich dieselben meist an junge Handelsbessene, die sich mit einem kleinen Nebenverdienste begnügen, deren Mittheilungen aber auch dem dafür bezahlten Preise entsprechen. Andere hingegen, die ihre „Stellung“ als Informatoren auszunützen verstehen, lassen sich die Auskünfte von den Kunden, über welche sie zu berichten haben, und selbstverständlich nicht von den guten, ausgiebig bezahlen. Diejenigen aber, welche sich am eifrigsten darum bewerben, Vertrauensmänner der auswärtigen Informations-Bureaux zu werden, sind wieder die Schwindelagenten, weil sie dadurch oft in die Lage kommen, über die von ihnen selbst empfohlenen faulen Kunden gute Auskünfte zu ertheilen.

Es fehlt hier auch nicht an systematisch organisirten Informations-Bureaux nach Art der ausländischen. Es ist aber viel angezeigt, über deren charakteristische Leiter und die damit Schritt haltende Verlässlichkeit sich nicht deutlich auszusprechen, um hässliche Worte zu vermeiden.

Noch eine Schlussbemerkung: Es liegt im Interesse der Handelswelt, welche mit Rumänien in Verbindung steht, die daselbst ausgestellten Wechsel nicht im Auslande, sondern hier zu domiciliren. Dies hat folgenden Grund: Geschäftsleute, deren Begriffe von kaufmännischer Ehre noch einer weiteren Entwicklung bedürfen, werden wenig Anstoss daran nehmen, wenn ihre Akzepte im Auslande unter Protest gehen; dagegen scheuen sie Proteste im Inlande, weil dieselben in mehreren Blättern veröffentlicht werden, und das ihrem Kredite abträglich ist. Um solche Publikationen zu vermeiden, zahlen viele ihre Wechsel prompt, die sich sonst kein Gewissen daraus machen würden, den Zahlungstermin verstreichen zu lassen.

Das vorstehende, zwar grau in grau, aber vollkommen nach der Natur gemalte Bild möge Niemanden zu der Annahme verleiten, dass es in Rumänien nicht hochachtbare Firmen giebt, mit denen man ruhig arbeiten kann. Diese Mittheilungen verfolgen einzig und allein den Zweck, auf vorhandene Gefahren aufmerksam zu machen, damit man es nicht nöthig habe, erst durch Schaden klug zu werden.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unterzogen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 21. September 1893 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen.

VII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Schüttenhofen, Klattau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Mies, Pilsen, Blatna, Mühlhausen, Pisek, Strakonitz und Prestitz.

VIII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Pribam, Smichow, Karolinenthal, Böhmisches Brod, Kolin, Kutteneberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Mähren:

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Datschitz, Iglau, Neustädtl, Boskowitz, Gross-Meseritsch, Trebitsch, Brünn, Kromau, Znaim, Nikolsburg und Auspitz, ferner die Städte Brünn, Iglau und Znaim.

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Hollerschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

III. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Olmütz, Sternberg, Littau, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Hohenstadt, Schönberg, Wallachisch-Meseritsch, Weisskirchen, Neutitschein und Misteck, ferner die Stadt Olmütz.

Schlesien:

Die Bezirkshauptmannschaften: Bielitz, Freistadt, Freiwaldau, Freudenthal, Jägerndorf, Teschek und Troppau, ferner die Städte Bielitz, Frieden und Troppau.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont, Noegrad und Pressburg.

Kleine Mittheilungen.

Bericht des Kaiserlich Deutschen Konsulats San José de Costa Rica. Deutschlands Antheil an der Einfuhr nach Costa Rica hat gegen das Jahr 1891 eine Einbusse von 749 843 Doll. erlitten.

Wenn auch anzunehmen ist, dass dieselbe zu Gunsten Englands etwas zu niedrig angesetzt ist, so muss dennoch anerkannt werden, dass das Prestige vieler deutschen Waaren bereits sehr stark erschüttert worden ist, indem die bereits in den Berichten über die Vorjahre erwähnten Mängel — mangelhafte Verpackung und Nachlieferung von Artikeln geringerer Qualität bei Nachbestellungen — leider bis jetzt keine Verbesserung erfahren haben. Die natürliche Folge davon ist, dass die Besteller ihre Waaren an Märkten einkaufen, welche derartige Mängel nicht aufkommen lassen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 10. — 10906/93.

XIV. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Montag, den 27. November 1893,

Vormittags 11^{1/2} Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestrasse 9 I.

Tages-Ordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Die Vorlagen der Reichsregierung betreffend die Erhöhung bestehender und Schaffung neuer Steuern.
3. Entwurf eines Gesetzes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und der Flösserei.
4. Eingaben betreffend die Ermässigung der Fernspreckgebühren.
5. Einführung einer einheitlichen Bezeichnung der Gewichtsmenge von 100 Kgr.
6. Verbot der Einfuhr von Gegenständen im Reichsgebiete gesetzlich unzulässiger Fabrikationsweisen.
7. Eingabe des Verbandes der Seifen-Fabrikanten betreffend den Eingangszoll auf Baumwollensamenöl.
8. Eingabe des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands betreffend Abänderung der Gewerbelegitimationskarten für Reisende.
9. Gesuche verschiedener Vereine und Körperschaften um Erhöhung der Beiträge und Aufforderungen zur Erwerbung der Mitgliedschaft.
10. Herstellung einer Gleisverbindung zwischen dem Bahnhof Holzminde und dem Weserkai daselbst.
11. Die Eisenbahn Gifhorn-Uelzen.
12. In Aussicht stehende Veränderungen in den Bahnhofsanlagen der Stadt Braunschweig.
13. Sonntagsruhe an den letzten vier Sonntagen dieses Jahres.
14. Einschätzung nicht zur Gewerbesteuer veranlagter Firmen. — Steuerreklamationen.

Braunschweig, den 18. November 1893.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens.)

A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks.

I. Zur Wahrnehmung der Interessen des Kleingewerbes sind Fachgenossenschaften und Handwerkskammern zu errichten. Die Errichtung der Fachgenossenschaften erfolgt innerhalb der Bezirke der Handwerkskammern. Die Abgrenzung dieser Bezirke wird nach Anhörung betheiligter Gewerbetreibender von der Landeszentralbehörde bestimmt.

I. Fachgenossenschaften. Zuständigkeit.

II. Mit Ausnahme des Handels und der in §§ 29 bis 30, 31 bis 37 der Gewerbeordnung aufgeführten Gewerbe, aber einschliesslich des Musikergewerbes, soweit es höhere künstlerische Interessen nicht verfolgt, gehören den Fachgenossenschaften alle Gewerbetreibenden an, welche ein Handwerk betreiben oder regelmässig nicht mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen. Durch Beschluss des Bundesraths kann für bestimmte Gewerbe die Beschäftigung einer geringeren Zahl von Arbeitern als Grenze festgesetzt werden.

III. Durch Beschluss des Bundesraths können bestimmte Gewerbe von der Zugehörigkeit zu den Fachgenossenschaften ausgenommen werden. Der Beschluss kann auch für örtlich begrenzte Bezirke erlassen werden.

Errichtung.

IV. Die Fachgenossenschaften sind, soweit einzelne Gewerbszweige im Bezirke der Handwerkskammer hinreichend stark vertreten sind, für diese, soweit dies nicht der Fall, für mehrere Gewerbszweige unter thunlichster Berücksichtigung der verwandten Gewerbe zu bilden.

V. Die Bildung der einzelnen Fachgenossenschaft erfolgt in ähnlicher Weise wie die Bildung der Berufsgenossenschaften bei der Unfallversicherung.

VI. Jeder Gewerbetreibende gehört kraft Gesetzes der Genossenschaft seines Faches an. Gewerbetreibende, in deren Betrieb mehrere Gewerbszweige vereinigt sind, sind der Fachgenossenschaft ihres Haupt-Gewerbszweiges zuzuweisen.

Statut.

VII. Die Fachgenossenschaften regeln ihre innere Verwaltung sowie ihre Geschäftsordnung durch ein von der Generalversammlung ihrer Mitglieder zu beschliessendes Statut. Das Statut muss Bestimmung treffen über

den Namen, Sitz und Bezirk der Fachgenossenschaft, die Zusammensetzung, Wahl und Befugnisse des Vorstandes und der etwa zu bestellenden Ausschüsse,

die Zusammensetzung, Berufung und Art der Beschlussfassung der Generalversammlung, die Bemessung und Vertheilung der Beiträge, das Rechnungswesen.

Das Statut bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Kommt ein Beschluss der Generalversammlung über das Statut nicht zu Stande oder wird die Genehmigung wiederholt versagt, so erlässt die höhere Verwaltungsbehörde das Statut mit rechtsverbindlicher Kraft.

Organe.

VIII. Dem Vorstand liegt die gesammte Verwaltung der Fachgenossenschaft und die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Befugnisse ob, soweit nicht einzelne Angelegenheiten durch Gesetz oder Statut der Beschlussnahme der Generalversammlung vorbehalten oder besonderen Ausschüssen übertragen sind. Der Beschlussnahme der Generalversammlung sind vorbehalten: 1. die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse, 2. die Wahl der Mitglieder der Handwerkskammer, 3. die Festsetzung des Etats, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung, die Bewilligung von Ausgaben, welche nicht im Etat vorgesehen sind, 4. Änderungen des Statuts.

Stimmrecht in der Generalversammlung.

IX. In den Generalversammlungen der Fachgenossenschaft ist stimmberechtigt, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der Handwerkskammer ein der Fachgenossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe betreibt. Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind (§§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes) sind nicht stimmberechtigt.

Wählbarkeit zu Aemtern.

X. Zu Mitgliedern des Vorstandes oder der Ausschüsse können nur solche Angehörige der Fachgenossenschaft gewählt werden, welche das dreissigste Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorhergegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet haben und im Bezirke der Handwerkskammer seit mindestens zwei Jahren ein der Fachgenossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe betreiben. Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, sind nicht wählbar.

Ehrenamtliche Stellung der Inhaber der Aemter.

XI. Die Aemter der Fachgenossenschaften sind Ehrenämter. Die Uebernahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

Aufgaben: a) obligatorische.

XII. Aufgabe der Fachgenossenschaften ist:

1. die Pflege des Gemeingeistes sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Genossen,

2. die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, sowie die Fürsorge für das Herbergswesen der Gesellen und für die Nachweisung von Gesellenarbeit,

3. die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge, der Erlass von Vorschriften über das Verhalten der Lehrlinge, die Art und den Gang ihrer Ausbildung, die Form und den Inhalt der Lehrverträge, sowie über die Verwendung von Lehrlingen ausserhalb des Gewerbes,

4. die Entscheidung über die zwischen den Mitgliedern der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen entstehenden Streitigkeiten, welche sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus demselben, auf die Ertheilung oder den Inhalt der Arbeitsbücher oder Zeugnisse beziehen,

5. die Bildung von Prüfungsausschüssen für einzelne Gewerbe oder Gewerbegruppen zu dem Zwecke, Lehrlinge und Gesellen auf ihren Antrag einer Prüfung zu unterziehen und über den Erfolg derselben ein Zeugnis auszustellen.

b) fakultative.

XIII. Die Fachgenossenschaften sind befugt: 1. Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge zu treffen und Fachschulen zu errichten und zu leiten, 2. über den Besuch der von ihnen errichteten Fortbildungs- und Fachschulen Vorschriften zu erlassen, soweit dieser Besuch nicht durch Statut oder Gesetz geregelt ist.

XIV. Die Vorschriften der Fachgenossenschaften, welche auch für einzelne Gewerbe erlassen werden können, unterliegen der Genehmigung der Handwerkskammer und dürfen deren Vorschriften und Beschlüssen nicht zuwiderlaufen. Die nähere Regelung der Prüfungen erfolgt durch eine Prüfungsordnung, welche von der Fachgenossenschaft zu beschliessen ist und der Genehmigung der Handwerkskammer bedarf.

Aufsicht.

XV. Die Fachgenossenschaften sind der Aufsicht der Handwerkskammer unterstellt. Die Handwerkskammer kann sich der Fachgenossenschaften als ihrer Organe bedienen.

Gehülfenausschuss. Errichtung.

XVI. Die bei den Mitgliedern der Fachgenossenschaft beschäftigten Arbeiter wählen den Gehülfenausschuss. Zur Theilnahme an der Wahl sind diejenigen Arbeiter berechtigt, welche:

- a) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- b) das einundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben,
- c) seit länger als einem halben Jahre im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt sind und während mindestens der Hälfte dieses Zeitraums bei den Mitgliedern derselben in Arbeit stehen.

Wählbar ist jeder Arbeiter, welcher:

- a) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet,
- b) das dreissigste Lebensjahr vollendet hat,
- c) in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet hat,
- d) seit mindestens zwei Jahren im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt ist und während dieser Zeit länger als ein Jahr bei Mitgliedern der Fachgenossenschaft in Arbeit gestanden hat.

Das Amt eines Mitgliedes des Gehülfenausschusses ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

XVII. Kommen Wahlen nicht zu Stande oder wird von der Mehrzahl der Gewählten wiederholt die Annahme der Wahl mit Erfolg abgelehnt, so hat die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Handwerkskammer entweder einen Gehülfenausschuss aus der Zahl der Wählbaren zu ernennen oder die Wahrnehmung seiner Obliegenheiten anderen Personen zu übertragen.

Zuständigkeit.

XVIII. Der Gehülfenausschuss ist berechtigt zur Mitwirkung bei Regelung der Lehrlingsverhältnisse, der Abnahme der Gesellenprüfungen, der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, welche die Interessen der Gehülfenschaft berühren. Seine Mitglieder nehmen an der Berathung und Beschlussfassung der Fachgenossenschaft über die vorstehend bezeichneten

Angelegenheiten mit vollem Stimmrecht Theil. Kommt ein Beschluss gegen die Stimmen seiner sämtlichen Mitglieder zu Stande, so kann der Gehülfausschuss mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der Handwerkskammer beantragen. Bei der Abnahme der Gesellenprüfungen, bei der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Angehörigen der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen, und bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche die Gehülfen Aufwendungen zu machen haben, sind die Mitglieder des Gehülfausschusses, abgesehen von der Person des Vorsitzenden, in dem gleichen Masse zu betheiligen wie die Mitglieder der Fachgenossenschaft. Der Gehülfausschuss ist ferner berechtigt, Anträge bezüglich aller seiner Zugehörigkeit angehörenden Gegenstände bei der Fachgenossenschaft und der Handwerkskammer zu stellen, welche über dieselben zu beschliessen haben.

XIX. Die durch die Bildung und die Geschäftsführung des Gehülfausschusses bedingten Aufwendungen sind von allen Wahlberechtigten aufzubringen.

II. Handwerkskammern. Errichtung.

XX. Die Fachgenossenschaften wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder der Handwerkskammer. Die Zahl der von den einzelnen Genossenschaften zu wählenden Mitglieder wird nach Anhörung Gewerbetreibender (Innungen, Gewerbevereine u. s. w.) durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre; je nach drei Jahren scheidet die Hälfte der Gewählten aus. Eine Wiederwahl ist zulässig.

XXI. Die Wählbarkeit zum Mitgliede der Handwerkskammer ist von den gleichen Voraussetzungen abhängig wie die Wählbarkeit zu Aemtern der Fachgenossenschaft. (X.)

XXII. Das Amt eines Mitgliedes der Handwerkskammern ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

Statut.

XXIII. Die Einrichtung und der Geschäftsbetrieb der Handwerkskammer wird durch ein Statut geregelt, welches von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigen ist. Ueber das Statut beschliesst die Handwerkskammer unter Leitung eines Kommissars der höheren Verwaltungsbehörde. Kommt ein Beschluss nicht zu Stande oder wird die Genehmigung dem Statut wiederholt versagt, so erlässt die höhere Verwaltungsbehörde das Statut mit rechtsverbindlicher Kraft.

XXIV. Das Statut muss Bestimmungen über den Sitz der Handwerkskammer, die Wahl und Befugnisse des Vorsitzenden, die Art der Berufung der Handwerkskammer, die Bildung und Befugnisse der Abtheilungen (Ausschüsse), die Anstellung des Sekretärs — dieser darf nicht Mitglied der Handwerkskammer sein —, die Vertheilung und Einziehung der Beiträge, das Kassen- und Rechnungswesen enthalten.

Aufgaben: a) obligatorische.

XXV. Die Handwerkskammern haben:

1. Die Aufsicht über die Fachgenossenschaften und Innungen ihres Bezirks zu führen,
2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften in den Betrieben der zu den Fachgenossenschaften gehörenden Gewerbetreibenden zu beaufsichtigen,
3. die durch das Gesetz auf dem Gebiet des Lehrlingswesens ihnen sonst übertragenen Obliegenheiten und Befugnisse wahrzunehmen,
4. bei der Ueberwachung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung mitzuwirken,
5. für Arbeitsnachweis und Herbergswesen zu sorgen,
6. auf Ansuchen der Behörden Berichte und Gutachten über gewerbliche Fragen zu erstatten.

b) fakultative.

XXVI. Die Handwerkskammern sind befugt: 1. die zur Förderung des Kleingewerbes geeigneten Einrichtungen und Massnahmen zu berathen und bei den Behörden anzuregen, 2. Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge zu treffen und Fachschulen zu errichten.

c) Erlass von Vorschriften.

XXVII. Die Handwerkskammern sind ferner befugt, Vorschriften zu erlassen: 1. über den Besuch der von ihnen errichteten Fach- und Fortbildungsschulen, soweit dieser Besuch nicht durch Statut oder Gesetz geregelt ist, 2. über die Anmeldung und Abmeldung der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter bei den Fachgenossenschaften. Die Vorschriften können auch für bestimmte Gewerbe erlassen werden und bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Aufsicht. Kommissar.

XXVIII. Die Aufsichtsbehörde der Handwerkskammer wird durch die Landeszentralbehörde bestimmt. Für jede Handwerkskammer wird von der Landeszentralbehörde ein Kommissar bestellt. Der Kommissar hat die Rechte eines Mitgliedes der Handwerkskammer; ein Stimmrecht steht ihm nicht zu. Er kann jederzeit von den Schriftstücken der Handwerkskammer Einsicht nehmen, Gegenstände zur Berathung stellen und die Einberufung von Sitzungen verlangen. Er hat das Recht, den Versammlungen der Fachgenossenschaften beizuwohnen. Der Kommissar kann die Beschlüsse der Handwerkskammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Ueber die Beanstandung entscheidet nach Anhörung der Handwerkskammer die höhere Verwaltungsbehörde.

Kosten.

XXIX. Die Kosten der Handwerkskammern werden, soweit sie in deren sonstigen Einnahmen keine Deckung finden, von den ihnen unterstehenden Fachgenossenschaften durch jährliche Beiträge nach Massgabe des Statuts aufgebracht.

Vertreter der Gehülfen.

XXX. Bei der Berathung und Beschlussfassung der Handwerkskammer über diejenigen Gegenstände, auf welche sich die Zuständigkeit der Gehülfausschüsse erstreckt (XVIII), nehmen Vertreter der Gehülfausschäft mit vollem Stimmrecht Theil. Diese Vertreter werden von den im Bezirk der Handwerkskammer bestehenden Gehülfausschüssen aus ihrer Mitte nach Massgabe des Statuts der Handwerkskammer gewählt. Kommt ein Beschluss der Handwerkskammer gegen die Stimmen sämtlicher Vertreter der Gehülfausschäft zu Stande, so können die Letzteren mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde beantragen.

III. Gemeinsame Bestimmungen.

Korporationsrechte.

XXXI. Die Fachgenossenschaften und Handwerkskammern können unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Für die Verbindlichkeiten der Fachgenossenschaft und der Handwerkskammer haftet den Gläubigern nur das Vermögen der Genossenschaft und der Handwerkskammer.

Stellung der Innungen.

XXXII. Die den Innungen gesetzlich übertragenen Befugnisse werden insoweit aufgehoben, als sie sich über den Kreis der Innungsmitglieder erstrecken (§§ 100 e, 100 f ff. der Gewerbeordnung). Die von den Innungen erlassenen Vorschriften dürfen nicht im Widerspruch mit den von den Handwerkskammern und Fachgenossenschaften in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben getroffenen Bestimmungen und Anordnungen stehen. Die Innungen unterliegen der Aufsicht der Handwerkskammern.

Bestehende Gewerbekammern.

XXXIII. Die bestehenden Gewerbekammern treten unter entsprechender Aenderung ihrer Verfassung an die Stelle der Handwerkskammern.

B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk.

Befugniss zum Halten und Anleiten von Lehrlingen.

I. Die Befugniss, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, steht solchen Personen nicht zu, welche 1. sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, oder 2. in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

II. Die Befugniss zur Anleitung von Lehrlingen steht nur denjenigen Personen zu, welche 1. das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und 2. entweder in dem Handwerk, in dem die Ausbildung der Lehrlinge erfolgen soll, oder in einem gleichartigen Fabrikbetriebe eine ordnungsmässige Lehrzeit zurückgelegt und im Anschluss daran eine Gesellenprüfung bestanden haben oder mindestens drei Jahre hindurch jenes Handwerk selbständig betrieben haben. Nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde wird die Zurücklegung der ordnungsmässigen Lehrzeit durch den Besuch einer staatlich anerkannten Lehrwerkstätte und die Ablegung der Gesellenprüfung durch das Prüfungszeugniss dieser Lehrwerkstätte ersetzt. Dem selbstständigen Betriebe des Handwerks wird die Leitung des Betriebes oder eines Betriebszweiges in einer Fabrik gleichgeachtet. Der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Handwerken Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Handwerke den Voraussetzungen unter 2 entspricht. Wer für einen gesondert betriebenen Zweig eines Handwerks den Voraussetzungen unter 2 entspricht, ist berechtigt, auch in den übrigen Zweigen dieses Handwerks Lehrlinge anzuleiten. Wer für ein Handwerk den Voraussetzungen unter 2 entspricht, ist berechtigt, auch in den diesem verwandten Handwerken Lehrlinge anzuleiten. Welche Handwerke als verwandte Handwerke zu gelten haben, wird für diesen Bezirk der Handwerkskammer von dieser nach Anhörung der beteiligten Fachgenossenschaften mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde festgestellt.

Lehrzeit.

III. Die ordnungsmässige Lehrzeit soll nicht unter drei und nicht über fünf Jahre dauern. Die Lehrzeit wird innerhalb der angegebenen Grenzen durch die Handwerkskammer nach Anhörung der Fachgenossenschaft festgesetzt.

IV. Der Bundesrath ist befugt, hinsichtlich einzelner Gewerbebezüge Ausnahmen von den Bestimmungen unter II und III Absatz 1 zuzulassen. Die gleiche Befugniss steht der Handwerkskammer auch hinsichtlich der Bestimmung unter III Absatz 2 im einzelnen Falle zu.

Lehrvertrag.

V. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzufassen und auf Verlangen in einem Exemplar der Fachgenossenschaft zur Einsicht vorzulegen. Nichtbefolgung dieser Verpflichtung ist strafbar.

Gesellenprüfung.

VI. Die Gesellenprüfung erfolgt durch die Innung oder durch einen Prüfungsausschuss der Fachgenossenschaft; ist dieser seiner Zusammensetzung nach hierzu nicht geeignet (gemischte Fachgenossenschaft), so erfolgt die Prüfung durch eine von der Handwerkskammer aus Fachgenossen zu berufende Prüfungskommission. Der Prüfung hat ein von der Aufsichtsbehörde bestellter Kommissar beizuwohnen, welcher den Beschluss der Prüfungskommission mit aufschiebender Wirkung beanstanden kann. Ueber die Beanstandung beschliesst die Handwerkskammer. Die Prüfung hat

sich auf den Nachweis zu beschränken, dass der Lehrling eingehende Kenntniss der im fraglichen Handwerk allgemein gebräuchlichen Handgriffe besitzt, diese mit genügender Sicherheit ausübt und über das Wesen und den Werth der zu verarbeitenden Rohmaterialien unterrichtet ist. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission gleichzeitig den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Entziehung der Befugniss zum Halten und Anleiten der Lehrlinge.

VII. Die Befugniss, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, kann solchen Personen überhaupt oder für bestimmte Zeit untersagt werden, welche sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen welche That-sachen vorliegen, welche sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. In gleicher Weise kann die Befugniss zur Anleitung von Lehrlingen solchen Personen untersagt werden, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen die sachgemässe Unterweisung und Erziehung eines Lehrlings nicht selbständig zu leiten vermögen. Die Untersagung wird auf Antrag der Fachgenossenschaft oder der Ortspolizeibehörde, im letzteren Falle nach Anhörung der Fachgenossenschaft durch die Handwerkskammer, verfügt. Durch die Landeszentralbehörde oder eine von ihr zu bestimmende Behörde kann die entzogene Befugniss zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden.

Zahl der Lehrlinge.

VIII. Durch den Bundesrath können für bestimmte Handwerke Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältniss zu den in einem Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen werden. Solange solche Vorschriften nicht erlassen sind, sind die Handwerkskammern zu deren Erlass mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde befugt.

Lehrverhältniss.

IX. Bei Arbeitern unter 17 Jahren, welche mit technischen Hilfsleistungen nicht lediglich ausnahmsweise oder vorübergehend beschäftigt werden, gilt die Vermuthung, dass sie in einem Lehrverhältniss stehen. Im Uebrigen ist die Frage, ob ein solches vorliegt, nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden. Ein solches Verhältniss kann auch dann angenommen werden, wenn ein schriftlicher Lehrvertrag nicht abgeschlossen oder im Arbeitsvertrag vereinbart worden ist, dass das Verhältniss als ein Lehrverhältniss nicht gelten soll. Ist durch rechtskräftiges Erkenntniss festgestellt, dass ein Lehrlingsverhältniss vorliegt, und kommt der Lehrherr der Aufforderung der Fachgenossenschaft, den Lehrvertrag schriftlich abzuschliessen, nicht nach, oder ist eine gerichtliche Bestrafung des Lehrherrn wegen des unbefugten Haltens von Lehrlingen erfolgt, so ist die Entlassung des Lehrlings auf Antrag der Fachgenossenschaft polizeilich zu verfügen.

Meistertitel.

X. Wer den selbständigen Betrieb eines Handwerks anfängt, darf den Meistertitel nur führen, wenn er eine Gesellen- und eine Meisterprüfung eines Handwerks bestanden hat. Die Meisterprüfung kann vor einer Innung, vor einer Fachgenossenschaft oder vor einer von der Handwerkskammer aus Fachgenossen bestellten Prüfungskommission abgelegt werden. Vorsitzender ist in jedem Fall ein von der Aufsichtsbehörde zu bestellender Kommissar. Die Prüfung darf sich nur auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Aus-führung der gewöhnlich vorkommenden Arbeiten des Gewerbes oder Gewerbezweiges und auf das Vorhandensein der zum selbständigen Betriebe des Gewerbes notwendigen gewerblichen Kenntnisse erstrecken. (Buch- und Rechnungsführung). Die unbefugte Führung des Meistertitels ist strafbar.

Erläuterung.

Bei Abfassung der Vorschläge ist davon ausgegangen, dass die Wünsche, welche seit Jahren nach einer anderen Regelung der das Handwerk betreffenden gesetzlichen Vorschriften laut geworden sind, insoweit der Berechtigung nicht entbehren, als sie auf die korporative Zusammenfassung des Handwerks zur Vertretung seiner Interessen und die Beseitigung der auf dem Gebiet des Lehrlingswesens vorhandenen Missstände gerichtet sind. Dagegen hat die Forderung, den Betrieb eines Handwerks von dem Erbringen eines Befähigungsnachweises abhängig zu machen, nach wie vor als mit der gegenwärtigen Gestaltung des Erwerbslebens unvereinbar und daher unerfüllbar erscheinen müssen. Mit den Vorschlägen soll daher nur der Zweck verfolgt werden:

1. dem Handwerk eine korporative Organisation zu geben und
2. auf eine bessere Regelung des Lehrlingswesens hinzuwirken.

Wenngleich äusserlich getrennt, bilden die Vorschläge insofern ein untrennbares Ganzes, als die zweckentsprechendere Regelung der Gestaltung des Lehrlingswesens ohne die gleichzeitige Bildung von Organen, denen die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen obliegt, nicht zu erreichen ist. Durch die beabsichtigte Regelung sollen nur das Handwerk und diesem gleich zu achtende Kleinbetriebe, nicht aber der Grossbetrieb getroffen werden. — — — Erfasst werden sollen alle Betriebe, bei denen die obigen Voraussetzungen zutreffen, ohne Rücksicht auf persönliche Eigenschaften der Inhaber; es musste daher ausgeschlossen erscheinen, hierzu durch weiteren Ausbau der Innungsgesetzgebung zu gelangen, weil die Innungen ihrer Entwicklung und ihrem Wesen nach nur einen begrenzten Kreis der Gewerbetreibenden umfassen können und durch das für sie unerlässliche Erforderniss der Erfüllung bestimmter Aufnahmebedingungen das Zusammenfassen aller Gewerbetreibenden ihres Faches von vornherein nicht zulassen.

Um die Gesamtheit der Gewerbetreibenden durch die Regelung erfassen zu lassen, war es unvermeidlich, in der Fachgenossenschaft eine Organisation zu schaffen, der alle Gewerbetreibende in einem örtlichen Bezirk ohne Erfüllung bestimmter Vorbedingungen kraft Gesetzes angehören. Diese soll als Korporation im Wesentlichen für alle Fachgenossen diejenigen Aufgaben erfüllen, die bisher den Innungen für den beschränkten Kreis ihrer Mitglieder zugewiesen waren, und unter denen die Regelung des Lehrlingswesens die erste Stelle einnimmt; damit ist gleichzeitig für die Erfüllung aller auf die Hebung des Handwerkerstandes abzielenden Veranstaltungen eine breitere und leistungsfähigere Grundlage gewonnen. Die Fachgenossenschaften werden in der Handwerkskammer zusammengefasst, die berufen ist, einerseits die Interessen des Kleingewerbes der Allgemeinheit gegenüber zu vertreten und andererseits die Durchführung der den Fachgenossenschaften und Innungen zufallenden Aufgaben zu sichern. Bei der Bedeutsamkeit des Wirkungskreises der Handwerkskammer und der Tragweite ihrer Anordnungen erschien es geboten, zur Wahrung des öffentlichen Interesses den Staatsbehörden bei Erledigung der Geschäfte eine Mitwirkung einzuräumen.

Die Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens sind aus der Erkenntnis hervorgegangen, dass auf diesem Gebiet thatsächlich Missstände vorliegen, deren Beseitigung das öffentliche Interesse verlangt. Zu diesem Zweck soll für die technische Ausbildung und insbesondere auch für die sittliche Erziehung der Lehrlinge eine grössere Gewähr geboten werden, und es ist deshalb neben einer Beschränkung der Befugnisse zum Anleiten von Lehrlingen eine Bestimmung vorgesehen, wonach Personen, bei denen die Ausbildung und Erziehung des Lehrlings gefährdet erscheint, das Recht

zum Halten und Anleiten von Lehrlingen entzogen werden kann. Die zum Schluss der Lehrzeit vorgeordnete Lehrlingsprüfung soll vornehmlich erzieherisch wirken und nur den Nachweis liefern, dass der Lehrling seine Ausbildungszeit gewissenhaft ausgenutzt und der Lehrmeister seinen Pflichten nachgekommen ist. Um die Vorschriften über diese Prüfung wirksam zu machen, musste nothwendigerweise an die Nichtablegung der Prüfung ein empfindlicher Nachtheil geknüpft und demnach bestimmt werden, dass derjenige, welcher dieselbe nicht abgelegt hat, mindestens drei Jahre das Handwerk selbständig betreiben haben muss, ehe er Lehrlinge anleiten darf. Ein Befähigungsnachweis für den Betrieb des Gewerbes ist die Lehrlingsprüfung nicht.

(Schluss folgt.)

Die Harzgürtelbahn.

Wir bringen nachstehend zwei Denkschriften zum Abdruck, welche uns aus den Kreisen der Interessenten zugegangen sind. Eine Würdigung des in denselben enthaltenen Materials behalten wir uns vor.

**I. Denkschrift über eine Bahnlinie
von Quedlinburg nach Blankenburg und
Wernigerode**

und die

**voraussichtlichen Baukosten, Betriebskosten und
Einnahmen derselben.**

Eine Eisenbahn-Verbindung der am Nordrande des Harzes belegenen volkreichen Orte ist schon lange Jahre der Wunsch und das Streben der daselbst wohnenden Bevölkerung.

Im letzten Jahrzehnt ist seitens der preussischen Regierung ein Theil des Projekts durch den Bau der Linien Ballenstedt-Quedlinburg und Wernigerode-Isenburg zur Ausführung gebracht worden, und ein anderer Theil, die Strecke Isenburg-Harzburg-Oker, ist eben in der Ausführung begriffen.

Es fehlt nunmehr nur noch das Bindeglied, die Linie Wernigerode-Blankenburg-Quedlinburg.

Da z. Z. seitens der preussischen Eisenbahn-Verwaltung wenig Geneigtheit für den Bau neuer Bahnen auf Staatsrechnung herrscht, so hat sich ein Komitee gebildet, welches den schleunigen Ausbau der fraglichen Strecke erstrebt.

Dieselbe ist schon früher einmal generell vermessen, und sind wegen des verhältnissmässig günstigen Terrains, welches wenig technische Schwierigkeiten bietet, die Baukosten pro Kilometer mit nur 70 000 Mk. ermittelt worden.

Die in Aussicht genommene Strecke dachte man sich nach folgender Linie verlaufend:

Sie verlässt die bestehende Bahn zwischen Quedlinburg und Neinstedt, etwa 2,5 km vom Stationsgebäude entfernt mittelst einer Weiche, wendet sich westwärts und überschreitet das Bodethal auf einer Brücke von drei Oeffnungen mit je 12,5 m Durchlass, sowie den Jordansbach und die Strasse Quedlinburg-Weddersleben. Hier wird für die grossen Mühlen und letztgenanntes Dorf eine Haltestelle angelegt. Von da geht es weiter im Gefälle des Jordansbaches, der nordöstlich von Warnstedt verlassen wird, um alsdann durch eine Einsattelung mit der Linie in das Quellengebiet des Blankenburger Mühlenbaches überzutreten.

Zwischen Westerhausen und Warnstedt wird die die genannten Orte verbindende Kommunalstrasse überschritten und an diesem Punkt eine Haltestelle, die ausserdem auch für Timmenrode und Wienrode bequem liegt, eingerichtet.

Mit etwas Gefälle wendet sich die Trace dann westsüdwestlich unter Niveau-Ueberschreitung der Timmenrode-Westhäuser Strasse und des Timmenrode-Helsunger Wegs in der Richtung nach der Teufels-

mauer, bezw. dem Helsingener Krug und dem Heidelberg. Hier ist unmittelbar unter den grossen Sandsteinbrüchen eine längere Horizontale möglich und dasselbst in der Nähe des sog. Sautrogs ebenfalls eine Haltestelle vorgesehen, die einestheils den Verkehr mit Baumaterialien, andernteils den jedenfalls sehr lebhaft werdenden Touristenverkehr vermitteln soll.

Von hier aus zieht sich die Linie, welche schon kurz vorher nach West-Nord-West sich gewendet, in gleicher Richtung mit etwas Steigung nach dem Blankenburger Bahnhof, wobei die Westerhausen-Blankenburger Kommunalstrasse im Niveau und der Mühlenbach mit offenem Durchlass überschritten wird.

Ist eine Einigung mit der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn möglich, so kann der zu erweiternde Bahnhof und der aus demselben auslaufende Schienenstrang der Harzbahn bis zur Blankenburg-Halberstädter Staatsstrasse auf ca. 2 km Länge mitbenutzt werden.

Andernfalls muss die Linie in ziemlich gerader Richtung vom Heidelberg nach dem unteren Theil der Mühlenstrasse geführt und dort auf geringwerthigem, meist dem Blankenburger Magistrat gehörigen Terrain ein Bahnhof angelegt werden, der zur Vermittlung der Güterüberfuhr mit einem Anschlussgleis nach dem Blankenburg-Halberstädter Bahnhof zu versehen wäre.

Diese Lage des Bahnhofes würde die zweckmässigste und billigste sein, weil erstens der Halberstadt-Blankenburger Bahnhof an der oberen Mühlenstrasse liegt, und somit der Zugang der Harzreisenden bequem würde, zweitens ein grosser Theil des benötigten Geländes preiswerth vom Blankenburger Magistrat erworben werden könnte, und drittens mit kurzer Steigung die Eisenbahn Blankenburg-Halberstadt durch Ueberführung in der Nähe des Weinbergs zu überschreiten möglich ist.

Die Strecke müsste von dieser Ueberführung aus bis neben den vorerwähnten Harzstrang gebracht, dann parallel demselben durch den Schönfeld'schen Steinbruch bis über die vorgenannte Blankenburg-Halberstädter Staatsstrasse geführt und hier — bei der Kreuzung dieser Strasse mit dem Verbindungsweg Michaelstein-Regenstein eine Blockstation vorgesehen werden, die einestheils dem Touristenverkehr, andernteils dem Gütertransport von und nach den Blankenburger Hohen und den Ziegeleien zu dienen hätte.

Dem Gelände entsprechend wendet sich die Linie von dieser Station aus mit einer grossen, ziemlich horizontal liegenden Kurve nördlich und dann nordnord-östlich nach dem Goldbachthal. (Verlässt also nunmehr das Quellgebiet des Mühlenbachs.)

Von der Kurve ab schneidet die Bahn mit einem starken Gefälle (1 : 56) nach dem Goldbachthale ein, überschreitet dasselbe auf einem kurzen, etwa 18 m hoch werdenden Damm, legt sich jenseits an das Gehänge mit einer grösseren Kurve (250 m rad.) an, benutzt einen kleinen Sattel, um nach der Strasse vom Pfeifenkrug nach Heimbürg zu gelangen, und diese mit Unterführung, sowie gleich darauf mit kleiner Steigung die Strasse nach Derenburg in Niveau zu kreuzen.

Hinter letzterer Kreuzung bietet sich am Fusse der Altenburg Gelegenheit zur Anlage einer Horizontale für eine Haltestelle Heimbürg, welche diesem Ort, dem Pfeifenkrug und der Stadt Derenburg zu dienen hätte.

Die Bahn gelangt jetzt ins Quellgebiet der Holzemme.

Mit offenem Durchlass wäre nunmehr in fast westlicher Richtung der Knickbach zu überschreiten und die Linie an die Kommunalstrasse von Heimbürg nach Benzingerode, etwa Mitte Wegs zwischen beiden Orten, heranzubringen, von da aus westnordwestlich mit offener Ueberführung des Hellbachs bis nach einem Punkte nördlich, unweit des alten Chausseehauses zwischen vorgenanntem Wege und der Silstedter Verbindungsstrasse, zu führen und an dieser Stelle einen Haltepunkt für Benzingerode und Silstedt anzulegen.

Die Bahnlinie, welche westlich von Warnstedt aus dem preussischen Gebiet ins braunschweigische führt,

verlässt nunmehr letzteres hinter Benzingerode wieder und gelangt abermals auf preussisches Territorium.

Sie würde westnordwestlich aus der Haltestelle am Fusse des Austberges herausführen, dann mit einer Kurve südwestlich zwischen Horstberg und Jungfernteich gelangen, hierbei einen kleinen Bach mit offenem Durchlass überschreiten, im weiteren Verlauf vorerst genau westlich in Niveau über die Kreisstrasse Wernigerode-Silstedt, dann über den Mühlgraben daselbst (mit offenem Durchlass), weiter durch die Wernigeröder Kohlärten und schliesslich südwestlich in den Bahnhof Wernigerode zu leiten sein.

Aus der Lage der Bahnstrecke geht hervor, dass erhebliche Erdarbeiten nicht stattzufinden haben und kostspielige Kunstbauten vollständig ausgeschlossen sind.

Zu erwähnen ist nur die mit ca. 24 000 Mk. veranschlagte Bodebrücke bei Quedlinburg, die Ueberführung über die Eisenbahn bei Blankenburg, der Einschnitt und Damm im Goldbachthal und die Unterführung der Bahn unter der Strasse Pfeifenkrug-Heimbürg. Alle Bäche, Gräben etc. werden als offene Einschnitte mit Futtermauer behandelt.

Die überschrittenen Staats- und Kommunalstrassen sind — da im Interesse des zu erwartenden lebhaften Personenverkehrs mit mindestens 30 km Geschwindigkeit pro Stunde gefahren werden muss — mit Schranken zu versehen. Es entstehen dadurch jedoch nur geringe Nebenkosten beim Betrieb, weil nur für die Strasse Westerhausen-Timmenrode und Helsingener-Timmenrode ein Wärter, ein zweiter für die Strasse Blankenburg-Westerhausen und ein dritter für den Weg von Silstedt nach Wernigerode besonders anzustellen ist.

Dieselben sind gleichzeitig noch in der Lage, einen erheblichen Theil der Strecke zu kontrolliren.

Alle übrigen Wege-Ueberführungen können von dem Weichensteller der nahe gelegenen Haltepunkte oder Bahnhöfe gesperrt bezw. überwacht werden.

Auf der gewählten Linie ergibt sich zwar einiges verlorenes Gefälle, dasselbe war aber im Interesse eines billigen Baues nicht gut zu vermeiden und beeinträchtigt auch den Betrieb nicht erheblich, weil bedeutendere Steigungen nur auf kurzen Strecken vorkommen und hier auch nur bis höchstens 1 : 56 nöthig sind.

Der Grunderwerb ist verhältnissmässig hoch eingeschätzt, obgleich nur bei den Städten Wernigerode und Blankenburg werthvollere Ländereien geschnitten werden. Es geschah dies, weil der stark zerstückelte Grundbesitz die Anlage diverser Parallelwege nöthig macht.

Die Haltestellen, sowie die Hochbauten überhaupt werden einfach — bei dem geringen Preis der Baumaterialien jedoch massiv — auszuführen sein, ohne erhebliche Kosten zu verursachen.

Für billige Ausführung der gesammten Bauarbeiten, sowie für wohlfeilen Erwerb des Oberbaues und Betriebsmaterials ist jetzt ein so günstiger Zeitpunkt, wie seit langen Jahren nicht, sodass sich eine erhebliche Ermässigung der mit 70 000 Mk. veranschlagten Kosten pro Kilometer erwarten lässt.

Die Rentabilität der Strecke, welche auf 27 km Baulänge und rund 30 km Betriebslänge festzustellen ist, liegt ausser jedem Zweifel.

Die Betriebskosten für derartige Bahnen werden selbst von Fach-Autoritäten ganz verschiedentlich geschätzt. Wir wollen der Vorsicht wegen und mit Rücksicht auf die in Blankenburg, Quedlinburg und Wernigerode nöthig werdenden Anschlüsse an fremdbahnen, welche in der Regel hohe Kosten verursachen, den uns bekannt gewordenen höchsten Satz der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung (der auch der höchste uns überhaupt bekannt gewordene Satz ist) zu Grunde legen.

Danach wäre zu berechnen:

1. für die allgemeine Verwaltung pro km 800 Mk.
2. für die Bahnverwaltung pro km 2000 Mk.

3. für die Transportverwaltung 1 Mk. pro Zugkilometer, also bei Annahme von täglich in jeder Richtung in 5 Monaten des Jahres je 3 Zügen

$$2 \cdot \left(\frac{5 \cdot 3 + 4 \cdot 4 + 3 \cdot 5}{12} \right) \cdot 365$$

pro Bahnkilometer 2800 Mk.

4. für Kosten der Erneuerung des Oberbaues mit 3% von etwa 15000 Mk. pro km 450 Mk.

5. für Erneuerung des Betriebsmaterials mit 5% von etwa 10000 Mk. pro km 500 Mk.

Ferner würden noch für die Gesamtstrecke fixirte Summen für die Wohlfahrts-Einrichtungen und die Steuern in Rücksicht zu nehmen sein.

Hier würden vorerst wohl in Summa 12000 Mk. genügen.

Der projektirten Bahn dürften laut anliegendem Ausweis an Frachtgütern nachbenannte Mengen zu fallen:

1. Wernigerode:	Versand	2225	Tonnen,
	Empfang	13600	"
2. Blankenburg:	Versand	100000	"
	Empfang	90000	"
3. Quedlinburg:	Versand	18350	"
	Empfang	42735	"

Sa.: 266910 Tonnen.

Der Verkehr von und nach Wernigerode ist — besonders soweit es Baumaterialien, landwirthschaftliche und Zuckerfabriks-Produkte anlangt — sehr ausdehnungsfähig. Auch ist in der Nachweisung verschiedener Güter (beispielsweise der Umzugsgüter) gar nicht gedacht.

Dasselbe trifft auf Quedlinburg zu.

Der Verkehr nach Blankenburg überragt denjenigen der beiden anderen Städte so bedeutend, weil einerseits die jetzige Verbindung sehr unbequem ist, andererseits die gesammten aus Westen kommenden Transporte an Kohlen, Koaks, Bruchsteinen, Roheisen, Eisenabfällen u. s. w. nicht nur für die genannte Stadt, sondern für sämtliche an der Harzbahn gelegenen Stationen die neue ganz wesentlich kürzere Linie statt des alten Weges über Vienenburg-Heudeber-Halberstadt berühren müssen.

Die aus den kleinen Stationen resultirenden Frachtgüter sind vorläufig nicht mit veranschlagt worden.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr wird mit durchschnittlich 70 Pfg. pro Tonne mässig angesetzt sein, weil berücksichtigt werden muss, dass dem weitaus grössten Theil desselben auch die Hälfte der Expeditionsgebühren mit zufällt.

Den Personenverkehr auf der geplanten Bahn schätzen wir nach den Ergebnissen und Daten der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn. Dieselbe beförderte im Jahr 1892 (ausschliesslich der Strecke in den Harz) 235480 Reisende.

Wenn man bedenkt, wieviel bedeutender der Verkehr werden muss auf einer 11 km längeren Strecke, welche die dicht am Harzrande liegenden volkreichen Orte verbindet und den lebhaften Touristen-Verkehr der betreffenden Plätze mit hinzurechnet, so ist es wohl nicht hoch gegriffen, wenn man 250000 Personen in Anschlag bringt.

Der zu durchfahrenden Strecke entsprechend und gleichfalls mit Rücksicht auf die Resultate der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn legen wir für die Fahrkarte einen Einheitssatz von 60 Pf. pro Person unserer Berechnung zu Grund.

Die hierunter befindliche Gewinn- und Verlust-Rechnung ergibt nicht nur eine durchaus genügende Verzinsung des mit 27.70000 = 1890000 Mk. ermittelten Anlage-Kapitals, sondern weist ausserdem noch einen erheblichen Ueberschuss auf, der wohl genügen dürfte, etwaige Irrthümer in dem Voranschlag auszugleichen.

Uebersicht der Frachtgüter, welche der projektirten Eisenbahn Wernigerode- Blankenburg-Quedlinburg voraussichtlich zugeführt werden können.

a) Wernigerode.	Versand	Empfang
	Tonnen	Tonnen
Holz	1075	40
Bruch- und Pflastersteine	450	525
Farbenerde und Erdfarben	5	1575
Sand und Schlackenmehl	—	5925
Getreide und Mühlenfabrikate	—	3700
Kartoffeln	—	750
Hülsenfrüchte	—	300
Gärtnerei-Produkte	—	100
Oele und Fruchtsäfte	—	325
Bier und Brennerei-Produkte	500	—
Eisen und Eisenwaaren	50	135
Möbel- und Holzwaaren	45	—
Diverse Stückgüter	100	125
Molkerei-Produkte	—	100
Sa.	2225	13600

Namen der Güter	Anzahl der Tonnen,		Anzahl der Tonnen,	
	welche die Halberstadt- Blankenburg-Eisenbahn in 1892 beförderte	welche der Bahn Quedl.-Bl.-Wernigerode zufallen würden	welche die Halberstadt- Blankenburg-Eisenbahn in 1892 beförderte	welche der Bahn Quedl.-Bl.-Wernigerode zufallen würden
b) Blankenburg.	I. Versand		II. Empfang	
Steinkohlen u. Koaks	142	—	42109	40000
Braunkohlen u. Briquets	115	—	32056	20000
Chemische Holzfabrikate	817	250	—	—
Schlacken etc.	833	500	1145	—
Düngemittel	183	—	2586	1500
Eisenwaaren u. Schienen	2510	2000	2160	1500
Erde u. Sand	16985	8000	1779	500
Erdfarbe u. Farbenerde	1347	1500	1085	500
Erze, rohe u. Schwefel- kies	27299	3000	29710	5000
Getreide u. Mühlenfabri- kate	3472	1000	4918	4000
Malz	230	—	595	250
Holz	10878	6000	2929	1000
Holzstoff	1575	750	—	—
Kalk u. Staubkalk	68372	25000	732	—
Kartoffeln	3397	2000	596	250
Oelkuchen	—	—	365	100
Obst	143	150	10	—
Roheisen	13376	6000	3836	1000
Rüben und Rübenrück- stände, Rübenpresse	20783	10500	6504	3000
Pulver	170	—	—	—
Steine, rohe u. gebrannte	64360	30000	7182	3000
Umzugsgut	473	250	716	300
Holzkohlen	30	—	157	—
Kienäpfel	—	—	237	100
Robrzucker	2752	—	—	—
Melasse	838	—	775	800
Sonstige Ladungen	1084	600	3112	3000
Eil- und Stückgut	4232	2500	5310	4000
Kalisalpeter	—	—	171	200
Sa.	246396	100000	150775	90000

		Versand	Empfang
		Tonnen	Tonnen
c) Quedlinburg.			
1	Holz	750	3 750
2	Bruch- und Pflastersteine	—	2 000
3	Farbenerde und Erdfarbe	—	150
4	Sand und Schlackennmehl	—	1 000
5	Getreide und Mühlenfabrikate	7 500	12 500
6	Hülsenfrüchte und Kartoffeln	5 500	1 000
7	Gärtnerei-Produkte	1 000	300
8	Öle und Fruchtsäfte	200	75
9	Bier und Brennerei-Produkte	100	1 500
10	Eisen und Eisenwaren	500	2 500
Iatus		15 550	24 775

		Versand	Empfang
		Tonnen	Tonnen
Transport		15 550	24 775
11	Möbel und Holzwaren	—	50
12	Diverse Stückgüter	200	2 500
13	Molkerei-Produkte	—	250
14	Kohlen und Koaks	—	6 000
15	Düngemittel	—	2 500
16	Ölsamen, Zuckerrüben und andere Sämereien	750	1 000
17	Pappe und Papier	—	150
18	Thierische Wolle	—	110
19	Rübenschnitzel	1 250	1 250
20	Zuckerrüben	—	3 750
21	Vieh	600	400
Sa.		18 350	42 735

Gewinn- und Verlust-Conto,

aufgestellt unter Zugrundelegung der für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode vorläufig schätzungsweise ermittelten Betriebskosten und Einnahmen.

Tit.		M.	℔	M.	℔	Tit.		M.	℔	M.	℔	
I.	Betriebskosten:					XI.	Betriebs-Einnahmen:					
	a) Allgemeine Verwaltung 30 km à 800 Mk.	24000	—				1. 266910 Tonnen Frachtgut à 70 Pf. .	186837	—			
	b) Bahn-Verwaltung 30 km à 2000 Mk.	60000	—				2. 250000 Personen-Fahrkarten à 60 Pf.	150000	—	336837	—	
	c) Transport-Verwaltung 30 km à 2800 Mk.	84000	—	168000	—							
II.	Erneuerung:											
	a) Oberbau 30 km à 450 Mk.	13500	—									
	b) Betriebsmaterial 30 km à 500 Mk. .	15000	—	28500	—							
III.	Steuern und Wohlfahrts-Einrichtungen (Pensionsk.-Inv.-Vers. etc.)			12000	—							
IV.	Dividenden:											
	(Anlage-Kapital 1 890 000 Mk. her- rührend aus 27 km Baustrecke à 70 000 Mk.)											
	1. 1 000 000 Mk. Prior.-Akt. à 5 ⁰ / ₂ . .	50000	—									
	2. 890 000 „ Stamm- „ à 5 ⁰ / ₂ . .	44500	—	94500	—							
V.	Zur weiteren Verfügung bleibender Ge- winn:			33837	—							
			M.	336837	—					M.	336837	—

II. Die Bahnlinie Quedlinburg - Blankenburg - Wernigerode und deren vollkommene Unrentabilität.

In einer vor Kurzem veröffentlichten Denkschrift über eine Bahnlinie von Quedlinburg nach Blankenburg und Wernigerode und die voraussichtlichen Baukosten, Betriebskosten und Einnahmen derselben ist in umfangreicher Weise auf die Verhältnisse der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft zurückgegriffen und versucht worden, mit Hilfe der im Wege der Konkurrenz dieser Bahn abzunehmenden Transporte die Rentabilität dieser neuen Bahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode mit einer fünfprozentigen Verzinsung nachzuweisen. Wir sehen uns veranlasst, zur Richtigstellung und Beleuchtung der in jener Denkschrift angeführten diesseitigen Zahlen und unrichtigen Annahmen Folgendes hier auszuführen.

Zunächst ist Jedem, der die Verhältnisse auf den an und vor dem Harze liegenden Bahnen nur einigermaßen zu beurtheilen vermag, vollkommen klar, dass die in der Denkschrift für eine eigene Betriebslänge von 30 Kilometer angenommene Personenfrequenz von 250 000 Personen pro Jahr, und die aus dieser resultierende Einnahme von 150 000 Mark unter Zugrundelegung eines Durchschnittssatzes von 60 Pfennig für die Person, viel zu hoch angenommen ist. Zum Vergleich ziehen wir unsere eigenen Verhältnisse bei den Strecken Halberstadt-Blankenburg und Langenstein-Derenburg mit der fast gleichen Betriebslänge an. Die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn beförderte bei einer Betriebslänge von 26 Kilometer in den Jahren 1880—85 einschliesslich vor Erbauung der Harzradbahn 770 938 Personen und erzielte aus diesem Personenverkehr eine Gesamteinnahme von 403 934 Mark. Der Durchschnittssatz pro Person betrug somit 0,524 Mark, die durchschnittliche jährliche Personenfrequenz 128 489 Personen, und die hieraus erzielte Durchschnittseinnahme pro Jahr aus dem Personenverkehr 67 322 Mark. Ferner stellt sich für die Jahre 1886 bis 1891, unter Berücksichtigung der Mehr-Personenbeförderung durch den Einfluss der im Mai 1886 eröffneten Harzbahn die Gesamt-Personenfrequenz für diese Jahre auf 1 207 910 Personen oder 201 318 Personen pro Jahr und die Gesamteinnahme auf 649 260 Mark oder 108 210 Mark pro Jahr und 0,537 Mark pro Person.

Im günstigsten Falle dürfte die Bahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode doch wohl höchstens auf eine Personenfrequenz von 75 Prozent der vorgenannten diesseitigen Strecken rechnen, wofür sich die Einnahmen also bei 150 000 Personen mit einem Einheitsatz von höchstens 0,50 Mark pro Person auf 75 000 Mark jährlich stellen würden. Die neu projektirte Eisenbahn Wernigerode-Blankenburg-Quedlinburg, welche die Konkurrenz mit der Preussischen Staatseisenbahn auf der Linie Wernigerode-Heudeber-Halberstadt-Quedlinburg, welche Schnellzüge fährt, aufnehmen muss, wird daher nur im allergünstigsten Falle diese Frequenz erreichen und niemals dabei einen Durchschnittssatz zu 0,60 Mark pro Person annehmen beziehungsweise erzielen können.

Der in der Denkschrift ermittelte Satz von 0,60 Mark für die Person ist ausserdem deswegen für diese Bahn nicht anzuwenden, als in demselben die mit 50 Prozent Aufschlag erstellten Fahrpreise für die Harzradbahn enthalten sind. Unter Anderen erzielt die Braunschweigische Landesbahn nur einen Satz von 0,38 Mark pro Person; die Warstein-Lippstadter Bahn bei 30 Kilometer Länge einen Satz von 0,44 Mark pro Person. Es ist noch hervorzuheben, dass die Verbindungslinie Wernigerode-Blankenburg-Quedlinburg für den Personenverkehr weiter noch insofern sehr ungünstig liegt, als die grosse Zahl der Thale besuchenden Fremden nur zum geringsten Theil den unbequemen Umweg

Thale - Neinstedt - Quedlinburg - Blankenburg benutzen werden, um Blankenburg und den Harz aufzusuchen. Erheblich günstiger läge für einen Personenverkehr die Trace Wernigerode-Blankenburg-Thale.

Was nun weiter den Güterverkehr anlangt, so liegen die Verhältnisse für diesen für die projektirte Bahnlinie ebenfalls sehr ungünstig. Eine Industrie, welche die Bahn aufnehmen könnte, existirt zur Zeit nicht, und die Verhältnisse der drei von der Linie berührten Harzstädte sind vollkommen gleiche, d. h. dieselben sind mit ihren Erzeugnissen und den Produkten des hinter ihnen liegenden Harzes nicht aufeinander angewiesen, vielmehr senden alle drei Städte dieselben an die vorliegende grosse norddeutsche Tiefebene, und der lokale Güterverkehr derselben untereinander wird daher ein ganz minimaler sein und bleiben. Die in der Denkschrift für die Städte Quedlinburg und Wernigerode angegebenen Verkehrszahlen sind wir nicht in der Lage, auf ihre Richtigkeit prüfen zu können, da wir nicht wissen, wie dieselben ermittelt sind; wir wollen dieselben, da sie für die Beleuchtung der vorliegenden Frage unerheblich sind, als richtige annehmen und bei der Berechnung mit berücksichtigen.

Wohl aber sind wir in der Lage, die für Blankenburg aus unserm Geschäftsbericht für das Jahr 1892 entnommenen Verkehrszahlen auf ihre Bedeutung für die projektirte Bahn zu prüfen, und ergibt sich hierbei, dass dieselben in vollkommener Verkennung der vorliegenden Verhältnisse, ob wissentlich oder unwissentlich, wollen wir dahingestellt sein lassen, nur zur Propaganda für die neue projektirte Bahnlinie verwendet sind.

In der Denkschrift sind auf Seite 8 als Verkehr für Blankenburg folgende Zahlen angegeben:

1. Versand, welchen die Halberstadt-Blankenburger Bahn im Jahre 1892 beförderte: 246 396 Tonnen; hiervon würden der Bahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode zufallen 100 000 Tonnen.
2. Empfang, welchen die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn im Jahre 1892 beförderte: 150 775 Tonnen; hiervon würden der Bahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode zufallen 90 000 Tonnen.

Vorweg muss hier konstatirt werden, dass die aus unserm Geschäftsbericht entnommenen Zahlen den gesamten direkten und Lokalverkehr unserer Eisenbahngesellschaft, soweit er zwischen den Stationen untereinander stattfindet, darstellen, welcher in der Denkschrift doch wohl absichtlich allein auf die Station Blankenburg geworfen ist, ohne Rücksicht darauf, welcher Lokalverkehr hierin enthalten ist.

In Wirklichkeit stellen sich die Zahlen aber wie folgt: Dergesamte Güterverkehr der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft in Tonnen für 1892 betrug:

	im Versande	im Empfang
	246 945 Tonnen	150 671 Tonnen
darin Lokalverkehr .	42 567 „	42 567 „

bleiben 204 378 Tonnen 108 104 Tonnen
Ferner betrug der direkte Versand und Empfang der Stationen:

	Versand:	Empfang:
Börnecke	1 275 Tonnen,	1 414 Tonnen,
Langenstein	15 437 „	5 514 „
Derenburg	10 015 „	12 469 „
Spiegelsberge	12 814 „	10 375 „

Zusammen 39 541 Tonnen, 29 772 Tonnen,
es bleibt also für die Harzbahn und Station Blankenburg ein Gesamtverkehr von:

Versand:	Empfang:
164 837 Tonnen,	78 332 Tonnen.

Untersuchen wir nun, welcher Antheil von diesem Verkehr im allergünstigsten Fall auf die Bahn Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode entfallen dürfte, so ist zunächst von uns festgestellt, wie sich dieser Gesamt-

verkehr auf unsere drei Hauptverkehrsrichtungen, nämlich nach Norden, Osten und Westen vertheilt.

Es entfallen auf die Richtung

	Versand:	Empfang:
nach Norden über Halberstadt-Oschersleben-Magdeburg	97 238	14 283
nach Osten über Halberstadt-Wegeleben-Aschersleben	42 197	14 084
nach Westen über Halberstadt-Heudeber-Vienenburg	25 402	49 965
Insgesamt wie vor	164 837	78 332

Da für die Richtungen nach Norden und Osten ein Ablenken der hier aufgeführten Güter auf die projektirte Bahn vollkommen ausgeschlossen ist, da die Tarifenfernungen für die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn über Halberstadt kürzer bzw. nicht länger sind als über die projektirte Bahn, so bliebe nur die Richtung nach Westen und von dieser nur der Empfang von 49 965 Tonnen übrig, da diesen die Preussische Staatseisenbahn dirigirt, während der Versand von unserer Bahn in unseren Händen liegt und wir keinen Augenblick zögern werden, mit aller Energie eine

Konkurrenz mit der Bahn Wernigerode-Blankenburg-Quedlinburg aufzunehmen.

Von dem ganzen stolzen Gebäude des Empfanges und Versandes für Blankenburg (Quedlinburg-Blankenburg-Wernigerode) bleibt also statt insgesamt 190 000 Tonnen nur 49 965 Tonnen übrig, und auch letztere wird die neue Linie aller Wahrscheinlichkeit nach nur zum Theil erhalten.

Berücksichtigt man noch, dass etwa die Hälfte dieses Empfanges von 49 965 Tonnen auf das Hohenofenwerk in Blankenburg entfallen, einem Werke, welches in letzter Zeit wiederholt mit Betriebseinstellungen gedroht hat, so bleibt der Werth dieser Zahl für die projektirte Bahn ein noch problematischerer.

Was nun die Tarifenfernungen der Westlinie Blankenburg-Wernigerode-Ilseburg-Harzburg-Vienenburg betrifft, so sei hier noch auf eine Unrichtigkeit der Denkschrift hingewiesen, welche von der in Ausführung begriffenen Strecke Ilseburg-Harzburg-Oker spricht, während nur die Strecke Ilseburg-Harzburg zur Zeit im Bau ist.

Nach den vorausgegangenen Erörterungen stellt sich nun das Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben für die projektirte Bahn wie folgt:

Titel	Von dem Komitee angenommen		Titel	Von uns ermittelt	
	M.	M.		M.	M.
I Betriebskosten:			XI Betriebseinnahmen:		
a) Allgemeine Verwaltung 30 km à 800 M.	24 000		1. Tonnen Güter in Blankenburg-Quedlinburg und Wernigerode mit 49 965 + 61 085 + 15 825 Tonnen, zusammen mit 126 875 à 70 ¢ rund .	88 810	
b) Bahnverwaltung 30 km à 2000 M.	60 000		2. 150 000 Personen à 50 ¢ .	75 000	163 810
c) Transportverwaltung 30 km à 2800 M.	84 000	168 000	3. Unterbilanz	44 690
II Erneuerung:					
a) Oberbau 30 km à 450 M. .	13 500				
b) Betriebsmaterial 30 km à 500 M.	15 000	28 500			
III Steuern und Wohlfahrtseinrichtungen	12 000			
IV Dividenden	—	—			
Zur weiteren Verfügung . . .	—	—			
	. . .	208 500		. . .	208 500

Die projektirte Bahulinie wird also nicht einmal die Betriebskosten aufbringen und niemals im Stande sein, irgend eine Rente zu geben!

Die Königlich Preussische Staatsbahnverwaltung hat zu verschiedenen Zeiten generelle Vorarbeiten für diese Linie gemacht, ist aber stets zu vollkommen negativen Resultaten bezüglich der Rentabilität dieser Bahn gekommen, und uns haben die vorstehenden Erwägungen stets zu demselben Resultate geführt, d. h. davon abgehalten, das Risiko eines so vollkommen unrentablen Bahnbaues zu unternehmen!

Eine Eisenbahn, welche, wie die Ausführungen der genannten Denkschrift beweisen, ihre Existenz auf einen Konkurrenzkampf mit einer bestehenden, finanziell

stärkeren Eisenbahn erbaut, hat eine nur schwache Grundlage und läuft Gefahr, in diesem Kampfe zu unterliegen.

Unsere Ausführungen bezwecken, die in der genannten Denkschrift angeführten Zahlen, soweit sie von uns entnommen sind, auf ihr richtiges Mass zurückzuführen.

Blankenburg a. H., den 16. Oktober 1893.

Die Direktion der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft

Glanz. Feyertag. Schomburg.

Referat über das Projekt der Tabakfabrikatsteuer.

Erstattet in einer Versammlung der hiesigen Tabak-Interessenten von A. Nennecke.

Durch die Auslassungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist die Basis fixirt, auf welcher die verbündeten Regierungen den Gesetzesentwurf einer Fakturwerthsteuer dem Reichstage zu übermitteln gedenken. Es tritt nun hierdurch an uns erstens die Frage heran, ist eine Fakturwerthsteuer ohne die tiefgehendsten, schwersten Schädigungen in unserer Branche möglich? Zweitens, kann der Tabak bei der in Deutschland so hoch entwickelten Industrie dieser Branche überhaupt noch eine weitere Belastung ertragen, ohne tausende und abertausende Existenzen auf das Spiel zu setzen und dem Ruin entgegen zu führen? Beide Fragen müssen wir mit einem entschiedenem „Nein“ beantworten.

Wenn ich mir gestatte, die Fakturwerthsteuer in erster Linie zu erörtern, so geschieht es deshalb, weil die verbündeten Regierungen diesen Steuermodus der vorher angezogenen Zeitung nach vor allem ins Auge gefasst zu haben scheinen.

Hiernach soll die Steuer auf inländischen Tabak fallen und der Zoll auf ausländischen Tabak dement-sprechend ermässigt, also von 85 Mk. pr. 100 Kilo auf 40 Mk. herabgesetzt werden.

Dafür tritt eine enorme Belastung des Fabrikats, nach einigen Zeitungen mit 40% bis 50% auf Zigarren — die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schweigt sich darüber aus — anderen Zeitungen nach mit $33\frac{1}{3}\%$ auf Zigarren ein, während der Rauchtobak mit $66\frac{2}{3}\%$ als niedrigste Angabe getroffen werden soll.

Es wird nun so viel auf andere Staaten exemplifizirt und hervorgehoben, dass dort der Tabak in bedeutend höherem Massstabe belastet sei, hierbei wird aber stets der eine Faktor vergessen, dass die deutsche Tabak-Industrie eine Arbeiterzahl von 160,000 beschäftigt, eine Anzahl, die grösser ist, wie die Arbeiterzahl sämtlicher europäischer Staaten zusammen-gerechnet.

Sollte dies nicht zu denken geben, diese Zahl, die den Beweis voll und ganz in sich schliesst, dass, je mehr Steuerlasten auf den Tabak gelegt werden, je geringer auch die Zahl der Fabrikanten und Arbeiter werden muss, die in dieser Branche ihr Brot gefunden haben.

Der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nach zog Frankreich 1892 aus dem Tabak an Steuer 376 Millionen Franks, dem Deutschland nur mit einem direkten Ertrage von 50 Millionen Mark gegenüber steht; würde jedoch die Einkommen- und Gewerbesteuer der 5000 Fabrikanten, der 100,000 Zwischenhändler, sowie die Einkommensteuer der 160,000 Arbeiter (Frankreich beschäftigt ca. 18,000) berücksichtigt, die alle durch den Tabak ihren Lebensunterhalt finden und die alle durch den Tabak steuern, so würde das Rechenexempel ganz anders lauten, denn der Tabak bringt in Deutschland zu Staatszwecken schon jetzt weit mehr auf, als in Frankreich und anderen Ländern.

Ich werde mir nun erlauben, auf die Fakturwerthsteuer eingehender einzugehen, um den Krebschaden aufzudecken, den dieselbe für die nord- und mittel-deutsche Industrie im Gefolge haben würde. Der Schwerpunkt der nord- und mitteldeutschen Fabrikation liegt in der 5 Pfg.-Zigarre (Detaillisten-Verkaufspreis) die ca. 55% der ganzen norddeutschen Fabrikation ausmacht. Diese Zigarre ist bislang aus rein über-seeischem Tabak hergestellt, sie ist der Hauptfaktor, mit dem die norddeutschen Fabrikanten rechnen und auf dem sie das Gedeihen ihrer Fabrikation aufbauen. Wenn ich hierbei nun noch anführe, dass

die 4 Pfg.-Zigarre ca. 12% der Fabrikation ausmacht, während die 6 Pfg.-Zigarre, Detaillisten-Verkaufspreis, mit ca. 23% in die Waagschale fällt, so ersieht man daraus, dass die Zigarren, die in einer höheren Preislage als 6 Pfg. in den Konsum übergehen, nur 10% ausmachen.

Wie wird sich nun nach der in Aussicht gestellten Fakturwerthsteuer die Hauptkonsummarke, die 5 Pfg.-Zigarre, die bislang aus rein überseeischem Tabak hergestellt wurde, im Preise stellen?

Ich nehme einen Verkaufspreis der Fabrikanten von 37,50 Mk. bei $15\frac{1}{2}$ Pfd. Gewicht inkl. Deckblatt, Umblatt und Einlage an
 3,50 „ für Zollentlastung, $22\frac{1}{2}$ Pfg. pr. Pfd.
 = 34,— Mk.
 + 11,35 „ $33\frac{1}{3}\%$ Fakturwerth-Steuerzuschlag.
 = 45,35 Mk. Verkaufspreis des Fabrikanten.
 + 15,10 „ $\frac{1}{3}$ Aufschlag des Detaillisten.
 = 60,45 Mk.

Hierbei ist noch nicht einmal der schwerwie-gende Punkt berücksichtigt, dass die verbleibenden 20 Pfg. pr. Pfd. Zoll, dazu Fakturwerthsteuer, also Zoll auf Zoll, sodann Arbeitslöhne, mithin die Hälfte des vorstehenden Verkaufspreises der Zigarre, baares Geld des Fabrikanten repräsentirt, sodass der Fabrikant schon hierdurch gar nicht in die Lage gesetzt ist, die Zigarre zu 45,35 Mk. zu verkaufen, denn das würde der verkleinerte Gewinn und die Zinsenverluste nicht zulassen können.

Dasselbe tritt auch für die 6 Pfg.-Zigarre in den jetzigen Preislagen von 41—45 Mk. ein, sodass also den nord- und mitteldeutschen Fabrikanten auch diese Preislagen aus der Hand gewunden werden. Die Folge hiervon wäre, dass so und so viele Fabrikanten ihre Betriebe einstellen müssten und andere ihre Betriebe sehr reduzirten, sodass eine Arbeiterentlassung von 60 000 Personen in Nord- und Mitteldeutschland stattfinden würde.

Der Konsument, der bislang eine Zigarre aus rein überseeischen Tabaken zu 5 Pfg. kaufte, wird sich sicher sehr im Rauchen einschränken, wenn er jetzt deutschen Tabak rauchen sollte, oder wenn man ihn zwingen wollte, 6 oder 7 Pfg. anzulegen, wozu er aber auch überhaupt nicht kaufkräftig genug ist. Die Folge wäre also der unausbleibliche Konsumrückgang, Ein-gehen und Verkleinerung der Betriebe, wodurch 60 000 Arbeiter brotlos würden.

Diese zum grössten Theile verheiratheten Arbeiter werden nicht etwa nach Süddeutschland übersiedeln, denn dort können sie bei den minimalen Lohnsätzen ihre Familien nicht ernähren; sie werden auch zum geringsten Theile in den andern Industriezweigen Unter-kunft finden, da in keiner Branche Mangel an Arbeit-nehmern ist und nebenbei die Tabakarbeiter zum grössten Theile aus körperlich schwächlichen Personen bestehen. Sie würden also unausbleiblich der Kommune, der Armenpflege zur Last fallen.

Die Fabrikanten, die ihre Betriebe weiter führten, wären gezwungen, da eine Prämie auf niedrige Löhne gesetzt ist, ihre Filialen nach dem Süden zu legen, wo das Rohprodukt wächst und wo die Arbeitslöhne in Folge von fast nur weiblichen Arbeitskräften be-deutend billiger sind. Die süddeutsche Industrie würde sich also nicht unerheblich heben und die süddeutschen Planzer hätten den Vortheil davon. Diesen Planzern stehen jedoch die in Nord- und Mitteldeutschland brotlos gewordenen Arbeiter gegenüber, diese Arbeiter, die bislang pro Jahr mehr an Löhnen erhalten hatten, als der Gesamtwert einer ganzen Jahresernte deutschen Tabaks ausmacht.

Die deutschen Fabrikanten zahlen pro Jahr 63 Millionen Mark Löhne, während der Gesamtwert einer deutschen Tabakernte nur den vierten Theil dieser Summe ausmacht. Sie sehen, meine Herren, dass eine Faktorenwerthsteuer so tiefgehende Schäden in sich schliesst, dass eine Einführung derselben gar nicht denkbar erscheinen kann.

Dass nun der Tabak eine Mehrbelastung in irgend einer andern Form ertragen könnte, ist auch vollständig ausgeschlossen. Der Tabak ist bereits mit 16 $\frac{1}{10}$ seines Gesamt-Konsumwerthes belastet. Wie hoch sich dieser Prozentsatz beziffert, erhellt, wenn man einen andern Konsumartikel in Vergleich zieht, da z. B. das Bier nur etwa $\frac{1}{5}$ dieses Prozentsatzes steuert. Ich will hiermit in keiner Weise der Mehrbesteuerung des Bieres das Wort reden, sondern nur anführen, wie hoch der Tabak jetzt bereits belastet ist.

Wie sehr unsere Branche unter der 1879 eingeführten höheren Belastung gelitten hat, zeigen am deutlichsten die Einfuhrzahlen des Rohtabaks.

Es ist laut Reichsstatistik an Rohtabak eingeführt

im Jahre	1876/77	496773	Doppel-Zentner
" "	1877/78	765984	"
" "	1878/79	1000300	"
" "	1890/91	488948	"
" "	1891/92	479238	"

Sie sehen, meine Herren, dass trotz der beträchtlichen Zunahme der Bevölkerungsziffer jetzt eine geringere Einfuhr an Rohtabak stattfindet, als vor der Zollerhöhung im Jahre 1879. Diese Thatsache allein spricht für sich.

Das Fazit des Ganzen muss man dahin zusammenfassen, dass nicht allein von jeder Mehrbelastung in unserer Branche Abstand genommen, sondern dass sie endlich einmal mit allen Steuerprojekten verschont wird und Ruhe zu einer gedeihlichen Entwicklung findet, die ihr wahrlich so sehr Noth thut.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unter-sagen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 21. Oktober 1893 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Vakat.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont, Nograd und Pressburg.

Kleine Mittheilungen.

Zur Statistik der Invaliditäts- und Altersversicherung. Nach den im Reichs-Versicherungsamt gefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Versicherungs-Anstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am 1. Oktober 1893 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungs-

Anstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 253700. Von diesen wurden 200532 Rentenansprüche anerkannt und 44195 zurückgewiesen, 3607 blieben unerledigt, während die übrigen 5366 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 29376, Ostpreussen 23012, Brandenburg 19477, Rheinprovinz 16682, Hannover 14675, Sachsen-Anhalt 14537, Posen 13186, Schleswig-Holstein 9699, Westpreussen 9635, Westfalen 9617, Pommern 8546, Hessen-Nassau 5563 und Berlin 2836. Auf die 8 Versicherungs-Anstalten des Königreichs Bayern kommen 25458 Rentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 10642, auf Württemberg 5715, Baden 4804, Grossherzogthum Hessen 4129, beide Mecklenburg 5253, die thüringischen Staaten 5306, Oldenburg 920, Braunschweig 1782, Hansestädte 1802, Elsass-Lothringen 7417 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 3631.

Die Zahl der während desselben Zeitraumes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungs-Anstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 71385. Von diesen wurden 44642 Rentenansprüche anerkannt und 17925 zurückgewiesen, 5378 blieben unerledigt, während die übrigen 3440 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den geltend gemachten Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 9950, Rheinprovinz 5723, Ostpreussen 5155, Brandenburg 3827, Hannover 3716, Sachsen-Anhalt 3233, Westpreussen 2912, Westfalen 2572, Posen 2553, Pommern 2524, Hessen-Nassau 1551, Schleswig-Holstein 1092 und Berlin 1042.

Auf die 8 Versicherungs-Anstalten des Königreiches Bayern kommen 8607 Invalidenrenten-Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 2609, auf Württemberg 1933, Baden 1994, Grossherzogthum Hessen 842, beide Mecklenburg 770, die thüringischen Staaten 1208, Oldenburg 194, Braunschweig 463, Hansestädte 396, Elsass-Lothringen 1389 und auf die 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 5130.

Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befinden sich 1220, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Bücherbesprechungen.

Lüders, Richard. Patent-Anwalt. Görlitz 1893. Was die Erfinder wissen sollen.

Mancher Erfinder ist überaus verhängnissvollen Folgen ausgesetzt. Die Erkenntniss dieser Wahrheit schildert uns eine kürzlich erschienene neue Brochüre „Der Patent-Anwalt“ von Richard Lüders in Görlitz. Der Verfasser giebt in wohlmeinender Weise sachgemäss die Mittel und Wege an, wie sich der Erfinder vor Nachsuchung eines Patentess am Besten vor Verlusten und unnützen Ausgaben schützt. Das Büchlein bietet eine Fülle nothwendiger Belehrung für jeden Interessenten und ist vom Herausgeber direkt zu beziehen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 11.

Braunschweig, November-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 10. — 11412/93.

XV. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Donnerstag, den 28. Dezember 1893,

Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestrasse 9, I.

Tages-Ordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Entwurf eines Gesetzes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und der Flösserei.
3. Verbot der Einfuhr von Gegenständen im Reichsgebiete gesetzlich unzulässiger Fabrikationsweisen.
4. Eingabe des Verbandes der Seifenfabrikanten betreffend Eingangszoll auf Baumwollensamenöl.
5. Eingabe der Handelskammer Frankfurt a. M. betreffend Patent-Muster- und Markenschutz.
6. Eingabe des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands betreffend Abänderung der Gewerbelegitimationskarten für Reisende.
7. Herstellung einer Geleiseverbindung zwischen dem Bahnhofe Holzminde und dem Weserkai daselbst.
8. Der Eisenbahnbau Braunschweig-Oebisfelde.
9. Die Eisenbahn Gifhorn-Uelzen.
10. In Aussicht stehende Veränderungen in den Bahnhofsanlagen der Stadt Braunschweig.
11. Gesuche verschiedener Vereine und Körperschaften um Erhöhung der Beiträge und Aufforderungen zur Erwerbung der Mitgliedschaft.
12. Einschätzung nicht zur Gewerbesteuer veranlagter Firmen — Steuerreklamationen.

Braunschweig, den 18. Dezember 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

A. Z. A. I. 1. — 11152/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass die Französische Zollverwaltung nach einem unlängst beim Auswärtigen Amte zu Berlin eingegangenen Berichte der Kaiserlichen Botschaft zu Paris eine auch in deutscher Sprache verfasste Bekanntmachung veröffentlicht hat, welche die Reisenden über die bei ihrem Eintritt in Frankreich obliegenden Zollformalitäten belehren soll. Dieselbe lautet:

„Reisende sind bei ihrem Eintritt in Frankreich bei Gefahr der Beschlagnahme, Geld- und unter Umständen Freiheitsstrafe gesetzlich verpflichtet:

Gold- und Silberwaaren, Kolonialwaaren, Zeugwaaren, neue Kleidungsstücke und neue Wäsche, Spirituosen, sowie überhaupt alle nichtgebrauchten Gegenstände, welche sie aus dem Auslande hereinbringen, ganz gleich, ob sie dieselben bei sich oder in ihrem Gepäck führen, den Zollbeamten anzugeben und vorzuzeigen.

Zündhölzer, Pulver und Schiessvorräthe, Spielkarten, Nachdrücke, fremde Scheidemünzen, im Zolltarif nicht aufgeführte Arzneimittel, von der Regierung verbotene Schriften, Stiche, Bilder u. s. w. dürfen überhaupt nicht eingeführt werden und müssen daher, selbst wenn man sie vor der Untersuchung angemeldet hätte, wieder ausgeführt oder dem Zollamt überlassen werden.

Das Einfuhrverbot, welches auch Tabak, Zigarren und Zigaretten trifft, erstreckt sich nicht auf Reisevorräthe, sofern dieselben regelmässig deklariert wurden. Ausnahmsweise können diese Vorräthe den nachstehenden gesetzlichen Zollsätzen unterworfen werden.

Zigarren und Zigaretten 36 Fr. per Kilo.

Rauchtabak (aus dem Orient) 25 Fr. per Kilo.

Rauchtabak (anderen Ursprungs) 15 Fr. per Kilo.

Schnupf- und Kautabak 15 Fr. per Kilo.

Das Hinein- und Hinausschaffen, Oeffnen und Verschliessen der zur Zollbesichtigung gelangenden Gepäckstücke ist nicht Sache der Zollbeamten. Alle daraus erwachsenden Unkosten berühren sie nicht: sie haben lediglich die staatlichen Zollgebühren zu erheben und darüber mit besonderem Stempel versehene Quittung zu erteilen.“

Braunschweig, den 2. Dezember 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

A. Z. A. I. 5. — 11153 93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober k. J. in Madrid eine Welt-Ausstellung stattfinden wird. Nähere Auskunft wird an unserer Amtsstelle, Breitestrasse 9, ertheilt.

Braunschweig, den 2. Dezember 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

XIV. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Montag, den 27. November 1892.

Vormittags 11¹/₂ Uhr.

Anwesend sind sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Liebold-Holzminen und Strümpell-Schöppenstedt, welche entschuldigt sind, und der Syndikus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Stadt- und Kommerzienraths August Haake zur Kenntniss der Versammlung, in welchem der verdiente frühere Präsident der Kammer für die ihm bei seinem Dienstaustritt dargebrachten Ehrungen seinen Dank ausspricht. Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Referent: Der Syndikus.

Der Bericht umfasst die Zeit vom 15. Mai, dem Termine der letzten Plenarversammlung, bis zum 27. November 1893. Aus demselben ist Folgendes hervorzuheben:

In der Zeit vom 15. Mai d. J. bis 27. November d. J. weist das Tagebuch unter Ausschluss der periodischen Drucksachen 7991 Nummern auf (seit dem 1. Januar d. J. 11016 Nummern), und zwar 1904 Eingänge und 6087 Ausgänge. Dies ergibt einen Umschlag von 1230 Ein- und Ausgängen pro Monat oder 41 pro Tag. Von den Eingängen wurden erledigt: 1. durch Berathung in den Ausschüssen, und zwar: im Geschäftsausschusse 22, im Ausschusse für Verkehrswesen 4, im Ausschusse für Gewerbewesen II 2, im Ausschusse für Zoll- und Steuerwesen 2. 2. Durch den Vorsitzenden und das Bureau resp. durch Eintrag zu den Akten oder zur Bibliothek 1874. Unerledigt blieben 34. Es fanden Sitzungen statt: 6 des Geschäftsausschusses, 1 des Ausschusses für Gewerbewesen II, 2 des Ausschusses für Verkehrswesen, 2 des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, 1 der Mitglieder aus der Stadt Braunschweig. Ursprungszeugnisse wurden ausgestellt 268, und zwar 37 für Italien, 201 für die Schweiz, 17 für Griechenland, 11 für Spanien, 1 für Belgien, 1 für Frankreich. Hiervon betreffen 52 die chemische Industrie, 148 die Eisen- und Metall-Industrie, 9 die Fabrikation von Gummiwaaren, 23 die Wurst- und Fleischwaaren-Fabrikation, 7 die Pianoforte-Fabrikation, 2 die Tapeten-Fabrikation, 3 die Herstellung von Braunschweiger Mummie, 18 die Konservenindustrie, 2 den Musikalienhandel, 4 den Buckskin- und Tücherhandel.

Die Kammer hat auch während der Berichtszeit wiederum im Interesse der Ordnung in Handel und Gewerbe eine rege Thätigkeit entfaltet. So nahm sie gelegentlich eines Konkursmassen-Ausverkaufes, dessen eigenthümliche Handhabung den Unwillen zahlreicher Gewerbetreibender erregte, Veranlassung, die Interessenten in mehrfachen Besprechungen zu hören und mit ihnen die Mittel zu berathen, wie dem auf diesem Gebiete immer stärker zu Tage tretenden Unwesen zu begegnen sei. Es wurde den Gewerbe-

treibenden empfohlen, aus ihrer Mitte eine ständige Kommission zur Ueberwachung der Geschäftsgehabungen einzusetzen und durch deren Vermittelung alle Unregelmässigkeiten bezw. Unredlichkeiten der Schleuderkonkurrenz schonungslos der Oeffentlichkeit Preis zu geben. Ausserdem wurde Seitens der Kammer ein Abkommen mit den gerichtlichen Konkursverwaltern dahin getroffen, dass diese sich ausdrücklich verpflichteten, alle diejenigen Ausverkäufe, denen wirklich ein Konkurs zu Grunde liege, als „Konkursverwalter“ zu unterzeichnen. Die Kammer wird ihrerseits von Zeit zu Zeit durch öffentliche Bekanntmachung auf diese Verabredung mit dem Hinweise aufmerksam machen, dass Ausverkäufe, deren Ankündigung die entsprechende Unterschrift nicht aufweisen, jedesmal nur für Rechnung des betr. Ladeninhabers erfolgen.

Auch die Frage der Verhinderung von Täuschungen des Publikums durch falsche oder verschleierte Firmirung ist wiederum reiflich erwogen worden. Die Kammer hat zunächst das vorhandene Material, welches sie sich aus M. Gladbach und Hamburg beschafft hatte, dem Herzoglichen Staatsministerium als Grundlage für einschlägige Erwägungen überreicht. — Die Vervollständigung des Handelsregisters durch Eintragung einer Reihe nicht unbedeutender Firmen ist bei dem Herzoglichen Amtsgericht zu Braunschweig nicht ohne Erfolg in Anregung gebracht worden.

Auf unsere Eingabe betr. die Beschränkung des Detailreisens und des Hausirwesens vom 9. März 1891 sind wir unterm 24. Juni 1893 Seitens des Herzoglichen Staats-Ministeriums dahin beschieden worden, dass unsere Wünsche bezüglich des Detailreisens bei der zuständigen Stelle der Reichsregierung unterstützt worden seien; auch für Beschränkung des Hausirhandels habe man sich diesseits bei dem Herrn Reichskanzler ausgesprochen, über etwaige Rückdämmung desselben durch Verwaltungsmassregeln, wie solche Seitens der Kammer in Vorschlag gebracht waren, behält das Ministerium sich den Bescheid noch vor.

Eine Eingabe, welche um Verlegung der sonntäglichen Postschalterdienststunden von Nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr auf Vormittags zwischen 11 und 1 Uhr und zwar in Konsequenz der Bestimmungen über die Sonntagsruhe vorstellig wurde, ist leider ein ablehnender Bescheid eingegangen. Die Kammer hat sich deshalb veranlasst gesehen, die Herzogliche Polizeidirektion um milde Handhabung der einschlägigen Bestimmungen zu bitten, da es sich oft nicht vermeiden lasse, Hausdiener mit Besorgung der Sonntagspost am Nachmittage zu beauftragen, wenn nicht die ganze geschäftliche Arbeit des Sonntags illusorisch werden solle.

Die gleiche Ablehnung erlitt eine Eingabe an die Kgl. Eisenbahn-Direktion um Ausgabe von Abonnementskarten für den Besuch des Bahnsteiges, welche besonderen Angestellten bestimmter Geschäfte zwecks Abgabe der Post an den Postzügen ausgestellt werden sollten. Die Bahnbehörde wies darauf hin, dass ausserhalb der Absperrung günstig gelegene Briefkasten angebracht und Seitens der Postverwaltung unmittelbar vor Abgang der Postzüge zuverlässig geleert werden würden.

Da der Kammer neuerdings Klagen über Mangel an Güterwagen besonders während der Kampagne der Zuckerfabriken unterbreitet worden sind, hat dieselbe ein Rundschreiben zunächst an die Zuckerfabriken des Bezirks ergehen lassen und zur Einsendung authentischen und genauen Materials aufgefordert.

Seitens des Herzoglichen Staats-Ministeriums ist die Kammer derzeit aufgefordert worden, auf Grund der gegenwärtig vorhandenen bezw. zu erwartenden Verkehrsmengen den Nachweis der Rentabilität eines event. Stichkanals nach dem Rhein-Weser-Elbe-Kanal zu erbringen. Die Kammer hat sich daraufhin mit den in Betracht kommenden Verkehrsbehörden und

Gesellschaften in Verbindung gesetzt und auf Grund der an diesen Stellen vorhandenen Zahlen eine Denkschrift ausgearbeitet, welche für die in Rede stehende Frage zu sehr günstigen Ergebnissen gelangt. Eine neuerdings gleichsam als Probe auf die behördlichen Zahlen veranstaltete Umfrage bei den hauptsächlichsten Industriellen und Grosshändlern des Bezirkes hat die Richtigkeit der in der Denkschrift aufgeführten Verkehrsmengen bestätigt. Gleichzeitig ist der Versuch gemacht worden, auf Grund der Resultate dieser Denkschrift eine Exportstatistik aufzustellen.

Auf Anregung der Handelskammer ist während der Berichtszeit ein Braunschweigischer Verein für Dampfkesselrevisionen begründet worden. Die Kammer selbst hat sofort nach Konstituierung des Vereins geglaubt, ihre bez. Thätigkeit einstellen zu müssen. Der Verein befindet sich in gutem Fortgange.

Ueber die Besteuerung der Aktiengesellschaften, welche die öffentliche Diskussion beschäftigte, ist die Kammer nicht zu Beschlüssen gelangt, da Anträge nach dieser Richtung nicht vorlagen. Indessen ist im Schosse des geschäftsführenden Ausschusses allseitig die Ansicht vertreten worden, dass eine Doppelbesteuerung unter allen Umständen zu vermeiden sei.

Eine Einflussnahme auf die Landtagswahlen hat die Kammer insofern ausüben versucht, als ihr nicht nur daran gelegen war, die Wiederwahl ihres langjährigen und verdienten früheren Präsidenten, Kommerzienraths Haake, zu befürworten, als auch dafür zu sorgen, dass eine möglichst gleichmässige Vertretung der Interessen des Handels und der Industrie zu Stande komme.

Im Interesse des Handelsstandes und auf Anregung aus hiesigen Bankierkreisen hat die Kammer unterm 12. September d. J. eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamtes bezüglich anderweiter Behandlung der Protestwechsel gerichtet. Die mit der Post eingehenden Wechsel werden von dieser Behörde häufig bereits am Mittage des Verfalltages dem Gerichtsvollzieher zum Protest gegeben. Letztere sind nicht ermächtigt, nach Erhebung des Protestes die Valuta anzunehmen. Die sich hieraus für das Geschäftspublikum ergebenden Nachteile sind in der betr. Denkschrift dargelegt. Der Antrag auf Respektierung einer ein- bis zweitägigen Frist ist Seitens der Postverwaltung bedauerlicherweise abgelehnt worden. Auf die an die hiesige Gerichtsbehörde gerichtete Bitte um Abänderung der bez. Instruktion der Gerichtsvollzieher ist bisher ein Bescheid nicht eingegangen.

Für die ständige Auskunftsstelle in Zollsachen, welche der deutsche Handelstag zu errichten wünscht, ist als Sachverständiger der Mühlenbranche neuerdings Herr Günther-Gliesmarode bezeichnet worden. Als Sachverständiger für den Zollbeirath zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Russland wurde Herr Alb. Natalis nominirt. Das Mitglied der Kammer, Herr Ingenieur Lemmer, gehört dem Zollbeirathe als Vertreter des Zentral-Vereins deutscher Industrieller an.

Herr Wilh. Oppermann ist dem Herzogl. Amtsgerichte zur Vereidigung als Bücherrevisor empfohlen worden. Der geschäftsführende Ausschuss gab jedoch bei dieser Gelegenheit der Anschauung Ausdruck, dass zu derartigen Beschäftigungen in erster Linie künftighin bedürftige braunschweigische Staatsangehörige in Vorschlag gebracht werden sollten.

In der Berichtszeit ist der 17. deutsche Gewerbekammertag, welcher in der Zeit vom 12.—14. Oktober in Eisenach, und zwar zwecks Berathung der preussischen Regierungsvorschläge betr. die Organisation des Handwerks abgehalten und diesseits durch den stellvertretenden Vorsitzenden und den Syndikus beschickt worden. Die Verhandlungen haben viel dazu beigetragen, die über diese schwerwiegende Frage verbreiteten Anschauungen zu klären.

Die neuen Reichssteuervorlagen sind durch Berathung mit den Interessenten und durch Einziehung von Erkundigungen und Material vorbereitet worden.

Der II. Theil des Jahresberichts pro 1892 ist erschienen und zur Versendung gelangt. Ausstellungen sind gegen den Inhalt desselben nicht erhoben worden; nur ist der Wiederabdruck der Bilanzen wichtiger Aktiengesellschaften angeregt worden. — Die Mittheilungen für Handel und Gewerbe sind erschienen und den Mitgliedern der Kammer regelmässig zugegangen. — Der Sitzungssaal ist bedeutend vergrössert, die Geschäftsräume zum Theil Seitens des Wirthes neu ausgestattet worden; es ist ein neuer Miethsvertrag abgeschlossen. — Die Akademischen Vorlesungen über Allgemeine Nationalökonomie, Geschichte der französischen Revolution und Handels- und Wechselrecht, sowie die staatswissenschaftlichen Uebungen sind zu Stande gekommen und gut besucht. — Eine Reihe von Steuerreklamationen ist erledigt worden. — Der Herr Vorsitzende hat sich während der Berichtszeit zum Besuche der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf zehn Wochen beurlaubt.

Der Geschäftsbericht wird genehmigt. Herr Direktor Dr. Barth spricht der Kammer als Vorsitzender des neu begründeten braunschweigischen Vereins für Dampfkesselrevision Namens der beteiligten Industrie für die von ihr ausgegangene Anregung Dank aus.

Herr Dr. Barth beurlaubt sich um 1²1 Uhr.

2. Vorlagen betreffend die Einführung neuer Reichssteuern.

a) Entwurf eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Tabaks.

Referent: Herr Natalis.

Referent beginnt seinen Bericht mit nachstehenden allgemeinen Ausführungen.

Die heute zur Berathung vorliegende Materie ist wohl eine der wichtigsten und schwierigsten, welche die Handelskammer seit Langem beschäftigt hat.

Es werden aufs Neue Seitens der Reichsregierung Anforderungen an Industrie und Handel gestellt, die voraussichtlich eine schwere Schädigung der betreffenden Zweige zur Folge haben dürften. Die Aufgabe der Handelskammer muss es sein, den gesetzgebenden Faktoren, von rein sachlichen Gründen ausgehend, aus geschäftlicher Erfahrung fliessende Anschauung über die Vorlagen, ihre Ausführungsform und ihre Wirkungen klar und offen darzulegen.

Die Kammer ist ja nicht berufen, darüber ein entscheidendes Wort zu sprechen; dieselbe ist aber berufen, ein unparteiisches fachmännisches Urtheil zu formuliren, damit auf Grund eines solchen das Votum an massgebender Stelle erfolgen könne.

Als die Militärvorlage angenommen wurde ohne gleichzeitig die Deckungsfrage dafür festzustellen, hatte sich die Regierung dahin verpflichtet, dass die Kosten durch solche Vorlagen zu beschaffen seien, die den sogenannten kleinen Mann unbelastet lassen. Man hegte daher die wohlberechtigte Erwartung, dass eine Besteuerung, welche die Allgemeinheit der Reichsangehörigen in ihren besser situirten Klassen allein treffen würde, als die allein zulässige und richtige zur Vorlage kommen müsse. Solche aufzusuchen wäre wohl nicht so ausserordentlich schwer gewesen, denn in vielen unserer Nachbarstaaten war man bereits darin findig genug!

Statt dessen aber stützen sich sämtliche Vorlagen lediglich auf die Vermittelung der schon durch die sozialpolitischen Gesetze so schwer bedrückten Industrie und des Handels; sie bedürfen dabei eines kolossalen Apparates zu ihrer Durchführung; demgemäss aussergewöhnlich hoher Beitreibungskosten, und lassen trotzdem ein weit geöffnetes Thor für Umgehungen und Defrauden, unter denen nicht allein das Ertragniss, sondern

vor Allem der reelle Geschäftsmann zu leiden haben würde.

Aber auf der anderen Seite müssen wir wohl vor Augen halten, dass die Mittel für das Reich nothwendig sind, — sie müssen nun einmal beschafft werden, und diesen leitenden Gesichtspunkt haben wir auch in unseren Kommissionsberatungen festgehalten, die in eingehendster Weise in zwei Sitzungen, unter Anhörung der beteiligten Geschäftszweige stattgefunden, und ich bin überzeugt, dass auch die Kammer dieselben in Berücksichtigung zieht bei Fassung ihrer endgültigen Beschlüsse, — unbeirrt von den in den einzelnen Interessenten-Gruppen ausgesprochenen unbedingten Ablehnungen.

Die Interessenten haben naturgemäss ein ganz anderes Ziel zu erstreben, während die Handelskammer, selbst in der Vertheidigung solcher Interessen doch auf einem anderen Standpunkte, auf einem mehr neutralen steht.

Die einfache Regierung führt keinen Schritt weiter, sondern würde die Suche nach Steuerobjekten nur auf andere Bahnen lenken.

Die Ihnen bekannten Vorlagen betreffen

1. die Tabak-Fabrikatssteuer,
2. den Weinbau und Wein-Verkauf,
3. die Erhöhung der Börsensteuer,
4. die Quittungsstempelsteuer,
5. den Stempel für Frachtbriefe und Ladescheine.

Ehe man in die einzelnen Vorlagen näher eingeht, bittet man um Beschluss, ob eine Generaldebatte vorzugehen soll, ich halte solche nicht für zweckdienlich, da sie unbedingt in die Einzelvorlagen hineinspielen würde und die Beratungen zerstreuen und verlängern würde.

Aus dem weiteren Referate und der sich daran knüpfenden ausführlichen Diskussion sind die nachstehenden Gesichtspunkte hervorzuziehen.

Die Kammer ist überzeugt, dass Handel und Gewerbe zu den nothwendigen Opfern, welche die Durchführung der Militärvorlage unserem Volke auferlegt, nach Kräften beizutragen verpflichtet sind. Die Kammer kann sich auch der Erkenntniss nicht verschliessen, dass eine erhöhte Besteuerung des Tabaks vom Standpunkte der wirthschaftlichen Entwicklung unseres Landes aus betrachtet als nicht durchaus verwerflich und unausführbar bezeichnet werden muss. Trotz aller dem entgegengesetzten Schlagworte muss daran festgehalten werden, dass der Tabak ein Genussmittel ist, dass insonderheit sein reichlicher Gebrauch eine Luxusausgabe darstellt, deren steuerliche Erfassung empfehlenswerther erscheint, als die Belastung der nothwendigen Lebensmittel. Die Thatsache, dass auch die ärmeren Staatsbürger, und zwar diese in der Ueberzahl, sich solchen Genussmittels bedienen, vermag hieran nichts zu ändern.

Wenn die Kammer demnach nicht geneigt ist, die Einführung einer weiteren Steuer auf den Tabak unter allen Umständen von der Hand zu weisen, so hält dieselbe es doch andererseits für ihre Pflicht, dahin zu wirken, dass nicht etwa durch die Art der beabsichtigten Auflage betroffene Industriezweige härter und stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, als dies sich als unumgänglich nothwendig zeigt und als es der Gesetzgeber selbst vielleicht im Sinne gehabt hat. Die steuerpolitische Vergangenheit der grossen Industriestaaten bietet eine Fülle von Beispielen dafür, wieviel weniger durch die Belastung mit Abgaben überhaupt, als durch Belastung an unrichtiger Stelle und auf unrichtigem Wege die Entwicklung einzelner Industriezweige hintangehalten werden kann.

Die Kammer hält dies vorliegende Projekt einer Tabakfabrikatssteuer allerdings für geeignet, schwere Schädigung der beteiligten Industrien herbeizuführen. Aus der Fülle der Argumente, welche Seitens der Interessenten-Agitation gegen den neuen Entwurf ins Feld ge-

führt worden sind, erscheinen vor Allem diejenigen Ausführungen von Gewicht, welche auf den zu erwartenden Rückgang der in der Tabaksindustrie beschäftigten Arbeiterzahl, sowie auf die Verschiebung der Fabrikation zum Schaden Norddeutschlands und zum Nutzen des Südens hinweisen. Die Motive der Vorlage gestehen zu, dass ein Rückgang im Konsum sich bereits seit dem Jahre 1879 bemerkbar gemacht hat; ein weiterer Rückgang dürfte zu erwarten und eine Verkleinerung insbesondere der mittleren Betriebe die Folge sein. Wie die Möglichkeit der Herstellung einer Fünfpennig-Zigarre aus überseeischem Tabak zum bisherigen Preise durch die neue Steuerbelastung fast ausgeschlossen und damit der Wettbewerb mit der Herstellung derselben aus heimischem Produkte in Süddeutschland gründlich erschwert wird, ist von sachverständigen Interessenten wiederholt und überzeugend dargelegt worden. Es beträgt aber der durchschnittliche Arbeitslohn für die Herstellung eines Tausendes Zigarren heute

in Norddeutschland	ca. 9,— Mk.
in Süddeutschland	„ 4,50 „

Der Unterschied, welchen die Fabrikation und der Handel hier auszugleichen hat, beläuft sich demnach auf 4,50 Mk. pro Mille.

Nach Aufschlag eines Steuersatzes von $33\frac{1}{3}$ Prozent (§ 5 d. Entw.) aber würden die entsprechenden Zahlen lauten:

in Norddeutschland ca. 9,— + 3,— Mk. = 12 Mk.
in Süddeutschland „ 4,50 + 1,50 „ = 6 „

Der Unterschied wird sich nach Einführung der Steuer mithin belaufen auf 6 Mk. gegen 4,50 Mk. vor Einführung derselben, d. h., die norddeutsche Fabrikation wird durch die neue Steuer gegen ihre süddeutsche Konkurrenz mit einem Schlage wesentlich benachtheiligt.

Es braucht angesichts des reichhaltigen Materials, welches über diese Frage während der letzten Wochen der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, kaum bemerkt zu werden, dass der Nutzen der Tabaks- und Zigarrenfabrikation nicht gross genug ist, um eine derartige Beeinträchtigung hinnehmen zu können. Diejenigen Fabrikanten, deren Kapitalkraft hierzu stark genug ist, werden ihre Betriebe alsbald nach dem Süden zu verlegen bestrebt sein. Das Schicksal der zurückbleibenden wird sich ausserordentlich ungünstig gestalten. Beide Kategorien aber werden gezwungen sein, ihr gesamntes bezw. einen nicht unbedeutenden Theil des Arbeiterpersonals zu entlassen. Es liegt auf der Hand, dass hierin eine um so grössere Härte gefunden werden muss, als die Arbeiterzahl gerade dieses Gewerbes in Deutschland so gross ist, als in keinem anderen Lande der Welt. Dazu kommt noch, dass, während Süddeutschland durch Beschäftigung zahlreicher Frauen und Kinder seine billigen Löhne zu erhalten sucht, in Norddeutschland gerade alle diejenigen männlichen Arbeiter ihre Zuflucht in den Zigarrenfabriken und entsprechenden Hausindustrien gefunden haben, welche um persönlicher und körperlicher Gebrechen halber den Anforderungen anderer Gewerbsthätigkeiten nicht mehr gewachsen sind. Das Bedenken, welches aus der voraussichtlichen Brotlosmachung gerade dieser Personen hergeleitet wird, erscheint uns schwerwiegend genug, den ganzen Entwurf in ungünstiger Beleuchtung erscheinen zu lassen.

Es ist auch nicht ganz unberechtigt, wenn die Interessenten ausführen, das Gesetz schreibe für die norddeutsche Fabrikation eine Prämie auf Herabsetzung der Arbeitslöhne aus. Wenn an vielen anderen Stellen der staatlichen Wirksamkeit neuerdings auf sozialpolitische Bedenken ein so grosses Gewicht gelegt wird, so kann die Kammer nicht umhin, darauf hinzuweisen, wie gerade eine der sozialpolitischen Richtung gegenüber feindlich wirkende Steuer von grösserer negativer Tragweite werden dürfte, als irgend ein positives Vorschreiten auf diesem Wege wieder ausgleichen kann.

In Verfolg dieser Erwägungen beschliesst die Kammer, beim deutschen Reichstage dahin vorstellig zu werden, dass dem vorliegenden Entwurfe eines Gesetzes betr. die Besteuerung des Tabaks die verfassungsmässige Zustimmung versagt werde.

b) Entwurf eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Weines.

Referent: Herr Natalis.

Aus dem Referate bezw. der sich daran knüpfenden Debatte erscheinen die folgenden Erwägungen beachtenswerth.

1. Es steht zu befürchten, dass die Last der projektirten Steuer gegen die Absicht des Entwurfes zum grössten Theil auf die Produzenten, d. h. auf die an und für sich schon in schwieriger Lage befindlichen Weinbauer fallen wird.

2. Die Bemessung der Steuer nach dem Werthe erscheint praktisch nicht nur sehr schwierig, sondern auch geeignet, der Steuerhinterziehung Thor und Thür zu öffnen, also das unreelle Geschäftsgefahren auf Kosten des realen zu begünstigen.

3. Die künstliche Schaffung einer Unterscheidung zwischen Gross- und Kleinhändler scheint geeignet, den Weinhandel empfindlich zu schädigen.

4. Der Ertrag der Steuer dürfte hinter den Erwartungen der Regierung zurückbleiben bezw. in keinem rechten Verhältnisse zu den Erhebungskosten stehen.

5. Die in dem Entwurfe vorgesehenen Kontrollmassregeln und die ganze Art der beabsichtigten Erhebung lässt das Gesetz von vornherein als unannehmbar erscheinen. Die ablehnende Haltung der Kammer ist wesentlich dieser Rücksicht zuzuschreiben. Die Kammer ist der Meinung, dass im Interesse einer guten Fortentwicklung des Handels und Wandels, die an immer neuen Stellen versuchte Einengung und Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebes mit aller Energie zurückgewiesen werden muss.

6. Der Wein erscheint an und für sich geeignet, eine höhere Besteuerung zu vertragen.

Referent beantragt, insbesondere im Hinblick auf das unter 5 aufgeführte Bedenken: beim deutschen Reichstage auf Ablehnung des Entwurfes vorstellig zu werden.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

c) Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881.

Referent: Herr Gutkind.

Aus dem Referate und der anschliessenden Besprechung ist hervorzuheben:

Wenn die Kammer auch der Ansicht ist, dass die gegenwärtige Finanzlage des Reiches den Angehörigen aller Berufsstände eine gewisse Opferwilligkeit zur Pflicht macht, so erlaube man sich doch im Nachstehenden diejenigen Punkte zu bezeichnen, an welchen die Inanspruchnahme der Leistungsfähigkeit für die Steuerzahlung über die uns als richtig gesteckt erscheinende Grenze hinausgeht.

Was zunächst die projektirte Börsensteuer betrifft, so glauben wir allerdings nicht, dass die beabsichtigte Erhöhung bezw. Verdoppelung der bestehenden Steuersätze die an sich wirtschaftlich berechnete und nützliche Thätigkeit der Börse wesentlich beeinträchtigen wird. Dagegen erscheint bedenklich eine dreifache Erhöhung der Steuer auf ausländische Werthpapiere, wie solche der Entwurf in Vorschlag bringt. Die Kammer verkennt nicht, dass bez. Heranziehung solcher Werthe, insbesondere was die Unterbringung derselben bei unseren kleinen Privatkapitalisten betrifft, während des letzten Jahrzehntes viel geschehen ist, was besser unterblieben wäre. Es steht jedoch auf der anderen Seite zu befürchten, dass eine zu starke

Belastung der ausländischen Papiere nicht nur das ausserordentlich wichtige Arbitrage-Geschäft erschweren könnte, sondern dass überhaupt die gesammte deutsche Volkswirtschaft durch das Abfliessen dieser Werthe und Uebergeben derselben in andere Länder nachtheilig beeinflusst werden dürfte. Die Erfahrung lehrt, dass die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen und die Aufnahme von Bestellungen aus und nach denjenigen Ländern wesentlich erleichtert ist, in welchen deutsches Kapital sich für die Schaffung grosser Verkehrsanlagen, industrieller Unternehmungen etc. des Staates und der Privaten bereit und willig gezeigt hat. Würden wir die fremden Anlagewerthe durch unrichtige Massregeln vom deutschen Markte verschrecken, so bliebe die entsprechende Rückwirkung zum Schaden unseres Gewerbfleisses sicher nicht aus.

Hierbei ist zu bemerken, dass auch die in Aussicht gestellte Kontrolle der Privatgeschäfte wenig empfehlenswerth erscheint. Die Kammer hält dieselben für unnütz und für unerdient kränkend.

Des Weiteren muss man auch nach reiflichster Prüfung die Einführung eines Frachtbriefstempels, sowie einer Checksteuer als bedenklich bezeichnen. Der Frachtbriefstempel, gegen welchen man von vornherein das grundsätzliche Argument anführen kann, dass er als eine Verkehrserschwerung aufgefasst werden muss, wirkt gerade im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung recht ungünstig, denn er trifft nicht etwa gleichmässig alle Kreise des Publikums oder auch nur der Geschäftswelt, sondern er belastet unverhältnissmässig stark und einseitig den durchaus mit nur noch geringem Vortheile arbeitenden Zwischenhandel, dessen nützliche wirtschaftliche Funktion bedauerlicherweise gegenwärtig von vielen Seiten übersehen und in Abrede gestellt wird. Geschäften solcher Art von nur mittlerem Umfange würde durch diese Steuer eine empfindliche Belastung aufgebürdet werden. Es erscheint fraglich, ob das Erträgniss der Abgabe durch seinen Effekt im allgemeinen Staatssäckel einen entsprechenden Ausgleich für die event. Verkümmern eines so wichtigen, volkswirtschaftlichen Funktions-trägers bieten kann, als welchen man den Zwischenhandel im heutigen Deutschland noch bezeichnen muss.

Was endlich den Checkstempel angeht, so ist sehr wohl bekannt, dass derselbe in anderen Ländern, z. B. in England, seit langer Zeit im Gebrauch ist. Es wäre gegen denselben auch grundsätzlich wenig einzuwenden, wenn der Check hier zu Lande bereits völlig heimisch wäre. Dies ist aber leider noch nicht der Fall. Angesichts des Umstandes indessen, dass eine weitere Vereinfachung des Rechnungs- und Zahlungsverkehrs als dringend erwünscht erscheint, und dass gerade der Checkverkehr, wie das Beispiel des Auslandes lehrt, hierfür das geeignetste Hilfsmittel ist, hält die Kammer seine Besteuerung für um so weniger angezeigt, als ja nach der Vorlage selbst das finanzielle Erträgniss dieser Steuer ausserordentlich gering sein wird.

Referent beantragt beim deutschen Reichstage für a) entsprechende Abänderung des Börsensteuerprojektes, b) Ablehnung der Einführung einer Stempelgebühr auf Frachtbriefe und Checks einzutreten.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

Anträge auf Ablehnung der beabsichtigten Quittungssteuer werden nicht gestellt; es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch diese Steuer dem Handel und Gewerbe schwere und unbequeme Opfer auferlegt, welche man nur im Hinblick auf die Lage der Reichsfinanzen zu bringen sich entschliessen könne.

Herr Dr. Pfeiffer-Wendessen beurlaubt sich.

3. Entwurf eines Gesetzes betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und der Flösserei.

Die Verhandlung wird im Hinblick auf am Sitzungstage neu eingegangenes Material ausgesetzt.

4. Herabsetzung der Fernsprechgebühren.

Referent: Herr Gerloff.

Die Handelskammer zu Sonneberg hat eine längere Denkschrift an die Schwesterkammer versandt, in welcher sie aus den bekannten wirtschaftlichen Gründen für Herabminderung der Fernsprechgebühren eintritt und auf Grund einer eingehenden Statistik 50 Mk. p. a. für Benutzung eines örtlichen Fernsprechers in Vorschlag bringt.

Referent erkennt die Berechtigung der allgemeinen Ausführungen der Antragstellerin an. weist auch auf ähnliche Darlegungen, welche Seitens unserer und anderer Kammern vorgetragen worden sind. Er ist indessen überzeugt, dass der Antrag auf Ermässigung bis zu 50 Mk. p. a. bei dem heutigen Stande der Sache aussichtslos sei und beantragt seinerseits bei der Reichspostverwaltung wiederholt dahin vorstellig zu werden, dass eine Ermässigung der Telephongebühr auf 100 Mk. p. a. für den Ortsverkehr, auf 25 Pfg. für jedes Einzelgespräch im Fernverkehr bis zu 50 Klm., auf 50 Pfg. für weitere Entfernungen Platz greife.

Die Kammer erhebt diesen Antrag zum Beschluss. Herr Dorguth-Helmstedt beantragt im Hinblick auf den verhältnissmässig geringeren Nutzen, welche die Fernsprecheinrichtung mit beschränkter Anschlusszahl gewährt,

im Interesse eine Herabsetzung der Gebühren für kleinere Städte vorzugehen.

Der Antrag wird abgelehnt mit der Begründung, dass gerade die geringe Zahl der Anschlüsse an kleinen Orten die Rentabilität der Einrichtung schon an und für sich zweifelhaft mache, deshalb keine Aussicht dafür vorhanden sei, dass die Postbehörde in der Richtung des Antrages Aenderungen schaffen werde.

5. Einführung einer einheitlichen Bezeichnung für die Gewichtsmenge von 100 kg.

Referent: Herr Lemmer. Aus den Ausführungen des Referenten ist hervorzuheben:

1. Was die Bedürfnisfrage nach Einführung einer Bezeichnung für eine Menge von 100 Kilogramm angeht, so muss dieselbe bejaht werden. Schon der Umstand, dass in Ermangelung eines präzisen, kurzen und in einem Worte zusammengefassten Ausdruckes, immer noch im Verkehr die alte Bezeichnung »Centner« gebraucht wird und man damit sowohl eine Gewichtsmenge von 50 kg und häufig auch die von 100 kg versteht, ohne in diesem Falle eine besondere nähere Bezeichnung hinzuzufügen, beweist, dass ein Wort für die höhere Gewichtseinheit fehlt. Dessen Einführung ist die notwendige Folge der Annahme des dekadischen metrischen Gewichtssystems. Ohne ein solches Wort ist eine Lücke in den Bezeichnungen der Gewichtseinheiten vorhanden.

Das Urgewicht ist das Kilogramm; die zweithöhere Einheit ist die Tonne, und für die dazwischen liegende höhere Einheit von 100 kg fehlt eine Bezeichnung.

2. In Betreff des eventuell zu wählenden Ausdruckes ist zu bemerken:

Von den von dem Abgeordneten Broemel im Reichstage vorgeschlagenen und von der Normal-Aichungs-Kommission genannten Bezeichnungen; metrischer Centner (Metercentner), Quintal und Hektokilogramm erscheint keine die richtige und passende zu sein.

»Metrischer Centner« sind zwei Worte und daher im Gebrauche zu unbequem, weshalb man auch in Oesterreich-Ungarn und der Schweiz, woselbst die Bezeichnung offiziell eingeführt wurde, schon dazu übergegangen ist, den unrichtigen Ausdruck: »Metercentner« zu gebrauchen. Metercentner ist offenbar aus einer Abkürzung und Zusammenziehung der Bezeichnung metrischer Centner entstanden. Diese Umbildung ist aber zur Bezeichnung einer Gewichtsmenge ganz falsch angewendet, weil, wie auch in den bezüglichen Ausführungen der Normal-Aichungs-Kommission richtig gesagt wird, damit

ein Produkt aus Weg mal Gewicht mal Zeiteinheit, also eine Arbeitsleistung zum Ausdrucke gebracht wird.

»Metrischer Centner« passt gar nicht in die übrigen Bezeichnungen der Gewichtsmengen des metrischen Systems hinein, da hier zwei Einheiten verschiedener Ordnungen (Längen- und Gewichtsmass) mit einander verbunden sind.

Der Ausdruck »Quintal« ist besonders in Frankreich und Belgien im Getreidehandel gebräuchlich und bezeichnete früher eine unsern alten Centner gleichwerthige Grösse und dem englischen hundred weights, also etwa 50 kg. In neuerer Zeit wird unter Quintal auch eine Gewichtsmenge von 100 kg verstanden; dieser Umstand allein aber lässt das Wort nicht geeignet zur Uebernahme erscheinen. Auch der Ableitung nach erachte ich das Wort für wenig passend; in Deutschland würde es sich nur schwer einbürgern. Aus bisheriger verschiedener Werthbemessung dieses Ausdruckes würden besonders im Verkehr mit dem Auslande Irrthümer entstehen.

Ganz ausgeschlossen erscheint die Einführung des Wortes »Hektokilogramm«. Man gebraucht schon eine geraume Zeit, um dieses schwertällige, fünf-silbige Wort auszusprechen, und dann entsteht die Frage, wie lange Zeit würde es dauern, bis dieser aus griechischen Wörtern zusammengezogene Ausdruck sich dem untern Volke, unseren Fuhr- und Ackerknechten u. s. w. eingeprägt haben würde. Es erinnert dies an gewisse volkstümliche Bezeichnungen gewisser Medikamente mit längerem lateinischen Namen.

Als Hauptgrund gegen die Bezeichnung einer höheren Gewichtseinheit mit einem Ausdrucke, der das Wort Kilogramm enthält, muss das Folgende angeführt werden:

In einer Bekanntmachung der Normal-Aichungs-Kommission vom 6. November 1889 betreffend den Begriff Kilogramm heisst es u. a.

Das internationale Mass- und Gewichts-Komitee und auf seinen Antrag die erste allgemeine Konferenz des internationalen Gewichtsdienstes, welche im Laufe dieses Herbstes versammelt gewesen sind, haben in Uebereinstimmung mit obigen Erwägungen bei der nunmehr vollzogenen Festsetzung des neuen internationalen Urgewichtes ausdrücklich erklärt:

das internationale Kilogramm stellt die Einheit der Masse dar.

Es soll also hiernach im internationalen Mass- und Gewichtsdienst, wie nicht minder im amtlichen Verkehr innerhalb des deutschen Reiches unter dem Kilogramm die Masse des Körpers verstanden werden, nicht das Gewicht desselben, welches ein Produkt aus seiner konstanten Masse mal der Erdbeschleunigung ist.

Im Handel und Verkehr, sowie in der Technik versteht man aber unter kg noch immer das Gewicht jenes Körpers, man befindet sich also im Widerspruch mit der amtlichen Auffassung und der internationalen Festsetzung. Um diesen Gegensatz zu beseitigen, müsste man in der technischen Welt und im Handel und Verkehr dazu übergehen, für Kilogramm-masse und Kilogramm-gewicht verschiedene, genau unterscheidende Namen einzuführen.

Allein aus diesem Grunde muss davon abgesehen werden, in die Bezeichnung für eine Menge von 100 kg das Wort »Kilogramm«, in welcher Verbindung es auch sei, wieder aufzunehmen. Wenn die Technik zum absoluten Masssystem übergeht, wie es seit einiger Zeit in Deutschland, seit längerer Zeit in England und Frankreich angestrebt wird, würde eine solch falsche, weil nicht bestimmte Bezeichnung zu Irrthümern führen.

3. Eine gute und passende Bezeichnung für eine Menge von 100 kg aber dürfte das Wort: »Neucentner« sein. Es schliesst sich dem bisherigen Begriffe einer höheren Einheit der Gewichtsmenge gut an und eine Verwechselung mit dem alten Centner zu 100 Pfd. =

50 kg, mit dem leider in Handel und Verkehr immer noch zu viel umgegangen wird, ist nur schwer möglich. Das Wort ist kurz und präzise. Im Laufe der Zeit, wenn die Begriffe des alten Centners à 50 kg verschwunden sein werden, wird man vielleicht die jetzt noch zur Unterscheidung nöthige Vorsilbe »Neu« allmählich unterdrücken. Bei dem Worte Centner denkt man sich sofort eine höhere Einheit, bestehend aus 100 niederen Einheiten, gemäss seiner Ableitung aus dem Lateinischen. Trotzdem ist das Wort in die deutsche Sprache der Art übergegangen, dass man es als deutsches Wort bezeichnen kann, ebenso wie wir das Wort »Tonne« als ein deutsches betrachten können.

Referent beantragt:

Dem Ausschuss des Deutschen Handelstages, welcher auf Veranlassung der Normal-Aichungs-Kommission die Behandlung dieser Angelegenheit angeregt hat, mitzuthemen, dass

1. Die Kammer ein Bedürfniss für die Einführung einer bez. Bezeichnung durchaus anerkenne;
 2. das Wort „Neucentner“ in Vorschlag bringe.
- Die Kammer beschliesst demgemäss.

Die Punkte 6—12 der Tagesordnung werden abgesetzt, indessen beschlossen, zwecks Erledigung derselben zwischen Weihnachten und Neujahr eine Plenarversammlung abzuhalten.

13. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Referent: Herr Leo.

Der hiesige Handelsverein hat an die Kammer eine begründete Eingabe gerichtet, in welcher er bittet, die Kammer möge bei der Staatsbehörde die Ausdehnung der Sonntagsruhe an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten und am Sylvestertage d. J. auf die Zeit von 8—9 und 11—1 Uhr Vormittags und 3—10 Uhr Nachmittags befürworten.

Da unterdessen behördliche Erlasse bez. dieser Angelegenheit bereits vorliegen, in ihrem hauptsächlichsten Theile auch den Wünschen der Gewerbetreibenden entsprechen dürften. beantragt Referent:

Das Herzogliche Staats-Ministerium zu bitten, die gleichen Erleichterungen, welche bez. Handhabung der Sonntagsruhe durch den Erlass vom 11. November d. J. geschaffen worden sind, auch für Sonntag, den 31. Dezember eintreten zu lassen.

Zur Begründung dieser Bitte ist darauf hinzuweisen, dass eine ganze Reihe von Geschäftsinhabern aus dem Erlöse des Umsatzes am Sylvester-Nachmittag die volle Deckung ihrer Mieths- oder Zins-Verpflichtungen für den 1. Januar a. f. gewohnheitsmässig zu bewirken in der Lage sind. Es ist dies in erster Linie bei den Verkäufern von Rum, Arrak und Punsch-Essenzen, sowie bei den Händlern mit Neujahrskarten der Fall. Angesichts der sehr bedrückten Geschäftslage steht für diese Personen ein bedeutender Einnahme-Ausfall zu befürchten, wenn in Folge Zusammenfalls des Sylvestertages mit einem Sonntage die Verkaufszeit dieses Tages erheblich beschränkt würde.

Die Kammer beschliesst nach dem Antrage des Referenten.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung beschlossen wie ad 6—13.

Schluss der Sitzung um 4 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Materialien

zum

Entwurf eines Reichs-Weinsteuergesetzes.

Die Generalversammlung des *deutschen Weinbau-Vereins* in Neuenahr (14. September) erklärte sich gegen die den Weinbau und Weinhandel bedrohenden Steuerprojekte durch folgende Resolutionen:

1. Im Hinblick auf die regierungsseitigen Zusicherungen, dass die durch die Militärvorlage entstandenen Mehrforderungen nicht der Landwirtschaft, deren hervorragender Zweig der Weinbau ist, aufgebürdet werden sollen;
2. im Hinblick auf die dem Weinbau durch die Handelsverträge auferlegten grossen Opfer, deren Tragweite sich noch nicht übersehen lässt;
3. im Hinblick auf unsere junge, auch staatlich geförderte Schaumwein-Industrie und den Rothweinbau, sowie auf die schwierige Lage, in welcher der deutsche Weinbau überhaupt durch die klimatischen und Erwerbsverhältnisse sich befindet, die vielfach staatliche Hilfe für die Weinbauer erforderlich gemacht haben;
4. im Hinblick auf die Nothwendigkeit, durch Erzielung von Qualitätsweinen den Ruf der deutschen Weine hoch zu halten und die Schwierigkeit, die Mehrkosten der Weinkultur im Verhältniss zu anderen Ländern auszugleichen;
5. im Hinblick auf die Verschiedenheit der zur Zeit bestehenden Besteuerung des Weines und des Kunstweines in den Einzelstaaten;
6. im Hinblick auf die grossen Ertragsschwankungen und auf die mehr wie fragliche Erergiebigkeit einer Steuer auf Qualitätsweine allein spricht sich die Versammlung auf das Entschiedenste gegen jede Besteuerung des Weines aus. Dieselbe erachtet es ferner für unbedingt geboten, dass möglichst bald nähere Angaben der allenfalls beabsichtigten Steuervorlage bekannt gegeben werden, da die jetzige Unsicherheit bereits schädigend wirkt und den Betheiligten Gelegenheit gegeben werden muss, bei Zeiten ihre weiteren Bedenken dagegen zum Ausdruck zu bringen.

* * *

Die von der *Handelskammer zu Wiesbaden* gegen die geplante Reichsweinsteuer gerichtete Eingabe enthält folgende Begründung:

Die Reichsregierung rechnet nach Zeitungsnachrichten auf etwa 10 Millionen Mk. Reinertrag aus der Weinsteuer. Da die Erhebungskosten selbst bei der schwächlichsten Steuerkontrolle sich auf mehr als 3 Millionen, d. h. mehr als 30 Prozent des Reinertrags belaufen dürften, so müsste die Weinsteuer ungefähr 13 bis 14 Millionen Mk. Rohertrag abwerfen. In ganz Deutschland waren nun in den letzten zehn Jahren durchschnittlich gerade 120000 ha Weinbergsland in Ertrag, d. h. es waren, da etwa $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{7}$ der Weinberge ohne Ertrag sind, etwa 140000 ha Weinbergsland überhaupt mit einem Durchschnittsertrag von 2360000 hl vorhanden. Von diesen werden ungefähr 50000 ha als solche Weinberge anzusehen sein, die minderwerthige Weine (weniger als 50 Mk. pro Hektoliter Werth), die ja von der Reichsteuer nach Zeitungsberichten frei bleiben sollen, erzeugen. Es blieben somit etwa 90000 ha Land mit einem Durchschnittsertrag von etwa 1500000 hl Wein übrig, die nebst den 600000 hl eingeführten theueren ausländischen Weinen einen Gesamtsteuerbetrag von 13 bis 14 Millionen Mk. aufzubringen hätten. Von den 90000 ha deutschen Weinbergslandes müssten demnach also künftig 10 Millionen Mk. Weinsteuer aufgebracht

werden, d. h. jeder Hektar Weinberg hätte künftig etwas mehr als 100 Mk. Steuer jährlich zu tragen.

Im südlichen Nassau bringt im Durchschnitt 1 ha Land bei einem Durchschnittswerthe von 10 000 Mk. und einem Durchschnittsertrag von 15 hl jährlich (zehnjähriger Durchschnitt für die Weinberge des Reg.-Bez. Wiesbaden) nur 1250 Mk. Rohertrag, da ein Stück Wein von 1200 Liter durchschnittlich mit etwa 1000 Mk. verkauft wird, und nach Abzug aller Arbeitskosten in der Höhe von 1000 Mk. etwa 250 Mk. Reinertrag, was auch, ausgenommen die bevorzugten Lagen, bei den Steuereinschätzungen im Allgemeinen angenommen zu werden pflegt. Da von diesen 250 Mk. Reinertrag noch Staatssteuern, Gemeindesteuern, Kirchensteuern, Versicherungsbeiträge, Kellereinkosten u. s. w. in Abzug zu bringen sind, so würden nach Einführung der geplanten Steuer nur 100 bis 150 Mk. für Verzinsung u. s. w. als Reinertrag pro Hektar Weinbergsland verbleiben.

Die spärliche Rente von 2 bis 2½ Prozent die bisher das Weinbergsland, wie bekannt, bei uns zu ergeben pflegte, würde also künftighin auf 1 bis 1½ Prozent herabgehen, wodurch zweifellos, namentlich in unserer Gegend, wo das Land bisher weit über den Preis, den die Reinerträge rechtfertigen, bezahlt wurde, eine ungeheure Entwerthung von Grund und Boden verursacht werden würde. Aber auch jede andere Steuer mit niedrigeren Sätzen als den von uns angenommenen dürfte bei den geringen Erträgen unserer Weinberge dieselbe Wirkung ausüben.

Die geplante Mehrbelastung unseres Weinbaues, mag sie also hoch oder niedrig sein, kann dieser somit in keiner Weise auf sich nehmen: sie würde nur die Ursache zu einer vollständigen Erschütterung unserer Bodenwerthe, unseres Bodenkredits und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sein. Hohem Staatsministerium dürfte schon bekannt sein, dass unser Weinbau, der unter mehrere Tausende von kleinen Besitzern vertheilt ist, und von dem nur der kleinste Theil in den Händen grösserer Grundbesitzer sich befindet (im Rheingaukreise haben nur 37 Besitzer mehr als 5 ha Weinbergsland), seit Jahren mit schwierigen Erwerbsverhältnissen zu kämpfen hat, und dass nur die alte Anhänglichkeit an den von den Vätern ererbten Weinbau viele verhindert hat, die Weinberge auszuhauen, die ihnen doch nur geringen Ertrag abwerfen.

Die drohende Verminderung der kärglichen Erträge unserer Weinberge, die nur Weine erzeugen, welche unbedingt der neuen Steuer unterworfen werden müssten, würde also die vorhandene Krisis verschärfen und somit die Zukunft des grössten Theils unseres Weinbaues in Frage stellen.

Es steht auch zu befürchten, dass der Weinbau, der nach Einführung einer Weinsteuer, bei der die Steuersätze nach dem Werthe des Weines steigen, noch übrig bleiben wird, sich vorzugsweise der Zucht von Massenweinen zuwenden und die Pflege edlerer Rebenarten, auf denen bisher der Ruf und die wachsende Ausfuhr deutscher Weine beruhte, aufgeben und vernachlässigen wird, wodurch ein weiterer Verfall des Weinbaues veranlasst werden muss.

Die Handelskammer zu Mainz legt in einer an das grossherzoglich hessische Staatsministerium gerichteten ausführlichen Eingabe die gegen die genannte Reichsteuer bestehenden Einwände im Allgemeinen dar und gedenkt nach dem Erscheinen des Gesetzentwurfes zu den speziellen Vorschlägen der verbündeten Regierungen erneut Stellung zu nehmen. Indem wir uns vorbehalten, auf die allgemeine Begründung zurückzukommen, geben wir vorläufig die in der Denkschrift enthaltenen Resultate wieder. Die Kammer kommt zu dem Schlusse

1. dass eine Besteuerung der Gesamtproduktion eine ungerechte Belastung eines Landestheils zu Gunsten der übrigen darstellt,
2. dass dieselbe, wie sie auch geartert sein möge, die Interessen der weinbautreibenden Bevölkerung auf das Schwerste bedroht,
3. dass dieselbe zu einer Einschränkung des Konsums geringer Weine zu Gunsten minderwerthiger Getränke führt,
4. dass dieselbe nicht im Stande sein wird, den von den verbündeten Regierungen erwarteten Antheil an den Kosten zur Bestreitung der Heeresvorlage aufzubringen,
5. dass eine Zirkulationssteuer für den Weinhandel unerträgliche Belästigungen herbeiführen muss, die seine Entwicklung erheblich beeinträchtigen,
6. dass eine Besteuerung der Qualitätsweine weder ertragsfähig noch ohne die unangenehmsten Kontrollmassregeln durchzuführen ist,
7. dass eine Besteuerung des Schaumweines die Erfolge der deutschen Schaumweinindustrie, welche seit einigen Jahren errungen worden sind, vernichten würde, ohne eine erhebliche Einnahme zu bringen.

Auch die unterfränkische Handels- und Gewerkekammer (Würzburg) hat beschlossen, gegenüber der gedachten Belastung eines Hauptzweiges des fränkischen Handels Stellung zu nehmen, und wird sich deshalb durch eine Enquete bei den Weinhändlern, bei der Gastwirthsinnung und dem unterfränkischen Weinbauverein Informationen über deren Wünsche und Interessen einholen.

In der Plenarsitzung der Handelskammer zu Coblenz (10. Oktober) stellte Geheimer Kommerzienrath Wegeler den Antrag, die Kammer wolle sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Reichsweinsteuer aussprechen, und weist eingehend nach, dass keine Form der Steuer ihre Abwälzung auf Winzer und Weinhändler hindern, die Mehrzahl der einen aber ebenso wenig wie der anderen eine derartige steuerliche Belastung ertragen könne. Weinbau und Weinhandel seien in den Thalgegenden des Bezirks die Hauptnahrungsquellen der Bevölkerung, die nicht geschwächt werden dürften. Die Steuer bringe aber auch, selbst wenn sie noch so hoch veranlagt werde, keinen Ertrag auf, der zu den Kosten und der Schädlichkeit der umständlichen Kontrolle in angemessenem Verhältniss stehe, so dass die Einführung einer derartigen Steuer nach jeder Richtung hin als ein schwerer Missgriff zu betrachten sein würde. Die Herren Bauer und R. Graeff unterstützen den Antrag, worauf derselbe einstimmig angenommen wird.

In der gleichen Angelegenheit referirte Namens der volkswirtschaftlichen Kommission der Handelskammer zu Trier in der Plenarsitzung derselben vom 12. Oktober Herr Müller-Vanvolxem und verlas eine Eingabe des Kammermitgliedes Herrn Hauth-Cues-Bernkastel.

Darin heisst es, dass die Einnahme aus einer Qualitätssteuer nach Abzug der Unkosten einen nennenswerthen Betrag nicht ergeben werde. Die Qualität der Weinberge sei heute nicht mehr massgebend; nach den Proben zu qualifiziren, sei ein schwieriges, in den weiteren Folgen von Ungerechtigkeiten getragenes Verfahren, das Veranlassung geben würde, zum Quantitätsbau überzugehen. Dann würde man auch bald zur Besteuerung der mittleren und kleineren Weine kommen. Ohne Zweifel hätte die Steuer eine Verminderung des Konsums im Gefolge, denn der Wein sei eher als z. B. das Bier zu entbehren. Das könnte aber ein gefährliches Experiment für den Produzenten werden, der doch die Hauptlast zu tragen habe. Im Gegensatz zu anderen Weinbaugebieten, wie Elsass, Baden u. s. w.,

würden an der Mosel und Saar verhältnissmässig nur wenige Weine unter dem Werthe von 50 Mk. für das Hektoliter produziert, so dass gerade die hiesige Gegend von der Weinststeuer betroffen würde, wenn es richtig sei, dass nur Wein von über 50 Mk. Verkaufswerth der Steuerpflicht unterworfen werden solle. Der Weinbau der Mosel und Saar liege an der nördlichsten Grenze des Weinbaugebietes und sei deshalb den ungünstigsten klimatischen Verhältnissen ausgesetzt. Früh- und Spätfröste, Rebkrankheiten aller Art lassen dem kleinen Winzer, dessen zersplitterter Besitz meist den weniger guten Lagen angehört, in der Durchschnittsberechnung nur einen kümmerlichen Tagelohn als Ergebniss seiner mühevollen Arbeit. Eine wahrnehmbare Ausdehnung des Grossgrundbesitzes sei die volkswirtschaftlich unerwünschte Folge der heutigen Lage des Kleinwinzers. Der Grossgrundbesitz erziele allerdings mitunter recht hohe Preise für seine Weine. Demgegenüber hätten aber auch die Produktionskosten in einer Weise zugenommen, dass bei dem hohen Anlagekapital, den vielen Missjahren auch der Grossproduzent nur einen recht bescheidenen Nutzen erübrigt. Ein Rückschlag auf Grund und Boden sei unausbleiblich gerade im Handelskammerbezirke. Die Weinbesteuerung decke sich auch nicht mit der seiner Zeit Seitens der Regierung kundgegebenen Ansicht, die Landwirthschaft solle nicht durch die Militärvorlage bedrückt werden.

Die volkswirtschaftliche Kommission hat sich, wie Referent ausführt, im Allgemeinen mit diesen Anschauungen einverstanden erklärt. Man ist der Ansicht gewesen, dass es im höchsten Grade unbillig ist, eine solche Steuer, selbst wenn sie grössere Erträge, als vorgesehen, brächte, den westlichen und südlichen Provinzen aufzuhalsen. Die Kommission schlägt der Kammer eine Eingabe an den Reichskanzler vor, um einer solchen Steuer vorzubeugen. Ferner sollen, wenn die Sache später im Reichstage zur Verhandlung kommt, unsere und event. noch andere Reichstagsabgeordnete für die Frage interessirt werden. Herr Keller-Beinig theilt mit, dass gestern in Saarburg eine Zusammenkunft der Interessenten stattgefunden habe, welcher auch einige Herren aus Trier beiwohnten. In derselben habe man sich über eine kurze Adresse verständigt, in der die Thatsache festgestellt wird, wie vernichtend die projektirte Steuer auf den Weinbau wirke. Besonders sei in der Versammlung darauf hingewiesen worden, welches ungeheure Uebergewicht Luxemburg mit seinen steuerfreien Weinen erlange. So erzeuge Wormeldingen mindestens 1000 Fuder und die Umgebung bis nach Sierck hin wieder Tausende und Tausende von Fuder. An der oberen Mosel machen die Winzer ohne grosse Produktionskosten auf einen Morgen 4 Fuder, an der Saar höchstens ein Fuder. Jetzt seien schon Weine von der Obermosel nach Trarbach für 300 Mk. pro Fuder verkauft worden. Die Saar, wo nur theure Weine erzeugt werden, erleide dadurch eine grosse Schädigung. Hinzu komme noch, dass an der mittleren Mosel viel gährige Weine zur Champagnerfabrikation verkauft würden. Nun sei in dem Gesetzentwurf auch eine spezielle Besteuerung der Champagnerfabrikation vorgesehen, so dass voraussichtlich nicht mehr auf diese gährigen Weine reflektirt werde. Dadurch würde dem Verkauf derselben ein Riegel vorgeschoben.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition wurde angenommen.

* * *

Die am 12. Oktober 1893 in der Börse versammelten Interessenten des hamburgischen Weinhandels erklärten sich einstimmig gegen die Einführung des in Aussicht genommenen Weinsteuergesetzes:

1. weil es die Steuerpflichtigkeit überhaupt und die Höhe der Steuer nach dem Werthe bestimmt, dessen Ermittlung zur Zeit des Eintritts in die Steuer-

pflichtigkeit in vielen Fällen unausführbar und unkontrollirbar und dadurch in hohem Grade zur Defraude verleitend ist;

2. weil es durch seine Vorschriften über Gross- und Kleinhändler meist undurchführbare Aenderungen in der Disposition der Lagerräume und für die Versteuerung der Kleinhandelslager Aufwendung von Kapitalien erforderlich macht, welche für die wirtschaftlich Schwächeren zum geschäftlichen Ruin führen müssen;
3. weil es durch die in demselben enthaltenen Kontrollvorschriften, welche den Wein vom Winzer bis zum Konsumenten verfolgen, die Freiheit der Bewegung in einem Masse einschränkt, dass dem Händler die unerlässlich notwendige Dispositionsfreiheit über seine Vorräthe in vielen Fällen unmöglich gemacht, den Konsumenten aber der Bezug von Wein verleidet wird;
4. weil es durch die bedeutenden Rückgang des durch die Ungunst der den Weinbau und den Weinhandel betreffenden Verhältnisse ohnehin schwer belasteten legitimen Weinhandels zur unvermeidlichen Folge haben würde.

* * *

Ausserordentlich zahlreich hatten sich am 13. November die Vertreter der Handelskammern und landwirthschaftlichen Vereine der weinbautreibenden Gebiete Deutschlands in Mainz zur Besprechung der geplanten Reichsweinststeuer eingefunden. Der angemeldete Vertreter des preussischen Finanzministers war nicht erschienen, ein Telegramm des Herrn Dr. Miquel an die Handelskammer Wiesbaden meldete, dass der betreffende Herr durch die nothwendig gewordene neue Besprechung der Weinststeuer in Berlin zurückgehalten werde. Auch die zu der Versammlung eingeladenen preussischen Ministerien für Landwirthschaft und für Handel und Gewerbe sowie die süddeutschen Ministerien waren nicht vertreten, nur das grossherzoglich hessische Ministerium hatte die Herren Geh. Obersteuerrath Engisch und Obersteuerrath Deisler entsandt. Von Handelskammern waren vertreten Bingen, Bonn, Braunschweig, Bremen, Cassel, Coblenz, Colmar, Darmstadt, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Halle a. S., Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Köln, Lahr, Limburg, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Schopfheim, Stettin, Strassburg i. E., Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Worms, Würzburg und eine grosse Anzahl landwirthschaftlicher Vereine. Nach einer Eröffnungssprache des Vorsitzenden der Mainzer Handelskammer, Herrn Geh. Kommerzienraths Michel, begrüsst Herr Oberbürgermeister Dr. Oechsner die Versammlung Namens der Stadt Mainz, die sich ganz dem Vorgehen ihrer Handelskammer in dieser Frage anschliesse.

Es wurde hierauf das Bureau gebildet, und zwar wurden die Vorsitzenden der drei Handelskammern Mainz, Herr Geh. Kommerzienrath Michel, Wiesbaden, Herr Rudolf Koepp, und Coblenz, Herr Geh. Kommerzienrath Wegeler, von denen die Einladung zur heutigen Versammlung ausgegangen, zur Leitung der Verhandlungen berufen. Zu Schriftführern wurden die Herren Handelskammersekretäre Dr. Merbot-Wiesbaden und G. Wiese-Coblenz bestellt.

Nach Erstattung der Referate des Herrn Reichsraths Dr. Buhl-Deidesheim über die Wirkungen der Reichsweinststeuer auf den Weinbau (Korreferent Herr Dr. Deinhard-Deidesheim), des Herrn Geh. Kommerzienraths Wegeler-Coblenz über die Wirkungen der Reichsweinststeuer auf den Weinhandel, des Herrn Franz Kuperberg-Mainz über die Wirkungen der Reichsweinststeuer auf die Schaumweinindustrie, des Herrn Bürgermeisters Hommel-Rappoltswiller über die Wirkungen der Reichsweinststeuer auf die Landessteuern folgte eine zweieinhalbstündige Diskussion, in der dreizehn Redner zum Worte kamen.

Hierauf wurden einstimmig folgende Anträge der Berichterstatter angenommen:

„Die Versammlung beurtheilt die in der Presse erschienenen Grundzüge des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Reichssteuer, vom Standpunkte des Weinbaues, des Weinhandels, der Schaumweinindustrie und der bestehenden Landessteuern dahin,

1. dass die Reichssteuer in der Mehrzahl der Jahre von den Weinbauern zu tragen ist, diese Besteuerung eines landwirtschaftlichen Produktes, welches durch keine andere Kulturart ersetzt werden kann, aber in hohem Masse drückend und ungerecht erscheint, auch den gegebenen Zusicherungen widerspricht,
2. die Abstufung der Steuer nach Prozents des Werthes unbedingt dahin führen muss, das Streben nach Erzielung möglichst edler Gewächse herabzudrücken und auf eine Massenproduktion billigen Stoffes hinzuwirken,
3. das Herbstgeschäft, welches namentlich für die kleinen Winzer von grosser Bedeutung ist, durch die nahezu undurchführbare gleichzeitige Steuerkontrolle in grossen Gebieten wesentlich erschwert und beeinträchtigt werden wird,
4. die beabsichtigte Einschränkung der Herstellung von Kunstwein durch die in Aussicht genommene Art der Besteuerung desselben sicher nicht erreicht werden dürfte,
5. die Einführung billiger fremder Weine, auch Verschnittweine und Trauben, welche zuzüglich des Zolles unter der Steuergrenze bleiben, durch die Besteuerung des inländischen Produktes einen neuen, ungeahnten Impuls erhalten wird, dessen Tragweite gar nicht übersehen werden kann, jedenfalls aber zur Schädigung des Erzeugers mittlerer Weine führen muss,
6. die deutschen Weinberge sich zum ganz überwiegenden Theile im Besitze kleiner und kleinster Winzer befinden und von diesen auch grosse Mengen der der Steuer zu unterwerfenden Weinsorten gezogen werden,
7. dass der Absatz besserer Weine durch die Einführung der Steuer unbedingt Noth leiden muss,
8. eine so verwickelte Steuer zweifellos den Keim zu zahllosen Umgehungen in sich birgt, welche den pflichttreuen Produzenten und Händler in grössten Nachtheil versetzen,
9. die Form der Steuer die Stellung auch des kleinsten Weingeschäftes unter die allerpeinlichste Kontrolle bedingt, für die meisten Geschäfte sehr kostspielige Neuanlagen und erhebliche Vermehrung der Betriebskosten erforderlich macht und fortwährend eine unerschöpfliche Quelle von Differenzen mit der Steuerbehörde, von Untersuchungen und Prozessen sein muss,
10. die zum Segen der Nationalwirtschaft in so erfreulicher Entwicklung begriffene Ausfuhr deutscher Weine, obwohl dieselbe von der Steuer befreit bleiben soll, durch die Einführung des verwickelten Kontrollapparates und durch die Herabminderung der Qualität des deutschen Weines, welche eine Folge der Steuer sein muss, entschieden erschwert und geschädigt werden wird,
11. dass die prozentuale Schaumweinsteuer die Herstellung geringer und geringster Produkte geradezu prämiiren, den Absatz besserer Gattungen erheblich erschweren und somit die emporblühende Industrie ernstlich gefährden wird,
12. die Besteuerung des Schaumweins von nachtheiligster Wirkung auf den Verkauf von Rohtrauben der kleinen Winzer sein muss,
13. der aus der Besteuerung des Schaumweins zu erwartende Reinertrag von 2 bis 2½ Mill. Mk. in gar keinem Verhältniss zur Schädigung des Gewerbes und zur Herabminderung von dessen Steuerfähigkeit im Allgemeinen steht,

14. dass die Einführung der Reichssteuer auf die Erträge der Landessteuern naturgemäss von dem nachtheiligsten Einfluss sein muss und die letzteren deshalb kaum mehr haltbar bleiben dürften,
15. die Steuersätze von 15 bzw. 20 Prozent für Naturweine und Schaumweine ganz ausserordentlich hohe sind, wie sie in keinem anderen Lande bestehen, und endlich

16. dass der erwartete Reinertrag durch die notwendige Neuanstellung zahlreicher Beamten so unverhältnissmässig grosse Erhebungskosten erfordert, dass dieselben vielleicht noch mehr, wohl sicher 30 bis 40 Prozent des Bruttoertrages verschlingen werden, wodurch die Einführung der projektirten Reichssteuer volkswirtschaftlich geradezu unverständlich erscheint.

Aus diesen Gründen spricht sich die zu Mainz am 13. November 1893 zusammengetretene Versammlung von Vertretern deutscher Handelskammern und landwirtschaftlicher Vereine gegen die projektirte Reichssteuer auf das Entschiedenste aus, beauftragt das Bureau, im Verein mit den Referenten, sofort nach Bekanntgabe des endgültigen Entwurfs den verbündeten Regierungen und dem Reichstage eine eingehend begründete Eingabe in diesem Sinne zu überreichen und die ihnen sonst dienlich erscheinenden Schritte zu thun.“

Bekanntlich ist der muthmassliche *Reinertrag der geplanten Reichssteuer* auf etwa 17 Millionen veranschlagt. Davon entfallen rund 12½ Millionen auf den Naturwein. Es ist nämlich angenommen, dass rund 1281000 Hektoliter in einer Preislage von über 50 Mk. an die Detailverkäufer und Konsumenten abgesetzt werden. Der Durchschnittswert dieser Weine ist auf Grund von Aeusserungen Sachverständiger auf 78 Mk. für das Hektoliter bemessen worden. Bei einer Steuer von 15 Prozent des Werthes würde demnach sich ein Bruttoertrag von rund 15 Millionen ergeben, von denen jedoch 15 Prozent Verwaltungskosten in Abzug kommen. Der Rest des gemuthmassen Gesamtreintrags im Betrage von 4½ Millionen würde auf die Schaumweine entfallen. Man nimmt an, dass vom inländischen Schaumwein 9120000 Flaschen, vom ausländischen 1035000 Flaschen für den Konsum in Deutschland jährlich in Frage kommen. Den Werth der ersteren hat man auf 2,25 Mk., den der letzteren auf 6 Mk. für die Flasche angenommen, so dass ein Gesamtwert der zu versteuerten Schaumweins von rund 26,7 Millionen Mk. sich ergeben würde. Bei einer Steuer von 20 Prozent des Werthes würde sich ein Bruttoertrag von 5,3 Millionen herausstellen, von welchem gleichfalls 15 Prozent in Abzug kämen. Auf erhebliche Erträge aus der Kunststeuer dürfte nicht zu rechnen sein. Beispielsweise stellt sich der Jahresertrag der Kunststeuer in Baden auf 1004 Mk. Hiernach musste bei der Ertragsberechnung der Weinsteuer von der Einstellung eines Betrages für die Kunststeuer abgesehen werden.

Die *Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin* haben (Sitzung vom 13. November) auf Ansuchen der Gesellschaft der Vereinigten Berliner Weinhändler beschlossen, die norddeutschen Handelskammern aufzufordern, Delegationen gemeinsamer Stellungnahme zu dem neuen Weinsteuer-Gesetzentwurf nach Berlin zu entsenden, und mit den erforderlichen Vorarbeiten zu der Versammlung den Ältesten Kommerzienrath Kühnemann beauftragt.

Die *Handelskammer zu Strassburg* wird (Beschluss vom 9. November) nach Veröffentlichung des Entwurfs in seinem Wortlaute eine Eingabe gegen denselben an das kaiserliche Ministerium und den Reichstag richten.

Die *Pfälzische Handels- und Gewerbekammer* (Ludwigshafen a. R.) hat (9. November) das Bureau beauftragt, unter Zugrundelegung einer bereits unterm 16. Oktober vom Bezirksgermum Neustadt-Dürkheim eingereichten Petition beim königlich bayerischen Staatsministerium des Innern gegen das Projekt einer Reichsweinsteuer vorstellig zu werden.

Der *Handels- und Gewerbekammer für Schwaben und Neuburg* (Augsburg) erscheint der Wein als Steuerobjekt nicht ungeeignet. Doch will sie durch eine Petition an geeigneter Stelle dem Wunsche einer Reihe von Petenten Ausdruck geben, dass jede unnötige Belästigung des Geschäftsbetriebes vermieden werden solle.

Die *Handelskammer zu Harburg* beabsichtigt (Beschluss vom 11. November) in einer Eingabe an den Bundesrath und den Reichstag hervorzuheben, dass sie einstimmig den Wein sehr wohl für ein der Besteuerung seitens des Reichs zu unterwerfendes Objekt erachtet, dass sie aber die Art und Weise, wie der Gesetzentwurf die Steuerpflichtigkeit des Weines regelt, für eine den deutschen Weinhandel ausserordentlich schädigende hält. Im Allgemeinen glaubt die Kammer, der von den Weinhändlern Hamburgs gefassten Resolution vom 21. Oktober d. J. zustimmen zu können. Dabei wurde jedoch insbesondere die Ansicht vertreten, dass die Besteuerung des Weins nicht beim Kleinhändler und Konsumenten, sondern beim Grosshändler erfolgen müsse, dass aber für die Bestimmung des Grosshändlers nicht, wie der Entwurf es vorsieht, massgebend sein kann, ob der Händler auch Mengen unter 10 Liter verkauft.

Die Festschrift der deutschen Kollektiv-Weinausstellung der Weltausstellung in Chikago enthält folgende Tabelle:

	Weinbau- fläche	Durch- schnitts- Jahresertrag	Produktionswerth	
			im Ganzen	per hl
	ha	hl	Mk.	Mk.
Italien	3430000	30,7 Mill.	614,0 Mill.	20,0
Frankreich	1837000	27,0 "	432,0 "	16,0
Spanien	1605000	29,0 "	493,0 "	17,0
Ungarn	365000	5,0 "	120,0 "	24,0
Oesterreich	210000	3,7 "	46,5 "	12,6
Portugal	200000	1,0 "	20,0 "	20,0
Deutschland	120000	2,2 "	125,0 "	56,8

Die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens.

(Schluss.)

Zur näheren Erläuterung der Vorschläge wird im Einzelnen Folgendes bemerkt:

A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks.

Die Grundlage für die Organisation stellen die Fachgenossenschaften dar; sie werden für den von der Landeszentralbehörde abzugrenzenden Bezirk der Handwerkskammern gebildet. Sofern eine genügende Anzahl von Gewerbetreibenden desselben Faches vorhanden ist, soll für dieses eine Fach eine besondere Genossenschaft errichtet werden. Trifft diese Voraussetzung

nicht zu, so sollen unter thunlichster Berücksichtigung verwandter Gewerbe die Angehörigen mehrerer Gewerbe zu gemischten Fachgenossenschaften vereinigt werden. Da, wo die Zahl der Gewerbetreibenden desselben Faches oder die räumliche Ausdehnung des Bezirks es erfordert, wird die Bildung mehrerer Genossenschaften desselben Faches in Frage kommen können.

Das Verfahren bei Bildung der Fachgenossenschaft wird etwa folgenden Verlauf nehmen: Von der höheren Verwaltungsbehörde wird unter Mitwirkung der etwa vorhandenen gewerblichen Vereinigungen (Innungen, Gewerbevereine u. s. w.) über die Zahl und Abgrenzung der im Bezirke der Handwerkskammer zu errichtenden Fachgenossenschaften ein Plan aufgestellt und veröffentlicht, der ersehen lässt, welche Gewerbszweige einer Fachgenossenschaft angehören sollen. Ueber Anträge auf Abänderung der vorgeschlagenen Eintheilung der Gewerbetreibenden zu Fachgenossenschaften hat, sofern sie von den gewerblichen Vereinigungen oder dem zehnten Theile der Betheiligten ausgehen, die Gesamtheit der betheiligten Gewerbetreibenden in einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu berufenden Versammlung zu beschliessen. Die endgültige Abgrenzung der Fachgenossenschaften erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde unter thunlichster Berücksichtigung der Ergebnisse der Beschlussfassung, und damit gehört jeder Gewerbetreibende kraft Gesetzes der Fachgenossenschaft an, welcher das von ihm betriebene Gewerbe zugewiesen ist. Demnächst haben die Gewerbetreibenden über das Statut ihrer Fachgenossenschaft zu beschliessen. Als Organ der Fachgenossenschaft sind der Vorstand und die Generalversammlung vorgesehen. Die Thätigkeit der Generalversammlung, welche bei grösseren Fachgenossenschaften auch aus Vertretern bestehen kann, soll auf die Vornahme der Wahlen, die Regelung der Etatsverhältnisse und die Beschlussfassung über die Abänderung des Statuts beschränkt sein. Die Erledigung aller übrigen Aufgaben der Fachgenossenschaft ist dem Vorstände vorbehalten, soweit ihm nicht durch das Statut für einzelne Geschäfte Ausschüsse zur Seite gesetzt sind. Die Vorschriften über das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Aemtern sind den Bestimmungen des Gesetzes über die Gewerbegerichte nachgebildet.

Unter die obligatorischen Aufgaben ist die Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten aufgenommen, um die Fachgenossenschaften auch in dieser Beziehung den Innungen gleichzustellen. Ebenso soll, wie bei den Innungen, die Mitwirkung der Gehilfenschaft vorgesehen werden bei der Regelung der Lehrlingsverhältnisse und der Begründung und Verwaltung solcher Einrichtungen der Fachgenossenschaft, welche die Interessen der Gehilfen berühren. Um den Kreis der Wahlberechtigten in der Gesellschaft nicht übermässig einzuengen, schien es angemessen, dem Durchschnittsalter der Gesellen Rechnung zu tragen und die Zurücklegung des 21. Lebensjahres als für die Ausübung des Wahlrechts ausreichend hinzustellen.

Die Erledigung der Aufgaben der Fachgenossenschaft, für welche eine Betheiligung des Gehilfenausschusses vorgesehen ist, soll in der Weise erfolgen, dass seine Mitglieder an den Berathungen mit vollem Stimmrechte theilnehmen. Dabei ist dem Gehilfenausschuss zur wirksamen Vertretung der von ihm wahrzunehmenden Interessen für den Fall, dass Beschlüsse gegen die Stimmen aller seiner Mitglieder gefasst werden, das Recht beigelegt, die Entscheidung der Handwerkskammer herbeizuführen. Auch soll er bei den Gesellenprüfungen, der Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten und der Verwaltung von Einrichtungen, für welche, wie z. B. Herbergswesen und Arbeitsnachweis, die Gehilfen Aufwendungen machen, im gleichen Umfange wie die Arbeitgeber betheiligt werden. Endlich soll der Gehilfenausschuss berechtigt sein, im Rahmen seiner Zuständigkeit aus eigener Entschliessung Anträge bei

den Fachgenossenschaften und der Handwerkskammer zu stellen.

Bei der Bemessung der Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer wird zu berücksichtigen sein, dass allzu grosse Körperschaften erfahrungsgemäss in ihrer Beweglichkeit und ihrer Leistungsfähigkeit behindert sind. Ob hiernach im Einzelfalle jede Fachgenossenschaft ein oder mehrere Mitglieder oder mehrere Fachgenossenschaften nur ein Mitglied wählen, hängt von der Bedeutung der in der Fachgenossenschaft vertretenen Gewerbe ab. Was die Mitwirkung der Handwerkskammer bei Ausübung der Vorschriften über den Arbeiterschutz betrifft, so ist nicht beabsichtigt, ihr die Befugnis zur selbständigen Thätigkeit auf diesem Gebiet einzuräumen, sie soll vielmehr nur verpflichtet sein, den staatlichen Aufsichtsorganen die etwa erforderliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Der Gehülfschaft ist bei Erledigung der Geschäfte der Handwerkskammer eine Mitwirkung in ähnlicher Weise wie bei der Fachgenossenschaft eingeräumt.

Ausdrücklich mag noch hervorgehoben werden, dass bei dem obligatorischen Charakter der beabsichtigten Organisations Bestimmungen unentbehrlich sein werden, durch welche die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften auch dann gesichert wird, wenn die einzelnen Organe oder deren Vertreter die Erfüllung ihrer Pflichten verweigern oder vernachlässigen; ebenso wird für die Erledigung der aus der Organisation sich ergebenden Streitigkeiten ein geordnetes Verfahren vorzusehen sein.

Wie bereits hervorgehoben, sollen die Fachgenossenschaften im Wesentlichen die Aufgaben erfüllen, welche bisher den Innungen allein zugewiesen waren. Hieraus ergibt sich die Nothwendigkeit, die Thätigkeit der Innungen auf den Kreis der Mitglieder zu beschränken und die darüber hinausgehenden Vorschriften der §§ 100e und 100f der Gewerbeordnung aufzuheben.

B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk.

Die erhöhten Anforderungen, welche nach den Vorschlägen für das Anleiten von Lehrlingen gestellt werden, verfolgen den Zweck, solche Personen nach Möglichkeit auszuschliessen, bei denen zu befürchten ist, dass die ihnen anvertrauten Lehrlinge in technischer und sittlicher Beziehung der erforderlichen Fürsorge entbehren. Die ausreichende Gewähr für die gehörige Erziehung des Lehrlings soll in einem gereiften Lebensalter des Lehrherrn einerseits und in der Zurücklegung einer ordnungsmässigen Lehrzeit und der Ablegung einer Gesellenprüfung andererseits gefunden werden. Die thatsächliche Ausübung des Gewerbes während dreier Jahre ist, um Härten zu vermeiden, mit den beiden letzten Erfordernissen für gleichwerthig erachtet worden. — — — Für Gewerbetreibende, welche gleichzeitig mehrere oder verwandte Gewerbe betreiben oder nur in einem Spezialzweige des Gewerbes ihre Lehrzeit zurückgelegt haben, mussten zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei der Durchführung erleichternde Bestimmungen gegeben werden. — — —

Bei Festsetzung der Mindestdauer der Lehrzeit ist entscheidend gewesen, dass eine dreijährige Lehrzeit bisher die Regel gebildet hat und nach den gemachten Erfahrungen im Allgemeinen zweckentsprechend ist. Durch die Bestimmung, dass die Lehrzeit nicht länger als fünf Jahre dauern darf, soll der Gefahr der Ausbeutung von Lehrlingen namentlich für die Fälle vorgebeugt werden, wenn für deren Ausbildung ein Lehrgeld nicht gezahlt werden kann. Bei der Art und Gestaltung einer Reihe von Gewerbezweigen wird eine Abkürzung der Lehrzeit unbedenklich oder selbst nothwendig sein. Hierüber allgemein verbindliche Vorschriften zu erlassen, soll dem Bundesrath vorbehalten bleiben, während der Handwerkskammer die Befugnis

beilegt werden soll, für den Einzelfall mit Rücksicht auf die Individualität des Gewerbes, des Lehrherrn und des Lehrlings Ausnahmen zuzulassen.

Die günstigen Erfahrungen, welche die Innungen mit der von ihnen allgemein durchgeführten Schriftlichkeit des Lehrvertrags gemacht haben, lassen erkennen, dass es zur Vermeidung von Streitigkeiten mindestens zweckmässig ist, die Rechte und Pflichten zwischen Meister und Lehrling von vornherein möglichst klar und bestimmt zum Ausdruck zu bringen. — — —

Durch die dem Bundesrath beigelegte Befugnis, das Verhältniss der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Gesellen festzusetzen, soll dem allgemein beklagten Uebelstand entgegengetreten werden, dass unter Hintersetzung der Interessen der Ausbildung zur Beschaffung billiger Hilfskräfte ausschliesslich oder in unverhältnissmässig grosser Zahl Lehrlinge gehalten werden.

Die Bestimmungen über die Führung des Meistertitels, die nur für das Handwerk, also nicht für Werkmeister in Fabriken gelten sollen, verfolgen allein den Zweck, den Inhaber des Gewerbebetriebes nach aussen hin als gelernten Handwerker und als solchen zu kennzeichnen, dem in Beziehung auf seine technische Befähigung die Befugnis, Lehrlinge anzuleiten, beizumessen. Hiermit soll den aus Kreisen des Handwerks abhaltend laut gewordenen Wünschen auch im Interesse des Publikums Rechnung getragen werden.

Kleine Mittheilungen.

Zum englischen Waarenzeichengesetz. Von dem Lord Mayor's Court in London ist am 13. Mai d. J. eine auf das englische Waarenzeichengesetz vom Jahre 1887 bezügliche Entscheidung gefällt worden, welche ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen für die deutschen Handels- und industriellen Kreise von Interesse sein dürfte. Der Sachverhalt stellt sich nach den über die Entscheidung aus der englischen Presse entnommenen Angaben folgendermassen dar:

Ein Metallwaarenfabrikant, anscheinend deutscher Nationalität, hatte einem Londoner Kaufmann gegenüber vertragsmässig die Lieferung eines Postens Metallschnallen übernommen, die in Deutschland hergestellt, aber nach der ausdrücklichen Weisung des englischen Bestellers mit dem Stempel „Paris“ versehen werden sollten. In Folge dieser falschen Ursprungsbezeichnung wurde die Sendung bei der Ankunft in England wegen Verstosses gegen das Waarenzeichengesetz von der Zollbehörde beschlagnahmt. Der Fabrikant klagte demnach unter Berufung auf den geschlossenen Vertrag gegen den Besteller auf Ersatz des ihm durch die Beschlagnahme erwachsenen Schadens, der Beklagte beantragte jedoch Abweisung der Klage, weil die das Klagefundament bildende Vertragsabrede gesetzwidrig sei und deshalb nicht als gültig angesehen werden könne. Der Gerichtshof erkannte letzterem Antrage gemäss zu Ungunsten des Klägers.

Das Urtheil ist um so bemerkenswerther, als die englischen Zollbehörden Berufungen darauf, dass die gesetzwidrige Bezeichnung von nach England eingeführten Waaren auf Anweisung der englischen Besteller erfolgt sei, bisher regelmässig nicht berücksichtigt, sondern lediglich den Geschädigten anheimgestellt haben, sich wegen des aus dem Auftrag entstandenen Schadens an die Besteller zu halten. Nachdem jetzt in dem erwähnten Prozess eine derartige Entschädigungsforderung zum ersten Mal vor einem englischen Gericht geltend gemacht, von diesem aber abgewiesen worden ist, erscheint es leicht möglich, dass die getroffene Entscheidung für andere englische Gerichtshöfe die Bedeutung eines Präzedenzfalles gewinnen wird, worauf die interessierten Kreise in Deutschland hiernach hingewiesen sein mögen.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 12.

Braunschweig, Dezember-Nummer.

1893.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. II. 7. — 11723/93.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass die von den italienischen Eisenbahnverwaltungen für Rohzucker aus dem Auslande bisher gewährten Frachtvergünstigungen auf ein weiteres Jahr und zwar bis zum 15. Oktober 1894 bewilligt worden sind.

Braunschweig, 29. Dezember 1893.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

XV. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Donnerstag, den 28. Dezember 1893,
Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Liebold-Holzminde und Lundberg-Braunschweig, welche entschuldigt sind, und der Syndikus.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Referent: Der Syndikus.

Der Bericht umfasst die Zeit vom 27. November bis zum 28. Dezember 1893. Eine Statistik der Aus- und Eingänge, Sitzungen, Ursprungszeugnisse etc. wird wegen Kürze der Berichtszeit nicht aufgestellt. Im Uebrigen ist anzuführen: Die Beschlüsse der letzten Plenarversammlung sind sämtlich zur Ausführung gelangt. Auf die Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium, betr. die Zulassung einer verlängerten Arbeitszeit im Handelsgewerbe am 31. Dezember 1893, dem Sylvestersonntage, ist ein günstiger Bescheid insofern ergangen, als eine zehnstündige Beschäftigungszeit gestattet wurde; jedoch darf sich dieselbe nicht über 7 Uhr Abends hinaus erstrecken. Im Schoosse des Geschäftsausschusses haben eingehende Erwägungen darüber stattgefunden, ob gegen bisherige Gepflogenheit die Lage des Handwerkes einer Besprechung im Jahresberichte zu unterziehen sei. Auch ist eine eingehende Bearbeitung der Frage einer etwaigen Umgestaltung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen in Aussicht genommen.

Herr Kaufmann Paul Suchel ist auf sein Ansuchen dem Herzoglichen Amtsgerichte zur Vertheidigung als Zuckerprobezieher empfohlen. Die Vertheidigung ist inzwischen am 18. Dezember 1893 erfolgt und Herr Suchel nach Verpflichtung auf die Vorschrift vom 7. April 1893 seitens der Handelskammer zugelassen und zur Eintragung in die an der Magdeburger Börse ausliegende Liste der Probezieher angemeldet worden.

2. Entwurf eines Gesetzes betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und der Flösserei.

Referent: Herr Gerloff.

Auf den Vorgang der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg, sowie auf Anregung des Zentralvereins zur Hebung der Fluss- und Kanalschifffahrt hat die Reichsregierung sich veranlasst gesehen, den Entwurf eines Gesetzes betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und der Flösserei auszuarbeiten und denselben unter Zuziehung zahlreicher Sachverständiger aus den Kreisen der Interessenten durchzu-berathen. Der Zentralverein seinerseits hat für die Begutachtung des Entwurfes eine besondere Kommission niedergesetzt und die einzelnen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereine ersucht, sich zu Händen dieser Kommission auch ihrerseits gutachtlich über den Gegenstand zu äussern. Seitens mehrerer Kammern sind eine Reihe von Ausstellungen gegen den Entwurf erhoben worden, so z. B. hat die Handelskammer zu München-Gladbach sich für, der Verein der Rheinschiffahrtsinteressenten energisch gegen eine weitergehende Haftung des Frachtführers ausgesprochen.

Referent beantragt im Hinblick darauf, dass in erster Linie die Handelskörperschaften der grossen Binnenschifffahrtsplätze zu eingehender Behandlung dieser Materie berufen seien, auf die Abgabe eines eingehenden Gutachtens zu verzichten, sich übrigens mit den Grundzügen des Entwurfes einverstanden zu erklären, in der speziellen Frage der Haftpflicht des Frachtführers aber den von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg aufgestellten Grundsätzen zuzustimmen.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

3. Verbot der Einfuhr von Gegenständen im Reichsgebiete unzulässiger Fabrikationsweisen.

Referent: Herr Natalis.

Aus dem Referate und der sich hieran knüpfenden Diskussion ist folgendes hervorzuheben:

Das Reichsgesetz vom 5. Juli 1887 bedroht die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen, mit empfindlicher Strafe.

Seitens der Konservenfabrikanten des Herzogthums ist nun wiederholt Klage darüber geführt worden, dass nicht nur mit Kupfer und Grünspan gefärbte

Gemüse (Erbsen und Bohnen) aus dem Auslande, insbesondere aus Frankreich, unbehindert eingeführt, sondern dass auch innerhalb des Reichsgebietes, zumal in Elsass-Lothringen und in einzelnen Theilen Süddeutschlands Gemüsekonserven, mangels entsprechender polizeilicher Ueberwachung, auf die gleiche Art und Weise hergestellt würden. Zwar geben die in Frage kommenden deutschen Fabriken an, dass ihnen andere, unschädliche Mittel zur Färbung ihrer Artikel zu Gebote ständen; es haben aber zahlreiche in den Kreisen der diesseitigen Industrie angestellte Versuche ergeben, dass ein anderes Mittel als minutenlanges Kochen in kupfernen Kesseln, unter Zusatz gewisser chemischer Substanzen, zur Hervorbringung der gewünschten Farbe nicht existirt.

Die in lebhaftem hellen Grün hergestellten Konserven erfreuen sich aber, zumal in den reicheren Gesellschaftsklassen, um ihres frischen Aussehens willen einer grossen Beliebtheit und bereiten deshalb denjenigen Konservenfabrikanten, welche eine Uebertretung der bez. gesetzlichen Bestimmungen von sich weisen, empfindliche Konkurrenz.

Das Reichsgesetz über den Lebensmittelverkehr vom 14. Mai 1879, sowie die Reichsgesetze vom 25. Juni 1887 über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen und das Reichsgesetz vom 5. Juli 1887 betr. die Verwendung gesundheits-schädlicher Farben bei Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen stellen die Hervorbringung einer ganzen Reihe von Fabrikaten und Gegenständen des Tauschverkehrs unter polizeiliche Aufsicht bzw. unter Strafe.

Dagegen ist unserer Kenntniss nach ein Verbot der Einfuhr derartiger Gegenstände aus dem Auslande, wie solches beispielsweise gemäss dem Gesetze vom 30. August 1870 für die Vereinigten Staaten von Nordamerika besteht, bisher nicht erlassen worden. Es werden vielmehr beispielsweise trotz des erhöhten Zolles grosse Mengen mit Kupfer bzw. Grünspan gefärbter Konserven-Gemüse aus Frankreich nach Deutschland eingeführt und hieselbst zum Schaden der heimischen Konservenindustrie vertrieben.

Indessen hat das Reichsgesetz vom 14. Mai 1879 für den Erlass solcher Bestimmungen ausdrücklich einen Rechtsboden geschaffen.

Die Kammer beschliesst:

- a) Bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium zu beantragen, dass auf eine möglichst gleichmässige Handhabung der einschlägigen gesundheits- und gewerbepolizeilichen Vorschriften innerhalb des Reichsgebietes hingewirkt werde,
- b) bei dem Bundesrathe den Erlass einer Verordnung zu erbitten, nach welcher fortan die Einfuhr aller derjenigen Gegenstände untersagt sein soll, deren Herstellung und Fabrikationsweise innerhalb des Reichsgebietes gesetzlich verboten ist.

4. Eingangszoll auf Baumwollensamenöl.

Referent: Herr Natalis.

Eine Gruppe Deutscher Oelfabrikanten richtete an den hohen Bundesrath den Antrag, den Eingangszoll auf Baumwollensamenöl von 4 Mk. auf 12 Mark per % Kilo zu erhöhen und daneben eine Denaturierung anzuordnen, nach welcher der bisherige Eingangszoll von 4 Mark, zum Ausgleich der Denaturierungskosten, auf $3\frac{1}{2}$ Mark per % Kilo zu ermässigen wäre.

Dieser das völlig einseitige Interesse der Oelfabrikanten ins Auge fassende Antrag beruht auf dem Wunsche — die Einfuhr des für verschiedene Industriezweige durchaus nothwendigen Baumwollensamenöls nach Möglichkeit zu verhindern, um dadurch den eigenen Erzeugnissen, im einseitigen Interesse der erwähnten Fabrikantengruppe, einen grösseren und lohnenderen Absatz zu verschaffen. Sie übersieht dabei, dass das Baumwollensamenöl in der Seifenindustrie durch die

einheimischen Produkte keineswegs ersetzt werden kann, da diese nicht wie jenes geeignet sind, bei ähnlich niedrigem Preise, die gleiche Ausgiebigkeit und gleich gute Qualität der Produkte auch nur annähernd zu garantiren.

In einem grossen Theile Deutschlands sind die aus Baumwollensamenöl hergestellten Seifen, wegen ihres bedeutenden Nutzeffektes und bestechenden Aussehens, neben grosser Billigkeit, gerade für das weniger bemittelte Publikum, ein ganz unentbehrlicher Konsumartikel geworden. Eine Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamenöl würde, da sie geradezu den Ausschluss dieses für die Seifenindustrie so wichtigen Rohmaterials zur Folge haben müsste, die augenblickliche Leistungsfähigkeit der deutschen Seifenindustrie auf das allerempfindlichste schädigen. Hierunter würden naturgemäss auch Tausende deutscher Arbeiter mit zu leiden haben, da die Entziehung eines so preiswerthen und wichtigen Rohmaterials wesentliche Einschränkungen in der Produktion der nur zu relativ billigem Preise umsetzbaren Haushaltungsseifen, nothwendig zur Folge haben müsste. Ausserdem entzöge man damit gerade den weniger bemittelten Volksschichten einen absolut nothwendigen Gebrauchsartikel, den man im Hinblick auf die in unserem Lande immer mehr einheimisch werdende Cholera, im Sinne der häuslichen Reinlichkeit ärmerer Volksklassen, schon aus sanitären Gründen verbilligen aber nicht vertheuern sollte. Was nun den Vorschlag anbelangt Baumwollensamenöl, wenn denaturirt, zu annähernd dem alten Zollsatz zuzulassen, so kann auch dieser die Beeinträchtigung der Interessen der Seifenindustrie nicht hintanhaltend, da die Denaturierung so manche Unbequemlichkeiten, Kosten und Weiterungen im Gefolge hat. — Momente, welche nothwendigerweise die Leistungsfähigkeit der Seifenindustrie herabdrücken müssen, einer Industrie, die an sich schon, im Konkurrenzkampfe mit England, Frankreich und Italien auf auswärtigen Märkten unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen zu leiden hat. In Rücksicht hierauf kann es derselben nicht bloss genügen, die bisherigen Produktionsgrundlagen zu erhalten, sondern sie muss unausgesetzt danach trachten, sich in diesem Konkurrenzkampfe günstigere Bedingungen zu erwirken. Sie hält es daher nicht nur den Zwecken der Seifenindustrie, sondern auch allgemeinen wirthschaftlichen Interessen entsprechend, wenn denaturirtes Baumwollensamenöl ganz vom Zoll befreit, mindestens aber mit „Oliven- und Ricinusöl in Fässern“ im Zollsatz gleichgestellt würde. Dieses Verlangen dürfte um so billiger und gerechter erscheinen, als die letztgenannten Öle zur Herstellung von Seifen Verwendung finden, welche vorzugsweise von wirthschaftlich besser gestellten Gesellschaftsklassen verbraucht werden.

Auf Grund dieser Erwägungen hat der Verband deutscher Seifenfabrikanten beim Bundesrathe beantragt, einer Bitte um Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamenöl nicht Folge zu geben, vielmehr die zollfreie Einfuhr genannten Öles in denaturirtem Zustande, mindestens aber die Herabsetzung des Zolles auf 2 Mark per % Kilo zu bestimmen.

Die Kammer beschliesst nach kurzer Erörterung, sich zwar gleichfalls gegen eine Erhöhung des betreffenden Zollsatzes auszusprechen, indessen ein Bedürfniss für Herabsetzung desselben nicht anzuerkennen.

5. Patent-Muster- und Markenschutzwesen.

Referent: Herr Lemmer.

Die Handelskammer zu Frankfurt a. M. hat in einer Eingabe an den Reichskanzler auf eine Reihe von Mängeln hingewiesen, welche unserer Gesetzgebung zum Schutze des gewerblichen Eigenthums und der mit denselben verbundenen Verwaltung noch anhaften, und deren Beseitigung empfohlen. Insbesondere treten solche Mängel in den Beziehungen zum Auslande hervor, bei

welchen nicht immer, zumal gelegentlich des Abschlusses von Handelsverträgen die Parität gewahrt erscheint.

Eine ausreichende Bestimmung über den gegenseitigen Schutz des gewerblichen Eigenthums hat bis jetzt nur das deutsch-italienische Uebereinkommen vom 18. Januar 1892 getroffen, welches in Artikel 5 verfügt:

„Die Nachtheile, welche nach den Gesetzen „der vertragschliessenden Theile eintreten, wenn „eine Erfindung, ein Muster oder Modell nicht „innerhalb einer bestimmten Frist ausgeführt „oder nachgebildet wird, sollen auch dadurch „ausgeschlossen werden, dass die Ausführung „oder Darstellung in dem Gebiete des anderen „Theiles erfolgt. Demgemäss soll auch die Ein- „fuhr einer in dem Gebiete des einen Theils „hergestellten Waare in die Gebiete des anderen „Theils in dem letzteren den Verlust des auf „Grund einer Erfindung, eines Musters oder „Modells für die Waare gewährten Schutzrechtes „nicht zur Folge haben.“

Eine derartige Abmachung fehlt in dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen vom 6. Dezember 1891, und ihr Mangel ist für den deutschen Patentinhaber von misslichen Folgen begleitet. Während nämlich das deutsche Patentgesetz für die Ausübung eines Patentes drei Jahre Frist gewährt, erfordert das österreichische den Nachweis, dass mit der Ausübung in Oesterreich innerhalb des ersten Patentjahres begonnen sei. Letzteres Erforderniss ist zwar für die österreichischen Patentinhaber leicht zu erfüllen, da doch die meisten schon im ersten Jahre irgendwie mit der Ausübung des Patentrechts den Anfang machen, worauf sie für die Vollendung der Ausübung zwei Jahre Zeit haben. Für den ausserösterreichischen Patentinhaber stellt sich die Sache jedoch weit schwieriger. Es ist ihm in den meisten Fällen nicht möglich, bereits im ersten Jahre anderswo als in seiner Heimath mit der Ausübung seiner Erfindung zu beginnen. Er ist also, um seines österreichischen Patentes nicht verlustig zu gehen, gezwungen, irgend einen Beginn der Ausübung in Oesterreich ad hoc ins Werk zu setzen. Derselbe kostet meistens viel Geld und fördert erfahrungsgemäss die eigentliche Verwerthungsarbeit für das österreichische Patent nicht im Mindesten. Wenn nun die österreichische Regierung durchaus nicht zu bewegen sein sollte, von der Forderung der Ausübung in Oesterreich selbst Abstand zu nehmen, so könnte von ihr doch wenigstens wohl die Verlängerung der Ausübungsfrist auf drei Jahre, wie in Deutschland auch, zugestanden werden. Dies würde etwa durch folgenden Zusatz zu dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen geschehen, welcher den Ausführungszwang in Oesterreich selbst nicht beseitigt, die Verpflichtung der deutschen Patentinhaber dagegen immerhin wesentlich erleichtert:

„Für die von Angehörigen des Deutschen „Reichs in Oesterreich-Ungarn genommenen „Patente treten die Rechtsnachtheile, welche „nach dem österreichischen Patentgesetze ein- „treten, wenn mit Ausübung einer patentirten „Erfindung nicht binnen Jahresfrist begonnen „wurde, auch dann nicht ein, wenn der Patent- „inhaber innerhalb der ersten drei Jahre die „Erfindung in Oesterreich-Ungarn zur Ausübung „bringt oder doch alles thut, um diese Ausfüh- „rung zu sichern.“

Ein solcher Zusatz würde keine Bevorzugung der deutschen Erfinder vor den österreichischen in sich schliessen, da, wie oben dargethan, für letztere die eigentliche Ausführungsfrist ebenfalls drei Jahre läuft.

In der Regel wird eine Erfindung nicht gleich gebrauchsfähig und nicht ohne sehr Verbesserungsbedürftig zu sein, geboren. Um möglichst schnell geschützt

zu sein, wird das Patent angemeldet, ehe die Erfindung und die Wirklichkeit übertragen und ausprobt ist. Dies ist der Grund, weshalb meistens das erste Jahr vergeht, ehe man in die Fabrikation etc. eintritt. Aus diesem Grunde und um die manchmal durch provisorische Ausführung unfertiger Patente entstehenden erheblichen Kosten zu vermindern, würde ein Abkommen mit Oesterreich-Ungarn, wie vorstehend ausgeführt, ausserordentlich erwünscht sein.

In Griechenland sichert das am 28. Februar 1893 in Kraft getretene Markenschutz-Gesetz diesen Schutz auch solchen Ausländern zu, deren Heimathstaat auf Grund eines Gegenseitigkeitsvertrags solchen auch griechischen Staatsangehörigen zu Theil werden lässt. Der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland vom 9. Juli 1884 sieht in Artikel 7 auch den Fall der späteren Einführung eines Markenschutzgesetzes in Griechenland vor, bestimmt aber selbst nur, dass sich dann die beiderseitigen Regierungen durch ein Abkommen oder den Austausch von Erklärungen über die Förmlichkeiten verständigen würden, von deren Erfüllung der Genuss der bezüglichen Rechte abhängig sein soll. Eine derartige Vereinbarung zwischen den Regierungen ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, so dass deutsche Handeltreibende die Wohlthat des griechischen Markenschutzes noch entbehren müssen.

In Deutschland lautet der § 20 des Markenschutzgesetzes ähnlich wie die hier angezogene Bestimmung des griechischen Gesetzes. Im Prinzip würde also einer Verständigung nichts im Wege stehen.

Es möge deshalb dahin gewirkt werden, dass durch ausdrückliche Vereinbarung mit der griechischen Regierung die Anwendung des griechischen Markenschutzes auch auf deutsche Erzeugnisse herbeigeführt, gleichzeitig aber in diese Vereinbarung ein Zusatz aufgenommen werde, welcher ähnlich den Artikeln 6 des deutsch-österreichischen Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 und des deutsch-italienischen Uebereinkommens vom 18. Januar 1892, bestimmt, dass dem Inhaber einer in dem Gebiete des einen Theils eingetragenen Handels- und Fabrikmarke die Eintragung in dem Gebiete des anderen Theiles aus dem Grunde nicht versagt werden kann, weil die Marke den hier geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und äussere Gestaltung der Marken nicht entspricht.

Im Allgemeinen ist zu empfehlen, beim Abschlusse neuer Handelsverträge dahin zu wirken, dass in dem Verträge jeweils eine Bestimmung der letztgenannten Art Aufnahme finde.

Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Handelsverträge Deutschlands mit anderen Ländern ist für die deutsche Industrie, namentlich im Hinblick auf das zu erwartende neue Gesetz zum Schutze der Waarenbezeichnungen, von Wichtigkeit. Dieses Gesetz nimmt den Begriff der eintragungsfähigen Marken sehr weit und sieht in dankenswerther Weise den Schutz auch solcher Marken vor, welche nur aus Phantasieworten bestehen, während in einer ganzen Reihe anderer Länder blosser Worte als Buchstaben nicht geschützt werden können. Durch Aufnahme einer Bestimmung der vorgeschlagenen Art würden die deutschen Handeltreibenden der Wohlthat des zu erwartenden neuen Gesetzes auch in jenen Ländern theilhaftig werden können, deren Gesetzgebung das Gebiet der eintragungsfähigen Marken in engeren Grenzen hält.

Das russische Markenschutzgesetz enthält unter andern auch die für Ausländer lästige Vorschrift, dass eine Marke, welche in Russland registrirt werden soll, den Vor- und Zunamen des Eigenthümers in russischen Buchstaben enthalten muss. Mit Rücksicht auf das Beschwerliche einer solchen Bestimmung ist bereits in den Staatsverträgen von 1857 und 1874, welche Frankreich mit Russland abgeschlossen hat, festgesetzt worden, dass die im Ursprungslande geschützte Marke

in dem andern Lande in derselben Form Schutz geniessen solle, in welcher sie im Ursprungslande geschützt sei. In der noch vor Erlass des deutschen Markenschutzgesetzes am 18. August 1872 zwischen Deutschland und Russland abgeschlossenen Uebereinkunft ist allerdings bereits die Zusicherung des gegenseitigen Markenschutzes enthalten. Derselbe enthebt aber den deutschen Besitzer einer Marke nicht der Verpflichtung, der in Russland zu schützenden Marke seinen Vor- und Zunamen in russischen Buchstaben beizufügen.

Schliesslich ist noch auf einen Missstand aufmerksam zu machen, der sich von Monat zu Monat steigert und heute schon sehr lästig geworden ist. Die als „Gebrauchsmuster“ geschützten Erfindungen werden bis jetzt nur im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht; deren Zahl ist aber nun auf über 17 000 gestiegen, und es lässt sich denken, welche Mühe Denen erwächst, die vor Einreichung einer neuen Erfindung beim Kaiserlichen Patentamt nicht nur die betreffenden Klassen der Patente, sondern auch noch die langen Listen der Gebrauchsmuster-Lizenzen im „Reichsanzeiger“ durchzublättern haben, um sich zu überzeugen, ob der zum Patent- oder zum Gebrauchsmusterschutz anzumeldende Gegenstand nicht schon früher in ähnlicher Weise erdacht und geschützt worden ist. Es ist die höchste Zeit, dass auch die Gebrauchsmuster, welchen der staatliche Schutz gegen Gebührenerlegung zu Theil geworden ist, in einer übersichtlichen Form zusammengestellt und, wie die Patent-Rollen, jedes kommende Jahr weitergeführt und als Buch gebunden ausgegeben werden.

Gleiche Eingaben sind schon von anderen Seiten an das Patentamt gemacht worden und ist darauf Bescheid ertheilt worden, man sei mit den bezüglichlichen Erwägungen beschäftigt, aber noch nicht zu Ende gekommen.

In gleicher Weise macht sich der Mangel eines Inhalts-Verzeichnisses zu der deutschen Patent-Liste fühlbar. Die jährlich herausgegebene sogen. Patentrolle hilft diesem Mangel nur unvollständig ab, da sie nur die ertheilten Patente verzeichnet, nicht aber die veröffentlichten Anmeldungen, Zurückweisungen, Zurücknahmen, und Vernichtungen berücksichtigt. Will man der Entstehungsgeschichte eines Patentes oder dem Schicksal einer Anmeldung nachgehen, so bedarf es sehr mühsamer Nachforschungen im Texte der Patentliste. Das Verlangen nach einem solchen Inhalts-Verzeichnisse ist kein unbilliges. Das englische Patentblatt bringt halbjährlich ein solches Verzeichniss und ist dabei noch billiger wie das deutsche Patentblatt, obgleich dieses beträchtlich weniger Patente zu registriren hat wie jenes.

Die sämmtlichen Publikationen des Reichsanzeigers müssten in Buchform zusammengefasst werden. Die Kollektiv-Rolle von 1877 bis 1887 enthält ausserdem leider nur die im Jahre 1887 noch gültig gewesenen Patente. Man kann aus ihr also nicht erfahren, ob ein bestimmtes Patent im Zeitraume 1877 bis 1887 einmal bestanden hat. Will man dies nachsehen, dann muss man elf verschiedene Bände durchsuchen. Dazu von 1888 bis 1893 noch sechs Bände, macht zusammen sieben! Und derartige Recherchen machen sich sehr häufig nöthig. Daher wäre ein Werk, welches alle Anmeldungen, Ertheilungen u. s. w. enthält, und das etwa in zehnjährigen oder fünfjährigen Gruppen zusammengefasst würde, sehr am Platze.

Es wird beschlossen, im Hinweis auf die Wichtigkeit solcher Erwägungen zumal angesichts des Abschlusses noch weiterer Handelsverträge, den Ausführungen der Handelskammer Frankfurt a. M. nicht nur nicht zuzustimmen, sondern dieselben auch dem Präsidium des deutschen Handelstages mit dem Antrage auf Einfügung

in die Tagesordnung einer der nächsten Plenarversammlungen zu unterbreiten.

6. Legitimationskarten für Handlungsreisende.

Referent: Herr Leo.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hat die Bitte an die Kammer gerichtet, sich darüber zu äussern, welche grundsätzliche Stellungnahme sie den Wünschen und Beschwerden desselben bezüglich Abänderung der Gewerbe-Legitimationskarten gegenüber einzunehmen denke.

Diese Wünsche gehen insbesondere dahin, dass 1. der in den jetzigen Karten befindliche Vermerk, dass der Inhaber berechtigt sein solle „im Umherziehen“ Bestellungen „aufzusuchen“ als der Stellung der betreffenden Kaufleute nicht entsprechend, in Fortfall komme, bezw. Abänderung erfahre; 2. die Legitimationskarten für Handlungsreisende im ganzen Reich eine einheitliche Taxe unterstellt würden; 3. die für Geschäftsbetriebe des Grosshandels und der Industrie reisender Kaufleute eine andere, äusserlich unterschiedene Ausweiskarte erhalten sollte gegenüber Detailreisenden, Kolporteurs und Hausirern.

Die Kammer beschliesst gemäss dem Antrage des Referenten, sich diesen Vorschlägen gegenüber im Allgemeinen zustimmend zu verhalten.

7. Geleiseverbindung des Staatsbahnhofes mit dem Weserquai zu Holzminden.

Referent: Der Syndikus.

Der Gegenstand wird auf Wunsch des am Erscheinen zur Sitzung behinderten Herrn Liebold-Holzminden von der Tagesordnung abgesetzt bezw. für die nächste Plenarversammlung zurückgestellt.

8. Eisenbahn Braunschweig-Oebisfelde.

Referent: Herr Schäffer-Schöningen.

Wie verlautet, hat die Kgl. Preussische Eisenbahnverwaltung für die Herstellung einer Eisenbahnverbindung der Städte Braunschweig und Oebisfelde mehrere Projekte ausarbeiten lassen, auch soll sich dieselbe der Ausführung einer Strecke zuwenden, welche von dem kürzesten Wege, der etwa über Schandelah führen dürfte, erheblich abweicht. Auch soll zunächst nur die Einrichtung eines Sekundärbahnbetriebes beabsichtigt werden.

Es erübrigt sich, auf die Wichtigkeit des Ausbaues dieser Bahnstrecke als einer direkten Verbindung und zwar für den Grossverkehr einer Vollbahn besonders hinzuweisen. Dass mit der Ablehnung einer solchen Gestaltung für unsere Hauptstadt auf lange Zeit hinaus die letzte Hoffnung auf entsprechenden Anschluss an den grossen Durchgangsverkehr schwinden würde, liegt auf der Hand. Die direkte Bahnverbindung mit Oebisfelde verkürzt die Entfernung von der Reichshauptstadt so bedeutend, dass gerade diese Strecke in Zukunft als die gegebene weil kürzeste Schnellzugslinie zwischen dem deutschen Osten und Westen zu betrachten sein dürfte. Es kommt hinzu, dass nach Herstellung derselben das reiche Absatzgebiet der Altmark mit über 750 Ortschaften keiner andern Grossstadt so nahe gerückt wäre, als der Stadt Braunschweig.

Dem Vernehmen nach soll der Kgl. Preussische Herr Minister der öffentlichen Arbeiten bei Auswahl unter den projektirten Linien einer Rücksichtnahme auf finanzielle Erwägungen nicht unzugänglich sein.

Referent berichtet sodann über eine Besprechung mit dem Präsidenten der Kgl. Eisenbahndirektion Magdeburg, welche er im Interesse des in Rede stehenden Projektes im Auftrage der Kammer nachgesucht habe. Auf Grund der bez. Ausführungen beschliesst die Kammer:

- a) dem Herzoglichen Staats-Ministerium in besonderer Eingabe erneut die Wichtigkeit der hier liegenden Entscheidung vorzustellen und

um Einflussnahme für Herstellung der möglichst kürzesten Strecke Braunschweig-Schandelah-Oebisfelde zu bitten; ausserdem aber die Bereitstellung einer ausgiebigen Staatssubvention für diesen Bahnbau zu empfehlen;

- b) ein gleiches Gesuch an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten.

9. Eisenbahn Gifhorn-Uelzen.

Referent: Herr Gerloff.

Die Agitation für Herstellung einer Eisenbahnverbindung des Kreuzungspunktes Uelzen mit dem Süden bzw. Südosten hat während der letzten Monate erneute Anregung erhalten. Auch sind weitere Projekte aufgetaucht, welche sämmtlich den diesseitigen Interessen widerlaufen.

Referent beantragt, bei dem Herzoglichen Staatsministerium unter Bezugnahme auf die ausführliche diesseitige Denkschrift über diesen Gegenstand vom 2. Dezember 1891 um energisches Eintreten für den Ausbau der direkten Verbindung Gifhorn-Uelzen zu bitten, gleichzeitig aber eine Eingabe desselben Inhalts an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten. Nur für den Fall, dass die Ausführung genannter Bahnlinie gänzlich aussichtslos sein sollte, könnte die Kammer sich für den Bau einer Abzweigung der Strecke Uelzen-Wittingen-Oebisfelde von Wittingen nach Gifhorn erklären.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

10. Verlegung des Güterbahnhofes nach dem Ostbahnhof.

Referent: Der Vorsitzende.

Dem Vernehmen nach wird die Verlegung des gesamten Güterverkehrs von dem hiesigen Hauptbahnhofe nach dem sogen. Ostbahnhofe seitens der Königl. Preussischen Eisenbahnverwaltung beabsichtigt.

Wenn man diese Massregel auch im Hinblick auf die ungünstigen Raumverhältnisse des Hauptbahnhofes mit Anerkennung begrüssen muss, so kann man doch nicht umhin, auf gewisse Uebelstände bzw. Unbequemlichkeiten hinzuweisen, welche sich aus der Durchführung derselben ergeben dürften. Es hat sich nämlich bei weitem die Mehrzahl der umfangreicheren Handels- und Fabrik-Etablissements auf der Westseite der Stadt in möglichster Nähe des jetzigen Haupt- resp. Güterbahnhofes angesiedelt. Angesichts der beträchtlichen Entfernung des Ostbahnhofes nun von diesen Stadttheilen ist für alle diese Geschäfte, welche in erster Linie grössere Gütermassen ab- und zuführen, ein erheblicher Zuwachs zu den Transportkosten der An- und Abfuhr, sowie ein einmaliger bedeutender Zeitverlust zu gewärtigen.

Es kommt hinzu, dass die engen Strassen der Innenstadt durch die nothwendige Vermehrung des sie von Westen nach Osten durchkreuzenden Lastwagenverkehrs allzusehr in Mitleidenschaft gezogen werden dürften. Um einen Ueberblick über den Umfang dieses Verkehrs zu erlangen, hat die Kammer bei nur 36 Firmen des westlichen Stadttheils über die Gewichtsmengen ihrer Ab- und Zufuhr Erhebungen angestellt. Das Ergebniss war, dass schon diese wenigen Geschäfte ein Mehr von 2,264,664 Zentnern den ungünstigen Zugangswegen zum Ostbahnhofe auferlegen werden. Ausdrücklich sei bemerkt, dass bei Auswahl qu. Firmen nicht nur alle Kohlenhandlungen, sondern auch alle diejenigen Etablissements abgesetzt worden sind, welche ein Anschlussgeleise zur Staats- oder Landesbahn in Benutzung haben. Man wird mithin nicht fehl gehen, wenn man mindestens die doppelte Belastung in Rechnung zieht.

Referent beantragt, das Königliche Eisenbahnbetriebsamt zu ersuchen — für den Fall der Verlegung

des Güterverkehrs nach dem Ostbahnhof auf der Westseite der Stadt die Beibehaltung einer Abfertigungsstelle für ganze Wagenladungen — in Aussicht zu nehmen.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

11. Gesuche verschiedener Vereine und Körperschaften um Unterstützung ihrer Bestrebungen bzw. Erwerbung der Mitgliedschaft.

- a) Verein deutscher Maschinen-Bau-Anstalten.

Referent: Herr Lemmer.

Es steht ausser Frage, dass der Export der deutschen Maschinen-Industrie und verwandter Industrien nach überseeischen Ländern einer ganz bedeutenden Steigerung fähig ist. Unsere Industrie ist auch auf diesem Gebiete sehr wohl in der Lage, auf dem Weltmarkte in einen regeren Wettbewerb einzutreten.

Zur Erreichung dieses Zieles aber scheint es vor allem nothwendig, den Bedarf überseeischer Länder zumal in Beziehung auf deren jeweilige besondere Anforderungen an Ort und Stelle zu studieren, auf Grund solcher Studien aber Importeure und Konsumenten auf die event. in Betracht kommenden leistungsfähigen Bezugsquellen in der Heimath aufmerksam zu machen.

Der Verein *Deutscher Maschinenbau-Anstalten* hat sich die Pflege dieses wichtigen Zweiges der Einführung der deutschen Industrie in das Ausland zur besonderen Aufgabe gemacht. Er hat zu diesem Zwecke beschlossen, intelligente und sachverständige Ingenieure auf seine Kosten für einen gewissen Zeitraum nach denjenigen Ländern zu entsenden, welche in den Berichten unserer diplomatischen Vertretungen wiederholt als für deutsche Industrieerzeugnisse durchaus aufnahmefähig bezeichnet worden sind. In erster Linie kommen hier etwa Chile, Mittel-Amerika und afrikanische Gebiete in Betracht.

Wenn nun auch diesem Beginnen die möglichst grösste Andehnung zu wünschen ist, so sind leider doch die Mittel eines einzelnen Vereins allein nicht ausreichend, eine in dieser Beziehung möglichst allseitige Wirksamkeit zu entfalten. Der Verein muss deshalb bestrebt sein, neben Heranziehung anderer Geldmittel, vor allem den Kreis seiner Mitgliedschaft und damit seines Einflusses zu vergrössern.

Referent beantragt im Hinblick auf diese Thatsachen: die Kammer wolle den Exporteuren des Bezirkes den Beitritt zum Verein *Deutscher Maschinenbau-Anstalten* durch Rundschreiben angelegentlichst empfehlen.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

- b) Deutscher Verein zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Referent: Herr Lemmer.

Die Kammer beschliesst auf Antrag des Referenten, dem Verein als körperschaftliches Mitglied beizutreten, sowie der erspriesslichen Thätigkeit desselben im nächsten Jahresbericht Erwähnung zu thun.

- c) Zentral-Verein zur Hebung der deutschen Fluss- und Kanal-Schifffahrt.

Referent: Der Vorsitzende.

Die Kammer beschliesst im Hinblick auf die stetig wachsende Bedeutung der einschlägigen Frage, ihren Jahresbeitrag zum Zentralverein von 30 Mk. auf 100 Mk. zu erhöhen.

- d) Wasserrechtsausschuss für die Westdeutsche Industrie.

Referent: Der Vorsitzende.

Die Kammer beschliesst, zu den entstandenen Kosten des Ausschusses einen einmaligen Beitrag von 30 Mk. zu bewilligen.

e) Deutsche Kolonial-Gesellschaft.
Abtheilung Braunschweig.

Referent: Herr Gutkind.

Die Kammer lehnt die Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten der Gesellschaft — insbesondere für Veranstaltung kolonialpolitischer Vorträge, zu denen die Gesellschaft Angehörigen des Handelsstandes ermässigte Zutrittskarten gewährt — mit dem Hinweise ab, dass die gegebenen Falles Seitens anderer Abtheilungen aus dem Herzogthum an sie herantretenden entsprechenden Anforderungen ihre Mittel übersteigen würde.

f) Neusprachlicher Verein zu Braunschweig.

Referent: Der Vorsitzende.

Die Kammer beschliesst, dem neusprachlichen Verein zu Braunschweig in Anerkennung seiner guten Leistungen für eine bessere Vorbildung der Handlungsgehilfen auch ohne seinen Antrag aus freien Stücken einen einmaligen Beitrag von 50 Mk. zu überweisen.

12. Einschätzungen — Reklamationen.

Referent: Der Syndikus.

Die Kammer beschliesst gemäss den Anträgen des Referenten.

13. Deutscher Handelstag.

Referent: Der Vorsitzende.

Als Delegirte für die Plenarversammlung des deutschen Handelstages werden ernannt die Herren:

Kommerzienrath Jüdel.

Ingenieur Albert Lemmer.

Syndikus Dr. Vosberg.

**14. Begutachtung von Gesetzentwürfen betr.
Handel und Gewerbe.**

Referent: Der Vorsitzende.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg haben im Oktober 1893 an den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe bez. der Mitwirkung der Handelskörperschaften bei Begutachtung von Gesetzentwürfen gerichtet, deren Inhalt um seiner grundsätzlichen Wichtigkeit willen, nachstehend in extenso wiedergegeben wird.

„Schon in unseren letzten Jahresberichten, die wir Ew. Excellenz in Vorlage brachten, sahen wir uns veranlasst, die Frage der Mitwirkung der Handelskammern und gleichgestellten kaufmännischen Körperschaften bei den Massnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung zu berühren und wenigstens einer ganz allgemeinen Erörterung zu unterziehen. Wir glaubten dabei wohl mit allen anderen Handelskörperschaften Preussens übereinzustimmen, indem wir die regelmässige und rechtzeitige Befragung der Handelskörperschaften bei für Handel und Gewerbe belangreichen Gesetzentwürfen noch vor deren Vorlage zur verfassungsmässigen Behandlung als höchst wünschenswerth empfahlen, und betonten, dass eine solche regelmässige und rechtzeitige Befragung die späteren Petitionsstürme überflüssig und gegenstandslos machen und eine sachgemässe Erledigung so wichtiger Gesetzentwürfen durchaus fördern würde.

Wir gestatten uns nunmehr, Ew. Excellenz gütiger Erwägung die Frage einer mehr entsprechenden Heranziehung der Handelskörperschaften in dem ihnen zugewiesenen Wirkungskreise nochmals zu unterbreiten und unseren Standpunkt in dieser Frage im Folgenden näher auszuführen:

Wenn auch das preussische Handelskammergesetz und die Statuten der kaufmännischen Korporationen Preussens ausdrückliche Bestimmungen über die Heranziehung der Körperschaften zur Begutachtung der Interessen des Handels und der Gewerbe berührenden Gesetzentwürfe nicht enthalten, so geht es doch aus dem Geiste des Handelskammergesetzes wie der erwähnten Statuten hervor, dass die allgemein als be-

rathende Körperschaften in Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten dienenden Kammern und Korporationen, bezw. Aeltesten-Kollegien gerade bei den wichtigsten und bedeutendsten Angelegenheiten, den Fragen der Gesetzgebung nicht bei Seite gelassen werden sollten. Es entspricht nur dem Geiste des Gesetzes, wenn man die Norm des § 1 des Gesetzes vom 29. Februar 1870 und die analogen Normen der Statuten der kaufmännischen Körperschaften, wonach diese und die Handelskammern „die Bestimmung haben“, die Behörden in der Förderung des Handels und Gewerbes durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Gutachten zu unterstützen, dahin auffasst, dass nebst der Verpflichtung zu solcher Thätigkeit auch ein Anspruch auf dieselbe, ein Anspruch, zur Begutachtung, Antragstellung herangezogen zu werden, in der zitierten Gesetzesstelle festgelegt werden sollte. Es ist darum auch unbestritten, dass den Handelskörperschaften das Recht eigener Initiative zusteht, und dass dieselben Wünsche und Beschwerden der von ihnen vertretenen Kreise zur Kenntniss bringen und in Eingaben, Denkschriften u. s. w., auch ohne gefragt zu sein, für eine Angelegenheit des Handels etc. eintreten dürfen. Wenigstens ist es in der Praxis auch in Preussen vielfach geschehen und stets unbeanstandet geblieben. Die begutachtende Thätigkeit kann jedoch die Handelskörperschaft erst ausüben, wenn ihr ein Substrat der Begutachtung vorliegt, sei es, dass diese Unterlage — der Gesetzentwurf — ihr mit der Anforderung zur Aeusserung zugeht, sei es, dass ihr der Entwurf zur Kenntniss kam, weil es überhaupt der Oeffentlichkeit übergeben wurde. In letzterem Falle vermag jedoch die Handelskörperschaft das ihr nach dem Geiste des Gesetzes zustehende Recht einer Aeusserung über den Entwurf in vielen Fällen nicht mehr rechtzeitig oder doch nicht mehr wirksam auszuüben, weil der Entwurf schon von der Staatsregierung beschlossen ist, vielleicht schon in parlamentarischer Behandlung steht, jedenfalls sich nicht mehr in jenem Stadium befindet, in welchem ohne politische, parlamentarische und ähnliche Bedenken noch sehr wohl verschiedene, auch einschneidende Abänderungen möglich sind. Soll daher den Handelskörperschaften der ihnen zugedachte Einfluss als beratendes Organ wirklich eingeräumt werden, dann bedarf es einer Befragung derselben vor Einbringung der Gesetzentwürfe.

Einzelne Handelskammergesetze anderer Staaten fixiren denn auch ausdrücklich die obligatorische Anhörung der Körperschaften, einige sogar den Zeitpunkt der Anhörung. So verordnet das österreichische Gesetz vom 29. Juni 1868, § 2: „Die Handels- und Gewerbekammern haben als beratende Körper im Allgemeinen die Bestimmung: . . . c. über Gesetzentwürfe, welche die kommerziellen oder gewerblichen Interessen berühren, bevor dieselben von der Regierung den gesetzgebenden Körpern vorgelegt werden, ihr Gutachten abzugeben.“ Das französische Gesetz vom 3. September 1851 sagt in 12: „Das Gutachten der Handelskammern ist insbesondere zu verlangen über projektirte Aenderungen in der Handelsgesetzgebung.“ Das bayrische wie das sächsische Gesetz verordnen, dass die Handels- und Gewerbekammern bei jeder wichtigeren, Handel und Gewerbe betreffenden Frage „in der Regel“, „so weit es die Verhältnisse gestatten“, gehört werden sollen. Allein wohl durchweg hat auch dort, wo keine ausdrückliche Bestimmung in dem Gesetze besteht, die Praxis dahin geführt, den Handelskörperschaften bei allen wichtigen Gesetzentwürfen ein Gutachten abzuverlangen. Vielfach ist dies ja auch in Preussen der Fall gewesen, vielfach aber hat man — wohl aus Erwägungen dieser oder jener Art — eine gutachtliche Aeusserung der Handelskörperschaften nicht verlangt, noch auch den betreffenden Gesetzentwurf so zeitig der Oeffentlichkeit übergeben, dass es möglich gewesen wäre, rechtzeitig zu demselben Stellung zu nehmen. Wir nennen hier nur das Zuckersteuergesetz und andere

Steuervorlagen, die meistens erst nur dann bekannt wurden, als sie als fertige Regierungsvorlage zur parlamentarischen Verhandlung vorgelegt wurden, den Gesetzentwurf, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, den Wuchergesetzentwurf u. a. m.

Für die Uebergehung der Handelskörperschaften bei Handel und Gewerbe betreffenden Gesetzentwürfen lässt sich kaum irgend ein stichhaltiger Grund auffinden; wenn vielleicht hierdurch tendenziöse Bekämpfungen eines dem allgemeinen Wohle dienlichen, aber einem oder mehreren einzelnen Geschäftszweigen unangenehmen Gesetzes vermieden werden sollen, so lässt sich dem entgegen, dass schliesslich — bei Bekanntwerden des Entwurfes — der Sturm, den man vermeiden wollte, sich fast immer doch erhebt, dass dann aber die übertriebenen oder unrichtigen Behauptungen der das Gesetz bekämpfenden Kreise kaum noch rechtzeitig widerlegt werden können. Ein völliges Stillschweigen der betroffenen Kreise lässt sich überhaupt nicht erreichen; es wäre aber auch nicht gut, weil sich gerade an der Schwäche oder Stärke der Opposition und ihrer Argumente der neue Gesetzentwurf und seine Einzelheiten gut prüfen und beurtheilen lässt. Was aber durch dies späte Bekanntwerden des Gesetzes und die Nichtbefragung der Handelskörperschaften erreicht wird — und darin erblicken wir gleichfalls einen grossen Schaden! — ist eine oft übereilte und einseitige Behandlung der Sache seitens der Körperschaften; da die Motive des Entwurfes meist noch nicht vorliegen, da ferner die Zeit drängt und so schnell als möglich eine Aeusserung abgegeben, eine Petition an das Parlament gerichtet werden soll — bei der Staatsregierung, die bereits Stellung genommen hat, ist ohnedies nichts mehr zu erreichen — so ist eine gründliche Durcharbeitung des Entwurfs und Durchberatung des Gutachtens über denselben, eine besonnene, tiefgehende. Alles sorgsam erwägende Kritik einfach ausgeschlossen! Hiezu kommt noch, dass die parlamentarische Behandlung der Entwürfe durch das spätere Auftauchen vieler Einzelwünsche der Körperschaften erschwert wird, von denen so manche schon in der Regierungsvorlage berücksichtigt worden wären, wenn — man sie rechtzeitig gekannt hätte.

Ferner wird, wie schon oben berührt, die sachgemässe Erledigung der Gesetzentwürfe im Parlament überhaupt gewiss dadurch nicht gefördert, dass durch zu spätes Bekanntwerden des Gesetzentwurfes sich noch in letzter Stunde ein Petitionssturm erhebt und die einzelnen parlamentarischen Parteien von allen Seiten gedrängt und zu beeinflussen gesucht werden.

Alle diese Erwägungen führen dahin, die rechtzeitige Befragung der gesetzlichen Interesse-Vertretungen von Handel und Gewerbe für höchst wünschenswerth zu erklären und zwar sowohl vom Standpunkte der Wahrung des diesen Körperschaften gewährleisteten Einflusses als begutachtende Organe der Staatsregierung, wie überhaupt zur Förderung einer sachgemässen, durch Petitionsstürme und dringliche Eingaben in letzter Stunde ungetrübten, parlamentarischen Behandlung und Verabschiedung der Handel und Gewerbe betreffenden Gesetzentwürfe. Zum mindesten aber erscheint dort, wo eine Befragung der Interesse-Vertretungen vor Feststellung der Regierungsvorlage unterblieb, eine rechtzeitige und vollständige Veröffentlichung der Entwürfe mit deren Motiven vor der Vorlage an das Parlament dringlich geboten: eine solche Veröffentlichung müsste, um rechtzeitig zu sein, mindestens etwa 1 bis 2 Monate vor der parlamentarischen Verhandlung erfolgen, da die Behandlung so wichtiger Fragen bei den Handelskörperschaften Kommissionsberatungen und eine Erledigung im Plenum erheischt. Der Wunsch, dass mit der Vorlage stets auch deren Motive der Öffentlichkeit übergeben werden möchten, gründet sich darauf, dass auf solche Weise ein tieferes Eindringen in die Sache ermöglicht und manchen Einwendungen vielleicht die

Spitze abgebrochen wird; zudem ist nicht ersichtlich, warum denn die vom Verfasser des Entwurfes leicht auszuarbeitende Begründung, die später ohnedies doch dem Entwurfe beigegeben werden muss, nicht schon zur Zeit der ersten Veröffentlichung gleichzeitig mit dem Entwurfe sollte erscheinen können.

Wir gestatten uns daher die gehorsame Bitte:

Ew. Excellenz wollen geneigtest dahin wirken,

dass neue Handel und Verkehr betreffende Gesetzentwürfe den Handels-Kammern und Aeltesten-Kollegien der kaufmännischen Körperschaften wenn irgend thunlich, noch vor der endgiltigen Feststellung der Regierungsvorlage, oder mindestens vor der Vorlage an das Parlament zur gutachtlichen Aeusserung übergeben werden,

oder, dass wenigstens entsprechende Zeit vor der parlamentarischen Behandlung solcher Gesetzentwürfe, dieselben nebst vollständiger Begründung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Referent beantragt, den Ausführungen der Aeltesten, insbesondere dem Antrage derselben, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Plenarversammlung des Handelstages zu setzen, zuzustimmen.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

15. Sommerfahrplan 1894.

Auf Antrag des Herrn Schrupf-Blankenburg wird beschlossen, trotz wiederholter Ablehnung Seitens der Preussischen Eisenbahnverwaltung auch für den Sommerfahrplan 1894 die Einstellung der sog. Sommersonntags-extrazüge S 1 und S 2 (ab Braunschweig 5²⁰ V., an Vienenburg 6¹³ V., an Blankenburg 8⁴³ V. — ab Blankenburg 8¹⁶ N., an Vienenburg 10¹² N., an Braunschweig 11⁰⁵ N.) als alltäglich verkehrende Züge zu beantragen.

Für die Richtigkeit:

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Materialien

zum

Entwurf eines Reichs-Weinsteuergesetzes.

(Schluss.)

Die Position „Wein“ im Entwurf des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif.

Der Entwurf des amtlichen Waarenverzeichnisses bestimmt in den Anmerkungen zu dem Abschnitt „Wein“, dass Wein mit mehr als 17 Vol. pCt. Alkohol von der Behandlung als Wein ausgeschlossen und dass er als Kunstwein wie Branntwein zu verzollen sei, also bei der üblichen Einfuhr statt Mk. 20 bezw. Mk. 24 für die Folge Mk. 125 bezw. Mk. 180 Zoll per 100 kg zu entrichten habe. Der Entwurf bestimmt a. a. O. ferner, dass Wein, welcher mit dem Reichsgesetze vom 20. April 1892 bezw. der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. April 1892 entspreche, als Kunstwein wie Branntwein zu verzollen sei. Die Handelskammer zu Würzburg, deren Ausführungen sich zahlreiche andere Kammern angeschlossen, glaubte die neuen Bestimmungen für den Begriff „Wein“ bestreiten zu müssen. Sprachlich und sachlich sind Weine mit einem Alkoholgehalt von mehr als 17 Vol. pCt., wir möchten sagen selbst bis zu 25 Vol. pCt., Alkoholgehalt immer noch „Weine“ und nicht Branntweine. „Weine“ und nicht Branntweine sind ebenso solche Weine, welche unter Umständen den in der

Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. April 1892 festgesetzten Grenzen nahe kommen. Die Bekanntmachung soll jedoch nur für inländische Produkte massgebend sein, was in der Entwurfs-Anmerkung übersehen zu sein scheint. Die Handelskammer Würzburg weist ferner darauf hin, dass gegen die Anmerkung 1 zu „Wein“ in dem Entwurf aber auch schwerwiegende technische Gründe sprechen, da deren Ausführung sehr grosse Schwierigkeiten für die Zollbehörde und grössere Unannehmlichkeiten noch für die Importeure hervorrufen wird. Mit der Geltung des Entwurfes des amtlichen Waarenverzeichnisses wäre es geboten, jede eintreffende bezw. zur Verzollung gelangende Weinmenge einer möglichst vollständigen chemischen Analyse zu unterwerfen. Diese Untersuchung ist unter allen Umständen zeitraubend, hemmend und kostspielig. Soll sie von den Beamten der Zollbehörden ausgeführt werden, so wird sie diese Beamten an einzelnen Zollämtern sehr erheblich in Anspruch nehmen, auch würden Differenzen unausbleiblich sein und Irrthümer nicht selten vorkommen. Wird die Analyse Chemikern von Beruf übertragen, so entstehen, ganz abgesehen von den wesentlichen Kosten, die bei einzelnen Abfertigungen ausser jedem Verhältniss zum Objekt sein werden, immer noch Schwierigkeiten und Zeitversäumnisse. Wird die Analyse der abzufertigenden Weine nur auf einzelne, nach Gutdünken der Zollbehörde herausgegriffene Fälle beschränkt, so führt das unausbleiblich zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Auch der fiskalische Erfolg der Massregel muss ausser jedem Verhältniss stehen zu dem Aufwand an Zeit und Kosten und zu den grossen Belästigungen des Verkehrs. Wirkliche Kunstweine dürften in Deutschland überhaupt nicht oder nur in ganz verschwindendem Masse eingeführt werden. Oder glaubt man, der Handel bezahle für Kunstweine als solche, die weniger als 1,5 g Extrakt und 0,14 g Mineralbestandtheile enthalten, hohe Fracht und den Zoll von Mk. 20 bezw. Mk. 24 pro 100 kg? Solche Produkte sind im Inlande weit billiger zu beschaffen. Ferner kommt die geplante Zollerhöhung für Weine mit mehr als 17 Vol. pCt. einem Einfuhrverbote für Dessertweine gleich. Viele Dessertweine würden durch diese Zollerhöhung ganz unverhältnissmässig vertheuert so sehr, dass sie nur noch Wenigen zugänglich wären. Dies wäre sehr beklagenswerth, da sie nicht allein als Anregungsmittel für Gesunde, sondern vielfach auch als Arznei für Kranke und Genesende genommen zu werden pflegen. Gegen eine etwaige Zollerhöhung für ausländische Dessertweine und die dadurch hervorgerufene Preiserhöhung derselben im Inlande spricht aber noch ein sehr gewichtiger Umstand: jede Vertheuerung wird die Einfuhr verringern, dagegen aber die Herstellung minderwerthiger Nachahmungen im Inland fördern, was sicher nicht zum Vortheil der Konsumenten gereichte. Der Einwand, dass auch den ausländischen Dessertweinen mehr oder weniger Alkohol zugesetzt sei, und die etwaige Begründung der Zollerhöhung damit sind hinfällig. Alkohol wird nur in solchen Mengen zugesetzt, wie es die Haltbarmachung des Weines erfordert. Den hohen Alkoholgehalt bedingt der Charakter dieser Weine, und in vielen Fällen enthalten gerade die besten und feinsten Moste den höchsten Alkohol. Soll eine Grenze für den Alkohol festgesetzt werden, so muss sie entschieden höher liegen als 17 Vol. pCt., mindestens bei 22 Vol. pCt.: ein solcher Alkoholgehalt lässt sich wohl durch Zungenprobe feststellen und macht es unnöthig, alle Weine chemisch zu prüfen.

* * *

In einer gegen die geplante Reichsweinsteuer gerichteten Eingabe an das Reichsschatzamt spricht sich die Handelskammer zu Frankfurt a. M. dahin aus, dass die in dem Gesetzentwurf geplante prozentuale Werthbesteuerung in Gestalt einer Verkehrssteuer der

Abwälzung der Steuerpflicht des Empfängers auf den Winzer nicht vorbeuge, da der Konsument stets bestrebt sein würde, die Steuer vom Produzenten wieder zu bekommen. Der Kleinhandel wird bei seinen Einkäufen beim Grosshandel entweder Rückerstattung der Steuer verlangen, oder, um nicht mehr auszugeben als bisher, kleinere Preise anlegen. Dieser dem Grosshandel erwachsende Schaden wirkt wieder auf die Anlegepreise, also auf den Produzenten zurück. Die beabsichtigte Trennung des Weinverkehrs in Gross- und Kleinhandel ist praktisch undurchführbar, da auch der Grosshändler Wein in kleineren Mengen als 10 Liter abgeben muss; von Probefieferungen ganz abgesehen, finden feinere Weine häufig nur in Quantitäten von 12 Flaschen und darunter Absatz, erreichen also oft das Mindestmass nicht. Da, wo der Gesetzentwurf den gleichzeitigen Betrieb von Gross- und Kleinhandel durch dieselbe Person vorsieht, machen die Voraussetzungen die Ausführung unmöglich; da nämlich die Verkaufsräume durch eine offene Strasse oder durch Steuerverschluss von den Lagerräumen für den Grosshandel getrennt sein sollen, so verursachen die Beschaffung besonderer Räume und die damit verknüpften Spesen an Steuern und Personal Unkosten und die Nothwendigkeit der Steuerbeamten Störungen, welche bei geringerem Geschäftsgange in den Kleinverkehrsräumen meistens zum völligen Verzicht auf diese veranlassen müssen. Im Kleinverkehrsraume kann ferner nicht jedes Fass, das gewöhnlich eine Sorte für sich darstellt, zur Entnahme von Proben bereit stehen. Da der Kleinhändler und Konsument beim Ankauf vom Produzenten die Steuer nur vom Erstlingspreis, beim Ankauf vom Grosshandel auf den um die entstandenen Kosten und den Geschäftsgewinn erhöhten Preis zu entrichten hat, so wird sich der Einkauf mehr und mehr direkt dem Produzenten zuwenden. Deshalb werden sich Vereinigungen Privater zum Einkauf junger Weine bilden und den Weinhandel, auf dessen Gedeihen der Export beruht, lahm legen. Wie soll eine Werthfeststellung der jungen Weine erzielt werden, welche aus dem Grossverkauf einer Firma in deren Kleinverkauf übergeben? Dem Kleinhandel werden der Export und der Verkauf an den Grosshandel erschwert, weil auf seinen Weinen die Steuer bereits lasten würde. Das Publikum wird der lästigen Steuerformalitäten wegen vielfach vorziehen, seinen Bedarf beim Kleinhändler zu beziehen, eine Benachtheiligung des Grosshändlers, der dadurch in vielen Fällen in seiner Existenz bedroht ist. Abgesehen von der Einrichtung von Lagerräumen unter Steuerverschluss, welcher umständlichen Apparat erfordert nicht die Entgegennahme der Angaben des Versenders und namentlich der überaus zahlreichen Empfänger über den Kaufpreis und die Vorlage der Fakturen, sowie die eventuelle Einsicht der kaufmännischen Bücher? Wird ferner der Steuerfiskus die zuverlässigen Persönlichkeiten haben, die Werthermittelung festzustellen? Die Kosten für die Anstellung der geeigneten und ausreichenden Beamten stehen ausser allem Verhältniss zu dem erwarteten Steuereingang, es sei denn, die Werthgrenze werde enorm hoch gegriffen. Dieselbe soll mit 50 Mk. per 100 Liter in Aussicht genommen sein; bei diesem Mindestwerth ist auf die Landesweinsteuer einiger Bundesstaaten kaum die nöthige Rücksicht genommen, da die meisten der kleinen Weine die angeführte Werthgrenze übersteigen dürften. Eine Reichsweinsteuer aber nur von den besseren Qualitäten würde ein klägliches finanzielles Netto-Ergebniss haben. Der reelle Händler wird durch Belästigungen und Opfer schwer leiden. Der unreelle wird sich denselben zu entziehen Gelegenheit finden. Im Herbstgeschäft mit neuen Weinen werden die Preise häufig nicht festgestellt; Abschluss und Zahlung finden in vielen Fällen ohne geschriebenes Wort statt; sie entziehen sich somit der Kontrolle.

* * *

In einer an das königlich bayerische Staatsministerium der Finanzen von der *Handels- und Gewerkekammer für Unterfranken* (Würzburg) in Sachen der Reichsweinsteuer gerichteten ausführlichen Eingabe wird zuerst auf die bedeutenden Schwankungen der Weinpreise hingewiesen und dargelegt, wie in Zeiten mittlerer Erträge der Produzent den grössten Theil der Steuer, in Jahren voller und guter Ernte die volle Steuer zu tragen haben würde, da mit dem Wachsen der Vorräthe in erhöhtem Masse die Spekulation eingreift. Die Erfahrung lehrt, dass speziell in den weinbautreibenden Gegenden der Konsum mit dem Preise steigt und fällt; die Vertheuerung durch die Steuer wird den Rückgang des Konsums zur Folge haben und den Produzenten schwer benachtheiligen. Der ausländische Wein wird dem heimischen Produkte Konkurrenz machen, denn es wird Wein eingeführt werden, der in Folge seines billigen Preises nicht unter die Weinsteuer fällt. Dadurch und durch die Aufstellung einer Steuergrenze überhaupt wird der sorgsame Weinbergbau, der bisher eine möglichst gute Qualität zu erzielen strebt, zum Raubbau werden und einen unter der Steuergrenze stehenden Massenwein produzieren. Der Mangel an Qualitätsweinen wird den Export schädigen. Die schlechten Weinjahre haben in Franken den Weinbau reduziert, er wird durch die Weinsteuer, durch Erschwerung des Verkaufs, durch Erleichterung der Konkurrenz des Auslandes, durch Reduzierung der Preise noch weiter zurückgehen. Es handelt sich um die Existenz des fränkischen Weinbauers. Auch der bisher bedeutende Weinhandel des Kreises wird durch die Steuer schwer geschädigt. Der Weinhandel wird die Preise so stellen müssen, dass für die betreffenden Marken nach Zurechnung der Steuer kein höherer Preis anzulegen sein darf als vor Einführung der Steuer, also entsprechend geringere Qualitäten liefern.

Der Weinhandel befindet sich in ausserordentlich vielen Händen (Würzburg hat 120 Weinhändler), er wird vielfach in Verbindung mit anderen Geschäften betrieben, theils als Haupt-, theils als Nebenerwerb; eine Verminderung der Betriebe würde dem Konsum schaden. Wie sollen alle diese Geschäfte ihre Betriebs- und Lagerräume, die einer „Genehmigung“ bedürfen, also eine bestimmte Beschaffenheit haben müssen, einrichten, wie die zur Versendungskontrolle und der nicht ausbleibenden Buchkontrolle erforderlichen Arbeitskräfte beschaffen, um den Anforderungen der Steuerbehörde zu genügen? Auch diese Unkosten müssen zur Vertheuerung des Weins und zum Rückgang des Konsums führen. Die Klein- und Nebenbetriebe können diesen Anforderungen unmöglich Rechnung tragen und werden verdrängt werden.

Die Eingabe erörtert des Weiteren den Aufschwung, den sich die Schaumweinfabrikation des Kreises unter bedeutenden Opfern errungen hat. Um von den Belästigungen durch die Kontrollmassregeln und namentlich die Buchkontrolle zu schweigen, so muss der in den letzten Jahren so sehr gestiegene Konsum der billigeren Marken, die auch dem weniger Bemittelten zugänglich sind, durch die Vertheuerung des Schaumweins abnehmen, und durch diesen Rückgang die deutsche Schaumweinfabrikation so gestört werden, dass sie auch für die besseren Sorten, welche sich ein Absatzgebiet im Auslande errungen haben, nicht mehr leistungsfähig bleibt, um im Auslande die Konkurrenz mit den französischen Champagnern zu bestehen. Die Produktion von Kunstweinen kommt, wie die Einnahmen aus der Besteuerung desselben in Bayern ergeben, wenig in Betracht und wird stark überschätzt.

Die Werthgrenze, 50 Mk. pro Hektoliter im Verkauf an den Kleinhändler und Konsumenten, also in dem Moment, in dem der Wein durch Pflege und Ziehen am theuersten ist, ist so niedrig als möglich gegriffen und trifft die Weine, welche von weniger bemittelten Klassen hauptsächlich getrunken werden; denn

50 Mk. pro Hektoliter als Minimum muss in mittleren Weinjahren für einen gelagerten, genügend ausgebauten, folglich haltbaren und konsumfähigen Wein angelegt werden. Es handelt sich also nicht um eine Luxussteuer, denn soviel kostet meist das Produkt der kleinen und mittleren Winzer.

Ferner weist die Eingabe auf die Misslichkeiten hin, welche die Werthbesteuerung gerade bei Wein hervorruft. Die Taxation des Artikels stellt unmögliche Anforderungen an die Steuerbeamten. Die Schwierigkeit wird dadurch erhöht, dass nicht selten der Produzent selbst Kleinverkäufer ist, also die Steuer zu entrichten hat für den Werth, den sein eigenes Produkt hat, wenn er es in sein Kleinverkaufslager bringt.

Die ganze Organisation der Steuererhebung für Kleinverkäufer bedingt einen bedeutenden Nachtheil des weniger Kapitalkräftigen gegen den mehr Kapitalkräftigen. Jener wird seine Einkäufe nur in Weinen machen können, die er sofort dem Konsum zuführen kann, dieser wird seine Weine jung, ungepflegt und unausgebaut kaufen, selbstredend zu bedeutend niedrigeren Preisen, und sie dann durch Pflege und Aufbietung des eigenen Kapitals in den Stand bringen, in welchem sie sein weniger bemittelter Konkurrent erst einkaufen kann. Dieser wird also sehr oft die Steuer für Wein gleicher Qualität zu entrichten haben, für welchen sein besser situierter Konkurrent überhaupt keine Steuern zahlt.

Die Kosten der Steuererhebung, welche dem Reiche aus der komplizierten Organisation, der Ueberwachung der Betriebsräume, der Buchkontrolle, der Ueberwachung der Transporte u. s. w. erwachsen, versprechen kein die schweren Schädigungen annähernd rechtfertigendes Ergebniss der Steuer.

* * *

Eine von der *Handelskammer zu Lahr* behufs Stellungnahme zu dem Projekt des Reichsweinsteuergesetzes in Offenburg abgehaltene Versammlung von Weinhandels-Interessenten des Kammerbezirks hat einstimmig beschlossen, sich gegen den Erlass eines Reichsweinsteuergesetzes und gegen jede Höherbesteuerung des Naturweins, dagegen aber in Erwägung, dass Kunstwein überall produziert werden kann, für den Erlass eines Reichsgesetzes über die Besteuerung der Kunstweinfabrikation zu erklären. Diesen Beschluss hat die Handelskammer, dem Ersuchen der Versammlung entsprechend, dem grossherzoglich badischen Finanzministerium mit der Bitte um Berücksichtigung unterbreitet.

* * *

Materialien zum Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes.

Der Verein aller Interessenten der Zigarren- und Tabakbranche von Berlin und Umgegend von 1893 fasste gegenüber dem von der Regierung geplanten Tabaksteuer-Projekte (Fabrikatsteuer) die Resolution:

„In Anbetracht, dass durch die projektirte Mehrbesteuerung des Tabaks, welcher Art sie auch sein möge, der Konsum zweifellos zurückgehen muss, dass dadurch die mittleren und kleineren Betriebe, welche in Folge der Einführung der Sonntagsruhe ohnehin schon auf das Aergste geschädigt sind, einem sicheren Ruin entgegengehen müssen, dass dadurch endlich zum mindesten 50000 Arbeiter, welche vielfach aus Siechen und Krüppeln bestehen, vollständig brodlös werden und dann der Armenpflege anheim fallen müssen, protestirt die Versammlung des Vereins aller Interessenten der Zigarren- und Tabakbranche von Berlin und Umgegend von 1893 entschieden gegen jede weitere Belastung der Tabakbranche.“

* * *

Die *Handelskammer zu Geestemünde* hat an den Herrn Finanzminister folgende Eingabe, betreffend Tabaksteuer, gerichtet:

„Geestemünde, den 18. September 1893.

Excellenz!

Die Tagespresse hat in letzter Zeit vielfach das Gerücht verbreitet, es werde demnächst der Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Einführung einer Tabakfabrikat-Steuer in Deutschland, veröffentlicht werden.

Schon die blosse Aussprengung dieses vielleicht gänzlich unbegründeten Gerüchts hat sich in der dadurch beunruhigten Tabakindustrie in empfindlicher Weise fühlbar gemacht.

Der Absatz der Fabrikate stockt, der Fabrikant verhält sich im Ankauf von Rohtabaken zurückhaltend, und in Folge der herrschenden Unsicherheit und Aufregung erwachsen daher sowohl den Arbeitern als auch den Arbeitgebern grosse Schädigungen.

Welche Projekte die Reichsregierung hinsichtlich einer Neubesteuerung des Tabaks auch ventiliren mag, so möchten wir es im Interesse der in unserem Bezirke ansässigen zahlreichen Tabakindustriellen nicht unterlassen, die Bitte auszudrücken, von der Einführung der Tabakfabrikatsteuer und im Allgemeinen von jeder weiteren Besteuerung des Tabaks absehen zu wollen.

Die Tabakindustrie hat sich von der Zollerhöhung des Jahres 1879 kaum erholt, sie ist neuerdings durch die Einführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht unerheblich geschädigt worden und bedarf deshalb augenblicklich dringend der Ruhe und Schonung.

Die Verwirklichung des gerüchtweise behaupteten Steuerprojektes würde einmal durch Einschränkung des Konsums, indem vielfach die Pfeife an die Stelle der Zigarre treten wird, die grossen Zigarrenfabrikanten zur Einschränkung ihres Betriebes und zu zahlreichen Arbeiterentlassungen zwingen, den Kleinbetrieb aber, der heute bei uns eine grosse Rolle spielt, durch die unerträgliche und theilweise unausführbare Kontrolle verdrängen und damit eine grosse Anzahl selbständiger Existenzen vernichten.

Jede Neubesteuerung des Tabaks, welcher Art sie auch sein mag, wird in erster Linie nicht die besitzenden Klassen, sondern den in der Industrie beschäftigten Arbeiter und den kleinen Mann treffen.

Ein schädigender Einfluss auf die Erwerbsverhältnisse der Zigarrenarbeiter wird sich vor Allem durch die Abnahme des Zigarrenkonsums geltend machen. Nach der amtlichen Statistik ging der Tabakverbrauch in Deutschland von 1,85 kg pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1878 in Folge der Zollerhöhungen des Jahres 1879 auf 1,45 kg im Durchschnitt der Jahre 1879 bis 1891, mithin um etwa 22 pCt., zurück.

Eine abermalige höhere Belastung des Tabaks würde die Fabrikanten zwingen, entweder die Preise der Fabrikate zu erhöhen oder letztere in der Qualität zu verschlechtern, und Beides würde unfehlbar ein weiteres Zurückgehen des Verbrauchs hervorrufen, das mit 25 pCt. nicht zu hoch veranschlagt sein dürfte.

Der höhere Preis für Zigarren würde ausserdem eine Verschiebung zu Gunsten des billigen Pfeifentabaks im Gefolge haben, wodurch wiederum ein grosser Prozentsatz der Zigarrenarbeiter überflüssig würde, denn zwei grosse Tabakschneidemaschinen schneiden mit drei Arbeitern täglich mindestens ebenso viel Rauchtabak, wie vielleicht vierzig bis fünfzig Zigarrenarbeiter in einer vollen Woche an fertigen Zigarren liefern können.

Die Einführung einer neuen Tabaksteuer würde also nothwendigerweise zu grösseren Arbeiter-Entlassungen führen müssen, ein Umstand, der vom sozialpolitischen Standpunkte aus als höchst bedenklich erscheinen muss.

Eine neue Tabakbesteuerung würde aber auch, wie wir nachweisen werden, fast ausschliesslich den kleinen Mann treffen, da eine Abwälzung der Steuer auf die Besitzenden dieselbe zu einer Luxussteuer machen würde, die niemals im Stande wäre, so hohe Erträge, wie sie gewünscht werden, aufzubringen. Nur der grosse Konsum kann grosse Steuersummen liefern.

Die eigentliche Massenkonsum-Zigarre, die vornehmlich vom kleinen Manne geraucht wird, ist aber die aus überseeischem Tabak hergestellte 5 Pfennig-Zigarre.

Durch die besprochene Fabrikatsteuer würde gerade dieses Fabrikat derart vertheuert werden, dass mit Sicherheit eine ganz erhebliche Abnahme des Konsums zu erwarten ist. Die Vertheuerung würde sich etwa folgendermassen gestalten:

Angenommen, eine 5 Pfennig-Zigarre aus rein überseeischem Tabak habe einen Fabrikationswerth von 29 Mk. pro Mille = 29,— Mk.	
Hierzu 25 pCt. des heutigen Detailpreises in Form der Fabrikatsteuer	12,50 „
Vertheuerung durch Steuerkontrolle	1,50 „
Etwas 20 pCt. Bruttoverdienst des Fabrikanten	10,— „
Summe 53,— Mk.	

Das entspricht nach heutigen Verhältnissen einem Detailpreise von $7\frac{1}{2}$ bis 8 Pfennig pro Stück.

Der kleine Mann würde daher fortan für die von ihm begünstigte, aus ausländischem Tabak hergestellte Zigarre nicht mehr 5 Pfennige, sondern $7\frac{1}{2}$ bis 8 Pfennige bezahlen müssen, eine Mehrbelastung, die nicht zu unterschätzen ist, wenn man berücksichtigt, dass sie auf schwache Schultern gelegt wird.

Ein Versuch, diese Zigarre durch ein Fabrikat aus inländischem Tabak zu ersetzen, ist nach den Erfahrungen, die gemacht sind, unthunlich. Es darf vielmehr mit Sicherheit angenommen werden, dass der grössere Theil der Verbraucher solcher Zigarren sich dem geschnittenen ausländischen Tabak zuwenden wird.

Man hat neuerdings zur Begründung einer Tabaksteuer auch versucht, auf andere Länder zu exemplifiziren, in welchen der Tabak einer bedeutend höheren Besteuerung als bei uns unterliege. Wir halten diese Exemplifikation für eine durchaus verfehlte, da die übrigen Steuerverhältnisse dieser Länder zum Theil bedeutend günstiger als die unserigen sind und andererseits die Steuerkraft derselben eine viel grössere ist, als sie Deutschland besitzt.

Wir glauben somit nachgewiesen zu haben, dass eine neue Tabaksteuer nicht nur eine Schädigung der grossen und theilweisen Vernichtung der kleinen Betriebe herbeiführen, sondern auch Arbeiterentlassungen im grossen Stile und eine drückende Belastung des kleinen Mannes bewirken wird.

Aus allen diesen Gründen bitten wir Euer Excellenz ehrerbietigst:

Von einer Neubesteuerung des Tabaks absehen zu wollen, da die Tabakindustrie, wenn man nicht den Ruin von zahlreichen selbständigen Betrieben herbeiführen und Tausende von Arbeitern brodlos machen will, irgend eine Steuer nicht ertragen kann.

Geestemünder Handelskammer.

Schmidt. Bade. Rechtsanwalt Mayer,
Syndikus.“

An den Königlichen Staats- und Finanzminister
Herrn Miquel Excellenz in Berlin.

* * *

Tabakbau und Tabaksteuer in Deutschland.

Bei der mit der geplanten Einführung der Tabakfabrikatsteuer verbundenen Aufhebung der Inlandsteuer ist es interessant, kennen zu lernen, wie sich der Tabakbau und die bisherige Tabaksteuer auf die einzelnen deutschen Bundesstaaten vertheilt. Nach dem dem Bundesrathe vorliegenden Berichte der zuständigen

Ausschüsse, betr. die gemeinschaftlichen Einnahmen an Zöllen und Steuern für das Etatsjahr 1890/91. ist, was die Tabaksteuer betrifft, die Grösse des amtlich ermittelten Flächeninhalts der mit Tabak bepflanzten Grundstücke in den einzelnen Staaten folgende:

Baden	7876 ha
Preussen	5143 "
Bayern	3973 "
Elsass-Lothringen	1794 "
Hessen	664 "
Württemberg	632 "
Beide Mecklenburg	130 "
Anhalt	118 "
Sachsen-Meiningen	96 "
Braunschweig	28 "
Schwarzburg-Rudolstadt	20 "

Die übrigen Staaten kommen wenig in Betracht. Im Gebiete der deutschen Zollgemeinschaft überhaupt waren im Jahre 1890: 2023199 a 34 qm mit Tabak bepflanzt. Ausserdem wurde auf 29845 a 45 qm eine Nachernte erzielt, wovon allein 226 ha auf Baden und 67 ha auf Preussen entfallen. An Tabaksteuer wurden im Jahre 1890/91 an die Reichskasse abgeführt von

Baden	4800000 Mk.
Preussen	4000000 "
Bayern	800000 "
Elsass-Lothringen	400000 "
Hessen	370000 "
Württemberg	200000 "

Von den übrigen Staaten wurden weniger als je 100000 Mk. an die Reichskasse abgeführt. Die Gesamtsumme der im Jahre 1890/91 aufgekommene Tabaksteuer belief sich auf 11023334,82 Mk.

Bezüglich der von der Handelskammer zu Geestmünde in Sachen der Tabaksteuer an den Finanzminister gerichteten Eingabe hat die *Handelskammer zu Nordhausen* in der Sitzung vom 3. Oktober beschlossen, selbständig vorzugehen, indem sie sich gegen jede Mehrbelastung des Tabaks erklärt, einerseits, weil eine blühende Industrie erheblich gefährdet würde, andererseits, weil die Lasten auf die schwächeren Schultern gelegt und die Wirkungen in sozialpolitischer Beziehung höchst bedenkliche sein würden; Wehrsteuer, Luxussteuer, Weinsteuer (für Qualitätswein), Börsensteuer, sowie etwa vorerst der vierte Theil der sogenannten Liebesgabe erscheinen ihr geeigneter für Aufbringung der Mittel, für welche z. Z. im Reiche die Deckung fehlt.

Aus dem Kreise ihrer Tabakindustriellen ist auch die *Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg* in Leer ersucht worden, gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer vorstellig zu werden. Dazu beantragte Herr Brons (5. Oktober), die Kammer wolle zu erwirken suchen, „dass 1. an eine höhere Tabaksteuer nicht gedacht werden möge, solange keine Gleichmässigkeit in der Branntweinbesteuerung herbeigeführt worden sei; und dass 2. durch eine etwaige neue Steuer das gegenwärtige Verhältniss zwischen ausländischem und inländischem Tabak nicht verschoben werde. Dagegen vertheidigten die Herren Mammes und Kloppe die von den Tabakindustriellen eingereichte Petition und führten demgemäss einen Beschluss herbei.

In der *Handelskammer zu Koblenz* (Plenarsitzung vom 10. Oktober) beantragte Herr H. Graeff, die Kammer wolle sich wie gegen die Wein-, so auch gegen die geplante Tabakfabriksteuer wenden, und macht geltend, dass die Tabakindustrie, welche bis in die letzten Jahre hinein noch unter den Folgen der Steuererhöhung von 1879 gelitten habe, einen gewaltsamen Eingriff, wie ihn die Fabriksteuer mit ihren übertrieben hohen Sätzen und die freie Beweglichkeit ver-

nichtenden Kontrollformen darstelle, unmöglich ertragen könne, ohne dass zahlreiche Unternehmer zu Grunde gingen und Tausende von Arbeitern brodlos würden. Herr R. Graeff unterstützt den Antrag und führt im Einzelnen aus, wie die Steuer belastend und störend in alle Zweige der Tabakindustrie eingreifen werde. Man sei in Fabrikantenkreisen vollständig überrascht und erschreckt worden, weil eine vorjährige Erklärung des Herrn Reichskanzlers die Furcht vor einer neuen Steuerbelastung beseitigt hatte. Die Kammer zieht in Erwägung, dass anscheinend wenig Aussicht vorhanden sei, die Tabakindustrie gänzlich vor einer neuen Belastung zu schützen, beschliesst aber, die erörterten Bedenken zuständigen Orten vorzutragen und im Sinne des Antrages gegen die Fabriksteuer vorstellig zu werden.

Eine von der *Handelskammer Lahr* behufs Stellanahme zu den Tabaksteuerplänen der Reichsregierung am 14. Oktober abgehaltene Versammlung von Vertretern der Tabakindustrie und deren Hilfsindustrien aus dem Kammerbezirke hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die heute auf Einladung der Handelskammer Lahr hier versammelten Interessenten der Tabakindustrie und ihrer Hilfsindustrien, durch welche 40 Hauptbetriebe und 73 Filialen mit 8740 Arbeitern vertreten sind, beklagen aufs Tiefste die abermalige Beunruhigung der Tabakindustrie und erklären sich — an ihren früheren Beschlüssen festhaltend — aufs Entschiedenste gegen jede höhere Belastung der Tabakindustrie, weil eine solche eine tiefgehende Schädigung dieser Industrie und sämtlicher in derselben und für dieselbe beschäftigten Erwerbskreise nach Ansicht aller Sachverständigen unvermeidlich zur Folge haben müsste. Die bis jetzt bekannt gewordenen „Grundzüge“ einer Faktura-Werthsteuer sind bei der unvollständigen Darlegung und beim Fehlen jeglicher Zahlenangaben nicht hinreichend, um über das geplante neue Tabaksteuergesetz ein Urtheil abzugeben, noch weniger aber sind sie dazu angethan, die vorerwähnten Befürchtungen zu vermindern, da ein derartiges Steuerprojekt mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung, der Lage und den tatsächlichen Betriebsverhältnissen der deutschen bzw. badischen Tabakindustrie nicht in Einklang zu bringen ist, vielmehr den Bestand der Industrie, ihrer Arbeiterschaft und ihrer volkswirtschaftlich so wichtigen Filialbetriebe auf das Nachtheiligste beeinflussen und in einem für weite Kreise unseres Erwerbslebens direkt schädlichen Umfange einschränken würde.

Die Versammlung ersucht die Handelskammer Lahr, diesen Beschluss nebst der aus den Verhandlungen sich ergebenden Begründung zur Kenntniss der hohen Regierungen und der gesetzgebenden Faktoren zu bringen. (Schluss folgt.)

Wo muss begonnen werden?

Bei Gelegenheit der General-Versammlung des „Deutschen Vereins Arbeiterheim“ zu Bielefeld, am 27. Oktober v. J., konnte der Präses dieses Vereins, P. Dr. v. Bodelschwingh, zuvörderst aus den Berichten, die aus dem Vaterlande von Baugenossenschaften und dergestaltigen Privatunternehmungen eingegangen waren, erfreulichst konstatiren, dass, mit verschwindenden Ausnahmen, überall eine gesunde Rentabilität zu verzeichnen war, und zwar hätten sich dabei gerade hervorragend diejenigen Unternehmen ausgezeichnet, die grundsätzlich den eigenthümlichen Erwerb von Haus und Garten seitens des kleinen Mannes beanspruchten. Diese erfreuliche Thatsache dürfe ein rechter Sporn auch für die Thätigkeit des „Deutschen Vereins Arbeiterheim“ sein, zumal noch alle diese Beginnen lange nicht in der Lage seien, Schritt zu halten mit der grenzenlosen Noth, an der unser Volk hier immer noch krankt. Die

Thätigkeit des Vereins sei ja dann auch in diesem Jahre, agitatorisch sowohl, als (mit Rath, That und Auskunft) helfend, eine rege gewesen: Mit vier Zeitungen des deutschen Vaterlandes stehen wir in ständiger Verbindung, und bereitwilligst öffnen dieselben den Artikeln unserer Bestrebungen ihre Spalten. Ausser mehreren Tausend Agitations- etc. Briefen, durften wir in 175 Fällen schriftlich mit Auskunft und, bei Begründung von Baugenossenschaften etc. zur Hand gehen, an acht Orten theils persönlich solche Bauvereine begründen helfen, und neben anderen die Orte Castrop, Hannover, Barmen, Berlin, Spandau, Charlottenburg, Stettin, Wolfenbüttel, Essen, Neviges, Altena, Köln, M.-Gladbach, Salzuflen, Dolt (Holland) u. s. w. zu ähnlichen Zwecken besuchen. Ueber 600 Zeitungen wurden mit anregenden und berathenden Artikeln versehen etc. etc. Von unserm Vertreter wurde überdem ein 29 Seiten umfassendes Auskunftsbüchlein, unter dem Titel: „Wie kommt der kleine Mann zum eignen Heim?“ verfasst, das durch die Schriftenniederlage der Anstalt Bethel bei Bielefeld für Jeden erhältlich ist. Auch unser Lokalverein „Arbeiterheim“, der in vieler Beziehung unserm „Deutschen Verein Arbeiterheim“ als Versuchsstation dienen kann, hat sich erfreulich entwickelt. Wir durften im abgelaufenen Rechnungsjahre 28 Doppelhäuser (Häuser mit „Kniestock“) bauen, so dass wir nunmehr 70 Häuser errichtet haben, die einen Gesamtwert von über einer halben Million, mit ihren Gärten, repräsentiren, von der ca. $\frac{1}{5}$ schon abgezahlt ist. Bedauerlich ist es immer noch, dass, trotz des leuchtenden Vorganges der Alters- etc. Versicherungs-Anstalt Hannover, die sogar selbst zu dergestaltiger Bauthätigkeit anregt, trotz der Sympathie, die der grösste Theil dieser Anstalten dergleichen Unternehmungen entgegen bringt, diese „Spar-Pfennige des kleinen Mannes“ noch immer nicht für die absolut sichere Sache überall flüssig zu machen sind u. s. w.

Der Vertreter des Vereins, Herr Ober-Inspektor Lieber, giebt nun, an der Hand eines Rundganges durch das Wohnungselend Berlins, einen Ueberblick über die mannigfache Detailthätigkeit des Vereins und die daraus reichlich zu ziehenden Erfahrungen. Aus den wahrhaft erschütternden Mittheilungen über das Wohnungselend im deutschen Vaterlande, theilen wir wörtlich nur den Besuch eines einzigen Hauses in Berlin mit: „Wir stiegen im Hinterhause vier Treppen empor und gelangten nach manchen Irrfahrten wieder in einen jener engen, dunklen Korridore. — Unheimliche Gestalten huschten an uns vorüber und hier und da wisperte und tuschelte es in den Thüren — dort am Ende, rechts, klopfen wir und traten ein. Der Raum war einigermaßen hell und doch sahen wir kein Fenster, bis wir entdeckten, dass das Zimmerchen, wenn man den ca. 4 Meter langen und 2 Meter breiten Raum so nennen will, durch eine dreieckige Ausbuchtung am Ende noch gerade die Ecke des Hofes und somit Platz für ein schmales Fensterchen gewann. Links neben der Thür stand der Kochofen (oder wohl nur Herd), rechts weiter vor ein Bett, in welchem ein kleines niedliches Kind in fragwürdigen Betten lag. Davor stand ein bleiches entschieden schwindsüchtiges Weib, an das sich 2 andere Kleine, im Alter ungefähr von 3 und 4 Jahren, klammerten, mit bleichen, fast möchte ich sagen: lieblichen Gesichtchen. Ausser dem Bett war irgend ein anderes Möbel, deren auch schwerlich viel Platz gehabt hätten, in dem Raume nicht zu entdecken. Die weissgetünchten Wände waren auch hier voller Schmutzstellen, die von Ungeziefer (Wanzen, Schwaben etc.) herstammten, das durch die Wände, von einer dieser Höhlen des Elends in die andere, drang. Der Mann des Weibes war Maler und answärts auf Arbeit, er schlief, wenn er zu Haus war, auf dem Fussboden. Für diesen Raum, in dem es übrigens auch noch an allen Ecken durchregnete, wurden, bei 14 tägiger Kündigung, jährlich 108 Mk., in monatlichen Voraus-

zahlungen, gezahlt. Sieben Familien, also wieder circa 35 Köpfe, mussten auch hier ein Kloset benutzen, dazu wohnten in jedem Stockwerk eine Menge öffentlicher Dirnen, deren schamloses Treiben, wie uns das bleiche hüstelnde Weib erzählte, ihnen Nacht und Tag keine Ruhe liess: — Ich sah mir bei diesen Worten unwillkürlich die 3 bleichen und doch noch so kindlich lieblichen Gesichtchen der Kleinen an, und — ich hatte das Gefühl, als gösse eine ruchlose Hand Scheidewasser über lieblich, zarte Rosenknospen. — Wer, wer hat unter uns das Recht, den ersten Stein zu heben, wenn auch diese armen Wesen einst faule am Mark unseres Volkes zehrende Schmarotzerpflanzen werden! ? . . . Wir stiegen in demselben Hause noch in die Kellerwohnungen hinab, in deren jene berüchtigte Mordthat geschehen, die endlich den ganzen Abgrund ruchloser Sittenlosigkeit mit einem Schlage bloss legte und theils in erbitterten Debatten die Gesetzgeber beschäftigte — sittlicher, körperlicher Schmutz und Elend überall und allenthalben! —“

Der Vortragende kommt alsdann, als hoffnungsvollen Lichtblick, auf die charakteristische Sehnsucht gerade des kleinen Mannes nach einem Eigenthum: „Wohin ich auch gekommen sein mag, in welche Höhlen des Elends ich gestiegen bin, bins habe ich noch überall gefunden, bei jenem sittlich noch nicht verlorenen kleinen Mann: Die Sehnsucht — ja ich möchte sagen: den Hunger nach einer menschenwürdigen Wohnung, die ein Familienleben ermöglicht und, im tiefsten Grunde der Seele, nach einem kleinen Eigenthum, wo ihn keine Widerwärtigkeit, keine Laune mehr, mit Weib und Kind, in 14 Tagen auf die Strasse werfen kann. Wo seine Kinder auch wieder einmal laut jubeln können, ohne seitens der Mitbewohner oder des Wirthes bei den Ohren gekriegt zu werden, wo er namentlich in dem engen, nur zu häufig einzigen Raume nicht in Dunst und Schmutz an Leib und Seele verkommen muss. — Wie manches Wort, ja ich muss sagen: wie manchen Seufzer habe ich in diesem Sinne im deutschen Vaterlande hören müssen! — Ich muss daher, den persönlich gewonnenen Totaleindruck zusammenfassend, aus voller Ueberzeugung sagen: *Es giebt nichts dem sittlich noch gesunden kleinen Manne Eigenthümlicheres, in allem immer hastigeren Getriebe der Zeit und des Lebens, als dieses Verlangen nach einem festen Punkte unter seinen Füßen, nach eignem Haus und eigenen Ländchen! Und es kann daher nichts Zutreffenderes gegen den falsch verstandenen Freiheitsdrang der Umstürzler geben, als gerade das Verständniss für diese staats-erhaltende Sehnsucht des kleinen Mannes! Darum aber auch haltlos und unentwegt vorwärts auch auf den Bahnen des „Deutschen Vereins Arbeiterheim“, auf denen helfen möge wer nur irgend helfen kann und ein Herz hat für die Noth unseres Volkes! — Das walte der alte, treue Gott!*

Viehinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 21. Dezember 1893 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen.

IV. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Starkenbach, Hohenelbe, Trautenaun, Braunau, Neustadt, Senftenberg, Reichenau, Königgrätz, Königshof und Neu-Bydschow.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Saros, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont, Nograd und Pressburg, Komorn und Grom.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 1.

Braunschweig, Januar-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. I. 8. — 5./94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass bei unserer Amtsstelle wiederum Angaben über Schwindelfirmen, zumal in Grossbritannien, eingegangen sind, über welche Interessenten auf Ansuchen bezügliche vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 6. Januar 1894.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die deutsche Landwirthschaft und der russische Handelsvertrag.

Im deutschen Reichstage sind die Handelsverträge mit Rumänien und Spanien nach lebhaftem Widerstande mit geringer Mehrheit angenommen, aber man kann nicht behaupten, dass dadurch die Wahrscheinlichkeit der Annahme des jetzt noch schwebenden russischen Handelsvertrages gestiegen wäre. Es ist vielmehr ein grosser Theil der Volksvertretung der überzeugten Meinung, dass schon durch die bisherigen Handelsverträge, namentlich aber durch die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages, also durch die Aufhebung der gegen Russland bestehenden Differentialzölle eine Entwerthung der deutschen landwirthschaftlichen Produkte, namentlich des Roggens, eintreten würde, welche den Ruin der deutschen Landwirthschaft, speziell in den ostpreussischen Landestheilen, nach sich ziehen müsste.

Dieser Ueberzeugung haben namentlich die Vertreter des Ostens und Mitglieder des Bundes der Landwirthe durch lebhafte Agitation Ausdruck gegeben, ohne aber thatsächliche Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht beigebracht zu haben. Es dürfte deshalb von Interesse sein, die Roggenpreise in allen Roggenbauenden und Roggen konsumirenden Ländern der Erde

zusammen zu stellen und an der Hand dieser Zahlen den Nachweis zu führen, dass diese Ansicht irrig ist, und dass in Wirklichkeit für die deutsche Landwirthschaft auch durch das Zustandekommen des russischen Handelsvertrages wesentliche Veränderungen nicht eintreten werden.

Umstehende Tabelle veranschaulicht die Preisgestaltung für Roggen an den Hauptmarktplätzen des Aus- und Inlandes zu Anfang Dezember 1893.

Aus den Aufstellungen über die Preise und Eingangszölle aller Roggen produzierenden Länder (siehe Seite 3), ergibt sich, dass Deutschland die weitaus höchsten Preise aller Länder hat, und unsere Landwirthschaft neben derjenigen Spaniens den höchsten Schutzzoll aller Länder genießt. Da vom Auslande nur die Marktpreise der Hauptausfuhr- und Handelsplätze in Betracht gezogen sind, so müssen die Marktpreise im Innern jener Länder je nach der geographischen Lage resp. der Verkehrsmittel noch bis zu 50 Prozent billiger sein.

Auch beweisen die vorstehenden Preisverhältnisse, dass sich der Preis des Brodkorns für die deutsche Volksernährung im Westen Deutschlands um 40—50 Prozent höher stellt, als in den westlichen Nachbarstaaten Holland und Belgien, sowie auch in Amerika, und um ca. 25 Prozent höher als in Frankreich; ferner gegen Oesterreich-Ungarn um 20—40 Prozent und gegen Russland bis zu 100 Prozent des Werthes.

Aus den Zahlenverhältnissen ist ferner erkennbar, dass der bestehende Vergünstigungszoll von 35 Mark per Tonne fast überall voll zur Wirkung kommt, dagegen der erhöhte russische Kampfszoll von 75 Mark per Tonne in keiner Weise auf den deutschen Märkten, auch nicht an den Grenzen Russlands im Preise zum Ausdruck gelangt ist. Andererseits zeigt sich auch, dass auf dem Weltmarkte je nach der geographischen Lage zu den Konsumtionsländern der Roggen mit Fracht und unter gleichen Qualitätsverhältnissen gleichpreisig ist und dass die Deckung des deutschen Bedarfs in Roggen aus meistbegünstigten Ländern nicht die Wirkung gehabt hat, dass dieser Roggen auf dem Weltmarkte einen höheren Preis als russischer Roggen erlangt hat.

Die vielverbreitete Ansicht, dass die einzelnen Börsen die Gestaltung der Preise stark beeinflussen, zeigt sich

Staaten	Haupt-Marktplätze	Eingangs-Zoll		Marktpreis für Durchschnitts- waare p. Tonne in Mark	Staaten	Haupt-Marktplätze	Eingangs- Zoll	Marktpreis	Durch- schnittspreis
		in Landes- münze	in Mark p. Tonne						
Russland	Petersburg	frei	—	67.—	Deutschland				
"	Odessa	"	—	71.—	Ostpreussen	Königsberg	35.—	Dez. Term.	113.—
"	Riga	"	—	72.—	Westpreussen	Danzig	"	113—117	115.—
Rumänien	Braila	"	—	75.—	Posen	Posen	"	115—119	117.—
"	Galatz	"	—	75.—	"	Bromberg	"	112—116	114.—
Türkei	Saloniki	8 ⁹ / ₁₀ v. Werth	ca. <i>M.</i> 6	75.—	Pommern	Stettin	"	120—124	124.—
Spanien	Madrid	4.40 Pesetas	35.60	Exp. 75.—	Schlesien	Breslau	"	Dez. Term.	126.—
England	London	p. ⁰ / ₁₀ kg	—	89.50	"	Görlitz	"	125—127	126.—
"	Liverpool	frei	—	89.50	"	Liegnitz	"	122—126	124.—
Oesterreich	Wien	fl. 1.50	30.40	103.—	Brandenburg	Berlin	"	Dez. Term.	127.—
"	Pest	p. ⁰ / ₁₀ kg	"	95.—	Mecklenburg	Schwerin	"	120—125	122 ¹ / ₂
"	Prag	"	"	113.—	"	Lübeck	"	124—125	124 ¹ / ₂
"	Szegedin	"	"	86.—	Schleswig	Flensburg	"	124—128	126 ¹ / ₂
Belgien	Antwerpen	Fres. 1.50	—	93.—	Holstein	Kiel	"	122—126	124.—
Holland	Amsterdam	p. ⁰ / ₁₀ kg	—	91.—	Hannover	Hannover	"	128—135	131 ¹ / ₂
"	Rotterdam	"	—	91.—	Bremen	Bremen	"	130—134	132.—
Amerika	Cincinnati	10 Cts.	16.80	89.—	Sachsen	Magdeburg	"	128—134	131.—
Dänemark	Kopenhagen	p. bush.	—	97.—	"	Halberstadt	"	130—134	132.—
Norwegen	Stockholm	1.25 Kronen	15.—	112.—	Braunschweig	Braunschweig	"	132—136	134.—
Schweden	Christiania	22 Öere	2.—	99.—	Kgr. Sachsen	Leipzig	"	130—134	132.—
Frankreich	Paris	Fres. 3.—	24.—	113.50	"	Chemnitz	"	130—134	132.—
Die Weltmarktpreise stellen sich inkl. Fracht und Spesen cif. Seehäfen				91—92	Thüringen	Erfurt	"	135—138	136 ¹ / ₂
Hamburg, Bremen, Rotterdam, Antwerpen, London, Havre					"	Nordhausen	"	132—134	133.—
					H.-Nassau	Cassel	"	132—136	134.—
					Bayern	München	"	132—138	135.—
					"	Augsburg	"	130—138	134.—
					"	Würzburg	"	134—140	137.—
					Westfalen	Dortmund	"	131—133	132.—
					Rheinland	Duisburg	"	136—140	138.—
					"	Coblenz	"	140—144	142.—
					"	Köln	"	136—140	138.—
					"	Frankfurt	"	138—142	140.—
					Baden	Mannheim	"	139—145	142.—
					Württemberg	Stuttgart	"	138—144	142.—
					"	Heilbronn	"	140—144	142.—
					Elsass	Strassburg	"	150—152	151.—
					Lothringen	Metz	"	148—152	150.—
					Die Provinzen Ost- und Westpreussen und Posen notirten im Durchschnitt ca.				115.—
					Die Provinzen Schlesien, Pommern, Brandenburg, Schleswig-Holstein				ca. 123—125
					und Mecklenburg				ca. 132.—
					Mitteldeutschland				ca. 135.—
					Bayern				ca. 130—150
					und ganz Westdeutschland mindestens				

An der Peripherie der deutschen Zoll-Grenzen ergaben sich Anfangs Dezember folgende Preisverhältnisse:

Angrenzendes Ausland	Mark transito	Inland	Mark
Im Osten kostete Roggen je nach der geographischen Lage auf russ. Gebiet vom Norden bis zur galiz. Grenze . .	75—90	Im Osten, Ost- und Westpreussen und Posen	110—115 115—124
Galizisch-böhmische Grenze	90—100	Prov. Schlesien	124—130 125—135
Transito-Roggen in Königsberg, Danzig, Stettin	82—90	Kgr. Sachsen	
Hamburg, Bremen	90—92	Kgr. Bayern	
An der westdeutschen Grenze von der holl.-belg.-franz. Grenze bis zur Schweiz	95—110	Pommern-Brandenburg.	122—125
		Schleswig-Holstein, Mecklenburg . . .	
		Südwestdeutschland	130—150

Anmerk.: Im Innern Mitteldeutschlands kostete Roggen 131—134 Mark.

nach den vorstehenden Notirungen als fehlsam, denn alle Börsennotirungen des In- und Auslandes stehen miteinander in Parität.

Eine nennenswerthe Preisdifferenz der einzelnen Provenienzen kann auf dem Weltmarkte nicht eintreten, weil die Meistbegünstigungs-Länder Deutschland genügend mit Roggen versorgen können, wie das Jahr der Missernte 1891 trotz Russlands Ausfuhrverbot gezeigt hat.

Wenn aber der russische Roggen nur einige Mark per Tonne billiger als Roggen aus meistbegünstigten Staaten auf dem Weltmarkte zu kaufen wäre, so würde die grosse Mühlenindustrie unserer Nachbarstaaten, besonders Hollands, Belgiens, Oesterreichs, Frankreichs und Englands, welche ja gegen Russland keine Differentialzölle haben, den billigen russischen Roggen kaufen und denselben als Mehl zum ermässigten Zollsatz nach Deutschland einführen. Diese Manipulation wird dadurch noch begünstigt, dass das Ausland bekanntlich den Vortheil hat, seine Kleie zollfrei nach Deutschland einführen zu können. Es würde also von den ausländischen Mühlen russischer Roggen in der Form von Mehl zum ermässigten Zollsatz eingeführt, und die deutschen Mühlen würden das gleiche Quantum naturgemäss an deutschen Roggen weniger vermahlen, wodurch dessen Absatz erschwert würde, eine Wirkung, die durch den Differentialzoll nicht beabsichtigt sein kann.

Also ein Differentialzoll gegen Russland ist für die Preisbildung unseres einheimischen Roggens bedeutungslos, da unter den bestehenden Meistbegünstigungsverträgen mit vielen Staaten jede Disparität zwischen russischem Roggen und dem aus begünstigten Staaten durch die sofort eintretende Einfuhr von Mehl aus russischem Roggen zum Vertragszollsatz aufgehoben würde.

Es ist also unzweifelhaft, dass der bis jetzt bestehende Differentialzoll auf russischen Roggen nicht vermocht hat, eine preissteigernde Wirkung auf Roggen auszuüben, er ist auch nicht im Stande gewesen, das seit zwei Jahren andauernde ununterbrochene Sinken der Roggenpreise zu verhindern. Es ist deshalb erwiesen, dass der Differentialzoll für die deutsche Landwirtschaft keinen Vortheil gebracht hat, es ist aber andererseits auch die Gewissheit vorhanden, dass die

Aufhebung des Differentialzolles gegen Russland eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft nicht zur Folge haben kann, da durch die Aufhebung ein Sinken der Roggenpreise nicht bedingt ist.

Auf dem Weltmarkte sind, wie bereits ausgeführt, seit dem Bestehen der Differentialzölle Preisunterschiede zwischen dem russischen Roggen und dem aus Vertragsstaaten nicht eingetreten. Es sind also die auf dem Weltmarkte zum Angebot gelangenden Ueberschüsse der Exportländer von den Konsumtionsländern zu gleichen Weltmarktpreisen aufgenommen. Da nun der Weltmarktpreis lediglich durch das auf dem Weltmarkte zum Angebot kommende Quantum gebildet wird, dieses Quantum aber durch unser Zollverhältniss mit Russland absolut nicht berührt wird, so tritt durch die Aufhebung des Differentialzolles auch kein Sinken des Weltmarktpreises ein.

Es unterliegt somit keinem Zweifel, dass der russisch-deutsche Handelsvertrag die Preise für unseren Roggen nicht nachtheilig beeinflusst, also die deutsche Landwirtschaft nicht schädigt, dagegen würde die Beibehaltung der Differentialzölle auf die Dauer zu Schädigungen auch der Landwirtschaft führen können.

Die mit dem Roggen, konkurrirende Brodfrucht Weizen ist ähnlich wie der Roggen im Preise zurückgegangen und steht seit einiger Zeit verhältnissmässig noch niedriger als Roggen. In Folge dessen hat auch der Konsum von Roggen abgenommen und der Konsum von Weizen sich erheblich vergrössert, wie die starke Zunahme des Weizen-Imports beweist.

Die Weizeneinfuhr betrug nämlich in den Jahren

1885	1886	1887	1888
ca. 146 000	222 000	419 000	335 000
1889	1890	1891	1892
ca. 459 000	517 000	1 010 000	707 000

Daraus geht hervor, dass das bisher vornehmlich konsumirte Roggenbrod theilweise schon durch Weizenbrod ersetzt wird und das würde noch in erheblich grösserem Umfange der Fall sein, wenn der Roggenpreis nicht im natürlichen Verhältniss zum Weizenpreise gehalten wird.

Es ist ja nicht zu verkennen, dass die Getreidepreise seit einiger Zeit niedrig sind, das ist aber in der Hauptsache dadurch begründet, dass wir hintereinander sehr reiche Ernten in Winterkorn gehabt

haben, so dass der Minderwerth des Getreides durch den erheblich höheren Menge-Ertrag wieder ausgeglichen ist.

Ferner ist der Rückgang der Getreidepreise deshalb ein so grosser, weil wir im Jahre 1891 und 1892 übertrieben hohe Getreidepreise hatten.

Man kann unter solchen Verhältnissen ernstlich nicht bestreiten, dass der Schutzzoll von 35 Mark pro Tonne die deutsche Landwirtschaft unter allen Umständen gegenüber der ausländischen konkurrenzfähig erhält, denn wenn man unter gleichen Lohn- und Steuerverhältnissen in Holland, Belgien, Frankreich, Oesterreich und anderen Staaten bei ca. 20—40 Mark per Tonne niedrigerem Preise noch Roggen weiter baut, dann ist die deutsche Landwirtschaft bei dem um so viel höheren Werthe ihres Roggens auch nicht ruinirt.

Die Vertreter der Landwirtschaft mögen auch wohl berücksichtigen, dass der deutsche Arbeiter das theuerste Roggenbrod der Welt geniesst, und dass die Differenz zwischen den Brodpreisen des Inlandes und denjenigen des Auslandes, den Mehrerlös für den deutschen Roggen gegen den ausländischen bedeutet zum Nachtheil der städtischen und der industriellen Bevölkerung des Westens.

Von dem Rückgange der Waarenpreise ist ja nicht allein die Landwirtschaft betroffen, dieselbe Erscheinung zeigt sich auch in der Industrie und bei allen gewerblichen Erzeugnissen, namentlich bei solchen Artikeln, deren Werth vornehmlich durch die auf die Gewinnung oder Herstellung derselben verwendeten Arbeitslöhne gebildet wird. Bei der Wechselwirkung, welche zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht, wäre es gegen die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen, die Vertheuerung des Brodes durch künstliche Massregeln noch weiter zu verschärfen, da alsdann der Wettbewerb der Industrie mit dem Auslande unmöglich gemacht und die Kaufkraft unserer industriellen Bevölkerung zum Nachtheil der Landwirtschaft geschmälert würde.

Stabile Zollverhältnisse, welche jede weitere Benuhrigung ausschliessen, sind dem gesamten Erwerbsleben am dienlichsten, und es ist auch für die Landwirtschaft von grösster Wichtigkeit, dass sie sich über die wirtschaftliche Wirkung von Differentialzöllen Klarheit verschafft, damit irrtümlichen Vorstellungen vorgebeugt wird.

Meier.

Die wirtschaftliche Lage Russlands.

(Ein Beitrag zu den Verhandlungen des deutsch-russischen Handelsvertrages.)

Die wirtschaftliche Lage Russlands ist trotz seiner unermesslichen Naturreichtümer eine überaus traurige, und kein Land in Europa befindet sich in so misslichen ökonomischen Verhältnissen wie das Zarenreich. Die Agrikultur, der Handel, die Industrie liegen darnieder und zeigen eher einen Rückgang als einen Fortschritt. Während das Zarenreich nach aussen hin eine Grossmacht bildet, welche auf die Geschicke Europas einwirkt, ist es in seinem Innern gänzlich zerrüttet und wirtschaftlich zerfallen.

Alle Versuche zur Entwicklung der Agrikulturtechnik in Russland müssen nothwendig an der Unwissenheit und an der Armuth der Landbevölkerung scheitern. Drei Viertel des gesammten Ackerlandes in Russland, in kleinen Parzellen zerstückelt, befinden sich in Händen von vierzig Millionen Bauern, auf denen heute noch der Fluch der Leibeigenschaft lastet und denen die formelle Befreiung von der Hörigkeit zunächst nur die wirtschaftliche Vogelfreiheit gebracht hat. Ausserdem halten die Bauern etwa 15 Prozent der grundherrlichen Besitzungen und der Kronländereien in Pacht. So werden denn gegen 90 Prozent des gesammten Ackers im Reiche dem Naturmenschen, dem Muschik zur Bebauung überlassen, für den das Wissen und Können unserer Zeit nicht einmal in der Sage existiren, und der nicht so viel materielle Mittel besitzt, um für einen Tag sein kümmerliches Dasein zu sichern!

Für diese neun Zehntel des russischen Ackers sind die unzähligen Entdeckungen auf dem Gebiete der Agrikulturtechnik sowie die vervollkommenen Methoden und Geräthe in der Landwirtschaft, deren das westliche Europa seit geraumer Zeit und mit dem besten Vortheile sich bedient, einfach nicht vorhanden. Die unglaubliche Zurückgebliebenheit in der Kultur rächt sich erbarmungslos an dem Volkswohlstande, und als unvermeidliche Folge der leiblichen und geistigen Ohnmacht des russischen Bauern erscheinen die chronischen Missernten und — die schlechten Ernten in den „guten“ Jahren. Denn als äusserst unbefriedigend muss der Ernteertrag in Russland selbst in den besten Jahren angesehen werden, wenn man diesen mit den Ergebnissen des Ackerbaubetriebes in den anderen Kulturstaaten vergleicht. Die Gesammternte an Getreide in Russland schwankte in den letzten zwanzig Jahren zwischen 300 und 347 Millionen Tschetwert (1 Tschetwert gleich 2 hl), welches Mass in dem Hungerjahre 1891 auf 235 Millionen Tschetwert herabgesunken war. Die Mittelernte beträgt 306 $\frac{1}{2}$ Millionen Tschetwert oder 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden Pud. Auf eine Dessätine (gleich 109 $\frac{1}{4}$ Ar) Acker kommen somit im Durchschnitt nur 39 Pud Getreide (1 Pud gleich 16.38 kg), während die Dessätine Ackerland in Italien 53, in Oesterreich 68, in Deutschland 74, in Frankreich 75, in den Vereinigten Staaten 81 und in Alt-England sogar 122 Pud Getreide ergibt.

In den westeuropäischen Kulturstaaten, wo die allgemeinen Bedingungen für den Ackerbau weit ungünstiger liegen als in Russland, bringt der Boden doch den anderthalb- und zweifachen, in England sogar den vierfachen Ertrag ein, was soviel besagen will, dass Russland, Dank seiner Zurückgebliebenheit in der Kultur, zwei Drittel des möglichen Reichthums verlustig geht. Rechnet man das Pud Getreide zu nur 50 Kopeken, so ergibt ein einfaches Rechenexempel, dass Russland die geliebte Finsterniss und die geistige Knechtung der Massen mit drei Milliarden Rubel jährlich zu bezahlen hat. Der russische Bauer ist sehr zufrieden, wenn ihm die Ernte das vierte Korn einbringt; das ist: ein Tschetwert Aussaat ergibt vier Tschetwert Getreide. Dabei verbleiben die Ernten immer höchst unsicher, indem der Ausfall derselben einzig und allein von der Gunst der Witterung abhängig ist. Von einer Hebung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch Anwendung von künstlichem Dünger und Züchtung von edler Saat kann in Russland bis jetzt keine Rede sein. Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ist der durchschnittliche Ertrag in Russland kaum merklich gestiegen, während z. B. die Vereinigten Staaten verstanden haben, den Ernteertrag der Union für denselben Zeitraum von 268 auf 516 Millionen Pud zu heben. Mit anderen Worten, in Amerika wird der Ackerbau siebenundvierzig Mal produktiver betrieben als in Russland.

Auch in den westeuropäischen Ländern, wo kein jungfräulicher Boden mehr vorhanden ist, hat man es wohl vermocht, die Ertragsfähigkeit des Bodens durch

Anwendung von verbesserten Methoden bedeutend zu steigern. So in England, Frankreich und Deutschland, wo die Hebung der Agrikultur noch im Fortschreiten begriffen ist.

Die Fläche des bebauten Ackerlandes in Russland dehnte sich in den letzten dreiundzwanzig Jahren bis auf 17064000 Dessätinen aus, was eine Vergrößerung von 16.7 Prozent darstellt. Die Totalernte an Getreide vermehrte sich für denselben Zeitraum um 39836 Tschetwert, also um 16.6 Prozent, während die Bevölkerungszahl um 17170000 gewachsen ist, d. h. eine Zunahme von 21.8 Prozent aufweist. Die Ertragsfähigkeit des Bodens hat also in den letzten dreiundzwanzig Jahren nicht vermocht, mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt zu halten! Während noch im Jahre 1863 die Totalernte in Russland 29.3 Pud Getreide pro Kopf der Bevölkerung ergeben hat, waren es im Jahre 1886 deren nur noch 27.4, also um zwei Pud pro Kopf der Bevölkerung weniger.

Der Durchschnittsbetrag des Staatseinkommens in dem Zeitabschnitt 1869—1873 betrug 477 Millionen Rubel und stieg in den Jahren 1888—1891 auf 834 Millionen Rubel, wobei die Einkommen von den Tarifzöllen von 49 Millionen Rubel auf nicht weniger als 136 Millionen gestiegen sind. Der Export hat in den letzten Jahren eine geringe Zunahme aufzuweisen und ist in den letzten zwanzig Jahren von 390 auf 411 Millionen das Jahr durchschnittlich gestiegen, wobei nur das Jahr 1888 eine Ausfuhrziffer von 794 Millionen Rubel zu verzeichnen hat. Trotzdem die Accise auf Spiritus erhoben wurde, ist in dem Accise-Einkommen von Spiritus keine Zunahme zu verzeichnen, im Jahre 1882 betrug dasselbe 253 Millionen, im Jahre 1888 265 Millionen, im Jahre 1891 nur 247 Millionen Rubel. Was die übrigen Accisen anbetrifft, so haben sie merklich zugenommen, so stieg die Tabakaccise von 14 $\frac{1}{5}$ Millionen Rubel im Jahre 1882 auf 28 $\frac{3}{5}$ Millionen, die Kerosinaccise von 6.6 Millionen Rubel im Jahre 1888 auf 10.2 Millionen Rubel im Jahre 1891.

Was die Fabrikindustrie in Russland anbetrifft, so hat sie nur wenige Fortschritte aufzuweisen. In dem Zeitabschnitt 1881—1885 werthete die Produktion der Fabrikindustrie durchschnittlich 1325 Millionen Rubel, welche Ziffer im nächsten Jahrfünft, vom Jahre 1886 bis 1890, auf 1517 Millionen Rubel gestiegen ist. Die Einfuhr sank in demselben Zeitabschnitt von 529 Millionen Rubel auf 415 Millionen Rubel. Die Zahl der Fabriken und Betriebe in Russland betrug im Jahre 1890 33683, welche Waaren für 1597 Millionen Rubel produzierten und 1453000 Arbeiter beschäftigten, so dass die Zahl der Arbeiter 1 $\frac{1}{4}$ Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Im Jahre 1892 hat sich indessen die wirtschaftliche Lage des Landes noch mehr verschlimmert. Die Ausfuhr Russlands im genannten Jahre ist von 700 Millionen im Jahre 1891 auf 470 Millionen Rubel, also um 230 Millionen zurückgegangen. Ganz besonders hat die Ausfuhr von Spiritus und Zucker abgenommen, was mit dem Rückgang dieser Industriezweige im Lande in Zusammenhang steht. Im Jahre 1892 hat sich die Zuckerfabrikation im Warschauer Rayon um 14 Prozent im Kiewer und Charkower Rayon um mehr denn 20 Prozent vermindert. Im Verkehrswesen machte sich ebenfalls eine Abnahme geltend, und trotz der Erweiterung des Eisenbahnnetzes um fast 2 Prozent, hat die Gesamteinnahme der russischen Eisenbahnen um etwa 1 Prozent abgenommen und betrug im Jahre 1892 286 Millionen Rubel. Zu gleicher Zeit hat sich auch der Schiffsverkehr wesentlich verringert. Die Folgen der Missernte dauerten noch das ganze Jahr 1892 und die ersten fünf Monate des Jahres 1893, indem die Regierung siebzehn Gouvernements, welche von der Missernte betroffen waren, verpflegen musste.

Die Industrie in Russland stockt und hat während der letzten Jahre keine bedeutende Zunahme aufzu-

weisen. Es ist die Zunahme des Exports und die Erzielung einer „gründlichen“ Handelsbilanz, worauf die russische Regierung in erster Reihe ihr Augenmerk richtet. Durch diese verfehlte Handelspolitik wird aber die wirtschaftliche Lage des Landes fortwährend verschlechtert. Die Tarifzölle und die Accisen treffen die Bevölkerung in einem solchen Masse, dass der Russe für Thee, Kaffee, Zucker, Reis, Leinen- und Wollenzeug, Kohlen, Tabak, Käse, landwirtschaftliche Maschinen und ähnliche Bedarfsartikel 268 Prozent mehr bezahlt als der Deutsche und 362 Prozent mehr als der Oesterreicher. Die direkte Steuerziffer ist in Russland eine geradezu enorme und beträgt 7 Rubel pro Kopf, während die Einnahme jedes Einwohners durchschnittlich 55 Rubel das Jahr ausmachen; die Steuern betragen somit nicht weniger als ein Achtel der Gesamteinnahme des Russen. In England und Irland dagegen erreichen die Zentral- und Ortssteuern insgesamt die Summe von 120 Millionen, d. h. 3 $\frac{1}{3}$ Pfund Sterling kommen jährlich auf jeden Kopf, was aber nur 9 Prozent der Gesamteinnahme jedes englischen Einwohners, die sich auf 37 Pfund Sterling jährlich beläuft, ausmacht.

Das Streben Russlands, eine günstige Handelsbilanz zu erzielen und den Export künstlich zu steigern, die Einfuhr dagegen zu hemmen, drückt auf die Konsumenten, die ohnehin schon durch die hohen Steuern kaufunfähig geworden sind. Im gegenwärtigen Jahre, wo die Getreideaufuhr wegen des Zollkrieges stockt, sind es die Landwirthe, welche den Schaden zu tragen haben. Die Schwankungen des Wechselkurses bringen die russische Handels- und Wirtschaftspolitik überhaupt in Verwirrung. Bei einem niederen Wechselkurs ist es, als ob die Ausfuhr prämiirt wäre, und der ausländische Händler bereichert sich auf Kosten des russischen Bauern. So erhielt Russland im Jahre 1888, wo der Export seinen Höhepunkt erreichte, für die 794 Millionen Rubel Kredit nur 460 Millionen Rubel Gold, im folgenden Jahre aber für nur 766 Millionen Kredit 505 Millionen Gold. Die Zerrüttung der ökonomischen Lage Russlands bringt es mit sich, dass ein gesteigerter Export die Bauern im Lande brodlös macht, eine Abnahme des Exports dagegen ein Sinken des Getreidepreises nach sich zieht, sodass der Bauer wiederum wirtschaftlich geschädigt wird. Andererseits steht der Export mit dem Wechselkurs im engsten Zusammenhang; bei der reichsten Ernte erlebt das Land eine wirtschaftliche Krise, wenn ein gesteigerter Export mit einem niederen Wechselkurs zusammenfällt, wie das im Jahre 1888 geschehen ist. Die wirtschaftliche Lage Russlands ist somit in jeder Beziehung eine wenig erfreuliche, und es muss dort eine Riesenarbeit vollzogen werden, um die ökonomischen Verhältnisse des Landes zu regeln und den richtigen Boden für die innere Politik zu finden. Export.

„Equitable“ — „Mutual“ — „New-York“.

Die Prospekte dieser drei Gesellschaften, sowie alle Veröffentlichungen derselben, bewegen sich in Superlativen und leisten an Selbstlob das denkbar möglichste; zum mindesten stellen sie ihre Gesellschaft als die beste, sicherste und leistungsfähigste hin, der gegenüber alle Konkurrenz-Gesellschaften verschwinden. Insbesondere lieben sie es zu behaupten, dass sie den Versicherten weit höhere Dividenden gewähren, als irgend eine andere Gesellschaft, wobei sie auf die bisher erzielten Gewinnansammlungs-Resultate hinweisen und gleiche, ja noch bessere Ergebnisse für die Zukunft in Aussicht stellen.

Aus den offiziellen Jahresberichten der amerikanischen Staatsaufsichtsbehörde ergibt sich, welche Entwicklung diese drei Gesellschaften seit zwanzig Jahren genommen. Diese offiziellen Ziffern sind in der folgenden Tabelle derart zusammengezogen, dass die Entwicklung

Prämien, Spesen und Ueberschüsse in den Jahren 1873 bis 1892.*)

Geschäfts- perioden		„Equitable“ Dollars	„Mutual“ Dollars	„New-York“ Dollars	6 deutsche**) Gesellschaften Mark
1888—1892	Prämien-Einnahmen	143 930 762	132 375 333	122 736 201	397 371 436
	Spesen und Abschreibungen	36 109 605	33 379 555	34 262 992	37 941 483
	„ „ „ Prozent der Prämien	25.1 ⁰ / ₀	25.2 ⁰ / ₀	27.9 ⁰ / ₀	9.4 ⁰ / ₀
	Ueberschüsse	20 942 261	21 000 900	14 551 980	103 472 827
	„ „ „ Prozent der Prämien	14.5 ⁰ / ₀	15.8 ⁰ / ₀	11.9 ⁰ / ₀	26.1 ⁰ / ₀
1883—1887	Prämien-Einnahmen	71 608 486	74 822 711	66 958 512	280 535 101
	Spesen und Abschreibungen	14 866 996	15 247 532	14 867 534	28 410 341
	„ „ „ Prozent der Prämien	20.8 ⁰ / ₀	16.7 ⁰ / ₀	22.2 ⁰ / ₀	10.1 ⁰ / ₀
	Ueberschüsse	18 451 670	14 816 106	15 062 974	75 833 905
	„ „ „ Prozent der Prämien	25.8 ⁰ / ₀	23.2 ⁰ / ₀	22.5 ⁰ / ₀	27.0 ⁰ / ₀
1878—1882	Prämien-Einnahmen	36 408 272	63 098 409	34 665 501	190 214 168
	Spesen und Abschreibungen	7 873 360	10 546 646	6 671 045	21 046 893
	„ „ „ Prozent der Prämien	21.6 ⁰ / ₀	16.7 ⁰ / ₀	19.2 ⁰ / ₀	11.1 ⁰ / ₀
	Ueberschüsse	11 770 000	17 410 000	11 894 964	54 566 976
	„ „ „ Prozent der Prämien	32.3 ⁰ / ₀	27.6 ⁰ / ₀	34.3 ⁰ / ₀	28.7 ⁰ / ₀
1873—1877	Prämien-Einnahmen	39 349 765	78 368 793	29 771 009	128 241 243
	Spesen und Abschreibungen	7 498 465	8 493 052	4 753 317	15 127 122
	„ „ „ Prozent der Prämien	19.1 ⁰ / ₀	10.8 ⁰ / ₀	16.0 ⁰ / ₀	11.8 ⁰ / ₀
	Ueberschüsse	11 815 769	26 648 957	8 808 320	34 500 993
	„ „ „ Prozent der Prämien	30.0 ⁰ / ₀	31.4 ⁰ / ₀	29.6 ⁰ / ₀	26.9 ⁰ / ₀

von fünf zu fünf Jahren genau ersichtlich wird. Da die Amerikanerinnen ihre Ergebnisse mit Vorliebe mit denen der grossen deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften vergleichen, so seien auch die Resultate der sechs grössten deutschen Gesellschaften in der folgenden Tabelle dargestellt.

Die Spesen und die Ueberschüsse betrugen in Prozenten der Prämien-Einnahmen während der fünfjährigen Geschäftsperioden:

	Zuwachs in den 20 Jahren				In Proz. der absoluten Jahre 1873/77	
a) Spesen-Abschreibungen	1873/77	1878/82	1883/87	1888/92	absolut	Proz.
Equitable	19.1	21.6	20.8	25.1	+ 6.0	+ 31.5
Mutual	10.8	16.7	16.7	25.2	+ 14.4	+ 133.6
New-York	16.0	19.2	22.2	27.9	+ 11.9	+ 74.4
6 deut. Ges.	11.8	11.1	10.1	9.4	— 2.4	— 20.3
b) Ueberschüsse					Abnahme i.d. 20 Jahren	
Equitable	30.0	32.3	25.8	14.5	— 15.5	— 51.7
Mutual	31.4	27.6	23.2	15.8	— 15.6	— 49.7
New-York	29.6	34.3	22.5	11.9	— 17.7	— 59.8
6 deut. Ges.	26.9	28.7	27.0	26.1	— 0.8	— 3.0

Aus diesen Aufstellungen ergibt sich, dass die drei amerikanischen Gesellschaften einen weit höheren Prozentsatz ihrer Prämien-Einnahmen für Spesen ausgeben wie die deutschen Gesellschaften, ferner, dass ihre Spesen seit zwanzig Jahren bedeutend gestiegen sind und im letzten Quinquennium mehr als ein Viertel aller eingekassierten Prämien absorbieren. Besonders ungünstig treten die Verhältnisse bei der „Mutual“ hervor, die 1873/77 nur 10.8 Prozent für Spesen verbrauchte und erst in den letzten Perioden zu dem abnormen Prozentsatz von 25.2 Prozent gelangte. Die „Mutual“ war früher die solideste Gesellschaft Amerikas, doch als sie später von der „Equitable“ in dem Geschäftsumfange überflügelt wurde, warf sie alle Grundsätze der Spar-

samkeit bei Seite, und heute steht sie, was kostspielige Verwaltung und Reklamen anbelangt, an der Spitze der drei Gesellschaften.

Man braucht nicht Versicherungsfachmann zu sein, um zu begreifen, dass bei den amerikanischen Gesellschaften der Ueberschuss in dem Masse sich verringern musste, als die Geschäftskosten anwuchsen, denn es ist ein alter Erfahrungssatz, der jedem Geschäftsmanne geläufig ist, dass der Ueberschuss in erster Linie davon beeinflusst wird, ob das Geschäft mehr oder weniger sparsam betrieben wird.

Sieht man dagegen die Spesensätze der deutschen Anstalten an, so zeigen dieselben, wie sehr die betreffenden Gesellschaften es verstehen, die Spesen immer weiter herabzudrücken, so dass sie 1888/92 mit nur 9.4 Prozent ihr Auslangen fanden, also prozentual nahezu mit ein Drittel von dem, was die Amerikaner verbrauchten. Bei allen soliden Gesellschaften nehmen die Spesen prozentual ab, wenn das Geschäft grösser wird, denn es ist ja natürlich, dass eine Gesellschaft, deren Stock von 200 auf 600 Millionen steigt, deshalb nicht die dreifachen Gehalte, Bureauimthen etc. bezahlt.

Die Sparsamkeit der deutschen Gesellschaften erklärt es, wenn dieselben ungeachtet der bedeutenden Zinsdepression seit zwanzig Jahren einen gleichmässigen Ueberschuss für ihre Versicherten realisieren; sie ersetzen eben den Zinsenverlust durch Spesensparniss. Die Amerikanerinnen dagegen sahen auf der einen Seite ihren Ueberschuss in Folge der Zinsreduktion immer geringer werden, und auf der anderen Seite schädigten sie ihn durch die geradezu unsinnige Vergeudung der von den Versicherten eingezahlten Gelder für Spesen.

Allerdings erklären die Amerikanerinnen, dass sie nur deshalb höhere Spesen haben, weil sie weit grössere Versicherungs-Abschlüsse realisieren, als andere Gesellschaften. Prüft man nun ihre Erfolge in dieser Richtung; es wurden 1888/92:

Neue Versicherungen ausgestellt

Equitable	Doll. 920 491 105
Mutual	671 931 100
New-York	742 149 167
6 deutsche Gesellschaften	Mark 972 637 009

*) Die Ziffern der drei amerikanischen Gesellschaften sind durchweg den offiziellen Berichten der amerikanischen Aufsichtsbehörden entnommen, also durchaus authentisch. Als Ueberschüsse sind bei den Amerikanern die jährlich bezahlten Dividenden nebst der Steigerung der Dividenden-Reserven angenommen.

**) „Germania“, „Gothaer“, „Karlsruher“, „Leipziger“, „Stuttgarter“, „Victoria“.

	Davon traten nicht in Kraft	In Kraft traten	Spesen d. neuen Abschl. Prozent*)
Equitable . . . Doll	190614660	729876445	3764
Mutual	150750358	521180742	4881
New-York	160431823	581717344	4624
6 deutsche Ges. Mk. **)	17378450	955258559	1446

Die deutschen Gesellschaften haben 1.44 Prozent der Versicherungssummen für die Erwerbung der neuen Versicherungen ausgegeben, die Amerikanerinnen das Dreifache hiervon und darüber. Wie sehr die „Mutual“ in ihren Spesenausgaben masslos geworden, seit sie die „Equitable“ zurückdrängen will, ergiebt sich daraus, dass sie 4.88 Prozent an Kosten verbrauchte, und da ihre Prämien durchschnittlich $3\frac{3}{4}$ Prozent der Versicherungssummen betragen, so giebt sie für die Erwerbung der Geschäfte nicht bloß die erste Jahresprämie vollständig aus, sondern sogar noch ein Viertel der zweiten Jahresprämie. Würde sie die neuen Abschlüsse so billig erwerben, wie die deutschen Anstalten, so hätte sie in den Jahren 1888/92 allein 17.9 Millionen Dollars weniger Spesen verbraucht und würde 38.9 anstatt 21 Millionen Dollars Ueberschuss erzielt haben. Diese Ziffern zeigen, wie ungünstig der Ueberschuss durch die grossen Spesen beeinflusst wird.

Angesichts solcher Verhältnisse geniren sich die Amerikanerinnen dennoch nicht, ihren Versicherten die höchsten Dividenden zu versprechen, und steht auch da die „Mutual“ in erster Reihe, welche die zwanzigjährige Halbtontine mit dem Versprechen offerirt, das Ergebnis werde glänzender sein, wie das einer Anzahl Policen, die vor fünfunddreissig Jahren kontrahirt wurden (als in Amerika der Zinsfuss 8 Prozent und höher war), und die nach zwanzig Jahren für 224844 Dollars Einzahlung 168728 Dollars Gewinn erhalten hatten. Die „Mutual“ führt in einer Tabelle die betreffenden Policen an und schreibt dann wörtlich:

„Die hier gegebenen Zahlen sind wirkliche Resultate der obigen Policen nach zwanzig Jahren, vom Tage der Ausstellung an gerechnet. Bei der neuen Policenform sind in Folge der den Versicherten nach Erreichung der Gewinnvertheilungs-Periode zufallenden Dividenden-Beerbungsquoten selbstverständlich namhaft höhere Ergebnisse zu erwarten.“

Der Ueberschuss ist auf die Hälfte zurückgegangen, aber den Versicherten wird noch mehr Gewinn versprochen als vor fünfunddreissig Jahren, das ist doch eine Barnumleistung, die sich sehen lassen darf. Wie es in Wirklichkeit um die Dividenden steht, zeigt der folgende Vergleich, wobei wir die von der Wiener Direktion der „Mutual“ 1889 ausgegebene Tabelle der 1889 gezahlten Dividenden jener der Berliner Direktion für 1892 gegenüberstellen. Es wurden fünfjährige Dividenden vertheilt:

Ablebens-Versicherungen:

	Beitriffs- Alter	Police- Nummer	Jahres- prämien	fünfjähr. Präm.	fünfjähr. Dividende	Differenz
1889	35	256565	271	1.355	423.90	
1892	35	302402	271	1.355	348.95	
			1892 weniger		74.95 = 21.5 Proz.	
1889	40	257924	322	1.610	491.20	
1892	40	295154	322	1.610	409.50	
			1892 weniger		81.70 = 20 Proz.	
1889	55	256692	616	3.080	951.—	
1892	55	295114	616	3.080	808.10	
			1892 weniger		142.90 = 17.7 Proz.	

*) Die Kosten der neuen Versicherungen sind festgestellt, indem angenommen wurde, der normale Betrieb erfordere 6 Prozent der Prämien-Einnahme für Spesen, die Mehrkosten entfallen auf die Erwerbung der neuen Geschäfte; da für alle Gesellschaften die gleiche Grundlage angenommen ist, so würde sich das gegenseitige Verhältniss kaum ändern, wenn 5 oder 7 Prozent als Normalspesen angenommen würden.

**) Für „Germania“, „Stuttgarter“ und „Victoria“ 10 Millionen Mark angenommen.

Alternativ-Versicherung auf dreissig Jahre:

1889	35	256214	345	1.725	471.80
1892	35	293995	345	1.725	396.40
			1892 weniger		75.40 = 19 Proz.

Alternativ-Versicherung auf fünfundzwanzig Jahre:

1889	25	256266	380	1.900	452.90
1892	25	303251	380	1.900	383.80
			1892 weniger		69.10 = 18 Proz.

Alternativ-Versicherung auf zwanzig Jahre:

1889	30	258733	496	2.480	543.10
1892	30	303252	496	2.480	470.45
			1892 weniger		72.65 = 15.4 Proz.

Diese offiziellen Beispiele zeigen, dass schon innerhalb drei Jahren der zur Vertheilung gelangende Ueberschuss um 15 bis 21 Prozent abgenommen hat, und da wagt es die „Mutual“, in Zukunft günstigere Resultate zu versprechen als früher, wo sie mit 10 Prozent Spesen auslangte und hohe Zinsen erhielt. Sehr richtig erklärt die grosse Gegnerin der Tontinen, die „Connecticut Mutual Life Insurance Company“: Das bequemste Mittel für eine Gesellschaft, deren Dividenden zu schwinden beginnen, diese Thatsache ihren Versicherten zu verdecken, heisse Gewinnstansammlung auf eine lange Reihe von Jahren. Und diesen Weg hat die „Mutual“ nunmehr eingeschlagen.

Ueber den Rückgang der Dividenden geben noch die folgenden Policen der „Mutual“ Aufschluss; es erhielten in Dollars:

Policen-Nummer:	106899	161528	194220	252318
Dividende 1885:	25039	4435	1362	1580
„ 1890:	18563	3445	944	866
Differenz in Proz.:	35	29.7	44.3	82.4

		1885	1886	1887	1888	1889	1890
Policen-No.	174277	32	26	26	21	21	16
„	208680	42	35	35	28	28	21
„	240730	31	27	27	21	21	16

Während den Prospekten der „Mutual“ zu Folge die Versicherten mit zunehmender Versicherungsdauer immer höhere Dividenden erhalten sollen, sind in den verzeichneten Fällen innerhalb fünf Jahre die Dividenden bis auf die Hälfte zurückgegangen. Es sind dies Resultate, die zur Genüge beweisen, welches Vertrauen die Versprechungen der drei amerikanischen Assekuranz-Riesen, wie sich dieselben in yankeehafter Bescheidenheit nennen, verdienen. Es sind die Resultate der „Mutual“ in den Vordergrund gestellt, weil diese noch die beste der drei Gesellschaften ist, und sich daraus Rückschlüsse ziehen lassen, wie es bei „New-York“ und „Equitable“ aussieht.

Einen interessanten Einblick hat die Untersuchung gewährt, der die „New-York“ vor zwei Jahren in Folge der Anklagen ihres eigenen Hauptkassiers unterzogen werden musste. So sehr auch das New-Yorker Versicherungs-Departement bemüht war, die Gesellschaft zu schonen, so zeigte sich doch ein Bild der Korruption, wie es nicht ärger gedacht werden kann. Und dass dies nicht nur bei der „New-York“ der Fall ist, ergab sich aus einer Rede des neuen Präsidenten der „New-York“, der bis dahin einer der höchsten Beamten der „Equitable“ war und worin dieser erklärte, die „New-York“ habe vor der „Equitable“ voraus, dass sie bereits gereinigt worden sei. Wie wenig ausgiebig diese Reinigung ausgefallen, zeigte der Bericht der „New-York“ für 1892, wonach sie in diesem Jahre die horrende Ziffer von 30.7 Prozent der Prämien für Spesen verbraucht hatte, für Reparaturen und Verwaltung ihrer Häuser 289065 Dollars ausgab, was der Hälfte der Zinseinnahmen entsprach. Ferner stellte sie 1496994 Mk. als Kosten der staatlichen Untersuchung ein, während

das Insurance-Departement nur 142 384 Mk. empfangen hatte und über den Verbleib der restlichen Kleinigkeit von 1.35 Millionen Mark nichts bekannt ist

Wenn so die gereinigte Gesellschaft aussieht, wie geht es bei den noch nicht gereinigten zu?

Materialien zum Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes.

(Schluss.)

Bei der *Handels- und Gewerbekammer zu Osnabrück* ist ausser der Handelskammer zu Geestemünde auch der deutsche Tabakverein in Dresden—Frankfurt a. M. um Unterstützung gegen die Tabakfabrikat-Werthsteuer vorstellig geworden. Der Berichtstatter, Herr Fricke, empfiehlt (Vollsetzung vom 13. Oktober) diese Anträge. Der Antrag des deutschen Tabakvereins werde von hervorragenden Industriellen vertreten und weise schwerwiegende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen der drohenden Steuer nach. Die Bedeutung der Zigarren- und Tabakindustrie auch für den diesseitigen Bezirk lege der Kammer die Pflicht der Stellungnahme auf. Der Rückgang des Konsums in Folge der Mehrbelastung des Tabaks müsse auf 33½ Prozent veranschlagt werden, eine Verbrauchsverminderung, die wenigstens 20 000 Arbeiter der Tabakbranche überflüssig machen müsste. Die Aufstellungen der Eingabe hinsichtlich der Fabrikationsverhältnisse sowie des Zahlenmaterials erschienen ihm beweiskräftig. Die mit der Fabrikatsteuer verbundene Kontrolle der Fabrikanten führe zu bedenklichen Belästigungen des Gewerbes und befördere die Defraudation. Arbeiter und Unternehmer würden gleichmässig geschädigt werden. Die Fabrikation der geringeren Fünfpfennig-Zigarren im diesseitigen Bezirke würde sich nach Gegenden mit billigeren Lohnsätzen verziehen. Er schlage deshalb folgende, durch Eingabe an den Herrn Finanzminister zu begründende Resolution vor:

Die Kammer fürchtet nach dem theilweisen Bekanntwerden der Grundlagen der geplanten Tabakfabrikatsteuer, dass durch dieselbe dauernd eine erhebliche Verminderung der Zigarrenfabrikation herbeigeführt würde. Die in Folge dessen zu gewärtigenden Arbeiterentlassungen würden aber besonders im hiesigen Bezirke zur Wirkung gelangen, weil bei einer Vertheuerung durch die Steuer die bis jetzt in bedeutendem Umfange betriebene Herstellung von Zigarren in den mittleren Preislagen, der Lohnverhältnisse der Gegend wegen, voraussichtlich nicht aufrecht erhalten werden könne, sich vielmehr nach Gegenden verschieben müsse, in denen wesentlich billigere Löhne bestehen.

Aus diesen Erwägungen beharrt die Kammer in ihrer bisherigen Stellungnahme gegen jede neue Mehrbelastung der Tabakindustrie.

Herr Künsemüller warnt vor den zahlenmässigen Mittheilungen; man solle sich nicht übereilen; eine Unterstützung der Interessen der Tabakindustrie verspreche erst mit Erscheinen der wirklichen Vorlage einigen Erfolg. Die Handelskammer wolle deshalb beschliessen:

Einen Ausschuss niederzusetzen, welcher angesichts der der Tabak- und Zigarrenindustrie durch die Tabakfabrikatsteuer drohenden Beunruhigung, unter Zuziehung von Sachverständigen aus dem Handelskammer-Bezirke, die bei dieser Frage in Betracht kommenden Verhältnisse einer Prüfung unterziehen soll, um auf Grund dieser Prüfung der Kammer bei dem Erscheinen der Steuervorlage zu der letzteren eine bestimmte Stellungnahme zu ermöglichen. — Den Mitgliedern des Ausschusses ist anheimgegeben, zu erwägen, ob zu den Berathungen die Reichstags-

abgeordneten des 4. und 5. hannoverschen Wahlkreises eingeladen werden sollen.

In der sich anschliessenden Diskussion betonten die Herren Narjes und Schlikker ihrerseits das Erforderniss eingehenden Studiums der Frage vor Beschlussfassung. Herr Titgemeyer glaubt, dass eine Mehrbelastung des Tabaks nicht unerträglich, aber nothwendig zur Beschaffung der vom Reiche geforderten Mittel sei. Herr Selige wünscht bei der fortgesetzten Beunruhigung der Tabakindustrie unverzügliche Beschlussfassung. Die Herren Senator Hammersen und Billenkamp empfehlen gründliche Prüfung mit Rücksicht auf die Fabrikation des Kammerbezirkes. Herr Lammers will nicht verkannt wissen, dass die fragliche Steuerart das Fabrikat nach seinem Werthe, und also auch den Konsumenten nach seiner Leistungsfähigkeit heranziehe. Herr Fricke hebt noch hervor, dass die Fünfpfennig-Zigarre etwa 90 Prozent der Gesamtfabrikation ausmache und die Wirkung der auf den theureren Zigarren liegenden Steuer belanglos sei. Darauf gelangt der Antrag Künsemüller zur Annahme. In die Kommission werden gewählt die Herren Fricke, Künsemüller, Selige, Titgemeyer und Gosling.

* * *

Versammlung der westfälischen Tabakinteressenten in Bünde.

Bünde, den 15. Oktober. Heute fand zu Bünde, dem Hauptsitze der westfälischen Zigarrenindustrie, eine von etwa dreitausend Personen besuchte Volksversammlung statt, in der neben den Tabakfabrikanten und -Arbeitern auch die anderen Berufszweige vertreten waren, um gegen die geplante Tabakfabrikatsteuer Stellung zu nehmen. In den Ausführungen der beiden Hauptredner, des Fabrikanten Lükking-Oeynhausens und Schöning-Vlotho wurde nachdrücklich hervorgehoben, welche schwere Schädigung dieser Gesetzentwurf gerade für die westfälische Tabakindustrie zur Folge haben müsse; hier bilde die Fünfpfennig-Zigarre, die jetzt aus reinem überseeischen Tabak hergestellt werde, etwa 80 bis 90 Prozent der Gesamtfabrikation; durch die Tabakfabrikatsteuer werde die bisherige Herstellung derselben unmöglich, vielmehr werde dann die Verwendung deutschen Tabaks hierzu nothwendig sein, so dass sich die Fabrikation zum Schaden der westfälischen und norddeutschen Industrie nach den hierfür günstiger gelegenen Gebieten (Süddeutschland) verschieben müsse. Ferner werde jede höhere Belastung des Tabaks einen wesentlichen Rückgang im Verbrauch zur Folge haben, der selbst von der Regierung — viel zu niedrig — auf 20 Prozent bei Zigarren angenommen werde. Schon bei Annahme dieses Rückganges würden allein in der Tabakindustrie etwa 30 000 Arbeiter brodlos werden, und ein gleich nachtheiliger Einfluss müsse auf die von derselben abhängigen Nebenindustrien, wie Holzsägereien, Kistenfabriken, Papier- und Etikettenfabriken, hervortreten. Allein im Regierungsbezirk Minden würden dauernd 8 000 Zigarrenarbeiter brodlos werden, sodass hierdurch eine um so schwerere Kalamität über das ganze Gebiet hereinbrechen werde, als an vielen Orten, wie z. B. Bünde und Umgegend die Tabakindustrie den einzigen Industrie- und Haupterwerbszweig bildet, für den sich kein Ersatz finden würde. Gegenüber den entgegengesetzten Bestrebungen, namentlich der süddeutschen Tabakbauern, die dem Entwurf bei Erhöhung des Zolles auf 85 Mk. für 100 kg zugestimmt hatten, wird auf die ungleich grössere Bedeutung der Tabakindustrie hingewiesen, in der an Arbeitslöhnen im Jahre rund 63 Millionen Mk. ausbezahlt werden, so dass also allein hierbei ein Rückgang von 20 bis 25 Prozent einen Ausfall von 13 bis 16 Millionen Mk. bedeuten würde, also ebenso viel wie der durchschnittliche Werth des gesammten deutschen Tabakbaues, der 1891/92 nur

rund 13 Millionen Mk. betrug. Beide Redner empfehlen die einstimmige Annahme der unten mitgetheilten Resolution, der auch der Reichstagsabgeordnete für Herford-Halle, Freiherr v. Hammerstein, zustimmt mit der Erklärung, auch im Reichstage mit gleichem Nachdruck gegen den Tabakfabrikatsteuer-Entwurf eintreten zu wollen. Nach weiteren Ausführungen anderer Redner im gleichen Sinne wird die Resolution einstimmig angenommen und die Absendung eines Telegrammes an Se. Majestät den Kaiser beschlossen. Aus der Resolution heben wir folgenden Theil der Begründung hervor:

Im Regierungsbezirk Minden werden in einer Menge von Betrieben etwa 15500, im Kreise Herford allein 8500 Zigarrenarbeiter beschäftigt, von denen 80 bis 90 Prozent mit der Herstellung der Fünfpfennig-Zigarre sich befassen. Die Einführung der Fabrikatsteuer würde die fernere Herstellung der Fünfpfennig-Zigarre, deren Produktion auch heute Schwierigkeiten bietet und nur recht beschränkten Nutzen lässt, aus überseeischen Tabaken unmöglich machen. Diese Fünfpfennig-Zigarre würde nur noch aus deutschem Einlagetabak hergestellt werden können, und ihre Anfertigung sich nach den Produktionsgebieten des deutschen Tabaks, namentlich Süddeutschland, verschieben. Eines theils veranlasst dazu die vortheilhaftere Einkaufsgelegenheit für deutschen Tabak, andererseits die um einige Mark billigeren Arbeitslöhne Süddeutschlands.

Allgemein nimmt man den Rückgang des Konsums auf $33\frac{1}{3}$ Prozent an; lässt man aber auch die Annahme der Regierung von 20 Prozent als richtig gelten, so trifft diese speziell für unsere Gegend durchaus nicht zu.

Durch die oben erwähnte Verschiebung und die Konsumabnahme haben wir in unserem Fabrikationsbezirke mit einem Rückgange von mindestens 50 Prozent, in der Uebergangszeit mit noch weit mehr, zu rechnen. Im Regierungsbezirk Minden würden danach sicher 8000 Arbeiter brodlos; während des Uebergangs, mindestens ein Jahr lang, noch ganz bedeutend mehr.

* * *

Aus einer Eingabe, welche die *Handelskammer zu Hildesheim* gegen die beabsichtigte Tabaksteuer an den Reichskanzler gerichtet hat, geht hervor, dass die Tabakindustrie im Hildesheimer Kammerbezirke durch 73 Betriebe durchweg mittleren oder kleinen Umfanges mit rund 2100 Arbeitern vertreten wird. Die Eingabe betont, dass sich die deutsche Zigarrenfabrikation der Hauptsache nach mit denjenigen Zigarren befasse, welche im Detailverkauf bisher mit einem Preise bis zu 5 Pfennig verkauft wurden. Es ist erwiesen, dass nach Einführung der Verbrauchssteuer von $33\frac{1}{3}$ Prozent des Fakturawerthes die sogen. Fünfpfennig-Zigarre um mehrere Pfennige theurer werden muss. „Es ist zu beachten, dass der Fakturawerth nicht nur das Rohprodukt und den Arbeitslohn, sondern auch den Unternehmergewinn sowie sämtliche mitzukalkulirende Unternehmerkosten für Verpackung, Reisende u. s. w. in sich begreift, und dass demgegenüber die Herabsetzung des Eingangszolles nur unbedeutend ins Gewicht fällt.“ Der Rückgang im Konsum ist von Seiten der Interessenten auf 30 Prozent geschätzt worden. Dem Fabrikanten erwächst daraus zunächst eine Verringerung des Umsatzes und eine Verminderung des Einkommens, in zweiter Linie aber auch die Nothwendigkeit der Erhöhung seines Betriebskapitals, da er die Verbrauchssteuer zunächst auslegen muss, aber selbst seinen Abnehmern gegenüber die altgewohnten Zahlungsziele nicht abändern kann. Steuerkredit andererseits erfordert eine genügende Kautelen. Diese Erhöhung des Betriebskapitals sind die kleineren und mittleren Betriebe nicht im Stande zu ertragen. Die geplante Steuerreform stellt ferner eine ungerechte Verschiebung der Tabakindustrie zu Ungunsten der norddeutschen gegenüber der süddeutschen in Aussicht.

Während die norddeutsche Industrie auch die geringwerthige Zigarre aus dem mit Eingangszoll belasteten überseeischen Tabak herstellt, verarbeitet der süddeutsche Fabrikant zunächst am Sitz der Industrie produzierten Tabak, der an und für sich, besonders aber durch Wegfall der Transportkosten billiger ist. Auch die Arbeitslöhne sind in Süddeutschland, namentlich in Baden, durchweg erheblich geringer. Die Gefahr ist auch hier für die mittlere und kleine Tabakindustrie Norddeutschlands die grösste.

Dieselbe Gefahr droht dem Arbeitnehmer. Der Konsumrückgang wird eine plötzliche Arbeiterentlassung von 75000 Personen und eine dauernde Arbeitslosigkeit für 50000 Personen zur Folge haben. Der Uebergang zu einem anderen Gewerbe wird dem in der Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter, der über Körperkräfte selten verfügt, unmöglich sein. Auch die süddeutsche Tabakindustrie wird ihnen keine Unterkunft gewähren, denn der norddeutsche Tabakarbeiter ist im Vergleiche zum süddeutschen zu theuer und wird seinerseits des geringen Arbeitslohnes wegen die Heimath nicht verlassen.

Der finanzielle Erfolg der Steuerreform ist höchst zweifelhaft; denn es ist in Betracht zu ziehen: 1. der Wegfall der Steuer auf inländischen Tabak; 2. die Herabsetzung des Eingangszolles von ausländischem Tabak von 85 auf 40 Mk. pro 100 kg; 3. hauptsächlich der zweifellose Rückgang des Konsums von Tabakfabrikaten, der naturgemäss zunächst die Einfuhr ausländischen Tabaks schmälern wird, sodann aber überhaupt den finanziellen Erfolg des ganzen Projekts beeinträchtigt. Auch die Verwaltungskosten werden nicht unerheblich sein.

* * *

Versammlung der norddeutschen Tabak- und Zigarrenfabrikanten in Magdeburg.

Magdeburg, 12. Oktober. Nachdem der Vorsitzende in einleitender Rede auf die im Jahre 1879 in der Tabaksteuerfrage errungenen Erfolge des Vereins hingewiesen und die schweren Schädigungen geschildert hat, welche der Tabakindustrie gegenwärtig drohen; einigte man sich zu einer Protesterklärung, die in folgender Weise begründet wurde: Die Vermehrung der Steuern sei mit dem Wachsen des Reiches unvermeidlich, doch sei es die Aufgabe der Regierung, dabei zunächst wirtschaftliche und sozialpolitische Rücksichten wirken zu lassen. Der geplante Tabakfabrikatsteuer-Gesetzentwurf dagegen stellt einem grossen Theile eines Arbeitszweiges den Verlust der Arbeit in Aussicht und besteuert die Arbeit gerade der mittleren und ärmeren Erwerbsklassen. Arbeitslosigkeit im weitesten Umfange und ein plötzlicher Preisaufschlag ohne allmählichen Uebergang müssten eine starke Konsumverminderung herbeiführen. Wenn diese nur 25 Prozent beträgt, müssen von den 160000 in der Tabakindustrie beschäftigten Personen 40000 arbeitslos werden. Unberechenbar sei namentlich für den norddeutschen Tabakarbeiter die Wirkung der unvermeidlichen Fabrikationsverschiebung. Die Fünfpfennig-Zigarre repräsentire nach zuverlässiger Schätzung mehr als die Hälfte des Gesamtverbrauchs von 5500000 Mille. Kaum 2000000 Mille haben einen Detailwerth von über 5 Pfennig. Die norddeutsche Industrie verdankt ihren Ruf der beliebten, aus überseeischen Tabaken fabrizierten Fünfpfennig-Zigarre, sie wird mit ihrer Vertheuerung lahm gelegt. Das Beispiel von 1879 beweise, dass die Masse der Käufer bei dem durch ihre Einkommensverhältnisse bedingten Preise von 5 Pfennig für das Stück beharren werde, sodass nur die süddeutsche, namentlich badische Fabrikation den Bedarf darin zu befriedigen haben wird, weil sie mit billigen Arbeitslöhnen und leicht erreichbarem, steuerfreiem Rohmaterial arbeitet. Wird nun gar eine Faktura-

werthsteuer von 33 Prozent beabsichtigt, so fällt auch die Fabrikation der Sechspfennig-Zigarre Süddeutschland zu, das schliesslich den gestellten Anforderungen gar nicht gewachsen sein wird. Norddeutschland beschäftigt jetzt 120 000 Personen in der Tabakindustrie, davon wird die Hälfte überflüssig werden. Die deutsche Gesetzgebung scheint einerseits zu grosse Rücksicht auf den Tabakbau, andererseits zu geringe Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen, wenn man erwägt, dass der Gesamtwert der deutschen Tabakernte nur ein Viertel der an die deutschen Tabakarbeiter zur Auszahlung gelangenden, insgesamt 630 Millionen Mk. ausmachenden Lohnsumme beträgt. Der Tabakbauer kann bei der geringen Rentabilität des Tabakbaues zu anderem Anbau übergehen, ohne ruinirt zu werden, der Uebergang des Zigarrenarbeiters zu anderer Arbeit ist bei den meist schwächlichen Körperverhältnissen dieser Arbeiterklasse grösstentheils unmöglich. Deshalb protestire die deutsche Tabakindustrie gegen ein Gesetz, das 1. die hochentwickelte deutsche Tabakindustrie in allen Theilen aufs Schwerste schädigt, 2. das für die Fabrikanten eine Quelle unerträglicher Belästigung aller Art sein würde, 3. das die Kleinindustrie unzweifelhaft dem Ruin entgegenführt, 4. das eine Arbeiterzahl von 50 000 Köpfen brodlos macht, 5. das geradezu eine Prämie auf niedrige Löhne setzt, 6. das einseitig nur die Interessen des deutschen Tabakbauers berücksichtigt, 7. das den bedeutenden Rohtabakshandel der Hanasstädte untergräbt, und 8. das die erhofften finanziellen Erträge nicht bringen würde.

Tabakbau im Deutschen Reiche.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Statistik über den Stand des Tabakbaues im Deutschen Reiche für das Erntejahr 1893/94. Die Zahl der Tabakpflanzter belief sich danach auf 141 775, der Flächeninhalt der mit Tabak bepflanzten Grundstücke auf 1520 838.3 a. Auf das Königreich Preussen kommen 82 179 Tabakpflanzter; davon entfallen auf die Provinz Ostpreussen 45 805, Schlesien 10 074, Brandenburg 5255, Pommern 5166; von den übrigen Bundesstaaten rangirt Baden zunächst mit 32 652 Pflanzern, auf Elsass-Lothringen kommen 11 638, auf Bayern 8916, auf Württemberg 3269. Beim Flächeninhalt der mit Tabak bepflanzten Grundstücke stellt die Sache sich aber erheblich anders. Er beläuft sich in ganz Preussen auf 481 244 a; davon hat die Provinz Brandenburg 207 144 a, Pommern 101 859 a, Hannover 44 762 a, Schlesien 16 777 a, Ostpreussen 14 392 a; auf Baden fallen 602 010 a (25 Prozent mehr als auf ganz Preussen), auf Bayern 218 107 a, auf Elsass-Lothringen 112 639 a, auf Württemberg 28 881 a. Abgenommen hat die Anbaufläche gegen das Vorjahr nur in Elsass-Lothringen, und zwar um 11 682 a. Die Zunahme beträgt in Preussen 19 148 a, in Baden 24 514 a, in Bayern 8761 a, im gesammten Reichsgebiet 47 792 a. Durchschnittlich kommen also auf einen Pflanzter im Deutschen Reich 10.8 a, in Preussen 5.8 a, in Bayern 24.5 a, in Württemberg 8.9 a, in Baden 18.5 a, in Elsass-Lothringen 9.5 a.

In der Plenarsitzung der Handelskammer zu Kassel vom 30. Oktober referirte Herr Thorbecke über die geplante Tabaksteuer. Wir entnehmen den Ausführungen des genannten Herrn Folgendes: Der Bezirk Kassel beschäftigt 5764 Personen in der Tabakbranche und ist in Preussen in dieser Hinsicht der drittgrösste Bezirk; er wird nur von Minden und Breslau übertroffen. Es soll eine Fabrikatsteuer von 33 $\frac{1}{3}$ Prozent bei Zigarren und 66 $\frac{2}{3}$ Prozent bei Rauchtakken erhoben werden. Zur

Durchführung dieser Steuer sind sehr lästige Kontroll- und Strafbestimmungen nothwendig, welche für die Industrie, die Arbeiter und die Konsumenten schwere Nachtheile hervorrufen müssen. Durch Umfrage bei den Tabakindustriellen ist festgestellt, dass 90 Prozent Zigarren zu 6 Pfennig und darunter und nur 10 Prozent in höheren Preislagen verkauft werden, Sechspfennig-Zigarren zu 22 Prozent, Siebenpfennig-Zigarren zu 31 $\frac{2}{3}$ Prozent, Achtpfennig-Zigarren zu 4 Prozent, Zehnpfennig-Zigarren zu 21 $\frac{2}{3}$ Prozent, Zwölfpfennig-Zigarren zu 3 $\frac{4}{5}$ Prozent, Fünfzehnpfennig-Zigarren und darüber zu 1 $\frac{1}{4}$ Prozent. Das gleiche Verhältniss liegt bei Rauchtakken vor. Die Steuer werde daher gerade die geringeren Sorten treffen, zumal sie nicht progressiv, sondern prozentualiter erhoben werden soll. In Westfalen werden hauptsächlich Fünfpfennig-Zigarren hergestellt. Diese Fabrikation wird sich fast ganz nach Baden ziehen, wo billigere Arbeitskräfte zu Gebote stehen und die Produktionsbedingungen sich in nächster Nähe der Fabrikationszentren befinden. Die geringeren Zigarren werden sich wesentlich vertheuern. Referent weist dies an verschiedenen Beispielen nach: Die Vierpfennig-Zigarre kostet nach Wegfall des Gewichtszolles 26.40 Mk. Hierzu kämen nun eigentlich 10 Prozent Zuschlag für vermehrte Unkosten des Fabrikanten durch den Kontrollapparat und für den verminderten Konsum. Referent will diesen Zuschlag jedoch ausser Betracht lassen; hingegen ist die Fakturasteuer mit 33 $\frac{1}{3}$ Prozent in Anschlag zu bringen. Also beträgt der Preis der Vierpfennig-Zigarren 35.20 Mk., d. h. aus der bisherigen Vierpfennig-Zigarre ist eine Sechspfennig-Zigarre geworden. Aehnlich wird die Vertheuerung der Zigarren in höheren Preislagen. Der Konsum wird hierdurch bedeutend vermindert werden. Die Regierung hat dies vorausgesehen und nimmt eine Konsumverminderung von 20 Prozent in Aussicht. Die Fachkreise hingegen nehmen auf Grund ihrer Erfahrungen an, dass die Abnahme sich zunächst auf 70 und später auf 40 bis 50 Prozent belaufen wird. Dementsprechend verringert sich auch die Zahl der Arbeiter. Schon bei 20 Prozent Konsumrückgang beläuft sich die Zahl der zu entlassenden Arbeiter auf 30 000. Von den jetzt in der Branche beschäftigten 160 000 wird aber thatsächlich eine Verminderung um 40 000 bis 50 000 eintreten. Diese Arbeiter sind zu anderen Berufen wenig tauglich, denn es sind vielfach kränkliche und schwächliche Leute. Auch die hausindustriellen Betriebe sind sehr zahlreich. Die Folge der Steuer wird sein, dass die grossen Betriebe sich immer mehr centralisiren, während die kleinen zu Grunde gehen müssen. Namentlich auf dem Lande besteht aber eine sehr ausgedehnte Kleinfabrikation, von welcher etwa 15 000 Leute leben. Wie soll sich hier die Steuerkontrolle gestalten? Ein Steuerkredit wird ja wohl gewährt werden, aber er wird nur den grossen Betrieben zu Gute kommen, da die kleinen nicht in der Lage sind, die verlangte Kautions in erstklassigen Werthpapieren zu leisten. Referent stellt den Antrag, die Kammer möge die zur Wahrung der Interessen der im Bezirk vertretenen Tabakindustrie nothwendigen Schritte ergreifen.

Nach eingehender Debatte beschliesst die Kammer eine diesbezügliche Eingabe an den Reichskanzler zu richten.

Dem Bundesrath ist ferner das *Tabaksteuergesetz* zugegangen. Danach soll an Zoll erhoben werden:

1. für Tabakblätter, unbearbeitete und Stengel, auch Tabaksaucen, 40 Mk.; 2. für fabrizirten Tabak: Zigarren 400 Mk., Zigarettten 500 Mk.; anderen fabrizirten Tabak 250 Mk. — Der Satz gilt immer für 100 kg. — Der Zoll für Rohtabak kann bis zu neun Monaten gestundet werden. An Steuer soll erhoben werden für im Inlande hergestellte Zigarren und Zigarettten 33 $\frac{1}{3}$ Prozent, für Rauchtakak 66 $\frac{2}{3}$ Prozent, für Kau- und Schnupftabak 50 Prozent des Fakturapreises,

zu welchem diese Fabrikate ausschliesslich der Steuer von dem Fabrikanten verkauft werden. Das Gesetz enthält im Uebrigen 78 Paragraphen, welche sehr eingehende Aufsichts-, Kontrol- und Strafbestimmungen verkünden. Der Ertrag der künftigen Tabaksteuer wird insgesamt auf 104 Millionen Mk. geschätzt; hiervon wären 5 Millionen als Verwaltungskosten abzuziehen, sodass ein Nettogewinn von 99 Millionen Mk. verbleiben würde. Die gegenwärtige Tabaksteuer bringt 54 Millionen; mithin würde ein Mehrertrag von rund 45 Millionen erzielt werden. Die künftige Preisbildung für Zigarren soll sein: die jetzt mit 4 Pfennig bezahlte Zigarre würde auf 4.3, 4.6 bis 4.7 Pfennig sich erhöhen, die Fünfpfennig-Zigarre auf 5.9, 6 bis 6.1 Pfennig, die Sechspfennig-Zigarre auf 7.3 bis 7.4, die Siebenpfennig-Zigarre auf 8.7, die Achtpfennig-Zigarre auf 10 Pfennig, die Zehnpfennig-Zigarre auf 12.7, die Zwölfpfennig-Zigarre auf 15.4, die Fünfzehnpfennig-Zigarre auf 19.4 Pfennig.

* * *

In der *Handelskammer zu Minden* (Sitzung vom 1. November) erstattete zur Frage der Tabakfabrikatsteuer Herr W. Lücking einen äusserst interessanten Bericht über die Lage der Tabakindustrie. Wir entnehmen demselben folgendes statistische Material: Der Gesamt-Jahreswerth der Tabakfabrikate beträgt gegenwärtig

Kautabak	80 000 Ctr.	Werth 12 Mill. Mk.
Schnupftabak	110 000 "	8 " "
Rauchtabak	600 000 "	42 " "
Zigarretten	600 000 Tausend	7 " "
Zigarren	5 500 000 "	218 " "

Zusammen 287 Mill. Mk.

An Eingangszoll für Tabak wurden im Etatsjahr 1891/92 entrichtet 43 256 600 Mk., von denen 282 800 Mk. rückvergüteter Zoll in Abzug zu bringen sind, so dass der tatsächliche Betrag 42 973 800 Mk. ist. Die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und deren Löhne betragen

Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Fabrikation	9 100 Arbeiter	= 5 Mill. Mk.
Zigarretten-Branche	2 000 "	= 1 " "
Zigarren-Fabrikation	150 000 "	= 57 " "

Zusammen 161 100 Arbeiter = 63 Mill. Mk.

Die Arbeiter vertheilen sich auf die einzelnen Staaten wie folgt:

Preussen	80 417	Anhalt	694
Bayern mit Pfalz	5 672	Schwarzburg-Rudolstadt	134
Königreich Sachsen	16 163	Waldeck-Pyrmont	586
Württemberg	3 128	Reuss ä. L.	10
Baden	29 227	Reuss j. L.	804
Hessen	9 979	Schaumburg-Lippe	22
Mecklenburg	450	Lippe-Detmold	1 017
Sachsen-Weimar	404	Lübeck	317
Oldenburg	781	Bremen	2 642
Braunschweig	1 539	Hamburg	3 427
Meiningen	189	Elsass-Lothringen	1 741
Altenburg	1 554		
Koburg-Gotha	103		

In Westfalen und Regierungsbezirk Osnabrück sind beschäftigt hauptsächlich in der Zigarrenfabrikation: Regierungsbezirk Minden 15 420, Arnsweg 1553, Münster 876, Osnabrück 1302, zusammen 19 151 Arbeiter.

Der Nettoertrag der Tabakabgaben betrug an Zoll 43 Millionen Mk., an Steuer 11,4 Millionen Mk., zusammen 54,4 Millionen Mk. Die geringe Bedeutung des Tabakbaues in Deutschland wird durch folgende Angaben gekennzeichnet:

Es betrug 1891/92

in	die Fläche der bepflanzten Grundstücke	der Brutto-Geldertrag nach Abzug der Steuer (in 1000 Mk.)
Baden	7 551 ha	6 282
Preussen	4 888 "	3 297
Bayern	3 317 "	1 816
Elsass-Lothringen	1 485 "	1 175
Hessen	567 "	349
Württemberg	363 "	314
den übrigen Staaten	362 "	244
Zusammen	18 533 ha	13 477

Nach den Aufstellungen des deutschen Tabakvereins bilden von der Gesamtproduktion an Zigarren von rund 5 500 000 Tausend

Prozent d. Gesamtprod.

678 500 Taus. d.	3—5 Pfg.-Zigarre	= 12 $\frac{1}{2}$
297 000 "	5 "	= 54
1237 000 "	6 "	= 22 $\frac{1}{2}$
192 000 "	7 "	= 3 $\frac{1}{2}$
220 000 "	8 "	= 4
137 500 "	10 "	= 2 $\frac{1}{2}$
41 250 "	12 "	= 3 $\frac{3}{4}$
13 750 "	15 "	= 1 $\frac{1}{4}$

An der Hand dieses Materials prüft der Bericht die Einzelheiten der Fabrikatwerthsteuer. Nach amtlicher Veröffentlichung des Gesetzentwurfs beabsichtigt die Kammer, weitere Schritte zu thun.

* * *

Die *Handelskammer zu Heidelberg* (Sitzung vom 7. November) ist der gegen die Tabakfabrikatsteuer gerichteten Resolution beigetreten, welche in der am 29. Oktober in Mannheim abgehaltenen Versammlung der Tabakinteressenten Badens, Bayerns, Württembergs und Elsass-Lothringens gefasst wurde.

* * *

Am 10. November tagte in Bremen eine von der *Handelskammer zu Bremen* zur Stellungnahme gegen die Tabakfabrikatsteuer einberufene Protestversammlung des Kaufmannskonvents, zu der auch die Mitglieder des Tabakvereins und der Tabakberufsgenossenschaft eingeladen waren, und fasste einstimmig folgende Resolution:

„Nach Besprechung des von der Reichsregierung geplanten Tabakfabrikatsteuer-Gesetzes erklärt der Kaufmannskonvent, in Erwägung: 1. dass durch dieses Gesetz der Schutzzoll für den inländischen Tabak beträchtlich erhöht werden soll, was für Bremens Handel und Schifffahrt eine schwere Schädigung bedeutet und geeignet ist, die Stellung Bremens als Weltmarkt für Tabak zu gefährden; 2. dass durch dieses Gesetz die bremische Tabakindustrie zu Gunsten der süddeutschen zurückgedrängt werden wird, weil sie mit höheren Arbeitslöhnen als jene arbeitet und deshalb von der neuen Steuer, die zugleich eine Steuer auf den Arbeitslohn ist, empfindlicher getroffen wird; 3. dass durch dieses Gesetz ein mit 30 Prozent gering veranschlagter Rückgang des Konsums herbeigeführt werden wird, in Folge dessen von den in der Tabakindustrie beschäftigten 160 000 Personen 48 000, die gegenwärtig etwa 20 Millionen Mk., also mehr als den Werth einer ganzen deutschen Tabakernte, verdienen, brodlos werden müssen; 4. dass schon jetzt durch Erörterung des Gesetzentwurfs Tabakhandel und Industrie aufs Aeusserste beunruhigt worden sind: den Tabakfabrikatsteuer-Gesetzentwurf, als Schifffahrt, Handel und Industrie schädigend, auch sozialpolitisch verwerflich, mit allen zustehenden Mitteln energisch bekämpfen und sich überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks verwahren zu wollen.“

* * *

Gegen das Projekt einer Tabakfabrikatsteuer wird die *Handelskammer zu Wesel* (17. November) mit einer Eingabe an den Reichstag, die *Pfälzische Handels- und Gewerbekammer* (Ludwigshafen a. Rh.) auf Grund der in der Sitzung vom 9. November erstatteten Referate mit einer Petition an das königlich bayerische Staatsministerium des Innern vorstellig werden, die *Handelskammer zu Strassburg* (9. November) und die *Handelskammer zu Harburg* (13. November) wollen vor ihrer entscheidenden Stellungnahme die Veröffentlichung des Gesetzentwurfes abwarten.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unter-sagen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 22. Januar 1894 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen:

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Laun.

Galizien:

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Saybusch, Biala, Chrzanow, Wadowice, Krakau, Wielicka, Myslenice, Bochnia, Limanowa, Neumarkt, Neusandec, Brzesko, Dabrowa, Tarnow und Grybow, ferner die Stadt Krakau.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont, Nograd, Pressburg, Komorn und Gran.

Kleine Mittheilungen.

Internationale Obstbauausstellung im Jahre 1894, veranstaltet durch Russlands Obstbauverein zu St. Petersburg.

1. Mit allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers veranstaltet Russlands Obstbauverein im Herbste 1894 in St. Petersburg eine internationale Obstbauausstellung, um den gegenwärtigen Stand des Obst-, Wein- und Gemüsebaues, sowie spezieller Kultur-zweige zu veranschaulichen.

2. Gleichzeitig mit der Ausstellung wird ein Pomologenkongress stattfinden.

3. Sämmtliche Obstbauinteressenten, sowohl aus Russland als auch aus allen anderen Ländern werden eingeladen, an dieser internationalen Ausstellung und an dem Kongresse theilnehmen zu wollen.

4. Die Ausstellung wird aus folgenden Abtheilungen bestehen:

1. frisches Obst, 2. frisches Gemüse, 3. Obst und Gemüse in getrocknetem und verarbeitetem Zustande, Konserven und Fabrikate, 4. Weinbau, Wein und Obstwein, 5. Hopfen und medizinische Pflanzen, 6. Obst-

und Gemüsesamen, 7. Obstbäume und Beerensträucher, 8. Maschinen, Geräte, Fabrikationstechnik, 9. Literatur, Lehrmittel, Sammlungen, Pläne etc.

5. Ausführliche Ausstellungsvorschriften und Kon-kursprogramme wurden am Ende v. J. veröffentlicht und versandt.

6. Nähere Auskunft über die Ausstellung und den Kongress ertheilt das Bureau der internationalen Obstausstellung in St. Petersburg, Fontanka 10, Kaiserliches landwirthschaftliches Museum.

Einfuhr nach Frankreich. Seitens deutscher Firmen ist neuerdings in verschiedenen Fällen bei der Versendung von Waaren über Frankreich gegen die französischen Bestimmungen über die Bezeichnung von Waaren gefehlt worden.

Es wird daher auf Artikel 15 des französischen Zolltarifgesetzes vom 11. Januar 1892 aufmerksam gemacht, welcher in Uebersetzung folgendermassen lautet:

„Verboden ist die Einfuhr aller ausländischen Natur- oder Gewerbszeugnisse, welche, sei es auf sich selbst, sei es auf den Umschliessungen, Kisten, Ballen, Umschlägen, Streifen oder Etiketten u. s. w., eine Fabrik- oder Handelsmarke, einen Namen, ein Zeichen oder irgend eine Angabe tragen, die den Glauben zu erwecken geeignet ist, dass sie in Frankreich verfertigt oder französischen Ursprungs sind; auch sind dergleichen Erzeugnisse von der Aufnahme in die Niederlage, von der Durchfuhr und dem Verkehr ausgeschlossen.“

Diese Bestimmung findet auch auf ausländische Gewerbs- oder Naturerzeugnisse Anwendung, die an einem mit einem französischen gleichnamigen Ort gewonnen sind, und die nicht zugleich mit dem Namen dieser Ortschaft in deutlichen und in die Augen fallenden Buchstaben den Namen des Ursprungslandes und die Angabe „importé“ tragen.“ (Vergl. Deutsches Handels-Archiv 1892, Th. I, S. 312.)

Eine ähnliche Bestimmung enthielt bereits Artikel 19 des französischen Gesetzes vom 23. Juni 1857.

Ausstellung in Santiago. Im Jahre 1894 wird in Santiago unter dem Schutze der chilenischen Regierung eine metallurgische und Minen-Ausstellung geplant. Der chilenische Gesandte in Berlin spricht die Hoffnung aus, dass sich Deutschland an der Ausstellung rege betheilige. Ein nähere Einzelheiten bezüglich der Ausstellung enthaltendes Programm ist uns nicht zugegangen.

Internationale Ausstellung in Mailand. Nach einer Mittheilung der Handelskammer zu Mailand vom 14. Januar findet daselbst im Monat Mai d. J. eine internationale Ausstellung von Apparaten, Maschinen, Werkzeugen und Produkten der Weinfabrikation und Oelfabrikation (im Anschluss an eine nationale Wein- und Baumöl-Ausstellung), desgleichen eine internationale Ausstellung für Werkzeugindustrie, sowie eine internationale Ausstellung für Presserzeugnisse und Journalismus statt.

Sommersonntagszüge S1 und S2 Braunschweig-Vienenburg-Harzburg. Auf die Seitens der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig bezüglich Einstellung der Sommersonntagszüge S1 und S2 der Strecke Braunschweig-Vienenburg-Harzburg als all-täglich verkehrende Züge an die Königliche Eisenbahn-Direktion Magdeburg erneut unterm 30. Dezember v. J. gerichtete Eingabe, ist der Bescheid ergangen, dass bei den ungünstigen finanziellen Verhältnissen die Einlegung neuer Züge, ausser im Falle dringendsten Bedürfnisses, abgelehnt werden müsse und daher der vorstehend bezeichneten Anfrage nicht entsprochen werden könne.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Luch, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. I. 8. — 827./94.

Bekanntmachung.

In der No. 12 — vom 15. Januar d. J. — des Deutschen Reichs-Anzeigers und Königlich Preussischen Staats-Anzeigers findet sich unter „Handel und Gewerbe“ nachstehende Warnung vor den Pariser Schwindelfirmen Béron und Léon:

„Die bekannten Pariser Schwindelfirmen Béron, 'Comptoir Montmartre', 74 Avenue de St. Quen und Léon, 'Internationale Bank', 32 Rue des Blancs-Manteaux, auf die wir schon mehrfach warnend hingewiesen haben, scheinen ihre betrügerische Thätigkeit in den verschiedensten Theilen Deutschlands trotzdem in gewohnter Weise fortzusetzen und auch immer wieder neue Opfer zu finden. Die Art des Vorgehens ist immer die alte. Mit Zeitungsannoncen bieten sie Gelddarlehen zu günstigen Bedingungen

an und wissen sich dabei von leichtgläubigen Geldsuchern Vorschüsse zu verschaffen, um alsdann den Darlehensuchenden vollständig werthlose Wechsel zu übersenden. Da die Geschädigten überdies in vielen Fällen eine Anzeige scheuen, so wächst die Dreistigkeit dieser 'Firmen' mit ihrem Erfolge. Es kann deshalb nicht dringend genug zur grössten Vorsicht gegenüber allen derartigen, von Paris ausgehenden Annoncen gerathen werden, welche die Beschaffung von Darlehen gegen billige Zinsen zum Gegenstand haben.“

Diese Warnung möge auch in den gewerblichen Kreisen des Herzogthums Braunschweig Beachtung finden.

Braunschweig, 2. Februar 1894.

Die Handelskammer.

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Deutsch-russischer Handelsvertrag.

Nachdem der russisch-deutsche Vertragstarif für die Einfuhr nach Russland, welcher einen Theil des abzuschliessenden Handelsvertrags bilden soll, von den beiderseitigen Delegirten paraphirt worden ist, folgt nachstehend eine Uebersicht der vereinbarten Sätze desselben:

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz	in Rubeln Gold				
aus 4.		Kartoffelmehl	Pud	1.40	2.73	0.60
	aus Anm.	Stärke aller Art, Dextrin	Pud	1.40	2.73	1.15
		Stärke aller Art und Dextrin in Packoten, Schachteln und anderen kleinen Verpackungen eingeführt, mit der inneren Verpackung gewogen	Pud	1.75	3.41	1.30
aus 5.	1.	Gewöhnliches Gemüse, nicht besonders zubereitet; Zwiebeln und Knoblauch in Schoten	Pud br.	0.12	0.18	zollfrei für das Pud br.
	zu 3.	Zichorie in Wurzeln oder in Stücken, getrocknet oder nicht getrocknet	—	0.75	1.35	0.40
aus 6.	aus 1.	Frische Früchte	Pud br.	1.20	2.16	0.60

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
aus 26.	1.	Hopfen	Pud	10.00	15.00	3.50
aus 46.	aus 2.	Fabrikate aus Borsten in Einfassung aus ordinärem Holz ohne Fournirung, Pinsel aus Borsten und Malerpinsel jeder Art	Pud	3.00	5.85	2.50
aus 55.	2.	Saffian, Glacé, Chevreau, Chagrin; Leder mit eingepressten Mustern jeder Art; lackirtes Leder, kleines	Pud	15.00	27	12.00
	zu 3.	Transmissionsriemen für Maschinen; nicht genäht; lederne Pickers für Webstühle, kleine runde Transmissionsriemen	Pud	8.00	15.60	6.00
	4.	Lackirtes Leder, grosses	Pud	8.50	15.30	6.80
		Anmerkung. Abfälle und Stücke von verarbeiteten Häuten, falls sie nicht zu Schuhwaaren oder kleinen Arbeiten zugeschnitten sind, unterliegen den für die Häute an sich festgesetzten Zollsätzen.				
aus 56.	zu 2.	Bisamfelle	Pud	18.00	32.40	6.60
	aus 4.	Fuchsfelle (ausgenommen die in Art. 56 Abs. 1 genannten) und Theile solcher Felle	Pud	18.00	32.40	12.00
aus 57.	3.	Lederne Handschuhe aller Gattungen	Pfund	3.00	5.85	2.55
		Fabrikate aus Sämisch-, Glacéleder, Saffian, Pergament, mit Ausnahme von Schuhwerk und chirurgischen Apparaten	Pfund	3.00	5.85	2.00
	zu 5.	Notizbücher und Portefeuilles aus Sämisch-, Glacéleder, Saffian, Pergament	Pfund	3.00	5.85	0.70
		Anmerkung zu Abs. 5. Die in diesem Absatz festgesetzten Zollsätze finden auf alle hier angeführten Fabrikate Anwendung, auch wenn diese mit Verzierungen aus Seide oder Halbseide besetzt sind.				
aus 61.	1.	Tischler- und Drechslerarbeit aus ordinären Holzgattungen, unlackirt, unpolirt, ohne aufgeleimte Stücke oder Fourniere; hölzerne Stifte oder Nägel für Stiefel	Pud	0.70	1.26	0.55
	2.	Tischler- und Drechslerarbeit aus werthvollen Holzgattungen, wenn auch unlackirt und unpolirt; Tischler- und Drechslerarbeit aus ordinären Holzgattungen, lackirt, polirt, mit aufgeleimten Stücken oder Fournieren; gebogene Buchenholzmöbel, ohne Flechtwerk und Bezug, zusammengesetzt oder in Theilen	Pud	2.00	3.90	1.80
	3.	Hölzerne Schnitzarbeit (ausser der in Absatz 4 dieses Artikels genannten); Tischler- und Drechslerarbeit, vergoldete, versilberte und bronzirte oder mit Verzierungen solcher Art	Pud	6.00	11.70	4.50
aus 62.	aus 2.	Zuckerrübensamen	Pud br.	0.10	0.15	0.10
aus 65.	aus 4.	Cement aller Arten (Portländer, künstliches oder natürliches, Romancement, gemischtes, Schlackencement und alle anderen), Ziegel, Fliesen und Röhren aus Cement	Pud	0.10	0.18	0.08
aus 68.		Bernstein (mit Ausnahme des besonders benannten)	Pud	3.00	5.40	2.10
aus 74.		Töpferwaaren aus gewöhnlichem und feuerfestem Thon: 1. Geschirr und jeder Art Gegenstände (mit Ausnahme von Röhren und besonders genannten) ohne Verzierungen und ohne Malerei, wenn auch glasirt; Ziegel und Dachziegel, glasirt	Pud	0.30	0.54	0.25
		Thonplatten zum Belegen der Fussböden und Wände, Ofenkacheln (glatte), hervorspringende Theile von Kachelöfen (wie Bekrönungen u. dgl.), auch glasirte und mit eingepressten Reliefverzierungen, einfarbige; Steingutkrüge für Mineralwasser, auch glasirt, aber ohne Malerei, Skulptur oder Vergoldung	Pud	0.30	0.54	0.20
	2.	Geschirr und jeder Art Gegenstände (mit Ausnahme von Röhren und besonders genannten) mit Verzierungen, Malerei, Skulptur, Vergoldung	Pud	0.75	1.46	0.60

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
		Thonplatten zum Belegen der Fussböden und Wände, Ofenkacheln (glatte), hervorspringende Theile von Kachelöfen (wie Bekrönungen u. dgl.), auch glasirt und mit eingepresstem Relief — buntfarbige	Pud	0.75	1.46	0.50
aus 75.	zu 3.	Thonplatten zum Belegen der Fussböden und Wände, Kacheln und hervorspringende Theile (Bekrönungen u. dgl.) von Kachelöfen, vergoldet oder mit Skulptur	Pud	3.75	7.31	1.50
	2.	Fayencewaaren mit einfarbigen Mustern, Zeichnungen, Kanten und Rändern; Fayencewaaren, gefärbt, aber nicht in der Masse gefärbt	Pud	1.40	2.73	1.25
	3.	dieselben mit Malerei, Vergoldung und verschiedenfar- bigen Mustern	Pud	3.75	7.31	3.30
aus 76.	aus 1.	Majolika jeder Art, wenn auch mit Modellirverzierungen	Pud	5.30	10.34	3.30
aus 77.	aus 2.	Waaren, mit Ausnahme der besonders benannten, aus weissem und halbweissem Glase und Krystall, unge- schliffen, unpolirt, nicht fazettirt, wenn auch mit ab- geschliffenen oder ausgearbeiteten Böden, Rändern, Mündungen, Stöpseln und Deckeln und mit gegossenen oder gepressten Wappen und Mustern, aber ohne ande- re Verzierungen				
		b) geblasene (glatte)	Pud	4.00	7.80	3.20
	3.	Waaren aus weissem, ungefärbtem Glase und Krystall, geschliffen, polirt, fazettirt, aber ohne Verzierungen .	Pud	6.00	11.70	4.80
	zu 5.	Christbaumschmuck aus Glas, auch farbig, vergoldet, versilbert mit (untrennbaren) Theilen aus Metall oder anderem Material zum Aufhängen (Haken oder Agraffen, Fäden) versehen	Pud	20.00	39.00	10.00
aus 79.	aus 1.	Stein-, Torf-, Holzkohlen und Torf, über die westliche Landgrenze eingeführt	Pud	0.02	0.03	0.01
	aus 2.	Koks, über die westliche Landgrenze eingeführt . . .	Pud	0.03	0.045	0.015
aus 96.	2.	Schwerspath und Witherit, natürliche, gemahlen . . .	Pud	0.60	1.08	0.50
	3.	Baryum: schwefelsaures (blanc fixe) und kohlenaures, künstlich zubereitetes	Pud	1.00	1.80	0.80
aus 100.	aus 1.	Salze der Chromsäure, in Wasser auflösbare (Chrompik, Chromkali, Chromnatron)	Pud	2.65	5.17	2.15
aus 108.	aus 6.	Gerbsäure (Tannin)	Pud	6.00	11.70	5.00
aus 109.	2.	Kupfervitriol, ausser wasserfreiem, Salzburger (ein Ge- misch schwefelsaurer Salze von Eisen und Kupfer), Zink- oder weisses Vitriol, Chlorzink	Pud	1.00	1.95	0.80
aus 111.		Brechweinstein	Pud	4.00	7.80	3.00
112.		Chemische und pharmazeutische Produkte, nicht besonders genannte	Pud br.	2.40	4.32	1.50
aus 125.	2 c.	Kreide, gewaschen oder geschlemmt, Kreide und Talg, gemahlen	Pud br.	0.15	0.27	0.12
131.		Blei- und Zinkweiss	Pud	0.60	1.08	0.50
132.		Bleimennige	Pud	0.40	0.72	0.35
133.		Kupferfarben (ausgenommen Grünspan) und Arsenik- Kupferfarben	Pud	4.00	7.80	3.00
		Grünspan	Pud	4.00	7.80	3.60
135.		Farbstoffe (Pigmente), zubereitet aus Destillationspro- dukten von Steinkohlentheer; Alizarin: Krappextrakt, Krapp- oder Alizarinlack; Kochenille-Karmin: Karmin- lack; Indigotin (Indigoextrakt in trockenem Zustande)	Pud	17.00	33.15	14.00
		Anmerkung. Mit nichtfärbenden Stoffen, wie z. B. mit Thon und Oel, vermischte Farbstoffe sind nach Art. 137 zu verzollen, wenn die Farb- stoffe nicht mehr als 10 Prozent des Gewichts der ganzen Mischung ausmachen.				
zu 136.		Feine sog. Miniaturfarben, auf Näpfchen von Fayence oder Porzellan, in Tuben und in Zinnhülsen; flüssige chinesische Tusche in Fläschchen	Pud	5.00	9.00	5.00
aus 139.	aus 1.	Robeisen in Gänzen, im Bruch und in Hobelspänen: aller Gattungen, mit Ausnahme des besonders ge- nannten, über die westliche Landgrenze eingeführt	Pud	0.35	0.35	0.30

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
140.		Eisen:				
	1.	Band- und Sortireisen jeder Art, mit Ausnahme des unten genannten in Kritzen Puddling-Stücken oder Blöcken, als Bruch, Millbars, Eisen in Pulverform	Pud	0.60	1.08	0.50
	2.	eiserne Schienen (Rails), wenn auch mit Bohrungen und Spunden	Pud	0.60	1.08	0.50
	3.	in Blättern jeder Art, bis No. 25 einschliesslich nach Birminghamer Kaliber; in Tafeln über 18 Zoll breit; Sortireisen aller Art, bei einer Breite oder Höhe über 18 Zoll, ebenso bei einer Dicke oder einem Durchmesser von 7 Zoll und mehr; Façoneisen (T-Eisen [T], Doppel-T-Eisen [I], B-Eisen, Z-Eisen, und dergleichen zusammengesetzte Profile, ausser Winkel-eisen [L], welches nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt wird); dünnsortiges Eisen, bei einer Breite oder Durchmesser über $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Zoll einschliesslich .	Pud	0.85	1.53	0.65
	4.	in Blättern über No. 25 nach Birminghamer Kaliber .	Pud	1.00	1.80	0.80
141.		Blech (verzinnntes Dünneisen), wenn auch lackirt, mit Mustern und Moirézeichnungen bedruckt; Eisenblech mit Farbe, Lack, Zink, Kupfer, Nickel und anderen ordinären Metallen überzogen	Pud	1.70	3.06	1.55
142.		Stahl:				
	1.	Band- und Sortirstahl jeder Art, mit Ausnahme des unten genannten; in Blöcken, in Bruchstücken . .	Pud	0.60	1.08	0.50
	2.	Stahlschienen (Rails), wenn auch mit Bohrungen und Spunden	Pud	0.60	1.08	0.50
	3.	in Blättern jeder Art, bis No. 25 einschliesslich nach dem Birminghamer Kaliber; in Tafeln über 18 Zoll breit; Sortirstahl aller Art bei einer Breite oder einer Höhe von mehr als 18 Zoll; desgleichen bei einer Dicke oder einem Durchmesser von 7 Zoll und mehr; Façonstahl (T-Stahl, Doppel-T-Stahl, B-Stahl, Z-Stahl und dergleichen zusammengesetzte Profile, ausser Winkelstahl, welcher laut Abs. 1 dieses Artikels verzollt wird); Stahl in dünnen Sorten, bei einer Breite oder einem Durchmesser von über $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Zoll einschliesslich	Pud	0.85	1.53	0.65
	4.	In Blättern über No. 25 nach Birminghamer Kaliber .	Pud	1.00	1.80	0.80
aus 144.	zu 2.	Zinnfolie mit einem Gewicht von 1 Solotnik oder weniger auf 25 □ Zoll englisch	Pud	8.00	14.40	2.00
aus 146.		Blei:				
	2.	in Rollen, Blättern, Draht und Röhren	Pud	0.30	0.54	0.25
aus 147.		Zink:				
	1.	in Blöcken und Bruchstücken; Zinkasche	Pud	0.50	0.90	0.45
	2.	Zinkblech, wenn auch geschliffen und polirt	Pud	1.00	1.80	0.80
aus 148.	1.	Goldarbeiten jeder Art, Juwelierarbeit aus Gold, ohne Edelsteine, sowie mit jeder Art von echten und unechten Edelsteinen, Perlen und dergleichen	Pfund	44.00	85.8	35.20
		Fabrikate aus Kupfer, Kupferlegierungen und aus anderen im Artikel 143 genannten unedlen Metallen und deren Legierungen:				
	1.	Fabrikate ohne Relief oder gravirte Verzierungen und Fabrikate, gestanzte, wenn auch mit Theilen aus Holz, Eisen, Blech, Leder und anderen ordinären Materialien	Pud	4.80	8.64	4.32
	2.	Fabrikate (mit Relief- oder gravirten Verzierungen mit Ausnahme der gestanzten), sowohl verarbeitete, als auch unverarbeitete, mit Patina überzogen oder nicht, zusammengesetzt oder auseinandergenommen	Pud	16.00	31.20	13.60
		Anmerkung. Löffel und Gabeln aus Britannia-Metall gegossen, glatt, gepresst, gestanzt, jedoch nicht gravirt, mit oder ohne Eisen- oder Stahlkern werden nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt.				

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
aus 150.	2.	Gusseiserne Gussstücke ohne jegliche Bearbeitung . .	Pud	0.75	1.35	0.60
		Gusseisenfabrikate, bearbeitete, abgedrehte, polirte, ge- schliffene, gefärbte, bronzierte, verzinnzte, mit Lack überzogene, emaillirte (Geschirr ausgenommen), mit Zink oder anderen ordinären Metallen bedeckt, wenn auch mit Theilen aus Holz, Kupfer und dessen Le- girungen	Pud	1.70	3.06	1.40
151.		Eisen- und Stahlfabrikate, geschmiedete, gestanzte, ge- presste, gegossene, unbefeilte oder an den Seiten und Rändern gefeilt, jedoch ohne weitere Bearbeitung, ausser besonders genannten; Nägel, geschmiedete . .	Pud	1.70	3.31	1.40
152.		Eisen- und Stahlkesselarbeiten, als: Kessel, Reservoirs, Bassins, Kasten, Brücken, Röhren, sowie alle Fabri- kate aus Eisen und Stahlblech, ausser den besonders genannten	Pud	1.70	3.31	1.40
aus 153.		Eisen- und Stahlfabrikate, mit Ausnahme der besonders benannten, bearbeitete, abgedrehte, polirte, geschliffene, bronzierte oder anderswie bearbeitete, mit Theilen aus Holz, Kupfer und dessen Legirungen oder ohne solche, mit einem Gewicht im Stück	Pud	1.70	3.31	1.40
	1.	über 5 Pfund	Pud	1.70	3.31	1.40
	2.	von 5 Pfund oder weniger	Pud	2.70	5.26	2.20
aus 154.		Blechfabrikate: jeder Art, sowie Fabrikate aus Eisenblech: mit Lack überzogene, emaillirte, verzinkte, verzinnzte, verni- kelte und mit anderen gewöhnlichen Metallen gedeckte, auch mit Farbe, ausser denen, die unter Absatz 2 dieses Artikels fallen	Pud	3.00	5.85	2.25
155.		Draht: Eisen- oder Stahldraht: a) bei einer Dicke oder einem Durchmesser von $\frac{1}{4}$ Zoll bis No. 25 einschliesslich nach Birminghamer Kaliber	Pud	1.00	1.95	1.00
	b)	über No. 25 bis No. 29 einschliesslich	Pud	1.50	2.92	1.50
	c)	feiner als No. 29	Pud	2.00	3.90	2.00
	2.	Kupferdraht, Draht aus Kupferlegirungen und aus Legirungen anderer gewöhnlicher Metalle: a) bei einer Dicke oder einem Durchmesser von $\frac{1}{2}$ Zoll bis No. 25 einschliesslich nach Birminghamer Kaliber	Pud	4.00	7.80	4.00
aus a)		elektrische Kabel aller Art	Pud	4.00	7.80	2.00
b)		über No. 25 bis einschliesslich No. 29	Pud	5.00	9.75	5.00
c)		feiner als No. 29	Pud	5.00	11.70	6.00
		Anmerkung. Draht aller Art, verzinkt, mit Zink oder anderen gewöhnlichen Metallen über- zogen, wird nach dem entsprechenden Absatz des Art. 155 mit einem Zuschlag von 25 Prozent verzollt.				
aus 156.		Drahtfabrikate: aus Eisen oder Stahl: a) Eisen und Stahldraht, auch verzinkt und verzinkt, überzogen mit faserigen Materialien oder mit Guttapercha	Pud	9.00	17.55	2.20
	b)	Kardenbänder und Karden aller Art	Pud	4.40	8.58	3.20
aus 2.		aus Kupfer und Kupferlegirungen: Draht, bis No. 29 einschliesslich nach Birminghamer Kaliber, mit faserigen Materialien oder Guttapercha überzogen	Pud	9.00	17.55	7.50
aus b)		Anmerkung: Von Draht, der mit Seide, auch mit Beimengung von anderen faserigen Ma- terialien überzogen ist, wird neben der in Abs. 1a und Abs. 2b dieses Artikels festge- setzten Zollgebühr ein Zuschlag von 20 Prozent erhoben.				

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
aus 158.		Messerwaaren:				
	1.	jeder Art in Einfassung aus ordinären Materialien; Scheeren (mit Ausnahme von Schafscheeren), Pinzetten, Messerklingen und Gabeln ohne Stiele, sowohl in ausgearbeiteter, als auch in nicht ausgearbeiteter Form	Pud	16.00	31.20	13.60
160.		Sensen und Sicheln, Häckselmesser, Mäher, Schafscheeren, Spaten, Schaufeln, Harken, Hacken und Heu- u. s. w. Gabeln	Pud	1.40	2.10	1.10
161.		Handwerkzeuge für Handwerker, Künstler, Fabriken	Pud	1.40	2.73	1.10
aus 163.	3.	Fabrikate aus Zinn, Zink und ihren Legirungen, mit Kupfer, Kupferlegirungen und Nickel überzogen (ausser den nach Art. 215 gehörenden)	Pud	4.8	8.64	4.32
167.		Maschinen, Apparate, Konstruktionsmodelle derselben, komplett oder nicht komplett, in zusammengestelltem oder auseinandergenommenem Zustande:				
	1.	jeder Art, aus Kupfer und seinen Legirungen, oder solche, in denen Kupfer dem Gewicht nach das Hauptmaterial ausmacht	Pud	4.80	9.36	4.32
	2.	Gasmesser, Wassermesser; Gas-, kalorische, Petroleum-, Magnet-, dynamo-elektrische Maschinen aller Art; Näh-, Strickmaschinen; Lokomobile (mit Ausnahme der in Abs. 5 benannten); Tender; Feuerspritzen (ausser den in Absatz 3 genannten); alle nicht besonders genannten Maschinen aus Gusseisen, Eisen, Stahl — mit Theilen aus anderen Metallen oder ohne solche	Pud	1.70	3.31	1.40
	3.	Lokomotiven für Eisenbahnen und gewöhnliche Strassen, Lokomotiv-Waggons, Dampfdrainsen; Dampf-Feuerspritzen	Pud	2.00	3.90	1.80
	4.	Landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe, ohne Dampfmaschinen, welche nicht besonders genannt sind; deren Modelle	Pud	0.70	1.26	0.50
	5.	Lokomobile mit komplizirten Dreschmaschinen	Pud	1.40	2.73	1.20
		Anmerkung: Maschinen- und Apparatentheile, welche separat eingeführt werden, zahlen a) wenn aus Kupfer und Kupferlegirungen: 4.32 Rbl. Gold vom Pud, b) wenn Gusseisen, Eisen und Stahl: 1.40 Rbl. Gold vom Pud.	Pud	4.80	9.36	4.32
				1.70	3.31	1.40
168.		Waagen mit Zubehör; Waagentheile mit Ausnahme der kupfernen und aus Kupferlegirungen:				
	1.	für die ersten 3 Gewichtspude jeder Waage; Gewichte	Pud	4.00	7.80	3.00
	2.	für jedes Pud über 3 Pud	Pud	1.70	3.31	1.40
aus 169.		Apparate für elektrische Beleuchtung und deren Zubehör, wenn dieselben aus gestanztem oder gedrücktem, auch gebeiztem, lackirtem oder emaillirtem — aber nicht polirtem — Metall in Verbindung mit Porzellan, Glas, Holz und anderen gewöhnlichen Materialien zusammengesetzt sind	Pud	8.00	15.60	6.00
aus 171.		Uhrmacherwaaren.				
	aus 1.	Uhrwerke:				
	b)	zu Wand-, Kamin-, Reise- und Tischuhren, ohne Gehäuse oder getrennt vom Gehäuse eingeführt, vom Stück 1 Rbl.	Stück	1.00	1.95	1.00
		und ausserdem	Pfund	0.75	1.46	0.50
		Anmerkung 1. Wand-, Kamin-, Reise- und Tischuhren mit vom Gehäuse, ohne Hülfe eines Instruments, untrennbaren Werken werden nach dem Material des Gehäuses verzollt, und unabhängig davon wird eine Zollgebühr von 1.50 Rbl. Gold vom Stück für das Werk erhoben	Stück	2.50	3.75	1.50

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
		Anmerkung 3. Die Werke von Uhren des sogenannten amerikanischen Systems, das heisst mit gestanzten, auch gebeizten und lackirten, aber nicht polirten Gestellen und Rädern, mit Hohltrieb, zahlen 60 Kopeken Gold das Stück, ohne Gewichtszuschlag. Die Uhren mit einem Werk der bezeichneten Art unterliegen, wenn das Werk vom Gehäuse nicht ohne Hülfe eines Instruments getrennt werden kann, dem für das Material des Gehäuses festgesetzten Gewichtszoll und ausserdem einem Stückzoll von 60 Kopeken Gold für jedes Werk	Stück Pfund	1.00 0.75	1.95 1.46	0.60 frei
aus 172.		6. Uhrwerktheile jeder Art, nicht zusammengesetzt	Stück	2.50	3.75	0.60
		1. Flügel; nicht transportable Orgeln jeder Art	Pfund	0.75	1.46	0.50
		2. Pianinos	Stück	132.00	257.40	112.00
		4. Aller Art musikalische Instrumente, die nicht besonders genannt sind; Zubehörtheile zu musikalischen Instrumenten, die separat eingeführt werden, als: Bogen-, Darm- und Seidensaiten (metallene Saiten werden nach Art. 155 verzollt), Klaviaturen, Hämmerchen (Stifte für Fortepianos nach Art. 156 Abs. 3), Metronome, Stimmgabeln, Krone u. dgl.	Stück	80.00	156.00	64.00
aus 177.	zu 3.	Kragen, Manschetten, Vorhemden aus Papier, auch auf einer oder auf beiden Seiten mit einem weissen oder bedruckten Baumwollgewebe überzogen, ohne Spuren von Nähten, zusammen gewogen mit den Schachteln oder Kartons, in denen sie sich befinden	Pfund	0.20	0.39	0.10
		4. Geleimtes Papier aller Art, mit Ausnahme des besonders benannten, weiss oder in der Masse gefärbt, ohne Verzierungen; Hefte in Einschlag (aber ohne Einband): Bristolkarton und aller Art satinirte oder polirte Pappe, in Rollen, Blättern oder in Streifen oder zu Visitenkarten zugeschnitten; Papierröllchen zum Garnaufwickeln; Papier auf undichtes Gewebe, Leinwand oder Mitkal geklebt; durchsichtige Gewebe zum Durchzeichnen	Pud	72.00	140.40	2.40
		6. Schreibpapier, Papier zu Typographen-, Lithographen-, Buchbinder- und Konditorarbeiten, mit Verzierungen, als: Vergoldung, Versilberung, Bronzierung, verschiedenen Einprägungen, gepressten Spitzen, Mustern, Zeichnungen, aufgeklebten Theilen, Bordüren, Wappen, Monogrammen, Bildern, u. dgl.; Cigarettenpapier, dünnes Einschlagepapier (chinesisches), farbiges Papier, nicht in der Masse gefärbtes (von einer oder von beiden Seiten mit Farbe überzogen); verarbeitetes Papier: Couverts, Lichtschirme, künstliche Blumen aus Papier u. dgl.	Pud	4.00	7.80	3.30
aus 178.	aus 7.	Oeldruckbilder und Chromolithographien	Pud	10.60	20.67	8.75
	2.	Noten, Karten und Pläne, durch Druck, Lithographie oder Photographie vervielfältigte	Pud	8.00	15.60	5.00
aus 186.		Wolle, gekämmte, gesponnene und gewundene:				
	1.	gekämmte:				
		a) nicht gefärbte	Pud	5.50	9.90	4.50
		b) gefärbte	Pud	7.00	12.60	6.00
	2.	gesponnene, ohne oder mit Beimengung von Baumwolle, Flachs oder Hanf:				
		a) nicht gefärbte	Pud	9.00	16.20	8.50
		b) gefärbte	Pud	10.50	18.90	9.80
	3.	gewundene (aus zwei oder mehr Fäden gedrehte):				
		a) nicht gefärbte	Pud	10.50	18.90	9.80
		b) gefärbte	Pud	12.00	21.60	11.40
aus 187. und 188.		aus der Anmerkung zu den Art. 187 und 188: 2. Baumwollene Gewebe jeder Art, Tücher und Taschentücher. Servietten, Tischtücher u. dgl.,				

Russischer Zolltarif von 1891	Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
			in Rubeln Gold		
Artikel	Absatz				
192.	mit Mustern oder Streifen aus einigen ergänzen- den Seidenfäden, unterliegen den entsprechenden Sätzen der Art. 187 und 188 mit einem Zu- schlag von 50 Prozent. Von diesem Zuschlag sind ausgenommen die unter Art. 187 Abs. 4 und Art. 188 Abs. 4 fallenden Waaren. Gewebe aus Flachs, Hanf, Jute und anderen, in Art. 179 Abs. 3 bezeichneten Materialien — mit Ausnahme der in den Art. 191 und 193 genannten Gewebe — mit oder ohne Beimischung von Baum- wolle, sowie auch in Verbindung mit Rauschgoldzwirn:				
1.	Zwillich zu Matratzen und Möbeln, Teppichgewebe, Möbelstoffe u. dgl. schwere Gewebe	Pfund	0.50	0.97	0.40
2.	Köper, Satin, Panama, Drell, Coutil u. dgl. Gewebe für Kleider	Pfund	0.60	1.17	0.50
3.	Tischtücher, Servietten und Handtücher	Pfund	1.00	1.95	0.90
	Anmerkung. Die in diesem Artikel aufge- führten Gewebe, welche Seide enthalten — wenn die Seide darin nur als Muster oder Streifen in einigen Einschlagfäden vorkommt —, zahlen 30 Prozent Zuschlag zu den in den ent- sprechenden Absätzen dieses Artikels aufge- führten Sätzen.				
aus 197.	Sammit und Plüsch, sowie Bänder aus Sammit und Plüsch, mit Pohl aus Seide (oder bourre de soie), welche weder in der Kette noch im Einschlag Seide (oder bourre de soie) enthalten — auch mit einer Lisière aus Seide oder Halbseide von höchstens einem halben Zoll Breite an jeder Seite des Stoffes oder Bandes .	Pfund	7.50	14.62	3.00
199.	Gewebe und gestrickte Zeuge aus Wolle oder Ziegen- haar, nicht besonders genannte, glatte, buntgewebe, mit oder ohne Beimischung von Baumwolle:				
a)	jeder Art, mit Ausnahme der in Absatz b genannten	Pfund	1.20	2.34	1.05
b)	aus Kammwollgarn oder mit Beimischung desselben	Pfund	1.50	2.92	1.05
200.	Dieselben, bedruckt, unterliegen der im Art. 199 fest- gesetzten Zollgebühr mit einem Zuschlag von 30 Prozent. Ausden gemeinsamen Anmerkungen zu den Art. 199 u. 200.				
	Anmerkung 1. Zeuge aus Wolle oder Ziegen- flaum, in denen die Kette oder der Einschlag allein aus Seide besteht, werden nach den Artikeln über Seidenwaaren verzollt; wenn doch die Beimischung nur aus eingewebten Mustern und Streifen besteht, so zahlen solche Zeuge, die in den gegenwärtigen Artikeln fest- gesetzten Zollgebühren mit einem Zuschlag von 20 Prozent.				
205.	Gestrickte Fabrikate und Posamentierwaaren:				
1.	Gestrickte Fabrikate, wenn auch mit Anzeichen von Näherlei:				
a)	seidene	Pfund	7.50	14.62	5.00
b)	halbseidene	Pfund	3.00	5.85	1.90
c)	baumwollene	Pfund	1.00	1.95	0.50
	alle anderen	Pfund	1.00	1.95	0.60
2.	Schnüre und Posamentierbänder, Agramanten, Frausen, Quasten, Garnituren und andere geflochtene Fabrikate:				
a)	seidene und halbseidene	Pfund	3.00	5.85	1.90
b)	alle anderen	Pfund	1.00	1.95	0.60
	Anmerkung. Von den in Abs. 1 c und Abs. 2 b genannten Fabrikaten, wenn sie eine Bei- mischung von Seide und Rauschgold als Ver- zierungen haben, wird die in diesen Punkten festgesetzte Zollgebühr mit einem Zuschlage von 20 Prozent erhoben.				

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Neu verein- barter Zollsatz
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
aus 206.	1.	Baumwolltüll: für Möbel (Antigras) mit gestickten und eingewebten Mustern: Tüll- und Musselin-Vorhänge	Pfund	1.50	2.92	1.20
aus 207.	aus 2.	Spitzen (Maschinenarbeit) aller Art mit Ausnahme der seidenen	Pfund	3.50	6.82	3.15
aus 209.	aus 3.	Männerkleider mit oder ohne Garnitur: b) aus Wollenzeugen	Pfund	2.00	3.90	1.55
aus 211.	aus 1.	Sonnen-, Regenschirme und Stücke mit Schirmen: jeder Art, überzogen mit Halbseidenzeug, mit oder ohne Unterlage (Futter), mit oder ohne Besatz . .	Stück	2.50	4.87	1.50
	aus 2.	jeder Art, überzogen mit Wollenzeug, mit oder ohne Besatz	Stück	1.00	1.95	0.60
	3.	jeder Art, nicht besonders genannt, mit oder ohne Ueberzug, mit oder ohne Besatz: mit glattem oder verziertem Griff	Stück	0.50	0.97	0.35
aus 212.	aus 1.	Metallknöpfe jeder Art, mit Ausnahme der goldenen, silbernen und Platinknöpfe (Art. 148); aller Art leinene, baumwollene, wollene und seidene Knöpfe .	Pfund	0.80	1.56	0.60
	aus 2.	Porzellanknöpfe	Pfund	0.40	0.78	0.25
aus 215.		Galanterie- und Toilettedachen, nicht besonders benannte, zusammengestellt und auseinandergenommen, Kinder- spielwaaren:				
	1.	werthvolle, aus Seide, Aluminium, Perlmutter, Ko- rallen, Schildpatt, Elfenbein, Schmelz, Bernstein und dergl. kostbaren Materialien, vergoldeten und versilberten Metallen und Metallkompositionen bestehend, jeder Art nicht besonders genannte Fabrikate aus Perlmutter, Schildpatt, Elfenbein und Bernstein	Pfund	2.00	3.90	1.80
	2.	ordinäre, mit Theilen, Einfassungen oder Verzie- rungen aus nicht kostbaren Metallen und Metall- kompositionen (unvergoldeten und unversilberten), aus Horn, Knochen, Holz, Porzellan, unedlen Steinen, Glas, Meerschäum, Fischbein, Gagat, Celluloid, Lava und dergl. billigen Materialien: alle nicht besonders genannten Fabrikate aus Horn, Knochen, Meerschäum, Fischbein, Gagat, Celluloid, Lava und Wachs	Pfund	0.50	0.97	0.40
		Anmerkung zu Abs. 2. Die in diesem Absatz aufgeführten Gegenstände zahlen die hier fest- gesetzten Zollgebühren, auch wenn sie einen Zusatz von Seide oder Halbseide als Besatz zur Verzierung enthalten.				
aus 216.		Bleistifte aller Art einschliesslich der Farbstifte, einzeln oder assortirt, zusammengewogen mit den Schachteln, in denen sie eingeführt werden	Pfund	0.40	0.78	0.35
		Anmerkung 2. Schiefergriffel, nicht mit Papier oder anderen Stoffen beklebt, werden wie Schiefer tafeln verzollt.				

Auf Grund des für den deutsch-russischen Handelsvertrag in Aussicht genommenen gegenseitigen Rechts der Meistbegünstigung werden der deutschen Ausfuhr ferner die nachstehenden Tarifsätze aus dem russisch-französischen Handelsvertrage vom Jahre 1893 zu Gute kommen:

Russischer Zolltarif von 1891		Bezeichnung der Waare	Einheit	Zollsatz des all- gemeinen russischen Zolltarifs von 1891	Gegen- wärtig für die deutsche Einfuhr zur An- wendung kommen- der Zoll- satz	Zollsatz des russisch- französi- schen Vertrags
Artikel	Absatz			in Rubeln Gold		
13. aus 24.		Pasteten, Speisezuthaten aller Art u. s. w. (Konditorwaaren u. s. w.)	Pud br.	5.00	9.75	4.25
aus 27.	1.	Konfekt, Eingemachtes u. s. w.	Pud br.	9.60	18.72	8.16
	1.	Arrak, Rum u. s. w.: in Fässern u. s. w.	Pud br. Flasche	12.00	23.40	10.80
	2.	in Flaschen u. s. w.	$\frac{1}{20}$ W.	1.00	1.95	0.85
aus 28.		Trauben- und Beerenweine:				
	2.	nicht moussirende, in Flaschen eingeführt	Flasche $\frac{1}{20}$ W.	0.45	0.87	0.38
	3.	moussirende aller Art	Flasche	1.40	2.73	1.19
32.		Mineralwasser etc.	Kr. Fl.	0.04	0.06	0.035
35.		Käse u. s. w.	Pud	6.00	11.70	5.40
37.		Fische:				
	2.	marinirte u. s. w., Kaviar	Pud br.	5.00	9.75	4.25
57.		Lederfabrikate etc.:				
	aus 3.	Fussbekleidung für Damen aus Chevreau u. s. w.	Pfund	2.00	3.90	1.70
	3.	lederne Handschuhe	Pfund	3.00	5.85	2.55
61.		Holzfabrikate u. s. w.:				
	aus 2.	Rahmen und Leisten	Pud	6.00	11.70	4.50
113.		Zusammengesetzte Medikamente u. s. w.	Pud	20.00	39.00	16.00
117.		Pflanzenöle u. s. w.:				
	1.	Fette, Öle u. s. w.	Pud	2.20	4.29	1.98
118.		Aromatische Wasser u. s. w.	Pud	5.30	9.54	4.77
119.		Kosmetiken:				
		1. wohlriechendes Wasser u. s. w.	Pud	16.00	31.20	13.60
		2. Wohlgerüche u. s. w.	Pud br.	35.00	68.25	29.75
156.	3.	Drahtnägeln u. s. w.	Pud	2.70	5.26	2.43
169.		Mathematische u. s. w. Instrumente	Pud	8.00	15.60	6.80
207.		Spitzen etc.:				
	1.	Spitzen jeder Art Handarbeit u. s. w., seidene Sti- ckereien	Pfund	7.50	14.62	6.75
209.		Wäsche u. s. w.				
	7.	Damenhüte u. s. w.	Pfund	18.00	35.10	15.30
210.		Hüte:				
	aus 1.	Hüte aus Haar, Halbhaar, Filz u. s. w.	Stück	1.20	2.34	0.90
213.		Bearbeitete Straussfedern, künstliche Blumen u. s. w. .	Pfd. br.	8.00	15.60	6.80
		Anmerkung 1. Federn von werthvollen Vogel- gattungen u. s. w.	Pfd. br.	„		3.40

Zu dem oben angegebenen Vertragstarif für die deutsche Ausfuhr nach Russland sind ferner die nachstehenden Erläuterungen und Begriffsbestimmungen für das Schlussprotokoll vereinbart worden.

Schlussprotokoll.

Zu Art. 5, Abs. 3. Unter getrockneter Zichorie ist jede durch ein Verfahren irgendwelcher Art getrocknete Zichorie zu verstehen.

Zu Art. 55. Die grossen Häute werden nach den in Art 55, Abs. 3 festgesetzten Zollsätzen auch dann verzollt, wenn sie mit künstlich eingepressten Narben versehen sind.

Zu Art. 72, Abs. 2. Chamottemörtel, das heisst eine Mischung von rohem und gebranntem feuerfesten Thon, wird nach Art. 72, Abs. 2, verzollt.

Zu Art. 79, Abs. 1. Die in Abs. 1 dieses Artikels festgesetzten Einfuhrzölle für Steinkohle, Torfkohle und Holzkohle, sowie für Torf, über die Westlandgrenze eingeführt, können vom 1. Januar 1898 (alten Stils) an erhöht werden, falls nur die Höhe der Zölle für die westliche Landgrenze und für die Ostseehäfen dieselbe bleibt.

Zu Art. 112. Unter der Bezeichnung chemische und pharmazeutische Produkte, nicht besonders genannt, sind diejenigen zu verstehen, welche im russischen allgemeinen Zolltarif vom 11. Juni 1891 nicht besonders genannt sind.

Zu Art. 131. Anmerkung. Mischungen von Bleiweiss oder Zinkweiss mit anderen, gleich hoch oder minder hoch tarifierten Stoffen werden wie Blei- und Zinkweiss nach Art. 113 verzollt.

Zu Art. 140 und 142. Eisen und Stahl in Blättern und Platten, wie sie in den Absätzen 3 und 4 der Artikel 140 und 142 aufgeführt sind, unterliegen den dort festgesetzten Zollgebühren ohne Rücksicht auf die Form, in welcher die Blätter und Platten zugeschnitten sind.

Zu Art. 141. Als ordinäre oder nicht kostbare Metalle gelten im Sinne des russischen Zolltarifs alle Metalle mit Ausnahme von Gold, Silber und Platina. Aluminium gilt demgemäss als ordinäres Metall, ausgenommen in denjenigen Tarifartikeln, in denen es besonders aufgeführt und höheren Zollsätzen unterworfen ist.

Zu Art. 141, 147, 154, 155, 156 und 163. Eisen, Stahl und Zink (sowie die Fabrikate daraus), welche durch irgend ein Verfahren (auf galvanischem Wege, durch Umguss, durch ein Walzverfahren oder anderswie) einen Ueberzug von gewöhnlichem Metall erhalten haben, werden ohne Zuschlag nach dem betreffenden für Eisen, Stahl und Zink und Fabrikate daraus festgesetzten Zollsätzen verzollt, vorausgesetzt, dass der Metallüberzug nicht übersteigt: bei den in Art. 141, 147, 154, 155 und 156 aufgeführten Waaren 25 Prozent und bei dem in Art. 163 aufgeführten Waaren 10 Prozent des Gesamtgewichtes.

Zu Art. 150. Die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzte Zollgebühr ist anzuwenden auf gusseiserne Röhren, überzogen mit Theer oder Asphalt, welche nicht auf irgend eine Weise bearbeitet sind, es sei denn, dass die Bearbeitung in dem Ausmerzen der Spuren besteht, welche nach Wegnahme der Gussnähte, Angüsse oder Gusszapfen zurückbleiben.

Zu Art. 152. Eiserner und stählerne Mannesmannröhren, auch mit Asphalt und Faserstoffen (gewöhnlichen und im rohen Zustand) überzogen, werden nach diesem Artikel verzollt.

Zu Art. 153. Alle eisernen und stählernen Bau- und Möbelbeschläge werden nach den betreffenden Absätzen des Art. 153 verzollt, falls sie nicht in Artikeln des russischen Tarifs mit höheren Zollsätzen besonders aufgeführt sind. Die Vernickelung ist nicht als hinreichender Grund anzusehen, Gegenstände dieser Art höher zu verzollen.

Zu Art. 154, Abs. 1. Geschirr aus Eisenblech, emaillirt, lackirt und mit Farbe überzogen, wird nach Abs. 1 dieses Artikels verzollt, auch wenn die Ränder und Hinkel mit einer anderen Farbe als der Grund überzogen sind.

Zu Art. 155, Abs. 2. Unter der Bezeichnung elektrische Kabel sind zu verstehen die metallischen Leitungen, welche mit Isolirstoffen (Kautschuk, Guttapercha, vegetabilischen oder animalischen Faserstoffen, Papier, alle diese Stoffe auch imprägnirt) überzogen und ausserdem mit einer gemeinschaftlichen Schutzhülle aus Hanf oder anderem Faserstoff in Verbindung mit Metall (Blei, Eisen, Stahl u. s. w.) versehen sind. Dieser Metallüberzug kann auch seinerseits wieder mit getheertem Band oder Garn von Hanf, Jute u. s. w. umwickelt sein.

Zu Art. 156, Abs. 2b. Nach diesem Absatz wird auch verzollt verzinnter oder verzinkter Draht, überzogen mit Faserstoffen oder Guttapercha. Was in Abs. 1a und 2b von Guttapercha gesagt ist, findet auch auf Kautschuk Anwendung.

Zu Art. 158. Tischmesser und Gabeln mit Stielen aus ordinären Materialien werden nach Abs. 1 dieses Artikels verzollt.

Zu Art. 160. Nach diesem Artikel werden grosse Gabeln jeder Art, wie z. B. Gabeln zum Ausnehmen von Zuckerrüben, Mistgabeln u. s. w., verzollt.

Zu Art. 161. Holztheile von Werkzeugen werden, falls sie von den Metalltheilen getrennt eingeführt werden, nach den betreffenden Absätzen des Art. 61 verzollt.

Zu Art. 167, Abs. 2. Unter dynamo-elektrischen Maschinen sind zu verstehen: Maschinen und Apparate, welche dienen:

1. Zur Umwandlung von Kraft in Elektrizität oder umgekehrt:

2. zur Umwandlung eines elektrischen Stromes höherer Spannung in einen solchen niedrigerer Spannung oder umgekehrt (Transformatoren);

3. zur Umwandlung eines konstanten elektrischen Stroms in Wechselstrom oder Drehstrom und umgekehrt.

Ebenso werden nach diesem Absatz verzollt Trockebagger, Feuerleitern aus Metall und aller Art elektrische Akkumulatoren sowie deren Zubehör.

Zu Art. 169. Nach diesem Artikel werden auch verzollt, ebenso wie die Apparate zur elektrischen Beleuchtung und deren Zubehör, Zubehörstücke zu Signalapparaten und zu Apparaten für die Ueberleitung der Triebkraft, einschliesslich der Stromunterbrecher, Ausschaltungen, Kommutatoren u. s. w.

Zu Art. 177, Abs. 3. Bei Kragen, Manschetten und Vorhemden aus Papier ist eine durch Prüfung hervorbrachte künstliche Nachahmung von Nähten nicht als Näherei anzusehen.

Zu Art. 183. Nach dieser Anmerkung werden auch die Selfaktorseile verzollt.

Zu Art. 186. Gebleichte Wolle wird wie nicht gefärbte verzollt.

Zu Art. 191. Jute und Leinwandsäcke, welche zur Ausfuhr russischer Bodenerzeugnisse aller Art gedient haben, sind bei der Wiedereinfuhr zollfrei.

Zu Art. 192. Tischtücher, Servietten und Handtücher werden nach Abs. 3 dieses Artikels verzollt, auch wenn sie mit einfachem, höchstens einen halben Zoll breitem Hohlraum und einer Franse verziert sind, welche nicht an das Gewebe angenäht ist, sondern lediglich aus der Verlängerung der Webefäden besteht.

Zu Art. 202. Treibriemen aus Kameelhaar und Presstücher werden nach diesem Artikel verzollt.

Zu Art. 205. Nach den Sätzen der entsprechenden Absätze dieses Artikels werden verzollt Strick- und Posamentirwaaren, Hand- und Maschinenarbeit, regulär oder geschnitten, auch wenn geraut oder plüschartig, mit oder ohne Näherei. Strickwaaren aus Baumwolle, Leinwand oder Wolle können auch, ohne deshalb höher verzollt zu werden, Besatz haben, wenn in letzterem nur keine Seide enthalten ist. Gestrickte Kleidungsstücke aller Art fallen unter Art. 205.

Strick- und Posamentirwaaren aus Seide, Halbseide und mit Seide vermischt werden folgendermassen verzollt: als Seidenfabrikate oder Arbeiten gelten diejenigen, bei denen 50 bis 100 Prozent der Oberfläche, Vorderseite und Rückseite zusammen genommen, mit Seide bedeckt sind; als Halbseidenfabrikate diejenigen, bei denen 20 bis 50 Prozent der bezeichneten Oberfläche, und als mit Seide vermischte Fabrikate diejenigen, bei denen weniger als 20 Prozent der Oberfläche mit Seide bedeckt sind.

Zu Art. 212. Für die Sätze dieses Artikels wird auch das Gewicht der Karten, auf denen die Knöpfe befestigt sind, mitgerechnet.

Zu Art. 216. Schiefertafeln, auch mit gewöhnlichem Holzrahmen, liniert oder nicht, fallen unter Anmerkung 2 dieses Artikels.

Zu Art. 218. Muster von Geweben und Fabrikaten aller Art, welche nicht das Ansehen und den Charakter von Waaren haben, fallen unter diesen Artikel, auch wenn sie auf Karten befestigt, und selbst wenn letztere geheftet oder eingebunden sind.

Zu Art. 220b. Bei der Verzollung von Dynamitpatronen ist nur das Gewicht ihrer eigenen Verpackung mitzurechnen.

Die deutsche Petroleumeinfuhr.

(Ein Beitrag zum deutsch-russischen Handelsvertrag.)

Da im russisch-französischen Handelsvertrag vom vergangenen Jahre Frankreich als Aequivalent für eine Reihe von Ermässigungen des russischen Zolltarifs eine Herabsetzung der französischen Petroleumzölle zugestanden hat, so ist mehrfach die Rede davon gewesen, dass auch bei den Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Russland Erörterungen wegen Ermässigung des deutschen Zolles auf Petroleum gepflogen worden seien. Es würde dies eine neue, über unseren gegenwärtigen Konventionaltarif hinausgehende Zollermässigung sein, die ausser Russland noch allen meistbegünstigten Ländern, insbesondere den an der deutschen Petroleumeinfuhr weitaus am stärksten beteiligten Vereinigten Staaten zu Gute käme und darum für den russischen Petroleumhandel kaum den erwarteten Vortheil versprechen dürfte. Auch in Frankreich hat sich die Petroleumeinfuhr aus Russland wenig verändert, weil die dem russischen Mineralöl in dem neuen Vertrag eingeräumte Vergünstigung bald darauf auch dem amerikanischen zu Theil geworden ist.

Es ist nicht zu verkennen, dass die Fortschritte des Erdölexports aus Russland zu den weitgehendsten Erwartungen berechtigen. Das russische Petroleum hat in den Balkanstaaten, überhaupt in allen dem östlichen Theile des mittelländischen Meeres anliegenden Ländern, nahezu die Alleinherrschaft erlangt, es findet eine ausserordentlich schnelle Verbreitung in Ostindien, China und Japan und hat auch bereits in England, Deutschland und Belgien dem amerikanischen Produkt starke Konkurrenz bereitet. In Deutschland hat die Einfuhr aus Russland bis 1889 stetig zugenommen, seitdem aber wieder etwas nachgelassen und namentlich im abgelaufenen Jahr in Folge der deutschen Zollzuschläge einen niedrigen Stand eingenommen. In welchem Umfange Russland an der deutschen Petroleumeinfuhr beteiligt ist und wie sehr dasselbe noch hinter den Vereinigten Staaten zurücksteht, zeigen folgende Zahlen. In den freien Verkehr Deutschlands wurden eingeführt (Doppelzentner):

a) Petroleum (Zoll 6 Mk.)

	im Ganzen	aus Russland (direkt)	aus den Ver. Staaten (direkt)
1886	4 383 949	134 156	1 732 646
1887	5 093 994	215 573	2 105 110
1888	5 641 716	464 640	2 677 285
1889	6 256 683	560 301	4 878 952
1890	6 468 037	435 201	4 497 726
1891	6 755 284	443 256	5 940 274
1892	7 434 326	464 559	6 683 716
1893	7 650 999	323 842	7 222 971

b) mineralische Schmieröle (Zoll 10 Mk.)

	im Ganzen	aus Russland (direkt)	aus den Ver. Staaten (direkt)
1886	236 354	48 060	14 843
1887	330 115	75 677	31 372
1888	336 821	76 949	41 785
1889	445 651	148 833	135 023
1890	523 093	209 225	144 927
1891	606 662	250 669	150 614
1892	631 500	292 332	159 310
1893	705 759	349 481	231 813

Durch die Ende Juli v. J. gegen Russland in Kraft gesetzten Kampfzölle ist der Zoll auf Petroleum auf 9 Mk., der auf mineralische Schmieröle auf 15 Mk. erhöht worden. In welchem Masse diese Zollerhöhungen die Zufuhr aus Russland eingeschränkt haben, geht daraus hervor, dass bis Ende des Jahres nur 3 992 Doppelzentner Petroleum und 13 692 Doppelzentner mineralische Schmieröle zu den erhöhten Zollsätzen in Deutschland eingegangen sind. Amerika hat also auch hier, ebenso wie im Getreideverkehr, den Hauptnutzen aus dem deutsch-russischen Zollkriege gehabt.

Ein Hauptgrund, weshalb Deutschland nicht so leicht in eine Herabsetzung des Petroleumzolles einwilligen dürfte, ist die Einträglichkeit dieses Finanzzolles, die überdies durch den zunehmenden Verbrauch von Jahr zu Jahr gesteigert wird. Der Ertrag aus dem Petroleumzoll hat bereits 1885 über 31 Millionen Mk. betragen und dürfte sich für 1893 auf 53 bis 54 Millionen belaufen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Preis des Petroleums um mindestens 75 Prozent durch den Zoll erhöht wird. Es betrug im Jahre 1866 im damaligen Umfange des deutschen Zollgebiets die Einfuhr von Mineralöl erst 459 000 Doppelzentner, 1893 dagegen fast 8½ Millionen Doppelzentner. Diese Zunahme zeigt, welche Wichtigkeit nachgerade der Petroleumzoll als Einnahmequelle für das Reich erlangt hat; nächst Getreide ist das Mineralöl heute das ergiebigste Zollobjekt.

Der Petroleumverbrauch in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung ist gestiegen von 0,90 kg im Jahre 1866 auf 14,71 kg im Jahre 1892. Bei dieser Berechnung ist auf die inländische Erdölproduktion keine Rücksicht genommen. Dieselbe hat betragen 1880 13 090 Doppelzentner, 1881/85 durchschnittlich jährlich 56 650 Doppelzentner, 1886/90 durchschnittlich jährlich 115 130 Doppelzentner, 1891 153 150 Doppelzentner und 1892 145 270 Doppelzentner.

Kleine Mittheilungen.

Zur Frage eines städtischen Arbeitsnachweises in Berlin.

Mit den aus Arbeiterkreisen gestellten Anträgen wegen der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beschäftigte sich unter Vorsitz des Stadtraths Friedel die Gewerbe-Deputation des Magistrats in ihrer Plenarsitzung am Mittwoch, den 31. Januar. Nach sehr eingehender Berathung sprach sich die Deputation mit sehr grosser Mehrheit gegen die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises aus. Im Uebrigen wurden die Dr. Freund'schen Anträge mit zwei Zusätzen angenommen. Hiernach wird dem Magistrat empfohlen, die Antragsteller an den Zentralverein für Arbeitsnachweis zu verweisen, um in Anschluss an diesen Verein die Zentralisirung des Arbeitsnachweises nach den in dem Freund'schen Referat gemachten Organisations-Vorschlägen durchzuführen. Zu den Kosten der ersten Einrichtung soll der Magistrat bis zum Betrage von 20 000 Mk. beitragen und die weiterlaufende Subventionirung des Unternehmens in Aussicht stellen. Der Magistrat soll ferner in den aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bildenden Verwaltungs-Ausschuss einen Kommissar entsenden und darauf hinwirken, dass sowohl die von der Stadt unmittelbar als auch die von städtischen Unternehmern beschäftigten Arbeiter durch Vermittelung des Zentralarbeitsnachweises angenommen werden.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Alleinige Inseraten-
Annahme durch
B. Loeb, Braunschweig.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Vosberg-Rekow, Syndikus der Kammer.

No. 3.

Braunschweig, März-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

XVI. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 19. März 1894,
Vormittags 11 Uhr.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Direktor Schruff-Blankenburg, Liebold-Holzwinden, Strümpell-Schöppenstedt und Dr. Bartz-Braunschweig, welche entschuldigt sind, und der Syndikus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende, Kommerzienrath Jüdel, darauf hin, dass seit dem letzten Zusammenritt der Kammer das wichtigste Ereigniss sich vollzogen habe, welches die Kreise des Handels und der Industrie nicht nur, sondern alle produzierenden Stände des Landes überhaupt während des letzten Jahres berührte und aller Voraussicht nach berühren werde: der Abschluss des deutsch-russischen Handelsvertrages. Es ist freudig zu begrüßen, dass der Widerstand, welcher seitens der Interessenten der Landwirthschaft dem Zustandekommen des Vertrages entgegengesetzt worden, nicht ausgereicht habe, denselben zu Falle zu bringen; auch sei selbst in rein agrarischen Kreisen das Bewusstsein von der Solidarität der Interessen aller Bevölkerungskreise nicht erloschen und bei dieser Gelegenheit neu zu Tage getreten. Der Reichsregierung aber gebühre der Dank Aller, insbesondere des deutschen Handelsstandes, dass sie unentwegt und unbekümmert um alle Angriffe auch diesmal auf dem Wege der Handelsvertragspolitik und zwar siegreich fortgeschritten sei.

Die Kammer beschliesst im Verfolg dieser Ausführungen das nachstehende Telegramm an den Herrn Reichskanzler zu richten:

Die heute hier versammelte Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig beehrt sich, Ew. Excellenz zum Abschlusse des deutsch-russischen Handelsvertrages ihren ehrerbietigsten Glückwunsch und Dank auszusprechen.

Es erhält hierauf das Wort das Mitglied der Kammer, Herr Dr. jur. Hermann Schmidt, welcher in warmen Worten den Dank seiner Firma (Pfeiffer & Schmidt) für die Ehrungen ausspricht, die derselben bei Gelegenheit der Feier ihres hundertjährigen Bestehens seitens der Kammer dargebracht worden sind.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht.

Referent: Der Syndikus.

In der Zeit vom 28. Dezember 1893 bis 19. März 1894 weist das Tagebuch unter Ausschluss der periodischen

Drucksachen 1889 Nummern auf (seit dem 1. Januar d. J. 1794 Nummern, im Jahre 1893 11811 Nummern), und zwar 775 Eingänge und 1114 Ausgänge. Von den Eingängen wurden erledigt: 739 durch den Vorsitzenden und das Bureau resp. durch Eintragung zu den Akten oder zur Bibliothek, 18 blieben unerledigt.

Es fanden Sitzungen statt: 5 des Geschäftsausschusses, 1 der sämtlichen Mitglieder. 147 Ursprungszeugnisse wurden ausgestellt, und zwar: 8 für Italien, 15 für Griechenland, 63 für Spanien, 59 für die Schweiz, 1 für Ungarn, 1 für Palästina (Jerusalem). Hiervon betreffen: 18 die chemische Industrie, 100 die Eisen- und Metall-Industrie, 4 die Konserven-Industrie, 3 die Pianoforte-Fabrikation, 4 die Wurst-Fabrikation, 10 Tuch und Buckskin, 1 Mumme, 2 Molkereiprodukte, 1 Tapetenfabrikation, 1 Jute-Erzeugnisse, 2 Gummi-Erzeugnisse, 1 Buchhandel.

Die Beschlüsse der letzten Plenarversammlung sind sämtlich zur Ausführung gelangt. Auf die ausführliche und begründete Eingabe der Kammer bezüglich Erlasses eines Einfuhrverbotes von Gegenständen im Reichsgebiete unzulässiger Fabrikationsweisen ist nachstehender Bescheid des Herzoglichen Staats-Ministeriums ergangen:

Der Handelskammer erwidern wir auf die Eingabe vom 29. Dezember v. J. No. 11797 ergebenst, dass die in dieser Eingabe enthaltenen Angaben nicht ausreichend erscheinen, um daraufhin wegen einer gleichmässigen Handhabung der einschlägigen gesundheitspolizeilichen Vorschriften innerhalb des Reichsgebiets bei der zuständigen Reichsbehörde vorstellig zu werden.

Wir müssen der Handelskammer anheimgeben, zunächst durch Anträge bei den betreffenden Landesbehörden auf Abstellung des gerügten Missstandes hinzuwirken.

Die Kammer beschliesst, die Wirkung ihrer bezüglichlichen, an den Bundesrath gerichteten Eingabe abzuwarten. — Auf die Eingabe der Kammer bezüglich der Eisenbahnlinie Gifhorn—Uelzen hat das Herzogliche Staats-Ministerium der Kammer nachstehende Abschrift einer diesseitigen Vorstellung an das Königlich Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe übersandt:

Die hiesige Handelskammer hat in einer Eingabe, betr. neue Eisenbahnverbindungen zur Erschliessung des Gebietes zwischen den bestehenden Eisenbahnen Lehrte—Stendal—Uelzen—Lehrte, an das Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, die diesseitige Verwendung dafür eintreten zu lassen, dass in dem bezeichneten Gebiete die Linie Uelzen—Gifhorn gewählt, wenn aber in erster Linie die Strecke Uelzen—Wittingen—Oebisfelde im preussischen Interesse in Frage käme, wenigstens zugleich eine Bahnverbindung Wittingen—Triangel (Gifhorn) geschaffen werde. Inzwischen ist durch einen Bericht des hiesigen Stadtmagistrats zu unserer Kenntniss gekommen, dass dieser unterm 31. Dezember v. J. No. 12214 in ausführlicher Eingabe an Königl. Ministerium der

öffentlichen Arbeiten das Interesse Braunschweigs, insbesondere der Stadt Braunschweig, an einer möglichst direkten Vollbahnlinie Uelzen—Gifhorn dargelegt hat. Wir bezweifeln nicht, dass bei der Bedeutung der Stadt Braunschweig und auch des Herzogthums in wirtschaftlicher Beziehung Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten geneigt sein werde, die in der Eingabe des hiesigen Stadtmagistrats besprochene Eisenbahnlinie auch ohne unsere Verwendung in den Kreis der dortseitigen Untersuchungen zu ziehen. Dem Antrage der Handelskammer glauben wir aber, obgleich es sich um Bahnlinien handelt, welche, wenn gebaut, ausschliesslich in königl. preussischem Gebiete liegen würden, wenigstens durch die ganz ergebnisse Erklärung nachkommen zu dürfen, dass auch nach unserer Ansicht, soweit bis jetzt zu übersehen, eine möglichst direkte Vollbahn-Verbindung Triangel—Uelzen von wesentlicher Bedeutung für die zur Zeit den grossen Bahnlinien Norddeutschlands gegenüber in der auch Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten bekannten ungünstigen Lage befindliche Stadt Braunschweig und einen grossen Theil des Herzogthums sein würde.

Die Kammer tritt bei dieser Gelegenheit in eine eingehende Besprechung der schwebenden Eisenbahnfragen und der in denselben ergangenen Bescheide ein und beschliesst an den Magistrat der Stadt Braunschweig eine Anregung dahin ergehen zu lassen, dass derselbe in Sachen der Herstellung der Eisenbahnverbindung Braunschweig—Oebisfelde auch seinerseits energisch Stellung nehme bzw. einen entsprechenden Zuschuss für den Ausbau dieser Bahn als einer möglichst direkten Vollbahn bewillige. — Berichtet wird sodann über die ordentliche und ausserordentliche Plenarversammlung des deutschen Handelstages, welche am 12./13. Januar bzw. 21. Februar cr. stattgefunden haben und von der Kammer entsprechend beschickt worden sind. Hauptgegenstand der Verhandlungen war naturgemäss die Handelsvertragspolitik; die Kammer hatte ihre Stellungnahme zu derselben bereits vorher durch Einberufung der Industrie- und Handelswelt der Stadt und des Landes Braunschweig kundgegeben. Eingehend hat wiederum der neue Sommerfahrplan zur Berathung gestanden, sowie einige Verkehrsfragen mehr lokaler Natur, als die Frage der Verlegung des Güterbahnhofes nach dem sog. Ostbahnhofe, die Berücksichtigung der Hauptstadt bei Vertheilung der neuen Eisenbahndirektionssitze, die Aufhebung der Staffeltarife zu Gunsten der diesseitigen Mühlenindustrie. In Sachen der Zurückdrängung des Hausirhandels ist der Kammer Seitens des Ministeriums der nachstehende günstige Bescheid geworden:

In unserem Reskripte vom 24. Juni v. Js. haben wir uns vorbehalten, bezüglich der dortseits befürworteten schärferen Handhabung der Gesetzgebung gegenüber dem Hausirgewerbe der Handelskammer noch eine besondere Mittheilung zugehen zu lassen. Wir haben seither über die Zahl der in den Kalender-, bzw. Etatsjahren 1870, 1875, 1880, 1885, 1890/91, 1891/92, 1892/93 und 1893/94 im Herzogthume vorhandenen Hausirer eine Nachweisung aufstellen lassen, welche wir in Abschrift beifügen. Aus derselben ergibt sich, dass das Anwachsen des Hausirhandels im Herzogthume ausser allem Verhältniss zur Zunahme der Bevölkerung steht, und dass derselbe einen Umfang angenommen hat, welcher über das im öffentlichen Interesse liegende Mass erheblich hinausgeht. Um dem entgegenzutreten, ist im § 22 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juni 1892 No. 29 vorgeschrieben, dass die im Herzogthume wohnenden Hausirer, welche hier das Hausirgewerbe betreiben, den jährlichen Steuerbetrag in Eins im Voraus zu entrichten haben. Das Herzogliche Steuer-Kollegium lehnt dem angedeuteten und in den Gesetzesmotiven ausdrücklich ausgesprochenen Zwecke der fraglichen

Bestimmung gemäss mit unserm Einverständniss die Bewilligung von Erlass oder Ermässigung der Steuer vor deren Entrichtung grundsätzlich ab und behält sich die Entscheidung auf bezügliche Anträge bis gegen das Ende des Jahres des Gewerbebetriebes, also bis zu einer Zeit vor, wo sich feststellen lässt, inwieweit Dürftigkeit oder Mangel an Verdienste während des Gewerbebetriebes bestanden haben. Die Steuer muss also jetzt in allen Fällen zunächst im Voraus entrichtet werden, und die Folge davon ist gewesen, dass eine grössere Anzahl von Hausirern, welche in früheren Jahren niemals Gewerbesteuer entrichtet haben, in diesem Jahre die Steuer gezahlt, ein anderer ebenfalls erheblicher Theil aber, z. B. in hiesiger Stadt über Hundert, das Gewerbe aufgegeben hat.

Einen weiteren Erfolg in dieser Richtung wird man sich von einer sorgfältigeren Einschätzung zur Steuer, als solche bisher stattgefunden, versprechen können. Von den Ortskommissionen und Kreisausschüssen ist bislang fast durchgängig der niedrigste Satz von 9 Mk. in Vorschlag gebracht und Herzogliches Steuer-Kollegium hat denselben auch festgestellt, da es ihm an zuverlässigen Angaben über den Umfang etc. der einzelnen Hausirer fehlte. In Zukunft sollen die Gemeindebehörden veranlasst werden, solche Angaben zu machen, und es soll eine angemessene Abstufung der Steuersätze innerhalb des gesetzlichen Spielraums angestrebt werden.

Endlich soll fortan die Aushändigung der Wander-gewerbebescheine auch an braunschweigische Händler nur nach vorgängiger Entrichtung der Gewerbesteuer erfolgen.

Was von hier aus geschehen kann, wird damit geschehen sein.

Eine durchgreifendere Beschränkung des Hausir-gewerbes wird nur im Wege der Reichsgesetzgebung zu erreichen sein. Wie wir bereits erwähnt haben, ist ein entsprechendes reichsgesetzliches Vorgehen an zuständiger Stelle von uns befürwortet worden, und werden wir auch ferner bereit sein, solches, soviel an uns liegt, zu fördern.

Ein Mitglied der Kammer ist auf Wunsch des Stadtmagistrates in die städtische Marktkommission delegiert worden (Herr Albert Störig). Von dem 50jährigen Jubiläum der Firma F. Wittekop & Co. und von dem 100jährigen der Firma Pfeiffer & Schmidt hat die Kammer gebührend Vermerk genommen und ihrer Anerkennung durch Glückwünsche entsprechenden Ausdruck gegeben. Gelegentlich der Anrufung der Kammer als Schiedsrichterin in einer Streitsache mit dem vereideten Wechselsensal ist die Bitte an das Ministerium gerichtet worden, Handelsmakler und Sensale auf Grund des Gesetzes vom 19. März 1891 der Aufsicht der Kammer zu unterstellen. Eine Beschwerde der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft gegen die Veranlagung zu den Handelskammerbeiträgen hat das Herzogliche Staats-Ministerium abgewiesen. Zur Frage einer künftigen Umgestaltung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen hat die Kammer in einem besonderen Rundschreiben an die Schwesterkammern und einer Eingabe an den Reichskanzler und den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe, sowie das Herzogl. Staats-Ministerium Stellung genommen. Den Haushaltsplan der Getreidebörse für 1894/95 hat die Kammer anstandslos genehmigt. Endlich ist der Geschäftsausschuss von der Kammer ermächtigt worden, dem Syndikus auf seine Bitte den Austritt aus dem Amte schon vor Ablauf der Kontraktzeit zu gestatten.

2. Rechnungslegung und Haushaltsplan.

Referenten Herren H. Schmidt und J. Leo.

Auf den Bericht des Schatzmeisters pro 1892/93, Herrn Dr. Schmidt, werden zu Rechnungsrevisoren ernannt die Herren Leo und Gutkind.

Die Berathung des Haushaltsplanes für 1894/95 wird auf Antrag des Schatzmeisters Herrn Leo bis

Nachweisung

über die

in den Kalender- bzw. Etatsjahren 1870, 1875, 1880, 1885, 1890/91, 1891/92, 1892/93 und 1893/94
im Herzogthume vorhandenen Hausirer.

Bezeichnung der Kreise etc.	Anzahl der Hausirer in den Kalender- bzw. Etatsjahren								Bemerkungen
	1870	1875	1880	1885	1890/91	1891/92	1892/93	1893/94	
Kreis Braunschweig.									
Stadt Braunschweig . .	201	219	471	522	608	617	641	766	
Landgemeinden	183	166	187	197	256	252	256	323	
	384	385	658	719	864	869	897	1089	
Kreis Wolfenbüttel.									
Stadt Wolfenbüttel . .	74	83	94	103	111	114	115	129	
„ Schöppenstedt . .	15	16	22	25	29	32	33	50	
Landgemeinden	276	286	330	390	422	426	428	541	
	365	385	446	518	562	572	576	720	
Kreis Helmstedt.									
Stadt Helmstedt . . .	73	50	78	108	137	95	96	115	
„ Schöningen . . .	12	19	28	36	39	43	44	48	
„ Königslutter . . .	6	7	13	14	17	18	21	25	
Landgemeinden	146	117	145	168	184	183	199	256	
	237	193	264	326	377	339	360	444	
Kreis Holzminden.									
Stadt Holzminden . .	11	10	14	18	28	23	21	29	
„ Stadtoldendorf . .	4	6	9	11	8	9	8	11	
„ Eschershausen . .	6	3	5	13	16	16	15	15	
Landgemeinden	96	96	114	163	143	152	157	211	
	117	115	142	205	195	200	201	266	
Kreis Gandersheim.									
Stadt Gandersheim . .	16	21	24	23	29	29	24	29	
„ Seesen	13	14	16	16	14	16	14	11	
Landgemeinden	107*)	104*)	165	226	260	289	277	369	
	136	139	205	265	303	334	315	409	
Kreis Blankenburg.									
Stadt Blankenburg . .	5	9	12	13	25	27	26	25	
„ Hasselfelde . . .	6	7	9	8	15	22	19	18	
Landgemeinden	149	159	187	203	209	208	227	245	
	160	175	208	224	249	257	272	288	
Summa	1399	1392	1923	2257	2550	2571	2621	3216	
Hierzu die nach der Nachweisung vom 15. August d. J. vorhandene Nicht-Braunschweiger bzw. Nicht-Deutsche in den Etatsjahren 1891/92 und 1892/93 mit						1749	1867*)		
Insgesamt						4320	4488		
						pro 1891/92	pro 1892/93		

*) Excl. der Hausirer aus dem Amtsbezirke Greene.

*) Für das Etatsjahr 1893/94 kann die Anzahl der bez. Hausirer etc., da die bezüglichen Nachweisungen noch fehlen, nicht angegeben werden.

nach Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung ausgesetzt. Der Haushaltsplan wird sodann nach Vorlage des Geschäftsausschusses in der folgenden Höhe und Zusammensetzung genehmigt.

Einnahme.		Ausgabe.	
	Mk.		Mk.
10% der Gewerbesteuer summe . .	19000	Jahresbericht . .	1200
		Reisekosten . . .	2000
		Beiträge	1500
		Miethe	800
		Bureaukosten . .	2000
		Monatsschrift . .	400
		Bücher etc. . . .	800
		Gehälter	10300
Summa d. Einnahme	19000	Summa d. Ausgabe	19000

3. Neuwahl des Syndikus.

Referent: Der Vorsitzende.

Nachdem Herr Dr. Vosberg-Rekow in Folge seiner Berufung nach Berlin von der oberwähnten Genehmigung der Kammer Gebrauch gemacht und bereits am 15. Februar Braunschweig vorläufig verlassen hat, wird zum Syndikus der Kammer einstimmig der bisherige Sekretär der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln, Herr Dr. Richard Stagemann, erwählt.

4. Neuwahl zum Ausschusse für Stiftungen.

Referent: Der Vorsitzende.

In den Ausschuss für Verwaltung der Stiftungen werden nach Austritt des Herrn Bankdirektors Benndorf gewählt, und zwar für die Zeit bis zum 1. April 1896, die Herren Dr. H. Schmidt, Justus Leo und Otto Lüttge.

5. Herstellung einer Geleiseverbindung zwischen dem Bahnhof Holzminden und dem Weserquai.

Referent: Der Syndikus.

Bereits im Juni 1891 hat eine grosse Zahl von Industriellen und Kaufleuten der Stadt und des Kreises Holzminden die nachstehende Eingabe an das Herzogl. Staatsministerium gerichtet:

Dem Vernehmen nach liegt es in der Absicht des Hohen Herzoglichen Staatsministeriums, demnächst einen Um- und Erweiterungsbau des hiesigen Weserquais zu veranlassen und denselben bei dieser Gelegenheit so zu verbreitern und zu verlängern, dass der Quai nicht allein den augenblicklich geringen Anforderungen des Schiffs- und Baggerverkehrs entspricht, sondern dass derselbe auch den bei regem Schiffsverkehr vermehrten Ansprüchen, wie solche mit Rücksicht auf die geplanten Kanal-Verbindungen zwischen Rhein, Weser und Elbe, und besonders mit Rücksicht auf die bereits in Angriff genommene Kanalisierung der Fulda bis Kassel sich geltend machen werden, Genüge leisten wird.

Wir sind hoch erfreut durch die Seitens des Hohen Herzoglichen Staatsministeriums für Holzminden von Neuem bekundete Fürsorge und erlauben uns ergebenst zu bemerken, dass nicht nur unser Ort, sondern auch die weitere Umgebung desselben ein grosses Interesse an dieser Angelegenheit hat. Hauptsächlich für Stadtoldendorf und Vorwohle mit ihren bedeutenden natürlichen Reichthümern, sowie ihren gewerblichen Erzeugnissen an Steinen, Asphalt und Zement, womit die Produzenten dieser unserer Nachbarorte augenblicklich nur auf die Eisenbahn und deren kostspielige Beförderung angewiesen sind, ist es von grosser Bedeutung, wenn der Schiffsverkehr der Weser wieder gehoben und die billigeren Transportkosten des Wasserweges für genannte Materialien in grösserer Masse als bisher nutzbar gemacht werden können. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Steinindustrie, welche seit Jahren Tausenden von Arbeitern sichern Verdienst geboten hat, welche aber neuerdings durch Verwendung der verschiedensten Surrogate auf fast allen Gebieten ihrer Thätigkeit ernsthaft bedroht ist, kann durch Verbilligung der Transportkosten ganz wesentlich wieder gehoben und der mit dieser Industrie verbundene Verdienst uns erhalten werden, wenn es ihr möglich gemacht wird, die nach Tausenden von Kubikmetern zählenden Massen an guten Bruchsteinen zu verwerten, welche beim Betrieb der Steinbrüche gewonnen werden, bislang aber aus Mangel an Verwendung in die Halden gestürzt werden mussten.

Es wird dabei vorausgesetzt, dass der Weserquai in seiner neuen Form zunächst mit dem hiesigen Bahnhofe durch eine Eisenbahn verbunden und ferner mit passenden Ladevorrichtungen versehen wird, welche die Kosten der Umladung des an sich billigen Steinmaterials auf das geringste Mass einschränken. Wenn wir schlecht rechnen, so würden auf diese Weise auf Grund zuverlässiger Angaben der hauptsächlichsten Interessenten pro Jahr mindestens 12 000 Doppelwagen gute Bruchsteine zum Versandt gebracht werden können, durch deren Werth eine wesentliche Vermehrung des Volkswohlstandes herbeigeführt wird. Hierdurch würde auch veranlasst, dass unsere Steinlieferanten wieder mit etwas mehr Muth der Zukunft entgegensehen können. Die Steine würden besonders bei den Weserkorrektions-Arbeiten in Frage kommen, aber auch vielfach Verwendung zu Brückenbauten finden und beim Bau des neuen Rhein-Weser-Elbe-Kanals dem Ziegelstein wegen ihrer grossen Dauer voraussichtlich vorgezogen werden.

Ähnlich wie mit der Steinindustrie liegen die Verhältnisse auch beim Asphalt-, Zement- und Gypsgeschäft. Für diese Materialien würde gleichfalls gern der Wasserweg gewählt werden, wenn zwischen dem Quai und der Eisenbahn eine Verbindung bestände.

Die Vorwohler Fabrik hat in früheren Jahren sehr viel über Bremerhaven versandt, dies hat jedoch seit einigen Jahren in Folge der gewichenen Zementpreise bei hoher Bahnfracht aufgehört. Würde Holzminden jedoch durch die Erweiterung der Quaianlage und Eisenbahnverbindung zu einem Umschlagplatze hergerichtet werden, so würde vorgenannte Fabrik durch die auf diese Weise zu erzielende Frachtermässigung wieder in die Lage kommen, wie früher, grosse Sendungen über Holzminden, Bremerhaven nach New-York zu verschiffen. Man kann rechnen, dass alljährlich 500 Doppelladungen Zement den Weg über die hiesige Umschlagstelle nehmen würden.

Die Asphaltfabriken haben gleichfalls ein sehr grosses Interesse daran, von Vorwohle aus leicht und billig an die Weser zu kommen, um dann ganz ansehnliche Transportmassen zu liefern.

Bei einem Verbindungsgleise zwischen Bahn und Weserquai wird das missliche Umladen der Asphaltbrote und der Transport auf Landwegen vermieden, was wesentlich ist, da hierbei stets viel Bruch entsteht und dieses bei früheren Gelegenheiten vielfach Anlass zu unangenehmen Streitigkeiten gegeben hat. Die Transportmassen, welche beim Asphalt in Frage kommen, beziffern sich nach den genauen Angaben der Interessenten pro Jahr auf mindestens 900 bis 950 Doppelladungen. Ähnlich wie beim Zement und Asphalt liegen die Verhältnisse bei dem Gyps. Auch hierfür dürfen, da für Gyps nicht nur die unterhalb liegenden, sondern auch die oberhalb befindlichen Ortschaften in Frage kommen, mindestens 300 bis 400 Doppelladungen für das Jahr gerechnet werden.

Stadtoldendorf und Vorwohle werden jedoch nicht die einzigen Orte der Umgegend sein, welche mit der Verfrachtung ihrer Erzeugnisse auf den Umschlagsverkehr in Holzminden befruchtend einwirken werden. Zweifellos dürften manche Industrien, welche früher bestanden haben, jetzt aber Mangels guter Verbindungen eingegangen oder doch dem Erliegen nahe sind, wieder belebt werden können, sobald die Verhältnisse in dieser Beziehung sich bessern. Wir wollen hier nur auf die Kalkbrennereien in Polle verweisen.

Der Umschlagsverkehr in Holzminden würde ferner auch den staatlichen Forsten der Umgegend zu Gute kommen, deren Erzeugnisse bei Verbilligung der Frachten zweifellos einen höheren Werth hier am Platze erzielen werden.

Aber nicht allein die Erzeugnisse der nächsten Umgegend würden den Umschlagsverkehr hieselbst beleben, sondern auch diejenigen eines grösseren Gebietes können demselben leicht zugeführt werden. Eine kompetente Stelle, als welche die Direktion der Bremer Schleppschiffahrts-Gesellschaft in Bremen jedenfalls bezeichnet werden kann, äussert sich hierüber wie folgt:

„Bislang hat Holzminden einen Umschlagsverkehr bei den hohen Fuhrlöhnen von 12 bis 20 Pfg. pro 100 kg zwischen Weser und Eisenbahn nicht gehabt; es könnte sich aber ein solcher Verkehr sehr wohl herausbilden, wenn durch Gleisverbindung der Umschlag erleichtert und verbilligt würde.

Die Bedingung für einen derartigen Umschlagverkehr — ein genügend grosses Hinterland — ist für Holzminden erfüllt. Als dieses Hinterland ist die Gegend zwischen hier und dem Harz anzusehen und zwar würden hinwärts besonders Kolonialwaaren, Getreide, Futterstoffe, Düngemittel, Petroleum; herwärts dagegen besonders Zucker aus den verschiedenen Fabriken in Einbeck, Gandersheim, Seesen, Göttingen, Obernjesa, Garte, Nörten, Uslar, Northeim, Brakel, Warburg, Wabern, Soest etc.; ferner — ausser den bereits angeführten Massengütern an Holz, Steinen u. s. w. — Kalisalze von Vienenburg in Betracht kommen.

Wir sind auf Grund der Ermittlungen von kundiger Seite der festen Ueberzeugung, dass auch auf

diese Artikel 1200 bis 1800 Doppelladungen pro Jahr zu rechnen sein werden.

Stellen wir die Massen, deren Verfrachtung mit Sicherheit zu erwarten ist, einmal zusammen, so ergibt sich:

1. an Steinen, wenn man vorerst nur mit der Hälfte des vorerwähnten Quantums rechnet, also

$$\frac{12000}{2} = 6000 \text{ Ladungen,}$$
- an Zement mindestens 500 "
3. " Asphalt " 900 "
4. " Gyps " 300 "
5. " Kolonialwaaren etc. . . . 1200 "

annimmt, dass pro Jahr mindestens 9000 Ladungen in Rechnung zu ziehen sind. Diese Menge dürfte für den Anfang aber genügen und auch die aufgewendeten Kosten decken, abgesehen davon, dass der Verkehr sich sicherlich mit jedem Jahre wesentlich steigern und die hiesigen Verkehrsverhältnisse in ungeahnter Weise neu beleben würde.

Etwaige Schwierigkeiten, welche etwa aus den bereits bestehenden Umschlagstellen in Münden und Hameln entstehen könnten, dürfen unseres Erachtens nicht überschätzt werden, da die betreffenden Einrichtungen in beiden vorgenannten Orten besonders mit Rücksicht auf die kleinen Hafen- und Quaianlagen viel zu mangelhaft sind, um einen grösseren Verkehr zu gestatten. Ausserdem ist die Lage Holzmindens für diesen Verkehr eine sehr günstige.

Diese Auseinandersetzungen dürften wohl genügen, um Hohes Herzogliches Staatsministerium von der Zweckmässigkeit der besprochenen Einrichtungen zu überzeugen. Wir erlauben uns nur noch darauf hinzuweisen, dass für die vortheilhafte Benutzung der Quaianlage zu Schiffahrtzwecken eine fahrbare Krahnanlage zum leichten Be- und Entladen der Fahrzeuge sehr erwünscht ist und dass es sich empfiehlt, bei der Quaiweiterung gleich mit Rücksicht hierauf zu nehmen, da diese Anlage von der Verbindung des Quais mit der Bahn sonst ganz unabhängig ist und auch ohne diese Verbindung bei regem Schiffsverkehr fast täglich Verwendung finden wird.

Noch erlauben wir uns zu bemerken, dass, da die Lage Holzmindens am Solling und unmittelbar an der Grenze alle diejenigen Vortheile ausschliesst, welche anderorts durch reiche Umgebung, gute Bodenverhältnisse und regen Verkehr mit den Nachbarorten von selbst vorhanden sind, als Ersatz hierfür die Entwicklung einer regen Industrie dringend wünschenswerth ist. Wir glauben dies am sichersten zu erreichen, wenn Schiffahrt und Handel durch passende Einrichtungen gehoben werden. Dass Holzminden in Folge der Fürsorge Hohen Herzoglichen Staatsministeriums mit guten Hafenanlagen hier und in Kemnade seit Jahren versehen ist, giebt der Stadt den anderen Städten der Oberweser gegenüber bezüglich der Schiffahrt bereits heute schon einiges Uebergewicht, welches sich nach unserer Ueberzeugung noch mehr entwickeln wird, wenn dem hiesigen Handel durch verbesserte Schiffahrtseinrichtungen aufgeholfen wird.

Unser ehrerbietiges Gesuch geht nun dahin:

Hohes Herzogliches Staats-Ministerium wolle genehmigen bestimmen, dass

1. bei der Erweiterung der Quaianlage auf die Herstellung eines fahrbaren Krahns Rücksicht genommen werde und dass
2. durch Verbindung des Quais mit dem Bahnhofe diejenigen Vorbedingungen geschaffen werden, welche für die Ausbildung eines regen Umladungsverkehrs am hiesigen Platze nothwendig sind.

Im August desselben Jahres ist dieses Gesuch Seitens des Stadtmagistrats Holzminden auf das Lebhafteste unterstützt worden. Im Februar 1892 ist hierauf leider der folgende ablehnende Bescheid des Herzoglichen Staatsministeriums ergangen:

Auf die in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung an das Herzogliche Staats-Ministerium gerichtete Eingabe vom 4. August v. J., soweit dieselbe die Vorrichtung eines Verbindungsgleises vom Bahnhofe Holzminden nach dem zu erweiternden Weserquai daselbst betrifft, benachrichtige ich den verehrlichen Stadtmagistrat in Gemässheit des Reskripts No. 575 vom 23. d. M. ergebenst, dass es nach Prüfung der Sachlage Höchsten Orts nicht für angezeigt gehalten wird, zur Zeit in der Angelegenheit durch Anknüpfung von Verhandlungen mit der Königlich Preussischen Staatsregierung vorzugehen.

Durch die angestellte allgemeine Untersuchung des Gleisprojekts sind die erheblichen Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung desselben entgegenstehen, nachgewiesen, und es hat sich insbesondere ergeben, dass die Einführung des Gleises auf den vorhandenen bzw. zu erweiternden Weserquai von der Südseite her wegen der erforderlichen Ueberbrückung des vorhandenen Hafens als unthunlich bezeichnet werden muss; dass der Einführung des Gleises von Norden her die mit der nördlichen Abzweigung aus dem Bahnhofe verbundenen Unzuträglichkeiten entgegenstehen; dass in beiden Fällen aber mit der Herstellung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Anlage bedeutende und mit dem zu erwartenden Verkehre schwerlich in einem angemessenen Verhältnisse stehende Kostenaufwendungen verbunden sein werden.

Es ist weiter dabei erwogen, dass das wenigstens nicht aussichtslose Projekt der Bahn Vorwohle-Emmerthal, wenn ausgeführt, den Verkehr von Vorwohle nebst Umgegend und Hinterland zu dem Weserquai in Holzminden wesentlich vermindern beeinflussen wird und erscheint daher geboten, den weiteren Verlauf der Angelegenheit der Bahnverbindung Vorwohle-Emmerthal, eventuell die Wirkung dieser Bahnanlage in der vorliegenden Beziehung abzuwarten.

Im Uebrigen ist hervorzuheben, dass es den an der Herstellung des in Frage stehenden Verbindungsgleises unmittelbar Beteiligten überlassen bleibt, unter den vorliegenden Umständen die Ausführung des Gleises und namentlich die Art des zulässigen Anschlusses desselben an den Bahnhof Holzminden direkt bei der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung zur Sprache zu bringen.

Referent beantragt:

Sich grundsätzlich für die Herstellung einer Umschlagsstelle bzw. einer Geleiseverbindung des Weserquais mit dem Bahnhofe Holzminden auszusprechen, einen bz. Antrag an das Braunschweigische Staatsministerium in Aussicht zu nehmen, vorher aber den Stadtmagistrat zu Holzminden zur Herstellung und Einsetzung eines bz. Kostenanschlages aufzufordern.

Die Kammer erhebt den Antrag zum Beschluss.

Herr Natalis beurlaubt sich.

6. Sonntagsruhe in der Konserven-Industrie.

Referent: Herr Barnewitz-Wolfenbüttel.

Der Vorstand des Gemüsebauvereins Braunschweig hat die Bitte an den Reichstag gerichtet, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auf Bau, Versand und Konservirung frischen Spargels während der Monate Mai und Juni ausser Kraft zu setzen, vielmehr zu gestatten, dass zwecks Gewinnung, Versandes und Konservirung von Spargel Arbeiterinnen ausnahmsweise auch zwölf Stunden, und an Sonn- und Festtagen, mit Aus-

schluss der Zeit des Gottesdienstes, während zehn Stunden Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt würden. Der Verein hat dieses Gesuch der Kammer zur Unterstützung unterbreitet. Begründet wird dasselbe wie folgt:

Die Kultur des Spargels hat für das Herzogthum Braunschweig und die angrenzenden Distrikte der Provinz Hannover, insbesondere für die Stadt Braunschweig und die Umgegend einen so bedeutenden Aufschwung genommen, dass dabei jährlich Millionen umgesetzt werden und Tausende von Existenzen dabei interessirt sind. Jede Gefährdung des Spargelbaues trifft nicht nur die blühende Konservenindustrie und die Exporteure, sondern auch grosse und kleine Landbauer. Gerade unter letzteren befinden sich eine erhebliche Anzahl, welche gegen hohe Pacht auf kleinen Parzellen zur Spargelkultur in intensiver Weise den Boden bearbeiten und sodann, während sie selbst ihrer sonstigen Arbeit nachgehen, die Ernte des Spargels durch die Frau und die eigenen Kinder besorgen lassen. Weit über die Grenzen des Reiches hinaus, nach Dänemark, Schweden, Norwegen, geht unser frischer Spargel, der sich nicht nur in konservirtem Zustande eines Weltrufes erfreuet. Die nothwendige Voraussetzung seiner Verwendbarkeit als Versandtwaare und zum Konserviren ist, dass das Stechen in dem Momente, wo er den Boden zu durchbrechen im Begriffe ist, mindestens zweimal am Tage, und die weitere Verwerthung im unmittelbaren Anschlusse daran geschieht. Wenn die Gewinnung verzögert wird, so bekommt der Spargel in wenigen Stunden, während welcher er dem Lichte ausgesetzt ist, grüne Köpfe und einen bitteren, seinen Genuss ausschliessenden Geschmack; wird er als frische Exportwaare nicht direkt vom Acker verschickt, so wird er welk und minderwerthig, und wenn nicht sofort nach dem Transporte vom Felde zum Konserviren das Schälen und Einkochen erfolgt, so beginnt der Zersetzungsprozess, welcher die Gefahr des Verderbens und der Ungeniessbarkeit beim Oeffnen der Büchsen mit sich bringt. Während der etwa fünfzig Tage dauernden Erntezeit des Spargels muss daher mit allen Kräften gearbeitet werden, und insbesondere an solchen Tagen, wo in Folge warmen Wetters das Wachstum beschleunigt wird, bedarf es schon jetzt der angestrengtesten Thätigkeit aller Betheiligten, um die Verwerthung zu sichern. — Da einschliesslich des Pfingstfestes die Erntezeit etwa zehn Sonntage umfasst, so sind das 20 Prozent der überhaupt in Betracht kommenden Anzahl von Tagen. Wenn nun gerade an diesen Sonn- und Festtagen ein grosses Quantum Spargel gestochen und verwerthet werden muss, so ist das in fünf Stunden nicht zu machen, und droht dem gesammten Spargelbau bei seiner Eigenartigkeit durch strikte Ausführung der Sonntagsruhe ein Schaden, der überhaupt die Existenz dieses Zweiges der Landwirthschaft mit seinen damit zusammenhängenden Gewerben untergräbt. Es ist nicht wahrscheinlich, dass an allen in Betracht kommenden Sonntagen und Sonnabenden die zu bewältigenden Mengen Spargel eine ausnahmsweise Arbeitszeit erfordern, allein die Produktion ist so unregelmässig, so sehr von Witterungseinflüssen abhängig, dass eine Beschränkung in den Arbeiten an vorher bestimmten Tagen unthunlich ist.

Wenn infolge kalter und nasser Witterung an einem Tage einige Arbeitsstunden in den Konservenfabriken genügen, um den gewonnenen und ankommenden Spargel zu schälen, zu kochen und einzubüchsen, so genügt zu anderer Zeit bei warmem Wetter nicht die dreifache Zeit bei verdoppelten Arbeitskräften zur Bewältigung der nothwendigen Arbeit, für welche wiederum nur die häufig schwer zu beschaffenden eingeeübten Leute verwendbar sind.

Referent beantragt Unterstützung der Eingabe beim Reichstage, sowie bezügliche Vorstellung bei dem Herzoglichen Staatsministerium.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

7. Aufhebung des Identitätsnachweises bezw. Abänderung des Zoll-Regulativs für Mühlenfabrikate.

Die Angelegenheit wird zur weiteren vorläufigen Bearbeitung unter Anhörung der Interessenten an den Geschäftsausschluss zurückverwiesen.

8. Strafbestimmungen zum Wechselstempelsteuergesetz.

Referent: Herr Gutkind.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz hat im Februar d. J. die nachstehende Eingabe an die Kammer gerichtet.

Die Misslichkeiten und Unannehmlichkeiten, welche durch eine allzu rigorose Anwendung der Strafbestimmungen (in § 15 Absatz 1) des Wechselstempelgesetzes vom 10. Juni 1869 Handel und Verkehr fortdauernd in empfindlicher Weise berühren, sobald gegen die Vorschriften über das Aufkleben der Wechselstempelmarken auch nur die geringsten rein formalen Verstösse geschehen, — mehr als 4 Millimeter Abstand vom obersten Rande des Wechsels — sind in den betroffenen Kreisen bekannt genug und seit langem schon Gegenstand von Beschwerden und Gesuchen um Abhülfe.

Zwar sind auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses vom Jahre 1873 die Steuerbehörden ermächtigt und angewiesen worden, Wechselstempelhinterziehungen auf sich beruhen zu lassen, falls offenbar nur Versehen vorliegen und die Absicht der Steuerhinterziehung ausgeschlossen ist; gleichwohl hatten sich inzwischen wieder die Klagen darüber reichlich vermehrt, dass die Handhabung jener Strafbestimmung eine zu strenge sei.

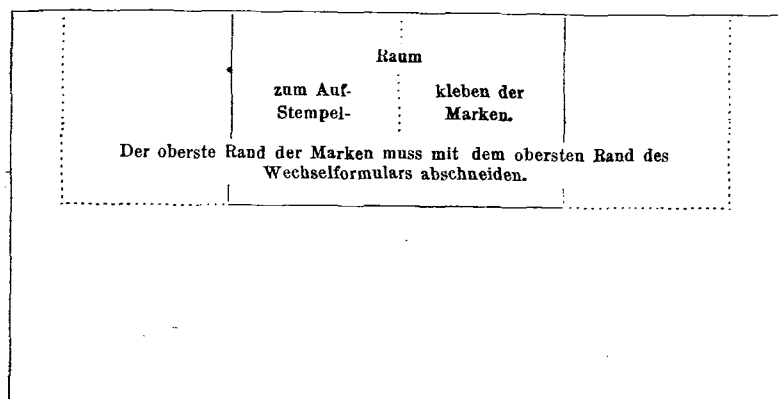
Die Königlich Sächsischen Handels- und Gewerbekammern sind nun auf Veranlassung der Chemnitzer Kammer unterm 30. Januar laufenden Jahres beim Königl. Finanzministerium zu Dresden gemeinsam vorstellig und von der genannten hohen Behörde d. d. 8. Mai dahin beschieden worden, dass das Ministerium die erneute Hinweisung der Hauptamtsdirigenten auf die erwähnte Ermächtigung anordnen werde, wodurch berechnete Beschwerden über zu strenge Handhabung der Strafbestimmungen des Wechselstempelsteuergesetzes für die Zukunft sich erledigen würden, — eine Zusicherung, die mit lebhaftem Danke begrüsst wurde —, es bleiben aber doch die Vorschriften und Strafbestimmungen des Wechselstempelsteuergesetzes bestehen und damit weiterhin die Möglichkeit von Unzuträglichkeiten.

Dieser Umstand legt die Frage nahe, ob nicht auf irgend einem anderen Wege ein Zustand geschaffen werden könnte, der die Gefahr, mit den gesetzlichen Bestimmungen auf ganz und gar unbeabsichtigte Weise in Konflikt zu gerathen, ausschliesst.

Einen solchen Weg glauben wir gefunden zu haben.

Wir schlagen vor: „Die Verfertiger von Wechsel formularen sind durch die Handelskammern und andere wirtschaftliche Korporationen zu veranlassen, am obersten Rande der Rückseite jedes zum Gebrauche für den inneren deutschen Verkehr bestimmten Formulars durch Einrahmung mittelst Strichen, Linien, Punkten u. s. w. u. s. w. — wie bei manchen Postformularen (Postanweisungen, Postpacketadressen) die Stelle zu bezeichnen, wo die Wechselstempelmarke aufzukleben ist.“ Im dergestalt kenntlich gemachten Raume selbst müssten die Worte stehen: „Raum zum Aufkleben der Stempelmarken“, und weiter sollte innerhalb des betreffenden Rechteckes, das mit den Stempelmarken zu überkleben ist, noch mit kurzen Worten, vielleicht unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen, der Passus aufgenommen werden, dass der oberste Rand der Stempelmarke mit dem obersten Rande des Formulars sich decken muss. Es wird nicht schwer fallen, diese Umrahmung oder Abgrenzung so zu gestalten, dass auch beim Aufkleben mehrerer Marken jegliches Missver-

ständniss oder jegliche Unklarheit ausgeschlossen bleibt. Zur Veranschaulichung möge die folgende Zeichnung dienen.



Die Kammer beschliesst, den Anträgen der Handels- und Gewerbekammer Chemnitz beizutreten.

9. Jahresbericht für 1893

wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ausserhalb der Tagesordnung wird beschlossen: die Anfrage der Eisenbahnbehörde bz. Zweckmässigkeit der Einführung direkter Tarifsätze für den Verkehr nach Schweden und Norwegen bezw. nach England in bejahendem Sinne zu beantworten.

Angeregt wird weitere Verfolgung der Angelegenheit der Errichtung einer Fernspreckverbindung Braunschweig-Hamburg und die Angelegenheit der Besteuerung der Konsumvereine.

Für die Richtigkeit:

Jüdel.

Dr. Vosberg.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Zollpolitik im Deutschen Reiche.

I.

Wer Art und Wesen der Menschen überhaupt oder eines Volkes schildern wollte und nähme nur in Acht und Betracht, was jeweilig auf den Gassen und auf den Plätzen geschieht und kümmerte sich gar nicht um das, was drinnen in den Häusern vorgeht, den würde man einen Thoren schelten. Das ist so klar und einfach, dass man es kaum anders denken kann. Und dennoch sind unsere Geschichtsschreiber bisher solche Thoren gewesen. Denn sie schilderten uns nur, was draussen zwischen den Staaten und Völkern passirt ist; das aber, woraus sich erst das politische Leben entwickeln kann, die Thatsachen der Wirtschaftsgeschichte, die Quellen des Nationalwohlstandes, die Wurzeln der Volkskraft, das handelten sie auf einer kleingedruckten halben Seite ab, die ihren vielbändigen Ausführungen angehängt ward. So that es Gervinus in seiner dickleibigen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, so haben es Andere vor ihm und nach ihm gethan.

Es giebt Ereignisse, welche sich ankündigen mit dem Lärm der Schlachten und dem Donner der Kanonen, und deren Einfluss doch über uns hinget wie der Frühnebel im Sonnenschein. Es giebt aber auch Dinge, die nähern sich uns leise und unvermerkt, im Dunkel der Nacht oder im Geräusche des Tages, unvermerkt, so wie etwa ein Mann durch die Saalthür in eine

grosse Versammlung tritt; Dinge, die da bleiben und zunehmen und deren Wirkung schliesslich so gross ist, dass sie niemand mehr abschätzen kann. Das sind die

Begebnisse im Leben der Wirthschaft, und das sind auch die Bewegungen auf dem Felde der Zollpolitik.

Wer zuerst in Deutschland Zollpolitik trieb, war kein Deutscher, sondern ein Franzose; es war nämlich Napoleon, der grosse Zwingherr. Denn wenn man unter Zollpolitik eine einheitliche, überlegte und grundsätzliche Behandlung der Zollfragen versteht, so hat dieselbe vor ihm für die deutsche Nation niemals bestanden. Zwar hat schon im Jahre 1525 einmal ein Deutscher Kaiser daran gedacht, 4 Prozent vom Werthe aller aus- und eingehenden

Waaren als deutschen Grenzzoll zu erheben; aber das löbliche Unternehmen ist seltsamerweise in der Ausführung an dem unbedeutenden Umstande gescheitert, dass, nahe besehen, Niemand angeben konnte, wo denn überall die Grenze des weiland Römischen Reiches deutscher Nation zu finden sei. Auch haben wohl nach dem lebhaften Bedürfnisse hochfürstlicher Kassen allerhand Herren und Herrchen ihren gehorsamen Unterthanen mehrerlei Schoss, Steuern, Akzisen, Zinsen und Zoll auferlegt; allein diese Errungenschaften sahen so bunt aus, wechselten so häufig je nach Serenissimi Wünschen, besetzten bald die Grenzen der „Länder“, bald die Thore der Stadt, bald die Gassen und Strassen, bald die Plätze und Märkte, dass sie wohl als ein gut wirtschaftlich Narrenjäcklein, nimmermehr aber als ein zollpolitischer Uniformrock betrachtet werden dürfen.

Da kam, wie gesagt, zu Anfang dieses Jahrhunderts Napoleon und verhängte die erste grosse zollpolitische Massregel der Welt: die Kontinentalsperre gegen England. Er hatte wirtschaftlich kein Arg dabei; ihm war es lediglich um die Politik zu thun. Aber das Mittel versagte; was in der Politik richtig gewesen wäre, zeigte sich als falsch für die Wirthschaft: Englands Handel blühte empor und damit seine Macht, die der Korse hatte vernichten wollen. Dagegen trat noch eine andere Wirkung daneben ein, welche ebenfalls kaum beabsichtigt war. Die Rheinbundfürsten genossen zwar des Kaisers mächtigen Schutz; dafür aber ward ihnen auch so manches private Steckenpferdchen abgenommen. Dem Kaiser passte es nicht, dass er innerhalb seines Rheinbundes allerhand Zollgrenzen passiren sollte. So ward denn dekretirt, dass da und gegen Frankreich alle solche Schranken zu fallen hätten; ein weites Wirthschaftsgebiet entstand in einer Einheitlichkeit, wie man sie bis dahin noch nicht gekannt hatte. Und zum Staunen aller erblühte in dieser neuen wirtschaftlichen Freiheit ein Handel und eine Industrie, welche bald mächtigen Aufschwung nahm und dem Gesichtskreis eine ganz neue Anschauungsweise über wirtschaftliche Dinge erschliessen musste.

Napoleon fiel und mit ihm die Sperre gegen England. Und siehe da: viele der Treibhauspflanzen, die hinter der sicheren Blockademauer aufgeschossen waren, vertrugen den Ansturm der rauen Konkurrenz Englands nicht und riefen nach Schutz. Frankreich ging voran. Es sah bald so bei ihm aus, dass ein englischer Schriftsteller sagen konnte: „In der Bibel steht, dass ein Kamel nicht durch ein Nadelöhr passiren könne, aber eher kann das Kamel das Nadelöhr passiren, als eine Nadel die französische Grenze.“ In England selbst kam das Agrariethum hoch, und die Korneinfuhr ward verboten und erst erlaubt, als die Hungersnoth da war und der Quarter Weizen 80 Schilling kostete. Auch

Holland schloss sich ab, und schliesslich konnte ein holländischer Witzbold mit einiger Berechtigung sagen: „Wenn ich ein Gericht Fische essen will, muss ich dafür 30 verschiedene Sorten Steuern zahlen.“

Wie sah es aber in Deutschland aus? Kaum war die Fremdherrschaft abgeschüttelt, so begann allenthalben die von Napoleon neugebackene Souveränität sich in die Brust zu werfen. Gleich schloss sich denn jedes enge und engste Vaterland mit Zollmauern gegen das deutsche „Ausland“ ab; die Städte bekamen ihre Akzise, allerhand Mahl-, Schlacht-, Holz-, Kohlen- etc. Steuern. Auch für das bloss Vorüberfahren auf Weg und Fluss trat die Passageabgabe ein. Es war reiner Zufall, wo das Gebiet jeder Auflage anfang und endete. Da ward denn oft der Rohstoff von der Fabrik durch Zollgrenzen abgesperrt, die Halbfabrikate von den Ganzfabrikaten, die Produzenten von den Konsumenten, die Manufaktur vom Marktverkehr, kurzum, es war ein herrlicher Zustand. Wer z. B. von dem preussischen Posen nach dem preussischen Köln fuhr, hatte nicht weniger als 17 Sorten Zölle und Steuern zu zahlen, und die Menschen glaubten, das sei ebenso natürlich und unabänderlich, wie dass man in Berchtesgaden und Reichenhall nicht Seeschifffahrt treibe und nicht Alpenwirthschaft in Hamburg und Bremen. „Die Deutschen“, sagte der witzige Abbé de Pradt, „sind in den einzelnen Staaten eingesperrt, wie Menagerie-Thiere in den Käfigen; sie können einander brüllen hören, aber nicht zu einander gelangen, denn dem stehen die Gitter im Wege.“ Nun, Friedrich List verstand es vortreflich zu brüllen, und ihm und Andern ist es gelungen, das Gitter aus dem Wege zu räumen.

Das Ausland dachte gering von solchen Verhältnissen. Die Rheinschiffahrtsakte garantierte den Deutschen freie Schifffahrt: „jusqu' à la mer“. Jawohl, sagte das kleine Holland: jusqu' à la mer, d. h. bis an das Meer, die Einfahrt in das Meer selbst aber verbiete ich Euch. Und da war niemand, welcher den kecken Nachbarn daran hindern konnte.

Die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände empfand man zuerst im Schosse der preussischen Regierung. Hier war denn das Resultat langer Kämpfe, Bedenken und Entschliessungen der Zolltarif des Jahres 1818. Die ganze Monarchie ward mit einem Schlage ein wirtschaftliches Ganzes; jede binnenzöllnerische Schranke war hinweggefegt. Ein einfacher Tarif mit mässigen Sätzen, kein Ausfuhrverbot für Rohstoff, kein Einfuhrverbot für Fabrikate; kein Lexikon der Technologie, der Naturwissenschaften und Waarenkunde, wie alle die Tarife vorher es waren; keine verschiedenen Masse und Massstäbe; nur den einen Massstab des Gewichts, etwa im Verhältniss von 15 Sgr. pro Zentner.

Der Tarif erregte Sensation, selbst in England. Eine Petition der City führt ihn als erstrebenswerthes Muster auf. Er war so gestaltet, dass $\frac{5}{6}$ aller Einkünfte aus Dingen flossen, welche nicht im Inlande erzeugt wurden, als Zucker, Kaffee, Südfrüchte, Tabak, Spirituosen u. dgl. Es waren Eingangszölle.

Aber die deutschen Kleinstaaten geriethen ausser sich über diesen Wechsel der Dinge. Wie konnte Preussen das innerhalb des deutschen Bundes wagen? Musste nicht alles Unheil, Verarmung, Hungersnoth, Ohnmacht aus dieser Neuerung entspringen? Die Entzückung schlug hoch empor, der Kurfürst von Hessen schuf kräftige Gegenzölle und begründete aus ihnen eine Kasse „zur Unterstützung durch die preussischen Massregeln verarmter kurhessischer Fabrikanten“. Ob je etwas darin gewesen ist, weiss ich nicht. Der schwäbische Barde Biedermeier aber griff in seine württembergische Leier und sang in dem Stuttgarter Morgenblatt folgendes Distichon auf den König von Preussen:

„Hohenzollern, du Schloss, dem die preussischen
Herrscher entstammen,
Welch einen schrecklichen Zoll hat uns dein
Sprössling gebracht!“

Nun, Preussen hielt still; es beginnt jetzt die Bildungsperiode des Zollvereins, welche bis ca. 1830 reicht. Hier würde es zu weit führen, die Politik zu schildern, die es dabei verfolgt, wie es erst die Enklaven der Kleinstaaten zum Anschlusse zwang, wie dann auf Drängen der intelligenten Stadt Mainz Hessen-Darmstadt sich anschloss, wie weiterhin die übrigen Staaten langsam folgten, bis endlich im Jahre 1842 der Ring bis auf unwesentliche Lücken geschlossen war und der deutsche Zollverein zum ersten Mal durch den Abschluss von Handelsverträgen internationale Bedeutung erhielt. Der Verein ward immer für zwölf Jahre auf Kündigung abgeschlossen, und — dank dem rivalisirenden Einflusse Oesterreichs und den partikularistischen Strebungen der kleineren Staaten führte jeder Ablaufstermin eine bedrohliche Krisis herbei. Dreimal ward der Vertrag erneuert. Jedesmal erschien eine Sintfluth von Broschüren wider ihn. Die öffentliche Diskussion fand keinen anderen Weg; das Statut überliess den Kabinetten die Bestimmung und schrieb für jede Aenderung Einstimmigkeit vor; erst nach 1867 trat im Zollparlament der öffentliche Redekampf in seine Rechte, welche später der Deutsche Reichstag überkommen hat.

Schon gegen Ende der dreissiger Jahre entbrannte der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll im Zollverein. Er tobte besonders heiss in den Jahren 1842 bis 1846 und führte dann zu einer wesentlichen Erhöhung der Schutzzölle gegen den Tarif von 1818. Aber schon im Jahre 1865 begann eine entschieden freihändlerische Umbildung.

Preussen hatte im Jahre 1862 im Namen des Zollvereins und ohne vorherige Zustimmung der übrigen Mitglieder mit Frankreich jenen berühmten Handelsvertrag geschlossen, welcher für Europa eine neue freihändlerische Aera inaugurierte. Es war das die schwerste Krisis, welche der Zollverein zu bestehen hatte, und dass sie glücklich überwunden ward, zeugt für den Werth der Sache. Seit jenem Jahre aber finden wir die grossdeutsche, preussenfeindliche Partei als die Trägerin der schutzzöllnerischen Interessen.

Dem Vertrage mit Frankreich folgten bald ähnliche mit Oesterreich, Belgien, England und Italien. Die Jahre 1868 und 1870 brachten weitere Reformen nach derselben Richtung, und in dem Zolltarif vom 7. Juli 1873 fand die antiprotektionistische Strömung ihren Abschluss.

Das Gesetz vom 7. Juli 1873 aber verfügte gleichzeitig die Aufhebung der Eisenzölle vom 1. Januar 1877 ab. Damit kam die Bewegung zum Stillstand; die Eisenindustrie lehnte sich auf, und es begann der Einfluss der Schutzzöllner zu steigen, bis derselbe in dem Tarif vom 15. Juli 1879 einen zunächst endgültigen Sieg errang. Es schloss sich nämlich der Verband deutscher Eisen- und Stahlindustrieller enger zusammen, und nach seinem Vorgange und auf Anregung des Herrn v. Kardorff bildete sich der grosse Zentral-Verband Deutscher Industrieller, welcher seitdem als Sammelpunkt für die industriellen Interessen in Deutschland gelten darf. Sein Einfluss wuchs rasch und drohend empor. Schon im Dezember 1876 gab die Reichsregierung ihm nach und brachte eine Vorlage ein, welche den Bundesrath zur Retorsion oder Wiedervergeltung gegenüber allen denjenigen Staaten ermächtigen sollte, welche Eisen und Zucker deutscher Provenienz mit Zöllen oder Prämien belasten würden. Der noch freihändlerische Reichstag lehnte die Vorlage ab. Bei den Neuwahlen 1877 eroberten die Schutzzöllner sämtliche württembergischen Sitze; aber auch diesmal ward der gleiche Entwurf mit 100 Stimmen Majorität zurückgewiesen. Ein Antrag des Freiherrn v. Varnbüler auf Veranstaltung einer Enquête über die Lage der Eisen- und Baumwollen-Industrie erfuhr das gleiche Schicksal. Da wandten sich die bedrängten Industriellen direkt an den Kaiser und baten nochmals um die

Enquête. Sie ward angestellt, und ihr Resultat führte zu der Vorlage der Reichsregierung; welche durch das bekannte Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrath betreffend die Revision des Zolltarifs vom 15. Dezember 1878 angekündigt wurde und das Gesetz vom 15. Juli 1879 geschaffen hat.

Der Tarif vom 15. Juli 1879 bildet die Grundlage unserer gesamten heutigen Zollpolitik. Er hat seither nur wenige, unwesentliche Abänderungen erfahren. Die Freihändler behandeln ihn mit beissendem Spotte als ein ultraschutzzöllnerisches Machwerk, welches langen Bestand nicht haben könne. Und doch hat kein geringerer als Fürst Bismarck diesen Tarif als eine moderne Wiederherstellung der Grundsätze des Tarifes von 1818 bezeichnet, den man doch bisher als eine Art freihändlerischen betrachtet hatte. Wie weit der Bismarck'sche Vergleich zutrifft, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls muss anerkannt werden, dass das Hinzutreten des agrarischen Elementes den Tarif von 1879 von demjenigen von 1818 wesentlich unterscheidet.

Wie die bedrängte Lage der Eisenindustrie den ersten Anstoss zum Verlassen der bisherigen Richtung gegeben hat, habe ich schon erwähnt und werde ich bei spezieller Besprechung der Eisenzölle sogleich näher darlegen. Allein es waren auch eine Reihe gewichtiger allgemeiner Gründe vorhanden, welche eine Revision des bestehenden Tarifes angezeigt erscheinen liessen.

Der alte Tarif genügte nicht mehr, weder finanziell noch volkswirtschaftlich. Seit Errichtung des Reiches waren die Ausgaben desselben fortwährend gewachsen; für den Anfang hatte man die grossen Summen der französischen Kriegskostenentschädigung zu Hilfe genommen; diese waren nun aufgebraucht; sie hatten noch die Schwindel- und Gründerperiode von 1872/73 hervorrufen helfen; nach dem Krach waren auch alle Staatseinnahmen zurückgegangen. Also mussten die Matrikularbeiträge fortgesetzt erhöht werden; es wuchs in den einzelnen Staaten die Last der direkten Steuern. So wollte man sich helfen, indem man höhere Zolleinnahmen, also eine Vermehrung der indirekten Abgaben anstrebte, von den Ertrügnissen man vielleicht noch den Einzelstaaten und deren schwer belasteten kommunalen Körperschaften etwas überweisen konnte. Dazu kam, dass der Zolltarif auch entschieden veraltet war. Während der ersten beiden Zollvereinsperioden war er fast unverändert geblieben; eine autonome Fortbildung war nicht möglich gewesen, weil zu jeder Abänderung die Zustimmung aller Zollvereins-Mitglieder erforderlich war; erst durch die Handelsverträge war er überhaupt modifizirt worden. Die Handelsverträge hatten aber dem Staate Vortheile eingeräumt, welcher nach dem Besitze des deutschen Marktes strebt; nicht immer hatte die Ausdehnung des deutschen Absatzes im Auslande entsprechen können. Im Gegentheil, die rasche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hatten eine gewaltige Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse herbeigeführt, und das Ausland, welches seine Massenproduktion auf den deutschen Markt warf, schloss sich selbst durch Zollerhöhungen ab. So indirekt Russland, als es vom 1. Januar 1877 Zahlung seiner Zölle in Gold forderte: so von jeher die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, so bald auch Oesterreich-Ungarn und Italien; auch Frankreich schien sich mit ähnlichen Plänen zu tragen.

Aus all diesen Gründen entschloss sich die Reichsregierung, nicht einseitig den Klagen einzelner Industriezweige nachzugeben, weil hierdurch leicht eine ungleiche Belastung hätte eintreten können, sondern durch eine durchgreifende Revision des ganzen Tarifes die gesamte inländische Produktion gegen das Ausland günstiger zu stellen. Der Entwurf ward bereits am 3. April 1879 vom Bundesrathe genehmigt.

Der neue Tarif trat in Kraft mit dem 1. Januar 1880. Die Zölle bemessen sich nach dem Brutto-Einheitsgewicht von 100 kg, wenn sie nicht über

6 Mark in Summa betragen. Sonst nach dem Nettogewicht, ausser bei Flüssigkeiten in Behältniss. Für die Abfertigung von Baumwollgarn, Leinengarn und Leinwand kann der Bundesrath besondere Zollstellen vorschreiben, falls der Importeur nicht überhaupt den höchsten Zollsatz zahlt. Zollfrei ist jeder Eingang bis zu 50 gr Gewicht, ausserdem Postsendungen bis zu 250 gr Bruttobetrag unter 5 Pfennig bleiben unerhoben.

Nach dem Vorgange Oesterreichs, der Schweiz und Frankreichs ist der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrathes berechtigt, Retorsionserhöhungen um 50 Prozent vorzunehmen, jedoch muss dem Reichstage gleich nach dem nächsten Zusammentritt von solchen Kampfmassregeln Vorlage gemacht werden.

Für Landbau-Erzeugnisse (Nr. 9 des Tarifs) und gewisse Hölzer (Nr. 13c des Tarifs) können Transitläger auch ohne amtlichen Verschluss errichtet werden. — Auf Antrag des Freiherrn von Franckenstein muss laut § 8 des Gesetzes der Zollertrag vom 1. April 1880 ab, soweit er 130 Millionen Mark übersteigt, an die Bundesstaaten nach Massgabe der Matrikularbeiträge zur Vertheilung gelangen. (Fortsetzung folgt.)

Die Aufhebung des Identitäts- oder Uebereinstimmungs-Nachweises für Getreide in praktischer Beleuchtung.

Von Georg Hachfeld, in Firma Hachfeld & Zieler in Hildesheim.

Der russische Handelsvertrag, die Staffeltarife und der Identitäts-Nachweis haben in letzter Zeit im Vordergrund des politischen Interesses gestanden.

Da alle drei Fragen von bedeutender Wichtigkeit für unser wirtschaftliches Leben sind, so ist es nöthig, dass in weitesten Kreisen Klarheit und Verständniss darüber herrsche.

Während die Vor- und Nachtheile für den russischen Handelsvertrag und die Staffeltarife schon vielfach beleuchtet sind, herrscht über den Identitätsnachweis in weitesten Kreisen, und wie ich mich überzeugen konnte, selbst in Fachkreisen, leider eine grosse Unkenntniss und Gleichgültigkeit.

Ich bin der Ansicht — und habe diese meine Ansicht schon seit längerer Zeit in meinem näheren Bekanntenkreise und auch meinen Herren Kollegen in der Handelskammer gegenüber häufig erörtert —, dass durch eine Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide in erster Linie der Landwirthschaft im gesammten Reiche, dem Getreidehandel, der Mühlenindustrie und der Schifffahrt ausserordentliche Vortheile erwachsen, die in ihrer Rückwirkung mit dazu beitragen, einen Umschwung in dem jetzt darniederliegenden gesammten wirtschaftlichen Leben herbeizuführen.

Was zunächst meine Branche, das Getreidegeschäft anbetrifft, so muss ich sagen, dass seit der Einführung der Schutzzölle — die ich in der Höhe von 3.50 Mark doch für nöthig erachte — der legitime Getreidehandel successive seinen blühenden Charakter verloren und jetzt gleichsam als roth oder doch seinem Absterben nahe zu bezeichnen ist (ich bemerke, dass einige Jahre mit geringen Ernten und aussergewöhnlichen Erscheinungen hier nicht mit einbegriffen sind).

Was nun die Landwirthschaft anbetrifft, so ist klar, dass trotz guter Ernten bei den hohen Betriebsunkosten die heutigen Weizen- und Roggenpreise nicht mehr lohnend sind, ausgenommen sind einzelne Gegenden mit besonders günstigen Bodenverhältnissen; ich verweise bei dieser Gelegenheit auf das republikanische Frankreich, das in seiner grossen Mehrheit einsieht, dass bei der jetzigen Preislage für Weizen die Landwirthschaft zurückgehen muss, und dort steht Weizen 20 Mark per 1000 Kilogramm höher im Preise als bei uns.

Es muss sich uns unwillkürlich die Frage aufwerfen: wie kommt es, dass der Getreidehandel so darniederliegt und besonders in diesem Jahre bei einer quantitativ und anscheinend qualitativ so vorzüglichen Ernte? Wie kommt es ferner, dass der Weizenpreis — ich spreche nur von Weizen, da diese Getreideart in unserer Gegend die Hauptfrucht ist — auf das aussergewöhnlich niedrige Preisniveau von 140 Mark per Tonne herabgedrückt ist, ein Preis, der inkl. Zoll und Fracht 15 Mark per Tonne unter dem Niveau des Weltmarktpreises steht? Es ist also nicht der fremde Weizen allein, der diesen Preis verursacht, sondern es ist die von Jahr zu Jahr zurückgehende Qualität unseres inländischen Weizens, der durch hohe Kultur und Anwendung von Salpeter und künstlichen Reizmitteln so kleberarm geworden ist, dass ohne Zusatz von kleberreichem ausländischen Weizen kein die heutigen Ansprüche befriedigendes Mehl bzw. Brot herzustellen ist. Zur Orientirung bemerke ich, dass unser Weizen jetzt nur noch etwa 25 Prozent, der holsteinische etwa 22 Prozent Kleber enthält, während die südamerikanischen und anderer Provenienzen 40 bis 55 Prozent Kleber enthalten, wogegen unser Weizen dementsprechend einen Mehrgehalt hat an Kohlehydraten oder stärkemehlhaltigen Stoffen.

Naturgemäss müssten wir mit dem Ueberschuss unserer Gegend nach unseren früheren Absatzgebieten Rheinland-Westfalen, Süddeutschland und Elsass gehen, aber ein Blick in die Zeitung zeigt uns schon, dass der einheimische Weizen dort nicht mehr werthet als hier, und man deckt dort lieber den grossen Bedarf in den besseren Qualitäten des Auslandes.

Wenn wir nun gezeigt haben, dass wir mit unserem Ueberschusse nirgends hin können, und ausserdem der geringere Holsteiner Weizen und der aus den Küstengegenden in hiesiger Gegend sein Absatzgebiet suchen muss und durch Preiskonkessionen theilweise findet, dann obendrein unsere Müller gezwungen sind, zur Verbesserung des Mehles noch fremden Weizen zuzusetzen und die deutsche Landwirthschaft bei ihrer hohen Kultur nicht in der Lage ist, kleberreichen Weizen zu produzieren zu können, so sind die Ursachen der Geschäftsstockung von selbst gegeben, und es ist klar, dass der Ueberschuss unseres stärkereichen, aber kleberarmen Weizens ins Ausland gelenkt werden muss, wo derselbe sich bei seiner sonstigen Güte dort bald wie in früheren Jahren einen guten Markt erobern wird.

Um eine Ausfuhr aber zu ermöglichen, ist es nöthig, dass der Identitätsnachweis aufgehoben werde. Zur Klarstellung bemerke ich, dass augenblicklich deutscher Weizen aus deutschen Häfen (wie Lübeck, Bremen etc.) ausgeführt und via Rotterdam in deutschen Häfen wieder eingeführt werden kann, wenn die Identität resp. der Uebereinstimmungsnachweis erbracht ist.

Bei der Aufhebung des Identitätsnachweises kann Getreide ausgeführt und auf Grund eines ausgestellten Berechtigungsscheines das gleiche Quantum fremden Getreides mit gleichem Zollsatz (deshalb sind Differenzialzölle nicht gleichenswerth) zollfrei an irgend einer Stelle des Reiches wieder eingeführt werden. Es ist meiner Ansicht nach der einzig richtige Weg, den Berechtigungsschein nur bei der Ausfuhr zu ertheilen, um diesen Schein in annäherndem Parikurse zu erhalten.

Würde man, wie Viele wünschen, einen Berechtigungsschein zur Ausfuhr auf jedes importirte Quantum Getreide ausstellen, so würden die Scheine bald ein Handelsobjekt bilden und sich nach den Gesetzen des Angebots und der Nachfrage regeln.

Dieses ist praktisch wie folgt demonstriert:

Der Export Deutschlands in Getreide wird wesentlich geringer sein als der Import, und nehmen wir an, er stände im Verhältniss von 2:5. Wenn nun die fünf Importeure ihre Scheine absetzen wollten, so fänden sie nur zwei Käufer, und müssten sie schon Preiskonkessionen machen, während dagegen die zwei Exporteure bei

der grösseren Anzahl Käufer ihre Scheine leicht al pari verkaufen könnten.

Gegen eine Aufhebung des Identitätsnachweises haben sich in letzter Zeit in Süd- und Westdeutschland viele Stimmen erhoben, z. B. die bayerische Abgeordnetenkammer und jüngst der Freiherr v. Schorlemer-Alst im Herrenhause, und zwar mit der Begründung, dass nur der Osten davon Vortheile hätte und der Süden geschädigt werden würde.

Anscheinend haben ja der Osten und die an der Küste und an schiffbaren Flüssen liegenden Gegenden den grösseren Vortheil; ich bin aber der Ansicht, dass wenn im Osten und an der Küste das Getreide-Geschäft geht und das überschüssige, theilweise geringe Getreide ins Ausland gebracht wird und im Lande nicht mehr drückt, dieses rückwirkend ist auf das gesammte Reich, und da wir bis zu einem gewissen Grade den stärkerreichen Weizen nöthig haben, so würde der Preis unseres inländischen Weizens wohl eher dem des Weltmarktes gleichkommen.

Das beste Beispiel dafür ist das Jahr 1891. In diesem Jahre war bekanntlich die einheimische Ernte gering, und da ist es nicht selten vorgekommen, dass unser inländischer stärkerreicher aber kleberarmer Weizen oft höher bewerthet wurde als der beste fremde kleberreiche Weizen, ein Beweis, dass wir nur ein gewisses Quantum unseres Weizens abzustossen brauchen, um mit unserem Weizen auf das Niveau des Weltmarktpreises zu kommen.

Ich möchte bitten, noch Folgendes in Erwägung zu ziehen. Die Erfahrung lehrt uns, dass in Schleswig-Holstein (dieses Land ist in den letzten Jahren in Bezug auf Weizen- und Roggenproduktion bedeutend geworden) und den an der Küste liegenden Ländern sehr häufig das Korn befällt, auswächst oder feucht hereinkommt. In früheren Jahren vor Einführung der Zölle ging solches geringe Getreide, weil solches billig und schnell verkauft werden musste, schon im Herbst ins Ausland und war vom Markte verschwunden. Jetzt muss diese Waare natürlich, wie schon vorhin erwähnt, im deutschen Reiche Unterkunft suchen, und da dieses minderwerthige Produkt nur bei Kleinem zugesetzt werden kann, so drückt dasselbe während der ganzen Saison das Geschäft. Ich erinnere an das Jahr 1888, wo in Schleswig-Holstein der Weizen total befallen war und bei einem Gewicht von 108 Pfund holl. bis 50 Mark per Tonne billiger verkauft werden musste, als guter Weizen, und selbst im Jahre 1891 war diese Waare noch nicht verbraucht; ferner an das Jahr 1891, wo in Schleswig-Holstein eine ausserordentlich reiche Roggenernte gemacht wurde, die aber vollständig verregnete, wodurch das Korn feucht wurde und Auswuchs bekam.

Uebrigens glaube ich auch, dass Süd- und Westdeutschland durch die Aufhebung des Identitäts-Nachweises direkten Vortheil haben werden; auch für Weizen und Hafer dürfte sich gewiss ein Geschäft nach der Schweiz, besonders für Bayern, entwickeln, während sich der Handel überhaupt beleben wird, und mit der Förderung von Handel und Schifffahrt wird auch die Unternehmungslust erwachen, und „neues Leben blüht aus den Ruinen“.

Ueber die wirthschaftliche Bedeutung des Zwischenhandels und seinen Einfluss auf die Waarenpreise

hat Herr Handelskammersekretär Dr. G. Wermert im Kaufmännischen Verein zu Halle a. S. einen bemerkenswerthen Vortrag gehalten. Dieser ist als besonderer Abdruck erschienen und verdient die weiteste Verbreitung. Aus demselben dürfen wir mit Genehmigung des Herrn Verfassers folgendes mittheilen:

„Der Vorwurf, der dem Zwischenhandel immer und immer wieder entgegengeworfen wird, und der es ver-

dient, dass man sich etwas eingehender mit ihm beschäftigt, besteht darin: Der Zwischenhandel vertheuert die Preise in unverhältnissmässiger Weise, streicht in Folge dessen einen ihm nicht gebührenden Gewinn ein und leistet hierfür keine entsprechende Arbeit. Folglich ist er im Wirthschaftsgetriebe des Volkes ein Schmarotzer und seine Beseitigung erwünscht als eine Wohlthat für die Gesamtheit. — Ob ein derartiger Vorwurf richtig ist, kann uns nur der Nachweis durch Zahlen lehren.

Die gründliche Untersuchung nach dieser Richtung hat ein Deutscher unternommen und zwar der jetzige Professor der Staatswissenschaften an der technischen Hochschule zu Aachen, Dr. van der Borgh. Mit allen nur denkbaren Vorsichtsmassregeln hat er eine Untersuchung über die im Kleinhandel Aachens und ihr Verhältniss zu den gleichzeitigen Grosshandelspreisen vorgenommen. In gleicher Weise hat er den Verbrauch von verschiedenen Familien genau registriert und ist auf diesem Wege zu folgendem Resultat gekommen:

Ein Haushalt von fünf Personen hatte z. B. im Jahre 1885 ein Einkommen von 1373 Mark. Nach sorgfältiger Aufzeichnung der verbrauchten Artikel und unter Berechnung des mit Hilfe der bereits erwähnten Statistik ermittelten, durch den Zwischenhandel verursachten Preisaufschlag ergab sich, dass diese Familie dem Zwischenhändler eine jährliche Abgabe von 12.06 Mark entrichtete, damit dieser die betreffenden Artikel zu jeder Zeit und in der gewünschten Menge verabfolgte. Für den Kopf macht es jährlich 2.41 Mark, und auf Kopf und Tag berechnet, beträgt die Abgabe die lächerlich geringe Summe von 0.66 Pfg. Also $\frac{2}{3}$ Pfg. zahlte jene Familie für den Kopf und Tag dem Zwischenhandel für die Beschaffung jener Artikel. Welch ein Geschrei hat man um die $\frac{2}{3}$ Pfg. erhoben! Man kann es wohl mit Recht als viel Lärm um Nichts bezeichnen.

Bei einem mittleren Beamten, der bei 3000 Mark Einkommen eine Familie von drei Köpfen zu ernähren hatte, konnte bezüglich 34 gekaufter Artikel folgendes festgestellt werden:

Bei 11 Artikeln hatte eine Vertheuerung durch den Zwischenhandel überhaupt nicht stattgefunden. Dagegen war eine solche bei 23 Artikeln in die Erscheinung getreten. Der gesammte Aufschlag für diese 23 Artikel hat während eines Jahres 18.40 Mk. betragen. Für den Kopf und den Tag ist der in Rede stehende Haushalt demnach nur mit 1.7 Pfg. belastet worden. Da dem Kaufmann die verkauften Mengen selbst 122.90 Mark gekostet haben, so stellt sich sein Bruttoertrag auf 15 Prozent. Rechnet man nun etwa 8 bis 10 Prozent für Verwaltungskosten, Arbeitslohn und Risiko, so bleibt ein so verschwindender Restbetrag für Kapitalverzinsung und Kapitalgewinn, dass darüber nicht viel Aufsehens gemacht werden kann, namentlich wenn man bedenkt, dass bei vielen Artikeln überhaupt keine Vertheuerung durch den Zwischenhandel stattgefunden hatte, und Kapital und Arbeit auch hier eine Entschädigung beanspruchen muss.

Und nun noch ein Beispiel. Ein Beamter mit 6000 Mark Gehalt, dessen Familie aus acht Köpfen bestand, hatte über sämtliche Ankäufe seines Haushaltes im Jahre 1886 genau Buch geführt. Es konnte hier festgestellt werden, dass von 60 von Zwischenhändlern erstandenen Artikeln 18 Artikel im Durchschnitt ohne jede Vertheuerung, also genau zu den Grosshandelspreisen abgegeben waren. Bei den übrigen 42 Artikeln hatte ein Preisaufschlag stattgefunden. Der Preisaufschlag bezifferte sich auf 39.22 Mark. Er betrug sonach pro Kopf und Tag der Familie 1.35 Pfg. Wenn diese Belastung im Jahre 1886 mit der gleichen von 1878 verglichen wird, und man hierbei die sicher zu berechnenden Artikel nur in Frage zieht, so hat während dieses Zeitraumes von acht Jahren die Vertheuerung der Preise durch den Zwischenhandel um

etwa 17 Prozent abgenommen, eine Verringerung, die der wachsenden Konkurrenz zugeschrieben werden dürfte, und die den alten Satz bestätigt, dass durch den sich steigenden wirthschaftlichen Wettbewerb die Preise an die äusserste Grenze des Zulässigen gedrückt werden und der Unternehmervorgewinn dabei in wachsendem Masse geschnitten wird.

Es ist dies gleichfalls ein Beweis dafür, dass es falsch ist, darüber Klage zu führen, dass der Zwischenhandel sich zu sehr vermehrt. Im Gegentheil wird hierdurch wieder einmal das Wort des Altmeisters auf ökonomischem Gebiete, Adam Smith, bestätigt, welches lautet: „Die Vorurtheile mancher Publizisten gegen die Ladenhalter und Kauflleute sind gänzlich ohne Begründung, weit entfernt davon, dass es nothwendig ist, sie zu besteuern oder ihre Zahl zu beschränken, können sie umgekehrt niemals so vermehrt werden, dass sie das Publikum schädigen, obwohl sie dabei einander schädigen mögen.“

Diese Worte zeigen uns, dass schon vor hundert Jahren der Zwischenhandel fast mit denselben Worten angegriffen wurde wie jetzt, und dass die Nationalökonomien sich damals schon berufen fühlten, ihn gegen ungerechtfertigte Angriffe neidischer Gegner und Konkurrenten zu vertheidigen.

Dass die Vertheuerung der Preise durch den Zwischenhandel gering, ja verschwindend klein ist, leuchtet für Jeden, der für diese wirthschaftlichen Fragen nur halbwegs ein Verständniss hat, ohne Weiteres ein. Dennoch fragt es sich, ob diese Ausgabe nicht beseitigt werden kann? Bei Beantwortung dieser Frage müssen wir untersuchen, was der Zwischenhandel für diese geringen Abgaben Alles zu leisten vermag, und thatsächlich für den Konsumenten leistet.

Welche Bedingungen legt die richtige Führung eines Geschäftes dem Zwischenhändler auf? Er muss Laden- und Magazinräume haben, Personal beaufsichtigen, Kredit geben, Risiko tragen, praktische Erfahrungen und das erforderliche Kapital besitzen, muss mit den Produzenten einen fortwährenden Briefwechsel unterhalten und was der Vorrichtungen mehr sind.

Hierzu ist der Konsument, der in unserer arbeitsreichen Zeit auch meistens seinen eigenen Berufspflichten nachzugehen hat, nicht im Stande. Die Arbeit, die hiermit verbunden ist ist gross und mühsam, dass es nicht möglich ist, dieselbe neben der Berufsthätigkeit zu bewältigen. Der Konsument wird lieber eine Abgabe von 30, 40, ja 50 und mehr Mark an den Zwischenhändler entrichten, wenn ihn dieser solcher Mühewaltungen überhebt.

Aber selbst wenn der Konsument wollte, ist es ihm meistens nicht möglich, direkt vom Produzenten seine Waaren zu beziehen und seine Bedürfnisse zu decken.

Demnach ist nicht der geringste Grund vorhanden, auf den Zwischenhandel mit missgünstigen Augen zu blicken und seine wirthschaftliche Berechtigung anzutasten. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Mittheilungen.

Die ungarische Regierung hat aus Konsular-Berichten und zahlreichen Zeitungsnotizen Kenntniss erlangt, dass **im Auslande künstlich hergestellte Weine** oder von nur theilweis aus ungarischen Weinen und anderen Stoffen erzeugte und gemischte Getränke dort unter der Benennung „ungarische Weine“ (als tokajér, rustér, carloviczér, villányér, monesér, érmellékér) in Verkehr gebracht werden, und dass auf diese Art die betreffenden Verkäufer nicht nur die ungarischen Produzenten damit schädigen, dass sie den Kredit der

ungarischen Weine benachtheiligen, sondern auch die Käufer irreführen, insofern diese in der Meinung sind, dass sie von den benannten Gegenden stammende Weine erhalten.

In Ungarn wurden Kunstweine auch bisher kaum fabrizirt, weil solche Weine in Ungarn keinen Absatz gefunden hätten, da auch trotz der Verheerungen der Phylloxera und Peronospora noch immer soviel Wein vorrätig ist, und jährlich produziert wird, dass sich eine Fälschung nicht verlohnen möchte.

Da aber die ungarische Gesetzgebung sah, dass im Auslande unter der Benennung von ungarischen Weinen Schwindel getrieben wird, hat sie am 4. Januar 1894 ins Leben tretendes spezielles Gesetz über das Verbot der Erzeugung von Kunstweinen und deren Verkehrsetzung (Gesetz-Art. XXIII ex 1893) geschaffen zu dem Zwecke, damit die natürliche Qualität der ungarischen Weine und der ursprüngliche Charakter der Weingegenden möglichst gewahrt sei, und dass sowohl dem einheimischen als auch fremden Käufer volle Garantie dafür geboten sei, dass der auf dem Gebiete der ungarischen Krone gekaufte Wein tatsächlich hier produziert und ein den ungarischen Weinen entsprechender unverfälschter sei. Dieses Gesetz und die bezügliche Durchführungs-Verordnung verbietet auf dem Gebiete Ungarns unbedingt die Erzeugung und den Vertrieb von Kunstweinen. Es erklärt den Wein für Kunstwein, wenn er nicht ausschliesslich aus Weintrauben oder aus Traubenmost verfertigt wird, und wenn zu dem aus Traubensaft erzeugten Most oder Wein ausser raffinirtem d. i. 95prozentigem Sprit oder Cognac, Wasser oder welch immer anderen Stoff oder Flüssigkeit zugesetzt wird. Das Gesetz verbietet unbedingt und bedroht mit Strafe sogar die Annoncierung von zur Kunstweinfabrikation geeigneten Stoffen.

Die Durchführungsverordnung stellt die Grundsätze der erlaubten Mostverbesserung und rationellen Kellerwirtschaft fest, umschreibt aber diese derart, dass die natürliche Qualität des Mostes und Weins unbedingt gewahrt werde.

Besonderes Gewicht legt das Gesetz auf die unverletzte Wahrung des besonderen Charakters der Tokajer, Hegyalja'er und Szamorodner Weine, sodass z. B. dem in diesen Gegenden produzierten Moste nicht mal Zucker zugesetzt werden darf.

Der Most ist übrigens bereits zur Zeit der Weinlese Gegenstand behördlicher Aufsicht.

Unter der Benennung „Champagner“ darf nur ein ausschliesslich aus Traubensaft, bezw. Naturwein bereiteter kohlensäure-haltiger Wein in Vertrieb gesetzt werden, in welchem die Kohlensäure auf natürlichem Wege entwickelt und zurückgehalten wurde und welchem aus reinem Wein mit Zucker, Sprit oder Cognac bereiteter Liqueur zugesetzt wurde. Wein, in dem die Kohlensäure (reine flüssige Kohlensäure) künstlich eingeführt ward, kann unter der Benennung „kohlensäurehaltiger Wein“, „mit Kohlensäure gesättigter Wein“ oder einfach „Schaumwein“ verkauft werden.

§ 4 der Verordnung stellt die Benennungen der Weingegenden obligatorisch fest und bestimmt, dass der Produzent oder Händler jeden im Lande gefechsten Wein, wenn er sich mit allgemeinen Benennungen (als Tischwein, alter Wein, Dessertwein) nicht begnügen will, sondern auch mit dem Namen seiner Ursprungsgegend versieht; demselben nur den Namen jener

Gegend oder jener betreffenden Gemeinde dieser Gegend oder jenes Gebirges, wo der Wein wirklich produziert wurde, beilegen darf. — Die Königlichen Ungarischen Behörden sind angewiesen worden, das Gesetz und die Verordnung streng zu vollziehen und ausserdem sind zur fachmännischen Entscheidung Weinuntersuchungskommissionen errichtet worden.

Nach einer Mittheilung der hiesigen Kaiserlichen Reichsbankstelle hat das Reichsbank-Direktorium angeordnet, von der Erhebung einer Gebühr (Courtage) bei der Abgabe von **Auslandwechseln** aus dem Portefeuille der Reichsbank Abstand zu nehmen und die Gebühr für die kommissionsweise Beschaffung solcher Wechsel an der Börse von 1 auf $\frac{1}{2}$ vom Tausend — mindestens 50 Pfennig für jeden Posten von Wechseln auf dasselbe Land — herabzusetzen, sofern in beiden Fällen für den Geldbetrag vom Käufer der Papiere entweder Wechseldiskont- oder Lombardgeschäfte mit mindestens zehntägigem Zinsgewinn gemacht werden. Bei Zahlung des Rechnungsbetrages der Auslandswechsel oder eines Theils derselben in baar oder aus dem bestehenden Giroguthaben wird die Courtage für den in dieser Weise beglichenen Betrag in der bisherigen Höhe $\frac{1}{2}$ bzw. $1\frac{0}{100}$ berechnet.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 22. Januar 1894 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Böhmen:

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Melnik, Schlan, Saaz und Laun.

III. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Tetschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablonz, Semil, Turnau, Jicin, Podebrad, Jungbunzlau, Dauba, Böhmisches-Leipa und Münchengrätz, ferner die Stadt Reichenberg.

Mähren:

III. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Olmütz, Sternberg, Littau, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Hohenstadt, Schönberg, Wallachisch-Meseritsch, Weisskirchen, Neutitschein und Mistek, ferner die Stadt Olmütz.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Bars, Pressburg, Komorn und Gran.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutliffen 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigegebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: **Dr. Vosberg-Rekow**, Syndikus der Kammer.

No. 4.

Braunschweig, April-Mai-Juni-Nummer.

1894.

In Folge des Wechsels im Syndikat der Handelskammer ist ein rechtzeitiges Erscheinen der April-, Mai- und Juni-Nummern nicht zu ermöglichen gewesen. Eine Nachlieferung dieser Nummern ist aus weiteren Gründen nicht angängig. Mit den vorliegenden Blättern, die an die bisherigen Abonnenten der Monatsschrift gratis abgegeben werden, sollen daher nur die Artikel, welche in der März-Nummer begonnen sind, vervollständigt werden. Bezüglich des Weiter-Erscheinens der Monatsschrift beziehen wir uns auf die der Juli-Nummer vorausgeschickte Erklärung.

Braunschweig, im Juni 1894.

Verlag der Monatsschrift für Handel und Industrie.

Albert Limbach.

Zollpolitik im Deutschen Reiche.

(Schluss statt Fortsetzung.)

Ich werde nun an der Hand des Tarifes nacheinander diejenigen Positionen besonders besprechen, welche für die hieselbst vertretenen Industrien von Bedeutung sind, nämlich die Eisenzölle, die Holz-zölle, die Zölle auf Glas, auf Baumwolle, auf Papier und Pappwaaren, auf Leinengarne, auf Flachs, Ziegeln, Mühlenfabrikate, Bier und Hopfen. Freilich muss ich mich um der Fülle des Stoffes willen auf das Nothwendigste beschränken, wenngleich jede dieser Zollpositionen einen mehr oder minder heftigen Interessenkampf hervorgerufen und eine ganze Literatur an Brochüren und Druckschriften gezeitigt hat.

Eisen und Eisenzölle.

Das Eisen nimmt in der industriellen Produktion eine eigenthümliche Stelle ein. Während nämlich bei fast allen anderen Welthandelsgütern mit der Steigerung der Produktion ein Niedergang der Preise verbunden ist, steigt beim Eisen Produktionsmenge und Preis gleichzeitig, und je länger der gute Preis anhält, je gewaltiger schwillt auch die Produktion. Mit jedem Aufschwunge, welchen die Wirthschaft erfährt, steigt auch die Raffinirung des Roheisens; jede Erschütterung führt eine Einschränkung des Eisengewerbes herbei. So reflektiren sich die mächtigen Einflüsse der Gründungsperiode 1871—1873, sowie die Krisenjahre 1874—1879, die des Aufschwunges von 1883 und die des wirthschaftlichen Stillstandes in den Jahren 1884 und 1885 genau in den Zahlen der Eisenverhüttung.

Der Grad der Erwerbsthätigkeit der einzelnen Völker lässt sich prächtig am Eisenverbrauch messen. Jeder Erdbewohner konsumirt durchschnittlich 14 kg Eisen p. a. Ein Einwohner von England aber ist mit 121 kg p. a., ein Russe mit 12 kg, ein Britischost-

indier gar nur mit 1 kg daran betheiligt: ein getreues Abbild der kulturellen Bedeutung dieser Länder.

Die Produktionsziffer des Roheisens giebt das verlässlichste Bild von dem Zustande der weitverzweigten Eisenindustrie.

Die Roheisenerzeugung hat im Jahre 1873 mit beinahe 15 Mill. Metertonnen den ersten, im Jahre 1883 mit 21.5 Mill. Metertonnen den zweiten Höhepunkt erreicht.

Noch im Jahre 1788 produzierte England nur 68 000 Tonnen, im Jahre 1873 schon 6.7 Mill., 1882 gar 8.7 Mill. Tonnen. In Preussen 1826 nur 43 500 Tonnen, 1882 aber 2.5 Mill. Tonnen. Aehnlich stieg die Produktion in den übrigen Ländern. Deutschland nimmt in der Reihe der Eisenproduktions-Länder den dritten Rang ein; nur England und die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas stehen ihm voran.

Bis 1873 waren in Deutschland 456 Hochöfen gebaut. Davon standen 1873 noch 360 in Betrieb, 1879 aber nur noch 210. Im Jahre 1883 aber waren von 318 vorhandenen Oefen 258 wieder im Gange. Es erzeugte aber ein Hochofen durchschnittlich im Jahre 1878 je 6 691 Tonnen, im Jahre 1885 aber 13 783 Tonnen.

Diese Zahlen beweisen deutlicher als alles Andere, welchen gewaltigen Schwankungen das Eisengewerbe seit den sechziger Jahren unterworfen war. Anfang der siebziger Jahre trat eine unerhörte Expansion ein, welche von 1869 bis 1873 jährlich sich auf die kolossale Menge von 5 Mill. Meterzentner belief. Der Krieg war vorüber, die Gewerbe nahmen einen ausserordentlichen Aufschwung: nahmen doch zwischen 1871 und 1874 die Eisenbahnstrecken allein in Deutschland um 3800 km zu, in ganz Europa um annähernd 18 000 km! Noch im Jahre 1874 haben allein die deutschen Eisenbahnen bestellt: 1066 Lokomotiven, 1466 Personenzüge, 15 044 Güterwagen und für ca. 100 Mill. Mk. Eisenbahnschienen! Der Aufschwung, welchen die Eisen-

industrie in dieser Zeit nahm, war grossartig. Bedurfte eine solche Industrie eines Schutzes? Keiner vermochte sich das vorzustellen, und so kam das Gesetz vom 7. Juli 1873 zu Stande, welches die Aufhebung der Eisenzölle für die nahe Zukunft aussprach. Aber es kam auch der Krach. Im Nu verschwand der bisherige Riesenbedarf, die Ueberproduktion sass auf dem Trockenen. Rascher Krebsgang trat ein, der im Jahre 1878 seinen tiefsten Punkt erreichte. Die Preise für Westfälisches Spiegeleisen betrugen ab Werk per Metertonne 1873 noch 234 Mk., 1878 waren sie bis auf 68 Mk. gefallen!

Die Eisenzölle waren seit 1834 vielfach geändert worden. 1834—1844 ging Roheisen zollfrei ein, Schmiedeeisen und Stahl zahlte 3 Mk. per Ctr. Vom 1. September 1844 ab ward Roheisen mit 1 Mk. per Ctr. belegt, Schmiedeeisen und Stahl mit 4.50 Mk. bzw. 7.50 per Ctr.

Mit dem 1. Juli 1865 trat eine Herabminderung für Roheisen auf nur 0.75 Mk. per Ctr. ein, weil an diesem Termine der deutsch-französische Handelsvertrag in Kraft trat. Seitdem folgten weitere Herabsetzungen am 1. Juli 1868 auf 0.50 per Ctr., 1. Oktober 1870 auf 0.25 per Ctr., bis das Gesetz vom 7. Juli 1873 den Zoll ganz aufhob. Bis zum 1. Januar 1877 sollte Schmiedeeisen und Stahl gleichfalls frei werden, nachdem die Sätze entsprechend auf 2.50 Mk., 1.75 und 1 Mk. herabgesetzt waren.

Angesichts der Depression seit 1873 setzte die Agitation der Eisenindustriellen gewaltig ein. Die Preise waren unter die Selbstkosten gesunken; die Lage in England gleich schlecht; so half auch die Einschränkung der Produktion nichts, denn England hätte die Lücke sofort wieder ausgefüllt. Dazu kam, dass England billigere Löhne und Arbeit aufzuweisen hatte und dass in Frankreich der Gusseisenindustrie die Titres d'acquit à caution zu Hilfe kamen. Man erstrebte, abgesehen von einer geringen Minderheit, den Schutz und drang durch, wie ich schon oben auseinandergesetzt habe.

Die Zollpositionen des Tarifs von 1879 darf ich als bekannt voraus setzen. Seine Wirkung blieb nicht aus; ihr und dem allgemeinen wirtschaftlichen Emporstreben war es zu danken, dass schon 1879 eine, wenn auch vorübergehende Preisbesserung eintrat. Die Produktion ging fröhlich vorwärts bis 1883. Von da an nahm sie wieder ab. Die Preise freilich sind auf einen noch nie dagewesenen niedrigen Stand gesunken (1885 schon 43—51 Mk. gegen 115 im Jahre 1879), dafür sind aber auch die Gestellungskosten seitdem bedeutend kleiner geworden. Die Eisenindustrie befindet sich augenblicklich in einer durchaus nicht günstigen Lage; aber sie erscheint zunächst doch vor allzu heftigen Umwälzungen bewahrt. Wesentliche Tarifänderungen hat sie bisher nicht erfahren.

Die Sätze der Position Eisen aber, welche der Tarif von 1879 enthält, bleiben mit Ausnahme derjenigen für Roheisen und für bessere Kleiseisenwaren durchweg unterhalb der Sätze von 1870.

Holzzölle.

Holzzölle waren 1879 nichts Neues mehr. Sie bestanden schon seit Beginn des Jahrhunderts und zwar unter mancherlei Anomalien, wie z. B. lange Zeit in einem Theil von Deutschland Rohholz höher belastet war wie verarbeitetes. Auch waren die Sätze für die preussischen Ostseeprovinzen lange Zeit verschieden von denen des Westens.

Brennholz und Reisig zahlte 1821—1831 10 bis 12 Pfg., 1831—1865 ca. 15 Pfg. per cbm. Von da ab blieb es frei.

Bau- und Nutzholz zahlte 1821—1854 im preussischen Osten bei hartem Holze 0.50 Mk., bei weichem 0.10 Mk. 1854—1865 bei hartem Holze 0.60, bei weichem 0.12 Mk.

In den Westprovinzen:

1821—1832	0.50 Mk. und 0.10 Mk.
1832—1843	1.26 " " 0.63 "
1843—1865	0.96 " " 0.36 "

Gesägtes Nutzholz hatte besondere Sätze.

1865 bis 1879 war alles dies frei. Seit 1879 wird ohne Unterschied, ob weich oder hart, von Rohnutzholz ein Zoll von 0.60 Mk., von gesägtem von 1.50 Mk. erhoben.

Holzborke und Gerberlohe war von 1822—1879 frei gewesen. 1879 traf sie ein Zoll von 0.60 Mk. für 100 kg. Dagegen war früher ein Ausfuhrzoll für Lohe und Rinden zu zahlen, der im Jahre 1865 fortfiel.

Ein Blick auf das Ausland zeigt uns, dass Zollfreiheit für jedes Nutzholz hat:

Oesterreich-Ungarn, Schweden, Niederlande und England, für die wichtigsten Artikel auch Russland, Frankreich, Norwegen.

Niedrigere Nutzholzzölle als diese hat die Schweiz,

Höhere hat Dänemark (dreimal)

Belgien (fünf bis sechsmal)

Nordamerika (sechs- bis zehnmal).

Freiheit haben also, wohl bemerkt, sowohl Länder des Ueberflusses, als des Holzmangels.

Die Reichsregierung hat ihren Holzzoll 1879 uns sehr dürftig motivirt. Er sollte als Finanz-, Kampf- und Schutz Zoll wirken. Die Rente der Staatsforsten sank, der Holzimport stieg. Deutschland habe Gegenden, welche gute Lohrinde produziren könnten, wenn nur ein entsprechender Preis zu erzielen wäre. Statt dessen ginge es mit dem Schälwaldbetriebe bergab, die Lohreeinfuhr aber nahmen zu. Sie betrug allein aus Oesterreich 1864 = 94 844 Ctr., 1877 = 1 135 020 Ctr.

Der Bedarf an Bau- und Nutzholz könne im Inlande gedeckt werden. Habe doch in den Jahren 1862—1865 die Ausfuhr zweimal die Einfuhr übertroffen.

Die Einfuhr betrug aber mehr als die Ausfuhr

1864 = 8.6 Mill. Ctr.	} und sind seitdem nicht wieder unter
1871 = 19.7 " "	
1872 = 43.3 " "	
1873 = 58.3 " "	

3.63 Mill. Ctr. herabgegangen.

Der Zoll auf Holzwaaren sei die Konsequenz des Nutzholzzolles.

Im Jahre 1883 hat der Reichstag über eine weitere Erhöhung der Holzzölle und zwar um das Dreifache der seitherigen Sätze für rohes Bau- und Nutzholz und um das 2.8fache für vorgearbeitetes Holz verhandelt.

Es würde zu weit führen, hier die zahlreichen Gründe zu erörtern, welche auch von fachmännischer Seite gegen die Holzzölle erhoben worden sind. Erwähnt sei nur, dass z. B. selbst nach dem Urtheile des Oberforstmeisters Dankelmann die Einfuhr von Rinde unentbehrlich ist. Die deutsche Schälwaldfläche von 450 000 ha deckt den Bedarf nicht mit ihrem Ertrage von ca. 100 000 Tonnen Rinde.

Von 1872 bis 1881 führen wir durchschnittlich 6761 Tonnen lohbares Leder aus; die Mehreinfuhr von Häuten und Fellen aber erfordert allein 175 000 Tonnen Rinde. Unsere Veredelungsindustrie ferner ist durch die Holzzölle vielfach ruiniert worden, Durchfuhr, Zwischenhandel und Rhederei ist gestört. Dagegen ist die Lage der Forstwirtschaft keineswegs eine so gedrückte, wie die Interessenten vorgeben. Auch dürfte die Regierung für die Behauptung, dass der inländische Bedarf im Inland gedeckt werden könne und Einfuhr nicht nöthig sei, den Beweis schuldig bleiben müssen. Auch geniessen unsere Waldprodukte doch schon einen ansehnlichen Schutz durch die Höhe der Transportkosten vom Auslande her. Nach alledem vermag ich persönlich mich für die Holzzölle nicht zu erwärmen.

Zölle auf Glas und Glaswaaren.

Die Glasindustrie ist nicht nur direkt an der Tarifposition für Glas und Glaswaaren interessirt, sondern auch indirekt durch die Zölle auf Chemikalien. Der beschränkte Raum dieser Ausführungen gestattet mir jedoch nur auf die eigentlichen Glaszölle einzugehen.

Die Bedeutung der deutschen Glaswaarenproduktion wird sofort klar, wenn man nur die Zahlen eines Jahres anführt. Es betrug nämlich beispielsweise im Jahre 1878 die Einfuhr 241 300 Ctr., die Ausfuhr 879 380 Ctr. Die Hauptkonkurrenten sind Oesterreich, England, Frankreich und Belgien. Es werden jedoch nicht überall alle Glasarten gleichmässig produziert, sondern jedes Land hat seine vorzüglichen Spezialleistungen. Daher kommt es, dass der Austausch zwischen den Ländern der Glaserzeugung ein sehr reger ist, und daher kommt es auch, dass ein Zoll auf Glas nicht ohne weittragende Bedeutung scheint.

Der Tarif von 1879 enthält für Glas je nach der Art der Waare verschiedene Positionen. Die geringsten Sorten, gemeines Hohlglas, Glasmasse, Email- und Glasurmasse, rohe gerippte Gussplatten, rohes optisches Glas, Glasröhren und Glasstängelchen werden in Deutschland zumeist fabrizirt, sind deshalb also am wichtigsten. Der Tarif belegt ordinäres Glas mit 3 Mk. Zoll. Warum ist nicht ersichtlich. Denn es übertraf z. B. in den Jahren 1872—1877 die Ausfuhr die Einfuhr um das Zehnfache. Gerade der stärkste Theil unserer Glasindustrie, welcher das Ausland weit überholt hat, bedarf doch sicherlich keines Schutzes. Begründet wurde die Massregel damit, dass Oesterreich neuerdings einen Zoll auf grünes Hohlglas erhebe, dadurch aber die deutsche Konkurrenz leicht verdrängt werden könne. Leider ist dabei nicht ersichtlich, wie dies durch einen deutschen Zoll auf Rohglas verhindert werden soll, da ja offenkundig Oesterreich fast nur feine Glaswaaren nach Deutschland einführt.

Wichtig ist die neue Art der Verzollung des Tafel- und Fensterglases nach der Grösse, welche von den Kreisen der Industrie freudig begrüsst worden ist. Gerade beim Tafelglas aber kommt die Konkurrenz des Auslandes in Betracht. Es betrug z. B. die Einfuhr dieses Artikels im Jahre 1875=114 000 Ctr., die Ausfuhr dagegen nur 39 500 Ctr. Hier ist die belgische Industrie der unserigen am gefährlichsten. Abgesehen davon, dass belgisches Glas auch über Hamburg eingeführt wird, gingen durch die deutsche Zollgrenze 1878 allein aus Belgien 49 160 Ctr., die Ausfuhr deutschen Tafelglases aber, die 1869 noch 98 777 Ctr. betragen hatte, war 1872 bereits auf 29 224 Ctr. zurückgegangen. Daraus ersieht man, dass sich die Fabrikation von Tafelglas in einer traurigen Lage befindet.

Belgien besitzt eine alte Glasindustrie, es hat 212 Tafelglasöfen, Deutschland dagegen nur 116. Es hat billige Kanal- und Wasserfrachten für Rohmaterial und Fabrikat. So zahlen z. B. die westfälischen Hütten pro Ofen und Jahr mehr an Fracht: für Sand 680 Mk., für Sulfat 660 Mk., für Kalk 289 Mk., für feuerfesten Thon 271 Mk., für Bretter 1255 Mk., in Summa 3155 Mk. Die Frachten für fertige Waaren nach den Exporthäfen sind in Deutschland $2\frac{1}{2}$ —4 mal so hoch als in Belgien; im Ganzen mögen die Produktionsverhältnisse Belgiens etwa 25 Prozent günstiger sein.

Dazu kommt aber, dass die Blüthe der Glasindustrie wie kaum einer anderen, bedingt wird durch die Geschicklichkeit der Arbeiter. Die belgische Glasindustrie aber besitzt hier einen vorzüglichen Stamm. Der Sohn tritt in die Fussstapfen des Vaters, die Geschicklichkeit wächst von Generation zu Generation, und da Belgien keine Fabrikgesetzgebung kennt, welche die Kindesarbeit wie in Deutschland beschränkt und verbietet, so tritt die Ausbildung von der frühesten Jugend an in ihre Rechte, die Lohnkosten sind geringer und die Ausnutzung der Öfen vollständiger.

Wie nachtheilig endlich auf die deutsche Glasindustrie lange Zeit das Fehlen eines Musterschutzgesetzes wirken musste, liegt auf der Hand. Nach alledem aber erscheint ein durchgreifender Zollschatz der Glasindustrie, wie er ihr durch den Tarif von 1879 gegeben worden ist, durchaus gerechtfertigt.

Baumwollzölle.

Die Frage der Erhöhung der Baumwollzölle ist eine der interessantesten aller Tarifrägen, aber sie ist auch sehr verwickelt; es ist unmöglich, hier auf ihre Einzelheiten einzugehen. Erinnert man nur daran werden, dass die führende Agitation der Baumwollspinner schliesslich auch die Schaffung der Zölle auf Flachs, Leinengarn, Leinwand, Seide und Wolle nach sich gezogen hat.

Die Baumwollen-Industrie ist von der wirthschaftlichen Krise später berührt worden, als die übrigen Weltindustrien. Nach dem gewaltigen Aufschwunge, den sie im Jahre 1873 etwas zu rasch genommen hatte, trat zwar im Jahre 1874 eine fühlbare Abschwächung ein, aber sie erholte sich 1875 auf 1876 wieder, und erst 1877 begann die Beengung, welche in den Jahren 1878 und 1879 zu einer förmlichen Deroute führte. Der allenthalben verminderte Wohlstand, die Einschränkung, welche sich alle Gesellschaftsschichten auferlegte, die Stockung durch den orientalischen Krieg, die Hungersnoth in Indien und China, alles das hat sie herbeigeführt. Erst gegen Ende des Jahres 1879 begann die Besserung, welche rasch zunahm, indessen 1882 durch Ueberproduktion resp. Sättigung der Absatzmärkte wieder zurückging. Die Jahre 1883 und 1884 waren von fortgesetzten Klagen begleitet; doch hielt man sich auf der alten Höhe. Misslungenes Streiks und Verbilligung der Gestehungskosten verbesserten sogar die Lage 1885 derart, dass die Baumwollenindustrie eigentlich aus der ganzen Periode der Depression siegreich hervorgegangen ist.

Einige Zahlen mögen die traurige Lage illustriren, in welcher sich diese Industrie 1878 befand und welche zur Einführung der Zölle geführt hat.

Deutschland zählte 1846=750 298 Spindeln, 1875 aber schon 2 700 862. Dagegen war die Baumwollengarn-Einfuhr von 634 382 auf 139 429 gefallen.

Sie stieg aber 1876 wieder auf 465 495, obgleich unterdessen der Elsass mit 1434 500 Spindeln hinzutreten war. Auf 1000 Einwohner des Zollgebietes kamen 1846 25 Spindeln, 1861 65 Spindeln, 1876 aber 66 Spindeln. Dagegen war in Sachsen die Zahl der Spindeln von 707 000 im Jahre 1861 auf 471 800 im Jahre 1875 gefallen. Auch der Elsass zeigte seit 1870 eine Verminderung um 123 000 Spindeln, von dem Rest waren dazu 70 000 unbeschäftigt. Im Jahre 1878 waren hier sogar 5—6000 mechanische Webstühle still. Allenthalben musste die Produktion eingeschränkt werden, die Lagerbestände erhöht werden, und das bei einer Industrie, deren Ausfuhr die Einfuhr um das Fünffache übertreffen hatte.

Allerdings wies der Export an Web- und Wirkwaaren die Menge von 254 000 Ctr. auf. Also lag das Bedenken nahe, dass durch die Zollvertheuerung fremder Garne dieser Export erschwert werden würde. Aber die Noth dieser Industrie, welche vor kurzer Zeit noch 192 315 Arbeiter beschäftigt hatte und jetzt nur noch 183 438 beschäftigte, überwog. Die Zölle wurden durchgesetzt und zwar für Baumwollwaaren 120 Mk. per 100 kg, während rohe Baumwolle naturgemäss frei blieb.

Wenn man die verhältnissmässig günstige Lage der Baumwoll-Industrie in Betracht zieht, so scheinen die Zölle, trotz des fortgesetzt niedrigen Preisstandes, ihrem Zwecke entsprochen zu haben.

Bemerken will ich noch, dass die Eigenthümlichkeit des Baumwollgewerbes die Einführung eines Staffeltarifes nöthig gemacht hat, weil sonst ein Andrängen

nach den größeren Garnnummern sich eingestellt hätte und Deutschland für die feinere Weberei vom Auslande abhängig geworden wäre.

Zölle auf Leinengarn, Leinwand.

Die Zölle auf Leinengarn und Leinwand stehen in eigenthümlicher Wechselwirkung zu den Baumwollzöllen. Wird nämlich die Leinwand durch einen Zoll zu sehr vertheuert, so kommt das offenbar sofort der Baumwolle zu Gute, und Weberei, Konfektion und die neu aufgeblühte Wäschefabrikation wird dadurch geschädigt. Darum musste man mit der Einführung eines Leingarnzolles sehr vorsichtig sein.

Die deutsche Leinenindustrie hatte sich zur Einführung des mechanischen Betriebes nur sehr langsam und gewissermassen widerwillig entschlossen. So war sie gegen das Ausland ins Hintertreffen gekommen, und die Einfuhr überwog die Ausfuhr bedeutend. Während des amerikanischen Krieges 1861—1865 war die Baumwolle theuer geworden, und die Leinenindustrie erfuhr naturgemäss dadurch einen Aufschwung. Leider hat Deutschland an demselben aber wegen seines Zurückbleibens nicht so grossen Antheil gehabt, als andere Länder. Dagegen würde die Konkurrenz insbesondere Belgiens mit seiner ausgedehnten Kinderarbeit gerade auf dem Gebiete der sog. Streichgarne beinahe erdrücken. Betrug doch die Einfuhr, welche sich 1861 nur auf $\frac{1}{3}$ der Produktion belaufen hatte, im Jahre 1875 bereits $\frac{2}{3}$ derselben. Die Produktionsmittel aber hatten sich ausgedehnt, denn man zählte an mechanischen Webstühlen 1861: 350, 1875 aber 8400, an Handstühlen 1861: 119346, 1875 aber: 146420. So kam denn der Leinenzoll zu Stande, obgleich die Regierungsmotive ausdrücklich ausgesprochen hatten, dass die deutsche Industrie auf diesem Gebiete durch eigenes Verschulden zurückgeblieben sei.

Ueber die wirthschaftliche Bedeutung des Zwischenhandels und seinen Einfluss auf die Waarenpreise.

(Schluss statt Fortsetzung.)

Wodurch kann der wirthschaftliche Gesamtwohstand des Landes gehoben werden? Dadurch, dass Handel, Industrie und Verkehr so sehr gefördert werden, dass das betreffende Land kräftig auf dem Weltmarkte aufzutreten vermag und mit den übrigen daselbst hervortretenden Staaten den Konkurrenzkampf mit Glanz zu bestehen im Stande ist. Durch Förderung der Ausfuhr, durch Anknüpfung von vortheilhaften Handelsbeziehungen mit dem Auslande, durch Vergrösserung des Absatzes im Aussenhandel gegenüber der Einfuhr, Erhöhung der Handelsbilanz, und in letzter Hinsicht, worauf es schliesslich ankommt, durch Stärkung der Zahlungsbilanz kann ein Staat, wie das Deutsche Reich, im Herzen von Europa, nur die Kraft und die Macht erlangen, dass es als ein allseitig gefürchteter Gegner auch ferner inmitten geharnischter und gewappneter Völker dazustehen vermag, dass es die gewaltigen Lasten des bewaffneten Friedens weiter tragen kann, und dass es im Stande ist, in seiner Rüstung, bezüglich des Heeres und der Flotte, falls die Nothwendigkeit sich einstellen sollte, Schritt für Schritt, langsam aber sicher fortzuschreiten.

Meine Herren! Würde dieses überhaupt wohl möglich sein, wenn Handel und Wandel zurückgedrängt werden, wenn man die Börse, diese höchste Blüthe des nationalen Wirtschaftsgetriebes, nicht zu reformiren trachtet, sondern systematisch Stück für Stück abschlachtet, wenn man das Deutsche Reich mit seiner Produktion nur auf sich verweisen wollte und durch eine Zollmauer vom Auslande ganz auf das eigene Land zugeschnitten werden müsste?

Meine Herren! Wollen wir zum Ackerbaustaate hinabsinken, so wird eine kleine Menschenmenge wohl friedlich und glücklich in Deutschen Landen leben können, die Lämmer im duftigen Grase am murmelnden Bache weiden, und die Ackerfurche beim Liederschalle der Lerche ziehen, aber mit der Ernährung von 50, vielleicht 60 Millionen Menschen, und mit unserer Machtstellung ist es für immer vorbei. Wollen wir aber mächtig und kräftig dastehen, dann müssen wir uns in bisheriger Weise weiter entwickeln.

Handel, Industrie und Gewerbe müssen gedeihen; denn nur wenn diese gedeihen, wird der vierte grosse Faktor im wirthschaftlichen Organismus, die Landwirthschaft, die ich hoch schätze und von deren grosser Bedeutung für das wirthschaftliche, gesellschaftliche und politische Gesamtleben des Staates ich überzeugt bin, sich entfalten und durch die bekannten, mit Missgunst betrachteten und viel angefeindeten Mittelspersonen stets kaufkräftige Abnehmer für ihre Erzeugnisse erlangen. Denn wenn wir die grossen Menschenmassen im Inlande nicht mehr ernähren können, wenn wir bedeutende Mengen durch Auswanderung in das Ausland abstossen müssen, wenn wir uns mit einer hohen Zollschranke umgeben und in Folge dessen den jetzt schon so sehr geschmälernten Aussenhandel und namentlich die Ausfuhr einbüssen, dann werden allmählich auch die Käufer für die landwirthschaftlichen Produkte seltener werden, die Nachfrage wird sich erheblich einschränken, und die Preise werden vor einem Heruntersinken nicht bewahrt bleiben. Alle künstlichen Veranstaltungen werden eine solche Entwicklung nicht zu hindern vermögen. Selbst der Zwischenhandel vermag dann nicht mehr der Landwirthschaft genügenden Absatz zu verschaffen. Die Ausfuhr von Waaren ist in den letzten Zeiträumen in geradezu beängstigender Weise zurückgegangen.

In Betreff der Konsumvereine sagte der Redner: „Ein wirksamer Wettbewerb mit den Genossenschaften dürfte nach der Richtung zu führen sein, dass der Konsument durch die That überzeugt wird, er kauft vortheilhafter vom Händler als innerhalb der Genossenschaft. Wie sollte solches auch anders sein können, da der Einzelne auf eigene Kosten wirthschaftet und demnach die umfassendsten Vorsichtsmassregeln trifft, während das Gebahren aus dem Säckel der Gesamtheit meistens nicht die erforderliche Sorgfalt in sich schliesst. Wenn nicht alle Wahrzeichen trügen, dürfte sich eine derartige Ueberzeugung selbst bei dem hartnäckigsten Genossenschaftsschwärmer nunmehr Bahn brechen. So hat sich z. B. in Italien, wo man seit einer Reihe von Jahren das Genossenschaftswesen, bei Anfangs übertriebenen Hoffnungen, lebhaft förderte, die anfängliche Begeisterung gegenwärtig bis auf den Nullpunkt abgekühlt. Selbst der begeisterte Genossenschaftsschwärmer Ugo Rabbeno spricht sich in einem seiner Werke in diesem Sinne aus. Es kann dies ja auch gar nicht ausbleiben!

Wer demnach im Prinzip auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung steht, kann sie nicht unterstützen. Wenn es dennoch staatsseitig geschieht, so würde solches ein immer stärkeres Hinneigen des Staates zum Staatssozialismus bedeuten, dem wir nicht zu folgen vermögen. . . .

Gegenwärtig klagt Jedermann über schlechte Zeiten, über Geschäfts- und Verdienstlosigkeit, über mangelndes Vertrauen und über fehlende Unternehmungslust! In solchen Zeiten ringt der Mittelstand besonders schwer um seine Existenz, und um sich über Wasser zu halten und um seine volkswirthschaftliche Wirksamkeit für den Staat und die Gesamtheit zu erhalten, ist das Aufgebot aller Kräfte erforderlich. Manchem gelingt es, Vielen gelingt es nicht; sie versinken in Nacht und Graus. Sie vermehren die Anzahl Derer, die nur durch ihre Arbeitskraft existiren, die nur allein ein Arbeits-einkommen besitzen, denen aber ein Einkommen auf

Grund irgend welcher Besitztitel versagt ist. Die grosse besitzlose Masse wächst und wächst, die Anzahl der Besitzenden schmilzt immer mehr zusammen, der Reichtum mehrt sich in einzelnen wenigen Händen, das Kapital oder der Grundbesitz konzentriert sich und schwillt progressiv an: Das Grössengesetz des Kapitals äussert in unerbittlicher Weise seine Wirksamkeit!

Je mehr dieser Prozess sich vollzieht, desto mehr tritt der soziale Auflösungsprozess des Staatswesens zu Tage. Er hat sich mit Naturnothwendigkeit vollzogen, wenn sich auf der einen Seite das gesammte Kapital in den Händen weniger Personen befindet, auf der anderen Seite ungezählte Millionen Besitzloser stehen, nur mit ihrer Arbeitskraft versehen; dann ist das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung naturgemäss in Erscheinung getreten. Was dann folgt, ist bloss eine Konsequenz des vorhergegangenen wirtschaftlichen Entwicklungsganges, eine Folgeerscheinung in der Kette, die den Auflösungsprozess des Mittelstandes gebildet hat.

Damit dieser verderbliche Entwicklungsgang sich in naher oder ferner Zeit nicht ereignet, muss die Erhaltung des besitzenden Mittelstandes die Parole der Zukunft sein! Der Mittelstand bildet das verbindende Glied zwischen Kapital, Grundbesitz und Arbeit, er ist das feste Rückgrat des gesammten Staatswesens, daher hat die Staatsregierung allen Ernstes dafür zu sorgen, dass er erhalten bleibt und nicht weiter verschwindet, nachdem er schon so viel eingebüsst und verloren hat.

Einen wesentlichen Theil des Mittelstandes bildet der Zwischenhandel. Würde dieser verschwinden, so würde der Mittelstand eine arge Einbusse erleiden. Alle jene, die den Zwischenhandel bekämpfen, die ihn dazu noch mit unlauteren Mitteln verunglimpfen, arbeiten den zerstörenden Mächten in die Hände, die bestrebt sind, das Staatswesen zu unterminiren und zu stürzen. Diejenigen aber, die bestrebt sind, den Zwischenhandel zu vertheidigen, ihn gegen Verdächtigungen und Verleumdungen in Schutz zu nehmen, tragen zur Stärkung des Staatswesens, zu seiner Erhaltung bei. — Handel, Industrie und Gewerbe, die den Kaufmannsstand bilden, haben die gleiche Bedeutung wie jeder andere Stand. Und nicht allein die gleiche Bedeutung, sondern eine höhere; denn da sie den Staat mit Lebenskraft erfüllen, ihn durch ihre ernste Arbeit kapitalkräftig machen, und somit seine Wehrkraft stärken und festigen, können

sie eine grössere Berücksichtigung verlangen als irgend ein anderer Stand. Wenn diese Würdigung bisher an hervorragenden Stellen nicht genügend durchgedrungen ist und man vielfach den Kaufmann mit missgünstigen, scheelen Blicken betrachtet, wirtschaftliche Nachtheile ihm sogar zugefügt, so hat der Kaufmannsstand nur seine Interessen in entschiedener Weise zu vertreten, ohne dass er mit anderen Berufszweigen in Konflikt zu gerathen braucht, muthig sich zusammen zu schaaren, Schulter an Schulter bei einander zu stehen, unbekümmert um politische Meinungen und sonstige differirende Anschauungen, die Jeder haben und behalten mag wie er will und wie er kann. Es gilt die Ehre des Standes zu wahren und zu schützen. Wenn Alle für Einen und Einer für Alle stehen, dann kann der endgültige Sieg in diesem aufgezwungenen Kampfe nicht ausbleiben!

Zu wirken bleibt aber durch Rede und Schrift und Druck, dass der Zwischenhandel und der gesammte Kaufmannsstand aus der schiefen Beleuchtung heraus und in die richtige Beleuchtung versetzt wird. Ganz besonders ist dafür Sorge zu tragen, dass bei den obersten Staatsbehörden Anschauungen und Aussprüche nicht unwidersprochen bleiben, die den Zwischenhandel als ein weniger selbständiges und nothwendiges Glied in der Kette des wirtschaftlichen Organismus erscheinen lassen.

Zum Mindesten ist aber zu verlangen, dass man der Volkswirtschaftslehre nicht allein auf dem Gebiete der Eisenbahnen, sondern auch auf vielen anderen Gebieten eine erheblich grössere Bedeutung als bisher beimisst, und wohlgemeinte Massnahmen, damit sie ihren Zweck wirklich erreichen, auf Grund nationalökonomischer Fachkenntnisse und Erfahrungen in Erwägung zieht. Nur dann wird das Gesamtinteresse und das Gesamtwohl des Staates nicht gefährdet werden!

Ihnen Allen aber, meine Herren, möchte ich zurufen: Steht fest zusammen, kämpft gegen alle die Bestrebungen, die offen oder mit verdecktem Visir die Existenz des Zwischenhandels und des gesammten Mittelstandes zu untergraben sich bemühen. Sie wirken damit staaterhaltend im vollen Sinne des Wortes; denn gerade der Mittelstand bildet eine der Hauptstützen des modernen Staatswesens! Für einen Erfolg wird mir nicht bange sein. Denn wenn man nur will, ist noch immer nichts verloren.“



Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: **Dr. Stegemann**, Syndikus der Kammer.

No. 7.

Braunschweig, Juli-Nummer.

1894.

Mittheilung.

Vom 1. d. M. ab ist die Redaktion der Monatsschrift für Handel und Industrie in die Hände des Unterzeichneten übergegangen. Wenngleich Verlag und Redaktion eine weitere Ausgestaltung bzw. Umformung der Monatsschrift, mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, für einen späteren Termin in Aussicht genommen haben, so war es doch nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, diese Umformung schon ohne Weiteres vorzunehmen. Die Monatsschrift wird demgemäß vorerst noch in der ihr von ihrem Begründer, Herrn Dr. Vosberg-Rekow, gegebenen Form als amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, und zwar regelmäsig im Titelmonate, erscheinen. Sie wird nach wie vor ihre eigentliche Bestimmung darin suchen, die Gewerbetreibenden über die Geschäftsthätigkeit der Kammer im Laufenden zu halten, Bekanntmachungen, sowie informatorische Notizen zu weiterer Kenntniss zu bringen und gegebenen Falles auch über den eigentlichen Amtsbereich der Kammer hinaus anregend zu wirken.

Da die Verlagshandlung sich bereit gefunden hat, das Unternehmen im Interesse des Gewerbestandes auch fernerhin aus eigenen Mitteln und unter pekuniären Opfern weiterzuführen, dürfen wir wohl an den Gewerbestand als solchen die Bitte richten, der Firma das von ihr übernommene Risiko durch Abonnementszeichnung einigermaßen zu erleichtern.

Braunschweig, den 1. Juli 1894.

Die Redaktion.

Dr. Stegemann,

Syndikus der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Amtlicher Theil.

A. Z. B. 1. — 2786/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen die nachfolgende Bekanntmachung zur Kenntniss der Interessenten:

*Royal Agricultural and Commercial Society
of British Guiana.*

Georgetown, March 1894.
British Guiano.

At a Meeting of the above Society, held on Thursday, March 8th, 1894, the following resolution was adopted: "That the sum of Two Hundred Dollars be paid from the funds of the Society, on the award of its Agricultural Committee, to such person or persons as shall, by the 30th of September next, inform this Society of some improved way of producing Caramel,—combined with its economical manufacture,—for colouring rum for market and producing the least degree of obscuration."

In accordance with the above resolution, the undersigned invites communications, to be addressed to him not later than the 30th of September next.

Thomas Daly,
Honorary Secretary,

Braunschweig, 19. Juni 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. C. 3. — 3457/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch nachstehendes Schreiben des Kaiserlichen Patentamtes

Berlin NW., den 19. Mai 1894,
Luiseustrasse 32/34.

Das Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 (Reichsgesetzblatt Seite 441) hat in den §§ 2 ff., 24 eine Vorprüfung der angemeldeten Waarenzeichen durch das Patentamt vorgeesehen. Nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes ist die Eintragung in die Rolle zu versagen, wenn das angemeldete Zeichen als ein Freizeichen anzusehen ist, und nach § 24 findet diese Vorschrift auch auf die gemäss dem Gesetze über Markenschutz vom 30. November 1874 eingetragenen Waarenzeichen Anwendung, falls dieselben zur Eintragung in die neuen Register angemeldet werden.

Als Freizeichen im Sinne des Gesetzes werden nach dem bestehenden Rechtsgebrauche solche Zeichen zu verstehen sein, welche zur Zeit der Anmeldung, sei es allgemein, sei es innerhalb gewisser Verkehrskreise, zur Bezeichnung der Waarengattung, für welche das Zeichen bestimmt ist, oder gleichartiger Waarengattungen bereits gebräuchlich sind.

Das Patentamt beabsichtigt, für die Zwecke der ihm obliegenden Prüfung eine Sammlung der im Verkehr befindlichen Freizeichen zu veranstalten und erlaubt sich zu diesem Behufe ergebenst zu ersuchen, diejenigen Zeichen, welche in dem dortigen Interessengebiete für gewisse Waaren allgemein benutzt werden oder zur Zeit der Eintragung in die bisherigen Register allgemein benutzt worden sind, unter Angabe der Zeit, seit welcher das Zeichen im freien Verkehr ist und der Waarengattungen, für welche es benutzt wird, gefälligst hierher mittheilen zu wollen.

Eine Zusammenstellung der auf Grund des Gesetzes vom 30. November 1874 eingetragenen Waarenzeichen findet sich in den „Nachweisungen der im Deutschen Reiche gesetzlich geschützten Waarenzeichen, herausgegeben im Auftrage des Reichsamts des Innern“. (Berlin, P. Stankiewicz' Buchdruckerei.)

Da der Tag des Inkrafttretens des Gesetzes vom 12. Mai d. J. auf den 1. Oktober d. J. bestimmt ist, so wird ergebenst gebeten, die Aeusserung gefälligst spätestens bis zum 1. September d. J. hierher gelangen lassen zu wollen.

Kaiserliches Patentamt.

In Vertretung:
Plath.

zur öffentlichen Kenntniss und bitten, etwaige Anträge bis zum 1. August uns zu übermitteln.

Braunschweig, 23. Juni 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. B. 7. — 3741/94.

Bekanntmachung.

Diejenigen Firmen in der Stadt Braunschweig, welche sich für berechtigt halten, von Zahlung des Messzolls befreit zu bleiben, ersuchen wir, ihre Namen bis zum 15. Juli 1894 in eine bei unserer Amtsstelle, Breitestrasse 9, ausliegende Liste in den Bureaustunden von 8—1 Uhr einzuzeichnen.

Braunschweig, 2. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

XVII. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 18. Juni 1894,

Nachmittags 3 Uhr

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend: sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Natalis-Braunschweig, Dr. Pfeiffer-Wendessen, Schmidt-Helmstedt, Corves-Blankenburg, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus.

1. Der Vorsitzende Kommerzienrath Jüdel eröffnet die Sitzung, indem er zunächst den neuen Syndikus der Kammer, Dr. Stegemann, durch Handschlag auf das von ihm übernommene Amt vereidigt. Er ertheilt danach dem Letzteren das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichtes.

2. Geschäftsbericht.

Referent: Der Syndikus.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Kammer seit deren letzter Plenarversammlung (19. März d. J.) ist als bemerkenswerth Folgendes hervorzuheben:

Die von der Kammer in Vorschlag gebrachte Umgestaltung der Interessenvertretung hat im Allgemeinen bei den Schwesterkammern keine ausreichende Unterstützung gefunden. Die theilweise ausführlichen Antwortschreiben lassen indess erkennen, dass wohl hier und da die Vorschläge der Kammer einigermassen missverstanden worden sind, insofern, als die Kammer

nicht für eine Vermischung der Interessen von Industrie, Handel, Landwirthschaft und Handwerk in Einer Interessenvertretung eintritt, vielmehr gesonderte Interessenvertretung in Handelskammern, Landwirthschaftlichen Kammern und Handwerkerkammern auch ihrerseits für unumgänglich hält, über diese Sondervertretungen hinaus es aber für zweckdienlich erachtet, wenn die häufig divergirenden Interessen der genannten Erwerbsgruppen in einer höheren Instanz, gleichsam in einen aus indirekter Wahl hervorgehenden Volkswirthschaftsrath, zusammengefasst werden und zum Ausgleich gelangen. Eine diesbezügliche weitere Einwirkung erscheint mit Rücksicht darauf, dass in den einzelnen Bundesstaaten die Frage der Interessenorganisation zur Zeit landesgesetzlich geregelt schon um deswillen nicht geboten, als wohl mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass die von der Kammer angestrebte Ausgestaltung sich auf dem natürlichen Wege der Entwicklung von selbst herausstellen wird, da gerade die zwischen den drei Interessengruppen zur Zeit bestehenden Gegensätzlichkeiten im Interesse des Gesamtstaates und auf der Grundlage einer staatlich geordneten Interessenvertretung eine Zusammenfassung und gegenseitige Aussprache in den gemeinsamen Angelegenheiten der nationalen Wirthschaft als dringend notwendig erwiesen haben.

Dem Beschlusse des Plenums entsprechend ist der Magistrat zu Holzminden ersucht worden, bezüglich einer Geleisverbindung des Bahnhofes Holzminden mit dem Weserquai der Kammer einen bestimmten Anschlag einzureichen. Ein Bescheid auf das Ersuchen ist von Seiten des Magistrats noch nicht ergangen.

Das Eisenbahnprojekt Braunschweig-Oebisfelde wird nach wie vor von der Kammer im Auge behalten, auch ist mit dem Magistrate zu Braunschweig, dem Beschlusse der Kammer genüss, Fühlung genommen worden.

In der Frage der Verlegung des Güterbahnhofes ist Seitens des hiesigen Eisenbahn-Betriebsamtes an die Kammer nachstehender Bescheid ergangen:

„Der Handelskammer erwidern wir auf die in dem angezogenen gefälligen Schreiben ausgesprochenen Wünsche ergebenst, dass wir uns nicht in der Lage befinden, eine andere Lösung der hiesigen Bahnhoffrage zu befürworten, als die, durch Verlegung des Güterverkehrs nach dem Ostbahnhofe, auf dem Hauptbahnhofe den Platz zu gewinnen, der zu einer dringend erforderlichen Erweiterung des Personenbahnhofes unbedingt erforderlich ist. Die seit Jahren vorgenommenen Vorarbeiten und die aufgestellten zahlreichen Entwürfe haben ergeben, dass dies die zweckmässigste und auch den allgemeinen Interessen am meisten entsprechende Erledigung der Bahnhoffrage ist und dass zur Herstellung eines den Anforderungen des gesammten Verkehrs genügenden Güter- und Rangirbahnhofes an der Stelle des Hauptbahnhofes weder in der Breite noch in der Länge Raum genug vorhanden ist.

Was die Frage der Erhebung von Ueberführungsgebühren angeht, so erscheint es uns wohl entbehrlich, darüber weiter zu verhandeln, so lange weder die Entwürfe für den Umbau der beiden Bahnhöfe feststehen, noch die Mittel für den Umbau bewilligt sind, noch auch nur annähernd der Zeitpunkt bestimmt werden kann, wann dieser Umbau beginnen und wann er vollendet sein wird.“

Die Handelskammer Insterburg hatte nachstehendes Rundschreiben an sämtliche Handelskammern versandt: „Bei der Präsentation von Wechslen durch die Post ist es hier als ein Uebelstand empfunden, dass der Wechselverpflichtete in dem Falle, dass er von dem Postboten nicht angetroffen wird, häufig ohne Kenntniss von der versuchten Präsentation bleibt und dann von dem Protest erhebenden Beamten überrascht wird. Diesem Uebelstande lässt sich unseres Erachtens ohne Beschwerung der Post abhelfen. Dem Auftrag zur Präsentation des Wechsels und eventl. zur Protesterhebung könnte ein gedrucktes Formular beigelegt

werden, welches die Benachrichtigung an den Schuldner enthält, dass ein Wechsel von anzugebender Höhe präsentirt sei und protestirt werden würde, falls nicht die Einlösung des Wechsels auf dem Postamt bis zu einer bestimmten Stunde erfolge. Diese Stunde müsste von dem präsentirenden Postamt durch Ausfüllung eines Formulars an der entsprechenden Stelle bestimmt, die sonstige Ausfüllung des Formulars jedoch von dem Auftraggeber verlangt werden. Dieser Zettel müsste von dem Postboten in der Wohnung des Schuldners zurückgelassen werden, wenn derselbe nicht Zahlung leistet.

Wir ersuchen Sie nun ergebenst um gefällige Mittheilung, ob ein Bedürfniss nach Abänderung des Verfahrens bei der Präsentation von Wechslen durch die Post auch dort hervorgetreten ist und ob dieses Bedürfniss durch die oben vorgeschlagene Einrichtung befriedigt werden würde. Im Bejahungsfalle bitten wir, uns zu ermächtigen, in einer an das Reichspostamt zu richtenden Eingabe uns auf Ihr Einverständniss mit der vorgeschlagenen Einrichtung berufen zu dürfen.“

Da auch diesseitig ein Bedürfniss nach Abänderung des gegenwärtigen Verfahrens bei der Präsentation von Wechslen durch die Post ohne Weiteres anzuerkennen ist, hat der Geschäftsausschuss sich der Vorstellung der Handelskammer Insterburg angeschlossen.

Gelegentlich der zwischen Deutschland und Portugal schwebenden Verhandlungen hat die Kammer über die für Braunschweig in Betracht kommenden Wünsche nach Berlin berichtet.

Von Seiten einer in Peine wohnhaften Firma war bei der Handelskammer Hildesheim Beschwerde über die erdrückende Konkurrenz der Wolfenbüttler Gefangenen-Anstalten in der Hanftaschenfabrikation erhoben und von der genannten Schwesterkammer zur thatsächlichen Feststellung übermittelt worden. Wie der an anderer Stelle dieser Nummer abgedruckte Schriftwechsel erkennen lässt, ist die Beschwerde der Firma nach jeder Richtung hin unbegründet gewesen, was diesseitig um so mehr zu verurtheilen war, als die in Rede stehende Firma über die thatsächlichen Verhältnisse aus eigener Erfahrung besser unterrichtet sein konnte, als der Inhalt ihrer Beschwerde erkennen liess.

Eine Anzahl untergeordneter Fragen wurde durch den Geschäftsausschuss in seinen Sitzungen vom 10. April, 20. April, 31. Mai und 6. Juni erledigt. In der Frage des unlauteren Wettbewerbes haben mehrfache Sitzungen des Ausschusses und der Unterausschüsse stattgefunden. Eine Spezialkonferenz wurde am 10. Juni mit sämtlichen Konservfabrikanten des Herzogthums über die Einführung der Sonntagsruhe und das Verbot der gesundheitsschädlichen Grünung von Konserven abgehalten.

Die Bureauthätigkeit ist durch gewerbestatistische Erhebungen sowie durch die Katalogisirung der Bibliothek voll in Anspruch genommen gewesen. Eine systematisch-statistische Uebersicht über die Verbreitung der Gewerbebetriebe grösseren Umfanges im Herzogthume, sowie eine generelle Exportstatistik für den Bezirk ist zur Zeit in Ausarbeitung.

Der Vorsitzende macht in Ergänzung des Geschäftsberichtes noch einige weitere, den Bau der Strecke Braunschweig-Oebisfelde, sowie die Bahnhof- und die Eisenbahndirektionsfrage betreffende Mittheilungen.

Da die Kammer im Uebrigen zu dem Geschäftsberichte des Syndikus nichts zu bemerken findet, geht dieselbe zum nächsten Punkte der Tagesordnung über.

Punkt 3 erledigt sich, da das Kammermitglied, Fabrikbesitzer Liebold, das von ihm eingereichte Entlassungsgesuch inzwischen wieder zurückgenommen hat.

4. Revisionsbericht für die Rechnungsführung pro 1892/93.

Referent: Herr Leo-Braunschweig.

Die Revision der Rechnungslegung für das Etatjahr 1892/93 hat zu Ausstellungen keine Veranlassung

gegeben. Referent beantragt, den Rechnungsführer, Herrn Dr. Schmidt, dementsprechend zu entlasten und ihm den Dank der Versammlung für seine Mühwaltung auszusprechen. Die Kammer beschliesst dem Antrage gemäss.

5. Rechnungslegung für das Etatjahr 1893/94.

Referent: Herr Leo-Braunschweig.

Referent giebt als Kassenführer einen Ueberblick über die thatsächlich gemachten Ausgaben. Kollegium hat zu der Rechnungslegung des Referenten nichts zu bemerken und betraut die Herren Gutkind und Lüttge mit der Revision des Kassenberichtes.

6. Ersuchen des kaiserlichen Patentamtes betr. die Feststellung der im Verkehre befindlichen Freizeichen.

Referent: Der Syndikus.

Das Kaiserliche Patentamt hatte sich unter dem 19. Mai mit einem Rundschreiben (siehe diess. Bekanntmachung) an sämtliche Handelskammern und so auch die hiesige Kammer gewandt.

Referent giebt eine kurze Erklärung des Begriffes der Freizeichen und weist im Besonderen darauf hin, dass der Gewerbestand selbst ein dringliches Interesse daran haben müsse, dass nicht Waarenzeichen, welche in den allgemeinen Gebrauch bestimmter Gewerbebezüge übergegangen seien, durch Eintragung in die bei dem Patentamte demnächst zu führende Zeichenrolle in das unaufsehbare Eigenthum eines Einzelnen übergingen. Unter diesem Gesichtspunkte erweise sich eine sorgfältige Aufstellung der wirklich als Freizeichen benutzten Waarenzeichen als unerlässlich. Eine derartige Zusammenstellung könne aber naturgemäss erschöpfend nur von der Zentralstelle bewirkt werden. Die Mitwirkung der einzelnen Kammern müsse sich wohl darauf beschränken, für die in ihrem Bezirke vorhandenen Hauptindustrien den Sachverhalt festzustellen. Er empfehle dem Plenum demgemäss, bei den wichtigeren Industriegruppen des Herzogthums dieserhalb Umfrage zu halten und daneben durch öffentliche Bekanntmachung zu etwaigen Initiativanträgen aufzufordern.

Kollegium beschliesst im Sinne des Antrages des Referenten.

7. Bewilligung eines Zuschusses für den Ausschuss zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals.

Referent: Herr Dr. Schmidt-Braunschweig.

Der Ausschuss zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals hat in nachstehendem Anschreiben die Gewährung eines weiteren Beitrages zu seinen Kosten nachgesucht.

„Nach dem einstimmigen Beschlusse des Ausschusses in seiner Sitzung vom 14. Januar d. J. ist die Ausschreibung einer vollen Umlage zur Bestreitung der ferneren Kosten der Agitation erforderlich, da die bisher bewilligten Beträge nahezu aufgebraucht sind. Ich darf daher an die beteiligten Körperschaften wohl hiermit die Bitte richten, den früher bewilligten und gezahlten Beitrag mir auch jetzt wieder zur Verfügung stellen zu wollen.“

Der allgemeine Stand der Mittellandkanal-Angelegenheit ist aus dem hier beigefügten Jahresberichte des Geschäftsführers, Ingenieurs Geck, für den „Verein für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt für Niedersachsen“, dessen Geschäfte laut Uebereinkommen mit besorgt werden, zu entnehmen. Wenn die Aussichten auch neuerdings durch die ausgesprochene Absicht, zeitraubende Neumessungen behufs Nachprüfung des von Herrn Regierungs- und Baurath Messerschmidt aufgestellten und von den Vertrauensmännern der Interessenten gutgeheissenen Planes vorzunehmen, insofern etwas getrübt erscheinen, als die Messungen wiederum eine längere Zeit in Anspruch nehmen, so dürfen wir uns doch der Hoffnung hingeben, dass die Königliche Staats-

regierung schnellmöglichst dem Landtage der Monarchie eine den Bau des Mittellandkanals betreffende Gesetzesvorlage wird zugehen lassen. Namentlich ist es das hohe Mass von Interesse, welches Seine Majestät der Kaiser und König dem baldigen Zustandekommen des Unternehmens entgegenbringt. Der Monarch hat in einer Unterredung, welche Allerhöchstderselbe mit mir erst vor Kurzem zu halten geruhte, ausdrücklich betont, dass es sein fester Wille sei, dass den Landtag in der nächsten Session eine Vorlage über den Mittellandkanal beschäftigen.

Es sind bislang zur Kasse gekommen:

1. An Beiträgen der beteiligten Korporationen	31 685.— Mk.
2. An Zinsen auf belegt gewesene Kassenbestände	1 291.38 „
	<u>= 32 976.38 Mk.</u>

Dagegen sind an Ausgaben bestritten:

1. Besoldung des Ingenieurs Geck etc.	17 416.54 Mk.
2. Feste Bureaukosten - Entschädigung desselben	1 500.— „
3. Auslagen desselben	1 880.15 „
4. Bureaukosten desselb. (Karten, Zeichnungen, Geschäftsutensilien, Buchbinderlohn etc.)	1 924.87 „
5. Reisekosten und Tagegelder desselben	7 480.— „
6. Druckkosten	1 060.22 „
7. Schreibgebühren incl. stenographische Aufnahme	157.04 „
8. Portoauslagen	189.20 „
	<u>= 31 608.02 Mk.</u>

Hiernach beläuft sich der zeitige Kassenbestand auf 1368.36 Mk.

Wenn daher das Ziel unserer Bestrebungen nicht mehr in weiter Ferne, sondern recht nahe ist, so werden wir doch in unserer Agitation nicht erlahmen dürfen, bis wir es vollends erreicht haben. Ich darf daher mich der Hoffnung hingeben, dass die Handelskammer wie bisher zur Mithilfe durch Zahlung des bisher bewilligten Betrages von 300 Mark wiederum sich bereit finden wird.“

Referent hält es mit Rücksicht auf die ganze Sachlage für empfehlenswerth, das Gesuch nicht abschlägig zu bescheiden. Wenn auch der preussische Landtag sich aus allgemeinen parteipolitischen Rücksichten seiner Majorität vorerst noch dem wichtigen Projekte gegenüber ablehnend verhalten habe, so sei diese augenblickliche unglückliche Parteikonstellation doch nicht als dauernd anzusehen. Diese Auffassung theile zu Mindesten auch das preussische Staatsministerium. Das Landesinteresse Braunschweigs erfordere unter diesen Umständen jedenfalls, dass die Kammer mit dem zentralen Agitationskomité in Fühlung verbleibe, und das der Kammer zugemuthete Opfer von 300 Mark sei nicht zu hoch, als dass man um deswillen die seitherige Verbindung mit der Gesamtheit der Interessenten lösen solle. Er empfehle daher die Bewilligung eines weiteren Zuschusses von 300 Mark an den Ausschuss in Hannover.

Kollegium tritt nach kurzer Debatte dem Antrage des Referenten bei.

8. Gesuch des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig um Beitritt der Kammer als ausserordentliches Mitglied, sowie

9. Gesuch des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands um Beitritt der Kammer als ausserordentliches Mitglied.

Referent: Herr Lemmer-Braunschweig.

Die beiderseitigen Gesuche haben nachstehenden Wortlaut:

1. „In dem Bericht des mitunterzeichneten Sekretärs über das am 20. d. M. in Braunschweig abgehaltene

zehnte Stiftungsfest unseres dortigen Kreisvereins hat es uns besonders angenehm berührt, dass auch die hochgeehrte Handelskammer dieser Veranstaltung Interesse entgegengebracht hat. Da wir auf die Anerkennung unserer Bestrebungen durch die berufenen Vertreter unseres Standes, durch die Handelskammern, grossen Werth legen, so war uns die Entsendung der Herren Lemmer und Gutkind, als Vertreter der Handelskammer, zu der im Rathhaussaale veranstalteten Festversammlung eine grosse Freude, und wir sprechen für dieses Zeichen von Wohlwollen hiermit unseren besten Dank aus.

Unser Verband hat in verhältnissmässig kurzer Zeit eine bedeutende Strecke des Weges zurückgelegt, den er sich von Anfang an vorgezeichnet hatte, und er verdankt dies zum Theil der einsichtsvollen Unterstützung der selbständigen Kaufmannschaft. Wir halten aber auch unsere, auf das Wohl des Ganzen und auf die Verbesserung der Lage des unselbständigen Theils der Kaufmannschaft gerichtete Arbeit, dieser Unterstützung für werth und legen dabei besonderen Nachdruck auf das Recht, die Namen von Handelskammern und hervorragenden Firmen in unseren Listen führen zu dürfen, um so deren Uebereinstimmung mit unserer Thätigkeit nach aussen hin geltend zu machen.

Mit grosser Freude würden wir es daher begrüssen, wenn auch die hochgeehrte Handelskammer uns die Erlaubniss ertheilen wollte, sie in das Verzeichniss der ausserordentlichen Mitglieder unseres Verbandes einreihen zu dürfen.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Gesuches.

Der Vorstand
des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen.“

2. „Eingeschlossen behändigen wir Ihnen unser Jahrbuch pro 1894, sowie den letzten Rechenschafts-Bericht 1891/92 mit der Bitte, die Bestrebungen des Verbandes wohlwollend zu unterstützen und dem Verbands als ausserordentliches Mitglied beizutreten.

Im Jahrbuche sind die Satzungen sowie Ausführungsbestimmungen etc. angegeben, und bemerken wir noch, dass den Angehörigen verstorbener Mitglieder eine Begräbnissunterstützung wie folgt gezahlt wird: im ersten Jahre 50 Mk., im zweiten Jahre 100 Mk. und im dritten und ferneren Jahren je 150 Mk.

Die Wittwen verstorbener Mitglieder bekommen, falls der Verstorbene fünf Jahre dem Verbands angehörte, eine jährliche Unterstützung von mindestens 120 Mk.

Die Vortheile der Unfall- und Lebensversicherungen etc. sind aus beigefügtem Buche zu ersehen.

Indem wir zu weiteren Auskünften gern bereit sind, sollte es uns freuen, wenn Sie durch Ihre Beitritts-erklärung unsere Bestrebungen unterstützen.

Verband reisender Kaufleute Deutschlands.“

Referent befürwortet, beiden Anträgen zu entsprechen und den beiden Vereinen je einen Jahresbeitrag von 30 Mk. zu bewilligen. In einer Zeit, in der das Standesinteresse des Kaufmanns eine besondere Beachtung und Selbstachtung erfordere, sei jeder Versuch, den Gemeinsinn nach dieser Richtung hin zu stärken, von den kaufmännischen Korporationen mit Wohlwollen zu pflegen und zu unterstützen. Referent habe Gelegenheit gehabt, sich persönlich von den Zielen und Bestrebungen beider Vereine zu überzeugen, und er könne nach dem von ihm gewonnenen Eindrucke nur versichern, dass er die beiderseitige Vereinsthätigkeit für erspriesslich im Gesamtinteresse der unselbständigen Kaufleute halte. Er empfehle daher beide Gesuche zur Berücksichtigung.

Die Kammer beschliesst nach längerer Debatte im Sinne des Referenten.

10. Stellungnahme der Kammer zu der bevorstehenden gesetzlichen Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Referent: Der Vorsitzende.

Referent giebt einen allgemeinen Ueberblick über den Stand der Frage und über die Seitens der Kammer in dieser Angelegenheit seither unternommenen Schritte. Gegenüber der offiziell und wiederholt ausgesprochenen Absicht der Reichsregierung, in der nächsten Session des Reichstages einen Gesetzentwurf zur Vorlage zu bringen, der den unlauteren Wettbewerb in allen seinen Formen bekämpfen soll, hält es Referent für unerlässlich, dass die berufenen Interessenvertretungen rechtzeitig zur ganzen Frage Stellung nehmen, und Sorge zu tragen, dass einerseits die Unlauterkeiten auch wirklich wirksam und umfassend in den Bereich des Gesetzes gezogen werden, und dass andererseits nicht durch eine zu weitgehende Schärfe die gesunde Bewegung des Waarenaustausches gehemmt und beeinträchtigt wird. Zu diesem Behufe sei die Mitwirkung aus der Praxis heraus zweifellos nicht zu entbehren. Redner entwickelt sodann im Besonderen das Programm, welches er nach dieser Richtung hin der Kammer in Vorschlag bringt. Dasselbe findet allseitige Zustimmung, und erklären sich die Kammermitglieder ausdrücklich bereit, auch ihrerseits im Sinne des Programms mitzuwirken. Entsprechend dem Vorgehen in der Stadt Braunschweig soll auch in den übrigen Städten des Herzogthums mit der Kaufmannschaft in der vorliegenden Frage Fühlung genommen werden. Als diesbezügliche Vertrauensmänner stellen sich die Herren Rehn-Holzwinden, Dorguth-Helmstedt, Schruff-Blankenburg, Haffner-Wolfenbüttel, Schäffer-Schöningen und Strümpell-Schöppenstedt zur Verfügung. Der Syndikus wird, dem Wunsche des Kollegiums entsprechend, vorerst eine orientirende Ausarbeitung über die bei der Frage in Betracht kommenden tatsächlichen und juristischen Momente abfassen und den Vertrauensmännern als Unterlage zusenden, auch auf besonderen Wunsch sich persönlich zur Verfügung der Mitglieder halten, sofern gelegentlich der in Aussicht genommenen Besprechungen mit der Kaufmannschaft seine Anwesenheit erwünscht sein sollte. Der Vorsitzende theilt gleichzeitig mit, dass mit einigen benachbarten Handelskammern über ein etwaiges gemeinsames Arbeiten in der vorliegenden Frage bereits ebenfalls Fühlung genommen worden sei, und erklärt die Kammer sich auch mit diesem weitergehenden Programme einverstanden.

11. Einheitliche Regelung der Reisegebühren.

Referent: Herr Gerloff-Braunschweig.

Kollegium beschliesst dem Antrage des Referenten gemäss, künftighin einheitliche Gebühren für die Erstattung der Reisekosten in Anrechnung zu bringen, und zwar wird festgesetzt, dass pro Kilometer bei Entfernungen bis 100 km = 0.15, bis 200 km = 0.14, bis 300 km = 0.13, bis 400 km = 0.12, bis 500 km = 0.11, über 500 km = 0.10 Mk., und als Tagegeld für den einzelnen Tag mit Nachtquartier 15 Mk., ohne ein solches 10 Mk., für Berlin ein Tagegeld von 20 Mk. zu bemessen ist.

12. Stellungnahme der Kammer zu der Frage der Errichtung von Kleinbahnen im Herzogthume.

Referent: Der Vorsitzende.

Die Frage der Errichtung von Kleinbahnen im Bezirke der Kammer, ist, wie Referent hervorhebt, nur in dem Sinne auf die Tagesordnung gestellt worden, um als eine Anregung für weitere Kreise zu dienen, dem so wichtigen Verkehrsmittel auch in Braunschweig entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Wirksamkeit der Kammer könne sich zunächst nur darauf beschränken, etwaige Anregungen und Wünsche ent-

gegenzunehmen, bestimmte einheitliche Prinzipien für die Durchführung aufzustellen und Einzelprojekte unter den gegebenen Voraussetzungen zu fördern.

In dieser naturgemässen Beschränkung empfehle er dem Kollegium, die Frage von Seiten der Kammer aufzunehmen.

Die Anregung wird von dem Kollegium mit lebhaftem Interesse aufgenommen, und werden aus dem Plenum heraus auch bereits einzelne Projekte zur Erörterung gestellt. Die diesbezüglichen Anträge und Mittheilungen sollen in einer späteren Sitzung zur Verhandlung gebracht werden.

13. Antrag betr. die Aufhebung des Einfuhrverbotes von Wurstwaren in Russland.

Referent: Der Syndikus.

Die Ausfuhr deutscher Wurstwaren nach Russland hat seit Jahren vollständig aufgehört. Die wiederholt stattgehabten Konfiskationen an der russischen Grenze haben vor weiteren Versuchen, das wichtige russische Absatzgebiet zu gewinnen, abgeschreckt. Auf Ersuchen der Kammer hat das Generalkonsulat in Petersburg mitgetheilt, dass die stattgehabten Konfiskationen auf ein Einfuhrverbot zurückzuführen sind, dessen Wortlaut in nachstehendem Artikel enthalten ist:

„Die Einfuhr aus dem Auslande nach Russland ist verboten

1. (bezieht sich auf lebende Pflanzen etc.)
2. von Präparaten jeder Art aus Schweinefleisch, mit Ausnahme von geschmolzenem Schweinefett. Die Einfuhr von Proben im Auslande hergestellter Produkte aus Schweinefleisch in Quantitäten, welche unbedingt erforderlich sind, damit Personen, welche sich mit dem Export von Schweinefleisch aus Russland zu befassen beabsichtigen, sich mit diesen Produkten genau bekannt machen können, ist gestattet mit der Massgabe, dass die Nothwendigkeit des Bezuges solcher Produkte aus dem Auslande in jedem einzelnen Falle vom Ministerium der Reichsdomänen attestirt werde. Die Ertheilung der Erlaubniss zur Einfuhr von Zuchtschweinen zur Veredelung der in Russland vorhandenen Rassen dieser Thiere hängt in jedem einzelnen Falle vom Ministerium der Reichsdomänen ab; letzteres hat von jeder ertheilten Erlaubniss das Zolldepartement in Kenntniss zu setzen, damit die Zollämter mit entsprechenden Weisungen versehen werden können.“

Die Bedenken der russischen Verwaltung bezüglich der Trichinosegefahr gegenüber der Einfuhr braunschweigischer Wurstwaren können nicht für begründet und das Einfuhrverbot in Anbetracht des zwischen Deutschland und Russland im laufenden Jahre geschlossenen Handelsvertrages demgemäss nicht für gerechtfertigt gehalten werden. Referent empfiehlt daher, das Auswärtige Amt in Berlin zu bitten, auf diplomatischem Wege eine Aufhebung des Einfuhrverbotes von deutschen Wurstwaren zu erwirken und gleichzeitig auch dem Herzoglichen Staatsministerium Abschrift der Vorstellung mit der Bitte um Unterstützung derselben bei dem Auswärtigen Amte einzureichen. Kollegium erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

14. Antrag des Gemüsebauvereins auf weitere Unterstützung der an den Reichstag gerichteten Petition betr. die Sonntagsruhe in der Konservenfabrikation.

Referent: Herr Barnewitz-Wolfenbüttel.

Dem Beschlusse der letzten Plenarversammlung gemäss ist bei dem Reichstage beantragt worden, die Bestimmungen der Sonntagsruhe für die Zeit der Spargel-Kampagne ausser Kraft zu setzen. Nachdem die Petition im Reichstage nicht mehr zur Erledigung

gekommen ist, erachtet es Referent für geboten, erneut im Sinne des früheren Antrages und zwar bei dem Bundesrathe vorstellig zu werden. Wie verlautet, sollten der Konservenfabrikation insgesamt 6 Sonntage oder 12 halbe Sonntage für das ganze Jahr freigegeben werden. Diese Frist sei nach den hiesigen Erfahrungen zu eng bemessen. Es müsse unbedingt eine Freigabe von 10 Sonntagen angestrebt werden, und nur im äussersten Falle könne man sich mit 8 Sonntagen begnügen. Er empfehle im Namen des Gewerbe-Ausschusses dem Kollegium, die Interessen der bedrohten Industrie durch einen entsprechenden Antrag unter eingehender Begründung mit Nachdruck zu vertreten. Die Kammer beschliesst im Sinne des Antrages.

15. Antrag betr. das Verbot der Beimischung von Kupfer zu den Konserven.

Referent: Herr Barnewitz-Wolfenbüttel.

Referent erklärt sich persönlich und grundsätzlich gegen jede künstliche Grünfärbung von Konserven, da eine derartige Manipulation die Qualität der Waare nicht verbessere, sondern vielmehr in besonderen Fällen geradezu schädige. Die künstliche Färbung sei eine unberechtigte Rücksichtnahme auf eine Geschmacksverirrung des Publikums, die wir nur dem französischen Einflusse verdanken. Er persönlich könne daher nur ein möglichst strenges Vorgehen der Gesetzgebung und der Landespolizei gegen jede Grünfärbung von Konserven mit Kupfer gutheissen. Unter diesem ausdrücklichen Vorbehalte müsse er aber im Namen des Gewerbeausschusses es als eine Unbilligkeit bezeichnen, dass, während in Braunschweig das Verbot der künstlichen Färbung mit Kupfer streng durchgeführt werde, im Reichslande das Reichsgesetz thatsächlich in laxer Weise oder besser gesagt gar nicht beachtet werde, wie er an zwei soeben vorgenommenen Untersuchungen von Waarenproben nachweisen könne. Ebenso unbillig sei es, dass ausländische Waare ohne Weiteres, d. h. ohne auf eine gesundheitsschädliche Beimischung untersucht zu sein, die Grenze passiren könne. Eine polizeiliche Kontrolle sei dem französischen Produkte gegenüber deshalb unmöglich, weil die deutschen Hotels etc. häufig ohne Vermittlung direkt bezögen. Dieser ungleichmässigen Behandlung müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden, und der Gewerbeausschuss empfehle daher, erneut in diesem Sinne an den zuständigen Stellen vorstellig zu werden.

Das Plenum beschliesst dem Antrage des Referenten gemäss.

16. Eingabe des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands betr. die Revision des Deutschen Handelsgesetzbuches.

Referent: Herr Lemmer-Braunschweig.

Referent beantragt gemäss den Beschlüssen der beiden Abtheilungen des Gewerbeausschusses das Gesuch des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands wegen Abänderung des Deutschen Handelsgesetzes dahin zu bescheiden:

Der Antrag ad I deckt sich mit früheren Beschlüssen der Kammer und wird durch das in Aussicht stehende Gesetz über den unlauteren Wettbewerb seine Erledigung finden.

Die Anträge ad II, IV und V erscheinen Mangels jeder Begründung nicht genügend bearbeitet, finden zum grössten Theile durch die bestehende Gesetzgebung ihre Erledigung und müssen auch zum Theil in sachlicher und formaler Beziehung als unrichtig bezeichnet werden.

Hinsichtlich Antrag III erkennt der Ausschuss die darin zum Ausdruck kommenden Bestrebungen des Verbandes reisender Kaufleute als nicht unberechtigt an, ist aber der Ansicht, dass man es den Handlungsgehilfen überlassen müsse, sich bei abzu-

schliessenden Anstellungsverträgen zu schützen. Im Uebrigen bedarf auch der Prinzipal eines ausreichenden Schutzes gegen den Verrath seiner Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisse. Durch das in Aussicht stehende Gesetz über den unlauteren Wettbewerb werden auch hierüber nähere Bestimmungen voraussichtlich getroffen werden.

17. Eingabe des Vereins Berliner Agenten betr. Feststellung bestimmter Normen für das Rechtsverhältniss der Agenten zu ihren Auftraggebern.

Referent: Herr Lemmer-Braunschweig.

Referent beantragt, den Verein Berliner Agenten in Gemässheit des Kommissionsbeschlusses der vereinigten Ausschüsse III dahin zu beschneiden, dass die Kammer die Verhältnisse zwischen dem Agenten (Kommissionär) und seinen Kommitenten durch das Handelsgesetz bereits genügend festgestellt erachtet, und dass es Sache des Einzelnen bleiben muss, wegen wünschenswerther Detailbestimmungen Festsetzungen mit seinen Kommitenten vor Uebernahme der Agentur zu treffen.

18. Ergänzung der Firmenregister im Bezirke der Handelskammer.

Referent: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende weist mit kurzen Worten nur auf die Nothwendigkeit hin, auch im laufenden Jahre wieder für eine Richtigstellung der Firmenregister Sorge zu tragen. Er erbittet zugleich die Mitwirkung der Kammer-Mitglieder in den einzelnen Städten für diese Arbeit und stellt denselben weitere schriftliche Benachrichtigung in Aussicht.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird aus dem Plenum heraus von Herrn Barnewitz-Wolfenbüttel zur Sprache gebracht, dass die im Gesetz vom 25. Juni 1887 vorgesehene Bestimmung:

„Ess-, Trink- und Kochgeschirre sowie Flüssigkeitsmaasse dürfen nicht 1. ganz oder theilweise aus Blei oder einer in 100 Gewichtstheilen mehr als 10 Gewichtstheile Blei enthaltenden Metalllegirung hergestellt, 2. an der Innenseite mit einer in 100 Gewichtstheilen mehr als 1 Gewichtstheil Blei enthaltenden Metalllegirung verzinkt oder mit einer in 100 Gewichtstheilen mehr als 10 Gewichtstheile Blei enthaltenden Metalllegirung gelöthet sein.“

in der Praxis undurchführbar sei. Eine Legirung von Zink und Blei mit nur 10 Prozent Blei könne zum Löthen überhaupt nicht verwandt werden. Er bitte die Kammer, diesen Sachverhalt an massgebender Stelle zur Sprache zu bringen.

Der Vorsitzende sichert dem Fragesteller nähere Untersuchung des Sachverhaltes, sowie eventuell entsprechendes weiteres Vorgehen von Seiten der Kammer zu.

Im Weiteren wird von Herrn Gerloff-Braunschweig die Frage an den Vorsitzenden gerichtet, ob und wie weit die Kammer in der Frage des Brauerstreikes Stellung genommen bzw. die Interessen der Brauereien etwa durch Einvernehmen mit den übrigen Handelskammern oder Industriegruppen gewahrt habe. Auch bittet er um eine Erklärung über den eigentlichen Sachverhalt. Der Vorsitzende erklärt, dass von Seiten der Brauereien der Kammer irgend welche offizielle Mittheilung nicht gemacht sei. Er sei daher nicht in der Lage, über den Sachverhalt Authentisches mittheilen zu können. Eine besondere Veranlassung, von Seiten der Kammer, zu dem Streike irgendwie Stellung zu nehmen, habe daher auch nicht vorgelegen.

Für die Richtigkeit:

Jüdel. Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Nachdruck der erlaubten Artikel nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Unlauterer Wettbewerb.

Entsprechend der Ankündigung des Staatssekretärs von Böttcher bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend den Schutz der Waarenzeichen, wird gegenwärtig, der „K. Z.“ zu Folge, im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf behufs Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ausgearbeitet. Bekanntlich war in der zweiten Lesung des Entwurfs über Waarenzeichen vom Reichstage ein neuer Paragraph eingefügt worden, der mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder Gefängniss bis zu drei Monaten denjenigen bedroht, der zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr über den Ursprung und Erwerb, über besondere Eigenschaften und Auszeichnungen von Waaren, über die Menge der Vorräthe, den Anlass zum Verkaufe oder die Preisbemessung falsche Angaben macht, die geeignet sind, über Beschaffenheit, Werth oder Herkunft der Waare einen Irrthum zu erregen. In Folge jener Ankündigung wurde indessen bei der dritten Lesung dieser Zusatz gestrichen, da trotz der allgemeinen Zustimmung zu dessen Bestimmungen schliesslich doch die Ansicht überwog, dass eine derartige vereinzelt Abwehr dem allgemein empfundenen schweren Uebelstände gegenüber wirkungslos sein würde und nur durch ein besonderes umfassendes Gesetz eine thätliche Abhilfe erzielt werden könne. Das soll nunmehr vermöge der in der Ausarbeitung begriffenen Vorlage geschehen. Sie wird ausser jenen in den angeführten Zusatz-Paragraphen enthaltenen Auswüchsen, namentlich auch die vielfachen bei Ausverkäufen aller Art vorkommenden Schwindeleien, Quantitätsverkürzungen, Qualitätsfälschungen und wie die leider mehr und mehr in Aufnahme gekommenen unlauteren Machenschaften sonst noch heissen mögen, durch schwere Strafen zu treffen suchen. Auch den wiederholt geäusserten Wünschen nach Massregeln zum Schutze gegen den Verrath von Geschäfts- und Fabrikgeheimnissen soll endlich Rechnung getragen werden.

Von anderer Seite wird hierzu bemerkt:

Die Nachricht, dass im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werde, ist dahin zu berichtigen, dass es sich zunächst um Vorarbeiten handelt, die nicht nur vom Reichsamt des Innern, sondern auch vom Reichsjustizamt in Angriff genommen worden sind. Dabei kommt auch die Frage in Betracht, ob es rathsam sei, das deutsche Strafgesetzbuch dahin zu ergänzen, dass dem Verrath von Geschäfts- und Fabrik-Geheimnissen mit Erfolg entgegengetreten wird. Hierüber liegt schon Material aus den Jahren 1885 und 1886 vor. Damals waren die Bundesregierungen ersucht worden, zu prüfen, ob durch den Verrath von Fabrik- und Geschäfts-Geheimnissen Missstände von solcher Schwere und Ausdehnung sich ergeben haben, dass das Einschreiten der Gesetzgebung zum Zwecke der Abhilfe als angezeigt erscheint. Die stattgehabten Erhebungen liessen erkennen, dass in gewissen Industriezweigen Fälle des Vertrauensbruches zwar nicht selten vorgekommen, dass indessen erhebliche Missstände hieraus nicht entstanden waren. Es hatte deshalb ein grosser Theil der zuständigen Behörden, sowie der von diesen vernommenen Handelskammern das Bedürfniss zu einem Einschreiten der Gesetzgebung verneint und dabei auch in rechtlicher Beziehung Bedenken hervorgehoben, sowie darauf hingewiesen, dass in den meisten Fällen die Patent-, Marken- und Musterschutzgesetzgebung hinreichenden Schutz gewähre, und, soweit dies etwa nicht der Fall sei, durch eine entsprechende Ergänzung dieser Gesetze Abhilfe ge-

schaffen werden könne, auch in vielen Fällen einem Missbrauch durch Abschluss geeigneter Privatverträge sich vorbeugen lasse. Hin und wieder wurde auch die Ansicht vertreten, dass ein Einschreiten der Gesetzgebung schon deshalb nicht rätlich sei, weil es der Industrie Fesseln anlegen würde, dass die Grenze des Strafbaren sehr schwer zu ziehen sei und dass es dem Geschäftspersonal nicht verwehrt werden könne, das Erlernete bei Gründung eigener Unternehmungen zu verwerthen. Auch diejenigen Kreise, die einen gesetzlichen Schutz für geboten erachteten, gingen in ihrer Anschauung hinsichtlich des Umfanges wie der Art und Weise jenes Schutzes weit auseinander. Unter solchen Umständen trug die Reichsverwaltung damals Bedenken, der Sache weitere Folge zu geben und hielt es für besser, zunächst eine Klärung der Meinungen der beteiligten Kreise abzuwarten.

In der Sitzung der General-Kommission für den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai d. J. ist vorbehaltlich weiterer Ergänzungen oder Abänderungen das Arbeitsprogramm in besondere Abschnitte getheilt, welche besonderen Subkommissionen zur Bearbeitung überwiesen wurden, wie folgt:

I. Schwindelhafte Firmirung.

1. Herr Dr. Herm. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer. Vorsitzender.
2. Herr Justizrath Heymann.
3. Herr Kaufmann Otto Lüttge, Mitglied der Handelskammer.
4. Herr Kaufmann William Kalberlah.

II. Verrath von Betriebsgeheimnissen.

1. Herr Ingenieur Albert Lemmer, Mitglied der Handelskammer. Vorsitzender.
2. Herr Kaufmann Louis Gerloff, Mitglied der Handelskammer.
3. Herr Direktor Dr. Bartz, Mitglied der Handelskammer.
4. Herr Fabrikbesitzer Albert Natalis, Mitglied der Handelskammer.
5. Herr Kaufmann William Kalberlah.

III. Schwindel im Bauhandwerk.

1. Herr Bankier Max Gutkind, Mitglied der Handelskammer. Vorsitzender.
2. Herr Zimmermeister Albert Niess.
3. Herr Schlossermeister Joh. Meyerhoff.
4. Herr Generaldirektor Hugo Lundberg, Mitglied der Handelskammer.
5. Herr Maurermeister Philipp Baumkauff.
6. Herr Kaufmann Friedrich Lankau.
7. Herr Kaufmann Friedrich Seele.

IV. Unlauterer Wettbewerb im Speziellen.

1. Herr Kaufmann Justus Leo, Mitglied der Handelskammer. Vorsitzender.
2. Herr Fabrikbesitzer Franz Brückmann.
3. Herr Direktor Dr. Bartz, Mitglied der Handelskammer.
4. Herr Hof-Tischler Carl Osterloh.
5. Herr Möbelhändler und Tapezierer Ludw. Jürgens.
6. Herr Hofbuchhändler Ottomar Lord.
7. Herr Justizrath Heymann.

Die Spezialkommission für den unlauteren Wettbewerb beschliesst in ihrer Sitzung vom 6. Juni d. J., sich zunächst durch nachstehende Herren zu ergänzen und gleichzeitig eine Vertheilung der Geschäfte nach folgenden Gruppen vorzunehmen:

I. Hausirwesen und Detailreisen.

1. Herr Schuhmachermeister Ed. Hahn.
2. Herr Kaufmann Louis Witting sen.

3. Herr Kaufmann Peter Törber.
4. Herr Kaufmann C. J. Mehn.
5. Herr Kaufmann Erich Kuthe.

II. Quantitäts- und Gewichtsverkürzungen.

1. Herr Kaufmann C. J. Mehn.
2. Herr Dr. Herm. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer.
3. Herr Kaufmann Heinr. Erpenbeck.
4. Herr Kaufmann Bernh. Kiene.

III. Unrichtige Herkunftsbezeichnungen, Qualitäts- und Preisverschleierungen.

1. Herr Hof-Tischler Carl Osterloh.
2. Herr Tischlermeister Herm. Barth.
3. Herr Kaufmann Richard Lange.
4. Herr Kaufmann Erich Kuthe.
5. Herr Möbelhändler und Tapezierer Ludw. Jürgens.
6. Herr Kaufmann Peter Törber.

IV. Konkurse, Scheinausverkäufe, Schwindelauctionen, Wanderlager.

1. Herr Justizrath Heymann.
2. Herr Möbelhändler und Tapezierer Ludw. Jürgens.
3. Herr Tischlermeister Herm. Barth.
4. Herr Fabrikbesitzer Franz Brückmann.
5. Herr Hof-Tischler Carl Osterloh.
6. Herr Buchhändler Benno Goeritz.

V. Schwindelhafte Reklame, Herabsetzung der Konkurrenz:

Die gesammte Spezialkommission.

Dr. Stegemann wird zunächst in Gemeinsamkeit mit dem Herrn Justizrath Heymann den gegenwärtigen Rechtszustand auf den einzelnen Gebieten des unlauteren Wettbewerbs feststellen und mit Unterstützung der Kommissionsmitglieder auch eine Sammlung typischer Einzelfälle vornehmen.

28. Juni

Am heutigen Tage fand hierselbst eine Besprechung von Vertretern der Handelskammern Halberstadt, Halle, Osnabrück, Braunschweig, Goslar, Minden, Kassel, Hildesheim und Nordhausen unter Hinzuziehung sämtlicher Kammermitglieder des Herzogthums Braunschweig über die Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes statt. Der Vorsitzende Kommerzienrath Jüdel-Braunschweig bezeichnete in seinen einleitenden Worten als Zweck und Veranlassung der Konferenz einen zwanglosen Meinungsaustausch der benachbarten Handelskammern über ein etwaiges gemeinsames Arbeiten. Wenn auch zu erwarten sein dürfte, dass der deutsche Handelstag in dieser einschneidenden Frage nach Publikation des Gesetzes in umfassender Weise Stellung nehmen werde, so sei es doch rathsam, im Hinblick auf eine solche Stellungnahme schon jetzt im Voraus aus der Praxis heraus den Umfang des Bedürfnisses durch Sammlung und Sichtung reichhaltigen Materials festzustellen und durch Vorwegnahme einer langwierigen Arbeit die spätere Stellungnahme der interessirten Kreise zu erleichtern. Die mannigfachen Zustimmungserklärungen, welche der heutigen Konferenz von den verschiedensten Seiten geworden seien, könnten wohl als Beweis gelten, dass man in weiteren Kreisen die Nothwendigkeit, schon jetzt die Materie von Seiten aller Betheiligten aufzunehmen, anerkenne und er bedaure nur, dass er den so mannigfach an ihn herangetretenen Ersuchen von Vereinen, Korporationen und Privaten um Betheiligung an der Konferenz um deswillen habe zurückstellen müssen, weil nach seiner Ansicht der private Charakter der Vorbesprechung grundsätzlich habe gewahrt werden müssen.

Aus dem an die einleitenden Worte des Vorsitzenden sich anschliessenden Referate des Syndikus der Braunschweiger Handelskammer, Dr. Stegemann, heben wir nur kurz Folgendes hervor:

Referent sieht in dem französischen Rechtsbegriffe der concurrence déloyale (im Sinne des Art. 1382 des code civil) nur den Ausgangs-, nicht aber den Endpunkt der in Deutschland anzustrebenden gesetzlichen Regelung. Nicht nur das Verhältniss von Verkäufer zu Verkäufer, sondern auch dasjenige von Lieferant zu Verkäufer und dasjenige von Verkäufer zu Käufer müssen in den Bereich der gesetzlichen Gestaltung gezogen werden, wenn anders die Absicht der Reichsregierung „auf dem ganzen Gebiete unserer Gewerbtätigkeit wieder Treue und Glauben zur Geltung zu bringen“ richtig verstanden werde. Aufgabe des Gewerbestandes sei es zunächst, das vorhandene Bedürfniss aus den Erfahrungen der Praxis abzugrenzen, und er schlägt in dieser Beziehung vor, gewissermassen eine Arbeitstheilung unter den anwesenden Kammern nach einem von der Handelskammer Braunschweig bereits entworfenen Arbeitsplane vorzunehmen. Es werde sich zunächst um die Sammlung typischer Fälle aus der Praxis handeln müssen; wenn diese verarbeitet seien, empfehle es sich, dieselben an dem geltenden Rechte zu messen, und das sich daraus ergebende Bedürfniss der Abhilfe werde zweckmässiger Weise in einer späteren Versammlung in Rede und Gegenrede zu erörtern und schliesslich das Ergebniss dieser Erörterungen in bestimmten Einzelvorschlägen der Reichsregierung sowie dem deutschen Handelstage zu übermitteln sein. Massgebend für die Abgrenzung der Arbeit müsse der Begriff des Unlauteren, dessen nothwendigster Bestandtheil eine beabsichtigte Täuschung sei, bleiben; der Begriff der unbecuamen Konkurrenz allein könne für den vorliegenden Zweck nicht ausreichen. Die ausserordentlich schwierige Frage der Rechtsverwirklichung, d. h. die Erörterung der Frage, wie weit die Unlauterkeit zivilrechtlich oder strafrechtlich verfolgt werden müsse, empfiehlt Referent, vorerst nicht aufzunehmen, auch die Grenzlinien des strafbaren Betruges zu ziehen, bezw. Vorschläge hierfür zu machen, sei wohl besser den berufenen Vertretern der Rechtskunde zu überlassen. Man müsse sich begnügen, nach dieser Richtung hin nur einige allgemeine Gesichtspunkte, soweit praktische Bedürfnissfragen in Betracht kämen, geltend zu machen.

In der sich an das Referat anschliessenden Verhandlung wurde zunächst allseitig die von der Handelskammer Braunschweig gegebene Anregung als zweckentsprechend anerkannt. Die Vertreter der auswärtigen Kammern erklärten sich einstimmig bereit, mit der Handelskammer Braunschweig in der Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes gemeinsam zu arbeiten, und wurde auch zugleich nachstehende Vertheilung der Geschäfte vorgenommen:

I. Das Gebiet des Firmenwesens: 1. Handelskammer Minden und 2. Handelskammer Hildesheim.

II. Der Vorrath von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen bezw. die Verleitung dazu: 1. Handelskammer Halberstadt und 2. Handelskammer Halle.

III. Der Schwindel im Bauhandwerk: 1. Handelskammer Hildesheim und 2. Handelskammer Minden.

IV. Der unlautere Wettbewerb im Besonderen:

- Unrichtige Herkunftsbezeichnung, Qualitäts- und Preisverschleierung und Aehnliches: 1. Handelskammer Halle und 2. Handelskammer Osnabrück.
- Konkursschwindel, Scheinausverkäufe, Schwindelauktionen und dergl.: Handelskammer Kassel.
- Hausirschwindel, Detailreisen, Wanderlager, Wanderauktionen, Kolportageschwindel und dergl.: 1. Handelskammer Goslar und 2. Handelskammer Kassel.
- Quantitäts- und Gewichtsverkürzungen und Aehnliches: Handelskammer Nordhausen.
- Schwindelhafte Reklame sowie Beihilfe dazu von Seiten des Zeitungsverlages, Herabsetzung von Konkurrenten, Nachahmung von Musterbüchern und Preislisten und Sonstiges: 1. Handels-

kammer Osnabrück und 2. Handelskammer Halberstadt.

- Die Konsumvereinsfrage, soweit sie in den Bereich des unlauteren Wettbewerbes fällt: Handelskammer Goslar.

Die an der Versammlung durch eigene Plenarsitzungen abgehaltenen Handelskammern für das Herzogthum Anhalt und zu Hannover, sowie die Handelskammer Göttingen, welche im Uebrigen ihr Interesse an der Frage zum Ausdruck gebracht haben, sollen zu einer entsprechenden Mitarbeit aufgefordert werden. Die Gesamtverarbeitung sowie die Erstattung des allgemeinen Referates wird der Handelskammer Braunschweig zugetheilt.

Die Versammlung beschloss, die Verhandlung der gesamten Frage auf die Mitte des September zu legen. Zu dieser Versammlung sollen auch Vertreter solcher Vereine sowie Privatpersonen, die sich mit der Frage des unlauteren Wettbewerbes in besonderem Masse beschäftigt haben, zugelassen werden. Die Einzelberichte der Handelskammern selbst sollen als „Materialien zur Frage des unlauteren Wettbewerbes“ zusammen abgedruckt und den übrigen Handelskammern und Korporationen für die von Seiten der Handelskammer Braunschweig beantragte Plenarberatung des Deutschen Handelstages im Voraus zugänglich gemacht werden.

An die Versammlung schloss sich ein von Seiten der Handelskammer Braunschweig den Vertretern der auswärtigen Handelskammern gegebenes Festessen an.

Die gegenwärtigen Exportaussichten Deutschlands in der Schweiz.

Als Manuskript gedruckt.

(Nachdruck strengstens untersagt.)

Unter den neuen Zollverhältnissen ist die Exportation Frankreichs nach der romanischen Schweiz um 65 bis 70 Prozent zurückgegangen, in welche sich England, Belgien, Oesterreich, Italien und Deutschland getheilt haben. Der grösste Theil ist jedenfalls Deutschland zugefallen. Dies geht zunächst aus der grossen Zahl der deutschen Geschäftsreisenden hervor. Von den 4733 ausländischen Handelsreisenden, welche die gesetzlichen Erlaubnisskarten erhielten, waren nicht weniger als 3791 Vertreter deutscher Häuser, dagegen nur 673 Franzosen, 256 Oesterreicher, 105 Engländer, 98 Belgier, 23 Holländer etc. Auch die zahlreichen Erkundigungen nach deutschen Bezugsquellen auf dem Kaiserlichen Konsulate zeigen, wo man vorzugsweise Ersatz sucht für die früher von Frankreich gelieferten Artikel. Es verfloss im vergangenen Jahre keine Woche, wo nicht verschiedene Geschäftsleute das deutsche Adressbuch der Exportfirmen konsultirten, um Angabe von Adressen für diese oder jene Artikel baten, den Besuch von Geschäftsreisenden wünschten, die Anbahnung von Geschäftsverbindungen, Vermittlung von Muster sendungen nachsuchten etc.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den verschiedenen deutschen Industriezweigen resp. Industriebezirken anrathen, etwas ausführliche Spezial-Kataloge in französischer Sprache aufertigen und verbreiten zu lassen, deren Gebrauch den Interessenten bequemer und zugänglicher ist, als das grosse Adressbuch.

Oft habe ich im verflossenen Jahre Gelegenheit gehabt zu bedauern, dass mein wiederholter Vorschlag zur Errichtung eines deutschen Gewerbemuseums resp. Musterlagers in der Schweiz keinen Anklang gefunden hat. Oesterreich ist uns in Zürich und Genf zuvorgekommen, und ich weiss bestimmt, dass sich in Folge dieser Ausstellungen, wie unvollständig sie auch waren, zahlreiche neue Handelsverbindungen angeknüpft haben. Binnen Kurzem wird eine belgische Industrie- und Musterausstellung in Genf stattfinden, und eine Anzahl

hier etablierter Italiener haben die Gründung einer italienischen Handelskammer veranlasst, welche sich der besonderen Begünstigung der italienischen Regierung zu erfreuen scheint. Ich glaube kaum, dass die Errichtung einer deutschen Handelskammer hier von wesentlichem Nutzen für die Export-Industrie sein würde, aber ich glaube bestimmt, dass sich die Nothwendigkeit eines deutschen Musterlagers in der Schweiz früher oder später den interessirten Kreisen aufdrängen wird.

Die belgische Ausstellung wird im August und September d. J., d. h. während der Zeit, wo die Schweiz von vielen Reisenden aus überseeischen Ländern besucht wird, stattfinden. Die hiesige Regierung hat ein öffentliches Gebäude, das Palais électoral zur Verfügung gestellt. Ein Zentralkomitee hat sich konstituiert und wendet sich in einem motivirten Aufrufe, worin auf die grossen Anstrengungen der deutschen und österreichischen Industrie hingewiesen wird, den Ausfall der französischen Waaren zu ersetzen, an die belgischen Industriellen, um thatkräftige Unterstützung des Unternehmens.

Unter den Protektoren desselben befinden sich Baron Paul de Béhune, Vize-Präsident des Senates, die Senatoren Solvey und Robert, die Deputirten Nelf-Orban und Richald und eine Anzahl Präsidenten belgischer Handelskammern. Das Zentralkomitee besteht aus 35 Mitgliedern; 17 Gruppenausschüsse stehen demselben zur Seite; es ist also bestimmt anzunehmen, dass die Ausstellung einen bedeutenden Umfang haben wird, und an deren gutem Erfolg ist kaum zu zweifeln.

Die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz hat zugenommen, wogegen die Frankreichs bedeutend abgenommen hat, in folgenden Produkten:

Bessere polirte und geschnitzte Möbel, Pianos und Harmoniums, wissenschaftliche Instrumente, elektrische Apparate, Nähmaschinen, Spielzeug; Näh-, Spinnerei-, Stick- und Strickmaschinen, diverse Maschinen, Webstühle, Roheisen, Eisenbahnschienen, Kupfer, Nickel, echte Bijouteriewaaren, Fleisch- und Wurstwaren, Mehl, Flaschenweine, gewerbliche Oele, Schreib- und Druckpapier, Gewebe (gemusterte, gebleichte, bunte, sammetartige, Spitzen-), feine und grobe Leinengewebe, Spitzen und Stickereien, Wollenwaren, Konfektionswaren, Filzhüte, Töpferwaaren, Spielzeug, Quincaillerie- und Kurzwaren etc. In vielen dieser Artikel beträgt die Abnahme für Frankreich 60 bis 80 Prozent.

Etwas abgenommen hat die deutsche Ausfuhr unter Andern bei Korbflechtereiewaaren, Schuhwaren, Zigarren und Zigaretten, Sohlleder etc., welche die Schweiz in zunehmendem Masse selbst fabriziert.

Sehr erfreulich war es mir, von vielen Seiten die Anerkennung zu hören, dass man ganz erstaunt sei über die Leistungen der deutschen Industrie und dass man von Deutschland eine Menge Artikel beziehen könne, für welche man sich gänzlich auf Frankreich angewiesen glaubte. Ich bin deshalb auch fest überzeugt, dass selbst nach einer Besserung der französisch-schweizerischen Zollverhältnisse, dem deutschen Markte ein sehr grosser Theil seiner in letzter Zeit erworbenen Kundschaft treu bleiben wird, und dass es die Pflicht der deutschen Fabrikanten ist, die gegenwärtigen günstigen Verhältnisse zum Segen ihrer Industrien mit Verständnis und Ausdauer auszunutzen. Von verschiedenen Kaufleuten wurde mir wiederholt die Bemerkung gemacht, dass betreffend Solidität und Arbeit die deutschen Produzenten bedeutende Fortschritte gemacht hätten und ihren Konkurrenten voraus wären, man habe indess die grösste Mühe, sie dazu zu bringen, besonders in den Formen sich dem Geschmack und den Gewohnheiten der hiesigen Kundschaft zu fügen. Diese Ausstellung bezog sich besonders auf Küchengeräthe, Porzellan- und Glaswaren, gebundene Bücher, Modewaaren für Damen und verschiedene Konfektionsartikel.

In grosser Zahl gingen dem Kaiserlichen Konsulate Gesuche deutscher Geschäftshäuser zu, begleitet ge-

wöhnlich von protestirten Wechseln oder unbezahlten Rechnungen, welche oft geradezu um Eintreibung dieser Ausstände oder doch Vermittelung der Angelegenheit baten. So viel irgend thunlich, sind diese Gesuche erledigt worden und häufig mit dem gewünschten Erfolg. Ich möchte aber doch einmal darauf hinweisen, dass viele deutsche Geschäftsleute eine ganz falsche Vorstellung zu haben scheinen von den Pflichten und besonders von den Berechtigungen der Kaiserlichen Konsuln. In den betreffenden Briefen finden sich Verlangen, wie die folgenden:

„Wir bitten um sofortige Eintreibung der Schuld; das Kaiserliche Konsulat wolle den Säumigen vorladen lassen und zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen; man bittet, den Betreffenden nöthigen Falles verhaften zu lassen; die dortigen Behörden sollten angehalten werden, ihre Pflicht zu thun u. s. w.“ Vielleicht hätten diese Leute weniger leicht Kredit gewährt, wenn ihnen der Umfang der konsularischen Thätigkeit nicht in ganz falschem Lichte erschienen wäre. Ueber die Gefahr unvorsichtigen Gewährens langer Kredite an unbekannte oder wenig bekannte Leute in der Westschweiz habe ich schon wiederholt mich geäussert; die nahe französische Grenze erschwert die Verfolgung von gewissenlosen Gläubigern. Im vergangenen Jahre habe ich aber auch wiederholt Gelegenheit gehabt, die Naivität und Leichtgläubigkeit zu bewundern, mit welcher deutsche Landsleute durch Schwindelannoncen sich betrügen lassen. Ein Uhrenhändler, der sich bereits verschiedentlich mit seinen Gläubigern billig abgefunden, bietet in ausländischen Zeitungen scheinbar sehr billige Uhren, die er gegen Einsendung des Betrages zu liefern verspricht. So unglaublich es scheint, sind doch Viele auf diesen Schwindel hineingefallen; darunter auch eine ganze Anzahl Landsleute, die dann den Schutz des Konsulates anriefen. Dem Betreffenden fehlte es natürlich nie an Ausflüchten, und nur mit Mühe ist es gelungen, den Gesuchstellern für ihr gutes Geld schlechte Waaren zu verschaffen. — Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einen schon früher gegebenen Rath erneuern, die Offerten von sogenannten Geschäftsagenten (agents d'affaires), welche die Vertretung von Gläubigern, zahlungsunfähigen oder als solche sich darstellenden Schuldern gegenüber besorgen, nicht ohne Weiteres anzunehmen. Viele derselben sind ja ganz richtige Leute, aber gewöhnlich empfiehlt es sich doch, dem Konsulate oder einem befreundeten Hause die betreffenden Vollmachten zu übertragen, da verschiedentlich auch recht unerbauliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die in der ganzen Schweiz gleichmässig eingeführten Offices des poursuites et des faillites bieten den Gläubigern die beste Garantie, ihre Forderungen möglichst gewahrt zu sehen und handeln auch den Schuldern gegenüber mit der Schonung, die selbst im Interesse der Gläubiger geboten scheint.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer. Gefängnissarbeit.

An die Handelskammer zu Braunschweig.

Seitens der Teppich- und Manilla-Hanfwaaren-industrie unseres Bezirks wird das Darniederliegen dieses Industrie-Zweiges und die stetig sich vermehrende Erschwerung des Absatzes hauptsächlich auf die Konkurrenz zurückgeführt, welche die Herzoglich Braunschweigischen Strafanstalten zu Wolfenbüttel derselben bereiten. Indem der Braunschweigische Justiz-Fiskus die Artikel der genannten Industrie für eigene Rechnung anfertigt und die Absatzgebiete mit denselben überschwemme, sei es dem Privatunternehmer sehr erschwert, die Industrie als lohnend weiter zu betreiben, da sie die mit unbezahlten Arbeitskräften und ohne öffentliche Lasten operirende staatliche Konkurrenz nicht aushalten

könnten. Nach Angabe unserer Gewährsleute wird eine derartige Konkurrenz von dem preussischen Fiskus bislang nicht ausgeübt.

Wir stellen an die verehrte Schwessterkammer das ergebene Ersuchen um Mittheilung, ob die uns gemachten Angaben thatsächlich richtig sind, und um gefällige gutachtliche Aeusserung, ob eventuell eine Vorstellung bei der dortigen Staatsregierung etwa in der Weise von Erfolg begleitet sein würde, dass die Gefangenen-Arbeitskräfte durch Ausschreibungen an Privatunternehmer verdingen werden, ein Modus, der von dem preussischen Fiskus zum Theil bereits geübt wird.

Hildesheim, 8. Mai 1894.

Die Handelskammer zu Hildesheim.

An die Handelskammer zu Hildesheim.

Auf die gef. Anfrage vom 8. d. M. erwidern wir der verehrlichen Schwessterkammer ergebenst Folgendes:

Die dortseitige Auffassung, dass das Darniederliegen der Teppich- und Manilla-Hanffabrikation und die stetig sich vermehrende Erschwerung des Absatzes hauptsächlich auf die Konkurrenz zurückzuführen sei, welche die Herzoglich Braunschweigischen Strafanstalten zu Wolfenbüttel denselben bereiten, können wir unsererseits nicht ganz theilen.

Was zunächst die Erschwerung des bez. Absatzes betrifft, so dürften die Ursachen für diese Erscheinung wohl in erster Linie in dem Zurücktreten ausländischer Absatzgebiete zu suchen sein. Wir dürfen beispielsweise an das Einfuhrverbot von Sträflingerzeugnissen in den Vereinigten Staaten, an die durch den Bürgerkrieg gestörten Handelsbeziehungen mit Brasilien, an die geschäftliche Depression in Australien u. A. erinnern. Keinesfalls kann aber wohl die Gefängnisarbeit als solche für den Geschäftsrückgang verantwortlich gemacht werden, und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil unseres Wissens die Hanftaschen-Fabrikation — um diese handelt es sich wohl in dem vorliegenden Falle allein — in Deutschland ausschliesslich in Gefangenen-Anstalten betrieben wird. Wenn wir recht unterrichtet sind, kommt auch für den dortigen Bezirk keine eigentliche freie Fabrikation, die unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit leiden könnte, in Betracht, sondern auch dort wird die Fabrikation von einigen Unternehmern ausschliesslich in preussischen Strafanstalten (vornehmlich in Düsseldorf) bewerkstelligt; trifft diese unsere Voraussetzung zu, so würde die Ihnen vorgetragene Beschwerde, „es sei den Privatunternehmern Ihres Bezirkes sehr erschwert, die Industrie als lohnend weiter zu betreiben, da sie die mit unbezahlten Arbeitskräften und ohne öffentliche Lasten operierende staatliche Konkurrenz nicht aushalten könnten“, wohl in sich selbst zusammenfallen. Es könnte somit wohl ausschliesslich die Frage aufgeworfen werden, ob etwa die Produktionsbedingungen der Wolfenbüttler Strafanstalten gegenüber denjenigen der preussischen Gefangenen-Anstalten so vortheilhaft gehalten seien, dass die Letzteren die ihnen diesseitig gemachte Konkurrenz nicht bestehen können.

Wenngleich wir grundsätzlich der Auffassung sind, dass eine derartige Frage ausschliesslich interne Angelegenheit der beteiligten Ressorts bzw. der zuständigen Aufsichtsbehörden berühren und jedenfalls sich um desswillen unserer Zuständigkeit gänzlich entziehen würde, weil es eben wohl nicht Aufgabe der Handelskammern sein kann, über die mehr oder minder günstigen Konkurrenzverhältnisse der Gefangenen-Anstalten unter einander zu resolviren, so halten wir es doch, gegenüber der durch die Presse bekannt gewordenen Beschwerde Ihres Herrn Antragstellers für unsere Pflicht, die verehrliche Schwessterkammer davon in Kenntniss zu setzen, dass nach unseren sorgfältigen Informationen die dort eingereichte Beschwerde nicht nur jeder Begründung entbehrt, sondern geradezu die thatsächlichen Verhältnisse in ihr Gegentheil verkehrt. In bedingtem Masse zutreffend

allein ist die Angabe, welche sich auf die Betriebsform der Hanftaschen-Fabrikation in Wolfenbüttel bezieht.

Die Hanftaschenfabrikation wird in den Gefangenen-Anstalten zu Wolfenbüttel seit dem Jahre 1875 betrieben; als Unternehmer fungirte daselbst bis zum Jahre 1877 die im dortigen Bezirke domizilirte Firma Hildebrandt & Häufer, welche durchschnittlich hundert- und fünfzig Gefangene beschäftigte. In Folge der von genannter Firma in steigendem Masse gestellten Anforderungen auf Ermässigung der Löhne, welche mit den geringeren Löhnen in den preussischen Gefangenen-Anstalten begründet wurden, sah sich schliesslich die Verwaltung genöthigt, einer abermaligen weitgehenden Anforderung der Firma gegenüber auf die weitere Mitwirkung genannter Firma zu verzichten. Nachdem die Anstaltsverwaltung vorübergehend versucht hatte, den Betrieb ganz und gar in eigene Regie mit bezahlten Agenten zu nehmen, entschloss sie sich, unter dem Drucke der beständigen Preisunterbietungen, namentlich von Seiten des Unternehmers Hildebrandt sen. in Peine, sich nur die technische Fertigstellung der Fabrikate selbst vorzubehalten, dagegen den Generalverschluss an einen kommerziellen Unternehmer, Gebrüder Samson in Wolfenbüttel, zu übertragen, wobei sie sich nur bezügl. der Preisfestsetzung und Gewinnbetheiligung bestimmte Vorbehalte sicherte. Dieses System hat sich für die Anstalt nach jeder Richtung hin bewährt, und wir vermögen auch unsererseits, unter dem Gesichtspunkte, dass es sich hierbei nur um die Konkurrenz der Strafanstalten Preussens und Braunschweigs untereinander handelt, von dem Standpunkte der allgemeinen Interessen an demselben nichts zu bemängeln. Im Gegentheil legen wir Werth darauf, dass die Hanftaschenfabrikation in Wolfenbüttel nach Möglichkeit in ihrem vollen Umfange aufrecht gehalten wird. Wie die mannigfachen und berechtigten Klagen aus den Kreisen der Fabrikation und des Handwerks erweisen, ist es für den Strafvollzug überaus schwierig, die Gefangenen in nutzbringender Weise zu beschäftigen. Bietet sich ausnahmsweise einmal eine Gelegenheit, den Anforderungen des Strafvollzugs ohne Kollision mit dem freien Gewerbebetriebe gerecht zu werden, so muss dieselbe von den berufenen Organen schon aus ihrem eigensten Interesse eher gefördert als gehemmt werden. Gerade die Hanftaschenfabrikation ist zur Gefängnisarbeit vorzüglich geeignet, nicht nur weil sie von freien Arbeitern überhaupt nicht betrieben wird, sondern auch schon aus dem Grunde, weil sie die Möglichkeit gewährt, die verschiedensten Arbeitskräfte in vollem Masse bei ihr zu verwenden. Das Sortiren, Hecheln, Weben, Zureichen, Spinnen, Spulen, Absängen, Kettenscheeren, Nähen, Verpacken sind Verrichtungen, welche ebensowohl starke wie schwächliche, jugendliche und alte, geschickte und ungeschickte, männliche und weibliche Arbeitskräfte zur Verwendung zulassen. Wir haben demgemäss auch kein Bedenken getragen, der Anstaltsverwaltung in Wolfenbüttel unseren besonderen Dank für die Berücksichtigung auszusprechen, welche sie seit jeher den Interessen des freien Gewerbes dadurch zu Theil werden lässt, dass sie sich der grossen Umständlichkeit des Selbstbetriebes einer spezifischen Gefängnisfabrikation unterzieht, um eben nicht, was für sie offenbar bequemer wäre, dem Beispiele der preussischen Gefangenen-Anstalten folgend, durch Vergebung der billigen Gefangenearbeit an Unternehmer die freie Arbeit in anderen Fabrikationen in ihrem Werthe herunterzudrücken.

Wir glauben schliesslich, die offenbar aus Konkurrenzneid hervorgehenden Angaben Ihres Beschwerdeführers über die Preisunterbietung von Seiten der Wolfenbüttler Gefangenen-Verwaltung dahin richtig stellen zu sollen, dass wir uns durch eigene Prüfung von dem Gegentheil überzeugt haben. Wir haben aus uns im Original vorgelegten Geschäftskorrespondenzen zur Evidenz feststellen können, dass die von Gebr. Samson offerirten Preise sowohl im Auslande wie im Inlande wiederholt

und erheblich von Seiten der Firma Hildebrandt sen. in Peine unterboten worden sind. Die Unrichtigkeit der bezügl. Behauptung ergibt sich auch ohne Weiteres aus den Verhältnissen selbst, da in der Düsseldorfster Strafanstalt nach Ausweis der Statistik pro 1892/93 durchschnittlich täglich 84.69 Gefangene in der Hanftaschen-Fabrikation gegen einen täglichen Lohnsatz von 21.2 Pfennigen beschäftigt wurden, wogegen in Wolfenbüttel ein Durchschnittsarbeitsverdienst von 43 Pfennig erzielt worden ist.

Braunschweig, 15. Juni 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Export nach Norwegen.

Wollene und halbwollene Stoffe. Die früher gar nicht unbedeutende Einfuhr von Tuchwaaren und Trikotagen aus Deutschland soll im Laufe der letzten Zeit zurückgegangen sein.

Der Grund hierfür dürfte wohl in dem Umstande zu suchen sein, dass die inländische Industrie, welche im Laufe der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, sich im Verein mit der schwedischen den Markt zu erobern anfängt und die Devise: „Norwegen für die Norweger“ immer mehr die hiesigen Absatzverhältnisse beherrscht.

Hierzu kommt, dass sich das norwegische Fabrikat im Gegensatz zu dem deutschen besonders durch Haltbarkeit, weniger durch Aeussere gut bewährt hat.

Auch in Damenmäntelstoffen leisten die norwegischen Fabriken schon recht Anerkennenswerthes.

Fertige Damenmäntel wurden aus Schweden und Dänemark, hauptsächlich aber aus Berlin bezogen.

In glatten Damenkleiderstoffen konkurriert England und Frankreich (Roubaix) erfolgreich mit Deutschland. Das deutsche Fabrikat scheint sich nicht derselben Beliebtheit, wie die englische und französische Waare, zu erfreuen.

Gemusterte Stoffe dagegen wurden vielfach aus Deutschland bezogen.

Kamm-, Streichgarn und glatte Stoffe wurden hauptsächlich von Deutschland bezogen, doch trat England und Schweden in den letzten Jahren konkurrierend auf dem hiesigen Markte auf.

Wie es scheint, dürften die deutschen Fabrikanten der Wollwarenbranche ihr Augenmerk hauptsächlich darauf zu richten haben, soweit als möglich haltbare und echt gefärbte Waaren zu liefern.

Nähmaschinen wurden aus Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt.

Deutsche Nähmaschinen von besserer Qualität fanden hier einen lohnenden Absatz. Auch die deutschen Maschinen von geringerer Güte wurden wegen ihres billigen Preises gern gekauft.

Obgleich das deutsche Fabrikat dem amerikanischen vielfach vorgezogen wird, so machen die amerikanischen Firmen dennoch ein gutes Geschäft. Der Grund hierfür dürfte einerseits darin liegen, dass die gedachten Firmen die Reklame mit grösserem Geschick betreiben, andererseits aber auch in dem Umstande, dass sie ihre Waare den Privatleuten durch Agenten direkt im Hause zum Kauf anbieten lassen.

Materialien, die zum Schiffsbau gehören, wie Eisenplatten, Schiffsknie, Anker u. s. w. kamen hauptsächlich aus England. Den englischen Industriellen wird in diesen Waaren deswegen der Vorzug gegeben, weil sie nicht nur schneller liefern als die übrigen, sondern auch im Stande sind, bei blosser Angabe der Grösse des Schiffes genau die dafür passenden Eisenplatten zu liefern.

Stahlschienen für die norwegischen Bahnen werden seit mehreren Jahren aus England eingeführt, da die englischen Stahlwerke zu billigeren Preisen als

die deutschen liefern, auch die hier ausgeschriebenen Submissionsbedingungen mehr für das englische als das deutsche Fabrikat zugeschnitten sind.

Kleine Mittheilungen.

Unterm 16. Mai ist das Gesetz betreffend die **Abzahlungsgeschäfte**, durch Se. Majestät den Kaiser vollzogen worden. Der Inhalt des Gesetzes ist im Wesentlichen folgender:

„Hat bei dem Verkauf einer dem Käufer übergebenen Sache, deren Kaufpreis in Theilzahlungen berichtet werden soll, der Verkäufer sich das Recht vorbehalten, wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Verträge zurückzutreten, so ist im Falle dieses Rücktritts jeder Theil verpflichtet, dem anderen Theil die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig. Dem Vorbehalt des Rücktrittsrechts steht es gleich, wenn der Verkäufer wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen kraft Gesetzes die Auflösung des Vertrags verlangen kann. Der Käufer hat im Falle des Rücktritts dem Verkäufer für die in Folge des Vertrags gemachten Aufwendungen sowie für solche Beschädigungen der Sache Ersatz zu leisten, welche durch ein Verschulden des Käufers oder durch einen sonstigen von ihm zu vertretenden Umstand verursacht sind. Für die Ueberlassung des Gebrauchs oder der Benutzung ist deren Werth zu vergüten, wobei auf die inzwischen eingetretene Werthminderung der Sache Rücksicht zu nehmen ist. Eine entgegenstehende Vereinbarung, insbesondere die vor Ausübung des Rücktrittsrechts erfolgte vertragsmässige Festsetzung einer höheren Vergütung ist nichtig. Auf die Festsetzung der Höhe der Vergütung finden die Vorschriften des § 260 Absatz 1 der Zivilprozessordnung entsprechende Anwendung. Die nach den Bestimmungen der §§ 1, 2 begründeten gegenseitigen Verpflichtungen sind Zug um Zug zu erfüllen. Eine wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen verwirkte Vertragsstrafe kann, wenn sie unverhältnissmässig hoch ist, auf Antrag des Käufers durch Urtheil auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Die Herabsetzung einer entrichteten Strafe ist ausgeschlossen. Die Abrede, dass die Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen die Fälligkeit der Restschuld zur Folge haben solle, kann rechtsgültig nur für den Fall getroffen werden, dass der Käufer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Theilzahlungen ganz oder theilweise im Verzug ist und der Betrag, mit dessen Zahlung er im Verzug ist, mindestens dem zehnten Theil des Kaufpreises der übergebenen Sache gleichkommt. Hat der Verkäufer auf Grund des ihm vorbehaltenen Eigenthums die verkaufte Sache wieder an sich genommen, so gilt dies als Ausübung des Rücktrittsrechts. Die obigen Vorschriften finden auf Verträge, welche darauf abzielen, die Zwecke eines Abzahlungsgeschäfts in einer anderen Rechtsform, insbesondere durch miethweise Ueberlassung der Sache zu erreichen, entsprechende Anwendung, gleichviel ob dem Empfänger der Sache ein Recht, später deren Eigenthum zu erwerben, eingeräumt ist oder nicht. Wer Lotterieloose, Inhaberpapiere, mit Prämien oder Bezugs- oder Antheilscheine auf solche Loose oder Inhaberpapiere gegen Theilzahlungen verkauft oder durch sonstige auf die gleichen Zwecke abzielende Verträge veräussert, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. bestraft. Es begründet keinen Unterschied, ob die Uebergabe des Papiers vor oder nach der Zahlung des Preises erfolgt. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung, wenn der Empfänger der Waare als Kaufmann in das Handelsregister eingetragen ist. Verträge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen worden sind, unterliegen den Vorschriften desselben nicht.“

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5,— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

No. 8.

Braunschweig, August-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 9. — 3501/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch unter Bezugnahme auf die diesseitige Bekanntmachung vom 13. Januar 1892 zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einer dem Kaiserlichen Konsul zu Bukarest Seitens des Rumänischen Finanz-Ministeriums ertheilten Auskunft von den Rumänischen Zollbehörden bei Sendungen aus Deutschland Ursprungszeugnisse nicht verlangt werden.

Braunschweig, 4. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. C. 5. — 3888/94.

Bekanntmachung.

Von dem K. u. K. Oesterreich-Ungarischen General-Konsulat in Berlin sind wir ersucht, die Interessenten unseres Bezirkes darauf aufmerksam zu machen, dass am 27. und 28. August d. J. der XXII. internationale Getreide- und Saatenmarkt in Wien abgehalten werden wird.

Braunschweig, 16. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. A. I. 1. — 3980/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch die nachstehenden Regeln für die Zollbehandlung der von Handlungsreisenden nach Russland mitgeführten Waarenmuster zur allgemeinen Kenntniss:

„Bis zum Erlass der im Artikel 12 des russisch-deutschen Handelsvertrages vorgesehenen allgemeinen Regeln über Handlungsreisende und über die Form der Gewerbelegitimationskarten soll für das Durchlassen der von Handlungsreisenden eingeführten Waarenmustern die folgende Ordnung beobachtet werden:

Bei der Besichtigung solcher Muster haben die Zollbeamten ausser den Besichtigungsscheinen genaue Verzeichnisse der eingeführten Waarenmuster nach Art und Zahl aufzustellen; diese Verzeichnisse müssen sodann dem Handlungsreisenden ausgehändigt werden, der sie bei der Wiederausfuhr der Muster dem Ausfuhrzollamt vorzulegen hat, und dieses ist verpflichtet, die Identität der ausgeführten Waaren mit den in dem Verzeichnisse aufgeführten zu bescheinigen.

Auf Vorlage des in dieser Weise beglaubigten Verzeichnisses hat das Zollamt, das dieses Verzeichniss aufgestellt hatte, den für diese Waaren erhobenen Zollbetrag zurückzuerstatten.“

Um späteren Weitläufigkeiten bei der Wiederausfuhr der Muster vorzubeugen, wird man gut daran thun, sich jedes Mal von der Genauigkeit der von den russischen Zollbeamten bei der Einfuhr der Muster aufzustellenden Verzeichnisse noch besonders zu überzeugen.

Braunschweig, 19. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. C. 5. — 4244/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einer Mittheilung des K. u. K. Oesterreichisch-Ungarischen General-Konsulats in Berlin die Obsternte in Ungarn in diesem Jahre eine so ausserordentliche ist, dass ausser dem Konsum im Lande, noch eine grosse Quantität zum Export gebracht werden kann. Die hierbei interessirten Importeure unseres Bezirkes wollen sich bezüglich einer näheren Erkundigung an den Ministerial-Kommissär für Obstkultur, Herrn Stefan Molnár in Budapest (Königl. Winterschule) wenden, welcher jede gewünschte Auskunft bereitwilligst ertheilen wird.

Braunschweig, 23. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. D. 14. — 4242/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss der Betheiligten, dass die Generaldirektion der Rumänischen Eisenbahnen an uns das Ersuchen gerichtet hat, ihr Adressen leistungsfähiger Fabrikanten und Lieferanten aller für ihre Verwaltung in Betracht kommenden Materialien aufzugeben.

Wir erklären uns demgemäss bereit, auf diesbezügliches Ersuchen von Betheiligten entsprechende Anerbieten an die Generaldirektion zu Bukarest zu übermitteln.

Braunschweig, 31. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Die Entwicklung und der Stand des Berliner Bier-Boykotts.

Ueber die Entwicklung und den Stand des Berliner Bier-Boykotts bringt das „Sozialpolitische Zentralblatt“ zwei die Frage vom entgegengesetzten Standpunkte behandelnde Artikel, die bei dem speziellen Interesse, welches Braunschweig an dem Gegenstand hat, auch für die hiesigen Kreise von Interesse sein wird, da sie jedenfalls gerade durch ihre entgegengesetzte Auffassung zur Klärung eines objektiven Urtheils wesentlich beitragen.

I.

Nachdem nunmehr der von der sozialdemokratischen Partei über 7 Berliner Brauereien verhängte Boykott fünf Wochen gedauert hat und von beiden Seiten viel über die Ursachen und Wirkungen dieses Kampfes gesprochen und geschrieben worden ist, dürfte es angebracht erscheinen, die thatsächlichen Vorgänge zu rekapitulieren und festzustellen. Dies umso mehr, als in unserer schnelllebenden Zeit die Ereignisse einander drängen und manche wichtigen Momente im Laufe des Streites vergessen, unwichtige Vorkommnisse häufig über Gebühr aufgebauscht werden. In den nachfolgenden Ausführungen soll versucht werden, ein möglichst objektives Bild der Sachlage zu bieten, während die daraus zu ziehenden Schlüsse einer anderweiten Besprechung vorbehalten bleiben.

Es ist bekannt, dass der zwischen der Sozialdemokratie und den Brauereien entbrannte Streit mit der Aufforderung der hiesigen Böttchergesellen an ihre Arbeitgeber, ihnen den 1. Mai freizugeben, seinen Anfang nahm. Diese Aufforderung erfolgte mündlich auf Grund eines in einer Versammlung vom 14. April cr. gefassten Beschlusses, und zwar in Form eines Gesuches mit dem Hinzufügen, dass die Gesellen ein persönliches Interesse an dem Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai nicht hätten, ihr Antrag vielmehr nur die Folge jenes Vereinsbeschlusses sei. Die Brauereivorstände ertheilten den Antragstellern auf Grund eines ihrerseits gefassten Beschlusses gegen Ende desselben Monats einen ablehnenden Bescheid mit der Motivierung, dass sie den Betrieb und die Bedienung der Kundschaft nicht willkürlich unterbrechen könnten, namentlich nicht während der Dauer der Mälzungsperiode. Ungeachtet dieses ablehnenden Bescheides beschlossen die Böttchergesellen in einer am 29. April stattgefundenen Versammlung, die Arbeit am 1. Mai thatsächlich ruhen zu lassen und die Mitglieder ihres Verbandes zu verpflichten, sich am 1. Mai, Morgens 8 Uhr, im Vereinslokal einzufinden.

Von diesem Beschlusse wurden die betreffenden Arbeitgeber durch Rundschreiben vom selben Tage in Kenntniss gesetzt. Die vereinigten Brauereien sahen diese Mittheilung als eine Herausforderung an und beschlossen, diejenigen Böttchergesellen, welche sich am 1. Mai nicht wie gewöhnlich zur Arbeit einfänden, das Arbeitsverhältniss somit eigenmächtig unterbrechen würden, vor dem 7. Mai, also für 3 weitere Werktage — der 3. Mai war Himmelfahrtstag und der 6. ein Sonntag — zur Arbeit nicht wieder zuzulassen, diejenigen aber, welche sich dieser Busse nicht fügen wollten, überhaupt zu entlassen. Es lag in diesem Beschluss, wie von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben wird, gegenüber den für die Ablehnung des Gesuchs der Böttchergesellen geltend gemachten Gründen insofern ein Widerspruch, als man aus Betriebsrücksichten eine eintägige Unterbrechung der Arbeit nicht bewilligen zu können glaubte, nunmehr aber eine dreitägige Ausschluss für zulässig hielt.

Seitens der Brauereien wird dieser Widerspruch damit aufgeklärt, dass die Böttchergesellen nur einen kleinen Theil ihrer Arbeiterschaft bilden und sie diesem eine Befreiung vom Dienste nicht hätten zugestehen können, ohne das gleiche Recht auch den übrigen Arbeitern zu gewähren, was dann zu einem Stillstand des ganzen Betriebes geführt hätte. Im Uebrigen waren die Leiter der Brauereien der Ansicht, dass sie die Nichtachtung des von ihnen ertheilten Bescheides nicht ohne Strafe hinnehmen durften, selbst wenn damit ein Nachtheil für den Betrieb im Allgemeinen verbunden sein würde.

In der That blieb die grosse Mehrzahl der Böttchergesellen am 1. Mai von der Arbeit fort; es wurde ihnen darauf am 2. Mai, als sie sich auf ihren Arbeitsstätten wieder einfanden, der oben erwähnte Beschluss der vereinigten Brauereien mitgetheilt. Am 3. Mai fand abermals eine Versammlung der Böttchergesellen statt, und wurde nunmehr als Gegenmassregel ein Generalstreik mit der Massgabe beschlossen, dass die Arbeit in denjenigen Betrieben, in denen am 1. Mai gearbeitet worden war, sofort niederzulegen und in sämtlichen Betrieben nicht eher wieder aufzunehmen sei, bevor nicht die neuen, in dieser Versammlung gleichzeitig festgestellten Arbeitsbedingungen bewilligt sein würden. Die letzteren bestanden, abgesehen von der ausdrücklichen Anerkennung des 1. Mai als Ruhetag, in einem Minimalwochenlohn von 30 Mk. — bei 9 stündiger Arbeitszeit — gegenüber dem bisherigen Satz von 27 Mk. — bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit.

Die zum Verein gehörigen Brauereien lehnten diese Forderungen ab oder vielmehr bewilligten sie nicht, denn eine Verhandlung über dieselben hat weder stattgefunden, noch ist eine solche versucht worden. Der Grund für diese Nichtbewilligung ist weniger in der Höhe der Forderungen — denn, wie erwähnt, ist die Zahl der Böttchergesellen in den Brauereien verhältnissmässig gering und sind die Lohnsätze in einer Anzahl von Betrieben bereits annähernd so hoch — sondern hauptsächlich darin zu suchen, dass die Leiter der Brauereien durch ein Eingehen auf die gestellten Forderungen ihre Autorität einzubüssen glaubten. Hierin wurden sie durch den Umstand bestärkt, dass nach den Berichten des „Vorwärts“ die Böttcher für den Fall der Ablehnung ihrer Forderung bezüglich der Freigabe des 1. Mai schon im Voraus Repressalien in Aussicht genommen und sich in Anbetracht ihrer guten Organisation als Bahnbrecher für die Maifeier betrachtet hatten.

Bis hierher hatte sich weder die sozialdemokratische Partei noch die Arbeiterschaft im Allgemeinen mit dem zwischen den Brauereien und den Böttchergesellen entstandenen Streite befasst. Auch im „Vorwärts“ war zwar der Organisation der Böttchergesellen lobend gedacht, immerhin aber gemäss dem Kölner Parteibeschluss daran festgehalten worden, dass das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai nicht als Parteisache anzusehen, sondern der Erwägung der einzelnen Arbeitergruppen zu überlassen sei. Erst am 6. Mai wurde die Angelegenheit in einer vom Gewerkschaftskartell zu Rixdorf daselbst einberufenen Volksversammlung einer öffentlichen Besprechung unterzogen und in dieser der Beschluss gefasst, die in Rixdorf domizilirenden beiden Brauereien, nämlich die „Vereinsbrauerei“ und die „Bergschlossbrauerei“ so lange in Verfall zu erklären, bis sie die Forderungen der Böttchergesellen bewilligt hätten. Dieser Beschluss wurde von den Theilnehmern der Versammlung sogleich zur Ausführung gebracht, vom „Vorwärts“ jedoch erst in seiner Nummer vom 10. Mai weiteren Kreisen bekannt gegeben.

Am 13. Mai berichtigte der „Vorwärts“ alsdann seine Angaben über jenen Beschluss dahin, dass nach eingezogenen Erkundigungen nicht über beide Rixdorfer Brauereien, sondern nur über die Vereinsbrauerei der Boykott beschlossen worden sei. Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend, welcher in der Boykottirung von Brauereien eine gegen die Existenz

derselben gerichtete Waffe erblickt und den Beschluss der Rixdorfer Versammlung bezüglich seiner Wirkung auch für Berlin als massgebend erachtete, erklärte sich mit der Vereinsbrauerei solidarisch und theilte sowohl dem Gewerkschaftskartell zu Rixdorf, wie der Berliner Gewerkschaftskommission mit, dass die dem Verein angehörenden Brauereien ihren Betrieb beschränken und 20 Prozent ihrer Arbeiter entlassen würden, wenn die Verrufserklärung über die Vereinsbrauerei nicht bis zum 15. Mai aufgehoben sei.

In der Antwort, welche der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission an den Verein der Brauereien richtete, erklärte derselbe, dass er dem Beschlusse der Volksversammlung vom 6. Mai in Rixdorf völlig unbetheiligt gegenüber stehe und dass er bisher weder Anlass gehabt habe, sich zustimmend zu demselben zu äussern, noch in der Lage sei, ihn rückgängig zu machen; dass die Berliner Gewerkschaften bisher einen solchen oder einen ähnlichen Beschluss nicht gefasst hätten, noch die Absicht laut geworden sei, ihrerseits in gleicher Weise vorzugehen. Er müsse das Verlangen der vereinigten Brauereien, den Rixdorfer Beschluss rückgängig zu machen, ablehnen, da ihm die Legitimation dazu, sowie die Möglichkeit des Erfolges fehle. Sollte aber wider Erwarten der angeordnete Angriff der Brauereien auf die gesamte Arbeiterschaft Berlins inszeniert werden, so sehe der Ausschuss einer solchen Eventualität mit dem Bewusstsein entgegen, dass die Arbeiterschaft Berlins ihre oft bewährte Solidarität aufs neue betätigen würde.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells zu Rixdorf beantwortete dagegen die Mittheilung der vereinigten Brauereien dahin, dass man nicht daran denke, den Beschluss vom 6. Mai rückgängig zu machen, denselben unter Umständen sogar bis zum 1. Mai 1895 auszu dehnen beabsichtige.

Die Brauereien, welche einen Unterschied zwischen den Beschlüssen der Rixdorfer und der Berliner Arbeiterschaft nicht machen zu sollen glaubten, auch der Ansicht waren, dass ein Einfluss auf die Leitung des Rixdorfer Gewerkschaftskartells möglich gewesen bezw. erreicht worden wäre, wenn die Führer der Berliner Arbeiterschaft entschieden erklärt hätten, dass sie den Beschluss der Rixdorfer Versammlung nicht billigen, ihn auch nicht anerkennen, verblieben bei ihren Beschlüssen und brachten dieselben nunmehr nach Ablauf der gestellten Frist zur Ausführung. Demgemäss wurden am 16. Mai aus den Betrieben der zum Verein gehörigen Brauereien, wenn auch nicht 20 Prozent, so doch gegen 15 Prozent ihrer Arbeiter und zwar in erster Reihe diejenigen entlassen, „welche sich an den Bestrebungen hiesiger Arbeiter, durch Boykottirung einzelner Brauereien Zugeständnisse in Sachen des Böttcherstreiks zu erzwingen, betheiligt hatten“.

Unmittelbar darauf, nämlich am 17. Mai, veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Aufruf der Führer der sozialdemokratischen Partei und der hiesigen Gewerkschaftskommission an die Arbeiter und Parteigenossen, worin das Vorgehen der Brauereien als ein „auf kapitalistischem Uebermuth und frivoler Brutalität“ beruhender Angriff auf die Organisation der Brauereiarbeiter bezeichnet wurde. Die Unterzeichner des Aufrufs warfen dem „Ringe“ der Brauereien vor, dass er den Rixdorfer Beschluss nur als Vorwand benutzt hätte, um sich unliebsamer Arbeiter zu entledigen. Zugleich forderten sie die Arbeiterschaft auf, für die Gemassregelten einzutreten und schlugen zu diesem Zwecke vor, ausser der Vereinsbrauerei noch 6 weitere Brauereien zu boykottiren. Am Freitag, den 18. Mai, sollten neun öffentliche Versammlungen einberufen werden, um diesen Vorschlag zu definitivem Beschluss zu erheben.

In den Morgenblättern desselben Tages erklärten darauf die vereinigten Brauereien, dass die Veranlassung zu ihrem Vorgehen lediglich in dem Beschluss der Rixdorfer Versammlung zu suchen sei, an welchem sich auch

Brauereiarbeiter und deren Führer betheiligt hätten, dass ihnen ein Angriff auf die Organisation ferngelegen habe und sie bereit wären, die entlassenen Arbeiter, soweit es der derzeitige Betrieb*) erlaube, am 24. Mai wieder in Arbeit zu nehmen, sofern bis dahin der nunmehr über 7 Brauereien verhängte Boykott wieder aufgehoben sei. Die am Abend stattgefundenen Volksversammlungen nahmen von dieser Kundgebung keine Notiz, machten vielmehr den Beschluss der sozialdemokratischen Parteiführer zu dem ihrigen und erklärten, den Boykott so lange aufrecht erhalten zu wollen, bis die Wiedereinstellung der geschädigten Arbeiter und deren Lohnentschädigung, sowie die Anerkennung der bestehenden Arbeiter-Organisationen, des Arbeitsnachweises und des 1. Mai als Ruhetag erfolgt sein würden.

Hiermit hatte die sozialdemokratische Partei den Kampf zur Parteisache gemacht, und ist derselbe dadurch weit über den Rahmen eines Streites zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eines einzelnen Gewerbes hinausgewachsen. Während auf der einen Seite die Führer der Sozialdemokratie mit Hilfe ihrer Presse, durch Volksversammlungen und Flugblätter, in denen es an persönlichen Angriffen gegen die Leiter des Brauerings nicht fehlt, alles aufbieten, um ihrer Sache zum Siege zu verhelfen, d. h. die Brauereien zur Annahme der von ihnen gestellten Forderungen zu bestimmen, haben die Brauereien in ihrem passiven Widerstande bisher nicht nachgelassen.

Allerdings sind einige kleinere Betriebe aus der Vereinigung der Brauereien ausgeschieden, dagegen sind andere eingetreten, sodass sich die Zahl derselben nicht vermindert hat. Ausserdem haben, soviel bis jetzt zu übersehen ist, die sonstigen gewerblichen Kreise und das Bürgerthum selbst Partei für die Brauereien genommen. Man befürchtet in diesen Kreisen bei einem Siege der Sozialdemokratie einen erheblichen Machtzuwachs dieser Partei, indem dieselbe, ermuthigt durch den Erfolg, weitergehende Forderungen nicht nur an die Leiter der Brauereien, sondern auch an die übrigen Arbeitgeber stellen, ja in die Lage kommen würde, ihnen beliebige Forderungen aufzuoktroiren. Der Kampf sei, so sagt man, zu einer Machfrage geworden, ob die Arbeitgeber noch Herren in ihrem Betriebe bleiben, oder sich dem Willen der Arbeiterschaft zu fügen haben.

Neuerdings haben auch die Vertreter des Gastwirthsgewerbes die zuerst bekundete Neutralität aufgegeben und sich — abgesehen von den durch die Sozialdemokratie beeinflussten bezw. von der Arbeiterschaft abhängigen Gastwirthen — für die Brauereien erklärt, auch beschlossen, soweit sie Besitzer von Versammlungssälen sind, diese der Sozialdemokratie so lange zu verweigern, bis der Boykott aufgehoben sei. Sie begründen dieses Vorgehen damit, dass sie von dem Boykott und dem Seitens der sozialdemokratischen Partei ihnen gegenüber in Bezug auf die Hergabe der Säle ausgeübten „Terrorismus“ am meisten zu leiden haben.

Das Ende des Kampfes ist schwer vorauszusagen, da einerseits die für die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter erforderlichen Beträge nicht so gross sind, um einen Friedensschluss für die Arbeiterschaft vorläufig als nothwendig erscheinen zu lassen. Für die sozialdemokratischen Führer erscheint überdies ein Zurückgehen von den gestellten Forderungen, wenn nicht unmöglich, so doch sehr erschwert, nachdem nun einmal der Kampf zur Parteisache gemacht worden ist. Dagegen hat sich erwiesen, dass der partielle Boykott der 7 Brauereien insofern nicht aufrecht erhalten wird, als die Arbeiter sich vielmehr des Genusses von Lagerbier im Allgemeinen enthalten, und fragt es sich daher, ob dieselben im Stande sind, noch für längere Zeit diese

*) Um diese Zeit wird der Betrieb der Mälzerei in der Regel eingestellt, was eine Verminderung des Personals bei denjenigen Brauereien zur Folge hat, welche ihren Bedarf an Malz selbst herstellen.

Enthaltbarkeit zu üben. Andererseits liegt dafür, dass die Brauereien nachzugeben bereit sind, kein Anzeichen vor, obgleich das ungünstige Wetter die Massregeln der Sozialdemokratie sehr begünstigt hat. Dass die wenigen ausserhalb der Vereinigung stehenden Brauereien den Bedarf der Konsumenten trotz der Enthaltbarkeit der Arbeiter nicht zu decken vermögen, wird zugegeben werden müssen, u. A. schon deshalb, weil die Lagerbier-Brauereien nicht in der Lage sind, ihren Betrieb beliebig auszudehnen. Von den auswärtigen Brauereien haben sich nach den neuesten Bekanntmachungen des „Vorwärts“ nur einzelne zur Bierlieferung nach Berlin bereit erklärt; auch verbieten die Frachtkosten und Witterungsverhältnisse den Bezug grösserer Quantitäten von ausserhalb auf die Dauer von selbst. Für die Brauereien, selbst für die kleineren bzw. weniger gut fundierten, dürfte, nachdem sie nunmehr fünf Wochen lang die Wirkungen des Boykotts ertragen haben, um so weniger Veranlassung zum Nachgeben vorliegen, als bekanntlich jeder Boykott mit der Zeit an Schärfe verliert und die Brauereien annehmen können, dass ein Umschwung der Witterung ihre Lage ohnedies günstiger gestalten wird.

Berlin.

Richard Roesicke.

II.

Für die Beurtheilung des Berliner Bier-Boykotts ist es von der grössten Wichtigkeit, über den eigentlichen Ausgangspunkt Klarheit zu gewinnen. In dem in No. 39 des Sozialpolitischen Zentralblatts erschienenen Artikel des Herrn Roesicke heisst es in dieser Beziehung: „Es ist bekannt, dass der zwischen der Sozialdemokratie und den Brauereien entbrannte Streit mit der Aufforderung der hiesigen Böttchergesellen an ihre Arbeitgeber, ihnen den 1. Mai freizugeben, seinen Anfang nahm.“ Die hier aufgestellte Behauptung ist durchaus unzutreffend. Der Streit der Berliner Sozialdemokratie mit dem Brauering nahm seinen Anfang nicht mit dem 1. Mai und der sich daran anschliessenden Massregelung der Böttchergesellen, sondern mit der am 16. Mai Seitens der vereinigten Brauereien vorgenommenen Doppeldezimierung der gesamten Brauereiarbeiter.

Die Berliner Sozialdemokratie hatte sich in die Differenzen der Böttcher mit den Brauereien in keiner Weise eingemischt. Nachdem der Kölner Parteitag beschlossen hatte, bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage von dem Versuche der Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen und es „denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen überliess, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe zu feiern“ — bestand für die politische Partei kein Grund, sich in die Angelegenheit einzumischen. Die Böttcher waren auf eigene Hand vorgegangen, und die daraus erwachsenen Folgen mussten von ihnen selbst getragen werden. Dass in diesem Kampfe die Sympathien der klassenbewussten Arbeiterschaft auf ihrer Seite standen, und dass sie durch Sammlungen und durch Warnung vor Zuzug Seitens der Arbeiterpresse unterstützt wurden, ist richtig. Aber das sind Erscheinungen, die bei jedem Streit zwischen Arbeiter und Unternehmerthum sich einstellen, ohne dass es deshalb Jemandem einfallen wird, von einem „Streit zwischen der Sozialdemokratie und den betr. Unternehmerkreisen“ zu reden.

Es ist ja richtig, dass in der gesamten nicht-sozialdemokratischen Presse — ganz vereinzelte Ausnahmen abgerechnet — soweit sie sich über den Bierboykott bisher geäussert hat, die Dinge so dargestellt werden, als sei die Nichtgewährung der Arbeitsruhe am 1. Mai an die Böttcher, Seitens der Sozialdemokratie zum Anlass der Boykottklärung genommen worden. Diese Darstellung steht aber zu dem wirklichen Sachverhalt in schroffem Gegensatz.

Wie sehr dies der Fall, dafür finden sich in dem Artikel des Herrn Roesicke die Beweise. So heisst es dort auf Seite 462, erste Spalte, vierter Absatz von oben: „Bis hierher“ — d. h. bis zum 5. resp. 6. Mai — „hatte sich weder die sozialdemokratische Partei, noch die Arbeiterschaft im Allgemeinen, mit dem zwischen den Brauereien und den Böttchergesellen entstandenen Streit befasst.“ Und auf Seite 463, erste Spalte, zweiter Absatz von oben, steht zu lesen: „Hiermit“ — d. h. nachdem am 16. Mai die Brauereien ihre Drohung verwirklicht, 20 Prozent ihrer Arbeiter auf die Strasse gesetzt hatten, und als Antwort darauf die Boykottirung der sieben Brauereien proklamirt worden war — „hatte die sozialdemokratische Partei den Kampf zur Parteisache gemacht, und ist derselbe dadurch weit über den Rahmen eines Streites zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eines einzelnen Gewerbes hinausgewachsen.“ Herr Roesicke selbst widerlegt also in unzweideutiger Weise seine erst aufgestellte Behauptung, dass der Streit zwischen der Sozialdemokratie und den Brauereien mit der Ersten-Maifeier der Böttcher irgend welchen Zusammenhang habe.

In Wirklichkeit war auf Seite der vereinigten Brauereien die Absicht, sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins einmal gründlich auseinander zu setzen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, längst vorhanden und deshalb auch den Leitern des „Ringes“ das Vorgehen der Böttcher sehr willkommen. Der Kampf gegen die Maifeier ist in den bürgerlichen und Unternehmerkreisen von 1890 her noch sehr populär. Die Zurückweisung dieser sozialdemokratischen Forderung konnte von vornherein auf die unbedingte Zustimmung aller bürgerlichen Kreise rechnen, und deshalb setzte der Ring bei diesem Punkte ein. Deshalb auch der immer sich wiederholende Versuch, den Thatsachen entgegen, die Maifeier als den eigentlichen Streitpunkt hinzustellen.

Ob bei der Anwendung des Boykotts gelegentlich der Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Brauereigewerbe Fehler gemacht worden sind, mag hier unerörtert bleiben. Fest steht aber, dass in den leitenden Kreisen der Berliner sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Bestreben, die Streitfragen über Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Lebensmittelgewerben und speziell auch in den Brauereien, mit Hilfe des Boykotts zum Austrag zu bringen, in den letzten Jahren keine Unterstützung fand. Es liegen darüber ganz unzweideutige Aeusserungen der hervorragendsten Führer wie des Zentralorgans der Partei des „Vorwärts“ vor. So schrieb der letztere noch in No. 108 vom 12. Mai d. J. gerade aus Anlass der Ausschliessung resp. des Generalstreiks der Böttcher: „Wie wir bereits früher hervorgehoben haben, stehen wir nicht auf dem Standpunkt, dass es Sache unserer Partei sei, wenn in bestimmten Gewerben Zwistigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbrechen, jedes Mal zu Gunsten der Arbeiter durch den Boykott zu interveniren.“ Den Brauereien konnte diese grundsätzliche Stellungnahme der leitenden Parteikreise nicht unbekannt sein. Anstatt aber daraus die Lehre zu ziehen, nun auch ihrerseits den Bogen nicht zu überspannen, provozierten sie durch die Massnahme der Doppeldezimierung vom 16. Mai die gesamte Arbeiterschaft und machten den Kampf auf der ganzen Linie zu einem unvermeidlichen. Mir sind die Gründe, welche die Brauer in ihrer Kampfeslust bestärkten, natürlich nicht bekannt, wenn aber darunter die Hoffnung auf eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit über die Zulässigkeit des Boykotts in den Reihen meiner Partei, eine Rolle spielte, so hat der bisherige Verlauf der Angelegenheit wohl gezeigt, dass dies ein Köhlerglaube war. So sicher als es aus Anlass des Böttcherstreikes zu keinem allgemeinen Boykott gekommen wäre, so unausweichlich und selbstverständlich war derselbe geworden, als die vereinigten Brauereien auf die friedliche Erklärung des Ausschusses

des Berliner Gewerkschaftskartells mit der Entlassung von 20 Prozent am Streite gänzlich unbetheilgter Arbeiter antworteten. Als diese nach allem Vorausgegangenen in den Kreisen meiner Partei für unmöglich gehaltene Massregel perfekt geworden war, da gab es unter Arbeitern und Führern nur mehr eine Meinung, und die ging dahin, dass darauf mit dem Boykott geantwortet werden müsse.

Herr Roesicke meint, durch die Einmischung der Partei in den Kampf sei derselbe zu „einer Machtfrage geworden, ob die Arbeitgeber noch Herren in ihrem Betriebe bleiben oder sich dem Willen der Arbeiterschaft zu fügen haben“. So stehen die Dinge wirklich nicht. Nicht eine Machtfrage, sondern eine Ehrensache steht zur Entscheidung. Herrn Roesicke's Direktorialbefugnisse gedenkt Niemand anzugreifen oder einzuschränken, der Faustschlag aber, den man der gesamten Arbeiterschaft mit der Massregelung Unschuldiger versetzte, der brennt auf dem Antlitz der Arbeiter, und für ihn Genugthuung sich zu erzwingen, dafür wird der Boykott von der gesamten Arbeiterschaft mit jener Energie durchgeführt, die auch Herr Roesicke anerkennt.

Dass unter den heutigen Verhältnissen die Arbeiter in den wirtschaftlichen Betrieben nicht die Herren sein können, wissen sie; den Unternehmern aber die Lust an Gewaltstreichen, wie jene Massregelung es ist, zu vergällen, dies glauben sie erzwingen zu können, und im konkreten Fall ist der Boykott das Mittel dazu. Alles was Herr Roesicke also über die Nothwendigkeit, die Autorität in den Brauereien aufrecht zu erhalten, schreibt, hat mit dem eigentlichen Streitpunkt gar nichts zu thun.

Ist aber erwiesen, dass die Frage der Maifeier nicht der Angelpunkt des Streites ist, so sind die Darlegungen, warum trotz der friedlichen Antwort der Vertreter der Berliner Gewerkschaften, die Berliner Arbeiter Seitens der Brauereien provoziert wurden, ganz unverständlich. Herr Roesicke selbst muss zugeben, dass Seitens der Gewerkschaftskommission dem Rixdorfer Volksversammlungsbeschluss vom 6. Mai gegenüber eine vollständig neutrale Haltung beobachtet wurde, ausserdem gab die Kommission die Erklärung ab, dass die Berliner Gewerkschaften bisher weder einen solchen oder einen ähnlichen Beschluss — wie in Rixdorf — gefasst haben, noch dass die Absicht bestehe, einen solchen Beschluss zu fassen. Die Kommission spricht weiter, was Herr Roesicke nicht erwähnt, ihr Bedauern darüber aus, dass „Seitens der vereinigten Brauereiunternehmer, ohne sich vorher die Mühe zu machen, sich genügend zu informieren, ganz unbetheilgte Arbeiter gemassregelt sind und noch weitere Kreise derselben mit Massregelung bedroht werden“. Sodann wird in dem Schreiben der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass „nach dieser Klarstellung die vereinigten Brauereien von ihrer Absicht, die Zahl der Gemassregelten zu vermehren, abstehen werden und die Differenz mit den Böttchern baldigst zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt werden möge.“

Mit dieser Erklärung war für die Berliner Brauherren jeder Grund, ihrerseits noch weiter aggressiv gegen die Arbeiter vorzugehen, verschwunden. Es konnte am allerwenigsten den Brauherren unbekannt sein, dass, wenn die Berliner Arbeiterschaft sich den Rixdorfer Beschluss nicht zu eigen machte, dieser nur ein Schlag ins Wasser bleiben musste. Die Rixdorfer Vereinsbrauerei hat in Berlin ihr Hauptabsatzgebiet, in den Rixdorfer Lokalen, also auch in denen der Vereinsbrauerei, verkauft speziell an Sonn- und Festtagen wesentlich Berliner Publikum. Wenn dieses sich nun um den Boykottbeschluss nicht kümmerte, so lag es doch auf der Hand, dass derselbe keinerlei Wirkung üben würde. Es war Sache der Rixdorfer und Berliner Sozialdemokraten, sich über die Zulässigkeit und eventuelle Verbindlichkeit derartiger Beschlüsse, wie der vom 6. Mai einer war, auseinander zu setzen. Warum war-

teten die Brauherren das Resultat dieser Auseinandersetzung, die, wie die aus jenen Tagen stammenden Nummern des Vorwärts aufweisen, bereits eingeleitet war, nicht ab?

Die Antwort auf diese Frage finden wir in der Aeusserung des einen der Herren Braueroidirektoren gegenüber dem Comité der Arbeiter, sie lautet: „Meine Herren, uns ist es egal, was sie in Folge der Massregelungen beginnen, wir sind auf einen Kampf mit der Arbeiterschaft vorbereitet; wir lassen es darauf ankommen“.

Mit dieser authentischen Aeusserung vergleiche man die Erklärung der Brauer, worin sie dem Publikum Mittheilung von der Massregelung der 20 Prozent Arbeiter machen und angeben, „zu dieser Massnahme nur ungern und in der Nothwehr geschritten zu sein“.

Was weiss nun Herr Roesicke zur Rechtfertigung für die Provokation der Berliner Arbeiterschaft anzuführen? Er theilt uns mit, dass der Verein der Brauereien Berlins den Rixdorfer Versammlungsbeschluss bezüglich seiner Wirkung auch für Berlin als massgebend erachtet habe, und dass „die Brauereien einen Unterschied zwischen den Beschlüssen der Rixdorfer und der Berliner Arbeiterschaft nicht machen zu sollen glaubten“. Hier giebt also Herr Roesicke direkt zu, dass die Brauereien den Streit wollten und dass sie deshalb die friedliche Erklärung der Vertreter der Berliner Arbeiter ignorirten.

Warum man sich Seitens der Brauereien an die Berliner Gewerkschaftskommission überhaupt gewendet hat, wenn man doch nicht die Absicht hatte, deren Erklärungen in Betracht zu ziehen, darüber äussert sich Herr Roesicke nicht. Man hatte wohl eine weniger friedliche Antwort erwartet und sah nun den eigenen Kalkül gestört. Der Umstand, dass die gesamte ringfreundliche Presse die Antwort der Gewerkschaftskommission grundsätzlich todteschwiegen hat, darf wohl als Beweis dafür angeführt werden, wie unbequem den Leitern des Ringes der friedliche Ton der Antwort war.

Wenn Herr Roesicke weiter schreibt, die Brauereien seien der Ansicht gewesen, „dass ein Einfluss auf die Leitung des Rixdorfer Gewerkschaftskartells möglich gewesen bzw. erreicht worden wäre, wenn die Führer der Berliner Arbeiterschaft entschieden erklärt hätten, dass sie den Beschluss der Rixdorfer Versammlung nicht billigen, ihn auch nicht anerkennen“, so vergisst er, dass ein Kadavergehorsam, wie ihn die im Ring vereinten Brauereien voraussetzen, in den Reihen der Sozialdemokratie nicht existirt. Meine Parteigenossen machen Anspruch auf selbstständiges Handeln, und ein Vorgehen der Berliner Führer gegen die Rixdorfer Parteigenossen war deshalb von vornherein ausgeschlossen. Dass wir ausserdem unser Verhalten so einrichten, wie es uns passt und uns um die Wünsche der Unternehmer nicht im Geringsten kümmern, sei, als selbstverständlich, nur nebenher bemerkt.

Was nun das Ende des Boykotts betrifft, so stimme ich darin mit Herrn Roesicke überein, dass dasselbe sich heute noch nicht absehen lässt. Im Interesse der zahlreichen Geschäftsleute, Gastwirthe, Budiker, Flaschenbierhändler etc. ist ja zu wünschen, dass der jetzige Zustand möglichst bald beseitigt wird. Aber wie das geschehen soll, ohne dass die vereinigten Brauereien sich dazu bequemen, ihre Massregel gegen die Opfer des 16. Mai zurück zu nehmen, vermag ich nicht einzusehen.

Wenn Herr Roesicke konstatirt, dass die Brauereien bisher in ihrem passiven Widerstand nicht nachgelassen haben, so gilt dasselbe in noch viel höherem Masse von der Arbeiterschaft. Es ist gar nicht einzusehen, was diese bestimmen könnte, von ihrem Vorsatz, kein boykottirtes Bier zu trinken, abzugehen. Es wird nicht möglich sein, auch nur einen Arbeiter aufzutreiben, der irgend welchen Schaden davon genommen hätte, dass er sich des Genusses von Boykott- oder Ring-Bier

enthalten hat. Dagegen zeugen die veröffentlichten Briefe der Herren Hoppoldt, der Gambrinus-Brauerei und der versuchte Druck auf einzelne Industrielle, ihre Arbeiter zum Genuss des verpönten Bieres zu nöthigen, dass der Rückgang des Konsums von den Produzenten recht unbehaglich empfunden wird.

Dass der Versuch, über die Arbeiter-Versammlungen die Lokalsperre zu verhängen, ein blinder Schuss war, zeigt die Lokalliste des „Vorwärts“. Mehr als 50 Säle stehen den Arbeitern zu Versammlungen und Festen in Berlin zur Verfügung, darunter die grössten und schönsten Lokale, die die Reichshauptstadt überhaupt aufzuweisen hat. Was mit dem vollständig misslungenen Versuche der Saalsperre erreicht ist, ist eine Steigerung der Erbitterung in den Arbeiterreihen. Wie weit die von Herrn Roesicke erwähnten Sympathien der „gewerblichen Kreise und des Bürgerthums“ den Brauereien von praktischem Nutzen sind, vermag ich nicht zu beurtheilen. Die deutsche Arbeiterschaft weiss, dass bei ihren Kämpfen die Sympathien der „gewerblichen Kreise und des Bürgerthums“ stets und unter allen Umständen auf Seite des Unternehmertums stehen, und sie hat nicht erwartet, dass dies in dem gegebenen Falle anders sein werde. Müssen die Arbeiter aber auch auf die Sympathien des Bürgerthums verzichten, die opferbereite Unterstützung ihrer Klassengenossen ist ihnen dafür um so sicherer. Und der sprechende Beweis für das Vorhandensein dieser Sympathien sind die wohlgefüllten Unterstützungskassen der Böttcher und Brauerei-Arbeiter.

Es bleibt also für Herrn Roesicke nur noch ein Trost, dass der Bund, den selbst der Himmel mit den Arbeitern geschlossen zu haben scheint, indem: „das ungünstige Wetter die Massregeln der Sozialdemokratie sehr begünstigt hat“, einen Riss bekommt und das Barometer steigt. Aber auch für diesen Fall ist vorgesorgt. Der in den ersten Wochen des Boykott vorhandene Biermangel ist längst behoben, und die vor einigen Tagen in drohende Aussicht gestellte Brauereivereinerung des norddeutschen Braugebietes, durch welche man allen Boykottgelüsten den Garaus zu machen drohte, hat sich als hohle Blase erwiesen. Herr Roesicke und seine grosskapitalistischen Ringgenossen haben sich seit Jahren gegenüber ihren Provinzkollegen als so übermächtige Konkurrenten erwiesen, dass diese die jetzt gebotene Gelegenheit mit Vergnügen ergreifen, um einmal Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Die Hoffnung auf einen „Umschwung der Witterung“ wird sich erfüllen, aber die erwartete Steigerung des Bierkonsums wird er nicht bringen. Mit jedem Tage, wo der Boykott länger anhält, regelt sich die Einfuhr des auswärtigen Bieres besser, und die Folge wird nur sein, dass die hiesigen Brauer diese Konkurrenz auch nicht mehr los werden können, selbst wenn der Boykott über kurz oder lang sein Ende erreicht.

Das sind nun freilich Dinge, über die wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen brauchen. Halten die vereinigten Brauereien es in ihrem Interesse gelegen, dauernd mit einer so grossen Konsumentenschaar, wie es die sozialdemokratische Arbeiterschaft in und um Berlin ist, in Feindschaft zu leben, so mögen sie weiterhin in ihrem „passiven Widerstande“ verbleiben. Schliesslich schläft jeder wie er sich bettet, und was kümmert es die Arbeiter, wenn die Brauerei-Dividenden im nächsten Jahr kleiner ausfallen?

Berlin.

J. Auer.

Protokoll

der am 28. Juni in Braunschweig
stattgehabten Konferenz benachbarter Handelskammern.

Verhandelt

Braunschweig, den 28. Juni 1894

im

Sitzungssaale der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Anwesend: I. als Vertreter

1. der Handelskammer Kassel:
Handelskammer-Sekretär Dr. Rohr-Kassel;
2. der Handelskammer Goslar:
a) Handelskammer-Präsident Horn-Goslar,
b) Handelskammer-Sekretär Bähre-Goslar;
3. der Handelskammer Halberstadt:
a) Handelskammer-Präsident J. Th. Stöter-Halberstadt,
b) Handelskammer-Syndikus Dr. Siewert-Halberstadt;
4. der Handelskammer Halle a. S.:
a) Mühlenbesitzer Karl Jung-Halle,
b) Handelskammer-Syndikus Dr. Wermert-Halle;
5. der Handelskammer Hildesheim:
a) Bankier William M. Dux-Hildesheim,
b) Handelskammer-Sekretär Rechtsanwalt Lüder-Hildesheim;
6. der Handelskammer Minden:
a) Handelskammer-Präsident Zaun-Minden,
b) Handelskammer-Syndikus Dr. P. Roewe-Minden;
7. der Handelskammer Nordhausen:
a) Fabrikant M. Kuntze-Nordhausen,
b) Handelskammer-Sekretär Dr. Meister-Nordhausen;
8. der Handelskammer Osnabrück:
a) C. H. Fricke-Osnabrück,
b) General-Sekretär Stumpf-Osnabrück.

II. Die Mitglieder der Handelskammer Braunschweig:
Kommerzienrath Jüdel, Präsident der Handelskammer,
Kaufmann Dr. Herm. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer,
Kaufmann Justus Leo, Schatzmeister der Handelskammer,
Bankier M. Gutkind,
Ingenieur Albert Lemmer,
Generaldirektor H. Lundberg,
Kaufmann Otto Lüttge,
Fabrikbesitzer A. Natalis,
Kaufmann Albert Störig
sämmlich in Braunschweig.
Fabrikbesitzer C. Barnewitz-Wolfenbüttel,
Kaufmann F. Haffner-Wolfenbüttel,
Fabrikdirektor Dr. Pfeiffer-Wendessen,
Kaufmann Herm. Strümpell-Schöppenstedt,
Kaufmann Otto Dorguth-Helmstedt,
Brennereibesitzer A. Schmidt-Helmstedt,
Ingenieur und Dampfkesselfabrikant W. Schäffer-Schöningen,
Stadtrath J. H. Willecke-Königs-Lutter,
Stadtrath Louis Ballin-Gandersheim,
Fabrikbesitzer B. Liebold-Holzminde,
Kaufmann Heinr. Rehn-Holzminde,
Kaufmann August Corves-Blankenburg,
Handelskammer-Syndikus Dr. Stegmann-Braunschweig.

Gegenstand der Tagesordnung:**Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.**

Zu dem vorbezeichneten Termin hatten sich die auf vorstehender Präsenzliste verzeichneten Herren auf Einladung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hin eingefunden.

Herr Kommerzienrath Jüdel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr, indem er zunächst die Erschienenen begrüsst. Auf Vorschlag des Herrn Handelskammer-Präsidenten Zaun werden dann Herr Kommerzienrath Jüdel zum ersten Vorsitzenden, Herr Handelskammer-Präsident Stöter zum stellvertretenden Vorsitzenden und Herr Handelskammer-syndikus Dr. Rocke zum Schriftführer ernannt.

Herr Kommerzienrath Jüdel bezeichnet in seinen einleitenden Worten als Zweck und Veranlassung der Konferenz einen zwanglosen Meinungsaustausch der benachbarten Handelskammern über ein etwaiges gemeinsames Arbeiten. Wenn auch zu erwarten sein dürfte, dass der deutsche Handelstag in dieser einschneidenden Frage nach Publikation des Gesetzes in umfassender Weise Stellung nehmen werde, so sei es doch rathsam, im Hinblick auf eine solche Stellungnahme schon jetzt im Voraus aus der Praxis heraus den Umfang des Bedürfnisses durch Sammlung und Sichtung reichhaltigen Materials festzustellen und durch Vorwegnahme einer langwierigen Arbeit die spätere Stellungnahme der interessirten Kreise zu erleichtern. Die mannigfachen Zustimmungserklärungen, welche der heutigen Konferenz von den verschiedensten Seiten geworden seien, könnten wohl als Beweis gelten, dass man in weiteren Kreisen die Nothwendigkeit, schon jetzt die Materie von Seiten aller Beteiligten aufzunehmen, anerkenne, und er bedauere nur, dass er die so mannigfach an ihn herangetretenen Ersuchen von Vereinen, Korporationen und Privaten um Betheiligung an der Konferenz um desswillen habe zurückstellen müssen, weil nach seiner Ansicht der private Charakter der Vorbesprechung grundsätzlich habe gewahrt werden müssen.

Aus dem an die einleitenden Worte des Vorsitzenden sich anschliessenden Referate des Syndikus der Braunschweiger Handelskammer, Herrn Dr. Stegemann ist Folgendes hervorzuheben: Referent sieht in dem französischen Rechtsbegriffe der concurrence déloyale (im Sinne des Art. 1382 des code civil) nur den Ausgangs- nicht aber den Endpunkt der in Deutschland anzustrebenden gesetzlichen Regelung. Nicht nur das Verhältniss von Verkäufer zu Verkäufer, sondern auch dasjenige von Lieferant zu Verkäufer und dasjenige von Verkäufer zu Käufer müsse in den Bereich der gesetzlichen Gestaltung gezogen werden, wenn anders die Absicht der Reichsregierung, „auf dem ganzen Gebiete unserer Gewerbethätigkeit wieder Treue und Glauben zur Geltung zu bringen“, richtig verstanden werde. Aufgabe des Gewerbestandes sei es zunächst, das vorhandene Bedürfniss aus den Erfahrungen der Praxis abzugrenzen und er schlägt in dieser Beziehung vor, gewissermassen eine Arbeitstheilung unter den anwesenden Kammern nach einem von der Handelskammer Braunschweig bereits entworfenen Arbeitsplane vorzunehmen. Es werde sich zunächst um die Sammlung typischer Fälle aus der Praxis handeln müssen, wenn diese verarbeitet seien, empfehle es sich, dieselben an dem geltenden Recht zu messen und das sich daraus ergebende Bedürfniss der Abhilfe werde zweckmässigerweise in einer späteren Versammlung in Rede und Gegenrede zu erörtern und schliesslich das Ergebniss dieser Erörterungen in

bestimmten Einzelvorschlägen der Reichsregierung sowie dem deutschen Handelstage zu übermitteln sein. Massgebend für die Abgrenzung der Arbeit müsse der Begriff des Unlauteren, dessen nothwendigster Bestandtheil eine beabsichtigte Täuschung sei, bleiben, der Begriff der unbequemen Konkurrenz allein könne für den vorliegenden Zweck nicht ausreichen. Die ausserordentlich schwierige Frage der Rechtsverwirklichung, d. h. die Erörterung der Frage, wie weit die Unlauterkeit zivilrechtlich oder strafrechtlich verfolgt werden müsse, empfiehlt Referent vorerst nicht aufzunehmen, auch die Grenzlinie des strafbaren Betruges zu ziehen bezw. Vorschläge hierfür zu machen, sei wohl besser den berufenen Vertretern der Rechtskunde zu überlassen. Man müsse sich begnügen, nach dieser Richtung hin nur einige allgemeine Gesichtspunkte, soweit praktische Bedürfnissfragen in Betracht kämen, geltend zu machen.

Folgende Kategorien des unlauteren Wettbewerbes kämen zur Zeit hauptsächlich in Betracht:

1. Das Gebiet des Firmenwesens (unrichtige oder zweideutige Firmirung).
2. Verrath von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen.
3. Der Schwindel im Bauhandwerk.
4. Der unlautere Wettbewerb im Besonderen:
 - a) unrichtige Herkunftsbezeichnung, Qualität- und Preisverschleierung und Ähnliches;
 - b) Konkurschwindel, Schein-Ausverkäufe, Schwindelauktionen u. dergl.;
 - c) 1. Schwindel im Hausirwesen und Detailreisen, 2. Wanderlager und Wanderauktionen, Kolportageschwindel u. dergl.;
 - d) Quantitäts- und Gewichtsverkürzungen und Ähnliches;
 - e) schwindelhafte Reklame, sowie Beihilfe dazu von Seiten des Zeitungsverlages, Herabsetzung der Konkurrenten, Nachahmung von Musterbüchern und Preislisten und Sonstiges;
 - f) die Konsumvereinsfrage, soweit sie in den Bereich des unlauteren Wettbewerbes fällt.

Probeweise seien von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig Vorarbeiten zu der Frage der Wanderlager und der Wanderauktionen, des Hausirschwindels und des Detailreisens sowie des Verraths von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen entworfen worden (Abzüge derselben wurden unter die Anwesenden vertheilt).

Was die Bearbeitung der Materie selbst anbelangt, so schlägt Referent vor, dass jede der vertretenen Kammern ein bestimmtes Gebiet übernehme, dasselbe bearbeite, Stoff sammle und später darüber ein Referat erstatte.

Für die Abfassung der Referate schlägt Referent folgendes einheitliche Schema vor:

- I. Thatsächliche Missstände und Beschwerden, sowie typische Fälle aus der Praxis,
- II. Geltendes Recht,
- III. Vorschläge zur Abhilfe.

Herr Handelskammer-Präsident Zaun dankt den beiden Vortragenden für ihre Ausführungen und der Handelskammer Braunschweig dafür, dass sie auf so zielbewusste Weise diese wichtige Angelegenheit in die rechten Bahnen gelenkt habe. Er schlägt vor, dass die Handelskammer zu Braunschweig die Arbeiten unter die hier vertretenen Körperschaften vertheile.

Herr Generalsekretär Stumpf wendet sich gegen die von Herrn Dr. Stegemann vorgeschlagene weitere Theilung des Punktes 4. Er ist auch der

Ansicht, dass eine Revision des Firmenwesens als überflüssig aus dem geplanten Gesetze auszuscheiden sei, weil einerseits das Handels-Gesetzbuch genüge, anderentheils auf Erlass von Bestimmungen Seitens der Kommunalorgane hingewirkt werden könnte.

Dagegen wendet sich Herr Dr. Stegemann, welcher meint, dass man sich auf die Kommunalorgane nicht verlassen könne, weil die Verhältnisse in den einzelnen Kommunen zu verschieden lägen. Auch das Firmenwesen benöthige einer gesetzlichen Revision.

In demselben Sinne äusserte sich Herr Handelskammer-Präsident Zaun, anknüpfend an einen kürzlich in Minden vorgekommenen Fall, ebenso die Herren Bankier Gutkind und Dr. Lüder.

Letzterer vermisst ausserdem in dem vorgelegten Entwurf Bestimmungen gegen falsche Pressnotizen, im redaktionellen Theil von Zeitungen enthaltene Anpreisungen, falsche Nachrichten aus dem kaufmännischen Erwerbsleben u. s. w.

Der Herr Vorsitzende stellt nunmehr die Frage, ob die Anwesenden prinzipiell den Standpunkt der Braunschweiger Handelskammer theilen und an der vorgeschlagenen Arbeit sich betheiligen wollen. Dies wird einstimmig bejaht.

Herr Jung spricht den Wunsch aus, dass die Handelskammer zu Braunschweig das gesammte bisher von ihr gesammelte Material den übrigen Handelskammern zur Verfügung stellen möge. Dies wird vom Herrn Vorsitzenden zugesagt.

Herr Bähre-Goslar bespricht die Seitens der Konsumvereine dem Kleinhandel gemachte Konkurrenz, die in vielen Fällen nicht nur unbequem, sondern wirklich unlauter sei.

Herr Dr. Rohr stellt in eine Linie mit den Konsumvereinen die ähnlichen Vereinigungen, wie Offiziervereine, Beamtenvereine u. dergl.

Herr Stumpf schlägt vor, besonders auf eine Gleichstellung der Konsumvereine mit den Gewerbetreibenden, was die zu tragenden Kosten anbelange, hinzuwirken.

Herr Dr. Siewert spricht sich ebenfalls für eine Vertheilung der Arbeiten aus, ebenso Herr Stumpf.

Die Vertheilung der diesbezüglichen Arbeiten wurde wie folgt vorgenommen:

- I. Das Gebiet des Firmenwesens: 1. Handelskammer Minden und 2. Handelskammer Hildesheim.
- II. Der Vorrath von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen bezw. die Verleitung dazu: 1. Handelskammer Halberstadt und 2. Handelskammer Halle.
- III. Der Schwindel im Bauhandwerk: 1. Handelskammer Hildesheim und 2. Handelskammer Minden.
- IV. Der unlautere Wettbewerb im Besonderen:
 - a) Unrichtige Herkunftsbezeichnung, Qualitäts- und Preisverschleierung und Aehnliches: 1. Handelskammer Halle und 2. Handelskammer Osnabrück.
 - b) Konkurschwindel, Schein-Ausverkäufe, Schwindelauctionen u. dergl.: Handelskammer Kassel.
 - c) Hausirschwindel, Detailreisen, Wanderlager, Wanderauctionen, Kolportageschwindel u. dergl.: 1. Handelskammer Goslar, 2. Handelskammer Kassel.
 - d) Quantitäts- und Gewichtsverkürzungen und Aehnliches: Handelskammer Nordhausen.

- e) Schwindelhafte Reklame, sowie Beihilfe dazu von Seiten des Zeitungsverlags-Herabsetzung der Konkurrenten, Nachahmung von Musterbüchern und Preislisten und Sonstiges: 1. Handelskammer Osnabrück, 2. Handelskammer Halberstadt.
- f) Die Konsumvereinsfrage, soweit sie in den Bereich des unlauteren Wettbewerbes fällt: Handelskammer Goslar.

Unter IV: schwindelhafte Reklame, fällt auch die Beihilfe durch die Presse. Die allgemeine Verarbeitung und Zusammenstellung der Materialien wird der Handelskammer Braunschweig zugewiesen.

Der nächste Termin zur Verhandlung wird auf die zweite Hälfte des September festgesetzt. Ort der Versammlung soll wiederum Braunschweig sein. Dazu sollen auch diejenigen Kammern eingeladen werden, die für heute zwar keine Vertreter entsandt haben, aber sonst ihr Interesse an der Sache bekundet hätten. Dieselben sollen auch zur Mitarbeit aufgefordert werden. Auch sonstige Fachmänner und Verbände, welche auf dem behandelten Gebiete bisher thätig gewesen seien, sollen zugezogen werden.

Die Einzelberichte der Handelskammern selbst, sollen als „Materialien zur Frage des unlauteren Wettbewerbes“ zusammen abgedruckt und den übrigen Handelskammern und Korporationen für die voraussichtlich demnächst stattfindende Plenarberatung des Deutschen Handelstages im Voraus zugänglich gemacht werden.

Es wird endlich beschlossen, die Verhandlungen des heutigen Tages auszugsweise drucken und den betheiligten Kammern zugehen zu lassen.

Der Protokollführer
Dr. Rocke-Minden.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Die Handels- und Gewerbekammer für Unterfranken und Aschaffenburg in Würzburg hat unterm 8 Juni d. J. eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler betreffend die **Begriffsbestimmung des Artikels „Wein“ im deutschen „Arzneibuche“** gerichtet. Diese Eingabe stellt den Antrag dass für Sherry und Marsala von der Feststellung einer Grenze an schwefelsaurem Kalium abgesehen oder aber diese Grenze so normirt würde, dass diese Weine auch vorschriftsmässig beschafft werden könnten, demnach mindestens soviel Schwefelsäure per Liter zugelassen werden möchte, als in 4 Gramm Kaliumsulfat enthalten sei. Ferner soll nach dem Gesetzentwurfe die Minimalgrenze an Alkohol für 1 Liter Flüssigkeit auf 140 ccm festgestellt werden. Die Handels- und Gewerbekammer Würzburg macht darauf aufmerksam, dass gerade die ganz echten Tokayerweine zuweilen einen niederen Gehalt haben. Bei den übrigen ungarischen Ausbruchweinen dürften andererseits die minimal verlangten sehr hohen Zahlen, nämlich 45 Gramm Extraktstoffe exkl. Zucker, 0,5 Gramm Phosphorsäure und 3,5 Gramm Mineralbestandtheile auch vielfach nur durch Zwangsmittel in der Herstellung zu erreichen sein. Für alle sonstigen Süssweine (Malaga etc.) ist in dem Gesetzentwurfe ein Gehalt an

Extraktstoffen (nach Abzug des Zuckers)	40 Gramm	in 1 Liter Flüssigkeit
Phosphorsäure	0,4 „	
Asche	2,5 „	

beantragt. Nach einer grösseren Anzahl Analysen soll von guten Malaga-Weinen die Grenze von 40 Gramm Extraktstoffen nach Abzug des Zuckers nur knapp die von 0,4 Gramm Phosphorsäure kaum erreicht werden. Phosphorsäure soll häufig nur mit 0,3 Gramm ermittelt sein. Das Schweizer Arzneibuch soll nur 0,2 Gramm

Phosphorsäure vorschreiben. Die Beschaffenheit des Malaga wird jedenfalls vielen Schwierigkeiten begegnen.

Es wird von der Handelskammer Würzburg hinsichtlich dieser Weine beantragt, dass für alle Medizinalweine die Grenze für Extraktstoffe nach Abzug des Zuckers auf 38 Gramm, für Phosphorsäure auf 0,3 Gramm festgestellt werden möchte. Ferner stellt dieselbe den Antrag, dass die Neufassung des Artikels „Wein“ im Arzneibuch erst mit Wirkung von mindestens zwei Jahren nach der Beschlussfassung aufgenommen werde.

Den vorstehenden Anträgen hat sich die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig in allen Theilen angeschlossen und dieses durch besondere Eingabe dem Reichsamte des Innern unterm 9. Juli d. J. zur Kenntniss gebracht.

Gründung eines französisch-belgischen Export-Geschäfts in Bordeaux.

Unter dem Namen Compagnie France-Belge pour favoriser le développement du Commerce et de l'Industrie, hat sich in Bordeaux eine Gesellschaft gebildet, welche die Erweiterung des Exports sich zur Aufgabe gestellt hat. Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist hiervon Seitens des Königlich Belgischen General-Konsuls mittelst des nachfolgenden Schreibens in Kenntniss gesetzt.

Die „Compagnie France-Belge pour favoriser le développement du Commerce et de l'Industrie“, Bordeaux, welche durch einige hervorragende belgische und französische Kaufleute, darunter in erster Reihe der belgische Konsul in Bordeaux, Herr Ch. Rodberg, zu dem Zweck gegründet worden ist, um — wie schon die Firma besagt — für Handel und Industrie immer ausgedehntere Absatzgebiete zu erschliessen, ersucht mich, den Interessenten des diesseitigen Konsulsbezirks dieses ihr Ziel zur Kenntniss zu bringen.

Diesem Antrag Folge gebend, beehre ich mich, an die tit. Handelskammer mit dem ergebensten Ersuchen heranzutreten, mir nach dieser Richtung hin, nicht zum wenigsten im Interesse der Braunschweiger Kaufmannschaft selbst, in geeignetster erscheinender Weise ihre Unterstützung leihen zu wollen. Die von der Compagnie France-Belge gepflegten Geschäftskategorien sowie die durch dieselbe gebotenen Garantien erhellen aus beiliegendem Prospekt. Die Gesellschaft steht ausserdem, was besonders ins Gewicht fallen dürfte, unter der moralischen Kontrolle des Königlich Belgischen Konsulats zu Bordeaux, und halte auch ich mich zu jeder weiteren Auskunft stets zur Verfügung.

Im Speziellen liegt der genannten Gesellschaft z. Z. daran, mit grossen Fabriken von Holzstoff zur Papierbereitung in Verbindung zu treten, indem sie Augenblicks in der Lage ist, bedeutende Quantitäten von Holzstoff im Umkreis ihres Sitzes zu plazieren. Ich wäre daher der tit. Handelskammer für Mittheilung einschlägiger Adressen sehr verbunden.

In der Hoffnung, dass dieser Hinweis eine baldige praktische Geschäftsanbahnung zu Nutzen aller Betheiligten zur Folge habe, zeichne ich, im Voraus für freundliche Mühewaltung bestens dankend,

mit vollkommener Hochachtung
ergebenst

Der Königlich Belgische Generalkonsul
in Berlin.

Georg Goldberg.

Hierauf ist Seitens der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig die nachfolgende Antwort ertheilt:

An das Königlich Belgische Generalkonsulat in Berlin.

Ihrem gefl. Ersuchen entsprechend lassen wir Ihnen die Adressen der im hiesigen Bezirke befindlichen Holzstofffabriken zugehen.

Von dem weiteren Inhalte Ihres Schreibens haben wir mit Interesse Kenntniss genommen, und sind wir mit Rücksicht darauf, dass die Compagnie pp. in der moralischen Kontrolle des Königlich Belgischen Konsulats eine gewisse öffentliche Garantie aufweist, gerne erbötig, auch fernerhin zwischen derselben und der hiesigen Kaufmannschaft zu vermitteln.

Braunschweig, 9. Juli 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Verlegung der Leipziger Messe.

Die Handels- und Gewerbe-Kammer Sonneberg hat der diesseitigen Handelskammer ein Schreiben nachstehenden Inhaltes zugehen lassen, den wir hierdurch auszugsweise zu weiterer Kenntniss bringen:

Das Ergebniss der umfassenden Ermittlungen der Handelskammer zu Leipzig hinsichtlich der zeitweiligen Verlegung der Leipziger Messen kommt in einer Verordnung des Rathes der Stadt Leipzig vom 2. Juni d. J. zum Ausdruck, welche bestimmt, dass in Zukunft

1. die Neujahrsmesse vom 3. Januar bis 16. Januar,
2. die Ostermesse vom Sonntag Quasimodogeniti bis zum Sonntage Cantate einschliesslich stattzufinden hat, während
3. die Michaelismesse vom letzten Sonntage im August ab 22 Tage dauern wird.

Sodann ist eine für viele Industriegebiete wesentliche Aenderung insofern eingetreten, als in der Zeit vom ersten Montage im März bis zum Sonnabend der darauffolgenden Woche fortan alljährlich eine sogenannte Vormesse, d. h. eine Ausstellung von Musterkollektionen und Musterlägern in grösserem Umfange für die nachher aufgeführten Waarengattungen stattfinden wird, durch welche den Interessenten die Anschaffung ihres Bedarfes nach Probe oder Muster ermöglicht werden soll. Messkonten für diese Vormesse werden nicht eröffnet. Ebenso wenig wird die Aufstellung von Buden und Ständen auf öffentlichen Strassen und Plätzen gestattet.

Zur Vormesse zugelassen werden nur:

Porzellan-, Majolika-, Steingut-, Kristall-, Glas-, Bronze-, Eisen- und Zinkgusswaaren, Aluminium-, Alfenide-, Nickel- und sonstige Metallwaaren aller Art, Beleuchtungsartikel, Lederwaaren, Photographie-Albums, Holzwaaren, Papierartikel, Bijouterieartikel, Japan- und Chinawaaren, künstliche Blumen, Puppen und Spielwaaren aller Gattungen, Eisenwaaren, Haus- und Küchengeräthe, Drahtwaaren, Musikinstrumente, optische Waaren, Seifen und Parfümerien, Stücke, Peitschen, Luxusartikel, Kurz- und Galanteriewaaren aller Art.

Mit dieser sog. Vormesse ist eine Einrichtung getroffen worden, die von den in Frage kommenden Industrien lebhaft begrüsst werden muss. Wenn sie einerseits dem von Käufern wie Verkäufern seit Jahren geäusserten Wunsch nach Festlegung, nach möglichster Losmachung von ihrer Abhängigkeit vom Osterfeste entgegenkommt, so entspricht sie andererseits der von dem weitausgrössten Theil der Vertreter der keramischen, Spielwaaren-, Kurzwaaren- und ähnlicher Branchen seit langem erhobenen Forderung einer früheren Abhaltung der Ostermesse.

Selbstverständlich kann das Institut der Vormesse für Käufer und Verkäufer nur dann wirklich erspriesslich sein, wenn alle Betheiligten, von ihrer wohlthätigen Wirkung durchdrungen, sie in Zukunft als massgebend betrachten und nicht eine Zersplitterung derart, dass ein Theil die Vormesse, ein anderer die eigentliche Ostermesse besucht, herbeigeführt wird.

Sonneberg, den 1. Juli 1894.

Die Handels- und Gewerbekammer.

Fernsprech-Anschluss Braunschweig—Hamburg.

Auf Anregung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat die Handelskammer Hamburg nunmehr auch bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Hamburg den Antrag wegen Herstellung einer Fernsprecheitung Braunschweig—Hamburg gestellt. Da sich dieser Antrag inhaltlich mit den von der diesseitigen Handelskammer bereits früher gestellten Wünschen deckt, so hat dieselbe gleichzeitig nochmals an die Kaiserliche Ober-Postdirektion hieselbst das nachfolgende Schreiben unterm 11. Juni d. J. gerichtet:

Wie uns von Seiten der Handelskammer Hamburg mitgetheilt wird, hat dieselbe bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion daselbst einen direkten Fernsprech-Anschluss zwischen Hamburg und Braunschweig beantragt. Da sich dieser Antrag inhaltlich mit der von uns am 30. April 1892 eingereichten Eingabe deckt, bitten wir für den Fall, dass der Antrag Hamburg der hiesigen Ober-Postdirektion zur Begutachtung eingereicht werden sollte, dortseitig denselben sehr gefälligst befürworten und unterstützen zu wollen. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass die Handelsinteressen unseres Platzes eine derartige direkte Fernsprechverbindung zwischen Hamburg und Braunschweig dringlich erheischen, wie wir dies auch bereits in unserer früheren Eingabe des Näheren begründet haben.

Nachdem der minder bedeutenden Stadt Hildesheim ein Anschluss mit Hamburg gewährt worden ist, dürfen wir nunmehr wohl mit Bestimmtheit erwarten, dass die Erleichterung, die in einer solchen Verbindung mit dem wichtigsten Ausfuhrhafen Deutschlands liegt, auch der kommerziell ungleich bedeutenderen Stadt Braunschweig nicht länger vorenthalten werden wird.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat unter dem 9. Juli an den Herrn Reichskanzler bez. des Gesetzentwurfs betr. die Regelung der **Sonntagsruhe in der Konserven-Industrie**, die nachfolgende Eingabe gerichtet:

Im Hinblick auf die bevorstehende Regelung der Sonntagsruhe in den Fabrikbetrieben verfehlen wir nicht, Euerer Excellenz über die bezüglichen Bedürfnisse der hiesigen Konserven-Industrie mitfolgende statistische Unterlagen gehorsamst einzureichen.

Wie Euerer Excellenz aus den Anlagen hochgeneigtest entnehmen wollen, hat die Konserven-Industrie des Herzogthums Braunschweig in den letzten 4 Jahren durchschnittlich $7\frac{1}{2}$ Sonntage, in den Maximalziffern 13—14 Sonntage in Anspruch genommen. Da die Sonntagsarbeit bedeutend höher gelohnt und daher für den Fabrikanten unvorteilhafter ist, darf ohne Weiteres angenommen werden, dass die Konservenfabriken nur in den wirklichen Nothfällen an den Sonntagen haben arbeiten lassen. Bezüglich der hierbei in Betracht kommenden besonderen Produktionsverhältnisse dürfen wir wohl auf Anlage A und B verweisen.

Unserer unmassgeblichen Ansicht nach würde es sich empfehlen, der deutschen Konservenfabrikation im Sinne des § 105 d der Gewerbe-Ordnung eine gleichmässige Maximallicenz von 10 Arbeitssonntagen zu gewähren. Soweit zur Zeit einzelne Fabriken über diese Ziffer thatsächlich hinausgehen, wird sich nach unseren Informationen eine Beschränkung auf die Maximalziffer durch bessere Eintheilung der Arbeit voraussichtlich herbeiführen lassen. Andererseits werden durch die Gewährung von 10 Arbeitssonntagen diejenigen Fabriken, welche mit einer geringeren Zahl auskommen, aus vorerwähnten Gründen sich nicht veranlasst sehen, über das zwingende Bedürfniss hinaus bis zur gesetzlichen Maximalgrenze arbeiten zu lassen.

Wir befürworten eine einheitliche Normirung der den Konservenfabriken zu gewährenden Arbeitssonntage für das ganze Reich um deswillen, weil eine verschiedene

Behandlung in den einzelnen Bundesstaaten denjenigen Fabriken einen nicht gerechtfertigten Vorsprung im Wettbewerbe verschaffen würde, welche sich einer besonders wohlwollenden beziehungsweise nachsichtigen Landesverordnung erfreuen würden. Inwieweit in dieser Beziehung die Verschiedenheit territorialer Auffassungen die Verhältnisse betheiligter Industriezweige beeinflussen kann, lässt sich an bestimmten Beispielen erweisen. Wir glauben auch, dass gerade aus den hier angedeuteten Gesichtspunkten des § 105 d der Gewerbe-Ordnung eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe in den sogenannten Kampagne-Industrien für das ganze Reich durch Beschluss des Bundesraths vorgesehen hat.

Sollte aus verwaltungstechnischen Gründen, die wir unsererseits nicht zu übersehen vermögen und die sich unserer Beurtheilung entziehen, von einer einheitlichen Normirung der Sonntagsruhe in der Konserven-Industrie für den Umfang des ganzen Reiches Abstand genommen werden, so würden wir Euerer Excellenz bitten, hochgeneigtest Sorge tragen zu wollen, dass die Abgrenzung der Lizenzen in den einzelnen Bundesstaaten nicht in willkürlicher Weise, sondern nach bestimmten einheitlichen Grundsätzen und möglichst mit einer annähernden Gleichmässigkeit erfolgt, eine Möglichkeit, die sich unseres unmassgeblichen Ermessens durch vorheriges Einvernehmen mit den Bundesregierungen unschwer verwirklichen lassen würde.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Sonntagsruhe in den Saisonindustrien.

In Verfolg des Seitens des Herzoglichen Staatsministeriums an die Konserven-Fabriken des Bezirks ergangenen Schreibens vom 20. Juli d. J. ist von Seiten der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, nachdem am 28. Juli eine gemeinsame Besprechung der Konserven-Fabrikanten im Sitzungssaale der Handelskammer stattgefunden hatte, die nachstehende Berichterstattung erfolgt:

„Im Anschluss an unseren Bericht vom 26. d. Mts. verfehlen wir nicht, Hohem Herzoglichen Staatsministerium nachstehend das Ergebniss der am 28. d. M. stattgehabten Besprechung mit Vertretern der hiesigen Konserven-Industrie gehorsamst einzureichen. Die Konserven-Industrie des Herzogthums Braunschweig kann sich aus Gründen, die wir des Näheren bereits in unserem Bericht vom 9. d. M. ausgeführt haben, nicht damit einverstanden erklären, dass ihr ein Vollbetrieb nur an höchstens 12 Sonn- oder Festtagen, jedoch für insgesamt nicht mehr als 60 Stunden in einem Jahre zugebilligt wird. Nach dieser Festsetzung würden auf den einzelnen Sonntag nur 5 Arbeitsstunden entfallen, eine Frist, die aus betriebstechnischen Gründen sich in der Konservenfabrikation überhaupt nicht verwerten lässt, da z. B. das Schälen und Kochen des Spargels regelmässig eine längere Zeit in Anspruch nimmt. Würden andererseits die Konservenfabriken die ihnen zugestandenen 60 Arbeitsstunden auf 6 Sonntage zusammenlegen, so würden sie für mindestens 4 Sonntage das eingehende Rohmaterial nicht verarbeiten können. Sie würden demgemäss den ihnen hieraus entstehenden grossen Schaden entweder selbst tragen oder versuchen müssen, sich gegen die Härte des Gesetzes dadurch zu sichern, dass sie kontraktmässig an den nicht frei gegebenen Sonntagen die Annahme von Rohmaterial überhaupt verweigern und damit den Schaden auf den Gemüse bauenden Landwirth abwälzen würden.“

Soll die hiesige Konservenindustrie vor grosser Benachtheiligung bewahrt bleiben, so müsste der Vollbetrieb an 12 Sonn- und Festtagen für insgesamt 100 Stunden im Jahr freigegeben werden, und zwar wird von der Konservenindustrie gewünscht, dass auch das Pfingstfest sowie der Himmelfahrtstag in diese 12 Sonntage einbezogen werden könnten. Man glaubt auf die Freigabe dieser Festtage um deswillen besonderen Werth legen

zu müssen, weil gerade an diesen Tagen das Versandgeschäft, welches regelmässig einen beträchtlichen Theil des angelieferten Rohspargels absorbiert, einigermassen ruht, sodass die Fabriken eine entsprechend grössere Menge in ihrem Betriebe verarbeiten müssen. Würde der Spargel an diesen Tagen liegen bleiben, so würde er an Qualität erheblich einbüßen, und der Ausfall würde bei der so kurzfristigen Kampagne einen verhältnissmässig beträchtlichen pekuniären Schaden darstellen.

Gegen die Bestimmung, dass Sonn- und Festtage, an welchen über 2 Uhr Nachmittags hinaus gearbeitet wird, mit 10 Stunden in Anrechnung kommen sollen, ist diesseitig nichts einzuwenden. Bezüglich der Bedingungen, unter welchen die Ausnahmen gestattet werden, wird von der hiesigen Konservenindustrie der Wunsch ausgesprochen, es möge die vorzuschreibende Freizeit vor und nach der Sonn- und Festtagsarbeit, dem besonderen Bedürfnisse der hiesigen Industrie entsprechend, auf 10 Stunden begrenzt werden.

Die Beschränkung in Absatz 2 der Bedingungen, der gemäss für weibliche Arbeiter die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit einschliesslich der Sonn- und Festtagsarbeit 75 Stunden nicht überschreiten darf, ist allerdings durch die Bestimmungen des § 138a bzw. § 139a der Gewerbeordnung bedingt, die hiesige Konservenindustrie hebt indessen ausdrücklich hervor, dass durch diese Begrenzung der in der Sonntagsarbeit liegende Vortheil erheblich beeinträchtigt wird, da die für die ganze Woche bewilligte Maximalarbeitszeit von 75 Stunden vielfach schon an den Wochentagen selbst annähernd in Anspruch genommen werden muss, sodass für die Beschäftigung weiblicher Arbeiter an den Sonntagen kaum noch die nothwendigsten Stunden verbleiben werden.

Wir verfehlen schliesslich nicht, zu Absatz 4 der Ausnahmerebedingungen nachstehende Frage zu stellen. Wenn wir den Wortlaut dieses Absatzes richtig interpretiren, soll der Arbeitgeber die von ihm an den einzelnen Sonntagen thatsächlich benötigte Arbeitszeit für eine etwaige Kontrolle derartig nachweisen, dass er einen generellen Vermerk in das aushängende Verzeichniss einträgt, wie lange jeweilig die männlichen und wie lange die weiblichen Arbeiter beschäftigt worden sind. Diese Bestimmung hat offenbar zur Voraussetzung, dass die weiblichen Arbeiter mit einer gewissen Gleichmässigkeit beschäftigt werden. Dies ist indess praktisch nicht wohl durchzuführen. Man wird vielmehr z. B. in der Spargelfabrikation einen Unterschied zwischen den Schalerinnen und den Kocherinnen machen müssen. Während die Arbeitszeit der Ersteren an den Sonntagen auf eine verhältnissmässig geringere Frist begrenzt werden kann, müssen die in der Kocherei beschäftigten weiblichen Arbeiter an den Sonntagen regelmässig längere Zeit in Anspruch genommen werden. Um dies gegenüber dem Gesetze zu ermöglichen, muss der Fabrikant den Kocherinnen an den Wochentagen eine entsprechend grössere Anzahl Arbeitsstunden freigeben. Würde nun die Bestimmung des Absatzes 4 in ihrer formalen, wörtlichen Bedeutung zu nehmen sein, so würde eine derartige Unterscheidung von Arbeitskategorien in dem in Aussicht genommenen Sonntagsarbeitsverzeichnisse nicht zugelassen sein, was in der Praxis, wie vorstehendes Beispiel erweist, unvermeidlich zu Schwierigkeiten führen müsste. Wir bitten daher, Hohes Staatsministerium wolle den verbündeten Regierungen auch diese Frage zu einer das Bedürfniss der Praxis wohlwollend berücksichtigenden Entscheidung vorlegen.

Ueber die einschlägigen Wünsche der hiesigen Chokoladen-, Zuckerwaaren- und Honigkuchenfabrikation haben wir in gleicher Weise mit den Beteiligten Rücksprache genommen. Bei der verhältnissmässig geringen Zahl der in Betracht kommenden Betriebe haben wir denselben anheim gegeben, ihre bezüglichen Anträge Hohem Herzoglichen Staatsministerium direkt einzureichen.

Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat an den Ausschuss des Deutschen Handelstages zu Berlin nachfolgenden Antrag gerichtet:

„Wir beantragen hierdurch, die Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes auf die Tagesordnung des Ausschusses bzw. des Plenums des Deutschen Handelstages zu setzen und dadurch zur Verhandlung unter den Deutschen Handelskammern und Korporationen zu bringen.

Zur Begründung unseres Antrages beehren wir uns, auf die Erklärungen des Staatssekretärs von Bötticher in der Reichtagssitzung vom 16. bezw. 19. April d. J. zu verweisen, wonach dem Deutschen Reichstage bereits in seiner nächsten Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, welcher das Gebiet des unlauteren Wettbewerbes zu behandeln bestimmt ist und darauf abzielt, auf dem ganzen Gebiete unserer Gewerbtätigkeit wieder Treue und Glauben zur Geltung zu bringen. Wir sind der Auffassung, dass die vorliegende Frage sowohl in ihrer prinzipiellen, wie in ihrer praktischen Bedeutung von so einschneidender Wichtigkeit ist, dass die berufenen Vertretungen von Handel und Gewerbe verpflichtet sind, im Interesse des Gewerbestandes, wie auch in demjenigen der Gesetzgebung selbst, aus den Erfahrungen und Bedürfnissen der Praxis heraus bei der gesetzlichen Regelung der Frage aus eigener Initiative mitzuwirken und ebensowohl Sorge zu tragen, dass die beabsichtigte gesetzliche Regelung auch wirklich dem praktisch hervorgetretenen Bedürfnisse nach allen in Betracht kommenden Richtungen entspricht, wie auch zu verhüten, dass etwa durch eine zu weit gehende Formulirung die gesunde und nothwendige Bewegung des Waarenaustausches beeinträchtigt wird.

Als Termin für die Anberaumung einer Plenarberatung würde unseres unmassgeblichen Erachtens am zweckmässigsten der Zeitpunkt der offiziellen Bekanntgebung des Entwurfes in Betracht zu ziehen sein. Wir bitten, uns gefälligst benachrichtigen zu wollen, ob unserem vorstehenden Antrage Folge gegeben werden kann.“

Der vorstehende Antrag hat inzwischen die Unterstützung nachstehender Korporationen gefunden.

Handelskammer Ludwigs-	Handelskammer Würzburg.
hafen.	Handelskammer Trier.
Handelskammer Kassel.	Handelskammer Wiesbaden.
Handelskammer Heidelberg.	Handelskammer Gera.
Kaufmännische Innungs-	Handelskammer für das
halle Gotha.	Herzogthum Anhalt in
Handelskammer Minden.	Dessau.
Handels- und Gewerbe-	Handelskammer Leipzig.
kammer Plauen.	Kaufmannschaft Magde-
Handelskammer Koblenz.	burg.
Kaufmannschaft Rügen-	Handelskammer Bielefeld.
walde.	Handelskammer Krefeld.
Handels- und Gewerbe-	Handelskammer Pforzheim.
kammer Nürnberg.	Handels- und Gewerbe-
Handels- und Gewerbe-	kammer Ulm.
kammer Stuttgart.	Handelskammer Wesel.
Handels- und Gewerbe-	Handelskammer Darmstadt.
kammer Dresden.	Königliches Kommerz-
Handelskammer für den Re-	Kollegium Altona.
gierungsbezirk Oppeln.	Handels- und Gewerbe-
Handelskammer Giessen.	kammer Meiningen.
Handelskammer Thorn.	Handelskammer für die
Handels- und Gewerbe-	Niederlausitz in Kottbus.
kammer Chemnitz.	Handels- und Gewerbe-
Handelsverein Linden i. B.	kammer München.
Kaufmannschaft Stettin.	Handelskammer Rottweil.
Handelskammer Dillenburg.	Handelskammer Iserlohn.

Die gegenwärtige Geschäftslage in Rumänien.

Der andauernde Niedergang der Getreidepreise in den Verbrauchsländern hat die Verschiffungen in der allerletzten Zeit etwas eingeschränkt. Im Herbst und im Winter ist aber schon der grösste Theil der Ernte ausgeführt worden, so dass der augenblicklich in Kustendje selbst und der Umgebung vorhandene Vorrath von nicht grosser Bedeutung ist.

Man schätzt denselben wie folgt:

300 000	Hektoliter	Gerste,
80 000	"	Weizen,
80 000	"	Hirse,
40 000	"	Mais,
20 000	"	Raps,
20 000	"	Roggen.

Die übrigen Erzeugnisse sind gänzlich aufgebraucht.

Wenn nun auch die Hirse, der Raps und das Welschkorn noch längere Zeit in den Waarenräumen aufbewahrt werden können, da sie keinerlei Beschädigung ausgesetzt sind, so werden hingegen Gerste, Weizen und Roggen, welche der Kornwurm schon anzugreifen begonnen, baldmöglichst verladen werden müssen.

Die Distriktspräfektur hat die statistischen Angaben über den Umfang der Herbst- und Frühjahrssaaten noch nicht zusammengestellt. Den privaten Erkundigungen nach sollen dieselben im Distrikte Constanta, eine im Vergleiche zum vorigen Jahre, in welchem sie sich über 273 772 Hektar erstreckten, etwas kleinere Flächen einnehmen. Diese Abnahme dürfte eher der seit Kurzem wieder stark zunehmenden Auswanderung der mohamedanischen Bevölkerung zugeschrieben werden müssen.

Die angebauten Arten sind: Gerste, Leinsaat und Raps, Roggen, Weizen, Hirse, Hafer, Mais.

Die finanzielle Krisis in Rumänien hat die Dobrudscha nicht ernstlich berührt, auch sind hier die derartige Krisen anzeigenden und begleitenden Erscheinungen nicht aufgetreten. Wechselproteste haben nicht gefehlt, doch war ihre Zahl keineswegs eine anormale.

Obgleich einige wenige deutsche Industrielle, welche sich unvorsichtiger Weise mit Geschäftshäusern von geringem kommerziellen Werthe und zweifelhaftem Rufe eingelassen haben, mit vollem Rechte über diese Firmen sich beklagen, scheinen dagegen die zahlreicheren und bedeutenderen mit ihren hiesigen Geschäftsverbindungen vollkommen zufrieden zu sein.

Da letztere eben ihre Kundschaft auswählen und dieselbe entweder persönlich oder durch Reisende häufig aufsuchen, so sind sie beständig von der Lage derselben unterrichtet.

Bei denjenigen, die sich beklagen, ist leider meistens theils das Gegentheil der Fall; nur darauf bedacht, Absatz für ihre Waare zu finden, verlassen sie sich allzuhäufig auf die Auskünfte von schlecht vertretenen Bankgeschäften, oder von Auskunftsbureaus, die im Allgemeinen hier wenig empfehlenswerthe Korrespondenten besitzen, und dazu noch irregeleitet von schlecht gewählten, unredlichen Vertretern, gehen sie Geschäfte ein, aus denen unter solchen Bedingungen schwierig Erfolg zu erhoffen ist.

Obgleich diese Klagen begründet sind, so dürfen sie jedoch nicht als von den allgemeinen, augenblicklichen Zuständen hervorgerufen betrachtet werden; ohne irgendwelchen Zusammenhang damit sind sie ausserdem vereinzelt und beziehen sich lediglich auf Geschäftsabschlüsse von geringer Bedeutung.

Die Dobrudscha ist im Allgemeinen reich; da der Kleingrundbesitz sehr zahlreich vertreten ist und der Reichtum nicht in Händen einer beschränkten Klasse sich befindet, so ist vorauszusehen, dass die durch die schlechten Getreidepreise erlittenen Schäden keine ernste Folgen zurücklassen werden.

Dem deutschen Handel dürfte es daher conveniren, die hier gemachten Kredite noch weiterhin zu erhalten. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die mühsam von ihm errungene Stelle in den hiesigen Einfuhren von den Konkurrenzländern vielfach beneidet wird und dass, sobald er sich die Kundschaft entfremdet, andere sofort seinen Platz einzunehmen bereit sind.

Der Stand der Saaten ist allgemein recht befriedigend. Der Verkauf selbst aber muss sich, aller Klagen der Getreide-Exporteure ungeachtet, wenn man von dem vergangenen, besonders verkehrsreichen Jahre absieht, doch in normalen Grenzen vollziehen. Für diese Annahme bieten die Einnahmeziffern der Europäischen Donau-Kommission über die von den in die Donau eingelaufenen Schiffen erhobenen Gebühren einen guten Anhalt. Diese Gebühren betragen Ende Mai d. Js. zwar 120 000 Franken weniger als Ende Mai 1893, befinden sich aber auf der Höhe der Einnahmen der Jahre vor 1893.

Die allgemeine Lage ist fortgesetzt eine solche, dass sie die ganz besondere Beachtung der heimischen Fabrikanten verdient, die bei Gewährung von Krediten zwar verschärfte Vorsicht anzuwenden haben, aber das hier einmal eroberte Terrain nicht aufgeben dürfen.

Dabei ist sehr zu berücksichtigen, dass an der heutigen Lage ein grosser Theil der Schuld dem hier eingerissenen und vornehmlich in den letzten Jahren in Blüthe gestandenen Pachtsystem beizumessen ist. Es wird bei der Verpachtung der Pachtschilling eben nicht in angemessener Zugrundelegung des Werthes des zu verpachtenden Grundes berechnet, sondern die Grundstücke werden von Unternehmern meist griechischer Nationalität in Pacht genommen, welche in dem Bestreben, die Pachtung unter allen Umständen zu erlangen, den Pachtzins in einer Weise steigern, welche mit vernünftiger Wirthschaft in keinem Einklange mehr steht und bei ungünstigen Einwirkungen, wie jetzt Herabgehen der Preise, zu anderen Zeiten Ungunst der Witterungsverhältnisse u. s. w. schnell zu weit und schwer wirkenden Verrückungen der Vermögensverhältnisse der Beteiligten bezw. zu Katastrophen führen müssen. Hier liegt das Uebel, wo die Axt angelegt werden muss, und der Zwang der Verhältnisse wird ohne Zweifel dafür sorgen, dass dies in Kürze geschieht.

Bei der Beurtheilung der Absatzfähigkeit für das rumänische Getreide muss ferner berücksichtigt werden die Einwirkung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Dass diese in für Rumänien durchaus nicht günstiger Weise erfolgt, dass ein wohl recht erheblicher Theil des für Deutschland benötigten Getreides, welches vor dem Abschlusse des Vertrages von Rumänien geliefert wurde, jetzt von Russland bezogen wird, Rumänien also ein grösserer Stock zur Verfügung bleibt, für welchen Absatz zu finden ihm schwierig fallen dürfte, dies unterliegt hier keinem Zweifel und wird von hiesigen bedeutenderen Exporteuren mit als ein Hauptgrund für die Situation hervorgehoben. Es ist hier nicht bekannt, welche Quantitäten russischen Getreides jetzt ihren Weg von den Schwarze Meer-Häfen nach Deutschland nehmen. Dies möchte auch mit Rücksicht auf die Ordre Gibraltar gehenden Sendungen nur schwierig zu ermitteln sein. Donauaufwärts sind diese Transporte bisher von Belang nicht gewesen. Für die Beurtheilung derselben dürfte auf der unteren Donau besonders die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Betracht kommen. Diese hat nun bisher über Orsova zirka 180 Schlepps mit Getreide (Weizen, Mais, Roggen und Hirse) zu durchschnittlich 3500 Meterzentnern Ladung geführt, unter welcher Zahl sich nur 9 Schleppladungen zu je 4000 Meterzentnern mit russischer Waare befunden haben.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, darauf hinzuweisen, dass dieser Verkehr der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft bisher auf gleicher Höhe mit dem des Vorjahres steht. Im vergangenen Jahre trat jedoch in

der Sommerperiode ein Nachlassen der Getreide-Ver-schiffungen nicht ein, während alle Anzeichen dahin deuten, dass dies heuer der Fall, also ein Ausfall zu verzeichnen sein wird.

Nicht unerwähnt darf schliesslich bleiben, dass dem Getreidehandel donauabwärts für die Kabotage bis Braila zur Zeit sehr günstige Frachten zu Gute kommen. So werden beispielsweise für 100 kg, die vordem 3 Francs Fracht zahlten, jetzt nur 1,80 Francs gezahlt.

Als ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Kaufkraft des Landes, besonders der bäuerlichen Bevölkerung desselben, muss hier zu Lande auch die Obst-, besonders die Pflaumen-Ernte in Betracht gezogen werden. Der Früchteansatz ist nun in diesem Frühjahr unter so überaus günstigen Umständen vor sich gegangen, dass allgemein auf eine besonders reiche Obsternte gerechnet wird.

Die Geschäftslage in Rumänien hat sich seitdem im Grossen und Ganzen nicht verändert. Immerhin ist von bedeutenderen Fallissements bisher nichts bekannt geworden.

Die Getreidepreise sind in den letzten Tagen, der allgemeinen Aufwärtsbewegung folgend, etwas gestiegen; wenn auch von „zahlreichen Transaktionen“ und „einer vollständigen Veränderung der Physiognomie der kommerziellen Zentren“, von denen die leicht erregbare rumänische Presse spricht, keine Rede sein kann, so hat sich doch das Getreidegeschäft in Folge dessen etwas belebt.

Dagegen lauten die Saatenstandsberichte aus zirka der Hälfte der wallachischen Distrikte (in Folge von Trockenheit) zuletzt ziemlich ungünstig. Der andauernd niedere Stand der Getreidepreise hat überdies in allen Bezirken eine Verminderung der Aussaat zur Folge gehabt.

Bei dieser Sachlage sieht man der sogenannten Herbstkampagne auch in objektiven und ganz zuverlässigen Kreisen mit unverminderter Besorgnis entgegen.

Wie uns von anderer Seite über die unverkennbare Handelsstockung in Rumänien geschrieben wird, so ist dieselbe durch den niedrigen Stand der Getreidepreise auf dem Weltmarkte, welche die Herstellungskosten der rumänischen Bodenerzeugnisse nicht mehr erreichen, verursacht.

Per Pogon (= 0,501 Hectar) Ackerland werden für Weizen 60 bis 65, für Mais 65 bis 70 Lei Bestellungskosten (Saat und Arbeit) und ausserdem für Pacht bzw. Verzinsung des Bodenwerthes noch 18 bis 20 Lei zu rechnen sein. Als mittlerer Ertrag per Pogon ist bei Weizen ca. $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{4}$ Kilé (1 wallachische Kilé = 6,80 Hectol.) bei Mais ca. $1\frac{1}{4}$ bis $2\frac{3}{4}$ Kilé für das letzte Jahr ca. $1\frac{1}{2}$ bzw. $2\frac{1}{2}$ Kilé anzunehmen. Hiernach ergibt sich als Herstellungspreis für $1\frac{1}{2}$ Kilé Weizen $62\frac{1}{2} + 19 \text{ Lei} = 81,50$ oder für 1 Kilé 54,33 Lei, für $2\frac{1}{2}$ Kilé Mais $67\frac{1}{2} + 19 \text{ Lei} = 86,50$ Lei oder für 1 Kilé 34,60 Lei. Der mittlere Verkaufspreis für 1 Kilé Weizen ist nun ca. 43 Lei oder gegen die Herstellungskosten — $26\frac{1}{3}\%$, für 1 Kilé Mais ca. 30 Lei oder gegen die Herstellungskosten = $15\frac{1}{3}\%$. Weizen, der 1892 zwischen 90 und 118, 1893 zwischen 70 und 90 notierte, steht heute 40 bis 60; Mais, der 1892 zwischen 70 und 80, 1893 zwischen 60 und 70 brachte, ist nun um 30 bis 40 Lei verkäuflich.

Dieser Preissturz hatte eine ungewöhnliche Versteifung des rumänischen Getreidemarktes und einen bedeutenden Rückgang der allgemeinen Kaufkraft zur Folge.

Hiervon sind zunächst diejenigen Geschäftszweige betroffen, deren Erzeugnisse der Konsument am leichtesten zu entbehren vermag. (Modewaaren, Konfektion, Manufakturwaren etc.).

Den Hauptumsatz in diesen Artikeln vermitteln seit etwa 50 Jahren die sogenannten Grosshändler und Halbgrosshändler, meist Siebenbürger, Rumänen, Armenier, Schweizer u. s. w., deren jede grössere Stadt mehrere aufzuweisen pflegt. Bei den Schwierigkeiten der hiesigen Verhältnisse verkaufen umsichtige Expor-

teure ausschliesslich an diese und überlassen ihnen den Absatz an die Eingeborenen, etwa wie dies Seitens der grossen englischen Exportfirmen den Importhäusern in den Kolonien gegenüber zu geschehen pflegt. In diesen Geschäftskreisen herrscht wohl eine ziemliche, seit 1892 übrigens allenthalben fühlbare Depression, ohne dass man jedoch von einer eigentlichen Krisis sprechen könnte. Neben diesen Grossisten haben sich in den letzten 20 Jahren eine bedeutende Anzahl kleinerer Händler — mitunter ohne Kenntnisse, ohne Erfahrung, ohne Vermögen und Kredit, häufig auch ohne die moralischen Eigenschaften eines rechtschaffenen Kaufmanns — etablirt, welche, auf die Nachfragen in Massenartikeln spekulierend, Waaren auf langes Ziel (bis zu 1 Jahr) nehmen. Tritt nun nach guter Ernte und glattem Getreideabsatz die erwartete Nachfrage ein, so ziehen diese Detaillisten doppelten Gewinn, einmal beim Verkauf und dann dadurch, dass sie die Zinsen bis zur Fälligkeit ihres Engagements vorweg haben. Bleibt, wie in diesem Jahre und auch wohl schon im vorigen Jahre, die Nachfrage aus, so nehmen sie etwa zunächst Bankgeld zu hohen Zinsen auf; räumen dann langsam ihr Lager unter dem Preise und stellen schliesslich ihre Zahlungen ein. Die letztere Eventualität ist hier mit Rücksicht auf die ungewöhnlich mangelhafte Handels- und Konkursgesetzgebung des Landes die Leichtigkeit der Namensänderung u. s. w. die günstigste.

In diesen Kreisen besteht zur Zeit wohl zweifellos eine Art von Krisis, wie sie die in Rede stehenden Zeitungsnachrichten beschreiben. Leider haben wir unter allen Importländern mit diesem Theil der rumänischen Geschäftswelt die zahlreichsten und bedeutendsten Verbindungen eingegangen. Mögen nun auch manche unserer mit diesen Firmen arbeitenden Exporteure vermuthlich in dem ihnen aus früheren Jahren verbleibenden Nutzen des rumänischen Grosshändlers eine Entschädigung für das Risiko — eine Art Assekuranz, Prämie gegen die wohl auf alle Fälle in Rechnung gezogenen Verluste — finden, so muss doch bei diesem Anlass darauf hingewiesen werden, dass einem Lande wie Rumänien gegenüber, das z. Zt. weder nach den Charaktereigenschaften seiner Bevölkerung, noch nach der Zuverlässigkeit seiner Institutionen und Beamten die Garantien des Westens bietet, grosse Vorsicht bei Anknüpfung direkter Handelsbeziehungen geboten erscheint.

Die Lage hat ausserdem einen seit langem bestehenden Missstand, die mangelhafte Organisation des Bankkredits, fühlbarer zu Tage treten lassen. Die Mehrzahl der sogenannten Bankiers kauft im Auslande Geld zu etwa 6 bis 8 Prozent und verleiht es hier zu etwa 10 bis 20 Prozent und darüber. Solche Bankgeschäfte, die sich von Wucher im Grunde nicht unterscheiden, setzen eine hier zahlreich vertretene Klientel voraus, die als letzte Etappe der Erledigung ihrer Engagements ein — eventl. auch betrügerisches — sogenanntes „Konkordat“ mit ihren Gläubigern zu 25—8 Prozent im Auge zu haben pflegt.

In diesem Jahre ist die Geldknappheit überdies auch für bessere Firmen durch den mit der Lage ursächlich nicht zusammenhängenden Fall dreier grösserer Bankfirmen gewachsen, welche die ausserdem noch bestehenden bedeutenderen Bankfirmen zu einer Einschränkung des Kreises ihrer Unternehmungen genöthigt hat.

Die Zeitungsnachrichten, welche auf den hiesigen Korrespondenten der Frankfurter Zeitung zurückzuführen sind, haben eine wirkliche Kalamität mit dem üblichen Mangel an Unterscheidung übertrieben dargestellt.

Unser solider deutscher Exporthandel wird, sofern die Lage sich nicht, etwa durch eine Missernte, verschlimmert, bereits eingegangene Engagements, wenn auch vielleicht mit Gewinnentgang, so doch ohne bedeutendere Verluste abwickeln können. Rücksichtlich der Anknüpfung neuer Geschäftsbedingungen wird ihm

zunächst eine abwartende Haltung anzurathen sein. Derjenige Theil unserer Interessenten, der entgegen der oft für den einzelnen Fall ertheilten Warnungen dem rumänischen Markt aufs Geradewohl und dabei häufig über den normalen Bedarf des Landes hinaus Waaren zuführte, wird allerdings auch nach der von manchen Seiten demnächst erwarteten Besserung der Verhältnisse kaum seine Ausstände eintreiben können.

Von Krisen in Rumänien, besonders was den Manufakturwaarenhandel anbetrifft, könnte man beinahe immer oder wenigstens schon seit längerer Zeit sprechen. Die Zustände wurden verschärft, als die deutsch-rumänische Handels-Konvention vom 14. November 1877 abtief und im Juli 1891 der allgemeine rumänische Zolltarif vom ^{25. Juni} ^{7. Juli} 1891 durchweg in Kraft trat.

Damals hat sich die rumänische Kaufmannswelt mit Waaren notorisch sehr überladen in dem Bestreben, sich für dieselben noch die niedrigen Konventionalsätze zu sichern. Da es besonders im Kleinhandel mit der Mehrzahl der Kaufmannschaft, was die Geldmittel anbelangt, recht schwach bestellt ist, so mußte dieses Vorgehen mit der Zeit zu den unausbleiblichen schlimmen Folgen führen, und es stieg allerdings in den darauf folgenden Jahren 1892 und 1893 die Zahl der Wechselproteste und damit die Konkurse und Ausgleiche unter der Hand selbst für hiesige Verhältnisse in ganz erheblicher Weise. Erfolgt diese Proteste wohl im Allgemeinen in Folge der schlechten Geldlage, in welcher sich die betreffenden befanden, so darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass doch ein ganz erheblicher Theil jener Proteste auf Rechnung der Unredlichkeit und Unehrenhaftigkeit vieler hiesiger Geschäftsleute zu setzen ist, welche die Herbeiführung von Konkursen bezw. Ausgleichen geradezu geschäftsmässig betreiben. Die bestehende rumänische Handelsgesetzgebung hat zu solchem Verfahren leider vielfach die Hand geboten. Nicht ohne Einfluss auf das unredliche Vorgehen hiesiger Geschäftsleute ist aber noch der Umstand, dass bei Prozessen das nicht unbedeutende Advokatenhonorar dem Kläger, selbst wenn er auch den Prozess gewinnt, stets zur Last bleibt. Dadurch hat der hiesige Käufer — der nach seiner Charakteranlage sehr zur Chikane neigt — ein Mittel an der Hand, auf den Verkäufer im Auslande einen Druck auszuüben. Mit der Abänderung der Handelsgesetzgebung ist die hiesige Regierung bereits beschäftigt, und kann man sich nach den Veröffentlichungen aus dem neuen Gesetzesprojekt wohl der Hoffnung hingeben, dass eine wesentliche Besserung in den Verhältnissen geschaffen werden wird. Wenn es noch angängig wäre zu erreichen, dass im Gerichtsverfahren auch die Advokatenkosten in der hier üblichen Höhe dem Verklagten zur Last gelegt werden, im Falle er den Prozess verliert, so würde auch damit viel gewonnen sein. Wenn, wie oben gesagt, die Wechselproteste in den vergangenen Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren haben, so ist solches in diesem Jahre bezüglich der für den hiesigen Bezirk besonders in Betracht kommenden Plätze Galatz, Braila und Fockschani bisher wenigstens nicht der Fall gewesen. Im Gegentheil hat man eine Abnahme der Proteste bemerkt.

Es ist richtig, dass es den Geschäftsleuten hier zur Zeit schwierig fällt, Bankkredit zu erlangen. Veranlasst ist das worden durch den Zusammenbruch eines hiesigen Bankhauses, dem dann weitere Banken in Bukarest folgten. Es geschah dies hier im Herbst des vergangenen Jahres und veranlasste zuerst französische Bankinstitute, denen dann auch österreichische und deutsche folgten, ihre Beziehungen hierher einzustellen oder einzuschränken. Die Folge davon war, dass verschiedene grössere Importeure, besonders der Manufakturwaarenbranche, in grosse Verlegenheit geriethen und sich theilweise auch noch darin befinden.

Bringt man hiermit in Zusammenhang, dass der seit einiger Zeit andauernde niedrige Stand der Getreidepreise die Kaufkraft allerdings abgeschwächt hat, so ergibt sich für die an dem hiesigen Markte interessirten Fabrikanten wohl die Nothwendigkeit, demselben zur Zeit ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es darf dabei aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass zunächst in der Folge wohl weniger die Geschäftswelt im Allgemeinen, als vielmehr die Gutspächter bezw. Besitzer diejenigen sein werden, welche unter den Verhältnissen zu leiden haben werden. Abgeschwächt werden diese Folgen dadurch, dass Rumänien im vergangenen Jahre eine reichliche Ernte gehabt hat, so dass, was am Preise verloren geht, wenigstens einigermassen wieder durch das Mehr der Menge ersetzt wird. Der im Inlande vorhandene Stock an Getreide wird allgemein als ein recht bedeutender bezeichnet. Die Besitzer können sich dem Verkaufe nach der Ansicht von Getreide-Exporteuren nicht mehr länger entziehen, was bisher in Erwartung besserer Preise geschah. Hiermit steht zu erwarten, dass die aus der Geschäftslage sich ergebende Schwierigkeit der Inkassos vorläufig behoben und die Abwicklung der Geschäfte sich in der nächsten Zeit in der hier üblichen Weise vollziehen dürfte, die ja auch unter normalen Verhältnissen nicht immer in Uebereinstimmung mit den deutschen Bräuchen sich befindet und daher stets zu Klagen deutscherseits Veranlassung gegeben hat.

Anders muss sich aber die Lage gestalten, wenn die einwirkenden beiden Hauptursachen, Entziehung des Bankkredits und niedrigen Stand der Getreidepreise, namentlich wenn letzterer hier noch in Zusammenhang mit einer schlechten Ernte kommen sollte, längere Zeit fortdauernd wirken würde.

Der Bankkredit wird sich von selbst wiederfinden, wenn einmal die projektirten neuen handelsgesetzlichen Bestimmungen in Kraft sein und sich die Verhältnisse des Getreidemarktes besser gestalten werden. Letzterem und dem Stande der Saaten bezw. dem Ausfall der neuen Ernte ist daher unter den jetzigen Verhältnissen ganz besondere Beachtung zu schenken. Folge dessen müssen die heimischen Fabrikanten für die jetzt vor sich gehenden Herbstbestellungen die Augen recht offen halten. Sie sollen nicht alle Bestellungen, welche sie erhalten, bereitwilligst ausführen, sondern dieselben auf die Berechtigung ihres Umfanges prüfen bezw. den wirklichen Bedarf des Bestellers, nöthigenfalls durch Reisende zu kontrolliren suchen. Namentlich auch müssen die Fabrikanten in der Sucht, nur Geschäfte zu machen, davon absehen, selbst die kleinsten Käufer aufzusuchen, die oft gar nicht in der Lage sind, den Verlauf des Marktes zu verfolgen und sich meistens mehr auf den Hals laden, als sie besten Falls mit Nutzen absetzen können. Gerade unter diesen kleinen Käufern sind viele, die auf ihren moralischen Kredit — und darauf kommt es hier sehr an — gar nicht zu schätzen sind. Notorisch sind darunter viele schlechte Elemente, welche, von der oben besprochenen Schwierigkeit der Justiz Vortheil ziehend, es ruhig auf Proteste ankommen lassen, weil sie bei den folgenden Ausgleichsverhandlungen mit Sicherheit „ein gutes Geschäft“ machen.

Was den Stand der Saaten anbelangt, so lauten alle Nachrichten darüber zur Zeit recht günstig. Man ist nach den vorangegangenen Witterungsverhältnissen der Meinung, dass diese Nachrichten zutreffend sind.

Die Verhältnisse in Fockschani liegen besser als in Galatz und Braila. Die Ursache davon ist, dass für jenen Platz die Weinernte ausschlaggebend für die Bildung der Verhältnisse ist. Es ist nun zwar das vergangene Jahr hier nicht zu den besseren Weinjahren zu rechnen gewesen, aber die Preise sind zu einer bisher unbekannten Höhe gestiegen, so dass die Besitzer trotz mangelnden Wein-Exports gute Geschäfte

gemacht haben. Gleiche Verhältnisse sollen in Bacau und an anderen Plätzen der oberen Moldau bestehen, so dass die deutsche Geschäftswelt dorthin, unter Beobachtung der hier auch sonst nöthigen Vorsicht, wie bisher weiter arbeiten könnte.

Da die mittlere und obere Moldau sich in einer noch nicht sehr vorgerückten Phase eines Ackerbaustaats befindet, so sind als die Hauptfaktoren für die Bestimmung der wirthschaftlichen Lage zunächst der Ausfall der Ernte, sodann der Stand der Getreidepreise anzusehen. Die letzte Ernte war im diesseitigen Bezirk durchweg sehr befriedigend, zum Theil gut ausgefallen. Vor Allem in Hafer war die dreifache Menge einer Durchschnittsernte erzielt worden.

Dieses günstige Ernteergebniss hat sich im Hauptausfuhrartikel, Weizen, deswegen nicht ausnutzen lassen, weil die Weizenpreise von 20—21,50 Lei im Januar 1892 auf durchschnittlich 8—10 Lei im Herbst 1893 heruntergegangen sind und somit einen solchen Stand erreicht haben, dass ein Verkauf von Weizen unmöglich ist, weil er nicht einmal die Produktionskosten decken würde. Demgemäss hat auch thatsächlich keine Ausfuhr von Weizen aus dem diesseitigen Bezirk stattgefunden. Der Weizen wird zurückgehalten, die Docks in Galatz und Braila sollen überfüllt sein. In Weizenvorräthen liegen hiernach noch enorme Werthe im Lande, die nur zur Zeit nicht flüssig gemacht werden können.

Demgegenüber haben sich die Preise von Hafer, Gerste und Mais auf befriedigender Höhe gehalten.

Während früher Hafer fast gar nicht zur Ausfuhr gelangte, wurden in der Zeit vom 1. Juli 1893 bis 20. März 1894 allein nach Deutschland 18492452 kg ausgeführt. Die ganze Haferernte ist ausverkauft. Man benutzt hier Heu und andere Futterartikel als Ersatz.

Die Ausfuhr von Gerste betrug in derselben Zeit 22951174 kg, und Mais, gleichfalls ein Hauptausfuhrartikel, erzielte eine Ausfuhrmenge von 18212183 kg. Dazu trat eine bedeutende Ausfuhr von Heu, besonders nach England und Frankreich.

Wenngleich durch den Absatz vorstehender Getreidearten der Ausfall der Weizenausfuhr auch nicht annähernd hat wettgemacht werden können, so ist immerhin im Grossen und Ganzen der Eintritt einer Krisis verhütet und den Landwirthen ermöglicht worden, bessere Preise abzuwarten.

Die Stockung im Absatz der Weizenvorräthe hat den ungünstigsten und nachtheiligsten Einfluss ausgeübt auf die verschuldeten Gutsbesitzer und Gutsächter in denjenigen Landstrichen, die nur geringen Anbau von Hafer und Gerste aufweisen, wie die Bezirke Jassy, Husch, Vaslui und Berlad. In diesen Gegenden haben die verschuldeten Grossgrundbesitzer ihre Zinsen sowie die Pächter den Pachtschilling entweder gar nicht oder nur unter grossen Opfern aufreiben können; eine grosse Anzahl von ihnen dürfte zusammengebrochen sein. Durchweg sollen übrigens die Grossgrundbesitzer ihren Bedarf an Industrieartikeln auf das geringste Mass eingeschränkt haben.

Demgegenüber ist die bauerliche Bevölkerung von dem Hinderniss der Weizenausfuhr im Grossen und Ganzen unberührt geblieben.

Der moldauische Bauer hat keine Schulden, also auch keine Zinsen zu zahlen. Er bekommt in guten und schlechten Zeiten seinen Arbeitslohn vom Gutsherrn, dessen Gut er bebauen hilft, in schlechten Zeiten vielleicht etwas weniger. Beim Verkauf des von ihm gebauten Getreides nimmt er kaum Rücksicht auf die Produktionskosten, da er alles mit eigener Hand bestellt. Im letzten Herbst wird er vielleicht weniger Weizen zu Markt gebracht haben, dafür ist aber Hafer, Heu, Wein u. s. w. versilbert worden. Die Lage der moldauischen Bauern hat sich überhaupt in den letzten Jahren gebessert. Von einem Nothstand ist nirgends bei ihnen die Rede. Die Industrieartikel, welche der Bauer bezieht, sind übrigens Gegenstände des noth-

wendigen Bedarfs. Vor Allem in der Manufakturwaarenbranche ist der Bauer genöthigt, ohne Rücksicht auf die Marktlage die fremden Stoffe zu beziehen, seit er entwöhnt ist, dieselben in der Hausindustrie selbst herzustellen.

Alle Persönlichkeiten stimmen darin überein, dass in Folge des günstigen Wetters vor Ostern die Märkte einen überaus regen Besuch der bauerlichen Bevölkerung aufzuweisen hatten und dass der Absatz von Industrieartikeln an dieselbe — gegen baar — ein durchaus befriedigender gewesen ist.

Einen nicht unwichtigen Kreis von Konsumenten umfasst der in Piatra konzentrierte Holzhandel. Dieser hat im Frühsommer v. J. dadurch erheblichen Schaden gelitten, dass die Ueberschwemmung zahlreiche Flüsse zerstört hat. Im Verkehr mit Piatra ist man deshalb in hiesigen kaufmännischen Kreisen sehr vorsichtig. Indessen beschränkt sich der Nothstand auf ein nicht gerade bedeutendes Konsumptionsgebiet.

Unter den den Absatz vermittelnden Faktoren kommen hauptsächlich in Betracht die Grosseinfuhrhäuser und die Detaillisten.

Die ersteren umfassen in der überwiegenden Mehrheit alte, solid begründete Häuser. Es steht fest, dass diese in der Manufakturwaarenbranche völlig ausverkauft haben. Auch der Eingang der Inkassi ist zufriedenstellend gewesen.

Demgegenüber ist zu betonen, dass die Lage der Kleinkaufleute keine besonders günstige und gefestigte ist. Es würde immerhin viel zur Erzielung gesunder Geschäftsbeziehungen beitragen, wenn der deutsche Fabrikant nicht, wie es leider der allgemeinen Tendenz entspricht, den Detaillisten aufsuchte, sondern wenn er sich bei etwas geringerem Gewinn der Sicherheit gewährenden Mittelspersonen der Engrossisten bedienen wollte. Einem Kleinkaufmann sollte der Fabrikant nur gegen Bankaccept liefern. Jedenfalls hat sich aber die Lage der Detaillisten gegen früher durchaus nicht verschlechtert. Es ist ganz unzutreffend, dass die Mehrzahl der hiesigen Detaillisten der Manufakturwaarenbranche sich nur durch künstliche Mittel zu halten vermag; desgleichen kann von einer Stockung der Geschäfte, einer Abnahme der Kaufkraft des Landes, von Flaueit des Marktes sowie Ueberfüllung desselben mit Industrieerzeugnissen nicht die Rede sein.

Die einzige Behauptung, die nicht blos auf Schätzungen beruht, sondern die sich auch zahlenmässig kontrolliren lässt, geht dahin: die Zahl der protestirten Wechsel habe sich im Vergleich zum Vorjahre mehr als verdoppelt. Diese Behauptung ist falsch, und es ist ein günstiger Umstand, dass sich die Unrichtigkeit derselben durch amtliche Zahlen ziffernmässig nachweisen lässt. Vergleicht man die Monate Januar, Februar und März d. J. mit denselben Monaten des Vorjahres, so ergibt sich, dass die Zahl der protestirten Wechsel, sowie der Gesamtbetrag der Wechselsummen sich in beiden Jahren ziemlich gleich bleibt. Der Vergleich fällt noch bedeutend mehr zu Gunsten von 1894 aus, wenn man die Monate August, September und Oktober 1893 als Vergleichsperioden heranzieht; so ist z. B. die Summe der protestirten Wechsel im Oktober v. J. mehr als doppelt so gross, als im März 1894. Die gedachte Summe ist mit verschiedenen Schwankungen im Jahre 1893 bis 285685 Franks gestiegen, ist aber vom November v. J. ab gefallen und hat im März d. J. einen Tiefstand von 141206 Franks erreicht.

Wenn man dem Zeitungsschreiber darin Recht giebt, dass Zahl und Summe der protestirten Wechsel gewissermassen ein Thermometer für die Bemessung und Beurtheilung der wirthschaftlichen Lage darbieten, so beweisen vorstehende Zahlen, dass sich die Geschäftslage seit dem Herbst 1893 fortdauernd gebessert hat, also gerade das Gegentheil, was der Zeitungsartikel behauptete.

Eine gewisse Geldknappheit besteht hier von Alters her. Der Zinsfuss beträgt im Geschäftsverkehr durchschnittlich 9—11 Prozent mit Sicherheit, 14—16 Prozent ohne Sicherheit. Die Nationalbank giebt Geld zu 6 Prozent; sie verlangt aber ausser der Unterschrift des Ausstellers des Wechsels noch zwei Unterschriften und ist in der Einräumung von Krediten äusserst vorsichtig. So kommt es, dass in Wirklichkeit nur die hiesigen Bankiers und einige grössere Häuser Vortheil von der Thätigkeit der Nationalbank haben. Eine gewisse Verschärfung der Geldknappheit ist nun dadurch eingetreten, dass zwei grosse Jassyer Bankhäuser durch Tod der Inhaber im Laufe des Jahres 1893 fortgefallen und neue Firmen nicht an deren Stelle getreten sind, da Bukarest den ganzen Geldverkehr immer mehr an sich zieht und Bankiersoperationen im grösseren Stil hier nicht mehr möglich sind. Der hiesige Platz ist in Folge dessen in der Hauptsache auf die Kredite angewiesen, die ihm Bukarest, Galatz, Berlin und Leipzig einräumen. Nun haben Bukarest und Galatz die Kredite etwas eingeschränkt, aber aus Gründen, die nicht Jassy, sondern die erstgenannten Plätze selbst betreffen. Auch die Leipziger Bankiers sind zurückhaltender geworden, indessen gleichfalls nicht aus Gründen, die sich auf den gesammten hiesigen Platz beziehen, sondern weil sie mit einigen Jassyer Kleinbankiers, richtiger Geldwucherern, schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Das Ausbleiben der Rimessen für den Weizenexport hat sich gleichfalls auf den Geldmarkt fühlbar gemacht.

Im Allgemeinen muss indessen betont werden, dass die von Alters her bestehende, durch die vorstehenden Umstände etwas verschärfte Geldknappheit keinen bedrohlichen Charakter hat und die Abwicklung der Importgeschäfte nicht merklich beeinflusst.

Der erwähnte Zeitungsartikel ist hiernach in seiner Schilderung einer ungünstigen Geschäftslage theils übertrieben, theils geradezu unrichtig und wahrheitswidrig. Blicke er unwidersprochen, so könnte er leicht den deutschen Fabrikanten vom Beschicken des moldauischen Marktes abschrecken, zum Schaden des deutschen Exports und zum Vortheil der englischen, österreichischen und französischen Konkurrenz, die von einem gefürchteten Mitbewerber befreit werden würden.

Zum Schluss ist noch darauf hinzuweisen, wie wichtig es für die deutschen Fabrikanten ist, zuverlässige Auskunft über hiesige Einfuhrhäuser und Agenten zu erhalten, und ist anzurathen, stets bei den Konsularbehörden Aufschluss zu erbitten. Gerade in letzter Zeit sind mehrfach Fälle zur Kenntniss gekommen, in welchen selbst solide deutsche Auskunftsbureaus offenbar von Kaufleuten getäuscht worden sind und in Folge dessen schwindelhafte Jassyer Firmen als gut empfohlen haben.

Aus einem uns aus Rustschuk vorliegenden Berichte über

die wirtschaftliche und handelspolitische Bedeutung von Donau-Bulgarien

entnehmen wir das Folgende:

Eier. Sehr gross ist die Geflügelzucht, zumal in den an der Bahn Rustschuk-Warna gelegenen Gegenden. Im Jahre 1892 wurden allein aus dem Bezirk Rasgrad 75130 Hühner und 3895000 Eier exportirt. Vom 1. Januar bis 1. Juli 1893 war der Export schon auf 88165 Hühner und 6043750 Eier gestiegen. Folgende Daten geben einen Ueberblick über diesen Zweig der landwirtschaftlichen Thätigkeit.

Der Eier-Export Bulgariens beschränkt sich hauptsächlich auf Nord-Bulgarien, und hier wiederum nur auf das Gebiet längs der Eisenbahnstrecke Rustschuk-Warna. Bisher wurden fast alle Eier nach Oesterreich exportirt, seitdem sich aber Mitte vorigen Jahres eine deutsche Firma hier in Rustschuk etablirt hat, die

sich fast ausschliesslich mit dem Einkauf und Export von Hühnereiern befasst, zieht sich derselbe mehr nach Deutschland, und zwar hauptsächlich nach Leipzig, Frankfurt a. M. und Köln.

Der Hauptmarkt für Eier ist die Eisenbahnstation Rasgrad, etwa 70 km von Rustschuk, und etwa 5 km von der im Thale liegenden Stadt Rasgrad entfernt. Während fast alle landwirthschaftlichen Produkte in der Stadt Rasgrad gehandelt werden, ist der Markt für Eier und der gleichfalls bedeutende Markt für Getreide ausschliesslich bei der auf einem Bergrücken gelegenen Eisenbahnstation Rasgrad, bei der sich auch bedeutende Magazine für Getreide- und Eier-Lager befinden.

Die Saison für den Eierhandel ist von Beginn des Frühjahrs bis etwa Mitte Juni, und von September bis zum Eintritt von Frostwetter. Die Preise variiren von 2—5 Fr. pro 100 Stück.

Die Eier werden in 178 cm langen, 53 cm hohen und 25 cm breiten Kisten mit einem Inhalt von 1440 Stück, in der sogenannten internationalen Verpackung versandt. Der Handel hat mit der grossen Hitze im Sommer und der starken Kälte im Winter, welche die Eier gefrieren macht, zumal aber mit Transportschwierigkeiten zu kämpfen. Die Waare muss von hier nach Giurgewo in Kaiks zum Preis von 0,60 Fr. pro Kiste übergeführt werden, da der Lokaldampfer mangels Konkurrenz fast die doppelten Frachtsätze fordert. Von Giurgewo reist die Waare dann bis Deutschland 14 bis 18 Tage auf der Bahn. Die Sätze hierfür sind per 100 kg Frachtgut im direkten Ausnahmetarif von Waggon Giurgewo bei mindestens:

	500 kg	10000 kg
nach Leipzig	8,20 Mk.	7,80 Mk.
„ Frankfurt a. M.	9,56 „	9,12 „
„ Köln a. Rh.	11,92 „	10,24 „
„ Wien Staatsbh.	4,88 „	4,84 „

Als Eilgut bei Beförderung mit Postschiff der I. k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Lieferzeit 7 Tage, von Bord Giurgewo bis Wien Praterquai, 6,52 Mk. pro 100 kg.

Wie aus der starken Eierproduktion ersichtlich, ist die Geflügelzucht hier sehr gross. Alle Geflügelsorten: Hühner, Enten, Gänse und Puten, welche heerdenweis durch das Land getrieben werden, sind in grosser Zahl vorhanden und stehen sehr niedrig im Preis, doch findet ein Export des Geflügels nur via Warna statt, da die lange Dauer des Transportes, die dem Eierhandel schon grosse Schwierigkeiten bereitet, den Geflügelhandel direkt unmöglich macht.

Die Versuche, einen Geflügel-Export von hier auf dem Donauwege, oder während des Winters per Bahn einzuführen, haben bis jetzt nur Verluste der Exporteure zur Folge gehabt.

Bienenhonig. Die früher zur Türkenzeit sehr verbreitete Bienenzucht hat seit dem Fortzuge der Türken sehr gelitten, doch gelangt dieselbe neuerdings wieder mehr in Aufnahme. Aus den Präfekturberichten ist zu entnehmen, dass die Zahl der Bienenkörbe seit der Türkenzeit oft auf ein Drittel zurückgegangen ist. Der Ertrag an Honig hat in dem ganzen Konsularbezirk 484000 kg ergeben.

Weinbau. Die Ausdehnung der Weinberge ist in den Bezirken:

Wratza	69 173 Dekar.
Rustschuk	53 776 „
Rasgrad	21 000 „
Schumla	38 392 „
(1890) Tirnowo	78 908 „
Sevlievo	14 719 „
(1889) Loftscha	25 393 „
Plevna	11 677 „

Die Phylloxera ist bereits stark verbreitet.

Im Lom-Distrikt hat sich als wirksames Mittel gegen dieselbe bewährt: die Wurzeln auszureissen,

dann mit Eichenhobelspänen zu bedecken, diese dann mit Petroleum zu begiessen und dann die Wurzeln vollständig zu verbrennen.

Man hat Versuche mit Anpflanzung amerikanischer Reben gemacht, welche von der Regierung gekauft und vertheilt werden. Im Kreise Wratza haben dieselben gute Resultate ergeben.

In den Weinbau treibenden Distrikten ist aber die Einwirkung der Furcht vor der Reblaus stark und verhinlert die Ausdehnung der Anpflanzung. Im Jahre 1893 war die Weinernte durchweg schlecht und der Preis der Vedro = 12 bis 14 Liter von 2,50 bis 4 Fr. auf 5 bis 7 Fr. gestiegen.

Seidenzucht. Die Aufmerksamkeit der heimischen Kreise verdient die hiesige Seidenzucht, deren Produkte bisher ausschliesslich nach Italien und Frankreich verkauft wurden. Schon seit Jahren hat die Regierung ihre stete Aufmerksamkeit auf diese Hausindustrie gerichtet, welche durch eine Krankheit der Maulbeerbäume und in Folge dessen der Raupen fast zu Grunde gegangen war. Indem die Regierung jede Einfuhr von Eiern verbot und selbst bei Ankauf und Einfuhr die strengste Kontrolle übte, ist es ihr gelungen, die Seidenzucht wieder zu heben. Sie vertheilt nun auch nach Bedürfniss Maulbeerbäume, so dass zu hoffen ist, dass diese Hausindustrie der Frauen wieder aufblühen wird, die zur Zeit z. B. aus dem Bezirk Rustschuk vollständig verschwunden ist und in nennenswerthem Umfang nur noch in den Bezirken Lom, Wratza, Silistria und Sevlievo betrieben wird.

Industrie. Ausser den in jedem Bezirk wohnenden Handwerkern (Kürschner, Schneider, Schuster, Blechschmiede, Gerber etc. etc.) und den an der Donau gelegenen zahlreichen Wassermühlen verdienen neben den Tabakfabriken besondere Erwähnung: 1. die Teppichfabrikation in und bei Berkowatz im Bezirk von Lom-Palanka; 2. die Tinten- und Siegellackfabrik von Filig Simidoff in Orechowo (Rahowo); 3. Bierbrauereien in Widdin Lom, Schumla, Tirnowo und Rustschuk; 4. die Seiden-Hausindustrie in Wratza, welche schöne Stoffe herstellt; 5. Dampfmühlen in Rustschuk, Silistria und Tirnowo; 6. die Lederfabriken von Pinkow Pawlow & Co., sowie von Bratia Koraboff in Rustschuk; 7. die Strickfabrik von N. Balkanski & C. Nikoloff in Rustschuk, welche mit 45 Maschinen arbeitet; 8. die Seifenfabrik von Petroff & Batschewaroff in Rustschuk; 9. die Schajak-Fabrik (ein Stoff aus frischer Schafwolle von grosser Haltbarkeit) von Tihol Bontchoff Dimitir Slatoff & Co. in Frasná, erbaut 1884, beschäftigte 1889 bereits 60 Arbeiter und stellt her 300 000 Meter Schajak; 10. verschiedene Sägemühlen im Kreise Tirnowo, wo auch 11. mehrere Spiritusbrennereien und 12. eine Farbenfabrik gelegen ist.

In und bei Gabrovo im Bezirk Sevlievo liegen: 1. die Schajak-Fabrik von Iv. Kalpazanoff zu Bitschkinia, erbaut 1881, beschäftigt 150 bis 200 Arbeiter; 2. die Aktiengesellschaft für Schajak-Fabrikation Ferdinand I zu Grabovo, arbeitet mit einem Kapital von 317 800 Fr. und beschäftigt 60 Arbeiter; 3. eine weitere von 6 Personen betriebene Schajak-Fabrik, erbaut 1884, beschäftigt 90 Arbeiter; 4. die Schajak-Fabrik von Ivan H. Beroff & A. Momerin, erbaut 1892, beschäftigt 60 Arbeiter; 5. die Schajak-Fabrik von J. Dustabanoff & A. Momerin, erbaut 1890, beschäftigt ca. 30 Arbeiter. Alle Fabriken von 1 bis 5 werden mit Dampfkraft betrieben.

Die strenge Aufsicht über die Wälder hat unter Anderem zur Folge, dass zu maschinellen Anlagen neuerdings vielfach Petroleum-Motoren verwandt werden, und der Import derselben in jüngster Zeit plötzlich gewachsen ist.

Handel. Die beiden grössten Importplätze unter den 8 Donauhäfen sind daher Sistow und Rustschuk. Früher war Rustschuks Import noch bedeutender, da es nicht nur der Stapelplatz für Manufaktur und

Textilwaaren war, deren Handel hier für ganz Nord-Bulgarien seinen Sitz hat, sondern weil hierher auch Kolonialwaaren für ein weitbegrenztes Hinterland importirt wurden, die der Haupt-Importartikel von Sistow waren. Seit einiger Zeit sucht aber Sistow den Rustschuker Handel von Kolonialwaaren dadurch an sich zu ziehen, dass es für dieselben geringere städtische Octroi-Gebühren erhebt, als Rustschuk.

Der Import aus Deutschland hat bedeutend zugenommen und ist von 2 194 000 Fr. im Jahre 1891, auf 5 312 000 im Jahre 1892, also auf das Doppelte gestiegen. Ende 1892 stand er bereits an zweiter Stelle, während er 1891 noch ausser hinter Oesterreich, hinter England und Russland zurückstand. Das Jahr 1893 wird nach hiesiger Schätzung einen weiteren Erfolg des deutschen Exportes auf der Donau nachweisen. Ist doch der Gesamtexport Deutschlands nach Bulgarien von 8 297 120 Fr. im Jahre 1892 auf 13 739 000 Fr., im Jahre 1893 also um 5 441 880 Fr. gestiegen.

Waaren, in denen Deutschland in Konkurrenz treten kann, sind hauptsächlich Zucker, Kaffee, Bier, Chemikalien, Papier, Porzellan, Webwaaren und Baumwoll-Garne. In allen diesen Artikeln ist der Wettkampf mit Oesterreich-Ungarn, in Webwaaren hauptsächlich mit England und auch mit der Schweiz aufzunehmen.

Ueber einzelne, der in angeschlossener Tabelle aufgeführten Waaren wird bemerkt:

No. 114. Zucker. Derselbe wird zur Zeit noch ausschliesslich aus Oesterreich-Ungarn bezogen und zwar Sack- wie Würfel-Zucker, Marke RZR und LZR aus der Lundenberger und Rohrbacher Zuckerfabrik. Zu dem Marktpreis dort treten an Frachtkosten für 112 kg brutto 100 kg netto hinzu, 0,85 Mk. für die Fracht bis Wien und 3,36 Mk. Fracht Wien-Rustschuk. (Der heutige Marktpreis beträgt für Würfelzucker 20 Fl. ö. W.)

No. 119. Kaffee. Der grösste Import geschieht von Triester Häusern; auch Italien rührt sich in letzter Zeit, dagegen von London Marseille und Hamburg der Import unbedeutend zu nennen ist.

Die Triester Häuser sind meistens Filialen deutscher Kaffee-Exportfirmen von Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Köln etc. Rios-Kaffee wird in 3 Qualitäten verlangt: Ia. Rio mit 225 bis 220 Fr., IIa. Rio mit 215 bis 210 Fr., IIIa. Rio mit 200 bis 190 Fr. franko Braila für 100 kg. Die dritte Qualität ist mit schwarzen Bohnen gemischt.

Santos in 2 Qualitäten: IIa. mit 215 bis 210 Fr., IIIa. mit 200 bis 190 Fr. franko Braila für 100 kg. Porto Ricos und Ceylon-Kaffee von Fr. 224 bis 310. Auch Rio perlé wird anstatt Ceylon perlé angeboten, ebenso Rios la vés für Ceylon. Ziel 4 Monate dato Faktura.

Es wird darüber geklagt, dass bei dem Versuch, Zucker wie Kaffee aus Deutschland hier einzuführen, das früher ja berechtigte Misstrauen bei Geschäften nach dem Orient entgegengetreten sei und Bezahlung der Waare vor Absendung derselben, oder gegen Auslieferung des Konossements verlangt werde, während Oesterreich hierher in Zucker und Kaffee bis zu 100 000 Fr. Kredit auf 4 Monate gern und leicht eröffnet. Es wäre wünschenswerth, wenn die deutschen Zucker- und Kaffee-Interessenten auf dieses Absatzgebiet aufmerksam gemacht würden.

No. 156. Spiritus. Ungarn wird wegen guter Fastage bevorzugt und weil 4 bis 6 Monate Kredit gegeben wird, während russische Waare sofort baar gezahlt werden muss. Die Preise stellen sich zur Zeit: Ungarischer Spiritus auf 13,75 Fl. ö. W. franko Fabrik per Hektoliter; russischer Spiritus auf 30,16 Fr. per Hektoliter. Transportkosten per Hektoliter für beide Sorten 2,50 Fl. ö. W. Deutschland kann, da die Waare einem Kalo unterworfen ist, nicht mit konkurriren.

No. 425 bis 429. In Eisenwaaren hat Deutschland etwa drei Viertel des Gesamtimports.

No. 445. In Drahtstiften konkurriert Belgien, auch Oesterreich mit Deutschland, doch beherrscht Letzteres den Markt.

No. 476. Kupfer ist früher auch aus Halle bezogen worden, jetzt wird es fast ausschliesslich von England geliefert.

No. 539 bis 541. In Papierwaaren hat sich bisher Oesterreich behauptet, doch beginnt neuerdings auch Deutschland zu konkurriren, das zumal bei grösseren Lieferungen Ersterer geblieben ist. Hier am Platze hat die Leykam Josefthaler Papierfabrik eine grössere Filiale, die noch den Markt beherrscht, doch beginnen die Detailisten bereits ihren Bedarf direkt aus Deutschland zu decken. In Zigarettens-Papier ist desgleichen bereits Deutschland mit Oesterreich in Konkurrenz getreten.

Von den unter No. 630 bis 632 und 636 genannten Garnen, den unter 640 und 644 aufgeführten Baumwollgeweben, und den unter 646 erwähnten bedruckten Kopftüchern wird das Exportmuster-Lager in Frankfurt a. M. genaue Preisangaben mit Mustern erhalten. Gerade in diesen Artikeln ist der Export nach Bulgarien besonders stark und beläuft sich (nach der im Märzheft 1894 veröffentlichten vergleichenden Uebersicht der Handelsbeziehungen Deutschlands und Grossbritanniens zu Bulgarien im Jahre 1892) aus Deutschland und England allein auf 6431946 Fr. und zwar auf 6215058 Fr. aus England und auf 216908 Fr. aus Deutschland.

Bier. Das Bedürfniss wird durch das einheimische Gobrau gedeckt, doch dürfte dasselbe bei seinen relativ hohen Preisen und geringer Güte zurückzudrängen sein. Jedenfalls findet noch ein ziemlich bedeutender Import ausländischer Biere statt. Die Einfuhr von Bier aller Art nach Rustschuk hat laut der bulgarischen Statistik im Jahre 1891 1560 kg, Werth 1374 Fr., im Jahre 1892 11244 kg, Werth 2472 Fr. betragen. In der auf der Donau nächstgelegenen Stadt Sistow betrug die Einfuhr: 1891 15005 kg, Werth 2277 Fr.; 1892: 12593 kg, Werth 5807 Fr. An der Gesamteinfuhr nach Bulgarien war: 1891 Oesterreich mit 286047 kg, Werth 126012 Fr.; Deutschland mit 36606 kg, Werth 18765 Fr., 1892 Oesterreich mit 133082 kg, Werth 56320 Fr.; Deutschland mit 29261 kg, Werth 15016 Fr. betheilig.

Es wird aus folgenden Gründen für wünschenswerth gehalten, dass der deutsche Exporteur bald noch mehr auf das hiesige Absatz-Gebiet aufmerksam gemacht werde.

Der bulgarische Bauer ist ungemein schwerfällig in seinen Entschlüssen. Und wie er nur durch merkbaren Druck von oben veranlasst werden kann, seine Art der Boden-Bebauung etwas rationeller zu gestalten, so wechselt er auch schwer die Waaren, die seit Jahrzehnten bezogen worden sind, und bei denen zumal dieselbe Verpackungsart eine wesentliche Rolle spielt. Diese Beobachtung ist in Sofia, wie hier von den Agenten in der bestimmtesten Form versichert worden. Nur billigere Preise, nicht grössere Güte der Waaren können ihn gewöhnlich zu einer anderen seiner Gepflogenheiten bewegen. Zur Zeit ist nun die Zahl der Marktplätze für den Import ausländischer Waaren sehr gering — es sind für Nord-Bulgarien nur die 8 Donauhäfen zu nennen, unter denen wiederum Sistow und Rustschuk die hauptsächlichsten Handelsplätze bilden. Gelingt es nun, eine Waare an diesen 8 Plätzen einzuführen, indem man die Kaufleute in denselben durch die grössere Billigkeit oder durch die höheren Kommissionsgebühren für sie gewinnt (die grössere Güte der Waare spielt, wie gesagt, leider noch keine Rolle), so hat man dadurch den Markt für ganz Nord-Bulgarien erobert. Ist aber in einigen Jahren die grosse Transversalbahn durch Nord-Bulgarien fertig gestellt, so liegt die Möglichkeit der Zer-

splitterung des Handels vor und ist um so wahrscheinlicher, als die Fabrikanten schon mehrfach versichert haben, dass die Kommissionäre und Kaufleute in den 8 Donauhäfen einen durchweg in keinem Verhältniss zu dem Werth der Waaren stehenden Nutzen von den Waaren nehmen, und sie durch den Fortfall dieser Zwischenhändler einen weit grösseren Umsatz zu erzielen hofften. Zur Anknüpfung direkter Handelsbeziehungen mit den Abnehmern im Innern seien sie aber zur Zeit noch nicht im Stande, da die Reisen im Innern des Landes ausser grossen Unkosten auch körperlich übergrosse Anstrengungen erforderten. Diese Schwierigkeiten würden durch die Eröffnung der Bahn aber in Fortfall kommen. Gelingt es nun den Fabrikanten, ihre Waaren bereits jetzt in den 8 Donauhäfen gangbar zu machen, so wird die Verbreitung in den später durch die Eisenbahn erreichbaren Handelsplätzen ungleich leichter sein, als wenn die nächsten Jahre nicht energisch zur Eroberung des hiesigen Absatzgebietes benutzt werden.

Der deutschen Waare wird hier ein grosses Vertrauen entgegengebracht. Es ist deshalb umso mehr zu bedauern, wenn eine grössere Anzahl von Artikeln erst durch österreichische Hände auf den hiesigen Markt kommen. Es ist schwer, dafür genaue Anhaltspunkte zu geben, doch wird mehrfach von sehr sachverständiger Seite versichert, dass manches österreichische Exporthaus seine Waaren aus Deutschland bezieht, um dieselben dann hierher abzusetzen. Ganz besonders soll dies bei Nähzwirnen und Chemikalien der Fall sein. Leider gehen aber die Fabriken nicht immer mit der nöthigen Vorsicht zu Werke und vertrauen ihre Interessen Agenten an, die schon längst als Schwindler bekannt sind. Anstatt vorher Erkundigungen einzuziehen, warten sie damit, bis ihre Interessen gefährdet sind, und vor Verlusten auch nicht mehr geschützt werden können. Sodann entziehen sie ihre Vertretung; der betreffende Agent findet aber stets von Neuem deutsche Fabriken, die ihm liefern. Bei diesem Verfahren leidet nicht nur jede Fabrik, die hierher liefert, direkten pekuniären Verlust, sondern es wird durch die zu Schleuderpreisen angebotene Dispositionsware der unsoliden Agenten, jeder billige Geschäftsgewinn geschmälert. Der Agent verliert nichts, hat nur die Chance, eventuell etwas zu gewinnen.

Ferner erfüllen die Fabrikanten oft nicht streng genau die vorgeschriebenen Bedingungen. Aus den kleinsten Differenzen sucht aber der hiesige Abnehmer Nutzen zu schlagen. Hat der bulgarische Kaufmann einmal ein Wechsel-Accept gegeben, so treten selten Zahlungsschwierigkeiten ein. Sind Differenzen eingetreten, so ist bei kleinen Beträgen meist zu einem Vergleich zu rathen, denn eine grosse Zahl der Advokaten ist unzuverlässig; und die wenigen zuverlässigen nehmen Prozesse um kleine Beträge gar nicht an, oder nur, wenn ihnen ein bedeutender Nutzen versprochen wird. Es kann daher den Fabrikanten nicht dringend genug angerathen werden: 1. in der Wahl ihrer Agenten die grösste Vorsicht zu üben; 2. bei Bestellungen mit geradezu minutiöser Exaktheit die Ausführung der Aufträge zu beachten.

Es ist dies umso mehr anzurathen, seitdem die Waaren-Quarantäne so oft zum Verderben der Waare Anlass bietet, und mancher Bulgare, der früher pünktlicher Zahler war, nun chikanirt, um sich vor eigenem Verlust zu bewahren.

Es ist ferner nicht dringend genug davor zu warnen, die Agenten mit Inkasso zu betrauen. Man richte sich dieserhalb entweder an die Ottomanbank oder die bulgarische National-Bank, welche beide Filialen in Rustschuk unterhalten, oder an das hier angesehene bulgarische Bankhaus Simeonoff freres in Rustschuk, mit dem die Korrespondenz auch in deutscher Sprache geführt werden kann.

Viehimport aus Oesterreich-Ungarn.

Das Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 21. Juli 1894 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Mähren:

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Goding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Holleschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz; ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Pressburg und Saros.

Kleine Mittheilungen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird den Forderungen der **Bauhandwerker** ein weitgehendes, den Kredit beeinträchtigendes Vorzugsrecht dadurch eingeräumt, dass die Darleiher der Baukapitalien, zumeist Kreditinstitute, diese nur ratenweise, je nach dem Vorschreiten der Bauten, und nur entweder gegen Vorlegung von den Bauleitern ausgestellter Quittungen über die Befriedigung ihrer Bauforderungen an Löhnen und Materialien an die Bauherren, oder gegen die Anweisung der Letzteren direkt an die Bauleiter bezw. in ganz einzelnen Fällen an die Bauhandwerker und Materialien-Lieferanten auszahlen. Der Bauherr erhält in Folge dessen nur wenig von dem geliehenen Gelde in die eigenen Hände, jede Gefährdung der Bauhandwerker ist ausgeschlossen, von dem Vorzugsrecht wird kein Gebrauch gemacht. Ein solches ist mit der Grundbuchverfassung unverträglich.

Einen glasähnlichen Stoff stellt Ad. Wolkersdorfer in Fürth i. B. aus Kollodium-Wolle her, der sich besonders zu photographischen Platten und als Ersatz von Spiegelgläsern eignen soll. Die Masse, welche beim Eintrocknen fest, hart und vollkommen durchsichtig ist, wird erhalten, indem man Zinkoxyd und doppelkohlen-saures Natron und Kali in einem Gemisch von Alkohol und Eisessig löst, die Lösung filtrirt, mit Aether mischt und in der Mischung soviel Kollodiumwolle auflöst, dass eine durchsichtige gallertähnliche Masse oder dicke Flüssigkeit entsteht, die durch Absetzen geklärt und darauf in einen mit ebenem Boden versehenen Glasbehälter gegossen wird, welcher auf einem heizbaren Blechbehälter ruht und mit einer Vorrichtung zum Condensiren der flüchtigen Lösungsmittel verbunden ist. Das erhaltende glasähnliche Produkt ist geruchlos, farblos bis leicht gelblich, unzerbrechlich, im Wasser unlöslich

und wird von schwachen Säuren nicht beeinflusst, verbrennt nicht mit Flamme und kann durch Anilinfarben beliebig gefärbt werden. (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz.)

In verschiedenen Städten Spaniens wurden **Volksversammlungen gegen die Handelsverträge** mit dem Deutschen Reich, Oesterreich-Ungarn und Italien abgehalten, an der zahlreiche Vertreter der Industrie Theil nahmen.

Das Journal der „Chambre de Commerce et d'Industrie etc.“ bringt einen Leitartikel über die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Spanien, in welchem es sich scharf gegen die von Spanien oder anderen europäischen Mächten eingeschlagene Politik ausspricht und zu Repressalien auffordert.

Bibliothek - Eingänge.

Ludwig Cohnstaedt: Die Vorschläge der Börsen-Enquête-Kommission. Berlin 1894.

Der Inhalt dieses Schriftchens ist kurz folgender:

I. Rechtliche Stellung und Organisation der Börsen. (Aufsicht über die Börsen. — Börsen-Ordnung. — Zulassung von Personen zur Börse. — Börsendisziplin. — Börsenschiedsgerichte. — Liquidationskassen.)

II. Emissionswesen. Zulassung von Papieren zum Handel und zur Notiz.

(Die Enquête-Kommission und die Presse. — Eingreifen der Gerichte. — Haftung der Emissionshäuser. — Zulassungs-Bedingungen. — Prospektzwang. — Leitende Gesichtspunkte. — Bindung der Börsen aneinander. — Handel per Erscheinen.)

III. Termin-Handel.

(Spekulation. — Zulassung zum Terminhandel. — Register für Termingeschäfte in Waaren. — Verleitung zum Börsenspiel.)

IV. Maklerwesen und Kursfeststellung.

V. Kommissionsgeschäfte.

Toubert, Königl. Preuss. Reg.- u. Baurath: Die Verbesserung der Schiffbarkeit unserer Ströme durch Regulierung. Berlin 1894.

Der Inhalt behandelt u. A.:

I. Die Grenzen der Regulirung.

(Querschnittsform. — Geschwindigkeitsformeln. — Beispiele.)

II. Die Aufstellung von Regierungsentwürfen.

(Gefälle. — Abschlussmenge. — Geschiebeführung — Bestimmung des Normalprofils.)

[illegible]

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

No. 9.

Braunschweig, September-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. A. II. 7. — 4630/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einer Mittheilung der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg für die Beförderung von raffinirtem, krystallisirten und Farinzucker in Wagenladungen von 10000 kg, welcher zur Ausfuhr nach der Schweiz bestimmt ist, voraussichtlich am 1. September d. J. ermässigte Frachtsätze von diesseitigen Stationen nach Basel, Station der Reichseisenbahnen in Elsass-Lothringen, eingeführt werden. Die Frachtsätze werden betragen:

ab Braunschweig (Haupt-Bahnhof)	1,96 Mk.	
„ Halle a. S.	1,97 „	für
„ Magdeburg	2,05 „	100 kg
„ Nienhagen bei Halberstadt	1,99 „	

und daher gegenüber den regelrechten Frachtsätzen des Spezialtarifs I eine Ermässigung von etwa 130—145 Mk. für die Wagenladung und gegenüber den bereits seit dem 20. Oktober v. J. bestehenden ermässigten Sätzen eine weitere Ermässigung von etwa 40—45 Mk. für die Wagenladung gewähren. Für den Verkehr mit Basel, Badischer Bahnhof, haben die ermässigten Frachtsätze keine Geltung.

Braunschweig, den 24. August 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel. Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Sonntagsruhe in der Wurstwaarenfabrikation.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat unter dem 22. August d. J. die nachstehende Eingabe an den Staatssekretär im Reichsamte, Herrn Dr. v. Böttcher, gerichtet:

„In dem Entwurfe der Ausnahme-Bestimmungen für die Saison-Industrien ist die Wurstwaarenfabrikation unberücksichtigt geblieben. Da die Verhältnisse dieser im Herzogthum Braunschweig bekanntlich stark verbreiteten und entwickelten Industrie eine Berücksichtigung dringend erheischen, verfehlen wir nicht, Ew. Excellenz diesbezüglich Nachstehendes zu berichten.

In der Stadt Braunschweig sowie in den Nachbardörfern Giesmarode werden insgesamt rund 45000 Stück Schweine geschlachtet und verarbeitet. Ungefähr 2500000 kg Wurst- und Fleischwaaren im Werthe von ca. 4000000 Mk. gehen alljährlich von Braunschweig nach auswärts bzw. in das Ausland.

Ein derartig umfassendes Fabrikations- und Versandgeschäft nimmt naturgemäss im Laufe der Zeit feste Formen an, die sich dem Durchschnittsbedürfnisse allmählich angepasst haben.

In Braunschweig wird ebensowohl frische Wurst (Blut-, Leber- und Sülzwurst) sowie Dauerwaare (Mett-, Schlack-, Cervelatwurst u. s. w.) fabrizirt. Der Hauptabsatz liegt in den grossen Städten. Da es betriebstechnisch unausführbar ist, ohne durch unverhältnissmässige Mehrkosten den Betrieb unrentabel zu machen, an jedem Tage frische Wurst fertizustellen und zu versenden, hat sich von selbst eine feste Eintheilung in der Art herausgebildet, dass die frische Waare jedesmal am Dienstag und Freitag, bei grösseren Entfernungen, wie z. B. nach Breslau, bereits an den vorhergehenden Nachmittagen zur Versendung gebracht wird, sodass die Besteller regelmässig am Mittwoch und Sonnabend in den Besitz ihrer Waare gelangen. Diese Termine sind so fest eingebürgert, dass einerseits die Kundschaft ihre Bestellungen genau danach einrichtet, und dass andererseits auch der hiesige Fabrikant das Quantum der fertig zu stellenden frischen Wurst genau nach den bis zum Versandtage eingelaufenen Aufträgen bestimmt. Eine Verlegung dieser Termine würde aus schwerwiegenden Gründen, und zwar namentlich deshalb nicht durchführbar sein, weil die Verkäufer von frischen Wurstwaaren für den Sonntagsverbrauch bereits am Sonnabend im Besitze ihrer Waare sein müssen, und weil die Wahl anderer Wochentage für den Versand unbedingt die volle Sonntagsarbeit für das Schlachten oder für die Verarbeitung bedingen würden. Wenn somit die Diensttage und Freitage unbedingt als feststehende Versandtage für die hiesige Wurstwaarenfabrikation gelten müssen, so ergibt sich daraus die natürliche Folgerung, dass jeweilig an den vorhergehenden Wochentagen, also an den Montag und Donnerstagen, die frische Wurst hergestellt werden muss, und dies bedingt wiederum, da frisch geschlachtete Thiere nicht gleich verarbeitet werden können, sondern 12 bis 24 Stunden abkühlen müssen, dass Mittwoch und Sonnabend zum Schlachten benutzt werde. Dieser regelmässige Turnus, der auch durchweg eingehalten wird, dürfte als Grundlage für die Beurtheilung der Zeiteintheilung gelten können.

Wenn wir nunmehr beispielsweise einen mittleren Betrieb, der durchschnittlich am Schlachttage 50 Schweine verarbeitet, herausgreifen, so wird am Sonnabend das Schlachten, Schaben und Zubereiten, sowie der Transport von dem vor der Stadt befindlichen, von der Fabrik ziemlich entlegenen Schlachthofe, obwohl in zwei Schichten gearbeitet wird, und die erste Schicht bereits um 4 Uhr zur Arbeit antritt, bereits eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Sobald die ausgeschlachteten und zugerichteten Thiere in die Fabrik gelangen, müssen sie zerlegt werden, damit das Fleisch ausruhen und auskühlen kann. Daneben sind auch die regelmässigen Arbeiten für die Dauerwaare sowie in der Räucherei,

Pökelei, Spedition u. s. w. vorzunehmen, so dass der Sonnabend voll in Anspruch genommen ist. In gewöhnlichen Zeiten kann nun das frische Fleisch bis zum Montag liegen bleiben. Abgesehen von einigen laufenden Verrichtungen in der Rauchkammer, in der Pökelei und im Kesselhause, für welche nur ein Theil der Arbeiter für einige Vormittagsstunden erforderlich ist, ist eine Sonntagsarbeit nicht erforderlich; soweit diese heute dennoch stattfindet, lässt sie sich durch bessere Einrichtung sehr wohl auf das Mass des Nothwendigen beschränken.

Eine Ausnahme macht nur die Uebergangszeit vom Sommer zum Winter und vom Winter zum Sommer. In dieser für die Wurstfabrikation ungünstigsten Jahreszeit kommt es allerdings oft vor, dass die nachtheilige Witterung die rascheste Verarbeitung des Fleisches zur Bedingung macht. Das frische Fleisch muss in solchem Falle am Sonntag in noch kleinere Stücke zerlegt, die aufgehängte Waare umgehängt und von etwaigem Schleim und Keim gereinigt, die Därme für die Montagsarbeit vorbereitet werden, und es muss auch sonst Alles geschehen, was dazu beiträgt, die Montagsarbeit zu beschleunigen, da das Fleisch über den Montag hinaus nicht mehr vollständig frisch zu erhalten ist. Die Nothwendigkeit, in dieser Weise den Sonntag für den regelmässigen Betrieb in Anspruch nehmen zu müssen, ist nicht gerade häufig, auch kann die erforderliche Arbeit an solchen Sonntagen sehr wohl auf wenige Vormittagsstunden zusammengedrängt werden, ganz entbehrt kann diese Arbeit gleichwohl nicht werden.

Nach den von uns angestellten Erhebungen würde eine Bewilligung von sechzig Stunden für das ganze Jahr vollständig ausreichend sein. Würden die hiesigen Wurstfabriken eine entsprechende Bewilligung nicht erhalten, so werden sie im Herbst und Frühjahr zweifellos häufig Verluste am Rohmaterial erleiden, oder aber durch Fleisch, welches bereits einen Stich bekommen hat, die Qualität und das Renommé ihrer Waare gefährden.

Wir bitten demgemäss Ew. Excellenz, hochgeneigtest Sorge tragen zu wollen, dass der Wurstwarenfabrikation die für die Saison-Industrie in Aussicht genommenen Erleichterungen ebenfalls zugestimmt werden.“

Grünung von Konserven.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat unter dem 11. August d. J. bezüglich der Grünung von Konserven die nachfolgende Eingabe an den Staatssekretär im Reichsamte des Innern, Herrn v. Bötticher, in Berlin gerichtet:

„Nach § 1 des Gesetzes betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln etc. vom 5. Juli 1887 darf zur Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, welche zum Verkaufe bestimmt sind, Kupfer nicht verwendet werden.

Wir müssen Ew. Excellenz ehrerbietigst berichten, dass die Durchführung dieser gesetzlichen Vorschrift in den einzelnen deutschen Bundesstaaten nicht in der wünschenswerthen Gleichmässigkeit erfolgt. Während die Konserven-Industrie unseres Bezirkes, soweit wir festzustellen vermochten, sich durch die Bestimmungen des angezogenen Gesetzes für gebunden erachtet, wird die bezügliche Kontrolle in anderen Landestheilen, wie es den Anschein hat, minder strenge ausgeübt. Da es nicht unsere Aufgabe sein kann, bestimmte Kontraventionsfälle zu denuncziren, müssen wir uns darauf beschränken, Ew. Excellenz die notorische Thatsache zu berichten, dass insbesondere von den Reichslanden mit Kupfer gegrünte Konserven regelmässig in grossen Quantitäten in den Handel gebracht werden. Wir haben uns, um diese Thatsache festzustellen, nicht darauf beschränkt, allgemeine Beschwerden unserer Konservenindustrie selbst entgegenzunehmen, sondern haben uns, wie Anlage 1 erweist, durch spezielle Untersuchung von Proben zweier leistungsfähiger Fabrikanten der Reichslande uns die Gewissheit verschafft, dass die uns unablässig eingereichten Klagen thatsächlich begründet sind.

Dass das Gesetz vom 5. Juli 1887 die Fabrikation und den Verkauf von künstlich mit Kupfer gegrüntem Konserven keineswegs aufgehoben hat, wollen Ew. Excellenz aus der von uns jeder Zeit nachzuweisenden Thatsache entnehmen, dass den hiesigen Konservenfabriken regelmässig grosse Ordres auf gegrünte Waare zugehen. Ein gewissenhafter Fabrikant wird solche Ordres ohne Weiteres ablehnen und damit wider seinen Willen der minder gewissenhaften Konkurrenz einen erwünschten Vorschub leisten. Dass er dies nur mit einem Gefühle der Bitterkeit thun kann, wenn er seine Lager mit unverkäuflichen naturfarbenen Bohnen oder Erbsen gefüllt hat, wird man ihm nachfühlen. Einzelne Fabrikanten haben sich dadurch zu helfen gesucht, dass sie grössere Ordres auf gegrünte Konserven zwar aufgenommen, das verbotene Fabrikat aber nicht selbst angefertigt, sondern von den Konkurrenzfabriken der Reichslande bezogen und zum Selbstkostenpreise weitergegeben haben, um auf diese Weise wenigstens nicht ihre seitherige Geschäftsbeziehung mit ihrem Abnehmer einzubüssen. Da nach § 12 des angezogenen Gesetzes aber auch der gewerbmässige Verkauf gegrünter Konserven strafbar ist, kann dieser Ausweg als ein befriedigender ebenfalls nicht angesehen werden.

Eine gleichmässige Kontrolle für das Gebiet sämtlicher Bundesstaaten dürfte somit eine Forderung der Gerechtigkeit sein.

Würde von Ew. Excellenz nach dieser Richtung hin für die Zukunft vorgesorgt werden, so wird freilich nach wie vor der Missstand bestehen bleiben, dass uns das Ausland, namentlich Frankreich, mit seinen gegrüntem Konserven nunmehr noch in erhöhtem Masse überschwemmen wird. Wie wir bereits in unserer unter dem 31. Januar d. J. an den Bundesrath gerichteten Eingabe des Näheren ausgeführt haben, ist es für die deutsche Konservenfabrikation eine Härte, dass ihr untersagt wird, Konserven künstlich zu grünen, während französische Exportfabriken nachweislich mit Kupfer gegrünte Fabrikate fortlaufend auf den deutschen Markt bringen. Da sich das französische Geschäft vielfach direkt, ohne die Vermittlung des Kleinhandels vollzieht, ist eine polizeiliche Kontrolle in allen diesen Fällen ausgeschlossen. Da andererseits zwischen Abnehmer und Lieferant volles Einverständnis hinsichtlich der Lieferung gegrünter Gemüse besteht, ist auch von Seiten des Abnehmers eine etwaige Beschwerde, welche zu strafrechtlicher Verfolgung Anlass bieten könnte, ausgeschlossen. Eine wirksame Abhilfe wäre nur nach der Richtung zu erwarten, dass die Einfuhr mit Kupfer gegrünter Konserven überhaupt untersagt und demgemäss den Zollbehörden eine diesbezügliche Kontrolle überwiesen würde. Die in einer solchen Bestimmung liegende Energie gegenüber der ausländischen Konkurrenz kann in einer Zeit, wo die deutsche Ausfuhr beim Eintritte in ausländische Absatzgebiete allenthalben Belästigungen begegnet, jedenfalls dem deutschen Ansehen keinen Abbruch thun.

Keinesfalls sollte die ausländische Konkurrenz so, wie es jetzt der Fall ist, durch die deutsche Gesetzgebung auf Kosten unserer heimischen Industrie begünstigt bleiben. Die Beseitigung eines derartigen unnatürlichen Zustandes dürfte unseres Erachtens in irgend einer Form wohl zu ermöglichen sein.

Wir möchten schliesslich Ew. Excellenz Aufmerksamkeit noch auf die Schwierigkeiten lenken, die sich in Folge des Gesetzes vom 5. Juli 1887 für unser Exportgeschäft in Konserven herausgestellt haben. Das Ausland beansprucht und konsumirt in hervorragendem Masse gegrünte Konserven, da ungegrünte deutsche Konserven dorthin nur schwer Absatz finden, ist unsere Konserven-Ausfuhr selbst nach solchen Ländern, welche ausdrücklich den Vertrieb gegrünter Waaren freigeben, sehr beschränkt. Wir bitten Ew. Excellenz, in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht die Bestimmungen des mehrfach angezogenen Gesetzes auf den Absatz im Inlande beschränkt werden können.“

Statistische Uebersicht

über die zur Handelskammer wahlberechtigten gewerblichen Betriebe des Herzogthums Braunschweig.

Laufende No.	Gewerbe	Zahl der Betriebe	Davon in Braunschweig	Laufende No.	Gewerbe	Zahl der Betriebe	Davon in Braunschweig
A. Fabrikation.							
1	Asphalt- und Theerprodukten-Fabriken	3	1	61	Maschinenfabriken und Eisengiessereien	22	11
2	Bierbrauereien	29	8	62	Metallgiessereien	1	1
3	Bijouteriewaarenfabriken	1	1	63	Metallwaarenfabriken	4	1
4	Blechwaarenfabriken	1	1	64	Mineralwasserfabriken	6	3
5	Blumenfabriken	1	1	65	Molkereien	6	1
6	Branntwein-Brennereien	12	3	66	Mühlenbauanstalten	2	1
7	Braumalzfabriken	1	1	67	Mühlen	56	2
8	Buchdruckereien und Verlagsgeschäfte	26	14	68	Mühlsteinfabriken	1	—
9	Bürstenfabriken	1	1	69	Musikalien-Druckereien und Verlags- geschäfte	1	1
10	Cementfabriken u. Cementwaarenfabriken	5	3	70	Nähmaschinenfabriken	3	3
11	Centralheizungen und Lüftungsanlagen (Fabrikation)	1	1	71	Oelfabriken	1	1
12	Chemische Fabriken	8	2	72	Optische Anstalten	1	1
13	Chemische Wäschereien und Färbereien	5	5	73	Papierfabriken	3	—
14	Chininfabriken	1	1	74	Pianofortefabriken	2	2
15	Chokoladenfabriken	2	2	75	Porzellanfabriken	1	—
16	Cichorienfabriken	7	7	76	Pulverfabriken	1	—
17	Cigarren- und Tabakfabriken	22	14	77	Rübensaft- und Syrupfabriken	2	—
18	Conservenfabriken	25	20	78	Schirnfabriken	2	2
19	Dachpappenfabriken	2	1	79	Seifen- und Lichtfabriken	6	3
20	Dampfbäckereien	1	1	80	Spiritus-Brennereien	10	—
21	Dampfkessel- und Gasometerfabriken	3	2	81	Spargelbau	1	1
22	Dampfschneide- und Sägemühlen	11	1	82	Steinbrüche	4	—
23	Damenmäftelfabriken	4	4	83	Steinschleifereien	2	—
24	Destillationen	19	6	84	Stärkesyrupfabriken	1	—
25	Drahtwaarenfabriken	1	1	85	Strohutfabriken	2	2
26	Eisenbahn-Signalbauanstalten	1	1	86	Tapetenfabriken	1	1
27	Essig- und Mostriehfabriken	9	2	87	Thonröhrenfabriken (siehe Pos. 97)	2	—
28	Fabriktschlereien und Möbelfabriken	9	7	88	Vanillinfabriken	1	—
29	Farbenfabriken	4	—	89	Wachstuchfabriken	1	1
30	Fassfabriken	1	—	90	Wagenfabriken	4	4
31	Filz- und Double-Schuh-Fabriken	1	—	91	Wagenfettfabriken	1	1
32	Gas- und Wasseranlagen, Fabriken für	6	5	92	Wagen- und Pferddecken-Fabriken	1	—
33	Geldschrankfabriken	1	1	93	Wattenfabriken	1	1
34	Gewürz- und Fruchtextrakt-Fabriken	1	1	94	Wollwaarenfabriken	1	—
35	Glasfabriken	6	—	95	Wollgarnspinnereien	1	—
36	Gold- und Silberwaarenfabriken	2	2	96	Wurst- und Fleischwaarenfabriken	11	9
37	Goldleisten-, Spiegel- und Bilderrahmen- Fabriken	—	—	97	Ziegeleien und Thonröhrenfabriken	44	6
38	Gummiwaarenfabriken	1	1	98	Zuckerfabriken	33	1
39	Gypsbrennereien	6	—	99	Zuckerraffinerien	6	5
40	Handschuhfabriken	2	2	100	Zuckerwaarenfabriken	3	3
41	Hanf- und Drahtseilereien	1	1	101	Xylographische Anstalten	2	2
42	Heerdfabriken	1	1	B. Bergbau und Eisenhüttenbetrieb.			
43	Hefefabriken	1	1	1	Bergbau und Eisenhüttenbetriebe	11	1
44	Holzbearbeitungs- und Holzwaaren- Fabriken	2	1	C. Grosshandel.			
45	Holzstofffabriken	7	1	1	Baumaterialienhandlungen	8	4
46	Holzlistenfabriken	2	2	2	Bergwerks- und Hüttenprodukte	2	2
47	Hutfabriken	4	3	3	Bierhandlungen	2	2
48	Jute- und Flachsspinnereien	2	1	4	Cement- und Steinhandlungen	2	1
49	Kalkbrennereien	6	—	5	Dünge- und Futtermittel	4	1
50	Kammgarnspinnereien	1	—	6	Drogen, Farben und Chemikalien	14	12
51	Kartoffelstärkefabriken	3	—	7	Fasshandel	1	1
52	Käse- und Butterfabriken	1	—	8	Fellhandlungen	1	—
53	Kreidefabriken	1	—	9	Flachs- und Heedebehandlungen	1	1
54	Kunstdünger- und Superphosphatfabriken	1	—	10	Garn-, Band- und Kurzwaarenhandlungen	3	3
55	Kupferwaarenfabriken	1	—	11	Getreidehandlungen	27	10
56	Lampenfabriken	1	1	12	Holzhandlungen	16	7
57	Lederfabriken	2	1	13	Hopfenhandlungen	2	2
58	Leinenfabriken	2	—	14	Indigo-Handlungen	1	1
59	Likörfabriken	1	1	15	Lederhandlungen und Handel mit Schuh- macherbedarfsartikeln	10	6
60	Maccaroni- und Nudelfabriken	1	—	16	Maschinen-, Eisen- u. Metallhandlungen	2	2

Laufende No.	Gewerbe	Zahl der Betriebe	Darvon in Braunschweig	Laufende No.	Gewerbe	Zahl der Betriebe	Darvon in Braunschweig
17	Material- und Colonialwaaren	5	5	25	Material- und Colonialwaaren	90	39
18	Mineralwasserhandlungen	1	1	26	Militäreffekten-Handlungen	1	1
19	Musikalien-Verlagshandlungen	1	1	27	Möbelhandlungen	13	11
20	Oel- und Fetthandel	2	2	28	Musikalienhandel	1	1
21	Papierhandlungen und Schreibwaarenhandlungen	6	6	29	Nähmaschinenhandlungen	1	1
22	Pferdehandel	7	4	30	Optische und mechanische Instrumente (Handel)	2	2
23	Produktenhandel	13	6	31	Pelzwaarenhandlungen	2	2
24	Putzartikel	2	2	32	Petroleumhandlungen	1	1
25	Sammt- und Seidehandlungen	3	3	33	Pianofortehandlungen	2	2
26	Samenhandlungen	2	2	34	Polstermaterialien	1	1
27	Spargelexport	2	1	35	Porzellan-, Steingut- und Glaswaarenhandlungen	6	6
28	Weinhandlungen	8	5	36	Sattlerwaarenhandlungen	1	1
29	Wagen- und Pferdedecken-Handlungen	1	1	37	Schuhwaarenhandlungen	4	3
30	Wollhandlungen	2	1	38	Spielwaarenhandlungen	1	1
31	Verlagsbuchhandel	—	—	39	Tapetenhandlungen	5	5
32	Viehhandel	16	6	40	Teppiche und Möbelstoffe	5	5
33	Zuckerexportgeschäfte	3	3	41	Uhrenhandlungen	1	1
D. Kleinhandel.				42	Weisswaaren, Putzartikel	25	19
1	Blumen- und Pflanzenhandlungen	1	1	43	Wildprethandlungen	1	1
2	Buchhandel	14	11	44	Wollwaarenhandlungen	3	3
3	Butter- und Käsehandlungen	1	1	45	Wurst- und Fleischwaarenhandlungen	1	1
4	Consumvereine	7	2	E. Agentur- u. Kommissionsgeschäfte.			
5	Chokoladenhandlungen	1	1	1	Agentur- und Kommissionsgeschäfte	64	61
6	Corsetgeschäft	1	1	F. Versicherungen.			
7	Cigarren- und Tabakhandlungen	8	8	1	Versicherungen	45	45
8	Chirurgische Instrumente und Bandagen (Handel)	2	2	G. Lotterie-Haupt-Kollekten.			
9	Damenkonfektionsgeschäfte	1	1	1	Lotterie-Haupt-Kollekten	47	43
10	Delikatessenhandlungen	5	5	H. Allgemeines.			
11	Eisen- und Kurzwaarenhandlungen	30	18	1	Annoncen-Expeditionen	1	1
12	Fischhandlungen	1	1	2	Apotheken	28	9
13	Garn-, Band- und Kurzwaarenhandlungen (Posamenten)	6	3	3	Ausführung von Bauten	1	—
14	Gold- und Silberwaarenhandlungen	3	3	4	Ausführung von Bohrungen	1	—
15	Galanteriewaaren	5	3	5	Bankgeschäfte	30	19
16	Gummiwaarenhandlungen	2	2	6	Chemische Laboratorien	1	1
17	Haus- und Küchengeräthe	4	4	7	Credit- und Sparvereine	5	1
18	Jagdutensilien-Handlungen	1	1	8	Civil-Ingenieure	2	1
19	Kaffee- und Theehandlungen	2	2	9	Eisenbahnen	2	1
20	Kohlen und Brennmaterialien	14	9	10	Geld- und Wechselmakler	1	1
21	Kunsthandel	10	6	11	Homöopathische Apotheken	1	1
22	Landwirthschaftliche Maschinen	1	1	12	Hypothekenbanken	1	1
23	Leinen-, Bettfedern-, Baumwollwaaren- und Betten-Handlungen	17	11	13	Lithographische Institute	1	1
24	Manufakturwaaren	104	62	14	Spediture	4	4
				15	Strassenbahnen	1	1

Unlauterer Wettbewerb.

Von den in der Konferenz vom 28. Juni d. J. vertreten gewesenen Handelskammern ist unterm 16. August d. J. das nachfolgende Schreiben nebst einer Sammlung typischer Fälle bez. des unlauteren Wettbewerbes an sämtliche in Deutschland bestehende kaufmännische Vereine und Korporationen, die ein Interesse an der Frage nehmen, versandt worden.

„Für die bevorstehenden Berathungen betr. die Bekämpfung des unlauteren Geschäftsbetriebes ist es von Werth, eine Anzahl typischer Fälle aus der Praxis zusammenzustellen, welche einerseits die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung erweisen, andererseits gleichzeitig als Unterlage für die Berathungen selbst dienen können. Zu diesem Zwecke bitten wir Sie, sofern Ihnen typische Fälle unlauterer Geschäftspraxis, die gleichwohl nach der heutigen Gesetzgebung nicht als Betrug zur Rechenschaft zu ziehen sind, bekannt geworden sind, dieselben in die beiliegenden Listen eintragen zu wollen.“

Wir beabsichtigen, das Ergebniss unserer Umfrage dem Reichsamt des Innern, sowie dem Deutschen Handelstage für dessen bevorstehende Verhandlungen einzureichen und bitten, zu diesem Behufe Ihre bezüglichen Mittheilungen bis zum 1. September d. J. an die mitunterzeichnete Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig gelangen zu lassen. Einige uns im Voraus mitgetheilte Fälle haben wir als Beispiele bereits in den mitfolgenden Listen abgedruckt.

Handelskammer zu Goslar.
Handelskammer zu Göttingen.
Handelskammer zu Halberstadt.
Handelskammer zu Halle a. S.
Handelskammer zu Hannover.
Handelskammer zu Hildesheim.
Handelskammer zu Kassel.
Handelskammer zu Minden.
Handelskammer zu Nordhausen.
Handelskammer zu Osnabrück.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.“

Auf eine Anfrage der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig bei der Handelskammer Hirschberg bezüglich einer in hiesigen Tageszeitungen erfolgten Annonce einer Firma E. Feist in Schmiedeberg, welche unter der Ueberschrift „Zur Unterstützung armer Weber“ Leinen offerirte, ist die nachfolgende Antwort erfolgt:

„Der in Rede stehende Emil Feist, Schles. Leinenhaus in Schmiedeberg (Riesengeb.), gebürtig aus Landeshut i. Schles. und zirka 30 Jahre alt, ist erst am 1. Juni c. nach Schmiedeberg verzogen, nachdem er früher bei F. V. Grünfeld in Landeshut konditionirt und sich dann nacheinander in einem Speditionsgeschäft, einem Leinenversandgeschäft in Landeshut und einem eben solchen in München — stets aber ohne Erfolg — versucht hat.

Feist betreibt sein Geschäft nur mit Hilfe seiner Frau in einer kleinen Hinterhaus-Wohnung, beschäftigt aber selbst keinen einzigen Weber, sondern bezieht die für sein Versandgeschäft benötigten Waaren lediglich von andern, namentlich kleinen Landeshuter Fabrikanten, resp. wo er solche am billigsten kaufen kann.

Es kann somit seinerseits von einer Unterstützung armer Weber nicht die Rede sein, vielmehr ist es zweifellos, dass die in der Annonce gebrauchten Worte „zur Unterstützung armer Weber“ nur als unlautere Reklame zu betrachten sind.“

Die Royal Commission on Labour.

Die englische Arbeitskommission hat mit der Erstattung ihres Schlussberichts ihre Mission beendet. Blickt man auf die dreijährige Thätigkeit der Enquête zurück, so kommt man zu dem Resultate, dass sie in einer Beziehung die Erwartungen übertroffen, in einer anderen sie getäuscht hat. Die Kommission wurde mit königlichem Dekret vom 21. April 1891 eingesetzt, kurze Zeit vor der Auflösung des Parlaments unter dem konservativen Ministerium Salisbury's, und wie die politische Sachlage damals beschaffen war, ging die allgemeine Meinung dahin, dass die Einsetzung der Enquête lediglich politische Bedeutung hätte, das Wahlmanöver einer um die Stimmen der arbeitenden Klassen bemühten Regierung. Thatsächlich verrieth auch die Zusammensetzung der Kommission, deren Vorsitz dem Herzog von Devonshire anvertraut war, ein anerkennenswerthes Entgegenkommen, indem neben hervorragenden Staatsmännern der beiden grossen politischen Parteien, wie Balfour, Fowler, Hicks-Beach, Mundella, Gorst, Courtney, zwei prominenten Arbeiterführern wie Burt, Tom Mann, Plimsoll, Mawdsley und Abraham Sitz und Stimme in der Enquête gegeben wurde. Der wahlpolitische Anstrich der Enquête liess kaum ein nennenswerthes Ergebniss ihrer Arbeiten erwarten, und man konnte von der für die Wahlkampagne instituirten Kommission kaum eine umfassende sozialpolitische Untersuchung erhoffen, wie sie sie in bisher unerreichter Weise thatsächlich lieferte. In den eingehenden Protokollen der mündlichen Enquête, in einer Anzahl ausgezeichnete Publikationen von Monographien, Spezial-Enquêtes und Reports über ausländische Arbeitsverhältnisse hat die Kommission ein äusserst werthvolles und reichhaltiges Material gesammelt. Der namhafte Aufwand an Mühe und Kosten, das unerwartet weite Ausgreifen der Enquête,*) deren Untersuchung recht häufig höchst

unbefriedigende Zustände ergaben, liess begreiflicher Weise ein gewisses positives Resultat erwarten, mindestens eine Reihe von Gesetzentwürfen in sozialpolitischer Richtung, wenn nicht Vorschläge zu umfassenden und einschneidenden Reformen. Nichts von alledem. Der Majoritätsbericht ist vorwiegend negativ; man könnte fast sagen, er steht auf dem Standpunkte legislativer Impotenz. Die wenig positiven Vorschläge verstehen sich gewissermassen a priori, und sie rechtfertigen schwerlich den kolossalen Aufwand der Enquête-Maschinerie. Parturient montes Dagegen enthält der Minoritätsbericht eine Reihe positiver Vorschläge, die Programmpunkte der Independent Labour Party; die Forderungen der Arbeiter bieten weder etwas Neues, noch dürften sie als Minoritätsbericht der Labour-Kommission mehr Aussicht auf Berücksichtigung durch die Gesetzgebung finden als bisher. So bleibt als Summe nicht mehr als die allerdings höchst werthvolle kleine Bibliothek an Blaubüchern und die Aussicht auf die Einleitung weiterer Untersuchungen.

Bei dem durchaus unparteiischen Vorgehen der Kommission, das auch von der Minorität rückhaltlos anerkannt wird, ist es freilich klar, dass die Untersuchungen sowohl viel pro als contra sozialpolitische Reform zu Tage förderten, so dass füglich jede sozialpolitische Richtung sich auf Ergebnisse der Enquête, auf Aussagen der Experten und das Resultat schriftlicher Umfrage oder Spezialuntersuchungen stützen kann; wenn selbst eine Statistik der gelieferten Materialien und geäusserten Ansichten möglich wäre, so könnte man aus dem Ziffernresultat keinen Schluss ziehen, da doch die Aufnahme beliebig durch Vermehrung der Experten aus der einen oder anderen Partei hätte ergänzt und beeinflusst werden können. Mit Rücksicht darauf ist es auch für den Referenten schwer, ganz abgesehen vom Umfange des Materials, ein einheitliches Gesamtbild der Enquête-Ergebnisse zu liefern; ich muss mich darauf beschränken, einen Extrakt der Quintessenz darzustellen, wie sie der Kommissionsbericht in seiner „general Review of the Evidence“ giebt, und auf die Differenzen zu verweisen, die sich, beiderseits gestützt auf die Enquête, zwischen den Anschauungen und Vorschlägen der Majorität und Minorität der Labour Commission ergeben.

Die allgemeinen Resultate der Untersuchung werden folgendermassen dargestellt: die Löhne sind in den letzten Dezennien sowohl in ihrer absoluten Höhe als nach der relativen Kaufkraft (mit Ausnahme der Wohnungsmiethen in grösseren Städten) erheblich gestiegen; die Zahl der niedrig gelohnten Arbeiter dürfte trotz der Vermehrung der Bevölkerung nicht grösser als vor 50 Jahren sein. Dabei ist die Arbeitszeit in der Mehrzahl der eine Ausbildung erfordernden Berufe unstreitig eine kürzere geworden, was vorzugsweise der technischen Verbesserung in der Produktion zuzuschreiben ist; hier ergab sich auch, dass in der Baumwollindustrie die Reduktion der Arbeitszeit keineswegs eine Verringerung der Produktion zur Folge habe. Auch die Arbeitszeit unausgebildeter Arbeiter scheint sich verringert zu haben, wogegen jene der landwirthschaftlichen Arbeiter, die durch die unveränderliche Art der Arbeit bedingt ist, stationär geblieben ist. Ueberzeuerten, die nicht selten vorkommen, finden sowohl unter den Arbeitern als Unternehmern Gegner und An-

*) Das von der Kommission geleistete Arbeitsquantum verdient die Mittheilung einiger Daten zur Illustration ihrer äusseren Thätigkeit. In 182 Sitzungen wurden 583 Experten vernommen, wovon 350 Vertreter der Arbeiter, 163 Arbeitgeber und 70 andere (meist Sozialpolitiker). Die Protokolle wurden sowohl verbatim, als zu „Digests“ systematisch verarbeitet, veröffentlicht und überdies Auszüge (Précis, Abstracts und Analysis) samt Indices und Erläuterung der technischen Ausdrücke (Glossary) angefertigt; die „Digests“ umfassen 1553 Quartseiten. Weiter wurden 9 Memoranden über spezielle Untersuchungsthemen für die Kommission verfasst. In der neben der mündlich geführten schriftlichen Enquête wurden ca. 3150 Fragebogen an Verbände und Korporationen versendet; die 1200 eingelangten Antworten wurden in 3 Separatbänden publizirt. Ferner wurden

Fragebogen an 2200 Gemeindebehörden versendet und die 900 Antworten in zusammenfassender Weise veröffentlicht und ein Spezialbericht betreffend die Statuten der Arbeiter- und Unternehmerverbände auf Grund von 550 eingesandten Reglements verfasst. Ferner wurde das gesammte vorhandene Material der mündlichen und schriftlichen Enquête in detaillirter Weise, systematisch zu „Summaries“ verarbeitet und publizirt. Als Ergebniss der Arbeiten von eingesetzten Spezialkomitès liegen eine Reihe von ebenfalls bestens aufgearbeiteten und dargestellten Materialien, betreffend die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter (4 Bände mit 13 Theilen) und die Frauenarbeit in Grossbritannien vor. Der Kommissionssekretär Geoffrey Drage erstattete ferner 11 Foreign Reports über ausländische Arbeitsverhältnisse. Die gesammelten Veröffentlichungen umfassen ungefähr 15000 Foliosseiten.

hänger. Das Lehrlingswesen hat wesentliche Veränderungen erfahren und scheint sich in seiner früheren Regelmässigkeit nur im Kleinbetrieb zu erhalten, soweit sich die Grossindustrie desselben noch nicht bemächtigt hat; die Arbeiter treten vielfach für eine Rückkehr zur Festsetzung von Lehrjahren, wie sie in der Elisabethinischen Zeit galt, ein. Bezüglich der hygienischen Verhältnisse wurden viele Klagen über die Gefährlichkeit oder Schädlichkeit vieler Berufe laut und wurde auf die Unzulänglichkeit der Fabriksinspektion hingewiesen, die namentlich der Schwitzarbeit gegenüber vollständig ohnmächtig ist. Die Haftpflicht der Unternehmer ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ungenügend präzisiert. Die allgemeine Lage der arbeitenden Klassen scheint sich erheblich gebessert zu haben, auf Grund der Organisation und Selbsthilfe; auch die unterste städtische Bevölkerung, das „Residuum“ der Tagelöhnerklasse, scheint der Zahl nach in Abnahme begriffen zu sein.

Die Organisation der Unternehmer und Arbeiter zielt in ihrer fortschreitenden Ausbildung anscheinend auf Herstellung einer Art industriellen Friedens hin, auf besserer Grundlage, als es früher der Fall war. Doch ergaben sich hier einschneidende Unterschiede zwischen den ausgebildeten und unausgebildeten Arbeitern, welche letztere, vielleicht in Anbetracht der Schwierigkeiten ihrer Organisation, weit mehr an die Staatshilfe appellieren. Bezüglich der unter dem Druck der Arbeiterverbände sich bildenden Unternehmerassoziationen wird auf die naheliegende Gefahr der Bildung von monopolähnlichen Preiskartellen verwiesen. Was die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern anlangt, wird einerseits auf den wohlthätigen Einfluss der Organisation hingewiesen, der andererseits freilich den Lohnkampf, wo er sich im Streik äussert, weit grössere Dimensionen annehmen lässt; doch kommen dort, wo die Organisation der Gewerkschaften schwach ist, viel mehr und heftigere Konflikte vor. Doch führt wiederum der Kampf um Anerkennung der Arbeiterverbände durch die Unternehmer, die Stellungnahme gegen Nichtunionisten oft zu Differenzen. In letzter Hinsicht haben sich die Unternehmer vielfach über die zu differierende Interpretation Anlass gebende Fassung der Conspiracy and Property Protection Act, die die „Einschüchterung“ von Personen unter Strafe stellt, beschwert. Das beiderseitige Einvernehmen wird durch verschiedene Arten von Gewinnbetheiligung, deren Anwendung langsam fortschreitet, vielfach gefestigt. Regelmässige und ständige Einigungsämter gehören noch immer zu den Seltenheiten; in den kräftig organisierten Industrien wird meist die Verhandlung von Fall zu Fall vorgezogen. Schiedsgerichte finden wenig Anhänger in der Arbeiterschaft; die Unternehmer scheinen meist eher geneigt, sich einem Unparteiischen zu unterwerfen.

Bezüglich der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sind die Arbeiter zwar nicht einig, doch gewinnt die für Staatsintervention eintretende Partei immer mehr die Oberhand. Viele Experten, selbst die sich für den gesetzlichen Achtstundentag aussprachen, hielten ihn nur im Wege der Option (oder Exemption) für durchführbar.

Die weiteren Ausführungen der Review gelten den Ursachen der Arbeitslosigkeit, ohne in Diagnose oder Therapie etwas Neues zu bringen; weiter wird die Funktion des Labour Department besprochen und ein Auszug aus dem hier bereits des Ausführlicheren behandelten Spezialberichtes über die Frauenarbeit mitgeteilt.

Auf diese Hauptergebnisse der Enquête stützen sich die „Recommendations“. Die einzelnen Kapitel derselben gipfeln in folgenden Schlussfolgerungen: Im Allgemeinen erscheint die Errichtung von Tribunalen zur bindenden Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten nicht empfehlenswerth; doch verdient die Idee gewerbe-rechtlicher Judikatur durch Grafschafts- und Gemeinde-

behörden nach dem Muster der Prud'hommes Förderung. Desgleichen sollen keine offiziellen Einigungsämter errichtet werden, vielmehr soll die Entwicklung dieser Institutionen als freiwillige ohne gesetzlich statuierte Machtvollkommenheiten gefördert werden. Das fakultative Eingreifen des Handelsamtes in Arbeitsstreitigkeiten, wie es die Bill Mundella's vorschlägt, dürfte in erster Linie diesen Zweck erfüllen. Das Labour Department genügt für die sozialpolitischen Zwecke der Gesetzgebung; es soll eine vollständige Arbeitsstatistik (Zahl der Arbeiter, Löhne, Arbeitslosigkeit u. s. w.) erhoben werden; die Errichtung eines speziellen Arbeitsamtes oder höheren Arbeitsrathes erscheint überflüssig. Die gesetzliche Fixirung der Lohnhöhe oder der Arbeitszeit kann ernstlich nicht in Erwägung gezogen werden, auch für die Bergarbeiter liegt kein Anlass hierzu vor, da die Organisationen in der Lage seien, die Arbeitsbedingungen zur Genüge selbst zu regeln; in gesundheitsschädlichen Betrieben solle die Arbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter nöthigenfalls gesetzlich eingeschränkt werden und zwar im Verordnungswege auf Grund der Factory Act 1891, doch nicht für erwachsene männliche Arbeiter, deren Arbeitszeit nur durch das Parlament eingeschränkt werden könnte. In der Lehrlingsfrage soll keinerlei gesetzliche Regelung stattfinden. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften den Nichtunionisten bereiten, soll die bezügliche Bestimmung der Conspiracy Act 1875 genauer präzisiert werden; ein besonderes Gesetz im Sinne der Forderungen der Unternehmer erscheine jedoch überflüssig. Der Schutz der Gesundheit der Arbeiter erfordert die Einbeziehung der Schwitzarbeit unter die Fabriksinspektion, und es empfiehlt sich nach dem Vorschlage Booth's, die Freigebung des Betriebes stets von einem dem Werkstätteninhaber auszustellenden Atteste Seitens des Inspektors abhängig zu machen, worin die Zahl der Arbeiter in jedem Raum bestimmt wird. Für die Einhaltung haftet der Arbeitgeber, subsidiär der Hauseigenthümer; weiter soll eine Liste der ausser dem Hause beschäftigten Arbeiter zu führen sein und wäre darauf zu achten, dass auch solche verlegte Arbeit nur in Werkstätten geschehen, für welche die erwähnten Zertifikate ausgestellt wurden. Der gerechtfertigte Wunsch nach gesteigerter Fabriksinspektion soll erfüllt werden, indem die Inspektion in den Wirkungskreis der Lokalbehörden zu stellen wäre, während das Central-department die oberste Aufsicht und Leitung behielte.

Nach einigen Vorschlägen geringfügigen Belanges bezüglich der Seeleute (Lohnzahlung, Vertretung in den Local Marine Boards etc.) und der Verbesserung der ländlichen Arbeiterwohnungen gelangt der Bericht zu den Schlussbetrachtungen, aus welchen ich einige Sätze wörtlich wiedergebe, weil sie mir den Geist, von welchem die Arbeit durchdrungen ist, besser als jede Kritik widerzuspiegeln scheinen: „Wir wollen zum Schluss bemerken, dass unseres Erachtens vielen Uebeln, auf die unsere Aufmerksamkeit gelenkt wurde, als solchen nicht durch die Gesetzgebung abgeholfen werden kann, doch dürfen wir mit Vertrauen auf ihre allmähliche Behebung durch die natürlichen gegenwärtig wirksamen Kräfte hoffen, die dahin zielen, an Stelle des industriellen Zwiespalts einen Zustand industriellen Friedens herbeizuführen. . . . Indem das Verständniss für ein praktisches Zusammenarbeiten ein besseres werden wird und die Uebereinkommen zur Anpassung desselben an die Schwankungen des Handels in einem Industriezweige nach dem anderen vollkommener ausgestaltet werden, wird ein natürliches Ende den Konflikten gesetzt werden, die sich zum grössten Theil aus der Ungewissheit der Rechte, gegenseitigem Missverstehen und der Verfolgung von Einzelinteressen ergeben haben, indem weder Unternehmer noch Arbeiter ihr gemeinsames Interesse genügend berücksichtigten. Dieser Zweck würde, wie wir glauben, nicht durch das erreicht werden, was als sozialistisches oder kollektivistisches System

gemeinlich bekannt ist. Die sozialistische Idee geht dahin, dass schrittweise eine Verstaatlichung aller grösseren Produktionsmittel oder Vergemeindlichung stattfinden solle. Abgesehen von den Hindernissen der Durchführung, bei welchen wir nicht verweilen wollen, und von dem tödtlichen Effekt auf industriellen Unternehmungsgeist durch den Wegfall des Ansporns privaten Gewinnes, ist es nicht klar, wie das Ideal sozialen Friedens realisiert werden sollte. Der Arbeiter würde immer noch um das zu kämpfen haben, was er für den gerechten Arbeitslohn hält, wenn der Kampf auch gegen einen anderen Gegner und auf andere Weise geführt werden würde. Weit entfernt vom Wege zum sozialen Frieden, würde dies wahrscheinlich nur zu neuen Konflikten führen, die sich um den Besitz der Verwaltungsmacht drehen und zwischen Arbeitern und anderen Gesellschaftsgliedern oder zwischen verschiedenen Arbeiterklassen entstehen würden.“

Es ist der ideale Geist der Evolutionstheorie Herbert Spencer's, der aus dem Berichte der Labour Commission spricht, deren praktische Konsequenzen aber in sozialpolitische Physiokratie münden. Den sozial-konservativen Ansichten des Majoritätsberichtes gegenüber stehen die Vorschläge der Minorität auf dem Standpunkte des radikalen neuen Trade-Unionismus.

Die Minorität erklärt, den Kommissionsbericht nicht akzeptieren zu können, da er, wenn er sich auch auf eine unparteiische Darstellung der Enquête-Ergebnisse stützt, doch in seinen Schlussfolgerungen die Lage der Arbeiter von einem zu optimistischen Standpunkte aus betrachtet. Noch immer fallen in England alljährlich ca. 2 Millionen der Armenpflege zur Last, und in London, der reichsten Stadt der Welt, fallen nach Booth 32 Prozent unter die „Armutsgrenze“. Die ausgedehnte Arbeitslosigkeit, das unversorgte Alter, die elenden Wohnungsverhältnisse u. s. w. illustrieren die Situation der Arbeiter. Nachdem die Gesetzgebung unleugbar bereits Manches hierin gebessert habe, müsse man auch weiterhin an ihre Unterstützung appellieren und dürfe von ihr eine Besserung der Zustände erhoffen, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht. Die Forderungen, die der Minoritätsbericht aufstellt und in eindringlichster Weise begründet, sind kurz die folgenden:

Behufs Abschaffung des Schwitzsystems ist jeder Arbeitgeber unter die Gesetze zu stellen, die für den Fabrikanten gelten. Die Reduktion der Arbeitszeit ist gesetzlich durchzuführen, und zwar in Anpassung an die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige: Achtstundentag für die Bergarbeiter, 48 Stunden-Woche für die Textilarbeiter, für Handelsangestellte die Option nach dem Entwurfe von Lubbock; kurz, der gesetzliche Achtstundentag soll im Verordnungswege den jeweiligen Verhältnissen angepasst werden. Nothwendiger Weise muss dann das Factory Department erweitert bzw. reorganisiert werden, auch die Errichtung eines eigenen Arbeits-Ministeriums wird empfohlen. Ferner wird erhöhter Schutz der Frauenarbeit und in einigen Punkten spezielle Fürsorge für die Seeleute und landwirthschaftlichen Arbeiter verlangt; strenge Regelung der Unternehmerhaftpflicht und Fürsorge für die Arbeitslosen sowohl durch praktische Berücksichtigung des Arbeitsmarktes Seitens der Behörden bei öffentlichen Arbeiten (Abgabe derselben im Zeitpunkte der Depression) und Einleitung grösserer Bauunternehmungen und Regulierungen, als auch namentlich durch Ausdehnung des Kreises kommunaler und staatlicher Unternehmungen, die eine ständige Beschäftigung der Arbeiter als in Privatunternehmen verbürgen; Vorbeugen der Degeneration durch längeren Schul- und gewerblichen Unterricht; endlich zur Abhilfe für die gegenwärtigen Verhältnisse versuchsweise Einrichtung von Arbeitskolonien für die „Tramps“ und Reform der Armenpflege. Noch immer ist der Staat weit entfernt davon, das Muster eines Arbeitgebers zu geben; die staatlichen und kommunalen Werkstätten haben mit der Einführung eines angemessenen Minimal-

lohnes und des Achtstundentages voranzugehen. Bezüglich der Einigungsämter schliesst sich der Bericht in seinem positiven Theil dem Majoritätsberichte an: Förderung der freiwilligen Institutionen unter Aufsicht des Handelsamtes, doch ohne gesetzlich fixirten Wirkungskreis. Der Bericht wendet sich weiter gegen den Separatvorschlag eines Theiles der Kommission, die Unternehmer- und Arbeiterverbände zu derart gesetzlich anerkannten Gesellschaften umzugestalten, dass im Falle von Differenzen Streiks und Lockout einfach ausgeschlossen wird und statt dieser Selbsthilfe gegen die Verweigerung im Einigungswege zugestandener Ansprüche dem Theile, dessen Forderungen abschlägig beschieden wurden, eine Zivilklage gegen den anderen Theil auf „Schadenersatz“ zustünde, wofür der geklagte Verband als solidarische Gesellschaft haftet und exequirt werden könnte. Die Fürsorge für Wohnungen, die den hygienischen Anforderungen entsprechen, und die anständige Altersversorgung der Arbeiter bilden die letzten Punkte im Reformprogramm der Kommissions-Minorität.

* * *

War die Divergenz in den Ansichten, den Auffassungen und Schlussfolgerungen bei der Zusammensetzung der Kommission mit ziemlicher Sicherheit zu gewärtigen, so konnte man auch kaum erwarten, dass die Kommission die ihr eigentlich gestellte Aufgabe in positiver Weise lösen würde. Die der Kommission zur Lösung überwiesenen Fragen lauteten: „1. Welche sind die vornehmlichen Ursachen der modernen Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern; aus welchen Industrie-Verhältnissen entstehen sie, und welche Wirkung haben sie auf die beiderseitige Organisation?“ „2. Durch welche Mittel oder Einrichtungen kann ihr Entstehen verhütet werden und, wenn sie entstehen, wie können sie am friedlichsten beigelegt werden, ohne den gegenwärtigen Kampf in Gestalt von Streiks und Lockouts?“ „3. Können die Ursachen der Streitigkeiten ganz oder theilweise durch eine durchführbare Gesetzgebung entfernt werden, ohne dass die allgemeinen Interessen des Landes geschädigt werden?“

Die erste Frage hat die Kommission durch eine erschöpfende Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse beantwortet. Die zweite und dritte Frage verlangen in nuce eine Lösung der sozialen Frage: Auf welche Weise kann der Klassenkampf aus der Welt geschafft werden? Die Enquête ist in grösstem Massstabe, in mustergiltiger Weise durchgeführt worden; dass sie den Stein der Weisen doch nicht gefunden hat, wird man ihr schwerlich zum Vorwurf machen können. Wir wollen gern zugestehen, dass die Kommission besser gethan hätte, wenn auch nur, um in den Augen der englischen Bevölkerung, die sich Enquêtes gegenüber bereits sehr skeptisch verhält, ihre Existenzberechtigung zu erweisen, ihre Ansichten, statt sie allgemein auszusprechen in mehreren Punkten, namentlich was praktischen Arbeiterschutz anlangt, in determinirte Gesetzentwürfe zu kleiden.

In den der Kommission gestellten Hauptfragen aber konnte sie unmöglich zu einem mathematischen Resultat gelangen. Darüber täuscht man sich heute wohl nirgends, die soziale Frage wird nicht in Enquêtes gelöst werden. Stehe man auf dem Standpunkte der Evolution oder Revolution, die Grundzüge weder dieser noch jener werden von einer Kommission bestimmt werden können. Damit ist keineswegs der Stab über das Gouvernement enquétaire überhaupt oder speziell die Royal Commission on Labour gebrochen. Die Gesetzgebung muss zweifellos in immer nähere Fühlung zum wirtschaftlichen Leben treten und kann der orientirenden Enquête immer weniger enttrathen; so wird auch die Arbeit der Labour Commission nicht lediglich „schätzbares Material“ geliefert haben, sie wird auch in der Gesetzgebung praktisch zur Geltung kommen. Darauf deutet schon die neue Factory Act vom Minister Asquith hin. Freilich

werden in dieser Richtung Faktoren politischer Natur stets von grösserem Einfluss sein, als die Ergebnisse einer Enquête, wenn sie sich auch lediglich auf die Erhebung von Thatfachen beschränken würde, statt von Ansichten und Meinungen wie die Royal Commission on Labour.

Emil Loew
(im Soz.-Pol. Centralbl.)

Nachweise über den auswärtigen Handel.

Das vom Kaiserlichen Statistischen Amte veröffentlichte Juliheft der Statistischen Nachweise über den Auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets zeigt pro Juli 1894 in der Einfuhr eine Menge von 29 124 427 (100) kg gegen 28 114 385 (100) kg im Juli des Vorjahrs, sohin ein Mehr von 10 004 2 (100) kg, oder nach Abzug des Edelmetalleinfuhrverkehrs mit 922 (100) kg eine Waareneinfuhr von 29 123 505 (100) kg.

In den ersten 7 Monaten des Jahres 1894 berechnet sich die Gesamteinfuhr der Menge nach auf 177 377 731 (100) kg gegen 161 787 642 (100) kg desgleichen Zeitraumes im Vorjahr, sohin um 15 590 089 (100) kg mehr als im gleichen Vorjahrsabschnitt. Nach Abzug der Gesamteinfuhr an Edelmetallen mit 4897 (100) kg ergibt sich für Januar mit Juli 1894 eine reine Waareneinfuhr von 177 372 834 (100) kg.

Die Ausfuhr pro Juli 1894 ergab der Menge nach 19 099 328 (100) kg gegen 16 798 777 (100) kg des Vorjahrsmonats oder um 2 300 611 (100) kg mehr. Nach Abzug des Edelmetallverkehrs mit 419 (100) kg verbleiben für die Waarenausfuhr noch 19 098 909 (100) kg.

Die Gesamtausfuhr der 7 verflossenen Monate des Jahres 1894 berechnet sich auf 123 553 370 (100) kg gegen 116 630 768 (100) kg des gleichen Vorjahrszeitraumes, und nach Abzug des Edelmetallverkehrs mit 2 659 (100) kg verbleiben für die Waarenausfuhr 123 550 711 (100) kg.

Die Einfuhrmehrerung beruht hauptsächlich auf der Mehreinfuhr von Erden und Erzen (No. 7 des Zolltarifs) mit einem Mehr von 1 433 093 (100) kg im Juli 1894 und von 4 793 598 (100) kg in den 7 Monaten des Jahres 1894 und von Getreide und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (No. 9 des Zolltarifs) mit einem Mehr von 1 956 070 (100) kg beziehungsweise 9 523 200 (100) kg. Auch Petroleum und Steine, Rohbaumwolle, Rohschafwolle, Rohtabak, Bier, Vieh, Superphosphat etc. wurden mehr eingeführt. Dagegen ist die Weineinfuhr gegen das Vorjahr zurückgeblieben, ebenso hat die Einfuhr von Holz um 2 271 455 (100) kg nachgelassen.

In der Ausfuhr hat sich namentlich der Export von Eisen und Eisenwaaren von 6 925 230 auf 8 248 190 (100) kg und von Maschinen, Instrumenten und Fahrzeugen (No. 15 des Zolltarifs) von 647 392 auf 772 929 (100) kg gehoben. Ebenso ist die Ausfuhr von Steinkohlen gestiegen.

Dagegen ist bei der Ausfuhr von Wollenwaaren, von Baumwollenwaaren, von Seidenwaaren und von Leinenwaaren, also der gesamten Textilindustrie, ein Rückgang des Exports bemerklich, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Ausfuhr von Wollwaaren (No. 41 des Zolltarifs):	
1893 (7 Monate)	430 493 (100) kg
1894 " "	397 673 " "
Ausfuhr von Baumwollenwaaren (No. 2 des Zolltarifs):	
1893 (7 Monate)	449 559 (100) kg
1894 " "	439 864 " "
Ausfuhr von Seidenwaaren (No. 30 des Zolltarifs):	
1893 (7 Monate)	42 310 (100) kg
1894 " "	29 881 " "
Ausfuhr von Leinenwaaren (No. 22 des Zolltarifs):	
1893 (7 Monate)	105 033 (100) kg
1894 " "	82 498 " "

Die Ausfuhr von Rohspiritus in Fässern ist wiederholt von 60 233 (100) kg auf 51 567 (100) kg zurück-

gegangen, dagegen hat sich die Ausfuhr von Mehl aus Getreide von 752 817 (100) kg auf 903 346 (100) kg davon im Juli allein von 111 631 (100) kg des Vorjahrs auf 149 010 (100) kg, und zwar 29 528 (100) kg gegen Einfuhrschein, gehoben.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 22. August 1894 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Galizien:

1. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Saybusch, Biala, Chranow, Wadowice, Krakau, Wirlicka, Myslenice, Bochnia, Limanowa, Neumarkt, Neusander, Brzesko, Dabrowa, Tarnow und Grybów, ferner die Stadt Krakau.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont und Pressburg.

Sozialpolitisches.

Arbeitsnachweis in Köln. Nachdem mannigfache Verhandlungen zur Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Köln gescheitert waren, fanden in den vergangenen Wochen in dieser Angelegenheit Besprechungen statt zwischen dem sozialpolitischen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung und Vertretern des Gewerbevereins, des Vereins selbstständiger Handwerker, des Innungsausschusses, des katholischen Gesellenvereins, der katholischen Arbeitervereine, des evangelischen Arbeitervereins und des Gewerkschaftskartells. An den Verhandlungen, die vom Oberbürgermeister Becker geleitet wurden, nahmen auch Vertreter der Regierung Theil. Allseitig wurde das Bedürfniss der Errichtung eines Arbeitsnachweises anerkannt und die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit ausgesprochen. Gegen Ende Juli gingen die Berathungen zu Ende, es wurde allseitiges Einverständniss erzielt. Gemäss den „Satzungen für den Vereinsverband zur Errichtung und Leitung einer allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt in Köln“ bilden die genannten Vereine einen Verband, der durch einheitliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeberern einerseits und Arbeitnehmern andererseits Arbeit vermittelt. Der Verband errichtet eine Arbeitsnachweisanstalt für Arbeitsuchende beiderlei Geschlechts und aus allen Ständen und Berufsarten. Die Benutzung steht allen Arbeitern Kölns frei, gleichviel, ob sie den Vereinen, die den Verband bilden, als Mitglied angehören oder nicht. Die Vermittelung der Arbeit erfolgt unentgeltlich und zwar in erster Linie für die Personen, die in Köln ortsangehörig oder beschäftigungslos geworden sind und in Köln Arbeit suchen. Eine Verpflichtung zur Nachweisung von Arbeit hat die Anstalt nur insofern, als Arbeit vorhanden ist. Die Verbandsversammlung besteht zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Vertreter der Vereine, die den Verbandsverhandlungen beiwohnen, erhalten auf Verlangen eine Vergütung von 2 Mk. für den halben, von 4 Mk. für den ganzen Tag. Jedoch sollen die Verhandlungen möglichst in den Abendstunden stattfinden, so dass ein Arbeitszeitverlust nicht stattfindet. Die Verbandsversammlung wählt alle zwei Jahre einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter; hierzu können auch solche Personen gewählt werden, die nicht als Vertreter der Verbandsvereine bestellt sind. Die

Verwalter der Arbeitsnachweisanstalt sowie die übrigen Angestellten werden durch die Vertreter der Vereine ernannt. Bei Arbeits-Einstellungen oder -Aussperrungen stellt die Anstalt ihre Thätigkeit für den betreffenden Geschäfts- oder Arbeitszweig ein.

Der Etat wurde auf 8000 Mk. festgesetzt, welche Summe aus städtischen Mitteln gedeckt werden soll; falls die Stadt die Geschäftsräume stellt, kommt eine entsprechende Summe für die Miete in Abzug. Für die erste Einrichtung zahlt die Stadt 1000 Mk. Die Vereine verpflichten sich bis zu einem gewissen Höchstbetrage für ein etwa entstehendes Defizit.

Nach der Geschäftsordnung werden getrennte Wartezimmer für männliche und weibliche Arbeitsuchende errichtet. Die Geschäftsstunden sind auf 10—1 Uhr Vormittags und 4—8 Uhr Nachmittags, Sonntags auf 11—12 Uhr angesetzt. Auf Verlangen der städtischen Verwaltung sind für Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebotes und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten fortlaufenden Mittheilungen zu machen und muss über alle die Arbeitsverhältnisse betreffenden Angelegenheiten jeder Zeit Auskunft ertheilt werden. Alle Arbeits-Angebote und -Gesuche gelten 14 Tage, wenn sie innerhalb dieser Zeit nicht zurückgezogen oder erneuert werden. Die Anstalt hat die Pflicht, nach Möglichkeit festzustellen, ob die Arbeitsuchenden versorgt sind, und ob und welche noch nicht angemeldeten Arbeitsstellen offen stehen.

(Soz.-Pol. Centralbl.)

Städtischer Arbeitsnachweis in Fürth. Die Gemeindekollegien zu Fürth in Bayern haben den Beschluss gefasst, zum 1. Januar nächsten Jahres eine städtische Arbeitsnachweisstelle ins Leben zu rufen. Die Einrichtung erstreckt sich vorläufig auf die der Gewerbeordnung unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen und nur auf die Arbeitsvermittlung. Der Ausbau des Arbeitsnachweises zu einem Arbeitsamt ist indess für den Fall in Aussicht genommen, dass sich die Einrichtung bewährt. Die sozialpolitische Bedeutung dieser sich allmählich überall Bahn brechenden Bestrebungen, die auf die Errichtung von städtischen Arbeitsämtern hinielen, ist gar nicht hoch genug anzuschlagen.

(Soz.-Pol. Centralbl.)

Arbeitsbureaux in Spanien. Der spanische Minister des Innern Senor Aquilera hat angeordnet, dass in allen Theilen des Landes Arbeitsbureaux errichtet werden, die regelmässig Berichte über die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter, sowie ausführliche Angaben über die Arbeitsbedingungen in jeder Provinz zu liefern haben. Man hofft auf diese Weise Arbeitern, denen es unmöglich ist, in dem Distrikt, in dem sie leben, Beschäftigung zu finden, solche in anderen Gegenden zu verschaffen, wo eine grössere Nachfrage nach Arbeit ist. Den Bureaux soll auch die Aufgabe zuertheilt werden, Vorschläge darüber zu machen, welche öffentliche Arbeiten zu unternehmen seien, um beschäftigungslosen Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Ferner sollen die Bureaux über Arbeitseinstellungen und ihre Ursachen berichten.

(Soz.-Pol. Centralbl.)

Die Lage der Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten. Dem Jahresberichte des Oesterreich-Ungarischen Konsulates in Pittsburg pro 1893 entnehmen wir nachstehende Ausführungen:

Das letztverflossene Jahr bedeutet für die Arbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten einen weiteren Schritt in dem Rückgang, welcher seit einer Reihe von Jahren sowohl in Bezug auf die grosse Arbeitervereinigung der Knights of Labor wie auf die einzelnen Gewerkschaften und den Nationalverband derselben, die Federation of Labor zu beobachten ist.

Die Ursachen für den erstaunlich scheinenden Umstand, dass diese Organisationen trotz ihrer grossen Mitgliederzahl — selbst nach den namhaften Verlusten, die sie im Laufe dieses Jahres erlitten haben, wird die

Mitgliederschaft der Knights of Labor noch immer auf 200000, jene der Federation of Labor auf 600000 geschätzt — nur auf sehr geringe Erfolge der letzten Jahre zurückzublicken haben und ihre heutige Stärke eben nur als eine numerische bezeichnet werden kann, sind einerseits in den beständigen Reibungen und Zwistigkeiten im Schoosse der Vereine zu suchen, die sie ihre nächsten Ziele und Zwecke rein wirtschaftlicher Natur übersehen und vernachlässigen lassen und zu welchen der schroffe Gegensatz in den prinzipiellen Anschauungen der Mitglieder und insbesondere die wachsende Zahl der Anhänger der sozialistischen Lehren den Anlass giebt. Im Orden der Arbeitssitter ist das sozialistische Programm, wenn auch nicht eingestandenermassen, schon zum Durchbruch gelangt, und es verdient als bedeutsam hervorgehoben zu werden, dass in diesem Jahr ein Mann, der der radikalsten Richtung angehört, an die Spitze dieses Vereines gestellt wurde. An diesen verschiedenen Strömungen ist es auch gelegen, wenn die in der richtigen Erkenntniss, dass nur durch ein einiges Vorgehen dem weiteren Rückschritt vorgebeugt werden könne, ins Werk gesetzten Bemühungen zur Verschmelzung dieser beiden grossen Verbände bisher gescheitert sind und nicht einmal ein friedliches Nebeneinanderbestehen zu erzielen ist. Wiewohl auf ganz verschiedenen Grundlagen aufgebaut — denn die seit 1869 bestehenden Knights of Labor sind eine Vereinigung der gesammten Arbeiterschaft, auch der Tagelöhner, und unterscheiden sich eben hierdurch, sowie durch die strenge Durchführung und Wahrung ihres Charakters als geheimer Orden von der jüngeren im Jahre 1880 gegründeten Federation of Labor, die sich als ein öffentlicher, zum Zweck der Förderung der Arbeiterinteressen, insbesondere der Erreichung des Achtstundentages gebildeter nationaler Verband, der aus geschulten Arbeitern bestehenden Gewerkschaften darstellt — stehen sich diese grossen Arbeitervereinigungen schroff gegenüber und lassen sich durch Eifersucht und gegenseitige Anfeindung einer einverständlichen Behandlung ihrer gemeinschaftlichen Interessen entfremden.

Noch mehr ist aber andererseits der Rückgang der Arbeiterverbände durch die Wahl der zur Erreichung ihrer angestrebten Ziele angewendeten Mittel verschuldet. Durch ihr einsichtsloses Vorgehen, durch den von ihnen ausgeübten Terrorismus — es sei nur auf den ihre ganze Masslosigkeit während der Zeit ihrer Blüthe kennzeichnenden, jetzt freilich nicht mehr durchführbaren Unfug des „Walking Delegate“, einer beständigen Ueberwachung und Kontrolle der Arbeitgeber und des rücksichtslosen Boykottirens Aller, die bei dem „Verbrechen“ ertappt wurden, Nicht-Unionisten Beschäftigung zu geben, hingewiesen — haben sie die auch von Seite der Unternehmer anerkannten guten Seiten und Vortheile der organisirten Arbeit vergessen lassen und Missbilligung, ja Erbitterung gegen sich heraufbeschworen.

Am augenfälligsten tritt der Verfall in den einzelnen Gewerkschaften zu Tage. Sie haben, wenn man von den Verbänden der Glasarbeiter, namentlich jenem der Fensterglasbranche absieht, durchwegs an Macht und Ansehen eingebüsst, und es ist nicht zu verkennen, dass in den Reihen der Arbeitgeber eine den Organisationen geradezu feindliche Stimmung platzgegriffen und im Laufe des Berichtsjahres entschieden an Intensität und Ausdehnung noch zugenommen hat.

Das eklatanteste Beispiel für diesen Verfall bietet der die Pittsburger Industrie in erster Reihe interessierende Verband der Eisen- und Stahlarbeiter, die National Amalgamated Association of Iron and Steel Workers. Vor wenigen Jahren noch im Besitz einer fast unumschränkten Machtstellung, die sie in Stand setzte, den gesammten Eisen- und Stahlwerken des Landes bedingungslos ihre Forderungen zu diktiren, hat die Amalgamated Association durch ihre unzeitige

einsichtslose Weigerung, den zwingenden Verhältnissen, der desolaten Lage der Eisenindustrie Rechnung zu tragen, ihre Stellung untergraben und die Verluste, die sie in dem vorjährigen Homesteader Lohnkampf blutigen Angedenkens erlitten hat, zu einer Niederlage gestaltet, die den Verband heute fast nur noch als nominell bestehend erscheinen lässt. Noch steht es in frischer Erinnerung, mit welch terroristischem Zwang sie bei diesem Lock-out des Sommers 1892 die ausserhalb ihres Verbandes stehenden Arbeiter und selbst die ihnen an Zahl weit überlegenen Tagelöhner, die zwar in ein den Anspruch auf Streikunterstützungen gewährendes Abhängigkeitsverhältniss zur Amalgamated Association gebracht, aber von der Aufnahme in den Verband als stimmberechtigte Mitglieder ausgeschlossen sind, die der Streit ursprünglich nicht berührte und die keinen Vortheil von seinem Ausgang zu erwarten hatten, zur Theilnahme an dem Kampf mit forttrissen. Und wie sie so selbst sich des ungerechten Druckes schuldig machten, der Vergewaltigung, die ihren Hauptanklagepunkt gegen die Unternehmer bildet, so war es auch ihr Vorgehen den Arbeitgebern gegenüber, das der ausgegebenen Parole, dem schönklingenden Worte „conciliation, not arbitration“, mit dem sie die Vorschläge auf Einführung schiedsrichterlicher Entscheidung allfälliger Differenzen bis zum letzten Augenblick zurückwiesen, geradezu Hohn sprach. Die Folge eigenen Verschuldens ist es daher, wenn der Verband zum mindesten, soweit der Pittsburger Zweigverein in Betracht kommt, im Stadium der Zersetzung sich befindet. Sein Anhang ist zusammengeschrumpft, die Zahl der von ihm noch beherrschten Fabriken verschwindend klein geworden, um so grösser aber die Zahl jener, die der Amalgamated Association die Anerkennung versagen und prinzipiell ihren Mitgliedern die Aufnahme verweigern.

Wenn auch nicht in diesem hohen Masse, so trifft doch eine ähnliche Gestaltung mehr oder weniger auf die meisten Gewerkvereine zu.

Invaliditäts- und Altersversicherung i. J. 1893.

Das Reichs-Versicherungsamt veröffentlicht in No. 8 der Amtlichen Nachrichten (Sonderausgabe für Invaliditäts- und Altersversicherung) das Ergebniss der Rentenvertheilung für das Jahr 1893.

Danach sind für beide Rentenarten rund 28 Millionen gezahlt worden, wovon 22.7 auf die Altersrenten und 5.3 auf die Invalidenrenten entfielen. Das Verhältniss zwischen beiden Rentenarten hat sich also für 1893 so gestaltet, dass, während 81 Prozent auf die Altersrenten entfielen, die Invalidenrentenzahlungen 19 Prozent betragen. Das Verhältniss hat sich also gegen 1892 wesentlich geändert, wo 94 Prozent auf die Altersrenten und 6 Prozent auf die Invalidenrenten entfielen. Von den Rentensummen kamen auf Preussen 19 Millionen, davon 15.7 Alters- und 3.3 Invalidenrenten, auf Bayern 2.6 Millionen, davon 2 Alters- und 0.6 Invalidenrenten, der Rest auf die übrigen Staaten und die zugelassenen Kasseneinrichtungen. In einzelnen Staaten hat sich das oben erwähnte Verhältniss zwischen Alters- und Invalidenrenten noch mehr zu Gunsten der letzteren verschoben. So kamen in Bayern auf die ersteren 78, auf die letzteren 22 Prozent, desgleichen in Württemberg, in Baden gar 74 und 26 Prozent. Von den Altersrentenzahlungen sind vom Reiche 9 Millionen, von den Versicherungsanstalten etc. 13.7 Millionen getragen worden, von den Invalidenrentenzahlungen 2.2 und 3 Millionen.

Legt man bei einer Vergleichung der Belastung der einzelnen Bundesstaaten einerseits die Bevölkerungsziffern vom 1. Dezember 1890, andererseits die Zahl der nach der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 als versicherungspflichtig anzusehenden Personen zu Grunde, so ergeben sich nachstehende Verhältnisszahlen: An Rentenzahlungen entfielen für das ganze Reich auf den Kopf der Bevölkerung überhaupt 56.8 Pfg., an Reichs-

zuschuss 22.8 Pfg., auf den Kopf der versicherungspflichtigen Bevölkerung 246.3 und 98.9 Pfg.; für Preussen 64.4 und 26.1 bzw. 278.4 und 112.9 Pfg.; für Bayern 48.7 und 20.1 bzw. 205.3 und 84.6 Pfg.; für Sachsen 38.8 und 14.4 bzw. 167.9 und 62.1 Pfg.; für Württemberg 32.8 und 13.2 bzw. 174.3 und 70.6 Pfg.; für Baden 39.0 und 15.4 bzw. 198.3 und 78.5 Pfg.; für Hessen 41.6 und 16.6 bzw. 212.8 und 84.8 Pfg.; für die beiden Mecklenburg 92.7 und 36.4 bzw. 324.1 und 127.1 Pfg.; für die thüringischen Staaten 41.0 und 16.6 bzw. 182.8 und 73.8 Pfg.; für Oldenburg 37.6 und 15.3 bzw. 172.1 und 70.3 Pfg.; für Braunschweig 52.7 und 20.1 bzw. 202.8 und 77.2 Pfg.; für die Hansestädte 31.4 und 10.3 bzw. 144.0 und 47.2 Pfg. und für Elsass-Lothringen 53.8 und 19.8 bzw. 237.3 und 87.6 Pfg. Während danach für das Königreich Preussen auf den Kopf der versicherungspflichtigen Bevölkerung im Durchschnitt von den gesammten Rentenzahlungen etwa 2.78 Mk., von dem Reichszuschusse etwa 1.13 Mk. entfielen, stellten sich diese Zahlen für die Bezirke der einzelnen preussischen Versicherungsanstalten so, dass entfielen auf: Ostpreussen 3.94 und 1.76 Mk., Westpreussen 2.67 und 1.12, Berlin 1.14 und 0.38, Brandenburg 3.64 und 1.49, Pommern 2.51 und 1.01, Posen 2.68 und 1.15, Schlesien 2.82 und 1.23, Sachsen 2.51 und 0.99, Schleswig-Holstein 3.77 und 1.42, Hannover 2.99 und 1.18, Westfalen 2.11 und 0.82, Hessen-Nassau 1.78 und 0.69, die Rheinprovinz 2.28 und 0.85 Mk.

(Soc.-Pol. Centralbl.)

Technisches.

Neues kunstgewerbliches Verfahren. Ein Verfahren zur Verzierung von Porzellan, Glas und dergl. mit Glanzmetallen hat sich Wilhelm Grüne sen. in Berlin unter No. 75905 patentiren lassen. Die mit Zeichnungen, Bildschrift oder dergl. zu verzierenden Flächen werden zunächst mit einer Lösung von Glanzgold, Glanzplatin oder dergl. überstrichen, wonach dieser Ueberzug eingebrannt wird. Die Verzierungen werden auf der so gefärbten Fläche mit einer säurebeständigen Masse überdeckt und das freiliegende Gold, Platin etc. mittelst Königswassers oder anderer geeigneter Säuren weggeätzt. Die geätzte Fläche wird dann abgewaschen und der aufgedruckte oder sonstwie aufgetragene Aetzgrund mittelst Terpentin oder Petroleum entfernt, worauf die Verzierung blank und klar hervortritt. An Stelle der Säure kann man sich auch eines Aetzbreies, welcher durch Mischen von trockener Infusorienerde mit einer Säure hergestellt wird, bedienen.

Wichtige Entscheidung des österreichisch-ungarischen Handelsministeriums in Patentsachen. Das österreichische Privilegiengesetz von 1852 bestimmt bekanntlich in § 3, dass auf eine aus dem Auslande in das österreichische Staatsgebiet einzuführende Erfindung nur dann ein ausschliessendes Privilegium verliehen werden könne, wenn die Ausübung der Erfindung im Ursprungslande noch auf ein ausschliessendes Privilegium beschränkt ist. Eine Konsequenz hiervon würde sein, dass das von einem Deutschen in Oesterreich genommene Patent nur dann ein rechtsgültiges ist, wenn die Erfindung im Deutschen Reich durch ein Patent geschützt ist. In einer Klagesache der Firma P. in Budapest gegen L. H. in Fürth hat nun das Handelsministerium entschieden, dass der Bestimmung des § 3 auch durch eine deutsche Gebrauchsmuster-Eintragung genügt werde. Das Urtheil führt aus, dass in dieser Hinsicht der Gebrauchsmusterschutz in Deutschland dem Patentschutz gleich zu achten sei; es ergäbe sich dies nicht nur aus der Begriffsbestimmung des Gebrauchsmusters in Deutschland, sondern auch aus dem Zwecke des § 3 des österreichischen Privilegium-Gesetzes. Es genügt deshalb für die Rechtsgültigkeit des österreichischen Patentes eines Deutschen in Zukunft der Umstand, dass die

betreffende Erfindung in die Gebrauchsmusterrolle des Patentamtes eingetragen ist.

Beamten als Erfindern stellt sich neuerdings die englische Marinebehörde feindlich gegenüber. Es wird seitens der Admiralität geltend gemacht, dass nach Artikel 27 des Gesetzes über Patente, Muster und Handelsmarken von 1883 die Wirkung des Patenten sich ebensowohl gegen Ihre Majestät wie gegen die englischen Unterthanen richtet. Hieraus wird gefolgert, dass es an sich unstatthaft sei, wenn ein königlicher Beamter ein Ausschliessungsrecht erwürbe. Bei Verlust der Stellung ist deshalb den der Admiralität unterstellten Beamten aufgegeben worden, vor Herausnahme eines Patenten die Genehmigung der Behörde einzuholen; Bedingung der Genehmigung ist u. A., dass sich der Patentsucher im Voraus zur Ertheilung eines Benutzungsrechts an seine Behörde bereit erklärt und sich der Entscheidung derselben hinsichtlich der Entschädigung unterwirft. In dem bezüglichen Erlass soll nach Mittheilung eines englischen Blattes als Grund mit angeführt sein, dass Beamte zuweilen unberechtigten Vortheil aus Erfindungen gezogen hätten, die ihnen von privater Seite von Amtswegen unterbreitet worden seien. Das gedachte Blatt fügt hinzu, dass durch diese Bestimmung bedauerlicher Weise auch die loyalen Erfinder unter den Beamten mit getroffen würden, doch würde — mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der Fälle — „der Verlust nicht allzu gross sein“.

Bei uns liegen die Verhältnisse glücklicher Weise anders und besser. Wenn auch viele Rechtslehrer die Ansicht vertreten, dass Erfindungen von Beamten vollständig oder wenigstens hinsichtlich des Benutzungsrechts zu Staatszwecken dem Staate gehören, so macht nach den Erfahrungen des Patent-Anwalts Otto Wolf in Dresden der Staat von diesem Vorrecht einen sehr liberalen Gebrauch. Es ist einem strebsamen Beamten der Genuss des Erfinderrechts noch nie verkümmert worden. Ebenso wenig trifft aber auch unsere Beamten der Vorwurf illoyaler Aneignung fremder Erfindungen.

In der letzten Zeit ist der **Gasverbrauch in den grössten Städten der Erde** nicht unerheblich zurückgegangen. Die „Compagnie Parisienne d'Eclairage et de Chauffage par le Gaz“ theilte in ihrer letzten Generalversammlung einige Zahlen über den Gaskonsum der Stadt Paris mit. Derselbe betrug hiernach im Jahre 1893 303 496 850 cbm gegen 308 900 938 cbm im Vorjahre und ist somit im Jahre 1893 um 5 404 088 cbm zurückgegangen. Da nun der Verbrauch von Gas zu Wirthschafts- und Betriebszwecken im Jahre 1893 prozentual gestiegen ist, so muss der Rückgang des Gesamtverbrauchs auffällig erscheinen, umsomehr, als doch alljährlich auch die Zahl der Strassenbeleuchtungszwecken dienenden Lampen beträchtlich zunimmt. Die Quelle dieses Rückganges lässt sich nicht so ohne Weiteres angeben. In erster Linie wird es wohl die zunehmende Verwendung der elektrischen Beleuchtung sein, der der Rückgang zuzuschreiben ist, dann mag aber auch die im letzten Jahre weit ausgedehnte Verwendung des Auerschen Gasglühlichts das Ihrige zur Verminderung des Gaskonsums gethan haben. Ganz Aehnliches wird in einem englischen Fachblatt u. A. auch aus Manchester berichtet. Danach scheint es fast, als sollte das Auersche Glühlicht den glanzvollen Abschluss des Zeitalters der Gasbeleuchtung bezeichnen.

Kleine Mittheilungen.

Die Tarifreform in den Vereinigten Staaten.

Das Repräsentantenhaus hat endlich in seiner Sitzung vom 13. August den vom Senate genehmigten Tarifentwurf angenommen, und zwar mit 182 gegen 105 Stimmen. Der neue Tarif, dessen Ansätze durchschnittlich um 15 Prozent niedriger sind als die Positionen des McKinley-Tarif, soll am 1. Oktober in Kraft treten. Das Haus beschloss gleichzeitig einige

Spezialbills, durch welche die Zollfreiheit für Zucker, Kohle, Eisenerze und Stacheldraht statuirt werden soll.

Wie jedoch ein Telegramm aus Washington vom 20. August meldet, wies die Finanzkommission die vier Anträge zur Tarif-Bill, denen zu Folge Zucker, Stacheldraht, Kohlen und Eisenerze zollfrei sein sollten, an den Senat zurück. Der Senat wird voraussichtlich in dieser Session keinen neuen Antrag berathen.

Wir geben in Folgendem die wichtigsten Ansätze des neuen Tarifes:

Rohzucker 40 Prozent ad valorem, über 16 holl. Stand. $\frac{1}{8}$ Prozent Zuschlag. Die Zuschläge für Zucker aus Prämien zahlenden Ländern hat die Kommission laut obigem Telegramm verworfen. **Eisenerz** 40 Cents per T., **Roheisen** 4 Dollar per T., **Rohwolle** ist zollfrei.

Im Vergleich zu dem McKinley-Tarif erfuhren die Zollsätze im Durchschnitt folgende Reduktionen:

	Gegenwärtiger Werthzoll	Zoll ab 1. Oktober. In Prozenten
Porzellan, gemalt	60	35
„ glatt	55	30
Glaswaaren	60	35
Roheisen	26—41	15—21
Eisenerz	33	23
Stangeneisen	25—33	16—32
Stahlschienen	58	34
Eisen- und Stahlplatten	25—70	20—55
Weissblech	78	42
Zylinderglas, polirt	20—64	13—48
Tafelglas, geblasen	49—64	37—43
„ gegossen	98—174	88—122
„ belegt und über 24×60 inches	49	31
Zylinder und Kronglas, verziert	44	28
Nägel	23—45	26—30
Bleiplatten	37	18
Nickel	23	14
Metallwaaren	45	35
Baumwolle, ungebleicht bis 100 Fäden	35—17	35—05
Baumwolle, gebleicht	38	26
„ gefärbt	41	30
„ ungebleicht über 100 Fäden	42	32
Baumwolle, gebleicht	43	38
„ gefärbt	44	38
Wollengarn	278	30
Flanell	85—104	25—35
Seide, theilweise bearbeitet	60	20

Kupferplatten, Bindfaden, Oel- und Wasserfarben, sowie Bildhauerarbeiten sind zollfrei.

Die Zolltarife aller Länder enthält das soeben bis auf den Stand vom 1. September 1894 ergänzte Zoll-Vademecum für Buch- und Papiergewerbe und verwandte Industriezweige (Leipzig, G. Hedeler 7 M.). Auch die neue Tarifbill der Vereinigten Staaten ist bereits berücksichtigt. Bei jedem Land werden nach einleitenden Angaben über Fakturen-Ausstellung, Vertragsverhältniss, besonderen Vergünstigungen oder Abgaben und sonstige Vorschriften die in Betracht kommenden Artikel in folgenden drei Gruppen übersichtlich mit ihren Zollsätzen angeführt, soweit dieselben in den amtlichen Tarifen der einzelnen Länder überhaupt als zollpflichtig bezeichnet sind: 1. Literarische, wissenschaftliche und Kunstgegenstände, einschliesslich graphischer Erzeugnisse, Bildhauerarbeiten, musikalischer und wissenschaftlicher Instrumente, Lehrmittel etc.; 2. Papier-Roh- und Halbstoffe, Papiere und Pappen jeglicher Art und in jeglicher Verarbeitung; 3. Verschiedene Gegenstände. Letztere alphabetisch geordnete Gruppe umfasst alle anderen einschlägigen

Waaren, wie Bedarfsartikel für Buch- und Papier-Gewerbe, Maschinen, Werkzeuge, Farben, Leder, Leinwand, Klebstoffe, Blattgold und Blattsilber, Bronzepulver, photographische Apparate, Bilderrahmen, Schreib- und Zeichen- und Malutensilien, Leder-, Galanterie- und Spielwaaren u. s. w.

Trade-Unions-Kongress. Der diesjährige Kongress der englischen Gewerkschaften wird vom 5. bis 8. September in Norwich abgehalten. Der Kongress dürfte ungemein zahlreich besucht sein. Auf der Tagesordnung befinden sich nicht weniger als 130 Anträge. Im Vordergrund der Diskussion dürfte, wie alljährlich, der Achtstundentag stehen. Von sonstigen Verhandlungsgegenständen ist namentlich ein von Keir Hardie gestellter Antrag auf Vertretung der Arbeiter als Klasse im Parlament hervorzuheben; ferner Anträge auf Abschaffung des Schwitzsystems im Schneidergewerbe, auf Erhöhung der Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unfällen der Arbeiter im Betriebe, auf Ernennung von Arbeitern zu Polizeirichtern, endlich auf Verstaatlichung der Bergwerke und Eisenbahnen. Natürlich wird sich der Kongress auch mit der politischen Lage Englands beschäftigen; das Referat über den Kampf der gegenwärtigen Regierung mit dem Oberhause wird der bekannte Staatssekretär und Arbeiterführer John Burns führen. Es ist wahrscheinlich, dass die Trade-Unions sich, sowie die radikalen Elemente der liberalen Partei, für die gänzliche Abschaffung des Oberhauses aussprechen werden.

Glasfack-Zellenkonstruktion für Gefängnisse. Bei aller Sorgfalt und Ueberwachung geschieht es in den modernen Gefängnissen häufig genug, dass die Sträflinge starke Gitter und Wände durchbrechen und entfliehen. Der amerikanische Erfinder will das Ausbrechen aus dem Gefängnis durch eine besondere Konstruktion der Gefängniszellen verhindern. Die von ihm vorgeschlagenen Zellen haben einige Ähnlichkeit mit einem Vogelbauer und werden nach allen Seiten hin durch ein Gitterwerk von Röhren abgeschlossen. Sämtliche Röhren sind unter sich verbunden und enthalten eine unter Druck stehende Flüssigkeit oder ein Gas. Von den Röhrengittern aus führen Leitungsröhren nach den Korridoren, der Wachtstube und den Zimmern der Wärter, wo sie mit Manometern und elektrischen Alarmwerken in Verbindung stehen. Macht ein Sträfling den Versuch, die Röhren durchzufeuern oder in irgend einer anderen Weise zu verletzen oder zu beseitigen, so strömt die Druckflüssigkeit aus. Die hierbei erfolgende Verminderung des Druckes lässt die Zeiger der Manometer ausschlagen; zugleich wird der Kontakt geschlossen, und die Alarmwerke ertönen. Da aber ohne Verletzung oder Beseitigung von Röhren ein Entkommen aus den Zellen unmöglich ist, so ist bei jedem Fluchtversuch die Möglichkeit des Gelingens von vornherein ausgeschlossen. Die Thüren in den Zellen sind in gleicher Weise wie die Wände aus Röhren gebildet, welche mit den übrigen Röhren im Zusammenhang stehen; sogar der Riegel der Schlösser ist röhrenförmig und steht unter dem Druck der Flüssigkeit, welche entweicht, wenn der Riegel angefeilt oder auch nur zurückgeschoben wird.

Glasfack denkt noch an eine andere Verwundung seines Zellsystems: Dasselbe müsste sich nämlich auch sehr gut zur diebstahlsicheren Unterbringung von Werthgegenständen in Banken eignen, weil man ohne Verletzung der Röhren ebensowenig hinein- wie herauskommen kann. Wie im Gefängnis der Fluchtversuch des Sträflings, würde hierbei ein Einbruchversuch automatisch angezeigt werden, ehe noch der Verbrecher Zeit hätte, zu den aufbewahrten Schätzen zu gelangen.

Die Firma Siemens & Halske in Berlin schlägt im D. R.-P. No. 75 804 eine Vorrichtung vor, um oberirdische Stromleitungen beim Zerreißen stromlos zu machen. Die Vorrichtung ist dadurch gekennzeichnet, dass die einzelnen Drähte, aus denen die Leitung be-

steht, in ihren Endpunkten an Winkelhebeln aufgehängt sind, von denen je ein Schenkel in senkrechter Richtung in eine mit der Stromquelle leitend verbundene Glocke hineinragt. Reist nun die Leitung, so wird sich der Winkelhebel durch das Gewicht des daran hängenden Leitungstückes und mit Hilfe einer zweckentsprechend angebrachten Feder an die Innenwandung der Glocke anlegen und vermittelt eines Kohlenstiftes die Verbindung der noch bestehenden Leitung mit der Stromquelle herstellen, wobei der Strom durch eine eingeschaltete Bleisicherung oder eine andere Ausschaltvorrichtung ganz unterbrochen wird. Hierdurch wird die zerrissene Leitung stromlos, ehe sie den Erdboden berührt.

Petroleum-Briketts. Es ist vorgeschlagen worden, aus Petroleum unter Zusatz verdickender Substanzen Briketts herzustellen und damit diesem werthvollen Brennstoff eine Form zu geben, in welcher er bequem aufbewahrt und versendet werden kann. Damit würde das Petroleum als Brennstoff für eine Reihe von Anwendungsfällen herangezogen werden können, in denen es bisher nicht oder doch nur unter Anwendung besonderer Einrichtungen benutzt werden konnte (z. B. Kesselfeuerungen). Die Herstellung der Briketts kann auf kaltem oder warmem Wege erfolgen. Im letztern Falle werden z. B. 100 Theile Petroleum mit 5 Theilen gelöschten Kalks und 35 Theilen einer Lösung von Kolophonium, gegebenen Falls unter Zusatz dickflüssiger Fette (Thran) vermischt und bis etwa 90° C. erwärmt.

Vermehrte Ausnutzung von Wasserkraften. Das bekannte Projekt der Nutzbarmachung der Niagarafälle hat die Aufmerksamkeit der technischen Welt Amerikas in hohem Grade erregt, und überall tauchen neue Projekte auf, die dahin zielen, die amerikanischen Ströme für die Zwecke der Krafterzeugung dienstbar zu machen. Es ist bestimmt zu erwarten, dass mehrere dieser Projekte verwirklicht werden, sobald die augenblicklich herrschende wirtschaftliche Krise überwunden sein wird. Eines der grossartigsten Projekte ist, einen über 3000 Meter langen Damm in den St. Lorenzstrom hineinzubauen, wodurch 50000 Pferdekraft zur Erzeugung elektrischen Stromes gewonnen werden sollen; die Ausführung dieser grossartigen Anlage soll dem leitenden Ingenieur der Bauten am Niagarafall übertragen werden. Ferner sollen die grossen Fälle des Potomac ausgenutzt werden, und schon liegen Pläne vor, durch dieselben Washington und Umgebung mit Kraft, Licht und Heizung zu versorgen. In Spokane, Washington, ist bereits eine Anlage von 40 Turbinen fertiggestellt, deren Kraft genügt, um die Städtische Strassenbahn zu betreiben und die Stadt zu erleuchten. Die Yarkin-Strommenge in Carolina und ein Wasserfall des San Gabrielstroms in Kalifornien werden demnächst herangezogen werden. Auch der Lake of the Woods in Kanada wird mit einem Damm durchzogen werden, um das Gefälle für eine Turbinenanlage zu gewinnen.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Arndt

Ingenieur

Wolfenbüttlerstr. 50

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldungen von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschutz.

Eintragung von Warenzeichen

(Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hufiltörn 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 10. — 6093/94.

XX. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Montag, den 22. Oktober 1894,
Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Revisionsbericht über das Rechnungsjahr 1893/94.
3. Wahl eines Mitgliedes für den Bezirkseisenbahnrat Hannover.
4. Antrag der Firma G. H. Sievers in Braunschweig, betreffend Margarine-Besteuerung.
5. Antrag der Handelskammer Sonneberg, betreffend Ermässigung der Fernspreckgebühren.
6. Bildung eines Ausschusses zur Bekämpfung unlauteren Geschäftsgebahrens in Handel und Gewerbe.
7. Massnahmen zur Entwicklung des kaufmännischen Fortbildungsunterrichtes im Bezirke der Kammer.
8. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurfe, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Kleingewerbe.
9. Errichtung von Sachverständigen-Ausschüssen zur Begleichung von Bagatell-Streitigkeiten.
10. Antrag des Deutschen Handelstages, betreffend die Errichtung eines Zollbeirathes.
11. Entwurf einer neuen Maklerordnung für das Herzogthum Braunschweig.
12. Eingabe der Unterstützungskasse für Hilfsbedürftige des Handelsstandes in Wolfenbüttel, betreffend Gewährung einer Beihilfe.
13. Antrag der kaufmännischen Vereinigung Wolfenbüttel, betreffend die Eisenbahn-Verbindungen zwischen Wolfenbüttel und Hannover.

Braunschweig, 10. Oktober 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. A. I. 8. — 5831/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass an unserer Geschäftsstelle über Schwindelfirmen in sämtlichen Ländern, Auskunft erteilt werden kann.

Braunschweig, den 4. Oktober 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.
(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

I.

Braunschweig, 18. September.

Unter dem Vorsitz des Kommerzienraths Jüdel fand heute hier eine Versammlung von Vertretern der Handelskammern Braunschweig, Goslar, Göttingen, Halberstadt, Halle a. S., Hannover, Hildesheim, Kassel, Magdeburg, Minden, Nordhausen und Osnabrück unter Hinzuziehung besonderer Sachverständiger über die Frage der Bekämpfung des unlauteren Geschäftsgebahrens statt. Der Verhandlung war eine reichhaltige, von der Handelskammer Braunschweig veranlasste Zusammenstellung typischer Fälle aus dem Gebiete geschäftlicher Unlauterkeit, sowie besondere Berichte und Leitsätze der zur Berichterstattung ernannten Handelskammern zu Grunde gelegt worden.

Die aus etwa neunzig Vertretern bestehende Versammlung einigte sich zunächst auf folgenden grundsätzlichen Beschluss, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, dass es sich hier wie späterhin um einen rein persönlichen Meinungsaustausch der Anwesenden handelte: „Die in Braunschweig heute vereinigten Vertreter von Handelskammern erklären, Treue und Glauben ist die Grundlage für Handel und Gewerbe, auf der allein sie zum eigenen und dem Wohle der Gesamtheit bestehen und sich entwickeln können. Bei der Bearbeitung der Frage des unlauteren Wettbewerbes haben die Handelskammern zu ihrem tiefsten Bedauern erkennen können, dass die Klagen über die Unlauterkeit im Handel und Gewerbe durchaus berechtigt sind, dass, um Treue und Glauben wieder zur Geltung zu bringen, es unbedingt

nothwendig erscheint, energisch dagegen einzuschreiten. Die Selbsthilfe des ehrlichen Handels und Gewerbes, deren Gedeihen heute bereits mannigfach beeinträchtigt ist, reicht allein nicht aus, des unlauteren Wettbewerbes sich zu erwehren, und wir begrüßen das von der Regierung in Aussicht gestellte Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes mit besonderem Dank und aufrichtiger Freude“.

Hierauf wurde zur Berathung der Spezial-Abtheilungen des unlauteren Wettbewerbes übergegangen. Zu der Abtheilung I: Verrath von Betriebsgeheimnissen, hatte die Handelskammer Halberstadt das Referat, die Handelskammer Halle das Korreferat übernommen. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Der Verrath von Betriebsgeheimnissen, der seiner Natur nach sowohl Fabrikations- wie Geschäftsgeheimnisse in sich schließt, ist nicht nur zivilrechtlich, sondern daneben noch strafrechtlich zu verfolgen, wenn bei dem Verrath die Pflicht der Treue verletzt wird. Als Strafe soll in erster Linie das Prinzip der Busse Anwendung finden. Nicht nur der Verrath in seiner Vollendung, sondern schon der Versuch und die Verleitung hierzu müssen strafbar sein. Demgemäß ist auch nicht nur der eigentliche Verräther, sondern ebenso der Anstifter und der Begünstiger zur Verantwortung zu ziehen, insbesondere muss auch der Anstifter für Schadenersatz und Busse regresspflichtig gemacht werden. 2. Unter Betriebsgeheimnis ist alles das zu verstehen, was die in einem Betriebe beschäftigten Personen geheim zu halten ausdrücklich verpflichtet worden sind. Was seiner Natur nach nicht als Betriebsgeheimnis gelten kann, soll auch nicht durch dieses Gesetz geschützt werden. 3. Den in einem Betriebe angestellten Personen sind auch solche Personen gleich, die kraft eines besonderen Auftrages als Vertrauenspersonen in die Fabrik Eingang erhalten haben. — Personen, die unter falscher Vorspiegelung zum Zwecke der Betriebserkundung Einlass erhielten, fallen ebenfalls unter die Bestimmungen des Gesetzes, wenn ihnen eine eigennützige Absicht nachgewiesen werden kann. 4. Für den zivilrechtlichen Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind die Bestimmungen des ersten Entwurfes des bürgerlichen Gesetz-Buches, Abschnitt §§ 704 und 705 wieder herzustellen.

Bei der nun folgenden Berathung über Abtheilung II: Qualitäts-, Preis- und Herkunftsverschleierungen hatte die Handelskammer Halle das Referat, die Handelskammer Osnabrück das Korreferat übernommen. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Wer in Handel und Verkehr zum Zwecke der Anlockung von Käufern über den Ursprung und Erwerb, über besondere Eigenschaften und Auszeichnung von Waaren, über die Menge der Vorräthe, den Anlass zum Verkauf oder die Preisbemessung falsche Angaben macht, die, in bewusster Absicht, das Publikum zu täuschen geeignet sind, über Beschaffenheit, Werth, Herkunft, Ursprung oder Erwerb der Waare einen Irrthum erregt, wird vorbehaltlich des Entschädigungsanspruches mit Geldstrafe bis zu ... Mk., oder Gefängnis bis zu ... bestraft. 2. Der Verkäufer ist zu verpflichten, Waaren, die er unter Preisauszeichnung feilhält, auch aus dem Fenster zum Auszeichnungspreise abzugeben. 3. Den vielfachen Missbräuchen gegenüber empfiehlt sich die Selbsthilfe von Seiten des realen Gewerbestandes durch Zusammenschluss der gemeinsamen Interessen in Form einer besonderen Organisation. Dieser Vereinigung würde es namentlich obliegen, strafbare Fälle zur Verfolgung zu bringen. 4. Die unter sich abweichenden Bestimmungen zur Ertheilung des Schutzes von Erfindungen, Muster- und Waarenzeichen führen zu einem Missbrauche dieser Gewerbeschutzesetze, der durch diese Gesetze selbst nicht zu verhüten ist. Es erscheint darum geboten, allgemeingültig zu bestimmen, dass ein Schaden, der durch missbräuchliche Berufung auf den Schutz dieser Gesetze geschaffen wird, zivil-

rechtlich und, sofern er durch Konspiration bewirkt wird, strafrechtlich zu ahnden sei.

Ueber die folgende Abtheilung III: Ausverkäufe, Schein-Auktionen, Schwindel-Konkurse, Wandlerlager, schwindelhafte Reklame und dergl. referirte die Handelskammer Kassel, während die Handelskammer Braunschweig das Korreferat übernommen hatte. Die Versammlung war der Ansicht, dass die hier in Betracht kommenden Fälle zumeist unter die Bestimmungen der Beschlüsse sub II fallen. Im Uebrigen ward ein Antrag der Handelskammer Hildesheim in folgender Fassung angenommen:

1. Als besonders bedauerliche Beihilfe zu schwindelhafter Reklame ist diejenige zu erachten, welche im redaktionellen Theile und unter dem Redaktionsstrich, im Haupttheile periodischer Zeitschriften getrieben wird. Derartige, unter Verantwortlichkeit der Redaktion geübte Reklame, wie Anpreisung eines Aktienunternehmens, günstige Beurtheilung von Fonds und Werthpapieren, lobende Erwähnung von Fabrikaten und Waaren, namentlich sogen. Spezialitäten, sind deshalb besonders gefährlich, weil sie den Eindruck der Objektivität machen und der hinter dem gewissenlosen oder leichtsinnigen Redakteur stehende geschäftlich Interessirte regelmässig nicht für den Inhalt der Reklame verantwortlich zu machen ist. Unter dieselbe Rubrik fallen die wider besseres Wissen von einer Zeitung gebrachten sogen. Börsenalarmnachrichten. 2. Da das Prossgesetz nicht ausreicht, um den verantwortlichen Redakteur und Verleger einer periodischen Zeitschrift für derartige Beihilfe zu schwindelhafter Reklame empfindlich haftbar zu machen, so sind gesetzliche Bestimmungen anzustreben, durch welche der verantwortliche Herausgeber und Verleger einer periodischen Zeitschrift zivil- und strafrechtlich für denjenigen Schaden für haftbar erklärt wird, welcher einen Dritten durch die Aufnahme von der Wahrheit nicht entsprechenden, wider besseres Wissen in gewinnstüchtiger Absicht gemachten Mittheilungen und Beurtheilungen trifft, welche sich auf wirtschaftliche Zustände, gewerbliche Unternehmungen, Fabrikate und Waaren beziehen.

Die nächste Abtheilung betraf IV: Hausirhandel, Kolportage und Detailreisen. Das Referat war der Handelskammer Goslar, das Korreferat der Handelskammer Kassel übertragen worden. Es wurde folgender Beschluss gefasst: Die Versammlung erkennt ein Bedürfnis, die sehr schwindelhaften Vorkommnisse auf diesem Gebiete durch besondere Bestimmungen zu regeln, nicht an, ist vielmehr der Ansicht, dass diese im Allgemeinen schon unter die Bestimmungen des II, Absatz 1 gefassten Beschlusses fallen.

Da inzwischen die Zeit des Diners (6 Uhr Abends) herangerückt war, mussten die Berathungen abgebrochen, und die Fortsetzung derselben, betreffend Quantitäts- und Gewichtsverschleierungen, Firmenwesen und Bau-schwindel, auf den folgenden Tag, den man ursprünglich zu einem Ausfluge nach Harzburg bestimmt hatte, verlegt werden.

II.

Braunschweig, 19. September.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst in die Berathung über die V. Abtheilung: Quantitäts- und Gewichtsverschleierungen, eingetreten. Referent war Handelskammer Braunschweig. Es wurde beschlossen: „Wer Waaren unter einer handelsüblichen Bezeichnung ohne besondere Angabe des Gewichtes, des Masses, der Stückzahl und dergl. feilhält, ist verpflichtet, den feststehenden Handelsgebrauch innezuhalten, etwaige Abweichungen aber im Gewicht, Mass, Stückzahl und dergl. augenfällig bemerkbar zu machen. Solche Waaren indessen, welche unter Mass- oder Gewichtsbezeichnung gehandelt werden, müssen nach deutlichen Gewichten und in Dezimal-Eintheilung vertrieben werden.“

Absichtliche Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen unterliegen strafrechtlicher Verfolgung. Der Handelsstand wünscht, soweit nicht zwingende, in der Natur der Sache liegende Gründe dagegen sprechen, dass die handelsüblichen Bezeichnungen im inländischen Verkehr überhaupt mehr und mehr zurücktreten und durch die in Deutschland gesetzlich eingeführten Maass- und Gewichtsbezeichnungen ersetzt werden.

In der Zwischenzeit sind die geltenden usancemässigen Bezeichnungen nach Anhörung der Betheiligten durch Bundesrathsbeschlüsse festzulegen. Bis zum Erlasse solcher Bestimmungen müssen die ortsüblichen Bezeichnungen als usancemässig gelten.“

Bezüglich der VI. Abtheilung: Bauschwindel, Referent Handelskammer Hildesheim, Korreferent Handelskammer Minden, wurde beschlossen: 1. Die in jüngster Zeit sich in bedenklicher Weise vermehrenden Fälle, in welchen die bei der Bebauung städtischer Grundstücke betheiligten Bauhandwerker und Lieferanten die Gegenleistung für ihre Arbeiten und Aufwendungen von zahlungsfähigen Bauunternehmern nicht erhalten, bedeuten eine ernste Gefahr für den Bauhandwerkerstand. Die in dieser Beziehung vorhandenen Missstände sind u. A. auf die wüste Spekulation in städtischen Baugrundstücken, auf die Mobilisirung des Grund und Bodens zurückzuführen. 2. Die jetzige Gesetzgebung reicht nicht aus, um zu verhindern, dass die Bauspekulanten und die mit denselben Hand in Hand arbeitenden sog. Baugeldgeber sich auf Kosten der Bauhandwerker und Lieferanten um den Werthzuwachs, welchen leere Baustellen durch Arbeit und Lieferungen zu einem Neubau erhalten, dadurch bereichern, dass ein sog. Bauunternehmer als Strohhalm vorgeschoben wird, an welchen als unmittelbare Kontrahenten Handwerker und Lieferanten sich lediglich halten können. Ihre Forderungen scheitern an unserem geltenden Hypothekenrecht, nach welchem die Hypothek — durch welche der Bodenspekulant als Verkäufer und der Baugeldgeber an ersten Stellen gesichert sind — alles Dasjenige ergreift, was mit dem Grund und Boden in eine dauernde Verbindung gebracht wird. 3. Es ist eine Aenderung des bestehenden Rechtszustandes zu erstreben. 4. Es ist eine behördliche und private Statistik über die in neuerer Zeit bei städtischen Neubauten von Bauhandwerkern und Lieferanten erlittenen Verluste anzustreben.

Die weitere Behandlung der von den Handelskammern Hildesheim und Braunschweig aufgestellten besonderen Vorschläge wird einer Kommission, bestehend aus den Handelskammern Hildesheim, Braunschweig, Minden und Kassel mit dem Rechte der Zuwahl überwiesen.

Für die Abtheilung VII: Firmenwesen, hatte die Handelskammer Minden das Referat, die Handelskammer Hildesheim das Korreferat übernommen. Es wurde folgender Beschluss gefasst: 1. Die Ordnung des Firmenwesens muss einer allgemeinen Revision unterzogen werden. Abänderungsbedürftig sind u. A. die Bestimmungen über die Eintragungspflichtigkeit, über die Form der Veröffentlichung, über die Mitwirkung der Handelskammern, die gleichlautenden Firmen etc. 2. Nicht nur die Firmen-Eintragung, sondern auch der öffentliche Gebrauch derselben muss gesetzlich geregelt werden. 3. In solchen Fällen, in denen eine Firma vom Inhaber auf die Frau oder eine dritte Person übergeht, ohne dass der seitherige Inhaber seine Thätigkeit in dem Geschäft aufgibt, muss der Name der Geschäftsinhaberin etc. in den geschäftlichen Ankündigungen erkennbar hervortreten. Es ist unstatthaft, dass Eltern auf den Namen ihrer unmündigen Kinder ein Geschäft etablieren, resp. eine Firma eintragen lassen. 4. Inhaber solcher Geschäfte, welche nicht in das Firmenregister eingetragen sind, dürfen sich im Geschäftsverkehr (z. B. auf Firmenschildern, Ankündigungen und dergl.) nur solcher Geschäftsbezeichnungen bedienen, welche den

vollen Ruf- und Zunamen des Inhabers enthalten. 5. Die Registerbehörden sind verpflichtet, die Zusätze, welche zur näheren Bezeichnung der Person oder des Geschäftes dienen, auf ihre materielle Richtigkeit hin zu prüfen, und wenn die beigelegten Bezeichnungen der Wahrheit nicht entsprechen, die Eintragung zu versagen. Es empfiehlt sich eine Uebergangsbestimmung zu dem Zwecke, innerhalb gewisser Frist die Firmen unter gesetzliche Kontrolle zu bringen, welche vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmung deren Inhalt zuwider sind. 6. Die Bildung von neuen Firmen, welche bekannten bestehenden Firmen zu Konkurrenz zwecken nachgebildet werden, muss strafbar sein. 7. Es erscheint unzulässig, dass der Händler, welcher nicht Fabrikant ist, sich zwecks Täuschung in einem Zusatz zur eingetragenen Firma oder auf dem Firmenschild, auf Preiskouranten, Fakturen, Briefbogen und dergl. als Fabrikant bezeichnet. Tritt eine derartige Aenderung des Geschäftsbetriebes nachträglich ein, so ist die Firma entsprechend zu ändern.

Bezüglich der Abtheilung VIII: Konsum-Vereine, wurde beschlossen: Die Versammlung vermag die Berathung des Gegenstandes und beschliesst, ihn in einer besonderen Zusammenkunft betheiligter Handelskammern etc. zu erörtern.

Nach Schluss der Verhandlung beschliesst die Versammlung, das gesammte Material dem Reichsanwalt des Innern, dem deutschen Handelstage und den deutschen Handelskammern zu überweisen.

Diejenigen Materien, Wünsche und Anregungen, welche in dem Gesetz über das unlautere Geschäftsgebot ihrer Natur nach nicht berücksichtigt werden können, die aber gleichwohl von ihrer äusseren Beziehungen zur Sache willen, dem Antrage der Interessenten entsprechend, in den Bereich der Verhandlungen einbezogen worden sind, sollen den zuständigen Stellen mit dem Ersuchen übermittelt werden, dieselben in ihrem anderweitigen Zusammenhange baldmöglichst zu berücksichtigen.

Ausfuhr nach Siam.

Seit einigen Jahren ist der deutschen Maschinen- und Eisenindustrie auch in Siam ein Absatzfeld geöffnet worden. Bis dahin war dasselbe der englischen Industrie allein überlassen gewesen. Die bis jetzt von Deutschland gemachten Lieferungen haben bewiesen, dass die deutsche Industrie auf dem betr. Gebiete der englischen im Grossen und Ganzen ebenbürtig ist, hinsichtlich mancher Erzeugnisse sie sogar übertrifft. Immerhin haben deutsche Lieferungen nicht selten zu Ausstellungen Anlass gegeben. Es handelt sich dabei um Dinge, die demjenigen, der mit den siamesischen Verhältnissen nicht vertraut ist, geringfügig erscheinen werden, die aber eben durch diese Verhältnisse eine solch wesentliche Bedeutung erhalten, dass ihre Nichtbeachtung den Ruf der deutschen Industrie beeinträchtigen muss.

Vor Allem wird darüber Klage geführt, dass die sonst hoch gerühmte Solidität der deutschen Arbeit sich nicht immer auf die Details und Accessorien erstreckt, beispielsweise bei einem Apparat oder Werkzeug nicht bis auf die letzte kleine Schraube. In wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern kann eine Schraube, die versagt, leicht ersetzt werden; in Siam aber, wo die gewerbliche Entwicklung im Allgemeinen noch auf der niedrigsten Stufe sich befindet, ist solch ein Ersatz oft ganz unmöglich, meistens sehr kostspielig und immer mit grosser Mühe verknüpft. Die nachstehenden Fälle werden das Gesagte erläutern:

Von einer Fabrik in der Provinz Schlesien wurden zwei Bahndraisinen bezogen. Nach kurzem Gebrauch waren an beiden die an den Rädern befestigten Kurbelzapfen abgebrochen, weil sie thatsächlich zu schwach waren. Da Ersatzstücke nicht vorhanden waren, auch

auf der Strecke — das ist im Innern des Landes — nicht angefertigt werden konnten, so waren die Drains für längere Zeit nicht zu brauchen.

An einer aus Berlin bezogenen Waschmaschine brach alsbald das gusseiserne Lager der Zahnräder. Dasselbe war augenscheinlich zu schwach gegossen. Es hatte einen Werth von 2 Mk.; mit 0.50 Mk. Mehraufwand von Eisen würde es stark genug gewesen sein. Ein neues Lager wurde von einem Chinesen gegossen und kostete 12 Mk.

In dieselbe Verlegenheit geräth der Empfänger deutscher Waaren zuweilen in Folge schlechter Verpackung. Es ist geradezu unglaublich, wie ungenügend selbst leicht zerbrechliche Gegenstände oft verpackt sind. Nicht selten ist ein Apparat oder Instrument bei der Ankunft hieselbst ganz werthlos, weil einer seiner Theile unterwegs zerbrochen ist und hier nicht ersetzt werden kann.

Von einer sächsischen Fabrik wurden vier verstellbare Zeichentische geliefert mit gusseisernen Gestellen. Zwei von den letzteren waren bei der Ankunft zerbrochen. Die betr. Tische waren in Folge dessen nicht mehr zu gebrauchen.

Eine andere sächsische Fabrik lieferte eine Zementprüfungsmaschine. Sie war mitsamt einer eingetheilten Glasröhre in derselben Kiste verpackt; die Glasröhre in einer Pappschachtel anstatt in einem besonderen Holzkisten. Selbstverständlich hatten die schweren Eisen-theile der Maschine die Glasröhre entzwei gedrückt. Es dauerte vier Monate, bis eine neue aus Deutschland beschafft werden konnte.

Ein westdeutsches Werk lieferte gusseisernes Material für einen Bau im Königlichen Palaste in Bangkok. Von 200 Kisten waren 30 so beschädigt, dass der Inhalt sichtbar war. Grössere Stücke waren so ungenügend mit Stroh umwickelt worden, dass sie in mehrere Theile zerbrochen waren. Statt 225 Stücke, die auf dem Konossement angegeben waren, lieferte das Schiff mehr als 250 ab. Noch nach Monaten war es nicht gelungen, das Zusammengehörige zu identifiziren und die Richtigkeit der Ablieferung festzustellen.

Für die Entwicklung des Absatzes unserer Maschinen- und Eisenindustrie ist auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung die Einrichtung der Kataloge, die bisherigen sind meistens ungenügend und geradezu verfehlt.

Deutsche Firmen, die in Ostasien mit englischen konkurriren wollen, müssen nebst deutschen auch englische Kataloge aufmachen, die englische Ausgabe aber von einem englischen Techniker durchsehen lassen, damit die technischen Ausdrücke auch wirklich verständlich sind.

Französische Kataloge sind in Ostasien, ausgenommen in den französischen Kolonien, überflüssig und werthlos.

Ein Hauptmangel der bisherigen Kataloge und nicht allein der deutschen, sondern auch vieler englischen, muss in dem Weglassen der Preise gefunden werden. Dieser Mangel macht die Kataloge im Gebrauchsfall geradezu nutzlos. Einige deutsche Exporteure machen in dieser Hinsicht allerdings eine anerkennenswerthe Ausnahme, die meisten aber geben über die Preise auch nicht die geringste Andeutung, sondern begnügen sich mit der Ankündigung, dass Preislisten auf Verlangen zur Verfügung stehen.

Sie bedenken nicht, dass Techniker, die einen Kostenanschlag zu machen haben, nicht $2\frac{1}{2}$ —3 Monate warten können, bis sie die Preislisten der einzelnen Firmen erhalten haben. Es liegt auf der Hand, dass in solchen Fällen, wie überhaupt allgemein, diejenige Firma, die detaillirte und verständliche Kataloge mit Preisangaben aussendet, vor anderen einen Vorsprung hat. Für Fabrikanten, deren Erzeugnisse einer Preisschwankung unterworfen sind, empfiehlt es sich, Normalpreise anzugeben und am Schlusse des Kataloges einen kleinen

Telegraphenschlüssel anzufügen, mit Hilfe dessen den Interessenten in Siam ermöglicht wird, innerhalb ein oder zwei Tage zu erfahren, mit wieviel Prozent Zuschlag zu oder Abzug von dem Normalpreise der Fabrikant die Waare frei an Bord eines Dampfers in Antwerpen, Bremen oder Hamburg liefert.

Es müsste ferner auch Sorge dafür getragen werden, dass die Kaufliebhaber in Siam wissen, wieviel Raum, in Kollis verpackt, die einzelnen Gegenstände (z. B. Lokomotiven, Wagen u. s. w.) einnehmen, damit sie die Frachtkosten wenigstens annähernd im Voraus berechnen können.

Im Allgemeinen sind die deutschen Schiffsfrachten bedeutend höher als die englischen; bei der Vergabung von Lieferungen siegt der englische Bewerber sehr oft nur durch die billige Fracht. Es wäre daher zu wünschen, dass die deutschen Eisen- und Maschinenindustriellen sich vereinigten und mit dem Bremer Lloyd oder der Hamburger Dampfschiffahrtsgesellschaft für schwere Industrieerzeugnisse, wie z. B. Eisenbahnmateriale, billige Frachtsätze vereinbarten. Sollten die Linien sich auf feste Abmachungen nicht einlassen wollen, so sollten wenigstens Normalsätze aufgestellt und ähnlich wie die Waarenpreise in Verbindung mit einem Telegraphenschlüssel in die Kataloge aufgenommen werden.

Die bisherigen Ergebnisse des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Der „Westnik-Finanzew“ bringt an erster Stelle einen langen Artikel, welcher der Frage über den Einfluss des deutsch-russischen Handelsvertrages gewidmet ist. Einleitend bemerkt das offizielle Blatt des Finanz-Ministeriums, dass in letzter Zeit verschiedene russische Organe den Versuch gemacht hätten, die Bedeutung des Handelsvertrages abzuschätzen, dass aber alle derartigen Versuche noch als verfrüht gelten müssten. Der Handelsvertrag sei im März in Kraft getreten, die faktische Wirkung desselben sei aber frühestens einen Monat nachher einigermaßen fühlbar gewesen. Demnach könne man gegenwärtig sich bezüglich der Einfuhr nur auf die offiziellen Daten für zwei Monate stützen und bezüglich der Ausfuhr auf vier Monate. Zudem müsse man weiter in Betracht ziehen, dass gegenwärtig die Konjunktur für die Landwirtschaft in Folge der Ueberproduktion an Getreide in den wichtigsten Exportländern eine sehr ungünstige sei, so dass die russische Landwirtschaft noch nicht dazu gekommen sei, den Handelsvertrag voll auszunutzen. Trotzdem lasse sich aber doch schon heute sagen, dass der Handelsvertrag für die Landwirtschaft nicht ungünstig sei.

Man brauche nur die sieben ersten Monate der Jahre 1893 und 1894 zu vergleichen, um zu sehen, wie die Ausfuhr von Weizen, Roggen und Hafer nach Deutschland gestiegen ist, nachdem im März 1894 die deutschen Differentialzölle gefallen sind. Die Ausfuhr betrug in :

	Weizen		Roggen		Hafer	
	1893	1894	1893	1894	1893	1894
Januar .	1470	1843	2466	4580	325	1138
Februar .	2167	931	1095	4317	10	129
März . .	1100	1669	2418	8072	5	2622
April . .	578	7339	2932	25268	12	36095
Mai . . .	718	17155	6234	34535	82	43324
Juni . . .	2761	28845	7009	38313	527	24160
Juli . . .	2281	37476	7035	75660	1623	51341

Man könne sagen, dass Russland für Roggen und Hafer bereits völlig die Position wiedergewonnen habe, die es 1890 auf dem deutschen Markt besessen. Es habe die russische Einfuhr von Weizen, Roggen und

Hafer im Vergleich zu der deutschen Gesamteinfuhr in Prozenten betragen:

	Weizen		Roggen		Hafer	
	1890	1894	1890	1894	1890	1894
Januar	65	2.5	86	21	96	0.3
Februar	57	2.5	80	24	90	0.8
März	42	2.2	82	47	97	14
April	39	14	78	80	94	82
Mai	60	25	86	76	92	91
Juni	55	29	84	73	94	92
Juli	52	22	83	92	67	74

Dass die Weizenausfuhr aus Russland nach Deutschland noch nicht die frühere Höhe erreicht habe, liege darin, dass seit 1890 die argentinische Republik als starker Konkurrent aufgetreten sei; die argentinische Ausfuhr habe nicht nur die russische Weizenausfuhr geschädigt, sondern auch die anderer Länder.

Die Handelsbilanz spreche gleichfalls zu Gunsten Russlands.

Der Werth der ausgeführten und der eingeführten Waaren habe für die Monate April, Mai, Juni betragen:

	Ausfuhr Millionen	Einfuhr Credit-Rubel
1884	146.3	135.7
1885	155.0	101.1
1886	96.5	108.7
1887	135.4	93.1
1888	232.6	94.3
1889	213.4	113.7
1890	181.3	103.4
1891	180.8	113.5
1892	91.3	108.6
1893	152.9	128.6
1894	165.8	152.0

Was die deutsche Einfuhr nach Russland betreffe, so habe dieselbe für eine Reihe der wichtigsten Einfuhrartikel betragen:

	Einfuhr von März 1893	in 100 kg bis Anfang Juni 1894
Hopfen	66	259
Saffian, Chagrin, Glacé, lackirtes Leder	354	624
Zement	79 000	38 000
Steinkohle	307 000	325 000
Koaks	293 000	287 000
Gusseisen	11 500	11 000
Eisen	200 000	365 000
Zink	14 000	13 000
Kupferfabrikate	1 000	1 700
Fabrikate aus Gusseisen, Eisen und Stahl	30 000	41 000
Maschinen	34 000	64 000
Musikalische Instrumente	800	1 500
Papierwaaren	335	500
Gekämmte Wolle	5 000	4 000
Wollengewebe und Material zum Stricken	316	480
Galanteriewaaren	550	460
Farbestoffe	900	1 310
Lokomobilen	735	1 050
Chemische Produkte	21 295	19 650

Die Behauptung, dass der Handelsvertrag die Einfuhr deutscher Waaren sehr bedeutend, die Ausfuhr russischer Waaren sehr wenig fördere, finde durch diese Ziffern keine Bestätigung; die deutsche Einfuhr sei wohl gestiegen, aber es erwachse dadurch der russischen Industrie keine Schädigung. Es handle sich nur um die Einfuhr solcher Waaren, die in Russland überhaupt nicht oder nur in ungenügendem Masse erzeugt würden.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer. Beschlüsse

der
von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig
eingesetzten Kommissionen,
betreffend

die Bekämpfung des unlauteren Geschäftsgebahrens.

Besprechung der Kommission
für Verrath von Betriebsgeheimnissen
vom 23. August
bezw. vom 3. September 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Albert Lemmer, Maschinenfabrikant, Vorsitzender.
Louis Gerloff, Zucker-Raffinerie.

Albert Natalis, Nähmaschinenfabrikant.

William Kalberlah, Leinen-, Drell- und Baumwollwaaren-Grosshandel.

von Voigtländer, Optische Anstalt.

Brandt, Direktor der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt.

C. Wolff, Rechtsanwalt und Notar.

F. Trinks, Nähmaschinenfabrikant.

Beschlüsse.

- I. Der Verrath von Betriebsgeheimnissen, der seiner Natur nach sowohl Fabrikationsgeheimnisse wie Geschäftsgeheimnisse in sich schliesst, ist nicht nur zivilrechtlich, sondern daneben auch strafrechtlich zu verfolgen; auch das Prinzip der Busse hat Anwendung zu finden.
- II. Nicht nur der Verrath in seiner Vollendung, sondern schon der Versuch und die Verleitung dazu müssen strafbar sein. Demgemäss ist auch nicht nur der eigentliche Verräther, sondern ebenso der Anstifter und der Begünstiger zur Verantwortung zu ziehen; insbesondere muss auch der Anstifter für Schadenersatz und Busse regresspflichtig gemacht werden.
- III. Unter Betriebsgeheimniss ist alles das zu verstehen, was die in einem Betriebe beschäftigten Personen geheimzuhalten ausdrücklich verpflichtet worden sind, oder was seiner eigenartigen Natur nach für dieselben ohne Weiteres als Betriebsgeheimnisse anzusehen ist. Was seiner Natur nach nicht als Betriebsgeheimniss gelten kann, soll auch nicht durch dieses Gesetz geschützt werden.
- IV. Den in einem Betriebe angestellten Personen sind auch solche Personen gleich, welche Kraft eines besonderen Auftrages als Vertrauenspersonen in die Fabrik Eingang erhalten haben.
Personen, welche unter falscher Vorspiegelung zum Zwecke der Betriebserkundung sich Zutritt verschaffen, fallen ebenfalls unter die Bestimmung des Gesetzes, wenn ihnen eine eigennützige Absicht nachgewiesen werden kann.
Frühere Angestellte eines Betriebes unterliegen nur soweit den Bestimmungen dieses Gesetzes, als sie Betriebsgeheimnisse, die sie ausdrücklich geheim zu halten verpflichtet worden sind, oder deren Kenntniss sie sich auf unerlaubte Weise verschafft haben, für sich selbst ausnutzen, oder nachweislich in gewinnstüchtiger Absicht dritten Personen verrathen.
- V. Auch die Fahrlässigkeit als solche muss in den Bereich des Gesetzes einbezogen werden.
- VI. Es entspricht der Billigkeit, den Betriebsgeheimnissen nur auf beschränkte Zeit Schutz zu gewähren.

Besprechung der Kommission für Qualitäts-, Preis- und Herkunfts- Verschleierungen vom 27. August 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Tapezierer Ludw. Jürgens, Vorsitzender.
Carl Osterloh, Hof-Tischlermeister.
Herm. Barth, Tischlermeister.
Hoflieferant Richard Lange, Thee-, Drogen- und
Farbenhandlung.
Kaufmann Erich Kuthe, Eisen- und Stahlwaren-
handlung.

Beschlüsse.

- I. Jede Anlockung des Publikums durch auf Täuschung berechnete Waaren-, Qualitäts-, Preis-, Herkunftsbezeichnungen und dergl. muss dem Käufer das Recht geben, das Geschäft rückgängig zu machen sowie den Anspruch auf Ersatz der ihm entstandenen Unkosten. Beigewohnheitsmässigen schwindelhaften Manipulationen ist eine strafrechtliche Ahndung geboten.
- II. Der Verkäufer ist zu verpflichten, Waaren, die er unter Preisauszeichnung feil hält, auch aus dem Fenster zum Auszeichnungspreise abzugeben.
- III. Den vielfachen Missbräuchen gegenüber empfiehlt sich die Selbsthilfe von Seiten des realen Gewerbestandes durch Zusammenschluss der gemeinsamen Interessen in Form einer besonderen Organisation, welche von Seiten der Handelskammer aus Vertrauensmännern der hauptsächlich beteiligten Gewerbe zu bilden und auf Grundlage eines besonderen Statutes zur Wirksamkeit zu bringen wäre. Dieser Vereinigung würde es namentlich obliegen, strafbare Fälle zur Verfolgung zu bringen.

Besprechung der Kommission für Ausverkäufe, Scheinauktionen, Schwindelkonkurse, Wanderlager, schwindelhafte Reklame und dergl., vom 3. September 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Justus Leo, Tuch- und Manufakturwaarenhandlung,
Vorsitzender.
Justizrath Heymann, Rechtsanwalt.
Ludwig Jürgens, Tapezierer und Möbelschneider.
Herm. Barth, Tischlermeister und Möbelhandlung.
F. Brückmann, Nähmaschinenfabrikant.
Carl Osterloh, Hof-Tischlermeister und Möbel-
handlung.
Benno Goeritz, Buchhändler.

Beschluss.

Die Kommission erkennt die Schwierigkeit, die ganze Materie durch Spezialbestimmung zu regeln, an. Sie ist der Ansicht, dass die Mehrzahl der unlauteren Fälle durch eine allgemeine Fassung zur Verantwortung gezogen werden könnte und wird von vielen Interessenten eine Ausdehnung des Konzeptionswesens, nach dem Vorgange in anderen Ländern für nicht ungeeignet halten; doch wäre in diesem Falle eine sachverständige Entscheidung durch sachverständige Organe des Handelsstandes selbst vorzusehen. Im Uebrigen verweist sie auf die Möglichkeit eines Selbstschutzes durch den realen Handelsstand selbst.

Besprechung der Kommission für Hausirhandel, Kolportage und Detailreisen vom 3. September 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Justus Leo, Tuch- und Manufakturwaarenhandlung,
Vorsitzender.
Ed. Hahn, Schuhmachermeister.
Louis Witting sen., Seiden-Manufaktur, Mode-
waaren- und Teppichhandlung.
C. J. Mehn, Tapissieriegeschäft, Weiss- und Woll-
waarenhandlung.
Erich Kuthe, Eisen- und Stahlwaarenhandlung.

Beschluss.

Die Missstände auf dem Gebiete des Hausirwesens und der Kolportage sind in einer entsprechenden Erschwerung des zu verabfolgenden Hausirscheins bzw. in einer Abänderung der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zu beseitigen. Dem Missbrauche im Detailreisen ist durch Anwendung der Hausirordnung auf das Detailreisen unter den erforderlichen Ausnahmebestimmungen entgegenzutreten.

Soweit auf diesem Gesamtgebiet unlauteres Geschäftsgefahren festzustellen ist, würde dasselbe wohl in allen Fällen unter die Bestimmungen einer generellen Fassung fallen.

Besprechung der Kommission für Quantitäts- und Gewichtsverschleierungen vom 3. September 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Dr. Herm. Schmidt, Garn- und Kurzwaaren-
grosshandlung, Vorsitzender.
C. J. Mehn, Tapissieriegeschäft, Weiss- und Woll-
waarenhandlung.
Heinr. Erpenbeck, Leinen- und Baumwollwaaren-
handlung.
Bernh. Kiene, Putzwaarengrosshandlung.

Beschlüsse.

Die Kommission hält eine Bestimmung folgenden Inhaltes für wünschenswerth:

Wer Waaren unter einer usancemässigen Bezeichnung ohne besondere Angabe des Gewichtes, des Masses, der Stückzahl und dergl. feilhält, ist verpflichtet, die feststehende Usance einzuhalten, etwaige Abweichungen aber im Gewicht, Mass, Stückzahl und dergl. augenfällig bemerkbar zu machen.

Absichtliche Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmung unterliegen strafrechtlicher Verfolgung. Der Handelsstand wünscht, soweit nicht zwingende in der Natur der Sache liegende Gründe dagegen sprechen, dass die usancemässigen Bezeichnungen im inländischen Verkehr überhaupt mehr und mehr zurücktreten und durch die in Deutschland gesetzlich eingeführten Mass-, Gewichts- und Stückzahl-Bezeichnungen ersetzt werden möchten.

In der Zwischenzeit sind die geltenden usancemässigen Bezeichnungen nach Anhörung der Betheiligten durch Bundesrathsbeschluss festzulegen. Bis zum Erlass solcher Bestimmung müssen die ortsüblichen Bezeichnungen als usancemässige gelten.

Besprechung der Kommission für Firmenwesen vom 27. August 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Dr. Herm. Schmidt, Garn- und Kurzwaaren-Gross-
handlung, Vorsitzender.
Justizrath Heymann, Rechtsanwalt.

Otto Lüttge, Kolonialwaaren-Grosshandlung.
 William Kalberlah, Leinen-, Drell- und Baum-
 wollwaaren-Grosshandlung.
 W. Pinkepanck, Drogen- und Farben-Grosshandlung.
 Ludw. du Roi, Zigarrenfabrikant.
 C. J. Mehn, Tapissiergeschäft, Weiss- und Woll-
 waarenhandlung.
 Heintr. Erpenbeck, Leinen- und Baumwollwaaren-
 handlung.
 Bernh. Kiene, Putzwaaren-Grosshandlung.

Beschlüsse.

- I. Die Ordnung des Firmenwesens muss einer allgemeinen Revision unterzogen werden. Abänderungsbedürftig sind u. A. die Bestimmungen über die Eintragungspflichtigkeit, über die Form der Veröffentlichung, über die Mitwirkung der Handelskammern, die gleichlautenden Firmen etc.
- II. Nicht nur die Firmen-Eintragung, sondern auch der öffentliche Gebrauch derselben muss gesetzlich geregelt werden.
- III. In solchen Fällen, in denen eine Firma vom Inhaber auf die Frau oder eine dritte Person übergeht, ohne dass der seitherige Inhaber seine Thätigkeit in dem Geschäfte aufgibt, muss der Name der Geschäftsinhaberin etc. in den geschäftlichen Ankündigungen erkennbar hervortreten.
- IV. Inhaber solcher Geschäfte, welche nicht in das Firmenregister eingetragen sind, dürfen sich im Geschäftsverkehr (z. B. auf Firmenschildern, Ankündigungen u. dergl.) nur solcher Geschäftsbezeichnungen bedienen, welche den vollen Ruf- und Zunamen des Inhabers enthalten.
- V. Das Firmenschild darf keine Unwahrheit oder Zweideutigkeit enthalten, welche im Publikum irgendwelche Täuschung hervorrufen könnte. Eine entsprechende Erledigung wird diese Frage schon in der allgemeinen Fassung eines Artikels finden, der jede Anlockung des Publikums durch unwahre oder zweideutige Kundmachungen untersagt. Der Missbrauch, welcher mit allgemeinen Bezeichnungen offenkundig getrieben wird, lässt eine besondere Bestimmung wünschenswerth erscheinen, welche in allen solchen Fällen die Namhaftmachung des Inhabers sowohl auf den Strassenschildern wie bei öffentlichen Ankündigungen zur Pflicht macht.
- VI. Die Nachahmung eines Firmenschildes zum Zwecke der Täuschung muss als strafbar gelten. Auch hier wird es aber einer besonderen Festsetzung nicht bedürfen.
- VII. Die künstliche Konstruktion von Firmen zum Zwecke der Täuschung muss als strafbar gelten.
- VIII. Wenn im Laufe der Zeit die den Bestandtheil einer Firma bildende Geschäftsbezeichnung in Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen geräth, muss eine entsprechende Abänderung erfolgen.

Besprechung der Kommission für Bauschwindel vom 31. August 1894.

Namen der Kommissionsmitglieder:

Max Gutkind, Bankier, Vorsitzender.
 Albert Niess, Zimmermeister.
 Joh. Meyerhoff, Schlossermeister.
 Hugo Lundberg, Fabrikant von Cementdielen.
 Philipp Baumkauff, Maurermeister.
 Friedrich Lankau, Dampfziegelei.
 H. Maring, Hofdachdeckermeister.
 Friedrich Seele, Eisenfaktorei.
 C. Wolff, Rechtsanwalt und Notar.

Beschluss.

- I. Der Anspruch, den Forderungen der Bauhandwerker einen unbedingten hypothekarischen Vorrang vor den bestehenden Hypotheken einzuräumen, wird als zu weitgehend angesehen.
- II. Nach Ertheilung der Baukonzession dürfen im Allgemeinen Hypotheken nicht mit Vorrang vor den hypothekarisch zu sichernden Forderungen der Bauhandwerker eingetragen werden.
- III. Die Einzelforderungen der Bauhandwerker sind vor Beginn des Baues auf Grundlage ihrer Kostenanschläge solidarisch in einer Zwangshypothek sicher zu stellen und gegebenen Falles pro rata zu befriedigen.
 Unternehmer solcher Lieferungen, welche gesetzlich für die Hypotheken des Grundstückes haften, sind den Bauhandwerkern gleich zu achten. Soweit der Kautionshypothek-Inhaber selbst Lieferant ist, wird er für seine eigene Forderung pro rata wie die übrigen Lieferanten und Bauhandwerker behandelt.
- IV. Unter der Voraussetzung, dass der Einführung obligatorischer Lieferantenhypotheken bei Baugrundstücken prinzipielle Bedenken nicht entgegenstehen, hält der Ausschuss folgende Regelung für zweckentsprechend:

Zur gedeihlichen Gestaltung einer Zwangshypothek für Bauhandwerker und diejenigen sonstigen Personen, deren Lieferungen gesetzlich Vorschrift gemäss für die Hypotheken des in Frage stehenden Grundstückes haften, würde u. A. erforderlich sein:

1. Das Baupolizeiamt jedes Ortes ist verpflichtet, das zuständige Grundbuchamt von jeder Baugenehmigung unter genauer Bezeichnung des Bauplatzes und unter Mittheilung eines fortan obligatorisch zu machenden, von dem Lieferanten zu unterschreibenden Kostenanschlages in Kenntniss zu setzen. Auf Grund dieser Anzeige wird das fragliche Grundstück zunächst durch Eintragung einer Vormerkung zu gemeinsamen Gunsten der Lieferanten und bis zur Höhe der Kostenanschlagssumme zuzüglich eines angemessenen Zuschlages gesperrt.
2. Die Art und Weise der Eintragung der Hypothek selbst bedarf weiterer Erwägung. Die Hypothek könnte als gemeinsame Kautionshypothek gedacht werden. Behufs Aufrechterhaltung des Realkredits wird dieselbe allen früheren Belastungen im Range nachzustehen haben.
3. Der Eigenthümer des Bauplatzes ist berechtigt, an Stelle des gesperrten Betrages eine Kautionshypothek zu Gunsten eines beliebigen Gläubigers eintragen zu lassen, wenn
 - a) die Lieferanten einwilligen,
 - b) der Gläubiger sich verpflichtet, in Höhe des Kostenanschlages die Lieferanten pro rata auf Grund des Lieferungsnachweises zu befriedigen.

Der Gläubiger ist bei Geltendmachung der Rechte aus der Kautionshypothek auf die von ihm dergestalt an die Lieferanten gezahlte Summe zuzüglich bankusancemässigen Zinsen und Provision beschränkt.

4. Ratirliche oder völlige, dem Kostenanschlages entsprechende Befriedigung der Lieferanten berechtigen den Eigenthümer des Grundstückes bis zur Höhe der Zahlungen zu Gunsten eines Dritten eine feste Hypothek zuzüglich landesüblicher Zinsen mit Vorrang vor dem Reste des gesperrten Betrages zur Eintragung zu bringen.

Entwurf

für ein

Schutzkomitee zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes,

vorgelegt von der Kommission
für Qualitäts-, Preis- und Herkunftsbezeichnungen.

§ 1.

Zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes in der Stadt Braunschweig wird von Seiten der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig aus Vertrauensmännern der einzelnen, besonders beteiligten Gewerbe ein Schutzkomitee gebildet, das bestimmt ist, die Interessen des realen Gewerbes gegenüber schwindelhaftem und zweideutigem Geschäftsgebahren nach jeder Richtung hin zu wahren.

§ 2.

Das Schutzkomitee wird in der Weise gebildet, dass die grösseren gewerblichen Fachvereinigungen Braunschweigs, soweit sie erfahrungsgemäss unter unlauteren Geschäftsmanipulationen leiden, von Seiten der Handelskammer aufgefordert werden, je einen Vertrauensmann in das Schutzkomitee zu entsenden. Soweit für die Angehörigen einer grösseren Gewerbegruppe eine besondere Fachvereinigung nicht besteht, bestimmt die Handelskammer nach freiem Ermessen einen geeigneten Vertreter. Dies Mandat der Komiteemitglieder läuft auf drei Jahre.

§ 3.

Das Schutzkomitee wählt aus seiner Mitte alljährlich je einen Vorsitzenden, Stellvertreter, Schriftführer und Kassirer. Die Vorstandsmitglieder und der Syndikus der Handelskammer sind berechtigt, jederzeit den Sitzungen beizuwohnen und sich an den Berathungen und Bestimmungen zu betheiligen. Sie sind ebenso wie die Mitglieder zu den Sitzungen regelmässig und rechtzeitig einzuladen.

§ 4.

Die Sitzungen finden nach Bedürfniss statt. Etwaige Beschlüsse bedürfen der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Mitglieder. Die Vollziehung der Beschlüsse liegt dem Vorsitzenden ob.

§ 5.

Die erforderlichen Kosten werden alljährlich bei denjenigen Gewerbetreibenden, welche sich als Vereinsmitglieder in die Liste des Ausschusses eintragen, aufgebracht. Der Jahresbeitrag darf den Betrag von 1 Mk. pro Kopf nicht übersteigen, etwa erforderliche Mehraufwendungen werden durch Zuschuss von Seiten der Handelskammer gedeckt.

§ 6.

Jeder in die Liste aufgenommene Gewerbetreibende hat das Recht, selbständige Anträge und Beschwerden bei dem Komitee vorzubringen. Das Komitee ist verpflichtet, jede ihm übermittelte Beschwerde zu prüfen, darüber zu beschliessen und den Beschluss dem Antragsteller mitzutheilen. Alle nothwendig werdenden Informationen, Kundmachungen, prozessuellen und sonstigen Massnahmen werden aus den verfügbaren Mitteln des Komitees gedeckt.

§ 7.

Wenn ein Bedürfniss für die bestimmungsmässigen Aufgaben des Schutzkomitees nicht mehr vorliegt, wird dasselbe von Seiten der Handelskammer wieder aufgelöst. Der endgültigen Auflösung hat ein diesbezüglicher Beschluss der Komiteemitglieder vorauszugehen, und zwar ist hierzu die Zustimmung von $\frac{2}{3}$ sämtlicher Mitglieder erforderlich. Etwa vorhandene Bestände sind von der Handelskammer zu einem gemeinnützigen Zweck zu verwenden.

Fernsprech-Verbindung Braunschweig—Hamburg.

Auf den von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig unter dem 11. Juni d. J. bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Braunschweig eingereichten Antrag bez. der Herstellung einer Fernsprechverbindung Braunschweig—Hamburg, welcher von der Handelskammer zu Hamburg bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Hamburg unterstützt wurde, ist das nachfolgende Schreiben ergangen:

Braunschweig, 21. September 1894.

„Der Handelskammer erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 11. Juni A. II 4. — 2937/94 erbenst, dass nach dem Ergebniss der stattgehabten Prüfung die Zulassung des Sprechverkehrs zwischen Braunschweig und Hamburg mit Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse der in Betracht kommenden Leitungen zur Zeit nicht angängig ist.

Ich werde jedoch die Angelegenheit im Auge behalten und auf den dortigen Antrag zurückkommen, sobald die Einführung des Sprechverkehrs zwischen Braunschweig und Hamburg sich wird ermöglichen lassen.

Der Kaiserliche Oberpostdirektor.
gez. Gräfe.“

Abänderung und Erweiterung der Unfallversicherung.

Die Handelskammer zu Posen hat bezüglich der Abänderung und Erweiterung der Unfallversicherung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eine Denkschrift eingesandt, welche in eingehender Weise den geplanten Gesetzentwurf behandelt. Da der Gesetzentwurf voraussichtlich schon in der nächsten Session des Reichstages zur Verhandlung kommt, so wird die hiesige Handelskammer bereits in ihrer nächsten Plenarsitzung die Angelegenheit zur Verhandlung bringen. Gleichzeitig wird auch der bereits früher eingegangene Antrag der Handels- und Gewerbekammer Stuttgart bez. der Abänderung und Erweiterung der Unfallversicherung zur Berathung gelangen.

Erhebungen über das finanzielle Ergebniss der Betriebsverwaltung der Königlich Preussischen Eisenbahnen.

Seitens der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg werden alljährlich auf Anordnung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten Erhebungen über das finanzielle Ergebniss der Betriebsverwaltung angestellt. An die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist nun auch in diesem Jahre das Ersuchen gestellt um Mittheilung darüber, ob und in welchem Masse für die noch folgenden Monate des Etatsjahres 1894/95, September d. J. bis Ende März 1895, eine Verkehrs-Zu- oder Abnahme im Vergleich zu dem gleichen Zeitraume des Vorjahres zu erwarten sei.

Da für den angefragten Zeitpunkt eine Verkehrszunahme im Vergleich zum Vorjahre zu erwarten steht, indem die meisten gewerblichen Etablissements des Handelskammerbezirktes zur Zeit mit Aufträgen reichlich versehen sind, so hat die Handelskammer in diesem Sinne der Königl. Eisenbahn-Direktion Antwort gegeben.

Stellvertretende Handelsrichter.

In der Rechtsprechung auf dem Handelsgebiete haben sich Missstände herausgestellt, die in der Besetzung der stellvertretenden Richterstellen begründet sind. Die Handelskammer Krefeld hat sich nun, um diesen Missständen abzuhefen, an die übrigen kaufmännischen Korporationen gewandt und befürwortet, dass das Amt des stellvertretenden Handelsrichters, dem nur eine subsidäre Gewalt innewohnt, aufgehoben werden möchte und dafür mehr ordentliche Handelsrichter eingestellt werden. Von den Aeltesten der Kaufmannschaft Magdeburg werden zur Zeit Ermittlungen an-

gestellt, wie sich das Institut der Handelsrichter in anderen Staaten gestaltet und welche Erfahrungen man damit gemacht hat. Die hiesige Handelskammer hat sich in der Angelegenheit dahin ausgesprochen, dass sich die Aufhebung des Amtes der stellvertretenden und Erhöhung der Zahl der wirklichen Handelsrichter nicht empfehlen möchte, wenn das Bestreben, Handelssachen möglichst schnell zur Entscheidung zu bringen, aufrecht erhalten werden soll.

Kontradiktorische Prozesse kommen selten in einem Verhandlungstermin zu Ende! Nachdem die Parteien verhandelt haben, werden in der Regel Beweismittel, als Vernehmung von Zeugen etc. erforderlich und nachdem in dieser Beziehung Feststellungen erfolgt sind, werden nun diese in einem neuen Termin vorgetragen, und das Urtheil kann gefällt werden. Voraussetzung ist indess, dass dieselben Richter in allen Terminen derselben Sache thätig gewesen sind, da sonst nicht allein das Beweismaterial, sondern die ganzen, bereits früher erfolgten Verhandlungen nochmals vorgetragen werden müssten, um den oder die neuen Richter in Stand zu setzen, ein sachgemässes Urtheil fällen zu können. Dass dieses aber ein erschwerender Umstand ist, liegt auf der Hand.

Was die hiesigen Verhältnisse anbelangt, so findet in jeder Woche eine Gerichtssitzung statt, zu welcher die Stellvertreter nur dann zugezogen werden, wenn ein Handelsrichter behindert ist. Man würde nun allerdings einen Turnus einführen können, wenn statt der vorhandenen zwei Handelsrichter und zwei Vertreter, vier Handelsrichter ernannt würden, von denen alle 14 Tage je zwei in Thätigkeit treten würden. Dieses würde aber den Nachtheil haben, dass man in den meisten Fällen die Termine von einem zum andern auf mindestens 14 Tage verlegen müsste, während die Verlegung auf nur 7 Tage oft erwünscht ist. Wollte man letzteres thun, so würden die oben geschilderten Weitläufigkeiten entstehen.

Ermässigte Tarife für Waaren aus den Balkanstaaten.

Die Königliche Eisenbahndirektion Magdeburg hat an die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig die Mittheilung gelangen lassen, dass für die Beförderung von Fellen, Häuten, gedörrtem Obst, namentlich Pflaumen, Fleisch und Fleischwaaren und todtem Geflügel in grossen Mengen von den Balkanstaaten nach deutschen Stationen ermässigte Ausnahmetarife für den Bahnweg in Vorschlag gebracht seien und knüpft daran die Anfrage, ob der Gewährung dieses Vorschlages nicht eventuell Interessen des Herzogthums Braunschweig entgegenständen, d. h. ob der inländische Bedarf an genannten Artikeln etwa durch heimische Produzenten gedeckt und daher durch die Gewährung von Ausnahmetarifen die hiesigen Produzenten geschädigt würden. Die Handelskammer Braunschweig wird, entsprechende Erhebungen anstellen und das Ergebniss derselben dann der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg übermitteln.

Eisenbahn-Verbindung Wolfenbüttel—Hannover.

Die mangelhafte Eisenbahn-Verbindung Wolfenbüttels mit Hannover hat dem kaufmännischen Verein zu Wolfenbüttel Anlass zu einer Eingabe an die hiesige Handelskammer gegeben, worin letztere ersucht wird, für bessere Anschlüsse an diejenigen Züge, die die Hauptverbindungen zwischen Braunschweig und Hannover vermitteln, einzutreten.

Aufsichtsrecht der Handelskammer über die angeordneten Sensale.

Auf den Antrag der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig vom 19. Mai d. J., betreffend die Stellung der Handelsmakler unter die Aufsicht der

Handelskammer ist der nachfolgende Bescheid des Herzoglichen Staats-Ministeriums ergangen:

Auf den fernerweiten Bericht vom 19. Mai d. J. No. A IV. 14 1954/94, Aufsicht über die Sensale betreffend, erwidern wir der Handelskammer, dass wir bereit sind, die Handelsmakler der Aufsicht der Handelskammer auf Grund des § 31 des Gesetzes vom 19. März 1890 No. 6 zu unterstellen. Voraussetzung einer solchen Massregel ist indessen, dass dabei eine genau die Verhältnisse regelnde Maklerordnung, unter gleichzeitiger Aufhebung der Geld- und Wechsel-Makler-Ordnung für die Stadt Braunschweig vom 16. Oktober 1787 (Fredersdorff Prompt. V Seite 151 u. f.) erlassen werde.

Wir veranlassen die Handelskammer, uns bezügliche Vorschläge, event. bei Vorlegung eines Entwurfes für die neue Maklerordnung, zu unterbreiten.

Braunschweig, den 1. Oktober 1894.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Hartwig.

Unterstützungskasse für Hilfsbedürftige des Handelsstandes.

Von dem Vorstande der Unterstützungskasse für Hilfsbedürftige des Handelsstandes zu Wolfenbüttel ist der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig der nachstehende Bericht nebst der Bitte um eine jährliche Unterstützung zugegangen:

Einer von wohlöbl. Handelskammer gegebenen Anregung folgend, ist im Jahre 1892 die Unterstützungskasse für Hilfsbedürftige des Handelsstandes hierselbst gegründet worden, über welche die Handelskammer laut Schreiben vom 24. März 1892 das Protektorat übernommen hat.

Wir erlauben uns nun, wohlöbl. Handelskammer ganz ergebenst mitzutheilen, dass im ersten Rechnungsjahre (1. Oktober 1892 bis dahin 1893) von uns 127 dem Handelsstande angehörige, hilfsbedürftige Reisende Unterstützung in Form von Beköstigung, Nachtlager, bezw. durch Darreichung von Eisenbahnfahrkarten erhalten haben; in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 24. August d. J. 159 Personen!

Die Zahlen der Unterstützungskasse beweisen, dass dieselbe eine Thätigkeit entfaltet hat, die einem wirklichen und grossen Bedürfnisse entsprach; andererseits müssen wir aber hervorheben, dass die grosse und wachsende Zahl der auf unsere Unterstützungskasse Angewiesenen unsere Kasse derart in Anspruch nimmt, dass dieselbe, wenn sie nicht weitere Mittel erhält, nicht in der Lage sein wird, auch nur nach dieser einen Seite hin, — Unterstützung hilfsbedürftiger Durchreisender des Handelsstandes — dem Bedürfnisse entsprechend wirken zu können, und dass die Möglichkeit, irgend etwas für den weiteren Zweck der Kasse, entsprechende „Unterstützung unverschuldet in Noth gerathener hiesiger Geschäftsleute“ aufzuwenden, für alle Zeiten ausgeschlossen bleibt.

Nachdem unsere Bemühungen, die Zahl der Mitglieder der Kasse oder deren Einnahmen auf andere Weise zu vermehren, vergeblich gewesen sind, wenden wir uns an wohlöbl. Handelskammer mit der ganz ergebenen Bitte, der Kasse eine jährliche Unterstützung gütigst überweisen zu wollen, und hoffen um so mehr auf eine geneigte Erfüllung unserer Bitte, als seiner Zeit in der Handelskammer, bei Gelegenheit der Genehmigung einer jährlichen Unterstützung eines demselben Zwecke dienenden Vereins in der Stadt Braunschweig ausdrücklich hervorgehoben wurde, dass derartige Kassen, die neben der Braunschweiger Kasse im Herzogthum entstehen würden, sich ebenfalls einer thatkräftigen Unterstützung der Handelskammer versichert halten dürften.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokollens zu untersagen ist, wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 22. September 1894 wie folgt ausgegeben:

A. Oesterreich.

Mähren:

II. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Göding, Gaya, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Hollerschau, Prerau, Kremsier, Wischau und Prossnitz, ferner die Städte Ungarisch-Hradisch und Kremsier.

Galizien:

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Saybusch, Biala, Chrzanow, Wadowice, Krakau, Wirlicka, Myslenice, Bochnia, Limanowa, Neumarkt, Neusandes, Brzesko, Dacrowa, Tarnow und Grybow, ferner die Stadt Krakau.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Zips, Liptau, Thurocz, Trentschin, Neutra, Sohl, Bars, Hont, Saros und Pressburg.

Sozialpolitisches.

Städtischer Arbeitsnachweis. Einen sehr beachtenswerthen Erlass hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die Provinzialbehörden gerichtet. Dieselben werden auf die in Stuttgart, Frankfurt a. M., Köln, Berlin u. s. w. zu Tage getretenen Bestrebungen auf Errichtung städtischer Arbeitsnachweise hingewiesen und veranlasst, diese Bestrebungen thunlichst zu unterstützen. Der Minister führt aus, dass die Bedeutung, welche der möglichst ausgedehnten Einrichtung solcher kommunalen Arbeitsnachweisstellen beizumessen ist, es wünschenswerth erscheinen lasse, dass die darauf gerichteten Bemühungen — die bis jetzt erst vereinzelt auftreten und hie und da bei den städtischen Vertretungen auf Abneigung gestossen sind — nach Möglichkeit weiter ausgedehnt und gefördert werden. Dementsprechend wünscht der Minister, dass mindestens in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern städtische Arbeitsnachweise errichtet werden. Insbesondere wird es auch für wünschenswerth bezeichnet, wenn die Beisitzer der Gewerbegerichte möglichst auch als Beisitzer für die Arbeitsnachweisstellen verwendet werden. Die Provinzialbehörden sind angewiesen, von dem Erfolg ihrer Bemühungen dem Ministerium Bericht zu erstatten.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit durch Unternehmer. Wie dem soeben veröffentlichten Jahresbericht der Handelskammer zu Worms zu entnehmen ist, wird in einem der grössten dortigen Betriebe seit einigen Jahren der Versuch der Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit gemacht. Die Lederfabrik von C. Heyl in Worms hat im Hinblick auf den schwankenden Geschäftsgang die Einrichtung getroffen, in der Zeit des geschäftlichen Niederganges die überflüssigen Arbeiter nicht schlechtweg zu entlassen, sondern in regelmässigem Wechsel zeitweise ausser Arbeit zu setzen und ihnen dabei ein Wartegeld zu zahlen, das etwa dem mittleren Tagelohn entspricht. Dieser Versuch habe sich für alle Theile gut bewährt. Die Arbeitnehmer seien gegen Noth geschützt gewesen und hätten in Ruhe abwarten können, bis sich die Zeiten wieder besserten und sie bei der Firma von Neuem Arbeit fanden. Namentlich die Frauen und Mädchen, die sich inzwischen häuslichen Angelegenheiten widmen konnten, hätten die Ruhezeit als eine Wohlthat empfunden. Aber auch der Fabrik selbst sei die neue Einrichtung zu statten ge-

kommen. Sie ermöglichte es ihr, sich einen Stock von eingetübten Arbeitern zu erhalten, die bei Bedarf jederzeit wieder eingestellt werden konnten. Dazu wird bemerkt: „Das von der Wormser Firma gegebene Beispiel verdiente Seitens aller Arbeitgeber ernste Beachtung und, soweit es sich ermöglichen lässt, baldige Nachahmung. Eine einzelne Firma, ja selbst mehrere Firmen würden allein noch nicht im Stande sein, dem Uebel der Arbeitslosigkeit in den grösseren Industriezentren zu Zeiten des wirthschaftlichen Niederganges wirksam zu steuern. Aber wenn zahlreiche Arbeitgeber in den verschiedensten Theilen des Reiches es ermöglichen könnten, auf diesem Wege der Arbeitslosigkeit wegen vorübergehenden Mangels an Arbeit zu steuern, dann würden sie vielleicht der Sozialdemokratie die besten und willfähigsten Rekruten abspenstig machen können.“

Technisches.

Die Einfuhr ägyptischer Baumwolle nimmt in den Vereinigten Staaten Nordamerikas mit jedem Jahre zu, eine Erscheinung, die man bei der grossen eigenen Produktion Amerikas an Baumwolle gar nicht vermuthen sollte; während die Einfuhr im Jahre 1889 schon 1500000 Kilo betrug, ist dieselbe im vorigen Jahre auf 14 Millionen Kilo gestiegen. Grund zu der starken Nachfrage ist die lange Faser der Baumwolle, welche dieselbe hauptsächlich für Docht-, Schlauch- und Bandwaren empfiehlt, zu welchem Zweck sie mit amerikanischer Baumwolle in passenden Verhältnissen gemischt wird. (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz.)

Auch Italien wird nunmehr ein ausgedehntes Telephon-Netz zwischen den einzelnen grossen Städten erhalten; das Ministerium genehmigte die Anlage von Verbindungen zwischen Rom-Genua-Turin, Turin-Mailand, Turin-Genua, Genua-Mailand, Mailand-Venedig, Rom-Florenz-Venedig. Ebenso sind Unterhandlungen wegen Verbindungen mit der Schweiz, Deutschland und Oesterreich im Gange, wo es sich um Verbindungen mit Paris, Bern, Berlin, Wien und Triest handeln würde.

Kleine Mittheilungen.

Der Rückgang des französischen Exports. Von verschiedenen Seiten werden jetzt den französischen Exporteuren bittere Vorwürfe darüber gemacht, dass sie müssig die Hände in den Schooss legen, statt selbst eifrig auf neue Absatzgebiete zu fahnden. Der französische Konsul von Odessa verwies in seinem jüngsten Bericht darauf, dass die französischen Fabrikanten die so äusserst günstige Gelegenheit, den deutschen Konkurrenten in Russland den Rang abzulaufen, unbenutzt liessen, indess die Deutschen keine Minute verloren und schon vor Abschluss des Handelsvertrages die Eventualität eines solchen ins Auge fassten. Das „Journal des chambres de commerce et d'industrie“ führt heftige Klage über die Unthätigkeit der französischen Exporteure, welche den deutsch-russischen Zollkrieg nicht auszunützen wussten. „Die Wahrheit,“ schreibt das erwähnte Organ, „ist höchst traurig zu gestehen, ist aber die: wir haben nichts gethan; wir zählten ohne Zweifel darauf, dass die Käufer kommen und uns kniefällig bitten würden, ihnen doch unsere Produkte zu verkaufen. Sie sind aber nicht gekommen, wie wir dies erwarteten. Gleichzeitig unterhandelten jedoch Deutschland und Oesterreich mit der russischen Regierung über einen Handelsvertrag, um die gleichen Begünstigungen zu erhalten wie Frankreich. Diese Unterhandlungen waren bekanntlich von Erfolg gekrönt, und jetzt haben wir keine bevorzugte Stellung mehr. In Erwartung eines Handelsvertrages durchkreuzten die deutschen Reisenden bereits das Land, nahmen bedingungsweise Aufträge entgegen, und am Tage, da der Vertrag zu Stande

kan, waren sie am Platze und brachten ihre Waaren mit. Die Oesterreicher ihrerseits sandten einen kompetenten Beamten des Wiener Handels-Museums aus, damit er den russischen Markt studire und erforsche, welche österreichische Artikel daselbst Absatz finden könnten. Und wir wohnen gemächlich dieser Besitzergreifung bei.“ Nicht minder scharf sind die Auslassungen des „Bulletin de la Société de géographie commerciale du Havre“. Dasselbe schreibt: „Diejenigen, welche die Konsulatsberichte lesen, werden konstatiren, dass die Klagen unserer Konsuln immer die gleichen über den Mangel an Initiative und Kühnheit unserer Geschäftsleute sind. Man sieht kaum von Zeit zu Zeit irgend einen französischen Handlungsreisenden, und auch den nur in drei oder vier grossen Städten: St. Petersburg, Moskau, Odessa und vielleicht noch Kiew. Der französische Kaufmann schreckt vor dem langen Kredit, den er zu gewähren hätte, zurück, und doch handelt es sich dabei nur um eine einfache Zinsenrechnung, ein geringes Risiko, wenn man seinen Klienten gut wählt. Die Deutschen und die Engländer gewähren diesen langen Kredit und würdigen doch gleich uns die rasche Zirkulation des Geldes. Der französische Kaufmann schreckt vor den Reisespesen zurück; warum sollten aber nicht mehrere Häuser auf gemeinsame Kosten einen Reisenden aussenden?“ Dasselbe Blatt berührt dann die so wichtige Frage, warum die französischen Fabrikanten sich darauf steifen, nur Luxusartikel herzustellen, in denen sie allerdings einen unbestreitbaren Vorrang einnehmen, die aber gerade jetzt nicht mehr leicht Absatz finden.

Im Anschluss an die Verhandlungen über die Bekämpfung des Bauschwindels ist eine beachtenswerthe Anregung von Steglitz aus ergangen. Es wird nämlich der Vorschlag gemacht, dem Genossenschaftswesen eine grössere Durchbildung angedeihen zu lassen und den bestehenden Uebelständen dadurch abzuhelfen, dass die Bauhandwerker sich zu Genossenschaften vereinigen und durch Selbsthilfe sich vor Benachtheiligungen schützen.

Zentralstelle zur Begutachtung künftiger Handelsverträge. Der Deutsche Handelstag hat in seiner Sitzung vom 16. November v. J. den Beschluss gefasst, ein ständiges Bureau einzurichten, welches bei dem Abschluss von Handelsverträgen und bei Beurtheilung handelspolitischer Fragen gutachtlich zu hören ist, und welches mit Sammlung einschlägigen Materials bezüglich solcher Vorlagen sich zu befassen hat. Die Mitglieder des deutschen Handelstages sind um Mittheilung der für den Export arbeitenden Industrien ihres Bezirkes, sowie um Mittheilung derjenigen Persönlichkeiten ersucht, die in den einzelnen Geschäftszweigen erforderlichen Falls als Sachverständige vorgeschlagen werden können.

Einige Ergebnisse rumänischer Lieferungs-Ausschreibungen. Nachstehend stellen wir einige Ergebnisse von rumänischen Lieferungs-Ausschreibungen zusammen:

Die Gasbeleuchtung und elektrische Beleuchtung von Braila (60, bezw. 12 km) wurde von einer Pariser Firma erstanden. (Georgy & Co.)

Die Pferdebahn-Konzession von Galatz fiel einer belgischen Gesellschaft zu auf Basis von 5 Centimes per km mit einem Minimum von 10 Centimes per Sektion, und 20 Centimes auf der ganzen Linie.

Die Lieferung von 103500 kg Nieten für die rumänischen Eisenbahnen wurde von einer belgischen Fabrik um 22331 Frs. erstanden. Eine französische Firma hatte 23850 Frs. gefordert.

Eine Lieferung von Krampen fiel mit 78188 Frs. der Gesellschaft von La Croÿère zu. Ein Pariser Haus hatte 110000, ein Industrieller von Hostomitz 198000 Frs. verlangt.

Für Eisenplatten erstanden die Werke von Cockerill die Lieferung um 39674 Frs., während Alais 48632 Frs. und Krupp 51704 Frs. verlangt hatten.

Für 7000 m Wachsleinwand für die rumänischen Bahnen wurde einer Elberfelder Firma die Lieferung mit dem Preise von 2550 Frs. zugesprochen.

Die Lieferung von 150000 Bogen weisses Zeichenpapier für dieselbe Verwaltung erstand eine Brüsseler Firma mit 3736.50 Frs.

Amerikanische Konkurrenz. Die sich rapid entwickelnde amerikanische Industrie beginnt bereits selbst nach Europa überzugreifen. Wie englische Zeitungen berichten, hat im Jahre 1893 die Ausfuhr an Sonder- und Werkzeugmaschinen sowie Ackerbaugeräthen von Amerika nach England einen Werth von 3211000 Dollars, die gleiche Ausfuhr von England nach Amerika dagegen nur einen Werth von 1051000 Dollars dargestellt. Ebenso sind in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mehr als 1000 Tonnen Ferromangan von Baltimore nach Glasgow, Antwerpen, Rotterdam und Hamburg verschifft worden, wie ja auch bereits nordamerikanische Kohlen in europäische Häfen eingedrungen sind. Ferner ist in neuerer Zeit Nordamerika in Russland als ein scharfer Konkurrent Deutschlands bei Lieferung von Lokomotiven aufgetreten. Dieser Wettbewerb verdient umso mehr unsere Aufmerksamkeit, als Nordamerika uns durch seinen unerschöpflichen Reichtum an Kohlen und Erzen überlegen ist, und die ungeheuren Entfernungen durch überaus niedrige Frachtsätze auf den Eisenbahnen, Binnenwasserstrassen sowie für den Seeverkehr mit Europa ausgeglichen worden, als ferner der Schutz, den uns bisher die niedrigen Gehalte und Löhne gewährten, mehr und mehr zu schwinden beginnt, weil man in Nordamerika einerseits bestrebt ist, die Handarbeit so viel als möglich durch Maschinenarbeit zu ersetzen, und weil andererseits dort in letzter Zeit die Löhne so weit gesunken sind, dass einfache Tagelöhner aller Art kaum noch das Anderthalbfache wie bei uns verdienen, und bei der fortschreitenden Verbilligung aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände in Nordamerika die Löhne in gleichem Verhältniss sinken werden.

Zur deutschen Margarine-Industrie. Gegen die Konkurrenz der Margarinefabrikation ist jetzt aus Anlass der aus landwirthschaftlichen Kreisen bei der Reichsregierung eingegangenen vielfachen Klagen eine Umfrage in landwirthschaftlichen und Handelskreisen einiger Landestheile veranstaltet worden, welche dahin geht: 1. Welche Erfahrungen sind im Allgemeinen bei der Handhabung des Gesetzes gemacht, und nach welcher Richtung ist das Gesetz als abänderungsfähig befunden worden? 2. Ist eine regelmässige Kontrolle des Handels mit Butter und Margarine, namentlich auf den Wochenmärkten, eingeführt? 3. Sind Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz bekannt geworden, und mit welchem Erfolg ist dagegen eingeschritten? 4. Welchen Umfang hat die Jahresproduktion von Anstalten zur Herstellung von Margarine und Margarinekäse? 5. Ist im Allgemeinen ein Sinken oder Steigen des Preises für Naturbutter seit dem Erscheinen der Margarine wahrgenommen?

Gründung eines Verbandes der Handels- und Gewerbe-Vereine in Oldenburg i. Gr. Auf Anregung und Beschluss mehrerer Handels- und Gewerbe-Vereine und einer Anzahl Handel-, Gewerbe-, Industrie- und Schifffahrttreibenden ist unter staatlicher Subvention ein Verband von Handels- und Gewerbe-Vereinen für das Herzogthum Oldenburg gebildet worden, dem bis jetzt 16 Vereine mit etwa 1000 Mitgliedern angehören. Das Grossherzogliche Staatsministerium, Departement des Innern, hat den Verband für konstituiert erachtet und die Verbands-Statuten genehmigt. Der Verband bezweckt die Wahrnehmung der Gesamtinteressen aller im Grossherzogthum Oldenburg wohnenden Handel-, Gewerbe-, Schiff-

fahrt- und Industrietreibenden. Die Selbstständigkeit und Thätigkeit der einzelnen Vereine, welche dem Verbands angehören, werden durch denselben nicht beschränkt.

Export nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Statement showing the value of the declared exports from the Consular District of Brunswick, Germany, to the United States, during the quarter ending September 30th., 1894.

Articles	Value in Mark	in Dollar
1. Asphalt	28 060.42	6 678.28
2. Birds and animals, live	24 640.—	5 864.32
3. Books	18 149.34	4 319.46
4. Cement	6 026.65	1 434.19
5. Chemicals, Colors etc. .	127 667.65	30 384.75
6. Glas	46 410.58	11 045.58
7. Gloves	407 767.17	97 048.54
8. Manure salt	21 721.52	5 189.60
9. Mineral water	2 487.50	591.91
10. Muriate of Potash	123 070.70	29 290.66
11. Paper	3 768.55	896.78
12. Prepared vegetables . .	14 099.45	3 355.56
13. Sausages	2 631.40	626.18
14. Sugar, raw.	1 764 933.40	420 054.05
15. Sundries	11 651.58	2 772.93
Total	2 603 085.75	619 532.79
Cor. quarter 1893	2 817 625.12	670 594.75
Decrease	214 539 37	51 061.96

Der Rückgang der Getreidepreise. Das neueste Heft von „Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ enthält in Tabellenform Daten über den Rückgang der Getreidepreise, aus denen hervorgeht, dass und in welchem Masse sich derselbe im Jahre 1893 gegenüber den Vorjahren und ganzen Vorperioden vollzogen hat. Die Zahlen sind aus Berichten über Hamburgs Handel und Schifffahrt entnommen und geben den Durchschnittswert in Mark pro Zentner an nach der den Hamburger Börsenpreisen gemäss deklarierten Einfuhr. Bekanntlich ermittelt Hamburg den Werth seiner Einfuhrwaren mittelst Deklaration, während für das deutsche Zollgebiet die Schätzungsmethode im Gebrauch ist. Die Hamburger Zahlen können demnach Anspruch auf grösste Genauigkeit machen. Die Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer stellten sich nun folgendermassen:

	1847—50	1851—60	1861—70	1871—70
Weizen	9.72	11.47	10.93	10.95
Roggen	6.12	8.49	8.29	7.99
Gerste	7.17	8.20	8.71	8.24
Hafer	5.58	7.74	7.59	7.32

	1871—80	1881—85	1886—90	1890	1891	1892	1893
Weizen 11.43	9.34	7.36	7.40	9.23	8.03	6.01	
Roggen 8.49	7.65	5.54	6.36	8.65	8.44	5.11	
Gerste 10.53	8.86	5.93	5.53	6.40	4.99	4.72	
Hafer 8.05	7.25	5.83	6.35	6.70	5.72	6.13	

Die Preise des Jahres 1893 sind hiernach die niedrigsten, abgesehen vom Hafer, der eine geringe Preissteigerung gegenüber 1892 und 1847—50 aufweist, am tiefsten ist der Weizen-, dann erst der Gersten- und Roggenpreis heruntergegangen; ersterer stand 1871—80 fast um das Doppelte höher als 1893. Die höchsten Preise weist überhaupt die Periode 1871—80 auf. Verglichen mit dieser verhält sich das Sinken der Preise der vier Getreidearten wie 100:60, während im Jahre 1892 das entsprechende Verhältniss sich weit günstiger stellt. Im Jahre 1892 war der Rückgang der Getreidepreise gegenüber der Periode 1847—80 so beträchtlich, dass sich die Preise der Periode 1847—80 zu denen des Jahres 1892 wie 100:78.5 verhalten, zu den Getreidepreisen des Jahres 1893 sogar wie 100:61.4. Wie tief die Getreidepreise gefallen sind, zeigt diese letztere Zahl so recht klar.

Die deutsche Zuckerindustrie. Gegenwärtig finden im deutschen Reichsschatzamt Erhebungen über die derzeitige Lage der Zuckerindustrie statt. Diese Erhebungen sollen darüber Aufklärung geben, inwieweit die Situation der Rübenzuckerindustrie Deutschland Anlass giebt, seine Prämien zu erhöhen; sie stehen mit der längst akuten Frage der Prämienerrhöhung im Zusammenhang, obschon die eine Genugthuung erheischende differentielle Behandlung des deutschen Zuckers durch die Vereinigten Staaten ebenfalls dazu beigetragen haben mag, dass nach den Gewinnergebnissen der Fabriken gefragt wird. In der Münchener „A. Z.“ finden wir folgende Darstellung der gegenwärtigen Lage der Zuckerindustrie in Deutschland:

Nach den Ergebnissen des Betriebsjahres 1893/94 sind in den Rohzuckerfabriken insgesamt 106 433 878 q Rüben verarbeitet und daraus (einschliesslich Melasse-entzuckerung der Fabriken selbst) 13 301 590 q Rohzucker aller Produkte erzeugt worden. Mithin berechnet sich ein mittlerer Verbrauch von 8 q Rüben zu 1 q Zucker. Bei einem Durchschnittspreise der Rüben von 2.20 Mk. per q erforderte somit die durchschnittliche Ausgabe für Rüben per q Zucker 17.60 Mk. Die Kosten der Verarbeitung einschliesslich Verzinsung und Tilgung des Kapitals können für den Durchschnitt der deutschen Zuckerfabriken nicht unter 0.90 Mk. per q Rüben angesetzt werden. Somit belaufen sich die mittleren Verarbeitungskosten auf 7.20 Mk. per q Zucker, also die gesamten Herstellungskosten auf (17.60 + 7.20 =) 24.80 Mk. Hiervon wäre jedoch der Erlös für die nicht in den Fabriken selbst entzuckerte Melasse in Abzug zu bringen.

Der Durchschnittspreis der Melasse stellte sich 1893/94 nach Magdeburger Notirung auf 2.45 Mk. per q, und da 2.52 Prozent des Rübengewichtes als verkäufliche Melasse den Rübenzuckerfabriken verblieben sind, entfallen auf jene 8 q durchschnittlichen Rübenverbrauch (2.52 × 8 =) 0.2016 q Melasse, die nach dem obigen Melassepreise mit 0.49 Mk. verwerthet worden sind.

Die Netto-Herstellungskosten für Rohzucker aller Produkte waren also im Mittel (24.80—0.49 =) 24.31 Mk.

Der Preis des Zuckers dagegen berechnet sich nach Magdeburger Notiz im Durchschnitt der Kampagne für mittleren Rohzucker, als welcher der von 88 Prozent Rendement gilt, auf 24.16 Mk. einschliesslich der Prämie. Somit erweist sich, dass für den Durchschnitt der Industrie die Kampagne 1893/94 mit Verlust abgeschlossen hat. Allerdings hat wohl eine Reihe von Aktienzuckerfabriken pro 1893/94 mit Gewinn gearbeitet, und einzelne konnten sogar erhebliche Dividenden theilen, allein das ändert nichts an dem schlechten Durchschnittsergebnisse der Industrie.

Was nun die Gewinnergebnisse der neuen Kampagne anlangt, deren Markt jetzt unter dem Eindrucke und der Wirkung der neuen Zollverhältnisse in Amerika steht, so ist eine Berechnung derselben überflüssig. Ein Blick in den Marktbericht genügt, um die heutige Situation zu kennzeichnen. Zucker von 88 Prozent Rendement notirt in Magdeburg 21.10 Mk. per q. Das ist erheblich weniger als der Durchschnittspreis der vorigen Kampagne, der sich, wie wir oben gesehen, auf 24.16 Mk. belaufen hat. Die Herstellungskosten dagegen belaufen sich, da der Zuckergehalt der diesjährigen Rüben geringer als im Vorjahre, höher als in der Vorkampagne; allerdings wird die Ernte, also die Verarbeitungs- und Produktionsmenge, die vorjährige übersteigen.

Das Ergebniss der gegenwärtigen Betriebszeit ist mithin gegenüber dem Produktionswerth des Zuckers selbst für die am billigsten arbeitenden Fabriken absolut verlustbringend.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfiltern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

No. 11.

Braunschweig, November-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. D. 4. — 7320/94.

Bekanntmachung.

Nachdem wir laut Beschluss unserer Plenarversammlung vom 19. März d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1894/95 mit 10% der Gewerbesteuer festgesetzt und bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung, § 22 des Gesetzes vom 19. März 1890, nach dem 1. Dezember d. J. keine Berücksichtigung mehr finden werden.

Braunschweig, 1. November 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. C. 5. — 7311/94.

Bekanntmachung.

Das Königlich italienische Konsulat in Berlin hat uns die Mittheilung gemacht, dass die Handelskammer in Mailand beabsichtigt, einen Katalog der wichtigsten und leistungsfähigsten italienischen Exportfirmen herauszugeben und denselben nach Deutschland zu versenden. Dasselbe hat ersucht, hiesige Firmen und Agenten namhaft zu machen, welche Rohprodukte und industrielle Erzeugnisse aus Italien einführen.

Wir ersuchen daher die diesseitigen Interessenten, welche aus Italien importiren, ihre Namen nebst Angabe der Branche etc., umgehend uns mitzutheilen.

Braunschweig, 1. November 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. C. 1. — 7260/94.

Vertraulich.

Musterlager in der Schweiz.

Das Präsidium des Deutschen Handelstages hat an die Mitglieder desselben das Ersuchen gerichtet, thunlichst bald durch vertrauliche Umfrage bei der für den Export arbeitenden Industrie des hiesigen Bezirkes festzustellen, ob von derselben die Errichtung eines gewerblichen Musterlagers in der Schweiz für zweckmässig erachtet wird und ob die betheiligte Industrie gegebenen Falls die ins Auge gefasste Ausstellung zu beschicken gedenke.

Wir ersuchen deshalb die betheiligten Interessenten, die bezüglichen Mittheilungen bis zum 20. ds. Mts. bei uns einzureichen.

Braunschweig, 5. November 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

XX. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 22. Oktober 1894,
Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestr. 9, I.

Anwesend: Sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Dr. Pfeiffer-Wendessen und Corves-Blankenburg, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus.

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung zunächst Kenntniss von einigen geschäftlichen Angelegenheiten. Auf Antrag des Herrn Gerloff wird es den Braunschweiger Mitgliedern überlassen, die Bahnhoffrage in Braunschweig vorerst ihrerseits in die Wege zu leiten. Der Herr Vorsitzende berichtet sodann über die offiziellen Massnahmen und deren Fortgang in der Frage der Bekämpfung des unlauteren Geschäftsgebahrens sowie über die in Hildesheim stattgehabte Konferenz über den Schutz der Bauhandwerker. Die Versammlung tritt danach in die Tagesordnung ein.

I. Aus dem vom Syndikus Dr. Stegemann erstatteten Geschäftsberichte sei Nachstehendes hervorgehoben:

1. Die im Bezirke angestellten Erhebungen über die thatsächliche direkte Ausfuhr von Industrie-Erzeugnissen aus dem Herzogthum Braunschweig sind inzwischen zum Abschluss gelangt und haben ein erfreuliches Bild von den Beziehungen, welche zur Zeit die Braunschweigische Industrie mit allen Absatzländern des Weltmarktes unterhält, zu Tage gefördert. Da jedenfalls die Export-Bedeutung der hiesigen Industrie gemeinhin unterschätzt wird, dürfte in Erwägung zu ziehen sein, ob es sich nicht verlohnt, das allgemeine Schlussresultat der Enquête zu veröffentlichen.
2. Die gewerbestatistische Uebersicht über die mittleren und grösseren gewerblichen Betriebe im Herzogthum ist inzwischen durch die Monatsschrift weiteren Kreisen zugänglich gemacht worden.

3. Ueber die von Seiten der Handelskammer gestellten Anträge betr. die Sonntagsruhe in der Konserven-, sowie in der Fleisch- und Wurstwarenfabrikation ist bereits durch das amtliche Organ berichtet worden. An dieser Stelle ist nur mitzuthellen, dass auf die betreffenden beiden Eingaben seither ein Entscheid von Seiten des Bundesrathes noch nicht eingegangen ist, auch liegt ein Bescheid von Seiten des Herzoglichen Staatsministeriums, welches um Unterstützung der bezüglichen Eingaben diesseitig angegangen ist, bisher noch nicht vor.
 4. Auf die vor einigen Monaten an das Auswärtige Amt gerichtete Eingabe betr. die Ausfuhr von Wurstwaren nach Russland ist seither ebenfalls noch kein Bescheid eingegangen.
 5. Der von uns an den Deutschen Handelstag gerichtete Antrag, die Bekämpfung des unlauteren Geschäftsgebahrens auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen, hat eine über die nothwendige Zahl weit hinausgehende Unterstützung von Seiten der übrigen Handelstagsmitglieder erhalten.
 6. Die nicht ganz zutreffende Begriffsbestimmung der Position Wein im deutschen Arzneibuche hat der Kammer zu einer diesbezüglichen Vorstellung bei dem Reichsamte des Innern Veranlassung gegeben.
 7. Der von anderer Seite gegebenen Anregung, auch für die Probenahme von Melasse vereidigte Probennehmer anzustellen, hat sich die Kammer auf Anfrage der Aeltesten der Kaufmannschaft in Magdeburg angeschlossen.
 8. Der noch immer in der Schwebelage befindliche Bierboykott in der Stadt Braunschweig ist auch von der Kammer wiederholt in Erörterung gezogen worden, ohne dass die Letztere sich veranlasst sehen konnte, ihrerseits nach irgend einer Richtung hin positiv einzugreifen.
 9. Der Einfluss des Saccharins auf den Verbrauch von Zucker ist auf Grund einer besonderen Veranlassung in nähere Untersuchung gezogen. Die Handelskammer hat sich nicht verhehlen können, dass für die Zuckerindustrie durch die in stetiger Zunahme begriffene Verwendung des steuerfreien Saccharins zu gewerblichen Zwecken auf die Dauer fühlbare Belästigungen erwachsen können.
 10. Die Herstellung von Hanftaschen in den Wolfenbüttler Gefangenen-Anstalten hat der Handelskammer Hildesheim und neuerdings auch der Handelskammer Hannover Gelegenheit zu einem wiederholten Schriftwechsel mit der hiesigen Handelskammer gegeben, in dem von Seiten der beiden Kammern namentlich Bedenken über die Form, in welcher zur Zeit diese Gefängnisprodukte vertrieben werden, erhoben wurden. Die hiesige Handelskammer hat diese Bedenken zunächst zu beseitigen versucht und danach eine gemeinsame Besprechung der Angelegenheit durch Vertrauensmänner der drei Kammern in Anregung gebracht.
 11. Auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg ist derselben erwidert worden, dass ein Bedürfniss, Ausnahmetarife für die Zufuhr von Fellen und Häuten sowie von Fleisch- und Wurstwaren aus den Donauländern nicht anerkannt werden könne, eine Erleichterung der Einfuhr werde im Gegentheil vom Standpunkte der Braunschweiger Interessen nur als eine Benachtheiligung empfunden werden können. Dagegen wurden Bedenken gegen eine erleichterte Einfuhr von Obst, namentlich Dörrobst, aus den genannten Ländern nicht geltend gemacht.
 12. Die sowohl von Hamburg wie von Seiten der Stadt Braunschweig angestrebte Fernsprechverbindung ist nach einem inzwischen erfolgten Bescheide der Kaiserlichen Oberpostdirektion für absehbare Zeit nicht zu erwarten.
 13. Auf Anfrage der Aeltesten der Kaufmannschaft in Magdeburg ist denselben mitgetheilt worden, dass diesseitig die Einrichtung der stellvertretenden Handelsrichter nicht als unzweckmässig erkannt worden ist.
 14. Ueber eine mit dem Proviantamt in Braunschweig geführte Verhandlung wird vertraulich berichtet.
 15. In der Frage, wieweit die Abgaben auf den Schiffahrtsstrassen dazu bestimmt sein sollen, die Verzinsung und Amortisation der Anlagen zu decken, hat sich die Handelskammer mit Bestimmtheit gegen jede Anwendung eines mechanischen Grundsatzes ausgesprochen. Wenn auch das Prinzip jeder Unternehmung, die Selbsterhaltung aus dem eigenen Ertrage, auch für die künstlichen Wasserstrassen nicht ausser Betracht gesetzt werden dürfe, so würde doch der Schaden, der aus einer mechanischen und missbräuchlichen Anwendung dieses Grundsatzes für den einzelnen Fall entstehen könnte, zu grösster Vorsicht in der Vertretung eines so allgemein gehaltenen Prinzips mahnen müssen.
 16. Von Seiten eines Fabrikanten ist bei der Kammer darüber Beschwerde erhoben worden, dass die Kaiserliche Postdirektion in Braunschweig Briefe, die an die als einzige am Orte befindliche Fabrik gerichtet sind, ohne nähere Bezeichnung, nur am desswillen nicht aushändigt, weil ein ebenfalls am Orte befindliches Handelsgeschäft, welches denselben Artikel nicht herstellt, sondern nur umsetzt, sich, wenn auch fälschlicher Weise, ebenfalls Fabrik nennt. Die Handelskammer hat es für nützlich gehalten, die von der Kaiserlichen Oberpostdirektion ebenfalls abgelehnte Beschwerde des Fabrikanten zunächst auch durch das Reichspostamt zur Entscheidung bringen zu lassen. Sie hat in ihrem diesbezüglichen Berichte aber schon jetzt hervor gehoben, dass sie es im Sinne eines redlichen Geschäftsverkehrs nicht für förderlich halten kann, wenn sich die Reichspostverwaltung für gebunden erachten würde, auf notorisch fingirte Geschäftsbezeichnungen von Amtswegen irgend welche Rücksicht zu nehmen.
 17. Ueber das Lehrlingswesen wurden zur Zeit in sämtlichen Städten des Herzogthums, ausgenommen die Stadt Braunschweig, eingehende Erhebungen veranstaltet. Die bezüglichen Unterlagen sind erst vor wenigen Tagen an die nachbezeichneten Herren Kammermitglieder ergangen: Barnewitz-Wolfenbüttel, Herm. Strümpell-Schöppenstedt, Albrecht Schmidt-Helmstedt, Schäffer-Schöningen, J. H. Willeke-Königsutter, L. Ballin-Gandersheim, Heinr. Rehn-Holzminde, Corves-Blankenburg. Wie dankbar anerkannt werden muss, haben sämtliche Herrrn sich der grossen Mühewaltung mit einer solchen Beschleunigung unterzogen, dass für die zu Punkt VII der Tagesordnung stehende Frage schon heute sämtliches Material abgeschlossen vorliegt, so dass auch wider Erwarten schon heute in dieser wichtigen Angelegenheit definitiv Stellung genommen werden kann.
 18. Ein Antrag des Deutschen Privatbeamten-Vereins betr. den Beitritt der Kammer, ist für die nächstjährige Etatberatung zurückgestellt und der genannte Verein in entsprechendem Sinne beschieden worden.
- In der sich an den Geschäftsbericht anschliessenden Debatte wird die Veröffentlichung der oben erwähnten Export-Enquête, und zwar in der Form beschlossen, dass nicht nur die Zahl der Betriebe, sondern auch

die der theilhaftigen Industriezweige, dagegen nicht die Namen derselben weiteren Kreisen bekannt gegeben werden sollen.

II. Revisionsbericht über das Rechnungsjahr 1893/94.

Berichterstatter: Otto Lüttge.

Die Rechnungen sind von den Revisoren geprüft und richtig befunden. Berichterstatter beantragt im Namen seines Mitrevisors, dem Herrn Rechnungsführer Entlastung zu ertheilen. Dieselbe wird ertheilt.

III. Wahl eines Mitgliedes für den Bezirkseisenbahnrat Hannover.

Berichterstatter: Louis Gerloff.

Für Herrn Lundberg, welcher wegen Geschäftsüberhäufung sein Mandat in die Hände der Kammer zurückgegeben hat, wird der seitherige Stellvertreter, Herr Fabrikbesitzer Lemmer, und als dessen Stellvertreter Herr Stadtrath Willeke-Königsutter gewählt.

(Schluss in nächster Nummer.)

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Die geltenden Bestimmungen über das Maklerwesen in Braunschweig.

I.

Siebenter Titel.

Von den Handelsmaklern oder Sensalen.

66. Die Handelsmakler (Sensale) sind amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte.

Sie leisten vor Antritt ihres Amtes den Eid, dass sie die ihnen obliegenden Pflichten getreu erfüllen wollen.

67. Die Handelsmakler vermitteln für Auftraggeber Käufe und Verkäufe über Waaren, Schiffe, Wechsel, inländische und ausländische Staatspapiere, Aktien und andere Handelspapiere, ingleichen Verträge über Versicherungen, Bodmerei, Befrachtung und Miethe von Schiffen, sowie über Land- und Wassertransporte und andere den Handel betreffende Gegenstände.

Durch die übertragene Geschäftsvermittlung ist ein Handelsmakler noch nicht als bevollmächtigt anzusehen, eine Zahlung oder eine andere im Verträge bedungene Leistung in Empfang zu nehmen.

68. Die Anstellung der Handelsmakler geschieht entweder im Allgemeinen für alle Arten von Maklergeschäften oder nur für einzelne Arten derselben.

69. Die Handelsmakler haben insbesondere folgende Pflichten:

1. sie dürfen für eigene Rechnung keine Handelsgeschäfte machen, weder unmittelbar noch mittelbar, auch nicht als Kommissionäre, sie dürfen für die Erfüllung der Geschäfte, welche sie vermitteln, sich nicht verbindlich machen oder Bürgschaft leisten, alles dies unbeschadet der Gültigkeit der Geschäfte;
2. sie dürfen zu keinem Kaufmann in dem Verhältnisse eines Prokuristen, Handlungsbevollmächtigten oder Handlungsgehilfen stehen;
3. sie dürfen sich nicht mit anderen Handelsmaklern zu einem gemeinschaftlichen Betriebe der Maklergeschäfte oder eines Theiles derselben vereinigen; zur gemeinschaftlichen Vermittelung einzelner Ge-

schäfte sind sie unter Zustimmung der Auftraggeber befugt;

4. sie müssen die Maklerverrichtungen persönlich betreiben und dürfen sich zur Abschliessung der Geschäfte eines Gehülfen nicht bedienen;
5. sie sind zur Verschwiegenheit über die Aufträge, Verhandlungen und Abschlüsse verpflichtet, soweit nicht das Gegentheil durch die Parteien bewilligt oder durch die Natur des Geschäftes geboten ist;
6. sie dürfen zu keinem Geschäft die Einwilligung der Parteien oder deren Bevollmächtigten anders annehmen, als durch ausdrückliche und persönliche Erklärung; es ist den Maklern weder erlaubt, von Abwesenden Aufträge zu übernehmen, noch sich zur Vermittelung eines Unterhändlers zu bedienen.

70. Handelsmaklern, welche Schiffsmakelei betreiben, kann gestattet werden, den Schiffen im Einziehen und Vorschiesse der Frachten und Unkosten als Abrechner oder in anderer ortsüblicher Weise Hilfsdienste zu leisten.

71. Der Handelsmakler muss ausser seinem Handbuche ein Tagebuch führen, in welches letztere alle abgeschlossenen Geschäfte täglich einzutragen sind. Das Eingetragene hat er täglich zu unterzeichnen.

Das Tagebuch muss vor dem Gebrauche Blatt für Blatt mit fortlaufenden Zahlen bezeichnet und der vorgesetzten Behörde zur Beglaubigung der Zahl der Blätter vorgelegt werden.

72. Die Eintragungen in das Tagebuch müssen die Namen der Kontrahenten, die Zeit des Abschlusses, die Bezeichnung des Gegenstandes und die Bedingungen des Geschäftes, insbesondere bei Verkäufen von Waaren die Gattung und Menge derselben, sowie den Preis und die Zeit der Lieferung enthalten.

Die Eintragungen müssen in deutscher Sprache, oder, sofern die Geschäftssprache des Ortes eine andere ist, in dieser geschehen; sie müssen nach Ordnung des Datums und ohne leere Zwischenräume erfolgen.

Die Bestimmungen über die Einrichtung der Handelsbücher (Artikel 32) finden auch auf das Tagebuch des Maklers Anwendung.

73. Der Handelsmakler muss ohne Verzug nach Abschluss des Geschäftes jeder Partei eine von ihm unterzeichnete Schlussnote, welche die in dem vorhergehenden Artikel als Gegenstand der Eintragung bezeichneten Thatsachen enthält, zustellen.

Bei Geschäften, welche nicht sofort erfüllt werden sollen, ist die Schlussnote den Parteien zu ihrer Unterschrift zuzustellen und jeder Partei das von der anderen unterschriebene Exemplar zu übersenden.

Verweigert eine Partei die Annahme oder Unterschrift der Schlussnote, so muss der Handelsmakler davon der anderen Partei ohne Verzug Anzeige machen.

74. Der Handelsmakler ist verpflichtet, den Parteien zu jeder Zeit auf Verlangen beglaubigte Auszüge aus dem Tagebuche zu geben, die Alles enthalten müssen, was von dem Makler in Ansehung des die Parteien angehenden Geschäftes eingetragen ist.

75. Wenn ein Handelsmakler stirbt oder aus dem Amte scheidet, so ist sein Tagebuch bei der Behörde niederzulegen.

76. Der Abschluss eines durch Handelsmakler vermittelten Vertrages ist von der Eintragung desselben in das Tagebuch oder von der Aushändigung der Schlussnoten unabhängig.

Diese Thatsachen dienen nur zum Beweis des abgeschlossenen Vertrages.

77. } aufgehoben.
78. }

79. Im Laufe eines Rechtsstreites kann der Richter, selbst ohne Antrag einer Partei, die Vorlegung des Tagebuches verordnen, um dasselbe einzusehen und mit

der Schlussnote, den Auszügen und anderen Beweismitteln zu vergleichen.

80. Der Handelsmakler muss, sofern nicht die Parteien ihm dieses erlassen haben oder der Ortsgebrauch mit Rücksicht auf die Gattung der Waare davon entbindet, von jeder durch seine Vermittelung nach Probe verkauften Waare die Probe, nachdem er dieselbe behufs der Wiedererkennung gezeichnet hat, so lange aufbewahren, bis die Waare ohne Einwendung gegen ihre Beschaffenheit angenommen, oder das Geschäft in anderer Weise erledigt ist.

81. Jedes Verschulden des Handelsmaklers berechtigt die dadurch beschädigte Partei, Schadloshaltung von ihm zu fordern.

82. Der Handelsmakler hat die Maklergebühr (Sensarie) zu fordern, sobald das Geschäft geschlossen und, wenn es ein bedingtes war, unbedingt geworden und von ihm seiner Verpflichtung wegen Zustellung der Schlussnoten Genüge geschehen ist, unbeschadet anderweiter Bestimmung durch örtliche Verordnungen oder durch Ortsgebrauch.

Ist das Geschäft nicht zum Abschlusse gekommen, oder nicht zu einem unbedingten geworden, so kann für die Unterhandlungen keine Maklergebühr gefordert werden.

Der Betrag der Maklergebühr wird durch örtliche Verordnungen geregelt; in Ermangelung derselben entscheidet der Ortsgebrauch.

83. Ist unter den Parteien nichts darüber vereinbart, wer die Maklergebühr bezahlen soll, so ist dieselbe in Ermangelung örtlicher Verordnungen oder eines Ortsgebrauches von jeder Partei zur Hälfte zu entrichten.

84. Ueber die Anstellung der Handelsmakler und über die Bestrafung der von ihnen im Berufe begangenen Pflichtverletzungen das Erforderliche zu bestimmen, bleibt den Landesgesetzen überlassen.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, die Vorschriften dieses Titels nach Massgabe der örtlichen Bedürfnisse zu ergänzen; es kann insbesondere den Handelsmaklern das ausschliessliche Recht zur Vermittelung von Handelsgeschäften beigelegt werden.

Auch kann in den Landesgesetzen oder in örtlichen Verordnungen der in diesem Titel den Handelsmaklern zugewiesene Kreis von Amtsverrichtungen und Befugnissen (Artikel 67, 70) oder der Umfang ihrer Pflichten (Artikel 69) erweitert oder eingeschränkt werden.

II.

Braunschweiger Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 14. September 1863.

§ 22 (zu Art. 66).

Die Ernennung der Handelsmakler (Sensale) geschieht durch die Landesregierung.

In denjenigen Orten, in welchen kaufmännische Korporationen bestehen, erfolgt diese Ernennung auf deren Vorschlag und nach vorgängiger gutachtlicher Aeusserung der Ortsobrigkeit.

Dem Handelsgerichte wird von jeder Ernennung eines Handelsmaklers Nachricht gegeben werden.

§ 23.

Die Beendigung der Handelsmakler erfolgt bei dem Handelsgerichte zu Braunschweig, in besonderen Ausnahmefällen auf dessen Requisition durch ein anderes Gericht.

Das Handelsgericht hat die Ernennung und Beendigung der Handelsmakler und den denselben angewiesenen Geschäftskreis (Handelsgesetzbuch Art. 67 vergl. mit Art. 68) durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen.

Vor erfolgter Beendigung darf der Handelsmakler sein Amt nicht ausüben.

§ 24.

Die Handelsmakler in der Stadt Braunschweig haben über die Vermittelung des Ankaufes und Verkaufes von Grundstücken und die Negozierung von Darlehen, soweit ihnen solche zusteht, besondere Bücher nach den bestehenden Vorschriften zu führen.

§ 25 (zu Art. 71).

Die für das Tagebuch des Handelsmaklers im Art. 71 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebene Beglaubigung geschieht im Namen des Handelsgerichtes durch einen der rechtsgelehrten Richter desselben.

§ 26 (zu Art. 75).

Die Behörde, bei welcher nach Art. 75 des Handelsgesetzbuches das Tagebuch eines verstorbenen oder aus dem Amte geschiedenen Handelsmaklers niedergelegt wird, ist das Handelsgericht zu Braunschweig.

§ 27.

Handelsmakler, welche die ihnen im Art. 69 des Handelsgesetzbuches auferlegten Pflichten verletzen, sind, vorbehaltlich des etwa zu leistenden Schadenersatzes, von den zuständigen ordentlichen Gerichten mit Geldbusse von 10—200 Thaler oder Gefängniss bis von drei Monaten zu strafen.

Im Rückfalle kann in den dazu geeigneten Fällen auf zeitweilige Entfernung vom Amte, unter besonders erschwerenden Umständen auf Amtsentlassung erkannt werden.

Dadurch wird die Anwendung einer härteren Strafe nicht ausgeschlossen, wenn dieselbe nach anderen Gesetzen durch die Handlung begründet wird.

Handelsmakler, welche den ihnen in den Art. 71 bis 74 und 80 des Handelsgesetzbuches auferlegten Verpflichtungen nicht genügen, können von dem Handelsgerichte mit Ordnungsstrafen bis zu 50 Thaler belegt werden. Dabei finden die Bestimmungen der §§ 10—19 dieses Gesetzes den Umständen nach analoge Anwendung.

§ 28.

Die bestehenden Ordnungen für Handelsmakler, insbesondere die Waaren-, sowie die Geld- und Wechselmaklerordnung für Braunschweig, treten insoweit ausser Kraft, als sie mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder dieses Gesetzes im Widerspruch stehen.

Unlauterer Wettbewerb.

Hildesheim, den 17. Oktober 1894.

Auf Veranlassung der Handelskammer Hildesheim fand hieselbst heute eine Versammlung von Vertretern der Handelskammern Hildesheim, Braunschweig, Kassel, Minden, Dessau über die Bekämpfung des **Bauschwindels** im hiesigen Rathhaus statt.

Der Sitzung wohnten bei Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim, Fabrikbesitzer Heinr. Freese, Vorsitzender des Bundes für Bodenbesitzreform, Innungsoberrmeister Niess-Braunschweig, der Vorstand der Bauwerksinnung Hildesheim und Chefredakteur Böttger-Hildesheim.

In den Vorstand wurden gewählt:

Direktor Schoch-Hildesheim als Vorsitzender,

Stellvertreter: Kommerzienrath Jüdel-Braunschweig,

zu Schriftführern: Dr. Stegemann-Braunschweig und Dr. Rohr-Kassel.

Das Referat erstattete im Namen der Hildesheimer Handelskammer Rechtsanwalt Lueder.

Im Verlaufe der lebhaften Debatte, an der sich besonders die Herren Oberbürgermeister Struckmann, Niess, Dr. Stegemann, Freese, Maurermeister Voss, Wenig, sowie die Herren Dr. Rohr und Mackensen beteiligten, beschloss die Versammlung mit grosser Mehrheit nachstehende Resolution, die im Wesentlichen dem Antrage der Handelskammer Hildesheim mit einigen von der Handelskammer Braunschweig veranlassten Abänderungen angenommen wurde.

Zur Abhilfe gegen den Bauschwindel wird folgende Gesetzesbestimmung befürwortet: Sämtliche beim Neubau eines Gebäudes beteiligten Handwerker, Lieferanten und Arbeiter haben nach der baupolizeilichen Gebrauchsabnahme binnen angemessener Frist wegen ihrer durch Lieferung von Materialien und Arbeiten entstandenen Forderungen ein Recht auf Eintragung im Grundbuche. Die so entstehenden Hypotheken geniessen bei Gleichberechtigung unter einander ein Vorzugsrecht vor allen anderen dinglichen Belastungen mit Ausnahme derjenigen, welche vor Ertheilung der Baukonzession eingetragen sind oder auf öffentlichen Titeln beruhen. Die Sicherung der während des Baues zur Befriedigung der Bauhandwerker aufgenommenen Bausgelder bleibt besonderer Regelung vorbehalten. Neubau im Sinne dieses Vorschlags ist jedes von Grund aus oder von der Erdoberfläche an errichtete Gebäude.

Die Baupolizei hat von jedem von ihr genehmigten Neubau der Grundbuchbehörde Nachricht zu geben, welche den Hypothekengläubigern Anzeige zu machen hat.

Rechnungsabschlüsse von 377 Konsumvereinen pro 1893.

1. Genossenschaften	377
2. Mitgliederzahl	264185
3. Zahl der Genossenschaftslager	744
4. Summe des Verkaufserlöses im Jahre	
a) aus dem Genossenschaftslager	58557197 Mk.
b) im Markengeschäft mit den Lieferanten	9752668 „
	68309865 Mk.
5. Geschäftsertrag:	
a) aus dem Genossenschaftslager	9160045 Mk.
b) aus dem Markengeschäft mit den Lieferanten	625103 „
c) aus anderen Quellen	308563 „
	10093711 Mk.
6. Geschäftslasten:	
a) Zinsen an Gläubiger der Genossenschaft	191416 Mk.
b) Verwaltungskosten und Gehalte	3685571 „
c) Aussergewöhnliche Verluste	8170 „
	3885157 Mk.
7. Reingewinn	6203838 Mk.
8. Vom Reingewinn, event. einschliesslich der Vorträge aus dem vorhergehenden Jahre, wurden überwiesen:	
a) den Mitgliedern:	
auf das Geschäftsguthaben als Kapitaldividende	212347 „
als Dividende auf den Einkauf	5723559 „
b) dem Reservefonds	157169 „
c) für Bildungszwecke	27291 „
	6120366 Mk.
9. Kassenbestand	1164541 Mk.

Bilanz am Jahresschlusse.

Aktiva.

1. Kassenbestand	1164541 Mk.
2. Waarenbestand und leer Gut (Pastage) nach dem Inventurpreise	8125267 „
3. Ausstände bei den Mitgliedern für auf Kredit abgelassene Waaren	272600 „
4. Sonstige Forderungen der Genossenschaft	4520394 „
5. Geschäftsinventar und Einrichtungskostenkonto	854312 „
6. Werth des Grundbesitzes	5932829 „
Summa der Aktiva:	20869943 Mk.

Passiva.

1. Geschäftsguthaben der Mitglieder	5368450 Mk.
2. Reservefonds	2685282 „
3. Dispositionsfonds für Bildungszwecke	66730 „
4. Aufgenommene Anleihen (Kautionen und Spareinlagen)	3786758 „
5. Schulden auf Hypothek	2535931 „
6. Umlaufende Werthmarken	196118 „
7. Waarenschulden der Genossenschaft	1071953 „
8. Noch zu zahlende Geschäftskosten und unvertheilter Reingewinn	5179096 „
Summa der Passiva:	20890318 Mk.

Ausfuhr von Granit nach den Niederlanden.

Niederländischerseits muss der gesammte Bedarf an hartem Stein, insbesondere also auch an Granit, aus dem Auslande gedeckt werden. Es ist auffallend, dass die niederländische Regierung bei der Ausschreibung von Verdingungen auf Granit, soviel man hat feststellen können, ausnahmslos die Lieferung von norwegischem Granit vorschreibt. Bei Wasserschleusen und Hafenbauten kehrt immer norwegischer Granit als vorgeschriebenes Material wieder. Die Folge ist, dass auch bei grösseren Gemeinde- oder anderen öffentlichen Bauten fast ausschliesslich norwegischer Granit Aufnahme findet. Der deutsche Granit ist aus Niederland geradezu ausgeschlossen. Ein berechtigter Grund hierfür dürfte fehlen. Im Gegentheil ist, wie aus Sachverständigenkreisen versichert wird, der deutsche Granit aus dem Fichtelgebirge oder aus Sachsen, gerade für den niederländischen Bedarf das geeignetere Material. Handelte es sich in Niederland um enorme Mengen roh zugearbeiteten Granits, so würde die Vorliebe für den norwegischen Stein verständlich sein, da Deutschland in solchem Umfange nicht leistungsfähig sein würde.

Es handelt sich aber immer nur um verhältnissmässig bescheidene Mengen, bei denen saubere und akkurate Bearbeitung Hauptforderniss ist.

In dieser Beziehung steht, wie man versichert, die deutsche Granit-Industrie weit über der norwegischen. Und es liegen gerade aus jüngster Zeit schlechte Erfahrungen vor, welche man hier mit norwegischem Granit gemacht hat. Vielleicht würde, wenn an massgebender Stelle ein Wort für den deutschen Granit eingelegt würde, dem niederländischen Interesse damit ebenso gedient sein, wie dem deutschen Exportinteresse.

Gerade in nächster Zeit wird für den Hafen von Ymuiden eine grössere Granitlieferung nöthig werden, und man soll gegenwärtig im Ministerie van Waterstaat, Handel und nyverheid damit beschäftigt sein, die Lieferungsbedingungen auszuarbeiten.

Der Grund für die Bevorzugung des norwegischen, und die Nichterwähnung des deutschen Granits in den öffentlichen Lieferungsbedingungen liegt darin, dass der norwegische Stein seit langer Zeit hier zu Lande bekannt ist und sich stets und überall gut bewährt hat, während den deutschen Granit hier Niemand kennt. Die niederländische

Regierung würde in ihrem eigenen Interesse selbstverständlich den letzteren vorziehen, oder ihn wenigstens mit in die Bedingungen aufnehmen, falls sie die Gewissheit hätte, dass er besser oder billiger, oder doch von derselben Güte und Preislage sei, als der norwegische. Ihr diese Ueberzeugung zu verschaffen, sei Sache der deutschen Interessenten, und der einfachste Weg hierzu, an den Minister von Waterstaat detaillirte Offerten einzureichen unter Zufügung von Proben und Sachverständigen-Gutachten, wenn möglich von amtlichen Persönlichkeiten. Diese Offerten würden von dem Minister sämmtlichen Haupt-Ingenieuren, von diesen wieder den Unter-Ingenieuren mitgetheilt, und auf Grund dieser Offerten könnten dann vereinzelt Versuche angestellt werden, von deren Ausfall die Behandlung des deutschen Granits bei öffentlichen Lieferungs-ausschreiben abhängig bleiben müsse.

Eine prinzipielle Abneigung gegen den deutschen Granit herrscht demgemäss in keiner Weise bei der hiesigen Regierung, und der wohl nicht ganz unberechtigte Grund für ihr Verhalten gegenüber dem deutschen Stein besteht darin, dass man nicht ein bekanntes und bewährtes Material zu Gunsten eines unbekannten, unproben aufgeben will.

Das vorstehend über die Nichtverwendung deutschen Granits in Niederland Gesagte trifft in gleicher Weise auch auf die Basaltlava aus Andernach (Niedermendig) sowie auf den Tuffstein aus Brohl zu. Bei allen Brücken-, Schleusen- und sonstigen Wasserbauten, bei denen Bedarf für Belag- und Bekleidungsplatten, für Schwellen, Konstruktionsstücke und Quaimauerbelag u. s. w. vorhanden ist, wird von den Niederländischen Zentralbehörden der belgische blaue Hartstein vorgeschrieben. Und bei Hochbauten wird, je nachdem es sich um hartes oder weiches Steinmaterial handelt, entweder ebenfalls dem blauen Hartstein oder dem französischen Kalkstein der Vorzug eingeräumt. Diese Bevorzugung des belgischen und französischen Steins vor dem deutschen würde, wenn man über die einschlagenden Verhältnisse zutreffend unterrichtet worden ist, jeden berechtigten Grundes entbehren.

Vielmehr soll an Wetterbeständigkeit, an Haltbarkeit und überhaupt in allen Beziehungen die Andernacher Basaltlava dem belgischen blauen Hartstein und im Allgemeinen auch der Brohler Tuffstein dem französischen Kalkstein überlegen sein. Es hat sich aber die Vernachlässigung dieser deutschen Steinsorten dort so eingebürgert, dass ausserordentlich schwer dagegen anzukämpfen ist.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Sonntagsruhe in der Saisonindustrie.

Die vereinigte Kaufmannschaft zu Altenburg hat der hiesigen Handelskammer mitgetheilt, dass die Fleischerinnung zu Eisenberg i. S.-A. bezüglich Handhabung der Sonntagsruhe in den Saisonindustrien (siehe Eingabe der Handelskammer in der September-Nummer), die nachstehende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet hat:

Durch die Zeitungen ist bekannt geworden, dass die Hohe Reichsregierung in ebenso anerkennenswerther, wie nothwendiger Fürsorge für gewisse Fabrikationszweige Ausnahmebestimmungen gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe plant und dass der Entwurf dieser gesetzlichen Ausnahmebestimmungen demnächst den Hohen Bundesrath des Deutschen Reiches beschäftigen werde.

Die Zeitungen brachten auch eine Aufzählung der in Rücksicht genommenen, resp. in Rücksicht zu nehmenden Fabrikationszweige; die in Ehrerbietung Unterzeichneten gehen jedoch von der Annahme aus, dass diese Aufzählungen auf unvollkommener Information beruhen und sich mit dem Umfange der be-

züglichen Fürsorge der Hohen Reichsregierung nicht decken, da diese Aufzählungen gerade denjenigen Fabrikationszweig vermissen liessen, welcher ohne Zweifel am Dringendsten während der Fabrikationsaison der möglichsten Befreiung von den, durch die bezügl. gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe gegebenen Beschränkungen bedarf — nämlich die Fabrikation von Cervelatwurst und Fleischwaren.

Wenn eine Fabrikationsbranche als eine Saisonbranche bezeichnet werden darf, so ist es die Fabrikation von Cervelatwurst; sie ist Saisonfabrikation im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie befindet sich zudem gegenüber einigen in jenen Aufzählungen enthaltenen Industrien —, wie z. B. der Fabrikation von Spielwaren, Schlittschuhen — in einer bedeutend schwierigeren Lage, da die Intensität und die zeitweise Steigerung ihrer Fabrikation nicht nur veranlasst wird durch die zeitweise Steigerung der Fabrikationsprodukte zu bestimmten Zeiten, wie z. B. bei der Spielwarenbranche die Weihnachtszeit, bei der Schlittschuhfabrikation die Wintersaison die ausschlaggebende Zeit des Absatzes der Fabrikationsprodukte ist. Bei diesen Branchen, so sehr ihnen auch mögliche Erleichterung und Befreiung betr. der Sonntagsarbeit zu gönnen ist, würde sich immerhin mit der Zeit nach dem Bedürfniss von selbst ein Ausgleich im Wege des Entgegenkommens zwischen Produzenten und Abnehmern resp. durch konjunkturmässige Fabrikation herbeiführen lassen; zudem sind die bezügl. Industrieerzeugnisse dem Verderben nicht ausgesetzt, und es liegt nur eine Beschwerlichkeit vor in der event. Umsatzverzögerung oder aber in der event. Minderproduktion.

Die durch das Verbot, bezw. die Einschränkung der Sonntagsruhe gegebenen Beschwerlichkeiten sind mithin auch für die gedachten und ähnliche Branchen bei Weitem nicht so einschneidender und geradezu existenzbedrohender Wirkung, wie bei der Wurstfabrikation. Denn diese ist nicht allein beschränkt auf einen kalendermässig abgegrenzten Zeitraum des Jahres, während dessen wenigstens immerhin eine kontinuierliche Fabrikation möglich wäre, sondern innerhalb der überhaupt füglichen Saison des Jahres ist sie auch noch abhängig von der jeweiligen Witterung, welche dem steten Wechsel unterworfen ist. Die Fabrikation für Dauerware — also der eigentliche Grossbetrieb in der Wurstbranche — ist zunächst überhaupt nur beschränkt auf die kalten Monate, auf den Winter. In der Zeit, welche wir kalendermässig als die Winterszeit bezeichnen, giebt es aber soviel unberechenbare Intervalle mit ungeeigneter Witterung, während welcher die Fabrikation unterbrochen werden und ruhen muss, dass der Fabrikant gezwungen ist, die zur Fabrikation sich eignende Witterung nach Möglichkeit auszunutzen. — Das zur Erfüllung der für die Saison gemachten Abschlüsse erforderliche Waarenquantum muss der Fabrikant produzieren, falls er nicht in schwere pekuniäre Nachtheile wegen Nichterfüllung gerathen und seine regelmässigen Kunden verlieren will; die Witterung macht ihm die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten oft schwer genug, und es hat Winter gegeben, während welcher der Fabrikant die geeigneten Arbeitstage sozusagen zusammenstehlen musste. — Die Fabrikationsmethode erfordert hier wiederum eine feste Kontinuität; vom Schlachten bis zur Fertigstellung der Waare für den Trockenraum und die Rauchkammer darf möglichst keine Unterbrechung und kein Stillstand eintreten; die Fertigstellung der Wurst bedarf einer bestimmten niederen Temperatur; eine, wenn auch nicht sehr lange Unterbrechung macht leicht die Verwerthung des vorhandenen Fabrikationsmaterials zur Herstellung von Dauerwurst ungeeignet, ja setzt das Material häufig geradezu dem Verderben und der Entwerthung aus. — Wie oft ist die erste Hälfte

einer Woche überhaupt ungeeignet zur Fabrikation, und wie oft tritt günstige Witterung erst Ende der Woche ein; der Fabrikant ist unbedingt gezwungen, ohne jeden Verzug den Eintritt passender Witterung auszunutzen und die Arbeit in Angriff zu nehmen, er weiss nie vorher, ob ihm die Saison noch so viele geeignete Tage, als er zur Fabrikation nöthig hat, bieten wird. Hat er aber den Eintritt geeigneter Witterung zum Beginne der Fabrikation verwendet, so kann er die Arbeit an den zwischenliegenden Sonntagen nicht unterbrechen, will er sich nicht der dringenden Gefahr aussetzen, dass sein Material inzwischen, mindestens zur spezifischen Verwerthung, wenn nicht überhaupt, ungeeignet und minderwerthig wird.

Die Wurstfabrikation bedarf also der Sonntagsarbeit dringender, als irgend eine andere Industrie.

Es darf wohl noch darauf hingewiesen werden, dass unter einer Erschwerung der Wurstfabrikation die Kleinfleischerei schwer mit betroffen werden würde, da sie gerade den Wurstfabriken sehr vieles Fabrikationsmaterial anliefert.

Weiter darf wohl auch noch darauf hingewiesen werden, dass die in der Wurstfabrikation beschäftigten Arbeiter, bezw. Fleischergehilfen gern an Sonntagen etwas verdienen, da ihre Beschäftigung im Jahre überhaupt meist sich auf die Fabrikationszeit in den Fabriken, also auf die Wintermonate, beschränkt und da dieselben während der Sommermonate zum grössten Theile unbeschäftigt sind.

Wir richten daher in tiefster Ehrerbietung an Ew. Excellenz das ergebenste Bittgesuch:

Ew. Excellenz wolle geneigtest darauf Bedacht nehmen, dass die Wurstfabrikation betr. der Befreiung und der Ausnahme von den durch die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe gegebenen Beschränkungen bei den geplanten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen als die der möglichsten Befreiung bedürftigste Industrie die weitgehendste Berücksichtigung findet.

Uebersicht über die Exportverhältnisse im Herzogthum Braunschweig.

Lfd. No.	Exportland	Zahl der direkt betheiligten	
		Export- betriebe	Export- industrien
A. Europa.			
1	Belgien	27	22
2	Bulgarien	5	4
3	Balkanländer	6	5
4	Dänemark	27	16
5	Frankreich	20	15
6	Grossbritannien und Irland	35	20
7	Griechenland	2	2
8	Holland	28	17
9	Italien	25	21
10	Luxemburg	2	2
11	Mittelmeer-Staaten	2	2
12	Norwegen	30	17
13	Oesterreich-Ungarn	26	17
14	Portugal	7	4
15	Rumänien	12	8
16	Russland und Finnland	29	20
17	Spanien	14	10
18	Schweden	39	22
19	Schweiz	25	19
20	Serbien	2	2
21	Türkei	7	6
22	Nach allen europäischen Staaten	4	4

Lfd. No.	Exportland	Zahl der direkt betheiligten	
		Export- betriebe	Export- industrien
B. Amerika.			
23	Vereinigte Staaten von Nord- Amerika	36	21
24	Zentral-Amerika (die grossen Antillen [Cuba, Jamaika, Haïti, Puerto-Riko])	5	4
25	Mexiko	7	6
26	Nicaragua	2	1
27	Zentral-Amerika im Allgemeinen	8	6
Süd-Amerika.			
28	Argentinien	7	6
29	Bolivia	1	1
30	Brasilien	10	9
31	Chile	10	8
32	Peru	2	2
33	Uruguay	1	1
34	Kolumbia	2	1
35	Venezuela	2	1
36	Süd-Amerika im Allgemeinen	26	16
C. Afrika.			
37	Aegypten	7	4
38	Kapland	2	1
39	Transvaal	2	2
40	Ost-Afrika	4	3
41	Süd-Afrika	1	1
42	Afrika im Allgemeinen	7	3
D. Asien.			
43	China	7	6
44	Indien	3	3
45	Japan	5	6
46	Java	2	2
47	Persien	1	1
48	Philippinen	1	1
49	Siam	2	2
50	Sumatra	1	1
51	Asien im Allgemeinen	2	2
E. Australien.			
52	Neu-Süd-Wales	2	2
53	Viktoria	2	1
54	Süd-Australien	1	1
55	Australien im Allgemeinen	5	4
F. Ozeanien.			
56	Fidschi-Inseln	1	1
57	Hawai-Inseln	2	2
58	Marschall-Inseln	1	1
59	Schiffer-(Samoa) und Tonga- (Freundschafts)-Inseln	2	2
G. Nach allen Ländern der Welt		11	7

Berücksichtigung der eingetragenen Firma im Postverkehr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat unter dem 14. v. Mts. die nachstehende Eingabe an das Reichspostamt zu Berlin bezgl. der von der Firma W. Boller, Tapetenfabrik eingereichte Beschwerde gerichtet:

Unter Ueberreichung der zugehörigen Anlagen, verfehlen wir nicht, dem Kaiserlichen Reichspostamt nachstehende Angelegenheit vorzutragen.

(Fortsetzung Seite 109).

Ermittelungen über die Personalverhältnisse der kaufmännischen Lehrlinge

in den Städten Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Helmstedt, Schöningen, Königslutter, Holzminden, Stadtfeldendorf, Gandersheim, Seesen, Blankenburg und in den Flecken Hesse und Langelsheim.

Lfde. No.	Stadt	Zahl der Lehrlinge im Lebensalter von Jahren:											Summa	Dauer der Lehrzeit							Vorbildung:								
														Jahre:							Dorf- schule	Waisen- haus- schule	I. Bür- ger- schule	Bürger- schule	Real- schule	Real- gymna- sium	Gymna- sium	Privat- schule	Acker- bau- schule
		14	14½	15	15½	16	17	17½	18	19	20	21		2	2½	3	3½	4	4½										
1	Wolfenbüttel	7	—	7	—	15	9	—	5	3	1	—	47	1	—	16	7	23	—	3	—	23	2	9	2	5	3	—	
2	Schöppenstedt	—	—	1	—	5	4	—	1	1	—	—	12	—	1	1	5	4	—	—	—	—	9	—	1	1	—		
3	Hessen i. B.	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—		
4	Helmstedt	—	2	8	1	10	8	1	7	—	—	—	37	—	—	7	6	23	1	1	—	9	20	1	1	2	—	1	
5	Schöningen	3	—	8	—	5	8	—	3	2	—	—	29	—	—	7	1	21	—	—	—	2	21	—	2	3	—	(1 Handelssch.)	
6	Königslutter	1	14¾	3	—	4	6	—	1	—	1	1	17	—	1	2	—	15	—	1	—	1	13	1	—	1	—	(1 nebenb. Hdlssch.)	
7	Holzminden	2	—	4	2	8	9	—	5	3	1	—	34	2	—	14	11	7	—	—	—	—	22	2	3	4	—	(1 Hdlssch.)	
8	Stadtfeldendorf	1	—	2	—	6	1	—	—	—	—	—	10	—	—	4	2	4	—	—	—	—	8	—	—	2	—	—	
9	Gandersheim	2	—	1	—	3	2	—	2	—	—	—	10	—	—	7	—	3	—	4	—	—	3	—	3	—	—	1 (nebenbei Ackerbssch.)	
10	Seesen	2	—	3	1	5	3	—	2	—	—	—	16	—	—	8	2	6	—	2	1	—	9	3	—	1	—	—	
11	Langelsheim	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
12	Blankenburg	1	1	5	2	2	1	—	4	2	—	—	18	—	—	7	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Summa		19	3	44	6	65	51	1	30	11	3	1	234	3	2	73	35	120	1	14	1	35	108	16	12	19	4	3	
		und 1 von 14¾ Jahr											(nicht angegeben, 2 Einjährige)														(3 Handelssch.)		

Verwendung der Lehrlinge in den einzelnen Geschäftszweigen.

Lfde. No.	Geschäftszweig:	Zahl der Lehrlinge in:												Summa
		Wolfen- büttel	Schöp- pen- stedt	Hessen i. B.	Helm- stedt	Schö- ningen	Königs- lutter	Holz- minden	Stadt- olden- dorf	Gan- ders- heim	Seesen	Langels- heim	Blan- kenburg	
1	Kolonialwaren, Getreide, Dünger- und Futtermittel, Zigarren . . .	18	9	2	21	11	8	12	5	5	9	1	10	111
2	Manufakturwaren und Modewaren	12	2	1	12	3	5	8	1	4	3	—	4	55
3	Leinenwaren und Aussteuerwaren	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
4	Kurzwaren	3	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	6
5	Spielwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Eisenwaren	6	—	—	2	4	4	6	—	—	—	—	1	23
7	Weinhandlung	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
8	Bankgeschäft	2	—	—	—	—	—	3	—	1	—	—	2	8
9	Baumaterialien	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
10	Drogen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
11	Getreidegeschäft und Futtermittel	—	—	—	—	5	1	1	—	—	2	—	—	9
12	Tabakhandel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
13	Maschinenfabrik und Eisengiesserei	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	4
14	Fabrikation von Mineralfarben (Farbenfabrik)	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	3
15	Steinbruchsbetrieb und Gypsfabrik	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	5
16	Buch- und Papierhandlung	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
17	Holz-, Kohlen und Brennmaterialien	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2

Seit ungefähr dreißig Jahren besteht hier selbst eine Tapetenfabrik, deren Inhaber Wilhelm Boller ist; die Fabrik ist in das Firmenregister eingetragen als „Wilhelm Boller, Tapetenfabrik“. Da die Firma die einzige, hier am Orte bestehende Tapetenfabrik ist, gelangten seit Jahr und Tag auch Briefe mit abgekürzter Bezeichnung, z. B. Tapetenfabrik Boller, Braunschweig an die bezeichnete Firma. Neuerdings sind aber, wie die Anlagen erweisen, für die Firma insofern Schwierigkeiten entstanden, als das hiesige Postamt Bedenken trägt, Briefe mit derartig abgekürzter Adresse an die Boller'sche Fabrik auszuhändigen und zwar aus dem Grunde, weil sich am hiesigen Platze noch eine Tapetenhandlung Franz Boller befindet. Bezüglich dieser wird Seitens der Kaiserlichen Oberpostdirektion eingewendet, dass die Aufschrift „Boller's Tapetenfabrik“ oder Boller, Tapetenfabrikant' mehrdeutig sei, insofern als auch der Tapetenhändler Franz Boller sich Tapetenfabrikant nenne. Wir können in diesem letzterwähnten Gebrauche nur einen geschäftlichen Missbrauch erkennen, der unserer unmassgeblichen Ansicht nach keinesfalls noch behördlich unterstützt oder begünstigt werden sollte, da er nur eine Täuschung des Publikums zweckt. Wir verkennen hierbei unsererseits keineswegs, dass die Reichspostverwaltung in ihrem Vermittelungsverhältniss verpflichtet ist, in jedem Falle, in dem eine Adresse zweideutig gehalten ist, die Postsendung nicht willkürlich einer Partei auszufolgen, unseres Erachtens kann aber in dem vorliegenden Falle von einer zweideutigen Adressirung nicht wohl die Rede sein, da es hinreichend ortskundig ist, dass Franz Boller keine Tapetenfabrik, sondern nur eine als Tapetenhandlung eingetragene Firma besitzt und eine zweite Tapetenfabrik am Orte nicht besteht. Wenn somit Briefe für die Tapetenfabrik Boller eingeht, sollten sie auch folgerichtig dieser ausgehändigt werden, und wenn dieses Verfahren der Tapetenhandlung Franz Boller nachtheilig sein sollte, so würde sie hierin nur eine Konsequenz ihrer unberechtigten Geschäftspraxis zu erblicken und künftighin eine Bezeichnung zu unterlassen haben, die sie zu führen nach keiner Richtung hin berechtigt ist. Der Reichspostverwaltung selbst könnte aber von Seiten des Absenders aus dem Grunde kein Vorwurf gemacht werden können, weil die Verwaltung sich genau an die vorliegenden, d. h. auf der Adresse zum Ausdruck gelangten tatsächlichen Verhältnisse gehalten hat. Wir bitten demgemäss, Kaiserliches Reichspostamt wolle hochgeneigtest unter Aufhebung des Bescheides der Kaiserlichen Oberpostdirektion vom 27. September d. J. verfügen, dass Postsendungen, welche an die Tapetenfabrik Boller adressirt sind, auch dieser tatsächlich ausgehändigt, nicht aber als unbestellbar zurückgegeben werden. Eine derartige Verfügung würde im Sinne eines geordneten Geschäftsverfahrens allseitig mit Befriedigung aufgenommen werden.

Satzungen

für die

Vereinigung gegen unlauteres Geschäftsgebahren im Herzogthum Braunschweig.

§ 1.

Zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes im Herzogthum Braunschweig wird von Seiten der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig aus Vertrauensmännern besonders bethelligter Gewerbe ein ständiger Ausschuss gebildet, der bestimmt ist, die Interessen des redlichen Gewerbes gegenüber schwindelhaftem und zweideutigem Geschäftsgebahren nach jeder Richtung hin zu wahren.

§ 2.

Der ständige Ausschuss wird in der Weise gebildet, dass die grösseren gewerblichen Fachvereinigungen Braunschweigs, soweit sie erfahrungsgemäss unter unlauteren Machenschaften leiden, von Seiten der Handelskammer aufgefordert werden, je einen Vertrauensmann in den Ausschuss zu entsenden. Soweit für die Angehörigen einer grösseren Gewerbegruppe eine besondere Fachvereinigung nicht besteht, bestimmt die Handelskammer nach freiem Ermessen einen geeigneten Vertreter. Mandat der Ausschussmitglieder läuft auf drei Jahre.

§ 3.

Der ständige Ausschuss wählt aus seiner Mitte alljährlich je einen Vorsitzenden, Stellvertreter, Schriftführer und Kassiror. Die Geschäftsausschussmitglieder und der Syndikus der Handelskammer sind berechtigt, jederzeit den Sitzungen beizuwohnen und sich an den Berathungen und Beschlüssen zu betheiligen. Sie sind ebenso wie die Mitglieder zu den Sitzungen regelmässig und rechtzeitig einzuladen.

§ 4.

Die Sitzungen finden nach Bedürfniss statt. Etwaige Beschlüsse bedürfen der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der Mitglieder. Die Vollziehung der Beschlüsse liegt dem Vorsitzenden ob.

§ 5.

Die erforderlichen Kosten werden alljährlich bei denjenigen Gewerbetreibenden, welche sich als Vereinsmitglieder in die Liste des Ausschusses eintragen, aufgebracht. Der Jahresbeitrag wird bis auf Weiteres auf 1 Mk. pro Kopf festgesetzt. Die Handelskammer ist bereit, auf Antrag etwa erforderliche Zuschüsse zu leisten.

§ 6.

Jeder in die Liste aufgenommene Gewerbetreibende hat das Recht, selbständige Anträge und Beschwerden bei dem Ausschuss vorzubringen. Der Ausschuss ist verpflichtet, jede ihm übermittelte Beschwerde zu prüfen, darüber zu beschliessen und den Beschluss dem Antragsteller mitzutheilen. Alle nothwendig werdenden Informationen, Kundmachungen, prozessualen und sonstigen Massnahmen werden aus den verfügbaren Mitteln des Ausschusses gedeckt.

§ 7.

Der Verkehr des ständigen Ausschusses mit den auswärtigen Gewerbetreibenden erfolgt durch Vertrauensmänner bzw. Vertrauensausschüsse, welche zu diesem Zwecke in den einzelnen Städten des Herzogthums eingesetzt werden.

§ 8.

Wenn ein Bedürfniss für die bestimmungsmässigen Aufgaben der Vereinigung nicht mehr vorliegt, wird dasselbe von Seiten der Handelskammer wieder aufgelöst. Der endgültigen Auflösung hat ein diesbezüglicher Beschluss der Ausschussmitglieder voranzugehen, und zwar ist hierzu die Zustimmung von $\frac{2}{3}$ sämtlicher Mitglieder erforderlich. Etwa vorhandene Bestände sind von der Handelskammer zu einem gemeinnützigen Zweck zu verwenden.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das neueste Verzeichniss der von der Lungenseuche betroffenen Sperr-Gebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolles zu untersagen ist,

wurde vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin am 22. Oktober 1894 wie folgt ausgegeben:

A. Oesterreich.

Böhmen:

VIII. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Secan, Pribam, Smichow (Kladno), Karolinenthal, Böhmisches Brod, Kolin, Kutteneberg, Beneschau und Königliche Weinberge, ferner die Stadt Prag.

Galizien:

I. Sperrgebiet: Die Bezirkshauptmannschaften: Saybusch, Biala, Chrzanow, Wadowice, Krakau, Wielicka, Myslenice, Bochnia, Linanowa, Neumarkt, Neusandec, Brzesko, Dabrowa, Tarnow und Grybow, ferner die Stadt Krakau.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Szepes (Zips), Liptó (Liptau), Turóc, Trencschin, Nyitra (Neutra), Zólpom (Sohl), Bars, Hont und Saros.

Kleine Mittheilungen.

Das Buch von der Welpost. Unter dem obigen Titel haben zwei Beamte des Reichspostamtes vor mehreren Jahren ein Werk herausgegeben, das in Wort und Bild Entwicklung und Wirken von Post und Telegraphie im Weltverkehr schildert. Da inzwischen im Post- und Telegraphenwesen erhebliche Veränderungen eingetreten sind, so war es wünschenswerth, eine neue Auflage zu veranstalten. Der Staatssekretär im Reichspostamte, Dr. v. Stephan, hat allen Handelskammern und so auch der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ein Exemplar dieses kürzlich erschienenen, vielfach verbesserten und sehr interessanten Werkes zugestellt. Wir bemerken dabei, dass das Werk im Verlage von Herm. J. Meidinger in Berlin erschienen ist.

Gewerkverein der Londoner Handels-Angestellten. Das k. und k. General-Konsulat in Liverpool schreibt: Die United Shop Assistants Union hat am 16. September zu London unter dem Vorsitz des Mr. John Turner eine öffentliche Versammlung der Angestellten in den Detailgeschäften veranstaltet, um gegen die lange Arbeitszeit im Handelsgewerbe Stellung zu nehmen. Herr Turner bemerkte u. A., dass die Angestellten bis jetzt ihren Zweck nicht erreicht haben, weil sie, statt selbst sich mit ihrer Sache zu befassen, dieses Fremden überliessen und die meisten an die Trades Union sich nicht angeschlossen haben. Nach der seitens des Parlamentes vor mehreren Jahren erfolgten Annahme der lückenhaften Shop Hours Regulation Bill, fuhr er fort, liessen die Betheiligten diese Frage auf sich beruhen und nahmen sie erst in den Jahren 1889 und 1890 wieder auf und zogen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die gedachten, wohl begründeten Beschwerden der in Detailgeschäften Angestellten. Ausserdem sei ihre Entlohnung ungenügend, da z. B. der Lohn eines Handlagers in den Docks im Durchschnitt um 25 Prozent höher als der ihrige sei; sie bezögen nämlich in der Regel bloss 28 sh. per Woche oder bei einer Thätigkeit von 68 Stunden wöchentlich 4½ d. per Stunde, die Handlanger aber als Minimum 6 d. per Stunde. Obgleich, hob er hervor, die Anzahl der Angestellten in den Detailgeschäften in London 80000 bis 100000 sei, so werden dennoch ihre wohlbegründeten Wünsche seitens des Parlamentes daselbst ignoriert, wahrscheinlich weil vier Fünftel derselben das Recht, bei Wahlen von Mitgliedern für das Parlament zu stimmen, nicht besitzen.

Die hierauf gefassten zwei Beschlüsse lauten folgendermassen: der erste: „Diese Versammlung ist, ob schon sie dafür hält, dass acht Stunden täglich als Maximum für alle Arbeiter ohne Unterschied zu bestimmen wären, der Ansicht, dass Alles über 60 Stunden wöchentlich, Mahlzeit inbegriffen, den in Detailgeschäften Angestellten gesundheitsschädlich sei, wie dieses von dem vom Parlamente eingesetzten Select Committee im Jahre 1886 nachgewiesen wurde und in dem soeben erschienenen Berichte der Miss Irwin über die Arbeitsstunden der in den Detailgeschäften in Schottland beschäftigten weiblichen Angestellten bestätigt wird, und die Versammlung glaubt, dass die Regierung diesen Uebelstand schleunig beseitigen sollte.“ Der zweite: „Wir, in den Detailgeschäften der Metropole Angestellten, bei dieser öffentlichen Versammlung anwesend, erklären hiermit, dass die Arbeitszeit und die Bedingungen, unter welchen wir in Anspruch genommen sind, unerträglich seien, wir fordern unverzügliche Abhilfe und fordern zu diesem Ende alle männlichen und weiblichen Angestellten dringend auf, Mitglieder der United Shop Assistants Union zu werden.“

Französisches Handels-Museum. Wie einer Mittheilung des „Journal des Débats“ zu entnehmen, ist der Kolonialminister M. Delcassé eifrigst mit der Organisation eines kommerziellen Informationsdienstes beschäftigt. Desgleichen wird die im Palais de l'Industrie untergebrachte Sammlung von Kolonialprodukten in neuer Ordnung zur Ausstellung gebracht, wobei speziell den einer industriellen Verwerthung fähigen Artikeln besondere Aufmerksamkeit zu Theil wurde; ebenso wird die Ausstellung von Exportartikeln für die Kolonien vervollständigt.

Der Rückgang des englischen Ackerbaues. Die Entwicklung der Landwirtschaft Grossbritanniens wird durch nachstehende Daten, welche den „Agricultural Returns“ entnommen sind, gut illustriert. Dieselben zeigen uns, wie in England das Ackerland sich successive in Weide verwandelt. Im letzten Jahr ist eine geradezu staunenerregende Verminderung des Areals, das unter dem Pflug steht, eingetreten. Der Prozess der Umwandlung des Ackerlandes in Weide beginnt im Jahre 1872 mit dem Fallen der Getreidepreise und dem Steigen der Löhne. Diese Entwicklung wird am besten durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Jahr	Ackerland	Weide Acres	Total
1873 . . .	18 187 000	12 916 000	31 103 000
1878 . . .	17 943 000	13 911 000	31 854 000
1883 . . .	17 320 000	15 065 000	32 385 000
1888 . . .	16 938 000	15 746 000	32 684 000
1893 . . .	16 151 000	16 493 000	3 644 000

Aber ein volles Bild erhält man erst, wenn man bedenkt, dass es hauptsächlich der Rückgang des Weizenbaues ist, der die Umwandlung des Ackerlandes in Weide verursacht. Die grünen Feldfrüchte werden noch ziemlich in demselben Masse angebaut wie früher, nur der Getreideanbau ist zurückgegangen, und den Löwenantheil an diesem Rückgange trägt der Weizen. Das zeigt folgende Tabelle, die auch die Vertheilung auf das Vereinigte Königreich aufweist. Die Zahlen drücken die Prozentsätze des totalen kultivirten Areals aus:

	England	Wales	Schottland	Grossbritannien
Weide . . .	1873 . . . 42.8	59.7	24.0	41.5
	1893 . . . 52.7	70.0	27.9	50.5
Ackerland	1873 . . . 57.2	40.3	76.0	58.5
	1893 . . . 47.3	30.0	72.1	49.5
Getreide . .	1873 . . . 31.4	20.3	31.1	30.4
	1893 . . . 23.9	14.4	26.5	23.5
Weizen . . .	1873 . . . 13.6	4.4	2.6	11.2
	1893 . . . 7.2	1.9	0.9	5.8

Dabei hat die Fleischproduktion durchaus nicht in dem Masse zugenommen, wie man meinen sollte. Das geht deutlich aus folgenden, die Stückzahl des Rindviehs, der Schafe und der Schweine bezeichnenden Ziffern hervor:

	1873	1883	1893
Rindvieh . . .	10154000	10098000	11208000
Schafe . . .	33982000	28348000	31757000
Schweine . . .	3654000	3986000	3287000

Diese Zahlen zeigen uns deutlich, dass man in England, um Produktionskosten zu ersparen und die Grundrente möglichst hoch zu halten, relativ weniger produziert als früher. Um die Rentabilität zu steigern, muss die Produktivität des landwirtschaftlichen Betriebs hintangehalten werden.

Zwangsversteigerungen von Grundstücken in Preussen. Nach der vom preussischen Justizministerium veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung der im Jahre 1893 in Preussen beendigten Zwangsversteigerungen ergibt sich gegen das Vorjahr eine Zunahme um 364. Es wurden nämlich im erstgenannten Jahre 10917 Zwangsversteigerungen beendet, gegen 10553 im Jahre 1892, 8720 im Jahre 1890 und 10233 im Jahre 1887. Am stärksten ist an der Zunahme beteiligt der Kammergerichtsbezirk mit 238; dann folgt Köln mit 149 Zwangsversteigerungen mehr. Abgenommen hat die Zahl der Zwangsversteigerungen gegen das Vorjahr vorwiegend in den östlichen Oberlandesgerichts-Bezirken. Unter den 10917 versteigerten Grundstücken waren 4381 land- und forstwirtschaftliche; im Vorjahre betrug die Ziffer 4908; während die Gesamtzahl der Versteigerungen zugenommen, hat die Zahl der Versteigerungen von ländlichem Besitze abgenommen. Der Flächeninhalt der versteigerten Grundstücke dagegen ist gestiegen; im Jahre 1893 sind 94250 ha versteigert worden, gegen 91346 im Jahre 1892 und 87201 ha 1891.

Technisches.

Etwas über Zigarettenfabrikation. Bekanntlich giebt es zwei Arten von Zigaretten, solche mit und ohne Mundstück. Es ist bisher nicht gelungen, Mundstückzigaretten auf maschinellem Wege zufriedenstellend anzufertigen; man hat zwar vielfach Versuche gemacht, ohne indessen zu einem günstigen Resultate zu gelangen. Man fabriziert deshalb die Mundstückzigaretten noch heute mit der Hand. Dies geschieht durch Arbeiterinnen, welche sich einer aufklappbaren Röhre bedienen, die, mit Tabak gefüllt, in die vorher fertiggestellte Papierhülse eingeführt wird, worauf mit einem Kolben der Tabakstrang in die Hülse hinüber geschoben wird. Der an den Enden der Hülse hervortretende Tabak wird mit einer Scheere abgeschnitten. Auf diese Weise fertigt eine geübte Arbeiterin pro Stunde, je nach dem Format, 100 bis 200 Zigaretten. Bei billigeren Sorten wird auch klarer Tabak in die dicht nebeneinander in einen Rahmen gestellten Hülsen geschüttet; man bezeichnet dieselben als „geschüttete“ oder „gestopfte“ Zigaretten. Auch mundstücklose Zigaretten werden in grösseren Fabriken mit der Hand hergestellt, sofern es sich um besondere, minder stark begehrt, theurere Marken handelt.

Dagegen werden gangbare runde Formate mundstückloser Zigaretten von den grösseren Zigarettenfabriken heute ausnahmslos auf maschinellm Wege hergestellt. Man bedient sich hierzu einer sehr sinnreichen Maschine, welche den Namen ihres Erfinders, des Amerikaners Bonsack, trägt. Wenn man bedenkt, dass nach der obigen Angabe eine geübte Zigarettenarbeiterin in einer Stunde nicht mehr denn zirka 100 bis 200 Zigaretten anzufertigen vermag, so erscheint die Leistung der

Bonsackmaschine, welche in einer Stunde 10- bis 12000 Zigaretten anfertigt und dabei nur der Beaufsichtigung durch zwei Personen bedarf, als eine erstaunliche. Die vollkommen automatisch arbeitende Maschine ist natürlich so kompliziert, dass sie hier nur in ihren Grundzügen beschrieben werden kann.

Der aufgelegte Tabak wird durch Walzen bandförmig zusammengepresst und gelangt an eine schnell rotierende Nadelwalze, welche Faser für Faser erfasst und in eine, von drei über Scheiben laufenden Stahlbändern gebildete U-förmige Rinne wirft. Die Rinne verengt sich nach und nach, so dass der Tabak schon annähernd strangförmig dieselbe verlässt. Der Tabak wird nun von einem von einer Rolle ablaufenden Papierstreifen, welcher durch ein untergelegtes, mitlaufendes Leinenband rinnenförmig gehalten wird, aufgenommen. Dieser Papierstreifen ist vorher durch den an der Maschine angebrachten, in seiner Konstruktion an die Tiegeldruckpresse erinnernden Druckapparat, mit den üblichen Abzeichen bedruckt worden. Papierstreifen, Leinenband und Tabakstrang laufen jetzt vereint durch eine sich immer mehr verengende, nach und nach die Form einer geschlossenen Röhre annehmende Rinne, wobei der eine Rand des Papierstreifens vor dem Eintritt in die Röhre durch eine rotierende Scheibe mit Klebstoff bestrichen wird. Der endlose Leinenstreifen verlässt am Ausgang der Röhre den nun entstandenen Zigarettenstrang. Letzterer durchläuft noch einen Trichter, welcher in der Richtung des Stranges hin- und hergeht; in dem Moment, wo der Trichter mit dem Zigarettenstrang vorwärts geht, schneidet eine kreisförmige Messerscheibe, in einen seitlichen Einschnitt des Trichters eintretend, ein Stück des Stranges, welches die nun fertige Zigarette bildet, ab. Man vergegenwärtige sich die ungeheure Geschwindigkeit, mit welcher die Maschine arbeitet: Dieselbe fertigt die Zigaretten einzeln nach einander an und liefert doch in der Sekunde drei Stück und darüber. Die grösseren Zigaretten-Fabriken arbeiten mit mehreren solcher Maschinen, z. B. hat die bekannte Compagnie Laferme in Dresden deren vier im Betriebe. Diese vier Maschinen würden, wenn sie bei einer zehnstündigen Arbeitszeit ununterbrochen in Gang wären, die respectable Zahl von etwa 440000 Zigaretten pro Tag anfertigen. In neuester Zeit ist übrigens der Bonsackmaschine in der Elliotmaschine ein interessanter Konkurrent entstanden.

Der Hauptsitz der deutschen Zigarettenfabrikation ist Dresden, wo zur Zeit 33 Fabriken bestehen. Die Produktion geht weit über den inländischen Bedarf hinaus, und es findet ein bedeutender Export nach fast allen Ländern, besonders solchen Ländern statt, wo kein Tabakmonopol besteht.

Otto Wolff-Dresden.

Die ganze Zinnproduktion der Welt belief sich im Jahre 1893 auf 63732 Tonnen, hiervon lieferten Europa und Amerika zusammen 38874, England allein 8650 Tonnen, Australien 5579, die holländischen Besitzungen (Banca) 5418 Tonnen, Java ausserdem noch 5211 Tonnen.

Rathschläge für die Wahl eines geeigneten Zeichens (Schutzmarke). Die Wahl eines zweckentsprechenden Zeichens ist von grösster Wichtigkeit. Es sind leider unzählige Zeichen eingetragen, die ihrem Zweck durchaus nicht entsprechen, die so wenig individuelle und markante Züge an sich tragen, dass sie sich dem Gedächtniss der Konsumenten nicht einprägen können. Das sollen sie aber gerade. Mit zwingender Gewalt muss sich das Zeichen dem Käufer aufdrängen, ohne dessen Zuthun, denn das Publikum ist viel zu bequem, um Zeichen auswendig zu lernen und nimmt auch viel zu wenig Interesse daran. Haftet aber ein

prägnantes, originelles Zeichen im Gedächtniss, so wird der Kaufende unwillkürlich stutzen, wenn ihm die Waare ohne das wohlbekannte Zeichen vorgelegt wird: Er wird nach seinem Zeichen verlangen. Darauf beruht aber das Wesen und der Werth einer Schutzmarke.

Als besonders geeignete Waarenbezeichnungen möchten wir in erster Linie Phantasieworte empfehlen, mit denen man im Ausland (z. B. in England) gute Erfolge erzielt hat. Nach dem neuen Gesetz sind solche Worte auch bei uns eintragungsfähig, was als erheblicher Fortschritt bezeichnet werden muss. Denn Worte prägen sich, wenn sie für den betreffenden Konsumentenkreis nicht allzu fremd und phantastisch klingen — manchmal aber auch gerade deswegen — dem Gedächtniss am unmittelbarsten ein. Niemand wird sich „Löwenbräu“ für „Spatenbräu“ vorsetzen lassen und umgekehrt. („Spatenbräu“ darf als eintragungsfähig angesehen werden.) „Bockbier“, das eben so prägnant ist, würde an sich auch eintragungsfähig sein, muss aber als Freizeichen betrachtet werden. Geeignet sind auch „Nabobsauce“ (von einer nach altem Gesetz eingetragenen Marke), „Million“-Lampe, „Santha“-Thee, „Kodak“-Platten (photographische), „Heureka“-Hemd, „Koh-i-noor“-Bleistift. Das gewählte Wort darf keinerlei Angaben über Eigenschaften oder Herkunft der Waare enthalten, noch zu derselben in irgend einer andern begrifflichen Beziehung stehen. Auch hüte man sich vor Freizeichen; z. B. werden Kombinationen mit „Löwen“ ebenso wie das Bild eines Löwen als Freizeichen gelten müssen.

Wählt man aber figürliche oder bildliche Darstellungen als Waarenzeichen, so achte man vor Allem darauf, dass das zweckmässig aus wenigen, kräftigen Zügen gebildete Markenbild ein originelles, ihm eigenenthümliches Gepräge erhalte. Wir haben Marken gesehen, die fast Kunstwerke der Kleinmalerei genannt werden konnten, aber recht schlechte Schutzmarken waren, und wieder andere, aus wenigen, oft unkünstlerischen Strichen bestehende, aber treffliche Schutzmarken. Es soll damit natürlich nicht gesagt sein, dass eine gute Schutzmarke nicht auch ästhetisch befriedigen könne, aber die Marke soll vor allen Dingen prägnant sein. Man vermeide, wenn thunlich, alles Beiwerk, welches die wesentlichen Züge des eigentlichen Markenbildes verdunkeln könnte. Insbesondere können wir die oft angewendeten rechteckigen, mit allerhand Rankenwerk, Emblemen, Medaillen u. s. w. ausgefüllten Rahmen nicht gutheissen, weil bei wesentlich anderer Detaillirung deren Gesamteindruck leicht nachgebildet werden kann, ohne dass sich hiergegen immer mit Erfolg einschreiten liesse. Solchen Marken fehlt eben ein markig hervortretender, unwillkürlich in die Augen fallender und dem Gedächtniss sich einprägender Ausdruck. Empfohlen werden sind Darstellungen von Menschen und Thieren, Körperteilen, geometrischen Figuren, gewerblichen Erzeugnissen; indessen sei darauf hingewiesen, dass Adler, Löwen, Pferde, Bären, Hähne, Sterne, Kreuze, Anker, Pentagramme in sehr vielen Variationen schon vorhanden sind. — Wie man eine Lebensweisheit, oder einen anderen, des Behaltens werthen Gedanken mit wenigen Worten in einem scharf pointirten Vers oder Spruch ausdrückt, so soll auch die Schutzmarke in wenigen, scharfen Zügen ein dem Gedächtnisse unauslöschliches Denkzeichen sein!

Otto Wolff-Dresden.

Bibliothek-Eingänge.

1. Dr. Edwin Katz, Rechtsanwalt. Gesetz zum Schutze der Waarenbezeichnungen und unlauterer Wettbewerb. (Vortrag, gehalten in der

Juristischen Gesellschaft von Berlin und im Berliner Anwaltverein.) Berlin 1894.

2. A. Eschenbach, Gerichtsassessor in Berlin. Das Kommissionsgeschäft mit Selbsteintrittsrecht des Kommissionärs. Stuttgart 1892.

3. Dr. R. van der Borcht, Professor der Nationalökonomie an der Königlich technischen Hochschule zu Aachen. Ueber gewerbliche Berufskrankheiten. (Vortrag, gehalten im Congress International des Accidents du Travail à Milan, 1.—6. Oktober 1894.)

4. Dr. R. van der Borcht, Professor. Ueber die Nothwendigkeit, bei der Einführung einer Unfallversicherung die letztere nicht in den durch das deutsche Gesetz gezogenen Grenzen zu halten, sondern alle Unfälle, die direkt oder indirekt durch einen Gewerbebetrieb veranlasst sind, in eine solche Versicherung einzuschliessen. (Vortrag, gehalten im Congress International des Accidents du Travail à Milan, 1.—6. Oktober 1894.)

5. Samuel Smiles. Der Weg zum Erfolg durch eigene Kraft. Nach dem Englischen, für das deutsche Volk bearbeitet von Dr. Hugo Schramm-Macdonald. (I. Theil: Vom Wesen und von der Bedeutung der Selbsthilfe. II. Theil: Von den Mitteln und Wegen der Selbsthilfe. 1. Lieferung.) Heidelberg 1895.

6. Lesser Columbus. Going to the Isle of Dogs. Reprinted by Permission from „Commerce“ August 30. 1893.

7. Prof. Dr. v. Gneist, Wirkl. Geh. Oberregierungsrath, Vorsitzender. Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in fünfzigjähriger Thätigkeit. 1844—1894. Berlin 1894.

8. Königlich ungarisches Handelsmuseum. Les Fabrikants Exportateurs du Royaume de Hongrie. Budapest 1894.

9. Die erste Nummer des II. Jahrganges der von den vereinigten Sekretären der deutschen Handels- und Gewerbekammern herausgegebenen Zeitschrift „Handel und Gewerbe, Zeitschrift für Deutschlands gesamte Gewerthätigkeit. Organ für die Handels- und Gewerbekammern, sowie die wirtschaftlichen Vereine und Verbände“ ist soeben im Verlage der Königlichen Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin zur Ausgabe gelangt. Die Zeitschrift dient, als Zentralorgan von berufenster Stelle herausgegeben, zum Austausch aller wichtigen neuen Mittheilungen aus den Kreisen des Handels und der Gewerbe, sie bietet fortlaufend eine Sammlung desjenigen Materials, dessen Kenntniss zur Beurtheilung der jeweilig auftauchenden wirtschaftlichen Fragen erforderlich ist, und soll auch dem Vielbeschäftigten es ermöglichen, sich leicht über alle Vorgänge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, über die autoritative Meinung in wichtigen Handelsfragen und über neue Gesetzesvorlagen und die dabei zu berücksichtigenden wichtigsten Gesichtspunkte eingehend zu unterrichten. Die erste Nummer enthält: Der Achtstundentag in England. — Handel: Unlauterer Wettbewerb. Fischhandel und Hochseefischerei. — Industrie: Die Entwicklung der russischen Kohlen- und Eisenindustrie. Die Petroleumindustrie in den Vereinigten Staaten. Verband deutscher Chokoladenfabrikanten. Verband oldenburgischer Gewerbevereine. — Sozialpolitik: Arbeitslosenversicherung. Arbeitsnachweis. Schneiderstreik in New-York. — Öffentliche Lasten und Abgaben. Zollwesen: Zur Tabaksteuer. Direkte kombinierte Tarife. — Verkehrswesen: Rheinschiffahrts-Kommission. Grossschiffahrtsweg durch Berlin. — Notizen. Literatur.

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestrasse No. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflatern 8.

Monatsschrift

für

Vierteljährlich 1 Mk.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mk.
Ganze Seite 28 Mk.

HANDEL UND INDUSTRIE

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

No. 12.

Braunschweig, Dezember-Nummer.

1894.

Amtlicher Theil.

A. Z. B. 10. — 10905/94.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einem Rescripte des Herzoglichen Staats-Ministeriums, Departement der Justiz vom 27. November, Seine Königliche Hoheit, der Prinz Albrecht von Preussen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig gnädigst geruht haben, für die Zeit vom 1. Januar 1895 bis zum 31. Dezember 1897 wiederum

den Stadtrath und Kommerzienrath Haake
und

den Kaufmann Reidemeister
zu Handelsrichtern, sowie
den Bankdirektor Holtschmidt
und
den Kaufmann Gerloff

zu stellvertretenden Handelsrichtern bei der Kammer für Handelssachen des Herzoglichen Landgerichts hieselbst zu ernennen.

Braunschweig, 30. November 1894.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

XX. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 22. Oktober 1894,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestr. 9, I.

(Schluss.)

IV. Antrag der Firma G. H. Sievers in Braunschweig betr. Besteuerung der Margarine.

Berichterstatter: Albert Lemmer.

Der Kaufmann G. H. Sievers zu Braunschweig hat in einer Eingabe unter ausführlicher Begründung ersucht, die Handelskammer möge dafür eintreten, dass die reelle Fabrikation und der reelle Vertrieb der Margarine weder durch Gesetzesänderungen unterbunden, noch auch durch Besteuerung der Margarine deren Absatz eingeschränkt werde. Es liegen dem Gesuche u. A. zwei Petitionen der deutschen Margarinefabrikanten an

den Reichstag in gleicher Angelegenheit bei. Auch von der Handelskammer Frankfurt a. M. ist der diesseitigen Kammer eine Petition gleichen Inhaltes an den Reichstag, mit der Bitte um Kenntnissnahme und event. Unterstützung zugegangen.

Diese zum Schutze der Margarinefabrikation aufgetretene Bewegung ist verursacht worden durch Petitionen, welche beim Reichstage aus den Kreisen der Landwirtschaft eingereicht worden sind und welche bezwecken:

1. ein Verbot der Mischung der Margarine mit Milch oder Sahne;
2. ein Verbot der Färbung der Margarine;
3. eine Gesetzbestimmung, nach welcher der Verkauf der Margarine nur in besonderen Räumen gestattet sein darf;
4. eine gesetzliche Einführung einer Deklarationspflicht der Bäcker und Wirthe betreffs der Verwendung von Margarine.

Sollten diese Petitionen der Landwirtschaft von Erfolg gekrönt werden, so würde damit der Margarinefabrikation der Todesstoss versetzt sein. Es würde einem Verbote der Fabrikation gleichkommen, wenn die Verwendung von Milch und Sahne untersagt würde. Denn die Margarinefabrikation ist weiter nichts, als eine Mischung oder Verbutterung des nach Entfernung des Stearins aus dem Talg erhaltenen Fettes mit frischer Milch oder Sahne.

Durch das Verbot der Färbung würde der Margarine der Charakter als Ersatzmittel für Naturbutter genommen werden. Ein beträchtlicher Konsumrückgang würde der weniger kaufkräftigen Klasse der Bevölkerung ein Nahrungsmittel rauben, welches thatsächlich heute nicht mehr entbehrt werden kann. An die Stelle der Margarine würde dann aber nicht etwa die theuere inländische Naturbutter, sondern billigere und schlechtere ausländische Butter, z. B. galizische oder das amerikanische Schmalz treten.

Auch die Mischungen aus Naturbutter bedürfen der Färbung. Der zur Anwendung kommende Farbstoff ist genau derselbe, wie er bei der Margarinefabrikation Verwendung findet. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit kann man aber doch den Margarinefabrikanten nicht gut verbieten, was den Landwirthen für die Mischungen aus Naturbutter erlaubt ist.

Die Einrichtung besonderer Verkaufsräume würde auch ein besonderes Personal bedingen und eine Vertheuerung der Margarine herbeiführen, und hierdurch zum allergrössten Theil die Arbeiterbevölkerung und die wenig kaufkräftige Klasse geschädigt werden.

Sollten die Bäcker und Wirthe gezwungen werden, durch Plakat etc. bekannt zu geben, dass in ihren Geschäften Margarine zur Verwendung komme, so würden diese Betriebe einfach wieder zur Verwendung geringwerthiger Fette und Oele oder schlechter ausländischer

Butter greifen. Eine Erhöhung des Konsums der Naturbutter bei gleichbleibenden oder steigenden Preisen würde vollständig ausgeschlossen bleiben.

Die Agitation der Landwirthschaft gegen die Margarine entspringt dem Bestreben, den Butterpreis durch Unterdrückung der ersteren in die Höhe zu treiben. Wie schon erwähnt, wird durch Fortfall der Margarine eine Preiserhöhung nicht stattfinden, da dann die Bevölkerung zur Verwendung billigerer anderer Fette und billigerer ausländischer Butter übergehen würde. Wie wenig die Margarine auf die Preisbildung der Butter Einfluss hat, geht aus der Statistik hervor, nach welcher trotz des stetig zunehmenden Margarinekonsums die Butterpreise seit 1879 stetig gestiegen sind.

Auf der anderen Seite erwächst aber der Landwirthschaft aus der Margarinefabrikation ein erheblicher Vortheil. Wie die Ausfuhrstatistik zeigt, stockt in regelmässig wiederkehrenden Zeitebschnitten, besonders während der Sommermonate, der Zeit der grössten Produktion, die Ausfuhr an guter Naturbutter, und es entsteht ein Ueberfluss auf dem inländischen Markte, welcher die Butterpreise erheblich herabdrückt. Es nimmt dann gleichzeitig die Einfuhr der billigen galizischen Butter und der Margarinekonsum ab. Immerhin nimmt die Margarinefabrikation dann immer noch für ca. zehn Millionen Mark Milch zu guten Preisen aus dem Markte und trägt dadurch zu einem guten Theil zur Verhütung der Ueberproduktion an Naturbutter bei.

Das Rinderfett wurde früher zu einem minimalen Preise für technische Zwecke verkauft und findet jetzt bei der Margarinefabrikation bei einem um zwölf Mark pro Zentner höheren Preise Verwendung. Es resultirt daraus bei einem Jahresverbrauch von ca. 255 000 Ztr. Rinderfett ein Mehrerlös für die Landwirthschaft von ca. drei Millionen Mark. Die landwirthschaftlichen Betriebe konsumiren bekanntlich die billigere Margarine, um ihre Erzeugnisse an Naturbutter theurer zu verwerthen.

Eine Besteuerung der Margarine würde die Fabrikation ruiniren, da nachweislich der Gewinn der noch bestehenden Fabriken ein solch minimaler ist, dass sie eine weitere Belastung durch eine Steuer nicht zu tragen vermöchten. Die Steuer könnte nur auf die Konsumenten, also die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen abgewälzt werden. Der Massenkonsum der Margarine liegt bei der arbeitenden Klasse, bei einer Preissteigerung der Margarine greift dieselbe aber sofort wieder zu den schlechteren und billigeren Fetten, da sie nicht im Stande ist, die noch theurere Naturbutter zu kaufen. Der Ausschuss für Gewerbe und Industrie empfiehlt aus diesen Gründen der Kammer die Annahme seines Antrages:

Die Handelskammer Braunschweig möge der Eingabe des Herrn Sievers und der Handelskammer zu Frankfurt a. M. dadurch Folge geben, dass der Petition letztgenannter Handelskammer an den Reichstag beigetreten werde.

Die Kammer beschliesst demgemäss.

V. Antrag der Handelskammer Sonneberg betr. Ermässigung der Fernsprechgebühren.

Berichterstatter: Louis Gerloff.

Die Handelskammer Sonneberg hat sich wiederholt an die deutschen Handelskammern mit dem Ersuchen gewandt, gemeinsam auf eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren hinzuwirken. Sie bittet um bestimmte Erklärung

1. ob wir eine Ermässigung der jährlichen Fernsprechgebühren überhaupt für nothwendig erachten,
2. ob wir für eine Abstufung der Gebühr nach der Grösse und räumlichen Ausdehnung der Städte eintreten würden.

Berichterstatter empfiehlt, die erstere Frage bejahend, die letztere im verneinenden Sinne zu beantworten. Die Kammer stimmt diesem Antrage zu.

VI. Bildung eines Ausschusses zur Bekämpfung unlauteren Geschäftsgebahrens im Handel und Gewerbe.

Berichterstatter: Justus Leo.

Der Herr Berichterstatter begründet in eingehender Weise die Zweckmässigkeit einer organisirten Selbsthilfe für den Umfang des ganzen Herzogthums und setzt gleichzeitig die Grundzüge, in denen eine solche Organisation gedacht ist, auseinander. Die Versammlung stimmt der geplanten Einrichtung einstimmig zu und beschliesst, ohne Verzug die Organisation aufzunehmen. Der in der Stadt Braunschweig einzusetzende Ausschuss soll in denjenigen Städten des Herzogthums, in denen sich ein diesbezügliches Bedürfniss herausstellen wird, Vertrauensausschüsse einsetzen, welche die erforderliche Vermittelung zu übernehmen haben.

VII. Massnahmen zur Entwicklung des kaufmännischen Fortbildungs-Unterrichtes im Bezirke der Kammer.

Berichterstatter: Der Syndikus Dr. Stegemann.

Referent giebt zunächst seiner Ansicht Ausdruck, dass gegenüber den von Jahr zu Jahr sich steigernden Schwierigkeiten des Erwerbslebens die heranwachsende Generation keineswegs mit derjenigen sachlichen Vorbildung ausgerüstet sei, welche den Anforderungen einer künftigen Zeit gewachsen sei. Er bezeichnet es als eine verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Handelskammern, mit allem Nachdruck und nöthigen selbst mit pekuniären Leistungen für eine bessere Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses eintreten, gleichzeitig stellt Referent in kurzen Grundzügen das Programm auf, das er für die systematische Durchführung dieser Aufgabe im Herzogthum Braunschweig der Kammer zur Berücksichtigung empfiehlt und das im Wesentlichen auf die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes in allen Städten des Herzogthums, auf die Einrichtung von Seminarkursen für die an den kaufmännischen Fortbildungsschulen angestellten Lehrer, sowie auf die Errichtung einer Handelsschule in der Stadt Braunschweig hinzielt.

Die Versammlung stellt sich im Wesentlichen und einstimmig auf den Standpunkt des Referenten. Sie erklärt sich unbedingt für die Einführung des Schulzwanges für kaufmännische Lehrlinge in den Städten des Herzogthums, in denen eine entsprechende Zahl kaufmännischer Lehrlinge vorhanden ist. Sie beschliesst im Weiteren, grundsätzlich den Unterricht auf die Nachmittagsstunden zu verlegen, erforderlichen Falles pekuniäre Beihilfen zu leisten und überhaupt das ihr vorgelegte Programm in seinen Einzelheiten baldmöglichst zur Durchführung zu bringen. Die Herren Dr. Schmidt und Lemmer erklären sich bereit, im Einzelnen die erforderlichen Vorarbeiten auf sich zu nehmen.

VIII. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurfe betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Kleingewerbe.

Berichterstatter: Albert Natalis.

In dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Erweiterung der Unfallversicherung wird versucht, die Zwangsversicherung auch auf kleinere Betriebe im Gewerbe — Handwerk und kaufmännische Geschäfte — auszudehnen, und in den Motiven wird gesagt, dass dieses Gesetz den Schlussstein bilden soll in der sozial-politischen Gruppe der Gesetze zum Schutz der Arbeit gegen die damit verbundenen Gefahren. Es liegt ja scheinbar

etwas von ausgleichender Gerechtigkeit in der Hineinziehung der gedachten Betriebe in die Unfallversicherung und würden die Lasten der letzteren also nicht mehr ausschliesslich von Industrie, Land- und Seetransport und Land- und Forstwirtschaft getragen werden.

Es ist sogar sehr gerechtfertigt, dass solche kleinere Betriebe, welche wirklich in ihrer Ausübung mit grösserer, resp. einer aussergewöhnlichen Gefahr verknüpft sind, gleichfalls daran Theil nehmen; man denke sich nun einen Arbeiter, welcher aus einer Maschinenfabrik oder einer grösseren, versicherten Schlosserei aus- und in eine kleine Schlosserei eintritt; in der ersteren hat er durch ein abgesprungenes Metallstück ein Auge verloren und erhält Vergütung dafür; in letzterer erleidet er den gleichen Unfall und verliert das zweite Auge, wird aber für seine völlige Erblindung nicht entschädigt; darin liegt unbestritten eine Ungerechtigkeit, die daraus entspringen ist, dass das ursprüngliche Gesetz willkürlich eine Grenze gezogen hat, wo ein Unfall bei fast gleicher Arbeitsart entschädigungspflichtig ist oder nicht. Das inzwischen entstandene Invaliditäts-Gesetz reicht nicht aus, diese Kluft zu überbrücken.

Es ist also anzuerkennen, dass der Entwurf, wie in den Motiven gesagt wird, vornehmlich die gefährlicheren Betriebe im Handwerk, im Handel, in der Fischerei und in der Küstenschiffahrt berücksichtigt wissen will. Es sollen also Ausnahmen gemacht werden und sind als solche besonders die Schneiderei, Schuhmacherei, Weberei u. A. angeführt.

Demnach werden versicherungspflichtig werden: die Arbeiter und Angestellten, ausser im Handwerk und Handel, in Apotheken, Gastwirthschaften, in der Küstenschiffahrt und Fischerei, in Bildhauereien, Laboratorien, Krankenhäusern, Badeanstalten, Gesellschaften und Betrieben des Sportfaches, z. B. Ruder- und Segel-Klubs, Reit- und Renn-Bahnen, Theatern und allen Schauluststellungen, Kunstreiter und Seiltänzer, in zoologischen Gärten, in der Feuerwehr, in verschiedenen kirchlichen und Gemeinde-Berufen, Todtenbestattung u. s. w. Dagegen würden nicht versichert sein: die Arbeitnehmer in den Haushaltungen, in privatem Pferd- und Wagen-Gebrauch, — weil diese keine „Betriebe“ bilden. Es bleibt somit in dem „Schlussstein“ noch eine weite Lücke auszubauen, wenn man, wie es der Entwurf verlangt, aus dem Rahmen der ursprünglichen Begründung bei Schaffung des Unfallversicherungs-Gesetzes „gegen die durch aussergewöhnliche alltägliche Gefahr entstehenden Unfälle“ Entschädigung zu gewähren, hinausgehen will. Wäre es da nicht richtiger gewesen, von Anfang an gesetzlich zu bestimmen: „jeder Deutsche ist versichert gegen Unfall?“ Wenn auch nicht ausgeschlossen ist, dass andere kleine Unfälle im Kleinhandel sich ereignen können, z. B. bei Fortbewegung von Waaren-Kolli, bei Hantirung mit Gefahr bergenden Artikeln etc., so lastet doch fast ausnahmslos die gleiche Gefahr auf den gewöhnlichen Beschäftigungen des täglichen Lebens für Jedermann, zumal die gleichen Waaren und ähnliche Beschäftigungen im Haushaltsdienst verwendet werden, bezw. zu leisten sind.

Im Gesetzentwurf ist betreffs der Organisation und der Deckung ein völlig neuer Weg eingeschlagen. Die Selbstverwaltung in Form der Berufsgenossenschaften ist bei Seite geschoben, die Deckung der Entschädigungen durch Kapital statt durch Renten gedacht.

Der vorgeschlagene Apparat: die Versicherungspflichtigen zusammenzufassen in kleinere oder grössere Gemeinschaften, in Kommunal- oder Bezirks-Vereinigungen würde einen durchaus bürokratischen und schematischen Charakter annehmen, welcher wohl der allerungeeignetste sein dürfte!

Die sachliche Abwägung der Verschiedenheit der Gefahren, die individualisierende Schätzung der Unfalls-

Entschädigung würden unmöglich oder doch sehr schwer zu erreichen sein, und die Verwaltungskosten im Verhältniss zur Gefahr würden so ungemein hoch steigen, dass die Entschädigungssumme nur einen minimalen Bruchtheil in der Umlage bilden würde, — also für ein sehr kleines Resultat sehr hohe Erhebungskosten. Eine grosse Menge Arbeit müsste dafür geleistet werden, und das ist wirtschaftlich entschieden verwerflich, da es die Produktionsfähigkeit der Nation beschränkt.

Dagegen würde ganz naturgemäss die Angliederung an bestehende Berufsgenossenschaften sowohl in ökonomischer als praktischer Beziehung das allein Empfehlenswerthe sein — wir glauben nicht, dass zur Unterstützung dieser Ansicht es noch einer Beweisführung bedarf!

Die Kapitaldeckung ist ja unbestreitbar die logischste Form, — sie krankt indessen an dem Uebelstande, dass damit eine verhältnissmässig grosse Summe Geld festgelegt und den Betriebsmitteln der Einzelnen entzogen wird, welche gerade die betreffenden Berufsklassen am allerwenigsten zu entbehren im Stande sind.

Für alle Betriebe, die einer der bestehenden Berufsgenossenschaften einverleibt werden können — und dies dürfte wohl ausnahmslos bei Allen zutreffen — würde ja von selbst die Kapitaldeckung in Wegfall kommen. Nothwendiger Weise müssten, wie es sich bei den jetzigen Berufsgenossenschaften als dringend erwünscht herausgestellt hat, die Umlage getheilt: a) in Deckung der jeweiligen Betriebskosten, und b) in Deckung der wirklichen Unfälle nach Gefahrenklassen, zur Erhebung gelangen müssen.

Der Entwurf sieht auch in seinen Motiven für gewisse Klassen von Betrieben event. eine Beitragspflicht in Form eines Zuschlages zu öffentlichen Abgaben vor; wir glauben entschieden vor einer solchen Vertheilung der Lasten warnen zu müssen, da sie unbedingt ihrem Zwecke nach sehr ungleichmässig würden ausfallen müssen.

Dagegen würde es, sei es bei Zuthellung zu Berufsgenossenschaften oder in anderer Form, nöthig erscheinen, bei der Schwierigkeit, genaue Lohnnachweisungen aus den Kleinbetrieben zu erlangen, einen festen Lohnbetrag für jeden Arbeitnehmer oder Angestellten in Kleinbetrieben im Vorhinein festzusetzen, etwa bei solchen Betrieben, die weniger als fünf Versicherte beschäftigen.

Wenn die Besprechung der Vorlage auch nach ihren verschiedenen Richtungen hin nöthig war, um vom praktischen Standpunkt aus sich darüber zu äussern, so beschränkt sich jedoch der Endzweck für die Handelskammer nur darauf, zu erwägen, ob der geplante Versicherungszwang auf die kaufmännischen Betriebe, Krämergeschäfte u. s. w., so weit sie nicht bereits der Berufsgenossenschaft der Lagerei und Kellerei angehören, auszudehnen berechtigt und erwünscht sei oder nicht. Wir glauben entschieden mit Nein antworten zu müssen.

Unerörtert möge bleiben, ob ein Gleiches von einigen anderen der oben genannten Betriebe zu behaupten ist.

Vielfache private Nachforschungen haben ergeben, und die eigenen Wahrnehmungen aus einer langen Reihe von Jahren bestätigen es, dass wirkliche Unfälle sich kaum ereignen, — jedenfalls nicht zu einer Invalidität führen, welche die Erwerbsfähigkeit verringern.

Wenn in den Motiven in den Vordergrund gestellt wird, dass der Fall von Leitern und Treppen einen bedeutenden Prozentsatz aller Unfälle bilden und ein solcher im kleinen Handelsgewerbe leicht vorkommen kann, so ist wohl unbedingt anzunehmen, dass das Gleiche in den dienstlichen Verrichtungen im Haushalte ebenso oft, wenn nicht öfter vorkommt. Solche Gefahren aber, denen im gewöhnlichen Leben ein Jeder ausgesetzt ist, sollten keinesfalls unter eine Zwangsversicherung fallen!

Nach Gesagtem müssen wir zu dem Antrage gelangen:

1. Die Einbeziehung der kaufmännischen Betriebe in eine Zwangsversicherung ist abzulehnen.
 2. Bei der Wichtigkeit der vorliegenden Frage und um eine einheitliche Beantwortung derselben seitens des gesamten Handelsstandes herbeizuführen, ist der Deutsche Handelstag aufzufordern, den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen und in möglichst Kürze in einer Plenar-Versammlung Beschluss darüber zu fassen.
 3. Den geschäftsführenden Ausschuss mit der eingehenden Begründung des Antrages der Handelskammer zu beauftragen und solche an die Reichsregierung und den Handelstag einzureichen.
- Die Kammer beschliesst demgemäss.

IX. Errichtung von Sachverständigen-Ausschüssen zur Verhütung von geschäftlichen Differenz-Streitigkeiten.

Berichterstatter: Der Vorsitzende, Kommerzienrath Jüdel.

Referent nimmt Bezug auf die von Seiten der Handelskammer Halberstadt getroffenen Einrichtungen und empfiehlt der Versammlung, in etwas veränderter Form dem Vorgange der Schweserkammer zu folgen. Die seitens des geschäftsführenden Ausschusses mit Vertretern der einzelnen Handelszweige abgehaltenen Vorbesprechungen hätten in ausreichendem Masse erkennen lassen, dass die in Aussicht genommene Einrichtung einem allgemeinen Bedürfnisse entsprechen werde.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, dass das von dem Referenten gleichzeitig entworfene Organisationsstatut zur Durchführung gelangt, und auch dieser Einrichtung gegenüber wird es als wünschenswerth bezeichnet, dass der Nutzen derselben in geeigneter Form auch den übrigen Städten des Herzogthums zugänglich gemacht werde.

X. Antrag des deutschen Handelstages betr. die Errichtung eines Zollbeirathes.

Berichterstatter: Dr. Schmidt.

Referent bezieht sich auf die bereits früher dem deutschen Handelstage abgegebenen Erklärungen, sowie auf die bereits erfolgte Aufgabe von Sachverständigen und empfiehlt, in dieser Besprechung dem Handelstage auch weiterhin zur Verfügung zu stehen. Die darüber hinaus gewünschten statistischen Nachweise zu erbringen sei unverhältnissmässig mühevoll, so dass man dem diesbezüglich geäusserten Wunsche wohl kaum entsprechen könne.

Die Versammlung tritt den Ausführungen des Berichterstatters bei.

XI. Entwurf einer neuen Maklerordnung für das Herzogthum Braunschweig.

Der Gegenstand wird auf Vorschlag des Vorsitzenden bis zur nächsten Sitzung vertagt.

XII. Eingabe der Unterstützungskassen für Hilfsbedürftige des Handelsstandes in Braunschweig und Wolfenbüttel.

Berichterstatter: Justus Leo.

Die Kammer beschliesst dem Antrage des Berichterstatters gemäss, der Unterstützungskasse Braunschweig 60 Mark, derjenigen von Wolfenbüttel 30 Mark für das laufende Jahr zu überweisen. Bei den Verhandlungen wurden aber von mehreren Seiten schwerwiegende Bedenken geltend gemacht, ob die genannten Kassen in ihrer jetzigen Form auch thatsächlich ihren Zweck voll erfüllen und nicht etwa noch das Vagabundenthum unter den stellenlosen Handlungsgehilfen fördern. Man beschliesst, die Bewilligung jeden-

falls nur für das laufende Jahr zu gewähren und spätere Beihilfen davon abhängig zu machen, dass der Kammer die erforderlichen Garantien für eine nutzbringende Verwendung der Unterstützungsgelder gegeben werden.

XIII. Antrag der kaufmännischen Vereinigung Wolfenbüttel, betr. die Eisenbahnverbindung zwischen Wolfenbüttel und Hannover.

Berichterstatter Louis Gerloff.

Die Kammer beschliesst dem Antrage des Referenten entsprechend, die Anträge den Vertretern der Kammer im Bezirkeisenbahnrathe zur Vertretung zu überweisen.

Bei dieser Gelegenheit spricht Herr Natalis den Wunsch aus, es möchten den vorgenannten Vertretern die etwaigen Wünsche für den Sommerfahrplan baldmöglichst übermittelt werden.

Die Kammer beschliesst ausserhalb der Tagesordnung noch, den kaufmännischen Fortbildungsschulen in Holzminden und Königslutter den seitherigen Zuschuss zu bewilligen.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel.

Der Protokollführer:

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Ausschuss

zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist in Folge des Plenarbeschlusses derselben vom 22. Oktober d. J. ein Ausschuss zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes eingesetzt. Derselbe setzt sich aus folgenden Herren zusammen:

1. Kaufmann C. Bührmann, Vorsitzender.
2. Fabrikant Jul. Weber, Stellvertreter.
3. Hofschuhmacher L. Bierberg.
4. Kaufmann C. J. Mehn, Schriftführer.
5. Hofschuhmacher L. Bierberg.
6. Schneidermeister Gustav Burgdorf.
7. Kaufmann Hermann Graupner.
8. Ludwig Jürgens, Vorstand der Tapezierer-Innung.
9. Kaufmann Bernhard Kiene.
10. Richard Lange, Hoflieferant.
11. J. Neuman, Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins „Union“.
12. Kaufmann Fr. Seele.

Die Satzungen für die Vereinigung gegen unlauteres Geschäftsgefahren im Herzogthum Braunschweig finden sich bereits in der November-Nummer abgedruckt und nehmen wir hierauf Bezug.

Berücksichtigung der eingetragenen Firma im Postverkehr.

Auf die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig unter dem 14. Oktober (siehe November-Nummer) eingereichte Eingabe bez. der von der Firma W. Boller, Tapetenfabrik, übergebenen Be-

schwerde, ist vom Reichspostamte mitgetheilt worden, dass nach den vorliegenden amtlichen Auszügen aus dem Handelsregister des Herzoglichen Amtsgerichts Braunschweig die beiden in Betracht kommenden Firmen lediglich unter der Bezeichnung „Wilhelm Boller“ und Franz Boller — ohne weitere Zusätze — handelsgerichtlich eingetragen sind. Da nun beide Firmen in ihrem Geschäftsverkehre die Bezeichnung „Tapetenfabrik“ führen und unter dieser Bezeichnung bei ihrem Kundenkreis bekannt sind, so sei es nicht thunlich, die unter der mangelhaften Adresse „Boller, Tapetenfabrik“ oder „Boller, Tapetenfabrikant“ in Braunschweig eingehenden Sendungen ohne Weiteres der Firma „Wilhelm Boller“ auszuhändigen; derartige Sendungen müssen vielmehr als unanbringlich behandelt werden.

Oeffentlichkeit des Grundbuchs.

Die Handelskammer Trier ist bei dem Königlich Preussischen Justizministerium dahin vorstellig geworden, dass eine entsprechende Aenderung des § 19 der Grundbuch-Ordnung erfolge, bezw. bei der Einsichtnahme in das Grundbuch eine möglichst freisinnige Praxis gehandhabt werden möge. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Mai 1893 wurde bereits gelegentlich der Berathung der Novelle zu dem Gesetze über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts vom 12. April 1888 in diesem Sinne Ausdruck gegeben. Weder seitens der Staatsregierung noch einer anderen Partei wurden hiergegen Einwendungen erhoben.

Die hiesige Handelskammer, welcher ein derartiger Antrag abschriftlich übersandt wurde, hat die Angelegenheit dem Verkehrsausschusse überwiesen.

Bahnbau Harzburg-Oker.

Der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist die nachfolgende Eingabe der Handelskammer Goslar an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Thielen, betr. den Bau der Bahn Harzburg-Oker mit dem Ersuchen zugegangen, dieselbe bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium zu unterstützen:

„Der Bau der Bahn Ilsenburg-Harzburg ist hier freudig begrüsst worden, weil allseitig angenommen wurde, dass sofort nach ihrer Fertigstellung auch das Schlussglied der Harzgürtelbahn, Harzburg-Oker, gebaut werden würde. Ein Zweifel hieran war um so weniger berechtigt, als die Bedeutung der Bahn Ilsenburg-Harzburg für den öffentlichen Verkehr erst mit Fertigstellung der Bahn Harzburg-Oker eintreten konnte. Leider hat man sich doch getäuscht; denn die Bahn Ilsenburg-Harzburg ist dem Betriebe übergeben, ohne dass irgend welche Anzeichen erkennen lassen, dass der Weiterbau bis Oker in Bälde erfolgen wird.

Dass finanzielle Fragen den Bau verzögert haben sollten, darf man wohl bei der Kürze der Bahnlinie um so weniger annehmen, als das erforderliche Bau-Terrain unentgeltlich zur Verfügung gestellt ist und besondere Bauschwierigkeiten nicht vorhanden sind.

Unter diesen Umständen und bei der grossen Bedeutung, welche die Bahn Harzburg-Oker für den Harzverkehr hat, wollen Eure Excellenz uns die ebenso ehrerbietigste als ganz gehorsamste Bitte gestatten,

hochgeneigtest den Bau der Bahn Harzburg-Oker recht bald in die Wege leiten zu wollen.“

Die bez. Eingabe ist seitens der Handelskammer Braunschweig dem Ausschusse für Verkehrswesen zur gutachtlichen Aeusserung überwiesen.

Verzeichniss

derjenigen Gewerbetreibenden in der Stadt Braunschweig, welche sich der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes durch Selbsthilfe anschliessen.

Lfd. No.	Firma	Gewerbe
1	M. Jüdel & Co.	Eisenbahn-Signal-Bauanstalt
2	Dr. Herm. Schmidt, i. F. Pfeiffer & Schmidt	Garn und Kurzwaaren en gros
3	Justus Leo, i. F. Carl Wilh. Leo	Manufakturwaaren
4	Dr. Bartz	Direktor d. Zuckerraffinerie Braunschweig
5	Louis Gerloff, i. F. Vi-brans & Gerloff	Zuckerraffinerie
6	Max Gutkind, i. F. M. Gut-kind & Co.	Bankier
7	Albert Lemmer, i. F. G. Luther	Maschinenfabrik
8	Otto Lüttge, i. F. Gebr. Dannenbaum	Kolonialwaaren en gros
9	Albert Natalis, i. F. Grimme, Natalis & Co.	Nähmaschinenfabrik
10	Albert Störig, i. F. H. Müller sen.	Materialwaaren
11	C. Bührmann	Heede und Flachs en gros
12	Jul. Weber, i. F. Joh. Fr. Weber	Seifenfabrik
13	C. Osterloh, i. F. Th. Osterloh & Sohn	Hof-Tischlermeister
14	C. J. Mehn	Tapiserie- und Weiss-waaren
15	L. Bierberg	Hof-Schuhmacher
16	Gustav Burgdorf	Schneidermeister
17	Herm. Graupner, i. F. A. Graupner	Manufakturwaaren
18	Ludw. Jürgens	Möbelhändler und Tape-zierer
19	Bernhard Kiene, i. F. Gebr. Kiene	Putzwaaren en gros
20	Richard Lange	Thee-, Drogen- und Farbenhandlung
21	J. Neumann	Techn. und Kalkofenbau-Geschäft
22	Fr. Seele, i. F. Wull-brandt & Seele	Eisenfaktorei
23	C. Sievers & Sohn	Feilenfabrik
24	C. H. Kleucker & Co.	Fabrik u. Lager von Haus- und Küchengeräthen
25	H. W. Sack	Eisenhandlung
26	Otto Tübner, i. F. Wolff & Tübner	Bergwerks- und Hütten-produkte
27	W. Müller	Kornbranntwein-Brennerei
28	Fr. Timme & Co.	Techn. Geschäft
29	Ed. Oppermann Nachf.	Eisen- und Eisenwaaren-handlung
30	Hamburger & Littauer	Manufakturwaaren
31	Heinr. Haslicht & Co.	Manufakturwaaren en gros
32	Ludwig Otto Bleibtreu	Cichorienfabrik
33	J. N. Apel	Oel- und Fettfabrik
34	Louis Weihe	Tuchhandlung
35	J. F. Jürgens	Manufakturwaaren
36	W. Paulssen Wwe.	Landesprodukte en gros
37	Heinr. Wolf Nachf.	Hof-Korbmacher
38	Rud. Jaeger	Vizedirektor a. D., Generalagent der Lebens-versicherungsgesellsch. zu Leipzig

Lfd. No.	Firma	Gewerbe	Lfd. No.	Firma	Gewerbe
39	M. Bernstein	Tuchhandlung	98	Fr. Engelbrecht	Kolonial- u. Materialw.
40	Carl Deppe	Leinen- und Aussteuer- geschäft	99	Oscar Schöffler	" " "
41	L. A. Lupprian, Inh.	Manufakturwaaren- und	100	E. F. W. Pusch Nachf.	" " "
	A. Voigt	Leinenhandlung	101	Theodor Scheller	" " "
42	v. Dolffs & Helle	Techn. Geschäft	102	Ernst Campe	" " "
43	G. S. Simonsohn	Weisswaarengeschäft	103	C. H. Franz Hemme	" " "
44	Adolf Frank	Kurzwaareshandlung	104	Schmidt & Wöbse	" " "
45	F. W. Meyer	Tuch- und Modewaaren	105	Ferdinand Eichhorn	Kaffee- u. Theehandlung
46	C. W. Böttger	Eisenkurzwaaren	106	Gebrüder Jürgens	Kolonial- u. Materialw.
47	Herm. Pape, vorm. Th. Minte	Manufakturwaaren	107	Julius Speth	" " "
48	Wilhelm Sprung jun.	Hutfabrik	108	Ludwig Weitz jun.	" " "
49	A. Berglein	Papierhandlung	109	Th. Heinemeyer	" " "
50	Emil Hozzel	Tabak- und Zigarrenhdlg.	110	Fr. Clages	" " "
51	Carl Grundner	Manufakturwaaren	111	Herm. Brötrück	" " "
52	Carl Zeumer	Hutgeschäft	112	Chr. Voss Nachfolger	" " "
53	C. Grimme & Co.	Dampfziegelei	113	E. Thielebein	" " "
54	Häge & Bock	Material- und Kolonial- waaren	114	Gustav Böttger	" " "
55	Max Moser	Mühlenfabrikate und Ge- treidehandlung	115	Günther & Gelpke	" " "
56	Franz Boller	Tapetenhandel	116	H. A. Lüders Nachf.	" " "
57	J. C. L. Volber Nachf.	Kolonialwaarenhandlung	117	Johannes Giebner	" " "
58	Theodor Bähr	"	118	G. C. Sonnenberg & Co.	" " "
59	Scheyer & Regensburger	Lederhandlung	119	Joh. Ferd. Meyer	" " "
60	Grotrian, Helfferich, Schulz, Th. Steinweg Nachf.	Pianoortefabrik	120	F. W. Dempewolf	Materialwaaren und Drogen
61	Rudolph Poll	Manufakturwaaren en gros	121	Albert Mittendorf	Materialwaaren, Drogen, Farben, Delikatessen
62	Gustav Mangold	Tuchhandlung	122	A. C. Kuthe	Materialwaaren, Drogen, Farben, Delikatessen
63	Louis Siebers	Kurz- und Eisenwaaren	123	Aug. Schirmer	Kolonial- u. Materialw.
64	Carl Adolf Müller	Kolonialwaarenhandlung	124	Emil Höbel	" " "
65	H. Trampe, Inh. J. Sand- mann	Garn- und Wollwaaren- handlung	125	E. Wasmus	Kolonial- und Material- waaren, Bonbonfabrik
66	G. Hammer & Comp.	Maschinenfabrik	126	Alb. Ackenhausen	Kolonial- u. Materialw.
67	Emil Grünhagen	Mineralwasserfabrik	127	Adolf Assmann	" " "
68	Louis Lösekrug	Garn und Wollwaaren	128	Emil Wirgau	" " "
69	Otto Piepho	Leinen und Wäsche	129	Herm. Knauer	" " "
70	Michaelis Katz	Garderobengeschäft	130	Kalberlah & Holtheuer	Kolonial- und Material- waaren, Destillation
71	E. H. Carstens Nachf.	Hof-Tuchhandlung	131	H. W. Dettmar	Kolonial- u. Materialw.
72	Ed. Heipke Nachf.	Maschinenfabrik	132	Carl Wolff	Drogenhandlung
73	Gerhard Wiegand	Ingenieur	133	Julius Roever	Delikatessen, Kolonial- und Materialwaaren
74	Hermann Wurm	Gold- und Silberwaaren- fabrik	134	A. Schlüter	Kolonial- u. Materialw.
75	A. W. Querner	Konservenfabrik	135	C. F. Wille	Kolonialwaaren und De- likatessen
76	Albert Just	Kolonial- u. Materialw.	136	Hermann Mewes	Kolonial- und Material- waaren
77	Leonhard Ahrens	" " "			
78	August Wilh. Müller	" " "			
79	Julius Boas	Delikatessen u. Material- waaren			
80	Herm. Ehrenberg	Kolonial- u. Materialw.			
81	August Rommerdt	Zigarren- und Tabakhdl.			
82	August Nienstedt	Kolonialwaarenhandlung			
83	Carl Aug. Behse	"			
84	F. Lange	Kolonial- u. Materialw.			
85	Fr. Böttger	" " "			
86	Hermann Tönnies	" " "			
87	Franz Rettberg	" " "			
88	Ernst Camehl	" " "			
89	Herm. Stiddien	" " "			
90	Emil Fuge	" " "			
91	L. Helmcke	" " "			
92	Otto Schäfer	" " "			
93	Louis Streiff	" " "			
94	W. Grosshennig	" " "			
95	Wilh. Naue	" " "			
96	Gustav Ebeling	" " "			
97	C. A. Scheller	" " "			

Fortsetzung der Liste erfolgt in nächster Nummer.

Sachverständigen-Kommissionen.

In Folge eines Plenarbeschlusses der hiesigen Handelskammer vom 22. Oktober ist die Errichtung von Sachverständigen-Kommissionen zur Begleichung von Bagatellstreitigkeiten für das Herzogthum Braunschweig in Aussicht genommen. Dieselben sind von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig für die einzelnen Branchen eingesetzt wie folgt:

I. Kolonialwaaren, Landesprodukte und Drogen.

1. Theodor Bähr.
2. W. Pinkepanck, i. F. Diedr. Buschmann.
3. Hoflieferant Richard Lange.

II. Manufaktur-, Mode-, Weiss- und Kurzwaareshandlung.

1. L. Witting sen., i. F. E. F. Witting.
2. C. J. Mehn.
3. O. Graupner, i. F. A. Graupner.

III. Tabak und Zigarren.

1. L. du Roi, i. F. du Roi & Co.
2. Fritz Farina.
3. Carl Marheine, Prokurist der Firma Joh. Carl Frey & Schurig.

IV. Eisen- und Kurzwaaren.

1. Fr. Meinert, i. F. Kuthe & Meinert.
2. E. Möller, i. F. Theodor Bollmann.
3. Fr. Seele, i. F. Wullbrandt & Seele.

V. Delikatessen, Konserven und Fleischwaaren.

1. Karl Ewe, Prokurist der Firma Julius Roever.
2. Herm. Querner, i. F. A. W. Querner.
3. O. Himmel, i. F. Denecke & Himmel.

VI. Kohlen, Koks, Briketts und sonstige Baumaterialien.

1. Rud. Horenburg, i. F. Weichard & Horenburg.
2. Heinrich Friehe.
3. J. Heyermann.

Die vereinigten Kommissionen haben in der Sitzung vom 12. November aus ihrer Mitte einen Vorstand gebildet, bestehend aus den Herren:

W. Pinkepanck, Vorsitzender.

J. Heyermann, Stellvertreter.

O. Himmel, Schriftführer.

Die Satzungen für die Sachverständigen-Kommissionen lassen wir nachstehend folgen:

§ 1.**Bestimmung.**

Die Sachverständigen-Kommissionen sind dazu bestimmt, um unnötigen Prozessen zwischen Geschäftsleuten vorzubeugen bzw. geringwerthige Differenzen im Waarengeschäft auszugleichen, auf Antrag einer Partei sachverständige und unparteiische Gutachten, insbesondere über Beschaffenheit, Menge, Verpackung, sowie etwaigen Minderwerth einer gelieferten Waare zu erstatten.

§ 2.**Organisation.**

Zu diesem Zwecke werden von Seiten der Handelskammer alljährlich für bestimmte Geschäftszweige Sachverständigen-Kommissionen, bestehend aus je drei Vertrauensmännern gebildet, deren Thätigkeit eine ehrenamtliche ist. Die Kommissionen treten nach Bedürfniss zu Gesamtsitzungen zusammen, in denen sie ihre gemeinsamen Angelegenheiten zur Sprache bringen und mit Stimmenmehrheit beschliessen. Die von ihnen gefassten Beschlüsse bedürfen, soweit sie sich auf satzungsmässige Bestimmungen beziehen, der Genehmigung der Handelskammer.

Die vereinigten Kommissionen wählen alljährlich aus ihrer Mitte einen Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, Stellvertreter und Schriftführer.

Der Geschäftsausschuss, sowie der Syndikus der Handelskammer sind berechtigt, an diesen Sitzungen Theil zu nehmen, zu denen sie ebenfalls rechtzeitig einzuladen sind.

§ 3.**Geschäftsgang.**

Der Geschäftskreis der Kommissionen erstreckt sich auf das gesammte Herzogthum Braunschweig. Anträge auf Erstattung von Gutachten sind der Handelskammer schriftlich einzureichen, welche Letztere ohne Verzug zwei Mitglieder der zuständigen Kommission beruft und, falls die beiden Sachverständigen über die vorliegende Frage zu einer einheitlichen Entschliessung nicht gelangen, den dritten Sachverständigen mit der endgültigen Entscheidung als Obmann betraut.

Im Falle der Behinderung eines Sachverständigen ist die Handelskammer berechtigt, Ersatzmänner einzuberufen. Den Kommissionen bleibt es in gleicher Weise überlassen, im Falle des Bedürfnisses auch ihrerseits entsprechende Ersatzmänner der Handelskammer in Vorschlag zu bringen.

Soweit das Bedürfniss es erfordern sollte, behält sich die Handelskammer vor, ihrerseits die Zahl der Kommissionen zu vermehren.

Die Gutachten werden von den Kommissionen der Handelskammer schriftlich erstattet, welche ihrerseits der antragstellenden Partei eine beglaubigte Abschrift übermittelt; sie bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift der beteiligten Kommissionsmitglieder, in deren Namen sie dem Antragsteller ausgefertigt werden.

Der Vorgang selbst wird von Seiten der Handelskammer protokollarisch eingetragen.

§ 4.**Kosten.**

Die entstehenden Kosten werden in der Weise aufgebracht, dass die anrufende Partei neben dem Ersatz der Baarauslagen bei Einreichung des Antrages eine kleine Gebühr in die Kasse der Handelskammer zu entrichten hat, welche hierdurch festgesetzt wird:

Gebühr

- a) bei Werthgegenständen bis zu 300 Mk. . . Mk. 1.00
 b) bei Werthgegenständen bis zu 1000 Mk. . . „ 2.00
 c) für jede weiteren 1000 Mk. mehr . . . „ 1.00

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Die vereinigten

Sachverständigen-Kommissionen.

Der Vorstand:

W. Pinkepanck. J. Heyermann.

O. Himmel.

Von den Interessenten der Wein- und Spirituosen-Branche ist inzwischen an die Handelskammer das Ersuchen gerichtet, auch für ihre Branche eine Sachverständigen-Kommission zu ernennen.

Abstempelung**der Postkarten auf der Ankunftspoststelle.**

Die Handelskammer zu Göttingen hat bei dem Staatssekretär des Reichspostamtes den Antrag gestellt, eine allgemeine Verfügung dahin zu erlassen, dass die Postkarten auch bei der Ankunftspoststelle abgestempelt werden.

Dieselbe führt sodann aus, dass die im Jahre 1870 in Deutschland eingeführte Postkarte sich zu einem Verkehrsmittel von solcher Bedeutung für Handel und Verkehr entwickelt habe, dass bezüglich der Kontrolle rechtzeitiger Beförderung, dieselben Vorkehrungen nöthig erscheinen, wie bei Briefen, und dass bereits bei einigen grösseren Postämtern, namentlich in Berlin, die Vorschrift der Abstempelung der Postkarten bestände.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, welcher der vorstehende Antrag von der Handelskammer zu Göttingen mit dem Ersuchen um Unterstützung zugeht, hat denselben zur Begutachtung und Vorprüfung dem Ausschusse für Verkehrswesen überwiesen.

Magdeburger Zucker-Syndikat.

Von der Zuckerraffinerie Frelstedt ist darauf aufmerksam gemacht, dass in der Zusammensetzung des Magdeburger Zuckersyndikats, soweit Entscheidungen über Streitigkeiten bei Melasse-Geschäften in Betracht kommen, ein Uebelstand bestehe. Das Syndikat setzte sich aus fünf Herren zusammen, von denen zwei den Rohzuckerraffinerien, zwei den Rohzuckerfabriken, und einer dem Kaufmannsstande angehörten. Es wird weiter ausgeführt, dass für Streitigkeiten im Rohzuckergeschäft die Zusammensetzung des Syndikats eine sehr passende sei, da sowohl Käufer wie Verkäufer vertreten seien, dass dagegen aber für Melasse erforderlich sein würde, eine Aenderung in der Weise vorzunehmen, dass statt der vier Melasse-Produzenten nur zwei Produzenten und zwei Konsumenten bei Entscheidungen in Streitfällen zugezogen würden.

Es ist deshalb an die hiesige Handelskammer das Ersuchen gerichtet, dahin zu wirken, dass zur Schlichtung von Melasse-Streitfällen an Stelle der beiden Rohzuckerraffinadeure und des kaufmännischen Mitgliedes zwei Herren aus der Melasse-Entzuckerung und ein Herr aus der Melasse-Brennerei zum Syndikat herangezogen würden und dass ferner zwei weitere Herren aus der Entzuckerungsbranche und ein Melassebrenner ebenfalls bestimmt werden möchten. — Gleichzeitig werden von dem Antragsteller einige Missstände bez. der Probenahme zur Sprache gebracht und einige Abänderungs-, resp. Ergänzungsvorschläge zur Erwägung gestellt.

Ersatzleistung der Post für verloren gegangene Nachnahmebriefe.

Von der Firma C. J. Mehu hier wurde vor einiger Zeit ein Nachnahmebrief der Post zur Beförderung übergeben, dieser Betrag ging aber nicht ein und die Firma erhob deshalb Beschwerde bei der Post. Von derselben abschlägig beschieden, waudte sie sich an die hiesige Handelskammer mit dem Antrag, dahin zu wirken, dass bei eventuellem Verschwinden von Nachnahmebriefen die Post ersatzpflichtig gemacht werde, auch wenn die Nachnahmesendung nicht gleichzeitig als eingeschriebene Sendung aufgegeben sei.

Dieselbe Firma stellte bei der hiesigen Handelskammer den Antrag, dass bei der Versendung von Preisverzeichnissen seitens der Post gestattet werden möge, dass kleine Waarenproben denselben beigelegt werden dürfen.

Sozialpolitisches.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vor einiger Zeit hat Sir Drage, der Sekretär der grossen Londoner Arbeitskommission, unter dem Titel „The Unemployed“ ein Buch herausgegeben, welches unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen besonderen Anspruch auf Beachtung hat. Der Verfasser giebt einen kurzen Bericht über die Natur und Ursache dieser gesellschaftlichen Krankheit und lehrt die Art und Weise, wie man das schwierige Problem unter Beiseitlassung der theoretischen und statistischen Erwägungen einer praktischen Lösung zuführen kann.

Sir Drage statuirt — wir folgen hierbei einer Darstellung des „Oesterr. Oekon.“ — zwei Hauptklassen der Arbeitslosen: solche, welche zeitweilig, und solche, welche permanent ohne Beschäftigung sind. Von den ersteren gehört die Mehrzahl den Saisonartikel-Geschäften an; andere sind durch zeitweilige Ursachen (z. B. durch einen Streik in einer anderen Branche, welcher einen Prohibitivpreis für das Material, dessen sie für ihre Arbeit bedürfen, hervorruft), aus ihrer regulären Beschäftigung verdrängt. Die Dauer ihrer Beschäftigungslosigkeit ist unbestimmt, und wenn sie überstanden ist, haben sie wieder Arbeit. Noch andere sind ausser Arbeit ohne sicheres Prognostikon, wieder zu ihrer früheren Beschäftigung zurückzukehren (z. B. wenn Maschinenarbeit in einer Branche an Stelle der Handarbeit tritt). Entweder sie sind tüchtige und stetige Arbeiter, dann finden sie früher oder später wieder Beschäftigung, oder sie werden in Folge zufälliger, für sie nicht geeigneter Beschäftigung allmählich zu regelmässiger Arbeit untüchtig und sinken in die Klasse der chronisch Arbeitslosen herab. Die permanent Arbeitslosen zeigen zwei Typen: nur zufällig Arbeitende, dies sind zumeist ungelernete Arbeiter; sie pflegen in den zweiten (niederen) Typus, den der „Unbrauchbaren“ herabzusinken, welche wegen physischer oder moralischer Defekte wirtschaftlich werthlos sind.

Diese Klassifikation giebt auch einige Fingerzeige betreffs dreier Hauptursachen der Arbeitslosigkeit, und jeder Plan, der nicht auf Behebung dieser Grundursachen hinausläuft, ist oberflächlich und kann nur temporär wirken. Es scheint daher, dass es nöthig ist, dreierlei Mittel anzuwenden: Unterstützung der zeitweilig Unbeschäftigten, Verwendung des permanenten Ueberschusses und Verhinderung des Zuwachses desselben und schliesslich Verbesserung der Organisation der Industrie. Bisher hat man theils sozialistische, theils nichtsozialistische Heilmittel angewendet. Sir Drage untersucht diese Heilmittel im Einzelnen und weist ihre Mangelhaftigkeit nach. Sodann legt er dar, wie er sich auf Grund seiner Untersuchungen die Lösung des Problems vorstellt.

Nach seiner Meinung kann diese Lösung nicht durch ein einziges heroisches Heilmittel bewerkstelligt werden, eher kann eine Reihe kleinerer Heilmittel zum Ziele führen, welche adaptirt werden den nach Prüfung der differenten, in dieser komplizirten Frage enthaltenen Aufgaben anzurathenden Grundlinien. Diese Heilmittel machen einen Unterschied zwischen dem Problem der Beseitigung der vorhandenen Nothlage und dem Problem der Hintanhaltung der Wiederkehr dieser Nothlage. Die Nothlage kann überdies entweder eine Folge des Vorhandenseins eines permanenten Arbeiter-Surplus oder eines nur zeitweiligen sein; dieses Surplus kann auch von einer Desorganisation des Industriesystems herrühren. — Die Verhinderung der Wiederkehr der Nothlage verhindert einen Angriff auf die Ursachen, die zu einem zeitweiligen Surplus führen, andererseits einen Angriff auf das permanente Surplus. Man sieht also, dass das Problem ein fünffältiges ist: 1. und 2. Beseitigung des existirenden Stocks zeitweilig und permanent Arbeitsloser. 3. und 4. Verhinderung der Wiederkehr des Problems der zeitweilig oder permanent ausser Arbeit Stehenden. 5. Organisation der Industrie in solcher Weise, dass die Zirkulation der Arbeiter in Uebereinstimmung mit der Nachfrage gefördert wird.

1. Heilmittel für den existirenden „Stock“ zeitweilig Arbeitsloser. Das Hauptheilmittel, um fertig zu werden mit dem existirenden Stock zeitweilig Arbeitsloser an irgend einem Orte, liegt in der Vorkehrung für freiwillige Unterstützungsarbeit (Nothstandsarbeit). Aber damit nicht ein solches zeitweiliges Defizit bloss entstehe durch eine Kongestion von Arbeitern an einem Orte, während an einem anderen Orte zeitweiliges Defizit vorhanden ist, muss solche Unterstützung in Verbindung mit einem freiwilligen Zentral-Arbeitsbureau geleitet werden (Adjustirung des Arbeiterangebotes an die Nachfrage). Bei einem Versuche, mittelst Nothstandsarbeit den lokalen zeitweiligen Arbeiterüberfluss zu besiegen, welchen nicht rathsam wäre, in andere Industrien oder andere Orte überströmen zu machen, ist es notwendig, dass die Nothstandsarbeiten, obschon sie lokal geleitet werden, in ihrer Anwendung national seien; denn sonst wird ein zeitweiliges lokales Surplus zu einem permanenten lokalen Surplus führen durch das Einstürmen von Arbeitern aus anderen Orten in den begünstigten Distrikt. Ferner um es zu sichern, dass die zeitweilig Arbeitslosen und nicht die permanent Arbeitslosen aus den Nothstandsarbeiten Nutzen schöpfen, muss unter den sich zur Arbeit Meldenden sorgfältig unterschieden werden und die Arbeiter müssen unter Strafe der Entlassung gezwungen werden, den Lohn, welchen sie empfangen, zu verdienen. Endlich wäre es nöthig, dafür zu sorgen, dass die zeitweilig Arbeitslosen nicht von den Nothstandsarbeiten permanent abhängig werden. Zu diesem Behufe soll ihnen bei den Nothstandsarbeiten nur Beschäftigung etwa für die halbe Arbeitszeit angeboten werden, aber für diese Zeit müsste die Arbeit verpflichtend sein. Hierdurch wären nicht nur die

Zufallsarbeiter weniger in Versuchung, sich zu melden, sondern es wäre einerseits diesen Leuten Gelegenheit gegeben, für sich anderweitig Arbeit zu suchen und andererseits wären die erworbenen Wochenverdienste ungenügend, sowohl Arbeiter von anderer Beschäftigung hierher zu ziehen, wie auch sie davon abzuhalten, andere als Nothstandsarbeit zu wünschen. Ueberdies sollte, wann immer das Zentralbureau ausweist, dass in irgend einem Distrikte die Nachfrage um Arbeiter das Angebot übersteigt, den bei den Nothstandsarbeiten engagierten Leuten befohlen werden, sich in diesen Distrikt zu verfügen, unter Strafe der Entlassung, wenn sie sich ohne genügenden Grund weigern, dies zu thun.

2. Heilmittel für den existirenden „Stock“ permanent Arbeitsloser; es scheint, dass kein Heilmittel für die Majorität der permanent Arbeitslosen tauglich ist, als das durch das Armengesetz, die verschiedenen Wohlthätigkeits- und religiösen Agenturen bereits dargebotene. Aber um zu entdecken, wie weit Mitglieder dieser Klasse gebessert werden können, wäre eine neue Agentur erforderlich. Die Lösung dieser Aufgabe kann durch freie und freiwillige Arbeiterkolonien (nicht staatliche und nicht munizipale) unternommen werden, in welchen nach Ablauf einer gewissen Zeit des Aufenthaltes die Kolonisten verpflichtet sind, ihren Unterhalt zu verdienen. Die zeitweiligen Arbeitslosen werden — aller Wahrscheinlichkeit nach — ihre Freiheit nicht aufgeben, um anstatt zu Nothstandsarbeiten zu diesen Kolonien ihre Zuflucht zu nehmen; aber jene unter ihnen, welche, wenngleich nun durch zeitweiligen Arbeitsmangel, physische Deterioration erlitten haben und deshalb bei der Nothstandsarbeit ihren Lohn nicht verdienen konnten, mögen nach der zu ihrer körperlichen Erstarung zugestandenen Zeit im Stande sein, das Recht des Aufenthaltes in der Kolonie zu erwerben. — Solcherweise wäre dem permanenten Surplus Gelegenheit gegeben, arbeitsfähig zu werden; mit dem Reste dieses Surplus können die bestehenden obengenannten Agenturen am besten fertig werden. Einige Mitglieder dieser Klasse können nur durch persönliche Bemühung seitens der mit den verschiedenen Wohlthätigkeits- und religiösen Agenturen in Verbindung stehenden Personen gebessert werden. Einige, obschon moralisch zur Arbeit geeignet, sind physisch unfähig, den Lebensunterhalt zu verdienen und haben keine Verwandten, die sie unterstützen könnten; um mit dieser Klasse fertig zu werden, sind Wohlthätigkeitsinstitute, und wo solche fehlen, ein modifizirtes System von Hausunterstützung das geeignetste Mittel. Jene, welche moralisch zur Arbeit ungeeignet sind, und denen alle Mittel zur Besserung fehlen, sollen dem Armengesetze überlassen werden. So weit möglich, ist es am besten, dass das Armengesetz sich nur mit dieser Klasse befasse; jedoch, wo die anderen Agenturen ihre Schuldigkeit zu thun unterlassen, sollen die Vorschriften des Armengesetzes so modifizirt werden, dass sie gestatten, diese Klasse von Leuten anders zu behandeln, als die beiden anderen.

3. und 4. Heilmittel gegen die Wiederkehr obiger Probleme. Man kann fast nur indirekt einwirken. Theils durch jene Mittel, welche den existirenden Stock Arbeitsloser eliminiren, wodurch der ansteckende Einfluss beseitigt wird, und theils durch Verbesserung der Gesetzgebung, Hebung der Erziehung, der technischen wie der moralischen und intellektuellen, durch weisere Verwaltung der Wohlthätigkeit und Armenunterstützung, Verbesserung der Vorkehrungen sanitärer Art und durch andere ähnliche Reformen. All dies gehört mit zu den Zielen aller existirenden Agenturen: der staatlichen, behördlichen und der freiwilligen.

5. Heilmittel gegen die Desorganisation der Industrie. Das Hauptheilmittel liegt in der Errichtung eines Zentral-Gewerkvereins-Arbeitsbureaus für Gewerk-

vereiner und in Schaffung eines organischen Systems freiwilliger Arbeiterbureaus; dieses erstreckt sich über das ganze Land. (Drage bespricht auch eine Ausdehnung der Gewerkvereine auf Assoziirte und geänderte Beitrags- und Pflichtleistungen, ferner eine Verallgemeinerung des Listensystems [eine in England bei den Dockarbeitern übliche Klassifikation der Arbeiter, die eine Rangordnung in der Zulassung zu den Arbeitern feststellt], erörtert das pro und contra, stellt aber keinen definitiven Antrag auf Annahme dieser Vorschläge.)

Mithin ist das ganze Problem der Arbeitslosen ein nationales und nicht lokales und kann nicht für die Metropole und andere Grossstädte separat behandelt werden; es ist ferner nicht möglich, diese komplizierte Frage auch nur innerhalb der Grenzen eines Ortes praktisch als Ganzes durch irgend eine Gruppe noch so kompetenter Experten behandeln zu lassen. Es muss hierzu eine Korporation geschaffen werden, eine spezielle Gruppe von Experten, welche alle verschiedenen involvirten Interessen vertritt und spezielle Kenntniss hat von den verschiedenen Aspekten des Problems. Ein kompetenter Stab müsste beigegeben sein, und so ausgerüstet wäre diese Korporation im Stande, zu unterscheiden, welche Sektionen des Problems am besten zu lösen sind durch Aktion des Armengesetzes, der wohlthätigen und anderen Agenturen, und welche Sektion sie selbst kluger Weise zu leiten unternehmen kann durch Einrichtung zeitweiliger Nothstandsarbeiten, durch Arbeiterkolonien, durch ein Netz von Arbeitsbureaus. Und während eine solche Korporation sich nur mit dem existirenden Stande Arbeitsloser befassen würde, wäre sie gleichzeitig im Stande, für eine ganze Serie kleiner Heilmittel zur Hintanhaltung der Wiederkehr dieses Problems eine Agitation zu betreiben.

(Bayerische Handelszeitung.)

Die Organisation der Sozialdemokratie in Berlin.

Die wichtigste Aufgabe des ersten nach Ablauf des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie abgehaltenen Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands war die Beschlussfassung über die Organisation der Partei. Das auf dem Parteitage zu Halle a. S. im Jahre 1890 beschlossene Organisationsstatut steht, von unerheblichen Veränderungen abgesehen, auch gegenwärtig noch in Kraft. Man kann hieraus schliessen, dass es sich im Wesentlichen für die sozialdemokratische Partei bewährt hat, und dass es die den mannigfachen deutschen Vereinsgesetzen entsprechende Form der Organisation einer oppositionellen politischen Partei sein dürfte. Bloss im Königreiche Sachsen, diesem Versuchsfelde für polizeiliche Massnahmen gegen die Sozialdemokratie, machte sich in der letzten Zeit das Bestreben geltend, die Organisation der Sozialdemokratie dem Vereinsgesetze zu unterstellen und sie auf diese Weise unmöglich zu machen.

Die Grundlage der sozialdemokratischen Organisation bilden die der Partei angehörigen und dieselbe nach Kräften unterstützenden Personen. Diese wählen alljährlich nach Abhaltung der Parteitage in den einzelnen Reichstagswahlkreisen zur Wahrung ihrer Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen, welche mit der von dem Parteitage, der obersten Vertretung der Partei, zur Besorgung der Parteigeschäfte gewählten Parteileitung in Verbindung stehen.

Den Vertrauenspersonen obliegt die Vertretung der Partei nach innen und aussen, sie sorgen für die Agitation, die Einberufung von Parteiversammlungen, die Sammlung der freiwilligen Parteisteuern, sie regeln die Unterstützungsverhältnisse etc. etc. Ausser dieser offiziellen Organisation besitzt die Partei noch zahlreiche andere selbständige Organisationen.

Vollständig unabhängig von den Vertrauenspersonen bestehen in zahlreichen Orten politische Vereine der

Sozialdemokratie, meist unter dem Namen von Wahlvereinen. Gleichfalls vollständig selbständig ist die gewerkschaftliche Organisation, neben welcher wieder zahlreiche Gesang-, Unterhaltungs-, Turn-, Sportvereine u. s. w. mit ausschliesslich oder fast ausschliesslich sozialdemokratischer Mitgliedschaft bestehen.

Wie mannigfaltig die Organisation der Sozialdemokratie in einem Zentrum der Bewegung wie Berlin ist, werden die folgenden Angaben *) zeigen.

Berlin ist der Sitz der sozialdemokratischen Parteileitung. Dieselbe besteht bekanntlich aus einer aus fünf Mitgliedern zusammengesetzten Exekutivbehörde, welche seit 1890 in Berlin ihren Sitz hat, und aus einer siebengliedrigen Kontrollinstanz. Ein Mitglied der letzteren wohnt gleichfalls in Berlin. Auch die Leitung der polnischen sozialdemokratischen Partei hat in Berlin ihren Sitz. Von den sechsundvierzig sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wohnen dreizehn in Berlin. Hier werden auch die beiden Zentralorgane der sozialdemokratischen Partei herausgegeben, der sechsmal wöchentlich erscheinende „Vorwärts“ mit 45 000 und der wöchentlich einmal erscheinende „Sozialdemokrat“ mit 5700 Abonnenten. Ausserdem erscheint in Berlin noch ein dreimal wöchentlich zur Ausgabe gelangendes für die Umgebung Berlins bestimmtes Blatt, das Volksblatt für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Die Interessen der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vertreten die siebzehn in der dritten Abtheilung gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten. Die Funktionen der Vertrauenspersonen werden von achtzehn Personen und zwar von je vier für den IV. u. VI., und von je zwei für die vier anderen Berliner Reichstagswahlkreise versehen. Diesen stehen zur Seite die mit den Vertrauenspersonen in den gleichen öffentlichen Versammlungen gewählten Mitglieder der Press- und der Lokalkommission. Die Presskommission hat die Beaufsichtigung des lokalen Theiles des „Vorwärts“ zur Aufgabe, während der Zweck der Lokalkommission ist, dafür zu sorgen, dass der sozialdemokratischen Partei jederzeit eine genügende Anzahl von Versammlungslökalen zur Verfügung steht. Die Presskommission besteht aus elf Mitgliedern, einem aus dem V. und je zweien aus den übrigen Berliner Reichstagswahlkreisen, die Lokalkommission setzt sich aus siebzehn Mitgliedern und zwar je zweien aus dem I., II., III. und V., viere aus dem IV. und fünfen aus dem VI. Reichstagswahlkreise zusammen. Neben der Lokalkommission besteht noch die fünfgliedrige Boykottkommission zur Durchführung des schwebenden Bierboykotts.

In Berlin hat ferner ihren Sitz die Agitationskommission (zugleich Zentral-Wahl-Komitee) für die Provinz Brandenburg und eine Frauen-Agitationskommission.

Unabhängig von diesen Organisationen bestehen in jedem Berliner Reichstagswahlkreise Wahlvereine, die in der letzten Zeit, in dem Bestreben ihre Thätigkeit intensiver zu gestalten, sich dezentralisirt haben.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, die in Berlin sehr zahlreich vertreten sind, haben einen sehr losen, rein ideellen Zusammenhang mit der Berliner Gewerkschafts-Kommission. Dieselbe hält regelmässig Sitzungen ab, hat einen ihre Beschlüsse ausführenden honorirten Beamten, der in einem besonderen Bureau Arbeiten in Gewerbegerichts-, Streik- und ähnlichen Angelegenheiten zu berathen hat. Die einheitlichen Ideen für die Gewerkschaftsbewegung, die Organisation der Unterstützung bei Streiks, die Regelung von Geldsammlungen, das Erlassen von Aufrufen bilden die Aufgabe der Gewerkschaftskommission.

*) Dieselben sind entnommen dem Arbeiter-Verkehrs-Almanach für Berlin und Umgebung für den Winter 1894/95. Berlin S. Verlag von Hans Baake. 148 S. 16°. Preis 20 Pf. In Folge der durch Neuwahlen häufig eintretenden Aenderungen sind die Namen in diesem Handbüchlein 2. Theil nicht mehr ganz zutreffend.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins sind in dreiundvierzig zentralisirten und siebenundfünfzig lokalorganisirten Gewerkschaften vereinigt. Dieselben besitzen zum Theil zahlreiche Zahlstellen, Brancheorganisationen, Arbeitsnachweise, eigene Bureaus, Bibliotheken und berufsmässig für sie thätige Beamte. In den meisten Hilfskassen und zahlreichen Ortskrankenkassen verfügen die Sozialdemokraten über die Majorität der Mitglieder, was einen entsprechenden Einfluss auf die Verwaltung zur Folge hat.

Sehr gross ist auch die Anzahl der rein geselligen Zwecken dienenden sozialdemokratischen Vereine Berlins. Dieselben sind zum Theil von einander unabhängig, zum Theil in zwei grosse Organisationen zusammengefasst, in den Arbeitersängerbund Berlins und Umgebung und in den Bund der geselligen Arbeitervereine von Berlin und Umgegend. Jede dieser Organisationen umfasst Hunderte meist kleiner Vereine. Ausser diesen dienen Zwecken der Unterhaltung die Freie Volksbühne, deren in sieben Abtheilungen, von denen je eine ein Theater füllt, eingetheilten Mitgliedern Theatervorstellungen geboten werden.

Den körperlichen Uebungen dienen der Ruderverein Vorwärts, der deutsche Arbeiterturnerbund, der in Berlin drei Männer- und zwei Lehrlingsabtheilungen besitzt und der Touristenverein Freiheit. Der Unterhaltung und Belehrung der Arbeiter widmet sich die Ethische Gesellschaft, blos der Belehrung die Arbeiterbildungsschule, die in zwei blos Lehrzwecken dienenden Lokalen Unterricht in Nationalökonomie, Gesundheitspflege, Gesetzeskunde, Logik, Rhetorik, Naturerkenntniss etc. ertheilt, ausserdem existirt eine besondere Stenographenschule.

Eigenartige Organisationen bilden endlich die Arbeiter-Sanitätskommissionen, die eine Kontrolle über die sanitären Zustände der Wohn- und Arbeitsräume der Arbeiter vornehmen. Anderen hygienischen Zwecken dient der Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Die als Schiedsrichter bei der Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung thätigen Personen haben ihren Sammelplatz im Arbeitervertreter-Verein.

Ohne Anspruch auf absolute Vollständigkeit haben wir hiermit ein Bild des vielgestaltigen Vereinslebens der Berliner Arbeiter gegeben.

Wer den „Vorwärts“, das leitende Blatt der sozialdemokratischen Partei liest, wird bemerkt haben, dass diese Vielgestaltigkeit des Vereinslebens, diese Zersplitterung in zahllose Vereine, die Kennzeichnung ganz harmloser Radfahrer-, Turner- und Sportvereine, Rauchklubs und dergl. als sozialdemokratischer Vereine nicht gerne gesehen wird. Von Zeit zu Zeit wird im „Vorwärts“ als Unfug gekennzeichnet, dass Radfahrer-, Turner-, Stenographen-Vereine Aufrufe an die sozialdemokratischen Arbeiter als solche zum Beitritt erlassen. Dies festzustellen ist von Wichtigkeit. Uns freilich erscheint es aber noch viel bedeutungsvoller, nämlich als ein Zeichen der zunehmenden Klassensecheidung, der sich zuspitzenden Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Gesellschaft, dass selbst beim Spiel, bei Lustbarkeiten, bei sonstigen ganz unpolitischen Zwecken der sozialdemokratischen Arbeiter nur mit sozialdemokratischen Arbeitern zusammen sein will. Dies führt zu einem immer engeren Aneinanderschluss der Anhänger der Sozialdemokratie, aber auch zu der Ueberzeugung, dass die Hoffnung auf ein Abwenden der Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Ueberzeugungen eine verhängnissvolle Utopie ist, an die kein genauer Beobachter dieser Bewegung, wie auch sein politischer Standpunkt sein mag, glauben kann.

(Soz.-Pol. Centralbl.)

Kleine Mittheilungen.

Export nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Wiewohl es noch einiger Zeit bedürfen wird, um übersehen zu können, welche Wirkung der neue, an Stelle der Mac Kinley Bill getretene Zolltarif auf die einzelnen Zweige der deutschen Industrie ausüben wird, so lässt sich doch schon jetzt erkennen, dass die seit länger denn Jahresfrist unter dem lähmenden Drucke der Ungewissheit leidenden Geschäfte anfangen, sich lebhafter zu gestalten. Eine völlige Befriedigung hat der neue Tarif wohl nur an vereinzelten Stellen hervorgerufen, im Allgemeinen aber wird es schon als ein Gewinn betrachtet, dass nun endlich die Grundlage gesichert ist, auf welcher sich der Fabrikant und Kaufmann für die nächste Zukunft einzurichten haben.

Ein plötzlicher, jäher Aufschwung der Verhältnisse ist allerdings nicht zu erwarten; dem stehen die noch anhaltende Arbeitslosigkeit, die hier und da nothwendiger Weise eingetretene Lohnerabsetzung sowie die damit verbundene Schwächung der Kaufkraft entgegen. Allmählich aber wird das Kapital aus seiner bisherigen Zurückhaltung immer mehr hervortreten und wird die Fabrikation, soweit sie aus der Tarifrevision Nutzen zu ziehen vermag, den ins Stocken gerathenen Betrieb wieder aufnehmen, beziehungsweise erweitern. Die vielfach stark reduzierten Vorräthe müssen ergänzt und umfangreiche Bestellungen gemacht werden. Dass die eingetretenen Zollermässigungen eine wesentliche Erhöhung des Imports, namentlich von Industrie-Erzeugnissen nach sich ziehen müssen, ist nicht zu bezweifeln.

Wenn die von den deutschen Fabrikanten und Händlern auf die Kolumbische Weltausstellung in Chicago gesetzten Hoffnungen sich seither nicht verwirklicht haben, so findet dies vor Allem darin seine Erklärung, dass die im vorigen Jahre in allen Theilen der Union eingetretene Krisis in Verbindung mit der Geldknappheit und der Silberentwerthung mehr oder weniger lähmend auf jedes Geschäft gewirkt hat und die Einkäufe im In- und Auslande nur auf das Nothwendigste beschränkt wurden. Jetzt aber scheint der Augenblick gekommen, die grosse Anerkennung und Schätzung, welche die deutschen Leistungen sich in Chicago erworben haben, zu fruktifizieren. Der Vorsprung, den Deutschland, was technisches Können und Gewerbedeiss anbelangt, gewonnen hat, wird und muss ihm bei dem jetzt neubelebten Wettbewerbe zu Statte kommen. Dies gilt besonders von der elektrotechnischen Industrie, der Porzellan-, Manufaktur-, der Keramik-, der chemischen Industrie und Fabrikation von Heilmitteln sowie der Kunstindustrie Deutschlands.

Die wichtigste Veränderung in dem neuen Tarife bezieht sich auf Wolle und wollene Waaren; während die rohe Wolle ganz zollfrei geworden ist, sind die Zölle für Wollfabrikate um 30 Prozent für Garne, 40 Prozent für Tücher und 45 Prozent für Kleiderstoffe kompensatorisch herabgesetzt worden. Ins Gewicht fallend sind auch die Reduktionen auf Porzellan- und Glaswaaren (von 55 und 60 auf 30 und 35 Prozent) so wie auf Flaschen.

Auf Perlmutterknöpfe ist der Zoll auf rund 84 Prozent ermässigt.

Von weiterer Bedeutung, speziell für die deutsche Ausfuhr, sind die Zollherabsetzungen auf baumwollene Strumpfwaren, Handschuhe, Seidenwaaren, Chemikalien, Drogen- und Farbwaaren, Blei und Bleiwaaren, Zinnwaaren, Puppen und sonstige Spielwaaren. Dahingegen ist die Ermässigung für Eisen und Stahl, sowie für Roheisen und Stahlschienen, so beträchtlich sie auch erscheint, für den deutschen Handel kaum von Bedeutung, da auch der jetzige Zollsatz noch immer prohibitiv wirkt.

Wiewohl es Thatsache ist, dass die amerikanische Fabrikation vieler Artikel, welche man sonst in Deutschland kaufte, unter dem Schutze der bisherigen exzessiven

Eingangszölle so erstarkt ist, dass es selbst bei den herabgesetzten Zollsätzen schwierig sein wird, das verloren gegangene Feld wieder zu erobern, so bleibt doch noch eine ganze Reihe von Ausfuhrgütern übrig, in denen Deutschland die Konkurrenz wieder aufnehmen kann. Insbesondere sind es die schwereren Wollartikel, die halbwoollenen Konfektionsstoffe sowie die Strumpf- und Phantasie-Waaren, welche einen neuen Aufschwung erwarten lassen. Auch der Handel mit Seidenstoffen dürfte sich wieder etwas beleben.

Ein vermehrter Erfolg der deutschen Industriellen hat allerdings zur Voraussetzung, dass den Verhältnissen des amerikanischen Marktes eine grössere Aufmerksamkeit zugewendet wird, als es im Allgemeinen seither geschehen ist.

So lange die eigene Industrie Nordamerikas noch in der ersten Entwicklung begriffen war, wickelte sich das Geschäft nach dort zumeist glatt und mühelos ab. Nachdem aber die amerikanische Fabrikation eine rasche Ausdehnung genommen, auch der Unterschied zwischen den amerikanischen und europäischen Arbeitslöhnen in letzter Zeit sich weniger schroff gestaltet hat, genügt es nicht mehr, die Vermittelung des Absatzes lediglich den New-Yorker Einfuhrhäusern zu überlassen.

Der deutsche Exporteur wird es nicht mehr umgehen können, durch geschickte und erfahrene Reisende, die der Landessprache mächtig und mit der Umgangsart und den geschäftlichen Gewohnheiten des Amerikaners wohl vertraut sind, die Bedürfnisse des fremden Marktes sorgfältig prüfen und auf Grund der somit gewonnenen Kenntnisse Verbindungen an Ort und Stelle anknüpfen zu lassen. An den Reichs-Konsulaten werden solche Vertreter angesehenen Handelshäuser Rückhalt und Stütze finden; der Consul wird in der Lage sein, ihnen mündlich alle gewünschten Informationen, hier und da auch praktische Winke und Fingerzeige zu geben. Eine solche mündliche Auskunftsertheilung wird sich zumeist wirksamer erweisen, als ein an den Kaufmann in der Heimath ergehendes amtliches Schreiben, bei welchem sich der Consul wegen der damit verbundenen Verantwortlichkeit stets eine gewisse Zurückhaltung auferlegen muss.

Vielfach haben die Geschäftsleute in Deutschland sich darauf beschränken zu können geglaubt, dass sie sich an die Konsulate mit dem Ersuchen um Nachhaftmachung der für ihre Zwecke in Frage kommenden ausländischen Firmen oder um Bezeichnung einer zur Uebernahme der Vertretung des deutschen Hauses geeigneten Person wandten. Sie haben alsdann an die ihnen aufgegebenen Häuser ihre häufig nur in deutscher Sprache abgefassten Prospekte, Preisverzeichnisse etc. übersandt und nun in Geduld abgewartet, ob sich hieran Aufträge anschliessen werden. Das aber ist nicht der geeignete Weg, um in Amerika Geschäftsverbindungen anzubahnen. Zu berücksichtigen ist, dass in Amerika, wo die Reklame eine schrankenlose Anwendung findet, täglich eine ganze Fluth gedruckter Anzeigen und Anpreisungen an den zumeist vielbeschäftigten Geschäftsmann herantreten, gegenüber welcher die bescheiden gehaltene, vielleicht äusserlich dürrtügige Offerte aus Deutschland unbeachtet verschwindet. Der Amerikaner ist zu sehr an den Gebrauch der Superlative gewöhnt, als dass bei ihm Verständniss für die in Deutschland übliche Uebertreibungen meidende Schlichtheit des Ausdrucks vorausgesetzt werden könnte. Hiernach muss aber auch der deutsche Exporteur seine Anpreisungen einrichten: er muss — natürlich mit ausschliesslicher Anwendung der englischen Sprache — die Vorzüge seiner Erzeugnisse in einer in die Augen springenden Weise hervorheben, sei es durch schlagende Preisvergleiche oder den nachdrücklichen Hinweis auf praktische Neuerungen. Firmen, welche auf der Chicagoer Ausstellung prämiirt worden sind, werden diesen Umstand deutlich sichtbar geltend zu machen haben; andere wieder, welche bereits in der Union ihren Fabrikaten

Anerkennung verschafft haben, werden gut thun, bei der Anbahnung von Verbindungen in anderen Landes-theilen darauf hinzuweisen. Dass im Verkehre mit Amerika sich Engherzigkeit und Kleinlichkeit, wie sie bei der Bemessung von Mass und Gewicht und der Art der Verpackung nicht selten vorgekommen sind, rächen, ist schon oft genug hervorgehoben worden. Sorgfältig ist auch darauf zu halten, dass die Lieferungen genau den Mustern gemäss erfolgen; unreelle Ausführung gegebener Ordres ist nicht wieder gut zu machen.

Zollbeschwerden in Russland. Aus Anlass von Anfragen aus Interessentenkreisen, wohin man sich bei Beschwerden über Entscheidungen der russischen Zollbehörden zu wenden habe, um die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung zu finden, hat der Herr Reichskanzler folgenden Bescheid erlassen:

„Im Allgemeinen muss es den Interessenten überlassen bleiben, Zollbeschwerden auf dem in Russland vorgeschriebenen Instanzenwege (Zolldepartement, Finanzministerium, dirigirender Senat) selbst zu verfolgen. In schwierigeren Fällen, oder in solchen, die eine besondere Beschleunigung des Verfahrens wünschenswerth erscheinen lassen, wird es sich, so lange die Beschwerde noch der Entscheidung des Zolldepartements unterliegt, empfehlen, das Kaiserliche Konsulat in St. Petersburg, welches auf Grund von Theil IV § 18 des Schlussprotokolls zum deutsch-russischen Handelsvertrag mit dieser Behörde direkt korrespondiren darf, um seine Unterstützung zu bitten.

Diejenigen Beschwerden, welche bei dem Zolldepartement in St. Petersburg bereits eine ungünstige Entscheidung gefunden haben, können geeigneten Falls vom Auswärtigen Amt unterstützt werden, wohin die bezüglichen Eingaben in diesen Fällen zu richten sind.

Mit Rücksicht darauf, dass es dem deutschen Handelsstande erwünscht sein dürfte, von der Praxis bei der Behandlung der in Frage stehenden Reklamation allgemein Kenntniss zu erhalten, machen wir auf folgende im Deutschen Handelsarchiv 1894 I. S. 479, 671 und 712, abgedruckten Bestimmungen aufmerksam.

1. Eingaben, welche von den Interessenten in Zollangelegenheiten, wie beispielsweise wegen des Nachlasses von Zollstrafen, an das Russische Zolldepartement oder an den Russischen Finanzminister gerichtet werden, unterliegen der Stempelabgabe gemäss Art. 73 des Russischen Stempelgesetzes. Den fraglichen Gesuchen sind daher 2 Stempelmarken zu je 80 Kopeken oder der entsprechende Betrag in Russischem Gelde beizufügen. Ohne Entrichtung der fraglichen Gebühr finden diese Eingaben keine Berücksichtigung.

2. Die in Theil IV § 17 des Schlussprotokolls zu dem Russisch-Deutschen Handelsvertrage für die Beschwerden über Tarifierung von Waaren festgesetzte Frist von drei Wochen soll auch Anwendung finden für die Beschwerden an den Finanzminister gegen die in diesen Sachen ergangenen Entscheidungen des Zolldepartements.

3. Alle an das Zolldepartement oder an den Finanzminister gerichteten Eingaben, selbst wenn sie Beschwerden gegen endgiltige Entscheidungen der Zollämter oder der Chefs der Zollbezirke enthalten, müssen an das Zolldepartement weitergegeben werden, da im Allgemeinen alle Verfügungen der Zollämter und der Chefs der Zollbezirke in gewissen Fällen von der obersten Zollbehörde im Revisionswege abgeändert werden können.

4. Aus verschiedenen dem Zolldepartement zugehenden Klagen von Kaufleuten geht hervor, dass von den Zollämtern Strafen in solchen Fällen erhoben werden, wo Unrichtigkeiten in den Waarendeklarationen sich auf Angaben beziehen, welche in einzelnen Fällen zu machen das Gesetz gar nicht verpflichtet. So ist z. B. bei der Deklarierung von frischen Früchten (als Güterstücke

verpackt) die Gewichtsangabe in Konnossementen, Frachtbriefen und Zolldeklarationen laut Gesetz nicht erforderlich, und ähnlich in anderen Fällen. Dabei lassen sich die Zollämter durch die Erwägung leiten, dass die gesetzlich nicht erforderlichen Angaben in den Zolldeklarationen von den Kaufleuten mit irgend welchen Absichten gefälscht wurden.

Das Zolldepartement erkennt indessen in solchen Fällen:

- a) keine absichtlichen Fälschungen, sondern nur mangelhafte Kenntniss des Zollgesetzes bei den Waarendeklaranten, und
- b) in der Straferhebung in den bezeichneten Fällen ein dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufendes Verfahren der Zollämter und schreibt dem zu Folge vor, dass die Waarendeklaranten für Unrichtigkeiten in solchen Angaben über die Waaren (in den Ladescheinen und Zolldeklarationen), welche zu machen das Gesetz nicht verpflichtet, keinerlei Strafen zu unterziehen sind.

5. Gemäss dem Art. 630 und den folgenden des Zollgesetzes steht den Kaufleuten und deren Bevollmächtigten das Recht zu, sich bei den Zollämtern wie auch beim Zolldepartement über die Anwendung des Tarifs bei der Waarenverzollung zu beschweren und innerhalb der hierzu anberaumten Fristen eine nach ihrem Befinden richtigere Anwendung des Tarifs bei der Verzollung der fraglichen Waaren zu beantragen. In Ausübung dieses Rechts reichen die Waarenversender nicht selten Gesuche beim Zolldepartement und beim Finanzminister ein, in welchen die Abänderung der stattgehabten Verzollung ohne jede Begründung beantragt und einfach darum nachgesucht wird, bei der Verzollung der fraglichen Waaren andere, nach Ansicht der Antragsteller angemessene Artikel des Zollarifs zur Anwendung zu bringen.

In Erwägung, dass nach dem allgemeinen Sinne der Gesetze eine jede Klage eine Darlegung sowohl der Umstände, durch welche sie veranlasst wird, wie auch der sie begründenden Nachweise enthalten müss, und dass laut Art. 224 Punkt 4 der Zivilprozess-Ordnung (Band X Theil II) Bittgesuche, welche keine Nachweise für ihre Begründung enthalten, nicht entgegengenommen werden, giebt das Zolldepartement zu Folge Befehls des Finanzministers den Zollämtern zu wissen, dass Bittgesuche und Klagen über Anwendung des Tarifs bei Verzollungen, in welchen keine gehörig motivirten Nachweise für die muthmassliche Unrichtigkeit der stattgehabten Verzollung enthalten sind, unberücksichtigt bleiben werden.“

Patentbureau Braunschweig.

Carl Arndt

Ingenieur

Wolfenbüttlerstr. 50

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldungen von
Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschutz.

Eintragung von Waarenzeichen

(Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Büttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflatern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 M.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— M.
Ganze Seite 28 M.

Handel und Industrie

Begründet von Dr. Vosberg, Refow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 1.

Braunschweig, Januar-Nummer.

1895.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterjagt.)

Projekt für den Braunschweiger Stichkanal.

1. Wahl der Richtung des Zweigkanals.

Nachdem in den Erläuterungen zu dem Entwurf für den Mittellandkanal die Gründe näher dargelegt sind, welche es empfehlenswerth erscheinen lassen, den Normalpeil der Scheitelhaltung des Hauptkanals, welche sich bei einer Länge von 247 km von Eversburg im Kreise Osnaabrück bis nach Bergfriede im Kreise Stendal erstreckt, in Höhe von N. N. + 58.0 anzuordnen und unter Einhaltung dieser Höhe die Trace der Scheitelhaltung festgelegt ist, handelt es sich darum, eine möglichst kurze Wasserstraßen-Verbindung zwischen der Stadt Braunschweig und der gegebenen Linie des Mittellandkanals zu schaffen.

Dabei wird gleichzeitig die Aufgabe zu lösen sein, den zwischen Braunschweig und dem Hauptkanal vorhandenen Höhenunterschied durch eine möglichst geringe Zahl von Schleusen oder Schiffshebewerken zu überwinden und die Erdarbeiten für den Ausbau des Kanals auf das geringste Maß zu beschränken.

Das niedrigste Gelände, welches für den Anschluß eines Kanals an das Stadtgebiet bezw. für die Anlage eines Hafens in der Nähe der Stadt Braunschweig in Frage kommen kann, und welches die geringste Entfernung von dem Hauptkanal aufweist, findet sich im Okerthal in der Nähe der Herzoglich Braunschweigischen Landesbahn.

Die hier hindurchfließende Oker bietet die einzige Möglichkeit, die geplante Wasserstraße mit dem nöthigen Speisewasser zu versehen. Die Höhenlage des Wasserstandes der Oker bei Niedrig-Wasser-Zeiten bezeichnet somit die Grenze der Höhe, bis zu welcher die gedachte Wasserstraße von dem Mittellandkanal hinaufsteigen muß.

Der Wasserstand der Oker unterhalb der Stadt Braunschweig wird durch ein in der Nähe der Ortschaft Delper vorhandenes Wehr regulirt.

Im Interesse der Vorsicht für das städtische Gebiet ist bei niedrigen und mittleren Wasserständen nach Angabe der zuständigen Behörden der normale Staupegel in Höhe von N. N. + 66.2 zu erhalten.

Darnach ergibt sich die durch Schleusen oder dergleichen zu überwindende Höhe zwischen dem Normalpeil der Scheitelhaltung des Mittellandkanals und dem Oberwasser der Oker zu N. N. + 66.2 — 58.0 = 8.2 m.

Das Thal der Oker ist beiderseitig von Höhen begrenzt, welche, im Westen bis zur Wasserscheide gegen die Zuße an-

steigen und im Osten sich unmittelbar an ein ausgedehntes Hochplateau, den sogenannten Papenteich anschließen. Sollen daher tiefe Einschnitte vermieden werden, was im Interesse der Kostenersparniß geboten erscheint, so lag es nahe, den Zweigkanal soweit als irgend möglich in das Okerthal zu verlegen und hier den Anschluß an den Hauptkanal, welcher etwa 22 km unterhalb der Stadt Braunschweig in der Nähe der Ortschaft Dalldorf die Oker überschreitet, zu erstreben.

Eine weitere Rücksicht, welche es zweckmäßig erscheinen läßt, das Thal der Oker zu verfolgen, ist durch folgendes geboten.

Wie später nachgewiesen werden wird, führt die Oker bei Niedrig-Wasser außerordentlich geringe Wassermengen ab. Entzieht man daher diese dem Fluße und leitet dieselben durch den Kanal fort, so werden die am unteren Laufe der Oker belegenen Mühlen- und Stangenoffenschaften in der Nutzung des Wassers stark benachtheiligt. Um nun die hierdurch verursachten Schädigungen zu ermäßigen, wird es sich empfehlen, den Kanal so zu traciren, daß es möglich und nicht zu kostspielig wird, das Betriebswasser der Schleusen aus der untersten Schleuse der Oker wieder zuzuführen und nicht nach der Scheitelhaltung des Hauptkanals ablaufen zu lassen. Dieses wird am besten dadurch erreicht, wenn der Kanal bezw. die letzte Schleuse möglichst nahe an die Oker hinanverlegt wird.

War sonach die Trace des Kanals im Allgemeinen vorgezeichnet, so mußte nimmehr, um zu vermeiden, daß der Kanal auf weite Strecken zwischen Dämmen im Auftrage fortgeführt werde, im Okerthal das Gelände ermittelt werden, wo die Höhe des letzteren annähernd die gleiche ist, wie die Höhe des Normalpeils der zu erreichenden Haltung des Hauptkanals.

Von dort ab war das Okerthal, weil das Gelände nach dem unteren Lauf hin abfällt, zu verlassen und ein für den Ausbau des Kanals günstiger belegenes Gelände seitlich von der Oker aufzusuchen. Die fragliche Geländehöhe ist zwischen den Ortschaften Diddersje und Hillerje gefunden.

Demgemäß ist das Terrain zwischen der Ortschaft Diddersje und der Linie des Hauptkanals durch Höhenaufnahmen aufgeklärt.

Das Ergebniß dieser letzteren hat es als zweckmäßig erscheinen lassen, den Zweigkanal unweit der Ortschaft Volke aus dem Hauptkanal abzuzweigen und denselben zunächst außerhalb des Okerthales westlich von der Oker zwischen letzterer und der Geller Chaussee bis in die Nähe der Ortschaften Hillerje und Diddersje mit dem Normalpeil, welcher für die Scheitelhaltung des Hauptkanals festgelegt ist, das ist N. N. + 58.0 fortzuführen.

Das durch die Schleuse zu überwindende Gefälle von 8.2 m bleibt somit nur auf die Strecke zwischen der Stadt

Braunschweig und der Gegend zwischen den beiden vorbenannten Ortschaften zu vertheilen.

Es erübrigt hiernach, die vortheilhafteste Anordnung des Kanals auf der zuletzt bezeichneten Strecke zu bestimmen.

a) Streckenweise Kanalisierung der Ofer.

Da das für die Kanalisierung im oberen Gebiet günstige Gelände im Oferthal vorgefunden ist, so lag der Gedanke nahe, den Kanal direkt in die Ofer zu verlegen bezw. hier die Ofer zu kanalisieren, anstatt einen besonderen Seitenkanal neben der Ofer zu schaffen.

Es erschien dies namentlich deshalb erwünscht, weil, wenigstens soweit das Gebiet des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg in Frage kommt, schon seit einer Reihe von Jahren eine Regulierung des, sich in vielfachen Windungen in dem Thal hinziehenden, theilweise stark verwilderten Oferlaufes geplant ist und letztere sich zweckmäßig mit der Kanalisierung des Flusses würde haben verbinden lassen. Auch ließ das zum Theil mehrere Meter tief eingeschnittene Flußbett vermuthen, daß der Kanalisierung keine erheblichen Hindernisse entgegenstehen würden.

Um nun die Möglichkeit der Durchführung dieses Planes zu prüfen, ist eine genaue Höhenaufnahme des Oferthales nebst Oferfluß auf der Straße zwischen Hillese und der Stadt Braunschweig ausgeführt.

Dabei ist als Basis der Vermessung eine Linie im Oferthal festgelegt, welche annähernd den Verlauf nimmt, welcher dem zu regulirenden Flußbett bei der Kanalisierung gegeben werden könnte.

In der bezeichneten Linie ist zunächst ein Längenelement aufgenommen, und darnach sind in gewissen Abständen Querprofile durch das ganze Oferthal gelegt, wobei gleichzeitig das Oferflußbett genauer aufgemessen ist.

Der hiernach gewonnene Höhenplan stellt somit die mittlere Höhenlage des Oferthales und der Fußsohle dar und ist als Grundlage zur weiteren Beurtheilung der Zweckmäßigkeit der Kanalisierung der Ofer benutzt worden.

Nach Maßgabe des letzteren werden bei der Kanalisierung des Flußlaufes etwa vier Staustufen zu schaffen sein, für welche der Stau für die erste und dritte Stufe zweckmäßig an den bereits vorhandenen beiden Wehren zu Delpen und Rothemühle und für zweite und dritte Haltung durch zwei neue Wehranlagen zu schaffen sein wird.

Betrachtet man nun zunächst die Strecke des Flußthales bezw. Flußufers von der Rothemühle abwärts innerhalb der Gemarkungen Neubrück und Groß- sowie Klein-Schwülper, so ergibt der vorliegende Höhenplan, daß es zulässig sein würde, den Ofer-Wasserpiegel hier etwa bis zur Höhe von N. N. + 59.6 anzustauen.

Bei dieser Haltungshöhe würde, sofern nicht eine durchgreifende Vertiefung der Sohle des Flußbettes, welche weit über die Grenze der eventl. zu kanalisirenden Flußstrecke hinaus ausgedehnt werden müßte, ausgeführt werden soll, am oberen Ende derselben eine Wassertiefe von 2.0 m, die übrigens, wie später noch nachgewiesen werden wird, als ausreichend zu erachten ist, erzielt werden. Das Sohlengefälle in dieser Flußstrecke ergibt sich etwa zu 1 : 5300.

Daß bei der Kanalisierung auszubildende Querprofil des Flußbettes ist nun einerseits abhängig von den Interessen der Schifffahrt und andererseits von der Größe der durch das Profil abzuführenden Wassermenge.

Die Schifffahrt erfordert, um die Fahrinne jederzeit einhalten und verfolgen zu können, daß das Flußprofil geschlossen ist, d. h. in einem einzigen Flußschlauch besteht, in welchem das gesammte Wasser zum Abfluß gelangt, ohne seitlich über die Ufer hinauszutreten.

Steigt das Wasser über die Ufer hinaus, und werden dadurch die Grenzen der Fahrinne verwischt, so wird die Schifffahrt aufhören müssen.

Das normale Profil der Ofer besteht nun zur Zeit in einem Flußschlauch, in welchem etwa 20 bis 25 cbm

Wasser zum Abfluß kommen, und einem beiderseitigen Ueberschwennungsgebiet.

Daraus erhellt, daß, wenn man nicht eine erhebliche Erweiterung des Flußschlauches ausführen würde, die Schifffahrt bei Wassermengen von etwa 25 cbm schon aufhören müßte.

Nun schwankt die Ofer-Wassermenge etwa zwischen 0.5 und 250 cbm. Daraus folgt, daß auch die Schifffahrt vielfachen Wechseln unterworfen sein würde.

Um daher eine gewisse Kontinuität herbeizuführen, wird man diejenige Hochwassermenge bestimmen müssen, welche mit einiger Regelmäßigkeit in jedem Jahre ein oder mehrere Male eintritt.

Das Profil des Flusses ist dann so zu bemessen, daß wenigstens diese Hochwassermenge im geschlossenen Profil abfließen kann.

Die fragliche Wassermenge ist seitens des Herzoglich Braunschweigischen Herrn Baurath Gröbel zu 60 cbm per Sekunde angegeben, und es ist seitens der Herren Kommissare für die Vertretung der Interessen der Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Regierung bei Aufstellung des Projektes für den Stichkanal nach Braunschweig auf Schreiben vom 30. März 1883 die Bedingung gestellt, daß bei der Bearbeitung des in Rede stehenden Projektes auf Ausführung einer sekundären Wassermenge von 60 cbm im geschlossenen Profil Bedacht zu nehmen sei. Dadurch ist die Grundlage für die Bemessung des bei der Kanalisierung der Ofer herzustellenden Profils des Flußbettes gegeben. Die erforderlichen Abmessungen des letzteren erhält man aus der Beziehung

$$Q = FL \cdot v \\ v = K \sqrt{RJ}$$

Hierin bezeichnet K einen von R abhängigen Koeffizienten, welcher nach der Bazin'schen Formel für den Abfluß in erdigem Profil bestimmt werden möge.

$$R = \frac{FL}{p} = \frac{\text{Fläche}}{\text{benetzten Umfang}}$$

J bezeichnet das Gefälle des Flußlaufes und ist, wie bereits angegeben, in der zunächst der Berechnung unterzogenen Flußstrecke unterhalb der Rothemühle zu 1 : 5300 ermittelt.

Die durchschnittliche Tiefe des Flußschlauches war zu 2.0 m angenommen.

Die mittlere Geschwindigkeit des abfließenden Wassers v wird einmal in Rücksicht darauf, daß das Ufer des Ofer-Flusses aus leicht beweglichem Boden besteht und zweitens, damit die Schifffahrt noch möglich ist, zu höchstens 0.8 m angenommen werden müssen. Da nun Q zu 60 cbm festgesetzt ist, so ergibt sich $FL = \frac{Q}{v}$

$= \frac{60}{0.8} = 75 \text{ qm.}$ Dieser Fläche entspricht das bezeichnete Profil

$$FL = \frac{2 \cdot 33.5 + 2 \cdot 2 \cdot 2}{2} \cdot 2 = 75$$

Zur Kontrolle der vorausgesetzten Geschwindigkeit wird berechnet

$$v = K \sqrt{RJ} = 45.9 \sqrt{\frac{75}{33.5 + 8.8 \cdot 5300}} = \text{rd } 0.85 \text{ m.}$$

Dem sonach bei der Kanalisierung des Flusses auszubildenden Profil von 75 qm Fläche gegenüber enthält das Normalprofil des Mittellandkanals, welches für eine Wassertiefe von 2.5 m berechnet ist,

$$\frac{30 + 24}{2} \cdot 1.0 + \frac{18 + 24}{2} \cdot 1.5 = 58.5 \text{ qm.}$$

Um die Geschwindigkeit des abfließenden Wassers nicht über etwa rd 0.80 m anwachsen zu lassen, wird bei sämtlichen Haltungen ein Sohlengefälle von nur höchstens 1 : 5300 herzustellen sein.

Unter dieser Bedingung läßt es sich, wie dies die Gefällverhältnisse der Flußsohle erkennen lassen, nicht vermeiden, in der Flußsohle bei den obersten drei Wehren Abfälle eintreten zu lassen.

Die Folge hiervon ist wiederum, daß auch bei geöffnetem Wehr das Wasser von einer Haltung in die andere herabstürzen und es erforderlich werden wird, um der dadurch verursachten Gefahr der Zerstörung der Ufer und Sohle vorzubeugen, letztere entsprechend zu schützen, bezw. Wehrbauten zu schaffen, welche den Durchfluß auch des größten Hochwassers, dessen Menge etwa bis zu 250 cbm anwächst, durch ein geschlossenes Profil gestatten, während, wenn die Flußsohle in einer zusammenhängenden Linie ohne Abfälle hätte ausgebaut werden können, es genügt haben würde, das Durchflußprofil der Wehre für nur 60 cbm Wasser einzurichten, so daß bei steigendem Wasser letzteres auch über die Seitenmauern des Wehres fortströmen würde.

Die dadurch verursachten Kosten der Wehr-Anlagen sind außerordentlich hohe und werden überschläglich für die vollständig neu zu erbauende zweite Wehr-Anlage zu etwa 200000 Mk., bei den Delper- und Rothemühlen-Wehren, welche zwar das volle Hochwasserprofil aufweisen, jedoch in Folge Ausbaues des Flusses für Schiffsahrtszwecke umgeändert werden müssen, zu rund 100000 Mk. angenommen werden können. Für das vierte Wehr genügt eine Bette von etwa 15 m, so daß die Kosten der Herstellung desselben etwa 60000 Mk. betragen werden.

Neben den Wehren sind Schleusen für die Schifffahrt zu erbauen.

Vergleicht man nun allgemein die aus der Kanalisierung des Flusses erwachenden Kosten mit denen, welche der Ausbau eines besonderen Seitenkanals neben dem Flusse verursachen wird, so ist folgendes anzuführen.

Da das Profil, welches bei der Kanalisierung des Flusses auszubauen ist, erheblich größer ist als dasjenige, welches die Herstellung eines Seitenkanals bei einer Wassertiefe von 2.5 m gegenüber von nur 2.0 m des kanalisierten Flusses erfordert, so werden die Kosten der Erarbeiten bei der Fluß-Kanalisierung, bei welcher ebenfalls fast durchgehend ein vollständig neues Flußbett zu schaffen sein wird, erheblich höhere werden, als die Kosten der Erarbeiten für einen Seitenkanal, vorausgesetzt, daß beide auszubauenden Strecken nahezu gleich lang sind, was, wie das Längsprofil erweist, hier der Fall ist.

Dieser Unterschied wird noch bedeutender, wenn man berücksichtigt, daß es bei dem geplanten Zweigkanal genügen wird, auch in einem Seitenkanal nur eine Tiefe von 2.0 m, anstatt, wie im Hauptkanal, 2.5 m, herzustellen, und daß die Sohlenbreite desselben, anstatt wie vorstehend angegeben, zu 18 m, auf nur 12 m bemessen werden kann.

Ferner werden, wie vorstehend erwähnt, bei der Flußkanalisierung erhebliche Kosten für Wehrbauten neben den Schleusen erforderlich, welche bis auf einen geringen Kostenbetrag bei der Anlage eines Seitenkanals entbehrlich werden.

Außerdem wird, wie ebenfalls später erläutert werden soll, das vorhandene Gefälle bei der Anlage eines Seitenkanals durch drei Schleusen überwunden werden können, während bei der Kanalisierung deren vier erforderlich werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß bei Wassermengen von 60 cbm und mehr in der Oker die Schifffahrt auf dem kanalisierten Flusse aufhören müßte, während dieselbe auf einem Seitenkanal mit Ausnahme besonders wasserarmer Zeiten, bei welchen übrigens auch die Schifffahrt auf dem kanalisierten Flusse ruhen würde, stets betrieben werden kann.

Die vorgeschilderten Umstände haben dazu geführt, den Plan, die Oker streckenweise zu kanalisieren, aufzugeben und auf der ganzen Erstreckung von der Stadt Braunschweig bis zum Hauptkanal einen Seitenkanal neben der Oker zu projektieren.

b) Linienführung des Seitenkanals.

Eingangs des hier vorliegenden Berichtes ist erwähnt worden, daß der zu projektierende Zweigkanal durch Zuführung von Okerwasser gespeist werden muß, und daß es daher erwünscht ist, den Beginn des Kanals in der Nähe der Oker anzuordnen. Ferner ist hervorgehoben, daß es im Interesse der Verminderung des zu überwindenden Gefälles am zweckmäßigsten ist, den Beginn des Kanals in das Okerthal, kurz unterhalb der Herzoglich Braunschweigischen Landesbahn zu verlegen.

Außerdem ist bereits angedeutet, daß es zur Vermeidung tiefer Einschnitte geboten ist, den Kanal wenigstens im oberen Theil direkt im Okerthal auszubauen.

Da der Kanal aus der Oker gespeist werden muß, so liegt es nahe, daß, um unnöthige Einschnitte in dem sich um ein gewisses Maß über dem Okerwasserspiegel erhebenden Biefengelände, welches der Kanal durchschneiden muß, zu vermeiden, der Normalpeil der obersten Haltung in Höhe des durch das Delper-Wehr festgelegten Normal-Wasserspiegels der Oker d. i. N. N. + 66.2 angeordnet wird. Es wird daher für die Kanalführung das Gelände aufzusuchen sein, welches sich am vorthellhaftesten dieser Höhe anpaßt.

Da nun das in dieser Hinsicht geeignete Gelände sich auf dem linken sowohl als auch auf dem rechten Okerufer vorfindet, so bleibt zunächst die Frage zu erörtern, ob der Kanal am linken oder am rechten Okerufer anzulegen ist. Diesbezüglich ist anzuführen, daß am rechten Okerufer der hohe Idstrand vielfach unmittelbar an das Flußbett herantritt, und daß eine umfangreiche Flußverlegung ausgeführt werden müßte, wenn zwischen dem Flußbett und dem Höhenrand ein Kanal hergestellt werden sollte.

Um die hierdurch bedingten Kosten zu vermeiden, ist der Kanal auf das linke Flußufer zu verlegen.

Ferner liegt kurz unterhalb der Stadt Braunschweig auf dem linken Ufer der Höhenrand weit vom Fluß entfernt, so daß sich hier eine ausgedehnte Niederung vorfindet, welche zur Anlage eines Hafens besonders geeignet erscheint.

Die vorgeschilderten Umstände lassen es außer Zweifel erscheinen, daß der Kanal am linken Okerufer auszubauen sein wird.

Demgemäß ist der Beginn des Kanals an den Fuß der mehrerwähnten Landesbahn, links von der Oker verlegt.

Um den Kanalbetrieb unabhängig von den Hochwassern der Oker zu gestalten, soll der Kanal auf dem rechten Ufer durch hochwasserfreie Dämme gegen das letztere abgeschlossen werden. Um aber diese Dämme bei Hochwasser nicht zu starkem Ueberdruck auszusetzen, möge bei höherem Außenwasser ebenfalls ein höherer Kanalwasserstand zugelassen und angenommen werden, daß der Wasserspiegel in der obersten Haltung bis zur Höhe von N. N. + 67.0 ansteigen kann. Die gedachten Dämme werden dabei zweckmäßig als Leinpfadsdämme, welche unmittelbar das Kanalprofil begrenzen, auszubilden sein.

Für die weitere Tracirung des Kanals ist die Bedingung zu stellen, daß durch den projektirten Kanal das Ueberschwemmungsgebiet der Oker nicht weiter eingeengt wird, als dies die Hochwasserverhältnisse der Oker gestatten.

Wirft man nun einen Blick auf die Spezialkarte, so findet man, daß das Okerthal im oberen Theil sich am meisten in der Nähe des Delper-Mühlen-Wehres und der Ortschaft Watenbüttel verengt, und zwar beträgt die Breite des Thales zwischen den Ueberschwemmungsgrenzen am erstgenannten Orte etwa 230 m und bei Watenbüttel etwa 320 m.

Zu erwähnen bleibt noch, daß etwa 700 m unterhalb des Eisenbahndammes das Okerprofil durch Anlage eines Dammes, auf welchem ein Schießstand hergestellt, bis auf 170 m Breite eingeengt ist.

Es steht jedoch zu vermuthen, daß durch den Einbau des erwähnten Dammes ein nicht unerheblicher Stau verursacht werden wird und demgemäß kann das hier vorhandene Hochwasserprofil nicht als normales hingestellt werden.

Vielmehr wird als Regel angenommen werden können, daß das Ueberschwemmungsprofil durch den Kanal nicht weiter als bis auf etwa 320 m Breite eingeeengt werden darf. Vorbereiteter Bedingung entsprechend ist als westliche Grenze des Kanalgebietes zunächst der Weg angenommen, welcher etwa 100 bis 150 m vom linken Oferufer entfernt, annähernd parallel zu letzterer verläuft.

Es ist dabei geplant, unmittelbar westlich vom bezeichneten Wege den Damm herzustellen, welcher das Kanalterrain gegen das Hochwasser der Ofer abschließen soll. Am Fuße dieses Dammes soll auf der Innenseite eine entsprechend breite Landstraße angelegt werden und unmittelbar an diese das Kanalufer anschließen.

Bis etwa 21.6 km verläuft die Kanallinie parallel zum vorbezeichneten Wege und trifft in dieser Richtung einen vorspringenden Geländerrücken. Diesen zu umgehen erschien nicht zulässig, weil hier die durch den Einbau des Schießstandes geschaffene Flußenge angetroffen wird.

Um eine weitere Verengung des Hochwasserprofils zu vermeiden, ist daher der Kanal außerhalb der Ueberschwemmungsgrenze in den Thalland eingeschnitten und in einer Kurve demselben folgend, fortgeführt. Bei 21.1 km tritt der Kanal wieder aus in die Niederung, da der zur Gemeinde Delper gehörige Friedhof der weiteren Verfügung des Höhenrandes Einhalt gebietet.

Von hier ab nähert sich der Kanal der Thallenge, welche zwischen dem Delper-Mühlen-Wehr und dem rechtsseitigen Oferufer vorgefunden wird. Es kann nun zweifelhaft erscheinen, ob es zulässig ist, diese Enge durch Einfügung des Kanals noch weiter zu beengen.

Wie aus dem Katasterübersichtsplan und aus dem aufgestellten Lageplan hervorgeht, liegen unmittelbar neben dem Mühlen-Wehr eine Anzahl von Gebäuden, unter denen sich zwei größere Gebäude befinden, in denen Gastwirtschaft betrieben wird. Hinter diesen Gebäuden findet sich ein etwa 38 m breiter freier Raum, welcher westlich wiederum von größeren Wirtschaftsgebäuden der Ortschaft Delper begrenzt wird.

Wollte man nun eine Einschränkung des bestehenden Hochwasserprofils umgehen, so wäre es möglich, den Kanal durch die zuletzt beschriebene Lücke hindurchzuführen.

Dabei würde es sich jedoch nicht vermeiden lassen, daß einzelne Gebäude zum Abbruch gebracht werden, ferner würden die neben dem Schleusenwehr vorhandenen noch übrigen Wirthschaftsgebäude vom Dorfe getrennt werden und nur durch Umwege wieder zugänglich gemacht werden können. Die dadurch verursachten Kosten erscheinen so erhebliche, daß Verfasser glaubte, diesen Plan zunächst aufgeben zu sollen.

Es ist ferner zu erwähnen, daß seitens der Herzoglich Braunschweigischen Regierung schon seit längerer Zeit geplant wird, das mehrgenannte Schleusenwehr eingehen zu lassen, sowie den Mühlenstrom zu verfüllen und durch eine neue Flußrinne zu ersetzen.

Unter so bewandten Umständen wurde es als zweckmäßig erachtet, den Kanal zum Theil in den Mühlenstrom zu verlegen und so nahe neben den am Wehr belegenen Gebäuden vorüberzuführen, daß die Zugänglichkeit der letzteren in der bisherigen Weise erhalten bleibt.

Sollte sich ergeben, daß durch diese Anordnung das Hochwasserprofil zu sehr eingeeengt wird, so wird mit geringen Kosten durch streckenweise Erweiterung des Ofer-Flußbettes oder durch Abgrabung eines Theiles der dem Mühlen-Wehr gegenüberliegenden Höhen das nöthige Hochwasserprofil geschaffen werden müssen.

Als Ersatz für das in Folge der geplanten Anordnung durch den Kanal in Anspruch genommene Fluß-

bett des Mühlenstromes mit dem zugehörigen Wehr soll neben dem im Hauptflusse vorhandenen Wehr ein zweites Wehr erbaut und an dieses anschließend ein Durchstich ausgeführt werden.

Von Delper abwärts ist der Kanal an den zunächst belegenen Vorsprung des Thallandes geführt.

Weiterhin wirkt die kurz unterhalb der Ortschaft Beltenhof vorhandene Thallenge bestimmend ein auf die Wahl der Kanaltracé. Es erschien nicht zulässig, letztere durch Einfügung des Kanals noch weiter einzuschränken, da das Inundationsgebiet hier nur eine Breite von rund 300 m aufweist.

Man war daher gezwungen, den Kanal so nahe als irgend möglich an die hart an den Thalland hinantretende Chauffee zu verlegen.

Demgemäß ist die Mittellinie des Kanals so tracirt, daß dieselbe noch etwa 25 m von der Chauffee entfernt bleibt. Um den Kanalbamm vor einer Unterpüttung zu schützen, wird es nothwendig, das Oferbett zwischen 18.6 km und 18.8 km zu verlegen und einen Durchstich im Flußlauf auszuführen.

Der Kanal folgt fast unmittelbar der Ueberschwemmungsgrenze und nähert sich der Ortschaft Watenbüttel. Um eine Störung des Verkehrs zwischen der Ortschaft und den daran grenzenden Wiesen, sowie den Abbruch von Gebäuden zu vermeiden, ferner um die Kanallänge abzufürzen, wäre es erwünscht gewesen, den Kanal östlich von benanntem Orte vorüberzuführen.

Dieser Plan konnte jedoch nicht verfolgt werden, weil das Gelände von dem Thale ab nach der Chauffee erheblich ansteigt, und daher die hier nöthigen Einschnitte bedeutende Kosten verursacht haben würden, und ferner, weil bei dieser Kanalführung der Ort von der Chauffee getrennt worden wäre und die Anlage von Rampen für die hier nöthig werdende Brücke Schwierigkeiten darbot.

Insbefondere aber verbot der etwa bei 18 km belegene Kirchhof es, den Kanal in der geradlinigen Verlängerung der bisherigen Richtung fortzusetzen.

Dieser Umstand führte dazu, den Kanal östlich um die Ortschaft Watenbüttel herum im Oerthale fortzuleiten. Wie das Längenprofil aufweist, fällt von 17.7 km das Gelände. Demgemäß wurde es als zweckmäßig erachtet, hier eine Schleufe einzulegen und den folgenden Geländehöhen entsprechend, den Normalpeil der anschließenden Haltung auf N. N. + 6.40 festzusetzen.

In dieser Höhe tritt der Kanal vom Thallande wieder ein in das Ofer-Wieenthal und verfolgt hier zunächst das sich unmittelbar neben dem Orte hinziehende Ofer-Flußbett. In Folge dessen wird es auch hier nöthig, ein neues Flußbett herzustellen, und ist ein entsprechender Durchstich im Wieenthal vorgesehen. In der nunmehr aufgenommenen Richtung durchschneidet der Kanal mehrere Gehöfte am nördlichen Ausgange der Dorflage. Dadurch wird der Abbruch einzelner Häuser erforderlich. Letzterer war jedoch nicht zu vermeiden, weil, wenn man den Kanal um die Gebäude herumgeleitet hätte, das Ueberschwemmungsgebiet mehr als bis auf 300 m eingeeengt worden wäre, was namentlich in Rücksicht auf den nahe gelegenen Ort nicht rathsam erschien.

Vom Ausgang aus dem Dorfe ab ist der Kanal derart tracirt, daß ein Hochwasserprofil von etwa 320 m verbleibt.

Die dadurch festgelegte Richtung behält der Kanal bei bis hin nach etwa 16.6 km.

Von dort ab schon beginnen die Wasserverhältnisse der Rothemühle bestimmend auf die Wahl der Kanalführung einzuwirken.

Unweit der letzteren theilt sich der Oferfluß in zwei Arme, und zwar in den eigentlichen Flußlauf und den Mühlenstrom.

In beiden Flußarmen befinden sich Behre.

Der Mühlenstrom fließt hart am Thallande entlang. Wollte man daher den Kanal im Oerthale weiter fort-

führen, so müßte der Mühlenstrom, und mit demselben der Betrieb der hier vorhandenen Wassermühle eingehen, oder es müßte der erstere zweimal mittelst Däcker unter dem Kanal hindurchgeführt werden.

Es leuchtet ein, daß durch einen Eingriff in die bestehenden Mühlenverhältnisse eine Reihe von Schwierigkeiten herbeigeführt werden würden, deren Tragweite sich kaum übersehen läßt und deren Ueberwindung erhebliche Kosten verursachen würde. Unter so bewandten Umständen erschien es zweckmäßiger, das Mühlengebiet unberührt zu lassen und den Kanal westlich um die ganze Ortschaft Rothemühle herumzuleiten.

Nördlich von der letzteren liegt die Ortschaft Klein-Schwülper.

Es wäre nun zwar möglich, den Kanal zwischen den letztgenannten beiden Ortschaften hindurch wieder in das Oerththal zu führen. Auch ist eine Linie tracirt worden, welche diese Richtung einschlägt; im Interesse der Vermeidung von Wirtschaftserschwerungen und der Geradföhrung des Kanals erschien es jedoch zunächst zweckmäßig, den Kanal westlich ebenfalls an Klein-Schwülper vorüberzuleiten.

Wir werden später auf die erstgedachte Umgehung der Ortschaft Klein-Schwülper zurückkommen, zunächst möge aber der letzterwähnte Plan festgehalten werden.

Diesem Gedanken folgend, ist etwa von 16.6 km ab eine gerade Linie tracirt, welche sich bis nach 13.2 km hin erstreckt.

Bei Festlegung der letzteren ist darauf gerüchsigtigt, daß der Kanal in angemessener Entfernung von den Gebäuden der Domäne Steinhof sowohl als der Ortschaft Hülperode an der Landesgrenze vorüberführt. Die Linie verfolgt zwischen 16.0 bis 16.5 km das Oer-Flußbett, es ist demgemäß als Ersatz für das letztere auch hier ein entsprechender Durchstich im Wiesen-
thal auszuführen.

Die geplante Kanallinie verläßt etwa bei 14.4 km das Wiesen-
thal der Oer und führt darnach in das, das besagte Thal begrenzende ausgedehnte Hochplateau, welches allmählich nach Norden hin sich senkt.

Dieses Gelände durchschneidet der Kanal bis zur Einmündung in den Hauptkanal.

Als charakteristisch für die Wahl der hier folgenden Kanaltace sind zwei Punkte anzuföhren:

1. In 12.8 + 50 km schneidet der Kanal die Chaussee, welche von der Ortschaft Klein-Schwülper nach der Geller Chaussee führt. Diese Chaussee müßte über den Kanal hinweggeführt und zu dem Ende entsprechend erhöht werden. Um nun die zu dem Zweck auf der Ostseite des Kanals anzulegende Rampe nicht über die benachbarte Begekreuzung hinauszureichen zu lassen, ist die Kanallinie soweit abgelegt, daß der Fuß der beregten Rampe den bezüglichlichen Kreuzungspunkt nicht erreicht.

2. Westlich von der Ortschaft Diberse liegt ein Kirchhof. Da letzterer gesont werden mußte, war der Kanal in angemessener Entfernung von demselben vorüberzuführen.

Die durch die vorbezeichneten beiden Punkte festgelegte Linie ist in nördlicher Richtung bis zum Hauptkanal verlängert und dadurch eine Gerade geschaffen, welche eine Länge von rund 13.2 km erreicht.

Darnach fällt etwa von 14 km ab das Gelände ziemlich gleichmäßig nach dem Hauptkanal hin ab. Um nun die Höhenunterschiede einigermaßen auszugleichen, sind in diese Strecken zwei Schleusen von gleichem Gefälle eingelegt und dadurch drei Kanalthaltungen projektirt, für welche, vom Hauptkanal beginnend, in der untersten der Normalpeil des letzteren beibehalten werden soll, in der zweiten der Normalpeil auf N. N. + 61.0, und in der dritten desgleichen auf N. N. + 64.0 festgesetzt ist. Die dritte Schleuse ist bereits erwähnt; dieselbe soll den Uebergang zu der obersten Haltung, deren Peil auf N. N. + 66.2 oder 67.0 bei Hochwasser festgelegt ist, vermitteln.

Bezüglich der Lage der einzelnen Schleusen ist folgendes anzuföhren. Es ist an anderen Orten bereits hervor-
gehoben worden, daß es wünschenswerth sei, das Schleusen-Verbrauchswasser bei Niedrig-Wasser-
Zeiten, sobald es irgend thunlich, mindestens aber oberhalb der Hüllerer Mühle und der Abzweigung des Volkser Wiesen-
Bewässerungsgrabens der Oer wieder zuzuföhren. Um dieses auf kürzestem Wege bewerkstelligen zu können, ist die erste Schleuse in 6.0 km angeordnet und geplant, von der Schleuse einen Seitengraben nach der Oer hin-
zuleiten.

Für die Lage der zweiten Schleuse ist in erster Linie das Bestreben maßgebend gewesen, die Länge der einzelnen Haltungen möglichst weit auszudehnen, um nicht die Schiffe bei einer Schleuse zu sehr anzuhäufen, und um die beim Schleusen erzeugte Wasserbewegung durch lang-
gestreckte Wellen zu ermäßigen.

Ferner wird darnach zu streben sein, eine möglichst vortheilhafte Massenvertheilung herbeizuföhren. Dies-
bezüglich konnten nur schätzungsweise Berechnungen an-
gestellt werden und wird vor der Inangriffnahme der Bauausführung noch eine genaue Massenvergleichung auszuführen sein. Vorläufig erschien es richtig, die Schleuse nach Station 10 zu verlegen, wobei noch der Vortheil erreicht wird, daß mit dem Bau der letzteren gleichzeitig der Bau einer Brücke verbunden werden kann.

Die Lage der dritten Schleuse in 17.7 km ist durch die Geländehöhen, wie bereits an anderem Orte erwähnt, direkt vorgezeichnet.

Betrachtet man nun das dadurch geschaffene Längen-
profil des Kanals, so ist nicht zu verkennen, daß nament-
lich von 14 km abwärts streckenweise erhebliche Ein-
schnitte nöthig werden, deren Ausführung bedeutende Kosten verursachen wird. Um diese zu ermäßigen, ist von 15 km an eine zweite Linie tracirt, welche, wie dies bereits angedeutet ist, sich zwischen den Ortschaften Rothemühle und Klein-Schwülper hindurchzieht und darnach, östlich an letztbenanntem Orte vorüberführend, das Oerththal bis etwa zu der Stelle verfolgt, wo die Oer unweit Neubrück nach Nordosten abschwenkt. Kurz vor dem Abstieg aus der Höhe in das Thal ist, dem abfallenden Gelände entsprechend, eine Schleuse einge-
gelegt, welche den Uebergang zu der dem Wiefengelände angepaßten Haltung mit dem Normalpeil N. N. + 61.0 vermittelt.

Bei Neubrück wird das Wiefengelände so niedrig, daß es rathsam erscheint, um die letzterwähnte Haltung noch weiter fortsetzen zu können, das Thal zu verlassen und den Kanal um die Ortschaft Diberse herumzuführen und ein Gelände aufzuzuchen, welches sich der Horizon-
talen N. N. + 61.0 vortheilhaft anschließt.

Die unter Verfolgung der letzteren gefundene Linie führt wiederum an den Wiesenrand des Oerthtales, dorthin, wo die Chaussee von Hüllerse nach der Geller Chaussee das Thal überschreitet.

Von hier ab senkt sich aber auch das höhere Seiten-
gelände, der Art, daß die Haltung N. N. + 61.0 nicht weiter fortgesetzt werden kann.

Demgemäß müßte hier wiederum eine Schleuse eingelegt werden, welche nunmehr den Abstieg zu einer Haltung vermittelt, für welche der Normalpeil der Haltung des Hauptkanals einzuföhren sein wird.

Unter demgemäßiger Festsetzung des Normalpeils N. N. + 58 ist die für letzteren günstigste Geländehöhe aufgesucht und in dieser der Kanal an den Hauptkanal hinangeföhrt.

Vergleicht man das Profil mit dem entsprechenden Profil des für die Linienführung zunächst in Aussicht genommenen Geländes, so ergibt sich, daß durch die Wahl der zuletzt erörterten Nebenlinie, welche auf weitere Strecken das Oerththal verfolgt, als die Hauptlinie, trotz einer Wer-rlänge von etwa 600 m eine Verminderung der Erbarbeiten, die auf etwa 150000 bis 180000 cbm Boden geschätzt ist, zwischen 1 und 6 km

auf etwa 2 km Länge, und zwischen 11 und 14 km auf etwa 3 km Länge erreicht werden würde.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß bei der Okerthal-Linie weit werthvolleres Gelände durchschnitten wird, und daß demgemäß die Kosten des Grunderwerbes bei ersterer erheblicher sein werden, als dies bei der Hauptlinie der Fall ist; ferner werden die Unzuträglichkeiten, welche durch die bei der Nebenlinie nöthige Durchschneidung der in der Nähe der Ortschaften belegenen Ländereien in Bezug auf die Bewirthschaftung derselben herbeigeführt werden, zu weitaus höheren Entschädigungsansprüchen Veranlassung geben, als wenn, wie bei der Hauptlinie, der Kanal durch minderwerthige, zum Theil nur mit wildem Anflug von Kiefern und Haibe bestandene Ländereien hindurchgeleitet wird.

Da somit die durch die Wahl der Nebenlinie etwa erzielte Ersparniß verschwindend klein sein wird, andererseits aber die wirtschaftlichen Nachtheile bei der Hauptlinie wesentlich geringer sein werden als bei der Nebenlinie, erstere auch mehr den Wünschen der Grundbesitzer entspricht, so ist die Hauptlinie der weiteren Projektbearbeitung zu Grunde gelegt.

2. Abmessungen des Kanal-Profiles.

Bei der Wahl der, dem Profil des hier in Frage kommenden Zweigkanals zu gebenden Abmessungen liegt es zunächst nahe, auf die Größen zurückzugreifen, welche für den Hauptkanal festgesetzt sind.

Berücksichtigt man jedoch, daß der Verkehr auf dem Zweigkanal ein erheblich geringerer als auf dem Hauptkanal sein wird, daß bei der insgesammt nur rund 22 km betragenden Länge des ersteren es vermieden werden kann, daß die Schiffe sich auf freier Strecke bewegen, und insbesondere, daß in Rücksicht auf die nahe Folge der Schleusen ein Schleppschiffahrtsbetrieb nur ausnahmsweise stattfinden wird, vielmehr als Regel angenommen werden kann, daß die Schiffe durch Treideln fortbewegt werden, und daß demgemäß die Wellenbildung weniger umfangreich und der aus derselben resultirende Angriff des Wassers auf die Ufer ein geringerer sein wird als bei dem Hauptkanal, so dürfte es gerechtfertigt erscheinen, im Interesse der Kostenersparniß ein kleineres Profil als das des Hauptkanals für die Ausführung des Zweigkanals in Vorschlag zu bringen.

In der seitens der Herzoglich Braunschweigischen Handelskammer bearbeiteten Denkschrift über den auf dem Zweigkanal zu erwartenden Verkehr, wird als Regel angenommen, daß die den Kanal befahrenden Schiffe eine Ladefähigkeit von nur 300 t besitzen. Wenngleich nun diese Schiffsgrößen etwas klein erscheinen, so wird man doch nicht fehl greifen, wenn als größte Ladung der Schiffe 500 t vorausgesetzt werden. Dementsprechend kann als größter Tiefgang der Schiffe ein Maß von 1.6 m angenommen, und die Kanaltiefe auf 2.0 m festgesetzt werden. Verfasser möchte es ferner als ausreichend erachten, daß, da es vermieden werden kann, daß Schiffe sich auf freier Strecke begegnen, die Sohlenbreite des Zweigkanals zu 12.0 m angenommen wird. Auch dürfte es genügen, in Rücksicht auf die voranzuziehende langsame Bewegung der Schiffe, die Böschungen des wasserführenden Profils mit einer Neigung 2:1 herzustellen.

Da Erfahrungen über den Betrieb der so gestalteten kleineren Kanäle nicht vorliegen, so ist in der Höhe des Wasserpiegels auf beiden Seiten des Kanals ein 1.0 m breites Bankett vorgesehen, wodurch die Möglichkeit geschaffen wird, bei eintretendem Bedürfnis die Böschungen im oberen Theil des wasserführenden Querschnitts entsprechend abzufachen und eine Steinschüttung anzubringen, oder aber auf etwa 20 bis 30 cm unter dem Wasserpiegel einen Abfah herzustellen, welcher zum Schutz des Ufers mit Schilf oder dergleichen zu bepflanzen sein wird. Schließlich ist nur auf der der Oker zugewendeten Seite

ein Leinpfad von 3.5 m Breite für nöthig erachtet, während das östliche Ufer, dort, wo es an Boden fehlt, im Auftrage nur durch einen in der Krone 1 1/2 m breiten Damm begrenzt ist.

Lichte Durchfahrts-Höhe unter den Brücken.

Eine weitere Kostenersparniß kann dadurch herbeigeführt werden, daß das zwischen dem Wasserpiegel und der Unterante-Konstruktion der über den Kanal hinwegzuführenden Brücken erforderliche Lichtmaß, welches beim Hauptkanal zu 4.0 m festgesetzt ist, auf 3.3 m ermäßigt wird.

Es dürfte dieses Maß für die üblichen Abmessungen der Schiffe, welche bis zu 500 t Tragfähigkeit aufweisen, vollständig genügen, da letztere beim Leerang in der Regel 30 cm tief in das Wasser eintauchen und nur bis zu 3.0 m über dem letzteren hervorragen.

Hiernach verbleibt bei 3.3 m Lichtweite unter den Brücken ein Spielraum von 30 cm.

Wird dann ferner vorausgesetzt, daß zeitweise sich der Normal-Wasserpiegel um 50 cm heben kann, um einerseits Wasser in dem Kanal aufspeichern zu können und andererseits bei starkem Winde einen Spielraum für die Wellenbewegung zu schaffen, so ist eine lichte Höhe von $3.3 + 0.5 = 3.8$ m zwischen dem Normalpeil der einzelnen Haltungen und der Unterante Brückenkonstruktion als vollständig ausreichend zu erachten.

Im Anschluß hieran möge vorweg erwähnt werden, daß für sämtliche über den Kanal hinwegzuführende Wege feste Brücken mit eisernem Oberbau hergestellt werden sollen.

Als Konstruktionshöhe der Querträger dieser Brücken ist durchgehends einschließlich Fahrbahn ein Maß von 0.70 m angenommen, so daß die Oberante der Brücke in Höhe von $3.3 + 0.50 + 0.70 = 4.5$ über dem Normalpeil der gekreuzten Kanalhaltung liegen wird.

Um einen Anhalt für die Ersparniß zu gewinnen, welche durch die Einführung der vorbezeichneten kleineren Abmessungen erzielt wird, ist für den projektirten Zweigkanal je ein Kostenanschlag, welcher das Profil des Hauptkanals enthält bezw. die Ausführung des kleineren Profils voraussetzt, aufgestellt.

Die demgemäß ausgeführte Kostenberechnung erweist, daß die Kosten des Ausbaues des Zweigkanals bei Wahl des kleinen Profils sich um 1910000 Mk. niedriger stellen, als wenn das Profil des Hauptkanals zur Ausführung gelangt.

3. Speisung des Zweigkanals.

Die für den Betrieb des Zweigkanals erforderliche Wassermenge setzt sich zusammen:

1. Aus der Wassermenge, welche als Ertrag für den Verlust in Folge Verdunstung, Versickerung und dergleichen dem Kanal wieder zuzuführen ist, und

2. aus dem Verbrauchswasser bei den Schleusen.

Die unter 1 in Frage kommende Wassermenge kann erfahrungsmäßig in Rücksicht auf das geringe Profil zu 10 l per Sekunde und km Kanal angenommen werden.

Demgemäß sind dem 22 km langen Zweigkanal per Sekunde $22 \cdot 0.010 = 0.22$ cbm Wasser als Ertrag für zu erwartende Verluste zuzuführen. — Zu 2: Die Menge des Schleusenverbrauchswassers ist abhängig von der Anzahl Schiffe, welche täglich je eine Schleuse durchfahren.

Dabei kann eine Ersparniß von Wasser dadurch herbeigeführt werden, daß Fürsorge getroffen wird, daß je ein die Schleusentreppe hinauf- und je ein hinabfahrendes Schiff sich an der Schleuse kreuzen.

Geschieht dieses, so ist für die Durchschleusung der beiden Schiffe nur eine Schleusenfüllung erforderlich.

In Rücksicht auf die geringe Länge der einzelnen Haltungen in der Gesamtlänge des Zweigkanals werden keine nennenswerthen Verzögerungen in der Schifffahrt eintreten, wenn der Schifffahrtsverkehr an den Schleusen, vorstehender Andeutung entsprechend, geregelt wird.

In der mehrerwähnten Denkschrift über den zu erwartenden Schiffsverkehr ist nun unter Annahme einer Schiffsgröße von 300 t Laderaum eine Anzahl von 14 Schiffen, als täglich die Schleusen durchfahrend, angenommen.

Berücksichtigt man aber, daß bei derartig kleinen Schiffsgefäßen die Vortheile der Schiffsfracht nur sehr wenig ausgenutzt werden würden, daß es vielmehr im Interesse der Verbilligung der Schiffsfrachten geboten ist, größere Schiffe mit etwa 500 t Laderaum zu befrachten, so kann auch trotz einer zu erwartenden Steigerung des Verkehrs vorausgesetzt werden, daß höchstens 7 Schiffe nach jeder Richtung an einem Tage die Schleuse passieren werden.

Demgemäß ist für die Durchschleusung dieser Schiffe an einem Tage oder innerhalb durchschnittlich 12 Stunden Wasser für 7 Schleusenfüllungen zu beschaffen.

Da das bei den Schleusen zu überwindende Gefälle durchschnittlich 3 m beträgt, so erfordert bei 67 m Schleusenlänge und 8.6 m Schleusenbreite die Füllung einer Schleuse eine Wassermenge von $67 \cdot 8.6 \cdot 3 = 1728.6$ cbm oder 7 Füllungen.

$7 \cdot 1728.6 = 12100$ cbm Wasser in 12 Stunden.

Hiernach sind für den Schleusenbetrieb dem Kanal zuzuführen per Sekunde

$$\frac{12100}{12 \cdot 60 \cdot 60} = \text{rd } 0.3 \text{ cbm.}$$

Die gesammte, für die Speisung des Kanals erforderliche Wassermenge ergibt sich darnach zu $0.22 + 0.3 = 0.52$ cbm.

Diese Wassermenge kann allein aus der Oker entnommen werden. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß die Oker bei niedrigstem Sommerwasser zwar sehr selten, aber doch in sehr trockenen Jahren längere Zeit hindurch kaum 0.50 cbm Wasser abführt.

Daraus folgt, daß zeitweise der Kanalbetrieb gänzlich eingestellt, oder aber mindestens erheblich eingeschränkt werden muß.

Es ist dies ein Umstand, welcher die Zweckmäßigkeit der Anlage des in Rede stehenden Zweigkanals sehr in Frage stellt, jedenfalls aber dafür spricht, die Kosten der Kanalanlage auf das geringste Maß einzuschränken und demgemäß dazu führt, daß nur die Herstellung des vorgeschilderten „kleinen“ Kanalprofils für die Ausföhrung in Aussicht zu nehmen ist.

Um das nötige Speisewasser aus der Oker dem Kanal zuzuföhren, ist ein Zuleitungskanal herzustellen, welcher durch ein Bauwerk, in welchem sich eine Schutzvorrichtung befindet, durch die die Zuleitung von Wasser jederzeit regulirt werden kann, gegen den Kanal abzuschließen ist.

In Rücksicht auf den verhältnißmäßig starken Wasserverbrauch des Kanals, gegenüber der bei Niedrig-Wasser in der Oker abfließenden Wassermenge, erscheint es geboten, die Wasserentziehung auf das geringste Maß einzuschränken und Vorsorge zu treffen, daß das Schleusenverbrauchs- und Füllwasser nicht nach dem Hauptkanal abfließt, sondern sobald als möglich wieder der Oker zugeführt wird. Demgemäß ist, wie bereits Eingang des vorliegenden Erläuterungsberichtes hervorgehoben, dieser Umstand für die Wahl der Kanaltrasse mit bestimmend gewesen und eine entsprechende Vorrichtung an der ersten Schleuse vorgesehen.

Trotz dieser Anordnung läßt es sich jedoch nicht vermeiden, daß das Schleusenverbrauchs- und Füllwasser der Rothenmühle entzogen wird; ferner ist es nicht zu umgehen, daß das gesammte Wasser, welches zur Dedung des durch Verdunstung und dergl. verloren gehenden Wassers aus der Oker entnommen wird, den sämtlichen unterhalb der Abzweigung des Oker-Seitenkanals belegenen Mühlen und sonstigen Nutzungs-Berechtigten entzogen wird.

Demnach wird dem Besitzer der Rothenmühle eine Entschädigung für die Entziehung von 0.52 cbm Wasser und den Besitzern der übrigen an der Oker unterhalb

der vorbezeichneten Abzweigung vorhandenen Mühlen, das sind die Hüllerjer Mühle und die Mühle in Meinerfen, desgleichen für eine Wassermenge von 0.22 cbm per Sekunde zu gewähren sein.

Die Bewässerungsgenossenschaften dürften hierbei außer Acht gelassen werden können, da bei niedrigem Okerwasser eine hinreichende Bewässerung der Wiesen überhaupt nicht ausführbar ist.

Die für die Entschädigung der Mühlenbesitzer in Rechnung zu stellenden Geldebeträge werden wie folgt veranschlagt.

Das für den Betrieb der Rothenmühle verfügbare Gefälle beträgt 2.4 m, werden nun hier 0.52 cbm Wasser entzogen, so entspricht dies einer Verminderung der Betriebskraft von:

$$\frac{2.4 \cdot 0.52 \cdot 1000}{75} = \text{rd } 17 \text{ HP.}$$

Wird nun der Werth einer HP zu rund 4000 Mk. angenommen, so beträgt die Schädigung $17 \cdot 4000 = 68000$ Mk.

Nun ist zu dem vollen Betrieb der Rothenmühle in dem jetzigen Zustande nach einer überschläglichen Berechnung eine Wassermenge von etwa 2.5 cbm erforderlich.

Demgemäß kann eine Entschädigung höchstens nur für die Zeit beansprucht werden, wo diese Wassermenge plus der für den Kanalbetrieb entzogenen Wassermenge von 0.52 cbm nicht in die Oker abfließt.

Dieser Zeitraum wird nach den amtlichen Mittheilungen über die Wasserführung der Oker höchstens $\frac{1}{3}$ des Jahres umfassen. Somit wird der in Frage stehende Verlust mit nur $\frac{1}{3}$ von 68000 Mk. in Ansatz zu bringen sein, das sind rund 23000 Mk.

Als Entschädigung hierfür möge jedoch, um auch weitergehenden Ansprüchen gerecht werden zu können, ein Kapital von 50000 Mk. in Rechnung gestellt werden.

Die Wasserentnahme bei den benannten beiden übrigen Mühlen beträgt nur 0.22 cbm, also kaum die Hälfte der der Rothenmühle entzogenen Wassermenge. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß für den Betrieb der ersteren nicht allein das inzwischen mit der Oker vereinigte Wasser der Schunter zur Verfügung steht.

Man wird daher nicht fehl greifen, wenn unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Gefälle der Hüllerjer Mühle etwas geringer, daselbe bei der Meinerjer Mühle nahezu zweimal so groß als das bei der Rothenmühle ist, die Entschädigungssumme für die beiden in Hüllerje und Meinerfen belegenen Mühlen zu insgesamt 75000 Mk. festgesetzt wird.

Darnach ergibt sich die gesammte, für die Wasserentziehung in Ansatz zu bringende Summe zu $50000 + 75000 = 125000$ Mk.

4. Nachweisung der erforderlichen Bauwerke.

a) Schifffahrtsschleusen.

Wie bereits nachgewiesen, erfordert der Ausbau des Oker-Seitenkanals die Anlage von drei Schleusen, welche sämtlich zur Ueberwindung eines Gefälles von 3.0 m einzurichten sind. Die lichte Weite und die nutzbare Länge je einer Schleuse werden in gleicher Weise wie dies für die Schleusen des Hauptkanals vorgesehen, zu 8.6 bzw. 67.0 m angenommen.

Dagegen dürfte es für den vorliegenden Zweck genügen, den Unterdrehel der Schleusen nur 2.5 m (anstatt 3.0 m beim Hauptkanal) unter dem Normalpeil der anschließenden Haltung anzuordnen, da wie unter dem Kapitel „Kanalprofil“ nachgewiesen, eine Wassertiefe von 2.0 m für den hier zu projektirenden Zweigkanal als ausreichend erachtet wird, jedenfalls aber eine etwaige spätere Vertiefung des Kanals über 2.5 m hinaus nicht zu erwarten steht.

Die Konstruktion der Schleusen wird in gleicher Weise zu bewirken sein, wie dies beim Hauptkanal geplant ist.

Darnach sind die Wände der Häupter und Schleusenkammern massiv auszuführen. Für die Füllung und Entleerung der Schleusen werden besondere Umläufe anzulegen sein.

Bei der ersten Schleuse ist außerdem in der östlichen Schleusenmauer ein Kanal herzustellen, welcher in einen offenen Graben ausmündet, durch welchen das Schleusenfüllungswasser bei Niedrig-Wasser-Zeiten nach der Ofer abgeleitet werden kann.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß in Rücksicht auf den zunächst zu erwartenden, verhältnißmäßig geringen Verkehr auf dem Kanal, der Betrieb auf dem letzteren so wird geregelt werden können, daß die den Kanal passirenden Schiffe sich an den Schleusen kreuzen. Demgemäß wird ober- und unterhalb einer jeden Schleuse eine Profil-Erweiterung auszuführen sein, welche einen Liegeplatz für je 2 Schiffe darbietet.

b) Zuleitungsschleuse für Speisewasser.

In der Nähe der Abzweigung des Kanals aus der Ofer wird, da die Anlage einer Sperrschleuse, welche bei der Beschreibung des Hafens für die Stadt Braunschweig erwähnt werden wird, vorläufig nicht in Aussicht genommen wird, eine Schöpfvorrichtung zu erbauen sein, durch welche die Wasserzuführung zum Kanal regulirt werden kann.

c) Ueberführung von Wegen, Straßen, Eisenbahnen, und Anlage von Parallelwegen.

1. Der rechtsseitige Leinpfad des Hauptkanals muß an der Mündung des Zweigkanals über letzteren durch eine Brücke hinweggeführt werden. Es empfiehlt sich, diese Brücke, für welche eine Breite von 2,5 m genügt, da Fußverkehr ausgeschlossen ist, so weit von der Mündungsstelle zurückzulegen, wie die Erweiterung des Wasserpiegels reicht; sie ist daher bei Station 2 + 50 angeordnet.

2. In der Gemarkung Bolkse ist eine Wegebrücke für den bei Station 21 gekreuzten Gemeindeweg nach Riehe notwendig. Es genügt eine Breite von 4,5 m. Ein Parallelweg ist erforderlich auf der rechten Kanalseite von der Brücke bis Station 26 + 50.

3. Die nächste Brücke muß zur Ueberführung der Chaussee Hillerje-Beine bei Station 47 + 50 dargelegt werden, und zwar in einer Breite von 7,0 m durch Anlage von Parallelwegen von Station 41 + 50 bis Station 50 auf der rechten Kanalseite wird für Ersatz der unterbrochenen Verbindungen gesorgt.

4. Die zwischen der letztgedachten Brücke und der Chaussee Widderje-Beine durchschnittenen Wirthschaftswege bedürfen keiner besonderen Ueberführung; es genügt, wenn die bei Station 79 gekreuzte Chaussee mit einer 5,5 m breiten Brücke überführt wird, und wenn Parallelwege rechts vom Kanal von Station 73 + 50 bis Station 85 angelegt werden.

5. Die Chaussee von Neubrück nach der Chaussee nach Braunschweig muß eine Ueberführung durch eine Brücke von 5,5 m erhalten, damit der Ort Neubrück nicht von Braunschweig abgeschnitten wird.

Parallelwege sind nicht erforderlich.

6. Mit der bei Station 100 angelegten Schleuse wird eine 4,5 m breite Brücke über das Unterhaupt verbunden, und diese durch beiderseitige Parallelwege von Station 98 bis Station 100 respektive Station 98 bis Station 101 an die benachbarten Wege angeschlossen, damit der rechts des Kanals liegende Theil der Gemarkung Neubrück mit diesem Ort in Verbindung bleibt.

7. Die bei Station 116 kreuzende Chaussee Groß-Schwülper-Beine ist mit einer 7,0 m breiten Brücke und ebenso

8. der chausfirte Gemeindeweg nach Klein-Schwülper bei Station 129 mit einer 5,5 m breiten Brücke zu überführen. Um die Verbindungen wieder herzustellen, ist auf der rechten Seite von Station 111 bis Station 128,8 ein Parallelweg anzulegen.

9. Der chausfirte Gemeindeweg nach der Rothenmühle muß in Station 137 mit einer Brücke von 5,5 m

Breite überführt werden. Da der Weg von Rothenmühle nach Hülperode zu unbedeutend ist, um den Bau einer besonderen Brücke rechtfertigen zu können, sind Parallelwege anzuordnen: auf der linken Kanalseite von Station 145 + 50 an bis zur Landesgrenze, auf der rechten Seite von Station 132 + 60 bis Station 148.

10. Da die Domäne Steinhof sowohl, wie der Ort Watenbüttel mit ihren Ländereien auf der linken Kanalseite in Verbindung bleiben müssen, ist auf der Grenze beider, bei Station 160 + 50 eine 4,5 m breite Brücke angelegt. Flußseitig ist, um einen Einbau in das Ueberschwemmungsgebiet zu vermeiden, der Weg nach beiden Seiten als Parallelrampe mit möglichst kurzer Biegung herumgeführt. Zur Zugänglichmachung der Grundstücke sind linksseitig des Kanals Parallelwege von der Grenze bis Station 153 angeordnet.

11. Um die zwischen Kanal und Ofer liegenbleibenden Wiesen-Grundstücke von Watenbüttel aus zugänglich zu erhalten, ist mit der Schleuse bei Station 177 eine Brücke verbunden. Damit diese Brücke vom Orte Watenbüttel aus leicht erreicht werden kann, ist rechtsseitig ein Parallelweg angelegt, der auch zu den Wiesen bei der Stärkefabrik hinführen soll, und daher von Station 167 bis Station 177 + 50 reichen muß. Der Parallelweg auf der linken Seite muß so lang sein, daß die äußersten Gemarkungsstücke noch erreicht werden können, also etwa von Station 172 + 50 bis 187 + 50 reichen.

12. Die den Kanal bei Station 188 kreuzende Chaussee nach Veltenhofen kann an dieser Stelle nicht über den Kanal geführt werden, weil die alsdann nothwendige hohe Rampe den Hochwasserabfluß beengen würde. Es ist der Uebergang nach Station 192 an den Grenzweg (Watenbüttel-Delper) verlegt und hier eine 7 m breite Brücke vorgesehen.

Auch hier ist davon Abstand genommen, die flußseitige Rampe geradeaus nach Veltenhofen zu führen; um eine Aufstauung des Hochwassers zu vermeiden, ist die Rampe vielmehr parallel zum Kanal angeordnet und vorgesehen, daß ein Stück neue Chaussee ausgebaut werde, welches an den Fuß dieser westlichen Rampe führt.

Außer den linksseitigen Parallelwegen von Station 190 + 50 bis Station 194 + 50 sind zur Wiederherstellung unterbrochener Wegeverbindungen seitlich die in der Situation dargestellten Nebenwege von im Ganzen 450 m Länge erforderlich, damit der Verkehr bis zur nächst oberen Brücke gelangen kann.

13. Der Uebergang über den Mühlengraben bei der Delper Mühle kann nicht an der bisherigen Stelle bei Station 204 + 50 erhalten bleiben, weil das enge Flußprofil den Einbau einer Rampe nicht gestattet. Da aber zu den gegenüberliegenden Delper Wiesen ein Zugang aus dem Dorfe geschaffen werden muß, ist die etwa 250 m weiter südlich gelegene Dorfstraße bei Station 207 über den Kanal mit einer 4,5 m breiten Brücke geführt, und sind auf der linken Kanalseite zwei Parallelwege angeordnet. Um alle Grundstücke von hier aus zugänglich zu machen, sind diese Parallelwege nöthig von Station 203 bis Station 204.

f) Unterführung von Gräben, Bächen und Flüssen, sowie Seiteneinlässe.

1. In dem Terrain zwischen 0 und 3 km finden sich mehrere, mehr oder weniger tief eingeschnittene Gräben oder Einsenkungen, in denen sich das Niederschlagswasser sammelt und zur Ofer abfließt.

Da nach Ausführung des Kanals bis 3 km dem von Westen kommenden Theil dieses Wassers die Vorfluth entzogen ist, weil der Kanal-Wasserpiegel über Terrain liegt, ist es nothwendig, für dessen anderweitigen Abfluß Sorge zu tragen.

Es soll demgemäß durch die Seitengräben alles Wasser zwischen Station 5 und 30 nach dem tiefsten Punkt bei Station 10 geleitet und hier unter dem Kanal hindurchgeführt werden.

Da es sich nur um geringe Wassermengen handelt, wird ein Rohr von 0.6 m Durchmesser genügen, und da die Grabensohle auf N. N. + 54.9, die Kanalsohle auf N. N. + 56 liegt, kann ein einfacher Rohr-Durchlaß von 0.6 m Durchmesser angelegt werden.

2. In dem Terrain von 3 km bis 14 km finden sich keine erheblichen Wasserläufe oder Wasser führende Gräben vor, vielmehr versinkt das Niederschlagswasser in dem leichten Boden fast vollständig. Wenngleich daher die Anlage von Seitengräben neben dem Kanal hier stellenweise entbehrlich sein wird, so ist doch die Herstellung derselben vorgesehen, um eine vortheilhafte Regulierung der Wasserabführung zu ermöglichen.

Das in diesen Gräben sich an der Ost- und Westseite des Kanals an sammelnde Wasser soll, soweit dies nicht namentlich westlich vom Kanal, den vorhandenen Abflußgräben zugeführt werden kann, durch besondere Einlässe in den Kanal geleitet werden.

Derartige Einlässe sind bei Station 30 und 82 beiderseitig, bei Station 97 und 128 nur einseitig angeordnet.

3. Der erstere bedeutendere Zufluß aus dem westlichen Niederschlagsgebiet der Oker wird bei Station 152 von der Kanallinie geschnitten. Es ist dies der sogenannte Aue-Oker-Kanal. Derselbe entwässert eine sich von der Aue und dem obren Lauf der Erse bei Wendeburg vorbei nach dem Okerthale hinziehende Niederung und führt einen Theil der Gewässer der Aue in die Oker. Unmittelbar vor der Kreuzung mit der Kanallinie wird dieser Graben unter der Chaussée Braunschweig-Gelle hindurchgeführt und zwar mit einem Bauwert, welches rund 2.4 qm Querschnitt aufweist, jedoch voraussichtlich niemals ganz mit Wasser ausgefüllt wird.

Für die Unterführung des Grabens unter dem Kanal hindurch, die aus einem Dicker bestehen muß, in welchem das Wasser stets unter Druck steht und das ganze Profil fällt, wird ein Querschnitt von 2.0 qm genügen.

4. Da die Wiesen der Domäne Steinhof theilweise mit dem von Westen kommenden Wasser berieselt werden, muß bei Station 160 ein Dicker angelegt werden, durch welchen das zwischen der Chaussée-Steinen 84 und 85, 80 und 81 und 77 und 78 unter der Geller Chaussée hindurchfließende Wasser unter dem Kanal hindurch den östlich vom Kanal belegenen Wiesen wieder zugeleitet werden kann.

Der Querschnitt der hier in Frage kommenden Chaussée-Unterführungen ist rund $0.6 \cdot 0.5 + 2 (0.42 \cdot 0.43 = \text{rund } 0.7 \text{ qm})$.

Es genügt also für den beregten Dicker ein Rohr von 1.0 m Durchmesser.

5. Bei Station 167 wird von der Kanallinie ein Graben gekreuzt, dem ebenfalls aus drei Durchlässen in der Geller Chaussée Wasser zufließt. Es sind dies die Durchlässe bei

Station 7.3 bis 7.2 der Chaussée mit	0.66 qm
" 9.6 " 6.8 "	" 0.67 "
" 6.8 " 6.7 "	" 0.24 "

zusammen mit 1.57 qm

Querschnitt. Der Graben muß mit Rücksicht auf die Höhenlage seiner Sohle durch einen Dicker unter dem Kanal hindurchgeführt werden.

Es wird genügen, demselben einen Querschnitt von 1.5 qm zu geben.

6. Bei Station 182 wird ein Graben von der Kanallinie geschnitten, dessen Wasser mittelst Dicker unter dem Kanal hindurchgeleitet werden muß. Dieser Graben soll als Recipient für das sich auf der Westseite und Ostseite des Kanals zwischen der Schleuse und etwa Station 196 ansammelnde Wasser dienen.

Der zu erbauende Dicker ist daher so groß zu bemessen, daß durch denselben auch das sämtliche Wasser zum Abfluß gelangen kann, welches sich westlich von der Chaussée zwischen 4.6 km und etwa 6.4 ansammelt und durch 4 in der Chaussée vorhandene Durchlässe bislang nach der Oker hin abfließt.

Der Querschnitt der letzteren umfaßt $0.6 \cdot 0.76 + 0.39 \cdot 0.43 + 0.45 \cdot 0.44 + 0.42 \cdot 0.43 = \text{rund } 1.0 \text{ qm}$.

Es wird daher für den Dicker bei Station 182 ein Querschnitt von ebenfalls 1.0 qm genügen.

7. Bei Station 198 wird ein Graben geschnitten, dessen Sohle etwa in Höhe von N. N. + 6.50 liegt. Diesem Graben fließt durch zwei in der Chaussée belegene Durchlässe Wasser zu.

Der Querschnitt der letzteren beträgt zusammen rund 0.4 qm.

Mit Rücksicht darauf, daß auch ein Theil der Abwässer aus dem Orte Delper hier zum Abfluß gelangt, möge für den Dicker ein Rohr von 0.8 m Durchmesser gewählt werden.

8. Unweit Station 205 mündet ein Hauptabzugsgraben für das Dorf Delper in das Oberwasser des Delper Wehres, und weiterhin ergießt sich in dasselbe ein zweiter Hauptgraben, welcher sich an der Grenze der Gemarkungen Delper und Braunschweig hinzieht und etwa in Station 216 + 30 vom Kanal geschnitten wird.

Beide Gräben fließen auch unter der Geller Chaussée hindurch. Die hier für die letzteren vorhandenen Durchlässe zwischen Station 3.3 bis 3.4 bezw. 2.4 bis 2.2 enthalten einen Querschnitt von 1.64 bezw. 0.3 qm.

Zur Verbesserung der Vorstuth empfiehlt es sich, beide Wasserläufe vereinigt nach dem Delper Unterwasser zu führen. Demgemäß ist geplant, dieselben in den bergseitigen Kanalseitengräben einzuleiten, und das Wasser durch letzteren etwa bis Station 205 zu führen, woselbst es durch einen Dicker unter dem Kanal hindurch und nach dem Delper Unterwasser hingeleitet werden soll.

Da die Gräben noch Gebrauchswasser aus Fabriken aufnehmen, möge dem Dicker ein Querschnitt von 2.0 qm gegeben werden.

e) Dienstgehöfte.

Zur Bedienung der drei vorgesehenen Schleusen ist je ein Schleusenmeister anzustellen, welchen daneben noch die Ueberwachung einer gewissen Strecke des Kanals zu übertragen sein wird. Demgemäß werden drei Schleusenmeistergehöfte zu erbauen sein.

Neben den Schleusen ist ferner je ein Schuppen für Dammbalken und die nöthigsten Geräthschaften herzustellen. Außerdem wird ein Gehöft für einen Streckenaufseher vorgezogen, dem die Aufsicht über die Strecke, welche die Schleusenmeister nicht mehr überwachen können und insbesondere auch die Regelung des Schiffsverkehrs in dem Braunschweiger Hafen obliegen wird.

5. Seitenentwässerung und besondere Bewässerungsanlagen.

Um eine vollständige Entwässerung des vom Kanal durchschnittenen Geländes und eine Regulierung der vom Kanal gekreuzten Wasserzüge ausführen zu können, ist angenommen, daß auf der ganzen Erstreckung des hier beregten Zweigkanals zu beiden Seiten desselben Entwässerungsgräben angelegt werden. Das denselben zufließende Wasser soll, wie bereits erwähnt, theilweise, wo dies angängig und zulässig ist, in den Kanal aufgenommen oder aber an passender Stelle mittelst Durchlässe oder Dicker unter dem Kanal hindurch nach bestehenden Abzugsgräben hingeleitet werden.

Da der Wasserspiegel des Kanals sich vielfach über das Seitengelände erhebt, so bietet sich Gelegenheit, zu wasserreichen Zeiten durch den Kanal den benachbarten Ländereien Wasser zur Bewässerung zuzuführen. Wird die letztere nun auch in erster Linie den höher liegenden, nur selten überflutheten Wiesen im Okerthal zum Vortheil gereichen, so ist besonders darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Kanalanlage die Möglichkeit geschaffen wird, auch die öden Sandländereien, welche der Kanal zwischen 0 km und etwa 6.0 km durchzieht, zu

bewässern und dadurch in fruchtbare Ländereien umzugestalten.

Es ist nicht die Aufgabe der vorliegenden Projektbearbeitung, die hierzu nöthigen Nebenanlagen im Einzelnen zu beschreiben, vielmehr möge es genügen, hier auf die Möglichkeit der Bewässerung hingewiesen zu haben.

6. Hafenanlagen.

Seitens des Königlich Preussischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten ist angeordnet, daß die Anlage von Häfen den einzelnen Interessenten-Gruppen zu überlassen ist, und daß die Kosten der hier in Frage kommenden Anlagen auch von den letzteren zu tragen, mithin in die für den Bau des Kanals zu ermittelnde Kostensumme nicht mit einzuschließen sind.

Um aber einen Anhalt über die aus dem Bau von Häfen erwachsenden Kosten zu gewinnen, sollen die letzteren für solche Häfen, welche weiteren Kreisen zum Vortheil gereichen, überschläglich ermittelt werden.

Dabei sind jedoch nur die Kosten für die vermehrten Erarbeiten, den Grunderwerb für das Hafenbecken und die daranstoßenden Ladestraßen und Ladeplätze, sowie für die einfachste und nothwendigste Befestigung der Ufer und Ladestraßen in Rechnung zu ziehen.

Vorstehender Direktive entsprechend sollen nachstehend auch nur die Häfen namhaft gemacht werden, deren Anlage im öffentlichen Interesse erwünscht ist und auch die aus dem Bau derselben erwachsenden Kosten in der gesamteten Kostenzusammenstellung nur nachrichtlich erwähnt werden.

Demgemäß sind hier anzuführen:

1. ein Schiffs-Liegeplatz für 2 Schiffe in der Nähe der Ortschaft Hüllerse,
2. ein desgleichen unweit der Ortschaft Groß-Schwülper und
3. der Hafen für die Stadt Braunschweig.

Für den Ausbau der zuerst bezeichneten 2 Schiffs-Liegeplätze sind die Normen zu Grunde gelegt, welche seitens der Königl. Kanal-Kommission für den Dortmund-Ems-Häfen-Kanal aufgestellt sind. Die Kosten dieser Anlage sind überschläglich zu 15 000 M. per Hafen berechnet.

Bezüglich des geplanten Hafens unweit der Stadt Braunschweig ist Folgendes mitzutheilen.

Mit Rücksicht auf die in dem erwähnten Berichte der Handelskammer zu Braunschweig als zu erwartenden Verkehr auf dem Kanal angegebene Anzahl Schiffe, werden vorläufig in der Annahme, daß ein Schiff ungefähr 5 bis 8 Tage zum Löschen und Laden gebrauchen wird, in dem in Rede stehenden Hafen Liegeplätze für etwa 22 Schiffe zu schaffen sein.

Zu dem Zweck ist in Aussicht genommen, innerhalb der Braunschweigischen Landesbahn 2 Hafenbecken für je 10 Schiffe auszuheben, anderen Einfahrt ein Wendepfad für die Schiffe vorgesehen ist, dessen nordwestliche Begrenzung ebenfalls noch Liegeraum für 2 Schiffe darbietet.

Die Ufer dieser Hafenbecken sollen bis zur Ordinate N. N. + 69.0, das ist soweit aufgehöhht werden, daß dieselben vollständig gegen Hochwasser gesichert sind.

Die Wasserspiegelbreite beider Becken ist zu je 45 m, und die Wassertiefe, dem Zweigkanal entsprechend, vorläufig zu 2.0 m festgesetzt.

Neben den Hafenbecken sind Ladestraßen und Liegeplätze gedacht, welche, dem verfügbaren Raume entsprechend, eine Breite von 15.40 und 30 m erhalten haben.

Da die Schienenoberkante der benachbarten Eisenbahn in Höhe von nur N. N. + 69.94 liegt, so wird es ein Leichtes sein, von dieser Bahn ein Gleis an das Ufer des westlichen Hafenbeckens zu führen.

Hier würde daher auch in erster Linie der Bau von Lagerhäusern und dergleichen vorzuziehen sein. Die Zuzugung für Landfuhrwerk zum Hafengebiet wird von der Geller Straße aus zu erfolgen haben.

Sollte später die hier geplante Hafenanlage sich nicht als ausreichend erweisen, so bietet das östlich von der letzteren vorhandene Oker-Flußbett die Handhabe, durch Vertiefung und Verbreiterung des letzteren ein ferneres Hafenbecken zu schaffen. Letzteres würde für die Schifffahrt freilich nur so lange nutzbar gemacht werden können, als die Oker nicht über ihre Ufer austritt, denn eine Erhöhung der Ufer und des unmittelbar daranstoßenden Geländes erscheint im Interesse der Hochwasserabführung ausgeschlossen.

Durch die Schiffbarmachung eines Theiles der oberen Oker würde gleichzeitig die Möglichkeit herbeigeführt werden können, kleinere Schiffe unter der mehrgenannten hindurch von dem Kanal in das engere Stadtgebiet zu bringen.

Um die nöthige Verbindung zwischen dem Kanal und der Oker herzustellen, wäre dann etwa bei Station 214 ein Verbindungskanal aus dem Seitenkanal abzuzweigen. Innerhalb des letzteren ist eine Abschlußschleuse zu erbauen, um das Hochwasser der Oker von dem Seitenkanal abzuhalten.

Da bei Hochwasser Schifffahrt auf der Oker nicht stattfinden kann, so wird es genügen, hier ein einfaches Schleusenhaus mit einem Paar Stemmthoren herzustellen. Die letztgedachte Anlage kann gleichzeitig dazu dienen, um das nöthige Speise- und eventuell Bewässerungswasser dem Seitenkanal aus der Oker zuzuführen.

Hannover, den 18. Oktober 1893.

Der Regierungs- und Baurath.

Reisler-Schmidt.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Ursprungszeugnisse für Spanien.

Auf die seitens der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig unter dem am 26. November d. J. bei dem Königl. Spanischen Generalkonsulate bez. Ausstellung von Ursprungszeugnissen für Spanien erfolgte Anfrage, ist von demselben die Mittheilung ergangen, daß für Waarensendungen von Deutschland nach Spanien zur Zeit und bis zum Abschluß der schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen, keine Ursprungszeugnisse erforderlich sind.

Revision der Projektkostengesetze.

Die Höhe der Kosten für die gerichtliche Austragung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bildet seit Durchführung der Gerichtsorganisation eine ständige Klage der öffentlichen Meinung, die in der Presse, wie im Reichstage vielfachen Ausdruck gefunden hat. Von Seiten der Reichsregierung ist die Berechtigung dieser Klage im Prinzip des Häufigeren anerkannt und versucht worden, im Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Zu solchem Behufe sind die Gerichtskosten, wie sie im Gesetze vom 28. Juni 1878 vorläufig geregelt waren, nach kurzer Frist bereits durch die Novelle vom 29. Juni 1881 einer Herabminderung unterzogen und ist wenige Jahre später eine beschränkte Revision der Gebührenordnung für Anwälte regierungsseitig, allerdings ohne Erfolg, in die Wege geleitet worden.

Die Handelskammer Nordhausen hat nunmehr eine ausführlich begründete Eingabe in dieser Angelegenheit an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet und solche auch der hiesigen Handelskammer mit dem Ersuchen übermittlelt, behufs Herbeiführung einer Revision der Projektkostengesetze an zuständiger Stelle gleichfalls einzutreten, da sich die Klagen des rechtsuchenden Publikums über die drückende Belastung durch die gegenwärtige Höhe der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren mehrten.

Lieferungen für die Armee seitens des Auslandes.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat die nachfolgende Eingabe bez. Lieferung von im Auslande hergestellten Nähmaschinen für das XV. Armeekorps an das Königl. Preuss. Kriegsministerium gerichtet:

Von Seiten der im hiesigen Bezirk befindlichen Nähmaschinen-Fabriken wird darüber Beschwerde geführt, daß das Bekleidungsamt des XV. Armeekorps mit dem Vertreter einer ausländischen Konkurrenzfirma belangreiche Ordres abgeschlossen habe, ohne daß der inländischen Fabrikation dieserhalb vorher Gelegenheit gegeben wäre, auch ihrerseits ein Angebot einzureichen. Sofern diese Beschwerde auf Thatfachen beruht, würde das Vorgehen des Bekleidungsamtes des XV. Armeekorps mit Recht zu verurtheilen sein, da unseres Erachtens von dem Grundsätze der Versorgung aus dem Inlande nur dann abgewichen werden sollte, wenn die gleichwerthige Waare aus dem Auslande erheblich billiger zu beziehen ist. Dieser Voransatzung ist aber, wenn der uns vorgetragene Sachverhalt zutreffend ist, in dem vorliegenden Falle nicht festgestellt worden, es ist vielmehr anscheinend einseitig zu Gunsten der ausländischen Industrie verfahren worden.

Wir bitten Ew. Excellenz, vorstehender Beschwerde im Interesse der einheimischen Industrie hochgeneigtest Rechnung tragen zu wollen.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Der Vereinigung zur Bekämpfung des unlauteren Geschäftsgebahrens sind ferner beigetreten:

1. Albert Koch, Garderobe-Geschäft, Stobenstraße 2.
2. C. H. Hahn, Zigarren- und Chokoladen-Handlung, Mühlstraße 15.
3. Ferd. Junge, Herren-Konfektion, Bohlweg 16.
4. Erpenbeck & Eggeling, Wäsche- und Aussteuer-Geschäft, Neuestraße 28.
5. Brendede & Rahde, Kurzwaaren en gros, Breitestraße 25.
6. Fritz Karina, Zigarrenhandlung, Friedrich-Wilhelmstraße 34.
7. H. L. Weihe, Manufaktur und Konfektion, Hagenmarkt 9.
8. Ulrich & Faillard, Tapetenhandlung, Görde-lingerstraße 44.
9. Jos. Kopp, Porzellanhandlung, Casparistraße 2.
10. L. Grauer & Comp., Bantgeschäft, Steinweg 5.
11. C. Sommerfeldt & Co., Weinhandlung, Steinweg 42.
12. Hahn & Henke, Wäsche- und Bettenfabrik, Schuhstraße 24.
13. Peter Dieß, Manufaktur- und Puzwaaren, Sonnenstraße 13.
14. D. Wille & Wasterling, Wetzwaaren, Konfektionsgeschäft, Neuestraße 20.
15. Erwin Behrens, Porzellanhandlung, Fallers-leberstraße 10.
16. Georg Müller, Kaufmann, Friedrich-Wilhelmstraße 2.
17. B. Walterscheid, Kaufmann, Scharnstraße 26.

Sachverständigen-Kommissionen.

Nachdem sich das Bedürfnis herausgestellt hat, auch für die Wein- und Spirituosenbranche, sowie für die Buchdruckerei, Lithographie und den Papierhandel Sachverständige zu ernennen, sind dieselben auf Beschluß des

geschäftsführenden Ausschusses der Handelskammer wie folgt zusammengesetzt worden.

I. Wein- und Spirituosenbranche:

1. Weinhändler C. Brunner, i. S.: Brunner & Co. in Wolfenbüttel.
2. F. Rhein in Braunschweig.
3. Herm. Christofes in Braunschweig.

II. Buchdruckerei, Lithographie und Papierhandel:

1. Direktor Leigen.
2. Stephan Meyer.
3. Louis Döring.

Einklagung von Forderungen in Belgien.

Die Deutsche Handelskammer in Brüssel hat durch Rundschreiben vom 3. Dezember die Deutschen Handelskammern auf folgenden Punkt aufmerksam gemacht: In Deutschland ist es ziemlich gebräuchlich, auf Briefköpfen und Fakturen den Wohnort des Absenders bezw. Verkäufers, als Erfüllungsort der Zahlungsverpflichtung des Empfängers zu bezeichnen, womit der Lieferant für den Fall von Differenzen oder von Zahlungsschwierigkeiten bezweckt, den Käufer bezw. Empfänger vor dem betr. deutschen Gerichte seines, des Lieferanten, Wohnortes einklagen zu können.

Auf diese Weise ist gegen belgische Abnehmer schon mehrmals in Deutschland Urtheil erwirkt worden. Derartigen gegen Belgier in Deutschland erwirkten Urtheilen wird aber in Belgien keine Rechtskräftigkeit ertheilt, da zwischen Deutschland und Belgien eine diesbezügliche gegenseitige Abmachung nicht besteht.

In gegebenen Fällen wolle also jeder deutsche Lieferant den belgischen Konsumenten bei dem betreffenden zuständigen belgischen Gerichte direkt belangen, wodurch er ein in Belgien vollstreckbares Urtheil erwirkt und abgesehen von allem Zeitverlust oft nicht unbedeutende Kosten erspart, die ihm ein in Deutschland unnütz betretener Gerichtsweg aufbürdet und welche das eventuell später angerufene belgische Gericht ignoriert, d. h. der später eventuell verurtheilten belgischen Firma nicht auferlegt.

Bahnbau Emmerthal- bezw. Hameln-Bornwohle.

Auf Veranlassung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, resp. der Mitglieder derselben in Holzminden, hatten sich in Folge einer Anforderung der Letzteren im „Holzmindecker Kreisblatt“, am 19. Dezember v. J. Nachmittags eine größere Anzahl von Interessenten aus Hehlen, Bodenwerder, Einse, Eschershausen und Stadtholzen im Hotel Buntrock eingefunden. Es wurde nach der Begrüßung den Anwesenden von dem Interesse Kenntniß gegeben, welches die Handelskammer der Anlage einer Bahnverbindung zwischen Hameln, bezw. Kemnader Hafen-Eschershausen-Bornwohle entgegenbringt und denselben von einem Anschreiben des Wefermühlenbesizers, Herrn F. W. Meyer in Hameln an die Handelskammer Mittheilung gemacht. Herr Meyer referirt in diesem Anschreiben über den bisherigen Verlauf des vorgenannten Projektes und bemerkt, daß sich die Preussische Eisenbahn-Direktion bei den vor zwei Jahren vorgenommenen Vorarbeiten für die Linie am rechten Weferufer Hameln-Halle-Bornwohle ausgesprochen und diese für die richtige Trasse erklärt habe. Leider haben die zwischen der Preussischen und Braunschweigischen Staatsregierung geführten Verhandlungen bislang zu einem Resultate nicht geführt, und sei dies die Veranlassung, daß sich in letzter Zeit Unternehmer gefunden hätten, um zunächst Eschershausen-Bornwohle als Kleinbahn mit 1 m Spurweite auszubauen. Herr Meyer beklagt die Verwirklichung eines solchen Projektes und macht darauf aufmerksam, daß nur das Vollbahnprojekt als Verbindung der beiden Staatsbahnlinien der Bergisch-Märkischen Bahn einer-

seits und des Knotenpunktes der Altenbeker Bahn in Hameln andererseits für die ganze Gegend, besonders aber für die Braunschweigischen Landestheile von größter wirtschaftlicher Bedeutung sei. Durch das Kleinbahn-Projekt würde diese Verbindung für alle Zeiten vereitelt. Herr Meyer giebt anheim, alle Mittel in Bewegung zu setzen, daß die Bahn als Vollbahn vom Preussischen Staate ausgeführt werde und empfiehlt Eile für die Realisirung dieses Projektes. Gleichzeitig fügt Herr Meyer eine früher von ihm bearbeitete Denkschrift über die verschiedenen z. Z. bestehenden Bahnprojekte für die Verbindung Hameln-Emmerthal-Eichershausen-Vormohle an und empfiehlt auch eine rechtsufrige Bahn und zwar die Linie Hameln-Boerry-Linse-Eichershausen-Vormohle.

Bei der darauf folgenden Erörterung der Frage, welche Bahn den Interessen des Kreises gerecht werden würde — ob Vollbahn oder Kleinbahn —, erklärten sämtliche Anwesende einstimmig, daß nur von einer Vollbahn der gewünschte Erfolg zu erwarten sei, weil der Kleinbahnbetrieb in Folge der höheren Tarifierung und der Umladungskosten die Transportkosten ganz wesentlich erhöhen würde. Ferner erklärten die Anwesenden gleichfalls einstimmig, daß die linksufrige Bahn Emmerthal-Kemnader Hafen-Eichershausen-Vormohle sowohl von der Preussischen als auch von der Braunschweigischen Regierung als wünschenswerthe Verbindung erklärt worden sei, und wurde hierbei besonderes Gewicht darauf gelegt, daß durch die Einziehung des Kemnader Hafens in das Projekt die Eisenbahn in unmittelbare Verbindung mit der Schifffahrt gebracht würde.

Für das Projekt des Weiermühlenbesizers, Herrn Meyer, war keinerlei Stimmung in der Versammlung vorhanden.

Das Vorgehen der Handelskammer fand allseitig Billigung, und wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Handelskammer möge bei Herzoglicher Landesregierung für das linksufrige Projekt eintreten und dahin zu wirken suchen, daß nur eine Vollbahn und keine Kleinbahn gebaut werde.

Von einem Vertreter Stadtdendorfs wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich das vorgenannte Projekt sehr leicht mit dem Projekte einer Verbindungsbahn Halle-Stadtdendorf-Dassel-Einbeck vereinigen ließe und bat derselbe, die Kammer auch hierfür zu interessieren. Zum Schluß konstituirte sich aus der Versammlung eine Kommission, bestehend aus den Herren: Fabrikant Haarmann-Eichershausen, Steinbruchbesitzer Wiegand-Linse und Volgermeister Winnefeld-Gehlen, welche für die Ausführung des linksufrigen Projektes energisch wirken und die Handelskammer über den Stand der Angelegenheit laufend verständigen soll.

Einführung von Ausnahmetarifen für die Holzstoff-Industrie.

Die Nothlage der Holzstoff-Industrie hat die Handelskammer zu Goslar veranlaßt, bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg um Einführung von Ausnahmetarifen für Holzstoff nach den Stationen Jlenburg und Raasdorf in Holstein, Wismar und Bülow in Mecklenburg, Neuhaus a. d. Oste, Burtelude, Winzen a. L. vorstellig zu werden.

Die Holzstoff-Industrie im Harz, welche vor Jahren ihr Fabrikat, Holzstoff, der zur Papierfabrikation verwendet und mit einem Wassergehalt von circa 50 Prozent verfrachtet wird, nach Belgien, Holland, Frankreich exportirte, ist von Jahr zu Jahr mehr durch die sehr leistungsfähigen Konkurrenz-Fabriken in Scandinavien aus diesen Ländern verdrängt worden und in den letzten Jahren, wie jetzt nur auf den Absatz ihres Fabrikates auf das Inland angewiesen.

Mit den nordischen Fabriken, welche Holzstoff nach den Hafenplätzen bei der sehr wohlfeilen Wasserfracht verschiffen, kann die Holzstoff-Industrie des Inlandes nach dem Auslande ohne einen sehr billigen Ausnahme-

tarif nicht konkurriren. Aber nicht allein ist das frühere Absatzgebiet im Auslande gänzlich verloren, sondern es ist auch den skandinavischen Fabriken in Folge der billigen Wasserfracht mit Erfolg gelungen, der heimischen Holzstoff-Industrie das Absatzgebiet im Inlande zu beschneiden und namentlich nach den Fabriken an der Küste von Holstein, Mecklenburg und der Provinz Hannover fast ganz zu nehmen.

Die hiesige Handelskammer ist dem Antrage der Handelskammer Goslar beigetreten und hat gleichfalls die Königliche Eisenbahn-Direktion um Einführung der Ausnahmetarife für die Holzstoff-Industrie erlucht.

Vorschrift für die Probenahme von Melasse.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg haben auf Veranlassung der Handelskammer für das Herzogthum Anhalt in Dessau anlässlich eines vor einiger Zeit vor dem Magdeburger Zuckersyndikats verhandelten Streitfalles (Objekt Melasse), in welchem unter Anderem zur Sprache gebracht worden war, daß den Probenehmern nicht die jedesmalige Parthie, sondern nur stets das zehnte der abgesandten Fässer zur Probenahme vorgeführt worden sei, in welchem Falle also nicht der Probenehmer, sondern der Verkäufer die Auswahl der zu probenden Fässer getroffen hatte, angeregt, unter den beteiligten Handelskörperschaften und Industrievereinen auch eine Vorschrift für die Probenahme von Melasse zu vereinbaren.

Nachdem sich die bez. Handelskörperschaften, so auch die hiesige Handelskammer, mit dem Erlaß einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse einverstanden erklärt haben, ist seitens der Kaufmannschaft Magdeburg ein Entwurf ausgearbeitet und den beteiligten Handelskörperschaften zur Prüfung zugesandt worden.

Die hiesige Handelskammer wird in einer demnächst einzuberufenden Versammlung mit den beteiligten Interessenten den bezüglichlichen Entwurf einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist, ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Dezember 1894 ausgegeben wie folgt:

A. Oesterreich.

Frei.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Szepes (Zips), Eptó (Eptau), Ezeröz, Trentschin, Pozsony (Preßburg), Nyitra (Neutra), Solymó (Soh), Bars, Hont und Saros.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Mundt

Ingenieur

Mitglied des Allgemeinen deutschen Patentanwalts.

Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttelstr. 50

Wolfenbüttelstr. 50.

Anmeldung von
Patent-, Gebrauchsmuster-, Muster-, Schutz-

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Entsittern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mt.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— Mt.
Ganze Seite 28 Mt.

Handel und Industrie

Begründet von Dr. Vosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 2.

Braunschweig, Februar-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

XXI. Plenar-Sitzung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig.

Montag, den 4. Februar 1895,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungs-Saale der Handelskammer, Breitestraße 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
Berichterstatler: Der Syndikus.
2. Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1895/96.
Berichterstatler: Herr Leo.
3. Wahl von Delegirten für die Plenarsitzung des Deutschen Handelstages.
4. Erhöhung des Zuschusses für den Deutschen Handelstag.
Berichterstatler: Der Syndikus.
5. Bericht über den Stand der Fortbildungsschulfrage in den einzelnen Städten des Herzogthums.
Berichterstatler: Herr Dr. Schmidt.
6. Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.
Berichterstatler: Der Vorsitzende.
7. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf betr. das Hausirwesen und das Detailreisen.
Berichterstatler: Herr Leo.
8. Vorlage einer neuen Maklerordnung für das Herzogthum Braunschweig.
Berichterstatler: Herr Gutkind.
9. Stellungnahme bez. Fürsorge für die kaufmännischen Lehrlinge während der Sonntagsruhe.
Berichterstatler: Der Syndikus.
10. Antrag betr. Erhebungen über die Lage des Kleinhandels im Herzogthum Braunschweig.
Berichterstatler: Der Vorsitzende und der Syndikus.
11. Anträge des Privatbeamten-Vereins in Magdeburg sowie des Hamburger Vereins für Handelskommiss von 1858 auf Beitritt zu den Vereinen.
Berichterstatler: Herr Leo.
12. Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage der Zuckerindustrie.
Berichterstatler: Herr Dr. Pfeiffer.
13. Antrag der Handelskammer Göttingen betr. Abstempelung der Postkarten auf der Postankunftsstelle.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
14. Antrag betr. Erstattung der Post für verloren gegangene Nachnahmeforderungen.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
15. Antrag betr. Beifügung und Beförderung von Waarenproben in Preisverzeichnissen.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
16. Antrag betr. Einführung von Schalterkasten oder verschlossenen Mappen zur Abholung der Postsendungen.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
17. Antrag der Handelskammer Gießen betr. Maximalgewicht für einfache Briefe.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
18. Antrag der Handelskammer Mannheim betr. Gebührenerhebung für sogenannte Nachverbindungen im Fernsprechverkehr.
Berichterstatler: Der Verkehrsausschuß.
19. Antrag der Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg betr. den direkten Bezug von Verpflegungsmitteln seitens der Proviantämter vom Produzenten.
Berichterstatler: Herr Gerloff.
20. Antrag der freien Vereinigung der Weiserichiffahrtsinteressenten betr. Geleeanlage vom Bahnhofe Holzminden nach dem Weiserqual.
Berichterstatler: Herr Rehn und Herr Liebold.
21. Antrag der Firma E. W. Meyer in Hameln betr. Bahnbau Hameln, bezw. Emmerthal-Bornwohle-Einbeck.
Berichterstatler: Herr Liebold.
22. Antrag des Herrn Direktors Schrupp in Blankenburg betr. Bahnbau Harzburg-Der.
Berichterstatler: Herr Direktor Schrupp.
23. Vertraulicher Gegenstand.
24. Antrag des Vereins Deutscher Großhändler in Dünge- und Krafisfutttermitteln betr. Geschäftsabschlüsse.
Berichterstatler: Herr Gerloff.
25. Antrag der Norddeutschen Zuckerraffinerie Freilstedt betr. die Zusammenziehung des Magdeburger Zucker-Syndikats.
Berichterstatler: Herr Dr. Barth.
26. Antrag des Deutschen Drogisten-Verbandes in Leipzig betr. Petition gegen Einfügung des Drogenhandels in den § 35 der Gewerbeordnung, und für

Freigabe der Apothekenhandverkaufsartikel, sowie Einführung eines Befähigungsnachweises für Drogisten.
Berichtersteller: Herr Störig.

27. Antrag des Herrn Direktors Schruff in Blankenburg, betr. Maß- und Gewichtsrevisionen und Abänderung der Eichordnung.

Berichtersteller: Herr Schruff.

28. Antrag betr. Kündigung des Argentinischen Handelsvertrages.

Berichtersteller: Herr A. Natalis.

29. Verein der Holzindustriellen in Rheinland und Westfalen betr. die Einführung schwedischer Thüren in Deutschland.

Berichtersteller: Herr A. Natalis.

30. Antrag betr. Schnellpostverbindung zwischen Norddeutschland und London.

Berichtersteller: Der Verkehrsausschuß.

Braunschweig, 28. Januar 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

§ 1.

Wer es unternimmt, im geschäftlichen Verkehr durch unrichtige Angaben tatsächlicher Art über die Beschaffenheit oder die Preisbemessung von Waaren und gewerblichen Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, über die Menge der Vorräthe, oder den Anlaß zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waaren oder Leistungen gleicher Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, und von Verbänden Gewerbetreibender geltend gemacht werden. Zur Sicherung des Anspruchs können einstweilige Verfügungen erlassen werden, auch wenn die in den §§ 814, 819 der Zivilprozeßordnung bezeichneten besonderen Voraussetzungen nicht zutreffen.

Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die unrichtigen Angaben verursachten Schadens gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte.

Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind den Angaben tatsächlicher Art solche Veranstaltungen gleich zu achten, die darauf berechnet und geeignet sind, derartige Angaben zu erregen.

§ 2.

Wer es unternimmt, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen, welche an einen größeren Kreis von Personen sich richten, durch wesentlich unwahre Angaben tatsächlicher Art über die Beschaffenheit oder die Preisbemessung von Waaren oder gewerblichen Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, oder den Anlaß zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 3.

Durch Beschluß des Bundesraths kann bestimmt werden, daß gewisse Waaren im Einzelverkehr nur in bestimmten Mengen-Einheiten, oder mit einer auf der Waare oder ihrer Aufmachung anzubringenden Angabe der Menge gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten werden dürfen.

Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Bundesraths werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

§ 4.

Wer über ein Erwerbsgeschäft, über die Person seines Inhabers, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Geschäfts oder seines Inhabers Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Absatz des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, ist, sofern die Behauptungen nicht erweislich wahr sind, dem Verletzten zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet. Auch kann der Verletzte den Anspruch geltend machen, daß die Wiederholung oder Verbreitung der Behauptungen unterbleibe.

Die Bestimmungen des ersten Absatzes finden keine Anwendung, sofern die Absicht, den Absatz des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, bei dem Mittheilenden ausgeschlossen erscheint. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn er oder der Empfänger der Mittheilung an ihr ein berechtigtes Interesse hatte.

§ 5.

Wer über ein Erwerbsgeschäft, über die Person seines Inhabers, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Geschäfts oder seines Inhabers wider besseres Wissen unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Absatz des Geschäfts zu schädigen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahr bestraft.

§ 6.

Wer im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts in einer Weise benutzt, welche darauf berechnet und geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts hervorzurufen, deren sich ein Anderer besugter Weise bedient, ist diesem zum Ersatze des Schadens verpflichtet. Auch kann der Anspruch auf Unterlassung der mißbräuchlichen Art der Benutzung geltend gemacht werden.

§ 7.

Wer Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm als Angestellten, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, vor Ablauf von zwei Jahren seit Beendigung des Dienstverhältnisses zu Zwecken des Wettbewerbs mit jenem Geschäftsbetriebe unbefugt an Andere mittheilt oder anderweit verwerthet, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahr bestraft und ist zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet.

§ 8.

Wer es unternimmt, einen Anderen zu einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschrift unter § 7 zu verleiten, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 9.

In den Fällen der §§ 5, 7 und 8 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Wird in den Fällen des § 2 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei.

Wird in den Fällen des § 5 auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung innerhalb bestimmter Frist auf Kosten des Verurtheilten bekannt zu machen.

Die Art der Bekanntmachung ist im Urtheil zu bestimmen.

Neben einer nach Maßgabe dieses Gesetzes verhängten Strafe kann auf Verlangen des Verletzten auf eine an ihn zu erlegende Buße bis zum Betrage von 10000 Mk. erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner. Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 10.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 11.

Wer im Inland eine Hauptniederlassung nicht besitzt, hat auf den Schutz dieses Gesetzes nur insoweit Anspruch, als in dem Staate, in welchem seine Hauptniederlassung sich befindet, nach einer im Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung deutsche Gewerbetreibende einen entsprechenden Schutz genießen.

§ 12.

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Denkschrift.

Das Gesetz zum Schutze der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 441) hat sich die Aufgabe gestellt, neben einer wirksameren Gestaltung des Rechtsschutzes gegen die Nachahmung von eingetragenen Waarenzeichen einen Schutz auch gegen andere auf dem Gebiete der Waarenbezeichnung liegende Mißbräuche einzuführen, welche, ohne unter den Begriff der Zeichenverletzung zu fallen, doch ebenso wie diese geeignet sind, berechtigten Interessen von Gewerbsgenossen zu verletzen und das Publikum über die Herkunft, über die Beschaffenheit und den Werth von Waaren irrezuführen. Zu diesem Zweck ist in den §§ 15 und 16 des Gesetzes unter gewissen Voraussetzungen die unbefugte Nachahmung der als Kennzeichen eines anderen Geschäftsbetriebes im Verkehr anerkannten Art der Aufmachung und Verpackung von Waaren und die Verwendbung unrichtiger geographischer Ursprungsangaben mit Strafe bedroht.

In der öffentlichen Erörterung, die sich an die Bekanntgabe des Entwurfs dieses Gesetzes knüpfte, sowie bei der späteren Verhandlung im Reichstag hatten zwar die erwähnten Vorschriften fast allseitige Zustimmung gefunden, gleichzeitig jedoch zu dem Verlangen nach einer Verallgemeinerung des ihnen zu Grunde liegenden Gedankens Anregung gegeben. Es wurde geltend gemacht, daß man das beabsichtigte Vorgehen nicht auf das Gebiet des Waarenbezeichnungswesens beschränken dürfe, da auch auf anderen Gebieten zum Nachtheil des redlichen Geschäftsverkehrs Mißbräuche beständen, welche es nahe legten, den vorliegenden Anlaß zu einer grundsätzlichen Lösung der Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zu benutzen. Im Reichstag fand diese Auffassung in dem Vorschlage Ausdruck, in theilweiser Anlehnung an einen schon früher zur Gewerbeordnung gestellten, jedoch nicht zur Erledigung gelangten Antrag folgenden Zusatz in das Waarenbezeichnungsgesetz einzuschalten:

Wer zum Zweck der Täuschung in Handel und Verkehr über den Ursprung und Erwerb, über besondere Eigenschaften und Auszeichnungen von Waaren, über die Menge der Vorräthe, den Anlaß zum Verkauf oder die Preisbemessung falsche Angaben macht, welche geeignet sind, über Beschaffenheit, Werth oder Herkunft

der Waare einen Irrthum zu erregen, wird vorbehaltlich des Entschädigungsanspruchs des Verletzten mit Geldstrafe . . . oder mit Gefängniß . . . bestraft.

Das Gericht kann auf Antrag der Beteiligten . . . im Wege der einstweiligen Verfügung Anordnungen treffen, die geeignet sind, die zum Zwecke der Täuschung bewirkten Veranstaltungen und Ankündigungen zu verhindern.

Wenn dieser Antrag, dessen innere Berechtigung von keiner Seite in Zweifel gezogen wurde, gleichwohl nicht zur Annahme gelangt ist, so war hierfür neben anderen sachlichen und formalen Bedenken vor Allem die Erwägung maßgebend, daß eine Vorschrift von so einschneidender Bedeutung für den gewerblichen und geschäftlichen Verkehr eine eingehendere Vorprüfung erheische, als ihr gelegentlich der Beratungen über das Waarenbezeichnungsgesetz nach der damaligen parlamentarischen Geschäftslage zu Theil werden konnte. Der Reichstag beschränkte sich daher darauf, an die verbündeten Regierungen das Ersuchen zu richten:

baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch dessen Bestimmungen dem unlauteren Wettbewerb in Handel und Verkehr im weiteren Umfange entgegengetreten wird.

Den Vorarbeiten für einen solchen Gesetzentwurf, welche darauf unverweilt in Angriff genommen wurden, ist es in hohem Maße förderlich gewesen, daß der Gegenstand, der bis dahin in Broschüren und Zeitschriften und in den Verhandlungen von Fachvereinen mehr gelegentlich gestreift, als erschöpfend behandelt war, durch die an das Waarenbezeichnungsgesetz sich anschließenden Diskussionen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt worden ist. Die Tages- und Fachpresse hat in eingehenden Darlegungen die Frage beleuchtet, wissenschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Vereine der verschiedensten Richtungen haben — und zwar der überwiegenden Mehrzahl nach, im Sinne eines durchgreifenden gesetzgeberischen Vorgehens — Stellung genommen, und die berufsmäßigen Vertretungen des Handels- und Gewerbestandes haben sich in gemeinsamer Thätigkeit der Aufgabe unterzogen, aus der Praxis des Verkehrs eine größere Zahl von typischen Fällen des unlauteren Geschäftsgebahrens zusammenzustellen.

Die Einmüthigkeit der Bewegung, welche auf den Erlass gesetzlicher Vorschriften abzielt, liefert den Beweis, daß die Uebelstände, um die es sich handelt, in weiten Kreisen drückend empfunden werden. Wenn diese Empfindung neuerdings mit größerer Lebhaftigkeit als früher an die Öffentlichkeit tritt, so erklärt sich dies dadurch, daß unter der Einwirkung der schnellen Verkehrsentwicklung während der letzten Decennien und angesichts der stetigen, die Nachfrage vielfach überflügelnden Steigerung des Angebots das Bestreben, in dem Absatz von Waaren einen Vorsprung vor den Erwerbsgenossen zu gewinnen, einen immer schärferen Charakter annimmt, daß es in den Mitteln, deren es sich zu diesem Zwecke bedient, immer weniger wählerisch wird, zur Bekämpfung des Konkurrenten, den es als Gegner betrachtet, vor dem Gebrauch unlauterer Waffen immer weniger zurückzuckt und sich vom Betrug häufig nur noch durch die Schwierigkeit, das Vorhandensein aller seiner rechtlichen Merkmale nachzuweisen, unterscheidet. Der Kampf ums Dasein, der unter den heutigen Verhältnissen besonders für die mittleren Schichten der Erwerbsstände schon schwer genug ist, wird dadurch ein Kampf mit ungleichen Waffen, wobei das redliche Gewerbe den Kürzeren zieht. Daß hierin eine Gefahr für die Wohlfahrt weiter achtungswerther Kreise unseres Volkes und damit für die Gesundheit des Staatswesens selber liegt, ist nicht zu verkennen.

In einer großen Zahl der zur Sprache gebrachten Fälle bieten die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, wie weiter anerkannt werden muß, keine genügende Handhabe, um den angedeuteten Mißbräuchen entgegenzutreten; namentlich der trügerischen Keflake gegenüber versagt die Betrugsbestimmung des Strafgesetzbuchs meistens um

beswillen, weil das Thatbestandsmerkmal der Vermögensbeschädigung nicht vorhanden oder doch nicht nachweisbar ist.

Unter diesen Umständen können die auf Säuberung des Geschäftsverkehrs von schädlichen Auswüchsen gerichteten Bestrebungen nur dann Erfolg haben, wenn sie durch einen Ausbau des geltenden Rechts wirksam unterstützt werden. In dieser Beziehung herrscht nahezu Einstimmigkeit. Dagegen gingen über den Weg, welchen die Gesetzgebung einzuschlagen haben wird, über die Art, den Umfang und die Ziele der zu schaffenden Rechtsbeihilfe die Ansichten ursprünglich weit auseinander.

Die Wahrnehmung, daß die französische Rechtsprechung die Vorschrift im Art. 1382 des code civil:

„Tout fait quelconque de l'homme qui cause à autrui un dommage, oblige celui par la faute duquel il est arrivé, à le réparer“

zu einem umfassenden Schutzhystem gegenüber dem unlauteren Wettbewerb ausgebildet hat, schien den Gedanken nahelegen, die Aufgabe auch bei uns durch Aufstellung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes, sei es in wörtlicher Anlehnung an die Vorschrift des französischen Gesetzes, sei es durch ein Verbot des unlauteren Wettbewerbs schlechthin zu lösen. Ob auf diesem Wege eine Besserung des gegenwärtigen Rechtszustandes zu erreichen sein würde, wird um so eher dahingestellt bleiben können, als allgemeine Bestimmungen von ähnlichem Inhalt wie die genannte Vorschrift des französischen Rechts ohnehin schon in verschiedenen Rechtsgebieten des Reichs in Kraft stehen (vergl. z. B. §§ 8 und 10 des Preussischen Allgemeinen Landrechts Theil I Tit. 6). Wenn aber zu Gunsten jenes Vorschlags bemerkt worden ist, daß bei der überaus großen Mannigfaltigkeit der Schleichwege, welche die Unredlichkeit für ihre Zwecke zu finden weiß, nur eine allgemein gehaltene Vorschrift jede denkbare Erscheinungsform des unlauteren Geschäftsgebahrens zu treffen vermöge, so ist dem entgegenzuhalten, daß es zur Zeit nur darauf ankommen kann, bestimmte, nach den bisherigen Erfahrungen für den reblischen Erwerbsgenossen besonders nachtheilige Mißbräuche zu verhindern. Auch liegt es im dringenden Interesse der Rechtsicherheit, die Scheidelinie zwischen dem Erlaubten und dem Unerlaubten im Gesetz selbst in klar erkennbarer Weise festzulegen. Gerade der Umstand, daß in Ermangelung von Spezialvorschriften auf dem hier fraglichen Gebiet eine sichere Rechtsgewohnheit über die Grenzen des vom Standpunkt der geschäftlichen Moral aus Zulässigen, sich trotz der vielfach geltenden allgemeinen Verpflichtung zum Schadenersatz herauszubilden nicht vermocht hat, macht es rathsam, die Merkmale dessen, was künftig als gesetzlich verboten gelten soll, bestimmt zu bezeichnen.

Daß es zum Zwecke der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in erster Linie nothwendig ist, für den Geschädigten einen in den Formen des bürgerlichen Rechtstretes geltend zu machenden Anspruch auf Schadenersatz und auf Unterlassung künftiger Benachtheiligungen zu begründen, wird von keiner Seite bestritten. Dagegen sind über die Frage, ob die Wirksamkeit des Rechtsschutzes durch Strafandrohungen sicher zu stellen sei, die Meinungen getheilt. Für den verneinenden Standpunkt ist auf das Beispiel auswärtiger Gesetzgebungen hingewiesen, welche sich mehr oder weniger auf zivilrechtliche Vorschriften beschränken; auch hat man die Besorgniß geäußert, durch Strafbestimmungen einen Anreiz zu unbegründeten und leichtfertigen Denunziationen zu schaffen. Die es letztere Bedenken mag bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein. Auch kann zugegeben werden, daß es grundsätzlich nicht nothwendig und nicht wünschenswerth ist, jede Ausschreitung im Konkurrenzkampfe, auch wenn sie nach ihrer Art oder nach dem Umfange des Anderen zugefügten Schadens von geringer Erheblichkeit ist, zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Für solche Fälle möchte es an sich wohl genügen, wenn der Geschädigte in den Stand gesetzt wird, im Wege der Zivilklage sich Genugthuung zu verschaffen, und es würde

zur Anwendung öffentlicher Strafmittel selbst dann kaum ein Anlaß vorliegen, wenn jener auf die prozessuale Geltendmachung seines Anspruchs verzichtet. — Dieser Erwägung gegenüber muß jedoch zunächst die Thatsache in Betracht gezogen werden, daß der durch unlautere Geschäftspraktiken entstehende Schaden meistens über den Interessenkreis einzelner Gewerbetreibenden weit hinausgreift. Es sind Fälle zur Sprache gebracht, in denen die Veranstalter von Ausverkäufen durch schwindelhafte Vorpiegelungen für minderwerthige Waaren einen Absatz erzielt haben, der den Bedarf eines Ortes oder eines ganzen Bezirks auf Jahre hinaus deckte und für den entsprechenden Zeitraum die Thätigkeit aller übrigen in demselben Geschäftszweige arbeitenden Gewerbetreibenden nahezu lahm legte. Mißbräuche dieser Art sind als gemeinschädlich zu bezeichnen. Ihre Bekämpfung kann — wenn anders der reblische Geschäftsbetrieb einen ausgiebigen Schutz erhalten soll — nicht der durch mannigfache äußere Umstände bedingten Entschliegung eines Einzelnen und der von der Art des Prozeßbetriebes abhängigen Entscheidung einer Zivilklage überlassen bleiben.

Aber selbst wenn der angerichtete Schaden sich in engeren Grenzen hält, so stellt sich doch der unlautere Wettbewerb nach den Mitteln, die er anwendet, und nach den Zwecken, die er verfolgt, in zahlreichen Fällen als eine gröbliche Verletzung der die Grundlage des geschäftlichen Verkehrs bildenden Prinzipien von Treu und Glauben und somit als ein Bruch der allgemeinen Rechtsordnung dar, der vom sittlichen Standpunkt kaum milder zu beurtheilen ist als Betrug, strafbarer Eigennutz oder Untreue. Das öffentliche Interesse erfordert, wie für diese Vergehen, so auch für schwerere Ausschreitungen im geschäftlichen Wettbewerb eine strafrechtliche Sühne, und die Besorgniß, in einzelnen Fällen unbegründete oder frivole Strafanzeigen hervorzurufen, wird den Gesetzgeber, der an die Bekämpfung des Uebels herantritt, nicht zum grundsätzlichen Verzicht auf das wirksamste Bekämpfungsmittel bestimmen dürfen. Uebrigens hat die Gesetzgebung an diesem Mittel auf einem nahe verwandten Gebiet bereits Gebrauch gemacht, indem sie in den §§ 14 ff. des Gesetzes zum Schutze der Waarenbezeichnungen nicht nur die Aneignung eines fremden Waarenzeichens, sondern auch die Erregung eines Irrthums über die Beschaffenheit und den Werth von Waaren durch fälschliche Benützung von öffentlichen Wappen und von Ortsnamen unter Strafe stellt.

Die Grenzen des gesetzgeberischen Vorgehens ergeben sich im Allgemeinen aus dem Begriff des unlauteren Wettbewerbs. Es kann nicht in der Absicht liegen, den Wettbewerb als solchen einzuschränken oder ihn in der Anwendung von Mitteln zu behindern, welche, ohne gegen die Gepflogenheiten eines ehrbaren Geschäftsmanns zu verstößen, anderen Gewerbetreibenden lästig oder unbequem sein mögen. Auf der anderen Seite würde man Unmögliches anstreben, wenn man versuchen wollte, in Handel und Wandel jedem Verstoß gegen die gute Sitte schlechthin durch gesetzliche Bestimmungen vorzubeugen. Nur insoweit, als gewisse Mittel, welche moralisch verwerflich, wenngleich vom Gesetz bisher nicht verboten sind, zu dem Zweck angewendet werden, um unberechtigte Vortheile gegenüber den Konkurrenten zu gewinnen, ist Abhilfe nöthig und erreichbar. Der Schutz des konsumirenden Publikums gegen Uebervorteilungen ist nicht der unmittelbare Zweck eines gegen den unlauteren Wettbewerb gerichteten Gesetzes, wenngleich Maßregeln, die in den gegenseitigen Beziehungen der Gewerbetreibenden Treu und Glauben zu befestigen bestimmt sind, mittheilbar auch dem Interesse ihrer Abnehmer entgegenkommen werden. Eine weitere Begrenzung der gesetzgeberischen Aufgabe folgt aus der Erwägung, daß es sich nur darum handeln kann, allgemein verbindliche Grundsätze aufzustellen. Besondere Mißstände, welche sich bei einzelnen Gruppen von Gewerbetreibenden in bestimmten Zweigen der Erwerbsthätigkeit oder in örtlich abgegrenzten Gebieten fühlbar machen, können daher nur insoweit Berücksichtigung

haben, als die zur Abhilfe dienlichen Maßregeln sich zur allgemeinen Anwendung eignen. Endlich kann es nicht die Aufgabe des beabsichtigten Sondergesetzes sein, in Gebiete überzugreifen, die durch allgemeine Reichsgesetze, wie das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung, die Konkursordnung, die Gesetze über den Verkehr mit Nahrungsmitteln u., mit Erasmitteln für Butter, mit Wein u. geregelt sind, oder welche, wie das landrechtlich nach verschiedenen Grundsätzen gestaltete Hypothekenrecht, einer reichsgesetzlichen Abänderung in Einzelheiten widerstreben.

Den vorstehend entwickelten Gesichtspunkten hat eine von der Reichsverwaltung zusammenberufene Versammlung von Sachverständigen, unter denen die hauptsächlich in Betracht kommenden Erwerbszweige vertreten waren, im Allgemeinen zugestimmt. Wünsche und Bedenken, welche zu den der Besprechung zu Grunde gelegten Vorschlägen geäußert worden sind, haben in dem vorliegenden Entwurfe soweit als thunlich Berücksichtigung gefunden. Derselbe enthält Vorschriften

gegen Ausschreitungen im Reklamewesen (§§ 1 und 2),
gegen Quantitäts-Verfälschungen (§ 3),
gegen unwahre, dem Abfah oder dem Kredit von Erwerbsgenossen nachtheilige Behauptungen (§§ 4 und 5),

gegen die auf Täuschung berechnete Benutzung von Namen oder Firmen (§ 6),
gegen den Verrath von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen (§§ 7 und 8).

Die §§ 9 und 10 geben einige allgemeine Bestimmungen rechtlicher Natur. Das Verhältniß zum Auslande ist im § 11 geregelt.

Im Einzelnen ist Folgendes zu bemerken:

Zu §§ 1 und 2.

Das Verlangen nach gesetzgeberischem Einschreiten gegen unredliche Geschäftsgepflogenheiten ist hauptsächlich durch die zunehmenden Ausschreitungen auf dem Gebiete des Reklamewesens veranlaßt worden. Die hiergegen gerichteten Bestimmungen sind daher an die Spitze des vorliegenden Entwurfs gestellt.

Die Reklame ist ein im Geschäftsleben allgemein verbreitetes und als unentbehrlich geltendes Hilfsmittel zur Heranziehung von Kunden. Ihre Bedeutung beruht in der Neigung des Publikums, bei der Entschliebung über den Erwerb von Waaren und bei der Auswahl unter den verschiedenen Erwerbsgelegenheiten dem in augenfälliger und anpreisender Form sich kundgebenden Angebot Gehör zu schenken. Die Vermehrung der Verkehrsmittel, mannigfache Erleichterungen in der Benutzung derselben, die wachsende Ausbreitung des Zeitungswesens, die Entwicklung der polygraphischen Gewerbe haben mit anderen Umständen zusammengewirkt, um die Publizität geschäftlicher Ankündigungen zu erleichtern und hiermit deren Bedeutung für das Verkehrsleben zu erhöhen.

So lange die Reklame sich innerhalb der durch die Anforderungen von Treu und Glauben gezogenen Grenzen bewegt, ist kein Grund vorhanden, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Den Gewohnheiten und Bedürfnissen des heimischen und des internationalen Verkehrs entsprechend, muß — wie die Wahl der Form für geschäftliche Angebote —, so auch die lobende Beurtheilung der eigenen Waaren oder Leistungen jedem Gewerbetreibenden freistehen. Der Versuch, die Verwendung von Bezeichnungen wie „gute Qualität, first, prima, reiche Auswahl, billige Preise und dergleichen“ auf diejenigen Fälle einzuschränken, in denen dieses Urtheil objektiv berechtigt ist, würde — von anderen Bedenken abgesehen — mit der Schwierigkeit einer hierauf bezüglichen Feststellung zu rechnen haben. Ohne den Nachweis der objektiven Unrichtigkeit können aber solche Bezeichnungen nicht als Verstöße gegen Treu und Glauben zur Verantwortung gezogen werden. Auch gilt nach den Anschauungen des Verkehrs die Reklame erst dann für unerlaubt, wenn sie

zur Vorpiegelung unwahrer Thatfachen greift. Sind thatsächlich unwahre Angaben nach dem Gegenstande, auf den sie sich beziehen, geeignet, das Angebot als ein besonders günstiges erscheinen zu lassen und Käufer anzulocken, so ist das berechnete Interesse redlicher Mitbewerber und vielfach auch die öffentliche Ordnung verletzt und daher ein Einschreiten der Gesetzgebung gerechtfertigt. Dagegen liegt kaum ein praktisches Bedürfnis vor, unwahre Angaben ohne Rücksicht auf ihre Wirkung schlechthin wegen ihrer Unwahrhaftigkeit zu verfolgen.

Diejenigen Gegenstände, welche nach den Erfahrungen des Verkehrs auf die Beurtheilung eines Angebots in besonderem Maße Einfluß zu üben pflegen, sind zu möglichstster Präzisierung des der Verantwortlichkeit begründenden Thatbestandes im Entwurf einzeln bezeichnet.

Falsche Angaben über die Beschaffenheit von Waaren oder gewerblichen Leistungen bilden eines der häufigsten und wirksamsten Mittel zur Heranziehung von Kunden. Wenn beispielsweise halbseidene Stoffe unter der Bezeichnung als reinseidene zu einem Preise ausgesetzt werden, der dem wirklichen Werthe der halbseidenen Waare entspricht, so ist diese Art der Ankündigung geeignet, das berechnete Interesse von Mitbewerbern, welche eine solche Täuschung verschmähen, in demselben Maße zu beeinträchtigen, wie sie in den Kreisen der minder erfahrenen Konsumenten die Kauflust anregt. In Fällen dieser Art muß die Betrugsbestimmung des Strafgesetzbuchs versagen, wenn der durch die falsche Vorpiegelung in einen Irrthum versetzte Käufer eine Vermögensschädigung nicht erfahren hat. Der Ausdruck „Beschaffenheit“ umfaßt neben dem Material, aus dem die Waare besteht, auch das Herstellungsverfahren und alle sonstigen Momente, die für die Würdigung der Waare u. von Einfluß sind, z. B. die Eigenschaft als Natur- oder als Kunstprodukt, als eigenes oder fremdes Erzeugniß, als Hand- oder Fabrikarbeit, als direkt ohne Zwischenhändler bezogen und dergleichen.

In ähnlicher Weise wirken Angaben über die Preisbestimmung, wenn z. B. im Widerspruch mit dem Sachverhalt Waaren als unter dem Einkaufspreis u. erhältlich angeboten werden, oder wenn billigere Preise zur Ankündigung gelangen, als sie beim Kauf thatsächlich in Rechnung gestellt werden.

Der Begriff „Bezugsquelle“ erstreckt sich auf Ursprungsangaben nicht geographischen Charakters. Die falsche Verwendung von Ortsnamen in geschäftlichen Ankündigungen ist bereits durch § 16 des Waarenbezeichnungsgesetzes in einem dem Bedürfnis des redlichen Verkehrs genügenden Umfange eingeschränkt worden; bei dem gegenwärtigen Anlaß kann es sich nur noch darum handeln, Täuschungen entgegenzuwirken, wie solche durch anderweitige falsche Hinweise auf die Herkunft von Waaren (z. B. Domänenbutter, aus einem Konkurse, einem Nachlasse herrührend) häufig versucht werden.

Auch das falschliche Berühren mit dem Besiz von Auszeichnungen ist in diesem Zusammenhange zu nennen. Das Strafgesetzbuch bedroht im § 360 Ziffer 8 nur diejenigen mit Uebertretungsstrafen, welcher unbefugt einen Orden u. trägt oder Titel und Würden annimmt. Die hin und wieder vorkommende unberechtigte Verwendung einer Ordens-Abbildung zu geschäftlichen Zwecken ist strafrei. Vor Allem aber bedarf es eines Schutzes gegen den mit gewerblichen Auszeichnungen betriebenen Schwindel. Mag auch, wie von einzelnen Sachverständigen behauptet wird, die Werthschätzung der von Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen, von gewerblichen Vereinen oder Versammlungen verliehenen Medaillen und Diplome im Abnehmen begriffen sein, so bleibt doch noch immer die Zahl derer erheblich, welche in einer solchen Auszeichnung eine Gewähr für die Güte der Waaren eines Gewerbetreibenden erblicken wollen.

In geringerem Maße bedenklich sind falsche Angaben über die Menge der vorhandenen Vorräthe; immerhin kann der hierdurch erweckte Schein einer großen Auswahl ebenfalls die Wirkung haben, Käufer heranzuziehen, die

ohne diesen Irrthum anderen Kaufgelegenheiten sich zugewandt haben würden. Für solche Fälle wird den in ihrem Absatz beeinträchtigten Mitbewerbern der Rechtsweg zur Unterdrückung jener Täuschung nicht abgeschnitten werden dürfen.

Außerordentlich häufig findet man dem Angebote von Waaren einen mehr oder minder ausführlichen Hinweis auf die das Angebot angeblich veranlassenden Umstände beigegeben. Der Inseratentheil vieler Zeitungen ist mit Anzeigen gefüllt, denen zu Folge „wegen Aufgabe des Geschäfts, wegen Abbruchs des Hauses, fortzugshalber, anlässlich des Ankaufs einer Konfursmasse“ und aus ähnlichen Gründen einzelne Gegenstände oder der Bestand eines Waarenlagers zum Verkauf gestellt werden; Schaufenster zeigen häufig Plakate ähnlichen Inhalts. Dem Angebot von Möbeln, Kunstsachen, Musikinstrumenten und sonstigen Gegenständen des häuslichen Gebrauchs sucht man eine erhöhte Wirkung zu sichern, indem man den Schein erweckt, als ob es sich um einen gelegentlichen Verkauf handle, zu dem eine Privatperson durch mißliche Familien- oder Vermögensverhältnisse sich gedrängt sehe. Es wird fälschlicher Weise die Beschädigung der Waare durch Feuer oder Wasser vorgepiegelt; und selbst der mehr oder weniger verhüllte Hinweis auf strafbare Handlungen, die in der That nicht begangen sind (z. B. Schmuggel), wird nicht verschmäht, um der Leichtgläubigkeit des Publikums die Nothwendigkeit einer schnellen Räumung des Bestandes und billigster Preisstellung anschaulich zu begründen. Zu dem gleichen Zweck pflegt der unlautere Wettbewerber den Verkauf von Waaren als Ausverkauf in augenfälliger Form anzukündigen, während in Wirklichkeit ein Ausverkauf, d. h. eine Veräußerung der vorhandenen Vorräthe zum Zweck der Beendigung, sei es des Geschäftsbetriebes, sei es einer gewissen Waarengattung, nicht beabsichtigt ist, vielmehr eine regelmäßige oder gelegentliche Vervollständigung des Lagers durch Beschaffung neuer Waaren stattfindet. Die sogenannten permanenten Ausverkäufe sind namentlich in den mittleren Schichten unserer Gewerbetreibenden Gegenstand vielfacher Beschwerden, die vom Standpunkt des ehrenhaften Wettbewerbs aus völlig berechtigt erscheinen. Derartige Wachsenschaften fallen unter den Thatbestand des Entwurfs, sofern nur durch die Vorpiegelung eines Ausverkaufs der Wahrheit zuwider der Anschein erweckt werden soll, als ob es sich um die Räumung von Vorräthen handle, die nicht wieder ergänzt werden sollen. Hinsichtlich der nachträglich beschafften Waaren, deren Angebot ebenfalls unter dem Aushängeschild eines fortgesetzten Ausverkaufs erfolgt, wird die Unwahrheit je nach der Sachlage in der Angabe des Anlasses zum Verkauf oder der Bezugsquelle liegen.

Da die unlautere Reklame sich nicht bloß thatächlicher Angaben im engeren Sinne, d. h. mündlicher oder schriftlicher Mittheilungen bedient, um den Schein eines günstigen Angebots hervorzurufen, sondern zu diesem Zweck häufig auch bildliche oder symbolische Darstellungen oder andere Veranstaltungen benutzt, welche das kaufende Publikum über die Güte des Angebots in gleichem Maße irre zu führen geeignet sind, wie unwahre Angaben, die sich in Worte kleiden, so sind im dritten Absatz des § 1 derartige Veranstaltungen den Angaben thatächlicher Art gleichgestellt.

Die Verfolgung unrichtiger Angaben soll nicht davon abhängig sein, ob die beabsichtigte Wirkung thatächlich eingetreten ist. Die Fassung im Eingange der §§ 1 und 2: „Wer es unternimmt“, schließt jede, wenn auch erfolglose Thätigkeit ein, die darauf gerichtet ist, durch unrichtige Angaben den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. Dagegen müssen die unrichtigen Angaben mit dem geschäftlichen Verkehr in Beziehung stehen. Mittheilungen, welche ohne Rücksicht auf die Förderung geschäftlicher Zwecke etwa gelegentlich einer geselligen Unterhaltung gemacht werden, bleiben, auch wenn sie alle sonstigen Erfordernisse des im § 1 bezeichneten Thatbestandes an sich tragen sollten, durch die

Worte „im geschäftlichen Verkehr“ von der Anwendung des Gesetzes ausgeschlossen.

In zivilrechtlicher Beziehung soll nach § 1 des Entwurfs zunächst ein Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben stattfinden. Um die Verwirklichung dieses Anspruchs zu sichern, kann der Berechtigte neben oder vor der Erhebung der Klage auch eine einstweilige gerichtliche Verfügung nach Maßgabe der Zivilprozessordnung beantragen. Letzterer Weg hat für die Bekämpfung der unlauteren Reklame ganz besondere Bedeutung. Es wird häufig darauf ankommen, eine gegen das Gesetz verstoßende Form der geschäftlichen Ankündigung möglichst schnell und, ehe sie anderen Gewerbetreibenden Schaden zufügen kann, zu beseitigen. Um diesen Weg noch gangbarer zu machen, soll der Erlaß einer einstweiligen Verfügung an die besonderen Voraussetzungen der §§ 814 und 819 der Zivilprozessordnung nicht gebunden sein. Selbstverständlich bleibt es aber zur Begründung des Antrags auf eine einstweilige Verfügung unter allen Umständen erforderlich, daß die thatächlichen Voraussetzungen, von denen der Entwurf (§ 1 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 3) den Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben abhängig macht, dargelegt werden. Auch müssen diese Voraussetzungen gemäß §§ 815, 800 der Zivilprozessordnung glaubhaft gemacht werden, sofern nicht eine vom Gericht für hinreichend erachtete Sicherheit bestellt wird (§ 801). Im Uebrigen hat das Gericht nach freiem Ermessen darüber zu befinden, ob und in welcher Art nach Lage des Falls eine vorläufige Anordnung zu treffen ist.

Die Berechtigung zur Anstellung der Klage und dem zu Folge auch zu dem Antrage auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist nach dem Entwurf an den Nachweis eines besondern rechtlichen Interesses nicht gebunden, vielmehr soll jeder Mitbewerber aktiv legitimirt sein. Da aber die Geltendmachung des Anspruchs immerhin gewisse Müheanstaltungen und pekuniäre Opfer voraussetzt, die den Einzelnen häufig zu empfindlich belasten würden, so steht der Entwurf für Gewerbetreibende, die sich zu Verbänden vereinigt haben — die Prozeßfähigkeit der Verbände vorausgesetzt (§ 50 der Zivilprozessordnung) — die Möglichkeit eines korporativen Vorgehens vor. Und zwar brauchen die Verbände nach der Wortfassung des Entwurfs nicht ausschließlich aus solchen Personen zu bestehen, welche in dem durch die unlautere Reklame bedrohten Erwerbsweige thätig sind.

Der Anspruch auf Unterlassung unwahrer Angaben ist nicht an die Bedingung geknüpft, daß der Urheber der Angaben ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte. Dagegen kann nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nur unter dieser Voraussetzung der im Absatz 2 vorgesehene Anspruch auf Schadloshaltung mit Erfolg geltend gemacht werden. Ueber die Frage, ob ein Schaden entstanden ist, und wie hoch sich derselbe beläuft, ist im Streitfall vom Gericht nach Maßgabe des § 260 der Zivilprozessordnung zu entscheiden.

Eine Klage im Sinne des § 1 steht nur dem Mitbewerber, nicht aber dem durch die trügerischen Vorpiegelungen geschädigten Käufer zu. Die Ansprüche des Letzteren zu regeln, liegt nicht im Rahmen des vorliegenden Entwurfs. Maßgebend hierfür bleiben bis zur Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die zivilrechtlichen Bestimmungen der Landesgesetzgebungen.

Der strafrechtliche Thatbestand des § 2 entspricht dem Inhalt des § 1, jedoch mit einzelnen Abänderungen, welche darauf berechnet sind, die leichteren Fälle der unwahren Reklame straffrei zu lassen, so daß hier die Gegenwirkung von der Initiative der geschädigten Mitbewerber abhängt. Unter diesem Gesichtspunkt sollen unwahre Angaben thatächlicher Natur nur dann, wenn sie in Gestalt von Bekanntmachungen an die Öffentlichkeit gelangen oder durch Rundschreiben, Zirkulare und dergl. weiteren Kreisen mitgetheilt werden, zur Verantwortung gezogen werden. Nur in diesen Fällen ist die Verletzung eines allgemeineren Interesses anzunehmen.

Daß unwahre Angaben nur insoweit, als ihr Urheber sich der Unwahrheit bewußt war, eine strafrechtliche Sühne nach sich ziehen können, ist in der Natur der Sache begründet. Wenn auf zivilrechtlichem Wege die Verhinderung unwahrer Angaben völlig unabhängig von dem Nachweis einer bösen Absicht ermöglicht wird, so liegt zur strafrechtlichen Ahndung fahrlässigen Verhaltens auch kein praktisches Bedürfnis vor. Angaben über die Menge der Vorräthe sind hier ausgeschieden, weil sie, wie oben bemerkt, meist in geringerem Grade bedenklich sind. Aus ähnlichem Grunde und in Anbetracht der größeren Beunruhigung, welche die Strafvorschrift auch für den realen Verkehr zur Folge haben könnte, ist weiter davon abgesehen worden, Veranstellungen, welche unwahre Angaben ersehen lassen, diesen letzteren auch hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung gleichzustellen.

Um im Rahmen des nach diesen Gesichtspunkten eingeschränkten Thatbestands dem Strafrichter die Berücksichtigung von Umständen zu ermöglichen, welche den Verstoß als einen geringen kennzeichnen, soll bei Abmessung der Strafe bis auf die im Strafgesetzbuch festgesetzten Mindestbeträge von Geldstrafe, Haft oder Gefängniß herabgegangen werden dürfen. Die Voranstellung der Geldstrafe wird den Richter in erster Linie auf die Wahl dieses Strafmittels hinweisen; sie hat weiter zur Folge, daß die Geldstrafe für den Fall ihrer Uneinziehbarkeit in den durch § 28 des Strafgesetzbuchs gezogenen Grenzen in Haft statt in Gefängniß umgewandelt werden kann.

Auf der anderen Seite ist bei der Bemessung des zulässigen Höchstbetrags der Strafe darauf Bedacht genommen, daß schwerere Verstöße gegen Treu und Glauben, namentlich solche, die öffentliches Aergerniß erregen, auch eine nachdrückliche Sühne erheischen.

Zu § 3.

Auf einzelnen Verkehrsgebieten, insbesondere im Handel mit Garn und mit Bier hat sich die Gepflogenheit herausgebildet, durch eine für den Konsumenten schwer bemerkbare Verkleinerung des im Einzelverkehr sonst üblichen Mengenverhältnisses den irreführenden Anschein einer Preisermäßigung hervorzurufen und hierdurch zum Schaden derjenigen Gewerbsgenossen, welche zu solchen Mitteln nicht greifen, Kunden heranzuziehen.

Der Kleinhandel mit wollenen und baumwollenen Strickgarnen und mit Zephyrgarnen vollzieht sich allgemein nach dem Gewicht, jedoch in der Weise, daß die abzugebende Menge nicht in jedem Falle zugewogen, sondern zum Verkauf in kleinen Abtheilungen (Bunden, Strähnen zc.), welche eine gewisse Gewichtsmenge darzustellen pflegen, bereitgehalten wird. Die Einheit für die Gewichtsbestimmung bildet meist das Pfund, welches früher regelmäßig in 10 Unterabtheilungen zu 50 g eingetheilt wurde. Im Hinblick auf diese den Kunden bekannte Gewichtsgewohnheiten sind zahlreiche Geschäftsleute dazu übergegangen, aus dem Pfund anstatt 10 Bunde, deren 12, 13 oder selbst 14 herzustellen, und diese Bunde unter Verkleinerung des Mindergewichts zu Preisen abzugeben, die scheinbar günstiger sind als die Preise, welche der an der alten Eintheilung festhaltende reelle Kaufmann stellt. In vielen Fällen verbindet sich mit dieser Form des unlauteren Wettbewerbs auch eine Schädigung des Publikums.

Entsprechend den Wünschen, die in den am Kleinhandel mit Garn beteiligten Kreisen laut geworden sind, wird es sich zur Verhinderung des bezeichneten Mißbrauchs empfehlen, den Handel nach Gewicht obligatorisch zu machen, sowie gleichzeitig anzuordnen, daß die einzelnen Bunde und deren Unterabtheilungen nur in bestimmten Mengeneinheiten abgegeben werden dürfen.

Ähnliche Mißbräuche haben beim flaschenweisen Verkauf von Bier in der Weise überhand genommen, daß die Zahl der für einen bestimmten Preis erhältlichen Flaschen unter entsprechender Verringerung ihres Inhalts gesteigert wird. Die hiermit verbundene, oft unreele Benachtheiligung der Konkurrenz würde durch Vorschriften

über den Raumgehalt und die Bezeichnung der im Handel Verwendung findenden Flaschen verhindert werden können. Auch beim Verkauf von Bier in Fässern, sowie beim Kleinhandel mit einzelnen anderen Waaren (z. B. Schokolade, Zucker, Bindfaden, Seife) haben sich Quantitätsverschleierungen eingenistet, denen durch Vorschriften über die zulässigen Mengeneinheiten zc. entgegenzutreten im Interesse der Solidität des Geschäftsverkehrs geboten sein kann.

Vorschriften der hier in Frage kommenden Art würden indeß trotz ihres nahen Zusammenhangs mit den sonstigen, auf die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs abzielenden Anordnungen in einem Gesetz, welches allgemein verbindliche Grundsätze aufstellen will, nicht ihre richtige Stelle finden. Sie werden für den Verkehr mit bestimmten Waaren, und zwar für jede Gattung derselben unter Berücksichtigung ihrer besonderen Beschaffenheit und der einschlägigen Handelsgewohnheiten, technische Einzelheiten zu regeln haben, und den schnell wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs entsprechend, voraussichtlich nicht selten Abänderungen und Ergänzungen erfordern. Diese Umstände weisen auf den Weg der Verordnung hin; der Entwurf beschränkt sich daher darauf, hierfür die bisher fehlende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Quantitätsverschleierungen sind nur auf Abnehmerpreise berechnet, die nicht gewöhnt oder nicht in der Lage sind, die Menge der empfangenen Waare nachzuprüfen. Es liegt kein Bedürfnis vor, die Herstellung der Waare, den Verkehr zwischen der Herstellungsstelle und dem Großhändler oder zwischen diesem und dem Kleinhändler an die Innehaltung bestimmter Mengeneinheiten, oder an die Bezeichnung der Menge zu binden. Der Anwendungsbereich der zu erlassenden Vorschriften wird daher auf den Einzelverkehr zu begrenzen sein, worunter auch die Abgabe von Bier in einzelnen Fässern an die Gastwirthe zu verstehen ist.

Durch die alternative Fassung der Vorschrift des Entwurfs soll es selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden, im Bedarfsfalle die beiden in Frage kommenden Anordnungen zu verbinden, dergestalt, daß eine bestimmte Waare nur in bestimmten Mengeneinheiten und mit einer Angabe der Menge versehen zum Einzelverkehr zugelassen wird.

Zu widerhandlungen sollen nur als Uebertretungen mit einer mäßigen Geldstrafe oder Haft geahndet werden. Die Befolgung der Vorschriften erscheint hierdurch genügend sichergestellt.

Zu §§ 4 und 5.

Im Wesen der Kellame, auch soweit sie sich in den Grenzen des Erlaubten hält, ist das Bestreben begründet, das Ansehen der eigenen Leistungen auf Kosten der Werthschätzung fremder Leistungen in den Augen des Publikums zu heben. Wie die lobende Beurtheilung der eigenen, so kann auch die abfällige Kritik fremder Waare grundsätzlich nicht verboten werden.

Vom Standpunkt der geschäftlichen Moral aus findet indeß das Eine wie das Andere seine Schranke in der Pflicht, unwahre Angaben, die das Publikum irreführen und den Mitbewerber widerrechtlich schädigen würden, zu vermeiden.

Soweit unwahre Angaben in Beziehung auf einen Anderen den Thatbestand der Beleidigung ausmachen, sind sie nach Maßgabe des vierzehnten Abschnitts des 2. Theils des Strafgesetzbuchs bereits strafbar. Insbesondere macht sich nach § 187 des Strafgesetzbuchs derjenige einer verleumderischen Beleidigung schuldig, der wider besseres Wissen in Beziehung auf einen Anderen eine unwahre Thatfache behauptet oder verbreitet, welche dessen Kredit zu gefährden geeignet ist. Indessen zeigt die Erfahrung, daß unwahre Ausstreunungen, ohne den Kredit eines Gewerbetreibenden zu schädigen, doch dessen Abjatzverhältnisse in empfindlichster Weise beeinträchtigen können. Behauptungen wie:

eine Fabrik sei durch Feuer zerstört, eine Kohlengrube von eindringenden Wassermassen betroffen, die Her-

stellung oder der Verletzung eines bestimmten Erzeugnisses habe eine Anklage oder eine Verurtheilung wegen Patentverletzung hervorgerufen,

werden in manchen Fällen den Kredit des verleumdeten Geschäfts unberührt lassen, die bisherigen Abnehmer aber bestimmen, ihre Aufträge anderen Geschäften zuzuwenden. Sind solche Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt oder verbreitet, so verdienen sie nicht minder als Kredit gefährdende Verleumdungen strafrechtlich geahndet zu werden. Auf dieser Erwägung beruht die Bestimmung im § 5 des Entwurfs. Mit Rücksicht auf den höheren Grad von Verwerflichkeit des hier bezeichneten Verleumdens so dem im § 2 behandelten Thatbestand ist die Strafandrohung insofern verschärft, als die Haftstrafe ausgeschrieben und die höchst zulässige Dauer der Gefängnisstrafe auf ein Jahr erstreckt worden ist. Immerhin gewähren die Vorschläge des Entwurfs dem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum zur mildernden Beurtheilung von leichten Fällen; namentlich ist auch hier die Fassung so gewählt, daß für diejenigen Fälle, in denen die Verhängung einer mäßigen Geldstrafe angezeigt erscheint, deren Umwandlung in eine Haftstrafe nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird (§ 28 des Strafgesetzbuchs).

In der strafrechtlichen Verfolgung unwahrer, den Absatz eines Gewerbetreibenden gefährdenden Ausstreunungen über die Fälle der bewußten Unwahrheit hinauszugreifen, ist schon deswegen nicht thunlich, weil auch wegen Kreditgefährdung nach § 187 des Strafgesetzbuchs eine Strafe nur denjenigen trifft, welcher der Unwahrheit seiner Behauptungen sich bewußt gewesen ist. Dagegen besteht kein innerer Grund, für die zivilrechtlichen Rechtsbehelfe an dieser Schranke festzuhalten. Der Anspruch auf Schadenersatz und auf Unterlassung künftiger Störungen, welchen der § 4 des Entwurfs dem Verletzten einräumen will, ist in seiner praktischen Durchführbarkeit nur dann gefährdet, wenn die Verantwortlichkeit eintritt, gleichviel ob bei der Aufstellung oder Verbreitung von Behauptungen das Bewußtsein von deren Unwahrheit vorlag oder nicht. Der gleiche Rechtsschutz, wie dem Absatz eines Geschäfts, wird aber dem Kredit seines Inhabers nicht versagt bleiben dürfen. Auch in letzterer Beziehung fehlt es bisher an einer sicheren Grundlage für zivilrechtliche Ansprüche, und diese Lücke hat sich der unlautere Wettbewerb nicht selten zu empfindlicher Benachtheiligung des ehrlichen Geschäftsbetriebs zu Nutzen zu machen verstanden.

Nach der Fassung des Entwurfs soll im Zivilprozeß die Beweislast hinsichtlich der Wahrheit der den Absatz oder den Kredit eines Anderen schädigenden Behauptungen demjenigen zufallen, der die Behauptungen aufgestellt oder verbreitet hat. Es würde nicht der Billigkeit entsprechen, den Beweis der Unwahrheit dem Verletzten aufzuerlegen. Auf der anderen Seite muß jedoch allgemeinen Rechtsgrundsätzen gemäß der Erfolg des Anspruchs an die Voraussetzung geknüpft werden, daß die Absicht vorgelegen hat, Kredit oder Absatz zu schädigen. Die Rücksicht auf die Rechtssicherheit des geschäftlichen und persönlichen Verkehrs gestattet es nicht, jede, zwar wahrheitswidrige und nachtheilige, dabei aber harmlos gemeinte Äußerung mit einer zivilrechtlichen Verantwortlichkeit zu belasten. Insbesondere bedarf die für die kaufmännischen Kreditbeziehungen bei reellem Betrieb nützliche Einrichtung der Auskunftsertheilung, mag diese Einrichtung von einzelnen Personen als besonderes Gewerbsgeschäft, oder von kaufmännischen und gewerblichen Schutzvereinen zur Sicherung ihrer Mitglieder gegen Verluste betrieben werden, der Schonung. Wer eine Auskunft nachsucht, um hiernach seine Geschäftsbeziehungen zu einem Anderen zu regeln, und wer eine solche Auskunft nach bestem Wissen erteilt, befindet sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen und darf auch dann nicht haftbar gemacht werden, wenn die Auskunft ungünstig lautet. Diesen Gesichtspunkten trägt der Vorbehalt im zweiten Absatz des § 4 Rechnung.

Zu § 6.

In kaufmännischen Kreisen wird in neuerer Zeit vielfach die Frage erörtert, ob die Bestimmungen im dritten Titel des ersten Buchs des Handelsgesetzbuchs über die Handelsfirmen den Bedürfnissen des Verkehrs noch völlig genügen. Die in dieser Richtung geäußerten Zweifel beruhen im Wesentlichen auf der Annahme, daß die Vorschriften, welche die Wahrheit des Inhalts einer Firma und ihre Unterscheidbarkeit von älteren Firmen gewährleisten sollen, unschwer umgangen werden können. Die Prüfung dieser Beschwerden und gegebenen Falls die zur Abhilfe geeigneten Vorschläge werden der bereits in Angriff genommenen Revision des Handelsgesetzbuchs anheimgestellt bleiben müssen. Bei der gegenwärtigen Gelegenheit kann es sich nur darum handeln, in der Benutzung von Firmen, welche den geltenden Vorschriften gemäß zur Eintragung gelangt sind, und ebenso in der Benutzung von — nicht im Firmenregister verzeichneten — Namen gewissen auf dem Gebiete der unlauteren Konkurrenz liegenden Mißbräuchen entgegenzutreten. Es liegt nicht im Rahmen des vorliegenden Entwurfs, einen Gewerbetreibenden, dessen Namen mit der Firma eines an einem anderen Orte domizilirenden Konkurrenten übereinstimmt, an der Führung seines Namens als Firma schlechthin zu verhindern. Wohl aber soll es ihm im Interesse der geschäftlichen Moral verboten werden, die Synonymität, mag diese eine zufällige oder eine absichtlich herbeigeführte sein, in einer Weise auszubenten, welche darauf berechnet und geeignet ist, Verwechslungen hervorzurufen. Er wird also beispielsweise auf der Waare, in Empfehlungsarten, in Korrespondenzen seinen Namen nicht in einer Weise anbringen dürfen, welche auf die Irreführung des Publikums zum Nachtheil eines in der Geschäftswelt bereits bekannten Trägers gleichen Namens abzielt. Die hierin liegende Beschränkung im Gebrauch des eigenen Namens ist durch bedauerliche Vorcommisne der neueren Zeit gerechtfertigt; sie enthält übrigens insofern nichts Ungewöhnliches, als schon im Artikel 20 des Handelsgesetzbuchs die Zulässigkeit einer solchen Beschränkung im Prinzip anerkannt ist.

Ein gleichartiger Schutz, wie für Namen und Firmen ist für sonstige eigenthümliche und zur Unterscheidung bestimmte Geschäftsbezeichnungen in Aussicht genommen.

Die zunehmende Bedeutung sogenannter Phantasienamen für den Verkehr hat bereits im Waarenbezeichnungsgesetz durch die bedingungsweise Zulassung von Zeichen, welche ausschließlich in Worten bestehen, Anerkennung gefunden. Auch auf dem Gebiete der Bezeichnung von Erwerbsgeschäften bürgert sich nach dem Vorgange des Auslands bei uns mehr und mehr die Gewohnheit ein, die Aufmerksamkeit des Publikums durch frei erfundene Schlagworte anzuregen. In allen größeren Städten finden sich Kesslarnamen, wie „Goldene Reue“, „Zum Kleider-Engel“ und dergl. Es ist aber als ein Verstoß gegen die geschäftliche Ehrlichkeit anzusehen, wenn ein solcher Name, nachdem er sich ein gewisses Ansehen im Publikum erworben hat, sei es in unveränderter Gestalt, sei es mit geringen im Verkehr schwer erkennbaren Abweichungen von anderen Gewerbetreibenden zu dem Zweck verwerthet wird, um Verwechslungen hervorzurufen. Hierher gehören auch Fälle, wie sie in der öffentlichen Diskussion des letzten Jahres wiederholt zur Sprache gebracht worden sind, daß die frei gewählten Bezeichnungen, welche von Hotels, Gastwirthschaften, Verkehrsankerten u. neben Namen oder Firma geführt werden, von der unlauteren Konkurrenz zum Schaden der Inhaber ausgebeutet werden. Der dagegen von dem Entwurf beabsichtigte Schutz ist selbstverständlich in allen Fällen, die der Ausdruck „die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts“ umfaßt, dadurch bedingt, daß die Bezeichnung einen eigenthümlichen und unterscheidenden Charakter hat. Allgemein übliche Bezeichnungen, wie z. B. „Kleiderbazar“, „Zur guten Quelle“ können nicht zu Gunsten eines Einzelnen, selbst wenn derselbe an einem bestimmten Ort sich zuerst dieser Bezeichnung bedient haben sollte, monopolisiert

werden. In dieser Beziehung die Grenze des Zulässigen festzustellen, muß der Entscheidung des einzelnen Falls überlassen bleiben.

Der Schutz des § 6 beschränkt sich auf einen im zivilprozeßualen Verfahren geltend zu machenden Anspruch auf Schadenersatz und auf Unterlassung fernerer Eingriffe. Eine Strafandrohung ist hier schon deswegen entbehrlich, weil nur die Verletzung berechtigter Interessen von einzelnen bestimmten Mitbewerbern in Frage kommt.

Zu §§ 7 und 8.

Vorschriften gegen den Verrath von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen bestehen in den meisten auswärtigen Staaten und waren bis zum Jahre 1870 auch in mehreren der jetzt zum Deutschen Reich verbundenen Staaten in Geltung. Das Reichs-Strafgesetzbuch hat sie nicht übernommen, jedoch in einer Sonderbestimmung (§ 300) gewisse Berufsclassen, die kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes eine Vertrauensstellung gegenüber dem Publikum einnehmen, zur Wahrung der ihnen anvertrauten Privatgeheimnisse unter Strafandrohung verpflichtet. Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juni 1884 (§§ 107 und 108) hat diese Verpflichtung und zwar in verschärfter Form auf die Mitglieder der Genossenschaftsvorstände und deren Beauftragte rückfichtlich der ihnen kraft ihres Amtes oder Auftrags zur Kenntniß gelangten Betriebsgeheimnisse ausgedehnt.

Der Erlaß allgemeinerer reichsgesetzlicher Vorschriften ist bereits Mitte der achtziger Jahre Gegenstand der Erwägung gewesen, indessen mit Rücksicht auf die von mehreren Seiten dagegen erhobenen Bedenken einstweilen zurückgestellt worden. Es wurde namentlich geltend gemacht, daß die Gesetze über das Patent-, Muster- und Markenwesen einen ausreichenden Schutz darböten, daß es mit dem Prinzip dieser Gesetze unverträglich, auch aus praktischen Gründen nicht empfehlenswerth sei, den industriellen und kaufmännischen Geheimnissen einen besonderen Rechtsschutz zuzubilligen, daß Bestimmungen dieser Art Arbeiter und Angestellte benachtheiligen, die Verwerthung von gewerblichen Verbesserungen hemmen und bei der Anwendung auf den einzelnen Fall Schwierigkeiten hervorrufen würden.

Diese Bedenken können als durchgreifend nicht anerkannt werden. Unzutreffend erscheint insbesondere der Hinweis auf die den gewerblichen Rechtsschutz regelnden Gesetze. Dieselben geben dem Kaufmann kein Mittel an die Hand, die Liste seiner Bezugsquellen oder seiner Abnehmer, Zusammenstellungen über Selbstkostenpreise, Bilanzen oder sonstige Daten, an deren Geheimhaltung sich ein mehr oder minder erhebliches geschäftliches Interesse knüpft, gegen mißbräuchliche Verwerthung zu sichern. Sie verjagen auch für viele Verhältnisse des industriellen Betriebs. Der Werth eines Erzeugnisses bestimmt sich sehr häufig durch gewisse, ihrer Natur nach weder zum Erfindungs- noch zum Gebrauchsmuster-Schutz berechnete Besonderheiten des Herstellungsverfahrens, beispielsweise durch die Art der Mischung verschiedener Ingredienzien, durch die Wahl gewisser Temperaturgrade und durch die Zeitdauer ihrer Einwirkung. Je größerer Aufwand an Mühe und Kosten die Auffindung solcher Eigenthümlichkeiten bedingt, um so höher pflegt ihr Werth, um so empfindlicher der Verlust zu sein, den die unbefugte Mittheilung an Konkurrenten verursacht. Dabei treffen die Gründe, welche bei Erfindungen zc. für Offenlegung sprechen, hier nicht oder wenigstens nicht immer zu; denn Besonderheiten jener Art werden bei aller Bedeutung, die sie für einzelne Betriebe haben können, doch meist nicht geeignet sein, auf die Entwicklung des Gewerbestandes im Allgemeinen fördernd einzuwirken.

Die Angestellten endlich haben in ihren berechtigten Interessen eine Schädigung nicht zu befürchten. Sie können und sollen durch Bestimmungen, welche gewisse als Geheimniß zu betrachtende Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten eines geschäftlichen oder industriellen Betriebs an die Schweigepflicht binden, im Uebrigen nicht gehindert

werden, die in einer Dienststellung gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse zu ihrem späteren Fortkommen nützlichbringend zu verwenden.

Die Nothwendigkeit solcher Bestimmungen ist namentlich im Bereich einzelner Industriezweige während des letzten Jahrzehnts immer schärfer hervorgetreten. In der öffentlichen Erörterung der gegen den unlauteren Wettbewerb zu richtenden Maßnahmen nehmen die Fälle gröblichen Vertrauensbruchs in Bezug auf Betriebsgeheimnisse einen breiten Raum ein, und wenn es nach einer Mittheilung von beachtenswerther Seite so weit gekommen ist, daß der Verrath und die unbefugte Ausbeutung fremder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse an einzelnen Stellen geradezu die Form einer geschäftlichen Organisation angenommen hat, so wird der Gesetzgeber, welcher das redliche Gewerbe gegen die Uebervortheilung durch unlauteres Gebahren soweit als möglich sichern will, an solchen Erscheinungen nicht unthätig vorübergehen dürfen.

In diesem Sinne haben auch die zur Berathung des Gegenstandes zusammenberufenen Sachverständigen sich geäußert. Die Versammlung hat das Bedürfniß eines gesetzlichen Schutzes gegen den Verrath von Betriebsgeheimnissen einstimmig anerkannt, während in Ansehung der Geschäftsgeheimnisse eine Minderheit an den oben bezeichneten Bedenken glaubte festhalten zu sollen. Wenn dabei jedoch u. A. die Behauptung aufgestellt worden ist, daß der Großkaufmann Geschäftsgeheimnisse überhaupt nicht habe, und daß der kleinere Kaufmann das, was er als geheim betrachte, schützen könne, indem er es der Einsicht seiner Angestellten entziehe, so entspricht dies nicht den thatsächlichen Wahrnehmungen. Letztere weisen darauf hin, daß im Kaufmannsstand in nicht geringerem Maß als in industriellen Kreisen das Bedürfniß empfunden wird, durch gesetzliche Vorschriften gegen den jetzt häufig vorkommenden Verrath geschäftlicher Interna, namentlich der Kundenlisten, gesichert zu werden. Nun ist allerdings gerade in Ansehung der Kundenlisten die Möglichkeit eines wirksamen Schutzes bezweifel worden; man hat geltend gemacht, daß beispielsweise dem in eine neue Stellung übertretenden Geschäftsreisenden die Verwerthung der in dem früheren Dienstverhältnis angeknüpften Beziehungen zu Kunden nicht verdrängt werden dürfe. Dies wird jedoch auch nicht beabsichtigt. Der Entwurf spricht von Geschäftsgeheimnissen, die einem Angestellten zc. vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich gemacht worden sind. Als ein Geschäftsgeheimniß solcher Art kann die Kenntniß der Kunden, die ein Geschäftsreisender durch seine eigene Thätigkeit für das Geschäft seines Prinzipals gewinnt, nicht angesehen werden. Mit diesen Kunden nach Errichtung eines eigenen Geschäfts in Verbindung zu treten, bleibt ihm nach der Fassung des Entwurfs unbenommen. Anders liegt der Fall desjenigen, welcher sich die Liste der anderweitigen Kundschaft seines Prinzipals verschafft, um sie an Konkurrenten mitzutheilen, oder in einer neuen Dienststellung selbst zu verwerthen. Hier liegt ein schwerer Vertrauensbruch vor, der eine Sühne erfordert, nach dem geltenden Recht aber nur beim Vorhandensein gewisser, an sich unbedeutender Nebenumstände verfolgt werden kann, beispielsweise dann, wenn mit der Liste das Material, auf dem sie verzeichnet steht, dem Prinzipal entwendet worden ist.

Eine Aussonderung der Geschäftsgeheimnisse würde aber, wie sie innerlich nicht berechtigt wäre, auch praktisch undurchführbar sein, weil für manche Berufszweige die Grenzlinie zwischen der auf die Herstellung und der auf den Vertrieb von Waaren gerichteten Thätigkeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann.

Der Entwurf will daher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse in gleicher Weise schützen. Eine Definition des Begriffes „Geheimniß“ ist vermieden. Derselbe ist dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens, wie auch der Strafrechtspflege ohnehin geläufig, und es erscheint nicht rathsam, hier durch eine Festlegung der Begriffsmerkmale

der richterlichen Würdigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles Schranken zu ziehen. Daß eine Verantwortlichkeit nur dann eintreten kann, wenn dem Mittheilenden diejenigen tatsächlichen Umstände bekannt waren, in denen die Merkmale „eines Geheimnisses“ gefunden werden, folgt aus allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen (vergl. § 59 des Strafgesetzbuchs). Die Wahrung von Geheimnissen soll nur solchen Personen obliegen, welche mit der Eingehung des Dienstverhältnisses eine persönliche Treupflicht stillschweigend übernommen haben — ein Gesichtspunkt, der auch den Vorschriften des § 266 des Strafgesetzbuchs über die Untreue von Vormündern, Bevollmächtigten etc. sowie den oben bereits erwähnten Vorschriften des § 300 des Strafgesetzbuchs zu Grunde liegt. Für sonstige vertragsmäßige Beziehungen trifft dieser Gesichtspunkt nicht zu; es wird hier dem Geschäfts- oder Betriebsinhaber überlassen bleiben müssen, durch sorgfältige Auswahl derjenigen Personen, mit denen er ein Vertragsverhältnis eingeht, sich vor Indiskretionen zu schützen. Auch der Fall des Eindringens fremder Personen in die Geschäfts- oder Betriebsräume zum Zweck der Spionage ist unberücksichtigt geblieben, weil er gesetzlich schwer zu formulieren ist, in dieser Beziehung auch das Bedürfnis eines besonderen gesetzlichen Schutzes sich bisher nicht mit Dringlichkeit geltend gemacht hat.

Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit beschränkt sich nicht auf die in den Grenzen der Dienstgeschäfte eines Angestellten liegenden Angelegenheiten. Es ist vielmehr in dem persönlichen Charakter des Dienstverhältnisses ebenso wie in dem praktischen Bedürfnis begründet, auch solche Geschäftsgeheimnisse vor Verrath zu schützen, von denen ein Angestellter außerhalb des Bereichs seiner Obliegenheiten etwa durch zufällige Umstände Kenntniß erlangt hat.

Aus denselben Erwägungen ist die Erstreckung der Treupflicht über die Dauer des Dienstverhältnisses hinaus unerlässlich. Dürft der Angestellte sogleich nach seinem Austritt Geheimnisse, von denen er Kenntniß erhalten, beliebig offenbaren oder zu seinem Nutzen verwerten, so würde der angestrebte Schutz versagen und statt dessen ein Anreiz zum baldigen Verlassen der Dienststellungen geschaffen werden. Konventionalstrafen, mit denen man abhelfen zu können glaubt, sind schon wegen der meist vorhandenen Mittellosigkeit der in Betracht kommenden Personen nach Lösung des Dienstverhältnisses erfahrungsmäßig in noch geringerem Grade wirksam, als während der Dauer desselben. Und was den Einwand betrifft, daß Lehrlinge oder andere Personen, welche zur Sammlung von Kenntnissen und Fertigkeiten in ein Geschäft eingetreten sind, an deren Vermittlung zu eigenem Nutzen nicht gehindert werden dürfen, so ist es mit diesem Grundsatz, wie schon oben dargelegt, wohl vereinbar, diejenigen Besonderheiten und Eigentümlichkeiten, die als Geheimnisse eines bestimmten Betr. ebes betrachtet werden müssen, der Schweigepflicht des Geschäftspersonals auch nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst des Betriebes zu unterwerfen.

Diese Pflicht wird jedoch zeitlich zu begrenzen sein. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse pflegen diesen Charakter und damit ihren Vermögenswerth nach einer Reihe von Jahren zu verlieren. Auch sonst nimmt auf dem Gebiete des gewerblichen und geistigen Eigentums mit dem Ablauf einer länger oder kürzer bemessenen Frist der Rechtsschutz sein Ende. Hiernach will der Entwurf die Pflicht zur Wahrung von Geheimnissen auf einen Zeitraum von zwei Jahren, von der Beendigung des Dienstverhältnisses an gerechnet, beschränkt wissen.

Eine weitere Beschränkung ergibt sich aus der gesetzgeberischen Absicht, dem unlauteren Wettbewerb entgegenzutreten; es liegt daher kein Anlaß vor, Indiskretionen zu verhindern, die nicht auf diesem Gebiete liegen.

Mit diesen Vorbehalten muß aber, um dem Verbote volle Wirksamkeit zu sichern, der Mittheilung eines Geheimnisses an einen Konkurrenten jede andere Form der unlauteren geschäftlichen Ausbeutung eines fremden Ge-

heimnisses, namentlich auch dessen Verwerthung zu eigenem Nutzen, gleichgestellt werden.

Die für Zuwiderhandlungen gegen das Verbot vorgehene öffentliche Strafe entspricht derjenigen des § 5 mit der Maßgabe, daß der zulässige Höchstbetrag der Geldstrafe auf 3000 M. (statt auf 1500 M.) festgesetzt werden soll. Daneben wird dem Verletzten ein zivilrechtlicher Anspruch auf Ersatz des ihm zugefügten Schadens einzuräumen sein.

Der § 8 des Entwurfs stellt den erfolglosen Versuch der Anstiftung unter Strafe, um der für das redliche Gewerbe besonders gefährlichen Verleitung zum Vertrauensbruch einen Riegel vorzuschieben. In den Fällen, in denen die Anstiftung tatsächlich zum Verrath führt, trifft nach allgemeinem Rechtsgrundsatz (§ 48 des Strafgesetzbuchs) den Anstifter die gleiche Strafe, wie den Thäter.

Zu § 9.

Die in den §§ 5, 7 und 8 bezeichneten Vergehen verletzen nur die Interessen einzelner Privatpersonen. Von deren Entschließung kann daher die Strafverfolgung abhängig gemacht werden. Wird ein solcher Antrag nicht gestellt, oder wird derselbe zurückgezogen, so deutet dies darauf hin, daß entweder der angerichtete Schaden nicht erheblich ist, oder daß eine Verständigung zwischen den Beteiligten stattgefunden hat. In beiden Fällen liegt zur Einleitung oder zur Fortführung eines Strafverfahrens ein Grund nicht vor. Dagegen werden Ausbreitungen im Reklamewesen (§ 2) der bestimmten Beziehung zu dem Interessentkreise einer Einzelperson in der Regel entbehren; sie kennzeichnen sich vielmehr im Allgemeinen als ein Verstoß gegen die Rechtsordnung und sind daher von Amtswegen zu verfolgen. Gleiches gilt von der Uebertretung der nach § 3 vom Bundesrath erlassenen Anordnungen.

Die Veröffentlichung der Straferkenntnisse wird in den Fällen des § 2 wesentlich dazu beitragen, das durch trügerische Vorpiegelungen irre geführte Publikum aufzuklären und es zu bestimmen, sein Vertrauen dem soliden Geschäftsbetriebe zuzuwenden. In den Fällen des § 5 bildet die Veröffentlichung eine Genugthuung, auf welche der durch unwahre Ausbreitungen in seinem Abfaß Geschädigte berechtigten Anspruch hat.

Die Bestimmungen über die Verhängung einer Buße im Strafverfahren sind den Vorschriften anderer, den Schutz gewerblicher Interessen bezweckenden Gesetze nachgebildet.

Zu § 10.

Nach dem Beispiel anderer Gesetze wird die nöthige Einheitlichkeit in der Anwendung auch des vorliegenden Gesetzes dadurch sicher zu stellen sein, daß für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten die Entscheidung letzter Instanz unter allen Umständen dem Reichsgericht vorbehalten bleibt.

Zu § 11.

Es besteht kein Anlaß, die Rechtsbehelfe, durch welche der Entwurf dem realen Geschäftsbetriebe den Kampf mit dem unlauteren Wettbewerb erleichtern will, ohne Weiteres und unabhängig von dem Nachweise der Gegenseitigkeit auch dem Ausländer zuzugestehen. Je häufiger der Deutsche in seinen geschäftlichen Beziehungen zu dem Auslande Uebervortheilungen sich preisgegeben sieht, um so wichtiger ist es für uns, daß den Reichsangehörigen auch durch die ausländische Gesetzgebung ein Schutz gegen unredliche Machenschaften gewährt wird. Nur in dem Maße, wie dies geschieht, werden wir die im Auslande ansässigen Gewerbetreibenden unter den Schutz des vorliegenden Gesetzes stellen können. Der Ausdruck „Hauptniederlassung“ ist den mit Oesterreich-Ungarn und mit anderen Staaten getroffenen Uebereinkommen über den gegenseitigen Patentschutz etc. entlehnt. Er soll verhüten, daß eine in mehreren fremden Staaten geschäftlich ansässige Person schon dann Ansprüche aus dem Gesetze geltend machen kann, wenn sie in einem Staate, mit

welchem die Gegenseitigkeit verbürgt ist, nur eine Filiale besitzt, während die Hauptniederlassung einem Staate angehört, zu dem eine Beziehung nicht besteht.

Anträge bez. der Konsumvereine.

1. Antrag.

Dr. Hise und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen:

G e s e t z,
betreffend

die Konsumvereine und Konsumanstalten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Das Gesetz vom 1. Mai 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 55) betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird durch folgende Bestimmungen abgeändert:

I. Der § 8 erhält als Absatz 5 folgenden Zusatz:

Den Konsumvereinen ist die Ausgabe von Marken oder sonstigen Werthezeichen oder von nicht auf den Namen lautenden Zahlungsversprechen oder Zahlungsanweisungen, gegen welche Waaren bezogen werden können, untersagt.

II. Hinter § 45 wird folgende Strafbestimmung eingefügt:

§ 145a.

Wegen Uebertretung der für den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine (§ 1 Ziffer 5) geltenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft:

1. Personen, welche in Konsumvereinen mit dem Verkauf der Waaren beauftragt sind, wenn sie der Vorschrift des § 8 Absatz 4 zuwider Waaren an Nichtmitglieder verkaufen;
2. wer die Legitimation eines Mitgliedes (§ 8 Absatz 4) Nichtmitgliedern zu dem Zweck überläßt, um denselben den unbefugten Bezug von Waaren aus dem Konsumverein zu ermöglichen; ebenso wer unter unbefugter Benutzung der Legitimation Waaren aus dem Konsumverein bezieht;
3. wer gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig Waaren, welche er aus einem Konsumverein bezogen hat, an Nichtmitglieder gegen Entgelt abgibt.

III. In § 152 erhält der erste Satz folgende Fassung:

Die Mitglieder des Vorstandes sind von dem Gericht (§ 10) zur Befolgung der in § 8 Absatz 2, 4 und 5, § 14, § 16 Absatz 3, §§ 28, 30, § 59 Absatz 2, § 61, § 76 Absatz 2, § 77 Absatz 2, § 127 Absatz 2, § 137 Absatz 3 enthaltenen Vorschriften durch Ordnungsstrafen im Betrag von 20 bis 600 Mk. anzuhalten.

Artikel 2.

Der § 33 der Reichs-Gewerbeordnung erhält als Absatz 5 folgenden Zusatz:

Die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft, sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus finden auf Konsumvereine auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Artikel 3.

Die Konsumvereine sind den Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868, sowie den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1879 betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, auch dann unterworfen, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb auf Vereinsmitglieder beschränken.

Artikel 4.

Die Bestimmungen in dem Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889, § 8 Absatz 4 und 5, § 145 a und die auf § 8 Absatz 4 und 5 bezügliche Vorschrift des § 152, sowie die Bestimmungen im Artikel 2 und 3 dieses Gesetzes finden sinngemäße Anwendung auf solche Aktiengesellschaften und Personenvereinigungen jeder Art, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder durch gemeinsamen Bezug von Verbrauchsgegenständen bezwecken, sowie auf Konsumanstalten, welche von Arbeitgebern für ihre Arbeiter und Bediensteten betrieben werden.

Urkundlich etc.

Gegeben etc.

Berlin, den 5. Dezember 1894.

Dr. Hise. Richbichler. Dr. Bock (Aachen). Braun. Broekmann. Freiherr v. Buol. Euler. Fuchs. Graf v. Galen. Gröber (Würtemberg). Dr. Freiherr Heereman von Zuydwyl. Graf v. Hompesch. Horn. Hubrich. Kefler. Klose. Krebs. Lehmeier. Lehner. Petzsch. Dr. Pieber (Montabaur). Dr. Ringens. Marbe. Dr. Marcour. Rehner (Neustadt). Goetz v. Dlenhausen. Dr. Richter. Reichert. Reindl. Rembold. Dr. Rintelen. Roeren. Dr. Schaebler. Schmidt (Warburg). Schöpf. Spahn. Steining. Dr. Stephan (Weuthen). Strzoda. Freiherr v. Wangenheim. Wattendorff. Weber (Bayern). Wellstein. Zott.

2. Antrag.

Dr. Hamacher. Dr. Dsann. Dr. Paasche. Dr. Enneccerus. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

G e s e t z,
betreffend

die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 (Reichs-Gesetzblatt Seite 55), sowie den Geschäftsbetrieb der Konsumanstalten überhaupt.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, wie folgt:

Artikel 1.

Der § 8 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889, erhält als Absatz 5, 6 und 7 folgende Zusätze:

Absatz 5.

„Die Mitglieder des Vorstandes von Konsumvereinen sind verpflichtet, ihren Verkäufern die Namen der Mitglieder der betreffenden Vereine mitzutheilen und ihnen geeignete Vorschriften über die Prüfung der Legitimation der Mitglieder oder deren Vertreter bei dem Einkauf von Waaren zu geben.“

Absatz 6.

„Die Mitglieder von Konsumvereinen dürfen von diesen entnommene Waaren nicht gegen Entgelt an Nichtmitglieder abgeben.“

Abſatz 7.

„Konsumvereine unterliegen den Bestimmungen des § 33 der Reichsgewerbeordnung über den Betrieb der Gaſt- und Schankwirthſchaft ſowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus auch dann, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beſchränkt iſt.“

Artikel 2.

Hinter § 145 des Geſetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthſchaftsgenoffenſchaften, ſind folgende Paragraphen einzuftehlen:

§ 145 a.

Die Mitglieder des Vorſtandes von Konſumvereinen, welche den ihnen nach § 8 Abſatz 5 zuſtehenden Verpflichtungen nicht nachkommen und nach wiederholter Aufforderung die dort geforderten Vorſchriften nicht erlaſſen, können dazu von dem zuſtändigen Gerichte durch Ordnungsſtrafen von 20 bis 600 Mk. angehalten werden.

§ 145 b.

Perſonen, welche in Konſumvereinen mit dem Verkauf von Waaren beauftragt ſind, werden, wenn ſie der Vorſchrift des § 8 Abſatz 4 zuwider Waaren ohne Berücksichtigung der Vorſchriften des Vorſtandes an andere als an Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen, mit Geldſtrafe bis zu 150 Mk. beſtraft.

Derſelben Strafe verfallen Mitglieder von Konſumvereinen, welche entgegen den Beſtimmungen des § 8 Abſatz 6 an Nichtmitglieder gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig Waaren, die ſie aus den Konſumvereinen bezogen haben, gegen Entgelt abgeben.

Artikel 3.

Alle Konſumaniſtallen, welche von Unternehmern zum Vortheile der von ihnen beſchäftigten Arbeiter und Beamten ins Leben gerufen ſind, ſowie alle Korporationen, deren eigentlicher Geſchäftszweck es iſt, ihren Mitgliedern in dem Bezug von Waaren des Gebrauchs und des Verbrauchs wirthſchaftliche Vortheile zu verſchaffen, dürfen ebenſo wie die Konſumvereine, die auf Grund des Geſetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthſchaftsgenoffenſchaften, errichtet ſind, im regelmäßigen Geſchäftsverkehr Waaren nur an ſolche Perſonen verkaufen, welche Mitglieder ſind, bezw. dem Kreiſe derer angehören, für welche die obigen Einrichtungen beſtimmt ſind.

Artikel 4.

Die Beſtimmungen und Vorſchriften des § 8 Abſatz 5, 6 und 7 und der §§ 145 a und 145 b des Geſetzes finden auf die Eigenthümer, Vorſtände, Verkäufer und Mitglieder der in dem Artikel III dieſes Geſetzes erwähnten Konſumaniſtallen ſinngemäße Anwendung.

Berlin, den 5. Dezember 1894.

Dr. Hammacher. Dr. Djann. Dr. Paajch.
Dr. Enneccerus.

Unterſtüzt durch:

Abt. Baſſermann. Bayerlein. Dr. v. Bennigſen.
Dr. Blantenhorn. Dr. Böttcher. Bolz. Brund.
Dr. Bürklin. Dr. v. Cunn. Drezler. Fedderſen. Fink.
Frank (Baden). Dr. Friedberg. Hofmann (Dillenburg).
Kraemer. Dr. Kuſe. Dr. v. Marquardſen. Möller
(Dortmund). Münch-Serber. Dr. Pieſchel. Rimpau.
Rothbarth. Schulze-Henne. Walter. Wamhoff. Weber
(Heidelberg). Wiſſke.

3. Antrag.

Dr. König. Zimmermann und Genoffen. Der Reichstag wolle beſchließen:

die verbündeten Regierungen zu erſuchen, einen Geſekentwurf vorzulegen, wonach ſtaatlichen Betrieben die Gründung von Konſumvereinen bezw. Verkaufsgenoffenſchaften verboten wird und die ſchon beſtehenden bezüglich Konſumvereine bezw. Verkaufsgenoffenſchaften ſolcher Betriebe aufgehoben werden.

Berlin, den 5. Dezember 1894.

Dr. König. Zimmermann. Bindewald. Dr. Böckel.
Dr. Förſter (Neuſtettin). Gräfe. Hänichen. Dr. Hahn.
Klemm (Dresden). Köhler. Lieber (Weißen). Liebermann v. Sonnenberg. Loſe. v. Werder. Schorbus. Werner.

Aus der Geſchäftsthätigkeit der Handelskammer.

Fernſprech-Verbindung Braunschweig-Hamburg.

Auf die ſeitens der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig an die Kaiſerliche Oberpoſtdirektion hierjelbt gerichtete Vorſtellung vom 21. September v. J. iſt der nachfolgende Beſcheid eingegangen:

Der Handelskammer theile ich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 21. September v. J. O. 8255 ergebenſt mit, daß Se. Excellenz der Herr Staatsſekretär des Reichs-Postamts für das Etatsjahr 1895/96, ſofern die erforderlichen Mittel auf verfaſſungsmäßigem Wege bewilligt werden, die Vermehrung der Fernſprechverbindungen zwiſchen Braunschweig und Hannover in Ausſicht genommen hat. Nach der Fertigſtellung der neuen Leitung werden die Theilnehmer an der hieſigen Stadt-Fernſprech-Einrichtung zum Sprechverkehr mit Hamburg zugelaſſen werden. — Den Zeitpunkt, zu welchem der Verkehr mit Hamburg eröffnet wird, werde ich ſeiner Zeit zur Kenntniß der hieſigen Theilnehmer bringen.

Der Kaiſerliche Ober-Postdirektor
Graefe.

Zollbeſchwerden bei der Ausfuhr nach Rußland.

Seitens des Kaiſerlichen Konſulats in St. Petersburg iſt aus Anlaß eines Spezialfalles auf die Thatſache hingewieſen worden, daß faſt der vierte Theil der biſher bei dem Kaiſerlichen Konſulate eingegangenen Zollbeſchwerden die Niederſchlagung von Strafen zum Gegenſtande habe, welche wegen angeblicher Verſehen in den Gewichts- oder ähnlichen Angaben von den ruſſiſchen Zollämtern verhängt worden ſeien.

Es erſcheint deßhalb angezeigt, die dieſſeitigen Interessenten darauf aufmerkſam zu machen, welche Genauigkeit in fraglicher Hinſicht bei der Waaren-Einfuhr nach Rußland geboten iſt, um ſich nicht der Gefahr hoher Zollſtrafen auszuſetzen. Die etwaigen Interessenten können auf dem Bureau der Handelskammer die dieſſeitigen Beſtimmungen einſehen.

**Frachtermäßigungen für Rohzuckerſendungen
nach Italien.**

Nach einer der hieſigen Handelskammer zugegangenen Mittheilung der Königl. Eiſenbahn-Direktion Magdeburg ſind die biſher für Rohzuckerſendungen nach Italien auf den italieniſchen Strecken gewährten Frachtermäßigungen mit dem 15. November v. J. außer Kraft getreten. Die Wiedereinführung der Bergünftigung wird jedoch angeſtrebt.

Entscheidung betr. die Errichtung einer Eisenbahn-Direktion in Braunschweig.

Der Königlich Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr in der schwebenden Angelegenheit bez. der per 1. April d. J. bevorstehenden Neuorganisation der Preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung an das hiesige Herzogliche Staats-Ministerium die nachfolgende Mittheilung gelangen lassen:

„Nachdem die Frage, wie bei der zum 1. April d. J. bevorstehenden Neuordnung der Preussischen Staatseisenbahnverwaltung den besonderen Wünschen und Interessen Braunschweigs im Rahmen der beschlossenen Reform Rechnung getragen werden könnte, zwischen beiderseitigen Kommissaren eingehend erörtert worden, beehre ich mich, dem Herzoglichen Staatsministerium Folgendes ergebenst mitzutheilen:

Wie bereits von meinem Kommissar in der Verhandlung vom 12. November v. J. hervorgehoben, ist es zu meinem Bedauern nicht angänglich gewesen, Braunschweig zum Sitz einer Eisenbahn-Direktion in Aussicht zu nehmen oder an Stelle des am 1. April d. J. mit sämtlichen übrigen Betriebsämtern der Preussischen Staatseisenbahnverwaltung zur Auflösung gelangenden Betriebsamtes in Braunschweig eine Preussische Eisenbahnbehörde dafelbst zu belassen. Andererseits lege ich auf die Erhaltung und Befestigung der bisherigen guten Beziehungen der mir unterstellten Eisenbahnverwaltung zu den Vertretern der dortigen Regierung und zu den Handels- und Verkehrsinteressenten Braunschweigs einen zu großen Werth, als daß ich nicht — ohne Anerkennung einer förmlichen Verpflichtung — gern bereit sein sollte, die neuen Verwaltungseinrichtungen soweit als möglich den dortigen Wünschen anzupassen.

Es soll daher auch der Vorstand der in Braunschweig zu errichtenden Eisenbahn-Verkehrsinspektion in der Regel aus der Zahl der höheren Beamten entnommen, und zugleich darauf Bedacht genommen werden, daß in der Besetzung dieses und des Vorstandes der in Braunschweig einzuführenden Eisenbahn-Betriebs-Inspektion (Braunschweig-Helmstedt) ein öfterer Wechsel thunlichst vermieden wird. Ferner sollen die Vorstände der vorbezeichneten Inspektion in Braunschweig für den geschäftlichen Verkehr mit dem Publikum ausdrücklich zu Kommissaren der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg bestellt und als solche berechtigt und verpflichtet werden, diejenigen nicht schon zu ihrer eigenen Zuständigkeit gehörenden Angelegenheiten, welche die Braunschweigischen Eisenbahn-Betriebs- und Verkehrsinteressen betreffen, in den hierzu geeigneten Fällen in den Sitzungen der vorgeordneten Eisenbahndirektion persönlich vorzutragen und zu vertreten.

Dem dortseitigen Wunsche entsprechend wird ferner, wenn auch eine dauernde Verpflichtung in dieser Beziehung nicht übernommen werden kann, der Preussische Eisenbahnfiskus auch nach Einführung der neuen Organisation in demselben Umfange wie bisher bei den Braunschweigischen Gerichten Recht nehmen und binnenhalb auf die Einrede der Unzuständigkeit in denjenigen Fällen verzichten, in denen diese Einrede nach den gesetzlichen Bestimmungen an sich zulässig wäre. Ich habe die Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg hiernach mit Anweisung versehen und zugleich bestimmt, daß die gedachten Vorstände der in Braunschweig einzurichtenden Preussischen Eisenbahninspektionen auch als zustellungsbevollmächtigt im Sinne der mit der dortigen Regierung abgeschlossenen Eisenbahn-Staatsverträge anzusehen sind.

Ich hoffe, daß die beschlossene Reform, die nicht nur eine größere Wirtschaftlichkeit, sondern vornehmlich auch im Interesse des Publikums eine größere Beweglichkeit der Verwaltung bezweckt, in Verbindung mit den vorstehenden besonderen Einrichtungen für

Braunschweig, weit davon entfernt, eine Verschlechterung der bestehenden Zustände, vielmehr eine wesentliche Verbesserung in der Pflege der Verkehrsbeziehungen von Braunschweig herbeiführen wird.

Sollte sich demnächst ergeben, daß zur Erreichung des vorgezeichneten, nicht aus dem Auge zu lassenden Zwecks Abänderungen oder Ergänzungen der getroffenen Anordnungen nothwendig oder erwünscht erscheinen, so erkläre ich mich schon jetzt gern bereit, in Gemeinschaft mit dem Herzoglichen Staatsministerium zu erörtern, wie im Rahmen der neu geordneten Verwaltung zweckmäßiger Weise Abhilfe geschaffen werden könnte.

Der Königlich Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten.
gez. Thielen.“

Handelsvertrag mit Argentinien.

Von den Abgeordneten Freiherrn Heyl zu Herrnsheim und Genossen ist im Reichstage der Antrag eingebracht worden:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Argentinischen Republik vom 19. September 1857 auf Grund des Artikels 14 dieses Vertrages zu kündigen.

Dieser Vertrag, welcher seiner Zeit zwischen dem Zollverein und der Argentinischen Konföderation abgeschlossen wurde, ist im Wesentlichen ein Meistbegünstigungsvertrag und hat deshalb keinen der vertragsschließenden Theile an der Aenderung seines Zolltarifs gehindert. Von dieser Berechtigung hat auch Argentinien durch wiederholte Erhöhung seiner industriellen Einfuhrzölle ausgiebigen Gebrauch gemacht, während die Ausfuhr argentinischer Rohprodukte nach Deutschland unter der Gunst der Verhältnisse wesentlich gewachsen ist. Namentlich die Einfuhr argentinischen Getreides in Deutschland hat in den letzten Jahren eine große Bedeutung erlangt. Bis zum Jahre 1889 erschien dieses Getreide kaum auf dem Weltmarkt. Die Verhältnisse der nächsten Jahre, in denen Deutschland stärker exportirte, brachten uns aber große Zufuhren. Im Jahre 1890 betrug die Einfuhr 318 000 Doppelzentner = 4 000 000 Mk., 1893 1736 000 Doppelzentner = 22 000 000 Mk. und in den ersten zehn Monaten 1894 an Weizen allein 2 900 000 Doppelzentner.

Unter diesen Umständen hat der Wunsch, zu einem Tarifvertrage zu gelangen, welcher unserem Ausfuhrhandel und unserer Industrie einen verbesserten Abzug in das Gebiet der argentinischen Republik sichert, eine gewisse Berechtigung, es ist aber dabei sorgsam zu prüfen, ob die Verhältnisse dazu angethan sind, dieses Ziel zu erreichen und ob nicht eine Kündigung des jetzt bestehenden Vertrages, ohne die Sicherheit, etwas Besseres zu erlangen, Gefahren für unseren Export in sich birgt, die bei den bedeutenden Beziehungen, welche zwischen den beiden Ländern bestehen, nicht zu unterschätzen sind.

Der Deutsche Reichstag hat nun an seine Mitglieder, so auch an die hiesige Handelskammer das Ersuchen gerichtet, Auskunft zu geben über die Produktionszweige, welche für die Ausfuhr nach Argentinien arbeiten, sowie über den Werth dieser Produktion; über die Wege, welche die Ausfuhr nach Argentinien nimmt und über die etwaigen Wünsche betreffs eines neuen Handelsvertrages, welche seitens der diesseitigen Interessenten gekehrt werden.

Frachtermäßigungen für Rohzuckerendungen nach der Schweiz.

Nach einer der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig seitens der Königl. Eisenbahn-Direktion Magdeburg zugegangenen Benachrichtigung ist am 20. Dezember v. J. für die Ausfuhr von Rohzucker aus

Deutschland nach der Schweiz ein Ausnahmetarif für diesen Artikel in Wagenladungen von 10000 kg mit Kraftfäßen für Basel, Station der Reichseisenbahnen in Elßaß-Lothringen und Altmünsterol trans. zur Einführung gelangt, durch welchen erhebliche Ermäßigungen der jetzt bestehenden Frachten herbeigeführt werden. Von den Stationen des diesseitigen Bezirkes sind alle diejenigen in den Ausnahmetarif einbezogen worden, bei denen sich Zuckerfabriken befinden.

Lieferung für Proviantämter.

Nach einer in Nr. 231 des „Reichs- und Staatsanzeigers“ vom 1. Oktober 1894 veröffentlichten Kundgebung müssen die Proviantämter Verpflegungsmittel, welche im Inlande erzeugt werden, soweit irgend möglich, von Produzenten kaufen. Ankäufe aus zweiter Hand sind nur zulässig, wenn die rechtzeitige Bedarfsdeckung auf jenem Wege ohne Vertheuerung des Naturalis und ohne sonstige wirtschaftliche Nachteile nicht durchführbar ist. Auf die genaue Beachtung dieser Vorschriften wird seitens der vorgesetzten Behörden durch strenge Ahndung von Zuwiderhandlungen unausgesetzt nachdrücklich hingewirkt, und die Folge wird sein, daß die Getreidehändler selten oder nie veranlaßt werden, mit Anerbietungen hervorzutreten. Die Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, welche die vorstehende Angelegenheit auch der hiesigen Handelskammer unterbreitet hat, kann dieses ebenjowenig mit den Interessen der Steuerzahler, als mit denen der Kaufmannschaft in Einklang bringen, vielmehr sei durch das jetzige Verhältniß offenbar die Landwirthschaft stark bevorzugt. Die Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg ist der Ansicht, daß allen berechtigten Interessen mit voller Gleichmäßigkeit entsprochen werden würde, wenn die Proviantämter auf dem Wege öffentlicher Ausschreibung Lieferungsanerbietungen einforderten oder freihändig da kauften, wo sie am besten und billigsten bedient werden. Die Kammer hat in einem an die übrigen Handelskammern gerichteten Rundschreiben das Ersuchen gestellt, es möchten ihre diesbezüglichen Anträge auch an anderen Orten Unterstützung finden.

Schnellpostverkehr mit London.

Die Handelskammer zu London lenkt die Aufmerksamkeit auf die Thatfache, daß die über Bilsingen und Queensborough geleitete Morgenpost aus Norddeutschland erst um 8 Uhr 55 Minuten und oft sogar noch mit Verspätungen daselbst eintreffe, so daß die Geschäftswelt nicht im Stande sei, noch Vormittags und bevor sie in der Mittagszeit behufs Besorgung anderweitiger Geschäfte ihre Kontors verlasse, die eingehenden Briefschaften zu erledigen. Diese Erledigung finde daher regelmäßig erst in den Nachmittagsstunden statt und verursache in Folge der Verspätung viele Unbequemlichkeiten und sogar Verluste.

Die Londoner Handelskammer glaubt, daß der Postverkehr zwischen Norddeutschland und England durch Benutzung der neuen, mit schnellen Dampfern betriebenen Linie Hoek van Holland-Harwich wesentlich beschleunigt werden könnte, wenn die preussische Eisenbahnverwaltung einen neuen Schnellzug auf der Strecke Löhne-Rheine (eine Entfernung von 94 km) einlegen wollte. Die holländische Eisenbahngesellschaft, welche Eigenthümerin der Linie Hoek van Holland ist, soll sich bereit erklärt haben, Schnellzüge zwischen diesem Punkte und Rheine einzurichten, und in Löhne würde der in Vorschlag gebrachte neue Zug mit bereits bestehenden Schnellzügen der Linie Berlin-Köln zusammentreffen, so daß eine durchgehende Verbindung mit Berlin, Dresden und anderen Städten und sogar mit Wien hergestellt wäre.

An die hiesige Handelskammer ist nun seitens des Deutschen Handelstages das Ersuchen gerichtet, sich über die Zweckmäßigkeit bezw. Nothwendigkeit des vorstehenden Vorschlages auszusprechen.

Ausstellung in Amsterdam.

Nach einer der hiesigen Handelskammer zugegangenen Mittheilung findet unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Königin-Wittve, Regentin der Niederlande, in der Zeit vom 3. Mai bis 1. November 1895 in Amsterdam eine internationale Ausstellung statt, auf der Alles vertreten sein soll, was sich auf das Hotel- und Reisewesen im weitesten Sinne des Wortes bezieht.

Kleine Mittheilungen.

Zahlungseinstellung der Firma Badetti freres in Adrianopel. Der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist eine Notiz zugegangen, wonach die unter italienischem Schutze stehende Kommissionsfirma Badetti freres in Adrianopel vor einiger Zeit ihre Zahlungen eingestellt habe, ohne daß bisher der Konkurs eröffnet worden sei. Der Firmeninhaber, Namens Andreas Badetti, bekleidet trotzdem noch immer den Posten eines königlich italienischen Konsularagenten in Adrianopel. Alle an die Firma vor der Zahlungseinstellung gelangten Waaren sind bei der Ottoman-Bank verpfändet. Etwaige Rechtsansprüche gegen Badetti freres sind bei dem königlich italienischen General-Konsulat in Konstantinopel geltend zu machen.

Deutsch-nordische Handels- und Industrie-Ausstellung in Lübeck. Nach einer der hiesigen Handelskammer zugegangenen Mittheilung der Handelskammer zu Lübeck soll in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1895 in Lübeck eine deutsch-nordische Handels- und Industrie-Ausstellung stattfinden.

Der vom Lübeckischen Staate, der Kaufmannschaft, Korporationen und Privatpersonen gezeichnete Garantiefond beträgt über 400000 Mk.

Die näheren Bestimmungen über die betr. Ausstellung sind der hiesigen Handelskammer gleichzeitig zugegangen und können auf deren Bureau eingesehen werden.

Bibliothek-Eingänge.

1. **Wilh. Bendermacher**, Stadtssekretär. Die Berechnung der Gemeindecinkommensteuer in den Provinzen des Preussischen Staates. Köln 1894.

2. **Mittheilungen des Gastpflicht-Schutzverbandes Deutscher Industrieller.** (Herausgegeben vom Verbands-Vorstande; redigirt von Prof. Dr. van der Vorghht-Nachen.) Heft 3, Dezember 1894. Köln a. Rh.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Hndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttlerstr. 50

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Modellschutz.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflügel 8.

Monatschrift
für

Vierteljährlich 1 M.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— M.
Ganze Seite 28 M.

Handel und Industrie

Begründet von Dr. Vosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 3.

Braunschweig, März-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

XXI. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 4. Februar 1895

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungs-Saale der Kammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend: Sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Lemmer-Braunschweig, Dr. Barß-Braunschweig, Saffner-Wolfenbüttel, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus.

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Fiedel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Sodann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

I. Aus dem von Herrn Dr. Stegemann erstatteten Geschäftsberichte ist Folgendes hervorzuheben:

Außer den bereits in der Monatschrift für Handel und Industrie aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer bekannt gegebenen Vorlagen und Erledigungen ist das Nachstehende noch zu erwähnen:

1. Die in der Stadt Braunschweig im Monat November veranstalteten Erhebungen über das kaufmännische Lehrlingswesen sind nunmehr abgeschlossen; es sind darnach an Fragebogen vertheilt: 925, geantwortet haben 920 Firmen, 5 Firmen, und zwar: 1. Franz Böttger, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, 2. M. Brasch, Weiß-, Woll- und Baumwollenwaaren, 3. Aktien-Zuckerfabrik Eichthal, 4. Carl Halle jun. (Inh.: Fr. Lüders) Kurz-, Holz- und Spielwaarenhandlung, haben trotz wiederholter Mahnung nicht eingekandt. Die Firma Ernst Schlegel, Verlagsbuchhandlung und Versandgeschäft hat die bez. Auskunft verweigert. Das

Ergebnis dieser Ermittlungen wird demnächst veröffentlicht werden. Gleichzeitig ist auch die Enquete über die in kaufmännischen Geschäften angestellten weiblichen Personen abgeschlossen und wird demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

2. Bezüglich der Konsumvereinsfrage und der Lage des Kleinhandels fand am 25. Januar d. J. eine vertrauliche Konferenz in Dsnabrück statt, welche von Vertretern der Handelskammern Braunschweig, Goslar, Minden und Dsnabrück, sowie von dem Vorstande des Zentralvereins Deutscher Kaufleute besucht war. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Frage des Hausirhandels und Detailreisens getrennt in einer besonderen kommissarischen Besprechung in Hannover am 5. Februar d. J. zu berathen.
3. Der laut Beschlusses der letzten Plenarversammlung eingesetzte Ausschuss zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ist konstituiert. Der hiernach ins Leben gerufenen Vereinigung zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gehören bis jetzt 158 Mitglieder an. Am 14. Januar d. J. fand eine Generalversammlung statt, in welcher über die bisherige Thätigkeit des Ausschusses Bericht erstattet wurde und auch gleichzeitig der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zur Besprechung gelangte.
4. Die Einsetzung der Sachverständigen-Kommissionen zur Vermeidung von geschäftlichen Differenzstreitigkeiten, welche in der Plenarversammlung vom 22. Oktober 1894 beschlossen wurde, ist von der Handelskammer erfolgt (siehe Monatschrift pro Dezember 1894 und Januar 1895) und sind dieselben bereits verschiedentlich mit Erfolg in Anspruch genommen worden.
5. Seitens des geschäftsführenden Ausschusses wurden die bisherigen Handelsrichter

(Haake und Reidemeister) und die bisherigen Stellvertreter (Gerloff und Holtzschmidt) beim Herzoglichen Staatsministerium in Vorschlag gebracht und bestätigt.

6. Ueber die Wirkungen des Deutsch-Russischen Handelsvertrages sind Erhebungen angestellt, welche ergeben haben, daß die Ausfuhr aus dem Herzogthum seit dem Abschlusse des Vertrages zugenommen hat.
7. Ueber die Hanftaschen-Fabrikation in den Wolfenbüttler Gefangenen-Anstalten, welche den Handelskammern Hildesheim und Hannover zu wiederholtem Schriftwechsel Veranlassung gegeben hatte, wurde eine Besprechung an Ort und Stelle in Wolfenbüttel vereinbart, aber in letzter Stunde die Theilnahme von der Handelskammer Hannover abgesagt, während die Handelskammer Hannover keinen offiziellen Vertreter der Kammer, sondern nur den theiligten Fabrikanten selbst angemeldet hatte. Unter diesen Umständen mußte die Besprechung abgelehnt werden.
8. Die Handelskammer Lützencheid hat in einem an die deutschen Handelskammern gerichteten Schreiben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß in den von uns verstandenen „Typischen Fällen“ der Geschäftsbetrieb der Konsumvereine als solcher angegriffen sei. Da eine Verhandlung über die Konsumvereins-Frage seiner Zeit noch nicht stattgefunden hatte, so haben wir den deutschen Handelskammern hiervon und von der irrthümlichen Auffassung der Handelskammer Lützencheid Mittheilung gemacht.
9. Der hiesigen Handelsschule ist auf Antrag ein Beitrag von 157.32 Mk. bewilligt.
10. Der Kaufmann Paul Suchel und der Bücherrevisor Oscar Ehlers sind als Bücherrevisoren angestellt und bei dem Herzoglichen Amtsgerichte die Vereidigung derselben beantragt.
11. Beim Königlich Preussischen Kriegsministerium ist sodann Beschwerde darüber geführt, daß seitens des XV. Armeekorps Nähmaschinen, welche im Auslande hergestellt sind, bezogen wurden. — Das Kriegsministerium hat jetzt erwidert, daß allerdings ein derartiger Vertrag vereinbart, daß derselbe aber sofort aufgehoben sei, übrigens habe es sich bisher nur um eine Maschine gehandelt.
12. Der Haushaltsplan der Getreidebörse pro 1895 wurde in der vorgeschlagenen Höhe genehmigt.
13. Das Projekt des Braunschweiger Stichkanals (siehe Nr. 1 der Monatschrift

von 1895) des Regierungs- und Bauraths Messerschmidt hat der Kammer vorgelegen. Beim Herzoglichen Staatsministerium ist seitens des Kanal-Vereins der Antrag gestellt, eine mündliche Verhandlung zwischen den theiligten Behörden und Interessentengruppen zu veranlassen.

II. Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1895/96.

Referent: Herr Leo.

Referent berichtet über den gegenwärtigen Stand der Einnahmen und Ausgaben und beantragt, für das Rechnungsjahr 1895/96 11 Prozent der Gewerbesteuer-Summe, als Beitrag zu den Kosten der Handelskammer, zur Erhebung zu bringen.

Die vom geschäftsführenden Ausschusse in Antrag gebrachten Gehalts erhöhungen wurden genehmigt.

Der Haushaltsplan pro 1. April 1895/96 wird, wie aus der Tabelle auf Seite 29 ersichtlich, festgestellt.

III. Wahl von Delegirten für die Plenar-sitzung des Deutschen Handelstages.

Für die Plenarsitzung des Deutschen Handelstages, welche für den 22. und 23. Februar d. J. nach Berlin berufen ist, sind als Abgeordnete gewählt die Herren:

1. Kommerzienrath Fiedel, Vorsitzender der Handelskammer;
2. Dr. Herm. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer;
3. Dr. Stegemann, Syndikus der Handelskammer.

IV. Erhöhung des Zuschusses für den Deutschen Handelstag.

Referent: Der Syndikus Dr. Stegemann.

Die Kammer beschließt, die endgültige Beschlusfassung zu vertagen.

V. Bericht über den Stand der Fortbildungsschulfrage in den einzelnen Städten des Herzogthums.

Referent: Herr Dr. Schmidt.

Der Berichterstatter, Herr Dr. Schmidt, giebt der Versammlung einen Ueberblick über den Stand der Angelegenheit. Er führt in eingehender Darlegung aus, welche Grundsätze die Unterlage der Verhandlungen mit der Kaufmannschaft der einzelnen Städte gebildet hätten und spricht seine besondere Befriedigung darüber aus, daß die Kammer allenthalben einem wohlwollenden Verständniß und Pflichtgefühl der Kaufmannschaft begegnet sei. Persönliche Ber-

Einnahme			M.	ℒ	Ausgabe			M.	ℒ
1	11 Prozent der Gewerbesteuer-Summe	22500	—	1	Jahresbericht	1200	—		
				2	Reisekosten	2000	—		
				3	Beiträge	1600	—		
				4	Miethe	800	—		
				5	Bureaukosten	2000	—		
				6	Monatsschrift f. Handel u. Industrie	400	—		
				7	Bücher und Zeitschriften	800	—		
				8	Drucksachen und Ankündigungen	500	—		
				9	Gehälter	13200	—		
	Summa der Einnahme	22500	—		Summa der Ausgabe	22500	—		

handlungen mit der Kaufmannschaft bezw. auch der Vertretung des Magistrats hätten stattgefunden in den Städten Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöningen, Königsutter, Holzminden, Gandersheim, Blankenburg, Seesen. In allen diesen Städten habe sich die Kaufmannschaft bereit erklärt, die Errichtung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen zu betreiben. Namentlich sei auch an diejenigen Plätzen, an denen bereits Anstalten ohne Schulzwang bestanden oder bestanden hätten, die Einführung eines Schulzwanges im Interesse einer geordneten Fortbildung des kaufmännischen Nachwuchses als unerlässlich bezeichnet worden, da nicht nur dem Lehrlinge, sondern namentlich auch einigen Lehrherren gegenüber ohne Zwang ein regelmäßiger Schulbesuch gar nicht zu ermöglichen sei. Man müsse eben damit rechnen, daß es in jeder Stadt immer ein paar Kaufleute gäbe, die sich ausschließlich auf den Standpunkt des eignen Nutzens stellten und den ihnen anvertrauten Lehrlingen gegenüber die erste Pflicht des Lehrherrn, sie persönlich oder durch Andere für ihren künftigen Beruf vorzubereiten, außer Acht ließen. Gerade diejenigen Lehrlinge, welche aus eigener Unbesonnenheit oder, weil ihnen ihr Lehrherr die dafür nothwendige Zeit nicht gewähre, die Schule nicht besuchten, bedürften des Unterrichts am meisten, und für diese wäre ein Schulzwang geradezu eine Wohlthat. Die Handelskammer müsse es anerkennen, daß die Braunschweiger Kaufmannschaft auch in diesem Punkte eine Einnüthigkeit und ein Standesgefühl bethätige, welche in anderen Theilen Deutschlands kaum irgendwo übertroffen würden.

An den Vortrag des Herrn Berichterstatters schließen sich die Berichte der Vertreter der einzelnen Städte an, die in erfreulicher Weise erkennen lassen, daß sowohl die Magistrate wie die Stadtverordneten-Kollegien dieser für den Kaufmannsstand so wichtigen Frage ebenfalls volles Interesse entgegenbringen. Es konnte allseitig festgestellt werden, daß die Einführung kaufmännischer Fortbildungsschulen von den städtischen Kollegien bereits beschlossen bezw. bei denselben eingeleitet sei.

VI. Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Auf Grund eines eingehenden Berichtes des Vorsitzenden und nach eingehender Erörterung faßt die Kammer nachstehende Beschlüsse.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig erkennt es dankbar an, daß der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs im Allgemeinen den berechtigten Wünschen, namentlich auch des Kleinhandels, entspricht.

Was die Einzelbestimmungen des Entwurfs betrifft, so haben wir grundsätzliche und wesentliche Bedenken nur gegen die Fassung der §§ 1 und 7 geltend zu machen. Eine Abänderung dieser Paragraphen erscheint indessen dringend wünschenswerth, wenn nicht die gegen das ganze Gesetz gerichteten Einwände als gerechtfertigt gelten sollen.

Die Handelskammer faßt ihre diesbezüglichen Abänderungsvorschläge unter Beiseitelassung aller minder wichtigen Ausstellungen, in folgenden Beschlüssen zusammen.

Zu § 1.

a) Die Aufzählung aller denkbaren Möglichkeiten schwindelhafter Reklame, wie eine solche in §§ 1 und 2 versucht worden ist, könnte in bedauerlicher Weise die Wirksamkeit des Gesetzes auf diejenigen Fälle unlauteren Wettbewerbs beschränken, welche dem Gesetzgeber zur Zeit bekannt sind, und dem Richter die Möglichkeit nehmen, etwaige in der Aufzählung vergessene oder künftig hinzutretende neue Fälle zur Rechtskraft zu ziehen. Auch hat die Aufzählung der einzelnen Beispiele den Nachtheil, daß sich leicht geschäftige Angeber und neidische Wettbewerber an den Wortlaut des Gesetzes halten und harmlose Uebertreibungen bezüglich der Qualität einer Waare oder bezüglich vorhandener Vorräthe, ja sogar unschuldige Versehen hinsichtlich des Ursprungs einer Waare zur Anzeige bringen könnten.

b) Die Fassung des § 1 läßt es zweifelhaft erscheinen, ob nur die an das Publikum (einen größeren Kreis von Personen) gerichtete Reklame oder schon jede unzutreffende Bemerkung des Verkäufers an den Käufer unter die Bestimmung des § 1 fallen sollen. Würde dieses Letztere beabsichtigt sein, so würden wir dies als zu weitgehend bedauern.

Auch die Begriffsbestimmung der betrügerischen Reklame: „Hervorrufen des Anscheins eines besonders günstigen Angebots durch unrichtige Angaben tatsächlicher Art“ scheint uns nicht recht glücklich gewählt zu sein, da das Wort „Anschein“ zu subjektiven Charakters ist. Zur Sicherung eines objektiven Thatbestandes wird es weniger auf den Nachweis ankommen, ob durch unrichtige bezw. irriige Angaben der Anschein eines günstigen Angebots hervorgerufen ist, als vielmehr darauf, ob das Publikum durch trügerische Mittel zum Kaufen verlockt wird.

Es empfiehlt sich daher, dem § 1 eine allgemeinere Fassung etwa in dem Sinne zu geben, daß: „**wer es unternimmt, das Publikum durch Vorpiegelung falscher Thatfachen zum Kaufen zu verlocken, durch einseitige Verfügungen zur Unterlassung dieser unrichtigen Angaben veranlaßt werden kann**“.

Will man dem Richter darüber hinaus gewisse Unterscheidungsmerkmale an die Hand geben, so müßte eine diesbezügliche Erläuterung in die Motive verlegt werden, wie dies ja übrigens auch bei § 7 betreffs der Begriffsbestimmung des Geschäftsgeheimnisses versucht worden ist.

c) Die Bestimmung, daß über die sofortige Beseitigung einer schwindelhaften Reklame hinaus der Schuldige auch noch dadurch bestraft werden soll, daß er an seine sämtlichen Konkurrenten **den ihm zu Unrecht zugefallenen Gewinn abtreten soll**, wird von der Handelskammer grundsätzlich und aus praktischen Gesichtspunkten mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Es widerspricht dem Ehrgefühl jedes anständigen Kaufmanns, aus dem unlauteren Gebahren eines unanständigen Konkurrenten bezw. aus dessen Bestrafung irgend welchen Vermögensvorteil zu ziehen. Es genügt, wenn der Staat eine ausreichende Handhabe bietet, derartigen Schwindlern, wo sie auftreten, sofort und ehe sie großen Schaden stiften, das Handwerk zu legen. Wenn darüber hinaus noch in § 2 eine Bestrafung des Schuldigen, in § 9 eine öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung auf Kosten des Schuldigen, ja schließlich noch die Festsetzung einer Buße in schwereren Fällen vorgesehen ist, so ist damit für den redlichen Wettbewerb Alles erreicht, was füglich gewünscht werden kann.

Die Begründung eines zivilrechtlichen Anspruchs würde nur eine Prämie auf das Denunziantenthum setzen. Uebrigens würde sich eine derartige Regelung in der Praxis schon deshalb als ganz unmöglich erweisen, weil in jedem einzelnen Falle der Nachweis nicht zu erbringen wäre, daß der durch schwindelhafte Reklame angelockte Käufer bei den übrigen Konkurrenten am Orte oder überhaupt gekauft haben würde, wenn sich ihm nicht die scheinbar günstige Kaufgelegenheit geboten hätte. Auch würde die Auftheilung des dem Schuldigen abgenommenen Schadenerlasses auf die beteiligten Konkurrenten unlöslichen Schwierigkeiten begeben und leicht zu den widerwärtigsten Auseinandersetzungen führen.

d) Es scheint uns nicht ganz gerechtfertigt, daß den durch schwindelhafte Reklame angelockten und geschädigten **Käufern** kein Recht zustehen soll, den Schwindel zur Anzeige zu bringen, es ist jedenfalls nicht der natürliche Weg, daß die direkt Benachtheiligten sich erst der Aktivlegitimation eines nur indirekt Beteiligten bedienen müssen, um eine Rechtsverletzung zur gerichtlichen Verfolgung zu bringen.

e) Die Entscheidungen in dem ganzen Gesetze setzen eine so weitgehende Kenntniß der im Geschäftsleben geltenden Anschauungen, sowie häufig eine solche Sach- und Sachkenntniß überhaupt voraus, daß die **Mitwirkung von Sachverständigen** bezw. die Anhörung der Letzteren für die Rechtsprechung dringend empfohlen werden muß.

Zu § 3.

Die Fassung des § 3 giebt dem Bundesrath die Vollmacht, für den Kleinverkauf gewisser Waaren vorzuschreiben, daß derselbe entweder nur in **bestimmten Mengen-Einheiten**, oder aber mit **obligatorischer Gewichtsangabe**, oder schließlich unter den beiderseitigen Beschränkungen zusammengekommen erfolgen soll. Wir würden es für ausreichend halten, wenn in solchen Geschäftszweigen, in denen sich diesbezügliche Mißstände herausgestellt haben, seitens des Bundesraths die geltenden usancemäßigen Bezeichnungen nach Anhörung der Betheiligten festgelegt werden würden. Es würden alsdann nur diejenigen, welche unter Ulfance verkaufen wollen, unter Androhung von Strafe zu verpflichten sein, die Abweichungen in Gewicht, Maß, Stückzahl oder dergl.

augenfällig bemerkbar zu machen. Dem gesammten Handel die Verpflichtung aufzuerlegen, an allen Verkaufsstücken eine Mengenangabe anzubringen, würde zu weitgehend und auch wohl ungerechtfertigt sein, während andererseits die Vorschrift, nur in bestimmten Mengeneinheiten verkaufen zu dürfen, für die beteiligten Handelzweige leicht erhebliche Nachtheile zur Folge haben könnte.

Zu § 7.

a) **Der Begriff Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis** ist weder im Sprachgebrauche des täglichen Lebens, noch in der Rechtspflege so geläufig, als die Begründung wohl annimmt; beide Begriffe werden immer einen mehr oder weniger subjektiven Charakter tragen.

Wenn wir daher dem Entwurfe darin beistimmen, daß er nicht erst den Versuch macht, einen umfassenden Rechtsbegriff zu formuliren, so halten wir es doch für gefährlich, die Lösung der Schwierigkeit ohne jede Beihilfe dem Richter zuzuschieben. Was als schutzberechtigtes Geheimnis im einzelnen Falle anzusehen ist, muß wenigstens mit einiger Bestimmtheit, nicht nur für den Richter, sondern mehr noch für den Angestellten und Arbeiter selbst, deutlich erkennbar sein.

Nach beiden Richtungen hin würde es unseres Erachtens genügen, wenn in § 7 eine Bestimmung etwa folgenden Sinnes aufgenommen würde:

„Als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis ist das anzusehen, was dem Personal ausdrücklich und im Besonderen als solches bezeichnet oder kenntlich gemacht worden ist“.

Die Folgerung aus dieser gesetzlichen Bestimmung würde die sein, daß künftighin wenigstens der offenbare Treubruch, der jetzt straffrei ist, zur Verantwortung gezogen werden könnte.

b) Der Schutz muß auch gegenüber Personen gewährt werden, welche sich **zum Zwecke der Erkundung in einen Betrieb einschleichen**, sofern denselben eine eigennützige Absicht nachgewiesen werden kann. Auch Personen, welche Kraft eines besonderen Auftrages als **Vertrauenspersonen** in die Fabrik Eingang gefunden haben, müssen dem Gesetze unterstehen. Die **Beschränkung auf „die Zwecke des Wettbewerbs“** erscheint uns überflüssig; auch der aus Neid oder Rache hervorgehende Verrath muß strafbar sein.

c) Wir stimmen dem Entwurfe darin bei, daß der Geschäftsinhaber ein dringliches Interesse daran hat, seine inneren Betriebseinrichtungen und Vorgänge gerade auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses seines Personals gegen Verrath geschützt zu sehen, und wir würden dem diesbezüglichen Vorschlage, dem Angestellten, Lehrling und Arbeiter noch zwei Jahre nach beendeter Dienstzeit Schweigepflicht aufzuerlegen, rückhaltslos beistimmen, wenn sich in der Praxis eine sichere Grenzlinie zwischen dem ziehen ließe, was beide Parteien als ihr berechtigtes geistiges Eigenthum in Anspruch nehmen können. Da eine derartige Abgrenzung aber praktisch unmöglich ist, scheint uns nur die Wahl gelassen zu sein, entweder die Interessen der Geschäftsinhaber oder aber diejenigen der Angestellten überwiegen zu lassen. Bei dieser Sachlage dürfte es wohl von geringerem Nachtheil sein, wenn in einzelnen Fällen das Gesetz für den Geschäftsinhaber verjagt, als wenn es durch eine zu weitgehende Fassung den abhängigen Personen die Möglichkeit, ihr Fortkommen zu suchen, in zahlreichen Fällen erschwert.

Die Bestimmung in § 7, wonach der Angestellte, Lehrling oder Arbeiter gehalten sein soll, **auch noch zwei Jahre nach Beendigung des Dienstverhältnisses** über die ihm aus dem Letzteren gewordenen Kenntnisse und Erfahrungen Verschwiegenheit zu bewahren, halten wir demgemäß grundsätzlich für zu weitgehend und praktisch für undurchführbar. Wir werden in dieser unserer Auffassung nur bestärkt durch die Unterscheidung, welche die Begründung beispielsweise bei dem Geschäftsreisenden zwischen dem selbstermworbenen und dem über-

kommenen Kunden macht. Von einem Treubruch kann nach Beendigung des Dienstverhältnisses im Allgemeinen nicht mehr die Rede sein, der Gehilfe ebenso wie der Arbeiter übernehmen vielmehr bei Antritt einer neuen Dienststelle ausdrücklich die Verpflichtung, ihrem neuen Arbeitgeber die volle Summe ihrer zu Recht erworbenen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten zur Verfügung zu stellen. Will sich ein Arbeitgeber dagegen schützen, daß seine Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse von seinem Angestellten auch über dessen Dienstzeit hinaus nicht anderweitig bekannt gegeben werden sollen, so muß er diesbezügliche Abmachungen mit demselben durch Privatvertrag sichern.

Grundsätzlich anders zu beurtheilen ist dagegen der Fall, daß ein Angestellter, Lehrling oder Arbeiter sich auf unrechtmäßigem Wege (z. B. durch Abhören der Kundenliste, Kopiren von Skizzen, Mustern, Modellen, Rezepten, Entnahme von Proben, Abzeichnung von Maschinen u. dergl.) in den Besitz eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses gesetzt hat. Diese Fälle, welche nicht eigentlich als Treubruch, sondern als Entwendung geistigen Eigentums anzusehen sind, stellen die große Mehrzahl der strafwürdigen Vergehen im Sinne des § 7 dar, und ihnen gegenüber ist die Strenge des Gesetzes im vollen Umfange, d. h. ohne Festsetzung einer zweijährigen Verjährungsfrist, gerechtfertigt.

VII. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf bez. des Hausirwesens und Detailreisens.

Berichtersteller: Herr Leo.

Zur Besprechung des vorliegenden Gesetzentwurfes über das Detailreisen und den Hausirhandel waren einige dem Verband reisender Kaufleute angehörige Herren zu einer Versammlung bei Schulze-Mirici eingeladen.

Nach längerer Debatte, in welcher die Schäden des Detailreisens und die sittliche Gefahr der häufig im jugendlichen Alter auf die Landstraße geschickten Reisenden eingehend besprochen wurden, einigte man sich schließlich auf folgende Punkte:

1. es soll Protest dagegen erhoben werden, daß der Detailreisende mit dem Hausirer auf eine Stufe gestellt wird,
2. das Mindestalter soll für die Detailreisenden auf 21 Jahre festgesetzt werden,
3. der Detailreisende soll betreffs sittlichem Verhalten, Gesundheit u. s. w. denselben Beschränkungen unterworfen sein, wie der Hausirer,
4. eine Ausnahme für irgend einen Geschäftszweig soll nicht gemacht werden.

In der der 21. Plenarversammlung vorangehenden Sitzung des Ausschusses für Handel und Industrie II fanden die Punkte 1, 2 und 4 Zustimmung, während Punkt 3 abgelehnt wurde.

Die Kammer beschließt dem Antrage des Ausschusses gemäß.

VIII. Vorlage einer neuen Maklerordnung für das Herzogthum Braunschweig.

Berichtersteller: Herr Gutkind.

Referent bemerkt, daß die noch jetzt bestehende Maklerordnung vom Jahre 1787 wohl nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechen könne, da die damaligen Verhältnisse und Geschäfts-Verhältnisse

ganz wesentlich andere gewesen seien. Es sei daher wohl an der Zeit, eine neue, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Maklerordnung aufzustellen, und so habe die Kammer die nachfolgende Maklerordnung festgesetzt.

Makler-Ordnung

für die

im Herzogthum Braunschweig vereidigten Makler.

§ 1.

Die Handelsmakler sind amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte. Ihre Rechte und Pflichten bestimmen sich im Herzogthum Braunschweig nach dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche, insbesondere den Artikeln 66—85 daselbst, nach dem Braunschweigischen Einführungsgeetze vom 14. September 1863, insbesondere den §§ 22—28, sowie nach den Bestimmungen der hier folgenden Makler-Ordnung.

§ 2.

Die Zahl der zu ernennenden vereidigten Makler sowie die Abgrenzung ihres Geschäftsbereiches wird durch das Verkehrsbedürfnis bedingt. Der Makler ist verpflichtet, seine Geschäfte nur innerhalb der ihm bei der Bestellung zugewiesenen Zuständigkeit auszuüben. Mit dieser Vorbehaltung werden besondere vereidigte Handelsmakler angestellt

- a) für Geld-, Wechsel- und Effekten-Geschäfte,
- b) für Waaren-, Produkten- und sonstige Handelsgeschäfte.

§ 3.

Die Ernennung der vereidigten Makler erfolgt im Sinne des § 22 des Braunschweiger Einführungsgesetzes vom 14. September 1863 durch die Landesregierung auf Vorschlag der Handelskammer, welche Letztere verpflichtet ist, über die amtlich bestellten Makler auch fortlaufend die Aufsicht auszuüben, sowie über Meinungsverschiedenheiten und Beschwerden betreffs der Amtshandlungen der Makler zu entscheiden.

Etwaige Beschwerden gegen die Anordnungen und Entscheidungen der Handelskammer unterliegen der endgültigen Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums. Makler, die sich den von ihnen übernommenen Verpflichtungen trotz wiederholter Ermahnung von Seiten der Handelskammer entziehen, können auf Antrag der Handelskammer durch Entscheidung der Landesregierung ihres Amtes verlustig erklärt werden.

§ 4.

Die Makler sind verpflichtet, die ihnen übertragenen Geschäfte unparteiisch und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns auszuführen. Die ihnen zur Vermittlung übertragenen Geschäfte haben sie in eigener Person zu erledigen. An solchen Börsenversammlungen, welche sich auf die ihrer Vermittlung überwiesenen Geschäfte beziehen, haben sie regelmäßig theilzunehmen; so lange derartige Versammlungen im Herzogthum Braunschweig nicht stattfinden, sind die Makler verpflichtet, nach Möglichkeit, soweit dies das Verkehrsinteresse erfordert, die in Betracht kommenden Geschäftshäuser behufs Entgegennahme von Aufträgen regelmäßig zu besuchen. Die Aufnahme neuer Werthpapiere kann nur auf Anweisung der Handelskammer erfolgen, bei der diesbezügliche Anträge mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen sind. Die Kursnotirungen der durch sie in hiesiger Stadt gehandelten Werthpapiere sind an jedem Werktag durch das in der Stadt Braunschweig erscheinende Amtsblatt zu veröffentlichen.

§ 5.

In Ermangelung eines besonderen Abkommens sind die Makler berechtigt, von jedem durch sie vermittelten

und endgiltig abgeschlossenen Geschäfte, nachdem sie die Schlussnoten an die Parteien abgegeben haben, als Vermittlungsgebühr zu fordern für die Vermittlung:

- a) von Werthpapieren und ausländischen Geldsorten $\frac{1}{2}$ pro Mille des Nennwerthes sowohl vom Käufer als vom Verkäufer;
- b) von Wechseln und Geld $\frac{1}{4}$ pro Mille des Betrages sowohl vom Käufer als vom Verkäufer;
- c) von Hypotheken-Kapitalien $\frac{1}{4}$ Prozent des Betrages nur vom Nehmer;
- d) von Getreide und Produkten 1 Mk. für je 1000 kg nur vom Verkäufer;
- e) von anderen Waaren 1 Prozent des Kaufpreises nur vom Verkäufer.

§ 6.

Für einen auf längere Zeit behinderten Makler wird auf Vorschlag der Handelskammer von Seiten der Landesregierung bis zum Ablauf eines Jahres ein Stellvertreter ernannt, auf den für die Dauer der Vertretung alle amtlichen Rechte und Pflichten des von ihm vertretenen Maklers übergehen.

Die Versammlung ist mit der Fassung der vorstehenden Maklerordnung, als den jetzigen Verhältnissen entsprechend, einverstanden.

IX. Punkte 9, 10 und 11 der Tagesordnung werden für die nächste Sitzung zurückgestellt.

X. Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage der Zucker-Industrie.

Referent: Herr Dr. Pfeiffer.

Es ist Allen, auch den unserer Industrie fern Stehenden, bekannt, daß über diesen Punkt der Tagesordnung nichts Erfreuliches berichtet werden kann; die Zuckerindustrie lebt in einer Krisis, deren Ende noch nicht abzusehen ist, wenn nicht bald von Seiten der Regierung Hilfe kommt. Die Schuld an diesem traurigen Zustand ist die Ueberproduktion, und diese ist durch verschiedene Ursachen entstanden und zwar durch das fortwährende Sinken des Weltmarktpreises, durch zu starkes Wachsen der Zuckerproduktion, vor allen Dingen in Deutschland, aber auch im Auslande. Der Zentner Zucker kostete 1882—83 auf dem Weltmarkt noch 19 Mk. und seitdem ist er, kurze Intervallen ausgenommen, fortwährend gesunken. Der Fabrikant ist nun bestrebt, dem durch den Preisrückgang bedingten geringeren Verdienst durch verstärkte Produktion entgegen zu arbeiten, und in der That haben fast alle Fabriken ihre Betriebe in den letzten Jahren ganz bedeutend vergrößert. Die früheren größten Fabriken von 10—15000 Zentner täglicher Verarbeitung gehören heute zu den mittleren, die heutigen größten Fabriken verarbeiten täglich ca. 30000 Zentner Rüben. Und je nach Vergrößerung der Fabriken mußten die Landwirthe dieselben mit einem größeren Quantum Rohmaterial versehen und dementsprechend Rüben mehr bauen. Die Produktion ist denn auch in den letzten zehn Jahren beinahe um das Doppelte gestiegen. Im Jahre 1884—85 hatten wir 22 Millionen Zentner, im vorigen Jahre 27 Millionen und in diesem Jahre 38 Millionen Zentner Zucker.

Eine weitere Ursache, und wohl die hauptsächlichste liegt in dem Sinken der Getreidepreise; dieselben sind derartig zurückgegangen, daß es dem Landwirth nicht mehr möglich ist, ohne Verlust den Körnerbau zu betreiben. Der Landwirth fragt sich heutzutage nicht mehr, was baue er, um einen möglichst großen Gewinn zu erzielen, sondern was baue er, um den Verlust nach Möglichkeit abzuschwächen, und da ist bis jetzt der Rübenbau noch der letzte Rettungsanker geblieben. Der Landwirth hat in den letzten Jahren ein auskömmliches Rübengeld erhalten, und hat er deshalb den Rübenbau dem Körnerbau vorziehen müssen und den ersteren so viel als möglich erweitert. Bei heutigen Rübenpreisen kann allerdings nur noch mit Verlust abgeschlossen werden. Stiege heute der Weizen um 30—40 Mk., so würde eine künstliche Korrektur nöthig sein, der Rübenbau würde eine wesentliche Einschränkung erfahren, aber vorläufig können wir mit einer wesentlichen Steigerung der Getreidepreise unter den heutigen Umständen nicht rechnen.

Ein weiterer Grund für die verderbliche Ausdehnung liegt auf steuergefehltem Gebiete. Wir haben seit fünfzig Jahren eine Materialsteuer, welcher wir zum großen Theil die heutige Blüthe unserer Industrie verdanken. Neben dieser Steuer wurde nach einem bestimmten Satze die Steuer für den exportirten Zucker zurückvergütet, und in dieser Rückvergütung lag eine wesentliche versteckte Prämie. Um diese Prämie für sich möglichst hoch zu gestalten, war man natürlich bestrebt, eine möglichst zuckerreiche Rübe zu erzielen; denn je weniger Zentner Rüben zur Herstellung eines Zentners Zucker erforderlich waren, um so höher war die Prämie, und umgekehrt, je mehr Rüben erforderlich waren, um so niedriger fiel die Prämie aus. Hieraus folgte, daß der Rübenbau nur auf dem besten Boden betrieben wurde. Durch diese Art der Besteuerung setzte der Staat jährlich allerdings viele Millionen zu und deshalb ging im Jahre 1891 die Regierung von der Materialsteuer ab und führte eine Fabrikatsteuer ein. Um den Wegfall der Prämie für die Industrie nicht zu fühlbar zu machen, wurde eine offene Prämie mit fallender Scala eingeführt, welche im Jahre 1897 gänzlich in Fortfall kommen sollte. Eine Folge dieses Gesetzes war, daß der Landwirth nicht mehr darauf zu sehen hatte, eine möglichst zuckerreiche Rübe zu bauen, und daß in Folge dessen der Rübenbau auch auf solche Distrikte ausgedehnt wurde, in welchen man unter früheren Verhältnissen an Rübenbau gar nicht dachte. — Die Regierung war in dem Glauben, daß ihrem Beispiel in der Abschaffung von Prämien die anderen Prämien zahlenden Länder folgen würden, und darin hat sie sich gründlich getäuscht. Sämmtliche Länder haben ihre Prämien beibehalten und erschweren

dadurch dem deutschen Zucker die Ausfuhr. Die Prämie für Deutschland betrug im letzten Jahre 1.25 pro 100 kg, für Oesterreich-Ungarn 1.92, für Frankreich 5.85, und Belgien und Holland haben eine Prämie in der ungefähren Höhe der französischen.

Als weitere Momente in der Verschlechterung der Lage der Zuckerindustrie kommen noch die Einfuhrzölle, welche Frankreich für Melasse erhebt, und die amerikanischen Vorgänge hinzu. Im Jahre 1891 schloß die Reichsregierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ein Abkommen, in welchem sie Zollermäßigung für amerikanischen Weizen und Mais gewährte, wogegen Amerika Zusicherung auf Zollfreiheit für deutschen Zucker gab. Im letzten Sommer aber haben die Amerikaner plötzlich den enormen Zoll von 40 Prozent des Werthes auf Zucker eingeführt, und dazu noch einen Extrazoll von 46 Pfg. per Zentner für solchen Zucker, der aus Ausfuhrprämien zahlenden Ländern eingeführt wurde. Von diesem Extrazoll wird der deutsche Zucker betroffen, weil wir noch eine geringe offene Prämie beziehen, der französische dagegen nicht, weil Frankreich keine Ausfuhrprämie, sondern eine Produktionsprämie hat.

Durch das Zusammenfallen aller dieser Faktoren ist die Krisis und eine nie dagewesene Ueberproduktion hervorgerufen worden. Der Rübenanbau des letzten Jahres übertraf den des vorigen um ca. 10 Prozent, und die Ernte des letzten Jahres war eine ganz abnorm hohe. Während der Durchschnitt der letzten fünf Jahre 148 Zentner Rüben per Morgen betragen soll, sollen in diesem Jahre 170 Zentner per Morgen durchschnittlich geerntet worden sein. Die ganze diesjährige Ernte wird auf 145 Millionen Doppel-Zentner geschätzt, während sie im Vorjahre 103 Millionen Doppel-Zentner betrug; es sind also in diesem Jahre 42 Millionen Doppel-Zentner mehr zu verarbeiten gewesen. Aus diesen Rüben sind ca. 38 Millionen Zentner Zucker erzeugt worden, dazu kommen die Restbestände aus dem vorigen Jahre mit 3 Millionen, sind im Ganzen 41 Millionen Zentner Zucker. Hiervon gehen 12 Millionen für inländischen Konsum ab, es bleiben also 29 Millionen Zentner verfügbar. Rechnen wir nun 17 Millionen für den Export in diesem Jahre, gegen 14.7 Millionen im Vorjahre, so bleiben immer noch 12 Millionen Restbestände über, welche wieder mit in die nächste Kampagne zu nehmen sind. Das ist genau so viel, als der inländische Konsum bedarf. Sollen also im kommenden Jahre normale Verhältnisse für unsere Industrie eintreten, so dürfte nur in der kommenden Kampagne so viel Zucker produziert werden, als der Export verlangt. Es müßten also einige 50 Prozent Rüben weniger angebaut werden als im vorigen Jahre, vorausgesetzt gleiche Ernte und gleiche Ausbeute. Daran ist aber

nicht zu denken. Ueber den Anbau für das nächste Jahr liegen noch keine sicheren Nachrichten vor; es ist aber kaum anzunehmen, daß der Anbau eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren wird. Es ist möglich, daß ein großer Theil der Rauhrüben in Wegfall kommt, aber die Aktionäre der Fabriken werden gewiß gegen das Vorjahr nicht viel weniger bauen. Was wird also die Zukunft bringen, wenn uns der Staat nicht zu Hilfe kommt? Es kann bei ähnlichem Anbau von Rüben der Fall eintreten, daß der Zucker eine unverkäufliche Waare sein wird. In diesem Jahre sind bereits mehrere Fabriken zu Grunde gegangen und es wird kaum eine Fabrik geben, welche mit einem Gewinn abschließt; selbst die besten Fabriken, welche mit denkbar niedrigsten Betriebsunkosten arbeiten, haben mit Unter-Bilanz gearbeitet, und wenn auch viele Fabriken dieses Jahr überstehen werden, so würden, wenn nicht Hilfe kommt, eine Unzahl Fabriken ihren Betrieb einzustellen gezwungen, und dadurch dem Landwirth die Möglichkeit für den Rübenbau genommen sein. Aber nicht nur für die Landwirthschaft würde der Untergang der Fabriken verhängnißvoll werden, sondern allen mit der Zuckerfabrikation aufs Engste verwachsenen Industrien, sowie dem gesamten Geschäftsleben ganzer Distrikte. Es würden die Kohlen-Industrie, die chemischen Fabriken, Maschinenfabriken, Düngerefabriken, Kalkwerke u. unberechenbaren Schaden erleiden.

Im Angesichte dieser drohenden Gefahr haben seitens der Zuckerinteressenten zahlreiche Versammlungen stattgefunden, in welchen über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Abwehr der Krisis berathen worden ist, und es ist hierbei wiederholt einstimmig von der gesamten Industrie erkannt worden, daß die Krisis nur durch Erhöhung der Exportprämie, durch Erhöhung der Konsumsteuer und durch Kontingentirung beseitigt werden könne. Es wurde als nothwendig erachtet, daß die Ausfuhrprämie so hoch bemessen sein müsse, daß der deutsche Zucker auf dem Weltmarkte konkurriren könne. Dabei ist ausdrücklich betont worden, daß wir die Prämie nur so lange für uns beanspruchen, als die anderen Prämien zahlenden Länder dieselben beibehalten.

Sollten die Prämien in den Konkurrenzstaaten beseitigt werden, so würde man gern darauf verzichten, da die deutsche Zuckerindustrie den Kampf mit gleichen Waffen auf dem Weltmarkte nicht zu fürchten hat. Die Ausfuhrprämie soll durch die zu erhöhende Konsumsteuer gedeckt werden. Wenn diese letztere auch durch das Publikum aufzubringen ist und anscheinend auch der arme Mann dadurch getroffen wird, so muß doch zugegeben werden, daß dafür keine Berechtigung vorhanden ist, daß der Zucker unter den Produktionskosten abgegeben werde, wie es bei dem heutigen Preisstande thatsächlich der Fall ist.

Von Seiten der Industrie sind diese Wünsche einstimmig durch Resolutionen dem Herrn Reichskanzler unterbreitet worden, und die Industrie hat die große Genugthuung, daß in den höchsten Kreisen die Nothlage der Landwirthschaft und Zuckerindustrie anerkannt und derselben von maßgebender Seite die beruhigendste Zusage auf möglichst rasche Abhilfe gegeben worden ist. Se. Majestät der Kaiser hat bei Eröffnung des Preussischen Landtages in der Thronrede zum Ausdruck gebracht, daß die Lage der Landwirthschaft fortdauernd ungünstig, und daß es seine unablässige väterliche Sorge und die dringendste Aufgabe seiner Regierung sei, den hieraus erwachsenen Uebelständen nach Möglichkeit zu begegnen. Die Mittheilungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky gelegentlich der Anfrage Paasche und Friedberg im deutschen Reichstage sind durchaus beruhigende, desgleichen die Ausführungen des Landwirthschaftsministers von Hammerstein während der Landtagsverhandlungen, nach welchen die Regierung bereits mit einer fertigen Vorlage, welche den Wünschen der Zuckerindustrie Rechnung trägt, binnen kurzer Zeit vor den Reichstag treten wird.

Wenn nun auch diese Zusagen und Mittheilungen durchaus beruhigende sind, so dürfen die Interessenten sich doch nicht allzu rosiggen Hoffnungen über unsere Zukunft hingeben, denn man weiß, daß es mit dem guten Willen der Regierung allein nicht gethan ist, daß vielmehr der Reichstag das letzte Wort zu dieser Sache spricht. Es ist bekannt, daß diese Vorlage eine große Anzahl Gegner haben wird, und ist es gerade deshalb von der allergrößten Wichtigkeit, daß sich die Handelskammern unserer Sache annehmen, und daß der Reichstag von der Nothwendigkeit einer Reform unseres Steuergesetzes nicht nur von Seiten der Landwirthschaft und Industrie, sondern auch von Seiten der am Zuckergeschäft nicht unmittelbar betheiligten Körperschaften überzeugt werde. Die Gegner der Vorlage werden von deren Nothwendigkeit durch ein objektives Urtheil genannter Körperschaften leichter zu gewinnen sein, als durch Petitionen und Resolutionen von Seiten der Industrie.

Referent beantragt sodann, die Versammlung wolle die nachfolgende Resolution des technischen Vereins für Zuckerfabrikanten in Magdeburg vom 20. Dezember 1894 annehmen.

Nur eine genügende Erhöhung der Ausfuhrvergütungssätze für Zucker jeder Klasse vermag die über die Zuckerindustrie hereingebrochene Krisis zu mildern und einer noch schwereren Schädigung der Landwirthschaft, deren Nebengewerbe nach den hiesigen Verhältnissen die Zuckerfabrikation ist, vorzubeugen. Eine Deckung für die Mehrausgaben wird das Reich durch eine angemessene Erhöhung der Konsumsteuer erlangen. Der Eingangszoll müßte gleichfalls eine entsprechende Regelung finden.

Wir erklären auch heute wieder ausdrücklich, daß wir eine Prämie nur so lange beanspruchen, wie eine solche seitens der konkurrierenden Ausländer gewährt wird.

Wir empfehlen ferner, um eine Gesundung der Verhältnisse anzubahnen und um eine Schädigung der Reichsfinanzen zu verhüten, eine gesetzliche Kontingentirung der Zuckerproduktion in Verbindung mit einer Limitirung der Ausfuhrzuschüsse unter möglichstster Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der kleineren Fabriken.

Eine gesetzliche Beschränkung des derzeitigen Rübenbaus, die durch eine Kontingentirung der Rübenverarbeitung herbeigeführt werden könnte, befürworten wir in Rücksicht auf die Nothlage der Landwirthschaft nicht.

Wir erachten sogar eine übermäßige Einschränkung des Rübenanbaus als Schaden bringend für Handel, Industrie und Landwirthschaft und zwar zu Gunsten der konkurrierenden Länder.

Die Versammlung erkennt die vorstehenden Ausführungen des Herrn Referenten sowie die Nothwendigkeit an, der deutschen Landwirthschaft sowie der für Deutschland so wichtigen Exportindustrie in dieser kritischen Zeit mit außerordentlichen Mitteln zu helfen. Gerade der Rübenbau habe der Landwirthschaft bei den jetzigen niedrigen Kornpreisen noch eine gewisse Rente gewährt; würde die Zuckerfabrikation die unerkennbar vorliegende Krisis nicht überstehen, so würde damit die gesammte Landwirthschaft auf das Schwerste getroffen werden, und da eine darniederliegende Landwirthschaft ohne Weiteres auch auf die Lage von Industrie und Handel zurückwirken müsse, so werde sich das Reich im Interesse der Allgemeinheit in diesem Falle wohl zu Ausnahmebestimmungen verstehen müssen, wenigstens so lange, als das Ausland die Exportprämien ebenfalls beibehalte. Die Kammer schließt sich daher im Sinne des Berichterstatters einstimmig der in der Versammlung des technischen Vereins für Zuckerfabrikation unter dem 20. Dezember 1894 gefaßten Resolution, welche von Herrn Ingenieur Schäffer übermittelt und befürwortet ist, an.

XI. Die auf der Tagesordnung stehenden Anträge 13 bis 19 werden für die nächste Sitzung zurückgestellt.

XII. Antrag der freien Vereinigung der Weserschiffahrts-Interessenten betr. Geleiseanlage vom Bahnhof Holzminden nach dem Weserquai.

Berichterstatter: Herr Liebold.

Die Bestrebungen der freien Vereinigungen der Weserschiffahrts-Interessenten sind, nachdem die Kanalisation der Fulda von Münden bis Kassel mit einem Kostenaufwande von rund 10 Millionen Mk. durchgeführt worden ist, nunmehr darauf gerichtet, zur Hebung des Schiffsverkehrs Verbindungsgeleise zum Anschluß an die hauptsächlichsten Bahnhöfe des Weserthals und so auch für den Bahnhof Holzminden zu erhalten, um den wirtschaftlichen Nutzen des Schiffsverkehrs nicht nur den Anliegern, sondern auch weiteren Landestheilen zwischen Elbe und Rhein zuzuführen.

Das Prinzip, diese Verbindung zwischen dem Eisenbahn- und Wasserwege durch einzelne Interessenten oder Gemeinden herstellen zu lassen, entspricht nicht den zeitgemäßen Verhältnissen, es muß vielmehr als Aufgabe der Staatsregierung angesehen werden, dies Bindeglied der Verkehrseinrichtung im Wesentlichen auf Staatskosten zu übernehmen, da es sich nicht nur um die Interessen einiger Handels- oder Gewerbsgruppen handelt, sondern um die Interessen großer Landestheile und ganzer Provinzen; jedenfalls wird durch den Wechselverkehr zwischen Eisenbahn und Schifffahrt der gesammte Verkehr derartig gehoben, daß die Ausgaben sich in hohem Maße verzinsen.

Bei der Beurtheilung des für Holzminden geplanten Verbindungsgeleises kommt in Betracht, daß der jetzige Umschlag nur gering ist, weil die Kosten der Umladung einer Eisenbahnwagenladung Waaren vom Schiffe zum Bahnhof oder umgekehrt, einschließlich des Achsentransportes 20 bis 25 Mk. und nach Schaffung des Geleiseanschlusses nur etwa 5 bis 7 Mk. kosten, daß ferner unser Hinterland nach Osten zu bis an den Harz, nach Westen bis ziemlich weit nach Westfalen hinein aufgeschlossen wird, und daß der Versand von Rohzucker ab hier zu Schiff, sowie von Steinen aller Art, von Holz, von Zement ein sehr bedeutender werden wird; dabei ist die Entfernung vom Schiffsaußladeplatz bis zum Bahnhofs, also die Länge des Anschlußgeleises rund etwa 2200 Meter, und betragen die Kosten für den ordnungsmäßigen Ausbau der Geleiseverbindung höchstens 120 000 Mk., wobei allerdings angenommen ist, daß die hier im Bau befindliche Quaianlage gleich so erweitert wird, daß der Anschluß an dieselbe ohne Schwierigkeiten erreicht werden kann. Eine genauere Angabe über die Gütermengen, welche nach Herstellung des Geleiseanschlusses zur Verfrachtung kommen, ist schwer zu machen; es wird jedoch darauf hingewiesen, daß im Laufe des vergangenen Jahres von Hameln aus 12 000 Ladungen Steine und Holz seewärts gegangen sind und landwärts 8 000 Ladungen zur Weiterbeförderung mit der Bahn kommen, hiervon würden später ein nicht unwesentlicher Theil Holzminden zufließen; außerdem würden von hier ab Jahr für Jahr sicher 10—15 000 Ladungen Steine und Holz Weserabwärts zur Beförderung gelangen.

Für die Stadt Holzminden und für die umliegenden braunschweigischen Landestheile, imgleichen für die hiesige Stein-Industrie, welche heute durch Thon- und Zementfabrikate besonders stark in ihrer Pattenfabrikation beeinträchtigt, naturnothwendig auf Quaderarbeiten und den Versand von rohen Bruch- und Quadersteinen angewiesen ist, sowie für die fiskalischen und privaten Waldungen, ebenso für unsere Kolonialwaaren-Geschäfte und die in der Stadt und dem

Kreise gelegenen verschiedenen Fabriken ist die Geleiseverbindung zwischen Weser und Bahnhof ein geeignetes Mittel, um der Konkurrenz erfolgreich und dauernd zu begegnen, und rechtfertigt dieses den Wunsch, die Handelskammer möge in einer Eingabe das Herzogliche Staatsministerium ersuchen

„die im Bau befindliche Quaianlage in Holzminden schon jetzt so zu erweitern, daß eine leichte Verbindung zwischen dem Quai und dem Bahnhof Holzminden möglich wird und vom diesjährigen Landtage die hierzu erforderlichen Mittel bereit stellen zu lassen, event. ein Projekt zu dieser Verbindungsbahn herstellen lassen und dessen Ausführung baldmöglichst in die Wege leiten zu wollen“.

Die Kammer beschließt, dem vorstehenden Antrage einstimmig beizutreten.

XIII. Antrag der Firma F. W. Meyer in Hameln betr. Bahnbau Hameln bezw. Emmerthal-Bormühle-Einbeck.

Berichterstatte: Herr Liebold.

Die langen Jahre fruchtloser Bemühungen, den Aemtern Eschershausen und Ottenstein durch den Bahnbau Bormühle und Emmerthal die Segnungen einer Eisenbahnverbindung zu schaffen, sind in neuerer Zeit mit verdoppeltem Eifer wieder aufgenommen worden, nachdem seitens des Preussischen Eisenbahnministeriums erklärt war, daß der Preussische Staat die Bahn nicht zu bauen beabsichtige, dagegen der Ausführung des Privatunternehmens keine Schwierigkeiten mehr machen werde.

Eine Anzahl von Industriellen aus den genannten Aemtern ist, nachdem die braunschweigische Landesbahn auf die Ausführung der Linie verzichtet hatte, mit der Firma Lenz & Co., Stettin, in Unterhandlung getreten, und hat sich diese Firma bereit erklärt, Bau und Betrieb der Bahnanlage zu übernehmen und sich bei der Finanzierung derselben kapitalistisch zu betheiligen.

Gleichzeitig ist außerhalb des Herzogthums im Kreise Hameln ein Konkurrenzprojekt in Gestalt einer Schmalspurbahn von Emmerthal auf dem rechten Weserufer nach Bodenwerder, mit event. Fortsetzung nach Bormühle, entstanden. In der Verwirklichung dieses Projektes vermögen die braunschweigischen Interessenten eine Förderung ihrer Bestrebungen nicht zu erblicken. Das Bekanntwerden des Hameler Projektes hat daher auf braunschweigischer Seite lebhafteste Opposition hervorgerufen.

Auf Veranlassung der Braunschweiger Handelskammer, welche sich über die Stellung der betheiligten Kreise zu den verschiedenen Projekten zu unterrichten wünschte, fand bereits am 19. Dezember 1894 eine Versammlung statt, welche einstimmig die Erklärung beschloß, daß das

Projekt einer Schmalspurbahn durchaus zu verwerfen und daß für die Industrie nur von einer normalspurigen, von Emmerthal auf dem linken Weserufer über Hehlen und Kemnade nach Vorwohle durchgehenden Bahn ein Vortheil zu erhoffen sei. Bei dieser Gelegenheit äußerten sich die Anwesenden auch über ein von Herrn Wesermühlenbesitzer F. W. Meyer in Hameln angeregtes normalspuriges Konkurrenzprojekt, welches eine rechtsufrige Bahn, direkt hinter Hameln abzweigend über Borry, Linse, Eschershausen nach Vorwohle vorsieht. Auch dieses Projekt fand nicht den Anklang der Versammlung, weil es die braunschweigischen Interessen des Amtes Ottenstein zu wenig berücksichtigt. Als Hauptgrund gegen die Schmalspurbahn wurde die Erschwerung des direkten Durchgangsverkehrs und namentlich die Höhe der Tariffsätze bezeichnet, und sei bemerkt, daß direkt durchgehende Tariffsätze von der preussischen Staatsbahn für Schmalspurbahnen nicht gewährt werden. Es würden daher bei letzteren Bahnen die Güter auf den Endstationen umgeladen und umerpedirt werden müssen, während sie bei normalspurigen Bahnen mit direktem Tariffsätze ohne Umladung durchlaufen.

Für die Fracht ergeben sich hierbei folgende Unterschiede.

Eine Wagenladung, mit 200 Zentner Steinen beladen, würde in Durchgangsfracht kosten:

- a) für die Strecke Kemnader Hafen - Emmerthal
 - 1. auf der rechtsufrigen Schmalspurbahn bei 18 km Länge 18.00 Mk.
 - 2. bei der linksufrigen Normalspurbahn bei 15 km Länge 3.00 Mk.
- b) für die Strecke von Eschershausen - Vorwohle 6 km lang
 - 1. für die Schmalspurbahn 12.00 Mk.
 - 2. für die Normalspurbahn 1.00 Mk.

Beim Versand wie beim Empfang handelt es sich bei der projektierten Bahnanlage ausschließlich um Boden- und Industrie-Erzeugnisse der Gegend, welche nach auswärts verfrachtet werden, und um Rohstoffe, die von auswärts bezogen und in dem zur Bahnanlage gehörenden Gebiete verarbeitet werden. Außerdem um die Verfrachtung von den im Amte Eschershausen gebauten Zuckerrüben, welche in der Hauptsache den Zuckerraffinerien Holzwinden und Brakel zugeführt werden und beim Transport auf die Staatsbahn übergehen.

Alle diese Güter können die Mehrkosten, welche durch das Umladen und die Umerpedition von einer Schmalspurbahn auf die Staatsbahn entstehen, nicht tragen und würden einer Schmalspurbahn höchstens zu einem ganz verschwindend kleinen Theile zugeführt werden.

Für den Lokalverkehr kommt die betreffende Bahnanlage nur unwesentlich in Betracht. Der Umstand, daß Herzogliches Staatsministerium

dem Landesdirektorium zu Hannover die Erlaubniß zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Schmalspurbahn von Emmerthal nach Vorwohle erteilt hat, hat die Besorgniß wachgerufen, daß dieses, für die heimische Industrie völlig werthlose Unternehmen zur Ausführung kommen könnte, womit dann die Hoffnung auf eine brauchbare Eisenbahnverbindung auf immer beseitigt werden würde.

Auf der Versammlung zu Holzwinden wurde eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, weitere Schritte im Sinne der vorerwähnten Beschlüsse zu thun, und hat sich diese Kommission durch Hinzuziehung von Interessenten zu einem Komitee für die Vorwohler-Emmerthaler Eisenbahn erweitert und dem Herzoglichen Staatsministerium bereits am 6. Januar d. Jrs. die Bitte vorgetragen:

„für eine die Amtsbezirke Eschershausen und Ottenstein durchschneidende Bahn die Konzession nur dann erteilen zu wollen, wenn dieselbe in normaler Spurweite und auf der Linie über Hehlen durchgehend von Emmerthal nach Vorwohle gebaut werden soll“.

Die Handelskammer wird ersucht, sich diesen Eingaben anzuschließen und auch ihrerseits beim Herzoglichen Staatsministerium vorstehenden Antrag zu befürworten und bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es sich empfehlen dürfte, zu erwägen, inwieweit bei dieser Konzessionierung die Weiterführung der Linie Emmerthal - Vorwohle etwa über Stadtoldendorf nach Dassel, Einbeck oder Uslar mit in Betracht gezogen werden kann.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

XIV. Die Punkte 22—27 werden von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Plenar-sitzung vertagt.

XV. Antrag betr. Kündigung des Argentinischen Handelsvertrages.

Berichterstatter: Herr Natalis.

Der Antrag des Freiherrn Heyl (Herrnsheim) und Genossen im Reichstage bezweckt „Kündigung des Deutsch-Argentinischen Meistbegünstigungs-Vertrags“ behufs Erzielung einer differenziellen Zollbehandlung in Deutschland der argentinischen Provenienzen in landwirthschaftlichen Erzeugnissen, Erschwerung der Einfuhr derselben, und gleichzeitig Ermäßigung der argentinischen Zölle auf deutsche Importen.

Der Vertrag datirt vom 19. September 1857, und sind gleiche Verträge zwischen einer Anzahl anderer Staaten und Argentinien abgeschlossen; es herrscht somit eine ganz gleiche Behandlung der an der Einfuhr daselbst konkurrierenden Länder, so daß jede etwa durch neuen Vertrag erreichte Zollermäßigung auch den übrigen Vertrags-Mächten zu Gute kommen würde.

Die argentinischen Erzeugnisse, die in Frage kommen, sind Schafwolle, Häute und Felle, Quebrachoholz und Weizen. Besonders auf letzteren Artikel, welcher erst seit wenigen Jahren den deutschen Markt aufgesucht hat, soll sich die Einfuhr-Erschwerung beziehen. Würde nun eine solche eintreten, so könnte zwar der argentinische Weizen vom deutschen Import zurückgehalten werden; er würde dann aber andere Absatzgebiete aufsuchen, während der von diesen Gebieten verdrängte Weizen anderer Provenienz nach Deutschland unter günstigerem Zoll ebenso leichten Eingang findet, wie vordem der argentinische gefunden hat. Der Effekt würde also lediglich eine Verschiebung der Zufuhren sein. So lange Deutschland Bedarf an Weizen hat, wird derselbe von einem der meistbegünstigten Handelsvertragsländer gedeckt werden.

Der Antrag Heyl bezweckt ferner einen Zoll auf Quebrachoholz zu veranlassen, welcher seitens der deutschen Schälwaldbesitzer auf 10 Mk. pro 100 Kilogramm erstrebt wird, während dieser unentbehrliche Gerbstoff hier 4—6 Mk. pro 100 Kilogramm kostet. Unser Vertragstarif läßt geraspelttes Quebrachoholz sowohl wie Extrakt als Gerberlohe zollfrei ein. In einer eingehenden Denkschrift der Handelskammer Hamburg ist dargelegt, daß gerade dieser billige Gerbstoff der deutschen Leder- und Schuhwerks-Industrie es ermöglicht hat, in ihren vielen Zweigen konkurrenzfähig im Auslande aufzutreten; — eine so große Vertheuerung würde den Export wiederum in Frage stellen. Es würde aber auch zur Folge haben, daß andere Vertragsländer (z. B. Paraguay und Bolivien) ihr Quebracho-Produkt, welches uns jetzt via Argentinien, des leichteren Verkehrs wegen, zukommt, in anderer Weise zuführen werden, ohne den Zoll zu zahlen; — es würde also auch hier nur eine Verschiebung des Imports stattfinden.

Für Deutschlands Einfuhr nach Argentinien kommt zwar in Betracht, daß die dortigen Zölle wiederholt wesentlich erhöht worden sind und vielleicht einzelne wenige Artikel darunter zu leiden haben. Da aber im großen Ganzen Argentinien fast gar keine eigene Industrie besitzt, seinen Bedarf also durchaus importiren muß, und der dortige Konsument den Zoll zu tragen hat, so ist die Höhe des Zolls für Deutschland irrelevant, weil kein anderer Staat darin begünstigt ist. Argentinien kann aber auch diese Zölle, als den bedeutendsten Theil seiner Einnahmen, zur Bestreitung seiner staatlichen Existenz und der Verzinsung seiner Schulden unmöglich entbehren, wäre daher thatsächlich nicht im Stande, den deutschen Anforderungen auf Ermäßigung zu willfahren! Ein Kampf gegen reine „Schutzzölle“ könnte vielleicht im Wege von Kompensationen Erfolg haben, gegen „Finanzzölle“ aber ist derselbe aussichtslos. Ein Vergleich mit anderen amerikanischen

Staaten zeigt übrigens, daß Argentinien bei Weitem nicht fremde Einfuhr am stärksten belastet! Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, mit vielen prohibitiv wirkenden Tarif-Positionen, stellt uns ganz andere Schranken entgegen! Der Vertrag von 1857 hat eigentlich erst den Verkehr zwischen Argentinien und Deutschland geschaffen und die jetzige Blüthe desselben ermöglicht, denn zur Zeit seines Abschlusses war das Land für den deutschen Handel noch fast gänzlich terra incognita.

Jetzt darf Deutschlands Export auf rund 80 Millionen Mk. angenommen werden, wovon die reichliche Hälfte den Weg über Hamburg und Bremen, der Rest, aus West- und Süd-Deutschland kommend, über Antwerpen nimmt. Derselbe besteht fast ausschließlich aus Industrie-Produkten, und es ist ersichtlich, daß darin ein kolossaler Betrag enthalten ist, der unseren Arbeitern als Lohn zusießt.

Aus einer Kündigung des Vertrages würde ohne Zweifel nichts anderes als der Zollkrieg entstehen können, zur Freude unserer ausländischen Konkurrenz und zu unserem eigenen größten Schaden, wobei manche gerade auf diesen Verkehr basirende Unternehmung zu Grunde gehen müßte.

Es ist daher die Pflicht der Handelskammer, bei der Reichsregierung und beim Reichstage entschieden gegen die Annahme des Heyl'schen Antrages sich auszusprechen.

Die Kammer beschließt sodann, sich gegen die Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien auszusprechen.

XVI. Punkte 29 und 30 werden für die nächste Plenarsitzung vertagt.

Die Versammlung beschließt sodann, für die heute zurückgesetzten Punkte der Tagesordnung eine anderweite Sitzung auf Montag, den 18. Februar d. Js., Nachmittags 3 Uhr einzuberufen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.

Der Protokollführer.

Südel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterjagt.)

B e r i c h t

des von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eingesetzten Ausschusses

zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs

über das erste Vierteljahr seiner Thätigkeit,

erstattet in der Generalversammlung am 14. Januar 1895

von dem Schriftführer der Vereinigung,

Herrn **Mehn**-Braunschweig.

Der Ausschuß hat mich beauftragt, vor Ihnen, meine Herren, Bericht zu erstatten über das, was derselbe seither im Sinne seines Programms

ermirkt hat. Ehe ich auf diesen speziellen Bericht eingehe, gestatten Sie mir, Ihnen in kurzen Worten Zweck und Bestimmung unserer Vereinigung in das Gedächtniß zurückzurufen.

Unsere Vereinigung stellt das praktische Ergebniß einer Bewegung dar, die durch unsere Handelskammer wesentlich mit gefördert und in erster Linie dazu bestimmt war, der Gesetzgebung bestimmte Fingerzeige zu geben, wo der solide Handels- und Gewerbebestand des staatlichen Schutzes bedarf. Sie erinnern sich, meine Herren, der im September hier stattgehabten Versammlung von Vertretern einer Anzahl von Handelskammern, Sie erinnern sich im Weiteren der Anträge und Anregungen, welche von diesen Korporationen ausgegangen sind, und die zweifelsohne mit dazu beigetragen haben, daß die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Deutschland einen weiteren Widerhall gefunden hat, Sie erinnern sich schließlich auch noch der Thatsache, daß bei den Verhandlungen von Seiten der Braunschweiger Kaufmannschaft von vornherein die Anschauung vertreten worden ist, daß die Staatshilfe zwar unentbehrlich, daß aber daneben die redlichen Gewerbetreibenden in manchen Fällen selbst wohl in der Lage sind, sich der widerwärtigen Schmaroher am Leibe des gesunden Erwerbslebens zu erwehren und zwar durch Aufklärung und entschiedenere Bethätigung der gemeinsamen Interessen. Als daher unsere Handelskammer den Gedanken einer derartigen Schutzvereinigung vor ca. drei Monaten ihrerseits aufnahm und für den ihr vorschwebenden Zweck eine Besprechung im engeren Kreise anberaumte, fand sie eine allseitige Zustimmung, und bereits in der Sitzung vom 5. November konnte sich der Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs im Geschäftsleben auf Grund der Ihnen bekannten Statuten konstituieren.

Wir haben, um unseren Bestrebungen einen breiteren Boden zu geben, bekanntlich eine Liste ausgelegt, in die sich bereits ca. 170 Freunde unserer Thätigkeit mit einem festen Beitrage eingezeichnet haben. Wir danken Ihnen für das uns hiermit bezeugte Vertrauen und werden an Ihrem zahlreichen Anschluß die Ermutigung finden, auf den von uns im Interesse der Allgemeinheit eingeschlagenen Bahnen unentwegt weiter fortzuschreiten, unbekümmert auch um den Widerspruch, welchen unsere Thätigkeit hier und da wohl bei solchen erfährt, denen unsere Wirksamkeit unbequem fällt.

Der Zweck unserer Vereinigung ist ja wohl bereits bekannt genug, als daß ich heute noch besonders auf denselben eingehen sollte. Wir sind von der Handelskammer eingesetzt worden, um in einem Zustande des mangelnden Rechtsschutzes gegenüber schwindelhaften Machenschaften das Interesse des redlichen Gewerbes durch Selbst-

hilfe zu wahren und wir werden, wenn wir demnächst die allseitig erwünschten gesetzlichen Handhaben zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs erlangt haben werden, unsere weitere Bestimmung darin erblicken, dem Gesetze auch die entsprechende Wirksamkeit in unserem Lande dadurch zu geben, daß wir uns in den speziellen Dienst dieses Gesetzes stellen, so lange, als ein Bedürfniß hierzu von uns anerkannt werden sollte.

Nicht ebenso verbreitet, wie die Kenntniß unseres Zwecks und unserer Bestimmung scheint die Kenntniß der Mittel und Wege zu sein, die wir zur Durchführung unserer Aufgaben sachungsgemäß einschlagen. Wir verfolgen bei unserem Vorgehen ein festes Prinzip; es kommt uns nicht darauf an, Unlauterkeiten an den Pranger zu stellen, sondern darauf, sie zu beseitigen und nach Möglichkeit auch zu verhüten. Erst wenn unser wohlgemeinter Rath ein Verständniß nicht findet, sondern auf Hartnäckigkeit stößt, sind wir gezwungen, an das große Publikum zu appelliren. Unser Geschäftsgang ist demgemäß der folgende:

Jede Nachricht über Schwindel im Geschäftsleben wird vorerst seitens des Vorstandes des Ausschusses auf die Wahrscheinlichkeit bezw. Wahrheit geprüft. Der Vorsitzende zieht nähere Erkundigungen ein und wird dann in einer Ausschuß-Sitzung, welcher seither auch in der Regel der Präsident und der Syndikus der Handelskammer, sowie auch andere hiesige Mitglieder bewohnten, eingehend Berathung gepflogen, ob ein Vorgehen seitens des Ausschusses angezeigt ist oder nicht. Muß in der Sache etwas geschehen, so wird die schuldige Partei durch den Vorsitzenden des Ausschusses davon unterrichtet, und wenn dieselbe sofortige Abhilfe verspricht und auch zur That werden läßt, ist die Sache damit erledigt, und es kommt nichts weiter in die Oeffentlichkeit, da streng vermieden wird, Geschäftsleute ohne zwingende Gründe in ihrem Ansehen zu schädigen. Haben diese vertraulichen Schritte aber keinen Erfolg, so wird, wie das ja in verschiedenen Fällen bereits geschehen mußte, von dem Thatbestand die Oeffentlichkeit unterrichtet, um auf diese Weise die betreffenden Geschäftsleute zu zwingen, vom unlauteren Gebahren Abstand zu nehmen. Es wird daher auch für die Zukunft nur der geringste Theil der Arbeiten des Ausschusses in die Oeffentlichkeit dringen, da in den weitaus meisten Fällen eine Vermahnung seinen Zweck erfüllt. —

Wird seitens des Ausschusses ein Vergehen gegen Gesetz-Bestimmungen, z. B. gegen das Markenschutz- und Patent-Gesetz, konstatiert, so erfolgt nach fruchtloser Ermahnung entweder Anzeige beim Staats-Anwalt, oder es werden sonstige gerichtliche Schritte unternommen, um dem verletzten Gesetz Achtung zu verschaffen.

Es gereicht dem Ausschuss zu ganz besonderer Freude, konstatiren zu können, wie ja auch die große Anzahl der Beitrittserklärungen beweist, daß durch Gründung dieser Vereinigung einem in weiteren Kreisen gefühlten Bedürfnis abgeholfen ist. Die Bestrebungen des Vereins finden nicht nur die Billigung des größten Theils der Kaufmannschaft, sondern auch die Behörden stehen der Sache sehr sympathisch gegenüber, haben verschiedentlich Statuten erbeten, und, wie der weitere Verlauf meines Berichtes Ihnen darthut, verfehlen dieselben auch nicht, vorkommende Fälle zur Verfolgung dem Ausschuss mitzutheilen. Mehrfache Anfragen aus anderen Städten, wie Nordhausen, Halberstadt, Hannover, Darmstadt zeigen, wie das Bedürfnis nach Selbsthilfe allerorten auftritt. Die Presse hat sich in dankenswerther Weise bereit erklärt, unsere Bestrebungen durch Abdruck ihr zugehender Mittheilungen zu unterstützen.

An Sie, meine Herren, geht nun unsere Bitte, wenn Sie Fälle schwindelhaften Geschäftsgebahrens, welche Ihnen zur Kenntniß kommen, dem Ausschuss anzumelden haben, dies stets nur mit den erforderlichen Beweismitteln zu thun, und wird die Angelegenheit auf das Sorgfältigste geprüft werden. Dann sind wir in der Lage, mit Ihrer Hilfe zur Kräftigung des Ansehens der Kaufmannschaft, zur Hebung von Treue und Rechtsschaffenheit im Handel und Wandel, unser Möglichstes beizutragen.

Es haben bis jetzt vier Ausschuss-Sitzungen stattgefunden. In der ersten Sitzung wurden die Sitzungen durchberathen und genehmigt und der Vorstand gewählt, welcher sich wie folgt zusammensetzt:

I. Vorsitzender: Herr C. Bührmann;

II. „ Herr Jul. Weber;

Kassirer: Herr C. Dsterloh;

Schriftführer: Herr C. F. Mehn.

Als Ausschuss-Mitglieder wurden gewählt die Herren: A. Graupner, Bernhard Kiene, A. Burgdorf, Rich. Lange, Leopold Bierberg, Georg Jürgens, Julius Reuman und Friedr. Seele.

In der zweiten Sitzung wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Innungen und Kaufmännischen Vereine sich mit einem Jahresbeitrag als Korporationen der Vereinigung als Mitglieder anschließen möchten, was auch verschiedentlich geschehen ist. —

Ich komme nunmehr zu dem besonderen Theile meines Berichtes, der Ihnen an der Hand einzelner Vorgänge Art und Umfang unserer seitherigen Wirksamkeit vor Augen führen soll.

Die sog. Mechanische Weberei war schon früher seitens der Handelskammer aufgefordert, die auf Täuschung des Publikums berechnete

Firma abzuändern. Die Firma erhob durch einen Magdeburger Rechtsanwalt Beschwerde gegen dieses Ansuchen und drohte mit Klage, welche aber bis heute noch nicht erfolgt ist. Da die Firma dem gestellten Verlangen nicht nachkam, wurde die Ihnen bekannte Anzeige in den hiesigen Blättern erlassen. Der Erfolg war, daß die Firma nunmehr am Hause den Namen Siegfried Cohn angebracht hat. Die Firma hat in einem Schreiben an die Handelskammer gebeten, weitere Ankündigungen unterlassen zu wollen. Die Verfolgung dieser Angelegenheit unterbleibt vorläufig, weil Aussicht vorhanden, daß dem Firmenjubiläumswesen auf anderem Wege gesteuert wird.

Die Firma Bodmühl & Bergerhoff in Düsseldorf hatte an eine Anzahl hiesiger Firmen ein Schreiben gerichtet, worin dieselben gebeten wurden, eine angeblich hier lagernde Sendung Komptoir-Utensilien zu übernehmen. Durch Zufall wurde von B. & B. an eine hiesige Firma ein für den Expeditur bestimmtes, im wesentlichen Theil gedrucktes Schreiben gesandt, aus welchem hervorgeht, daß diese angeblich hier lagernde Sendung erst, nachdem die hiesige Firma sich zur Annahme bereit erklärt hatte, von Düsseldorf expedirt wurde. Der Expéditeur sollte alle Zettel u. s. w. von der Sendung entfernen und nicht angeben, daß die Sendung nachträglich von Düsseldorf expedirt sei. Dieses Vorgehen wurde als Schwindel bezeichnet und beschlossen, das gesammte Material der Tagespresse zur Veröffentlichung zu übergeben, was geschehen ist.

Eine Berliner Firma nennt sich Braunschweiger Konservenfabrik und bedient sich bei ihren Ankündigungen zu Unrecht vieler Medaillen und eines Ritterkreuzes. Die Erhebungen sind noch im Gange, und wird der Ausschuss nöthigenfalls in dieser Angelegenheit in Thätigkeit treten.

Gegen eine hiesige Firma wurde Klage geführt, daß eingemachter Spargel unter unwahrer Qualitätsbezeichnung zu billigem Preise angeboten wurde. Die Vermahnung des Vorsitzenden hatte den Erfolg, daß jene Firma weiterhin derartige Ankündigungen unterließ.

Die Firma Adolf Heimann in Berlin versendet Preiskourante, auf welchen sie sich Braunschweigische Konservenfabrik nennt und führt in der Marke das braunschweigische Pferd. Da hier keine Fabrik dieses Namens existirt, hat im Auftrage des Ausschusses ein hiesiger Fabrikant an die bekannten Konservenfabriken ein Rundschreiben gerichtet mit der Bitte um Mittheilung, ob H. an einem hiesigen Geschäft theilhaftig sei. Nach den eingelaufenen Antworten ist dieses nicht der Fall. Da die in dem Preiskourant aufgeführten Preise so billig sind, daß von einem reellen Geschäft nicht die Rede sein kann, der Inhaber der Firma außerdem das Braunschweigische Wappen führt und sich Braun-

schweigischer Konservenfabrikant nennt, wurde es als nothwendig angesehen, das Interesse des hiesigen Platzes solchen Manipulationen gegenüber auf das Entschiedenste zu wahren. Der Thatbestand genügt, um auf Grund des Waarenzeichen-Gesetzes ein gerichtliches Einschreiten zu veranlassen. Es wurde deshalb seitens des Ausschusses beschlossen, die Angelegenheit dem Staatsanwalt zu übergeben. Wenn die Verfolgung eingeleitet ist, soll durch öffentliche Bekanntmachung der Thatbestand und die eingeleiteten Schritte bekannt gemacht werden. Eine derartige Ankündigung würde außer dem Hauptzweck: die Wahrung der Interessen des hiesigen Platzes, auch noch den Vortheil haben, in anderen Städten zu ähnlichem Vorgehen Anregung zu geben. Die gerichtliche Verfolgung ist Herrn Justizrath Seymann, hier, übertragen worden.

Einige hiesige Geschäfte führen auf den Firmen-Schildern eine Anzahl Städte auf, indem sie schreiben: ähnliche Geschäfte in 20. Es soll hierdurch im Publikum offenbar der Glaube erweckt werden, daß dies Filialen seien, was aber thatsächlich nicht der Fall ist. Diese Angelegenheit wird seitens des Ausschusses im Auge behalten und demnächst weiter verfolgt werden.

Das Lager der in Konkurs gerathenen Firma Arens & Carpov ist von Herrn Uhrmacher B. gekauft, und bemerkt er in seinen Ankündigungen, daß das Konkurslager und andere Waaren zu Taxpreisen verkauft werden sollen. Der Leiter des Ausverkaufs wurde aufgefordert, diese auf Täuschung des Publikums berechnete Ankündigung zu unterlassen und die Plakate aus dem Fenster zu entfernen. Da die Aufforderung keinen Erfolg hatte, wurde die Ihnen bekannte Anzeige „Zur Aufklärung“ veröffentlicht. Die Gegenerklärung des Herrn Carpov veranlaßte unsere weitere Anzeige, und ist der Erfolg der Letzteren jedenfalls der gewesen, daß das Publikum genügend aufgeklärt ist. Nach unserer letzten Anzeige verschwanden die Plakate aus den Schaufenstern.

In derselben Weise wurde gegen den Konkurs-Ausverkauf von Louis Caspari vorgegangen.

Die Firma St., hier, bot zum Vorsehen in einer Anzeige Uhrketten aus neuer amerikanischer Gold-Komposition, D. R.-P. Nr. 43615 an. Die Patentnummer bezieht sich aber thatsächlich auf eine Lanolinseife. Eine diesbezügliche Erinnerung hatte keinen Erfolg, sondern fand ausweichende Erwiderung, so daß demgemäß gegen diese Firma gerichtliches Einschreiten veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde über sandte dem Ausschuss ein Flugblatt und den vom hiesigen Deutsch-Sozialen Verein herausgegebenen „Wegweiser durch christliche Geschäfte“ und ersuchte den Ausschuss, gegen dieses Vorgehen Stellung nehmen zu wollen. Seitens des Ausschusses wurde

beschlossen, der jüdischen Gemeinde eine Erklärung zuzustellen, wonach der Ausschuss seinen Einfluss dahin geltend machen wolle, daß für die Zukunft derartige Manipulationen unterblieben. Die Versammlung erklärte es als unlauteres Geschäftsgebahren, wenn die Verschiedenheit der Konfession dazu benützt wird, um für einzelne Geschäftsleute besondere Vortheile zu erlangen.

Eine hiesige Maschinenfabrik setzte den Ausschuss davon in Kenntniß, daß, nachdem eine auswärtige Firma Offerte von ihr verlangt, eine andere hiesige Firma dieser auswärtigen schon den Tag darauf brieflich Vorwürfe machte, daß sie von anderer Seite Offerte verlangt habe. Die hiesige Firma könne nur durch Bestechung eines Angestellten von der Offerte Kenntniß erlangt haben. Es wurde beschlossen, der Maschinenfabrik die Beschaffung weiteren Beweismaterials aufzugeben, und wird der Ausschuss, wenn sich eine Handhabe dazu bietet, in dieser Angelegenheit in Thätigkeit treten.

Ein hiesiges Geschäft wünscht ein Vorgehen gegen einen neu etablirten Schuhwaarenbazar. Es wurde uns mitgetheilt, daß die Schuhmacher-Innung zur Zeit damit beschäftigt sei, unter Beistand eines Lederfabrikanten und eines Lederhändlers die Waare auf Preiswürdigkeit zu prüfen. Konstatirt sei bereits, daß zumeist Spaltleder verarbeitet wird, welches durch geeignete Behandlung über die Qualität täuscht, in der Haltbarkeit aber das denkbar Schlechteste ist. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, werde dem Ausschuss weitere Mittheilung gemacht werden. Man machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß derartige Geschäfte jedenfalls als Wanderlager zu besteuern seien. In dem Gesetze über die Besteuerung der Wanderlager sei keine Bestimmung über die Zeit, nach welcher die Niederlassung eines auswärtigen Geschäftes als ständige Filiale angesehen werden kann, enthalten. Die Behörden werden daher, um solide, ansässige Geschäfte zu schützen, bei Beurtheilung der Frage, ob Wanderlager oder Filialen vorliegen, die Art und Weise des Geschäftsbetriebes sehr wohl in Betracht ziehen und, sobald dieser als unlauter zu betrachten sei, solche Geschäfte als verkappte Wanderlager besteuern können. Es müsse allerdings der Beweis erbracht werden, daß die zum Verkauf gebrachten Waaren minderwerthig und das ganze Geschäftsgebahren solcher Firma verwerflich sei.

Eine hiesige Weinfirma machte auf eine hiesige Anzeige aufmerksam, in welcher echt französischer Cognak die Flasche zu 175 Pfg. angeboten wird. Die Firma theilt mit, daß echter französischer Cognak, im Faß bezogen, das Liter 120 Pfg. Zoll kostet, wozu noch die hohe Fracht und der Preis für die Waare selbst kommt, so daß es unmöglich ist, daß echter französischer Cognak die Flasche zu 175 Pfg. verkauft wird. Es

wurde der Firma aufgegeben, vorerst der Vereinigung beizutreten und das erforderliche Beweismaterial beizubringen, damit ein gerichtliches Einschreiten auf Grund des Markenschutz-Gesetzes stattfinden kann.

Eine „Direktion für die Vereinigung nationaler und internationaler Erfinder und Industrieller, E. Meyer in Hannover“, versendet an Erfinder und Industrielle ein Schreiben, wonach den Betreffenden die Mitgliedschaft des Vereins und eine Ehren-Medaille gegen Zahlung von Mk. 22.50 angeboten wird. Auch bietet sich dieser Meyer an, Erfindungen u. zu kaufen und zu verwerthen. Nachforschungen seitens des Ausschusses haben ergeben, daß eine solche Vereinigung in Hannover nicht existirt und es nur darauf abgesehen ist, den Geldbetrag zu erschwindeln. Die Handelskammer Hannover hat auf unsere Veranlassung ihrerseits die Angelegenheit der dortigen Polizeibehörde zur Verfolgung übergeben.

Eine hiesige Behörde theilte mit, daß eine auswärtige Papier-Groß-Handlung Zirkulare versendet, in welchen Behörden zum Kauf von Papierwaaren aufgefordert werden, und führt die Firma eine große Anzahl Behörden auf, an welche bereits geliefert sei. Die betreffende Behörde ist in dem Zirkular auch genannt und glaubt, da seit mehreren Jahren nichts bezogen sei, in dem Vorgehen der Firma die Bedingung des unlauteren Wettbewerbs zu erblicken und fordert zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit auf. Es wurde beschlossen, zunächst weitere Erhebungen anzustellen.

Wie Sie, meine Herren, aus diesem kurzen Bericht ersehen haben werden, sind wir bemüht, mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit die uns von unserer Handelskammer überwiesene Aufgabe durchzuführen. Wir stellen uns nicht in den Dienst des Konkurrenzneides, sondern weisen im Gegentheil jede diesbezügliche Anforderung mit dem entsprechenden Nachdruck zurück. Nur, wo allgemeine Interessen des Standes in Frage kommen, ist für uns die Veranlassung gegeben, die Würde unseres Standes gegenüber einzelnen unsauberen Elementen zu wahren.

Ein sehr erstrebenswerthes Ziel wäre es, wenn sich ein enges Zusammenschließen aller existierenden ähnlichen Vereinigungen herbeiführen ließe. Es war z. B. in den hiesigen Blättern eine Anzeige zu lesen, daß eine Dame nach besonderem System unentgeltlich Smyrna-Knüpfsarbeit lehren wollte. In früheren Jahren tauchten auch schon derartige Annoncen auf, und da diese Sache ganz besonders mich angeht, hatte ich damals schon Gelegenheit genommen, zu konstatiren, daß das Lernen der Knüpfarbeit Nebensache, der Verkauf der Materialien aber die Hauptsache war. Diese Anzeige fand sogar warme Befürwortung seitens der hiesigen Presse,

welche offenbar über den Thatbestand nicht genügend unterrichtet war, jedoch durch ihre Empfehlung im redaktionellen Theil nicht unwesentlich dazu beitrug, der Sache Erfolg zu verschaffen. Derartige Wanderlager existiren natürlich an einem Ort immer nur für einige Tage, die redaktionellen Empfehlungen des joeben verlassenen Plazes öffnen die Spalten der Blätter der weiter abzugrasenden Städte. In meinem Falle spielte sich die Sache so schnell ab, daß es gar nicht möglich war, den Ausschuß rechtzeitig in Thätigkeit treten zu lassen, und so entschloß ich mich, auf eigene Hand eine Ankündigung zur Aufklärung des Publikums zu erlassen. Wären nun aber die Vereine gegen unlauteres Geschäftsgebahren über das ganze Deutsche Reich in steter Verbindung, so wäre es ein Leichtes, in solchem Falle das gesammelte Material denselben zugänglich zu machen, damit diese wenigstens in der Lage sind, dem Unwesen sofort steuern zu können, um eine weitere Schädigung des Publikums und ansässiger Geschäfte zu verhüten. Sie ersehen hieraus, wie segensreich eine solche Vereinigung zu wirken im Stande wäre, und hoffen wir auch, daß eine solche in absehbarer Zeit sich ermöglichen läßt.

Das Material, welches seiner Zeit unter Beihilfe der verschiedenen Kommissionen hier gesammelt worden, ist, wie Ihnen bekannt sein wird, in einem selbständigen Werke zusammengestellt. Es wäre sehr zu wünschen, wenn es in die Hände unserer Frauen gelangen und damit wesentlich dazu beitragen würde, diese, welche doch in der Hauptsache die Einkäufe zu besorgen haben, über die Art und Weise aufzuklären, wie es gemacht wird, zu täuschen und sich auf unreelle Weise Vortheil zu verschaffen.

Das Geß gegen unlauteren Wettbewerb haben wir ja für heute Abend zur Verathung auf die Tagesordnung gesetzt. Daselbe wird schon in den nächsten Monaten im Reichstage zur Verhandlung kommen. Es ist hierbei besonders hervorzuheben, daß dieses Geß uns nicht etwa von der Regierung aufgezwungen wird, sondern daß die Anregung dazu seitens des Handelsstandes gegeben worden ist, weil dem soliden Theil desselben nichts erwünschter sein kann, als daß denjenigen Elementen, welche geeignet sind, das Ansehen des Handelsstandes zu untergraben, der Boden für ihre fernere schädigende Thätigkeit entzogen wird. Es ist ja leider nur zu bekannt, daß im Großen und Ganzen der Handelsstand nicht die Achtung genießt, welche dem ehrenwerthen Theil desselben zukommt. Die uns gebührende Achtung wieder zu erwerben, leitet dieses Geß auf die vortheilhafteste Weise ein. Wenn der ganze Handel für die Zukunft nach reellen Grundsätzen arbeitet, wird derselbe wesentlich zur Gefundung unserer gewerblichen Verhältnisse beitragen. Der deutsche Handel ist, Gott sei Dank,

in seinem Kern gesunder geblieben, als in manchen anderen Ländern, aber es ist deshalb unerträglich, wenn der ganze ehrenwerthe Stand die immer raffinirter auftretenden Schwindeleien Einzelner mit sich herumschleppen soll. Eine durchgreifende Gesetzgebung in dieser Beziehung wird auch noch in anderer Beziehung nützlich sein. Ich erwarte, daß die Fabrikation von Schundartikeln mit den Schwindelgeschäften in gleichem Tempo zurückgehen wird. Es ist keine Frage, daß der unsoliden Schleuderei für die Zukunft wirksam entgegengetreten werden muß; unsere Fabrikanten können ihr Interesse nicht darin finden, Waaren geringwerthiger Qualität zu erzeugen, wenn das Publikum sich daran gewöhnt, mehr nach den besseren Qualitäten zu greifen und sich mit der Zeit überzeugt, daß es sich dadurch selbst den größten Gefallen erweist und den größten Nutzen zieht. Es muß nach und nach die Ansicht Platz greifen, daß es kein Vortheil ist, ein momentanes Bedürfnis mit einem geringeren Aufwand an Geld zu befriedigen, wenn man genöthigt ist, der schlechten Qualität halber dasselbe Bedürfnis zwölf Mal im Jahre befriedigen zu müssen, während der Einkauf des Gegenstandes in einer etwas theureren Preislage vielleicht eine nur sechsmalige Anschaffung nöthig macht. Bricht sich diese Erkenntnis Bahn, dann kommen weitgehende Ersparnisse zu Stande, welche der sonstigen Lebenshaltung zu Gute kommen und auch geeignet sind, den ständigen Klagen über mangelnden Verdienst etwas abzuheben.

Ich kann meinen Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses nicht schließen, ohne Gelegenheit genommen zu haben, unserer Handelskammer den ihr dafür gebührenden Dank auszusprechen, daß sie in der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs die Initiative ergriffen und weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben hat, sich über die in Betracht kommenden Fragen zu unterrichten.

Besonderen Dank schulden wir der Kammer aber auch um deswillen, daß sie in dieser unserer Organisation, welche sich auf Selbsthilfe aufbaut, dem Kaufmannsstande im Herzogthume einen festen Zusammenschluß gegeben hat, gegenüber Allem, was dem Stande zur Unehre gereicht.

Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn.

Das Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu untersagen ist, ist vom Kaiserlichen

Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Januar 1895 ausgegeben, wie folgt:

A. Oesterreich.

Frei.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Szepes (Zips), Liptó (Liptau), Trentschin, Nyitra (Neutra), Bars, Hont und Saros.

Bibliothek-Eingänge.

Die Gestaltung der zollpolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande beruht bekanntlich theils auf den autonomen Zolltarifen, theils auf den zahlreichen, in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträgen, endlich auf Verträgen zwischen auswärtigen Staaten, welche wegen der Konsequenzen der Meistbegünstigungsklauseln auch für den deutschen Ein- und Ausfuhrhandel von Bedeutung sind. Um einen Ueberblick über diese verwickelten Verhältnisse zu geben, hat die Redaktion des Handels-Archivs (Verlag der Königlichen Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin) für das Januarheft 1895 eine Zusammenstellung des autonomen deutschen Zolltarifs mit den die einzelnen Positionen betreffenden Stipulationen der Verträge Deutschlands, sowie eine Uebersicht über die in Betracht kommenden, zwischen Deutschland und dem Auslande oder zwischen auswärtigen Staaten untereinander abgeschlossenen Verträge bearbeitet. Angehängt sind die Ergebnisse der Statistik des internationalen Waarenverkehrs Deutschlands und den wichtigeren auswärtigen Staaten. Mit Rücksicht auf die allgemeine Bedeutung des Inhalts dieser Veröffentlichung für den deutschen Handel ist die Bearbeitung soeben auch als Sonderabdruck unter dem Titel: **Uebersicht über die handels- und zollpolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande**, nach dem Stande vom 1. Januar 1895, erschienen und zum Preise von 1,50 Mk. durch die Königliche Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin SW₁₂, Kochstraße 68—70, zu beziehen.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Arndt

Ingenieur

Mitglied des Vereins deutscher Patentanwälte.

Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttelstr. 50

Wolfenbüttelstr. 50.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschutz.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hufliern 8.

Monatschrift
für

Vierteljährlich 1 M.
Anzeigengebühr:
Achtel Seite 5.— M.
Ganze Seite 28 M.

Handel und Industrie

Begründet von Dr. Vosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 4.

Braunschweig, April-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

A. I. 8. 2087/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß uns über verschiedene zweifelhafte Kommissionsfirmen in Rufsich vertrauliche Mittheilungen zugegangen sind, über welche bei unserer Amtsstelle auf Ansuchen mündliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 22. März 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Füdel.

Dr. Stegemann.

XXII. Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig,

Montag, den 18. Februar 1895

Nachmittags 3 Uhr,

im SitzungsSaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Dr. Barth-Braunschweig, Lemmer-Braunschweig, Ballin-Gandersheim, Corves-Blankenburg, Dr. Pfeiffer-Wendessen, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, und der Syndikus.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 3 $\frac{1}{4}$ Uhr. Es wird sodann sofort in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus dem von dem Berichterstatter gegebenen Ueberblick über die Geschäftsthätigkeit der Kammer

seit der letzten Plenarsitzung sei folgendes hervorgehoben:

1. Auf die von der Kammer bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg erfolgte Eingabe wegen Einlegung eines Zuges etwa 7.30 früh auf der Strecke Braunschweig-Gifhorn mit Ankunftszeit in Hienbüttel 8.30 und Anschluß nach Berlin auf der Berlin-Lehrter Strecke, ist die Antwort ergangen, daß der bestehende Frühzug von Braunschweig nach Gifhorn Nr. 520 weder später gelegt noch beschleunigt werden könne. Die Späterlegung könne nicht erfolgen, weil die Betriebsmittel und Personale des Zuges 520 zur Beförderung eines Zuges von Gifhorn nach Hienbüttel zum Anschluß an die Züge 17 und 27 nach Stendal-Berlin verwendet werden müßten. Die Beschleunigung sei mit Rücksicht auf die mit dem fraglichen Zuge stattfindende Güterbeförderung nicht angängig. Zur etwaigen Einlegung eines besonderen Zuges auf der Strecke Braunschweig-Hienbüttel behufs Herstellung eines unmittelbaren Anschlusses an den Schnellzug Nr. 17 Hannover-Berlin könne ein Bedürfnis nicht anerkannt werden. Eine ähnliche, wie die von der Kammer gewünschte Verbindung habe bereits im Sommer 1885 bestanden und zwar zum Anschluß an den um 8.24 von Magdeburg abgehenden Frankfurt-Berliner Schnellzug Nr. 54. Dieselbe sei jedoch von Braunschweig aus in so geringem Maße benutzt worden, daß die Wiederholung eines derartigen Versuches nicht in Aussicht genommen werden könne.
2. Der Bescheid des Königlich Preussischen Kriegsministeriums an das Ministerium für Handel und Gewerbe bezüglich der seitens der Handelskammer erfolgten Beschwerde wegen Lieferung von Nähmaschinen seitens des Auslandes für das XV. Armeekorps ist dahin erfolgt, daß allerdings ein bez. Vertrag mit der Firma Reiblinger vereinbart worden, daß dem Bekleidungsamte bezw. der Intendantur des

- XV. Armeekorps aber nicht bekannt gewesen sei, daß die fraglichen Singer-Nähmaschinen im Auslande hergestellt werden. Der bezügliche Vertrag ist sodann sofort aufgehoben; übrigens wird bemerkt, daß bisher nur eine Nähmaschine in Auftrag gegeben worden sei.
3. Die in Lübeck vom 1. Juli bis 30. September d. J. geplante Deutsch-Nordische Ausstellung wird nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldungen einen derartigen Umfang annehmen, daß es an der Zeit ist, hier nochmals auf dieselbe hinzuweisen. Die Ausstellung soll hauptsächlich den Export deutscher Industrie-Erzeugnisse nach Finnland, Rußland, Dänemark, Schweden, Norwegen fördern. Der Syndikus hebt hierbei hervor, daß ein derartig bei den aufgebotenen reichen Mitteln sich wirkungsvoll gestaltendes Ausstellungsunternehmen in einem Ostseehafenplage von der Bedeutung Lübecks mit seinen bestehenden alten Handelsbeziehungen zum Norden, für den nordischen Handel Deutschlands zweifellos von erheblicher Bedeutung sein werde, so daß eine rege Betheiligung seitens der in Betracht kommenden Firmen dringend erwünscht sei.
 4. Bezüglich der Errichtung einer obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschule in der Stadt Braunschweig hat am 15. Febr. eine Besprechung mit Interessenten stattgefunden. Es ist hiernach anzunehmen, daß die bezüglichen Bestrebungen der Kammer demnächst auch in der Stadt Braunschweig zum befriedigenden Abschluß gelangen werden.
 5. Die Anträge der Holzmindener Kaufmannschaft betr. die Erweiterung der im Bau befindlichen Quaianlagen in Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen dem Bahnhofs Holzminden und dem dortigen Weserauflauf sind dem Herzoglichen Staats-Ministerium befürwortend zur Kenntniß gebracht.
 6. Die in der Plenarsitzung der Kammer vom 4. Febr. erfolgten Beschlüsse bez. des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs sind dem Reichsamte des Innern sowie dem Deutschen Handelstage eingereicht. Der Letztere ist am 22. und 23. Febr. zu einer Plenarsitzung in Berlin zusammengetreten und hat unter Anderem auch den oben bezeichneten Gesetzesentwurf durchberathen.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht theilt der Vorsitzende sodann mit, daß die Handelskammer der Regelung des Immobilienhandels näher getreten sei und daß beabsichtigt werde, mit einigen angesehenen und tüchtigen Immobilienmaklern ein besonderes Abkommen zu treffen, eventuell auch auf dem Wege der Verordnung, wie solches in Preußen, Baden und Bayern be-

reits geschehen, vorzugehen. Für eine demnächst einzuberufende Versammlung werden die Mitglieder der Kammer ersucht, aus ihren Bezirken je 1 oder 2 Immobilienmakler, die für den vorliegenden Fall als besonders geeignet gelten könnten, der Kammer mitzutheilen. —

Herr Fabrikbesitzer Lundberg erklärt sodann seinen Austritt aus der Kammer pro 1. April d. J., da er an dem bezeichneten Termine seinen Wohnsitz nach Hannover verlege. Seitens der Kammer wird von dem Ausscheiden des Herrn Lundberg mit Bedauern Kenntniß genommen und Herrn Lundberg für sein bisher bethätigtes und verdienstvolles Interesse an den Bestrebungen der Kammer der Dank der Letzteren ausgesprochen.

Für die demnächst zu vollziehende Neuwahl an Stelle des Herrn Lundberg wird Herr Stadtrath Ballin in Gandersheim zum Wahlkommissar ernannt.

II. Stellungnahme bez. der Fürsorge für die kaufmännischen Lehrlinge während der Sonntagsruhe.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Derselbe führt aus, daß die Kammer beabsichtige, in irgend einer Form Einrichtungen zu treffen, welche den kaufmännischen Lehrlingen an den freien Sonntags-Nachmittagen einen gewissen Sammelpunkt zu anregender Unterhaltung bieten sollen. Das Gesetz über die Sonntagsruhe habe nur den Rahmen gegeben, der von der Kaufmannschaft nun selbst ausgefüllt werden müsse, wenn das, was zum Segen der kaufmännischen Lehrlinge gedacht sei, nicht zum Unsegen ausschlagen solle. Die intellektuelle Erziehung, wie sie in den geplanten Fortbildungskursen angestrebt werde, bedürfe zu ihrer Ergänzung auch einer beständigen moralischen Einwirkung, wie sie gerade in derartigen Einrichtungen in wirksamer Weise ausgeübt werden könne. Dankenswerthe Anfänge lägen bereits in mehreren Städten des Herzogthums vor.

Hierzu wird von einigen Mitgliedern bemerkt, daß in ihren Bezirken das Bedürfnis, für die Lehrlinge zu sorgen, ebenfalls allgemein anerkannt werde. Auch beständen bereits an einigen Plätzen sog. Lehrlingsheime, welche ihre freie Zeit an den Sonntagen durch Spiele, durch Lesen nützlicher Bücher und Zeitschriften ausfüllen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß mit der demnächstigen Errichtung von obligatorischen Fortbildungsschulen sich auch die Möglichkeit ergeben werde, in umfassender Weise die von dem Herrn Syndikus angeregte Frage aufzunehmen.

Für das in Braunschweig bestehende Lehrlingsheim wird auf Antrag des Vorsitzenden der Kammer vorerst ein einmaliger Zuschuß von 200 Mk. bewilligt, der nach der Bestimmung

des Vorstandes im Interesse des Lehrlingsheims verwandt werden soll.

Herr Kommerzienrath Züdel macht bei dieser Gelegenheit auf das Vorgehen des Centralvereins für Deutsche Jugendspiele aufmerksam, das er der Beachtung der Kaufmannschaft dringend empfiehlt. Es werde demnächst in Braunschweig eine öffentliche Versammlung stattfinden, zu der auch Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe eingeladen würden. Er sei der Ansicht, daß die Fürsorge für eine anregende körperliche Ausbildung, wie sie in dem Jugendspiel angestrebt werde, gerade auch für die jungen Leute in den Geschäften von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Er bitte aus diesem Grunde um zahlreiche Betheiligung an der für den nächsten Monat in Aussicht genommenen öffentlichen Besprechung der Angelegenheit, zu der noch seitens des Vorstandes des hiesigen Zweigvereins besondere Einladungen ergehen würden.

III. Antrag betr. Erhebungen über die Lage des Kleinhandels im Herzogthum Braunschweig.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Derselbe führt aus, daß die Lage des Kleinhandels unter der Einwirkung der verschiedensten Faktoren sich mehr und mehr zu einer schwierigen gestalte und daß man sich der Besorgniß nicht verschließen könne, daß die Zukunft sich für diesen Erwerbsstand noch weit schwieriger gestalten würde. Um in dieser Beziehung ein klares Bild zu gewinnen, sei es wünschenswerth, genaue Ermittlungen anzustellen. Zunächst seien bereits Erhebungen seitens des Herzoglichen Staats-Ministeriums angestellt über die Entwicklung der Einkaufsgenossenschaften im Herzogthum. Er müsse bei dieser Gelegenheit einer Auffassung entgegenreten, als ob die Kammer in parteilicher Weise einen Kampf gegen die Konsumvereine in Scene setzen wolle. Niemand habe das Recht, einer Genossenschaft von Konsumenten zu verwehren, oder auch nur zu verargen, ihre Lebensbedürfnisse auf dem billigsten Wege zu beschaffen, andererseits sei es aber Pflicht der Kammer, gewisse Grundsätze der allgemeinen Billigkeit stärker zu betonen und da, wo der genossenschaftliche Einkauf gegenüber dem Gewerbe in unberechtigter Weise in der Uebernahme von Lasten und Verpflichtungen bevorzugt sei, für eine Beseitigung eines derartigen Mißverhältnisses Sorge zu tragen.

Die Versammlung schließt sich den Ausführungen des Berichterstatters an und erklärt sich bereit, die Untersuchungen über die Lage des Kleinhandels in den einzelnen Bezirken der Kammer demnächst aufzunehmen.

IV. Anträge des Deutschen Privatbeamten-Vereins in Magdeburg, sowie des Hamburger Vereins für Handelskommis von 1858 auf Beitritt zu den Vereinen.

Berichterstatter: Herr Leo.

Die Kammer beschließt, auf Befürwortung des Herrn Leo, den Anträgen der beiden Vereine auf Beitritt zu entsprechen und einen Jahresbeitrag für den Deutschen Privatbeamten-Verein mit 20 Mk. und für den Hamburger Verein mit 30 Mk. zu bewilligen.

XIII. Antrag der Handelskammer Göttingen betr. Abstempelung der Postkarten auf der Postankunftsstelle.

Berichterstatter: Herr Gerloff.

Derselbe theilt mit, daß der obige Antrag, welcher auch von dem Geschäftsausschusse der Kammer unterstützt sei, bereits durch die von dem Reichspostamt erfolgte Anordnung zur Abstempelung der Postkarten erledigt sei.

XIV. Antrag der Firma C. F. Mehn, hier, betr. die Ersatzleistung der Post für verloren gegangene Nachnahmefsendungen.

Berichterstatter: Herr Gerloff.

Referent bemerkt hierzu, daß nach einer Mittheilung der Firma C. F. Mehn, hier selbst, von derselben ein Nachnahmefbrief aufgegeben, dessen Betrag aber nicht eingegangen sei. Auf eine bei der Post eingereichte Beschwerde sei der Firma der Bescheid geworden, daß ein Ersatz postseitig nicht geleistet werden könne, da der Nachnahmefbrief nicht gleichzeitig als eingeschriebene Sendung aufgegeben sei. Da es häufig vorkomme, daß Nachnahmefbriefe mit nicht unbedeutendem Werthe zur Beförderung bei der Post aufgiefert würden, so habe man bei eventuellem Verlorengehen derselben großen Nachtheil, andererseits habe man aber wieder die Berechtigung, seine Nachnahmefbriefe einschreiben zu lassen, wodurch der eventuelle Schaden allerdings etwas gemildert werde. Referent beantragt, die Kammer möge bei einigen Schwesterkammern anfragen, wie man sich dort zu der aufgeworfenen Frage stelle.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

XV. Antrag betr. die Beifügung und die Beförderung von Waarenproben in Preisverzeichnissen.

Berichterstatter: Herr Gerloff.

Seitens der vorgenannten Firma ist der weitere Antrag bei der Kammer eingebracht, dieselbe möge bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion dahin vorstellig werden, daß einem Preisverzeichnisse kleine Waarenproben beigelegt werden dürften.

Von der genannten Firma seien seiner Zeit eine Anzahl Preisverzeichnisse versandt und mit dem gewöhnlichen Porto für Drucksachen von der Post angenommen. Als nun eine weitere Anzahl von Preisverzeichnissen eingeliefert sei, habe die Postbehörde die weitere Annahme mit dem Bemerkten verweigert, daß eine solche Sendung als Waarenproben sendung zu behandeln sei.

Nach den von dem Herrn Referenten eingeholten Informationen erscheine es aussichtslos, eine Aenderung dieser Handhabung von Preisverzeichnissen seitens der Post zu erlangen, außerdem könne eine allgemeine Bedürfnisfrage in dieser Angelegenheit nicht anerkannt werden, er beantrage daher, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVI. Antrag betr. die Einführung von Schalterkasten oder verschlossenen Mappen zur Abholung von Postsendungen.

Berichterstatter: Herr Gerloff.

Derselbe führt aus, daß bereits unterm 6. September 1892 bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion hier selbst ein Antrag auf Einführung von Schalterkasten seitens der Handelskammer eingebracht sei, daß die Kaiserliche Oberpostdirektion aber damals bereits den Antrag dahin beantwortet habe, daß die Versuche, welche an anderen Orten des Reichspostgebiets mit dem bezeichneten Abholungsverfahren angestellt seien, zu keinem günstigen Ergebnisse geführt hätten. Außerdem sei es unmöglich, eine derartige Einrichtung von Schalterkasten im hiesigen Postgebäude für etwa 700 Firmen, welche ihre Postsendungen abholen, zu treffen.

Er beantrage daher, die neuerdings wieder seitens der Firma C. S. Mehn gegebene Anregung abzulehnen. Die Kammer beschließt demgemäß. Herr Dr. Herm. Schmidt erwähnt bei dieser Gelegenheit, daß seitens der Postverwaltung Ausweisarten für die Abholer verabsolgt würden. Er empfiehlt, man möge verschlossene Mappen zur Abholung einführen und zwar in der Weise, daß auf der eigentlichen Mappe eine kleinere Mappe mit der an dieser letzteren fest anzubringenden Karte benutzt würde.

XVII. Antrag der Handelskammer Gießen betr. Maximalgewicht für einfache Briefe.

Berichterstatter: Herr Schäffer.

Die Großherzogliche Handelskammer Gießen hat bei dem Reichstage wiederum den Antrag gestellt, die Gewichtsgrenze für einfache Briefe im Deutschen und Deutsch-Oesterreich-Ungarischen Verkehr von 15 bis 20 g zu erweitern. Referent bemerkt, daß sich im geschäftlichen Verkehre wohl kaum ein Bedürfnis fühlbarer gemacht habe, als gerade dasjenige nach der beregten Gewichts-

erhöhung. Fast täglich könne der Geschäftsmann sich überzeugen, daß die bestehende Gewichtsgrenze für die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sei. Es seien Fälle vorgekommen, daß frisch kopirte, feucht zur Aufgabe gelangte Geschäftsbriefe mit Strafporto belegt worden seien und, am Bestimmungsorte auf Reklamation des Empfängers nachgewogen, im trockenen Zustande das postalisch zulässige Gewicht nicht überschritten haben. Nicht allein der Geschäftsmann, sondern auch der Private fühle sich unter der jetzt bestehenden Einrichtung beeinträchtigt. Erfahrungsgemäß genüge oft schon ein kleines Format kräftigen Briefpapiers, um die erhöhte Tare eintreten zu lassen. Um nicht dem Strafporto zu verfallen, bringe der Absender in eventuellen Zweifelfällen den doppelten Portobetrag zur Verwendung.

Die jetzige Papierindustrie, welche sich immer mehr vervollkomme und zur Zeit sich hauptsächlich mit der Herstellung starken und dauerhaften Papiers befasse, sei mit der beantragten Gewichtserhöhung auf das Engste verknüpft und würde eine Förderung durch die besprochene Gewichtserhöhung erfahren. Referent beantragt, die Kammer wolle sich gleichfalls für die Erweiterung der Gewichtsgrenze auf 20 g für einfache Briefe aussprechen.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

XVIII. Antrag der Handelskammer Mannheim betr. Gebührenerhebung für sogenannte Nachtverbindungen im Fernsprechverkehr.

Berichterstatter: Herr Lundberg.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim hat bei dem Reichspostamt den Antrag gestellt, daß entweder von der Erhebung einer Gebühr für die Herstellung der sogenannten Nachtverbindungen im Fernsprechverkehr überhaupt Abstand genommen oder, falls auf die Erhebung einer besonderen Gebühr nicht ganz verzichtet werden könnte, wenigstens diese Gebühr ermäßigt werde. Referent führt aus, daß das Kaiserliche Telegraphenamt für diejenigen Teilnehmer an der Stadtfernsprecheinrichtung, für welche bisher unentgeltlich sogenannte Nachtverbindungen zwischen der Wohnung und dem Komptoir oder Lager oder mit der städtischen Feuerwehr hergestellt wurden, verfügt habe, daß für die Herstellung solcher Nachtverbindungen vom 1. Januar 1895 ab eine Gebühr von jährlich 32 Mk., oder wenn ein monatweises Abonnement gewünscht werde, 36 Mk., bei Nachtverbindungen, welche auf einen kurzen Zeitraum oder für bestimmte Nächte herzustellen seien, 20 Pf. für jede einzelne Verbindung erhoben werde. Es sei ohne besondere Schwierigkeiten und ohne Mühe möglich, derartige Verbindungen

für die Nacht herzustellen, der betreffende Beamte brauche vor seinem Fortgange nur die betreffenden Leitungen für die Nacht zu verbinden. Auch beanspruchen die Nachtverbindungen keinen Aufwand von Strom oder Material, denn sie würden nur im Nothfalle benutzt und die Verbindungsschnüre werden über Tag zu anderen Zwecken gebraucht.

Durch die Nachtverbindungen aber würde ein sehr wichtiges Interesse der öffentlichen Sicherheit gewahrt, denn es liegt auf der Hand, daß dieselben nicht zu geschäftlichen Zwecken, sondern ausschließlich dazu dienen, um bei Feuergefährdung oder bei plötzlichen Unfällen möglichst rasch Hilfe herbeirufen zu können. Referent beantragt, die Kammer wolle sich dem Antrage der Handelskammer Mannheim anschließen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XXII. Antrag des Herrn Direktors Schruß in Blankenburg betr. Bahnbau Harzburg-Oker.

Berichterstatter: Herr Schruß.

Referent berichtet, daß er durch Zeitungsartikel zuerst erfahren habe, daß die Handelskammer Goslar in einer Eingabe an den Königlich Preussischen Minister für öffentliche Arbeiten um recht baldigen Ausbau der Strecke Harzburg-Oker gebeten und die Handelskammer Braunschweig um Unterstützung ihrer Eingabe ersucht habe; ferner, daß einige Geschäftsinhaber der Stadt Braunschweig sich in gegentheiligem Sinne an die Handelskammer Braunschweig gewendet hätten.

Als Vertreter des Kreises Blankenburg fühle er sich zu dem Antrage verpflichtet, die Handelskammer möge dem Antrage der Handelskammer Goslar Folge geben, den Antrag der Geschäftsinhaber Braunschweigs aber ablehnen. Aus den ihm inzwischen zugegangenen Akten habe er gesehen, daß letzterer Antrag wohl überhaupt nicht eingegangen ist und der betreffende Zeitungsartikel wohl auf Irrthum beruhe.

Die kurze Strecke Harzburg-Oker hat für einen großen Theil des Kreises Blankenburg eine so hohe Bedeutung, weil sie einen integrierenden Theil der sogenannten Harzgürtelbahn bildet. Die Strecke Harzburg-Ilseburg-Wernigerode ist in Betrieb und für Ausführung der Verlängerung über Blankenburg nach Quedlinburg sind die Aussichten günstig. Diese Ausführung ist, wenn auch nicht gerade abhängig vom Bau der nur kurzen Strecke Harzburg-Oker, so doch viel aussichtsvoller durch Vollenbung der kurzen Strecke. Es würden dann die von der Richtung Goslar kommenden und für Stationen der Harzgürtelbahn bestimmten Transporte von Oker direkt auf dieselbe geleitet werden und den

bedeutenden Umweg Oker-Bienenburg-Harzburg ersparen.

Welche Wichtigkeit die Harzgürtelbahn für Blankenburg hat, habe er bereits in der Plenarsitzung vom 6. Mai 1891 vorgelegt, als er den Antrag stellte, die Handelskammer Braunschweig möge beim Königlich Preussischen Minister für öffentliche Arbeiten den baldigen Ausbau der Harzgürtelbahn beantragen, gleichzeitig aber die Unterstützung des Herzoglichen Staatsministeriums vorkommenden Falls erbitten. Sein damaliger Antrag sei von der Handelskammer einstimmig angenommen. Sein heutiger Antrag sei nur ein Theil des damaligen, und er bitte, auch diesen einstimmig annehmen zu wollen; derselbe lautet:

Die Handelskammer möge, entsprechend dem Antrage der Handelskammer Goslar, beim Königlich Preussischen Minister für öffentliche Arbeiten vortellig werden, daß die Strecke Harzburg-Oker recht bald ausgebaut werde.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

XXIII. Der auf der Tagesordnung stehende vertrauliche Gegenstand wird zur Kenntniß genommen.

XXIV. Antrag des Vereins Deutscher Großfisten in Düngungs- und Kraftfuttermitteln betr. Geschäftsabschlüsse.

Berichterstatter: Herr Verloff.

Derselbe führt aus, daß der Handel und Verkehr in Kraftfuttermitteln in seiner Entwicklung und Ausbildung in den letzten fünfzehn Jahren einen ungewöhnlich raschen Aufschwung genommen habe; ein Blick auf die Statistik zeige, daß dieser Handelszweig, wie kaum ein anderer, sich aus kleinen Anfängen zu einem bedeutungsvollen Faktor unseres Großhandels herangebildet habe. Es sei deshalb begreiflich, daß mit dem schnellen Aufwachsen des Futtermittelhandels die Ausbildung und Festlegung allseitig anerkannter, klar gefaßter Handelsgebräuche nicht Schritt halten konnten, denn die nöthige übereinstimmende Rechtsgewohnheit der maßgebenden Fachleute könne nur aus einer längeren Übung hervorgehen und andererseits sei es überall nicht leicht, auf einem geographisch großen Gebiete die sämtlichen Gepflogenheiten eines großen Handelszweiges so zu erkennen und zusammen zu fassen, daß man sie mit dem bedeutungsvollen Begriffe „Handelsgebrauch“ herausgeben könne. Es brauche wohl nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß es eine große Wohlthat für den ganzen Verkehr bedeute, wenn die Feststellung der Handelsgebräuche erfolge. Der Vorstand des Vereins Deutscher Großhändler in Düngungs- und Kraftfuttermitteln habe diese Bestimmungen zusammengestellt und der hiesigen Kammer unterbreitet. Diese Bestimmungen seien in der Kommissionsprüfung sowie mit hiesigen Großhändlern

von Dünge- und Futtermitteln geprüft und seien mit Ausnahme des § 5 zur Annahme zu empfehlen. Zu § 5b in der dritten Zeile hinter dem Worte „verlangen“ möge man den Zusatz einschalten „geschieht die Nachlieferung innerhalb acht Tagen nicht, so kann Käufer sich für Rechnung des Verkäufers anderweitig decken“.

Er beantrage, dem Vorstande des Vereins Deutscher Großhändler in Dünge- und Kraftfuttermitteln in Hannover hiervon Mittheilung zu machen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XXV. Antrag der Norddeutschen Zuckerraffinerie Trellstedt betr. die Zusammensetzung des Magdeburger Zuckersyndikats.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Derfelbe bemerkt, daß der Antrag der Norddeutschen Zuckerraffinerie Trellstedt, welcher dahin geht, zur Schlichtung von Melasse-Streitigkeiten an Stelle der beiden Rohzuckerraffinadeure und des kaufmännischen Mitgliedes zwei Herren aus der Melasse-Entzuckerung und einen Herrn aus der Melasse-Brennerei zum Syndikat heranzuziehen und im Falle der Behinderung Ersatzmänner zu bestimmen, in einer besonderen Besprechung mit den Interessenten in obigem Sinne gutgeheißen sei und daß die Kammer bei der Dringlichkeit der Sache, da auch andere Handelskörperschaften bereits einen diesbezüglichen Antrag gestellt hätten, den Ältesten der Kaufmannschaft in Magdeburg diesen Beschluß bereits mitgetheilt habe. Referent bittet, zu diesem Beschlusse die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis.

XXVI. Antrag des Deutschen Drogisten-Verbandes in Leipzig betr. Petition gegen Einfügung des Drogenhandels in den § 35 der Gewerbeordnung und für Freigabe der Apotheken-Handverkaufsartikel, sowie Einführung eines Befähigungsnachweises für Drogisten.

Berichterstatter: Herr Störig.

Referent beantragt unter eingehender Darlegung der vorstehenden Angelegenheit, die Kammer möge beim Deutschen Reichstage dahin vorstellig werden, daß der Handel mit „Drogen und chemischen Präparaten“ in Absatz 2 des § 35 der Gewerbeordnung einzufügen und damit den Bestimmungen dieses Paragraphen zu unterwerfen ablehnt, dagegen in einem selbständigen Paragraphen die folgenden Bestimmungen aufgenommen werden mögen:

a) Personen, welche mit Drogen, chemischen und pharmazeutischen Präparaten Kleinhandel treiben wollen, haben vorher der zuständigen Behörde hiervon Anzeige zu machen.

b) Personen, welche mit giftigen Stoffen und Arzneimitteln, soweit diese dem freien Verkehr überlassen sind, selbständig oder als Leiter eines Handelsgeschäftes Kleinhandel treiben wollen (Drogisten), haben vorher ihre Befähigung für derartigen Geschäftsbetrieb nachzuweisen.

c) Der Bundesrath bezeichnet in den verschiedenen Theilen des Reiches diejenigen Behörden und Fachschulen, welche für das ganze Reich gültige Befähigungsscheine auszustellen befugt sind und erläßt die Vorschriften über den Nachweis der nöthigen Fachkenntnisse.

Für Drogisten, welche bei Erlass dieses Paragraphen im Besitze einer Giftkonzession sind, oder seit mindestens drei Jahren den Gewerbebetrieb einer Drogenhandlung in sachgemäßer Weise ausüben, worüber die Verwaltungsbehörde zu entscheiden hat, bedarf es eines Befähigungsnachweises nicht.

d) Der Handel mit Drogen und chemischen Präparaten und insbesondere mit giftigen Stoffen und Arzneimitteln kann auf die Dauer von einem Jahre Demjenigen unterjagt werden,

der wegen Anfertigung ärztlicher Recepte, welche der Apotheke vorbehaltenen Stoffe und Zubereitungen vorschreiben, oder wegen Verkaufs starkwirkender Arzneimittel, wie solche auch in den Apotheken nur auf ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfen, wiederholt bestraft worden ist.

Bei solchen verschärften Vorschriften dürfte sich denn auch empfehlen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Drogisten den Verkauf solcher Artikel freizugeben, welche mehr technische als medizinische Verwendung finden, zur Zeit aber nach der kaiserlichen Verordnung vom 30. Januar 1890 nicht gestattet ist.

Die Kammer beschließt demgemäß.

XXVII. Antrag des Herrn Direktors Schruff in Blankenburg betr. Maß- und Gewichtsrevisionen und Abänderung der Eichordnung.

Der obige Punkt wird für die nächste Sitzung vertagt.

XXIX. Antrag des Vereins der Holzindustriellen in Rheinland und Westfalen betr. die Einführung schwedischer Thüren in Deutschland.

Berichterstatter: Herr Natalis.

Der Verein der Holzindustriellen in Rheinland und Westfalen beantragt bei der Reichsregierung, den Zoll auf „Schwedische Thüren“ von 3 Mk. auf 10 Mk. pro 100 kg zu erhöhen.

Zu der Begründung wird dargelegt, daß das schwedische Fabrikat vom deutschen Händler trotz darauf lastender Fracht und dem jetzigen Zoll etwa zu gleichen Preisen abgegeben werden kann, als das deutsche Erzeugniß selbstkostend sich herstellen läßt. Es ist ersichtlich, daß, da vom Auslande gehobelte Bretter in Folge des deutschen 3-Mk.-Zolls fast nicht mehr eingeführt werden können, die billigere Produktionsweise der fertigen Thüren in Schweden die Einfuhr ermöglicht; dieselbe basiert aber nicht etwa auf geringerem Arbeitslohn, denn dieser ist in Schweden durch den kostspieligeren Lebensunterhalt eher theurer als billiger gegenüber dem hiesigen, sondern in

verbvollkommenen Einrichtungen maschineller Natur. Zur Begegnung solcher Konkurrenz dient nur das einzig rationelle Mittel, die inländische Herstellungsweise ebenso zu vervollkommen, wie es die schwedische bereits ist, aber nicht durch Zollerhöhung den fraglichen Artikel zu vertheuern, welchen wir gerade zur Herstellung billiger, für die Arbeiter und den kleinen Beamtenstand so dringend nöthigen gesunden Wohnhäuser bedürfen. Schweden, ein Land, welches zu den ärmeren gehört und den größeren Theil seiner Bedürfnisse an Nahrungsmitteln und besonders an Industrie-Produkten vom Auslande beziehen muß, hat das größte Interesse daran, seine Materialien in irgend welcher Form nach Außen verwerthen zu können und würde demgemäß jede Erschwerung, zumal wenn sie als Prohibitiv-Zoll auftritt, mit solchen Gegenmaßregeln bekämpfen, die Deutschland ungleich mehr schädigen würden!

Die beiden Länder sind geographisch und kommerziell auf einander angewiesen, und so ist es dringend geboten, diesen naturgemäßen Verkehr möglichst zu pflegen und zu erweitern, aber nichts zu unternehmen, was ihn störend beeinflussen kann, damit nicht der schwedische Käufer die jetzt von Deutschland gelieferten Industrie-Erzeugnisse aus konkurrierenden Ländern bezieht. In richtiger Erkenntniß des Werthes unseres wirthschaftlichen wechselseitigen Verkehrs mit unseren Nachbarn wird augenblicklich eine große Nordische Ausstellung in Lübeck zur Ausführung gebracht, deren Erfolg durch die beantragte Maßregel sehr beeinträchtigt werden würde.

Es sei schließlich noch an einen ähnlichen Vorgang aus früherer Zeit erinnert: Die Einfuhr schwedischer Zündhölzer nahm bedeutende Dimensionen an, so daß zu Gunsten der Fabrikation der alten deutschen Streichhölzer ein hoher Schutz Zoll geplant wurde, welchen die schwedische Regierung sich jedoch mit aller Energie zu erwehren verstand. Nachdem nun deutsche Produzenten mit der Zeit eine Waare in gleicher Vollkommenheit herzustellen sich bemüht haben, ist das schwedische Fabrikat fast gänzlich vom deutschen Markt verschwunden; es hat sich also ein analoger wirthschaftlicher Prozeß ganz naturgemäß, ohne Störung und ohne Staatshilfe vollzogen!

Referent beantragt somit im Namen der Kommission, den gedachten Antrag auf Zollerhöhung schwedischer Thüren nicht zu unterstützen.

Die Kammer beschließt dem Antrage des Referenten gemäß.

XXX. Antrag betr. Schnellpostverbindung zwischen Norddeutschland und London.

Berichterstatter: Herr Gerloff.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegen verschiedene Anträge vor. Die Londoner Handelskammer glaubt, daß der Postverkehr zwischen

Norddeutschland und England durch Benutzung der neuen, mit schnellen Dampfern betriebenen Linie Hoek van Holland-Harwich wesentlich beschleunigt werden könnte, wenn die preussische Eisenbahnverwaltung einen neuen Schnellzug auf der Strecke Löhne-Rheine, eine Entfernung von 94 km einlegen wollte. Die Holländische Eisenbahn-Gesellschaft, welche Eigenthümerin der Linie Hoek van Holland ist, soll bereit sein, Schnellzüge zwischen diesem Punkte und Rheine einzurichten, und in Löhne würde der in Vorschlag gebrachte neue Zug mit bereits bestehenden Schnellzügen der Linie Berlin-Köln zusammen treffen, so daß eine durchgehende Verbindung mit Berlin-Dresden und anderen Städten, und sogar mit Wien hergestellt wäre.

Seitens der Niederländischen Handelskammer in London wird ausgeführt, daß seit einer Reihe von Jahren man sich zur Versendung der Postbeutel der Route via Blißingen bediene. Die momentane Bahnverbindung zwischen Blißingen und Berlin (Hamburg) sei zwar allerdings kürzer als jene der anderen Strecke. Doch sei man überzeugt, daß der Bahnverkehr zwischen Rotterdam und Berlin (Hamburg) beschleunigt werden könnte und zwar so, daß die für den Transit in Anspruch genommene Zeit, jener der von der Blißingen-Berliner Route beinahe gleichkäme; jedenfalls würde der Zeitunterschied der Postausgabe ein nur ganz verschwindender sein. Die ganze Sache basire somit auf folgender Frage: Welche Dampferlinie bietet die beste Bürgschaft für Pünktlichkeit: die der Harwich- und Hoek van Holland- oder jene der Queenborough-Blißingen-Linie? Die Great Eastern Eisenbahn-Gesellschaft, welche die Verbindung zwischen Harwich und dem Hoek van Holland besorgt, besitzt bekanntlich seit einigen Monaten verschiedene prachtvoll ausgestattete neue Dampfer, welche jedoch nur erflußive einen Nachtdienst auf jener Strecke versehen, und was Schnelligkeit u. s. w. anbelangt, nichts zu wünschen übrig lassen.

Die Route zwischen Queenborough und Blißingen dagegen wird von der Stoomvaart-Maatschappij Zeeland mittelst eines Tag- und Nachtdienstes versehen, und die Verbindung kann in jeder Beziehung eine zufriedenstellende genannt werden, obwohl allerdings nicht zu leugnen ist, daß die Schnelligkeit ihrer Boote mit jener der neueingeführten Great Eastern-Dampfer nicht verglichen werden kann. Die Stoomvaart-Maatschappij Zeeland hat nun aus diesem Anlaß neue Boote bestellt, welche mit dem 1. Oktober d. J. in Dienst gesetzt werden und durch welche eine Zeiterparniß von einer bis zwei Stunden bewerkstelligt wird. Also, beide Linien, was deren Dampfer anbetrifft, stehen einander ebenbürtig zur Seite, oder versprechen es doch bald zu werden.

Ebenso sprechen die Betriebsgesellschaft der Niederländischen Staatseisenbahnen, die Dampf-

schiffahrts-Gesellschaft Zeeland und die Nordbrabant-Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft sich gegen eine Verlegung der Holländischen Post von Vlissingen nach Harwich aus.

Referent bemerkt grundsätzlich, daß es nur erwünscht sein könne, daß Norddeutschland mit London durch mehrere Schnellpostverbindungen die Korrespondenz austausche und beantragt, die Kammer möge sich für die neuprojektirte Linie nur unter dem Vorbehalt aussprechen, daß die seitherigen Verkehrsverhältnisse nicht etwa durch die neue Einrichtung beeinträchtigt werden.

Die Kammer beschließt demgemäß.

Außerhalb der Tagesordnung gelangt ein Antrag des Komitès der Allgemeinen Ausstellung für Bäckerei, Konditorei, Nahrungsmittel und Volksernährung hiersebst auf Stiftung eines Ehrenpreises zur Verhandlung.

Die Versammlung beschließt auf Befürwortung des Berichterstatters, Herrn Natalis, für die im Mai d. J. hiersebst stattfindende Ausstellung den von dem Ausstellungs-Komitee beantragten Ehrenpreis zu bewilligen.

Herr Fabrikbesitzer Schäffer-Schöningen bringt sodann zur Sprache, daß seitens der interessirten Einwohner in Belpke darüber geklagt werde, daß, obwohl bei dem Bahnbau Schöningen-Debissfelde denselben versprochen sei, einen Bahnhof in Belpke herzustellen, man bis jetzt noch keine Anstalten getroffen habe, um den Bahnhofsbau zu verwirklichen. Da die in der Umgebung von Belpke belegenen Steinbrüche fast täglich 40 bis 50 Ladungen Steine zur Versendung bringen und die Fortschaffung derselben an die Bahn umständlich und zeitraubend, auch zu kostspielig sei, so möchte er beantragen, eine bezügliche Eingabe der Interessenten zu unterstützen.

Die Versammlung giebt dem Vorstande anheim, in eine nähere Prüfung der Angelegenheit einzutreten und eventuell den Antrag alsdann später zur Vorlage zu bringen.

Von Herrn Gerloff wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß sich eine Zunahme des Verlorengehens einfacher Briefe bemerkbar mache und daß diese für das korrespondirende Publikum, und zwar in erster Linie für den Kaufmannsstand höchst ärgerlichen Vorkommnisse nach Ansicht des hiesigen Postdirektors zu 75, vielleicht mehr als 80 Prozent darauf zurückzuführen seien, daß die Kreuzbandsendungen ungenügend geschlossen seien. In den Briefkästen geriethen dann leicht Briefe und Postkarten in solche Kreuzbandsendungen hinein und gingen damit für den rechtmäßigen Empfänger vielfach verloren. Abzuhelfen sei diesem Uebelstande nur dadurch, daß eine Vorschrift erlassen werde,

welche die Beförderung von Kreuzbandsendungen mit mehr als 5 bis 6 Zentimeter weiten Öffnungen ausschließt. Berichterstatter schlägt vor, über diese Angelegenheit mit einigen Schwesterkammern, namentlich in größeren Städten, ins Benehmen zu treten und eventuell dann in geeigneter Weise bei der Reichspostverwaltung vorstellig zu werden.

Die Kammer beschließt demgemäß.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.

Südel.

Der Protokollführer.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens untersagt.)

Bestimmungen für den Verkehr der Handelsreisenden in Rumänien.

In Rumänien sind die Distrikts-Präfecturen die einzigen Behörden, welche zur Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sind.

Die deutschen Handlungsreisenden haben in Rumänien die Vorschriften des Gesetzes über den Handel im Umherziehen und des Reglements zu diesem Gesetze zu beobachten, welche, wie folgt, lauten:

Gesetz Artikel 5. Die Kommissionäre, Agenten und alle diejenigen, welche Geschäfte zwischen den Fabrikanten, Gewerbetreibenden und Kaufleuten vermitteln, haben der Handelskammer und in Ermangelung einer solchen, dem Ortsbürgermeisteramt schriftlich die Häuser anzugeben, für welche sie thätig sind, sowie sich darüber auszuweisen, daß sie befugt sind, die betreffenden Häuser an dem Orte zu vertreten.

Sie sind ferner verpflichtet, der Handelskammer auch die etwaige Einziehung jener Befugnis anzuzeigen.

Sie dürfen nur im Namen und für die Grossisten und Detailhändler, welche sie vertreten, Waaren anbieten und Bestellungen entgegennehmen.

Reglement zum Gesetz, Kapitel III, betreffend die Kommissionäre.

Artikel XXVII. Diejenigen, welche das Gewerbe eines Kommissionärs, Handelsagenten oder Vermittlers zwischen den Fabrikanten und den Kaufleuten ausüben wollen, sei es, daß sie im Lande ansässig sind, sei es als Handlungsreisende, können nur dann als solche thätig sein, wenn sie die nachstehenden Vorschriften erfüllen:

1. haben dieselben der Handelskammer, oder, Mangels einer solchen, dem Bürgermeisteramt

schriftlich die Häuser oder die Fabriken anzugeben, für welche und in deren Namen sie thätig sind;

2. haben sie zugleich mit dieser Erklärung beglaubigte Abschrift der Vollmacht zu hinterlegen, auf Grund deren sie arbeiten.

Artikel XXVIII. Keine Vollmacht darf von der Handelskammer oder von der Gemeindebehörde angenommen werden, die nicht authentisch und in Gemäßheit der Gesetze des Landes ausgestellt ist, aus dem sie herrührt.

Die von fremden Fabrikanten erteilten Vollmachten müssen von der rumänischen Gesandtschaft in dem betreffenden Lande beglaubigt werden.

Artikel XXIX. Die Handelskammer, welcher eine derartige Vollmacht vorgelegt wird, hat dieselbe einzutragen und Abschrift davon zurückzubehalten.

Wird die Vollmacht einer Gemeindebehörde vorgelegt, so hat diese dieselbe einzutragen und beglaubigte Abschrift davon der Handelskammer des Bezirks zu übermitteln.

Artikel XXX. Die Handelskammer oder die Gemeindebehörde hat eine dahin gehende Bescheinigung auszustellen, daß Abschrift der Vollmacht hinterlegt worden ist.

Konkursrecht in den Kolonien Victoria und Neu-Süd-Wales.

Nach dem in der Kolonie Victoria geltenden Rechte gehören Kommissionswaaren, die sich im aktuellen Besitze eines Gemeinschuldners befinden, zur Konkursmasse. Ausnahmen hiervon können nur dann eintreten, wenn die Waaren noch unterwegs oder in Räumlichkeiten gelagert sind, die sich nicht im Besitze des Gemeinschuldners befinden.

Ähnliche Rechts-Grundsätze sind auch kürzlich von dem Konkursrichter in Sidney ausgesprochen worden und zwar in einem Falle, wo die Kommissionswaaren auf den Namen der Gemeinschuldnerin im Zoll-Entrepôt lagerten und daher vielleicht sogar in der Kolonie Victoria noch ein Aussonderungsrecht für dieselben hätte beansprucht werden können.

Die Entscheidung des dortigen Gerichts ist anscheinend auf Grund des Artikels 52, Nr. 3 des dortigen Konkursgesetzes vom 13. Dezember 1887, 51 Victoria Nr. 19 erfolgt, worin gesagt ist:

„The property of the bankrupt divisible amongst his creditors shall comprise:

All goods being at the commencement of the bankruptcy in the possession or disposition of the bankrupt, by the consent and permission of the true owner,

under such circumstances, that he is the reputed owner thereof.“

Der Richter hat dabei anscheinend angenommen, daß ein Kaufmann, der sich als solcher und nicht als Agent bezeichnet, als Eigenthümer aller zu seiner Verfügung stehenden Waarenlager bei früherer Gewährung von Krediten vielleicht in Berechnung gezogen worden sein möchte.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Stückgüterannahme auf dem Hauptbahnhofe.

Bei der hiesigen Handelskammer ist der Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß Stückgüter nur bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr Abends auf dem Hauptbahnhofe in Braunschweig zugeführt werden dürfen, daß aber die bis dahin angefahrenen Güter auch wirklich abgenommen werden müssen.

Die Handelskammer hat sich zunächst wegen des vorstehenden Antrages mit der königlichen Güter-Expedition in Verbindung gesetzt und hat die Letztere erklärt, daß in der Praxis bereits diesen Wünschen Rechnung getragen werde.

Fahrpreis-Ermäßigung nach dem Harze.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat bezüglich der Erleichterung des Verkehrs mit dem Harze im Sommer die nachfolgende Eingabe an die königliche Eisenbahndirektion zu Magdeburg gerichtet.

Es wird uns wiederholt aus der Bevölkerung der Stadt Braunschweig heraus nahe gelegt, bei königlicher Eisenbahndirektion dahin vorstellig zu werden, daß der Verkehr mit dem Harze für den Sommer mehr als dies seither der Fall ist, erleichtert werde. Wir können diese Wünsche insoweit als berechtigt ansehen, als es recht wünschenswerth sein würde, wenn neben dem Sonntags-Frühzug 6.58 Uhr eine Fahrpreiserleichterung auch für den Mittagszug 1.23 zugestanden würde.

Wenn der Grundsatz, der Bevölkerung größerer Städte wenigstens einmal in der Woche die Gelegenheit zu erleichtern, sich in der Natur zu erfrischen, als berechtigt anzuerkennen ist, so wird es für die hiesige Bevölkerung thatsächlich von erheblichem Werthe sein, wenn sie am Sonntag auch noch um die Mittagszeit zu einem ermäßigten Fahrpreise den Harz aufsuchen vermag, da in zahlreichen Fällen die Familien außer Stande sind, auf ihre Erholung selbst am Sonntage einen ganzen Tag zu verwenden.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

männlichen Lehrlinge in der Stadt Braunschweig.

Zahl der Lehrlinge im Lebensalter von Jahren																				Geburtsort	Wohnort der Eltern		
14	14½	15	15½	16	16½	17	17½	18	18½	19	19½	20	20½	21	21½	22	23	Alter nicht angegeben	Summa	Stadt Braunschweig	auf halb Braunschweig	Stadt Braunschweig	auf halb Braunschweig
26	10	72	20	105	14	109	24	88	16	62	7	23	1	10	1	3	3	5	599	301	294	361	225
																				(Bei 4 Lehrlingen nicht angegeben.)	(Bei 4 Lehrlingen nicht angegeben.)		

Dauer der Lehrzeit Jahre								Vorbildung der Lehrlinge														
Streu verloren.	1	2	2½	3	3½	4	4½	Vorsschule	Hofsschule	Rechtschule	I. Bürgerschule	Bürgerschule	Realschule	Realschulnstitut	Gymnasium	Oberrealschule	höhere Privatschule	Normalerschule	Lehrerseminar	Landw. Schule	Handelschule	Lehrerschule
9	2	24	5	382	43	125	—	17	6	14	5	249	34	64	82	48	49	7	1	2	14	1
(Bei 2 Lehrlingen ist Lehrzeit nicht festgesetzt.)																						
(Bei 12 Lehrlingen ist Lehrzeit nicht angegeben.)																						
(1 Lehrling hat eine Lehrzeit von 3½ Jahren zu bestehen.)																						
(Bei 6 Lehrlingen ist die Vorbildung nicht angegeben.)																						

Verwendung der Lehrlinge in den einzelnen Geschäftszweigen.

Ffd. Nr.	Geschäftszweig	Anzahl der Lehr- linge
	Fabrikgeschäfte.	
1	Zuckerraffinerien	29
2	Zigarrenfabrikation	16
3	Feinen-, Wäsche- und Bettenfabrikation	16
4	Konservenfabrikation	13
5	Feinen-, Baumwollwaaren- und Wäschefabrikation	9
6	Chokoladen- und Nudelfabrikation	6
7	Bierbrauereien	6
8	Kaffeefurrogat- und Zichorienfabrikation	5
9	Maschinenfabrikation	4
10	Eßig- und Eiqueurfabrikation	3
11	Wurstfabrikation	3
12	Lederfabrikation	3
13	Knopffabrikation	3
14	Zuckerwaarenfabrikation	2
15	Eisenbahnbau-Geschäfte und Fabrikation für Eisenbahnbedarf	2
16	Wagenfabrikation	2
17	Fabrikation von Tapissieriwaaren	2
18	Buchdruckereien	2
19	Seilerwaarenfabrikation	1
20	Tapetenfabrikation	1
21	Strohhatfabrikation	1
22	Nachpappenfabrikation	1
23	Seifenfabrikation	1
24	Pianofortefabrikation	1
	Uebertrag	132

Ffd. Nr.	Geschäftszweig	Anzahl der Lehr- linge
	Uebertrag	132
25	Bijouteriewaarenfabrikation	1
26	Papiervaarenfabrikation	1
27	Gold- und Silberwaarenfabrikation	1
28	Farben- und Lack-Fabrikationsgeschäfte	1
	Summa	136
	En gros-Geschäfte.	
1	Drogenhandlungen	21
2	Landesprodukte, Felle und Kolonialwaaren	17
3	Garn-, Band- und Kurzwaaren	13
4	Weingroßhandlungen	9
5	Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaaren	9
6	Getreide, Futler- und Düngemittel	6
7	Parfartikel	5
8	Citruowaaren- und Maschinenhandlungen	5
9	Geschäfte für Bedarf technischer Gewerbe	4
10	Luch, Buckskin und Wollwaaren	3
11	Baumwoll- und Manufakturwaaren	3
12	Zute-, Feinen- und Wollwaaren	2
13	Eisenfactoreien	2
14	Bergwerks- und Hüttenprodukte	1
15	Zigarrenhandlungen	1
16	Papiergroßhandlungen	1
17	Oele und Fettwaarenhandlungen	1
	Summa	162

Nr.	Geschäftszweig	Anzahl der Lehr- linge
En détail-Geschäfte.		
1	Kolonialwaaren- und Materialwaarenhandlungen	63
2	Manufaktur-, Mode-, Seiden- und Puggeschäfte	57
3	Kolonialwaaren-, Drogen-, Farben- und Lackhandlungen	32
4	Baueisen- und Eisenkurzwaarenhandlungen	16
5	Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen	15
6	Tuchhandlungen (Wasschneidereien und Herren-garderobe)	12
7	Haus- und Küchengeräthehandlungen	9
8	Kurz-, Wand- und Garnhandlungen	7
9	Leberhandlungen	6
10	Fuß-, Kurz-, Weiß- und Modewaarenhandlungen	6
11	Zigarren- und Tabakhandlungen	6
12	Tapetenhandlungen	5
13	Mobelftoff- und Teppichhandlungen	5
14	Wäsche, Weiß- und Leinenwaarenhandlungen	4
15	Leinen- und Baumwollwaarenhandlungen	4
16	Papierhandlungen	4
17	Wollwaaren und Tricotagenhandlungen	3
18	Kaffee- und Theehandlungen	3
19	Kurz-, Galanterie- und Spielwaaren	2
20	Leinenwaarenhandlungen	2
21	Sammet- und Seidenwaarenhandlungen	2
22	Mehl- und Getreidehandlungen	2
23	Stichs (Bezugsquelle)	2
Uebertrag		267

Nr.	Geschäftszweig	Anzahl der Lehr- linge
Uebertrag		267
24	Porzellanhandlungen und Glashandlungen	2
25	Holzhandlungen und Journirhandlungen	2
26	Sattlerwaarenhandlungen	1
27	Felle- und Rauchwaarenhandlungen	1
28	Schmuck-, Galanterie- u. Luxuswaarenhandlungen	1
29	Landwirthschaftliche Maschinenhandlungen	1
Summa		275
Allgemeine Geschäfte.		
1	Bank- und Lotteriegeschäfte	35
2	Lotterie-Haupt-Kollekten	26
3	Versicherungsgeschäfte	10
4	Apotheker	7
5	Expedition	5
6	Agentur- und Kommissionsgeschäfte	2
7	Annoncenexpeditionen	1
Summa		86
Zusammenstellung der Gesamtzahl der Lehrlinge.		
a)	in Fabrikgeschäften	136
b)	in En gros-Geschäften	102
c)	in En détail-Geschäften	275
d)	in Allgemeinen Geschäften	86
Gesamtzahl		599

Fragebogen sind versandt	925
Beantwortet sind	921

Unbeantwortet blieben 4

Von den Firmen

1. Franz Böttger, Kolonial- und Materialwaarenhandlung,
2. M. Brasch, Weiß-, Woll- und Baumwollwaaren,
3. Carl Halle jun. (Inhaber Fr. Lüders), Kurz-, Holz- und Spielwaarenhandlung,

war trotz wiederholter Mahnung eine Auskunft nicht zu erlangen.

Die Firma Ernst Schlegel, Verlagsbuchhandlung und Versandgeschäft, hat eine Auskunft überhaupt verweigert.
Kein Weiteres außer Betracht gelassen.

Nach den eingegangenen Fragebogen beschäftigen:

262	Firmen	nur kaufmännische Lehrlinge,
42	"	männliche Lehrlinge und weibliche Angestellte,
80	"	nur weibliche Angestellte,
537	"	haben keine Lehrlinge und weibliche Angestellte.
921	Firmen.	

Ermitte lungen über die Personalverhältnisse der weiblichen Angestellten in kaufmännischen Geschäften in der Stadt Braunschweig.

Beschäftigung											Alter					(Jahre)		Geburtsort		Wohnort der Eltern		Eltern verstorben	Vorbildung									
Behrmädchen	Stickerinnen	Comptoiristinnen, Buchhalterinnen, Schreiberrinnen	Lageristinnen, Verkäuferinnen, Expedientinnen	Kassirerinnen	Direktrinnen	Schreiberinnen u. Näherinnen	Fußmacherrinnen und Garnirerinnen	Binderrinnen, Andrahterinnen, Waarenreiner, (Arbeiterinnen)	Nicht angegeben	Summa	14-15	16-18	19-21	22-25	26-30	31-35	36-40	40-45	Darüber	Alter nicht angegeben	Braunschweig		auswärts	Braunschweig	auswärts	Dorfschule	Vollschule	Meisterschule	Bürgerschule	höhere Mädchenschule	andere Fortbildungsschule	Städtische Mädchenchule
63	8	6	267	7	24	25	24	12	2	447	30	120	118	93	60	11	5	5	3	2	239	207	301	109	33	9	5	14	259	39	9	102
Außerdem : 1 Stütze der Hausfrau und Verkäuferin, 2 Geschäftsführerinnen, 1 Werthführerin, 1 für Küche und Laden.											4 Bejrlinge für Fußfach					1 nicht angegeben		4 nicht angegeben		3 Garnisonsschule, 1 Schloßschule, 3 Fortbildungsschule, 3 Katholische Schule.												

Verwendung der weiblichen Angestellten in den einzelnen Geschäftszweigen.

Nr.	Geschäftszweige	Zahl
1	Fuß-, Weiß-, Kurz-, Ellen- und Modegeschäfte	148
2	Manufakturwaarengeschäfte und Konfektion . .	87
3	Leinen-, Wäsche- und Bettwaarengeschäfte . . .	28
4	Galanteriewaarengeschäfte	22
5	Damenmäntelgeschäfte	15
6	Woll-, Baumwoll-, Garn- und Strumpfwaaren- geschäfte	23
7	Kurz-, Galanterie- und Spielwaarengeschäfte .	13
8	Seidenwaarengeschäfte	12
9	Konsumvereine	10
10	Handschuhgeschäfte	8
	Uebertrag	366

Nr.	Geschäftszweige	Zahl
	Uebertrag	366
11	Bijouteriewaarengeschäfte	8
12	Schuhwaarengeschäfte	8
13	Glas-, Porzellan-, Steingut- und Majolika- Handlungen	7
14	Wein-, Brantwein- und Liqueur-Geschäfte . .	5
15	Zuckerwaaren- und Chokoladen-Geschäfte . .	5
16	Gold- und Silberwaaren-Geschäfte	5
17	Kunst-, Buch- und Antiquariats-Geschäfte . .	4
18	Blumen-Geschäfte	4
19	Delikatesen-Geschäfte	3
	Uebertrag	415

Nr.	Geschäftszweige	Zahl
	Uebertrag	415
20	Drogen- und Chemikalien-Geschäfte	3
21	Kurzwaaren-Geschäfte (Haus- und Küchengeräthe)	3
22	Papier-Geschäfte	3
23	Hut- und Pelz-Geschäfte	3
24	Korset-Geschäfte	2
25	Wurst- und Fleischwaaren-Geschäfte	2
26	Chemische Färbereien	2
27	Schirm-Geschäfte	2
28	Militäreffekten-Geschäfte	2
29	Nähmaschinen-Geschäfte	1
	Uebertrag	438

Nr.	Geschäftszweige	Zahl
	Uebertrag	438
30	Bürsten-Geschäfte	1
31	Seifen- und Lichte-Geschäfte	1
32	Alfenidewaaren-Geschäfte	1
33	Kaffee- und Thee-Handlungen	1
	Gesamtzahl	442
	Bei 5 weiblichen Personen ist die Branche nicht angegeben	5
		447

Stand der Eltern der kaufmännischen Lehrlinge.

Kaufleute	157
Handwerker	129
Beamte und Lehrer	80
Beamte in kaufmännischen Geschäften (Fabrikdirektoren, Buchhalter, Werkmeister, Lagermeister, Aufseher etc.)	35
Fabrikanten	35
Rentner	31
Gast- und Speisewirthe, Restaurateure	24
Landwirthe und Gärtner	18
Arbeiter	26
Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Thierärzte	9
Opernsänger, Musiklehrer, Musiker	5
Verstorben sind die Eltern von (Stand nicht angegeben)	5
Der Vater gestorben, während die Mutter am Leben ist, bei	23
Nicht angegeben ist der Stand der Eltern bei	22
Summa	599

Stand der Eltern der weiblichen Angestellten.

Handwerker	138
Beamte und Lehrer	87
Kaufleute	37
Arbeiter	28
Rentner	13
Landwirthe und Gärtner	11
Gast- und Speisewirthe, Restaurateure	3
Fabrikanten, Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte	4
Musiker	3
Die Eltern sind verstorben bei	19
Der Vater ist verstorben (Mutter lebt)	59
Der Stand der Eltern ist nicht angegeben bei	45
Summa	447

Regelung des Immobilien-Handels.

Auf Veranlassung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig fand am 18. März d. J. im Sitzungs-Saale derselben eine Versammlung von Immobilien-Maklern aus den verschiedenen Städten des Herzogthums Braunschweig statt, der als Vertreter des Deutschen Immobilienmakler-Vereins in Frankfurt a. M. Herr Stern-Simon beiwohnte. Die von dem Syndikus der Kammer geleitete Versammlung sprach sich dahin aus, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in der Vermittelung von Grundstücken und Hypotheken wie in anderen Landestheilen so auch in Braunschweig unhaltbare seien. Die Bestimmungen der §§ 35 und 38 der Gewerbeordnung hätten seither nicht verhüten können, daß die für den allgemeinen Verkehr so wichtigen Vermittlungsfunktionen der Immobilienmakler geradezu mit Mißtrauen, namentlich von Seiten der Gerichte, behandelt würden. Die Schuld hierfür sei in der That Sache zu suchen, daß die Grundstücksvermittlung sich heute noch vielfach in den Händen zweideutiger Elemente befinde. Die Versammlung sprach sich in erster Linie dafür aus, daß im Sinne des § 38 der Gewerbeordnung für den Umfang des Herzogthums

Braunschweig schärfere Kontrollbestimmungen durch das Staatsministerium eingeführt, die Kontrolle selbst aber nicht durch Polizeiorgane, sondern durch die Handelskammer ausgeübt werden solle. Im Weiteren wurde bis zu dem Zeitpunkte einer reichsgesetzlichen Regelung der Grundstücksvermittlung es für zweckmäßig erachtet, daß die Kammer mit den Immobilien-Maklern feste Bestimmungen bezüglich ihrer Geschäftsführung vereinbaren und diejenigen Makler, welche sich auf die Einhaltung dieser Vorschriften verpflichten sollten, in die amtliche Maklerliste der Kammer aufnehmen möchte. Die Versammlung wählte schließlich aus ihrer Mitte eine Kommission, welche die allgemeinen Beschlüsse im Einzelnen durcharbeiten und den Entwurf einer Verordnung, sowie eines Statuts einer späteren Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen soll.

Umhüllung von Drucksachen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat bez. einer besseren Verpackung der Drucksachen die nachfolgende Eingabe an das Kaiserliche Reichspostamt Berlin gerichtet:

Es wird im hiesigen Bezirke fortlaufend darüber Klage geführt, daß Poststücke dadurch eine Verzögerung erleiden oder sogar in Verlust gerathen, daß sie sich in sog. Kreuzbandsendungen hineinschieben. Wir erkennen die Erleichterung, welche die Reichspostverwaltung durch eine gewisse Rücksicht gegen die Verpackung der Kreuzbandsendungen übt, keineswegs, glauben indeß, daß die Sicherheit des Verkehrs für die Verwaltung wie für das Publikum in erster Linie maßgebend sein muß. Wir haben demgemäß in unserer Plenarsitzung vom 18. v. Mts. beschlossen, Kaiserlichem Reichspostamte die Anschauungen des Braunschweiger Handelsstandes dahin bekannt zu geben, daß wir eine Vorschrift, wonach Kreuzbandsendungen thatsächlich mit einer Kreuzverpackung oder aber mit einem die Sendung voll umhüllenden Umschlage versehen sein müssen, für nicht ungerechtfertigt halten würden.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Fernsprechverbindung Braunschweig — Bremen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat bez. der Herstellung einer Fernsprechverbindung die nachfolgende Eingabe

an die Kaiserliche Oberpostdirektion hieselbst gerichtet:

Die Mittheilung der Kaiserlichen Oberpostdirektion, daß die Herstellung einer Fernsprechverbindung zwischen Hamburg und Braunschweig nunmehr in Aussicht genommen ist, verpflichtet uns zu besonderem Danke. Wir möchten diese Gelegenheit benutzen, bei Kaiserlicher Oberpostdirektion ganz ergebenst anzufragen, ob nicht gleichzeitig eine Fernsprechverbindung mit Bremen eingeleitet werden könnte. Bremen hat als Ausfuhrhafen für den hiesigen Platz die besondere Bedeutung, daß der Verkehr nicht durch Eisperrungen wie in Hamburg zeitweise gehemmt wird. Außerdem stellen sich die Tarife dort durchweg etwas billiger. Wir bitten demgemäß, Kaiserliche Oberpostdirektion wolle bei dem Reichspostamte auch eine Fernsprechverbindung Bremen-Braunschweig geneigtest befürworten.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Kleine Mittheilungen.

Statement showing the value of the declared exports from the consular district of Brunswick, Germany, to the United States during the quarter ending December 31 st. 1894.

Articles	in Mark	Value in Dollars
1. Asphalt	17 485.55	4 161.50
2. Birds and animals, live	56 903.—	13 542.90
3. Binocular Glasses . .	3 327.80	791.80
4. Books and printed matter	36 408.71	8 665.90
5. Chemicals, Colours etc. .	152 398.28	36 270.70
6. Glass	61 088.91	14 538.70
7. Gloves, leather	261 941.38	62 341.90
8. Manure salt	55 449.51	13 197.10
9. Muriate of Potash . . .	432 983.53	103 050.—
10. Prepared vegetables . .	18 797.07	4 473.70
11. Sausages	14 396.30	3 426.30
12. Sugar refined	43 002.27	10 234.50
13. Sugar, raw.	5 892 260.55	1 402 358.—
14. Sundries	11 454.55	2 726.—
Total	7 057 897.41	1 679 779.—
Cor. quarter 1893	10 870 293.34	2 587 129.83
Decrease	3 812 395.93	907 350.83

Kreditgewährung an schwedische Geschäfte. Wir entnehmen einem uns vorliegenden Berichte Folgendes: Die wesentlich durch leichtfertige geschäftliche Gebahrung und durch Ueberkonfurrenz verschuldete Ungunst der augenblicklichen wirthschaftlichen Lage Schwedens wird daselbst ohne Weiteres auf ungenügenden Schutz

der nationalen Arbeit zurückgeführt, und es wird so gethan, als ob das Ausland auf Kosten des Inlandes begünstigt worden sei. In Wirklichkeit ist die Zunahme der Konkurse hauptsächlich auf den Leichtsin zu zurückzuführen, mit welchem mittellose Leute neue Geschäfte begründen, und vor Allem sind es die ausländischen Kreditgeber, die durch diese Zusammenbrüche geschädigt werden. Die „Schuld“ des Auslandes beschränkt sich auf die geradezu unbegreifliche Bereitschaft namentlich deutscher Fabrikanten zu Krediterteilungen an Besteller, deren Kreditunwürdigkeit mühelos festgestellt werden könnte. Die nicht ganz unerhebliche Zahl der gerichtlichen Zustellungs-Requisitionen läßt durchsehen, daß viele der in Schweden zu Schaden gekommenen Geschäftsleute nach wie vor damit unbekannt geblieben sind, daß ausländische gerichtliche Urtheile in Schweden nicht vollstreckt werden, und daß die auf die Herbeiführung solcher Urtheile verwendeten Kosten besser gespart würden.

Streichung eines Zuckerprobeziehers.

Nach einer Mittheilung der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg ist anlässlich einer im Auftrage der Zuckerfabrik Kruschwitz ausgeführten Probenahme von einer auswärtigen Firma bei derselben Beschwerde gegen den Zuckerprobezieher S. Skowronski-Kruschwitz geführt. Dieser Probezieher sollte den betreffenden Zucker in seinem Berichte als normal angegeben haben, während eine alsbald nach seiner Ankunft vorgenommene Untersuchung das Gegentheil ergeben hat. Die Angelegenheit ist der dem Sitze des Probenehmers zunächst gelegenen Handelskörperschaft zur Untersuchung übergeben, welche die Angabe der Beschwerdeführerin vollständig bestätigt und eine grobe Pflichtverletzung des Probeziehers konstatiert hat. Hierauf ist seitens derselben die Streichung des p. Skowronski in der Liste für Zuckerprobezieher beantragt. Die Aeltesten der Kaufmannschaft in Magdeburg haben sodann beschloffen, den S. Skowronski aus ihren Listen der vereideten Probezieher zu streichen.

Deutscher Handelstag. Die Mitglieder des Deutschen Handelstages waren zu einer außerordentlichen Plenarsitzung auf Donnerstag, den 4. April d. J., nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung standen:

1. Die Währungsfrage,
2. Der Antrag Holz, Graf Kanitz und Genossen.

Vertreten war die Handelskammer bei den Verhandlungen durch den Syndikus.

Errichtung einer Reichsbankniederstelle in Pr.-Stargard. Nach einer Mittheilung der hiesigen Kaiserlichen Reichsbankstelle vom 23. März wird am 1. April d. J. in Pr.-Star-

gard eine von der Reichsbankhauptstelle in Danzig abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Von diesem Zeitpunkte ab werden daher Wechsel auf Pr.-Stargard angekauft und Giroübertragungen von und an Firmen, welchen bei der Nebenstelle Konten eröffnet sind, angenommen.

Reichsbanknebenstelle in Rottweil. Nach einer Mittheilung der Kaiserlichen Reichsbankstelle hieselbst ist am 4. März d. J. in Rottweil eine von der Reichsbankhauptstelle in Stuttgart abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Von großer Bedeutung für Handel und Gewerbe Berlins ist die **Polizeiverordnung, betr. die Ladenschilder**, die zur Zeit dem Magistrat zur Zustimmung vorliegt. Darnach soll jeder Inhaber eines offenen Ladengeschäfts, unbeschadet des ihm nach Artikel 15 ff. des Handelsgesetzbuches zustehenden Rechts der Firmenführung, verpflichtet sein, seinen bürgerlichen Namen an seinem Geschäftslokale in einer von der Straße aus deutlich erkennbaren Schrift anzubringen; auch wird verlangt, daß, wenn die Geschäftsinhaber ausschließlich weiblichen Geschlechts oder Minderjährige sind, dies aus der Aufschrift unzweideutig hervorgehe. Das Polizei-Präsidium entspricht, indem es in dieser Weise vorgeht, den seit Langem gehegten und vielfach verlaublichen Wünschen der soliden Handels- und Gewerbetreibenden.

Schwarzes Brett.

Bekanntmachung.

Zur Aufklärung des Publikums. Seit etwa acht Tagen befindet sich in der Salzstraße Nr. 39 ein Wanderlager in Schuhwaaren, einem Carl Kaufmann aus Pirmasens gehörig. Dessen Ausschreiben lautet: „Großer Konkurs-Schuhwaaren-Ausverkauf und Verkauf von zwei großen Fabriklagern in Schuhwaaren“. „Sämmtliche Waaren werden unter dem reellen Werth abgegeben.“ Unter den angepriesenen Schuhwaaren wird empfohlen: „Posten besserer Lederstiefel für Herren Mk. 5.50“. Die Untersuchung einiger gekaufter Paare dieser Sorte ergab: als Oberleder ein geringwerthiges Rindsleder, sog. Spaltleder, Sohlen, anscheinend sehr stark und dick, bei näherer Untersuchung leicht und geringwerthig, durch Lederrand verstärkt und mit Pappendeckel-Einlage ausgefüllt. Der Ankaufswerth dieser Stiefel wird von Sachverständigen auf höchstens Mk. 3.50 bis Mk. 3.75 das Paar geschätzt und beträgt demnach der zum Preise von Mk. 5.50 genommene Nutzen 50 bis 60 %. Wie sich dies mit der Angabe, daß sämmtliche Waaren unter dem reellen Werth verkauft würden, vereinigen

läßt, darf wohl der weiteren Beurtheilung des Publikums überlassen werden, ebenso wie es sich in Folge dessen mit der Ankündigung verhält, als stammten diese Waaren aus Konkursen und dergleichen, um damit den Anschein besonderer Billigkeit zu erwecken. In verschiedenen hiesigen Schuhwaarenhandlungen, die sich mit dem Verkaufe billiger Artikel befassen, sind Zugstiefel mindestens gleicher Dualität, mit dem gewöhnlichen Nutzen verkauft, zu Mk. 4.50 zu haben. Zwei Paare dieser sogenannten besseren Herren-Lederstiefel bei Carl Kaufmann zu Mk. 5.50 gekauft, sind mit aufgetrennten Sohlen im Schaufenster der Firma Ernst Kopper Nachfolger, Robert Brodel, Kaiserstraße, zur Besichtigung ausgestellt.

(Handelskammer für den Kreis Freiburg.)

Bekanntmachung.

In den Tagesblättern stand eine Bekanntmachung, die besagt, daß der Inhaber der Goldenen Neun affordirte, daß der Verkauf der Waare eingestellt und daß das Geschäft geschlossen sei. Ferner wurde hervorgehoben, daß demnächst die bedeutenden Waarenvorräthe im Wege des freihändigen Ausverkaufs einzeln wie in Kavelingen veräußert und daß der Beginn dieses Ausverkaufs durch die Tagespresse bekannt gegeben werden solle.

Dem gegenüber erlaubt sich nun der Vorstand des Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe Folgendes hinzuzufügen: Im September 1894 veranstaltete laut vorhandener Annonce Herr Hugo Jacobsohn und Herr Sally Löwenstein, Stadthausbrücke 15, im Auftrage eines in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Großfisten einen Zwangsverkauf unter der Bezeichnung „Deutsche Kompagnie“. Der ganze Inhalt der damaligen Annonce war unwahr. Zunächst mußten die Herren die Riesenplakate, welche die Bezeichnung „Deutsche Kompagnie“ führten, auf Befehl der Polizeibehörde entfernen. Nicht ein Großfist, sondern Herr Sally Löwenstein war der in Zahlungsstockung Gerathene, kurz, daß daselbst geübte Geschäftsgedahren war der reine Humbug.

(Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Hamburg)

Patentbureau Braunschweig.

Carl Andt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.
Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttlerstr. 50

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterrecht.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hutflütern 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 M.
Anzeigengebühr:
Machtel Seite 5.— M.
Ganze Seite 28 M.

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 5.

Braunschweig, Mai-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

Handelskammer-Wahl.

Am 1. April d. J. ist das bisherige Handelskammer-Mitglied, Herr Fabrikbesitzer Hugo Lundberg, früher in Delligsen, jetzt in Hannover, aus der Handelskammer ausgeschieden.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Donnerstag, den 27. Juni d. J.,

Vormittags 11 bis 1 Uhr,

im Sitzungssaale des Rathhauses zu Gandersheim festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird in der Registratur des Stadtmagistrats hier selbst vom 19. bis 29. Mai d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Gandersheim, den 7. Mai 1895.

Der Wahlkommissar
für den Kreis Gandersheim.
E. Ballin.

Maklerordnung

für das Herzogthum Braunschweig
vom 10. April 1895.

Mit Höchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen u., Regenten des Herzogthums Braunschweig, wird zur Ausführung der §§ 30, 31 des Gesetzes, die Errichtung einer Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig betreffend, vom 19. März 1890 Nr. 6, unter Aufhebung der Geld- und Wechsel-Maklerordnung für die

Stadt Braunschweig vom 16. Oktober 1787, die nachstehende

Maklerordnung

für das Herzogthum Braunschweig
damit erlassen.

§ 1.

Die Handelsmakler sind amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte. Ihre Rechte und Pflichten bestimmen sich nach dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche, nach dem Landesgesetze, die Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches betreffend, vom 14. September 1863 Nr. 31, sowie nach den folgenden Vorschriften.

§ 2.

Die Zahl der zu ernennenden Makler, sowie die Abgrenzung ihres Geschäftsbereichs wird durch das Verkehrsbedürfnis bedingt. Die Makler sind verpflichtet, ihre Geschäfte nur innerhalb der ihnen bei der Ernennung zugewiesenen Zuständigkeit auszuüben. Mit dieser Beschränkung werden besondere Handelsmakler ernannt

- a) für Geld-, Wechsel- und Effetengeschäfte,
- b) für Waaren-, Produkten- und sonstige Handelsgeschäfte.

§ 3.

Die Ernennung der Makler erfolgt durch die Herzogliche Landesregierung auf Vorschlag der Handelskammer nach vorgängiger gutachtlicher Anhörung des betreffenden Stadtmagistrats, ihre Beeidigung durch das betreffende Herzogliche Amtsgericht (vergl. §§ 22, 23 des Gesetzes vom 14. September 1863 Nr. 31 und § 20 Z. 7 des Gesetzes vom 1. April 1879 Nr. 11).

§ 4.

Die Makler stehen unter der Aufsicht der Handelskammer, welche bei deren Handhabung dem Herzoglichen Staatsministerium untergeordnet ist.

Meinungsverschiedenheiten und Beschwerden betreffs der Amtshandlungen der Makler werden von der Handelskammer entschieden.

Verletzung der Pflichten, welche den Maklern nach den im § 1 genannten Gesetzen oder nach den gegenwärtigen Bestimmungen obliegen, wird, insofern nicht nach allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen oder nach § 27 Absatz 1—4 des Gesetzes vom 14. September 1863 Nr. 31 ein gerichtliches Strafverfahren stattfindet, bezw. Ordnungsstrafen gerichtlich verfügt werden, disziplinarisch geahndet. Die Disziplinarstrafen bestehen in

1. Verweis,
2. Geldbuße bis zu 60 Mk.,
3. Amtsentlassung.

Verweis und Geldbuße werden durch Beschluß der Handelskammer erkannt. Die Geldbuße fließt in die Kasse der Handelskammer und unterliegt der zwangsweisen Beitreibung im Verwaltungswege. Dem Betheiligten ist vor der Verhängung einer Disziplinarstrafe Gelegenheit zu geben, sich vor einer aus zwei Mitgliedern der Handelskammer und dem Syndikus derselben bestehenden Kommission über die ihm zur Last gelegte Pflichtverletzung zu verantworten. Der Beschluß der Handelskammer wird ihm unter Angabe der Gründe schriftlich zugestellt. Gegen denselben findet binnen zehn Tagen, von der Zustellung an gerechnet, die Beschwerde an das Herzogliche Staatsministerium statt. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

In Fällen einer groben oder einer wiederholten Pflichtverletzung kann die Amtsentlassung des Maklers auf Antrag der Handelskammer durch die Herzogliche Landesregierung ausgesprochen werden.

§ 5.

Die Makler sind verpflichtet, die ihnen übertragenen Geschäfte unparteiisch und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns auszuführen. Die ihnen zur Vermittlung übertragenen Geschäfte haben sie in eigener Person zu erledigen. An solchen Börsenversammlungen, welche sich auf die ihrer Vermittlung überwiesenen Geschäfte beziehen, haben sie regelmäßig Theil zu nehmen; so lange derartige Versammlungen im Herzogthume Braunschweig nicht stattfinden, sind die Makler verpflichtet, nach Möglichkeit, soweit dies das Verkehrsinteresse erfordert, die in Betracht kommenden Geschäftshäuser behufs Empfanges von Aufträgen regelmäßig zu besuchen. Die Aufnahme neuer Werthpapiere in die Kursliste kann nur auf Anweisung der Handelskammer erfolgen, bei der diesbezügliche Anträge mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen sind.

Die Kursnotirungen der durch sie in hiesiger Stadt gehandelten Werthpapiere sind an jedem

Werttage durch das in der Stadt Braunschweig erscheinende Amtsblatt zu veröffentlichen.

§ 6.

In Ermangelung eines besonderen Abkommens sind die Makler berechtigt, von jedem durch sie vermittelten und endgiltig abgeschlossenen Geschäfte, nachdem sie die Schlussnoten an die Parteien abgegeben haben, als Vermittelungsgebühr zu fordern für die Vermittlung

- a) von Werthpapieren und ausländischen Geldsorten $\frac{1}{2}\%$ des Nennwerthes sowohl vom Käufer als vom Verkäufer,
- b) von Wechseln und Geld $\frac{1}{4}\%$ des Betrages sowohl vom Käufer als vom Verkäufer,
- c) von Hypothekkapitalien $\frac{1}{4}\%$ des Betrages nur vom Nehmer,
- d) von Getreide und Produkten 1 Mk. für je 1000 kg nur vom Verkäufer,
- e) von anderen Waaren 1% des Kaufpreises nur vom Verkäufer.

§ 7.

Für einen auf längere Zeit behinderten Makler wird auf Vorschlag der Handelskammer und nach vorgängiger gutachtlicher Anhörung des betreffenden Stadtmagistrats von Herzoglichem Staatsministerium bis zum Ablaufe eines Jahres ein Stellvertreter ernannt, auf den für die Dauer der Vertretung alle amtlichen Rechte und Pflichten des von ihm vertretenen Maklers übergehen.

Braunschweig, den 10. April 1895.

Herzogl. Braunschweig-Lüneb. Staats-Ministerium.

Otto. Spies. Hartwig.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterjagt.)

Kaufmännischer Fortbildungs-Unterricht.

Rede, gehalten von C. F. Mehn

im Zweigverein Braunschweig des Hamburger Vereins für Handelskommiss von 1858.

Meine Herren! Die allgemeine Gewerbe-freiheit hat auch im kaufmännischen Stande eine große Umwälzung zu Stande gebracht. Es ist heutzutage einem jeden Menschen möglich, mit irgend welchen Waaren einen Laden zu eröffnen, und dann nennt er sich Kaufmann, gleichviel ob er früher Hausdiener oder sonst irgend etwas gewesen ist. Der Mann ist von dem Tage an Kaufmann, und Niemand kann ihm diesen Titel verwehren, ob er die nöthigen Kenntnisse zu diesem Beruf mitbringt oder nicht. Hat der

Mann nun gar Erfolg, nimmt sein Geschäft eine Ausdehnung, daß er es nicht mehr allein bewältigen kann, dann hat er sogar das Recht, sich Lehrlinge zu halten, also er hat das Recht, junge Leute anzunehmen, welchen gegenüber er die Verpflichtung übernimmt, oder übernehmen sollte, sie zu tüchtigen Kaufleuten auszubilden. Braunschweig ist ja auch eine alte Hansestadt. In Hamburg und Bremen aber, den bedeutendsten Hansestädten, kennt man für einen solchen Kaufmann nur die Bezeichnung Krämer, während überall sonst diese Unterscheidung nicht gemacht wird, was wahrlich nicht dazu beiträgt, unserem Stand im Großen und Ganzen die Achtung zu Theil werden zu lassen, welche ihm gebührt. Diese Art Kaufleute findet man meistens in der Kolonialwaaren- und in verwandten Branchen, und haben auch gerade diese Branchen erfahrungsgemäß ziemlich den größten Bedarf an Lehrlingen, also an billigen Arbeitskräften, welche leider gleichzeitig bestimmt sind: Arbeiter oder Hausdiener zu ersparen. Wenn in einem im kaufmännischen Sinne, von kaufmännisch gebildeten Leitern betriebenen Geschäfte die Lehrlinge zwar auch zu allen möglichen Arbeiten herangezogen werden, so wird doch in den weitaus größten Fällen nicht versäumt, deren kaufmännische Ausbildung zu fördern. Es schadet keinem jungen Mann etwas, in seiner Jugend, resp. in seiner Lehrzeit scharf herangenommen zu werden. Wer nicht jede, auch die geringste Arbeit, welche ein bestimmter Geschäftsbetrieb mit sich bringt, selbst gemacht hat, kann später, wenn er eine selbstständige Stellung einnimmt, nicht beurtheilen, was zu einer solchen Arbeit gehört. Um Anderen befehlen zu können, muß man immer selbst erst Bescheid wissen und auch alles selbst durchgemacht haben. — Die Eltern sind ja meistens selber daran schuld, wenn ihre Söhne in ein Geschäft gebracht werden, in welchem für deren geistige Ausbildung nichts gethan wird. Unsere Lehrlinge rekrutiren sich aber zum großen Theil aus Ständen, welchen die Fähigkeit abgeht, ein Geschäft resp. einen Prinzipal auf die Fähigkeit, Lehrlinge zu tüchtigen Kaufleuten zu erziehen, zu beurtheilen. Es haben sich aber auch viele Prinzipale, dabei nicht nur die, welche ich als Krämer bezeichnet haben möchte, leider daran gewöhnt, in den Lehrlingen nicht einen zukünftigen Standesgenossen zu sehen, ein ihnen anvertrautes heiliges Gut, für dessen späteres Leben sie in gewisser Hinsicht verantwortlich gemacht werden sollten. Diese betrachten eben den Lehrling nur als billige Arbeitsmaschine, welcher von selbst im Laufe der Lehrzeit eine gewisse Routine bekommt und sich daran gewöhnt, Ansprüche zu machen, ohne aber in seiner allgemeinen Bildung eine Berechtigung dazu zu haben. Diese jungen Leute sind es, welche nach außen, im Wirthshaus und bei sonstigen

Gelegenheiten den jungen Kaufmann spielen wollen, sich vorlaut und leider theilweise ungezogen benehmen, so daß man häufig mit Achselzucken sagen hört, das sind junge Kaufleute. Ein gebildeter Kaufmann wird stets wissen, was er sich und seinem Stande schuldig ist. Die Achtung vor sich selbst wird ihn jeder Zeit davor bewahren, sich unliebsam bemerkbar zu machen. Das sind die jungen Leute, wie wir sie haben müssen, und unseren Nachwuchs so zu erziehen, eine durchgreifende Besserung nach dieser Richtung hin zu erzielen, das müßte die Aufgabe eines jeden ernsthaften Kaufmannes sein. Der Prinzipal allein ist jedoch dazu nicht im Stande. Die Erwerbsverhältnisse haben sich heute so zugespitzt, daß das patriarchalische Verhältniß zwischen Prinzipal und Angestellten, wie wir es in früheren Zeiten hatten, verloren gegangen ist. Man kennt es heute nicht mehr, wenigstens nur in seltenen Fällen, daß der Lehrling oder Handlungsgehilfe im Hause seines Prinzipales untergebracht ist. In kleineren Geschäften ist es ja wohl noch üblich, aber da ist nicht der Zweck dieses Zusammenlebens, einen veredelnden Einfluß auf den heranwachsenden Jüngling auszuüben, sondern es bezweckt nur die intensivste Ausnutzung der Arbeitskraft. Der Prinzipal selbst findet nicht die Zeit, sich eingehend mit der Ausbildung des Lehrlings zu beschäftigen. Wo der junge Mann in ein Geschäft kommt, in welchem ein älterer Angestellter die Lust und Liebe und die Fähigkeit hat, sich um die Ausbildung zu kümmern, so kann er sich glücklich schätzen. Wo das nicht ist, wird in den weitaus meisten Fällen nur ein äußerer kaufmännischer Schläff erzielt, und das ist nicht genügend. Wir müssen also eine Instanz haben, welche befähigt ist, dem jungen Mann das bei-

(Fortsetzung siehe Seite 68.)

Zur Statistik des Handelskammerbezirktes.

Gesamt-Uebersicht über die zur Handelskammer beitragspflichtigen Gewerbebetriebe im Herzogthum Braunschweig.

Nr.	Geschäftszweig	Gewerbebetriebe insgesamt
1	Fabrikationsbetriebe	536
2	Großhandelsbetriebe	170
3	Kleinhandelsbetriebe	408
4	Lotterie-Geschäfte	47
5	Versicherungs-Geschäfte	45
6	Agenturen und Kommissions-Geschäfte	53
7	Bergbau- und Hüttenbetriebe	11
8	Sonstige Geschäftszweige	81
	Zusammen	1351

Zusammenstellung des Gesamt-Umsatzes und des Reingewinns etc. der in das Genossenschafts- register eingetragenen Konsum-Vereine im Herzogthum Braunschweig. (1893.)

Laufende Nummer	Konsumvereine	Ein- wohner- zahl 1. Dezember 1890	Haus- haltungen	Mitgliederzahl	Gesamtumsatz		Gesamt- unkosten		Reingewinn		Vertheilung der Dividende		Prozent- satz der Mit- glieder gewährten Dividende %	Gewerbe- steuer- beitrag der Konsum- vereine Mk.	Bemerkungen
					Mk.	Durch- schnittlicher Anteil der Mit- glieder am Gesamt- umsatz Mk.	Mk.	in Prozenten des Gesamt- umsatzes %	Mk.	Jedes Mit- glied durch- schnitt- lich Mk.	Mk.	Durch- schnittl. Anteil für jedes Mit- glied Mk.			
	Braunschweig:	101 058	22 962												
1	a) Beamten-Konsumverein			1532	319 100	208.29	11 619	3.65	4 438	2.90	4 672	3.05	—	150	
2	b) Allgemeiner Konsumverein			1121	296 043	264.99	20 868	7.04	26 695	23.81	23 760	21.20	8	240	Das erste Geschäftsjahr läuft vom 1. Decem- ber 1894 bis 31. Dezember 1895.
3	c) Konsumverein „Merkur“			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Das erste Rechnungsjahr läuft vom 1. Decem- ber 1894 bis 31. Dezember 1895.
4	d) Beamten-Haushalts-Verein			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5	Konsumverein Al.-Stückheim	472	112	32	12 842	401.31	418.84	3.75	—	—	—	—	—	30	
6	„ Rünningen	762	174	29	18 648	643.—	1 342.45	7.20	1 277	44.30	827	28.52	—	30	
7	„ Beßelbe	1 498	275	—	—	—	—	—	—	—	2 436.59	—	6	30	
8	„ Bodensiedt	562	132	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	ist erst am 16. Dezember 1893 eingetragen.
9	Beamten-Konsumverein Wolfenbüttel	14 505	3 234	139	26 884	193.48	2 119	7.89	2 032	14.63	1 860	13.38	7	30	
10	Genossenschaftl. Verein „Victoria“ in Wolfenbüttel			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	ist erst am 7. Oktober 1894 gegründet.
11	Konsumverein Börßum	1 149	247	—	—	—	—	—	2 649.78	—	1 279.60	—	10	18	Bilanz vom 15. August 1894.
12	„ Remlingen	538	116	—	—	—	—	—	1 348	—	—	—	—	18	Bilanz vom 16. Mai 1892/93.
13	„ Zimmendorf	439	85	110	26 426	240.23	1 528	5.78	3 304	30.04	—	—	12	30	
14	„ Fimmelse	676	158	57	17 336	304.14	1 178	6.80	1 568	—	1 568	27.38	13 1/2	30	
15	„ Leiferde	692	108	40	14 052	351.30	783	5.57	905	22.63	681	17.03	7 1/2	30	
16	„ Beddingen	636	153	60	21 488	358.13	976	4.54	872	14.54	812	13.54	4	36	
17	„ Thiede	1 671	344	178	57 367	322.29	3 320	5.79	4 702	26.42	3 931	22.08	10	30	30 Mk. besondere Verluste.
18	„ Salzdahlum	1 068	222	—	—	—	—	—	4 061	—	3 557	—	—	30	Bilanz vom 10. Februar 1894.
19	„ Rissenbrück	1 291	235	98	—	—	—	—	1 523.60	15.44	—	—	—	30	Bilanz 1893/94.
20	„ Seinfiedt	423	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Bilanz vom 1. Mai 1893/94. Verlust 69.55 Mk. (befindet sich jetzt in Liquidation.)
21	„ Salder	1 001	222	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	1894 gegründet. Bilanz noch nicht eingereicht.
22	„ Gehhardtshagen	1 139	283	110	20 267	184.25	—	—	—	—	—	—	—	24	
23	„ Lichtenberg	1 126	276	137	35 300	257.66	1 744	4.94	2 425	17.70	1 706	12.45	5	30	
24	„ Broistedt	975	202	53	20 895	394.25	2 466	11.75	758	14.30	721	13.60	5	24	
25	„ Lobmachtersen	618	140	59	11 104	188.20	771	6.95	298	5.05	—	—	—	30	129 Mk. außergewöhnliche Verluste.
26	„ Gramme	703	159	74	21 254	287.22	1 571	7.39	1 950	26.35	1 161	15.69	7 3	18	Bilanz 1893.
27	„ Levensstedt	617	139	—	—	—	—	—	1 275.08	—	—	—	—	30	
28	„ Woltwiesche	585	134	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	Näheres ist aus den Bilanzen nicht zu ersehen.
29	„ Blekenstedt	502	116	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	
30	„ Delber a. w. Wege	680	154	76	13 171	173.30	525	3.98	795	10.46	761	10.—	5	30	
31	„ Oker	2 564	645	525	121 885	232.16 39 191 i. Markengeschäft	5 233	4.29	19 852	37.81	18 081	34.44	16 5	45	
32	„ Helmstedt	10 995	2 601	333	91 684	275.33	5 746	6.27	8 871.62	26.64	8 459	25.40	10	75	
33	„ Königslutter	3 140	743	303	52 592	173.57	2 878	5.47	5 582.86	18.41	4 969	16.30	10	60	
34	„ Liddische	275	59	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aus dem vorliegenden Material nicht zu ersehen. 865.96 Mk. Verlust.
35	„ Parjan-Alhnebeck	546	113	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	ist 1894 in das Genossenschaftsregister ein- getragen. Bilanz liegt noch nicht vor
36	„ Vorsfelde	1 762	443	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
37	„ Oppershausen	856	185	101	23 768	235.33	1 974	8.3	1 688	16.71	1 688	16.71	14	18	
38	„ Ackenhausen	468	96	73	13 149	180.12	789	6.—	1 515	20.75	1 420	19.45	12	18	
39	„ Gandersheim	2 753	611	100	20 360	203.60	2 731	6.33	1 633	16.33	1 490	14.90	9	24	
40	„ Seesen	4 190	951	280	43 150	154.10	2 731	6.33	3 670	13.10	3 556	12.70	10 2	30	

Reihe Nummer	Konsumvereine	Ein- wohner- zahl	Haus- haltungen	Mitgliederzahl	Gesamtumsatz		Durch- schnittlicher Anteil der Mit- glieder am Gesamt- umsatz
		1. Dezember 1890			Mk.	Mk.	
41	Konsumverein Münchehof	1 061	231	70	10 250	146.43	
42	" Windhausen	654	147	71	15 680	220.84	
43	" Siedehausen	727	150	117	23 450	200.43	
44	" Wittelde	1 255	326	103	—	—	
45	" Langelsheim	2 879	681	428	73 909	172.68	
					30 120	70.37	
46	" Wolfshagen	1 629	394	326	62 802	192.64	i. Markengeschäft
47	" Lutter a. Bbg.	1 806	443	—	—	—	
48	" Nauen	477	122	—	—	—	
49	" Bodenstein	400	89	—	—	—	
50	" Mahlum	557	127	—	—	—	
51	" Schlewecke	570	126	—	—	—	
52	" Hahausen	1 009	248	—	—	—	
53	" Altfeld	1 139	264	158	28 041	177.48	
					3 529	22.34	i. Markengeschäft
54	" Ortshausen	281	65	—	—	—	
55	" Delligen	1 939	419	150	8 650	57.67	
56	" Naenzen	801	165	72	—	—	
57	" Holzminde	8 979	1 705	697	135 542	194.46	
					1 533	2.10	i. Markengeschäft
58	" Brückfeld	133	21	95	19 460	204.84	
59	" Fürstenberg	810	179	95	24 391	256.75	
60	" Ottenstein	1 187	289	62	15 000	241.94	
61	" Blankenburg	7 812	1 692	814	184 784	227.—	
62	" Hasselfelde	2 657	621	414	76 693	185.20	
63	" Braumlage	1 620	382	227	59 182	260.71	
In das Genossenschaftsregister nicht eingetragene Konsumvereine.							
1	Harzburg	2 805	643	1123	219 536	195.85	
2	Bündheim	2 135	485	—	—	—	
3	Schöningen	7 624	1 771	484	64 097	132.43	
4	Konsumanstalt Ravensberg in Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	
5	Vorwohler Kabrit-Konsumvereine	522	101	—	—	—	
6	Heimbürg	1 130	263	—	—	—	
7	Dannhausen (Einkauf von Schnaps und Spirituosen etc.)	321	73	—	—	—	
Nach Angabe der Gewerbesteuer-Einschätzungs-Kommission bestehen außerdem noch Konsumvereine in:							
1	Serpheim	2 228	475	—	—	—	
2	Penne-(Vorwohle)	711	145	—	—	—	
3	Bornhausen	798	186	—	—	—	
4	Bornum	826	199	—	—	—	
5	Herrhausen	671	164	—	—	—	
6	Kirchberg	563	132	—	—	—	
7	Volkersheim	559	136	—	—	—	

Gesamturnkosten		Reingewinn		Vertheilung der Dividende		Prozent-satz der Mit-gliedern gewährten Dividende	Gewerbe-steuer-betrag der Konsum-vereine	Bemerkungen	
Mrk.	in Prozenten des Gesamturn-umfahes	Mrk.	Jedes Mit-glied durch-schnitt-lich	Mrk.	Durch-schnittl. Antheil für jedes Mit-glied	%	Mrk.		
1 021	9.96	1 456	20.80	1 025	14.64	10	18	Mit erst 1895 in das Genossenschaftsreg. eingetr.	
1 202	7.66	1 398	19.70	993	13.99	10	18		
1 481	6.3	2 920	24.96	2 920	24.96	14	18		
—	—	—	—	—	—	—	18		
2 754	3.65	13 271	31.—	12 931	30.21	13 10	36		
3 211	5.11	7 152	21.94	6 856	21.03	11	24	Ueberschuß: 201.59 Mrk.	
—	—	4 602	—	—	—	—	18		
471	—	—	—	570	—	—	18		
—	—	—	—	881	—	—	18		
—	—	—	—	1 665	—	—	18		
—	—	—	—	1 422	—	—	18		
248	—	—	—	—	—	—	18		
1 464	5.22	4 060	25.70	3 855	24.40	14 10	18		
—	—	—	—	—	—	—	18		Nachweisung fehlt.
—	—	1 939	12.93	—	—	—	24		
—	—	—	—	—	—	—	24		
8 560	6.32	13 085	18.76	11 071	15.88	7 pro 1893	96		Bilanz vom August 1893/94. 4% Kapital-Divi-dende, 8% Einkaufs-Dividende.
2 070	10.64	1 338	14.09	1 159	12.20	7	18		Bilanz vom 1. April 1894.
1 527	6.25	956	10.06	—	—	—	12		Bilanz vom 1. April 1893/94.
280	1.86	—	—	—	—	—	18		Nach der Bilanz 1893 208.47 Mrk. Ueberschuß.
10 230	5.54	16 910	20.77	7 380	9.06	8 9	75	Nach der Bilanz vom 1. Juli 1894 26 Mrk. außer-gewöhnliche Verluste.	
4 388	5.72	8 693	21.—	8 580	20.72	11 12	36	Es liegt nur die Bilanz vom 11. Semester 1894 vor. Die Dividende im 1. Semester 1894 hat 4252.68 Mrk. betragen. Der Netto-Ueberschuß im 11. Semester besiffert sich auf 4506.63 Mrk.	
3 451	5.83	9 298	40.95	8 671	38.19	15	96	Geschäftsjahr 1893/94.	
10 538	4.8	25 028	22.29	25 058	22.31	14	30	Nicht zu ermitteln.	
—	—	—	—	Einf.-Dividende	—	—	—		
7 809	12.18	2 824	5.84	576	5.84	4	96		
—	—	—	—	Kapit.-Dividende	—	—	—		
—	—	—	—	2 248	—	—	—		
—	—	—	—	Einf.-Dividende	—	—	—	Nicht zu ermitteln.	
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	12		
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	Nähere Angaben fehlen.	
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—		

Statistische Nachrichten

über den Post- und Telegraphenverkehr bei den im Handelskammerbezirk Braunschweig, und des Ober-Postdirektionsbezirks Braun-

schweig für das Kalenderjahr 1894.

Laufende Nr.	Name des Orts	Einwohnerzahl nach der Zählung vom 1. Dez. 1890	Porto- und Telegrammgebühren-Einnahme	An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie				Im Orte auf portopflichtige		gegebene und portofreie		An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie		Betrag der		Zahl der von den Verlagspostanstalten abgesetzten Zeitungsnummern	Telegraphen		Einnahme aus dem Verkauf von Wechselstempelmarken	Bemerkungen
				Briefe, Postkarten, Drucksch. u. Waarenproben	Pakete ohne	Briefe mit	Pakete mit	Briefe, Postkarten, Drucksch. u. Waarenproben	Pakete ohne	Briefe mit	Pakete mit	Postnachnahmen	Postauftragsbriefe	eingezahlten	ausgezählten		Aufgegebene	Eingegangene		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1	Braunschweig (B.-A. 1, 2, 3, 4, 5 u. F.-A. 1.)	101 047	1 560 993	8 561 644	538 203	45 272	13 654	21 810 386	673 766	39 026	10 845	49 131	22 359	22 345 308	33 756 797	4 858 512	123 444	128 209	39 909	
2	Wolfenbüttel	14 767	118 948	876 330	64 262	4 189	1 539	1 004 874	45 133	5 489	856	6 862	3 471	3 238 104	2 199 320	204 845	9 644	9 629	1 147	
3	Schöppenstedt	4 152	24 321	246 818	16 426	1 037	182	192 920	8 572	1 895	278	2 729	865	920 126	274 458	29 032	2 759	3 075	101	
4	Helmstedt (1 und 2)	10 968	99 587	693 654	52 558	3 737	1 915	1 037 764	34 464	5 503	827	7 165	4 227	2 938 020	1 964 598	436 730	9 046	8 108	2 044	
5	Schöningen	7 557	57 850	443 482	31 695	2 769	355	402 974	20 404	3 736	203	4 891	2 325	1 839 174	875 193	89 673	6 610	6 826	1 619	
6	Königs-Lutter	5 357	28 902	347 542	18 267	1 365	219	249 990	11 312	1 907	215	3 154	1 682	1 047 392	480 448	7 539	3 481	3 583	584	
7	Gandersheim	2 716	42 198	325 182	18 531	1 576	715	304 460	39 118	2 454	424	2 538	681	1 040 635	722 962	50 008	2 583	2 366	1 830	
8	Seesen	4 303	32 609	350 844	21 414	1 144	214	364 832	19 426	1 887	292	2 969	971	1 003 523	721 859	159 558	3 482	3 591	160	
9	Holzminde	9 606	65 863	629 460	41 428	2 503	1 143	690 248	24 265	3 082	1 755	5 467	2 595	1 803 665	1 457 042	280 346	6 667	6 377	1 711	
10	Stadtfeldendorf	2 726	19 247	178 178	10 917	1 253	175	164 034	7 964	1 079	156	1 789	724	582 080	565 675	3 900	1 611	1 794	362	
11	Eichershausen	1 334	9 402	84 240	8 150	548	80	66 352	4 415	721	107	1 296	575	340 344	148 662	—	859	981	64	
12	Blankenburg a. H.	7 827	93 056	628 382	68 650	4 330	971	1 035 684	34 913	5 195	761	9 233	3 889	2 545 215	1 368 230	250 014	10 074	10 390	3 066	
13	Haffelfelde	2 657	15 713	104 208	10 375	511	124	82 290	10 454	778	79	1 708	506	451 226	145 705	2 314	1 422	1 349	46	
14	Harzburg (1, 2 und 3)	5 509	58 136	642 668	30 585	2 249	407	636 454	14 651	1 936	315	4 778	2 054	1 477 861	749 086	11 426	35 234	10 652	548	

Sonstige statistische Angaben.

Am Schlusse des Jahres 1894 betrug im Handelskammerbezirk Braunschweig:

1. die Zahl der Post- und Telegraphenanstalten . . . 140
2. " " " Posthilfsstellen . . . 357
3. " " " amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen . . . 308
4. die Zahl der Briefkästen . . . 1052

Stadtfernsprecheinrichtungen bestehen in:

	Braunschweig	Blankenburg (Harz)	Harzburg	Helmstedt	Schöningen	Wolfenbüttel
Zahl der Stadtfernsprechstellen	709	21	36	16	33	48
Zahl der im Jahre 1894 ausgeführten Verbindungen . .	2884351	32433	13994	18304	33478	91825

Fernverkehr.

Der Sprechverkehr ist zugelassen:

- a) zwischen Braunschweig einerseits und Eichersleben, Ballenstedt, Berlin nebst Vororten, Bernburg, Blankenburg (Harz), Calbe (Saale), Göttingen (Anhalt), Dessau, Gröningen (Bezirk Magdeburg), Güstrow (Anhalt), Halberstadt, Hannover, Harzburg, Helmstedt, Hildesheim, Magdeburg, Neuwegerleben, Nienburg (Saale), Dranienburg, Eichersleben, Osterwieck (Harz), Potsdam, Quedlinburg, Salzwedel, Schönebeck (Elbe), Schöningen, Spandau, Staßfurt-Leopoldshall, Stendal, Thale (Harz), Wernigerode, Westerbühen andererseits;
- b) zwischen Blankenburg (Harz) einerseits und Ammen-dorf-Radewell, Eichersleben, Ballenstedt, Berlin nebst Vororten, Bernburg, Bitterfeld, Braunschweig, Calbe (Saale), Göttingen (Saale), Göttingen (Anhalt), Dessau, Eichersleben, Güstrow (Anhalt), Halle (Saale), Hannover, Helmstedt, Hildesheim, Magdeburg, Merseburg, Nauendorf (Saalekreis), Naumburg, Nienburg (Saale), Dranienburg, Potsdam, Schönebeck (Elbe), Salzwedel, Sangerhausen, Schöningen, Spandau, Staßfurt-Leopoldshall, Stendal, Trotha, Weißenfels, Westerbühen (Elbe), Wittenberg (Bezirk Halle), Wolfenbüttel, Zeitz, Zerbst andererseits;
- c) zwischen Harzburg einerseits und Braunschweig, Hannover, Helmstedt, Hildesheim, Magdeburg, Schönebeck (Elbe), Schöningen, Westerbühen (Elbe), Wolfenbüttel andererseits;
- d) zwischen Helmstedt einerseits und Eichersleben, Ballenstedt, Berlin nebst Vororten, Bernburg, Blanken-

burg (Harz), Braunschweig, Calbe (Saale), Göttingen (Anhalt), Dessau, Gröningen (Bezirk Magdeburg), Güstrow (Anhalt), Halberstadt, Hannover, Harzburg, Hildesheim, Magdeburg, Neuwegerleben, Nienburg (Saale), Dranienburg, Eichersleben, Osterwieck (Harz), Potsdam, Quedlinburg, Salzwedel, Schönebeck (Elbe), Schöningen, Spandau, Staßfurt-Leopoldshall, Stendal, Thale (Harz), Wernigerode, Westerbühen, Wolfenbüttel andererseits;

e) zwischen Schöningen einerseits und Eichersleben, Ballenstedt, Berlin mit sämtlichen Vororten, Bernburg, Blankenburg (Harz), Braunschweig, Calbe (Saale), Göttingen (Anhalt), Dessau, Gröningen (Bezirk Magdeburg), Güstrow (Anhalt), Halberstadt, Hannover, Harzburg, Helmstedt, Hildesheim, Magdeburg, Neuwegerleben, Nienburg (Saale), Eichersleben, Osterwieck (Harz), Potsdam, Quedlinburg, Salzwedel (Elbe), Staßfurt-Leopoldshall, Stendal, Thale (Harz), Wernigerode, Westerbühen (Elbe), Wolfenbüttel andererseits;

f) zwischen Wolfenbüttel einerseits und Eichersleben, Ballenstedt, Berlin nebst Vororten, Bernburg, Blankenburg (Harz), Calbe (Saale), Göttingen (Anhalt), Dessau, Gröningen (Bezirk Magdeburg), Güstrow (Anhalt), Halberstadt, Hannover, Harzburg, Helmstedt, Hildesheim, Magdeburg, Neuwegerleben, Nienburg (Saale), Dranienburg, Eichersleben, Osterwieck (Harz), Potsdam, Quedlinburg, Salzwedel, Schönebeck (Elbe), Schöningen, Spandau, Staßfurt-Leopoldshall, Stendal, Thale (Harz), Wernigerode, Westerbühen andererseits.

Die Gebühr beträgt für jedes Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten auf kürzere Entfernungen 50 Pfg., auf weitere Entfernungen 1 Mk. Die Namen der Orte, mit denen für das einfache Gespräch der Gebührensatz von 50 Pfg. zur Anwendung kommt, sind mit einem * versehen.

Bezirksverkehr.

Leitungen für den Bezirksverkehr bestehen zur Zeit zwischen den Orten Blankenburg (Harz), Gröningen (Bezirk Magdeburg), Halberstadt, Neuwegerleben, Eichersleben, Osterwieck (Harz), Quedlinburg, Thale (Harz), und Wernigerode unter einander. Für Gespräche zwischen den an die Bezirksfernprecheinrichtung angeschlossenen Teilnehmer wird eine Gebühr nicht erhoben.

Nachbarortverkehr.

Eine Leitung für den Nachbarortverkehr besteht zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel. Für die Benutzung derselben haben die Teilnehmer in Wolfenbüttel außer der Jahresvergütung für den Anschluß an die Stadtfernprecheinrichtung daselbst eine Abkommensvergütung von 50 Mk. jährlich zu zahlen. Die Teilnehmer in Wolfenbüttel können die Verbindungsleitung nicht nur zu Gesprächen mit allen Teilnehmern der Stadtfernprecheinrichtungen der Stadt Braunschweig benutzen, sondern auch von jedem Teilnehmer in Braunschweig zum Gespräch aufgefordert werden, ohne daß dafür besondere Gebühren zu entrichten sind.

zubringen, was er im Geschäft nicht erlernen kann, und dazu ist die kaufmännische Fortbildungs- oder Handelsschule da. Wir haben seit langen Jahren hier eine Fortbildungsschule für kaufmännische Lehrlinge, welche sehr segensreich gewirkt hat bei den Lehrlingen, welche aus sich selbst den Trieb der Weiterbildung hatten, und deren Prinzipale einsichtig genug waren, die nöthige Zeit zum Besuche der Schule frei zu geben. Im letzten Halbjahr ist die hiesige Handelsschule von ca. 150 Schülern besucht gewesen. Wenn man in Berücksichtigung zieht, daß es in Braunschweig 600 Handlungslehrlinge giebt, wenn man ferner berücksichtigt, daß von den 150 Schülern wohl kaum 120 dem wirklichen Handelsstande, die übrigen aber anderen Berufen angehören, so muß man doch gestehen, daß der Besuch der Schule seitens der Handlungslehrlinge als ein schwacher zu bezeichnen ist. Es liegt dies theilweise an der Kurzsichtigkeit vieler Prinzipale, theils aber auch an den jungen Leuten selbst, welche sich einbilden, daß nun, nachdem die eigentliche Schulzeit absolvirt, man nicht mehr nöthig habe, sich noch weiterem Studium hinzugeben. Die Anforderungen, welche die jetzige Zeit an einen tüchtigen Kaufmann stellt, sind so bedeutende und so vielseitige, daß gerade nach dem Verlassen der eigentlichen Schule das Lernen erst recht angehen sollte. — Man redet schon lange von einem Kaufmannsproletariat; die Zahl der stellunglosen jungen Kaufleute hat sich in den letzten Jahren nicht vermindert. Daran ist nicht allein das augenblickliche Darniederliegen von Handel und Wandel schuld, die größte Schuld liegt an den mangelnden Kenntnissen und Fähigkeiten der jungen Leute. — Große Ansprüche, aber keine Leistungen, das ist das Signalement vieler dieser stellunglosen Kaufleute. Von Jahr zu Jahr versumpfen mehr. Es ist eine traurige Thatsache, daß die an allen Orten errichteten Unterstützungskassen für durchreisende Kaufleute in hohem Maße in Anspruch genommen werden, und einstimmig ist das Urtheil der Leiter solcher Zahlstellen, daß eine schlimmere Bande als diese auf der Walze befindlichen Kaufleute wohl nirgends zu finden ist. Es erscheint daher als eine zwingende Nothwendigkeit, daß energisch Abhilfe geschaffen wird, und einem jeden Lehrling Gelegenheit geboten wird, seine Kenntnisse auch außerhalb des Geschäftes zu erweitern. Das ist aber nur zu ermöglichen, wenn ein jeder Kaufmannslehrling verpflichtet ist, eine kaufmännische Fortbildungsschule zu besuchen, und das ist auch nur möglich, wenn für einen jeden Prinzipal die gesetzliche Verpflichtung besteht, seinen Lehrling der kaufmännischen Fortbildungsschule zuzuführen und ihm die Zeit zum ordnungsmäßigen Besuche dieser Schule frei zu geben. Ohne unbedingten Zwang würde, der festen

Ueberzeugung hin ich, keine Besserung herbeigeführt werden können. Es ist daher mit großer Freude zu begrüßen, daß die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig diese Frage aufgegriffen hat, und in Konferenzen der Mitglieder der Handelskammer mit einer Anzahl den verschiedensten Zweigen des Handelsstandes angehöriger Kaufleute den Grundsatz aufgestellt hat, daß für jede Stadt des Herzogthums, sowohl wie auch für Braunschweig selbst, eine obligatorische Fortbildungsschule einzurichten sei. Das Herzogliche Staatsministerium und die Stadtmagistrate haben ihre Geneigtheit erklärt, im Verein mit der Handelskammer derartige Schulen zu subventioniren, so daß das Zustandekommen derselben als gesichert anzusehen ist.

Es werden vielleicht junge Leute als Lehrlinge angenommen, welche noch nicht einmal die elementaren Schulwissenschaften beherrschen. Die neue Schule hat es sich zur Aufgabe gestellt, diese Lücken in der Bildung zu beseitigen, hat aber ihren Lehrplan speziell auf kaufmännische Verhältnisse zugeschnitten. Außer den Elementarfächern werden natürlich sämmtliche anderen für den Kaufmann nothwendigen Fächer gelehrt, so daß, wenn ein junger Mann mit Lust und Liebe die Schule besucht, er auch einen wirklichen Vortheil davon tragen wird. — Als langjähriger Leiter des hiesigen Bezirks unseres Hamburger Vereins, und auch als Geschäftsinhaber, welcher des Besseren Gelegenheit hat, Stellungen neu besetzen zu müssen, habe ich so häufig mit großem Bedauern konstatiren müssen, wie wenig viele unserer Handlungsgehilfen den an sie gestellten Anforderungen, und seien sie noch so geringer Art, genügen können. Es ist deshalb von vornherein, nachdem die Frage der Handelsschule zur Berathung stand, mein eifrigstes Bestreben gewesen, dahin zu wirken, daß auch denjenigen Handlungsgehilfen, welche ihre, sei es nun durch eigene oder durch Schuld des Lehrherrn unzureichenden Kenntnisse verbessern wollen, Gelegenheit geboten wird, in besonderer Klasse diese Schule besuchen zu können, und kann ich Ihnen auch zu meiner Freude mittheilen, daß unsere Kammer diesem Ansinnen sympathisch gegenübersteht. Es werden daher besondere Klassen für Handlungsgehilfen eingerichtet, in welchen gelehrt werden sollen:

Handels- und Wechselrecht,
Doppelte Buchführung,
Sprachen,
Volkswirtschaftslehre.

Wünschen Handlungsgehilfen sich daneben noch zu vervollkommen in

Handelsgeographie,
Schreiben (Rundschrift),
Stenographie oder den Elementar-Fächern
Deutsch und Rechnen,

so würde diesen jungen Leuten der Besuch der übrigen Klassen der Handelsschule auch freistehen. — Was nun die Kosten des Unterrichts für die Handlungsgehilfen anbelangt, so werden dieselben im Verhältniß sehr gering sein, weil die Hälfte der Kosten von der Kammer getragen wird, also nur die Hälfte von den Schülern selbst zu tragen ist. Ich kann Ihnen auch mittheilen, daß in der Voraussicht, daß diese Klassen seitens der Gehilfen jedenfalls gut besucht werden, die Kammer schon für dieses Jahr einen entsprechenden Betrag in den Haushalts-etat eingestellt hat.

Meine Mittheilung heute an Sie hat nun den Zweck, Sie für die neue Schule zu erwärmen und zu gewinnen. Sie werden mit mir einsehen, daß hiermit ein großer Schritt auf der Bahn gemacht ist, unseren Nachwuchs leistungsfähiger zu machen, was nicht nur in Ihrem, sondern im Interesse des ganzen Standes liegt. Unser Verein hat von jeher auf seine Fahne den Fortschritt geschrieben, zeigen wir also auch hier in Braunschweig, daß wir dem Fortschritte huldigen, und daß wir anerkennen, daß unsere Kammer zum Besten des Standes ein großes Werk zu vollziehen im Begriffe ist. Bezeigen wir diesem Werk aber auch nicht nur ein theoretisches Wohlwollen, sondern beweisen wir durch die That, durch einen möglichst zahlreichen Beitritt zur Schule, daß wir das volle Verständniß für die Bestrebungen und Ziele der Kammer haben. Es liegt eine Liste aus, und möchte ich diejenigen Herren bitten, welche Lust haben, der Klasse beizutreten, sich heute Abend schon einzuzichnen. Der Unterricht wird für die Handlungsgehilfen voraussichtlich in den Abendstunden von 8 bis 10 Uhr stattfinden.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Erhöhung des Maximalgewichts für einfache Briefe.

Auf die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig an den Reichstag gerichtete Eingabe ist das nachfolgende Schreiben erfolgt:

„Die von der Handelskammer bei dem Reichstage angebrachte Petition, betreffend die Erhöhung des Maximalgewichts für einfache Briefe auf 20 g, hat der Reichstag bei Rathung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1895/96 durch Beschluß vom 29. v. Mts. den verbündeten Regierungen zur Erwägung überwiesen, wovon ich die Handelskammer hierdurch ganz ergebenst benachrichtige.

Der Direktor.

gez. Knack.“

Kleine Mittheilungen.

Reichsbanknebenstelle in Flensburg.

Nach einer der hiesigen Handelskammer zugegangenen Mittheilung der Kaiserlichen Reichsbankstelle hier selbst ist vom 1. Mai d. J. ab in Tondern eine von der Reichsbankstelle in Flensburg abhängige Reichsbanknebenstelle eröffnet und werden von diesem Zeitpunkte an Wechsel auf Tondern angekauft, sowie Giroübertragungen von und an Firmen daselbst, welchen bei der Nebenstelle Konten eröffnet sind, angenommen.

Musterbeispiele für die Vorbildung unserer Handlungsgehilfen.

Zur Beurtheilung der mangelhaften Schulbildung junger Kaufleute lassen wir nachstehend zwei, uns von einem hiesigen Kaufmann zur Verfügung gestellte Bewerbungsschreiben um eine Kommissstelle in dessen Geschäft folgen:

1. Ahlum, d. 28. 2. 95.

P. P.

Höflichst beziehnehmend, Ihres werten Intresates, gestatte ich mir, mich um die in Ihrem werthem Hause vercaunte Commisstelle ergebenst zu bewerben, indem ich Ihnen die Abschrift meiner Zeugnisse nebst Photographie zusende.

Gehalt pr. Anno 300 Mark (bei freier Staiton). Antritt pr. sofort oder später.

Um gütige Rückantwort, entgegen sehend zeichne

Hochachtungsvoll

K. K.

2. Braunschweig, d. 2. 3. 1895.

P. P.

Hinsichtlich auf Ihre werte Annonce im Braunschweiger Stadt-Anzeiger erlaube ich mir Ihnen, ganz ergebenst meine Dienste anzubieten.

Am 1. April 1891. trat ich als Lehrling in das Geschäft von Herrn D. D., mußte aber leider die Stellung am 28. Oktober 1892. wider aufgeben, da gedachte Firma einging.

Hierauf setzte ich meine Lehrzeit in dem Geschäft des Herrn F. F. fort, und beendete sie am 1. Oktober 1894.

Nachdem ich meine Lehrzeit beendet, trat ich ein Gehülfsengagement in der Drogenhandlung von Herrn G. & G. an, wo ich auch jetzt noch thätig bin.

Da ich jetzt Willens bin, meinen Wirkungskreis zu verender, bemerke ich noch, das gen. Chefß gern Auskunft über mich ertheilen werden.

Mein 18. Lebensjahr eben überschritten, verspreche ich Ihnen, das ich mir Ihre vollste Zufriedenheit zu erwerben suche.

Mit der Bitte um gütige Berücksichtigung, zeichnet

Hochachtungsvoll und ergebenst

Y. Y.

* Zeugniß-Copie!

Ich Bescheinige hiermit, das der Inhaber Dieses Y. Y. in meinem Geschäfte vom 1. April 1891. bis 28. Oktober 1892. als Lehrling thätig war, derselbe hat während dieser Zeit, soweit Erinnerung, in jeder Beziehung meine vollste Zufriedenheit erworben.

Braunschweig, d. 18. 9. 1894.

D. D.

† (Die vorkommenden Fehler werden voraussichtlich nicht im Originale vorhanden gewesen sein.)

Verein

zum Schutze der deutschen Goldwährung.

Am 3. April d. J. hat sich in Berlin ein Verein zum Schutze der Deutschen Goldwährung gebildet, welcher den Zweck hat, den Bestrebungen für die Erhaltung der bestehenden reichsgesetzlichen Währung, insbesondere für die Vertheidigung derselben gegen die bimetalistisch-agrarischen Angriffe einen Mittelpunkt zu schaffen. Als Mitglieder des Vereins können auch Firmen bezw. Handelsgesellschaften, sowie juristische Personen, Korporationen und Vereine aufgenommen werden. Die Mitgliedschaft wird erworben durch die Zeichnung einer einmaligen, der Bildung des Kapital-Grundstücks dienenden höheren Summe oder durch Zahlung eines Jahresbeitrags, dessen Mindestbetrag auf 2 Mk. festgesetzt worden ist.

Das Programm des Vereins ist, wie folgt, festgesetzt:

Der Verein bezweckt:

1. Die Herausgabe einer periodisch erscheinenden „Wirthschaftlichen Korrespondenz“, die in etwa fünfundzwanzig Nummern per anno gratis an die Zeitungen, besonders an die der Provinz, versandt wird;
2. die Herausgabe kleiner Abhandlungen (die den Vereinsmitgliedern zugestellt werden);
3. die Erlassung von Konkurrenzanschriften für wissenschaftliche Arbeiten;
4. die Organisation von Zweigvereinen;
5. die planmäßige Anregung und Subventionierung öffentlicher Vorträge.

Die Abhandlungen, die für die Regel den Umfang von je zwei Bogen nicht überschreiten, sollen die Hauptpunkte der Währungsfrage beleuchten, z. B. die Themata:

1. Der Arbeiter- und Mittelstand und die Währung (Unterminirung der Existenz der mittleren Klassen durch das Rütteln an der Goldwährung; Schmälerung der Pensionen, Witwengehälter).
2. Die Versprechungen der Bimetallisten an die Landwirthe: Nützt eine Aenderung an der deutschen Goldwährung der Landwirthschaft? (Valutadifferenz, Beleuchtung der Utopien der agrarischen Führer).
3. Währung und Preisrückgang: Ist der Rückgang der Waarenpreise eine Folge der Goldwährung?
4. Die Exportindustrie und die Goldwährung: Verhältniß zu den Silberländern; wirkt die Valutadifferenz stimulirend auf die Ausdehnung der dortigen Industrie und Rohproduktion? (Internationale Zahlungsbilanz, Zusammenhang mit dem Staatskredit und Staatsschuldenwesen, Wechselkurs). —

Weiter sollen herausgegeben werden:

5. Ein Leitfaden (A. B. C. oder Materialien zu einem Katechismus der Währungsfrage).
 6. Anleitung zu einem Vortrag über die Währung. (Disposition; statistische Thatfachen, Literatur, endlich als Muster ein Vortrag selbst).
 7. Statistik der Silber- und Goldproduktion; derzeitiger Stand, künftige Gestaltung.
 8. Lexikon über die Stichworte.
 9. Ausgewählte Schriften (z. B. der Autoritäten in der Währungsfrage oder Schilderungen der Folgen früherer Goldwerthschwankungen u. s. w.).
- Zu weiteren Broschüren werden die bevorstehenden internationalen Verhandlungen, die Herbstdebatten des deutschen Reichstags, des englischen Unterhauses, des amerikanischen Senats u. A. Anlaß geben.

Bekannte Autoren sind für die Ausarbeitung dieser Abhandlungen schon gewonnen; für die Preisausschreiben sind die etwas langwierigen Vorarbeiten nahezu abgeschlossen.

Eine Subskriptionsliste liegt bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zur Einzeichnung aus.

Fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest des Zentral-Vereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt.

Am 25. bis 27. Mai feiert der Zentral-Verein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt sein fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest.

Das Programm ist vorläufig, wie folgt, festgesetzt:

Sonntag, den 25. Mai: Nachmittags 3 Uhr Festversammlung im Zoologischen Garten zu Berlin, verbunden mit einer

Fach-Ausstellung und daran anschließendem Festessen ebendasselbst.

Sonntag, den 26. Mai: Vormittags 9 Uhr Abfahrt nach Kiel mittelst Sonderzuges. Abends gefellige Vereinigung im Hôtel „Seebade-Anstalt“ in Kiel.

Montag, den 27. Mai: Vormittags Fahrt mittelst Sonderzuges nach Rendsburg, Besichtigung der Schleusen, demnächst Befahrung des Nord-Ostsee-Kanals bis Holtenau. Nachmittags 3 Uhr Ankunft auf der Kieler Förhrde. Fest-Essen auf Bellevue etwa um 4 Uhr. An das Diner schließt sich eine Dampferfahrt auf offene See mittelst eines vom Geh. Kommerzienrath Sartori freundlichst gestellten Dampfers.

Statement showing the value of the declared exports from the consular district of Brunswick, Germany, to the United States during the quarter ending March 31 st. 1895.

Articles	in Mark	in Dollars
1. Asphalt	23 441.05	5 578.90
2. Birds and animals, live	28 851.20	6 866.50
3. Binocular glasses . .	1 847.06	439.60
4. Books and printed matter	11 846.12	2 819.40
5. Chemicals, colors etc. .	233 134.22	55 485.89
6. Glass	92 773.14	22 080.39
7. Gloves, leather . . .	476 107.02	113 313.40
8. Manure salt	19 824.17	4 718.10
9. Muriate of Potash . .	59 986.11	14 276.70
10. Prepared vegetables .	20 904.05	4 975.11
11. Sausages	8 363.15	1 990.40
12. Sugar, refined	7 784.05	1 852.60
13. Sugar, raw	5 064 685.07	1 205 395.10
14. Sundries	31 847.—	7 579.60
Total	6 081 393.34	1 447 371.69
Cor. quarter of the year 1894	2 905 182.45	691 433.42
Increase	3 176 210.89	755 938.27

Schwarzes Brett.

Ein hiesiger Kaufmann, welcher augenblicklich stellenlos ist, suchte durch Vermittelung des „Verbandes Deutscher Handlungs-Gehilfen“ in Leipzig Stellung als Buchhalter u. Vom Verbands wurde derselbe einem Herrn H. Giesecke in Hildesheim, welcher sich als Bevollmächtigter des „Deutschen Romanvereins“ bezeichnete, vorgeschlagen. Der p. Giesecke richtete sodann die nachfolgenden Schreiben an den Stellsuchenden. Da offenbar ein Schwindel vorlag, so hat die hiesige Handelskammer sich mit der Handelskammer Hildesheim in Verbindung gesetzt. Die Hildesheimer Handelskammer theilt gleichfalls die obige Ansicht und hat die Angelegenheit der Hildesheimer Polizeidirektion zur weiteren Ver-

anlassung übergeben. Die Schreiben des p. Giesecke, sowie der eingesandte Kontrakt, lauten wie folgt:

An Herrn W. H. in Braunschweig.

Hildesheim, am 5. April 1895.
Herberstr. 3.

Vom Verbands vorgeschlagen, theile Ihnen mit, daß Sie sich Sonntag Nachmittag hier in meiner Wohnung vorstellen können und zwar auf Ihre Kosten. Es handelt sich um eine Kassenstelle des Romanvereins, dotirt mit 4800 bis 7200 Mk. Alles Nähere erfahren Sie hier.

Hochachtungsd

H. Giesecke

Bevollmächtigter des Deutschen Romanvereins.

Hildesheim, am 7. April 1895.
Herberstr. 3.

Herrn Hauptkassirer W. H.

Wohlgeboren

Braunschweig.

Anbei sende Ihnen den Engagements-Vertrag zur geneigten Durchsicht; doch wollen Sie und denselben, mit Unterschrift versehen, nebst dem Kontrakt-Depot von 50 Mk. umgehend zugehen lassen. Das Gegenstück mit der hiesigen Zeichnung erhalten Sie sofort nach Eingang des Ihrigen.

Hochachtungsvoll

H. Giesecke.

Engagements-Vertrag.

§ 1.

Es ist heute zwischen dem Bevollmächtigten des Deutschen Romanvereins, Sitz Hildesheim, und dem Hauptkassirer W. H. aus Braunschweig, folgender Dienst-Vertrag abgeschlossen worden, und wird die bindende Kraft dieses Vertrages beiderseitig durch Unterschrift anerkannt.

§ 2.

Der Bevollmächtigte ernennt heute den Herrn W. H. zum Hauptkassirer für den Ort Braunschweig und dessen Umgebung.

§ 3.

Der Hauptkassirer verpflichtet sich, seine ganzen Dienste dem Deutschen Romanverein zu widmen und keinerlei andere Erwerbsgeschäfte zu betreiben.

Der Hauptkassirer hat möglichst viele Agenturen zu errichten, jederzeit zu beaufsichtigen und anzuspornen. Mindestens sollen sich unter seiner Leitung zehn Agenturen jederzeit vereinigen, und hat der Hauptkassirer die Aufgabe, über die Thätigkeit der einzelnen Agenturen wöchentlich einmal, und zwar am Sonnabend, einen eingehenden Bericht nebst Begründung an die Direktion einzusenden.

§ 4.

Der Hauptkassirer hat alle an ihn eingehenden Geldebeträge sofort nach Eingang zu verbuchen, und sind die Postabschnitte, wo solche vorhanden, als Beläge von ihm aufzubewahren. Alle Gelder des Vereins sind stets in alleiniger Kasse niederzulegen.

§ 5.

Am Freitag einer jeden Woche sind sämmtliche bis 2 Uhr Nachmittags eingegangenen Gelder an die Direktion abzusenden, und sind die dazu gehörigen, ordnungsmäßig geführten Listen Sonnabends mit dem Agenturbericht nachzusenden.

§ 6.

Das zum Agenturbetriebe nöthige Material wird an die Herren Hauptkassirer gesandt und ist von diesen den Agenten zu übermitteln.

§ 7.

Der Hauptkassirer erhält nach seiner Berechnung die Provision der Agenten am Schlusse des Monats ausbezahlt und hat diese unverzüglich in den ersten fünf Tagen des folgenden Monats an diese zu übergeben.

§ 8.

Um die Sicherheit zu erhalten, daß der Herr Hauptkassirer sofort und in angestrengtem Maße seine Pflicht thut, und als Dedung für den etwaigen Mißgebrauch der Kassenutenfilien, hat der Hauptkassirer ein Depot von 50 Mk., schreibe: „Fünfzig Mark“ zu hinterlegen. Dieser Betrag des Depots soll nach wirklichem Antritt des Dienstes und pünktlichem Befolgen der höheren Anordnungen bei der ersten Gehaltszahlung zurück-erstattet werden.

§ 9.

Zur weiteren Sicherung des Vereinsvermögens sollen durch monatliche Anrechnung von je 100 Mark, schreibe Einhundert Mark, nach und nach 3000 Mark, schreibe Dreitausend Mark, angesammelt und bei der Hildesheimer Bank deponirt werden. Die dadurch erhaltenen Zinsen sind an den Kautionsstellenden auszusahlen.

Der Direktion steht nur das Recht der Kautionsanerkennung dann zu, wenn behördlicherseits eine Unterschlagerung von Kassengeldern nachgewiesen worden ist.

§ 10.

Als Entschädigung für seine dem Verein geleisteten Dienste erhält der Hauptkassirer Herr W. H. monatlich ein von 400 bis 600 Mk. steigendes Gehalt postnumerando ausbezahlt. Gleichfalls erhält er 10 Prozent der an ihn eingegangenen Vereinsbeiträge zur Auszahlung an die Agenten. (Siehe § 7.)

§ 11.

Der Herr Hauptkassirer ist verpflichtet, die Agenten besonders daraufhin zu beobachten, daß keinerlei ehrenrührige und dunkle Geschäfte abgeschlossen werden; wo dieses geschieht, ist sofort zu Gunsten des geschädigten Privaten zu interveniren und die Direktion umgehend von dem Gebahren des betreffenden Agenten in Kenntniß zu setzen.

§ 12.

Der Dienstantritt des Hauptkassirers hat bis zum 15. April zu erfolgen, und hat derselbe diesen unter Beifügung seiner genauen Adresse beim Bevollmächtigten H. Giesecke, Hildesheim, Herderstraße 3, sofort anzumelden.

§ 13.

Für die ersten sechs Monate des Dienstes gilt eine vierwöchentliche Kündigungsfrist für beide Theile, für den siebenten bis zwölften Monat eine vierteljährliche. Für jedes weitere Dienstjahr eine Jahreskündigung.

§ 14.

Die Gehaltssteigerungen sollen gleichen Schritt mit dem Geschäftsumfange der Kassenstelle halten, und zwar nach dem alleinigen Ermessen der Direktion.

§ 15.

Der Herr Hauptkassirer hat jederzeit dem eine Vollmacht von der Direktion führenden Beamten sowohl Ein-

blick in seine Bücher, wie Revision seiner Kasse zu gestatten. Zuwiderhandelnde werden gegebenen Falls mit einer Konventionalstrafe bis 1000 Mk., schreibe: „Eintausend Mark“, belegt.

§ 16.

Durchgelesen, genehmigt und unterschrieben
Braunschweig, den 8. April 1895.

Bekanntmachung.

Unter der Reklame „Trostlose Zustände herrschen auf dem mexikanischen Silbermarkte, wir verschenken fast 40 Stück Patent-Silber-Messer, -Gabeln, Löffel zc. für eine kleine Vergütung von nur 15 Mk. (früherer Preis 50 Mk.)“ versucht eine Firma Nelsen in Berlin durch eine für den Uneingeweihten leicht mißverständliche Annonce in vielen Zeitungen den Glauben beim Publikum zu erwecken, als hätten diese Artikel mit Silber etwas zu thun!

Wir haben durch mehrere Sachverständige festgestellt, daß diese Waaren nur aus polirtem Zinn bestehen, welche in jedem Laden um ein Drittel des Angebots billiger zu haben sind.

Wir machen das Publikum auf diesen unlauteren Wettbewerb aufmerksam, damit es sich nicht einer Selbsttäuschung hingiebt, da das Metall keine Spur von Silber enthält.

(Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, Weimar.)

Bekanntmachung.

Schwindel oder nicht? In mehreren Fachblättern annoncirte die Firma U. in A., wie folgt: „50 000 Meter garantirt fehlerfreie Lamas und Flanelle offerire pr. Pfund zu 1.20 Mk. Postpaket zur Probe gegen Nachnahme. Nichtkonvenirendes nehme franko zurück.“ Ein an die inserirende Firma sich wendender Käufer erhielt bedruckte Baumwollflanelle und bedruckte Wiber, die größtentheils Webefehler aufwiesen und zum Theil angeschmutzt waren. Er glaubte sich hierdurch betrogen und denunzirte die Firma U. bei der Staatsanwaltschaft. Diese lehnte aber ein Einschreiten ab und motivirte diese ablehnende Haltung folgendermaßen:

„Auf Ihre unter dem 7. Dezember 1894 gegen die Firma U. in A. erstattete Strafanzeige eröffne ich Ihnen, daß ich das wegen Betruges eingeleitete Strafverfahren eingestellt habe, weil ein Nachweis der absichtlichen Vorspiegelung falscher Thatfachen nicht zu erbringen ist. Die Zeitung, in welcher die fragliche Annonce erschienen ist, ist im Wesentlichen ein von Fachleuten gelesenes Geschäftsblatt. Nach den übereinstimmenden Gutachten zweier Kaufleute derselben Branche muß ein Kaufmann, wenn er in jenem Blatte Lamas und Flanelle zum Preise von 1.20 Mk. per Pfund offerirt findet,

annehmen, daß damit keine wollenen Lamas u. gemeint sein können. Uebrigens erklärt sich der p. U. sowohl in jener Annonce wie jetzt noch bereit, die Waare nicht konvenirenden Falles zurückzunehmen. Zur Erstattung des Kaufpreises ist der Beschuldigte nur gegen Einsendung der Waare verpflichtet.

Der Erste Staatsanwalt."
(Manufakturist.)

Bekanntmachung.

In 15 Stunden unter Garantie Schön-Schnellschreiben, sowie Richtigsprechen, Rechnen und Buchführung, pro Fach 10 Mk. Besondere Damenkurse. Schreib- und kaufmännisches Unterrichts-Institut.

In einem Schreib- und kaufmännischen Unterrichts-Institut wird, laut Anzeige, Jedem unter Garantie in 15 Stunden Schön-Schnellschreiben gelehrt; auch lehrt dasselbe, wie in seinen vielen mit Probefchriften ausgehängten Schaukasten angekündigt wird, ebenfalls Jedem unter Garantie 12 verschiedene Schriften für 20 Mk. Unter den meisten dieser Probefchriften befindet sich der Vermerk: „12 verschiedene Schriften habe ich für 20 Mk. erlernt“. Dieser Herr ist aber der Lehrer in allen Unterrichtsfächern des Instituts, während durch diese Reklame das Publikum in den Glauben versetzt wird, daß die Schriften von einem Schüler geschrieben sind.

Da nur bei längerem, gründlichem Unterricht eine schlechte Handschrift mit gutem Erfolg verbessert werden kann und nicht etwa in der kurzen Zeit von 15 Stunden, und da es ebenso unmöglich ist, jedem Schüler 12 verschiedene Schriften beizubringen, so sind die Anzeigen und ausgestellten Probefchriften eine auf Täuschung des Publikums berechnete Reklame.

(Mittheilungen des Vereins
gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Hamburg.)

Bekanntmachung.

Unterzeichnete Firmen sehen sich veranlaßt, zu dem seit Montag, den 14. Januar d. Js., Breitestraße 17, stattfindenden Ausverkauf der Philipp'schen Konkursmasse Nachstehendes klar zu stellen:

Herr Adolf Schmidt, Fischbank 16, kaufte die Philipp'sche Konkursmasse, welche zum Taxpreise von ca. 2200 Mk. angesetzt war, für ca. 3000 Mk. in öffentlicher Auktion. Die Firma verkauft jetzt nicht nur diese Waaren, sondern auch ihre eigenen Waarenbestände aus ihren Geschäftsräumen Fischbank 16 unter dem Deckmantel der Konkursmasse mit. Somit ist seine

Bekanntmachung, Ausverkauf der Philipp'schen Konkursmasse zu enorm billigen Taxpreisen, unrichtig.

Wir werden weiter bestrebt bleiben, derartige Geschäftsgebahren auch für die Folge schonungslos aufzudecken.

Hier folgen Unterschriften.

(Confectionair, 24. Januar 1895.)

Bekanntmachung.

Kapitalisten, welche mit Erfolg sich der Kassa- und Ultimo-Spekulation widmen, und sich hierzu der Winke eines erfahrenen, vorsichtigen Börsenmannes bedienen wollen, um bei mäßiger Provision großen Nutzen zu haben, mögen ihre Adresse einsenden unter N. 1046 an Noothaar's Annoncen-Expedition in Hamburg, Rödingsmarkt 3.

Zur Charakterisirung dieser in hiesigen und auswärtigen Zeitungen von Zeit zu Zeit erscheinenden Annoncen lassen wir den aus einer Zeitung genommenen Artikel folgen:

Ein flüchtiger Banquier. Mit Hinterlassung zahlreicher Gläubiger ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, der Banquier August Alexander, ein englischer Staatsangehöriger, aus Berlin verschwunden, der sich im September d. Js. in der Kaiser Wilhelmstraße niedergelassen hat. Obgleich seine Geschäftsführung nicht besonders vertrauenerweckend war, fand er doch zahlreiche Kunden durch Zeitungsanzeigen und Prospekte, die er in großer Zahl versandte. Er versprach Personen, die ihm Einlagen zum Mindestbetrag von 50 Mk. anvertrauen wollten, auf ihre Rechnung mit der Gesamtsumme der Einlagen an der Börse zu spekuliren und nach Abzug von Gebühren den Gewinn im Verhältniß zu den Einlagen unter seine Kunden zu vertheilen. Er soll im Ganzen Einlagen in Höhe von 25000 Mk. von 140 Personen erhalten haben und hat angeblich an der Londoner Börse in amerikanischen Eisenbahnpapieren spekulirt. Ein Lehrer vertraute ihm allein 4000 Mk. an. In den Monaten Oktober und November hat er seinen Kunden als ihren Antheil an den Gewinn 9 und 10 Mk. v. H. ausbezahlt. Seit dem 14. Dezember ist er jedoch unsichtbar geworden, nachdem er an diesem Tage das in seinem Bureau befindliche Baargeld an sich genommen und bei einem hiesigen Banquier sein Guthaben in der Höhe von 14000 Mk. gezogen hatte. Am Tage der Flucht, und zwar Nachmittags gegen 5 Uhr, fing plötzlich die nach dem zweiten Stock führende Treppe, an der das Komptoir Alexanders liegt, zu brennen an. Ein junger Mann der Firma Avenarius & Co. löschte den Brand. Das Feuer dürfte auf Brandstiftung zurückzu-

führen sein; eine Strohbende ist aus dem Hausflur auf die Treppe gebracht und dann angezündet worden. Man zweifelt aber daran, daß Alexander seine Hand dabei im Spiel gehabt habe.

(Mittheilungen des Vereins
gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Hamburg.)

Bekanntmachung.

Im Februar d. Js. erschienen von drei hiesigen Firmen in den hiesigen Tagesblättern Inserate mit der Bezeichnung „Schutzmarke 842, D. R. = P.“ resp. „D. R. = P. 1430“. Die Bezeichnung „D. R. = P.“ war insofern geeignet, unrichtige Vorstellungen zu erwecken, als es sich in beiden Fällen keineswegs um patentirte Artikel handelte, es war vielmehr die Thatfache, daß die Waarenzeichen neuerdings bei einer Abtheilung des Patentamtes eingetragen werden, dazu benutzt worden, das Publikum irre zu führen.

Der Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Braunschweig hatte sich dieserhalb an das Kaiserliche Patentamt gewandt und die nachfolgende Antwort erhalten:

„Auf die gest. Anfrage vom 9. d. Mts. wird ergebenst erwidert, daß die in den anliegenden Zeitungs-Ausschnitten abgedruckten Nr. 842' und 1430' die Nummern der für die genannten Firmen eingetragenen Waarenzeichen sind. Was den Zusatz „D. R. = P.“ anlangt, so muß sich das Patentamt darauf beschränken, auf § 40, Ziffer 2 des Patentgesetzes vom 7. April 1891 zu verweisen. Zu weiteren Rechtsbelehrungen über die strafrechtliche Verfolgbarkeit der unrichtigen Angabe ist das Patentamt zu seinem Bedauern nicht befugt“.

Kaiserliches Patentamt.

Abtheilung für Waarenzeichen.

Der betreffende Paragraph lautet:

„Mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark wird bestraft:

1. pp.
2. wer in öffentlichen Anzeigen, auf Aushängeschildern, auf Empfehlungskarten oder in ähnlichen Kundgebungen eine Bezeichnung anwendet, welche geeignet ist, den Irrthum zu erregen, daß die darin erwähnten Gegenstände durch ein Patent nach Maßgabe dieses Gesetzes geschützt seien“.

Zwei der betheiligten Firmen, welche die Tragweite ihrer Handlung offenbar nicht genügend übersehen hatten, haben, auf die Mittheilung des Ausschusses hin, unverzüglich Abhilfe geschaffen. Die dritte Firma ließ, trotz der ihr gewordenen Aufklärung, die irreführende Bezeichnung bestehen,

so daß der Ausschuß sich gezwungen sah, gegen den Inhaber derselben strafrechtlich vorzugehen. Die Bestrafung ist dem Antrage gemäß erfolgt.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Verein bringt folgende Thatfache zur Kenntniß des Publikums.

Seit den ersten Tagen dieses Monats hat sich hier eine Firma Messow & Co., Katharinenstraße 16, etablirt.

Durch scheinbar billige Anpreisungen sucht die Firma Messow & Co., Katharinenstraße 16, Käufer heranzuziehen.

Der unterzeichnete Verein hat nun folgendes festgestellt: Es verkaufen z. B.

Messow & Co.:

Knopfloch-Seide Nr. 11, 3 Rollen = $7\frac{1}{2}$ Meter = 6 Pfg., folglich kosten 100 Meter 80 Pf.,
Zephir-Wolle, 1 Lage = 12 Gramm = 10 Pfg., folglich kosten 100 Gramm 84 Pfg.,
Strick-Wolle, $16\frac{1}{4}$ fach, 40 Gramm = 64 Meter = 21 Pfg., folglich kosten 100 Meter 33 Pfg.

Alte solide Geschäfte:

Knopfloch-Seide Nr. 11, 3 Rollen = $11\frac{3}{4}$ Meter = 8 Pfg., also kosten 100 Meter nur 68 Pfg.,
Zephir-Wolle, 1 Lage = 20 Gramm = 15 Pfg., also 100 Gramm nur 75 Pfg.,
Strick-Wolle, $16\frac{1}{4}$ fach, 40 Gramm = 75 Meter = 20 Pfg., also 100 Meter nur 27 Pfg.

Die Beweise hierüber, wodurch festgestellt ist, daß die Firma Messow & Co. nicht nur nicht zu unerreich billigen Preisen — wie in ihren Annoncen steht — verkauft, sondern wesentlich theurer ist, als wie in hiesigen renommirten Geschäften verkauft wird, stehen zur Verfügung.

Leipzig, den 9. April 1895.

(Der Verein selbständiger Leipziger Kaufleute und Fabrikanten zur Wahrung berechtigter Interessen.)

Patentbureau Braunschweig.

Carl Hndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.
Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttlerstr. 50

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Moderschutz.

Eintragung von

Waarenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hufstern 8.

Monatschrift
für

Vierteljährlich 1 Mt.
Anzeigengebühr:
Mittel Seite 5. — Mt.
Ganze Seite 28 Mt.

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 6.

Braunschweig, Juni-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

D. 10. — 5377/95.

XXIII. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 1. Juli d. J.,

Nachmittags 3 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Tagesordnung.

1. Einführung des neugewählten Mitgliedes der Kammer aus dem Kreise Gandersheim.
2. Geschäftsbericht.
Berichterstatter: Der Syndikus.
3. Rechnungslegung für das Jahr 1894/95.
Berichterstatter: Herr Leo-Braunschweig.
4. Antrag des Herrn Direktors Schruff in Blankenburg, betr.:
a) die Maß- und Gewichtsrevisionen,
b) Abänderung der Aichordnung.
Berichterstatter: Herr Direktor Schruff-Blankenburg.
5. Berathung der Währungsfrage.
Berichterstatter: Herr M. Gutfind-Braunschweig.
Gegenberichterstatter: Herr A. Lemmer-Braunschweig.
6. Gesuch des Kaufmanns Weigel in Schöppenstedt um Ernennung zum Ratler für den Bezirk der Stadt Schöppenstedt und Umgegend.
Berichterstatter: Herr Strümpell-Schöppenstedt.
7. Gesuche der Agenten A. Schürze und C. Peters um Ernennung zu Probenehmern für Getreide, Samereien u. s. w.
Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.
8. Vorlage des Jahresberichts für 1894.
9. Antrag, betr. Abgabe eines Obergutachtens in streitigen Fällen durch das Reichsgesundheitsamt.
Berichterstatter: Herr Lüttge-Braunschweig.

10. Bericht über den Stand der kaufmännischen Fortbildungsschulfrage.
Berichterstatter: Herr Dr. Schmidt-Braunschweig.
11. Gesuch der kaufmännischen Fortbildungsschulen zu Königslutter und Holzminde um Gewährung eines Zuschusses.
Berichterstatter: Herr Leo-Braunschweig.
12. Berathung einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse.
Berichterstatter: Herr Dr. Barß-Braunschweig.
13. Antrag, betr. die Lombardirung von Rohzucker.
Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.
14. Antrag der Handelskammer Halberstadt, betr. Aufstellung einer Vorschrift für die Probenahme von Getreide, Hülsenfrüchten, Mühlenprodukten, Futterartikeln und Velfrüchten, sowie für die Probenahme von Samereien.
Berichterstatter: Der Syndikus.
15. Eingabe des Vereins zur Wahrung der Interessen des Getreidehandels in Mannheim, betr. die Beibehaltung der Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschuß für Getreide.
Berichterstatter: Herr Natalis-Braunschweig.
16. Berathung des Börsen-Gesekentwurfes.
Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.
17. Eingabe der Handelskammer zu Frankfurt a. M., betr. die Errichtung eines Reichszolltarifamtes.
Berichterstatter: Herr Natalis-Braunschweig.
18. Eingabe der Handelskammer zu Halberstadt, betreffend die Abänderung des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr.
Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.

Braunschweig, den 18. Juni 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Fidel.

Dr. Stegemann.

A. Z. B. 5. — 4405/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nach einer Mittheilung der hiesigen Reichsbankstelle die nachfolgenden Reichsbanknebenstellen errichtet werden:

1. in Geestemünde, welche von der Reichsbankhauptstelle in Bremen abhängig ist und am 1. Juni d. J. eröffnet wird, so daß von diesem Tage ab Wechsel auf Geestemünde angekauft und Giroübertragungen von und auf Geestemünde von den Reichsbankstellen angenommen werden;
2. in Aschaffenburg, welche von der Reichsbankhauptstelle Frankfurt a. M. abhängig ist und am 5. Juni d. J. eröffnet wird. Es werden daher von der Reichsbank Wechsel auf Aschaffenburg, welche nach dem 5. Juni d. J. fällig werden, angekauft, und vom 4. Juni ab Giroübertragungen an und von Aschaffenburg Girokonten-Inhaber angenommen;
3. in Sonderburg, welche von der Reichsbankhauptstelle Flensburg abhängig ist und am 1. Juni d. J. eröffnet wird. Von diesem Zeitpunkte an werden Wechsel auf Sonderburg angekauft, sowie Giroübertragungen von und an Firmen daselbst, welchen bei der Nebenstelle Konten eröffnet sind, angenommen.

Braunschweig, 30. Mai 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. IV. 6. — 4552/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß nach einer uns von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg gemachten Mittheilung der Zuckerprobezieher H. F. Müller in Lehrte (Hannover) durch sein Verhalten sich einer Verletzung der von den Handelskammern aufgestellten Vorschrift für die Probenahme von Rohzucker vom 7. April 1893 schuldig gemacht hat und daß er dieierhalb nach eingehender Prüfung der Sachlage und nach persönlicher Vernehmung aus der Liste der verurtheilten Zuckerprobezieher gestrichen worden ist.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß der Interessenten, daß von dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft zu Danzig der Lehrer Fiedke zu Unislaw in die Liste der vereideten Probezieher eingetragen ist.

Braunschweig, 30. Mai 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterzagt.)

Lehrlingsheime.

Ergebniß einer Umfrage, veranstaltet auf Veranlassung der Zentralstelle für Wohlfahrts-einrichtungen von Dr. Gensel=Leipzig und Dr. Stegemann=Braunschweig.

Frage 1.

Auf wessen Veranlassung und wann ist das dortige Lehrlingsheim gegründet worden und wie ist es zu Stande gekommen?

1. Breslau. Aus der Initiative der Kaufmannschaft nach Erlaß eines diesbezüglichen Aufrufs an alle Berufsgeoffen.
2. Bochum. Der kaufmännische Verein zu Bochum hat i. J. die Gründung eines Lehrlingsheims angeregt, doch ist ein solches nicht zu Stande gekommen, sondern statt dessen sind freiwillige Zusammenkünfte am Sonntag Nachmittag seitens des Vereins eingeführt worden.
3. Frankfurt a. D. Der Verein junger Kaufleute, der Kreisverein der Hanfa in Leipzig, der Ortsverein des Hamburger Handlungs-Commiss-Vereins von 1858 vereinigten sich mit der Handelskammer und dem Frankfurter Waaren-Einkaufs-Verein zum gemeinschaftlichen Vorgehen behufs Gründung eines Lehrlingsheims.
4. Frankfurt a. M. Auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins am 8. Januar 1893. Die Handelskammer bewilligte eine Subvention von 400 Mk. zur Ausstattung desselben.
5. Düsseldorf. Auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins im Oktober 1893. Durch Aufrufe in der Presse und besondere Schreiben an die Handelskammer-Mitglieder.
6. Gießen. Durch den Kaufmännischen Verein am 27. November 1893.
7. Hagen. Das Lehrlingsheim in Hagen ist vom Kaufmännischen Bildungsverein ohne unmittelbare Anregung von anderer Seite als besondere Abtheilung des Vereins gegründet worden.
8. Insterburg. Auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins im November 1892.
9. Kiel. Desgl. am 28. August 1892.
10. Köln. In Folge einer Besprechung zwischen Mitgliedern der Handelskammer und des Vorstandes des Kaufmännischen Vereins durch Letzteren, und zwar Ende 1892.
11. Sagan. Durch den Kaufmännischen Verein und den Verein junger Kaufleute Oftern 1893.

12. **Nürnberg.** Auf Veranlassung des Vereins Merkur im Herbst 1893. Durch Anträge aus dem Vorstande des genannten Vereins.
13. **Braunschweig.** Durch den Fabrikanten F. Brückmann im Namen des Kaufmännischen Vereins am 19. Februar 1893.
14. **Bielefeld.** Angeregt wurde die Sache vom Volksbildungsverein, dessen Vorsitzender Dr. K. Möller in Brackwede, einer Versammlung von Personen, bei denen man ein Interesse voraussetzen konnte. In dieser Versammlung wurde ein Ausschuss gewählt, der mit der Inangriffnahme des Lehrlingsheims oder vielmehr Jugendheims, wie wir es genannt haben, beauftragt wurde.
15. **Reutlingen.** Das hiesige Lehrlingsheim wurde im Jahre 1858 auf Veranlassung des Gewerbevereins als sogenannte Sonntags-Lehranstalt gegründet.
11. **Sagan.** Jeder Prinzipal, von dem ein Lehrling das Lehrlingsheim besucht, hat sich bereit erklärt, dem Verein junger Kaufleute als außerordentliches Mitglied beizutreten und einen Jahresbeitrag von 6 Mk. zu entrichten.
12. **Nürnberg.** Durch die Kasse des Kaufmännischen Vereins und durch Zuschüsse der Handelskammer resp. des Handelsvorstandes.
13. **Braunschweig.** Die Handelskammer leistete einen einmaligen Beitrag von 300 Mk. Den Ueberschuß der Kosten trug der Kaufmännische Verein.
14. **Bielefeld.** Durch die Mitglieder des Vereins Jugendheim, der aus Arbeitgebern und Freunden der Jugend besteht.
15. **Reutlingen:**
 - a) durch Beiträge der sogenannten Amtskorporation schon von Anfang an;
 - b) durch Beiträge der Stadtkasse seit circa zwei Jahren;
 - c) durch ein Eintrittsgeld der jugendlichen Teilnehmer von 50 Pfg., dessen Ermäßigung auf 25 Pfg. in nächste Aussicht genommen ist.

Frage 2:

Wie werden die entstehenden Kosten aufgebracht?

1. **Breslau.** Durch freiwillige Beiträge der Mitglieder und 200 Mk. Jahresbeitrag der Handelskammer.
2. **Bochum.** Bakat.
3. **Frankfurt a. D.** In einer öffentlichen Versammlung des Kaufmännischen Vereins wurden namhafte Beiträge gezeichnet zur Gründung und zum weiteren Bestehen.
4. **Frankfurt a. M.** Die Kosten für das Lokal und die Unterhaltung zahlt der Kaufmännische Verein. Zu den Einrichtungskosten bewilligte die Handelskammer am 8. November 1892 400 Mk.
5. **Düsseldorf.** Der Kaufmännische Verein hat bisher die Kosten getragen, hat sich aber um Unterstützung an die Handelskammer gewandt.
6. **Gießen.** Durch Zuwendungen dortiger Stiftungen, Privater, sowie seitens der städtischen Sparkasse in einem Falle auf Ansuchen, ferner durch Erhöhung der Beiträge für die passiven Mitglieder des Kaufmännischen Vereins (Prinzipale), sowie durch Extra-Zuweisungen seitens der Letzteren.
7. **Hagen.** Zur Deckung der Kosten zahlt die Handelskammer zu Hagen einen Zuschuß von 100 Mk. per Jahr. Die über diesen Beitrag hinausgehenden Kosten trägt der Kaufmännische Bildungsverein aus seinen Vereinsmitteln.
8. **Instenbourg.** Der Kaufmännische Verein deckt die Kosten aus seiner Kasse. Bücher sind von mehreren Seiten geschenkt worden.
9. **Kiel.** Durch freiwillige Beiträge der Kaufmannschaft.
10. **Köln.** Durch den Kaufmännischen Verein und durch Sammlungen.

Frage 3:

Wer leitet und beaufsichtigt das Lehrlingsheim?

1. **Braunschweig.** Ein unverheiratheter Buchhalter in einem Kaufmännischen Geschäft; derselbe erhält 6 Mk. für jeden Sonntag.
2. **Breslau.** Ein Vorstand von fünfzehn Mitgliedern, die alternirend nach einer bestimmten Ordnung die Aufsicht an den Versammlungen ausüben.
3. **Bochum.** Bakat.
4. **Frankfurt a. D.** In der Leitung theilen sich die Vorstände der schon bei ad 1 erwähnten Vereine. Die Beaufsichtigung unterliegt Mitgliedern des Gehilfen-Verbandes der „Hansa“.
5. **Frankfurt a. M.** Der Kaufmännische Verein, unter dem Patronat der Handelskammer, durch sein Vorstandsmitglied Herrn W. Trier.
6. **Düsseldorf.** Der Vorstand des Kaufmännischen Vereins. Die Beaufsichtigung wird durch ein Mitglied des Vorstandes und zwei Mitgliedern des Kaufmännischen Vereins, welche in jeder Versammlung da sein müssen, bewirkt.
7. **Gießen.** Der Kaufmännische Verein.
8. **Hagen.** Die Leitung erfolgt lediglich durch den Kaufmännischen Bildungsverein; zu diesem Zwecke ist eine siebengliedrige Kommission aus älteren Mitgliedern gebildet; abwechselnd sind zwei bis drei Herren aus der Kommission zur Führung der Aufsicht anwesend.

9. Jüsterburg. Die Leitung erfolgt durch die Mitglieder des Vorstandes des Kaufmännischen Vereins abwechselnd.
10. Köln. Dersgl.
11. Sagan. Die Vorstandsmitglieder des Vereins junger Kaufleute.
12. Kiel. Das Patronat und die Leitung übt eine von den Kaufmännischen Vereinen erwählte Kommission aus. Die Beaufsichtigung führen abwechselnd des Sonntags Vorstandsmitglieder dieser Vereine.
13. Nürnberg. Der Vorstand des Kaufmännischen Vereins leitet und zwei hierzu bestellte Lehrer beaufsichtigen das Lehrlingsheim.
14. Bielefeld. Lehrer, die dafür bezahlt werden.
15. Reutlingen. Ein älterer Volksschullehrer unter der Oberaufsicht des Vorstandes des Gewerbevereins.

Frage 4.

Womit werden die Lehrlinge beschäftigt?

1. Braunschweig.
 - a) Durch fach- und gemeinschaftliche Vorträge;
 - b) durch Besprechung und Diskussion kaufmännischer Geschäftsfragen;
 - c) durch Turnen in Anlehnung an den hiesigen Turn-Club;
 - d) durch gemeinschaftliche Spaziergänge;
 - e) durch musikalische und deklamatorische Vorträge;
 - f) durch Gesellschaftsspiele (Schach, Domino u.);
 - g) durch gemeinschaftliche Lieder (Liederbuch für jugendliche Turner).
2. Breslau. Mit Lesen, wofür eine angeschaffte Bibliothek von zur Zeit ca. zweihundert Bänden den Stoff liefert, ferner Singen, gemeinsame Spiele, außerdem Turnen, im Sommer gemeinsame Spaziergänge.
3. Bochum. Vakat.
4. Frankfurt a. D. Die Beschäftigung ist eine freie. Journal-Lesezirkel, Fachblätter, Unterhaltungsspiele, wie Domino, Schach, Damenbrett u. sind reichlich vorhanden. Außerdem eine gut ausgestattete Bibliothek fachwissenschaftlicher Bücher, Bücher und Wörterbücher der englischen und französischen Sprache.
5. Frankfurt a. M. Durch Lektüre, Spiele, belehrende Vorträge und unentgeltlichen Turnunterricht, unter Leitung und Beaufsichtigung von vier tüchtigen Vorturnern der Frankfurter Turngemeinde (Theilnahme über 100).
6. Düsseldorf. Alle Arten Gesellschaftsspiele (Karten ausgenommen), Gesang und humoristische Vorträge, Lesen von Dramen u. Die Vorstände und Vereinsmitglieder halten auch regelmäßig kleinere Vorträge, auch Freunde der Sache halten entsprechende Vorträge.
7. Gießen. Im Lehrlingsheim liegen Bücher, namentlich illustrierte Zeitungen, aus.
8. Sagen:
 - a) durch geeignete Lektüre;
 - b) durch Spiele (Schach, Halma, Domino u.);
 - c) durch Vorträge (alle zwei bis drei Wochen findet ein Vortrag statt).

Es wurde die Beobachtung gemacht, daß die Lehrlinge sich am liebsten durch Spiele unterhalten, jedoch wurde auch die kleine Bibliothek recht fleißig benutzt; es würde wahrscheinlich noch mehr gelesen worden sein, wenn auf die Bibliothek etwas mehr Mittel verwendet werden können.
9. Jüsterburg. Lektüre und Spiele (Kartenspiele ausgeschlossen), Vorträge und Vorlesungen.
10. Kiel. Mit Lesen von Zeitschriften, Tagesblättern und dergl., Unterhaltungsspielen, Gesangsübungen, sowie Vorträgen unterhaltenden und belehrenden Inhalts.
11. Köln. Wirkliche Beschäftigung findet nicht statt, da der Aufenthalt in der Vereinigung in erster Linie der Erhebung dienen soll. Sie erhalten Lektüre und angemessene Spiele. Alle vierzehn Tage wird ein Vortrag von honorirten Gelehrten, theils von freiwillig sich dazu meldenden Mitgliedern des Vereins gehalten.
12. Sagan. Durch Vorträge über kaufmännische Verhältnisse und Diskussionen über solche, die von den Mitgliedern beider Vereine gehalten wurden. Durch geeignete Gesellschaftsspiele, Schach, Domino, Mühle u. Durch Gesänge, patriotische und andere passende Lieder. Gemeinsame Spaziergänge für den Sommer waren in Aussicht genommen.
13. Nürnberg. Durch Vorlesungen, gemeinschaftliche Spiele und Gesänge, Vorträge.
14. Bielefeld. Bei gutem Wetter mit Turnspielen im Freien, bei schlechtem Wetter und im Winter mit unschuldigen Spielen (Domino, Schach u. im gemietheten Saal, Lektüre, Unterhaltung).
15. Reutlingen. In der ersten Stunde mit Lesen von Büchern geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und guten belletristischen Inhalts, und von illustrierten, zweckentsprechenden Zeitschriften, in den zwei Stunden werden vom Lehrer Geschichtsbilder aus der Welt besonders deutschen Geschichte bis auf die Neuzeit gegeben, ja einmal im Winter wird die naturwissen-

schastliche Sammlung und die Alterthums-sammlung besucht, sowie einmal werden die wichtigsten, leichtverständlichsten Versuche aus dem Gebiete der Physik vorgeführt.

Frage 5.

Wann ist das Lehrlingsheim geöffnet und wie lange Zeit?

1. Braunschweig. Sonntags Nachmittags von 3 $\frac{1}{2}$ Uhr bis 9 Uhr Abends.
2. Breslau. Sonn- und festtäglich von 3—6 Uhr, ferner von 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bis 8 Uhr; zum Turnen eine vom Magistrat zur Verfügung gestellte Turnhalle.
3. Bochum. Vakat.
4. Frankfurt a. D. Jeden Sonntag und Festtag Nachmittags von 2 bis 10 Uhr.
5. Frankfurt a. M. Jeden Sonn- und Feiertag von Nachmittags 3 Uhr bis Abends 11 Uhr.
6. Düsseldorf. Desgl. von 4—7 Uhr Nachmittags.
7. Gießen. Täglich von 7—10 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von Nachmittags 2—10 Uhr Abends.
8. Hagen. Sonntags Nachmittags von 3—7 Uhr.
9. Jüsterburg. Von Oktober bis April an den Sonntagsnachmittagen von 4 bis 8 Uhr.
10. Kiel. An allen Sonn- und Festtagen von Nachmittags 2 bis Abends 11 Uhr.
11. Köln. Jeden Sonn- und Feiertag von 3—7 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags vom 1. Oktober bis Ende März.
12. Sagan. Sonntags von 4—6 Uhr Nachmittags.
13. Nürnberg. Sonntags Nachmittags von 2—7 Uhr.
14. Bielefeld. Sonntags von 4—10 Uhr.
15. Reutlingen. Jeden Sonntag Abend von 4—6 Uhr in den Wintermonaten vom November bis zum Sonntage Judica.

Frage 6.

Sind öffentliche Veranstaltungen in bestimmten Perioden vorgesehen?

1. Braunschweig. Feier des Stiftungsfestes und Kaisers Geburtstag.
2. Breslau. Jährlich einmal Schauturnen.
3. Bochum. Vakat.
4. Frankfurt a. D. Einen großen Erfolg hatten an schönen Sommertagen gemeinschaftliche Ausflüge unter entsprechender Leitung. Besichtigungen von Fabriken, Glashütten etc., die Sonntags im Betriebe sind, folgen in diesem Sommer. Vorträge von hiesigen und auswärtigen Rednern, z. B. Engel-Zonentarif hatten starke Theiligung.

5. Frankfurt a. M. Von vierzehn zu vierzehn Tagen erbauende und belehrende Vorträge durch die Lehrer der Handelsschule und andere Dozenten.
6. Düsseldorf. Für den Sommer sind gemeinschaftliche Ausflüge vorgesehen. Zu den regelmäßigen Versammlungen wird durch die Blätter eingeladen, und sind Freunde der Sache stets willkommen, wodurch eigentlich jede Versammlung öffentlich ist.
7. Gießen. Es ist den Lehrlingen gestattet, unter Umständen den wissenschaftlichen Vorträgen des Vereins beizuwohnen.
8. Hagen. Öffentliche Veranstaltungen konnten bisher nicht in Aussicht genommen werden, vielleicht nächsten Winter.
9. Jüsterburg. Nein.
10. Kiel. Es finden zweimal im Winterhalbjahr sogenannte Unterhaltungsabende statt, bestehend in musikalischen und deklamatorischen Vorträgen, ausschließlich von jungen Leuten des Gesellschaftshauses (Sonntagsheims) vorgetragen, zu denen die Angehörigen des Kaufmannsstandes mit ihren Damen geladen werden.
11. Köln. Vorträge über geschäftliche und wissenschaftliche Themas, Reisen u. s. w.; außerdem ein Weihnachtsfest am zweiten Feiertage und ein Deklamations-Abend.
12. Sagan. Nein.
13. Nürnberg. Nein.
14. Bielefeld. Nein.
15. Reutlingen. Nein.

Frage 7.

Wie war die Frequenz bei Eröffnung und wie groß ist dieselbe jetzt?

1. Braunschweig. Am Eröffnungstage 150 Lehrlinge, an den anderen Sonntagen im Durchschnitt 50. Der Vereinigung gehören an 80 Lehrlinge.
2. Breslau. Am Anfang 89 Lehrlinge, jetzt 160 Lehrlinge.
3. Bochum. Vakat.
4. Frankfurt a. D. Durchschnittlich 50 bis 60 Lehrlinge.
5. Frankfurt a. M. Bei Eröffnung waren über 100 Personen anwesend. An Vortragstagen 60 bis 80, sonst nur 40 bis 60. Theilnahme an den Turnübungen über 100.
6. Düsseldorf. Am Eröffnungstage ca. 40, heute ist die Liste 88, von denen regelmäßig ca. 50 Prozent, bei besonderen Vorträgen auch wohl 75 Prozent erscheinen.
7. Gießen. Bei Eröffnung 12 bis 15, zur Zeit ist die Betheiligung eine sehr mäßige.
8. Hagen. Die Frequenz schwankte zwischen 30 und 40, Durchschnittsbefuch 48.

9. Jnsterburg. Bei Eröffnung 60, im letzten Winter hat die Frequenz nachgelassen.
10. Kiel. Die Frequenz war seit der Eröffnung eine stetig steigende.
11. Köln. Bei der Eröffnung 40, heute 100.
12. Sagan. Am Eröffnungstage 20. Mit der Zeit verringerte sich die Frequenz derartig, daß sich schon nach einigen Monaten die Auflösung von selbst ergab.
13. Nürnberg. Im ersten Stadium ca. 200 Köpfe, jetzt schwankend von 50 bis 150.
14. Bielefeld. Ziemlich konstant, 30 bis 40.
15. Reutlingen. Die Frequenz der Anstalt ist und war sehr wechselnd, in den letzten Jahren bewegte sie sich zwischen den Zahlen 40 und 60, mehr als 60 waren es nur in den allerersten Jahren, der Schwierigkeit der Beaufsichtigung wegen ist eine 60 übersteigende Anzahl nicht erwünscht.

Frage 8.

Wie wird die Disziplin ausgeübt?

1. Braunschweig. Durch Ermahnung, gegebenen Falls durch Ausschluß aus der Vereinigung.
2. Breslau. Durch einen angestellten Beamten bezw. durch einen städtischen Turnlehrer, denen immer zwei Mitglieder des Vorstandes assistieren.
3. Bochum. Batat.
4. Frankfurt a. D. Laut ausliegender Hausordnung.
5. Frankfurt a. M. Durch die Beaufsichtigung von zwei dazu ernannten Beamten des Vereins, unter Kontrolle des Vorstehers Herrn W. Trier.
6. Düsseldorf. Im Großen und Ganzen durch Andeutungen.
7. Gießen. Unzuträglichkeiten kommen zur Kenntniß des Prinzipals, bei Wiederholung erfolgt der Ausschluß.
8. Hagen. Es ist im Lokal bekannt gemacht, daß die Besucher des Lehrlingsheims den Anordnungen der aufsichtführenden Herren Folge zu leisten haben. Das Verhalten der jungen Leute war zufriedenstellend.
9. Jnsterburg. Durch Rügen seitens des Aufsichtführenden.
10. Kiel. Durch das Reglement und die Hausordnung.
11. Köln. Nach Maßgabe der Geschäftsordnung durch das hierzu bestimmte Mitglied des Vereins-Vorstandes.
12. Sagan. Durch die Mitglieder der beiden Vereine.
13. Nürnberg. Besuch und Verbleiben ohne allen Zwang.
14. Bielefeld. Durch Verweis und Herausweisen.

15. Reutlingen. Durch Drohung der Ausweisung, ev. durch wirkliche Ausweisung.

Frage 9.

Bestehen Statuten oder Geschäftsberichte?

Ja, fast in allen vorgenannten Lehrlingsheimen bestehen Hausordnungen, Statuten u.

Frage 10.

Was geschieht mit den vorhandenen Utensilien im Falle der Auflösung des Lehrlingsheims?

1. Braunschweig. Etwaige Baarmittel, Spiele, Lieverbücher u. fallen bei der Auflösung an den Kaufmännischen Verein Union.
2. Breslau. Laut Statut ist im Falle der Auflösung das Vermögen in erster Reihe zum Zwecke der Unterstützung verarmter Kaufleute zu verwenden.
3. Bochum. Batat.
4. Frankfurt a. D. Darüber entscheidet die Verwaltungs-Kommission.
5. Frankfurt a. M. Dieselben bleiben im Besitze des Kaufmännischen Vereins.
6. Düsseldorf. Nicht vorgesehen.
7. Gießen. Verbleiben dem Kaufmännischen Verein.
8. Hagen. Sämtliche Anschaffungen sind Eigentum des Kaufmännischen Vereins und verbleiben auch im Falle der Auflösung des Lehrlingsheims demselben.
9. Jnsterburg. Vorläufig noch nichts darüber bestimmt.
10. Kiel. Desgl.
11. Köln. Eigentum des Kaufmännischen Vereins.
12. Sagan. Eigentum des Kaufmännischen Vereins Merkur.
13. Nürnberg. Noch nicht in Erwägung gezogen.
14. Bielefeld. Nicht erörtert.
15. Reutlingen. Hierüber bestehen keine Bestimmungen, ev. würden solche dem Gewerbeverein anheim fallen.

Aus der Geschäftstätigkeit der Handelskammer.

Provisionsforderung bei Weinverkäufen.

In einer bei dem Herzoglichen Amtsgerichte Braunschweig anhängigen Streitsache hat die hiesige Handelskammer auf Ansuchen des Herzoglichen Amtsgerichts über die Frage der Höhe der Provisionsforderung bei Weinverkäufen ihr Gutachten dahin abgegeben, daß ein Geschäftsmann, welcher für eine auswärtige Weingroßhandlung am hiesigen Platze Verkäufe von

Weinen an Wirth und andere Abnehmer vermittelt, in der Regel 10 Prozent, bei nachweislich größeren Spesen Ausgaben auch wohl 15 Prozent Provision erhält.

Einzahlung von Forderungen durch Postauftrag.

Auf eine Anfrage des Herzoglichen Amtsgerichts Gandersheim, ob nach Handelsgebrauch, wenn ein Kaufmann die Einzahlung einer Forderung durch Postauftrag seinem Schuldner (hier einem Hofbesitzer) avisirt, Letzterer aber die mitgetheilte Art und Weise der Einzahlung der Forderung nicht ablehnt, in solcher Nichtablehnung die Genehmigung der betr. Schuldeneinzahlung zu finden und Schuldner folgeweise auch zur Zahlung der Kosten des nicht eingelösten Postauftrages verpflichtet sei, hat die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig sich dahin ausgesprochen, daß ein fester Handelsgebrauch in dieser Beziehung nicht bestehe, daß vielmehr der Postauftrag in vielen Fällen nur eine verschärfte Mahnung darstelle. Würde derselben keine Folge gegeben, so übernehme der Absender in der Regel die Kosten auf eigene Rechnung. Da in dem vorliegenden Falle der Empfänger nicht Kaufmann sei, so könne von einer Verpflichtung desselben, die durch Zurückweisung des Postauftrages entstandenen Kosten seinerseits zu tragen, noch weniger die Rede sein.

Erweiterung der Quaianlagen an der Weser zu Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen denselben und dem dortigen Bahnhofe.

Auf die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig an das Herzogliche Staats-Ministerium gerichtete Eingabe, betreffend die Erweiterung der Quaianlagen an der Weser zu Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen denselben und dem dortigen Bahnhofe, ist der Handelskammer am 3. Mai vom Herzoglichen Staatsministerium der nachfolgende Bescheid zugegangen:

Der Handelskammer erwidern wir auf die Eingabe vom 13. Februar d. J., betreffend die Erweiterung der Quaianlagen an der Weser zu Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen denselben und dem dortigen Bahnhofe, daß mit der Erweiterung der Quaianlagen in Holzminden seit mehreren Jahren bereits vorgegangen ist. Vermittelt durch den betreffenden Etat sind für die Finanzjahre 1892/93 — 1895/96 einschließlic je 25 000 Mk. = 100 000 Mk. In die Voranschläge zu dem betreffenden Etat für

die nächste Finanz-Periode 1896/98 werden noch im Ganzen 40 000 Mk. eingestellt werden. Damit wird der Weserquai in Holzminden in einem dem Bedürfnis entsprechenden Maße erweitert werden. Unsere Stellung zu der Herstellung eines die Eisenbahn und die Quaianlagen verbindenden Schienengeleises haben wir in einer Verfügung an Herzogliches Eisenbahn-Kommissariat hieselbst vom 23. Januar 1892 Nr. 575, nach welcher die Interessenten zweifellos beschieden sein werden, dargelegt. Eine andere Stellung zu jenem Plane einzunehmen, liegt zur Zeit wohl um so weniger ein Anlaß vor, als das Projekt der Bahn Bormohle-Kemnade-Emmerthal, welche eine Schienenverbindung zwischen Eisenbahn und Weser gewähren wird, nicht aussichtslos und der Verwirklichung näher gerückt scheint.

Braunschweig, den 3. Mai 1895.

Herzogl. Braunschweig.-Lüneb. Staats-Ministerium.
Otto.

Fernsprechverbindung Braunschweig — Bremen.

Auf den von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Braunschweig erfolgten Antrag wegen Herstellung einer Fernsprechverbindung mit Bremen ist die nachfolgende Antwort erfolgt:

Der Handelskammer theile ich im Verfolg meiner vorläufigen Benachrichtigung vom 4. März ergebenst mit, daß der Herr Staatssekretär des Reichs-Postamts auf meinen Antrag die Zulassung der Theilnahme an der Stadt-Fernsprecheinrichtung in Braunschweig zum Fernsprechverkehr mit Bremen, Bremerhaven und Begeleit genehmigt hat. Die Eröffnung dieses Verkehrs wird nach Inbetriebnahme der noch herzustellenden neuen Verbindungsleitung Braunschweig-Hannover stattfinden, worüber ich mit weiterer Mittheilung vorbehalte.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.
Graefe.

Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes.

Die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig bei dem Reichstage eingebrachte Petition wegen Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes ist nach einer Benachrichtigung des Direktors des Reichstages dem Herrn Reichskanzler als Material für die in Aussicht genommene Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 überwiesen.

U e b e r i c h t

über die Einrichtung der im Herzogthum Braunschweig bestehenden gewerblichen Fortbildungsschulen.

Lfd. Nr.	Stadt	Gründungs-jahr	Besteht ein ortsstatu-tarischer Zwang zum Be-suche der Anstalt	Zahl der Schüler	Unterrichtsfächer	Zahl der Klassen	Etat stellt sich auf	Beihilfe seitens der Stadt	Betrag des jährlichen Schul-geldes	Unterrichts-Zeit	Zahl der Unter-richts-stunden in der Woche	Ist der Schulbesuch ein regel-mäßiger oder wird über Versäumnisse und Ver-spätungen geklagt	Zahl der Lehrer	Honorar der Lehrer	Finden am Schlusse des Jahres Ab-gangsprüfun-gen, Prämii-rungen und Ertheilung v. Abgangszeug-nissen statt	Am Orte bestehende folgende Vereine
							Mt.	Mt.	Mt.					Mt.		
1	Braunschweig a) Fortbildungsschule .	1886	nein	300	Deutsch, Rechnen, Schreiben, Buch-führung, Geometrie, Algebra	9	(siehe	Gewerbeschule)		Abendstunden Wochentags 8—10 Uhr	18	genügend	6	wöchentl. Stunde u. Trimester 25—45 Mt.	nein	
	b) Gewerbeschule . . .	1886	nein	Winter 630 Sommer 450	26 Elementarzeichnen, Körperzeichnen, Zeichnen nach Gypsmodell, Geo-metrisches Zeichnen, Projektions-zeichnen, Perspektive, Ornament-zeichnen, Entwerfen, Proportions-lehre, Figurenzeichnen, Figuren-skizziren, Dekoratives Malen, Aquarelliren, Rundschrift, Model-liren, Stillehre, Mechanik. F a c h z e i c h n e n f ü r : Maler, Tischler, Bauhandwerker, Maschinenbauer, Baukloffer, Schuhmacher, Stellmacher und Wagenbauer, Lithographen, Gra-beure und Holzschneider	es giebt keine Klassen-ein-theilung	45 000	20360 Beitrag des Staates 15350	6750	Winter : Sonntags und Wochentags Morgens von 7—12 Uhr, Abends von 5—7 Uhr und von 7 1/2—9 1/2 Uhr. Sommer : Sonntags früh 6—9 Uhr, Wochentags Morgens und Abends wie oben	218	sehr regelmäßig	24	per. wöchentl. Stunde u. Trimester 25—45 Mt., 4 fest an- gestellte Lehrer, der Direktor ein- geschlossen	Ausstellung u. Prämii-rung der besten Arbeiten seitens des Kunstgewerbe- vereins	
2	Wolfenbüttel	1890	ja	ca. 200	Deutsch, Rechnen und Zeichnen Anm.: Deutsch ist der Anbezug für alle Realien, z. B. Gesetzestexte	4	3600	400 außerdem Lokal, Hei-zung u. Be-leuchtung	8	Sonntags von 7 1/2—9 1/2 u. 11—1 Uhr, Montags von 5—7 N.	6 per Klasse	fast regel-mäßig, so daß besondere Klagen nicht zu führen sind	7	3 per Stunde	ja Prämien gehen nicht von der Stadt, sondern vom Gewerbe-verein aus	1. Kaufmännische Vereini-gung 2. Gewerbe-Verein
3	Schöppenstedt	1889	ja	92	Lesen, Rechnen, Schreiben, Zeich-nen, deutsche Sprache	3	?	Zufluß der Stadt-kasse wird nach den wirklich entstan-de-n Kosten berechnet u. beträgt etwa 500 Mt.	2	Abends von 8—10 Uhr	I. Klasse 4 Stunden II. u. III. Klasse je ein um die andere Woche 4 resp. 6 Stunden	der Schul-besuch ist ein regelmäÙiger	4	1 Lehrer erhält ein Stipendium von 100 Mt., die übrigen je 200 Mt.	Abgangs-prüfungen finden statt, auch erfolgen Prämii-rungen. Abgangs-zeugnisse u. werden nicht ertheilt	Ein kaufmännischer Verein ist erst vor kurzem ins Leben getreten
4	Helmstedt	1883	nein	etwa 100	Deutsch, Rechnen, Zeichnen, Buch-führung, Geometrie	3	1800	1000	2	Sonntags von 11—1 Uhr, Montags und Donnerstags von 7—9 N. Abds.	6	ziemlich regelmäßig	4	2 per Stunde	ja	Gewerbe-Verein
5	Schöningen	1892	ja Der Zeich-nenunter-richt ist fakultativ	280—300 Im Zeich-nenunter-richt ca. 60	Deutsch, Rechnen, Geometrie, Buch-führung, Zeichnen	7 in 3 Stufen 2 Klassen und 1 Vorstufe	3800	2300	nur für den Zeich-nenunter-richt 6 Mt.	Wochentags von 8—10 Uhr Abends, Zeichnenunter-richt Sonntags Morgens von 7—9 Uhr	In der Klasse zweimal 2 Stunden wöchentlich	ist regelmäßig	7 außerdem 3 an der Zeichnen-schule	?	Prämii-rungen finden statt	Ein kaufmännischer Verein Ein Bürger-, Handels- u. Gewerbe-Verein

Fid. Nr.	Stadt	Gründungs- jahr	Besteht ein ortsstatu- tarischer Zwang zum Be- suche der Anstalt	Zahl der Schüler	Unterrichtsfächer	Zahl der Klassen	Etat stellt sich auf Mk.	Beihilfe seitens der Stadt Mk.	Betrag des jährlichen Schul- geldes Mk.	Unterrichts- zeit	Zahl der Unter- richts- stunden in der Woche	Ist der Schulbesuch ein regel- mäßiger oder wird über Versäumnisse und Ver- spätungen geklagt	Zahl der Lehrer	Honorar der Lehrer Mk.	Kinden am Schlusse des Jahres Ab- gangsprüfungen, Prämii- rungen und Ertheilung v. Abgangszeug- nissen statt	Am Orte bestehen folgende Vereine
6	Königsutter	1894	ja	53	Deutsch, Rechnen, Zeichnen	3	1300 (per 1894/95)	641	8	Sonntags 7 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends, Sonntags v. 10 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags	4	der Besuch ist ein regel- mäßiger; Anzeigen wegen Ver- säumnissen sind nicht er- folgt	3	2 per Stunde	wegen des kurzen Be- stehens der Schule haben Abgangsprü- fungen u. noch nicht stattgefunden	Verein der Handlungs- gehilfen
7	Gandersheim	1890	nein <small>Es ist be- schlossen, einen solchen einzuführen, und haben die Arbeit- geber bereits die Zustimmung ertheilt</small>	48	Religion, Deutsch, Rechnen, Geo- metrie, Zeichnen	2 <small>Religions- unterricht und Zeich- nen kom- binirt</small>	362 <small>Honorar der Lehrer 30 Mk., andere Aus- gaben 12 Mk.</small>	80 <small>Bei der bis- herigen sa- kularisierten Einrichtung war die Er- hebung des Schulgeldes nicht streng durch- zuführen</small>	4	Montags und Donnerstags von 8—10 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags	8	die Regel- mäßigkeit des Schulbesuches, insbesondere die Pünktlich- keit, läßt zu wünschen übrig	4	50 jährlich für die wöchentl. Stunde	nein	Ein kaufmännischer Verein Die Vorstandsmitglieder der verschiedenen Innun- gen des Kreises Gan- dersheim, resp. der Amts- gerichtsbezirke Ganders- heim und Greene, haben in Gandersheim ihren Sitz. Der frühere hiesige Hand- werkerverein ist mit dem Bürgerverein kombinirt
8	Stadtfeldendorf	1893	nein	60	Zm Winterhalbjahre: Rechnen (einschließlich Geometrie), Deutsch (Schön schreiben, Aufsatz, Rechnungen, Geographie und Geschichte), Zeichnen. Zm Sommerhalbjahre: nur Zeichnen	2 Zeichnen in 3 Klassen	720	200	3	8—10 Uhr Abends, 4 mal wöchent- lich an Werk- tagen, Sonntags von 11—12 $\frac{1}{2}$ Uhr Zeichnen	9 $\frac{1}{2}$	es wird viel Klage über unentschuldig- te Versäumnisse geführt	4	1.50 per Stunde	nein; es werden nur die Zeichnun- gen ausgelegt	Bürger- u. Gewerbeverein (derselbe beschäftigt sich aber weniger mit gewerblichen Fragen)
9	Blankenburg	1892	zum Be- such der Fortbil- dungs- schule sind ver- pflichtet alle im Stadtbe- zirke von Blanken- burg wohnha- ften und in einem Ar- beits- oder Lehrver- hältnisse stehenden Hand- werksge- sellten, Ge- hilfen und Lehrlinge, soweit sie das 18. Lebensjahr nicht über- schritten haben	150	Deutsch, Rechnen, Freihandzeich- nen, geometrisches Zeichnen, Plan- zeichnen	4	2175	746.50 u. Staats- zuschuß 746.50 Mk.	4	Mittwochs Nachmittags 1—4 Uhr, Sonntags Vormittags 11.10—12 Uhr	18	der Schul- besuch — als obligatorischer — ist regel- mäßig, Ver- säumnisse wer- den gerichtlich gestraft, Ver- spätungen dis- ziplinarisch von Seiten der Schul- leitung	4 Volks- schullehrer 1 Bild- hauer, 1 Regie- rungsbau- meister, 1 Inge- nieur	2.50 für die Stunde 3.50 für die Stunde	eine öffentliche Prüfung findet am Ende jeden Schuljahres statt; Ab- gangszeug- nisse werden ausgestellt; Prämierungen finden nicht statt	1. Verein selbständiger Kaufleute 2. Kaufmännischer Verein, Zweigverein Leipzig

Uebersicht

der im Verwaltungsbezirke der Herzoglichen Polizei-Direktion Braunschweig bei den sämmtlichen auswärtigen Feuerversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1894 bestandenen Versicherungen.

Nr.	Bezeichnung der Feuerversicherungs-Gesellschaft	Das Versicherungskapital betrug am 1. Januar 1894 auf		Im Laufe des Jahres 1894 geschlossen		Am Schlusse des Jahres 1894 blieb Bestand		Bemerkungen
		Mobilien M.	Immobilien M.	Mobilien M.	Immobilien M.	Mobilien M.	Immobilien M.	
1	Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha	26 541 838	—	—	—	26 541 838	6 000	*) Dieser Gesellschaft sind laut Patent vom 25. Juni 1835 die Rechte einer inländischen Gesellschaft beigelegt worden
2	*) Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft	21 757 868	444 223	4 663 762	102 525	22 280 556	462 054	
3	Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt	12 949 814	1 030 090	2 065 646	5 313	14 209 544	1 035 403	
4	Baterländische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Elberfeld	22 196 401	422 799	3 038 671	—	23 804 716	401 559	
5	Londoner Phoenix, Feuer-Affekuranz-Sozietät	2 371 413 ² / ₃	78 662 ² / ₃	329 490	—	348 865	—	
6	Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	16 886 201	4 998 462	—	—	17 256 518	5 039 437	
7	Deutscher Phoenix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.	8 221 489	676 995	—	—	7 916 288	676 995	
8	Pr. National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin	3 348 883	251 521	295 531	17 350	3 329 548	268 870	
9	Thuringia, Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt	8 753 822	51 407	1 431 063	—	8 650 967	51 407	
10	Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt	10 608 913	1 055 749	717 600	—	10 520 513	1 055 749	
11	Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft	3 894 651	6 000	533 962	6 000	4 130 612	—	
12	Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft	2 992 094	62 595	347 569	69 502	3 244 877	132 097	
13	Colonia, Kölnische Feuerversicherungs-Gesellschaft	5 790 312	816 546	565 717	17 337	6 076 389	833 429	
14	Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft	1 724 571	—	48 187	—	1 702 131	—	
15	Deutsche Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin	3 123 740	95 123	1 729 700	—	3 815 690	95 123	
16	Westdeutsche Versicherungs-Bank in Essen	4 941 036	196 084	108 249	—	4 412 423	188 209	
17	Glabbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft	2 460 345	130 847	701 208	—	2 712 290	70 869	
18	Preussische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft	1 078 652	3 000	—	—	1 308 708	3 000	
19	Feuerversicherungs-Anstalt der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München	3 886 105	—	177 709	—	3 892 034	—	
20	Feuer-Affekuranz-Verein in Altona	2 665 050	—	193 860	—	2 647 720	—	
21	Union, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin	4 084 454	341 638	392 901	—	4 084 395	341 638	
22	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Brandenburg a. d. H.	364 262	—	232 601	—	602 063	—	
23	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. d. Oder	223 433	—	12 500	—	230 149	—	
24	Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Aachen	853 811	—	124 207	—	1 064 525	—	
25	Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg	934 072	—	106 243	—	1 018 651	—	
26	Transatlantische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg	1 526 930	20 000	436 093	—	1 637 644	20 000	
27	Nord-British and Mercantile Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft in London und Edinburg	3 498 087	470 304	443 432	500	3 614 007	468 997	
28	Baseler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerfaden	1 117 558	23 850	40 773	23 850	1 011 187	—	
29	Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg	2 699 016	—	1 140 013	—	3 128 424	—	
30	Lübecker Feuerversicherungs-Verein von 1826	1 080 523	—	260 984	14 130	1 282 860	25 000	
31	Commercial-Union Versicherungs-Gesellschaft in London	797 586	58 171	389 630	—	813 324	58 171	
32	Hanseatische Feuerversicherungs-Gesellschaft	1 044 968	—	141 695	—	1 146 493	—	
33	Brandversicherungsverein Pr. Staatsseifenbahnbeamten	891 000	—	417 900	—	1 233 000	—	
34	Liverpool- und London- und Globe-Versicherungs-Gesellschaft	594 349	—	79 280	—	633 629	—	
35	Bienenversicherungsverein zu Rueseebeck	294	—	—	—	288	—	
Summa 189 911 970						11 234 007		

Getreidepreise

im Monatsdurchschnitt für 100 kg nach Feststellung der Marktkommission. 1894.

1894	Weizen						Roggen						Gerste						Hafer						Erbf.		Bohnen		Linsen	
	gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		Erbf.		Bohnen		Linsen	
	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.
Januar	14	—	13	80	—	—	13	18	13	1	—	—	—	—	—	—	—	—	18	—	17	50	—	—	21	94	19	13	33	50
Februar	13	55	13	45	—	—	12	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	88	18	84	32	75
März	13	30	13	6	—	—	12	28	12	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	13	18	75	32	25
April	13	73	13	63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	75	18	50	31	—
Mai	12	85	12	40	—	—	12	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	52	—	—	—	—	20	75	18	50	31	—
Juni	12	90	12	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	10	—	—	—	—	20	75	18	50	29	50
Juli	12	93	12	77	—	—	12	6	11	67	—	—	—	—	—	—	—	—	15	35	—	—	—	—	20	75	19	—	29	50
August	13	7	12	58	12	—	11	51	11	32	—	—	—	—	—	—	—	—	13	75	13	20	—	—	20	75	19	25	29	—
September	12	34	11	63	10	93	11	29	10	98	10	50	—	—	14	25	13	—	13	86	11	71	10	80	20	75	22	50	28	50
Oktober	11	43	10	78	10	—	10	91	10	60	10	—	—	—	—	—	—	—	12	—	11	50	10	—	20	—	22	50	28	50
November	11	59	11	32	10	85	11	55	11	7	10	53	—	—	—	—	—	—	12	18	12	—	—	—	19	50	23	25	28	—
Dezember	11	93	11	67	10	90	11	93	11	62	10	75	—	—	—	—	—	—	12	33	12	—	10	86	18	50	24	50	28	—

Getreidepreise

im Jahresdurchschnitt für 100 kg nach Feststellung der Marktkommission in den Jahren 1884—1894.

	Weizen						Roggen						Gerste						Hafer						Erbsen				Bohnen				Linsen			
	gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gut		mittel		gut		mittel	
	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.	Mf.	Pfg.
1884	16	53	16	18	14	10	15	13	14	81	14	54	18	7	16	71	15	22	15	67	15	2	14	19	22	56	19	50	31	90	23	13	37	29	23	4
1885	15	76	15	27	14	22	14	94	14	47	14	28	16	45	14	97	12	71	15	55	14	71	13	36	20	67	17	50	33	21	21	8	37	81	23	25
1886	15	26	14	79	13	97	13	52	13	10	12	94	15	72	13	77	12	46	13	77	13	15	12	35	19	4	16	96	33	75	20	—	49	42	32	21
1887	16	14	15	67	14	96	12	49	12	15	11	48	15	60	13	76	12	49	12	4	11	52	10	62	19	78	17	35	30	83	19	28	45	42	28	27
1888	17	11	16	76	15	95	14	28	13	99	—	—	16	27	14	60	12	95	13	82	12	97	11	90	19	65	18	41	32	80	23	43	46	31	25	88
1889	17	79	17	49	16	54	16	28	15	97	14	85	17	23	15	74	—	—	15	94	15	19	—	—	21	64	20	28	32	67	22	96	41	79	21	82
1890	18	65	18	24	17	15	17	46	17	16	14	87	18	28	16	79	14	87	17	16	16	31	14	50	22	22	—	—	25	88	—	—	31	4	—	—
1891	21	85	21	43	20	4	21	30	19	85	—	—	19	—	17	—	—	—	16	78	16	4	—	—	24	6	—	—	26	72	—	—	33	90	—	—
1892	18	4	17	70	18	44	17	63	17	24	18	18	16	6	14	48	13	53	15	24	14	73	14	90	23	97	—	—	26	35	—	—	36	2	—	—
1893	14	84	14	56	13	80	13	71	13	38	—	—	16	50	13	50	—	—	16	88	16	36	14	10	21	43	—	—	23	30	—	—	36	84	—	—
1894	12	80	12	48	10	94	11	93	11	55	10	45	—	—	14	63	13	—	14	45	12	99	10	55	20	62	—	—	20	69	—	—	30	21	—	—

Kleine Mittheilungen.

Vertretung des Kleinhandels.

Der Verein Bremer Ladeninhaber, welcher ca. 500 Mitglieder zählt, beabsichtigt, um die Interessen des Kleinhandels in jeder Richtung zu fördern, eine dem Kleinhandel in Bremen bis jetzt fehlende, gesetzlich anerkannte Vertretung zu verschaffen, welche bei Fragen, die dessen Interessen berühren, diesen auch Gehör und Berücksichtigung zu verschaffen vermögen. Dieselben erstreben daher, da die Ladeninhaber bei der Wahl zu der dortigen Handelskammer gänzlich ausgeschlossen sind, eine eigene Kammer und haben sich an die hiesige Handelskammer um Zuweisung von Material gewandt.

Handelsmuseum in Philadelphia.

Der Präsident des Aufsichtsrathes der öffentlichen Museen der Stadt Philadelphia hat durch Vermittlung des Herrn Gustav Niederlein in Berlin (Deutsche Exportbank), welcher mit der Organisation und Installation eines neuen öffentlichen Handels-Museums beauftragt ist, an die hiesige Handelskammer das Ersuchen um Ueberlassung der diesseitigen Handelsprodukte und verfügbarer Rohstoffe für das dortige Handelsmuseum gerichtet.

Dieses Industriemuseum ist das erste, welches in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etablirt wird. Es sollen bereits große Kollektionen von nahe an dreißig Ländern, welche auf der Chicagoer Ausstellung figurirten, der Stadt geschenkt sein. Die Sammlungen umfassen die Gebiete des Handels, der Pädagogik, Ethnologie und Naturwissenschaften.

Nach den angestellten Erhebungen und eingezogenen Erkundigungen beruht das Handelsmuseum zu Philadelphia auf reeller Grundlage und würde eine Betheiligung der deutschen Geschäftswelt an demselben voraussichtlich von günstigem Einfluß auf den deutschen Ausfuhrhandel nach den Vereinigten Staaten sein. Es wird sich jedoch empfehlen, mit der Beschickung des Museums deutscherseits zu warten, bis die Errichtung der für die endgiltige Aufstellung der verschiedenen Sammlungen geplanten Baulichkeiten gesichert und zu übersehen sein wird, wo und wie die Erzeugnisse der deutschen Industrie untergebracht werden sollen.

Bücherbesprechungen.

Wichtige Winke für Gläubiger betitelt sich die Broschüre von J. Wilhelm. Gera, Julius Beckers Verlag (Preis 1 Mk.). Das Büchlein soll dem Geschäftsmann ein praktischer Wegweiser sein erstlich darin, wie er Konkurschuldnern gegenüber zu handeln hat, ganz besonders aber soll es ihm die Beurtheilung böswilliger Schuldner

und die Wiedererlangung etwa schon verloren gegebener Posten ermöglichen helfen. Der Verfasser führt an der Hand aus dem Leben gegriffener Beispiele direkt in die Praxis ein; dadurch wird der Zweck „die Orientirung des Gläubigers ohne Gesetzesstudien“ erreicht. Angehängt ist der Abdruck des Gesetzes vom 21. Juli 1879, betreffend die Anfechtung von Rechts-handlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens nebst Erläuterungen hinsichtlich Beitreibung der Forderungen im Wege der Anfechtungsklage und mittelst Pressionen. Wir haben gefunden, daß das Büchlein seine Bestimmung voll erfüllt und können dasselbe daher zur Anschaffung empfehlen.

Schwarzes Brett.

Bekanntmachung.

Selbsthilfe gegen unlauteren Wettbewerb. Wie der „Manufakturist“ mittheilt, erschien vor einiger Zeit im Militärischen Kreisblatte folgende Anzeige:

„Wegen anderweitigen Unternehmens löse ich mein Geschäft vollständig auf.“

Adolf Choyke, Militärisch.“

Bald darauf brachte das Kreisblatt nachstehende Bekanntmachung:

„Seit einer Reihe von Jahren erscheint vor dem Beginne der Frühjahrsaison oder vor dem Weihnachtsfeste im hiesigen Kreisblatte eine Annonce der Firma Adolf Choyke in Militärisch, worin sie wegen anderweitigen Unternehmens vollständige Geschäftsauflösung anzeigt. Wir unterzeichneten Geschäftsleute wollen nicht verfehlen, auf diesen stets wiederkehrenden unlauteren Wettbewerb aufmerksam zu machen, denn, wie es sich bis jetzt gezeigt, hat die Ankündigung der Auflösung des Choyke'schen Geschäfts sich stets als reines Geschäftsmanöver herausgestellt.“

Militärisch, im März 1895.

Louis Würfel. J. Hirschel. Robert Kalide.
D. Ruß. Dorothea Schönherr. H. Wiesner.
E. Thimm. M. Friebe. Geschwister Schröder.“

Patentbureau Braunschweig.

Carl Hndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Fernsprecher Nr. 597.

Wolfenbüttlerstr. 50.

Wolfenbüttlerstr. 50.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Muster-, Schutz-

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hufiltern 8.

Monatschrift
für

Vierteljährlich 1 Mt.
Anzeigengebühr:
Mittel Seite 5.— Mt.
Ganze Seite 28 Mt.

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 7/8.

Braunschweig, Juli-August-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

B. 5. — 4750/5373.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nach Mittheilungen der Kaiserlichen Reichsbankstelle hierelbst, am 1. Juli d. J. in Waldenburg eine von der Reichsbankhauptstelle in Breslau abhängige Reichsbanknebenstelle, und in Hilden (Reg.-Bez. Düsseldorf) eine von der Reichsbankhauptstelle in Düsseldorf abhängige Reichsbanknebenstelle eröffnet sind.

Braunschweig, 4. Juli 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

A. IV. 15. — 4638/95.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Robert Lieff hierelbst ist durch Reskript des Herzoglichen Staatsministeriums nachträglich zum Makler für Waaren-, Produkten- und sonstige Handelsgeschäfte ernannt und vom Herzoglichen Amtsgerichte unter dem 20. v. Mts. auf die gesetzlichen Bestimmungen vereidigt worden.

Braunschweig, 4. Juli 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

A. IV. 6. — 5828/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß nach einer uns von den Aeltesten der Kaufmannschaft gemachten Mittheilung der Zuckerprobenzieher C. F. Wunderlich in Ebeleben sich durch sein Verhalten einer Verletzung der von den Handelskammern aufgestellten Vorschrift für die Probenahme von Rohzucker vom

7. April 1893 schuldig gemacht hat und in Folge dieses Vorkommnisses aus der Liste der vereidigten Zuckerprobenzieher gestrichen worden ist.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß, daß von dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft zu Danzig, sowie auch von der Kaufmannschaft Magdeburg der Grundbesitzer M. Scherle in Kruischwitz in die Liste der vereidigten Zuckerprobenzieher eingetragen ist.

Braunschweig, 4. Juli 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

C. 5. — 6739/95.

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung des K. K. Oesterr.-Ungar. General-Konsulats in Berlin machen wir die Interessenten darauf aufmerksam, daß am 26. und 27. d. Mts. in Wien der XXIII. internationale Getreide- und Saatenmarkt abgehalten werden wird.

Braunschweig, 8. August 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

D. 15. — 6740/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß der Jahresbericht unserer Kammer für das Jahr 1894 im Druck erschienen ist. Derselbe steht den wahlberechtigten Firmen unseres Bezirkes zur Verfügung und kann auf unserem Bureau, Breitestraße 9, hierelbst in den Bureaustunden von 8—1 Uhr abgeholt werden.

Braunschweig, 9. August 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

XXIII. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 1. Juli 1895,
Nachmittags 3 Uhr,

im Sitzungssaale der Kammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Herm. Strümpell-Schöppenstedt und Direktor Schruff-Blankenburg, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 3 $\frac{1}{4}$ Uhr und spricht seinen Dank für die ihm beim Tode seiner Mutter erwiesene Theilnahme der Handelskammer aus. Er theilt sodann mit, daß das Mitglied der Kammer, Herr F. Haffner in Wolfenbüttel, am 21. v. Mts. verstorben sei. Zur Ehrung des Andenkens des verstorbenen Kollegen Haffner, welcher seit dem Bestehen der Handelskammer dem Kollegium angehört hat, erheben sich die Anwesenden von den Sitzen.

Der Vorsitzende macht sodann die Mittheilung, daß für das am 1. April d. J. aus der Handelskammer ausgeschiedene Mitglied, Fabrikbesitzer Lundberg, Herr Dr. Martin, Direktor der Aktien-Zuckerfabrik Gandersheim, am 26. v. Mts. für den Kreis Gandersheim gewählt sei. Der Letztere wird hierauf vom Vorsitzenden herzlich willkommen geheißen. Es wird vom Vorsitzenden dabei bemerkt, daß Herr Dr. Martin als Mitglied der Kammer zu betrachten sei, wenn bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist begründete Einsprüche gegen die Wahl nicht erhoben würden.

Sodann beglückwünscht der Vorsitzende im Namen der Versammlung den längere Zeit durch Krankheit verhindert gewesenen Herrn Fabrikanten Lemmer zu seiner Genesung und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß Herr Lemmer nunmehr wieder im vollen Umfange wie bisher der Kammer als Mitarbeiter zur Seite stehen möge.

Vom Vorsitzenden wird sodann Herr Dr. Stön, welcher zu seiner Ausbildung im Bureau der Kammer beschäftigt ist, vorgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende bezügl. der Konsumvereine, daß trotz der wiederholten offiziellen Erklärungen anscheinend noch immer der Zweck der von der Handelskammer angestellten diesbezüglichen Erhebungen in den beteiligten Kreisen mißverstanden werde. Er entnehme dies einem in einer Braunschweigischen Zeitung abgedruckten „Eingefandt“, das in erregter und wenig sachlicher Form die Stellung der Handelskammer in dieser Frage bespreche. Ohne auf die einzelnen Irrthümer und Mißverständnisse in diesem „Eingefandt“ näher einzugehen, glaube er doch hier noch einmal betonen zu sollen, daß die Arbeiten absolut ohne Voreingenommenheit weder für noch gegen die Konsumvereine einzig und allein dazu

in die Wege geleitet seien, die obwaltenden Verhältnisse in objektiver Weise festzustellen. Um die Arbeiten der Kammer von vornherein vor Einseitigkeit zu schützen, habe dieselbe die Vertreter zweier hiesiger Konsumvereine als wahlberechtigte Mitglieder der Kammer eingeladen, die Interessen der anderen Partei zu vertreten; dem Ersuchen ist von dem einen Vereine in ebenso bereitwilliger Weise entsprochen worden, wie es von dem anderen mit Entrüstung zurückgewiesen ist. Eine Erklärung für diese Ablehnung könne er nicht in sachlichen Gründen, sondern nur darin finden, daß immer noch in den beteiligten Kreisen die unrichtige Auffassung bestehe, als ob die Handelskammer Braunschweig gelegentlich der Berathung gegen den unlauteren Wettbewerb die Konsumvereine als solche als eine Spezialart des letzteren hingestellt habe, während thatsächlich die Konsumvereine in die Erörterung nur insoweit hineingezogen werden sollen, als auch in Konsumvereinen Fälle des unlauteren Wettbewerbs festzustellen waren.

Daß auch Konsumvereine auf einer unlauteren Grundlage errichtet sind, wird im „Eingefandt“ selbst zugestanden, und wird zu deren Bekämpfung aufgefördert. Bei der ganz untergeordneten Bedeutung, welche derartigen Äußerungen für den weiteren Fortgang der Arbeiten beizulegen seien, habe die Kammer selbstverständlich von einer Richtigstellung des „Eingefandt“ durch die Presse Abstand genommen, hier aber halte er sich für verpflichtet, die der Kammer gemachten Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten:

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus dem vom Berichterstatter gegebenen Ueberblick über die Geschäftsthätigkeit der Handelskammer seit der letzten Plenarsitzung ist außer den bereits in den amtlichen Mittheilungen der Handelskammer bekannt gegebenen Gegenständen noch folgendes hervorzuheben:

1. Der Antrag der Interessenten in Welpke wegen Herstellung einer Haltestelle an der Strecke Helmstedt-Debisfelde und zwar bei Wahrenstedt ist im Geschäftsausschusse eingehend berathen und die Ausführungen der Welpker Interessenten im Wesentlichen auch als berechtigt anerkannt. Die Kammer würde auch dem Antrage ohne Weiteres Folge gegeben haben, wenn man sich nicht versichert halten mußte, daß der Ausbau der Strecke Braunschweig-Debisfelde in nicht so weite Ferne gerückt sei, als man dies in der Eingabe anscheinend annehme und daß mit dem Ausbau dieser Strecke den diesbezüglichen Wünschen wohl Rechnung getragen werden würde.

2. Die Erhebungen über die Lage des Kleinhandels, welche von der Handelskammer eingeleitet sind, haben bei ihrer Mannigfaltigkeit zu einem derartigen Umfange geführt, daß es vorzuziehen ist, zunächst das Verhältniß der Konsumvereine zum Kleinhandel für sich festzustellen. Die Kammer ist augenblicklich mit dieser Aufgabe beschäftigt.

Die für die Stadt Braunschweig bereits abgeschlossenen Untersuchungen sollen durch weitere Erhebungen in den übrigen Kreisen Braunschweigs ergänzt werden.

3. Die Frage einer Regelung des Immobilienmaklerwesens ist in einer von der Kammer einberufenen Interessentenversammlung besprochen worden, an der auch ein Vertreter des Deutschen Immobilienmaklervereins in Frankfurt a. M. Theil genommen hat. In dieser Versammlung sprach man sich in erster Linie dafür aus, daß im Sinne des § 38 der Gewerbeordnung für den Umfang des Herzogthums schärfere Kontrollbestimmungen eingeführt, die Kontrolle selbst aber nicht durch Polizeiorgane, sondern durch die Handelskammer ausgeübt werde. Außerdem wurde es bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Grundstücksvermittlung für zweckmäßig erachtet, daß die Kammer mit den Immobilienmaklern feste Bestimmungen bezüglich ihrer Geschäftsführung vereinbare und diejenigen Makler, welche sich auf die Einhaltung dieser Vorschriften verpflichteten sollten, in die amtliche Liste der Kammer aufgenommen werden. Die mit der weiteren Vorbereitung der Angelegenheit von der Versammlung gewählte Kommission hat sich außer Stande erklärt, geeignete Vorschläge zu machen.
4. Die von der Kammer beantragte Fernsprechverbindung mit Bremen ist nach einem Antwortschreiben der Kaiserlichen Oberpostdirektion vom 18. Mai d. J. genehmigt.
5. Am 4. April d. J. verhandelte der Deutsche Handelstag, an welchem der Vorsitzende und der Syndikus Theil nahmen, über die Währungsfrage und den Antrag Kanitz.
6. Auf die von der Kammer erfolgte Eingabe bei dem Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten wegen Bewilligung eines Ausnahmetarifes für Holzstoff, ist die Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg angewiesen, bezügliche Erhebungen vorzunehmen.
7. Die von der Kammer bei den Handelskammern Hannover, Leipzig und Stuttgart erfolgte Anfrage, betr. die Ersatzeleistung der Postverwaltung für verloren gegangene Nachnahmesendungen, ist seitens der Handelskammern Hannover und Leipzig dahin beantwortet, daß ein Bedürfnis auf Ersatzeleistung

für verlorene Nachnahmesendungen nicht hervorgetreten sei.

8. Die zu dem Antrage des Vereins deutscher Großisten in Dünge- und Kraftfuttermitteln in der letzten Plenarsitzung beschlossenen Aenderungen, bezüglich der von demselben aufgestellten Vorschriften für Geschäftsabchlüsse, sind von demselben anerkannt worden.
9. Die Frage der künstlichen Grüning von Konserven hat die Kammer fortlaufend beschäftigt. Die Kammer hat verschiedene in Deutschland sowohl als in Frankreich hergestellte Konserven auf Kupfergehalt untersuchen lassen.
10. Der Bescheid des Herzoglichen Staatsministeriums, betr. die Erweiterung der Quaianlagen an der Wefer zu Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen demselben und dem Bahnhofe Holzminden, ist den Betheiligten zur Kenntniß gebracht. (Siehe Monatschrift für Handel und Industrie Nr. 6 [Juni].)
11. Die von der Kammer bei dem Reichstage eingebrachte Petition ist durch die Annahme des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes nach einer Benachrichtigung des Direktors des Reichstages erledigt worden.
12. Die Petition der Kammer beim Reichstage auf Ablehnung der Abänderungsvorschläge zum Geetze vom 12. Juli 1877 über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, ist in Folge des am 24. Mai d. J. eingetretenen Schlusses des Reichstages nicht zur Berathung und Beschlußfassung gelangt.
13. Dem bei dem Staatssekretär des Reichspostamtes gestellten Antrage, von der Erhebung einer Gebühr für die Herstellung von Nachtverbindungen im Fernsprechtbetriebe Abstand zu nehmen oder eine Ermäßigung der bestimmungsmäßigen Gebührensätze eintreten zu lassen, hat nach einer Mittheilung des Reichspostamtes vom 6. März d. J. nicht Folge gegeben werden können.
14. Von dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs war bei der Handelskammer der Antrag gestellt, Erkundigungen bei einigen Magistraten einzuziehen, ob die dortselbst bestehende Einrichtung wegen genauer Bezeichnung der Firmen auf den Firmenschildern sich bewährt habe. Die hierauf erfolgten Antworten sind bejähend ausgefallen und hat der Vorsitzende des Ausschusses zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs einen diesbezüglichen Antrag beim hiesigen Stadtmagistrate eingebracht.
15. Die bei der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg beantragte Ermäßigung des Fahrpreises für den Nachmittagszug nach

- Harzburg am Sonnabend und Sonntag ist abgelehnt worden.
16. Der Verein Bremer Ladeninhaber beabsichtigt, nach einer Mittheilung des Vorstandes, zur Vertretung der Interessen des Detailhandels, welcher bisher eine Vertretung nicht besitzt, die Errichtung einer eigenen Detaillisten-Handelskammer zu erwirken.
 17. Von Stettin ist die Anregung ergangen, die bestehenden Vereine gegen Anwesen in Handel und Gewerbe zu vereinigen und hierfür einheitliche Statuten zu erlassen, auch eine Zentralstelle zu errichten. Der Aufforderung des Stettiner Vereins, die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig möge die Führung in dieser Angelegenheit übernehmen, konnte zur Zeit nicht entsprochen werden, da die Handelskammer durch anderweitige Aufgaben gegenwärtig zu stark in Anspruch genommen ist.
 18. Die Errichtung einer Handwerkerkammer für das Herzogthum Braunschweig ist von den Interessenten bei dem Herzoglichen Staatsministerium in Antrag gebracht.
 19. Der Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg in Leer, sowie auch der Handelskammer zu Halberstadt, hat die Kammer auf den Antrag, betr. die Ermäßigung der Postgebühr für Postanweisungen bis zum Höchstbetrage von 5 Mk. auf 10 Pf., erwidert, daß die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig der Anregung vollständig zustimmen, daß sie aber von einer Vorstellung sich einen praktischen Nutzen nur dann versprechen könne, wenn gleichzeitig die übrigen Korporationen oder die große Mehrheit derselben gemeinsam der Anregung folgen und dieselbe mit dem entsprechenden Nachdruck vertreten würde, da erfahrungsgemäß vereinzelter Vorstellungen bei dem Reichspostämte nicht ausreichende Beachtung fänden.
 20. Die von einer Anzahl Hamburger Kaffee-firmen aufgestellten neuen Kontraksbedingungen für den Handel mit Kaffee nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind geeignet, die Interessen der inländischen Kaffeestädte zu schädigen. Die Kammer hat dieserhalb verschiedene Besprechungen mit den Interessenten gepflogen. Inzwischen haben sich die Hamburger Händler dazu verstanden, ihre ganz einseitigen Vorschläge im Sinne einer Verständigung mit den inländischen Kaufleuten abzuändern.
 21. In der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses vom 4. v. Mts. ist der Antrag gestellt, eine Spezialkommission für Eisenbahnbeschwerden einzusetzen, welche dem Plenum Bericht erstatten soll, welche Fragen auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs immer noch der Erledigung harren.
 22. Die Kammer hat der Eröffnung der Bäckerei-Ausstellung offiziell beigewohnt.
 23. Am 30. v. Mts. hat in Magdeburg eine Besprechung der von der Vereinigung der Handelskammer-Sekretäre eingesetzten statistischen Kommission stattgefunden, an welcher auch der Syndikus Theil genommen hat. In dieser Sitzung hat man sich insbesondere mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Handelskammern in der Lage sind, ihren handels- und industriestatistischen Aufgaben, mehr als dies seither der Fall ist, gerecht zu werden; die in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse sollen demnächst dem Nürnberger Handelskammer-Sekretärtage zu weiterer Behandlung vorgelegt werden.
 24. Die österreichisch-ungarischen Handelskammer-Sekretäre, welche auf den 22. Juni vom Handelsminister zu einer Konferenz nach Wien einberufen waren, hatten die deutschen Handelskammer-Sekretäre eingeladen, die Gelegenheit zu einer persönlichen gegenseitigen Annäherung zu benutzen. Die deutschen Kollegen haben dem Ersuchen durch Entsendung einer Deputation gerne entsprochen, welcher der Syndikus ebenfalls angehört hat. Die Deputation ist in herzlichster Weise in Wien aufgenommen. Es wurde ihr seitens des Leiters der Konferenz, Ministerialrath Mateja, gestattet, den amtlichen Verhandlungen beizuwohnen. Die Handelskammer Wien ehrte die Deputation durch eine besondere Veranstaltung.
 25. Das Bureau ist während der Berichtszeit außer den laufenden Arbeiten mit statistischen Arbeiten beschäftigt gewesen und zwar mit einer Statistik der in der Stadt Braunschweig beschäftigten Lehrlinge, sowie der weiblichen Angestellten, einer Zusammenstellung über die im Herzogthum Braunschweig vorhandenen Konsumvereine, einer Uebersicht über die gewerblichen Fortbildungsschulen im Herzogthum Braunschweig und einer Zusammenstellung der beitragspflichtigen Gewerbebetriebe im Herzogthum Braunschweig. —
- Zu dem vorstehenden Geschäftsberichte des Syndikus werden die nachfolgenden Bemerkungen resp. Anträge gestellt.
- Zu Nr. 1. Herr Schäffer-Schöningen stellt den nochmaligen Antrag auf Unterstützung der Eingabe der Interessenten in Welpke wegen Errichtung einer Haltestelle bei Wahrstedt. Herr Stadtrath Willeke-Königsutter unterstützt diesen Antrag. Die Kammer beschließt, mit den Betheiligten über die weitere Behandlung ihrer Angelegenheit in Verbindung zu treten.
- Zu Nr. 3. Bezüglich der Regelung des Immobilienmaklerwesens beschließt die Kammer, die weitere Behandlung zu vertagen.

Zu Nr. 9. Herr Barnewitz-Wolfenbüttel bemerkt bezüglich des zur Sprache gebrachten Grünfärbens von Konserven mittelst Kupfer, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung in Braunschweig ein Mittel erfunden sei, welches vollständig unschädlich sei und die gesundheitsgefährliche Kupfergrünung, welche vom Auslande noch immer betrieben werde, in unschädlichster Weise erzeuge.

Zu Nr. 10. Herr Liebold spricht sich über den Bescheid des Herzoglichen Staatsministeriums, betr. die Erweiterung der Quaianlagen an der Weser in Holzminden und die Herstellung eines Verbindungsgeleises zwischen demselben und dem dortigen Bahnhofe dahin aus, daß sich die Handelskammer durch den Bescheid des Herzoglichen Staatsministeriums nicht befriedigt fühlen könne. Das Interesse der Stadt Holzminden erfordere eine wohlwollendere Beurtheilung der Frage, jedenfalls sei es bedauerlich, daß das Herzogliche Staatsministerium die Bedeutung der Angelegenheit offenbar nicht hinreichend sachkundig beurtheile. Herr Liebold befürwortet den Antrag, die Kammer möge nochmals für die Angelegenheit eintreten und verspricht, zu diesem Zwecke weiteres Material der Kammer einzureichen.

Die Kammer beschließt demgemäß.

Zu Nr. 14. Herr Liebold-Holzminden stellt den Antrag:

Die Kammer möge bei dem Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig werden, daß die Herzoglichen Amtsgerichte angewiesen werden, für die Eintragung aller bestehenden kaufmännischen Geschäfte in das Handelsregister mit mehr Nachdruck hinzuwirken.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, den Antrag des Herrn Liebold abzulehnen.

Herr Stadtrath Willeke-Königsutter berichtet über die letzte Sitzung des Bezirksisenbahnrates in Hannover vom 26. v. Mts. und bemerkt, daß er den Antrag in derselben gestellt habe, welchen er auch zu verfolgen bitte, daß die von der Königlichen Eisenbahn-Direktion Hannover beantragte Früherlegung des Zuges Nr. 149 von Bremen nach Hannover, welcher bisher um 7.15 Uhr in Hannover ankam, so erfolgen möge, daß gleichzeitig dadurch ein Anschluß an den Zug Nr. 155 Hannover-Braunschweig (ab Hannover 6.34, an Braunschweig 8.6) erlangt werde.

Die Kammer beschließt im Sinne der Ausführungen des Herrn Willeke. —

Von Herrn Gerloff-Braunschweig wurde zu der Mittheilung im Geschäftsberichte, betr. die Aenderung des Zuckersteuergesetzes, mitgetheilt, daß gelegentlich der Berathungen des bez. Gesekentwurfes im Reichstage seitens des Landwirtschaftsministers auf einen Fall exemplificirt worden sei, der dem Minister besser nicht in so unrichtiger Weise als Beleg hätte angeboten

werden sollen. Die Rübenzuckerfabrik, auf welche exemplificirt wurde, sei die Zuckerfabrik Garte in Rittmarshausen bei Göttingen, deren Enghastation keineswegs auf die im letzten Winter vorübergehend vorhanden gewesene Krisis zurückzuführen, sondern als eine ganz unausbleibliche Folge der bei der Erbauung und Finanzierung dieser Fabrik gemachten Fehler anzusehen sei. Die von Rübenbauenden Landwirten auf Aktien gegründete Gesellschaft besaß nur ein Kapital von 300000 Mk. und hatte die Kühnheit, damit eine Fabrik für ungefähr 1500000 Mk. zu bauen, die zur Verarbeitung von 800000 Zentner Rüben eingerichtet wurde, während 1893/94 ungefähr 224000 Zentner und 1894/95 ca. 300000 Zentner Rüben verarbeitet wurden. Daß die darnach in der Fabrik hergestellten 25—30000 Zentner Zucker auch bei günstigen Zeiten nicht im Stande waren, die Zinsen von zuviel verauslagten und angeliehenen ca. 1000000 Mk. zu decken, mußte vorausgesehen werden, und sei es bedauerlich, wenn ein mit solchen fundamentalen Fehlern behaftetes Establishement, zur Motivirung einer Gesetzesänderung angeführt werde, da dadurch den wohl nie fehlenden Gegnern der Vorlage eine das Zustandekommen der erwünschten Gesetze nur erschwerende Handhabe geboten werde. Die Fabrik sei im zweiten Termine für 140000 Mk. verkauft, dieser Preis sei aber als ein Werthmesser für nicht prosperirende Rohzuckerfabriken nicht anzusehen, da der hauptsächlichste Faktor für die in Rede stehende Fabrik, „das Rohmaterial“, nicht genügend zu beschaffen war, was bei allen anderen Rohzuckerfabriken zu haben sein und den Verkaufswerth wesentlich günstiger stellen würde.

II. Rechnungslegung für das Jahr 1. April 1894/95.

Berichterstatter: Herr Leo-Braunschweig.

Herr Leo giebt als Schatzmeister einen allgemeinen Ueberblick über die thatsächlich gemachten Einnahmen und Ausgaben. Das Kollegium hat zu der Rechnungslegung des Kassensführers nichts zu bemerken und betraut die Herren Otto Lüttge und Albert Störig mit der Revision der Rechnung.

III. Antrag des Herrn Direktors Schruß in Blankenburg betr. die Maß- und Gewichtsrevisionen, sowie Abänderung der Eichordnung.

Berichterstatter: Herr Corves-Blankenburg.

Herr Corves, welcher für den heute behandelten Herrn Direktor Schruß das Referat über diesen Gegenstand übernommen hatte, führte zunächst aus, daß der Preussische Handelsminister durch die vorgekommenen vielen Bestrafungen sich veranlaßt gesehen habe, bei den preussischen Handelskammern eine Umfrage zu veranstalten. Das auf diese Umfrage gesammelte

Material sei sodann der Kaiserlichen Normalaichungskommission überwiesen. Gleichzeitig sei vom Ministerium auch die Anfrage an die Normalaichungskommission gerichtet, ob dieselbe eine Erweiterung der Gewichtsfehlergrenze für nothwendig halte und vorge schlagen, die polizeilichen Revisionen fortfallen zu lassen und an deren Stelle eine periodische Nachaichung einzuführen. Die Erweiterung der Fehlergrenze sei nun von der Normalaichungskommission abgelehnt, während man sich für die Einführung einer periodischen Nachaichung ausgesprochen habe. Referent verliest nachstehenden von Direktor Schruß eingebrachten Antrag:

„Die Kammer möge an geeigneter Stelle zu bewirken versuchen, daß in den Betrieben, in welchen Gewichte und Maße, sowohl im öffentlichen Verkehr, als auch beim inneren Betriebe zur Verwendung kommen, nur die im öffentlichen Verkehr gebrachten Gewichte und Maße der amtlichen Revision zu unterwerfen seien“

und bemerkt hierzu, daß er persönlich im Gegensatz zu dem Antrage des Herrn Schruß für eine völlige Unterjagung des Verkaufs ungeaichter Maße und Gewichte ohne Rücksicht darauf, ob dieselben im öffentlichen Verkehr oder im inneren Betriebe gebraucht werden, eintreten müsse. Das Kollegium tritt dieser Ansicht bei und beschließt, den Antrag des Herrn Schruß abzulehnen und sich ähnlich wie die Handelskammer zu Hildesheim für eine periodische Nachaichung aber nur insoweit auszusprechen, als es sich um Maße und Gewichte handle, die thatsächlich im Gebrauch seien, also nicht um solche, welche von den Händlern auf Lager gehalten würden.

IV. Verathung der Währungsfrage.

Berichterstatter: Herr G u t k i n d = Braun-schweig.

Gegenberichterstatter: Herr L e m m e r = Braun-schweig.

Herr Gutkind berichtet über den vorliegenden Gegenstand wie folgt:

Die Währungsfrage hat bereits seit mehr als zehn Jahren die Aufmerksamkeit weiter Kreise hervorgerufen. Anfangs beschäftigte man sich mit ihr in mehr akademischer Weise, in den letzten Jahren mehr vom Standpunkte der Politik, mit all dem damit verbundenen Parteiwesen und Unwesen. Man kann sagen, daß die Diskussion früher vornehmer war und jetzt volksthümlicher geworden ist, ob grade zum Vortheil der Sache, mag dahingestellt bleiben.

Wenn ich es unternehme, die Währungsfrage an dieser Stelle einer Besprechung zu unterziehen, so bin ich mir wohl bewußt, nicht etwa Ihnen neue Gesichtspunkte entwickeln zu können; das würde auch Berufeneren heutzutage kaum noch möglich sein. Es kann sich vielmehr nur darum

handeln, mit möglichster Kürze und möglichster Unparteilichkeit die für die Beurtheilung dieser hochwichtigen wirtschaftlichen Frage in Betracht kommenden Faktoren übersichtlich zusammenzustellen, um denjenigen, welche sich mit der Materie weniger beschäftigt haben, ein anschauliches Bild über dieselbe zu geben. Es würde mir zur Befriedigung gereichen, wenn mir dieses ohne Sie zu sehr zu ermüden, gelingen sollte. Zu diesem Zweck scheint es mir angemessen, zunächst darzulegen, wie die Währungsverhältnisse in den maßgebendsten Kulturstaaten vor Einführung der Goldwährung in Deutschland waren, welcher Maßregel bekanntlich in erster Reihe der Rückgang des Silberpreises und die dadurch thatsächlich oder vermeintlich bewirkten Uebelstände zugeschrieben wird. —

Vor diesem Zeitpunkt bestand in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, den Niederlanden, Rußland die Silberwährung, in den Ländern des sogenannten lateinischen Münzbundes, Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz, welcher die hauptsächlichsten Bestimmungen des französischen Münzsystems von 1803 übernommen hatte, die Doppelwährung im Verhältniß von 1:15 $\frac{1}{2}$, in Großbritannien seit 1816 die Goldwährung, in den Vereinigten Staaten die Doppelwährung im Verhältniß von 1:16. Dies war der gesetzliche Zustand, der sich von dem thatsächlichen insofern unterschied, als in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien lange Zeit, in den Vereinigten Staaten während und bis kurz nach dem Bürgerkriege fast nur Kreditgeld — Banknoten — im Umlauf waren.

Wir sehen hier also ein starkes Vorherrschen des Silbers und eine Relation dieses Metalles zum Gold, welches mit 1:15 $\frac{1}{2}$ bezw 1:16 dem lange Zeit hindurch geltenden Handelswerthe entsprach.

Der deutsch-französische Krieg brachte unserem Vaterlande neben den großen politischen Veränderungen auch die Aenderung seiner bisherigen Währung. Durch die Gesetze vom 4. Dezember 1871 und 9. Juli 1873 wurde in Deutschland an Stelle der nach verschiedenen Münzsystemen geltenden Silberwährung die reine Goldwährung eingeführt, die allerdings, streng genommen, nicht vollkommen durchgeführt worden ist, weil die kursirenden Silberthaler als vollwerthiges Geld im Verkehr blieben, ein Zustand, der den Namen hinkende Währung erhalten hat, obgleich diese Bezeichnung nicht ganz gerechtfertigt ist, da ein Jeder die Silberthaler an den Staatskassen gegen Gold eintauschen kann.

1873 wurde dann auch in den Vereinigten Staaten die Goldwährung eingeführt, freilich nicht auf lange, da schon im Jahre 1878 durch Annahme der sog. Bland Bill die Ausprägung von Silberdollars verordnet und damit die Doppelwährung wieder eingeführt wurde. Gleich-

falls 1873 wurde in den Niederlanden die Silberprägung eingestellt, und von den zum skandinavischen Münzbunde vereinigten Nordstaaten, Schweden, Norwegen und Dänemark die Goldwährung angenommen.

1874 vereinbarten die Länder des lateinischen Münzbundes eine Uebereinkunft, wodurch die Ausprägung der Silbermünzen begrenzt wurde.

1876 stellte Rußland die Silberprägungen ein.

1881 nahm Italien die Baarzahlungen auf.

1890 wurde in Rumänien und

1892 in Oesterreich-Ungarn die Goldwährung eingeführt, in letzterem Staate freilich zunächst nur auf dem Papiere, da die Baarzahlungen in Gold noch nicht aufgenommen sind.

1893 stellte dann Indien die freie Silberprägung ein, und in dem gleichen Jahre wurden in den Vereinigten Staaten die Silberankäufe, die zuerst nach der Bland Bill, von 1890 an nach der Sherman Bill bewirkt waren, eingestellt, und auch die Silberprägung geschlossen.

Wenn mithin vor Einführung der Goldwährung in Deutschland, Großbritannien der einzige Staat mit Goldwährung war, in allen anderen Kulturstaaten aber die reine Silber- oder die Doppelmährung herrschte, so haben wir jetzt nur noch Indien, Ostasien, daneben Mexiko, die Türkei und einige kleinere Staaten mit Silberwährung. Dagegen sind neben Deutschland noch große und wichtige Kulturgebiete zur Goldwährung übergegangen, andere, wie Oesterreich-Ungarn, im Begriff diesen Schritt zu thun und wieder andere, wie der lateinische Münzbund, wenn auch nicht gesetzlich, so doch thatsächlich, im Besitze derselben, so daß man auf die Länder mit Goldwährung eine Bevölkerung von 350 000 000 rechnen kann, deren Zahl zwar von den Silberländern weit übertroffen wird, an wirtschaftlicher Bedeutung ohne Frage letztere aber bedeutend überragt. Einen Ausnahmezustand finden wir in Rußland, welches gesetzlich Silberwährung, thatsächlich Papierwährung hat, welches aber, wenn nicht alle Anzeichen trügen, den Uebergang zur Goldwährung energisch vorbereitet und voraussichtlich in nicht allzuferner Zeit vollziehen wird. —

Es drängt sich nun die Frage auf, haben die vorstehend skizzirten, für die Geldwirtschaft so außerordentlich wichtigen Maßnahmen auch für das gesammte wirtschaftliche Leben Folgen gehabt und welche sind dies?, und da fällt zunächst der bedeutende Rückgang des Handelswerthes des Silbers auf, der im Jahre 1876, wo zuerst größere Preisschwankungen eintraten, begann, und mit geringen Unterbrechungen bis auf den heutigen Tag mit der Wirkung andauerten, daß der Preis des kg Silber in den letzten zwanzig Jahren von 180 Mk. auf etwa 90 Mk. gesunken ist. —

Ohne Weiteres darf angenommen werden, daß die Einstellung der Silberprägungen bei diesem bedeutenden Preisrückgange von Einfluß gewesen ist, denselben darauf allein zurückzuführen, ist aber nicht gerechtfertigt. Die Statistik der Produktion und Konsumtion des Silbers belehrt uns, daß die Jahresproduktion dieses Metalles von rund 2 000 000 kg im Jahre 1876 auf rund 5 000 000 kg im Jahre 1894 gestiegen ist, und unschwer läßt sich beweisen, daß es diese ungeheure Zunahme der Produktion in erster Reihe ist, welche das Sinken des Silberpreises bewirkt hat. Es ist in dieser Beziehung nöthig, sich zu vergegenwärtigen, daß nicht nur für Münzzwecke Silber gebraucht wird, sondern ein ganz bedeutender Konsum desselben auch für andere Zwecke stattfindet, und zwar kommen besonders zwei Verwendungsarten in Betracht, einmal die für industrielle Zwecke in einer Menge von jährlich etwa 700 000 kg, alsdann die weit größeren Mengen, welche dem Verkehr durch den Abfluß des weißen Metalles nach Ostasien entzogen werden. Besonders die letztere Thatsache ist so interessant und für die Beurtheilung unseres Gegenstandes so wichtig, daß ein näheres Eingehen darauf nicht vermieden werden kann. —

Die weiten, fruchtbaren und dicht bevölkerten Gebiete Ostasiens, deren Waarenausfuhr von jeher die Einfuhr überstiegen hat, bilden ein Bassin, welches seit vielen Jahrhunderten Silberzuflüsse von enormem Umfange aufgenommen hat und noch stets aufnimmt. Besonders gilt dies von Ostindien.

Soetbeer sagt über diesen Gegenstand in seinen „Materialien zur Erläuterung der wirtschaftlichen Edelmetallverhältnisse“ Folgendes: „Schon Plinius berichtet, daß Indien dem römischen Reiche in keinem Jahre weniger als 5 000 000 Sestertien d. i. nach unserem heutigen Gelde etwa 10 000 000 Mk., entziehe, und ein französischer Reisender, Namens Bernier, erzählt im Jahre 1699, daß, nachdem Gold und Silber in der Welt im Umlauf gewesen, sie schließlich nach Indien flössen, wie in einen Abgrund, aus dem keine Rückkehr stattfände. Alexander von Humboldt hat für das Ende des achtzehnten Jahrhunderts den Silberabfluß nach Indien und dem übrigen Ostasien auf jährlich 25 000 000 Piaster geschätzt und van der Berg schätzt denselben für das ganze achtzehnte Jahrhundert im Jahresdurchschnitt auf 23 000 000 Mk.“ Nach Dr. von Zuraschek sind in den Jahren 1800 bis 1885 für 6600 000 000 Mk. Silber allein nach Indien verschifft. Nach Reumann-Spallart betrug der Abfluß nach dem Orient für die Zeit von 1831 bis 1885 im Ganzen 46 000 000 kg Silber, was jährlich 837 000 kg ergäbe und Soetbeer schätzt den Silberabfluß nach Ostasien und Afrika in den Jahren 1881 bis 1892 auf 1 500 000 kg für das Jahr. Wie ist nun

diese große und beständige Einfuhr des Silbers zu erklären? Die Antwort auf diese Frage lautet: hauptsächlich durch die Gewohnheit der dortigen Völker, das Metall, sei es gemünzt oder in Form von Schmuckstücken, zu thesauriren. Mag auch in den letzten Jahren in manchen Gegenden diese Gewohnheit etwas abgenommen haben; noch heute verschwinden auf diese Weise enorme Summen in der für Indien allein fast 300 000 000 zählenden Bevölkerung, und bei dem allem Neuen nur schwer zugänglichen Charakter dieser Völker ist eine erhebliche Aenderung dieses Zustandes für absehbare Zeit kaum in Rechnung zu ziehen. —

Wie wir nun gesehen haben, werden durch den Abfluß nach Ostasien und durch die industrielle Verwendung dem Verkehr jährlich über 2 000 000 kg entzogen, rechnet man die für die Ausmünzung zu Scheidemünzen erforderliche Menge hinzu, so würde, wenn sich die Silberproduktion auf der Höhe der siebziger Jahre gehalten hätte, ja selbst bei einer mäßigen Steigerung derselben, von einer Ueberproduktion von Silber nicht die Rede sein können und die Einstellung der Silberprägungen den enormen Preissturz nicht haben bewirken können, der in den letzten Jahren stattgefunden hat. Es ist dafür in erster Reihe vielmehr die kolossale Zunahme der Produktion verantwortlich zu machen. —

Gleichzeitig mit dem Sinken des Silberpreises sind die Preise der meisten übrigen Artikel, besonders aber der Bodenprodukte, erheblich gefallen, und auch in dieser Erscheinung sehen bekanntlich die Bimetallisten und Agrarier die Wirkung der Einführung der Goldwährung bezw. der durch dieselbe herbeigeführten billigen Silberpreise.

Wir wollen auf ihr hauptsächlichstes Argument, das von der größeren Kaufkraft des Goldes in den Silberländern, etwas näher eingehen und dasselbe an einem Beispiel klar zu stellen suchen. Darnach kosten 1000 kg Roggen in Rußland 50 Rubel; um diese bezw. das Getreide dafür in Rußland zu kaufen, sollte der deutsche Händler bei gleicher Währung 160 Mk. anlegen müssen. Jetzt kauft er aber für 160 Mk. 75 Rubel bezw. für diesen Betrag 3000 kg Roggen oder, was auf eins herauskommt, er braucht für 2000 kg Roggen nur 110 Mk. auszugeben. Der deutsche Kaufmann kann daher russischen Roggen so billig einkaufen und der inländischen Produktion eine so erdrückende Konkurrenz machen, daß dieselbe dabei untergehen muß. Gleichartig ist es mit dem Bezuge von Weizen aus Indien und Argentinien.

Nun würde allerdings die Richtigkeit dieser Beweisführung nicht zu bestreiten sein, wenn die Voraussetzung, auf welche sich dieselbe stützt, richtig wäre. Das ist aber durchaus nicht der Fall, denn es ist falsch, daß in Rußland die Silber-

währung, welche dort seit Jahrzehnten nur auf dem Papiere steht, die Preise beeinflusst. Der Preis des Silbers kann auch gar keinen Einfluß auf den Rubel haben, da in Rußland seit geraumer Zeit die Silberprägungen eingestellt und Silberrubel nicht im Verkehr sind. Die geltende Währung ist eine Kreditwährung, es herrscht die Banfnote, der Papierrubel, dessen Zahlwerth nach innen und außen ganz unabhängig von dem jeweiligen Stande des Silbers ist und sich, abgesehen von gewissen Beeinflussungen durch die Finanzleitung, einzig und allein nach dem Außenhandel richtet. —

Und ebenso falsch ist die Heranziehung Argentiniens für das Argument der größeren Kaufkraft des Goldes in Silberländern, denn auch Argentinien hat gar keine Silberwährung, sondern bei nomineller Goldwährung auch nur Kreditwährung, die, im Gegensatz zur russischen, welche in der letzten Zeit sich wenig verändert hat, seit Jahren erhebliche Koursschwankungen erfahren hat. So bleibt nur Ostindien übrig als das einzige Land, von dem sich mit einem Schein von Berechtigung sagen ließe, daß durch die daselbst herrschende Silberwährung die Weizenausfuhr erleichtert würde. Nun ist aber die europäische Weizeneinfuhr von Indien im Vergleich zu der Einfuhr aus den übrigen Ländern so unbedeutend, daß sie für die Bildung des Weltpreises wenig ins Gewicht fällt, denn an der gesamten Weizeninfuhr Englands, welches naturgemäß das Hauptabsatzgebiet für indischen Weizen ist, war Indien in den Jahren von 1885 an mit nur etwa einem Siebentel theilhaftig. So betrug der gesamte Getreideimport Englands im Jahre 1892 in Form von Getreide und Mehl 87 000 000 Zentner, woran der indische Weizen mit 16 500 000 Zentner theilhaftig war. —

Gegen die erwähnte Theorie der Bimetallisten spricht ferner, daß ein großer Theil des Getreidehandels mit solchen Staaten sich abwickelt, die wie die Vereinigten Staaten und Australien Goldwährung haben und endlich der Umstand, daß nicht nur solche Produkte im Preise gefallen sind, die, wie Getreide, aus Ländern mit Silber- oder sonstiger unterwerthiger Währung eingeführt werden, sondern auch solche, deren Verkehr in Ländern mit gleicher Valuta, der Goldwährung, stattfindet. Typische Beispiele in dieser Hinsicht sind der Zucker und das Eisen. Es bedarf an dieser Stelle nicht des näheren Eingehens auf diese Artikel und des Nachweises, daß dem Preisfall derselben andere Ursachen als die Währungsverhältnisse zu Grunde liegen. —

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß, wenn die Behauptung der Bimetallisten richtig wäre, doch alle Preise ziemlich gleichmäßig gesunken sein müßten. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die niedrigeren Preise betreffen allerdings die meisten Boden- und Massenerzeugnisse,

doch sind eine Anzahl anderer Produkte, deren Herstellung nicht nur von dem menschlichen Willen, sondern von anderen Faktoren abhängig ist, so das Fleisch, ferner kunstgewerblichen Gegenstände, vor Allem aber der Artikel, welcher die wichtigste Stelle im gewerblichen Leben einnimmt, der Arbeitslohn, theils wenig verändert, theils sogar erheblich im Preise gestiegen, und diese Thatsache allein reicht hin, die Unrichtigkeit jener Theorie darzuthun. —

Wir kommen nun zu dem zweiten Hauptangriffspunkt gegen die Goldwährung, welcher neuerdings zwar weniger hervortritt, in den ersten Jahren des Kampfes aber hauptsächlich ins Treffen geführt wurde. Es ist die Behauptung, daß in Folge der Einführung der Goldwährung und der Verdrängung des Silbers als legales Zahlungsmittel das Geld zu knapp würde, es entstünde, da jeder Staat möglichst viel Gold sich sichern müßte, ein allgemeines Zerren an der Golddecke, was einen fortwährenden Diskontokampf im Gefolge haben würde, die Zirkulationsmittel würden knapp und in Folge dieser Geldknappheit der Geldwerth theurer werden, was wieder ein Fallen der Preise zur Folge haben würde. Also auch hier, nur auf anderem Wege, derselbe Schluß wie vorhin. Die Richtigkeit der durch letztere Betrachtung berührten sogenannten Quantitätstheorie zu prüfen, scheint mir hier nicht angängig, es genügt aber auch hierbei der Nachweis, daß schon der Ausgangspunkt für diese Theorie unrichtig, die Anschauung von der „zu kurzen Golddecke“ unbegründet ist. Niemals haben Handel und Wandel einen stabileren Geldmarkt gehabt, niemals ist der Geldstand so billig gewesen, niemals haben wir einen solchen Ueberfluß an Zahlungsmitteln gehabt, wie in den letzten Jahren, und wenn auch diese Erscheinungen zum großen Theil die Wirkung anderer Ursachen, wie z. B. der großartigen Entwicklung des Kreditwesens, dem Giroverkehr u. a. m. zuzuschreiben sind, so ist es doch eine feststehende Thatsache, daß trotz der Ausschließung des Silbers der Umlauf und Vorrath an gemünztem Metall seit 1870 sich ungeheuer vermehrt haben. Nach den Schätzungen von Soetbeer u. A. betrug der Vorrath an gemünztem Gold in Deutschland (ohne Elsaß-Lothringen)

im Jahre 1870	insgesamt	1 752 000 000 Mk.
" " 1885	"	2 764 000 000 "
" " 1893	"	3 445 000 000 "

Darnach hat sich der Metallschatz Deutschlands in den letzten fünf und zwanzig Jahren gerade verdoppelt, wobei besonders zu berücksichtigen ist, daß die Vermehrung des Goldvorraths allein weit über 2000 000 000 Mk. ausmacht. In den anderen Staaten sind, wie ein Blick auf die Ausweise der großen Banken zeigt, die Verhältnisse ähnlich. So hat sich, um nur einige Beispiele anzuführen, der Goldbestand der Bank von Frank-

reich, welche bekanntlich den größten Metallschatz der Welt hat, von 553 400 000 Francs im Jahre 1871 auf 2 045 000 000 Francs jetzt erhöht, und die Vorräthe an Gold in den europäischen Hauptbanken und dem Staatschatz der Vereinigten Staaten sind von 4 500 000 000 Mk. im Jahre 1886 auf 6 600 000 000 Mk. im Jahre 1892, und seitdem noch um ein Beträchtliches gestiegen. Daß angesichts dieser enormen Zunahme der Goldbestände die früheren Behauptungen von der Goldknappheit mehr und mehr verstummen, kann nicht Wunder nehmen. Man sucht nun, besonders auf ein aus den achtziger Jahren stammendes Gutachten des Wiener Geologen, Professor Sueß gestützt, (welches aber von anderen Gelehrten und Praktikern für unrichtig erklärt wird), jetzt die Meinung zu erwecken, daß die Goldproduktion in der bisherigen Höhe nicht fortauern könne, sondern demnächst erheblich zurückgehen müsse. Nun ist es zwar richtig, daß nach der durch die Entdeckung der Goldfelder in Kalifornien und Australien plötzlich bedeutend gesteigerten Produktion ein Rückschlag eintrat, in dessen Folge besonders die achtziger Jahre eine erhebliche Abnahme der Produktion zeigten. Seitdem hat aber wieder eine konstante Zunahme stattgefunden, so daß die Produktionsziffern der letzten Jahre eine noch nie dagewesene Höhe erreicht haben. Bis jetzt hat sonach auch die praktische Erfahrung die Sueß'sche Theorie widerlegt, und nach dem Ergebnis der neueren Untersuchungen läßt sich annehmen, daß auch in Zukunft die Goldproduktion eher sich steigern als vermindern wird. —

Haben wir hiermit die Einwendungen besprochen, welche vornehmlich von agrarischer Seite gegen unsere bisherige Währungspolitik vorgebracht sind, so bleibt uns nun noch übrig, die Angriffe zu betrachten, welche aus industriellen Kreisen dagegen angeführt werden.

Es ist dies in erster Reihe die angebliche verminderte Exportfähigkeit nach den Silberländern, sodann die Verluste, welche unserer eigenen Silberproduktion entstehen. In Betreff des ersten Punktes ist zunächst zu erwähnen, daß unser Export nach den Silberländern nur einen nicht erheblichen Theil unseres Gesamtexportes ausmacht. Immerhin könnte es nicht gleichgültig lassen, wenn auch nur ein kleinerer Theil unserer Industrie durch unsere Währungspolitik so schwer geschädigt würde, wie von gegnerischer Seite behauptet wird. Daß dem so ist, muß aber bestritten werden, denn es ist nachzuweisen, daß seit dem Jahre 1872 der Werth unserer Ausfuhr nach den Silberländern um 33 Prozent gestiegen ist. Wenn einige Zweige unserer Exportindustrie über den Rückgang ihrer Beziehungen zu den Silberländern klagen, so mögen in einzelnen Fällen die Währungsverhältnisse dabei mitsprechen, ihnen allein oder

hauptsächlich die Schuld an dem unbefriedigenden Geschäftsgange zu geben, ist aber unrichtig. Typisch für diese Frage scheint mir die Entwicklung der Baumwollindustrie zu sein, aus deren Kreisen ja auch hauptsächlich die Behauptung kommt, daß die Silberentwerthung den Rückgang der Ausfuhr von Baumwollwaaren verursacht hat. Nun hat aber der verminderte Export, wo derselbe wirklich stattfindet, ganz andere Ursachen. Die großen Verkehrserleichterungen der letzten Jahre, die Ausbreitung der Industrie über weite Gebiete, welche früher nur Konsumtionsgebiete waren, vor Allem aber die unglaublich billigen Arbeitslöhne sind es, welche unserer und der Industrie anderer älterer Kulturländer die Schwierigkeiten bereiten, über welche geklagt wird. Auch hierbei sei auf Ostindien, dem für die Textilbranche so wichtigen Absatzgebiete hingewiesen. Dieses große Reich, welches vor achtundzwanzig Jahren überhaupt noch keine Baumwoll-Industrie besaß, nimmt jetzt die sechste Stelle unter den Baumwoll-Industrie besitzenden Staaten ein und führt für annähernd 100 000 000 Mk. Baumwollwaaren aus. Ähnliche Erscheinungen sehen wir in Japan, und es ließen sich noch eine Menge anderer Artikel anführen, in denen, durch die Zunahme der eigenen Produktion, der Export nach den Silberländern schwieriger geworden ist. Indes ich glaube, das Angeführte genügt, um zu zeigen, daß nicht die Entwerthung des Silbers die Verhältnisse verschuldet hat, welche einzelnen Kreisen unserer Industrie Grund zu ihren Angriffen gegen unsere Währungspolitik geben. —

Der letzte Punkt, den wir zu erörtern haben, ist der Nachtheil, den unsere heimische Silberproduktion durch den verminderten Werth des weißen Metalles erleidet. Derselbe ist in der That nicht unerheblich. Deutschland steht mit seiner Silbererzeugung an vierter Stelle unter allen Produktionsländern, und wenn davon auch die Hälfte aus fremden Erzen gewonnen wird, so beträgt die eigene Produktion doch noch ca. 200 000 kg, und es erhebt daher, daß unsere Silberbergwerke mit empfindlichen Verlusten arbeiten. Wenn diese Verluste durch geeignete Maßregeln, wie z. B., wie Lannhardt meint, Eingangszölle auf Silber und Kupfer, bei dessen Darstellung bekanntlich Silber gewonnen wird, zum Theil ausgeglichen werden könnten, so wäre das mit Freuden zu begrüßen, die Gesetzgebung kann sich durch diesen bedauerlichen Umstand aber um so weniger beeinflussen lassen, als die billigeren Preise den Silberkonsumenten wieder zu Statten kommen, der Verlustsaldo für unser Nationalvermögen daher nur gering ist. —

Es ließen sich nun noch einige allgemeinere Betrachtungen in den Kreis unserer Besprechungen ziehen, doch verzichte ich hierauf, da, wie ich schon Anfangs sagte, ich nur eine kurze Ueber-

sicht über die hauptsächlichsten der für die Beurtheilung unseres Gegenstandes zu berücksichtigenden Punkte geben wollte. Das ist geschehen und ich kann deshalb das Resümee meiner Ausführungen ziehen. —

Ohne ein fanatischer Goldwährungsmanu zu sein, halte ich die Herstellung der von den Bimetallisten angestrebten internationalen Doppelwährung auf Grund der alten Relation von 1:15½ für technisch unausführbar und die von dieser Maßnahme erwarteten Wirkungen, sowie die daran geknüpften Hoffnungen für vollkommen trügerisch. Andererseits bin ich überzeugt, daß die Nachtheile unserer Goldwährung unwägbare sind gegenüber den großen Vortheilen, die wir derselben zu danken haben, und daß das Aufgeben unserer bisherigen Währungspolitik unserem gesamten wirtschaftlichen Leben unabsehbare Wirren und Beunruhigungen bringen würde. Sonst nicht geneigt, den Meinungen der Gelehrten in Fragen des praktischen Lebens zuviel Gewicht beizumessen, schließe ich mich in dieser Beziehung ganz der Meinung des Professor Veris an und glaube meine Betrachtungen nicht besser beenden zu können als mit den Worten desselben, welche lauten: Niemals wäre ein tollkühnerer Sprung ins Dunkle gewagt worden, als die Einführung des Bimetallismus mit den alten Werthverhältnissen sein würde. Niemand kann die Wirren und Katastrophen ahnen, die eine von Schwindel und Krisen abwechselnd begleitete Preisrevolution erzeugen müßte, wie sie durch die jährliche Vermehrung des Metallgeldes um 1100—1200 000 000 Mk. unzweifelhaft entstehen würde.“

Durchdrungen von der Wahrheit dieser Worte, erlaube ich mir folgende Resolution Ihrer Annahme zu empfehlen.

„Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist der Ueberzeugung, daß die Einführung einer Doppelwährung durch internationale Verträge schon aus dem Grunde unausführbar sein würde, weil bei Festsetzung eines bestimmten Werthverhältnisses ein Ausgleich der widerstrebenden Interessen für die Dauer nicht angängig sein würde. Die Handelskammer hält die von den Bimetallisten an die Einführung der Doppelwährung geknüpften Hoffnungen für trügerisch und keinesfalls von solcher Tragweite, daß damit die Beunruhigung, welche die Aenderung unserer Währungspolitik für das gesamte wirtschaftliche Leben zur Folge haben müßte, auch nur annähernd ausgeglichen werden könnte. Die Handelskammer spricht sich daher gegen alle Versuche, die bestehende Währung zu erschüttern, mit Entschiedenheit aus.“

Der Korreferent, Herr Lemmer, berichtet über die Währungsfrage wie folgt:

Ich freue mich, aus den Ausführungen des Herrn Referenten entnehmen zu können, daß er nicht unter allen Umständen Anhänger der reinen Goldwährung ist, sondern daß er auch gegen-
theiligen Ansichten eine Berechtigung beimißt.

Vor allen Dingen betrachte ich es als einen großen Fehler, wenn man derartige rein wirtschaftliche Fragen vom politischen Standpunkte aus, den man zufällig einnimmt, also durch die gefärbte Parteibrille betrachtet und sein Urtheil nach der Tendenz der Parteiblätter sich bildet, welche man ausschließlich oder vorzugsweise liest.

Man kann in politischer Beziehung sehr wohl den linksliberalen Parteien angehören, ohne in rein wirtschaftlichen Fragen den Anschauungen der Parteiführer durchaus beipflichten zu müssen.

Es ist die Währungsfrage ein schwieriges Thema. Es ist nothwendig, dieselbe einigermaßen studirt zu haben, tiefer in dieselbe eingedrungen zu sein, um sich kompetent zu einer maßgebenden, richtigen Beurtheilung zu fühlen. Ich kann aber wohl behaupten, daß der größte Theil der Angehörigen der Industrie und des Handels und damit wohl auch ein großer Theil von uns, meine Herren, nicht Zeit, Muße und Lust gefunden haben, sich soweit mit der Materie zu beschäftigen, als nothwendig sein würde, ein sicheres Urtheil zu fällen.

Die Frage der Währung ist eine rein praktische und wirtschaftliche, und deshalb frage ich mich oft, wie war es möglich, daß der deutsche Handelstag, also auch die Vertreter fast sämtlicher Handelskammern so wenig Sympathien für eine Doppelwährung zeigten? Ich kann keine andere Antwort finden als diejenige, daß die Indifferenz und die geringe Vertrautheit mit der Währungsfrage bei vielen Beteiligten und namentlich der Industriellen auf der einen Seite und an der Macht der stimmführenden Personen des Ausschusses und damit auch des Handelstages andererseits die Begründung für die gefaßten Beschlüsse liefert. Diese Stimmenführer entstammen zum größten Theil dem Ältesten-Kollegium Berlins und den Handelskammern der Hansestädte.

Natürlich haben die Großkapitalisten und die Banken ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der Goldwährung, weil sich u. A. auch damit ausländische Anleihen besser plaziren lassen, die Importeure der Hansestädte haben das gleiche Interesse, weil sie aus Silberländern billig beziehen können. Die übrigen Elemente des Handelstages fügen sich zum Theil, weil sie an doktrinäer Schulweisheit nicht wollen rütteln lassen, zum Theil, weil sie sich nicht für stark und sachverständig genug erachten, um Opposition zu machen.

Als Industrieller ist für mich die Währungsfrage besonders hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Export von Wichtigkeit. Es ist nun eine

nicht wegzuleugnende Thatsache und auch bei der stattgefundenen Silberenquête festgestellt worden, daß der Export Deutschlands nach den Silberländern unter dem Regime der Goldwährung bedeutend gelitten hat und immer mehr leidet. (Redner verliest zum Beweise Briefe von mexikanischen Geschäftsfreunden, welche darthun, daß bei dem ruinösen Silberpreise die Mexikaner nicht daran denken könnten, Waaren aus Goldwährungsländern zu beziehen.)

Ich habe diese Erfahrungen wiederholt am eigenen Leibe, wie man zu sagen pflegt, machen müssen. Meine seit Jahren angestellten Beobachtungen hinsichtlich des Exports nach Japan und China haben mich unwiderleglich zu der Erkenntniß geführt, daß, rein theoretisch betrachtet, die reine Goldwährung für unser Zeitalter das Ideal einer Währung sei, aber in der Praxis und so lange, als diejenigen Länder, welche den Ueberschuß unserer Produktion aufzunehmen haben, die minderwerthige Silberwährung haben, bedeutet die reine Goldwährung den Ruin unseres Exports.

Aus gleichen Gründen und in gleichem Zusammenhange wird der Import aus Silberländern nach Deutschland begünstigt, was ja dem Importhandel freilich nur willkommen sein kann, es ist aber auch wohl außer aller Frage, daß die Landwirthschaft erheblich geschädigt wird.

Und, meine Herren, bei dem Kampfe, der zwischen den Interessengruppen unseres wirtschaftlichen Lebens an Schärfe und in bedenklicher Weise immer mehr zunimmt, können wir als Industrielle und Kaufleute es nicht stark und nicht oft genug hervorheben, daß Industrie und Handel das größte Interesse am Gedeihen der Landwirthschaft haben, ihr volle Sympathie entgegenzubringen und bestrebt sind, ihr Wohlergehen beiderseitig und nicht nur einseitig zu fördern.

Auch der deutsche Silberbergbau und die Hüttenwerke werden durch die bestehende Währung erheblich geschädigt, wie thatsächlich durch die Silberenquête festgestellt worden ist. Nur über die Höhe des Schadens gingen die Meinungen bei der Enquete-Kommission auseinander, ebenso darüber, ob nicht der Vortheil billigen Imports und ausländischer Kapitalsanlage den Verlust überwiege.

Hinsichtlich der „zu kurzen Golddecke“, welcher der Herr Vorredner Erwähnung that, möchte ich Sie aber daran erinnern, meine Herren, daß in früheren Jahren eine stete Diskont-Erhöhung und Ermäßigung afak war. Es fand ein ewiges Schwanken des Diskonts statt. Meines Erinnerns erhöhte England einmal seinen Diskont auf 11 Prozent und Deutschland auf 9 Prozent, was natürlich für Handel und Industrie zur schwer schädigenden Kalamität wurde. Es fand eben ein stetes Berren an der „zu kurzen Golddecke“ statt. Durch Erhöhung des Diskonts suchte jeder seine

Blöße bedeckt zu halten und den Abfluß des Goldes zu verhindern.

Die größere Goldgewinnung seit einigen Jahren hat dieser Kalamität, aber nur zunächst, ein Ende gemacht. Dennoch muß die Zahl der Goldwährungsstaaten eine begrenzte bleiben. Wenn nur alle europäischen Staaten, ganz abgesehen von den überseeischen, die Goldwährung einführen wollten, so würde sofort wieder Goldmangel eintreten und die Diskontfrage wieder akut werden. Es ist mit der Goldwährung, wie mit dem Freihandel. Er kann nicht in einem Industrielande allein Geltung haben, wenn er dieses Land nicht ruiniren soll. Italien hat ja sein Gold schon wieder abgeben müssen und Oesterreich wird die wenigen hundert Millionen Gulden, welche es mühselig und in langer Zeit zusammengetragen hat, auch nicht halten können. Für alle europäischen Staaten würde das Gold nicht ausreichen, geschweige denn auch für die überseeischen.

Welche ungeheueren Nachtheile werden aber dem deutschen Handel und der deutschen Volkswirtschaft durch die Währungsdivergenz zugefügt? Der Niedergang des Handels beispielsweise mit den ostasiatischen Staaten liegt doch seit langer Zeit vor allen sehenden Augen offen da. Diese Staaten werden gewiß demnächst in eine Phase wirtschaftlichen Aufschwunges eintreten. Es wird aber daselbst durch die Silberentwerthung eine Industrie großgezüchtet, welche schon jetzt einen großen Theil unseres Exports vernichtet.

Ein wirklich freier und ungehinderter Austausch der Güter kann nur zwischen Staaten stattfinden, welche gleiche Währung haben, und wenn dies bei allen Staaten der Welt der Fall wäre, so würde das unbestreitbar dem idealmateriell vollkommensten, international wirtschaftlichen Standpunkte entsprechen.

Da nun aber erwiesener Maßen das Gold nicht reicht, um in allen Staaten die Goldvaluta einzuführen, so bleibt folgerichtig und ganz unfraglich nur die Doppelwährung als diejenige übrig, welche allein für eine internationale Regelung der Währung in Frage kommen kann.

Die Behauptung vieler Bimetallisten, daß die Werthsteigerung der Goldvaluta zu einer Entwerthung der Waaren geführt habe, erscheint mir allerdings noch unerwiesen zu sein. Ich kann daran noch nicht glauben, und auch in der Silber-enquete-Kommission wurde es bestritten. Alle Ermägungen in dieser Beziehung müssen unbedingt zu der Erkenntniß führen, daß das Herabgehen der Waarenpreise in der Hauptsache in den Fortschritten und technischen Vervollkommnung der Fabrikation, sowie in der durch die wirtschaftliche Depression und herabgehenden Export verschuldeten Ueberproduktion begründet ist. Dies läßt sich am besten dadurch belegen, daß die Preisentwerthung hauptsächlich solche Produkte

betrifft, welche beliebig vermehrbar sind, also namentlich Fabrikmassenprodukte und Bodenerzeugnisse trifft, wie z. B. Getreide, dessen Erzeugung Bodenflächen zur Verfügung stehen, welche noch außer Verhältniß sind zur existirenden Bevölkerung; desgleichen Zucker, Baumwolle, Eisen u. s. w.

Alle anderen Produkte, welche nicht beliebig vermehrbar sind, sind nicht im Preise gefallen, sondern gestiegen. Ob nun und in wie weit auch ein Steigen der Goldvaluta bei diesem Wirtschaftsprozesse mitwirkend gewesen ist, läßt sich nicht erkennen, noch weniger nachweisen.

Zweifelloß richtig und in der wirtschaftlichen Geschichte thatsächlich begründet ist der Satz, daß mit der Vermehrung der Geldmittel ein Steigen der Waarenpreise eintritt, und ich bin der Ueberzeugung, daß eine solche Erscheinung auch heute zu Tage treten würde, wenn heute die vornehmlichsten Kultur- und Industriestaaten England, Deutschland, Frankreich und Nordamerika die Doppelwährung einführen, also das Silber wieder remonetisiren.

Aus dem geschichtlich erwiesenen Vorgange, daß eine Vermehrung der Geldmittel ein Steigen der Waarenpreise nachzieht, könnte man allerdings deduziren, daß die durch Einführung der Goldwährung entstandene Geldknappheit ein Fallen der Waarenpreise zur Folge gehabt habe. Aber dem gegenüber steht, daß seit Einführung der Goldwährung der Giro- und Checkverkehr kolossal gestiegen ist, und auch aus diesem Grunde erscheint es mir sehr gewagt, das Fallen der Waarenpreise aus der Einführung der Goldwährung herzuleiten.

Es will mir aber auch andererseits die Behauptung der Goldwährungs-Leute nicht einleuchten, daß bei Einführung der Doppelwährung die Schuldner begünstigt, dagegen die Gläubiger benachtheiligt werden.

Denn, meine Herren, wenn die vornehmsten Kulturstaaten eine Doppelwährung einführen sollten, so wüßte ich nicht, wie der Schuldner beim Heimzahlen seiner Schuld begünstigt sein sollte, der Gläubiger kann doch für dieses Silber jeden Augenblick Gold verlangen und erhalten. Deutschland allein kann allerdings die Einführung einer Doppelwährung nicht übernehmen. Das wäre Wahnsinn! Es würde dabei sein Gold nur verlieren und sein Silber zu Zahlungen im internationalen Verkehr nicht überall verwenden können. Deutschland hat also gar keine Veranlassung, einseitig sein Währungssystem zu ändern. Und dies, meine Herren, möchte ich ganz besonders betonen, da damit mancher Grund, welcher von Anhängern der reinen Goldwährung für dieselbe ins Feld geführt wird, hinfällig wird.

Es erscheint mir aber dagegen die vielmals strittene Frage, ob es möglich sei, daß eine Anzahl Kulturstaaten eine gewisse Werthrelation

zwischen Gold und Silber durchführen können, außer allem Zweifel zu stehen und durch das achtzigjährige gegenwärtige Bestehen der französischen Doppelwährung auch schon beweisen. Auch die in Deutschland de facto bestehenden Münzverhältnisse legen ja den schlagendsten Beweis dafür ab; denn wer beanstandet es, den Thaler für 3 Mark anzunehmen, obwohl er nur 1 Mark 50 Pf. Silberwerth hat?

Wenn aber die Hauptkulturstaaten eine gewisse Werthrelation zwischen Gold und Silber bei freier Gold- und Silberprägung annehmen, so wird der internationale Silberpreis dieser Relation entsprechen müssen, denn wer würde Silber billiger verkaufen, wenn er von Vertragsstaaten den Relationspreis dafür erlangen kann, und wer würde umgekehrt Silber theurer bezahlen, wenn er die Silbermünzen der Vertragsstaaten zum Relationswerthe einschmelzen kann?

Ich muß eine internationale Annahme und Regelung der Doppelwährung nach allen Argumenten, die ich für und gegen gewissenhaft abgewogen habe, als die uns dienlichste und materiell vollkommenste Währungsmaßregel bezeichnen.

Wie ich vorhin schon sagte, es beruht meistens das Gewicht aller Argumentationen gegen die Doppelwährung auf der Annahme oder der Befürchtung, daß Deutschland allein zur Doppelwährung übergehen möchte. Ich habe aber auch vorhin nachgewiesen, daß dies der baare Unsinn wäre, und daran wird kaum ein Anhänger der Doppelwährung denken. Wenn den Bimetallisten dies unterschoben wird, so thut man ihnen Unrecht, und bedient sich dabei keines erlaubten Kampfmittels. Auch die schon von mir erwähnte Anschuldigung der Goldwährungs-Anhänger, daß durch die Doppelwährung eine einseitige Begünstigung der Schuldner herbeigeführt würde, beruht auf derselben Fiktion. Nur bei einer einseitigen Einführung der Doppelwährung könnte der Schuldner das weit billigere ausländische Silber zur Zahlung benutzen.

Ich wiederhole daher, eine einseitige Einführung der Doppelwährung kann überhaupt nicht in Frage kommen, sondern lediglich nur eine solche unter den Hauptkulturstaaten der Welt. Wenn Sie hieran festhalten, meine Herren, so sind damit eine Menge Argumentationen der Goldwährungsleute aus dem Felde geschlagen, Argumente, welche nur zu geeignet sind, Indifferente und Solche, welche sich nicht eingehend und gründlich mit der recht schwierigen Währungsfrage beschäftigen, zu schrecken.

Meine Herren. Ich bitte Sie, der vom Herrn Referenten verlesenen Erklärung Ihre Zustimmung zu versagen, dagegen zu beschließen:

„Die Handelskammer ist der Ansicht, daß eine einseitige Einführung einer Doppelwährung durchaus zu verwerfen, daß dagegen eine inter-

nationale Doppelwährung anzustreben sei, da sie nicht sowohl dem Handel und der Industrie förderlich und für die Ausfuhr unserer Industrieerzeugnisse nothwendig sei, sondern auch der Landwirthschaft nur zum Segen gereichen würde“.

Herr Gutkind erhält hierauf das Wort zur Entgegnung.

Der Behauptung des Herrn Lemmer, die Erklärung des Deutschen Handelstages für die Goldwährung sei darauf zurückzuführen, daß die Stimmführer im Handelstage die Berliner Bankiers und die Vertreter der Hansestädte gewesen seien, müsse er entgegen halten, daß den Bankiers eher ein Interesse am Bimetallismus als am Monometallismus zugesprochen werden könne; sei doch das Eingehen des früher so einträglichen Geldwechselgeschäfts der Banken auf die Einführung der Goldwährung zurückzuführen. Auch spreche der Umstand, daß eines der vornehmsten Organe der Bimetallisten die „Berliner Börsenzeitung“ sei, ganz vornehmlich für das Vorhandensein einer großen Anzahl von Bimetallisten in Bankierskreisen. Was die Vertreter der Hansestädte anlangt, so hätten diese gerade ein Interesse an der Einführung der internationalen Doppelwährung, weil sie durch dieselbe der Unbequemlichkeit enthoben würden, mit Ländern von verschiedener Währung verhandeln zu müssen. Auf die Aeußerungen aus Mexiko, die Herr Lemmer zur Unterstützung des Bimetallismus angeführt habe, sei deshalb kein Gewicht zu legen, weil Mexiko in Folge seiner bedeutenden Silberproduktion großes Interesse an der Silberwährung habe. Auch entspreche es nicht den thatsächlichen Verhältnissen, wenn Herr Lemmer behaupte, Desterreich würde nur mit größter Mühe das zur Durchführung seiner Goldwährung herbeigeschaffte Gold erhalten können. Ebenso sei es unrichtig, daß sich ein bedeutender Goldmangel fühlbar machen würde, wenn alle Staaten Europas zur Goldwährung übergehen wollten. Ein Mangel an Baargeld sei heute um so weniger zu befürchten, weil der größte Theil der Umsätze an den Banken in Folge der gegenwärtig so vorzüglichen Ausbildung des Giroverkehrs nicht mehr in Baar erfolge. Eine internationale Doppelwährung würde keine Aussicht auf dauernden Bestand haben, weil ein Staat Verträge nur so lange halten werde, als deren Einhaltung seine vitalsten Interessen nicht gefährde, das lehre die Geschichte des lateinischen Münzbundes.

Herr Lemmer ergreift zu einer kurzen Entgegnung das Wort und erklärt zunächst, daß bei ihm die Neigung zum Bimetallismus durchaus nicht politischen Beweggründen entspringe, wie das bei den meisten Bimetallisten der Fall sei. Daß aber die Bankiers kein Interesse an der Goldwährung haben sollten, erscheine ihm etwas

(Fortsetzung siehe Seite 105.)

Statistische Beilagen zu dem Referat, betr. die schwebende Währungsfrage, zusammengestellt von Max Guffind, Braunschweig.

Edelmetallproduktion von 1493—1892. Jahresdurchschnitt. *)

Jahr	Gold		Silber		Zusammen
	kg	Werth Mill. Mf.	kg	Werth Mill. Mf.	Werth Mill. Mf.
1493—1520	5800	16.182	47 000	12.220	28.402
1521—1544	7 160	19.976	90 200	22.370	42.346
1545—1560	8510	23.742	311 600	76.965	100.707
1561—1580	6840	19.083	299 500	72.779	91.862
1581—1600	7380	20.590	418 900	98.860	119.450
1601—1620	8520	23.771	422 900	96.421	120.192
1621—1640	8300	23.157	393 600	78.326	101.483
1641—1660	8770	24.468	366 300	70.330	94.798
1661—1680	9260	25.835	337 000	62.682	88.517
1681—1700	10765	30.034	341 900	63.593	93.627
1701—1720	12820	35.768	355 600	65.075	100.843
1721—1740	19080	53.233	431 200	79.772	133.005
1741—1760	24610	68.662	533 145	100.764	169.426
1761—1780	20705	57.767	652 740	124.021	181.788
1781—1800	17790	49.634	879 060	162.626	212.260
1801—1810	17778	49.600	894 150	160.053	209.653
1811—1820	11445	31.932	540 770	97.339	129.271
1821—1830	14216	39.663	460 560	81.519	121.182
1831—1840	20289	56.606	596 450	105.572	162.178
1841—1850	54759	152.777	780 415	137.353	290.130
1851—1855	199388	556.308	886 115	160.387	716.695
1856—1860	201750	562.899	904990	164.709	727.608
1861—1865	185057	516.326	1101150	199.308	715.634
1866—1870	195026	544.139	1339085	239.696	783.835
1871—1875	173904	485.207	1969425	344.649	829.856
1876—1880	172414	481.045	2450252	382.062	863.107
1881—1885	154960	432.600	2808360	420.720	853.120
1886	160793	448.612	3021200	405.700	854.312
1887	158247	441.509	3324600	438.800	880.309
1888	164090	457.811	3673300	477.200	935.011
1889	176272	491.799	4237000	534.900	1026.699
1890	170248	474.992	4144233	584.337	1059.329
1891	181339	505.937	4493100	597.582	1103.519
1892	196814	549.111	4730647	558.216	1107.327

Edelmetallproduktion im Jahre 1892.

Länder	Gold		Silber	
	kg	Prozent	kg	Prozent
Bereinigte Staaten	49 654	23.77	1 804 377	38.17
Mexiko	1 699	0.81	1 419 634	30.03
Australien	50 964	24.39	418 087	8.84
Rußland	37 325	17.87	9 798	0.21
Äfrika	35 670	17.07	—	—
Bolivia	101	0.05	372 666	7.88
Ostasien	14 414	6.09	54 986	1.16
Deutschland	—	—	184 818	3.91
Kolumbia	5 224	2.49	31 232	0.66
Chile	2 162	1.03	70 794	1.05
Peru	113	0.05	74 879	1.59
Oesterreich-Ungarn .	2 262	1.01	18 460	0.39
Zentralamerika . .	246	0.12	48 123	1.02
Kanada	1 392	0.67	9 797	0.21
Brasilien	659	0.32	—	—
Uebrig europäische Länder	522	0.24	194 550	4.12
Uebrig südameri- kanische Länder .	6 502	3.11	4 918	0.10
	208 909	100.—	4 727 119	100.—

Industrieller Verbrauch der Edelmetalle.

	Gold	Silber
	Kilogramm fein	
Bereinigte Staaten	22 000	205 000
Großbritannien	17 000	80 000
Frankreich	12 000	80 000
Deutschland	15 000	90 000
Schweiz	10 500	45 000
Oesterreich-Ungarn	1 700	30 000
Anderer Staaten	11 800	115 000
	90 000	645 000
Zertheilung für die letzten Jahre	100 000	700 000

Edelmetallhandel von Britisch-Indien.

Durchschnitt der Jahre	Einfuhr		Ausfuhr		Reineinfuhr	
	Gold £	Silber £	Gold £	Silber £	Gold £	Silber £
1874—1879	1 682 261	8 175 758	1 042 667	1 767 068	639 594	6 408 690
1879—1884	4 228 687	7 430 815	100 074	1 225 466	4 128 613	6 205 349
1884—1885	3 411 682	10 206 344	328 012	1 309 659	3 083 670	8 896 685
1885—1886	3 091 541	12 386 260	328 606	779 632	2 762 935	11 606 628
1886—1887	2 833 558	8 219 761	656 493	1 064 023	2 167 065	7 155 738
1887—1888	3 236 053	10 589 803	243 572	1 361 052	2 992 481	9 228 751
1888—1889	3 119 088	10 725 872	305 154	1 479 193	2 813 934	9 246 679
1889—1890	5 071 027	12 388 474	455 724	1 450 598	4 615 303	10 937 876
1890—1891	6 500 832	15 433 654	864 660	1 258 518	5 636 172	14 175 136
1891—1892	4 118 929	10 603 733	1 705 137	1 581 549	2 413 792	9 022 184
1892—1893	1 781 789	15 228 021	4 594 472	2 364 452	2 812 683	12 863 569

*) Diese und die folgenden Tabellen sind zum Theil den „Uebersichten der Weltwirtschaft“ von Neumann-Spallart, fortgesetzt von Dr. von Zurauf, entnommen.

Metallischer Baarschatz in den sechs Hauptländern in Millionen Mark.

Jahre	Bank von England	Bank von Frankreich	Oesterreich	Ungar. Bank	Deutsche Banken	Russische Reichsbank	Vereinigte Staaten		Zusammen
							Banken	Staatskass.	
1870	455.8	402.7	194.4	418.8	459.4	78.4	209.6	2219.1	
1873	426.3	621.8	244.5	847.0	703.7	249.8	312.3	3405.4	
1878	512.4	1653.8	261.6	560.2	478.9	317.3	631.6	4415.8	
1880	539.5	1447.3	294.6	614.9	555.7	445.2	840.2	4737.4	
1885	425.5	1813.6	338.0	701.0	555.7	714.3	1880.4	6428.5	
1886	408.2	1922.1	349.4	753.5	555.7	661.4	1873.0	6523.2	
1887	413.5	1859.8	367.4	849.2	685.3	693.4	2212.7	7081.3	
1888	397.5	1809.5	362.1	938.1	685.3	761.4	2500.6	7454.5	
1889	402.7	2028.2	368.0	815.1	685.3	738.8	2596.4	7634.5	
1890	445.8	1912.4	373.2	840.7	685.3	750.1	2805.1	7812.6	
1891	473.2	2097.5	375.8	965.0	928.3	801.2	2683.0	8324.0	
1892	510.6	2407.2	462.7	1017.5	1442.3	963.1	2957.6	9761.0	
1893	528.4	2400.7	448.5	921.7	1230.4	784.4	2866.4	9180.5	

Zu diesem Baarschatze der sechs Hauptländer mit 9 180.5 Mill. Mk.
für Ende 1893 hinzugerechnet jenen der Banken und Staatskassen in Italien mit 471.4 „ „
der Englischen, Schottischen und Irischen Landbanken mit 183.7 „ „
der Niederländischen Bank mit 220.0 „ „
der Bank von Belgien mit 90.2 „ „
der Schweizer Banken mit 72.0 „ „
der Schwedischen Banken mit 42.1 „ „
der Norwegischen Bank mit 36.6 „ „
der Bank von Spanien mit 301.8 „ „
der Dänischen Bank mit 52.9 „ „
ergibt das Totale dieser Metallbestände mit 10 651.2 Mill. Mk.
davon ungefähr $\frac{2}{3}$ in Gold und $\frac{1}{3}$ in Silber.

unwahrscheinlich. Denn das Geld sei die Waare des Bankiers und darum müsse doch dieser an der Höhe ihres Werthes und der Größe ihres Volumens ein Interesse haben. Er werde daher naturgemäß dem Gold vor dem Silber den Vorzug geben. Wenn der Bankier das Wechselgeschäft durch die Einführung der Goldwährung verloren habe, so habe er dafür längst ausreichenden Ersatz gefunden. Die Stimmen aus Mexiko hätten nur zeigen sollen, welche Nachtheile unseren

Deutschlands Baumwollwaaren-Ein- und Ausfuhr.

Jährlicher Durchschnitt	Einfuhr 1000 kg	Ausfuhr 1000 kg	Ueberschuß der Ausfuhr 1000 kg
1871—1875	2501	9 616	7 115
1876—1880	2186	12 646	10 460
1881—1885	1515	14 641	13 126
1886	1419	15 046	13 627
1887	1294	17 733	16 439
1888	1298	16 712	15 414
1889	1417	15 654	14 237
1890	1462	16 323	14 861
1891	1503	17 617	16 114

Ostindische Baumwoll-Industrie. Baumwoll-Etablissements.

Im Jahre	Fabriken	Spindeln	Webstühle	Arbeiter
1876—1877	47	1 100 112	9 139	39 537
1879—1880	58	1 470 830	13 307	45 000
1884—1885	81	2 037 055	16 455	61 596
1885—1886	89	2 198 545	16 548	71 577
1886—1887	90	2 202 602	16 926	72 590
1887—1888	97	2 375 739	18 840	80 515
1888—1889	108	2 670 022	22 156	92 126
1889—1890	114	2 934 637	22 078	99 224
1890—1891	125	3 197 740	23 845	111 998
1891—1892	127	3 272 988	24 670	117 922

Im Jahre	Einfuhr			Eigene Ausfuhr		
	Werth Mill. Rup.	Garne	Gewebe	Werth Mill. Rup.	Garne	Gewebe
1875—1876	27.9	164.6	192.5	1.5	0.9	2.4
1881—1882	32.2	207.7	239.9	13.7	6.4	20.1
1882—1883	33.8	214.3	248.1	18.2	7.6	25.8
1883—1884	34.7	216.4	251.1	19.3	9.3	28.6
1884—1885	33.6	212.0	245.6	24.4	9.0	33.4
1885—1886	31.7	211.1	242.8	27.6	8.8	36.4
1886—1887	33.2	238.5	291.7	33.4	9.5	42.9
1887—1888	35.8	239.3	275.1	40.8	11.5	52.3
1888—1889	37.5	277.6	315.1	52.1	11.7	63.8
1889—1890	34.8	263.9	298.7	57.5	10.1	67.6
1890—1891	37.7	272.4	310.1	65.4	11.6	77.0
1891—1892	35.1	251.7	286.8	57.7	12.7	70.4

Handel im Verkehr mit Ländern treffe, deren Valuta entwerthet sei.

Herr Natalis führt aus:

Wenn auch dem Nationalökonom die Aufgabe zufällt, das Wesen der Währungsfrage zu ergründen und klarzulegen und die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Einen oder Anderen theoretisch nachzuweisen, so ist doch in erster Linie der Geschäftsmann berufen, gestützt auf seine Erfahrungen, über die praktische Seite maßgebend

zu urtheilen, — insbesondere darüber, ob eine Aenderung des Bestehenden ersprießlich sein würde für die Gesamtheit oder nicht.

Der Ansturm gegen das Bestehende geht von agrarischer Seite aus in der Erwartung, daß durch Einführung der Doppelwährung diejenigen Länder, welche eine solche oder die reine Silberwährung besäßen, mit ihren Bodenerzeugnissen und anderen Produkten weniger konkurrenzfähig auf dem deutschen Markte werden würden.

Wenn zwei Länder ganz gleicher Verhältnisse konkurriren, dann kann das Land mit geringwerthiger Währung für kurze Zeit einen Vorsprung gewinnen; der Ausgleich aber muß unbedingt bald erfolgen, da die Bedürfnisse desselben von Ländern besserer Währung bezogen, theurer eintreten und damit die Lebens- und Produktions-Verhältnisse vertheuern. Solche Länder werden aber überhaupt nur wenig in Betracht kommen. In denjenigen Staaten, welche eine ernste Konkurrenz dem deutschen Landwirth thatsächlich machen können, liegen ganz andere Gründe dazu vor, die bislang zu wenig beachtet zu sein scheinen. Außer dem bedeutend geringeren Bodenwerthe ist es der gewaltige Unterschied in der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Je zivilisierter und wirtschaftlich entwickelter ein Land ist, desto theurer die Lebenshaltung, desto größer die Ansprüche an Wohlleben, nicht allein der besser situirten Stände, sondern auch der Arbeiterschaft; — ebenso je unwirtschaftlicher und rauher die geographische Lage, desto kostspieliger das nothwendigste Bedürfnis in Nahrung, Kleidung und Wohnung.

Wir brauchen nur mal den deutschen Arbeiter gegen den süditalienischen und diesen wiederum gegen den Kuli und Neger zu betrachten — das Werth- resp. Lohnverhältniß wird noch ungünstiger als 1:10 sein. Diese Ursachen gestatten die billige Produktion, und da sie in der Natur selbst begründet sind, so wird man stets damit zu rechnen haben; durch die Verschlechterung unserer Währung dürfte gegen dieses Mißverhältniß so gut wie nichts zu erreichen sein.

Zu solchem Zwecke wäre der Bimetallismus doch nur eine halbe Maßregel, es müßte dazu gleich der Uebergang zur reinen Silberwährung oder zur sogen. Kreditwährung stattfinden. An einen solchen Schritt kann wohl Niemand ernstlich denken, zumal in diesem Augenblick, wo andere wichtige europäische Staaten den entgegengesetzten Weg einschlagen.

Meiner Ueberzeugung nach verbietet sich jede Doppelwährung von selbst, weil sie den Keim der Unhaltbarkeit in sich trägt, denn es ist wohl undenkbar, daß die Werthe zweier Metalle auf immer in festem Verhältniß gehalten werden können; ich glaube, das hat die Geschichte genügend bewiesen! Der Staat aber muß für seine Währung unbedingt auf weite Zukunft hinaus Stabilität haben, denn jeder Wechsel in späterer

Zeit würde heute noch ungeahnt immense Opfer fordern, ganz abgesehen von der durch jede Aenderung hervorgerufenen gewaltsamen Verschiebung im Werthe des vorhandenen Bestes.

Als die Doppelwährung in Frankreich noch thatsächlich bestand, wurde das eine oder das andere Metall je nach der Nachfrage mit Agio bezahlt, so z. B. in den fünfziger Jahren wurde Silber in Folge der starken Bezüge Italiens nur mit Prämie abgegeben. Dasselbe Spiel würde sich stets erneuern, je nach dem Mehr- oder Minderwerth der einzelnen Metalle auf offenem Markte. Die Spekulation würde den Vortheil, die Allgemeinheit den Nachtheil davon tragen.

Deutschland hat unter ausnahmsweis günstigen Umständen die Goldwährung eingeführt und dadurch nicht allein einen bedeutenden Nutzen erzielt, sondern ist mit den übrigen europäischen, finanziell tonangebenden Staaten in Parität getreten; — unsere Stellung auf dem Weltmarkte würde durch jede Aenderung empfindlich geschädigt und erschüttert werden!

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, die Kammer möge erklären, daß sie die Währungsfrage keineswegs für historisch und thatsächlich genügend geklärt halte und daß die deutsche Silberenquête nur wenig dazu beigetragen habe, um die Abgabe eines abschließenden Urtheils in der Währungsfrage möglich zu machen.

Er sei der Ansicht, daß die Festsetzung eines bestimmten Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber, welche die Bimetallisten vertreten, unausführbar sei, weil eine solche Festsetzung keinen dauernden Bestand haben könne. Deshalb und wegen der großen Beunruhigung unseres gesammten Wirtschaftslebens, die mit einer jeden Maßnahme gegen unsere Goldwährung verknüpft sein würde, möge sich die Kammer gegen solche Maßnahmen erklären.

Herr Gutkind erklärt, eine solche Fassung scheine ihm deshalb einen Widerspruch zu enthalten, weil dieselbe zugleich einerseits erkläre, die Bildung eines bestimmten Urtheils in der Währungsfrage sei unmöglich, andererseits aber jede Maßnahme gegen die Goldwährung direkt ablehne.

Herr Lemmer beantragt, die Fassung der Resolution den beiden Berichterstattern und dem Bureau zu überlassen und solche der Plenarversammlung vorzulegen.

Die Versammlung ist mit dem Antrage einverstanden und beschließt, die weitere Behandlung und Beschlußfassung über die Währungsfrage, sowie die Verhandlung über die folgenden auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände auf Montag, den 8. Juli, Vormittags 11 Uhr, zu vertagen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.
Züdel.

Der Protokollführer.
Dr. Stegemann.

XXIV. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 8. Juli d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Gutkind, Leo, Lüttge, Corves-Blankenburg, Rehn-Holzminde, Schäffer-Schöningen, Strümpell-Schöppenstedt, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus. Das Protokoll führt der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Stoy.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten.

I. Fortsetzung der Berathungen über die Währungsfrage.

Herr Kommerzienrath Fiedel verliest die von den Referenten mit dem Bureau vereinbarte Resolution der Währungsfrage.

Dieselbe wird, nachdem einige kleine Aenderungen vorgenommen, in nachfolgender Form angenommen:

„Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist der Ansicht, daß das thatsächliche Material für die prinzipielle Beurtheilung der Währungsfrage noch nicht in ausreichendem Maße erbracht ist. Für die zur Zeit schwebende Frage der Einführung einer Doppelwährung steht die Handelskammer auf dem Standpunkte, daß in Anbetracht der durch Aenderung der Währung zu erwartenden Beunruhigung der wirthschaftlichen Verhältnisse an der Goldwährung festgehalten werden müsse. Sie wünscht diese so lange erhalten zu sehen, bis der Nachweis erbracht ist, daß den deutschen Verhältnissen eine Veränderung der bestehenden Währung besser entspreche.“

II. Gesuch des Kaufmanns Weigel in Schöppenstedt um Ernennung zum Makler für den Bezirk der Stadt Schöppen- stedt und Umgegend.

Berichterstatter: Herr Stadtrath Willeke-Königsutter.

Referent, welcher für Herrn Strümpell-Schöppenstedt das Referat über diesen Antrag übernommen hat, führt aus, daß für den Amtsbezirk Schöppenstedt die Ernennung eines vereideten Maklers als ein Bedürfnis nicht angesehen werden könne, wenigstens würde ein solcher in Geld-, Wechsel- und Effekengeschäften wohl kaum zur Thätigkeit gelangen. Anders stehe es allerdings im Waaren-, Produkten- und Handelsgeschäfte, und würde hierin die Ernennung eines vereideten Maklers, wenn auch gerade kein drin-

gendes Bedürfnis, so doch aber als ein berechtigter Wunsch anzusehen sein, da dort am Platze häufig größere Geschäfte und Abschlüsse gemacht würden und bei etwa eintretenden Differenzen Umstände und Schwierigkeiten erwachsen würden, die leichter zu erledigen seien, wenn eine derartige amtlich anerkannte und unter die Aufsicht der Handelskammer gestellte Vertrauensperson sich am Platze selbst befände. Da außerdem dem p. Weigel ein gutes Führungsattest zur Seite stehe, so möchte er die Anstellung des p. Weigel als Makler für Waaren-, Produkten- und sonstige Handelsgeschäfte der Kammer empfehlen.

Die Kammer beschließt demgemäß.

Bei dieser Gelegenheit wird der Geschäftsausschuß ermächtigt, bei derartigen ferneren Anträgen nach Feststellung der Bedürfnisfrage und unter besonderer Berücksichtigung der Qualifikation selbständig zu beschließen.

III. Gesuche der Agenten F. Peters und August Schütze um Anstellung als Probe- nehmer für Getreide, Sämereien etc.

Referent: Herr Gerloff-Braunschweig.

Berichterstatter bemerkt, daß zwar an der hiesigen Getreidebörse ein Schiedsgericht errichtet sei, welches die streitigen Fälle bei sehr geringer Kostenliquidation stets zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt habe, jedoch möchte er trotzdem die Anstellung eines besonderen Probenheimers für Getreide, Sämereien, Futterartikel und Düngemittel befürworten, weil dadurch das Schiedsgericht in vielen Fällen entlastet würde. Er könne aber nur die Anstellung eines Probenheimers empfehlen, da ein Bedürfnis für die Anstellung eines zweiten Probenheimers zur Zeit nicht vorliege. Er empfehle die Anstellung des Agenten Peters, sobald die vorliegende Probeziehervorschrift unter den in Betracht kommenden Korporationen festgelegt sei.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

IV. Es gelangt im Anschluß hieran Punkt 14 der Tagesordnung

Antrag der Handelskammer zu Halberstadt betr. die gemeinsame Aufstellung einer Vorschrift für die Probenahme von Getreide, Sämereien, Hülsenfrüchten, Mühlenfabrikaten und Düngemittel,

zur Berathung.

Berichterstatter: Herr Stadtrath Willeke-Königsutter.

Referent führt aus, daß der von der Handelskammer Halberstadt vorgelegte Entwurf einer Vorschrift für zu vereidigende Probennehmer von Getreide, Hülsenfrüchten, Mühlenprodukten, Futterartikeln und Delfrüchten mit hiesigen Interessenten eingehend berathen und mit einigen Abänderungsvorschlägen versehen sei, bezeichnet auch als wünschenswerth, daß die Vorschriften auf die

Probenahme von Düngemitteln erweitert würden. Bei der Auswahl der Probenehmer, welche sich zur exakten Befolgung dieser Vorschriften verpflichten müssen, solle, außer Erwägung der Bedürfnisfrage, die Befähigung nur dann als vorhanden erachtet werden, wenn der Nachsuchende in den genannten Artikeln kaufmännisch thätig gewesen ist.

Die Handelskammer beschloß, die Anerkennung dieser Vorschriften bei einigen benachbarten Kammern anzustreben.

V. Jahresbericht pro 1894.

Der Jahresbericht der Kammer für das Jahr 1894 wird in der vorgelegten Form und Fassung genehmigt.

VI. Antrag betr. die Abgabe eines Gutachtens in streitigen Fällen durch das Reichsgesundheitsamt.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Derselbe führt aus, daß für den heutigen Kleinverkehr die auf gesetzlichen Grundlagen beruhenden gesundheitspolizeilichen Kontrollen insofern häufig eine verhängnißvolle Bedeutung besäßen, als die thatsächlichen Feststellungen der Sachverständigen sich notorisch häufig widersprächen; da es dem Zufall überlassen sei, welches Gutachten dem Strafrichter als Unterlage für seine Entscheidung diene, sei der Kaufmann in gewissem Umfang willkürlichen Beurtheilungen preisgegeben, ohne die Möglichkeit zu haben, selbst bei geradezu entgegengesetzten Sachverständigen-gutachten an eine höhere Instanz appelliren zu können. Es sei zwar naheliegend, in solchem Falle diejenige Behörde anzugehen, von der die gesundheitspolizeilichen Anweisungen selber ausgehen, und die in Folge dessen allein in kompetenter und authentischer Weise den Thatbestand feststellen könne, doch sei dieser Weg nach den jeitherigen Erfahrungen nicht gangbar, da das Reichsgesundheitsamt sich seither auf derartige Erfragen außer Stande erklärt hat, demselben zu entsprechen. Offenbar liege hier eine bureaukratische Beengung in der Bestimmung eines Instituts vor, das nach seiner ganzen Anlage gerade in hervorragendem Maße geeignet sei, den Interessen des Handels und des Verkehrs zu dienen. Selbstverständlich müsse es ausgeschlossen bleiben, das Reichsgesundheitsamt mit zahllosen untergeordneten Anträgen zu beschweren, die ebensowohl von anderen sachverständigen Organen erledigt werden könnten, wohl aber erheische es das Interesse einer geordneten Rechtspflege, daß bei widersprechenden Gutachten von Sachverständigen die berufene Instanz ihr entscheidendes Votum nicht zurückhalte.

Referent beantragt, die Kammer möge einen diesbezüglichen Antrag beim Reichsgesundheitsamt stellen und solchen den übrigen deutschen Handelskammern zur Unterstützung unterbreiten.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

VII. Bericht über den Stand der kaufmännischen Fortbildungsschulfrage.

Berichterstatter: Herr Dr. Schmidt.

Derselbe führt aus, daß seitens des Herzoglichen Staatsministeriums der Kammer bisher die Akten aus den Städten Gandersheim, Königslutter, Schöningen und Wolfenbüttel überwiesen seien. Aus den Städten Schöppenstedt, Helmstedt, Blankenburg, Holzminden und Seesen lägen zwar bereits die Beschlüsse der städtischen Behörden vor, doch seien diese Beschlüsse seitens der zuständigen Kreisdirektionen noch immer nicht dem Herzoglichen Staatsministerium übermittelt. Ueber den Stand der Fortbildungsschulfrage in der Stadt Braunschweig berichtet Herr Dr. Schmidt des Näheren und behält sich weitere Mittheilungen für die nächste Plenarsitzung vor.

Herr Stadtrath Schmidt-Helmstedt bemerkt hierzu, daß der Antrag des Stadtmagistrats in Helmstedt bei der dortigen Kreisdirektion thatsächlich eingereicht sei. — Herr Liebold-Holzminden theilt mit, daß das Statut bez. der Einführung des Schulzwanges vom Stadtmagistrat und von den Stadtverordneten dortselbst beschlossen sei.

Herr Ballin-Gandersheim theilt mit, daß auch die städtischen Behörden in Seesen ein diesbezügliches Statut bereits beschlossen haben und giebt dem Befremden Ausdruck, daß anscheinend allein noch in der Residenzstadt Braunschweig ein Beschluß der städtischen Behörden in dieser für den gesammten Handelsstand des Herzogthums wichtigen Frage ausstehe.

Herr Kommerzienrath Südel macht den Ausführungen des Vorredners gegenüber einige aufklärende Mittheilungen und glaubt der Kammer die Versicherung geben zu können, daß der Organisationsplan für die kaufmännischen Fortbildungsschulen demnächst für den Umfang des ganzen Herzogthums zur Durchführung gelangen werde.

Herr Dr. Stegemann bemerkt hierzu, daß die Kammer beabsichtige, für Anfang Oktober eine Anzahl Vertreter kaufmännischer Fortbildungsschulen aus dem Reiche zum gegenseitigen Austausch der Erfahrungen einzuladen. Zu dieser Versammlung sollen auch die Mitglieder der in den einzelnen Städten zu bildenden Schulvorstände, sowie die für den Unterricht in Aussicht genommenen Lehrkräfte hinzugezogen werden.

VIII. Gesuche der kaufmännischen Fortbildungsschulen in Holzminden und Königslutter um Bewilligung eines Zuschusses.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Derselbe bemerkt, daß seitens der Fortbildungsschulen in Holzminden und Königslutter der Antrag gestellt sei, den bisherigen Beitrag

auch für das laufende Jahr zu bewilligen. Da die Einführung des Schulzwanges erst am 1. April k. J. erfolgen werde, so möchte er das Gesuch der Fortbildungsschulen zur Berücksichtigung empfehlen und bitte, den bisherigen Beitrag von je 50 Mark auch für das laufende Jahr zu bewilligen.

Die Kammer beschließt demgemäß.

IX. Verathung einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse.

Berichterstatter: Herr Dr. Bark-Braunschweig.

Referent bemerkt hierzu, daß die vorliegende Vorschrift für die Probenahme von Melasse bereits in einer Sitzung im Januar d. J. zur Besprechung gelangt sei. Die damals aufgestellten Abänderungsvorschläge seien zum großen Theil berücksichtigt und die nicht berücksichtigten Punkte seien zu unwesentlich, um auf nochmalige Abänderung bei dem Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft Magdeburg hinzuwirken. Er empfehle daher die Annahme der Vorschrift für den Bezirk des Herzogthums.

Die Kammer beschließt demgemäß.

X. Antrag betr. Lombardirung von Rohzucker.

Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.

Referent führt aus, daß das Reichsbank-Direktorium in Berlin im vergangenen Jahre die Bestimmungen für die Beleihung von Rohzucker auf Privatlägern mit steueramtlichem Mitverschluß wesentlich bequemer gestaltet habe, nachdem die preussische Steuerbehörde ihre Beamten beauftragt habe, die bezüglich der Ueberwachung und Auslieferung aus den betreffenden Lagern erlassenen Vorschriften zu befolgen. Bei Uebernahme derselben Verpflichtung seitens der braunschweigischen Steuerbehörde würde die hiesige Reichsbankstelle auch den Zuckerrfabriken und Inhabern von Privattransitlagern im Herzogthum gleiche Erleichterung gewähren. Er bitte deshalb die Kammer, einen Antrag dieserhalb bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu stellen.

Die Kammer beschließt, dem Antrage Folge zu geben.

XI. Eingabe des Vereins zur Wahrung der Interessen des Getreidehandels in Mannheim betr. Beibehaltung der Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Getreide.

Berichterstatter: Herr Natalis-Braunschweig.

Referent führt aus, daß der Verein zur Wahrung der Interessen des Getreidehandels Mannheim Stellung gegen die von landwirthschaftlicher Seite angestrebte Aufhebung der gemischten Privattransitlager für Getreide ohne amtlichen Mitverschluß genommen habe.

Die Forderung der Aufhebung derselben gehe von der Voraussetzung aus, daß diese Lager nur der Spekulation dienen und diese Anhäufung großer Mengen fremden Getreides den Inlandpreis drücken solle.

Der thatsächliche Zweck dieser Lager sei jedoch in erster Linie: die sichere und ruhige Versorgung des deutschen Marktes, insbesondere Süddeutschlands, ohne sprunghafte Preisbewegungen zu ermöglichen; — nächstdem aber auch den Bedarf der Schweiz zu decken. In diesem Geschäft suchten schon die französischen Häfen, sowie Genua zu konkurriren und würden den gesammten Verkehr an sich reißen, sobald die Mannheimer Transitlager geschlossen würden. Welch bedeutender Schaden dadurch dem Zwischenhandel und besonders dem Rheinverkehr wie den süddeutschen Bahnen erwachsen würde, liegt klar vor Augen!

Der Inland-Getreidepreis wird aber allein vom Weltmarkt beeinflusst, und es ist wohl kaum anzunehmen, daß das südböbliche Deutschland durch Mannheimer Vorräthe irgend welchen Preisdruck zu erleiden hat. Dagegen ist es wohl zweifellos nothwendig, größere greifbare Getreidelager gerade in einer Gegend zu besitzen, in welcher der Getreidebau verhältnißmäßig schwach ist, um bei langdauernden Verkehrsstörungen, z. B. geschlossene Schifffahrt, oder im Fall eintretender Mobilmachung, nicht in Noth zu gerathen.

Der Vorstand der hiesigen Getreidebörse hält die Beibehaltung der fraglichen Lager für außerordentlich wichtig, wenngleich unsere Gegend ein direktes Interesse daran nicht habe.

Die Kommission beantragt aus den angeführten Gründen „die Handelskammer wolle sich für Beibehaltung der gedachten Transitlager aussprechen“.

Die Reichsregierung scheint inzwischen sich schon mit der Angelegenheit beschäftigt und in gleichem Sinne entschieden zu haben.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

Herr Lemmer beantragt bei der Verathung dieses Gegenstandes, die Kammer wolle die nachfolgende Erklärung beschließen:

„Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig benutzt diese Gelegenheit, wiederholt ihrem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Interessen der beiden Wirthschaftsgruppen, Landwirthschaft und Handel, in unserer Zeit so oft in einen künstlichen Gegensatz gebracht werden, während beide doch wesentlich auf einander angewiesen sind“.

Die Kammer beschließt demgemäß.

XII. Verathung des Börsengesetzentwurfes.

Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.

Herr Gerloff berichtet, daß der kürzlich der Deffentlichkeit übergebene Entwurf eines Börsengesetzes Bestrebungen enthalte, welche sowohl von

Interessenten der Effekten= als von der der Waarenbörsen theils als undurchführbar, theils als außerordentlich schädigend für alle Betheiligten bezeichnet würden. Speziell für die Waarenbörse seien Gesetzworschläge aufgestellt, welche den f. B. legitimen Handel in effektiver Waare unnöthig erschweren würden, während in den Paragraphen 31 und 32 den Maklern Zugeständnisse gemacht wurden, die — vielleicht im Gegenseite zu den an einem Börsenplatze wohnenden Interessenten — für alle diejenigen von höchst nachtheiliger Wirkung sein könnten und sein würden, welche von Nichtbörsenplätzen aus die Börse zum An= oder Verkauf benutzen wollten und die Kurse anerkennen müßten, welche die Makler oder Kommissionäre eventuell beliebig notiren lassen können. Im Interesse der Provinzbewohner könne es daher nur liegen, daß die zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen den Maklern verbieten, als Käufer oder Verkäufer selbst einzutreten. Es entspann sich über die aufgeworfene Frage eine lebhafteste Debatte, die mit dem Beschluß endigte, den Gegenstand im geschäftsführenden Ausschuß mit eventueller Kooptation weiter zu beraten und alsdann im nächsten Plenum erneut zur Verhandlung zu bringen.

XIII. Antrag der Handelskammer zu Frankfurt a. M. betr. Einrichtung eines Reichs=Zolltarifamts.

Berichterstatter: Herr Natalis-Braunschweig.

Referent berichtet, daß von der Handelskammer Frankfurt a. M. eine Eingabe an das Reichskanzleramt ergangen sei: „die Einrichtung eines Reichs=Zolltarifamts“ betreffend.

Schon so oft sei in geschäftlichen Kreisen das dringende Bedürfnis ausgesprochen, in einer solchen Centralstelle die Gewähr für eine einheitliche Behandlung der Verzollungen im Reiche zu schaffen, an Stelle der bislang jedem einzelnen Bundesstaate uneingeschränkt zustehenden Entscheidung über Streitfälle. Es ist wohl nicht nöthig, auf die außerordentlich mannigfachen Ungleichheiten, die wir schon so oft zu beklagen haben, näher einzugehen; — die Kommission beantragt somit, die Unterstützung der Eingabe der Handelskammer Frankfurt a. M. beim Reichskanzleramt beschließen zu wollen.

Die Kammer beschließt im Sinne des Antrages.

XIV. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt betr. Abänderung des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr.

Berichterstatter: Herr Gerloff-Braunschweig.

Referent berichtet, daß man sich wohl mit den in Berlin stattgehabten Verhandlungen über die Abänderung des internationalen Ueberein-

kommens über den Eisenbahnfrachtverkehr einverstanden erklären könne, daß es aber zweckmäßig sein werde, noch die nachfolgenden beiden Punkte bei dem Uebereinkommen zu berücksichtigen, und zwar daß

1. der legitime Absender berechtigt sein solle, mittelst einfacher Anzeige der Empfangsstation Disposition über das Gut zu geben, falls dasselbe anders als an den Empfänger auszuliefern sei und daß das Dubifat des Frachtbriefes, falls ein solches ausgestellt sei, als Legitimation, andernfalls aber eine Bescheinigung der Abgangstation als Legitimation nöthig sei;
2. daß die Wagenstands-Gelder unerhoben bleiben, wenn ohne Verschulden des Abladers oder Empfängers die rechtzeitige Be- und Entladung unmöglich war, und wenn die Möglichkeit hierzu zwar vorhanden, aber nur mit außerordentlichen Anstrengungen ausführbar war, eine Ermäßigung von 20 Prozent der Gebühr eintreten solle. Die Festsetzung soll im letzteren Falle seitens derjenigen Direktion erfolgen, welcher die Empfangsstation unterstellt sei.

Herr Gerloff bittet, diesen Anträgen zuzustimmen.

Das Kollegium beschließt im obigen Sinne.

Außerhalb der Tagesordnung gelangt sodann zur Berathung

XV. ein Antrag der Handelskammer für den Kreis Mannheim betr. Abänderung des § 6 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879.

Herr Natalis befürwortet, sich dem Antrage der Handelskammer für den Kreis Mannheim anzuschließen, welcher dahin geht, daß der Antrag der Abgeord. Freiherrn v. Stumm und Möller, nach welchem der § 6 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abgeändert werden solle, daß auch tarifmäßig zollfreie Waaren, sofern sie aus Staaten kommen, die deutsche Schiffe oder Waaren ungünstiger als andere Provenienz behandeln, einem Zoll unterworfen werden können und daß die Erhebung solchen Zolls nach Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung angeordnet werden kann, abgelehnt werden möge.

Die zollfreien Positionen umfassen lediglich Rohprodukte, welche die deutsche Industrie nothwendig zur Fabrikation ihrer Erzeugnisse bedürfe. Die Vertheuerung derselben durch Zölle würde wirthschaftlich verwerflich sein, da hierdurch der deutsche Wettbewerb auf dem Weltmarkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz in manchen Fällen gänzlich in Frage gestellt werden würde. Ungünstige andere Verhältnisse haben schon in verschiedenen einschlägigen Artikeln den Export äußerst erschwert.

Es ist somit dringend zu empfehlen, den Antrag Mannheim an zuständiger Stelle zu unterstützen.

Die Kammer beschließt demgemäß.

**XVI. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt an den Königl. Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten auf Ertheilung der Konzession zum Bau der projektierten normalspurigen Bahn von Vernigerode-Blankenburg-Thale, welcher durch den Bürgermeister Huisken in Blankenburg be-
fürwortend der Kammer eingereicht ist.**

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Kammer bereits vor zwei Jahren sich für den Bau der Bahn ausgesprochen habe. Er halte dafür, daß die Kammer den bez. Antrag auch jetzt wieder unterstützen müsse, womit das Kollegium, nachdem Herr Schrupp-Blankenburg und Herr Gerloff-Braunschweig sich gleichfalls für den Antrag ausgesprochen haben sich einverstanden erklärt.

XVII. Anfrage der Königl. Eisenbahn-Direktion Hannover betr. Späterlegung des Personenzuges Nr. 256 Braunschweig-Hildesheim.

Von Interessenten der Strecke Braunschweig-Hildesheim ist bei der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Hannover eine Späterlegung des Personenzuges Nr. 256 (Braunschweig ab 3.21, Hildesheim an 4.35) um etwa zwei Stunden beantragt worden, und zwar um Nachmittags in Braunschweig Geschäfte erledigen zu können, ohne zur Heimfahrt bis zum Zuge 258 (Braunschweig ab 10.47 Abends) warten zu müssen. Die Abfahrt von Braunschweig würde etwa 6 Uhr Abends erfolgen.

Die Anwesenden werden erjucht, etwaige gegentheilige Wünsche binnen acht Tagen der Kammer einzureichen.

XVIII. Die der Kammer von dem hiesigen Stadt-Magistrate eingereichte Eingabe der Interessenten in Neubrück wegen des Baues einer Eisenbahn Braunschweig-Ohof-(Meinerse)-Celle

beschließt die Kammer dahin zu beantworten, daß diesseitig ein Antrag seither noch nicht zur Berathung gestanden habe, dagegen habe sich die Kammer bereits unter dem 2. Dezember 1891 für die Weiterführung der Strecke Braunschweig-Gifhorn nach Uelzen in einer Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium, sowie an den Königl. Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten ausgesprochen und halte die Kammer nach wie vor den Ausbau dieser Strecke zunächst für das weitaus wichtigste der für diese Gegend in Betracht kommenden Projekte.

XIX. Den Antrag des Kaufmanns Fritz Brüdern in Beddingen um Anstellung als Makler für Waaren für die Ortschaften Beddingen zc.

beschließt die Kammer abzulehnen, da ein Bedürfnis zur Anstellung eines Waarenmaklers für die genannten Ortschaften nicht anerkannt werden könne.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.

Züdel.

Der Protokollführer.

Dr. Stegemann.

Eintragungen in den amtlichen Kurszettel.

Da der Restbetrag der 4 prozentigen Leihhaus-Landesschuldverschreibungen V. Serie nach einer Mittheilung des Herzoglichen Finanz-Kollegiums Abtheilung für Leihhausachen, zum 1. Juli ausgelöst worden ist und damit dem Geldmarkte entzogen wird, während ein Theil der Obligationen gegen Stücke der neu ausgegebenen 3 proz. Serie VI umgetauscht werden können, so hat die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig sich veranlaßt gesehen, den vereidigten Wechselnsal anzuweisen, die Notirung der Leihhaus-Landesschuldverschreibungen VI. Serie in der hiesigen Kursliste vorzunehmen, dagegen die Notirung der Serie V fortfallen zu lassen.

Außerdem hat die hiesige Handelskammer den vereidigten Wechselnsal angewiesen, die von der Rational-Aktien-Bierbrauerei ausgegebenen 4 proz. Prioritäts-Obligationen im amtlichen Kurszettel zu vermerken.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterjagt.)

Bericht der Handelsschule zu Braunschweig.

Schuljahr Ostern 1894 bis Ostern 1895.

Die hiesige Handelsschule, welche zu Michaelis 1875 gegründet wurde und demnach in Kurzem 20 Jahre besteht, wurde im Sommerhalbjahr 1894 von 169 und im Winterhalbjahr von 147 Schülern besucht, die von 16 Lehrern in 11 Lehrfächern unterrichtet wurden.

Die Gliederung der einzelnen Unterrichtsfächer und die Betheiligung seitens der Schüler an den-

selben im verflossenen Schuljahre stellt sich wie folgt heraus:

Unterrichtsfächer	Östern 1894 bis Michaelis 1894	Michaelis 1895 bis Östern 1895
Deutsche Sprache 3 Klassen mit Parallelklasse zu Klassen 3 und 2	152 Schüler	127 Schüler
Französische Sprache 3 Klassen mit Parallelklasse zu Klasse 3	97 Schüler	85 Schüler
Englische Sprache 3 Klassen	77 Schüler	52 Schüler
Rechnen 3 Klassen mit Parallelklasse zu Klassen 1 und 2	158 Schüler	139 Schüler
Geographie 2 Klassen	72 Schüler	65 Schüler
Einfache Buchführung 2 Parallelklassen	83 Schüler	61 Schüler
Doppelte Buchführung 1 Klasse	33 Schüler	25 Schüler
Bankwissenschaften 1 Klasse	26 Schüler	21 Schüler
Schön schreiben 2 Parallelklassen	78 Schüler	72 Schüler
Rundschrift 2 Parallelklassen	112 Schüler	86 Schüler
Stenographie 1 Klasse	35 Schüler	22 Schüler

Was den Schulbesuch seitens der Handels-
schüler betrifft, so kann mit Recht hervorgehoben
werden, daß derselbe in den letzten Jahren ein
guter gewesen ist. Die vorgekommenen Schul-
versäumnisse werden immer nur dann als ent-
schuldigt angesehen, wenn der betreffende Schüler
eine schriftliche von seinem Prinzipal unterzeichnete
Entschuldigung bei dem Leiter der Anstalt binnen
24 Stunden einliefert. Jede unerlaubte Ver-
säumnis einer Lehrstunde wird unmissichtlich mit
50 Pfg. gebüßt, die durch den Pedell der Anstalt
eingezogen werden.

Hinsichtlich des Betragens der jungen Leute
sowohl in den Lehrstunden, als beim Verlassen
des Schulhauses, kann erfreulicher Weise nur Gutes
berichtet werden. In dem ganzen Schuljahre ist
kein einziger Fall vorgekommen, daß einem Schüler
wegen ungehörigen Betragens ein Verweis hätte
ertheilt werden müssen.

Auch mit dem Fleiße der Schüler geht es von
Jahr zu Jahr besser. Da, wo noch Klagen über
Trägheit laut wurden, lag die Schuld fast immer an
den häuslichen Verhältnissen, indem den Schülern
nicht die nöthige Zeit zur Anfertigung der wenigen
häuslichen Arbeiten gelassen wurde.

Um dem Publikum und allen denen, die sich
für die Handelschule interessieren, Gelegenheit zu
geben, sich von dem Geiste zu überzeugen, in dem
in der Anstalt unterrichtet wird, und um auch
zugleich einige Proben von den Leistungen der
Schüler in den schriftlichen Aufgaben zu bieten,

soll auch dieses Jahr gegen Ostern eine öffentliche
Prüfung mit einigen Abtheilungen der Anstalt
stattfinden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß unter den
Mitgliedern des Vorstandes keinerlei Wechsel statt-
gefunden hat.

Bericht der Städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule zu Braunschweig.

Ueber Gründung, Zweck und Einrichtung ist
das Nöthige in den früheren Berichten wiederholt
gesagt; wir dürfen wohl darauf verweisen. Auch
die Klagen über die unglücklichen Lokal-Verhält-
nisse, die den Betrieb der Gewerbeschule so sehr
erschweren und eine normale Entwicklung un-
möglich machen, sollen nicht immer und immer
wiederholt werden. Sie sind auf amtlichem Wege
den städtischen Behörden oft genug zugegangen,
und Niemand anders kann dem elenden Zustande
abhelfen.

Wir haben in früheren Berichten darauf
hingewiesen, daß die Fortbildungs- und Ge-
werbeschule nicht so viele Schüler zählt, als der
Einwohnerzahl oder vielmehr dem Gewerbestande
der Stadt entspräche, aber die Schülerzahl war
doch bisher von Jahr zu Jahr gestiegen. Jetzt
fängt die Schülerzahl an abzunehmen. Die
Gründe dafür sind nicht direkt nachzuweisen; man
kann jedoch annehmen, daß außer den Schwierig-
keiten, welche die Zerstreuung der Klassen über
das ganze Stadtgebiet für die Fortentwicklung
der Gewerbeschule bieten, auch der Rückgang in
der Bauhätigkeit, der im Berichtsjahre sich sehr
föhlbar machte, mitgewirkt hat, indem er zur
Verminderung der Lehrlinge in den Baugewerken
führte und damit auch zur Verminderung der
Schülerzahl an der Gewerbeschule.

Eine weitere Abnahme der Schülerzahl ist
vom 1. Januar 1895 an durch die Einschränkung
des Sonntagsunterrichts verursacht worden, indeß
kann davon ausführlicher erst im nächsten Bericht
die Rede sein. Bis zum Schlusse des Jahres
wurde der Unterricht am Sonntage uneingeschränkt
fortgesetzt, obgleich § 120 des veränderten Ge-
werbegesetzes, in welchem der Sonntagsunterricht
in Fortbildungsschulen während des Gottesdienstes
untersagt wird, am 1. Oktober in Kraft getreten
war. Der Schulvorstand wie der Stadtmagistrat
waren nämlich der Meinung, daß der Unterricht
der Gewerbeschule gar nicht von dem § 120 be-
rührt werde, weil er Fachunterricht sei und kein
Fortbildungsunterricht. Schon in der Reichstags-
verhandlung über den § 120 hob der Minister
von Berlepsch hervor, daß die neuen Be-
stimmungen dahin führen würden, in allen Hand-
werker- und Fortbildungsschulen den Fortbildungsunterricht von dem

Fachunterricht zu trennen, um den letzteren wenigstens für den Sonntag zu retten. Hier in Braunschweig war diese Trennung nicht erst zu bewerkstelligen, denn hier war von vornherein der Unterricht der Fortbildungsschule von dem Fachunterricht der Gewerbeschule getrennt. Die Fortbildungsschule hatte immer nur Abendunterricht, wurde also durch den § 120 gar nicht berührt, und in der Gewerbeschule fand am Sonntage nur Unterricht im Zeichnen, Malen und Modelliren statt, also Unterricht, welcher von dem § 120 nicht getroffen werden sollte. Dieser Auffassung vermochte das Herzogliche Staats-Ministerium jedoch nicht beizustimmen. Es machte Bedenken geltend bezüglich der Charakterisirung des niederen Zeichenunterrichts als Fachunterricht. Der Schulvorstand gestand zu, daß bei skrupulöser Auffassung immerhin die beiden Klassen für Elementarzeichnen, ferner die für Körperzeichnen und Gypszeichnen als Fortbildungsunterricht betrachtet werden könnten, weil sie in der That die Fortsetzung des in der Schule empfangenen Unterrichts bildeten. Der übrige Zeichenunterricht sei aber durchaus kein Fortbildungsunterricht; er bringe dem Schüler in Stoff und Ziel etwas durchaus Anderes als der Zeichenunterricht in der Schule; er sei lediglich Fachunterricht und sei bestimmt, die Unterweisung in der Werkstatt zu ergänzen. Diesen Unterricht verbiete das Gesetz nicht. Für die genannten Klassen wurde in Folge dessen Abendunterricht angesetzt. Das Herzogliche Staats-Ministerium ordnete indessen an, daß außerdem auch noch der Unterricht im geometrischen und im Projektionszeichnen, als zum Fortbildungsunterricht gehörend, aus dem Sonntagsunterricht auszuschneiden sei und nur das eigentliche Fachzeichnen, das dekorative Malen und das Modelliren Sonntags fortgesetzt werden dürfe. Der nach dieser Verfügung umgestaltete Stundenplan wurde am 1. Januar 1895 eingeführt.

Die Frequenz der Fortbildungsschule hat sich im Berichtsjahr dadurch wesentlich gehoben, daß eine ganz neue Klasse von Lehrlingen plötzlich in die Schule eintrat, nämlich die Bäckerlehrlinge, für welche drei Klassen je an einem Abend von 5 bis 7 Uhr eingerichtet wurden. Die Schülerzahl war

im Sommer 1893	im Sommer 1894
133	229
im Winter 1893—1894	im Winter 1894—1895
173	250

Für die Uebersicht über den Besuch der Gewerbeschule ist hier nochmals in Erinnerung zu bringen, daß das Schuljahr am 1. Oktober beginnt und am 5. Juli schließt. Es ist in drei Trimester eingetheilt: I. vom 1. Oktober bis 31. Dezember, II. vom 1. Januar bis 31. März, III. vom 1. April bis 5. Juli.

	1891—1892	1892—1893	1893—1894	1894—1895
I.	601	637	675	629
II.	511	536	563	
III.	511	483	465	

Die Tagesklasse, welche hauptsächlich von jungen Mädchen besucht wird, machte im Freihandzeichnen eine Trennung in zwei Abtheilungen nothwendig. Für die untere Abtheilung wurde eine Lehrerin angenommen, welche früher selbst Schülerin der Gewerbeschule gewesen war.

Auch die Abtheilung für Schüler anderer Schulen wurde erweitert. Der Unterricht im Freihandzeichnen mußte ebenfalls in eine Ober- und eine Unterklasse abgetheilt werden, ferner wurde der Unterricht im geometrischen Zeichnen hinzugefügt.

An der Fortbildungsschule unterrichteten 5, an der Gewerbeschule mit dem Direktor 23 Lehrer und eine Lehrerin.

Von vielen Gewerbeschulen wird Klage darüber geführt, daß so schwer Lehrer für das Fachzeichnen zu bekommen sind. Das trifft im Allgemeinen auch hier zu. Die besten Lehrer wären Handwerksmeister, welche gut zeichnen können; aber dieselben müßten auch pädagogisch geschult sein. Letzteres ist nun niemals der Fall, höchstens findet man einen feinen Takt, der die natürliche Anlage zur Pädagogik bildet. Aber die Meister, welche gut zeichnen können, haben in der Regel ein so gutes Geschäft, daß sie zu Nebenbeschäftigungen keine Zeit übrig haben. Namentlich ist ihnen der Sonntag Morgen zu werthvoll. Sie pflegen da ihre Bücher in Ordnung zu bringen, wozu sie an Werktagen kaum die nöthige Zeit finden. Deshalb haben wir für mehrere Zweige des Fachzeichnens den umgekehrten Weg eingeschlagen. Tüchtige Zeichenlehrer und Pädagogen haben sich für ein spezielles Handwerk ausgebildet. So hat einer einen Kursus an der Schuhmacherschule in Erfurt durchgemacht, ein anderer in einer lithographischen Anstalt praktisch gearbeitet, ein dritter sich in einer hiesigen Werkstatt mit den Praktiken der Stellmacher und Wagenbauer vertraut gemacht. Der Unterricht dieser Herren findet den uneingeschränkten Beifall sowohl der Handwerksmeister als auch der Schulleitung.

Die im Juli stattfindende Ausstellung der Schülerarbeiten zeigte fast überall recht gute Resultate des Unterrichts, so daß sich der Vorstand des Kunstgewerbevereins auch in diesem Jahre wieder bewogen fühlte 193 Mk. für Preise zu bewilligen. Auch die Schlosserinnung vertheilte zwei Preise. Es wäre zu wünschen, daß auch die hiesigen Maschinenfabriken für die besten Leistungen im Fachzeichnen für Maschinenbauer Preise aussetzten; denn obgleich gerade in diesem Jahre ausgezeichnete Resultate vorliegen, erhalten die Schüler selten Preise, weil der Kunstgewerbeverein die Aufgabe hat, die künstlerische Seite der Gewerbe zu fördern.

Uebersicht

über die Produktion und Besteuerung des Bieres im Herzogthume Braunschweig für die Reichshausaltjahre 1891/92, 1892/93 und 1893/94.

Nr.	Bezeichnung	Maßstab	Hausaltjahre			Bemerkungen
			1891/92	1892/93	1893/94	
1	Zahl der vorhandenen Brauereien					
	a) in den Städten	Anzahl	36	36	35	
	b) auf dem Lande	"	40	41	40	
	Zusammen	Anzahl	76	77	75	
2	In Betriebe gewesen sind:					
	1. gewerbliche und zwar:					
	a) fürte	"	54	54	49	
	b) auf Brauanzeige steuernde	"	14	16	19	
	c) Vermahlungssteuer entrichtende	"	4	5	5	
	2. nicht gewerbliche	"	—	—	—	
	Zusammen	Anzahl	72	75	73	
3	Von den in Betriebe gewesenen Brauereien haben vorwiegend bearbeitet:					
	1. übergähriges Bier	"	39	42	42	
	2. untergähriges Bier	"	33	33	31	
	Zusammen	Anzahl	72	75	73	
4	An steuerpflichtigen Braustoffen sind verwandt:					
	1. Getreide { a) geschrotetes Gerstenmalz	kg	9 355 206	9 193 134	9 783 762	
	b) " Weizenmalz	"	2 050	1 600	3 445	
	c) sonstiges Getreide	"	150	3 350	25	
	Zusammen	kg	9 357 406	9 198 084	9 787 232	
	2. Malzsurrogate { a) Reis	"	21 525	26 143	40 444	
	b) Zucker aller Art	"	6 003	3 863	6 919	
	c) Syrup	"	1 080	1 158	1 231	
	d) sonstige Malzsurrogate	"	13 646	13 012	12 178	
	Zusammen	kg	42 254	44 176	60 772	
5	Menge des gewonnenen Bieres:					
	a) übergähriges	Hektoliter	22 665	22 870	21 359	
	b) untergähriges	"	461 114	463 654	501 991	
6	An Brausteuern sind im Ganzen aufgefunden	Mark	381 665.75	362 053.95	396 564.50	
7	An Uebergangsabgabe von Bier sind aufgefunden	"	383.50	1 109.60	2 525.45	
8	An Eingangszoll für Bier sind erhoben worden	"	62.50	722.10	1 402.35	
9	An Rückvergütung für ausgeführtes Bier sind gezahlt worden	"	—	—	—	

Zu Nr. 6

An Brausteuern haben entrichtet

1891/92 1892/93 1893/94

bis 15	Mark.	1	2	1
15—30	"	3	5	7
30—60	"	4	2	3
60—150	"	8	12	10
150—300	"	12	14	10
300—600	"	11	9	11
600—900	"	3	3	4
900—1200	"	4	4	8
1200—1500	"	5	2	1
1500—2250	"	5	7	3
2250—3000	"	1	—	—
3000—4500	"	5	4	2
4500—6000	"	2	2	2
6000—9000	"	—	1	3
9000—12000	"	1	1	1
12000—15000	"	—	—	—
15000—30000	"	2	2	2
30000—60000	"	3	4	3
über 60000	"	2	1	2

Brauereien.

U e b e r s i c h t

über die Branntweinbrennereien, sowie über Produktion und Besteuerung des inländischen Branntweins im Herzogthume Braunschweig für die Betriebsjahre 1891/92, 1892/93 und 1893/94.

Nr.	B e z e i c h n u n g	Maßstab	B e t r i e b s j a h r e			Bemerkungen
			1891/92	1892/93	1893/94	
1	Gesamtzahl der vorhandenen Brennereien, welche a) Branntwein mittels einer Destillation bereiten und zwar: aa) Spiritus von 73 Gewichtsprozent und mehr bb) Branntwein unter 73 Gewichtsprozent b) die Branntweinbereitung nicht in einer Destillation beenden	Anzahl	17 2 17	16 1 17	14 2 17	Sämmtliche Brennereien waren mit Sammelgefäßen versehen.
	Zusammen	Anzahl	36	34	33	
2	Von den vorhandenen Brennereien sind im Betriebe gewesen: a) landwirthschaftliche Kartoffelbrennereien b) Getreidebrennereien c) gewerbliche Brennereien d) Melasse-Brennereien	"	9 11 6 4	13 9 8 3	13 9 7 2	
	Zusammen	Anzahl	30	33	31	
3	Von den vorausgeführten Brennereien haben Preßhefe bereitet	"	3	3	3	
4	An Materialien sind verwandt worden: a) Kartoffeln b) Getreide c) Melasse d) sonstige Stoffe	'100 kg	20 992 33 717 99 700 645	66 747 22 502 23 882 332	63 339 21 647 19 874 511	
5	Die Gesamtproduktion an Branntwein betrug: a) in den landwirthschaftlichen Kartoffelbrennereien b) " " Getreidebrennereien c) " " gewerblichen Brennereien d) " " Melassebrennereien	Hektol. rein. Alkoh.	5 523 3 749 1 584 26 744	7 604 3 509 1 711 7 200	6 903 3 410 1 691 5 944	
	Zusammen	Hektoliter	37 600	20 024	17 948	
6	Das Contingent der im Betriebe gewesenen Brennereien betrug	Hektol. rein. Alkoh.	17 911	15 280	15 130	
7	An Maischbottichsteuer wurden erhoben: a) von landwirthschaftlichen Brennereien b) von Melassebrennereien	Mark	125 955 423 579	155 002 126 384	153 281 88 875	
	Zusammen	Mark	549 534	281 386	242 156	
	Davon wurden zurückvergütet für zu gewerbl. u. Zwecken bestimmten Branntwein	"	35 970	40 030	47 530	
8	An Verbrauchsabgabe wurden erhoben: a) zum Satz von 50 Pfennig für das Liter b) " " " 70 " " " "	"	389 197 241 222	386 958 301 933	382 816 275 926	
	Zusammen	Mark	630 419	688 891	658 742	
	Davon fällt aus an Beträgen für in Anrechnung genommene Berechtigungscheine	"	59 103	27 714	47 730	
9	An Zuschlag zur Verbrauchsabgabe wurden erhoben	"	27 481	30 173	30 511	
10	Berechtigungscheine wurden ertheilt über den Betrag von	"	117 820	125 736	150 889	

Nachweisung

des zu gewerblichen u. f. w. Zwecken steuerfrei abgegebenen Branntweins sowie des Niederlageverkehrs mit inländischem unversteuerten Branntwein im Herzogthume Braunschweig für die Betriebsjahre 1891/92, 1892/93 und 1893/94.

Nr.	Bezeichnung	Maßstab	Betriebsjahre			Bemerkungen
			1891/92	1892/93	1893/94	
1.	Zu gewerblichen u. f. w. Zwecken aller Art wurden steuerfrei abgelassen in reinem Alkohol	Hektoliter	2614	2977	2862	
2.	Davon wurden denaturirt mit:					
	a) dem allgemeinen Denaturierungsmittel (2% Holzgeist und 1/2% Pyridinbasen)	Hektoliter	916	1171	1218	
	b) 5% Holzgeist	"	84	78	72	
	c) 1/2% Pyridinbasen	"	—	—	—	
	d) Essig und Wasser	"	1271	1380	1309	
	e) Terpentinöl	"	92	68	76	
	f) Thieröl	"	100	109	55	
	g) Schellacklösung	"	2	2	—	
	Zusammen	Hektoliter	2465	2808	2730	
3.	Ohne Denaturirung wurden abgelassen:					
	a) zu wissenschaftlichen Zwecken	Hektoliter	5	3	4	
	b) zu Heilzwecken	"	114	145	112	
	c) zur Seifen- und Parfümerie-Fabrikation	"	30	21	16	
	d) zu anderen Zwecken	"	—	—	—	
	Zusammen	Hektoliter	149	169	132	

Nr.	Bezeichnung	Maßstab	Betriebsjahre			Bemerkungen
			1891/92	1892/93	1893/94	
1.	An Branntweinlagern waren vorhanden:					
	a) Privattheilungslager	Anzahl	2	2	2	
	b) andere Privatlager unter amtlichem Mitverschluß	"	2	3	3	
	c) Konten über den zur Reinigung gelangend. Branntwein	"	1	1	1	
2.	In den Branntweinlagern betrug:					
	a) der Bestand zu Anfang des Betriebsjahres:					
	1. in Privattheilungslagern	Hektoliter rein. Alkohol	92	50	83	
	2. in anderen Privatlagern unter amtl. Mitverschluß	"	66	55	135	
	3. in Reinigungsanstalten	"	346	279	282	
	b) der Zugang im Laufe des Betriebsjahres:					
	1. in Privattheilungslagern	"	350	428	439	
	2. in anderen Privatlagern unter amtl. Mitverschluß	"	2053	2750	2960	
	3. in Reinigungsanstalten	"	6452	7033	6984	
	c) der Abgang im Laufe des Betriebsjahres:					
	1. in Privattheilungslagern	"	392	395	411	
	2. in anderen Privatlagern unter amtl. Mitverschluß	"	2028	2644	2553	
	3. in Reinigungsanstalten	"	6519	7030	6897	
	d) der Bestand am Schlusse des Betriebsjahres:					
	1. in Privattheilungslagern	"	50	83	111	
	2. in anderen Privatlagern unter amtl. Mitverschluß	"	55*	135*	515*	
	3. in Reinigungsanstalten	"	279	282	369	

* Die fehlende Menge ist durch Eingebren und Gedage entfallen.

Aufstellung

der während des Jahres 1894 aus dem Konsularbezirk Braunschweig nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ausgeführten Waaren.

Nummer	Artikel	Ausfuhr für das ganze Jahr	
		Dollar	Gts.
1	Asphalt	14 229	57
2	Birds and animals live,	32 893	60
3	Books and printed matter	26 215	43
4	Binocular glasses	791	80
5	Cement	28 283	58
6	Chemicals, colors etc.	234 257	56
7	Glass	49 315	99
8	Gloves, leather	249 502	74
9	Instruments	197	30
10	Manure salt	31 560	49
11	Machinery	1 171	77
12	Mineral water	2 228	16
13	Muriate of potash	198 756	54
14	Plants and seed	122	57
15	Printed music	3 244	15
16	Prepared vegetables	8 118	01
17	Sausages	5 909	53
18	Sugar, refined	17 425	55
19	Sugar, raw	2 396 573	34
20	Sundries	8 714	43
Gesamtbetrag		3 309 512	11

Verkehr

in den öffentlichen Niederlagen des Herzogthums Braunschweig mit ausländischen unverzollten Waaren für das Kalenderjahr 1894.

Nr.	Bezeichnung	Mess- stab	Kalenderjahr 1894
A. Braunschweig.			
1	Waarenbestand zu Anfang des Jahres	kg	235 880
2	Waarenzugang während des Jahres	"	635 884
3	Bestand und Zugang zusammen	kg	871 764
4	Waarenabgang während des Jahres	"	651 704
5	Waarenbestand am Ende des Jahres	kg	220 060
6	Zahl der Konteninhaber		60
B. Wolfenbüttel.			
7	Waarenbestand zu Anfang des Jahres	kg	1 160
8	Waarenzugang während des Jahres	"	1 558
9	Bestand und Zugang zusammen	kg	2 718
10	Waarenabgang während des Jahres	"	1 286
11	Waarenbestand am Ende des Jahres	kg	1 432
12	Zahl der Konteninhaber		2
13	An Niederlagegeld sind im Ganzen erhoben	Mf.	2 863,61

Uebersicht

über den Personen-, Güter- und Vieh-Verkehr der Stationen Braunschweig, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden und Wolfenbüttel für 1893/94.

Stationen	Anzahl der auf Bahnhöfen und Bahnhöfen abgefertigten Personen	Angekommen			Abgegangen		
		Fracht- und Güter Tonnen	Großes Vieh Stückzahl	Kleines Vieh Stückzahl	Fracht- und Güter Tonnen	Großes Vieh Stückzahl	Kleines Vieh Stückzahl
Braunschweig	725 940	427 516	1659	6543	157 172	3380	4938
Gandersheim	43 314	30 206	45	1256	15 234	273	1149
Helmstedt	137 493	67 609	2226	13826	149 296	4880	7445
Holzminden	90 853	52 517	152	981	37 076	173	1345
Wolfenbüttel	270 393	78 407	3643	7943	32 885	4979	7159

Empfang an Steinkohlen und Koks

der Stationen	aus Bettfalen	aus dem Greifer und Schau- burg-Gebiet	aus Ober- schlesien
	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Braunschweig	100 071	12 622	2570
Gandersheim	5 189	50	—
Helmstedt	3 523	200	—
Holzminden	25 801	30	—
Wolfenbüttel	13 951	2 704	279

U e b e r s i c h t

der Einnahme an Zöllen und Reichsteuern im Herzogthume Braunschweig
für die Etatsjahre 1892/93, 1893/94 und 1894/95.

Nr.	B e z e i c h n u n g	E t a t s j a h r					
		1892/93		1893/94		1894/95	
		Mrk.	Pfg.	Mrk.	Pfg.	Mrk.	Pfg.
1	Eingangsabgabe	1 759 902	35	1 698 611	60	1 633 713	60
2	Tabaksteuer	20 683	80	24 499	10	33 498	—
3	Zuckersteuer: a) nach dem Geſetze v. 9. Juli 1887	2 368 633	50	7	70	—	—
	b) " " " " 31. Mai 1891	2 506 461	50	6 810 896	75	7 070 755	15
4	Salzsteuer	543 186	85	553 787	25	567 248	05
5	Branntweinsteuer: a) Maischbottichsteuer	415 668	25	274 954	90	285 496	15
	b) Verbrauchsabgabe	654 304	95	685 362	70	664 818	30
	c) Zuschlag zu derselben	31 699	50	30 043	40	29 078	40
6	a) Brauststeuer	362 053	95	396 564	50	373 412	25
	b) Uebergangsabgabe von Bier	1 109	60	2 525	45	1 596	70
7	Spieleartenstempel	166	40	320	20	286	20
8	Reichstempelabgabe:						
	a) für Werthpapiere	14 837	15	22 518	10	47 085	70
	b) " Kauf- und sonstige Anschaffungsgeſchäfte	6 836	90	7 351	—	13 318	60
	c) " Loosje zu Privatlotterien	7 012	25	13 642	10	29 955	—
	Zusammen	8 692 556	95	10 521 083	75	10 750 262	10
	An Ausfuhr- u. Vergütungen ſind gezahlt:						
1	für Tabak	293	80	316	25	184	40
2	" Zucker:						
	a) Materialsteuer-Vergütung	1 909 678	15	5 813	50	—	—
	b) Ausfuhr-Zuſchuß	10 798	05	514 193	40	529 941	60
3	für Brantwein:						
	a) Maischbottichsteuer-Vergütung	35 611	55	49 154	05	39 174	70
	b) auf Berechtigungsſcheine	55 077	—	52 588	40	41 078	20
4	für Bier	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	2 011 458	55	622 065	60	610 378	90

Technisches.

Der ärgste Feind des Eisens ist bekanntlich der Rost, und viele durch Bruch entstandene Unglücksfälle sind häufig auf die zerstörende Wirkung des Rostes zurückzuführen. Nach langen vergeblichen Versuchen scheint ein gewisser Gesner jetzt endlich ein Mittel gefunden zu haben, um diese zerstörende Kraft für immer zu beseitigen. Das diesen Zweck erreichende Verfahren besteht nach einer uns zugegangenen Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlitz hauptsächlich darin, die Oberfläche des Metalls mit einer harten Schicht zu überziehen, die außerordentlich widerstandsfähig ist. Um dieses zu bewirken, werden die Gegenstände zuerst sehr gut vom Rost gereinigt und dann in eine Retorte, deren zwei neben einander angeordnet und auf 600 bis 700° C erhitzt sind, gebracht. Nach ungefähr 20 Minuten wird in diese Retorte ein Wasserstoffstrom geleitet und 5 Minuten in derselben gehalten. Dann wird eine kleine Menge Naphta eingeführt, und nach ungefähr 10 Minuten ist der Prozeß beendet, jedoch die Zufuhr von Wasserstoff wird noch 15 Minuten fortgesetzt. Man hat hierauf nur noch die Retorten auf 400° C abzukühlen und dann die Gegenstände als vollkommen rostfrei zu entfernen. Die erlangte Schutz-Decke hat eine bläuliche Farbe und haftet so fest am Metall, daß eine Biegung desselben um 45° ohne Zerpringen vorgenommen werden kann.

Kleine Mittheilungen.

Regeln für den Einlaß von Waaren-Mustern, welche von Handlungsreisenden aus dem Auslande über die Grenzollämter nach Rußland eingeführt werden.

(Vom Finanzminister am 14. Mai 1895 bestätigt.)

1. Beim Einlaß von Waarenmustern, welche von Handlungsreisenden aus dem Auslande eingeführt werden sollen, werden besondere Akte ausgestellt, in denen die Menge und die Beschaffenheit der eingelassenen Muster, sowie der Betrag der dafür erhobenen Zollgebühren genau zu bezeichnen sind.

2. Die im vorigen Artikel bezeichneten Akte werden den Handlungsreisenden ausgehändigt, damit sie von denselben bei der Wiederausfuhr der Waarenmuster nach dem Auslande dem Ausfuhrzollamte vorgestellt werden, welches letzteres, nach Feststellung der Identität der auszuführenden Muster mit den in dem Akte bezeichneten, den bei der Einfuhr der Muster erhobenen Zoll wieder zurückerstattet.

Eingegangene Bücher.

1. **Wilhelm, J.** Wichtige Winke für Gläubiger behufs Wahrung ihrer Rechte gegen Konkurschuldner und zur Beilegung ihrer Forderungen außerhalb des Konkursverfahrens. Gera 1895. Preis 1 Mk. Julius Beckers Verlag.

2. **Sisbert, Paul.** Eine Sache für sich! Berlin, Mai 1895.

3. **Sport, Spiel und Turnen.** Führer durch die allgemeine Ausstellung für Sport, Spiel und Turnen im alten Reichstagsgebäude. Berlin W., Leipzigerstraße 4, vom 1. Juni bis 31. August 1895.

Schwarzes Brett.

Bekanntmachung.

Mehrere Tageszeitungen bringen Anzeigen der Tuchfabrikanten Johann Müller aus Sommerfeld und Bernhard Biehweiger aus Rottbus. Der erstere der „Fabrikanten“ sagte in seiner öffentlichen Empfehlung: „Aus erster Hand kauft man am billigsten. Deshalb sollten sich alle Familien an den Bezug von Auswärts gewöhnen“, und der Letztere, B. Biehweiger, behauptet: „Unter Umgehung der althergebrachten Art, beim Händler oder beim Schneider seinen Bedarf an Bekleidungsstücken zu decken, lassen sich bei dem direkten Bezug des Stoffes von einem Tuchfabrik-Lager alljährlich bedeutende Summen ersparen.“ Da solche prahlerischen, auf Unwahrheit beruhenden Anpreisungen dazu angethan sind, die Detail-Geschäfte zu schädigen, und weil wirkliche Fabrikanten solche Geschäfte höchst selten machen, so hat der Verein „zur Wahrung städtischer und geschäftlicher Interessen in Coblenz“ es sich zum Zwecke des Schutzes der Gewerbetreibenden und der Käufer selbst angelegen sein lassen, genaue Erkundigungen über vorstehende Geschäfte einzuziehen. Das Ergebnis derselben war, daß die beiden oben genannten Herren keine Fabrikanten, sondern nur Händler sind. Die Preise derselben sind reichlich so hoch, ja sogar meistens wesentlich höher bemessen, wie in jedem leistungsfähigen Geschäfte. Außerdem sind in der Musterkollektion des Herrn Müller viele bereits Jahre alte und daher ganz unmodern gewordene Stoffe, sogenannte Ladenaüter, enthalten. Es ist also nach obigem Sachverhalt keineswegs vorthellhaft, sondern vielmehr Nachtheil bringend, von solchen auswärtigen Händlern zu kaufen, und es fallen somit die prahlerischen Redensarten, wie: „Fabrikant“ und „direkter besserer Bezug von Auswärts“ in sich selbst zusammen.

Aus Nr. 25 des „Konfektionärs“.

Warnung.

Nach § 7 des Reichsgesetzes vom 16. Mai 1894 wird derjenige bestraft, welcher Lotterieloose, Inhaberpapiere mit Prämien (Gesetz vom 8. Juni 1871) oder Bezugs- oder Antheilscheine auf solche Loose oder Inhaberpapiere gegen Theilzahlungen verkauft oder durch sonstige auf die gleichen Zwecke abzielende Verträge veräußert; es begründet dabei keinen Unterschied, ob die Uebergabe des Papiers vor oder nach der Zahlung des Preises erfolgt.

Dieses in dem Gesetze über die Abzahlungsgeschäfte enthaltene Verbot findet zwar nach seinem Wortlaute nur für solche Veräußerungen von Bezugs- oder Antheilscheinen auf Lotterieloose und Prämien-Obligationen unmittelbare Anwendung, bei denen eine allmähliche Abzahlung des geforderten Preises vereinbart worden ist; gleichwohl ist nach den gemachten Wahrnehmungen nicht zu bezweifeln, daß auch in andere Formen gekleidete Veräußerungen von Antheilen der gedachten Art — wie beispielsweise der Verkauf kleiner Antheile gegen jedesmalige Zahlung des vollen Preises für den überlassenen Antheil — meistens gegen sonstige bestehende Reichs- und Staatsgesetze verstoßen und namentlich auch in eben dem Maße, wie sich dies bei der Veräußerung gegen Ratenzahlungen herausgestellt hat, geeignet erscheinen, diejenigen Personen, welche sich auf den Abschluß derartiger Geschäfte einlassen, in ihrem Vermögen zu schädigen.

Mit Rücksicht auf die zur Kenntniß der Behörde gelangte Thatsache, daß von verschiedenen, in der Regel sich als Banken oder Bankhäuser bezeichnenden Geschäftstreibenden innerhalb und außerhalb Deutschlands (z. B. in Brüssel, Rotterdam) Prospekte ausgesandt werden, in denen in verleithlicher Form zur Betheiligung an derartigen Unternehmungen eingeladen wird, kann dem Publikum nur wiederholt im eigenen Interesse die äußerste Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber solchen Einladungen anempfohlen werden.

Zugleich ersucht die unterzeichnete Behörde, ihr im Falle einer bereits erfolgten oder versuchten Uebervortheilung durch die bezeichneten Geschäftsbetriebe unter genauer Angabe der in Betracht kommenden Thatsachen Anzeige zu machen, um geeigneten Falles eine Untersuchung veranlassen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen zu können.

Hamburg, den 29. Mai 1895.

Die Polizeibehörde.

In Folge der Bemühungen des Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Hamburg hat sich die Polizeibehörde veranlaßt gesehen, obige Warnung zu erlassen.

Der Detaillisten-Verein in Frankfurt a. M. hat wieder einmal einen Schwindel aufgedeckt. Schon verschiedentlich ist auf die Reklame-Annoncen eines gewissen Siegmund Kommen aus Wien, der in Berlin wohnt, aufmerksam gemacht worden. Derselbe hatte sich vor einigen Tagen in Frankfurt wegen versuchten resp. vollendeten Betrugs vor Gericht zu verantworten. Er bot seine Waaren, Wäsche, neußilberne Löffel u. s. w. zu 25 Prozent des Werthes an, wenn sie zusammen abgekauft würden, wenn die Sendung nicht nach Wunsch ausfalle, so dürfe man sie ablehnen. Es liegen zwei Fälle vor, die als Betrug angesehen werden. In dem einen war der Besteller nicht herein- gefallen, sondern hatte die Bestellung nur gemacht, um das Vorgehen des Angeklagten als schwindelhaft zu enthüllen. Es war der Vorstand des Detaillisten-Vereins, der den Auftrag erteilte, und für je 1.75 Mk. ein halbes Duzend Handtücher, ein Hemd nebst Unterhosen, und ein halbes Duzend Löffel erhielt. Im zweiten Falle ist der Besteller ein Arbeiter, der für seine Kinder Spielzeug gekauft hatte, 15 Stück für 1.50 Mk. Das Urtheil verschiedener Sachverständigen fällt nach Autopsie sehr ungünstig aus. In beiden Fällen erkennt der Staatsanwalt die Requisite des Betrugs und trägt auf eine Gesamtstrafe von vier Monaten an. Das Gericht erkennt nur wegen des ersten Falles auf Betrugsversuch und 400 Mk. Im zweiten Falle waren in der Angabe bezüglich der Werthbestimmungen keine falschen Angaben gemacht.

Konfessionär.

Ein Detaillisten-Verein zum Schutze der Interessen der Detail-Geschäfte ist in Hanau errichtet worden, indem eine Kommission gewählt wurde, bestehend aus den Herren Almeroth, Berlitzheimer, S. Greif, Gruber in Firma Kaufel und Jacoby, Ohler, Jr. Roth, Sauerwein, Schwabe und Sponzel jr., die die Ausarbeitung eines für dort passenden Lokalstatuts vornehmen sollen.

Konfessionär.

Patentbureau Braunschweig. Carl Arndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Fernsprecher Nr. 597.

Wolfsenbüttlerstr. 50.

Wolfsenbüttlerstr. 50.

Anmeldung von
Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschutz.

Eintragung von
Waarenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Schriftleitung:
Breitestraße Nr. 9.
Geschäftsstelle:
Hutfluren 8.

Monatschrift

für

Vierteljährlich 1 Mf.
Anzeigengebühr:
Machtel Seite 5.— Mf.
Ganze Seite 28 Mf.

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 9.

Braunschweig, September-Nummer.

1895.

Amtlicher Theil.

A. Z. B. 5. — 8274/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nach einer Mittheilung der Kaiserlichen Reichsbankstelle hiersebst am 1. Oktober d. J. in Alfeld eine von der Reichsbankhauptstelle in Hannover abhängige Reichsbanknebenstelle eröffnet wird und daß von dem genannten Tage ab Wechsel auf Alfeld angekauft und Giroübertragungen von und auf Firmen daselbst, welchen bei der Nebenstelle Konten eröffnet sind, angenommen werden.

Braunschweig, 12. September 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Füdel.

Dr. Stegemann.

Nichtamtlicher Theil

unter Verantwortlichkeit des Herausgebers.

(Jeder Nachdruck ohne vorherige Anfrage wird strengstens unterjagt.)

Fortbildungsschul-Konferenz in Braunschweig am 4. und 5. Oktober 1895.

I. Verhandlungstag.

Die Versammlung, zu welcher sich 189 Vertreter von Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, Städten und kaufmännischen Fortbildungsschulen eingefunden hatten, und in welcher auch das Herzogliche Staatsministerium Braunschweig durch Wirkl. Geh.-Rath Excellenz Hartwig und Regierungsassessor Boden, sowie das Königlich-Sächsische Staats-Ministerium durch den Gewerbeschulinspektor Gewerberath Enke-Dresden vertreten waren, wurde von dem Vorsitzenden der Handelskammer für das Herzog-

thum Braunschweig, Kommerzienrath Füdel, mit folgender Ansprache eröffnet:

Hochgeehrte Herren!

Im Namen der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig heiße ich Sie Alle herzlich willkommen! Wir danken Ihnen warm dafür, daß Sie unsere Einladung freundlich aufgenommen haben und ihr gefolgt sind, wir danken besonders unseren lieben Schwesterkammern, den städtischen Behörden und hohen Regierungen, deren Vertreter wir die Ehre und Freude haben unter uns zu sehen, vor Allem aber sprechen wir dem Herzoglichen Staatsministerium den ehrerbietigsten Dank aus für das hohe Wohlwollen, das unseren Bestrebungen und dem kaufmännischen Fortbildungsschulwesen entgegengebracht wird, das seinen beredtesten Ausdruck wohl darin findet, daß Se. Excellenz Herr Wirkl. Geh.-Rath Hartwig uns die Ehre giebt, unseren Verhandlungen beizuwohnen.

Bevor wir nun in den geschäftlichen Theil der Verhandlungen eintreten, gestatten Sie mir noch einige Worte:

Es ist uns wohl bewußt, meine Herren, daß bei Eingang unserer Einladung zur heutigen Konferenz die Frage bei manchen der geehrten Herren unwillkürlich auftaucht: wie kommt denn gerade Braunschweig dazu, zu einer Konferenz über das kaufmännische Fortbildungsschulwesen einzuladen, hat denn Braunschweig darin schon Hervorragendes geleistet? Nun, meine Herren, die kaufmännische Fortbildungsschule in Braunschweig feiert allerdings in wenigen Tagen ihr zwanzigjähriges Bestehen, und auch in anderen Orten unseres Landes bestehen und haben derartige Schulen bestanden, sie verdanken aber ihr Entstehen und ihre Erhaltung im Wesentlichen der opferwilligen Hingabe einzelner Herren, und wenn sie gewiß auch Gutes gewirkt haben, so weiß ich doch, daß sie keinen Anspruch darauf machen, allen berechtigten Forderungen zu genügen und daß sie mit den hier bestehenden kaufmännischen Vereinigungen in dem Wunsche übereinstimmen, das kauf-

männische Fortbildungsschulwesen auf breiterer Grundlage geregelt zu sehen.

Die Handelskammer hat es nun, den wiederholten Eingaben folgend, übernommen, das kaufmännische Fortbildungsschulwesen für den ganzen Bezirk, für das Herzogthum, einheitlich zu gestalten, und hat sich bereit erklärt, gestützt auf das Wohlwollen unserer hohen Regierung und der städtischen Behörden, sich zur Trägerin des Ganzen zu machen. Die Handelskammer hat diese schwere Aufgabe in der Ueberzeugung übernommen, daß sie dem Handel und der Industrie nicht mehr nützen kann, als wenn sie Sorge dafür trägt, daß der kaufmännische Nachwuchs mit höherem, namentlich fachlichem Wissen ausgerüstet wird.

Als wir nun uns mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Schule beschäftigten, lag der Wunsch nahe, von den bestehenden Schulen in Deutschland, von denen ja manche Vorzügliches leisten, zu lernen. Da fanden wir nun, daß die kaufmännischen Fortbildungsschulen auf sehr verschiedenen Grundlagen aufgebaut und die Lehrpläne sehr abweichend gestaltet sind, und sahen, daß es, um das Beste für uns auswählen zu können, erwünscht sein würde, im engeren Kreise eine Besprechung zu veranstalten.

Als wir mit diesem Gedanken heraus traten, fand derselbe so allseitigen Beifall, das Bedürfniß nach einer gegenseitigen Aussprache zeigte sich so deutlich überall, daß wir es für unsere Pflicht hielten, über den beabsichtigten engeren Rahmen hinauszugehen, und so hat sich denn hieraus die heutige Konferenz entwickelt.

Wir sind uns wohl bewußt, meine Herren, daß diese Konferenz keinen Abschluß bilden wird und darf, selbst nicht für einzelne auf der reichhaltigen Tagesordnung stehende Fragen, wir sind befriedigt, wenn ein gemeinsamer Boden gefunden wird, auf dem ein weiteres Zusammenarbeiten für die Lösung der uns beschäftigenden Frage erspriesslich erscheint, wenn unsere Konferenz dazu beiträgt, das kaufmännische Fortbildungsschulwesen zu fördern, auf daß der deutsche Kaufmann der Zukunft durch tüchtiges Wissen in den Stand gesetzt werde, den immer wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, das Errungene zu erhalten und den Erzeugnissen der deutschen Industrie immer mehr und mehr Boden zu gewinnen, nicht nur zu seinem Vortheil, sondern zum Segen für die Gesamtheit unseres Volkes!

Geh.-Rath Hartwig begrüßte die Versammlung Namens des Herzogl. Staatsministeriums: Es hat ein besonderes Interesse für uns, daß Sie diesen Gegenstand einer eingehenden Berathung unterwerfen, und es gereicht uns zur hohen Genugthuung, daß gerade die

Verhandlungen hier gepflogen werden sollen. Das Fortbildungsschulwesen bewegt ja gegenwärtig überall die Regierungen und Kommunalverwaltungen. Wir sind in unserem Lande schon seit langer Zeit bemüht gewesen, das sogenannte gewerbliche Fortbildungsschulwesen nach Kräften zu fördern, es schweben zur Zeit bei uns Ermägungen darüber, ob man die allgemeine Fortbildungsschule zwangsweise im Lande einführen soll; ein drittes Glied auf dem Gebiete ist die Frage, die Sie Ihren Berathungen unterwerfen wollen. Es ist das für uns eminent praktisch, weil in unserem Lande auf Veranlassung der Handelskammer schon in einer Reihe von Städten auf dem Wege des Kommunalstatuts Fortbildungsschulen ins Leben gerufen sind. Die uns vorliegenden Statuten derselben haben wir zunächst der Handelskammer zur Begutachtung überwiesen. Somit sind Ihre Berathungen für uns von erheblichem praktischen Interesse, und ich werde mit Aufmerksamkeit Ihren Verhandlungen folgen, und verspreche Ihnen, daß die Erfahrungen, die ich hier machen werde, so bald als thunlich praktisch verwerthet werden sollen. Ich glaube, das Ergebniß Ihrer Berathungen wird ein segnetes sein für Ihren Stand wie für unser gesamtes Vaterland. In diesem Sinne heiße ich Sie willkommen. (Lebhaftes Bravo!) Stadtrath Meyer hieß dann die Versammelten im Namen der städtischen Verwaltung willkommen und führte aus, das Handelsschulwesen habe für Braunschweig von jeher große Bedeutung gehabt; zumal die Behörden hätten sich die Förderung desselben angelegen sein lassen. Es gereiche ihm zur Ehre, seine Freude darüber auszusprechen, daß diese wichtige Lebensfrage zur Besprechung gestellt worden sei. Gerade jetzt sei dies von besonderem Interesse, weil zwischen der Handelskammer und der städtischen Verwaltung Verhandlungen über die Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen gepflogen werden. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die bevorstehenden Berathungen von dem Erfolge gekrönt sein möchten, den sämtliche Theilnehmer von denselben erwarteten.

Dr. Stegemann-Braunschweig giebt zunächst einen kurzen Bericht über die seitens der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig aus Anlaß des Kongresses getroffenen Veranstaltungen. Er theilt u. A. mit, daß eine Anzahl Fachmänner es übernommen habe, auf einheitlicher Grundlage ein zusammenfassendes Material über den Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens zusammenzustellen. Die bezüglichen Arbeiten seien in der Hauptsache abgeschlossen. Für Preußen seien Berichte über die einzelnen Provinzen, für die übrigen Bundesstaaten Landesberichte aufgestellt worden. Das gesammte Material solle den verbündeten Regierungen eingereicht werden.

Es sei im Weiteren der Versuch gemacht worden, eine erschöpfende Sammlung aller auf die Organisation und die Wirksamkeit der kaufmännischen Unterrichtsanstalten bezüglichen Publikationen zusammenzubringen, der Erfolg dieser Bemühungen sei kein ganz befriedigender, es habe sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß eine Anzahl kaufmännischer Fortbildungsschulen sich selbst niemals über ihre Thätigkeit Rechenschaft abgelegt haben.

Eine anderweitige Aufgabe, die vorhandene Lehrmittel-Literatur zusammenzubringen, habe dagegen in erfreulicher Weise gelöst werden können, wie die in dem Nebensaal ausgestellte Sammlung von etwa tausend Lehrbüchern beweise, welche letzteren der Braunschweiger Handelskammer unentgeltlich zur Verfügung gestellt seien.

Dr. Stegemann theilt schließlich noch mit, daß die in den Nebensälen aufgestellte Industriesammlung, die durch die Munifizenz der Braunschweiger Industriellen allerdings eine von der Kammer selbst nicht vorausgesehene Ausdehnung erfahren habe, als Anhalt dienen solle, in welcher Weise etwa der Unterricht in der Handelsgeographie und Waarenkunde durch Hilfeleistung der Kaufmannschaft selbst eine entsprechende Vertiefung erfahren könne.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und dem Referenten zu Punkt 1, Fabrikbesitzer Lemmer-Braunschweig: „Der heutige Stand des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts in Deutschland“ das Wort erteilt. Nach längerer Debatte werden sodann die von dem Referenten aufgestellten Leitsätze in folgender Fassung einstimmig angenommen:

1. Es wird als ein bedauerlicher Mangel empfunden, daß es zur Zeit noch an zuverlässigen Unterlagen zur Beurtheilung des kaufmännischen Unterrichtswesens in Deutschland fehlt.
2. Als erstes Erforderniß für die Entwicklung des kaufmännischen Unterrichtswesens ist eine statistische Aufnahme der vorhandenen Anstalten zu bezeichnen. Die bezügl. Erhebungen, welche sich nicht nur auf die kaufmännischen Fortbildungsschulen, sondern auch auf die übrigen kaufmännischen Lehranstalten und Lehranstalten aller Art mit kaufmännischen Fächern zu erstrecken haben würden, sind von den Landesregierungen thunlichst bald anzustellen. Sie sollten sich in möglichst gleichmäßiger Form nicht nur auf die Einholung statistischer Daten beschränken, sondern gleichzeitig auch die Lebensbedingungen der einzelnen Anstalten und ihre weitere Entwicklungsfähigkeit in Untersuchung ziehen.
3. Soweit die vorhandenen Unterlagen als maßgebend angesehen werden können, muß mit Bedauern festgestellt werden, daß das kaufmännische Unterrichtswesen sich in den meisten Bundesstaaten noch durchaus in einem Zustande der Unfertigkeit befindet. Insbesondere mangelt diesem wichtigen Zweige des gewerblichen Unterrichtswesens diejenige Anregung und Unterstützung von Seiten des Staates noch fast gänzlich, auf welche derselbe Anspruch hat.

Der Berichterstatter zu Punkt 1 b der Tagesordnung: „der heutige Stand des kaufmännischen Fortbildungsschulunterrichts in Oesterreich-Ungarn“,

Herr Kaiserlicher Rath Professor Glässer-Wien, welcher durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, hat sein Referat schriftlich eingesandt.

Ueber Punkt 2 der Tagesordnung: „Welche Anforderungen sind an Staat, Gemeinden und kaufmännische Korporationen zur Entwicklung des kaufmännischen Fachschulwesens zu stellen?“, für welchen Herr Handelskammer-Präsident Direktor Schoch-Hildesheim das Referat und Herr Handels-Sekretär Dr. Rittel-Würzburg das Korreferat erstattete, entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Beschlußfassung über diesen Punkt wurde bis zum folgenden Verhandlungstage ausgesetzt und den einzelnen Antragstellern anheimgegeben, sich mit den beiden Berichterstattern über die einzunehmende Stellung zu einigen.

Ueber den Punkt 3 der Tagesordnung: „Welche Organisation erweist sich für die äußere Einrichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen am zweckmäßigsten“, über welchen die Herren Direktor Jacobi-Göttingen als Referent und Herr Kaufmann Hugo Barbeck-Mürnberg als Korreferent eingehend berichten, haben nach umfassender Debatte sich die beiden Berichterstatter geeinigt. Die Versammlung nimmt die unwesentlichen Abänderungen der Leitsätze vorbehaltlich der redaktionellen Fassung einstimmig an. Die Publikation derselben soll am zweiten Verhandlungstage erfolgen.

Zu Nr. 4 der Tagesordnung: „In welcher Weise können geeignete Lehrkräfte für den Unterricht in den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen herangebildet werden?“, referirte Herr Professor Wolfrum-Leipzig, während Herr Seminardirektor Stölting in Wolfenbüttel das Korreferat übernommen hatte. Die Versammlung beschloß, nach Einigung der beiden Berichterstatter, die Leitsätze zum Referat sowohl als zum Korreferat fallen zu lassen, dagegen an Stelle derselben den folgenden von den Berichterstattern eingebrachten Antrag einstimmig anzunehmen:

„Es ist nothwendig, daß der Staat Einrichtungen zur Ausbildung von Lehrern der Handelswissenschaften und des gewerblichen Unterrichtes trifft.“

Punkt 5 der Tagesordnung: „Wie lassen sich mit den für Lehrlinge bestimmten kaufmännischen Fortbildungsschulen selbständige Lehrkurse für Handlungsgehilfen verbinden?“, über welchen Herr Rektor Harns-Göthen eingehend berichtet, wird nach kurzer Debatte in nachstehender unwesentlicher Abänderung einstimmig angenommen:

1. Die für Lehrlinge bestimmten kaufmännischen Fortbildungsschulen können, wenn ihre Leistungen auch alle Anerkennung verdienen, ihren Zöglingen bei den hohen Aufgaben des Handelsstandes im Allgemeinen keine ausreichende Bildung gewähren.
2. Es empfiehlt sich daher, selbständige Lehrkurse für Handlungsgehilfen und in der Schulbildung fortgeschrittenere einzurichten, deren Aufgabe es ist,

- a) die in der Fortbildungsschule behandelten Stoffe zu befestigen und zu ergänzen und
 - b) die Kenntniß der wichtigsten Kapitel aus denjenigen Wissenschaften, welche für den Kaufmann von besonderer Bedeutung sind und in der Fortbildungsschule nur gelegentlich berücksichtigt werden können, zu vermitteln.
3. Diese Lehrkurse sind aus pädagogischen und wirtschaftlichen Gründen organisch mit den Fortbildungsschulen zu verbinden, so daß sie eine höhere Abtheilung derselben bilden.
 4. Die gedeihliche Entwicklung der erweiterten Fortbildungsschule erfordert gut vorbereitete Schüler, tüchtige Fachlehrer, eine einheitliche Leitung und die Bewilligung der nöthigen Geldmittel seitens des Staates.

II. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden der Braunschweiger Handelskammer, Kommerzienrath Züdel, um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Der Vorsitzende verliest ein inzwischen vom Großherzog. Badischen Gewerbeschulrath in Karlsruhe eingegangenes Schreiben, in welchem derselbe sein lebhaftes Interesse für die stattfindenden Verhandlungen ausspricht. Es wird sodann der für die Leitsätze zu Punkt 2 von den beiden Berichterstattern und dem Bureau aufgestellte Resolutionsvorschlag verlesen und ohne Debatte in folgender Fassung angenommen:

**Zur Entwicklung
des kaufmännischen Fortbildungsschulunterrichts
sind folgende Anforderungen zu stellen.**

- A. An den Staat:
 1. Heranbildung geeigneter Lehrkräfte für den kaufmännischen Fortbildungsunterricht.
 2. Theilnahme an der Einrichtung und Verwaltung kaufmännischer Fortbildungsschulen unter Wahrung der freien Bewegung der Letzteren, sowie Vermittlung des Austausches der im Fortbildungsschulwesen zu gewinnenden Erfahrungen.
- B. An Gemeinden:
 1. Errichtung von Fortbildungsschulen, wo solche nicht bestehen und soweit die Möglichkeit für die Errichtung derselben vorhanden ist.
 2. Verwaltung der Schulen und Anstellung der Lehrer in Gemeinschaft mit der zuständigen Handelskammer bezw. mit der Kaufmannschaft.
- C. An die kaufmännischen Korporationen:
 1. Mitwirkung bei der Verwaltung der Schulen. (cf. B. 2.)
 2. Einwirkung auf die Prinzipale — Wahrung des Standesbewußtseins — Fernhaltung ungeeigneter Elemente aus dem Lehrlingsstande — Verhinderung ungebührlicher Ausnutzung der Arbeitskraft der Lehrlinge. — Gewährung von Prämien und Stipendien.
 3. Fürsorge für angemessene Anwendung der Sonntagsruhe.
- D. I. Etwa nöthig werdende Zuschüsse und Beihilfen zu den Bedürfnissen des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts sind von der Kaufmannschaft, von der Gemeinde und vom Staate aufzubringen, in ersterem Falle am besten durch entsprechende Erhöhung der Handelskammerbeiträge.
- II. Für die Errichtung und Ausgestaltung möglichst zahlreicher kaufmännischer Fachschulen mit erweiterten Zielen hat der Staat mit seinen Mitteln einzutreten.

Sodann wird der für Punkt 3 der Tagesordnung: „Welche Organisation erweist sich für die äußere Einrichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen am zweckmäßigsten?“ aufgestellte Abänderungsvorschlag wie folgt angenommen:

1. Je nach den örtlichen Verhältnissen kann die organisierte Kaufmannschaft (Handelskammer etc.), die Gemeinde, der Staat oder eine freie Vereinigung Trägerin der Handelsschule sein.
2. Die Verwaltung der kaufmännischen Fortbildungsschulen hat von jeder Schablone frei zu sein.
3. Die Verwaltung der Schule ist gewöhnlich einer Kommission zu übertragen, in der Mitglieder der betreffenden Handelskammer oder der Kaufmannschaft (kaufmännischer Verein) Platz finden.
4. Der Unterricht in den Tagesstunden ist unter allen Umständen wünschenswerth, doch kann es in Ausnahmefällen nicht zu umgehen sein, daß die Morgenstunden und für Gehilfen insbesondere die Abendstunden theilweise mit herangezogen werden.
5. Um ein gedeihliches Zusammenwirken aller Handelsschulen eines Bezirkes zu ermöglichen, sind je nach örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.
6. Der handelswissenschaftliche Unterricht sollte ein Ganzes bilden und nur die Theilnahme am fremdsprachlichen Unterricht kann von dem Bildungsgrade und Auffassungsvermögen der einzelnen Schüler abhängig gemacht werden.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, stellt Herr Rechtsanwalt Dr. Haase-Berlin den Antrag, einen Verband der Handels- und Fortbildungsschulen für ganz Deutschland mit einem bestimmten Fachblatte zu gründen und das Nähere durch eine Kommission von 7 Herren zu regeln.

Nach kurzer Debatte wird der vom Vorsitzenden, Kommerzienrath Züdel, gemachte Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, welche eine spätere Versammlung vorzubereiten hat, von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Versammlung beschließt, die Wahl der Kommission bis zu einer späteren Stelle der Verhandlungen auszuschieben.

Ueber Punkt 6 der Tagesordnung: „Anträge, betr. die Einsetzung einer Kommission für die Aufstellung einer zweckentsprechenden Schulbibliothek, sowie Einsetzung einer Kommission für die Auswahl empfehlenswerther Lehrbücher“, berichtet in eingehender Weise für den behinderten Herrn Direktor Dr. Fiedler-Breslau, Herr Julius Jarecki-Breslau. Derselbe beantragt sodann, die aufgestellten Leitsätze fallen zu lassen und dafür die folgenden Anträge anzunehmen:

1. Zur Auskunftsertheilung über geeignete Lehrbücher wird eine Centralstelle geschaffen, die sich ihre Organisation selbst zu geben hat. Als Ort für dieselbe wird Braunschweig, als ihr Leiter Herr Dr. Stegemann gewählt. Die entstehenden Kosten werden vorläufig durch einen der Aufträge beizufügenden Betrag gedeckt, dessen Höhe festzusetzen der Auskunftsstelle überlassen wird. Nach Zustandekommen eines Centralvereins für die Interessen kaufmännischen Fortbildungsschulwesens ist die Auskunftsstelle dem Verein anzugliedern, der dann die Kosten durch die Mitgliederbeiträge aufzubringen hat.

2. Es wird beantragt, die Wahl einer Kommission von fünf Mitgliedern, die die Zusammenstellung einer zweckmäßigen Schulbibliothek (für Schüler und Lehrer) vornehmen und nach beendeter Arbeit das Resultat derselben sämtlichen kaufmännischen Fortbildungsschulen zugänglich machen soll.

Antrag 1 wird in der vorliegenden Fassung, Antrag 2 mit der Abänderung angenommen, daß von der Wahl einer besonderen Kommission abgesehen und die Aufgaben der nach dem Obigen zu wählenden Vorbereitungscommission überwiesen werden soll, fast einstimmig angenommen.

Zu Nr. 7 der Tagesordnung: „Welche Gegenstände und Lehrziele empfehlen sich für die Einrichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen in größeren, mittleren und kleineren Städten?“, über welche Herr Kommerzienrath Lissauer-Berlin als Referent und Herr Direktor Meßien-Meißen als Korreferent eingehend berichten und über welche die beiden Berichterstatter in den wesentlichsten Punkten gleicher Meinung sind, werden die nachstehenden von denselben eingebrachten Anträge in folgender Fassung angenommen.

Die Lehrgegenstände sind unter Berücksichtigung des Umfangs von Handel und Industrie und ihrer eigentümlichen Verhältnisse in den verschiedenen Orten zu bestimmen, inwieweit die zur Verfügung stehenden Mittel nicht die Durchführung dieser Aufgabe beschränken.

Als maßgebend und leitend muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß der Unterricht in den grundlegenden Fachwissenschaften (kaufmännisches Rechnen, Deutsch, Handels-Korrespondenz, Schönschreiben, Handels- und Wechsellehre, Buchführung, Stenographie) in sämtlichen kaufmännischen Fortbildungsschulen zu erteilen sei.

Die Ausdehnung des Unterrichts auf fremde Sprachen, sowie auf Waarentunde, Handelsgeographie, allgemeine Handelslehre, Handelsgeschichte, kaufmännische Prozeßkunde, Versicherungswesen auf die Handel und Industrie betreffenden Gesetze und Einrichtungen, ist von den jeweilig vorliegenden örtlichen Verhältnissen abhängig zu machen.

Der weitere Antrag, auch die Volkswirtschaftslehre in den Lehrplan einzubeziehen, wird vertagt.

Herr Handelskammersekretär Schloßmacher-Offenbach referiert sodann über Punkt 8 der Tagesordnung: „Lehrmethode und Schuldisziplin in den kaufmännischen Fortbildungsschulen“, während Herr Handelschullehrer Wilhelm Portmann-Mülhausen i. G. das Korreferat übernommen hatte. Nach eingehender Debatte wurden die beiderseitigen Leitsätze zu Nr. 8 der Tagesordnung in folgender Fassung angenommen:

1. Der Unterricht an den für Lehrlinge im Handelsgewerbe bestimmten kaufmännischen Fortbildungsschulen ist in der Hauptsache rein schulmäßig, nicht akademisch zu erteilen; der katechetischen Unterrichtsform muß deshalb der weiteste Spielraum gelassen werden.

Häufiges Zurückgreifen auf den bereits durchgegangenen Lehrstoff in Prüfungen der Schüler hinsichtlich der Aneignung desselben und, soweit erforderlich, Wiederholungen, ist unerläßlich.

Eine Verteilung des Unterrichtsstoffes auf eine längere Schulzeit in aufeinander folgenden und in

Zusammenhang mit einander stehenden Jahreskursen ist deshalb abgeschlossenen halbjährigen oder Jahreskursen vorzuziehen.

2. Die Methode im Sprachunterricht muß mehr die Geläufigkeit im schriftlichen und mündlichen Geschäftsverkehr als die wissenschaftliche Vertiefung im Auge haben.

Für die rein kaufmännischen Fächer empfiehlt sich eine Behandlung der gesamten Komptoirwissenschaften in dem durch die Berufstätigkeit im Komptoir gebotenen lebendigen Zusammenhang.

3. Die Aufrechterhaltung der Schulordnung muß in erster Linie von der Tüchtigkeit und dem Takt der Lehrer erwartet werden.

Mit der Ausarbeitung einer Normal-Schulordnung wird der zu wählende Ausschuss betraut.

I.

1. Die kaufmännische Fortbildungsschule hat ihre Stelle zwischen Volks- und höherer Schule. Man muß die Unterrichtsweise beider Schularten studieren um die richtige Lehrmethode für die kaufmännische Fortbildungsschule zu finden.
2. Richtige Klassenbildung, vorsichtiges Beginnen des Unterrichts, rasches Erkennen der Kenntnisse und Fähigkeiten der Schüler, Beherrschung des Lehrstoffes und gründliche Vorbereitung auf jede Stunde sind die notwendigsten Vorbedingungen für den Erfolg des Unterrichts.
3. In den ersten Wochen oder Monaten, je nach den Kenntnissen der Schüler, ist der Lehrer die Hauptperson; er trägt vor, er erklärt, er fragt, er übt ein. — In der späteren Unterrichtszeit tritt der Lehrer mehr zurück, die Selbstthätigkeit der Schüler beginnt; sie tragen vor und erklären, der Lehrer berichtigt und ergänzt. Man halte die Schüler unausgesetzt an, Aufklärung zu erfragen über alles, was ihnen in Schule und Geschäft unverständlich und dunkel ist.
4. Die Unterrichtsfächer der kaufmännischen Fortbildungsschule sind unter steter Berücksichtigung des praktischen Geschäftslebens zu lehren.
5. Nicht die zweckentsprechende Lehrmethode, so notwendig und werthvoll sie auch ist, sondern die lebensvolle Persönlichkeit des Lehrers sichert einen recht fruchtbringenden Unterricht und Erfolg.

II.

1. Die Stellung der kaufmännischen Fortbildungsschulen in der gesamten Schuleinrichtung ist für die Disziplin von großer Bedeutung. Sie soll eine höhere Stufe einnehmen, als die allgemeine Fortbildungsschule.
2. Man beachte das veränderte Verhältniß der jungen Leute zur Schule. Man wahre die Freiheit bei der Aufnahme. Eine scharfe Aufnahmeprüfung hebt das Ansehen der Schule bei den jungen Leuten, was einen bedeutenden Einfluß auf das Verhalten der zukünftigen Schüler ausübt.
3. Die Schüler erhalten eine gedruckte Schulordnung. Auf die Erfüllung der kurzen und bestimmten Forderungen der Schulordnung bringe man mit Strenge und pfllege die Schülertugenden.
4. Uebertretungen der Schulordnung vorbeugen ist besser, als Uebertretungen bestrafen. Der Lehrer ist der Hauptträger einer guten Schuldisziplin.
5. Die Strafen sollen zu den Vergehen im richtigen Verhältnisse stehen. Die Mitwirkung des Eltern- und Geschäftshauses beim Strafen ist anzustreben.
6. Strafarbeiten und Arreststrafen passen nicht in die kaufmännische Fortbildungsschule.
7. Das Rechtfertigungsrecht ist den Schülern zu gewähren.

Hierauf gelangt ein Antrag des Generalsekretärs Stumpf-Dönnabrid mit großer Mehrheit zur Annahme. Der Antrag lautet:

„Es wird ein Ausschuss von neun Mitgliedern niedergelegt, in welchem möglichst alle größeren Bundesstaaten vertreten sind. Preußen wählt drei Vertreter (je einen für Berlin, Breslau und den Westen), Sachsen, Bayern, die Hansestädte, Braunschweig, Württemberg, Baden und Hessen wählen je einen Vertreter (zusammen neun Vertreter).

Sodann wird zur Wahl einer Kommission geschritten, und zwar werden für Berlin Dr. Haase; für Sachsen Dr. Gensel-Leipzig; für Bayern Barbed-Nürnberg; für die Hansestädte: Unkart-Hamburg; für Braunschweig Dr. Stegemann; für Baden und Hessen Schlossmacher-Offenbach; für Breslau wird seitens des Herrn Jarecki die Nennung eines Vertreters schriftlich zugesagt, ebenso wird für Württemberg und den preussischen Westen ein Vertreter demnächst bestimmt werden.

Nachdem Herr Gewerberath Enke noch einen kurzen Ueberblick über die Handelsschulen in Sachsen gegeben und hierauf den Wunsch ausgesprochen, die Verhandlungen mögen zur geistlichen Entwicklung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beitragen, schließt der Präsident der Braunschweiger Handelskammer mit Worten des Dankes die Versammlung. — Herr Generalsekretär Stumpf-Dönnabrid spricht sodann im Namen der Versammelten dem Präsidium den Dank aus.

In der an die Verhandlungen anschließenden konstituierenden Sitzung der Kommission wird Herr Dr. Stegemann als Vorsitzender gewählt und gleichzeitig beschlossen, die nächste Kommissionsitzung für den Anfang des nächsten Jahres, den nächsten Kongress für das Jahr 1897 und zwar in Leipzig in Aussicht zu nehmen.

Revidirte und confirmirte Gilde-Ordnung

der

Meistere des Ehrlichen Nudler-Handwerks allhier.

Von Gottes Gnaden Wir Rudolph Augusts und Anthon Ulrich, Gebrüdere Herzoge zu Braunschweig und Lüneburg Für Uns und unsere Erben und Nachkommen an der Landes-Fürstlichen Regierung urkunden hiermit, wasmaßen Uns Unsere Bürger und Unterthanen die jantlichen Nudler in Unserer Stadt Braunschweig unterthänigst Zuernehmen gegeben, wie Sie und Ihre Vorfahren zwar eine Gilde-Gerechtigkeit und Ordnung von altersher in Observanz gehabt, dabei aber befunden, daß selbige in einen und andern Zuerbessern und nach gestalt der Zeiten und umstände zuverfassen die Nothdurft erfordern wolle und Uns dannen Herro unterthänigst angerufen, Wir als die Regierende Landes-

fürsten geruhen möchten, nicht nur ihre alte Gilde-Gerechtigkeit Ihnen ferner Zubewilligen und Zuconcediren, sondern auch zu deren erhaltung eine verbesserte beständige Ordnung (dero behuf von Ihnen einige articul unterthänigst in vor-schlag gebracht) Ihnen gnädigst Zuertheilen und Zuconfirmiren. Nachdem Wir nun sothaner an Uns gelangten Unterthänigsten bitte in gnaden stattgeben, wir auch die behuf der verlangten Gilde-Ordnung vorge-schlagene articul untersuchen und der nothdurft nach auf folgende maß einrichten lassen.

Titulus 1.

Von den Quartalen und andern Zusammen-kunften des Handwerks auch denen ältesten Meistern.

Artic. 1.

Es soll das ganze Handwerk jährlich zweymahl, als zum ersten mahle des Montags nach dem Neuenjahrstage, zum andern mahle aber auf Margarethentage zusammen kommen und bei der ersten Zusammenkunft zween Altmeistere, einer von den ältesten, den die Handwerkslade und einer von den jüngsten, welchen die Laden-Schlüssel anzubefehlen, erwählet werden.

Artic. 2.

Gedachte Altmeistere sollen das folgende Jahr über dem Handwerke treulich vorstehen, dessen bestes, so viel an ihnen ist, suchen, Schaden und nachtheil aber besten Vermögens verhüten, auch über dieser Ordnung fleißig halten und die dawieder verwürkte straffe ohnnachlässig bey-treiben und exigiren.

Artic. 3.

Wann nun das Jahr verflossen, sollen sie sich ihres Amptes vor dem versamleten Handwerke begeben, richtige rechnung ablegen und nachdem solches geschehen, zween andere an ihre stelle derogestalt, und also, daß die Wahl unter denen Aeltesten und Jungen Meistern (der lezten und jüngsten Meister aufgenommen) nach der Reihe wie sie in das Handwerk kommen, gahr zu Altmeistern erkohren werden.

Artic. 4.

Solchen Altmeistern sollen die andern wie auch Gesellen und Jungen gebührende Ehre auch in Handwerksachen schuldige Folge und Gehorjam leisten, keinesweges aber mit groben Worten dieselbe anfahren oder sonst belaidigen bey Einen Mariengülben auch nach Befinden harterer Straffe.

Artic. 5.

Würde aber sonst die nothdurft erheischen oder auch von jemanden begehret werden, das Handwerk außerhalb der ordentlichen vorberührten Zeit Zusammen zu fordern, sol solches auf Anordnung der beiden Altmeistere durch den jüngsten

Meister mit allen Fleiße verrichtet und von demjenigen so die Zusammenkunft verlangt, falls er ein Fremdbder, dem Handwerke vor Hero 9 mgl. nicht weniger dem jüngsten Meister 2 gl. erleget, ein hiesiger Meister oder Geselle aber so mit zur Rede gehöret, mit solcher Ausgabe verschonet werden.

Artic. 6.

Wenn derogestalt das Handwerk vorgeladet oder zusammen gefordert wird, so soll ein jeder zu bestimmter Zeit sich einstellen; welcher Meister dann ohne erhebliche Ursache und bey den Altmeistern gebehnter Uthraub außen bleibt, soll dafür Funff Mariengroschen, der aber nach dem Glockenschlage kömmt, vier Pfennig zur Strafe geben.

Artic. 7.

Bey denen Zusammenkunfften des Handwerks soll ein jeglicher seine nothdurfft im Klagen oder beantworten bescheidenlich und ohne alle Stachelreden Vorbringen auch keiner dem andern in die Rede fallen, viel weniger demselben schmähen, verachten oder Lügen straffen bey straffe vor jeden Punct Sechs Mariengroschen.

Artic. 8.

Damit aber alles desto richtiger und ordentlicher bei denen Versammlungen zugehen möge, soll alle mahl ein Rathsherr dazu gezogen und durch die Altmeister und dessen Zuordnung bey denen regierenden Herrn Bürgermeistern einige Tage vorher angehalten werden.

Titulus 2.

Von Gewinnung der Meisterschaft.

Artic. 1.

Wann einer alhir auff das Nadler-Handwerk will Meister werden, so soll er nicht allein ohntadelhafter Geburth seyn, sondern auch vorher bey einem redlichen Meister vier Jahre daß Handwerk ehrlich gelernt, darauf zum wenigsten vier Jahre vor einen Gesellen, Ein Meisters Sohn aber nur 2 Jahre gewandert und Zuerhaltung des großen und kleinen BegräbnißLafens wann als ein Fremder, Zehen Thaler, einer der das Handwerk fraget, Sieben Thaler, ein Meisters Sohn aber Fünff Thaler erlegen und zum wenigsten alle Jahre 2 Thlr. darauf ausgeben.

Artic. 2.

Wenn dann ein Geselle seine Jahre gereiset, so kan er die Meisterschaft auf nachstfolgender Morgensprache oder ordinären Zusammenkunft des Handwerks gebühlich fordern und vor die Forderung Einen Thaler erlegen, auch seinen gültigen Geburths- und Lehrbrief produciren und sodann zur Meisterschaft verstattet und zugelassen werden.

Artic. 3.

Nicht weniger soll er auch sich mit ehrlichen Zunftmäßigen Weibes-Personen einlassen und befragen und deshalb neben seinen Briefen glaubwürdige Kundschaft mit lebendigen Zeugen oder in Schriften bey bringen.

Artic. 4.

Wenn er nun zur Meisterschaft verstattet ist, soll er zu Stifts- und Erhaltung guter Einigkeit, Freundschaft und Vertrauen auff eine gelegene von denen Altmeistern ihm zu benennende Zeit denen gesammten Handwerksmeistern eine Mahlzeit (wozu aber mehr nicht den Sechs Mariengülden angewendet werden sollen) aufrichten, ein jeder aber dabei alles Haders, Zands und Schlägeren sich gänzlich enthalten, bei Einem Mariengülden oder auch nach Befinden höhere Strafe.

Titulus 3.

Von denen Meistern und ihren Werkstedten auch des Handwerks, Gerechtigkeiten insgemein.

Artic. 1.

Demnach vor langen Jahren das Nadler-Handwerk privilegiert gewesen, daß nicht mehr dann Zwölff Werkstedten allhier seien und geduldet werden sollen, so lassen wir es dabey bewenden und soll demnach über solche Zahl keiner zum Meister alhier auf- und angenommen werden, es were dann, das nach Gelegenheit der Zeit die Vermehrung solcher Zahl dem Kommerzio dienlich zuseyn erfunden würde.

Artic. 2.

Es soll auch keinem somit dem Handwerk nicht enig und demselben verwandt ist in dieser Stadt einzige Nadler Waaren als allerley arbeit so auß eisen- und Messingen Draat verfertigt, und mit dem Hammer kleinen Ambossen und Zangen gezwungen werden kann, item Gatter und Drahtstiebe und allerhand Senckelnadlen, imgleichen allerley kurze, Nürnberger, und Schmalkalder wie auch Steuersehe wahren, wie die nahmen haben mögen, item allerley Zwirn, Band, Schnüre respektive zu verfertigen und zuführen zugelassen seyn, wer dawider handeln wird dem soll, wann er vorher einmal gewarnet, die Wahre nicht allein abgenommen und nach dem Waisenhanße geschicket, sondern falls er sich nochmals betreten läset, von der Obrigkeit eine geld-Straffe dictirt werden.

Artic. 3.

Ebenermäßen soll auch keinen Fremdbden verstattet werden mit dem Nadler-Handwerke gehörigen Wahren in dieser Stadt zu hausiren und selbige umzutragen, sondern sollen in den Messen und freyen Märkten neben den hiesigen Meistern ausstehen, feil haben und des glücks erwarten.

Artic. 4.

Desgleichen soll kein hiesiger Meister mit seinen Bahren hauffiren und selbige umbtragen oder durch andere umbtragen lassen, bey Straffe Einen Thaler, so oft einer hiewieder zuhandeln sich unterstehen würde: Gleichwohl aber ist einem jeden hiermit unterbothen, seine Bahre bei Fremdbden oder hiesigen Krahmern und Kauffleutten feil zubietthen.

Artic. 5.

Gleichwie niemanden außer denen ordentlichen Markttagen auf dem Markte feil zuhaben erlaubt, Also soll auch kein Meister oder Meisters Witwe sich dessen unterstehen, sondern es soll darunter alle Wochen die riege solcher gestalt gehalten werden, daß jedesmal Zwey und Zwey einander ablösen mögen, bis die riege in dem ganzen Handwerk herum sein wird; Wer dawieder handelt, soll dem Handwerk vor jedesmahl in Achtzehen Mariengroschen Straffe vorkommen seyn.

Artic. 6.

Bei den Wochen- oder freyen Märkten soll kein Meister den andern aus seiner Stelle treiben, noch in des andern stand setzen bey Straffe Einen Mariengulden.

Artic. 7.

Es soll kein Meister, Geselle oder Junge auf dem Markte arbeiten oder arbeiten lassen bey Zehen Marien Groschen Straffe.

Artic. 8.

Ein Meister soll seine Magd an statt eines Gesellen oder Jungens mit der Zangen arbeiten lassen bey Straffe Einen Thaler, die Meisterin aber und Kinder mögen ihrem Mann und Vater in seiner Werkstedt frey gelassen arbeiten, so viel sie können.

Titulus 4.**Von denen Gesellen.****Artic. 1.**

Ein jeder fremder Geselle so gewandert kombt und arbeit begehret, soll durch die beiden Orthgesellen nach Handwerksgebrauch vom Ältesten bis zum Jüngsten umschauen lassen, die Werkstedten aber so schon besetzt, vorbegehen.

Ließen nun alle Meistern dem Gesellen danken, auff solchen fall soll ihm bey denen so bereits einen Gesellen in arbeit haben, nach der reihe durch die Orthgesellen umb arbeit geschauet werden und der dawieder handelt dem Handwercke Achtzehen Mariengroschen Straffe erlegen.

Artic. 2.

Dafern aber eine Wittib eines Gesellen benöthiget were, soll sie es denen beiden Altmeistern zuverstehen geben und die macht haben, auß eines andern Meisters Werkstedt einen Gesellen zuermählen und aufzufordern, welchen Sie will:

den auch der Meister gutwillig folgen zulassen in alle wege schuldig seyn soll.

Artic. 3.

Wann nun ein Geselle bey einem Meister arbeit bekommen hat, soll er demselben darinnen getreu seyn, auch vor ablauff der ersten vierzehen Tage nicht wiederum auffstehen, oder dafür ein Wochenlohn zur Straffe geben.

Artic. 4.

Welcher Meister und Geselle in der Wochen Uhrlaub giebt oder auffstehet, der soll dafür zur Straffe geben acht gute groschen.

Artic. 5.

Wann ein Geselle von seinem Meister außerhalb der Zeit und ohne rechtmäßige Uhrsache Uhrlaub nimbt, dem soll von keinem andern Meister wieder arbeit gegeben werden, er hat sich dann vorher außerhalb dieser Stadt ein Viertel Jahr auffgehalten, bey Straffe drey Reichs Thaler, wann er vor ablauff solcher Zeit wieder herein köhme.

Artic. 6.

Würde aber ein Meister seinen Gesellen des Sontages zur Rechnung fordern und Uhrlaub geben, so soll dem Gesellen Freystehen alsobalde bey einem andern Meister nach der riege umb arbeit Zuschicken.

Artic. 7.

Kein Meister soll dem andern seine Gesellen oder Jungen heimlich oder öffentlich auff was arth und weise solches auch geschehen möchte abspännig machen: Wer dawieder thut, der soll daß abgespannete Volk alsoforth wiederum abschaffen und darzu vor jedesmahl Einen Mariengulden Straffe erlegen.

Artic. 8.

Die Gesellen sollen denen Meistern des Nachts nicht auß den Häusern bleiben, sondern noch vor Zehn Uhren des abends sich zu Hauße einstellen, als geschehe dann mit des Meisters verwilligung, auch sowol gegen die Meisterr und Meisterinnen als deren Kinder und Gesinde sich züchtig, ehrlich, from und eingezogen verhalten, bey Straffe Sechs Mariengroschen vor jeden Punct.

Artic. 9.

Daferne sich aber ein Geselle unterstehen würde gegen seinen Meister oder Meisterin mit Scheltworten auffzulehnen, soll er darum mit Zehen Marien Groschen vor jedes mahl ohnnachlässig in Straffe genommen, selbige auch nach befinden erhöhet werden.

Titulus V.**Von den Lehr-Jungen.****Artic. 1.**

Wenn ein Junge daß Nadler Handwerk zu lernen beliebung trägt, soll er vier Jahr in

der Lehre stehen und auff weniger Zeit von keinem Meister angenommen werden, ein Meister aber macht haben, seinem Sohne die Lehr Jahre aufzugeben, wann er will.

Artic. 2.

Es soll kein Meister auff einmahl und zu gleicher Zeit mehr als einen Jungen lehren, auch kein Junge in die Lehre aufgenommen werden, er könne dann sein redliches Herkommen mit glaubwürdigen Leuthen oder Schriftlichen Zeugnis erweisen und soll Er, wenn er angenommen wird, somol bey der Einschreib- als Loßgebung jedesmahl Einen Rthlr. in die Lade erlegen.

Artic. 3.

Der Meister aber, so einen Jungen annimmt, soll daselbe auff's längste nach Verließung vier Wochen dem Laden Meister anmelden, bey Straffe Zehen Mariengroschen.

Artic. 4.

Ein Junge soll seine versprochene Lehrzeit getreulich aushalten, würde er aber muthwilliger weise ohne rechtmäßige Ursache entlauffen, so soll er nicht wieder angenommen werden, er habe sich dann von neuen einschreiben lassen und dafür Einen Rthlr. erlegt.

Artic. 5.

Hingegen aber soll ein Meister mit seinen Jungen Christlich umgehen und ihn so halten und tractiren, daß er bey ihm bleiben könne, niedriges Fals und da darüber geklaget, er auch überwiesen würde, soll der Junge von ihm abgenommen und seine Zeit auszulernen bey einem andern Meister ohne entgeld gethan werden.

Artic. 6.

Wenn einem Jungen seine Lehrjahre vor dem Handwerck loß gegeben seyn, soll derselbe krafft allgemeinen Handwercksgebrauche zum allerersten bey seinem gewesenen Lehrmeister umb arbeit schauen lassen und ehe solches geschehen, bey keinem andern arbeit nehmen, bey Straffe Einen Mariengulden, dancke ihm aber der gewesene Lehrmeister, so stehet ihm frey, bey andern Meistern auff vorbeschriebene weise einzuschicken.

Artic. 7.

Wann einem Jungen sein Lehrmeister vor endigung der Lehr Zeit mit Tode abgeheth, soll dessen nachbleibende Wittib, wenn Sie Gesellen hält und daß Handwerck forthzusetzen willens berechtiget, seyn den Jungen vollends aufzulehren, würde Sie aber den Jungen länger nicht behalten wollen oder auch sich des Handwercks begeben, so soll derselbe Junge seine noch übrige Lehrzeit bey einem andern Meister aufzuhalten macht haben, welches bey denen Meistern auf der Reihe gehen soll, von den Aeltesten biß auf den jüngsten so keine Jungen haben und soll der Meister so

den Jungen wieder annimmt, dem Handwerck in die Lade achtzehn Mariengroschen erlegen, falls aber die Wittib sich wiederum an einen andern Meister verheyrathet und selbige den Jungen behalten wolte, soll derselbe besagter Erlegung der 18 gl. enthoben seyn.

Titulus VI.

Von Begräbnissen.

Artic. 1.

Wann ein Meister, Meisterin oder Geselle stirbet, soll zu dessen ehrlicher Bestattung auff geschehende anzeigung das Handwerckslaken, auch durch den Jüngsten Meister hingebacht, daß ganze Handwerck zum Begräbnis erfordert und gebethen werden; Würde dann jemand ohne erhebliche Ursache und erhaltene Verlaubnis außenbleiben soll er dafür Funff Mariengroschen zur Straffe geben.

Artic. 2.

Desgleichen da eines Meisters Kind oder Geselle oder auch ein Lehrjunge stirbet, sollen demselben die sämtliche Gesellen nach vorhergehender umbbittung des Jüngsten Meisters zu Grabe folgen, ebenmäßig bei Straffe Funff Mariengroschen so einer oder ander ohne erhebliche Ursache und gebethene Uhrlaub außen bliebe.

Titulus VII.

Von Streitigkeiten und Straffen.

Artic. 1.

Wenn ein Meister oder Geselle mit einem andern etwas Zuthun und auff denselben Zupreden hat, so soll er dasselbe krafft hergebrachter Handwercksgewonheit, innerhalb 4 Wochen melden und vorbringen oder hernach schweigen und weiter nicht gehöret werden, auch noch Achtzehn Mariengroschen Straffe darzu geben.

Artic. 2.

Welcher Meister oder Geselle den andern schilt oder mit ehrenrührigen Worten beleidiget es geschehe solches in Gegenwarth oder Abwesenheit des geschmäheten, der soll dieser wegen umb Zehen Mariengroschen bestraft werden, der Dbrigkeit ihre Straffe vorbehältlich.

Artic. 3.

Der schilt sich aber einer selbst und hält nicht seine Gelübde darauff er sich verscholten, soll er dafür Zehen Mariengroschen Straffe geben.

Artic. 4.

Wann ein Meister oder Geselle umb einiges verbrechens willen der Ordnung gemes, Straffsällig erkannt würde, er aber damit nicht wolte Zufrieden seyn, sondern troziglich ohne angeloßung der Straffe und Beylegung der Sache ohne erhebliche Ursache weg ginge und also veruhr-

sachte, daß das Handwerk seinethalben anderweit müße zusammen komme, derselbe soll für solchen seinen Muthwillen Zwölff Mariengroschen Straffe geben.

Artic. 5.

Würde er aber das Handwerk innerhalb Vierzehen tagen nicht wieder fordern und seine Sache, wie bey dem Handwercke anderer orthen hergebracht ist, berichtigen, soll er achtzehnen Mariengroschen zur Strafe erlegen.

Artic. 6.

Bliebe er dann trotziglich sitzen und wolte sich bey dem Handwercke nicht wiederum anfinden, so soll er in Obrigkeitliche straffe verfallen seyn.

Artic. 7.

Wann ein Meister oder Geselle von dem Handwercke strafffällig erkannt wird, er aber vermeinet ihm sey damit Zunahe geschehen, soll demselben zwar frey stehen seine vermeinte Beschwerung an die Obrigkeit gelangen zulassen und darob rechtmäßigen Bescheides erwarten; Faß aber bey untersuchung der Sache sich befinden würde, daß ihm von dem Handwercke nicht zu viel geschehen were, sondern er die weiterung ohne erhebliche Ursache vorgenommen hätte, so soll solcher Freveler nicht allein Zuerlegung der dictirten Straffe an das Handwerk hinwieder verwiesen, sondern auch Zuerstattung der veruhrachten Unkosten und Schaden nach billigmäßiger Moderation angehalten werden.

Artic. 8.

Es soll ein jeder Meister schuldig seyn seine etwa vermürdte und zuerkante Straffen zum längsten gegen die NeuJahrs-Zusammenkunft, da die Rechnung abgelegt werden muß, richtig zumachen bey Straffe doppelter Zahlung.

Artic. 9.

Was bey versamleten Handwercke von Handwercks-Sachen Heimliches geredet oder auch gestraffet würd, daß soll niemand zu Hauße nachsagen oder sonst außbringen bey Vermeidung Zehen Mariengroschen Straffe.

Artic. 10.

Der Jüngste Meister soll dasjenige so ihm in Handwercks-Sachen von denen AltMeistern oder auch dem Gesamten Handwercke anbefohlen wird, mit gehörigen bestmöglichen Fleiße verrichten und bestellen; Würde er aber darinnen nachlässig befunden soll er jedesmahl Zehen Mariengroschen zur Straffe geben.

Artic. 11.

Von allen Straffen so bey dem Handwerck auffkommen, soll von denen beiden Altmeistern bey ihrer abtretung richtige vollständige Rechnung gethan und der Dritte Pfennig ohngeäumer

E. C. Rathß jedesmahligen Administratori eingeliefert werden.

So bewilligen und concediren wir darauffermalten Unsern Bürgern und Untertanen denen sämtlichen Rädlern in Unser Stadt Braunschweig solche Innungs- und GildeGerechtigkeit, ertheilen und bestättigen Ihnen auch obstehende in gewisse Articuls verfaßete Ordnung aus Landes Fürstl. Macht und Gewalt hiemit und krafft dieses Briefes dergestalt, daß Sie solcher Gilde Ordnung und deren Articula in vorkommenden dahin gehörigen Fällen sich vernünftig und bescheidenlich gebrauchen und darüber untereinander halten sollen und mögen.

Wir befehlen auch BürgerMeistern und Rath mehr gedachter Unser Stadt Braunschweig hiermit gnädigst und wollen, daß sie mehrberegte Unsere Bürger und Unterthanen die sämtliche Rädler daselbst bey dieser Unser Landesfürstlichen Concession und ertheilten GildeOrdnung bis an Anß schützen und erhalten sollen, behalten uns aber daneben ausdrücklich bevor, diese Concession und ertheilte Ordnung nach gelegenheit der Zeit und vorkommenden Nothwendigkeit unsern Gutfinden nach zu ändern, zu verbessern, Zumehren, Zuminndern oder gar aufzuheben; — Uhrkundlich haben wir diesen Brief eigenhändig unterschrieben und Unser Fürstl. größeres Insiegel daran hängen lassen. So geschehen in

Unser Stadt Braunschweig den 15 May 1699.
gez. Rd. August. gez. Anthon Ulrich.

Generalversammlung des Kanalvereins für das Herzogthum Braunschweig.

Der Kanalverein für das Herzogthum Braunschweig hielt am 4. September d. J. hier im SitzungsSaale der Handelskammer unter dem Vorsitz des Kommerzienraths Haake seine diesjährige Generalversammlung ab. Es wurden zunächst Ergänzungswahlen für einige aus dem Vorstande ausgeschiedene Mitglieder vorgenommen. Dieselben fielen auf die Landtagsabgeordneten Schrader-Gr.-Denke und Kleve-Ferrheim, Fabrikbesitzer Lemmer hier, Rammerrath Schrader hier, Generalsekretär Dr. Pommer hier und Bürgermeister Vibranß-Calvörde. Der engere Vorstand wurde neu konstituiert aus folgenden Herren: Kommerzienrath Haake, Vorsitzender, Geh. Finanzrath Lüderßen, 1. Stellvertreter, Gerloff, 2. Stellvertreter, Gutkind, Kassensführer, Dr. Stegemann, geschäftsführendes Mitglied. Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß der Verein seither 50 Prozent von den einmalig gezeichneten Beiträgen, sowie die laufenden Jahresbeiträge in Höhe von 6404.90 M. zur Erhebung gebracht hat. Von

dieser Summe sind für die Vermessungsarbeiten 3100 Mk. nach Hannover abgeführt worden. Die übrige Summe ist namentlich für die Verwaltung, Reisen, Vereinsbeiträge und Druckkosten verausgabt worden. Die Versammlung ertheilte dem seitherigen Kassensführer Dr. Schmidt Entlastung und beschloß, demnächst für die bevorstehenden größeren Arbeiten und Agitationskosten einen weiteren Antheil von den fest gezeichneten Beiträgen zur Erhebung zu bringen. Dr. Stegmann berichtete hierauf über die seitherige Thätigkeit des Vereins und führte in längerem Vortrage den gegenwärtigen Stand des Projektes aus. Nachdem er an der Hand der ausgestellten Spezialkarten und Projektirungspläne eine kurze Darstellung über das von Baurath Messerschmidt ausgearbeitete Hauptkanalprojekt gegeben hatte, führte er des Näheren aus, welche Veränderungen dasselbe durch das in Münster eingesetzte Revisionskomitee erfahren hat. Die in Vorschlag gebrachten Abänderungen berühren insofern das braunschweigische Stichkanalprojekt ungünstig, als durch die Tieferlegung des Hauptkanals die lange Scheitelhaltung zu Ungunsten des Braunschweigischen Kanals verschoben wird, insofern der letztere nicht mehr in die Haupthaltung, sondern in eine kurze, nur von Milßburg bis Dehlsfelde ausgedehnte Haltung einmünden soll. Weitere ungünstige Momente sind darin zu finden, daß die Senkung des Hauptkanals auch das Gefälle des Stichkanals von 8,2 auf 9,9 Meter über N. N. vermehren und eine Abbiegung der Hauptstrecke um etwa 700 Meter zur Folge haben wird. Durch den letzterwähnten Umstand wird voraussichtlich auch eine Ueberführung des Kanals über die Bahnliesen bedingt werden. Redner führte weiter aus, welche besonderen Abänderungsvorschläge zu dem ebenfalls von Baurath Messerschmidt ausgearbeiteten Braunschweigischen Stichkanalprojekte gemacht worden seien. Die Revisions-Kommission bezweifelt zunächst, daß die Oker genügendes Wasser für den Kanal abgeben könne und schlägt demgegenüber vor, die Speisung des Stichkanals durch Pumpwerk aus dem Hauptkanal zu bewirken. Sie hält des Weiteren die verkürzten Profilabmessungen nicht für zweckentsprechend und befürwortet überhaupt eine Aenderung der Trace statt nach Volke etwa direkt über Bollbüttel zum Hauptkanal. Von anderer Seite ist dagegen die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine Regulirung der oberen Oker und dementsprechend gesteigerte Zuführung von Wasser sich billiger stellen würde als eine Speisung aus dem Hauptkanal mittels eines Pumpwerkes. Nachdem der Referent noch die im Einzelnen für das Projekt in Betracht kommenden Gesichtspunkte entwickelt hatte, bezeichnete er den ganzen Stand der Frage als einen solchen, daß jetzt vor allen Dingen eine entschiedene Klärung der technischen

Unterlagen herbeigeführt werden müsse. Es sei mit Dank anzuerkennen, daß das Herzogliche Staatsministerium es in dieser Beziehung nicht an den erforderlichen Aufwendungen fehlen lasse. Das Mittellandkanalprojekt befindet sich jetzt in einem Stadium, das man als nicht ungünstig bezeichnen könne. Die parteipolitischen Schwierigkeiten, welche seither dem Fortgange des Projektes entgegengestanden, wären zwar keineswegs behoben, aber es seien doch mächtige Faktoren hervorgetreten, welche in dem parteipolitischen Ausgleich in Preußen nicht ohne Einfluß sein würden. Die Versammlung beschloß im Sinne des Referenten, dem Herzoglichen Staatsministerium über die Verschiebungen zu berichten, welche die projektirte Tieferlegung des Hauptkanals für die Braunschweiger Interessen zur Folge haben würde, sowie in Anregung zu bringen, ob nicht durch eine Regulirung der oberen Oker eine ausreichende Speisung des Kanals bewirkt werden könne. Es wird im Weiteren beschlossen, eingehende Untersuchungen über die voraussichtliche Rentabilität des Projektes anzustellen, sobald die technische Seite der Frage als abgeschlossen anzusehen ist.

Regelung der Sonntagsruhe.

Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und der Centralauschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine haben an den Polizeipräsidenten Herrn von Windheim die nachfolgende Anfrage betr. Abänderung der bestehenden Regelung der Sonntagsruhe gerichtet.

„Das im Auftrage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe an den Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller gerichtete Schreiben vom 19. Juli d. J. — J. B. 3438 — ist, wie wir unter dem 29. Juli cr. bereits anzukündigen die Ehre hatten, für uns Veranlassung gewesen, die darin berührten Fragen, die uns schon wiederholt beschäftigt haben, in den Kreisen des unterzeichneten Vorstandes und des mitunterzeichneten Centralauschusses nochmals zu eingehendster Erörterung zu bringen. Bei diesen Verhandlungen war für uns der Gesichtspunkt maßgebend, daß wir in erster Linie die wirthschaftlichen Interessen Berlins und seiner Umgebung zu vertreten haben. Das Ergebnis geht dahin, daß wir

1. grundsätzlich an der bestehenden Regelung der Sonntagsruhe festzuhalten empfehlen;
2. den § 105b der Gewerbeordnung Absatz 2 in dem Sinne abzuändern vorschlagen, daß im Handelsgewerbe die Offenhaltung möglichst aller Geschäfte, jedenfalls aber derjenigen, welche Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände feilhalten, an den ersten Feiertagen gestattet

und dem Erholungsbedürfniß der Geschäftsinhaber und Angestellten durch entsprechende Bestimmungen bezüglich der zweiten Feiertage Rechnung getragen wird;

3. eine durch entsprechende Aenderung des Abschnitts II der Anweisung vom 20. Juli 1892, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, zu bewirkende Ausdehnung der Erlaubniß zur Offenhaltung der Verkaufsläden an den letzten vier Sonntagen des Jahres bis zu den Grenzen des gesetzlich Zulässigen als dringend wünschenswerth erachten, und zwar mit der Maßgabe, daß die derzeitige Begrenzung der freigegebenen Zeit bis 7 Uhr aufgehoben werde;
4. ebenso die gesetzliche Erweiterung dieser den Behörden eingeräumten Befugniß auf die letzten Sonntage vor dem Ofter- und Pfingstfeste, möglichst für alle Geschäfte, jedenfalls aber für diejenigen, welche sogenannte Saison-Artikel (Hut-, Schirm-, Konfektions-, Fußbekleidungsbranche u. dgl. m.) feilhalten, empfehlen;
5. eine möglichst gleichmäßige Behandlung sowohl der zwar in verschiedenen Verwaltungsbezirken, aber unter gleichen Verhältnissen arbeitenden Geschäfte als auch der verschiedenen Geschäftszweige vorschlagen, so daß beispielsweise der Mißstand beseitigt würde, daß Delikatessewaarenhandlungen die Wirthschaftskonzession zum uneingeschränkten Verkauf ihrer Waaren benutzen;
6. die Verordnung, wonach die Schaufenster auch in den für den Ladenverkehr an Sonn- und Festtagen freigegebenen Stunden verhängt bleiben sollen, aufzuheben bitten;
7. auf Grund des § 105a der Gewerbeordnung für den Handel mit Cigarren und Tabak außer den allgemein freigegebenen fünf Verkaufsstunden noch zwei oder drei Nachmittagsstunden, und zwar ohne besondere Bedingungen bezüglich der Angestellten und Lehrlinge, eingeräumt wissen möchten;
8. erhebliche Erleichterungen des Bahnhofsbuchhandels an Sonn- und Feiertagen nach den in dieser Beziehung vorliegenden Erfahrungen als unumgänglich und die Befürchtung, daß hierdurch eine nennenswerthe Schädigung des Sortimentsbuchhandels eintreten könnte, als unbegründet erachten.

Zur Begründung des im Obigen gekennzeichneten Standpunktes gestatten wir uns Folgendes zu bemerken.

Wir halten im Allgemeinen daran fest, daß es für Handel und Verkehr nichts Besseres giebt, als die freie Bewegungsfähigkeit, und daß Versuche, durch Beschränkung der freien Bewegung etwaige Mißstände abzuwenden, in der Regel zu neuen größeren Schäden führen, als

die man hat beseitigen wollen oder im günstigsten Falle beseitigt hat. Doch dürfen wir ebenso vollen Glauben für unsere Versicherung in Anspruch nehmen, daß wir jetzt, da es sich nicht mehr de lege ferenda handelt, uns vorbehalten auf den Boden der geltenden gesetzlichen Einrichtungen stellen und nicht gesonnen sind, eine Praxis in Vorschlag zu bringen, die irgend dazu angethan wäre, der Absicht der neuen Gesetzgebung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im Wege zu sein und den Geschäftsinhabern und Angestellten eine auskömmliche Sonntagsruhe zu beschränken.

Was die Frage anlangt, ob wir hinsichtlich einer Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen Wünsche geltend machen möchten, berufen wir uns auf die im Namen des Centralausschusses hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine unter dem 27. März 1893 an die Herren Minister für Handel und Gewerbe, der geistlichen und Medizinalangelegenheiten und des Innern gerichtete Eingabe um Abänderung, beziehungsweise einheitliche Gestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Sonntagsruhe (Reichsgewerbeordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891). Auch in dieser Eingabe haben wir betont, daß es nicht in unserer Absicht liegt, eine grundsätzliche Reform des Gesetzes über die Sonntagsruhe, beziehungsweise der in den §§ 105 a bis d der Reichsgewerbeordnung festgelegten Bestimmungen anzustreben, daß wir vielmehr diese Bestimmungen als Grundlage nehmen für unsere Wünsche hinsichtlich einer anderweiten Regelung der Ausführungsvorschriften, soweit diese in Gemäßheit der §§ 105 c bis e der Zuständigkeit des Bundesraths und der Verwaltungsbehörden unterliegen. Wir setzen voraus, daß die in § 3 der für den Stadtkreis Berlin erlassenen polizeilichen Verordnung vom 20. Juni 1892 vorgesehenen Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung der im Handelsgewerbe thätigen Personen am ersten Ofter-, Pfingst- und Weihnachtstage von der höheren Verwaltungsbehörde angeordnet werden könnten. In dieser Voraussetzung erlaubten wir uns darauf hinzuweisen, daß erfahrungsmäßig gerade an den ersten Feiertagen für weite Bevölkerungskreise ein besonderes Bedürfniß zu Festeinkäufen vorliegt, namentlich an Nahrungs-, Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen, weil ein großer Theil der mittleren und ärmeren Bevölkerung an den Vorabenden der Feiertage dem Erwerb bis zu später Stunde nachzugehen hat. Wir schlagen deshalb wiederholt vor, auf diese Sachlage Rücksicht zu nehmen, und zwar am besten durch generelle Freigabe der fünf Geschäftsstunden an den ersten Feiertagen, da sich die Grenze schwer ziehen läßt und von der Freigabe in denjenigen Geschäftszweigen, für welche kein Bedürfniß besteht, ohnedies kein Gebrauch gemacht werden würde;

dem Ruhebedürfniß der Geschäftsinhaber und Angestellten würde dann an den zweiten Feiertagen in ausgedehntem Maße Rechnung zu tragen sein. Ohne entsprechende Aenderung des § 105 b Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung ist das allerdings nicht angängig.

Auf dieselbe Eingabe gestatten wir uns hinsichtlich der obigen Punkte 4, 5 und 6 Bezug zu nehmen. Die besonderen Bedürfnisse, die es namentlich in Berlin wünschenswerth machen, daß die Erlaubniß zur Offenhaltung der Verkaufsläden an den letzten Sonntagen des Jahres (vor Weihnachten und Silvester) bis an die Grenzen des gesetzlich Gestatteten ausgedehnt werde, haben wir in wiederholten Eingaben — unter dem 30. September 1893 an das Königl. Polizei-Präsidium, unter dem 13. Oktober 1894 ebenfalls an das Königl. Polizei-Präsidium, unter dem 3. Dezember 1894 an den Herrn Minister des Innern —, auf die wir uns hiermit ergebenst berufen, näher zu begründen versucht. Wir sind dabei von der Auffassung ausgegangen, die wir noch jetzt für richtig halten, daß das geltende Gesetz, entgegen der seitherigen Gepflogenheit, den höheren Behörden die diskretionäre Befugniß giebt, an einer Reihe von Sonntagen die Offenhaltung der Ladengeschäfte und die Beschäftigung der Angestellten für die Dauer von zehn Stunden mit der einzigen Einschränkung zu gestatten, daß während der Kirchenstunden der Betrieb ruht.

Was unserem damals ausgesprochenen Wunsche entgegensteht, ist nicht das Gesetz vom 1. Juni 1891, sondern die Anweisung, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 10. Juni 1892. In dieser Anweisung ist unter II im Schlußsatz bestimmt, daß die Ueberschreitung der sonntäglichen fünf Arbeitsstunden „in der Regel nicht über 6 Uhr und niemals über 7 Uhr Abends hinaus zuzulassen ist“.

Durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidiums ist bereits im vorigen Jahre ein Entgegenkommen auf halbem Wege in dankenswerther Weise bewiesen worden, indem der Ladenverkehr an den in Rede stehenden Sonntagen generell bis Abends 7 Uhr freigegeben wurde. Ein weiteres Eingehen auf unsere Wünsche wurde seiner Zeit von dem Herrn Minister des Innern unserem Vorstehenden mündlich in Aussicht gestellt, ist jedoch ohne eine entsprechende Aenderung jener Anweisung unmöglich.

Daß die sonntäglichen Verkaufsstunden für die einzelnen Zweige des Handelsgewerbes nach den aus örtlichen oder sonstigen Gründen außerordentlich verschiedenen Bedürfnissen verschieden festgesetzt werden, wie bisher, halten wir im Allgemeinen für empfehlenswerth. Allerdings giebt die derzeitige Art der Durchführung dieses Grundsatzes in vielen Kreisen zu Bedenken Anlaß.

So ist namentlich der Wunsch laut geworden, die zulässige Geschäftszeit zusammenhängend, etwa

auf die Vormittagsstunden von 7—12 Uhr, zu legen. Andererseits muß es beispielsweise fremden, wenn in der Umgegend von Berlin die zufällige Zugehörigkeit von Orten mit sonst gleichartigen Verhältnissen zu dem einen oder anderen Kreise über die strengere oder mildere Handhabung der Sonntagsruhe entscheidet und oft in unmittelbar nebeneinander liegenden Häusern geradezu entgegengesetzte Vorschriften bestehen. Dabei ist keineswegs immer auf die besonderen Bedürfnisse des Einzelfalles Rücksicht genommen, z. B. der Eigenart der Ausflugsorte, in denen ein nennenswerther geschäftlicher Umsatz in gewissen Waaren überhaupt nur Sonntags zu erzielen ist, häufig nicht Rechnung getragen. Wir möchten uns in dieser Richtung nur die allgemeine Andeutung gestatten, daß eine möglichste Erweiterung des Einflusses der Selbstverwaltungskörperschaften auf dem in Rede stehenden Gebiet voraussichtlich vielen Klagen abhelfen würde.

Was die Spezialfragen betrifft, so erkennen wir das Vorhandensein eines Bedürfnisses an, für den Handel mit Cigarren und Tabak, auf Grund des § 105 e der Gewerbeordnung, außer den allgemein freigegebenen fünf Verkaufsstunden noch zwei oder drei Nachmittagsstunden eingeräumt zu erhalten. Es ist eine Thatsache, daß durch die seitherige Uebung die Versorgung der Cigarrenkonsumenten an den Sonntagen zu einem sehr erheblichen Theile auf die Gastwirthe übergegangen ist, zum Nachtheil für die Cigarrengeschäfte, auch zum Nachtheil für die Konsumenten, und zum alleinigen Vortheil für die Gastwirthe, denen ein besonderes Benefizium zuzuwenden das Gesetz gewiß nicht beabsichtigt hat.

Indem wir diesen Umstand hervorheben, möchten wir keineswegs einer Beschränkung des Gewerbebetriebes der Gast- und Schankwirthe — Spezialfrage II — das Wort reden. Eine derartige Beschränkung würde nicht eine restitutio in integrum der Geschädigten zur Folge haben, sondern eine neue Schädigung schaffen und es ferner — abgesehen von der Erregung einer weitgehenden Mißstimmung — vorbereiten und erleichtern, daß sich bei uns in unerwünschter Weise das Klubwesen nach englischem Muster einbürgert.

Bezüglich der dritten Spezialfrage ist es ein berechtigter Wunsch des reisenden Publikums, daß für den Buchhandel auf Bahnhöfen bedeutende Erleichterungen zugelassen werden. Eine Konkurrenz der übrigen Buchhändler mit dem Bahnhofsbuchhändler findet nach den uns von maßgebenden Vertretern des Buchhandels gewordenen Mittheilungen nur in außerordentlich beschränktem Maße statt, weil der Reisende nur in den seltensten Fällen früher als auf der Station selbst überhaupt auf den Gedanken kommt, sich mit Eisenbahnlektüre zu versorgen.“

Braunschweigische Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Im abgelaufenen Jahre hat sich die Betriebseinnahme durch die ausgedehnten Kanalisationsarbeiten innerhalb der Stadt, die zeitweise sechs Wochen lang unsere Hauptlinie sperrten und alle Linien verschiedentlich berührten, sowie auch durch den kalten, ungünstigen Sommer um 7219.79 Mk. verringert.

Die Zahl der Pferde und Wagen war dieselbe wie 1893.

Eine Aenderung in der Betriebslänge unserer Gleise ist nicht eingetreten.

Unsere Wagen legten 793524 km zurück.

Die Gewinn- und Verlustrechnung pro 1894 ergibt einen Reingewinn einschließlich des vorjährigen Vortrages von Mk. 2111.57

Mk. 34986.29

Von demselben gehen statutengemäß für den Reservefonds

5 Prozent Mk. 1643.74

und den Aufsichtsrath als Tantième

5 Prozent ab 1643.74 „ 3287.48

Mk. 31698.81

Als Dividende sind 25 Mk. (5 Prozent) pro Aktie gezahlt worden.

Zusammenstellung der Betriebseinnahmen der vier Betriebslinien:

	im Jahre 1890	im Jahre 1891	im Jahre 1892	im Jahre 1893	im Jahre 1894
Richmondlinie	Mk. 60849.60	Mk. 60109.30	Mk. 61231.30	Mk. 65941.35	Mk. 64307.65
Wendenthorlinie	„ 52115.70	„ 51630.—	„ 49843.45	„ 51365.80	„ 50682.70
Hofenthorlinie	„ 49140.—	„ 51372.10	„ 53469.60	„ 62449.40	„ 59440.65
Pettrithorlinie	„ 17407.50	„ 19457.20	„ 20238.45	„ 23296.40	„ 22168.13
Abonnements- und andere Betriebseinnahmen	„ 10265.10	„ 10628.20	„ 13137.70	„ 14157.97	„ 13392.—
	Mk. 189777.90	Mk. 193196.80	Mk. 197920.50	Mk. 217210.92	Mk. 209991.13

Polizeiliche Revisionen der Maße und Gewichte in Fabriken.

Der Handelsminister hat an die Handelskammern nachstehendes Rundschreiben versandt: „Eine Anzahl von Handelskammern ist wegen einer Verfügung bei mir vorstellig geworden, die ich über die Kontrolle der in Fabriken benutzten Maß- und Wagemittel in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern unter dem 10. April v. J. an die höheren Verwaltungsbehörden gerichtet habe. In diesem Erlasse ist ausgeführt, daß die auf Artikel 10 der Maß- und Gewichtsordnung in Verbindung mit § 369 Ziffer 2 des Strafgesetzbuchs beruhende Verpflichtung der Gewerbetreibenden, in ihrem Betriebe nur gehörig gestempelte und innerhalb der nachgelassenen Verkehrsfehlergrenzen richtige Maß- und Wagemittel zu verwenden, nicht nur den Kleinhandel, sondern auch die Fabrikanten umfasse, sofern sie ihre Waaren — wenn auch im Großverkehr — so doch nach Maß und Gewicht abgeben. Dem zu Folge ist bestimmt worden, daß auch bei diesen Fabrikanten die der Kontrolle des Maß- und Gewichtswesens dienenden Revisionen vorzunehmen seien, die sich im Hinblick auf den Wortlaut des § 369² a. a. D. auf alle im Besitze des Gewerbetreibenden befindlichen Maße u. f. w. zu erstrecken hätten. Dem gegenüber wird in den an mich gelangten Vorstellungen der Handelskammern fast durchgehend die Auf-

fassung vertreten, daß Fabrikanten den maß- und gewichtspolizeilichen Vorschriften überhaupt nicht unterworfen, diese vielmehr nur für den Kleinverkehr bestimmt seien. Es wird deshalb in erster Linie gewünscht, daß eine Kontrolle der in Fabriken benutzten Maß- und Wagemittel gänzlich unterbleibe und nur eventuell beantragt, daß wenigstens die im inneren Betriebe verwendeten Maße u. von der Kontrolle befreit blieben. Einige wenige Handelskammern beschränken sich auf den letzteren Antrag, indem sie es für gerechtfertigt erklären, daß die Maß- und Wagemittel, die vom Fabrikanten beim Absafe ihrer Erzeugnisse, wenn auch nur im Großverkehr, benutzt werden, den Vorschriften der Maß- und Gewichtspolizei zu unterwerfen seien. Die Auffassung, daß die maß- und gewichtspolizeilichen Revisionen auch bei solchen Fabrikanten auszuführen seien, die ihre Erzeugnisse nach Maß und Gewicht abgeben, ist in dem Eingang erwähnten Erlasse vom 10. April v. J. in folgender Weise begründet worden: „Nach Artikel 10 der Maß- und Gewichtsordnung dürfen zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehr nur gehörig gestempelte Maße, Gewichte und Waagen angewendet werden. Da diese Vorschrift für den Umfang der polizeilichen Maß- und Gewichts-Revisionen maßgebend ist, so ist deren Zulässigkeit bei Fabrikanten davon abhängig, ob der Ein- und Verkauf von Waaren nach Maß oder Gewicht im Großverkehr als öffentlicher Verkehr anzusehen ist. Dies ist zu bejahen. Denn wenn unter öffentlichem Verkehr ein Ver-

kehr mit Jedermann (quavis ex populo) zu verstehen ist, so liegt ein solcher im Großbetriebe nicht minder vor, als im Kleinhandel. Auch der Fabrikant, der an Händler im Großen verkauft, pflegt ohne Rücksicht auf die Person jedem zu liefern, dessen Angebot ihm annehmbar erscheint, und sein Komptoir ist Kauflustigen nicht weniger zugänglich, als das Geschäftslokal des Kleinhändlers seinen Kunden. Versteht man aber unter öffentlichem Verkehr den nach außen tretenden Verkehr im Gegensatz zu dem inneren Betriebe der Fabrik, so ist auch bei dieser Auffassung der Verkehr des Fabrikanten mit den Zwischenhändlern nicht als innerer Betrieb, sondern als öffentlicher Verkehr anzusehen. Fabrikanten, die nach Maß und Gewicht lediglich im Großen ein- und verkaufen, sind darnach den Maß- und Gewichtsrevisionen ebenso unterworfen, wie die an das große Publikum absetzenden Kleinhändler. In den Vorstellungen der Handelskammern ist die Unrichtigkeit dieser Auffassung nicht dargethan worden. Ebenförmig ist versucht worden, die behauptete Nichtanwendbarkeit der maß- und gewichtspolizeilichen Bestimmungen auf Fabrikbetriebe gegenüber den bestehenden Rechtsvorschriften, insbesondere dem Art. 10 der Maß- und Gewichtsordnung zu begründen. Muß deshalb an der Ansicht festgehalten werden, daß die in Fabrikbetrieben benutzten Meß- und Wagemittel den Bestimmungen der Maß- und Gewichtspolizei und den zu deren Sicherung angeordneten Kontrollen dann unterworfen seien, wenn sie zum Zumessen oder Zuwägen für Käufer benutzt werden, auch wenn der Absatz nur im Großen erfolgt, so war es andererseits thöricht, den Wünschen der Handelskammern insoweit zu entsprechen, als sie sich auf Beschränkung der Revisionen auf die Verkaufsräume richteten. Die Möglichkeit hierzu ist durch eine neuerdings ergangene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gegeben worden, in der der Satz aufgestellt und begründet ist, daß die behördlichen Maß- und Gewichtsrevisionen nur in den Räumen ausgeführt werden dürfen, in denen Waaren für Jedermann feilgehalten oder verkauft werden, während sie in den Räumen, wo der Gewerbetreibende seine Waaren ausschließlich angefertigt, nicht statthaft seien. Obwohl diese Entscheidung im Hinblick auf den Wortlaut des § 369 Ziffer 2 des Strafgesetzbuchs, wonach ein Gewerbetreibender sich durch den bloßen Besitz unvorschriftsmäßiger Maße u. strafbar macht, nicht unangreifbar erscheint, so habe ich doch keinen Anstand genommen, den — den Wünschen der Betheiligten entsprechenden — Standpunkt des Oberverwaltungsgerichts anzunehmen. Ich habe daher in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern angeordnet, daß die maß- und gewichtspolizeilichen Revisionen in Fabriken in Zukunft auf die Räume zu beschränkt sind, in denen sich der Absatz der Er-

zeugnisse vollzieht, während sie sich auf die dem inneren Fabrikationsbetriebe dienenden Räume nicht zu erstrecken haben."

Statistisches.

Uebersicht

des Verkehrs in den Wollmärkten der Stadt Braunschweig für die Jahre 1893 und 1894.

Nr.	Bezeichnung	Maßstab	Kalenderjahr	
			1893	1894
1	Bestand an unverkauften Vorräthen des Vorjahres	kg	5330.50	5522.50
2	Dazu sind an Landwolle eingegangen:			
	a) zum ersten (Juli) Markte	kg	8456	960.50
	b) zum zweiten (August) Markte	kg	610.50	—
	Zusammen	kg	9066.50	960.50
3	Davon sind am Schlusse des Jahres noch unverkauft gewesen . .	kg	5522.50	—
4	Gezahlte Preise für die verkaufte Wolle pro 100 kg:			
	a) für feine Landwolle	Mk.	170—200	160—190
	b) für mittlr. Landwolle	Mk.	150—170	140—170
	c) für grobe Landwolle	Mk.	120—160	120—150

Uebersicht

der Geschäfte der Kammer für Handelssachen bei dem Herzoglichen Landgerichte Braunschweig während der Geschäftsjahre 1885 bis 1894.

Zahl der bei Beginn des Jahres anhängigen Prozeßsachen	Zahl der im Laufe des Jahres anhängig gewordenen Prozeßsachen	Zahl der stattgehabten mündlichen Verhandlungen		Im Laufe des Jahres sind abgegeben:			
		nicht kontratorische	kontratorische	Urtheile auf Vertheilung, Vertheilung, Vertheilung, Vertheilung	Urtheile nach Contratorischer Verhandlung	Verweise	beschlüsse
1885: 48	286	273	118	184	35	46	
1886: 67	379	567	158	255	40	70	
1887: 64	436	412	171	275	49	61	
1888: 91	448	434	173	309	55	83	
1889: 91	450	321	152	290	47	75	
1890: 119	427	305	126	282	43	68	
1891: 115	543	375	187	347	67	85	
1892: 147	722	466	280	437	81	124	
1893: 196	746	513	265	491	75	114	
1894: 189	753	557	290	544	88	132	

U e b e r s i c h t

über die den Weinhändlern des Herzogthums Braunschweig gewährten Zollbegünstigungen für die Reichshaushaltsjahre 1891/92, 1892/93 und 1893/94.

Nr.	Bezeichnung	Maß- stab	Reichshaushaltsjahr		
			1891-92	1892-93	1893-94
1	Zahl der Weinhandlungen, welchen Zollbegünstigungen gewährt sind	Anzahl	6	6	6
2	Darunter befinden sich solche:				
	a) welche eisernen Kredit genießen	"	6	6	6
	b) welche Theilungsläger für Weine besitzen	"	3	4	4
3	Auf eisernen Kredit sind abgelassen:				
	a) zum Saße von 20 Mf. f. 100 kg	100 kg	16 521	15 862	15 490
	b) zum Saße von 24 Mf. f. 100 kg	"		615	623
	c) zum Saße von 48 Mf. f. 100 kg	"	—	—	—
	d) zum Saße von 80 Mf. f. 100 kg	"	—	—	—
4	Betrag des den Wein- händlern im Laufe des Jahres für Wein- zoll bewilligten Geld- kredits	Mf.	131 090	124 031	110 481
5	Unverzollte Wein- mengen auf Lägern unter Zollverschluß:				
	a) in Theilungs- lägern . . .	100 kg	2 889	2 265	2 793
	b) in sonstigen Lägern . . .	"	—	—	—

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Fernsprechverbindung Braunschweig-Hamburg.

Nach einer der hiesigen Handelskammer zu-
gegangenen Mittheilung der Kaiserlichen Ober-
postdirektion hier selbst ist der Sprechverkehr
zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel einer-
seits und Hamburg, Altona (Elbe), Bergedorf,
Blankenese, Harburg (Elbe), Schiffbeck und
Wandsbeck andererseits am 7. September d. J.
eröffnet worden.

Fernsprechverbindung Braunschweig-Bremen.

Nach einer an die Handelskammer für das
Herzogthum Braunschweig erfolgten Mittheilung
der Kaiserlichen Oberpostdirektion hier selbst vom
4. September ist die neue Fernsprechleitung
Braunschweig-Hildesheim-Hannover am 2. Sep-
tember d. J. dem Verkehr übergeben worden.
Unter Benützung dieser Leitung ist der Fern-
sprechverkehr zwischen Braunschweig und Wolfen-
büttel einerseits und Bremen, Bremerhafen und
Vegeack andererseits am 5. September eröffnet
worden.

Kleine Mittheilungen.

Regelung des Submissionswesens in Deutschland.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Bittau
hat ihre Forderungen betreffend die Reorganisation
des Submissionswesens formulirt wie folgt:

1. Die Vergebung von Arbeiten und Liefere-
rungen darf nicht an einen Generalunter-
nehmer, sondern nur an fachkundige Fachleute
erfolgen.
2. Bei der Ausschreibung sind die Loose möglichst
klein zu bemessen.
3. Personen, die wegen Bankerotts bestraft sind,
sind von der Vergebung auszuschließen.
4. Bei der Vergebung von Arbeiten oder Liefere-
rungen sollen eidlich verpflichtete Sachver-
ständige, denen jeder unmittelbare und mittel-
bare Wettbewerb verboten sein muß, zuge-
zogen werden, falls auffällige Preisnoti-
rungen bei den Angeboten zu Tage treten.
5. Den Submittenten muß das Recht, bei Er-
öffnung der Offerten zugegen zu sein, ge-
währleistet werden.
6. Die Arbeiten und Lieferungen sind bei an-
gemessenen Angeboten möglichst am Orte zu
vergeben.

Patentbureau Braunschweig. Carl Arndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Wolfenbüttlerstr. 50.

Fernsprecher Nr. 597.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschuz.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck und Verlag von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Verlag
und Expedition:
Bureau
der Handelskammer.

Monatschrift

für

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

✓ Vierteljährlich 1 Mf.
Anzeigengebühr:
1/8 Seite 5 Mf., 1/4 Seite
9 Mf., 1/2 Seite 15 Mf.,
1/1 Seite 25 Mf.

Nr. 10.

Braunschweig, Oktober 1895.

V. Jahrgang.

Inserat-Aufträge werden vom Bureau der Handelskammer, sowie von dem Buchhändler Wilhelm Lohmann, Kaftanten-Allee 25, II, entgegengenommen.

A. Z. D. 18—10232/95.

Bekanntmachung.

Um unserer Monatschrift für Handel und Industrie einen weiteren Eingang in den Kreisen unserer Wahlberechtigten zu verschaffen, haben wir beschlossen, dieselbe dadurch auszugestalten, daß wir künftighin regelmäßige Uebersichten über alle Braunschweigs Handel und Industrie berührenden amtlichen Bekanntmachungen, insbesondere auch über die Veränderungen des Firmenregisters, über Konkurse und dergl., sowie laufende Berichte über die Lage der hauptsächlichsten Braunschweigischen Industrien zum Abdruck bringen werden. Wir lassen bis auf Weiteres ein Exemplar der Monatschrift auch allen denjenigen Firmen zugehen, welche seither die Monatschrift noch nicht bezogen haben, damit dieselben Gelegenheit haben, sich über den Inhalt derselben zu unterrichten. Bestellungen auf die Zeitschrift (jährlich 4 Mf.) nimmt das Bureau der Handelskammer schriftlich oder mündlich entgegen.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. D. 9—9709/95.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Betheiligten, daß Ursprungszeugnisse für Sendungen nach der Schweiz nicht mehr erforderlich sind.

Braunschweig, 16. Oktober 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

A. Z. A. I 16—10231/95.

Bekanntmachung.

Der deutsch-chilenische Handelsvertrag vom 1. Februar 1862 ist vor Kurzem gekündigt worden, und in Folge dieser Bestimmungen

werden nicht nur die Bestimmungen dieses Vertrages, sondern auch diejenigen der Zusatzverhandlungen vom 14. Juli 1869, soweit sie nicht lediglich die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Theilen und ihren Angehörigen betreffen, mit Ablauf des 27. August 1896 außer Kraft treten.

Behufs Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen bezw. Abschlusses eines neuen Vertrages werden die Verhandlungen voraussichtlich bald eingeleitet werden. Es ist deshalb erforderlich, daß die Wünsche, welche in dieser Beziehung von Handel und Industrie gehegt werden, rechtzeitig zur Kenntniß der Reichsregierung gebracht werden.

Wir ersuchen daher die Interessenten unseres Bezirkes, etwaige Wünsche uns baldigst einzureichen.

Es liegt uns ferner daran, zu erfahren, welcher Art und wie hoch der Werth der nach Chile ausgeführten Waaren sich beziffert, außerdem welchen Weg die Ausfuhr nimmt, namentlich ob dieselbe über belgische, holländische oder englische Häfen geleitet wird.

Braunschweig, 17. Oktober 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Züdel.

Dr. Stegemann.

Lage des Kleinhandels.

Für die erste Hälfte des Dezember ist seitens der Handelskammer Osnaabrück eine Berathung über die Lage des Kleinhandels ins Auge gefaßt worden. Eine größere Anzahl Handelskammern hat sich bereit erklärt, diese Berathung zu beschicken, da die zur Verhandlung stehende Frage ein weitgehendes Interesse wohl in sämtlichen Handelskammer-Bezirken in Anspruch nimmt. Zur Verhandlung werden alle Fragen kommen, die in den letzten Jahren aus den Kreisen des Kleinhandels heraus als Mißstände empfunden werden, z. B. die unverhältnismäßige Ausdehnung des Hausirens, Detail-

reisens, die Ausverkäufe, Wanderlager &c. Auch soll auf dieser Konferenz die Frage der Konsumvereine eingehend und, frei von jeder Animosität, d. h. rein sachlich, erörtert werden. Das Referat über diesen letzterwähnten Gegenstand hat die hiesige Handelskammer übernommen, die zu diesem Zwecke zunächst in ihrem eigenen Bezirke noch diesbezügliche Besprechungen mit den Betheiligten abhalten wird.

Fortbildungsschulwesen.

Seitens des Herzoglichen Staatsministeriums ist der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig der Statuten-Entwurf betr. die Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule für Lehrlinge des Kaufmannsstandes &c. in der Stadt Seesen zur Aeußerung zugegangen.

Es liegen jetzt bereits Anträge auf Errichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen im Herzogthum Braunschweig vor: aus den Städten Schöningen, Gandersheim, Königslutter, Holzminden, Wolfenbüttel, Helmstedt und Seesen, mit ihren diesbezüglichen Beschlüssen stehen noch aus die Städte Braunschweig und Schöppenstedt. Das von den städtischen Behörden in Blankenburg beschlossene Statut ist seitens der Herzoglichen Kreisdirektion dem Herzoglichen Staatsministerium noch nicht eingereicht worden.

Förderung des stenographischen Unterrichtes in Handelskreisen.

Von dem Vorstande des Gabelsberger Stenographen-Vereins ist bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eine Eingabe eingereicht worden, die Kammer möge bei der demnächstigen Einrichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen im Herzogthum Braunschweig die Stenographie unter die nothwendigen Lehrfächer aufnehmen. Die am 4.—5. Oktober in Braunschweig stattgefundenen Verhandlungen über die Einrichtung und Ausgestaltung von kaufmännischen Fortbildungsschulen hätten klar bewiesen, welchen großen Werth der deutsche Kaufmann auf die Kenntnisse einer brauchbaren Kurzschrift zu legen habe. Der Verein sei in der Lage, in jeder Stadt des Herzogthums Braunschweig einen tüchtigen Lehrer der Stenographie nachzuweisen.

Der Verein bittet ferner die Handelskammer, auch bei den Inhabern kaufmännischer Geschäfte dahin wirken zu wollen, daß die Geschäftsinhaber ihren jungen Leuten die Stenographie empfehlen und ihnen die hierzu nöthige Zeit einräumen möchten. Der Verein erklärt sich gern bereit, neben den schon bestehenden Kursen einen Sonderkursus für Kaufleute einzurichten, auch ist derselbe bereit, noch einen besonderen Kursus für Geschäftsinhaber zu eröffnen.

Zollbehandlung von gegerbten Häuten und Fellen nach dem italienischen Tarife.

Wie uns von zuständiger Seite mitgetheilt wird, enthält das im diesjährigen Septemberheft des „Deutschen Handels-Archivs“ mitgetheilte italienische Finanzgesetz vom 8. August d. J. u. A. in der Anlage K zum Artikel 6 einige Aenderungen hinsichtlich der in Nr. 190 d des italienischen Tarifs vorgeesehenen Zollbehandlung von gegerbten Häuten und Fellen, welche die Unterabtheilungen 1, 2 und 6 betreffen.

Nähere Mittheilungen über die eingetretenen Abänderungen können auf dem Bureau der Handelskammer eingesehen werden.

Regelung der Sonntagsruhe.

In unserer September-Nummer haben wir eine Eingabe des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller betr. die Regelung der Sonntagsruhe zum Abdruck gebracht, die seitens der Handelskammer für Oberbayern scharf angegriffen worden ist. Wir erhalten zu diesem Vorgange heute Abschrift eines an die genannte Handelskammer gerichteten Schreibens und kommen dem Ersuchen um Veröffentlichung hiermit nach.

Berlin, den 16. Oktober 1895.

An die Handels- und Gewerbekammer
für Oberbayern
München.

In Ihrer 35. öffentlichen Sitzung vom 10. v. Mts. haben Sie sich mit dem Gutachten beschäftigt, welches wir auf die Anfrage erstattet haben, die der Herr Polizei-Präsident im Auftrage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe über die Frage der Abänderung der geltenden Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe an uns gerichtet hatte.

Nach dem uns von Ihnen übermittelten offiziellen, anscheinend wortgetreuen Bericht hat Ihr Referent, Herr Stehert, in jener von 11 unter 27 Mitgliedern besuchten Sitzung bezüglich unseres erwähnten Gutachtens Aeußerungen gethan, gegen die wir entschieden Verwahrung einlegen müssen.

Espricht sich schon in den von dem Herrn Referenten gebrauchten Worten: „Berliner Lokalschmerzen“ ein Mißmollen aus, das selbst einen wenig geschmackvollen und thatsächlich unangemessenen Ausdruck nicht scheut, so überschreitet der genannte Herr die Grenzen sogar einer ungerechtfertigten Selbstschätzung, wenn er sich das Recht zuschreibt, einen unserer Vorschläge nicht bloß „unerhört“ zu nennen, sondern uns auch billige Denkwiese abzuverkennen, indem er von jenem Vorschlage jagt, er „müsse das religiöse und ethische Gefühl jedes Billig-

denkenden verlegen“, und er für geboten erachtet, unser „Verlangen“ in die gebührenden Schranken zurückzuweisen.

Wir würden Ihrem Herrn Referenten dankbar für jede sachliche Widerlegung und für jede Belehrung gewesen sein — etwa darüber, weshalb der erste Feiertag vom religiösen oder irgend einem anderen Standpunkte aus gegenüber dem zweiten Feiertage eine abweichende Bedeutung hat — wir können aber in der Unhöflichkeit eines Verweises keinen Ersatz für die fehlende Berechtigung zur Ertheilung eines solchen erblicken.

Wir bedauern ganz besonders, zu dieser Abwehr dadurch gezwungen zu sein, daß Ihr Herr Vorsitzender es nicht als in seiner Pflicht liegend erachtet hat, uns gegen schon formal ungehörige Angriffe in Schutz zu nehmen.

Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller.

gez. L. M. Goldberger. Emil Jacob.

Centralauschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine.

gez. E. Keilpflug. D. Bergmann.

Internationale Ausstellung für Schifffahrt und Fischerei in Kiel 1896.

Die Internationale Ausstellung für Schifffahrt und Fischerei, zu der Geheimrer Kommerzienrath Sartori, Präsident der Handelskammer zu Kiel die erste Anregung gegeben hat, ist in erster Linie berufen, ein thunlichst vollkommenes Bild von dem gegenwärtigen Stande des Schiffbaues, der Technik und aller Fortschritte auf allen Zweigen des Maschinenwesens für die Gebiete des Schiffsverkehrs und aller zu ihm in Verbindung stehenden Industrien darzubieten.

Angeichts der gewaltigen Umgestaltungen und Erfindungen, welche die letzten Jahrzehnte zeitigt haben, wird eine von allen Nationen besandte Schifffahrts-Ausstellung ein hochinteressantes Bild der modernen Technik bieten.

Außer durch Fahrzeuge und deren Modelle, soll dies auch durch Zeichnungen, Photographien u. s. w. veranschaulicht werden und damit eine Darstellung der historischen Entwicklung des Schiffbaues und Schiffmaschinenbaues, sowie aller für den Dienst der Schifffahrt erforderlichen Hilfsmittel von früheren Jahrhunderten bis zur Neuzeit verknüpft sein.

Im Anschluß an die Schifffahrts-Ausstellung ist gleichzeitig eine internationale Fischerei-Ausstellung geplant.

Der Vorstand, welcher auf eine umfangreiche Betheiligung hofft, erbittet sich baldige Anmeldung.

Der selbe entscheidet ausschließlich über die Zulässigkeit der angemeldeten Gegenstände event.

über Reduktion des verlangten Raumes und bestimmt dessen Lage.

Die Anmeldung der Gegenstände ist bis 1. Dezember 1895 zu bewirken.

Die Ausstellung soll am 13. Mai 1896 eröffnet und Ende September geschlossen werden.

Wir wünschen dem verdienstvollen Unternehmen unsererseits den besten Fortgang und empfehlen dasselbe den Betheiligten unseres Bezirkes angelegentlichst.

Statement showing the value of the declared exports from the consular district of Brunswick, Germany, to the United States during the quarter ending June 30 th. 1895.

Articles	in Mark	in Dollars
1. Animals, birds live	8 282.—	1 971.12
2. Asphalt	12 962.—	3 084.95
3. Books and printed matter	22 473.—	5 348.57
4. Cement, portland	18 126.—	4 314.—
5. Chemicals, drugs etc.	142 431.—	33 898.58
6. Glassware	68 113.—	16 210.90
7. Gloves and gloves leather	356 652.—	84 883.18
8. Instruments, scientific & optical	6 053.—	1 440.60
9. Metal wares and machinery	9 366.—	2 229.11
10. Provisions, vegetables canned	2 542.—	605.—
11. Sugar, raw and beet	978 118.—	232 792.10
12. Sugar, refined	195 931.—	46 631.60
13. Sundries	12 881.—	3 065.69
Total	1 833 930.—	436 475.40
Corresponding quarter 1894	1 339 469.—	318 793.74
Increase	494 461.—	117 681.66

Markenschutz in den Konsulargerichtsbezirken, speziell in Marokko.

In einem Spezialfalle sind Zweifel über die Anwendbarkeit der Markenschutzgesetze in den Konsulargerichtsbezirken, speziell in Marokko, hervorgetreten. Aus diesem Anlaß wird hierzu bemerkt, daß das Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 in den Konsulargerichtsbezirken in Geltung steht (§§ 3 und 4 des Gesetzes vom 10. Juli 1879, R.-G.-Bl. S. 197), und die diesseitigen Konsuln somit berechtigt und verpflichtet sind, auf dem zivil- und strafgerichtlichen Wege gegen diejenigen im Bezirke aufhältlichen Reichsangehörigen und Schutzgenossen einzuschreiten, welche eine in Deutschland, sei es für einen Deutschen oder einen Ausländer, geschützte Marke unbefugt verwerthen. Es ist beispielsweise Reichsangehörigen gesetzlich nicht gestattet, für die Waaren-Einfuhr nach Marokko eines Zeichens sich zu bedienen, für welches ein Franzose in Deutschland den gesetzlichen Schutz erlangt hat. Und umgekehrt

kann nach einer Erklärung der französischen Regierung der Schutz der französischen Konsuln in Marokko in denjenigen Fällen angerufen werden, in denen Franzosen im marokkanischen Verkehr ein von einem Deutschen in Frankreich deponirtes Zeichen unbefugt verwerthen.

Valentin Heinemanns Hof.

Die in Valentin Heinemanns Hof freigewordene Kammer, welche durch die hiesige Handelskammer zu belegen ist, ist dem Maschinenarbeiter Wilhelm Blanke bis auf Weiteres unentgeltlich überlassen worden.

Eisenbahnverkehr.

Die Interessenten in Königslutter haben bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig den Antrag gestellt, dafür einzutreten, daß die die Station Königslutter Nachts passierenden Züge Nr. 145 und 146 künftig dort halten und daß der Zug Nr. 122, welcher Nachmittags 5⁵⁸ in Helmstedt eintrifft, über Königslutter nach Braunschweig zum Anschluß an den Zug Nr. 162 nach Hannover, welcher 7²⁶ Abends von Braunschweig abfährt, durchgeführt werde.

Die Interessenten der Strecke Wolfenbüttel-Zerzheim haben die Unterstützung der Handelskammer für nachstehende von ihnen gewünschte Abänderung des nächsten Sommerfahrplanes gewünscht:

1. Die Einführung eines Personenzuges von Braunschweig nach Zerzheim Abends 10^{1/2} oder 11 Uhr. Bisher ist der letzte Zug Abends 8¹⁶ Uhr aus Braunschweig abgegangen und es ist den Bewohnern der Strecke Wolfenbüttel-Zerzheim und Umgegend nicht möglich, ohne große Geldopfer und Zeitaufwand Theater, Konzerte oder dergleichen zu besuchen. Es genügt auch schon, wenn ein Zug von Wolfenbüttel aus an die von Braunschweig abgehenden Abendzüge 9⁵⁰ oder 12⁰⁰ Uhr angeschlossen würde. An der Strecke Wolfenbüttel-Zerzheim liegen sechs bedeutende Zuckerfabriken und zahlreiche große Ortschaften, welche der Bahn enorme Einnahmen sichern; es erscheint daher nicht unbillig, wenn die Bewohner genannter Strecke mit Bestimmtheit auf die endliche Erfüllung dieses Wunsches rechnen. Diesbezügliche zahlreiche Petitionen sind bisher leider unberücksichtigt geblieben;
2. wäre es wünschenswerth, wenn der aus Braunschweig 10⁴⁶ Morgens abgehende Zug ca. $\frac{1}{2}$ Stunde später abgehen würde, etwa um 11^{1/4} Uhr, damit dem die Strecke Braunschweig-Zerzheim befahrenden Publikum, das fast ausschließlich 9⁰⁸ früh in Braunschweig ankommt, mehr Ruhe geboten werde, etwaige Geschäfte erledigen zu können. Der Aufenthalt von 1^{1/4} Stunden ist etwas zu kurz und wer in dieser Zeit nicht fertig wird, ist gezwungen, bis 2²⁵ zu warten;
3. wünschen dieselben, daß der 7³⁸ Abends aus Harzburg abgehende Zug in Wolfenbüttel vor dem aus Braunschweig 8³⁶ ankommenden und nach Zerzheim fahrenden einlaufe, aus Harzburg also vielleicht 10 Minuten früher abfare, weil dann die Bewohner der Strecke Wolfenbüttel-Zerzheim, welche den Harz besucht haben, noch von Wolfenbüttel aus nach Hause gelangen können; oder aber, daß die Retourbillets Dettum oder Wendessen-Harzburg auch über Zerzheim Gültigkeit haben.

4. Zum Schluß wünschen dieselben, daß der Zug 1²² Mittags (Nischersleben-Braunschweig) ca. 10 Minuten früher in Braunschweig einlaufe, damit die Bewohner der Strecke Zerzheim-Braunschweig noch den Anschluß nach Magdeburg, 1¹⁵ ab Braunschweig, erreichen, bezw. daß der Zug Braunschweig-Magdeburg ca. 10 Minuten später aus Braunschweig abfare.

Die jetzt vom Regierungspräsidenten zu Hannover genehmigte vollspurige Kleinbahn für Personen- und Güterverkehr von Boldagien (Kreis Holzminden) über Salzhemmendorf, Ihüste, Weenzen nach Duingen, sollte nach bisherigen Vereinbarungen über Grünenplan, Delligsen und Wippenstein weitergeführt werden und bei letzterem Orte in die Bahnstrecke Hannover-Cassel einmünden. Neuerdings ist nun ein hauptsächlich von Alfelder Interessenten vertretenes Projekt aufgetaucht, nach welchem die Weiterführung jener Bahn von Duingen über Brunkensen durch das Glenethal und ihre Einmündung in Alfeld beabsichtigt wird. Um einer zu großen Benachtheiligung der Interessenten der Orte Delligsen und Grünenplan zc., die dieses neue Projekt unzweifelhaft zur Folge haben würde, vorzubeugen, ist in Folge dahingehender Vorstellungen jener Orte ferner geplant worden, dieselben durch eine Stichbahn mit der Strecke Duingen-Alfeld zu verbinden. Interessenten von Delligsen haben nun, hierauf Bezug nehmend, an das Herzogliche Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie dasselbe bitten, „den event. Bau der Strecke von Duingen über Brunkensen nach Alfeld über Braunschweigisches Gebiet nicht genehmigen zu wollen, wenn nicht volle Garantie gegeben wird, daß auch die projektierte Stichbahn gleichzeitig zur Ausführung gelangt und also Delligsen in die Bahnlinie hineingezogen wird“.

Nach einer Mittheilung der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg ist vom 1. Oktober d. J. ab der Seehafen-Ausnahmetarif C für die Beförderung von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchten, Raps- und Rübsaat, Malz, Mühlenenerzeugnissen und aus Getreide oder Mühlenenerzeugnissen hergestellten Kaffee-Ersatzmitteln zur Ausfuhr über See nach außerdeutschen Ländern (einschließlich der deutschen überseeischen Kolonien) zur Einführung gekommen. Derselbe findet Anwendung auf Entfernungen von mehr als 101 km und ist gebildet worden für Entfernungen von 102 bis 400 km durch Anstoß von 1.43 Pfg. für das tkm an den Frachtsatz des Spezialtarifs I für 101 km, von 0.57 Mk. pro 100 kg und für Entfernungen von über 400 km durch Anstoß des Einheitsatzes des Spezialtarifs I von 4.50 Pfg. pro tkm an den in vorbezeichneter Weise ermittelten Satz des in Frage stehenden Ausnahmetarifs für 400 km von 1.00 Mk.

pro 100 kg. Die Ermäßigung der Fracht gegenüber den Sätzen des Spezialtarifs I beträgt für die Wagenladung von 10000 kg z. B. für 200 km 31 Mk., für 300 km 62 Mk. und für Entfernungen von 400 km und darüber 92 Mk.

Aus landwirthschaftlichen Kreisen ist der Antrag gestellt worden, diesen Ausnahmetarif auf die Ausfuhr auf Landwegen nach außerdeutschen Ländern, z. B. Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Oesterreich-Ungarn, auszu dehnen.

Die Königliche Eisenbahn-Direktion ersucht nun die hiesige Handelskammer um eine gutachtliche Aeußerung zu diesem Antrage, über welchen die Letztere demnächst sich vernehmen lassen wird.

Diesbezügliche Wünsche werden auf dem Bureau der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig entgegengenommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Wolfenbüttel nahm in ihrer Sitzung vom 9. September 1895 Kenntniß von einem Antwortschreiben der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg auf die Eingabe wegen der unhaltbaren Zustände bei dem **Wolfenbütteler Staatsbahnhofe**. Dasselbe lautet: Auf die an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe vom 1. März dieses Jahres benachrichtigen wir den Magistrat im Auftrage des Herrn Ministers, daß von der Erweiterung des Empfangsgebäudes, sowie von der Ausschließung der Wartesäle aus der Bahnsteigsperrre Abstand genommen werden, dagegen insofern eine Aenderung eintreten soll, als der Zugang der Reisenden zum Bahnsteige wie bisher durch das Empfangsgebäude, der Abgang der ankommenden Reisenden aber unmittelbar vom Bahnsteige ohne Berührung des Gebäudes nach der Zufahrtstraße erfolgen wird. Ferner ist eine Ueberdachung des Hauptbahnsteigs vor dem Empfangsgebäude in Aussicht genommen. Die Ausführungen der Eingabe, welche sich auf die Verschlechterung des Fahrplans und auf den Anschluß der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn an den Staatsbahnhof beziehen, können als zutreffend nicht anerkannt werden. Die Aufhebung einzelner Züge hat theils wegen mangelhafter Besetzung derselben stattgefunden, theils ist solche in Folge Fahrplanänderung durch Vereinigung zweier Züge eingetreten, dagegen hat der Fahrplan dadurch eine wesentliche Verbesserung erfahren, daß a) die Züge 201 und 212, welche früher nur während des Sommers verkehrten, seit 1889/90 das ganze Jahr hindurch gefahren werden, und b) die D-Züge Nr. 31 und 32 Berlin-Braunschweig-Hildesheim-Köln, mit Anschluß von Hildesheim nach Hannover, eingelegt sind, von denen Zug 31 unmittelbaren Anschluß von Wolfenbüttel (Zug 223), Zug 32 solchen in beiden

Richtungen (Züge 326 und 208) bietet. Die mit der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn geführten Unterhandlungen über den Anschluß derselben an den Staatsbahnhof Wolfenbüttel haben sich lediglich auf den Anschluß des Güterverkehrs erstreckt und ist bei denselben von vorn herein mit Rücksicht auf die ganz erheblichen Schwierigkeiten, welche bei der eingengten Lage des Bahnhofes sich einer Ausdehnung desselben in der Breite entgegenstellen, von der Durchführung eines allen Anforderungen genügenden Anschlußentwurfs allerseits Abstand genommen worden. Auch wurde in Anbetracht des Umstandes, daß der Personenverkehr der Zweigbahn Hoheweg-Wolfenbüttel lediglich lokaler Natur ist und ein Uebergangsverkehr von und nach dem Staatsbahnhofe in nennenswerther Weise nicht in Frage kommt, von der Ueberführung von Personenwagen abgesehen. Die Herstellung eines Fußgängertunnels unter den Bahnhofsgleisen in der Halchterstraße kann wegen der besonderen Schwierigkeiten und den sehr erheblichen Kosten der Ausführung nicht in Aussicht gestellt werden. Ebenso wenig kann an eine Verlegung des Bahnhofes oder des für den Güterverkehr bestimmten Theiles desselben, wie solche in der Eingabe angeregt ist, gedacht werden. Eine solche Verlegung würde, wenn sie ausführbar sein sollte, auch nicht im Interesse der Stadt liegen. Indessen soll zur Erleichterung des Fußgängerverkehrs die jetzige Schranke an der Halchterstraße, welche über die ganze Breite derselben reicht, getheilt, d. h. an jeder Seite zu einer Schranke für den Fußgänger- und für den Wagenverkehr eingerichtet werden. Durch diese Anordnung wird es dem Wärter möglich, die Schranke für den Fußgängerverkehr später zu schließen und früher zu öffnen, als die für den Wagenverkehr und den Schluß des ersteren auf die kürzeste Zeit zu beschränken.

Post, Telegraphie und Telephonie.

Bei der Postagentur in Trautenstein ist am 12. September d. J. der Telegraphenbetrieb mit Unfallmeldebedienstet eingerichtet.

Ueber die Benützung der jüngst eröffneten Fernsprechverbindungen mit Hamburg wird insofern Klage geführt, als die Anschlüsse, wie behauptet wird, vielfach nur schwer zu erlangen sind. Es wird beabsichtigt, in dieser Beziehung genauere statistische Feststellungen vorzunehmen.

Die bereits mehrfach gegebene Anregung, den Fernspredienst in Braunschweig weiblichen Beamten anzuvertrauen, wird neuerdings wieder lebhaft befürwortet.

Personalien und Auszeichnungen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen u. haben geruht, dem Werkmeister Aug. Brendecke in Braunschweig, mit Rücksicht auf dessen langjährige treue Dienste bei der Firma G. Luther ebendasselbst, das neben dem Herzoglichen Orden Heinrichs des Löwen gestiftete Verdienstkreuz II. Klasse zu verleihen.

Der Apotheker Dr. Paul Degener in Braunschweig, Privatdozent der Herzoglichen technischen Hochschule, ist auf die Ausführung chemischer Analysen und Abgabe chemischer Gutachten jeder Art beeidigt worden.

Der Maschinenfabrik R. Karges in Braunschweig sind auf der Lübecker Ausstellung verschiedene Auszeichnungen verliehen, u. A. ein Staatspreis.

Die Firma Theod. Halle & Sohn feierte am 4. Oktober d. J. ihr 150jähriges Geschäftsjubiläum.

XXV. Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig,

Donnerstag, den 3. Oktober 1895,

Nachmittags 3 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend sind die Herren Kommerzien-Rath Fiedel, Dr. Schmidt, Leo, Lemmer, Natalis, Gutkind, Lüttge, Dr. Warß, Störig (sämmlich in Braunschweig), Barnewitz (Wolfenbüttel), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Stadtrath Schmidt (Helmstedt), Stadtrath Willeke (Königsutter), Rehn (Holzminden), Stadtrath Ballin und Dr. Martin (Sandersheim), Corves (Blankenburg), Dr. Stegemann, Dr. Stoy. Entschuldigt fehlen die Herren Gerloff (Braunschweig), Strümpell (Schöppenstedt), Dorguth (Helmstedt), Schäffer (Schöningen), Liebold (Holzminden), Schruff (Blankenburg).

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 3¹/₄ Uhr.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

I.

In seinem Geschäftsberichte giebt der Syndikus zunächst vertraulich Kenntniß von einem seitens des Herzoglichen Staatsministeriums an die Kammer gestellten Ersuchen.

Erledigt ist seit der letzten Plenarsitzung die Katalogisirung der Bibliothek der Handelskammer. — Aus Anlaß der bevorstehenden Fortbildungsschulkonferenz ist in Folge Aufforderung der in

Betracht kommenden Verleger der Handelskammer eine Bibliothek von circa 1000 Bänden zur Verfügung gestellt worden. Dieselbe ist bereits katalogisirt, und soll den an der Konferenz theilnehmenden Vertretern der einzelnen kaufmännischen Fortbildungsschulen je ein Katalog zur Verfügung gestellt werden. — Gegen das Messerschmidt'sche Projekt des Braunschweiger Stichkanals sind seitens der Revisionskommission in Münster verschiedene Bedenken geltend gemacht worden und werden zur Zeit technische Vorarbeiten für ein neues Projekt vorgenommen.

Für die in den folgenden Tagen stattfindende Fortbildungsschulkonferenz sind so zahlreiche Anmeldungen von Theilnehmern eingegangen, daß dieselbe einen früher nicht vorausgesehenen Umfang erhalten wird. Andererseits liegen auch einige Abgagen vor, unter denen sich bedauerlicher Weise die der Herren Referenten Kaiserl. Rath Professor Glasser-Wien und Dr. Fiedler-Breslau finden, die durch plötzliche Erkrankung gezwungen sind, den Verhandlungen fernzubleiben.

II.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: Ersatzwahl im Wahlbezirke Wolfenbüttel, wird durch die Wahl des Herrn Barnewitz-Wolfenbüttel zum Wahlkommissar erledigt.

III.

Punkt 3 wird wegen Abwesenheit des Herrn Referenten Gutkind bis zu dessen Erscheinen vorläufig zurückgestellt und es gelangt zur Verhandlung

IV.

Punkt 4: Gesuche des Kaufmanns Julius Klinghammer und des Handelslehrers William Brammer in Braunschweig um Ernennung zu vereidigten Bücher-Revisoren, sowie ein Antrag des Herrn Gerloff, nach welchem die Bücherrevisoren sich verpflichten sollen, für solche Gesellschaften, deren Bücher sie revidiren, im Laufe des folgenden Jahres keine Geschäfte zu machen.

Begründet war dieser Antrag damit, daß die Bücherrevisoren vielfach Agenten seien und leicht verleitet werden könnten, ihr Amt bei der Abwicklung ihrer eigenen Geschäfte zu ihren Gunsten zu mißbrauchen.

Es wird beschlossen, die beiden Gesuche zurückzustellen, bis über die Qualifikation der Gesuchsteller die nöthigen Erfundigungen eingezogen worden sind.

Der Antrag Gerloff wird, da der Antragsteller nicht anwesend ist, bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Da der Referent zu Punkt 3: Eingabe des Ausschusses zur Förderung des Rheins-Meiser-Elbe-Kanals, betr. Gewährung einer weiteren Beihilfe von 300 Mk., inzwischen

erschienen ist, gelangt zunächst dieser Punkt zur Verhandlung.

Nach einer kurzen Darlegung der Sachlage seitens des Referenten Herrn Gutfind beschließt die Versammlung, die gewünschte Beihilfe nicht zu gewähren, da durch den Braunschweiger Kanalverein bereits eine Verbindung der Braunschweiger Interessenten mit denen des Hauptkanals hergestellt sei und andererseits für die Betreibung des neuerdings stark in Frage gestellten Stichkanalprojektes alle verfügbaren Mittel reservirt werden müßten.

V.

Punkt 5 der Tagesordnung: Eingabe des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und des Centralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, betr. Abänderung der für die Sonntagsruhe geltenden Bestimmungen, beschließt die Versammlung nach kurzer Debatte so lange zurückzustellen, bis das Ministerium in dieser Angelegenheit die Kammer um gutachtliche Aeußerung ersucht hat. Damit ist auch

Punkt 6: Eingabe des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter von Braunschweig und Umgegend um Beibehaltung der bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe, erledigt.

VII.

Zu Punkt 7: Berathung über die am 4. und 5. Oktober stattfindende Fortbildungsschulkonferenz macht der Vorsitzende der Versammlung einige geschäftliche Mittheilungen.

VIII.

Außerhalb der Tagesordnung referirte Herr Dr. Schmidt über ein Gesuch des Vorstandes der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Blankenburg um eine Geldunterstützung von 50 Mk. Dieselbe wird bewilligt.

IX.

Dem Rechnungsführer, Herrn Leo, wird für die Jahresrechnung pro 1. April 1894/95, da keine Erinnerungen dagegen erhoben sind, Entlastung ertheilt.

Nach einer kurzen Mittheilung des Vorsitzenden, daß etwaige Wünsche bezügl. der Sommerfahrpläne im Laufe der nächsten vier Wochen der Kammer eingereicht werden möchten, wird hierauf die Sitzung um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.

Jüdel.

Der Protokollführer.

Dr. Stegemann.

Braunschweigische Industriesammlung.

Die nachbenannten Firmen haben für die von der Handelskammer eingeleitete Industriesammlung werthvolle Beiträge geleistet.

Wir können diese Liste nicht veröffentlichen, ohne unserem besonderen Danke Ausdruck zu geben für die ebenso verdienstliche wie verständnißvolle Unterstützung, die wir bei unserem gemeinnützigen Unternehmen gefunden haben. Wir stellen mit Genugthuung fest, daß es uns trotz der Kürze der Zeit möglich gewesen ist, Dank der Hilfsbereitschaft nachstehender Firmen, in einem Zeitraum von vier Wochen eine Sammlung zu Stande zu bringen, die heute schon drei Zimmer füllt und die gelegentlich des am 4.—5. Oktober hier stattgehabten Kongresses den Theilnehmern an demselben gezeigt hat, wie aus den Kreisen der Kaufmannschaft selbst heraus werthvolle Anschauungsmittel für die Wirthschaftskunde des Heimathlandes geschaffen werden können.

Die Sammlungen sind uns fast ausnahmslos in geschmackvollen Aufmachungen, Schränken, Kästen, Gestellen und dergl. zur Verfügung gestellt (bezw. sind die Kosten für die unsererseits veranlaßte Aufmachung von den Firmen nachträglich in bereitwilliger Weise auf eigene Rechnung übernommen worden). Die Sammlung stellt sich daher auch äußerlich als eine recht werthvolle Repräsentation der Industrie und des Handels Braunschweigs dar. Sobald ausreichende Räume zur Verfügung gestellt sein werden, beabsichtigen wir, die Sammlung auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Bis dahin werden wir bemüht sein, die noch fehlenden Ergänzungen zu beschaffen, damit jede Industrie und jedes Handwerk würdig zur Anschauung gelangt. Für jede diesbezügliche Ueberweisung werden wir herzlich dankbar sein. Diejenigen Gewerbetreibenden, die uns nach dieser Richtung hin unterstützen wollen, laden wir freundlichst ein, durch vorherige Besichtigung der Sammlung (Breitestraße 9) sich persönlich zu unterrichten, in welcher Form etwa ihrerseits noch zur Vervollständigung der Sammlungen beigetragen werden kann, damit die Letzteren sich mehr und mehr zu einem Industriemuseum ausgestalten können.

1. Hüttenprodukte der Blei-, Kupfer- und Silberproduktion. Geschenk des Königlich Preussischen und Herzoglich Braunschweigischen Kommunion-Hüttenamts in Der. Nr. 1 bis 6 Rohmaterialien. Nr. 7—12 Produkte. Nr. 13—37 Zwischenprodukte.

2. Roheisen-Produktion. Geschenk der Harzer Werke zu Rübeland und Zorge in Blankenburg. Nr. 1—5 Eisensteine. Nr. 6—7 Schlacken. Nr. 8—10 Qualitäts-Gießerei-Roheisen (verschiedene Entwicklungsstadien).

3. Centralweihen-Anlage. Geschenk der Firma Max Südel & Co. in Braunschweig. Modell einer Stellwerksanlage auf dem Bahnhofe Wülfing.

4. Gas- und Wasseranlagen zc. Geschenk der Firma Max Laubmeyer & Co. zu Braunschweig. Nr. 1 eine elektrische Klingelanlage mit Abstellvorrichtung. Nr. 2 Verbindungen von Bleidruckröhren für Wasserleitungen im Hause. Nr. 3 Theerstrick und Hanf (Stammtau) zum Dichten von gußeisernen Muffenverbindungen. Nr. 4 Strickeisen und Verstärker zum Dichten von gußeisernen Muffenverbindungen. Nr. 5 Muffendichtung zweier gußeiserner Kanalisationsrohre für Hausleitungen (Dichtung mit Theerstrick, Hanf und Blei). Nr. 6 Modell eines Badeofens mit Wanne.

5. Korken-Fabrikation. Geschenk der Firma Wilh. Brodthage in Braunschweig. Nr. 1 Korkleiche. Nr. 2 Korkholz in verschiedenen Stärken. Nr. 3 Korken in verschiedenen Größen. Nr. 4 Zierkorkholz zu Dekorationszwecken. Nr. 5 Bohrkorken. Nr. 6 Maschinenkorken. Nr. 7 Handschnittkorken. Nr. 8 Abfälle, zerkleinert zur Linoleumfabrikation. Nr. 9 Linoleum und Isolirmasse. Nr. 10 Erzeugnisse aus Kork (Korkpapier, Federhalter zc.).

6. Buchdruckerei. Geschenk von Friedr. Viesweg & Sohn in Braunschweig. I. Die Entstehung des Buches. Nr. 1 Herstellung des Buches: a) Manuskript. b) aus dem Geschnittenen ausgebundener Schriftsatz. c) Winkelhaken mit Sechslinie und Satz. d) Hauskorrektur. e) Verfasserkorrektur. f) erster Maschinenabzug (nicht zugerichtet). g) zweiter Maschinenabzug (mit einer Zurichtung). h) dritter Maschinenabzug (druckfertig). i) gefalzter Bogen (auf der kombinierten Falz- und Fadenheftmaschine, dazu die Zeichnung derselben). k) die zusammengetragenen Druckbogen. l) das fertige Buch. Nr. 2 Erzeugniß der Zweifarbenmaschine. Nr. 3 die Herstellung der Spekttralfarben.

7. Xylographie in Verbindung mit der Galvanoplastik. a) Xylographie. Nr. 1 Buchsbaumholzplatte. Nr. 2 Originalzeichnung. Nr. 3 Photographie aus Holz. Nr. 4 nachgezeichnete Photographie. Nr. 5 fertiger Holzschnitt nebst Stacheln. Nr. 6 Handabzug vom Holzschnitt. b) Galvanoplastik. Nr. 7 Wachstafel. Nr. 8 grafitirte Wachsmatrize. Nr. 9 Galvanoplastische Verkupferungseinrichtung (Modell). Nr. 10 Halbfertiger Niederschlag. Nr. 11 fertiger Niederschlag. Nr. 12 hintergeöffneter Niederschlag. Nr. 13 druckfertiges cliché.

8. Schriftgießerei und Stereotypie. a) Schriftgießerei. Nr. 1 das alte Gießinstrument nebst Gießlöffel. Nr. 2 Handmaschinenguß. Nr. 3 Kompletmaschinenguß. b) Stereotypie. Nr. 1 Papiermatrize. Nr. 2 Stereotypplatte. Nr. 3 Abzug davon.

9. Rotationsdruck. Geschenk von Albert Limbach in Braunschweig. Nr. 1 Manuskript. Nr. 2 ein Stück Satz. Nr. 3 Seiden-, Kupferdruck- und braun Löschpapier zur Herstellung der Matrize. Nr. 4 Matrizenpulver. Nr. 5 eingeschlagene Matrize. Nr. 6 fertige Matrize. Nr. 7 Weichblei. Nr. 8 Antimon. Nr. 9 Zinn. Nr. 10 gemischtes Metall. Nr. 11 gegoffene Platte. Nr. 12 gedruckter Stadt-Anzeiger.

10. Herrenfilzhutfabrikation. Geschenk der Firma W. Sprung jun. in Braunschweig. Nr. 1 Hasenfell, roh, gerupft, geschnitten. Nr. 2—4 verschiedene Arten von Hasenhaaren. Nr. 5 Kaninhaare. Nr. 6—7 geblasenes Haar. Nr. 8 bis 11 gefärbtes Haar. Nr. 12 ungefärbter Filz. Nr. 13 gefärbter Filz. Nr. 14 Stumpfen, roh. Nr. 15 Stumpfen, gefärbt. Nr. 16 Stumpfen, roh, gebimst. Nr. 17 Stumpfen, gesteißt, ungefärbt. Nr. 18 Stumpfen, gesteißt, gefärbt. Nr. 19 Hut auf der Form. Nr. 20 Holzform. Nr. 21 fertiger Hut, ohne Garnitur. Nr. 22 fertiger Hut. Nr. 23 Seidenhut in Arbeit.

11. Strohhut- und Damenfilzhut-Fabrikation. Geschenk der Firma Gebr. Hermann in Braunschweig. a) Strohhut-Fabrikation. Nr. 1 Veranschaulichung der Flechtereie. Nr. 2 Chinesische Geflechte. Nr. 3 Japanische Geflechte. Nr. 4 Italienische Geflechte. Nr. 5 Schweizer Geflechte. Nr. 6 Sächsische Geflechte. Nr. 7 Barmer Rigen. Nr. 8 Farbenkarte (Proben verschieden gefärbter Strohhorten). Nr. 9—10 Strohhutnäähmaschine mit Veranschaulichung des Nähens. Nr. 11 halbfertig genähter Damenstrophut. Nr. 12 fertig genähter Damenstrophut. Nr. 13—14 Arten von Appreturleim. Nr. 15 Appretirter Damenstrophut. Nr. 16 Damenstrophut auf der Eisenform. Nr. 17 Damenstrophut auf der Holzform. Nr. 18 fertige Damenhüte. Nr. 19 fertiger Herrenstrophut. b) Damenfilzhut-Fabrikation. Nr. 20 gefärbte Wollfilzstumpe. Nr. 21 Appretirte Wollfilzstumpe. Nr. 22 Filzhut auf der Form. Nr. 23 fertiger Filzhut. Nr. 24 Farbenkarte (verschieden gefärbte Filze).

12. Wollgarn-Fabrikation. Geschenk der Firma Pfeiffer & Schmidt in Braunschweig. Nr. 1—4 Qualitäten australischer Schweißwolle. Nr. 5—8 Qualitäten gewaschener Wolle. Nr. 9—12 Qualitäten von Rämmlingen. Nr. 13—15 Qualitäten von Rammzug. Nr. 17—20 Qualitäten gefärbter Zug. Nr. 21—24 Qualitäten vierfach gezwirntes Garn (roh, gewaschen, melirt, gefärbt). Nr. 25 naturbraune Schweißwolle. Nr. 26 naturbraune gewaschene Wolle und Zug. Nr. 27 einfaches Garn, roh (Qualität 1—4). Nr. 28 Vorgepinnst, melirt (Qualität 1—4). Nr. 29 einfaches Garn, melirt (Qualität 1—4). Nr. 30 Vorgepinnst (Qualität 1—4).

13. Tuch-Fabrikation. Geschenke der Firma G. H. Minte in Wolfenbüttel. Nr. 1 Un-

gewaschene grobe deutsche Wolle. Nr. 2—5 Arten gewaschener Wolle. Nr. 6—8 Kunstwolle. Nr. 9—24 Garnsorten. Nr. 25—32, Nr. 33 bis 40, Nr. 41—48 Herstellung von 3 Tuchsorten aus Wolle. Nr. 49—53 Herstellung von Tuch aus Shoddy. Nr. 54—58 Herstellung von Cheviot-Tuch. Nr. 59—61, Nr. 62—63 Herstellung von Rammgarnstoff. Nr. 64 Weber Schiff. Nr. 65—66 Raufkarden. Nr. 67 Abbildung einer Doppelrauhmaschine. Nr. 68 Drahtbeschlag in arbeitenden v. Krempel-Maschinen. Nr. 69—71 Abbildung von Krempelmaschinen. Nr. 72—83 Tucharten.

14. Jute- und Flachsendustrie. Geschenk der Braunschweigischen Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsendustrie zu Braunschweig. Nr. 1—2 rohe Jutefasern (2 Qualitäten). Nr. 3—10 Jutebänder. Nr. 11 bis 19 einfache und gezwirnte Jutegarne, roh und gefärbt. Nr. 20—23 Jute-Vorgarne. Nr. 24 bis 28 Jute-Kettengarne. Nr. 29—31 Jute-Schußgarne. Nr. 32 Weber Schiff. Nr. 33—48 Tarpaulings und Baggings. Nr. 49—67 Hessians, schlicht und gestreift. Nr. 68—80 Sackings, schlicht und gestreift. Nr. 81—89 verschiedene Arten von Säcken.

15. Rohzucker-Fabrikation. Geschenk der Zuckerfabrik Wendessen. Nr. 1 Zuckerrübe, roh. Nr. 2 Zuckerrübe, geköpft und gereinigt. Nr. 3 bis 4 Schnitzmesser (22-Teilung). Nr. 5 Dachrippenschnitzmesser-Kasten. Nr. 6—29 verschiedene Produktionsstadien in Gläsern. Nr. 30—49 Photographien von Maschinen u. und Photographien der Zuckerfabrik Wendessen.

16. Produktionsgang der Zuckerraffinerie. Geschenk der Zuckerraffinerie Braunschweig. Nr. 1 Melasse. Nr. 2 Knochenkohle. Nr. 3 Rohzucker. Nr. 4 Nachprodukte. Nr. 5 Farin. Nr. 6 raffinierter Zucker. Nr. 7—10 verschiedene Arten von Würfelzucker. Nr. 11—12 ungeblauter und geblauter Zuckerhut.

17. Chokolade- und Kakao-Fabrikation. Geschenk der Firma Witterkop & Co. in Braunschweig. Nr. 1 Kakaofrucht. Nr. 2 rohe Kakaobohnen. Nr. 3 Kakaoschalen. Nr. 4 geröstete und zerkleinerte Kakaobohnen. Nr. 5a Kakaomasse, wie dieselbe von der Mühle abläuft. Nr. 5 Kakaomasse, wie dieselbe von der Walze kommt. Nr. 6 fertige Chokolade. Nr. 7a entölter Kakao. Nr. 7 entöltes Kakaopulver. Nr. 8a Kakaobutter (wie dieselbe beim Entölen aus der Presse kommt). Nr. 8 gereinigte Kakaobutter. Nr. 9—15 verschiedene fertige Chokoladefabrikate.

18. Cichorien-Fabrikation. Geschenk der Braunschweiger Aktien-Cichorien-Fabrik zu Rühme. Nr. 1 Cichorienfaat. Nr. 2 Cichorienrübe. Nr. 3 gedarrte Cichorien. Nr. 4 gebrannte Cichorien. Nr. 5 Cichorienmehl. Nr. 6 Kaffeeschrot. Nr. 7 Rübenkerne. Nr. 8 Runkelrübe. Nr. 9 gedarrte Zuckerrüben. Nr. 10 Rüben-

mehl. Nr. 11 gebrannte Zuckerrüben. Nr. 12 gebrannter Roggen. Nr. 13 Kaffeemehl. Nr. 14 Surrogat. Nr. 15 Möhrenmehl. Nr. 16 gebrannte Kakaoschalen. Nr. 17—84 fertige Fabrikate.

19. Konserven- und Blechdosen-Fabrikation. Geschenk der Firma A. W. Duerner in Braunschweig. a) Blechdosen-Fabrikation. Nr. 1—7 Herstellung der Blechdosenwandung. Nr. 8—9 Herstellung des Blechdosendeckels. b) Konserven-Fabrikation. Nr. 10—24 fertige Konserven.

20. Rechenmaschine u. Geschenk der Firma Grimme, Natalis & Co. in Braunschweig. Nr. 1 Rechenmaschine. Nr. 2 Bestandtheile derselben. Nr. 3 Feder-Halter.

21. Hanf- und Drahtseilerei. Geschenk der Firma Theod. Halle Sohn in Braunschweig. Nr. 1—5 Hanfsorten, roh und gehehelt. Nr. 6 bis 7 Bindfaden-Musterkarten. Nr. 8—14 verschiedene Sorten von Leinen. Nr. 15—16 Klobenseile. Nr. 17—18 Transmissionsseile. Nr. 19—20 Drahtseile.

22. Watten-Fabrikation. Geschenk der Firma Henry Luther in Braunschweig. Nr. 1—9 verschiedene Sorten Baumwolle. Nr. 10 ostindische Spinnabfälle. Nr. 11 Raufabfall. Nr. 12 schwarz und braun gefärbte Baumwolle. Nr. 13 bis 14 rohe, gebleichte Baumwolle zur Verbandswatte-Fabrikation. Nr. 15 fertige Verbandswatte. Nr. 16 rohe, gefärbte Baumwolle. Nr. 17 rohe, geschlagene Baumwolle. Nr. 18 gekremelte oder Bliedsbaumwolle. Nr. 19—22 schwarze, weiße, braune und melirte Watte. Nr. 23—33 kolorirte Bijouterie-Watte. Nr. 34 schwarze Seidenwatte. Nr. 35 Zeichnung der Maschinen.

23. Gummi- und Guttapercha-Fabrikation. Geschenk der Firma von Dolffs & Helle in Braunschweig. a) Guttapercha-Fabrikation. Nr. 1 Sumatra. Nr. 2 Boulongan. Nr. 2a Guttapercha (von den Eingeborenen geformt. Ursprung Venezuela). Nr. 3 Makassar. Nr. 4 Borneo. Nr. 5 Banjermassin. 3 Schalen aus Guttapercha mit roher Guttapercha in Flocken gefüllt. Eine Stanzplatte. Ein Rohr. Ein Treibriemen. Eine Schnur von Guttapercha. Gereinigte Guttapercha. 5 verschiedene fertige Fabrikate. b) Gummi-Fabrikation. Nr. 1—24 Rohstoffe. Nr. 25—27 Halbfabrikate. Nr. 28 Ganzfabrikate.

24. Porzellan-Fabrikation. Geschenk der Fürstenberger Porzellan-Fabrik in Fürstenberg a. N. Nr. 1 Thon aus Halle. Nr. 2 Chamotteforn. Nr. 3 rohe ungeschlemmte Porzellanerde aus Halle. Nr. 4 geschlemmte böhmische Porzellanerde (Caolin). Nr. 5 geschlemmte und calcinirte böhmische Porzellanerde. Nr. 6 geschlemmte englische Porzellanerde (China-Clay). Nr. 7 geschlemmte und calcinirte englische Porzellanerde. Nr. 8 Quarz aus Böhmen. Nr. 9 roher Quarzsand. Nr. 10 calcinirter Quarzsand.

Nr. 11 roher norwegischer Feldspath. Nr. 12 calcinirter norwegischer Feldspath. Nr. 13 calcinirter und gemahlener norwegischer Feldspath. Nr. 14 gemahlene Porzellanglühcherben. Nr. 15 gemahlene Porzellanglattscherben. Nr. 16 norwegische Flintsteine (Feuersteine). Nr. 17 flüssige Porzellanmasse (sog. Porzellanschlicker). Nr. 18 gepreßte Porzellanmasse. Nr. 19a Gypsformen. Nr. 19b ungebranntes gedrehtes Porzellangeschirr (sog. grünes Geschirr). Nr. 20 verglühtes Porzellangeschirr. Nr. 21 flüssige Glasur. Nr. 22 bis 23 Chamottekapfel. Nr. 25 glasirtes fertiges Porzellan. Nr. 24 Porzellan-Bisquit. Nr. 25 glasirtes Porzellan. Nr. 26 bemaltes oder decorirtes Porzellan.

25. Schirm-fabrikation. Geschenk der Firma W. E. Fesq in Braunschweig. Nr. 1—21 Herstellung der Schirmstangen. Nr. 1—39 Herstellung der Horn-Schirmgriffe. Nr. 1—9 Herstellung geschnitzter Schirmgriffe. Nr. 1—36 Herstellung von Herren-Schirmgriffen aus Holz. Nr. 1 fertiger Kinderschirm.

26. Dachdeckeri, Cementwaaren-fabrikation, Stuckgeschäft. Geschenk der Firma H. Maring in Braunschweig. Nr. 1—9 Schieferarten. Nr. 10 bis 12 verschiedene Arten von Cement-Wand-behangstein. Nr. 13—15 Cement-Dachstein. Nr. 16 Beeteinfassung. Nr. 17—18 verschiedene Arten von hiesigem Sand. Nr. 19 Rostfließ. Nr. 20 Helmstedter Sand. Nr. 21—25 Cementarten. Nr. 26—31 Fußboden-Cementfliesen. Nr. 32 Trottoir-Cementfliesen. Nr. 33—39 verschiedene Arten von künstlichem Sandstein. Nr. 40 Muster eines Daches zur Veranschaulichung verschiedener Arten der Schieferdeckung. Nr. 41 Skizze einer Eckpartie im Hotel „Preussischen Hof“. Nr. 42 Modell des Hauses „Zum Stern“, Kohlmarkt.

27. Ziegel-fabrikation. Geschenk der Aktien-Gesellschaft für Ziegel-Fabrikation zu Braunschweig. Nr. 1—4 Rohmaterial. Nr. 5—26 halbfertige und fertige Ziegel- und Mauersteine.

(Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer.)

Mittheilungen aus dem Herzogthume.

Errichtung einer Maschinenfabrik.

Die Firma Kollau & Tangermann in Helmstedt beabsichtigt in Helmstedt eine Maschinenfabrik und Reparatur-Werkstatt für Maschinen jeder Art zu errichten.

Verein zur Bekämpfung schwindelhafter Möbelanpreisungen und -Verkäufe.

In der Stadt Braunschweig hat sich zur Bekämpfung schwindelhafter Möbelanpreisungen

und -Verkäufe eine Vereinigung gebildet, welche aus Mitgliedern der Tischler- und Tapezierer-Innung besteht und welche sich die Aufgabe gestellt hat, die Zwecke des Vereins durch Ueberwachung des Schwindels im Möbelhandel zu fördern. Der Verein gedenkt theils durch Bekanntmachungen in der Presse, theils durch Anrufung des Schutzes der Behörden seine eigenen Interessen und die des Publikums zu wahren.

Invaliditäts- und Altersversorgungsanstalt in Braunschweig.

Der Invaliditäts- und Altersversorgungsanstalt Braunschweig gehörten nach dem kürzlich erschienenen Verwaltungsberichte für 1894 105000 Versicherte an. Es wurden an Invalidenrenten 38379 Mark, an Altersrenten 120242 Mark gezahlt. Der Erlös für verkaufte Beitragsmarken betrug 1018973 Mark. Es wurden gezahlt: Altersrenten an 169 männliche und 58 weibliche Personen, Invalidenrenten an 288 männliche und 66 weibliche Personen.

Gewerbeschule in Braunschweig.

Die städtische Gewerbeschule ist nach den Ferien am 1. Oktober mit 600 Schülern wieder eröffnet. Des immer noch herrschenden Raum-mangels wegen mußte auch diesmal wieder eine große Zahl der zum Eintritt in die Schule Angemeldeten zurückgewiesen werden. In dem Lehrerkollegium ist eine Veränderung nicht eingetreten. Außer in dem Gebäude an der Kuhstraße, wo sich fünf Klassen befinden, werden auch in diesem Winter in sieben städtischen Schulgebäuden die Schüler der Gewerbeschule unterrichtet.

Falsches Geld.

Nach Mittheilung der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in Braunschweig sind im Monat August in Wolfenbüttel falsche Einmarkstücke mit der Jahreszahl 1876 und 1881 und mit den Münzzeichen A. und C. in Zahlung gegeben. Dieselben sind aus Zinnlegirung in einer von einem echten Exemplar abgenommenen Form gegossen.

Hannoversche Baugewerks-Vereinsgenossen- schaft Sektion III, Braunschweig.

Nach den in diesem Jahre erfolgten Wahlen setzt sich der Sektions-Vorstand für die Zeit vom 1. Oktober 1895 bis 1. Oktober 1896 wie folgt zusammen:

1. Sektions-Vorstand:

1. Albert Rieß, Zimmermeister, Braunschweig, Vorsitzender.
2. J. Fröhlich, Maurermeister, Braunschweig, I. Stellvertreter und Schatzmeister.

3. Th. Göcke, Kreis-Zimmermeister, Braunschweig, II. Stellvertreter und stellv. Schatzmeister.
4. Chr. Meyer, Malermeister, Braunschweig, Schriftführer.
5. Fr. Brahmman, Kreis-Maurermeister, Gandersheim.
6. W. Mügge, Hof-Zimmermeister, Blankenburg a. H.
7. Aug. Ruhe, Kreis-Zimmermeister, Holzminden.
8. H. Wagener, Kreis-Dachdeckermstr., Helmstedt.
9. W. Voigt, Kreis-Dachdeckermstr., Harzburg.

2. Stellvertreter:

Chr. Ebbecke, Maurermeister, Braunschweig.
 H. Maring, Hof-Dachdeckermstr., Braunschweig.
 W. Heise, Maurermeister, Braunschweig.
 C. H. Dallinger, Hof-Maurermstr., Braunschweig.
 H. Warneke, Kreis-Maurermeister, Seesen.
 C. Ulrich, Kreis-Zimmermeister, Hasselfelde.
 H. Ritterbusch, Kreis-Maurermstr., Holzminden.
 A. Grumme, Kreis-Maurermeister, Helmstedt.
 C. Dauer, Kreis-Maurermeister, Wolfenbüttel.

Schiedsgericht

der Leinen-Berufsgenossenschaft.

Das Herzogliche Staats-Ministerium hiersebst bringt unter dem 16. September d. J. in Gemäßheit des § 48 des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 zur öffentlichen Kenntniß, daß sich nach den zum 1. Oktober d. J. vollzogenen Erfaßwahlen das Schiedsgericht der Sektion V der Leinen-Berufsgenossenschaft, unter dem Vorstehe des Landyndikus Rhamm hiersebst, aus folgenden Personen zusammensetzt:

a) aus dem Stande der Arbeitgeber:

Beisitzer:

Fabrikbesitzer Adolf Rothschild zu Stadtholndorf,
 Betriebsdirigent John Mc. Kean hiersebst,

Stellvertreter:

Kaufmann C. Gold in Magdeburg,
 Fabrikbesitzer Otto Saalwächter in Schönebeck,
 Betriebsdirigent Aug. Müller in Bechelde,
 Hofseiler Albert Halle hiersebst;

b) aus dem Stande der Arbeitnehmer:

Beisitzer:

Vorrichter Carl Emmelmann hiersebst,
 Schlosser Paul Stern hiersebst,

Stellvertreter:

Vorrichter Ludwig Rampe hiersebst,
 Vorrichter Friedrich Feustell zu Triebes,
 Obermeister Karl Schelble zu Bleiche b. Gr.-
 Ammensleben,
 Vorrichter August Böhme hiersebst.

Schiedsgericht

der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik.

Das Herzogliche Staats-Ministerium hiersebst bringt unter dem 16. September d. J. in Gemäßheit des § 48 des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 zur öffentlichen Kenntniß, daß nach den zum 1. Oktober d. J. vollzogenen Erfaßwahlen das Schiedsgericht für die Sektion V der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik, unter dem Vorstehe des Landyndikus Rhamm hiersebst, sich aus folgenden Personen zusammensetzt:

a) aus dem Stande der Arbeitgeber:

Beisitzer:

Fabrikant Franz Brückmann hiersebst,
 R. Lehmann, in Firma Baach & Klie,
 hiersebst,

Stellvertreter:

Gustav Fleischhauer in Neustadt-Magdeburg,
 Rudolf Arendt in Neustadt-Magdeburg,
 C. A. Otto Kneist in Hannover,
 Otto Mittelstraß in Magdeburg;

b) aus dem Stande der Arbeitnehmer:

Beisitzer:

Werkzeugschlosser Carl Bartholomäus in Cassel,
 Mechaniker Otto Runat in Hannover,

Stellvertreter:

Mechaniker Carl Ueberich in Cassel,
 Justirer Andreas Freistedt in Neustadt-Magdeburg,
 Justeur Johannes (Juan) Vertl in Frankfurt a. M.,
 Mechaniker Richard Kobelt in Hannover.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie

(September).

Zucker.

Für Rohzucker vorjähriger Kampagne bestand im Anfang des Monats September gute Frage, so daß die Preise etwas anzuziehen vermochten. In der zweiten Hälfte des Monats entwickelte sich für neue, im Herbst lieferbare Waare ein sehr lebhaftes Geschäft, nachdem von anderen Rohzucker produzierenden Ländern, namentlich von Frankreich aus, Berichte einliefen, die eine wesentliche Verschlechterung der Ernteaussichten in Folge anhaltender Trockenheit prognostizierten. Die Preise für Kornzucker erfuhr dadurch eine ziemlich schnelle Erhöhung von ca. 1 Mk. pro Centner und blieben mit kleinen, dem Barometer entsprechenden Schwankungen auch am Schluß des Monats in steigender

Richtung, so daß für gute Raffinerie-Qualitäten der Preis von 11 Mk. pro 50 kg, Basis 88 Prozent, ab Fabrik erzielt werden konnte. Da die großen Vorräthe alter Waare in Hamburg noch billiger gehandelt und angeboten wurden, bewilligte England die von deutschen Raffinerieen für Rohzucker auf Lieferung bezahlten Preise nicht, zeigte aber für raffinierten Zucker d. h. granulated rege Frage und kaufte hier ziemlich erhebliche Quantitäten. Im Inlande blieb das Geschäft in raffiniertem Zucker in engen Grenzen, da die Mehrzahl der Großhändler auf früherem Schluß noch abzunehmen hatte. Die Notirungen konnten deshalb im Laufe des Monats nur um 50 Pfg. pro Centner erhöht werden und waren am Schluß beste, hiesige Brode bei Posten zu 23.50 Mk. pro 50 kg von Raffinerieen käuflich.

Vibrans & Gerloff in Braunschweig.

Fleisch- und Wurstwaaren.

Mit dem Monat September beginnt ein neues Geschäftsjahr für diese Industrie.

Die alten Bestände in vorjähriger Dauerwurst sind bei Fabrikanten wie Händlern zum Theil geräumt, und wird daher frische Waare als Ersatz geboten, auch nehmen die vielen Händler, die im Sommer die Bezüge für frische Sachen einstellen, die Verbindungen wieder auf.

In diesem Jahre war nun der September so außergewöhnlich warm, daß für Händler, die für frische Wurstwaaren nur einen langsamen Absatz haben, der Bezug darin noch unmöglich war, und ist aus diesem Grunde Produktion und Versand gegen die Vorjahre wesentlich geringer gewesen.

Der Absatz in Speck, der in den Sommermonaten sehr gering war, ist gut gewesen, auch zogen die Preise um 3—5 Mark pro Centner an, und wurde je nach Quantum der Centner zu 55—60 Mark begeben. Bleibt die Nachfrage nach Speck noch einige Wochen, so werden die Bestände aus dem Vorjahre wohl noch geräumt werden.

Denecke & Himmel in Braunschweig.

Konserven.

Die Kampagne hat nahezu ihr Ende erreicht und sind die Ernten in den drei bedeutendsten Artikeln Spargel, Erbsen und Bohnen als befriedigend zu bezeichnen. Die Qualität läßt in keinem Gemüse zu wünschen übrig und ist in Erbsen sogar vorzüglich.

In Folge der befriedigenden Ernten sind die Läger der hiesigen Fabriken wohl assortirt. Zu Abschlüssen per Herbstlieferung war im Frühjahr seitens der Kundschaft wenig Neigung vorhanden und konnte das Geschäft erst durch weit-

gehende Konzessionen in den Preisen während der letzten Monate lebhafter gestaltet werden.

A. W. Querner in Braunschweig.

Der Eisenmarkt.

Auf dem Eisenmarkt herrscht reges Leben. — Nachdem den Werken schon seit einiger Zeit die Aufträge aus dem Inland in bedeutender Menge zugeflossen sind, ist nunmehr auch Amerika nach langer Pause wieder als Käufer aufgetreten.

In Folge davon sind nicht nur die Preise für Roheisen, sondern auch diejenigen für Walzeisen, Eisenblech u. erheblich gestiegen. Die Werke sind voll beschäftigt, verlangen theilweise Lieferfristen bis zu acht Wochen und sollen den größten Theil ihrer Produktion für die nächsten sechs Monate verkauft haben.

Es ist zu wünschen, daß die Bewegung, die sich bis jetzt in gesunden Grenzen hält, nicht übertrieben wird, damit die Konsumenten nicht abgeschreckt werden; man kann dann hoffen, daß die Besserung des Marktes von Bestand sein wird.

Wullbrandt & Seele in Braunschweig.

Getreide.

Weizen: Die diesjährige Ernte entsprach nicht den gehegten Erwartungen, da einestheils das bebaute Areal ein geringeres war, als im vorigen Jahre, andernteils die Droschresultate in quantitativer Beziehung nicht befriedigten.

Die Qualität hingegen kann, mit Ausnahme der ersten Zufuhren, die in Folge ungünstigen Wetters vielfach nicht trocken ausfielen, als eine gute bezeichnet werden, umsomehr, als Auswuchs, Brand und befallene Waare nur wenig vorkommt.

Den genügenden Zufuhren gegen Ende August stand schwache Nachfrage gegenüber, so daß sich Preise erst Anfang September durch mangelndes Angebot, welches sich auf den ganzen Monat ausdehnte, etwas heben konnten.

Während in den ersten Tagen des Monats der Preis an hiesiger Börse mit 128 Mark erkl. Courtagé notirt wurde, konnten Mitte desselben 130 Mark und Ende 135 Mark erreicht werden; egale größere Gutsposten dürften auch einige Mark höher bezahlt sein.

Von einem Versand des Artikels nach entlegeneren Bezirken konnte bis jetzt nicht die Rede sein, da jedes Rendement fehlt.

Die Zufuhren wurden hauptsächlich, soweit solche nicht in der Hoffnung auf bessere Zeiten zu Lager gingen, von den hiesigen und umliegenden Mühlen und denjenigen näher Stationen aufgenommen.

Bezüge in amerikanischem Weizen, der sich wesentlich theurer als hiesiger stellt, wurden nur ausnahmsweise gemacht, um kleeberreiche Qualitäten zu erhalten.

Roggen: Die Saaten wurden zum großen Theil durch Frost vernichtet, so daß der Ausfall der diesjährigen Ernte ein nicht unbedeutender ist, und werden wir wohl zu Bezügen von Rußland gezwungen sein.

Auch dieser Artikel wurde meistens von den Mühlen aufgenommen und konnten nur wenige Posten nach nahen Harz-Stationen gehandelt werden. Die Stimmung blieb im ganzen Monat eine feste für den Artikel. Preise notirten Anfangs September 120 Mark und hielten sich bis Ende des Monats auf 124 Mark; vereinzelt haben Benöthigte wohl etwas mehr bezahlt.

Gerste: Die sonst reichliche Ernte wurde durch regnerisches Wetter qualitativ ungünstig beeinflusst; die Farbe der Gerste wurde meistens eine dunkle und es zeigten sich vielfach Auswuchsförner, in Folge dessen ein großer Theil zu Brauzwecken nicht verwendet werden konnte; prima für den Export geeignete Qualitäten erzeugte die nächste Umgegend überhaupt nicht, und die mittleren Sorten fanden zu Preisen von 130 bis 140 Mark bei dringendem Angebot nur schwer Aufnahme.

Von feinen weißen mährischen Gersten dürften nur wenig Ankäufe gemacht sein; Gersten zu Futterzwecken wurden, wie immer, von Rußland und der Donau über Hamburg und Bremen bezogen.

Hafer: Der quantitativ guten Ernte entsprechend stellte sich ein starkes Angebot ein, indessen variierten die Preise derartig durch die Verschiedenheit der Waare, daß man zu Preisen von 105 bis 115 Mark kaufte; beste weiße, kurz gedroschene, schwere Qualitäten wurden etwas höher bezahlt und fanden für östliche Stationen Aufnahme, eine für hier seltene Erscheinung, da wir sonst diesen Artikel aus Rußland, Pommern, Schlesien u. c. zu beziehen pflegen.

Feldbohnen werden hier wenig gebaut, oder doch nur für eigenen Bedarf, und kommen erst später aus Hannover, Thüringen, Galizien, Ostpreußen zum Angebot.

Erbsen: In Viktoria- und grünen Erbsen kommen nur schwache Umsätze in Betracht, erstere wurden mit 150, letztere mit 140 Mark je nach Qualität bezahlt. Getreidebörse Braunschweig.

Kolonialwaaren.

Der unverkennbare Aufschwung, den der Handel im Allgemeinen erfahren hat, zeigt sich auch im Verkehr mit Kolonialwaaren. Die Entwerthung vieler Artikel, wie Gewürze, Südfrüchte u. s. w., hat dadurch aufgehört und vielfach einer Preissteigerung Platz gemacht. Andere Artikel, wie Kaffee z. B., die schon vorher einen verhältnißmäßig hohen Werthstand einnahmen, konnten denselben in Folge der günstigen Umstände mit Leichtigkeit behaupten und ist, selbst in der

Sommerzeit, der Abzug ein befriedigender gewesen. — Eine Ausnahme machte bisher wohl nur der Artikel Schmalz, dessen Werth durch starke Produktion in Amerika gewichen ist.

Gebr. Dannenbaum in Braunschweig.

Geld- und Bankwesen.

Im Bankgeschäft ist man gewohnt, den 1. Oktober in Bezug auf die Diskontopolitik des für den Geldverkehr Deutschlands maßgebenden Instituts, der Reichsbank, als eine scharfe Klappe zu betrachten, und thatsächlich hat dieser Termin wiederholt eine Erhöhung des Bankdiskontos herbeigeführt.

Nachdem aber im Jahre 1894 eine solche nicht stattgefunden und das laufende Jahr eine wahre Geldüberfülle gebracht hat, konnte man bis Anfang September sich dem Glauben hingeben, daß auch der diesjährige Oktobertermin ohne wesentliche Versteifung des Geldmarktes vorübergehen würde.

Dennoch ist diese und zwar in hohem Grade eingetreten; seit längerer Zeit zum ersten Male hat bei der Reichsbank wieder eine Ueberschreitung der steuerfreien Notenzirkulation stattgefunden, und wenn auch, wie in der Regel, in den ersten Tagen des Oktober die Anlagen der Bank sich erheblich vermindert haben, so daß dieselbe wieder über eine steuerfreie Notenreserve von 60 Millionen Mark verfügen kann, so ist die Gefahr der Diskontoerhöhung keineswegs verschwunden. Welchen Ursachen ist nun dieser plötzliche Umschwung auf dem Geldmarkte zuzuschreiben? Diese jetzt, und nicht nur in Fachkreisen vielfach erörterte Frage soll einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. —

Zuvörderst ist zu beachten, daß der Herbst stets im ganz regelmäßigen Verlauf der Dinge größere Anforderungen an den Geldmarkt stellt, als die anderen Jahreszeiten. Die Landwirthschaft, welche bis zur Ernte keine Einnahmen hat, fängt, soweit es sich um die großen Betriebe handelt, nur langsam an, ihre Erträge zu realisiren, und kann daher die entnommenen Vorschüsse noch nicht zurückzahlen. Andererseits braucht der Getreidehandel Geld, da die kleineren Landwirthse ihre Waare meist um diese Zeit an den Markt bringen. Ferner haben die landwirthschaftlichen Nebengewerbe, in erster Reihe die Zuckerindustrie, bis kurz vor dem in diese Zeit fallenden Beginn ihres Betriebes einen großen Geldbedarf, der ihre flüssigen Mittel aufgezehrt oder zu voranschüssweisen Entnahmen geführt hat. Aehnlich ist es mit vielen anderen, selbstständigen Industrien. —

Es ist nun wohl unbestritten, daß zu den hauptsächlichsten Ursachen der Geldfülle, welche seit über einem Jahre überall herrscht, einerseits das Darniederliegen der Industrie, andererseits

die niedrigen Preise der Rohprodukte gehören. Wird nun, wie seit einiger Zeit zu beobachten ist, ein Aufschwung der größeren gewerblichen Thätigkeit von dem Anziehen der Preise begleitet, so liegt es auf der Hand, daß durch diese Faktoren eine größere Anspannung des Geldmarktes hervorgebracht wird, und dies umsomehr, wenn, wie dies gegenwärtig der Fall ist, diese Bewegungen zu einer Zeit geschehen, in der auch sonst schon ein größerer Geldbedarf stattfindet. —

Aber unabhängig von diesen rein wirthschaftlichen Ursachen kommt für die zeitigen Verhältnisse noch ein anderer Faktor in Betracht, „die Börse“.

Lange Zeit hindurch hat die Börse ein ziemlich beschauliches Dasein geführt, aus Gründen theils innerer, theils äußerer Natur. Zu ersteren gehörte die unbefriedigende Lage unserer Landwirthschaft und Industrie, die ja mit Ausnahme weniger Spezialitäten mehrere Jahre schlechte Erträge gehabt haben; zu letzteren der Druck der inneren politischen Verhältnisse und des drohenden Gespenstes der Börsenvorlage. Nun hat aber die Börse ein ausgezeichnetes Anpassungsvermögen, und nachdem die böse Steuervorlage ihr eine Zeit lang gründlich den Magen verdorben hatte, fing sie allmählich an, mit ihr zu rechnen, und auch ohne die durch den Schluß des Parlaments hinausgeschobene Beschlußfassung über die Vorlage würde sich die Aufregung der Interessenten bald gelegt haben. Gleichzeitig machte sich ein Aufschwung unserer industriellen Lage bemerkbar, eine Folge theils des Abschlusses des Handelsvertrages mit Rußland, theils der, wenn zunächst auch noch langsam sich vollziehenden Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten, welche beiden Reiche bekanntlich von der größten Bedeutung für unsere Exportindustrie sind. Dazu kamen später die Hoffnungen, welche sich an die Folgen des Chinesisch-Japanischen Krieges knüpften.

Längere Zeit hatte, wie erwähnt, die Börse Enthaltamkeit geübt, die Umsätze waren auf das bescheidenste Maß gesunken, wie die Stempelsteuer-Erträge zeigten, die Emissionsthätigkeit stockte fast gänzlich, die Tages speculation, ein Hauptfaktor im inneren Betriebe der Börse, hatte so gut wie aufgehört. — Nun hat die Börse nicht nur ein stark entwickeltes Anpassungsvermögen, sondern ein noch größeres Ahnungsvermögen, und Dank dieser Eigenschaft hat sich im Jahre 1894 ein vollkommener Wandel ihrer Thätigkeit vollzogen. Die Führung übernahm erst Wien, wo in Folge einer langen Ruhepause in der spekulativen Thätigkeit sowohl, als auch durch die mit der beabsichtigten Einführung der Goldwährung in Oesterreich-Ungarn verbundenen großen Finanzoperationen, Eisenbahnverstaatlichungen u. a. D. m. allerdings alle Vorbedingungen zu einem Aufschwung des Börsengeschäfts

gegeben waren. Theils die Erfolge der Wiener Börse, theils die ahnende Erkenntniß, daß eine bessere Zeit im Anbruch sei, veranlaßte die Berliner Börse, die Bewegung erst mitzumachen, dann, im laufenden Jahre, deren Führung an sich zu nehmen, wobei auch ihr die Sammlung zu Statten kam, welche eine lange Reihe ruhiger Tage bewirkt hatte. Es ist schon darauf hingewiesen, daß diese Bewegung in ihren ersten Anfängen nicht unberechtigt war, sehr bald aber wuchs sie über jedes vernünftige Maß und Ziel hinaus und in den letzten Monaten konnte man wieder alle die Erscheinungen beobachten, welche, mit Recht, die Abneigung vieler Fernstehenden gegen die Börse hervorgerufen haben, denn bei dem wilden Treiben, das sich im Späthommer vollzogen, kann von einer nothwendigen und berechtigten wirthschaftlichen Thätigkeit der Börse nicht mehr die Rede sein. Als einziger mildernder Umstand ist höchstens anzuführen, daß der wilde Taumel diesmal thatsächlich weniger von der Börse und Bankwelt, als von den Privatspekulanten entfacht worden ist, welche, uneingedenk der schlimmen Lehren früherer Zeiten, in großer Menge und mit großem Nachdruck die gelegentlich auch wohl von ihnen viel geschmähte Börse als Mittel zum Zwecke leichten Geldgewinnes benutzten.

Hand in Hand mit dem Steigen fast sämtlicher an den deutschen und österreichischen Börsen gehandelten Werthpapiere ging die kolossale Steigerung der meist in englischem und französischem Besitze befindlichen Aktien der südafrikanischen und australischen Goldminen, deren höhere Werthung anfänglich auch wohl den günstigen Erträgen entsprach, und erst später ein schwindehaftes Gepräge annahm. —

Da nun die Privatspekulanten, welche auch bei den Goldshares die Hauptbetheiligten sind, ihre Werthpapier-Ankäufe nur ausnahmsweise mit eigenen Mitteln bewerkstelligen, so ist in Folge dieser erhöhten Spekulationsthätigkeit der Geldbedarf der Börse sehr bedeutend gestiegen und hat einen Umfang angenommen, der ganz erheblich über die regelmäßigen Bedürfnisse hinausgeht. Dieser Umstand in Verbindung mit den oben angeführten Gründen giebt die Erklärung für die gegenwärtige Anspannung des Geldmarktes, der übrigens in Deutschland sich bis jetzt nicht einmal so fühlbar macht, wie anderwärts; hat doch an der Wiener Börse die Unternehmung für die Verlängerung ihrer Verpflichtungen für September 10—12 Prozent bezahlt, während in London für das Hinausschieben der Goldshares-Abwicklungen noch bedeutend höhere Zinssätze bewilligt werden mußten. Dort wie bei uns weiß man an maßgebender Stelle übrigens zwischen den Anforderungen der Börse und den anderweitigen Bedürfnissen wohl zu unterscheiden und wird, falls sich die Aufrecht-

haltung des Diskontofages nicht ermöglichen läßt, die Erhöhung desselben im Interesse des legitimen Handels, der Industrie und der Landwirtschaft nur in beschränktem Umfange und auf möglichst kurze Zeit vornehmen.

Anfang Oktober 1895.

M. G.

Vermischtes.

Das Musterlager thüringischer Erzeugnisse zu Weimar.

Daselbe ist als Verein, welchem von der Großherzoglich sächsischen Staatsregierung die Rechte einer juristischen Person verliehen wurde, in Weimar ins Leben getreten und ist bis jetzt in seiner Einführung und Entwicklung ruhig, aber rüstig vorwärts geschritten. Das junge Unternehmen scheint berufen zu sein, durch seine Thätigkeit einen günstigen Einfluß auf das Renommée thüringischer Fabrikate, überhaupt auf deren gesteigerten Export auszuüben. Gegenwärtig besitzt es ca. 150 sehr leistungsfähige Firmen aller Branchen, als Mitglieder, mit denen es die Thüringer Industrie schon würdig und erfolgreich vertreten kann. Besonders reichhaltige Musteransammlungen bieten die Porzellan-, Glas-, Spiel-, Eisen-, Kurz-, Stahl-, Geflechtwaaren, Textil-, Holz-, Bernstein- und Meerschamuschne-reien, Waffen, Musikalien, chemische Fabrikate etc., und kann sich hierin der Einkäufer aus den übersichtlich geordneten Kollektionen leicht und ohne großen Zeitverlust die exportfähigen Artikel aus-suchen. Hierzu kommt noch, daß dem Einkäufer die Bequemlichkeit geboten ist, sich bei der Geschäfts-leitung über die ortsüblichen Geschäftsanfancen genau zu informiren. Gegenwärtig bereitet der Verein die Veröffentlichung eines Führers durch die thüringische Industrie vor, wodurch er der-selben manches neue Absatzgebiet zu eröffnen hofft. Dieser Führer, respektive Nachschlagebuch, soll in den vier Haupthandels-sprachen alle export-fähigen Artikel Thüringens in übersichtlicher Weise auf-führen und gleichzeitig deren Fabrikanten und Herstellungsorte mit angeben. Trotz der Reich-haltigkeit seines Inhaltes wird demselben durch die eigenartige knappe Anordnung desselben an Handlichkeit nichts verloren gehen, so daß er jedem Kaufmann, wenn er ins Land kommt, als Wegweiser dienen kann. Die Versendung des Werkes soll an sämtliche Im- und Exporteure des In- und Auslandes, an alle Ausstellungen und Messplätze zur Vertheilung an die dort an- wesenden Interessenten in großem Maßstabe er-folgen, so daß hierdurch der Absatz thüringischer Industrieerzeugnisse zweifellos eine Förderung er-fährt.

(Handels-Museum.)

Firmenregister.

1. Neueintragungen.

1. M. Giesecke, Braunschweig, Material- und Kolo-nialwaaren, Delikatesse- und Wein-Handel.
2. G. J. Gaffner Nachf., Inhaber: Kaufmann Adolf Wulfert, Wolfenbüttel.
3. Mar Beck, Braunschweig, Agentur und Kom-missionsgeschäft.
4. Herm. Meese, Braunschweig, Handel en gros mit Uhren und Uhrmacherwerkzeugen.
5. Heinr. Rasche, Braunschweig, Handel en gros mit Uhren und Uhrmacherwerkzeugen.
6. Wiegand & Vohl, Fabrikation von Margarine und Käse, Inhaber: Uhrmacher Karl Wiegand in Wolfenbüttel und Wolfereibesitzer Karl Vohl daselbst.
7. Paul Lenz & Co. zu Kreienzen, Inhaber: Fabrik-beitzer Paul Lenz in Kreienzen und Chemiker Fritz Weber zu Zellerleben.
8. Diekmann & Reinecke, Spezial-Maschinenfabrik, Braunschweig, Inhaber: Kaufleute Rudolf Diek-mann und Emil Reinecke.
9. Dr. Herzel, Inhaber: Kaufmann Friedrich Herzel zu Sandersheim.
10. H. Z. Nisch, Bohrungen nach Kalisalzen und Steinfohlen, Inhaber: Bohr-Ingenieur Hans Nisch, Königslutter.
11. Walther Fleischer, Agentur und Kommissions-geschäft, Braunschweig, Inhaber: Kaufmann Walther Fleischer, Braunschweig.
12. C. Appelhaus & Comp., Kommanditgesellschaft, Buchdruckerei und Verlags-handlung, Braunschweig. Persönlich haftender Gesellschafter: Buchhändler Eugen Appelhaus und ein Kommanditist, Prokurist: Buchhändler Otto Schönermark, Braunschweig.
13. J. Vollmer, Bautischlerei mit Dampfbetrieb, Inhaber: Tischlermeister Joseph Vollmer in Braunschweig.
14. Bergau & Schwieger, Manufaktur-, Modewaaren- und Konfektionsgeschäft zu Blankenburg, Inhaber: Kaufleute Gustav Bergau und Heinrich Schwieger aus Quedlinburg.
15. W. Garmshausen, zu Broitzel, Inhaber: Wilhelm Garmshausen in Broitzel.
16. Rübeländer Dampfjägerwerk, Inhaber: Kaufmann W. Kallmeyer in Rübeland.
17. Voigt & Schäfer, Düten- und Papierwaaren-fabrik nebst Druckerei, Inhaber: Kaufleute Carl Voigt und Otto Schäfer, Braunschweig.
18. August Kampe zu Calvörde, Inhaber: Kaufmann August Kampe in Calvörde.

2. Zusatzvermerke und Abänderungen.

1. Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-gesellschaft. Statutenänderung.
2. Braunschweiger Aktien-Sichorienfabrik zu Rühme. Abänderung der §§ 17 und 22 des Ge-sellschaftsvertrages.
3. Braunschweigische Kohlenbergwerke, Aktien-Gesellschaft zu Helmstedt. Erhöhung des Grund-kapitals um 1450000 Mk. und Aenderung des Statuts.
4. Aktien-Zuckerfabrik Trendelburg bei Helm-stedt, Aktiengesellschaft. Aenderung des Statuts.
5. Heinrich Friede, Eintr. der Zweigniederlassung in Schwerin.
6. Aktienzuckerfabrik Holzminden. Als Mit-glieder der Direktion an Stelle zweier ausgeschiedener und eines verstorbenen Mitgliedes sind gewählt: Domainenpächter Brner zu Heidebrink, Domainen-pächter Dierwald zu Corvey, Guts-pächter von Ohlen zu Falkenhagen.

7. B. Uhlenhut zu Schöningen. Durch Erbgang auf die Kaufleute Peter Uhlenhut und Willi Uhlenhut übergegangen.
8. Otto Röber, Käsefabrik zu Mübeland. Uebertragung der Firma an Kaufmann Emil Haase in Neuwerk.
9. A. Sommerfeldt & Co. Ausscheiden des Kaufmanns Gustav Lissan und Fortführung des Geschäfts durch Arthur Sommerfeldt, Braunschweig.
10. Elricher Gypswerke Kohlmann & Co., Walfenried. Der persönlich haftende Gesellschafter Wilhelm Fischer und ein Kommanditist sind ausgeschieden; die Gesellschaft wird von Rudolph Kohlmann als persönlich haftender Gesellschafter und einem Kommanditisten fortgeführt.
11. Günther & Gelpke, Braunschweig. Uebertragung der Firma an Fritz Gelpke und Gustav Fuchs.
12. Albert Lange, Gutfabrik, Braunschweig. Ausscheiden des Kaufmanns Viktor Bonorden, Uebernahme der Aktiva und Passiva unter Beibehaltung der Firma durch Kaufmann Robert Lange.
13. Aktien-Gesellschaft Zuckerfabrik zu Königs-Lutter, vormals Aug. Kuhlmann & Co. Neuwahl des Vorstandes.
14. Max Beck, Agentur und Kommissionsgeschäft, Braunschweig. Die Firma ist an den Kaufmann Theodor Beck übergegangen.
15. Kaduthal-Papierstoff- und Pappfabrik Borsdorff & Mühle. Stadtrath Wilhelm Landwehr zu Bad Harzburg ist als Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten.
16. F. A. Apel, Braunschweig. Nach dem Tode des Mitinhabers Kaufmanns Joh. Nikolaus Apel ist dessen Geschäftsanteil mit Aktiva und Passiva an den Kaufmann Eugen Tenzer abgetreten und wird von letzterem das Handelsgeschäft auf alleinige Rechnung unter der alten Firma weitergeführt.

3. Lösungen.

1. Theerprodukten-Fabrik von Adolf Artmann, Braunschweig, Konkursvermerk gelöscht.
2. Braunschweiger chemische Fabrik, Braunschweig, Konkursvermerk gelöscht.
3. Emil Fuge & Co., Handel in Material- und Kolonialwaaren, Braunschweig.
4. Meese & Rasche, Braunschweig.
5. F. W. Klie, Calvörde.
6. Emil Hermann, Braunschweig.
7. Paul Tenze, Kreienzen.
8. C. J. Hühne, Gandersheim.
9. Gustav Anders, Braunschweig.
10. Appelhaus & Pienigstorf.
11. F. W. Rudert, Calvörde.

4. Procuraertheilungen.

- A. Stern zu Oker, an Fabrikdirektor Julius Haufe zu Oker.

5. Prokuralösungen.

1. Hermann Meyer. Procura für Kaufmann Carl Voigt, Braunschweig.
2. Carl Hemme. Procura für Kaufmann Wilhelm Hoppe, Braunschweig.
3. Busse & Müller. Procura für Kaufmann Louis Meyerding, Braunschweig.

Genossenschaftsregister.

Konsumverein Schöningen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, eingetragen in das Genossenschaftsregister am 25. September.

Druck von Albert Limbach (Inhaber Bodenburg & Böttger) in Braunschweig.

Konkurse.

1. Konkurs-Eröffnungen.

1. E. D. Schwabe, Bankgeschäft, Braunschweig und Schöppenstedt, am 21. September 1895.
2. Hermann Langenberg, Kaufmann, Braunschweig, am 24. September 1895.
3. August Arnecke jun., Kaufmann, Blankenburg, am 27. September 1895.
4. Nachlaß des Hermann Dürkop, Dachdecker, Rautheim, am 30. September 1895.
5. Heinrich Apel, Korbmacher und Korbwaarenhändler, Wolfenbüttel, am 4. Oktober 1895.
6. Heinrich Horn, Oekonom, Blankenburg, am 3. Oktober 1895.

2. Schluß-Abrechnungen.

1. Wehrsen & Dienemann, Braunschweig, Schlußtermin am 24. Oktober 1895.
2. Otto Wollermann, Buchdruckereibesitzer, Wolfenbüttel, Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen am 23. Oktober 1895.
3. Otto Wollermann, Buchdruckereibesitzer, Wolfenbüttel, Schlußtermin am 4. November 1895.
4. Friedrich Albrecht, Oekonom in Lobach, Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen am 4. Oktober 1895.

3. Konkurs-Aufhebungen.

1. Heinrich Ziegenbein, früher Mühlenbesitzer in Gandersheim, jetzt Lagermeister in Hildesheim, am 12. September 1895.
2. Fritz Alpers, Restaurateur zu Schöningen, am 17. September 1895.
3. J. H. Böttcher zu Helmstedt (Inhaber: Kaufmann Carl Böttcher), am 27. September 1895.
4. Heinrich Wachsenhausen, Gastwirth zu Wienrode, am 26. September 1895.
5. Paul Zwickert, Knopfabrikant, Braunschweig, am 4. Oktober 1895.
6. Heinrich Felter, Mühlenbesitzer in Volkensheim, am 3. Oktober 1895.
7. Louis Denecke, Tapezierer und Tapetenhändler, Braunschweig, am 4. Oktober 1895.
8. August Feuerhake, in Firma: Feuerhake & Meyer, Braunschweig, am 4. Oktober 1895.
9. Julius Schomer, Cigarrenhändler, Braunschweig, am 4. Oktober 1895.
10. Heinrich Stoot, Kaufmann, Mitinhaber der Firma C. H. Stoot, Braunschweig, am 4. Oktober 1895.
11. Auguste Brocks, geb. Kircher, Handelsfrau zu Blankenburg a. H., am 7. Oktober 1895.
12. Hermann Müller, Kaufmann, Braunschweig, am 9. Oktober 1895.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Hanndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.
Wolfenbüttelerstr. 50. Fernsprecher Nr. 592.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterschutz.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Verlag
und Expedition:
Bureau
der Handelskammer.

Monatschrift

für

Vierteiljährlich 1 Mf.
Anzeigengebühr:
 $\frac{1}{8}$ Seite 5 Mf., $\frac{1}{4}$ Seite
9 Mf., $\frac{1}{2}$ Seite 15 Mf.,
 $\frac{1}{1}$ Seite 25 Mf.

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Dosberg-Reform.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 11.

Braunschweig, November 1895.

V. Jahrgang.

Inserat-Aufträge werden vom Bureau der Handelskammer, sowie von dem Buchhändler Wilhelm Lohmann, Kastanien-Allee 25^{II}, entgegengenommen.

D. 10. — 11068/95.

XXVI. Plenarversammlung

der Handelskammer für das Herzogthum
Braunschweig,

Montag, den 25. November 1895,

Vormittags 10 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Tagesordnung.

1. Geschäftliche Mittheilungen.
2. Ergänzungswahlen zur Handelskammer 1896.
3. Antrag der Mitglieder Gutkind und Gerloff, betreffend die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Ernennung von Bücherrevisoren sowie deren Geschäftsführung.
4. Vorlage für die demnächstige Einrichtung der kaufmännischen Fortbildungsschulen im Herzogthum Braunschweig.
5. Beitritt des Syndikus zur staatlichen Wittwen- und Waisenpensionskasse.
6. Besprechung über die Lage des Kleinhandels insbesondere des Kolonialwaarenhandels.
7. Berathung des Entwurfs einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse.
8. Eingabe des Fabrikanten G. G. Wiegand in Linse, betreffend Abänderung des Artikels 7 der dem Reichstage vorgelegten Novelle zur Gewerbeordnung (Detailreifen).
9. Eingabe der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken in Hamburg, betreffend Abänderung des § 3 des Gesetzentwurfes über den unlauteren Wettbewerb (Mischung der Flaschen).
10. Eingabe des Centralverbandes deutscher Kaufleute in Leipzig, betreffend Verbot des Hausirhandels mit Manufaktur- und Webwaaren, Kolonial- und Materialwaaren.
11. Antrag betr. Verlegung der Postschalterstunden an den Sonn- und Festtagen.
12. Eingabe des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine in Frankfurt a. M. betr.

kaufmännische Schiedsgerichte und gejährlich
geregelter Vertretung des Handelsgehilfen-
standes.

Braunschweig, den 15. November 1895.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Züdel.

Dr. Stegemann.

Bekanntmachungen.

A. Z. D. 4. — 1184/95.

I.

Nachdem wir laut Beschluß unserer Plenarversammlung vom 4. Februar d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmäßigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1895/96 mit 11 Prozent der Gewerbesteuer bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniß der Wahlberechtigten, daß Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Gesetzes vom 19. März 1890) nach dem 16. Dezember 1895 keine Berücksichtigung mehr finden werden.

Braunschweig, 20. November 1895.

Die Handelskammer

für das Herzogthum Braunschweig.

Züdel.

Dr. Stegemann.

A. I. 8. — 10363/95.

II.

Wir haben wiederholt die Beobachtung gemacht, daß Fabrikanten und Kaufleute an ausländische Firmen geliefert haben, ohne sich von deren Kreditwürdigkeit vorher zu überzeugen. Einige Fälle, in denen wir nachträglich um Auskunft und Schutz angegangen worden sind, haben uns sogar erkennen lassen, daß mit einer gewissen Leichtgläubigkeit notorischen Schwindlern, deren Namen wir in unseren

Registern führen, ein volles Vertrauen geschenkt worden ist.

Wir bringen daher hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß uns regelmäßig aus zuverlässiger Quelle Nachrichten über zweifelhafte Firmen im Auslande zugehen.

Es liegen uns diesbezügliche Mittheilungen über Schwindelfirmen in sämtlichen Staaten vor, über welche auf unserem Bureau nähere vertrauliche Auskunft ertheilt wird.

Braunschweig, 7. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. I. 5. — 6343/95.

III.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß, laut einer vom K. K. ungarischen Generalkonsulate zu Berlin uns zugegangenen Mittheilung, aus Anlaß der Feier des tausendjährigen Bestehens des ungarischen Staates, die Königlich ungarische Regierung in Budapest eine Landesausstellung veranstaltet. Gleichzeitig hat uns das Konsulat im Auftrage des ungarischen Handelsministeriums eine Broschüre, welche über Zweck und Organisation dieser Ausstellung Aufschluß giebt, übersandt. Wir stellen den Interessenten anheim, sich über nähere auf unserem Bureau zu informieren.

Braunschweig, 8. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

B. 5. — 10261/95.

IV.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß laut einer unter dem 1. November d. J. uns seitens der hiesigen Reichsbankstelle zugegangenen Benachrichtigung am 15. November d. J. in Fulda eine von der Reichsbankstelle in Kassel abhängige Reichsbank-Nebenstelle eröffnet worden ist.

Braunschweig, 16. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

C. 3. — 10080/95.

V.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß laut einer unter dem 24. Oktober d. J. vom K. K. österreichisch-ungarischen Generalkonsulate zu Berlin uns

zugegangenen Mittheilung der „Siebenbürgische landwirthschaftliche Verein in Klausenburg“ sich erboten hat, den Engrosverkauf des siebenbürgischen Kleesamens zwischen den Konsumenten und Produzenten unentgeltlich zu vermitteln und auf diesbezüglich an ihn gerichtete Anfragen bereitwilligst Auskunft zu ertheilen.

Braunschweig, 2. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. IV. 6. — 9992/95.

VI.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß nach einer uns von den Ältesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg unter dem 13. Oktober d. J. zugegangenen Mittheilung die nachstehend verzeichneten Personen in die dortige Liste der vereideten Zuckerprobezieher eingetragen worden sind:

Paul Klatte in Artern, F. W. Zahn in Sangerhausen, C. Bartsch in Seeheim, Mikietrjnski in Friedrichshöhe und Adolf v. Riesen in Neuteich.

Braunschweig, 5. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Bekanntmachung

für die Fabrikanten und Händler landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe.

Vom Kaiserlichen Patentamte in Berlin ist unter dem 1. November d. J. an uns das Ersuchen gerichtet worden, diejenigen Fabrikanten und Händler landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe, welche periodisch gedruckte und illustrierte Prospekte herausgeben, dem Patentamte namhaft zu machen. Dasselbe beabsichtigt, diese Fabrikanten und Händler zur Einreichung ihrer Veröffentlichung an das Kaiserliche Patentamt zu veranlassen, weil die letzteren sich bei der Vorprüfung der in das Gebiet der Patentklasse 45 fallenden Patentanmeldungen als ein werthvolles Hilfsmittel erwiesen haben. Der in Betracht kommende Theil jener Patentklasse umfaßt hauptsächlich:

1. Maschinen für Bodenbearbeitung, Gewinnung der Bodenerzeugnisse (ausschließlich der Motoren); Hufbeschlag; Molkerei; Reinigungsmaschinen und Sortiermaschinen für Körner oder andere Früchte, sowie diejenigen, welche Steine oder Unkraut auslesen, auch Siebe für land-

wirthschaftliche Zwecke, Kaffeeauslesemaschinen; Forstwirthschaft; Garten- und Weinbau.

2. Thierzucht; Thierfang und Vertilgung; Abrichtung der Thiere; Veterinärwesen (mechanischer Theil).

Wir bringen das Ersuchen des Kaiserlichen Patentamts hierdurch zur Kenntniß der Interessenten und fordern dieselben auf, in ihrem eigenen Interesse der Anregung Beachtung zu schenken und uns event. Mittheilung zu machen, sofern sie periodisch gedruckte und illustrierte Prospekte herausgeben.

Braunschweig, 15. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.
Füdel.

Dr. Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Neuwahlen zur Handelskammer.

Am 1. April 1896 scheiden aus und sind daher durch Neuwahlen zu ersetzen die Herren: Max Füdel, Kommerzienrath, Vorsitzender der Handelskammer.

Dr. Herm. Schmidt, Kaufmann, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer.

Justus Leo, Kaufmann, Schatzmeister der Handelskammer.

Dr. Barß, Fabrikdirektor.

Albert Natalis, Fabrikbesitzer.

F. Haffner, Kaufmann in Wolfenbüttel (verstorben).

Herm. Strümpell, Kaufmann in Schöppenstedt.

Otto Dorguth, Kaufmann in Helmstedt.

Wilh. Schaeffer, Fabrikbesitzer in Schöningen.

Dr. Martin, Fabrikdirektor in Gandersheim.

Bernh. Liebold, Fabrikbesitzer in Holzminden.

Albert Schruß, Direktor der Harzer Werke in Blankenburg (verzogen).

Thätigkeit des sachmännlichen Beiraths für kaufmännische Fortbildungs- schulangelegenheiten.

Der Beirath ist bis jetzt am 29. Oktober sowie am 5. und 12. November unter dem Vorsitz des Herrn Vizepräsidenten der Handelskammer, Dr. Schmidt, zusammengetreten und hat in seiner ersten Sitzung über die Art der Erledigung der ihm zufallenden Arbeiten Beschluß gefaßt, in der zweiten und dritten hat er den „Vorläufigen Entwurf eines Lehrplans für die in der Stadt Braunschweig zu errichtende kaufmännische Fortbildungsschule“ durchberathen. Seine nächste Sitzung findet am 26. November statt.

Umfrage betreffend die Errichtung der obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen in den einzelnen Städten des Herzogthums Braunschweig.

Unter dem 9. November ist von der Handelskammer bezüglich der für den 1. April 1896 in Aussicht genommenen Errichtung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen in den in Frage kommenden Städten eine Umfrage veranstaltet worden. Dieselbe hat den Zweck, der Handelskammer zu einer, die Errichtung der Schulen einleitenden, demnächst in jenen Orten zu veranstaltenden Besprechung die nöthigen Unterlagen zu liefern und sie erstreckt sich auf:

1. Zahl und Personalien der voraussichtlich am genannten Termine schulpflichtig werdenden Lehrlinge;
2. die Namen der voraussichtlich das Auditorium der betreffenden Schule bildenden Herren;
3. die Auswahl geeigneter Lehrkräfte;
4. das Vorhandensein von Handwerkslehrlingen, welche nach Abolvirung der gewerblichen eventl. am Unterricht in der kaufmännischen Fortbildungsschule Theil zu nehmen wünschen;
5. die Feststellung, welche Räumlichkeiten der betreffenden kaufmännischen Fortbildungsschule städtischerseits zur Verfügung gestellt werden.

Ausschussitzung der Handelskammer.

Am 29. Oktober, Vormittags 11 Uhr, fand im Bureau der Handelskammer eine Ausschussitzung statt. In derselben wurden unter Anderem die in der Oktobernummer der Monatschrift abgedruckten, den Eisenbahnverkehr betreffenden Anträge der Interessenten in Königslutter und der Strecke Wolfenbüttel-Zerrheim dem Vertreter der Handelskammer im Bezirks-Eisenbahnrathe, Herrn Ingenieur und Fabrikbesitzer Schäffer überwiesen, der sie in demselben seiner Zeit zur Sprache bringen soll. Außerdem hat die Handelskammer in derselben Ausschussitzung vom 29. Oktober beschlossen, eine seitens der Handelskammer zu Duisburg unter dem 5. Oktober an den Bundesrath gerichtete Eingabe betr. Herabsetzung der zur Entreinigung (Denaturierung) von Baumwollsamendöl erforderlichen Gewichtsmengen der Beimischungen zu unterstützen.

Güterwagenmangel.

Auf eine Beschwerde des Amtsraths W. Kamlaß in Wickenburg über eine außergewöhnlich mangelhafte Gestellung der bestellten Güterwagen auf der Bahnstrecke Braunschweig-Holzminden, hat die Handelskammer an die Eisenbahndirektion in Kassel eine Eingabe gerichtet, um eine mög-

lichtst rasche Beseitigung dieses Uebelstandes zu veranlassen. Sie erhielt darauf von der genannten Behörde den Bescheid, dieser außergewöhnliche Güterwagenmangel sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß in Folge des niedrigen Wasserstandes der schiffbaren Flüsse die Beförderung einer sehr erheblichen Gütermenge mittelst Eisenbahn erfolgen müsse und die Nachfrage nach Eisenbahnwagen aus diesem Grunde eine bedeutend lebhaftere sei als zu derselben Zeit im Vorjahre. Es sei aber der Eisenbahnverwaltung unmöglich, eine derartige Menge von Betriebsmaterial vorzuhalten, wie sie nöthig wäre, um den Wasserverkehr neben ihrem eigenen Verkehr und zwar nur für wenige Wochen im Jahr bewältigen zu können.

Erhebung über die Lage des Kolonialwaarenhandels.

In Anbetracht der beständigen Klagen über die erschwerten Erwerbsverhältnisse des Kolonialwaarenhandels hat die Handelskammer beschlossen, die in Betracht kommenden Verhältnisse einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und zu diesem Zwecke zwei Fragebogen mit dem Ersuchen um eine möglichst eingehende Beantwortung an die Kolonialwaarenhändler des Herzogthums versandt. Auch beabsichtigt dieselbe, demnächst eine mündliche Verhandlung von Vertretern des Kolonialwaarengeschäfts in Braunschweig einzuleiten.

Das diesjährige Verzeichniß der Kaiserlich deutschen Konsulate ist der Handelskammer zugegangen und können die Interessenten auf deren Bureau im Bedarfsfalle in dasselbe Einsicht nehmen.

Denkschrift über das kaufmännische Fortbildungsschulwesen.

Für die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig in Angriff genommene Denkschrift über das kaufmännische Fortbildungsschulwesen in Deutschland und in den wichtigsten Staaten des Auslandes haben folgende Mitarbeiter Berichte bereits geliefert:

1. **Anhalt.** H. Ficinüs, Sekretär der Handelskammer für das Herzogthum Anhalt in Dessau.
2. **Baden.** A. Vogt, Hauptlehrer in Karlsruhe.
3. **Bayern.** Dr. Kittel, Sekretär der Handelskammer für Unterfranken und Aschaffenburg in Würzburg.
4. **Braunschweig.** Dr. Stoy, Assistent der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

5. **Bremen.** Richard Will, Präsident des Kaufmännischen Vereins Union in Bremen.
6. **Elfaß-Lothringen.** Beigel, Handelschullehrer in Straßburg.
7. **Hamburg.** A. Helms, Geschäftsführer des Vereins für Handelskommiss von 1858.
8. **Hessen.** Jos. Schloßmacher, Syndikus der Großherzoglichen Handelskammer Offenbach a. M.
9. **Lübeck.** Dr. Franck, Sekretär der Handelskammer zu Lübeck für die freie Hansestadt Lübeck.
10. **Mecklenburg.** Die vorliegenden Originalberichte der einzelnen Anstalten sind zu einem Berichte zusammengestellt von Otto Zahns, Lehrer in Braunschweig.
11. **Oldenburg.** Dr. Metterhausen, Generalsekretär des Verbandes der Handels- und Gewerbevereine in Oldenburg.
12. **Preußen.**
 - a) Provinz Brandenburg. Dr. Meißter, Sekretär der Handelskammer Frankfurt a. Oder;
 - b) Provinz Hannover. Stumpf, Generalsekretär in Osnabrück;
 - c) Provinz Pommern. Die vorliegenden Originalberichte der einzelnen Anstalten sind zu einem Berichte zusammengestellt von Ed. Peters, Lehrer in Braunschweig;
 - d) Provinz Posen. Markus, Rektor in Posen;
 - e) Provinz Schlesien. Paul Freyer, Lehrer in Breslau;
 - f) Provinz Schlesw.-Holstein. H. Schmarje, Rektor in Altona;
 - g) Provinz Westfalen. Haastert, Gymnasial-Oberlehrer, Hagen i. W.
13. **Sachsen-Weimar-Eisenach.** Fritsching, Direktor in Apolda.
14. **Sachsen.** (Königreich.) Lambert, Lehrer in Leipzig.
15. **Sachsen-Coburg-Gotha.** Die vorliegenden Originalberichte der einzelnen Anstalten sind zu einem Berichte zusammengestellt von Otto Zahns, Lehrer in Braunschweig.
16. **Sachsen-Weiningen-Illdurghausen.** Dr. Anschütz, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Sonneberg.
17. **Württemberg.** Professor Humald in Stuttgart.

Berichte werden demnächst noch eingesandt von:

1. **Rheinprovinz.** Dr. Zimmermann-Coblenz.
2. **Provinz Sachsen.** Dr. Siwert, Syndikus der Handelskammer Halberstadt.

Die nicht druckfertig eingesandten Materialien für die Preussischen Provinzen **Hessen-Nassau**,

Ost- und Westpreußen, sowie für **Neuß ältere Linie** werden bearbeitet von den Herren Lehrer F. Kunkel, Lehrer F. Gödecke, Schulinspektor E. Oppermann, sämmtlich in Braunschweig.

Keine Fortbildungsschulen bestehen in den Fürstenthümern Lippe-Detmold, Neuß j. L., Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck.

Ueber das Fortbildungsschulwesen im Auslande liegt folgendes Material vor.

1. **Belgien.** Bericht aus dem Königlich Belgischen Staatsministerium in Brüssel.
2. **Großbritannien.** Bericht der Königlich Großbritannienischen Regierung an die Herzoglich Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin.
3. **Niederlande.** Bericht der Königlich Niederländischen Regierung.
4. **Oesterreich.** Bericht des Kaiserl. Raths, Professor Glasser in Wien.
5. **Schweiz.** Materialien aus dem Schweizerischen Departement des Auswärtigen in Bern.

Unlauterer Wettbewerb.

Die Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten hat an den Bundesrath eine Petition gerichtet und die Handelskammer um Unterstützung derselben gebeten. Nach § 3 soll nämlich dem Bundesrath die Befugniß erteilt werden, zu beschließen, daß auch Flaschen in deutlich erkennbarer Weise eine Angabe des Inhalts erhalten, mithin geächtet werden müßten. Die Petition führt nun aus, daß es technisch unmöglich sei, alle Flaschen so herzustellen, daß sie aichsfähig seien. Mit Einführung des Aichzwanges würden deshalb alle diejenigen Flaschen, welche nicht aichsfähig sind, weil der Aichstrich zu hoch oder zu niedrig käme, unbrauchbar, also unverkäuflich, was eine bedeutende Schädigung der Glasflaschenfabrikation zur Folge haben würde. Ferner weist die Petition auf die Nachtheile hin, welche den Wein-, Bier-, Spirituosen- und Mineralwasserhandel durch eine Einführung des Aichzwanges treffen würden. Die Vereinigung bittet deshalb, — falls der Entwurf und besonders § 3 Gesetzeskraft erlangen sollte, — in das Gesetz ausdrücklich eine Bestimmung aufzunehmen, daß dasselbe auf das Aichen der Glasflaschen, auch auf solche, welche mit Weiden umponnen sind, keine Anwendung findet.

Hausirhandel.

Der „Centralverband deutscher Kaufleute“ beabsichtigt, beim Reichstag zu petitioniren, daß in das Verzeichniß der nach § 56 a der Gewerbe-

ordnung vom Feilhalten im Umherziehen auszuschließenden Gegenstände auch Manufaktur-, Webwaaren, Kolonial- und Materialwaaren, sowie handwerksmäßig hergestellte Waaren aufgenommen werden möchten, und bittet die Handelskammer, diese Petition zu unterstützen. Zur Begründung der Petition führt der Centralverband an, daß, wenn das Hausiren in den bezeichneten Branchen gestattet bleiben würde, während das Detailreisen unterbleiben müßte, die betreffenden Kaufleute bedeutend geschädigt werden würden: „sie würden da, wo sie stets durch ihre Kommiss den Waarenabsatz verjüchten, um wenigstens sich den Hausirern gegenüber noch behaupten zu können, vollständig den Boden verlieren und gezwungen werden, ebenfalls Hausirer zu werden“. Deshalb erscheine ein Verbot des Detailreisens ohne ein gleichzeitiges Verbot des Hausirhandels für Manufaktur-, Kolonial- und Materialwaaren als ein Unding.

Zur Frage des Detailreisens.

Von der Firma G. G. Wigand aus Linse (Kreis Holzminden) ist an die Handelskammer eine Eingabe gerichtet worden, dieselbe möge dahin wirken, daß der Artikel 7 der vorliegenden Gewerbeordnungs-Novelle in seiner jetzigen Fassung keine Gesetzeskraft erlange. Nach Artikel 7 soll nämlich das Auffuchen von Waarenbestellungen — soweit nicht für einzelne Waarengattungen — Ausnahmen vom Bundesrath zugelassen werden — nur bei solchen Gewerbetreibenden zulässig sein, welche die angebotenen Waaren in ihrem Handelsgewerbe führen. Die genannte Firma führt nun aus, daß durch eine solche Bestimmung eine große Anzahl von Industrien benachtheiligt werden würde, nämlich alle diejenigen, die ihrer Natur nach direkt beim Konsumenten Absatz suchen müßten. Hierzu gehörten alle Gewerbebetriebe, die für das Baufach arbeiteten, so dann Maschinenfabriken, Fabriken für Centralheizungen und Beleuchtungen, Schiffbauanstalten u. s. w. Sollte für diese Industriezweige eine Befreiung der Bestimmung des Artikels 7 durch den Bundesrath erwirkt werden, so werde es dazu vielfach eines zeitraubenden Verfahrens bedürfen und dabei immer die Möglichkeit einer eventuellen Wiederaufhebung der gewährten Befreiung bestehen bleiben. Es sei deshalb nöthig, daß — wenn an einer Beschränkung des Detailreisens überhaupt festgehalten werden solle, diejenigen Waarengattungen ausdrücklich im Gesetz aufgeführt würden, auf welche ein Verbot des Detailreisens sich zu erstrecken hätte.

Wünsche bezügl. des Sommerfahrplans.

Interessenten aus Gandersheim haben bezüglich des Sommerfahrplans die Handelskammer um Unterstützung der folgenden Anträge gebeten:

- „1. Der Zug, welcher 7⁰⁰ von Holzminden abfährt und 11⁰ in Braunschweig eintrifft, hat auf Station Kreienzen einen Aufenthalt von 8⁵⁹ bis 10¹², also 1 Stunde 13 Minuten.

Durch diese lange Unterbrechung der Fahrt wird nicht allein der Verkehr mit Braunschweig ungemein erschwert, sondern diese Störungen erstrecken sich auch auf den Verkehr der Ortschaften von Raensen bis Seesen, mit den Sizen ihrer Amtsgerichte sowohl, als auch mit Herzoglicher Kreisdirektion.

Um die Termine, die meist auf 9 Uhr angelegt werden, rechtzeitig wahrnehmen zu können, müssen die Bewohner dieser Ortschaften schon den ersten Zug, der kurz nach 7 Uhr in den betreffenden Städten einläuft, benutzen, oder aber auf die Beförderung mit der Bahn verzichten.

Dieser Uebelstand ließe sich durch direkte Weiterführung des Zuges von Kreienzen, wie in früheren Jahren geschehen, leicht vermeiden. Außerdem würde dadurch einem Theil der Interessenten die Möglichkeit gewährt, die Züge 1048 oder 1128 ab Gandersheim zur Rückkehr zu benutzen, was jetzt wegen der Kürze der dazwischenliegenden Zeit unmöglich ist.

2. Daß der Schnellzug Köln- reip. Frankfurt-Berlin, Abfahrt Holzminden Nachmittags 248, Ankunft Börjunn 56, in Braunschweig 556, auf hiesiger Station nicht hält, ist schon seit Jahren unangenehm empfunden worden und möchten wir Sie hiermit ersuchen, zu beantragen, daß dieser Zug zunächst für das Sommerhalbjahr hier anhält, vielleicht finden dahingehende Anträge Berücksichtigung, wenn besonders hervorgehoben wird, daß Gandersheim Kreisstadt ist.

3. Der Zug, Abfahrt Braunschweig Abends 950 über Goslar, in Seesen zur Zeit 12 Uhr ankommend, fuhr früher bis Kreienzen. Dieser Zug ermöglichte dem hiesigen Bezirke einen eintägigen Harzverkehr und einen Nachmittagsverkehr mit Braunschweig und bitten wir Sie, zu beantragen, daß dieser Zug wieder bis Kreienzen geleitet wird. Die Maschine des jetzt in Seesen endenden Zuges fährt bis Kreienzen und würde es sich bei diesem Antrage nur um Einstellung eines Wagens und eines Schaffners handeln.

Dieser letztere Zug würde auch bei einer etwas späteren Abfahrt ab Braunschweig vielleicht 10³⁰, für die Anwohner der Strecke Goslar, Seesen, Gandersheim, Kreienzen, den Theaterbesuch ermöglichen“.

Probenahme von Melasse durch vereidete Probezieher.

Von den Ältesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg ist bei der Handelskammer der folgende, mit Berücksichtigung der von einer Anzahl von Handelskörperchaften gemachten Abänderungsvorschläge abgeänderte „neue Entwurf einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse durch vereidete Probezieher“ eingegangen mit dem Ersuchen, die Handelskammer möge zu dem abgeänderten Entwurfe ihre Zustimmung geben, damit die Vorschrift baldmöglichst in Kraft treten könnte.

Abgeänderter neuer Entwurf

einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse durch vereidete Probezieher.*)

Einleitung.

Die oben verzeichneten Handelsvorstände führen Listen der von ihnen anerkannten vereideten Probenehmer, welche Listen an der Börse ausgelegt oder sonst in geeigneter Weise zugänglich gemacht, auch von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden. In diese Listen werden seitens der Handelsvorstände nur solche Personen eingetragen werden, welche sachverständig und — soweit nicht die örtlichen Verhältnisse eine Ausnahme nothwendig machen — selbständig sind und sich verpflichtet haben, gegenwärtige Vorschrift gewissenhaft zu befolgen. Die Listen der gegenwärtig anerkannten Probenehmer, wie künftige Eintragungen und Löschungen, werden von den theilhaftigen Körperschaften einander gegenseitig bekannt gegeben.

Jede Probenahme ist unter strenger Befolgung der nachfolgenden Bestimmung vorzunehmen:

§ 1.

Der Probenehmer darf seine Funktion nur dann ausüben, wenn er zu keiner der Parteien in irgend welchem Abhängigkeitsverhältnisse steht; anderenfalls hat er die Probenahme abzulehnen bei Strafe der Streichung aus der Liste.

§ 2.

Die Probenahme kann aus in Fässer oder in Cisternenwagen (Bassinwagen) gefüllter Melasse stattfinden.

Vor der Probenahme hat der Probezieher sich zu überzeugen, daß die abzunehmende Partie, sei es in Fässer, sei es in Cisternenwagen gefüllt, vollständig vorhanden ist. Bei der Probenahme aus Fässern müssen dieselben so gestellt oder aufgestapelt sein, daß dem Vereideten ein Ueberzählen der Fässer ermöglicht ist. Desselgleichen hat der Probezieher durch eigene Prüfung und, soweit möglich, durch Anfrage festzu-

*) Die abgeänderten Stellen sind durch stärkeren Druck hervorgehoben.

stellen, ob merkliche Unterschiede in der Dichtigkeit der Melasse innerhalb der vorliegenden Partie bestehen.

Die Fässer bezw. Bassinwagen müssen mit einer besonderen Nummer, Marke oder Bezeichnung deutlich versehen sein, so daß sie von anderen Partien unterscheidbar sind.

§ 3.

Wenn der Verkäufer die abzunehmende Partie in Fässern auf der Abgangstation direkt in Eisenbahnwagen verladet, so kann auf seinen Wunsch die Probenahme in diesen Eisenbahnwagen erfolgen.

§ 4.

Das für die Analyse bestimmte Muster ist aus mindestens dem zehnten Theile der Fässer bezw. bei Cisternenwagen (Bassinwagen) aus jedem einzelnen Wagen mittels Stechers*) zu ziehen; bei merklichen Unterschieden in der Dichtigkeit der Melasse (vergl. § 2 Abs. 2) ist der fünfte Theil aller Fässer zur Probenahme heranzuziehen.

Die Auswahl der Probefässer zu treffen, ist der vereidete Probenehmer allein berechtigt und hierzu verpflichtet.

Die außen an dem Probestecker sitzende Melasse ist abzustreifen, da nur die im Innern des Stechers befindliche Melasse als Probe gilt.

§ 5.

Die Mischung des für die Analyse bestimmten Musters kann im Packraume, bezw. Lagerraume, Laboratorium oder im Kontor der Fabrik oder sonst einem geschützten Raume vorgenommen werden, muß aber ohne Zeitverlust geschehen. Die Mischung kann durch kräftiges Durcheinanderrühren mit einem Stabe oder mit bloßen Händen stattfinden.

§ 6.

Von der gut gemischten Melasse sind, ebenfalls ohne Zeitverlust, vorher sorgsam gereinigte, trockene Glasflaschen vollständig zu füllen und so zu verschließen, daß ein Öffnen derselben ohne sichtbare Verletzung des Siegels absolut unmöglich ist.

Auf den Probeflaschen ist auf einer Etikette Datum, Marke, Nummer und Anzahl der Fässer bezw. Nummer und Bezeichnung der Cisternenwagen (Bassinwagen) in solcher Weise anzubringen, daß eine Beseitigung bezw. Vertauschung dieser

*) Anm. zu § 4. Der Probestecker hat aus zwei ineinandergehobenen, röhrenförmigen, mit einem von oben bis unten durchgehenden Schlitz versehenen, leicht verschiebbaren Hülse aus hartem Metall (Messing oder dergl.) zu bestehen. Der Durchmesser der inneren Hülse muß mindestens 40 mm, die Breite des Schlitzes mindestens 25 mm betragen; die Länge des Stechers muß dem größten Durchmesser der üblichen Melassefässer, bezw. der Tiefe der Bassinwagen entsprechen.

Etikette ohne Verletzung des Flaschen Siegels ausgeschlossen ist.

Die Muster müssen mindestens $\frac{1}{2}$ Liter Melasse enthalten.

Das für den Chemiker bestimmte Muster (wenn Doppelanalyse zwei Muster) und zwei im Besitze des Vereideten bleibende Kontrollmuster sind mit dem Siegel des Verkäufers oder dessen Vertreters*) und dem des Vereideten gemeinsam zu siegeln, **wenn nicht Käufer und Verkäufer auf die Siegelung durch den Verkäufer verzichten.**

Die eventuellen Ausfallsmuster oder andere auf Wunsch des Käufers für diesen genommene Proben dürfen nur das Siegel des Vereideten tragen. Die Kontrollmuster sind von dem Vereideten mindestens drei Monate lang in einem kühlen Raume aufzubewahren und werden nur auf gemeinschaftlichen Antrag beider Betheiligter ausgeliefert.

§ 7.

Der Vereidete hat das Muster spätestens am folgenden Tage dem Chemiker zu übergeben. Auf Wunsch und auf Kosten des Verkäufers bezw. des Käufers kann es auch sofort nach der Probenahme zur Post gegeben werden.

§ 8.

Bei Lagermelasse ist es nothwendig, eine Durchschnittsprobe so zu nehmen, daß von dem betreffenden Stapel soviel Reihen Fässer von oben bis unten abgetragen werden, als der Vereidete für nothwendig erachtet. Die Proben lediglich aus den an der Außenseite der Stapel liegenden Fässern zu entnehmen, ist unzulässig.

§ 9.

Der Probenehmer hat über die Probenahme sofort einen Bericht an den Käufer und Verkäufer zu senden, worin über den Befund der Melasse, über die Mischung, ferner über die Beschaffenheit der Verpackung genaue Beschreibung gemacht wird. Alle Unregelmäßigkeiten, insbesondere merkliche Unterschiede in der Dichtigkeit innerhalb der Partie, **starke Schaumbildung** oder, bei außergewöhnlich heißer Melasse, der festgestellte Temperaturgrad, müssen in diesem Berichte erwähnt und die Anzahl der versiegelten Proben und, an wen dieselben **übermittelt** worden, aufgeführt werden.

§ 10.

Die vereideten Probenehmer dürfen, falls keine Vereinbarung getroffen ist, an Gebühren höchstens fordern:

- a) für eine Probenahme außerhalb ihres Wohnortes Ertrag der Fahrkosten (bei Eisenbahn-

*) Anm. zu § 6. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Danzig hat sich vorbehalten, daß in Danzig am Hafenplage die Probenahme, bezw. die Versiegelung der Probe auch unter Mitwirkung des Käufers, bezw. seines Stellvertreters erfolgen darf.

fahrten die Kosten 2. Klasse) und von jedem Centner Melasse 1 Pfennig;

- b) bei einer Probenahme an ihrem Wohnorte von jedem Centner Melasse $\frac{1}{2}$ Pfennig.

§ 11.

Bei jeder Probenahme hat der Probezieher gegenwärtige Vorschrift bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Jeder Probenehmer erhält zu diesem Zwecke, wie überhaupt zu seinem Ausweise ein Exemplar, welches die Bemerkung des Handelsvorstandes seines Bezirkes trägt, daß er sich zur Befolgung der Vorschrift verpflichtet hat.

§ 12.

Beschwerden über Probenehmer sind an den zuständigen Handelsvorstand zu richten. Derselbe wird die Beschwerde untersuchen und ist berechtigt, dem betreffenden Probenehmer Vorhaltungen wegen unterlassener Befolgung der Vorschrift zu machen, eventuell denselben in der Liste (vergl. Einleitung) zu streichen, auch das Legitimations-Exemplar zurückzufordern.

Personalien.

Der bisher bei der hiesigen Handelskammer als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beschäftigt gewesene Herr Dr. Stoy ist zum Sekretär der Handelskammer zu Thorn gewählt worden. Herr Dr. Stoy wird sein Amt am 1. Januar k. J. antreten.

Das bisherige Mitglied der Handelskammer, Herr Direktor Schruiff in Blankenburg, ist von Blankenburg nach Köln verzogen und damit aus der Handelskammer ausgeschieden.

Geschäftsveränderung.

Herr Bankier L. Baumgarten in Braunschweig hat nach einer unter dem 6. November d. J. der Handelskammer gemachten Mittheilung die General-Agentur des „Reptum“ (Wasserleitungsschäden-Unfall-Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.) niedergelegt.

Fachmännischer Beirath für Angelegenheiten des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens.

Zur Mitwirkung bei der Erledigung der der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig aus den Beschlüssen der Konferenz vom 4. bis 5. Oktober d. J. erwachsenden Arbeiten hat sich eine Kommission Braunschweiger Fachmänner der Handelskammer bereitwillig zur Verfügung gestellt. Diese Kommission setzt sich aus den folgenden Herren zusammen:

1. Brandes, Dr., Gymnasialdirektor in Wolfenbüttel;
2. Henze, August, Lehrer an der städtischen höheren Mädchenschule in Braunschweig;

3. Henze, Franz, Schulinsektor daselbst;
4. Hohnstein, Otto, Lehrer an der städtischen Mädchenschule daselbst;
5. Lippmann, Edmund, Schulinsektor daselbst;
6. Sander, Theodor, Lehrer daselbst;
7. Schaarschmidt, Gustav, Direktor der städtischen Bürgerschulen daselbst;
8. Stöling, H., Schul- und Seminardirektor in Wolfenbüttel;
9. Bernicke, Alexander, Dr. phil., Professor. Direktor der Oberrealschule in Braunschweig,

Eisenbahnverkehr.

Bedürfniß nach besseren Zugverbindungen.

In der Sitzung des Bürgervereins zu Harzburg vom 19. Oktober d. J. machte der Vorsitzende Dr. Dreyer u. A. die Mittheilung, daß auf eine im vorigen Frühjahr vom Vorstande an die Königliche Eisenbahn-Direktion Magdeburg gerichtete Petition um Herrichtung einer besseren Zugverbindung auf der Linie Harzburg-Ilseburg-Wernigerode die Direktion erwidert habe, daß für diesen Sommer eine Aenderung des Fahrplans nicht möglich sei, doch solle für nächsten Sommer den Wünschen des Bürgervereins Rechnung getragen werden. Ferner sei dem Wunsche des Vereins gemäß im vorigen Sommer der Frühzug von Braunschweig nach Bienenburg bis nach hier durchgeführt und sei damit Anschluß an den Zug 7 Uhr 15 Minuten ab hier nach Ilseburg erreicht. Dem Antrage des Bürgervereins sei auch insofern entsprochen, als ein zweiter Zugang zum Bahnsteig geschaffen sei.

Eisenbahn Walkenried-Wieda-Braunlage und Tanne.

Vom Südharze wird der „Braunschweigischen Landeszeitung“ geschrieben: „Ohne Lärm ist ein Bahnprojekt der Verwirklichung nahe geführt, das für den Südharz von großem Interesse ist, nämlich eine schmalspurige Eisenbahn Walkenried-Wieda-Braunlage und Tanne. Die Vorarbeiten sind fertiggestellt und auch die Finanzierung gesichert, wobei der Umstand dem Unternehmen zu Statten kommt, daß der Haupt-Aktionär zugleich der Erbauer sein würde und auch bei der Aufbarmachung der Bahn demnächst wesentlich theilhaftig sein wird, da er die anzulegenden großen Steinbrüche bei Braunlage mit anderen Industriellen gemeinsam betreiben will. Man hofft durch diese Steinindustrie allein das Bahnunternehmen reichlich zu verzinsen. Die Bahn, die ausschließlich auf Herzoglich braunschweigischem Gebiete liegt, würde beim heutigen Bahnhöfe Walkenried beginnen und ohne Schwierigkeiten von dort nach Wieda führen

Bei der Schröder'schen Streichholzfabrik wäre eine Haltestelle und unterhalb Wieda ein größerer Bahnhof für diesen Ort. Durch Wieda geht die Linie dann wesentlich auf dem linken Ufer des Wiedaflusses, hat bei der Eichenhütte noch eine Haltestelle für diese und den Personenverkehr und geht dann, der Braunlager Straße folgend, im Thale in die Höhe. Auf der Höhe, in der Nähe des Kaiserweges, ist ein größerer Bahnhof für Holzverladungen vorgesehen. Von dort geht die Bahn dann zum Brummbache hinunter und wird im Thale des Brummbachs abwärts die Zweiglinie nach Tanne führen, um dort bei den Eishütten zu endigen. Die Hauptlinie folgt dagegen im Wesentlichen der Chaussee nach Braunlage, geht durch Braunlage durch und soll am Fuße des Wurmberges enden. Ueber den Bahnhof in Braunlage und dortige Anschlüsse soll erst entschieden werden, wenn sich die dortigen Interessenten über ihre finanzielle Betheiligung an dem Unternehmen erklärt haben; die Weiterführung der Bahn bis zum dreieckigen Pfahle und die Anlage eines großen Hotels dort ist vorläufig fallen gelassen, doch sind die Vorarbeiten auch dazu hergestellt. Eine Zweigbahn vom Anfangspunkte in Walkenried nach Bad Sachsa würde sich natürlich bei entsprechendem Entgegenkommen dieser Stadt sehr leicht herstellen lassen. Es dürfte einleuchten, daß diese etwa 20 km lange Eisenbahn sehr günstige Ausichten in Bezug auf Verfrachtungen hat und dürfte eine Rentabilität von Anfang an gesichert sein, ohne daß man auf den Personenverkehr allzuviel zu rechnen braucht."

Post, Telegraphie und Fernsprechwesen.

Der „Manufakturist“ berichtet, daß seitens des Reichspostamtes eine vollkommene Umwandlung des Postdienstes an Sonn- und Feiertagen erörtert werden und auch zur Durchführung gelangen werde. Es handelt sich hierbei um eine Verlegung der Schalterstunden im Sinne des Gesetzes der Sonntagsruhe und um eine eventuelle Verlängerung des Schalterdienstes um eine Stunde. Der bisherige Schalterdienst, welcher an Sonn- und Feiertagen im Sommer vier, im Winter drei Stunden betrug, soll nun in vier Stunden für alle Jahreszeiten umgeändert werden. Nach den Informationen des Gewährsmannes jenes Blattes seien dazu die Stunden von 8—10 Uhr Vormittags und 12—2 Uhr Nachmittags in Aussicht genommen, wodurch den postalischen Bedürfnissen der Geschäftswelt, sowie des Publikums Genüge geleistet würde. Diese Zeitbestimmungen werden jedoch keineswegs durch Gesetz festgelegt werden, vielmehr dürften örtliche Verhältnisse auch andere

Dienststunden zulassen, wie z. B. auch zu Weihnachten und zu Neujahr die Erweiterung der Dienststunden in üblicher Weise vorgenommen werden wird. Der Rohrpost- und Telegraphendienst würde durch diese Aenderung nicht berührt werden.

Wie weit vorstehende Mittheilung auf zutreffender Information beruht, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntniß.

Braunschweigische Industrie-Sammlung.

(Fortsetzung.)

28. Feilen-Fabrikation. Geschenk von Herrn Syndikus Dr. Stegemann. Nr. 1 Stahl. Nr. 2 geschmiedete Feile. Nr. 3 geschliffene Feile. Nr. 4 Unterhieb. Nr. 5 Unter- und Oberhieb. Nr. 6 gehärtet. Nr. 7 Feile mit Sandstrahlgebläse nachgeschärft. Nr. 8 verschiedene Hiebarten von schlicht bis bastard.

29. Kunststein-Fabrikation. Geschenk der Firma B. Liebold & Co. in Holzminden. Fußbodenmuster.

30. Kunstsandstein-Fabrikation. Geschenk der Helmstedter Thonwerke in Helmstedt, vertreten durch Grebe & Kunze in Braunschweig. Nr. 1—3 verschiedene Sandarten. Nr. 4 Sandsteinmasse. Nr. 5—7 Sandsteinarten. Nr. 8 gemahlener Kalk. Nr. 9 gemahlener Kalkstein. Nr. 10—12 Arten von Glas-Thon. Nr. 13—18 Arten von Bausteinen. Nr. 19 Vase aus künstlichem Sandstein.

31. Beton-Bau. Geschenk der Firma Drenkhahn & Endhop zu Braunschweig. Nr. 1—3 Betonproben. Nr. 4—5 Röhren. Nr. 6 Modell einer Beton-Bogenbrücke gewöhnlicher Konstruktion. Nr. 7 Modell einer Trägerdecken-Konstruktion.

32. Chamottestein-Fabrikation. Geschenk der Firma H. N. Kempe in Tfleben. Nr. 1 Rohprodukte. 1 Probe von sich rothbrennendem Ziegelthon. 1 Probe von sich gelbbrennendem Ziegelthon. 1 Probe von feuerfestem Thon, sich weißgelb brennend mit einer Feuerfestigkeit dem Normal Sieger Kegel Nr. 31 entsprechend. 1 Probe gebrannter feuerfester Thon (Chamotte). 1 Probe fertig zusammengelegte Chamottemasse, auch Chamottemörtel genannt. Nr. 2 Fertige Chamottefabrikate. 1 feuerfester Chamottestein, Vollstein. 1 feuerfester Chamottestein, doppelt Klinker. 1 feuerfester einfacher Klinker.

33. Mühlstein-Fabrikation. Geschenk der Firma Greiner & Sohn zu Wolfenbüttel. Nr. 1—9 Rohstoffe. Nr. 10—12 Modelle von Mühlsteinen.

34. Marmorproben. Geschenk der Firma Th. Strümpell & Co. in Braunschweig. Nr. 1 bis 24 Marmorarten.

35. Asphalt-Dachpappen-Fabrikation. Geschenk der Firma F. Schacht zu Braunschweig. Nr. 1 Steinkohlen. Nr. 2 Steinkohlenheer. Nr. 3 Asphalt-Dachtheer. Nr. 4 Theer-Leucht-Öl. Nr. 5 Stegazon (Dachpappen-Anstrich). Nr. 6 Holz-Cement. Nr. 7 Kaiser-Mastix-Maschinen-Ritt. Nr. 8—11 Fabrikation der Rohdachpappe. Nr. 12 Rohdachpappe in verschiedenen Stärken. Nr. 13—15 Fertigstellung der Dachpappe. Nr. 16—22 Fabrikation der Asphalt-Isolirplatte aus Dachpappe.

36. Asphalt-Fabrikation. Geschenk der Deutschen Asphalt-Aktien-Gesellschaft zu Eschershausen. Nr. 1—2 Vorwöhrer Asphalt. Nr. 3—4 Trinidad-Asphalt. Nr. 5—6 Vorwöhrer Asphalt-Steinmehl. Nr. 7 Asphalt-Mastix oder Gußasphalt. Nr. 8 ungemahlener Stampfasphalt. Nr. 9 gemahlener Stampfasphalt. (Stampfmehl). Nr. 10 Fertiger Stampfasphalt.

37. Erdfarben. Geschenk der Firma Kannefeldt & Co. in Blankenburg. Nr. 1—6 Erdfarben im rohen Zustande. Nr. 7—12 Erdfarben im präparirten Zustande (Ocker, Umbraun, grüne Erde, rothe Erde [Bolus], graue Erde, schwarze Kreide [Erdschwarz].)

38. Glas-Fabrikation. Geschenk der Firma G. Becker & Co. in Neuhaus bei Holzwinden. Nr. 1 gegossenes Alabasterglas, roh, geschliffen und polirt. Nr. 2 gegossenes schwarzes Glas, roh, geschliffen und polirt. Nr. 3 gegossenes Krystall-Spiegelrohglas. Nr. 4 gegossenes Krystall-Spiegelglas, geschliffen und polirt. Nr. 5 geblasenes $\frac{3}{4}$ -w.-Spiegelrohglas. Nr. 6 gegossenes Krystall-Spiegelglas, eine Seite geschliffen und polirt, die andere Seite matt geschliffen. Nr. 7 geblasenes $\frac{3}{4}$ -w.-Spiegelglas, eine Seite geschliffen und polirt, die andere Seite matt geschliffen. Nr. 8 geblasenes $\frac{3}{4}$ -w.-Spiegelglas, beide Seiten geschliffen und polirt.

39. Diabas-Steine. Geschenk der Diabas-Steinbrüche zu Neuwerk. Nr. 4—12 verschiedene Arten der Behauung der Pflastersteine. Nr. 1—4 verschiedene Stadien der Verkleinerung.

40. Cement-Fabrikation. Geschenk der Braunschweiger Portlandcementwerke zu Salder. Nr. 1 Rohmaterial. Nr. 2 gebrannter Klinker. Nr. 3 gemahlener Portland-Cement.

41. Kalisalze. Geschenk der Aktien-Gesellschaft Thiederhall in Thiede. Nr. 1 Chlorkalium, ungedarrt. Nr. 2 Steinsalz. Nr. 3 Karnalit. Nr. 4 Chlorkalium, gedarrt. Nr. 5 künstlicher Karnalit. Nr. 6 Boracit. Nr. 7 Hart-salz. Nr. 8 Viehsalz.

42. Fabrikation künstlicher Düngemittel. Geschenk der Firma H. J. Merck & Co. in Dker. Nr. 1—10 verschiedene Sorten Düngemittel.

43. Gurtweberei und Seilerei. Geschenk der Firma F. C. Danzfuß in Schöningen. Nr. 1 Baumwollriemen, roh. Nr. 2—5 gewebte Baum-

wollriemen mit Antifrikationskante, Stärke I bis IV. Nr. 6—7 gewebte Baumwollriemen, Stärke III—IV, gegen Nässe roh imprägnirt. Nr. 7—8 Kamelhaar-Riemen, roh. Nr. 9 Kameelhaar-Riemen mit Antifrikationskante, normalstark.

44. Leder-Fabrikation. Geschenk der Firma Georg Sander in Sehlen. Nr. 1—7 Gerbstoffe (Dividivi, Dividivi-Mehl, Balonea, Mimosa-Rinde, Myrabolanen, Mirabolanenmehl, Quebrachholz). Nr. 8 fertiges Leder.

(Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie
(Oktober).

Geld- und Bankwesen.

Die Diskontoerhöhung, welche Anfang Oktober bereits in Aussicht genommen werden mußte, ist am 11. November eingetreten, nachdem die Reichsbank bereits einige Zeit vorher das Hereinnehmen von Wechseln unter dem offiziellen Satz eingestellt hatte. Gleichzeitig, aber unabhängig von dieser Maßregel, ist ein scharfer Rückgang fast aller Werthpapiere erfolgt, der besonders bei den per ultimo gehandelten Spekulationspapieren einen Umfang angenommen hat, wie er in so kurzer Zeit höchst selten vorgekommen ist und auch die Kurse der Staatspapiere nicht verschont hat. So sind einzelne Bank- und Montanwerthe 15 bis 20 Prozent gefallen, Eisenbahn-Aktien um 10 Prozent, italienische Staatsanleihe um $2\frac{1}{2}$ Prozent, die Preussischen Konjols ermäßigten ihren Kurs um fast 1 Prozent und Englische Konjols, die in der Regel nur geringe Kursschwankungen aufweisen, sind gar um 2 Prozent gefallen.

Auf die Gründe dieser Veroute, die insofern besonders bemerkenswerth ist, als sie gleichzeitig an allen Börsen Europas eintrat, ist bereits in der Oktober-Betrachtung hingewiesen. Es sind glücklicher Weise solche, die mit den rein wirtschaftlichen Verhältnissen nur lose zusammenhängen und es ist daher zu hoffen, daß die sich jetzt an den Börsen abspielenden Vorgänge auf die Börjlenkreise beschränkt bleiben. Ob dies möglich sein wird, ist freilich noch nicht sicher zu übersehen. Bei uns in Deutschland scheint das Privatpublikum weniger in Mitleiden-schaft gezogen zu sein, als die berufsmäßigen Spekulanten, nennigleich Ersteres in Berlin und Hamburg und besonders auch in Süddeutschland in Geldaktien große Verpflichtungen eingegangen sein soll. In Paris und Wien sind die Börjlen-verpflichtungen jedenfalls aber viel umfangreicher, die Schwierigkeit der Geldverförgung ist daher dort noch größer als bei uns (wo bis jetzt von einem Geldmangel, selbst für Effektenraporti-

rungen, nicht die Rede sein kann), und dieser Moment hat mittelbar zur Erhöhung unseres Diskontosatzes beigetragen, da in Folge der an diesen Plätzen zu erzielenden höheren Zinsen große Summen dorthin geströmt sind.

Durch die Erhöhung des Reichsbankdiskontos wird sowohl der Geldabfluß nach außen erschwert, der ja auch leicht zu größeren Entnahmen von Gold führen kann, als auch im Inlande ein Druck auf die Operationen ausgeübt, welche die Beschaffung von Geld für die Börse bezwecken.

Es ist deshalb sehr zu wünschen, daß die jetzt eingetretene Einschränkung der Börsenthätigkeit einige Zeit andauert, da alsdann, und wenn nicht politische Verwicklungen dazwischentreten, was nicht wahrscheinlich aber natürlich nicht vorauszu sehen ist, die Herabsetzung des Bankdiskontos auf den früheren Satz in nicht zu ferner Zeit erfolgen dürfte.

Mitte November 1895.

M. G.

Fleisch- und Wurstwaaren.

Denjenigen Fabrikanten, die bereits wie in den Vorjahren, Anfang Oktober mit der Fabrikation der Dauerwaare begonnen, und auf Lager gearbeitet haben, sind manche Verluste erwachsen, indem die Partien in Folge des zu warmen Wetters zum Theil nicht gerathen sind.

Sehr günstig dagegen war die zweite Hälfte Oktober, die kalte rauhe und klare Temperatur, die wir hatten, ist sehr fördernd für das Gedeihen einer guten Cervelatwurst, und es wird früher, wie andere Jahre, eine stabile Dauerwurst am Markte sein.

In Speck sind recht befriedigende Umsätze gewesen und die alten Bestände werden nun wohl doch noch zum Theil zur rechten Zeit geräumt.

Die jetzt so niedrigen Preise für das Rohmaterial hielten auch den Preis für Speck sehr gedrückt, derselbe ist vergangenen Winter noch zu hohen Preisen eingelegt, und jetzt nur mit erheblichem Verlust zu begeben.

Denecke & Himmel in Braunschweig.

Konferven.

Der Absatz dürfte im verflossenen Monat allgemein ein befriedigender gewesen sein, ohne daß jedoch höhere Preise erzielt werden konnten. Leider erstreckt sich die Nachfrage aber in der Hauptsache nur auf billigere Sachen, so daß von Prima-Qualitäten insbesondere Prima Stangen-spargel und Erbsen I noch große Posten verfügbar sein dürften.

Die einzigen Artikel, welche eine Preis-erhöhung erfahren haben, sind Steinpilze und Champignons. Steinpilze sind gar nicht gewachsen und werden die vorjährigen Vorräthe bald geräumt sein. Champignons sind in Paris

um 50 Prozent gestiegen, und werden die Aufträge auf Rohwaare nur zögernd ausgeführt.

H. B. Luermer in Braunschweig.

Der Eisenmarkt.

Die gute Stimmung auf dem Eisenmarkt hält an, die Preise zeigen Neigung zu weiterem Steigen.

Der Umsatz, der auch sonst im Oktober noch ziemlich lebhaft zu sein pflegt, gewann durch diese günstigen Momente noch an Ausdehnung.

Die Werke sollen für das laufende Jahr mit spezifizirten Aufträgen voll besetzt sein und auch den größten Theil ihrer Produktion für das nächste Vierteljahr schon verkauft haben.

Wulbrandt & Seele in Braunschweig.

Getreide.

Bei günstigen Witterungsverhältnissen sind die Winterjaaten gut aufgehoben.

In Weizen blieben die Zufuhren vom Lande recht schwach; die Preise konnten sich von 135 Mk. Ende September successive bis Ende Oktober auf 143 Mk. heben, für einzelne größere Posten ist auch wohl etwas mehr bewilligt.

Die angebotene Waare wurde meistens von Mühlen aufgenommen; für den Händler lohnten Einkäufe kaum, da der Artikel immer noch nach keiner Seite rentirt.

Von Roggen kamen ebenfalls verschwindend kleine Zufuhren an den Markt, die von Mühlen willig Anfang Oktober mit 124 Mk. gegen Ende mit 128 Mk. acceptirt wurden. Da der Bedarf in hiesiger Waare nicht gedeckt werden konnte, wurde mehrfach von Rußland und der Donau bezogen und bessere Qualitäten gleichpreisig bezahlt.

Auch Hafer konnte, da die dringenden Angebote des September nachließen, sich Mitte Oktober auf 120 Mk. erholen und wurden die besseren Qualitäten Ende des Monats mit 124 Mk. bezahlt.

Der Versand nach anderen Stationen gerieth ins Stocken, da geeignete prima Waare fehlte.

Das Geschäft in Braungerste blieb ein recht schleppendes; das Angebot von benachbarten Stationen ist immer noch ein reichliches. Preise unverändert.

Futtergerste von Rußland und der Donau machte sich hin und wieder knapp, da sich die Ankünfte wegen Wassermangel in Magdeburg verzögerten.

Feldbohnen und Erbsen kamen fast gar nicht an den Markt.

Der Verstand der Getreidebörse in Braunschweig.

G. Lüttke. M. E. Herz. Dr. Peters.

Zucker.

In der ersten Hälfte des Monats Oktober verfolgten die Rohzuckermärkte eine steigende Tendenz. Dank der regen Kauflust inländischer Raffinerien, und der durch ungünstige Erntebereiche vom Auslande befestigten Meinung gewannen die Preise bis gegen Mitte des Monats ca. 50 Pfg. pro Centner, bückten diese Avance in der zweiten Hälfte desselben aber wieder ein, ohne dadurch die bis dahin wesentlich niedrigeren Weltmarktpreise zu erreichen. Die in den vorausgegangenen Jahren gerade im Monat Oktober stattgehabte bedeutende Ausfuhr deutschen Rohzuckers wird daher auf die nahe der Rüste produzierte Quantität beschränkt bleiben und eine erhebliche Abnahme zeigen.

Rohzuckerfabriken hiesiger Gegend bleiben zu den höheren Preisen fortdauernd Verkäufer, ermäßigten aber das fast ausschließlich von deutschen Raffinerien aufgenommene Angebot mit dem Sinken der Werthe und lehnten theilweise marktgemäße Gebote ab. Die Durchschnittswerthe für Rohzucker, Basis 88 Prozent, stellten sich im Oktober auf Mark 11 pro 50 kg erkl. Saß ab Station. In Raffinaden war der Absatz sehr beschränkt und neue Waare noch nicht angeboten.

Vibrans & Gerloff in Braunschweig.

Kolonialwaaren.

Das Geschäft darin charakterisirte sich im vergangenen Monat als ein regelmäßiges gesundes Bedarfsgehalt ohne Spekulationskäufe, und sind die Preise dementsprechend fast ganz unverändert geblieben. Nur Gewürze und Südfrüchte, von welchen die Ernterträge in den Berichten der betreffenden Produktionsländer kleiner als sonst geschildert werden, zeigen eine weitere Werthbesserung, gelten jedoch immer noch als billig. Schmalz hat noch etwas im Preise verloren und steht so niedrig, wie seit zwanzig Jahren nur zweimal dafür notirt wurde. Man führt als Ursache dafür die ungewöhnlich reiche Maisernte in Amerika und die dadurch bedingte größere Zufuhr von Schweinen in den Schlachtereien Chicagos an.

Geb Brüder Dannenbaum in Braunschweig.

Gingehant.

Zum Konflikt in der Konservenindustrie.

Die Zeit, in welcher die Abschlüsse der Rohprodukte seitens der Konservenfabrikanten mit den Produzenten gemacht zu werden pflegen, kommt heran. Die Produzenten sind, wie aus Zeitungsberichten hervorgeht, schon verschiedentlich versammelt gewesen, um sich über die Geschäftslage zu unterhalten. Es ist bei diesen Gelegenheiten der Bau von Konservenfabriken angeregt worden

und zwar aus dem Grunde, weil ein Beschluß der Fabrikanten bestehen soll, daß der den Gemüsezüchtern werthvollste Artikel, der Spargel, nicht wie bis dahin immer üblich gewesen, kontraktlich zu einem festen Preise abzuschließen sei, sondern daß jeder Fabrikant seinen Bedarf an Spargel während der Kampagne am Markte zu decken habe. Die Spargelzüchter resultiren daraus, daß ein solches Verfahren eine große Gefahr für sie in sich schließen würde und glaubten dieser Gefahr am besten dadurch begegnen zu können, daß sie Fabriken erbauten, in welchen sie den Spargel konserviren könnten, welcher im rohen Zustande nicht abzusetzen gewesen sei.

Die Behauptung, daß die Fabrikanten den Spargel am Markte zu decken gedächten, glaubten diese nicht unbeantwortet lassen zu dürfen und erklärten daher in einer Annonce, daß dieselbe unwahr sei und ist diese Frage auch nicht einmal ventilirt worden, ja, man ist sogar der Ansicht, daß ein solches Verfahren überhaupt kaum durchführbar sei.

Es ist wohl an der Zeit, einmal die Frage zu erörtern, ob für die Konservenindustrie die Gründung neuer Fabriken von Vortheil sein würde und ist die Frage für jetzt ohne Weiteres zu verneinen, denn die bestehenden Fabriken sind nicht nur in der Lage, den Bedarf an Konserven zu decken, sondern auch im Stande, bei normalen Ernten einer gesteigerten Nachfrage zu genügen. Neue Fabriken würden nur durch billigere Preise ihre Produktion absetzen können und darunter würde schließlich jede andere Fabrik mit zu leiden haben. Die Preise sind aber bereits so gedrückt, daß der Nutzen nur ein äußerst geringer ist und bei weiteren Preisrückgängen neue Katastrophen unausbleiblich sein würden. Wenn nun auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß in diesem Jahre der Rohspargel bei Gründung neuer Fabriken etwas im Preise steigen würde, so müssen sich später nothwendiger Weise die billigeren Preise für konservirte Waare auch bei der Rohwaare geltend machen und somit würde den Produzenten ein Vortheil durch den Bau eigener Fabriken, abgesehen von den Bedenken, die sonst noch gegen den Bau von Genossenschafts-Fabriken sprechen, kaum erwachsen.

Wenn die Spargelproduzenten auf eigene Fabriken verzichten sollen, so müssen sie auch die Aussicht haben, ihren Spargel an die Fabriken absetzen zu können. Daß Letzteres der Fall sein wird, kann wohl behauptet werden; sind doch sogar im vorigen Jahre die durch Betriebseinstellung von drei Fabriken freigewordenen Posten zum weitaus größten Theil noch von den anderen Fabriken übernommen worden. Erfreulicher Weise liegt das Geschäft in diesem Jahre aber günstiger und konnte, wenn auch nur zu sehr billigen Preisen, ein flotter Abatz erzielt werden, so daß jetzt nur noch der Prima Stangenspargel in

drückender Weise verfügbar sein dürfte. Es wird also zweifellos seitens der Fabrikanten, wenn sie das nöthige Entgegenkommen hinsichtlich der Preise bei den Produzenten finden, eine größere Kauflust vorhanden sein als im Vorjahre und ist alsdann mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der gesammte Rohspargel in gewohnter Weise zuzüglich des neu in Stich kommenden an die Fabriken abgesetzt werden kann.

Ueber die Preise läßt sich sagen, daß sie eine Erhöhung unter keinen Umständen erfahren dürfen. Ob eine Ermäßigung derselben nothwendig erscheint, müßte reiflich erwogen werden, vielleicht ist es möglich, ganz davon abzusehen oder die Ermäßigung doch nur auf Prima Rohspargel zu beschränken, jedenfalls dürfte sie aber nur so gering sein, daß ernstliche Differenzen zwischen Käufer und Verkäufer nicht dadurch entstehen könnten. Wirkliche Schwierigkeiten sind in diesem Jahre nicht vorhanden und wird daher eine Verständigung mit Leichtigkeit zu erzielen sein.

Für die gedeihliche Fortentwicklung der für Braunschweig so wichtig gewordenen Konservenindustrie ist es durchaus erforderlich, daß Fabrikanten und Produzenten Hand in Hand gehen und stets das Ziel im Auge haben, die in der Konservenbranche tonangebende Stellung Braunschweigs zu befestigen. Daß gelegentlich Opfer gebracht werden müssen, ist selbstverständlich, doch müssen diese eben gemeinsam gebracht werden, denn nur dann ist es möglich, den im ganzen Deutschen Reiche auftauchenden Konkurrenz-Unternehmen erfolgreich die Spitze zu bieten.

Sollte sich nicht die Bildung einer aus Fabrikanten und Produzenten bestehenden Kommission empfehlen, deren Mitglieder sich des besonderen Vertrauens ihrer Berufsgenossen erfreuen, welche die brennenden Fragen zu erörtern und alsdann das Resultat der Gesamtheit zur Annahme vorzulegen haben würde?!

Ein Konservenfabrikant und zugleich Spargelproduzent.

Mittheilungen aus dem Herzogthume.

Gründung einer Baugenossenschaft.

Gandersheim, den 16. Oktober.

Zu dem heutigen Vereinsabend des Bürgervereins zu Gandersheim theilte Oberlehrer Dr. Quensen in Kürze die Grundzüge mit, auf welchen am hiesigen Orte die Gründung einer Baugenossenschaft seitens der Mitglieder des evangelischen Arbeiter-Vereins gedacht ist. Danach wird die Gründung einer eingetragenen Baugenossenschaft mit beschränkter Haftpflicht geplant. Als Haftkapital würde ein Betrag von 120 Mk. pro Person festgesetzt werden, welcher durch monatliche Beiträge von 1 Mk. eingezahlt werden könnte.

Arbeitseinstellung.

Braunschweig, den 19. Oktober.

Auf den Bauten des Bauunternehmers A. Jung hier haben die Maler die Arbeit niedergelegt. Grund dieser Maßregel sind Lohn-differenzen.

Centralstelle für Arbeitsnachweis in Braunschweig.

Auf eine unter dem 31. Januar d. J. dem Herzoglichen Staatsministerium eingereichte, die Errichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle betreffende Eingabe des Bürgervereins zu Braunschweig, hat das Ministerium erwidert, daß durch Errichtung einer solchen Centralstelle in der Stadt Braunschweig einem Bedürfniß würde entsprochen werden. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen gehöre aber nicht zu den Aufgaben des Staates, sondern sei zunächst den Gemeinden zu überlassen. Indessen habe das Ministerium den Stadtmagistrat veranlaßt, der Sache des städtischen Arbeitsnachweises fortgesetzt seine Aufmerksamkeit zu widmen, sowie die Verhandlungen behufs Verwirklichung desselben wieder aufzunehmen, so bald ein Erfolg davon irgend zu erwarten sei.

Arbeiterentlassung in Folge Eingehens des Hochofenbetriebs in Blankenburg.

Nach einer Notiz der „Braunschweigischen Anzeigen“ haben die Arbeiter, denen in Folge des Ausblasens des Hochofens zu Blankenburg gekündigt worden ist, entweder bei den Harzer Werken andere Beschäftigung erhalten oder sie sind an das Blechhüttenwerk in Thale gegangen.

Weihnachtsmarkt. Sonntagsruhe. Submissionswesen.

Der Bürger- und Gewerbe-Verein zu Helmstedt beauftragte in seiner Generalversammlung vom 19. Oktober den Vorstand, bei den städtischen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß der auf den 23. Dezember fallende Weihnachtsmarkt auf acht Tage früher verlegt werde, da der Markt so dicht vor Weihnachten wenig Nutzen für die Geschäftsleute biete. Ferner wurde ein eventuelles Vorgehen aller Bürgervereine des Landes betreffend Abänderung des Gesetzes der Sonntagsruhe zur Sprache gebracht, wonach die Verkaufszeit wenigstens bis 4 Uhr Nachmittags ausgedehnt werden solle. Der Vorsitzende erwiderte hierauf, daß auf Grund des durch Erhebungen im Reiche über die genannte Frage gesammelten Materials der Bundesrath dem Reichstage voraussichtlich in diesem Winter eine Abänderungsvorlage machen werde und daß deshalb zu empfehlen sei, bis zu einer eventuellen

Entscheidung eine abwartende Stellung einzunehmen. Schließlich beauftragte die Versammlung auf eine von einem Mitgliede des Vereins gemachte Anregung hin den Vorstand, bei den städtischen Behörden die schon früher gemachte Bitte um Vergebung aller größeren Arbeiten durch Submissionsverfahren zu wiederholen.

Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule in Harzburg.

In der Stadtverordneten-Versammlung in Harzburg vom 18. Oktober wurde der Entwurf eines Statuts, betr. die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule daselbst, nach einigen von der Statuten-Kommission gemachten Änderungs-vorschlägen angenommen.

Braunschweiger Stichkanal.

Am 21. Oktober d. J. ist Regierungsbaumeister Fabian aus Hannover als Vertreter der Königlichen Kanalkommission in Meine eingetroffen, um die Arbeiten behufs Auffindung einer günstigen Geländelage für die Linie des Zweigkanals vom Mittellandkanal nach Braunschweig zu leiten.

Vermischtes.

Zur Frage des Detailreisens.

Ein Vertreter der Berliner Firma L. suchte zwei Lokomotivführer an ihrer Arbeitsstätte auf und bot ihnen die Lieferung von Hemden nach Maß im Preise von 7.50 Mk. pro Stück an mit der Angabe, daß die Firma nur an Beamten liefere. Die beiden Beamten gaben dem starken Drängen schließlich nach, und als sie die Waare erhielten, stellte es sich heraus, daß die Hemden nach Maß nicht angefertigt sind. Die Frauen der Geschädigten, welche dieserhalb die Handelskammer um Rath gingen, haben Zahlung verweigert, da der Verkauf unter Vorpiegelung falscher Thatfachen stattgefunden hat.

Der von der Handelskammer eingesetzte Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes giebt unter dem 7. November in den hiesigen Zeitungen nachstehende Aufklärung:

Ein Vertreter der Berliner Firma „Wäsche-Bekleidungs-Industrie, Adolf Baruch & Co.“ hat in einem hiesigen Etablissement sich durch grobe Vorpiegelung falscher Thatfachen Aufträge auf sogenannte Einschlebehenden von Arbeitern zu erschleichen gewußt.

Da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der betreffende Agent auch an anderen

Stellen mit ähnlichen Manövern arbeitet bringen wir hierdurch den Fall zur Kenntniß des Publikums.

Es sind diese Vorgänge jedenfalls werthvolle Beiträge zur Frage der gesetzlichen Einschränkung des Detailreisens.

Bosnischer Pflaumenerport.

Die bosnische gebörte Pflaume bildet einen Exportartikel, welcher vermöge seiner vorzüglichen Qualität, sowohl auf dem europäischen Markte, wie auch in Amerika einen ausgezeichneten Ruf genießt.

Ein wirksames Mittel zur weiteren Förderung und Entwicklung dieses Exportzweiges ist insbesondere in der Herstellung direkter Handelsbeziehungen zwischen den Konsumtionsgebieten und den Produktionsorten, von welcher Letzteren die an der Save gelegene Bezirksstadt Brčka als Hauptmarkt für den bosnischen Zwetschenhandel in erster Linie in Betracht kommt, zu erblicken.

Zur leichteren Erreichung dieses Zieles wurde von kompetenter Seite eine „Die bosnische Pflaume“ betitelte Studie in deutscher und englischer Sprache verfaßt, welche dazu bestimmt ist, den interessirten Kreisen ein auf Grund authentischer Daten geschaffenes Bild über den bosnischen Zwetschenhandel zu vermitteln. Wir machen die Interessenten auf diese Fachschrift, von der uns einige Exemplare vom k. k. österreichisch-ungarischen Generalkonsulat zu Berlin zugesandt worden sind, an dieser Stelle aufmerksam.

Zur Lage der Handelsangestellten.

Unter den Bewerbungsschreibern, welche eine Braunschweiger Firma auf ein Inserat erhielt, in dem dieselbe einen „Schreiber“ mit 40 Mark Monatsgehalt suchte, befanden sich vier von gelehrten Kaufleuten, die — nach den Bewerbungsschreibern zu urtheilen — eine bessere Schulbildung erworben hatten. Nach den Angaben der betr. Schreiben hat der eine der Gesuchsteller das Herzogliche Realgymnasium zu Braunschweig besucht, ist mit sämtlichen Komptoirarbeiten vertraut und steht gegenwärtig im Alter, von dreißig bis vierzig Jahren. Der zweite hatte bei einer namhaften Berliner Firma gelernt und war dann dreieinhalb Jahre bei einer anderen Berliner Firma als Buchhalter in Stellung gewesen. Der dritte war bei einer bedeutenden Braunschweiger Firma für Komptoir und Lager thätig gewesen und der vierte hatte in einem angesehenen Braunschweiger Hause gelernt und war dann in Köln a. Rh., Berlin und Hannover in Stellung gewesen. Allen vier Bewerbern standen gute Referenzen zur Verfügung. Es sind diese Fälle wiederum Belege für die be-

dauerliche Thatsache, daß der zu starke Andrang zum Kaufmannsstande einen erheblichen Ueberschuß an Anwärtern und demgemäß erhöhte Engagementsverhältnisse zur Folge hat.

Englisches Genossenschaftswesen.

Die vom englischen Handelsamte herausgegebene „Labour Gazette“ bringt eine Statistik über die Fortschritte der englischen Arbeitergenossenschaften im Jahre 1894, der wir nachstehende Daten entnehmen. Im Ganzen bestehen jetzt nicht weniger als 1637 Genossenschaften aller Art, was gegen das Vorjahr eine Vermehrung von 60 oder 3.8 Prozent bedeutet. Die Zahl der Genossen ist um fast 50000 oder 3.6 Prozent in einem einzigen Jahre gestiegen; sie beläuft sich auf 1277405. An Kapital besitzen die Genossenschaften 118100000 £ (1417.2 Millionen Gulden) Anthelle und Darlehen (gegen 1893 mehr 4 Prozent) und 602000 £ Reserve (mehr 1 Prozent). Sie setzten die riesige Summe von 48700000 £ um (Verminderung gegen das Vorjahr 0.4 Prozent) und erzielten einen Reingewinn von 582000 £, der den des Vorjahres um nicht weniger als 12.6 Prozent überstieg. Der Reingewinn versteht sich nach Abzug der Kapitalzinsen. Konsumvereine bestehen 1449 mit 1200000 Mitgliedern mit einem Kapital von 14500000 £ und einer halben Million Reserven. Der Umsatz bezifferte sich auf mehr als 400 Millionen Gulden und ihr Reingewinn auf 50 Millionen Gulden. Daneben erzielten namentlich die englischen Grozeinkaufsgenossenschaften sehr bedeutende Erträge. Die noch unvollständige Liste weist 122 unterschiedliche Produktionsgenossenschaften, 33 Molkereien, 22 Brodbäckereien und 8 Kornmühlen auf, deren Gesamtumsatz 40 Millionen Gulden und deren Reingewinn 1.5 Millionen Gulden betrug. Die Berichte für das laufende Jahr 1895 ergeben weitere Fortschritte.

Mittheilungen der Redaktion.

Unter dem 13. November ist uns von anonymem Seite ein Fall von unlauterem Wettbewerb mitgetheilt worden. Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß anonyme Zuschriften weder von der Redaktion, noch von der Handelskammer irgend welche Berücksichtigung finden.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. J. Manz & Co., Feitschen- und Sattlerwaaren-Geschäft en gros, Braunschweig, Inhaber: die Kaufleute Joseph Manz und Hermann Borchers in Braunschweig, am 19. November 1895.

2. E. Wittenberg Nachfolger, Schöningen, Inhaber: Kaufmann Albert Müller in Schöningen, am 19. Oktober 1895.
3. Joh. Dürkoop, Molkerei- und Maschinenbauanstalt, Braunschweig, Inhaber: Ingenieur und Maschinenfabrikant Johannes Dürkoop, am 14. Oktober 1895.
4. H. Reiß, Lotteriegewäch, Braunschweig, am 2. November 1895.
5. H. Fels, Handlung mit Tabak und Cigarren, Braunschweig, Inhaber: Hugo Fels, am 5. November 1895.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. A. Behrens, Schöppenstedt. Als Inhaber der Kaufmann Fritz Behrens jun., eingetragen Schöppenstedt am 14. Oktober 1895.
2. Holländische Butter-Kompagnie Ackermann & Co. Nachf., Braunschweig. Von dem bisherigen Inhaber an den Kaufmann Richard Wähnz abgetreten am 18. Oktober 1895.
3. H. Behrens, Oberlutter. In Folge Ablebens des bisherigen Inhabers auf dessen Erben, nämlich dessen Witwe, Minna geb. Glindemann, und dessen von dieser bevorbundener Kinder Minna und Elisabeth Behrens übergegangen unter der Firma Minna Behrens, H. Behrens Nachf., am 17. Oktober 1895.
4. Gustav Droz & Co. zu Zerheim. Gustav Droz durch Tod ausgeschieden, Vertreter ist der Gesellschafter Carl Droz zu Zerheim. 22. Oktober 1895.
5. G. Wöhler, Haffelsfelde. Als Inhaber der Kaufmann August Wöhler zu Haffelsfelde vermerkt am 17. Oktober 1895.
6. Klosterbrennerei im Kloster Walkenried bei Nordhausen a. H. von Hermann Hen. Als jetziger Inhaber ist eingetragen Apotheker Rudolph Albert aus Rudolstadt, jetzt in Walkenried, und die Firma geändert wie folgt: Klosterbrennerei im Kloster Walkenried bei Nordhausen a. H., am 19. Oktober 1895.
7. Aug. Engelhard & Co., Braunschweig. Kaufmann Hermann Budow ist als offener Gesellschafter eingetreten am 24. Oktober 1895.
8. Dalm & Brandhorst, Braunschweig. Wird nach Ausscheiden des Kaufmanns Robert Brandhorst unter Beibehaltung der alten Firma vom Kaufmann Carl Dalm auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
9. Hugo Sievers, Adolf Giesecke Nachf., Braunschweig. Durch Todesfall des bisherigen Inhabers auf dessen Mutter und Miterbin, Ehefrau des Lohnfellers Heinrich Sievers, Dorette, geb. Gbeling, übergegangen am 24. Oktober 1895.
10. Grottrian, Helfferich, Schulz, Th. Steinweg Nachf., Braunschweig. Die beiden Söhne des bisherigen Inhabers: Willi und Curt Grottrian, sind als offene Gesellschafter in das unter unveränderter Firma fortbestehende Handelsgeschäft seit dem 19. Oktober 1895 eingetreten.
11. Pfeiffer & Schmidt, Braunschweig. In Folge Todesfalls des bisherigen Mitinhabers auf dessen Sohn, Kaufmann Hermann Schmidt, als Alleinhaber übergegangen am 28. Oktober 1895.
12. H. Kettelbeck, Braunschweig. In Folge Todesfalls des bisherigen Inhabers auf dessen Erben: nämlich dessen Ehefrau Caroline, geb. Roth, dessen Tochter Margarethe Kettelbeck, dessen Sohn Brauer Heinrich Kettelbeck und dessen Tochter Elsa Kettelbeck, sämtlich in Braunschweig, übergegangen am 28. Oktober 1895.
13. Friedrich Jürgens. Die bisherigen Prokuristen Brauer Wilhelm Jürgens und Kaufmann Friedrich Jürgens, Braunschweig, sind seit dem 1. September d. J. als offene Gesellschafter in das unter unveränderter Firma fortbestehende Handelsgeschäft eingetreten.

14. H. L. Weihe. Vom Kaufmann Berthold Friedberger an die Kaufleute Heinrich Weihe und Hans Klängenpor in Braunschweig übergegangen.
15. August Fischer, in Eisershausen. In Folge Absterbens der bisherigen alleinigen Inhaberin ist das Geschäft an den Kaufmann Robert Fischer übergegangen am 7. November 1895.

3. Löschungen.

1. Erfurter Schuhwaaren-Magazin F. Schaper in Gandersheim, am 16. Oktober 1895.
2. Alwin Laue, Destillationsgeschäft, Helmstedt, am 9. Oktober 1895.
3. Th. Pätz Nachf., Woll- und Weißwaaren-Geschäft, Königsutter, am 12. Oktober 1895.
4. L. Weihe, F. Witting, Geßel & Höder, Eduard Bremer, W. Schüke, Bernhard Zuch, Firmen, welche längst erloschen, deren antragsmäßige Löschung aber bis jetzt nicht hat bewirkt werden können. Ansprüche an obige Firmen oder ein sonstiges Interesse an dem Bestehenbleiben derselben sind bis spätestens den 1. Februar 1896 anzumelden. Seejen, 12. Oktober 1895.
5. J. H. Böttcher, Helmstedt, am 16. Oktober 1895.
6. A. Dürkoop, Braunschweig, am 24. Oktober 1895.
7. Hermann Schulz, Kohlen-, Dünger- und Futterartikelfeschäft, Schöppenstedt, am 25. Oktober 1895.
8. Carl Halle jun., Braunschweig, am 4. November 1895.

3a. Procuraertheilung.

1. Mübeländer Dampfzägewerk, an W. Kallmeyer zu Mübeland, Kaufmann Rudolf Meffert zu Mübeland. 10. Oktober 1895.
2. Minna Behrens, H. Behrens Nachf., Oberlutter, an den Kaufmann Hermann Tornedde am 16. Oktober 1895.
3. Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig. Kollektivprocura an den Sekretär Albert Vichtenberg und den Depotverwalter Christian Eilert, beide in Braunschweig, am 5. November 1895.

3b. Procurallöschung.

1. Gottlieb Wöhler, Hasselfelde. Procura für den Kaufmann August Wöhler am 17. Oktober 1895.
2. F. Goepner, in Bad Harzburg. Procura für den Kaufmann Rudolf Kunze, am 18. Oktober 1895.
3. H. Helmke, in Hagen. Procura für den Kaufmann Anton Helmke daselbst, am 24. Oktober 1895.
4. Friedrich Jürgens. Procura für Brauer Wilhelm Jürgens und Kaufmann Friedrich Jürgens, seit 1. September 1895.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

1. Fürstenberger Konsumverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausgeschiedenen Ohermalers Hochgräbe zu Fürstenberg ist der Maler Karl Böppe daselbst als Vorstandsmitglied gewählt.
2. Konsumverein Börsum, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausgeschiedenen Hilfswagenmeisters Sprengel ist der Bäckermeister W. Wilkens zu Börsum in den Vorstand gewählt.

Musterregister.

Eintragungen.

1. Wiedaer Hütte, Eisengußwaarenaktiengesellschaft in Wieda a. S., am 21. Oktober 1895. Lichtdruck-

bilder, offen, Modelle für zwei Regulirösen mit Kochröhren, Fabriknummer 185 und 157a, Modelle für plastische Erzeugnisse. Schutzfrist zehn Jahre.

2. Fürstenberger Porzellanfabrik (Aktiengesellschaft) in Fürstenberg, am 14. Oktober 1895. Zeichnung des Musters: eine versiegelte Kiste, enthaltend: dreizehn Gegenstände, plastische Erzeugnisse der keramischen Branche, welche in Porzellan hergestellt werden.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Friedrich Gadau, Tischlermeister, Calvörde, am 14. Oktober 1895.
2. Conrad Meyer, Möbelhändler, Braunschweig, am 2. November 1895
3. C. Schliephake, Gastwirth in Königsutter, am 2. November 1895.

2. Abrechnungen.

1. Hummel, Marie, geb. Neumann, in Firma M. Hummel, Braunschweig, Schlußtermin am 29. November 1895.
2. Johanne Schrader, Händlerin, Bechelde, Schlußtermin Donnerstag, den 5. Dezember 1895, Vormittags 10 Uhr.

3. Aufhebungen.

1. Feuerhake & Meyer, Braunschweig, am 10. Oktober 1895.
2. Wehrjen & Dienemann, Braunschweig, am 24. Oktober 1895.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

1. Katalog der Bibliothek der Handelskammer zu Leipzig. III. Zuwachs vom 1. Juli 1888 bis zum 31. Dezember 1893. Leipzig 1895. Kommissions-Verlag der J. C. Hinrichsen Buchhandlung.
2. Leipzig und Umgebung, mit 3 Plänen, entworfen von Ed. Gaebler, und 26 Abbildungen im Text. Den Fremden gewidmet und herausgegeben vom Verein zur Förderung des Fremden- und Geschäftsverkehrs Leipzigs. Selbstverlag des Vereins. 1895.
3. Niedersachsen. Halbmonatsschrift für Geschichte, Landes- und Volkskunde, Sprache und Literatur Niedersachsens. Herausgeber: August und Friedrich Freudenthal. Verleger: Carl Schünemann, Bremen.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Arndt

Ingenieur

Mitglied des Vereins deutscher Patentanwälte.
Wolfenbüttlerstr. 50. Fernsprecher Nr. 597.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Modellschutz.

Eintragung von

Warenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck von Albert Limbach (Inhaber Bobenburg & Böttger) in Braunschweig.

Verlag
und Expedition:
Bureau
der Handelskammer.

Monatschrift
für

• Vierteljährlich 1 Mt.
Anzeigengebühr:
1/8 Seite 6 Mt., 1/4 Seite
9 Mt., 1/2 Seite 18 Mt.,
1/1 Seite 25 Mt. •

Handel und Industrie.

Begründet von Dr. Vosberg-Rekow.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgeber: Dr. Stegemann, Syndikus der Kammer.

Nr. 12.

Braunschweig, Dezember 1895.

V. Jahrgang.

Inserat-Aufträge werden vom Bureau der Handelskammer entgegengenommen.

A. I. 1. — 11655/95.

Bekanntmachung,

betr. Verfolgung deutscher Rechtsansprüche vor
italienischen Konkursgerichten.

Vom Herzoglichen Staatsministerium ist uns unter dem 13. November d. J. Abschrift eines demselben seitens des Reichskanzlers übermittelten, von dem Königlich preussischen Minister für Handel und Gewerbe unter dem 21. September d. J. an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen gerichteten Erlasses über die Verfolgung deutscher Rechtsansprüche vor italienischen Konkursgerichten zugegangen.

Wir machen die Interessenten hier an dieser Stelle auf den Erlass aufmerksam. Derselbe kann auch in den üblichen Geschäftsstunden auf unserem Bureau eingesehen werden.

Braunschweig, den 19. November 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

A. I. 1. — 14498/95.

Handelsverhältnisse in Serbien.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß auf unserem Bureau über die Handelsverhältnisse in Serbien bezüglich Material eingesehen werden kann.

Braunschweig, 6. Dezember 1895.

Die Handelskammer
für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Dr. Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Margarine-Gesetz-Entwurf.

Dem Bundesrath ist von Neuem der Gesetz-entwurf betreffend Abänderung des Gesetzes vom 12. Juli 1887 über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter zugegangen. Die Handelskammer hat bereits am 20. Dezember v. J. auf Grund eines in ihrer Plenarsitzung vom 22. Oktober v. J. gefaßten Beschlusses eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie sich einer ausführlich begründeten, vom 20. September v. J. datirten Eingabe der Handelskammer zu Frankfurt a. M., welche für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes eintrat, angeschlossen hat. Sie erhielt aber unter dem 24. Mai d. J. ihre Petition von der Direktion des Reichstages mit dem Bemerkten zurückgesandt, daß dieselbe in Folge des eingetretenen Schlusses des Reichstages nicht zur Berathung und Beschlußfassung gelangt sei. Nach Eröffnung der neuen Session wird sie ihre Eingabe wiederholen.

Freizeichen.

Aus Anlaß der Prüfung mehrerer Waarenzeichen auf Eintragungsfähigkeit gemäß § 4, Absatz 1 des Gesetzes zum Schutze der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 hat das Kaiserliche Patentamt die Handelskammer um Aeußerung darüber ersucht, ob das Wort „Löwe“ und die Darstellung eines Löwen im Bezirk der Handelskammer als solche Zeichen bekannt sind, welche im Brauereigewerbe im allgemeinen und freien Gebrauch stehen. Im Bejahungsfalle wünscht das Patentamt Mittheilung derjenigen Thatfachen nebst Beweismitteln, aus denen die Freizeicheneigenschaft hergeleitet wird, sowie Angabe der Firmen, welche die Zeichen führen und seit wann sie dieselben führen. Ferner sei es belangreich, festzustellen, ob der Gebrauch des Zeichens sich etwa

in Anlehnung an eine bestimmte Firma, auf welche sich die Bedeutung der Marken noch jetzt zurückführen läßt, entwickelt hat.

Sollte dagegen das genannte Freizeichen im Bezirk der Handelskammer nicht in Gebrauch sein, so wünscht das Patentamt die Angabe der Gründe, welche nach Angabe der in Frage kommenden Interessenten gegen die Freizeicheneigenschaft sprechen.

Verlegung der Postschalterstunden an den Sonn- und Festtagen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat in Ausführung des Beschlusses der Plenar-Versammlung vom 25. November d. J. das Ersuchen an das Reichspostamt gerichtet, die Verlegung der Postschalterstunden an den Sonn- und Feiertagen von der Zeit von 5—7 Uhr Nachmittags in die Zeit von 11—2 Uhr Mittags zu veranlassen, um damit ein Zusammenfallen der Geschäftsstunden mit den Postschalterstunden zu bewirken.

Anstellung eines Zuckerprobenziehers.

Nach einer Mittheilung des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft zu Magdeburg hat dasselbe, sowie auch das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig den Probenehmer Fr. Preuß in Culmssee in die Liste der verordneten Zuckerprobenzieher aufgenommen.

Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule in der Stadt Braunschweig.

Der Magistrat der Stadt Braunschweig hat dem Antrage der Handelskammer gemäß beschlossen, ein Statut für die Errichtung einer obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschule in der Stadt Braunschweig zu erlassen, welches unter den erforderlichen Einschränkungen jeden kaufmännischen Lehrling unter achtzehn Jahren verpflichtet, die von der Handelskammer für den 1. April nächsten Jahres in Aussicht genommene Fortbildungsschule an den hierfür festgesetzten Stunden zu besuchen.

Die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte.

Ueber die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte und gesetzlich geregelte Vertretung des Handlungsgehilfenstandes spricht sich der deutsche Verband kaufmännischer Vereine in einem Rundschreiben folgendermaßen aus:

Ein wichtiger Punkt, an welchem die reformatorische Thätigkeit der gesetzgebenden Faktoren recht bald einsetzen mußte, ist die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen bzw. Lehrlingen, sowie die

Forderung einer Vertretung des Handlungsgehilfenstandes auf gesetzlicher Grundlage.

Man hat mehrfach empfohlen, das Handelsgewerbe dem Gesetz über die Gewerbegerichte zu unterstellen und sind auch schon entsprechende Anträge in der Volksvertretung verhandelt worden. Dieser Vorschlag ist indessen entschieden abzulehnen. Wenn auch das Verhältniß zwischen dem Prinzipal eines Handelsgeschäftes einerseits und seinen Gehilfen und Lehrlingen andererseits nicht mehr das alte patriarchalische ist, so sind die gegenseitigen Beziehungen doch andere als diejenigen zwischen dem gewerblichen Arbeitgeber und seinen gewerblichen Arbeitnehmern. Ganz abgesehen von der höheren geistigen Stufe, auf welcher im Großen und Ganzen der Handlungsgehilfenstand steht und von der höheren, ihn zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit mehr befähigenden wirtschaftlichen Einsicht, ist auch das Verhältniß des Gehilfen zu seinem Hause, die Verknüpfung seiner Interessen mit den Interessen des Hauses, welchem er dient, fester als bei dem gewerblichen Arbeiter, der heute kommt und morgen geht, je nachdem sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt günstig oder ungünstig für ihn gestalten. Ganz besonders muß hier hervorgehoben werden die größere Aussicht, zur Selbstständigkeit zu gelangen, sei es durch Gründung eines neuen Geschäfts, sei es durch Eintritt in das Geschäft seines Prinzipals oder in eine andere Firma. Und genau so, wie der Handlungsgehilfe im Allgemeinen besser zu seinem Prinzipal steht als der Arbeiter zu seinem Arbeitgeber, hat auch der Prinzipal ein größeres Interesse an seinem Handlungsgehilfen und seinem Geschick als der gewerbliche Arbeitgeber an seinem Arbeitnehmer; letzterer ist leicht ersetzt, ersterer zweifellos schwerer, namentlich wenn er gut eingearbeitet ist oder gar sich in einem Vertrauensposten befindet. Bei allem Verständniß für die auch im Handelsgewerbe vorhandenen Mißstände muß auf das Entschiedenste gegen eine Herabdrückung des Handlungsgehilfen auf den Standpunkt des gewerblichen Arbeitnehmers protestirt werden.

Wenn unter solchen Umständen nun auch die Unterstellung des Handelsgewerbes unter das Gesetz über die Gewerbegerichte abzulehnen ist, so muß doch die Forderung erhoben werden, daß für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Handlungsgehilfen oder Lehrlingen und ihrem Prinzipal zweckmäßigere Mittel und Wege geschaffen werden, als sie jetzt geboten sind. Mit der Lockerung des früheren patriarchalischen Verhältnisses zwischen beiden Theilen ist auch der Anlaß zu Streitigkeiten ein häufigerer geworden. Dasselbe Bedürfniß, welches sich auf dem Gebiete der gewerblichen Arbeit nach einem vereinfachten Verfahren für den Ausgleich von sich aus dem Arbeitsverhältniß ergebenden Streitig-

keiten geltend machte, tritt immer mehr auch im Handelsgewerbe hervor. Der zur Zeit allein offen stehende Prozeßweg ist zu umständlich und namentlich zu kostspielig, um von den Gehilfen regelmäßig betreten werden zu können, und es ist wohl zweifellos, daß aus diesem Grunde außerordentlich viel thatächliches oder vermeintliches Unrecht ruhig hingenommen wird. Es sind deshalb besondere kaufmännische Schiedsgerichte nöthig, welche unseres Erachtens am Besten im Anschluß an die Amtsgerichte errichtet und verwaltet werden könnten. Ueber die Ausgestaltung der zu schaffenden Einrichtung im Einzelnen sind die Meinungen noch nicht genügend erklärt. Darüber herrscht wohl allseitiges Einvernehmen, daß diese Gerichte ähnlich wie die Gewerbegerichte mit je zwei Vertretern beider Parteien und einem unparteiischen Vorsitzenden zu besetzen sind, und daß die Weisiger in getrennter, mit allen Cautelen für Unabhängigkeit umgebener Wahl von beiden Gruppen der Betheiligten zu wählen sind. Ueber die Zuständigkeit, das Verfahren, die Kosten und die Vollstreckung dagegen kann das Gesetz über die Gewerbegerichte nicht ohne Weiteres als vorbildlich bezeichnet werden, da die in Betracht kommenden Verhältnisse zum Theil wesentlich verschieden sind. Eine Anhörung der Betheiligten vor dem Erlaß des Gesetzes dürfte sich deshalb empfehlen.

Eisenbahnverkehr.

Personenzug Nr. 256 Braunschweig-Hildesheim.

Nach einer der hiesigen Handelskammer zugegangenen Mittheilung der Königl. Eisenbahn-Direktion Hannover vom 4. Dezember hat die am 1. Oktober d. J. ausgeführte Späterlegung des vorgenannten Zuges wider Erwarten eine ungünstige Wirkung gehabt. Die Aenderung des Fahrplanes hat Anlaß zu lebhaften Beschwerden gegeben. Insbesondere ist darüber Klage geführt worden, daß denjenigen Kindern aus Brothem, Groß-Gleidingen, Alveste u. s. w., sowie aus den umliegenden Ortschaften, welche Braunschweiger Schulen besuchen, die Gelegenheit zur Rückfahrt unmittelbar nach Beendigung des Unterrichts genommen ist, daß ferner die Briefschaften, Werthsendungen, Pakete u. in den in Frage kommenden Orten erst eineinhalb Stunden später wie bisher bzw. nur einmal am Tage statt zweimal bestellt werden, sowie daß diejenigen Landleute, welche nach Braunschweig zu Markte gehen, um ihre Boden-Erzeugnisse u. abzugeben, nach Schluß des Marktes über drei Stunden unnütz in Braunschweig zubringen und dann Abends in Dunkelheit den Heimweg von der betreffenden Eisenbahnstation aus antreten müssen, was

besonders bei schlechter Witterung schwer empfunden wird.

Sodann wird auch ganz besonders darüber Beschwerde geführt, daß die Verbindung nach Hildesheim und darüber hinaus bedeutend verschlechtert worden ist und die Anschlüsse an die Nachmittags gegen fünf Uhr von Hildesheim abgehenden Züge verloren gegangen sind.

Da in Folge der Verlegung des Zuges auch die Benützung desselben abgenommen hat, erscheint es nicht angängig, die jetzige Zeitlage des Zuges beizubehalten, und sieht sich die Königl. Eisenbahn-Direktion veranlaßt, vom 1. Mai k. J. den früheren Fahrplan des Zuges 256 wieder herzustellen.

Projekt einer schmalspurigen Eisenbahn von Walkenried über Wieda und Braunlage nach Tanne.

Das Komitee für das Projekt einer schmalspurigen Eisenbahn von Walkenried über Wieda und Braunlage nach Tanne hat an die Kammer das Ersuchen gerichtet, im Interesse der Industrie des Südharzes bei dem Herzoglich Braunschweigischen Staatsministerium die Ertheilung der Konzession zum Bau dieser Bahnlinie und Gewährung einer staatlichen Beihilfe zu befürworten.

Die Eingabe führt aus, daß die Rentabilität der projektirten Linie in der Hauptsache durch das Erschließen bedeutender Lager von Granit- und Hornfels-Gestein am Wurmberge hinter Braunlage erzielt werde, dann aber sei auch außer auf umfangreiche andere Güter- und Holzverfrachtungen auf starken Personenverkehr nach dem Stöberhai, für welchen bei der Wiedaer Hütte eine Haltestelle vorgesehen sei, zu rechnen. Es sei auch ferner ein bedeutender Personenverkehr aus dem ganzen Westen Deutschlands nach dem Brockengebiete und der Hermannshöhle in Rübeland zu erwarten.

Außerdem sei die Bahn für die Wiedaer Hütte, die Tanner Hütte, die Röhrigsche Glaswaarenfabrik in Braunlage, sowie für die Wiedaer Zündholzindustrie von großer Bedeutung.

Durch eine spätere Weiterführung dieser Linie über Walkenried hinaus nach Zorge würde auch den Harzer Werken Gelegenheit geboten werden, ihre Rübelerde Erze zu einem Preise nach Zorge schaffen zu können, welcher jenen Werken es ermöglicht, den Beichluß, den Hochofen in Zorge außer Betrieb zu setzen, wieder rückgängig zu machen, und ferner erwache den Harzer Werken durch die Bahnstrecke Tanne-Walkenried die Aussicht, für ihren Kalk im Südwesten des Harzes neue Absatzgebiete zu erschließen.

Eine Zinsgarantie in Höhe von 1 Million Mark sei bereits aufgebracht worden.

Es würde ferner für die Bewohner des Südhargers eine bessere Verbindung mit der Kreisdirektion in Blankenburg durch Anschluß an die Bahn Blankenburg-Tanne geschaffen werden.

Eisenbahnwagen-Gestellung.

Nach der „Br. L.-Z.“ ist es in landwirthschaftlichen Kreisen als Uebelstand empfunden worden, daß den außerhalb des Stationsortes wohnenden Versendern von Wagenladungen nicht ohne ausdrückliches Verlangen und nur auf ihre Kosten eisenbahnseitig Mittheilung gemacht wird, wenn die bestellten Eisenbahnwagen zu der gewünschten Zeit nicht gestellt werden können. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr Anlaß genommen, die Eisenbahndirektionen anzuweisen, daß in Fällen, in denen vorauszusehen ist, daß angeforderte Wagen nicht rechtzeitig eintreffen können, hiervon nicht nur wie bisher den am Stationsorte wohnenden, sondern auch den auswärtigen Bestellern sofort auf die schnellste Weise durch Telephon, Telegraph oder Boten auf Kosten der Eisenbahnverwaltung Kenntniß gegeben werde. In gleicher Weise sollen die Versender künftig auch von dem späteren Eintreffen der bestellten Wagen benachrichtigt werden. Diese Maßregel geht über die Verpflichtung der Eisenbahnverwaltung hinaus und ist als eine von ihr freiwillig gewährte Vergünstigung anzusehen; eine rechtliche Gewähr für das rechtzeitige Eintreffen der Benachrichtigung über das Ausbleiben der bestellten Wagen kann eisenbahnseitig nicht übernommen werden. Eine ersprießliche und beide Theile befriedigende Regelung dieser vielfach nicht ganz leichten Aufgabe wird sich voraussichtlich nur durch ein gegenseitiges Benehmen der Abfertigungsstellen und der Wagenbesteller erzielen lassen; besonders gilt dies von einsam gelegenen Haltestellen, bei denen es an geeigneten Botengelegenheiten meist fehlt.

Personalien und Auszeichnungen.

Se. Königliche Hoheit Prinz Albrecht von Preußen u., Regent des Herzogthums Braunschweig, haben geruht, dem Lagerführer Heinrich Kleimann hieselbst mit Rücksicht auf dessen langjährige treue Dienste bei der Firma Günther & Gelpke hieselbst das neben dem Herzoglichen Orden Heinrichs des Löwen gestiftete Verdienstkreuz II. Klasse zu verleihen.

In das Bureau der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist Assessor Dr. W. Böhmert eingetreten.

XXVI. Plenarversammlung der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 25. November 1895,

Vormittags 10 Uhr,

im SitzungsSaale der Handelskammer, Breitestraße 9, I.

Anwesend sind sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme der Herren Lemmer-Braunschweig, Ballin-Gandersheim, Rehn-Holzwinden, welche ihr Ausbleiben entschuldigt haben, sowie der Syndikus und der Assistent.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr und theilt mit, daß das Mitglied der Kammer Herr Direktor Schruff-Blankenburg zum 1. November d. J. seinen Austritt aus der Kammer in Folge Fortzugs nach Köln a. Rh. angezeigt habe und daß der bisher bei der Kammer als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beschäftigt gewesene Herr Dr. Stoy zum 1. Januar 1896 zum Sekretär der Handelskammer zu Thorn ernannt sei. Ferner sei Herr Assessor Dr. Böhmert als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an Stelle des Herrn Dr. Stoy in das Bureau eingetreten.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus. Derselbe berichtet über die während der Zeit seit der letzten Plenarsitzung eingelaufenen Eingänge, sowie über die Erledigung derselben und nimmt bez. derselben auf die in den Nummern 10 und 11 der Monatschrift für Handel und Industrie bereits aus der Geschäftsthätigkeit näher ausgeführten geschäftlichen Mittheilungen der Kammer Bezug. Der Syndikus macht sodann die Mittheilung, daß die Monatschrift für Handel und Industrie selbst seit Oktober d. J. in abgeänderter Form erscheine und dadurch besser ausgestaltet sei, daß regelmäßige Uebersichten über alle Braunschweigs Handel und Industrie berührenden Angelegenheiten, sowie über Veränderungen im Firmen- und Genossenschafts-Register, sowie auch regelmäßige Berichte über die Lage der Industrien zum Abdruck kommen würden.

Anschließend an diese Mittheilung bemerkt der Herr Vorsitzende, daß die Monatschrift für Handel und Industrie in ihrer jetzigen Form nach seinen Beobachtungen in den theilhaftigen Kreisen vollen Beifall finde. Er ersucht die Mitglieder, dahin zu wirken, daß die noch nicht abonnirten Gewerbetreibenden ihres Bezirkes die Monatschrift durch Beitritt unterstützen und in ihrer Rentabilität sichern möchten.

Der Syndikus theilt ferner mit, daß von Herrn Dorguth der Antrag gestellt sei, die

Handelskammer wolle beschließen, an den Reichstag eine Eingabe zu richten, worin sie um Ablehnung der beantragten Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung der Margarine ersuche. Da eine diesbezügliche Petition bereits im vorigen Jahre an den Reichstag gerichtet, aber nicht mehr in voriger Session zur Berathung gekommen sei, so würde der betr. Antrag in dieser Session von der Kammer wiederholt werden, womit wohl der Antrag des Herrn Dorguth seine Erledigung finden könne.

Der Vorsitzende macht im Weiteren die Mittheilung, daß auf Antrag der Handelskammer bei Herzoglichem Staatsministerium dem Werkmeister einer hiesigen Fabrik seitens Sr. Kgl. Hoheit des Prinzregenten das Verdienstkreuz II. Klasse wegen treuer und langjähriger Dienstführung verliehen sei. Zu dieser Angelegenheit wird von einem Mitgliede dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Form, in welcher das Verdienstkreuz dem Empfänger ausgehändigt sei, so wenig feierlich gewesen und damit eigentlich die Wirkung der Auszeichnung sehr beeinträchtigt worden sei. Der Werkmeister sei zur Empfangnahme des Kreuzes einfach auf die Polizeidirektion bestellt und habe dort über den Empfang quittiren müssen. Es müsse bei einer derartigen Ehrenertheilung doch darauf ankommen, wie sie erfolge. Eine würdigere Form der Ausleihung des Verdienstkreuzes, etwa durch persönliche Ueberreichung im Betriebe selbst durch einen Vertreter der Handelskammer oder durch den Geschäftsinhaber, würde zweifellos dem Empfänger den Werth der Auszeichnung erhöhen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß es nicht angängig erscheine, nach dieser Richtung bei Herzoglichem Staatsministerium irgendwie vorstellig zu werden, er glaube aber, daß sich in dieser Beziehung auch anderweitig möglicher Weise eine dem Zwecke besser entsprechende Form werde finden lassen.

Der Vorsitzende berichtet sodann über den **Güterwagen-Mangel**, welcher alljährlich im Herbst auf den Preussischen Staatsbahnen eintrete, und der Kammer, auf Antrag von Interessenten, bereits zu einer Anfrage bei der Königlich Eisenbahndirektion zu Kassel Veranlassung gegeben habe. Es liege gleichzeitig ein Antrag des Herrn Gerloff der Kammer vor, worin gebeten werde, eine Umfrage bei den Interessenten des Bezirkes über den thatsächlich in diesem Herbst ungewöhnlich stark hervorgetretenen Wagenmangel zu veranstalten. Da bereits vor einigen Jahren eine derartige Umfrage von der Handelskammer veranstaltet sei, die ein unbefriedigendes Resultat insofern ergeben habe, als nur ein kleiner Theil der Fragebogen ausgefüllt worden sei, so gebe er anheim, von einer derartigen Umfrage vorläufig abzusehen, zumal da ja von der Eisenbahnverwaltung die unzureichende

Wagengestellung gar nicht in Abrede gestellt werde. Der Wagenmangel sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Zuckerfabriken gerade während der Kampagne größere Anforderungen stellten, auch durch den niedrigen Wasserstand der schiffbaren Flüsse in diesem Jahre erhebliche Gütermengen mittelst der Eisenbahn hätten zur Versendung gelangen müssen.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, auf den Gegenstand im nächsten Jahresberichte eingehender zurückzukommen.

II. Ergänzungswahlen zur Handelskammer 1896.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Am 31. März 1896 erlischt das Mandat der Herren Südel, Schmidt, Leo, Barß, Natalis, sämmtlich in Braunschweig, Haffner-Wolfenbüttel (verstorben), Strümpell-Schöppenstedt, Dorguth-Helmstedt, Schäffer-Schöningen, Martin-Gandersheim, Liebold-Holzminden, Schruff-Blankenburg (verzogen).

Referent schlägt vor, die Neuwahlen in der zweiten Hälfte des Februar stattfinden zu lassen und schon jetzt die auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 19. März 1890 zu ernennenden Wahlvorsteher zu bestimmen.

Die Kammer beschließt demgemäß und ernannt zu Wahlvorstehern

1. für den Kreis Braunschweig: Herrn Otto Lüttge, zu dessen Stellvertreter im Falle der Behinderung Herrn Fabrikanten A. Lemmer;
2. für den Kreis Wolfenbüttel: Herrn Fabrikbesitzer D. Barnemik;
3. für den Kreis Helmstedt: Herrn Stadtrath Schmidt;
4. für den Kreis Holzminden: Herrn Heinr. Rehn;
5. für den Kreis Gandersheim: Herrn Stadtrath Ballin;
6. für den Kreis Blankenburg: Herrn August Corves.

Im Falle der Behinderung eines der Wahlvorsteher ist der Vorsitzende zur Ernennung eines Vertreters ermächtigt.

Von Herrn Stadtrath Willeke wird der Vorschlag gemacht, den Wahlberechtigten durch Postkarte den Tag der Wahl besonders bekannt zu geben, da hierdurch die Betheiligung an den Wahlen eine bessere werden würde.

Dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

III. Antrag der Mitglieder Gutfind und Gerloff, betreffend die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Ernennung von Bücherrevisoren, sowie deren Geschäftsführung.

Referent: Herr Gutfind.

Referent führt aus, daß es wünschenswerth sei, für die anzustellenden Bücherrevisoren einheitliche Grundsätze sowohl für deren Ernennung als auch für deren Geschäftsführung aufzustellen. Er habe mit Herrn Gerloff die in Betracht kommenden Gesichtspunkte eingehend besprochen und es erscheine in der That wünschenswerth, einheitliche Bestimmungen zu schaffen.

Er beantrage daher:

„Die Handelskammer wolle beschließen, zu vereideten Bücherrevisoren nur solche Personen in Vorschlag zu bringen und den kaufmännischen Kreisen zu empfehlen, welche ihre Befähigung zu diesem Amte einer zu diesem Zwecke einzusetzenden Kommission nachgewiesen haben. Der Handelskammer bleibt überlassen, in jedem einzelnen Falle zu bestimmen, in welcher Weise der Befähigungsnachweis zu führen ist.

Die vereideten Bücherrevisoren haben sich ausdrücklich zu verpflichten, die Kenntnisse, die sie bei der Revision der Bücher erwerben, nicht zum Nachtheil des betreffenden Geschäftes zu verwenden, und mit denjenigen Aktien-Gesellschaften oder Genossenschaften, deren Bücher sie regelmäßig revidiren, keinerlei Geschäftsverbindungen zu unterhalten und auch für deren Geschäftspersonal Lieferungen irgend welcher Art nicht auszuführen. Zur Regelung bezw. Ueberwachung dieser Bestimmungen wird eine aus drei Mitgliedern der Handelskammer bestehende Kommission gewählt, welche das Recht der Zuwahl hat“.

Nach längerer Debatte wird der vorstehende Antrag mit dem Zusatz „laufende Waaren-“ im zweiten Absätze siebente Reihe hinter dem Worte „keinerlei“ von der Versammlung genehmigt.

In die Kommission werden, abgesehen von dem Syndikus, die Herren Gutfind, Gerloff, Lüttge unter jedwemaliger Zuziehung des Bureau's der Handelskammer gewählt.

IV. Vorlage für die demnächstige Einrichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen.

Referent: Herr Dr. Herm. Schmidt.

Referent berichtet über den gegenwärtigen Stand der Errichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen im Herzogthum Braunschweig und bemerkt, daß nur noch die Anträge aus den Städten Schöppenstedt und Blankenburg ausstünden, welche aber voraussichtlich in nächster Zeit Her-

zoglichem Staatsministerium ebenfalls eingereicht werden würden. Der Magistrat der Stadt Braunschweig habe sich gleichfalls für Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts ausgesprochen. Der diesbezügliche Beschluß des Magistrats sei der Kammer vor einigen Tagen amtlich mitgetheilt worden.

Nach einer eingehenden Schilderung des gesammten Organisationsplans stellt Herr Dr. Schmidt den Antrag, für das Fortbildungsschulwesen des Bezirkes 2000 Mk. in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

V. Beitritt des Syndikus zur staatlichen Wittwen- und Waisenversorgung.

Referent: Der Vorsitzende.

Nach kurzer Berichterstattung wird der Antrag einstimmig mit der Maßgabe bewilligt, daß die Kammer Herzoglichem Staatsministerium gegenüber sich bereit erklärt, die von der Kammer geforderten Garantieleistungen zu übernehmen.

Punkt VI, Besprechung über die Lage des Kleinhandels, insbesondere des Kolonialwaarenhandels, wird bis zur Erledigung der Punkte VII, VIII und IX zurückgestellt.

VII. Berathung des Entwurfs einer Vorschrift für die Probenahme von Melasse.

Berichterstatte: Herr Dr. Barß.

Referent ist der Ansicht, daß es besser wäre, die Worte im § 2, Absatz 2 „und, soweit möglich, durch Anfrage“ zu streichen. Da aber auch bei Beibehaltung dieser Worte die Pflicht der eigenen Prüfung für den Probenehmer bestehen bleibe, und da ferner es erwünscht sei, daß die Vorschrift für die Probenahme von Melasse endlich zu Stande komme, so spreche er sich für unveränderte Annahme des Entwurfs aus.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Eingabe des Fabrikanten G. G. Wiegand in Linse, betr. Abänderung des Artikels 7 der dem Reichstage vorgelegten Novelle zur Gewerbeordnung (Detailreisen).

Referent: Der Assistent Herr Dr. Stoj.

Die dem Reichstag gegenwärtig vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung bestimme in Artikel 7:

„Das Aufsuchen von Waarenbestellungen ist — soweit nicht für einzelne Waarengattungen Ausnahmen vom Bundesrathe zugelassen werden — nur bei Gewerbetreibenden zulässig, welche die angebotenen Waaren in ihrem Handelsgewerbe führen“.

Es sei mit dieser Bestimmung jedenfalls bezweckt, das konsumirende Privatpublikum vor den Belästigungen und dem stehenden Detail-

handel vor der nachtheiligen Konkurrenz durch das überhandnehmende Detailreisen zu schützen. Ueber dieses Ziel gehe aber die Bestimmung in der vorliegenden Fassung weit hinaus.

Durch eine solche Bestimmung würden allerdings eine Anzahl von Industrien benachtheiligt und zwar diejenigen, die ihrer Natur nach direkt beim Konsumenten Absatz suchen und zwar würden hierher alle Gewerbebetriebe gehören, welche für das Baufach arbeiteten, sodann auch Maschinenfabriken etc.

Sollte für diese Industriezweige eine Befreiung der Bestimmung des Artikels 7 durch den Bundesrath erwirkt werden, so würde es dazu eines zeitraubenden Verfahrens bedürfen und dabei immer die Möglichkeit einer eventuellen Wiederaufhebung der gewährten Befreiung bestehen bleiben. Der Antrag des Herrn Wiegand laute wie folgt:

„Die Handelskammer wolle geneigtest dahin wirken, daß der Art. 7 der Gewerbeordnungsnovelle in seiner jetzigen Fassung keine Gesetzeskraft erlange und daß, wenn an einer Beschränkung des Detailreisens überhaupt festgehalten wird, diejenigen Waarengattungen ausdrücklich im Gesetz aufgeführt werden, auf welche das Verbot des Detailreisens sich erstrecken soll“.

Das Kollegium beschließt, diesen Punkt bis nach der Konferenz in Snabrück, die Anfangs Dezember zwischen einer Anzahl Handelskammern über die Lage des Kleinhandels stattfindet, aussetzen.

IX. Eingabe der Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten in Hamburg betr. Abänderung des § 3 des Gesetzentwurfes über den unlauteren Wettbewerb (Nichtung der Flaschen).

Berichterstatter: Herr Natalis.

Die Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten habe an den Bundesrath eine Petition gerichtet, in welcher ausgeführt sei, daß es technisch unmöglich sein würde, alle Flaschen so herzustellen, daß sie, wie im § 3 des Gesetzentwurfes vorgesehen, alle aichfähig seien. Hierdurch würden alle diejenigen Flaschen, welche nicht aichfähig seien, weil der Aichstrich entweder zu hoch oder zu niedrig käme, im Falle der Einführung des Aichzwanges, unbrauchbar, also unverkäuflich, was eine bedeutende Schädigung der Flaschenfabrikation zur Folge haben würde, auch würde hierdurch der Wein-, Bier-, Spirituosen- und Mineralwasserhandel erheblich getroffen werden.

Er bitte daher, den Antrag der Vereinigung der deutschen Flaschenfabrikanten, welcher dahin gehe, falls der Entwurf und besonders § 3 Ge-

setzeskraft erlangen sollte, im Gesetze ausdrücklich aufgenommen werde, daß dasselbe auf das Aichen der Glasflaschen, auch auf solche, welche mit Weiden umspinnen seien, keine Anwendung finde, zu unterstützen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Hierauf folgt

Punkt VI. Besprechung über die Lage des Kleinhandels, insbesondere des Kolonialwaarenhandels.

Berichterstatter: Der Vorjehende.

Referent nimmt Bezug auf die allgemein ungünstige Lage des Kolonialwaarenhandels und führt aus, daß die Frage, in welchem Umfange die Konsumvereine im Allgemeinen ihren Mitgliedern thatsächlich wirthschaftliche Vortheile gewähren oder aber nur den Schein solcher Vortheile erwecken nur auf Grund eingehender Untersuchungen beantwortet werden könne. Die Beantwortung dieser Frage würde je nach der Art und Weise, wie die einzelnen Konsumvereine organisiert und geleitet seien, verschieden ausfallen. Unabhängig von dieser Seite der Frage müsse es als eine feststehende Thatsache anerkannt werden, daß jeder Konsumverein, möge er gut oder schlecht organisiert und geleitet sein, durch seine bloße Existenz dem gewerblichen Kleinhandel, insbesondere den Kolonialwaarengeschäften, die an sich schon durch Ueberkonkurrenz erschwerten Existenzbedingungen durch Beeinträchtigung des Umsatzes noch weiter erschwere, ja an vielen Orten geradezu in Frage stelle.

Da die Konsumvereine in freien Wettbewerb mit den berufsmäßigen Erwerbsgeschäften getreten seien und ihrer ganzen Natur nach vor den letzteren an sich schon einen erheblichen Vorsprung hätten, entspreche es nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit, von Staatswegen den Konsumvereinen diese ihre günstige Position noch durch Privilegien, dem Kleinhandel gegenüber, zu verstärken. Vielmehr müßten die Konsumvereine grundsätzlich allen Beschränkungen und Belastungen unterworfen werden, welche dem Gewerbebetriebe als solchem aufliege. Keinesfalls dürften sie aber vor diesen letzteren noch irgend welche direkte oder indirekte Begünstigung erfahren.

Auf der anderen Seite müsse aber die Forderung, die Errichtung der Konsumvereine abhängig zu machen von der Bedürfnisfrage oder diese Genossenschaften sogar gewaltsam zu unterdrücken, als zu weitgehend und mit den Grundsätzen des Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet werden, da das Recht der Staatsbürger sich durch Vereinigung ihren Bedarf billiger zu beschaffen, nicht in Zweifel gezogen werden könne.

Wenn auch mit dem Fortfall jeder staatlichen Bevorzugung und Begünstigung der Konsum-

vereine vor den Kleinhandelsgeschäften in dem Streite der entgegenstehenden Interessen ein berechtigtes Gefühl der Bitterkeit in den Kreisen der Betheiligten verschwinden werde, so würde es doch eine verhängnißvolle Selbsttäuschung sein, anzunehmen, daß durch einen derartigen Ausgleich die schwierige Lage des Kolonialwaarenhandels als solche behoben werden könne. Es würde vielmehr die positive Aufgabe des Kaufmannsstandes sein, aus sich selbst heraus Mittel und Wege zu finden, welche dem Gewerbetreibenden seine berechnete Stellung gegenüber dem Uebergewichte der Einkaufsge nossenschaften allmählich wieder zurückgebe. Als die unerläßliche Grundlage für diesbezügliche Bestrebungen sei die gemeinsame gewissenhafte Feststellung der Existenzgrundlage des Kleinhandels in den verschiedenen Landestheilen anzusehen.

Nach lebhafter Debatte über diesen Gegenstand werden die Herren Kommerzienrath Südel, Dr. Schmidt, Dr. Stegemann zu der am 9. Dezember in Osnabrück stattfindenden Versammlung von Handelskammern delegirt.

X. Eingabe des Centralverbandes deutscher Kaufleute in Leipzig, betr. Verbot des Hausirhandels mit Manufaktur- und Webwaaren, Kolonial- und Materialwaaren.

Berichterstatter: Der Assistent Herr Dr. Stoh.

Der Central-Verband deutscher Kaufleute in Leipzig hat an die Handelskammer die Anfrage gerichtet, ob ein Antrag beim Reichstag, daß in das Verzeichniß der nach § 56a der Gewerbeordnung vom Feilhalten im Umherziehen auszuschließenden Gegenstände, auch Manufaktur- und Webwaaren, Kolonial- und Materialwaaren sowie handwerksmäßig hergestellte Waaren aufgenommen werden möchten, die Zustimmung und Unterstützung der Kammer finden würde.

Nach kurzer Debatte wird dieser Punkt der Tagesordnung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

XI. Antrag, betr. Verlegung der Postschalterstunden an den Sonn- und Festtagen.

Berichterstatter: Herr Dr. Schmidt.

Seitens des Reichspostamtes sei eine vollkommene Umwandlung des Postdienstes an den Sonn- und Festtagen im Sinne des Gesetzes über die Sonntagsruhe geplant. Er beantrage daher, daß die Kammer für eine Verlegung der Postschalterstunden an den Sonn- und Festtagen von 5—7 Uhr Nachmittags in die Zeit von 11—2 Uhr Mittags bei dem Reichspostamte vorstellig werde.

Die Kammer beschließt dem Antrage gemäß.

XII. Eingabe des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine in Frankfurt a. M. betr. kaufmännische Schiedsgerichte und gesetzlich geregelte Vertretung des Handlungsgehilfenstandes.

Berichterstatter: Herr Leo.

Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine in Frankfurt a. M. hat in seiner Jahres-Hauptversammlung in Mainz am 10. Juni d. J. sich mit der Einrichtung kaufmännischer Schiedsgerichte beschäftigt und den nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Die Unterstellung des Handelsgewerbes unter die Gewerbegerichte ist entschieden abzulehnen, dagegen sind für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen oder Lehrlingen andererseits besondere, mit je zwei Beisitzern aus dem Prinzipal- und Gehilfenstande und einem unparteiischen Vorsitzenden zu besetzende kaufmännische Schiedsgerichte zu bilden; über die Grundzüge für die Zuständigkeit, das Verfahren, die Kosten und die Vollstreckung sind die kaufmännischen Vereine vor Erlass des Gesetzes über die kaufmännischen Schiedsgerichte gutachtlich zu hören. Die kaufmännischen Schiedsgerichte sind durch Ausstattung derselben mit gutachtlichen und antragstellenden Befugnissen zu Vertretungen des Gehilfenstandes im Handelsgewerbe auf öffentlich rechtlicher Grundlage auszugestalten.“

Die Versammlung beschließt nach kurzer Debatte, die Errichtung eines Schiedsgerichtes auf fakultativer Grundlage für das Herzogthum Braunschweig in Erwägung zu nehmen und entsprechende Satzungen der nächsten Plenarsitzung vorzulegen.

Außerhalb der Tagesordnung gelangt sodann ein Antrag des Komitès für das Projekt einer schmalspurigen Eisenbahn Walkenried-Wjeda-Braunlage-Tanne betr. die baldige Konzeptionierung der projektirten Linie, zur Verhandlung.

Es wird beschlossen, dem Geschäftsausschuß und dem Bureau die weitere Behandlung dieser Angelegenheit zu überlassen.

Zum Schluß spricht der Vorsitzende im Namen der Kammer dem an die Handelskammer zu Thorn berufenen Herrn Dr. Stoh die besten Wünsche, sowie auch den Dank der Kammer für seine nach jeder Richtung hin dankenswerthe und erfolgreiche Thätigkeit aus.

Schluß der Sitzung 2^{3/4} Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende.
Südel.

Der Syndikus.
Dr. Stegemann.

Entwurf eines Lehrplans

für die

in der Stadt Braunschweig zu errichtende kaufmännische Fortbildungsschule.

Allgemeine Uebersicht.

A. Vorstufe.

1. Schönschreiben 2 Stunden.
2. Deutsch (Rechtschreibung) . . . 2 Stunden.
3. Elementar-Rechnen 2 Stunden.

B. Unterstufe.

1. Kaufmännisches Rechnen . . . 2 Stunden.
2. Korrespondenz 2 Stunden.
3. Handelsgeographie und Waarenkunde 1 Stunde.
4. Einfache Buchführung 1 Stunde.

C. Mittelstufe.

1. Kaufmännisches Rechnen . . . 2 Stunden.
2. Handelskorrespondenz und Komptoirarbeiten 2 Stunden.
3. Handelsgeographie und Waarenkunde 1 Stunde.
4. Doppelte Buchführung 1 Stunde.

D. Oberstufe.

1. Kaufmännisches Rechnen . . . 2 Stunden.
2. Handelskorrespondenz und Komptoirarbeiten 1 Stunde.
3. Handelsgeographie und Waarenkunde 1 Stunde.
4. Allgemeine Handelslehre . . . 2 Stunden.

E. Freie Kurse.

1. Zierchrift und Rundschrift . . 1 Stunde.
2. Stenographie 1 Stunde.
3. Englisch 2 Stunden.
4. Französisch 2 Stunden.

A. Vorstufe.

1. Schreiben: 2 Stunden.

- I. Lehrstoff: Deutsche und lateinische Schrift.
- II. Lehrziel: Gefällige, gleichmäßige und deutliche Handschrift, auch bei Schnellchrift.
- III. Stoffbehandlung: Den Schreibübungen sind nach Möglichkeit die kleinen Schriftsätze der sog. Komptoirlehre zu Grunde zu legen.

2. Deutsch: 2 Stunden.

- I. Lehrstoff: Rechtschreibung, Lesen und Stilübungen.
- II. Lehrziel: Geläufiges und verständnißvolles Lesen, sowie eine von groben orthographischen und grammatikalischen Fehlern freie Schreibweise, sowie Selbständigkeit in der Anfertigung kleiner Schriftstücke, wie Rechnungen, Quittungen, Preisanfragen und dergl.
- III. Stoffbehandlung: Die orthographischen und grammatikalischen Belehrungen und Übungen haben nicht selbständig für sich, sondern im Anschluß an die Lese- und Stilübungen stattzufinden.

3. Rechnen: 2 Stunden.

- I. Lehrstoff: Die vier Grundrechnungsarten mit benannten Zahlen in ganzen und gebrochenen Zahlen. Maße, Münzen und Gewichte.
- II. Lehrziel: Sicherheit in den Grundformen des Rechnens, insbesondere Gewandtheit im Kopfrechnen bis zur vollständigen Beherrschung des Zahlenkreises bis 100 unter Beachtung der sogenannten Rechenvortheile.

B. Unterstufe.

1. Rechnen: 2 Stunden.

- I. Proportionen, regel de tri, regula multiplex, Schlußrechnung.
- II. Kettenregel.
- III. Gesellschaftsrechnung.
- IV. Mischungsrechnung.
- V. Prozentrechnung, und zwar:

A. Prozente vom Hundert.

1. Auffuchung der Prozente.
2. Auffuchung des um die Prozente vermehrten oder verminderten Werthes.
3. Auffuchung des Werthes, von welchem gewisse gegebene Prozente gerechnet worden sind.
4. Auffuchung des Prozentsatzes.

B. Prozente auf und in Hundert.

1. Auffuchung der Prozente.
2. Auffuchung des ursprünglichen Werthes.

3. Auffuchung des um die Prozente vermehrten oder verminderten Werthes, von welchen gewisse Prozente gerechnet worden sind.

VI. Promillerechnung.

VII. Verwandlung eines Prozentsatzes in einen anderen.

2. Handelskorrespondenz und Komptoirarbeiten: 2 Stunden.

Lehrziel und Lehrstoff.

- I. Wiedergabe einfacher und nicht zu umfangreicher Geschäftsbriefe, die nach Form und Inhalt genügend vorbereitet sind, wie: Preisanfragen und Antworten, Waarenanerbietungen, Aufträge und Abbestellungen, Mahnbrieife, Rundschreiben, Dienstanerbietungen, Erkundigungen, Empfehlungsschreiben etc.
- II. Ausstellung von Rechnungen, Quittungen, Facturen, Verkaufsrechnungen und dergl.
- III. Orthographische Uebungen mit besonderer Berücksichtigung der kaufmännischen Ausdrücke nebst Erklärung derselben.

3. Handelsgeographie und Waarenkunde: 1 Stunde.

Lehrstoff.

Wirthschaftskunde des Herzogthums Braunschweig.

- a) Beschreibung des Landes, Bodenbeschaffenheit, Bodenbewirthschaftung, Wasserläufe, Vertheilung der Bevölkerung.
- b) Verkehrslinien und Verkehrseinrichtungen.
- c) Industrie, Handel, Handwerk, Landwirthschaft.
- d) Einrichtungen für Handel und Gewerbe.

4. Einfache Buchführung: 1 Stunde.

(Die nähere Festsetzung des Lehrstoffes und der Stoffbehandlung wird vorbehalten.)

C. Mittelstufe.

1. Rechnen: 2 Stunden.

I. Zinsrechnung.

1. Berechnung einfacher Zinsen.

A. Auffuchung der Zinsen eines Kapitals.

- a) Berechnung der Zinsen nach Jahren,
- b) Berechnung der Zinsen nach Monaten,
- c) Berechnung der Zinsen nach Tagen.

B. Auffuchung des Kapitals, der Zeit und des Zinsfußes.

2. Zinseszinsen.

II. Kontokorrente.

1. Das Kontokorrent mit rothen Zahlen.
2. Das Diskontkontokorrent.
3. Das Staffellokontokorrent.

III. Diskontrechnung.

1. Diskont auf Hundert.
2. " vom Hundert.

IV. Terminrechnung.

1. Die Kapitalien sind gleich.
2. " " " ungleich.

V. Wechselrechnung.

1. Parirechnung.
2. Wechselkursreduktionen.
3. Wechselreduktionen.

A. Direkte Wechselreduktionen.

a) Reduktion fremden Geldes auf einheimisches zum Wechselkurs.

aa) Uebereinstimmung der Sicht des Kurses mit der des Wechsels.

bb) Die Sicht des Wechsels stimmt mit der des Kurses nicht überein.

b) Reduktion einheimischen Geldes auf fremdes zum Wechselkurs.

aa) Uebereinstimmung der Sicht des Kurses mit der des auszuschreibenden Wechsels.

bb) Die Sicht des auszuschreibenden Wechsels stimmt mit der des Kurses nicht überein.

c) Auffuchung des Kurses.

B. Indirekte Wechselreduktionen.

C. Wechselreduktionen mit Spesen.

2. Handelskorrespondenz und Komptoirarbeiten: 2 Stunden.

Lehrstoff.

- I. Anfertigung schwieriger und umfangreicherer Geschäftsbriefe, deren Inhalt und Gedankengang genügend besprochen ist, wie: Empfehlungss- und Kreditbriefe, Auskunftsertheilungen, Kommissionen und Konfignationen, Expedition und Affekuranz, Kontokorrente, Wechselbriefe, Zahlungseinstellungen, Streitfachen u. j. w.

II. Entwurf von Circularen, Geschäftsanzeigen, Preisverzeichnissen und dergl.

3. Handelsgeographie und Waarenkunde:
1 Stunde.

Lehrstoff.

Handelsgeographie von Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, der erwerbenden Bevölkerung, der Bodenbewirtschaftung, der landwirthschaftlichen und bergmännischen Produktion, der Industrie in ihren verschiedenen Zweigen, des Binnen- und Außenhandels, der Verkehrsverhältnisse, der Einrichtungen für Handel und Gewerbe.

Deutschlands Kolonien und ihre wirthschaftliche Bedeutung.

4. Doppelte Buchführung: 1 Stunde.
(Die weitere Ausführung wird vorbehalten.)

D. Oberstufe.

1. Rechnen: 2 Stunden.

I. Effektenrechnung.

1. Kaufgeschäfte in Effekten.
2. Auffuchung des Zinsfußes aus dem Course der Effekten.
3. Auffuchung des Kapitalwerthes der Effekten aus dem Zinsfuß.

II. Gold- und Silberrechnung.

1. Umrechnung der Feinheitbestimmungen.
2. Ermittlung des Werthes eines Quantums rauhen Metalls.
 - a) Der Preis versteht sich für feines Metall.
 - b) Der Preis versteht sich für Metall von bestimmter Feinheit.

III. Münzrechnung.

1. Berechnung der Ausmünzungsverhältnisse.
2. Berechnung des Sachwerthes der Münzen.
3. Berechnung des Handelswerthes der Münzen.

IV. Berechnung des Gold- und Silberverhältnisses.

V. Arbitragen.

1. Wechselarbitragen.
 - a) Direkte Arbitragen.
 - b) Indirekte Arbitragen.
2. Arbitragen über gemünzte und ungemünzte Metalle.
3. Effektenarbitragen.

VI. Waarenkalkulationen.

1. Einfache Kalkulationen.
2. Zusammengesetzte Kalkulationen.
3. Kalkulationstabellen.

VII. Spiritusrechnung.

VIII. Maßvergleichen.

Nach Prozenten auf Hundert im Hundert und nach aus Kettenbrüchen entwickelten Verhältnißzahlen.

2. Handelskorrespondenz und Komptoirarbeiten: 1 Stunde.

Lehrstoff.

- I. Anfertigung kaufmännischer Briefe der verschiedensten Arten, wobei nur die Verhältnisse, unter denen der Brief geschrieben werden soll, klar dargelegt werden. Hierher gehört der Briefwechsel mit Behörden, Geschäftsreisenden, Agenten u. s. w.
- II. Ausstellung von Schuldscheinen, Vollmachtserteilung, Kontokorrente im Waaren- und Wechselgeschäft, Bürgschaften, Cessionen, Verträge mit dem Geschäftspersonal, Mietheverträge, Frachtverträge, Gesellschaftsverträge, Lieferungsverträge, Schlußzettel, Affekuranzverträge u. dergl.

3. Handelsgeographie und Waarenkunde:
1 Stunde.

Lehrstoff.

Europa, sowie die fremden Erdtheile, insbesondere die vereinigten Staaten von Amerika, Indien und Ostasien in ihrer wirthschaftlichen Bedeutung auf dem Weltmarkt.

4. Allgemeine Handelslehre: 2 Stunden.

Lehrstoff.

- I. Wesen und Bedeutung des Handels. Die verschiedenen Formen des Handels. Das Handelsgeschäft und die Bedingungen seiner Gültigkeit. Die Personen des Handelsstandes. Die Hilsgewerbe des Handels.
- II. Das Bankwesen.
- III. Die Kreditgeschäfte.
- IV. Das Wechselgeschäft.
- V. Verkehr und Transport.
- VI. Die Versicherung.
- VII. Einrichtungen und Anstalten im Dienste von Handel und Gewerbe (Handelsgerichte,

Handelskammern, Sachverständigenkommissionen, Schutzvereinigungen, Konsulate, Börsen, Messen, Jahrmärkte, Auskunfteien und dergl.).

E. Freie Kurse.

Fakultative Lehrgegenstände.

1. Stenographie.
2. Zier- und Rundschrift.
3. Französisch.
4. Englisch.

Braunschweigische Industrie-Sammlung.

(Fortsetzung.)

45. Schuh-Fabrikation. Geschenk von E. Sahm & Sohn in Braunschweig. Nr. 1—3 Zeichnungen. Nr. 4—5 halbfertige und fertige Leisten. Nr. 6 Fußmodell aus Gyps. Nr. 7—10 Schaft, Brandsohle, Sohle, Absatzleiste. Nr. 11 fertiger Schuh.

46. Holzproben I. Geschenk der Firma C. Gerecke. Nr. 1—27 verschiedene Holzarten.

47. Holzproben II. Geschenk der Firma Th. Osterloh & Sohn. Nr. 1—45 verschiedene furnirte Hölzer.

48. Senf-Fabrikation. Geschenk der Firma C. Brasche & Sohn in Braunschweig. Nr. 1—3 Senfsaat (braun und gelb, holländisch Indien). Nr. 4—5 Senfmehl. Nr. 6 Senföhl. Nr. 7 Bratsenf. Nr. 8 Weinsenf. Nr. 9 feiner Tafel-Mosttrich.

49. Rübensaft-Syrup-Fabrikation. Geschenk der Firma F. H. Werner in Welpke. Nr. 1 gedörrte Rüben. Nr. 2 gekochte Rüben. Nr. 3 fein geriebene gekochte Rüben. Nr. 4 getrocknete Pressmasse. Nr. 5—6 Ganzfabrikate nach älterem und anderen Verfahren hergestellt.

50. Kolonialprodukte und Zuckerraffinerie. Geschenk der Firma Gebr. Dannenbaum in Braunschweig. Nr. 1 Zweig eines Kaffeebaumes. Nr. 2—31 verschiedene Sorten Kaffee. Nr. 32—34 Reispflanzen. Nr. 35—36 Reissorten. Nr. 37—38 Reisfuttermehl. Nr. 39 Reisstärke-mehl. Nr. 40 Reisstärke-puder. Nr. 41 Melassefutter. Nr. 42 Kornzucker. Nr. 43 Nachprodukte III, Produkt 5. Nr. 44 Kristallzucker, granulated, ungeblaut. Nr. 45 Kristallzucker, granulated, geblaut. Nr. 46 raffiniertes Zucker, Knopperraffinade. Nr. 47 Zucker (gemahlene Raffinade).

51. Reismüllerei und Stärke-Fabrikation. Geschenk der Firma Gebr. Niefen in Bremen (durch Vermittelung der Firma Gebr. Dannenbaum in Braunschweig). Nr. 1 Reisstrahlen-

stärke. Nr. 2 Reisstückstärke. Nr. 3 Reis in Hülsen. Nr. 4—5 roher und polirter Moulmain-Reis. Nr. 6—7 roher und polirter Bassein-Reis. Nr. 8—9 roher und polirter Akab-Reis. Nr. 10—11 roher und polirter Japan-Reis. Nr. 12—13 roher und polirter Patna-Reis. Nr. 14—15 roher und polirter Siam-Reis. Nr. 16 roher Rangoon-Reis. Nr. 17 polirter Rangoon-Tafel-Reis. Nr. 18 polirter Rangoon-Mittelreis. Nr. 19 polirter Rangoon kurzer Reis. Nr. 20 polirter Rangoon-Bruch-Reis. Nr. 21 Reis-Gries.

52. Cigarren-Fabrikation. Geschenk der Firma du Roi & Co. in Braunschweig. Nr. 1—5 verschiedene Arten von Umblättern und Einlagen. Nr. 6—10 verschiedene Arten von Deckblättern. Nr. 11 Umblatt und Einlage. Nr. 12 aufgerollter Wickel. Nr. 13—15 verschiedene Entwicklungsstadien des Wickelpressens in der Wickelform. Nr. 16 fertige Cigarre.

53. Drogen. Geschenk der Firma Diebr. Buschmann in Braunschweig. Nr. 1—3 rothe Enzianwurzel, dieselbe geschnitten, dieselbe grob gemahlen. Nr. 4—7 rohe Calmuswurzel, dieselbe geschnitten, dieselbe grob gemahlen, dieselbe feinst gemahlen. Nr. 8—12 Florentiner Weidenwurzel, dieselbe geschnitten zu Brust-Species dieselbe geschnitten zu Räucher-Species, dieselbe grob gemahlen, dieselbe fein gemahlen. Nr. 13—16 chinesische Rhubarber, dreiviertel geschält, dieselben geschnitten (Abfall), dieselben geschnitten in Speciesform, dieselben feinst gemahlen. Nr. 17 russisches Süßholz (doppelt geschält). Nr. 18 russisches Süßholz (einfach geschält). Nr. 19 spanisches Süßholz. Nr. 20 russisches Süßholz, doppelt geschält, geschnitten. Nr. 21 russisches Süßholz, geschnitten, feinst gemahlen. Nr. 22 spanisches Süßholz, grob gemahlen. Nr. 23 spanisches Süßholz, feinst gemahlen. Nr. 24 spanisches Süßholz, geschnitten. Nr. 25 Faulbaumrinde. Nr. 26 Faulbaumrinde, geschnitten. Nr. 27 Gibischwurzel, ganze. Nr. 28 Gibischwurzel, weiß, geschnitten. Nr. 29 Gibischwurzel, grob gemahlen. Nr. 30 Gibischwurzel, feinst gemahlen. Nr. 31 englischer Canehl in Röhren. Nr. 32 englischer Canehl, geschnitten. Nr. 33 englischer Canehl, fein gemahlen. Pomeranzenschalen, Malaga. Pomerangen, ausgegchält, geschnitten. Agar-Agar in Stangen und Fäden.

54. Chemische Industrie. Geschenk der Chemischen Fabrik Schöningen. a) Schwefelsäurefabrikation. Nr. 1 Schwefelkies. Nr. 2 sicilianischer Schwefel. Nr. 3 Salpetersäure. Nr. 4 Salpetersulfat. Nr. 5 Schwefelsäure 50° Bé (Kammer Säure). Nr. 6 Schwefelsäure 60° Bé. Nr. 7 Schwefelsäure 66° Bé. Nr. 8 abgeröstete Schwefelkiese, sog. Abbrände. b) Sulfat- und Salzsäurefabrikation. Nr. 1 Sulfat (calciniertes schwefelsaures Natron). Nr. 2 rohe Salzsäure. Nr. 3

gereinigte Salzsäure (schwefelsäurefrei). Nr. 4 gereinigte Salzsäure (arsen- und säurefrei). c) Chlorkalkfabrikation. Nr. 1 Braunstein (Manganlauge). Nr. 2 Chlorkalk. d) Diverse Präparate aus obigen Großbetrieben: Nr. 1 Manganchlorür. Nr. 2 Mangansulfat. Nr. 3 Eisenchlorür. Nr. 4 Eisenvitriol. Nr. 5 Antichlor. Nr. 6 Rohschmelze von Schwefelnatrium. Nr. 7 krystallisiertes Schwefelnatrium, helle und dunkle Krystallisation. e) Fabrikation künstlicher Düngemittel. Nr. 1 Knochenkohlen. Nr. 2 Floridaphosphat. Nr. 3 Superphosphat. Nr. 4 Chilisalpeter. Nr. 5 schwefelsaures Ammoniak. Nr. 6 ammoniakalisches Superphosphat. Nr. 7 9 % Ammoniak-Stickstoff und 9 % lösliche $P_2 O_5$. Nr. 8 Ammoniak-Salpeter und Superphosphat.

(Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer.)

Berichtigung.

In unserer November-Nummer ist in dem Verzeichniß der Braunschweigischen Industrie-Sammlung, Seite 162, unter Nr. 38 statt „Glasfabrikation. Geschenk der Firma G. Becker & Co. in Neuhaus bei Holzminden“ zu setzen:

„38. Spiegelglas-Fabrikation. Geschenk der Deutschen Spiegelglas-Aktien-Gesellschaft Freden, Abtheilung Grünenplan“.

Mittheilungen aus dem Herzogthume.

Deensen, 9. November.

Hier ist jetzt auch eine Fortbildungsschule ins Leben gerufen, welche augenblicklich von fünfzehn jungen Leuten besucht wird. Man hofft, daß sich diese Zahl bald verdoppeln wird. Unterrichtet wird in Rechnen, Deutsch und Zeichnen.

Blankenburg, 28. November.

Gestern Abend verhandelten Dr. Schmidt und Dr. Stegemann aus Braunschweig mit dem hiesigen Mitglied der Handelskammer Hoflieferanten Corves und den Vertretern der hiesigen Kaufmannschaft Kniehase und Fr. Meier, sowie dem provisorischen Dirigenten der Bürgerschulen Weber über eine hier zu errichtende Handelsschule. Es wurde eingehend über Einrichtung der Schule, sowie über die Art und Weise des Unterrichts gesprochen. In das Rectorium wurden Hoflieferant Corves, Kaufmann Kniehase, Kaufmann Fr. Meier, Schuldirigent Weber und Stadtrath Glaser gewählt. Fleißigen und strebsamen Schülern der hier bestehenden gewerblichen Fortbildungsschule soll die

Theilnahme an dem Unterrichte der Handelsschule gestattet werden. Der Unterricht, der in zwei Klassen ertheilt werden soll, ist für jeden Kaufmannslehrling obligatorisch. Die Ferien fallen, mit Ausnahme der Weihnachtsferien, die schon am 10. Dezember beginnen, mit denen der Bürgerschule zusammen. In der heute mit dem Kreisdirector Dr. Breithaupt gepflogenen Besprechung eröffnete derselbe den erschienenen Herren, daß die Statuten der Schule genehmigt seien. Von Seiten der Stadt ist ein Zuschuß für die Schule in Aussicht gestellt.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie
(November).

Eisenmarkt.

Der schwarze Samstag der Berliner Börse, der auch die Course der Bergwerks- und Hütten-Papiere ganz erheblich warf, blieb bisher auf den Eisenmarkt fast ganz ohne nachtheiligen Einfluß, und da die Verhältnisse, welche jenen Börsensturz hervorgerufen haben, nur wenig mit dem wirklichen Eisenhandel zusammenhängen, so ist zu hoffen, daß dieser auch fernerhin von schädlichen Nachwirkungen unberührt bleiben wird.

Die Werke verlangen nach wie vor lange Lieferfristen, was für die jetzige Jahreszeit ungewöhnlich ist, und sind jetzt allerdings bereit, Abschlüsse auf längere Zeit, aber nur zu abermals erhöhten Preisen, zu machen.

Auch diejenigen Händler und großen Konsumenten, welche bisher noch der Beständigkeit des Marktes mißtrauten, haben nunmehr Vertrauen gefaßt und ihren Bedarf für die nächste Zeit gedeckt; es ist danach eine gewisse Ruhe eingetreten, die jedoch der Zuversicht nicht entbehrt und die auch um so weniger unangenehm berührt, als die Umsätze in der zweiten Hälfte des Monats November immer geringer zu sein pflegen als in den Vormonaten. Wulbrandt & Seese.

Konserven.

Die Aufträge per Herbstlieferung sind nunmehr ausgeführt und können die jetzt eingehenden Bestellungen einen Einfluß auf die Preise nicht mehr ausüben.

Die in den Konservenfabriken eingetretene Ruhe benutzten die Fabrikanten, um die nächstjährigen Preise für die Rohgemüse zu besprechen und beschloßen, im Wesentlichen dieselben Preise wie im letzten Jahre zu zahlen. A. W. Querner.

Fleisch- und Wurstwaaren.

In den Wurstfabriken sind im November stets die stärksten Schlachtungen des Jahres, im vergangenen Monat wurden im städtischen Schlachthause 5500, in der Fabrik Denecke & Himmel-Gliesmarode 1030 Schweine geschlachtet.

Um diesen großen Bedarf zu decken, bekommen die Viehlieferanten schon Wochen vorher die Lieferungen aufgegeben, und ist es ganz unmöglich, diese kurzer Hand beschränken zu wollen.

In der ersten Hälfte des Monats war nun anhaltend eine so abnorme hohe Temperatur, daß es schwer war, dabei eine gute Dauerwaare zu fabriziren, die in dieser Zeit fertiggestellte Dauermurst ist nicht stabil genug, um sich monatelang halten zu können, und muß zu billigen Preisen verschleudert werden.

Der Mitte Monat eingetretene Frost hat ja noch manches wieder gut gemacht, aber die Verluste sind mehr oder minder doch ganz erhebliche und werden durch den in diesem Jahre so besonders billigen Einkauf des Viehs nicht aufgewogen.

Der Geschäftsgang ist im Allgemeinen nicht so flott wie in anderen Jahren, zum Theil trägt die Schuld das gehabte warme Wetter, zum Theil wird mehr wie sonst in Privathäusern für den Haushalt geschlachtet. Denecke & Himmel.

Kolonialwaaren.

Die finanziellen Schwierigkeiten, welche im vorigen Monat auftauchten und ganz besonders in dem Verlauf der Börsen am 9. November zum Ausdruck kamen, haben, in Verbindung mit politischen Befürchtungen, leider auch das Kolonialwaarengeschäft nicht ganz unberührt gelassen. Die fehlende Unternehmungslust hat den Werth verschiedener Artikel ermäßigt, so ist z. B. Kaffee, aber nur Brasil-Sorten, einige Pfennige per Pfund billiger geworden, und da die nächste Ernte, soweit bis jetzt Berichte darüber vorliegen, sehr gut zu werden verspricht, stehen höhere Preise nicht in Aussicht.

Gewürze und Südfrüchte hatten, der Saison entsprechend, guten Abzug und konnten letztere etwas anziehen, trotzdem die Spekulation sich fern hielt.

Schmalz ist gegen Erwarten noch billiger geworden, theils aus Eingangs erwähnten Ursachen, die dem Artikel das Interesse entzogen, theils, weil die Schweinezufuhren in Chicago sich noch vergrößerten; sie waren 200 000 Stück größer als im Oktober und bewirkten, daß Preise auf einen Stand fielen, den man nie für möglich gehalten und noch nie gekannt hat. Am Schluß des Monats haben solche mehr Aufmerksamkeit gefunden.

Gebr. Dannenbaum.

Getreide.

Das Getreidegeschäft bot in diesem Monat sehr wenig Abwechslung und wurde es uns bei dem mehrfach mangelnden Angebot oft schwer, Notizen festzustellen, um so mehr, als in letzter Zeit von Maklern sowohl als von Käufern die Abschlüsse diskret gehalten werden.

In Weizen vermehrten sich die Angebote gegen Mitte des Monats und wurde derselbe meistens von den Mühlen zu Preisen von 142—143 Mk. aufgenommen. Vereinzelt sind für prima Qualitäten auch einige Mark mehr bezahlt.

Den Händlern bot sich immer noch kein Absatzgebiet auf weitere Entfernungen.

Roggen, der wenig an den Markt kam, wurde mit 127—128 Mk. willig bezahlt; den größeren Bedarf deckte man durch Bezüge von Rußland und der Donau zu gleichen Preisen.

Die Zufuhren in Hafer waren normal und wurden schöne Qualitäten mit 122—124 Mk. bezahlt; abfallende Waare etwas billiger.

Braugerste ist nicht mehr so dringend offerirt, doch konnten sich Preise nicht erholen und blieben unverändert.

Futtergerste wurde einige Mark besser bewerthet, da die Ankünfte per Wasser in Magdeburg wesentlich schwächer wurden.

Feldbohnen, die vom Lande nicht offerirt wurden, ließen von Thüringen und Mecklenburg nach hier Rechnung.

Umsätze in Erbsen wurden nicht bekannt.

Der Vorstand der Getreidebörse.

H. Lüttge. M. S. Herz. H. Schwannke.
F. Peters.

Zucker.

Die Mitte Oktober begonnene Werthverminderung des Artikels machte im Laufe des Monats November weitere — wenn auch nicht erhebliche — Fortschritte; die Abnehmer im Auslande waren in der Lage ihren Bedarf, durch Acquisition in Hamburg eingelagerten Zuckers aus der vergangenen Kampagne zu decken und das für die Produktionszeit durchaus nicht bedeutende Angebot fand bei den heimischen Raffinerien nur zu langsam nachgebenden Preisen Aufnahme. Nicht ohne Einfluß auf die weichende Tendenz der Märkte waren die günstigen Erntebereiche, welche aus fast allen Rübenzucker produzierenden Ländern eine Zunahme des ursprünglich geschätzten Ackergewinnes und die Fortdauer hoher Zuckerausbeute bestätigten, sowie das Bekanntwerden der Bestimmungen des projektirten neuen Zucker-Steuergegesetzes, von dessen Annahme man, namentlich im Auslande — und nicht ganz mit Unrecht — eine Erniedrigung des Weltmarktpreises erwartet. Daß mit dem eventuellen Inkrafttreten des Gesetzes die Preise in Deutschland

durch die Steuererhöhung um 3 Mk. pr. 50 kg und zu einem erheblichen Theile der um 1,37 $\frac{1}{2}$ Pfg. gesteigerten Ausführprämie, sicher also um mehr als 4 Mk. pr. 50 kg sich erhöhen müssen, ist im Zuckerhandel bislang noch wenig beachtet; ein Zustandekommen des Gesetzes in dem Wortlaut des Entwurfs erscheint zwar ausgeschlossen, doch behandeln die verschiedenen Abänderungsvorschläge nur die für die Rohzuckerfabriken vorgesehenen Bestimmungen, so daß eine Annahme des Gesetzes in veränderter Fassung zweifellos jene Wertherhöhung des Konsumzuckers in Deutschland im Gefolge haben würde.

Die hiesigen Durchschnittspreise stellen sich im Berichtsmonat für Rohzucker auf 11,05 Mk. pr. 50 kg Basis 92 Prozent } Titrage, und 10,55 " 50 " 88 während Brodraffinade, die bei nur schwachem Begehr noch etwas mehr im Preise nachgeben mußte, im Durchschnitt mit 23,55 Mk. pr. 50 kg erlassen wurde.

Vibrans & Gerloff.

Vermischtes.

Schwindelfirmen.

Eine Firma M. & Cie., Maison de Commission Brüssel, hat an in unserem Bezirke ansässige Konservenfabriken Postkarten versandt, mit welchen sie um Uebersendung von Engros-Preislisten ersucht und nicht abgeneigt ist, mit den hiesigen Firmen in Geschäftsverbindung zu treten.

Da die von derselben aufgegebenen Referenzen uns als zweifelhafte Firmen bekannt geworden sind und man es anscheinend mit einer neuen Firma zu thun hat, so warnen wir vor einer Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Näheres ist auf dem Bureau der Handelskammer zu erfahren.

Zur Frage der Ausverkäufe.

Der von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eingesetzte Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs hat in den hiesigen Zeitungen folgende Aufklärung erlassen:

Zur Aufklärung.

Die Firma Meyerhof & Löwenberg kündigt in hiesigen Blättern einen „Total“-Ausverkauf zu festen Tarpreisen wegen vollständiger Auflösung des Geschäftes an.

Da die Angaben in dieser Form geeignet sind, das Publikum über den wirklichen Charakter des Ausverkaufs zu täuschen, so stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß der seitherige Inhaber Meyerhof nach wie vor das Geschäft weiter zu führen erklärt hat und jetzt beständig

erhebliche Waarenmengen zukaufte. Von festen Tarpreisen kann bei diesen letztermähnten Waaren keine Rede sein.

Wir bringen diesen Sachverhalt zur Kenntniß des Publikums.

Braunschweig, den 2. Dezember 1895.

Der von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eingesetzte Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

gez. C. Bührmann.

Handelsregister.

1. Neueintragen.

1. C. F. Wiedert, Kolonial- und Materialwaaren-geschäft, Beerwein-Kellerei und Fruchtjaß-Presserei, Inhaber: 1. die Wittve des Kaufmanns Frh. Wiedert, 2. der Kunst- und Handelsgärtner Louis Krebs als Vormund der minderjährigen Kinder erster Ehe des Kaufmanns W., 3. der Kaufmann Otto Wiedert in Blankenburg a. S., am 31. Oktober 1895.
2. C. C. F. Brandes, Wolfenbüttel, Sparherd-, Grubeherd-Ofen-Konstruktion, Baumaterialienhandlung, Cement en gros, Inhaber: Kaufmann Karl Brandes in Wolfenbüttel, am 21. November 1895.
3. Kalkwerk Lamme Hr. Sticher, Inhaber: Kalkwerksbesitzer Heinrich Sticher aus Lamme, am 26. November 1895.
4. W. Grefe, Dampfziegelei und Dampfjägewerk, sowie Baugeschäft, verbunden mit Lieferung von Baumaterialien und Holzhandel, Inhaber: Ziegeleibesitzer und Bauunternehmer Wilhelm Grefe in Blankenburg, am 25. November 1895.
5. F. Wiegmann, Metallgießerei, Maschinen- und Armaturen-Fabrik, Inhaber: Gelbgießermeister Franz Wiegmann in Braunschweig, am 30. Novbr. 1895.
6. August Thon & Co., Glasfabrik, Schorborn, Inhaber: Kaufmann August Thon in Hannover, Kaufmann Wilhelm Feindt daselbst und der Werkmeister Otto Rieck in Schorborn, am 1. November 1895.
7. Hans Lütthge, seine Herren-Maschineerei, Inhaber: Kaufmann Hans Lütthge in Wolfenbüttel, am 2. Dezember 1895.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Ed. Hendrich, Braunschweig. Am 8. Novbr. 1895 ist der Kaufmann Johann Friedrich Bruns hier selbst als offener Gesellschafter in das unter un-
änderter Firma fortbestehende Handelsgeschäft eingetreten.
2. Aktien-Spiritusfabrik Schöppenstedt. Auswahl der durch Tod ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder. Schöppenstedt, den 6. November 1895.
3. Minna Behrens, S. Behrens Nachf., Dberlutter, ist unter dem 17. Oktober vermerkt, daß die Firma wieder wie früher S. Behrens lautet. 9. November 1895.
4. Braunschweigische Kohlenbergwerke. Erhöhung des Grundkapitals um 1450000 Mark. Helmstedt, den 14. November 1895.
5. Gust. Böttger. Die Firma ist am 10. ds. Mts. mit Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Gotthilf Baumbach übergegangen, welcher die neue Firma Gust. Böttger Nachf. angenommen hat. Braunschweig, den 25. November 1895.

6. Steinthor-Droguerie Kunze & Belz ist am 18. ds. Mts. mit Aktiva und Passiva auf den Chemiker Eduard Kunze übergegangen, welcher die neue Firma Steinthor-Droguerie E. Kunze angenommen hat. Braunschweig, am 25. November 1895.
7. M. Rahmann & Co. zu Pabstorf. Zufolge Anmeldung vom 16. März und 19. November 1895 ist der Ackermann Andreas Harfing zu Pabstorf und der Ackermann Matthias Rahmann daselbst aus der Gesellschaft ausgetreten, der Landwirth Edwin Rahmann in Schlanstedt in dieselbe als Gesellschafter, jedoch ohne Vertretungsbefugniß, eingetreten. Schöppenstedt, den 23. November 1895.
8. F. Wiegmann, Braunschweig, ist am 1. November 1895 mit Aktiva und Passiva auf den Ingenieur Otto Krebs hiersebst übergegangen, welcher die neue Firma F. Wiegmann Nachf. angenommen hat.
9. Adolf Meyer, Braunschweig. Nach dem Tode des bisherigen Inhabers Anquiers Adolf Meyer auf dessen Wittwe und Miterbin, Harriet geb. Spanjer Herford hiersebst übergegangen.
10. Deutsche Saßfabrik, mit beschränkter Haftung, Leichhütte. Erhöhung des Stammkapitals um 80000 Mark. 27. November 1895.

3. Löschungen.

1. Gust. Böttger, Braunschweig, am 25. Novbr. 1895.
2. Steinthor-Droguerie Kunze & Belz, Braunschweig, am 25. November 1895.
3. Schöppenstedter Buchdruckerei (Otto Wollermann), Schöppenstedt, am 21. November 1895.
4. F. Wiegmann, Braunschweig, am 4. Dezbr. 1895.
5. Lütjge & Rubbernuf, Wolfenbüttel, am 2. Dezember 1895.

3a. Procuraertheilung.

B. Grefe, Dampfziegelei und Dampfzägewerk, Baugeschäft, verbunden mit Lieferung von Baumaterialien und Holzhandel, Wankenburg, an den früheren Landwirth Otto Wulfert am 25. Novbr. 1895.

3b. Prokuralöschung.

Ed. Heydrich, Braunschweig. Procura für den Kaufmann Bruns am 11. November 1895.

Genossenschaftsregister.

Eintragungen.

1. Konjervenfabrik Brunsviga, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Braunschweig, am 2. Dezember 1895.
2. Konjervenfabrik Wendeburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz Wendeburg, am 4. Dezember 1895.

Abänderungen.

1. Konjum-Berein Kissenbrück, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, zu Kissenbrück. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Anbauers Christel Schattenberg ist der Arbeitsmann Wilhelm Peters zu Kissenbrück als Kassirer in den Vorstand gewählt. 13. November 1895.
2. Konjumverein Selbsthilfe zu Windhausen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Abänderung der §§ 12, 41 Absatz 2 und 73 des Statuts. 3. Dezember 1895.

Zeichenregister.

Das für die Firma Verwaltung des Harzer Sauerbrunnen Seelen a. H. F. B. Becker & Co. unterm 9. Oktober 1884 im Zeichenregister eingetragene Waarenzeichen ist nach Ablauf der Frist des § 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 1874 gelöscht.

Musterregister.

Eintragungen.

Wiedaer Hütte, Eigengutwaaren-Aktiengesellschaft in Wieda a. H., am 27. November 1895. Lichtdruckbilder, offen, 2 Modelle für Reguliröfen mit Kochröhren und den Fabriknummern 157b und 185a und 2 Modelle für Dauerbrandöfen irischen Systems mit Fabriknummern 186 und 186a. Modelle für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist 10 Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. W. Rosemeyer, Inhaber Kaufmann Heinrich Wilke, Helmstedt, am 19. November 1896.
2. Franz Dürkop, Dachdecker, Königsutter, am 18. November 1895.
3. Hermann Bartels, Tischlermeister, Braunschweig, am 21. November 1895.
4. Friz Vollbrecht, Kohlenhändler, Braunschweig, am 4. Dezember 1895.
5. Richard Helmsdorf, Gastwirth, Zorge, am 2. Dezember 1895.
6. Gotthard von Campe, Rittergutsbesitzer auf Giesenberg bei Stadtholzenborn, am 7. Dezember 1895.

2. Abrechnungen.

1. Emil Häfeler, Goldarbeiter Braunschweig. Schlußtermin am 11. Dezember 1895.
2. E. Hartmann, Maurermeister, Königsutter. Vergleichstermin am 6. Dezember 1895.
3. E. G. Westphal, Kaufmann, Braunschweig. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen am 14. Januar 1896.
4. Gustav Käse, Kaufmann, Braunschweig. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen am 18. Dezember 1895.

3. Aufhebungen.

1. Otto Wollermann, Wolfenbüttel, am 27. November 1895.
2. Johanne Schrader, Bechelde, am 5. Dezember 1895.

Eingegangene Bücher.

Kulemann, W., Landgerichtsrath, Das Klein-gewerbe, Nothlage und Abhülfe. Göttingen 1895.

Patentbureau Braunschweig.

Carl Arndt

Ingenieur

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Wolfenbüttlerstr. 50.

fernsprecher Nr. 597.

Anmeldung von

Patent-, Gebrauchsmuster-, Musterrecht.

Eintragung von

Waarenzeichen (Fabrik-, Handelsmarken).

Druck von Albert Limbach (Inhaber Bobenburg & Böttger) in Braunschweig.

